

No Dex M

~~SECRET~~

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

C-O-N-F-I-D-E-N-T-I-A-L

50X1

COUNTRY East Germany

REPORT

SUBJECT Official Publications of the East German Ministry of Post and Telecommunications

DATE DISTR. 7 AUG 1958

NO. PAGES 1

50X1-HUM

REFERENCES RD

DATE OF INFO.

PLACE & DATE ACQ.

50X1-HUM

50X1

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE

50X1-HUM

issues of the official publications of the East German Ministry of Post and Telecommunications as follows:

- a. Verfuegungen und Mitteilungen des Ministeriums fuer Post- und Fernmeldewesen: 8 October 1956; 15 October 1956; 24 November 1956; 1 December 1956; 8 December 1956; 15 December 1956; 23 December 1956; 8 January 1957; 18 January 1957; 4 February 1957; 8 February 1957; 15 February 1957; 23 February 1957; 1 March 1957; 23 March 1957; 1 April 1957; 8 April 1957; 15 April 1957; 23 April 1957; 8 May 1957; 15 May 1957; 23 May 1957; 27 May 1957; 1 June 1957; 15 June 1957; 24 June 1957; 26 June 1957; 8 July 1957; 17 July 1957; 23 July 1957; 1 August 1957; 8 August 1957; 15 August 1957; 23 August 1957; 1 September 1957; 8 November 1957; 15 November 1957; 1 February 1958; 23 February 1958; 4 March 1958.
- b. Die Deutsche Post, Zeitschrift fuer das Post- und Fernmeldewesen: October 1956 December 1956; January/February 1957; March 1957; April 1957; May 1957; June 1957; July 1957; August 1957; September 1957; January 1958; February 1958; March 1958. These publications are unclassified when detached.

Distribution:

OSI: Loan
ORR: Loan

50X1-HUM

50X1-HUM

C-O-N-F-I-D-E-N-T-I-A-L

STATE	<input checked="" type="checkbox"/> ARMY	<input checked="" type="checkbox"/> NAVY	<input checked="" type="checkbox"/> AIR	<input checked="" type="checkbox"/> FBI	AEC	OSI <input checked="" type="checkbox"/>	ORR <input checked="" type="checkbox"/>
-------	--	--	---	---	-----	---	---

(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".)

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

50X1-HUM

DOOR ORIGINAL

Ausgabe A

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für



Post- und Fernmeldewesen

Jahrgang 1958

Berlin W 66, den 4. März 1958

Nummer 8

Inhalt

	Seite		Seite
Vertrauensbekenntnis zum Zentralkomitee der SED	23	Nr 37 Aufnahme des Telex-Dienstes mit Südafrika, Südwestafrika und Rhodesien/Njassaland	26
Verfügungen:		Nr 38 Berichtungen zum Gebührenbuch für den Seefunkdienst	26
<u>Allgemeines</u>		Mitteilungen:	
Nr. 34 Haftpflichtversicherung der Deutschen Post	24	Nr 15 „Die Deutsche Post“, Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen, Heft 3/1958	27
Nr. 35 Neues Telegrammschmuckblatt LX 18	26	Nr. 16 Sonderpostämter	27
<u>Betriebsdienst</u>		Nr. 17 Sonder- und Werbestempel	27
- Fernmeldewesen -		Bellage: Sozialistische Taten zum V. Parteitag der SED	1
Nr. 36 Bildtelegrafendienst mit Finnland	26		

Vertrauensbekenntnis zum Zentralkomitee der SED

Die Hauptverwaltung Post- und Zeitungswesen tagte mit den Leitern der Hauptpostämter, Betriebe und Sonderämter, anderen leitenden Funktionären und Aktivisten am 20. und 21. Februar 1958 in Leipzig. Die Konferenz beriet die Aufgaben der Dienstzweige des Post- und Zeitungswesens bis zum Jahre 1960 und die Methoden, mit denen die Aufgaben zu lösen sind. Alle Teilnehmer der Beratung stimmten einer Entschlieung zu, die ein Vertrauensbekenntnis zum Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist und in der festgelegt wird, besonders die politisch-ideologische Arbeit zu verbessern und zu verstärken. Die Entschlieung wurde an den 1. Sekretär des Zentralkomitees, Walter Ulbricht, gesandt; sie hat folgenden Wortlaut:

Die Hauptverwaltung Post- und Zeitungswesen beriet mit den Leitern und Aktivisten der Hauptpostämter, Betriebe und Sonderämter und anderen verantwortlichen Mitarbeitern des Post- und Zeitungswesens auf einer Arbeitstagung am 20. und 21. Februar 1958 in Leipzig die Perspektive des Post- und Zeitungswesens bis zum Jahre 1960 und die sich daraus ergebenden politischen, ideologischen und ökonomischen Aufgaben. Diese Aufgaben entsprechen den volkswirtschaftlichen Zielen des zweiten Fünfjahresplanes auf dem Sektor des Verbindungswesens. Die Ziele werden erreicht, indem wir in allen Postdienststellen die Beschlüsse von Partei und Regierung auswerten, sie den Werktätigen ständig erläutern und die sich daraus ergebenden Maßnahmen für das eigene Arbeitsgebiet festlegen und durchführen.

Die Plenartagungen des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sind richtungweisend für unsere Arbeit. Wir stimmen vorbehaltlos der politischen Linie des 35. Plenums zu. Wir verurteilen die fraktionelle Tätigkeit der Gruppe Schirdewan, Wollweber und andere und sprechen dem Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands mit dem Genossen Walter Ulbricht an der Spitze unser volles Ver-

~~trauen aus~~

Die Auswertung der Beschlüsse unserer Arbeitstagung muß zur Verbesserung der sozialistischen Erziehungsarbeit führen, um das Klassen- und Staatsbewußtsein der Arbeiter und Angestellten der Deutschen Post zu erhöhen. Unsere Erziehungsarbeit muß erreichen, daß die Beschäftigten im Post- und Zeitungswesen sich noch bewußter zur Arbeiter- und Bauern-Macht bekennen und in der Arbeit sozialistische Taten vollbringen, daß sie die Wachsamkeit erhöhen und bereit sind, die Deutsche Demokratische Republik zu verteidigen.

Zur Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins müssen auch die mittleren Kader in den Ämtern entscheidend beitragen. Die Leiter der Ämter und Betriebe werden daher diese Kader schulen und anleiten, damit diese in ihren Arbeitsbereichen aktiv zu allen politischen Fragen und Problemen Stellung nehmen.

Zu allen Beschäftigten, besonders zu den Jugendlichen, in den Ämtern ist ein noch besseres Vertrauensverhältnis herzustellen. Ausgehend von den Erfolgen unseres Arbeiter- und Bauern-Staates und aus den Lehren der Geschichte der internationalen und der deutschen Arbeiterbewegung schöpfend ist ihnen in anschaulicher und überzeugender Weise der unterschiedliche Charakter der beiden deutschen Staaten zu erläutern. Dabei muß die Liebe zu

unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat und damit gleichzeitig der Haß gegen unsere Feinde geweckt werden.

Die Verbesserung des Post- und Zeitungsdienstes verlangt weiter, eng mit den örtlichen Organen der Staatsmacht zusammenzuarbeiten.

Im Ergebnis unserer politischen Arbeit müssen wir erreichen, daß die Wettbewerbsarbeit auf ein höheres Niveau gehoben wird, d. h. der volkswirtschaftliche Nutzen muß größer werden, die Wettbewerbsbedingungen müssen einfacher und das Auswertungssystem jedem Beschäftigten verständlich sein.

Die vordringlichste Aufgabe in der Wettbewerbsbewegung ist die Realisierung des Beschlusses des

Sekretariats des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, bis zum V. Parteitag 75 000 neue Abonnenten für das Zentralorgan der SED „Neues Deutschland“ zu gewinnen.

Wir verpflichten uns, in Zusammenarbeit mit den Betriebsparteiorganisationen und -Gewerkschaftsleitungen der Ämter, alle Kolleginnen und Kollegen des Post- und Zeitungswesens zu mobilisieren, als unseren Beitrag bis zum V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 30 000 neue Abonnenten für das „Neue Deutschland“ zu werben.

Vorwärts zu weiteren Erfolgen beim Aufbau des Sozialismus unter der Losung:

Jeder Postler eine gute Tat für unsere gemeinsame sozialistische Sache!

Verfügungen Allgemeines

Nr. 34/1958. Haftpflichtversicherung der Deutschen Post

1. Mit Wirkung vom 1. Januar 1958 — 0.00 Uhr — wird allen finanzplangebundenen Ämtern und Dienststellen der Deutschen Post (keine Haushaltsorganisationen), ausgenommen der VEB Fernmeldekabel-Anlagenbau Berlin, nach folgenden Bedingungen und besonderen Vereinbarungen Versicherungsschutz von der Deutschen Versicherungs-Anstalt und der Vereinigten Großberliner Versicherungsanstalt gewährt.

Damit besteht nunmehr für alle Beschäftigten der genannten Ämter und Dienststellen ein umfangreicher Haftpflichtversicherungsschutz. Die Kosten für die Versicherung trägt die Deutsche Post. Das ist eine wesentliche Verbesserung der materiellen Lage der Beschäftigten der Deutschen Post. Die Beschäftigten der Deutschen Bundespost dagegen genießen keinen derartigen Versicherungsschutz. Wollen sich die Beschäftigten der Bundespost gegen eine Inanspruchnahme auf Schadenersatz in Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit schützen, müssen sie sich auf eigene Kosten versichern. Auch an diesem Beispiel zeigt sich der grundlegende Unterschied zwischen dem kapitalistischen System in Westdeutschland und der Entwicklung in unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat.

Der Abschluß der Haftpflichtversicherung beweist erneut, daß es nur unter den Bedingungen der Arbeiter-und-Bauern-Macht möglich ist, ständig und stetig die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen zu verbessern. Die Erfolge sind jedoch immer ein Ergebnis der Arbeit der Werktätigen selbst.

2. Die Deutsche Post ist versichert für den Fall, daß sie nach den gesetzlichen Haftpflichtbestimmungen zivilrechtlichen Inhalts von Dritten auf Schadenersatz beansprucht wird. Vermögensschäden, die Folge eines Sach- oder Personenschadens sind, gelten als versichert, da

gegen sind reine Vermögensschäden von der Versicherung ausgeschlossen. Der Versicherungsschutz bezieht sich auf die gesetzliche Haftpflicht

- a) aus dem Betrieb einschließlich aller Nebengewinne (z. B. Zucht- und Hundehaltung, Unterhaltung von Beherbergungs- und Gaststätten, Kränen und Winden einschließlich der gesetzlichen Haftpflicht aus der Beschädigung der zu be- und entladenden Land- und Wasserfahrzeuge, Bahnpostwagen sowie reichsbahngehörigen Schienenfahrzeuge, jedoch nur soweit sie den Zwecken der Deutschen Post dienen);
 - b) als Rechtsträger, Mieter, Pächter, Nutznießer von Grundstücken, Gebäuden und Räumlichkeiten;
 - c) aus der Tätigkeit als Architekt;
 - d) als Bauherr oder Unternehmer von Bauarbeiten (Neubauten, Umbauten, Instandsetzungen, Abbrucharbeiten, Grabarbeiten);
 - e) aus Ansprüchen gegen die mit der Verwaltung, Bedienung, Reinigung und Beleuchtung der Betriebsgrundstücke beauftragten Personen einschließlich der jeweiligen Vertreter der Poststellen I und Poststellen II während ihrer dienstlichen Verrichtungen. Dieser Versicherungsschutz erstreckt sich jedoch nicht auf die Post- und Telegrafenhilfsstellen;
 - f) sämtlicher Beschäftigten einschließlich der jeweiligen Vertreter der Poststellen I und Poststellen II aus Ansprüchen Dritter, welche gegen sie für ihre dienstlichen Verrichtungen erhoben werden.
- Ausgeschlossen von diesem Versicherungsschutz sind jedoch die Post- und Telegrafenhilfsstellen;
- g) aus betriebseigenen Sozialeinrichtungen (Badeanstalten, Kulturhäusern usw.); ...

- h) aus dem Bestehen einer Betriebssportgruppe, insbesondere aus dem Überlassen von Räumen und Geräten. Davon ausgenommen ist jedoch die Haftpflicht der Sportgruppe als solche und die persönliche Haftpflicht ihrer Mitglieder;

- i) aus Betriebsausflügen und -veranstaltungen (einschließlich Filmvorführungen, jedoch mit Ausschluß der Schäden an den Filmkopien), Feuerwehrrübungen und -einsätzen;

- j) aus der Beteiligung an Ausstellungen und Messen innerhalb Deutschlands;

- k) aus der Garderobenhafung für die von den Gästen der Gaststätten oder Beherbergungsbetriebe oder für die von den Teilnehmern an kulturellen oder sonstigen Betriebsveranstaltungen zur Aufbewahrung übergebenen Sachen (BGB § 688) sowie wegen Abhandenkommens oder Beschädigung der von den Gästen eingebrachten Sachen (BGB §§ 701 und 702).

Ausgeschlossen sind Fahrzeuge aller Art und deren Zubehör sowie Tiere.

Die Versicherungssumme beträgt 1000,— DM; sie stellt den Höchstbetrag der Ersatzzahlung für alle Schäden dar, die einem Teilnehmer an ein und demselben Tage zustoßen. Voraussetzung für die Gewährung des Versicherungsschutzes ist, daß

1. die Garderobe ständig bewacht ist,
2. der Zutritt nur dem Garderobepersonal gestattet ist,
3. nicht leicht zu fälschende Kontrollmarken ausgegeben werden.

3. Für den Versicherungsschutz sind die Allgemeinen Bedingungen für Haftpflichtversicherung (AHB) maßgebend. Hierzu ist folgendes vereinbart worden:

- a) In Abänderung des § 4 Ziffer 1 a) der Allgemeinen Bedingungen für Haftpflichtversicherung wird die Haftpflicht aus dem Abschluß von Anschlußgleis-, Grundstücküberlassungs- und Gestattungsverträgen mit der Deutschen Reichsbahn übernommen.

- b) In Abänderung des § 4 Ziffer 2 b) der Allgemeinen Bedingungen für Haftpflichtversicherung sind gegenseitige Ansprüche der Ämter oder selbständigen Dienststellen der Deutschen Post untereinander in den Versicherungsschutz eingeschlossen.

- c) Der Versicherungsschutz erstreckt sich auch auf Haftpflichtansprüche, die von leitenden Angestellten der Deutschen Post und deren Angehörigen gegen die Deutsche Post geltend gemacht werden, sofern diese an der Ursache des Schadensereignisses schuldlos sind.

- d) Der Versicherungsschutz erstreckt sich auch auf die gesetzliche Haftpflicht für Schäden, die im Zusammenhang mit der Projektierung von Gebäuden und Baulichkeiten infolge von Mängeln (Projektierungsfehlern) in den von der Post gelieferten Bauplänen

und Zeichnungen an den Gebäuden und Baulichkeiten selbst entstehen, sofern diese durch fremde Bauunternehmer (nicht durch die Deutsche Post selbst) ausgeführt wurden. Hierzu gehören auch die Mängel an den Gebäuden und Baulichkeiten infolge fehlerhafter Projektierung, die im Interesse der Standsicherheit der Gebäude und Baulichkeiten beseitigt werden müssen.

Ein Mangel an Gebäuden und Baulichkeiten, der sie in ihrer Standsicherheit nicht gefährdet, aber beispielsweise aus sicherheitstechnischen Gründen für den vorgesehenen Verwendungszweck unbrauchbar macht, ist ein Vermögensschaden, auf den sich der Versicherungsschutz nicht bezieht. Unter Projektierungsfehlern sind alle verschuldeten Mängel in bautechnischen Unterlagen zu verstehen, die für einen Schadeneintritt ursächlich sind, besonders fehlerhafte Konstruktionen einschließlich falscher statischer oder sonstiger Berechnungen sowie unzulänglicher Baugrunduntersuchungen. Projektierungsfehler setzen also stets einen Verstoß gegen allgemein anerkannte Regeln der Bautechnik und Ingenieurwissenschaft voraus. Für die Schäden oder Mängel an einem Bauwerk, die darauf zurückzuführen sind, daß noch nicht erprobte neuartige Baustoffe verwendet wurden, besteht kein Versicherungsschutz.

- e) Ausgeschlossen von der Versicherung sind Haftpflichtansprüche wegen Schäden an projektierten Maschinen, Geräten und technischen Anlagen.

4. Der sich aus dem Vertrag ergebende grundsätzliche Schriftverkehr sowie die Beitragsenthebung und -begleichung erfolgen zwischen dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen und der Hauptverwaltung der Deutschen Versicherungs-Anstalt. Der Versicherungsbeitrag wird in einer Summe für die Deutsche Post ermittelt und anteilig auf die Hauptverwaltungen Post- und Zeitungswesen und Fernmeldewesen sowie den Bereich Rundfunk und Fernsehen aufgeschlüsselt.

Während zu Lasten der Ämter und Dienststellen des Post- und Fernmeldewesens nichts berechnet wird, ist der Bereich Rundfunk und Fernsehen verpflichtet, den von ihm zu tragenden Anteil den ihm unterstellten Ämtern und Dienststellen zu berechnen.

Der Geschäftsverkehr aus der Schadenbearbeitung erfolgt zwischen den Ämtern und Dienststellen der Deutschen Post und den gebietszuständigen Kreisdirektionen der Deutschen Versicherungs-Anstalt (für den demokratischen Sektor von Groß-Berlin mit der Vereinigten Großberliner Versicherungsanstalt). Alle Schadensfälle sind dorthin zu melden. Dabei ist auf den Sammelvertrag Nr. 20/00/017/28 Bezug zu nehmen. In diesem Zusammenhang wird besonders auf die Bestimmungen der §§ 8 bis 10 der Allgemeinen Bedingungen für Haftpflichtversicherung (AHB) verwiesen.

Für die federführende Bearbeitung des Schriftwechsels sowie sonstiger Arbeiten, die sich aus diesem Versicherungsschutz ergeben, ist von den Leitern der Ämter und Dienststellen ein verantwortlicher Mitarbeiter zu bestimmen. Mit dem Inkrafttreten dieses Versicherungsschutzes ist aller bei der Deutschen Versicherungs-Anstalt und der Vereinigten Großberliner Versicherungsanstalt bestehender Versicherungsschutz der Deutschen Post für die hierdurch versicherten Gefahren erloschen. Die VMBL.VI.Nr. 235/1957 wird durch diese VMBL.VI. außer Kraft gesetzt.

HBh G 1 7008-0

Nr. 35/1958. Neues Telegrammschmuckblatt-LX 18 Zur Verwendung als Glückwunschtelegramm wird ein neues Schmuckblatt herausgegeben, das ein Blumenmotiv zeigt. Den Entwurf fertigte Herr Fritz Simon, Meiden. Das Formblatt erhält die Nummer LX 18.

Die Hauptpostämter und Fernmeldeämter bestellen ihren ersten Bedarf bis zum 15. März 1958 beim Vordruck-Leitverlag Spremberg (Niederlausitz). Das neue LX-Formblatt ist bei allen Dienststellen, die Schmuckblätter ausfertigen, vorrätig zu halten.

P OB 4 a 2048-1



SOZIALISTISCHE TATEN ZUM V. PARTEITAG DER SED

In den Ämtern und Betrieben der Deutschen Post entwickelt sich der Wettbewerb zu Ehren des V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen gingen bereits zahlreiche Telegramme, Schreiben und andere Mitteilungen zu, in denen berichtet wird, welche Mitarbeiter oder Kollektive Verpflichtungen übernommen haben. Die Verpflichtungen beweisen, daß die Arbeiter und Angestellten des Post- und Fernmeldewesens hinter dem Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands stehen und dessen Politik billigen und unterstützen. Die sozialistische Taten sind der Ausdruck des Vertrauens der Werktätigen zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, deren Betriebsparteiorganisationen auch in den Post-, Fernmelde- und Funkämtern die führende Kraft sind.

Die sozialistische Presse ist das wichtigste Mittel der Partei, um der Arbeiterklasse und allen Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik ihre Politik zu erläutern und die Mitarbeit aller Werktätigen beim weiteren Aufbau der Arbeiter-und-Bauern-Macht zu sichern. Je mehr Leser sozialistische Tageszeitungen lesen, desto größer ist der Einfluß der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auf die Menschen, desto größer die Möglichkeit, den politischen Kampf zu leiten und erfolgreich zu führen.

Die Mitarbeiter im Post- und Zeitungswesen kennen die Bedeutung der sozialistischen Presse. Darum stellen sie sich zum Ziel, zu Ehren des V. Parteitages neue Abonnenten besonders für das Zentralorgan der Partei zu werben. In einem Aufruf, der von den Vertretern der Betriebsparteiorganisation, der Betriebsgewerkschaftsleitung und der Freien Deutschen Jugend und von dem Leiter des HAUPTPOSTAMTES BERLIN W 8 unterzeichnet ist, heißt es u. a.:

„Das ‚Neue Deutschland‘ ist die führende Zeitung der Arbeiterklasse und der Deutschen Demokratischen Republik. Die Aufgabe aller Kolleginnen und Kollegen der Deutschen Post muß es daher sein, die Zahl der ständigen Leser des ‚Neuen Deutschland‘ zu vergrößern, sei es im Einzelverkauf oder in der Abonnentenwerbung.“

Bei diesem Amt verpflichteten sich die Kolleginnen Grimm, Bernstein und Flögel sowie die Kollegen Emmerich und Gallasch, bis zum Parteitag je 10 Bezieher für das ‚Neue Deutschland‘ zu gewinnen. Die Zeitungszustellerin Lieske will 5 Abonnenten werben, und die Kollegin Beithon gab folgende Verpflichtung ab:

„Aus Anlaß des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Juli 1958 verpflichte ich mich, bis zu diesem Zeitpunkt 20 neue Bezieher für das ‚Neue Deutschland‘ zu werben.“

Die Zeitungszustellerinnen Müller und Dorsch vom HAUPTPOSTAMT BERLIN O 17 übernehmen ebenfalls die Verpflichtung, je 20 Bezieher für das Zentralorgan der Partei der Arbeiterklasse zu gewinnen.

Vom HAUPTPOSTAMT FORSTENWALDE (SPREE) erreichte uns ein Aufruf, in dem es u. a. heißt:

„Zu Ehren des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands rufen wir alle Kolleginnen, Kollegen und Genossen des Hauptpostamts-Bereichs Fürstenwalde (Spree) auf, die Werbung neuer Abonnenten und den Freiverkauf für die sozialistische Presse bis zum Beginn des Parteitages verstärkt durchzuführen.“

Unser ganz besonderes Augenmerk wollen wir auf den Vertrieb des Organs des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ‚Neues Deutschland‘ richten und verpflichten uns, bis zum Beginn des V. Parteitages

250 Abonnenten für das ‚Neue Deutschland‘ und 1000 Abonnenten für die Bezirkszeitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu werben.“

Der Leiter der Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen Magdeburg, Hamel, teilt mit, daß sich die Bezirksdirektion verpflichtet, dafür zu sorgen, daß bis zum 7. Juni 1958 die Planaufgabe für das Werben von Abonnenten für die Zeitungen ‚Neues Deutschland‘ und ‚Volksstimme‘ zu 85 Prozent erfüllt wird.

In einem Telegramm, das an die Beratung der Hauptverwaltung Post- und Zeitungswesen gerichtet war, meldet das HAUPTPOSTAMT FALKENBERG (ELSTER), daß 50 Abonnenten für das ‚Neue Deutschland‘ geworben und die restlichen Sonderpostwertzeichen ‚Helft dem sozialistischen Ungarn‘ und ‚Helft Ägypten‘ verkauft werden

Das HAUPTPOSTAMT MEININGEN teilt mit, daß es bis zum 30. Juni 1958 sämtliche dem Amt zugewiesenen Sonderpostwertzeichen mit Zuschlag (Wertzeichen zugunsten des Aufbaus nationaler Gedenkstätten) verkaufen will und jeder Beschäftigte eine Verpflichtung übernimmt, die zur Planerfüllung beiträgt.

Die BRIGADE ‚KARL LIEBKNECHT‘ vom FERNMELDEAMT HALLE (SAALE), die mit dem Ehrenleit ‚Brigade der besten Qualität‘ ausgezeichnet wurde, verpflichtet sich zu Ehren des V. Parteitages, drei Kleinwählanlagen zu überholen, um dem Betrieb Instandsetzungskosten zu ersparen.

Betriebsdienst - Fernmeldewesen -

Nr. 36/1958. Bildtelegrafendienst mit Finnland

Der Bildtelegrafendienst zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Finnland ist am 19. Februar 1958 eröffnet worden. Er wird vom Haupttelegrafenanstalt Berlin wahrgenommen, dem die aufgegebenen Bildtelegramme zuzuführen sind.

Die Gebühren betragen für Bildtelegramme der Stufe I (bis 120 qcm) 37,20 DM Stufe II (121 bis 234 qcm) 48,90 DM

Das Gebührenbuch für Telegramme ist zu berichtigen. Die Berichtigung erhält die Nummer 6. Fe Fv 3 3236-0

Nr. 37/1958. Aufnahme des Telex-Dienstes mit Südafrika, Südwestafrika und Rhodesien/Njassaland

Am 2. März 1958 wurde der Telex-Verkehr mit Südafrika und Südwestafrika und am 3. März 1958 mit dem Bund Rhodesien/Njassaland aufgenommen.

Die Gebühr für eine Telex-Verbindung von 3 Minuten-Dauer beträgt 30,— DM. Fe Fv 5 3231-0/73

Nr. 38/1958. Berichtigungen zum Gebührenbuch für den Seefunkdienst

Das Gebührenbuch für den Seefunkdienst, 2. Ausgabe vom 1. Oktober 1956, ist wie folgt zu berichtigen:

1. Auf Seite 1 sind die Seitenangaben unter II. F. bei 4 und 5, von „11“ zu ändern in 10; von 8. an bis zum Schluß der Seite sind die Seitenangaben „12“ bis „21“ durch folgende zu ersetzen: 11, 11, 12, 12, 12, 12, 13, 13, 14, 15, 15, 15, 16, 16, 17, 18
2. Auf Seite 9 vierte Zeile von oben ist statt „ein deutsches Schiff“ zu setzen: Schiffe der Deutschen Demokratischen Republik.
3. Auf Seite 11 unter „9. Schiffsbrieftelegramme“ erhalten die ersten beiden Absätze folgenden Wortlaut. Schiffsbrieftelegramme sind Seefunktelegramme, die über See auf dem Funkweg, an

Land auf dem Postweg (ausnahmsweise auch telegraphisch) übermittelt werden und den gebührenpflichtigen Dienstvermerk -SLT- tragen. Sie sind von und nach allen Orten der Deutschen Demokratischen Republik im Verkehr mit in- und ausländischen Schiffen nur über Rügen Radio zugelassen. Für die Abfassung der Schiffsbrieftelegramme gelten die allgemeinen Bestimmungen. Unzustellbare Schiffsbrieftelegramme werden telegraphisch unzustellbar gemeldet.

„Für Schiffsbrieftelegramme sind die nachstehenden Sonderbehandlungen (gebührenpflichtige Dienstvermerke) zugelassen:

- RPX -, - GP -, - nachgesandt von . . . Für Schiffsbrieftelegramme von Schiffen der Deutschen Demokratischen Republik ist außerdem der gebührenpflichtige Dienstvermerk - LX . . . (Schmuckblattausfertigung) zugelassen. Dieser Vermerk - LX . . . ist auch zugelassen für Schiffsbrieftelegramme ausländischer Schiffe, mit deren Heimatländern Schmuckblatverkehr besteht (siehe Gebührenbuch für Telegramme)

4 Auf Seite 12 erhält der Abschnitt „10 Seefunktelegramme auf Schmuckblatt“ folgende Fassung

Sie sind nur von See zugelassen.

- a) von Schiffen der Deutschen Demokratischen Republik nur nach Orten der Deutschen Demokratischen Republik und solcher Länder, mit denen Schmuckblatverkehr besteht (siehe Gebührenbuch für Telegramme).
- b) von anderen als unter a) genannten Schiffen nach Orten der Deutschen Demokratischen Republik nur dann, wenn mit ihren Heimatländern Schmuckblatverkehr besteht (siehe Gebührenbuch für Telegramme).

Die Sondernote für Schiffe der Deutschen Demokratischen Republik beträgt 0,75 DM.

5 Auf Seite 15 ist der letzte Satz unter B. durch folgenden Wortlaut zu ersetzen: Seefunk-

gespräche sind von und nach allen Orten und Schiffen der Länder zugelassen, mit denen Fernspreverkehr besteht (siehe Gebührenbuch für den Fernsprechauslandsdienst).
6. Auf Seite 17, neunte Zeile von unten, ist der Hinweis „S.19 (1—4)“ zu ersetzen durch: unter 1. Pkt. d).

7 Auf Seite 18 ist die Überschrift zu ändern in **Gebührenrechner für Seefunktelegramme an Seefahrzeuge der Deutschen Demokratischen Republik über Rügen Radio**; ferner ist in Spalte „SF“ bei der Gebührengabe 2,20 ein Hinweissternchen *) anzubringen.
Fv 3 5050—1

Mitteilungen

Nr. 15/1958. „Die Deutsche Post“, Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen, Heft 3/1958

Das Märzheft enthält folgende Beiträge:
Strehle: Internationaler Frauentag

Lonius: Über einige Fragen der Neuordnung des Postbeförderungswesens und der Auswirkungen auf den Dienstbetrieb in den Bahnposten, Umschlagstellen und Briefabfertigungsstellen

Röwer: Amtswartung in ländlichen Wahlvermittlungsstellen

Adler: Zur Entwicklung des Mitbestimmungsrechts der Werktätigen im Post- und Fernmeldewesen

Eichelmann: Der Begriff „Technologie“ und seine Anwendung im Post- und Fernmeldewesen

Lorke: Übersicht über das Gebiet der Starkstrombeeinflussung

Hamann/Oehme: Über die Entwicklung von Briefverteilmaschinen

Pasch: Das alleinige Recht der Deutschen Post zur Nachrichtenbeförderung

Außerdem sind in dem Heft Beiträge enthalten über das Gestalten von Zeitungsverkaufs- und Totolotto-Annahmestellen, Trägerfrequenz-Fernsprecheinrichtung TF4, Plandiskussion und Planaufstellung, Selbstbedienung im Zeitungsverkauf, Leitfähigkeit von festen Werkstoffen und Erfahrungen mit dem kontenlosen Kontokorrent.
Pr 1300—0

Nr. 16/1958. Sonderpostämter
(Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluß der Mitteilungen)

Berlin NO 14, Werner-Seelenbinder-Halle, fahrb. PA, ZwPA des HPA Berlin O 17

a) III. Weltmeisterschaft im Hallenhandball der Männer, Berlin 1958

b) Sektion Handball der Deutschen Demokratischen Republik c) 27. Februar bis 9. März 1958

d) Verkauf von Postwertzeichen, Annahme von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen, Vermittlung von Gesprächen, Annahme von Telegrammen, Postsparkassendienst, Gefälligkeitsstempelungen

e) Berlin NO 18
27. 2. 58—09
III. Weltmeisterschaft im Hallenhandball der Männer Berlin 1958
Bildliche Darstellung: Emblem der III. Weltmeisterschaft im Hallenhandball der Männer

Berlin, Volkskammer, Luisenstraße, ZwPA des HPA Berlin N 4

a) 6. Kongreß der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft

b) Zentralvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft

c) 28. bis 30. März 1958

d) Verkauf von Postwertzeichen, Sondermarken und Presseerzeugnissen, Annahme von gewöhnlichen und eingeschrie-

benen Briefsendungen und von Telegrammen, Vermittlung von Gesprächen, Sparkassendienst, Gefälligkeitsstempelungen

e) BERLIN N 4
28. 3. 58—09
6. KONGRESS
FÜR DEUTSCH-SOWJETISCHE FREUNDSCHAFT

Bildliche Darstellung: Emblem der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft

Anträge zur Ausführung von nachträglichen Gefälligkeitsstempelungen sind bis 20. Mai 1958 an die Verbandsstelle für Sammlermarken beim HPA Berlin W 2 zu richten.

a) Anlauf b) Veranstalter c) Dauer d) Aufgabenkreis des Sonderpostamtes e) Stempelschrift
DfW 1250—62 B

Nr. 17/1958. Sonder- und Werbestempel
(Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluß der Mitteilungen)

a) Dauerwerbung

b) Meinungen 1

c) Handstempel

d) MEINUNGEN 1
10. 2. 58—09
DAS MEININGER THEATER
Bildliche Darstellung: Theater in Meinungen

e) 10. Februar 1958 bis 9. Februar 1959

a) Werbung Deutsch Lufthansa

b) Berlin N 4, Dresden A 24, Erfurt 1, Karl-Marx-Stadt C 1, Rostock 2
Karl-Marx-Stadt C 4, Leipzig BPA 32, Rostock 2

c) Maschinenstempel

d) Entwurf 1: DEUTSCHE LUFTHANSA
MESSE-SONDERFLUGVERKEHR
Bildliche Darstellung: Flugzeug, Messezeichen MM

Entwurf 2: DEUTSCHE LUFTHANSA
SPARE ZEIT — REISE ZEITGEMÄSS
Bildliche Darstellung: 3 Flugzeuge

Entwurf 3: DEUTSCHE LUFTHANSA
URLAUBSFLÜGE EIN BESONDERES
ERLEBNIS
Bildliche Darstellung: Segelboot, Kranich

Entwurf 4: DEUTSCHE LUFTHANSA
URLAUBSFLÜGE EIN BESONDERES
ERLEBNIS
Bildliche Darstellung: Felsen, Tanne und Kranich

Entwurf 5: DEUTSCHE LUFTHANSA
LUFFRACHT
Bildliche Darstellung: Kranich

Entwurf 6: DEUTSCHE LUFTHANSA
Bildliche Darstellung: Kranich

e) Berlin N 4
Entwurf 1 vom 15. bis 28. Februar 1958
Entwurf 2 vom 1. bis 31. März 1958
Entwurf 3 vom 1. bis 31. Mai 1958
Entwurf 4 vom 1. bis 31. Oktober 1958
Entwurf 5 vom 1. bis 31. Oktober 1958

Dresden A 24
Entwurf 2 vom 1. bis 31. März 1958
Entwurf 3 vom 6. bis 31. Juli 1958
Entwurf 5 vom 1. bis 31. Oktober 1958

Erfurt 1
Entwurf 2 vom 1. bis 31. März 1958
Entwurf 3 vom 1. bis 31. Mai 1958
Entwurf 5 vom 1. bis 31. Oktober 1958

Karl-Marx-Stadt C 1
Entwurf 2 vom 1. bis 31. März 1958
Entwurf 3 vom 1. bis 31. Mai 1958
Entwurf 5 vom 1. bis 31. Oktober 1958

- Karl-Marx-Stadt C 4
 - Entwurf 2 und 5 vom 1. bis 31. März 1958 und vom 1. bis 31. Oktober 1958
 - Entwurf 3 und 5 vom 1. bis 31. Mai 1958
 - Entwurf 2 vom 1. bis 31. März 1958
 - Entwurf 3 vom 1. bis 31. Mai 1958
 - Entwurf 5 vom 1. bis 31. Oktober 1958
- Leipzig BPA 22
 - Entwurf 2 vom 1. bis 31. März 1958 und vom 1. bis 31. September 1958
 - Entwurf 3 vom 1. bis 31. Mai 1958
 - Entwurf 1 vom 15. bis 31. August 1958
 - Entwurf 5 vom 1. bis 31. Oktober 1958
 - Entwurf 2 und 5 vom 1. bis 31. März 1958 und vom 1. bis 31. September 1958 und vom 1. bis 31. Oktober 1958
 - Entwurf 3 und 5 vom 1. bis 31. Mai 1958
 - Entwurf 1 vom 15. bis 31. August 1958
 - Entwurf 2 vom 1. bis 31. September 1958
 - Entwurf 5 vom 1. bis 31. Oktober 1958 und vom 1. bis 31. Dezember 1958
- Hosokock 2
 - Entwurf 2 vom 1. bis 31. März 1958
 - Entwurf 4 vom 1. bis 31. Mai 1958
 - Entwurf 5 vom 1. bis 31. Oktober 1958

- a) Schrotkatalog
 - b) 1. Aue (Sachs), Bautzen, Berlin N 4, Brandenburg (Havel), Cottbus, Dessau, Döbeln 2, Eisenach 3, Ertur 4, Gera 4, Glauchau (Sachs) 2, Görlitz 1, Greiz, Halberstadt, Halle (Saale) BPA 25, Jena 1, Karl-Marx-Stadt C 1, Karl-Marx-Stadt C 4, Magdeburg BPA 7, Meiningen, Meissen 3, Nordhausen, Potsdam 1, Rega, Rosock 2, Rudolstadt, Schwertau (Meckl) 1, Stralsund 2, Weimar 1, Wernigerode, Wismar, Zittau 2, Zwickau (Sachs) 2
 - 2. Leipzig BPA 32
 - 3. Freiberg (Sachs)
- c) Maschinensempel
 - d) Entwurf 1. MARTIN braucht Schrott HELFT ALLE MIT: Bildliche Darstellung Martindeur
 - Entwurf 2. Sammet Schrott FÜR DIE STEIGERUNG UNSERER PRODUKTION
- e) Zu 1: April, September, November 1958
 Zu 2: 1. bis 30. April, 15. bis 30. September 1958
 Zu 3: April bis 31. Mai, 15. bis 30. September 1958
 Zu 4: September und November 1958

- a) Briefstempelwerbung
 - b) SÖMMERDA
 - c) Handstempel
 - d) SÖMMERDA 20. 2. 58-60
- WELTBEKANNTE BÜROMASCHINENSTADT
 Bildliche Darstellung: Schreibmaschine
 e) 20. Februar 1958 bis 19. Februar 1959
- a) 10 Jahre „National-Zeitung“
 - b) BPA 29 Halle (Saale)
 - BPA 7 Magdeburg
 - c) Maschinensempel
- 10 JAHRE NATIONALZEITUNG
 Das Blatt des Mittelstandes
 Bildliche Darstellung: Emblem der National-Demokratischen Partei Deutschlands
 e) 1. bis 31. März 1958
- a) X. Berg- und Hüttenmännischer Tag
 b) Freiberg (Sachs) 2
 c) Maschinensempel
- d) Bergakademie Freiberg (Sachs)
 X. Berg- und Hüttenmännischer Tag 28.-31. 5. 1958
- e) 1. März bis 31. Mai 1958
- a) Verkehrswerbung
 - b) Dresden A 24
 - c) Maschinensempel
- d) KAMERAS
 Praktika
 Bildliche Darstellung: Kronenort des Dresdener Zwingers
 c) 1. bis 30. April 1958
 1. August bis 30. September 1958
 1. November bis 31. Dezember 1958

a) Anlaß b) Verwendung-P.A. c) Art des Stempels d) Stempel-inschrift e) Verwendungsdauer

(Zur VMBL. Mit. Nr. 10/1958, Seite 16)
 Bei der Werbung Wolten (Kr. Bitterfeld) ist unter „d) Bildliche Darstellung“ die Angabe „Emblem des VEB Tüll-Fabrik Agfa Wolten“ zu ändern in: „Emblem der Farbenfabrik Wolten“

(Zur VMBL. Mit. Nr. 10/1958, Seite 10)
 Bei der Werbung Meinigen „11 Jahre Feriendienst des FDGB“ sind unter e) die Angaben „30. April 1958“ zu ändern in: 20. Februar 1958.

Die nachstehend aufgeführten Werbestempel werden weiter verwendet.

Verwendungs-Panns	Veröffentlicht unter Anst. bzw. VMBL-Mitteilungen	Neue Verwendungsdauer bis
Altenbrak (Harz)	Nr. 8/1958, S. 516	31. 12. 1958
Andesse (Alt)	Nr. 13/1954, S. 16	31. 12. 1958
Bad Blankenburg (Thüringerw)	Nr. 20/1957, S. 57	30. 6. 1958
Frankfurt (Oder)	Nr. 124/1956, S. 185	31. 12. 1958
Friedrichshagen/über Gerstede (Hanz)	Nr. 16/1948, S. 102	14. 1. 1958
Geyer (Ergeb)	Nr. 176/1951, S. 958	31. 12. 1958
Geandstein/über Gethlin	Nr. 6/1953, S. 6	31. 12. 1958
Grünbach (Vogt)	Nr. 34/1949, S. 265	31. 1. 1959
Jocketa	Nr. 1/1955, S. 7	31. 12. 1958
Mellenbach (Thüringerw)	Nr. 20/1955, S. 84	31. 1. 1959
Flauen (Vogt) 4 (Mösch)	Nr. 17/1949, S. 327	14. 1. 1958
Rötha	Nr. 18/1955, S. 14	31. 1. 1959
Schwarzburg Sangerhausen	Nr. 35/1948, S. 179	31. 1. 1959
Sitzendorf (Schwarzal., Thür)	Nr. 67/1954, S. 108	31. 1. 1958
Unterweißbach (Thüringerw)	Nr. 20/1955, S. 24	31. 1. 1959
Waren (Müritz)	Nr. 69/1956, S. 106	31. 12. 1958
Wettin (Saalkr)	Nr. 91/1949, S. 448	31. 12. 1958
Wolkenslein	Nr. 45/1949, S. 382	31. 12. 1958

DPW 2351-9

Ausgabe A

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen

Jahrgang 1958 Berlin W 66, den 23. Februar 1958 Nummer 7



Inhalt

Seite	Betriebsdienst	Seite
10	— Post —	
21	Nr. 32 Luftpostverkehr während der Leipziger Frühjahrmesse	21
22	Nr. 33 Überlassen bahnhöflicher Stromwege	22
23	Nr. 13 Wettbewerb zu Ehren des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands	23
24	Nr. 14 Sonder- und Werbestempel	24

Orden „Banner der Arbeit“ für Fernmeldeamt Görlitz Neue Arbeitstaten zu Ehren des V. Parteitages der SED



Das Präsidium des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik hat beschlossen, auf Vorschlag des Kollegiums des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen und des Sekretariats des Zentralvorstandes der Industriegewerkschaft Post- und Fernmeldewesen dem Fernmeldeamt Görlitz den Orden „Banner der Arbeit“ zu verleihen. Das Fernmeldeamt Görlitz ist das erste Amt der Deutschen Post, das die hohe Staatsauszeichnung erhält.

Im Fernmeldeamt Görlitz wird seit Jahren erfolgreich der Wettbewerb geführt, dessen Ziele auf das Lösen der wichtigsten ökonomischen und politischen Aufgaben gerichtet sind. Zur Förderung des Wettbewerbs werden seit 1952 Wanderwimpel und Ehrenurkunden verliehen, und die Namen der Besten im Wettbewerb werden in Ehrenbücher eingetragen.

Das Anwenden neuer Arbeitsmethoden ist Voraussetzung, um bessere Leistungen bei höherer Qualität zu erzielen. Im Fernmeldeamt Görlitz sind in der Industrie entwickelte neue Arbeitsmethoden stets aufgenommen und eingeführt worden. Dabei wurden die Methoden den betrieblichen Bedingungen im Fernmeldewesen angepaßt. Das Fernmeldeamt Görlitz hat seine Initiative, seine guten Methoden und seine Erfahrungen auf andere Fernmeldeämter und auch Hauptpostämter übertragen.

Von der Belegschaft des Fernmeldeamtes sind zu wichtigen politischen Ereignissen, z. B. zu den Parteitagen und Konferenzen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, während des Wilhelm-Pieck-Aufgebotes und zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, Hunderte Verpflichtungen übernommen worden. Die Verpflichtungen stellten sich zum Ziel: das Verbessern der technisch-wirtschaftlichen Kennziffern im Fernsprechemittlungsdienst und im Entwürfsdienst, das Steigern der Produktivität, das Beseitigen von Stillstandszeiten und das Leisten von Aufbaustunden und Ernteinsätzen. Bereits im Jahre 1955 ist es durch die Tatkraft und die Einsatzfreude der Arbeiter und Angestellten gelungen, im Fernmeldeamt Görlitz 81 Prozent aller Ferngespräche im Schnelldienst auszuführen und im UF-Bereich Görlitz-Niesky den wortzeitlichen Verkehr einzuführen.

In den Produktionsberatungen hat das Fernmeldeamt Görlitz neue Wege beschritten. Es hat ein Patenverhältnis zwischen Verwaltung und Produktion geschaffen, das sich vorteilhaft für die Arbeit und den Wettbewerb auswirkt. Diese Methode ist von zahlreichen Ämtern der Deutschen Post übernommen worden.

Die Normenarbeit wurde systematisch entwickelt. Gegenwärtig beträgt der Leistungslohnstundenanteil über 90 Prozent. Die Normen werden mit durchschnittlich 119 Prozent erfüllt. Zu diesen Leistungen hat die planmäßige Qualifizierung der Arbeitskräfte beigetragen, die im Fernmeldeamt besonders in Kursen und Aktivistenschulen erfolgt.

Das Fernmeldeamt Görlitz ist bereits elfmal Republikstieger im Massenwettbewerb geworden. Es wurde vom Ministerrat mit der Wanderfahne ausgezeichnet, die es im Jahre 1954 für hervorragende Leistungen als erstes Fernmeldeamt in der Deutschen Demokratischen Republik für ständig errang. Dem Fernmeldeamt ist es gelungen, in fünf Quartalen 2. Sieger zu werden. Zahlreiche Brigaden und Mitarbeiter des Amtes erhielten für ihre guten Arbeitsleistungen Ehren titles und Staatsauszeichnungen verliehen.

Das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen und der Zentralvorstand der Industriegewerkschaft Post- und Fernmeldewesen beglückwünschten im Namen aller Werktätigen der Deutschen Post die Belegschaft des Fernmeldeamtes Görlitz zu der hohen Staatsauszeichnung. Sie wünschen dem Fernmeldeamt weitere politische, ökonomische und fachliche Erfolge auf unserem gemeinsamen Weg beim Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik.

Staatssekretär Serinek und der Vorsitzende des Zentralvorstandes der Industriegewerkschaft Post- und Fernmeldewesen, Kollege Springer, haben am 11. Februar 1958 während einer Feierstunde die Auszeichnung vorgenommen. Sie überreichten dem Leiter des Fernmeldeamtes sowie dem Vorsitzenden der Betriebsgewerkschaftsleitung für die Belegschaft Orden und Urkunde.

Während der Feierstunde rief die Fernmeldebaubrigade „Einheit“ die anderen Brigaden auf, den Wettbewerb zu Ehren des V. Parteitagess der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu führen:

„Wir Mitglieder der Fernmeldebaubrigade „Einheit“ führen den Wettbewerb zu Ehren des V. Parteitagess der Partei der Arbeiterklasse, weil wir erkannt haben, daß nur unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands der Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik und die Erhaltung des Friedens erfolgreich gelöst werden.

Deshalb verpflichten wir uns:

1. im Planjahr 1958 3 Tage Planvorsprung zu erreichen und
2. den Leistungslohnstundenanteil von 93 Prozent auf 94,5 Prozent zu steigern.

Wir rufen die anderen Fernmeldebaubrigaden unseres Amtes auf, sich diesem Wettbewerb anzuschließen.

Durch die Teilnahme aller Fernmeldebaubrigaden unseres Amtes wird erreicht, daß eine Fernmeldebaubrigade von zehn Kollegen 14 Tage im Braunkohlenrevier Senftenberg beim Aufbau des Nachrichtennetzes tatkräftig mithelfen kann.“

Dem Aufruf haben sich bereits alle Fernmeldebaubrigaden des Fernmeldeamtes Görlitz angeschlossen. Sie erwarten, daß die Brigaden in den anderen Ämtern des Post- und Fernmeldewesens sich ihrem Beispiel anschließen.

Der Leiter des Fernmeldeamtes, Kollege Hilpert, überreichte dem Vorsitzenden des Zentralvorstandes, Kollege Springer, eine Mappe mit Verpflichtungen, die von den Kolleginnen und Kollegen zu Ehren des V. Parteitagess der Partei der Arbeiterklasse übernommen werden:

„Da die Erfüllung unserer Betriebs- und Volkswirtschaftspläne ein Beitrag zur Festigung unserer Arbeiter- und Bauern-Macht und zur Erhaltung des Friedens ist, verpflichten sich die Kollegen des Fernmeldebaudienstes, ihren Betriebs-Teilplan vorfristig zu erfüllen.

Auf Grund der Verpflichtung zur vorfristigen Betriebs-Teilplanerfüllung wird entsprechend der kameradschaftlichen Hilfe eine Brigade des Fernmeldebaudienstes für mindestens zwei Wochen zum Aufbau des Nachrichtenwesens im Kohlenrevier Senftenberg eingesetzt.

In der Erkenntnis, daß jede produktive Arbeit dem Wohlstand unseres Volkes dient, verpflichten sich 210 Belegschaftsangehörige, das sind 87,5 Prozent der Belegschaft, darunter alle leitenden Mitarbeiter, zur Leistung von 1230 freiwilligen Aufbaustunden für das Nationale Aufbauwerk.

Die Kollegen des Fernmeldebaudienstes übernehmen hierbei die Aufgabe, eine Kabellegung im Sportstadion von Görlitz vorzunehmen, wodurch eine Einsparung für die demokratische Sportbewegung von etwa 1000,- DM erreicht wird.

Die Kollegen der Sprechstellen- und unterirdischen Fernmeldebaubrigade verpflichten sich, aktiv an der Überprüfung der Normen mitzuarbeiten, um zu erreichen, daß eine einheitliche Anwendung der Normen in Sprechstellen- und unterirdischen Fernmeldebau erfolgen kann.“

Das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen und der Zentralvorstand der Industriegewerkschaft Post- und Fernmeldewesen begrüßen die Initiative der Arbeiter, Angestellten, Techniker und Ingenieure des Fernmeldeamtes Görlitz. Sie rufen die Belegschaften aller Hauptpostämter, Fernmeldeämter und Funkämter auf, dem Beispiel des Fernmeldeamtes Görlitz nachzueifern und den Wettbewerb zu Ehren des V. Parteitagess der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu führen.

Verfügungen Allgemeines

Nr. 31/1958. Sonderpostwertzeichen zur Konferenz der Minister des Post- und Fernmeldewesens der sozialistischen Länder

In der Zeit vom 3. bis 17. Dezember 1957 fand in Moskau die erste Konferenz der Minister des Post- und Fernmeldewesens aus der Volksrepublik Albanien, Volksrepublik Bulgarien, Ungarischen Volksrepublik, Demokratischen Republik Vietnam, Deutschen Demokratischen Republik, Volksrepublik China, Koreanischen Volksdemokratischen Republik,

Die Konferenz erweiterte und vertiefte die Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern auf dem Gebiete des Post-, Fernmelde- und Funkwesens. Die Deutsche Post gibt zwei Sonderbriefmarken zu 5 und 20 Pfennig heraus, um auf die Bedeutung der Konferenz hinzuweisen.

Die Wertzeichen zeigen auf dem 5-Pfennig-Wert (grau/schwarz) ein Posthorn sowie einen Funkturm, der Morsezeichen ausstrahlt, und auf dem 20-Pfennig-Wert (rot/dunkelrot) einen Funkturm mit kreisförmig angeordnetem Text. Die Entwürfe fertigte der Grafiker Harry Prieß, Schöneiche



Mongolischen Volksrepublik, Volksrepublik Polen, Volksrepublik Rumänien, Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Tschechoslowakischen Republik statt. Als Beobachter nahm die Delegation der Generaldirektion für Post, Telegrafie und Fernsprechen der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien teil.

Die Konferenz beschloß Maßnahmen zur Verbesserung der Fernmeldeverbindungen, des Austausches von Rundfunk- und Fernsehsendungen sowie der technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern. Ferner wurden Abkommen über die Organisation der Zusammenarbeit der sozialistischen Länder auf dem Gebiet des Post-, Fernmelde- und Funkwesens sowie über die Koordinierung der Tätigkeit der Ionosphärendienste unterzeichnet.

(b Berlin). Den Druck der Wertzeichen besorgte der VEB Deutsche Wertpapierdruckerei in Leipzig im zweifarbigen Offsetverfahren auf Wasserzeichenpapier mit dem Kreuzblumenmuster.

Die Sonderpostwertzeichen sind vom 6. März 1958 an bei allen Postanstalten zu verkaufen. Vor dem ersten Ausgabetag dürfen sie nicht abgegeben werden.

Zu den Wertzeichen wird kein besonderer Ersttagsbriefumschlag ausgegeben. Der allgemeine Ersttagsbriefumschlag mit Blindprägung und gelbem Posthorn zum Preis von 20 Pfennig ist bei den üblichen Abgabestellen vorfristig zu halten.

Die Ausgabe der Sonderpostwertzeichen ist auf dem Ausweis der Teilnehmer am Ausweisverfahren zum Bezug von Sonderpostwertzeichen usw. als Nummer 3/58 zu vermerken.

P O B 4 a 2040-1

Betriebsdienst

- Post -

Nr. 32/1958. Luftpostverkehr während der Leipziger Frühjahrsmesse

1. Die Maschinen der DLH, CSA, KLM und SABENA, die während der Leipziger Frühjahrsmesse den Flugverkehr ab Leipzig mit dem Auslauf durchfahren, werden für die Beförderung von Luftpostsendungen benutzt. Um die dadurch gebotenen Möglichkeiten einer Laufzeitbeschleunigung auszunutzen, sind die in der Zeit vom 27. Februar bis 11. März 1958 in den Bezirken Cottbus, Dresden, Erfurt, Gera, Halle (Saale), Karl-Marx-Stadt, Leipzig und Suhl aufkommenden Luftpostbriefsendungen, getrennt nach gewöhnlichen und Eingeschriebenen, in besonderen Beuteln oder

Bunden an das Bahnpostamt 32, Briefabfertigung — Luftpoststelle oder Einschreibestelle — zu senden oder in Richtung Leipzig verkehrenden Bahnposten zuzuführen.

Das Postamt Dresden A 24 und das Hauptpostamt Erfurt I befördern dagegen täglich die bei ihnen in der Zeit vom 28. Februar bis 11. März 1958 aufkommenden Luftpostbriefsendungen mit dem Flug DH 51, ab Dresden 7.45 Uhr, an Leipzig 8.05 Uhr, und dem Flug DH 53, ab Erfurt 9.20 Uhr, an Leipzig 9.45 Uhr.

Luftpostpakete werden auf dem schnellsten Wege an das Hauptpostamt Leipzig N 18 abgewiesen.

- 2. Für Luftpostsendungen aller Art nach der Demokratischen Republik Vietnam, der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, der Mongolischen Volksrepublik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Volksrepublik China und der Volksrepublik Polen gilt die Regelung nach Absatz 1 nicht. Solche Sendungen werden unverändert dem Luftpost-Auswechslungsamt Berlin NW 7 zugeführt.
- 3. Mit den Maschinen der DLH, die während der Leipziger Frühjahrsmesse zwischen Leipzig und Berlin, Leipzig und Dresden sowie Leipzig und

- Erfurt verkehren, werden in beiden Richtungen Eilbriefsendungen befördert.
- 4. Luftpostsendungen nach Westdeutschland werden grundsätzlich, also ohne Rücksicht auf einen Leitvermerk, auf dem Schienenwege abgewiesen.
- 5. Alle von Leipzig-Mockau mit dem Flugzeug beförderten Luftpostbriefsendungen nach dem Ausland und Eilbriefsendungen (siehe unter 3.) erhalten einen Zusatzstempel, der auf die Luftbeförderung hinweist.

P OB 3 a 2622-0

- Fernmeldewesen -

Nr. 33/1958. Überlassen bahneigener Stromwege
Bahneigene Stromwege darf die Reichsbahn nicht an Dritte vermieten. Stromkreise an Dritte dürfen nur von der Deutschen Post abgegeben werden. Sofern die Deutsche Post über keinen Stromweg zur Einrichtung einer Fernmeldeanlage verfügt, kann sie einen solchen von der Reichsbahn — soweit verfügbar — bis auf jederzeitigen Widerruf anmieten und an den Antragsteller weitervermieten.

Für das Anmieten von Stromwegen bei der Reichsbahn gelten die Gebühren nach der Preisordnung Nr. 673 — Anordnung über die Entgelte für Leistungen der Deutschen Reichsbahn außerhalb der Eisenbahntarife — § 30, und zwar

- a) für bahneigenes Gestänge je km Doppelleitung 3,80 DM
- b) für bahneigene Freileitungen je km Doppelleitung 7,50 DM

- c) für bahneigene Kabelleitungen (Adernpaar unverstärkt) je km 3,50 DM
- d) bei Verwendung von 2- oder 4-Draht-Verstärkern je Verstärker 8,00 DM

Dem Mieter sind vom zuständigen Fernmeldeamt Stromweggebühren nach Anlage 3, Teil III, der Bestimmungen über Privatfernmeldeanlagen zu berechnen.

Die Reichsbahn wird Anträge Dritter zur Anmietung von Stromwegen, die an ihre Dienststellen gerichtet werden, grundsätzlich an das zuständige Fernmeldeamt der Deutschen Post abgeben.

Die Transportpolizei erhält von der Reichsbahn Basa-Anschlüsse ohne Gebühr. Sie ist nicht Dritter im Sinne dieser Verfügung.

Sämtliche dieser VMBL.Vf. entgegenstehenden Verfügungen werden hiermit zurückgezogen.

Fc Fv 5 3554-0/Basa

Mitteilungen

Nr. 13/1958. Wettbewerb zu Ehren des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

In den Ämtern und Betrieben der Deutschen Post entwickelt sich der Wettbewerb zu Ehren des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bereits zahlreich sind die Verpflichtungen, die von Werkträgern oder Kollektiven abgegeben wurden. Das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen bittet die Ämter und Betriebe, bis zum Parteitag ständig der Pressestelle mitzuteilen, wieviel Verpflichtungen abgegeben wurden und wieviel Werkträgern und Brigaden am Wettbewerb teilnehmen. In den Meldungen sollen auch die wertvollsten Verpflichtungen angegeben und näher beschrieben werden. Die Pressestelle wird die Meldungen für das VMBL und für die Tagespresse auswerten.

Nr. 13/1958-0

Nr. 14/1958. Sonder- und Werbestempel
(Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluß der Mitteilungen)

- a) Deutsche Bobmeisterschaften 1958
- b) Schierke (Harz)

- c) Handstempel
- d) SCHIERKE (HARZ) 15. 2. 58-59
- e) Deutsche Bobmeisterschaften 1958
- f) Bildliche Darstellung: Viererbob
- g) 15. Februar bis 14. März 1958

- a) 50 Jahre Ingenieurschule
- b) Wismer 1
- c) Handstempel
- d) WISMAR 1. 1. 58-59
- e) 50 Jahre Ingenieurschule
- f) Bildliche Darstellung: Stadtwappen
- g) 1. März bis 31. Mai 1958

- a) Jugendweih
- b) Berlin W 8, Cottbus, Dresden A 1, Erfurt, Frankfurt (Oder) 1, Gera 4, Halle (Saale) C 2, Karl-Marx-Stadt C 1, Leipzig C 1, Magdeburg C 1, Neubrandenburg (Meckl.), Potsdam, Rostock 1, Schwerin (Meckl.), Suhl
- c) Handstempel
- d) BERLIN W 8 usw.
- e) 5. 2. 58-59
- f) JUGENDWEIHE BEKENNTNIS FÜR FRIEDEN VOLKENFREUNDSCHAFT UND SOZIALISMUS
- g) 5. März bis 5. Mai 1958

- a) Anlaß b) Verwendung-PA c) Art des Stempels d) Stempel-inschrift e) Verwendungsort

Herausgeber: Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin W 8, Verlag: DVZB Deutscher Zentralverlag, Berlin, Fernpost 27 611, Postfachkonto: 1600 55. — Die Verfügungen und Mitteilungen erscheinen in der Regel am 1., 8., 15. und 22. jedes Monats. — Veröffentlicht unter Druckgenehmigungsnummer Ag 114/58 DDR des Ministeriums für Kultur der Deutschen Demokratischen Republik, Hauptverwaltung Verlagswesen. — Druck: VEB Berliner Druckhaus, Berlin NO 55.

Ausgabe A

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen

Jahrgang 1958 Berlin W 66, den 15. Februar 1958 Nummer 6

Inhalt

Verfügungen:		Seite
Nr. 29 Sonderpostwertzeichen zur Leipziger Frühjahrsmesse 1958	Allgemeines	17
Nr. 30 Besondere Sicherheitsvorschriften für Einschreibsendungen	Betriebsdienst — Post —	17
Mitteilungen:		
Nr. 11 Sonderpoststempel		18
Nr. 12 Sonder- und Werbestempel		18

Verfügungen Allgemeines

Nr. 29/1958. Sonderpostwertzeichen zur Leipziger Frühjahrsmesse 1958

Zur Leipziger Frühjahrsmesse 1958 werden zwei Sonderpostwertzeichen zu 20 Pfennig (rot) und 25 Pfennig (blau) herausgegeben. Beide Werte

Den Druck der Briefmarken besorgte der VEB Deutsche Wertpapier-Druckerei in Leipzig im Offsetverfahren auf Wasserzeichenpapier mit dem Kreuzblumenmuster. Den Entwurf fertigte der Graphiker Bodo Rehm, Suhl.

Die Wertzeichen sind vom 27. Februar 1958 an bei allen Postanstalten zu verkaufen. Vor dem ersten Ausgabetag dürfen sie nicht abgegeben werden.

Zu den Wertzeichen wird ein Ersttagsbriefumschlag herausgegeben, der auf dem linken Drittel der Antriebsseite das Leipziger Messezeichen und das Stadtwappen zeigt. Der Briefumschlag ist so gleich nach Eingang zum Preise von 20 Pfennig bei den üblichen Abgabestellen zu verkaufen.

Die Ausgabe der Sonderpostwertzeichen und Ersttagsbriefumschläge ist auf den Ausweisen der Teilnehmer am Ausweisverfahren zum Bezug von Sonderpostwertzeichen usw. als Nummer 2/58 zu vermerken.

P OB 4 a 2040-1



zeigen als Motiv eine symbolische Darstellung (Erdkugel, Friedenstaube und Messezeichen). Wegen des gleichen Motivs wird nur ein Wertzeichen abgebildet.

Betriebsdienst — Post —

Nr. 30/1958. Besondere Sicherheitsvorschriften für Einschreibsendungen

Nach ADA V, 2 Anhang 7 unter II.2 sind bei jeder Einschreibstelle oder in den Bahnposten monatlich einmal die Einschreibsendungen eines

Tagesabschnittes oder eines Kartenschlusses unvermutet aufzuzeichnen. Diese Aufzeichnungen führen jedoch beim Verlust von Einschreibsendungen in den seltensten Fällen zur Aufklärung. Künftig sind deshalb die Aufzeichnungen so zu fassen, daß der Beförderungsweg einer Einschreibsendung bis zur

nächsten Dienststelle (Postamt oder Bahnpost) verfolgt oder geprüft werden kann, ob die Einschreibung von der nächsten Stelle unversehrt und rechtzeitig weitergegeben worden ist.

In der ADA V.2 Anhang 7 ist auf diese Verfügung hinzuweisen. Unter Punkt II. sind die Unterüberschrift „1. Im eigenen Amt“ und der Abschnitt „2. Überwachen anderer Dienststellen“ zu streichen.

Mitteilungen

- Nr. 11/1958. Sonderpostläufer**
(Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluß der Mitteilungen)
— Veraplicet gemeldet —
Dresden, Plonier-Palast „Walter Ulbricht“, ZwPA des IHPA Dresden N 6
- a) 2. Jugend-Briefmarkenausstellung
 - b) Kulturband zur demokratischen Erneuerung Deutschlands. Sektion Philatole, Jugendgruppe Dresden
 - c) 18. bis 19. Januar 1958
 - d) Verkauf von Sonderpostwertzeichen, Wertzeichen und Presseerzeugnissen, Annahme von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen, Gefälligkeitsstempelungen
 - e) Dresden 18. 1. 58-00 Plonier-Postamt Bildliche Darstellung: Emblem der Plonier-Organisation
- Oberhof (THH), Cravinklerstraße, IFA, ZwPA des PA Oberhof (THH)
- a) III. Internationale Wintersportwoche
 - b) Deutscher Turn- und Sportbund
 - c) 12. bis 22. Februar 1958
 - d) Verkauf von Postwertzeichen, Sondermarken, Presseerzeugnissen, Annahme von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen und von Telegrammen, Vermittlung von Gesprächen, Gefälligkeitsstempelungen
 - e) OBERHOF (THH) 12. 2. 58-00 III. Internationale Wintersportwoche vom 12.-22. 2. 1958 Bildliche Darstellung: Skispringer und Schneestern Der Stempel wird in der Zeit vom 21. Februar bis 15. März 1958 beim PA Oberhof (THH) verwendet.
- Leipzig
- 1. Ringmessehaus
 - 2. Messehof
 - 3. Handelhof
 - 4. Sächsisches Kaufhaus
 - 5. Messediens „Franz-Mehring-Haus“
 - 6. Buchvertriebshaus
 - 7. Ausländertreffpunkt Neues Rathaus
 - 8. Pressezentrum (nicht öffentlich)
 - 9. Flughafent
 - 10. Technische Messe I, Halle 6
 - 11. Technische Messe II, fahrbares Postamt, Rückseite Halle 12
 - 12. Technische Messe III, fahrbares Postamt Halle 16
 - 14. Technische Messe IV, Ausländerkubraum Halle 8
- ZwPA des IHPA Leipzig C 1
- a) Leipziger Frühjahrsmesse 1958
 - b) Leipziger Messeamt
 - c) 2. bis 11. März 1958
 - d) 1. bis 7. 12. und 13. vom 1. bis 11. März 1958
 - e) 2. vom 26. Februar bis 12. März 1958
 - f) vom 27. Februar bis 12. März 1958
 - g) vom 28. Februar bis 12. März 1958
 - h) vom 17. Februar bis 12. März 1958
 - i) vom 27. Februar bis 11. März 1958
 - j) 1. bis 14: Verkauf von Postwertzeichen und Sondermarken, Annahme von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen und von Telegrammen, Sparkassendienst, Vermittlung von Inlands- und Auslandsferngesprächen
 - k) 11: Annahme von Wertsendungen und Paketen sowie von Postanweisungen und Zahlkarten
 - l) 1. bis 3. 4 bis 7. 10 und 12: Verkauf von Presseerzeugnissen
 - m) Zu 1 bis 14: Ortsangaben wie angegeben
 - n) Insdhrift: Leipzig
 - o) Zu 3 bis 9 und 11 bis 14: Leipziger Messe
 - p) Zu 1: Ringmessehaus
 - q) Zu 2: Musikinstrumente und Spielwaren in alle Welt
 - r) Zu 4: Seit 1288 Leipziger Messe
 - s) Zu 10: Flughafen
 - t) Bildliche Darstellung:
 - u) Zu 1: Im Halbkreis angeordnete Buchstaben MM

- Zu 2: Akkordeon und Schaukelpferd
 - Zu 3: MM mit Merkurstab
 - Zu 4: Historischer Messerwagen
 - Zu 5: Rundfunk- und Fernsehgerät
 - Zu 6: Hochhaus mit „Franz-Mehring-Haus“
 - Zu 7: Setzmaschine
 - Zu 8: Eingang zum Neuen Rathaus
 - Zu 9: Telegraphenleitungen und Zeitungsköpfe
 - Zu 10: MM mit Kranich (Symbol Deutsche Luftflotte)
 - Zu 11: Hauptleitung Technische Messe
 - Zu 12: Volksschauspielhaus
 - Zu 13: Rosenpflanz
 - Zu 14: MM TM — viersprachig
- Ferner werden Sonderstempel bei folgenden Postämtern verwendet:
- Leipzig C 1, Unterscheidungsbuchstabe a, Turm des Neuen Rathauses, Insdhrift: Leipziger Messe von Weltbedeutung
 - Leipzig C 1, Unterscheidungsbuchstabe b, Weltkugel, Insdhrift: Internationale Leipziger Messe
 - Leipzig C 13, Werbeplakat Messe 1958, Insdhrift: Karl-Marx-Platz, Mittler zwischen Ost und West, Leipziger Messe
 - Leipzig C 17, Messebesucher und MM, Insdhrift: Hauptbahnhof Leipziger Messe
 - Bahnpostamt 32, Flugzeug, Insdhrift: Luftpost Leipziger Messe, Zusatzstempel: Mit Luftpost befördert vom Flughafen Leipzig, Bildliche Darstellung: Messezeichen
- Sämtliche Sonderstempel sind mit dem Messenzeichen versehen und werden vom 1. März 1958 an bei den genannten Postämtern — beim Bahnpostamt 32 vom Tage der Aufnahme des Flugbetriebes — verwendet.
- a) Anlaß b) Veranstalter c) Dauer d) Aufgabenkreis der Sonderpostläufer e) Stempelinschrift
 - DPW 1250-02B

- Nr. 12/1958. Sonder- und Werbepost**
(Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluß der Mitteilungen)
- a) Deutsche Wintersportmeisterschaften
 - b) Altenberg (Erzgeb)
 - c) Handstempel
 - d) ALTENBERG (ERZGEB) 1. 2. 58-00
 - e) 21. bis 23. Februar 1958
 - f) DEUTSCHE WINTERSPORTMEISTERSCHAFTEN Bildliche Darstellung: Skispringer, Landschaft
 - g) 1. Februar bis 23. Februar 1958
 - h) Volksfest „Die Käse“
 - i) Annaberg-Buchholz (Erzgeb) 1
 - j) Handstempel
 - k) ANNABERG-BUCHHOLZ (ERZGEB) 1
 - l) Die „Käse“
 - m) Das größte Volksfest im Erzgebirge
 - n) Vom 7. 8.-15. 58
 - o) 1. Februar bis 14. Juni 1958
 - p) II. Internationaler Messe-Cross 1958
 - q) Leipzig BFA 32
 - r) Maschinestempel
 - s) II. INTERNATIONALER MESSE-CROSS LEIPZIG 9. März 1958
 - t) UND I. KINDER-CROSS Bildliche Darstellung, MM-Messezeichen und Läufer
 - u) 8. Februar bis 9. März 1958
 - v) Anlaß b) Verwendung-PA c) Art des Stempels d) Stempelinschrift e) Verwendungsdauer
 - DPW 2551-0

Herausgeber: Ministerium für 1. Post- und Fernmeldewesen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin W 66. Verlag: VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin. Fernspr. 27 64 11. Postfachkonto: 1499 25. — Dringungsnummer Ag 114/58 DDR erscheinen in der Regel am 1., 3., 15. und 21. jedes Monats. — Veröffentlicht unter Druckgenehmigung. — Druck: VEB Berliner des Ministeriums für Kultur der Deutschen Demokratischen Republik, Hauptverwaltung Verlags-Druckhaus, Berlin NO 55.

Ausgabe A

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen

Jahrgang 1958	Berlin W 66, den 1. Februar 1958	Nummer 4
---------------	----------------------------------	----------

Verfügungen:	Inhalt	Seite
Nr. 20 Änderung der Struktur im Bezirk Suhl	Allgemeines	11
Nr. 21 Schreibweise von Fachbezeichnungen	Betriebsdienst	11
Nr. 22 Verkauf von Messeausweisen für die Leipziger Frühjahrsmesse 1958	Post	11
Nr. 23 Verkauf von Messeausweisen für die Leipziger Frühjahrsmesse 1958	Betriebsdienst	11

Mitteilungen:	Seite
Nr. 6 Preisausschreiben des Zentralvorstandes der IGPF	13
Nr. 7 Arbeitsschutzschulung für Zusteller	14
Nr. 8 „Die Deutsche Post“, Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen, Heft 2/1958	14
Nr. 9 Sonder- und Werbepost	14

Verfügungen Allgemeines

Nr. 20/1958. Änderung der Struktur im Bezirk Suhl

Um Unzulänglichkeiten der bisherigen Struktur des Post- und Fernmeldewesens im Bezirk Suhl zu beseitigen, sind verschiedene organisatorische Veränderungen vorgenommen worden.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1958 wurden die KPF Bad Salzung, Hildburghausen, Ilmenau, Meiningen, Neuhaus a. Rennweg, Schmalkalden, Sonneberg (Thür) und Suhl aufgelöst. In den vorgenannten Orten ist je ein Hauptpostamt und ein Fernmeldeamt gebildet worden.

Nr. 21/1958. Schreibweise von Fachbezeichnungen
Die Begriffe Telefon und Telegraf und die hier von abgeleiteten Wörter (Telefonistin, Telegrafendienst usw.) nehmen im Schriftwechsel der Deutschen Post einen großen Raum ein. Zur Zeit wird,

da nach dem Duden zwei Schreibweisen zulässig sind, bei den Dienststellen der Deutschen Post unterschiedlich verfahren. Die vorgenannten Begriffe werden entweder mit „f“ oder mit „ph“ geschrieben.

Künftig gilt folgende Regelung:

- Bei Schriftwechsel in deutscher Sprache ist die einfachere Schreibweise anzuwenden, d. h. alle von den Begriffen Telefon und Telegraf abgeleiteten Wörter sind mit „f“ zu schreiben.
- Bei fremdsprachigem Schriftwechsel richtet sich die Schreibweise nach der für die jeweilige Sprache gültigen Rechtschreibung.

Diese Regelung ist besonders vom Haupttelegrafantenamt Berlin beim Neudruck von Formblättern und Briefbogen sowie bei ähnlichen Maßnahmen zu beachten.
Org 1205-0

Betriebsdienst

— Post —

Nr. 22/1958. Verkauf von Messeausweisen für die Leipziger Frühjahrsmesse 1958

Die Leipziger Frühjahrsmesse 1958 findet vom 2. bis 11. März 1958 mit großer internationaler Beteiligung statt. Die Deutsche Post übernimmt wieder den Verkauf der Messeausweise an alle Bewoh-

ner der Deutschen Demokratischen Republik und des demokratischen Sektors von Groß-Berlin.

I. Anlieferung der Ausweise
Die Messeausweise werden allen Hauptpostämtern vom Hauptpostamt Leipzig N 18, Wertzeichenverteilamt, rechtzeitig zugehen. Die Liefe-

rungen sind sofort nach Eingang gemäß ADA VIII,1 § 42, VIII nachzuprüfen. Überzählige Messeausweise sind einschläglich der Messeabzeichen bis zum 21. Februar 1958 an das Hauptpostamt Leipzig N 18, Wertzeichenverteilamt, zurückzusenden; fehlende sind unter Beifügen der Verhandlungsschrift ebenfalls bis zum 21. Februar 1958 nachzufordern. Fehlmeldungen, die nach dem 21. Februar 1958 beim Hauptpostamt Leipzig N 18 eingehen, können nicht anerkannt werden. Die den Lieferungen beiliegenden Lieferschein-Doppel sind unterschrieben unverzüglich an das Hauptpostamt Leipzig N 18, Wertzeichenverteilamt, einzusenden. Für den weiteren Bedarf an Messeausweisen während der Verkaufsperiode steht eine Reserve beim Hauptpostamt Leipzig N 18 zur Verfügung.

Den Sendungen mit Messeausweisen sind beigelegt:

1. Messeabzeichen in der gleichen Anzahl wie Messeausweise,
2. Merkhefte für Verkaufsstellen,
3. Plakate über Ausgabeverfahren,
4. Plakate zur Kennzeichnung der Verkaufsstellen,
5. Hinweise für Kraftfahrer und
6. Aushang- und Handfahrpläne über Sonderzugverbindungen zur Leipziger Frühjahrsmesse 1958.

II. Verkaufszweit

Alle mit dem Verkauf der Messeausweise beauftragten Mitarbeiter sind vor Beginn des Verkaufs an Hand dieser VMBL.Vf. und der vom Leipziger Messeamt gelieferten Merkhefte für Verkaufsstellen eingehend zu belehren.

Mit dem Verkauf ist am 17. Februar 1958 zu beginnen. Der Verkauf ist am 11. März 1958 (letzter Messetag) zu beenden.

III. Verkauf der Messeausweise

Der Preis für den Ausweis beträgt einschließlich des Messeabzeichens 10,— DM.

1. Der ständige Verkauf der Messeausweise am Schalter ist unbedingt bei allen Hauptpostämtern und bei den Postämtern der Kreisstädte vorzunehmen. Das Einbeziehen weiterer Postämter in den Verkauf ist nur mit Zustimmung des Leipziger Messeamtes gestattet. In den Städten Dresden, Karl-Marx-Stadt, Erfurt, Halle (Saale), Magdeburg und im demokratischen Sektor von Groß-Berlin werden mehrere Postanstalten in den Verkauf einbezogen (s. VMBL.Vf. Nr. 41/1958 unter VIII). Für Leipzig ergeht besondere Anweisung.
2. Bei allen übrigen Postanstalten müssen bis zum 22. Februar 1958 Bestellungen von Messeausweisen entgegengenommen werden. Nach den vorliegenden Bestellungen ist der Bedarf an Messeausweisen am 22. Februar 1958 von den Postanstalten beim zuständigen Hauptpostamt anzufordern. Die Hauptpostämter übergeben den Postanstalten sofort die Messeausweise, so

daß ab 26. Februar 1958 die Aushändigung der bestellten Messeausweise an die Besteller durch die Postanstalten gewährleistet ist. Die bestellten Messeausweise müssen bis zum 1. März 1958 von den Bestellern abgeholt sein. Nach dem 1. März 1958 kann von den Bestellern kein Anspruch mehr erhoben werden. Für Tagesausweise, die nur in Leipzig verkauft werden, dürfen keine Bestellungen entgegengenommen werden.

3. Auf Wunsch der Besteller können Messeausweise auch durch Brief zugestellt werden. Das ist besonders dann erforderlich, wenn bei Postanstalten, die keinen ständigen Verkauf am Schalter durchführen (s. III, 2), nach dem 22. Februar 1958 Bestellungen aufgegeben werden. Bestellungen auf Messeausweise, deren Zustellung gewünscht wird, sind von den Postanstalten dem zuständigen Hauptpostamt zuleiten. Der Versand erfolgt als gewöhnlicher Brief unter Ansetzen des Wertes für die Messeausweise sowie der entsprechenden Briefgebühr als Nachgebühr auf der Sendung. Die Briefumschläge sind mit einem rot zu unterstreichenden Vermerk „Leipziger Messeausweise“ zu versehen. Die Verrechnung der als Nachgebühr eingezogenen Beträge für die Messeausweise zwischen den Postanstalten und den Hauptpostämtern regeln die Hauptpostämter. Sie erteilen hierzu ihren unterstellten Postanstalten entsprechende Anweisung.
4. Eine Rücknahme bereits verkaufter Messeausweise durch die Postanstalten ist unzulässig.

IV. Abrechnung

Die Messeausweise sind bei der Wertzeichenverwaltung der Hauptpostämter als Bestände zu führen und den in Frage kommenden Zweigkassen wie Formblätter — jedoch besonders — zuzuschreiben. Im Abschlußbuch sind sie auf besonderer Zeile nachzuweisen. Die aus dem Verkauf der Messeausweise erzielten Erlöse — je Ausweis 10,— DM (abzüglich 0,10 DM Provision = 9,90 DM) — sind von den Hauptpostämtern bis zum 18. März 1958 auf das Postscheckkonto „HPA Leipzig N 18, Messeausweise, Leipzig N 18, Konto-Nr. 60777, PöschA Leipzig“ mit Kontokarte zu überweisen. Die Provision in Höhe von 0,10 DM für jeden verkauften Messeausweis ist von den Hauptpostämtern vor Überweisung des Erlöses an das Hauptpostamt Leipzig N 18 beim Unterkonto 60009 zu verrechnen. Die Provision in Höhe von 0,05 DM für die von den Postanstalten in Leipzig verkauften Tagesausweise ist ebenso zu verrechnen.

Die bei den früheren Leipziger Messen üblich gewesenen Abschlagszahlungen sind nicht von den Hauptpostämtern zu leisten. Die Abschlagszahlungen werden auf Grund der Verkaufsmeldungen (s. V) zentral durch das Hauptpostamt Leipzig N 18 an das Leipziger Messeamt überwiesen. Hierzu ergeht noch nähere Anweisung an das Hauptpostamt Leipzig N 18.

Die Abrechnung der Hauptpostämter über den Verkauf der Messeausweise ist bis zum 18. März

1958 sinngemäß nach dem Muster der VMBL.Vf. Nr. 197/1953 zu fertigen. Gleichzeitig sind die nicht verkauften Messeausweise dem Hauptpostamt Leipzig N 18, Wertzeichenverteilamt, mit doppeltem Lieferschein zu übersenden. Für die termingerechte Abrechnung sind die Leiter der Ämter verantwortlich.

Die Postämter im demokratischen Sektor von Groß-Berlin rechnen nach Beendigung der Verkaufsperiode (11. März 1958) unverzüglich mit dem Hauptpostamt Berlin W 8 ab, dem auch die Messeausweise übersandt werden. Die Hauptpostämter im demokratischen Sektor von Groß-Berlin haben ebenfalls keine Abschlagszahlungen mehr zu leisten.

Die Anlage 4 zur VMBL.Vf. Nr. 197/1953 über die Auswertung des Messeausweisverkaufs ist dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen nicht mehr vorzulegen.

V. Verkaufsüberwachung

Zur Lenkung des Besucherstroms muß das Leipziger Messeamt während der Verkaufsperiode von der Zahl der verkauften Messeausweise unterrichtet werden. Die mit dem Verkauf beauftragten Postanstalten melden deshalb am 21. und 25. Februar und am 1., 4., 6., 8. und 12. März 1958 bis 12.00 Uhr dem zuständigen Hauptpostamt und diese bis 15.00 Uhr dem zuständigen Wertzeichenverteilamt die Anzahl der verkauften Messeausweise und den vorhandenen Bestand.

Die Wertzeichenverteilämter fassen die Zahlen der Hauptpostämter zusammen und übermitteln das Ergebnis sofort fernmündlich — jedoch spätestens bis 17.00 Uhr — dem Hauptpostamt Leipzig N 18, Wertzeichenverteilamt, Fernsprecher 6 40 31, HA. 63.

Die Deutsche Post ist dem Leipziger Messeamt gegenüber vertraglich zur Abgabe dieser Meldungen verpflichtet. Es ist nicht tragbar, daß die Meldungen, die auch als Grundlage für die Höhe der an das Leipziger Messeamt zu leistenden Abschlagszahlungen herangezogen werden (s. IV), von den Meldepflichtigen nicht oder verspätet abgegeben werden.

VI. Ausgleich der Messeausweise innerhalb der Bezirke

Die Aufschlüsselung der Messeausweise auf die einzelnen Verkaufsstellen ist im Einvernehmen mit dem Leipziger Messeamt nach Erfahrungswerten

vorgenommen worden. Trotzdem wird während der Verkaufszeit ein Ausgleich innerhalb der Bezirke notwendig sein. Dieser ist von den Wertzeichenverteilämtern zu vermitteln. Hierzu wird den Wertzeichenverteilämtern die Anzahl der den Hauptpostämtern des Bezirks vom Hauptpostamt Leipzig N 18 gelieferten Messeausweise mitgeteilt. Außerdem erhalten sie durch die von den Hauptpostämtern eingehenden Meldungen (s. V) vom jeweiligen Stand des Verkaufs Kenntnis. Wenn bei einer Verkaufsstelle noch Messeausweise benötigt werden und ein Ausgleich innerhalb des Bezirks nicht mehr möglich ist, muß die Nachbestellung für Messeausweise an das Hauptpostamt Leipzig N 18 zur Belieferung aus der Reserve (s. I) weitergeleitet werden. Die Nachlieferungen werden an die Hauptpostämter direkt ausgeliefert.

Die innerhalb der Bezirke vorgenommenen Ausgleich sind in der Abrechnung der Hauptpostämter (s. IV) als Zugang vom Hauptpostamt ... oder Abgang an Hauptpostamt ... besonders zu erwähnen.

VII. Allgemeines

1. Zu jedem Messeausweis gehört ein Messeabzeichen, das unentgeltlich mit auszuhängigen ist. Eine Rücknahme oder Ersatzleistung für beschädigte oder in Verlust geratene bereits verkaufte Messeausweise ist untersagt. Das gilt in gleicher Weise für die Messeabzeichen.
2. Einfache Anfragen der Postkunden sind mit Hilfe des Merkheftes für Verkaufsstellen (s. I, 2) zu beantworten. Wegen weiterer Anfragen, die nicht ausreichend beantwortet werden können, ist an das Leipziger Messeamt zu verweisen.
3. Wird von Messebesuchern für die Fahrt nach Leipzig ein Kraftfahrzeug benutzt, so ist ihnen — soweit der Vorrat reicht — unentgeltlich ein Merkheft für Kraftfahrer (s. I, 5) auszuhändigen.
4. Die auf den Messeausweisverkauf hinweisenden Aushänge (s. I, 3 und 4) sowie die Aushangfahrpläne (s. I, 6) sind zur Unterrichtung der Postkunden von allen Postämtern — auch solchen, die keinen Ausweisverkauf am Schalter durchführen — im Schaltervorraum anzubringen und nach Beendigung der Verkaufsperiode wieder zu entfernen. Die Aushänge liefert das Leipziger Messeamt.

P OB 2 e 2140—0

Mitteilungen

Nr. 6/1958. Preisausschreiben des Zentralvorstandes der IGFF

Der Zentralvorstand der Industriergewerkschaft Post- und Fernmeldewesen veranstaltet ein Preisausschreiben über Fragen der Sozialversicherung. Es war vorgesehen, dieses Preisausschreiben am

20. Januar 1958 abzuschließen (Einsendeschluß für die Lösungen).

Der Zentralvorstand bittet uns darauf hinzuweisen, daß er den Einsendetermin auf den 15. Februar 1958 verlängert hat, um weiteren Kolleginnen und Kollegen die Teilnahme am Preisausschreiben zu ermöglichen. Pr 1300—0

Postamt, Berlin W 8, Postfach 114, 1000 Berlin, Tel. 2729

Nr. 7/1958. Arbeitsschutzhalbschuhe für Zusteller

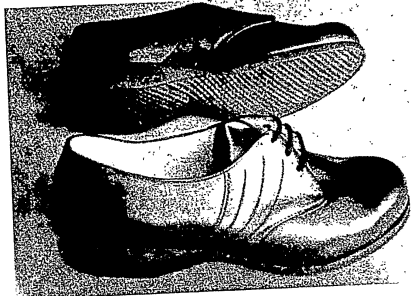
Der Gesundheits- und Arbeitsschutz bei der Deutschen Post wird ständig erweitert und verbessert. Beim Ausarbeiten des neuen Kataloges für Arbeitsschutzkleidung und -mittel ist festgelegt worden, daß für die Beschäftigten im Zustelldienst künftig Arbeitsschutzhalbschuhe ausgegeben werden. Diese Regelung entspricht auch den Wünschen und Anregungen der Mitarbeiter.

Die Arbeitsschutzhalbschuhe sind nach fußfunktionellen und fußorthopädischen Gesichtspunkten gestaltet worden; sie sind zweckmäßig in der Ausführung und form schön im Aussehen. Die Schuhe werden zur Erhaltung und allgemeinen Hebung der Fußgesundheit beitragen. Das Ministerium für Post-

und Fernmeldewesen hat für diese Arbeitsschutzmaßnahme 600 000,— DM bereitgestellt.

Das Oberteil der Arbeitsschutzhalbschuhe für Frauen (siehe Abbildung) besteht aus Rindboxleder, in das eine Rückfußlagerung eingearbeitet ist. Der Schuhboden besteht aus der Lederbrand- und Zwischensohle. Die Laufsohle ist aus Poroplastmaterial (Keilabsatz) gefertigt.

Der Arbeitsschutzhalbschuh für Männer ist ähnlich dem der Frauen im Oberteil aus Rindboxleder gearbeitet. Der Schuhboden besteht aus Lederbrand- und Lederzwischensohle. Die Laufsohle ist aus Leder und aus einem Formgummiabsatz hergestellt. P Si 9145—0



Nr. 8/1958. „Die Deutsche Post“, Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen, Heft 2/1958

- Das Februarheft enthält folgende Aufsätze:
- Kalski/Rosenmüller: Wie können wir den sozialistischen Wettbewerb bei der Deutschen Post verbessern?
 - Tretsch/Rauhut: Erkennen von Postsparfachfälschungen
 - Gollnick: Adernsucher und Fehlersuchspule
 - Groh: Die Verbesserung des Vertriebs ausländischer Presseerzeugnisse in der Deutschen Demokratischen Republik
 - Hille: Zentrale ökonomische Konferenz der Hauptverwaltung Fernmeldewesen
 - Hille: Eine Stadt starb — und lebt
 - Fegert: Bewegliche Funkdienste
 - Matthes: Was ist der Begriff, und wie wird er bestimmt?
 - Ibsch: Station für das Ausleihen von Geräten für den Fernmeldebau

Adler: Welche Arbeitsrechtsverhältnisse werden innerhalb der Deutschen Post durch Berufung begründet?

Werner: Wie geht es im Zustelldienst weiter?

Außerdem sind in dem Heft Beiträge enthalten u. a. über die Erfindung der Briefmarke, Nachweis der Über- und Zuschüsse und Lieferscheinreihe, Berufsausbildung der Fernmeldebaumeister-Lehrlinge, Amt für Fernnetze, Schweden, Straßenangaben in Telegrammen usw.

Pr 1300—0

Nr. 9/1958. Sonder- und Werbestempel

(Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluß der Mitteilungen)

- a) Geophysikalisches Jahr 1957/58
- b) Berlin W 8
- c) Handstempel
- d) BERLIN W 8
- e) 2. 58—59

GEOPHYSIKALISCHES JAHR 1957—1958
Büchliche Darstellung: Sputnik
e) 1. bis 20. Februar 1958

a) Anlaß b) Verwendung—PA c) Art des Stempels d) Stempel-inschrift e) Verwendungsdauer
DFW 2851—0

Herausgeber: Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin W 66.
Verlag: VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin, Fernpost-Verlag, Postfach 100 25. — Die Verfügungen und Mitteilungen erscheinen in der Regel am 1., 8., 15. und 22. jedes Monats. — Veröffentlicht unter Druckgenehmigungsnummer Ag 1188 DDR des Ministeriums für Kultur der Deutschen Demokratischen Republik, Hauptverwaltung Verlagswesen. — Druck: VEB Berliner Druckhaus, Berlin NO 55.

Ausgabe A

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen

Jahrgang 1957 Berlin W 66, den 15. November 1957 Nummer 46

Inhalt

Verfügungen:	Seite	
	Allgemeines	Betriebsdienst — Fernmeldewesen
Nr. 229 Sonderpostwertzeichen zum Gedenken an die Nationalpreisträger Prof. Dr. Günther Ramin und Prof. Hermann Abendroth	189	Nr. 234 Fernsprechgebührenvorschriften, Ergänzung der Verwaltungsverwaltung
Nr. 230 Heilensuntersuchungen der im Bahnpost- und Bahnhofspostdienst Beschäftigten	190	Mitteilungen:
Nr. 231 Vorbereitung auf das Fachschul- oder Fachschulfernstudium	190	Nr. 116 Veränderungen an der Hochschule für Verkehrswesen Breslau
Nr. 232 Änderung des Studienplanes für das Fernstudium an der Hochschule für Verkehrswesen	191	Nr. 117 Sonderpostämter
Nr. 233 Urkunden für Dienstjubiläen	191	Nr. 118 Sonder- und Werbestempel

Verfügungen Allgemeines

Nr. 229/1957. Sonderpostwertzeichen zum Gedenken an die Nationalpreisträger Prof. Dr. Günther Ramin und Prof. Hermann Abendroth

Zum Gedenken an die Nationalpreisträger Prof. Dr. Günther Ramin und Prof. Hermann Abendroth, die beide im Jahre 1956 gestorben sind, werden zwei Sonderpostwertzeichen zu 10 und 20 Pfennig herausgegeben.



Prof. Dr. Ramin wirkte als Kantor an der Leipziger Thomaskirche und Leiter des berühmten Thomachors. Prof. Abendroth war als Dirigent des Leipziger Gewandhausorchesters einer der bekanntesten Dirigenten Deutschlands.

Die in 1/4 ihrer natürlichen Größe abgebildeten Wertzeichen hat der Berliner Graphiker Peterpaul

Weiß entworfen. Auf dem 10-Pfennig-Wert (grün/schwarz) ist ein Kopfbild von Prof. Dr. Ramin und auf dem 20-Pfennig-Wert (rot/schwarz) ein Kopfbild von Prof. Abendroth zu sehen. Die Herstellung der Wertzeichen erfolgte im Offsetdruck beim VEB Deutsche Wertpapier-Druckerei in Leipzig auf Wasserzeichenpapier mit dem Kreuzblumenmuster. Die Sonderpostwertzeichen sind vom 22. November 1957 an bei allen Postanstalten zu verkaufen.

Vor dem ersten Ausgabetag dürfen sie nicht abgegeben werden. Zu diesen Wertzeichen wird kein Ersttagsbriefumschlag ausgegeben. Der neutrale Ersttagsbriefumschlag mit Blauprägung und gelbem Posthorn zum Preise von 20 Pfennig ist bei den üblichen Abgabestellen vorrätig zu halten.

Die Ausgabe der Sonderpostwertzeichen ist auf den Ausweisen der Teilnehmer am Ausweisverfahren zum Bezug von Sonderpostwertzeichen usw. als Nr. 17/57 zu vermerken.
P OB 4 a 2040-1

Nr. 230/1957. Reihenuntersuchungen der im Bahnpost- und Bahnhofspostdienst Beschäftigten

Im Einvernehmen mit dem Ministerium für Gesundheitswesen, dem Chefarzt der Deutschen Reichsbahn und dem Zentralvorstand der Industriegewerkschaft Post- und Fernmeldewesen werden die im Bahnpost- und Bahnhofspostdienst Beschäftigten vom 1. Januar 1958 an ärztlich untersucht. Die Untersuchungen werden von den Ärzten der Deutschen Reichsbahn vorgenommen und nach den Tauglichkeitsvorschriften der Deutschen Reichsbahn — Tauglichkeitsgruppe 3 — durchgeführt.

Nach den Tauglichkeitsvorschriften sind die Beschäftigten bei der Einstellung oder Einsetzung in diese Dienste sowie in regelmäßigen Zeitabständen zu untersuchen. Die Untersuchungen werden für Beschäftigte bis zum 60. Lebensjahr alle fünf Jahre, für Beschäftigte vom 60. bis zum vollendeten 65. Lebensjahr alle zwei Jahre und für Beschäftigte über 65 Jahre einmal jährlich vorgenommen.

In den Kreis der zu Untersuchenden sind alle weiblichen und männlichen Kräfte einzubeziehen, die

- a) voll oder teilweise im Bahnpostbegleitdienst und b) ausschließlich oder überwiegend im Bahnhofspostdienst beschäftigt sind.

Die Untersuchungen beziehen sich im besonderen auf das Seh- und Hörvermögen sowie auf weitere für den Bahnpost- und Bahnhofspostdienst erforderliche Gesundheitsbedingungen.

Da die Bezirke der Reichsbahndirektionen nicht mit den Bereichen unserer Bezirksdirektionen übereinstimmen, nehmen die Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen mit dem für ihren Bezirk zuständigen Oberbahnarzt bei den Reichsbahndirektionen Verbindung auf. Mit dem Oberbahnarzt haben sie festzulegen, von welchem Reichsbahn(betriebs)-arzt die Beschäftigten — unter Berücksichtigung der örtlichen Lage des Amtes — zu untersuchen sind. Die Bezirksdirektionen geben den Ämtern den zuständigen Reichsbahn(betriebs)-arzt bekannt.

Die Ämter haben im Einvernehmen mit dem zuständigen Reichsbahn(betriebs)-arzt die erforderlichen organisatorischen Maßnahmen zu treffen, um die Durchführung der Untersuchung zu sichern.

Zum Feststellen des Untersuchungsergebnisses werden Antragsformulare sowie „Gutachten über die Einstellungs- und Wiederholungsuntersuchungen“ benutzt. Diese Formulare werden zentral beschafft und den Ämtern zugeleitet.

Die Untersuchungsergebnisse werden in den Kaderabteilungen der Ämter aufbewahrt. Die Befunde der Einstellungs- oder Wiederholungsuntersuchungen sind ärztliche Unterlagen und unterliegen den Bedingungen der ärztlichen Schweigepflicht. Diese

faktsache muß von den Kaderabteilungen bei der Aufbewahrung der Unterlagen berücksichtigt werden.

Die Kaderabteilungen der Ämter haben zur Aufnahme der Befunde dem zu Untersuchenden einen leeren Umschlag mit folgender Aufschrift mitzugeben:

Ärztlicher Untersuchungsbefund des/der ...
Der Inhalt unterliegt der ärztlichen Schweigepflicht. Nur durch den Arzt, in Ausnahmefällen durch den Kaderleiter, zu öffnen.

Die Ämter werden durch das „Gutachten über die Einstellungs- und Wiederholungsuntersuchungen“ über das Ergebnis der Untersuchung und über die Einsatzfähigkeit des Untersuchten ausreichend unterrichtet. Der Reichsbahn(betriebs)-arzt hat das Recht, beim Erkennen von bestimmten Krankheits-symptomen den Termin der Wiederholungsuntersuchungen nach eigenem Ermessen festzulegen.

Die Oberbahnärzte und die Reichsbahn(betriebs)-ärzte erhalten vom Chefarzt der Deutschen Reichsbahn entsprechende Anweisungen.

Für die ordnungsgemäße Durchführung der Untersuchungen, Einhaltung der Termine sowie die auf Grund der Untersuchungsergebnisse einzuleitenden Maßnahmen sind die Leiter der Ämter verantwortlich.

Die Kosten für die Erstuntersuchung betragen 8,— DM und für die Wiederholungsuntersuchung 4,— DM. Die Hauptpostämter und die Bahnpostämter haben die für die Untersuchungen entstehenden Kosten zu ermitteln und der Hauptverwaltung Post- und Zeitungswesen — Abteilung P Pl — bis zum 30. November 1957 zu melden. Diese Kosten werden beim Erteilen der Planaufgaben an die Ämter berücksichtigt.

Da sich im Jahre 1958 alle Beschäftigten der Erstuntersuchung unterziehen müssen, sind für das Jahr 1958 die Untersuchungskosten von 8,— DM je Beschäftigten einzuplanen.

Die für die Untersuchungen zu zahlenden Kosten sind mit den Ärzten zu verrechnen. Das Abrechnungsvorfahren ist von den Leitern der Ämter mit dem zuständigen Reichsbahn(betriebs)-arzt zu regeln.

Si 9140-0

Nr. 231/1957. Vorbereitung auf das Fachschul- oder Fachschulfernstudium

Die Erfahrungen, die bei der Vorbereitung von Mitarbeitern auf das Fachschul- oder Fachschulfernstudium gesammelt wurden, beweisen, daß sich die Vorbereitung auf das Studium in der bisherigen Form bewährt hat. Daher soll allen Mitarbeitern der Deutschen Post, die am 1. September 1958 an den Fachschulen der Deutschen Post das Direkt- oder Fernstudium aufnehmen möchten, wieder die Möglichkeit gegeben werden, sich systematisch auf das Studium vorzubereiten. Zu diesem Zweck gibt die Zentrale Abteilung Arbeit des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen bis Mitte November 1957 Lehrpläne heraus, die den Bezirksdirektionen für

Post- und Fernmeldewesen zur weiteren Verteilung übersandt werden.

Die Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen und die Ämter haben die Mitarbeiter, die sich auf das Studium vorbereiten wollen, im Sinne der Verfügung — Der Staatssekretär — ArbSch 1 8060-0 Nr. 223/56 vom 7. Januar 1957 zu unterstützen und umgehend entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Die Dienststellen haben sicherzustellen, daß alle für ein Studium an unseren Fachschulen in Frage kommenden Mitarbeiter den Lehrplan erhalten.

Der Lehrplan ist so ausgearbeitet worden, daß er die Wissensgebiete enthält, deren Kenntnis für die Aufnahme des Studiums vorausgesetzt werden muß. Der Lehrplan sieht wöchentlich 4 Stunden für das Erlernen des Wissensstoffes vor. Die Vorbereitung soll in der Zeit vom 11. November bis 6. Dezember 1957 (4 Wochen) und vom 6. Januar bis 14. Juni 1958 (23 Wochen) erfolgen.

Allen Mitarbeitern, die die Aufnahme eines Direkt- oder Fernstudiums beabsichtigen, wird in ihrem eigenen Interesse empfohlen, sich auf Grund des Lehrplanes auf das Studium vorzubereiten. Dabei kommt es darauf an, daß die Mitarbeiter ihre Kenntnisse in den allgemeinbildenden Fächern auffrischen und vervollständigen und sich gleichzeitig an die bevorstehende intensive Lernaufgabe gewöhnen.

ArbSch 1 8060-0

Nr. 232/1957. Änderung des Studienplanes für das Fernstudium an der Hochschule für Verkehrsingenieurwesen (zur VMBL.Mitt. Nr. 116/1957)

Die Änderung der Bezeichnung der Fachrichtung an der Fakultät für Ingenieurökonomie des Transport- und Nachrichtenwesens gilt auch für das Fernstudium. Nach erfolgreichem Abschluß wird auch hier der akademische Grad „Diplom-Ingenieurökonom“ verliehen.

Im Zusammenhang mit dieser Veränderung wurde nunmehr das Studium der Physik endgültig geregelt, dessen Aufnahme in den Studienplan als fakultatives Fach in der Anmerkung 3 als vorläufig bezeichnet worden ist. Ab Matrikel VII (Studienbeginn 1. September 1956) einschließlich ist Physik obligatorisch mit folgender Studienverteilung zu studieren:

- 2. Studienjahr 90 Stunden keine Prüfungen und Belege
- 3. Studienjahr 150 Stunden 1 Klausur (K), 1 Zwischenprüfung (Z).

Bis einschließlich Matrikel VI (Studienbeginn 1. September 1955) bleibt Physik als fakultatives Fach bestehen.

Das Lehrfach „Spezialprobleme der politischen Ökonomie“ fällt weg.

In dem als Sonderdruck zur VMBL.Mitt.Nr. 34/1957 allen Ämtern und Institutionen der Deutschen Post zugeleiteten Studienplan sind für das Fernstudium folgende Änderungen vorzunehmen:

Seite 1

Der Titel muß lauten: Studienplan für das Fernstudium der Fachrichtung „Post- und Fernmeldewesen“ an der Fakultät für Ingenieurökonomie des Transport- und Nachrichtenwesens der Hochschule für Verkehrsingenieurwesen Dresden.

Seite 2 und 3

Nr. 5 „Spezialprobleme der politischen Ökonomie“ mit allen Angaben streichen.

Die Nummern der Fächer 6 bis 24 ändern in 5 bis 23.

Als Fach 24 nachtragen:

Spalte 2: Physik	Spalte 8: K Z
Spalte 5: 90	Spalte 15: 240
Spalte 7: 150	Spalte 16: K Z

Die Summe der SST-Stunden, Prüfungen, Belege usw. (unter Nr. 31) ändern in:

Spalte 5: 660	Spalte 13: 420
Spalte 7: 800	Spalte 15: 3630
Spalte 8: 4 K Z Z	Spalte 16: 13 K 11 Z

Bei den fakultativen Fächern ist „Physik“ mit allen Angaben — einschließlich Anmerkung 3 — zu streichen.

In der „Übersicht über Belege und Prüfungen“ ist bei „Kontrollarbeiten“ die Zahl 13 und bei „Zwischenprüfungsfächern“ die Zahl 11 einzutragen.

Seite 4

Unter „1. Studienziel“. Der 1. Absatz muß lauten: In der Fachrichtung „Post- und Fernmeldewesen“ werden an der Fakultät für Ingenieurökonomie des Transport- und Nachrichtenwesens der Hochschule für Verkehrsingenieurwesen Studenten im Direktstudium für Verkehrsingenieurwesen ausgebildet, die nach Abschluß des Studiums in der Lage sind, als Diplom-Ingenieurökonom in Post- und Fernmeldewesen zu arbeiten.

Im Absatz 3 und 4 ist an Stelle von „Diplomwirtschaftler (Dipl. oec.)“ zu setzen „Diplom-Ingenieurökonom“.

Unter „3. Diplomprüfung“. Im 7. Absatz sind die Worte „(einschließlich Spezialprobleme der Politischen Ökonomie)“ zu streichen.

ArbSch 9321-2

Nr. 233/1957. Urkunden für Dienstjubiläen

(zur VMBL.VI. Nr. 167/1957)

In der oben genannten VMBL.VI. ist die Ausgabe von Ehrenurkunden für Dienstjubiläen geregelt worden. Die Urkunden sind inzwischen fertiggestellt; sie werden dem Bereich für Rundfunk und Fernsehen und den Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen für die unterstellten Ämter usw. sowie den Sonderämtern und Betrieben in 1/5-facher Höhe des Bedarfs für das Jahr 1957 übersandt. Weiterer Bedarf an Urkunden für 10-, 25- und 40jährige Dienstzeit ist beim Vordruckverlag Spremberg (Niederlausitz) nach dem für Lagerformblätter gültigen Bestellverfahren mit der Bestellung

für das I. und III. Quartal 1958 abzufordern. Die erste Nachforderung ist mit der Formblattbestellung für das III. Quartal 1958 fällig.

Anträge auf Ausfertigung von Ehrenurkunden bei Vollendung der 50jährigen Dienstzeit — siehe Ziffer 3 a — sind spätestens einen Monat vor dem

Jubiläumstage über die Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen an die Kaderabteilung des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen zu richten. Allen Anträgen sind die Personalakten mit dem Feststellungsvermerk beizufügen.
Mat Pl 0401—2/Kad 8001—0

Betriebsdienst - Fernmeldewesen -

Nr. 234/1957. Fernsprechgebührenvorschriften, Ergänzung der Verwaltungsverordnung

In der Verwaltungsverordnung zu den Fernsprechgebührenvorschriften sind nachstehende Hinweise aufzunehmen:

FGV I unter 8 (S. 66): Gebühr für Ausnahmehauptanschlüsse im Schnellverkehrsnetz 1000 × 0,45 = 450,— DM.

FGV II unter 22 (S. 70): Gebühr für Ausnahme-nebenanschlüsse im Schnellverkehrsnetz 750 × 0,45 = 337,50 DM.

FGV V unter 5 (S. 73): Gebühr für Ausnahmequer-verbindungen im Schnellverkehrsnetz 1500 × 0,45 = 675,— DM.

Diese Gebührenberechnung ist vom 1. November 1957 an anzuwenden. Fe Fv 5 4213—0

Mitteilungen

Nr. 116/1957. Veränderungen an der Hochschule für Verkehrswesen in Dresden

Der Staatssekretär für Hochschulwesen hat einen Beschluß über die Verbesserung des wirtschaftswissenschaftlichen und ingenieurökonomischen Studiums in der Deutschen Demokratischen Republik bestätigt. Darin ist u. a. festgelegt worden, daß die Ausbildung an der Fakultät für Ökonomik des Transport- und Nachrichtenwesens der Hochschule für Verkehrswesen in das ingenieurökonomische Studium eingegliedert wird.

Auf Grund dieses Beschlusses sind an der Hochschule für Verkehrswesen ab 1. September 1957 folgende Maßnahmen durchgeführt worden:

1. Der bisher den Absolventen der Fachrichtung Ökonomik des Post- und Fernmeldewesens verliehene akademische Grad des Diplomwirtschaftlers wird in „Diplom-Ingenieurökonom“ abgeändert.

2. Die „Fakultät für Ökonomik des Transport- und Nachrichtenwesens“ heißt jetzt Fakultät für Ingenieurökonomie des Transport- und Nachrichtenwesens.

3. Die beiden Fachrichtungen dieser Fakultät tragen die Bezeichnung „Fachrichtung Post- und Fernmeldewesen“ und „Fachrichtung Transportwesen“.

ArbSch 9323—0

Nr. 117/1957. Sonderpostämter (Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluß der Mitteilungen)
Berlin, Zentralhaus der Jungen Pioniere, ZwPA des HPA Berlin-Lichtenberg

a) Briefmarkenausstellung
b) Zentralhaus der Jungen Pioniere
c) 20., 23. und 24. November 1957
d) Verkauf von Post- und Sonderpostwertzeichen, Presseerzeugnissen und Handelsware, Annahme von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen, Gefälligkeitsomplungen
e) BERLIN-LICHTENBERG
28. 11. 57—62
Zentralhaus der Jungen Pioniere
BRIEFMARKENBORSE
Büchliche Darstellung: Zentralhaus der Jungen Pioniere
Der Sonderstempel wird am 21. und 22. November 1957 beim HPA Berlin-Lichtenberg verwendet.
Anträge zur Ausführung von nachträglichen Gefälligkeitsomplungen sind bis 22. Januar 1958 an die Versandstelle für Sammelmarken beim HPA Berlin V 8 zu richten.

a) Anlaß b) Veranstalter c) Dauer d) Aufgabenkreis des Sonderpostamtes e) Stempelschrift
DPW 1259—9258

Nr. 118 1957. Sonder- und Werbepoststempel (Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluß der Mitteilungen)

a) Leipziger Messe
b) Berlin N 4
c) Maschinenstempel
d) LEIPZIGER MESSE
2.—11. März 1958
Büchliche Darstellung: Messezeitungen MM mit Pfeil
e) 1. bis 30. November 1957 und
1. Januar bis 14. Februar 1958

a) Briefstempelwerbung
b) Wilhelmshorst/über Potsdam
c) Handstempel
d) WILHELMSHORST
über Potsdam
19. 11. 57—59
50 JAHRE
Büchliche Darstellung: Haus und Tanne
e) 18. November 1957 bis 9. November 1958

a) Anlaß b) Verwendungs-PA c) Art des Stempels
d) Stempelschrift e) Verwendungsdauer
DPW 2851—9

Herausgeber: Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin W 66.
Verlag: (4) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin, Fernspr. 37 61 11, Postcheckkonto 1407 25. — Die Verfügungen und Mitteilungen erscheinen in der Regel am 1., 8., 15. und 22. jedes Monats. — Veröffentlicht unter Druckereigangnummer AG 11457 DDR des Ministeriums für Kultur der Deutschen Demokratischen Republik, Hauptverwaltung Verlagswesen
— Druck: VEB Berliner Druckhaus, Berlin NO 35.

Ausgabe A

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen

Jahrgang 1957

Berlin W 66, den 8. November 1957

Nummer 45

Inhalt

Verfügungen:	Seite	Seite
Nr. 222 Weihnachts- und Neujahrsvorkehr 1957/58 im Post- und Fernmeldewesen	183	Nr. 226 Gehaltskonten bei den Postscheckämtern für Beschäftigte der Deutschen Post
Nr. 223 Zurückziehung von Sonderpostwertzeichen	185	Nr. 227 Zahlkarten der Berliner Hiren-Lotterie
Nr. 224 Postleiderordnung	186	Nr. 228 Abschlußbuch für Zweigstellen
Betriebsdienst		
Nr. 225 Herausgabe neuer Postleitzarten	186	Nr. 113 Auszeichnungen für gute Leistungen
		Nr. 114 Sonderpostämter
		Nr. 115 Sonder- und Werbepoststempel

Verfügungen Allgemeines

Nr. 222/1957. Weihnachts- und Neujahrsvorkehr 1957/58 im Post- und Fernmeldewesen

Der diesjährige Weihnachts- und Neujahrsvorkehr wird die Mitarbeiter der Deutschen Post vor besonders große Aufgaben stellen. Auf Grund der guten Abwicklung des Weihnachts- und Neujahrsvorkehres in den Vorjahren erwartet die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik von der Deutschen Post, daß auch in diesem Jahre eine reibungslose Verkehrsabwicklung gewährleistet wird. Die zu erwartende bedeutende Verkehrssteigerung und die damit verbundene größere Belastung vieler Betriebsstellen setzt deshalb voraus, daß jeder Postangehörige sich mit seiner ganzen Kraft für die Bewältigung des Spitzenverkehrs einsetzt.

In Arbeitsbesprechungen usw. mit den Ämtern und Dienststellen sind die Aufgaben und Maßnahmen für den Weihnachts- und Neujahrsvorkehr festzulegen. Die Sorge um den Menschen darf bei allen Regelungen nicht vernachlässigt werden.

Postwesen

I. Annahme-, Zustell- und Ortsdienst

a) Für die rechtzeitige Auslieferung der Weihnachts- und Neujahrsvorkehr ist von sofort an durch Verwendung der dafür vorgesehenen Stempelsatzes sowie durch Pressemitteilungen

umfassend zu werben. Die Werbung ist der Verkehrs- und Postlage anzupassen und bis zum Weihnachtsfest zu verstärken.

Das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen wird die Werbung durch Diapositive, Rundfunkberichte und Veröffentlichungen in der Presse unterstützen.

b) Bei der Annahme von Geschenksendungen ist besonders auf die gesetzlichen Bestimmungen zu achten.

c) In der Zeit vom 8. bis 24. Dezember 1957 sind Dienstpakete nur in dem für die Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes unbedingt notwendigen Umfang zu versenden. Remittenden dürfen in dem angegebenen Zeitraum nicht versandt werden. Postwurfsendungen zur Verteilung an alle Haushalte sind für den Monat Dezember nicht anzunehmen.

d) Der Ausgleich leerer Postmietbehälter im Weihnachts- und Neujahrsvorkehr ist bereits durch die MPP-Vf. P OB 2 e 2126—1 vom 21. Oktober 1957 geregelt worden.

e) Vom 1. bis 24. Dezember 1957 sind die Paketannahmestellen entsprechend den örtlichen Verhältnissen über die regelmäßigen Schalterstunden hinaus offen zu halten. Für Pakete, die außerhalb der Schalterstunden angenommen

werden, ist die besondere Einlieferungsgebühr von 40 Pfennig in dieser Zeit nicht zu erheben.

- f) Am 25. und 26. Dezember 1957 sowie am 1. Januar 1958 sind die Schalter und Kioske wie an Sonntagen zu öffnen (Ausnahmen für die Paket- und Päckchenannahme siehe unter g).
- g) Am 8., 15., 22. und 25. Dezember 1957 können Pakete und Päckchen zugestellt werden. Soweit keine Paketzustellung stattfindet, ist sicherzustellen, daß an diesen Tagen Pakete — gegebenenfalls auch Päckchen — abgeholt werden können. Bei der Zustellung dürfen die Belastungsgrenzen von 10 kg für Jugendliche bis 16 Jahre und 15 kg für weibliche Zustellkräfte und Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren nicht überschritten werden.
- h) Am 25. Dezember 1957 und am 1. Januar 1958 sind Briefsendungen (außer Postwurfsendungen) und Presseerzeugnisse zuzustellen. Die Zustellung von Briefsendungen für Betriebe und Verwaltungen kann unterbleiben, sofern diese erfahrungsgemäß an diesen Tagen nicht arbeiten. Falls die Tageszeitungen am 25. Dezember 1957 unvorhergesehen so verspätet eingeht, daß den Zustellkräften die Zustellung nicht mehr zugemutet werden kann, ist die Zeitungszustellung auf den 26. Dezember 1957 zu verlegen. Am 25. Dezember 1957 sind Geld- und Wertsendungen zuzustellen. Die Telegramm- und Eilzustellung ist während des Weihnachtsfestes und des Jahreswechsels dem Verkehrsanfall anzupassen. Dazu gehört die Vorsorge, daß Brieftelegramme, die an Tagen ohne planmäßige Briefzustellung bis gegen Mittag eingeht, durch die Telegrammzustellung abgetragen werden können. Dringende oder als dringend erkannte Telegramme können an Sonn- und Feiertagen bei Dienstschluß den Empfängern von einer anderen, in der Nähe gelegenen Dienststelle zugeführt werden. Diese Abweichungen regeln die beteiligten Dienststellen untereinander. Es kann von Fernsprecher Gebrauch gemacht werden, sofern der Empfänger dadurch in den Besitz der für ihn eingehenden Nachricht kommt.
- i) Sendungen aus dem Ausland sind auf das Vorhandensein des grünen Dreieckstempels „Zollamtlich abgefertigt“ zu prüfen. Zollamtlich nicht abgefertigte Sendungen dürfen den Empfängern auf keinen Fall ausgehändigt werden, sondern sind dem zuständigen Zollamt zuzuführen.
- k) Am 24. und 31. Dezember 1957 ist der Post- und Fernmeldedienst nach dem Verkehrsbedürfnis so zu regeln, daß der Dienstbetrieb ungehindert abgewickelt werden kann. Die zweite Briefzustellung entfällt. Die Annahmestellen sind bis 16 Uhr offen zu halten. Der Verkauf von Postwertzeichen sowie die Annahme von Telegrammen und Ferngesprächen sind jedoch bis zu dem sonst üblichen Schalterschluß sicherzustellen. Die Schaltstunden der Spätschalter werden von dieser Regelung nicht betroffen. Die Unfallmeldeeinrichtungen (Hausklingel, Wecker usw.) sind wie sonst auch auf Arbeitsfähigkeit zu prüfen.

1) Durch Schalteraustausch und Pressemitteilungen sind die Regelung des Schalter-, Zustell-, Briefkastenleerungs- und Unfallmeldeinstes sowie der Fahrten der Landkraftposten der Bevölkerung bekanntzugeben. In diesen Veröffentlichungen ist gleichzeitig auf die Bedeutung sauberer und vollständiger Postanschriften hinzuweisen.

II. Bahnpost- und Bahnhofsdienst

- a) Am 15. Dezember 1957 (Sonntag) verkehren die sonst sonntags ausfallenden Bahnposten als Päckerei-Bahnposten, soweit eisenbahnseitige Maßnahmen nicht entgegenstehen. Über den außergewöhnlichen Verkehr wichtiger Bahnposten am 8. Dezember 1957 entscheiden die Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen.
- b) Am 16. Dezember 1957 fallen die für montags vorgesehenen Einschränkungen im Bahnpostdienst weg. Für den 9. Dezember 1957 sind gegebenenfalls besondere Regelungen zu treffen.
- c) Am 22. Dezember 1957 verkehren die Bahnposten wie werktags, soweit eisenbahnseitige Maßnahmen nicht entgegenstehen.
- d) Am 23. Dezember 1957 fallen die für montags vorgesehenen Einschränkungen im Bahnpostdienst weg.
- e) Am 25. und 26. Dezember 1957 sowie am 1. Januar 1958 verkehren die Bahnposten wie sonntags.
- f) Ausnahmen zu den Punkten a) bis e) regeln die Bahnpostämter entsprechend der Verfügung P Bef 2 2450—0 Anhang unter 3 b vom 17. Juni 1957 im Einvernehmen mit den Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen.
- g) Für die Beförderung von Briefkartenschlüssen durch Eisenbahnpersonal sind während des Weihnachts- und Neujahrsverkehrs im allgemeinen keine zusätzlichen Verbindungen einzurichten oder bei bestehenden Verbindungen keine Erweiterungen der Verkehrstage vorzunehmen.
- h) Die Strecken-Postanstalten sind verpflichtet, die zur Entlastung verkehrenden zusätzlichen Bahnposten auszunutzen und deren Bedienung jederzeit — auch sonntags — sicherzustellen.
- i) Beim Aussetzen schadhafter Bahnpostwagen an Unterwegsorten (Pufferschäden, Heißläufer usw.) müssen die beteiligten Ämter am Ort des Aussetzens unverzüglich das Heimat-Amt verständigen und die beschleunigte Zuführung der Bahnpostwagen zum Bahnbetriebswagenwerk usw. veranlassen.
- k) Auf die Trennung der päckchenartigen Briefsendungen von den Päckchen bei der Annahme wird hingewiesen.
- l) Bahnhofspostdienst und Ladungsaustausch sind im Weihnachts- und Neujahrsverkehr besondere Schwerpunkte. Der Dienstbetrieb ist von allen leitenden Angestellten ständig zu überwachen. Besonders ist zu prüfen, ob:
 - 1. der Ladungsaustausch-gut vorbereitet ist;

- 2. der Ladungsaustausch schnell und reibungslos an allen Türen der Bahnpostwagen durchgeführt wird;
- 3. beim Ladungsaustausch die vorgeschriebene Reihenfolge eingehalten wird;
- 4. Sendungen für Anfangsorte des Kurses den Bahnposten gesondert zugeführt werden;
- 5. Sendungen schonend und pfleglich behandelt und vor Witterungseinflüssen geschützt werden;
- 6. die Entgegennahme von Pakettladungen etwa unberechtigt durch Bahnposten abgelehnt wird (Meldung an die für die Strecken-Postanstalt zuständige Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen).

Beim Ladungsaustausch auftretende Stockungen, die eisenbahnseitig verursacht werden, sind sofort in Zusammenarbeit mit dem Fahrdienstleiter oder dem Leiter des Bahnhofs zu beseitigen. Im Weihnachts- und Neujahrsverkehr ist besonders Wert auf eine gute Zusammenarbeit mit den Dienststellen der Deutschen Reichsbahn zu legen.

III. Beutel- und Bundschließen

Bis zum Beginn und auch während des Weihnachts- und Neujahrsverkehrs sind alle überzähligen Beutel Zug um Zug den Bezirksbeutelstellen zuzuführen. Auf keinen Fall sind leere Beutel über den ständigen Bedarf hinaus anzusammeln.

Die Bezirksbeutelstellen liefern die Soll-Mengen an leeren Beuteln regelmäßig an das Beutelaufbereitungs- und Beutelauslieferungswerk beim Hauptpostamt Leipzig N 18 ab, damit die Ämter ohne Stockungen mit gereinigten Beuteln versorgt werden können. Überzählige Bundschließen sind den Bezirksbeutelstellen für Bundschließen zu übersenden, die sie an die Bedarfstellen verteilen. Unbestückte Bundschließen sind rechtzeitig mit Bindfäden zu versehen.

IV. Landpostverbindungen und Kraftwagen

Zur Abwicklung des Weihnachts- und Neujahrsverkehrs sind weitgehend zusätzliche Kraftwagenfahrten (Kraftgüter- und Landkraftposten) — gegebenenfalls unter Heranziehung von Fahrzeugen des Fernmeldedienstes — einzurichten. Soweit Landkraftposten an Sonntagen nicht verkehren, sind am 15., 22. und 25. Dezember 1957 — bei Bedarf auch am 8. Dezember — sowie am 1. Januar 1958 besondere Fahrten auszuführen. Erfordert der verspätete Eingang von Tageszeitungen am 26. Dezember 1957 eine Zeitungszustellung (s. unter III. Punkt h), so verkehren die Landkraftposten auch an diesem Tage.

Auf Ausfälle an Kraftfahrzeugen weitgehend zu vermeiden, sind die Kraftwagenfahrer nochmals über die besonderen Bedingungen des Winterbetriebes mit Kraftfahrzeugen zu belehren.

Mit den zuständigen Stellen des Fernmeldewesens und der Beschäftigungsämter sind rechtzeitig Vereinbarungen über den Einsatz von Kraftfahrzeugen zu treffen. Die Fahrzeuge der Beschäftigungs-

ämter sind vor allem für die Beförderung von Postsendungen bereitzustellen und nicht — wie im Vorjahr geschehen — für Fuhrleistungen für andere Wirtschaftszweige (DHZ, Konsum usw.).

Die Hauptwerkstätten für Kraftwagen, Bezirkswerkstätten für Kraftwagen und Gruppenwerkstätten für Kraftwagen haben durch die Bildung von Einsatzbrigaden für die sofortige Instandsetzung von schadhafte Kraftfahrzeugen zu sorgen.

Fernmeldewesen

Für das Fernmeldewesen ergeht keine besondere Verfügung. Die Fernmeldebetriebe tragen die volle Verantwortung für die reibungslose Abwicklung des Fernmeldebetriebes. Die Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen — Abteilung Fernmeldewesen — haben die erforderlichen Maßnahmen zu überprüfen.

Hinweise zum Fernmeldeverkehr im Monat Dezember sind der VMEB I/Nr. 355/1955 zu entnehmen. Über die Organisation des Fernmeldeverkehrs im Monat Dezember ist auf dem Tag des Meisters zu beraten.

P Bef 2 c 2465—0/Fe Fv 2 4100—0

Nr. 223/1957. Zurückziehung von Sonderpostwertzeichen

Mit Ablauf des Monats Dezember 1957 sind die nachstehend aufgeführten Sonderpostwertzeichen von den Postschaltern zurückzuziehen und nicht mehr zu verkaufen. Diese Wertzeichen verlieren mit Ablauf des 31. März 1958 ihre Gültigkeit zum Freimachen von Postsendungen.

Bezeichnung der Marken	Werte
200. Geburtstag von Wolfgang Amadeus Mozart	10 und 20 Pf
Deutsche Lufthansa	5, 10, 15 und 20 Pf
100. Todestag von Heinrich Heine	10 und 20 Pf
Leipziger Frühjahrsmesse 1956	20 und 35 Pf
Leipziger Herbstmesse 1956	10 und 20 Pf
70. Geburtstag Ernst Thälmanns	20 Pf
Briefmarkenblock Ernst Thälmann (Verkaufspreis 40 Pf)	20 Pf
IX. Internationale Radrennfahrt für den Frieden	10 und 20 Pf
750 Jahre Dresden	10, 20 und 40 Pf
10 Jahre Volkseigene Betriebe	20 Pf
II. Deutsches Turn- und Sportfest Leipzig	5, 10, 15 und 20 Pf
1. Todestag von Thomas Mann	20 Pf
100. Geburtstag Jakob Bart-Čišinskis	50 Pf
Olympische Spiele 1956	20 und 35 Pf

Bezeichnung der Marken Werte

100. Todestag von Robert Schumann (2. Ausgabe) 10 und 20 Pf
 500 Jahre Universität Greifswald 20 Pf
 Tag der Briefmarke 1956 20 Pf
 Tag der Menschenrechte 1956 5, 10 und 25 Pf

Bei den Postanstalten vorhandene Restbestände an diesen Wertzeichen sind bevorzugt im inneren Dienst aufzubrauchen; sie dürfen nicht an den VEB Deutsche Wertpapier-Druckerei zurückgeliefert werden.

Die aufgeführten Wertzeichen können vom 1. bis 30. April 1956 gegen kursfähige Wertzeichen gebührenfrei umgetauscht werden.

Die umgetauschten Wertzeichen sind — nach Ausgaben getrennt — auf Altpapier aufzukleben und vor Ablieferung mit dem Tagesstempelabdruck des letzten Gültigkeitstages zu entwerten. Die Wertzeichenvertellämter senden diese Wertzeichen mit Lieferschein an das Briefmarkenarchiv des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen.

Eine Bekanntmachung über die Außerkurssetzung der Sonderpostwertzeichen wird als Sonderdruck hergestellt und den Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen zur Verteilung an die Postanstalten besonders übersandt. Die Bekanntmachung ist bis zum 30. April 1956 an gut sichtbarer Stelle in den Schaltvorräumen auszuhängen.

Mit Ablauf des 31. März 1956 sind die außer Kurs gesetzten Sonderpostwertzeichen aus den Markenschaukästen zu entfernen.

Eine Bekanntmachung über die Außerkurssetzung von Sonderpostwertzeichen wird im Zentralblatt der Deutschen Demokratischen Republik und in den größten Tageszeitungen veröffentlicht werden.
 P OB 4 b 2040—1

Nr. 224/1957. Postkleiderordnung
 (Zur Beilage zur VMBL. VI. Nr. 138/1956)
 Im § 2 — Pflicht zum Tragen der Dienstkleidung — sind im Absatz 1 in der 8. und 9. Zeile von oben die Worte „die gleichzeitig Zustelldienst verrichten“ zu streichen.
 Arb 1 9183—0

**Betriebsdienst
 - Post -**

Nr. 225/1957. Herausgabe neuer Postleitkarten

Von der Kursbuchstelle des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen beim Bahnpostamt 7 Magdeburg wird im Dezember 1957 ein Satz neuer Postleitkarten vom Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik — bestehend aus sechs Teilkarten — herausgegeben.

Die Karten sind im Maßstab 1 : 300 000 im Vierfarbendruck hergestellt und zeichnen sich gegenüber den im Jahre 1954 herausgegebenen Länderkarten durch größere Übersichtlichkeit aus. Im einzelnen sind in den Karten u. a. verzeichnet:

1. alle Orte mit Hauptpostämtern, Postämtern, Zweigpostämtern und Poststellen I unter entsprechender Kennzeichnung,
2. die Leitpostämter mit besonderer Kennzeichnung der Leitpostämterbereiche in Form überschüsslicher Felder mit farbiger Schraffierung,
3. die Reichsbahnstrecken mit den Streckennummern des Postleitheftes I und
4. alle Bahnhöfe und Haltepunkte ohne Postanstalt.

Außerdem sind aus den Karten die Orte, in denen Räte der Bezirke und Kreise ihren Sitz haben, sowie die Bezirkszentren zu erkennen. Die Karten eignen sich daher besonders gut als Leitbehelf im Postbeförderungsdienst sowie zur Qualifizierung aller in diesem Dienstzweig Beschäftigten.

Die Leitkarten werden nur als geschlossene Sätze abgegeben. Der Preis des Kartensatzes beträgt voraussichtlich 9,— DM.

Die sechs Teilkarten können, auf Leinen aufgezogen und mit 2 Holzstäben versehen, zu einer Wandkarte der Deutschen Demokratischen Republik vereinigt werden. Diese Wandkarte eignet sich gut für Unterrichtszwecke; ihr Preis beträgt voraussichtlich 33,— DM.

Die Ämter, Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen und Fachschulen der Deutschen Post bestellen ihren Bedarf — getrennt nach Kartensätzen und Wandkarten — aufgeliedert nach

- a) Dienst- und
- b) Eigenstücken

bis spätestens 20. November 1957 bei der Kursbuchstelle des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen beim Bahnpostamt 7 Magdeburg.
 Alle haushaltgeplanten Dienststellen (Bezirksdirektionen, Fachschulen der Deutschen Post usw.) sowie Postscheck-, Fernmelde- und Funkdienststellen erhalten die Karten gegen Erstattung der Kosten. Den Hauptpostämtern und Bahnpostämtern werden die erforderlichen Dienststücke (u. a. für die im Briefverteil- und -versackdienst beschäftigten Bahnpostbegleiter, für Briefabfertigungen, Ausbildungsleiter usw.) kostenlos geliefert.

Auf Grund der hohen Herstellungskosten für die Karten ist bei der Feststellung des Bedarfs für Dienststücke ein strenger Maßstab anzulegen. Die Hauptverwaltung Post- und Zeitungswesen behält sich vor, Bedarfsmeldungen erforderlichenfalls zu kürzen. Die Nachbestellung wird gegebenenfalls später geregelt.
 P Bef 1 c 2473—0

Nr. 226/1957. Gehaltskonten bei den Postscheckämtern für Beschäftigte der Deutschen Post

1. Allgemeines

Ab 1. Januar 1958 sind bei den Postscheckämtern für die Beschäftigten der DP auf Antrag Gehaltskonten zu führen. Das Guthaben auf den Gehaltskonten wird nicht verzinst; dafür werden den Inhabern folgende Vergünstigungen gewährt:

- a) kostenlose Lieferung von Überweisungs- und Scheckheften, von Zahlkartenheften zur gebührenfreien Einzahlung auf das eigene Postscheckkonto sowie von gelben Postscheckbriefumschlägen,
- b) Gebührenfreiheit für Auszahlungen sowie für Dauer- und Überleitungsaufträge,
- c) Wegfall des Hinterlegens einer Stammeinlage.

Für Eil- und telegrafische Aufträge, für deckungslose Aufträge sowie für Nachfrageschreiben nach Sendungen des Postscheckdienstes wird die festgesetzte Gebühr erhoben.

2. Anweisung für die Postscheckämter

Die Postscheckämter haben derartige Konten in ihrem Geschäftsbereich durch den Stempelabdruck **Gehalts-Kto.** zu kennzeichnen. Auf den Überweisungen, Schecks und gebührenfreien Zahlkarten ist auf allen drei Teilen der Vermerk „Gehaltskonto“ mit einzudrücken. Auf den Schecks ist außerdem beim Eindruck der Kontobezeichnung der Raum für die Buchungsgebühr durch einen liegenden Strich zu schließen.

Dauer- und Überleitungsaufträge sind durch den Stempelabdruck „gebührenfrei“ zu kennzeichnen.

Zum 5. Februar 1958 ist der Hauptverwaltung Post- und Zeitungswesen zu melden, wieviel Gehaltskonten am 1. Februar 1958 geführt wurden.

3. Anweisung für die übrigen Ämter und Dienststellen der Deutschen Post

Damit die Postscheckämter die bereits bestehenden Konten von Postangehörigen, die künftig als Gehaltskonto geführt werden sollen, entsprechend kennzeichnen und behandeln können, haben die Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen, Hauptpostämter, Fernmeldeämter sowie sämtliche anderen Ämter, Sonderämter, Fachschulen usw. dem zuständigen Postscheckamt bis zum 1. Dezember 1957 eine Liste zu übersenden, in der die betreffenden Mitarbeiter ihres Bereichs wie folgt aufzuführen sind:

FSch-Kto-Nr.	Vorname	Name
--------------	---------	------

Die Konten sind der laufenden Nummernfolge nach einzutragen. Die Nennung des Kontos in der Liste gilt für das Postscheckamt als Einverständnis des Kontoinhabers, sein Postscheckkonto vom 1. Januar 1958 an als Gehaltskonto zu führen.

Bei Anträgen auf Eröffnung eines Postscheckkontos als Gehaltskonto ist der Vermerk „Gehaltskonto“ hinter der Bezeichnung des Kontos nieder-

zuschreiben und zu unterstreichen. Daneben ist der Dienststempel des Amtes abzudrücken.

Der Abdruck des Dienststempels ist außerdem bei jeder Bestellung eines Überweisungs-, Scheck- und Zahlkartenheftes, sowie von Scheckbriefumschlägen auf dem Bestellzettel erforderlich.

4. Aufhebung des Gehaltskontos

Die Postscheckämter haben Formblattbestellungen, die nicht den Abdruck des Dienststempels des Amtes tragen, an den Kontoinhaber zur Vervollständigung zurückzusenden. Kann der Dienststempelabdruck darauf nicht beigebracht werden, so ist das Konto nicht mehr als Gehaltskonto zu führen.

Die Ämter usw. dürfen nach dem Ausscheiden des Kontoinhabers aus dem Dienst der Deutschen Post Formblattbestellungen nicht mehr mit dem Abdruck ihres Dienststempels versehen.
 P OB 2 f 2710—0

Nr. 227/1957. Zahlkarten der Berliner Bären-Lotterie

Die Zahlkarten für die Kombinationsstypen mit 6 und 7 Zahlen (Postscheckkonto-Nr. 6666 und 7777), die einen verbreiterten Gutschriftabschnitt haben, sind nur bis zum 31. Dezember 1957 anzunehmen. Bereits ab 10. Dezember 1957 sind diese Zahlkarten nicht mehr abzugeben. Nach dem 10. Dezember 1957 vorhandene Bestände sind zu vernichten.

Die Berliner Bären-Lotterie hat für die beiden wegfallenden Zahlkarten eine neue Zahlkarte geschaffen (Postscheckkonto-Nr. 6677), die den Postbezirkstellen für Toto/Loto übersandt wird. Die neue Zahlkarte hat einen normalen Gutschriftabschnitt und ist kostenlos abzugeben. Für die Annahme gelten die üblichen Bestimmungen. Nachbestellungen sind von den Postbezirkstellen für Toto/Loto an die Berliner Bären-Lotterie in Berlin N 4 zu richten.
 P OB 2 f 2764—2

Nr. 228/1957. Abschlußbuch für Zweigkassen

Die in den Abschlußbüchern der Zweigkassen (Fbl. C 133 Tit und Einlage 28zeilig und C 133 a Tit und Einlage 39zeilig) vorgesehenen Zeilen reichen teilweise nicht aus, so daß die bisher aufgelegten Formblätter geändert werden mußten. Dabei ist das Formblatt C 133 Tit so gestaltet worden, daß das Formblatt C 133 a Tit einschließlich Einlage wegfallen kann.

Das Titelblatt des neuen Formblattes enthält auf der Vorderseite die bisherigen Angaben und außerdem die Abschnitte B, C und D, deren Reihenfolge dabei so umgestellt wurde, daß der bisherige Abschnitt D jetzt die Bezeichnung A trägt. Die rechte Innenseite hat den gleichen Aufbau wie die linke Innenseite. Auf der Rückseite sind der bisherige Abschnitt P als D und die bisherigen Abschnitte A und E als E und F untergebracht. In dem neuen

Formblatt können mehr als 50 Abschluspositionen ausgewiesen werden. Sofern die Auswahl der erforderlichen Abschluspositionen sinnvoll vorgenommen wird, kann künftig jede Zweigkass mit den vorhandenen Zeilen auskommen.

Die Bestände an alten Formblättern bei den Ämtern und beim Vordruckleitverlag Spremberg (Niederlausitz) sind aufzubrauchen; erst dann werden neue Formblätter ausgeliefert.
HBh P 4 (1) 7604-0

Mitteilungen

Nr. 113/1957. Auszeichnungen für gute Leistungen

Auf Grund ihrer vorbildlichen Leistungen auf dem Gebiete des Arbeits- und Gesundheitsschutzes wurden auf Vorschlag der Zentralen Kommission für Arbeitssicherheit des Zentralvorstandes der Industriegewerkschaft Post- und Fernmeldewesen und des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen folgende Ämter und Mitarbeiter der Deutschen Post mit Geldpremiën ausgezeichnet:

- Hauptpostamt Waren (Müritz)
 - Hauptpostamt Aschersleben
 - Hauptpostamt Aue (Sachs)
 - Hauptpostamt Auerbach (Vogtl)
 - Kreisbetriebsamt für Post- und Fernmeldewesen Neuhaus a Rennweg
 - Kreisbetriebsamt für Post- und Fernmeldewesen Bad Salzung
 - Postcheckamt Erfurt
 - Bezirkswerkstatt für Kraftwagen Postdam
 - Bezirkswerkstatt für Kraftwagen Halle (Saale)
 - Bezirkswerkstatt für Kraftwagen Zwickau (Sachs)
 - Fernmeldeamt Döbeln
 - Fernmeldeamt Gardelegen
 - Funkamt Rügen-Radio
 - Funkamt Schwerin
 - Horst Bernhardt, Hauptpostamt Lutherstadt Eisleben
 - Kollektiv Sauerbrei, Dobers, Fiedler, Winzer und Büttner, Funkamt Leipzig
- Si 9140-0

Nr. 114/1957. Sonderpostämter

(Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluß der Mitteilungen)
Erfurt, Haus der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft, ZwPA des IIPA Erfurt 1

- a) Briefmarkenausstellung der Arbeitsgemeinschaft Philatelie
- b) Arbeitsgemeinschaft Philatelie, Erfurt
- c) 24. und 27. Oktober 1957
- d) Verkauf von Post- und Sonderpostwertzeichen, Presseerzeugnissen und Handelsware, Annahme von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen, Gefälligkeitsempfangen
- e) ERFURT
Zs. 10, 37-40
BLUMENSTADT

Nr. 115/1957. Sonder- und Werbepostempel

(Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluß der Mitteilungen)

- a) Wethachtsmarkt 1957
- b) Berlin C 2, Berlin W 8, Berlin O 17, Berlin C 25
- c) Handstempel
- d) BERLIN C 2, BERLIN W 8, BERLIN O 17, BERLIN C 25
1. 11. 57-59
Besuch den
BERLINER WEHNACHTSMARKT
Bildliche Darstellung: Tannenbaum, Verkaufstände und
Friedensstaube
- e) 1. Dezember 1957 bis 22. Dezember 1957

- a) Verkehrswerbung
- b) Neustadt (Sachs)
- c) Handstempel
- d) NEUSTADT (SACHS)
1. 12. 57-59
STADT DER LANDMASCHINEN
Bildliche Darstellung: Ähre und Zahnrad
- e) 1. Dezember 1957 bis 30. November 1958

- a) Anlaß b) Verwendungsort c) Art des Stempels
 - d) Stempelschrift e) Verwendungsdauer
- DPW 2351-0

Herausgeber: Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin W 66.
Verlag: (V) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin, Fernspr. 27 64 11, Postcheckkonto: 140 25. — Die Verfügungen und Mitteilungen erscheinen in der Regel am 1., 8., 15. und 22. jedes Monats. — Veröffentlicht unter Druckgenehmigungsnummer AG 114/57 DOR des Ministeriums für Kultur der Deutschen Demokratischen Republik, Hauptverwaltung Verlagswesen. — Druck: VEB Berliner Druckhaus, Berlin NO 56.

Ausgabe A

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen



Jahrgang 1957 Berlin W 66, den 1. November 1957 Nummer 44

Inhalt

Verfügungen:	Seite	— Fernmeldewesen —	Seite
Große Sozialistische Oktoberrevolution. Zum 40. Jahrestag	179	Nr. 219 Telexdienst mit der Volksrepublik Bulgarien	181
Nr. 220 Ermittlung der durchschnittlichen Belastung der Fernleitungen	181	Nr. 221 Berichtigung Nr. 5 zum Fernleiterteil für Inlandsgespräche	182
Nr. 216 Gebühren für Geschenkpäckchen nach Westdeutschland und Westberlin	181	Mitteilungen:	
Nr. 217 Bundschließen	181	Nr. 109 Wettbewerb der Jugend	182
Nr. 218 Berichtigung Nr. 2 zum Zollhandbuch	181	Nr. 110 „Die Deutsche Post“, Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen, Heft 11/1957	182
		Nr. 111 Sonderpostämter	182
		Nr. 112 Sonder- und Werbepostempel	182

Große Sozialistische Oktoberrevolution Zum 40. Jahrestag

Der Minister für Post- und Fernmeldewesen hat anlässlich des 40. Jahrestages der Oktoberrevolution der Redaktion der sowjetischen Zeitschrift „Westnik Swjazi“ ein Grußschreiben übermittelt. Im Namen der Angehörigen der Deutschen Post beglückwünscht er die Berufskollegen in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu dem bedeutenden historischen Ereignis. Gleichzeitg dankt er ihnen für ihre uneigennützig Unterstützung beim Aufbau des sozialistischen Nachrichtenwesens. Das Schreiben des Ministers für Post- und Fernmeldewesen hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrte sowjetische Kollegen!

Vor 40 Jahren nahmen die Arbeiter und Bauern Rußlands unter Führung der Bolschewiki die Geschicke ihres Landes in ihre eigenen Hände. Sie errichteten einen Staat, der auf seine Fahne den Frieden schrieb, den Bauern den Boden und allen Menschen Arbeit und Brot gab.

Mit der Großen Oktoberrevolution leiteten die Arbeiter und Bauern der heutigen Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken eine neue Epoche der Menschheit ein. Ihr historischer Verdienst ist es, als erste die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt zu haben.

Die Sowjetunion ist das Vorbild und das Beispiel für alle sozialistischen Staaten. Sie hilft ihnen freundschaftlich, sie unterstützen sich gegenseitig kameradschaftlich. Die Sowjetunion ist die Hoffnung aller Menschen, die den Frieden lieben und für seine Erhaltung kämpfen.

Die Deutsche Demokratische Republik, der erste Arbeiter-und-Bauern-Staat auf deutschem Boden, ist fest mit der Sowjetunion verbunden. Groß war und ist die politische, materielle und technische Hilfe, die unser Volk von den Völkern der Sowjetunion erhalten hat und ständig erhält. Besonders gute und enge herzliche Beziehungen bestehen auch zwischen den Mitarbeitern der Deutschen Post und denen des sowjetischen Verbindungswesens.

Zur 40. Wiederkehr des Tages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution ist es mir und den Angehörigen der Deutschen Post in der Deutschen Demokratischen Republik ein herzliches Bedürfnis, unseren sowjetischen Berufskollegen kameradschaftliche Grüße zu übermitteln und sie

zu dem großen historischen Ereignis zu beglückwünschen. An diesem Tage danken wir Ihnen für die tatkräftige Unterstützung beim Aufbau einer demokratischen deutschen Post. Wir wünschen Ihnen, liebe sowjetische Berufskollegen, und den Völkern ihres großen mächtigen Landes vor allem weitere Erfolge für eine Zukunft in Glück und Frieden.

Mit kollegialen Grüßen
 Burmeister
 Minister für Post- und Fernmeldewesen

Sonderpostwertzeichen ehren das Sowjetvolk

Die Ideen des Marxismus-Leninismus werden 40 Jahre nach der siegreichen sozialistischen Oktoberrevolution in zahlreichen volksdemokratischen Ländern Europas und Asiens von mehr als einem Drittel der Bevölkerung der Erde erfolgreich verwirklicht. Den Menschen in den kapitalistischen Staaten und den kolonialen und abhängigen Ländern gibt das Beispiel der Oktoberrevolution Mut und Kraft für ihren Kampf um soziale Befreiung und nationale Unabhängigkeit.

Die Sowjetunion hat in dieser Zeit nicht nur ihre Landwirtschaft zu großen Leistungen angeregt, sondern besonders eine leistungsfähige Industrie geschaffen. Die Stimme der Sowjetunion hat in allen weltpolitischen Fragen Gewicht; sie wird von den Feinden des Sozialismus und des Friedens gefürchtet und von den friedliebenden Menschen geachtet und unterstützt.

Zu Ehren des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution werden zwei Sonderpostwertzeichen zu 10 und 25 Pfennig herausgegeben, die ein gleiches Motiv haben, und zwar den Sturm auf das Winterpalais und im Vordergrund einen Arm, dessen Hand ein Gewehr mit einer roten Fahne umfaßt. Den Entwurf für die Wertzeichen schuf Nationalpreisträger Prof. John Heartfield.

Die Wertzeichen werden in 1/4 ihrer natürlichen Größe abgebildet. Sie werden vom VEB Graphische Werkstätten in Leipzig zweifarbig (grün/rot und blau/rot) im Tiefdruck auf Wasserzeichenpapier mit dem Kreuzblummuster hergestellt.

Seit dem 4. Oktober 1957 umkreist der erste von Menschenhand geschaffene Satellit unsere Erde. Der sowjetischen Wissenschaft ist zuerst der Vorstoß in das Weltall gelungen. In Würdigung dieser hervorragenden wissenschaftlichen und technischen Leistung der Sowjetunion wird ein Postwertzeichen zu 10 Pfennig (blau) herausgegeben. Das Wertzeichen zeigt den künstlichen Satelliten, einen Teil der Erde und den Mond in einer stilisierten Darstellung sowie das Datum „4. X. 1957“. Den Entwurf für das Wertzeichen schuf Prof. Ernst Rudolf Vogenaue, Berlin.

Das Sonderpostwertzeichen ist der erste Wert aus einer Serie, die zum Geophysikalischen Jahr von der Deutschen Post herausgegeben wird; weitere Werte werden im Februar 1958 erscheinen.

Die Marke wird in 1/4 ihrer natürlichen Größe abgebildet. Sie wird im Offsetdruck beim VEB Deutsche Wertpapier-Druckerei auf Wasserzeichenpapier mit dem Kreuzblummuster hergestellt.

Die Sonderpostwertzeichen sind vom 7. November 1957 an bei allen Postanstalten zu verkaufen. Vor dem Ausgabebetrag dürfen sie nicht abgegeben werden. Zu den Wertzeichen wird ein Ersttagsbriefumschlag herausgegeben, der auf dem linken Drittel der Anschriftseite eine Darstellung vom Sturm auf das Winterpalais zeigt. Der Briefumschlag ist zum Preise von 20 Pfennig sogleich nach dem Eingang bei den üblichen Abgabestellen zu verkaufen. Die Ausgabe der Sonderpostwertzeichen und der Ersttagsbriefumschläge ist auf den Ausweisen der Teilnehmer am Ausweisverfahren zum Bezug von Sonderpostwertzeichen usw. als Nr. 16/57 zu vermerken.

Weitere Erfolge im Wettbewerb zu Ehren der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

Zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution haben sich zahlreiche Kolleginnen und Kollegen der Deutschen Post verpflichtet, für die demokratische, besonders für die sozialistische Presse zu werben, der eine wichtige Rolle bei der Verbreitung der weltgeschichtlichen Bedeutung der Oktoberrevolution für den Kampf der Menschheit und für die Festigung der deutsch-sowjetischen Freundschaft zukommt.

Auf Grund der vorbildlichen Erfüllung übernommenen Verpflichtungen ist es gelungen, bereits bis zum 10. Oktober 1957

98 592 neue Abonnenten für Tageszeitungen und 65 762 neue Abonnenten für Zeitschriften

zu werben. Besonders gute Ergebnisse liegen aus folgenden Bezirken vor:

Potsdam	10 292 Tageszeitungen, 4 158 Zeitschriften,
Erfurt	8 066 Tageszeitungen, 6 049 Zeitschriften,
Rostock	6 181 Tageszeitungen, 3 822 Zeitschriften,
Dresden	10 334 Tageszeitungen, 11 520 Zeitschriften,
Halle (Saale)	11 567 Tageszeitungen, 3 972 Zeitschriften.

Verfügungen Betriebsdienst

- Post -

Nr. 216/1957. Gebühren für Geschenkpäckchen nach Westdeutschland und Westberlin

Päckchenartige Briefe mit Geschenkinhalt nach Westdeutschland und Westberlin müssen auf Grund der Verordnung über den Geschenkpaket- und -päckchenverkehr auf dem Postwege mit Westdeutschland, Westberlin und dem Ausland vom 5. August 1954 (GBl. Seite 727 unter § 5 [2]) den Vermerk „Päckchen“ tragen. Diese Päckchen bis zum Gewicht von 500 g, die nach dem entsprechenden Gebührensatz für Briefe des Fernverkehrs freigelegt sind, gelten als ausreichend freigelegt.

P OB 1 2021-0

Nr. 217/1957. Bundschließen

Obwohl ständig neue Bundschließen beschafft und alte regelmäßig neu bestückt werden, ist ein erheblicher Mangel an Bundschließen eingetreten. Um die Umlaufgeschwindigkeit des vorhandenen Bestandes an Bundschließen zu erhöhen, sind diese von sofort an nur im DDR-Verkehr zu verwenden.

Außerdem wird darauf hingewiesen, daß alle überzähligen Bundschließen an die Ausgleichstellen für Bundschließen abzugeben und unbestückte Bundschließen ständig mit Bindfäden zu bestücken sind. Größere Mengen von Bundschließen, die nicht von den Ämtern selbst bestückt werden können, sind umgehend an die Ausgleichstelle für Bundschließen beim BPA 32 Leipzig abzugeben, die sie in Lohnarbeit bestücken läßt.

P Bef 1 c 2460-0/3

Nr. 218/1957. Berichtigung Nr. 2 zum Zollhandbuch

Im Zollhandbuch ist auf Seite 97 bei Mexiko neben „EinBew“ zu ergänzen:
 Für alle Waren, deren Wert 100 mex. Pesos (8 amerik. Dollars) übersteigt, ist eine Einfuhrbewilligung des „Secretaria de Economia Nacional“ erforderlich.
 P OB 3 2254-7

- Fernmeldewesen -

Nr. 219/1957. Telexdienst mit der Volksrepublik Bulgarien

Anfang Oktober 1957 wurde der Telexdienst zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Bulgarien aufgenommen. Der Dienst wird über Berlin abgewickelt.

Telexverbindungen nach Bulgarien sind beim Telex-Auslandsplatz Berlin - Rufnummer 010 068 - anzumelden.

Die Gebühr für eine Telexverbindung von drei Minuten beträgt 6,30 DM
 Fe Fv 3 3225-3

Nr. 220/1957 Ermittlung der durchschnittlichen Belastung der Fernleitungen

Die diesjährige Ermittlung der durchschnittlichen Belastung der Fernleitungen ist auf den 14. und 15. November festgesetzt worden. Sie erstreckt sich nur auf EP1, ZF1 und HF1.

Die Ergebnisse sind von den Fernmeldedirektoren bis zum 4. Dezember 1957 dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen - Für Fe Fv 5 - vorzulegen. Alle beteiligten Dienststellen erhalten besondere Schreiben.

Fe Fv 5 4210-0/416



- Nr. 221/1957. Berichtigung Nr. 5 zum Fernleitheft für Inlandsgespräche
- Seite 20 und 21 bei Prenzlau Spalte 8, 9, 11, 14, 16 ändern in Bln
 - Seite 25 und 27 bei Templin Spalte 8, 9, 11, 14, 16 ändern in Bln

- Seite 10 bei Halberstadt Spalte 8 ändern in Mgb
 - Seite 16 bei Magdeburg Spalte 8 ändern in Ctb
 - Seite 7 bei Cottbus Spalte 9 ändern in Mgb
 - Seite 9 bei Finsterwalde Spalte 9 ändern in Ctb
 - Seite 25 bei Senftenberg Spalte 9 ändern in Ctb
- Fe Fv 5 4246-2

Mitteilungen

Nr. 109/1957. Wettbewerb der Jugend

Auf Grund ihrer hervorragenden Leistungen beim Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik sind folgende Jugendliche für eine Delegation junger Arbeiterinnen und Arbeiter ausgewählt worden, die an den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Moskau teilnehmen wird:

Erika Hinzmann, Angestellte im Postzeitungsvertrieb beim Hauptpostamt Ludwigslust, Günter Huck, Schichtleiter im Jugendsender Rheinsberg (Mark),

Eberhard Weise, Fernmeldebaumonteur beim Fernmeldeamt Nordhausen.

Arb 6 9081-6

Nr. 110/1957. „Die Deutsche Post“, Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen, Heft 11/1957

Das Novemberheft enthält folgende Aufsätze:

Gebhardt: Die Entwicklung des Post- und Fernmeldewesens in der UdSSR

Niemann: Einige Gedanken zur Vorbereitung des III. Berufspädagogischen Kongresses

Wöllmann: Das Archiv des MPF

Wolf: Die Normierung der Umlaufmittel in den Fernmeldediensten (Fortsetzung und Schluss)

Süd: Zur Aufrechnung im Arbeitsrecht

Herrmann: Betriebsverfahren und Entwicklungsstand des Überseefunkdienstes (Fortsetzung und Schluss)

Arnold: Das Rudolstädter Zustellverfahren weiter verbessert

Söhner: Die Organisation und die Aufgaben des Weltpostvereins und die Bedeutung seiner technischen Veröffentlichungen für die Deutsche Post

Röder: Tarif- und Gebührenpolitik bei der Deutschen Post

Göttner: Zu den Bemessungsrichtlinien für den Postbetrieb

Außerdem sind in dem Heft Beiträge enthalten über Radioastronomie, Tagesstempel, Leiter, Nichtleiter und Halbleiter, Generalreparaturen von Kabelverzweigen, Vorrichtung zum Aufbocken von Kabeltrommeln.

Pr 1300-0

Nr. 111/1957. Sonderpostämter

(Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluss der Mitteilungen)

- Leipzig, Altes Rathaus, ZWPA des IFA Leipzig C 1
- Tag der Briefmarke
 - Bezirkskommission Philatelie, Leipzig
 26. bis 27. Oktober 1957
 - Verkauf von Postwertzeichen, Annahme von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen, Gefälligkeitsstempelungen
 - Leipzig C 1 Tag der Briefmarke Gutenberg-Leistungsschau 26. 10. 57-59
Büchliche Darstellung: Kopf von Gutenberg

Lauchhammer, Kulturhaus des VEB Großkokerel Lauchhammer, ZWPA des FA Lauchhammer 1

2. Bezirksbriefmarkenausstellung im Bezirk Cottbus
- Betriebsarbeitsgemeinschaft Philatelie des VEB Großkokerel Lauchhammer
2. und 3. November 1957
- Verkauf von Postwertzeichen, Sonderpostwertzeichen und Presseerzeugnissen, Annahme von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen, Gefälligkeitsstempelungen

LAUCHHAMMER 1
2. 11. 57-59

3. BEZIRKS-BRIEFMARKENAUSSTELLUNG
Büchliche Darstellung: Fabrikanlage

- Anlaß
- Veranstalter
- Dauer
- Aufgabenkreis des Sonderpostamtes
- Stempelschrift
- DPW 1250-0/2B

Nr. 112/1957. Sonder- und Werbestempel

(Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluss der Mitteilungen)

40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

Berlin W 8

Handstempel

BERLIN W 8
10. 97-99

40. JAHRSTAG DER GROßEN SOZIALISTISCHEN OKTOBERREVOLUTION

1. bis 10. November 1957

1. Januar bis 14. Februar 1958

45. Wiederkehr des Margareten-Volkfestes zu Leipzig

Leipzig C 1

Handstempel

LEIPZIG C 1
27. 10. 1957

MARGARETEN-VOLKSFEST
LEIPZIG
1957-1957

27. Oktober 1957

a) Anlaß b) Verwendungs-PA c) Art des Stempels
d) Stempelschrift e) Verwendungszweck
DPW 2881-0

Herausgeber: Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin W 66. Verlag: (V) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin, Poststr. 20/611, Postfach 101025. — Die Verfügungen und Mitteilungen erscheinen in der Regel am 1., 8., 15. und 22. jedes Monats. — Veröffentlicht unter Druckgenehmigungsnummer Ag 114697 DDR des Ministeriums für Kultur der Deutschen Demokratischen Republik, Hauptverwaltung Verlagswesen. — Druck: VEB Berliner Druckhaus, Berlin NO 55.

Ausgabe A

ldewe

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen

Jahrgang 1957 Berlin W 66, den 1. September 1957 Nummer 36

Inhalt

Verfügungen:	Seite	Nr. 108 Luftpostauschlässe für Briefsendungen nach dem Ausland	Seite
184 Ergänzung zur Anordnung über den Betriebsprämienfonds Deutsche Post vom 19. Juli 1957 (VMBI. Nr. 31) — Festlegung des zu prämierenden Personenkreises —	151	109 Fertigung von Auslandskartenschlüssen — Fernmeldewesen —	152
185 Berichtigung der Beilage zur VMBI. Nr. 227/56	151	100 Fertigung von Auslandskartenschlüssen — Fernmeldewesen —	152
Betriebsdienst			
— Post —			
186 Erstattungsnachweise und Entlastungsnachweis	152	100 Fertigung von Auslandskartenschlüssen — Fernmeldewesen —	152
187 Postleitheft II — Winterfahrplan 1957 und Postleitheft II — Ausgabe 1957/58	152	100 Fertigung von Auslandskartenschlüssen — Fernmeldewesen —	152
Mitteilungen:			
86 Erstattungsnachweise und Entlastungsnachweis	153	87 Republik- und Gruppensieger im Wettbewerb für das II. Quartal 1957	153
88 Sonderpostämter	153	89 Sonder- und Werbestempel	154

Verfügungen Allgemeines

Nr. 184/1957. Ergänzung zur Anordnung über den Betriebsprämienfonds Deutsche Post vom 19. Juli 1957 (VMBI. Nr. 31) — Festlegung des zu prämierenden Personenkreises —

Entsprechend § 15, Abs. 1 der o. g. Anordnung vom 19. 7. 1957 (VMBI. Nr. 31, S. 133) ist folgender Personenkreis in den Teil I der Betriebsprämienordnung aufzunehmen:

Leiter der Ämter und Betriebe,

Leiter nicht selbständiger Ämter der Kategorien 1 bis 8 ab 10 Beschäftigte (einschl. Leiter),

Abteilungsleiter (ausgenommen Abteilungsleiter der Allgemeinen Verwaltung),

Planungsleiter, Hauptbuchhalter,

Stellenleiter (ausgenommen Allgemeine Verwaltung),

Leiter der Büros für Erfindungs- und Vorschlagswesen,

Techniker und Ingenieure, die nach Anlage 8 der Lohnanlagen und Nachtrag zu den Lohnanlagen in die Geh.Gr. J I bis J V eingruppiert sind,

Meister, die nach Anlage 9 der Lohnanlagen nach III in der Geh.Gr. V entlohnt werden,

Direktoren und stellvertretende Direktoren der Betriebsberufsschulen sowie Ausbildungsleiter, ferner die Beschäftigten, deren Arbeitsplatz nach den TM 1552, 1553, 2270, 2272, 4150, 4151, 4355, 4356, 6132a, 6132b, 8110, 8111, 8112, 8319 (nur 1. Kraft), 8812, 8820 bewertet ist.

Die Leiter der Ämter und Betriebe haben das Recht, diesen vom Ministerium für Post- und Fernmeldewesen im Einverständnis mit dem Zentralvorstand der IG Post- und Fernmeldewesen für die Prämierung aus dem Teil I des Betriebsprämienfonds einheitlich für alle Ämter und Betriebe festgelegten Personenkreis in besonderen Fällen im Einvernehmen mit der Betriebsgewerkschaftsleitung in eigener Verantwortung zu erweitern.

Arb 3a 9116-0

Nr. 185/1957. Berichtigung der Beilage zur VMBI. VI. Nr. 227/1956

Nach dem ersten Satz des Abschnittes XV der Richtlinien zur Ausarbeitung und Einführung von Prämienlohnsystemen im Post- und Fernmeldewesen und im Bereich Rundfunk und Fernsehen (Beilage zur VMBI. VI. Nr. 227/1956) ist die Zahl XVI nachzutragen.

Arb 5 9000-0

Belastungsdienst

- Post -

Nr. 186/1957. Erstattungsnachweise und Entlastungsnachweise

Zur Vereinfachung des Schalterdienstes werden alle Erstattungsnachweise (Post, Kf, Tel) und der Entlastungsnachweise zu einem einheitlichen Erstattungsnachweis vereinigt. Grundsätzlich sind alle in Frage kommenden Beträge in denselben Erstattungsnachweis aufzunehmen.

Die Überschrift des Formblattes C 21 lautet künftig nur „Erstattungsnachweis“. Bis zum Neudruck sind die vorhandenen Formblätter zu berichtigen. Die Formblätter C 21a und C 22 werden beim Neudruck gleichfalls entsprechend geändert. Die Anzahl der umgetauschten Antwortscheine mit dem Gesamtbetrag ist am Monatschluß im Erstattungsnachweis unterhalb der letzten Eintragung nachrichtlich zu vermerken. Die Beträge des Erstattungsnachweises sind in der Finanzbuchhaltung durch Absetzen beim Konto 60 000 (Erlös aus Absatz von Postwertzeichen) zu verrechnen.

Für umgetauschte Antwortscheine kann auch ein besonderer Erstattungsnachweis geführt werden. Die Beträge sind am Monatsende von der Zweigkassette in einer Summe in den Erstattungsnachweis zu übernehmen.

Zu erstattende Telegrammgebühren (ADA VI, 1 § 30), die nicht am Schalter bar ausgezahlt werden, sind durch die Finanzbuchhaltung mit Postcheck oder Überweisung zu entrichten. Diese Beträge sind auch künftig von den Telegrammgebühren (Konto 60 111) abzusetzen. Im übrigen wird darauf hingewiesen, daß in bezug auf die Erstattung von Zolleträgen nach der VMBL. Vf. Nr. 367/1953 und FinSV. Nr. 378/53 zu verfahren ist.

Wenn es die örtlichen Verhältnisse erfordern (u. U. bei besonderen Schaltern für die Annahme von Telegrammen usw.), kann für erstattete Telegrammgebühren ein besonderer Erstattungsnachweis geführt werden; das Formblatt ist dann in der Überschrift handschriftlich zu ergänzen und auch unter dieser Bezeichnung in der Monatsabrechnung der Zweigkassette aufzuführen. Diese Beträge sind in der Finanzbuchhaltung durch Absetzen beim Konto 60111 (Telegrammgebühren) zu verrechnen.

In der ADA V, 2 § 145 und Anl. 168 ist mit Beisatz auf diese VI hinzuweisen.
POB 2 b 2154-4/HBh P 7001-10

Nr. 187/1957. Postleitheft I — Winterfahrplan 1957/58 Postleitheft II — Ausgabe 1957/58

Zum Fahrplanwechsel am 29. September 1957 erscheint — gültig für den Winterfahrplanabschnitt 1957/58 — das von der Kursbuchstelle des MPF beim BPA 7 Magdeburg herausgegebene Postleitheft I (Beförderung auf Eisenbahnen) und — gültig für den Winterfahrplanabschnitt 1957/58 sowie für

den Sommerfahrplanabschnitt 1958 — das Postleitheft II (Postbeförderung auf Straßen).

Der Preis für jedes Heft wird voraussichtlich 3,50 DM betragen.

Bestellungen für Eigen- und Verkaufsstücke sowie für die von den BPF, Schulen und Dienststellen gegen Erstattung der Kosten zu beziehenden Stücke sind bis zum 10. September 1957 an die Kursbuchstelle des MPF beim BPA 7 Magdeburg zu richten.

Die Dienststücke werden den Ämtern kostenlos entsprechend den zur VMBL.-Vf. Nr. 87/1954 für das Postleitheft I und zur VMBL.-Vf. Nr. 51/1955 für das Postleitheft II bei der Kursbuchstelle abgegebenen Bestellungen geliefert.

Die Verrechnung der Kosten für die an die HPÄ gelieferten Eigen- und Verkaufsstücke erfolgt über die zuständigen Wertzeichenvertellämter (s. VMBL.-Vf. Nr. 215/1955). Die BPF und Schulen sowie die BPÄ und das ZVA überweisen die Beträge für die gelieferten Dienststücke sowie die Erlöse aus den Verkaufsstücken nach Eingang der Rechnung auf das Bankkonto des BPA 7 Magdeburg, Konto 3500 bei der Deutschen Notenbank Magdeburg oder auf das Postcheckkonto 5007 des BPA 7 Magdeburg.
PBef 1 c 2473-1

Nr. 188/1957. Luftpostzuschläge für Briefsendungen nach dem Ausland

Im Sonderdruck zur VMBL. Vf. Nr. 160/1957 sind die Luftpostzuschläge unter „Australischer Bund“ wie folgt zu berichtigen:

- Für Postkarten und Briefe je 5 g: 40 Pf.
für andere Sendungen je 20 g: 50 Pf.
POB 3 a 2631-0

Nr. 189/1957. Fertigung von Auslandskartenschlüssen

Vom 2. 9. 1957 an fertigt die Auslandsstelle des Bahnpostamts 32 Leipzig zusätzlich Briefkartenschlüsse für Praha 120, Budapest, 72, London Town und London forward. Entsprechend den bestehenden Beförderungsmöglichkeiten kann die Briefpost für die CSR, die Volksrepublik Ungarn und für Großbritannien (ohne überseeische Gebiete) somit auch auf die Auslandsstelle des Bahnpostamts 32 Leipzig geleitet werden. Die von Berlin NW 7 — Auslandsstelle — für diese Staaten zu fertigenden Briefkartenschlüsse bleiben unverändert bestehen.

Das Verzeichnis der Auslandskartenschlüsse ist entsprechend zu berichtigen.
PBef 2 b 2463-1

- Fernmeldewesen -

Nr. 190/1957. Berichtigungen Nr. 1 bis 4 zum Gebührenbuch für Telegramme

Die Berichtigungen zum Gebührenbuch für Telegramme, 3. Ausgabe, werden der besseren Kontrolle wegen wieder mit laufenden Nummern versehen. Auf S. 4 des Gebührenbuchs für Telegramme sind die ausgeführten Berichtigungen zu vermerken.

Berichtigung Nr. 1

Auf S. 28 ist in Sp. 1 vor Niederlande ein \emptyset (kleiner Kreis) nachzutragen, d. h. Schmucktelegramme zugelassen;

Berichtigung Nr. 2

Auf S. 40 bei Jordanien in Sp. 6 nachtragen: nur arabisch, englische, französische Sprache zugelassen. Geheime Sprache nur in Staatstelegrammen zugelassen;

Berichtigung Nr. 3

Auf S. 56 bei Sudan: Eintrag in Sp. 6 streichen;

Berichtigung Nr. 4

Auf S. 57 bei Syrien in Sp. 6 nachtragen: Geheime Sprache in Privat-Telegrammen unzulässig.
Fe Fv 3 3020-0

Mitteilungen

Nr. 86/1957. Erstattungsnachweise und Entlastungsnachweise

Die VMBL. Vf. Nr. .../1957 ist durch einen Verbesserungsvorschlag des Kollegen Dieter Frankenstein, Hauptpostamt Neubrandenburg (Meckl), veranlaßt worden.
POB 2 b 2154-4/HBh P 7001-10

Nr. 87/1957. Republik- und Gruppensieger im Wettbewerb für das II. Quartal 1957

Der Minister für Post- und Fernmeldewesen hat im Einvernehmen mit dem Zentralvorstand der Industriegewerkschaft Post- und Fernmeldewesen nachfolgende Republik- und Gruppensieger für das II. Quartal 1957 bestätigt:

„Republikssieger im Wettbewerb“
Hauptpostamt Heiligenstadt (Eichsfeld),
Fernmeldeamt Görlitz,
Funkamt Dresden

„Gruppensieger im Wettbewerb“
Postschekamt Magdeburg,
Bezirkswerkstatt für Kraftwagen Halle (Saale),
Abt. Postzeitungsvertrieb des HPA Güstrow,
Bahnpostamt 1 Berlin,
Fernmeldebetriebsabteilung Auerbach (Vogtl),
Fernmeldebauabteilung Gera,
Verstärkeramt Halle (Saale).

Art. 6 9081-0

Nr. 88/1957. Sonderpostämter

(Erläuterungen zu a) bis e) siehe am Schluß der Mitteilungen)
Rostock, Goethestr., ZWP des HPA Rostock
— verspätet gemeldet —

- a) Ostseemesse
b) Rat des Bezirkes Rostock
c) 6. bis 18. August 1957
d) Verkauf von Postwertzeichen, Sondermarken, und Presseerzeugnissen, Annahme von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen und von Telegrammen, Vermittlung von Ferngesprächen, Sparkassendienst, Gefälligkeitsstempelungen
e) ROSTOCK
10. 8. 57-50
Ostseemesse
vom 6. 8. — 18. 8. 57
Bildliche Darstellung, Drei Wimpel
Der Sonderstempel wurde vom 25. Juli bis 8. August 1957 beim PA Rostock 2 verwendet.

- Leipzig
1. Ringmessehaus
2. Peterhof
3. Messehof
4. Handelshof
5. Suka, Kaufhaus
6. Franz-Mehring-Haus
7. Buchverbehaus
8. Ausländertrampelpunkt Neues Rathaus
9. Pressezentrum
10. Messeflughafen
11. Techn. Messe Halle 6

ZWP des HPA Leipzig C 1

- a) Leipziger Herbstmesse 1957
b) Leipziger Messeamt
c) 1. bis 8. September 1957
Zu 1 bis 11: vom 31. 8. bis 8. 9. 1957
Zu 8: vom 28. 8. bis 9. 9. 1957
Zu 9: vom 29. 8. bis 9. 9. 1957
Zu 10: vom 31. 8. bis 9. 9. 1957
d) Zu 1 bis 11: Verkauf von Postwertzeichen und Sondermarken, Annahme von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen und von Telegrammen, Sparkassendienst, Vermittlung von Inlandsferngesprächen, Fernsprechkonferenzen
Zu 1 bis 11: Vermittlung von Auslandsferngesprächen
Zu 1 bis 11: Verkauf von Presseerzeugnissen
e) Zu 1 bis 11: Ortsangabe wie angegeben
Inschrift:
Zu 1, 3 und 5 bis 11: Leipziger Messe
Zu 2: Musikinstrumente und Spielwaren in alle Welt
Zu 4: Seit 1957 Leipziger Messe
Bildliche Darstellung:
Zu 1: Ringmessehaus-Gebäude
Zu 2: Akkordeon und Schmalplafard
Zu 3: Akkordeon und Messehaus Messehof
Zu 4: Historischer Messerwagen
Zu 5: Bandföhrle und Fernsehgerät
Zu 6: Hochhaus mit Franz-Mehring-Haus
Zu 7: Sternmaschine
Zu 8: Eingang zum Neuen Rathaus
Zu 9: Telefontastatur und ZWP
Zu 10: Geländes Flugzeug und Fluggäste
Zu 11: Hauptflughafen Technische Messe

Benutzt werden Sonderstempel bei folgenden Postämtern verwendet:
Leipzig C 1, Unterscheidungsbuchstabe a: Turm des Neuen Rathauses, Inschrift: Leipziger Messe vom Weltkongress, Inschrift: Leipziger C 1, Unterscheidungsbuchstabe b: Weltkugel, Inschrift: Internationaler Leipziger Messe.
Leipzig C 9, Altes Rathaus, Inschrift: Leipziger Messe.
Leipzig C 12, Wertheplatz, Messe 1957, Inschrift: Karl-Marx-Platz, Mittler zwischen Ost und West Leipziger Messe.
Leipzig C 17, Unterscheidungsbuchstabe a: Hauptbahnhof, Inschrift: Hauptbahnhof Leipziger Messe.
Leipzig C 17, Unterscheidungsbuchstabe b: Bahnhof mit Hauptbahnhof Leipziger Messe.
Leipzig C 17, Unterscheidungsbuchstabe c: Hauptbahnhof Leipziger Messe, Stromlinienbild, Inschrift: Hauptbahnhof Leipziger Messe.
Bahnhofpostamt 22, Flugzeug, Inschrift: Luftpost Leipziger Messe.
Zusatzstempel: Mit Luftpost bedient vom Messeflughafen Leipzig-Mockau, Bild: Messezeichen
Sonderstempel sind mit dem Messezeichen versehen und werden vom 28. 8. 1957 an bei den vorgenannten Postämtern, beim BPA 23 vom Tage der Aufnahme des Flugbetriebs, verwendet.

- a) Anlaß b) Veranstalter c) Dauer d) Aufgabekreis der Sonderpostämter e) Stempelschrift
DPW 1508-07 B

Nr. 89/1957. Sonder- und Werbestempel

(Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluss der Mitteilungen) — verspätet gemeldet —

- a) Briefstempelwerbung Deutsche Lufthansa
b) BPA 22 Leipzig
c) Maschinienstempel

1. Deutsche Lufthansa, bildliche Darstellung: Kranich
2. Schnell, sicher, bequem in ALLE WELT DURCH DIE DEUTSCHE LUFTHANSA, bildliche Darstellung: Kranich

3. Deutsche Lufthansa, bildliche Darstellung: Flugzeug und Kranich
4. Deutsche Lufthansa, bildliche Darstellung: Kranich und Messe-Sonderflugverkehr, bildliche Darstellung: Flugzeug und Messezeichen

e) 15. August bis 14. September 1957

a) Zusatzstempel „Luftpost“

b) BPA 22 Leipzig

c) Zusatzstempel (Siah)

d) MIT LUFTPOST befördert vom Messelhafen LEIPZIG-MOCKAU

e) 1. bis 8. September 1957

Alle Sendungen, die mit Luftpost befördert werden, erhalten während der Messe dieses Zusatzstempel.

a) Briefstempelwerbung

b) Berlin N 4

c) Maschinienstempel

d) DEUTSCHE LUFTHANSA

Urbahnbühne EIN BESONDERES ERLEBNIS! Bildliche Darstellung: Sonne und Kranich

e) 1. bis 30. September 1957

a) Internationales Meeting Berlin 1957

b) 1. Hoppegarten (b Berlin) 2. Berlin NW 8

c) Handstempel

d) HOPPEGARTEN (b BERLIN) 2 bzw. BERLIN NW 8

e) 4. August bis 8. September 1957

Zu 2. Anträge zur Ausstellung von Gefälligkeitsstemplungen sind bis zum 7. November 1957 an die Versandstelle für Sammelmarken beim HPA Berlin W 8 zu richten

a) 100. Todestag des Altmeisters der deutschen Vogelkunde Naumann

b) Köthen (Anh) 2

c) Handstempel

d) KÖTHEN (ANH) 2

e) 11. bis 16. August 1957

a) Werbung Arbeit- und Gesundheitsschutz

b) 1. Neubrandenburg (Meckl), Demmin, Neustrelitz, 2. Cottbus, Dresden A 24, Freiberg (Sachs), Merzen 3

c) zu 1.: Handstempel

zu 2.: Maschinienstempel

d) zu 1.: Neubrandenburg (Meckl) bzw. Demmin und Neustrelitz

1. 8. 57-60

Verbleib Infrille

ARBEITSSCHUTZ geht alle an!

zu 2.: Cottbus: ARBEITSSCHUTZ geht alle an! Dresden A 24: Halte auch Da Verkehrsdisziplin! Freiberg (Sachs): TADALLE SIND VERMEIDBAR! Merzen 3: ARBEITSSCHUTZ — DEIN RECHT UND DEINE PFLICHT!

e) 1. bis 20. September 1957

a) Briefmarkenwerbeschau 1957

b) Ascherleben

c) Handstempel

d) Ascherleben

1. 8. 57-60

Briefmarkenwerbeschau 1957

1. Bildliche Darstellung: Wappen der Stadt Ascherleben

e) 1. bis 30. September 1957

a) IV. Auto- und Motorradrennen Bernauer Schleife

b) Bernau (b Berlin)

c) Handstempel

d) Bernau (b Berlin)

17. 8. 57-60

(Bernauer Schleife)

IV. Auto- und Motorradrennen

am 15. 9. 1957

1. Bildliche Darstellung: Chaussee, Rennwagen mit Fahrer

e) 17. August bis 15. September 1957

a) Dauerwerbung

b) Suhl 1

c) Handstempel

d) SUHL 1

15. 7. 57-60

SÜHLER JAGDGEWÄHR IN ALLER WELT

1. Bildliche Darstellung: Waffenschmied

e) 15. Juli 1957 bis 14. Juli 1958

a) Anlaß b) Verwendungs-PA c) Art des Stempels

d) Stempelschrift e) Verwendungsdauer

DPW 625-1

(Zur VMBL. Mbl. Nr. 72/1957, S. 119)

Zusatzstempel aus Anlaß der Gemeindef. und Kreisstaatswahl

Bei der Werbung Wiederaufbau/Rochlitz (Sachs) sind unter e) die Angaben „5. Juli 1957 bis 1. Juli 1958“ zu ändern in 2. Juli 1957 bis 8. Juli 1958.

(Zur VMBL. Mbl. Nr. 67/1957, S. 100)

Zusatzstempel aus Anlaß der Gemeindef. und Kreisstaatswahl

Auf S. 100 ist der Eintrag „Neuruppin“ zu streichen.

DPW 625-1

Die nachstehend aufgeführten Werbestempel werden weiter verwendet:

Table with 4 columns: Verwendungs-PAnst, Veröffentlicht unter Amtsbl.- bzw. VMBL.-Mitteilungen, Neue Verwendungs-dauer bis, and other details.

Bad Kösen Nr. 97/1950, S. 638 16. 7. 1958

Bad Nauheim Nr. 73/1953, S. 114 30. 6. 1958

Bärenfeld/über Kipsdorf (Sachs) Nr. 64/1956, S. 584 31. 5. 1958

Dresden-Bad Weißer Nr. 55/1956, S. 86 31. 12. 1957

Dresden N 54 Nr. 55/1956, S. 86 31. 12. 1957

Dresden N 57 Nr. 55/1956, S. 86 31. 12. 1957

Klingenthal (Sachs) Nr. 80/1956, S. 622 31. 7. 1958

Mühlau Nr. 74/1956, S. 207 14. 6. 1958

Oybin (Oberlausitz) Nr. 52/1949, S. 389 30. 6. 1958

Rahnewald/über Pirna Nr. 64/1956, S. 58 14. 6. 1958

Schönbach/über Löbau (Sachs) Nr. 55/1956, S. 86 14. 5. 1958

Siebnitz (Thüringerw) Nr. 55/1956, S. 86 14. 5. 1958

Siebnitz (Sachs) Nr. 75/1946, S. 212 25. 7. 1958

Siebnitz (Sachs) Nr. 87/1954, S. 126 31. 7. 1958

Waldheim (Sachs) Nr. 64/1956, S. 97 31. 5. 1958

Wehrsdorfer Neukirch (Lausitz) Nr. 64/1956, S. 98 30. 6. 1958

Wiesenburg (Mark) Nr. 57/1956, S. 638 30. 6. 1958

DPW 625-1

Ausgabe A

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen



Jahrgang 1957 Berlin W 66, den 23. August 1957 Nummer 35

Inhalt

Table with 3 columns: Title, Page, and Page. Includes sections like 'Aufruf zum Monat für Gesundheits- und Arbeitsschutz 1957', 'Verfügungen: Allgemeines', 'Betriebsdienst', 'Post', 'Prüfbestimmungen im Postbetriebsdienst', and 'Luftpostverkehr während der Leipziger Herbstmesse 1957'.

Aufruf

des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen und des Zentralvorstandes der Industriegewerkschaft Post- und Fernmeldewesen zum Monat für Gesundheits- und Arbeitsschutz 1957

Kolleginnen und Kollegen!

Auch in diesem Jahre wird im September in allen Betrieben der Deutschen Demokratischen Republik der Monat für Gesundheits- und Arbeitsschutz durchgeführt.

Dieser Monat muß ein Höhepunkt der ständigen Arbeit zur Verbesserung des Gesundheits- und Arbeitsschutzes in allen Ämtern und Betrieben des Post-, Fernmelde- und Funkwesens sein. Die Vorbereitung und Durchführung aller Maßnahmen im Monat für Gesundheits- und Arbeitsschutz stehen im Zeichen einer weiteren Mobilisierung aller unserer Werktätigen, um über den genannten Monat hinaus einen ständigen Kampf zur Verbesserung des Gesundheits- und Arbeitsschutzes in jedem unserer Betriebe zu führen. Bei allen Wirtschafts- und Gewerkschaftsfunktionären muß sich das Bewußtsein der Verantwortung für die Einhaltung und weitere Verbesserung des Gesundheits- und Arbeitsschutzes noch stärker entwickeln und alle Werktätigen unserer Ämter und Betriebe für die bewußte Einhaltung der sozialistischen Arbeitssdisziplin und der in ihrem eigenen Interesse geschaffenen Gesetze und Verordnungen gewonnen werden.

Seit der Übernahme der vollen politischen, organisatorischen und finanziellen Verantwortung für die Sozialversicherung durch unsere Industriegewerkschaft ist es gelungen, weitere Erfolge in der Verbesserung des Gesundheitszustandes unserer Werktätigen zu erreichen. Immer mehr setzt sich die Erkenntnis durch, daß die gesellschaftliche Arbeit nur dann ihren Zweck erfüllt, wenn der werktätige Mensch während des gesamten Arbeitsablaufes vor allen Schädigungen an Leben und Gesundheit bewahrt bleibt. Das bedeutet, das unsere tägliche Arbeit und der Gesundheits- und Arbeitsschutz eine untrennbare Einheit bilden.

Durch unsere gemeinsamen Anstrengungen wollen wir erreichen, daß der Krankenstand weiter sinkt und unsere Ämter und Betriebe unfallfrei arbeiten. Daß dieses Ziel real ist, beweist die Tatsache, daß der Krankenstand und das Unfallgeschehen bei der Deutschen Post im Vergleich

zum Vorjahr zurückgegangen ist und eine Anzahl unserer Ämter und Betriebe, z. B. die Fernmeldeämter Eisenach, Weimar, Altenburg, Gardelegen und Salzwedel, die Hauptpostämter Heiligenstadt und Reichenbach, die Funkämter Köpenick, Dresden, Schwerin, Beelitz, Nauen, Oranienburg und Leipzig, die Postschekämter Erfurt und Magdeburg, die BWKw Zwickau in den letzten Monaten unfallfrei gearbeitet haben. Es kommt jetzt darauf an, diese positive Entwicklung in allen Ämtern und Betrieben durchzusetzen. Unsere Werktätigen sind davon zu überzeugen, daß der Gesundheits- und Arbeitsschutz ihre ureigenste Aufgabe ist. Sie müssen mehr als bisher verstehen lernen, von ihrem Mitbestimmungs- und Mitverantwortungsrecht, das ihnen unser Arbeiter- und Bauern-Staat in so umfassendem Maße gegeben hat, vollen Gebrauch zu machen.

Der Kampf gegen Unfälle und Krankheiten, mit dem Ziel eines maximalen Schutzes unserer Werktätigen während des Arbeitsprozesses, hat auch gleichzeitig beträchtliche ökonomische und gesellschaftliche Auswirkungen und trägt zum schnelleren Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik bei.

Das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen und der Zentralvorstand der Industriegewerkschaft Post- und Fernmeldewesen weisen bei der Vorbereitung und Durchführung des Monats für Gesundheits- und Arbeitsschutz besonders auf folgende Schwerpunkte hin:

In allen Ämtern und Betrieben ist alsbald zu überprüfen, wie die den Gesundheits- und Arbeitsschutz betreffenden Verpflichtungen des Betriebskollektivvertrags 1957 von den Wirtschafts- und Gewerkschaftsfunktionären bisher verwirklicht worden sind. Dabei ist besonders die ausreichende Versorgung unserer Werktätigen mit Arbeitsschutzkleidung und -mitteln und die Verwendung der zur Verfügung gestellten Mittel für Gesundheits- und Arbeitsschutz (invest- und Generalreparaturmittel sowie Kosten) zu kontrollieren und Maßnahmen für die restlose Ausschöpfung dieser Mittel festzulegen.

Die Krankheits- und Unfallursachenforschung ist qualitativ zu verbessern mit dem Ziel einer schnellen Beseitigung der Krankheits- und Unfallgefahren.

Die Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit und Hygiene am Arbeitsplatz ist zu gewährleisten. Vorhandene Mängel müssen schnellstens behoben werden.

Verbesserungsvorschläge unserer Werktätigen auf dem Gebiete des Gesundheits- und Arbeitsschutzes sind unverzüglich zu beurteilen und bei Brauchbarkeit schnellstens zu verwirklichen. Dabei ist zu kontrollieren, wie die bisher gemachten Verbesserungsvorschläge im Gesundheits- und Arbeitsschutz realisiert wurden.

Die eingeleiteten und vorgesehenen Maßnahmen zur Winterfestmachung der Ämter und Betriebe sind zu überprüfen und erforderlichenfalls weitere Maßnahmen festzulegen. Der Zustand, daß erst dann mit der Winterfestmachung begonnen wird, wenn die kalte Jahreszeit einsetzt, muß überwunden werden.

Kolleginnen und Kollegen, die Gesundheit ist das wertvollste Gut des Menschen. Setzt Euch deshalb für die Ziele des Gesundheits- und Arbeitsschutzes ein!

Helft mit, unfallfreie Ämter und Betriebe zu schaffen!

Zentralvorstand
der
Industriegewerkschaft Post- und Fernmeldewesen
Springer
1. Vorsitzender

Ministerium
für
Post- und Fernmeldewesen
Burmeister
Minister

Verfügungen Allgemeines

Nr. 181/1957. Sonderpostwertzeichen zur Leipziger Herbstmesse 1957

Zur Leipziger Herbstmesse 1957 werden zwei Sonderpostwertzeichen zu 20 und 25 Pfennig herausgegeben. Auf beiden Werten ist das Leipziger Messezeichen als Motiv abgebildet.

Wegen des gleichen Motivs wird nur ein Wertzeichen in $\frac{1}{4}$ der natürlichen Größe abgebildet. Die Wertzeichen werden vom VEB Deutsche Wertpapier-Druckerei in Leipzig zweifarbig (karminrot/hellrot und blau/hellblau) im Offsetdruck auf Wasserzeichenpapier mit dem Kreuzblumenmuster herge-



stellt. Den Entwurf für die Marken fertigte der Berliner Graphiker Rudolf Skribelka.

Die Wertzeichen sind vom 30. August 1957 an bei allen Postanstalten zu verkaufen. Vor dem ersten Ausgabetag dürfen sie nicht abgegeben werden.

Zu den Sonderpostwertzeichen wird ein Ersttagsbriefumschlag herausgegeben, der auf dem linken Drittel der Anschriftseite das Leipziger Messe-

zeichen und das Stadtwappen zeigt. Der Briefumschlag ist nach Eingang zum Preise von 20 Pfennig bei den üblichen Abgabestellen zu verkaufen.

Die Ausgabe der Sonderpostwertzeichen und der Ersttagsbriefumschläge ist auf den Ausweisen der Teilnehmer am Ausweisverfahren zum Bezug von Sonderpostwertzeichen usw. als Nummer 13/57 zu vermerken.
P OB 4 a 2040-1

Betriebsdienst

- Post -

Nr. 182/1957. Prüfbestimmungen im Postbetriebsdienst

Die in der ADA vorgeschriebenen besonderen Prüfungen für den Postbetriebsdienst sind mit dem Ergebnis überprüft worden, daß ein Teil wegfallen oder eingeschränkt werden kann.

A. Es fallen weg:

1. Prüfen der Postanweisungen auf richtige Freimachung durch den Leiter des Postamtes usw. (V,2 § 21,XVII). Unberührt bleibt die Bestimmung, daß die Postanweisungen durch einen zweiten Angestellten zu vergleichen sind;
2. außergewöhnliche Gebührenprüfung der gesamten eingehenden Kartenschlüsse (V,2 § 70,II);
3. unvermutetes Prüfen der eingehenden Kartenschlüsse durch die Leiter der PA usw. (V,2 § 76,I);
4. Prüfen, ob Geldzusteller verdächtige Anweisungen, Nachnahmen usw. bei sich führen, die von der Zustellung auszuschließen waren (V,2 § 83,V);
5. Prüfen, ob die nach dem Auftragsbuch und dem Auftragsbuch der Landpoststelle noch nicht erledigten Aufträge mit ihren Anlagen noch vorliegen oder den Zustellern gegen Empfangsbcheinigung übergeben oder den PSt II in der Überweisungskarte zugeschrieben sind (V,2 § 95,I);
6. stichprobenweise Prüfung, ob das Gewicht der Paketsendungen mit der Gewichtsangabe auf den Paketkarten übereinstimmt (V,2 § 104,I und II);
7. besondere Prüfung des gesamten Päckereidienstes durch den Leiter des Postamtes (V,2 § 105,II);
8. halbjährlicher Hinweis an die Zusteller, beim Zustellen von Sendungen an Empfänger in Gasthöfen usw. vorsichtig zu verfahren (V,2 § 112,VII);
9. stichprobenweise Nachprüfung der Vollzähligkeit des Inhalts der Bunde mit erledigten Paketkarten, wenn der Leiter des Postamtes die Paketkarten nicht selbst verschlossen hält (V,2 § 124,VI);
10. monatlich einmalige Prüfung der an die Rückbriefstelle einzusendenden unanbringlichen Sendungen durch den Leiter des Postamtes usw. (V,2 § 127,I).

B. Eingeschränkt werden:

1. Prüfung der Annahmebücher der Paketzusteller (V,2 § 9,25);
bisher wöchentlich einmal,
künftig monatlich einmal;
2. Stichproben der angenommenen Einschreibsendungen, soweit nötig (V,2 § 16,II a, b),
bisher wöchentlich einmal,
künftig monatlich einmal;
3. Stichproben, ob die in die Annahmebücher der PHSI und die Annahmekarten der PSt II eingetragenen Sendungen ordnungsgemäß und rechtzeitig weitergegeben sind. Dabei Vergleichen der Einträge der Postanweisungen und Zahlkarten in den Annahmekarten und den Überweisungs-(Zustell-)Karten der PSt II mit denen in der Einzahlungsliste in nicht zu geringem Umfang, wobei jede PSt mindestens monatlich einmal für 3 aufeinanderfolgende Tage zu erfassen ist (V,2 § 27,V),
künftig: für 2 aufeinanderfolgende Tage;
4. Prüfen des Gebührensatzes auf Inlandsendungen und richtige Behandlung der Auslandsendungen (V,2 § 27,IX),
bisher täglich,
künftig wöchentlich einmal;
5. Prüfen, ob alle ankommenden Bahnhofsbriefe angemeldet und die besonderen Gebühren dafür entrichtet sind (V,2 § 39,I),
bisher mindestens einmal monatlich,
künftig vierteljährlich einmal;
6. besondere Beachtung des Fehlens von Freimarken bei Briefsendungen vom Ausland (V,2 § 66,IV),
bisher täglich,
künftig wöchentlich einmal;
7. Stichproben, ob die durch Gebührenmeldungen mitgeteilten Fehlbeträge richtig vereinbart worden sind (V,2 § 71,VI),
bisher häufig,
künftig monatlich einmal;
8. stichprobenweise Prüfung der Nachgebührenschrift für die Ausgabe und Zustellung (V,2 § 76,XIII),
bisher wöchentlich einmal,
künftig monatlich einmal;

9. Stichproben vor Antritt der Zustellung, ob die Ablieferungsscheine ordnungsgemäß ausgefertigt sind (V,2 § 77,IV), bisher häufig, künftig monatlich einmal;
10. Prüfung der Postaufträge, bevor sie weiter- oder zurückgesandt oder zum Protest gegeben werden (V,2 § 93,VII), bisher ohne Fristen, künftig von Fall zu Fall;
11. Überwachen des Nachnahmediendienstes durch unbemerkte Aufzeichnungen usw. (V,2 § 100,I und III), bisher wöchentlich einmal, künftig monatlich einmal;
12. Prüfen der Paketlagerräume (wöchentlich einmal), bei mittleren und kleinen PÄ monatlich zweimal (V,2 § 105,I), künftig bei allen PÄ monatlich einmal;
13. Vollständigkeit der Einträge im Fundbuch prüfen (V,2 § 147,XI), bisher ohne feste Fristen, künftig vierteljährlich einmal;
14. Prüfen der Schalteraushänge usw. (V,2 Anh. 1, 14), bisher ohne feste Fristen, künftig monatlich einmal;
15. Prüfung der Freistemplengeräte auf Unversehrtheit der Sicherheitsverschlüsse usw. (V,2 Anh. 5b § 8, III), bisher alle 2 Monate, künftig vierteljährlich einmal;
16. Bescheinigung in den Einnahmehinweisen bei Freistemplern D 2 und E 2 prüfen (V,2 Anh. 5b § 8,III), bisher wöchentlich einmal, künftig monatlich einmal;
17. unermutete Aufzeichnungen der Einschreibsendungen bei den Einschreibstellen (V,2 Anh. 7 unter II Nr. 2), bisher monatlich zweimal, künftig monatlich einmal;
18. Prüfen der PSt II Stadt (V,2 Anh. 16 § 6,II), bisher jährlich dreimal, künftig jährlich einmal;
19. Stichprobenweises Wiegen der bei PSt I und ZwPÄ eingelieferten Pakete (DA Pkt § 43 Abs. 4), bisher wöchentlich einmal, künftig monatlich einmal;

C. Folgende Prüfungen, die im Rahmen der allgemeinen Dienstaufsicht bzw. der Dienstabwicklung mit zu erledigen sind, sind in Anl. 174 als besondere Prüfbestimmung mit Bleistift zu streichen:

1. Prüfen des Nachweises besonderer Postgebühren (V,2 § 6,V u. VI, ohne feste Fristen);
2. Prüfung der Annahmehücher der Landzusteller (V,2 § 9, VII, täglich);
3. Prüfung der Vereinnahmung der Gebühren für Postwurfsendungen (V,2 § 15,VI, ohne feste Fristen);

Die richtige Vereinnahmung ist bereits nach ADA VIII,1 § 67,IV durch häufige Stichproben zu überwachen;

4. Überwachung des Zugangs der Abschnitte zu telegraphischen Postanweisungen und telegraphischen Zahlkarten (V,2 § 22,VI, ohne feste Fristen);
5. Verantwortung für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Verzeichnisses der Kartenschlüsse (V,2 § 31,XI, ohne feste Fristen);
6. Prüfung des Zustelldienstes (V,2 § 113,VI, ohne feste Fristen);
7. Prüfung der Einträge in der Abholer- und Firmenkartei durch einen zweiten Angestellten (V,2 Anh. 11,4), in ADA V,2 Anl. 174 ist mit Bleistift auf diese VI. hinzuweisen.

POB 2b 2140-0

Nr. 183/1957. Luftpostverkehr während der Leipziger Herbstmesse

1. Die Maschinen der Fluggesellschaften CSA, KLM und SABENA werden auch während der Leipziger Herbstmesse für die Beförderung von Luftpostsendungen nach dem Ausland ab Leipzig-Mockau benutzt werden. Aus diesem Grunde sind die in der Zeit vom 29. August bis 9. September in den Bezirken Dresden, Cottbus, Erfurt, Gera, Halle (Saale), Karl-Marx-Stadt, Leipzig und Suhl ankommenden Luftpostbriefsendungen getrennt nach gewöhnlichen und Einschreib-Sendungen an das Bahnpostamt 32, Briefabfertigung — Luftpoststelle bzw. Einschreibstelle, in Beuteln oder Bunden zu senden oder den in Richtung Leipzig verkehrenden Bahnposten zuzuleiten. Luftpostpakete werden dem Hauptpostamt Leipzig N 18 auf dem schnellsten Wege zugeleitet.
2. Luftpostbriefsendungen und Luftpostpakete nach der Demokratischen Republik Vietnam, der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, der Mongolischen Volksrepublik, der Sowjetunion, der Volksrepublik China und der Volksrepublik Polen werden unverändert dem Luftpost-Ausweisungspostamt Berlin NW 7 unmittelbar zugeführt.
3. Die Maschinen der Deutschen Lufthansa verkehren vom 30. August bis 10. September mehrmals täglich zwischen Berlin und Leipzig. In beiden Richtungen werden Eilbriefsendungen für Berlin und Randgebiete bzw. Leipzig befördert. Soweit eine Beteiligung in der Zustellung erreicht wird, werden auch gewöhnliche Sendungen in beiden Richtungen mit dem Flugzeug befördert. Ein Luftpostzuschlag wird dafür nicht erhoben.
4. Luftpostsendungen nach Westdeutschland werden grundsätzlich auf dem Schienenwege weitergeleitet. Leitvermerke wie z. B. „via Amsterdam“ oder „via Brüssel“ bleiben unberücksichtigt.
5. Alle von Leipzig-Mockau mit dem Flugzeug beförderten Luftpostbriefsendungen nach dem Ausland und Eil-Briefsendungen nach Berlin mit Randgebieten erhalten einen Zusatzstempel, der auf die Luftbeförderung hinweist.

POB 3a 2622-0

Herbstpressewerbung 1957

„Jeder eine gute Tat für unsere gemeinsame sozialistische Sache“

Von einer Arbeitstagung im Bezirk Potsdam ging uns folgende Entschließung zu:

Entschließung

Zum 40. Male jährt sich am 7. November 1957 die Große Sozialistische Oktoberrevolution. Dieser Jahrestag wird von den Werktätigen der ganzen Welt gefeiert. Besonders auch von den Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik.

Anlässlich einer Arbeitstagung PZV des BPF-Bezirk Potsdam am 13. und 14. August 1957 in Fürstenberg (H) erklärt sich das Abteilungsleiter-Kollektiv PZ zu Ehren des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und zu Ehren des 8. Gründungstages unserer Deutschen Demokratischen Republik bereit, sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einzusetzen, die Herbstpressewerbung 1957 zu einem vollen Erfolg zu gestalten. Unser besonderer Dank soll sein, durch gute Anleitung und aktive Hilfe verbunden mit einer starken Diskussion mit allen Postlern zu erreichen, daß im Bezirk Potsdam insgesamt

6000 neue Bezieher für die demokratische Presse

geworben werden.

Wir rufen alle Abteilungsleiter PZ in den Betrieben und Bezirken der Deutschen Post auf, sich unserer Verpflichtungsbewegung

„Jeder eine gute Tat für unsere gemeinsame sozialistische Sache“

anzuschließen, um neue Leser für die demokratische Presse und somit neue Kämpfer für unsere gute Sache zu gewinnen.

Fürstenberg (H), den 14. August 1957

Unterschriften

Müller, HPA Potsdam

Pennig, HPA Neustadt (Dosse)

Theil, HPA Brandenburg

Steinigen, HPA Oranienburg

Ihme, HPA Jüterbog

Abromeit, HPA Zossen

Beetz, HPA Nauen

Kressler, BPF Potsdam

Sommer, HPA Neuruppin

Von der Zeitungszustellerin Schedler. Aktivistin des zweiten Fünfjahrplanes, beschäftigt beim Postamt Berlin C 2, wurde uns nachstehende Verpflichtung übergeben:

Verpflichtung!

Aus Anlaß des Besuches der sowjetischen Regierungs- und Parteidelegation verpflichtete ich mich, bis zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

25 neue Abonnenten für das „Neue Deutschland“

zu werben.

gez. Schedler

Gleichzeitig fordere ich alle Kolleginnen und Kollegen des HPA sowie im gesamten Bereich der BPF Berlin auf, meinem Beispiel zu folgen.

Die BPO der SED beim HPA Lübben (Spreevald) übergab folgenden Beschluß:

Beschluß

Am 7. November 1957 jährt sich zum 40. Male der Tag der weltbedeutenden Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Die feste Freundschaft zwischen den Völkern Deutschlands und der Sowjetunion ist die sicherste Garantie für die Erhaltung des Friedens in Europa, sowie eine entscheidende Quelle der Erfolge des sozialistischen Aufbaus in der Deutschen Demokratischen Republik.

Zu Ehren des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, sowie in Anerkennung der hervorragenden Leistungen unserer großen Bruderpartei in der Sowjetunion, verpflichtet sich die Betriebsparteiorganisation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands des Hauptpostamtes Lübben (Spreevald) bis zum 7. November 1957 entsprechend den Weisungen des 32. Plenums unserer Partei 40 neue Leser für das Zentralorgan der Sozialistischen Einheitspartei das „Neue Deutschland“ zu gewinnen. Die Genossen der BPO des Hauptpostamtes Lübben rufen gleichzeitig alle Betriebsparteiorganisationen der Deutschen Post in der Deutschen Demokratischen Republik, sich dieser Verpflichtungsbewegung „Jeder eine gute Tat für unsere gemeinsame sozialistische Sache“ zu beteiligen und ebenfalls eine Anzahl Leser für unser Zentralorgan zu gewinnen. Die Genossen der BPO des Hauptpostamtes Lübben (Spreevald) werden alles daran setzen, ihre Verpflichtung vorzeitig zu erfüllen.

Aufruf

Das MPF und der ZV IGPF begrüßen diese Initiative der Werktätigen aus Anlaß des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution die Herbstpressewerbung 1957 in der Deutschen Post zu einem besonderen Erfolg zu führen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Am 7. November 1957 begehen die Werktätigen der ganzen Welt den 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Das System des Sozialismus, das neue, sozialistische Beziehungen zwischen den Menschen schafft, hat seinen Siegeszug angetreten. Die 40 Jahre genügen, um rund eine Milliarde Menschen in Staaten zu vereinen, die heute die neue Welt des Sozialismus aufbauen. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution hat den Gang der Weltgeschichte in einem gerüttelten Ausmaß beeinflußt, daß es heute ein sozialistisches Weltssystem gibt, zu dem auch die Deutsche Demokratische Republik gehört. Der Präsident des Nationalrates der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland, Prof. Dr. h. c. Erich Correns, schreibt zur Vorbereitung des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution u. a. folgendes:

„Der 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution hat nicht nur nationale Bedeutung für die Völker der Sowjetunion anbrach, sondern daß dieser Tag den Völkertrübling überhaupt und damit auch für uns einleitete. Es muß daher eine Sache der Ehre und der nationalen Verpflichtung sein, den 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf allen Gebieten unserer Tätigkeit, in allen Wirkungsbereichen unseres Lebens gründlich und sorgfältig vorzubereiten.“

Der Leninsche Ausspruch vom kollektiven Propagandisten, Agitator und Organisator trifft vollinhaltlich auf unsere demokratische Presse zu, die auch die Aufgabe hat, die deutsch-sowjetische Freundschaft weiter zu vertiefen und die Geschichte dieser großen Revolution in verständlicher Sprache allen nahezubringen, damit sie verstehen lernen, daß der Sozialismus die kommende Gesellschaftsordnung der Zukunft ist.

Der besondere Dank unserer Kolleginnen und Kollegen drückt sich in zahlreichen Entschlüssen, Beschlüssen sowie Einzelverpflichtungen zur Werbung neuer Leser unserer demokratischen Presse im Rahmen der Herbstwerbung 1957 aus.

Auf Grund dieser Verpflichtungsbewegung rufen wir alle Kolleginnen und Kollegen der Deutschen Post auf, zu Ehren der 40. Wiederkehr des Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

100 000 neue Abonnenten

für die demokratischen Tageszeitungen zu gewinnen.

Darüber hinaus sind besondere Werbemaßnahmen für die „Presse der Sowjetunion“ sowie alle deutschsprachigen Zeitungen und Zeitschriften aus der Sowjetunion und den Volksdemokratien zu organisieren.

Zusätzlich zu der Werbung von 100 000 neuen Abonnenten für die Tageszeitungen soll sich der Einsatz der Werbung auch auf unsere Wochen- und Fachzeitschriften erstrecken.

Für die Dauer der Gesamtwerbung werden zwei Zwischenauswertungen vorgeschlagen, und zwar am 10. 10. und 10. 11. 1957. Die Endauswertung wird am 10. 12. 1957 vorgenommen.

Es ist die Pflicht aller leitenden Funktionäre der Deutschen Post, mit dem Postzeitungsvertrieb und allen Mitarbeitern der Deutschen Post die Herbstpressewerbung 1957 zu organisieren und zu einem vollen Erfolg zu führen. In allen Dienst- und Produktionsbesprechungen ist die Herbstpressewerbung 1957 in den Mittelpunkt zu stellen, um das uns gesteckte Ziel der Gewinnung von neuen Lesern für die demokratische Presse anläßlich des Festes des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution zu erreichen und zu übertreffen.

Kolleginnen und Kollegen!

Beginnt sofort mit der Vorbereitung der Werbung, damit bereits bis zur 1. Zwischenauswertung ein sichtbarer Erfolg zu verzeichnen ist.

Vorwärts zu weiteren Erfolgen beim Aufbau des Sozialismus!

Vorwärts im Kampf um die Einheit eines demokratischen und friedliebenden Deutschlands!

Zentralvorstand der Industriegewerkschaft Post- und Fernmeldewesen	Ministerium für Post- und Fernmeldewesen
Springer 1. Vorsitzender	Serinek Staatssekretär

Mitteilungen

Nr. 78/1957. Ausstellung „Moderne Technik im Verkehrswesen“

Im Verkehrsmuseum Dresden (Johanneum, ehemaliger Stallhof) ist bis zum 30. September 1957 die Ausstellung „Moderne Technik im Verkehrswesen“ Dresden zusammen mit der Deutschen Post, der Deutschen Reichsbahn, dem Kraftverkehr und der Schifffahrt gestaltet worden ist. Im Original oder in Modellen sowie in großen Fotos sind modernste technische Einrichtungen oder Mittel zu sehen, die im Verkehrswesen der Deutschen Demokratischen Republik verwendet werden.

Die Ausstellung ist außer montags an den übrigen Werktagen von 10 bis 19 Uhr und sonntags von 11 bis 18 Uhr geöffnet.
Pr 1300—0

Nr. 79/1957. Berichtigungen zum Briefpostbuch

Die Berichtigungsbogen Nr. 19 sind versandt worden.
P OB 3 2241—2

Nr. 80/1957. „Die Deutsche Post“, Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen, Heft 9/57

Das Septemberheft der Zeitschrift enthält folgende längere Beiträge:

Hartmann: Der Ingenieur in der Phase der revolutionären Umgestaltung der Technik
Oehme: Einige Erfahrungen bei der Mechanisierung des Briefverteilendienstes

Nowack: Die Deutsche Demokratische Republik und der Internationale Fernmeldeverein
Gebauer: Wissenswertes über Antennen und Antennenanlagen

Paubel: Die Verwirklichung des Prinzips der Kontrolle durch den Leiter eines Amtes
Hetzl: 100 Jahre Landzustelldienst beim Postamt Freiberg (Sachs)

Amberg: Wie wir Arbeitsorganisation und Arbeitshygiene im Lehrberuf Fernmeldebaumeister verbessern
Dölkner: Einiges über die Rationalisatorbewegung und das Erfindungswesen

Darüber hinaus sind in dem Heft Kurzbeiträge u. a. über den Goldfranken als Währungseinheit des Weltpostvereins, über Entwicklungstendenzen im Fernsprechwesen Großbritannien, über die Ausstellung „Moderne Technik im Verkehrswesen“ in Dresden sowie eine Vorschau auf die Leipziger Herbstmesse 1957 enthalten.
Pr 1300—0

Nr. 81/1957. Veröffentlichung in der Fachbuchreihe der Deutschen Post

Im Fachbuchverlag Leipzig ist in der Fachbuchreihe der Deutschen Post das Fachbuch Erler/Richter „Postbeförderungsdienst“ erschienen.

Das Fachbuch ist besonders für alle im Beförderungsdienst der DP beschäftigten Mitarbeiter als Nachschlagewerk und zur Weiterbildung geeignet. Darüber hinaus stellt es für alle Schüler der Be-

rufs- und Fachschulen sowie für die Fernstudenten eine wichtige Unterlage für die Ausbildung dar.

Das Fachbuch, dessen Preis 3,80 DM beträgt, vermittelt auf 185 Seiten mit 139 Bildern einen umfassenden Überblick über die Aufgaben und Bestimmungen des Postbeförderungsdienstes und faßt insbesondere alle Besonderheiten aus dem Dienstzweig „Bahnpostdienst“ in gut gegliedert und übersichtlicher Form zusammen.

Die BPF, Amter, Berufs- und Fachschulen haben in geeigneter Form (Aushänge) für das Fachbuch zu werben.

Das Fachbuch ist nicht im Buchhandel erhältlich, sondern nur auf dem Dienstwege bei der Abt. Handelsware des ZVA in Leipzig C 10. Durch diese Regelung konnte der Preis des Buches zunächst um 40% gesenkt und weiterhin durch einen Zuschuß des MPF auf 3,80 DM festgesetzt werden.

Die BPF, BPÄ, Fachschulen usw. übergeben ihre Bestellungen dem nächstgelegenen HPA. Die HPA leisten diese und ihre eigenen Bestellungen an die Abt. Handelsware des ZVA in Leipzig C 10 weiter. Die Rechnungen sind von den HPA auf dem Konto 963 00 (Außenstelle Leipzig) zu buchen. Eine besondere Überweisung der Beträge entfällt.

Die gleiche Regelung gilt auch für nachbestellte Eigenstücke.
ArbSch 1 8061—1

Nr. 82/1957. Auszeichnung der besten Lehrlinge und Studenten des Post- und Zeitungswesens

Die Hauptverwaltung Post- und Zeitungswesen zeichnete für hervorragende Lern- und Studienleistungen Lehrlinge und Studenten mit Auslandsreisen und Sachprämien aus.

1. Für gute Studienleistungen wurden ausgezeichnet:

- Willi Paubel, Student an der Hochschule für Verkehrswesen in Dresden, mit einer Reise nach Ungarn.
- Herbert Fröhlich, Student an der Fachschule für Post- und Fernmeldewesen in Leipzig, mit einer Reise in die CSR (Hohe Tatra).
- Martin Troisch, Student an der Fachschule für Post- und Fernmeldewesen in Leipzig, mit einer Reise in die CSR (Hohe Tatra).

2. Sieger im Berufswettbewerb:

- Rosemarie Pöppel, HPA Leipzig N 22, erwarb als einziger Lehrling im Lehrberuf Postbetriebsfacharbeiter im Berufswettbewerb die Goldmedaille. Sie erhielt als Auszeichnung eine Reise in die Sowjetunion zur Teilnahme an den VI. Weltfestspielen.

3. Die Lehrabschlussprüfung 1957 bestanden mit der Note „Sehr gut“:

- Gisela Forkmann, HPA Dresden A 21, sie erhielt als Auszeichnung eine Reise in die CSR (Hohe Tatra).
- Eberhard Schmalfuß, HPA Plauen (Vogtl), er erhielt als Auszeichnung eine Reise in die CSR (Hohe Tatra).

- c) Erika Bauer, KPF Meiningen, sie wurde mit einer Sachwertprämie im Werte von 150,— DM ausgezeichnet.
- d) Günther Keller, HPA Aschersleben, er wurde mit einer Sachwertprämie von 150,— DM ausgezeichnet.
- e) Willi Stelzig, HPA Aschersleben, er wurde mit einer Sachwertprämie von 150,— DM ausgezeichnet.
- f) Georg Frey, HPA Berlin N 58, er wurde mit einer Sachwertprämie von 150,— DM ausgezeichnet.
- g) Peter Otlewski, HPA Berlin N 58, er wurde mit einer Sachwertprämie von 150,— DM ausgezeichnet.

Die Auszeichnung der sieben Postlehrlinge, die die Lehrabschlußprüfung mit der Note „Sehr gut“ bestanden haben, erfolgte in würdiger Form bei der Hauptverwaltung Post- und Zeitungswesen.

Nach dem gemeinsamen Mittagessen im Gästehaus der Regierung unternahm die Gruppe eine Stadtfahrt und besichtigte das sowjetische Ehrenmal in Berlin-Treptow. Mit einem Besuch der Deutschen Staatsoper schloß der Tag ab.

Wir wünschen allen Ausgezeichneten für ihre weitere Arbeit bei der Deutschen Post viel Erfolg und hoffen, daß die Anerkennung ihrer guten Leistungen nicht nur ihnen, sondern allen anderen Lehrlingen und Studenten Ansporn für noch bessere Leistungen ist.
P Arb 3 9086—0

Nr. 83/1957. Einzel- und Kollektivauszeichnungen
Der Minister für Post- und Fernmeldewesen verlieh im Einvernehmen mit dem Sekretariat des Zentralvorstandes der Industriegewerkschaft Post- und Fernmeldewesen folgende Ehren titles und Ehrenurkunden:

- Ehrentitel „Verdienter Aktivist“**
Alice Meinow, Telefonistin im FMA Neubrandenburg
Helga Rückfort, Telefonistin im FMA Erfurt
- Ehrenurkunde „Beste Facharbeiter“**
Werner Bock, Fernmeldebauhandwerker im FMA Eisenach
- Ehrentitel „Brigade der besten Qualität“**
Brigade „John“ vom KPF Suhl
Brigade „Jaskulla“ vom KPF Suhl
Brigade „Karl Marx“ vom KPF Suhl
Brigade „Verstärkeramt“ vom KPF Suhl
Brigade „Frieden“ vom FMA Görlich
Brigade „Freundschaft“ vom FMA Nordhausen
Arb 6 9081—0

Nr. 84/1957. Absenderfreistempler
(Zur VMBI. VI. Nr. 145/1957)
Unter BPF Rostock in Zeile 5 ist der Wortlaut „Stalinstr. 19“ zu ändern in „Baracke am Rosengarten“.
DPW 2033—5

Herausgeber: Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin W 66. Verlag: © VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin, Fernpost, 278 11. Postfachkonto: 160 12. Die Verfügungen und Mitteilungen erscheinen in der Regel am 1., 8., 15. und 23. jedes Monats. — Veröffentlicht unter Druckgenehmigungsnummer Ag 11487 DDR des Amtes für Literatur und Verlagswesen der Deutschen Demokratischen Republik. — Druck: VEB Berliner Druckhaus, Berlin N 25.

- Nr. 85/1957. Sonderpostlinter**
(Erläuterungen zu a bis e am Schluß der Mitteilungen) — Verspreizt gedruckt —
Marktleberberg, Ausstellungsgebäude, ZWP des HPA Leipzig C 1
- a) 5. Landwirtschafts-Ausstellung Leipzig-Marktleberberg
 - b) Ministerium für Land- und Forstwirtschaft
 - c) 28. Juli bis 15. August 1957
 - d) Verkauf von Postwertzeichen und Presseerzeugnissen, Annahme von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen sowie von Telegrammen, Vermittlung von Ferngesprächen, Sparkassendienst, Gefälligkeitsstempelungen
 - e) LEIPZIG C 1
28. 7. 57—00
5. Landwirtschafts-Ausstellung der DDR in Leipzig-Marktleberberg
Bildliche Darstellung: Kornpuppe
Schwerin (Meckl), Gewerbliche Berufsschule, ZWP des HPA Schwerin (Meckl) 1
- a) 2. Bezirksmesse
 - b) Rat des Bezirkes Schwerin
 - c) 17. bis 22. August 1957
 - d) Annahme von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen, Verkauf von Postwertzeichen, Annahme von Telegrammen, Vermittlung von Orts- und Ferngesprächen, Sparkassendienst, Zeitungsfreiverkauf, Gefälligkeitsstempelungen
 - e) SCHWERIN (MECKL) 1
17. 8. 57—00
- 17.—25. August 1957
2. Bezirksmesse Schwerin
Bildliche Darstellung: Zahnrad, Kornähren, Wimpel
Der Sonderstempel wird in der Zeit vom 23. Juli bis 16. August 1957 beim HPA Schwerin (Meckl) 1 verwendet.
- Rostock, Goetheschule, ZWP des HPA Rostock
- a) Ostseemesse 1957
 - b) Rat des Bezirkes Rostock
 - c) 9. bis 18. August 1957
 - d) Verkauf von Postwertzeichen und Sondermarken, Presseerzeugnisse und Handelsware, Annahme von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen, Telegramme, Sparkassendienst, Ferngespräche, Gefälligkeitsstempelungen
 - e) ROSTOCK
22. 7. 57—00
- OSTSEEMESSE
vom 9. 8.—18. 8. 57
Bildliche Darstellung: 3 Wimpel
Der Sonderstempel wird in der Zeit vom 22. Juli bis 8. August 1957 beim HPA Rostock 2 verwendet.
- Finstervalde (Niederlausitz), Am Markt, ZWP des HPA Finstervalde (Niederlausitz)
- a) 4. Sängerfest Finstervalde (Niederlausitz)
 - b) Sängerkomitee beim Rat der Stadt Finstervalde (Niederlausitz)
 - c) 23. August bis 1. September 1957
 - d) Verkauf von Postwertzeichen, Sondermarken, Presseerzeugnissen und Formblättern, Annahme von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen und von Telegrammen, Vermittlung von Ferngesprächen, Sparkassendienst, Gefälligkeitsstempelungen
 - e) FINSTERWALDE (NIEDERLAUSITZ)
8. 9. 57—00
4. SÄNGERFEST
BILDLICHE DARSTELLUNG: Männergart mit Notenblatt
Der Sonderstempel wird vom 8. August bis 21. August 1957 Finstervalde (Niederlausitz) verwendet.
- Arnstadt, Theodor Neubauer Schule, ZWP des HPA Arnstadt
- a) Dahlenschau Briefmarkenschau
 - b) Rat der Stadt Kulturband zur demokratischen Erneuerung Deutschlands Sektion Philatelie
 - c) 14. und 15. September 1957
 - d) Verkauf von Postwertzeichen, Sondermarken und Presseerzeugnissen, Annahme von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen, Gefälligkeitsstempelungen
 - e) ARNSTADT
14. 9. 57—00
- Dahlenschau Briefmarkenschau
Bildliche Darstellung, Neldeck-Turm mit Dahlien und Sachsenmarke
- a) Anlaß b) Veranstalter c) Dauer d) Aufgabenkreis des Sonderpostamtes e) Stempelschrift
DPW 1252—0/2 B

Ausgabe A

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen

Jahrgang 1957

Berlin W 66, den 15. August 1957

Nummer 34

Inhalt

Verfügungen:	Seite	Seite
Nr. 176 Wegfall des Tagesstempels auf eingegangenen Einschreibebriefsendungen	142	142
Nr. 177 Verzeichnis der Amtskennzeichen	142	142
Nr. 171 Sonderpostwertzeichen zum IV. Weltgewerkschaftskongreß	141	141
Nr. 172 Verwendung von Kugelschreibern	142	142
Nr. 173 Berichtigung zur VMBI. 6. VI. Nr. 144/1957	142	143
Nr. 174 Änderung eines Formblatts	142	142
Nr. 175 Bearbeitung der Briefpost für Dresden Ort	142	142
Nr. 176 Wegfall des Tagesstempels auf eingegangenen Einschreibebriefsendungen	142	142
Nr. 177 Verzeichnis der Amtskennzeichen	142	142
Nr. 178 Berichtigung zur VMBI. VI. Nr. 138/1957	143	143
Nr. 179 Berichtigung zur VMBI. VI. Nr. 103/1957	143	143
Nr. 180 Erteilung von Genehmigungen auf Grund der HFWO und der hierzu erlassenen Ersten Durchführungsbestimmung vom 28. August 1952 (GBl. S. 907)	142	143

Verfügungen Allgemeines

Nr. 171/1957. Sonderpostwertzeichen zum IV. Weltgewerkschaftskongreß

In der Zeit vom 4. bis 15. Oktober 1957 findet in Leipzig der IV. Weltgewerkschaftskongreß statt. Aus diesem Anlaß gibt die Deutsche Post ein Sonderpostwertzeichen zu 20 Pfennig heraus. Als Motiv für die Marke wurde das Emblem des IV. Weltgewerkschaftskongresses verwendet.



Das Wertzeichen ist in 1/4 seiner natürlichen Größe abgebildet. Es wird im zweifarbigen Offsetdruck (rot/schwarz) im VEB Deutsche Wertpapierdruckerei Leipzig auf Wasserzeichenpapier mit dem Kreuzblumenmuster hergestellt. Den Entwurf fertigte der Berliner Graphiker Peterpaul Weiß.

Das Sonderpostwertzeichen ist vom 23. August 1957 an bei allen Postanstalten zu verkaufen. Vor dem ersten Ausgabtag darf es nicht abgegeben werden.

Zu dem Sonderpostwertzeichen wird ein Ersttagsbriefumschlag herausgegeben, der auf dem linken Drittel der Anschriftseite die Tower-Brücke (London), den Eiffelturm (Paris), den Mailänder Dom, den Wiener Stephansdom und die Leipziger Kongreßhalle als Wahrzeichen der bisherigen Tagungsorte zeigt. Der Briefumschlag ist nach Eingang zum Preise von 20 Pfennig bei den üblichen Abgabestellen zu verkaufen.

Die Ausgabe der Sonderpostwertzeichen und der Ersttagsbriefumschläge ist auf den Ausweisen der Teilnehmer am Ausweisverfahren zum Bezug von Sonderpostwertzeichen usw. als Nummer 12/57 zu vermerken.

P OB 4 a 2040—1

Nr. 172/1957. Verwendung von Kugelschreibern
Nachdem vom Minister des Inneren durch Anordnung vom 15. März 1957 (GBl. II S. 134) zur Unterschriftsleistung auf Dokumenten die Verwendung

von Kugelschreibern zugelassen wurde, werden die Amtsbl.Vf.Nr. 119/1949, 162/1949, 33/1950 und 281/1950 zurückgezogen. Die Verwendung von Kugelschreibern ist bei der Deutschen Post im Betriebs- und Verwaltungsdienst — mit Ausnahme der Eintragungen in Spärbüchern (VMBI.Vf.Nr. 113/1957) — zugelassen.

Die Vorschriften über die Anwendung einer bestimmten Farbe, die für Tinte oder Tintenstift gelten, sind auch bei der Benutzung von Kugelschreibern verbindlich.

Über Beschaffung und Verwendung von Kugel-

schreibern im Betriebs- und Verwaltungsdienst entscheiden die Leiter der Ämter.

Org 1205—0

Nr. 173/1957. Berichtigung zur VMBI.Vf.Nr. 144/1957

Unter 3. ist statt „Materialabwertung“, „Materialabwertungen“ zu setzen.

Unter 4. ist statt „Erstattung“, „Erstattungen“ zu setzen.

Unter 7. ist statt „Zuführung“, „Zuführungen“ zu setzen.

HBh G 1 7003—0

Betriebsdienst

- Post -

Nr. 174/1957. Änderung eines Formblattes

Das Formblatt C 1084 „Paketaufschriftsattel für Wirtschaftspostgut“ wird geändert. Der hellgrüne Diagonalfeldstreifen mit dem Eindruck „Wirtschaftspostgut“ wird zur besseren Lesbarkeit der Aufschriften als hellgrüne Umrandung im oberen Teil den Aufdruck „Wirtschaftspostgut“ tragen.

Die Bestände an alten Formblättern sind aufzubehalten. In der VMBI.Vf.Nr. 229/1954 unter III E a) und Anlage 1 ist auf diese Vf. hinzuweisen.

P OB 1 b 2126—0

Nr. 175/1957. Bearbeitung der Briefpost für Dresden Ort

Ab sofort sind die Briefsendungen für Dresden-Albstadt und Dresden-Neustadt zu trennen in Bunde

- Dresden A 24 Stadtpost — mit Zustellamtsangabe (Dresden „mit“) und
- Dresden A 24 Stadtpost — ohne Zustellamtsangabe (Dresden „ohne“).

Beim Vorliegen von 10 und mehr Sendungen für einzelne Briefzustell-Ä (ADA V, 2 § 38 b. unter IX) sind Ortsbunde für diese Briefzustell-Ä zu fertigen. Ist die Anzahl der Sendungen so gering, daß sich die Fertigung der unter a) und b) genannten Bunde nicht lohnt, sind die vorliegenden Briefsendungen im Streckenbund den in Richtung Dresden verkehrenden Bahnposten zuzuführen.

P B 2 2460—1

Nr. 176/1957. Wegfall des Tagesstempels auf eingangs eingeschriebene Ein- und Nachnahmebriefsendungen

Eingeschriebene Briefsendungen — ausgenommen eingeschriebene Ein- und Nachnahmebriefsendungen — sind vom 1. September 1957 an zunächst versuchsweise am Bestimmungsort nicht mehr mit dem Tagesstempel zu bedrucken.

142

Auf Einschreibebündeln für Abholer, die am Ankunftstag nicht abgeholt worden sind, ist der Ankunftstag mit Farbstift oder durch Gummistempel zu vermerken.

In ADA V, 2 § 78, I und II und § 116, IV (am Schluß) ist mit Bleistift auf diese Vf. hinzuweisen.

P OB 2 b 2153—0

Nr. 177/1957. Verzeichnis der Amtskennzeichen

(zur VMBI. Vf. Nr. 46/1957, S. 30)

Die Dienst- und Verkaufsstücke des Verzeichnisses der Amtskennzeichen werden den BPF, HPÄ usw. demnächst durch die Union Druckerei, Berlin, in der angeforderten Stückzahl zugehen.

Die PAnst haben das Verzeichnis auf Richtigkeit aller Angaben zu prüfen und Fehler und Veränderungen ihrem HPA zu melden. Berichtigungsmeldungen (Neueinrichtung von PA bzw. ZwPA) sind von den HPA der zuständigen BPF Zug um Zug vorzulegen. Diese setzt das neue Amtskennzeichen fest.

Die Berichtigungsmeldungen sind von den BPF vierteljährlich (u. U. Leermeldung) bis zum 5. jedes Monats im Quartal — erstmalig zum 5. 10. 1957 — der DPW, Berlin C 2, vorzulegen.

Der Einheitslichkeit wegen sind die zu erstattenden Meldungen zu nummerieren.

Der Preis für ein Verzeichnis beträgt für Verkaufsstücke 2,50 DM.

Die Beträge sind beim Konto 60 009 zu verrechnen.

Die VMBI.Vf.Nr. 399/1953, S. 205, wird hiermit aufgehoben.

In der MPF-Vf. vom 10. 1. 1956 POB 2 c an alle BPF, HPÄ usw. Sonder- und Werbestempel, Paketenbuch, Amtskennzeichen sind unter B Ziff. 2 die Angaben „in“ bis „vorzulegen“ zu streichen.

DPW 2191—1/3

- Fernmeldewesen -

Nr. 178/1957. Berichtigung zur VMBI.Vf.Nr. 138/1957

In der o. a. VMBI.Vf. muß es richtig heißen: Leitnummer 346 (Leipzig) statt „Leitnummer 364 (Leipzig)“ und Krenstz-Niederrossig statt „Krenstz-Niederrossig“.

Die Verfügung ist zu berichtigen.

Fe Fv 5 4260—0

Nr. 179/1957. Berichtigung zur VMBI.Vf.Nr. 163/1957

Im letzten Absatz der Verfügung muß es richtig heißen:

Die Anlage 2 der ADA VI, 2 ist . . .

Die Verfügung ist entsprechend zu berichtigen.

Fe Fv 3 (2) 3121—0

- Funkwesen -

Nr. 180/1957. Erteilung von Genehmigungen auf Grund der HFVO und der hierzu erlassenen Ersten Durchführungsbestimmung vom 28. August 1952 (GBI. S. 807)

Dem VEB Werkzeugmaschinenfabrik „Hermann Schlimme“, Berlin-Köpenick, Wendenschloßstr. 154 bis 158, wurde für die Auslieferung von 100 HF-Schweißgeneratoren mit Handschweißzange HGD 0.3, Frequenz 27,12 MHz, und einer Schweißleistung von 300 Watt die Sondergenehmigung

DP TP-Nr. SG — 004/57—

erteilt. Diese Genehmigung ist mit folgenden Bedingungen versehen:

- Alle Geräte dieser Type müssen dem typengeprüften Baunmuster entsprechen.
- Diese Geräte dürfen nur auf einem größeren Industriegebiet betrieben werden. Beim Auftreten von Funkstörungen, hervorgerufen durch den Betrieb dieser Geräte, kann deren Weiterbenutzung durch die Deutsche Post untersagt und die störenden Geräte versiegelt werden.
- Jedes Gerät dieser Type bedarf bei Inbetriebnahme in jedem Falle einer Einzelgenehmigung durch die zuständige Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen.
- Jedes Gerät ist auf dem Typenschild oder in dessen unmittelbarer Nähe mit dem Aufdruck „DP TP-Nr. SG 004/57“ in geeigneter und dauerhafter Ausführung zu versehen.
- Bei Vorliegen wirtschaftlich tragbarer Verbesserungen zur Senkung der Störstrahlung kann die Sondergenehmigung vor Ablauf von der Deutschen Post widerrufen werden.
- Jedem Gerät dieser Type ist bei Lieferung eine Postkarte beizugeben. Diese dient als Formblatt für den an die zuständige Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen zu richtenden Antrag auf Erteilung einer Einzelgenehmigung. Auf dieser Karte sind die erteilte Prüfnummer, die Leistung, die Frequenz und die Art der HF-Erzeugung des Gerätes einzutragen.

Der Firma Ing. Kurt Ranft, Leipzig C 1, Karl-Liebknecht-Str. 11, wurde für die Auslieferung von 300 Vacuumprüferäten VP 3 die Sondergenehmigung

DP TP-Nr. SG — 005/57—

erteilt. Diese Genehmigung ist mit folgenden Bedingungen versehen:

- Die Anzahl der auszuliefernden Geräte ist auf 300 Stück begrenzt. Eine Erhöhung dieser Auflage kann erst nach weiteren Maßnahmen zur Verminderung der Störfeldstärke und Störspannung erfolgen. (Erneute Überprüfung im BRF Kolberg.)
- Alle 300 zur Auslieferung kommenden Geräte müssen dem typengeprüften Baunmuster entsprechen.
- Diese Geräte dürfen nur an Betriebe und Entwicklungsstellen abgegeben werden, die sich auf einem größeren Industriegebiet befinden. Beim Auftreten von Funkstörungen, hervorgerufen durch den Betrieb dieser Geräte, kann deren Weiterbenutzung untersagt und die störenden Geräte versiegelt werden.
- Dem FuTA/FuEDI ist vom Hersteller eine Aufstellung der Empfänger dieser 300 Geräte zu übersenden.
- Jedes Gerät dieser Type ist auf dem Typenschild oder in dessen unmittelbarer Nähe mit dem Aufdruck „DP TP-Nr. SG — 005/57—“ in geeigneter Weise zu versehen.
- Jedes Gerät dieser Type bedarf bei Inbetriebnahme in jedem Falle einer Einzelgenehmigung durch die zuständige BPF.
- Jedem Gerät ist bei Lieferung eine Postkarte beizugeben. Diese dient als Formblatt für den an die zuständige Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen zu richtenden Antrag auf Erteilung einer Einzelgenehmigung. Auf dieser Karte sind die erteilte Prüfnummer und die Art der HF-Erzeugung einzutragen.
- In dem Prospekt und der Gebrauchsanweisung sind folgende Punkte aufzunehmen:
 - Das Vacuumprüferät VP 3 bedarf zum Betrieb einer Einzelgenehmigung durch die Deutsche Post. Entsprechende Anträge sind mittels der beigefügten Karten bei der zuständigen Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen einzureichen. Beim Anschluß des Gerätes ist unbedingt eine gute Erdung des Gerätes vorzunehmen.
 - Weiterhin ist eine metallische Arbeitsunterlage unmittelbar hinter dem zu prüfenden Vacuumgefäß anzubringen und mit zu erden.

143

c) Die Deutsche Post kann beim Auftreten von Funkstörungen weitere Schirmmaßnahmen verlangen und bis zu deren Durchführung den Betrieb dieser Geräte untersagen.

Nach § 3 Absatz 1 der HFVO wurden folgende Allgemeine Genehmigungen für die nachstehend näher bezeichneten Baumuster erteilt:

VEB Funkwerk Erfurt
Erfurt
Rudolfstr. 47

Kennzeichnung

1. Art und Benennung des Baumusters: Induktivitätsmeßgerät Typ 273
2. Betriebszweck: Induktivitätsmessungen
3. Frequenzbereich: 2,2 kHz bis 8,5 MHz
4. Leistung: kleiner als 1,5 Watt
5. Einschränkungen (Befristung und Sonstiges): ohne
6. Nummer der Allgemeinen Genehmigung: Allgemeine Genehmigung Nr. —023/57—

Kennzeichnung

1. Art und Benennung des Baumusters: Gütefaktormesser Typ 181
2. Betriebszweck: Gütefaktormessungen
3. Frequenzbereich: 5 bis 50 MHz
4. Leistung: kleiner als 1,5 Watt
5. Einschränkungen (Befristung und Sonstiges): ohne
6. Nummer der Allgemeinen Genehmigung: Allgemeine Genehmigung Nr. —021/57—

Kennzeichnung

1. Art und Benennung des Baumusters: RC Generator Typ 191
2. Betriebszweck: Pegelgenerator für Trägerfrequenzmessungen
3. Frequenzbereich: 0,3 bis 300 kHz
4. Leistung: kleiner als 1,5 Watt
5. Einschränkungen (Befristung und Sonstiges): ohne
6. Nummer der Allgemeinen Genehmigung: Allgemeine Genehmigung Nr. —022/57—

Kennzeichnung

1. Art und Benennung des Baumusters: Kapazitätsmeßgerät Typ 1005
2. Betriebszweck: Kapazitätsmessungen
3. Frequenzbereich: 1000 kHz

4. Leistung: kleiner als 1,5 Watt
5. Einschränkungen (Befristung und Sonstiges): ohne
6. Nummer der Allgemeinen Genehmigung: Allgemeine Genehmigung Nr. —023/57—

Kennzeichnung

1. Art und Benennung des Baumusters: Rechteckwellengenerator Typ 2008
2. Betriebszweck: Meßgenerator
3. Frequenzbereich: 0,05 bis 500 kHz
4. Einschränkungen (Befristung und Sonstiges): ohne
5. Nummer der Allgemeinen Genehmigung: Allgemeine Genehmigung Nr. —024/57—

Kennzeichnung

1. Art und Benennung des Baumusters: Präzisionswellenmesser Typ 121
2. Betriebszweck: Meßgerät
3. Frequenzbereich: 30 kHz bis 30 MHz
4. Einschränkungen (Befristung und Sonstiges): ohne
5. Nummer der Allgemeinen Genehmigung: Allgemeine Genehmigung Nr. —025/57—

Kennzeichnung

1. Art und Benennung des Baumusters: Gütefaktormesser Typ 161
2. Betriebszweck: Gütefaktormessungen
3. Frequenzbereich: 35 kHz bis 10 MHz
4. Einschränkungen (Befristung und Sonstiges): ohne
5. Nummer der Allgemeinen Genehmigung: Allgemeine Genehmigung Nr. —026/57—

VEB Werk für Fernmeldewesen
Berlin - Oberschöneweide
Ostendstr. 1-5

Kennzeichnung

1. Art und Benennung des Baumusters: Prüfgenerator Typ PG 1
 2. Betriebszweck: Prüfgenerator für HF-Messungen
 3. Frequenzbereich: 5—250 MHz
 4. Einschränkungen (Befristung und Sonstiges): ohne
 5. Nummer der Allgemeinen Genehmigung: Allgemeine Genehmigung Nr. —027/57—
- RB S 5225—0/1

Herausgeber: Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin W 66.
Vertrieb: (a) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin, Fernpost: 23 94 11, Postcheckkonto: 1409 25. — Die Verfügungen und Mitteilungen erscheinen in der Regel am 1., 8., 15. und 23. jedes Monats. — Veröffentlicht unter Druckgenehmigungsnummer Ag 11427 DDR des Ministeriums für Kultur der Deutschen Demokratischen Republik, Hauptverwaltung Verlagswesen. — Druck: VEB Berliner Druckhaus, Berlin NO 55.

Ausgabe B

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen

Jahrgang 1957

Berlin W 66, den 8. August 1957

Nummer 33

Inhalt

Verfügungen:	Allgemeines	Seite
Nr. 164	Numerierung der Ausgaben von Sonderpostwertzeichen	139
Nr. 165	Sonderpostwertzeichen zum Gedenken an Bertolt Brecht	139
Nr. 166	Dienstkleidung	140
Nr. 167	Zahlung von Dienstjubiläumprämien	140
Nr. 168	Erholungsurlaub für 1- und 2-Schichtempfänger	140
Betriebsdienst		
— Post —		
Nr. 169	Verlust eines Beutels o. K.	140
Nr. 170	Behandlung der Elipost bei PSt I	140

Verfügungen Allgemeines

Nr. 164/1957. Numerierung der Ausgaben von Sonderpostwertzeichen

Kollege Heinz Jennings, HPA Leipzig W 33, schlägt vor, die Ausgabe von Sonderpostwertzeichen zu numerieren und die Nummer auf dem Ausweis der Teilnehmer am Ausweisverfahren zum Bezug von Sonderpostwertzeichen usw. zu vermerken. Dadurch soll den Angestellten am Schalter die Kontrolle erleichtert werden.
Die Numerierung der Ausgaben beginnt mit den Sonderpostwertzeichen zum Gedenken an Bertolt Brecht als 11. Ausgabe im Jahre 1957.
P OB 4a 2040—1

Nr. 165/1957. Sonderpostwertzeichen zum Gedenken an Bertolt Brecht



Am 14. August 1956 verstarb der große deutsche Dramatiker und leidenschaftliche Kämpfer für den Frieden und den Sieg der Arbeiterklasse Bertolt Brecht. Anlaß der ersten Wiederkehr seines

Todestages gibt die Deutsche Post zwei Sonderpostwertzeichen heraus.

Die Wertzeichen zu 10 Pfennig (grün) und 25 Pfennig (blau) zeigen ein Kopfbild Bertolt Brechts nach einem Entwurf der Berliner Graphikerin Ingsborg Frießel. Wegen des gleichen Motivs wird nur der 10-Pfennig-Wert in $\frac{1}{4}$ der natürlichen Größe abgebildet. Die Herstellung der Marken erfolgte im Rastertiefdruck bei dem VEB Graphische Werkstätten in Leipzig auf Wasserzeichenpapier mit dem Kreuzblumennmuster.

Die Sonderpostwertzeichen sind vom 14. August 1957 an mit Vorrang bei allen Postanstalten zu verkaufen. Vor dem ersten Ausgabetag dürfen sie nicht abgegeben werden.

Zu den Sonderpostwertzeichen wird ein Ersttagsbriefumschlag herausgegeben, der auf dem linken Drittel der Anschriftseite ein Zitat aus Brechts Werken wiedergibt. Der Briefumschlag ist zum Preise von 20 Pfennig bei den üblichen Abgabestellen zu verkaufen.

Die Ausgabe der Sonderpostwertzeichen ist auf den Ausweisen der Teilnehmer am Ausweisverfahren zum Bezug von Sonderpostwertzeichen usw. als P OB 4a 2040—1 zu vermerken.

Nr. 166/1957. Dienstkleidung

Die Planung, Bestellung und Lieferung der Dienstkleidung ist nach der Beilage zu dieser VMB/Vf einheitlich geregelt worden.

Die Ämter haben diese Richtlinie und die Post-Kleiderordnung genau einzuhalten.
Mat 0441

Nr. 167/1957. Zahlung von Dienstjubiläumsp... Nach Abschnitt III Ziffer 5 der Verordnung vom 10. Dezember 1953 über die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und der Rechte der Gewerkschaften (GBl. S. 1219) sind bei Arbeitsjubiläen Geschenke aus dem Direktorfonds vorzusehen. Die Verordnung vom 11. Mai 1957 über den Betriebsprämienfonds sowie den Kultur- und Sozialfonds in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben (GBl. I S. 289) gibt nunmehr die Möglichkeit, im Bereich der Deutschen Post einheitliche Dienstjubiläumsp... zu zahlen. Im Einvernehmen mit dem Zentralvorstand der Industriegewerkschaft Post- und Fernmeldewesen wird deshalb folgendes verfügt:

- 1. Die in einem Arbeitsverhältnis mit der Deutschen Post stehenden Beschäftigten erhalten bei Vollendung einer 10-, 25-, 40- und 50jährigen Dienstzeit eine Prämie und eine Ehrenurkunde.
2. Die Prämie beträgt bei einer Dienstzeit von 10 Jahren 100,- DM, von 25 Jahren 250,- DM, von 40 Jahren 400,- DM, von 50 Jahren 500,- DM. Sie ist möglichst in Form eines Sachgeschenkes zu gewähren.
3. Die Ehrenurkunde wird vollzogen a) von den Ministern für die Mitarbeiter des MPF, die Leiter der BPF, die Leiter der dem MPF direkt unterstellten Ämter und Institutionen und bei Vollendung der 50jährigen Dienstzeit für alle Mitarbeiter der Deutschen Post, b) von den Leitern der BPF für die Mitarbeiter der BPF, die Leiter der ihnen unterstellten Ämter und Betriebe und bei Vollendung der 25- und 40jährigen Dienstzeit für alle Mitarbeiter der ihnen unterstellten Ämter und Betriebe, c) von den Leitern der den BPF unterstellten Ämter und Betriebe für deren Mitarbeiter bei Vollendung der 10jährigen Dienstzeit, d) von den Leitern der dem MPF direkt unterstellten Ämter und Institutionen für deren

Mitarbeiter bei Vollendung der 10-, 25- und 40jährigen Dienstzeit.

- 4. Die Auszeichnung, hat der die Urkunde Vollziehende oder ein von ihm dazu Beauftragter vorzunehmen.
5. Die Berechnung der Dienstzeit zur Feststellung des Jubiläumstages hat nach den Bestimmungen des § 3 und des § 9 Absatz 4 der Anordnung vom 29. März 1957 über die Gewährung von Dienstaltersprämien und Zusatzurlaub für die Beschäftigten der Deutschen Post (VMBI.Nr. 16/1957) zu erfolgen.
6. Die Mittel für die Prämierung werden aus dem zentralen Betriebsprämienfonds des MPF bereitgestellt.
7. Für die Dienstjubiläen, die in die Zeit vom 1. Januar 1957 bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Verfügung fallen, werden die Prämien unter Abzug der bereits aus dem Direktorfonds auf Grund der Verpflichtungen im Betriebskollektivvertrag gezahlten Beträge - bei Überschreitung der Ehrenurkunde nachgezahlt.
8. Diese Verfügung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1957 in Kraft. Gleichzeitig wird die VMBI.Vf. Nr. 47/1955 aufgehoben. Arb 1 9186-1

Nr. 168/1957. Erholungsurlaub für J- und M-Gehaltsempfänger

Da eine generelle Neuregelung des Erholungsurlaubes für die Beschäftigten der Deutschen Post vorerst nicht zu erwarten ist, wird die Dauer des Urlaubes für J- und M-Gehaltsempfänger wie folgt festgelegt:

Table with 2 columns: Position and Days of leave. J-Gehaltsempfänger: J I 18 Arbeitstage Urlaub, J II 21 Arbeitstage Urlaub, J III bis V 24 Arbeitstage Urlaub. M-Gehaltsempfänger: M I und II 18 Arbeitstage Urlaub, M III und IV 21 Arbeitstage Urlaub.

Diese Verfügung wird im Einvernehmen mit dem Zentralvorstand der Industriegewerkschaft Post- und Fernmeldewesen erlassen; sie gilt erstmalig für das Urlaubsjahr 1957. Arb 7 9132-2

Betriebsdienst

- Post -

Nr. 169/1957. Verlust eines Beutels o.K.

Ein am 4. Mai 1957 vom Postamt Wolfen (Kr. Bitterfeld) gefertigter Beutel o.K. für Berlin Vororte ist in Verlust geraten. Der Beutel enthielt ungefähr 60 Mischsendungen mit entwickeltem Filmmaterial. Alle Postanstalten haben nach dem Verbleib des Beutels o.K. zu forschen. Beim Auffinden des Beutels oder einzelner Sendungen, die nach Absenderangabe (Filmfabrik Wolfen) oder Aufgabestempel in dem in Verlust geratenen Beutel o.K. befördert worden sein könnten, ist das Postamt Wolfen (Kr. Bitterfeld) zu benachrichtigen. P Bef 2 2460-2

Nr. 170/1957. Behandlung der Eilpakete bei Pst I

Bei Poststellen I sind für Eilpakete ohne Paketkarte im allgemeinen keine besonderen Paketzustellisten zu führen; solche Eilpakete sind in dieselbe Zustelliste wie die übrigen Pakete einzutragen. In Spalte I ist unterhalb der Aufgabenummer mit Rotstift die Bezeichnung „Eil“ zu vermerken. Die gleiche Regelung gilt für Poststellen II, soweit sie Paketzustellisten führen.

In der DA Pkt ist bei § 27 Absatz 3 mit Bleistift auf diese VI. hinzuweisen; Berichtigung folgt später. P OB 2 2191-1/2

Herausgeber: Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin W 6, Verlag: (4) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin, Fernspr. 27611, Postfachkonto: 1400 25. - Die Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Kultur der Deutschen Demokratischen Republik, Hauptverwaltung Verlagsw. Druckhaus, Berlin NO 55.

Richtlinie über die Planung, Bestellung und Lieferung der Dienstkleidung

(Zur VMBI.Vf. 166/1957)

Seit 1. Januar 1957 ist die Fertigung der Dienstkleidung für die Beschäftigten der Deutschen Post zwei volkseigenen Betrieben übertragen worden. Es ist nunmehr notwendig, alle Fragen der Planung, Bestellung und Auslieferung einheitlich zu regeln. Obwohl bisher in mehreren Einzelverfügungen die Verantwortung der Beteiligten (Amt, Beauftragter für die Versorgung mit Dienstkleidung, Konfektionsbetrieb) und das anzuwendende Verfahren festgelegt wurden, hat es viele Mängel und Unzulänglichkeiten gegeben, weil diese Bestimmungen nicht beachtet worden sind. Es ist daher künftig erforderlich, diese Richtlinie genau zu beachten, um eine Verbesserung der Arbeit zu erreichen.

I. Planung

- 1. Die Planung der Dienstkleidung hat den Zweck, den Gesamtbedarf der Ämter für die Bereitstellung der erforderlichen Gewebe zu ermitteln.
2. Der Planbedarf an Dienstkleidung für das folgende Jahr ist bis 10. August - getrennt nach den einzelnen Kleidungsstücken - auf dem Fbl. „Planbedarf“ (siehe Abschn. IV, Ziff. 1a) beim Beschaffungsamt Berlin anzumelden. Das Formblatt wird zweifach ausgefertigt. Ein Exemplar wird dem Beschaffungsamt zugesandt und ein Exemplar verbleibt beim Amt.
3. Als Grundlage für die Lieferung ist für die Form der Kleidungsstücke, den Stoff und die Kleidung der Stand des laufenden Jahres anzunehmen. Etwaige erhebliche Veränderungen in bezug auf die Dienstkleidung werden durch Einzelverfügung bekanntgegeben werden.

II. Bestellung

- 1. Die Höhe der Bestellungen soll mit dem angemeldeten Planbedarf übereinstimmen. Über- oder Unterschreitungen sind möglichst zu vermeiden. Die Bestellungen für die einzelnen Mitarbeiter sind a) für die geplante Menge vom Amt unmittelbar bei den Konfektionsbetrieben und b) für die Planung übersteigende Zahl nach Kenntlichmachung durch einen roten diagonal verlaufenden Strich dem Beschaffungsamt zuzuleiten.
Über die Liefermöglichkeit der Plananmeldung übersteigenden Mehrbestellung erteilt das Beschaffungsamt binnen acht Wochen Bescheid.

- 2. Die Einzelbestellungen der Dienstkleidung und die Maßkarten haben bis spätestens 15. November des Vorjahres für das folgende Jahr beim Konfektionsbetrieb vorzuliegen.
3. Ergeben sich aus der erheblichen Unterschreitung des angemeldeten Planbedarfes nicht ausgleichbare Lasten beim Konfektionsbetrieb, für die die Deutsche Post entstehen muß, müssen die Ämter, die die Unterschreitung verursacht haben, anteilmäßig die Kosten tragen.
4. Nachbestellungen können bis zur Höhe von etwa 10 Prozent des Planbedarfes a) für Sommerdienstkleidung bis 30. März und

- b) für Winterdienstkleidung bis zum 15. November des laufenden Jahres bei den Konfektionsbetrieben vorgelegt werden. Der Auslieferungstermin für nachbestellte Kleidungsstücke läßt sich selbstverständlich nicht verbindlich angeben.

III. Lieferung der Dienstkleidung

- 1. Die Endauslieferung für den Planbedarf und die planmäßige Bestellung erfolgt a) für Sommerdienstkleidung bis 30. April und b) für Winterdienstkleidung bis 30. November eines jeden Planjahres.
2. Zur Verkürzung der Lieferfrist für Dienstkleidung für neu eingestellte Kollegen, die voraussichtlich längere Zeit bei der Deutschen Post beschäftigt werden, d. h. mindestens 1 Jahr, wird - beginnend mit Ende des laufenden Planjahres - in den Konfektionsbetrieben ein angemessener Bestand an Dienstkleidung in den gängigsten Konfektionsgrößen auf Lager genommen.
3. Im Interesse der rechtzeitigen Auslieferung der Sommerkleidung wird in den ersten 4 Monaten hauptsächlich Sommerkleidung gefertigt werden. Auf Lieferung von Winterkleidung besteht in diesen Monaten kein Anspruch.

IV. Formularwesen

- 1. Für die Versorgung mit Dienstkleidung (Planung, Bestellung und Auslieferung) werden folgende Vordrucke benutzt: a) für Planung und Plankontrolle das Fbl. „Plankontrolle 19.“, b) für die Abgabe der Körpermaße: 1. Sommerkleidung Männer Maßkarte mit diagonalem blauem Strich Bestell-Nr. Allgemein-Fbl. 44 c 2. Sommerkleidung Frauen Maßkarte mit diagonalem blauem Strich Bestell-Nr. Allgemein-Fbl. 45 c 3. Winterkleidung Männer Maßkarte ohne weiteres Kennzeichen Bestell-Nr. Allgemein-Fbl. 44 4. Winterkleidung Frauen Maßkarte ohne weiteres Kennzeichen Bestell-Nr. Allgemein-Fbl. 45 Die Maßkarten sind vom Vordruck-Leitverlag Spremberg (Niederlausitz) zu beziehen. c) für die Einsendung der Maßkarten und die Abgabe der Einzelbestellung 1. an den VEB (K) Kleiderwerk Gröna (Sachs) das Fbl. „Postdienstkleidung für Frauen Nr. 5“ und 2. an den VEB (K) Herrenoberbekleidung Lutherstadt/Eisleben das Fbl. „Postdienstkleidung für Männer Nr. 4“. Die unter c) genannten Formblätter sind von den Konfektionsbetrieben abzufordern.
2. Für den gesamten Verkehr mit den Konfektionsbetrieben und mit dem Beschaffungsamt sind für die Planung, Maßabgabe und Einzelbestellung nur die vorgeschriebenen Formblätter zu

verwenden. Für formlos aufgegebenen Planbedarf und formlose Einzelbestellungen wird keine Gewähr für die ordnungsgemäße Auslieferung übernommen.

V. Zuständigkeit

- Das Beschaffungsamt organisiert die Durchführung der Planung, der Einzelbestellung bei den Konfektionsbetrieben und die Auslieferung der Kleidung. Es vertritt gegenüber den Konfektionsbetrieben als Vertragspartner alle Ämter der Deutschen Post. Es leitet die Ämter bei der Planung und Bestellung an und kontrolliert die termingemäße und sachlich richtige Durchführung der notwendigen Maßnahmen. Es führt gegenüber den Konfektionsbetrieben Aufsicht über termingemäße, quantitäts- und qualitätsgemäß einwandfreie Lieferung. Klagen der Ämter über mangelhafte Dienstkleidung, zu lange Lieferfristen oder völlig ausbleibende Lieferung können
 - in Form einer unmittelbaren Anfrage oder Beschwerde bei den Konfektionsbetrieben vorgebracht werden und müssen
 - bei ergablosloser unmittelbarer Verständigung des Konfektionsbetriebes unverzüglich dem Beschaffungsamt zur weiteren Verfolgung im Rahmen der bestehenden Vereinbarung mitgeteilt werden.
 Um in der Lieferung auftretende Mängel rasch beseitigen zu können, ist diese Verfahrensweise unbedingt einzuhalten.
- Die Ämter der Deutschen Post sind für die ordnungsgemäße Planung und Einzelbestellung verantwortlich. Während des Planjahres ist bei den Ämtern die Auslieferung der Kleidung zu überwachen. Lieferrückstände sind nach Abschnitt V, Punkt 1, zu behandeln. Die Ämter haben sicherzustellen, daß Planung und Bestellung mengenmäßig übereinstimmen. Mehrbedarf ist beim Beschaffungsamt zu bestellen (s. Abschnitt II, Punkt 1).
- Die Konfektionsbetriebe s. Abschnitt IV, Punkt 1 c, 1. und 2.) sind für die Fertigung der Dienstkleidung für Männer und Frauen der

Deutschen Post verantwortlich. Die Herstellung erfolgt nach den vom Ministerium für Post- und Fernmeldewesen bestätigten Formen für die Dienstkleidung und Farben der Stoffe. Die Beschaffung der Stoffe erfolgt im gegenseitigen Einvernehmen durch das Beschaffungsamt. Die Konfektionsbetriebe legen monatlich eine Erfüllungsmeldung über die Realisierung beim Beschaffungsamt vor.

- Die Fertigung der Dienstkleidung erfolgt nach Maßkonfektion. Die Kosten für das Maßnehmen tragen die Konfektionsbetriebe. Die Ämter haben sicherzustellen, daß rechtzeitig bei den vorgesehenen Schneidermeistern usw. die Beschäftigten der Ämter Maß nehmen lassen. Die Konfektionsbetriebe haben nach den Maßen der Maßkarte Sitz- und Paßform der Kleidung zu gewährleisten.
- Von Zeit zu Zeit wird von den Konfektionsbetrieben im Einvernehmen mit dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen von den Ämtern Mitteilung über Paßform usw. der gelieferten Dienstkleidung eingeholt werden.
- Änderungen der Einzelbestellung im Rahmen des Planbedarfes durch Fluktuation der Beschäftigten sind den Konfektionsbetrieben unmittelbar mitzuteilen. Eine Abschrift ist dem Beschaffungsamt zuzusenden. Führen diese Änderungen jedoch zur Überschreitung der Planmenge, so müssen sie über das Beschaffungsamt geleitet werden (s. Abschnitt II, Punkt 1).
- Die Leiter der Ämter haben vierteljährlich einmal den Realisierungsstand für Dienstkleidung gemeinsam mit der Betriebsgewerkschaftsleitung zu analysieren und bei Mängeln das Beschaffungsamt zu unterrichten.
- Die Rechnungen für gelieferte Dienstkleidung werden von den Konfektionsbetrieben unmittelbar den Ämtern der Deutschen Post, die die Bestellung vorgenommen haben, übersandt.

Die bisherigen Verfügungen zur Regelung der Planung, Bestellung und Lieferung der Dienstkleidung für die Beschäftigten der Deutschen Post werden aufgehoben.

Ausgabe A

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen

Jahrgang 1957 Berlin W 66, den 1. August 1957 Nummer 32



Inhalt

	Seite		Seite
Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen und dem Zentralvorstand der Industriegewerkschaft Post- und Fernmeldewesen	135	Nr. 100 Übersicht der Luftpostzuschläge für Briefsendungen nach dem Ausland ab 1. Oktober 1957	136
Verfügungen:		Nr. 101 Verkauf von Messeausweisen für die Leipziger Herbstmesse 1957	136
Allgemeines		— Fernmeldewesen —	
Nr. 100 Beschwerdebefreiungen in Schallerräumen	136	Nr. 102 Berichtigung Nr. 1 zum Gebührenbuch für den Fernsprechtaschendienst	138
Betriebsdienst		Nr. 103 Wegfall der Telegrammgattung Dringendes Staatstelegramm SSD	138
— Post —			
Nr. 109 Berichtigungen zum Zollhandbuch	136		

Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen und dem Zentralvorstand der Industriegewerkschaft Post- und Fernmeldewesen

Auf Grund der Anordnung Nr. 4 über die Auszeichnungen in der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung in der Deutschen Demokratischen Republik vom 9. Mai 1957 (GBl. I S. 299) wird zur Organisierung und Durchführung des sozialistischen Wettbewerbs im Post- und Fernmeldewesen für das Planjahr 1957 folgendes vereinbart:

- Die Hauptformen des innerbetrieblichen Wettbewerbs in den Ämtern und Betrieben des Post- und Fernmeldewesens sind der Wettbewerb der Facharbeiter um den Ehrentitel „Bester Facharbeiter“ und der Wettbewerb der Brigaden um Qualitätsauszeichnungen. Diese Wettbewerbsformen sind nach den für das Planjahr 1957 abgeschlossenen innerbetrieblichen Wettbewerbsbedingungen und den den Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen und den Bezirksvorständen der Industriegewerkschaft Post- und Fernmeldewesen übergebenen Grundsätzen für die Durchführung der Wettbewerbe der Facharbeiter, der Meister, der Brigaden und der Dienststellen weiterzuführen.
- Die innerbetrieblichen und überbetrieblichen Auszeichnungen einschließlich der Prämierung, die sich aus der Anwendung der unter 1. genannten Wettbewerbsformen ergeben, sind entspre-

chend der Anordnung Nr. 4 (s. Vereinbarung Abschnitt V, Punkt 5) nach den bisher geltenden Grundsätzen durchzuführen.

- Bis zum 31. Oktober 1957 sind unter Beachtung der auf Grund der Anordnung Nr. 4 noch zu erlassenden Statute neue Grundsätze für die Auszeichnung von Facharbeitern, Meistern, Brigaden, Kollektiven und Dienststellen auszuarbeiten, die am 1. Januar 1958 gültig werden.
- Die in den zwischen dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen und dem Zentralvorstand der Industriegewerkschaft Post- und Fernmeldewesen vereinbarten Wettbewerbsbedingungen für das Planjahr 1957 genannten Wettbewerbsgruppen bleiben bestehen.
- Die Höhe der Prämie für die Gruppensieger im Wettbewerb ist abhängig von den qualitativen und quantitativen Ergebnissen im Wettbewerb. Sie beträgt im Durchschnitt zwischen 3,— DM und 12,— DM je Beschäftigten, höchstens jedoch 4000,— DM.
- Die Sieger im Massenwettbewerb sind nach den Richtlinien für die Ermittlung der Republik- und Gruppensieger im Wettbewerb bei der Deutschen Post für das Planjahr 1957 zu ermitteln.

7. Die Auszeichnung der Republik- und Gruppensieger muß in den Ämtern und Betrieben in einer Belegschaftsvollversammlung in feierlicher Form erfolgen.
Die Wanderfahne des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik oder des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen ist von seiner Delegation des Vorquartalsiegers während der Feierstunde an den Vertreter des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen zu übergeben, der anschließend die Auszeichnung des Republik- oder Gruppensiegers vornimmt.

Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen ist von seiner Delegation des Vorquartalsiegers während der Feierstunde an den Vertreter des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen zu übergeben, der anschließend die Auszeichnung des Republik- oder Gruppensiegers vornimmt.

Berlin, den 23. Juli 1957

Zentralvorstand
der Industriegewerkschaft
Post- und Fernmeldewesen
Springer
1. Vorsitzender

Ministerium
für
Post- und Fernmeldewesen
Burmeister
Minister

Verfügungen Allgemeines

Nr. 158/1957. Beschwerdebriefkästen in Schaltervorräumen

Die Praxis der letzten Jahre hat bewiesen, daß Kritik an der Arbeit der Deutschen Post von der Bevölkerung überwiegend offen geübt wird. Die mit Amtsbl.Vf.Nr. 62/1951 erlassene Anordnung, in den Schaltervorräumen Beschwerdebriefkästen anzubringen, wird deshalb zurückgezogen.

Die Leiter der Hauptpostämter entscheiden über die weitere Verwendung der Beschwerdebriefkästen selbst. Gleichzeitig haben sie zu überprüfen, ob die Beschwerdebücher ordnungsgemäß geführt

werden und ob in den Schaltervorräumen der Hinweis auf den Aufbewahrungsort des Beschwerdebuches deutlich sichtbar angebracht ist. Auf dem Hinweisschild kann gegebenenfalls vermerkt werden, daß schriftliche Beschwerden jederzeit auch durch Einwurf in die Briefkästen abgegeben werden können.

Die mit Amtsbl.Vf.Nr. 62/1951 getroffene Regelung für die Bearbeitung von Beschwerden bleibt bestehen.

Org 1207—0

Betriebsdienst — Post —

Nr. 159/1957. Berichtigungen zum Zollhandbuch

Die Berichtigungsbogen Nr. 1 sind versandt worden.

Die Berichtigungen sind sofort auszuführen und genau zu beachten.

P OB 3 2254—7

Nr. 160/1957. Übersicht der Luftpostzuschläge für Briefsendungen nach dem Ausland ab 1. Oktober 1956

Die neue „Übersicht der Luftpostzuschläge für Briefsendungen nach dem Ausland ab 1. Oktober 1956“ ist an die DPF ausgeliefert worden. Die Hauptpostämter können den von ihnen angemeldeten Bedarf abfordern.

P OB 3 a 2633—0

Nr. 161/1957. Verkauf von Messeausweisen für die Leipziger Herbstmesse 1957

Die Leipziger Herbstmesse 1957 findet vom 1. bis 8. September 1957 mit großer internationaler Beteiligung statt. Die Deutsche Post übernimmt wieder den Verkauf der Messeausweise an alle Bewohner der Deutschen Demokratischen Republik und des demokratischen Sektors von Groß-Berlin.

I. Anlieferung der Ausweise

Die Messeausweise werden allen Hauptpostämtern vom Hauptpostamt Leipzig N 18, Wert-

zeichenvertellamt, rechtzeitig zugehen. Die Lieferungen sind sofort nach Eingang gemäß ADA VIII,1 § 42, VIII nachzuprüfen. Überzählige Messeausweise sind einschließlich der Messeabzeichen bis zum 21. August 1957 an das Hauptpostamt Leipzig N 18, Wertzeichenvertellamt, zurückzusenden; fehlende sind unter Beifügen der Verhandlungsschrift ebenfalls bis zum 21. August 1957 nachzufordern. Fehlmeldungen, die nach dem 21. August 1957 beim Hauptpostamt Leipzig N 18 eingehen, können nicht anerkannt werden. Die den Lieferungen beiliegenden Lieferschein-Doppel sind unterschrieben unverzüglich an das Hauptpostamt Leipzig N 18, Wertzeichenvertellamt, einzusenden.

Für den weiteren Bedarf an Messeausweisen während der Verkaufsperiode steht eine Reserve beim Hauptpostamt Leipzig N 18 zur Verfügung.

Den Sendungen mit Messeausweisen sind beifügt:

1. Messeabzeichen in der gleichen Anzahl wie Messeausweise,
2. Merkhefte für Verkaufsstellen,
3. Plakate über Ausgabeverfahren,
4. Plakate zur Kennzeichnung der Verkaufsstellen,
5. Hinweise für Kraftfahrer und
6. Aushang- und Handfahrpläne über Sonderzugverbindungen zur Leipziger Herbstmesse 1957.

II. Verkaufszeit

Alle mit dem Verkauf der Messeausweise beauftragten Mitarbeiter sind vor Beginn des Verkaufs an Hand dieser VMBL.Vf. und der vom Leipziger Messeamt gelieferten Merkhefte für Verkaufsstellen eingehend zu belehren.

Mit dem Verkauf ist am 19. August 1957 zu beginnen. Der Verkauf ist am 8. September 1957 (letzter Messtag) zu beenden.

III. Verkauf der Messeausweise

Der Preis für den Ausweis beträgt einschließlich des Messeabzeichens 6,— DM.

1. Der ständige Verkauf der Messeausweise am Schalter ist unbeding t bei allen Hauptpostämtern und bei den Postämtern der Kreisstädte vorzunehmen. Die Einbeziehung weiterer Postämter in den Verkauf ist nur mit Zustimmung des Leipziger Messeamtes gestattet. In den Städten Dresden, Karl-Marx-Stadt, Erfurt, Halle (Saale), Magdeburg und im demokratischen Sektor von Groß-Berlin werden mehrere Postanstalten in den Verkauf einbezogen (s. VMBL.Vf. Nr. 41/1956 unter VIII). Für Leipzig ergeht besondere Anweisung.

2. Bei allen übrigen Postanstalten müssen bis zum 24. August 1957 Bestellungen von Messeausweisen entgegengenommen werden. Nach den vorliegenden Bestellungen ist der Bedarf an Messeausweisen am 24. August 1957 von den Postanstalten beim zuständigen Hauptpostamt anzufordern. Die Hauptpostämter übergeben den Postanstalten sofort die Messeausweise, so daß ab 27. August 1957 die Aushändigung der bestellten Messeausweise an die Besteller durch die Postanstalten sichergestellt ist. Die bestellten Messeausweise müssen bis zum 31. August 1957 von den Bestellern abgeholt sein. Nach dem 31. August 1957 kann von den Bestellern kein Anspruch mehr erhoben werden.

3. Auf Wunsch der Besteller können Messeausweise auch durch Brief zugestellt werden. Das ist besonders dann erforderlich, wenn bei Postanstalten, die keinen ständigen Verkauf am Schalter durchführen (s. III,2), nach dem 24. August 1957 Bestellungen aufgegeben werden. Bestellungen auf Messeausweise, deren Zustellung gewünscht wird, sind von den Postanstalten dem zuständigen Hauptpostamt zuzuleiten. Der Versand erfolgt als gewöhnlicher Brief unter Ansetzen des Wertes für die Messeausweise sowie der entsprechenden Briefgebühr als Nachgebühr auf der Sendung. Die Briefumschläge sind mit einem rot zu unterstreichenden Vermerk „Leipziger Messeausweise“ zu versehen. Die Verrechnung der als Nachgebühr eingezogenen Beträge für die Messeausweise zwischen den Postanstalten und den Hauptpostämtern regelt die Hauptpostämter. Sie erteilen hierzu ihren unterstellten Postanstalten entsprechende Anweisung.

4. Eine Rücknahme bereits verkaufter Messeausweise durch die Postanstalten ist unzulässig.

IV. Abrechnung

Die Messeausweise sind bei der Wertzeichenverteilung der Hauptpostämter als Bestände zu führen

und den in Frage kommenden Zweigkassen wie Formblätter — jedoch besonders — zuzuschreiben. Im Abschlußbuch sind sie auf besonderer Zeile nachzuweisen. Die aus dem Verkauf der Messeausweise erzielten Erlöse — je Ausweis 6,— DM (abzüglich 0,10 DM Provision = 5,90 DM) — sind von den Hauptpostämtern bis zum 16. September 1957 auf das Postscheckkonto „HPA Leipzig N 18, Messeausweise, Leipzig N 18, Konto-Nr. 60777, PSchA Leipzig“ mit Kontokarte zu überweisen. Die Provision in Höhe von 0,10 DM für jeden verkauften Messeausweis ist von den Hauptpostämtern vor Überweisung des Erlöses an das Hauptpostamt Leipzig N 18 beim Unterkonto 60009 zu verrechnen. Die Provision in Höhe von 0,05 DM für die von den Postanstalten in Leipzig verkauften Tagesausweise ist ebenso zu verrechnen.

Die bei den früheren Leipziger Messen üblich gewesenen Abschlagszahlungen sind nicht mehr von den Hauptpostämtern zu leisten. Die Abschlagszahlungen werden für die Leipziger Herbstmesse 1957 erstmalig auf Grund der Verkaufsmeldungen zentral durch das Hauptpostamt Leipzig N 18 an das Leipziger Messeamt überwiesen. Nähere Anweisung hierzu ergeht noch an das Hauptpostamt Leipzig N 18.

Die Abrechnung der Hauptpostämter über den Verkauf der Messeausweise ist bis zum 16. September 1957 sinngemäß nach dem Muster der VMBL.Vf. Nr. 197/1953 zu fertigen. Gleichzeitig sind die nicht verkauften Messeausweise dem Hauptpostamt Leipzig N 18, Wertzeichenvertellamt, mit doppeltem Lieferschein zu übersenden. Für die termingerechte Abrechnung sind die Leiter der Ämter verantwortlich.

Die Postämter im demokratischen Sektor von Groß-Berlin rechnen nach Beendigung der Verkaufsperiode (8. September 1957) unverzüglich mit dem Hauptpostamt Berlin W 8 ab, dem auch die Messeausweise übersandt werden. Die Hauptpostämter im demokratischen Sektor von Groß-Berlin haben ebenfalls keine Abschlagszahlungen mehr zu leisten.

V. Verkaufüberwachung

Zur Lenkung des Besucherstroms muß das Leipziger Messeamt während der Verkaufsperiode von der Zahl der verkauften Messeausweise unterrichtet werden. Die mit dem Verkauf beauftragten Postanstalten melden deshalb am 27., 29. und 31. August, 3., 7. und 12. September 1957 bis 12.00 Uhr dem zuständigen Hauptpostamt und diese bis 15.00 Uhr dem zuständigen Wertzeichenvertellamt die Anzahl der verkauften Messeausweise und den vorhandenen Bestand.

Die Wertzeichenvertellämter fassen die Zahlen der Hauptpostämter zusammen und übermitteln das Ergebnis sofort fernmündlich — jedoch spätestens bis 17.00 Uhr — dem Hauptpostamt Leipzig N 18, Wertzeichenvertellamt, Fernsprecher: 640 31, HA. 63.

Die Deutsche Post ist dem Leipziger Messeamt gegenüber vertraglich zur Abgabe dieser Meldungen verpflichtet. Es ist nicht tragbar, daß die Meldungen, die erstmalig als Grundlage für die Höhe der an das Leipziger Messeamt zu leistenden Abschlagszahlungen herangezogen werden (s. IV), von den

Meldepflichtigen nicht oder verspätet abgeben werden.

VI. Ausgleich der Messeausweise innerhalb der Bezirke

Die Aufschlüsselung der Messeausweise auf die einzelnen Verkaufsstellen ist im Einvernehmen mit dem Leipziger Messeamt nach Erfahrungswerten vorgenommen worden. Trotzdem wird während der Verkaufszeit ein Ausgleich innerhalb der Bezirke notwendig sein. Dieser ist von den Wertzeichenverteilämtern zu vermitteln. Hierzu wird den Wertzeichenverteilämtern die Anzahl der den Hauptpostämtern des Bezirks vom Hauptpostamt Leipzig N 18 gelieferten Messeausweise mitgeteilt. Außerdem erhalten sie durch die von den Hauptpostämtern eingehenden Meldungen (s. V) vom jeweiligen Stand des Verkaufs Kenntnis. Wenn bei einer Verkaufsstelle weniger als 50 Messeausweise vorhanden sind und ein Ausgleich innerhalb des eigenen Bezirks nicht mehr möglich ist, muß die Nachbestellung für Messeausweise an das Hauptpostamt Leipzig N 18 zur Belieferung aus der Reserve (s. I) weitergeleitet werden. Die Nachlieferungen werden nicht über die Wertzeichenverteilämter, sondern an die Hauptpostämter direkt ausgeliefert.

Die innerhalb der Bezirke vorgenommenen Ausgleichs sind in der Abrechnung der Hauptpostämter

(s. IV) als Zugang vom Hauptpostamt ... oder Abgang an Hauptpostamt ... besonders zu erwähnen.

VII. Allgemeines

1. Zu jedem Messeausweis gehört ein Messeabzeichen, das unentgeltlich mit auszuhändigen ist. Eine Rücknahme oder Ersatzleistung für beschädigte oder in Verlust geratene bereits verkaufte Messeausweise ist untersagt. Das gilt in gleicher Weise für die Messeabzeichen.
2. Einfache Anfragen der Postkunden sind mit Hilfe des Merkheftes für Verkaufsstellen (s. I, 2) zu beantworten. Wegen weiterer Anfragen, die nicht ausreichend beantwortet werden können, ist an das Leipziger Messeamt zu verweisen.
3. Wird von Messebesuchern für die Fahrt nach Leipzig ein Kraftfahrzeug benutzt, so ist ihnen — soweit der Vorrat reicht — unentgeltlich ein Merkheft für Kraftfahrer (s. I, 5) auszuhändigen.
4. Die auf den Messeausweisverkauf hinweisenden Aushänge (s. I, 3 und 4) sowie die Aushangfahrpläne (s. I, 6) sind zur Unterrichtung der Postkunden von allen Postämtern — auch solchen, die keinen Ausweisverkauf am Schalter durchführen — im Schaltervorrat anzubringen und nach Beendigung der Verkaufsperiode wieder zu entfernen. Die Aushänge liefert das Leipziger Messeamt.

P OB 2 e 2140—0

- Fernmeldewesen -

Nr. 162/1957. Berichtigung Nr. 1 zum Gebührenbuch für den Fernsprechauslandsdienst

Im Übersee-Funkfernsprechdienst über Paris mit Französisch-Äquatorial-Afrika, Französisch-Somaliland, Französisch-Westafrika, Guadeloupe, Kamerun, Madagaskar und Martinique beträgt die Benachrichtigungsgebühr mit Wirkung vom 1. Juli 1957 an 3,15 DM.

Das Gebührenbuch für den Fernsprechauslandsdienst ist auf den Seiten 40, 41 und 42 jeweils in der 3. Spalte handschriftlich zu ändern. Ferner ist auf Seite 43 vor Rhodesien nachzutragen: Reunion 31,50 3,15 Berlin.

Die Berichtigungen zum Gebührenbuch für den Fernsprechauslandsdienst erhalten von dieser Bekanntgabe an zur besseren Kontrolle wieder laufende Nummern. Die bisher ohne laufende Nummern bekanntgegebenen Berichtigungen sind auf Seite 2 des Gebührenbuches als Fußnote (VMBI.VI.Nr. 162/1957) zu vermerken.

Fo Fv 3 4010—0

Nr. 163/1957. Wegfall der Telegrammgattung Dringendes Staatstelegramm SSD

Die Telegrammgattung Dringendes Staatstelegramm SSD wird aufgehoben. Von sofort an gibt es nur noch folgende Gattungen:

Staats-Teil S,

Staats-Teil in Post-, Fernmelde- und Funkdienstangelegenheiten SS,

Staats-Teil, für die der Absender auf Vorrang bei der Übermittlung verzichtet F.

Im Telegraphen-Betrieb kommen irrtümlich noch SD-Telegramme auf, die es nicht gibt. Der Vermerk SD ist daher von den Telegraphen-Leitstellen zu ändern in S. Die Leitstellen haben die Ungenauigkeit dem Aufgabebeamten zurückzumelden.

Die Telegramm-Annahme- sowie -Aufnahmestellen F und Telex sind zu unterrichten.

Die Anlage 2 der ADA II, 2 ist durch Streichen der Rangnummer 3 zu berichtigen; auf diese Verfügung ist hinzuweisen.

Fo Fv 3 (2) 3121—0

Herausgeber: Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin W 66. Verlag: VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin, Fernpost 27 64 11, Postfachkonto: 1400 25. — Die Verfügungen und Mitteilungen erscheinen in der Regel am 1., 8., 15. und 23. jedes Monats. — Veröffentlicht unter Druckgenehmigungsnummer A 11657 DDR des Ministeriums für Kultur der Deutschen Demokratischen Republik, Hauptverteilung Verlagswesen. — Druck: VEB Berliner Druckhaus, Berlin NO 35.

Ausgabe A

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen
des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen

Jahrgang 1957 Berlin W 66, den 23. Juli 1957 Nummer 30

Inhalt

Verfügungen:	Allgemeines	Seite
Nr. 154 Arbeitsschutzkleidung	127	127
Nr. 155 Verlegung eines Verzollungspostamtes	Betriebsdienst	128
Nr. 156 Formblättern Formblatt M 26 Merkblatt über Gefälligkeitsstempel	— Post —	128
Nr. 157 Rundfunkdienst, Einzelzeit		128
Mitteilungen:		128
Nr. 76 Sonderpostämter		128
Nr. 77 Sonder- und Werbepost		128

**Verfügungen
Allgemeines**

Nr. 154/1957. Arbeitsschutzkleidung

Als Arbeitsschutzkleidung gelieferte Wattejacken und -hosen waren bisher — von außen sichtbar — und karoförmig gesteppt. Das führte zu einem wenig schönen Aussehen der Bekleidungsstücke. Es sind jetzt Verarbeitungsmethoden gefunden worden, die bei Wattekleidung die sichtbaren Steppnähte entbehren lassen. Außerdem ist ein besseres Aussehen erreichbar. Die Wärmewirkung bleibt somit voll erhalten.

1. Bei Nässeeinwirkung ballt die Watte nicht mehr zusammen. Die Wärmewirkung bleibt somit voll erhalten.
2. Verschmutzte Anzüge können gewaschen werden.
3. Die Watte reißt an den besonders beanspruchten Stellen, z. B. Knie, Ellenbogen usw., nicht auseinander.

Vom Beschaffungsamt werden im laufenden Jahr die ersten Watteanzüge dieser Art geliefert werden. Vorhandene Bestände und noch eingehende Lieferungen der alten Form sind aufzubrauchen.

Die Regenschutzwatteanzüge — siehe Seite 50 im Bildanhang zum Katalog für Arbeitsschutzkleidung und -mittel — haben sich bei der Deutschen Post nicht voll bewährt. Im neuen Katalog sind deshalb an Stelle der Regenschutzanzüge je nach Bedarf ein watterter Schutzanzug nach Seite 48 des Bildanhangs zum Katalog (siehe auch vorstehende Ausführung zur verbesserten Form) oder ein Watteanzug nach Seite 64 des Bildanhangs vorgesehen.

Mat 0 441

**Betriebsdienst
- Post -**

Nr. 155/1957. Verlegung eines Verzollungspostamtes

Das Verzollungspostamt für die BPP-Bereiche Halle (Saale) und Cottbus ist am 1. Juni 1957 von Halle (Saale) C 2 zum BPA 29 Halle (Saale) verlegt worden.

Das Verzeichnis der Verzollungspostämter in den Vorbemerkungen zu den Gebührenbüchern für Pakete und Luftpostpakete nach dem Ausland sowie das Beiheft zu den Leitübersichten unter Ziffer 11 sind zu berichtigen.

P OB 3 2251—0

Nr. 156/1957. Formblattwesen. Formblatt M 3 Merkblatt über Gefälligkeitsstempel (zur VMBI.VI.Nr. 110/57, S. 11). Das vom Vordruck-Leitverlag Spremberg (Niederlausitz) ausgelieferte „Merkblatt über Gefälligkeitsstempel“ — Formblatt M 36 — enthält zwei Druckfehler. Unter Ziffer 1, Absatz 3, Zeile 3, ist der Wortlaut „dem“ zu ändern in „den“. Unter Ziffer 2, letzter Absatz, 2. Zeile von unten, ist hinter dem Wortlaut „werden“ ein Komma einzufügen. DPW 6400—0

Nr. 157/1957. Rundfunkdienst. Einzelzeit Die laufenden Rundfunk- und Fernseh-Rundfunkgebühren sowie die Gebühren für Zusatz-

(s. IV) als Zugen sind in den ersten 10 Werktagen gang an Haus, vierteljährlich zu zahlende Gebühren VII... Allezeit 10 Werktagen des 1. Quartalsmonats einzuziehen.

Die Bezirks-Rundfunk-Anschriftenstellen haben die Quittungen der einzelnen Gebührenarten so rechtzeitig zu liefern, daß der Beginn der Einziehung am 1. Werktag des Monats bei allen Postanstalten gesichert ist.

Der Punkt 1 der VMBI.VI.Nr. 251/1956 wird aufgehoben. P OB 2 d 5210—0

Mitteilungen

Nr. 76/1957. Sonderpostämter

(Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluß der Mitteilungen) Bad Frankenhausen (Kyffh), Pionierlager „Thomas Müntzer“ auf dem Rathfeld, Pst 1 des PA Bad Frankenhausen (Kyffh)

- a) Sommerferienlager
- b) VEB Büromaschinenwerk „Optima“, Erfurt
- c) 9. Juli bis 24. August 1957
- d) Verkauf von Postwertzeichen, Sondermarken und Presse- und Zeitungs-, Annahme und Ausgabe aller Arten von Postsendungen und von Telegrammen, Sparkassensendungen, Vermittlung von Orts- und Ferngesprächen, Gefälligkeitsstempelungen
- e) BAD FRANKENHAUSEN (KYFFH) P. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100

- Brandenburg (Havel), HO-Gaststätte Nolze, ZwPA des HPA Brandenburg (Havel)
- a) Treffen der Jungen Techniker und Naturforscher
- b) Zentralhaus der Jungen Pioniere, Berlin
- c) 14. bis 21. Juli 1957
- d) Verkauf von Postwertzeichen und Sondermarken, Annahme von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen, Gefälligkeitsstempelungen
- e) BRANDENBURG (HADEL) 14. 7. 57—05
- Treffen der Jungen Techniker und Naturforscher
- Bildliche Darstellung: Stadtwappen

- a) Anlaß b) Veranstalter c) Dauer d) Aufgabenkreis des Sonderpostamtes e) Stempelschrift
- DPW 1250—02B

Nr. 77/1957. Sonder- und Werbestempel

(Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluß der Mitteilungen)

- a) Briefstempelverbung
- b) Bostock 2
- c) Maschinenstempel
- d) DEUTSCHE LUFTHANSA URLAUBSLOPPE
- EIN BESONDERES ERLEBNIS! Bildliche Darstellung: Sonne und Kranich
- e) Von sofort an bis zum 31. August 1957. Das gegenwärtig benutzte Einsatzstück „Deutsche Luft-hansa“ wird nicht mehr verwendet.
- a) Anlaß b) Verwendung-PA c) Art des Stempels d) Stempelschrift e) Verwendungsdauer
- DPW 6252—1

Herausgeber: Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin W 66. Verlag: VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin. Fernspr. 67 611. Postcheckkonto 1402 25. — Die Verfügungen und Mitteilungen erscheinen in der Regel am 1., 8., 15. und 22. jedes Monats. — Veröffentlicht unter Druckgenehmigungsnummer Ag 11467 DDR des Ministeriums für Kultur der Deutschen Demokratischen Republik, Hauptverwaltung Verlagswesen. — Druck: VEB Berliner Druckhaus, Berlin NO 35.

Ausgabe A

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen

Jahrgang 1957 Berlin W 66, den 17. Juli 1957 Nummer 29

Inhalt

	Seite		Seite
An alle Mitarbeiter der Deutschen Post Verfügungen:	123	Nr. 151 Umgliederung einer Poststelle I.	125
		Nr. 152 Postgebührenhefte und Aushänge „Post- und Fernmeldegebühren“	125
Nr. 148 Post- und Fernmeldeabkommen mit der Volkserpublik Albanien	124	— Fernmeldewesen —	
Nr. 149 Verzinsung von Vertragsstrafen- und Schadenersatzforderungen	125	Nr. 153 Formblätter des Fernmeldewesens — Mitteilungen:	133
		Nr. 74 „Die Deutsche Post“, Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen, Heft 6/1957	138
		— Post —	
Nr. 150 Wegfall des Stempels der Paketaufgabezeitel	125	Nr. 75 Sonder- und Werbestempel	126

An alle Mitarbeiter der Deutschen Post

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Während der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen am 23. Juni 1957 wurden auch von den Kolleginnen und Kollegen in den Ämtern und Dienststellen der Deutschen Post bedeutende Leistungen vollbracht.

Es sind viele Beispiele hervorragender Einsatzbereitschaft bekannt geworden. Nicht selten haben die Orts- und Kreisausschüsse der Nationalen Front des demokratischen Deutschland die aktive Arbeit der Mitarbeiter der Deutschen Post lobend anerkannt.

Die Kolleginnen und Kollegen haben durch ihre Einsatzbereitschaft und Mitarbeit dem Wahlauftritt des Nationalrates Leben gegeben. In einer großen Verpflichtungsbewegung zu Ehren der Wahlen wurden unter der Lösung

„Jeder eine gute Tat für eine gute Sache!“

viele tausende Verpflichtungen abgegeben, die bereits zu einem wesentlichen Teil erfüllt worden sind. Die Mitarbeiter der Deutschen Post haben damit überzeugend zum Ausdruck gebracht, daß sie aktive Mitgestalter der sozialistischen Zukunft sind.

Weit über 1000 Kolleginnen und Kollegen der Deutschen Post wurden am 23. Juni 1957 als Abgeordnete in die örtlichen Volksvertretungen gewählt. Das beweist, daß auch die Postler bereit sind, unseren Staat der Arbeiter und Bauern mit zu leiten und unsere sozialistische Demokratie zu verwirklichen.

Die Nationale Front des demokratischen Deutschland hat am 23. Juni 1957 einen überwältigenden Sieg errungen. Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik hat sich nahezu einmütig für Frieden und Wohlstand und für den Aufbau des Sozialismus entschieden. Mit Stolz kann festgestellt werden, daß zu diesem Wahlsieg auch unsere Mitarbeiter beigetragen haben.

Für die während der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen geleistete Arbeit wird allen Kolleginnen und Kollegen in den Ämtern, Betrieben und Institutionen, bei den Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen und beim Ministerium für Post- und Fernmeldewesen Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Es kommt jetzt darauf an, die während der Wahlvorbereitung bewiesene Aktivität und Mitarbeit bei der Lösung der von der Arbeiter-und-Bauern-Macht gestellten Aufgaben beizubehalten.

- In den nächsten Wochen gilt es sicherzustellen, daß
- a) die staatlichen Pläne erfüllt und übererfüllt werden,
- b) der Arbeitskräfteplan und der Finanzplan eingehalten werden,
- c) dabei für jeden Beschäftigten in den Ämtern und Dienststellen der Deutschen Post die Arbeitszeitverkürzung uneingeschränkt wirksam wird,
- d) die bei den ökonomischen Konferenzen beschlossenen Maßnahmepläne verwirklicht werden,
- e) die Arbeitsproduktivität systematisch gesteigert wird und
- f) damit durch höhere Leistungen die Einführung der 45-Stunden-Woche zu einem vollen politischen, ökonomischen und sozialen Erfolg für die Deutsche Demokratische Republik und für jeden einzelnen Werktätigen wird.

Allen Kolleginnen und Kollegen der Deutschen Post rufen wir zu: Arbeitet mit dem Schwung und der Initiative der letzten Wochen und Monate weiter an der Lösung der von der Regierung und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gestellten politischen und wirtschaftlichen Aufgaben.

Bereitet durch Eure bewußte Mitarbeit neue und größere Erfolge vor.

Berlin W 66, den 8. Juli 1957

Zentralvorstand der Industriegewerkschaft Post- und Fernmeldewesen Kalauch Stellvertretender Vorsitzender	Ministerium für Post- und Fernmeldewesen Burmeister Minister
---	--

Verfügungen Allgemeines

Nr. 148/1957. Post- und Fernmeldeabkommen mit der Volksrepublik Albanien

Am 6. Juni 1957 wurden in Tirana je ein Abkommen über den Post- und Paketverkehr und über den Fernmeldeverkehr zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Albanien unterzeichnet.

I. Allgemeines: Nach diesem Abkommen bedienen sich die Post- und Fernmeldeverwaltungen und ihre Dienststellen im gegenseitigen Schrift- und Fernmeldeverkehr der französischen Sprache.

Die Brief- und Paketsendungen sowie Dienstgespräche und Diensttelegramme in Angelegenheiten des Post- und Fernmeldeverkehrs sind gebührenfrei.

Die Salden der Abrechnungen aus dem Post- und Fernmeldeverkehr werden untereinander ausgeglichen.

Die Abkommen sind mit ihrer Unterzeichnung in Kraft getreten.

II. Postverkehr: Als Auswechslungspostämter werden bestimmt:

- a) von der Deutschen Demokratischen Republik:
Berlin NW 7 für Briefsendungen und Luftpostpakete,
Leipzig N 18 für den Paketverkehr;

b) von der Volksrepublik Albanien:

Tirana.
Zugelassen sind alle Arten von Briefsendungen mit Ausnahme von Nachnahmesendungen.

Wertbriefe können mit einer Wertangabe bis zu 3000 Goldfranken angenommen werden, doch dürfen zollpflichtige Gegenstände in Wertbriefen nicht enthalten sein.

Einschreibsendungen sind einzeln in die Briefkarten einzutragen.

Das Höchstgewicht für gewöhnliche und Luftpostpakete ist auf 20 kg festgesetzt.

Nicht zugelassen sind: Wertpakete, Nachnahmepakete, Eilpakete und dringende Pakete. Schriftliche Mitteilungen auf der Rückseite des Paketkartenabschnitts sind unzulässig.

III. Fernmeldeverkehr:

1. Telegrammverkehr: Zugelassen sind die im „Gebührenbuch für Telegramme“ (Ausgabe vom 1. Oktober 1956) aufgeführten Telegrammarten.

2. Fernsprechverkehr: Zugelassen sind die im „Gebührenbuch für den Fernsprechauslandsdienst“ (Ausgabe vom 1. Oktober 1956) aufgeführten Gesprächsarten.

Im übrigen gelten die Bestimmungen für den Ablauf des Post- und Fernmeldeverkehrs.
Int 1 2282

Neu erschienen:

POSTGEBÜHRENHEFT

Zusammenstellung
der Post- und Fernmeldegebühren

Stand vom 1. Juli 1957

Preis 20 Pfennig

Hier erhältlich

Nr. 149/1957. Verzinsung von Vertragsstrafen- und Schadenersatzforderungen

Es wird darauf hingewiesen, daß

- a) Forderungen auf Vertragsstrafen und Schadenersatz im Falle des Verzuges zu verzinsen sind;
- b) die Höhe des Zinssatzes bei beiderseitigen Handelsgeschäften 5 Prozent (§ 352 HGB), in den übrigen Fällen 4 Prozent (§ 288 BGB) beträgt;
- c) im Schiedsverfahren Zinsen nach den unter a) und b) gegebenen Grundsätzen nur auf Antrag zugesprochen werden.

In der Grundsätzlichen Feststellung des Staatlichen Vertragsgerichts bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 20. Dezember 1956 (Nr. 196/56) wird zur Begründung der vorstehenden Bestimmung ausgeführt, daß die bisherige Auffassung, daß Forderungen auf Schadenersatz nicht zu verzinsen sind, aufgegeben werden

mußte, weil sie nicht dem geltenden Recht entspricht. Die Auffassung, daß Forderungen auf Vertragsstrafen nicht zu verzinsen sind, mußte gleichzeitig berichtigt werden, da Vertragsstrafen nichts anderes darstellen als gesetzlichen oder vertraglichen Mindestschadenersatz. Die Zinssätze wurden aus den Bestimmungen des allgemeinen Zivilrechts entnommen. Hierbei war auch § 352 HGB zu berücksichtigen, so daß ein Zinssatz von 5 Prozent festzusetzen ist, wenn ein beiderseitiges Handelsgeschäft vorliegt.

Da gegenteilige Mitteilungen durch die Grundsätzliche Feststellung Nr. 196/56 aufgehoben wurden, ist beim Abschluß von Verträgen und bei der Berechnung und Durchsetzung von Vertragsstrafen- und Schadenersatzforderungen vorstehende Regelung genau zu beachten. Eine Änderung bestehender Verträge ist jedoch nicht vorzunehmen.
VSS

Betriebsdienst

- Post -

Nr. 150/1957. Wegfall des Stempels der Paketaufgabezettel

(zur VMBL.Vf.Nr. 39/1954)

Bei der Annahme der Pakete sind die Paketaufgabezettel nicht mehr mit dem Aufgabestempel zu bedrucken.

Die Verfügung vom 17. September 1952 PB 1 a 2151-1 an die ehemaligen OPDn — Stempeln der Pakete — und die VMBL.Vf.Nr. 39/1954 werden aufgehoben.

P OB 2 b 2151-1

Nr. 151/1957. Umgliederung einer Poststelle I

Die Poststelle I Waldesruh/über Neuenhagen (b Berlin) ist aus dem Bereich der BPF Frankfurt (Oder) herausgelöst und am 1. Juli 1957 dem Bereich der BPF Berlin zugeteilt worden. Die Poststelle wird von diesem Zeitpunkt an die Bezeichnung Waldesruh/über Berlin-Mahlsdorf I führen.

Die Unterlagen sind zu berichtigen.

P OB 2 a 1203-0

Nr. 152/1957. Postgebührenhefte und Aushänge „Post- und Fernmeldegebühren“

Das Postgebührenheft ist überarbeitet und nach dem Stande vom 1. Juli 1957 neu gedruckt worden. Es geht den Wertzeichenvertreibern von der Druckerei in den nächsten Tagen zu. Der Verkaufspreis je Heft beträgt 20 Pfennig. Der Erlös ist unter „Sonstiger Erlös aus dem Postverkehr“ Konto 60009 zu verrechnen. Dienststücke sind vom Bestand abzusetzen und zu kennzeichnen. Die Postbenutzer sind durch den beiliegenden Aushang auf das neue Postgebührenheft aufmerksam zu machen.

Die Postgebührenhefte der Ausgabe 1954 sind aus dem Verkehr zu ziehen und der Altsstoffverwertung zuzuführen.

Den BPF gehen außerdem Neudrucke des Aushangs „Post- und Fernmeldegebühren“ nach dem Stande vom 1. Juli 1957 zu. Der Neudruck ist restlos verteilt worden.

P OB 1 b 2020-0

- Fernmeldewesen -

Nr. 153/1957. Formblätter des Fernmeldewesens Übergabebescheinigung mit Sprechstellenapparatnachweis (C 824)

Das neu entwickelte Formblatt ist für Hauptanschlüsse und kleine Nebenstellenanlagen bestimmt; es ist unter der Bestellnummer C 824 zu beziehen. Für größere Nebenstellenanlagen werden die bisherigen Formblätter „Übergabebescheinigung“ (C 822) und „Sprechstellenapparatnachweis“ (C 823) beibehalten.

Antrag auf Übertragung von Fernsprecheinrichtungen (C 804)

Das Formblatt wird in der Größe DIN A 5 geliefert, sobald der Vorrat an Formblättern der bisherigen Ausführung beim Vordruck-Leitverlag Spremberg (Niederlausitz) aufgebraucht ist.

Das neue Formblatt ist auf Grund eines Verbesserungsvorschlags der Kollegen K.O.P., FMA Schwerin (Meckl), entwickelt worden.

Fe Ov 3505-0

Mitteilungen

Nr. 74/1957. „Die Deutsche Post“, Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen, Heft 8/1957

Das Augustheft der Zeitschrift enthält u. a. folgende Beiträge:

Süß: Die Bedingung im Arbeitsrechtsverhältnis der Deutschen Post

Köhlzow: Mopeds im Dienste der Deutschen Post

Rohlach: Was man uns fragte (Bericht vom Beratungsstand der HV Rundfunk- und Fernsehbetrieb des MPF)

Rollmann/Naake: Änderung einiger Gebühren im Fernsprechverkehr

Kühn: Ausbreitung ultrakurzer Wellen im Gelände

Nagel: Neowerbung für die Deutsche Post

Bis zum 14. September 1957 können Einbanddecken für die Zeitschrift — eine gemeinsame Decke für die Jahrgänge 1956 und 1957 — beim zuständigen Postzeitungsvertrieb bestellt werden.

Die Bedingungen sind verbindlich. Der Preis wird nicht mehr als 2,50 DM betragen. Ein Foto der Einbanddecke sowie weitere Angaben sind im Augustheft ebenfalls enthalten.

Pr 1300—0

GESELLSCHAFT FÜR DEUTSCH-SOWJETISCHE FREUNDSCHAFT
Bildliche Darstellung: Emblem der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft

e) 30. Juni bis 6. Juli 1957

a) Festwoche aus Anlaß des 10jährigen Bestehens der Arbeitsgemeinschaft Schneberg (Erzgeb) des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands

b) Schneberg (Erzgeb)

c) Handstempel

d) SCHNEBERG (ERZGEB)

1. 7. 57 — 9

Festwoche vom 14. bis 22. Sept. 1957

10 JAHRE KGB

SCHNEBERG

MIT KREISBRIEFMARKENAUSSTELLUNG

Bildliche Darstellung: Hammer und Sichel (Wappzeichen von Schneberg)

e) 1. Juli bis 15. Oktober 1957

a) 900-Jahr-Fest

b) Dingelstedt (Kr Halberstadt)

c) Handstempel

d) DINGELSTEDT (KR HALBERSTADT)

e) 1. 7. 57 — 9

Bildliche Darstellung: Wappen der Gemeinde

e) 1. Juli bis 14. Juli 1957

a) Anlaß b) Verwendungsz-Pa c) Art des Stempels

d) Stempelinschrift e) Verwendungsdauer

Die nachstehend aufgeführten Werbestempel werden weiter verwendet:

Verwendungs-Panost	Veröffentlicht unter Amstbl. bzw. VMBL. Mitteilungen	Neue Verwendungsdauer bis
Bad Bibra	Nr. 101/1951, S. 874	24. 6. 1958
Benneckenstein (Harz)	Nr. 89/1950, S. 622	24. 6. 1958
Berlin-Friedrichsde	Nr. 81/1950, S. 90	24. 6. 1958
Berlin-Karlshorst I	Nr. 88/1950, S. 80	30. 6. 1958
Berlin-Oberschöneweide	Nr. 85/1950, S. 86	31. 5. 1958
Eckartsberga	Nr. 88/1951, S. 852	31. 5. 1958
Großsch (Kr Leipzig)	Nr. 64/1949, S. 620	3. 7. 1958
Jöhstadt (Erzgeb)	Nr. 73/1952, S. 114	30. 6. 1958
Mutzschen	Nr. 63/1949, S. 620	30. 6. 1958
Neuhausen (Erzgeb)	Nr. 88/1951, S. 852	31. 5. 1958
Ostseebad Bollenhagen (Meckl)	Nr. 64/1950, S. 98	15. 6. 1958
Ribnitz-Damgarten I	Nr. 70/1948, S. 202	10. 6. 1958
Siebold Emslin	Nr. 81/1950, S. 133	15. 6. 1958
Söllin (Bürgen)	Nr. 79/1951, S. 844	30. 6. 1958
Sonneberg (Thür)	Nr. 67/1949, S. 384	31. 5. 1958
Schalkau (Kr Sonneberg)	Nr. 69/1950, S. 103	31. 5. 1958
Schkeuditz	Nr. 58/1949, S. 609	20. 6. 1958
Wernsdorf (b Oschatz)	Nr. 89/1949, S. 428	14. 7. 1958

DPW 6232-1

Herausgeber: Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin W 66, Verlag: VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin, Fernspr. 71 61 11, Postfachkonto: 140 25. — Die Verfügungen und Mitteilungen erscheinen zu der Regel am 1., 8., 15. und 22. jedes Monats. — Veröffentlichung unter Druckgenehmigungsnummer Ag 116/57 DDR des Ministeriums für Kultur der Deutschen Demokratischen Republik, Hauptverwaltung Verlagswesen. — Druck: VEB Berliner Druckhaus, Berlin NO 35.

Ausgabe A

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen

Jahrgang 1957

Berlin W 66, den 8. Juli 1957

Nummer 28



Inhalt

Verfügungen:	Seite	Betriebsdienst	Seite
Allgemeines		Nr. 145 Absenderfreistempel	121
Nr. 140 Wanderquartiere für die Jugend	119	Nr. 146 Einrichtung eines Grenz-Auswechslungspostamts beim Hauptpostamt Erfurt 1	122
Nr. 141 Verwenden von Kennwörtern	120	Nr. 147 Neuausgabe der Dienstweisung für FSI II (Länd)	122
Nr. 142 Embleme der Deutschen Post	121	Mitteilungen:	
Nr. 143 Postverkehr mit Spanien und seinen Besitzungen	121	Nr. 72 Ausschreibung der Republiksteiger im Wettbewerb der Jugendlichen des Fernmeldewesens zur Vorbereitung der VI. Weltfestspiele	122
Nr. 144 Berichtigung Nr. 1 bis 8 (Januar bis Juni 1957) zur ADA VIII, 2 A	121		

Verfügungen Allgemeines

Nr. 140/1957. Wanderquartiere für die Jugend

Nachstehend wird ein Aufruf des Ersten Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik Walter Ulbricht bekanntgegeben:

Schafft Wanderquartiere für unsere Jugend

Die Wanderzeit hat begonnen. In Städten und Dörfern werden von unserer Jugend Urlaubs- und Fahrtenpläne geschmiedet. Das ist richtig und gut. Unsere Jugend, die in vorderster Reihe am Aufbau des Sozialismus teilnimmt, hat das Recht auf frohe und erlebnisreiche Urlaubstage.

Der Zentralrat der Freien Deutschen Jugend und das Komitee für Touristik und Wandern schaffen ein umfangreiches Ferien- und Wanderprogramm, um unseren Jugendlichen und Touristen frohe Urlaubs- und Ferientage zu ermöglichen.

Unser Arbeiter- und Bauern-Staat gewährt dabei jede Unterstützung. In den vergangenen Jahren wurde durch die staatlichen Organe ein breites Netz von Jugendherbergen, Wanderquartieren, Wanderhütten und Zeltplätzen geschaffen. Dieses Netz reicht aber trotz seines Umfangs nicht aus, um alle Wünsche der wandernden Jugend und Touristen voll zu befriedigen.

Ich wende mich daher an alle staatlichen Organe, an alle Universitäten und Schulen sowie an alle

Massenorganisationen und sozialistischen Betriebe, der wandernden Jugend besonders in den Monaten Juli und August Wanderquartiere in Internaten, Wohnheimen, Lehranstalten, Schulen und Heimen der Massenorganisationen und Betriebe einzurichten und sie den Komitees für Touristik und Wandern in den Bezirken zur Verfügung zu stellen.

Ich bin gewiß, daß wir dadurch unserer Jugend viele neue Möglichkeiten zum Kennenlernen unserer schönen Heimat schaffen und so ihre Kräfte für den Kampf um Frieden und Sozialismus stärken werden.

Unsere Mädchen und Jungen in Stadt und Land fordere ich auf, bei der Einrichtung und Ausgestaltung ihrer Wanderquartiere tatkräftig zu helfen. Ich wünsche auf den Fahrten und Wanderungen schönes Wetter und viel Erfolg.

gez. W. Ulbricht
Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates

Die Ämter, Betriebe und sonstigen Institutionen werden angewiesen, umgehend zu prüfen, welche Möglichkeiten zur Einrichtung und Bereitstellung von Wanderquartieren in ihrem Bereich bestehen. Die Quartiere sind den Komitees für Touristik und Wandern bei den Abteilungen Jugendfragen der Räte der Bezirke zur Verfügung zu stellen.

Eine Durchsicht der Meldung über die bereitgestellten Quartiere ist von den Ämtern usw. bis zum 20. Juli 1957 der zuständigen BPF zu übersenden, die diese Meldungen zusammenfaßt und das Ergebnis an das MPF weiterleitet. Lernmeldungen sind nicht in die Komitees für Touristik und Wandern, sondern nur an die BPF zu senden.

Die Fach- und Spezialschulen und die sonstigen Institutionen senden die Durchsicht ihrer Meldung oder die Lernmeldung unmittelbar an das MPF. ArbSch 2 9204-0

Nr. 141/1957. Verwenden von Kennwörtern

In Ergänzung einer Verordnung vom 21. März 1957 (GBl. I S. 210) hat der Stellvertretende Ministerpräsident Selbmann nachstehende Verfügung erlassen:

Verfügung Nr. 45/57 zur Gewährleistung der zureichenden Verwendung der Kennzeichnung für Investitionsaufträge Kohle und Energie vom 7. Juni 1957

Nach § 3, Absatz 2, der Verordnung vom 21. März 1957 zur Sicherung der Erfüllung der Investitions- und der Generalreparaturvorhaben der Energiewirtschaft und der Kohlenindustrie (GBl. I S. 210) darf die Kennzeichnung von Investitionsaufträgen mit dem Kennwort „Energie“ bzw. „Kohle“ und der festgelegten Nummerngruppe nur angewendet werden, wenn es sich um Lieferungen oder Leistungen handelt, die für Investitionsvorhaben dieser beiden Industriezweige bestimmt sind. Das bedeutet, daß nur solche Vorhaben dieser Zweige gekennzeichnet werden dürfen, die unmittelbar zur Erhöhung oder Erhaltung der Kapazität dienen. Diese mahnende Vorschrift wird nach Feststellungen der Kontrollorgane von den Betrieben häufig nicht mit der genügenden Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit beachtet.

Um zu gewährleisten, daß die ausgegebenen Kennzeichen in dem gesetzlich festgelegten Rahmen verwendet werden, wird nach § 23 der Arbeitsordnung des Ministerrats vom 24. November 1955 folgendes bestimmt:

I.

Der Minister für Kohle und Energie wird beauftragt, die Kontrolle verstärkt darüber auszuüben, daß in seinem Ministerium Kennzeichen (Nummerngruppen) im Sinne der Ersten Durchführungsbestimmung vom 1. April 1957 zu der eingangs erwähnten Verordnung (GBl. S. 251) nur für Aufträge ausgegeben werden, die eindeutig dem vorgenannten Zweck dienen.

II.

Der Minister für Kohle und Energie wird deshalb beauftragt, bis spätestens zum 27. Juni 1957 alle erteilten Kennzeichen in seinem Ministerium zu überprüfen und mißbräuchliche Verwendungen sofort abzustellen, die ungerechtfertigt erteilten Kennzeichen sind sofort außer Kraft zu setzen.

Die Kennzeichnung hat zu unterbleiben bei Investitionen und Generalreparaturen in folgenden Fällen:

1. Nebenanlagen

- a) Lehrlingsausbildung (Lehrwerkstätten, Lehr- lingswohnheime usw.),

- b) Kulturelle Fürsorge und Betreuung (Kultur- häuser, Klubheime, Ferienheime, Funk- anlagen usw.),
- c) Sport- und Jugendbetreuung (Sportplätze, FDJ-Heime usw.),
- d) Soziale Einrichtungen (Küchen, Handwerker- stuben, Bäder usw.),
- e) Gesundheitsfürsorge (Sanitätsstuben, Poli- kliniken, Nachsanatorien usw.),
- f) Kinder-, Alters- und Invalidenfürsorge (Kin- derkrippen, Kindergärten, Kinderferienlager usw.),
- g) Wohnungswesen (Werkwohnungen, Wohn- baracken usw.).

2. Hauptanlagen

- a) Gebäude und Einrichtungen für Verwaltungszwecke (Betriebsgebäude, Büroeinrichtungen, Büromaschinen, Kraftfahrzeuge, Fahrräder, Fahrradschuppen usw.),
- b) Werkstätten und sonstige Hilfsbetriebe und Nebenbetriebe, soweit sie nicht unmittelbar die Produktion für Kohle und Energie beein- flussen (so z. B. Kraftwerke in den Brikket- fabriken).

Im einzelnen dürfen keine Kennzeichnungen er- folgen für:

Fernmelde- und Fernsprecheinrichtungen, Baustelleneinrichtungen einschließlich Bau- wasser- und Baustromversorgung (gilt nicht für folgende Baustellen: Schwarze Pumpe, Lübenau, Trattendorf, Berzdorf, Sonne, Regis),

Umzünunngen, Bewachungsunterkünfte, Zu- fahrtstraßen und Werkstraßen, Werkzeuge und Geräte, Bohrzeuge, Bohrrohre, Filterrohre, Gleis- und Fuhrwerkswagen, Be- und Entwässerung für Hilfs- und Nebenbetriebe, Beschaffung von Bauteilen für Tagebaubaracken, Ausbau von Magazinen, Überholungen von Waschkaueu.

- 3. Darüber hinaus ist die Kennzeichnung der Be- stellungen durch den Auftraggeber beim Unter- lieferanten, insbesondere zur Beschaffung von Material, Werkzeugmaschinen, anderen Geräten und Aggregaten, auch wenn sie in diesem Be- trieb die Kapazität erhöhen oder erhalten, grundsätzlich nicht anzuwenden.

In Sonderfällen kann die Kennzeichnung gemein- sam von den betreffenden Ministern durch- geführt werden.

III.

Die der Kommission für Industrie und Verkehr angehörenden Minister und der Minister für Auf- bau haben zu veranlassen, daß die Leiter sämtlicher beteiligten Betriebe nochmals angewiesen werden, jede mißbräuchliche Verwendung der ihnen im Rahmen des Kohle- und Energieprogramms erteil- ten Kennzeichen zu unterlassen.

IV.

Der Minister für Kohle und Energie wird beauf- tragt, bis spätestens 30. Juni 1957 einen Bericht über die beschlossenen Maßnahmen zu geben und insbesondere vorzulegen, welche Kennzeichnungen nicht berechtigt angewandt waren und deshalb außer Kraft gesetzt worden sind.

MatPl 0400

Nr. 142/1957. Embleme der Deutschen Post

Die Ausführung des Emblems der Deutschen Post ist mit Normblatt 427 480 „Posthorn“ des Instituts für Post- und Fernmeldewesen festgelegt und vom Ministerium für Post- und Fernmeldewesen be- stätigt worden.

Bei der Anfertigung von neuen Dienststempeln, Briefköpfen und sonstigen Drucksachen, die das Emblem der Deutschen Post enthalten müssen, haben die Dienststellen der Deutschen Post darauf zu achten, daß das Posthorn mit Blitzen nach dem Normblatt gearbeitet wird. Alle bisher verwendeten Stempel, Briefköpfe und sonstigen Drucksachen, die das Emblem in vom Normblatt abweichender Form zeigen, können weiter verwendet werden oder sind aufzubrechen.

Das Normblatt 427 480 „Posthorn“ kann vom Institut für Post- und Fernmeldewesen bezogen werden.

Org 1200-0

Nr. 143/1957. Postverkehr mit Spanien und seinen Besitzungen

(zu den VMBI. Vt. Nr. 52/1949, S. 346, und Nr. 20/1955, S. 9)

Nach Spanien und seinen Besitzungen ist der Brief- und Paketverkehr zugelassen.

Die Versendungsbedingungen entsprechen den Vorschriften des Brief- und des Paketpostbuchs sowie der Gebührenbücher für Postpakete und für Luftpostpakete nach dem Ausland.

Die VMBI.Vf.Nr. 52/1949 wird aufgehoben; eben- falls die VMBI.Vf.Nr. 20/1955, diese jedoch nur hin- sichtlich des Postverkehrs.

P OB 3 2205-1

Nr. 144/1957. Berichtigung Nr. 1 bis 8 (Januar bis Juni 1957) zur ADA VIII,2 A

1. Beim Konto 23 ist die Bezeichnung zu ändern in: Sonderbankkonto Betriebsprämienfonds sowie Kultur- und Sozialfonds.
2. Beim Ausgleichkonto 3 b ist hinter „Kosten“ das Komma zu streichen.
3. Beim Konto 738 ist die Bezeichnung zu ändern in: Materialabwertung und Umwertungsverluste.
4. Nachtragen: 7394 Erstattung an Verlage für Makulatur im Postzeitungsvertrieb.
5. Nachtragen: 783 Materialaufwertungen und Um- wertungsgewinne.
6. Nachtragen: 9310 Zuführungen zum Betriebs- prämiensfonds.
7. Beim Konto 9311 ist die Bezeichnung zu ändern in: Zuführung zum Kultur- und Sozialfonds.
8. Das letzte bedruckte Blatt der ADA VIII,2 A ist durch den besonders verteilten Neudruck zu er- setzen.

Die Berichtigungen Nr. 1 und 6 bis 8 ergeben sich aus der Verordnung über den Betriebsprämienfonds sowie den Kultur- und Sozialfonds in den volks- eigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben vom 11. Mai 1957 (GBl. I S. 289) und die Berichtigungen Nr. 3 und 5 aus der Anordnung über die Behand- lung und Umbewertung richtsatzplangebundener Bestände vom 7. Januar 1957 (GBl. II S. 38). Das unter Nr. 4 genannte Konto wird nur beim Zeitungs- vertriebseinsatz geführt.

BH 6 1 7003-0

Betriebsdienst

- Post -

Nr. 145/1957. Absenderfreistempel

(Bedingungen für die Benutzung der Absenderfreistempel GmbH Frankfurt (Main))

In der ADA V,2 Anhang 5 a, Seite 52, Ziffer 17, Berichtigung Nr. 6, sind folgende Änderungen mit Bleistift vorzunehmen:

Der Wortlaut „den nachfolgend genannten Firmen“ ist zu ändern in: dem VEB Büromaschinen-Reparaturwerk Berlin, Berlin W 8, Mohrenstr. 62, und seinen Außenstellen.

Die Berichtigung „BPF Rostock bis BPF Berlin“ mit allen Angaben streichen, dafür neu eintragen:

- BPF Berlin
VEB Büromaschinen-Reparaturwerk Berlin, Berlin W 8, Mohrenstr. 62;
- BPF Rostock
VEB Büromaschinen-Reparaturwerk Berlin, Außenstelle Greifswald, Straße der Freundschaft 32;
- VEB Büromaschinen-Reparaturwerk Berlin, Außenstelle Rostock, Stalinstr. 19;
- VEB Büromaschinen-Reparaturwerk Berlin, Außenstelle Stralsund, Heilgeiststr. 30;
- VEB Büromaschinen-Reparaturwerk Berlin, Außenstelle Wismar, Krämerstr. 4;

- BPF Schwerin (Meckl)
VEB Büromaschinen-Reparaturwerk Berlin, Außenstelle Schwerin (Meckl), Lübecker Str. 13;
- VEB Büromaschinen-Reparaturwerk Berlin, Außenstelle Perleberg, Koloniestr. 15;
- BPF Neubrandenburg (Meckl)
VEB Büromaschinen-Reparaturwerk Berlin, Außenstelle Anklam, Philipp-Müller-Str. 28;
- BPF Potsdam
VEB Büromaschinen-Reparaturwerk Berlin, Außenstelle Potsdam, v. Guericke-Str. 3;
- VEB Büromaschinen-Reparaturwerk Berlin, Außenstelle Luckenwalde, Beeltzer Str. 37;
- BPF Frankfurt (Oder)
VEB Büromaschinen-Reparaturwerk Berlin, Berlin W 8, Mohrenstr. 62;
- BPF Cottbus
VEB Büromaschinen-Reparaturwerk Berlin, Außenstelle Cottbus, Jannaschkestr. 8;
- VEB Büromaschinen-Reparaturwerk Berlin, Außenstelle Finsterwalde (Niederlausitz), Am langen Hacken 10;
- BPF Magdeburg
VEB Büromaschinen-Reparaturwerk Berlin, Außenstelle Magdeburg, Schneidersgarten 3;

BPF Halle (Saale)
 VEB Büromaschinen-Reparaturwerk Berlin, Außenstelle Halle (Saale), Gr. Ulrichstr. 51;
 VEB Büromaschinen-Reparaturwerk Berlin, Außenstelle Bitterfeld, Otto-Schmidt-Str. 6;
 VEB Büromaschinen-Reparaturwerk Berlin, Außenstelle Quedlinburg, Marktstr. 12;
 VEB Büromaschinen-Reparaturwerk Berlin, Außenstelle Wittenberg Lutherstadt, Schloßstr. 7;

BPF Erfurt
 VEB Büromaschinen-Reparaturwerk Berlin, Außenstelle Erfurt, Mainzerhofstr. 8;

BPF Gera
 VEB Büromaschinen-Reparaturwerk Berlin, Außenstelle Karl-Marx-Stadt, Stalinplatz 11;

BPF Suhl
 VEB Büromaschinen-Reparaturwerk Berlin, Außenstelle Erfurt, Mainzerhofstr. 8;

BPF Dresden
 VEB Büromaschinen-Reparaturwerk Berlin, Außenstelle Leipzig, Ritterstr. 9/13;
 VEB Büromaschinen-Reparaturwerk Berlin, Außenstelle Döbeln, Bäckerstr. 4;

BPF Karl-Marx-Stadt
 VEB Büromaschinen-Reparaturwerk Berlin, Außenstelle Karl-Marx-Stadt, Stalinplatz 11;
 VEB Büromaschinen-Reparaturwerk Berlin, Außenstelle Freiberg (Sachs), Humboldtstr. 18.

Die Formblätter „Bedingungen für die Benutzung der Absenderfreistempel“ sind auf Seite 3, Ziffer 17, unterhalb der Zeile 4 gleichfalls zu ändern.
 Bis zur Berichtigung der ADA V.2 Anhang ist auf

Seite 52, Ziffer 17, mit Bleistift auf diese VMBI.Vf. hinzuweisen.
 Die VMBI.Vf.Nr. 59/1957, Seite 40, wird aufgehoben.
 DPW 2033—5
 Nr. 146/1957. Einrichtung eines Grenz-Auswechslungspostamts beim Hauptpostamt Erfurt 1
 Ab 8. Juli 1957 wird das Hauptpostamt Erfurt 1 für die Länder Belgien, Frankreich, Niederlande und Schweiz zusätzlich als Grenz-Auswechslungs-postamt eingerichtet.
 Vom 7. Juli 1957 an leiten die Postanstalten in den BPF-Bezirken Erfurt, Suhl und Gera (ausgenommen Hauptpostamt Schleiz) und aus dem BPF-Bezirk Halle (Saale) die Hauptpostämter Merseburg, Weißfels, Naumburg (Saale) und Sangerhausen die gesamte Post für diese vier Länder der Auslandsstelle Erfurt 1 mit den bestehenden Postverbindungen zu.
 Für die Grenz-Auswechslungspostämter Berlin NW 7 und BPA 32 Leipzig tritt durch diese Einrichtung in der Abfertigung der dort bestehenden Kartenschlüssel für diese Länder keine Änderung ein.
 P Bef 3 b 2463—1

Nr. 147/1957. Neuausgabe der Dienstanweisung für PS II (Land)
 Die Dienstanweisung für PS II (Land) wird Ende dieses Jahres ausgeliefert werden. Der Preis für ein Eigenstück wird etwa 5 bis 6 DM betragen.
 Der Bedarf an Dienstanweisungen ist — getrennt nach Dienst- und Eigenstücken — von den Hauptpostämtern über die BPF bis zum 31. Juli 1957 an das MPF — für P OB 2 a — zu melden. Bei der Bedarfsermittlung sind zu berücksichtigen:
 a) alle bereits bestehenden PS II (Land),
 b) alle später einzurichtenden PS II (Land),
 c) der Bedarf für Anleitung und Kontrolle der PS II (Land) bei den Leitpostämtern, Hauptpostämtern und BPF.
 P OB 2 a 2144—0

Mitteilungen

Nr. 73/1957. Auszeichnung der Republikssieger im Wettbewerb der Jugendlichen des Fernmeldewesens zur Vorbereitung der VI. Weltfestspiele
 Am 21. Juni 1957 wurde der Wettbewerb der Jugendlichen des Fernmeldewesens zur Vorbereitung der VI. Weltfestspiele in Moskau mit einer Abschlußveranstaltung der Hauptverwaltung Fernmeldewesen im Kultursaal des Hauptpostamtes Berlin N 58 beendet. Folgende Jugendliche wurden von Minister für Post- und Fernmeldewesen als Republikssieger ausgezeichnet:
 1. Republikssieger
 Gruppe Fernmeldebaumeister:
 Heiner Wunderlich, Fernmeldeamt Pirna
 Gruppe Fernmeldeelektroniker:
 Dieter Röhse, Fernmeldeamt Frankfurt (Oder)
 Gruppe Telefonist:
 Helga Bienert, Fernmeldeamt Dresden
 Gruppe Telegraphist:
 Gisela Sander, Haupttelegraphenamt Berlin
 Diese Jugendlichen erhielten als Auszeichnung je eine zwölf tägige Reise in die Sowjetunion und je eine Geldprämie von 100 DM.

2. Republikssieger
 Gruppe Fernmeldebaumeister:
 Gerhard Schütt, Fernmeldeamt Rostock
 Gruppe Fernmeldeelektroniker:
 Lothar Schade, Fernmeldeamt Leipzig
 Gruppe Telefonist:
 Henny Meyer, Fernmeldeamt Oschatz
 Gruppe Telegraphist:
 Ingrid Vetter, Fernmeldeamt Erfurt
 Diese Jugendlichen wurden mit je einer Sachprämie im Wert von 250 DM ausgezeichnet.
 3. Republikssieger
 Gruppe Fernmeldebaumeister:
 Walter Schulze, Fernmeldeamt Halle (Saale)
 Gruppe Fernmeldeelektroniker:
 Karl-Heinz Hempel, Fernmeldeamt Pirna
 Gruppe Telefonist:
 Ingrid Sörerer, Fernamt Groß-Berlin
 Gruppe Telegraphist:
 Ursula Paust, Fernmeldeamt Dresden
 Diese Jugendlichen wurden mit je einer Sachprämie im Wert von 150 DM ausgezeichnet.
 FeArb 9086—0

Herausgeber: Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin W 66.
 Verlag: (V) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin, Fernspr. 276411, Postfachnummer 1492 25. — Die Verfügungen und Mitteilungen erscheinen in der Regel am 1., 8., 15. und 22. jedes Monats. — Veröffentlicht unter Druckgenehmigungsnummer Ag 14437 DDR des Ministeriums für Kultur der Deutschen Demokratischen Republik, Hauptverwaltung Verlagswesen. — Druck: VEB Berliner Druckhaus, Berlin NO 55.

Ausgabe A

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen

Jahrgang 1957 Berlin W 66, den 26. Juni 1957 Nummer 26



Inhalt	
Verfügungen:	Seite
Allgemeines	
Nr. 127 Sonderpostwertzeichen zum 100. Geburtstag Clara Zetkins	111
Nr. 128 Organisation und Durchführung der Brandschutzwoche 1957 in den Ämtern der Deutschen Post	111
Betriebsdienst	
— Post —	
Nr. 129 Regelung des Bahnpostverkehrs an gesetzlichen Feiertagen	112
Nr. 130 Postsendungen des Staatlichen Rundfunkkomitees unter „Postsache“	113
Mitteilungen:	
Nr. 131 Unterschriftenleistung im Personalausweis der Deutschen Demokratischen Republik	113
Nr. 132 Sonderpostwertzeichen zum 100. Geburtstag Clara Zetkins	113
Nr. 133 Aufbewahrung des Telegrammmaterials	113
Nr. 64 „Die Deutsche Post“, Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen, Heft 7/1957	113
Nr. 65 Regelung des Bahnpostverkehrs an gesetzlichen Feiertagen	114
Nr. 66 Unterschriftenleistung im Personalausweis der Deutschen Demokratischen Republik	114
Nr. 67 Aufbewahrung des Telegrammmaterials	114
Nr. 68 Sonder- und Werbestempel	114

Verfügungen Allgemeines

Nr. 127/1957. Sonderpostwertzeichen zum 100. Geburtstag Clara Zetkins

Aus Anlaß der 100. Wiederkehr des Geburtstages von Clara Zetkin am 5. Juli 1957 gibt die Deutsche Post zum Gedenken an diese große deutsche Sozialistin und leidenschaftliche Kämpferin für den Frieden und die Rechte der Frau ein Sonderpostwertzeichen zu 10 Pfennig heraus.



Den Entwurf zu dem in 3/4 seiner natürlichen Größe abgebildeten Wertzeichen schuf der Berliner Graphiker Rudolf Skribelka. Die Herstellung der Marke erfolgte beim VEB Graphische Werksstätten, Leipzig, zweifarbig (grün/rot), im Rakettendruck auf Wasserzeichenpapier mit DDR-Kreuzblumenmuster.

Das Sonderpostwertzeichen ist vom 5. Juli 1957 an bei allen Postanstalten zu verkaufen. Vor dem

genannten Ausgabetag darf es nicht abgegeben werden.

Zu dem Sonderpostwertzeichen erscheint ein Ersttagsbriefumschlag, der auf dem linken Drittel der Anschriftseite das Geburtshaus Clara Zetkins zeigt. Der Umschlag ist zum Preise von 20 Pfennig bei den üblichen Abgabestellen zu verkaufen.
 P OB 4 b 2040—1

Nr. 128/1957. Organisation und Durchführung der Brandschutzwoche 1957 in den Ämtern der Deutschen Post

Alljährlich werden in unserer Republik große Sachwerte durch Brandschäden vernichtet. Die damit verbundenen Störungen im Produktionsablauf unserer Volkswirtschaft verschlingen weitere erhebliche Summen und schmälern die Erfolge unserer Arbeit.

In vielen Fällen sind Sorglosigkeit, Leichtsinn oder Fahrlässigkeit die Ursachen für diese erheblichen Ausfälle. Dem vorbeugenden Brandschutz muß daher in allen Betrieben unseres Arbeiter- und Bauern-Staates eine erstrangige wirtschaftliche und politische Bedeutung beigemessen werden.

Die diesjährige Brandschutzwoche findet in der Zeit vom 8. bis 21. Juli 1957 statt. Sie soll mit dazu beitragen, der zunehmenden Zahl der Brände und

der hohen Brandschadenssumme in der Deutschen Demokratischen Republik wirksam zu begegnen.

Die Durchführung der Brandschutzwoche ist in allen Ämtern der Deutschen Post zu gewährleisten.

Die Ziele der Brandschutzwoche sind:

1. die Aufklärung aller Mitarbeiter über die Brandgefahren und deren Verhinderung sowie über das Verhalten bei Ausbruch eines Feuers,
2. die Entwicklung einer strengen persönlichen Verantwortlichkeit aller Mitarbeiter für die Einhaltung der Brandschutzanordnungen,
3. die Festigung des Systems der Brandschutzverantwortlichen, Brandschutzshelfer und Löschgruppen in den Ämtern und
4. die Beseitigung aller Unzulänglichkeiten im Brandschutz, die immer wieder Ursache des Entstehens und der Ausbreitung von Bränden sind.

Um diese Ziele zu erreichen, müssen die Leiter der Ämter die führende Rolle bei der Organisation und Durchführung der Brandschutzwoche übernehmen.

Alle durchzuführenden Maßnahmen für die Brandschutzwoche sind in einem Arbeitsplan festzulegen. Vor der Aufstellung dieses Planes muß die bisherige Arbeit im Brandschutz überprüft werden. Bei der Aufstellung des Planes selbst sind folgende Aufgaben zu berücksichtigen:

1. Der organisatorische Aufbau neuer und die Verstärkung bestehender Feuerlöschgruppen und eingetellter Brandschutzverantwortlichen und Brandschutzshelfer in den Ämtern muß gewährleistet und ihre ständige theoretische und praktische Ausbildung im vorbeugenden Brandschutz und in der Brandbekämpfung muß verbessert werden. Praktische Übungen in Zusammenarbeit mit den örtlichen Brandschutzorganen müssen diese Ausbildung wirksam ergänzen.
2. Brandschutzverantwortliche, Brandschutzshelfer und Feuerlöschgruppen müssen gute Kenntnisse über die einschlägigen Bestimmungen des Brandschutzes (Brandschutzgesetz, Durchführungsbestimmungen und die Brandschutzordnung mit den örtlichen Zusätzen) haben.
3. Der Zustand der vorhandenen Ausrüstungen und der Schutzkleidung muß ständig überprüft werden. Fehlende Ausrüstung muß von den Ämtern unverzüglich beschafft werden (s. § 7 c des Brandschutzgesetzes).
4. Eine regelmäßige Begehung der Ämter mit dem Ziel, alle brandschutztechnischen Mängel proto-

ollarisch festzuhalten und ihre Beseitigung umgehend zu veranlassen, ist durchzuführen. Der Sauberkeit in allen Räumen, besonders auf Böden, in Kellern, in Garagen und in Abstellräumen, ist größte Beachtung zu schenken. Interessantes Bildmaterial über Mängel und grobe Verstöße gegen den vorbeugenden Brandschutz muß mit belehrenden Hinweisen an Wandzeitungen und in Schaukästen veröffentlicht werden. Gleichermaßen sind Räume für den Publikumsverkehr mit aufklärenden Hinweisen über den Brandschutz auszugestalten.

5. Unterrichtung aller Mitarbeiter der Ämter über die Brandschutzanordnung mit ihren örtlichen Zusätzen, insbesondere über die Handhabung der Handfeuerlöscher, die praktische Bedeutung der Feuerrettungssätze, die Betätigung vorhandener Alarmeinrichtungen, das Verhalten bei Ausbruch eines Brandes, die Benutzung der vorgeschriebenen Fluchtwege und den Sinn und Zweck des gesamten vorbeugenden Brandschutzes.

6. Ausnutzung aller technischen Mittel zur Propagierung der Brandschutzwoche (Betriebsfunk, Lichtbildervorträge nach Absprache mit den zentralen Brandschutzorganen, Wandzeitungen und Schaukästen, Teilnahme an praktischen Übungen, Probesalarme u. a. m.) Aushang von Plakaten, die den Ämtern noch zugehen, an besonders auffallenden Stellen.

7. Die Brandschutzwoche ist in Betriebsversammlungen durch die Leiter der Ämter zu eröffnen. Hierbei ist der Belegschaft die besondere Bedeutung der Brandschutzwoche und deren Notwendigkeit zu erklären.

8. Während der Brandschutzwoche müssen alle zur Verfügung stehenden propagandistischen und organisatorischen Mittel voll ausgenutzt werden.

9. Nach Beendigung der Brandschutzwoche sind ihre Ergebnisse kritisch auszuwerten und zu kontrollieren. Den besten Mitarbeitern bei der Durchführung der Brandschutzwoche ist die Anerkennung auszusprechen.

Die weitere Arbeit im Brandschutz muß sich auf den Ergebnissen der Brandschutzwoche aufbauen. Es muß erreicht werden, daß der Schutz des sozialistischen Eigentums vor Bränden zu einer selbstverständlichen Aufgabe und Pflicht eines jeden Mitarbeiters im Bereich der Deutschen Post wird.

Fe S 2 3572—0

Betriebsdienst

- Post -

Nr. 129/1957. Regelung des Bahnpostverkehrs an gesetzlichen Feiertagen

1. Am Himmelahrts- und am Bußtag, die stets auf einen Donnerstag oder Mittwoch fallen, verkehren die Bahnposten wie an Sonntagen. An

den Werktagen vor oder nach dem Himmelahrts- oder Bußtag verkehren die Bahnposten wie sonnenabends und montags.

Die Versendung besonderer Rundschreiben durch die Bahnpostämter entfällt (Ausnahme siehe unter 3.).

2. Für den 1. Mai — Internationaler Kampf- und Feiertag der Werktätigen —, den 8. Mai — Tag der Befreiung — und den 7. Oktober — Tag der Republik — gilt, falls diese Feiertage nicht auf einen Sonnabend oder Montag fallen, die gleiche Regelung wie unter 1. Ausgenommen hiervon sind die Bahnposten des innerdeutschen Verkehrs, die ohne Abweichungen von den Regelumläufen verkehren.
3. Abweichungen von der unter 1. und 2. angeordneten Regelung dürfen nur in begründeten Ausnahmefällen, bedingt durch eisenbahnspezifische Maßnahmen oder örtliche Besonderheiten, getroffen werden. In diesen Fällen sind ausnahmsweise besondere Rundschreiben an die Strecken-Postanstalten abzusenden.

P Bef 2 c 2454—0

Nr. 130/1957. Postsendungen des Staatlichen Rundfunkkomitees unter „Postsache“

Folgende der Studiotechnik Rundfunk (Bereich Rundfunk und Fernsehen — Hauptverwaltung Rundfunk- und Fernseh-Betrieb) unterstehenden

Nr. 132/1957. Aufbewahrung des Telegrammmaterials (zur VMBL.VI.Nr. 39/1955)

In der o. a. VMBL.VI. ist u. a. bestimmt worden, daß Apparategbücher der Auslandsleitungen — soweit sie Empfangsbescheinigungen enthalten — 10 Monate aufzubewahren sind. Da in die Apparategbücher der Inlandsleitungen auch Empfangsbescheinigungen eingeklebt werden müssen, wird die Aufbewahrungsfrist für solche Apparategbücher ebenfalls auf 10 Monate festgesetzt.

Diese Änderung ist in der o. a. VMBL.VI. unter Hinweis auf diese VMBL.Vf. zu vermerken.

Im 3. Absatz sind die Wörter: „der Auslandsleitungen“ zu streichen, so daß es heißt: 10 Monate usw. für Apparategbücher, soweit sie Empfangsbescheinigungen enthalten.

Fe Fv 3 (2) 3100—0

Nr. 64/1957. „Die Deutsche Post“, Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen, Heft 7/1957

Das Heft 7/1957 für Juli wird Ende Juni ausgeliefert. Es enthält folgende längere Beiträge:

Ulbricht: Unsere Fahrzeuge im Paketzustellendienst

Gradedki: Fernsehen — dabei sein

Kistenmacher: Ein Trümmerberg + Initiative = 28 Wohnungen

Götner: Sind die Einrichtungen des Post- und Fernmeldewesens im Kapitalismus staatliche Verwaltung oder staatskapitalistisches Unternehmen? (Fortsetzung und Schluß)

Pföther: Beschädigung von Fernmeldekabeln bei Erdarbeiten

Funkhäuser und Studios sind berechtigt, ihre Postsendungen unter „Postsache“ abzusenden:

Funkhaus Leipzig mit den angeschlossenen Studios

Halle (Saale) und Magdeburg,

Funkhaus Dresden mit den angeschlossenen Studios

Karl-Marx-Stadt und Görlitz,

Funkhaus Weimar mit den angeschlossenen Studios

Suhl, Erfurt und Gera,

Funkhaus Schwerin (Meckl) mit den angeschlossenen Studios Rostock und Neubrandenburg (Meckl)

und die Studios Cottbus, Potsdam und Frankfurt (Oder).

P OB 1 b 2038—0

Nr. 131/1957. Unterschriftenleistung im Personalwesen der Deutschen Demokratischen Republik

Wie die Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei mitteilt, haben bei Änderungen des Familiennamens im Deutschen Personalwesen die Ausweis-Inhaber künftig auf Seite 14 neben der Änderungseintragung die neue Unterschrift zu vollziehen.

P OB 1 b 2169—0

- Fernmeldewesen -

Nr. 133/1957. Telegramm-Laufzettel

(zur Amtsbl.Vf.Nr. 68/1953)

Die Telegramm-Laufzettel wegen Nichtankunft, Entstellung und Verzögerung von Telegrammen müssen von den beteiligten Ämtern sofort beantwortet und vom letzten Amt an das Abgangsamts zurückgeschickt werden. Meist liegen den Laufzetteln Beschwerden zugrunde, deren fristgemäße Bearbeitung durch die Verordnung über die Prüfung von Vorschlägen und Beschwerden über die Laufzettel vom 3. Februar 1953 (GBI. S. 265) geregelt ist. Das den Laufzetteln ausfertige Amt hat das jeweilige Fernmeldeamt über Verzögerungen beim Bearbeiten von Laufzetteln in seiner Nachforschungsstelle zu unterrichten.

Fe Fv 3 (2) 3174

Mitteilungen

Bereich: Normung und Standardisierung — Aufgaben der Deutschen Post? (Fortsetzung und Schluß)

Hopper: Allerlei über das Wort Telex und öffentliche Telexstellen

Weber/Grossert: Kassendienst und 45-Stunden-Woche

Weiterhin enthält das Heft kurze Beiträge über

selten deutsche Sonderstempel nach 1945, 500

Worte über Kunststoffe, Postmechanisierung in

Großbritannien, erste Postrechtsdisseration nach

1945, Bleierkrankungen, Berufsausbildung der Fern-

meldebaumonteur-Lehrlinge und vieles andere.

Fr 1300—0

Nr. 65/1957. Regelung des Bahnpostverkehrs an gesetzlichen Feiertagen

Die VMBL.Vf.Nr. 129/1957 ist durch einen Verbesserungsvorschlag des Kollegen Fritz Borchardt, BPA 7 Magdeburg, angeregt worden. P Bef 2 c 2454-0

Nr. 66/1957. Unterschriftenleistung im Personalausweis der Deutschen Demokratischen Republik

Die VMBL.Vf.Nr. 131/1957 ist durch einen Verbesserungsvorschlag des Kollegen Hans-Jürgen Lübke, HPA Schwerin (Meckl), veranlaßt worden. P OB 1 b 2169-0

Nr. 67/1957. Aufbewahrung des Telegrammateriales

Die VMBL.Vf.Nr. 132/1957 ist auf Grund des Vorschlages der Kolleginnen Christa-Maria Krüger und Maria Peters, Fernmeldeamt Magdeburg, erlassen worden. Fe Fv 3 (2) 3100-0

Nr. 68/1957. Sonder- und Werbestempel

(Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluß der Mitteilungen)

- a) Hirtenfest
b) Zella-Mehlis (Thür)
c) Handstempel
d) ZELLA-MEHLIS (THÜR)
e) HIRTENFEST 29. u. 31. 7. 57
Bildliche Darstellung: Hirte, Höhenzüge des Thüringer Waldes

- a) Briefstempelwerbung
b) Kamenz (Sachs)
c) Handstempel
d) KAMENZ (SACHS)
e) FORSTFEST

Bildliche Darstellung: Füllhorn mit Blumen
e) 1. Juli bis 31. August 1957

- a) Leipziger Messe
b) Berlin N 4
c) Maschinenstempel
d) LEIPZIGER MESSE
e) Bildliche Darstellung: MM-Zeichen mit Pfeil

- a) Briefstempelwerbung
b) Schleiz
c) Handstempel
d) SCHLEIZ
e) Pionierlager Milschurta
Bildliche Darstellung: Zeichen der jungen Pioniere mit Tanne und Zellen, Firmenzeichen des VEB Carl Zeiss, Jena

a) Anlaß b) Verwendung-PA c) Art des Stempels
d) Stempelschrift e) Verwendungsdauer
Die nachstehend aufgeführten Werbestempel werden weiter verwendet:

Table with 3 columns: Verwendungs-PAnst, Veröffentlicht unter Anl. 1010-1 bzw. VMBL. Mitteilungen, and Neue Verwendungsdauer bis. Lists various stamps and their details.

Herausgeber: Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin W 66. Verlags: (4) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin, Fernpost, 67 14 11, Postcheckkonto: 1400 25. - Die Verfügungen und Mitteilungen erscheinen in der Regel am 1., 8., 15. und 23. jedes Monats. - Veröffentlicht unter Druckgenehmigungsnummer Ag 11467 DDR des Amtes für Literatur und Verlagswesen der Deutschen Demokratischen Republik. - Druck: VEB Berliner Druckhaus, Berlin NO 25.

Ausgabe A

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen

Jahrgang 1957 Berlin W 66, den 24. Juni 1957 Nummer 25



Inhalt

Table listing contents with page numbers. Includes sections like 'Ausgabe der Einzelanweisungen zum bargeldlosen Lösen von Fahrkarten...', 'Verfügungen: Allgemeines', 'Betriebsdienst', and 'Zustellerabrechnung'.

Ausgabe der Einzelanweisungen zum bargeldlosen Lösen von Fahrkarten für Heil-, Genesungs- und vorbeugende Erholungskuren durch die Ämter der Deutschen Post

In den „Finanzrichtlinien der Sozialversicherung für die Ämter der Deutschen Post“ (VMBL.Nr. 2/1957) wurden die sich aus der finanziellen Verantwortung unserer Industriegewerkschaft für die Sozialversicherung ergebenden Aufgaben festgelegt. Danach sind sämtliche kurzfristigen Barleistungen — einschließlich der Fahrtkosten bei ambulanter Behandlung — nach Abzug vom Sozialversicherungsfonds des Amtes mit dem Zentralvorstand zu verrechnen. Es macht sich nunmehr erforderlich, die Fahrtkosten bei Kuren durch das Fahrgeldstundungsverfahren über die Eisenbahnverkehrskasse mit dem Zentralvorstand abzurechnen.

Nachstehende Richtlinien sollen eine reibungslose Ausgabe der Einzelanweisungen und den ordnungsgemäßen Abrechnungsverkehr garantieren:

- 1. Mit Wirkung vom 1. Juli 1957 werden die Einzelanweisungen zum bargeldlosen Lösen von Fahrkarten für Heil-, Genesungs- und vorbeugende Erholungskuren durch die Ämter der Deutschen Post ausgegeben.

Der Zentralvorstand der Industriegewerkschaft Post- und Fernmeldewesen liefert auf Grund der Bestellung nach Punkt 4 am Ende jedes Jahres für das nächste Jahr dem Amt die entsprechende

Anzahl Einzelanweisungen zu 20, 50 und 100 DM. Reicht ein Amt damit nicht aus, so können weitere Einzelanweisungen beim Zentralvorstand abgefordert werden. Dabei ist anzugeben, wieviel Einzelanweisungen mit dem Aufdruck H oder V (Punkt 3) benötigt werden.

- 2. Das Amt stellt an Hand der Kurunterlagen jedem Antragsteller die entsprechenden Einzelanweisungen zum bargeldlosen Lösen von Fahrkarten an den Fahrkartenausgaben aus.

Zur Ausstellung einer Einzelanweisung für Heil- oder Genesungskuren muß ein vom Zentral- oder Bezirksvorstand der Industriegewerkschaft Post- und Fernmeldewesen ausgestellter Kurscheck vorgelegt werden. Dieser Kurscheck muß neben dem eingedruckten Kurort auch den Namen des Kurteilnehmers enthalten.

Bei vorbeugenden Erholungskuren müssen der Einweisungsschein des Feriendienstes der Gewerkschaften, und der Gutschein der Sozialversicherung den Namen des Kurteilnehmers und den Erholungsaufenthalt enthalten. Der Berechnungsschein (Teil II) zur Inanspruchnahme einer kostenlosen Reise verbleibt als Nachweis im Betrieb.

Die Einzelanweisung ist für die Hin- und Rückfahrt auszustellen. Stets ist der kürzeste Reise- weg anzugeben. Umwege bei der Hin- oder Rück- fahrt auf Kosten der Sozialversicherung sind nicht gestattet.

Für die Hin- und Rückfahrt ist stets die zweite Wagenklasse zu benutzen. Die Bestimmungen der Reisekostenverordnung vom 20. März 1956 haben keine Gültigkeit.

3. Für Heil- und Genesungskuren sind die Einzel- anweisungen mit dem Aufdruck H und für vor- beugende Erholungskuren die mit dem Aufdruck V zu verwenden. Diese Trennung ist aus ab- rechnungstechnischen Gründen erforderlich.

4. Das Amt führt über die Einzelanweisungen einen Nachweis.

Zweckmäßigerweise sind im Nachweis folgende Spalten einzurichten: Name, Vorname, Dienst- stelle, Abgangs- und Bestimmungsbahnhof, Heil- und Genesungskur (H) oder vorbeugende Er- holungskur (V), Einzelanweisung zu 20, 50 und 100 DM, Nummer der Einzelanweisung und Emp- fangsbestätigung.

Die vom Zentralvorstand mit Lieferschein über- sandten Einzelanweisungen sind im Nachweis stückzahlmäßig vorzutragen. Die Spalte „Emp- fangsbestätigung“ muß die Nummer des Liefers- cheines enthalten. Der Lieferschein ist als Beleg aufzubewahren.

Über jede ausgegebene Einzelanweisung muß eine Eintragung im Nachweis vorhanden sein. Auf dem durchgeschriebenen Stammschnitt (linker Teil) der Einzelanweisung und im Nach- weis ist der Empfang durch den Kurteilnehmer zu bestätigen.

Der monatlichen „Abrechnung über die Ein- nahmen und Ausgaben für Zwecke der Sozial- versicherung“ sind die quittierten Stamms- abschnitte der ausgegebenen Einzelanweisungen beizufügen. Als laufende Nr. 16 ist in der Monats- abrechnung die Anzahl der Stammschnitte aufzuführen.

Mit der Monatsabrechnung November ist der Bedarf für das nächste Kalenderjahr — getrennt nach H- und V-Einzelanweisungen — anzugeben. Grundlage für die Anforderung sind die im ab- gelaufenen Jahr durchgeführten Kuren.

Die Einzelanweisungen sind auf ein Kalenderjahr befristet. Am Jahresende sind die nichtver- brauchten Einzelanweisungen im Nachweis aus- zutragen und mit Lieferschein an den Zentral- vorstand der Industriege werkschaft Post- und Fernmeldewesen einzusenden. Das Doppel des Lieferscheines wird dem Amt durch den Zentral- vorstand zurückgesandt und verbleibt als Beleg im Nachweis. Die Bestätigung wird jedoch nur erteilt, wenn die ausgegebenen und die nicht- verbrauchten Einzelanweisungen mit der Ge- samtzahl der dem Amt überlassenen überein- stimmen.

Die Arbeitsgruppe Haushalt, Finanzen, Kontrolle des Rates für Sozialversicherung hat die richtige Ausgabe der Einzelanweisungen an Hand der Quittungen und Lieferscheine zu prüfen. Am Jahresende ist der Nachweis durch einen Prüf- vermerk zu entlasten. Der Nachweis bleibt als Beleg beim Amt.

5. Der Zentralvorstand richtet bei der Eisenbahn- verkehrskasse Berlin ein Konto ein. Sämtliche eingelösten Einzelanweisungen werden durch die Fahrkartenausgaben der Deutschen Reichsbahn über dieses Konto verrechnet.

Reicht die Höhe einer Einzelanweisung in Aus- nahmefällen nicht aus oder benutzt der Kurteil- nehmer zur Erreichung des Bestimmungsortes außer der Eisenbahn noch andere Verkehrs- mittel, z. B. Omnibus, Dampfer usw., so sind die entstandenen Fahrtkosten vom Amt unter Vor- lage der Fahrbelege zu erstatten.

In der Monatsabrechnung mit dem Zentralvor- stand ist der Betrag unter Spalte 13, Konto 41653, zu verrechnen.

6. Mit Wirkung vom 1. Juli 1957 entfällt die Aus- gabe der Einzelanweisungen für Heil- und Ge- nesungskuren durch den Zentralvorstand der Industriege werkschaft Post- und Fernmelde- wesen unmittelbar an die Kurteilnehmer und für vorbeugende Erholungskuren durch die Außen- stellen der Sozialversicherung.

Für Kuren in Westdeutschland und im Ausland verbleibt es bei der bisherigen Regelung.

Durch die Neuregelung der Ausgabe der Einzel- anweisungen wird ein weiterer Schritt zur Dem- ocratisierung der Sozialversicherung getan.

Berlin O 17, den 29. Mai 1957

Serinek
Staatssekretär

Springer
Vorsitzender

Verfügungen Allgemeines

Nr. 118/1957. Sonderpostwertzeichen mit Gemälden der Dresdener Galerie

Zur Erinnerung an die Übergabe von der so- wjetischen Armee im Jahre 1945 vor der Zerstörung geretteten Kunstschätze der Dresdener Gemälde- galerie an die Deutsche Demokratische Republik

werden sechs weitere Sonderpostwertzeichen mit den Abbildungen bekannter Gemälde heraus- gegeben.

Die in $\frac{1}{4}$ ihrer natürlichen Größe abgebildeten Wertzeichen zeigen auf dem 5-Pfennig-Wert (sepia) „Heilige Familie“, von Andrea Mantegna, auf dem

10-Pfennig-Wert (grün) „Die Tänzerin Barbarina Campani“ von Rosalba Carriera, auf dem 15-Pfen- nig-Wert (umbrabraun) „Bildnis des Morette“ von Hans Holbein dem Jüngeren, auf dem 20-Pfennig- Wert (rot) „Der Zinsgroschen“ von Tiziano Vecellio, auf dem 25-Pfennig-Wert (braunviolett-caput mor-

Wertzeichen erfolgte im VEB Graphische Werkstät- ten in Leipzig im Rakettendruck auf Wasserzeichen- papier mit dem Kreuzblumenmuster.

Die Sonderpostwertzeichen sind vom 26. Juni 1957 an bei allen Postanstalten zu verkaufen. Vor dem Ausbatag dürfen sie nicht abgegeben werden.



tuum) „Saskia mit roter Blume“ von Rembrandt Harmens van Rijn und auf dem 40-Pfennig-Wert (schwarzblau) „Ein junger Fahrenträger“ von Giovanni Battista Piazzetta.

Die Entwürfe zu den Wertzeichen schuf der Leipziger Graphiker Erich Gruner. Die Herstellung der

Der Ersttagsbriefumschlag zu diesen Wertzeichen zeigt auf dem linken Drittel der Anschriftseite den Mittelbau der Dresdener Gemäldegalerie. Der Brief- umschlag ist zum Preise von 20 Pfennig bei den üblichen Abgabestellen zu verkaufen.

P OB 4 a 2040—1

Nr. 119/1957. Kontokarte für Fernmeldegebühren

Zur Vereinfachung des Arbeitsablaufs wird für die Annahme und Abrechnung der bei den Post- anstalten durch die Fernprechteilnehmer monatlich einzuzahlenden Fernmeldegebühren ab 1. August 1957 folgende Neuregelung getroffen:

1. Fernprechteilnehmer, die ihre monatliche Fern- melderechnung bei den Postanstalten ab ein- zahlen, erhalten ab August 1957 (Monatsrechnung Juli) von ihrer zuständigen Fernmelderechnungs- stelle mit der Fernmelderechnung statt des bis- herigen Gutzetfels (Formblatt C 221 i) die „Kont- o-karte für Fernmeldegebühren“ (Formblatt C 1116 — s. beiliegendes Muster).
2. Die Gebühren können ab August 1957 bei jeder Postanstalt eingezahlt werden. Die Kontokarten werden wie gebührenfreie Zahlkarten behandelt und in die Zahlungsliste (für Zahlkarten, Post- anweisungen und Einzahlungsaufträge) eingetra- gen. Die Einlieferung ist auf der Fernmelde- rechnung zu bescheinigen; statt der laufenden Nummer der Annahmeliste für Fernmelde- gebühren ist die laufende Nummer der Ein-

zahlungsliste zu vermerken. Wo Bezirksstempel mit Nummernwerk und Kennbuchstaben (ADA V.2 § 21 VIII b) verwendet werden, ist der zweite Abdruck des Bezirksstempels auf die Fernmelderechnung in den Raum für die Emp- fangsbescheinigung zu setzen. Es wird darauf hingewiesen, daß die Bescheinigung der Ein- lieferung den eingezahlten Betrag enthalten muß, der im Gegensatz zum Einlieferungsschein für Zahlkarten in der Regel nicht vom Einzahler eingetragen wird. Ferner ist bei der Annahme und später beim Prüfen (Abstreichen) der Kont- o-karten darauf zu achten, daß auf dem Empfän- gerabschnitt außer der Absenderangabe auch die Rufnummer und die Vermittlungsstelle des Ein- zahlers vermerkt sind.

Die Angestellten, die mit der Annahme und mit der weiteren Behandlung von Zahlkarten be- schäftigt sind, sind rechtzeitig über die Einfüh- rung der Kontokarte für Fernmeldegebühren zu unterrichten.

3. Bei den Fernmeldeämtern erfolgen die Geld- eingänge wie bei Zahlungen durch Postüber- weisung.

4. Bei den Postanstalten fallen folgende Formblätter weg:
 a) Formblatt C 221 i (Gutzettel),
 b) Formblatt C 165 und C 166 (Annahmeliste für Fernmeldegebühren),
 c) Formblatt C 397 und 397 a (Lieferschein für Gutzettel).

Vorhandene Bestände an solchen Formblättern sind im Laufe des Monats September an die zuständigen Fernmeldeämter zu senden (ohne Berechnung). Die für das III. und IV. Quartal 1957 bei den Postanstalten benötigten Formblätter C 1116 (Kontokarte für Fernmeldegebühren) werden von den zuständigen Fernmeldeämtern kostenlos geliefert. Für 1958 ist der Bedarf an Formblättern C 1116 von den Hauptpostämtern in eigener Zuständigkeit beim Vordruckleitverlag Spremberg (Niederlausitz) zu bestellen.

5. Die bei den Fernmeldeämtern eingehenden Formblätter C 221 i der Postanstalten sind für den inneren Verkehr in den Fernmelderechnungsstellen (Überweisung für Sammelnummern,

Scheckeinzahlungen usw.) zu verwenden. Wegen der Verwendung der Vordrucke C 165, C 166, C 397 und C 397 a wird besonders verfügt. Der Bedarf an Formblättern C 1116 (Kontokarte für Fernmeldegebühren) für das III. und IV. Quartal 1957 wird den Fernmeldeämtern vom Vordruckleitverlag Spremberg (Niederlausitz) ohne besondere Bestellung bis zum 15. Juli 1957 übersandt.

HBh F 2 (F) 7400-0

Nr. 120/1957. Berichtigung der ADA V,1 Anlage 39

Die Bedingungen für das Aufdrucken von Postwertzeichen auf Postkarten, Briefumschläge, Kartenbriefe, Streifbänder und Drucksachenkarten (ADA V,1 Anl. 39) sind wie folgt zu berichtigen:

Bei Ziffer 5, zweite Zeile, und Ziffer 7, erste, vierzehnte und letzte Zeile, sind die Angaben „VEB Graphische Werkstätten, Leipzig C 1, Hans-Poosch-Straße 2-4, Postscheckkonto Leipzig Nr. 1378“ zu ersetzen durch: VEB Deutsche Wertpapier-Druckerei, Leipzig C 1, Johannisgasse, Postscheckkonto Leipzig Nr. 12182.
 P OB 4 a 2040-7

Betriebsdienst
 - Post -

Nr. 121/1957. Zustellerabrechnung
 Zur Beseitigung der Schwierigkeiten, die bei der Führung des Formblattes C 100 a (Zustellerabrechnung)

wegen der nach der DA Pkt handschriftlich vorzunehmenden Ergänzungen auftreten, wird das Formblatt wie folgt geändert:

Monat 195

HPA, PA
 ZwPA, FSt I

Orts- Zusteller
 Land.

Zustellerabrechnung

Tag der Zerschiffung	Zuschrift						Anzahl der Ankerstücke des Abrechnungs	Ablieferung										Anzahl des Abrechnungs	
	Nach-Verdachts-Zahl- und Verordnungs-		Beleg- und Zahlungs-		Anzahl der Ankerstücke des Abrechnungs			in die Zerschiffung in Sp 2					in vollstän- digen Fern- meldungs- Anlagen (in Sp 3)						
	DM	Pf	DM	Pf	DM	Pf		Nach- gebühren für Pakete		Zoll- und Fleisch- beschau- gebühren		Nach- läss- lich- Verord- nungen- gebühren, Ver- packungs- kosten		Zuschrift in Spalte 3		Postzu- stell- gebühren			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14						

Bei der Führung der Zustellerabrechnung ist mit Rücksicht auf die Änderung des Formblattes folgendes zu beachten:

1. In der Zustellerabrechnung sind zuzuschreiben:
 a) In Spalte 2 Nachgebühren und die als Nachgebühren zu behandelnden Eilzustellgebühren, Lagergebühren, Verzollungsgebühren.
 Je für sich auf besonderer Zeile sind Zoll- und Fleischbeschaugebühren — einschließlich Zollnebengebühren — mit dem Zusatz „Z“, Nachgebühren für Pakete mit dem Zu-

- satz „Pkt“, Fehlbeträge, die nach Gebühren- meldungen vom Absender einzuziehen sind, mit dem Zusatz „F“ und Verpackungskosten mit dem Zusatz „V“ vor dem Betrag zu buchen.
 b) In Spalte 3 je für sich
 1. auf Post- und Zahlungsanweisungen aus- zahlende Beträge,
 2. den Wertbetrag für Wertzeichen, die den Zustellern zum Aushändigen an die Be- steller übergeben werden, mit dem Zusatz „Wz“ vor der Betragsangabe.

Verhandlung wegen Hinterziehung von Rundfunkgebühren

1. Ort und Datum der Aufnahme der Verhandlungsschrift: _____

2. Angaben zur Person des Gebührenschuldners:

a) Vornamen: _____
(Namen unterstreichen)

b) Familienname: _____
(bei Frauen auch der Geburtsname)

c) Geburtstag: _____ d) Geburtsort: _____

e) Staatsangehörigkeit: _____ f) Beruf: _____

g) Familienstand (ledig, verheiratet, geschieden): _____

h) Wohnung: _____
(Ort und Straße)

i) Wirtschaftliche Lage: _____

Bitte wenden!
 C 1115

DM ___ Pf. Postscheckkonto Nr. _____

Absender: _____ gebührenfrei

Kontokarte für Fernmeldegebühren

DM ___ Pf. auf DM ___ Pf. wöchentlich

für Postscheckkonto _____

Nr. _____

PSchA _____

Eingezahlt am _____

Absender: _____

in _____

Postcheckamt _____

Postcheckamt Nr. _____

Eingetragen durch: _____

Ankunfts-Nr. _____

am _____

VSt: _____

Rufnr.: _____

C 1116 DIN A 6

3. Eigentümer des benutzten Rundfunkgerätes: _____

4. Aus welchem Grunde wurde die Gebührenzahlung unterlassen? _____

5. Seit wann wurden Rf-Sendungen abgehört? _____

6. Die hinterzogenen Rf-Gebühren für die Zeit vom _____ bis _____ in Höhe von _____ DM sind — werden — in einer Summe — in monatlichen Raten — von _____ DM bis zum _____ bezahlt.

7. Bemerkungen zur Sache: _____

Nach Durchlesen anerkannt:

Bestätigt:

Ang. (____)

c) In Spalte 4 nachrichtlich die Stückzahl der Nachgebührenpakete.

II. Die Zusteller haben in die Abteilung „Ablieferung“ einzutragen:

a) in Spalte 7 Nachgebühren usw. für nicht zugestellte Sendungen — auf die Zuschrift in Spalte 2,

b) in Spalte 8 bis 10 abzuliefernde Gebührenbeträge — auf die Zuschrift in Spalte 2 —, und zwar

1. in Spalte 8 Nachgebühren für Pakete,
2. in Spalte 9 Zoll- und Fleischbeschaugebühren — einschließlich Zollnebengebühren —,
3. in Spalte 10 Nachgebühren (jedoch nicht für Pakete), die als Nachgebühren zu behandelnden Eilzustellgebühren, Lagergebühren, Verzollungspostgebühren, Fehlbeträge und Verpackungskosten,

c) in Spalte 11 die auf Anweisungen ausgezahlten Beträge,

d) in Spalte 12 zurückgelieferte Barbeträge — auf die Zuschrift an Spalte 3.

III. In die Spalte 13 sind die abzuliefernden Paketzustellgebühren einzutragen. Die Höhe der Gebühren ist auf Grund der Zahlenangaben im Stückzahlstempel zu errechnen.

IV. Für die getrennte Rückschrift und besondere Bezeichnung der Beträge gilt Absatz I entsprechend. In den Spalten 8 und 9 sind die Beträge nicht besonders zu bezeichnen.

Vor Abnahme der Barbeträge hat der Abnahmeangestellte durch Zusammenrechnen der in den Spalten 7 bis 10 oder 11 und 12 eingerückten Zahlen und Vergleichen der Summen mit den Zuschriften in Spalte 2 oder 3 festzustellen, ob die von Zusteller eingesetzten Zahlen richtig sind. Bei den Eintragungen in Spalte 13 ist auf die Zahlenangaben im Stückzahlstempel zurückzugehen.

In der ADA ist bis zur Berichtigung an den in Frage kommenden Stellen (V 2 § 114, DA Pkt § 19 und 25) mit Bleistift auf diese Vf. hinzuweisen. Die noch vorhandenen Formblätter C 100 a sind unter Anwendung des bisher üblichen Verfahrens aufzubreuchen.

P OB 2 e 2160—0

Nr. 122/1957. Formblatt zur Zustellungsurkunde

Das Formblatt zur Zustellungsurkunde (C 87a) ist vom 1. Juni 1957 an für 1 Pf je Stück zu verkaufen. P OB 2 b 6400—0

Nr. 123/1957. Berichtigung Nr. 6 zum Paketzonebuch, Ausgabe 1955

Seite	Art der Berichtigung	Gebühren-feld	Postort nach der Buchstabenfolge
6	streichen	1616	Auerstedt(bGroßheringen)
21	streichen	720	Brüssow (Uckerm)
+20	nachtragen	1332	Dessau-Stiedlung
31	nachtragen	587	Eggesin (Meckl)-Karpin
32	streichen	708	Eldena (Kr Ludwigslust)
49	streichen	718	Fürstenwerder (Uckerm)
46	streichen	1275	Gnadau
46	streichen	514	Gnevkw (Meckl)
46	streichen	708	Göhren-Malk (Kr Ludwigslust)
47	streichen	783	Gramzow (Uckerm)
50	streichen	441	Groß Roge (Kr Teterow, Meckl)
50	streichen	511	Groß Wokern (Kr Teterow, Meckl)
54	streichen	841	Hammelspring (Kr Templin)
66	streichen	580	Jabel (Meckl)
68	nachtragen	587	Karpin, Eggesin (Meckl)-Karstädt (Kr Ludwigslust)
68	streichen	709	Kleese (Meckl)
81	nachtragen	583	Löcknitz (Meckl)-Waldesruh
83	streichen	656	(Meckl)-
93	streichen	771	Malliß (Meckl)
93	streichen	771	Neu Kalliß (Meckl)
94	nachtragen	716	Neustrelitz-Zierke
103	streichen	722	Penkun
109	streichen	1616	Reisdorf (b Großheringen)
122	streichen	782	Seehausen (Uckerm)
129	streichen	700	Techentin (Kr Ludwigslust)
136	nachtragen	656	Waldesruh, Löcknitz (Meckl)-
138	streichen	782	Warnitz (Uckerm)
145	ändern	1002	Wudike (Bz Magdeburg) in Wudike (Kr Rathenow)
147	nachtragen	716	Zierke, Neustrelitz-

DPW 2476—4

Nr. 124/1957. Neues Formblatt C 1115 „Verhandlung wegen Hinterziehung von Rundfunkgebühren“

Zur Vereinfachung der Verwaltungsarbeit wird das bisher örtlich verwandte Formblatt für Verhandlungen bei Hinterziehungen von Rundfunkgebühren zentral aufgelegt (s. Beilage). Es kann unter der angegebenen Formblattnummer vom Vordruckleitverlag Spremberg (Niederlausitz) bezogen werden. P OB 1a 6200—0

- Fernmeldewesen -

Nr. 125/1957. Berichtigung Nr. 3 zum Fernleitheft für Inlandsgespräche

1. S. 16 bei Meißen Spalte 16 ändern in „Dsdn“
2. S. 8 bei Elsterwerda Spalte 3, 4, 9, 11, 15 ändern in „Ctb“

3. S. 20 bei Potsdam Spalte 3 ändern in „Rst“
 4. S. 22 bei Rostock Spalte 6 ändern in „Pdm“
 5. S. 8 bei Freiberg (Sachs) Spalte 8 ändern in „Dsdn“
- Fe Fv 5 4246—2

Nr. 126/1957. Abgabepreise für die Gebührenbücher des Fernmeldewesens

Die Abgabepreise für Gebührenbücher des Fernmeldewesens, Ausgaben nach dem Stande vom 1. Oktober 1956, werden wie folgt festgesetzt:

Gebührenbuch für Telegramme 0,90 DM

Gebührenbuch für den Seefunkdienst 0,35 DM
 Gebührenbuch für den Fernsprech-
 landsdienst 1,60 DM
 Kostenzuschläge sind in keinem Falle — gleich
 durch welche Dienststelle und an wen die Abgabe
 erfolgt — zu erheben.
 Fe Fv 3 3100—0

Mitteilungen

Nr. 61/1957. Zusatzstempel aus Anlaß der Gemein- und Kreisstagswahlen

Anläßlich der Wahlen zu den Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen, Stadtbezirksversammlungen und Gemeindevertretungen in der Deutschen

Demokratischen Republik und den Bezirksverordnetenversammlungen im demokratischen Sektor von Groß-Berlin werden bei den nachstehend aufgeführten Postanstalten in der Zeit vom 1. bis 23. Juni 1957 Gummistempel mit verschiedenen Lösungen verwendet:

- Altentropow
- Anklam
- Annaberg-Buchholz (Erzgeb) 1
- Annaburg (Kr Jessen)
- Apolda
- Arendsee (Altmt)
- Arnsdorf 1
- Artern
- Aue (Sachs) 1
- Auerbach (Vogtl)
- Auma (Thür)
- Bad Blankenburg (Thüringerw)
- Bad Frankenhausen (Kyffh)
- Bad Liebenstein 1
- Bad Liebenstein 2
- Bad Liebenwerda
- Bad Salzungen
- Bad Schmiedeberg (Dübener Heide)
- Bad Wilsnack
- Beelitz (Mark)
- Beetzendorf (Altmt)
- Belzig
- Benshausen (Thüringerw)
- Berga (Elster)
- Bergsen (Rügen)
- Berlin C 2
- Berlin N 4
- Berlin C 25
- Berlin N 54
- Berlin-Friedrichshagen
- Berlin-Grünau
- Berlin-Köpenick
- Berlin-Oberschöneweide
- Berlin-Treptow
- Binz (Rügen)
- Birkenwerder (b Berlin)
- Bismark (Altmt)
- Bitterfeld
- Blankenstein (Saale)
- Bleiherode
- Böllitz-Ehrenberg
- Borna (Bz Leipzig)
- Brandenburg (Havel)
- Brandenburg (Havel)-Kirchmöser 1
- Brandenburg (Havel)-Plaute
- Brieske (Niederlausitz)
- Bützow (Meckl)
- Burg (Bz Magdeburg)
- Burg (Spreev)
- Burg Stargard (Meckl)
- Calau (Niederlausitz)
- Calwörde (Bz Magdeburg)
- Colbitz
- Crawinkel (Kr Arnstadt)

- Dahme (Mark)
- Dargun (Meckl)
- Drebkau
- Deltitzsch
- Demmin
- Dernbach (Rhöngeb)
- Diesdorf (Altmt)
- Dingelstädt (Eichsfeld)
- Döbern
- Doberlug-Kirchhain
- Döbeln 1
- Döbeln 2
- Dresden A 16
- Dresden A 17
- Dresden A 19
- Dresden A 20
- Dresden A 21
- Dresden A 26
- Dresden A 36
- Dresden A 44
- Dresden A 45
- Dresden A 48
- Dresden A 47
- Dresden A 53
- Dresden N 2
- Dresden N 10
- Dresden N 54
- Dresden N 57
- Dresden-Bad Weißer Hirsch
- Dresden N 54
- Eggesin (Meckl)
- Eggesin (Meckl)-Karpin
- Eiba (Oberlausitz)
- Eibenstock
- Ellisleben (Bz Magdeburg)
- Ellrich (Südharz)
- Elsterberg
- Elsterwerda
- Eisenach 1
- Eisenach 2
- Eisenberg (Thür)
- Eisfeld
- Erfurt
- Espenhain
- Falkenberg (Elster)
- Falkensee
- Falkenstein (Vogtl)
- Feldberg (Meckl)
- Finstertal (Niederlausitz)
- Flöha (Sachs)
- Flöha (Lausitz)
- Frankenberg (Sachs)
- Freiberg (Sachs) 1
- Freiberg (Sachs) 2

- Friedland (Meckl)
- Fürstenberg (Havel)
- Gardelegen
- Gehlbarg (Thüringerw)
- Geithain
- Genhlin
- Geringswalde
- Glöwen (Westprign)
- Glöwen (Westprign)
- Göhren (Rügen)
- Goldbeck (Kr Osterburg)
- Gommern
- Gotha
- Gnoien (Meckl)
- Gräfenhainichen
- Gräfenroda (Thür)
- Gräfenfenthal
- Gramzow/über Prenzlau
- Granssee
- Greifswald
- Greiz 1
- Grevesmühlen (Meckl)
- Grimma 1
- Gröditz (b Riesa)
- Großenhain (Bz Dresden)
- Großkorbetha
- Großräschen 1
- Großräschen 2
- Großschönau (Sachs)
- Guben
- Güstrow
- Güterglück
- Gützkow/über Greifswald
- Hainichen
- Haldensleben
- Hartha (Kr Döbeln)
- Havelberg
- Heiligenstadt (Eichsfeld)
- Heldrungen (Unstrut)
- Hennigsdorf (b Berlin)
- Hermersdorf (Thür)
- Herzberg (Elster)
- Hildburghausen
- Hirschfelde (Kr Zittau)
- Hohenmölsen
- Hohenstein-Ernstthal 1
- Hoyerswerda
- Ilmenau
- Jarmen (Meckl)
- Jena
- Jessen (Elster)
- Johanngesenstadt 1
- Jonsdorf/über Zittau 2

- Jüterbog 2
- Kalbe (Milde)
- Kahla (Thür)
- Karstädt
- Katzhütte 1
- Kemberg/über Wittenberg
- Lutherstadt
- Kirchberg (Sachs)
- Klötze (Altmt)
- Königs Wusterhausen
- Krakow am See (Meckl)
- Kyritz (Prign)
- Lange (Meckl)
- Langebrück (Sachs)
- Lauchhammer 1
- Lauchhammer 2
- Lauchhammer 3
- Lauscha (Thüringerw)
- Lauter (Sachs)
- Lehmin/über Brandenburg (Havel)
- Leipzig C 1
- Leipzig O 5
- Leipzig N 21
- Leipzig N 22
- Leipzig N 24
- Leipzig N 25
- Leipzig N 56
- Leipzig W 31
- Leipzig W 33
- Leipzig W 34
- Leipzig W 43
- BPA 32 Leipzig
- Leinefelde
- Leisnig
- Lengenfeld (Vogtl)
- Leutersdorf (Oberlausitz)
- Lichte (Thüringerw)
- Lichtenstein (Sachs)
- Lindow (Mark)
- Lobenstein (Thür)
- Löbau (Sachs)
- Löbnitz (Meckl)
- Löbnitz (Erzgeb)
- Löwenberg (Mark)
- Lolze (Meckl)
- Lückau
- Luckenwalde
- Lübben (Spreev)
- Lübbenau (im Spreewalde)
- Lübb (Meckl)
- Lützen
- Lyden
- Magdeburg C 1
- Malchin (Meckl)
- Malchow (Meckl)
- Marienberg (Sachs)
- Markranstädt
- Masserberg (Thür)
- Meerane (Sachs)
- Mitrow (Meckl)
- Mittweida (Sachs)
- Moritzburg (Kr Dresden)
- Mühltrift (Vogtl)
- Mülben St. Jacob/über Zwickau (Sachs) 2
- Mylau
- Nauen
- Netzschkau

- Neubrandenburg (Meckl) 1
- Neugersdorf (Sachs)
- Neukalen
- Neukloster (Meckl)
- Neumark (Sachs)
- Neupetershain (Niederlausitz)
- Neuruppin
- Neusalza-Spremberg
- Neustrelitz 1
- Niederoderwitz (Oberlausitz)
- Nordhausen 2
- Oberhof (Thür)
- Oebisfelde
- Oertzenhof (Meckl)
- Oranienburg
- Otrand (Lausitz)
- Osterburg (Altmt)
- Ostrau (Sachs)
- Ottendorf-Okrilla (Kr Dresden)
- Oybin (Oberlausitz)
- Pasewalk
- Pausa (Vogtl)
- Pegau
- Peitz
- Penkun/über Prenzlau
- Penzlin (Meckl)
- Perleberg
- Plau (Meckl)
- Plauen (Vogtl) 1
- Plauen (Vogtl) 4
- Potsdam 1
- Potsdam-Babelsberg 1
- Prenzlau
- Prettin (Elbe)
- Preutsch (Elbe)
- Pritzkau
- Putbus
- Radeberg
- Radeburg (Kr Dresden)
- Rathenow
- Reichenbach (Vogtl) 1
- Reuterstadt Stavenhagen
- Röbel (Müritz)
- Rochitz (Sachs)
- Römhild
- Röflla (Harz)
- Robbein
- Rudolstadt
- Ruhland (Lausitz)
- Schalkau (Kr Sonneberg)
- Schkeuditz
- Schleiz
- Schleusingen
- Schmalkalden
- Schneeberg (Erzgeb) 1
- Schönberg (Meckl)
- Schönbrunn (Kr Hildburghausen)
- Schöneheide (Erzgeb)
- Schwaan (Meckl)
- Schwarza/über Zella-Mehlis (Thür)
- Schwarzenberg (Erzgeb)
- Schwarzeiche 1
- Sangerhausen
- Sagard (Rügen)
- Sassnitz
- Seebad Ahlbeck
- Seehausen (Altmt)

- Selffnersdorf (Oberlausitz)
- Sellin (Rügen)
- Selma (Erzgeb)
- Senftenberg 1
- Sondershausen
- Sonneberg (Thür)
- Spremberg (Niederlausitz)
- Stadtilm (Thür)
- Stadtroda
- Stahnsdorf (b Berlin)
- Stauditz
- Steinheid (Thüringerw)
- Stendal 1
- Stendal 2
- Strasburg (Meckl)
- Strehla (Elbe)
- Suhl 2
- Tangerhütte
- Tangermünde
- Tellow
- Templin
- Terrow (Meckl)
- Teuchern
- Themar
- Torgelow (Meckl)
- Trebbin
- Treuenbrietzen
- Triebes
- Ückeründe
- Usedom
- Vacha (Rhöngeb)
- Velten (b Berlin)
- Viernau
- Waldheim (Sachs)
- Waldorf (Werra)
- Wanzleben (Bz Magdeburg)
- Waren (Müritz)
- Weferlingen (Bz Magdeburg)
- Weimar
- Weißfels
- Weißwasser (Oberlausitz)
- Weixdorf (Kr Dresden)
- Wilkau-Haßlau (Sachs) 1
- Wismar
- Wittenberg Lutherstadt 1
- Wittenberg Lutherstadt 5
- Wittenberge (Prign)
- Woldegk (Meckl)
- Wolfen (Kr Bitterfeld)
- Wolmirstedt
- Worbis (Eichsfeld)
- Wurzen
- Wusterwitz
- Wurzbach (Thür)
- Zahna
- Zehdenick
- Zella-Mehlis (Thür)
- Zerbst
- Zeulenroda
- Zittau 1
- Zittau 2
- Züssow (Meckl)
- Zschopau
- Zwickau (Sachs) 2
- Zwickau (Sachs) 11
- Zwönitz

Bei der Verwendung von Zusatzstempeln (Gummistempeln) gelten die Vorschriften im Merkblatt über Gefälligkeitsstempel M 36 (ADA V,2 Anl 29) unter 1 Absatz 2 nicht. Gummistempel sind keine Aufgabepost-

Sonder- oder Werbestempel im Sinne der erwähnten Bestimmungen.
 Mit allen für die Wahlpropaganda eingesetzten Gummistempeln kann auf jede Postkarte oder jedem

losen Blatt usw., die zur Ausführung von Gefälligkeitsentplungen eingesandt und mit Freimarken versehen sind, der Abdruck eines Gummistempels mit dem Gummistempel jedoch Freimarken nicht entwertet werden dürfen. Die Freimarken sind mit dem Aufgabestempel zu stempeln.

DPW 6252-1

Nr. 62/1957. Sonderpostämter (Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluß der Mitteilungen) Potsdam, Park Sanssouci, An der Parkoper, ZWPA des HPA Potsdam

a) Parkfestspiele Sanssouci b) Ständiges Komitee der Parkfestspiele Sanssouci c) 5. bis 10. Juni 1957

d) Verkauf von Postwertzeichen, Zeitungen, Annahme von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen, Gefälligkeitsentplungen, Annahme von Telegrammen, Ferngesprächen

e) POTSCHAM Parkfestspiele Sanssouci 1957

Bildliche Darstellung: Lyrer Schalkau (Kr. Sonneberg), Pionierzeitlager „Junge Garde“ in Truchenthal, ZWPA des HPA Schalkau (Kr. Sonneberg)

a) Sommerferienlager b) VEB Trümpfer Kunstfaserwerk „Wilhelm Pieck“

c) 1. Juli bis 31. August 1957

d) Verkauf von Postwertzeichen und Sondermarken, Annahme und Ausgabe (Zustellung aller Arten von Postsendungen und von Telegrammen, Vermittlung von Orts- und Ferngesprächen, Gefälligkeitsentplungen)

e) SCHALKAU (Kr. Sonneberg) Pionierzeitlager „Junge Garde“ Truchenthal

Bildliche Darstellung: Zeitlager, Gebläzbehälter, Farnengruppe, Baumstämme

a) Anlauf b) Veranstalter c) Dauer d) Aufgabenkreis des Sonderpostamtes e) Stempelschrift

DPW 1258-028

Nr. 63/1957. Sonder- und Werbepost (Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluß der Mitteilungen)

a) 1200-Jahr-Peter b) Gerungen c) Handstempel d) GERSTUNGEN

1. 6. 57-59 Festtag 20. 6. - 1. 9. 57

1200-Jahr-Peter Bildliche Darstellung: Storch

e) 1. Juni bis 31. Dezember 1957

a) Schleier Dreieckrennen b) Schiez c) Handstempel d) SCHLIZ

1. 6. 57-59 DREIECK Rennen

Deutschlands älteste Motorrad-Rennstrecke

e) 1. Juni bis 31. Juli 1957

a) Briefstempelwerbung b) Berlin W 9, Berlin-Weißensee c) Handstempel d) BERLIN W 9 bzw. BERLIN-WEIßENSEE

1. 6. 57-59 Ausstellung MILITÄRENSENSE OFFNE MASSE

am Bahnhof Friedrichstraße

e) 1. bis 30. Juni 1957

6. und 7. Juli 1957 3. PRESSEFEST IN SUHL Bildliche Darstellung: Kopf der Pressefestfigur „Quax“

Nr. 64/1957. Sonderpostämter (Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluß der Mitteilungen)

a) 1200-Jahr-Peter b) Gerungen c) Handstempel d) GERSTUNGEN

1. 6. 57-59 Festtag 20. 6. - 1. 9. 57

1200-Jahr-Peter Bildliche Darstellung: Storch

e) 1. Juni bis 31. Dezember 1957

a) Schleier Dreieckrennen b) Schiez c) Handstempel d) SCHLIZ

1. 6. 57-59 DREIECK Rennen

Deutschlands älteste Motorrad-Rennstrecke

e) 1. Juni bis 31. Juli 1957

a) Briefstempelwerbung b) Berlin W 9, Berlin-Weißensee c) Handstempel d) BERLIN W 9 bzw. BERLIN-WEIßENSEE

1. 6. 57-59 Ausstellung MILITÄRENSENSE OFFNE MASSE

am Bahnhof Friedrichstraße

e) 1. bis 30. Juni 1957

Anträge zur Ausführung von nachträglichen Gefälligkeitsentplungen sind bis zum 30. August 1957 an die Versandstelle für Sammlermarken, Berlin W 6, zu richten.

3. Pressefest in Suhl 1957

a) Suhl b) Handstempel c) SUHL 1

1. 6. 57-59 Freies Wort

6. und 7. Juli 1957

3. PRESSEFEST IN SUHL Bildliche Darstellung: Kopf der Pressefestfigur „Quax“

6. Juni bis 7. Juli 1957

a) Eröffnungslug (Inland) der Deutschen Lufthansa

b) Berlin N 4, Barth, HPA zu Leipzig, Erfurt, Dresden A 24

c) 1. Zusatzstempel (Stahlsstempel)

d) 2. Flugentplungenstempel (Gummistempel)

e) Zu 1. DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK

INLANDS-FLUGVERKEHR

DER DEUTSCHEN LUFTHANSA

BERLIN N 4

Bildliche Darstellung: Flugzeug

Zu 2. ERSTFLUG BERLIN-BARTH

DEUTSCHE LUFTHANSA

16. JUNI 1957

BARTH

Bildliche Darstellung: Ostseeküste, Leuchtturm und Kranich

ERSTFLUG BERLIN-LEIPZIG

16. JUNI 1957

DEUTSCHE LUFTHANSA

LEIPZIG

Bildliche Darstellung: Leipziger Rathaus, Messezeichen

MM, Kranich ERSTFLUG BERLIN-ERFURT DEUTSCHE LUFTHANSA 16. JUNI 1957

STADT DER BLUMEN

SPRITZE

Bildliche Darstellung: Blumen und Kranich

ERSTFLUG BERLIN-DRESDEN

DEUTSCHE LUFTHANSA

16. JUNI 1957

DRESDEN

Bildliche Darstellung: Zwinger, Kranich

Zu 1: Alle Sendungen, die ab Berlin auf dem Luftwege mit dem Erstflug bedient werden sollen und bis zum 15. Juni 1957 zur Beförderung beim HPA Berlin N 4 vorliegen, erhalten einen Abdruck der Zusatzstempels.

Anträge zur Ausführung von nachträglichen Gefälligkeitsentplungen sind bis 15. August 1957 an das HPA Berlin N 4 zu richten.

Zu 2: Alle eingehenden Luftpostsendungen erhalten auf der Rückseite des Flugentplungenstempel, Gefälligkeitsentplungen werden mit diesem Stempel nicht abgegeben.

a) Briefstempelwerbung

b) Berlin W 9

c) Handstempel d) BERLIN W 9

28. 6. 57-59 Besuch

DRESDNER GEMÄLDEGALERIE

Bildliche Darstellung: Gemäldergalerie und Brunnen

e) 28. bis 30. Juni 1957

a) 100. Geburtstag von Clara Zetkin

b) Berlin W 8, Bismarckwerder (b. Berlin), Wiederau/Über

Rechtitz(Sachs)

c) Handstempel d) 1. BERLIN W 8

2. BISMARCKWERDER (b. BERLIN) und WIEDERAU/ÜBER RECHTITZ(SACHS)

28. 6. 57-59

100. Geburtstag

Bildliche Darstellung: Kopfbild Clara Zetkins

e) 1. bis 31. Juli 1957

Zu 2. 1. bis 6. Juli 1957

a) Parkfest der Stadt Aue (Sachs)

b) Aue (Sachs) 1

c) Maschinensstempel

d) Besuch des Parkfest in Aue (Sachs)

11. - 19. 6. 1957

Bildliche Darstellung: Stadtsparken und Festgelände auf dem Heideberg

e) 16. Juli bis 15. August 1957

a) Anlauf b) Verwendungsort c) Art des Stempels d) Stempelschrift e) Verwendungsdauer

(Zur VMBI. Mitt. Nr. 43/1957, S. 80)

Bei der Werbung „10 Jahre Feriendienst des FDGB“ sind unter b) II und c) zu II und III die Angaben „Suhl“ zu streichen.

(Zur VMBI. Mitt. Nr. 52/1957, S. 89)

Bei der Werbung „100-jährige Burg“ zu ändern in: „100-jährige Burg“ bei 15. Weiting des Rösen Kreuzes Berlin W 8 unter c) die Angaben „20. Juni 1957“ ändern in: „20. Mai 1957“; bei Radostitz unter c) die Angaben „20. Juni 1957“ ändern in: „28. September 1957“.

(Zur VMBI. Mitt. Nr. 52/1957, S. 89)

Bei der Werbung Radostitz sind unter c) die Angaben „1. 6. 57, Juni 1957“ zu ändern in: 1. bis 29. September 1957.

DPW 6252-1

Ausgabe A

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen

Jahrgang 1957 Berlin W 66, den 15. Juni 1957 Nummer 24

Inhalt

Verfügungen:	Betriebsdienst	Post	Seite
Nr. 117 Lotterdienst	101		
Nr. 59 Republik- und Gruppensieger im Wettbewerb für das I. Quartal 1957	101		
Nr. 59 Sonderpostämter	102		
Nr. 60 Sonder- und Werbepost	102		

Verfügungen Betriebsdienst - Post

Nr. 117/1957. Lotterdienst

1. Es wird daran erinnert, daß die privaten Lotterien die Einnahmen aus der Losscheinabnahme nur in bar der bestimmten Postkasse abzuliefern haben. Die Postanstalten dürfen von den privaten Lotterien keine Schecks in Zahlung nehmen. Das ist auch im Verkehr mit privaten Toto-Annahmestellen zu beachten.

2. Die privaten Lotterien-Annahmestellen haben täglich ihre Lotto-Einnahmen abzuliefern und dabei das WM-Verkaufsbuch vorzulegen.

Der Schalterangestellte hat zu prüfen, ob die Ablieferungssumme mit der im WM-Verkaufsbuch ausgewiesenen Tagessumme übereinstimmt. Den abgelieferten Betrag hat er sofort an nur noch im WM-Verkaufsbuch (im Raum „Übergabe...“ „Übernommen...“) mit Unterschrift und Tagesstempelabdruck zu quittieren. Private Annahmestellen, die nicht täglich abliefern, sind der zuständigen Niederlassung der Deutschen Notenbank zu melden.

P OB 2 d 2156-2

Mitteilungen

Nr. 58/1957. Republik- und Gruppensieger im Wettbewerb für das I. Quartal 1957

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat die Auszeichnung nachstehend genannter Ämter als „Republikssieger im Wettbewerb“ beschlossen: Hauptpostamt Haldensleben, Fernmeldeamt Görliitz, Funkamt Rügen-Radio.

Postcheckamt Magdeburg, Bahnpostamt 32 Leipzig, Abteilung Postzeitungsvertrieb des Hauptpostamtes Neuhaus am Rennsteig, Bezirkswerkstatt für Postkraftwagen Halle (Saale), Fernmeldebetriebsabteilung Görliitz, Fernmeldebaubetrieb Gera, Verstärkeramt Halle (Saale).

Arb 9081-0

Nr. 59/1957. Sonderpostämter

(Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluß der Mitteilungen) — verspielt gemischt —
Senftenberg, Fachschule für Bergbau „Ernst Thälmann“, ZWP des HPA Senftenberg

- a) I. Kreis-Briefmarken-Ausstellung der Fachschule in Senftenberg, Section Philatelie
b) Arbeitsgemeinschaft der Kreisleitung Senftenberg im Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands
c) 19. Mai 1957
d) Verkauf von Postwertzeichen, Sondermarken und Presseerzeugnissen, Los-Briefen zum Pressefest der „Lausitzer Rundschau“ am 17. und 18. August 1957 in Cottbus, Annahme von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen, Gefälligkeitsstempelungen
e) SENFTENBERG
1. 8. 57—9
10. 5. 57

1. KREISBRIEFMARKEN-AUSSTELLUNG IN DER BERGARBEITERSTADT SENFTENBERG

Bildliche Darstellung: Abraumtagger

- Dresden, Auguststraße, ZWP des PA Dresden A 1
a) Ausstellung „Moderne Technik im Verkehrswesen“
b) Hochschule für Verkehrsingenieurwesen in Dresden
c) 1. Juni bis 30. September 1957
d) Verkauf von Postwertzeichen, Presseerzeugnissen und Ansichtskarten, Annahme von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen, Gefälligkeitsstempelungen
e) DRESDEN A 1
1. 8. 57—9
Ausstellung
Moderne
Technik im
Verkehrswesen

1. 6.—20. 6. 57 VERKEHRSMUSEUM JOHANNNEUM

Dresden, Ebertplatz 16, ZWP des PA Dresden A 1

- a) Fest der Gewerkschaften und der Jugend
b) Industrie- und Fernmeldewesen, Bezirksvorstand Dresden
c) 8. bis 10. Juni 1957
d) Verkauf von Postwertzeichen, Presseerzeugnissen und Ansichtskarten, Annahme von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen, Gefälligkeitsstempelungen
e) DRESDEN A 1
1. 6. 57—9
2. Fest
FDZ
Gewerkschaften und
der Jugend
Pflingsten 1957 in Dresden

Bildliche Darstellung: Mäntelzylinder Dresdener Aufbauhöhe

Sonneberg (Thür) 1. IV. Südhüringer Briefmarkenausstellung, ZWP des Kreisamtes für Post- und Fernmeldewesen Sonneberg (Thür)

- a) IV. Südhüringer Briefmarkenausstellung in Sonneberg (Thür)
b) Bezirkskommission Philatelie im Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, Meiningen
c) 8. bis 10. Juni 1957
d) Verkauf von Postwertzeichen und Sondermarken, Vermittlung von Orts- und Ferngesprächen, Annahme von Telegrammen, Gefälligkeitsstempelungen
e) Sonneberg (Thür) 1

IV. Südhüringer Briefmarkenausstellung

Bildliche Darstellung: Emblem: Briefmarke mit Spielzeugspielzeug

Leipzig, im Kulturhaus der Krankenanstalt Döben, ZWP des HPA Leipzig C 1

- a) Großauskunft der Betriebsarbeitsgemeinschaft Philatelie
b) Krankenanstalt Leipzig-Döben
c) 15. und 16. Juni 1957
d) Verkauf von Postwertzeichen, Annahme von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen, Gefälligkeitsstempelungen
e) LEIPZIG C 1
1. 6. 57—9
Großauskunft der B.A.G. Philatelie
Krankenanstalt
Leipzig-Döben
15. und 16. Juni 1957

Bildliche Darstellung: Plinette, Briefmarke mit Akustikstab

Schwerin, fahrbares Postamt, ZWP des HPA Schwerin (Meckl)

- a) Pressefest der „Schweriner Volkszeitung“
b) „Schweriner Volkszeitung“
c) 21. bis 30. Juni 1957
d) Verkauf von Postwertzeichen, Sondermarken, Presseerzeugnissen, Annahme von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen und von Telegrammen, Vermittlung von Orts- und Ferngesprächen, Sparkassendienst, Gefälligkeitsstempelungen
e) SCHWERIN (MECKL) 1
21. 6. 57—9
22.—30. Juni 1957

Presse-Fest in Schwerin

Bildliche Darstellung: Petermännchen mit Zeitung

Burgstädt (Sachs), Fest am Taurasteln, fahrbares PA, ZWP des HPA Karl-Marx-Stadt C 1

- a) Fest am Taurasteln
b) Tat der Stadt Burgstädt (Sachs)
c) 6. bis 14. Juli 1957
d) Verkauf von Postwertzeichen, Sondermarken, Zeitungen und Zeitschriften, Annahme von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen, gewöhnlichen und telegrammatischen Gefälligkeitsstempelungen
e) BURGSTÄDT (SACHS)
6. 7. 57—9
Fest am Taurasteln

Bildliche Darstellung: Turm und Tannen

Presse-Fest in Schwerin
Bildliche Darstellung: Petermännchen mit Zeitung
Der Stempel wird vom 21. Mai bis 23. Juni 1957 beim HPA Schwerin (Meckl) 1 verwendet.

Burgstädt (Sachs), Fest am Taurasteln, fahrbares PA, ZWP des HPA Karl-Marx-Stadt C 1

- a) Fest am Taurasteln
b) Tat der Stadt Burgstädt (Sachs)
c) 6. bis 14. Juli 1957
d) Verkauf von Postwertzeichen, Sondermarken, Zeitungen und Zeitschriften, Annahme von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen, gewöhnlichen und telegrammatischen Gefälligkeitsstempelungen
e) BURGSTÄDT (SACHS)
6. 7. 57—9
Fest am Taurasteln

Bildliche Darstellung: Turm und Tannen

a) Ablauf b) Veranstalter c) Dauer d) Aufgabenkreis des Sonderpostamtes e) Stempelnschrift

Nr. 60/1957. Sonder- und Werbestempel

(Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluß der Mitteilungen)

- a) Saalfelder Musiktage
b) Saalfeld (Saale)
c) Handstempel
d) 1. SAALFELD (SAALE) 1
11. 6. 57—9
2. SAALFELD (SAALE) 2
11. 6. 57—9

SAALFELDER MUSIKTAGE

Bildliche Darstellung: Notennlinien, Violinschlüssel und Noten

17. Mai bis 17. Juni 1957

Gemeinde- und Kreisstagswahlen 1957

1. Berlin-Lichtenberg, Fürstenwalde (Spree), Ludwigslust, Königsberg, Merseburg, Neubrandenburg (Meckl), Neureuppin

2. Cottbus, Teltow 2, Eisenach 2, Halberstadt, Riesa, Rudolstadt, Wismar, Zwickau (Sachs) 2

zu 1. Handstempel

zu 2. Maschinenstempel

zu 1. BERLIN-LICHTENBERG und w. w. o. 1. 6. 57—9

WÄHLT AM 21. JUNI DIE KANDIDATEN DER NATIONALEN FRONT

zu 2. MIT DEN KANDIDATEN DER NATIONALEN FRONT FÜR FRIEDEN UND WOHLSTAND

zu 1. und 2: 1. bis 23. Juni 1957

a) Verkehrsverbund
b) Froburg
c) Handstempel
d) FROBURG
1. 6. 57—9

Das Bad im Grünen LICHT FROBURG

1. Juni 1957 bis 31. Mai 1958

a) Nordhäuser Rolandfest
b) Nordhausen
c) Handstempel
d) NORDHAUSEN
1. 6. 57—9

NORDHAUSER ROLANDSFEST

Bildliche Darstellung: Abbildung des Rolandkopfes

1. Juni bis 1. September 1957

a) Leipziger Herbstmesse 1957
b) Bahnpostamt 22 Leipzig
c) Maschinenstempel
d) LEIPZIGER MESSE
1.—8. SEPT. 1957

Bildliche Darstellung: MM-Zeichen mit Pfeil

1. Juni bis 14. August 1957

a) Briefstempelwerbung
b) Berlin-Köpenick 1
c) Handstempel
d) BERLIN-KÖPENICK 1
1. 6. 57—9

PIONIERPARK ERNST THÄLMANN WUHLHEIDE

Bildliche Darstellung: Spielende Kinder im Pionierpark

1. Juni 1957 bis 31. Mai 1958

a) Ablauf b) Verwendung-PA c) Art des Stempels d) Stempelnschrift e) Verwendungsdauer

1. 6. 57—9

DFW 6252—1

Ausgabe A

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen

Jahrgang 1957 Berlin W 66, den 1. Juni 1957 Nummer 23

Table with columns: Verfügungen, Inhalt, Seite. Includes entries for 'Allgemeines', 'Betriebsdienst', and 'Fermeldewesen'.

Verfügungen Allgemeines

Nr. 109/1957. Sonderpostwertzeichen „Berühmte Naturwissenschaftler“
Leonhard Euler, geboren am 15. April 1707 in Basel, gestorben am 18. September 1783 in Petersburg, von 1741 bis 1766 Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Berlin, war erfolgreich auf den Gebieten der Mathematik sowie der theoretischen und der angewandten Mechanik tätig. Am 15. April 1957 wurde sein 250. Geburtstag begangen.



Wertzeichen erfolgte im Rakeltiefdruck bei dem VEB Graphische Werkstätten in Leipzig auf Wasserzeichenpapier mit dem Kreuzblumenmuster.

Die Sonderpostwertzeichen sind vom 7. Juni 1957 an bei allen Postanstalten zu verkaufen. Vor dem Ausgabebetrag dürfen sie nicht abgegeben werden.

Zu diesen Wertzeichen wurde ein Ersttagsbriefumschlag hergestellt, der auf dem linken Drittel der Anschriftseite einen Ausspruch von Max Planck trägt: „Jede Wissenschaft dient im Grunde dem Leben“. Der Umschlag ist zum Preise von 20 Pfennig bei den üblichen Abgabestellen zu verkaufen.

P OB 4 a 2040—1

Nr. 110/1957. Auslegung von Bestimmungen der Angleichungsverordnung vom 21. März 1957 (GBl. I S. 209)

Der Grundsätzlichen Feststellung Nr. 7/1957 des Staatlichen Vertragsgerichts der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 9. April 1957 zufolge sind:

1. Gesetzliche Bestimmungen im Sinne des § 5, Absatz 5, Ziffer 2 VVO in der Fassung des § 1 der Angleichungsverordnung vom 21. März 1957:

1. Vorschriften über die Berechnung und Geltendmachung von Vertragsstrafen in Allgemeinen Liefer- und Leistungsbedingungen, die nach dem 30. März 1957 verkündet wurden oder werden.

2. § 13 der Verordnung vom 31. März 1955 über die Rückgabe und Berechnung von Leihverpackung (GBl. I S. 283).

3. § 5 der Anordnung vom 4. März 1954 über die Rückgabe von Leihverpackungsmitteln bei der Lieferung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen (GBl. S. 294).

II. Lieferbedingungen im Sinne des § 6, Absatz 2, Ziffer 3 der Angleichungsverordnung vom 21. März 1957 sind nicht nur die für die Lieferung von Erzeugnissen geltenden Allgemeinen Lieferbedingungen, sondern auch:

1. Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Elektroenergie und Gas aus den öffentlichen Versorgungsnetzen vom 1. Oktober 1953 (ZBl. S. 515).

2. Allgemeine Veredlungsbedingungen für die volkseigene Textilveredlungsindustrie vom 11. Juli 1953 (ZBl. S. 366).

3. Allgemeine Bedingungen der volkseigenen Bauindustrie für die Übernahme und Durchführung von Bauarbeiten nebst Mustervertrag vom 31. Mai 1952 (Min.BI. S. 75).

4. Allgemeine Bedingungen für bautechnische Projektierungsarbeiten nebst Mustervertrag vom 23. Juli 1952 (Min.BI. S. 113).

5. Verordnung über das Einfuhrverfahren für den Außenhandel und Innerdeutschen Handel vom 11. September 1952 (GBl. S. 861).

6. Allgemeine Bedingungen für den Abschluß von Verträgen zwischen den VEH „Deutscher Innenhandel und Außenhandel“ und den Lieferbetrieben der Deutschen Demokratischen Republik über Warenlieferungen für den Export vom 15. Juli 1954 (GBl. S. 646).

VVS 1117—0

Betriebsdienst

- Post -

Nr. 111/1957. Ausfertigung und Zustellung der LX-Telegramme

Es besteht Veranlassung, auf folgende Bestimmungen hinzuweisen, die bei der Ausfertigung und Zustellung von LX-Telegrammen zu beachten sind:

1. LX-Telegramme sind nach der Aufnahme möglichst mit Schreibmaschine oder in guter Handschrift mit Tinte sauber und sorgfältig auf das Schmuckblatt umzuschreiben.

Das Aufgabe-Amt des LX-Telegramms ist hinter dem Aufdruck „aus“ zu vermerken. Mit dem Text des LX-Telegramms ist auf der nächsten Zeile zu beginnen. Bei dem Schmuckblättern ohne Linienung ist der Telegrammtext nicht über die dem Textraum seitlich begrenzendende Linie und bei handschriftlicher Ausfertigung geradlinig zu schreiben.

Wenn kurze Telegrammtexte auf Schmuckblätter, im Format DIN A 4 zu übertragen sind, ist mit dem Text so zu beginnen, daß möglichst der Textraum in der Mitte des Schmuckblattes ausgefüllt wird.

LX-Telegramme in Versen sind möglichst auch in Versform auszufertigen. Telegrammunter-

schriften sind unterhalb des Textes auf besonderer Zeile niederzuschreiben. Die Dienstvermerke der LX-Telegramme (Tel.-Nr., Wortzahl, Datum, Uhrzeit) sind unterhalb des Telegrammtextes auf der letzten Zeile des Schmuckblattes zu vermerken.

Die auf den Umschlag für Schmuckblatt-Telegramme zu setzende Anschrift des Empfängers ist im Schmuckblatt nicht zu wiederholen. Ist die Ausfertigung des Schmuckblattes ausnahmsweise nicht sofort möglich, so ist das Telegramm mit dem Dienstvermerk „Schmuckblattausfertigung folgt“ zu versehen und unverzüglich zuzustellen.

2. Die Schmuckblätter sind im Umschlag zuzustellen und von den Zustellern sorgfältig zu behandeln. Für die Zustellung sind die besonderen Zustelltafeln für LX-Telegramme zu verwenden.

Bei den für die Bearbeitung der LX-Telegramme zuständigen Dienststellen ist ein Aushang mit den o. a. Vorschriften über die Ausfertigung und Zustellung der LX-Telegramme anzubringen (ADA VI,2 § 22, IV).

P OB 2 e 2164—0/3141—0

Nr. 112/1957. Bestellungen des Formblattes „Zusammenstellung für Lotto-Zahlkarten“ (zur VMBI. VI. Nr. 60/1957)

Das Formblatt „Zusammenstellung für Lotto-Zahlkarten“ ist in Blöcken zu 25 Blatt mit Durchschreibblättern hergestellt worden, es hat die Formblattnummer „S 134“ erhalten.

Ein Block entspricht im allgemeinen dem Monatsbedarf einer Landpoststelle.

Bestellungen des Formblattes S 134 (Zusammenstellung für Lotto-Zahlkarten) sind an den Vertriebsverlag Spremberg (Niederlausitz) zu richten.

ten. Der Bedarf für ein Vierteljahr ist nicht zu überschreiten.

P OB 2 a 2144—0

Nr. 113/1957. Eintragungen im Postsparchbuch

Es wird darauf hingewiesen, daß auch nach Erlass der Anordnung zur Aufhebung der Anordnung über das Verbot der Verwendung von Kugelschreibern zur Unterschriftsleistung auf Dokumenten vom 15. März 1957 (GBl. Teil II S. 134) zu Eintragungen in Postsparchbüchern weiterhin nur Tinte zugelassen ist (ADA V,5 § 4 Abs. 3).

P OB 2 f 2783—3

- Fernmeldewesen -

Nr. 114/1957. Gebührenbuch für den Fernsprech- auslandsdienst

Im Fernsprechverkehr über Amsterdam-Radio wird ab 1. Juni 1957 die Benachrichtigungsgebühr für Ferngespräche nach den niederländischen Besitzungen Aruba, Bonaire-Inseln (S. 39), Curaçao (S. 40), Niederland, Neu-Guinea (S. 43) und Surinam (S. 44) von 4,50 DM auf 2,70 DM gesenkt.

Das Gebührenbuch für den Fernsprechauslandsdienst ist auf den angegebenen Seiten zu berichtigen.

Fe Fv 3 4010—0

Nr. 115/1957. Herstellen der Verbindungen für V-Gespräche im Inland

Die Erfahrungen beim Vorwärtsaufbau von V-Gesprächen im Überweisungs- und Endverkehr sowie im Schnelldurchgang über ein Durchgangsmittel besagen, daß solche Verbindungen nur in geringem Umfange beim ersten Versuch hergestellt werden können. Meist wird dabei die Sprechbereitschaft des verlangten Gesprächspartners zugesagt, obwohl dieser jedoch oft nicht innerhalb von ein bis zwei Minuten am Apparat ist. Hierdurch entstehen Verluste bei der Ausnutzung der Fernleitungen.

Von sofort an sind V-Gespräche im Vorwärtsaufbau nur herzustellen, wenn die verlangte Sprechstelle durch unmittelbare Wahl in einer U- oder Fernwahlleitung erreicht wird. Falls die verlangte Sprechstelle erst nach Weiterverbinden im Ankunftsamt oder über ein Durchgangsmittel erreicht werden kann, müssen die Gesprächsanmeldungen für V-Gespräche wie vormals sogleich bis zum An-

kunftsamt gemeldet und die Gesprächsverbindungen im Rückwärtsaufbau am D-Platz (Warteplatz) hergestellt werden.

Fe Fv 2 4103—0/1

Nr. 116/1957. Betriebliche Anweisung zur Durchführung der §§ 13 und 94 der Arbeitsschutzanordnung 346 — Fernmeldebau

Zu § 13 der Anordnung
Zum Bestand des Bauplans-Lastkraftwagens (einschließlich Handfahrzeuge) gehören mindestens 2 Warnschilder und 2 Signalflaggen, die ständig mitzuführen sind.

Zu § 94 der Anordnung

Kabeltrommeln dürfen nur auf Kabeltransportanhängern befördert werden. Das Auf- und Abladen von Kabeltrommeln muß grundsätzlich mit den dafür vorgesehenen Vorrichtungen (Winden, Hebezeuge, Ladebohlen, Vorlegehölzer usw.) ausgeführt werden. Kabeltrommeln, deren maximale Trommelhöhe 1,20 m nicht übersteigt, können ausnahmsweise auf Lastkraftwagen verladen werden. Diese Trommeln müssen auf der Ladefläche des Lastkraftwagens durch Vorlegehölzer und Verankerung gegen Fortrollen und Kippen gesichert werden. Beim Auf- und Abladen darf auf Winden und Hebezeuge nur dann verzichtet werden, wenn die aufzuwendende Kraft 50 kg je Person nicht übersteigt. Das Arbeitsfeld und der Stand der Beschäftigten darf bei dieser Arbeit nicht behindert sein.

Diese betriebliche Anweisung wird im Einvernehmen mit dem Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung erlassen, sie ersetzt die Verfügung Fe Arb 4 9191—0 Nr. 196 vom 28. Februar 1957.

Fe Arb 4 9191—0

Mitteilungen

Nr. 54/1957. Vorbildliche Leistung der Mitarbeiter des Hauptpostamtes Naumburg (Saale) (zur VMBI. Mitt. Nr. 16/1957)

Ende Februar dieses Jahres wurde im VMBI der Aufruf des Kreisbetriebsamtes für Post- und Fernmeldewesen Hildburghausen veröffentlicht, in dem alle Hauptpostämter und Kreisbetriebsämter für Post- und Fernmeldewesen in der Deutschen Demokratischen Republik aufgefordert werden, sich für

den Verkauf der Solidaritäts-Sonderpostwertzeichen „Helft dem sozialistischen Ungarn“ und „Helft Ägypten“ bis zum 31. März 1957 einzusetzen.

Dem Hauptpostamt Naumburg (Saale) ist es als erstem Hauptpostamt im Bezirk Halle (Saale) gelungen, bis zum 30. April 1957 alle zugewiesenen Sonderpostwertzeichen zu verkaufen. Zu dieser guten Leistung, die ein wirkungsvoller Beitrag im Kampf um die Erhaltung des Friedens ist, beglück-

wünschen wir die Mitarbeiter des Hauptpostamtes und sprechen ihnen unseren Dank und unsere Anerkennung aus.

Alle anderen Hauptpostämter und Kreisbetriebsämter sollten dem Beispiel der Mitarbeiter des Hauptpostamtes Naumburg (Saale) nacheifern und sich für den schnellen Absatz der Sonderpostwertzeichen „Helft dem sozialistischen Ungarn“ und „Helft Ägypten“ einsetzen.

Nr. 55/1957. Studienplan für das Fernstudium der Fachrichtung „Ökonomik des Post- und Fernmeldewesens“

In der Tabelle des Studienplanes für das Fernstudium in der Fachrichtung „Ökonomik des Post- und Fernmeldewesens“ (Sonderdruck VMBL Mitt. Nr. 34/1957) ist unter Nummer 24 zu ersetzen: in der 2. Spalte „70“ durch 2 K und in der 3. Spalte „150“ durch 70

Nr. 56/1957. Mitteilungen aus dem Institut für Post- und Fernmeldewesen

Das Institut für Post- und Fernmeldewesen gibt „Mitteilungen aus dem IPF“ heraus, die außer Aufsätzen über die Arbeit des Instituts auch besondere Informationen für die Ämter der Deutschen Post bringen.

Die bisher erschienenen Nummern enthalten folgende Aufsätze:

Heft 1/1956:

Jurezyk, H.: Über die Perspektiven der drahtgebundenen Fernmeldetechnik im zweiten Fünfjahrplan der Deutschen Demokratischen Republik

Harnob, J.: Die Technik der Stromversorgungsanlagen für Einrichtungen des Fernmeldedienstes an Leitungen

Loeper, W.: Wie kann ich mich über den neuesten Stand der Nachrichtentechnik informieren?

Gabriel, H.: Fahrbare Meßtische für Verstärker-Ämter

Katschke, H.: Einrichtungen für Gebührenerfassung in Nebenstellenanlagen der Bundesrepublik

Heft 2/1956:

Hamann, H.: Bemerkungen zur Postmechanisierung Ulemann, B.: Kabelfehlerstatistik — ein Gebiet für Forschung und Technik

Harnob, J.: Die Technik der Stromversorgungsanlagen für Einrichtungen des Fernmeldedienstes an Leitungen

(Die weiteren Fortsetzungen erscheinen gemeinsam mit den ersten Beiträgen dieser Aufsatzreihe in einem besonderen „Informationshft des IPF“)

Heft 3/1957:

Henkler, O.: Über Störspannungen in Trägerfrequenzsystemen mit symmetrischen Kabeln und deren Messung

Mau, H.: Das Molybdänulfid und seine Bedeutung als Schmiermittel für technische Anlagen der Post

Heft 4/1957, Fernmeldewesen:

Grundmann, W.: Ein Verfahren zum reihfolge-richtigen Abfragen der Anrufe bei den manuellen Nebendienstern (Meldeamt, Auskunft, T-Annahme)

Kamphaus, R.: Symmetrische und koaxiale Leitungen im Fernmelde-Weitverkehr mit Trägerfrequenzeinrichtungen

Hennig, W., Weber, E.: Das Trägerfrequenzsystem z8/V16-FB 102

Mahn, K. H., Kühl, U.: Vorteile der Durchwahl in GWN-Anlagen

Strack, H.: Trägerfrequenzkurvenschreiber für breite Frequenzbänder

Heft 4/1957, Postwesen:

Jenzen, K.: Behälterverkehr im Postbetrieb

Waldow, K.: Die neue Annahemaschine für Zahlkarten und Postanweisungen

Reiche, C.: Einsatz von Gabelstaplern im Weichnachschleppverkehr beim HPA Leipzig N 18

Köhler, G.: Unsere Erfahrungen beim Einsatz von Briefvertelermaschinen im Weichnachts- und Neujahrsverkehr 1956/57

Heft 5/1957, Fernmeldewesen (erscheint im Juni):

Harnob, J., Hofmann, H.: Einsatz von Zugbeleuchtungs- und Fernsprechanlagen in Bahnpostwagen

Schumann, W.: Farbige Fernsprechanlagen

Henkler, O., Wedemeyer, W.: Zweidrahtverstärker mit negativen Widerständen

Marten, H.: Aufbau und Bedeutung der Dezimal-Klassifikation

Goedecke, W.: Englische und französische Kurzbezeichnungen

— Arbeitstagung „Beeinflussung von Fernmelde-einrichtungen durch Starkstromanlagen“ des Fachverbandes Elektrotechnik Berlin der KdF am 28. Februar 1957

Krampe, M.: Neukonstruktion einer Untersuchungs-klemme für Freileitungen

Henkler, O.: Dynamikpresser und -dehner

Ulemann, B.: Flußkabel werden eingespült

Heft 5/1957, Postwesen (erscheint im Juni):

Reiche, C.: Erweiterung der Förderanlage beim HPA Leipzig N 18

Schumann, W.: Farbige Fernsprechanlagen

Marten, H.: Aufbau und Bedeutung der Dezimal-Klassifikation

Goedecke, W.: Englische und französische Kurzbezeichnungen

Harnob, J., Hofmann, H.: Einsatz von Zugbeleuchtungs- und Fernsprechanlagen in Bahnpostwagen

IPF 9277-1

Nr. 57/1957, Sonder- und Werbestempel

(Zerzierungen zu a bis e siehe am Schluß der Mitteilungen)

a) Verkehrtstellung b) Habemus (Bz Dresden) c) Handstempel d) HARNOB (BZ DRESDEN) 15. 7. 57-2 e) Stadt der Sitznibel f) Bildliche Darstellung: Posterstuhl g) 15. Juli 1957 bis 14. Juli 1958

a) Anlaß b) Verwendungszweck c) Art des Stempels d) Stempelanzahl e) Verwendungsort dpm 628-1

Herausgeber: Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin W 66. Verlag: (V) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin. Fernpost: 47 44 11. Postscheckkonto: 1402 25. — Die Verfügungen und Mitteilungen erscheinen in der Regel am 1., 4., 16. und 23. jedes Monats. — Veröffentlicht unter Druckgenehmigungszusammenhang Nr. 11497 DDR des Amtes für Literatur und Verlagswesen der Deutschen Demokratischen Republik. — Druck: VEB Berliner Druckhaus, Berlin, NO 14.

Ausgabe A

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen

Jahrgang 1957 Berlin W 66, den 27. Mai 1957 Nummer 22

Inhalt

Verfügungen:	Seite	Nr.	Seite
<u>Allgemeines</u>			
Nr. 102 Mitarbeit von Angehörigen der Deutschen Post an der Fachpresse und bei Fachtagungen	91	Nr. 100 Kassenprüfungen	92
Nr. 103 Berichterstattung über Reihenuntersuchung	92	Nr. 107 Rundfunkdienst	94
<u>Bedienungsdienst</u>		Nr. 108 Verschleiden von Bahnpostwagen bei Verwendung als Sackwagen	94
— Post —		<u>Mitteilungen:</u>	
Nr. 104 Fehlmeldungen von Auslandspaketen und Wegfall des Lagerformblatts C 110g „Vereinfachte Paket-fehlmeldung“	92	Nr. 50 Herausgabe von Fachbüchern und Lehrmitteln durch das JPF	95
Nr. 105 Abholung von Paketsendungen aus den Geschäftsstellen	92	Nr. 51 „Die Deutsche Post“, Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen, Heft 6/1957	95
		Nr. 52 Herausgabe eines Ortslexikons	95
		Nr. 53 Sonder- und Werbestempel	95

Verfügungen Allgemeines

Nr. 102/1957. Mitarbeit von Angehörigen der Deutschen Post an der Fachpresse und bei Fachtagungen

Über die Mitarbeit von Beschäftigten der Deutschen Post an der Fachpresse und bei Fachtagungen gibt es unterschiedliche Auffassungen. Darum ist es erforderlich, nachfolgende Grundsätze aufzustellen, die von allen Angehörigen der Deutschen Post zu beachten sind, sofern sie Aufsätze veröffentlichen oder in irgendwelchen Kreisen Vorträge halten wollen.

1. Ausarbeitungen allgemeiner Art

Für Beiträge für die Fachpresse und für Referate, die einen allgemeinen fachlichen Charakter haben und keine Angaben aus den Arbeitsbereichen der Deutschen Post enthalten, die nichts über die Tätigkeit der Deutschen Post aussagen und aus denen nicht zu ersehen ist, ob die Verfasser der Deutschen Post angehören, sind die Autoren selbst verantwortlich. Solche Beiträge sind keiner Dienststelle der Deutschen Post vor der Veröffentlichung vorzulegen.

2. Ausarbeitungen, bei denen Material aus den Arbeitsbereichen der Deutschen Post verwendet wird

Wird für Beiträge für die Fachpresse und für Referate mit allgemeinem oder speziellem fachlichem Charakter Material aus den Arbeitsbereichen der Deutschen Post verwendet, so sind die Manuskripte vorzulegen:

- von den Beschäftigten der Ämter beim Leiter des Amtes,
 - von den Beschäftigten der BPF beim Leiter der BPF,
 - von den Beschäftigten der Institute, Sonderämter und Schulen beim Direktor oder Leiter,
 - von den Beschäftigten des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen bei dem Minister, dem Staatssekretär, den Stellvertretenden Ministern oder den Hauptverwaltungsleitern.
- In Ausnahmefällen kann bei dem Leiter der übergeordneten Dienststelle die Genehmigung eingeholt werden.
- ### 3. Ausarbeitungen auf Grund von Plänen der Deutschen Post
- Wird für Beiträge für die Fachpresse und für fachliche Vorträge ganz oder teilweise Material aus den Plänen Forschung und Technik, Standardisierung und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit verwendet, so sind solche Ausarbeitungen vor ihrer Veröffentlichung der Abteilung Forschung und Entwicklung im Ministerium für Post- und Fernmeldewesen zur Genehmigung vorzulegen. Aufsätze über Organisations- und Strukturformen sowie über Planunterlagen unterliegen der Genehmigung des Staatssekretärs.
- ### 4. Ausarbeitungen im Auftrage der Deutschen Post
- Fachliche Aufsätze, die unter Angabe der Dienststelle und der Dienstbezeichnung des Verfassers

veröffentlicht werden sollen, sind als offizielle Stellungnahme der Deutschen Post zu werten und müssen deshalb in jedem Falle dem Leiter der Dienststelle vor der Veröffentlichung vorgelegt werden. Beim Ministerium für Post- und Fernmeldewesen sind solche Aufsätze, Artikel usw. über die Pressestelle zu leiten.

Über die Herausgabe von Fachbüchern und Lehrmitteln siehe VMBL Mitt. Nr. 50/1957. Pr/EF 1300—09310—0/1

Nr. 103/1957. Berichterstattung über Reihenuntersuchung

Wie das Ministerium für Gesundheitswesen mitteilt, ist die Weiterführung der Berichterstattung über die ärztlichen Reihenuntersuchungen der Arbeiter in den Ämtern und Betrieben für das Jahr

1957 unter der Nr. 650/11 genehmigt worden. Vierteljährliche Ergänzungsmeldungen sind in unveränderter Form abzugeben. Die Einsendetermine für die Meldungen an den Rat des Kreises — Abt. Gesundheitswesen — sind:

10. April, 10. Juli, 10. Oktober und 10. November eines jeden Jahres.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Leiter der Ämter und Betriebe auf Grund der 7. Durchführungbestimmung zur Verordnung über die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und der Rechte der Gewerkschaften vom 23. Juni 1955 für die Untersuchung der Beschäftigten zu den vorgesehenen Zeiten verantwortlich sind.

Arb 1 9150—0

Betriebsdienst

- Post -

Nr. 104/1957. Fehlmelden von Auslandspaketen und Wegfall des Lagerformblatts C 110g „Vereinfachte Paketmeldung“

Wenn nach ADA V.2 Anh. 12 § 12X unter b) das Fehlen eines gewöhnlichen Pakets aus dem Ausland erst beim Bestimmungsamt festgestellt wird, so ist künftig dem Grenz-Eingangs-Postamt statt der vereinfachten Paketmeldung (ADA V.2 Anh. 12, Beil. 73) ein formloses Schreiben unter Beifügung der Paketkarte zu übersenden. Sinngemäß ist bei Paketen nach dem Ausland zu verfahren, die bei den Grenz-Ausgangs-Postämtern fehlen (§ 12 XI). In diesen Fällen haben die Grenz-Ausgangs-Postämter die formlosen Schreiben den Aufgabemännern zu übersenden.

Das Formblatt C 110g — Vereinfachte Paketmeldung —, das nach Aufhebung des Paketfehlmeldevorgangs für Inlandspaketsendungen nunmehr auch für das Fehlmelden der Auslandspakete nicht mehr benötigt wird, fällt weg. Das Formblattverzeichnis ist zu berichtigen.

In der ADA ist bis zur Berichtigung bei den entsprechenden Stellen mit Bleistift auf diese VI. hinzuweisen.

P OB 3 2215—0

Nr. 105/1957. Abholung von Paketsendungen aus den Geschäftsräumen

(zur VMBL Nr. 229/1957)

In der o. a. VI. ist der Wortlaut unter II. A. 5. Absatz, von „Jede Abholung...“ bis „...eingezogen.“ unter Hinweis auf diese VI. zu streichen. An seine Stelle tritt folgender Text:

„Der abholende Postangestellte bescheinigt die übernommene Stückzahl durch seine Unterschrift im Paketlieferungsbuch für Selbstbücher (s. ADA V.2 Anh. 3a § 8, Ziffer 6). In der Urschrift ist die Stückzahl der abgeholtten Pakete und Päckchen zu vermerken und von dem Beauftragten des Absenders und dem Postangestellten zu bescheinigen. Bei Neuauflage des Formblatts C 27f wird in Sp. 8 für diesen Zweck ein entsprechender Wortlaut ein-

gedruckt. Einzelheiten über Erfassung und Zusammenstellung der Abholgebühren bestimmt der Leiter des Hauptpostamtes.“

P OB 2 b 2130—1

Nr. 106/1957. Kassenprüfungen

I. Unvermutete Kassenprüfungen

1. Die Zweigkassen einschließlich der ihnen angegliederten Neben- und Hilfskassen sind mehrmals im Jahr unvermutet zu prüfen. Der Leiter des Amtes bestimmt für jede Zweigkasse die Anzahl der im Jahre durchzuführenden Prüfungen. Maßgebend für die Entscheidung über die Häufigkeit der Prüfungen sind die örtlichen Verhältnisse und der Grad der Kassensicherheit bei der betreffenden Zweigkasse.

Unabhängig von dieser Entscheidung ist jedoch jede Zweigkasse mindestens viermal jährlich unvermutet zu prüfen.

2. Die unvermuteten Prüfungen haben grundsätzlich mindestens zweimal jährlich alle Zweigkassen einschließlich der ihnen angegliederten Neben- und Hilfskassen, die untereinander in Abrechnungsverkehr stehen und sich am selben Ort befinden, zur selben Zeit zu erfassen. Wenn die gleichzeitige Prüfung der Zweigkassen auf Schwierigkeiten stößt, kann mit Zustimmung der BPF von dieser Regelung abgesehen werden; jedoch sind dann möglichst einmal jährlich gleichzeitige Prüfungen vorzunehmen.

3. Für die ordnungsmäßige Durchführung der Prüfungen ist der Abteilungsleiter Post oder der zuständige Abteilungsleiter verantwortlich. Der Leiter des Amtes kann diese Verantwortung bei angeschlossenen Postämtern und deren Zweigpostämtern dem Leiter des zuständigen Postamtes übertragen.

4. Die Prüfungen sind vom Abteilungsleiter Post oder vom zuständigen Abteilungsleiter, vom Leiter des Postamtes und vom Stellenleiter auszuführen. Es können jedoch auch andere Angestellte von der Gehaltsgruppe VII an aufwärts in demokratischen Republi., Berlin W. 66, 8. — Die Verfügungen und Mitteilungen gekennzeichnet durch die Nummer Ag 1449 DDR — Druck: VEB Berliner Druckhaus.

mit der Prüfung beauftragt werden, wenn ihre Kenntnisse im Kassendienst eine ordnungsmäßige Prüfung gewährleisten. Soweit das nicht der Fall ist, sind diese Kräfte zu qualifizieren. Zweigkassen, die überwiegend in einer Hand sind, hat der Abteilungsleiter oder Leiter des Postamtes im allgemeinen selbst ohne Heranziehung anderer Kräfte zu prüfen.

Soweit erforderlich, können auch Angestellte der Gehaltsgruppen VI und V mit ausreichender Qualifikation zur Prüfung bestimmter Kassen herangezogen werden. Die Entscheidung hierüber trifft der Leiter des Amtes im Einvernehmen mit dem Abteilungsleiter und dem zuständigen Leiter des Postamtes. Diese Kräfte sind in ein besonderes Verzeichnis aufzunehmen, das dem Nachweis über unvermutete Kassenprüfungen beizulegen ist.

An der Kassenführung beteiligte Angestellte, hierzu gehören auch die Beschäftigten im Rechnungswesen, sind für Kassenprüfungen nicht einzusetzen. (Ausnahme siehe unter I 7.)

5. Die Prüfungen sind nur auf Weisung und nach der unvermuteten Zeitbestimmung des zuständigen Abteilungsleiters oder Leiters des Postamtes vorzunehmen; auch die mit ihrer Ausführung beauftragten Angestellten dürfen erst unmittelbar vorher verständigt werden. Der erteilte Auftrag ist bis zum Beginn der Prüfung vertraulich zu behandeln.

Mit der Prüfung sind abwechselnd andere Angestellte zu beauftragen; die Zeiten der Prüfung sollen ständig wechseln.

Bei der Prüfung von Zweigkassen, die überwiegend in einer Hand sind, sind Tag und Zeitpunkt stets zu wechseln; die Prüfungen sind vorzugsweise an solchen Tagen vorzunehmen, an denen die Zweigkassen usw. sonst keine Abschlüsse fertigen.

6. Werden bei einer Zweigkasse getrennte Bestände geführt, sind diese und beide Belegreihen zur gleichen Zeit von der Prüfung zu erfassen.

7. Bei Zweigkassen außerhalb des Amtesortes (Sitz des Postamtes oder Hauptpostamtes) ist jährlich mindestens eine unvermutete Prüfung durch Angestellte des Postamtes oder Hauptpostamtes vorzunehmen. Die übrigen Prüfungen sind vom Leiter des Zweigpostamtes auszuführen, unabhängig davon, ob er zeitweilig an der Kassenführung beteiligt ist oder nicht.

Wird die Zweigkasse vom Leiter des Zweigpostamtes oder Postamtes überwiegend selbst verwaltet, sind die unvermuteten Kassenprüfungen von Angestellten des Postamtes oder Hauptpostamtes vorzunehmen. Mit den Prüfungen durch das Postamt oder Hauptpostamt ist mindestens einmal jährlich eine allgemeine Prüfung des Dienstbetriebes des Zweigpostamtes oder Postamtes zu verbinden.

8. Die Handkassen, Abrechnungsstellen, Wertzeichenverwaltung (einschließlich der Bestände des Wertzeichenverteilamtes), die Postbezirksstellen Toto/Lotto und die Bestände der Kraft-

wagenführer und Zusteller an Kraftpostfahrzeugen, Wertzeichen usw. sowie die Wechselgeldvorschlüsse der Leserkolboten sind mindestens viermal jährlich unvermutet zu prüfen.

9. Bei den gleichzeitigen Prüfungen der Zweigkassen (siehe unter I 2.) sind — sofern sie sich am Ort befinden — die Wertzeichenverwaltung (einschließlich der Bestände des Wertzeichenverteilamtes), die Postbezirksstelle Toto/Lotto und die Abrechnungsstellen einzubeziehen.

Wenn wegen des Umfangs der Bestände die Aufnahme mit den Beständen der Zweigkassen zur gleichen Zeit nicht möglich ist, sind die festgestellten Bestände der Wertzeichenverwaltung (einschließlich der Bestände des Wertzeichenverteilamtes) und die Bestände der Postbezirksstelle Toto/Lotto bis zum Abschluß der Bestandsaufnahme bei den Zweigkassen usw. so unter Verschluss zu nehmen, daß an den Beständen ohne Wissen des Prüfers nichts geändert werden kann.

10. Die unvermuteten Prüfungen der Wertzeichenverwaltung sind mindestens einmal jährlich vom Abteilungsleiter Post oder zuständigen Abteilungsleiter vorzunehmen.

11. Die Bestände der Wertzeichenverwaltung (einschließlich der Bestände des Wertzeichenverteilamtes) an Wertstreifen, ihre Ausgabe und Verwaltung sind auch in den Monaten einmal unvermutet zu prüfen, in denen keine Prüfung aller Bestände durchgeführt wird. Durch wenn diese Prüfungen vorzunehmen sind, bestimmt der Leiter des Amtes.

12. Über die von den Postämtern und Hauptpostämtern vorzunehmenden unvermuteten Prüfungen ist ein Nachweis zu führen, aus dem

a) die Bezeichnung der geprüften Kasse usw.,
b) der Prüfungstag,
c) der Name und die Dienststellung des Prüfers und

d) der festgestellte Mehr- und Minderbetrag hervorgehen.

Außer dem Mehr- und Minderbetrag bei der unvermuteten Prüfung ist der Mehr- und Minderbetrag der Zweigkassen usw. am jeweils folgenden Monatsende zu vermerken.

Der Nachweis ist für das Kalenderjahr zu führen und dem Leiter des Amtes nach jedem Quartalsende zur Abrechnung vorzulegen. Auf Anforderung ist der Nachweis der BPF und dem MPF zu übersenden.

13. Die unvermuteten Prüfungen durch Beauftragte der BPF setzt der Leiter der BPF fest. Die Zahl der Prüfungen durch das Hauptpostamt wird dadurch nicht eingeschränkt.

II. Regelmäßige Kassenprüfungen

1. Regelmäßige Kassenprüfungen (Bestandsaufnahmen durch die an der Kassenführung unbeteiligten Angestellten) am Monatsende sind im allgemeinen nicht vorzunehmen. Sie sind nur anzuordnen, wenn besondere Gründe dafür vor-

liegen. Die Entscheidung hierüber trifft der Abteilungsleiter Post oder zuständige Abteilungsleiter oder Leiter des Postamtes, sofern diesen die Verantwortung für die Durchführung der unvermuteten Prüfungen übertragen worden ist (siehe unter I 3.).

2. Die Abschlüsse der Zweigkassen am Monatsende und die Monatsabrechnungen mit der Finanzbuchhaltung sind durch den Abteilungsleiter Post oder zuständigen Abteilungsleiter oder zuständigen Leiter des Postamtes oder Stellenleiter auf Grund der Kassenbücher, Belege usw. vor Absendung an die Finanzbuchhaltung zu prüfen. Die Prüfung kann — soweit erforderlich — mit Zustimmung des Hauptbuchhalters auch von anderen Angestellten vorgenommen werden, sofern sie zur Durchführung von unvermuteten Prüfungen berechtigt sind. Der Prüfer hat auf der Monatsabrechnung einen Prüfvermerk anzubringen.

Mit dem Prüfvermerk übernimmt er gleichzeitig die Verantwortung dafür, daß die in die Monatsabrechnung aufgenommenen Beträge mit den Monatssummen aus dem Abschluß, den Kassenbüchern, Belegen usw. übereinstimmen.

3. Auf Anforderung des Hauptbuchhalters sind der Finanzbuchhaltung das Abschlußbuch und alle anderen Kassenbücher und Belege zur Nachprüfung vorzulegen.

4. Die Bestände der Wertzeichenverwaltung (einschließlich der Bestände des Wertzeichenverteilungsamtes) und der Postbezirksstelle Toto/Lotto sind mindestens viermal jährlich am vorletzten Werktag eines Monats durch den Abteilungsleiter Post oder zuständigen Abteilungsleiter festzustellen und zu prüfen. Mit Zustimmung des Leiters des Amtes können auch andere Angestellte, die an der Verwaltung der Bestände nicht beteiligt und zur Durchführung von unvermuteten Kassenprüfungen berechtigt sind, mit der Feststellung und Prüfung beauftragt werden.

Die festgestellten Bestände sind bis zur Beendigung des Aufstellens der Monatsabschlüsse bei den Zweigkassen usw. so unter Verschluss zu nehmen, daß an den Beständen ohne Wissen des Prüfers nichts geändert werden kann.

Die §§ 87 und 88 der ADA VIII.1 und die Amtsbl. Nr. 162/1950 treten außer Kraft.

Über die bei der Durchführung dieser Verfügung gesammelten Erfahrungen ist von den BPF — sofern nicht früher Anlaß dazu vorliegt — zum 30. September 1957 an das MPF zu berichten.

HBH P 4 (P)POB 7720—0

Nr. 107/1957. Rundfunkdienst

1. Zur weiteren Vereinfachung des Verrechnungsverfahrens im Rundfunkdienst wird das Fbl. C 288 „Abschluß über Rundfunkgebühren“ (s. VMBL. Vf. Nr. 12/1957, Beilage 5) künftig nach beiliegendem Muster gedruckt.

Nach Lieferung dieser Fbl. haben die Rf-Stellen folgendes zu beachten:

- a) Die am Monatsende lagernden Gebühren (Forderung), die noch nicht eingezogenen Gebüh-

ren aus dem Vormonat (Schuld), die im Abrechnungsmonat für spätere Monate (Schuld) und die in den Vormonaten für den Abrechnungsmonat (Forderung) geleisteten Vorauszahlungen sind nicht mehr im Anhang zum Abschlußbuch zu buchen. Die Beträge sind unmittelbar in den Abschluß zu übernehmen.

b) Die Summen über die Vorauszahlungen sind an Hand der Merkliste zu ermitteln. In der Merkliste sind auch die Vorauszahlungen der Vierteljahreszahler sowie die bereits vereinbarten Gebühren für Genehmigungen zu buchen, die nach dem 20. des Monats erteilt worden sind.

c) Zur einfachen Ermittlung der tatsächlich bei der Einziehung der laufenden Rf-Gebühren von Vierteljahreszahlern geleisteten Vorauszahlungen ist folgendes Verfahren anzuwenden:

1. Es sind „Zustellerabrechnungen über laufende Rf-Gebühren“ (s. VMBL. Vf. Nr. 78/1957, Anl. 1) für monatliche und vierteljährliche Rf- und Fernseh-Rf-Gebühren zu verwenden.

2. Entsprechend ist je eine Zusammenstellung für die monatliche und die vierteljährliche Einziehung zu fertigen.

3. Nach der Einziehung ist die Schlussumme der eingezogenen Gebühren in der Zusammenstellung für vierteljährliche Gebühren durch 3 zu teilen. Das ergibt den Anteil an Vorauszahlungen jeweils für den 2. und 3. Monat des Vierteljahres. Diese Anteile sind in je einer Summe in der Merkliste unter Bezug auf die Zusammenstellung zu buchen.

4. Die mit Zustellerabrechnungen über einmalige Rf-Gebühren geleisteten Vorauszahlungen sind einzeln in die Merkliste einzutragen.

d) Eine Abschrift des Abschlusses ist der Finanzbuchhaltung vorzulegen.

2. In absehbarer Zeit wird die „Anweisung für das Einziehen und Verrechnen der Rundfunkgebühren (RfGebAnw)“ neu aufgelegt werden. Die BPF melden umgehend den Bedarf ihrer HPA dem MPF. — Für P OB 2 d —.

P OB 2 d 5210—0

Nr. 108/1957. Verschließen von Bahnpostwagen bei Verwendung als Sackwagen

Bei Verwendung von Epw als Sackwagen wird in der Regel jeweils eine günstig am Verladebahnsteig gelegene Tür von der Abfertigungsstelle verschlossen und verplombt. Die übrigen Türen werden durch Überfallriegel, Vorreiber usw. von innen gesichert (ADA III.2 § 5 zu c).

Es läßt sich in der Praxis nicht vermeiden, daß Sw, die von der Abgangsstelle z. B. in der Fahrtrichtung links verplombt sind, bei der Empfangsstelle auf der rechten Seite entladen werden müssen. Um die Wagen öffnen zu können, sind also Eisenbahngleise zu überschreiten oder Aufenthalte zwischen den Gleisen erforderlich.

Abschluß über Rundfunkgebühren

für den Monat

Beilage zur VMBL. Vf. Nr. 107/1957

Lfd. Nr.	Beschreibung	Sp. 4: (Bestand vom 20.) Bestandsnachweis weniger Abgänge Vormonat lt. Verz. d. erf. Gesch. Gen. Sp. 5: bleiben	Sp. 7: (Bestand vom 20.) Bestandsnachweis weniger Abgänge Vormonat lt. Verz. d. erf. Gesch. Gen. Sp. 8: bleiben	Schuld		Forderung	
				DM	PF	DM	PF
1	Cebühnspflichtige Rf-Gebühnungen (Bestand vom 20.) Bestandsnachweis weniger Abgänge Vormonat lt. Verz. d. erf. Gesch. Gen. Sp. 5: bleiben	X 2.—DM					
2	Cebühnspflichtige Fernseh-Rf-Gebühnungen (Bestand vom 20.) Bestandsnachweis weniger Abgänge Vormonat lt. Verz. d. erf. Gesch. Gen. Sp. 8: bleiben		4.—DM				
3	Nach nicht eingezogene Gebühren aus dem Vormonat						
4	Am Monatsende noch nicht eingezogene Gebühren						
5	Vorauszahlungen lt. Merkliste.						
6	Anhang zum Abschlußbuch						
7	Gesamtsumme lt. Rf-Erstattnungsbuch I						
Aufganzelt:				Summe			
Geprüft:				Dayagen Forderung			
				Mehrl. gegen Schuld			
				weniger			

C 288 DIN A 5

Nach den Arbeitsschutzanordnungen sind nicht unbedingt notwendige Aufenthalte zwischen den Bahngleisen zu vermeiden. Darum ist künftig bei Bpw, die als unbegleitete Päckereiwagen (Sw) abgesandt werden, auf jeder Seite des Wagens die

1. Tür in der Fahrtrichtung zu verschließen und zu verplomben.

Die Berichtigung der ADA III,2 bleibt vorbehalten.

P Bef 1 2466—1

Mitteilungen

Nr. 50/1957. Herausgabe von Fachbüchern und Lehrmitteln durch das IPF

Das Institut für Post- und Fernmeldewesen ist beauftragt worden, die Thematik der künftig herzustellenden Fachbücher und Lehrmittel des Post- und Fernmeldewesens festzulegen, die Verfasser von Publikationen (besonders von Fachbüchern) zu beraten und die Lern- und Lehrmittel zur fachlichen Qualifizierung der technischen und ökonomischen Kader der Deutschen Post zentral herauszugeben. Sie sollen vor allem die Arbeit der Fachschulen für das Post- und Fernmeldewesen und der Betriebsberufsschulen erleichtern und verbessern. Darüber hinaus sollen sie ergänzend zu den vom Institut für Post- und Fernmeldewesen herausgegebenen Mitteilungen und Informationsheften die neue Technik und Technologie propagieren und die Mitarbeiter der Ämter mit der Wirkungsweise und mit dem Betrieb von technischen und postalischen Einrichtungen bekannt und vertraut machen.

Die Beschäftigten der Deutschen Post werden gebeten, Anregungen zur Herausgabe von Fachbüchern und Lehrmitteln sowie ihre Wünsche zur Mitarbeit dem Institut für Post- und Fernmeldewesen mitzuteilen.

IPF 9277—0

Nr. 51/1957. „Die Deutsche Post“, Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen, Heft 6/1957

Das Heft 6/1957 für Juni wird Ende Mai ausgeliefert. Es enthält u. a. folgende Beiträge:

Mehlhorn: Was wir lehren und wie wir erziehen
Jenzen: Der Bahnpostwagen 4—b/24,7
Göttner: Sind die Einrichtungen des Post- und Fernmeldewesens im Kapitalismus staatliche Verwaltungen oder staatskapitalistische Unternehmen?

Hencke: Aus der Arbeit eines Funkamtes
Frankenberger: Ortsbünde

Ribbeck: Weniger Tarifzonen im SWF-Verkehr

Kühn: Die Fernsehversorgung der Deutschen Demokratischen Republik nach einer neuen einheitlichen Frequenzplanung
Kalauch: Einige Bemerkungen zu unserer neuen Zeitschrift „Die Deutsche Post“

Begriff: Normung und Standardisierung — Aufgaben der Deutschen Post?

Pr 1300—0

Nr. 52/1957. Herausgabe eines Ortslexikons

Der VEB Deutscher Zentralverlag Berlin gibt in Kürze eine neues Ortslexikon heraus, das in alphabetischer Reihenfolge die Gemeinden, Ortsteile und Wohnplätze der Deutschen Demokratischen Repu-

blik (einschließlich der Ortsteile des demokratischen Sektors von Groß-Berlin) und im Anhang die Bezirkskarten mit den Stadt- und Landkreisen enthalten soll. Durch leicht verständliche Abkürzungen und Zeichen sind die Orte mit Postanstalten und selbständigem Postzeitungsvertrieb, mit Bahnhöfen, mit Haltepunkten für den Kraftfahrlienverkehr, mit Schiffshäfen usw. besonders gekennzeichnet.

Das Werk ist für Auskunftsstellen und größere Briefabfertigungen bei Bedarf ein zusätzlicher Beihelf. Der Preis wird etwa 20,— DM betragen (Format DIN C 5, etwa 300 Seiten). Bestellungen sind möglichst umgehend an den Deutschen Zentralverlag, Berlin O 17, Michaelkirchstraße 17, zu richten.
P Bef 1 2470—0

Nr. 53/1957. Sonder- und Werbepost

(Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluss der Mitteilungen)

a) Tag der Harmonika

b) Klingenthal (Sachs) 1

c) Handstempel

d) KLINGENTHAL (SACHS) 1

20. 4. 57—59

KOMM zum

TAG DER HARMONIKA

20.—30. 6. 57

Bildliche Darstellung: Harmonika

e) 20. April bis 30. Juni 1957

a) Heimatfestspiele 1957 der Stadt Jüterbog

b) Jüterbog 1

c) Handstempel

d) JÜTERBOG 1

1. 4. 57—59

HEIMATFEST

Bildliche Darstellung: Städtewappen und tanzendes Paar

e) 1. Mai bis 31. Juli 1957

a) Schrotaktion

b) Metßen

c) Maschinenstempel

d) MARTEN Brauerei Schrott

HELF! ALLE MIT!

Bildliche Darstellung: Martin-Figur

e) 1. Mai bis 30. Juni 1957

1. bis 31. August 1957 und

1. bis 30. November 1957

a) Dauerverbung

b) RANIS (THÜR)

c) Handstempel

d) RANIS (THÜR)

1. 4. 57—59

BESUCH DIE 100-JÄHRIGE BURG

Bildliche Darstellung: Burg Ranis

e) 1. Mai 1957 bis 30. April 1958

a) Verkehrsverbund

b) KURORT Oberwiesenthal

c) Handstempel

d) KURORT OBERWIESENTHAL

1. 4. 57—59

Winter-Sportplatz

Höchstgelegene Stadt Deutschlands

500 bis 1214 m

Bildliche Darstellung: Fichtelberg mit Drahtseilbahn und

Kurort

e) 1. Mai 1957 bis 30. April 1958

- a) Dauerwerbung
- b) Schweizerhaus über Schwarzburg
- c) Handstempel
- d) SCHWEIZERHAUS ÜBER SCHWARZBURG
- e) 2. 5. 57
- f) BEFÖRDERT MIT POSTKUTSCHE
- g) Bildliche Darstellung: Postkutsche
- e) 5. Mai bis 31. Oktober 1957
- 1) Welttag des Roten Kreuzes
- b) Berlin W 8
- c) Handstempel
- d) BERLIN W 8
- e) 2. 5. 57
- f) DEUTSCHES ROTES KREUZ
- g) SEI AUCH DU HELFER
- h) Bildliche Darstellung: Kreuz mit RING
- e) 7. Mai bis 29. Juni 1957
- a) Postsegelzug
- b) Karl-Marx-Stadt C 1
- c) Handstempel
- d) KARL-MARK-STADT C 1
- e) 2. 5. 57
- f) GROSSFLUGTAG DER GST
- g) Bildliche Darstellung: Emblem der GST
- e) 8. Mai 1957
- a) Postsegelzug
- b) Zwickau (Sachs) 1
- c) Handstempel
- d) ZWICKAU (Sachs) 1
- e) 2. 5. 57
- f) POSTSEGELFLUG
- g) ZWICKAU-KARL-MARK-STADT
- h) Bildliche Darstellung: Segelflugzeug
- e) 8. Mai 1957
- a) Ehrung „Berühmter Naturwissenschaftler“
- b) Berlin W 8
- c) Handstempel
- d) BERLIN W 8
- e) 2. 5. 57
- f) DIE WISSENSCHAFT
- g) SOLL DEM FRIEDEN
- h) DIENEN
- e) 21. Mai bis 21. Juni 1957
- a) Achtung der Atomwaffen
- b) Berlin W 8
- c) Berlin N 4
- d) Zu a: Handstempel
- e) Zu b: Maschinenstempel

- d) Zu a: BERLIN W 8
- e) 2. 5. 57
- f) KEINE ATOMWAFFEN IN DEUTSCHLAND
- g) Zu b: Inschrift wie zu a
- e) 24. Mai bis 21. Juni 1957
- a) Förderung der deutschen Volks- und Laienkunst
- b) Rudolstadt
- c) Handstempel
- d) RUDOLSTADT
- e) 4. 5. 57
- f) 1. FEST
- g) DES DEUTSCHEN VOLKSTANZES
- h) Bildliche Darstellung: Tanzendes Paar
- e) 1. bis 30. Juni 1957
- a) Pressefest der „Sächsischen Zeitung“
- b) Dresden A 21
- c) Maschinenstempel
- d) SZ
- e) PRESSEFEST
- f) 17. und 18. August 1957
- e) 1. Juni bis 17. August 1957
- a) Verkehrswerbung
- b) Weifa über Neukirch (Lausitz)
- c) Handstempel
- d) WEIFA
- e) ÜBER NEUKIRCH (LAUSITZ)
- f) 15. 5. 57
- g) Sommerfrische-Luftkurort
- h) Bildliche Darstellung: Berg mit Turm, Nadelbäume, Lauter
- i) Umgebungsdenkmal
- e) 15. Juni 1957 bis 14. Juni 1958
- a) Anlaß b) Verwendungs-PA c) Art des Stempels
- d) Stempelschrift e) Verwendungsdauer

Die nachstehend aufgeführten Werbepoststempel werden weiterverwendet:

Verwendungs-PAnst	Veröffentlicht unter Anlaß b bzw. VMBI-Mitteilungen	Neue Verwendungsdauer bis
Binz (Rügen)	Nr. 60/1950, S. 582	14. 3. 1958
Caputh üB. Potsdam	Nr. 20/1951, S. 799	28. 2. 1958
Frauenstein (Erzgeb)	Nr. 00/1950, S. 202	31. 2. 1958
Lützenau (Mulde)	Nr. 42/1951, S. 856	31. 2. 1958
Narsdorf	Nr. 50/1950, S. 350	23. 2. 1958
Rastenberg (Thür)	Nr. 24/1949, S. 363	28. 2. 1958
Schmalb. (Thür)	Nr. 60/1949, S. 418	28. 2. 1958
Thermsbad	Nr. 10/1950, S. 66	15. 2. 1958
Wiesbaden (Erzgeb)	Nr. 24/1951, S. 852	15. 2. 1958
Wassungen (Thür)	Nr. 42/1956, S. 66	28. 2. 1958
Ziegenrück	Nr. 42/1956, S. 66	28. 2. 1958

DPW 655-1

Herausgeber: Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin W 66. Verlag: (V) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin, Fernspr. 67 64 11. Postcheckkonto: 1400 25. — Die Verfügungen und Mitteilungen erscheinen in der Regel am 1., 8., 15. und 22. jedes Monats. — Veröffentlicht unter Druckgenehmigungsnummer AG 11457 DDR des Amtes für Literatur und Verlagswesen der Deutschen Demokratischen Republik. — Druck: VEB Berliner Druckhaus, Berlin NO 55.

Ausgabe A

5

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen

Jahrgang 1957

Berlin W 66, den 23. Mai 1957

Nummer 21

Anordnung über den Aufbau und die Aufgaben der Inspektionen für Arbeitsschutz und technische Sicherheit im Bereich des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen

Vom 18. Februar 1957

Auf Grund der §§ 7 und 10 der Verordnung vom 22. Dezember 1955 über die Bildung von Inspektionen für Arbeitsschutz und technische Sicherheit (GBl. 1956 I, S. 9) wird im Einvernehmen mit dem Minister für Arbeit und Berufsausbildung und dem Sekretariat des Zentralvorstandes der Industrieergewerkschaft Post- und Fernmeldewesen folgendes angeordnet:

Die Sicherheitsinspektoren der Hauptverwaltungen sind dem Leiter der jeweiligen Hauptverwaltung in dieser Tätigkeit unmittelbar nachgeordnet.

(2) Bei den Bezirksdirektionen übernehmen die Aufgaben des Arbeitsschutzes und der technischen Sicherheit die dafür eingesetzten Sachbearbeiter als Sicherheitsbeauftragte. In dieser Eigenschaft unterstehen sie dem Leiter der Bezirksdirektion unmittelbar.

(3) Die Sicherheitsinspektoren der Hauptpost-, Fernmelde- und Funkämter unterstehen unmittelbar dem Leiter ihres Amtes, die Sicherheitsinspektoren der sonstigen Institutionen der Deutschen Post dem Leiter der betreffenden Institution. Die Ämter und Institutionen, bei denen Sicherheitsinspektoren einzusetzen sind, werden in den „Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen“ bekanntgemacht. Bei den übrigen Ämtern werden Sicherheitsbeauftragte eingesetzt, die neben anderen Aufgaben die Aufgaben des Arbeitsschutzes und der technischen Sicherheit zusätzlich übernehmen.

(4) An den Fachschulen der Deutschen Post sind geeignete Dozenten mit Vorlesungen über Arbeitsschutz und technische Sicherheit zu beauftragen.

(5) Der Aufgabenbereich eines Sicherheitsinspektors kann sich auf mehrere Ämter oder sonstige Institutionen der Deutschen Post erstrecken. In solchen Fällen ist der Sicherheitsinspektor dem Leiter desjenigen Amtes oder derjenigen Institutionen zugeordnet.

§ 1

Verantwortlichkeit auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes und der technischen Sicherheit

(1) Für den Arbeitsschutz und die technische Sicherheit sind die Leiter der Hauptverwaltungen, die Leiter der Bezirksdirektionen und die Leiter der Ämter und sonstigen Institutionen der Deutschen Post in ihrem Aufgabengebiet verantwortlich.

(2) Zu ihrer Unterstützung werden zur Anleitung und Kontrolle der Post-, Fernmelde- und Funkämter sowie der sonstigen Institutionen der Deutschen Post auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes und der technischen Sicherheit im Bereich des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen Sicherheitsinspektoren und Sicherheitsbeauftragte eingesetzt.

§ 2

Organe des Arbeitsschutzes und der technischen Sicherheit

(1) Der Sicherheitsinspektor des Ministeriums untersteht dem Minister für Post- und Fernmelde-

Aushang
vom 5. 6. 1957
bis auf weiteres

tutionen unterstellt, bei dem er seinen Dienstort hat. Derartige Regelungen des Aufgabenbereiches eines Sicherheitsinspektors werden in den Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen" bekanntgegeben.

§ 3

Bestellung und Abberufung der Organe auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes und der technischen Sicherheit

- (1) Als Sicherheitsinspektoren und Sicherheitsbeauftragten werden nach Anhören des übergeordneten Inspektors für Arbeitsschutz und technische Sicherheit von den Leitern der im § 1 aufgeführten Organe des Ministeriums, den Leitern der Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen, den Leitern der Ämter und der sonstigen Institutionen der Deutschen Post beauftragt und abberufen.
- (2) Der übergeordnete Inspektor für Arbeitsschutz und technische Sicherheit kann die Abberufung nachgeordneter Sicherheitsinspektoren oder Sicherheitsbeauftragter verlangen, wenn sie ihre Aufgaben, insbesondere ihre gesetzlich festgelegten Pflichten, und die ihnen erteilten dienstlichen Weisungen nicht oder nur unzureichend erfüllen.

§ 4

Aufgaben des Sicherheitsinspektors des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen

- (1) Der Sicherheitsinspektor des Ministeriums hat insbesondere folgende Aufgaben:
 - a) den Minister bei der Organisation des Arbeitsschutzes und der technischen Sicherheit zu beraten,
 - b) die Arbeit der Sicherheitsinspektoren und Sicherheitsbeauftragten der Deutschen Post anzuleiten und zu kontrollieren,
 - c) auf der Grundlage der Arbeitsschutzgesetzgebung Richtlinien auszuarbeiten und herauszugeben, die der Verbesserung des Arbeitsschutzes, der Erleichterung der Arbeit und der Erhöhung der technischen Sicherheit der Post- und Fernmeldeanlagen sowie der Betriebsbedingungen und Arbeitsmittel dienen,
 - d) die Erfahrungen auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes und der technischen Sicherheit auf den gesamten Bereich der Deutschen Post zu übertragen,
 - e) Unfälle und Katastrophen zu untersuchen, auszuwerten sowie Anleitungen herauszugeben, um Wiederholungen zu vermeiden oder die schädlichen Folgen einzuschränken,

f) vorzuschlagen, welche Investitionen und Generalreparaturen aus den Mitteln für Arbeitsschutz und technische Sicherheit finanziert werden sollen, und auf die Durchführung dieser Vorhaben hinzuwirken,

g) überbetriebliche Verbesserungsvorschläge auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes und der technischen Sicherheit auszuwerten und für ihre Einführung zu sorgen,

h) Anleitung für die Aufgaben im Arbeitsschutz bei den abzuschließenden Betriebskollektivverträgen (BKV) zu geben und die Durchführung der Aufgaben zu kontrollieren,

i) Richtlinien für die Schulung der mittleren Kader und der Werkstätten auszuarbeiten, die Lehrpläne der Fachschulen auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes und der technischen Sicherheit zu beeinflussen und Schulungen und Lehrgänge einzuleiten oder zentral durchzuführen,

k) in Verbindung mit dem Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung, den Gewerkschaften, der Kammer der Technik und den Forschungsinstituten den Arbeitsschutz und die technische Sicherheit ständig zu verbessern, internationalen Erfahrungsaustausch über Probleme des Arbeitsschutzes und der technischen Sicherheit anzuregen und zu pflegen,

l) Statistiken und Unfallanalysen der Hauptverwaltungen und der Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen zusammenzufassen und auszuwerten,

m) auf Vorschlag der Sicherheitsinspektoren der Hauptverwaltungen die Sicherheitsinspektoren und die Sicherheitsbeauftragten der Bezirksdirektionen, Ämter und sonstigen Institutionen der Deutschen Post zu besonderen Einsätzen heranzuziehen.

(2) Der Sicherheitsinspektor des Ministeriums ist berechtigt, alle den Hauptverwaltungen, Bezirksdirektionen und sonstigen Institutionen der Deutschen Post unterstellten Ämter, Betriebs-einrichtungen sowie deren Post- und Fernmeldeanlagen, Baustellen usw. zu besichtigen und zu überprüfen.

§ 5

Aufgaben der Sicherheitsinspektoren bei den Hauptverwaltungen

- (1) Die Sicherheitsinspektoren der Hauptverwaltungen haben insbesondere folgende Aufgaben:
 - a) den Leiter der Hauptverwaltung ständig über den Stand des Arbeitsschutzes im Bereich der Hauptverwaltung zu informieren, Maßnahmen zur Verbesserung des Arbeitsschutzes und der technischen Sicherheit mit dem Leiter zu beraten und ihre Durchführung zu veranlassen,
 - b) zu veranlassen, daß bei der Planung, Errichtung, Erweiterung und Veränderung von Werkstätten, Betriebsräumen, Betriebs-einrichtungen sowie Post- und Fernmeldeanlagen in den Ämtern und Betrieben der Deut-

schen Post die neuesten sicherheitstechnischen Erkenntnisse angewendet werden,

c) zu veranlassen, daß bei der allgemeinen Einführung neuer oder veränderter Arbeitsverfahren und bei der Verwendung neu eingeführter Maschinen, Geräte, Werkzeuge und Bauzeug die Sicherheit und der Gesundheitsschutz der Beschäftigten gewährleistet werden,

d) Unfälle und Katastrophen nach Schwerpunkten zu untersuchen, statistisch zu erfassen, auszuwerten und durch Anleitung eine Wiederholung solcher Unfälle zu vermeiden,

e) in Zusammenarbeit mit dem Sicherheitsinspektor des Ministeriums bei der Entwicklung von Aufklärungsmaterial in Wort, Schrift und Bild mitzuwirken,

f) darauf hinzuwirken, daß bei der Planung der Mittel für den Arbeitsschutz und die technische Sicherheit der zur Verfügung stehende Gesamtbetrag schwerpunktmäßig auf die Bezirke aufgeschlüsselt wird.

(2) Die Sicherheitsinspektoren der Hauptverwaltungen haben zu kontrollieren, ob die Aufgaben des Arbeitsschutzes und der technischen Sicherheit, die von den Bezirksdirektionen und den Ämtern in eigener Verantwortung durchzuführen sind, eingehalten werden.

Sie haben hierbei insbesondere darauf zu achten, a) daß in Betriebsräumen und an Arbeitsstätten durch Gase, Dämpfe, Staub, elektrischen Strom, übermäßige Geräusche, ungenügende Beleuchtung sowie durch mangelhafte Belüftung und Beheizung keine Gefahren auftreten,

b) daß Maschinen und Einrichtungen, deren Bedienung und Handhabung besonders gefährlich ist, nur von solchen Personen bedient werden, die dafür ausgebildet sind und dazu die körperlichen und geistigen Fähigkeiten besitzen,

c) ob die Sicherheitsmaßnahmen der Ämter und sonstigen Institutionen der Deutschen Post den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen und geeignet sind, Betriebsunfälle zu vermeiden, und ob die Betriebskollektivverträge auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes termingemäß und vollständig verwirklicht werden,

d) daß die gesetzlichen Bestimmungen über Arbeitszeit, Arbeitspausen und Arbeitsschutz, insbesondere die Frauen- und Jugendschutzbestimmungen, eingehalten werden,

e) daß die für den Betriebsablauf verantwortlichen Mitarbeiter ihre Verpflichtungen einhalten und die Werkstätten über die zu beachtenden Arbeitsschutzanordnungen regelmäßig belehren,

f) daß Arbeitsschutzzeichen und Arbeitsschutzkabinette in den Ämtern und sonstigen Institutionen der Deutschen Post eingerichtet werden,

g) daß die den Bezirksdirektionen zugewiesenen Mittel für den Arbeitsschutz und die technische Sicherheit schwerpunktmäßig auf die Ämter des Bezirkes aufgeschlüsselt und den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend zweckgebunden verwendet werden.

(3) Die Sicherheitsinspektoren der Hauptverwaltungen sind berechtigt, alle Bezirksdirektionen und die den Hauptverwaltungen unterstellten Ämter und sonstigen Institutionen der Deutschen Post, Baustellen, Betriebs-einrichtungen, Post- und Fernmeldeanlagen usw. zu besichtigen und zu überprüfen.

§ 6

Aufgaben der Sicherheitsbeauftragten bei den Bezirksdirektionen

(1) Die Sicherheitsbeauftragten bei den Bezirksdirektionen haben die in § 5, Abs. 1 und 2, festgelegten Aufgaben in den Bezirken der Republik durchzuführen.

(2) Die Sicherheitsbeauftragten der Bezirksdirektionen sind verpflichtet, Ämter und sonstige Institutionen der Deutschen Post, Betriebs-einrichtungen, Post- und Fernmeldeanlagen, Baustellen usw. ihres Bezirkes zu besichtigen und zu überprüfen sowie zu kontrollieren, ob die Aufgaben der Ämter im Arbeitsschutz und der technischen Sicherheit gemäß § 7 durchgeführt werden.

(3) Über tödliche Unfälle, Katastrophen und Massenunfälle sowie tödliche Unfälle betriebsfremder Personen, die durch Arbeiten der Deutschen Post verursacht wurden, ist sofort fernmündlich oder telegrafisch an die Hauptverwaltungen zu berichten.

§ 7

Aufgaben der Sicherheitsinspektoren und der Sicherheitsbeauftragten in den Ämtern und sonstigen Institutionen des Post- und Fernmeldewesens

(1) Die Sicherheitsinspektoren und Sicherheitsbeauftragten in den Ämtern, Betrieben und sonstigen Institutionen der Deutschen Post haben insbesondere folgende Aufgaben:

a) die Leiter der Ämter und aufsichtsführenden Mitarbeiter bei der Organisation des Arbeitsschutzes und der technischen Sicherheit zu beraten und zu unterstützen,

b) zu kontrollieren und dafür zu sorgen, daß die Meister oder Abteilungsleiter betriebliche Richtlinien für die Verbesserung des Arbeitsschutzes und zur Erhöhung der Sicherheit der technischen Anlagen sowie für besonders gefährliche Arbeiten oder Arbeitsverfahren ausarbeiten, die vom Leiter des Amtes oder vom technischen Leiter bestätigt werden,

c) Post- und Fernmeldeanlagen und Betriebs-einrichtungen zu überwachen, Betriebsstörungen zu untersuchen, die Beseitigung der dabei festgestellten Mängel zu veranlassen und dafür zu sorgen, daß bei Gefährdung von Personen oder Betriebs-einrichtungen die

- betreffenden Betriebssteile oder Maschinen stillgelegt werden, worüber der Sicherheitsbeauftragte der Bezirksdirektion unverzüglich zu unterrichten ist.
- d) bei geplanter Erweiterung oder Veränderung von Betriebsanlagen, Betriebsrichtungen und Arbeitsstätten die Leiter der Ämter zu beraten, damit die neuen Erkenntnisse auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes und der technischen Sicherheit angewendet werden,
- e) neuerrichtete, erweiterte, wesentlich veränderte oder instandgesetzte Betriebsrichtungen hinsichtlich der Erfordernisse des Arbeitsschutzes und der Sicherheitstechnik zu überprüfen, für den Betrieb freizugeben oder auf Herstellung des sicherheitstechnischen Zustandes zu achten,
- f) zu kontrollieren und dafür zu sorgen, daß in Betriebsräumen und an Arbeitsstätten durch Gase, Dämpfe, Staub, elektrischen Strom, übermäßige Geräusche, ungenügende Beleuchtung sowie durch mangelhafte Belüftung und Beheizung keine Gefahren für die Gesundheit und das Leben der Beschäftigten auftreten können,
- g) dafür zu sorgen, daß bei der Anwendung neuer oder veränderter Arbeitsverfahren und bei der Verwendung neuer Geräte, Werkzeuge, Bauteile usw. die Sicherheit und der Gesundheitsschutz der Beschäftigten gewährleistet sind,
- h) zu kontrollieren, daß die Maschinen und Einrichtungen, deren Bedienung und Handhabung besonders gefährlich ist, nur von solchen Personen bedient werden, die dafür ausgebildet sind und die körperlichen und geistigen Fähigkeiten besitzen. Bei Neueinstellung von Kesselwärtern, Fahrstuhlführern, schaltberechtigten Personen usw. ist zu kontrollieren, daß die für diese Tätigkeit erforderlichen Prüfungen abgelegt und durch Zeugnisse belegt werden (diese Mitarbeiter sind ständig zu schulen),
- i) dafür zu sorgen, daß Betriebsstörungen und Unfälle von den für den Betriebsablauf verantwortlichen Mitarbeitern auf ihre Ursachen untersucht und geeignete Maßnahmen zur Beseitigung der Unfallursachen und Gefahrenquellen angeordnet werden. Die Durchführung der Anordnungen zur Verhütung von Unfällen bei allen Dienststellen des Amtes zu kontrollieren,
- j) zu kontrollieren, daß
1. überwachungspflichtige Anlagen nach der Verordnung vom 25. Oktober 1951 zum Schutze der Arbeitskraft (GBl. S. 967) den Organen des staatlichen Arbeitsschutzes — Technische Überwachung — zur termingemäßen Prüfung gemeldet und entsprechend vorbereitet werden,
 2. die in den Arbeitsschutzanordnungen geforderten und vom Betrieb durchzufüh-
- renden Zwischenprüfungen durchgeführt werden,
3. in besonderen Fällen außerordentliche Prüfungen überwachungspflichtiger Anlagen bei der technischen Überwachung der staatlichen Organe des Arbeitsschutzes beantragt werden,
- k) bei der Aufstellung der Investitions- und Generalreparaturpläne zur Verbesserung des Arbeitsschutzes und der technischen Sicherheit verantwortlich mitzuwirken und die zweckgebundene sowie termingemäße Verwendung der Mittel zu überwachen,
- l) bei der Ausarbeitung der Aufgaben des Arbeitsschutzes zur Aufnahme in den BKV mitzuwirken, den Erfüllungsstand ständig zu überwachen und monatlich dem Leiter des Amtes zu berichten, Vorschlags- und Mängelbücher zu kontrollieren und die Beseitigung der eingetragenen Mängel zu veranlassen,
- m) über Betriebsunfälle und Fälle von Berufskrankheiten dem Leiter des Amtes zu berichten, die Unfallstatistik nach dem vorgeschriebenen Vordruck zu führen und termingemäß dem Sicherheitsbeauftragten der Bezirksdirektion vorzulegen sowie Maßnahmen vorzuschlagen, die zur Senkung des Unfallstandes geeignet sind,
- n) die Einhaltung der gesetzlich festgelegten Arbeitszeit zu überwachen und Maßnahmen zur Vermeidung von Überstunden vorzuschlagen,
- o) Reihen- und Kontrolluntersuchungen der Beschäftigten anzuregen, die Werkkücheneinrichtungen und die sanitären Anlagen auf Einhaltung der Hygieneanordnungen zu kontrollieren,
- p) die ordnungsgemäße Planung, Bereitstellung und Verteilung von Arbeitsschutzkleidung und Arbeitsschuttmitteln zu überwachen,
- q) dafür zu sorgen, daß neue Vorschriften und neue Erkenntnisse auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes und der technischen Sicherheit unverzüglich allen Aufsichtspersonen bekanntgegeben werden. Die Schulung der für den Betriebsablauf verantwortlichen Mitarbeiter nach dem Themenplan des Ministeriums vorzunehmen,
- r) Schulungen der Werk tätigen über Arbeitsschutzmaßnahmen bei Neueinstellungen, Arbeitsplatzwechsel im Betrieb sowie bei der Einführung neuer Arbeitsmethoden durch die für den Betriebsablauf verantwortlichen Mitarbeiter vorzusehen und zu kontrollieren. Ferner sind die von verantwortlichen Mitarbeitern durchzuführenden Belehrungen am Arbeitsplatz zu kontrollieren,
- s) die Aufsichtsführenden und die für den Betriebsablauf verantwortlichen Mitarbeiter auf ihre Kenntnisse auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes und der technischen Sicherheit zu prüfen,

- t) zur Gewährung von zusätzlichem Urlaub und Erschwerniszuschlägen für besonders schwere und gesundheitsschädigende Arbeiten nach den gesetzlichen Bestimmungen gutachtlich Stellung zu nehmen,
- u) in den Produktionsberatungen und Betriebsversammlungen eine zweckmäßige und ständige Aufklärung über Arbeitsschutz und technische Sicherheit in Wort, Bild und Schrift anzuregen und ihre Durchführung zu kontrollieren,
- v) die Anregungen, Verbesserungsvorschläge, Hinweise und Kritiken der Werk tätigen und der Arbeitsschutzkommissionen (ASK) in Fragen des Arbeitsschutzes und der technischen Sicherheit zu beachten und auszuwerten,
- w) dafür zu sorgen, daß über tödliche Unfälle und schwere Unfälle, Katastrophen, Massenunfälle und Brandschäden sofort an die Bezirksdirektion — bei Funkämtern an die zuständige Hauptverwaltung — fernmündlich oder telegrafisch berichtet wird.
- Über tödliche und schwere Unfälle, Katastrophen, Massenunfälle und über Unfälle, die sich bei der Ausführung neuer Bauweisen oder an neuen Maschinen oder Einrichtungen ereignen, sind Unfallberichte anzufertigen und dem Sicherheitsbeauftragten der Bezirksdirektion — bei Funkämtern dem

Sicherheitsinspektor der Hauptverwaltung — zuzuleiten.

- (2) Für die Ämter und Dienststellen des Bereichs Rundfunk und Fernsehen übernehmen die im § 7 Abs. 1 genannten Aufgaben der Sicherheitsinspektoren der Bezirksdirektion die Sicherheitsinspektoren der Hauptverwaltungen des Bereichs Rundfunk und Fernsehen.

§ 8

Schlußbestimmungen

Die Leiter der Hauptverwaltungen, die Leiter der Bezirksdirektionen, die Leiter der Ämter, Betriebe und Institutionen des Post- und Fernmeldewesens sowie die Sicherheitsinspektoren und Sicherheitsbeauftragten können bei Vernachlässigung ihrer Aufgaben nach § 48 der Verordnung vom 25. Oktober 1951 zum Schutze der Arbeitskraft (GBl. S. 957) und nach der Verordnung vom 10. März 1955 über die Pflichten und Rechte der Mitarbeiter der staatlichen Verwaltungsorgane — Disziplinarordnung — (GBl. I S. 217) zur Verantwortung gezogen werden.

§ 9

Die Anordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 18. Februar 1957

Minister für Post- und Fernmeldewesen
Burmeister

KURT HARTNICK · OTFRIED SCHMACK

Das Sozialversicherungsrecht in der Deutschen Demokratischen Republik

Loseblattsammlung

der sozialversicherungsrechtlichen Gesetze, Verordnungen, Durchführungsbestimmungen, Anordnungen, Richtlinien nach dem Stande vom 20. Februar 1957

Etwa 320 Seiten · Preis einschließlich Ordner etwa 12,50 DM

(Erscheint im September 1957)

Diese Loseblattsammlung informiert die verantwortlichen Mitarbeiter der Sozialversicherung, der Gewerkschaften und Betriebe laufend über den neuesten Stand des Sozialversicherungsrechts. Nach Bedarf erscheinende Nachträge halten das Werk stets aktuell. Die Sammlung enthält eine Zusammenstellung aller Bestimmungen auf dem Gebiete des gesamten Sozialversicherungsrechts in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich der Bestimmungen des Rentenrechts, des Gesundheitswesens und des Arbeitsrechts, soweit diese mit dem Sozialversicherungsrecht in Verbindung stehen.

Gliederung der Hauptgruppen:

- Versicherungspflicht und Leistungsgewährung
 - z. B. Verordnung über Sozialversicherung der Bergleute,
 - Verordnung über Pflichtversicherung
- Sonderbestimmungen des Rentenrechts
 - z. B. Verordnung über Rente an Kriegsinvaliden,
 - Anordnung über Rente an ehemalige Beamte
- Regelung des Gesundheitswesens zur Sozialversicherung
 - z. B. Gesetz über Mutter- und Kinderschutz,
 - Anordnung über materielle Hilfe für alleinstehende werktätige Mütter
- Bestimmungen für die Produktionsgenossenschaften, Kollegien der Rechtsanwälte u. ä.
 - z. B. Verordnung über Sozialpflichtversicherung für Mitglieder LPG
- Bestimmungen der Sozialversicherung für Selbständige
 - z. B. Verordnung zur Übertragung der Sozialversicherung auf die DVA
- Bestimmungen allgemeiner Art
 - z. B. Verfahrensordnung für die Sozialversicherung und auszugswise Verordnung über Wahrung der Rechte

Das Sozialversicherungsrecht in der DDR ist ein wertvolles Hilfsmittel für die Vorgesetzten der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten, der Sozialversicherung bei der Deutschen Versicherungsanstalt, für die Funktionäre der Sozialversicherung im FDGB, die Mitglieder der Beschwerdekommisionen, die Mitglieder der Räte und Kommissionen sowie der Bevollmächtigten für Sozialversicherung und für die Arbeitsrichter bzw. für alle Staatsfunktionäre, die sich mit dem Rechtsgebiet der Sozialversicherung befassen. Darüber hinaus zeigt die Loseblattsammlung, welche umfangreiche soziale Sicherheit den Werktätigen der DDR gewährt wird.

Um eine genaue Auflagenhöhe festlegen zu können, bitten wir schon jetzt, ihre Bestellung beim örtlichen Buchhandel oder beim Buchhaus Leipzig, Leipzig C 1, Postfach 91, aufzugeben.



VEB DEUTSCHER ZENTRALVERLAG · BERLIN

Herausgeber: Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin W 66.
Verlag: (V) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin, Fernsp. 67 81 11, Postfachkonto: 1409 25. — Die Verfügungen und Mitteilungen erscheinen in der Regel am 1., 15. und 28. jedes Monats — Veröffentlicht unter Druckgenehmigungsnummer Ag 11487 DDR des Amtes für Literatur und Verlagswesen der Deutschen Demokratischen Republik. — Druck: VEB Berliner Druckhaus, Berlin NO 55.

Ausgabe A

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für  Post- und Fernmeldewesen

Jahrgang 1957 Berlin W 66, den 15. Mai 1957 Nummer 20

Inhalt

Verfügungen:	Betriebsdienst	Seite
Nr. 100 Rückscheinpaketsendungen	— Post —	83
Nr. 101 Ton- und Fernseh-Rundfunkdienst	— Funkwesen —	83
Mitteilungen:		
Nr. 47 Auszeichnungen zum 1. Mai 1957		83
Nr. 48 Berichtigung		84
Nr. 49 Sonderpostämter		84

Verfügungen Betriebsdienst — Post —

Nr. 100/1957. Rückscheinpaketsendungen

Der Geschenkdienst und Kleinexport GmbH, Berlin C 2, versendet in großer Zahl Pakete mit Rückschein an Empfänger in der Deutschen Demokratischen Republik. Der Geschenkdienst klagt darüber, daß zahlreiche Rückscheine nicht an ihn zurückgelangen.

Auf die gewissenhafte Beachtung der Vorschriften über die Behandlung von Rückscheinpaketsendungen (DA Pkt § 4a, ADA V.2 § 77, IX in Verbindung mit VMBL.VI.Nr. 105/1956) wird hingewiesen. Die Zusteller sind von Zeit zu Zeit über die richtige Behandlung der Rückscheinpaketsendungen zu belehren.

P OB 2 b 2125—9

— Funkwesen —

Nr. 101/1957. Ton- und Fernseh-Rundfunkdienst

1. Verzicht und Entzug von Genehmigungen

(zu § 4 der 1. Durchführungsbestimmung zur VO über den Fernseh-Rundfunk)

Nach Absatz 3 des § 4 der Durchführungsbestimmung sind vom Fernseh-Rundfunkteilnehmer Antennen usw. nach fristgemäßer Abmeldung der Fernseh-Rundfunkempfangsanlage auf Verlangen der Deutschen Post zu beseitigen. Von diesem Recht ist in den Fällen des Absatzes 4 kein Gebrauch zu machen. Dies gilt auch dann, wenn der Fernsehkanal in dem Fernseh-Empfangsgerät (z. B. durch Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung einer Vertragswerkstatt) außer Betrieb gesetzt wurde und mit dem Ton-Rundfunkempfangs-

teil des Fernseh-Empfangsgerätes weiterhin Ton-Rundfunk empfangen wird. In allen diesen Fällen ist jedoch nach Absatz 4 des § 4 eine Rundfunkgenehmigung erforderlich.

Das in § 7 der VO über den Fernseh-Rundfunk festgelegte Prüfrecht berechtigt die Beauftragten der Deutschen Post zur stichprobeweisen Durchführung von Kontrollen.

2. Gebühren für Fernseh-Rundfunkgenehmigungen

(zu § 5 Absatz 1 der 1. Durchführungsbestimmung zur VO über den Fernseh-Rundfunk)

Als Fernseh-Rundfunkempfangsgerät gilt jeder Fernsehempfänger mit oder ohne eingebauten Ton-Rundfunkempfangsteil. Eine Unterscheidung in Fernseh-Rundfunkempfangsteil mit oder ohne

eingebauten Ton-Rundfunkempfänger erbringt sich. Für das Betreiben eines vom Fernschleppfänger getrennten Rundfunkempfängers bedarf es keiner besonderen Rundfunkgenehmigung. Für diesen Rundfunkempfänger ist folglich auch keine Rundfunkgebühr zu zahlen.

Im übrigen wird auf die Bestimmungen der VMBL.Vf.Nr. 295/1956, Ziffer 3, verwiesen. Für Betriebe sind die bisherigen Bestimmungen für den Ton-Rundfunk singemäß auch für den Fernseh-Rundfunk anzuwenden. R Re 1156-1

Mitteilungen

Nr. 47/1957. Auszeichnungen zum 1. Mai 1957

Der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik verlieh den Ehrentitel „Vordirektor Meister“ an den Fernmeldemeister (Bau) Hans Stegmann vom Fernmeldeamt Erfurt.

Der Minister für Post- und Fernmeldewesen verlieh folgende Ehrenzeichen und Ehrentitel:

Ehrentitel „Beste Meister der Industrie-Gruppe“

Else Braune, Fernmeldemeisterin im FMA Erfurt, Alfred Trott, Fernmeldemeister (Bau) im FMA Eisenach

Ehrenurkunde als „Beste Facharbeiter“

Lisbeth Klement, Telefonistin im FMA Pirna, Otmor Kramer, Briefzusteller beim HPA Weimar, Herbert Kruse, Fernmeldebaumeister im FMA Nordhausen, Walter Kühnel, Amtswart im FMA Pirna, Fritz Ollie, Kraftfahrer beim FMA Dessau, Oskar Richter, Telegrammzusteller beim FMA Dresden, Viktor Stafschinski, Kraftfahrer beim FMA Dessau, Margarete Tümpel, Telefonistin im FMA Eisenach, Willy Venus, Briefzusteller beim HPA Karl-Marx-Stadt 4.

Abzeichen „Für ausgezeichnete Leistungen im Wettbewerb“

Siegfried Knobloch, Leiter des FMA Pirna, Friedrich Peldschus, Leiter des HPA Mühlhausen, Walter Tschentscher, Abteilungsleiter im FMA Görlitz.

Ehrentitel „Brigade der besten Qualität“

Brigade „Freiheit“ vom FMA Dessau

Brigade „Kühne“ vom FMA Dresden

Brigade „Einheit“ vom FMA Eisenach

Brigade „Initiative“ vom FMA Erfurt

Brigade „Vorwärts“ vom FMA Nordhausen

Brigade „Kowaljew“ vom FMA Erfurt

Brigade „Auskunft“ vom FMA Erfurt

Brigade „Ernst Thälmann“ vom FMA Nordhausen

Brigade „Aktivist“ vom FMA Nordhausen

Brigade „Neuer Kurs“ vom FMA Nordhausen

Brigade „Freundschaft“ vom FMA Pirna

Brigade „Blaue Fahne“ vom FMA Pirna

Brigade „Fortschritt“ vom FMA Weimar

Brigade „Ernst Thälmann“ vom FMA Weimar

Brigade „Karl Liebknecht“ vom FMA Weimar

Brigade „Einheit“ vom HPA Eisenach

Brigade „Vorwärts“ vom HPA Eisenach

Brigade „Philipp Müller“ vom HPA Erfurt

Brigade „Immer bereit“ vom HPA Erfurt

Brigade „Fritz Heckert“ vom HPA Karl-Marx-Stadt 1

Brigade „Andersen-Nexö“ v. HPA Karl-Marx-Stadt 4

Brigade „1. Mai“ vom HPA Mühlhausen

Brigade „Glück auf“ vom HPA Mühlhausen

Brigade „Walter Ulbricht“ vom HPA Nordhausen

Brigade „9. Oktober“ vom HPA Oelsnitz (Vogt)

Brigade „Vorwärts“ vom HPA Oelsnitz (Vogt)

Brigade „Mund“ vom HPA Weimar

Brigade „Honig“ von der HWKw Erfurt

Arb 6 9081-0

Nr. 48/1957. Berichtigung

In der VMBL.Mitt.Nr. 42/1957 ist in der ersten Zeile des Textes handschriftlich die VMBL.Vf.Nr. 93 einzufügen. Pr 1300-0

Nr. 49/1957. Sonderpostämter

(Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluß der Mitteilungen)

a) Briefmarkenausstellung „Elbe-Havel-Schau“

b) Bezirkskommissionen Philatelie Magdeburg und Potsdam

c) 4. und 5. Mai sowie 6. Mai 1957

d) Verkauf von Postwertzeichen, Zettungen, Annahme von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen, Gefälligkeitsstempel

e) POTSDAM 1

4. 5. 27-29

ELBE-HAVEL-SCHAU 4.-8. Mai 1957

Bildliche Darstellung: Dom von Brandenburg (Havel) und Schloß Sanssouci

Der Werbostempel wird am 6. und 7. Mai beim HPA Potsdam verwendet.

Görlitz (b. Riesa), Klubhaus der Stahlwerker, ZWPA des HPA Riesa 1

a) V. Briefmarkenausstellung

b) Sektion Philatelie des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands im VEB Stahl- und Walzwerk Görlitz

c) 18. bis 20. Mai 1957

d) Verkauf von Postwertzeichen, Annahme von Einschreibsendungen, Gefälligkeitsstempel

e) Görlitz (b. Riesa)

18. 5. 27-29

V. Briefmarkenausstellung der Stahlwerker

Bildliche Darstellung: Stahlwerker

a) Anlaß b) Veranstalter c) Dauer d) Aufgabenkreis des Sonderpostamtes e) Stempelschrift

DPW 1230-0/2 B

Herausgeber: Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin W 66. Verlag: VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin, Fernsp. 67 64 11. Postcheckkonto: 1405 25. Die Verfügungen und Mitteilungen erscheinen in der Regel am 1., 8., 15. und 22. jedes Monats. - Veröffentlicht unter Druckgenehmigungsnr. Az 13497 DDM des Amtes für Literatur und Verlagswesen der Deutschen Demokratischen Republik. - Druck: VEB Berliner Druckhaus, Berlin NO 55

Ausgabe A

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen

Jahrgang 1957 Berlin W 66, den 8. April 1957 Nummer 14



Inhalt		Seite	Seite
Verfügungen:	Algemeines		
Nr. 74 Sonderpostwertzeichen zum 175. Geburtstag Friedrich Fröbels	63	Nr. 76 Höchstgewicht für Postdienstpakete	64
Beirichsdienst		Nr. 77 Wegfall des Freivermerks auf Paketendungen	64
— Post		Nr. 78 Vereinfachtes Verrechnungsverfahren im Rundfunkdienst	64
Nr. 75 Fahrgeldreinerhöhung	64	Mitteilungen:	
		Nr. 24 Personstufen an der Hochschule für Verkehrswesen	65
		Nr. 25 Sonder- und Werbostempel	65

Verfügungen Allgemeines

Nr. 74/1957. Sonderpostwertzeichen zum 175. Geburtstag Friedrich Fröbels

Zum 175. Geburtstag Friedrich Fröbels am 21. April 1957 werden zwei Sonderpostwertzeichen zu 10 und 20 Pfennig herausgegeben. Auf dem 10-Pfennig-Wert (grün/schwarz) sind Kinder dargestellt, die mit Reifen sowie Würfel, Walze und Kugel, Wahrzeichen Fröbelscher Ideen, spielen. Der 20-Pfennig-Wert (rot/schwarz) zeigt ein Brustbild Fröbels und spielende Kinder.

Friedrich Fröbel, der Schulreformer, Erziehungspraktiker und Schöpfer der ersten Kindergärten in

Die in 1/4 ihrer natürlichen Größe abgebildeten Wertzeichen wurden von dem Berliner Graphiker Axel Bengs entworfen und vom VEB Deutsche Wertpapier-Druckerei in Leipzig zweifarbig im Offsetdruck auf Wasserzeichenpapier mit dem Kreuzblumenmuster hergestellt.

Die Sonderpostwertzeichen sind vom 18. April 1957 an mit Vorrang bei allen Postanstalten der Deutschen Demokratischen Republik und des demokratischen Sektors von Groß-Berlin sowie bei der Versandstelle für Sammlermarken in Berlin W 8 zu verkaufen. Vor dem Ausgabtag dürfen sie nicht abgegeben werden.



Deutschland, wurde 1782 in Oberweißbach (Thüringen) geboren. Sein unerschrockenes Eintreten für den deutschen Einheitsgedanken in der Revolution von 1848 trug seinen Namen weit über die Grenzen Deutschlands hinaus. In Deutschland selbst jedoch wurden damals Fröbels Kindergärten als „gefährliche“ Einrichtungen von der Reaktion eingeschlossen.

Zu diesen Sonderpostwertzeichen wurde ein Ersttagsbriefumschlag hergestellt, der auf dem linken Drittel der Anschriftseite das Fröbeldenkmal zeigt, aufgebaut aus Fröbels Spielgaben Würfel, Walze und Kugel, und die Inschrift trägt: „Kommt, laßt uns unsern Kindern leben!“ Der Ersttagsbriefumschlag ist zum Preise von 20 Pfennig bei den üblichen Abgabestellen zu verkaufen. P OB 4 a 2040-1

Betriebsdienst - Post -

Nr. 75/1957. Fahrgebührenermäßigung
(Zur Vt. PB 2 Kz 2 213-1 vom 18. März 1954)

Von sofort an sind Begleiter von Schwerbeschädigten (einschließlich Blinden) bei der Benutzung von Landkraftwagen der Deutschen Post gebührenfrei zu befördern. Die Berechtigung zur Mitnahme eines Begleiters muß jedoch ausdrücklich im Schwerbeschädigtenausweis vermerkt sein. In diesem Zusammenhang wird auf die AmtsbVf.Nr. 297/1952 und auf das Gesetzblatt Teil I, Nr. 99, vom 18. November 1955 (Anordnung über die Ausgabe von Schwerbeschädigtenausweisen) verwiesen. Die DA Kf 1 § 10 Abschnitt 4 ist zu berichtigen.
P Tr 4 2433-1

Nr. 76/1957. Höchstgewicht für Postdienstpakete
(Zur VMBI. Vt. Nr. 359/1953)

Obwohl das Höchstgewicht für Postdienstpakete auf 15 kg festgesetzt worden ist, werden immer wieder schwerere Sendungen befördert. Z. T. sind sie übermäßig schwer und wiegen ein Vielfaches des festgesetzten Höchstgewichts, z. B. die Dienstkisten von Fernmeldedienststellen. Derartige Sendungen erschweren und behindern den Dienstbetrieb. Vor allen Dingen verstößt es aber gegen die Arbeitsschutzbestimmungen, wenn die zahlreich im Paketumschlagdienst beschäftigten Frauen mit so schweren Lasten umgehen müssen.

Die Annahme von Postdienstpaketen, die schwerer als 15 kg sind, ist daher in jedem Fall abzulehnen, und zwar auch dann, wenn es sich um unteilbares Gut handelt. In solchen Fällen müssen sich die absendenden Dienststellen anderer Verkehrsträger bedienen.

Abgesehen von leichten Paketen, bei denen offensichtlich ist, daß sie nicht mehr als 15 kg wiegen, sind Postdienstpakete zu wiegen, um die Einhaltung des Höchstgewichts sicherzustellen. Das Gewicht ist in der Aufschrift unter dem Vermerk „Postdienstpaket ohne Paketkarte“ anzugeben.

Die Leiter der Ämter, AbtL und StV haben für die Beachtung dieser Bestimmung zu sorgen. Werden Verstöße gegen diese Anordnung festgestellt, so sind Meldungen an die Aufgabe-PÄ zu erlassen
P OB 2 b 2126-5

Nr. 77/1957. Wegfall des Freivermerks auf Paket-sendungen

Der Freivermerk auf Paketsendungen fällt weg; die freigemachten Paketsendungen sind also nicht mehr besonders zu kennzeichnen. Das gilt auch für den Verkehr mit Westberlin und Westdeutschland. Auf unfreien Paketsendungen ist außer dem Klebezettel nach DA Pkt Anl. 4 der Vermerk „unfrei“ möglichst durch Stempelabdruck links neben dem Bestimmungsort anzubringen. Der Aufdruck „frei/unfrei“ in der linken unteren Ecke des Paketaufschritztzettels (Formblatt C 1027) entfällt künftig. Die Selbstbücher sind zu unterrichten.

In der ADA ist bis zur Berichtigung an den in Frage kommenden Stellen (V.1 § 3, III AB, V.2 § 18, II unter e und DA Pkt § 3 Abs. 5) mit Bleistift auf diese Vt. hinzuweisen.
P OB 2 b 2191-1/2

Nr. 78/1957. Vereinfachtes Verrechnungsverfahren im Rundfunkdienst
(Zur VMBI. Vt. Nr. 12/1957)

1. In den Rf-Einnahmebüchern I und II sind sowohl die Rf- als auch die Fernseh-Rf-Gebühren zu buchen. Im Rf-Einnahmebuch II ist beim Buchen der Fernseh-Rf-Gebühren zu beachten, daß der einzutragenden Kartenummer stets ein „F“ vorangestellt werden muß. Kann die Kartenummer nicht angegeben werden, ist nur das „F“ zu vermerken.

2. Die einmaligen Rf- und Fernseh-Rf-Gebühren sind in einer gemeinsamen Zustellerabrechnung über einmalige Rf-Gebühren (Fbl. C 281) zu- und rückzuschreiben. Bei Fernseh-Rf-Gebühren ist vor die Kartenummer ein „F“ zu setzen.

3. Nach Lieferung der neugestalteten Fbl. (C 280) zur Zustellerabrechnung über laufende Rf-Gebühren (Anlage 1) haben die nach dem Sonderverfahren arbeitenden HPÄ die laufenden Rf- und Fernseh-Rf-Gebühren auf demselben Fbl. zu- und rückzuschreiben zu lassen. Bei der Rückschrift von nicht eingelösten Rf-Quittungen entfällt dann das Vermerken der Kartenummern. Die Rf- und Fernseh-Rf-Gebühren sind in zwei Summen zuzuschreiben.

4. Bei Wechsel des Zahlungsmodus von der monatlichen zur vierteljährlichen Gebühreuzahlung ist wie folgt zu handeln:

- Buchen der Ummeldung im Verzeichnis der erloschenen, gebührenpflichtigen Rf-Generierungen unter Spalte 6 oder 9 (nachrichtliche Angabe der Abgänge von monatlichen Rf- oder Fernseh-Rf-Gebührenzählern),
- Buchen im Rf-Bestandsnachweis unter Sp. 6 oder 9 (nachrichtliche Angabe der Zugänge an vierteljährlichen Rf- oder Fernseh-Rf-Gebührenzählern).

Die Ummeldungen sind täglich in einer Summe unter Angabe der betreffenden Kartenummer — einzutragen. Dasselbe gilt für die Umwandlung von der vierteljährlichen in die monatliche Gebühreuzahlung.

5. Als Unterlage für das Prüfen der Anschriftentafel ist künftig das ausgefüllte Anmeldeformblatt (C 277 c) an die Bezirks-Rf-Anschriftentafel abzusenden.

In der rechten oberen Ecke der Anmeldung ist die erteilte Kartenummer zu vermerken.

Der Anmeldung ist ein vorbereitetes Karteiblatt (C 481) beizufügen. In das Karteiblatt ist die Anschrift des Teilnehmers nicht mehr handschriftlich einzutragen. Das Einordnen in die Teilnehmerkartei geschieht auf Grund der An-

Anlage 1 zur VMBI. Vt. Nr. 78/1957

Zustellbereich

PA

Monat

Zustellerabrechnung über laufende Rundfunkgebühren

Monat	Zuschrift		Rückschrift											
	Tag	Rf-Quittungen Rf- oder Fernseh-Rf- Gebühren DM Pf.	Bare Abführung des Rf- Gebühren DM Pf.		Bare Abführung des Fernseh- Gebühren DM Pf.		Rückzahlung des Rf- Gebühren DM Pf.		Rückzahlung des Fernseh- Gebühren DM Pf.		Nicht eingelöste Quittungen Rf-Gebühren DM Pf.		Nicht eingelöste Quittungen Fernseh-Rf- Gebühren DM Pf.	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14

C 280

(Vorderseite)

Anlage 2 zur VMBL. Vf. Nr. 78/1957

Fernseh/Rundfunk-Karteiblatt

PA

Anmeldung am:

Anzahl Zustimmungen:

Kartei-Nr.:
 Berichtigt am:
 Wegfall am:
 Grund:
 Wohnungswechsel, Verzicht,
 Tod, Ablauf, Widerruf

(Abdruck d. Anschriftsplatte)

Auftrag ausgeführt am:

Kartei-Nr.:
 Berichtigt am:
 Wegfall am:
 Grund:
 Wohnungswechsel, Verzicht,
 Tod, Ablauf, Widerruf

(Abdruck d. Anschriftsplatte)

Auftrag ausgeführt am:

Vordruck-Leitverlag Spremberg Nr. Ag 310/57/DDR (I-21 3) 200 1

C 481 DIN A 4

(Rückseite)

Kartei-Nr.:
 Berichtigt am:
 Wegfall am:
 Grund:
 Wohnungswechsel, Verzicht,
 Tod, Ablauf, Widerruf

(Abdruck d. Anschriftsplatte)

Auftrag ausgeführt am:

Kartei-Nr.:
 Berichtigt am:
 Wegfall am:
 Grund:
 Wohnungswechsel, Verzicht,
 Tod, Ablauf, Widerruf

(Abdruck d. Anschriftsplatte)

Auftrag ausgeführt am:

Beilage zur VMBL. Vf. Nr. 78/1957

Lieferschein für das HPA
Monat April 1957

Zustell- bezirk usw.	Rf- Quittungen Stück	Abgang nach dem 20. Stück	Bemerkungen	Zustell- bezirk usw.	Rf- Quittungen Stück	Abgang nach dem 20. Stück	Bemerkungen
1	2	3	4	1	2	3	4
Rf-Quittungen (monatl.)				Rf-Quittungen (vierteljährl.)			
1	156	2		1	98	2	
2	148	3		2	93	1	
usw.	.	.		usw.	.	.	
PSt I A	26	1		PSt I A	15	---	
PSt II B	35	1		PSt II B	20	2	
5	390	12		3	176	9	
fehlende Quittung	1		12/132	Abgänge	9		
5	391			3	167		
Nicht gezogene Platten (Wegfälle)	15		1/149, 3/220, 4/315, 10/79, 10/114				lt. Rf-Bestandsnachweis am 20. 3
5	386						Sp. 6 (viertel. Zahler) = 3202
Abgänge	12		lt. Rf-Bestandsnachweis am 20. 3.				ab Verzeichnis erloschen. Genehm
5	374		Sp. 5 (monatl. Zahler) = 5400				Sp. 7 (viertel. Zahler) = 26
			ab Verzeichnis erloschen. Genehm.				3176
			Sp. 6 (monatl. Zahler) = 14 = 5386				
			Mit dem Rf-Bestandsnachweis abgestimmt. gez. Wenzel 30. 3. 57				Übereinstimmung mit dem Rf-Bestandsnachweis geprüft. gez. Wenzel 30. 3. 57
Seite				Zusammen			

Anerkannt mit 10 772 DM
 19 056 DM
 29 828 DM

den 30. März 1957

(Haupt) Postamt
 Rundfunkstelle
 gez. Krüger
 Unterschrift

Berechnung

5 390 Stück × 2 DM = 10 780 DM
 3 176 .. × 6 DM = 19 056 DM
 29 836 DM

gez. Schneider
 Unterschrift

gaben im Probeabdruck. Die Änderungen in der Anschrift sowie der Kartenummern sind mit roter Tinte stets im letzten Probeabdruck ersichtlich zu machen. Ein Muster des neuen Fbl. zum Karteiblatt ist beigelegt (Anlage 2).

Die BPF kann anordnen, daß die Rf-Stellen nur die mit der Kartenummer versehenen Anmeldungen an die Anschriftenstelle überweisen. In diesem Fall hat die Anschriftenstelle die erforderliche Anzahl Fbl. zum Karteiblatt vorrätig zu halten. Die mit dem Probeabdruck versehenen Karteiblätter werden von der Rf-Stelle nachträglich um die notwendigen Angaben ergänzt.

Auf jeden Fall hat die Rf-Stelle besonders auf Lesbarkeit der Angaben in der Anmeldung zu achten. Gegebenenfalls sind die Angaben — möglichst in Blockschrift — zu wiederholen.

6. Zum besseren Überwachen der Rückkunft von Karteiblättern für Zugänge von der Anschriftenstelle ist in den Spalten 10 und 11 des (neuen) Rf-Bestandsnachweises die Stückzahl an Zugängen von der Stückzahl an Wegfällen und Veränderungen durch einen Schrägstrich zu trennen.

Beispiel:

Karteiblätter	
zur	von der
Bezirks-Rf-Anschriftenstelle	St.
St.	St.
10	11
3/17	
	3/17

Die Zahl vor dem Schrägstrich bedeutet dabei die Anzahl von Karteiblättern für Zugänge.

7. Es wird darauf hingewiesen, daß den Schaltzahlern — wie bisher — Rf-Quittungen auf allgemeinen Einlieferungsscheinen zu erteilen sind.

Versuche haben ergeben, daß bei Zuschrift der von der Ärema gedruckten Quittungen dem Schalter eine Mehrarbeit (Übergabe und Herausuchen der Quittungen) erwächst, die den Aufwand an Zeit für das Ausstellen der Einlieferungsscheine und das Buchen im Einnahmebuch II übersteigt.

8. Die Bezirks-Rf-Anschriftenstelle hat die gedruckten Rf-Quittungen zustellbezirkweise usw. gesondert nach Gebührenarten im Lieferschein aufzuführen, und zwar
- Rf-Quittungen zu 2,— DM,
 - Fernseh-Rf-Quittungen zu 4,— DM,
 - Rf-Quittungen zu 6,— DM und, bei Bedarf,
 - Fernseh-Rf-Quittungen zu 12,— DM,
 - Quittungen zu Zusatzgenehmigungen.
9. Maßgebend sowohl für den Abschluß als auch bei der Prüfung des Lieferscheines ist der Rf-Bestandsnachweis mit Stand vom 20. des Monats, unter Berücksichtigung der Abgänge des Vormonats.

Die Rf-Stelle hat die Spalte 3 des Lieferscheines (Zugang nach dem 20.) nicht mehr auszufüllen. In Spalte Bemerkungen des Lieferscheines ist nur noch die Übereinstimmung der Summe an gelieferten Quittungen je Gebühreart mit der entsprechenden Summe des Bestandsnachweises vom 20. zu begründen.

Unstimmigkeiten sind aufzuklären.

Die nachrichtliche Angabe der Anzahl abgelegter Quittungen für Selbstzahler, Vorauszahler usw. sowie der Zugänge für die keine Quittungen gedruckt worden sind, und das Errechnen des einzuziehenden Gesamtbetrages entfallen. Das Beispiel hierfür ist aus dem Lieferschein (siehe Beilage) zu ersehen.

Entsprechend ist bei Quittungen über Fernseh-Rf-Gebühren zu verfahren.

10. Im Anhang zum Abschlußbuch sind in folgenden Fällen keine Schuld-Buchungen mehr vorzunehmen:

- beim Wohnungswechsel eines Teilnehmers in den Bereich einer anderen Rf-Stelle, wenn die Gebühren bereits für den laufenden Monat eingezogen sind;
- beim Erlöschen der Genehmigung infolge Ablebens des Rf- oder Fernseh-Rf-Teilnehmers, wenn die Gebühren für den laufenden Monat bereits bezahlt sind. Die Schuldbuchungen entfallen, weil am 20. des laufenden Monats zur Ermittlung des Bestandes die Abgänge des Vormonats zu berücksichtigen sind;
- bei im Verwaltungszwangsverfahren eingezogenen Gebühren. Das Soll darf nicht erhöht werden, weil die Genehmigung im Bestand enthalten ist und die Gebühren bis zur Beitreibung lagernd zu führen sind (Wegfall des Widerrufs).
(In der RfGebAnw § 6 und 24, Abs. 1 und 3, sowie § 16 und 34, Abs. 5, ist ein Vermerk anzubringen.)

Im Anhang zum Abschluß sind demnach zu buchen:

in Schuld

- die aus dem Vormonat zu übernehmenden lagernden Gebühren,
- rückständige Gebühren bei Zugang aus Bereichen anderer Rf-Stellen,
- erhobene rückständige Gebühren bei späterer Wiederanmeldung,
- im laufenden Monat geleistete Vorauszahlungen (in einer Summe lt. Merkliste);

in Forderung

- bei Anmeldungen nach dem 20. des Vormonats für den laufenden Monat bereits gezahlte Gebühren,
- uneinzuehbar gebliebene Gebühren, auch wenn der Rf-Teilnehmer verzogen ist, ohne die laufende Gebühr gezahlt zu haben,

- o) für den laufenden Monat in früheren Monaten nachgewiesene Vorauszahlungen (in einer Summe lt. Merkliste),
- d) bereits gezahlte Gebühren bei Zuzug aus Bereichen anderer Rf-Stellen,

- e) rückständig gebliebene Gebühren aus Vormonaten (bei Umzug in Bereiche anderer Rf-Stellen usw.),
- f) noch nicht eingezogene Gebühren (lagernde Quittungen).

P OB 2 d 5210-0

Mitteilungen

Nr. 34/1957. Fernstudium an der Hochschule für Verkehrswesen

Die Hochschule für Verkehrswesen, Abteilung Fernstudium, macht darauf aufmerksam, daß das Studienjahr 1957/58 am 1. September 1957 beginnt. Das Fernstudium wird auch in der Fachrichtung Ökonomik des Post- und Fernmeldewesens durchgeführt. Bewerbungen hierzu können noch bis zum 30. April 1957 an die Hochschule für Verkehrswesen — Prorektor für Studentenangelegenheiten — Dresden A 27, Hettnerstraße 3, eingereicht werden. Die Bewerber müssen die Hochschulreife (Abitur einer Oberschule oder Arbeiter-und-Bauern-Fakultät, Abschlußzeugnis der Fachschule für Post- und Fernmeldewesen) besitzen oder die Sonderprüfung an einer Volkshochschule oder an der Hochschule für Verkehrswesen ablegen. Die Delegation durch das Amt oder die Institution, die für die Aufnahme des Fernstudiums erforderlich ist, vom Ministerium für Post- und Fernmeldewesen zu bestätigen.

Einzelheiten über das Studium, die Bedingungen für die Sonderprüfung usw. enthalten

- a) die von der Hochschule für Verkehrswesen über die BPF an die Ämter gesandten Broschüren „Das Hochschulstudium der Ökonomik des Post- und Fernmeldewesens“
- b) die den BPF übersandten Merkblätter „Das Fernstudium an der Hochschule für Verkehrswesen“ und
- c) der Studienplan für das Fernstudium der Fachrichtung „Ökonomik des Post- und Fernmeldewesens“, der allen Ämtern und Institutionen demnächst zugesandt wird.

Auskünfte über das Fernstudium erteilen die Abteilung Fernstudium der Hochschule für Verkehrswesen, Dresden A 1, Uhländstraße 37, Haus I, und deren Außenstellen, die zum Teil mit den Außenstellen der Technischen Hochschule verbunden sind:

- Berlin N 4, Wöhlerstraße 12/13, rechtes Seitengebäude, II. Stock,
- Leipzig C 1, Simsonstraße 5,
- Halle (Saale), Reichardstraße 11,
- Magdeburg, Fürstenwallstraße 17,
- Karl-Marx-Stadt, Annaberger Straße 24,
- Jena, Am Anger 24,
- Erfurt, Bergstromweg 4,
- Dresden N 6, Königsbrücker Straße 84,
- Rostock, Grüner Weg 7b.

ArbSch 9321

Herausgeber: Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin W 66. Verlag: (V) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin, Fernpost, 17 61 11, Postfachnummer: 1403 25. — Die Verfügungen und Mitteilungen erscheinen in der Regel am 1., 8., 15. und 22. jedes Monats. — Veröffentlichung unter Druckgenehmigungsnummer Ag 11467 DDR des Amtes für Literatur und Verlagswesen der Deutschen Demokratischen Republik. — Druck: VEB Berliner Druckhaus, Berlin NO 55

Nr. 35/1957. Sonder- und Wertstempel (Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluß der Mitteilungen)

- a) Stempelwerbung
- b) Dresden A 24
- c) Maschinenstempel
- d) AUSSTELLUNG KLINGEN UND MODE DRESDEN STADTHALLE vom 17. bis 22. April 1957 Bildliche Darstellung: Blume
- e) 12. März bis 29. April 1957
- f) Werbung Parkfestspiele Potsdam
- g) Potsdam 1
- h) Maschinenstempel
- i) FARKFESTSPIELE SANSOUCI FEINSTEIN 1957 Bildliche Darstellung: Lyra
- j) 1. April bis 30. Juni 1957
- k) Briefstempelwerbung
- l) Rostock 2
- m) Maschinenstempel
- n) DEUTSCHE LUFTHANSA Bildliche Darstellung: Kranich
- o) 1. April bis 31. August 1957
- p) 1. bis 31. Dezember 1957
- q) Verkehrswerbung
- r) Hohentzen über Bad Schandau 2
- s) Handstempel
- t) HOHNSTEIN/über BAD SCHANDAU 2
- u) 1. bis 31. März 1957
- v) die herrliche Sommerfrische Bildliche Darstellung: Burg Hohentzen
- w) 1. April 1957 bis 31. März 1958
- x) 10 Jahre Sportverlag
- y) 1. Berlin C 2, Berlin O 17, Berlin C 25
- z) Berlin W 8
- aa) Handstempel
- ab) BERLIN C 2 bzw. BERLIN O 17, BERLIN C 25, BERLIN W 8
- ac) 1. bis 31. März 1957
- ad) 10 JAHRE SPORTVERLAG Bildliche Darstellung: Drei Lilien
- ae) Zu 1. 1. April bis 31. Juni 1957
- af) Zu 2. 1. bis 15. Juni 1957
- ag) 1. bis 30. Juli 1957
- ah) 15. bis 30. August 1957
- ai) 1. bis 14. September 1957
- aj) 1. bis 21. Oktober 1957
- ak) Briefstempelwerbung
- al) Wolgast
- am) Handstempel
- an) WOLGAST
- ao) 1. 4. 57 — 09
- ap) 707 JAHRE FESTWOCHE vom 5. bis 14. Juli 1957 Bildliche Darstellung: Stadtwappen
- aq) 1. April bis 14. Juli 1957
- ar) Tiere und Pflanzen unter Naturschutz
- as) Berlin W 8, BPA 29 Halle (Saale)
- at) Handstempel
- au) BERLIN W 8 bzw. BPA 29 HALLE (SAALE)
- av) 12. 4. 57 — 09
- aw) Natur-schutz
- ax) vom 14. — 22. 4. 57
- ay) Bildliche Darstellung: Wledohopf
- az) 12. April bis 20. April 1957
- ba) Anlaß b) Verwendung-PA c) Art des Stempels
- bb) Stempelgröße d) Verwendungsdauer
- bc) DPW 6252-1

Ausgabe A

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen

Jahrgang 1957 Berlin W 66, den 23. April 1957 Nummer 17

Inhalt

Verfügungen:	Seite
Allgemeines	
Nr. 87 Sonderpostwertzeichen zur X. Internationalen Radrennfahrt für den Frieden 1957	73
Nr. 88 Sonderpostwertzeichen zur Förderung und Popularisierung des Kohlenbergbaus	75
Betriebsdienst	
— Post —	
Nr. 89 Einfuhrbestimmungen fremder Länder	78
Nr. 90 Berichtigung zur VMBI. Vt. Nr. 61/1957	76

Verfügungen Allgemeines

Nr. 87/1957. Sonderpostwertzeichen zur X. Internationalen Radrennfahrt für den Frieden 1957

In der Zeit vom 2. Mai bis 15. Mai 1957 findet die X. Internationale Radrennfahrt für den Frieden statt. Sie führt in diesem Jahr von Prag über Berlin nach Warschau.

Das von den drei Zeitungen „Rudé Právo“, „Neues Deutschland“ und „Trybuna Ludu“ organisierte Rennen gehört schon jetzt zu den traditionellen Sportereignissen der Welt und ist zum bedeutendsten Amateurstadrennen geworden. Die Friedensfahrt wird von Millionen Menschen mit lebhafter Anteilnahme vorbereitet und verfolgt, weil sie ein Symbol des Willens der Völker zum Frieden, zur friedlichen Koexistenz und zum friedlichen Wettbewerb ist. Die Deutsche Post würdigt das Jubiläum der Internationalen Radrennfahrt für den Frieden durch die Herausgabe eines Sonderpostwertzeichens und eines Ersttagsbriefumschlages.



Das Wertzeichen zu 5 Pfennig (orange) ist in $\frac{1}{4}$ seiner natürlichen Größe abgebildet. Es zeigt eine Skizze vom Streckenverlauf der X. Radrennfahrt sowie die Karlsbrücke in Prag, das Rote Rathaus in Berlin und den Kulturpalast in Warschau. Den Entwurf schuf der Berliner Graphiker Bruno Petersen nach einer Idee von Herrn Horst Willner, Jänkendorf/über Gölitz.

Der Druck des Wertzeichens erfolgt im VEB Deutsche Wertpapier-Druckerei in Leipzig im Offsetdruckverfahren auf Wasserzeichenpapier mit dem Kreuzblumenmuster.

Das Sonderpostwertzeichen ist vom 30. April 1957 an mit Vorrang bei allen Postanstalten der Deutschen Demokratischen Republik und des demokratischen Sektors von Groß-Berlin sowie bei der Versandstelle für Sammlermarken in Berlin W 8 zu verkaufen. Vor dem Ausgabetag darf es nicht abgegeben werden.

Der Ersttagsbriefumschlag zeigt auf dem linken Drittel der Anschriftseite die Wappen und bauliche Darstellungen der Städte Prag, Berlin und Warschau. Er ist zum Preise von 20 Pfennig bei den üblichen Abgabestellen zu verkaufen.

P OB 4 a 2040-1/84

Nr. 88/1957. Sonderpostwertzeichen zur Förderung und Popularisierung des Kohlenbergbaus

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands erklärte auf seiner 30. Tagung die Erhöhung der Produktion von Braunkohle und Steinkohle zur vorrangigsten Aufgabe unserer Volkswirtschaft im Jahre 1957.

Auf Grund der Bedeutung des Kohlenbergbaus für die Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik und in Würdigung der Leistungen der Kumpel, Techniker und Ingenieure in den volkseigenen Betrieben der Braunkohlen- und Steinkohlenindustrie gibt die Deutsche Post drei Sonderpostwertzeichen zu 10, 20 und 25 Pfennig heraus.



Die in 1/4 ihrer natürlichen Größe abgebildeten Wertzeichen zeigen auf dem 10-Pfennig-Wert (grün) einen Schaufelradbagger, auf dem 20-Pfennig-Wert (rotbraun) eine Förderbrücke und auf dem 25-Pfennig-Wert (blau) einen Bergmann vor Ort. Die Wertzeichen wurden von dem Leipziger Graphiker Gerhard Hoff entworfen und vom VEB Deutsche Wertpapier-Druckerei in Leipzig im



Offsetdruckverfahren auf Wasserzeichenpapier mit dem Kreuzblumenmuster gedruckt. Vom 3. Mai 1957 an sind die Postwertzeichen mit Vorrang bei allen Postanstalten der Deutschen Demokratischen Republik und des demokratischen Sektors von Groß-Berlin sowie bei der Versandstelle für Sammlermarken in Berlin W 8 zu verkaufen. Vor dem Ausgabtag dürfen sie nicht abgegeben werden.

Zu diesen Sonderpostwertzeichen wurde ein Ersttagsbriefumschlag hergestellt, der auf dem linken Abgabestellen zu verkaufen ist. P OB 4 a 2040-1

Betriebsdienst - Post -

Nr. 89/1957. Einfuhrbestimmungen fremder Länder

Die nachstehend aufgeführten Länder haben neue Einfuhrbestimmungen bekanntgegeben:

1. Rumänien

Heilmittel sind zur Einfuhr an Privatpersonen nur auf Grund von Rezepten, die von den rumänischen Gesundheitsbehörden beglaubigt sein müssen, zugelassen. Die Heilmittel müssen in besonderen Paketen, die keine anderen Gegenstände enthalten dürfen, versandt werden. Zulässig ist nur die im Rezept angegebene Menge.

Gebrauchte Kleidungsstücke sind nur mit Desinfektionsbescheinigung zugelassen.

2. Tschechoslowakei

Druckerzeugnisse aller Art (Bücher, Zeitschriften usw.) dürfen Paketen mit anderem Inhalt nicht beigegeben werden. Sie müssen in Paketen, die ausschließlich solche Erzeugnisse enthalten, versandt werden.

3. Ungarn

Geschenke dürfen weder in gewöhnlichen oder eingeschriebenen Briefen noch in Warenproben und Päckchen eingeführt werden.

Geschenkpakete müssen neben der Zollinhaltsklärung von zwei Aufstellungen begleitet sein, in denen der Inhalt des Pakets im einzelnen aufgeführt ist. Die Abfassung der Aufstellungen in ungarischer Sprache ist erwünscht. Eine Aufstellung ist der Zollinhaltsklärung beizufügen, die andere oben auf in das Paket zu legen.

Im Zollhandbuch ist bei den vorstehend genannten Ländern, im Briefpostbuch auf Seite 112 bei Ungarn in Sp. 2 bis 5 auf diese Vfi. hinzuweisen. Die Dienstwerke werden berichtigt.

P OB 3 b 2255-0

Nr. 90/1957. Berichtigung zur VMBI.VI.Nr. 61/1957
Für die Länder Schweden, Norwegen, Finnland, Dänemark und Island ist nicht Rostock 1, sondern Rostock 2 Grenz-Auswechslungspostamt.

Die Vfi. ist zu berichtigen.

P Bef 3 b 2463-1

Herausgeber: Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin W 66, Verlag: (4) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin, Fernpost, 37 61 11, Postbescheidens: 1492 25. — Die Verfügungen und Mitteilungen erscheinen in der Regel am 1., 8., 15. und 22. jedes Monats. — Veröffentlicht unter Druckgenehmigungsnummer Ag 11467 DDR des Amtes für Literatur und Verlagswesen der Deutschen Demokratischen Republik. — Druck: VEB Berliner Druckhaus, Berlin NO 52.

Ausgabe A

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für



Post- und Fernmeldewesen

Jahrgang 1957

Berlin W 66, den 8. Mai 1957

Nummer 19

Inhalt

Verfügungen:	Allgemeines	Seite
Nr. 97	Amtliche Fernsprechbücher	81
Betriebsdienst		
- Post -		
Nr. 98	Berichtigung Nr. 3 zum Gebührenbuch für Postpakete nach dem Ausland, Ausgabe 1. Oktober 1956	81
Nr. 99	Behandlung von QSt-Karten des Amateurlunks im Postdienst	82
Nr. 44	Schlüsseltiste 1958 für Produktion, Materialversorgung und Außenhandel	82
Nr. 45	„Arbeitsrecht“, Zeitschrift für Theorie und Praxis	82
Nr. 46	Sonder- und Werbesempel	82

Verfügungen Allgemeines

Nr. 97/1957. Amtliche Fernsprechbücher

Bei der Auslieferung von AFB wird zum Teil unterschiedlich verfahren. Von sofort an gilt folgende Regelung:

- Die Ämter haben den Eingang und die Ausgabe der Verkaufsstücke der AFB im Marken- und Fahrshcheinbuch nachzuweisen. Der bei den Schaltern erzielte Verkaufserlös ist als „Sonstiger Erlös aus dem Postverkehr“ zu verrechnen.
- Wird die Übersendung von Verkaufsstücken des AFB beantragt, so sind der Verkaufspreis und die Postgebühr auf der Sendung als Nachgebühr

auszuwerfen und zu vereinnahmen. Die Postgebühr wird wie für eine Drucksache gleichen Gewichts — bei Überschreitung des Höchstgewichts für Drucksachen die Höchstgebühr (s. FGV, Abschnitt XI, 14) — berechnet. Verpackungspesen sind nicht mehr zu erheben.

3. Diese Regelung gilt sinngemäß auch für Branchenfernprechbücher, die zum freien Verkauf geliefert werden.
Die VMBI.VI.Nr. 79/1956 ist unter Hinweis auf diese Vfi. zu streichen.
HBh P 1 7202-0

Betriebsdienst - Post -

Nr. 98/1957. Berichtigung Nr. 3 zum Gebührenbuch für Postpakete nach dem Ausland, Ausgabe 1. Oktober 1956

Das Gebührenbuch für Postpakete nach dem Ausland ist wie folgt zu berichtigen:

- Nr. 49 Goldküste mit Ashanti (brit)
Sp. 2 ändern in: Ghana
Nr. 65 Italienisch-Somali
Sp. 3 ändern in: Italien
Nr. 128 Spanien

Sp. 2 streichen, soweit noch nicht geschehen, den Vermerk: (z. Z. kein Verkehr)

Sp. 9 die Gebühren für a) Festland ersetzen durch: 1,65, 2,00, 2,40, 4,20, 6,40, 8,20

- Nr. 136 Togo
Sp. 2 b) britische Zone ändern in: b) ehemaliges brit. Gebiet, siehe Ghana
Sp. 3 bis 10 Angaben für b) streichen
Nr. 139 Türkei
Angaben ersetzen durch

Sp. 3: Österreich,
Sp. 4: Leipzig N 18
Sp. 5: 3 türk. oder frz.
Sp. 9: 1,75, 2,25, 2,75, 3,30, 7,85, 10,35

S. 46 Verzeichnis der Länder und Gebiete nach Gambia einsetzen; Ghana Nr. 49, bei Goldküste zusetzen; siehe Ghana.

P OB 3 2225-3

Nr. 99/1957. Behandlung von QSL-Karten des Amateurfunks im Postdienst

Nach der Verordnung über den Amateurfunk vom 6. Februar 1953 (GBl. 53/S. 302) § 7 (1), der dazu erlassenen 1. Durchführungsbestimmung vom 6. Februar 1953 (GBl. 53/S. 303) § 12 (2) und der 2. Durchführungsbestimmung vom 15. März 1957 (GBl. Teil 1/57/S. 213) § 5 (3) kann der Empfang von Funksendungen einer Amateurfunkstelle schriftlich bestätigt werden. Dazu werden sogenannte QSL-

Karten (Postkarten) verwendet, wobei alle von den Funkamateuren der Deutschen Demokratischen Republik ausgehenden QSL-Karten dem Funkpartner sowohl über die GST als auch unmittelbar zugestellt werden können. Für alle sonstigen QSL-Karteneingänge ist zu beachten:

1. QSL-Karten, die an Funkamateure in der Deutschen Demokratischen Republik gerichtet sind und eine Anschrift in Klartext tragen, aus der der Empfänger ersehen werden kann, sind wie sonstige Postkarten zuzustellen.
2. QSL-Karten, die mit unvollständiger Anschrift eingehen, z. B. nur mit dem in Buchstaben ausgedrückten Rufzeichen, sind dem Zentralvorstand der Gesellschaft für Sport und Technik in Neuenhagen (b Berlin), Langenbeckstraße 36/39, zuzusenden, der die Weiterleitung an die Empfänger auf dem Organisationswege vornimmt.

P OB 1 b 2121-0

Mitteilungen

Nr. 44/1957. Schlüsseliste 1958 für Produktion, Materialversorgung und Außenhandel

Die Schlüsseliste 1958 kann von sofort an vom Buchhaus Leipzig, Leipzig C 1, Postfach 91, bezogen werden. Sie ist als Unterlage für die Materialplanung und -bestellung unerlässlich. Die Beschaffung der Schlüsseliste wird daher allen Ämtern, Dienststellen und Betrieben empfohlen.

MatPl 0400

Nr. 46/1957. Sonder- und Werbepostemp (Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluß der Mitteilungen)

- a) Verkehrswerbung
- b) Rahmen (KR FIRMA)
- c) Handstempel
- d) RATHEN (KR PIRNA) 1. 5. 57-59
- e) KURORT

Besuch der Feisenbahn

Bildliche Darstellung: stilisierte Darstellung der Bahnbrücke, Sitzreihen in der Feisenbahn

o) 1. Mai bis 31. August 1957

a) Anlaß b) Verwendung-PA c) Art des Stempels d) Stempelschrift e) Verwendungsdauer

(Zur VMBL. Mitt. Nr. 32/1957, S. 67)
Bei der Werbung Schrott-Aktion sind unter e) zu 1. die Angaben „1. August bis 15. August“ zu ändern in: 16. August bis 31. August 1957.

Die nachstehend aufgeführten Werbepostemp werden weiter verwendet:

Verwendungs-PANST	Veröffentlicht unter VMBL-Mitteilungen	Neue Verwendungsdauer bis
Bad Liebenstein	Nr. 46/1951, S. 808	31. 3. 1958
Bad Lautbach (KR Merseburg)	Nr. 34/1949, S. 303	14. 2. 1958
Bad Wilsnack	Nr. 30/1949, S. 298	31. 3. 1958
Demitz-Thumitz (KR Bismarckwerda)	Nr. 12/1949, S. 311	14. 2. 1958
Finsterbergen (Thüringen)	Nr. 62/1948, S. 187	24. 2. 1958
Frauenwald (Thüringen)	Nr. 62/1948, S. 187	21. 2. 1958
Freysburg (Anhalt)	Nr. 37/1951, S. 42	14. 2. 1958
Klitzke (Anhalt)	Nr. 42/1951, S. 805	21. 2. 1958
Konrow am Lodowig	Nr. 46/1951, S. 564	14. 2. 1958
Leutenberg (Thür)	Nr. 37/1951, S. 36	14. 2. 1958
Meura (Thüringen)	Nr. 46/1951, S. 46	14. 2. 1958
Patentz (Saale)	Nr. 74/1948, S. 296	31. 3. 1958
Rausenstein (Thür)	Nr. 36/1951, S. 76	9. 4. 1958
Reichenbach (Thür)	Nr. 62/1948, S. 324	14. 2. 1958
Saarnburg (Saale)	Nr. 62/1948, S. 30	21. 2. 1958
Saalfeld (Saale)	Nr. 70/1949, S. 202	21. 2. 1958
Seyden (Erzgeb)	Nr. 56/1951, S. 74	15. 4. 1958
Schiele-Alteich (Thüringen)	Nr. 53/1948, S. 179	31. 3. 1958
Schiele (Harz)	Nr. 30/1949, S. 308	9. 3. 1958
Tambach-Dietzharz (Harz)	Nr. 53/1948, S. 179	31. 3. 1958

DFW 625-1

Herausgeber: Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin W 66, Verlag: O VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin, Fernspr. 67 61 11, Postscheckkonto: 1400 25. — Die Verfügungen und Mitteilungen erscheinen in der Regel am 1., 15. und 21. jedes Monats. — Veröffentlicht unter Druckgenehmigung Nr. 11467 DDR des Amtes für Literatur und Verlagswesen der Deutschen Demokratischen Republik — Druck: VEB Berliner Druckhaus, Berlin W 9 25

Ausgabe A

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen



Jahrgang 1957 Berlin W 66, den 15. April 1957 Nummer 15

Inhalt

Verfügungen:	Seite	Seite
Nr. 79 Neufassung der Bestimmungen über die Gewährung von Dienstaltersprämien und Zusatzurlaub für die Beschäftigten der Deutschen Post	67	69
Nr. 80 Sonderpostwertzeichen für den Aufbau nationaler Gedenkstätten	67	70
Nr. 81 Materielle Verantwortlichkeit der Werkstätten	68	70
Nr. 82 Änderung von dienstlichen Beziehungen	68	70
Betriebsdienst		
— Post —		
Nr. 83 Bearbeitung der Briefpost für Berlin Ort, Berlin Vororte und Berlin Nahverkehr	69	70
Nr. 84 Einrichtung von Postanstalten		69
— Fernmeldewesen —		
Nr. 85 Antwortscheine im Telegraphendienst		69
Nr. 86 Neue Berichtszeit für Veränderungen im Fernmeldebetrieb		70
Mitteilungen:		
Nr. 35 Regenunhänge als Arbeitsschutz		70
Nr. 37 „Die Deutsche Post“, Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen, Heft 5/1957		70
Nr. 38 Sonder- und Werbepostemp		70

Verfügungen Allgemeines

Nr. 79/1957. Neufassung der Bestimmungen über die Gewährung von Dienstaltersprämien und Zusatzurlaub für die Beschäftigten der Deutschen Post

Wiedereinstellung bereits erfolgte oder bis zum 31. Dezember 1957 erfolgt.

In den nächsten Tagen erscheint in den „Verfügungen und Mitteilungen“ die neu verfaßte Anordnung über die Gewährung von Dienstaltersprämien und Zusatzurlaub für die Beschäftigten der Deutschen Post vom 29. März 1957.

Die in der Neufassung der Bestimmungen über die Gewährung von Dienstaltersprämien und Zusatzurlaub enthaltenen Änderungen und Ergänzungen beweisen erneut, daß die Werkstätten verantwortungsbewußt Einfluß auf die Gestaltung von Gesetzen und Anordnungen unseres Arbeiter- und Bauern-Staates nehmen. Das ist ein Weg, um die Deutsche Demokratische Republik zu festigen und zu stärken.

In die Anordnung sind die vom Zentralvorstand der Industriegewerkschaft Post- und Fernmeldewesen und von zahlreichen Beschäftigten der Deutschen Post gemachten Vorschläge zur Änderung und Ergänzung der Bestimmungen über die Gewährung von Dienstaltersprämien und Zusatzurlaub eingearbeitet worden. So wird beispielsweise nach einem Vorschlag des Zentralvorstandes der Industriegewerkschaft Post- und Fernmeldewesen mit Wirkung vom 1. Januar 1957 der Berechnung der jährlichen Dienstaltersprämien nicht mehr der Zeitlohn oder das Mindestgehalt, sondern das gesamte Jahresbruttoeinkommen einschließlich aller tariflichen Zuschläge zugrunde gelegt. Die Neufassung bestimmt auch, daß allen Beschäftigten, die aus irgendwelchen Gründen vor dem 1. Juli 1956 aus dem Dienst der Deutschen Post ausgeschieden sind, bei ihrer Wiedereinstellung die vor ihrem Ausscheiden zurückgelegte Postdienstzeit auf die ununterbrochene Dienstzeit anzurechnen ist, sofern die

Die Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen, Ämter, Betriebe und sonstigen Institutionen der Deutschen Post werden angewiesen, die Neufassung allen Beschäftigten in Arbeitsbesprechungen zu erläutern.

Arb 7 9137-1

Nr. 80/1957. Sonderpostwertzeichen für den Aufbau nationaler Gedenkstätten

Im April 1945 wurden die faschistischen Konzentrationslager Buchenwald, Ravensbrück und Sachsenhausen befreit. Alljährlich gedenken wir besonders in diesen Tagen der unzähligen Opfer der Nazi-Henker. Als Mahnung für die Lebenden werden die ehemaligen Konzentrationslager in Buchenwald, Ravensbrück und Sachsenhausen zu nationalen Gedenkstätten ausgebaut.

Die Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen, Ämter, Betriebe und sonstigen Institutionen der Deutschen Post werden angewiesen, die Neufassung allen Beschäftigten in Arbeitsbesprechungen zu erläutern.

Arb 7 9137-1

Im April 1945 wurden die faschistischen Konzentrationslager Buchenwald, Ravensbrück und Sachsenhausen befreit. Alljährlich gedenken wir besonders in diesen Tagen der unzähligen Opfer der Nazi-Henker. Als Mahnung für die Lebenden werden die ehemaligen Konzentrationslager in Buchenwald, Ravensbrück und Sachsenhausen zu nationalen Gedenkstätten ausgebaut.



Zur Unterstützung des Aufbaus der nationalen Gedenkstätte im ehemaligen Konzentrationslager Ravensbrück gibt die Deutsche Post Sonderpostwertzeichen zu 5 Pfennig mit einem Zuschlag von 5 Pfennig und zu 20 Pfennig mit einem Zuschlag von 10 Pfennig heraus. Die in $\frac{1}{4}$ ihrer natürlichen Größe abgebildeten Wertzeichen zeigen auf dem 5-Pfennig-Wert (grün) das Mahnmal für die Gedenkstätte und auf dem 20-Pfennig-Wert (rot) das Mahnmal mit Ausblick auf den See, in den die Asche der im Krematorium des ehemaligen Konzentrationslagers verbrannten Widerstandskämpfer versenkt wurde.



Die Entwürfe für die Wertzeichen schuf der Berliner Graphiker Rudolf Skribelka. Der Druck erfolgte im Offsetverfahren bei dem VEB Deutsche Wertpapier-Druckerei in Leipzig auf Wasserzeichenpapier mit dem Kreuzblumenmuster.

Die Wertzeichen sind vom 25. April 1957 an bei allen Postanstalten der Deutschen Demokratischen Republik und des demokratischen Sektors von Groß-Berlin sowie bei der Versandstelle für Sammlermarken in Berlin W 8 zu verkaufen. Vor dem Ausgabtag dürfen sie nicht abgegeben werden. Alle beteiligten Kolleginnen und Kollegen müssen es als ihre Aufgabe betrachten, einen schnellen und restlosen Absatz dieser Sonderpostwertzeichen zu erreichen.

Die als Zuschlag vereinnahmten Beträge sind an das Kuratorium für den Aufbau nationaler Gedenkstätten, Berlin W 8, Postscheckkonto Berlin 373, zu überweisen.

Zu diesen Wertzeichen wurde ein Erstattungsbriefumschlag hergestellt, der auf dem linken Drittel der Anschriftseite das Abzeichen der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer zeigt. Der Umschlag ist zum Preise von 20 Pfennig bei den üblichen Abgabestellen zu verkaufen.

P OB 4 a 2040—82

Nr. 81/1957. Materielle Verantwortlichkeit der Werk tätigen

Das bisherige Verfahren der Festlegung der materiellen Verantwortlichkeit der Werk tätigen bei Revisionen entspricht nicht mehr den Erkenntnissen der neuen Rechtswissenschaft und Rechtspraxis. Die administrative Festlegung von Schadensforderungen gegenüber Werk tätigen und ihre sofortige Einbuchung steht den Grundsätzen eines demokratischen Arbeitsrechts in der Deutschen Demokratischen Republik entgegen. Es wird daher bei Revisionen, wo die Aufgabenteilung eine materielle Verantwortlichkeit zum Inhalt hat, wie folgt verfahren:

Wird bei einer Revision die schuldhafte Verursachung eines Schadens durch den Werk tätigen festgestellt, so ist durch den Leiter des Amtes die Konfliktkommission mit dem Ziel anzurufen, den Werk tätigen zur Ersatzleistung zu verpflichten. Hat der Werk tätige von sich aus die schuldhafte Verursachung des Schadens eingesehen und sich bereit erklärt, für den entstandenen Schaden aufzukommen, so ist auf ein Anrufen der Konfliktkommission zu verzichten.

Aus Arbeitstreitfällen hergeleitete Forderungen werden erst dann gegen den materiell verantwortlich gemachten Werk tätigen eingebucht, wenn eine rechtskräftige Entscheidung darüber vorliegt. Forderungen, zu denen sich der Werk tätige zur Deckung des Schadens bereit erklärt hat, sind sofort einzubuchen. Für das Anrufen der Konfliktkommission gelten die gesetzlichen Bestimmungen.

HBh Rev 1 7716—0

Nr. 82/1957. Änderung von dienstlichen Bezeichnungen

(zur VMBI. VI. Nr. 177/1955)

Für die neu geschaffenen Dienstbezeichnungen sind folgende Abkürzungen anzuwenden:

- Leiter des Amtes Ltr A
- Leiter des Postamtes Ltr PA
- Leiter des Zweigpostamtes Ltr ZwPA

Im Schriftverkehr lautet der Vermerk unter der Bezeichnung des Amtes „Der Leiter“; z. B.:

Hauptpostamt
Der Leiter

Org 1200—0

Betriebsdienst

- Post -

Nr. 83/1957. Bearbeitung der Briefpost für Berlin Ort, Berlin Vororte und Berlin Nahverkehr
(zur VMBI. VI. Nr. 177/1955)

Die Briefpost für Groß-Berlin und für das Randgebiet von Groß-Berlin ist von sofort an wie folgt zu bearbeiten:

Es sind folgende Briefbunde zu fertigen:

- a) Berlin Ort ohne,
- b) Berlin Ort mit,
- c) Berlin Vororte,
- d) Berlin Nahverkehr.

In diese Bunde sind Briefsendungen aufzunehmen:

- zu a) für Berlin Innenstadt ohne Angabe des Zustellamtes;
- zu b) für Berlin Innenstadt mit Angabe des Zustellamtes, z. B. Berlin N 58, Berlin O 112;
- zu c) für Berlin Vororte, z. B. Berlin-Lichtenberg, Berlin-Pankow;
- zu d) für die Postanstalten des Berliner Nahverkehrs nach dem „Verzeichnis der Postanstalten des Berliner Nahverkehrs“ (Formblatt C 971).

Liegen für einzelne Zustellpostanstalten genügend Briefsendungen vor, so sind für diese Ortsbunde zu fertigen. Ist die Anzahl der Sendungen so gering, daß sich die Fertigung der unter a) bis d) genannten Bunde nicht lohnt, sind die vorliegenden Briefsendungen in Streckenbunden in Richtung Berlin verkehrenden Bahnposten zuzuführen.

Für die zu a) bis c) zu fertigenden Bunde ist der Anhang 1 zum Ortsverzeichnis I — Teil A — Leitbefehl. Soweit sich Bunde „Berlin Ort ohne“ und „Berlin Ort mit“ nicht lohnen, können die Sendungen zu Bunden „Berlin Ort“ zusammengefaßt werden.

Für die mit Briefsendungen für Groß-Berlin und für das Randgebiet von Groß-Berlin gefertigten Bunde sind folgende Vorbindezettel zu verwenden:

- 1. bei Bunden „Berlin Ort ohne“, „Berlin Ort mit“, „Berlin Ort“ und „Berlin Vororte“ ausschließlich Vorbindezettel mit rotem Aufdruck (ADA V.2 Anl. 56) mit den erforderlichen zusätzlichen Angaben;
- 2. bei Bunden „Berlin Nahverkehr“ ausnahmslos Vorbindezettel für Streckenbunde (Anl. 57);

- Fernmeldewesen -

Nr. 85/1957. Antwortscheine im Telegraphendienst
Die Formblätter für Antwortscheine im Telegraphendienst (C 183 b), die in Blöcken zu 50 Stück geliefert werden, sind nach den Bestimmungen der ADA VI.2 § 35, VII gesichert aufzubewahren und bei Dienstablösung gegen Anerkennung zu über-

geben. Über ihren Verbrauch ist ein monatlicher Nachweis zu führen. Ferner ist die Vollzähligkeit jedes Blockes bei Empfang zu prüfen und auf dem letzten Blatt (Grundblatt) zu bescheinigen.

Um diese Bescheinigung zu ermöglichen, werden die Blöcke C 183 b künftig wieder mit Grundblatt

3. bei Ortsbunden für Zustellpostanstalten in Groß-Berlin und im Randgebiet Vorbindezettel für Ortsbunde (Anl. 52).

Das Formblatt E 29 g (Beutelfahne für Briefbeutel o K nach Berlin ohne Zustellamtsangabe) wird künftig nicht mehr aufgelegt. Das Formblatt E 29 f (Beutelfahne für Briefbeutel o K nach Berlin mit Zustellamtsangabe) erhält künftig den Aufdruck „Berlin...“.

Diese Fahnen sind entsprechend dem Inhalt des Beutels durch den entsprechenden Zusatz (Zustell-A, „Ort“, „Vororte“ oder „Nahverkehr“) zu ergänzen.

Die bei den Ämtern und beim Vordruck-Leitverlag vorhandenen Restbestände der alten Formblätter sind handschriftlich zu ändern und aufzubrauchen.

Bei der Fertigung von Einschreibposten mit Sendungen nach Groß-Berlin ist wie folgt zu verfahren:

- a) aus 10 oder mehr Einschreibsendungen mit Zustellamtsangabe für dasselbe Berliner Zustellamt ist für diese eine Einschreibpost zu fertigen;
- b) aus 20 oder mehr Einschreibsendungen mit und ohne Zustellamtsangabe ist eine Einschreibpost für „Berlin Ort“ zu fertigen.

Eingeschriebene Eilbriefsendungen und Einschreibsendungen nach Orten des Berliner Nahverkehrs (vgl. „Verzeichnis der Postanstalten des Berliner Nahverkehrs“) sind in die Einschreibposten nicht aufzunehmen.

Die Einschreibposten für „Berlin Ort“ sind von den Umliegestellen (auch Bahnposten) zu öffnen und die darin enthaltenen Sendungen mit den sonst vorliegenden gleichartigen Sendungen zu Einschreibposten für die einzelnen Zustellämter zu vereinigen.

In der ADA V.2 § 38, XIV und § 45, VI ist auf diese Vf. hinzuweisen. Eine Berichtigung der ADA V.2 bleibt vorbehalten.

Die VMBI.VI.Nr. 177/1955 wird aufgehoben. P Bef 1 c 2152—0

Nr. 84/1957. Einrichtung von Postanstalten

Am 1. März 1957 ist in Leipzig, Dunckerstraße 15, das Postamt Leipzig W 46 eröffnet worden. Das Postamt ist dem HPA Leipzig W 33 zugeteilt.

Am 15. März 1957 wurde in Berlin, Woldenberger Straße 17, das ZwPA Berlin NO 74 eröffnet. Das ZwPA ist dem HPA Berlin N 58 zugeteilt.

Vorhandene Unterlagen sind zu ergänzen. P OB 2 a 1250—0

geliefert werden. Für die Übergangszeit ist an die Blöcke ein Blatt DIN A 5 anzukleben, das die Bescheinigung über die Vollzähligkeit aufnehmen kann.
Fe Fv 3 3170-0

Nr. 36/1957. Neue Berichtszeit für Veränderungen im Fernmeldenetze

Die „Übersicht über Veränderungen im öffentlichen Fernsprech- und Telegraphennetz“ sind nicht mehr monatlich, sondern vierteljährlich vorzulegen. Diese Regelung wurde von der zentralen Abteilung Planung des MPF am 28. Februar 1957 unter Nr. 230-36, befristet bis 31. Dezember 1957, genehmigt.

Die Übersicht ist von den BPF unter Angabe der Register-Nr. bis zum 15. Januar, 15. April, 15. Juli und 15. Oktober mit der gewöhnlichen Dienstpost und der Anschrift „Für Fe Fv“ beim MPF in doppelter Ausfertigung vorzulegen. Die Übersicht muß alle im vorhergegangenen Vierteljahr erfolgten Änderungen (auch im ÜL-Netz) enthalten. Leermeldungen sind erforderlich.

Der Kopf der Übersicht muß folgendes Aussehen erhalten:

Bei F-Leitungsbündeln, die auch FWL enthalten, ist in Spalte 6 die Gesamtzahl der vorhandenen Leitungen anzugeben, der die Zahl der FWL (in Klammern gesetzt) hinzuzufügen ist.
Fe Fv 5 4210-0

Lfd. Nr.	Leistungsnummer	Leitung von nach	Betriebsart	Tag der a) Inbetriebnahme b) Umstellung c) Aufhebung	Zahl der jetzt vorhandenen Leitungen	Schaltplan Nr. und Datum
1	2	3	4	5	6	7

Mitteilungen

Nr. 36/1957. Regenumhänge als Arbeitsschutz

Die als Arbeitsschutzkleidung bisher ausgegebenen Regenumhänge waren zu schwer. Das ist von den Beschäftigten oft beanstandet worden. Die Auswertung der kritischen Hinweise von den Ämtern usw. hat nunmehr zur Lieferung von Regenumhängen mit erheblich geringerem Gewicht geführt. Die Verarbeitung eines leichteren Gewebes mindert das Gewicht der Regenumhänge von 2400 bis 2600 Gramm auf 1200 bis 1500 Gramm. Der Verschleiß an Umhängen wird durch diese leichte Ausführung voraussichtlich etwas ansteigen.
Mat 0400

Nr. 37/1957. „Die Deutsche Post“, Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen, Heft 5/1957

Das Heft 5/1957 für Mai wird Ende April ausgeliefert. Es enthält einen zehnzeiligen Bericht über Neuerungen, die auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1957 gezeigt wurden und die für das Post- und Fernmeldewesen bedeutungsvoll sind. Darüber hinaus werden in dem Heft u. a. folgende Beiträge veröffentlicht:

Reiche: Bemerkungen zur Paketverteilanlage beim Hauptpostamt Leipzig N 18

Adler: In welchem Umfange haftet der Poststellenverwalter für das Verschulden seines Vertreters? Nitsche/Tschedel: Finanznormung der Hilfsleistungen im Fernmeldebau (Schluß)

Adler: Aus der Arbeit der Konfliktkommissionen bei der Deutschen Post
Schmutzler/Priebe/Hirsch: Das Fachschulfernstudium der Deutschen Post in der Fachrichtung Post- und Zeitungswesen

Tretsch: Synthetische Wolle oder Schafwolle für die Postdienstkleidung?

Pr 1300-0

Nr. 38/1957. Sonder- und Werbepost

(Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluß der Mitteilungen)

- a) Briefstempelwerbung
- b) BPA 29 Halle (Saale)
- c) Handstempel
- d) BPA 29 HALLE (SAALE) 1. 4. 57-69
- e) 19.-22. April 1957
- 2. DEUTSCHE VOLKSMUSIKTAGE
- Bildliche Darstellung: Notenschlüssel mit Osterglocke
- f) 1. April bis 30. April 1957

- a) Briefstempelwerbung
- b) Strausberg
- c) Handstempel
- d) STRAUSBERG 1. 4. 57-69
- e) 122. Jahre 723. Jahre
- Bildliche Darstellung: Strauß mit Wappen
- f) 1. April bis 31. Dezember 1957

- a) Briefstempelwerbung
- b) 1. Berlin C 2, Berlin C 23, Berlin O 17
- c) 2. Berlin W 8
- d) Handstempel
- e) BERLIN C 2 usw. 1. 4. 57-69
- 10. JAHRE SPORTVERLAG
- Bildliche Darstellung: Drei Läufer
- f) Zu 1. 1. April bis 30. Juni 1957
- Zu 2. 1. bis 15. Juni 1957
- 1. bis 15. Juli 1957
- 15. bis 30. August 1957
- 1. bis 14. September 1957
- 1. bis 21. Oktober 1957

Anträge zur Ausstellung von nachträglichen Gefälligkeitsstempeln mit den Sonderstempeln Berlin C 2, Berlin C 23 und Berlin O 17 sind bis 30. August 1957 an die Versandstelle für Sammelmarken in Berlin W 8 zu richten.

- a) Dauerwerbung
- b) Wartburg
- c) Handstempel
- d) EISENACH-WARTBURG 15. 4. 57-60
- Bildliche Darstellung: Wartburg
- e) 18. April bis 15. Oktober 1957
- f) Anlaß b) Verwendungsweg c) Art des Stempels d) Stempelschrift e) Verwendungsdauer
- DFW 6255-1

Herausgeber: Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin W 66.
Verlag: (V) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin, Fernpost, 17 64 11, Postfachkonto: 1400 23. - Die Verfügungen und Mitteilungen erscheinen in der Regel am 1., 8., 15. und 23. jedes Monats. - Veröffentlicht unter Druckgenehmigungsnr. Ag 11487 DDR des Amtes für Literatur und Verlagswesen der Deutschen Demokratischen Republik. - Druck: VEB Berliner Druckhaus, Berlin NO 55.

Ausgabe A

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen



Jahrgang 1957 Berlin W 66, den 1. April 1957 Nummer 13

Inhalt

Seite	Seite
Anordnung über die Einführung der 45-Stunden-Woche in den Ämtern und Betrieben der Deutschen Post vom 27. März 1957	59
Verfügungen:	
a) Allgemeines	60
b) Postfelderordnung	61
c) Sonderpostwertzeichen „Tiere und Pflanzen unter Naturschutz“	61
d) Betriebsdienst	61
e) Post	61
f) Rundfunkgebührenbefreiungen	61
Mitteilungen:	
g) Fernmeldewesen -	
h) Nr. 72 Gebührensänderung im Fernsprechverkehr mit der Irischen Republik	62
i) Nr. 73 Berichtigung Nr. 2 zum Fernleitfahrl für Inlandsgespräche	62
j) Nr. 31 Berichtigung der Broschüre „Arbeitsschutz im Fernmeldebau“	62
k) Nr. 22 Sonderpostämter	62
l) Nr. 33 Sonder- und Werbepost	62

Anordnung über die Einführung der 45-Stunden-Woche in den Ämtern und Betrieben der Deutschen Post Vom 27. März 1957

Auf Grund des § 3 des Gesetzes vom 18. Januar 1957 über die Verkürzung der Arbeitszeit (GBl. I, S. 73 und S. 120) wird im Einvernehmen mit dem Minister für Arbeit und Berufsausbildung und nach Abstimmung mit dem Zentralvorstand der Industriegewerkschaft Post- und Fernmeldewesen folgendes angeordnet:

postämtern, Poststellen) in den Badeorten an der Ostseeküste (Bezirk Rostock) am 2. Mai 1957.
c) in den anderen Ämtern und Betrieben der Deutschen Post am 1. Juni 1957 eingeführt.

- (1) Die 45-Stunden-Woche wird
- a) zur Entwicklung von Beispielen und zwecks Sammlung von Erfahrungen im Fernmeldeamt Halle (Saale), im Fernmeldeamt Cottbus, im Hauptpostamt Strausberg, im Postcheckamt Erfurt und in der Bezirkswerkstatt für Postkraftwagen Dresden am 1. April 1957,
- b) zur Sicherung des Urlaubsverkehrs in den Postanstalten (Postämtern, Zwei-

- (2) Zu den Betrieben des Nachrichtenwesens im Sinne des § 1 des Gesetzes über die Verkürzung der Arbeitszeit gehören auch das Projektierungsbüro der Deutschen Post und das Betriebslaboratorium für Rundfunk und Fernsehen.
- (3) In dem Verwalterbetrieb Mix & Genest AG, Leipzig, ist die 45-Stunden-Woche auf gemeinsamen Antrag des Betriebsleiters und der Betriebsgewerkschaftsleitung gemäß Entscheidung des Leiters der Hauptverwaltung Fernmeldewesen nicht vor dem 1. Juni 1957 einzuführen. Der Leiter der Hauptverwaltung Fernmeldewesen bestimmt, welche Unterlagen dem Antrag beizufügen sind.

§ 2

Die in den Ämtern und Betrieben unter Vorsitz des Leiters gebildeten Kommissionen haben die Verkürzung der Arbeitszeit auf 45 Stunden nach den durch das Kollegium des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen bestätigten Direktiven der zuständigen Hauptverwaltungen vorzubereiten.

§ 3

- (1) Bei der Verkürzung der Arbeitszeit auf 45 Stunden muß die Erfüllung und Übererfüllung der staatlichen Planaufgaben unbedingt gesichert werden.
- (2) Hierzu sind alle erforderlichen Aufgaben in den Plan der technisch-organisatorischen Maßnahmen zusammenzufassen, der in einer ökonomischen Konferenz zu beraten und zu beschließen ist.
- (3) Der sozialistische Wettbewerb ist auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität und auf die Verbesserung der Qualität der Arbeit zu orientieren.

§ 4

- (1) Die nach § 3 einzuleitenden Maßnahmen sollen gewährleisten, daß die Einführung der 45-Stunden-Woche nicht zu einer Überschreitung des Lohnfonds und des Arbeitskräfteplanes führt.
- (2) Die kontinuierliche Energieabnahme, die Einhaltung des Energiekontingents und eine weitere Entlastung in den Spitzenzeiten müssen gewährleistet sein.

§ 5

- (1) Die Verkürzung der Arbeitszeit auf 45 Stunden, hat unter Beibehaltung der 6tägigen Arbeitswoche zu erfolgen.
- (2) In der Regel ist dabei die tägliche Arbeitszeit um 1/2 Stunde zu verkürzen.
- (3) Soweit ein ununterbrochener Arbeitsfortgang unumgänglich notwendig ist, sind Regelungen zu treffen, die auch für diese Beschäftigten unter Beibehaltung der 6-Tage-Woche die Verkürzung der Arbeitszeit gewährleisten. Dabei muß die Einhaltung der 45-Stunden-Woche im Durch-

schnitt mindestens innerhalb eines Zeitraumes von 4 Wochen gesichert werden.

- (4) Sonderregelungen nach Absatz 3 bedürfen der Zustimmung des Leiters der zuständigen Hauptverwaltung.
- (5) Betriebliche Regelungen der Arbeitszeit, die von den Bestimmungen dieser Anordnung abweichen, bedürfen der vorherigen Zustimmung der zuständigen Bezirkskommission und des Ministers, der seine Entscheidung im Einvernehmen mit dem Zentralvorstand der Industriegewerkschaft Post- und Fernmeldewesen trifft.
- (6) Die Arbeitszeitleistungen sind nach Abstimmung mit den örtlichen Verkehrsorganen so aufzustellen, daß die 45-Stunden-Woche für die Beschäftigten eine Verlängerung ihrer persönlichen Freizeit darstellt.

§ 6

- (1) Die Lohnfragen, die sich aus der Einführung der 45-Stunden-Woche ergeben, sind nach der ersten Durchführungsbestimmung vom 4. Februar 1957 zum Gesetz über die Verkürzung der Arbeitszeit — Lohndirektive — (GBl. I, S. 117) zu regeln.
- (2) Für die Berechnung des Lohnminderungsausgleiches ist im Bereich der Deutschen Post das Jahr 1956 zugrunde zu legen. Für die Beschäftigten, die nach dem 1. Januar 1956 bis zum Zeitpunkt der Einführung der Arbeitszeit bei der Deutschen Post eingetreten sind, ist der Lohnminderungsausgleich nach dem durchschnittlichen Prozentsatz der zutreffenden Tätigkeitsgruppe zu ermitteln.
- (3) Bei der Berechnung der Altersversorgung für Zeit- und Leistungslöhner ist für die Zeit nach der Einführung der 45-Stunden-Woche ein Lohnausgleich in Höhe des in der Lohndirektive angegebenen Prozentsatzes zum Zeit- oder Leistungsgrundlohn zu berücksichtigen.

Berlin, den 27. März 1957

Der Minister
für Post- und Fernmeldewesen
Burmeister

**Verfügungen
Allgemeines**

Nr. 68/1957. Verlagerung der Bezirks-BfE

Zur Gewährleistung einer gleichmäßigen Entwicklung aller Ämter der Deutschen Post auf dem Gebiet des Erfindungs- und Vorschlagswesens ist es notwendig, die Bezirks-BfE aus den Hauptpostämtern und Fernmeldeämtern herauszulösen und mit Wirkung vom 1. Januar 1957 den Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen anzugliedern.

Die VMBL.Vf.Nr. 112/1955 — Sonderdruck Richtlinien für das Erfindungs- und Vorschlagswesen bei

der Deutschen Post vom 31. März 1955 — wird daher wie folgt abgeändert:

Der Punkt 1.1 erhält folgende Fassung: Bei jeder Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen wird ein BfE, das mit hauptamtlichen Vorschlagsbearbeitern besetzt ist und dem Leiter der BfE untersteht, gebildet. Diese BfE tragen die Bezeichnung „Bezirks-BfE“.

Im Bereich Rundfunk und Fernsehen und im Institut für Post- und Fernmeldewesen werden BfE

gebildet, die neben den gesetzlich festgelegten Aufgaben in Zusammenarbeit mit der Abteilung Entwicklung und Forschung des MPF den gewerblichen Rechtsschutz für den Bereich der Deutschen Post bearbeiten.

In allen Ämtern sind nebenamtliche Vorschlags-sachbearbeiter, denen ausreichende Zeit zur Lösung der Aufgaben des Erfindungs- und Vorschlagswesens zu geben ist, einzusetzen. Hauptamtliche Vorschlags-sachbearbeiter dürfen in den Ämtern nur mit Genehmigung der Hauptverwaltung und der Abteilung Entwicklung und Forschung des MPF eingesetzt werden.

Der Punkt 1.11 erhält folgende Fassung: Die Bezirks-BfE haben folgende Aufgaben: EF 5 9070—0

Nr. 69/1957. Postkleiderordnung

Wir machen darauf aufmerksam, daß Anlernlinge ebenfalls nach den Bestimmungen der Postkleiderordnung mit Dienstkleidung zu beliefern sind, wenn sie Tätigkeiten verrichten, die unter § 2 (1) genannt werden.

Arb 2 9183—0

Nr. 70/1957. Sonderpostwertzeichen „Tiere und Pflanzen unter Naturschutz“

Aus Anlaß der Naturschutzwoche, die in der Zeit vom 14. bis 20. April 1957 stattfindet, werden drei

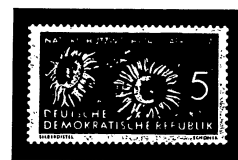
Sonderpostwertzeichen herausgegeben. Die in 1/4 ihrer natürlichen Größe abgebildeten Wertzeichen zeigen auf dem 5-Pfennig-Wert (braun/grau) eine Silberdistel, auf dem 10-Pfennig-Wert (grün/grau) eine Smaragdeichse und auf dem 20-Pfennig-Wert (rot/grau) einen Frauenschuh, eine einheimische Orchideenart.

Die Entwürfe zu den Wertzeichen hat der Graphiker Schoner, Weimar, geschaffen. Die Herstellung der Marken erfolgt in dem VEB Graphische Werkstätten in Leipzig im Rakeltiefdruck auf Wasserzeichenpapier mit dem Kreuzblumenmuster.

Die Sonderpostwertzeichen sind vom 12. April 1957 an mit Vorrang bei allen Postanstalten der Deutschen Demokratischen Republik und des demokratischen Sektors von Groß-Berlin sowie bei der Versandstelle für Sammlermarken in Berlin W 8 zu verkaufen. Vor dem Ausgabetag dürfen sie nicht abgegeben werden.

Zu diesen Sonderpostwertzeichen wurde ein Ersttagsbriefumschlag hergestellt, der auf dem linken Drittel der Anschriftseite eine Blüte des Frauenschuh zeigt und zum Preise von 20 Pfennig bei den üblichen Abgabestellen zu verkaufen ist.

P OB 4 a 2040—1/64



**Betriebsdienst
- Post -**

Nr. 71/1957. Rundfunkgebührenbefreiungen

1. Mit Erlaß der Verordnung über die Rundfunkgebührenbefreiung vom 28. Oktober 1955 (GBl. I, S. 785) hat unsere Regierung in großzügiger Weise den Kreis der anspruchsberechtigten Personen erweitert. Wenn auch beim Prüfen der Voraussetzung für die Gebührenbefreiung nicht engherzig zu verfahren ist, so muß doch verhindert werden, daß Rundfunkteilnehmer, die

keinen Anspruch auf Gebührenbefreiung haben, sich diese durch zur Familie gehörende Rentner verschaffen.

Bei der Beurteilung, ob ein Antragsteller im eigenen Haushalt lebt, ist folgendes zu beachten:

- a) Im eigenen Haushalt lebt der Rentner (oder ein anderer Antragsteller), der eigenen Wohnraum bewohnt und für sich selbst wirtschaftet.

b) Die Bedingung der eigenen Haushaltsführung ist auch dann erfüllt, wenn der Rentner mit Personen in Wohnungsgemeinschaft lebt, die ebenfalls Anspruch auf Gebührenerleichterung haben. Das Gleiche gilt, wenn der Rentner mit Angehörigen zusammen lebt, die keine Einkünfte haben oder nur Lehrlingsbezüge oder Stipendien bis zu 150 DM monatlich erhalten.

c) In Zweifelsfällen ist zugunsten des Antragstellers zu entscheiden, u. U. nach Einholen von Auskünften beim Hausvertrauensmann oder beim Rat der Stadt oder der Gemeinde. Die VMBI.Vf.Nr. 199/1954 und die Bestimmungen der VMBI.Vf.Nr. 388/1955 unter II., Absatz 6, sind aufgehoben.

2. Die Voraussetzungen für die Rf-Gebührenerleichterung haben wieder — mit Ausnahme bei den Altersrentnern und Blinden — die Rf-Stellen oder die von den HPA bestimmten Dienststellen nachzuprüfen, da von den Zustellern nicht die Kenntnis der einschlägigen Bestimmungen verlangt werden kann, um die Rentenbescheide prüfen und die Richtsätze der Sozialfürsorge anwenden zu können. In bezug auf das Nachprüfen bei Altersrentnern und Blinden verbleibt es bei der Regelung nach der VMBI.Vf.Nr. 275/1956, Punkt 3, Buchstabe a und b. Bei Buchstabe c unter Punkt 3 derselben VMBI.Vf. ist mit einem Vermerk auf diese Vf. hinzuweisen.

P OB 2 d 5052—0/3

- Fernmeldewesen -

Nr. 72/1957. Gebührenänderung im Fernsprechverkehr mit der Irischen Republik

Vom 1. April 1957 an tritt eine neue Gebührenerleichterung im Fernsprechverkehr mit der Irischen Republik in Kraft. Gleichzeitig wird in dieser Verkehrsbeziehung die Zahl der Zonen auf eine Einheitszone gesenkt.

Die Gebühr für ein Gespräch von drei Minuten Dauer zwischen jedem Ort in Deutschland und der Irischen Republik beträgt 6,90 DM.

Das Gebührenbuch für den Fernsprechauslandsdienst ist zu berichtigen.

Fe Fv 9 4010—0

Nr. 73/1957. Berichtigung Nr. 2 zum Fernleitheft für Inlandsgespräche

1. S. 4 bei Zeilsp Sp 3—5, 7—11, 14—17 ändern in „Pdm“.

2. S. 8 bei Freiberg, Sachs Sp 17 ändern in „Dsdn“

3. S. 12 bei Killela Sp 10 ändern in „Elt“.

Fe Fv 5 4246—2

Mitteilungen

Nr. 31/1957. Berichtigung der Broschüre „Arbeits-schutz im Fernmeldebau“

In der Abbildung auf Seite 29 der Broschüre ist ein Fehler entstanden. Nach der Arbeitsschutz-anordnung 348 § 34 muß der Beschäftigte mit einem Sicherheitsgurt gesichert sein. Gegenstände müssen mit Hilfe einer Zugleine hochgezogen werden. Bei Belehrungen an Hand der Broschüre ist diese Richtigstellung zu beachten.

Fe Arb 4 9191—0

Nr. 32/1957. Sonderpostämter

(Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluß der Mitteilungen) Flöha (Sachs), August-Bebel-Str. 2, ZwPa des PHA Flöha (Sachs)

a) Hundert Jahre Post in Flöha
b) HPA Flöha (Sachs)

c) 26. März bis 1. April 1957

d) Verkauf von Postwertzeichen, Sondermarken, Presseerzeug-nissen, Annahme von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen, Gefälligkeitsstempelungen

e) PLöHA (SACHS)

26. 3. 57—30

Hundert Jahre Post Flöha

Bildliche Darstellung: Stadtwappen mit Posthorn

a) Anlaß b) Veranstalter c) Dauer d) Aufgabenkreis des Sonderpostamts e) Stempelschrift

DPW 1250—0/2B

Nr. 33/1957. Sonder- und Werbestempel

(Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluß der Mitteilungen)

a) Schrotz-Aktion

b) 1. Aus (Sachs)

c) Maschinestempel

2. 4. 57—9

Hundert Jahre Post Flöha

Bildliche Darstellung: Stadtwappen mit Posthorn

a) Anlaß b) Veranstalter c) Dauer d) Aufgabenkreis des Sonderpostamts e) Stempelschrift

DPW 1250—0/2B

d) MARTIN
Broschüre Schrotz
HELF ALLE MIT
Bildliche Darstellung: Martin-Figur

e) Zu 1. 1. März bis 31. März 1957

1. Juni bis 15. Juli 1957

1. August bis 15. August 1957

1. November bis 30. November 1957

Zu 2. 16. März bis 31. März 1957

1. Mai bis 31. Mai 1957

1. September bis 30. September 1957

1. November bis 18. Dezember 1957

a) Briefstempelwerbung

b) Berlin-N 4

c) Maschinestempel

d) 18. JAHRE
SPÖRT
VEILIG
Bildliche Darstellung: Drei Läufer

15. März bis 22. Mai 1957

24. Juni bis 30. Juni 1957

1. August bis 14. August 1957

1. Oktober bis 18. Oktober 1957

a) Briefstempelwerbung

b) Berlin-Pankow

c) Handstempel

d) BERLIN-PANKOW
1. 4. 57—9

Bemittelt das
Heiltheater

ERBAUT IM NATIONALEN AUFBAUWERK
Bildliche Darstellung: Statue mit Eisenknauf

1. April bis 6. Mai 1957 und

3. Juni bis 3. September 1957

a) Anlaß b) Verwendungszweck c) Art des Stempels

d) Stempelschrift e) Verwendungsdauer

(Zur VMBI. Mit. Nr. 21/1957, S. 24)

Bei der Werbung Schrotz-Aktion sind unter a) Ziffer 1 die

Angaben Altenburg (Bz Leipzig) zu streichen.

DPW 625—1

Ausgabe A

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen

Jahrgang 1957 Berlin W 66, den 23. März 1957 Nummer 12

Inhalt

Verfügungen:	Betriebsdienst	Post	Seite	Nr. 67	Umsetzen und Ausmintern von Handfahrgeräten, Pferdepostwagen usw.	Seite
Nr. 61	Einrichtung eines Grenz-Auswechslungspostamtes beim Hauptpostamt Rostock 1	55	Nr. 24	„Die Deutsche Post“, Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen, Heft 4/1957	57	
Nr. 62	Verlegung eines Verzollungspostamtes	55	Nr. 25	Herausgabe eines Abschnitts der ADA	57	
Nr. 63	Ausfuhr von Waren in Postsendungen	55	Nr. 26	Jahrgangsschluß des VMBI. — Sachverzeichnis	57	
Nr. 64	Behandeln der bei PSt II angenommenen Lotto-Zahlscheine	56	Nr. 27	Berichtigung zur VMBI. Mit. Nr. 25/1957	57	
Nr. 65	Lotto-Gewinnauszahlung bei Annahmestellen in Poststellen II	56	Nr. 28	Berichtigungen zum Paketzenbuch	57	
Nr. 66	Berichtigung Nr. 5 zum Paketzenbuch, Ausgabe 1953	56	Nr. 29	Sonderpostämter	57	
			Nr. 30	Sonder- und Werbestempel	57	

Verfügungen Betriebsdienst

- Post -

Nr. 61/1957. Einrichtung eines Grenz-Auswechslungs-postamtes beim Hauptpostamt Rostock 1

Vom 1. April 1957 an wird das Hauptpostamt Rostock 1 als Grenz-Auswechslungspostamt für die Länder Schweden, Norwegen, Finnland, Dänemark und Island eingerichtet. Der bisher zwischen dem PA Berlin NW 7 und diesen Ländern bestehende Kartenschlußwechsel entfällt vom gleichen Tage an und ist in abgehender Richtung vom Postamt Berlin NW 7 letztmalig am 31. März 1957 wahrzunehmen.

Die PAnst und Bp leiten die Briefpost für die vorstehend benannten Länder mit den bestehenden Postverbindungen ab 1. April 1957 der Auslandsstelle Rostock 1 zu.

In dem Verzeichnis der Auslandskartenschlüsse — Stand 1. Dezember 1956 — sind mit Wirkung vom 1. April 1957 bei den Ländern Schweden, Norwegen, Finnland, Dänemark und Island die Angaben Berlin NW 7 durch den Vermerk „Rostock 1“ zu ersetzen.

P Bef 3 b 2463—1

Nr. 62/1957. Verlegung eines Verzollungspostamtes

Das Verzollungspostamt für den Bereich Mecklenburg ist am 1. März 1957 von Ludwigslust 2 nach Schwern (Meckl) 1 verlegt worden.

Das Verzeichnis der Verzollungspostämter in den Vorbemerkungen zu den Gebührenbüchern für Pakete und Luftpostpakete nach dem Ausland ist zu berichtigen.

Ferner sind als PAnst des HPA-Bereichs Prenzlau (unter Berlin NW 7) nachzutragen: Brüssow, Gerswalde (Uckerm), Penkun. Die Angabe Warwitz (Uckerm) ist zu streichen.

Die gleichen Berichtigungen sind im Beiheft zu den Leitübersichten unter Ziffer 11 vorzunehmen. Außerdem ist darin Berlin N 4 zu ändern in: Berlin NW 7.

P OB 3 b 2251—0/35

Nr. 63/1957. Ausfuhr von Waren in Postsendungen (zur VMBI. Vf. Nr. 60/1955, S. 30)

Das der o a VMBI Vf. beigefügte Merkblatt über die Ausfuhr von Waren in Postsendungen ist nach dem neuesten Stande überarbeitet worden. Es wird als Sonderdruck zu dieser VMBI.Vf neu herausgegeben und geht den BPP demnächst in Höhe der für das Zollhandbuch festgelegten Stückzahl zur Verteilung an die PAnst unmittelbar von der Druckerei zu.

P OB 3 2254—0

Nr. 64/1957. Behandeln der bei PSt II angenommenen Lotto-Zahlkarten

Um den Zeitaufwand für das Bearbeiten der bei PSt II angenommenen Zahlkarten für den VEB Zahlen-Lotto zu verringern, ist vom 1. Mai 1957 an folgendes Verfahren allgemein anzuwenden:

1. Die PSt II tragen die Lotto-Zahlkarten nicht mehr einzeln in die Annahmekarten ein, sondern summarisch nach der Tip-Anzahl, z. B. 10 Stück zu 0,50 DM, 12 Stück zu 1,— DM usw.
2. Während der Enkartung der Poststellentaschen werden die Lotto-Zahlkarten nach der Tip-Anzahl vor dem Buchen mit einer wöchentlich durchlaufenden Nummer mit Hilfe eines einfachen Nummernstempels versehen.
3. Sobald die Zahlkarten einer Tip-Art mit Nummern versehen sind, werden sie in eine Zusammenstellung (siehe Muster auf Seite 58) eingetragen. An Hand der Stückzahl lassen sich die Zahlen für die übrigen Angaben in der Zusammenstellung errechnen. Die Anzahl der Tips dient zur Kontrolle der richtigen Errechnung des Gesamtbetrages.
4. Nur der Gesamtbetrag wird in der Einzahlungsliste gebucht. Der Bezirksstempel mit Nummernwerk und Kennbuchstaben wird auf der Zusammenstellung abgedruckt.
5. Die Zusammenstellung wird mit den Lotto-Zahlkarten in einem besonderen Zahlkarten-Briefumschlag an das Postscheckamt gesandt. Der Zahlkarten-Briefumschlag ist mit dem Rotstiftvermerk „Lotto-Zahlkarten“ zu versehen.
6. Eine Durchschrift der Zusammenstellung ist aus Zweckmäßigkeitsgründen dem Betriebsstatistiker zu übergeben.
7. Die Zahlkarten-Briefumschläge mit dem Vermerk „Lotto-Zahlkarten“ werden von der Eingangsstelle des Postscheckamts ungeöffnet an die Buchhalterei weitergeleitet. Damit bleibt die notwendige Zusammengehörigkeit der Listen und Belege gewahrt.
8. In der Buchhalterei werden Sonderlisten gefertigt. Die Gegenprüfung erfolgt durch Vergleichen der Endsummen der Sonderlisten mit den Endsummen der Zusammenstellung für Lotto-Zahlkarten. Die Endsummen der Sonderlisten werden auf der Rückseite der Gutschriftzettel eingetragen.
9. In der Buchungsprüfstelle werden nur die Summen der auf der Rückseite der Gutschriftmerkzettel eingetragenen „Lotto-Zahlkarten-Sammler“ übernommen. Das Nachtippen der Lotto-Zahlkarten in der Buchungsprüfstelle fällt weg, ebenso das Abschneiden der Köpfe der Lotto-Zahlkarten.
10. Die Lotto-Zahlkarten können täglich abgebündelt und der Nachforschungsstelle zugeführt werden. Das vereinfacht auch die Aufklärungsarbeit.
11. Die Zusammenstellungen der Lotto-Zahlkarten gehen zur Listenprüfstelle und werden wie jeder andere Buchungsbeleg bearbeitet.

Das Formblatt „Zusammenstellung für Lotto-Zahlkarten“ wird als Lagerformblatt hergestellt werden. Der Zeitpunkt der Auslieferung wird zu gegebener Zeit im VMBL bekanntgegeben.
P OB 2 a 2144—0

Nr. 65/1957. Lotto-Gewinnausszahlung bei Annahmekarten in PSt II

(zur VMBL. Nr. 230/1956)
Die zugeschriebenen Lotto-Gewinnbeträge dürfen bis zum Dienstag der nächsten Spielwoche bei der PSt II verbleiben. In der Überweisungskarte des Dienstags hat die PSt II die eingelösten Abschnitte A sowie die nicht abgeforderten Gewinnbeträge rückzuschreiben.
Der Leiter des HPA kann anordnen, daß die Gewinnbeträge den PSt II nicht zugeschrieben werden und die ausgezahlten Beträge von der Schlußsumme der Annahmekarte abzusetzen sind, wenn erfahrungsgemäß die Tageseinnahme der PSt II die Gewinnausszahlung gewährleistet. In diesen Fällen ist der PSt II nur die Gewinnliste zu übersenden. Die Gewinnliste hat die PSt II nach Schluß der Gewinnausszahlungsfrist mit der Annahmekarte, in der die letzte Gewinnausszahlung der betreffenden Spielwoche gebucht ist, an die Landpoststelle zurückzusenden. Gewinnausszahlungslisten haben PSt II nicht zu führen.
P OB 2 d 2156—2

Nr. 66/1957. Berichtigung Nr. 5 zum Paketzonenbuch, Ausgabe 1955

Seite	Art der Berichtigung	Gebührenfeld	Postort nach der Buchstabenfolge
7	nachtragen	1558	Bad Bibra
27	nachtragen	1795	Dittrichshütte (Kr Rudolstadt)
31	nachtragen	1617	Eckartsberga
35	nachtragen	1672	Erfurt-Henne
35	nachtragen	1672	Erfurt Siedlung Schmira
58	nachtragen	1672	Henne, Erfurt-
62	streichen	1511	Hohenbocka (Kr Senftenberg)
62	streichen	1511	Hohenbocka-Hosena (Lausitz)
64	ändern	1511	Hosena (Lausitz), Hohenbocka- in Hosena (Lausitz)
109	streichen	1806	Rehefeld (Erzgeb)
109	streichen	1794	Remda (Thür)
122	streichen	1512	Senftenberg-West
123	nachtragen	1672	Siedlung Schmira, Erfurt
147	streichen	1806	Zinnwald (Erzgeb)

DPW 2476—4

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen
der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik

Jahrgang 1956

Nummer 1—49

Herausgeber:

Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
Berlin W 66, Mauerstraße 69-75

SACHVERZEICHNIS
zu
Verfügungen und Mitteilungen
des
Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen
der
Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
Jahrgang 1956

Nummer 1-19

(Abkürzungen: A. = Aufsetz, M. = Mitteilung, S. = Seite, V. = Verfügung)

- A**
- Ablieferung von Akkumulatoren-Altblei. V. 124, S. 81.
 - Abrufl. Neuer Termin zum — von Lagerformblätter für das III. Quartal 1956. V. 96, S. 67.
 - Akkumulatoren-Altblei. Ablieferung von —. V. 124, S. 81.
 - Altblei. Ablieferung von Akkumulatoren- —. V. 124, S. 81.
 - Alters-, Anordnung N 1 über die —, Invaliden-, Unfall- und Hinterbliebenenversorgung für die Beschäftigten der Deutschen Post. VMBL.Nr. 21a, S. 4.
 - Anordnung Nr. 2 über die —, Invaliden-, Unfall- und Hinterbliebenenversorgung für die Beschäftigten der Deutschen Post vom 21. 6. 1956. VMBL.Nr. 26a, S. 1.
 - Anordnung zur Änderung der Anordnung Nr. 1 vom 31. Mai 1956 (VMBL.Nr. 21a/1956) über die Alters-, Invaliden-, Unfall- und Hinterbliebenenversorgung für die Beschäftigten der Deutschen Post vom 21. 6. 1956. VMBL.Nr. 26a, S. 3.
 - Amtskennzeichen. Berichtigung Nr. 11 zum Verzeichnis der —. V. 214, S. 132.
 - Annahmehedingungen. Änderung der — für Seefunk-Festtags-Telegramme. V. 288, S. 172.
 - Änderung der Bezeichnung einer Tätigkeit. V. 61, S. 47.
 - Anordnung über den Telexverkehr vom 13. Januar 1956. V. 22, S. 17.
 - über kurzfristige Vermietung von Stromwegen durch die Deutsche Post vom 27. Januar 1956 V. 78, S. 56.
 - Nr. 2 über die Gewährung von Dienstaltersprämien und Zusatzurlaub für die Beschäftigten der Deutschen Post vom 18. Juni 1956. V. 160, S. 39.
 - über die Gebühren im Fernsprecheverkehr (Fernsprechegebührenvorschriften) vom 13. Oktober 1956 V. 304, S. 181.
 - Nr. 1 über die Gewährung von Dienstaltersprämien und Zusatzurlaub für die Beschäftigten der Deutschen Post. VMBL.Nr. 21a, S. 3.
 - Nr. 1 über die Alters-, Invaliden-, Unfall- und Hinterbliebenenversorgung für die Beschäftigten der Deutschen Post. VMBL.Nr. 21a, S. 4.
 - Nr. 2 über die Alters-, Invaliden-, Unfall- und Hinterbliebenenversorgung für die Beschäftigten der Deutschen Post vom 21. 6. 1956. VMBL.Nr. 26a, S. 1.
 - zur Änderung der Anordnung Nr. 1 vom 31. Mai 1956 (VMBL.Nr. 21a/1956) über die Alters-, Invaliden-, Unfall- und Hinterbliebenenversorgung für die Beschäftigten der Deutschen Post vom 21. Juni 1956. VMBL.Nr. 26a, S. 3.
 - über die Aufhebung der Ortsklasse D für den Bereich der Deutschen Post. VMBL.Nr. 21a, S. 4.
 - Anweisung zur Verordnung über den Fernseh-Rundfunk und ihrer 1. Durchführungsbestimmung vom 1. Juni 1956 (GBl. I, S. 494). V. 188, S. 115.
 - über die Aufstellung von Arbeitsplänen —. Gültig für das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen und die unterstellten Einrichtungen, Institutionen und Dienststellen. V. 218, S. 137.
 - Berichtigung zur — für den Springschreiberdienst. V. 248, S. 152.
 - Ergänzung zur — zur Verordnung über den Fernseh-Rundfunk und ihrer Ersten Durchführungsbestimmung vom 1. Juni 1956 (GBl. I, S. 494) V. 295, S. 176.
 - Arbeitsanweisung für den Sport-Toto-Annahmehdienst. V. 141, S. 87.
 - Arbeitskräfte für das HPA Hoyerswerda. M. 117, S. 173.
 - für die Badesaison. M. 35, S. 62.
 - Arbeitsplänen. Anweisung über die Aufstellung von —. Gültig für das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen und die unterstellten Institutionen, Einrichtungen und Dienststellen. V. 218, S. 137.
 - Arbeits- und Gesundheitsschutz. Beschluß des Sekretariats des Zentralvorstandes der IGPF und des Kollegiums des MPF über die Durchführung des Monats für — im September 1956. VMBL.Nr. 31, S. 117.
 - Arbeitsschutzkleidung. Neufassung des Katalogs für —. M. 8, S. 28.
 - Arbeitsschutzkonferenz. Erste Zentrale — der Deutschen Post. V. 38, S. 29.

Arbeitszeitregelung für Teilkraft des Foto- und Lotteriedienstes. V. 170, S. 107.
 Aufenthaltsgenehmigungen. Telegraphische —. V. 178, S. 112.
 — Telegraphische —. V. 305, S. 181.
 Aufgabestempel. Verlust von —. V. 276, S. 170.
 Aufhebung eines Fernamtes. V. 278, S. 170.
 Ausfuhrpostsendungen mit Exportwarenbegleitschein (EWBS). V. 113, S. 75.
 Auslandsstelle. Umwandlung der — des HPA Berlin N 4 in ein PA. V. 140, S. 87.
 Außerkerzung von Sonderpostwertzeichen. V. 220, S. 138.
 Ausweise für die Mitarbeiter der Kontrollabteilung des MPP. V. 83, S. 43.
 Auszeichnung mit dem Ehrentitel „Verdienter Meister“. M. 60, S. 122.
 — des Fernmeldezeugamtes Berlin. M. 19, S. 45.
 — zum Internationalen Frauentag. M. 34, S. 58.
 — für hervorragenden Arbeitseinsatz. M. 45, S. 72.
 — zum 10. Jahrestag der Schaffung der volkseigenen Betriebe. M. 70, S. 110.
 Auszeichnungen im 8. Berufswettbewerb der deutschen Jugend. M. 74, S. 115.
 — zum 13. Oktober 1956. M. 109, S. 160.
 — aus Anlaß des 1. Mai 1956. M. 51, S. 85.
 Avio-Gespräche. Seefunkgespräche. V. 8, S. 6.
 Avio-Telegrammen. Neueinführung von Sturm- und —. V. 7, S. 6.
 B
 Bahnhofsensendungen. V. 12, S. 55.
 Bargeld. Beförderung von — zwischen Kreditinstituten — Gebührenverrechnung. V. 86, S. 60.
 Bären-Lotterie. Zahlkarte der Berliner —. V. 98, S. 67.
 Befugung der Dienststellen der Deutschen Post. V. 103, S. 70.
 Beförderungsläufe. V. 282, S. 171.
 Begleitpapiere zu Postpaketen nach Belgisch Kongo. V. 172, S. 108.
 Begrüßungsadresse zum Internationalen Frauentag. VMBI.Nr. 11, S. 49.
 Behandlung der Rückscheipaketsendungen bei den Bestimmungsländern. V. 105, S. 70.
 Belohnung. Vergütung für das — von Zeitungen. V. 265, S. 162.
 Beleuchtungstechnik. Fachbuch „— im Betrieb“. M. 102, S. 153.
 Berichterstattung zu den Personalbemessungsrichtlinien für das Post- und Fernmeldewesen. V. 191, S. 118.
 Berichtigung zur Anweisung für den Springschreiberdienst. V. 246, S. 152.
 — und Ergänzung der VMBI.Vf.Nr. 344/1955. V. 16, S. 15.
 — Nr. 2 zum Gebührenbuch für Postpakete nach dem Ausland, Ausgabe 1. Juli 1955. V. 26, S. 23.
 — des Gebührenbuches für den Seefunkdienst. V. 37, S. 26.
 — Nr. 11 zum Briefpostbuch, Ausgabe 1951. V. 42, S. 37.
 — zum Verzeichnis der Amtskennzeichen. M. 28, S. 56.
 — zum Telexverzeichnis. V. 89, S. 60.
 — zum Paketzonebuch. M. 41, S. 66.
 — zum Gebührenbuch für Telegramme. V. 128, S. 82.
 — der VMBI.Vf.Nr. 109/1956. V. 129, S. 82.
 — zum Verzeichnis der Amtskennzeichen. M. 53, S. 85

— zur Anordnung Nr. 1 über die Alters-, Invaliden-, Unfall- und Hinterbliebenenversorgung für die Beschäftigten der Deutschen Post vom 31. Mai 1956 (VMBI.Nr. 21a/1956). VMBI.Nr. 26a, S. 6.
 — zum Paketzonebuch. M. 67, S. 106.
 — zum Briefpostbuch. M. 76, S. 116.
 — Nr. 14 zum Briefpostbuch, Ausgabe 1951. V. 201, S. 125.
 — zur VMBI.Vf.Nr. 150/1956 und zur VMBI.Vf.Mitt. 70 1956. M. 82, S. 126.
 — zum Gebührenbuch für den Fernsprechauslandsdienst. V. 211, S. 129.
 — Nr. 11 zum Verzeichnis der Amtskennzeichen. V. 214, S. 132.
 — Nr. 3 zum Paketzonebuch — Ausgabe 1955. V. 216, S. 135.
 — zum Verzeichnis der Postanstalten des Berliner Nahverkehrs. V. 238, S. 150.
 — zur Anweisung über die Behandlung von Nachfragen nach dem Verbleib von Inlandspaketsendungen. V. 239, S. 150.
 — zur VMBI.Mitt.Nr. 88 1956. M. 103, S. 153.
 — zur VMBI.Vf.Nr. 254/1956. V. 258, S. 159.
 — zur VMBI.Vf.Nr. 253/1956. Aufnahme des Telexverkehrs mit den Philippinen. V. 266, S. 162.
 — zur VMBI.Vf.Nr. 269/1956 — Sonderpostwertzeichen „Berliner Tierpark“. V. 292, S. 176.
 — Erweiterung des Luftpostpaketsverkehrs — Nr. 1 zum Gebührenbuch für Luftpostpakete nach dem Ausland, Ausgabe 1. Oktober 1956. V. 299, S. 180.
 — zur VMBI.Vf.Nr. 238/1956. V. 301, S. 181.
 — Nr. 1 zum Fernleitheft für Inlandsgespräche. V. 306, S. 181.
 — Nr. 2 zum Gebührenbuch für Postpakete nach dem Ausland, Ausgabe 1. Oktober 1956. V. 306, S. 163.
 — Nr. 16 zum Briefpostbuch, Ausgabe 1951. V. 309, S. 184.
 Berichtigungen zum Briefpostbuch. M. 29, S. 56
 Berufswettbewerb. Auszeichnungen im 8. — der deutschen Jugend. M. 74, S. 115
 Beschluß des Sekretariats des Zentralvorstandes der Industriegewerkschaft Post- und Fernmeldewesen und des Kollegiums des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen über die Durchführung des Monats für Arbeits- und Gesundheitsschutz im September 1956. VMBI.Nr. 31, S. 117.
 Bestellung und Vertrieb von Fachzeitschriften aus zurückliegender Bezugszeit und während der laufenden Bezugszeit. V. 183, S. 114.
 Bezugszeit für das MPP. M. 113, S. 170.
 Betriebe. Zehn Jahre — des Volkes. VMBI.Nr. 26, S. 103
 Bezugspreise. Ergänzung zur Preisbewilligung Nr. 6 für die — des Lesezirkels im demokratischen Sektor von Groß-Berlin. V. 313, S. 185
 Bezugspreisänderung für die Zeitschrift „Die Deutsche Post“. V. 210, S. 129
 Bildtelegraphendienst mit Schweden. V. 117, S. 78
 — mit Österreich. V. 118, S. 78.
 — mit der Tschechoslowakischen Republik. V. 138, S. 85.
 Bildtelegraphendienststelle. Einrichtung einer öffentlichen — zur Leipziger Messe 1956. V. 64, S. 48
 Briefaufschriften. Abfassung von —. V. 154, S. 96.
 Briefkästen. Reinigen der — und Wertzeichengeber. V. 79, S. 54.
 Briefmarkenblock. Ernst-Thälmann. —. V. 125, S. 81

Briefmarkenausendungen der Mitglieder der Sektion Philatelie im Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands. V. 229, S. 143.
 Brieftelegrammen. Zulassung von — im Telegrammverkehr mit der Türkei. V. 119, S. 78.
 Brief- und Zeitungszustellung. Einführung der vereinbarten —. V. 121, S. 79.

D

Dank an die Mitarbeiter der Deutschen Post. M. 15, S. 41.
 Dienstaltersprämien. Anordnung Nr. 1 über die Gewährung von — und Zusatzurlaub für die Beschäftigten der Deutschen Post. VMBI.Nr. 21a, S. 3.
 — Anordnung Nr. 2 über die Gewährung von — und Zusatzurlaub für die Beschäftigten der Deutschen Post vom 16. Juni 1956. V. 169, S. 89.
 Dienstanweisung. Auslieferung der — für das Verwaltungsverfahren bei der DP. V. 47, S. 40.
 Dienstbezeichnung. Änderung der — im Fernmeldewesen. V. 58, S. 45.
 Dienststellenbezeichnung. Änderung einer — beim Lesezirkel. V. 147, S. 90.
 Dienststunden für den Lesezirkel. V. 57, S. 45.
 Direktive des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen und des Zentralvorstandes der Industriegewerkschaft Post- und Fernmeldewesen über den Abschluß der Betriebskollektivverträge der Deutschen Post für das Jahr 1956. V. 11, S. 9.
 Direktorfonds. Anweisung zur Verordnung über den — in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft im Planjahr 1956 — Deutsche Post —. V. 157, S. 92
 — V. 206, S. 127.
 Drucksachen zu ermäßigter Gebühr nach dem Ausland. V. 153, S. 95.
 Dokumentationen. Versand von technischen Zeichnungen und —. V. 232, S. 146.
 Durchführungsbestimmung. Ergänzung zur Fünften — zur Kulturverordnung vom 24. Januar 1956 (GB I, S. 163) — Zuschläge für ununterbrochene Beschäftigungsdauer —. V. 254, S. 157.

E

Ehrenurkunde. Verleihung der — „Bester Facharbeiter“. M. 57, S. 88.
 Eilboten. Kennzeichnung der durch — zuzustellenden Sendungen. V. 94, S. 64.
 Eilzustellgebühr für Briefe und für Telegramme. V. 298, S. 177.
 Einfuhrbestimmungen der Tschechoslowakischen Republik. V. 174, S. 109.
 Einlieferungsbescheinigungen. Gewichtsangabe in — über gewöhnliche Auslandspakete. V. 97, S. 67.
 Einrichtung von Postämtern. V. 87, S. 60.
 Einschreibabschlüsse. Wegfall der —. V. 283, S. 171.
 Einträgen der Pakete für Poststellen II. V. 156, S. 96.
 — der Pakete für Poststellen II. M. 62, S. 97.
 Einzahlungsaufträgen. Verwendung von — durch die VödB — Bäuerliche Handelsgenossenschaften. V. 182, S. 113.
 Ein- und Rückzahlungsscheine für fremde Sparkassen. V. 29, S. 24.
 Einzelfernansprache für die Fernsprechnummern und in der Telegrammübermittlung durch F. V. 10, S. 7.
 Einzelzeiten. Änderung der — bei Poststellen. V. 5, S. 6.

Erfundungs- und Vorschlagswesens. Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit auf dem Gebiet des —. V. 44, S. 40.
 Erholungsurlaub. Vereinbarung über den — für Beschäftigte der DP, die schwere oder gesundheitsschädigende Arbeiten verrichten. V. 84, S. 59.
 Ernennung zum Direktor des Instituts für Ökonomik des Post- und Fernmeldewesens. M. 93, S. 136.
 Ersatz-Kanäle in TP-Linien. V. 268, S. 163.
 Erschließungsweise des VMBI. M. 5, S. 16.
 Exportwarenbegleitschein. Ausfuhrpostsendungen mit — (EWBS). V. 113, S. 75.

F

Fachbuch über die Mechanisierung des Postwesens. V. 217, S. 135.
 — „Postcheckdienst“. V. 230, S. 143.
 — „Mechanisierung im Postwesen“. V. 245, S. 151.
 — „Beleuchtungstechnik im Betrieb“. M. 102, S. 153.
 Fachschul- und Fachschulfernstudium an den Fachschulen der Deutschen Post. V. 65, S. 50.
 Fachzeitschriften. Bestellung und Vertrieb von — aus zurückliegender Bezugszeit und während der laufenden Bezugszeit. V. 183, S. 114.
 Fallbriefsendungen. V. 155, S. 96.
 — V. 281, S. 171.
 Fernamts. Aufhebung eines —. V. 278, S. 170.
 Fernleitheft. Berichtigung Nr. 1 zum — für Inlandsgespräche. V. 306, S. 181.
 Fernleitheftes. Einführung des — für Inlandsgespräche in der Deutschen Demokratischen Republik. V. 224, S. 139.
 Fernmeldeabkommen. Post- und — mit der Koreanischen Volksdemokratischen Republik. V. 1, S. 2.
 Fernmeldegebühren. Senkung der Post- und — des Auslandsverkehrs und einiger Gebühren des Inlandsverkehrs. V. 276, S. 141.
 Fernseh-Rundfunk. Anweisung zur Verordnung über den — und ihrer 1. Durchführungbestimmung vom 1. Juni 1956 (GB I, S. 494). V. 188, S. 115.
 — Ergänzungen zur Anweisung zur Verordnung über den — und ihrer Ersten Durchführungbestimmung vom 1. Juni 1956 (GB I, S. 494). V. 295, S. 176.
 Fernseh-Rundfunkgebührenklasse. V. 187, S. 115.
 Fernsprechbücher. Amtliche —. V. 79, S. 57.
 Fernsprechgebührenvorschriften. Anordnung über die Gebühren im Fernsprechverkehr (—) vom 13. Oktober 1956. V. 304, S. 181.
 Fernsprechverkehr. Gebührenänderungen im — mit den skandinavischen Ländern. V. 66, S. 50.
 — mit der Koreanischen Volksdemokratischen Republik. V. 76, S. 55.
 — Gebührenerhöhung bei Staatsgesprächen im — mit der UdSSR. V. 158, S. 96.
 — mit Griechenland. V. 241, S. 150.
 — Gebührenänderung im — mit Großbritannien. V. 277, S. 170.
 — mit der Türkei. V. 289, S. 173.
 — Gebührenänderung im — mit Britisch Kolumbien (Kanada-Yukon). V. 303, S. 181.
 — Anordnung über die Gebühren im — (Fernsprechgebührenvorschriften) vom 13. Oktober 1956. V. 304, S. 181.
 — Aufnahme des — mit der Türkei. V. 6, S. 6.
 — Aufnahme des — mit der Demokratischen Republik Vietnam. V. 144, S. 88.

— Aufnahme des — mit der Volksrepublik Albanien. V. 148, S. 90.
 — Aufnahme des — mit Süd-Njassland. V. 184, S. 114.
 — Aufnahme des — mit Jordanien und Libyen. V. 204, S. 126.
 — Aufnahme des — mit der Republik Syrien. V. 302, S. 181.
 Fernstudium an der Hochschule für Verkehrswesen. M. 43, S. 68.
 Frausommerdienstkleidung. M. 121, S. 165.
 Freimachung der Sendungen nach dem Ausland. V. 85, S. 60.
 Formblätter. Wegfall des Lagerformblattes C 31 a zu 100 Blatt (Posteinlieferungsbuch für Nachnahmen). V. 31, S. 25.
 — Änderung des Lagerformblattes C 1094 „Merkzettel über verausgabte Postmietbehälter am Aufgabort“. V. 69, S. 47.
 — Wegfall eines Formblattes. V. 74, S. 55.
 — Änderung des Lagerformblattes C 1097 „Rückgabemittlung über zurückgegebene Postmietbehälter“. V. 163, S. 105.
 — für den Postüberwachungsdienst. V. 307, S. 183.
 Formblätter. Neuauflage des — M 64 (Dienst- und Leistungsübersicht der PST). V. 240, S. 150.
 — Änderung des — C 111 „Nachfrageschreiben“. V. 286, S. 172.
 Formblattwesen. Berichtigung des Formblattes M 36 (ADA V.2 Anl. 29). V. 271, S. 168.
 Fandsachen. V. 208, S. 128.

G

Gebührenänderung im Telegrammverkehr mit der Koreanischen Volksdemokratischen Republik. V. 100, S. 68.
 — im Telegraphenverkehr mit der Volksrepublik China. V. 105, S. 105.
 — im Telegraphenverkehr mit der Koreanischen Volksdemokratischen Republik. V. 202, S. 126.
 — im Telegraphenverkehr mit der Demokratischen Republik Vietnam. V. 203, S. 126.
 — im Fernsprechverkehr mit Großbritannien. V. 277, S. 170.
 — im Fernsprechverkehr mit Britisch Kolumbien (Kanada—Yukon). V. 303, S. 181.
 — im Fernsprechverkehr mit den skandinavischen Ländern. V. 66, S. 50.
 Gebührenbuch für Postpakete nach dem Ausland, Ausgabe 1. Oktober 1956 (Berichtigung Nr. 1). V. 274, S. 169.
 — Berichtigung Nr. 2 zum — für Postpakete nach dem Ausland, Ausgabe 1. Oktober 1956. V. 306, S. 183.
 Gebührenbücher. Neudruck der — für Telegramme, für den Fernsprechauslandsdienst und für den Seefunkdienst. V. 234, S. 146.
 Gebührenerhöhung bei Staatsgesprächen im Fernsprechverkehr mit der UdSSR. V. 158, S. 96.
 — bei Staatsgesprächen mit einigen volksdemokratischen Ländern. V. 167, S. 105.
 Geldrollenpapier für Münzen zu 1 DM. V. 294, S. 176.
 Genehmigungen. Erteilung von — auf Grund der HFVO und der hierzu erlassenen 1. Durchführungsbestimmung vom 28. August 1952 (GBl. S. 807). V. 168, S. 106.
 Geschenkfunkdienstes. Aufnahme eines —. V. 267, S. 163.

Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse. Mitarbeit in der —. M. 7, S. 26.
 Gewichtsangabe in Einlieferungsbescheinigungen über gewöhnliche Auslandspakete. V. 97, S. 67.
 Gewinnauszahlung. Lotto — bei Annahmestellen in Post II. V. 250, S. 155.
 Glückwunschschriften des Ministers. M. 33, S. 58.
 Gruppentelegramme. Republik- und — im Wettbewerb. M. 25, S. 52.
 — im Wettbewerb im I. Quartal 1956. M. 52, S. 85.
 — Republik- und — im Wettbewerb für das II. Quartal 1956. M. 90, S. 132.
 — Republik- und — im Wettbewerb für das III. Quartal 1956. M. 116, S. 173.
 Grußtelegramme. Verbilligte — vom II. Deutschen Turn- und Sportfest. V. 177, S. 112.

H

Handbuch für Entstörer im Fernsprechnetz. M. 40, S. 66.
 Hinterbliebenenversorgung. Anordnung Nr. 1 über die Alters-, Invaliden-, Unfall- und — für die Beschäftigten der Deutschen Post. VMBI.Nr. 21a, S. 4.
 — Anordnung Nr. 2 über die Alters-, Invaliden-, Unfall- und — für die Beschäftigten der Deutschen Post vom 21. 6. 1956. VMBI.Nr. 26a, S. 1.
 — Anordnung zur Änderung der Anordnung Nr. 1 vom 31. Mai 1956 (VMBI.Nr. 21a/1956) über die Alters-, Invaliden-, Unfall- und — für die Beschäftigten der Deutschen Post vom 21. Juni 1956. VMBI.Nr. 26a, S. 3.
 Hochfrequenzanlagen. Erteilung von Genehmigungen auf Grund der Verordnung über — (HFVO) und der hierzu erlassenen Ersten Durchführungsbestimmung (DFB) vom 28. August 1952 (GBl. S. 807) V. 99, S. 60.
 — Erteilung von Genehmigungen auf Grund der Verordnung über — (HFVO) und der hierzu erlassenen Ersten Durchführungsbestimmung (DFB) vom 28. August 1952 (GBl. S. 807). V. 139, S. 85.
 — Erteilung von Genehmigungen auf Grund der Verordnung über — (HFVO) und der hierzu erlassenen Ersten Durchführungsbestimmung (DFB) vom 28. August 1952. V. 159, S. 96.
 Höchstgewicht für Zeitungspakete. V. 273, S. 168.

I

Impfstoffen. Versand von —. V. 135, S. 84.
 Inbetriebnahme einer VS/WoF. V. 9, S. 7.
 Inbetriebnahme eines neuen Fernamts. V. 23, S. 30.
 Invaliden-, Anordnung über die Alters-, Unfall- und Hinterbliebenenversorgung für die Beschäftigten der Deutschen Post. VMBI.Nr. 21a, S. 4.
 — Anordnung Nr. 2 über die Alters-, Unfall- und Hinterbliebenenversorgung für die Beschäftigten der Deutschen Post vom 21. 6. 1956. VMBI.Nr. 26a, S. 1.
 — Anordnung zur Änderung der Anordnung Nr. 1 vom 31. Mai 1956 (VMBI.Nr. 21a/1956) über die Alters-, Unfall- und Hinterbliebenenversorgung für die Beschäftigten der Deutschen Post vom 21. Juni 1956. VMBI.Nr. 26a, S. 3.

J

Jahrgangsschluß des VMBI — Sachverzeichnisse V. 15, S. 14.

K

Kassenausfälle. Entschädigung auf —. V. 49, S. 41.

Kassenzettel als Rechnungsbelege. V. 45, S. 40.
 Kontrollabteilung des Bereiches Rundfunk und Fernsehen. V. 169, S. 106.
 Kreistelegramm Nr. 1 vom 26. Januar 1956, 12.50 Uhr. M. 16, S. 41.
 — Nr. 2 vom 16. Februar 1956, 15.30 Uhr. M. 22, S. 48.
 Kreis-Telegramme. V. 175, S. 110.
 — V. 242, S. 150.
 KS-Telegramm Nr. 8 vom 23. Juli 1956, 12.15 Uhr. M. 85, S. 129.
 Kulturverordnung. Ergänzung zur Fünften Durchführungsbestimmung zur — vom 24. Januar 1956 (GBl. I, S. 163) — Zuschläge für ununterbrochene Beschäftigungsdauer —. V. 254, S. 157.
 Kurskarten. Unterrichtskarten vom Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik und — vom westdeutschen Postgebiet. V. 309, S. 180.

L

Lagerformblätter. Neue — für die Fernbetriebsbeobachtung. Wiedereinführung des Auskunftsblattes in Fernämtern. V. 247, S. 152.
 Lagerformblättern. Neuer Termin zum Abruf von — für das III. Quartal 1956. V. 96, S. 67.
 — Einführung von zwei — im Sparkassendienst. V. 285, S. 172.
 Lehrtätigkeit. Vergütung nebenberuflicher —. V. 200, S. 125.
 Leserkarte. Dienststunden für den —. V. 57, S. 45.
 — Aushang von Werbepaketen des —. Herausgabe eines neuen Lagerformblattes Lz. 29. V. 123, S. 80.
 Leserkartemappen. Verlust von —. V. 157, S. 96.
 Luftpostliste. Ausgabe 1. Juni 1956. V. 222, S. 139.
 — für den Winterflugplan 1956/57. V. 280, S. 171.
 Luftpostpaketverkehrs. Erweiterung des —. Berichtigung Nr. 1 zum Gebührenbuch für Luftpostpakete nach dem Ausland, Ausgabe 1. Oktober 1956. V. 299, S. 180.
 Luftpostverkehr während der Leipziger Frühjahrsmesse vom 26. Februar bis 8. März 1956. V. 55, S. 44.
 LX-Formblättern. Bezug von —. V. 180, S. 113.
 Luftpostzuschläge für Briefsendungen nach dem Ausland. V. 264, S. 162.

M

Mappensendung. Verlust einer — beim Leserkarte. V. 75, S. 55.
 Maßnahmen. Neue — zur Verbesserung der materiellen Lage der Werktätigen der Deutschen Post. VMBI. Nr. 21a, S. 1.
 Materialabrechnung. V. 25, S. 21.
 Mechanisierung. Fachbuch über die — des Postwesens. V. 217, S. 135.
 — Fachbuch „— im Postwesen“. V. 245, S. 151.
 Mehr- und Minderbeträge. Erhebliche —. V. 54, S. 43.
 Meldung über die bei den Postanstalten eingezahlten Bausparnisse des staatlichen und genossenschaftlichen Einzelhandels. V. 143, S. 88.
 Messeausweise. Verkauf der — für die Leipziger Herbstmesse 1956. V. 193, S. 121.
 Messeausweisen. Verkauf von — für die Leipziger Frühjahrsmesse 1956. V. 41, S. 36.
 Minderbeträge. Erhebliche Mehr- und —. V. 54, S. 43.
 Ministeriums. Besetzung der Leitung des — für Post- und Fernmeldewesen. M. 89, S. 132.

Mitteilungen. Herausgabe der „Verfügungen und —“ des Staatlichen Vertragsgerichts bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. M. 101, S. 153.

N

Nachfragen über den Verbleib von Paketsendungen. V. 209, S. 128.
 — Unverzügliche Erledigung der —. V. 272, S. 168.
 Nachnahme-Zahlkarten. Abgabe von — durch die PAnst. V. 146, S. 90.
 Nachsenden der Briefe mit Zustellungsurkunde. V. 195, S. 123.
 Nebenstellen-Rufnummer. Änderung der — des MPF. M. 1, S. 8.
 Neujahrsgruß des Ministers VMBI.Nr. 1/1956.
 Neujahrsverkehr. Weihnachts- und — 1956/57 im Post- und Fernmeldewesen. V. 270, S. 166.
 Normenarbeit. Broschüre „Plan der —“. V. 192, S. 121.
 — Meldungen über die Entwicklung der — im Post- und Fernmeldewesen. V. 120, S. 79.

O

Ökonomik. Studium der — des Post- und Fernmeldewesens an der Hochschule für Verkehrswesen. Dresden. M. 78, S. 124.
 Ordnung der erledigten Telegramm-Urschriften. V. 279, S. 170.
 Ordnungstrafverfahren. V. 60, S. 47.
 — V. 249, S. 155.
 Ortsklasse. Anordnung über die Aufhebung der — D für den Bereich der Deutschen Post. VMBI.Nr. 21a, S. 4.

P

Paketanhänger. V. 259, S. 159.
 Paketanschriftverfahren mit zwei Ösen. V. 136, S. 84.
 Paketkurzüberführungen. V. 181, S. 113.
 Paketsendungen. Nachfragen über den Verbleib von —. V. 209, S. 128.
 Paketverluste. Veröffentlichungen über —. V. 115, S. 79.
 Personalausweise. Vollgültige amtliche — im Verkehr mit der Deutschen Post. V. 142, S. 87.
 — Vollgültige amtliche — im Verkehr mit der Deutschen Post. V. 311, S. 194.
 Personalbemessungsrichtlinien. Berichterstattung zu den — für das Post- und Fernmeldewesen. V. 191, S. 120.
 Planerfüllung. Aufruf zur vorfristigen —. M. 50, S. 85.
 Postabteile im Reisezugwagen. V. 93, S. 64.
 Postanmeldestellen. Rückbrief- und —. V. 207, S. 128.
 Postanweisungen. Bargeldlose Aufflieferung von —. V. 293, S. 176.
 Post- und Zahlungsanweisungen. Behandeln der für Kreditinstitute eingehenden — beim Bestimmungs-postamt. V. 203, S. 162.
 Post- und Fernmeldeabkommen mit der Koreanischen Volksdemokratischen Republik. V. 1, S. 2.
 Postfach. Postsendungen an — oder Postschließfachinhaber. V. 256, S. 158.
 Post- und Fernmeldegebühren. Senkung der — des Auslandsverkehrs und einiger Gebühren des Inlandsverkehrs. V. 226, S. 141.
 Postteilheft — Sommerausgabe 1956. V. 99, S. 68.
 — I — Winterausgabe — Postteilheft II — Ausgabe 1956/57 —. V. 213, S. 132.

Postmetallbühler-Verkehr. V. 19, S. 15.
 — V. 49, S. 40.
 — Einführung eines neuen Formblattes. V. 114, S. 75.
 — V. 134, S. 84.
 Postschleifmängel im —. V. 30, S. 24.
 — Fächbuch —. V. 230, S. 143.
 Postschleifmängel. Postsendungen an Postfach-
 — V. 256, S. 158.
 Poststellen II. Einträgen der Pakete für —. V. 156, S. 96.
 — Einträgen der Pakete für —. M. 62, S. 97.
 Postüberwachungsdienst. Formblätter für den —. V. 307,
 S. 183.
 Post- und Fernmeldeverkehr mit der Insel Taiwan
 V. 24, S. 21.
 Postversand von Tonbändern und Schallplatten. V. 27,
 S. 24.
 Postvergebung. Neue Anschrift der Deutschen — (DPW).
 M. 79, S. 124.
 — Neue Anschrift der Deutschen — (DPW). M. 84,
 S. 129.
 Prämien nach der Prämienverordnung im Jahre 1956
 V. 92, S. 64.
 — für das ingenieur-technische Personal, die Meister
 und das leitende kaufmännische Personal der
 Deutschen Post im I. Quartal 1956. V. 130, S. 83.
 — für das ingenieur-technische Personal, für die
 Meister und für das leitende kaufmännische
 Personal der Deutschen Post im Jahre 1956. V. 219,
 S. 136.
 Prämienzeilohnsystemen. Richtlinien zur Ausarbeitung
 und Einführung von —. V. 227, S. 143.
 Prämienzahlung. Zur I. Durchführungsbestimmung zur
 Verordnung über die — für das ingenieur-technische
 Personal, für die Meister und für das leitende
 kaufmännische Personal in den Betrieben der
 Deutschen Post vom 24. Oktober 1955. V. 2, S. 2.
 Preisbewilligung Nr. 6 für die Bezugspreise des Lese-
 zirkels im demokratischen Sektor von Groß-Berlin
 V. 313, S. 165.
 Pressegespräche. Dringende —. V. 252, S. 156.
 Pressegesprächen. Anmeldung von dringenden — bei
 öffentlichen Sprechstellen der Deutschen Post und
 Betriebsabwicklung von dringenden —. V. 108, S. 71.
 — Anmeldung von dringenden — bei öffentlichen
 Sprechstellen der Deutschen Post. V. 223, S. 149.
 Provisions- und Rabattsätze für den Kalendervertrieb.
 V. 223, S. 139.
 Prozessen. Teilnahme an — vor Gerichten außerhalb
 der Deutschen Demokratischen Republik V. 69,
 S. 54.
 R
 Rabattsätze. Provisions- und — für den Kalenderver-
 trieb. V. 223, S. 139.
 Rahmen- und Zusatzvertrag mit dem VEB Sport-Toto
 V. 116, S. 76.
 Rechnungsbögen. Kassenzettel als —. V. 45, S. 40.
 Reiskostenvergütung. Erläuterungen zu den Anordnun-
 gen Nr. 1 und 2 vom 20. März 1956 über —, Tren-
 nungsentschädigung und Umzugskostenvergütung
 (GBI. Teil I, S. 299). V. 145, S. 89.
 Republikbürger im Wettbewerb im I. Quartal 1956
 M. 56, S. 88.
 Republik- und Gruppenieger im Wettbewerb. M. 25,
 S. 52.
 — im Wettbewerb für das II. Quartal 1956 M. 90,
 S. 132.
 — im Wettbewerb für das III. Quartal 1956. M. 116,
 S. 173.

Richtlinien zur Ausarbeitung und Einführung von
 Prämienzeilohnsystemen. V. 227, S. 143.
 Rundfunkdienst. V. 251, S. 155.
 Rundfunkgebührenbefreiung. V. 133, S. 84.
 — V. 275, S. 169.
 Rückbrief- und Postanmeldestellen. V. 207, S. 128.
 Rückschein. Pakete mit —. V. 164, S. 105.
 Rückscheinpaketsendungen. Behandlung der — bei den
 Bestimmungsämtern. V. 105, S. 70.
 Rückzahlungsscheine. Ein- und — für fremde Spar-
 kassen. V. 29, S. 24.
 S
 Sachverzeichnisse. Jahrgangsschluss des VMBI. —. V. 15,
 S. 14.
 — für das VMBI. V. 111, S. 75.
 Sammlersendungen, die von westdeutschen Flughäfen
 befördert werden sollen. V. 162, S. 105.
 Sauerstoffflaschen als Postsendungen. V. 73, S. 55.
 Schlüsselliste 1957 für Produktion, Materialversorgungs-
 und Außenhandel. V. 110, S. 75.
 Schmutzblättern. Zulassung von — für Trauerfälle im
 Telegraphenverkehr mit Österreich. V. 165, S. 105.
 — Zulassung von — für Trauerfälle im Telegraphen-
 verkehr mit der Volksrepublik Albanien. V. 199,
 S. 123.
 Schreibmittel für das Ausfüllen der Zahlkarten. V. 92,
 S. 58.
 Schriftverkehr. V. 104, S. 70.
 — Richtlinien für den — bei der DP. V. 112, S. 75.
 Schulz. Das letzte Rennen des Meisters des Sports.
 unseres Kollegen Erich —. VMBI.Nr. 28, S. 110.
 Seefunkgespräche. Aviogespräche. —. V. 8, S. 6.
 Seefunk-Festtags-Feierprogramme. Änderung der Annahmehin-
 bedingungen für —. V. 295, S. 172.
 Senkung der Post- und Fernmeldegebühren des Aus-
 landsverkehrs und einiger Gebühren des Inlands-
 verkehrs. V. 226, S. 141.
 Sicherheitsmarken für Zahlkarten. V. 244, S. 151.
 Sommerdienstleistungen. Muster für eine — für Frauen
 M. 100, S. 153.
 Sonderpostämter. (. . .) = Mitl.Nr. . . Seite . . .
 — Altenburg (Bz Leipzig) Briefmarkenausstellung
 91/133.
 — Bad Frankenhausen (Kyffh) Sommerferienlager.
 71/110.
 — Bautzen. Sorbisches Kulturtreffen. 63/97.
 — Berlin C 2. Weihnachtsmarkt 1955. 2/9.
 — Berlin. IV. Deutscher Schriftsteller-Kongreß. 3/12.
 — Berlin. 3. Parteikonferenz der SED. 36/62.
 — Berlin. Bezirks-Briefmarken-Ausstellung. 104/153.
 — Berlin. Weihnachtsmarkt 1956. 118/173.
 — Crimmitschau. 3 Briefmarken-Ausstellung in Crim-
 mitschau. 107/158.
 — Dresden. 750-Jahr-Feier der Stadt Dresden. 54/86.
 — Dresden A 1. 750-Jahr-Feier der Stadt Dresden.
 54/86.
 — Dresden N 6. Sachschau 63/97.
 — Dresden. Internationales Sportfest 1956. 97/150.
 — Elsterberg. 1 Kreis-Briefmarkenausstellung. 104/153.
 — Erfurt. DDR-Meisterschaften für Leichtathletik
 73/112.
 — Erfurt. 2 Briefmarkenausstellung BAG Philatelie
 Pels. 91/133.
 — Erfurt. 6 Briefmarkenausstellung der AG Philatelie
 Erfurt. 114/170.
 — Finsterwalde (Niederlausitz). 3. Sängereisen in Fin-
 sterwalde (Niederlausitz). 91/132.

— Forst (Lausitz). 2. Bezirksbriefmarken-Ausstellung.
 77/116.
 — Frankfurt (Oder). I. Bezirks-Briefmarken-Ausstel-
 lung. 111/163.
 — Greifswald. 500-Jahr-Feier der Universität Greifswald.
 107/158.
 — Halle (Saale) C 2. I. Bezirks-Briefmarken-Ausstel-
 lung der Jungen Philatelisten. 107/158.
 — Hildburghausen. III. Südthüringer Briefmarken-
 ausstellung in Hildburghausen. 83/129.
 — Hohenstein-Ernstthal. Internationales Sachsenrin-
 neren. 69/106.
 — Ilmenau. I. Internationales Kolloquium. 111/163.
 — Jena. Nationales Sportfest. 60/90.
 — Karl-Marx-Stadt. Briefmarkenausstellung. 110/160.
 — Lauchhammer. Briefmarken-Kollektiv-Ausstellung
 im Kulturhaus des VEB Großkokerie „Matyas
 Rakosi“. 65/104.
 — Leipzig. Leipziger Frühjahrsmesse 1956. 20/45.
 — Leipzig. Kongreßhalle. 2. Zentrale Delegiertenkonfe-
 renz. 23/48.
 — Leipzig. V. Pädagogischer Kongreß. 54/86.
 — Leipzig. Tag der Briefmarke. 110/160.
 — Leipzig. II. Deutsches Turn- und Sportfest in Leip-
 zig. 77/116.
 — Leipzig. Ausstellung zum II. Deutschen Turn- und
 Sportfest in Leipzig. 77/116.
 — Leipzig. Leipziger Herbstmesse 1956. 91/133.
 — Leipzig. Tag der Briefmarke. 110/160.
 — Magdeburg. I. Briefmarkenausstellung der Schwer-
 maschinenbauer. 104/154.
 — Marktlebeberg. IV. Landwirtschafts-Ausstellung
 Leipzig-Marktlebeberg. 77/116.
 — Neustrelitz. 1. Bezirksbriefmarken-Ausstellung 1956
 Neustrelitz. 80/124.
 — Nordhausen. Nordhäuser Rolandfest. 60/90.
 — Oberhof (Thür). VII. Wintersportmeisterschaften der
 Deutschen Demokratischen Republik. 13/28.
 — Ostseebad Graal-Müritz. Internationales Sommer-
 lag der Jugend der Ostseeländer. 60/90.
 — Orybin (Oberlausitz). 700-Jahr-Feier des Kurortes
 Orybin. 80/124.
 — Potsdam. Parkfestspiele Sanssouci. 54/86.
 — Rostock. I. Bezirksmesse. 107/158.
 — Schalkau (Kz Sonneberg). Sommerferienlager. 54/86.
 — Scheibitz-Alsbach (Thüringerw.). Ferienzeltlager GST
 „Hermann Dünker“. 63/97.
 — Schwarzheide über Ruhland (Lausitz). Jubiläums-
 Briefmarken-Ausstellung im VEB Synthesewerk
 Schwarzheide. 39/56.
 — Schwarzheide über Ruhland (Lausitz). Ausstellung
 zum Tag der Briefmarke. 107/158.
 — Schwarzenberg (Erzgeb). I. Kreis-Briefmarken-
 verbescha der Jungen Pioniere. 47/80.
 — Schwerin (Meckl). 100 Jahre Briefmarke Mecklen-
 burg-Schwerin. 107/158.
 — Weimar. II. Bezirks-Briefmarkenausstellung. 54/86.
 — Weimar. 8. Parteitag der CDU. 91/133.
 — Zwickau (Sachs). Betriebs-Briefmarkenausstellung.
 54/86.
 Sonderpostwertzeichen zu Ehren Wolfgang Amadeus
 Mozarts. V. 12, S. 13.
 — „Deutsche Luftwaffe“. V. 39, S. 33.
 — zu Ehren von Heinrich Heine. V. 43, S. 39.
 — zur Leipziger Frühjahrsmesse 1956. V. 52, S. 43.

— zu Ehren Ernst Thälmanns. V. 91, S. 63.
 — zur IX. Internationalen Radrennfahrt für den Frie-
 den. V. 102, S. 69.
 — zur 750-Jahr-Feier der Stadt Dresden. V. 126, S. 81.
 — „10 Jahre Volksseigene Betriebe“. V. 149, S. 91.
 — Zurückziehung von —. V. 150, S. 91.
 — zu Ehren Robert Schumanns. V. 171, S. 107.
 — aus Anlaß des II. Deutschen Turn- und Sportfestes
 V. 176, S. 111.
 — zu Ehren von Thomas Mann. V. 189, S. 120.
 — zu Ehren des sorbischen Dichters Jakob Bart
 Cisinski. V. 190, S. 120.
 — zur Leipziger Herbstmesse 1956. V. 205, S. 127.
 — für den Aufbau nationaler Gedenkstätten. V. 212,
 S. 131.
 — Außerkurssetzung von —. V. 220, S. 238.
 — zu Ehren der Olympischen Spiele. V. 123, S. 143.
 — Ausgabe von neuen Robert-Schumann —. V. 236,
 S. 149.
 — zur 500-Jahr-Feier der Universität Greifswald.
 V. 255, S. 157.
 — zum Tag der Briefmarke. V. 257, S. 159.
 — zum 110jährigen Bestehen der Zeiss-Werke Jena
 V. 262, S. 161.
 — „Berliner Tierpark“. V. 269, S. 165.
 — zum Tag der Menschenrechte. V. 290, S. 175.
 — Berichtigung zur VMBI.VI.Nr. 269/1956 — „Berliner
 Tierpark“. V. 292, S. 176.
 — mit Überdruck und Zuschlag „Heilt dem sozialisti-
 schen Ungarn“ und „Heilt Ägypten“. V. 297, S. 179.
 — Ausgabe von neuen Robert-Schumann —. V. 236,
 S. 149.
 Seite . . .
 — Allstedt (Helme). 64/98. Altenbrak (Harz). 21/46.
 — Altenburg (Bz Leipzig). 2. 81/124. Altenburg (Bz
 Leipzig). 119/173. Altenfeld (Thür). 84/126. Apolda.
 98/147. Arendsee (Altst). 21/46. Arnsburg (Altst).
 106/154. Aue (Sachs). 66/104. Aue (Sachs). 119/173.
 — Baabe (Rügen). 49/82. Bad Berka. 96/147. Bad Bibra.
 81/124. Bad Dübau (Mulde). 87/129. Bad Dübau
 (Mulde). 106/156. Bad Kösen. 81/124. Bad Lauchstädt
 (Kr Merseburg). 64/98. Bad Lausitz. 12/28. Bad Lie-
 benstein 1 und 2. 64/98. Bad Schanau. 87/129. Bad
 Saarow-Pieskow. 106/156. Bad Sülze (Med). 81/124.
 — Bad Tonnstedt. 87/129. Bastei (Sächs Schweiz).
 96/147. Bautzen 2. 42/66. Bautzen. 59/88. Bautzen.
 119/173. Bärenfels/über Kipsdorf (Erzgeb). 96/147.
 — Bergen (Rügen). 66/104. Berlin C 2. 21/46. Berlin C 2.
 85/149. Berlin C 2. 106/156. Berlin C 2. 112/163. Ber-
 lin N 4. 4/12. Berlin N 4. 48/80. Berlin N 4. 4. 55/86.
 Berlin N 4. 64/98. Berlin N 4. 87/129. Berlin N 4.
 96/146. Berlin N 4. 106/156. Berlin N 4. 112/163. Ber-
 lin N 4. 119/173. Berlin NW 7. 14/38. Berlin NW 7.
 48/80. Berlin NW 7. 96/147. Berlin NW 7. 105/134.
 Berlin W 8. 18/41. Berlin W 8. 21/46. Berlin W 6.
 66/104. Berlin W 8. 69/106. Berlin W 8. 95/149. Ber-
 lin W 8. 96/150. Berlin W 8. 112/153. Berlin W 8.
 119/173. Berlin O 17. 112/163. Berlin C 25. 112/163.
 Berlin N 58. 124/185. Berlin-Friedrichsfelde. 61/80.
 Berlin-Karlshorst. 48/80. Berlin-Köpenick 1. 55/86.
 Berlin-Oberschönau. 55/86. Berlin-Oberschönau-
 weide. 64/98. Berlin-Pankow. 120/181. Bernsdorfer-
 stein (Harz). 81/124. Binz (Rügen). 64/98. Blanken-
 burg (Harz). 92/133. Blankenburg (Harz). 96/147.
 Böhllitz-Ehrenberg. 64/98. Brandenburg (Havel). 4/12.
 Brandenburg (Havel). 96/146. Broderode (Thür).
 64/98. Buckow (Märkische Schweiz). 106/156. Butt-
 stadt. 64/98. Buttstadt. 106/156.
 — Caputh/über Potsdam. 64/98. Cottbus. 21/46. Cott-
 bus. 48/80. Cottbus. 64/98. Cottbus. 96/146. Crim-
 mitschau. 12/28.

— Demitz-Thumitz (Kr Bischofsverda), 96/147. Dommin, 87/129. Dessau, 42/66. Dessau, 64/98. Dessau, 119/173. Döbeln, 119/173. Döbeln, 4/12. Dresden A 1, 2/146. Dresden A 1, 66/104. Dresden A 24, 4/12. Dresden A 24, 4/12. Dresden A 24, 37/62. Dresden A 24, 42/66. Dresden A 24, 94/136. Dresden A 24, 96/146. Dresden A 24, 108/158. Dresden N 54, 55/86. Dresden N 57, 55/86. Dresden-Bad Weißer Hirsch, 55/86.

— Ebersbach (Sachs) 1, 108/158. Ebersdorf, 64/98. Ebersdorf (Thür), 96/147. Eckartsberga, 64/98. Efelden (Kr Sonneberg), 49/82. Ehrenfriedersdorf, 87/129. Eisenach 2, 24/48. Eisenach, 119/173. Elgersburg, 106/156. Elsterberg, 64/98. Erfurt, 4/12. Erfurt, 21/46. Erfurt, 94/136. Erfurt, 96/146. Erfurt 1, 112/163. Erfurt, 119/173.

— Finsterbergen (Thüringerw), 64/98. Forst (Lausitz), 106/156. Frankfurt (Oder), 2/146. Frankfurt (Oder), 66/104. Frankfurt (Oder) 2, 124/185. Frauenstein (Erzgeb), 64/98. Frauenwald, 64/98. Freiberg (Sachs) 2, 46/78. Freiberg (Sachs), 119/173. Freyburg (Unstrut), 64/98. Friedewald/über Radebeul 1, 64/98. Friedrichsbrunn/über Gerndorf (Harz), 2/146.

— Gatersleben/über Ascherleben, 49/82. Geisa (Rhön), 12/28. Geithain, 12/28. Gera, 4/12. Gera, 21/46. Gera 4, 96/146. Gera 4, 112/163. Gera, 119/173. Geyer (Erzgeb), 6/16. Glauchau (Sachs), 4/12. Glauchau (Unstrut), 64/98. Friedewald/über Radebeul 1, 64/98. Göhren (Rügen), 64/98. Görlitz, 4/12. Görlitz 1, 84/126. Görlitz, 112/163. Görlitz, 119/173. Gornsdorf (Erzgeb), 6/16. Gotha, 66/104. Greifswald, 12/28. Greifswald, 106/156. Greiz, 64/98. Greiz, 81/124. Greiz, 115/170. Greiz, 119/173. Grotzsch (Bz Leipzig), 64/98. Großröhrsdorf (Oberlausitz), 2/146. Grünbach (Vogtl), 2/146.

— Halberstadt, 119/173. Halle (Saale) C 2, 2/146. Halle (Saale) C 2, 49/86. Halle (Saale) C 2, 96/104. Halle (Saale) BPA 29, 4/12. Halle (Saale) BPA 29, 49/82. Halle (Saale), BPA 29, 59/88. Halle (Saale) BPA 29, 64/98. Halle (Saale) BPA 29, 94/136. Halle (Saale) BPA 29, 96/146. Halle (Saale) BPA 29, 112/163. Halle (Saale) BPA 29, 119/173. Heiligenstadt (Eichsfeld), 12/28. Hermsdorf (Thür), 6/16.

— Ilmenau, 4/12. Ilmenau, 12/28. Ilsenburg (Harz), 64/98.

— Jena, 64/98. Jena 1, 115/170. Jena, 119/173. Jocketa, 6/16. Johndorf/über Zittau, 96/147. (Jöhstadt (Erzgeb), 96/147.

— Karl-Marx-Stadt C 1 und C 4, 4/12. Karl-Marx-Stadt C 4, 2/146. Karl-Marx-Stadt C 4, 49/80. Karl-Marx-Stadt C 1, 66/104. Karl-Marx-Stadt C 4, 66/104. Karl-Marx-Stadt C 1, 96/146. Karl-Marx-Stadt C 1 und C 4, 112/163. Karl-Marx-Stadt C 1 und C 4, 119/173. Karl-Marx-Stadt C 1 und C 4, 124/185. Keilbra (Kyffh), 64/98. Kiebitzbrück, 12/28. Kiebitzbrück, 106/156. Kitzingen (Sachs), 96/147. Kitzze (Alt), 64/98. Kölpinse auf Usedom, 96/147. Königstein (Sächs Schweiz), 87/129. Kosorow auf Usedom, 64/98.

— Langensalza, 61/90. Laucha (Unstrut), 87/129. Laucha Unstrut, 96/147. Laucha (Thüringerw), 2/146. Leipzig C 1, 6/16. Leipzig C 1, 2/146. Leipzig C 1, 48/80. Leipzig C 1, 66/104. Leipzig C 13, 4/12. Leipzig C 13, 92/133. Leipzig C 13, 112/163. Leipzig C 13, 119/173. Leipzig BPA 32, 4/12. Leipzig BPA 32, 42/66. Leipzig BPA 32, 48/82. Leipzig BPA 32, 92/133. Leipzig BPA 32, 94/136. Leipzig BPA 32, 95/140. Leipzig BPA 32, 119/173. Leutenberg (Thür), 64/98. Liechtenau/über Oberweißbach (Thüringerw), 42/66. Lorenstein (Thür), 42/66. Lückendorf/über Zittau 2, 87/129. Lunzenua (Mulde), 64/98.

— Magdeburg C 1, 2/146. Magdeburg C 1, 46/78. Magdeburg C 1, 66/104. Magdeburg BPA 7, 4/12. Magdeburg BPA 7, 46/78. Magdeburg BPA 7, 96/146. Magdeburg BPA 7, 112/163. Magdeburg BPA 7, 119/173. Manebach (Thür), 49/82. Masserberg (Thür), 81/124. Meiningen, 66/104. Meißen 3, 4/12. Meißen, 96/147. Meißen, 119/173. Meilenbach (Thüringerw), 42/66. Meura (Thüringerw), 64/98. Meuselbach (Thür), 64/98. Mützschon, 96/147.

— Narsdorf, 81/124. Nebra (Unstrut), 42/66. Nebra (Unstrut), 106/156. Neubrandenburg (Meckl), 2/146. Neubrandenburg (Meckl), 66/104. Neubrandenburg (Meckl), 87/129. Neuhaus a Rennweg, 12/28. Neuhausen (Erzgeb), 87/129. Neukirchen (Erzgeb), 64/98. Neustadt a Rennsteig, 42/66. Neustrelitz 1, 87/129. Nordhausen, 55/86.

— Oberbärenburg/über Kipsdorf (Erzgeb), 96/147. Oberhof (Thür), 2/146. Oberweißbach (Thüringerw), 12/28. Oberweißbach (Sachs), 31/56. Oberweißbach (Sachs), 96/147. Oranienburg, 66/104. Oßmannstedt, 31/56. Ostseebad Boltenhagen (Meckl), 64/98. Oybin (Oberlausitz), 96/147. Oybin (Oberlausitz), 115/170.

— Panschwitz-Kuckau/über Kamenz (Sachs), 92/133. Plaue (Thür), 84/126. Plauen (Vogtl), 6/16. Plauen (Vogtl) 4, 49/82. Potsdam, 4/12. Potsdam, 2/146. Potsdam 1, 42/66. Potsdam 1, 49/82. Potsdam, 64/98. Potsdam, 94/136. Potsdam, 96/146. Potsdam 1, 112/163. Potsdam, 119/173. Pretzsch (Elbe), 96/147. Pritzwalk, 49/82. Pulsnitz (Sachs), 96/147.

— Radumbach Brambach (Vogtl), 12/28. Rastenburg (Thür), 42/66. Rathen (Kr Pirna), 96/147. Rathenow, 12/28. Rathenow/über Pirna, 64/98. Raunstein (Thür), 49/82. Riesa 1, 42/66. Riesa, 119/173. Ribnitz-Damgarten 1, 96/147. Rochlitz (Sachs), 64/98. Rostock 2, 4/12. Rostock, 2/146. Rostock 2, 64/98. Rostock 2, 112/163. Rostock, 119/173. Rötha, 2/146. Rudolstadt, 119/173.

— Saal (Meckl), 64/98. Saalburg (Saale), 64/98. Saalfeld (Saale), 66/104. Sangerhausen, 42/66. Schalkau (Kr Sonneberg), 81/124. Scheibitz-Alsbach (Thüringerw), 64/98. Scheibitz-Alsbach (Thüringerw), 105/154. Schierke (Harz), 6/16. Schierke (Harz), 87/129. Schirgiswalde (Oberlausitz), 96/147. Schkeuditz, 96/147. Schleiz, 66/104. Schleisingen, 42/66. Schmalkalden, 120/181. Schönberg/über Lobau (Sachs), 55/86. Schwarzburg, 43/66. Schwerin (Meckl) 1, 4/12. Schwerin (Meckl), 2/146. Schwerin (Meckl), 66/104. Schwerin (Meckl), 94/136. Schwerin (Meckl) 1, 112/163. Schwerin (Meckl), 119/173. Sebnitz (Sachs), 42/66. Seebad Bainsin, 96/147. Seebad Heringersdorf, 11/24. Seiffen (Erzgeb), 64/98. Sellin (Rügen), 81/124. Septenberg, 49/82. Sentenberg, 66/104. Sitzendorf (Schwarzatal, Thür), 42/66. Sohland (Kr Bautzen), 55/86. Sonneberg (Thür), 64/98. Steinach (Thür), 81/124. Steinbach (Kr Bad Salzungen), 12/28. Steinheid (Thüringerw), 96/147. Stiege (Harz), 96/147. Stolberg (Harz), 96/147. Stolpen (Sachs), 87/129. Stralsund 2, 4/12. Stralsund 2, 64/98. Stralsund, 96/146. Stralsund, 119/173. Strehla (Elbe), 59/88. Stützerbach (Thür), 12/28. Suhle, 2/146. Suhle, 69/106. Suhle 1, 94/136. Suhle, 119/173.

— Tambach-Dietzhart (Thür), 64/98. Thermalbad Wiesbaden (Erzgeb), 42/66. Treuen, 18/41.

— Unterweißbach (Thüringerw), 42/66.

— Waldheim (Sachs), 64/97. Waltershausen (Thür), 12/28. Waltershausen (Thür), 106/156. Waren (Müritz), 69/106. Wartburg, 44/68. Wasungen (Thür), 42/66. Wehrsdorf/über Neukirch (Lausitz) 1, 64/98. Weimar 1, 4/12. Weimar, 87/129. Weimar 1, 95/146. Weimar, 96/146. Weimar, 112/163. Weimar, 119/173. Weißwasser (Oberlausitz), 106/156. Wernsdorf (b

Oschatz), 81/124. Wettin (Saalkr), 2/146. Wiesenburg (Mark), 106/156. Wolkenstein, 6/16. Wörlitz (Anh), 2/146.

— Zella-Mehlis (Thür), 59/88. Zeulenroda, 81/124. Ziegenrück, 42/66. Zingst (Darß), 64/98. Zinnowitz auf Usedom, 64/98. Zittau 2, 4/12. Zwickau (Kr Leipzig), 64/97. Zwickau (Sachs), 4/12. Zwickau (Sachs) 2, 96/146. Zwickau (Sachs), 119/173.

Sparkassenleist. Sperrn im — V 237, S. 149.

— Einführung von zwei Lagerformblättern im — V. 285, S. 172.

Spargewochen 1956. V. 221, S. 139.

Spandenmarken. Verkauf von — des Deutschen Friedensrates in Verbindung mit dem Verkauf von Messeausweisen für die Leipziger Frühjahrsmesse 1956. V. 28, S. 24.

Sperrn im Sparkassendienst. V. 237, S. 149.

Sport-Foto. Rahmen- und Zusatzvertrag mit dem VEB — V. 116, S. 76.

Sport-Foto-Annahmedienst. Arbeitsanweisung für den — V. 141, S. 87.

Springdruckverfahren. Berichtigung zur Anweisung für den — V. 248, S. 152.

Staatsgesprächen. Gebührensenkung bei — mit einigen volkdemokratischen Ländern. V. 167, S. 105.

Stempeldienst. V. 51, S. 41.

Strohählen. Abgabe von —. M. 58, S. 88.

Stromwegen. Anordnung über kurzfristige Vermietung von — durch die Deutsche Post vom 27. Januar 1956. V. 7, S. 56.

Strukturänderung im Funkwesen. M. 38, S. 65.

Studium der Ökonomik des Post- und Fernmeldewesens an der Hochschule für Verkehrswesen Dresden. M. 78, S. 124.

Sturm- und Avio-Telegrammen. Neueinführung von — V. 7, S. 6.

Stützpunktsystem. Richtlinien für die Einrichtung des — für Briefzusteller. V. 173, S. 108.

T

Tabakerzeugnisse. Verkauf beschädigter — V. 312, S. 184.

Tag des Fachbuches und der wissenschaftlichen Literatur. M. 39, S. 65.

Tagestisten. Briefumschlag für — im Postsparkassendienst. V. 81, S. 58.

Telegraphenverkehr. Gebührensänderung im — mit der Volksrepublik China. V. 166, S. 105.

— Gebührensänderung im — mit der Koreanischen Volksdemokratischen Republik. V. 202, S. 126.

— Gebührensänderung im — mit der Demokratischen Republik Vietnam. V. 203, S. 126.

Telegramme mit bezahlter Antwort aus dem Ausland. V. 77, S. 55.

Telegrammschmuckblätt. Neues — LX 15. V. 109, S. 72.

— Besonderes — für das deutsch-sorbische Sprachgebiet. V. 235, S. 146.

— LX 16. V. 291, S. 176.

Telegramm-Schmuckblättdienstes. Erweiterung des — mit dem Ausland. V. 179, S. 112.

Telegramm-Urschriften. Ordnen der erledigten —. V. 279, S. 170.

Telegraphenverkehr. Gebührensänderung im — mit der Koreanischen Volksdemokratischen Republik. V. 100, S. 68.

Telegraphenverkehr. Anordnung über den — vom 13. Januar 1956. V. 22, S. 17.

— mit den USA. V. 261, S. 160.

— Aufnahme des — mit Irland. V. 83, S. 58.

— Aufnahme des — mit Algerien. V. 101, S. 68.

— Aufnahme des — mit Jugoslawien. V. 127, S. 82.

— Aufnahme des — mit Tanager. V. 185, S. 114.

— Aufnahme des — mit den Philippinen. V. 253, S. 156.

— Berichtigung zur VMBL.VI.Nr. 253/1956. Aufnahme des — mit den Philippinen. V. 266, S. 162.

Telegraphenverzeichnis. Berichtigung zum —. V. 89, S. 60.

TF-Linien. Ersatz-Kanäle in —. V. 268, S. 163.

Totofeldent. V. 231, S. 144.

— V. 284, S. 172.

Trägerbuchverfahren. V. 21, S. 16.

Trennungsschuldigung. Erläuterungen zu den Anordnungen Nr. 1 und 2 vom 20. März 1956 über Reisekostenvergütung, Trennungsschuldigung und — und Umzugskostenvergütung (GBL Teil I, S. 299). V. 145, S. 89.

U

Umbenennung des PA Berlin-Rummelsburg. M. 9, S. 20.

— des Fernmeldeamtes für Übertragungswesen. V. 46, S. 40.

Umzugskostenvergütung. Erläuterungen zu den Anordnungen Nr. 1 und 2 vom 20. März 1956 über Reisekostenvergütung, Trennungsschuldigung und — (GBL Teil I, S. 299). V. 145, S. 89.

Unfall- Anordnung Nr. 1 über die Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung für die Beschäftigten der Deutschen Post. VMBL.Nr. 21a, S. 4.

— Anordnung Nr. 2 über die Alters-, Invaliden-, und Hinterbliebenenversorgung für die Beschäftigten der Deutschen Post vom 21. Juni 1956. VMBL.Nr. 26a, S. 1.

— Anordnung zur Änderung der Anordnung Nr. 1 vom 31. Mai 1956 (VMBL.Nr. 21a/1956) über die Alters-, Invaliden-, und Hinterbliebenenversorgung für die Beschäftigten der Deutschen Post vom 21. Juni 1956. VMBL.Nr. 26a, S. 3.

Ungültigkeitserklärung eines Dienstaussesweises. V. 36, S. 55.

Unterrichtskarten vom Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik und Kurskarten vom westdeutschen Postgebiet. V. 300, S. 180.

Übertragung von Zuständigkeiten im Postwesen auf die BPF oder auf die SB. V. 32, S. 84.

— von Zuständigkeiten im Postbetriebsdienst auf die Ämter. V. 310, S. 184.

Übertragungstechnik im Fernmeldeverkehr. M. 75, S. 116.

V

Verabbarung zwischen der Deutschen Reichsbahn und der Deutschen Post über Hilfeleistungen bei Eisenbahnunfällen. Fernmündliche Benachrichtigung von Ärzten, Krankenhäusern usw. V. 67, S. 50.

— über den Erholungsurlaub für Beschäftigte der DP, die schwere und gesundheitsschädigende Arbeiten verrichten. V. 84, S. 59.

Verfügungen. Herausgabe der — und Mitteilungen des Staatlichen Vertragsgerichts bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. M. 101, S. 153.

Vergütung nebenberuflicher Lehrtätigkeiten. V. 200, S. 125.

— für das Beilagen von Zeitungen. V. 265, S. 162.

Verkauf von „Bausteinen“ für den Aufbau nationaler Gedenkstätten. V. 56, S. 44.
 — beschädigter Tabakerzeugnisse. V. 312, S. 184.
Verkehrsfunk. Anweisung zur Anordnung über den — vom 6. Februar 1956 (GBl. I, S. 211). V. 95, S. 64.
Verleihung des Abzeichens „Für ausgezeichnete Leistungen im Wettbewerb“. M. 26, S. 56.
Verlust einer Einschreibsendung. V. 32, S. 25
 — von gewöhnlichen Paketen. V. 33, S. 25.
 — eines unversiegelten Wertpaketes. V. 106, S. 70.
 — einer Mappensendung beim Lesezirkel. V. 107, S. 70.
 — von Lesezirkelmappen. V. 157, S. 96.
 — eines Bezirksstempels. V. 197, S. 123.
 — eines Aufgabestempels. V. 233, S. 146.
 — von Aufgabestempeln. V. 276, S. 170.
Veröffentlichung im Heft 4/1956 der „Deutschen Post“. M. 122, S. 185.
Veröffentlichungen in der „Deutschen Finanzwirtschaft“. M. 17, S. 41.
Verpacken von beschädigten Paketsendungen in Post-nietbehälter. V. 20, S. 15.
Verpackung von Paketen nach dem Ausland. V. 17, S. 15.
Verpflichtungen zu Ehren der 3. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. M. 27, S. 56.
Versand von technischen Zeichnungen und Dokumentationen. V. 232, S. 146.
Versandtaschen für den Lesezirkel. V. 137, S. 85.
Verträge. Aufhebung der — 1955. V. 14, S. 14.
Vertragsordnung. Einspruch nach § 6 der 6. Durchführungsbestimmung zur —. V. 152, S. 95.
Vertragsstrafe. Verantwortlichkeit für schuldhaft verursachte —. V. 13, S. 14.
Vertrieb. Bestellung und — von Fachzeitschriften aus zurückliegender Bezugszeit und während der laufenden Bezugszeit. V. 183, S. 114.
Verwaltungsvorgang. Auslieferung der Dienst-anweisung für das — bei der DP. V. 47, S. 40.
V-Gespräche. Hersteller der Verbindungen für — im Inland. V. 260, S. 160.
Vorschlagswesen. Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit auf dem Gebiet des Erfindungs- und —. V. 44, S. 40.
W
Warenproben. Versand von —. V. 196, S. 123.
Wefnachts- und Neujahrsvorkehr 1956/57 im Post- und Fernmeldewesen. V. 270, S. 166.
Werbeplakaten. Aushang von — des Lesezirkels. Herausgabe eines neuen Lagerformblattes Lz 29 V 123, S. 80.
Werbestempel. Sonder- und —. V. 88, S. 60.
Wertmarken. Nachweis der — im Lottodienst. V. 215, S. 135.
Werkzeugehergeber. Reinigen der Briefkasten und —. V. 70, S. 54.

Wettbewerb. Republik- und Gruppensieger im —. M. 25, S. 52.
Wohnungangaben und ihre Berechnung in Anschriften von Inlandstelegrammen. V. 186, S. 115.
Wohnanschrift. Prüfen der — im Sparbuch bei Rückzahlungen. V. 60, S. 57.

Z

Zahlkarte der Berliner Bären-Lotterie. V. 98, S. 67.
Zahlkarten. Mangelhafte —. V. 50, S. 41.
Zahlkartenformblätter des VEB Zahlen-Lotto und der Berliner Bären-Lotterie. V. 243, S. 151.
Zahlen-Lotto. Vertrag mit dem VEB —. V. 3, S. 3.
Zahlen-Lotto-Dienst. Betrugsversuch im —. M. 32, S. 58.
Zahlungsanweisungen. Behandeln der für Kreditinstitute eingehenden Post- und — beim Bestimmungs-postamt. V. 263, S. 162.
Zahlungsfristen für Vertragshändler des PZV, Einzelhändler, Organisationen und Betriebe. V. 287, S. 172.
Zeichnungen. Versand von technischen — und Dokumentationen. V. 232, S. 146.
Zeitschrift. Herausgabe der — „Die Deutsche Post“. V. 198, S. 123.
Zeitungen. Beförderung von — als Expressgut. V. 122, S. 80.
Zeitungsapakete. Höchstgewicht für —. V. 273, S. 168.
Zeitungsstammkarten. Verwaltung von — durch die Postanstalten. V. 161, S. 101.
Zeitungsstellung. Einführung der vereinigten Brief- und —. V. 121, S. 79.
Zusammenarbeit der Postzeitungsvertriebe mit Verlagsvertretern. Rechte und Befugnisse der Verlagsvertreter bei den Ämtern. V. 34, S. 25.
Zusatzurlaub. Anordnung Nr. 1 über die Gewährung von Dienstaltersprämien und — für die Beschäftigten der Deutschen Post. VMBL Nr. 21a, S. 3.
 — Anordnung Nr. 2 über die Gewährung von Dienstaltersprämien und — für die Beschäftigten der Deutschen Post vom 16. Juni 1956. V. 100, S. 99.
Zusatzvertrag. Rahmen- und — mit dem VEB Sport-Toto. V. 116, S. 76.
Zuschläge. Ergänzungen zur Fünften Durchführungsbestimmung zur Kulturverordnung vom 24. Januar 1956 (GBl. I, S. 165) — für ununterbrochene Beschäftigungsdauer —. V. 254, S. 157.
Zuständigkeiten. Übertragung von — im Postwesen auf die BPF oder auf die SB. V. 132, S. 84.
 — Übertragung von — im Postbetriebsdienst auf die Ämter. V. 310, S. 184.
Zustellbereichs. Aufteilung des — des PA Berlin NW 7. V. 18, S. 15.
Zustellung von Sendungen an zeltende Urlauber. V. 62, S. 47.
Zustellungsurkunde. Nachsenden der Briefe mit —. V. 195, S. 123.

Nr. 67/1957. Umsetzen und Ausmustern von Hand-fahrgeräten, Pferdepostwagen usw.
 Die Zuständigkeiten für das Umsetzen und Aus-mustern von Handfahrgeräten, Pferdepostwagen usw. sind durch die Finanzsammelverfügung Nr. 130/

1956 neu festgelegt worden. Die VMBL.Vf.Nr. 391/ 1953 ist daher mit einem entsprechenden Hinweis zu versehen.
 P Bef 1 c 2501—2

Mitteilungen

Nr. 24/1957. „Die Deutsche Post“, Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen, Heft 4/1957

Das Heft 4/1957 für April wird Ende März ausgeliefert. Es hat wiederum einen Umfang von 32 Seiten und enthält u. a. folgende Beiträge:
 Franke: 45 Stunden = 1 Arbeitswoche
 Müller: Gedanken über die Mechanisierung der Transportarbeit im Zeitungsvertriebsamt
 Ulbricht: Höhere Verkehrssicherheit von Kraftfahr-zeugen
 Nitzsche-Tschiedel: Finanznormung der Hilfsleistun-gen im Fernmeldebau
 Enge: Reiseeindrücke und Erlebnisse in der Sowjet-union
 Benz: Ein neues Ansagegerät für den Fernsprech-Kundendienst der Deutschen Post
 Merker: Paketstromanalysen
 Kollmorgen: Berufskrankheiten
 Pr 1300—0

© 14. bis 16. April 1957
 d) Verkauf von Postwertzeichen und Sondermarken, Annahme von gewöhnlichen und eingeschriebenen Sendungen und von Telegrammen, Postanweisungen und Zahlkarten, Vermittlung von Ferngesprächen, Sportkassendienst, Geflügelkassen-spielungen
 e) BITTERFELD
 14. 4. 57—60
 Bezirksbriefmarkenausstellung
 Bildliche Darstellung: Elektrochemisches Kombinat
 a) Anlaß b) Veranstalter c) Dauer d) Aufgabekreis des Sonderpostamtes e) Stempelschrift
 DPW 1250—0/2 B

Nr. 25/1957. Herausgabe eines Abschnitts der ADA
 Im Dezember 1956 ist als Abschnitt VIII, 2 A der Allgemeinen Dienst-anweisung der Deutschen Post der ab 1. Januar 1957 gültige Fachkontenrahmen der DP herausgegeben und an alle Ämter, Betriebe, Dienststellen und Institutionen ausgeliefert worden.
 HBh G 1 7003—0

Nr. 30/1957. Sonder- und Werbestempel
 (Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluß der Mitteilungen)
 a) Briefstempelwerbung
 b) Cottbus
 c) 1. Handstempel
 2. Maschinenstempel
 d) Zu 1. Cottbus
 1. 3. 57—60
 14. bis 20. April
 BEZIRKSMESSE 1957
 Bildliche Darstellung: Merkurstab mit den Buchstaben
 OBM
 Zu 2. BEZIRKSMESSE
 COTTBUS
 vom 14. bis 20. April 1957
 Bildliche Darstellungen: wie zu a
 e) Zu 1 und 2: 1. März bis 20. April 1957

Nr. 26/1957. Jahrgangsschluß des VMBL. — Sach-verzeichnis
 Der Jahrgang 1956 der „Verfügungen und Mit-teilungen des Ministeriums für Post- und Fern-meldewesen“ schließt mit der Nummer 49.
 Dem VMBL.Nr. 12 ist jeweils ein Sachverzeichnis für den Jahrgang 1956 beigelegt.

a) Verkehrswerbung
 b) Leisnig
 c) Handstempel
 d) LEISNIG
 1. 3. 57—60
 18.—26. Juli 1957
 Heimatfest Leisnig
 Bildliche Darstellung: Leisniger Schloß
 e) 1. März bis 15. Juli 1957
 a) 300-Jahr-Feier der Stadt Neuhaus a Rennweg
 b) Neuhaus a Rennweg
 c) Handstempel
 d) NEUHAUS a RENNWEG
 1. 3. 57—60
 1.—14. Juli
 300 Jahre
 Bildliche Darstellung: Stadtwappen
 e) 1. März bis 31. Dezember 1957

Pr 1324—0
 Nr. 27/1957. Berichtigung zur VMBL.Mitt.Nr. 22/1957

In der o. g. VMBL.Mitt. muß es bei der Auf-zählung „Republiksteier im Wettbewerb“ heißen: „Fankamt Dresden“ statt Fankamt Beelitz (Mark).
 Arb 6 9081—0

a) Dauervererbung
 b) Bad Blankenburg (Thüringerw)
 c) Handstempel
 d) BAD BLANKENBURG (THÜRINGERW)
 1. 3. 57—60
 Bildliche Darstellung: Burg Greifenstein, Postkutsche
 Tannen
 e) 1. März 1957 bis 28. Februar 1958
 a) 300-Jahr-Feier der Stadt Neugersdorf (Sachs)
 b) Neugersdorf (Sachs)
 c) Handstempel
 d) NEUGERSDORF (SACHS)
 1. 3. 57—60
 Bildliche Darstellung: Wasserturm und Oberlauster
 Umgebendhäuser
 e) 15. März bis 26. Juli 1957

Nr. 28/1957. Berichtigungen zum Paketzonenbuch
 Die Berichtigung Nr. 5 zum Paketzonenbuch, Ausgabe 1955, ist in diesem VMBL. als Vf. veröffent-licht worden. Berichtigungsbogen werden nicht versandt.
 DPW 2476—4

a) Richard-Wagner-Festwochen in Dessau 1957
 b) Dessau 1
 c) Handstempel
 d) Dessau 1
 1. 3. 57—60
 Richard-Wagner-Festwochen 1957
 Bildliche Darstellung: Richard-Wagner-Kopf
 e) 20. März bis 30. April 1957

Nr. 29/1957. Sonderpostämter
 (Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluß der Mitteilungen)
 Bitterfeld, Bezirksbriefmarkenausstellung, ZWPA des RPA Bitterfeld
 a) Bezirksbriefmarkenausstellung
 b) Sektion Philatelie im Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, Ortsgruppe Bitterfeld

a) Briefstempelwerbung
 b) Annaberg-Buchholz (Erzgeb) 1
 c) Handstempel

- d) ANNABERG-BUCHHOLZ (ERZGEB) 1
25. 2. 57—00
KAT
Die größte Volksfest
im Erzgebirge
Vom 25.—30. 6. 57
- e) 28. März bis 25. Juni 1957
- b) Wolgast
- c) Handstempel
- d) WOLGAST
1. 4. 57—00
70 Jahre Festwoche vom 5.—14. Juli 1957
Bildliche Darstellung: Stadtwappen
- e) 1. April bis 13. Juli 1957
- a) Anlaß b) Verwendung-PA c) Art des Stempels
d) Stempelanschrift e) Verwendungsdauer
- (Zur VMBI, Mitl. Nr. 21/1957, S. 31 — Werbung „Schont die
Weidenkätzchen“ —)
- Unter „e“ Verwendungsdauer ist folgendes nachzutragen:
BPA 22 Leipzig 15. bis 21. März 1957,
Brandenburg (Havel) 1. bis 15. März 1957.

In der o. g. Mitteilung ist die Änderung unter Hinweis auf
diese VMBI, Mitl. zu vermerken.

Die nachstehend aufgeführten Werbestempel werden weiter
verwendet:

Verwendungs-PAnst	Veröffentlicht unter Antrieblat bzw. VMBI-Mit- teilungen	Neue Ver- wendungs- dauer bis
Geyer (Erzgeb)	Nr. 178/1951, S. 958	31. 12. 1957
Hernsdorf (Thür)	Nr. 37/1953, S. 26	14. 2. 1958
Hosena (Saustz)	Nr. 70/1948, S. 202	14. 8. 1957
Lobenstein (Thür)	Nr. 42/1956, S. 66	10. 2. 1958
Lüdickeberg/Über Zittau 2	Nr. 21/1955, S. 40	14. 1. 1958
Plaun (Vogtl) 4	Nr. 17/1949, S. 227	14. 1. 1958
Radeberg	Nr. 31/1953, S. 30	14. 1. 1958
Schleisingen	Nr. 31/1949, S. 365	14. 2. 1958
Wildenthal/Über Eibenstock	Nr. 84/1949, S. 444	21. 5. 1957
DPW 6225—1		

Muster zur VMBI.Vf.Nr. 64/1957, 3. Absatz

Postamt

Zusammenstellung für Lotto-Zahlkarten

Lfd Nr.	Stück	Betrag je Stück	Anzahl der Tips	Gesamtbetrag
von bis				DM Pf
		—,50		
		1,—		
		1,50		
		2,—		
		2,50		
Zusammen:				

Der Gesamtbetrag ist in der Einzahlungsliste
Nr. gebucht

Teilheft unter

Bezirkstempel mit Nummernwerk und Kennbuchstabe

Herausgeber: Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin W 66.
Verlag: (V) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin. Fernpost: 87 84 11. Postfachkonto: 1400 25. — Die Verfügungen und Mitteilungen
erscheinen in der Regel am 1., 8., 15. und 22. jedes Monats. — Veröffentlicht unter Druckgenehmigungszusammenhangsnummer A2 11467 DDB
des Amtes für Literatur und Verlagswesen der Deutschen Demokratischen Republik. — Druck: VEB Berliner Druckhaus,
Berlin NO 5

Ausgabe A

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen



Jahrgang 1957 Berlin W 66, den 1. März 1957 Nummer 9

Inhalt

Verfügungen:	Seite	— Funkwesen —	Seite
Betriebsdienst			
— Post —			
Nr. 48 Rundfunkgebührenbefreiung für Empfänger von Sozialfürsorgeunterstützung	31	Nr. 52 Erteilung von Genehmigungen auf Grund der HFVO und der hierzu erlassenen Besen Durchführungsbestimmung vom 28. August 1955 (CBl. S. 897)	32
— Fernmeldewesen —			
Nr. 49 Gebührenordnung im Telexverkehr mit Tanger	31	Mitteilungen:	
Nr. 50 Gebührenänderung im Fernspreverkehr mit den Niederlanden und einigen außereuropäischen Ländern	31	Nr. 18 Veröffentlichung in der Fachbuchreihe der Deutschen Post	33
Nr. 51 Fernsprechgebührenvorschriften	32	Nr. 19 Berichtigung zum Verzeichnis der Amtskennzeichen	33
		Nr. 20 Sonderpostämter	33
		Nr. 21 Sonder- und Werbestempel	34

Verfügungen Betriebsdienst — Post —

Nr. 48/1957. Rundfunkgebührenbefreiung für Empfänger von Sozialfürsorgeunterstützung (zur VMBI Vf. Nr. 368/1955)

vom 3. Dezember 1955, S. 189) bekanntgegebenen Richtsätze der Sozialfürsorge sind unter Hinweis auf diese Vf. folgendermaßen handschriftlich zu ändern:

Auf Grund des Gesetzes über die Erhöhung der Renten und der Sozialfürsorgeunterstützung vom 16. November 1956 (CBl. I, S. 1279/1280) und der gleichnamigen Verordnung des Magistrats von Groß-Berlin vom 16. November 1956 (VOBl. I, S. 793/794) wurden auch die Leistungen der Sozialfürsorge für Hauptunterstützte um 30,— DM und für Kinder bis zum vollendeten 15. Lebensjahr um 2,50 DM erhöht.

Die Höchstsätze je Familie bleiben unverändert. Die in der VMBI.Vf.Nr. 368/1955 (VMBI, Nr. 44

	DDR allgemein	Leipzig Dresden	Demokr. Groß-Berlin
--	---------------	-----------------	---------------------

bei Buchst. a:	85,— DM	88,— DM	90,— DM
bei Buchst. c:	41,— DM	41,— DM	41,— DM
bei Buchst. d:	37,— DM	37,— DM	37,— DM
P OB 2 d 5052—0/3			

— Fernmeldewesen —

Nr. 49/1957. Gebührenänderung im Telexverkehr mit Tanger

Nr. 50/1957. Gebührenänderung im Fernspreverkehr mit den Niederlanden und einigen außereuropäischen Ländern

Vom 1. Februar 1957 an ist eine Gebührenänderung im Telexverkehr mit Tanger in Kraft getreten. Für eine Schreibverbindung von drei Minuten Dauer wird eine Gebühr von 9,60 DM erhoben.

Vom 1. März 1957 an tritt eine neue Gebührenregelung im Fernspreverkehr mit den Niederlanden in Kraft. Gleichzeitig wird in dieser Verkehrsbeziehung die Zahl der Zonen in der Deutschen Demokratischen Republik auf eine Einheitszone gesenkt. Die Gebühr für ein Gespräch von drei Minuten Dauer zwischen jedem Ort in der Deut-

Das Verzeichnis der Telexteilnehmer in der Deutschen Demokratischen Republik ist zu berichtigen. Fe Fv 9 3225—3

...schen Demokratischen Republik und den Niederlanden beträgt 3,30 DM.

Ebenfalls vom 1. März 1957 an ändern sich auch die Gebühren im Fernsprechverkehr mit Aruba, Bonaire-Inseln, Curacao, Niederländisch Neu Guinea und Surinam. Für ein Gespräch von drei Minuten Dauer sind folgende Gebühren zu erheben:

	Benachrichtigungsgebühr	
Aruba	27,60 DM	4,50 DM
Bonaire-Inseln	27,60 DM	4,50 DM
Curacao	27,60 DM	4,50 DM
Niederl. Neu Guinea	27,60 DM	4,50 DM
Surinam	27,60 DM	4,50 DM

Das Gebührenbuch für den Fernsprechauslandsdienst ist zu berichtigen.
Fe Fv 9 4010-0

Nr. 51/1957. Fernsprechgebührenvorschriften
In den Fernsprechgebührenvorschriften (Sonderdruck Nr. 218 zum GBl. Teil I vom 30. November 1956) sind folgende Berichtigungen vorzunehmen:

Abschnitt II
Auf Seite 14 II B lfd. Nr. 5 muß das Kurzzeichen lauten:
— NR 1/5 einf —

Auf Seite 15 lfd. Nr. 8 muß das Kurzzeichen lauten:
— NR 1/5 —

Abschnitt III
Auf Seite 39 muß es heißen:
Rückfrageapparate zu 2 Leitungen
1 als Hauptstelle . . . usw.;

Auf Seite 40 lfd. Nr. 10 muß das Kurzzeichen lauten:
— Mf —

Abschnitt IV
Die Gebühr, die in der 1. Fußnote auf Seite 41 angegeben ist, muß lauten:
— 0,90 DM nach II J Nr. 2;

Der Vermerk auf Seite 43 unter lfd. Nr. 41 ist wie folgt zu ergänzen:

Zu Nr. 1 bis 41: Die Leitungen nach Zusatzeinrichtungen werden gebührenmäßig wie Nebenschlußleitungen (II J Nr. 3 oder 4) behandelt. Sind Leitungen über den Bereich eines Kabelverzweigers geschaltet, so wird außerdem der Zuschlag nach II J Nr. 5 erhoben.

Abschnitt V
Die lfd. Nr. 2 (Seite 44) ist wie folgt zu berichtigen: Gebühr für den Ausfall an Gesprächsgebühren bei posteigenen Regelquerverbindungen usw. (vgl. posteigenen);
Zwischen der lfd. Nr. 2 und 3 ist neu einzufügen: Lfd. Nr. 2a:

Gebühr für den Ausfall an Gesprächsgebühren bei nichtposteigenen Regelquerverbindungen zwischen Nebenstellenanlagen, deren Hauptstellen auf verschiedenen Grundstücken und bei Abzweigleitungen deren Endpunkte in demselben Ortsnetz liegen, monatlich . . . 15,— DM (Kurzzeichen: P2ut oder PAbzw);
Auf Seite 45 unter lfd. Nr. 8 bis 11 müssen die Kurzzeichen lauten:
ZLQua, ZLQua-10, ZLQua-15 und ZLQua-25;

Abschnitt IX
Bei Sammelferngesprächen (Seite 54) müssen die Gebühren lauten:
Lfd. Nr. 14 . . . Ferngesprächsgebühren nach VIII Nr. 1 bis 13;
Lfd. Nr. 15 . . . V-Gebühren nach Nr. 11;

In der Verwaltungsverweisung zu den Fernsprechgebührenvorschriften V
Die lfd. Nr. 4 (Seite 73) ist wie folgt zu berichtigen:
4. Gebühren nach FGV V Nr. 2 werden nur bei posteigenen Regelquerverbindungen und Abzweigleitungen erhoben. Bei nichtposteigenen Leitungen werden Gebühren nach FGV V Nr. 2a erhoben, die Gebühr nach FGV V Nr. 1 entfällt bei diesen Leitungen. Bei nichtposteigenen Ausnahmeverbindungen und Ausnahm abzweigleitungen werden Gebühren nach FGV V Nr. 12 bis 17 erhoben.

In der Verwaltungsverweisung zu den Fernsprechgebührenvorschriften VIII
Die lfd. Nr. 13 (Seite 78) ist wie folgt zu ergänzen:
... wenn sie im Vorwärtsaufbau hergestellt worden sind und zur Zeit der Anmeldung in der betreffenden Verkehrsbeziehung im Schnellbetrieb gearbeitet wird.

In der Verwaltungsverweisung zu den Fernsprechgebührenvorschriften IX
Die lfd. Nr. 35 (Seite 83) ist wie folgt zu ergänzen:
... wenn sie im Vorwärtsaufbau hergestellt worden sind und zur Zeit der Anmeldung in der betreffenden Verkehrsbeziehung im Schnellbetrieb gearbeitet wird.

Fe/HBh F 7320-8

- Funkwesen -

Nr. 52/1957. Erteilung von Genehmigungen auf Grund der HFVO und der hierzu erlassenen Ersten Durchführungsbestimmung vom 28. August 1952 (GBl. S. 807)

Die dem VEB Funkwerk Erfurt erteilte Sondergenehmigung „DP TP — Nr. SG 002/56“ für die Herstellung von 500 Antennentestgeräten Typ 5002 ist am 31. Dezember 1956 erloschen.

Für die weitere Fertigung eines konstruktiv geänderten Antennentestgerätes Typ 5002a wurde dem VEB Funkwerk Erfurt, Erfurt, Rudolfstr. 47, die Sondergenehmigung „DP TP — Nr. SG 003/57“ erteilt. Da durch die Änderung gegenüber der Type 5002 keine Senkung der Störstrahlung erreicht wurde, enthält die Genehmigung folgende Bedingungen:

- Jedes Gerät ist auf dem Typenschild oder in dessen unmittelbarer Nähe mit dem Aufdruck „DP TP — Nr. SG 003/57“ zu versehen.
 - Die Benutzung der Buchse „x 1“ ist nach 17 Uhr nicht mehr gestattet. Ein entsprechender Hinweis ist in die Bedienungsanleitung aufzunehmen.
 - Alle Geräte dieser Type sind vom Besitzer bei der für seinen Wohnort zuständigen BPP zur Registrierung anzumelden. Die Bedienungsanweisung ist mit einem entsprechenden Hinweis zu versehen.
 - Die Sondergenehmigung der DP gilt nur bis zum 31. Dezember 1957 und kann bei Vorliegen der Möglichkeit zur Senkung der Störstrahlung unter wirtschaftlich tragbarem Aufwand vor Ablauf widerrufen werden.
 - Geräte, die nicht ordnungsgemäß bei der Deutschen Post registriert sind oder entgegen der Bestimmung des Absatzes 2 betrieben werden, können von der Deutschen Post stillgelegt werden.
- Weiterhin wurden dem Funkwerk Erfurt folgende Allgemeine Genehmigungen für die nachstehend näher bezeichneten Baumuster erteilt:

Mitteilungen

Nr. 18/1957. Veröffentlichung in der Fachbuchreihe der Deutschen Post

Im Fachbuchverlag Leipzig ist in der Fachbuchreihe der Deutschen Post das von Ing. Willi Röbner verfaßte Fachbuch „Werkstoffe der Fernmeldetechnik“ erschienen. Das Buch enthält u. a. 218 Bilder, 6 Werkstoffbeispiele und 67 Tabellen; es kostet 15,— DM.

Das Fachbuch bietet einen Überblick über die für die Fernmeldetechnik in Frage kommenden Werkstoffe. Das vom Staatssekretariat für Hochschulen als Fachschul-Lehrbuch anerkannte Werk wird den Schülern unserer Ingenieurschule und anderer Fachschulen ein zuverlässiger Führer durch das wichtige Gebiet der Werkstoffe sein. Das Buch ist auch für den bereits in der Praxis stehenden Fernmeldetechniker und -monteur geschrieben. Es vermittelt ihm das Wissen, das ihn befähigt, den Werkstoff in seiner Eigenart zu erkennen, ihn werkstoffgerecht zu verarbeiten und zu behandeln.

Das Werk enthält im Teil I eine allgemeine Werkstoffkunde, die ausgeht vom Wesen der Materie, dann die einzelnen Metalle behandelt und die heute als Ersatzstoff so wichtigen Kunststoffe beschreibt, die besonders den Bedürfnissen der Fernmeldetechnik entsprechen. Dabei werden auch die ökonomischen Zusammenhänge erklärt. Ein Abschnitt ist dem Rohstoff Holz als technischer Werkstoff gewidmet, an den sich je ein Abschnitt über Faserstoffe und keramische Werkstoffe anschließt.

Im Teil II geht der Verfasser auf die Verwendung der Werkstoffe ein. Ferner schildert der Autor den Einsatz mechanisch, elektrisch, magnetisch und elektro-chemisch behandelter Werkstoffe.

- Kennzeichnung**
- Art und Benennung des Baumusters: UKW-Frequenzhubmesser Typ 185
 - Betriebszweck: Modulationsprüfungen von FM-Sendern
 - Frequenzbereich: 20 bis 300 MHz
 - Einschränkungen (Befristung und Sonstiges): ohne
 - Nummer der Allgemeinen Genehmigung: Allgemeine Genehmigung Nr. — 018/57 —
- Kennzeichnung**
- Art und Benennung des Baumusters: Quarzuhr Typ 2007
 - Betriebszweck: Zeit- und Frequenzmessungen
 - Frequenzbereich: Quarzgrundwelle 100 kHz
 - Leistung: kleiner als 1,5 W
 - Einschränkungen (Befristung und Sonstiges): ohne
 - Nummer der Allgemeinen Genehmigung: Allgemeine Genehmigung Nr. — 019/57 —
- RB S 5225-0

Der Leser wird methodisch durch das Gebiet der Werkstoffe geführt und mit ihrer Verwendungsmöglichkeit in der Fernmeldetechnik vertraut gemacht. Zahlreiche gute Bilder veranschaulichen den Text. Das ausführliche Sachwörterverzeichnis und die vielen Tabellen machen das Buch zum geeigneten Nachschlagewerk für jeden Werkstätten, der in der Fernmeldetechnik arbeitet.

Die Anschaffung des Fachbuches „Werkstoffe der Fernmeldetechnik“, das über den Postzeitungsvertrieb oder den örtlichen Buchhandel bezogen werden kann, wird allen in der Fernmeldetechnik beschäftigten Mitarbeitern empfohlen.
ArbSch 1 8061-1

Nr. 19/1957. Berichtigung zum Verzeichnis der Amtskennzeichen
Der Berichtigungsbogen Nr. 13 wird demnachst versandt.
DPW 2191-1/3

- Nr. 20/1957. Sonderpostämter**
(Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluß der Mitteilungen) Leipzig, BAG Großbuchbinderei, ZvPA des-HPA Leipzig C 1
- Briefmarkengroßtausch
 - Kulturband zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, Bezirkskommission Philatelie Leipzig
 3. bis 12. März 1957
 - Verkauf von Postwertzeichen und Sondermarken, Annahme von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen, Gefälligkeitsstempelungen
 - LEIPZIG C 1
3. 3. 57-60
Messgroßtausch
Biblische Darstellung: Altes Rathaus
- a) Ahnb b) Veranstalter c) Dauer d) Aufgabenkreis des Sonderpostamtes e) Stempelnschrift
DPW 1250-0/2B

Nr. 21/1957. Sonder- und Werbestempel

(Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluß der Mitteilungen)

- a) 50 Jahre BobSPORT
- b) FRIEDRICHSDA
- c) Handstempel
- d) FRIEDRICHSDA
- e) 50 JAHRE BOBSPORT 1907-1957
- Wintersport
- Hellklimatischer Kurort
- Bildliche Darstellung: Ein in Fahrt befindlicher Bob
- e) 14. bis 28. Februar 1957
- a) Briefstempelverbung
- b) Berlin N 4
- c) Maschinenstempel
- d) DEUTSCHE LUFTHANSA
- Bildliche Darstellung: Flugzeug und Kranich
- e) 15. Februar bis 14. März 1957
- 1. September bis 30. September 1957
- 1. Dezember bis 31. Dezember 1957
- a) Briefstempelverbung
- b) BPA 32 Leipzig, Erfurt, Brandenburg (Havel), Potsdam, BPA 29 Halle (Saale), BPA 7 Magdeburg
- c) Maschinenstempel
- d) Schönl die Weidenblütchen
- SIE SIND DAS BROT DER NUTZLICHEN BIENEN
- Bildliche Darstellung: Bienendankstücken
- e) 15. bis 28. Februar 1957
- a) Briefstempelverbung
- b) Altenburg (BZ Leipzig) 1
- c) Handstempel
- d) ALTENBURG (BZ LEIPZIG) 1
- 1. 2. 30-40
- Stadtbild
- Bildliche Darstellung: 4 Skatblüster und Altenburger Skatbrunnen
- e) 1. März 1957 bis 28. Februar 1958
- a) Briefstempelverbung
- b) Weimar
- c) Handstempel
- d) WEIMAR
- 1. 3. 30-40
- NATIONALTHEATER WEIMAR
- EST THEATRE
- Bildliche Darstellung: Nationaltheater Weimar
- e) 1. März 1957 bis 28. Februar 1958
- a) IK. Berg- und Müttenmännischer Tag
- b) Freiberg (Sachs) 2
- c) Maschinenstempel
- d) Bergakademie Freiberg (Sachs)
- IK. BERG- UND MÜTTENMÄNNISCHER TAG
- 13-15. 6. 1957

- e) 1. bis 31. März 1957 und 1. Mai bis 30. Juni 1957
- a) Briefstempelverbung
- b) Wittenberge (Prign) 1
- c) Handstempel
- d) WITTENBERGE (PRIGN) 1
- 5. 2. 30-40
- Stadt der Nähmaschinen
- Bildliche Darstellung: Nähmaschine Veritas
- e) 5. März 1957 bis 28. Februar 1958
- a) Schrott-Aktion
- b) 1. Altenburg (Bz Leipzig), Bautzen 2, Dessau, Döbeln 2, Eisenach 2, Glauchau (Sachs) 2, Götzitz, Halberstadt, Wernigerode, Suhl, Zittau
- Stempelsatzstück 1
- 2. Erfurt
- Stempelsatzstück 1
- 3. Gera, Greiz, BPA 7 Magdeburg, Stralsund, Zwickau (Sachs)
- Stempelsatzstück 1
- 4. BPA 29 Halle (Saale), Stempelsatzstück 1
- 5. BPA 29 Halle (Saale), Stempelsatzstück 1 und 2
- 6. Weimar, Wernigerode
- Stempelsatzstück 1
- 7. Karl-Marx-Stadt C 1
- Stempelsatzstück 1
- 8. Karl-Marx-Stadt C 4
- Stempelsatzstück 1 und 2
- 9. Leipzig C 13
- Stempelsatzstück 1
- 10. Potsdam
- Stempelsatzstück 1
- 11. Rostock
- Stempelsatzstück 1
- 12. BPA 32 Leipzig
- Stempelsatzstück 1 und 2
- 13. Maschinenstempel
- 14. MARTIN braucht Schrott
- HELF! ALLE MIT!
- Bildliche Darstellung: Martin-Figur
- Stempelsatzstück 2
- 15. Sammler Schrott
- FÜR DIE STEIGERUNG UNSERER PRODUKTION
- e) Zu 1: März, Mai, September, November
- Zu 2: März, Mai, August, November
- Zu 3: März, Juni, September, November
- Zu 4: März, Juni, August
- Zu 5: März, Juni, September
- Zu 6: März, Juli, August, November
- Zu 7: März, September
- Zu 8: April
- a) Anlaß b) Verwendungsort c) Art des Stempels d) Stempel
- inchrift e) Verwendungsdauer
- DPW 6252-1

Ausgabe A

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen

Jahrgang 1957 Berlin W 66, den 23. Februar 1957 Nummer 8

Inhalt		Seite	
Verfügungen:	Betriebsdienst		
	— Post —		
Nr. 41	Fehlmelden von Auslandspaketen	20	
Nr. 45	Luftpostverkehr während der Leipziger Frühjahrsmesse vom 3. bis 14. März 1957	20	
Nr. 46	Verzeichnis der Amstempelzeichen	20	
	Fernmeldewesen		
	Nr. 47	Gebührenänderung im Televerkehr mit Frankreich	30
	Nr. 16	Abgabe von Sonderpostwertzeichen	30
	Nr. 17	„Die Deutsche Post“, Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen, Heft 3/1957	30

Verfügungen Betriebsdienst — Post —

Nr. 44/1957. Fehlmelden von Auslandspaketen

Die Bestimmung der ADA V.2 Anh. 12 § 12 unter XII, S. 128, nach der weder Absender noch Empfänger vom Fehlen eines Auslandspaketes benachrichtigt werden dürfen, wird aufgehoben. Zur Vermeidung langwieriger Sucharbeit und umfangreicher Schriftwechsels können also künftig Absender oder Empfänger über den Paketeingang befragt werden. An der betreffenden Stelle der ADA ist bis zum Erscheinen einer Berichtigung ein entsprechender Vermerk anzubringen.

P O B 3 2215-0

Nr. 45/1957. Luftpostverkehr während der Leipziger Frühjahrsmesse vom 3. bis 14. März 1957

1 Die während der Leipziger Frühjahrsmesse in Leipzig-Mockau landenden Maschinen fremder Fluggesellschaften (CSA, KLM und SABENA) werden wieder für die Beförderung von Luftpostsendungen nach dem Ausland benutzt. Da in postsendungen nach dem Ausland postsendungen auf das Ausweichen der Luftpostsendungen von Dresden, Cottbus, Erfurt, Gera, Halle (Saale), Karl-Marx-Stadt, Leipzig und Suhl aufkommenden Luftpostbriefsendungen dem BPA 32

Leipzig und Luftpostpakete dem HPA Leipzig N 18 auf dem schnellsten Wege zuzuführen. Luftpostbriefsendungen und Luftpostpakete nach der Demokratischen Republik Vietnam, der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, der Mongolischen Volksrepublik, der Sowjetunion, der Volksrepublik China und der Volksrepublik Polen können, sofern günstigere Verbindungen nach Berlin als nach Leipzig bestehen, auch dem PA Berlin NW 7 unmittelbar zugeführt werden. Die beim BPA 32 Leipzig oder HPA Leipzig N 18 eingehenden Luftpostsendungen werden nach Berlin weitergeleitet, weil nur das PA Berlin NW 7 auch während der Leipziger Messe Lp-Kartenschlüsse für die genannten Länder fertigt.

Die im Bereich der einzelnen BPÄ aufkommenden gewöhnlichen Luftpostbriefsendungen werden in besondere Bunde oder nötigenfalls Beutel für

BPA 32, Briefabfertigung, Luftpoststelle, und aufkommende eingeschriebene Luftpostbriefsendungen in den Kschl für

BPA 32, Einschreibestelle, aufgenommen oder den in Richtung Leipzig verkehrenden Bp zugeleitet.

- 2. Mit den Maschinen der Deutschen Lufthansa, die vom 1. bis 15. März 1957 mehrmals täglich zwischen Berlin und Leipzig verkehren, werden Eilbriefsendungen und — soweit eine Beschleunigung in der Zustellung erreicht wird — auch gewöhnliche Briefe und Postkarten in beiden Richtungen zuschlagfrei befördert.
- 3. Da eine Luftpostverbindung nach Westdeutschland nicht besteht, werden Luftpostsendungen nur auf dem Schienenwege befördert. Durch die Leitung über Brüssel oder Amsterdam würden Verzögerungen entstehen.
- 4. Alle von Leipzig-Mockau mit dem Flugzeug beförderten Luftpostbriefsendungen nach dem Ausland und Eilbriefsendungen nach Berlin und über Berlin hinaus erhalten einen Zusatzstempel, der auf die Luftbeförderung hinweist.

Nr. 46/1957. Verzeichnis der Amtskennzeichen
(zur MPF-VI, Dpw 2191-12, Verzeichnis der Amtskennzeichen vom 1. Juli 1956 an alle BPF)

Für die HPÄ soll das Verzeichnis der Amtskennzeichen neu herausgegeben werden. Es sind auch Verkaufsstücke vorgesehen. Der Preis für ein Verzeichnis beträgt voraussichtlich 2,50 DM für Dienststücke und 3,— DM für Verkaufsstücke. Die Bezahlung erfolgt durch die Betriebe. Die Beträge sind beim Sachkonto 60 009 zu verrechnen.

Die BPF und die HPÄ melden ihren Bedarf

- a) an Dienststücken
- b) an Verkaufsstücken

bis zum 1. März 1957 der Deutschen Postwerbung, Berlin C 2, Magazinstraße 8—11. Eine Nachlieferung ist nicht möglich.
DPW 2191—1/3

- Fernmeldewesen -

Nr. 47/1957. Gebührenänderung im Telexverkehr mit Frankreich

Vom 1. März 1957 an tritt eine Gebührensenkung im Telexverkehr mit Frankreich in Kraft. Für eine Schreibverbindung von drei Minuten Dauer wird eine Gebühr von 2,40 DM erhoben

Das Verzeichnis der Telexteilnehmer in der Deutschen Demokratischen Republik ist auf Seite 14 zu berichtigen

Fe Fv 9 3225—3

Mitteilungen

Nr. 16/1957. Absatz von Sonderpostwertzeichen

Den Beschäftigten des KPF Hildburghausen ist es mit Hilfe eines innerbetrieblichen Wettbewerbes gelungen, alle dem KPF zugewiesenen Sonderpostwertzeichen „Helft den Hochwasser-Geschädigten“ sowie die Bausteine zum Aufbau nationaler Gedenkstätten zu verkaufen. Angespornt durch diesen guten Erfolg, haben sich die Mitarbeiter des KPF das Ziel gesetzt, die dem KPF zugewiesenen Sonderpostwertzeichen „Helft dem sozialistischen Ungarn“ und „Helft Ägypten“ bis zum 31. März 1957 zu verkaufen. Sie rufen alle Kolleginnen und Kollegen in den HPÄ und KPF der Deutschen Demokratischen Republik auf, ihrem Beispiel zu folgen.

zeichen „Helft dem sozialistischen Ungarn“ und „Helft Ägypten“ zu verkaufen.

Wir rufen alle HPÄ und KPF unserer Republik auf, unserem Beispiel zu folgen

Barthelmäs
BGL-Vorsitzender komm. Leiter des KPF

Nr. 17/1957. „Die Deutsche Post“, Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen, Heft 3/1957

Das Heft 3/1957 für März wird Ende Februar ausgeliefert. Es hat einen Umfang von 32 Seiten und enthält u. a. folgende Beiträge:

Rubbeck: Ist das Lochkartensystem im Fernmelde-rechnungsdienst zweckmäßig?
Hamann: Die erste internationale Ausstellung über die Postmechanisierung in Rom (Fortsetzung und Schluß)

Aufruf

zum restlosen Absatz der Sonderpostwertzeichen „Helft dem sozialistischen Ungarn“ und „Helft Ägypten“

Die Beschäftigten des KPF Hildburghausen haben erkannt, daß nur ein restloser Absatz der Sonderpostwertzeichen „Helft dem sozialistischen Ungarn“ und „Helft Ägypten“ eine wirksame Hilfe für diese bedenen Völker ist.

Uns ist es gelungen, die Sonderpostwertzeichen „Hochwassergeschädigte“ und die Bausteine zum Aufbau nationaler Gedenkstätten vorzeitig und restlos abzusetzen. Darum haben wir uns das Ziel gesetzt, bis zum 31. März 1957 die Sonderpostwert-

Albers: Brief an einen Meister (Betrieb)
Bergert: Probleme der Wertbildung im Nachrichtenverkehr
Richter: Einheitliche Erfassung der Verlust- und Beraubungsfälle
Henkler: Über den „Slang“ in der Nachrichten-technik
Bernert: Telegramme mit Rückschein?
Fritzsche / Rammler: Störungsvermeidungsdienst
Enger: Reiseindrücke und Erlebnisse in der Sowjet-union
Hentschel: Altes und Neues von der Telextechnik
Jenzen: 100 Jahre Entwicklung der Bahnpostwagen (1841 bis 1940)
Pr 1300—0

Herausgeber: Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin W 66.
Verlag: © VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin, Fernspr. 67 611, Postfachkonto 148 23. — Die Verfügungen und Mitteilungen erscheinen in der Regel am 1., 8., 15. und 22. jedes Monats. — Veröffentlicht unter Druckgenehmigungsnummer Ag 11497 DDR des Amtes für Literatur und Verlagswesen der Deutschen Demokratischen Republik. — Druck: VEB Berliner Druckhaus, Berlin NW 9.

Ausgabe A Bild Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen

Jahrgang 1957 Berlin W 66, den 15. Februar 1957 Nummer 7

Inhalt	Seite
Verfügungen:	
Allgemeines	
Nr. 36 Ausgeschnittene Freimarken-Wertstempel	25
Betriebsdienst	
— Post —	
Nr. 37 Verlust von Postanweisungen nach dem Auszahlen des Geldes	25
Nr. 38 Lottodienst	26
Nr. 39 Erweiterung der allgemeinen Freizügigkeit im Sparverkehr	26
Nr. 40 Senkung von Gebühren im Postcheckdienst	27
Nr. 41 Fragebogen über vermehrte gewöhnliche Briefsendungen	27
— Fernmeldewesen —	
Nr. 42 Gebührenänderung im Fernsprecheverkehr mit Großbritannien	27
Nr. 43 Berichtigung zur VMBI. VI. Nr. 20/1957	27
Mitteilungen:	
Nr. 14 Sonderpostämter	27
Nr. 15 Sonder- und Wertbestempel	27

Verfügungen - Allgemeines

Nr. 36/1957. Ausgeschnittene Freimarken-Wertstempel

Es wird darauf hingewiesen, daß aus Faltbriefen und Postkarten ausgeschnittene Freimarken-Wertstempel keine Gültigkeit zum Freimachen von anderen Postsendungen haben (ADA V,1 § 50).

P OB 4 a 2042—2

Betriebsdienst - Post

Nr. 37/1957. Verlust von Postanweisungen nach dem Auszahlen des Geldes

Geht eine Postanweisung nach dem Auszahlen des Geldes verloren und sind weder der Betrag noch der Empfänger der Postanweisung bekannt, so ist nicht mehr an die zuständige BPF zu berichten. Künftig hat das Hauptpostamt derartige Fälle nach den Bestimmungen der ADA V,2 § 88 III eigenverantwortlich zu untersuchen und zu erledigen. Bis zur Berichtigung der ADA V,2 ist auf Seite 103, Zeile 18, mit Bleistift auf diese VMBI.VI. hinzuweisen.

P OB 2 f 2129—0

Nr. 38/1957. Lottodienst

Die im § 10, letzten Absatz, der LottoAnw enthaltenen Verfahrensgrundsätze der Bezirksstellen des VEB Zahlen-Lotto in Fällen von Differenzen zwischen den abgelieferten Wertmarken und Haupt-

abrechnungen werden unter Buchstaben c wie folgt geändert:

„Die unter WM-Abrechnung als verkauft aufgeführte Anzahl von WM ist auch dann maßgebend, wenn die Losschein-Abschnitte bei der Auswertung fehlen. Die Abrechnungen werden geändert, wenn das die Hauptannahmestelle am Auswertungstage bis 13.00 Uhr bei der Bezirksstelle des VEB Zahlen-Lotto fernmündlich beantragt.“

Dazu ist in jedem Falle die Fehlerursache so klar darzulegen, daß ohne Zweifel festgestellt werden kann, daß die abzurechnenden Wertmarken nicht für die abgeschlossene Spielwoche verkauft worden sind.“

Diese mit der Direktion des VEB Zahlen-Lotto vereinbarte Änderung tritt am 18. Februar 1957 (zu Beginn der 7. Spielwoche) in Kraft.

P OB 2 d 2156—2

Nr. 39/1957. Erweiterung der allgemeinen Freizügigkeit im Sparverkehr

(Zu den VMDI. VI. Nr. 156/1954 und 132/1955)
Es ist folgendes beschlossen worden:

2. Nachtrag

zur
Vereinbarung
zwischen
dem Ministerium der Finanzen, Hauptabteilung
Kreditwesen, dem Ministerium für Post- und Fern-
meldewesen, Hauptverwaltung Post- und Zeitungs-
wesen, und der Deutschen Bauernbank

über die
gemeinsame Durchführung der Freizügigkeit
im Sparverkehr

1. Ab 1. März 1957 werden die VdgB (BHG) in den
gemeinsamen Freizügigkeitsverkehr einbezogen.

2. Von den Kreditinstituten sowie den Ämtern und
Amtsstellen des Postsparkdienstes werden
Auszahlungen auf Sparbücher der VdgB (BHG)
nur dann geleistet, wenn diese Sparbücher zum
Freizügigkeitsverkehr zugelassen sind und auf
der ersten Innenseite den Stempelabdruck „Zum
Freizügigkeitsverkehr zugelassen“ tragen.

3. Die Verrechnung der bei VdgB (BHG) vorgenom-
menen Ein- und Auszahlungen auf Sparbücher
anderer Kreditinstitute erfolgt über die Kreis-
stelle der Deutschen Bauernbank unmittelbar
mit dem kontoführenden Kreditinstitut. Die Ein-
und Auszahlungen auf Postspargbücher werden
von der Kreisstelle der Deutschen Bauernbank
über die zuständige Kreissparkasse mit dem ört-
lichen Postamt verrechnet.

4. Der Absatz 3 der Vereinbarung über die gemein-
same Durchführung der Freizügigkeit im Spar-
verkehr erhält folgende Neufassung:

Ein- und Auszahlungen werden in jedem Falle
in unbegrenzter Höhe entgegengenommen bzw.
geleistet.

Berlin, den 15. Januar 1957

Ministerium der Finanzen
HA Geldumlauf und Kredite
Müller
I.V. des Hauptabteilungsleiters

Ministerium
für Post- und Fernmeldewesen
Vehweg
Hauptverwaltungsleiter

Deutsche Bauern-Bank
Anstalt des öffentlichen Rechts
Berlin

Corsepius Strobel
Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
(Bäuerliche Handelsgenossenschaft)
Zentralvorstand
Eichborn

Hierzu wird bemerkt:

1. Bei Vorlage von Sparbüchern der Vereinigung
der gegenseitigen Bauernhilfe (Bäuerliche Han-
delsgenossenschaft) VdgB (BHG) gelten die Be-
stimmungen des Anhangs der ADA V,5 und V,6.
Auf die nachstehenden Punkte wird besonders
hingewiesen:

a) Die VdgB (BHG) gelten im Freizügigkeits-
verkehr als Zweigstellen der Sparkassen und
treten daher mit der DP nicht unmittelbar in
Verbindung.

b) Der gegenseitige Austausch der im Freizügig-
keitsverkehr auftretenden Ein- und Rück-
zahlungsscheine ist nur zwischen den Haupt-
stellen der Kreissparkassen und dem PA am
selben Orte zugelassen. Zwischen diesen bei-
den Stellen findet auch nur eine Verrechnung
statt.

2. Die VdgB (BHG) verwendet einheitliche Spar-
bücher mit einem grünen Steifumschlag, der auf
der ersten Umschlagseite in einem roten Feld die
Aufschrift „SPARBUCH“ trägt. Im übrigen glei-
chen die Sparbücher denen der Banken für
Handwerk und Gewerbe (s. § 3 Pkt. 3 des An-
hangs der ADA V,5 und V,6).

3. Als Abkürzung für die kontoführende Stelle in
den Tages- und Monatslisten ist „VdgB“ anzu-
geben.

4. Die Sperrverzeichnisse des PSpA sind von den
PA in den Kreisstädten den Kreisvorständen der
VdgB (BHG) für die im Kreis vorhandenen
VdgB (BHG) in der vorgeschriebenen Form zu
übergeben. Der Mehrbedarf an Verzeichnissen
für den Monat März geht den HPÄ aus besonde-
re Anforderung zu. Unstimmigkeiten in der
Lieferung sind unmittelbar mit dem PSpA zu
klären.

Dem Stadtvorstand der VdgB (BHG) in Berlin
C2 werden die Sperrverzeichnisse unmittelbar
von der Druckerlei übersandt.

5. In der ADA V,5 und der ADA V,6 ist jeweils im
Anhang bei § 1 mit Bleistift auf diese VMDI.VI.
hinzuweisen.

P OB 2 f 2781-0

Nr. 40/1957. Senkung von Gebühren im Postscheck-

dienst
1. Im Gesetzblatt Teil I Nr. 7/1957 ist die Anord-
nung über die Senkung der Gebühr für Über-
leitungsaufträge im Postscheckdienst veröffent-
licht worden. Danach beträgt die Gebühr für die
Ausführung eines Überleitungsauftrages vom
1. Januar 1957 an 0,25 DM.

Absatz 5 der Amtsbl.Vf.Nr. 12/1952 ist unter Hin-
weis auf diese VMDI.VI. zu berichtigen. Außer-
dem ist der Aushang über Post- und Fernmelde-
gebühren, Stand 1. Oktober 1956, unter IV.
Punkt 10 zu berichtigen.

2. Die Gebühr für deckungslose Überweisungen
beträgt vom 1. Februar 1957 an wieder 0,20 DM.
Der Aushang über Post- und Fernmeldegebühren
ist unter IV. Punkt 6 zu berichtigen.
P OB 2 f 2702-0

Nr. 41/1957. Fragebogen über vermifft gewöhnliche
Briefsendungen

Die Bestimmungen der ADA V, 2 Anh. 13 § 1 wer-
den wie folgt ergänzt:
Fragebogen über vermifft gewöhnliche Brief-
sendungen ohne Nachnahme nach dem Inland

(Formblatt C 1103) sind wie Nachfrageschreiben im
Nachfrageschreibebuch zu buchen.

In der ADA ist auf diese Vf. hinzuweisen.

P OB 2 e 2170-1

- Formmeldeweise -

Fernsprechauslandsdienst ist auf Seite 17 zu be-
richtigen.

Fe Fv 9 4010-0

Nr. 43/1957. Berichtigung zur VMDI.VI.Nr. 22/1957

In der o. g. VMDI.Vf. muß es in der Aufzählung
der Departements der 2. französischen Zone richtig
heißeln: „Doubs“ und „Saône-et-Loire“. Außerdem
muß die Zonenangabe hinter Cherbourg „3“ lauten.
Die Vf. ist zu berichtigen.
Fe Fv 9/Pr 4010-0

Nr. 42/1957. Gebührenänderung im Fernsprech-
verkehr mit Großbritannien

Vom 1. Februar 1957 an ist eine neue Gebühren-
regelung im Fernsprechverkehr mit Großbritannien
in Kraft getreten. Gleichzeitig wird für diese Ver-
kehrsbeziehung festgelegt, daß die Deutsche Demo-
kratische Republik als eine Gebührenezone gilt.

Die Gebühr für ein Gespräch von drei Minuten
Dauer beträgt zwischen jedem Ort in der Deutschen
Demokratischen Republik und jedem Ort in Groß-
britannien 5,40 DM. Das Gebührenbuch für den

Fe Fv 9/Pr 4010-0

Nr. 14/1957. Sonderpostämter

(Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluß der Mitteilungen)

Leipzig

- 1. Ringmessehaus
- 2. Peteschhof
- 4. Handeltshof
- 5. Sächsisches Kaufhaus
- 6. Messediens „Franz-Mehring-Haus“
- 7. Buchverbohaus
- 8. Ausländertreffpunkt Neues Rathaus
- 9. Pressezentrum (nicht öffentlich)
- 10. Messeshughafen Leipzig-Mockau
- 11. Technische Messe I Halle 6
- 12. Technische Messe II, Fahrkartes Postamt, Rückseite Halle 12
- 13. Technische Messe III, fährkartes Postamt, Halle 16

ZWPÄ des HPA Leipzig C 1

- a) Leipziger Frühjahrmesse 1957
- b) Leipziger Messeamt
- c) 3. bis 14. März 1957
Zu 1 bis 7 sowie 12 und 13 vom 2. bis 14. März 1957
Zu 8 vom 25. Februar bis 13. März 1957
Zu 9 vom 28. Februar bis 14. März 1957
Zu 10 vom 1. bis 14. März 1957
Zu 11 vom 18. Februar bis 15. März 1957
- d) Zu 1 bis 13 Verkauf von Postwertzeichen und Sondermar-
ken, Annahme von gewöhnlichen und eingeschriebenen Brief-
sendungen und von Fernsendungen, Sparkassendienst, Ver-
mittlung von Inlandsferngesprächen
Zu 1: Annahme von Fernsendungen und Paketen sowie von
Postanweisungen und Zahlkarten
Zu 1 bis 13 Verkauf von Presseerzeugnissen
- e) Zu 1 bis 13 Ortsangabe wie angegeben

Inschrift:

Zu 1, 2 und 8 bis 13 Leipziger Messe
Zu 3: Musikinstrumente und Spielwaren in alle Welt
Zu 4: Seit 1958 Leipziger Messe

Bildliche Darstellung:

- Zu 1: Ringmessehaus-Gebäude
 - Zu 2: Arkadengang und Schaulindeford
 - Zu 3: Peterstraße mit Messeshaus Messeshof
 - Zu 4: Historische Messeshaus
 - Zu 5: Rundfunk- und Fernmeldeamt
 - Zu 6: Hochhaus mit „Franz-Mehring-Haus“
 - Zu 7: Sitzmaschine
 - Zu 8: Eingang zum Neuen Rathaus
 - Zu 9: Telegraphenleitungen und Zeitungsstöcke
 - Zu 10: Geländes Flugzeug- und Flugställe
 - Zu 11: Haupteingang Technische Messe
 - Zu 12: Volksschichtenspektakel
 - Zu 13: Raupenbugger
- Farmer werden Sonderstempel bei folgenden Postämtern
verwendet.
Leipzig C 1, Unterscheidungsbuchstabe a = Turm des Neuen
Rathauses, Inschrift: Leipziger Messe von Weltbedeutung

Leipzig C 1, Unterscheidungsbuchstabe b: Weltugel, In-
schrift: Internationale Leipziger Messe

Leipzig C 13, Werbeplakat Messe 1957, Inschrift: Karl-Marx-
Platz - Mitte zwischen Ost und West Leipziger Messe
Leipzig C 17, Unterscheidungsbuchstabe a: Hauptbahnhof, In-
schrift: Hauptbahnhof Leipziger Messe
Leipzig C 17, Unterscheidungsbuchstabe b: Bahnhof mit
Stromlinienlokomotive, Inschrift: Hbf Leipziger Messe
Bahnhofamt 25, Flugzeug, Inschrift: Luftpost Leipziger Messe
Zausatzstempel: Mit Luftpost befördert vom Messeshughafen
Leipzig-Mockau, bildliche Darstellung: Messeshofen
Sämtliche Sonderstempel sind mit dem Messeshofen ver-
sehen und werden vom 1. März 1957 an bei den vorher-
genannten Postämtern - beim Bahnhofamt 30 Tage der
Aufnahme des Flugbetriebes an - geführt.

- a) Anlaß b) Veranstalter c) Dauer d) Aufgabekreis der
Sonderpostämter e) Stempelinschrift
DPW 1250-02 B

Nr. 15/1957. Sonder- und Werbestempel

(Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluß der Mitteilungen)

- a) Dauerverbung
- b) Laucha (Unstrutt)
- c) Handstempel
- d) LAUCHA (UNSTRUTT)
Zu 11 25-40
Segefliegerstadt
im
schönen Unstruttal
Bildliche Darstellung: Segeflieger
- e) 1. November 1956 bis 31. Oktober 1957

a) Verkehrsverbung

- b) Hainichen
- c) Handstempel
- d) HAINICHEN
Hauptstadt von
Christian Fürchtegott Gellert
Friedrich Gottlob Keller
1. 25-40
DIE GELBERTSTADT
Stadt der Parkfeste
- e) 1. Februar bis 31. Juni 1957

a) Verkehrsverbung

- b) Zinnwald-Georgenfeld/Über Kipsdorf (Erzgeb)
- c) Handstempel
- d) ZINNWALD-GEORGENFELD
Über KIPSDORF (ERZGEB)
1. 25-40
Kurort
100 m
Bildliche Darstellung: Moorhütte mit Nadelbäumen
- e) 1. Februar 1957 bis 31. Januar 1958

- a) 1. Internationaler Frühjahrs-Cross
 b) Leipzig C 13
 c) Maschinenstempel
 d) 1. INTERNATIONALER Frühjahrs-Cross
 LEIPZIG
 10. März 1957
 Bildliche Darstellung: Käufer
 e) 10. Februar bis 10. März 1957
- a) Briefstempelverbung
 b) EPA 22 Leipzig
 c) Maschinenstempel
 d) 1. Schnell sicher bequem in alle Welt durch die Deutsche Lufthansa
 Bildliche Darstellung: Liniennetz, 2 Flugzeuge
2. DEUTSCHE LUFTHANSA
 Bildliche Darstellung: Kranich
 Messe-Sonderpostwertzeichen
 Bildliche Darstellung: Messezeichen und Flugzeug
 e) 15. Februar bis 14. März 1957
- a) Dauerwerbung
 b) Ribeland (Harz)
 c) Handstempel
 d) RÜBELAND (HARZ)
 RÜBELÄNDER TROPFSTEINHOELEN DES HARZES
 GROSSER NATURWUNDER
 Bildliche Darstellung: Höhlenbaur
 e) 15. Februar 1957 bis 14. Februar 1958
- a) Ahndb
 b) Verwendungs-PA
 c) Art des Stempels
 d) Stempelschrift
 e) Verwendungsdauer

Die nachstehend aufgeführten Werbepoststempel werden weiter verwendet:

Verwendungs-PAnst	Veröffentlicht unter Artusblatt- bzw. VMDI-Mitteilungen	Neue Verwendungs-dauer bis
Altenberg (Erzgeb)	Nr. 71/1954, S. 114	14. 11. 1957
Berlin N 4 (Bd)	Nr. 110/1956, S. 313	14. 12. 1957
Burg (Spreew)	Nr. 6/1950, S. 312	14. 12. 1957
Friedrichsbrunn/Über Gernrode (Harz)	Nr. 102/1948, S. 292	14. 1. 1958
Ceja (Rhön)	Nr. 114/1954, S. 299	31. 12. 1957
Großhörsdorf (Oberlausitz)	Nr. 20/1950, S. 292	15. 9. 1957
Grünbach (Vogt)	Nr. 20/1950, S. 292	21. 1. 1958
Königsstein (Götha Schweiz)	Nr. 0/1950, S. 316	9. 1. 1953
Lauscha (Thüringerw)	Nr. 28/1948, S. 117	11. 1. 1958
Lichtenhain/Über Oberweißbach (Thüringerw)	Nr. 20/1955, S. 64	31. 1. 1958
Löbenaue (im Spreewald)	Nr. 0/1950, S. 316	21. 12. 1957
Kleinbisch (Thüringerw)	Nr. 20/1955, S. 64	31. 1. 1958
Oberhof (Thür)	Nr. 20/1948, S. 305	14. 1. 1958
Feldsiedl 1	Nr. 22/1956, S. 66	31. 3. 1958
Rötha	Nr. 10/1953, S. 14	31. 1. 1958
Sangerhausen	Nr. 27/1954, S. 108	31. 1. 1958
Schwarzburg	Nr. 27/1948, S. 179	31. 1. 1958
Schölk (Sach)	Nr. 22/1951, S. 66	31. 3. 1958
Sitzendorf (Schwarzatal, Thür)	Nr. 27/1955, S. 29	31. 1. 1958
Steinbach (Kr Bad Saalungen)	Nr. 0/1950, S. 316	31. 12. 1957
Stolpen (Sach)	Nr. 186/1950, S. 744	31. 12. 1957
Unterweißbach (Thüringerw)	Nr. 20/1955, S. 64	31. 1. 1958

DPW 628-1

Drei Punkte

sind es, die eine Fachzeitschrift besonders lesenswert machen:

- ihre ständige Aktualität und Vielseitigkeit
- ihr Wirken als Hilfe für die tägliche Arbeit
- ihr niedriger Preis

Für uns Postler erfüllt diese Bedingungen

DIE DEUTSCHE POST

Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen

Jeden Monat erscheint ein reich bebildertes und gut ausgestattetes Heft. Der Abonnementpreis beträgt nur 1,50 DM vierteljährlich. Bestellungen nehmen die zuständigen Postzeitungsvertriebe entgegen.

Herausgeber: Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin W 66, Postfachkonto 1492 25. — Die Verfügungen und Mitteilungen (VMDI) des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin W 66, erscheinen in der Regel am 1., 8., 15. und 22. jedes Monats. — Veröffentlicht unter Druckgenehmigungsnummer Ag 11487 DDR des Amtes für Literatur und Verlagswesen der Deutschen Demokratischen Republik. — Druck: VEB Berliner Druckhaus, Berlin W 5.

Ausgabe A Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen

Jahrgang 1957 Berlin W 66, den 8. Februar 1957 Nummer 6

Inhalt		Seite
Verfügungen:		
Nr. 28 Sonderpostwertzeichen zur Leipziger Frühjahrs-messe 1957	21	
Nr. 29 Arbeitsanweisung zur Durchführung der Verord-nung über das Berichtswesen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 20. Juli 1956	22	
Nr. 30 Fachschulferstudium in der Fachrichtung Funk-sentechnik	23	
Nr. 31 Paketverkehr — Arbeitsvereinfachungen für Frauen — Einführung eines Lagerformblatts	23	
Nr. 32 Versandverbot für infektiöses Untersuchungsmate-rial sowie unverpackte gebrauchte Lebewürme in Postmietbehältern	24	
Nr. 23 Änderung und Aufhebung von PA in Leipzig — Fernmeldewesen —	24	
Nr. 34 Gebührenänderung im Fernsprechverkehr mit Luxemburg	24	
Nr. 35 Gebührenänderung im Fernsprechverkehr mit Tanger	25	
Mitteilungen:		
Nr. 15 Verbindung einer Disziplinarstrafe	24	
Nr. 12 Sonder- und Werbepoststempel	24	

Verfügungen

Allgemeines

Nr. 28/1957. Sonderpostwertzeichen zur Leipziger Frühjahrsmesse 1957
 Zur Leipziger Frühjahrsmesse 1957 werden zwei Sonderpostwertzeichen zu 20 und 25 Pfennig herausgegeben, auf denen hochwertige Industrieerzeugnisse der Deutschen Demokratischen Republik ge-

verfähen auf Wasserzeichenpapier mit dem Kreuzblumenmuster hergestellt.
 Die Wertzeichen sind vom 1. März 1957 an bei allen Postanstalten der Deutschen Demokratischen Republik und des demokratischen Sektors von Groß-Berlin sowie bei der Versandstelle für Samm-



zeigt werden. Auf dem 20-Pfennig-Wert (rot) ist ein 10000-t-Motortrachtschiff und auf dem 25-Pfennig-Wert (blau) eine Elektrolokomotive dargestellt. Die Entwürfe für die Wertzeichen haben die Graphiker Bengs und Skribelka, Berlin, gefertigt.
 Die in 1/4 ihrer natürlichen Größe abgebildeten Wertzeichen werden vom VEB Deutsche Wertpapier-Druckerei Leipzig einfarbig im Offsetdruck-

lermarken in Berlin W 8 zu verkaufen. Vor diesem Zeitpunkt dürfen sie nicht abgegeben werden.
 Zu den Sonderpostwertzeichen wurde ein Ersttagsbriefumschlag hergestellt, der auf dem linken Drittel der Anschriftseite das Messezeichen und das Leipziger Stadtwappen zeigt und zum Preise von 20 Pfennig bei den üblichen Abgabestellen zu ver- kaufen ist.
 P OB 4 a 2040-1

Nr. 29/1957. Arbeitsanweisung zur Durchführung der Verordnung über das Berichtswesen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 20. Juli 1956

Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik hat das Genehmigungsverfahren für das Berichtswesen durch die Verordnung über das Berichtswesen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 20. Juli 1956 (GBl. Teil I, S. 599) neu geregelt. Danach sind die Leiter der zentralen Organe der staatlichen Verwaltung für die Erteilung von Genehmigungen für Berichterstattungen innerhalb ihres Aufgabenbereiches selbst verantwortlich. Diese Maßnahme hat zum Ziel, eine bessere Kontrolle über Umfang und Qualität des Berichtswesens durch die Arbeit der staatlichen Organe auszuüben und die Verwaltungsarbeit zu vereinfachen.

Für die Erteilung von Genehmigungen von Berichterstattungen, die der Abrechnung des Volkswirtschaftsplanes dienen, ist die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik weiterhin zuständig.

Zur Durchführung der genannten Verordnung bei der Deutschen Post wird folgendes bestimmt:

I.

Zu § 1 der VO

(1) Nach § 1 der VO sind alle Meldungen, Abrechnungen, Berichte, statistische Erhebungen und Analysen — im folgenden als Berichterstattungen bezeichnet — genehmigungspflichtig. Die Genehmigungspflicht ist unabhängig davon, ob eine Berichterstattung einmalig oder periodisch, formlos oder mittels Formblatt verlangt wird.

(2) Eine Berichterstattung ist genehmigungspflichtig, wenn sie von einer Mehrzahl von Befragten gefordert wird. Genehmigungsfrei sind demnach Berichterstattungen, die nur einen Befragten betreffen.

(3) Folgende Bestandteile des laufenden Schriftverkehrs innerhalb der Deutschen Post gelten nicht als Berichterstattung im Sinne des § 1, Absatz 1 der VO:

- Bedarfsmittlungen aller Art mit Bestellungscharakter sowie in diesem Zusammenhang notwendige Bestandsmittlungen.
- Stellungnahmen und einmalige Ermittlungen zur Beabsichtigung oder erfolgten Einführung neuer betriebs- oder verwaltungstechnischer Maßnahmen.
- Die zur Aufstellung von Perspektiv- oder Volkswirtschaftsplanen zu fertigenden Planvorschläge sowie der entsprechende Planrücklauf.
- Einmalige Befragungen der Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen durch das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen, sofern das zu erfragende Material bei diesen Stellen vorhanden ist, d. h., daß keine Erhebung in den Ämtern notwendig wird.

II.

Zu § 2 der VO

(1) Als Betriebe gelten im Bereich der DP die HPA, FMA, BPA, PSchA usw. sowie die einzelnen Haushaltsorganisationen.

(2) Als Berichterstattung innerhalb eines Betriebes gilt auch das Berichtswesen zwischen dem Amt für Fernnetze und den Fernkabelstellen und Verstärkerämtern. Die Hauptverwaltung Fernmeldewesen hat mindestens einmal jährlich Notwendigkeit, Umfang und erforderliche Periodizität dieser Berichte hinsichtlich weiterer Einschränkungen zu prüfen.

III.

Zu § 3 der VO — Allgemeines

(1) Der Minister für Post- und Fernmeldewesen — in seiner Vertretung der Staatssekretär — erteilt die Genehmigung für periodische und umfangreiche einmalige Berichterstattungen innerhalb der Deutschen Post.

(2) Zur Genehmigung einmaliger Berichterstattungen geringeren Umfangs sind im Auftrage des Ministers berechtigt:

- für den Bereich Post- und Fernmeldewesen der Leiter der zentralen Abteilung Planung,
- für den Bereich Rundfunk und Fernsehen der Leiter der Hauptabteilung Organisation und Sicherheit.

(3) Als umfangreich gelten einmalige Berichterstattungen, die

- in allen Ämtern der Deutschen Post durchgeführt werden (Totalerhebungen) und
- mehr als zehn Einzelfragen umfassen.

(4) Die Leiter der zentralen Abteilung Planung und der Hauptabteilung Organisation und Sicherheit haben für die Bereiche Post- und Fernmeldewesen oder Rundfunk und Fernsehen folgende Aufgaben:

- Kontrolle der Einhaltung der Verordnung vom 20. Juli 1956 sowie der hierzu ergangenen Durchführungsbestimmungen und Arbeitsanweisungen.
- Anleitung der Mitarbeiter der zentralen Abteilungen, der Hauptverwaltungen, der Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen usw. bei der Durchführung der Verordnung (besonders bei der Antragstellung).
- Vorbereitung der Entscheidungen des Ministers bei Genehmigungen nach Absatz 1. Sie können sich hierzu Gutachten der Hauptverwaltungen einholen.

(5) Für alle Grundsatzfragen, die sich aus der Anwendung der Verordnung vom 20. Juli 1956 ergeben, sowie für die Zusammenarbeit mit der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik ist der Leiter der zentralen Abteilung Planung zuständig.

IV.

Zu § 3 der VO — Durchführungsverfahren

(1) Vor Antragstellung oder Genehmigung einer Berichterstattung ist grundsätzlich zu prüfen, ob die geforderten Fragen aus den vorhandenen Unterlagen beantwortet werden können, ob eine volle Auswertung des eingeholten Materials möglich ist oder ob Einschränkungen hinsichtlich der Periodizität vertreten werden können.

(2) Periodische und umfangreiche einmalige Berichterstattungen sind mittels Antragsvordruck

unter Beifügung der Erhebungsunterlagen bei der zentralen Abteilung Planung zur Genehmigung durch den Minister einzureichen. Im Bereich Rundfunk und Fernsehen hat dies über die Hauptabteilung Organisation und Sicherheit zu erfolgen. Antragsvordrucke sind bei den genannten Dienststellen erhältlich.

Die Entscheidung ist innerhalb von 5 Tagen nach Eingang bei der zentralen Abteilung Planung herbeizuführen.

(3) Einmalige Berichterstattungen geringeren Umfangs sind unter Vorlage der Erhebungsunterlagen — unterzeichnet von der anordnenden Dienststelle — unmittelbar (ohne besonderen Antrag) bei den unter III (2) genannten Stellen zur Genehmigung vorzulegen. Die Genehmigung wird bei Einverständnis sogleich mittels Stempel erteilt. Bei Einwendungen erfolgt eine Entscheidung innerhalb von 5 Tagen nach Antragsvorlage bei der zentralen Abteilung Planung oder Hauptabteilung Organisation und Sicherheit. Einsprüche gegen Ablehnungen durch die unter III (2) genannten Stellen entscheidet der Minister, in seiner Vertretung der Staatssekretär.

(4) Berichterstattungen, die der Abrechnung des Volkswirtschaftsplanes dienen und somit nach § 3 Absatz 2a der VO vom 20. Juli 1956 weiterhin durch die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik genehmigt werden müssen, sind mittels Antragsvordruck über die zentrale Abteilung Planung zu beantragen; sie werden vom Minister unterzeichnet.

(5) Die Urheber von Berichterstattungen erhalten im Falle der Genehmigung einen schriftlichen Genehmigungsvermerk, der nach § 5 der VO in der oberen rechten Ecke der Vordrucke oder — bei formlosen Erhebungen — in der Verfügung angegeben werden muß.

(6) Die Anträge sind so rechtzeitig zu stellen, daß eine beratende Einflußnahme durch die zentrale Abteilung Planung oder Staatliche Zentralverwaltung für Statistik auf die Methodik und Organisation der Berichterstattung vor der Drucklegung oder Veröffentlichung möglich ist.

(7) Änderungen bereits genehmigter und registrierter Berichterstattungen bedürfen der Zustimmung

des Ministers oder der Stelle, die die Genehmigung erteilt hat, oder der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik.

(8) Die Einstellung periodischer Berichterstattungen ist der Stelle, die die Genehmigung erteilt, zu melden.

V.

Zu § 7 der VO

Das Beschaffungsamt der Deutschen Post ist verpflichtet, Druckvorlagen für Berichterstattungen, die keinen Genehmigungsvermerk tragen, der zentralen Abteilung Planung zuzuleiten.

VI.

(1) Die vorstehende Arbeitsanweisung ist mit Wirkung vom 1. Januar 1957 in Kraft getreten.

Gleichzeitig sind die für das Berichtswesen innerhalb der DP gültige VMBL.VI. Nr. 372/1954 sowie die dazu ergangenen Berichtigungsanweisungen mit Ablauf des 31. Dezember 1956 außer Kraft getreten.

(2) Das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen gibt in einer besonderen Übersicht bekannt, welche der bis 31. Dezember 1956 genehmigten periodischen Berichterstattungen ab 1. Januar 1957 weiter genehmigt wurden.

Pl 0800

Nr. 30/1957. Fachschulfernstudium in der Fachrichtung Funksendetechnik

Ab 1. September 1957 wird das Fachschulfernstudium in der Fachrichtung Funksendetechnik an der Ingenieurschule für Fernmelde- und Funkwesen Königs Wusterhausen eingerichtet. Das Fernstudium dauert 5 Jahre und schließt mit der staatlichen Prüfung als Funksendeingenieur ab. Für die Aufnahme gelten die Bedingungen der VMBL.VI. Nr. 65/1956 und der Anweisung Nr. 13.

Ergänzende Angaben zu den Aufnahmebedingungen enthält der Lehrplan für die Vorbereitung zum Fachschul- oder Fachschulfernstudium, der allen Ämtern ausgeliefert wurde.

Zu diesem Fernstudium können außer Mitarbeitern des Funkwesens auch interessierte Beschäftigte des Fernmeldewesens delegiert werden.

ArbSch 4 8060—0

Betriebsdienst

— Post —

Nr. 31/1957. Paketverkehr — Arbeitserleichterungen für Frauen — Einführung eines Lagerformblatts

Um den im Postbetriebsdienst beschäftigten Frauen, die mit Paketen Befassung haben, die Arbeit möglichst zu erleichtern und die Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen zu gewährleisten, wird angeordnet:

- Die Paketannahmestellen sind — soweit möglich — besonders mit männlichen Arbeitskräften zu besetzen. Es ist anzustreben, daß bei den Paketannahmestellen die Paketwaage sich auf gleicher Höhe mit dem Schalterisch befindet, damit die Pakete, ohne geschoben zu werden, bequem auf die Waage gehoben werden können.
- Im Paketzustelldienst sind die Zustellbezirke — soweit möglich — so zu besetzen, daß in Ein-

mannbezirken nur Männer und in Mehrmannbezirken Männer und Frauen beschäftigt sind.

3. Da Frauen nicht ständig Lasten über 15 kg heben oder tragen dürfen, ist es von Bedeutung, daß schwerere Pakete im Postbetrieb leicht zu erkennen sind. Es ist deshalb ein Klebezettel für Pakete über 15 kg aufgelegt worden, der in einer kräftigen Umrandung des Aufdrucks „Über 15 kg“ trägt (Formblatt C 1113 DIN A 3 zu 32).

Alle Pakete über 15 kg — ausgenommen Pakete des Auslandsverkehrs — sind von sofort an — zunächst versuchsweise — bei der Annahme in der Nähe der Aufschrift mit diesem Zettel zu bekleben, Gegebenenfalls sind die Zettel auch

Selbstbuchern zu liefern. Die mit Vf. vom 24. Juli 1956 P OB 2 a 2126-0 angeordnete Anbringung eines liegenden blauen Kreuzes über der Ortsangabe der Anschrift fällt weg.
Das Formblatt ist vom Vordruckleitverlag Spremburg (Niederlausitz) zu beziehen.
P OB 2 b 2126-0

Nr. 32/1957. Versandverbot für infektiöses Untersuchungsmaterial sowie unverpackte gebrauchte Leibwäsche in Postmietbehältern
Für den Versand von infektiösem Untersuchungsmaterial jeder Art (Stuhl-, Blut-, Urinproben usw.) sowie unverpackter gebrauchter Leibwäsche und dgl. ist die Verwendung von Postmietbehältern nach § 1 (4) der Anordnung über die Einführung des Postmietbehälter-Verkehrs (VMBI.Vf. Nr. 114/1955) nicht gestattet.

Die „Merkzettel über verausgabte Postmietbehälter am Aufgabort“ werden bei Neudruck mit folgendem Zusatz versehen:
Der Versand von infektiösem Untersuchungsmaterial jeder Art (Stuhl-, Blut-, Urinproben usw.) sowie unverpackter gebrauchter Leibwäsche und dgl. in Postmietbehältern ist verboten.
P OB 2 e 2126-1

Nr. 33/1957. Änderung und Aufhebung von PK in Leipzig
Das PA Leipzig W 7 hat ab 1. Januar 1957 die Bezeichnung Leipzig C 7 erhalten.
Das PA Leipzig C 11 ist am 1. Januar 1957 aus dem Bereich des HPA Leipzig N 22 gelöst und dem HPA Leipzig C 1 angegliedert worden.
Das dem HPA Leipzig C 1 zugewiesene PA Leipzig C 8 wurde am 31. Dezember 1956 aufgehoben.
Vorhandene Unterlagen sind zu berichtigen.
P OB 2 a 1250-0

- Fernmeldewesen -

Nr. 34/1957. Gebührenänderung im Fernsprechverkehr mit Luxemburg
Vom 1. Februar 1957 an ist eine neue Gebührensatzung im Fernsprechverkehr mit Luxemburg in Kraft getreten. Gleichzeitig wurde die Zahl der Zonen in der Deutschen Demokratischen Republik auf eine Einheitszone verringert.
Die Gebühr für ein Gespräch von drei Minuten Dauer beträgt zwischen jedem Ort in der Deutschen Demokratischen Republik und jedem Ort in Luxemburg 3,30 DM.
Das Gebührenbuch für den Fernsprechauslandsdienst ist auf Seite 24 zu berichtigen.
Fe Fv 9 4010-0

Nr. 35/1957. Gebührenänderung im Fernsprechverkehr mit Tanger
Vom 1. Februar 1957 an ist eine Gebührensatzung im Fernsprechverkehr mit Tanger in Kraft getreten. Danach wird für ein Gespräch von drei Minuten Dauer eine Gebühr von 18,30 DM erhoben. Bei V-, XP- oder R-Gesprächen wird ein Zuschlag von 3,30 DM erhoben.
Das Gebührenbuch für den Fernsprechauslandsdienst ist auf Seite 36 zu berichtigen.
Fe Fv 9 4010-0

Mitteilungen

Nr. 12/1957. Verhängung einer Disziplinarstrafe
Der Minister hat den Leiter eines Hauptpostamtes wegen grober Verstöße gegen die Arbeitsdisziplin nach § 22 Absatz 1 b in Verbindung mit § 23 Absatz 4 der Verordnung über die Pflichten und Rechte der Mitarbeiter der staatlichen Verwaltungsorgane - Disziplinarordnung - vom 10. März 1955 (GBl. I, S. 217) mit einer Rüge bestraft.
Der Bestrafte hat ein Urteil des Kreisarbeitsgerichtes vom 17. Februar 1956 und eine am 22. Oktober 1956 zu diesem Urteil ergangene Anweisung der BPP bis Mitte Dezember 1956 nicht durchgeführt.
Durch die schleppende Verwirklichung einer gerichtlichen Entscheidung hat sich der Bestrafte einer Pflichtverletzung schuldig gemacht, die eine Minderung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit darstellt und im Ergebnis das Vertrauen der Werktätigen zu unseren Gerichten und staatlichen Organen erschüttern muß. Eine derartige Handlungsweise ist mit den Interessen unseres Staates nicht zu vereinbaren.
Ein ebenso schwerer Verstoß gegen die Disziplinarordnung besteht darin, daß der Bestrafte zu diesem Urteil ergangene Anweisung der BPP erst nach einem Zeitraum von fast zwei Monaten durchgeführt hat. Er hat damit eines der Grundprinzipien der staatlichen Verwaltung, das Prinzip des demokratischen Zentralismus, wonach Weisungen übergeordneter Dienststellen auszuführen sind, grüßlich verletzt.
Arb 7 9134-3

Nr. 13/1957. Sonder- und Werbestempel
(zur VMBI. Mitl. Nr. 3/1957, S. 12 - Werbung für Alltagsmüllung -)
Das beim HPA Strausland eingesetzte Maschineneinsatzstück wird bis zum 10. Februar 1957 verwendet. In der o. g. Mitteilung ist die Änderung unter Hinweis auf diese VMBI. Mitl. zu vermerken.
DfW 622-1

Herausgeber: Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin W 66. Verlag: © VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin, Fernsp. 67 14 11, Postfachkonto: 1609 23. - Die Verfügungen und Mitteilungen erscheinen in der Regel am 1., 8., 15. und 22. jedes Monats. - Veröffentlicht unter Druckgenehmigungsnr. Ag 1167 DDR des Amtes für Literatur und Verlagswesen der Deutschen Demokratischen Republik. - Druck: VEB Berliner Druckhaus, Berlin NO 93.

Ausgabe A

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen
des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen



Jahrgang 1957 Berlin W 66, den 4. Februar 1957 Nummer 5

Inhalt

Verfügungen:	Seite
Nr. 26 Versand von Photosendungen als Warenproben oder Nachsendungen	19
Nr. 27 Fahrgebühren	19
Nr. 23 Neuauflage des Zollhandbuchs	17
Nr. 24 Verkauf von Messeausweisen für die Leipziger Frühjahrsmesse 1957	17
Nr. 25 Sprachkennzettel für den Einsatz zur Leipziger Frühjahrsmesse	19
Nr. 9 Arbeitskräfte für die Badesaison 1957	19
Nr. 10 Berichtigungen zum Briefpostbuch	19
Nr. 11 Sonder- und Werbestempel	19

Betriebsdienst

- Post -

Nr. 23/1957. Neuauflage des Zollhandbuchs
Das Zollhandbuch, Ausgabe 1956, ist versandt worden. Der Preis beträgt für Eigenstücke 4,45 DM, für Verkaufsstücke 4,75 DM. Die Beträge sind beim Sachkonto 00009 (sonstiger Erlös aus dem Postverkehr) zu verrechnen.
Die Bücher sind sogleich zu benutzen. Bis Ende 1956 im VMBI. veröffentlichte Vf. über Einfuhrbestimmungen fremder Länder sind in dem neuen Zollhandbuch berücksichtigt.
Die Zollhandbücher der Ausgabe 1932 und der nach VMBI.Vf.Nr. 159/1954, S. 93, verteilte Dienstbehalt über die Einfuhrbestimmungen für Postsendungen mit Geschenkinhalt nach der UdSSR und den volksdemokratischen Staaten sind zurückzuziehen.
P OB 3 2255-0

Nr. 18, Wertzeichenverteilamt, zurückzusenden, fehlende sind unter Beifügung der Verhandlungsschrift bis 18. Februar 1957 nachzufordern. Fehlmeldungen, die nach dem 18. Februar 1957 beim HPA Leipzig N 18 eingehen, können nicht anerkannt werden. Die den Lieferungen beiliegenden Lieferschein-Doppel sind unterschieben unverzüglich an das HPA Leipzig N 18, Wertzeichenverteilamt, einzusenden.

Für den weiteren Bedarf an Messeausweisen während der Verkaufsperiode steht eine Reserve beim HPA Leipzig N 18 zur Verfügung.

Den Sendungen mit Messeausweisen sind beigefügt:

1. Messeabzeichen in der gleichen Anzahl wie Messeausweise,
2. Merkhefte für Verkaufsstellen,
3. Plakate über Ausgabeverfahren,
4. Plakate zur Kennzeichnung der Verkaufsstellen,
5. Prospekte „Informationen für Kraftfahrer“ und
6. Aushang- und Handfahrpläne über Sonderzugverbindungen zur Leipziger Frühjahrsmesse 1957.

II. Verkaufsperiode

Alle mit dem Verkauf der Messeausweise beauftragten Mitarbeiter sind vor Beginn der Verkaufsperiode an Hand dieser VMBI.Vf. und der vom Leipziger Messeamt gelieferten Merkhefte für Verkaufsstellen eingehend zu belehren. Mit dem Verkauf ist am 18. Februar 1957 zu beginnen. Der Verkauf ist am 14. März 1957 (letzter Messtags) zu beenden.

Nr. 24/1957. Verkauf von Messeausweisen für die Leipziger Frühjahrsmesse 1957
Die Deutsche Post übernimmt auch für die Leipziger Frühjahrsmesse 1957 wieder den Verkauf der Messeausweise (Besucherausweise) an alle Bewohner der Deutschen Demokratischen Republik und des demokratischen Sektors von Groß-Berlin.
I. Anlieferung der Ausweise
Die Messeausweise werden allen HPÄ vom HPA Leipzig N 18, Wertzeichenverteilamt, rechtzeitig zugehen. Die Lieferungen sind sofort nach Eingang gemäß ADA VIII, 1 § 42, VIII nachzuprüfen. Über- zählige Messeausweise sind einschließlich der Messeabzeichen bis 18. Februar 1957 an das HPA Leipzig

III. Verkauf der Messeausweise

Der Preis des Ausweises beträgt einschließlich des Messeabzeichens 10,— DM.

- Der ständige Verkauf der Messeausweise am Schalter ist unbedingt bei allen HPÄ und bei den PÄ der Kreisstädte vorzunehmen. Die Einbeziehung weiterer PÄ in den Verkauf ist nur mit Zustimmung des Leipziger Messeamtes gestattet. In den größeren Bezirksamtes sowie in Dresden, Karl-Marx-Stadt, Erfurt, Halle (Saale), Magdeburg und im demokratischen Sektor von Groß-Berlin werden mehrere PÄnst in den Verkauf einbezogen (s. VMBI.VI. Nr. 41/1956 unter VIII). Für Leipzig ergeht besondere Anweisung.
- Bei allen übrigen PÄnst müssen bis zum 27. Februar 1957 Bestellungen von Messeausweisen entgegengenommen werden. Nach den vorliegenden Bestellungen ist der Bedarf an Messeausweisen am 27. Februar 1957 von den PÄnst beim zuständigen HPA anzufordern. Die HPÄ übergeben den PÄnst sofort die Messeausweise, so daß ab 1. März 1957 die Aushändigung der bestellten Messeausweise an die Besteller durch die PÄnst sichergestellt ist. Die bestellten Messeausweise müssen bis zum 4. März 1957 von den Bestellern abgeholt sein. Nach dem 4. März 1957 kann von den Bestellern kein Anspruch mehr erhoben werden.
- Auf Wunsch der Besteller können Messeausweise auch durch Brief zugestellt werden. Das ist besonders dann erforderlich, wenn bei PÄnst, die keinen ständigen Verkauf am Schalter durchführen (s. III, 2), nach dem 27. Februar 1957 Bestellungen aufgegeben werden. Bestellungen auf Messeausweise, deren Zustellung gewünscht wird, sind von den PÄnst dem zuständigen HPA zuzuleiten. Der Versand erfolgt als gewöhnlicher Brief unter Ansetzen des Wertes für die Messeausweise sowie der entsprechenden Briefgebühr als Nachgebühr auf der Sendung. Die Verrechnung der als Nachgebühr entgegengenommenen Beträge für die Messeausweise zwischen den PÄnst und den HPÄ regeln die HPÄ. Sie erteilen hierzu ihren unterstellten PÄnst entsprechende Anweisung.
- Eine Rücknahme bereits verkaufter Messeausweise durch die PÄnst ist unzulässig.

IV. Abrechnung und Schlußabrechnung

Die Messeausweise sind bei der Wertzeichenverwaltung der HPÄ als Bestände zu führen und den in Frage kommenden Zweigkassen wie Formblätter — jedoch besonders — zuzuschreiben. Im Abschlußbuch sind sie auf besonderer Zeile nachzuweisen.

Die aus dem Verkauf der Messeausweise erzielten Erlöse — je Ausweis 10,— DM (abzüglich 0,10 DM Provision = 9,90 DM) — sind von den HPÄ am 26. Februar und am 2. und 9. März 1957 auf das Pösch-Konto „HPA Leipzig N 18, Messeausweise, Leipzig N 18, Konto-Nr. 60777, PöschA Leipzig“ mit Kontokarte zu überweisen. Die Provision in Höhe von 0,10 DM für jeden verkauften Messeausweis ist von den HPÄ vor Überweisung des Erlöses an das HPA Leipzig N 18 beim Unterkonto 60009 zu ver-

rechnen. Die Provision in Höhe von 0,05 DM für die von den PÄnst in Leipzig verkauften Tagesausweise ist ebenso zu verrechnen. Bei den Abschlagszahlungen sind auf 10,— DM abgerundete Beträge zu überweisen. Einige mit dem Verkauf der Messeausweise beauftragte PÄnst haben im Vorjahr die Erlöse aus dem Verkauf dem HPA Leipzig N 18 direkt überwiesen. Das ist unzulässig.

Die Schlußabrechnung ist von den HPÄ bis zum 16. März 1957 sinngemäß nach dem Muster der VMBI.VI. Nr. 197/1953 zu fertigen. Gleichzeitig sind die nicht verkauften Messeausweise dem HPA Leipzig N 18, Wertzeichenverteilung, mit doppeltem Lieferschein zu übersenden. In den vergangenen Jahren sind die Schlußabrechnungen von verschiedenen HPÄ nicht termingerecht erledigt worden. Dadurch konnte das HPA Leipzig N 18 seinerseits den Termin der Schlußabrechnung gegenüber dem Messeamt nicht einhalten. Für die termingerechte Schlußabrechnung sind die Leiter der Ämter verantwortlich. Der restliche Geldbetrag ist, wie oben angeführt, zu überweisen.

Die PÄ im demokratischen Sektor von Groß-Berlin rechnen mit dem HPA Berlin W 8 ab, dem auch die Messeausweise übersandt werden und das die gesamte Schlußabrechnung zu fertigen hat. Abschlagszahlungen können jedoch von den HPÄ in Berlin unmittelbar geleistet werden. Auf den Abschnitten ist unbedingt „Für HPA Berlin W 8“ zu vermerken.

V. Verkaufsüberwachung

Zur Lenkung des Besucherstroms muß das Leipziger Messeamt während der Verkaufsperiode von der Zahl der verkauften Messeausweise unterrichtet werden. Die mit dem Verkauf beauftragten PÄnst melden deshalb am 25. und 27. Februar, 1., 2., 4., 5., 6., 8., 11., 13. und 18. März 1957 bis 12 Uhr dem zuständigen HPA und diese bis 15 Uhr dem zuständigen Wertzeichenverteilung die Anzahl der verkauften Messeausweise und den vorhandenen Bestand.

Die Wertzeichenverteilung der Bezirke fassen die Zahlen der HPÄ zusammen und übermitteln das Ergebnis sofort fernmündlich — jedoch spätestens bis 17 Uhr — dem HPA Leipzig N 18, Wertzeichenverteilung, Fernspr.: 640 31, HA: 63.

Die Deutsche Post ist dem Leipziger Messeamt gegenüber vertraglich zur Abgabe dieser Meldungen verpflichtet. Es ist nicht tragbar, daß die Meldungen von den Meldepflichtigen nicht oder verspätet abgegeben werden.

Bei vorangegangenen Messen hat das HPA Leipzig N 18 wegen der sümigen Arbeit verschiedener Wertzeichenverteilung die Meldung an das Leipziger Messeamt mehrmals nicht rechtzeitig abgeben können. Dadurch fehlte dem Leipziger Messeamt an bestimmten Tagen die Übersicht über den weiteren Verlauf des Messebesuches.

VI. Ausgleich der Messeausweise innerhalb der Bezirke

Die Aufschlüsselung der Messeausweise auf die einzelnen Verkaufsstellen ist im Einvernehmen mit dem Leipziger Messeamt nach Erfahrungswerten vorgenommen worden. Trotzdem wird während der

Verkauf von Messeausweisen für die Leipziger Frühjahrsmesse 1957

Die Leipziger Frühjahrsmesse findet vom 3. bis 14. März 1957 mit großer internationaler Beteiligung statt. Die Deutsche Post hat in der Deutschen Demokratischen Republik und im demokratischen Sektor von Groß-Berlin den Verkauf der Messeausweise (Besucherausweise) übernommen.

Messeausweise — einschließlich des Messeabzeichens — können zum Preise von 10,— DM erworben werden:

- bei allen als Verkaufsstellen gekennzeichneten Postämtern vom 18. Februar 1957 an;
- bei allen anderen Postanstalten bis zum 27. Februar 1957 durch schriftliche Bestellung. Die Messeausweise sind in der Zeit vom 1. bis 4. März 1957 abzuholen. Nach diesem Zeitpunkt werden die Messeausweise nicht mehr bereitgehalten;
- vom 27. Februar 1957 an durch schriftliche Bestellung bei der zuständigen Postanstalt zur Zustellung in die Wohnung oder in die Geschäftsräume mittels Brief gegen Zahlung der entsprechenden Postgebühren.

Ministerium
für Post- und Fernmeldewesen

Verkaufsperiode ein Ausgleich innerhalb der Bezirke notwendig sein. Dieser ist von den Wertzeichenvertellämtern zu vermitteln. Hierzu wird den Wertzeichenvertellämtern die Anzahl der den HPÄ des Bezirks erstmalig vom HPA Leipzig N 18 gelieferten Messeausweise mitgeteilt. Außerdem erhalten sie durch die von den HPÄ eingehenden Meldungen (s. Ziffer V) vom jeweiligen Stand des Verkaufs Kenntnis. Wenn bei einer Verkaufsstelle weniger als 50 Messeausweise vorhanden sind und ein Ausgleich innerhalb des eigenen Bezirks nicht mehr möglich ist, muß die Nachbestellung für Messeausweise an das HPA Leipzig N 18 zur Belieferung aus der Reserve (s. Ziffer I) weitergeleitet werden. Die Nachlieferungen werden nicht über die Wertzeichenvertellämter, sondern an die HPÄ direkt ausgeliefert.

Die innerhalb der Bezirke vorgenommenen Ausgleichs sind in den Schlußabrechnungen der HPÄ als Zugang vom HPA ... oder Abgang an HPA ... besonders zu erwähnen.

VII. Allgemeines

1. Zu jedem Messeausweis gehört ein Messeabzeichen, das unentgeltlich mit auszuhändigen ist. Eine Rücknahme oder Ersatzleistung für beschädigte oder in Verlust geratene bereits verkaufte Messeausweise ist untersagt. Das gilt in gleicher Weise für die Messeabzeichen.
2. Einfache Anfragen des Postkunden sind mit Hilfe des Merkheftes für Verkaufsstellen (s. I, 2) zu beantworten. Wegen weiterer Anfragen, die nicht ausreichend beantwortet werden können, ist an das Leipziger Messeamt zu verweisen.
3. Wird von Messebesuchern für die Fahrt nach Leipzig ein Kraftfahrzeug benutzt, so ist ihnen — soweit der Vorrat reicht — unentgeltlich ein Prospekt „Informationen für den Kraftfahrer“ auszuhändigen.
4. Die Aushangfahrpläne (s. I, 6) und der dieser VMBI.VI. beiliegende Aushang sind zur Unterrichtung der Postkunden in den Schalterräumen anzubringen und nach Abschluß der Verkaufsperiode wieder zu entfernen.

P OB 2 e 2140—0

Nr. 25/1957. Sprachkundige Kräfte für den Einsatz zur Leipziger Frühjahrsmesse

Zur Leipziger Frühjahrsmesse 1957 werden für eine gute Betriebsabwicklung Fachkräfte benötigt, die die englische, französische oder russische Sprache in Wort und Schrift möglichst vollkommen beherrschen.

Die HPÄ melden die in ihrem Bereich vorhandenen sprachkundigen Kräfte, die sich für den Einsatz zur Leipziger Frühjahrsmesse bereit erklären, unter Angabe

- a) der von ihnen beherrschten Sprachen und
- b) der Dienstzweige, in denen diese Kräfte eingesetzt werden können,

über ihre übergeordnete BPF der BPF Leipzig, die das weitere mit den beteiligten Betrieben regelt. Die zum Einsatz gelangenden sprachkundigen Kräfte erhalten ihre bisherigen Bezüge weiter, wenn ihre beim Messeamt auszubende Tätigkeit geringer bewertet wird.

P OB 2 a 1250—0/2

Nr. 26/1957. Versand von Photosendungen als Warenproben oder Mischsendungen

Bei Briefsendungen, deren Inhalt offensichtlich aus entwickelten oder unentwickelten Filmen besteht, ist mit Rücksicht auf das äußerst empfindliche Filmmaterial von weiteren Inhaltsprüfungen abzusehen. Die Prüfung ist lediglich auf die richtige Freimachung der Sendung zu beschränken, um Beschwerden der Postbenutzer wegen Beschädigungen der Filme zu vermeiden (V, 1 § 11 unter VIII und AB).

P OB 1 b 2123—0

Nr. 27/1957. Fahrgelühren

Nach ADA V, 2 Anh. 9 § 7, II wird verlangt, die Fahrgelührenübersichten der BPF zur Genehmigung vorzulegen. Diese Bestimmung wird aufgehoben. Künftig haben die HPÄ die Übersichten der Fahrgelühren für ihren Bereich in eigener Zuständigkeit auf sachliche Richtigkeit zu prüfen.

An der genannten Stelle der ADA ist vorläufig mit Bleistift auf diese VI. hinzuweisen.

P OB 2 a 2165—2

Mitteilungen

Nr. 9/1957. Arbeitskräfte für die Badesaison 1957

Die BPF Rostock sucht für die Badesaison 1957 Arbeitskräfte für folgende Tätigkeiten in den Orten und zu den Zeiten, die in der Aufstellung (siehe Seite 20) genannt werden.

Interessenten richten ihre Bewerbungen an ihre Beschäftigungsämter, die diese mit einer entsprechenden Stellungnahme an die in der Aufstellung genannten Hauptpostämter weiterleiten. Es ist darauf zu achten, daß nur qualifizierte Mitarbeiter abgeordnet werden.

Es ist dafür gesorgt, daß die Kolleginnen und Kollegen, die sich zu diesem Einsatz melden, für diese Zeit wohnlich untergebracht werden.

P Kad 2

Nr. 10/1957. Berichtigungen zum Briefpostbuch

Die Berichtigungsbogen Nr. 17 sind versandt worden.

P OB 3 2241—2

Nr. 11/1957. Sonder- und Werbestempel

(Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluß der Mitteilungen)

a) Verkehrswerbung

b) Radstempel

c) Handstempel

d) RADEBEUL 1

1. 2. 19—60

Karl-Mey-Stiftung

INDIANER MUSEUM

Bildliche Darstellung, Indianerkopf

e) 15. Februar 1957 bis 14. Februar 1958

a) Anlaß b) Verwendungsort c) Art des Stempels d) Stempelinschrift e) Verwendungsdauer

DPW 632—1

Zur VMBI. Mitt. Nr. 9/1957

Anz. der Kräfte	Bezeichnung des Ap	GehGr.	Besch.-Ort	HPA	Zeitraum
1	Verein. Annahme	V	Zingst	Stralsund	16. 5. bis 30. 9. 1957
1	Verein. Annahme	V	Zingst	Stralsund	1. 6. bis 30. 9. 1957
1	Paketannahme	IV	Zingst	Stralsund	16. 5. bis 30. 9. 1957
1	Verein. Annahme	V	Prerow	Stralsund	1. 6. bis 30. 9. 1957
1	Verein. Annahme	V	Prerow	Stralsund	1. 6. bis 30. 9. 1957
3	Verein. Annahme	V	Prerow	Stralsund	1. 6. bis 30. 9. 1957
1	PZV	V	Prerow	Stralsund	16. 5. bis 30. 9. 1957
1	Paket-Nebenschalt.	IV	Prerow	Stralsund	16. 5. bis 30. 9. 1957
1	ZwPAV	VI	Ahrenschoop	Stralsund	1. 6. bis 30. 9. 1957
1	Verein. Annahme	V	Wustrow	Stralsund	16. 5. bis 30. 9. 1957
1	Verein. Annahme	V	Wustrow	Stralsund	1. 6. bis 30. 9. 1957
1	Verein. Annahme	V	Dierhagen	Stralsund	1. 6. bis 30. 9. 1957
2	Verein. Annahme	V	Graal-Müritz	Rostock	15. 5. bis 15. 9. 1957
2	Verein. Annahme	V	Kühlungsborn	Rostock	15. 5. bis 15. 9. 1957
1	Verein. Annahme (männl.)	VI	Warnemünde	Rostock	1. 6. bis 31. 8. 1957
1	Verein. Annahme	V	Binz	Bergen (Rügen)	15. 5. bis 15. 9. 1957
1	Abfert./Entkart.	V	Binz	Bergen (Rügen)	15. 6. bis 15. 9. 1957
1	Verein. Annahme	V	Göhren	Bergen (Rügen)	15. 5. bis 30. 9. 1957
1	Abfert./Entkart.	V	Göhren	Bergen (Rügen)	15. 5. bis 30. 9. 1957
1	Innendienst	IV	Göhren	Bergen (Rügen)	1. 6. bis 15. 9. 1957
1	Paketschalter	IV	Göhren	Bergen (Rügen)	15. 6. bis 15. 9. 1957
1	Verein. Annahme	V	Thiessow	Bergen (Rügen)	1. 6. bis 15. 9. 1957
1	Verein. Annahme	V	Sellin	Bergen (Rügen)	20. 5. bis 20. 9. 1957
1	Abfert./Entkart.	V	Sellin	Bergen (Rügen)	15. 5. bis 15. 9. 1957
1	Hilfskraft PZV	V	Sellin	Bergen (Rügen)	1. 7. bis 31. 8. 1957
1	Verein. Annahme	V	Baabe	Bergen (Rügen)	15. 5. bis 30. 9. 1957
1	Verein. Annahme	V	Baabe	Bergen (Rügen)	1. 7. bis 31. 8. 1957
1	Abfert./Entkart.	V	Baabe	Bergen (Rügen)	1. 7. bis 31. 8. 1957
1	Paketannahme	IV	Baabe	Bergen (Rügen)	1. 7. bis 31. 8. 1957
1	Verein. Annahme	V	Baabe (farb. PA)	Bergen (Rügen)	1. 7. bis 31. 8. 1957
1	Verein. Annahme	V	Dranske	Bergen (Rügen)	1. 6. bis 15. 9. 1957
1	Verein. Annahme	V	Glowe	Bergen (Rügen)	1. 6. bis 15. 9. 1957
1	Verein. Annahme	IV	Glowe	Bergen (Rügen)	1. 6. bis 15. 9. 1957
1	Innendienst	IV	Breege	Bergen (Rügen)	15. 5. bis 30. 9. 1957
1	Nebenschalter	IV	Vitte	Bergen (Rügen)	15. 5. bis 30. 9. 1957
1	Verein. Annahme	V	Kloster	Bergen (Rügen)	15. 5. bis 30. 9. 1957
1	Verein. Annahme	V	Ahlbeck	Bergen (Rügen)	15. 5. bis 30. 9. 1957
2	Zusteller	IV	Heringsdorf	Greifswald	10. 5. bis 30. 9. 1957
1	Arbeitszimmer/Toto	V	Heringsdorf	Greifswald	1. 6. bis 30. 9. 1957
1	Hauptschalter	V	Heringsdorf	Greifswald	15. 5. bis 30. 9. 1957
3	Ortszusteller	IV	Heringsdorf	Greifswald	15. 5. bis 30. 9. 1957
1	Kioskverkäufer	Fix/Prov.	Heringsdorf	Greifswald	15. 5. bis 30. 9. 1957
1	Flieg.Händler	20%	Heringsdorf	Greifswald	15. 5. bis 30. 9. 1957
2	Ortszusteller	IV	Bansin	Greifswald	1. 6. bis 30. 9. 1957
1	Abfertigung	VI	Zinnowitz	Greifswald	6. 5. bis 28. 9. 1957
1	Hauptschalter	V	Zinnowitz	Greifswald	13. 5. bis 21. 9. 1957
1	Nebenschalter	V	Zinnowitz	Greifswald	13. 5. bis 21. 9. 1957
1	Telegrammaufnahme durch Fernsprecher	V	Zinnowitz	Greifswald	13. 5. bis 21. 9. 1957
1	PZV	V	Zinnowitz	Greifswald	2. 5. bis 12. 10. 1957
1	Kioskverkäufer	Fix/Prov.	Zinnowitz	Greifswald	13. 5. bis 28. 9. 1957
1	Paketschalter	IV	Koserow	Greifswald	13. 5. bis 14. 9. 1957
1	Zusteller	V	Koserow	Greifswald	13. 5. bis 14. 9. 1957
1	Schaltekräft	V	Ückeritz	Greifswald	14. 6. bis 15. 9. 1957
1	Schaltekräft	V	Zempin	Greifswald	13. 5. bis 15. 9. 1957
1	Schaltekräft	V	Trassenheide	Greifswald	15. 6. bis 15. 9. 1957
1	Zusteller	IV	Karlsdagen	Greifswald	15. 6. bis 15. 9. 1957

Herausgeber: Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin W 66 Verlag: (4) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin, Farnspr. 67 61 11, Postfachkonto 140222 - Die Verfügungen und Mitteilungen erscheinen in der Regel am 1., 4., 15. und 23. jedes Monats. - Veröffentlichung unter Druckgenehmigungnummer 24 1457 230R des Amtes für Literatur und Verlagswesen der Deutschen Demokratischen Republik. - Druck: VEB Berliner Druckhaus, Berlin NO 28.

Ausgabe A

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen

Jahrgang 1957 Berlin W 66, den 18. Januar 1957 Nummer 3

Verfügungen:	Seite	Inhalt
Nr. 9 Postverkehr zwischen der Deutschen Demokratischen Republik (einschließlich des demokratischen Sektors von Groß-Berlin und Westdeutschland, Westberlin und dem Ausland)	9	Nr. 15 Straßenwintereinsatz 1957
Nr. 10 Zollaussgangsbefreiung von Luftpostsendungen	10	Nr. 16 Erteilung von Genehmigungen auf Grund der Verordnung über Hochfrequenzanlagen (HFVO) und der hierzu erlassenen Ersten Durchführungsbestimmung (DB) vom 28. August 1952
Nr. 11 Postmitbehälter-Verkehr	10	Nr. 17 Vereinfachtes Verrechnungsverfahren im Rundfunkdienst
Nr. 12 Vereinfachtes Verrechnungsverfahren im Rundfunkdienst	10	Nr. 18 Gebührenerstattung für nicht abgandete freigestempelte Sendungen
Nr. 13 Gebührenerstattung für nicht abgandete freigestempelte Sendungen	11	Nr. 19 Sonder- und Werbepost

Verfügungen Betriebsdienst - Post -

Nr. 9/1957. Postverkehr zwischen der Deutschen Demokratischen Republik (einschließlich des demokratischen Sektors von Groß-Berlin und Westdeutschland, Westberlin und dem Ausland.

schenpaket- und -päckchenverkehr auf dem Postwege mit Westdeutschland, Westberlin und dem Ausland (GBl. I, S. 19) wird aufgehoben.

§ 3

Diese Durchführungsbestimmung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 10. Dezember 1956

Der Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel

Rau
Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats

Postbetriebliche Maßnahmen in Verbindung mit der Neuregelung

- Der Wortlaut der Zweiten Durchführungsbestimmung wird als Sonderdruck hergestellt (Schalterausgang) und geht den BPP besonders zu.
- Der § 2 der Ersten Durchführungsbestimmung ist zu überkleben.
- Die vorhandenen Arbeitsmappen und sonstige Unterlagen für die Auskunfterteilung sind zu berichtigen.

Zweite Durchführungsbestimmung zur Verordnung über den Geschenkpaket- und -päckchenverkehr auf dem Postwege mit Westdeutschland, Westberlin und dem Ausland. Vom 10. Dezember 1956

Auf Grund des § 17 der Verordnung vom 5. August 1954 über den Geschenkpaket- und -päckchenverkehr auf dem Postwege mit Westdeutschland, Westberlin und dem Ausland (GBl. S. 727) wird im Einvernehmen mit dem Minister für Post- und Fernmeldewesen und dem Minister des Innern folgendes bestimmt:

§ 1

(1) Jeder Bewohner der Deutschen Demokratischen Republik ist berechtigt, jährlich bis zu 12 Geschenksendungen zu empfangen.

(2) Jeder Bewohner der Deutschen Demokratischen Republik ist berechtigt, jährlich bis zu 12 Geschenksendungen zu verschicken.

§ 2

Der § 2 der Ersten Durchführungsbestimmung vom 14. Januar 1955 zur Verordnung über den Ge-

PS 2114-0/1

N. 10/1957. Zollaufsabfertigung von Luftpostsendungen

Abweichend von der grundsätzlichen Regelung, wonach zollpflichtige Sendungen nach dem Ausland dem für den Aufgabebort zuständigen Postzollort zuzuführen sind, können Luftpostsendungen, die ohne Ausfuhrmeldung, Exportwarenbegleitschein oder Globalgenehmigung aufgefertigt worden sind, zur Beschleunigung der Beförderung unmittelbar dem Verzollungs-PA Berlin NW 7 zugeleitet werden. Sie werden bei diesem PA zollamtlich abgefertigt. Das Amt für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs hat dieser Regelung zugestimmt.

Luftpostsendungen, die mit Ausfuhrmeldung, Exportwarenbegleitschein oder Globalgenehmigung zum Versand gebracht werden, sind wie bisher der zuständigen Zollstelle Post zuzuführen.

An die ordnungsgemäße Angabe des Zollortes nach der VMBL.Vf. Nr. 320/1955, S. 155, wird erinnert.
P OB 3 b 2251-0

Nr. 11/1957. Postmietbehälter-Verkehr

Die Ausgleichstelle für Postmietbehälter für den Bezirk Halle (Saale) beim HPA Weissenfels wurde mit Wirkung vom 7. Januar 1957 zum ZwPA Dessau 2 verlegt.

Die Anweisung für den Postmietbehälter-Verkehr (VMBL.Vf. Nr. 114/1955) ist im § 1 unter 5 zu berichtigen.
P OB 2 e 2126-1

Nr. 12/1957. Vereinfachtes Verrechnungsverfahren im Rundfunkdienst

Die Rf- und Fernseh-Rf-Genehmigungen und die Rf- und Fernseh-Rf-Gebühren sind künftig nicht mehr gesondert, sondern mit Hilfe einheitlicher Formblätter zu verrechnen. Diese Maßnahme erfordert eine gewisse Umstellung beim Verrechnen der Gebühren, wobei die Gelegenheit benutzt wird, die Arbeiten der Rf-Stellen zu vereinfachen.

1. Der Rundfunkbestandsnachweis Fbl. C 278 (siehe Beilage 1)

a) In diesem Nachweis sind in besonderen Spalten der Bestand und die Zugänge an Rf-Genehmigungen zu buchen. Die Angaben sind nachrichtlich nach monatlich und vierteljährlich zahlenden Teilnehmern aufzuschlüsseln.

b) Spalten für die Abgänge sind nicht mehr vorgesehen. Die Abgänge des Vormonats lt. Verzeichnis der erloschenen Rf-Genehmigungen sind am 20. jedes Monats in einer Summe von den Summen der Spalten 4 und 7 des Bestandsnachweises abzusetzen.

2. Dementsprechend ist das neue Verzeichnis der erloschenen Rf-Genehmigungen Fbl. C 287 (siehe Beilage 2) gestaltet.

3. Die Rf-Gebührenbefreiungen sind nicht mehr nachrichtlich im Bestandsnachweis und im Verzeichnis der erloschenen Rf-Gebühren zu buchen, sondern im Nachweis der Rf-Gebührenbefreiungen,

neue Lagerformblatt-Nr. C 1114 (siehe Beilage 3), zu erfassen. Künftig ist daher bei Erteilen der Rf-Gebührenbefreiung die gebührenpflichtige Rf-Genehmigung als Wegfall im Verzeichnis der erloschenen Rf-Genehmigungen zu buchen und die Gebührenbefreiung einzutragen. Es sind neue Kartel-Nr. zu erteilen.

Im Nachweis der Rf-Gebührenbefreiungen sind auch Spalten für das Vermerken der Abgänge (z. B. bei Umwandlung in gebührenpflichtige Genehmigungen oder in Todesfällen) vorgesehen.

4. Die Rf-Stellen haben nicht mehr mit Genehmigungs-Nummern zu arbeiten. Die Urkundenbestände sowie die Ausgabe der Urkunden sind nicht mehr nachzuweisen.

In den einschlägigen Nachweisen und Kassensbüchern ist nur noch die Kartel-Nr. anzugeben. Zur Unterscheidung der Fernseh-Rf-Teilnehmer von den Rf-Teilnehmern sind die Fernseh-Kartel-Nr. vor der Zustellbezirksangabe mit einem „F“ zu kennzeichnen.

5. Der neue Anhang zum Abschlussbuch Fbl. C 288 b (siehe Beilage 4) im Format DIN A 4 entspricht im Prinzip dem bisherigen Anhang.

Beträge, die bisher in den Spalten 6 bis 13 („Dazu kommen“) zu buchen waren, sind jetzt in die Spalte „Schuld“ zu setzen. Die bisherigen Spalten 14 bis 20 („Es gehen ab“) ersetzt die Spalte „Forderungen“.

Die Vorauszahlungen lt. Merkliste über vorausgezählte Rf-Gebühren sind in einer Summe in Schuld zu buchen.

Die erste Eintragung des Monats ist stets die Summe der aus dem Vormonat übernommenen lagernden Gebühren (Schuld-Buchung), die letzte Buchung die Summe der am Vormonatseende lagernden Gebühren (Forderung). Die neue RfGebAnw wird im übrigen die Buchungen im Anhang zum Abschlussbuch eingehend erläutern.

6. Der Abschluß über Rundfunkgebühren Fbl. C 288 (siehe Beilage 5) besteht nur noch aus den Positionen „gebührenpflichtige Rf-Genehmigungen“ (Schuld), „gebührenpflichtige Fernseh-Rf-Genehmigungen“ (Schuld), „Anhang zum Abschlussbuch“ (Schuld/Forderung), „Gesamtsumme lt. Rf-Einnahmebuch I“ (Forderung).

7. Übergangsregelung

Als erste Maßnahme haben die Rf-Stellen die Rf-Gebührenbefreiungen von den gebührenpflichtigen Genehmigungen zu trennen. Diese Trennung verhindert das Anhäufen einer größeren Anzahl freier Nummern in den Karte-Nr. der Zustellbezirke.

Die neuen Fbl. nach dem Muster der fünf Beilagen werden mit der Formblattlieferung für das II. Quartal 1957 ausgegeben. Bis dahin sind die vorhandenen Fbl. nach zweckmäßiger Änderung der Spaltenköpfe weiterzubedenutzen. Bis zur Neuaufgabe eines neuen Fbl. „Zustellersrechnung über laufende Rundfunkgebühren“ (c 288) sind die Rf- und Fernseh-Rf-Gebühren — wie bisher — auf besonderen Fbl. zuzuschreiben.
P OB 2 d 5210-0

Beilage 1 zur VMBL.Vf. Nr. 12/1957

Tag	Kartel-Nr. der Rf- oder Fernseh-Rf-Genehmigung	Gebühren sind zu erheben ab	St.	Bestand/Zugang gebührenpfl. Rf-Genehmigung	
				monatl. Zahler St.	viertelj. Zahler St.
1	2	3	4	5	6

FALTBRIEFE

mit aufgedrucktem Freimarken-Wertstempel

zum Preise von 22 Pf

sind an den Postschaltern erhältlich

Nr.	Rf-Teilnehmers	St.	monatl. Zahler St.	viertelj. Zahler St.	St.	monatl. Zahler St.	viertelj. Zahler St.	Ablauf des	Bemerkungen		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

N. 10/1957. Zollaussgangsabfertigung von Luftpostsendungen

Abweichend von der grundsätzlichen Regelung, wonach zollpflichtige Sendungen nach dem Ausland dem für den Aufgabebort zuständigen Postzollort zuzuführen sind, können Luftpostsendungen, die ohne Ausfuhrmeldung, Exportwarenbegleitschein oder Globalgenehmigung aufgeföhrt worden sind, zur Beschleunigung der Beförderung unmittelbar dem Verzollungs-PA Berlin NW 7 zugeleitet werden. Sie werden bei diesem PA zollamtlich abgeföhrt. Das Amt für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs hat dieser Regelung zugestimmt.

Luftpostsendungen, die mit Ausfuhrmeldung, Exportwarenbegleitschein oder Globalgenehmigung zum Versand gebracht werden, sind wie bisher der zuständigen Zollstelle Post zuzuföhren.

An die ordnungsgemäße Angabe des Zollortes nach der VMBI.Vf. Nr. 320/1955, S. 155, wird erinnert.
P OB 3b 2251-0

Nr. 11/1957. Postmietbehälter-Verkehr

Die Ausgleichstelle für Postmietbehälter für den Bezirk Halle (Saale) beim HPA Weitenfels wurde mit Wirkung vom 7. Januar 1957 zum ZwPA Dessau 2 verlegt.

Die Anweisung für den Postmietbehälter-Verkehr (VMBI.Vf. Nr. 114/1955) ist im § 1 unter 5 zu berichtigen.
P OB 2e 2126-1

Nr. 12/1957. Vereinfachtes Verrechnungsverfahren im Rundfunkdienst

Die Rf- und Fernseh-Rf-Genehmigungen und die Rf- und Fernseh-Rf-Gebühren sind künftig nicht mehr gesondert, sondern mit Hilfe einheitlicher Formblätter zu verrechnen. Diese Maßnahme erfordert eine gewisse Umstellung beim Verrechnen der Gebühren, wobei die Gelegenheit benutzt wird, die Arbeiten der Rf-Stellen zu vereinfachen.

1. Der Rundfunkbestandsnachweis Fbl. C 278 (siehe Beilage 1)

a) In diesem Nachweis sind in besonderen Spalten der Bestand und die Zugänge an Rf-Genehmigungen zu buchen. Die Angaben sind nachrichtlich nach monatlich und vierteljährlich zahlenden Teilnehmern aufzuschlüsseln.

b) Spalten für die Abgänge sind nicht mehr vorgesehen. Die Abgänge des Vormonats lt. Verzeichnis der erloschenen Rf-Genehmigungen sind am 20. jedes Monats in einer Summe von den Summen der Spalten 4 und 7 des Bestandsnachweises abzusetzen.

2. Dementsprechend ist das neue Verzeichnis der erloschenen Rf-Genehmigungen Fbl. C 287 (siehe Beilage 2) gestaltet.

3. Die Rf-Gebührenbefreiungen sind nicht mehr nachrichtlich im Bestandsnachweis und im Verzeichnis der erloschenen Rf-Gebühren zu buchen, sondern im Nachweis der Rf-Gebührenbefreiungen,

neue Lagerformblatt-Nr. C 1114 (siehe Beilage 3), zu erfassen. Künftig ist daher bei Erteilen der Rf-Gebührenbefreiung die gebührenpflichtige Rf-Genehmigung als Wegfall im Verzeichnis der erloschenen Rf-Genehmigungen zu buchen und die Gebührenbefreiung einzutragen. Es sind neue Kartei-Nr. zu erteilen.

Im Nachweis der Rf-Gebührenbefreiungen sind auch Spalten für das Vermerken der Abgänge (z. B. bei Umwandlung in gebührenpflichtige Genehmigungen oder in Todesfällen) vorgesehen.

4. Die Rf-Stellen haben nicht mehr mit Genehmigungs-Nummern zu arbeiten. Die Urkundenbestände sowie die Ausgabe der Urkunden sind nicht mehr nachzuweisen.

In den einschlägigen Nachweisen und Kassensbüchern ist nur noch die Kartei-Nr. anzugeben. Zur Unterscheidung der Fernseh-Rf-Teilnehmer von den Rf-Teilnehmern sind die Fernseh-Kartei-Nr. vor der Zustellbezirksangabe mit einem „F“ zu kennzeichnen.

5. Der neue Anhang zum Abschlussbuch Fbl. C 288 b (siehe Beilage 4) im Format DIN A 4 entspricht im Prinzip dem bisherigen Anhang.

Beträge, die bisher in den Spalten 6 bis 13 („Dazu kommen“) zu buchen waren, sind jetzt in die Spalte „Schuld“ zu setzen. Die bisherigen Spalten 14 bis 20 („Es gehen ab“) ersetzt die Spalte „Forderungen“.

Die Vorauszahlungen lt. Merkliste über vorausgezählte Rf-Gebühren sind in einer Summe in Schuld zu buchen.

Die erste Eintragung des Monats ist stets die Summe der aus dem Vormonat übernommenen lagernden Gebühren (Schuld-Buchung), die letzte Buchung die Summe der am Vormonat sende lagernden Gebühren (Forderung). Die neue RfGebAnw wird im übrigen die Buchungen im Anhang zum Abschlussbuch eingehend erläutern.

6. Der Abschluß über Rundfunkgebühren Fbl. C 288 (siehe Beilage 5) besteht nur noch aus den Positionen „gebührenpflichtige Rf-Genehmigungen“ (Schuld), „gebührenpflichtige Fernseh-Rf-Genehmigungen“ (Schuld), „Anhang zum Abschlussbuch“ (Schuld/Forderung), „Gesamtsumme lt. Rf-Einnahmebuch I“ (Forderung).

7. Übergangsregelung

Als erste Maßnahme haben die Rf-Stellen die Rf-Gebührenbefreiungen von den gebührenpflichtigen Genehmigungen zu trennen. Diese Trennung verhindert das Anhäufen einer größeren Anzahl freier Nummern in den Kartei-Nr. der Zustellbezirke.

Die neuen Fbl. nach dem Muster der fünf Beilagen werden mit der Formblattlieferung für das II. Quartal 1957 ausgegeben. Bis dahin sind die vorhandenen Fbl. nach zweckmäßiger Änderung der Spaltenköpfe weiterzubeden. Bis zur Neuaufgabe eines neuen Fbl. „Zustellersrechnung über laufende Rundfunkgebühren“ (C 289) sind die Rf- und Fernseh-Rf-Gebühren — wie bisher — auf besonderen Fbl. zuzuschreiben.
P OB 2 d 5210-0

Beilage 1 zur VMBI.Vf. Nr. 12/1957

Tag	Kartei-Nr. der Rf- oder Fernseh-Rf-Genehmigung	Gebühren sind zu erheben ab	St.	Bestand/Zugang gebührenpfl. Rf-Genehmigung	
				monatl. Zahler St.	viertelj. Zahler St.
1	2	3	4	5	6

St.	Bestand/Zugang gebührenpfl. Fernseh-Rf-Genehm.		Karteiblätter zur von der Bezirks-Rf-Anschritfenstelle		Bemerkungen
	monatl. Zahler St.	viertelj. Zahler St.	St.	St.	
7	8	9	10	11	12

C 278
(DIN A 3)

PA

Beilage 2 zur VMBI.Vf. Nr. 12/1957

**Verzeichnis
der erloschenen gebührenpflichtigen Rf-Genehmigungen**

Tag	Lfd. Nr.	Name des ehem. Rf-Teilnehmers	Kartei-Nr.	Rf-Genehmigungen davon		Fernseh-Rf-Genehm. davon		Erlöschen mit Ablauf des	Bemerkungen		
				monatl. Zahler St.	viertelj. Zahler St.	St.	monatl. Zahler St.			viertelj. Zahler St.	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

C 287
(DIN A 4)

Beilage 3 zur VMBL.Vf. Nr. 12/1957

Tag	Kartei-Nr. der Rf-Stammkarte (Gebührenbefreiung)	Befreit ab Monat	Erlöschen mit Ablauf des	Gebührenfreie				Bemerkungen
				Rf-Genehmigungen		Fernseh-Rf-Genehm.		
				Bestand/Zugang	Abgänge	Bestand/Zugang	Abgänge	
St.	St.	St.	St.	St.	St.			
1	2	3	4	5	6	7	8	9

C 1114 (DIN A 4)

Beilage 4 zur VMBL.Vf. Nr. 12/1957

Tag	Kartei-Nr.	Name des Rf-Teilnehmers	Wohnung	Begründung	Zeitraum, für den die Eintragungen in den Sp. 6 u. 7 gelten	Schuld		Forderung		Prüfvermerke, Beschein. usw.
						DM	Pf	DM	Pf	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	

C 288 b (DIN A 4)

Beilage 5 zur VMBL.Vf. Nr. 12/1957

Abschluß über Rundfunkgebühren

für den Monat 19

Lfd. Nr.	Beschreibung	Sp.	Schuld		Forderung	
			DM	Pf	DM	Pf
1	Gebührenpflichtige Rf-Genehmigungen (Bestand vom 20.) Bestandsnachweis weniger Abgänge Vormonat II. Verz. d. erlosch. Gen. Sp. 5:	Sp. 4:				
		bleiben		× 2,— DM		
2	Gebührenpflichtige Fernseh-Rf-Genehmigungen (Bestand vom 20.) Bestandsnachweis weniger Abgänge Vormonat II. Verz. d. erlosch. Gen. Sp. 8:	Sp. 7:				
		bleiben		× 4,— DM		
3	Anhang zum Abschlußbuch					
4	Gesamtsumme II. Rf-Einnahmebuch I					
		Summe				
		Dagegen Forderung				
		Mithin gegen Schuld				
		mehr				
		weniger				

C 288 (DIN A 5)

Nr. 13/1957. Gebührenerstattung für nicht abgesandte freigestempelte Sendungen

Besitzer von Absenderfreistemplern erhalten auf Antrag für nicht abgesandte freigestempelte Sendungen die Gebühren erstattet. Als Antrag und Nachweis der Erstattung wird das Fbl. C 345 zu 2 „Nachweis über zu erstattende freigestempelte Gebühren“ benutzt. Bei Besitzern von Freistemplern mit geringem Geschäftsverkehr fallen im allgemeinen sehr wenig Erstattungen an, so daß der Nachweis nicht ausgenutzt wird.

Zur Vereinfachung der Arbeit kann auf den besonderen Nachweis verzichtet werden, wenn bei einem Besitzer eines Freistemplers erfahrungsgemäß wenig Gebührenerstattungen zu erwarten sind. In diesen Fällen sind die zu erstattenden freigestempelten Gebühren nach Prüfung durch den Annahmearbeiter gegen Abgabe von Belegen (Umschläge usw.) sogleich in den Erstattungsnachweis Post zu übernehmen. Der Betrag ist in bar auszuzahlen.

Bei welchen Besitzern von Absenderfreistemplern das Verfahren angewandt werden kann, entscheidet der Dienststellenleiter.

In der ADA V, 2 § 145 unter 16., Anh. 5a unter 9. und Anh. 5b § 6 ist auf diese VMBL.Vf. hinzuweisen. HBh P 4 7002—100

Nr. 14/1957. Formblattwesen. Änderung des Formblattes M 36

(Zur VMBL. Vf. Nr. 211/1956, S. 168, Formblattwesen) Das Formblatt M 36, DIN A 4 „Merkblatt über Gefälligkeitsstempel“ (Neues Formblatt-Verzeichnis Seite M 2) ist in der Fassung grundlegend geändert und neu hergestellt worden. Die HPÄ fordern ihren Bedarf an diesem Formblatt beim Vordruck-Leitverlag Spremberg (Niederlausitz) ab.

Es ist sicherzustellen, daß nach Lieferung der neuen Formblätter die Formblätter mit der überholten Fassung zum Altpapier genommen werden. DFW 6400—0

- Fernmeldewesen -

Nr. 15/1957. Straßenwinterdienst 1957

(Zur VMBL. Vf. Nr. 336/1957)

Die obengenannte VMBL.Vf. ist auch für den Straßenwinterdienst 1957 maßgebend. Die Straßenzustandsübersicht der Deutschen Demokratischen Republik wird von der Hauptverwaltung Straßewesen täglich gegen 6 Uhr dem HTA zugesprochen und von dort aus als S-Listentelegramm an die TDSSt in den Bezirkshauptstädten übermittelt.

Die TDSSt Dresden, Halle (Saale) und Erfurt erhalten die Straßenzustandsübersicht der Deutschen Demokratischen Republik nicht mehr. In diesen Bezirken gibt der Rat des Bezirks, Abt. Verkehr, seine bezirklichen Straßenzustandsberichte bestimmten Fernsprechauskunftsstellen bekannt.

Die Bekanntgabe der Straßenzustandsberichte durch die Fernsprechauskunftsstellen erfolgt im Ortsdienst zur Ortsgesprächsgebühr, im Ferndienst zur Ferngesprächsgebühr der verlangten Gattung. Fe Pv 2 410/Sfr.

- Funkwesen -

Nr. 16/1957. Erteilung von Genehmigungen auf Grund der Verordnung über Hochfrequenzanlagen (HFVO) und der hierzu erlassenen Ersten Durchführungsbestimmung (DB) vom 28. August 1952 (GBl. S. 897)

Nach § 3, Abs. 1 der HFVO wurden folgende Allgemeine Genehmigungen für die nachstehend näher bezeichneten Baumuster erteilt:

VEB Funkwerk Erfurt
Erfurt
Rudolfstraße 47
Kennzeichnung

- Art und Benennung des Baumusters: UKW-Meßgenerator für AM und FM Typ 2006
 - Betriebszweck: HF Meßspannungserzeugung
 - Frequenzbereich: 10 bis 240 MHz
 - Leistung: kleiner als 1,5 Watt
 - Einschränkung (Befristung und Sonstiges): ohne
 - Nummer der Allgemeinen Genehmigung: Allgemeine Genehmigung Nr. — 015/56 —
Kennzeichnung
- Art und Benennung des Baumusters: NF-Pegelgenerator Typ 262
 - Betriebszweck: HF Meßspannungserzeugung
 - Frequenzbereich: 20 Hz bis 20 kHz
 - Leistung: kleiner als 1,5 Watt
 - Einschränkung (Befristung und Sonstiges): ohne
 - Nummer der Allgemeinen Genehmigung: Allgemeine Genehmigung Nr. — 017/56 —
Kennzeichnung
- Art und Benennung des Baumusters: UKW-Leistungsgenerator Typ 2002
 - Betriebszweck: HF Meßspannungserzeugung
 - Frequenzbereich: 20 bis 240 MHz
 - Leistung: kleiner als 1,5 Watt
 - Einschränkung (Befristung und Sonstiges): ohne
 - Nummer der Allgemeinen Genehmigung: Allgemeine Genehmigung Nr. — 017/56 —
Kennzeichnung

Des weiteren gilt die Typgenehmigung DP TP — Nr. — 023/56 — nicht mehr für die Echograf-Anlage Typ 8621.8 A 1, sondern für folgende Anlagen:

- Echograf-Anlage Typ 8601.1
 - Echograf-Anlage Typ 8601.7
 - Echograf-Anlage Typ 8602.1
- Die VMBL.Vf. Nr. 139/1956 ist zu ändern.

Weiterhin sind folgende Typengenehmigungen erteilt worden:

Fa. Wolfgang Rentsch
Pirna-Copitz

Kennzeichnung

1. Art und Benennung des Gerätes: Kurzwellen-Therapie-Gerät „Recotherm Super“ R 412/S
2. Leistung: max. 350 Watt
3. Frequenzbereich: 27,12 MHz
4. Einschränkung (Befristung und Sonstiges): ohne
5. Nummer der Typengenehmigung: DP TP - Nr. 024/56

Zur Inbetriebnahme von derartigen Geräten sind Einzelgenehmigungen von der jeweils zuständigen Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen erforderlich.

VEB Funkwerk Erfurt
Erfurt
Rudolfstraße 47
Kennzeichnung

1. Art und Benennung des Gerätes: HF-Leistungsgenerator Typ 2001
2. Betriebszweck: HF-Meßspannungserzeugung
3. Frequenzbereich: 100 kHz bis 20 MHz
4. Leistung: max. 5 Watt an 70 Ω
5. Einschränkung (Befristung und Sonstiges): ohne
6. Nummer der Typengenehmigung: DP TP - Nr. 025/56

Zur Inbetriebnahme von derartigen Geräten sind Einzelgenehmigungen von der jeweils zuständigen Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen erforderlich.

Mitteilungen

Nr. 4/1957. Bildung des Fernmeldeamtes der Regierung

Die bisherige Abteilung Fernmeldewesen des Büros des Präsidiums des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik ist unter der Bezeichnung Fernmeldeamt der Regierung (FMA Reg) mit Wirkung vom 1. Januar 1957 von der Deutschen Post übernommen und der BPF Groß-Berlin unterstellt worden.

Org 1213-0

Nr. 5/1957. Sonder- und Werbestempel

(Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluß der Mitteilungen)

- a) Verkehrsverbund
- b) Ostnitz (Vogel)
- c) Handstempel
- d) OELSITZ (VOGEL)
- e) 1. 1. 1957

- a) Dauerverbung
- b) Schildefeld a Rennsteig
- c) Handstempel
- d) SCHMIEDFELD a RENNSTEIG
- e) 1. 1. 1957

- a) Anhalt b) Verwendungs-PA c) Art des Stempels d) Stempelschrift e) Verwendungsdauer

(Zur VMBI Mitt. Nr. 117/1956, S. 173 - Werbung für Altstoffsammlung - Maschinenstempel)
Die nachstehend aufgeführten Werbestempel werden weiter verwendet:

Verwendungs-PAnst	Stempelschrift
Altenburg (Bz Leipzig), Aue (Sachs), Bautzen 2, Döbeln 2, Erfurt, Glauchau (Sachs), Greiz, Jena, Leipzig C 12, Magdeburg BPA 7, Potsdam, Rosstock 2, Riesa, Sondershausen (Medell), Dessau, Eisenach, Freyberg (Sachs), Gützkow, Halberstadt, Hildesheim, Riesa, Stralsund, Weimar, Zwickau (Sachs)	ALTFESTOFFE sind ROHSTOFFE Bildliche Darstellung: Rumpelminchen
Cern, Halle (Saale) BPA 25, Magdeburg BPA 7	BRINGT ALTFESTOFFE ZUM ALTFESTOFFHANDEL Bildliche Darstellung: Rumpelminchen
Halle (Saale) BPA 25	ALTFESTOFFE sind ROHSTOFFE Bildliche Darstellung: Rumpelminchen

Verwendungsdauer bis 31. Januar 1957
Die nachstehend aufgeführten Werbestempel werden weiter verwendet:

Verwendungs-PAnst	Veröffentlicht unter Amtsschrift bzw. VMBI-Mitteilungen	Neue Verwendungsdauer bis
Altenbrak (Harz)	Nr. 9/1956, S. 516	31. 12. 1957
Arzensee (Altst.)	Nr. 12/1954, S. 16	31. 12. 1957
Bad Lautsch	Nr. 14/1954, S. 235	30. 11. 1957
Bad Nauheim	Nr. 11/1956, S. 289	31. 12. 1957
Geithain	Nr. 9/1949, S. 454	14. 12. 1957
Grünstein/über Geithain	Nr. 6/1955, S. 6	31. 12. 1957
Großdörfel (Erzgeb.)	Nr. 1/1951, S. 738	30. 11. 1957
Heiligenstadt (Eichsfeld)	Nr. 14/1954, S. 12	30. 11. 1957
Ilmenau (Machlinerst.)	Nr. 14/1954, S. 220	30. 11. 1957
Jocketa	Nr. 11/1955, S. 7	31. 12. 1957
Neuhaus a Rennweg	Nr. 10/1949, S. 204	31. 12. 1957
Oberröbisch (Thüringerw.)	Nr. 12/1956, S. 282	31. 12. 1957
Rathenow	Nr. 10/1949, S. 202	14. 12. 1957
Radlumbad Brannsch	Nr. 9/1950, S. 448	15. 11. 1957
Schlitzbach (Thür)	Nr. 9/1950, S. 416	9. 12. 1957
Wettin (Saalkr)	Nr. 9/1950, S. 448	31. 12. 1957
Wolkstein	Nr. 4/1949, S. 382	31. 12. 1957

DPWF 632-1
Herausgeber: Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin W 66, Verlag: (V) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin, Fernspr. 67 61 11. Postfachkonto: 149 25. - Die Verfügungen und Mitteilungen erscheinen in der Regel am 1., 8., 15. und 22. jedes Monats. - Veröffentlicht unter Druckgenehmigungsnummer Ag 114/56 DDR des Amtes für Literatur und Verlagswesen der Deutschen Demokratischen Republik. - Druck: VEB Berliner Druckhaus, Berlin NO 55.

Ausgabe A

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen

Jahrgang 1957 Berlin W 66, den 8. Januar 1957 Nummer 1

Inhalt	
Neujahrsgruß des Ministers	1
Verfügungen:	
<u>Allgemeines</u>	
Nr. 1 Faltbriefe mit aufgedrucktem Freimarken-Werbestempel	2
Nr. 2 Erfassung von Starkstromkabel - Planpos. 27 51 100 - Schrämmkabel sowie Gummischlauchleitungen über 25 qmm Leiterquerschnitt - Planpos. 27 52 100 - Gummischlauchleitungen bis einschließlich 25 qmm Leiterquerschnitt - Planpos. 27 52 200 -	3
Nr. 3 Erhebliche Mehr- und Minderbeträge	3
Nr. 4 Formblätter für den Postüberwachungsdienst	3
<u>Betriebsdienst</u>	
- Post -	
Nr. 5 Behandlung unzustellbarer Briefsendungen aus dem Ausland	3
Nr. 6 Zahlkarten der Berliner Bären-Lotterie	3
Nr. 7 Nachfrageschreiben über Postanweisungen, Zahlkarten und Einzahlungsaufträge	3
- Fernmeldewesen -	
Nr. 8 Aufnahme des Telexverkehrs mit Kanada	4
Mitteilungen:	
Nr. 1 Ausscheidung des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen	4
Nr. 2 Berichtigung zum Verzeichnis der Amtskennzeichen	4
Nr. 3 Sonder- und Werbestempel	4

Zu weiteren Erfolgen im Jahre 1957

Zu Beginn des neuen Jahres spreche ich allen Angehörigen der Deutschen Post für die im Jahre 1956 vollbrachten Leistungen Dank und Anerkennung aus. Die Erfolge unserer gemeinsamen Arbeit im Post- und Fernmeldewesen haben zur Stärkung unserer Republik und zur Festigung ihres Ansehens in der Welt beigetragen.

Die Frost- und Sturmschäden stellen im zurückliegenden Jahr große Anforderungen besonders an unsere Kolleginnen und Kollegen im Fernmeldebau und im Zustelldienst, die in unermüdlichem Eifer und hoher Pflichterfüllung ihre ganze Kraft einsetzten, um allen Naturgewalten zum Trotz einen zuverlässigen Nachrichtenverkehr zu gewährleisten. Den Arbeitern, Meistern, Technikern und Ingenieuren des Fernmeldewesens und den Zustellern gebührt hierfür meine besondere Anerkennung und mein herzlich Dank.

Auch der hinter uns liegende, außerordentlich starke Weihnachts- und Neujahrsverkehr - der stärkste seit 1945 - erforderte hohe Leistungen und stellte das Postwesen in der Deutschen Demokratischen Republik vor überaus große Aufgaben. Durch die im wesentlichen reibungslose Abwicklung dieser Aufgaben war es möglich, daß im allgemeinen alle Sendungen bis zum Weihnachts- und Neujahrsfest zugestellt und damit Millionen Menschen in Ost und West unseres Vaterlandes und in aller Welt Glück und Freude beschert werden konnten. Dafür meinen besonderen Dank und meine Anerkennung allen Kolleginnen und Kollegen des Postwesens, die als Paketverlader, Zusteller, Bahnpostfahrer, Kraftfahrer, Brief- und Paketsteller sowie durch gute Organisation des Betriebsablaufes in unermüdlichem Einsatz dazu beigetragen haben, diese großen und schönen Aufgaben zu erfüllen.

Die bisherigen Leistungen unserer Werktätigen, auch der bei der Deutschen Post beschäftigten Kolleginnen und Kollegen, haben es unserer Regierung auch im Jahre 1956 ermöglicht, die Arbeits- und Lebensbedingungen weiterhin zu verbessern. Neben Verbesserungen, die der gesamten Bevölkerung dienen, wie die so herzlich begrüßte Rentenerhöhung u. a. m., erhielten die Beschäftigten der Deutschen Post in Würdigung der großen Aufgaben des Post- und Fernmeldewesens besondere Vergünstigungen durch die Gewährung von Dienstaltersprämien und Zusatzurlaub sowie durch die Einführung der Alters-, Invaliden-, Unfall- und Hinterbliebenenversicherung der Deutschen Post. Außerdem sei an die Aufhebung der Ortsklassen C und D erinnert. Für diese Maßnahmen wurden im Jahre 1956 über vierzehn Millionen DM verausgabt.

Das Jahr 1956 brachte Ereignisse von weltpolitischer Bedeutung. Mit Genugtuung und Dankbarkeit stellen wir fest, daß die Sowjetunion durch ihre entschlossene Politik der Welt den Frieden erhalten hat und daß unsere Deutsche Demokratische Republik fest im Lager des zu einem Weltsystem erstarkten Sozialismus, des Fortschritts und des Friedens verankert ist.

Im März des vergangenen Jahres wurde durch die Ziele des 2. Fünfjahresplanes die weitere Verbesserung der Lebenslage unserer Bevölkerung eingeleitet. Hierzu gehört besonders auch die schrittweise Einführung der 45-Stunden-Woche in der Industrie, im Verkehrs- und Nachrichtenwesen, mit der im Jahre 1957 begonnen werden soll.

Auch die Deutsche Post hat bei der erfolgreichen Durchführung des 2. Fünfjahresplanes große Aufgaben zu erfüllen. Das planmäßige Zusammenwirken aller Zweige unserer Volkswirtschaft setzt ein rasches und zuverlässig arbeitendes Nachrichtenwesen voraus. Die ständig wachsenden Bedürfnisse der Bevölkerung müssen durch rasche Nachrichtenübermittlung, durch pünktliche Versorgung mit den demokratischen Presserzeugnissen sowie durch einwandfreie Empfang der Rundfunk- und Fernsehsendungen weit besser als bisher befriedigt werden. Die Deutsche Post muß unserer Wirtschaft bei der Erfüllung ihrer Planaufgaben noch wirkungsvoller helfen und unserem Staate stets ein zuverlässiges Nachrichteninstrument zur Verfügung stellen.

Diese Aufgaben zur besseren Versorgung der Bevölkerung durch das Post- und Fernmeldewesen im 2. Fünfjahresplan sowie die Einführung der 45-Stunden-Woche erfordern eine wesentlich bessere wissenschaftlich-technische Arbeit und eine schöpferische Mitarbeit aller Beschäftigten der Deutschen Post. Alle Beschäftigten der Deutschen Post werden, dessen bin ich gewiß, ihre Fähigkeiten und ihr Können, ihren Fleiß und ihre Tatkraft für das Gelingen des großen Werkes aufbieten, damit auch im Jahre 1957 weitere stolze Erfolge errungen werden zur ständigen Verbesserung der Lebenslage unserer Bevölkerung, zur weiteren Festigung unserer Republik und zur Erhaltung des Friedens.

Für die Verwirklichung dieser schönen und hohen Aufgaben wünsche ich allen Männern, Frauen und Jugendlichen des Post- und Fernmeldewesens der Deutschen Demokratischen Republik und ihren Angehörigen im neuen Jahre Glück, Gesundheit und viel Erfolg.

Friedrich Burmeister
Minister

Verfügungen Allgemeines

Nr. 1/1957. Faltbriefe mit aufgedrucktem Freimar- ken-Wertstempel

Zahlreichen Wünschen der Bevölkerung entsprechend sind Faltbriefe mit aufgedrucktem Freimar-
ken-Wertstempel hergestellt worden. Für den Auf-
druck wurde der 20-Pfennig-Wert der Dauerseite
verwendet. Die Faltbriefe werden zum Preise von
0,22 DM vom 10. Januar 1957 an bei allen Post-
anstalten der Deutschen Demokratischen Republik
und des demokratischen Sektors von Groß-Berlin
sowie bei der Versandstelle für Sammlermarken in
Berlin W 8 verkauft.

Die Faltbriefe wurden von dem VEB Deutsche
Wertpapier-Druckerei in Leipzig hergestellt. Die
Auslieferung der Faltbriefe an die Wertzeichen-
verteilämter erfolgt Anfang Januar 1957. Der erste
Bedarf geht den Hauptpostämtern ohne Anforde-
rung zu, der weitere Bedarf ist wie üblich bei den
Wertzeichenverteilämtern zu bestellen. Der Ver-
kaufserlös ist bei dem Konto 60000 — Erlös aus dem
Absatz von Postwertzeichen — zu verrechnen.

Bei den Postkunden ist für die Verwendung der
Faltbriefe zu werben. Ein Aushang wird dem
VMBL.Nr. 3/1957 beigelegt.
P OB 4 a 2042.—2

Nr. 2/1957. Erfassung von Starkstromkabel —
Planpos. 27 52 100 —, Schrämmkabel sowie Gummi-
schlauchleitungen über 25 qmm Leiterquerschnitt —
Planpos. 27 52 100 —, Gummischlauchleitungen bis
einschließlich 25 qmm Leiterquerschnitt — Planpos.
27 52 200 —

Zur Sicherung der Abdeckung des Bedarfes an
Kabel und Leitungen ist eine Erfassung aller vor-

handenen Bestände einschließlich Investitionsmate-
rial in Starkstromkabel, Schrämmkabel und Gummi-
schlauchleitungen mit Stichtag 31. Dezember 1956
erforderlich. Die Betriebe, Institute usw. haben alle
vorhandenen Bestände nach dem unten angegebenen
Muster bis zum 31. Januar 1957 dem Ministerium
für Schwermaschinenbau, Hauptverwaltung Projek-
tierung und Anlagenbau, Berlin W 1, Leipziger
Straße 5—7, unmittelbar zu melden. Durchschrift
der Meldung ist dem MPF, Abt. Mat, vorzulegen.
Fehlmeldung ist nicht erforderlich.

Die Meldungen des Beschaffungssamtes und der
Außenstellen und des FZA Berlin sind dem MPF,
Abt. Mat, in zweifacher Ausfertigung bis zum
25. Januar 1957 vorzulegen. Die Weitergabe der Mel-
dungen an das Ministerium für Schwermaschinen-
bau erfolgt durch das MPF.

Diese statistische Erhebung ist genehmigt. Der
nächstehende Genehmigungsvermerk ist auf den
Registriert bei der zentralen Abt. Planung des MPF
am 21. Dezember 1956 unter Nr.: S — 368, befristet
bis zum 31. Januar 1957.

Muster der Meldung

1. Betrieb
2. Typenbezeichnung
3. Querschnitt
4. KV
5. Länge in m
6. Wert in TDM Industrieabgabepreis lt. Rechnung
7. Kabeltrommel, Stückzahl- und Nr.-Angabe
8. davon
 - a) betriebseigene
 - b) Leihtrommel

9. Monat und Jahr der Anlieferung des Kabels
10. Voraussichtlicher Termin der Verlegung
11. Für welches Objekt (bei größeren Objekten
Baustelle angeben) ist das Kabel vorgesehen?

Mat Pl 0440

Nr. 3/1957. Erhebliche Mehr- und Minderbeträge (zur VMBL. Nr. Nr. 307/1956)

Zur Stärkung der Verantwortung der Betriebe ist
der 1. Absatz der VMBL.Vf.Nr. 171/1954 durch folgen-
den Wortlaut zu ersetzen:

1. Die Betriebe melden Mehr- und Minderbeträge
von 500 DM und mehr umgehend (spätestens
48 Stunden nach Auftreten) ihrer zuständigen
BPF. Die notwendigen Untersuchungen sind von
den Betrieben sofort einzuleiten und in eigener
Verantwortung durchzuführen. Über das Ergeb-

nis ist der BPF ein abschließender Bericht vor-
zulegen.

Die VMBL.Vf.Nr. 54/1956 ist unter Hinweis auf
diese VI. zu streichen.
HBh P 4 (1) 7607—0

Nr. 4/1957. Formblätter für den Postüberwachungs- dienst

(zur VMBL. Nr. Nr. 307/1956)
Ergänzend zur VMBL.Vf.Nr. 307/1956 weisen wir
darauf hin, daß die Allgem. Formblätter 40 und 41
künftig als Verhandlungsschriften nach den Richt-
linien für den Schriftverkehr bei der Deutschen Post
(IV. 1) gelten. In den Richtlinien sind die Angaben
zu IV. 2 (Vernehmungen) unter Hinweis auf diese
Verfügung zu streichen.
P OB 1 a 6200—0

Betriebsdienst

— Post —

Nr. 5/1957. Behandlung unzustellbarer Briefsen- dungen aus dem Ausland

Briefsendungen aus dem Ausland, die in der Deut-
schen Demokratischen Republik unzustellbar und
nach dem Ausland zurückzusenden sind, werden den
Grenzgangs-PÄ häufig zugeleitet, ohne daß sie
von den Zustell-PÄ mit den gemäß ADA V, 2 § 129
IV und VI und Briefpostbuch § 25 III vorgeschriebe-
nen Angaben versehen sind. Auf solchen Sendungen
müssen angegeben sein:

- a) der Grund der Unzustellbarkeit (zweispächtige
Klebezettel A 26 a—h verwenden);
 - b) der Rücksendungstag und der Vermerk „retour“
vor dem Namen des Aufgabebesetztes (dieser ist
handschriftlich hinzuzusetzen, wenn er aus dem
Aufgabebestempel oder sonstigen Angaben auf der
Vorderseite der Sendung nicht deutlich zu
ersehen ist);
 - c) der Abdruck des Tagesstempels der zurücksen-
denden Postanstalt (bei Briefen auf die Rück-
seite, bei Karten auf die Vorderseite setzen).
- Es wird daran erinnert, daß unzustellbare Sen-
dungen aus dem Ausland vor dem Rücksenden vom
AV usw. zu prüfen sind (ADA V, 2 § 125 V).
P OB 3 2261—0

Nr. 6/1957. Zahlkarten der Berliner Bären-Lotterie
Im Laufe des Monats Januar 1957 werden den
Bezirkswertzeichenverteilämtern neue Zahlkarten
der Berliner Bären-Lotterie zugehen (eingedruckte
Postcheckkonto-Nr. 99 99, PSchA Berlin). Die
neue Zahlkarte stimmt in ihren Abmessungen
(216 mm × 105 mm) und im Aufdruck auf der Vor-
derseite mit der amtlichen Zahlkarte S 1 überein.
Die Angaben auf der Rückseite der Zahlkarte sind
für die DP ohne Bedeutung.

Für die Annahme und weitere Behandlung gelten
die üblichen Bestimmungen. Die Zahlkarte ist bei
allen Postanstalten zur kostenlosen Abgabe berei-
tzuhalten.

Nach Erhalt dieser neuen Zahlkarte sind die alten
Zahlkarten der Berliner Bären-Lotterie für das Post-

scheckkonto Nr. 99 99 und auch diejenigen für das
Postcheckkonto Nr. 44 44 zurückzuziehen und von
den HPÄ stoffhaltend zu vernichten.

Vom 1. Februar 1957 an sind die zurückgezogenen
Zahlkarten der Berliner Bären-Lotterie für die Post-
scheckkonten Nr. 99 99 und 44 44, die beide in ihrer
Gestaltung und in den Abmessungen von der amt-
lichen Zahlkarte S 1 abweichen, nicht mehr anzu-
nehmen.

Die VMBL.Vf.Nr. 4/1956 ist unter Hinweis auf
diese VMBL.Vf. zu streichen.
P OB 2 f 2764—0

Nr. 7/1957. Nachfrageschreiben über Postanweisu- ngen, Zahlkarten und Einzahlungsaufträge

Das Formblatt S 58 (Nachfrageschreiben Nr. ...
über eine[n] Postanweisung/Zahlkarte/Einzahlungsauf-
trag), das z. Z. neu aufgelegt wird, ist in seiner
Gestaltung durch einige Zusätze verbessert worden.
Nähere Einzelheiten sind dem Formblatt selbst zu
entnehmen. Die neuen vorgedruckten Angaben sind
zu beachten, und das Formblatt ist entsprechend
auszufüllen.

Auf eine neu aufgenommene Erklärung des An-
tragstellers, die für Nachfragen bei Zahlungen an
Kreditinstitute gilt, wird besonders hingewiesen.
Mit der Unterzeichnung dieses Vermerks erklärt sich
der Antragsteller damit einverstanden, daß

1. das PSchA nach Feststellung der ordnungsmäßigen
Gutschrift des Betrages die Nachfrage an das
betreffende Kreditinstitut zwecks weiterer Nach-
forschung sendet und
2. er bereit ist, die gegebenenfalls auch vom Kredit-
institut erhobene Nachforschungsgebühr zu zahlen.

Die PSchA haben derartige Nachfrageschreiben
nur dann an Kreditinstitute weiterzuleiten, wenn
diese Erklärung vom Antragsteller unterschrie-
ben ist.

Vorhandene Bestände an Formblättern sind auf-
zubreuchen.
P OB 2 f 2720—0/2730—0

- Fernmeldewesen -

Nr. 8/1957. Aufnahme des Telexverkehrs mit Kanada

Am 1. Januar 1957 ist der Telexverkehr mit Kanada über London eröffnet worden. Der Dienst wird ununterbrochen wahrgenommen.

Die Gebühr für eine Telex-Verbindung von drei Minuten Dauer beträgt 29,40 DM. Die Betriebsunterlagen sind entsprechend zu ergänzen.

Fo Fv 9 3225-3

Mitteilungen

Nr. 1/1957. Auszeichnung des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen

Das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen beteiligte sich mit einer umfangreichen Briefmarkenschau an der Ausstellung „FINLANDIA 56“.

Nr. 3/1957. Sonder- und Werbestempel

(Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluß der Mitteilungen)

- a) Verkehrswerbung
b) Gelsing (Erzgeb)
c) Handstempel
d) GEISING (ERZGEB)
e) Sommerfrische - Wintersport
Bildliche Darstellung: Gelsingberg mit Stadtwappen
15. Dezember 1956 bis 14. Dezember 1957



die zum 100jährigen Bestehen der finnischen Briefmarke veranstaltet wurde. Für die anschauliche Briefmarkenausstellung der Deutschen Demokratischen Republik verlieh das Ausstellungskomitee dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen



eine silberne Medaille und ein Diplom. In einem in herzlichen Worten gehaltenen Schreiben bedankt sich die Generaldirektion der Posten und Telegraphen von Finnland für die Teilnahme unserer Republik an der Ausstellung. Sie versichert, daß das Exponat der Deutschen Demokratischen Republik in hohem Maße am Erfolg der Ausstellung „FINLANDIA 56“ mitgewirkt hat.

Nr. 2/1957. Berichtigung zum Verzeichnis der Amtskennzeichen

Der Berichtigungsbogen Nr. 12 wird demnächst versandt.

Herausgeber: Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin W 66. Verlag: (V) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin, Fernpost 67 64 11. Postcheckkonto: 1409 23. - Die Verfügungen und Mitteilungen erscheinen in der Regel am 1., 8., 15. und 22. jedes Monats - Veröffentlicht unter Druckgenehmigungsnummer AG 14166 DDR

Ausgabe A

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen

Jahrgang 1956 Berlin W 66, den 23. Dezember 1956 Nummer 49

Table with columns: Verfügungen, Inhalt, Seite. Includes items like 'Allgemeines', 'Betriebsdienst', and 'Post'.

Verfügungen Allgemeines

Nr. 307/1956. Formblätter für den Postüberwachungsdienst

handene Bestände sind zu ändern und können als Durchschläge aufgebraucht werden. Strafanzeigen sind solche Vordrucke jedoch nicht mehr beizubehalten.

Die Vordrucke „Vernehmung eines Zeugen“ werden in geänderter Form aufgelegt und können vom Vordruck-Letverlag Spremberg (Niederlausitz) abgefordert werden. Die bisherige Formblatt-Nr. Allgem. Fbl. 40 und 41 wird beibehalten. Nach vor-

Es wird darauf hingewiesen, daß Verhandlungsschriften stets in Zeugengegenwart aufzunehmen sind. In der VMBL.Vf.Nr. 394/1953 ist auf diese Vf. hinzuweisen. P OB 1 a 6200-0

Betriebsdienst

Table with columns: Nr., Inhalt, Preis. Lists various administrative items and their costs.

Pkte über 10 kg nur nach Ambato, Batahoyo, Bahia, Esmeraldas, Guayaquil, Ibarra, Latacunga, Machala, Manta, Quito, Santa Rosa, Tulcan

Nr. 59 Irak Sp. 5: 5 engl. oder arab. (zweimal)

Nr. 60 Iran Sp. 5: 2 frz.

Nr. 64 Italien Sp. 2 zusetzen; mit San Marino

Nr. 83 Malayische Staaten Sp. 2 streichen; und Cocos (Keeling)

Nr. 94 Neuseeland Sp. 2 „Bakaanga“ ändern in: Rakaanga

Nr. 113 Portugiesisch Indien Sp. 5: 3 port. oder frz.

Nr. 115 Rhodessa und Nyassaland unter c) Nyassaland Sp. 5: 2 engl.

Nr. 127 Somaliland Sp. 5: 2 engl.

Nr. 129 Sudan Sp. 5: 2 arab., engl. oder frz.

P OB 3 2225-3

Nr. 309/1956, Berichtigung Nr. 16 zum Briefpostbuch, Ausgabe 1951

Im Briefpostbuch, Ausgabe 1951, sind in der Übersicht „Luftpostgebühren für Briefsendungen nach Deutschland“ folgende Berichtigungen auszuführen:

Seite 74 a:

Chile
Sp. 2: 1/2 in 1 ändern
Sp. 3: „Postkarten“ streichen
Sp. 5: 13 Pesos und 18 Pesos durch 60 Centavos, und 80 Centavos ersetzen

Seite 74 c:

— Goldküste
Sp. 3: „andere Sendungen“ nachtragen
Sp. 4: „je 1/2 Unze“ nachtragen
Sp. 6: 7 Pence durch 8 Pence ersetzen und 6 Pence nachtragen

Seite 74 d:

— Jamaica
Sp. 2: 1/2 in 10 ändern
— Malayische Staaten einschl. Singapur:
Sp. 2: 1/2 in 1/4 ändern
— Zanzibar
Sp. 2: 1/2 in 1/4 ändern

Seite 74 e:

Guatemala
Sp. 2: 1/2 in 1/4 ändern
Sp. 3: alle Angaben streichen, dafür Briefe, Postkarten untereinander einsetzen
Sp. 4: je 5 g streichen (einmal)
Sp. 5: 30 Centavos und 5 Centavos durch 14 Centavos ersetzen (zweimal)

Seite 74 f:

Norwegen
Sp. 6: 55 Öre in 65 Öre ändern

Seite 74 g:

Paraguay
Sp. 5: 10 Guranis, 10 Guranis, 20 Guranis untereinander einsetzen
Sp. 6: alle Angaben streichen

Salvador, El
Sp. 3: „Leichtbriefe“ nachtragen
Sp. 5: 23 Centavos, 23 Centavos, 65 Centavos durch 35 Centavos, 35 Centavos, 50 Centavos ersetzen

Sp. 6: 10 Centavos (Leichtbriefe) einsetzen

Seite 74 h:

Thailand
Sp. 2: 1/2 in 1/4 ändern
P OB 3 a 2633-0

Nr. 310/1956, Übertragung von Zuständigkeiten im Postbetriebsdienst auf die Ämter

Zur weiteren Stärkung der Verantwortung werden den HPA die folgenden, bisher zur Zuständigkeit der BPF gehörenden Aufgaben übertragen:

1. Umwandlung von Pst I in Pst II und umgekehrt sowie Aufhebung von Pst I und II. Die sich aus den Umwandlungen und Aufhebungen von Pst ergebenden Veränderungen sind auf Formblatt P/F 5 (Kapazitätsstatistik) ab 1957 der BPF zu melden. Dabei sind die betroffenen Pst namentlich aufzuführen (ADA XI, 1 Anl. 6, Beil. 1 unter 6).
2. Entscheidung über die Teilnahme von Postkunden am PMB-Verkehr entsprechend der VI. P OB 2 e 2126-1 vom 12. Juni 1956. Die Genehmigung der BPF ist nicht mehr erforderlich. Dieses Verfahren darf jedoch nur noch Großversendern gestattet werden, die mindestens 50 Sendungen in PMB gleichzeitig an einen Empfänger mit einer anderen Beförderungseinrichtung senden. Wird diese Bedingung nicht erfüllt, so ist grundsätzlich von der Erteilung einer Ausnahme-genehmigung abzusehen. Die z. Z. bestehenden Vereinbarungen sind aufzuheben, wenn sie nicht diesen Voraussetzungen entsprechen.
3. Entscheidung über Beschränkungen in der Zustellung gegenüber den durch die PO festgesetzten Grenzen (ADA V, 1 § 38, III und ADA V, 2 § 109, II), auch in den Fällen, in denen sich die BPF bisher die Entscheidung vorbehalten hat.
4. Änderung der Zustellbereiche innerhalb eines HPA-Bereichs. Der BPF ist über beabsichtigte Änderungen nur noch dann zu berichten, wenn Änderungen in benachbarte HPA-Bereiche über-greifen (ADA V, 2 § 109, I).

In der unter Punkt 2. genannten VI. sowie in der ADA ist bei den entsprechenden Stellen zunächst mit Bleistift auf diese VI. hinzuweisen. Berichtigung der ADA erfolgt später.

P OB 2 1204-0

Nr. 311/1956, Vollgültige amtliche Personalausweise im Verkehr mit der Deutschen Post (zur VMBL.Vf.Nr. 142/1956)

Nach der Anordnung zur Änderung der Anordnung über die Gültigkeit von Ausweisen im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik vom 13. September 1956 (GBl. I S. 754) gelten die Personalausweise, die von der SDAG Wismut ausgestellt und von der Deutschen Volkspolizei gesiegelt sind, nicht mehr als Personalausweise im Sinne der Verordnung vom 29. Oktober 1953 über die Ausgabe von Personalausweisen der Deutschen Demokratischen Republik.

In der VMBL.Vf.Nr. 142/1956 (S. 87) ist der Punkt e) unter Hinweis auf diese VMBL.Vf. zu streichen.

P OB 2 f 2783-3/2169-0

Nr. 312/1956, Verkauf beschädigter Fabrikzeugnisse

Die Genehmigung für den Verkauf oder die Versteigerung von beschädigten Fabrikzeugnissen ist nicht mehr beim zuständigen Hauptzollamt (s. ADA V, 2 § 138, I), sondern bei der Abteilung Handel und Versorgung bei den Räten der Kreise einzuholen.

In der ADA ist mit Bleistift auf diese VI. hinzuweisen.

P OB 2 e 2154-1

Nr. 313/1956, Ergänzung zur Preisbewilligung Nr. 6 für die Bezugspreise des Lesezirkels im demokratischen Sektor von Groß-Berlin

(zur VMBL.Vf.Nr. 385/1955)

Für den Lesezirkel im demokratischen Sektor von Groß-Berlin gelten vom 1. Januar 1957 an die unter Punkt 2 der o.g. VMBL.Vf. aufgeführten

Nr. 121/1956, Frauensommerdienstkleidung

Die mit VMBL.Mitt.Vf.Nr. 100/1956 zur Diskussion gestellten Muster für eine Frauensommerdienstkleidung fanden bei unseren Kolleginnen lebhaften Widerhall. Das Ergebnis der Befragung war die Entscheidung der Mehrheit für das Muster 3.

Die in den zahlreichen Zuschriften gegebenen Hinweise werden insofern berücksichtigt, daß die in der Abbildung gezeigten Taschenklappen wegfallen und dafür an der rechten Seite des Trägerröckes eine Tasche mit Reißverschluss angebracht wird.

Entsprechend den Wünschen der Kolleginnen werden die Blusen des Modells 2 angefertigt, die offen und geschlossen getragen und wahlweise mit langem oder kurzem Ärmel geliefert werden können.

In Übereinstimmung mit dem Zentralvorstand der Industriegewerkschaft Post- und Fernmeldewesen wird diese Frauensommerdienstkleidung ab 1957 eingeführt.

Wir danken allen Kolleginnen für die Mitarbeit zur Schaffung einer ihren Wünschen entsprechenden Dienstkleidung.

Arb 2 9183-0

Nr. 122/1956, Veröffentlichung im Heft 4/1956 der „Deutschen Post“

Im Heft 4/1956 der „Deutschen Post“ ist ein Aufsatz von Heinz Bäckler, Ministerium für Post- und Fernmeldewesen, Berlin, über das Vertragssystem veröffentlicht worden. Diese schon vor längerer Zeit abgeschlossene Arbeit wurde nach Veröffentlichung des Statutes des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen vom 18. Oktober 1956 im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik von der Redaktion der Zeitschrift ohne Wissen des Verfassers geändert. Es heißt auf Seite 63 im letzten Absatz (Satz 3): „Sie alle gehören zur einheitlichen Deutschen Post, die durch den Beschluß über das Statut des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen vom 18. 10. 1956 ausdrücklich Rechtspersönlichkeit verliehen bekommen hat.“ Es wird darauf hingewiesen, daß durch das Statut nicht der Deutschen Post, sondern dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen als zentralem Organ der staatlichen Verwaltung Rechtspersönlichkeit zuerkannt wurde. Da Gerichte und andere staatliche Organe in letzter Zeit dahingehende Fragen an die Ämter und Dienststellen der Deutschen Post gerichtet haben, wird auf diesen sachlichen Fehler hingewiesen. Der Chefredakteur der Zeitschrift hat dem Verfasser eine Berichtigung im Heft 5/1956 der „Deutschen Post“ zugesichert.

Re 1100-1

— Zeitungsvertrieb —

Bezugspreise. Der Text unter Punkt 2 ist wie folgt zu ergänzen: „2. In den Bezirken Berlin, Erfurt, Gera und Suhl (mit verkürzter Laufzeit).“

Der letzte Absatz in der VMBL.Vf.Nr. 385/1955: „Im demokratischen Sektor...“ bis „bestehen“ wird hierdurch aufgehoben.

PZ 3 b 2385-0

Mitteilungen

Nr. 123/1956, Sonderpostämter (Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluß der Mitteilungen) — verspätet gemeldet —

Leipzig, im Klubhaus der Krankenanstalt Döben, Zw/PA des HPA Leipzig C 1

a) Großtauschung der BAG Philatelie
b) Krankenanstalt Leipzig-Döben
c) 15. und 16. Dezember 1956

d) Verkauf von Postwertzeichen, Annahme von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen, Gefälligkeitsstempelungen

e) Leipzig C 1
15. 12. 56 — 60
Großtauschung der B. A. G. Philatelie
Krankensanstalt
Leipzig-Döben
15. und 16. Dezember 1956

Bildliche Darstellung: Pinzette, Briefmarke mit Askulapstab

a) Anlaß b) Veranstalter c) Dauer d) Aufgabenkreis des Sonderpostamtes e) Stempelschrift
DPW 1252-23

Nr. 124/1956, Sonder- und Werbestempel (Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluß der Mitteilungen)

a) Werbung zur Solidarität für das sozialistische Ungarn und für Ägypten
b) Berlin W 58
c) Handstempel
d) BEKLIN W 58
15. 12. 56 — 60

1957 SOLIDARITÄT
HELF! UNGARN UND ÄGYPTEN

a) 15. Dezember 1956 bis 14. Januar 1957
Anträge zur Ausführung von nachträglichen Gefälligkeitsstempelungen sind bis zum 12. März 1957 an die Verbandsstelle für Sammelmarken beim HPA Berlin W 8 zu richten.

a) Briefstempelwerbung
b) Frankfurt (Oder) 2
c) Handstempel
d) FRANKFURT (ODER) 2
1. 1. 57 — 60

AN DER ODER-NEISSE FRIEDENSGRENZE
Bildliche Darstellung: Rathaus

e) 1. Januar bis 31. Dezember 1957

a) Werbung für Altstoffsammlung
b) 1. Karl-Marx-Stadt C 1
2. Karl-Marx-Stadt C 4
c) Maschinestempel

zu a) ALTSTOFFE SIND ROHSTOFFE
ZUM ALTSTOFFHANDEL
Bildliche Darstellung: Rumpelmännchen
b) Sammelt Altstoffe
ALTFESTLICHEN ALTPAPIER KNOCHEN
sind wichtige Rohstoffe
Bildliche Darstellung: Rumpelmännchen mit Sack

e) 1. bis 31. Januar 1957

a) Anlaß b) Verwendungs-PA c) Art des Stempels d) Stempelschrift e) Verwendungsdauer
DPW 655-1

Wissen Sie,

- welchen Nutzen der Behälterverkehr bringt?
- Kennen Sie Briefverteilmaschinen?
- Haben Sie sich schon einmal Gedanken gemacht, wie man OTelex ausgestalten oder die Fernsprechverhältnisse auf dem Lande verbessern könnte?
- Was ist ein Transistor?
- Welche Form der Zustellung ist bei der Deutschen Post am zweckmäßigsten?
- Ist Ihnen der Begriff „Erl“ bekannt?
- Wozu wird der Direktorfonds verwendet?
- Wie kann man die Kabelverlegung mechanisieren?

Diese Fragen und noch mehr beantworten Ihnen bereits die ersten Hefte der Fachzeitschrift für jeden Postler

DIE DEUTSCHE POST

Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen

Sie ist reich bebildert und erscheint monatlich einmal. Vierteljährlich kostet sie nur 1,50 DM. Ihre Abonnements-Bestellung nehmen die zuständigen Postzeitungsvertriebe entgegen

Herausgeber: Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin W 66. Verlag: (V) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin, Fernspr. 67 61 11, Postcheckkonto: 1409 25. — Die Verfügungen und Mitteilungen erscheinen in der Regel am 1., 8., 15. und 22. jedes Monats. — Veröffentlicht unter Druckgenehmigungsnummer Ag 114 56 DDR des Amtes für Literatur und Verlagswesen der Deutschen Demokratischen Republik. — Druck: (36) Druckerei Tägliche Rundschau, Berlin W 8

Ausgabe A

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen

Jahrgang 1956 | Berlin W 66, den 15. Dezember 1956 | Nummer 48

Inhalt

Verfügungen:	Seite	Seite
Allgemeines		
Nr. 297 Sonderpostwertzeichen mit Überdruck und Zuschlag „Helft dem sozialistischen Ungarn“ und „Helft Ägypten“	179	Nr. 301 Berichtigung zur VMBI.V.Nr. 230/1956
Nr. 298 Berichtigung zur VMBI.V.Nr. 190/1956	180	Nr. 302 Aufnahme des Fernsprechverkehrs mit der Republik Syrien
Betriebsdienst		
Nr. 299 Erweiterung des Luftpostpaketverkehrs — Berichtigung Nr. 1 zum Gebührenbuch für Luftpostpakete nach dem Ausland, Ausgabe 1. Oktober 1956	180	Nr. 303 Gebührenänderung im Fernsprechverkehr mit Britisch Kolumbien (Kanada-Union)
Nr. 300 Unterrichtskarten vom Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik und Kurskarten vom westdeutschen Postgebiet	183	Nr. 304 Anordnung über die Gebühren im Fernsprechverkehr (Fernsprechgebührenvorschriften) vom 13. Oktober 1956
		Nr. 305 Telegraphische Aufenthaltsgenehmigungen
		Nr. 306 Berichtigung Nr. 1 zum Fernleiheth für Inlandsgebiete
		Mitteilungen:
		Nr. 120 Sonder- und Werbestempel ..

Verfügungen

Allgemeines

Nr. 297/1956. Sonderpostwertzeichen mit Überdruck und Zuschlag „Helft dem sozialistischen Ungarn“ und „Helft Ägypten“

Um die Arbeit des „Hilfskomitees für das sozialistische Ungarn“ und des Ausschusses „Freundschaftshilfe für Ägypten“ wirksam zu unterstützen, gibt die Deutsche Post zwei Postwertzeichen zu 20 Pfennig mit einem Zuschlag von 10 Pfennig heraus. Als Wertzeichen wurde der 20-Pfennig-Wert mit der Darstellung des Berliner Rathauses aus der Serie „Wiederhergestellte historische Bauten“ verwendet. Die Hälfte der Auflage trägt einen Überdruck in schwarzer Farbe: „Helft dem sozialistischen

Ungarn“, während die übrigen Marken mit einem Überdruck „Helft Ägypten“ versehen sind.

Es wird erwartet, daß sich alle beteiligten Kolleginnen und Kollegen im Hinblick auf die Bedeutung der Hilfe für das sozialistische Ungarn und für Ägypten für den schnellen und reiblosen Absatz dieser Sonderpostwertzeichen einsetzen.



P OB 4 a 2040—1

Nr. 298/1956, Berichtigung zur VMBI.VI.Nr. 150/1956 in der VMBI.VI.Nr. 150/1956 — Zurückziehung von Sonderpostwertzeichen — sind die Angaben in

der Aufzählung (Tabelle) wie folgt zu ergänzen: Tag der Briefmarke 1954, 20 Pf. P OB 4 a 2040—1

Betriebsdienst

— Post —

Nr. 299/1956, Erweiterung des Luftpostpaketverkehrs — Berichtigung Nr. 1 zum Gebührenbuch für Luftpostpakete nach dem Ausland, Ausgabe 1. Oktober 1956

I. Im Gebührenbuch für Luftpostpakete nach dem Ausland, Ausgabe 1. Oktober 1956, sind folgende Länder nachzutragen:

Zwischen Nr. 4 und 5:		Zwischen Nr. 70 und 71:		Zwischen Nr. 119 und 120:	
Sp. 1 4 a	Sp. 2 Albanien	Sp. 3 1 frz.	Sp. 4 1	Sp. 5 1,60	Sp. 6 0,65
			3	1,90	
			5	2,20	
			10	3,65	
			15	6,55	
			20	8,00	
Sp. 1 70 a	Sp. 2 Mongolische Volksrepublik	Sp. 3 3 dt., frz., engl., oder russ.	Sp. 4 1	Sp. 5 1,60	Sp. 6 —
			3	1,75	6,00
			5	2,40	
			8	3,70	
Sp. 1 119 a	Sp. 2 Vietnam Demokratische Republik	Sp. 3 3 frz.,	Sp. 4 1	Sp. 5 1,20	Sp. 6 —
			3	1,40	9,95
			5	1,85	
			10	3,65	

Das Verzeichnis der Länder und Gebiete auf den Seiten 31/32 ist entsprechend zu ergänzen.

II. Folgende Berichtigungen sind auszuführen:

- Nr. 116, Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR)
 - nach Orten im europäischen Teil Sp. 5 1,90 und 2,05 ändern in 1,20 und 1,70 Sp. 7 hinter 1,50 setzen *) und über 1,50 eintragen 3,70 Sp. 8 „)“ nur für Pakete nach Moskau“ nachtragen
 - nach Orten im asiatischen Teil Sp. 5 3,35 und 3,50 ändern in 1,90 und 2,80
- Nr. 119 Vereinigte Staaten von Amerika (nur Festland) Sp. 6 die beiden Klammern zu einer Klammer vereinen und hinter 4,10 setzen *) Sp. 8 „)“ für alle Pakete über New York hinaus“
- In Sp. 8 den Vermerk „D“ bei folgenden Ländern streichen:
 - Nr. 10 Belgien, Nr. 24 Dänemark, Nr. 29 Finnland, Nr. 55 Jugoslawien, Nr. 74 Niederlande, Nr. 79 Norwegen, Nr. 80 Österreich, Nr. 88 Polen, Nr. 97 Schweden, Nr. 98 Schweiz, Nr. 112 Tschechoslowakei und Nr. 115 Ungarn. Bei Nr. 105 Syrien ist der Vermerk „Sp“ zu streichen.
- Die Angaben über die Zollinhaltsklärungen in Sp. 3 sind wie folgt zu ändern:
 - Nr. 3 Äthiopien: 5 streichen, 6 einsetzen
 - Nr. 4 Afghanistan: „oder frz.“ streichen
 - Nr. 47 Irak: 3 streichen, 5 einsetzen; engl. in arab. ändern
 - Nr. 48 Iran (Persien): 2 streichen, 3 einsetzen
 - Nr. 92 Portugiesisch-Indien: 1 streichen, 3 einsetzen

- Nr. 94 e Nyassaland: 1 streichen, 2 einsetzen
- Nr. 101 Sudan: „oder arab.“ nachtragen
- In den Vorbemerkungen sind unter „Zollbehandlung usw.“ auf Seite 3 oben die letzten beiden Sätze wie folgt zu berichtigen:
 - Satz: „Exportsendungen“ streichen und dafür „Luftpostsendungen“ einsetzen.
 - Satz: „Eilbotenzetteln“ streichen und dafür „den Klebezetteln“ „Mit Luftpost — Par Avion“ einsetzen.
- Im Zusammenhang mit der Berichtigung unter 4. sind in der Beilage zur VMBI.VI.Nr. 60/1956 unter Ziff. 3 a, vorletzter Absatz, die beiden letzten Sätze wie folgt zu ergänzen: „Exportsendungen und Luftpostsendungen im ...“ und „mit Eilbotenzetteln bekleben.“

Nr. 300/1956, Unterrichtskarten vom Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik und Kurskarten vom westdeutschen Postgebiet

Verschiedene Anfragen der Ämter lassen erkennen, daß ein ständig wachsender Bedarf an den 1955 erstmalig herausgegebenen Unterrichtskarten vom Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik (6 Teilkarten zum Preise von 0,40 DM) sowie an den 1954 erschienenen Kurskarten vom westdeutschen Postgebiet (8 Teilkarten zum Preise von 1,40 DM) vorhanden ist. Aus diesem Grunde sollen beide Kartensätze im ersten Quartal 1957 neu herausgegeben werden.

Zur Ermittlung der Gesamtaufgabe melden alle HPÄ usw., haushaltgeplanten Dienststellen und Postschulen ihren Bedarf an

- Unterrichtskarten vom Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik,
- Kurskarten vom westdeutschen Postgebiet

bis zum 15. Januar 1957 der Kursbuchstelle des MPF beim BPA 7 Magdeburg. Die Karten sind von allen Bestellern zu bezahlen. Die Auslieferung erfolgt nur als Kartensätze (6 und 8 Teilkarten). Der Preis der einzelnen Kartensätze richtet sich nach der Höhe der Auflage. Bei einer ausreichenden Anzahl von Bestellungen wird er von den obengenannten Preisen voraussichtlich nicht wesentlich abweichen.

Die Berichterstattung ist von der zentralen Abt.

Planung des MPF am 6. Dezember 1956 unter Nr. S. 358, befristet bis zum 31. Januar 1957, genehmigt worden.

P Bef 1 c 2473—0.

Nr. 301/1956, Berichtigung zur VMBI.VI.Nr. 238/1956 unter „1. Ändern“ (Zeile 1 und 2) muß es richtig heißen: „Borgsdorf/über Birkenwerder“ in Borgsdorf (b Berlin).

P Bef 1 c 2470—0

— Fernmeldewesen —

Nr. 302/1956, Aufnahme des Fernsprechverkehrs mit der Republik Syrien

Der Fernsprechverkehr zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Syrien wird vom 10. Dezember 1956 an aufgenommen. Zugelassen sind gewöhnliche Staatsgespräche und gewöhnliche Privatgespräche, letztere unter Namensangabe der beiden Gesprächspartner.

Die Gebühr für ein gewöhnliches Privatgespräch von drei Minuten Dauer beträgt 28,80 DM. Das Gebührenbuch für den Fernsprechauslandsdienst ist zu ergänzen.

Fe Fv 9 4010—0

Nr. 303/1956, Gebührenänderung im Fernsprechverkehr mit Britisch Kolumbien (Kanada-Yukon)

Vom 1. Dezember 1956 an ist eine Gebührenänderung im Fernsprechverkehr mit Britisch Kolumbien (Kanada-Yukon) in Kraft getreten.

Die Tagesgebühr für eine Gesprächsverbindung von drei Minuten Dauer beträgt in der Zeit von 12.00 bis 24.00 Uhr 39,30 DM und die Nachtgebühr in der Zeit von 00.00 bis 12.00 Uhr 29,40 DM.

Das Gebührenbuch für den Fernsprechauslandsdienst ist zu berichtigen.

Fe Fv 9 4010—0

Nr. 304/1956, Anordnung über die Gebühren im Fernsprechverkehr (Fernsprechgebührenvorschriften) vom 13. Oktober 1956

Im Sonderdruck Nr. 218 zum Gesetzblatt Teil I der Deutschen Demokratischen Republik vom 30. November 1956 ist als PAO Nr. 695 die obengenannte Anordnung veröffentlicht worden. Die Anordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1957 in Kraft. An demselben Tage tritt die Anlage 3 der Fernsprechordnung vom 24. November 1939 (Fernsprechgebührenvorschriften) außer Kraft.

HBh F 7320—0

Nr. 305/1956, Telegraphische Aufenthaltsgenehmigungen

(Zur VMBI.VI.Nr. 178/1956, S. 112)

Es hat sich in letzter Zeit oft gezeigt, daß die VMBI.VI.Nr. 178/1956 über telegraphische Aufenthaltsgenehmigungen von den Telegramm-Annahmestellen nicht genügend beachtet wird. Das hat in vielen Fällen dazu geführt, daß westdeutsche Bürger mit telegraphischen Mitteilungen aus der Deutschen Demokratischen Republik über Todesfälle oder lebensgefährliche Erkrankungen in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik einreisen wollten, ihnen die Einreise jedoch nicht gestattet werden konnte, weil der Vermerk der Aufenthaltsgenehmigung auf den Telegrammen fehlte. Diese Tatsache gibt Veranlassung, die genannte VMBI.VI. über telegraphische Aufenthaltsgenehmigungen bei allen Telegramm-Annahme- und Aufnahmestellen nochmals besonders in Umlauf zu setzen und auf die Einhaltung dieser Vt. hinzuweisen. Geht solche nach Westdeutschland gerichtete Telegramme ohne Aufenthaltsgenehmigung von kleinen Telegramm-Annahmestellen ein, ist bei diesen Rückfrage zu halten.

Fe Fv 3 3100—0

Nr. 306/1956, Berichtigung Nr. 1 zum Fernleitheft für Inlandsgespräche

- Unter Vorbemerkungen, vorletzter Absatz, bei Greiz Angaben ändern in: auf Plauen und Erfurt.
- S. 2 bei Bautzen Sp. 6, 7, 17 ändern in Bln.
- S. 2 bis 12, 16 bis 28 bei folgenden PA Sp. 5 ändern in: Lzg: Apolda, Aue Sachs, Auerbach Vogtl, Bautzen, Burgstädt, Chemnitzschau, Dresden, Eisenach, Erfurt, Glauchau, Gotha, Karl-Marx-Stadt, Meißen, Mühlhausen Thür, Nordhausen, Plauen Vogtl, Reichenbach Vogtl, Riesa, Rochlitz Sachs, Schwarzenberg Erzgeb, Weimar, Zwickau Sachs
- S. 18 bei Neubrandenburg Sp. 11, 14, 15, 16 ändern in Lzg.
- S. 18, 20 bei Neustrelitz, Prenzlau Sp. 11, 14, 15 ändern in Nbbd.
- S. 28 bei Templin Sp. 15 ändern in Nbbd.
- S. 14 bei Leipzig Sp. 5 ändern in Nbbd.

Die Ausführung der Berichtigung ist auf der vorletzten Umschlagseite durch folgenden Vermerk zu bescheinigen: Berichtigung Nr. 1 ausgeführt, Namenszeichen, Datum.

Fe Fv 5 4246—2

Mitteilungen

- Nr. 120/1956, Sonder- und Wertbestempel (Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluß der Mitteilungen)
- Dauerverbung
 - Schmalkalender
 - Sonderstempel
 - SCHMALKALENDERN Smalcalda
 23. 11. 56 — 50
 - DER STAAT DER WERKZEUGE u. METALLWAREN Bildliche Darstellung: Kirche mit Schloß
 23. November 1956 bis 6. November 1957
 - Tag der Menschenrechte
 - Berlin-Panckow

- Handstempel
- BEIESTAMPANKOW 19. 12. 56 — 59
- DEUTSCHE LIGA FÜR DIE VEREINigten NATIONEN TAG DER MENSCHENRECHTE Bildliche Darstellung: Weltkugel, Fahnen der Vereinten Nationen
10. Dezember 1956 bis 8. Januar 1957 Anträge zur Ausführung von nachträglichen Gefälligkeitsstempelungen sind bis zum 8. März 1957 an die Versandstelle für Sammlermarken beim BPA Berlin W 8 zu richten.
- Anlaß b) Verwendungs-PA c) Art des Stempels d) Stempel-Inhalt e) Verwendungsdauer
- DFW 6252—1

Rechenhilfe

Band I

1—300×2 bis 1—300×300
Multiplizieren — Dividieren

Errechnung der Zeit- und Leistungs- bzw. Akkordlöhne einschließlich Zuschläge
Stückrechnung — Prozentrechnung — Zeitrechnung

Format DIN A 4 · 328 Seiten · Ganzkunstleder 16,35 DM

Die Rechenhilfe enthält einen Auszug aus den arbeitsrechtlichen Vorschriften und kann neben der Lohnberechnung auch zu allen anderen kaufmännischen Berechnungen, die auf den Grundrechnungsarten basieren (z. B. Ausrechnung von Bestandsaufnahmen, Berechnung von Faktoren usw.), verwendet werden.

Rechenhilfe

Band II

1—300×201 bis 1—300×500

einschließlich der entsprechenden Minuten und Zuschlagtafeln

Format DIN A 4 · Etwa 200 Seiten · Preis etwa 14,— DM

In verschiedenen Zweigen unserer Volkswirtschaft kommen Zeit- bzw. Leistungslohne von mehr als 3,— DM pro Stunde zur Anwendung. Um auch in diesen Fällen die Vereinfachung der Lohnrechnung, wie sie durch die Rechenhilfe I gewährleistet ist, zu ermöglichen, erscheint im I. Quartal 1957 der Band II. Es wird gleichzeitig der allgemeine Arbeitsbereich der Rechenhilfe I für alle übrigen Rechenarbeiten wesentlich erweitert und damit allen Anforderungen der Praxis entsprechen.

Anfang des Jahres 1957 erscheint

Die Bezahlung und Besteuerung bei Krankheit, Betriebsunfall, Quarantäne — einschließlich Lohnausgleich —, unbezahltm Urlaub u. dgl. mit Tabellen

Format DIN C 5 · Etwa 208 Seiten · Broschiert etwa 10,— DM

Mit dieser Publikation wird ein Überblick über die geltenden Bestimmungen des Arbeitsrechts, Steuerrechts und des Sozialversicherungsrechts bei Bezahlung und Besteuerung in den genannten Fällen gegeben. Die Berechnung selbst wird unter Verwendung von Tabellen in Beispielen ausführlich dargestellt.

Alle Tabellen sind beigelegt:

Tabelle für die Berechnung des Verdienstes pro Arbeitstag — Tabelle für die Berechnung der Lohnsteuer für 1 bis 23 Tage — Tabelle für die Aufteilung der steuerfreien Beträge für 1 bis 23 Tage — Tabelle für die Berechnung des Nettodurchschnittsverdienstes für den Lohnausgleich.

Bestellungen bitten wir beim örtlichen Buchhandel oder beim Buchhaus Leipzig, Leipzig C 1, Postfach 91, aufzugeben.

In Berlin sind unsere Bücher vorrätig beim Leibniz-Sortiment, Fachbuchhandlung für Rechts-, Staats-, Wirtschaftswissenschaft, Berlin W 8, Französische Straße 13.

VEB DEUTSCHER ZENTRALVERLAG · BERLIN

Herausgeber: Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin W 66.
Verlag: (V) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin, Fernap. 87 81 1, Postfachkonto: 1409 25. — Die Verfügungen und Mitteilungen erscheinen in der Regel am 1., 8., 15. und 22. jedes Monats. — Veröffentlichung unter Druckgenehmigungsnummer Ag 11458 DDR des Amtes für Literatur und Verlagswesen der Deutschen Demokratischen Republik — Druck: (30) Druckerei Tägliche Rundschau, Berlin W 8

Ausgabe A

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen

Jahrgang 1956 Berlin W 66, den 8. Dezember 1956 Nummer 47

Verfügungen:	Inhalt	Seite
Nr. 290	Sonderpostwertzeichen zum Tag der Menschenrechte	175
Nr. 291	Neues Telegrammschmuckblatt LX 16	176
Nr. 292	Berichtigung zur VMBL.Vf.Nr. 269/1956 — Sonderpostwertzeichen „Berliner Treppenturm“	176
Nr. 293	Bargeldlose Auflieferung von Postanweisungen	176
Nr. 294	Geldrollenpapier für Münzen zu 1 DM	176
Betriebsdienst		
Nr. 295	Ergänzungen zur Anweisung zur Verordnung über den Fernsch-Rundfunk und ihrer Ersten Durchführungsbestimmung vom 1. Juni 1956 (GBl. I S. 493)	176
Nr. 296	Eilzustellgebühr für Briefe und für Telegramme	177

Verfügungen Allgemeines

Nr. 290/1956. Sonderpostwertzeichen zum Tag der Menschenrechte

Im Juli 1954 ist die Deutsche Liga für die Vereinten Nationen von Angehörigen aller Bevölkerungskreise gegründet worden.

Die Ziele der Liga sind: Zur Erhaltung des Friedens auf der Grundlage der in der Charta der Vereinten Nationen aufgestellten Grundsätze beizutragen und den unbeugsamen Friedenswillen des deutschen Volkes zum Ausdruck zu bringen. Sie unterstützt die Bestrebungen aller Völker zur friedlichen internationalen Zusammenarbeit ohne Unterschied der Weltanschauung und der Rasse. Sie hat die Aufgabe, dem deutschen Volke die Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen nahezubringen und die Aufnahme des demokratischen, friedliebenden und unabhängigen Deutschlands in die Vereinten

Nationen nach Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages vorzubereiten.

Zur Unterstützung der Arbeit der Deutschen Liga für die Vereinten Nationen und aus Anlaß des Tages der Menschenrechte, der am 10. Dezember jedes Jahres begangen wird, gibt die Deutsche Post drei Sonderpostwertzeichen zu 5, 10 und 25 Pfennig heraus. Die Entwürfe zu den in $\frac{1}{4}$ ihrer natürlichen Größe abgebildeten Wertzeichen haben die Berliner Graphiker Bengs und Skribelka geschaffen. Die Herstellung der Marken erfolgt durch den VEB Graphische Werkstätten, Leipzig, im Offsetverfahren auf Wasserzeichenpapier mit dem Posthornmuster. Die Wertzeichen werden vom 10. Dezember 1956 an bei allen Postanstalten der Deutschen Demokratischen Republik und des demokratischen Sektors von Groß-Berlin sowie bei der Versandstelle für



Sammlermarken in Berlin W 8 verkauft. Vor dem genannten Zeitpunkt dürfen sie nicht abgegeben werden.

Der zu den Wertzeichen erscheinende Erstgabsbriefumschlag trägt auf dem linken Drittel der Anschriftseite den Wortlaut des Artikels 1 Absatz 1 des Entwurfs der UN-Menschenrechtskonvention. Der Umschlag ist bei den üblichen Abgabestellen zum Preise von 20 Pfennig erhältlich.

Nr. 291/1956. Neues Telegrammschmuckblatt LX 16
Mit der Ausgabe und Verteilung eines neuen Schmuckblattes LX 16 wird voraussichtlich am 10. Dezember 1956 begonnen werden.

Das LX-Telegramm ist für Weihnachten und Neujahr bestimmt. Es zeigt als Motive eine Winterlandschaft, Schnitzwerk, Karpfen, Bleifanne usw. Die einzelnen Darstellungen sind als drei Sujets gezeichnet worden, die durch Schneesterne voneinander getrennt werden. Der Entwurf wurde von dem Graphiker Eugen Schumann, Hennigsdorf (b Berlin), gefertigt. Das Schmuckblatt wird dreifarbig im Offsetdruck hergestellt.

P OB 4 b 2040-1

Nr. 292/1956. Berichtigung zur VMBI.VI.Nr. 269/1956 - Sonderpostwertzeichen „Berliner Tierpark“

Der in der vorgenannten Verfügung angegebene Ausgabebetrag für die Wertzeichen-Serie „Berliner Tierpark“ konnte aus drucktechnischen Gründen nicht eingehalten werden. Die Ausgabe der Marken erfolgt nunmehr am 14. Dezember 1956. Die VMBI.VI.Nr. 269/1956 ist zu berichtigen.

P OB 4 b 2040-1

Nr. 293/1956. Bargeldlose Auflieferung von Postanweisungen

Einzahlungen auf Postanweisungen und telegrafische Postanweisungen sind in der Regel bar zu leisten.
Zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs ist mit der Zentrale der Deutschen Notenbank zusätzlich folgendes Verfahren vereinbart worden:

Werden von Betrieben und Organisationen Postanweisungen bar bei der Deutschen Post eingezahlt,

so sind die Einzahler darauf hinzuweisen, daß die Zahlungsvorgänge bargeldlos durch Zahlungsanweisungen über das Postcheckkonto des konführenden Kreditinstituts abgewickelt werden können. Entsprechende Vordrucke stellen die Kreditinstitute zur Verfügung.

Ist dieser Weg unter Berücksichtigung der dadurch auftretenden Verzögerungen bei der Erledigung der Zahlungsvorgänge nicht gangbar, kann die zuständige Niederlassung der Deutschen Notenbank oder des Berliner Stadtkontors Ausnahmeregelungen zulassen. Die Zustimmung, daß Einzahlungen auf Postanweisungen mit Scheck vorgenommen werden können, ist den in Frage kommenden Betrieben und Organisationen schriftlich zu erteilen. Das entsprechende Schreiben des Kreditinstituts ist bei allen Einzahlungen auf Postanweisungen mit Scheck vorzulegen.

Durch dieses Verfahren erübrigt sich das Führen besonderer Verzeichnisse bei den Betrieben der Deutschen Post.

Die Kreditinstitute sind dafür verantwortlich, daß die Genehmigungsschreiben wieder eingezogen werden, sofern die Voraussetzungen für die erwähnte Ausnahmeregelung nicht mehr zutreffen.

Abweichend von den dargelegten Grundsätzen sind die Kreditinstitute berechtigt, im Auftrage ihrer Kunden Postanweisungen und telegrafische Postanweisungen mit Scheck oder Postüberweisung zu begleichen.

Die Amtsbl.VI.Nr. 214/1949 ist unter Hinweis auf diese VMBI.VI. zu streichen.

HBh P 4 (P) 7107-0

Nr. 294/1956. Geldrollenpapier für Münzen zu 1 DM

Im Verzeichnis der Formblätter der Deutschen Post ist in der Abteilung Allg. Formblätter, 3. Einlageblatt, unter „Allg. Fbl. 38 c“ nachzutragen: Allg. Fbl. 38 d - Geldrollenpapier für 1-DM-Stücke - Stück.

Der Bedarf an diesem Rollenpapier kann sofort vom Vordruckleitverlag Spremberg (Niederlausitz) abgefordert werden.

HBh P 4 (1) 7101-0

tragssteller muß den erfolgreichen Abschluß eines entsprechenden Lehrganges, z. B. bei Handwerksgenossenschaften, bei der Kammer der Technik oder bei der einschlägigen Fachindustrie, nachweisen sowie die in Frage kommenden technischen Bestimmungen und baupolizeilichen Vorschriften kennen. Ferner muß er im Besitz geeigneter Meißergeräte sein oder sich bereit erklären, sich solche Geräte zu beschaffen. Hierzu wird noch folgendes bemerkt:

Für Antennenanlagen sind in den VDE 0855, 0856, 0857, 0858 und 0886 Bestimmungen enthalten, die sinngemäß auch für Fernseh-Rundfunkempfangsantennen anzuwenden sind. Wegen der Ausführung von Blitzschutzanlagen wird noch auf das vom Ausschuß für Blitzableiterbau

(ABB) im Verlag Technik, Berlin, herausgegebene Buch „Blitzschutz“ hingewiesen, das Anfang 1957 in neuer Auflage erscheinen soll.

Bauordnungen, die für die Deutsche Demokratische Republik gelten werden, sind in Vorbereitung. Bis zu deren Erscheinen gelten noch die in den einzelnen Landesteilen erlassenen baupolizeilichen Vorschriften.

e) Haben HO- oder Konsum-Verkaufsstellen Personal, das den unter Buchstaben b genannten Bedingungen entspricht, so kann dieser eine Lizenz erteilt werden. Für Vertragswerkstätten gilt dies sinngemäß.

d) Für die Erteilung von Lizenzen ist das in der Anlage angegebene Formblatt vorgesehen. Der Bedarf an Formblättern für zwei Jahre ist zu melden.

Schreiben, mit denen Lizenzen bereits erteilt worden sind, sind zu gegebener Zeit zurückzufordern und durch Formblätter zu ersetzen.

e) Der Lizenznehmer übernimmt nach Fertigstellung der Fernseh-Rundfunkempfangsanlagen die Gewähr, daß mit diesen Anlagen der Empfang eines Fernsehsenders der Deutschen Demokratischen Republik mit wirtschaftlich vertretbarem Kostenaufwand einwandfrei erreicht wird.

f) Die Lizenznehmer sollen die gewerbsmäßig errichteten Fernseh-Rundfunkempfangsanlagen den BPF von Fall zu Fall melden, damit diese einen Überblick über derartige Anlagen erhalten und von dem Recht der Deutschen Post, solche Anlagen zu kontrollieren und abzunehmen, Gebrauch machen können.

g) Es ist nicht vorgesehen, alle gewerbsmäßig errichteten Anlagen von der Deutschen Post abnehmen zu lassen. Es bleibt den BPF überlassen, durch Stichprobenweise Überprüfungen festzustellen, ob die Anlagen ordnungsgemäß errichtet worden sind.

Auf Wunsch von Fernseh-Rundfunkteilnehmern können auch die von ihnen selbst errichteten Anlagen überprüft werden.

Eine Gewähr für einen einwandfreien Empfang wird durch die Überprüfung seitens der Deutschen Post nicht gegeben. Auch übernimmt die Deutsche Post keinerlei Haftpflicht den Rundfunkteilnehmern gegenüber. Das Verhältnis zwischen diesen und Dritten regelt sich nach den hierfür geltenden Bestimmungen. Deshalb sollte sowohl den Lizenznehmern als auch den Rundfunkteilnehmern empfohlen werden, selbst eine Haftpflichtversicherung abzuschließen.

Schriftliche Bescheinigungen über erfolgte Überprüfungen oder Gutachten sind nicht auszustellen.

h) Gebühren für die Erteilung von Lizenzen und für die Überprüfung von Fernseh-Rundfunkempfangsanlagen sind nicht vorgesehen.

2. Zu § 4 Abs. 1 der 1. Durchführungsbestimmung

Die Bestimmungen der VMBI.VI.Nr. 369/1955 sind sinngemäß auch beim Verzicht auf Fernseh-Rundfunkgenehmigungen anzuwenden.

3. Zu § 5 Abs. 1 der 1. Durchführungsbestimmung
Eine Fernseh-Rundfunkgenehmigung berechtigt zum Betrieb nur eines Rundfunk-Empfangsgeräts unter Berücksichtigung der im § 3 Abs. 1 der 1. Durchführungsbestimmung genannten Bedingungen.

Anlage zur VMBI.VI.Nr. 295/1956

(Vorderseite)
Lizenzerteilung

Herrn
in
wird gemäß § 3 der Verordnung über den Fernseh-Rundfunk vom 1. Juni 1956 (GBl. I Nr. 53/1956, S. 494) die

Lizenz zur gewerbsmäßigen Errichtung von Fernseh-Rundfunkempfangsanlagen unter den umstehend genannten Bedingungen erteilt.

Diese Lizenzerteilung ist bei der Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen unter der Nr. eingetragen worden.

, den
Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen
I. A.
Funkingenieur

(Rückseite)

1. Bei der Errichtung von Fernseh-Rundfunkempfangsanlagen sind die einschlägigen technischen Bestimmungen sowie die baupolizeilichen Vorschriften zu beachten.

2. Die Zustimmung Dritter (z. B. Gebäudeeigentümer, Wegeunterhaltungspflichtige) zur Errichtung von Antennen und Außenleitungen hat sich der Teilnehmer am Fernseh-Rundfunk selbst zu beschaffen.

3. Der Lizenznehmer übernimmt nach Fertigstellung der Fernseh-Rundfunkempfangsanlagen die Gewähr, daß mit diesen Anlagen der Empfang eines Fernsehsenders der DDR mit wirtschaftlich vertretbarem Kostenaufwand einwandfrei erreicht wird.

4. Alle gewerbsmäßig errichteten Fernseh-Rundfunkempfangsanlagen sind der BPF von Fall zu Fall zu melden.

VI 5 5032-3

— Fernmeldewesen —

Nr. 296/1956. Eilzustellgebühr für Briefe und für Telegramme
(zur VMBI.VI.Nr. 229/1956, S. 141)

Die mit der genannten VMBI.VI. angeordnete Senkung der Eilzustellgebühr für alle Briefsendungen (Orts- und Landzustellung) auf 50 Pfennig bei Vorauszahlung durch den Absender erstreckt sich auch auf solche Eilbriefe, mit denen den Aufgebern fernmündlich aufgebener Telegramme auf

Wunsch Durchdrucke der Telegramme übersandt werden. In Anl. A zur ADA VI.1 Abs. II. Nebengebühren ist unter den Punkten 6 und 7 (S. 83) die Gebühr in 50 Pfennig zu ändern.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß die Eilzustellgebühr bei Telegrammen nach dem Landzustellbereich einer Telegraphendienststelle bei Vorauszahlung (XP) unverändert 80 Pfennig beträgt.
Fe Pv 3 3100-0

Betriebsdienst
— Funkwesen —

Nr. 295/1956. Ergänzungen zur Anweisung zur Verordnung über den Fernseh-Rundfunk und ihrer Ersten Durchführungsbestimmung vom 1. Juni 1956 (GBl. I, S. 494)

(zur VMBI.VI.Nr. 189/1956)

1. Zu § 3 der Verordnung, § 1 Abs. 7 und § 2 Abs. 1 der 1. Durchführungsbestimmung

a) Die Bestimmungen des § 3 der Verordnung über die Erteilung von Lizenzen sollen gewährleisten, daß die gewerbsmäßige Errichtung von Fernseh-Rundfunkempfangsanlagen zum Empfang der Fernseh-Rundfunksendungen der Deutschen Demokratischen Republik in technisch zufriedenstellender Weise ausgeführt wird.

b) Die Überprüfung des Antragstellers zur Erteilung von Lizenzen soll formlos erfolgen. Der An-

DIE DEUTSCHE POST

Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen

- veröffentlicht* Beiträge von Fachleuten der Deutschen Post
- popularisiert* den neuesten Stand des Post- und Fernmeldewesens
- unterrichtet* über ausländische postalische Probleme
- beantwortet* Fragen aus allen Tätigkeitsbereichen
- vermittelt* Gedanken und Anregungen aus sämtlichen Dienstzweigen
- erscheint* monatlich einmal und ist reich bebildert
- versorgt* alle Postangehörigen mit guten Ratschlägen
- besitzt* einen Umfang von 20 Seiten und hat DIN-A-4-Format
- kostet* für Postangehörige vierteljährlich 1,50 DM
- sorgt* für abwechslungsreiche und aktuelle Thematik
- gibt* ständig Hinweise zum Verbessern des Post- und Fernmeldebetriebs
- ist* die Fachzeitschrift für Sie und Ihre Mitarbeiter

Abonnements-Bestellungen nehmen die zuständigen Postzeitungsvertriebe entgegen

Herausgeber: Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin W 66.
 Verlag: (V) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin. Fernspr. 47 21 11, Postscheckkonto: 1409 25. — Die Verfügungen und Mitteilungen erscheinen in der Regel am 1., 8., 15. und 22. jedes Monats. — Veröffentlicht unter Druckgenehmigungsnummer 46 1438 DDR des Amtes für Literatur und Verlagswesen der Deutschen Demokratischen Republik. — Druck: (G) Druckerei Tägliche Rundschau, Berlin W 8

Ausgabe A

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen

Jahrgang 1956 Berlin W 66, den 1. Dezember 1956 Nummer 46

Verfügungen:	Betriebsdienst	Seite	Inhalt	Seite	
Nr. 289	Luftpostliste für den Winterflugplan 1956/57	171	Nr. 287	Zahlungsfristen für Vertragshändler des PZV, Einzelhändler, Organisationen und Betriebe	172
Nr. 281	Faltribriefsendungen	171	Nr. 288	Änderung der Annahmbedingungen für Seefunk-Feuertags-Telegramme	172
Nr. 282	Beförderungsläufe	171	Nr. 289	Fernsprechverkehr mit der Türkei	173
Nr. 283	Wegfall der Einschreibabschlüsse	171	Mitteilungen		
Nr. 284	Totodienst	172	Nr. 116	Republik- und Gruppenstempel im Wettbewerb für das III. Quartal 1956	173
Nr. 285	Einführung von zwei Lagerformblättern im Sparkassendienst	172	Nr. 117	Arbeitskräfte für das HPA Hoyerawerda	173
Nr. 286	Änderung des Formblattes C 111 „Nachfrage-schreiben“	172	Nr. 118	Sonderpoststempel	173
			Nr. 119	Sonder- und Werbestempel	173

Verfügungen Betriebsdienst

— Post —

Nr. 280/1956. Luftpostliste für den Winterflugplan 1956/57

Die demnächst erscheinende Luftpostliste für den Winterflugplan 1956/57 wird nicht, wie bisher üblich, an die HPÄ, sondern an die zuständige BPF ausgeliefert. Die HPÄ fordern sich die für ihren Bereich benötigten Dienst- und Verkaufsstücke ab. Der Verkaufspreis beträgt 0,50 DM.

Die in der Liste angegebenen Zeiten beziehen sich auf die Beförderung vom Flughafen Berlin-Schönefeld bis zum Flughafen des Bestimmungslandes. Auskünfte über die Beförderungsdauer im Innern des Bestimmungslandes können nicht erteilt werden.
 P OB 3 a 2610-3

Nr. 281/1956. Faltribriefsendungen

Bei den Zustell-PÄ häufen sich die Klagen über den Eingang mehrfach gefalteter Briefsendungen, die mit Drahtheftklammern verschlossen und zu ermäßigter Gebühr befördert worden sind. Die Sendungen werden mit Nachgebühr belegt, von den Empfängern verweigert und gehen an den Absender zurück. Dieses Verfahren führt zu Auseinandersetzungen mit den Postbenutzern. Deshalb muß bei den Einlieferungs-PÄ genauer geprüft werden, ob die Sendungen den Bedingungen der

VMBl.VI. Nr. 31/1955 entsprechen. Auf die ADA V.1 AB zu § 1 unter I wird besonders hingewiesen.

Zur Vermeidung von Unzuträglichkeiten sind Ausnahmegenehmigungen über die Zulässigkeit von Faltribriefsendungen nur für den jeweiligen Zuständigkeitsbereich zu erteilen.
 P OB 1b 2121-1

Nr. 282/1956. Beförderungsläufe

Die Bestimmungen der ADA V.2 Anh. 12 § 20 werden wie folgt geändert:

Beförderungsläufe sind nur bei Verlust und Behebung von Wertbriefen und versiegelten Wertpaketen zu erlassen. Für den Erlaß der Beförderungsläufe sind grundsätzlich die HPÄ zuständig.

In der ADA ist auf diese Vf. hinzuweisen.

P OB 1 2013-0

Nr. 283/1956. Wegfall der Einschreibabschlüsse

Die Bestimmungen über Einschreibabschlüsse (ADA V.2 § 45 unter d) werden aufgehoben. Die bisher bei PÄ mit geringem Verkehrsumfang aufzustellenden Abschlüsse fallen von sofort an weg. In der ADA ist zunächst mit Bleistift auf diese Vf. hinzuweisen; Berichtigung folgt später.
 P OB 2 b 2154-3

Nr. 284/1956. Totodienst
(Zur VMBL.VZ.Nr. 110/1955)

1. Mit der Direktion des VEB Sport-Toto wurde folgende freie Vereinbarung getroffen:
Der Zusatzvertrag vom 10. Februar 1956 über die Einführung des Sportfest-Toto bleibt weiterhin in Kraft.
Es gilt die Bestimmung des § 16 des Rahmenvertrages vom 17. Januar 1956: Sofern nicht ein Vertragspartner jeweils bis zum 30. September für den 31. Dezember schriftlich kündigt, verlängert sich der Vertrag um ein weiteres Jahr.
2. Bei Verlust von Gewinnabschnitten A hat das HPA die notwendigen Unterlagen (Verhandlungsschriften und die betreffende Gewinnauszahlungsliste) mit Bericht der BPF vorzulegen. Die BPF sendet nach Prüfung den Vorgang — mit ihrer Stellungnahme versehen — an die Direktion des VEB Sport-Toto, Berlin N 4, Chausseestraße 13. Die Direktion des VEB Sport-Toto entscheidet über die Anerkennung der Gewinnzahlung.
P OB 2 d 2155-1

Nr. 285/1956. Einführung von zwei Lagerformblättern im Sparkassendienst
Folgende Formblätter, die bisher von den Pänst selbst hergestellt werden mußten, werden vom

I. Quartal 1957 an als Lagerformblätter beim Vordruck-Leitverlag in Spremberg (Niederlausitz) geführt:

- 1. Spk 69 „Nachweis der ausgestellten Postspargbücher“. Die bisherige Bezeichnung „Überweisungsbuch für Postspargbücher“ (ADA V,5 Anl. 8) ist durch die o. a. Bezeichnung ersetzt worden.
 - 2. Spk 73 „Begleitzettel“ (ADA V,5 § 38 Abs. 7 und ADA V,9 § 31, Abs. 9).
- Die HPA haben in ihrem Bereich den Bedarf an beiden Formblättern für das I. Quartal 1957 bis zum 15. Dezember 1956 vom Vordruck-Leitverlag in Spremberg (Niederlausitz) abzurufen. Für den Abruf der übrigen Quartale gelten die bestehenden Anweisungen.
P OB 2 f 2792-0

Nr. 286/1956. Änderung des Formblattes C 111 „Nachfrageschreiben“
Im Formblatt C 111 „Nachfrageschreiben“ wird bei einem Neudruck unter Bezeichnung „Gegenstand“ eingefügt: „Wurde ein Postmietbehälter benutzt?“ Die noch vorhandenen Formblätter sind zu berichtigen. Künftig ist bei Nachfragen oder dem Verlust von PNB im Nachfrageschreiben-Buch und im Verlustnachweis A ein entsprechender Vermerk anzubringen.
P OB 1 a 6200-0

— Zeitungsvertrieb —

Nr. 287/1956. Zahlungsfristen für Vertragshändler des PZV, Einzelhändler, Organisationen und Betriebe

Es ist erforderlich, für die Bezeichnung Kontrahent der Deutschen Post klare Begriffsbestimmungen zu schaffen, da für die einzelnen Abnehmer unterschiedliche Vertriebsbedingungen bestehen.

Zeitungs- und Zeitschriftenhändler sind auf Grund eines Vertragsverhältnisses Agenturen des Postzeitungsvertriebs, über keine andere gewerbliche Tätigkeit aus und sind nur mit dem Rabatt umsatzsteuerpflichtig. Für diese Zeitungs- und Zeitschriftenhändler gilt von sofort an die Bezeichnung Vertragshändler des Postzeitungsvertriebs.
Die Hauptpostämter sorgen dafür, daß diese Bezeichnung an allen betreffenden Verkaufsständen angebracht wird.
Für Vollbuchhandlungen, Buchverkaufsstellen und Fachgeschäfte wird zum Unterschied von den Vertragshändlern des Postzeitungsvertriebs die Bezeichnung Einzelhändler festgelegt.

Für die Vertragshändler des Postzeitungsvertriebs gibt es keine Zahlungsfristen, weil sie als Agenturen des Postzeitungsvertriebs verpflichtet sind, die Nettobeträge der gelieferten Waren täglich abzurechnen.

Bei Lieferungen des Postzeitungsvertriebs an Einzelhändler, Organisationen und Betriebe sind die gesetzlichen Lieferungs- und Zahlungsbedingungen nach der 6. und 24. Durchführungbestimmung und der dazu ergangenen Anweisung zur

Verordnung über die Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe (vgl. ZVOBL. 1949/S. 548 und ZBL. 1953/S. 51 sowie GBl. 1954/S. 357) anzuwenden. Die gesetzliche Zahlungsfrist beträgt bei diesen Lieferungen 15 Tage.

Die Verfügung über die Zahlungsfristen im Postzeitungsvertrieb (VMBL.Vf. Nr. 317/1955) wird ab sofort aufgehoben.

Bei Lieferungen des Postzeitungsvertriebs an den Einzelhändler zu Abnahmensbedingungen ist die Bezahlung der Rechnungen bis zum Ende des 1. Monats der Bezugszeit vorzunehmen.
Im Vertrag für Zeitungs- und Zeitschriftenhändler (Formblatt Z 2) ist die Bezeichnung „Kontrahent“ zu streichen und dafür Vertragshändler zu setzen. Es ist außerdem der Wortlaut des § 7 zu ändern in: „Der Vertragshändler ist verpflichtet, die aus den Rechnungen der Deutschen Post ersichtlichen Nettobeträge täglich abzurechnen.“ Bei Neudruck des Formblattes werden diese Änderungen berücksichtigt.

Für die Belieferung des Buchhandels sind Verträge (Formblatt Z 3) — mit Ausnahme Berlins, wörtlich noch eine besondere Verfügung erlassen wird — nicht mehr erforderlich. Die bestehenden Verträge für den Buchhandel — außer in Berlin — sind deshalb mit der Begründung die Verwaltungsarbeit zu vereinfachen, fristgemäß zu kündigen.

Im Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel wird eine entsprechende Information veröffentlicht.
PZ 2 b 2372-0

— Fernmeldewesen —

Nr. 288/1956. Änderung der Annahmbedingungen für Seefunk-Festtags-Telegramme

Die im Gebührenbuch für den Seefunkdienst für die Annahme von Seefunk-Festtags-Telegrammen

vermerkten Zeiträume werden wie folgt neu festgesetzt:
für Weihnachten und Jahreswechsel vom 15. Dezember bis 5. Januar, für Ostern

vom Dienstag vor bis Dienstag nach Ostern, für Pfingsten vom Dienstag vor bis Dienstag nach Pfingsten, für den 1. Mai vom 25. April bis 2. Mai einschließl.
Auf S. 18 des Gebührenbuches für den Seefunkdienst ist bei Punkt 13 auf diese Vt. hinzuweisen.
Fe Fv 3 5010-0

Nr. 289/1956. Fernsprecherkehr mit der Türkei
Auf Wunsch der türkischen Verwaltung sind vom 1. November 1956 an im Fernsprecherkehr mit der Türkei in beiden Richtungen R-Gespräche nicht mehr zulässig.
Das Gebührenbuch für den Fernsprechauslandsdienst ist zu berichtigen.
Fe Fv 9 4010-0

Mitteilungen

Nr. 116/1956. Republik- und Gruppensieger im Wettbewerb für das III. Quartal 1956
Der Minister der Deutschen Demokratischen Republik hat die Auszeichnung nachfolgender Arbeiter als „Republiksteiger im Wettbewerb“ beschlossen:
Hauptpostamt Sangerhausen, Fernmeldeamt Gera, Funkamt Beitzitz (Mark).

Als „Gruppensieger im Wettbewerb“ wurden ausgezeichnet:
Bahnhofpostamt 32 Leipzig, Postcheckamt Magdeburg, Bezirkswerkstatt für Kraftpostwagen Zwickau (Sachs), Abt. Postzeitungsvertrieb des Hauptpostamtes Leipzig C 1, Verstärkeramt Halle (Saale), Abt. Fernmeldebetrieb im Fernmeldeamt Dresden, Abt. Fernmeldebau im Fernmeldeamt Görlitz
Arb 6 9081-0

Nr. 117/1956. Arbeitskräfte für das HPA Hoyerswerda
Durch den Aufbau des Kombinals „Schwarze Pumpe“ und der zweiten sozialistischen Wohnstadt in der Deutschen Demokratischen Republik werden an das HPA Hoyerswerda große Anforderungen gestellt, um eine reibungslose Postversorgung zu sichern. Da die erforderlichen Fachkräfte nicht mehr von den HPA des Bezirks Cottbus gewonnen werden können, ruft das HPA Hoyerswerda die HPA auf, gut qualifizierte Mitarbeiter nach Hoyerswerda zu vermitteln. Es werden vor allem Schalterkräfte benötigt. Die Emdlung dieser Kräfte erfolgt nach Gehaltsgruppe VI, Ortsklasse A. Für Unterkunft wird gesorgt.
Versetzungstermine usw. sind unmittelbar mit dem HPA Hoyerswerda zu vereinbaren.
P Kad 2

Nr. 118/1956. Sonderpostämter
(Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluß der Mitteilungen)
Berlin, Marx-Engels-Platz, Weihnachtsmarkt, ZwPA des Postamts Berlin C 1
a) Weihnachtsmarkt 1956
b) Berliner Ausstellungen- und Werbebetriebe
c) 25. November bis 22. Dezember 1956
d) Verkauf von Postwertzeichen und Sondermarken, Annahme von Telegrammen, Postanweisungen und Zahlkarten, Vermittlung von Ferngesprächen, Postsparkassendienst, Gefälligkeitsstempelungen
e) 11. 56-6
BESUCHT DEN BERLINER WEIHNACHTSMARKT
1. bis 22. 12. 1956
Bildliche Darstellung: Tannenbaum, Verkaufsstände, Friedenstaube
a) Anlaß b) Veranstalter c) Dauer d) Aufgabenkreis des Sonderpostamts e) Stempelschnitt
DPW 1255-0/2B

Nr. 119/1956. Sonder- und Werbestempel
(Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluß der Mitteilungen)
a) Werbung für den Berliner Tierpark
b) Berlin W 8
c) Handstempel (Ø 35 mm)
d) BERLIN-FRIEDRICHSFELDE
28. 11. 56-0

TIERPARK
Bildliche Darstellung: Riesen-Turban
c) 14. Dezember 1956 bis 21. Januar 1957
Mit diesem Stempel werden nur Gefälligkeitsstempelungen ausgeführt. Anträge auf Gefälligkeitsstempelungen sind an die Versandstelle für Sammelmarken Berlin W 8 bis zum 23. März 1957 zu richten.

a) Werbung für Altstoffsammlung
b) Altenburg (Bz Leipzig), Aue (Sachs), Bautzen, Dessau, Döbeln, Eisenach, Erfurt, Freiberg (Sachs), Gera, Glauchau (Sachs), Görlitz, Greiz, Zwickau (Sachs), Jena, Weimar, Leipzig C 13, Mühlhausen, Pörsdorf, Riesa, Rositz, Schwerin (Meckl), Stralsund, Rudolstadt, Halberstadt, BPA 7 Magdeburg, BPA 20 Halle (Saale), BPA 32 Leipzig
c) Maschinenstempel
d) Entwurf 1: ALTSTOFFE sind ROHSTOFFE. Bildliche Darstellung: Rumpelmännchen, Altenburg (Bz Leipzig), Bautzen, Döbeln, Erfurt, Glauchau (Sachs) 2, Greiz, Jena, Leipzig C 13, Magdeburg BPA 7, Potsdam, Rostock 2, Schwerin (Meckl), Rudolstadt
Entwurf 2: BRINGT ALTSTOFFE zum ALTSTOFFHANDEL. Bildliche Darstellung: Rumpelmännchen, Aue (Sachs), Dessau, Eisenach 2, Freiberg (Sachs), Görlitz, Zwickau (Sachs), Weimar, Leipzig BPA 25, Mühlhausen, Riesa, Stralsund, Halberstadt
Entwurf 3: ALTPAPIER NICHT IN DEN OFFEN SONDERN ZUM ALTSTOFFHANDEL. Bildliche Darstellung: Rumpelmännchen, Aue (Sachs), Dessau, Eisenach 2, Freiberg (Sachs), Gera, Halle (Saale) BPA 20, Leipzig BPA 32, Magdeburg BPA 7
Entwurf 4: ALTEXTILIEN ALTPAPIER KNOCHEN sind wichtige Rohstoffe sammelt ALTSTOFFE. Bildliche Darstellung: Rumpelmännchen mit Sack
— Spreiz ZBL — reise zeitgemäß
Bildliche Darstellung: Flugzeuge
e) 1. bis 31. Dezember 1956

a) Briefstempelwerbung
b) 1. Karl-Marx-Stadt C 1
2. Karl-Marx-Stadt C 4
c) Maschinenstempel
d) Zu 1: DEUTSCHE LUFTHANSA
Bildliche Darstellung: Kranich
Zu 2: DEUTSCHE LUFTHANSA
Bildliche Darstellung: Kranich
— Spreiz ZBL — reise zeitgemäß
Bildliche Darstellung: Flugzeuge
e) 1. bis 31. Dezember 1956

a) Briefstempelwerbung
b) Berlin N 4
c) Maschinenstempel
d) DEUTSCHE LUFTHANSA
Bildliche Darstellung: Flugzeug und Kranich
e) 1. bis 31. Dezember 1956

a) Werbung für Altstoffsammlung
b) Ruh
c) Maschinenstempel
d) BRINGT ALTSTOFFE zum ALTSTOFFHANDEL
Bildliche Darstellung: Rumpelmännchen
e) 1. bis 31. Dezember 1956
a) Anlaß b) Verwendungszweck c) Art des Stempels d) Stempelschnitt e) Verwendungsdauer
DPW 6252-1

Wichtige Neuerscheinungen

SCHRIFTENREIHE ERFINDUNGS- UND VORSCHLAGSWESEN, HEFT 2

Anleitung zur Nutzenermittlung bei Verbesserungsvorschlägen, Patenten und Gebrauchsmustern

Von Dr. Ing. W. Feise

Format DIN A 5 · 56 Seiten · Broschiert 2,15 DM

Aus dem Inhalt: Betrieblicher und volkswirtschaftlicher Vorteil / Wirtschaftlicher und sonstiger Vorteil der Volkswirtschaft / Nutzen und Benutzen / Das Nutzungsjahr und zwölf Nutzungsmonate / Berechnen und Schätzen / Entwicklungs- und Realisierungskosten / Gemeinkosten / Qualitätsänderung und volkswirtschaftlicher Vorteil / Preise und volkswirtschaftlicher Aufwand / Nutzen im Zusammenhang mit Investitionen / Nutzenermittlung bei Verbesserungsvorschlägen auf dem Gebiete der Betriebsverwaltung / Besonderheiten der Nutzenermittlung bei Patenten / Besonderheiten der Nutzenermittlung bei Gebrauchsmustern.

Die Rationalisatorenbewegung im volkseigenen und genossenschaftlichen Handel

Von Julius Mäder

Format DIN A 5 · 228 Seiten · Halbleinen 8,60 DM

Unsere Rationalisatoren und Neuerer gibt das vorliegende Werk ein konkretes und detailliertes Rüstzeug aller wichtigen Fragen des Erfindungs- und Vorschlagswesens für ihre tägliche Arbeit. Durch die gute Darstellung des Massencharakters der Rationalisatorenbewegung im sozialistischen Handel und durch die Vielzahl der aufgeworfenen Aktivierungsmaßnahmen spricht dieses Buch sowohl die im Handel tätigen als auch die Rationalisatoren der Produktion an.

Die Kundenreklamation im volkseigenen und genossenschaftlichen Einzelhandel

Eine Anleitung für die Handelsabteilungen und Verkaufsstellen des genossenschaftlichen Einzelhandels mit Beispielen aus der Praxis

Von Georg Grieshammer

Format DIN A 5 · 56 Seiten · Broschiert 1,— DM

Der Verfasser behandelt vor allem die rechtlichen Beziehungen zwischen Verkäufer und Käufer. Dabei geht er von der Geschäftsfähigkeit aus, leitet dann zum Kaufvertrag über und beschließt dieses wichtige Kapitel mit der Gewährleistung wegen Mängel einer Sache.

Auch die übrigen Kapitel, die Wahrung der Rechte der Käufer beim Kauf mangelhafter Industriewaren und Lebensmittel sind leichtverständlich und sehr klar formuliert.

Bestellungen bitten wir beim örtlichen Buchhandel oder beim Buchhaus Leipzig, Leipzig C 1, Postfach 91, aufzugeben



VEB DEUTSCHER ZENTRALVERLAG · BERLIN

Herausgeber: Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin W 66. Verlag: (V) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin, Fernspr. 87 64 11, Postcheckkonto: 149 25. — Die Verfügungen und Mitteilungen erscheinen in der Regel am 1., 8., 15. und 22. jedes Monats. — Veröffentlichung unter Drucklegungszahlungsnummer AG 11469 DDB des Amtes für Literatur und Verlagswesen der Deutschen Demokratischen Republik. — Druck: (86) Druckerei 'Tägliche Rundschau', Berlin W 1

Ausgabe A

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen

Jahrgang 1956 Berlin W 66, den 24. November 1956 Nummer 45

Verfügungen:	Betriebsdienst	Seite	Inhalt	Seite	
Nr. 274	Gebührenbuch für Postpakete nach dem Ausland, Ausgabe 1. Oktober 1956 (Berichtigung Nr. 1)	169	Nr. 278	Aufhebung eines Fernamts	170
Nr. 275	Rundfunkgebührenbefreiung	169	Nr. 279	Ordnung der erledigten Telegramm-Urschriften	170
Nr. 276	Verlust von Aufgabenscheinen	170	Mitteilungen:		
	— Fernmeldewesen	170	Nr. 113	Besuchzeit für das MPF	170
Nr. 277	Gebührenänderung im Fernsprechverkehr mit Großbritanien	170	Nr. 114	Sonderpostämter	170
		170	Nr. 115	Sonder- und Werbestempel	170

Betriebsdienst

— Post —

Nr. 274/1956. Gebührenbuch für Postpakete nach dem Ausland, Ausgabe 1. Oktober 1956 (Berichtigung Nr. 1)

Das Gebührenbuch für Postpakete nach dem Ausland ist wie folgt zu berichtigen:

- a) Nr. 4 Afghanistan
 - Sp. 8 nachtragen: 10
 - Sp. 9 ersetzen durch: 3,00, 3,75, 4,40, 7,70;
 - b) Nr. 113 Portugiesisch-Indien
 - Sp. 9 ersetzen durch: 2,50, 3,35, 4,05, 7,70;
 - c) Nr. 142 Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR)
 - Sp. 9 2,15 und 2,35 ersetzen durch: 1,40 und 2,00 sowie 3,60 und 3,80 ersetzen durch: 2,15 und 3,05.
- Die Änderungen unter a) und b) treten sogleich, die unter c) ab 1. Dezember 1956 in Kraft.
P OB 3 2225-3

Nr. 275/1956. Rundfunkgebührenbefreiung (zur VABF.V.Nr. 50/1955. Verordnung über die Rundfunkgebührenbefreiung)

1. Bei Anträgen auf Rundfunkgebührenbefreiung, die bei PSt II gestellt werden, ist von sofort an wie folgt zu verfahren:

Der Anspruchsberechtigte hat auf Fbl. C 363 die Erklärung zu unterschreiben. Er oder der von ihm Beauftragte hat die notwendigen Unterlagen (Versicherungsausweis der Sozialversicherung, Rentenbescheid usw.) bei der PSt II abzugeben. Die Erklärung und die Unterlagen hat die PSt II über die Landpoststelle an die zuständige Rf-Stelle zu senden, die mit Vorrang derartige Anträge zu prüfen und die Befreiungsberechtigungen auszustellen hat.

In der Annahmekarte hat die PSt II als nachrichtliche Eintragung zu buchen:
Name des Rf-Teilnehmers,
„Rf-Geb.-Befr.“,
Anzahl und Bezeichnung der beigelegten Papiere (z. B. „1 VA, 1 Rentenbesch.“)
Zur Erleichterung der Arbeit in der Rf-Stelle hat der PStV bei der Antragstellung möglichst

die Kartei-Nr. des Rf-Teilnehmers zu erfragen (Rf-Quittung!) und diese links oben auf der Vorderseite des Fbl. C 363 zu vermerken.

Die Landpoststelle hat die Gebührensbescheinigung und die Unterlagen in der nächsten Überweisungskarte der PSt II zuzuschreiben.

Rf-Teilnehmer, die die notwendigen Dokumente zwecks Prüfung der Anspruchsberechtigung nicht aus den Händen geben wollen, sind zu bitten, das zuständige PA aufzusuchen, das die Befreiungsberechtigungen sofort erteilen kann. Die HPÄ haben den PSt II mitzuteilen, welche PAinst in solchen Fällen die Anträge prüfen.

Wir weisen darauf hin, daß die Höhe der monatlichen Einkünfte nur von den Anspruchsberechtigten in der Erklärung niederzuschreiben ist, die nach § 1, Abs. 1, Buchstabe h, der Verordnung vom 28. Oktober 1955 über Rf-Gebührenbefreiung zu befreien sind (Personen, die in bezug auf ihre Einkünfte — einschließlich Unterhaltsleistungen durch unterhaltsverpflichtete Angehörige — den Empfängern von Sozialfürsorgeunterstützungen gleichzustellen sind).

3. Nachprüfen der Anspruchsberechtigung

Die Voraussetzungen für die Rf-Gebührenbefreiung hat das Zustellpersonal ab sofort folgendermaßen nachzuprüfen:

- a) Bei Altersrentnern: Jährlich einmal sind in geeigneter Weise Erkundigungen einzuholen, ob diese Rf-Teilnehmer noch im eigenen Haushalt leben (Hausvertrauensmann, Hausbuchführer, Rat der Gemeinde). Im allgemeinen ist bei Altersrentnern nicht mehr persönlich vorzusprechen.
- b) Bei den Blinden verbleibt es bei der Feststellung, ob die Betroffenen noch im Zustellbereich der PAinst wohnen.
- c) Bei den übrigen von der Rf-Gebühr befreiten Rf-Teilnehmern sind einmal jährlich die Voraussetzungen nachzuprüfen (eigener

Haushalt, Einsicht in Rentenbescheid, Bewilligungsbescheid, Versicherungsausweis). Der Rf-Teilnehmer hat die Erklärung neu zu unterschreiben. Personen, die nach § 1, Abs. 1, Buchst. h, der VO befreit sind, haben dabei zusätzlich wieder die Höhe der Einkünfte anzugeben.

Die Zusteller haben in allen Fällen auf der Vorderseite des Fbl. C363 das Ergebnis der Nachprüfung gemäß Vordruck zu bescheinigen.

4. Das Einsehen der Rentenwegfallkartei bei der Kreisgeschäftsstelle des FDGB - Abt. Sozialversicherung - entfällt. Es ist erwiesen, daß der Aufwand für diese Prüfungen im allgemeinen nicht dem erzielten Nutzen entspricht.

In der VMBL.Vf.Nr. 368/1955 ist mit einem Bleistiftvermerk auf diese VMBL.Vf. hinzuweisen.

Die genannte VMBL.Vf. ist wie folgt zu berichtigen:

- a) auf S. 188 unter I. Allgemeines: streichen Punkt 5,
- b) auf S. 190 unter III, Punkt 1., 1. Zeile: streichen „Antragsteller“, dafür setzen: Anspruchsberechtigte,
- 2. und 3. Zeile: streichen: „Antragstellers“, dafür setzen: Anspruchsberechtigten,
- c) auf S. 191, unter IV. Übergangsbestimmungen, letzter Absatz; hinter „Nr. 317/1953“ einfügen: und Nr. 99/1955.

P OB 2 d 5052-0/3

Nr. 276/1956. Verlust von Aufgabestempeln

Die Aufgabestempel (Handstempel) des PA Erfurt 7 mit dem Unterscheidungsbuchstaben a und q sind am 31. Oktober 1956 in Verlust geraten. Es ist darauf zu achten, daß die Stempel nicht mißbräuchlich benutzt werden. Bei Auffinden der Stempel ist die BPF Erfurt zu benachrichtigen. DPW 2151-1

— Fernmeldewesen —

Nr. 277/1956. Gebührenänderung im Fernsprechverkehr mit Großbritannien

Vom 15. November 1956 an ist eine Gebührenänderung im Fernsprechverkehr mit Großbritannien in Kraft getreten.

Die Gebühr für eine Gesprächsverbindung von 3 Minuten Dauer beträgt für die Zone zwei 6,30 DM und für die Zone drei 6,90 DM. Das Gebührenbuch für den Fernsprechauslandsdienst ist zu berichtigen. Fe Fv 9 4010-0

Nr. 278/1956. Aufhebung eines Fernamts

Am 10. November 1956 wurde das zur VS/W Meerane gehörende Fernamt Meerane aufgehoben. Das zuständige ÜF ist jetzt Glauchau. Fe Fv 5 4210-0

Nr. 279/1956. Ordnen der erledigten Telegramm-Urschriften

(Zur VMBL.Vf.Nr. 152/1955, S. 79)

Das Sortieren der erledigten Telegramm-Urschriften, das nach der o. a. VI. tageweise in alphabetischer Reihenfolge der Absendernamen und nach Bestimmungsgebieten erfolgt, hat sich in dieser Form nicht überall bewährt und zu Schwierigkeiten geführt.

Zur Wahrung der Einheitlichkeit in den Telegrammlagern wird daher die VMBL. Vf. Nr. 152/1955 aufgehoben. Das Sortierverfahren nach ADA VI, 2 § 56 ist wieder allgemein anzuwenden. Fe Fv 3 3100-0

Mitteilungen

Nr. 113/1956. Besuchszeit für das MPF

Die Besuchszeit für das MPF ist ab 1. November 1956 auf mittwochs von 9.00 bis 16.30 Uhr festgelegt worden. Org 1205-1

Nr. 114/1956. Sonderpostämter

(Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluß der Mitteilungen) Erfurt, im Haus der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft, ZWP/PA des HPA Erfurt

- a) 8. Briefmarkenausstellung der AG Philatelie Erfurt
- b) Kulturbund zur demokratischen Erziehung Deutschlands, Arbeitsgemeinschaft Philatelie Erfurt
- c) 17. und 18. November 1956
- d) Verkauf von Post- und Sonderpostwertzeichen, Presseerzeugnissen und Handelsware, Annahme von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen, Gefälligkeitsstempelungen
- e) EXPIERT 17. 11. 56-00

8. Briefmarkenausstellung der AG Philatelie Bildliche Darstellung: Dom und Severikirche
a) Anlaß b) Veranstalter c) Dauer d) Aufgabenkreis des Sonderpostamts e) Stempelpelnschrift
DPW 1256-0/29

Nr. 115/1956. Sonder- und Werbestempel

(Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluß der Mitteilungen) a) 70-Jahr-Peter des Kurortes Oybin
b) Oybin (Oberlausitz)
c) Hammerstempel

Herausgeber: Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin W 66, Verlag. (4) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin, Fernspr. 67 64 11, Postfachkonto: 1469 23. — Die Verfügungen und Mitteilungen erscheinen in der Regel am 1., 8., 15. und 22. jedes Monats. — Veröffentlicht unter Druckgenehmigungsnummer AG 114 53 DDR des Amtes für Literatur und Verlagswesen der Deutschen Demokratischen Republik. — Druck: (69) Druckeret. Fügliche Rundschau, Berlin W 8

- d) OYBIN (OBERLAUSITZ) 15. 10. 56-00
- e) 1956-1956 706 JAHRE BILDliche Darstellung: Ritter mit Schild, Burg, Berg und Gemeinde Oybin
- f) 15. Oktober bis 31. Dezember 1956
- Der Stempel wurde bereits in der Zeit vom 15. bis 18. September 1956 beim PA Oybin (Oberlausitz) verwendet.

- a) Sparwochen 1956
- b) 1956-1956
- c) Maschinienstempel
- d) SPARWOCHEN BILDliche Darstellung: Ritter mit Schild, Burg, Berg und Gemeinde Oybin
- e) 18. bis 31. Oktober 1956

- a) 110-jähriges Bestehen der Carl-Zeiss-Werke Jena
- b) Jena 1
- c) Handstempel
- d) Jena 1 11. 56-00
- e) 11. Jahre BILDliche Darstellung: Emblem CARL ZEISS JENA
- f) 9. November bis 31. Dezember 1956

a) Anlaß b) Verwendung-PA c) Art des Stempels d) Stempelpelnschrift e) Verwendungsdauer
(Zur VMBL.Mitl.Nr. 112/1956, S. 163)
Bei der Werbung zum Besuch des Berliner Weltachtsmarktes ist unter e) der Wortlaut „23. November 1956“ zu ändern in „23. Dezember 1956“. DPW 6251

Ausgabe A

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen

Jahrgang 1956 Berlin W 66, den 15. Oktober 1956 Nummer 40

Inhalt		Seite
Verfügungen:	— Allgemeines —	
Nr. 249	Ordnungsstrafverfahren	155
	— Betriebsdienst —	
	— Post —	
Nr. 250	Lotto-Gewinnauszahlung bei Annahmestellen in PSt II	155
Nr. 251	Rundfunkdienst	156
	— Fernmeldewesen —	
Nr. 252	Dringende Pressegespräche	156
Nr. 253	Aufnahme des Televerkehrs mit den Philippinen	156
Mitteilungen:		
Nr. 109	Sonder- und Werbestempel	158

Verfügungen

Allgemeines

Nr. 249/1956. Ordnungsstrafverfahren

Die Zuständigkeit zum Erlaß von Ordnungsstrafbescheiden ist in § 3 der Verordnung über die Festsetzung von Ordnungsstrafen und die Durchführung des Ordnungsstrafverfahrens vom 3. Februar 1955 (GBl. I, S. 128) festgelegt worden. Danach können nur die Leiter der Staatsorgane, die eine vollziehend-verfügende Tätigkeit ausüben, Ordnungs-

strafen aussprechen. Dieser Regelung steht die Übertragung der Ordnungsstrafbefugnis auf die Leiter der BPF entgegen. Zur Festigung der demokratischen Gesetzlichkeit wird daher die VMBL.Vf. Nr. 60/1956 (S. 47), deren Anwendung bereits durch Vf. des MPF vom 19. Juni 1956 untersagt worden war, mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Min/HBh P 7000-0

Betriebsdienst

— Post —

Nr. 250/1956. Lotto-Gewinnauszahlung bei Annahmestellen in PSt II

Die Zahlen-Lotto-Gewinne sind bei PSt II, die als Annahmestellen arbeiten, von sofort an nach folgendem Verfahren auszuzahlen:

1. Nach Lieferung der Gewinnlisten hat die Landpoststelle die Gewinne in einer Summe in der Überweisungskarte (Spalte 5) der PSt II zuzuschreiben. Über die Spalten 2 bis 4 hinweg ist zu vermerken: Lotto-Gewinne (Nr. der) Spielwoche.
2. Die Gewinnbeträge dürfen nur bis zum Schluß der laufenden Spielwoche bei der PSt II verbleiben. In der Überweisungskarte des Sonnabends hat die PSt II die eingelösten Abschnitte A (Spalte 9) sowie die nicht abgeforderten Gewinnbeträge (Spalte 13) rückzuschreiben. Die Landpoststelle hat zu besseren Überwachung der Gewinnauszahlung eine besondere „Abrechnung mit den PSt II“ zu führen. Sie verwarnt die von den PSt II sonnabends eingesandten Abschnitte A bis zur Gewinnabrechnung. Die Gewinnliste verbleibt bei der PSt II bis zum Schluß der Spielwoche oder bis zu dem Zeit-

punkt, an dem der letzte Gewinn ausgezahlt wurde.
3. Verlangt ein Spieler innerhalb der Gewinnauszahlungsfrist die Gewinnauszahlung, nachdem die PSt II die bereitgestellten Gewinnbeträge zurückgeschrieben hat, so ist wie folgt zu handeln: Der Gewinnbetrag ist von der Schlusssumme der Annahmekarte des Tages (Spalte 4) abzusetzen, und der Abschnitt A ist beizufügen. Es ist zu buchen in Spalte 1 die Anzahl der eingelösten Abschnitte A, über die Spalten 2 und 3 „Lotto-gewinn“, Nr. der Spielwoche, Nr. der Wertmarke.
4. Das vorstehend beschriebene Verfahren ist gegebenenfalls auch im Totodienst anzuwenden.
P OB 2 d 2156-2

Nr. 251/1956. Rundfunkdienst

Die laufenden Rundfunk- und Fernseh Rundfunkgebühren sowie die Gebühren für Zusatzgenehmigung sind in den ersten 10 Kalendertagen jedes Monats einzuziehen. Die Arbeit der Bezirks-Rf-Anschriftenstelle ist so zu organisieren, daß die Quittungen für die

drei Gebührenarten stets vor Beginn der Einziehzeit bei den Zustell-PA vorliegen. In begründeten Fällen kann die BPF für PAinst mit einer sehr großen Anzahl von Rf-Teilnehmern die Einziehzeit auf die ersten 10 Werkstage des Monats festlegen.

2. Zur Vereinfachung des Dienstbetriebes sind die von den Bezirks-Rf-Anschriftenstellen herge-

stellten Quittungen nicht mehr vom Zusteller zu vollziehen. Auf der Rundfunkquittung genügt der unter der Anschrift stehende Wortlaut: „erhalten, Hauptpostamt (Ort)“. Die Bezirks-Rf-Anschriftenstellen haben die Klischees für den Unterdruck entsprechend zu ändern.

P OB 2 d 5210-3

Fernmeldewesen

Nr. 252/1956. Dringende Pressegespräche

Gegen Vorzeigen des Berechtigungsausweises zum Führen von dringenden Pressegesprächen können bei einer PostÖ dringende Pressegespräche auch als R-Gespräche - R-DP - angemeldet werden. Die Schalterangestellten haben solche Anmeldungen anzunehmen und bei dieser Gelegenheit im Vordruck des Ausweises zu streichen: „gegen sofortige Bezahlung“.

Die EMÄ haben in den Richtlinien für die Abwicklung der R-Gespräche im Inlandsverkehr (Amtsbl.Vf.Nr. 254/1952) unter III auf diese VI. hinzuweisen. Die vorräufigen Formblätter sind zu berichtigen.

Bei Dienstscluß der PostÖ können in Ausnahmefällen R-DP-Gespräche auch von einem anderen, nicht zugelassenen Anschluß angemeldet werden,

wenn der Berechtigte bei der Anmeldung die Ausweisnummer angibt. Fe Fv 2 4112

Nr. 253/1956. Aufnahme des Telexverkehrs mit den Philippinen

Vom 15. Oktober 1956 an wird der Telexdienst mit den Philippinen über Frankfurt (Main) aufgenommen. Die Verbindungen sind unter der Rufnummer 400 beim Telexamt Frankfurt (Main) anzumelden. Der Dienst wird durchgehend wahrgenommen.

Die Gebühr für eine Telexverbindung von drei Minuten Dauer beträgt 39,30 DM. Die Benachrichtigungsgebühr beträgt 2,45 DM. Sie wird erhoben, wenn durch Verschulden der beteiligten Fernschreiber Teilnehmer eine bereitgestellte Verbindung nicht ausgeführt werden kann.

Fe Fv 9 3225-3

Mitteilungen

Nr. 106/1956. Sonder- und Werbestempel

Bildliche Darstellung: Rubenow-Denkmal

- a) Werbung b) Berlin N 4 c) Maschinestempel d) Gewinne in der BERLINER BÄREN-LOTTERIE e) 5. bis 31. Oktober 1956

Nr. 107/1956. Sonder- und Werbestempel

Bildliche Darstellung: Rubenow-Denkmal

- a) Werbung 50-Jahr-Feier Universität Greifswald b) Greifswald 1 c) Handstempel d) GREIFSWALD 1 „a“ 15. 10. 56-00 1456 1956

Nr. 108/1956. Sonder- und Werbestempel

Bildliche Darstellung: Rubenow-Denkmal

- a) Werbung zum Tag der Briefmarke b) Berlin C 2 c) Handstempel d) BERLIN C 2 21. 10. 56-00 TAG DER BRIEFMARKE

Bildliche Darstellung: Berliner Bär und Zeichen des Kulturbundes

- e) 24. 105 23. Oktober 1956 a) Anlaß b) Verwendungs-PA c) Art des Stempels d) Stempelinschrift e) Verwendungsdauer

(Zur VMBL.Mitt.Nr. 96/1956, S. 146) Die Dauer der Verwendung des in der o. g. Mitteilung benannten Einsatzstückes „Gera 4 Sparwochen 1956“ wird neu festgesetzt. Das Einsatzstück wird vom 9. Oktober bis 7. November 1956 verwendet.

Die Änderung ist unter Hinweis auf diese VMBL.Mitt. zu vermerken.

Die nachstehend aufgeführten Werbestempel werden weiter verwendet:

Table with 3 columns: Verwendungs-PAnst, Veröffentlicht unter Anlaß bzw. VMBL. Mitteilungen, Neue Verwendungs-dauer bis

DPW 6252-1

Ausgabe A

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen

Jahrgang 1956 Berlin W 66, den 8. Oktober 1956 Nummer 39

Inhalt

Table with 3 columns: Verfügungen, Seite, Seite

Verfügungen Betriebsdienst

- Post -

Nr. 243/1956. Zahlkartenformblätter des VEB Zahlen-Lotto und der Berliner Bären-Lotterie

Die Zahlkartenformblätter des VEB Zahlen-Lotto und der Berliner Bären-Lotterie sind von sofort an kostenlos an die Interessenten abzugeben. Die PAinst haben an den Schaltern stets eine angemessene Anzahl vorrätig zu halten.

Zahlkarten des VEB Zahlen-Lotto und der Berliner Bären-Lotterie werden kostenlos abgegeben.

Die Landzusteller haben die Landbevölkerung in ausreichendem Maße mit diesen Zk-Fbl. zu versorgen.

Wir empfehlen den HPÄ, als Werbemaßnahme solche Zk-Fbl. im begrenzten Umfang wie Postwurfsendungen an die Haushaltungen zu verteilen.

In der LottoAnw ist zu berichtigen: im § 22, Abs. IV, Zeilen 1 bis 3; streichen von „wie verkaufliche“ bis „PI je Stück“, dafür setzen: kostenlos.

P OB 2 d 2156-2

Nr. 244/1956. Sicherheitsmarken für Zahlkarten

Die HPÄ (für ihren Bereich) und die PSchÄ melden den Bedarf an Sicherheitsmarken für Zahlkarten für das kommende Jahr bis zum 1. November 1956 den zuständigen Verteilern, die den Bedarf für ihren Bereich bis zum 10. November 1956 dem MPF - P OB 2 f - melden.

Die Meldung ist von der zentralen Abteilung Planung des MPF genehmigt und am 25. September 1956 unter Nr. S - 305 (befristet bis zum 20. November 1956) registriert worden.

P OB 2 f 2730-0

- Zeitungsvertrieb -

Nr. 245/1956. Fachbuch „Mechanisierung im Postwesen“

Der Fachbuch-Verlag hat den Herstellungspreis für das Buch „Mechanisierung im Postwesen“ noch-

mals kalkuliert und den Verkaufspreis auf 5,25 DM festgelegt.

Das Fachbuch wird einen Umfang von ungefähr 150 Seiten haben und 55 Bilder und Zeichnungen über die Postmechanisierung enthalten. Das Buch

wird voraussichtlich im Januar 1957 erscheinen. Es ist im Buchhandel nicht erhältlich. Das Buch wird bei der Deutschen Post nur vom Postzeitungsvertrieb vertrieben. Um allen interessierten Beschäftigten die Möglichkeit zu geben, Privatstücke zu erwerben, können verbindliche Bestellungen für das Buch beim zuständigen Postzeitungsvertrieb aufgegeben werden. Die Dienststellen werden gebeten, bei den Beschäftigten für den Kauf des Buches zu werben und die Anzahl der benötigten Privatstücke

bis zum 25. Oktober 1956 dem Postzeitungsvertrieb mitzuteilen.

Die Haushaltsorganisationen (BPF, Fachschulen, IPF, IÖPKF usw.) melden den Bedarf an Privat- und Dienststücken. Die Hauptpostämter brauchen keine Dienststücke zu melden, da die Hauptverwaltung Post- und Zeitungswesen die Bücher an die HPÄ verteilt.

Die PZV melden den gesamten Bedarf bis 29. Oktober 1956 an die Einkaufsstelle PZV Leipzig, PZ

— Fernmeldewesen —

Nr. 246/1956. Ausführung und Berechnung von Vorranggesprächen im beschleunigten Fernverkehr

Im beschleunigten Fernverkehr werden alle Anmeldungen ohne Wartezeit im Vorwärtsaufbau ausgeführt, soweit dem Aufbau des Gesprächs nicht ausnahmsweise kurzzeitige Betriebshemmnisse (Besetzfälle, keine Antwort usw.) entgegenstehen. Angemeldete Vorranggespräche in solchen Verkehrsbeziehungen erfahren demnach in der Regel wieder eine vorrangige Abwicklung gegenüber den gewöhnlichen Gesprächen noch eine sonstige bevorzugte Behandlung, die die Voraussetzungen für die Erhebung erhöhter Gebühren bilden.

Vom 1. November 1956 an sind gebührenpflichtige Vorranggespräche im Inland zur Gebühr eines gewöhnlichen Gesprächs gleicher Dauer und Gesprächszeit zu berechnen, wenn in der betreffenden Verkehrsbeziehung zur Zeit der Anmeldung im beschleunigten Fernverkehr gearbeitet wird und die Verbindung sofort im Vorwärtsaufbau hergestellt werden kann. Der Gattungsvermerk, den die Telefonistin bei der Anmeldung auf dem Gesprächsblatt durch einen Schrägstrich (/) gekennzeichnet hat, wird nach Herstellung der Verbindung durch einen zweiten Schrägstrich ungtütig gemacht, so daß ein Malzeichen (X) entsteht. Der in den künftigen Gesprächsblättern — sie werden nach dem Muster der Anlage 1 der ADA VI, 4 C neu gedruckt — niederzuschreibende Gattungsvermerk wird durch einen Schrägstrich von links unten nach rechts oben durchgeschrieben.

Vorranggespräche im beschleunigten Fernverkehr, die wegen irgendwelcher Betriebshemmnisse nicht sofort im Vorwärtsaufbau oder erst im Anbiefverfahren erledigt werden konnten, behalten auf dem Gesprächsblatt den gültigen Gattungsvermerk und damit den ihnen zustehenden Vorrang für die weiteren Versuche zur Herstellung des Gesprächs im Rückwärtsaufbau. Diese Gespräche sind zur doppelten oder zehnfachen Gebühr zu berechnen. Auf dem Gesprächsblatt ist die Anmeldezeit nachzutragen und der Grund der Verzögerung mit dem Namenszug und der Zeitangabe zu bescheinigen. Die Vermerke hierfür lauten:

- 1 b = alle Leitungen zum Gegenamt besetzt,
- bes = verlangter Anschluß besetzt,
- ka = verlangter Anschluß keine Antwort.

Diese Vermerke sind im Gesprächsblatt in dem für den verlangten Teilnehmer vorgesehenen Raum niederzuschreiben.

Die Sofortverbindung wird dem Anmelder bei abgeschalteter abgehender Leitung mit der Rede-wendung „Gespräch kommt zur einfachen Gebühr“ besonders angekündigt und erst dann mit der Aufforderung an beide Gesprächspartner: „Bitte sprechen!“ eingeleitet.

Bei Vorranggesprächen, die einer Prüfung der Berechtigung zum Anmelden unterliegen, fällt die

Prüfung weg, wenn die Gesprächsausführung sofort erfolgt. Ausgenommen sind dringende Staatsgespräche, für die das bisherige Verfahren gültig bleibt.

Eine Abschrift dieser VI. ist in die ADA VI, 4 C § 17 als neuer Absatz VII einzufügen.
Fe Fv 2 4103-01

Nr. 247/1956. Neue Lagerformblätter für die Fernbetriebsbeobachtung. Wiedereinführung des Auskunftsblattes in Fernämtern

Folgende Formblätter werden eingeführt:

- 1. Fernbetriebsbeobachtung
- C 1109 Fernplatzbeobachtung
- C 1110 Fernleitungsbeobachtung
- C 1111 Bündelauswertung
- C 1112 Beurteilungsbogen

Die Formblätter sind in den Dienststellen für Fernbetriebsbeobachtung zu verwenden. In der ADA VI, 4 A Anl. 67 ist auf diese VMBL.Vf. hinzuweisen.

2. Auskunftsblatt (Rotstrichblatt) in Fernämtern
C 326 Auskunftsblatt in Fernämtern

Die Formblätter werden nach dem Auslieferungsplan für Lagerformblätter im I. Quartal 1957 geliefert.

Die Gesprächsblätter C 320 A und 321 A werden jetzt vom Muster der Anlage 1 der ADA VI, 4 C geringfügig abweichend hergestellt.

In der ADA VI, 4 C Anlage 1 (Gesprächsblatt) und Anlage 5 (Auskunftsblatt) ist auf diese VMBL.Vf. hinzuweisen.

Sämtliche Formblätter sind beim Vordruck-Leitverlag Spremberg (Niederlausitz) zu bestellen.
Fe Fv 2 4247

Nr. 248/1956. Berechtigung zur Anweisung für den Springschreiberdienst

Die Erfahrungen im Telegrammübermittlungsdienst mittels Springschreibers beweisen, daß die Sicherheit gegen Telegrammverluste nicht eingeschränkt wird, wenn bei ununterbrochenem Dienst die vorgeschriebenen Empfangsbestätigungen nicht mehr halbstündlich, sondern nur noch stündlich ausgetauscht werden. In der Anweisung für den Springschreiberdienst ist daher in Anl. 8 unter II Pkt. 6 (S. 21) statt „halbstündlich“ zu setzen: stündlich.

Änderungen im Telegrammverkehr und in der Betriebsweise des Telexnetzes machen folgende Berechtigungen erforderlich:

Zu streichen ist auf Seite 7 in Zeile 8, Seite 10 in Zeile 16 und auf Seite 12 in Zeile 5 die Gattungsbezeichnung „STOBS“ und die gesamte Anlage 9. Bei allen Berechtigungen ist auf diese Verfügung hinzuweisen.
Fe Fv 3 3100—0

Beilage zur VMBL.Mitt. Nr. 100/1956

Muster für eine Sommerdienstkleidung für Frauen

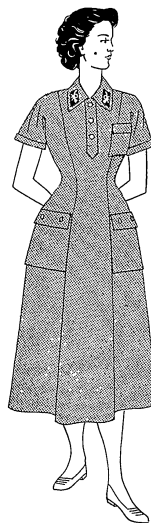


Abbildung 1

Dieses Kleid wurde 1956 ausgeliefert und wird jetzt als Dienstkleidung getragen.

Preis: bei Zellwolle 42,— DM
bei Baumwollpopeline ca. 60,— DM

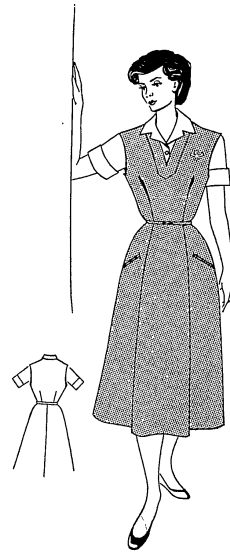


Abbildung 2

In den gefälligen Trägerrock soll im Gegensatz zur Zeichnung an der rechten Seite in die Seitennaht eine Tasche eingelassen werden. Außer dem Rock werden zwei Blusen geliefert.
Preis ca. 100,— DM

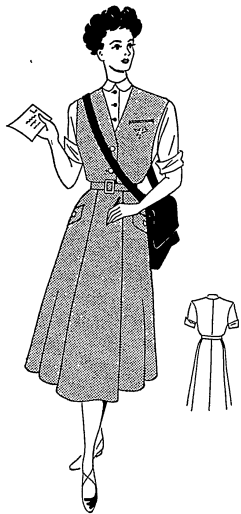


Abbildung 3 und 4
Dieser Trägerrock steht in zwei verschiedenen Ausführungen zur Wahl. Während das vordere Oberteil unterschiedlich gearbeitet ist, gilt

für beide Ausführungen der gleiche Rückenschnitt. Auch zu diesem Trägerrock werden zwei Blusen geliefert.

Preis ca. 110,- DM

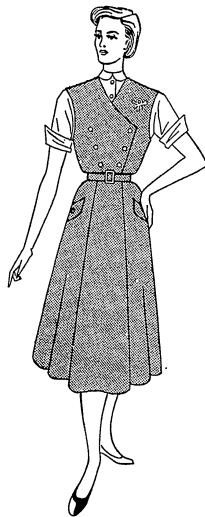


Abbildung 5 ▼
Die Abbildung zeigt eine Kombination aus Rock und Bluse. Außer dem Rock sollen auch hier zwei Blusen geliefert werden.
Preis: ca. 85,- DM

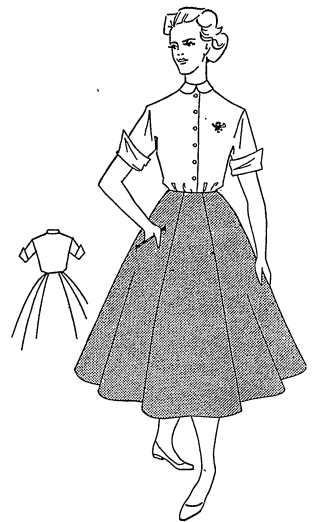


Abbildung 6 ▲
Dieses Modell besteht aus Rock und Bluse. Eine zweite Bluse wird auch hier zur Verfügung gestellt.
Preis: ca. 90,- DM

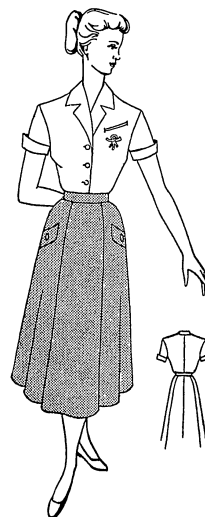


Abbildung 7 ▼

Dieses Modell besteht aus Rock, Bluse und Weste. Auch hierzu gibt es eine zweite Bluse.

Preis: ca. 125,- DM

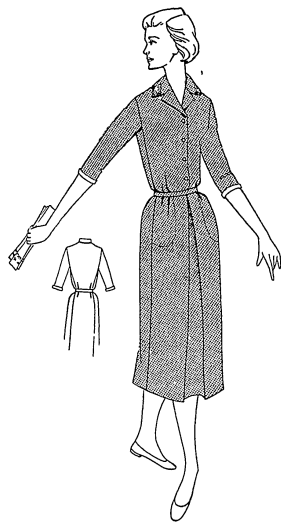


Abbildung 8 ▲

Die Abbildung zeigt ein Kleid mit dreiviertel-langem Ärmel. Die zwei Taschen sind links und rechts in die Seitennähte des Kleides eingearbeitet.

Preis: ca. 85,- DM

Mitteilungen

Nr. 99/1956. Grußschreiben an Minister Burmeister
Auf Einladung des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes weilt eine Delegation österreichischer Post- und Telegraphenbediensteter in der Deutschen Demokratischen Republik. Die Delegation, die sich aus Mitgliedern der Kommunistischen Partei Österreichs, der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, der christlichen Gewerkschaften und aus parteilosen Postangehörigen zusammensetzt, sandte folgendes Grußschreiben an Minister Burmeister:

Dresden, am 25. September 1956

An den
Minister für das Post- und Fernmeldewesen
Herrn Minister Friedrich Burmeister

Berlin

Die auf Einladung des Bundesvorstandes des FDGB in der DDR weilende Delegation österreichischer Post- und Telegraphenbediensteter entbietet Ihnen, Herr Minister, und allen Berufskolleginnen und Kollegen gewerkschaftliche Grüße.

Besindrukt von hohem Niveau der sozialen Einrichtungen und von der Fähigkeit in der Überwindung von Schwierigkeiten beim Ausbau des Post- und Fernmeldewesens, beglückwünschen wir Sie zu den bisher erreichten Erfolgen.

Wir wünschen unseren Berufskolleginnen und Kollegen und darüber hinaus allen Werktätigen der DDR eine friedliche und aufsteigende Entwicklung ihres Arbeiter- und Bauern-Staates sowie eine baldige Wiedervereinigung mit den westdeutschen Werktätigen auf einer friedlichen und dauerhaften Basis.

Mit Gewerkschaftsgruß und den besten Wünschen für weitere Erfolge beim Ausbau des Post- und Fernmeldewesens in Dienste der Werktätigen der DDR.

Das Schreiben trägt fünf Unterschriften.
Pr 1300—0

Nr. 100/1956. Muster für eine Sommerdienstkleidung für Frauen

Nach der Auslieferung der Sommerdienstkleidung für Frauen in diesem Jahr sind uns berechtigte Kritiken zugegangen, die auf den unvorteilhaften Schnitt, die geringe Farbenfestigkeit und die Schwere des Stoffes aufmerksam machen. Auf Grund der kritischen Hinweise und von Anregungen sind neue Muster entwickelt worden, die im Einvernehmen mit dem Zentralvorstand der Industriegewerkschaft Post- und Fernmeldewesen veröffentlicht und zur Diskussion gestellt werden.

Die Kolleginnen bitten wir, sich zu den Modellen zu äußern und ihre Stellungnahmen mit einem Hinweis auf die Nummer der Abbildung bis zum 20. Oktober 1956 an das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen, zentrale Abteilung Arbeit, zu übermitteln, wobei auch andere Vorschläge gemacht werden können.

Die Betriebsleiter, Abteilungsleiter usw. bitten wir, alle Kolleginnen auf die veröffentlichten Muster hinzuweisen und sie aufzufordern, ihre Stellungnahme dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen mitzuteilen.

Die 1957 zu liefernde Frauen-Sommerdienstkleidung wird aus waschbarem Baumwollpopeline her-

gestellt; wobei zu bemerken ist, daß Popeline nicht knitterfrei ist. Für den Rock, das Trägerkleid oder das Kleid wird Stoff von türblauer Farbe und für die Bluse Stoff in silbergrauer Farbe verwendet.
Arb 2 9183—0

Nr. 101/1956. Herausgabe der „Verfügungen und Mitteilungen des Staatlichen Vertragsgerichts bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik“

Das Staatliche Vertragsgericht bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bringt am 30. Oktober 1956 im Deutschen Zentralverlag Berlin die „Verfügungen und Mitteilungen“ in gedruckter Form heraus. Die zweite Ausgabe in diesem Jahr erscheint am 15. Dezember 1956. Ab Januar 1957 erscheinen die „Verfügungen und Mitteilungen“ monatlich. Der Umfang je Nummer beträgt durchschnittlich 12 Druckseiten (DIN A 4) und der Bezugspreis 0,90 DM je Exemplar. Der Bezug erfolgt nur über den Postzeitungsvertrieb.

Der Bezug dieser „Verfügungen und Mitteilungen“ wird empfohlen. Bestellungen können sofort aufgegeben werden.

VSS 1117—0

Nr. 102/1956. Fachbuch „Beleuchtungstechnik im Betrieb“

Im VEB Technik erscheint im Oktober d. J. eine Broschüre „Beleuchtungstechnik im Betrieb“. Dieses von Kurt P. R. Schmidt verfaßte Werk umfaßt 132 Seiten und enthält 80 Bilder sowie 21 Tabellen. Die Broschüre hat einen Zellophan-Einband und kostet 6,40 DM
EF 1 9310—0

Nr. 103/1956. Berichtigung zur VMBL.Mitt. Nr. 88/1956

In der VMBL.Mitt.Nr. 88/1956 muß es in der zweiten und dritten Zeile von oben richtig heißen: 23. Februar 1956. Die Bezeichnung für den Stellvertreter des Ministers, Gerhard Probst, muß wie folgt lauten: Stellvertreter des Ministers für den Bereich Rundfunk und Fernsehen.
Pr 1300—0

Nr. 104/1956. Sonderpostämter

(Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluß der Mitteilungen) — verspätet gemeldet —
Berlin, im Berolinahodhaus, ZWPA des PA Berlin C2
a) Briefmarken-Ausstellung
b) Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands (D. u. 23. September 1956)
c) Verkauf von Postwertzeichen und Sonderpostwertzeichen, Annahme von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen, Gattlichkeitsstempelungen
e) BEFLIN C2
e) 2. 8. 56
BEZIRKS-BRIEFMARKEN-AUSSTELLUNG
Bildliche Darstellung: Stadtwappen, Emblem des Kulturbundes
(im VMBL. Nr. 26.1956, S. 140, bereits veröffentlicht.)

Elsterberg, im Kunststeldenwerk „Clara Zetkin“, ZWPA des PA Elsterberg
a) 1. Kreis-Briefmarkenausstellung
b) Arbeitsgemeinschaft Philatelia
c) Kunststeldenwerk „Clara Zetkin“, Elsterberg
d) 6. bis 8. Oktober 1956
e) Verkauf von Postwertzeichen und Sondermarken, Annahme von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen, Gattlichkeitsstempelungen
e) ELSTERBERG
e) 10. 8. 56
ERSTE KREIS-BRIEFMARKEN-AUSSTELLUNG
Bildliche Darstellung: Stadtwappen Elsterberg

Magdeburg, im Kultursaal des Schwermaschinenbaues „Georgj Dimitroff“, ZVFA des IFA Magdeburg C 1

a) 1. Briefmarkenausstellung der Schwermaschinenbauer
b) Betriebszeitungsgemeinschaft Philatelic
Karl-Liebknecht-Werk Magdeburg
c) 27. und 28. Oktober 1956

d) Verkauf von Postwertzeichen, Annahme von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen, Gefälligkeitsstempelungen

e) MAGDEBURG C 1
1. Briefmarkenausstellung der Schwermaschinenbauer
Bildliche Darstellung: Embleme der beteiligten Betriebe und Fabrikgebäude des Schwermaschinenbaues „Georgj Dimitroff“

a) Anhalt b) Veranstalter c) Dauer d) Aufgabenkreis des Sonderpostamts e) Stempelschrift
DPW 1250-02 B

Nr. 105/1956. Sonder- und Werbestempel
(Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluss der Mitteilungen)

a) Eröffnungstag der Deutschen Luftmesse Berlin-Moskau
b) Berlin NW 7 Auslandsstelle
c) Zusatzstempel (Gummistempel)
d) DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK
befördert mit dem
ERSTFLUG

BERLIN-MOSKAU
der
DEUTSCHEN
LUFTHANSA
Bildliche Darstellung: Flugzeug
e) 4. Oktober 1956

Alle Sendungen, die ab Berlin auf dem Luftwege mit dem Erstflug befördert werden und bis zum 4. Oktober 1956, 24 Uhr, zur Beförderung mit dem Erstflug beim PA Berlin beim PA Berlin NW 7, Auslandsstelle, vorliegen, erhalten einen Abdruck des Zusatzstempels. Anträge zur Ausführung von nachträglichen Gefälligkeitsstempelungen sind bis 3. Dezember 1956 an das PA Berlin NW 7 zu richten.

a) Werbung
b) Scheibe-Alsbach (Thüringerw)
c) Handstempel
d) Scheibe-Alsbach (Thüringerw)
1. 10. 55-59

PERNEZZELLAGER
EST „HERMANN DÜNKER“
Bildliche Darstellung: Furtis am Stausee bei Scheibe-Alsbach
e) 1. Oktober bis 15. Dezember 1956

a) Anhalt b) Verwendungsort c) Art des Stempels d) Stempelschrift e) Verwendungsdauer
DPW 6252-1

IM OKTOBER 1956 ERSCHEINT

RECHEN-HILFE

Multiplizieren — Dividieren
Errechnung der Zeit- und Leistungslohne
einschl. Zuschläge
Stückrechnung — Prozentrechnung
Zeitrechnung

Format DIN A 4 · Etwa 340 Seiten · Ganzkunstleder etwa 18,— DM

Neben einem Auszug aus den arbeitsrechtlichen Vorschriften für die Berechnung der Löhne enthält diese Publikation Rechentafeln von 1-300X2 bis 1-300X300. Die Zeit- und Leistungslohnberechnung einschließlich der Berechnung von 15-, 25- und 50-%igen Zuschlägen kann für Lohnfaktoren von 0,60 DM bis 3,— DM für 1 bis 300 Stunden und 1 bis 60 Minuten abgelesen werden. Umrechnungstabellen für Minuten, für Minuten in Hundertteile der Stunde und Tabellen zur Berechnung des Prozentsatzes der Übererfüllung pro Monat bzw. pro Woche ergänzen das Werk. Die Rechen-Hilfe kann aber neben der Lohnberechnung auch zu allen anderen kaufmännischen Berechnungen, die auf den Grundrechnungsarten basieren (z. B. Ausrechnung von Bestandsaufnahmen, Berechnung von Fakturen usw.) verwandt werden.

Eine ausführliche Anleitung gewährleistet die sofortige Verwendung der Tabellen zur schnellen und zeitsparenden Erledigung aller Rechenarbeiten.

Bestellungen bitten wir beim örtlichen Buchhandel oder beim Buchhaus Leipzig, Leipzig C 1, Postfach 91, aufzugeben

VEB DEUTSCHER ZENTRALVERLAG · BERLIN

Herausgeber: Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin W 68.
Verlag: (4) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin, Fernspr. 87 84 11, Postcheckkonto: 1400 25. — Die Verfertigungen und Mitteilungen erscheinen in der Regel am 1., 8., 15. und 22. jedes Monats. — Verantwortlich unter Druckgenehmigungsnr. Ag 1402 DDr des Amtes für Literatur und Verlagswesen der Deutschen Demokratischen Republik. — Druck: (36) Drucker/ Tägliche Rundschau, Berlin W 8.



Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen
HERAUSGEGEBEN VON DER DEUTSCHEN POSTWERBUNG

3. Jahrgang

Leipzig, März 1958

Heft 3

D
I
E
D
E
U
T
S
C
H
E



P
O
S
T



LEUCHTROHRENANLAGEN
FÜR LICHTREKLAME UND
MODERNE BELEUCHTUNG

Formgebung und Größe in jeder gewünschten Ausführung - Große Farbauswahl - Herstellung durch beste Fachkräfte in gleichbleibend guter Qualität

Unbegrenzte Möglichkeiten für die Beleuchtung repräsentativer Räume durch Lichtgestaltung

WESTGLAS Leuchtrohren

VEB GLASWERKE ILMENAU/THUR.
Fernsprechanschluß 3171 - 3173



LAUSITZER KABELWERK GmbH.

in Verwaltung

NIEDERODERWITZ OL

liefert Ihnen

Mantelleitung NGM Alu

Gummischlauchleitung

Fahrzeugleitung - Schalldrähte

Telefonschnüre

Autokabelsätze

VEB Segeltuch-Industrie Meerane

HV Basifaser

Größte Schwerweberei der DDR

Neben der Produktion von

Baumwoll-, Leinen-
und Perlengeweben

Konfektion u. a. von

Postpaketsäcken
Briefsammeltaschen
Zeitungstaschen

"MÖVE" FAHRRÄDER

nicht nur zur Erholung

und Entspannung -

auch zur Arbeitserleichterung!



VEB „MÖVE“-WERK MÜHLHAUSEN

INHALT

Seite

STREHLÉ: Internationaler Frauentag	49
LONIUS: Über einige Fragen der Neuordnung des Postbeförderungswesens und der Auswirkungen auf den Dienstbetrieb in den Bahnposten, Umschlagstellen und Briefabfertigungen	61
RÖWER: Amtswartung in ländlichen Wahlvermittlungstellen	64
ADLER: Zur Entwicklung des Mitbestimmungsrechts der Werk tätigen im Post- und Fernmeldewesen	68
EICHELMANN: Der Begriff „Technologie“ und seine Anwendung im Post- und Fernmeldewesen	71
LORKLE: Übersicht über das Gebiet der Starkstrombeeinflussung	75
HAMANN/OEHME: Über die Entwicklung von Briefverteilmaschinen	78
PASCH: Das alleinige Recht der Deutschen Post zur Nachrichtenbeförderung	73

Unser Titelbild. In allen Dienstzweigen des Post- und Fernmeldewesens stehen die Frauen „hinter Mann“. Das Titelbild zeigt eine Kollegin des Instituts für Post- und Fernmeldewesen im Labor für Meßtechnik. (Autof. 1PF)



Ötitzzeichen 381

Herangezogen von der Deutschen Postwerbung, Redaktion „Die Deutsche Post“, Leipzig S. 3, Gustav-Freytag-Str. 43-45, Fernsprecher 20805. Verantwortlich: Hans Hillé. Satz und Druck: VEB Graphische Werkstätten Leipzig III 18/97. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Deutsche Postwerbung, Berlin C 2, Magazinalstraße 8-11. Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 1 gültig. Die Zeitschrift „Die Deutsche Post“ erscheint monatlich einmal. Bezugsbedingungen: Vorzugspreis für Postangehörige vierteljährlich 1,50 DM. Preis für andere Besteller vierteljährlich 2,40 DM. Bestellungen nehmen die zuständigen Postzeitungsvertriebe entgegen.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdrucke - auch auszugsweise - nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Referate und Besprechungen mit voller Quellenangabe zulässig. Veröffentlicht unter der Lizenznummer ZLN 5120 des Ministeriums für Kultur der Deutschen Demokratischen Republik.

DEUTSCHE POST

AS POST- UND FERNMELDEWESEN
ION DER DEUTSCHEN POSTWERBUNG

z 1958 Heft 3

z 1958

Frauentag

LE, Leipzig

lungen. Nach und nach wurden wesentliche Erleichterungen für die Frauen geschaffen, u. a. Kinderhorte, Kindergärten und öffentliche Nähtstuben und Ruheräume, so daß die Frauen Zeit finden, sich zu qualifizieren und gesellschaftlich mitzuarbeiten. Die Gleichberechtigung unserer Frauen mußte sich wie fast überall auch in den Post- und Fernmeldebetrieben zunächst erst durchsetzen; denn nicht jeder Kollege erkannte anfangs die Leistungen der Frau als gleichwertig an. Aber die Taten unserer Mitbürgerinnen, die oft vorzügliche Mitarbeiter bei manchem Kollegen bewiesen, daß die Frau ebenso gut in der Lage ist, einen Betrieb, eine Abteilung oder eine Dienststelle zu leiten wie der Mann. Darüber hinaus arbeiten viele Frauen und Mütter in den Betrieben, in der Gewerkschaft, in der Gesellschaft für Deutsch-sowjetische Freundschaft, im Frauenausschuß, in der Nationalen Front oder im DFD mit.

Im anderen Teil unseres Vaterlandes, in Westdeutschland, ist es praktisch noch keine Gleichberechtigung der Frau. Bei gleicher Leistung erhalten die Frauen weniger Lohn als die Männer. Die Sorge um die Kinder wird ihnen während der Arbeitszeit nicht abgenommen. Es gibt nur wenige Kindergärten, und die Unterbringung der Kinder ist auch nur für teures Geld möglich. Ein Gesetz zum Schutz von Mutter und Kind ist in Westdeutschland unbekannt. Aber eines kann und soll nach dem Willen der dortigen Mächthaber die werktätige Frau in Westdeutschland: Kinder gebären und großziehen, die dann für einen guten Krieg ausgebildet werden, um ihr Leben für die Profitgieriger weniger zu lassen.

Deshalb muß die Kraft unseres Friedenskampfes auf die Frauen in Westdeutschland ausstrahlen; denn unsere Interessen sind auch die ihren.

Möge jede Frau, jede Mutter die Gefahr erkennen, die aufgrund der Kriegsvorbereitungen in Westdeutschland droht.



Wäldtan Eck, FMA Leipzig



Erika Netto, FMA Erfurt



LEUCHTRÖHRENANLAGEN FÜR LICHTREKLAME UND MODERNE BELEUCHTUNG

Formgebung und Größe in jeder gewünschten Ausführung - Große Farbauswahl - Herstellung durch beste Fachkräfte in gleichbleibend guter Qualität

Unbegrenzte Möglichkeiten für die Beleuchtung repräsentativer Räume durch Lichtgestaltung

WESTGLAS *Leuchtröhren*
VEB GLASWERKE ILMENAU/THUR.
Fernsprechanruf 3171 - 3173

"MÖVE" FAHRRÄDER

nicht nur zur *Erholung*
und *Entspannung* -
auch zur *Arbeits erleichterung!*



VEB "MÖVE" WERK MÜHLHAUSEN

Die (West-) Deutsche Postgewerkschaft führte in Berlin ihren IV. Kongress durch. Es nahmen rund 250 Delegierte daran teil. Sie wählten erneut für 2 Jahre ihren I. Vorsitzenden, SPD-Bundestagsabgeordneten Carl Sieglar, gegen 1 Stimme bei 6 Stimmenthaltungen. Der Hauptvorstand versuchte auf dem Kongress, noch größere Befugnisse gegenüber den Mitgliedern zu erhalten. Die Vertreter der Mitgliedschaft setzten sich aber in zwei wichtigen Punkten durch. Der Antrag des Vorstandes, anstatt bisher 60%, künftig 70% der Mitgliedsbeiträge aus dem Bruttoeinkommen der Zentralkassen abzuführen, wurde abgelehnt. Ein weiterer vom Hauptvorstand beauftragter Antrag, anstatt bisher alle 2 Jahre nur noch alle 3 Jahre einen ordentlichen Kongress abzuhalten, wurde ebenfalls abgelehnt. Im Verlaufe dieser Verhandlungen, „Jahresversammlungen“ der DDB-Vorsitzende Willi Hecker auf Grund der technischen Entwicklung zu einem in Köln nur noch aus historischen Darstellungen bekannten Gegenstand.

Die letzten Postpferde wurden jetzt in den Ruhestand versetzt, nachdem auch Schottland das letzte Postpferd durch ein Moped ersetzt hat. St. Gallen war der einzige Bereich, in dem es noch prestigeträchtige Pferde gab. In den anderen Kantonen hatten die Motorposten schon vorher die Pferde abgelöst. Das erstmalige einzige öffentliche Verkehrsmittel der Alpenländer wurde damit auf Grund der technischen Entwicklung zu einem in Köln nur noch aus historischen Darstellungen bekannten Gegenstand.

Einige Briefe, die eine Laufzeit von 63 Jahren hatten, stellte die Österreichische Post im IV. Quartal 1957 zu. Sie stammten aus dem Jahre 1894 und trugen noch die Marken der Österreichisch-ungarischen Monarchie. Als man ein Haus in Venedig renovierte, waren sie plötzlich zum Vorschein gekommen. Ein Brief, der sich unter diesen Sendungen befand, wurde sogar pflichtgemäß durch Zylinder zerstört.

Die sowjetische Rekordmaschine TU 104 wird anlässlich der Eröffnung des modernen Flugverkehrs der Teichkolonischen Fluggesellschaft, GSA mit Dönanflugzeugen durch die Prager Post auf zwei Sondermarken abgedruckt erscheinen. Außerdem werden die belagerten Zonen täglich wiedergegeben, und zwar von Prag aus nach Paris, Moskau, Kairo, Beirut und Damaskus.

Ein für Lentag geplantes Fernsehturnier wird in einer Stahlrohrkonstruktion mit einer Höhe von 315 m gebaut. In 200 m Höhe werden sich die technischen Anlagen des Fernsehstudios befinden. Er soll gleichzeitig zwei Schwarz-Weiß- und ein Farb-Fernsehprogramm ausstrahlen können. Dieser Turm gehört mit zu den höchsten Bauwerken der Welt. Er wird den Eiffelturm in Paris um 15 m überragen.

Nach Konstruktion des ersten deutschen Turbinenflugzeuges „152“, das ein äußerst schnelles Flugzeug für den Mittelstreckenverkehr ist und bis zu 72 Passagiere bei entsprechender Fracht zu 2000 km weit in einer Höhe von 10-12 km mit einer maximalen Reisegeschwindigkeit von 850 km/h befördern kann, wird jetzt bereits in den Konstruktionsbüros der Luftfahrtindustrie der DDR an einem neuen Verkehrsflugzeug unter dem Namen „Turbinen-Triebwerke“ gearbeitet. Die Maschine „153“ wird ein auf besondere Wirtschaftlichkeit hin konstruiertes Mittelstrecken-Verkehrsflugzeug sein, das für den Start von allen Flughäfen geeignet sein soll. Es ist vorgesehen, daß es besonders auch für den Transport von wertvollen Gütern, so z. B. von Luftpostsendungen, eingesetzt wird. Trotz der hohen Wirtschaftlichkeit kann dieses Flugzeug doppelt so schnell fliegen wie die gegenwärtig bei der Deutschen Luftflotte eingesetzten Flugzeuge. Da für solche Typen auf dem internationalen Markt eine große Nachfrage besteht, wird auch mit guten Exportmöglichkeiten gerechnet. Während die Deutsche Luftflotte zur Zeit schon mit zahlreichen in der DDR hergestellten Maschinen ihren Flugverkehr durchführt, sind sämtliche bei der westdeutschen Luftflotte eingesetzten Verkehrsflugzeuge nach vorliegenden Berichten amerikanischer oder englischer Ursprungs.

Auf den Bundespost-Festhaltensbergen wurde im Januar dieses Jahres ein neuer Fernsehturn in Betrieb genommen. Die Antenne dazu wurde von Funkwerk in Berlin-Köpenick geliefert und von Spezialisten aus der DDB montiert.

Mitarbeiter werden in den USA entwickelt. Die Bild- und Tonsendungen werden verzerrt ausgestrahlt. Im Empfänger sorgt ein Entschlüsselungsgerät für entzerrte Wiedergabe. Dieses Gerät arbeitet nur nach Minutenpausen für eine bestimmte Zeit. Auf diese Weise muß der Zuhörer das Programm finanziieren.



DIE DEUTSCHE POST

ZEITSCHRIFT FÜR DAS POST- UND FERNMELDEWESEN

HERAUSGEGEBEN VON DER DEUTSCHEN POSTWERBUNG

3. Jahrgang

Leipzig, März 1958

Heft 3

Zum 8. März 1958

Internationaler Frauentag

Von Jutta STREHLE, Leipzig

Die gemeinsamen Interessen der Frauen aller Länder an der Erhaltung des Friedens, das gemeinsame Hoffen und Sehnen nach einem glücklichen Leben der Kinder und Familien, das ist das weltumspannende Band, das ihr und aller Werktätigen Wollen zur unbesiegbaren Kraft werden läßt.

Klara Zetkin, die große deutsche Sozialistin und Friedenskämpferin, kannte das Leben und die Wünsche der Frauen, sie kannte auch den Volksfönd der Völker, den Imperialismus und Militarismus. Sie war es, die 1910 auf der II. Internationalen Konferenz der Sozialistinnen in Kopenhagen die Frauen in aller Welt aufrief, alljährlich einen gemeinsamen Kampf für Glück, Frieden und ein besseres Leben, für die Rechte der Frau zu begehen. Von Jahr zu Jahr mehrte sich die Zahl der Mitarbeiterinnen für die Gleichberechtigung der Frau und für die Erhaltung des Friedens.

In den Staaten, in denen die Arbeiter und Bauern herrschen, in denen die Macht der Imperialisten gebrochen ist, wurde die Gleichberechtigung der Frau lebendige Wirklichkeit.

Auch in der Deutschen Demokratischen Republik ist der 8. März Kampf- und Festtag zugleich; denn dort, wo der Sozialismus aufgebaut wird, findet das Hoffen und Sehnen der Frauen und Mütter nach Frieden wahre Erfüllung.

Der Internationale Frauentag ist heute Ausdruck des Kraftbewußtseins und der internationalen Solidarität der Frauen der ganzen Welt.

Wofür Klara Zetkin kämpfte, das ist auch bei uns Wirklichkeit geworden. Seit an Seite mit unseren Männern arbeiten wir Frauen für den Aufbau des Sozialismus. Wir Frauen in der Deutschen Demokratischen Republik kämpfen mit allen Friedliebenden Frauen der Welt dafür, daß nie wieder eine Mutter ihr Kind als Opfer des Krieges beweinen muß.

Der Ausspruch Maxim Gorkis „Ohne Sonne blühen keine Blumen - Ohne Frauen gibt es kein Leben - Ohne Mütter gibt es keine Kinder und Heiden“ muß jede Frau aufritteln, aktive Kämpferin für den Frieden zu werden.

Der Internationale Frauentag ist zugleich ein Ehrenfest für unsere Frauen. In der Deutschen Demokratischen Republik ist es bereits zur Tradition geworden, daß am 8. März diejenigen Frauen, die hervorragende Leistungen beim Aufbau des Sozialismus vollbracht, geehrt werden und damit nicht zuletzt zugleich alle Frauen - jede an ihrem Arbeitsplatz -, die zur Erfüllung unserer Pläne, zum Erreichen eines besseren Lebensstandards beitragen.

Auch die Frauen des Post- und Fernmeldewesens stehen in diesem Kampf um eine bessere Zukunft nicht zurück. Unsere Brief- und Zeitungsmitarbeiterinnen, unsere Telefonistinnen, Pensionsbeamtinnen, Meisterinnen und leitenden Mitarbeiterinnen haben seit 1945 dazu beigetragen, daß das Post- und Fernmeldewesen aufgebaut werden und heute Ansehen und Anerkennung nicht nur in der Deutschen Demokratischen Republik, sondern auch international erringen konnte. Die Anfangsjahre waren schwer. Unsere Frauen arbeiteten unter den schwierigsten Be-

dingungen. Nach und nach wurden wesentliche Erleichterungen für die Frauen geschaffen, u. a. Kinderorte, Kindergärten und -vorklassen, Nähtuben und Ruhestube, so daß die Frauen Zeit fanden, sich zu qualifizieren und gesellschaftlich mitzuarbeiten. Die Gleichberechtigung unserer Frauen mußte sich wie fast überall auch in den Post- und Fernmeldediensten zunächst erst durchsetzen; denn nicht jeder Kollege erkannte anfangs die Leistungen der Frau als gleichwertig an. Aber die Taten unserer Kolleginnen, die oft vorzügliche Mitarbeiter hat manchem Kollegen bewiesen, daß die Frau ebensogut in der Lage ist, einen Betrieb, eine Abteilung oder eine Dienststelle zu leiten wie der Mann. Darüber hinaus arbeiten viele Frauen und Mütter in den Parteien, in der Gewerkschaft, in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, im Frauenausschuß, in der Nationalen Front oder im DFD mit.

In anderen Teil unseres Vaterlandes, in Westdeutschland, gibt es praktisch noch keine Gleichberechtigung der Frau. Bei gleicher Leistung erhalten die Frauen weniger Lohn als die Männer. Die Sorge um die Kinder wird ihnen während der Arbeitszeit nicht abgenommen. Es gibt nur wenige Kindergärten, und die Unterbringung der Kinder ist auch nur für teures Geld möglich. Ein Gesetz zum Schutz von Müttern und Kindern ist in Westdeutschland unbekannt. Aber eines kann und soll nach dem Willen der dortigen Machthaber die werktätige Frau in Westdeutschland: Kinder gebären und großziehen, die dann für einen neuen Krieg ausgebildet werden, um ihr Leben für die Profiteure einiger weniger zu lassen.

Deshalb muß die Kraft unseres Friedenskampfes auf die Frauen in Westdeutschland ausstrahlen; denn unsere Interessen sind auch die ihren.

Mag jede Frau, jede Mutter die Gefahr erkennen, die auf Grund der Kriegsvorbereitungen in Westdeutschland droht.



Waltraud Eck, FMA Leipzig



Erika Netze, FMA Erfurt



Grete Rackow, HPA Rostock



Johanna Glas, HPA Plauen (Vogt)

Möge sie mit uns ihre Stimme gegen Krieg, gegen Vernichtung und für eine friedliche Zukunft erheben. Die Festigung und Stärkung unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht als Basis des Friedens und als Basis eines künftigen einheitlichen und sozialistischen Deutschlands, in dem die Frau gleichberechtigt an der Seite des Mannes das Leben und die Zukunft des gesamten Volkes gestalten hilft, liegt deshalb im ureigensten Interesse jeder Frau und Mutter. Die Mehrzahl der Frauen in der Deutschen Demokratischen Republik hat das bereits erkannt, und viele gute Beispiele auch im Post- und Fernmeldewesen zeugen von ihrer aktiven Bereitschaft.

Die Zahl der Verdienten Aktivistinnen, Aktivistinnen, Besten Facharbeiterinnen, Besten Zeitungszustellerinnen, Besten Telefonistinnen usw. steigt von Jahr zu Jahr. Das ist ein Beweis dafür, daß die Frauen in unseren Ämtern mitteilen beim Verwirklichen solcher Maßnahmen wie die Einführung der 45-Stunden-Woche, die Gewährung der Dienstaltersprämien und dergleichen.

Das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen zeichnete vor kurzem die Kollegin **Waltraud Eck** vom FMA Leipzig als Verdiente Aktivistin aus.

Die Kollegin **Eck**, im Telegrammübermittlungsdienst tätig, verbesserte ihre Leistungen von Jahr zu Jahr. Sie legte besonderen Wert auf fehlerfreies Schreiben, so daß so seit Oktober 1955 bis heute vollkommen ohne Fehler arbeitet und ihre Anschlagzahl auf 400 Anschläge und darüber steigerte. Dies ist die höchste Anschlagzahl, die bisher fehlerfrei von einer Kollegin erreicht wurde.

In vielen innerbetrieblichen sowie bezirklichen Wettbewerben ging Kollegin **Eck** als Siegerin hervor, errang den Titel „Beste Facharbeiterin“ und wurde am 1. Mai 1957 auf Grund ihrer überragenden Leistungen Aktivistin. Auch im Brigadewettbewerb errang ihre Brigade den 1. Platz. Als Mitglied der Wettbewerbskommission trug sie durch unermüdete Überzeugungskraft dazu bei, daß sich heute alle Kolleginnen der Abteilung Telegrafie des FMA Leipzig am Wettbewerb beteiligen. Sie ist allen Kolleginnen stets Vorbild und kann stolz auf die Verleihung des Ehrenzeichens „Verdienter Aktivist“ sein.

Auch Kollegin **Erica Zette** vom FMA Erfurt kämpfte erstmalig 1953 um den Titel „Beste Fernschreiberin“ und errang vorbildliche Erfolge. Ihre hervorragenden Leistungen führten zu zahlreichen innerbetrieblichen Auszeichnungen. Aus diesem Grunde wurde sie am 13. Oktober 1954 Aktivistin. Ihrer unermüdeten Initiative und Aufklärungsbereitschaft ist es zu verdanken, daß ihre Brigade bereits dreimal mit der Auszeichnung „Brigade der ausgezeichneten Qualität“ geehrt wurde. Sie gibt anderen Brigaden wertvolle Hinweise zur Verbesserung ihrer Arbeit. Ihr Wissen und Können gab sie vor allem jungen Kräften weiter, die unter ihrer Anleitung den Ausbildungsabschnitt Telegrafie mit der Note „gut“ beendeten.

Kollegin **Nette** wurde bereits mehrfach zur Leipziger Messe, zu den Wintersportmesterschaften in Oberhof und zur Gartenbauausstellung nach Erfurt als Fernschreiberin abgeordnet. Ihre

dort gezeigten Leistungen wurden anerkannt. Ihr Ziel ist es, den Beinamen „Verdienter Aktivist“ zu erreichen, was ihr bestimmt gelingen wird.

Frau **Orta Rackow** vom HPA Rostock wurde am 1. Mai 1952 als Aktivistin ausgezeichnet. Sie ist im Ortszustelldienst tätig und erzielte im Zeitungsverkaufe einen monatlichen Umsatz von 350 bis 400 DM. In der Werbung von neuen Abonnenten ist sie stets führend.

Frau **Rackow** steht jungen Kolleginnen mit Rat und Tat zur Seite und bildet Postbetriebsfacharbeiter-Lehrlinge im Ortszustelldienst aus. Auch im gesellschaftlichen Leben nimmt sie regen Anteil. Im Nationalen Aufbauwerk der Stadt Rostock leistete sie bisher 106 Aufbaustunden. Als Sozialbemühteste ist sie unermüdet und kümmert sich um die Belange der Frau.

Beim HPA Plauen (Vogt) arbeitet Frau **Johanna Glas** im Postbetriebsdienst. Durch Besuch von betrieblichen Lehrgängen qualifizierte sie sich für mehrere Arbeitsplätze. In Anerkennung ihrer überragenden Leistungen und gleichbleibenden Leistungen erhielt Frau **Glas** am 7. Oktober 1957 den Titel „Aktivist“. Sie wird bei ihrem Lebenslauf noch weitere bedeutende Erfolge erreichen.

Für ausgezeichnete Leistungen wurde anlässlich des Internationalen Frauentages 1956 und 1957 beim FMA Zwickau (Sachs) Kollegin **Käthe Kosechare** geehrt. Unseren Kindern gilt ihre ganze Liebe. Sie schenkt als Vorsitzende der Kommission „Arbeit unter den Kindern“ und Leiterin des Kinderferienlagers keine Mühe und kein Opfer, den Kindern besonders das Ferienlager ein Erlebnis werden zu lassen. Ihre erzieherische Arbeit unter den Kindern ist vorbildlich. Darüber hinaus ist ihre gesellschaftliche Tätigkeit beispielgebend für alle Frauen beim FMA Zwickau (Sachs). Kollegin **Kosechare** setzte sich 1952 besonders aktiv für die Aktion „Aufbauwerk Berlin“ ein. Sie leitete das Betriebs-sparen und hat durch laufende Werbung und Aufklärung große Erfolge erzielt. Auch fachlich arbeitet **Käthe Kosechare** gut. Sie war zunächst Telefonistin und qualifizierte sich in der Materialbehalterhaltung, als TAN-Sachbearbeiterin und in der Fernmelde-rechnungsstelle, so daß sie vielseitig eingesetzt werden kann. Auf Grund ihrer gesellschaftlichen und fachlichen guten Leistungen gienkte Kollegin **Kosechare** bei der gesamten Belegschaft, besonders aber bei den Frauen, großes Vertrauen. Sie ist allen ein Vorbild.



Käthe Kosechare, FMA Zwickau

Dies sind nur einige wenige Beispiele ausgezeichneten Arbeit unserer Frauen in den Post- und Fernmeldebetrieben. Eine Vielzahl von Frauen hat hervorragende Leistungen vollbracht, ein Zeichen dafür, daß wir Frauen unsere ganze Kraft zur Stärkung unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates einsetzen, zum Gelingen unseres großen Zieles, die Erhaltung des Friedens. Kämpfern wir dort, wo das Leben ist, scheuen wir kein Opfer, um das große Aufbauwerk zu vollenden!

Über einige Fragen der Neuordnung des Postbeförderungswesens und der Auswirkungen auf den Dienstbetrieb in den Bahnposten, Umschlagstellen und Briefabfertigungen

Von Joachim LONIUS, Berlin

Mitteilungen aus dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen

Mit diesen Ausführungen sollen einige Fragen geklärt werden, die von Mitarbeitern des Betriebsdienstes im Zusammenhang mit den durchgeführten Betriebsversuchen an die verantwortlichen Kollegen der Hauptverwaltung Post- und Zeitungswesen herangetragen worden sind. Die Behandlung dieser Fragen wird für notwendig gehalten, weil die Erprobung des Briefverkehrs bereits einen bedeutenden Umfang angenommen hat und auch bei einigen Hauptpostämtern Briefkonzentrationspunkte eingerichtet wurden.

Vorbetrachtungen

In unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat gewinnt der Prozeß der Mechanisierung im Postwesen im Zusammenhang mit dem Aufbau des Sozialismus eine besondere Bedeutung, weil die zweckmäßige Mechanisierung mit Gewißheit zur weiteren Steigerung der Arbeitsproduktivität beiträgt.

Deshalb ist es unsere vornehmliche Aufgabe, durch Anwendung moderner technologischer Verfahren den zur Zeit noch nicht befriedigenden Stand der Arbeitsproduktivität so zu heben, daß die vor der Hauptverwaltung Post- und Zeitungswesen stehenden größeren Aufgaben ohne den Einsatz zusätzlicher Arbeitskräfte gelöst werden können.

Die Hauptverwaltung Post- und Zeitungswesen hat sich im Hinblick auf den Mechanisierungsprozeß besonders auf die Betriebszweige konzentriert, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Zeit noch einen großen Arbeitskräftenachschub benötigen. Zu diesen Betriebszweigen gehört zweifellos das Postbeförderungswesen, das im allgemeinen die Gesamtheit aller Transportleistungen für Postsendungen und zu einem wesentlichen Teil auch für Zeitungen umfaßt.

In diesem Jahr werden die Versuche, die der Mechanisierungsprozeß mit sich bringt, stark erweitert werden, so daß eine Vielzahl von Kolleginnen und Kollegen mit den neuen Problemen in Berührung kommt, ja, daß ihre eigene Arbeitsweise wesentlich davon beeinflusst werden wird. Wir sind überzeugt, daß vor allem die im Bahnpostdienst und Paketumschlag sowie im Bahnpostbetriebsdienst und in der Briefabfertigung tätigen Mitarbeiter gemeinsam mit allen verantwortlichen Kräften der Betriebszweige für Post- und Fernmeldewesen, der Hauptverwaltung Post- und Zeitungswesen und des Instituts für Post- und Fernmeldewesen den Prozeß der Neuordnung des Postbeförderungswesens tatkräftig in Angriff nehmen werden. Mit Sicherheit werden sich die wesentlichsten Auswirkungen im praktischen Betriebsablauf ergeben und damit die bisher gewohnte und fast als unabänderlich angesehene Arbeitserschwerung in den genannten Dienstzweigen beseitigen helfen.

Die Neuordnung des Postbeförderungswesens

Wir sprechen in letzter Zeit in den Produktionsberatungen und ökonomischen Konferenzen oft von der „Neuordnung des Postbeförderungswesens“. Was ist unter dem Begriff zu verstehen?

In wenigen Worten soll mit diesem Begriff die breite Einführung der Technik und die damit zusammenhängende Änderung der Technologie, d. h. der betrieblichen Verfahrensweisen im Postbeförderungswesen ausgedrückt werden.

Die z. Z. durchgeführten bzw. die noch in diesem Jahr beabsichtigten Versuche des mechanisierten Ladungsaustausches mit Rollbehältern und mechanischen Hubgeräten, der Brief-, Paket- und Paketkonzentration und der Briefverteilmaschinen werden nach Abschluß der Einzelversuche zweckmäßig zusammenzufassen sein und dann die Grundlagen für

eine neue betriebliche Verfahrensweise des Postbeförderungswesens ergeben. Das setzt natürlich voraus, daß sich bereits die Einzelversuche den gemeinsamen Ziel anzunähern haben und auch hinsichtlich der Abschlusstermine aufeinander abgestimmt sind.

Das Kernproblem der Neuordnung des Postbeförderungswesens besteht darin, durch Anwendung einer zweckentsprechenden Technik und Technologie die Arbeitsproduktivität zu steigern, die schweren körperlichen Arbeiten zu beseitigen, die Laufzeiten der Sendungen möglichst zu beschleunigen und den steigenden Verkehrsanforderungen der Deutschen Reichsbahn gerecht zu werden.

Über die neuen Verfahren

In der praktischen Durchführung der sich daraus ergebenden Aufgaben stehen folgende Fragen im Vordergrund:

1. Beim Aufbau neuer Verteilverfahren ist zu berücksichtigen, daß Sendungen aller Art möglichst schon im Aufgabebereich abschließend bearbeitet und weitere Verteilvorgänge während der Beförderung stark eingeschränkt werden.
2. Die schweren Verteil-, Transport- und Umschlagleistungen müssen weitgehend erleichtert und beschleunigt werden.

Aus den weiteren Ausführungen wird verständlich, daß beide Fragen zwar getrennt voneinander gelöst werden können, daß der höchste ökonomische Nutzeffekt aber nur erreicht wird, wenn beide Fragen gemeinsam behandelt werden.

Wir haben in der Vergangenheit auf vielen Kursbesprechungen Betrachtungen darüber angestellt, ob es möglich gemacht werden kann, daß z. B. ein von Mylau (Vogt) nach Anklam gerichteter Brief auf dem Beförderungsweg nicht 3—4-mal verteilt zu werden braucht. Die bisher unternehmen Verfahren (gelehrt ist hierbei v. a. an den im Jahre 1955 auf der Strecke Halberstadt—Leipzig eingeschlagenen Weg) haben nicht zum Erfolg geführt. Erst die Konzentration von Briefsendungen aus räumlich begrenzten Bereichen in einer verkehrsmäßig günstig gelegenen Briefabfertigung wird die Voraussetzung dafür bieten, daß genügend Briefsendungen vorliegen, um auch für entfernt liegende, weniger bedeutende Orte Bundes zu fertigen, die unterwegs, d. h. also in den Bahnposten, nicht noch einmal zu bearbeiten sind.

Die bisher beim Bahnpostamt 7 Magdeburg und bei den Hauptpostämtern Zwickau (Sachs) und Straßburg durchgeführten Versuche bewiesen, daß der vorgeschlagene Weg der Zusammenfassung und Verteilung der Briefsendungen in bestimmten Briefabfertigungen im wesentlichen zum Erfolg führt und keine Laufzeitverzögerungen auftraten, wenn bei der Festlegung des Konzentrationsbereiches die richtigen Verhältnisse zwischen Bearbeitungsleistung in der Briefabfertigung und der zum Antransport benötigten Zeit gewahrt wurden. Selbstverständlich werden die Bedingungen in den verschiedenen Gegenden der Deutschen Demokratischen Republik unterschiedlich sein, aber

eine zumindest 80%ige Erfassung der im Konzentrationsbereich aufkommenden Briefpost dürfte sich nach den bisherigen Versuchsergebnissen gewährleisten lassen.

Für die Zusammenfassung der Paket- und Päckchensendungen können jedoch die für Briefsendungen geltenden Bedingungen offensichtlich nicht angewendet werden. Der Grund ist darin zu suchen, daß für die laufende Abbeförderung der Briefsendungen zur bearbeitenden Briefabfertigung infolge des geringen Anspruchs an Beförderungskapazität jedes Verkehrsmittel (Kfz, Pw der Eisenbahn) ausgenutzt werden kann. Das ist bei dem großen Anspruch der Pakete und Päckchen an den benötigten Transportraum nicht möglich, ohne zusätzliche, übermäßig aufwendige Transportkapazitäten einzusetzen. Hier sind also Paket- und Päckchensendungen in kleinen Bereichen zusammenzufassen und zu verteilen. Die Briefsendungen haben dabei noch den Vorteil, daß sich nach gleichen Bestimmungsbereichen gerichtete Sendungen in Bünden, die Bünde wiederum in Beuten zusammenfassen lassen.

Bei der Untersuchung, in welcher Form Pakete nach gleichem Bestimmungsbereich zu einer transportfähigen Einheit zusammengefaßt werden können, lag es nahe, die in anderen Wirtschaftszweigen bereits bewährten Behälter — nach Anpassung an unsere Bedingungen — in Betracht zu ziehen. Da ein solcher Behälter nur ungefähr 50 Pakete aufnimmt, ist es möglich, daß auch für Paketsendungen im Aufgabebereich bereits Orte- oder Sammelbehälter für die Bestimmungsbereiche gefertigt werden können. Unter diesen Voraussetzungen ergibt sich die Möglichkeit, in vielen Fällen auf eine weitere Umarbeitung der Pakete auf dem Beförderungsweg zu verzichten.

Da es nur eine Frage der technischen Entwicklung ist, auch Beutel in Behältern zu befördern, besteht beim Einsatz von Behältern für die beiden wichtigsten Sendungsarten die Möglichkeit, diese auf dem Beförderungsweg zu Einheiten zusammenzufassen und eine Umarbeitung während des Transportes weitgehend zu vermeiden.

Bei den Erörterungen über die Anwendungsmöglichkeiten von Behältern trat aber gleichzeitig die Frage auf, auf welche Art und Weise diese recht schweren „Ladungsgegenstände“ im Austausch mit den Bahnposten zu behandeln wären und wie sich der Transport der Behälter bei den Umschlagstellen, auf den Bahnhöfen und innerhalb des Bahnpostwagens gestalten sollte.

Die vom Institut für Post- und Fernmeldewesen angestellten Untersuchungen führten in der weiteren Entwicklung schließlich zur Konstruktion der Rollbehälter, die mit Hilfe von mechanischen Hubgeräten, sogenannten Gabelstaplern, jeden im Postbetrieb in Betracht kommenden Höhenunterschied überwinden und auf der Ebene mit der Hand oder mit den üblichen Elektrozugkräften verfahren werden können.

Mit dem Einsatz von mechanischen Hubgeräten war aber gleichzeitig die Grundlage zur Mechanisierung des Ladungsaustausches, der zu den schwersten körperlichen Dienstleistungen gehört, geschaffen worden.

Es war deshalb für die weitere Entwicklung sehr günstig, daß die betrieblichen Auswirkungen der Konzentration von Paket-, Brief- und Päckchensendungen und die Mechanisierung des Ladungsaustausches nicht im Widerspruch zueinander standen.

Der im Jahr 1957 fertiggestellte und auch in den kommenden Jahren fortzuführen Einbau von Förder- und Verteilanlagen an wichtigen Paketumschlagstellen bedeutet im Zusammenhang mit der Mechanisierung des Ladungsaustausches eine zweckmäßige Fortsetzung der Mechanisierungsarbeiten der Hauptverwaltung Post- und Zeitungsverkehr.

Die Auswirkungen im Dienstbetrieb

Es ist selbstverständlich, daß bei unseren Kolleginnen und Kollegen im Bahnpost- und Bahnhofspostdienst sowie im Paket- und Päckchendienst in den Briefabfertigungen einige Fragen darüber auftreten, wie sich die beabsichtigten Mechanisierungs-

vorhaben auf ihre eigene Arbeit und ihren Arbeitsplatz auswirken werden. Tatsache ist, daß die verstärkte Anwendung der Technik höhere Ansprüche an die Ausbildung und das Können der im Betriebsdienst beschäftigten Mitarbeiter stellt.

Bereits der Versuchsbetriebsverkehr auf den Strecken Leipzig-Dresden, Dresden-Goritz, Leipzig-Plauen (Vogt) und Leipzig-Halle (Saale) hat bewiesen, daß unsere Paketbeschreiber in den Paketumschlagstellen Leipzig N 18 und Dresden A 7 die Einführung des Behälterverkehrs, der Tausenden von Mitarbeitern wesentliche Arbeitserleichterungen bringen wird, am besten dadurch unterstützen, daß sie sich zusätzliche, höhere Kenntnisse in der Kursgeografie aneignen. Die gleichen Anforderungen müssen wir an die Briefverteiler in den Briefkonzentrationspunkten stellen, besonders dann, wenn sie an Briefverteilerarbeiten teilnehmen.

Diese Anforderungen an die Verteilkräfte in Paketumschlagstellen und Briefabfertigungen ergeben sich daraus, daß die Qualität der Beförderungsleistung nicht zuletzt von der richtigen Verteilung der Sendungen abhängt. In Zukunft sind dann die Sendungen im wesentlichen nicht mehr wie bisher in den Bahnposten, sondern in den Briefabfertigungen am Orte der Konzentration oder, soweit es Pakete betrifft, in den Paketumschlagstellen abschließend zu verteilen. Die Qualität der Beförderungsleistung wird also künftig zu einem wichtigen Teil im stationären Dienst, d. h. in den Briefabfertigungen und Paketumschlagstellen bestimmt, ohne daß die qualifizierten Kollegen des Bahnpostdienstes die Sendungen erneut im Bahnpostwagen umarbeiten und nochmals Gelegenheit vorhanden ist, Fehlerleistungen zu erkennen.

Es ist offensichtlich, daß sich damit die Paket- und Briefverteiler in den Ämtern, die mit der Bearbeitung und Verteilung von Sendungen nach dem neuen Betriebsverfahren betraut sind, stärker als bisher zu wichtigen Spezialkräften entwickeln werden, von deren Qualifikation die künftige Qualität des Beförderungswesens entscheidend abhängen wird. Mit voller Berechtigung sind deshalb auch die materiellen Bedingungen für diesen Beschäftigtenkreis der erhöhten Qualifikation angepaßt worden. Briefverteiler in den Konzentrationspunkten des Briefverkehrs und Paket- und Päckchen-Verteiler an den Knotenpunkten des Paketverkehrs, das sind die Kräfte, die wir in Zukunft verstärkt gewinnen und ausbilden müssen. Für diese Arbeitsplätze sollten wir einen Teil unserer Lehrlinge interessieren, die in den Betriebsberufsschulen eine gründliche und qualifizierte Ausbildung erhalten und die einmal wichtige Funktionen im technischen Betriebsablauf des Postbeförderungswesens einnehmen werden.

Viellesicht werden einige Leser auf Grund der Einschätzung und Bewertung des stationären Verteilendienstes befürchten, daß für den Bahnpostdienst künftig überhaupt kein Raum mehr bleibt, und daß der Bahnpostdienst seine bisherige hervorragende Bedeutung vollkommen verlieren hat.

Die Auswirkungen auf die Bahnposten

Es erscheint mir notwendig, gerade zu dieser Frage einige Ausführungen zu machen.

Bekanntlich sind die Bahnposten nicht nur dazu bestimmt, Postsendungen und Zeitungen über kürzere oder weitere Entfernungen zu transportieren. In den Bahnposten wird gleichzeitig die Transportzeit dafür genutzt, Sendungen und Zeitungen, im allgemeinen in Fortsetzung des stationären Verteilvorganges, für die Zuführung zum Bestimmungsort oder auf Anschlußverbindungen vorzubereiten.

Der Schienenweg wird im Fernverkehr auch in der Zukunft bedeutungsvoll bleiben. Die Transportaufgabe der Fern-Bahnpost wird sich daher in absehbarer Zeit kaum ändern, selbst dann nicht, wenn sich das äußere Aussehen unserer Bahnpostwagen wandeln könnte. Es gibt aber berechtigten Anlaß, sich mit der Einschränkung des Verteilendienstes innerhalb der Bahnposten zu beschäftigen.

Das Konzentrationsprinzip und das Prinzip der möglichst endgültigen Verteilung der Sendungen in stationären Dienststellen

sind gleichzeitig sowohl Voraussetzungen für den Einsatz von technischen Hilfsmitteln als auch Folgeerscheinung der Mechanisierung im Postbeförderungswesen. Voraussetzung u. a., weil der Einsatz von Briefverteilmaschinen und Paketverteilanlagen wirtschaftlich nur vertretbar ist, wenn eine genügende Anzahl von Sendungen zur Bearbeitung vorliegt. Folgeerscheinung, weil die Anwendung von Behältern eine Umarbeitung von Paketsendungen, z. T. auch von Briefsendungen auf dem Beförderungsweg ausschließt, wenn nicht der Behältereinatz seinen Sinn verlieren soll.

Es gibt jedoch noch weitere Gründe, die in letzter Zeit zu Überlegungen geführt haben, die Verteilleistungen mehr und mehr im stationären Dienst abzuwickeln.

Die mechanische Durchführung des Ladungsaustausches auf den Versuchsstrecken hat zu ganz beachtlichen Verkürzungen der Ladezeiten an den Bahnpostwagen, vor allem auch auf den Strecken-Postanstalten geführt. Auf Grund dieser Erkenntnisse haben wir uns mit dem Gedanken beschäftigt, daß vor allem Paketsendungen nicht mit jeder Gelegenheit zu den Strecken-Postanstalten zugeführt werden müssen. Jede Zuführung von Ladungsgegenständen zu einer Strecken-Postanstalt erfordert dort Bahnhoftarifen. Nach dem im Ladungsaustausch mit den Bahnposten bisher angewandten Betriebsverfahren mußten wir aber daran interessiert sein, daß möglichst viel Bahnposten eine nicht allzu starke Ladung auszusparen hatten, da für uns verfügbare Haltezeit der Züge immer knapper bemessen wurde, und beim Austausch von starker Ladung Rückstände innerhalb oder außerhalb des Bahnpostwagens schon fast zur Gewohnheit geworden waren. Der Ladungsaustausch mit Behältern und mechanischen Hubgeräten erlaubt nunmehr infolge seiner nun eigenen Schnelligkeit, daß bei Strecken-Postanstalten Paketsendungen im allgemeinen nur noch zweimal am Tage ausgetauscht zu werden brauchen. Trotz des dadurch beträchtlich angewachsenen Umfangs kann der mehrgliedrige Ladungsaustausch alle Ansprüche an Beschleunigung und Schonung der Sendungen befriedigen.

Man kann dabei ein solches Verfahren anwenden, daß eine Reihe von Bahnposten, die z. Z. wegen des Paket- und Briefaustausches von Strecken-Postanstalten bedient werden, künftig auf den Austausch an Strecken-Postanstalten verzichten. Zeitweise zwei oder mehreren Paketumschlagstellen verkehrende Bahnposten sind für diese Untersuchungen demnach in zwei Kategorien einzuteilen:

- 1. Bahnposten, die nur Ladungsgegenstände zwischen dem Abgangs- und Endort befördern.
- 2. Bahnposten, die die Strecken-Postanstalten bedienen.

Dadurch besteht natürlich kein Bedürfnis mehr, die Bahnposten, die nur Transportaufgaben zwischen Abgangs- und Endort zu bewältigen haben, begleiten zu lassen. Ein Verzicht auf die Begleitung bedeutet aber gleichzeitig einen Verzicht auf die Umarbeitung von Briefsendungen während des Transportes. Wir können demnach auf die Begleitung einer gewissen Anzahl von Bahnposten nur verzichten, wenn der Beförderung eine qualitative hochwertige und zeitlich genau abgestimmte stationäre Verteilung der Briefsendungen vorausgeht, und der Transport der Briefsendungen in geschlossenen Beuten stattfindet. Mit anderen Worten: Vollen wir die Vorteile, die uns der Behälterverkehr für die Beseitigung der schweren körperlichen Arbeit und die Steigerung der Arbeitsproduktivität bietet, voll ausnutzen, müssen wir die Briefumarbeitung auch aus diesem Grunde aus dem Bahnpostwagen in die stationäre Briefabfertigung verlegen, um auf die Begleitung einiger Bahnposten verzichten zu können und die Bahnhofsdienste zu vermindern. Da Laufzeitverzögerungen keinesfalls auftreten dürfen, ist die Briefpost zu den erforderlichen Zeiten im Bedarfsfall durch Kraftfahrzeuge oder durch Vermittlung von Eisenbahnzugpersonal an die Strecken-Postanstalten abzugeben.

Ein weiterer Vorzug der abschließenden Bearbeitung im stationären Dienst ist die unbedeutende Möglichkeit der Ausnutzung

der Luftverbindungen innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik. Die sich ständig erweiternde Inanspruchnahme unserer Deutschen Luftflotte für die Beförderung von Luftpost unterstreicht die Bedeutung dieses Vorteils besonders, wenn wir eine komplexe Ausnutzung von Schienen-, Straßen- und Luftbeförderung in Erwägung ziehen.

Sollen diese Erörterungen zu der Schlussfolgerung führen, daß es künftig keine Bahnposten mehr geben wird? Das ist natürlich kaum anzunehmen. Selbstverständlich ist damit zu rechnen, daß auch künftig noch eine Reihe wichtiger Fern-Bahnposten verkehren wird, in denen Briefsendungen umgearbeitet und Pakete in Behältern befördert werden. Auch im Nahverkehr kann man wohl noch nicht gänzlich auf Bahnposten mit Briefumarbeitung verzichten, und man sollte auch in dieser Hinsicht vor allem darauf bedacht sein, die Verkürzung der Brieflaufzeiten in den Mittelpunkt der Untersuchungen zu stellen. Trotzdem werden wir uns aber, ob wir wollen oder nicht, damit abfinden haben, daß die bisherige Bedeutung des Bahnpostendienstes zu einem gewissen Teil an den stationären Dienst abgetreten werden muß. Eine solche Entwicklung vollzieht sich zur Zeit überall dort, wo an der Mechanisierung des Postbeförderungswesens gearbeitet wird.

So wird auch nicht ausbleiben, daß wir im Zuge dieser gesellschaftlichen Entwicklung mit mancher Tradition brechen müssen. Wir nehmen aber mit Sicherheit an, daß alle mit Hingabe und Fleiß im Beförderungswesen tätigen Mitarbeiter der Deutschen Post verstehen, daß uns die fortschreitende technische Entwicklung nunmehr Hilfsmittel zur Verfügung gestellt hat, die schwere körperliche Arbeit aus diesem Dienstzweig endgültig zu beseitigen. Ja, wir sind überzeugt davon, daß sich diese technische Entwicklung in unserem Arbeiter- und Bauern-Staat in Übereinstimmung mit der gesellschaftlichen Entwicklung, begründet und unterstützt von Tausenden von Postlern, sehr schnell bereits in den nächsten Jahren vollziehen wird.

Dabei gilt es zu erkennen, daß wir im Hinblick auf den Behälterverkehr in kürzester Frist ein Verfahren entwickeln können, das uns in die Spitzenregion aller Länder der Welt einreicht, die auf dem Gebiet der Postmechanisierung arbeiten.

Die große Aufgabe der Bahnpostämter, Organisatoren und Träger der Beförderung von Postsendungen und Zeitungen ist

~~~~~  
Wenn es die übergeordneten Organe vorsehen, die politischen Aufgaben herauszuarbeiten, andererseits aber alles im einzelnen vorzuleben und dadurch den untergeordneten Organen keinen Raum zum Denken, zur eigenen Initiative geben, wird die Arbeit beträchtlich birokratisiert.  
(Walter Ulbricht auf dem 36. Plenum des ZK der SED)

sein, wird aus diesem Grunde nicht geringer werden, sie wird aber einen neuen Inhalt erhalten, einen Inhalt, der an alle Mitarbeiter neue, größere Anforderungen stellt; denn noch in diesem Jahre werden viele Mitarbeiter unseres Dienstzweiges die neuen Betriebsverfahren erproben. Diese sollen dem Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik wertvollen Nutzen bringen.

Selbstverständlich gibt es noch zahlreiche weitere Probleme, die im Zusammenhang mit der Neuordnung des Postbeförderungswesens gelöst werden müssen. Wenn wir uns in unseren Ausführungen besonders an die Mitarbeiter im Verteilendienst und an die Bahnpostbegleiter gewandt haben, so deshalb, weil sich in ihrer Tätigkeit schon in absehbarer Zeit wesentliche Änderungen ergeben werden, und sie die Spezialkräfte sind, von deren Arbeitsweise die Qualität der Nachrichten- und Kleingüterbeförderung entscheidend abhängt. Ihre volle Unterstützung ist eine sichere Garantie für die zielstrebende und erfolgreiche Weiterführung der begonnenen Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiete des Postbeförderungswesens.



### Amtswartung in ländlichen Wahlvermittlungsstellen

Von Willi RÖWEK, Halberstadt

#### Begriffsbegrenzung

Unter Amtswartung wird eine Gruppe von Tätigkeiten in bestimmten Wahlvermittlungsstellen (VStW) zusammengefaßt, die bei der technischen Betreuung dieser VStW anfallen. Im allgemeinen versteht man hierunter Arbeiten einfacher Art, die von einer handwerklich vorgebildeten Arbeitskraft (Entstörer) ausgeführt werden. Sie umfassen im wesentlichen die technische Aufsicht über die VStW mit dem Ziel, den Grad ihrer Betriebsfähigkeit zu ermitteln und — falls dieser unbefriedigend ist — zu verbessern. Dazu gehören das Ausführen und Auswerten von Messungen und Prüfungen verschiedenster Art sowie das Beseitigen einfacher Störungen und Mängel bzw. das grobe Eingreifen schweriger Störungen.

Der Begriff Amtswartung ist vom Begriff Pflege zu trennen. Mit Pflege wird die Tätigkeit des Amtspflegers bezeichnet.

#### Wo wird die Amtswartung ausgeführt?

Die Amtswartung ist typisch für VStW, in denen ein Amtspfleger nur vorübergehend anwesend ist oder in denen kein ständiger Pfleger und Signaldienst geleistet wird. Damit beschränkt sich die Amtswartung auf VStW kleineren Umfangs. In der Regel wird es sich um solche mit 50 bis 500 Anrufstellen (AE) handeln, die als VStW eine Fernamt (VStWof) in ländlichen Gebieten liegen. Im allgemeinen wird in einem Fernmelderam (FMA), soweit es sich nicht um ein ausgesprochen städtisches Amt handelt, mit 20 bis 40 VStWof zu rechnen sein.

Die wachsende Bedeutung der Fernsprechanlagen auf dem Lande kennzeichnet damit zugleich die Bedeutung der Amtswartung.

#### Wer übt die Amtswartung aus?

Die Amtswartung wird in der Regel durch den für das Ortsnetz zuständigen Fernsprechanlagenwart ausgeübt. Wohnt der Entstörer nicht am Ort der VStW und kann er dadurch seine Wartungsgeschäfte nicht täglich wahrnehmen, so müssen gewisse Arbeiten einem Hilfsamtswärter übertragen werden. Dieser Hilfsamtswärter erledigt täglich die unaufschiebbaren Arbeiten und vertritt damit den Amtswärter. Er versieht insbesondere den Signaldienst. Ist die VStW in einer Postanstalt untergebracht, so wird meist ein Postangestellter als Hilfsamtswärter einzusetzen sein, andernfalls kann auch ein Postfremder herangezogen werden.

Wohnt der Entstörer am Ort der VStW, so ist kein Hilfsamtswärter notwendig. In dem Falle ist lediglich die Signalbedienerei bei Abwesenheit des Entstörers sicherzustellen.

Je nach den Verhältnissen kann es sich als zweckmäßig erweisen, einem „motorisierten Amtswärter“ eine Reihe von VStW zu übertragen, d. h. den Amtswartungsdienst zu zentralisieren. Diese Maßnahme drängt sich dort auf, wo auch die Fernsprechanlagen zentralisiert sind oder die ortsansässigen Entstörer für die Amtswartung nicht geeignet erscheinen. Ist eine volle Anlastung des zentralisierten Amtswärters nicht ganz zu erreichen — im allgemeinen müßten ihm 8 bis 10 VStW zugewiesen werden — so kann man die Amtswartung mit der für die Wartung von Nebenanlagen vereinigen. Die beste Lösung läßt sich allerdings nicht vorschreiben. Sie muß sich aus den örtlichen Verhältnissen ergeben.

#### Welcher Zeitaufwand wird für die Amtswartung benötigt?

Der Umfang der Arbeiten, die bei der Amtswartung anfallen, und damit der Zeitaufwand für die Amtswartung sind von der Größe und in geringem Maße vom Betriebszustand der VStW abhängig. Nach der z. Z. gültigen Auffassung stehen für die Amtswartung 10% der Arbeitszeit eines Entstörers zur Verfügung. Neue Vorschläge sehen folgende Zeiten vor:

Amtswartung in einer VStW bis 100 AE 6,5%,  
bis 200 AE 8,5%,  
bis 300 AE 13%,  
bis 500 AE 16%

#### der Arbeitszeit eines Entstörers.

Die Erfahrung lehrt, daß die vorgegebenen Zeiten eine ordnungsgemäße Amtswartung ermöglichen. Mangelhafte Amtswartung wird daher nicht auf zu kurze Vorgabezeiten, sondern meist auf andere Ursachen zurückzuführen sein.

#### Zu welcher Tageszeit soll die Amtswartung durchgeführt werden?

Die Tageszeit zu bestimmen, zu der die Amtswartung durchgeführt werden muß, liegt nicht immer in der Hand des Amtswärters. Wohnt der Amtswärter nicht am Ort der VStW, so ergeben sich Schwierigkeiten infolge längerer Anmarschwege. Manche Arbeiten sind vom Betriebsablauf abhängig, z. B. das Messen der höchsten Verbraucherstromstärke, andere können zu beliebiger Zeit ausgeführt werden.

Grundsätzlich sind die Amtswartarbeiten nicht unbedingt zeitgebunden und brauchen auch nicht hintereinander ausgeführt zu werden. Auf alle Fälle sind sie aber planmäßig und regelmäßig zu erledigen. Im allgemeinen empfiehlt es sich, die Arbeiten bei Dienstbeginn auszuführen, damit Mängel und Störungen vor Beginn der Hauptverkehrszeit rechtzeitig erkannt und entweder beseitigt werden können oder ihre Beseitigung durch den Amtspfleger voranhandelt werden kann. Am besten ist die erste Stunde des Dienstes für die Amtswartung zu verwenden, in der der Entstörer meist noch nicht beim Teilnehmer erscheinen kann oder in der sich die Arbeiten auf der Strecke wegen Dunkelheit verbieten.

#### Allgemeine Aufgaben der Amtswartung

Grundsätzlich sind dem Amtswärter nur Aufgaben zu übertragen, die seiner handwerklichen Vorbildung und seinen Fähigkeiten, d. h. dem Leistungsstand eines Entstörers, entsprechen. Der Amtswärter soll weder ein Amtspfleger sein noch ihn ersetzen. Amtswärter und Amtspfleger ergänzen sich vielmehr in ihren Tätigkeiten und bilden gemeinsam eine Brigade mit dem Ziel, den besten Grad der Betriebsfähigkeit einer VStW zu erreichen.

Die als wichtigste Aufgaben der Amtswartung bereits im ersten Abschnitt erwähnten Messungen und Prüfungen sowie ihre Auswertung umfassen in einzelnen z. B. regelmäßig Prüfungen bei Beginn des Dienstes, Prüfen der Ruf- und Signalleuchte auf selbsttätiges Anlaufen und Abhören der Summertöne, Prüfen, ob wegen Störung gesperrte Anschlüsse wieder freigegeben werden können, Besichtigung der Batterie und Messen der Spannung und Säuredichte, Prüfen der Signale, Prüfen der Betriebsfähigkeit der Überweisungsleitungen, Prüfen der Wähler und inneren Verbindungswege mit Prüferäten, Staubwischen in den technischen Einrichtungen, Säubern der Batteriegläser und des Batteriegestells, Kontrolle der Luftfeuchtigkeit und der Raumtemperatur, Prüfen der Sicherheitsverordnungen n. a. Werden bei diesen Arbeiten Abweichungen vom Soll- bzw. Normalbetriebszustand beobachtet, so sind kleinere Mängel und einfache Störungen vom Amtswärter sofort selbst zu beseitigen. Bei schwierigen Störungen ist die gestörte Einrichtung zu isolieren, damit sie keinen weiteren Schaden anrichten kann, und der Amtspfleger oder das FMA, Abteilung Technik, schnellstens zu unterrichten.

In jedem Fall ist der Amtswärter verpflichtet, nicht nur zu prüfen oder festzustellen, sondern die Ergebnisse seiner Arbeiten auch auszuwerten und insbesondere weitere Maßnahmen zum Beseitigen von ihm erkannter, aber nicht sofort zu beseitigender Fehler zu organisieren. Er darf keinesfalls eine Sache auf sich beruhen lassen, nur weil er sie nicht selbst erledigen kann.

Das gilt nicht nur für eine Störung der technischen Einrichtung, sondern genauso für eine schadhafte Starkstromsteckdose wie für abgefallenen Wandputz usw.

Dieses „Nicht-auf-sich-Beruhelassen“ ist eine außerordentlich wichtige Aufgabe des Amtswärters. Sie wird leider nicht von allen Kollegen voll verstanden und gemestert.

VStW S 50 .....

### Arbeitsplan für den Amtswärter

| Fristen                        | Plan-Nr. | Auszuführende Arbeiten                                                                                                     | Dienstwerke                                | Normblätter      |
|--------------------------------|----------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------|------------------|
| werktätlich                    | A 1      | Regelmäßige Prüfungen bei Beginn des Dienstes                                                                              | ADA VI 4 B § 13 II                         |                  |
|                                | 2        | Räumen der RSM, Prüfung der RSM auf selbsttätiges Anlaufen, Abhören der Summertöne                                         | ADA VI 4 B § 9 III 2, Anl. 4 II, III, IV 1 |                  |
|                                | 3        | Prüfung der 50-Hz-Maschine auf selbsttätiges Anlaufen durch Lösen der Starkstromsicherungen am 50-Hz-Netzspanner           |                                            |                  |
|                                | 4        | Prüfung, ob gesperrte Anschlüsse freigegeben werden können                                                                 | ADA VI 4 B § 49 I 8                        |                  |
|                                | 5        | Besichtigung der Batterie, Messung von Spannung und Säuredichte der Meßzelle                                               | Stromversorgungsanlagen § 85/3             |                  |
|                                | 6        | Prüfung der Signale an VW, GW, LW, Us-Gestell, Signalmehrer, Vh                                                            | ADA VI 4 B § 11                            | 420102/80, 82—84 |
|                                | 7        | Prüfung der UI auf Betriebsfähigkeit                                                                                       | ADA VI 4 B § 11 II 3                       |                  |
|                                | 8        | Bei Beendigung des Dienstes oder Verlassen des Raumes: Einschalten des Nachtweckers und Prüfung auf einwandfreies Arbeiten | ADA VI 4 B § 13 II 2, § 18 II              |                  |
| wöchentlich                    | B 1      | Prüfung der GW mit Prüferät 33a                                                                                            | ADA VI 4 B § 11 u. 12                      | 420160/101       |
| dienstags                      | 2        | Prüfung, ob Sperren mit Eintragung im Sperrbuch bzw. Tagebuch übereinstimmen                                               | ADA VI 4 B § 49 II 4                       |                  |
| mittwochs                      | 3        | Staubwischen der technischen Einrichtung                                                                                   | ADA VI 4 B § 10                            |                  |
| 2wöchentlich montags           | C 1      | Prüfung der II. GW mit Prüferät 33a                                                                                        | ADA VI 4 B § 11                            | 420160/102       |
|                                | 2        | Prüfung der LW mit Prüferät 33a                                                                                            | ADA VI 4 B § 11                            | 420160/103       |
| donnerstags                    | 3        | Prüfung der Verbindungswege GW, bes. Dienststellen (Ausk., Entstörungsst.) mit Prüferät 33a                                | ADA VI 4 B § 11                            | 420161/101, 102  |
|                                | 4        | Säubern der Batteriegestelle, der Gläser und Batterieleitungen                                                             | Stromversorgungsanlagen § 94               |                  |
| 4wöchentlich j d. 10. im Monat | D 1      | Messung von Säuredichte und Spannung aller Zellen                                                                          | Stromversorgungsanlagen § 85/3             |                  |
| 6wöchentlich                   | E 1      | Prüfung der Verbindungswege VW-GW mit Prüferät 11c                                                                         | ADA VI 4 B § 11 u. 12                      | 420161/103       |
|                                | 2        | Prüfung der Verbindungswege I. GW-LW mit Prüferät 25a                                                                      | ADA VI 4 B § 11                            | 420161/105       |
|                                | 3        | Prüfung der Verbindungswege II. GW-LW mit Prüferät 25a                                                                     | ADA VI 4 B § 11                            | 420161/106       |
| halbjährlich Jan./Juli         | F 1      | Prüfung der Verbindungswege LW-LVW mit Prüferät 25a                                                                        | ADA VI 4 B § 11                            | 420161/107       |
| Febr./Aug.                     | 2        | Sicherheitsladung                                                                                                          | Stromversorgungsanlagen § 88               |                  |
| März/Sept.                     | 3        | Enttaubung mit Staubsauger                                                                                                 | ADA VI 4 B § 10                            |                  |

Bemerkung: Die ausgeführten Arbeiten sind unter Angabe der Ausführungszeit und der Plan-Nummer in Tagebuch der VStW zu vermerken. Messergebnisse sind in die entsprechenden Nachweise einzutragen. Festgestellte Störungen sind in das Störungsbuch zu übernehmen (mit Hinweis auf die Plan-Nummer). Störungen sofort selbst beseitigen oder Beseitigung veranlassen!

Halberstadt, den .....  
Fernmelderamt  
Abt. Technik

Wohl erkennen die Kollegen manchen Mangel und Fehler im Betriebsablauf, schimpfen vielleicht auch darüber und ärgern sich wechenlang damit herum, erkennen aber nicht, daß sie sich selbst das Leben leichter machen und der Sache weit besser dienen können, wenn sie ihrer vorgordneten Dienststelle eine kurze, klare, am besten schriftliche Meldung über ihre Feststellungen einreichen.

Die Amtswartung ist ihrem Charakter nach ein vorbeugender Entförtdienst. Je besser sie geleistet wird, desto weniger Störungen treten auf.

Ein erfolgreiches Auswerten der bei der Amtswartung erzielten Ergebnisse ist erst möglich, wenn die vom Amtswarter geleisteten Arbeiten und die festgestellten Meßergebnisse usw. gewissenhaft registriert werden. Nur wer die Betriebsbücher und Nachweisungen genau führt und alles wahrheitsgemäß und sofort (!) registriert, schafft hierfür die Voraussetzungen.

Die ordnungsgemäße, richtige und saubere Führung der Betriebsbücher ist zugleich ein vergleichbares Maß für die Qualität der übrigen, meist nicht so eindeutig und einfach kontrollierbaren Arbeiten an den technischen Einrichtungen.

Ein häufig unstrittenes Arbeitsgebiet ist der Hauptverteller. Er besitzt insofern eine besondere Bedeutung, als er denjenigen Teil der technischen Einrichtung darstellt, der in bezug auf Sauberkeit, richtige und ordnungsgemäße Beschaltung, gute Ausführung der Leitstellen usw. von jedem Besucher der VStW auch ohne besondere Fachkenntnisse beurteilt werden kann. Meist nicht unberechtigt ist es, wenn von dem Eindruck, den der Hauptverteller macht, auf die Qualität der nicht in gleicher Weise einfach und schnell prüfbar Arbeiten geschlossen wird. Es empfiehlt sich daher in jedem Fall, daß der Amtswarter alle Schaltarbeiten am Hauptverteller selbst ausführt und sie nicht der Baugröße überläßt. Die geringe Mehrarbeit, die dadurch entsteht, daß der Arbeitsrhythmus von Amtswarter und Baugröße bei der Einrichtung und Verlegung oder beim Abbruch von Sprechstellen aufeinander abgestimmt sein muß, macht sich bestimmt mehrfach dadurch bezahlt, daß die beste Qualität in der Ausführung der Arbeiten nur dann sichergestellt ist, wenn sie vom Amtswarter ausgeführt werden.

**Voraussetzungen für den richtigen Arbeitsablauf**

Wichtig ist, daß dem Amtswarter die Voraussetzungen zum ordnungsgemäßen Ausführen seiner Arbeiten gegeben werden. Da die Arbeiten in vielen Einzelheiten vom System der VStW abhängig sind, ist es notwendig, dem Amtswarter einen auf die jeweilige VStW abgestimmten Arbeitsplan zu übergeben, der genaue Arbeitsanweisungen enthält.

Wir unterscheiden hierin Arbeiten, die täglich und solche, die in größeren Zeitabständen auszuführen sind. Wohnt der Amtswarter nicht am Ort der VStW, so sind die Termine darauf einzustellen. Im allgemeinen stützen sich fast alle Arbeiten auf Angaben in den Dienstveranweisungen oder Normblättern. Unschon ist das Muster eines Arbeitsplanes abgebildet.

Wichtig sind weiterhin die sachgemäße und vollständige Ausrüstung mit Werkzeugen, Meß- und Prüfgeräten sowie Ersatzteilen und das Vorhandensein ordnungsgemäßer Tagebücher, Störungsbücher usw. Eine gründliche fachliche Anleitung ist als selbstverständlich vorausgesetzt.

Beispielweise hat sich bewährt, das Anlegen und Erneuern der Betriebsbücher und -nachweisungen nicht durch den Amtswarter, sondern zentral durch die Abteilung Technik des FMA ausführen zu lassen.

Nicht unwichtig in der Ausrüstung des Amtswartens sind ein zweckmäßiger Arbeitsstisch (z. B. nach RPFZ-Norm 427 330/1) und ein kleiner Wandschrank oder dergleichen, die dem Amtswarter die ordnungsgemäße Ablage von Büchern, Nachweisungen, Werkzeugen, Ersatzteilen usw. gestatten. Auch der Kleiderhaken gehört dazu, damit der Amtswarter nicht verletzt wird, seinen Mantel oder seine Mütze über den Feuerlöscher oder eine Stiege des Wählergestelles zu hängen.

**Leistungsstand der Amtswartung**

Der Betriebszustand einer VStW hängt wesentlich vom Leistungsstand der Amtswartung ab. Leider gibt es keinen eindeutigen Maßstab, um den Leistungsstand der Amtswartung messen bzw. beurteilen zu können.

Ein guter Amtswarter muß bereits von Hause aus gewisse Grundeigenschaften mitbringen. Ist er z. B. in seiner äußeren Erscheinung unsauber, schlecht und unordentlich gekeidelt, so werden auch sein Arbeitsplatz, seine Werkzeuge und seine Nachweisungen den gleichen unsauberen und unordentlichen Eindruck machen. Es ist kaum denkbar, daß dann seine Messungen und Prüfungen, d. h. letzten Endes seine VStW, unter diesen Voraussetzungen ein besseres Niveau erreichen werden. Versuch man diesen Kollegen zu belehren, so wird man bei ihm wenig Verständnis finden, weil ihm der Sinn für Sauberkeit und Ordnung fehlt. Hier hilft nur, den Amtswarter gegen einen besseren auszutauschen.

*Wenn die Arbeiterklasse und breite Kreise der Werktätigen in Westdeutschland mit Sorge in die Zukunft blicken, so besteht, weil das „Wirtschaftswunder“ sich als schlimmste kapitalistische Profiteurei entpuppt hat, aber sie werden in Westdeutschland mit in die zyklische Krise des Kapitalismus hineingezogen werden, während die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik den Vorteil der krisenlosen Wirtschaft hat. Wir halten sehr ernsthaft große Schwierigkeiten infolge der Ereignisse in Ungarn und in Polen. Aber mit diesen Schwierigkeiten sind wir fertig geworden.*

*Hesse ist weithin schäblich, daß vor in bezug auf die gesellschaftliche Ordnung, die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes, die Leitung der Wirtschaft, das Schulwesen und die Kultur Westdeutschland überlegen sind.*

(Walter Ulbricht auf dem 35. Plenum des ZK der SED)

Ist dagegen der Amtswarter in jeder Beziehung sauber, gewissenhaft und eifrig, so wird auch die von ihm betreute VStW einen guten Eindruck machen. Wenn es Amtswarter gibt (wie es die Praxis zeigt), die die vernickelten Weckerschalen des Prüfstromkes mit einem Putzmittel hochglänzend halten und mit zusammengeklebten Schutzringen einen Teppich im Amt auslegen, damit jeder Schmutz sofort aufzufangen wird, so wäre es verkehrt, diese Handlungsweise als überspannt zu bezeichnen. Sie ist vielmehr ein sicheres Zeichen dafür, daß es sich hier um einen Kollegen handelt, der nicht nur ein persönliches Interesse für seine VStW zeigt, sondern einen ausgesprochenen Sinn für Sauberkeit und Ordnung besitzt und damit zugleich die wichtigste Voraussetzung für seinen Dienst als Amtswarter mitbringt. Diesem Kollegen noch die notwendigen fachlichen Kenntnisse zusätzlich zu vermitteln, ist in der Regel nicht schwer.

Wesentlich für den Leistungsstand der Amtswartung ist die Kontrolle und Anleitung des Amtswartens durch den Ämterpfleger. Bei jedem Besuch des Ämterpflegers im Amt sollte auch der Amtswarter anwesend sein. Vor allem bei der monatlichen Prüfung der VStW durch den Ämterpfleger sind alle normalerweise vom Amtswarter auszuführenden Messungen und sonstigen Arbeiten von ihm unter Anleitung des Ämterpflegers auszuführen. Auf Mängel muß hingewiesen werden. Die praktischen Unterweisungen sind mit Erläuterungen der theoretischen Zusammenhänge zu verbinden.

Ein wichtiges Mittel zur Leistungssteigerung ist der Wettbewerb. Leider wird hiervon noch wenig Gebrauch gemacht Die Schwierigkeiten, die bei solchen Wettbewerben zu überwinden sind, liegen im Fehlen eines einfachen und eindeutigen Leistungsmaßstabes sowie in der großen Zahl der Amtswarter eines FMA und in der räumlichen Ausdehnung des Wettbewerbsgebietes, das zu beurteilen und damit zu bereisen ist. Es wäre einen Erfahrungsaustausch wert, Wettbewerbe zu publizieren, bei denen Aufwand und Nutzen ein wirtschaftliches Verhältnis zeigen.

Wird die Qualität der Amtswartung bemängelt, so führen die Entförter häufig Überlastung im Außendienst an. In einigen Fällen möge sich tatsächlich vorliegen. In anderen Fällen wäre die Ursache genau zu erforschen. Grundsätzlich sind die Entförter geneigt, den Arbeiten im Außendienst gegenüber der Amtswartung den Vorrang zu geben. Ursachen mögen sein, daß sie als gelehrte Bauhandwerker diese Arbeiten besser beherrschen als die Amtstechnik, oder sie verkennen, daß z. B. ein gestörter Hebelwähler größere Betriebsstörungen verursachen kann, als ein gestörter Fernsprechananschluß. Sie möchten verständlicherweise den Vorrang zu geben. Ursachen mögen sein, daß sie als gelehrte Bauhandwerker diese Arbeiten besser beherrschen als die Amtstechnik, oder sie verkennen, daß z. B. ein gestörter Hebelwähler größere Betriebsstörungen verursachen kann, als ein gestörter Fernsprechananschluß. Sie möchten verständlicherweise den Vorrang zu geben. Ursachen mögen sein, daß sie als gelehrte Bauhandwerker diese Arbeiten besser beherrschen als die Amtstechnik, oder sie verkennen, daß z. B. ein gestörter Hebelwähler größere Betriebsstörungen verursachen kann, als ein gestörter Fernsprechananschluß. Sie möchten verständlicherweise den Vorrang zu geben.

Wenn auch die Amtswartung dem Zeitaufwand nach nur eine Nebenarbeit für den Entförter darstellt, darf ihre Wichtigkeit nicht übersehen werden. Ist die VStW nicht in Ordnung, so bleibt die Mühe des Entförters, die er für das Netz aufwendet, ohne Erfolg.

Je mehr die Technik fortschreitet, desto größer muß das theoretische Wissen des Amtswartens werden. Ein großer Teil der Amtswarter befindet sich in einem Lebensalter, in dem den Wissen nur noch schwerer haften. Ihr Grundwissen wurde zu einer Zeit erworben, in der die Wählertechnik in den Anfängen steckte. Trotz Schulung und Lehrgängen kann bei ihnen ein bestimmtes Niveau nicht mehr überschritten werden. Wie ist hier Abhilfe zu schaffen?

Eine entscheidende Verbesserung kann nur junger, aufnahmefähiger Nachwuchs bringen, der bereits in seiner Handwerkerlehre mit der neuen Technik vertraut gemacht wurde. Zweifelloch stehen derartige Kader zur Verfügung. Die Frage ist jedoch, ob sie sich für den verantwortungsvollen Dienst eines ländlichen Entförters gewinnen lassen. Die Erfahrung lehrt, daß sie vorerst vielfach noch die bessere Bezahlung im Leistungslohn und die Kollektivarbeit in einer Baubrigade dem mühevollen Einzeldienst eines Entförters vorziehen.

**Hilfsamtswartung**

Hilfsamtswarter müssen dort eingesetzt werden, wo der Amtswarter nicht am Ort der VStW wohnt. Sie sind als Laien zu betrachten und nur mit den einfachsten Arbeiten, wie Messen der Säuredeichte, Bedienen einfacher Signale und dergleichen zu betrauen. Es dient der Sache, wenn sie an einem Lehrgang (Dauer 1 Woche) über Arbeitsweise eines Wählerarmtes im zuständigen FMA teilgenommen haben.

Die vorstehende Abhandlung soll weder eine Arbeitsanweisung für Amtswarter sein noch ein Rezept für den Abteilungsleiter Technik eines FMA darstellen, wie die „garantiert beste Amtswartung“ zu organisieren ist. Der Zweck des Aufsatzes ist vielmehr, einige aus der Praxis heraus entstandene Gedanken zusammenzufassen und insbesondere den jüngeren Kollegen in den Ämtern die Richtung zu kennzeichnen, die einzuschlagen ist, wenn die Amtswartung mit Erfolg durchgeführt werden soll. Wenn die Ausführungen darüber hinaus Anlaß werden, einen Erfahrungsaustausch anzuregen, wäre ihr Zweck erst wirklich voll erreicht.

**Berichtigungen**

Heft 12/1957, S. 342: Die Formel (6) lautet richtig.  
$$S(n) = \frac{n \cdot 2}{n + 1}$$
  
Heft 2/1958, S. 48, linke Spalte, Z. 24 v. u. muß richtig heißen. Ihnen geht es auch nicht darum...

**Unzulässige Starkstromkreuzung**

Zwischen den Gittermasten I und II (Bild 1) unterkreuzt eine Fernmeldeleine der Deutschen Post eine 15000-V-Freileitung. In Richtung des mit Ia bezeichneten Mastes der 15000-V-Leitung ist von Mast II aus eine Stichleitung zu einer Umarmastung geführt. Das Feld zwischen Mast Ia und Mast II ist nicht mit erhöhter Sicherheit ausgebaut.

Im Bild 2 ist der mit II bezeichnete Mast dargestellt. „Das Überkreuzen von Leitungen und Isolatoren des Kreuzungsfeldes durch andere Leitungen ist nur dann zulässig, wenn diese anderen Leitungen ebenfalls nach den Bestimmungen der VDE 0210 § 35 entspricht:

VDE 0210 sagt unter § 36e.8 aus: „Das Überkreuzen von Leitungen und Isolatoren des Kreuzungsfeldes durch andere Leitungen ist nur dann zulässig, wenn diese anderen Leitungen ebenfalls nach den Bestimmungen dieses Paragraphen verlegt sind.“

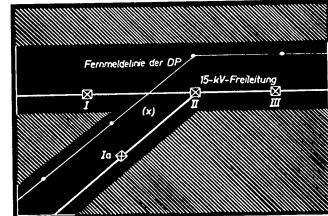


Bild 1. Laqaektiz. Das (\*) gibt den Standort des Fotografen des Bildes 2 an.

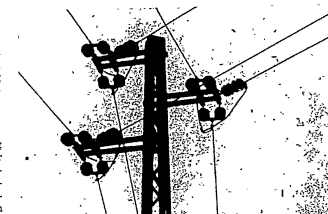


Bild 2. Abgangsmast (Aufw V Erf)

Beim Betrachten des Bildes 2 kann man feststellen, daß die von der obersten Traverse in Richtung Mast Ia abgehende Phase nicht erhöht sicher ausgebaut ist (keine Doppelaufhängung). Diese Phase überkreuzt die von der mittleren Traverse in Richtung des Kreuzungsfeldes abgehende Phase, die vermeintlich als „erhöht sicher ausgebaut“ angegeben wurde. Der o.a. Paragraph der VDE 0210 ist also nicht erfüllt, und somit muß festgestellt werden, daß diese Kreuzung unzulässig ist. Da das „Kreuzungsfeld“ in diesem Falle nach augenscheinlicher Betrachterung allen Anforderungen genügt, wird zuweilen überschauen, daß für den Fall, wenn ein Kreuzungsmast zugleich als Abgangsmast ausgebaut ist, eine Spezialarmierung am betreffenden Hochspannungsmast oder die Anwendung einer anderen Schutzmaßnahme erforderlich wird. Rolf Nagel, Magdeburg

## Zur Entwicklung des Mitbestimmungsrechts der Werkstätten im Post- und Fernmeldewesen

Von Dr. Manfred ADLER, Dresden

Ehe die Werkstätten im Post- und Fernmeldewesen in gesetzlich festgelegter Weise maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen erhielten, mußten sie einen langen und schweren Kampf führen. Die Arbeiterschaft war zunächst ohne jede Vertretung und der Willkür des kapitalistischen Unternehmers weitgehend preisgegeben. Das Post- und Fernmeldewesen machte davon selbstverständlich keine Ausnahme. Der Beamte war ohnehin „Diener“ des Staates; die außerhalb des Beamtenverhältnisses beschäftigten Arbeiter und Angestellten konnten gegenüber der staatlichen Verwaltung eine demartige Forderung zunächst nicht durchsetzen. Erst die immer mächtiger werdende Arbeiterbewegung erreichte auch hinsichtlich einer Betriebsvertretung Erfolge. Ein kaiserlicher Erlaß vom 4. 2. 1880 kündigte ihre Schaffung an. Bis zur Verwirklichung vergingen freilich noch viele Jahre. Die bayerische Postverwaltung richtete als erste deutsche Postverwaltung einen „Arbeiterrausschuß“ für die Beschäftigten im Telegraphenbau ein (Dienstbefehl Nr. 65 des Bayerischen Verkehrsministeriums vom 24. 8. 1903, VktMtbl. Nr. 32/1907).

Für das genannte Reichsgebiet wurden solche Ausschüsse 1908 eingeführt, nachdem der Staatssekretär des Reichspostamts „Bestimmungen für die Arbeiterräte im Bereich der Reichstelegraphenverwaltung“ vom 30. 1. 1908 (Amtbl. S. 35) erlassen hatte. Tatsächlich war die Bildung dieser Ausschüsse nicht mehr als eine Geste. Sie wurden zunächst einmal überhaupt nur für einen Teil der Beschäftigten wirksam, weil sie nur bei der Telegraphenapparat-Werkstatt in Berlin und in solchen Orten gebildet wurden, in denen wenigstens 50 Arbeiter in Telegraphen- und Fernsprechausschüssen beschäftigt waren. Auch ihre Befugnisse waren denkbar eng: Sie durften Wünsche, Anregungen und Beschwerden vorbringen, die die Arbeiter im ganzen betrafen; die Belange des einzelnen Arbeiters unterlagen nicht ihrer Zuständigkeit. Bei der Ausarbeitung von Arbeitsordnungen und Unfallverhütungsvorschriften sollten sie gutachtlich mitwirken. Interessant ist, daß ihnen auch ausdrücklich die Schlichtung von Streitigkeiten der Arbeiter untereinander zugewiesen war. Die Ausschüsse zählten fünf bis zehn Mitglieder, die in geheimer und unmittelbarer Wahl für drei Jahre gewählt wurden. Das Wahlrecht war beschränkt; Voraussetzungen waren die Vollendung des 21. Lebensjahres, die Erfüllung der Militärdienstpflicht und eine mindestens einjährige Beschäftigung im OPD-Betrieb. Gerade diese letztere Voraussetzung war geeignet, viele Arbeiter vom Wahlrecht auszuschließen.

Aber mit der Beschränkung der Zuständigkeit auf das bloße „Vorbringen“ war es noch nicht genug. Die Postverwaltung bestimmte auch, was überhaupt vorgebracht werden durfte. Für die Verhandlungen mit dem Ausschuß wurde nämlich ein besonderer Beamter bestimmt, und ihm stand das Recht zu, Ort und Zeit des Zusammentritts des Ausschusses zu bestimmen und die Tagesordnung festzusetzen. Falls diese Kuchelung noch nicht genügend erschien, hatte die OPD das Recht, „ungeeignete“ Ausschüsse aufzulösen. — Die Ausschüsse wurden auf die bisher nicht vertretenen Arbeiter durch eine Verfügung vom 20. 12. 1909 (Amtbl. S. 335) angeordnet.

Im Verlaufe des ersten Weltkrieges kam es zur Bildung von Betriebsvertretungen auf allgemeiner gesetzlicher Grundlage. Das Gesetz vom 5. 12. 1916 über den vaterländischen Hilfsdienst (RGBl. S. 1333) bestimmte, daß in allen Betrieben, für die Titel VII der Gewerbeordnung galt und in denen mindestens 50 Arbeiter oder Angestellte beschäftigt waren, Arbeiter- oder Angestelltenausschüsse zu errichten seien. Das Gesetz beabsichtigte keineswegs eine Stärkung der Rechte der Arbeiter, sondern wollte vielmehr ihren Kampf gegen die im Kriege bis an

die Grenze der physischen Leistungsfähigkeit getriebene Ausbeutung verhindern. Es räumte daher auch den Ausschüssen keine Befugnisse ein, sondern legte ihnen die Verpflichtung auf, „das gute Einvernehmen... zwischen der Arbeiterschaft und dem Arbeitgeber zu fördern“. An der tatsächlichen Rechtlosigkeit vermochte auch der Umstand nichts zu ändern, daß diesen Ausschüssen das Recht zugestimmt wurde, bei Streitigkeiten Schlichtungsausschüsse anzurufen, die ebenfalls auf Grund dieses Gesetzes gebildet worden waren.

In der Revolution des Jahres 1918 konnte die Arbeiterklasse nicht den Sieg erringen. Wohl errang sie aber wesentliche Verbesserungen ihrer Lage und auch gesetzlich fixierte Rechte, von denen ihr freilich im Laufe der weiteren Entwicklung viele wieder entzogen werden konnten, weil sie sich nicht zur Einheit zusammenschließen konnte. Eine „Verordnung zwischen den großen Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften“ vom 15. 11. 1918 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 273) verbriefte wiederum das Recht zur Einrichtung von Arbeiterräten in Betrieben mit mindestens 50 Beschäftigten, ohne deren Rechte wesentlich zu erweitern. Vielmehr war als Aufgabe des Zentralausschusses ausdrücklich die „Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens“ genannt. Die Monopolkapitalisten hatten also auch hinsichtlich der Betriebsvertretung nur zugestanden, was die Arbeiterklasse ohnehin schon erlangen hatte, und die reformistischen Gewerkschaftsführer waren auch damit der sozialistischen Revolution in den Rücken gefallen.

Eine gesetzliche Grundlage fanden die Betriebsvertretungen in der VO des Rates der Volksbeauftragten vom 23. 12. 1918 über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und die Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten (RGBl. S. 1456).<sup>1</sup> Diese VO erlegte auch der Post- und Telegraphenverwaltung die Pflicht auf, Betriebsvertretungen zu errichten. Als ihre Aufgabe wurde nunmehr die Förderung des wirtschaftlichen Interesses der Arbeitgeber gegenüber dem Arbeitnehmerebene bezeichnet. Im einzelnen oblag ihnen die Überwachung der Durchführung der Tarifverträge, die Mitwirkung bei der Regelung von Lohnverhältnissen und sonstigen Arbeitsverhältnissen, die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren; sie hatten das Recht zur Anrufung von Schlichtungsausschüssen oder anderen Schlichtungsgremien. In Ausführung dieser VO wurden innerhalb der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung Personalausschüsse für die Verkehrsämter mit mindestens 20 Beschäftigten und für die Oberpostdirektionen gebildet.<sup>2</sup> Für den OPD-Betrieb wurde ein Beamten- und Arbeiter-Betriebsausschuß gebildet. Beachtlich ist, daß dadurch für alle Angehörigen der Post gemeinsame Personalausschüsse bestanden, gleichgültig, ob sie Beamte, Angestellte oder Arbeiter waren. Dieser Zustand war freilich nicht von langer Dauer. Das von den Werkstätten selbst hartnäckig bekämpfte Betriebsratsgesetz vom 4. 2. 1920 (RGBl. S. 147) schrieb die Trennung der Betriebsräte nach Arbeitern und Angestellten vor und verhinderte damit die Bildung einer einheitlichen Front gegenüber den Kapitalisten. Das Gesetz verpflichtete die Betriebsräte zur Beratung der Kapitalisten, um damit für „einen möglichst hohen Stand und für möglichst wirtschaftliche der Betriebsleistungen zu sorgen“.

Die eigentlichen Befugnisse der Betriebsräte waren wiederum sehr beschränkt; nach § 66 des Gesetzes oblag ihnen die Mitwirkung an der Einführung neuer Arbeitsmethoden, die Bewahrung des Betriebes vor Arbeitskämpfen und die Überwachung von

<sup>1</sup> Bestätigt durch das Überleitungsgesetz vom 4. 3. 1910 und am 1. 3. 1920 (RGBl. I, S. 47) in neuer Fassung verändert.  
<sup>2</sup> Vgl. Amtbl. 1918, S. 317.

Schiedsprüchen. Diese „Befugnisse“ dienten offenkundig dem Zweck, die Ausbeutung aufrechtzuerhalten und den Einfluß der Arbeiterbewegung zu schwächen.

Bei der Einstellung und Entlassung von Personal konnten die Betriebsräte lediglich „mitwirken“. Die von ihnen beanspruchte Mitwirkung bei der Übernahme in das Beamtenverhältnis lehnte das Reichspostministerium ab, ebenso die Entsendung von Mitgliedern in den Verwaltungsdienst.

Für den Bereich der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung war die durch § 61 des Gesetzes vorgesehene Befugnis, durch eine VO Sondervertretungen zu errichten, der Reichsregierung übertragen; diese delegierte sie auf die obersten Reichsbehörden. Für das Post- und Fernmeldewesen erging daher die VO vom 15. 1. 1923 über die Bildung von Betriebsvertretungen nach dem Betriebsratsgesetz im Bereiche der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung (RGBl. I, S. 68) mit Ausführungsbestimmungen zur Wahlordnung. Betriebsräte wurden nunmehr bei allen Verkehrsämtern gebildet; dazu traten ein Bezirksbetriebsrat und ein Zentralbetriebsrat beim Reichspostministerium. Diese Betriebsräte umfaßten nach dem Stande vom 1. 6. 1926 rund 4000 Mitglieder bei 1427 örtlichen Betriebsräten, 211 Mitglieder bei 46 Bezirksbetriebsräten und 13 Mitglieder des Zentralbetriebsrates. Bemerkenswert ist, daß nur ein einziges Mitglied ganz vom Dienst befreit war; alle sonstigen Dienstbefreiungen machten zusammen 19 Kräfte aus.<sup>3</sup>

Das Betriebsratsgesetz blieb die gesetzliche Grundlage für die Betriebsvertretungen bis zum Beginn der faschistischen Herrschaft. Unter ihr verloren die Arbeiter ihre an sich nicht umfangreichen und mühsam erkämpften Rechte. Dem kapitalistischen Unternehmer wurde nunmehr auch durch Gesetz die ungeschränkte Macht in seinem Betrieb übertragen, und der Kampf der Werkstätten um bessere Arbeits- und Lohnbedingungen wurde überhaupt verboten. Neben die wirtschaftliche Macht des Kapitalisten trat die unumschränkte rechtliche Gewalt, die ihm durch das Gesetz vom 20. 1. 1934 zur Ordnung der nationalen Arbeit (RGBl. I, S. 45) eingeräumt wurde. Da es die Nazis nicht wagten, die so mühsam erkämpfte Vertretung im Betrieb völlig zu beseitigen, wählten sie den Schein einer Vertretung durch die Wahl von „Vertrauensmännern“. Das sorgfältig ausgeklügelte Verfahren der Aufstellung und der Wahl dieser Vertrauensmänner vermochte nicht, in Einzelfällen die Wahl von Antifaschisten zu verhindern. Deshalb wurde die Wahl abald eingestellt; die Vertrauensleute wurden nunmehr einfach ernannt. Damit war auch im Bereiche des Post- und Fernmeldewesens der Ansatz einer echten Betriebsvertretung beseitigt, weil für diesen geltende Gesetz vom 23. 3. 1934 zur Ordnung der Arbeit in öffentlichen Verwaltungen und Betrieben (RGBl. I, S. 220) entsprechende Bedingungen vorsah.

Erst die Zerschlagung der faschistischen Herrschaft und die großen demokratischen Reformen auf dem Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik, die das Volk zum Eigentümer seiner Betriebe machten, brachten auch ein echtes Mitbestimmungsrecht der Postern mit sich. Unmittelbar nach dem Zusammenbruch, schon am 30. Mai 1945, fand die erste demokratische Wahl einer Betriebsvertretung durch das Personal der Oberpostdirektion Berlin statt. In gleicher Weise wurden alsbald in allen Betrieben des Post- und Fernmeldewesens Betriebsräte gewählt. Im Frühjahr 1946 empfahl die Zentralverwaltung Arbeit in öffentlichen Verwaltungen und Betrieben über die Bildung von Betriebsräten, die aus Delegierten des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, Verband für Eisenbahn, Post- und Fernmeldewesen, bestanden. Nach der Gründung der Industrie- und Gewerkschaftsbünde am 12. 11. 1946 Delegierte ihres Zentralverbandes als Zentralbetriebsrat benannt. Inzwischen war auch durch das Gesetz Nr. 22 vom 10. 4. 1946 des Alliierten Kontrollrates für Deutschland (Amtbl. KRd. S. 153) eine rechtliche Grundlage für die Bildung und die Aufgaben der Betriebsräte geschaffen worden. Auf dieser Grundlage wurde am 4. 3. 1947 eine Vereinbarung zwischen dem Präsidenten und dem Zentralbetriebsrat der Zentralverwaltung für das Post- und Fernmeldewesen abgeschlos-

sen.<sup>4</sup> Die nunmehr eingetretene grundlegende Änderung in der Stellung und den Aufgaben der Betriebsräte kommt in dieser Vereinbarung deutlich zum Ausdruck: Sie haben das Mitbestimmungsrecht in allen Fragen, die die beruflichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen der Arbeiter und Angestellten und deren Schutz betreffen. Sie wirken bei der Einstellung und Entlassung der Mitarbeiter mit und haben insbesondere bei der Entlassung ein Einspruchsrecht mit aufschiebender Wirkung. Im Zuge der Entwicklung wurden die Aufgaben der Betriebsräte auf die Betriebsgewerkschaftsleitungen übertragen. Die neue Stellung dieser Organe wurde in einer „Vereinbarung zur Ausübung der Mitbestimmungsrechte der Industrie- und Gewerkschaft Post- und Fernmeldewesen“ festgelegt (Amtbl. 1947, Nr. 47).

Damit hat das Mitbestimmungsrecht der Werkstätten im Post- und Fernmeldewesen der Deutschen Demokratischen Republik den Umfang und die organisatorische Form gewonnen, die es im wesentlichen heute noch hat. Mit dem sich verändernden Bewußtsein der Werkstätten ist es zu einem Instrument geworden, durch das sie heute und in Zukunft dazu beitragen, ihre Arbeitsbedingungen zu gestalten. Der Staat der Arbeiter und Bauern garantiert ihnen dieses Recht; dem nach Artikel 17 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik werden die Produktion sowie die Lohn- und Arbeitsbedingungen unter maßgeblicher Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten geregelt. Die Werkstätten selbst werden darüber wachen, daß ihnen Kapitalisten dieses Recht; dem nach Artikel 17 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik werden die Produktion sowie die Lohn- und Arbeitsbedingungen unter maßgeblicher Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten geregelt. Die Werkstätten selbst werden darüber wachen, daß ihnen Kapitalisten dieses Recht; dem nach Artikel 17 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik werden die Produktion sowie die Lohn- und Arbeitsbedingungen unter maßgeblicher Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten geregelt.

<sup>3</sup> Geschäftsbereich der DRP für das Wirtschaftsjahr 1926, S. 85.  
<sup>4</sup> Text abgedruckt bei Schröder, Das Werden einer demokratischen Postverwaltung, Berlin 1949, S. 74.

## Motorisierung und Mechanisierung im britischen Fernmeldewesen

Vor einigen Jahren wurden mehrere neue Typen von Spezialfahrzeugen für das Fernmeldewesen in Großbritannien eingeführt, darunter 2- und 0,5-L-Nutzfahrzeuge für verschiedene Verwendungszwecke und ein Kabelmeßwagen. Er enthält eine besonders konstruierte Heizanlage, die im Inneren des Fahrzeuges die trockene Luft erzeugt, die für den guten Isolationszustand der Prüfrichtungen erforderlich ist.

Zum Einziehen von Kabeln in Kanäle werden Motorkabelwinden verwendet. Da sich Dreibeckel zum Aufziehen von Masten als unzureichend erwiesen, wurden für diesen Zweck Reibhaken mit Kraftantrieb und Mastblätter werden neuerdings hergestellt. Zum Ausheben von Kabelgräben bis zu einer Tiefe von rd. 1 m werden Grabenbagger verwendet. Auch wurde ein Kabelpflug für die unmittelbare Verlegung von Erdkabeln konstruiert. Bei ihm wird das Kabel durch ein Rohr auf der Rückseite des Pfluges geführt und in die Erde verlegt, wenn sich das Gerät vorwärts bewegt.

Preßlufttaster mit Benzinaggregat haben die beim Aufbrechen fester Straßendecken üblich gewesene Handarbeit mit Zuschlaghammer und Meißel ersetzt. Hydraulische Druckbohrer werden verwendet, um Straßen mit kurzen Kabelleitungen oder Asbest-Zementrohren zu kreuzen.

(Ausg. aus The Post Office Electrical Engineers Journal 47, 1956, Heft 3 S. 265-267)

### Kleber kommen unsere Kunden gern

Mit der Übernahme und Erweiterung des Postzeitungsvertriebes und des Toto-Lotto-Dienstes rücken besonders in den mittleren und kleineren Städten die bisherigen Verkaufs- und Annahmestellen in den Geschäftstraßen Läden als Verkaufs- und Annahmestellen eingerechnet werden. Je nachdem, in welchem Umfang und Zustand Gewerbräun zur Verfügung stand, wurde dieser, z. T. sogar mit dem der Ladeneinrichtung, angemietet. Betrachtet man aber einmal die innere und äußere Beschaffenheit vieler dieser Läden, so muß man bedauerlicherweise feststellen, daß sie sich auch noch als Verkaufs- und Annahmestellen der Deutschen Post in einem Zustand befinden, der unsere Zeit nicht entspricht. Fehlendes Inventar wurde befehlsmäßig, meist aus eigener, recht unvollkommener Produktion stammend, ergänzt, und auch der Anstrich läßt allergrößte Sparsamkeit erkennen. So lobenswert die Initiative einzelner Kollegen auf diesem Gebiet auch ist, so wissen wir doch, daß dies bei der politischen Bedeutung unseres Postzeitungsvertriebes nicht ausreicht. Unsere Presseerzeugnisse als Wegbereiter beim sozialistischen Aufbau, mit ihren Berichten von den werktätigen Menschen aus Industrie und Landwirtschaft, als Förderer von den Erfolgen des Friedenskampfes und der Völkerverbrüderung werden oft noch in einem finsternen, vielleicht sogar abseits liegenden, verlassenen, Postamt oder Laden angeboten. So werben und überzeugen wir nicht, damit gewinnen wir keine Kunden für die von uns vertretenen Erzeugnisse der demokratischen Presse. Von dem Eindruck, den eine solche Umgebung auf den Kunden und auch auf den Verkäufer hinterläßt, möchte ich gar nicht reden.

Wir suchen nach immer neuen Möglichkeiten, unsere Umsätze zu steigern, wir führen Wettbewerbe durch, fordern von unseren Verkäufern und Annahmekräften große Bereitwilligkeit. Aber haben wir auch einmal daran gedacht, dem Verkäufer zur Erfüllung seiner Verpflichtungen in der Form zu helfen, daß wir ihm seinen Laden modern, ansprechend und gefällig aussendend gestalten? Haben wir es erreicht, daß die Kundschaft gern zu „ihrem“ Zeitungs- oder Toto-Lotto-Laden kommt?

Der Kunde will individuell bedient sein. Auch wenn der Andrang z. B. in einer Lotto-Annahmestelle noch so groß ist, darf trotzdem für den Kunden der Gedanke an eine „Massenabfertigung“ nicht ankommen. Das kann vor allem durch ansprechendes Ausgestalten des Verkaufsräume erreicht werden.

Das HPA Würzen hat auf diesem Gebiet den Versuch unternommen, größere Erfolge durch Modernisierung zu erreichen. Die Ergebnisse sind überraschend gut ausgefallen. In der Stadt Würzen mit ihren 25000 Einwohnern gibt es an posteigenen Verkaufsstellen einen Zeitungskiosk am Bahnhof und einen Zeitungsladen in einer Geschäftstraße. Vor einigen Monaten wurde

Bild 2. Toto-Lotto-Annahmestelle in Würzen, Friedrich-Engels-Straße (Antf. Wolf, Würzen)

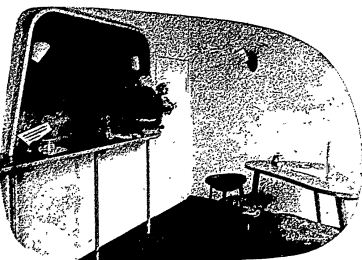


Bild 1. Die neue Zeitungsverkaufs- und Toto-Lotto-Annahmestelle in Würzen, Jakobstraße (Antf. Wolf, Würzen)

in einer weiteren Geschäftsstraße der in Bild 1 gezeigte Zeitungskiosk eingerichtet, in dem auch Toto- und Lotowetten angeboten werden. Ohne daß der Umsatz in den anderen Verkaufsstellen und Annahmestellen zurückging, wurde hier ein neuer Kundenkreis gewonnen, so daß sich der Umsatz laufend erhöht.

An Toto-Lotto-Annahmestellen bestanden 6 der Deutschen Post, eine posteigene Betriebsannahmestelle und 2 private Annahmestellen (ander denen beim Hauptpostamt). Eine in einer Gastwirtschaft untergebrachte Annahmestelle wurde in den in Bild 2 gezeigten Raum verlegt. Der Erfolg war eine Steigerung auf fast das Doppelte. Dieser Stand hielt sich auch, obwohl nur kurze Zeit darauf die in Bild 1 gezeigte Annahmestelle eingerichtet wurde, die ebenfalls einen guten Kundenstand zu verzeichnen hat.

Ähnliche Erfolge erreichten wir auch durch Verlegen und Neuausrichten des Postamtes Würzen 2. War vorher eine Lotto-Kraft nötig, so mußten nach der Verlegung 2, manchmal auch 3 Kräfte beschäftigt werden; der Umsatz stieg ebenfalls auf fast das Doppelte. Auch ein Anstoßen des Postverkehrs war zu verzeichnen.

Bemerkenswert dabei ist, daß bei den anderen Läden oder Schaltern kein nennenswerter Rückgang eingetreten ist. Besonders auffällig ist die Tatsache, daß im Toto-Lotto-Dienst in den Sommermonaten der saisonbedingte Rückgang ausbleibt und sich sogar eine leicht steigende Tendenz in diesem Dienst zeigte.

Die hier angeführten Beispiele beweisen erneut, daß durch Modernisieren noch große Reserven erschlossen werden können. Die Möglichkeiten dazu sind vorhanden.

Zeigen wir mehr Initiative und Mut zum Neuen!  
Gottfried Müller, Würzen

Wenn sich in Westdeutschland gegenwärtig eine Volksbewegung für eine atomoffene Zone, für die Sicherung des Friedens entwickelt, so deshalb, weil den Menschen klar wird, daß die imperialistische Politik der Adenauer-Regierung das deutsche Volk ins Unglück treibt. Das Bewußtsein Adenauers, den Bankrott dieser Politik bis zu seinem Tode zu verschleiern, wird mifflingen, denn die Bevölkerung in Westdeutschland sieht das neue Kräfteverhältnis in der Welt und findet die Friedensvorschlüge der Sowjetunion sympathischer als die Stationierung von Atomwaffen und Raketen in Westdeutschland.

(Walter Ulbricht auf dem 35. Plenum des ZK der SED)

## Der Begriff „Technologie“ und seine Anwendung im Post- und Fernmeldewesen

Von Gottfried EIGHELMANN, Institut für Ökonomik des Post- und Fernmeldewesens, Dresden

Der Begriff „Technologie“ wird häufig unscrtdentlich angewendet, auch von Mitarbeitern des Post- und Fernmeldewesens, weil nicht immer eine klare Vorstellung über seinen Inhalt und seine Bedeutung vorhanden ist. Aufgabe dieses Beitrages soll es daher sein, den Begriff „Technologie“ und seine Anwendungsmöglichkeit im Post- und Fernmeldewesen zu untersuchen.

### Einführung

Bei der Untersuchung des Begriffes sollen sich nicht nur die unterschiedlichen Meinungen und Anschauungen über die Aufgaben und die Stellung der Technologie gegenüberstellen, sondern es soll vielmehr gezeigt werden, welche Bedeutung eine planmäßig organisierte technologische Arbeit auch für die Entwicklung des Post- und Fernmeldewesens hat. Es gilt dabei zu erkennen, daß der Produktionsprozeß im Post- und Fernmeldewesen nicht nur ein materiel-technischer, sondern auch ein sozial-ökonomischer Prozeß ist. Dieser Prozeß muß als Ganzes betrachtet werden, im Zusammenhang mit den in der Produktion tätigen Menschen und der gegebenen gesellschaftlichen Entwicklungsetappe.

### Die Definition des Begriffes „Technologie“ in der Literatur

Versucht man, den Begriff „Technologie“ an Hand der Literatur zu klären, so findet man zahlreiche, in der Regel aber unbefriedigende Definitionen.

So heißt es z. B. im Brockhaus, ABC der Naturwissenschaft und Technik (Brockhaus-Verlag Leipzig 1953): „Technologie, Mittel und Verfahren, um gewerbliche Gegenstände herzustellen. Die mechanische T. befaßt sich mit der mechanischen Gewinnung und Verarbeitung aller Werk- und Baustoffe, die chemische T. ist die Lehre von der Durchführung chemischer Vorgänge in industriellen Ausmaß.“

Auch die Definition des Werkes „Der große Brockhaus“ von 1934 unterscheidet sich nicht wesentlich von den bisher genannten (Brockhaus Leipzig 1934, Bd. 18): „Technologie (griech.) Gestaltung von Regeln zur Ausübung einer Kunst, im neueren Werkbude, im Sinne der Arbeit eines Kunstlers, die Aufstellung von Regeln zur Ausübung einer Kunst, im neueren Sinne die Mittel und Verfahren, um gewerbliche Gegenstände zu schaffen. Die T. gliedert sich hier in die mechan. und chem. T. Die mechanische T. umfaßt die Lehren von der mechn. Gewinnung und Verarbeitung aller Werk- und Baustoffe. Sie be-schreibt die Methoden der Verarbeitung und die Fertigerzeugnisse in den verschiedenen Gewerbezweigen für Holz, Leder, Steine, Metalle, Hilfsstoffe, die Verfahren in der Spinnerei, Horn-verarbeitung, Papierherstellung, in den Abteilungen der Maschinenfabrik wie Walzen, Frägen, Hobeln, Sägen, Fräsen, Drehen, Bohren, Schleifen.“

Wenn diese Definition auch wesentlich umfangreicher ist, so enthält sie doch gegenüber den bisher zitierten Definitionen keine neuen Erkenntnisse. Das ist auch erklärlich, weil sich die beiden genannten Lexika teilweise auf die gleichen Quellen stützen. Einen völlig neuen Gesichtspunkt enthält jedoch „Der große Brockhaus“ von 1929 (Brockhaus Leipzig 1929, Bd. 3) unter dem Stichwort „Chemische Technologie“. Dort heißt es: „Chemische Technologie, die Lehre von der Durchführung chemischer Vorgänge in industriellen Ausmaß. Sie behandelt nicht nur die chem. Reaktionen, die in der Technik Anwendung finden (techn. Chem.), sondern beschäftigt sich auch mit den Rohstoffen, Zwischen-, Neben- und Abfallprodukten der verschiedenen Fabrikationsvorgänge, mit den dabei zur Anwendung kommenden Apparaten und Maschinen sowie mit den Beziehungen der chem. Technik zur Volkswirtschaft und zur Kultur.“ (Sperrung vom Verfasser.)

In diesem Zusammenhang verdient auch die Definition im Brockhaus von 1925 Beachtung (Brockhaus Leipzig 1925), die wie folgt lautet: „Technologie ist die wissenschaftliche Schilderung menschlicher Tätigkeit, die sich darauf erstreckt, aus Rohstoffen Gebrauchsstoffe und Gebrauchsgegenstände herzustellen.“

Diese beiden letztgenannten Definitionen weisen bereits darauf hin, daß der Technologie nicht nur die Schilderung rein materiel-technischer Prozesse obliegt.

Abschließend dazu sei noch die Definition des „Lexikon A-Z in einem Band“ genannt (VEB Bibliographisches Institut Leipzig 1953), die ausschließlich an die bereits mehrfach zitierte Definition einen Hinweis enthält, daß der Begriff „Technologie“ auch umfassender angewendet werden kann: „Technologie, Zweig der Naturw., die Lehre von der Gewinnung u. Verarb. von Rohstoffen zum Werkstoff, dann zum Werkstück bzw. zum Gebrauchsgegenstand. Die mech. T. umfaßt die zu den gew. Geleiten gehörenden mech. Vorgänge (z. B. mechn. Gewinnung u. Verarb. von Werk- u. Baustoffen), die chem. T. die chem. Arbeitsmethoden (Durchführung chem. Vorgänge in industriellem Ausmaß). Fortschritt. T. in der UdSSR durch Stachonow im Zusammenhang mit den in der Produktion u. Wissensch. tätigsten planmäßigen Verbesserung der Produktion, der allg. Anw. neuer Arbeitsmethoden, der wiss. Org. des Arbeitsprozesses.“

Zusammenfassend kann festgelegt werden, daß sich die meisten Definitionen in Lexika usw. bisher darauf beschränkten, die Technologie als „Lehre von den Verfahren zur Herstellung bestimmter Produkte“ zu bezeichnen. Das bedeutet also, daß sie nur auf die materiel-technische Seite der Produktion Bezug nehmen, die sozial-ökonomische Seite jedoch außer Betracht lassen oder zumindest (wie bei den beiden letzten Definitionen) zur ihr nicht klar Stellung beziehen.

### Eine neue Definition des Begriffes „Technologie“

Daher war es notwendig zu prüfen, welche Gesichtspunkte in einer neuen Definition des Begriffes „Technologie“ ihren Niederschlag finden müssen. Nicht nur aus theoretischen, sondern auch aus rein praktischen Erwägungen heraus war dies notwendig, weil sich aus einer wissenschaftlichen Definition wesentliche Schlußfolgerungen für Lehre, Forschung und Praxis ergeben. Ein zwingender Grund lag z. B. darin, Mißdeutungen oder sprachlich falschen Auslegungen des Begriffes „Technologie“ begegnen zu können, die sich sowohl technisch-organisatorisch als auch ökonomisch auf die Produktion auswirken können.

In seinem Hauptwerk „Das Kapital“ geht Karl Marx bei Untersuchungen der Maschine und der großen Industrie auch auf Fragen der Technologie ein. Seine Betrachtungen sind sehr lehrreich für die Erarbeitung einer Definition dieses Begriffes. So schreibt er z. B. im Zusammenhang mit Betrachtungen über die „Arbeitsmaschine“ und „Menschheit“: „Die Technologie enthält das aktive Verhalten des Menschen zur Natur, den unmittelbaren Produktionsprozeß seines Lebens, damit auch seiner gesellschaftlichen Lebensverhältnisse und der ihnen ent-sprechenden Vorstellungen... Die Mängel des abstrakt naturwissenschaftlichen Materialismus, der den geschichtlichen Prozeß ausschließt, ersieht man schon aus den abstrakten und ideologischen Vorstellungen seiner Wortführer, sobald sie sich über ihre Spezialität hinauswagen“ [1].

Und an anderer Stelle schreibt *Karl Marx*: „Die große Industrie zerrißt den Schleier, der den Menschen ihren eigenen gesellschaftlichen Produktionsprozeß versteckte und die verschiedenen naturwichtigen Produktionszweige gegeneinander und sogar dem in jedem Zweig Eingeweihten zu Rätseln machte. Ihr Prinzip, jeden Produktionsprozeß an und für sich und zunächst ohne alle Rücksicht auf die menschliche Hand in seine konstituierenden Elemente aufzulösen, schuf die ganz moderne Wissenschaft der Technologie. Die buntebelegten, scheinbar zusammenhanglosen und verknühten Gestalten des gesellschaftlichen Produktionsprozesses lösten sich auf in bewußt planmäßige und je nach dem bezweckten Nutzeffekt systematisch besonderte Anwendung der Naturwissenschaften. Die Technologie entdeckte ebenso die wenigen großen Grundformen der Bewegung, worin alles produktive Tun des menschlichen Körpers, trotz aller Mannigfaltigkeit der angewandten Instrumente, notwendig vorgeht, ganz so wie die Mechanik durch die größte Komplikation der Maschinen sich über die beständige Wiederholung der einfachen mechanischen Potenzen nicht täuschen läßt. Die moderne Industrie betrachtet und behandelt die vorhandene Form eines Produktionsprozesses nie als definitiv... Durch Maschinerie, chemische Prozesse und andere Methoden wälzt sie beständig mit der technischen Grundlage der Produktion die Funktionen der Arbeiter und die gesellschaftlichen Kombinationen des Arbeitsprozesses um“ [2].

*Karl Marx* hat mit diesen Betrachtungen selbstverständlich keine Definition des Begriffes „Technologie“ gegeben. Jedoch lassen diese Ausführungen erkennen, worauf die Technologie als wissenschaftliche Disziplin gerichtet sein muß, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen will. Es kommt in diesen Ausführungen klar zum Ausdruck, daß die Technologie nicht nur abstrakte Gesetzmäßigkeiten produktions technischer Vorgänge zum Inhalt haben kann, sondern den untrennbaren Zusammenhang zwischen dem Produktionsverhältnissen und den Produktivkräften mit zum Ausdruck bringen muß.

Dadurch ändert sich nichts am Charakter der Technologie als Zweig der Naturwissenschaften. Die Beziehungen zwischen Naturwissenschaft und Gesellschaftswissenschaft, oder besser gesagt, die Anwendung der naturwissenschaftlichen Erkenntnisse in der jeweiligen Gesellschaftsformation, sollte jedoch aus einer Definition des Begriffes „Technologie“ klar ersichtlich sein, weil wissenschaftliche Erkenntnisse nur Selbstzweck, sondern stets Mittel zum Zweck sein müssen.

Von diesen Erkenntnissen wurde auch ausgegangen, als anläßlich einer Technologieausstellung in Leipzig (veranstaltet von der Kammer der Technik im Februar 1954) eine neue Definition des Begriffes „Technologie“ erarbeitet wurde. Diese sollte nicht nur die Technologie als Wissenschaft definieren, sondern zugleich die Grundlage für die betriebliche Praxis bilden.

Die von der Technischen Hochschule Dresden vorgeschlagene und auf der Tagung angenommene Definition lautet: „Technologie ist die Wissenschaft von den Gesetzmäßigkeiten produktions technischer Vorgänge. Das Ziel ist, die Grundlagen zu schaffen für die Gestaltung des materiellen Produktionsprozesses nach technischen, wirtschaftlichen und die menschliche Arbeitskraft berücksichtigenden Grundsätzen“ [3].

Ergänzend hierzu wurde auf der gleichen Tagung eine weitere Definition erarbeitet, die sich besonders mit der Anwendung des Begriffes „Technologie“ in der betrieblichen Praxis befaßt. Sie lautet: „Die technologische Abteilung eines Industriebetriebes hat die Aufgabe der Planung, Vorbereitung und Kontrolle aller technologischen und arbeitsorganisatorischen Vorgänge, die notwendig sind, um den Produktionsprozeß unter Berücksichtigung des arbeitenden Menschen wirtschaftlich durchzuführen. Mit Hilfe exakter technisch-wirtschaftlicher Kenntnisse schafft sie die Unterlagen zur wissenschaftlichen Leitung und planmäßigen Entwicklung des Betriebes“ [4].

Mit diesen neuen Definitionen haben sich gegenüber den früher vertretenen Auffassungen Inhalt und Ziel der Technologie wesentlich verändert. Sie entsprechen den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen in unserer Republik. Dadurch müssen

sich aber auch entsprechend dem neuen Inhalt und Ziel der Technologie die Aufgaben der Technologen verändern. All diese Veränderungen zu untersuchen, soll Gegenstand der weiteren Betrachtungen sein.

**Die Bedeutung der Technologie für den Produktionsprozeß**

Die bereits erwähnte Technologieausstellung beschäftigte sich ausgehend von den neuen Definitionen sehr ausführlich mit den Aufgaben der Technologen in betrieblicher Praxis, Lehre und Forschung sowie mit der Bedeutung der Technologie für den gesamten Produktionsprozeß. Die Ergebnisse dieser Beratungen sind richtungweisend für die technologische Arbeit in unserer Republik. Sie verdienen unbedingt auch Beachtung im Post- und Fernmeldewesen. Obwohl die dort behandelten Probleme nicht ohne weiteres auf die Belange des Post- und Fernmeldewesens übertragen werden können, lassen sich doch Verallgemeinerungen ableiten, die für das Post- und Fernmeldewesen wertvolle Anregungen zur Verbesserung der technologischen Arbeit enthalten.

### Trägerfrequenz-Sprechereinrichtung TFd

Die Fernsprecheinrichtung TFd des VEB Fernmeldewerk Leipzig dient zur Herstellung von zusätzlichen Sprechwegen auf einer Fernsprecheinrichtung. Als Nahverkehrsanordnung wird sie in ländlichen Bezirken zur Herstellung von Zubringerverbindungen eingesetzt. Im Sprechtverkehr über weite Entfernungen ist sie für mobilen sowie für stationären Einsatz verwendbar. Der Vorläufertyp TFd hat sich bisher für derartige Zwecke im In- und Ausland gut bewährt.

Die neue Trägerfrequenz-Sprechereinrichtung TFd besitzt jedoch gegenüber dem Typ TFc wesentlich verbesserte elektrische und mechanische Eigenschaften und ist besonders für die Herstellung von Sprechwegen für vorübergehenden Einsatz geeignet, z. B. auf Großveranstaltungen, bei Großveranstaltungen, bei der Polizei und den Streitkräften. Die Umschaltung der Geräte von Zweidraht- auf Vierdrahtbetrieb ermöglicht auch Vierdraht-Verbindungen über Funkstrecken, Kabel- und Freileitungen. Durch Verwendung von Kleinbauelementen konnte das Gewicht der Geräte wesentlich verringert werden. Zur Erleichterung des Transports besteht jede Endstelle TFd aus 2 Einheiten, einem Übertragungs- und einem Stromversorgungsgerät. Als Übertragungsgerät kann je nach Einsatzbedingung ein TFd 1 bis 4 verwendet werden; die Geräte unterscheiden sich nur durch ihre Frequenzlage. Das Stromversorgungsgerät ist sowohl für Batteriebetrieb als auch für einen Anschluß an das Wechselstromnetz eingerichtet.

Jedes der Trägerfrequenz-Sprechergere TFd 1 bis TFd 4 mit dazugehörigem Stromversorgungsgerät ist einzeln einsetzbar und ermöglicht eine zusätzliche trägerfrequente Sprechverbindung. Bei TP-seitiger Zusammenschaltung der vier Übertragungsgeräte können außer dem normalen NF-Gespräch 4 zusätzliche Trägerfrequenzspeiche auf einer Zweifachleitung übertragen werden. Bei Umschaltung auf Vierdrahtbetrieb sind insgesamt 8 TP-Sprechwege möglich. Das wirksam übertragene NF-Sprechband 300 bis 2000 Hz entspricht bis auf die obere Grenzfrequenz den CTF-Empfehlungen für Sprechkreise mit einem Frequenzband von 300 bis 2000 Hz. An Stelle von Fernsprechtarif ist auch Fernschreibbetrieb möglich. Die Geräte TFd 1 bis TFd 4 können in Zweidrahtschaltung auf Freileitungen für Weiterverbindungen bis zu 600 km eingesetzt werden. Auf besetzten Kabelleitungen (Grenzfrequenz < 14 kHz) werden vorteilhaft die Geräte TFd 1 und TFd 2 für Verbindungen bis zu 100 km verwendet. Bei Einschaltung des eingebauten Leitungszerrors sind die Geräte TFd 1 und TFd 2 auch auf unbesetzten Kabelleitungen einsetzbar. In Vierdrahtschaltung können die Geräte TFd 1 bis TFd 4

Die Hauptaufgabe der Technologie besteht in der Entwicklung der Technik mit dem Ziel einer Steigerung der Arbeitsproduktivität. Dies bedingt ein sorgfältiges Studium der Möglichkeiten für die Verbesserung der Arbeitsmethoden und der Arbeitsorganisation; die Leistungsfähigkeit der Betriebsrichtungen und der Anlagen muß ständig untersucht werden, um Verlustquellen zu entdecken und Möglichkeiten zur Verbesserung des Produktionsprozesses ausfindig zu machen.

Hierzu ist erforderlich, daß die Technologen auch ökonomische Kenntnisse besitzen, wirtschaftlich denken können und eng mit den Wirtschaftlern der Betriebe zusammenarbeiten; die selbstverständlich andererseits grundlegende technische Kenntnisse des betreffenden Wirtschaftszweiges aufweisen müssen.

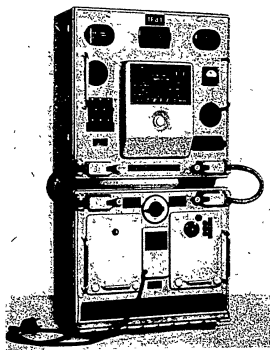
Die wichtigsten Gesichtspunkte, die beachtet werden müssen, um diese Forderung zu erfüllen, hat *S. E. Kamenzer* in seinem Buch „Organisation und Planung des sozialistischen Industriebetriebes“ zusammengestellt. Dazu gehören z. B. das richtige

Erfassen der Ausrüstungen und aller Vermögensteile und Materialien; das richtige Ausnutzen der Ausrüstungen und wirtschaftlicher Verbrauch des Roh-, Hilfs- und Betriebsmaterials; die strengste Einhaltung der technologischen Vorschriften; die Vollkommenheit der Technik; systematische Senkung der Produktionskosten [5].

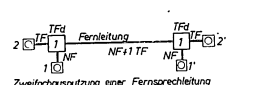
Wenn auch zur Lösung der in dieser Aufzählung enthaltenen Aufgaben noch andere wissenschaftliche Disziplinen ihren Teil beitragen müssen, so ist doch offensichtlich, welche große Bedeutung der Technologie beigemessen werden muß. Ihre Aufgabe ist es ganz besonders, nie zuzulassen, daß die Technik in sich ihrer Entwicklung stagniert, sondern dafür zu sorgen, daß sie sich unter Beachtung der genannten Faktoren ständig höher entwickelt und zu einer stetigen Steigerung der Arbeitsproduktivität führt. Von der Technologie wird es zu einem großen Teile abhängen, ob die Wirtschaftlichkeit eines Betriebes oder eines Betriebszweiges gewahrt bleibt, und welches Entwicklungs-niveau er aufweist.

auf Vierdrahtkabel- oder Freileitungen sowie auf Funk- und Deimstrecken verwendet werden. Für diesen Zweck empfiehlt es sich, Gerätetypen mit der zusätzlichen Bezeichnung P 2 bzw. P 3 zu verwenden. Diese Geräte arbeiten nach dem Frequenzgleiches-Verfahren und benutzen entweder das untere Seitenband (P 2) oder das obere Seitenband (P 3). Hierdurch werden sehr günstige Nebenbedingungen erzielt. Schließlich sei bemerkt, daß die TFd-Geräte auch mit TFE-Geräten gemeinsam eingesetzt werden können. Größere Entfernungen können durch Hintereinanderschalten mehrerer Geräte überbrückt werden.

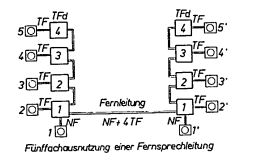
| Frequenzbereiche                       |                                     |               |                       |
|----------------------------------------|-------------------------------------|---------------|-----------------------|
| Auf der Leitungsübertragene TF-Zustand | Trägerfrequenzen                    | Ruffrequenzen |                       |
| TFd 1                                  | 3,0 - 5,2 kHz und 5,5 - 8,0 kHz     | 5,5 kHz       | 5,0 kHz und 6,0 kHz   |
| TFd 2                                  | 8,5 - 10,7 kHz und 11,3 - 13,5 kHz  | 11,0 kHz      | 10,5 kHz und 11,5 kHz |
| TFd 3                                  | 14,0 - 16,2 kHz und 16,8 - 19,0 kHz | 16,5 kHz      | 16,0 kHz und 17,0 kHz |
| TFd 4                                  | 19,5 - 21,7 kHz und 22,3 - 24,5 kHz | 22,0 kHz      | 21,5 kHz und 22,5 kHz |



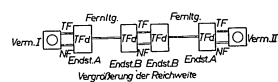
(Werkfoto VEB Fernmeldewerk Leipzig)



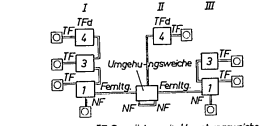
Zweifachanschlus einer Fernsprecheinrichtung



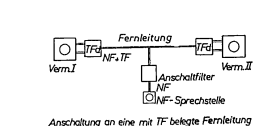
Vierfachanschlus einer Fernsprecheinrichtung



Vergrößerung der Reichweite



Abzweigung eines TF-Gesprächs mit Umgehungsweiche



Anschlus an eine mit TF belegte Fernleitung

Die Technologie bildet aber auch eine wesentliche Voraussetzung für die Arbeitsnormung, für die Planung der Arbeitskräfte sowie für die betriebliche Planung allgemein und damit gleichzeitig wiederum für die Steigerung der Arbeitsproduktivität.

Treffend erläutert Kamenzer die Bedeutung der Technologie, indem er die Rolle der Technologen wie folgt charakterisiert: „Der Technologe spielt in der Produktion eine große und verantwortungsvolle Rolle. Der Einfluß, den er auf die Selbstkosten und die Wirtschaftlichkeit des Betriebes ausübt, ist außerordentlich groß, da nur er die vollkommensten und daher zweckmäßigsten und wirtschaftlichsten technologischen Prozesse bestimmen kann“ [9].

Die Aufgaben und der Aufbau der technologischen Abteilungen in der sozialistischen Industrie

Davor speziell auf die Anwendung des Begriffes „Technologie“ im Post- und Fernmeldewesen eingegangen wird, erscheint es zweckmäßig, einmal ganz allgemein die Aufgaben und den Aufbau der technologischen Abteilungen und damit auch die Aufgaben der Technologen selbst darzustellen.

In der sozialistischen Industrie lassen sich vier Aufgabebereiche innerhalb der technologischen Abteilungen bilden,

1. die technologische Planung,
2. die technologische Fertigungsvorbereitung,
3. die operative technologische Arbeit (Kontrolle),
4. die Konstruktion und der Bau von Betriebsmitteln.

Zum Aufgabebereich der ersten Gruppe, der technologischen Planung, gehören solche Aufgaben wie Kapazitätsermittlungen, die Entwicklung grundlegend neuer Arbeitsverfahren sowie die Einführung neuer Arbeitsverfahren, besonders hinsichtlich ihrer Gestaltung in Hinblick auf eine Verbesserung des Arbeitsprozesses und Mithilfe bei der Gestaltung des Investitionsplanes und bei Wirtschaftlichkeitsberechnungen. Damit umfaßt also dieser erste Bereich Aufgaben von großer wirtschaftlicher Bedeutung, deren unsystematische Lösung oder gar Vernachlässigung große wirtschaftliche Nachteile haben kann.

Auf der Tagung der Technologen wies E. Hartmann darauf hin, „daß der Planungstechnologe in der Lage sein muß, den bestehenden technischen Produktionszustand im Hinblick auf alle ihn beeinflussenden Faktoren richtig zu analysieren; denn nur die richtige Analyse läßt auch eine richtige Schlussfolgerung zu und vermittelt die Möglichkeit, grundlegende und häufig umfangreiche technische und organisatorische Änderungen vorzunehmen. Solche Änderungen können nur auf der Grundlage exakter Ermittlungen vor sich gehen, wenn sie nicht den Charakter abenteuerlicher, spekulativer Experimente haben sollen, deren Mißerfolg mit häufig sehr hohen Kosten verbunden ist“ [7]. Abschließend sei zu dieser Gruppe bemerkt, daß auch die Aufstellung von Plänen für den technischen Fortschritt eine Aufgabe der technologischen Planung ist und nach dem bisher Gesagten auch nur dieser Gruppe sein kann.

Offensichtlich lassen sich diese Aufgaben, die in dem oben angeführten Referat speziell für den Bereich des Maschinenbaues untersucht worden sind, ohne weiteres auf alle Bereiche der materiellen Produktion übertragen.

Dies ist nicht ohne weiteres mit dem Aufgabebereich der zweiten Gruppe möglich, der die technologische Fertigungsvorbereitung umfaßt. Diese Gruppe ist vor allem für die Produktions- und Konsumtionsmittelindustrie erforderlich. Ihre Hauptaufgabe ist die Arbeitsvorbereitung, wie sie in Art und Umfang schon seit langem bekannt ist.

Der dritte Aufgabebereich, der der operativen technologischen Arbeit, läßt sich wiederum auf alle Bereiche der materiellen Produktion ausdehnen. Das Arbeitsgebiet dieser Technologen sind die Produktionsstätten selbst, ohne daß sie jedoch unmittelbar in die Produktion eingreifen. Indem sie ständig an Ort und Stelle den Arbeitsablauf kontrollieren, die Zweckmäßigkeit der Betriebsmittel untersuchen und Erprobungen durchführen, sind sie besonders dafür prädestiniert, den Kontakt zwischen der Theorie und der Praxis zu geben. Sie können

also am besten dafür sorgen, daß neue Betriebskenntnis- auswertet und für den Produktionsprozeß weiterentwickelt werden. Die Aufgaben der vierten Gruppe dürften aus der oben gegebenen Formulierung bereits klar zu erkennen sein, so daß sich weitere Erörterungen dazu erübrigen. Ihre Bedeutung geht selbstverständlich auch über den Bereich der Industrielinien; d. h., diese Gruppe von Technologen dürfte in allen Bereichen der materiellen Produktion erforderlich sein.

Die Aufgaben der Technologen umreißt E. Hartmann wie folgt: „Die Mitarbeiter der technologischen Abteilungen der Betriebe haben, wenn sie organisatorisch richtig eingesetzt sind, eine planende bzw. disponierende, eine untersuchende bzw. analysierende, eine die Steigerung der Arbeitsproduktivität ermöglichende sowie eine die Produktion kontrollierende, jedoch nicht die Produktion ausführende Funktion“ [8].

Aus dieser Aufgabenstellung ergibt sich, daß auch rein organisatorisch eine klare Abgrenzung zwischen der technologischen Abteilung und anderen Abteilungen des Betriebes, z. B. der Produktionsabteilung, der Abteilung Arbeit und der Betriebsplanung vorhanden sein muß.

E. Augustin wies auf der bereits mehrfach erwähnten Technologientagung in einem Referat über „Aufbau und Arbeitsweise der technologischen Abteilung im volkseigenen Betrieb“ darauf hin, daß sich entsprechend der verschiedenen Größe und den verschiedenen Aufgaben der einzelnen Betriebe sehr wohl Unterschiede im strukturellen Aufbau der technologischen Abteilungen ergeben können, daß die wesentlichsten Aufgaben dieser Abteilungen jedoch die gleichen sind:

„Die bestmögliche Ausnutzung der Kapazität; die Anwendung von Spezialwerkzeugen und -einrichtungen; die Einführung automatischer Arbeitsprozesse, die dem jeweiligen Stand der Technik entsprechen; die Sicherung eines reibungslosen Fertigungsablaufes; die Einführung neuer und die Verbesserung der bestehenden Arbeitsverfahren“ [9].

Die bisherige Anwendung des Begriffes „Technologie“ im Post- und Fernmeldewesen

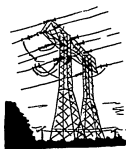
Der Begriff „Technologie“ wurde vor allem in den letzten Jahren auch im Post- und Fernmeldewesen verhältnismäßig häufig verwendet, jedoch mit teilweise beträchtlichen Unterschieden in der Auslegung.

Am häufigsten war zu beobachten, daß „Technologie“ gleich „Betrieb“ (im Sinne von Betriebsleistung) gesetzt wurde. Das heißt also, daß die Gesamtheit aller Tätigkeiten (z. B. zum Befördern eines Briefes) als Technologie bezeichnet worden war. Ein solcher Schluß ist jedoch nicht richtig. Zweifellos bestehen außerordentlich enge Beziehungen zwischen der Technologie des Post- und Fernmeldewesens und dem Post-, Fernsprech- und Telegrafienbetrieb (wenn nur einige Betriebsvorgänge als Beispiele zu nennen). Aber keinesfalls läßt sich „Technologie“ mit „Betrieb“ identifizieren. Der Betrieb ist die Gesamtheit der Produktions- und Arbeitsprozesse im Post- und Fernmeldewesen, die eine Summe von technologischen Prozessen enthalten, jedoch nicht die Technologie selbst.

Ähnliches gilt für den Gebrauch des Begriffes „Technologie“ als Sammelbegriff für die im Postwesen oder im Fernmeldewesen angewandte Technik. Technik und Technologie sind zweierlei; wenn selbstverständlich auch hier bestimmte Beziehungen bestehen, so ist doch eine solche Anwendung des Begriffes zumindest unkorrekt.

Es dürfte müßig sein, weitere falsche Anwendungen des Begriffes „Technologie“ im Post- und Fernmeldewesen zu erläutern. Alle diese Deutungen oder Auslegungen sind auf die bisherigen unbefriedigenden Definitionen der Begriffe „Technologie“ und „Technologie“ zurückzuführen und in diesem Zusammenhang ohne große Bedeutung. Wesentlich wichtiger erscheint es, zu klären, was nun eigentlich unter Technologie im Post- und Fernmeldewesen zu verstehen ist, und wie dieser Begriff angewendet werden kann.

(Fortsetzung und Literaturangaben folgen.)



## Übersicht über das Gebiet der Starkstrombeeinflussung

Von Herbert LORKE, Berlin

Über Starkstrombeeinflussung gibt es in der Deutschen Demokratischen Republik noch keine zusammenfassenden Abhandlungen. Die vorliegende Arbeit soll daher einen allgemeinen Überblick hierüber geben. Sie soll vor allem den interessierten Fernmeldetechnikern das Einarbeiten in dieses Spezialgebiet erleichtern. Der Stoffumfang entspricht etwa dem, der dem Unterricht im Fach Starkstromschutz der letzten Grundlehrgänge für Fernmeldeingenieure zugrunde liegt.

### 1. Allgemeines

Unter Starkstromschutz von Fernmeldeanlagen versteht man Verfahren und Maßnahmen, die das Auftreten unerwünschter Spannungen und Ströme in Fernmeldeleitungen als Folge von Vorgängen in benachbarten Starkstromanlagen verhindern oder deren Wirkungen auf ein erträgliches Maß vermindern. Infolge der Elektrifizierung einiger Reichsbahnstrecken und wegen der beabsichtigten Umstellung der Sternpunktterdung im 220-kV-Netz ist der Starkstromschutz von Fernmeldeanlagen heute besonders aktuell. Es erscheint daher zweckmäßig, einen allgemeinen und umfassenden Überblick über die Probleme des Starkstromschutzes und über die im Bereich der Deutschen Post angewandten Bearbeitungsgrundsätze zu geben. Dabei soll die vorliegende Arbeit auf die Verhältnisse bei Starkstromanlagen mit einer Spannung von 1 kV gegen Erde und darüber beschränkt bleiben.

### 2. Begriffsbestimmungen

Zum besseren Verständnis sollen die wichtigsten Begriffe aus dem Starkstromschutz nachstehend erläutert werden.

Boeinflussung ist das Auftreten einer unerwünschten Spannung oder eines unerwünschten Stromes auf einer Fernmeldeleitung, sofern diese Spannung bzw. dieser Strom nicht von den angeschlossenen Apparaten auf die Leitungen gelangt ist. Elektrische Energie kann grundsätzlich auf drei verschiedenen Wegen von einem beeinflussenden System (in diesem Fall einer Starkstromanlage) auf die Fernmeldeanlage gelangen. Man unterscheidet zwischen galvanischer, induktiver und kapazitiver Kopplung (Bild 1).

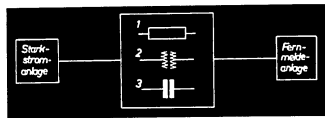


Bild 1. Bestimmung der Beeinflussungsmöglichkeit durch galvanische Kopplung (1), induktive Kopplung (2) und kapazitive Kopplung (3).

Gefährstellen sind alle Orte im FernmeldeNetz, an denen unzulässig hohe Beeinflussungen durch benachbarte Starkstromanlagen möglich sind. Gefährstellen können Kreuzungen (K), Näherungen (N) oder Einführungen

in Umspannwerken (U) sein (Bild 2). Den Bereich um eine Starkstromanlage, in dem unzulässig hohe Beeinflussungen von Fernmeldeleitungen möglich sind, nennt man Einwirkungsgebiet.

Gefährdung ist eine Beeinflussung in solcher Höhe, daß an der Fernmeldeleitung arbeitende Personen, an die Leitung angeschlossene Apparate oder die Leitungen selbst zu Schäden kommen können.

Störung ist eine Beeinträchtigung der Sprechverständigung oder der Zeichengabe über ein festgelegtes zulässiges Maß hinaus

Längsspannung ist eine Spannung, die — durch das elektromagnetische Feld einer Starkstromleitung erzeugt — zwischen Anfang und Ende einer Fernmeldeleitung auftreten kann.

Geräuschspannung ist eine frequenzbewertete unerwünschte Spannung zwischen den Adern einer Doppelleitung, wobei die Frequenzbewertung entsprechend dem Störmaß, den ein Frequenzgemisch auf das menschliche Ohr am Ende der

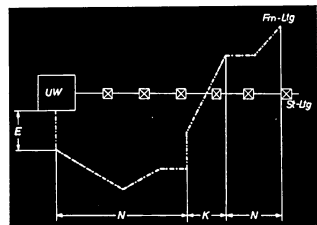


Bild 2. Übersicht über die möglichen Gefahrenstellen (N: Näherung, K: Kreuzung, E: Einführung in Umspannwerk)

Leitung ausübt, vorgenommen wird. Man definiert die Geräuschspannung wie folgt:

$$e_g = \frac{1}{P_{500}} \sqrt{\sum (p_f e_f)^2}$$

Hierbei ist  $e_g$  die Geräuschspannung,  $e_f$  die Spannung mit der Frequenz  $f$  und  $p_f$  das Störgewicht für die Frequenz  $f$ . Zahlenwerte für die Störgewichte sind in den Empfehlungen des CCIF [1] angegeben. Diese Werte sind in Bild 3 dargestellt.

Äquivalente Störspannung ist die Spannung mit einer Frequenz von 800 Hz auf einer Starkstromleitung, die die gleiche Geräuschspannung auf einer benachbarten Fernmeldeleitung verursachen würde wie die Betriebsspannung. Man definiert die Äquivalente Störspannung wie folgt:

$$U_{St} = \frac{1}{P_{500}} \sqrt{\sum (p_f k_f U_f)^2}$$

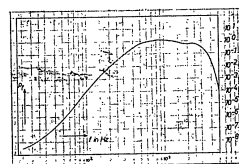


Bild 3. Störleistung  $p_f$  in Abhängigkeit von der Frequenz nach CCIF 1962

Hierin sind  $U_{St}$  die äquivalente Störspannung,  $I_f$  der Frequenz  $f$  zukommende Anteil der beeinflussenden Spannung und  $k_f$  ein Faktor, der die Art der Ankopplung berücksichtigt. Werte für  $k_f$  sind der Tabelle 1 zu entnehmen.

Tabelle 1: Werte für  $k_f$  zum Ermitteln der äquivalenten Störspannung bzw. des äquivalenten Störstromes

| Art der Fernmeldeleitung | Starkstromleitung<br>Beeinflussung durch |                          |                                     |                                   |
|--------------------------|------------------------------------------|--------------------------|-------------------------------------|-----------------------------------|
|                          | elektrisches Feld                        | elektromagnetisches Feld | wenn induktive Komponente überwiegt | wenn ohmsche Komponente überwiegt |
|                          | 1                                        | 2                        | 3                                   | 4                                 |
| A Freileitung            | $k_f = \frac{800}{f}$                    | $k_f = 1$                | $k_f = 1$                           | $k_f = \frac{1}{800}$             |
| B Kabel                  | entfällt                                 | $k_f = \frac{800}{f}$    | $k_f = \frac{800}{f}$               | $k_f = \frac{1}{f}$               |

Entsprechend definiert man einen äquivalenten Störstrom:

$$I_{St} = \frac{1}{\rho_{\text{Leit}}} \sqrt{\sum (p_f k_f I_f)^2} \quad (3)$$

Hierin sind  $I_{St}$  der äquivalente Störstrom und  $I_f$  der der Frequenz  $f$  zukommende Anteil des beeinflussenden Stromes.

Fernsprechformfaktor der Spannung ist das Verhältnis von äquivalenter Störspannung zu Betriebsspannung:

$$F_u = \frac{U_{St}}{U} \quad (4)$$

Entsprechend wird ein Fernsprechformfaktor des Stromes definiert:

$$F_I = \frac{I_{St}}{I} \quad (5)$$

Empfindlichkeitsfaktor einer Fernsprechleitung ist das Verhältnis von Geräuschspannung zu frequenzbewerteter

Längsspannung, sofern beide aus Starkstrombeeinflussung herrühren. Es ist

$$\lambda = \frac{E_g}{E_p} \quad (6)$$

wobei  $\lambda$  der Empfindlichkeitsfaktor und  $E_p$  die frequenzbewertete Längsspannung sind.

Reduktionsfaktor ist ein Maß für die Kompensationswirkung, die ein in der Nähe der beeinflussten Fernmeldeleitung vorhandener Leiter auf die Längsspannung ausübt. Man definiert den Reduktionsfaktor zu

$$r = \frac{E_p}{E_g} \quad (7)$$

Hierbei ist  $r$  der Reduktionsfaktor,  $E_g$  die Längsspannung, wenn eine Reduktionswirkung vorhanden ist, und  $E$  die Längsspannung, die ohne Reduktionswirkung auftreten würde. Man unterscheidet

den Reduktionsfaktor des Kabelmantels  $r_m$ , den Reduktionsfaktor des Erdseils  $r_e$  und den Reduktionsfaktor der Schienen  $r_s$ .

Die Reduktionsfaktoren beeinflussen auch die Geräuschspannung. Allerdings haben sie im Tonfrequenzbereich z. T. andere Zahlenwerte.

### 3. Zulässige Werte

#### Forderungen

Es ist im allgemeinen nicht möglich, die unerwünschten Beeinflussungen zu Null zu machen. Mit Rücksicht auf die Wirtschaftlichkeit muß eine gewisse Beeinflussung als zulässige Grenze angegeben werden. Das (VfP [1]) hat für gefährdende und störende Beeinflussungen Richtwerte empfohlen [2].

#### Gefährdung

Mit Rücksicht auf eine Gefährdung von Fernmeldeanlagen werden vom CCIF [1], [3] die in Tabelle 2 angegebenen Maximalwerte empfohlen.

Tabelle 2: Zulässige Grenzwerte bei Gefährdung (Werte in Klammern gelten bei Beachtung besonderer Sicherheitsbestimmungen)

| Art der Fernmeldeleitung | Bemerkungen zu Spalte 1                                                                    | Gefährdung durch elektrisches Feld beim Schließen einer erdfehleberfähigen Leitung | Gefährdung durch elektromagnetisches Feld einer Leitung          |                                                                 |
|--------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------|
|                          |                                                                                            |                                                                                    | für ständige Beeinflussung zulässiger Wert                       | kurzzeitig (= kulturgeschichtl. Doppelerschuld) zulässiger Wert |
|                          |                                                                                            |                                                                                    | 1                                                                | 2                                                               |
| A Freileitung            | Ohne besondere Schutzmaßnahmen                                                             | $i_2 = 15 \text{ mA}$                                                              | $E_2 = 60 \text{ V}_{\text{eff}}$<br>(150 V <sub>eff</sub> )     | $E_2 = 430 \text{ V}_{\text{eff}}$                              |
| B Freileitung            | An den Einführungen mit Spannungsableitern oder hochspannungssicheren Übertragern versehen | $i_2 = 15 \text{ mA}$                                                              | $E_2 = 60 \text{ V}_{\text{eff}}$<br>(150 V <sub>eff</sub> )     | $E_2 = 650 \text{ V}_{\text{eff}}$                              |
| C Kabel                  | Ohne besondere Schutzmaßnahmen                                                             | entfällt                                                                           | $E_2 = 60 \text{ V}_{\text{eff}}$<br>(0,25 · E <sub>vert</sub> ) | $E_2 = 430 \text{ V}_{\text{eff}}$                              |
| D Kabel                  | An den Einführungen mit Spannungsableitern oder hochspannungssicheren Übertragern versehen | entfällt                                                                           | $E_2 = 60 \text{ V}_{\text{eff}}$<br>(0,25 · E <sub>vert</sub> ) | $E_2 = 0,6 E_{\text{vert}}$                                     |



Bild 4: Durch elektrische Überbeanspruchung beschädigtes Fernmeldekabel (Aufh. IFF)



Bild 5: Durch thermische Überbeanspruchung beschädigtes Fernmeldekabel (Aufh. IFF)

#### Störung

Hinsichtlich der Geräuschstörung empfiehlt das CCIF [2], daß die aus Starkstrombeeinflussungen herrührende Geräusch-EMK am Ende einer Verbindung, d. h. am relativen Pegel  $p_{\text{rel}} = -0,8 \text{ N}$  gleich oder kleiner als 1 V sein soll. Die zulässige Geräusch-EMK ist folglich unter Berücksichtigung des an der Einwirkungsstelle vorhandenen relativen Pegels umzurechnen. Für Telegraphenleitungen wird verlangt, daß der Störstrom kleiner als 5% des normalen Telegraphenstromes sein soll.

#### Auswirkung unzulässiger Gefährdungen

Unzulässig hohe Gefährdungsspannungen oder Entladeströme stellen eine Unfallquelle für die an den Leitungen arbeitenden Personen dar. Daneben können auch Teile der Fernmeldeanlage selbst zerstört oder beschädigt werden [4].

#### Zerstörung durch elektrische Überbeanspruchung

Übersteigt die Gefährdungsspannung die elektrische Festigkeit der Fernmeldeanlage, so kommt es zu einem Durchschlag

der Isolation (Bild 4). Das Charakteristische der Fehler dieser Art ist, daß einem bestimmten Kabel von außen im allgemeinen nichts anzusehen ist.

#### Zerstörung durch thermische Überbeanspruchung

Wenn über längere Zeit ein sehr starker Strom über den Kabelmantel fließt, kann das Kabel infolge thermischer Überbelastung zerstört werden. Bild 5 zeigt die typische Erscheinung eines derartigen Schadens.

(Fortsetzung folgt)

#### Literatur

- (1) CCIF: Directives concernant la protection des lignes de télécommunication contre les actions nuisibles des lignes électriques industrielles. (sept. 1952).
- (2) Iteker: Forderungen beim Betrieb von Fernmelde-einrichtungen. Nachrichtentechnik 1957.
- (3) CCIF: Grundsätze Band 11. (Febr. 1954).
- (4) Lokale Ausrichtungen von Beeinflussungen und Schutzmaßnahmen an Fernmelde-einrichtungen 1957.

### Plandiskussion und Planaufteilung

Der Beschluß des 32. Plenums des ZK der SED über die Durchführung von Diskussionen mit den Beschäftigten über die Planvorgänge zum Volkswirtschaftsplan 1958 hatte in den vergangenen Wochen auch bei den Ämtern und Dienststellen der Deutschen Post lebhaftes und umfassendes Interesse. In der Planerfüllung im Jahre 1957 und die Aufgaben des Jahres 1958 zur Folge. In zahllosen Einzelgesprächen am Arbeitsplatz, in Produktionsberatungen, Gewerkschaftsversammlungen sowie bei der Vorbereitung und Durchführung ökonomischer Konferenzen wurden Plandiskussionen geführt, die dazu beitragen sollen, die Beschäftigten auf die Hauptaufgaben des Planes zu orientieren, wobei der sozialistische Wettbewerb, des Sparprinzips und die Fragen der Rentabilität besonders zu beachten sind.

In der Plandiskussion — sei es über den Planvorschlag, die Planaufgaben oder die Erfüllung eines bestimmten Planungszeitraumes — kommt es darauf an, dem Beschäftigten die notwendigen Kenntnisse über den Plan des Postamtes, des UP bzw. der Dienststelle zu vermitteln, damit er wesentlich an der Erfüllung „seines Planes“ arbeiten kann. Dieses Ziel kann aber nur erreicht werden, wenn wir die Plandiskussion konsequent — beginnend beim Planvorschlag über die Planaufgaben bis zur Rechenschaftslegung über die einzelnen Planungszeiträume — durchführen.

Eine fruchtbringende Plandiskussion ist nur dort möglich, wo sie auf den Werten eines Teilplanvorschlages des PA, des UP oder der Dienststelle und später des Teilplanes und der Teilpläne beruht. Diese Plandiskussionen sind bei der Deutschen Post nur dort als zweckdienlich für eine planmäßige Entwicklung zu erweisen, wo die Besonderheiten des Post- und Fernmeldewesens in ausreichendem Maße in der Methode der Planaufteilung und in den Jahren mit den verschiedensten Versuchen erzielt worden sind, zeigen dies mit aller Deutlichkeit. Bei den HPÄ des Bezirkes Halle (Saale) wurde bis zum Jahr 1957 eine Planaufteilung durchgeführt, die leistungsstark die grundsätzliche Aufschlüsselung aller Positionen des Leistungsplans — angefangen von den Erlösen aus dem Briefverkehr bis zu den Erlösen im Leserkreis —

und kostenseitig die der einzelnen Kontingente einschließlich der Lohnsumme auf die einzelnen Verantwortungsbereiche veranschaulicht. Die in Auswertung dieser Planaufteilung gewonnenen Erkenntnisse zeigten jedoch, daß eine Aufteilung von Planpositionen, die von dem einzelnen Beschäftigten bzw. einer Gruppe von Beschäftigten kaum oder gar nicht beeinflussbar ist, keineswegs das Interesse der Beschäftigten an einer planmäßigen Arbeit im Post- und Fernmeldewesen weckt, sondern vielmehr meistens die Initiative der Beschäftigten lähmt. Ausgehend von dieser Erkenntnis wurden im Planjahr 1957 im Bezirk Halle (Saale) bei den HPÄ mit Genehmigung der HV Post- und Zeitungswesen erstmalig nur die Leistungen im Foto-Lotto-Dienst und im PZV sowie die Kosten für Instandhaltungen und für geringwertige und schnellverfallende Arbeitsmittel auf die PA und Dienststellen aufgeteilt. Der verhältnismäßig hohe Arbeitsaufwand der bisherigen Planaufteilung hat sich dadurch wesentlich und auf ein normales Maß verringert, eine Tatsache, die dazu beitragen soll, dem StL, dem LtrPA und auch dem Planungsleiter mehr Zeit und mitzunehmende Planaufteilung einzunehmen. Im Fernmeldewesen zeichnet sich eine derartig positive Entwicklung leider noch nicht ab. Eine Analyse der bisher mit den Teilplänen der UP usw. gesammelten Erfahrungen zeigt deutlich, daß mit Ausnahme des Fernmeldebaus eine tatsächlich ausschlaggebende Aufgaben, soweit sie von den einzelnen Beschäftigten beeinflusst werden können, innerhalb kürzester Zeit den einzelnen PA, UP und Dienststellen übergeben wird. Ist dies gewährleistet, dann werden die Aussprüche über die Planaufgaben innerhalb der Produktionsberatungen usw. positive Ergebnisse und die Begeisterung der Beschäftigten, ihren persönlichen Anteil zur Planerfüllung beizutragen, zeigen.

Karl Eisemann, Halle (Saale)

### Über die Entwicklung von Briefverteilmaschinen

Von Dipl.-Wirtsch.-Ingenieur Hans GÖTTWALD, Berlin, und Wolfgang OEHMKE, Dresden

Was hier über die Entwicklung von Briefverteilanlagen ausverleitet wird, ist zum Teil volkswirtschaftlich oder ökonomischer Natur. Die Entwicklungsgeschichte der mechanischen Briefverteilanlagen begann vor ca. 100 Jahren. Die Entwicklung der Briefverteilanlagen hat sich bis heute in einem stetigen Fortschritt bewegt. Die Entwicklung der Briefverteilanlagen hat sich bis heute in einem stetigen Fortschritt bewegt.

#### Bildung

Prinzipiell unterscheiden man in mechanische und vollmechanische Briefverteilanlagen.

Zu den in mechanischen Briefverteilanlagen gehören die Briefverteilwerke, genauer gesagt die Flachband- und Briefbandverteilwerke. Diese arbeiten bezüglich der Briefverteilung in bestimmter Richtung und führen die Briefe in die Briefkästen. Die Briefverteilung wird durch die Briefverteilungsmaschine bewerkstelligt.

Zum Teil gehören auch die vollmechanischen Briefverteilwerke zu den mechanischen Briefverteilwerken. Diese arbeiten in bestimmter Richtung und führen die Briefe in die Briefkästen. Die Briefverteilung wird durch die Briefverteilungsmaschine bewerkstelligt.

#### Flachbandverteilwerke

Bei den Flachbandverteilwerken wird die Briefverteilung durch die Briefverteilungsmaschine bewerkstelligt. Die Briefverteilungsmaschine führt die Briefe in die Briefkästen. Die Briefverteilung wird durch die Briefverteilungsmaschine bewerkstelligt.

Die Briefverteilungsmaschine führt die Briefe in die Briefkästen. Die Briefverteilung wird durch die Briefverteilungsmaschine bewerkstelligt. Die Briefverteilungsmaschine führt die Briefe in die Briefkästen. Die Briefverteilung wird durch die Briefverteilungsmaschine bewerkstelligt.

Die Briefverteilungsmaschine führt die Briefe in die Briefkästen. Die Briefverteilung wird durch die Briefverteilungsmaschine bewerkstelligt. Die Briefverteilungsmaschine führt die Briefe in die Briefkästen. Die Briefverteilung wird durch die Briefverteilungsmaschine bewerkstelligt.

Die Briefverteilungsmaschine führt die Briefe in die Briefkästen. Die Briefverteilung wird durch die Briefverteilungsmaschine bewerkstelligt. Die Briefverteilungsmaschine führt die Briefe in die Briefkästen. Die Briefverteilung wird durch die Briefverteilungsmaschine bewerkstelligt.

Die Briefverteilungsmaschine führt die Briefe in die Briefkästen. Die Briefverteilung wird durch die Briefverteilungsmaschine bewerkstelligt. Die Briefverteilungsmaschine führt die Briefe in die Briefkästen. Die Briefverteilung wird durch die Briefverteilungsmaschine bewerkstelligt.

Die Briefverteilungsmaschine führt die Briefe in die Briefkästen. Die Briefverteilung wird durch die Briefverteilungsmaschine bewerkstelligt. Die Briefverteilungsmaschine führt die Briefe in die Briefkästen. Die Briefverteilung wird durch die Briefverteilungsmaschine bewerkstelligt.

Die Briefverteilungsmaschine führt die Briefe in die Briefkästen. Die Briefverteilung wird durch die Briefverteilungsmaschine bewerkstelligt. Die Briefverteilungsmaschine führt die Briefe in die Briefkästen. Die Briefverteilung wird durch die Briefverteilungsmaschine bewerkstelligt.

Die Briefverteilungsmaschine führt die Briefe in die Briefkästen. Die Briefverteilung wird durch die Briefverteilungsmaschine bewerkstelligt. Die Briefverteilungsmaschine führt die Briefe in die Briefkästen. Die Briefverteilung wird durch die Briefverteilungsmaschine bewerkstelligt.

Die Briefverteilungsmaschine führt die Briefe in die Briefkästen. Die Briefverteilung wird durch die Briefverteilungsmaschine bewerkstelligt. Die Briefverteilungsmaschine führt die Briefe in die Briefkästen. Die Briefverteilung wird durch die Briefverteilungsmaschine bewerkstelligt.

Die Briefverteilungsmaschine führt die Briefe in die Briefkästen. Die Briefverteilung wird durch die Briefverteilungsmaschine bewerkstelligt. Die Briefverteilungsmaschine führt die Briefe in die Briefkästen. Die Briefverteilung wird durch die Briefverteilungsmaschine bewerkstelligt.

Die Briefverteilungsmaschine führt die Briefe in die Briefkästen. Die Briefverteilung wird durch die Briefverteilungsmaschine bewerkstelligt. Die Briefverteilungsmaschine führt die Briefe in die Briefkästen. Die Briefverteilung wird durch die Briefverteilungsmaschine bewerkstelligt.

Die Briefverteilungsmaschine führt die Briefe in die Briefkästen. Die Briefverteilung wird durch die Briefverteilungsmaschine bewerkstelligt. Die Briefverteilungsmaschine führt die Briefe in die Briefkästen. Die Briefverteilung wird durch die Briefverteilungsmaschine bewerkstelligt.

Die Briefverteilungsmaschine führt die Briefe in die Briefkästen. Die Briefverteilung wird durch die Briefverteilungsmaschine bewerkstelligt. Die Briefverteilungsmaschine führt die Briefe in die Briefkästen. Die Briefverteilung wird durch die Briefverteilungsmaschine bewerkstelligt.

Die Briefverteilungsmaschine führt die Briefe in die Briefkästen. Die Briefverteilung wird durch die Briefverteilungsmaschine bewerkstelligt. Die Briefverteilungsmaschine führt die Briefe in die Briefkästen. Die Briefverteilung wird durch die Briefverteilungsmaschine bewerkstelligt.

Die Briefverteilungsmaschine führt die Briefe in die Briefkästen. Die Briefverteilung wird durch die Briefverteilungsmaschine bewerkstelligt. Die Briefverteilungsmaschine führt die Briefe in die Briefkästen. Die Briefverteilung wird durch die Briefverteilungsmaschine bewerkstelligt.

Die Briefverteilungsmaschine führt die Briefe in die Briefkästen. Die Briefverteilung wird durch die Briefverteilungsmaschine bewerkstelligt. Die Briefverteilungsmaschine führt die Briefe in die Briefkästen. Die Briefverteilung wird durch die Briefverteilungsmaschine bewerkstelligt.

Die Briefverteilungsmaschine führt die Briefe in die Briefkästen. Die Briefverteilung wird durch die Briefverteilungsmaschine bewerkstelligt. Die Briefverteilungsmaschine führt die Briefe in die Briefkästen. Die Briefverteilung wird durch die Briefverteilungsmaschine bewerkstelligt.

Die Briefverteilungsmaschine führt die Briefe in die Briefkästen. Die Briefverteilung wird durch die Briefverteilungsmaschine bewerkstelligt. Die Briefverteilungsmaschine führt die Briefe in die Briefkästen. Die Briefverteilung wird durch die Briefverteilungsmaschine bewerkstelligt.

Die Briefverteilungsmaschine führt die Briefe in die Briefkästen. Die Briefverteilung wird durch die Briefverteilungsmaschine bewerkstelligt. Die Briefverteilungsmaschine führt die Briefe in die Briefkästen. Die Briefverteilung wird durch die Briefverteilungsmaschine bewerkstelligt.

Die Anlage in Berlin N 4 besteht durch diese Anordnung eigentlich aus zwei einzeiligen Briefverteilwerken (Bild 1). Von den Fächern rutschen die Sendungen auf die Bänder und werden in flacher und gleichartiger Lage zu den Stellen geführt, von denen sie weiter (manuell) bearbeitet werden. Dazu sind die Orts- und Vortragsstelle, die Auslandsstelle und der 2. Verteilung zu nennen. In den 72 Spindeln des 1. Verteilung sind je 20 Fächer (von 44) nach dem ABC-Verfahren eingeteilt; die dazugehörigen Bänder führen zu dem 2. Verteilung (Bild 4). Dort befinden sich 20 x 2 Spindel (davon je 1 für Spitzverkehr) mit je 64 Ausscheidungsmöglichkeiten (Fächer). Die übrigen Fächer sind für einige große Orte, Berlin Ort und Vortrags, Ausland sowie einige sogenannte Länderbünde vorgesehen. Im 2. Verteilung wird entsprechend der Buchstaben in Ortsbünde verteilt. Außerdem werden einige wenige Richtungsbünde angelegt. Diese müssen den 3. Verteilung durchlaufen, in dem an Spindeln besonderer Art mit je 80 Fächern endgültig hauptsächlich in Streckenbünde sortiert wird. Durch herausnehmbare und im Spindel verstellbare Bleche kann die Zahl und die Größe der Fächer verändert werden. Die im 2. und 3. Verteilung sowie in der Orts- und Vortragsstelle endgültig, und zwar verhältnismäßig fein verteilten Sendungen werden abgedungen und gehen über Rutschen und (z. Z. nicht in Betrieb befindliche) Bundbänder zu den Versackstellen im Erdgeschoss.

Außerdem ist zu der mechanischen Anlage in Berlin N 4 zu bemerken: Im Erdgeschoss befindet sich anschließend an die Einleitung die erwähnte Bundförderanlage, die im wesentlichen aus 5 Hauptbändern besteht. Über diese werden die Bünde zu den Beutelstellen für Ort, Durchgang, Langbriefe, Paekchen und Grobsendungen befördert (Bild 5). Am Ende des Bandensystems sind 2 Steifförderer aufgestellt, die die Beförderung der weitestgehenden Bünde zur Orts- und Vortragsstelle usw. übernehmen.

Kennzeichnend ist, daß das Briefverteilwerk in Berlin N 4 auf das Ehlertsche (ABC-) Verteilungsverfahren und einen großen Anfall zu bearbeitenden Sendungen abgestellt ist (etwa 800000 bis 1200000 Sendungen/Tag). Liegen die Tageswerte niedriger, so ist eine Beibehaltung des Ehlertschen Verteilungsverfahrens, das zwar die aufkommende Post in sehr viele Ortsbünde auflöst, unwirtschaftlich, und die Kosten stehen in keinem Verhältnis zum Nutzen der Anlage.

Auch die Anlage in Berlin N 4 weist wesentliche Mängel auf. Das stehende Arbeiten an der Maschine ist unbequem. Unabhängig vom Verkehrsanfall und von den Schließzeiten für bestimmte Richtungen muß mindestens 1 Verteilung (36 Arbeitsplätze im 1. Verteilung) laufen. Aus diesen Gründen konnte eine solche große mechanische Anlage bisher nicht immer rationell eingesetzt werden.

Zu betonen ist nochmals, daß der Gesichtspunkt der Erleichterung der Arbeit bis zum Ende des 2. Weltkrieges vielfach, besonders bei den Flachbandverteilwerken, nicht berücksichtigt worden ist. Bei 11 übereinander angeordneten Fächern sind ein Sitz im 1. Verteilung und ein Stuhl im 2. Verteilung durchweg zu stehen ausgeführt werden mußten. Auch die Arbeitsproduktivität wurde nicht wesentlich erhöht; die Stundenleistung je Verteiler bleibt bei 1600 bis 1800 Sendungen im ersten Verteilung.

#### Hochkantverteilwerke

Die Hochkantverteilwerke bestehen prinzipiell aus einem etwa 1 m breiten Förderband, auf dem dünne Blechbünde so angebracht sind, daß 35 bis 45 Rinnen entstehen. Von putzartigen Aufsätzen werden die in die Einwurfschlitze eingesteckten Kurzbriefsendungen über trichterartige Rutschen auf das Förderband geleitet (Bild 6). Dieses fördert die Sendungen hochkant. An den einzelnen Spindeln des 2. Verteilung werden die dazugehörigen Bänder in besondere Stapelbünde abgeleitet. Eine Sendungen stößt in 1. Verteilung an. In PA Köln 1 aufgestellt. Bei diesen Verteilwerken hat sich gezeigt, daß Rinnen verstopfen, wenn mehr als 20 Verteiler gleichzeitig arbeiten. Auch nehmen diese Verteilwerke mehr Raum gegenüber den vier- und einzeiligen

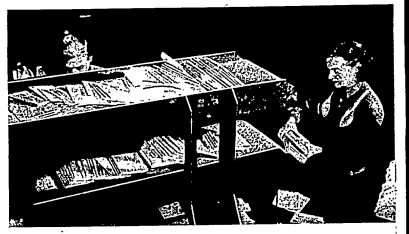


Bild 2. Aufstellung (Aufn. IFF)

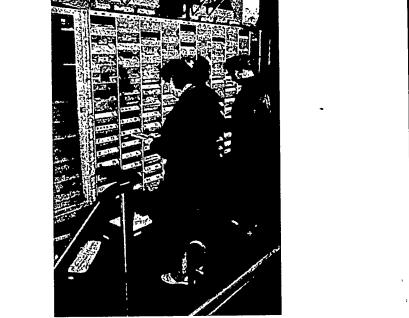


Bild 3. Die Kästen werden dem 1. Verteilung zugeführt. (Aufn. IFF)

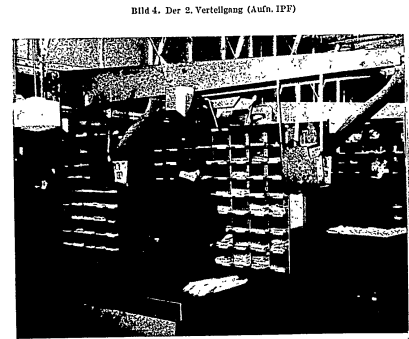


Bild 4. Der 2. Verteilung (Aufn. IFF)



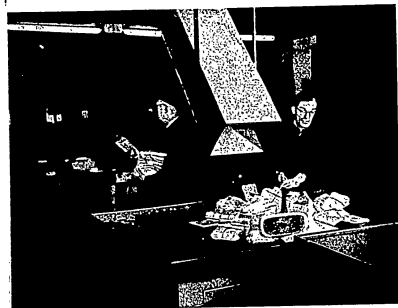


Bild 5. Ankauf der Bunde in der Verackstelle (Aufn. DPF)

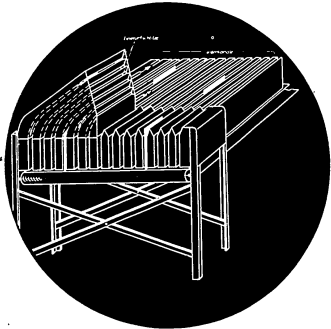
Verteilwerken ein. Die Aufwendungen sind aber — auch bei Berücksichtigung der Hochbaukosten — wesentlich niedriger, weil für die gesamte Frachternlage nur ein einziges Band benötigt wird. Auch in anderen Ländern hat man mit diesem System betrieblich und wirtschaftlich gute Erfahrungen gemacht.

Nach dem Ausstellungsmuster, das auf der Verkehrsausstellung in München gezeigt wurde, hat man in Ulm und Dortmund 1 in den letzten Jahren für mehrere Hunderttausend DM dortartige Verteilwerke eingebaut. Die Sendungen werden dem 1. Verteilgang nicht mehr wie bisher durch Kästen, die auf einem Band umlaufen, zugeführt, sondern in kleinen Briefstapeln, die automatisch mittels kleiner Förderbänder an jeden Arbeitsplatz nachrücken, sobald an einem Platz ein demartiger Stapel abgenommen worden ist.

Der Arbeitsgang des Verteilers wird hochkant an kleinen Pulten mit 50 Einwurfschlitzen manuell ausgeführt; die Schlitze sind je 3 cm breit und in 2 Reihen übereinander angeordnet. Hervorzuholen ist, daß neben der Zuführung der Sendungen zum 2. Verteilgang die auf gleiche Art verteilten Sendungen durch das Hochkantförderband zum Abbinden zusammengetragen werden.

Zu bemerken ist ferner, daß in Dortmund die Orts- und Vorortstellen noch nach der allgebräuchtesten Art arbeiten. Die Mechanisierung bezieht sich also nur auf die Abfertigung der Fernsendungen [3].

Bild 6. Schema der Hochkantförderung



#### TRANSORMA-Briefsortiermaschine mit Behälterkette

Als erste Maschine zum vollmechanischen Einfördern der Sendungen, die brauchbare Ergebnisse gebracht hat, ist die holländische TRANSORMA gebaut worden. Sie stellt eine Transportier- und Sortiermaschine, von Marchand-Andriessen gebaut, dar [4]. Mit dieser Maschine wurde es möglich, in einem Verteilgang sämtliche (etwa 300) Postorte der Niederlande anzulegen (Bild 7).

Mit der Maschine können maximal 400 Ausscheidungen vorgenommen werden. Den Transport der einzelnen Sendungen von einer Einführungsstelle, die sitzend, aber manuell bedient wird, stellt aus einem kleinen wagenartigen Gebilde, an dem ein in 20 Neigungen einstellbarer Behälter angehängt ist. Die Kette läuft an 20 quer zur Fördereinrichtung angebrachten Fachreihen, also an insgesamt bis zu 400 Fächern vorbei.

Durch die Hohebung einer Tastatur werden ein Zahnsegment, Säge und Nuten an der Behälterkette so eingestellt, daß die Briefe usw. unter Federdruck an dem richtigen Spalt für das betreffende Fach ausgeschleust werden. Die Stundeleistung je Verteiler beträgt 2700 bis 3000 Sendungen. An den Maschinen, die in Holland aufgestellt sind, kommen 3 bis 5 Verteiler zu gleicher Zeit arbeiten. Von Marchand-Andriessen sind auch einige, wandelbare Konstruktionen gebaut worden, z. B. solche mit anderer Fachzahl, Maschinen mit 6 „Wagen“ oder die „Multiplex“, oder „Super-Transorma“, die nach Angaben der Firma 60000 Sendungen bei Einsatz von 20 Verteilern stündlich bewältigen soll. Die Konstruktion dieser Maschine weicht nicht prinzipiell von der TRANSORMA ab; lediglich die Zahl der Arbeitsplätze für Verteiler ist entsprechend erhöht worden, während die Arbeitsproduktivität nicht gesteigert wurde.

Nachteilig sind bei dieser Maschine die starken Arbeitsgeräusche, ihr großer Raumbedarf, die hohen Anschaffungskosten und die Schwierigkeiten bei der Ausbildung der an Zahlen-tastaturen arbeitenden „Transormisten“. Auch die laufenden Betriebskosten sind erheblich, zumal die gesamte Maschine ohne Rücksicht auf die Menge der angelegten Post als eine Einheit betrachtet werden muß. Uns erscheint besonders mangelhaft, daß sich der Kollege an der Tastatur nach dem Umlauftempo der Behälterkette richten muß. Wenn sein „Wagen“ vorbeikommt, muß er „geschaltet“ haben, oder verursacht eine Fehlentscheidung bzw. einen Leerlauf, wie es auch bei anderen ausländischen Briefverteilmaschinen der Fall ist. Der Briefverteiler wird also in ein Fakturfahren hineingezwängt, das für den Postbetrieblenende nicht typisch ist. Dies ist auch vom Standpunkt unserer neuen sozialistischen Gesellschaftsordnung auf jeden Fall abzulehnen. Wir wollen nicht, daß der Arbeiter von der Maschine angetrieben wird, sondern daß der Arbeiter der Maschine Spitzenleistungen abverlangt, daß er die Maschine beherrscht und ausnutzt.

#### Andere Systeme

Die in den USA gebauten oder eingesetzten Maschinen stellen eine Vervollkommnung der Technik der Hochkantverteilwerke und der TRANSORMA dar. Das Verteilwerk, das auch nach dem Entwicklungsgang der Geräte benannt wird, finden wir in den größten Städten der USA. In Chicago z. B. wird eine Unmenge Post mit dieser nach dem im Abschnitt „Hochkantverteilwerke“ beschriebenen Prinzip der Hochkantförderung bewältigt. Wenn auch hier die Gefahr der Verstopfung der einzelnen Kanäle bzw. Kanäle besteht, so ist doch dadurch, daß entsprechend groß dimensioniert wurde und durch Anbringen von Sicherungsrichtungen eine große Betriebssicherheit und Leistungsfähigkeit gegeben.

Von der Firma Bell-Com, New York, nach Belgien gelieferte Briefverteilmaschinen stellen eine Weiterentwicklung der TRANSORMA dar [6]. Der Hauptunterschied zu dieser besteht darin, daß die mechanische Schaltung durch eine Relais-Steuerung ersetzt wurde. Allerdings sind dadurch die Nachteile der TRANSORMA nach wie vor nicht beseitigt. Belgische Post gewerkschaftler aus Lüttich, die die Bell-Maschine in Antwerpen

kamen und die vor kurzem die Briefverteilmaschinen der Deutschen Demokratischen Republik im Betriebslabor beim BPA 7 Magdeburg besichtigten, erklärten, daß die Bell-Maschine erhebliche Arbeitsgeräusche verursache. Sie wären erstauert über die ruhige und einfache Arbeitsweise unserer Briefverteilmaschinen. Die belgischen Kollegen waren auch durch die „komplizierte Konstruktion“ unserer Briefverteilmaschine und deren geringe Dimensionen im Vergleich zur Bell-Maschine in Antwerpen beeindruckt.

Auf die neuentwickelte englische Briefverteilmaschine wurde bereits in dem Bericht über die Internationale Ausstellung über die Postmechanisierung in Rom ausführlich eingegangen [7].

#### Schlusfolgerungen für die Entwicklung in der DDR

Wenn wir uns die Frage vorlegen, welche Schlusfolgerungen für die Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik zu ziehen sind, so müssen wir die bisherigen Ausführungen zusammenfassen und untersuchen, was für unsere Verhältnisse brauchbar ist, und in welcher Form weiterentwickelt werden muß.

Wir haben gesehen, daß die TRANSORMA und auch die Maschinen der Firma Bell zu groß und umfangreich, ja wahre Mammutmaschinen sind. Zu den dargelegten Mängeln kommt noch hinzu, daß der Einsatz solcher Maschinen eine erhebliche Konzentration erfordert, wie sie aus betrieblichen Gründen nur in wenigen Ausnahmefällen vertreten werden kann. Unter anderen Bedingungen sind aber diese Maschinen völlig unrentabel.

Gerade die ungleiche Belastung bzw. Auslastung der großen Maschinen über den gesamten Tagesablauf läßt keine genügend rationale Einsatzmöglichkeit zu. Wir mußten also daran denken, z. P. verschiedene kleinere zusammenfassende Aggregate zu entwickeln, die die beschriebenen Mängel beseitigen sollten. Weiter mußte bedacht werden, daß die Flachhandverteilwerke verhältnismäßig viel Platz in Anspruch nehmen. Die verbesserten Verteilwerke, die sogenannten Hochkantverteilwerke, stellen schon einen gewissen Fortschritt dar; aber es sei wiederholt, daß die Verteilwerke nur das Weiterbefördern bzw. das Einsammeln der manuell eingefächerten Sendungen übernehmen. Gerade bei den Flachhandverteilwerken war die körperliche Erleichterung der Arbeit nicht berücksichtigt worden. Bei den neueren Hochkantverteilwerken in Dortmund und Ulm usw. ist an ein bequemerer Arbeiten gedacht worden. Man hat Sitze vor pultartigen Verteilerschranken gebaut. Unser Ziel ist es, den Weg für eine möglichst günstige Verbindung zwischen Verteilwerk und Verteilmaschinen zu finden. Wir wollen vor allem die menschliche Einflüßung der Sendungen für eine größere Flexibilität gewährleisten und dem Verteilpersonal ein bequemes Arbeiten gewährleisten. Des weiteren gilt es, darauf zu achten, daß die Maschinen — vom technischen Standpunkt gesehen — möglichst einfach sind, und ihre Anschaffung niedrige Investitionen erforderlich macht.

#### Bisherige Entwicklung und laufende Versuche

In den Briefabfertigungen auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik waren fast keine maschinellen Einrichtungen verwendet worden. Selbst in den großen Briefabfertigungsbüros vorhanden. B. B. sind zu nennen: Rutschen von 1. Stock zur Verackstelle im Erdgeschoss, fahrtürlartige Briefband- oder Briefkorbförderer sowie fahrbare Tisch-, Briefkörbe usw. Erst in jüngerer Zeit ist es dem Bahnpostamt 32 Leipzig — in erster Linie durch die Initiative des Leiters dieses Amtes — möglich geworden, die Durchlaufzeiten zu beschleunigen. Hierbei sind zu nennen: Bandförderanlagen, Steilförderer für Briefbunde, Tunnelband zum Hauptbahnhof und ähnliches.

Mit den in der DDR entwickelten Einplatzbriefverteilmaschinen wurden Versuche in Jena, Leipzig, Berlin und Magdeburg durchgeführt (Bild 8). Über „einige Erfahrungen bei der Mechanisierung des Briefverteilendienstes“ in den Jahren 1955 und 1956

wurde in dieser Zeitschrift bereits gesprochen [8]. Über die positiven Ergebnisse der jüngsten Versuche und über die Auswertung der Erfahrungen muß noch in einem weiteren Beitrag berichtet werden.

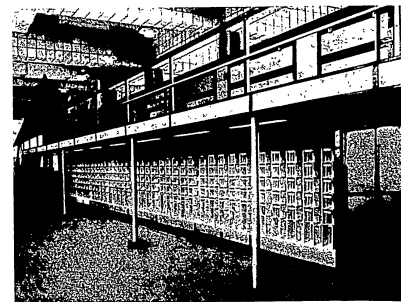
#### Anleger, Leseband, Stempelmachine usw.

Wenn an anderer Stelle über die Weiterentwicklung der Einplatzbriefverteilmaschine noch gesprochen werden muß, so sei zu der Frage der Zusatzaggregate, wie Anleger usw., folgendes vorweg angedeutet. Die Arbeitsproduktivität läßt sich nicht nur durch eine Maschine zum Briefvertellen steigern, sondern auch durch Zusatzaggregate und Kontrollapparate kann die Leistungsfähigkeit erhöht werden. Um das manuelle Einführen der Sendungen in die Briefverteilmaschine und das Erfassen der Briefaufschriften zu erleichtern, wurden ein pneumatischer Anleger und ein Leseband auf dem Versuchstand des IPF erprobt; das Ergebnis ist positiv. Mit Hilfe dieser Geräte wird eine Sendung nach der anderen automatisch von einem Stoß abgehoben und die Aufschrift dem Verteiler vorgeführt. Die neue Briefverteilmaschine, mit anderen entscheidenden Verbesserungen versehen, ist z. Z. im Probelauf in der Briefabfertigung des BPA 7 Magdeburg eingesetzt. Das Problem war besonders schwierig zu lösen, weil das Abheben der durchweg gleich schweren Briefe und Postkarten und die durch die Postvertreiben bedingte einseitige Verdickung und folglich schräge Lage der Sendungen (bei 1000 Sendungen 60 mm) große Schwierigkeiten mit sich brachten. Aus anderen Ländern ist nicht bekannt, daß dieses Problem zufriedenstellend gelöst wurde.

Weiterhin ist vorgesehen, in die Briefverteilmaschine eine Stempelmachine einzubauen, um den bisher besonders ausgefüllten Arbeitsgang einzusparen und sicherzustellen, daß jede Sendung gestempelt wird. Die in Jena versuchsweise eingebaute Stempelmachine hat wohl einen Arbeitsgang einsparen helfen, mußte aber wegen mehrerer technischer Mängel aus dieser Briefverteilmaschine wieder ausgebaut werden. Inzwischen hat eine Neuentwicklung zu befriedigenden Ergebnissen im Labor geführt.

Die neue Maschine mit Zusatzgerät und geringer Handgeschwindigkeit läßt eine maximale Verteilleistung von 4000 Sendungen/Stunde zu, wobei der Sortierer die Schnelligkeit bestimmt; d. h., daß der Verteiler durch sein Können den Arbeitstakt selbst bestimmt. Das in die Hand-Nehmen der Sendungen ist weggelassen; der Verteiler kann die Tastatur mit beiden Händen bei bequemer Sitzmöglichkeit bedienen. Das Problem der Kontroll- und Registerreichtungen für Briefverteilmaschinen befindet sich erst im Anfangsstadium zu einer brauchbaren technischen und betrieblichen Lösung. Vorgeschieben ist, den an einer Briefverteilmaschine in Magdeburg eingebauten Blattschreiber durch einen Schloßschreiber zu ersetzen. So wird eine genaue Kontrolle der Arbeit von Mensch und Maschine möglich.

Bild 7. Die TRANSORMA





sichtlich bestehende Lösung des komplizierten Problems jedoch einen „Schleifensfehler“ hat, der darin besteht, daß die Person neben der technischen Einrichtung im Sinne dieses Gesetzes unter dem Begriff „Postanlage“ erfaßt wird. Die beibehaltene gleiche Lösung auf dem Gebiete der Nachrichtenübermittlung wurde allerdings nicht beanstandet! Insbesondere die Fassung des § 3 Absatz 2 Satz 1 des Diskussionsentwurfes, die wie folgt formuliert war: „Entgegen Absatz 1 ist eine Nachrichtenbeförderung — eine andere Lösung offensichtlich nicht möglich ist, so heißt die zentrale Kommission zur Ausarbeitung neuer gesetzlicher Bestimmungen für das Post- und Fernmeldewesen auf der Neufassung des § 3 des Gesetzesentwurfes in bezug auf das alleinige Recht der Deutschen Post zur Beförderung von Nachrichten eine bessere und ansprechendere Form gefunden zu haben.

*Je vollkommener und einfacher die Formen und Methoden der Leitung des politischen, wirtschaftlichen, kulturellen Lebens sind, um so besser kann die Teilnahme der Werktätigen an der Leitung von Staat und Wirtschaft erfolgen, um so rascher erhält sich ihre bewußte Teilnahme beim Aufbau des Sozialismus.*  
(Walter Ulbricht auf dem 35. Plenum des ZK der SED)

Dieses nunmehr vorgesehene alleinige Recht der Deutschen Post auf dem Gebiete der Nachrichtenbeförderung ist notwendigerweise in Form eines gesetzlichen Gebotes für jeden Bürger und jede juristische Person gekleidet, sich in den vom Gesetz vorgesehenen Fällen nicht anderer Einrichtungen als der Deutschen Post zu bedienen. Eine Ausnahme vom alleinigen Recht der Deutschen Post auf dem Gebiete der Nachrichtenbeförderung soll künftig anderen jedoch grundsätzlich eine Beförderung von Nachrichten gestattet, die nur eine Person von einem Absender zu einem Empfänger ohne Benutzung von weiteren Postanlagen überbringt. Diese Ausnahmeregelung erfaßt jedoch insoweit eine Einschränkung, als festgelegt wurde: „Diese Nachrichtenbeförderung ist jedoch unzulässig, wenn sie regelmäßig ausgeübt wird“ (vgl. § 3 Abs. X Satz 2 des Entwurfes). Die bei den BFF und den Ämtern der Deutschen Post durchgeführten Diskussionen zu der ursprünglichen Fassung ergaben eindeutig, daß diese Bestimmung noch eine Reihe von Zweifelsfragen offenließ. Bereits auf der Tagung der Justizräte der Deutschen Post in Königs Wusterhausen vom 4. bis 5. Juli 1957 wurde festgestellt, daß die Formulierung des Merkmal „des Organisierten“ enthalten müsse und außerdem versucht werden solle, möglichst eine allgemein verständlichere Ausdrucksform zu wählen.

Bei der Neufassung unserer Normativakte muß in jedem Fall besonders darauf geachtet werden, daß jede einzelne Bestimmung nicht nur von denen verstanden wird, die täglich mit diesen Rechtsnormen zu arbeiten haben. Vielmehr muß die Fassung so eindeutig und klar sein, daß sie auch von unseren Werktätigen ohne Kommentar verstanden wird. Allerdings kann auf eine gewisse Terminologie nicht verzichtet werden. Trotz dieser Tatsachen sind in Auswertung der Diskussion bei den BFF und den Ämtern der Deutschen Post leider keine verzerrbaren konkret formulierten Änderungsvorschläge zu diesem Punkt der Kommission zur Ausarbeitung neuer gesetzlicher Bestimmungen für das Post- und Fernmeldewesen zugegangen. Dieses Resultat ist allerdings keinesfalls darauf zurückzuführen, daß die Mitarbeiter der Deutschen Post diese Frage nicht genügend beachtet hätten, sondern vielmehr darauf, daß offensichtlich ein in jeder Hinsicht voll befriedigende Regelung dieses Problems zumindest nicht allzu leicht möglich ist. Es wird abzuwarten bleiben, inwieweit die nunmehr vorliegende Fassung diese Anforderungen erfüllt.

Ohne Zweifel bringt der Begriff der Postanlage, der von seiner technischen Seite her erfaßt werden ist, eine Vielzahl von Vorteilen gegenüber der bisherigen Regelung mit sich. So fällt künftig bei der Bezeichnung des alleinigen Rechtes der Deutschen Post zur Beförderung von Nachrichten die Unterscheidung zwischen offenen und geschlossenen Briefen weg, denn allein entscheidend ist die Tatsache, daß eine Nachricht vorliegt. Daraus ergibt sich, daß alle offenen und geschlossenen, an Gegenstände gebundenen Nachrichten erfaßt werden. Daraus fällt allerdings bei der vorliegenden Fassung des Gesetzesentwurfes z. B. auch das Flugblatt — eine an einem Gegenstand gebundene Nachricht an einen mehr oder minder großen Empfängerkreis. Das ist möglich, weil das alleinige Recht der Deutschen Post von Minister für Post- und Fernmeldewesen auf andere übertragen werden kann (vgl. § 4). Für die Übertragung dieses der Deutschen Post zustehenden alleinigen Rechtes hinsichtlich der Beförderung von Nachrichten werden insbesondere nur zentral staatliche Organe in Frage kommen, mit denen entweder Vereinbarungen abgeschlossen oder für die in besonderen Fällen Genehmigungen erteilt werden, die an Bedingungen geknüpft sein können.

Auch die bisherige Unterteilung zwischen entgeltlicher und unentgeltlicher Beförderung (der expresse Bote bzw. der Gefälligkeitsbote) von Nachrichten kommt durch diese Regelung in Fortfall.

Die vorliegende Regelung hat auch gegenüber dem geltenden Recht den Vorteil, daß das Niederlegen und Abholen von Nachrichten (sog. „tote Briefkästen“) künftig unzulässig ist.

Welche praktische Anweisung wird die vorgesehene Regelung auf die Nachrichtenbeförderung haben? So ist es z. B. künftig grundsätzlich erlaubt, daß ein Angestellter vom Rat des Kreises X, der zu seiner übergeordneten Dienststelle beim Rat des Bezirkes Z fährt, von seiner Dienststelle als Absender für die von ihm aufsuchende Dienststelle als Empfänger Nachrichten befördert darf, denn die Beförderung geschieht durch eine Person von einem Absender zu einem Empfänger ohne Benutzung von weiteren Postanlagen.

Nicht zulässig wäre dagegen die Nachrichtenbeförderung in folgendem Fall:

Ein Angestellter vom Rat des Kreises X, der zu seiner übergeordneten Dienststelle beim Rat des Bezirkes Z fährt, befördert eine für den Rat des Kreises Y bestimmte Nachricht, die er in ein beim Rat des Bezirkes Z für den Rat des Kreises Y eingerichtetes Fach einlegt. Ein Angestellter vom Rat des Kreises Y befördert diese Nachricht zum Empfänger. In diesem Fall liegt unstreitig eine unzulässige Beförderung einer Nachricht vor; denn die Nachrichtenbeförderung von einem Absender zu einem Empfänger geschieht nicht nur durch eine Person (es findet ein unzulässiger Wechsel der Person statt), sondern es wird außerdem eine weitere Postanlage (Fach) benutzt.

Diese und ähnliche andere Fälle beruhen bei der Beurteilung der Zulässigkeit bzw. Unzulässigkeit der Beförderung durch den Absender scheinbar wenig Schwierigkeiten. Wie soll aber die Frage der Nachrichtenbeförderung durch eine mit dem Absender in einem Arbeitsverhältnis stehenden Person beurteilt werden, die vom Arbeitsort zum Wohnort tägliche Nachrichten befördert, und zwar von einem Absender zu einem Empfänger, ohne Benutzung von weiteren Postanlagen? Diese Beförderung von Nachrichten ist künftig ebenfalls unzulässig; denn die Nachrichtenbeförderung wird zwar nur durch eine Person von einem Absender zu einem Empfänger ohne Benutzung von weiteren Postanlagen überbracht, aber die Nachrichtenbeförderung wird regelmäßig ausgeübt. Daraus ergibt sich, daß regelmäßig Dienstreisen nicht zur Nachrichtenbeförderung ausgenutzt werden dürfen. Für eine anderweitige Regelung dieses Fragenkomplexes auf dem Gebiet der Nachrichtenbeförderung besteht kein gesellschaftsrechtliches Bedürfnis.

Die in diesem Zusammenhang auftretende Frage der Fern- bzw. Ortsgebühren wird meiner Meinung nach durch die vorliegende Fassung des Gesetzes vollumfänglich berührt. So ist es demnach

künftig nicht gestattet, eine an einem Gegenstand gebundene Nachricht von einer Person in der Weise befördern zu lassen, daß die Nachrichtenbeförderung auf einer Teilstrecke ausführt, die Sendung an Bestimmungsort mit dem Ortsgebühren freimacht und in den Postbriefkasten einwirft, um dem Absender den Differenzbetrag zwischen Orts- und Ferngebühr einzusparen. Wenn auch dieses Problem nicht mehr eines der wichtigsten darstellt, da für die Zukunft ohnehin eine Regelung angedacht wird, bei der die Differenzierung zwischen Orts- und Ferngebühr zumindest bei den Briefsendungen in Fortfall kommen soll, so muß doch immerhin noch dazu Stellung genommen werden. § 3 Abs. 2 Satz 1 regelt jedoch diesen Fall ebenfalls eindeutig. Eine Ausnahme liegt nämlich bei dieser Sachlage ebenfalls nicht vor, weil die Nachrichtenbeförderung unzulässigerweise

1. von einer Person für mehrere Empfänger und
2. unter Benutzung von weiteren Postanlagen (Postbriefkasten usw.) erfolgt.

Wie ist es aber künftig mit dem allen Mitarbeitern bekannten Verbot der sogenannten Sammelentwürfen?

Beispiel: Der VEB X in Karl-Marx-Stadt übersendet in einer Sammelendung im Gewicht von 450 g dem VEB Y in Leipzig einige Schreiben sowie eine Vielzahl von für andere Empfänger in Leipzig bestimmte Briefe, die vom VEB X aus Gründen der Einsparung von Gebühren auf der Ortsgebühr freigemacht worden sind und vom VEB Y in Leipzig aufgeföhrt werden sollen. Insoweit die Nachrichten während der Beförderung für denselben Empfänger zusammengepackt worden sind, besteht auch künftig dafür die Möglichkeit, daß der Absender kann zur Übersendung stets die billigste Beförderungsart wählen. Im vorliegenden Beispiel liegt aber ein klarer Verstoß gegen § 2 Abs. 2 Satz 1 vor; denn der Absender (VEB X in Karl-Marx-Stadt) hat für die Beförderung seiner Nachrichten zu mehreren Empfängern unzulässigerweise eine Person (VEB Y in Leipzig) beauftragt, die unter Benutzung von weiteren Postanlagen (insbesondere die Postanlage der Deutschen Post) die Auslieferung der Briefe an die Empfänger vornimmt. Daraus ergibt sich, daß auch die künftige Regelung an dem Grundsatz von der „Einheitlichkeit der Beförderungshandlung“ im Prinzip festhält, d. h., die Beförderung von Nachrichten soll auch weiterhin als Beförderung eines an dem Hand des Absenders als Gegenstände gebundenen Nachricht aus der Hand des Absenders zur Auslieferung an den Empfänger notwendig sind. Dazu gehört das Einsammeln der Nachrichten, die eigentliche Ortsveränderung derselben und das Zustellen oder Ausgeben an den Empfänger.

Nun folgen einige Bemerkungen zu privatpostähnlichen Einrichtungen einschließlich der Boten- oder Kurierpost. Hierzu kann festgestellt werden, daß diese Einrichtungen grundsätzlich nicht zulässig sind. Wie sieht es in einzelnen damit aus?

1. Die privatpostähnlichen Einrichtungen werden durch § 3 Abs. 2 Satz 2 ohne Zweifel ausgeschlossen, denn dort wird ausdrücklich bestimmt, daß eine Nachrichtenbeförderung unzulässig ist, „wenn sie regelmäßig ausgeübt wird“. Daraus ergibt sich ferner, daß eine gelegentliche Beförderung von Nachrichten durch eine Person dieses Personenkreises von einem Absender zu einem Empfänger ohne Benutzung insbesondere aller die Postanlagen zulässig ist. Damit werden insbesondere alle diejenigen Personen erfaßt, die regelmäßig Beförderungsleistungen ausführen oder in öffentlichen Verkehrsmitteln als Schaffner, Fahrer, Befahrer usw. tätig sind und somit leicht in einem postähnlichen Dienst anfehlen können (z. B. Beschäftigte der Deutschen Reichsbahn und der MTR, Fahrpersonal im Kraftverkehr und im Straßenbahnverkehr). Desgleichen fallen unter dieses Verbot die Personen, die gewerbsmäßig an den Gegenständen gebundene Nachrichten befördern wollen (z. B. wenn sich ein Einbotenbetrieb bildet).
2. § 3 Abs. 2 enthält gleichzeitig auch das Verbot von Boten- und Kurierdiensten, wenn man von der möglichen Über-

tragung des alleinigen Rechtes der Deutschen Post durch den Minister für das Post- und Fernmeldewesen — z. B. für den Zentralen Kurierdienst (ZKD) — (vgl. § 4 Abs. 1) absieht. Da die Nachrichtenbeförderung entsprechend der oben genannten Bestimmung nur durch eine Person von einem Absender zu einem Empfänger ohne Benutzung von weiteren Postanlagen erfolgen darf, so ist offensichtlich keine Boten- und Kurierdienstleistungen denkbar, die dann noch zulässig wäre, zumal diese Nachrichtenbeförderung auch nicht regelmäßig ausgeübt werden dürfte.

Ein weiterer interessanter Gesichtspunkt ergibt sich beim Betrachteten der Frage der Mitgabe von Nachrichten an einen Postangestellten zur Beförderung, ohne daß diese Sendungen freigestellt sind. Diese Möglichkeit wird durch vorliegenden Entwurf ebenfalls wirksam ausgeschlossen, weil die Nachrichtenbeförderung regelmäßig durch den Postangestellten ausgeübt wird (und zwar für die Deutsche Post). Nicht erfaßt werden nach der jetzigen Fassung alle anderen Gegenstände, für die die Deutsche Post das alleinige Recht nicht hat (z. B. Kleingüterverkehr), die an Postangestellte mitgegeben werden. Diese Möglichkeit schließt § 27 Abs. 1 Ziff. 4 des z. Z. noch geltenden Postgesetzes aus. In diesen Fällen sollte auch weiterhin der Postangestellte, der Nachrichten oder Gegenstände entgegen seinen Pflichten aus dem Arbeitsverhältnis befördert, unabhängig davon, ob die

*Die Rolle der Gewerkschaften als Schulen des Sozialismus erfordert, daß die Gewerkschaften ihre Vertreter in die Staatliche Plankommission, in die Wirtschaftsräte der Bezirke und in die Plankommissionen der Kreise als vollberechtigte Mitglieder entsenden.*  
(Walter Ulbricht auf dem 35. Plenum des ZK der SED)

Deutsche Post ein alleiniges Recht zur Beförderung hat, disziplinarisch zur Verantwortung gezogen werden. Daneben muß dieser Tatbestand noch in der Postordnung in der Weise geregelt werden, daß der Bürger, der sich für die Beförderung seiner Nachrichten bzw. Sendungen eines Postangestellten in dieser Art bedient, von der Deutschen Post gemäß § 50 mit einer erhöhten Gebührenschuld belegt wird. Damit wären auch die berechtigten Interessen der Deutschen Post hinsichtlich der Sicherung des Gesamtergebnisses meiner Auffassung auch entsprechend beherrschbar. Bei richtiger Auslegung der das alleinige Recht der Deutschen Post zur Nachrichtenbeförderung regelnden Bestimmungen ist künftig auch der Einzel- und Gelegenheitsbote gemeinsam mit dem Absender zu einem Empfänger ohne Benutzung von weiteren Postanlagen zur Nachrichtenüberbringung und diese Beförderung nicht regelmäßig durchgeführt.

Beispiel: Herr K. erteilt dem Dienstmann bei seiner Ankunft in R. den Auftrag, mehrere Briefe an mehrere Empfänger zu befördern.

Das war bisher zulässig, weil kein gegenwärtiges Einmischen oder Verteilen vorlag. Nach der vorliegenden Fassung des Gesetzes verstößt diese Handlung jedoch gegen § 3 Abs. 2 Satz 1, weil der Dienstmann im vorliegenden Fall nur zu einem Empfänger ohne Benutzung von weiteren Postanlagen Nachrichten überbringen darf. Wären dagegen sämtliche Briefe für einen Empfänger bestimmt, so würde die Nachrichtenbeförderung als zulässig anzusehen sein.

Diese kurzen Ausführungen zu einer weiteren lebhaft diskutierten Bestimmung des Entwurfes eines Gesetzes über das Post- und Fernmeldewesen können und sollten keinesfalls die Problematik dieser Teilfrage umfassend behandeln. Dazu sind weitere Diskussionsbeiträge notwendig.

**Jede Zeitung 15 Pf!**

In Heft 2/1958 brachten wir eine kurze Notiz über einen interessanten Versuch, die demokratische Presse noch besser „an den Mann“ zu bringen. Heute folgt ein Erfahrungsbericht über die „Selbstbedienung“.

Eine der Hauptaufgaben der Deutschen Post ist der Vertrieb der demokratischen Presseerzeugnisse und vor allem der Tageszeitungen. 1949 wurde diese Aufgabe von der Deutschen Post übernommen. Man kann wohl sagen, daß mit der Übernahme des Zeitungsvertriebes ein neuer Abschnitt in der Geschichte der Deutschen Post begonnen hat, denn seit diesem Zeitpunkt haben die Postangestellten eine neue Tätigkeit erlernen müssen, und zwar eine Handelsstätigkeit. Ohne Übertragung kann wohl gesagt werden, daß diese Aufgabe von den Beschäftigten der Deutschen Post erkannt und gemeistert wurde. In den fast 9 Jahren des Bestehens des ZV sind viele Methoden zur Verbesserung des Absatzes und des Angebotes erprobt und eingeführt worden. In den folgenden Ausführungen wird ein weiterer Versuch auf diesem Gebiet beschrieben.

Die Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen Karl-Marx-Stadt regte an, Versuche mit Selbstbedienungsläden im Pressevertrieb durchzuführen. Dabei war vorerst wohl nur daran gedacht, daß sich die Käufer der Zeitungen und Zeitschriften selbst aussuchen und diese dann wie in den Selbstbedienungsläden des Handels bei einer Kassiererin bezahlen.

Von Hauptpostamt Annaberg-Bueholz (Erzgeb.) wurde diese Anregung aufgenommen und nach Möglichkeiten der Verwirklichung gesucht. Wir entschlossen uns jedoch, den Verkauf so durchzuführen, daß der Käufer den Betrag für die gekauften Zeitungen selbst in eine Kassette legt und Personal der Deutschen Post nicht beteiligt ist.

Ein Ansichtskarten-Verkaufswagen, wie er in geringer Stückzahl einmal beschafft wurde, war bei einem ZVPA im Bezirk Dresden ausfindig gemacht worden, wo er im Freien ohne jeden Schutz stand. Entsprechend war sein Zustand. Nach der Beseitigung der Schäden, einigen geringfügigen Veränderungen (Anbringen des Begrenzungsbrettes u. a.) und einer Anstricherneuerung konnte der Wagen eingesetzt werden (Bild 1).

Die Zeitungen werden mit breiten Gummibändern festgehalten. Ein am Wagen angebrachtes Schild weist auf die Bestimmung des Wagens hin und enthält auch den Preis der Zeitungen. Am Begrenzungsbrett des Verkaufswagens wurde die Kasse angebracht, wofür wir eine handelsübliche kleine Gießkassette benutzten, in deren Becken wir einen Einwurfschlitz schlugen. Die Kassette wurde entsprechend beschriftet. Gegen Wegrollen bei Wind oder durch Unbefugte sicherten wir den Verkaufswagen durch zwei Klammern, die über die Achsen in den Erdlöchern geschlagen wurden.

Der Verkaufswagen wurde auf dem Marktplatz unserer Kleinstadt aufgestellt. Das Hauptpostamt befindet sich rd. 100 m von



Bild 1. Der Selbstbedienungswagen auf dem Marktplatz in Annaberg-Bueholz (Erzgeb.)

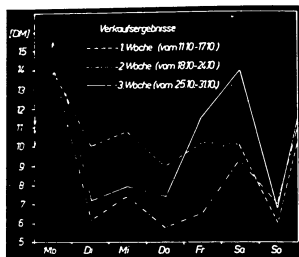


Bild 2. Verkaufsergebnisse

Marktplatz entfernt, so daß der Transport der Verkaufswagen von und zum Amt leicht möglich war. Der Wagen wurde täglich von 8 bis 17 Uhr aufgestellt, montags zum Verkauf des „Vorwärts“ schon ab 6 Uhr.

Zum Verkauf gelangten nur 15-Pf-Tageszeitungen.

Dem Bericht liegen die Ergebnisse von 20 Tagen zugrunde. Die Verkaufsergebnisse sind an den einzelnen Tagen recht unterschiedlich und bewegen sich zwischen 6,95 DM und 15,29 DM. Der Durchschnitt beträgt also rd. 10,- DM. Die höchsten Ergebnisse wurden montags durch den Verkauf des „Vorwärts“ und sonabends erzielt (Bild 2). Täglich wurden im Monat Oktober 1957 rund 70 Tageszeitungen verkauft, die auch als Mehrbedarf auftraten.

Im November konnte dieses Ergebnis nicht erreicht werden. An 18 Verkaufstagen wurden 115,78 DM Umsatz erzielt.

Die Verkaufsmethode ist mit einem Risiko verbunden, weil auftretende große Fehlbeträge die Rentabilität in Frage stellen können. Die Ergebnisse zeigen jedoch, daß die aufgetretenen Fehlbeträge im Rahmen des Erträgliches blieben.

In den ersten 20 Tagen ist bei einem Verkaufsergebnis von 165,49 DM ein Fehlbetrag von 12,38 DM aufgetreten, das sind 6,3%. Die Unterschiede bewegen sich an den einzelnen Verkaufstagen zwischen plus 0,02 DM und minus 1,91 DM. Im November liegen die Verluste etwas höher.

Die Ergebnisse des Versuches zeigen, daß eine derzeitige Maßnahme auch anderen Hauptpostämtern empfohlen werden kann. Es muß jedoch festgestellt werden, daß mit dem Eintreten der kälteren Jahreszeit der Umsatz zurückgeht. Für die Kunden ist dann das Herausnehmen des Klöngeltes im Freien zu unständig. Der bisher von HPA verwendete Verkaufswagen hat den Vorteil, daß die zum Verkauf ausliegenden Zeitungen durch die Befestigung an der Rückwand direkt im Blickfeld des Käufers liegen. Ein Nachteil liegt aber darin, daß die Zeitungen nur ungenügend gegen Witterungseinflüsse geschützt sind. Bei starkem Wind kann der Wagen nicht verwendet werden, weil die Markise zuviel Angriffsfläche bietet.

Das HPA wird in diesem Jahr außer dem abgebildeten Verkaufswagen noch einen Zeitungsverkaufswagen SK 40 als Selbstbedienungsladen an anderer Stelle einsetzen. Dieser bietet gegen Witterungseinflüsse ausreichend Schutz.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß

1. an Orten, wo sich das Aufstellen von Kiosken nicht lohnt, aber das Bedürfnis des Angebotes von Zeitungen besteht,
2. besonders an Zentren des Umlaufs- und Ausflugsverkehrs und
3. bei Konferenzen, Tagungen usw., die einen größeren Personenzirkel erfassen, für den Selbstbedienungsstand gute Einsatzmöglichkeiten bestehen.

Der Vorteil liegt darin, daß ohne Personaleinsatz die Kaufmöglichkeiten für Tageszeitungen erweitert werden können. Dies ist bei der jetzigen Arbeitskräftefrage von besonderer Bedeutung.

Dieses neue Verkaufsmethode hat bei der Bevölkerung großes Interesse gefunden (Bild 3) und wurde auch in der Bezirkszeitung hervorgehoben.

Sie zeigt, daß in bestimmtem Umfang auch ohne persönlichen Angebot Verkaufsergebnisse erzielt werden können.

Karl Münnel, Annaberg-Bueholz (Erzgeb.)



Bild 3. Fast ständig ist der Wagen von Kunden umlagert



**Fachliteratur**

**Hilfsbuch für die Funktechnik.** Von Dipl.-Ing. H. Pitsch, Akademie-Verlagsgesellschaft Gost & Portig K.-G., Leipzig 1957, 4. durchgesehene Auflage. Format Gr.-8°, 306 Seiten, 357 Bilder und 62 Tabellen. 24,- DM.

Das Buch soll dem Laboratoriums-Ingenieur Hilfe für die Praxis sein. Es ist besonders auf die Rundfunkempfangstechnik zugeschnitten und enthält in kurzer, prägnanter Weise Erläuterungen, die durch zahlreiche Tabellen, Kurven und Formeln ergänzt sind. Auf mathematische Ableitungen wurde bewußt verzichtet. Ganz gleich, ob man eine Definition für Kreuzmodulation sucht oder etwas über den Anschluß von Magnetgeräten wissen möchte, fast jede Frage wird beantwortet, und zwar so, daß der Praktiker unmittelbaren Nutzen ziehen kann. Berechnungsbeispiele und mathematische Ableitungen machen das Buch noch wertvoller. Es ist im besten Sinne ein „Kochbuch“ für die Hochfrequenztechnik. Auch der Funkamateur oder Radiomanehler wird das Buch schätzen lernen, ermöglicht es ihm doch, auch Fachschulern der Deutschen Post die Anschaffung anraten. Ein ausführliches Literaturverzeichnis und ein Stichwörterverzeichnis ergänzen das ausgezeichnete und vielseitige Werk. Hilfe

**Taschenbuch für den Kurzwellenamateure.** Von Otto Morgenroth und Karl Rothmann. Verlag Sport und Technik, Berlin, 200 Seiten mit mehreren Abbildungen und zahlreichen Tabellen. Gandelorin 3,80 DM.

Zu diesem kleinen Buch kann man die Verfasser und den Verlag nur beglückwünschen. Die vorliegende 4. Auflage ist bereits nahezu vergriffen, und daher wird eine 5. Auflage in wenigen Wochen folgen. Auch eine Übersetzung ins Englische ist vorgesehen. Diese Tatsachen sollten bereits genügen, um den Bezug anzuraten.

Das Buch enthält alles, was ein Kurzwellen-Amateur wissen sollte. Anfangen von den internationalen Morsezeichen und dem Q-Schlüssel bis zu Verkehrsfragen im „Athen“ und technischen Angaben über Sender, Empfänger und Antennen ist so nicely angeordnet, daß jede Frage beantwortet. Ein kleines Fachwörterverzeichnis und eine Sammlung von Fachwörtern in englischer Sprache machen das Buch noch mehr zu einem unentbehrlichen Nachschlagewerk für alle Freunde der kurzen Wellen. Hilfe

**Die technische Anwendung der Radioaktivität.** Von Dr. Engelbert Broda und Dr. Thomas Schönfeld. Gemeinverlagsanstalt des VEB Verlag Technik, Berlin, und des Forts-Verlages, München. DIN A 5, 324 Seiten mit 26 Bildern. Gandelorin 19,- DM.

Es ist für den Besprecher schwierig, einen Leserkreis für dieses Buch anzugeben. Je mehr man sich in seine Seiten vertieft, um so klarer wird einem, daß die Radioaktivität so ziemlich auf sämtlichen Gebieten der Wissenschaft und Technik nutzbringend angewendet werden kann. Die bisher fast nur in der Presse veröffentlichten zahlreichen Anwendungsmöglichkeiten sind hier besonders auch als Nachschlagewerk geeigneten Band danken muß. Nach den Grundlagen der Radioaktivität, die sehr klar beschrieben werden (allerdings sind einige Fernmeldeweisen erforderlich), folgen so zahlreiche Angaben über Anwendungsgebiete, besonders interessierenden Beispiele anzudeuten. So werden u. a. Methoden zur Untersuchung von Bleikabeln auf Rissigkeit oder zur Prüfung von Verstärkerrohren beschrieben. Da fast stets macht sind, besitzt das Buch einen erheblichen praktischen Wert besonders für wissenschaftliche Institute und Technologen. Angesichts dieser erstaunlichen Vollständigkeit fällt es schwer, die allzu geringe Anzahl der Bilder zu tadeln. Nützlich sind die überaus zahlreichen Literaturangaben.

**Organisation und Technik im Büro.** Ein Leitfadens für rationelle Büroarbeit. Von Walter Brüner, Dr. Walter Graf, Helmut Viehweger. Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1957. DIN C 5, 220 Seiten, 337 Abbildungen, 12 Anlagen, Halbleinen 14,50 DM.

Die Verfasser behandeln darin ein Problem, dem bisher nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden ist, das jedoch in der heutigen Zeit der industriellen Umwälzung zur zwingenden Notwendigkeit wird. Denn wenn der Produktionsprozeß weitgehend automatisiert wird, muß auch die ebenso wichtige Aufgabe befriedigend gelöst werden, die Arbeit, die der Vorbereitung, Leitung, Kontrolle und Abrechnung der Produktion dient, zu verbessern. Das bedeutet wiederum, daß es unumgänglich ist, die Verwaltungsarbeit weitgehend zu mechanisieren und sie nach neuen Methoden zu organisieren.

Diese Erwägungen und nicht zuletzt auch der Wunsch vieler Verwaltungsangestellten, eine Anleitung zur Modernisierung ihres Büros zu erhalten, legen wohl diesem Buch zugrunde. Ihm ist anzumerken, daß es auf langjährigen praktischen Erfahrungen aufbaut.

Den Verfassern kam es in ihrem Werk darauf an zu zeigen, daß zum modernen Bürobetrieb nicht nur formschöne und zweckmäßig Möbel oder bestimmte Maschinen und Geräte zur Rationalisierung der Büroarbeit genügen, sondern daß vor allem die Arbeitsorganisation zweckmäßig und vorteilhaft sein muß.

Diese beginnt bei der Auswahl und Einrichtung der Arbeitsplätze und endet bei der Ablage des Schriftgutes. Die 10 Kapitel des Buches sind dieser Ueberlegung entsprechend aneinandergefügt worden.

So wird im Kapitel 1 der Arbeitsplatz beschrieben. Wir finden z. B. hierin Untersuchungen hinsichtlich der baulichen Beschaffenheit, der Belüftung und Heizung sowie über die Farbe im Büro. Selbstverständlich fehlen auch nicht Ausführungen über die Belichtung und Beleuchtung des Arbeitsplatzes. Vom Standpunkt der Deutschen Post aus gesehen müssen wir allerdings zu diesem Kapitel bemerken, daß sich so manche Forderung (z. B. die, daß der Arbeitsplatz nicht beengt sein darf) zur Zeit nur in Neubauten verwirklicht werden kann. Bekanntlich leiden viele Postdienststellen in älteren Gebäuden unter Platzmangel, der leider dazu zwingt, die gefällige und zweckmäßige Büroum- und Anordnung zu vernachlässigen. In einigen Jahren wird aber auch auf diesem Gebiete Rat geschaffen sein, was jedoch nicht heißen soll, daß das vorliegende Buch erst dann Wert besäße.

Im Gegenteil, schon das 2. Kapitel wird jedem Verwaltungsangestellten eine Fundgrube dafür sein, welche Maschinen und Geräte sich in einem Büro anwenden lassen. So findet man unter anderem viele Arten von Schreibmaschinen, auch solche für das Rechnungswesen, Rechengeräte und -maschinen, Buchungs- und -automaten, die Lochkarten- und -maschinen sowie vielfältige Maschinen nach ihren Funktionen und Einsatzmöglichkeiten besprochen. Schon dieses Kapitel zeigt ganz eindeutig, daß die Zeiten des Briefschreibens „mit dem Federkiel“ nunmehr vorüber sind. Die Technik ist auch in die ehemaligen Schreibabteilungen eingezogen, und das sollte eigentlich den Postleuten zu denken geben, die schon vor dem Wort „Technik“ erschauern, viel weniger dazu bereit sind, sich ein gewisses Mindestmaß an technischen Kenntnissen anzueignen.

Daß dieses Wissen auch für den Verwaltungsangestellten notwendig ist, zeigt eindeutig das 3. Kapitel „Nachrichtenermittlung“. Dieser Titel scheint uns nicht ganz richtig gewählt zu sein; denn neben der Nachrichtenermittlung, unter der man die Übermittlung von Nachrichten über Fernmeldeeinrichtungen versteht, sind auch die Nachrichtenbeförderung mit Boten, Förderanlagen und schließlich die Sondereinrichtungen der Deutschen Post im Brief- und Paketverkehr beschrieben worden. Es wäre zu erwägen, den Titel gelegentlich zu „Nachrichtenermittlung und -übermittlung“ zu erweitern. Genauso sollte die Überschrift „Fernmeldeeinrichtungen“ zum Abschnitt 3.4 in „Fernsprechanlagen“ geändert werden, weil hier nur über einige Fernsprecheinrichtungen und z. B. über Gesprächsarten und Rufnummern geschrieben worden ist. Fernmeldeeinrichtungen sind nämlich auch die Anlagen, die in den folgenden Abschnitten dieses Kapitels zusammengefaßt wurden: Telegrafie und Funkverkehr, Fernschreiber, Tongeräte, Rufanlagen, Wechselsprecher, Dispatcher- und Beschallungsanlagen.

Nun folgen noch die Kapitel „4. Postbearbeitung und Schriftverkehr“, „5. Besondere Probleme der Arbeitsorganisation im Büro“, „6. Organisation und Technik im Rechnungswesen“, „7. Termin- und Kartensystem“, „8. Schriftgutablage“, „9. Sicherheit im Büroverkehr“ und „10. Zehnerordnung“, die eine umfassende Organisationsgrundlage für die Büroarbeit darstellen.

Nicht zuletzt soll vermerkt sein, daß die Ausführungen der Autoren durch zahlreiche gute Fotos und Zeichnungen ergänzt werden. Ein Bezugsquellenverzeichnis von Hersteller- und Lieferbetriebern der Deutschen Demokratischen Republik, der Deutschen Bundesrepublik und West-Berlins sowie ein Sachregister und eine Anlagenmappe für Mustervordrucken vervollständigen das gut gelungene und empfehlenswerte Buch. Starke

Wie gestaltete ich meine Motivsammlung? Von Wolfgang Poser. Leipzig: Philatelistische Schriftenreihe, Heft 2. Verlag: Enzyklopädie Leipzig 1958. 60 Seiten, 5 Bildtafeln, Format 12,5 x 20 cm, broschiert 2,- DM.

Alle Motivsammlungen werden solche Briefmarkensammlungen bezeichnet, in denen ein Thema durch entsprechende Anordnung

von Marken und anderen philatelistischen Dokumenten eines bestimmten Bildmotivs dargestellt wird. Der Verfasser gibt zahlreiche Anregungen und Regeln für das Gestalten einer solchen Sammlung. Da es heute schwierig, ja unmöglich ist, sämtliche Länderausgaben zusammenzutragen, da es oft ebenso unmöglich ist, die älteren und sehr seltenen Marken heranzukommen, breche das Motivsammler der Philatelie neuen Aufschwung, zugleich es wohl in absehbarer Zeit die klassische Philatelie nicht verdrängen wird und soll.

Das sauber gedruckte und inhaltreiche Heftchen wird viele Freunde finden, ja unerlässlich sein, wenn man seine Sammlung ausstellungsfähig aufmachen will. Ob man allerdings bei Auswahl der Mustertafeln eine besonders glückliche Hand hatte, wird zweifelhaft. Das kleine Werk sei allen Interessenten empfohlen. Hille

### 500 Worte über die Leitfähigkeit von festen Werkstoffen

Wollen wir die elektrische Leitfähigkeit von festen Werkstoffen erklären, so müssen wir uns etwas näher mit ihren Atomen beschäftigen.

Wir wissen, daß ein Atom aus dem positiven Kern und einer Anzahl von Elektronen besteht. Elektronen sind die kleinsten Teilchen der Elektrizität und gegenüber dem Kern negativ. Die Anziehungskräfte zwischen Kern und Elektronen halten das Atom zusammen. Die Elektronen sind normalerweise an den Kern gebunden und ihre Bewegungen sind nicht frei, sondern zwangsläufig. Sie umkreisen den Kern auf genau festgelegten Bahnen oder Bändern.

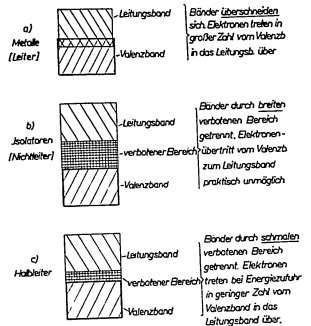
Die in verschiedenen Entfernungen vom Kern liegenden Elektronenbahnen können mit Energiebändern verglichen werden, deren Energieinhalte in Richtung des Kerns stufenweise abnehmen. Jedes Atom ist bestrebt, zunächst die in Kernnähe liegenden, also die energiereichsten Bahnen mit Elektronen zu besetzen, wobei die Höchstzahl der Elektronen je Band und Stoff festliegt.

Ein Elektron kann unter bestimmten Voraussetzungen von einem Band in das andere springen. Auf Zwischenbahnen zu kreisen, ist ihm jedoch nicht möglich. Man bezeichnet daher das Gebiet zwischen zwei möglichen Bahnen auch als verbotene Zone. Ein Bahnwechsel ist nur möglich, wenn dem Atom entweder Energie zugeführt (z. B. in Form von Wärme) oder abgeführt wird (z. B. in Form eines Lichtimpulses), wobei die Energieunterschied zwischen zwei Bahnen — also der Breite der verbotenen Zone — entsprechen muß.

Nachdem wir die Lebensgewohnheiten der Elektronen kennen gelernt haben, wenden wir uns nunmehr der Leitfähigkeit selbst zu. Für die Erklärung der Leitfähigkeit sind die äußeren Elektronenbänder von besonderem Interesse. Sie werden als Valenzband bezeichnet und sind mit Valenzelektronen besetzt. Diese haben bei bestimmten Stoffen die Fähigkeit, sich aus ihrem Atomverband lösen zu können und sich dann als freie Elektronen ähnlich einem Gas (Elektronengas) durch den festen Körper zu bewegen. Der Bereich der freien Elektronen, der nach dem Valenzband die nächst höhere Energiestufe darstellt, wird auch als Leitungsband bezeichnet.

Wird nämlich an den Enden eines darstellten, mit einem Elektronengas durchsetzten Körpers ein elektrisches Feld angelegt, so bewegen sich die freien Elektronen in Richtung dieses Feldes. Wir sprechen dann von einem Stromfluß im Inneren dieses Körpers.

Für Metalle reicht bereits die Wärmezufuhr bei jeder Temperatur aus, um laufend Elektronen aus dem Valenzband in das Leitungsband zu befördern. Setzen wir daher ein Metallstück unter Spannung, so kommt in jedem Fall ein Stromfluß zustande. Wir sprechen von elektrisch leitenden Werkstoffen. Die Zahl der freien Elektronen ist ein Maß für die Leitfähigkeit. Sie beträgt bei Metallen etwa 10<sup>22</sup> Elektronen je cm<sup>3</sup>.



In anderen Stoffen ist der Energieunterschied zwischen dem Valenzband und dem Leitungsband so groß, d. h. der verbotene Bereich zwischen den Bändern so breit, daß es höchstens bei größerer Wärmezufuhr gelingt, eine kleine Zahl von Elektronen in das Leitungsband zu transportieren. Wir sprechen dann von Isolatoren.

Ein Mittelweg zwischen Leitern und Isolatoren stellen die Halbleiter dar. Die Wärmezufuhr bei normaler Temperatur reicht bei diesen nur aus, um eine geringe Anzahl von Elektronen vom Valenzband in das Leitungsband zu befördern. Durch stärkere Erwärmung oder Belichtung kann die Leitfähigkeit verbessert werden (Verwendung als negative Widerstände oder Lichtempfindliche Zellen).

Das obstehende Bild erläutert diese Erklärungen. Willi Röwer, Halberstadt

### Die Bezirkswerkstatt für Postkraftwagen Leipzig berichtet: Erfahrungen mit dem kontenlosen Kontokorrent

Bis März 1957 wurden die Forderungen aus Warenlieferungen und Leistungen über 32 Personalkonten abgewickelt. Neben Hauptpost- und Formeldienstern des Bezirkes Leipzig waren weitere Sonderämter und Dienststellen der Deutschen Post auf einzelnen Konten erfasst. Außerdem bestanden Konten für Materiallieferungen, Garantiearbeiten und Transportaufträge.

Die Führung der Personalkonten erforderte eine große Anzahl Buchungen, ohne besondere, auswertbare Ergebnisse zu bringen. Zur Einführung der verkürzten Arbeitszeit wurden aber weitere zeitsparende Maßnahmen in den Buchhaltungen nötig. Ab 1. April 1957 gingen wir daher zu einem neuen Verfahren über, das uns sichtbare Erfolge bei der Einschränkung des Betriebes brachte. In der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1957 verließen 889 Buchungen den Betrieb. Zur Verbuchung der Rechnungen und der Geldübergänge waren insgesamt 1420 Buchungen auf den Personalkonten erforderlich. Für 1876 Rechnungen, die in der Zeit vom 1. April bis 31. Oktober 1957 den Konten verliehen, benötigten wir auf dem einen noch bestehenden Konto nur 285 Buchungen. Bei Weiterführung des alten Systems wären dafür rd. 3000 Buchungen erforderlich gewesen. Das entspricht einer Senkung der Buchungen um rd. 87%.

Eine nicht unweibliche Einsparung ergibt sich am Monatsende, weil jetzt nur noch ein Konto abzuschließen ist, während vorher 32 Konten abgeschlossen und in das Rohbilanzbuch übertragen werden mußten.

Die Erfassung der Werte in der Finanzbuchhaltung geschieht in nachstehender Weise:

Die Grundbuchhaltungen (Auftragsabrechnung und Materialbuchhaltung) geben die Ausgangsrechnungen mit Rechenstreifen, die laufend nummeriert sind, zur Finanzbuchhaltung. Nach Prüfung und Ausfertigung der Bankbelege (RE- und Belegungsanträge) gehen die Rechnungen zur Abgangsstelle. Die Rechenstreifen, die im Kopf mit den Nummern der Ausgangsrechnungen mit den Zehnerzahlen, die Endsummen der Streifen werden in einem besonderen Beleg erfasst. Die Doppel der Rechnungen legen wir nach der laufenden Nummer in einem Ordner „unbezahlte Rechnungen“ ab.

Bei Geldübergängen (Bank, Postscheck, Kasse) werden die Beträge auf den Rechenstreifen gestrichen und die Rechnungsdoppel aus dem Ordner entnommen und in einem zweiten Ordner „bezahlte Rechnungen“ abgelegt, nachdem sie einen Zahlungsvermerk erhalten haben. Die Geldübergänge werden je Einlage oft an einem Tag 15 bis 20 Buchungen erforderlich. Die noch nicht abgestrichenen Rechnungen müssen im Ordner „unbezahlte Rechnungen“ liegen, und deren Gesamtsumme ergibt den Forderungsbetrag. Bis hierher treten hier keinerlei Differenzen auf. Zur Feststellung der überfälligen Forderungen genügt es, wenn im Ordner „unbezahlte Rechnungen“ die Rechnungsdoppel entnommen werden, deren Ausstellungsdaten 15 Tage und länger zurückliegen. Nach diesen Rechnungsdaten können dann die Kunden gemahnt werden. Die Sollbuchung auf dem Forderungskonto geschieht am Monatsende mit dem oben angeführten Beleg. Auf diesem werden die Summen der Rechenstreifen nach den einzelnen Erlösstellen aufgeführt. Die Zusammenrechnung der einzelnen Erlösstellen aufgeführt. Der Beleg für die Buchung der Forderungen und aller Erlöse. Der Beleg wird doppelseitig geführt und nimmt folgende Werte auf:

| Vorderseite: (Auftragsbuchhaltung) |             |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    |
|------------------------------------|-------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Nr. des Rechenstreifens            | Gesamtsumme | Auflistung nach Konten                                                                                                                                                                                                                                                                                             |
|                                    | 610000      | 610001 61001 61002 61003 61004 61005 61006 61007 61008 61009 61010 61011 61012 61013 61014 61015 61016 61017 61018 61019 61020 61021 61022 61023 61024 61025 61026 61027 61028 61029 61030 61031 61032 61033 61034 61035 61036 61037 61038 61039 61040 61041 61042 61043 61044 61045 61046 61047 61048 61049 61050 |
| Rückseite: (Materialbuchhaltung)   |             |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    |
| Nr. des Rechenstreifens            | Gesamtsumme | Auflistung nach Konten                                                                                                                                                                                                                                                                                             |
|                                    | 64201       | 252 783                                                                                                                                                                                                                                                                                                            |

Auf der Vorderseite des Beleges werden dann die Monatssummen kontiert, wobei die Spalte „Gesamtsumme“ die Buchung auf dem Forderungskonto ergibt und die Summen der einzelnen Kontenvermerke die Erlöse bzw. Einnahmebuchungen darstellen.

Als Beleg benutzen wir Einlageblätter zum Rohbilanzbuch, die sich dazu gut eignen. Einlageblätter zum BAB sind jedoch ebenfalls brauchbar.

Nachträgliche Änderungen der Rechnungsbeträge und Stornobuchungen werden auf den Rechnungsdoppelkonten und auf dem Forderungskonto gebucht. Diese Änderungen treten sehr selten auf und werden durch einzelne Buchungen übersichtlicher erfasst als durch Änderung der Monatsbelege.

Bei Teilzahlungen erfolgt auf dem Rechnungsdoppel ein entsprechender Vermerk, und die Durchschrift wird erst dann dem Rechnungsbuch begeben ist, wenn der Betrag zu streichen und der Restbetrag neben der alten Summe zu vermerken. Bei Zahlung der Restsumme wird diese dann ebenfalls gestrichen.

Nach der Erprobungszeit können wir jetzt feststellen, daß die neue Methode gesetzlich ist, voll erwartungen, die wir in die neue Methode gesetzt haben, erfüllt wurden. Sowohl der Übergang zur neuen Form als auch die Anwendung gingen reibungslos vonstatten. Der Hauptvorteil liegt in der Einsparung von Arbeitszeit durch Vermindern des Buchungsaufwandes. Wolfgang Reball, Leipzig

In Indien wurden im ersten Jahr des 2. Pöfjahrplanes 400 Telegrafendatenstellen neu in Betrieb genommen. Damit wurde das Planziel um 120 Ämter überschritten. Im laufenden Pöfjahrplan sind 1400 neue Ämter vorgesehen. Dergleichen wurden mehr Fernsprechanlagen eingerechnet als geplant waren. Statt 30000 geplanter Anschlüsse wurden 37000 gebaut. Dazu hat man 61200 km Fernsprech- sowie 45100 km Telegrafenkabel in Betrieb genommen.

Vertreter des Amtes für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs und des Ministeriums für Staatsicherheit übergaben auf einer internationalen Pressekonferenz des Pressesekretärs beim Ministerpräsidenten in Berlin die Öffentlichkeit die bei Zugkontrollen am Grenzkontrollpunkt Marokko sichergestellten Spionageabläufe, Brand- und Sprengsätze sowie Hetzschriften der westlichen Spionagedienste. In der letzten Zeit besaßen westliche Spionage- und Agentenorganisationen die Internetschaltstellen nach, Ballons und Zuleile sowie Hunderttausende Hetzblätter in die Deutsche Demokratische Republik zu befördern. Es wurden rund 5000 Ballons, 700 Hetzballonbehälter, 500 Säurepatronen und zahlreiche Hetzschriften beschlagnahmt.

Diese Maßnahmen bewiesen die Postführung des kalten Krieges dieser Westberliner Organisations gegen die Deutsche Demokratische Republik. Sie widerlegen damit die Lügen der Westpresse über angebliche Schikane der Zollorgane gegen den innerdeutschen Paketverkehr. Die Kontrollen stehen im völligen Einklang mit den internationalen Bestimmungen über den Paket- und Postverkehr.

Einer der Abnehmer der Sendungen, in denen sich diese Gegenstände befinden, ist ein gewisser Alfred Wolff, Pyrotechnisches Entwicklungs- und Konstruktionsbüro, Berlin-Lichterfelde, Hiltbergstr. 131, der Feuerwerker bei einer SS-Einheit war und gegenwärtig für verschiedene Auftraggeber Sprengsätze, Brandsätze, Sturkbomben usw. herstellt. Ein weiterer Abnehmer, Erwin Schmidt, Berlin W 26, Schmetternstr. 65, entwendete in Treglin in den Nachkriegsjahren 14000 Mark und stahl — als sowjetischer Soldat verkleidet — Kleingewehr. Nach den Verurteilungen einer Zuchthausstrafe von 4 Jahren ging er nach Westberlin. Diese Personangaben sprechen wohl für sich.

Nach langen Versuchen ist es in den USA gelungen, sprachmodulierte Richtstrahlensendungen zum Mond reflektiert nach 2,6 Sekunden Laufzeit zurückzuschicken. Man hofft, später einmal den Mond als Reflektor für kommerziellen Weltverkehr einsetzen zu können.

Der Prospekt

## Der Werdegang eines Schiebe-Abziehbildes

gibt Auskunft über die vielseitige Verwendungsmöglichkeit

Verlangen auch Sie diese interessante Beschreibung von

**HOLM GROH**  
Technische Abziehbilder

LEIPZIG S 3

Kurt-Eisner-Straße 71  
(Hofgebäude) II. Stock

### Millionen an Poststempelgaben in Frankreich

Die französischen Poststempelgaben überschritten die Billionengrenze in diesem Jahre zum ersten Male. Nicht zuletzt ist das mit einer Folge der Abwertung des französischen Francs, die sich wiederum aus der Politik der Kriegsvorbereitung der französischen Regierung, insbesondere der Führung des Algerienkrieges, ergibt.

### Laufende Nummerierung von Postwertzeichen

Seit 1910 werden in China alle erscheinenden Marken laufend nummeriert. Der Anfang wurde mit der Sonderausgabe zur ersten Volkskonferenz im Jahre 1949 gemacht. Unten links sind auf den chinesischen Marken verschiedene Zahlen angegeben, und zwar jeweils die Nummer des Wertes innerhalb eines Satzes, die Nummer des Satzes und die Anzahl der Werte, die er enthält. Darüber hinaus werden die laufenden Nummern vermerkt.

### Streik im Fernsprechnetz der USA

In den USA traten nach einer Meldung aus New York die Fernmeldebediener in einem Lohnstreik. Die Angehörigen des Fernsprechnetzunternehmens schlossen sich diesem Streik an. Die Fernsprecheinrichtungen wurden im wesentlichen nur in den Gebieten aufrechterhalten, wo automatische Verbindungen bestanden.

### Postpferd im Ruhestand

Das Gebirgspony namens „Mab“ diente dem englischen Zusteller David Jones bei der Verrichtung seiner Dienstobligationen im zerrissenen Walliser Bergland zur Versorgung von sich entlegenen Gehöften mit Zeitungen, Briefen und Paketen. Wie alle anderen Landpostler nahm auch er Sendungen usw. wieder mit zur nächsten Postanstalt zurück. Seine Landposttour umfaßte 48 km. Dreimal wöchentlich legte er diesen Weg zurück, wobei drei Fährschiffchen werden mußten. Im Jahre 1957 wurde das Pony „Mab“ als letztes englisches Postpferd in den „Ruhestand“ versetzt. Seine Aufgabe ist von einem Moped übernommen worden.

### In der CSR

Ist im Kernphysikalischen Institut von Rez bei Prag der erste Atomreaktor in Betrieb genommen worden. Seine Kapazität beträgt 2000 kW.

### Großbritannien

Die Führer der beiden Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, der Institution der professionellen Verwaltungsgestellten (IPCS) und des technischen Postpersonals (POREU) erklärten, daß sie mit dem Abdrücken von Telefongesprächen durch Sicherheitsagenturen der Regierung nicht einverstanden seien. Sie bezeichneten diese Tatsache als eine skandalöse Angelegenheit.

Auf der letzten Tagung der britischen Postgewerkschaften hat die überwiegende Mehrheit der anwesenden Teilnehmer — gegen den Willen der Gewerkschaftsführer — einen Antrag angenommen, die Leitung des Post- und Fernmeldewesens zu veranlassen, für entsprechende Maßnahmen zur Einschränkung des Fernsprecheinsatzes zu Maßnahmen (in England) und am Versprengten (in Schottland) zu sorgen. Ziel dieser Maßnahmen soll sein, den Beschäftigten des Fernsprecheinsatzes die erwähnten Tage weitgehend frei zu halten.

### Das erste holländische Atomkraftwerk

wird eine Leistung von 150 MW haben. Es soll 1962 den Betrieb aufnehmen. Bis zum Jahre 1976 sollen die Atomkraftwerke in Holland 35% des Energieverbrauches des Landes übernehmen.

### In der Sowjetunion

wurde mit dem Bau eines Kernkraftwerkes für 400 MW begonnen.

### Ein neues Fernbedienungsgerät

für Rundfunk- und Fernsehkombinationen hat eine amerikanische Firma entwickelt. Das Gerät ist ein kleiner UKW-Sender, der elf verschiedene Befehle zum Umschalten von Fernseen auf Rundfunk und umgekehrt, zum Abstimmen der Empfänger und zur Einstellung der Bildhelligkeit, des Bildkontrastes und der Lautstärke geben kann.

### Von der Firma Lorenz

wurde ein Wahlautomat für Fernschreiber entwickelt. Das Wählen der Fernschreib-Rufnummern erfolgt vollautomatisch durch Einlegen einer Lochkarte. Die Lochkarten können selbst hergestellt werden. Wenn der Anschluß des Fernschreibers besetzt ist, genügt ein Tastendruck, um den Anruf beizugehen zu lassen. Ein Zählwerk registriert die Gebühr oder zeigt die Fernschreibdauer an. Der Wahlautomat kann an jedem Fernschreiber angebracht werden.

spannungs- u. Hochspannungs-Freileitungen  
n und Einführungen  
n, Klemmschalen und Klemmleisten  
en, Abzweigringe und Abzweigschalen  
erstände  
: für Schaltanlagen  
n-Untersätze und Verschraubungen

**Kloster Veilsdorf**  
Ruf: Hildburghausen 113 und 471



Eure Frisur sieht gut aus...



Nimm doch auch BRILLITIX Frisiercreme. Sie hält und glänzt wunderbar.

EIN Reichhaltiges ERZEUGNIS



## Unser Fertigungsprogramm für die Deutsche Post

- Tagesstempel mit Faust- und Hammergriff
- Werbestempel mit Faust- und Hammergriff
- Bahnpoststempel mit Faustgriff
- Rollstempel
- Einfache Bezirksstempel mit Faustgriff
- Beschriftungsstempel mit Nummernwerk u. Kennbuchstaben



fertigen wir nach den Normblättern IPF 427481/1, 427482/1, 427483/1

**VEB Zifferndruckwerke Aschersleben**

Alle Erzeugnisse tragen das Präzeisions-S

chaff Weg“  
Ruf 361

Wirtschaftswerkzeuge  
• Manikern  
• Kleinschraubwerk

**In Indien**

wurden im ersten Jahr des 2. Fünfjahresplanes 100 Telefonzentralstellen neu in Betrieb genommen. Damit wurde das Planziel um 120 Ämter überschritten. Im laufenden Fünfjahresplan sind 1400 neue Ämter vorgesehen. Desgleichen wurden mehr Fernsprecheinrichtungen eingerichtet als geplant waren. So sind 36000 geplanter Anschlüsse wurden 37000 gebaut. Dazu hat man 11200 km Fernspreckabel sowie 44100 km Telefonskabel in Betrieb genommen.

Vertreter des Amtes für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs und des Ministeriums für Staatssicherheit übergeben auf einer Internationalen Pressekonferenz des Pressenotdienstes beim Ministerpräsidenten in Berlin der Öffentlichkeit die bei den Kontrollen beim Grenzübergang Marienborn sichergestellten Sprengstoffballen, Brand- und Sprengsätze sowie Hetzschriften der westlichen Spionageagenten. In der letzten Zeit besaßen westliche Spionagen- und Agentenorganisationen die Interessenverbindungen dazu, Ballons und Zuluhrer sowie Hunderttausende Hetzflugblätter in die Deutsche Demokratische Republik zu befördern. Es wurden rund 2000 Ballons, 700 Hetzflugblätter, 500 Sprengsätze und zahlreiche Hetzschriften beschlagnahmt.

Diese Maßnahmen beweisen die Fortführung des kalten Krieges dieser Westberliner Organisationen gegen die Deutsche Demokratische Republik. Sie wickeln damit die Äggen der Westpress über angebliche Schickalen der Zuluhrer gegen den innerdeutschen Paketverkehr. Die Kontrollen stehen im völligen Einklang mit den internationalen Bestimmungen über den Paket- und Postverkehr.

Einer der Absender der Sendungen, in denen sich diese Gegenstände befanden, ist ein gewisser Alfred Wolf, Pseudonym des Entwicklungs- und Konstruktionsbüros, Berlin-Lichterfelde, Hiltbergstr. 151, der Feuerwerker bei einer SS-Einheit war und gegenwärtig für verschiedene Auftraggeber Sprengsätze, Brandsätze, Stillschrauben usw. herstellt. Ein weiterer Absender, Erwin Schmidt, Berlin W 35, Steinmetzstr. 65, entwendete in Tregeln in den Nachkriegsjahren 14000 Mark und stellt - als sowjetischer Soldat verkleidet - in Westberlin. Diese Personalangaben sprechen wohl für sich!

**Nach langen Versuchen**

ist es in den USA gelungen, sprachmodulierte Richtstrahlverbindungen zum Mond reflektiert nach 2,5 Sekunden Laufzeit zurückzuerhalten. Man hofft, später einmal den Mond als Reflektor für kommerziellen Weltverkehr einsetzen zu können.



**Unser Fer für die De**

- Tagesstempel** mit Faust- und Har
- Werbestempel** mit Faust- und Hc
- Bahnpoststempel** mit Faustgriff
- Rollstempel**
- Einfache Bezirksstempel** n
- Bezirksstempel** mit Nummernwerk u.

fertigen wir nach den Normblättern I 427482/1, 427483/1

**VEB Zifferndruckwerke AS**

**Worauf muß man bei der Verbesserung des Arbeitsstils die Aufmerksamkeit richten?**

1. Auf die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins der Mitarbeiter des Staatsapparates, damit sie ihre fachliche Tätigkeit stets unter dem Gesichtspunkt der sozialistischen Umgestaltung durchführen.
2. Die Mitarbeiter des Staatsapparates müssen von dem Bewußtsein erfüllt sein, daß die Volksmassen die Träger des gesellschaftlichen Fortschritts sind. Deshalb ist die Teilnahme der Massen an der Leitung von Staat und Wirtschaft, die Gewährleistung der demokratischen Ordnung, die enge Verbindung der Mitarbeiter des Staatsapparates mit den Massen, die sorgfältige Beachtung der Vorschläge und der Kritik der Massen von entscheidender Bedeutung.
3. Die Erhöhung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen der Gesellschaft und der Kampf um das Weltniveau auf allen Gebieten der Wissenschaft und Technik erfordern eine hohe fachliche Qualifizierung der Mitarbeiter des Staatsapparates und die Verbesserung der Organisation der Produktion im Betrieb und die weitere Entwicklung der einzelnen Industriezweige.

(Walter Ulbricht auf dem 35. Plenum des ZK der SED)

**Große Hotels**

geben in den USA dazu über, ihr Personal mit kleinen tragbaren UKW-Empfängern auszustatten. Die Gäste können ihre Wünsche dann drahtlos abgeben.

**Seit dem Jahre 1952**

sind in der Sowjetunion 20 Fernsehender gebaut worden. Weitere 40 Sender sind in Vorbereitung. Die Leistung der Sender Moskau und Leningrad soll auf 300 kW erhöht werden.

**Zwischen Italien und Spanien**

ist als erste und einzige direkte Fernsprecheinrichtung eine mit Eisenblech auf Grund der tropischen Klimaerhältnisse erbaute Richtfunkverbindung zwischen Sardinien und Minorca (Entfernung 280 km) in Betrieb genommen worden. Zur Zeit enthält die Verbindung sechs Fernspreckanäle, deren Zahl auf 36 erhöht werden kann.

**Eine neue Unterwasser-Fernschanlage**

ist in der Sowjetunion entwickelt worden. Ihre Vorteile sind geringes Gewicht (der Unterwasserstiel wiegt 80 kg) und hohe Empfindlichkeit der Richtöhre, die die Arbeiten in großen Tiefen bei schwachem Licht ermöglicht.

**In Berlin starb Dr. Kurt Stille,**

der am 1. 9. 1918 ein grundlegendes Patent für Magneton anmeldete. Er gehörte zu den bedeutendsten deutschen Erfindern und hat insgesamt 480 Patente angemeldet.

**Wie aus westlichen Pressemitteilungen hervorgeht,**

hat der englische Premierminister MacMillan im Unterhaus erklärt, daß staatliche Stellen auch in Zukunft bereit sind, private Ferngespräche zu überweisen. Er war durch den Bericht eines Sonderausschusses über einen bereits längere Zeit zurückliegenden Vorgang zu dieser Feststellung veranlaßt worden. Es handelt sich darum, daß ein Ferngespräch zwischen einem Rechtsanwalt und seinem angeklagten Klienten abgehört und auf Grund aufgenommen worden war. Der Rechtsanwalt wurde daraufhin durch die Anwaltskammer ausgeschlossen. Aus dem Bericht geht ferner hervor, daß die Polizei laufend eine große Anzahl privater Ferngespräche abgehört hatte.

**Die Pariser Nationalbibliothek**

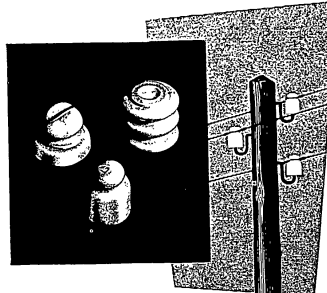
will demnächst ein Postkartencommunum eröffnen. Es soll die Geschichte der Postkarte von ihren Anfängen bis zur Gegenwart auf der gesamten Welt darstellen.

**Wir fertigen:**

- Isolatoren:** für Fernmelde-Niederspannungs- u. Hochspannungs-Freileitungen
- Isolierteile:** Pfeifen, Tüllen, Rollen und Einführungen
- Verbindungsbauteile:** Klemmen, Klemmsocle und Klemmleisten
- Abzweigbauteile:** Abzweigdosen, Abzweigringe und Abzweigsocle
- Tragkörper:** für hochohmige Widerstände
- Sonstige Widerstandskörper:** für Schaltanlagen
- Akkuporzellane:** Akkumulatoren-Untersätze und Verschraubungen



**VEB Porzellanwerk Kloster Veilsdorf**  
Veilsdorf/Werra  
Ruf: Hildburghausen 113 und 471



**Fernmelde-Isolatoren** nach DIN 48140

**Niederspannungsfreileitungs-Isolatoren** nach DIN 48150

**Schäkel-Isolatoren** nach DIN 48154

**Installations-Porzellane**

m Bedarfsfälle bitten wir um Ihre Anfragen

**VEB PORZELLANWERK AUMA - Auma/Thür.**



*Eure Trisur sieht gut aus...*



Nimm auch auch BRILLITIX Frisiercreme Sie hält und glänzt wunderbar.

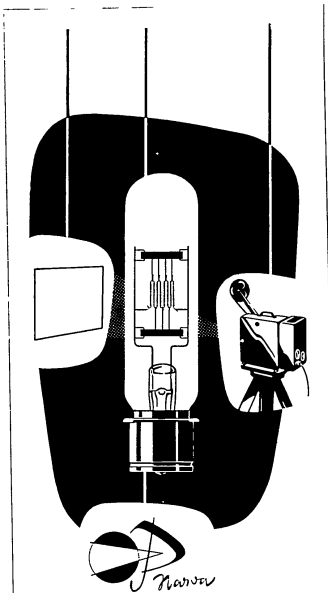
EIN *Rischala* ERZEUGNIS

**Produktions-Genossenschaft des Kleinsengewerbes „Neuer Weg“**

Steinbach-Hallenberg · Ruf 361

Messestand Leipzig: Handelshof, Straße des Handwerks  
Stand 412 links

- Wirtschaftswerkzeuge*
- Maniküren
  - Kleinsisenwaren



### Schmalfilmlampen

sollen besonders hohe Leuchtdichte, kleinste Toleranzen in den Abmessungen und genaueste Justierung des Leuchtkörpers sowie geringen Abstand des Leuchtkörpers von der Kolbenwand aufweisen. Dazu ist Betriebssicherheit ein unbedingtes Erfordernis! Diese Eigenschaften besitzen unsere Schmalfilmlampen in höchstem Maße. Sie sind in verschiedenen Typen den gebräuchlichen Schmal- und Normalfilmlampen entsprechend lieferbar.

Bitte fordern Sie unsere Druckschrift!



VEB Glühlampenwerk Plauen i.V.

**Zeit gespart**

**FW6**

**VEB FARBFABRIK WOLFEN**

**SCHACHBÜCHER**  
von internationaler Bedeutung

**WASSILI SMYSLOW**  
**Ausgewählte Schachpartien**  
63 der besten Partien und Schlusspiele versehen mit ausführlichen Anmerkungen. 198 Seiten, Hft. 4,50 DM

**ALEXANDER KOTOW**  
**Das Schacherbe Ajedjisch**  
Eine Arbeit des sowjetischen Großmeisters Kotow über das Werk des genialsten Schachmeisters aller Zeiten (Eröffnungstheorie, Kombination, Taktische Schlüsse, Königsmittler, Bauernopfer für Initiative u. v. a.) 480 Seiten, Hft. 6,50 DM

**111 sowjetische Schachpartien**  
Herausgegeben v. Heinz Machatschek 328 S., Hft. 7,40 DM. „Der Weltmeister und seine Gänge im Blickpunkt kritischer Betrachtung!“ (General-Anzeiger der Stadt Wuppertal)

**Weltmeisterschaftsturnier 1957**  
**Botwinnik - Smyslow**  
Herausgegeben v. Heinz Machatschek und Hermann Mahaupt. Enthält die von sowjetischen Großmeistern kommentierten 20 Partien der 24. Weltmeisterschaft sowie eine allgemeine Betrachtung zu diesem Turnier von Großmeister Bronstein und eine feuilletonistische Betrachtung des Turniers. 92 Seiten, brosch. 2,60 DM

**SPORTVERLAG BERLIN W 8**



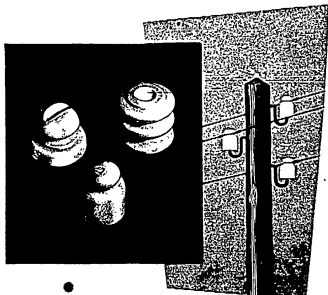
**Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen**  
**HERAUSGEBEN VON DER DEUTSCHEN POSTWERBUNG**  
3. Jahrgang      Leipzig, Februar 1958      Heft 2

# DIE DEUTSCHE



# POST





**Fernmelde-Isolatoren** nach DIN 48140  
**Niederspannungsfreileitungs-Isolatoren** nach DIN 48150  
**Schäkel-Isolatoren** nach DIN 48154  
**Installations-Porzellane**  
 Im Bedarfsfalle bitten wir um Ihre Anträge

**VEB PORZELLANWERK AUMA · Auma/Thür.**

**ELEKTROTECHNIK**

Wir konstruieren und fertigen in unserer Sparte **ELEKTROTECHNIK** Elektr. Ausstattungen u. Schaltanlagen für alle Industriezweige

**Schalt-Steuer-Schranke**  
**Tafeln**  
**Gerüste**  
**„Pulte“**  
**„Tische“**  
**Geräte**

Spezial-Mech. und Feinmechanik

**Widerstandsbau**

**Fest-, Schriebe- u. Drehwiderstände** nach DIN 41481/82 und in Sonderausführung

**Verschalt-Loch-Regel- Lade-Spannungsteiler** Handbetätigte

**Verdunklungsregler**

Elektrische Spezial-Ausstattungen für Fest-, Rohr- u. Seilfahrzeuge

**VEB Bahn-Sicherungs- und Gerätebau**  
 Berlin N 54, Fehrbelliner Straße 47

*Wir fertigen*

**Sprechkapsel W 28**  
 in OB und ZB

**Sprechkapsel W 57**  
 mit Großoberflächenmembrane wasserdicht, DGM

**Hausfernsprecher**

**Torfernsprecher**

**Netzspeisegeräte**

**Bauteile für Nachrichtengeräte**

Zur  
 Beratung: Maria  
 Hülle 48  
 Obergieschäft  
 Stand 035

**GERHARD SCHMITT**  
 Telefonbau · SCHWEINITZJELSTER  
 Ruf Jessen 4 45

**Schöne**

**Spezialbinden**  
 für  
**Korrosionsschutz**  
 und vorübergehenden Kabelschutz  
 Kabelwickelband

**Fertigbandage**  
 für den  
**Mastenschutz**  
 in verschiedenen Längen

Ihre Wünsche erbeten an

**C. F. Schöne, Großbröhrsdorf OIL**  
 Postfach 42

**INHALT**

Seite

**KALSKI/ROSENMÜLLER:** Wie können wir den sozialistischen Wettbewerb bei der Deutschen Post verbessern? 17

**TRETSCH/RAUHUT:** Erkennen von Postparbuchsungen . . . . . 19

**GOLLNICK:** Adermacher und Fehlersuchpule . . . . . 24

**GROH:** Die Verbesserung des Vertriebs ausländischer Presseerzeugnisse in der Deutschen Demokratischen Republik 28

**HILLE:** Zentrale Ökonomische Konferenz der Hauptverwaltung Fernmeldewesen . . . . . 30

**HILLE:** Eine Stadt stirbt — und lebt . . . . . 31

**REGENT:** Bewegliche Funkdienste . . . . . 33

**MATTHES:** Was ist der Begriff, und wie wird er bestimmt? 42

**IBSCH:** Station für das Ausleihen von Geräten für den Fernmeldebau . . . . . 45

**ADLER:** Welche Arbeitsverhältnisse werden innerhalb der Deutschen Post durch Berufung begründet? . . . . . 46

**WERNER:** Wie geht es im Zustelldienst weiter? . . . . . 48

Unser Titelbild: Kabelgenusslinie (zum Bericht über die Zentrale Ökonomische Konferenz der HVV Fo) (Aufn. Menzel) Leipzig

© Götteschen 581

Herausgegeben von der Deutschen Postverwaltung, Redaktion „Die Deutsche Post“, Leipzig S 2, Gustav-Freytag-Str. 43—45, Fernsprecher 208 05. Verantwortlich: Horst Hille, Satz und Druck: VEB Graphische Werkstätten Leipzig III 1839. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Deutsche Postverwaltung, Berlin O2, Magazinalstraße 8—11. Zur Zeit ist die Anzeigepreisliste Nr. 1 gültig. Die Zeitschrift „Die Deutsche Post“ erscheint monatlich einmal. Bezugsbedingungen: Vorauspreis für Postauslieferung vierteljährlich 1,50 DM. Preis für andere Besteller vierteljährlich 2,40 DM. Bestellungen nehmen die zuständigen Postzustellungsvertriebe entgegen.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdrucke — auch auszugsweise — nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Retrace und Reproduktionen mit voller Quellenangabe zulässig. Veröffentlicht unter der Lizenznummer ZLN 6120 des Ministeriums für Kultur der Deutschen Demokratischen Republik.

**TSCHE POST**  
**AS POST- UND FERNMELDEWESEN**  
**ON DER DEUTSCHEN POSTVERBUND**

Januar 1958 Heft 2

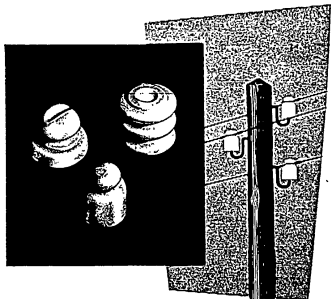
**istischen Wettbewerb Post verbessern?**

ER, Zentralvorstand der IGPF, Berlin

assen. Es wäre jedoch falsch, aus dieser Tatsache zu schließen, daß der Wettbewerb bei uns gut entwickelt und alles in Ordnung sei. Trotz guter Erfolge gab es jedoch eine Reihe von Erscheinungen, die teilweise die schöpferische Initiative unserer Kollegen behinderten.

So wurden z. B. die Richtlinien und Grundsätze des Zentralvorstandes und des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen ihrerseits starre Übernahme einer Reihe von Ämtern zu ihrem bürokratischen Hemmnis. Die Kollegen verlangen mit Recht, daß sie mit ihren Gewerkschaftsleitungen in ihrem Amt über Inhalt und Form des sozialistischen Wettbewerbs entscheiden können; denn es ist ihr Wettbewerb, ihre eigene Sache. Diese sehr richtigen Forderungen unterstützen wir vollinhaltlich. Zur inneren Triebkraft unserer weiteren Entwicklung am der sozialistische Wettbewerb nur dann werden, wenn er in jeder dogmatischen Fessel freigehalten wird, wenn er nicht die Formel einer Verfügung oder Anweisung eingeengt wird. Ein weiteres noch nicht ganz überwundene Schwäche in einigen intern ist die Gleichmächerei in der Festimmung der Leistungen in Wettbewerb. Wir sind uns völlig im klaren darüber, daß eine Gleichmächerei im Wettbewerb das Interesse der Kolleginnen und Kollegen an der Verbesserung ihrer Leistungen, für die Anwendung neuer Arbeitsmethoden hemmt. Im Hauptpostamt Leipzig N 18 — um ein Beispiel zu nennen — ist der Wettbewerb nicht ein Ausdruck der Aktivität der Kollegen, sondern mehr der weniger der Bedingungen. Hier verringert sich die Höhe der Prämie, wenn die Anzahl der Teilnehmer, die die Wettbewerbsbedingungen erfüllen, steigt. Anstatt real und den ökonomischen Aufgaben des Amtes entsprechende Bedingungen zu schaffen, bei deren Erfüllung eine namhafte Prämie winkt, trägt man eine gewisse Unsicherheit hinein. Ungeachtet dessen, daß ist einer derartigen Methode das Prinzip der gegenseitigen anerkennenden Hilfe verletzt wird, haben auch die Kollegen bei einer solchen Grundfrage kein Interesse, den zurückgebliebenen Kollegen zu helfen. Im Punkamt Dresden besteht die Tendenz, möglichst recht viele Kollegen zu prämiieren, und zwar auch auf die Gefahr hin, daß die Prämie nur noch ein Scheingeld darstellt. So hat z. B. eine Reinigungsabteilung gerade ich schreibe ganze 14,— DM Prämie erhalten. Hat dieses Gezeu wirklich noch etwas mit dem Prinzip der materiellen Interessiertheit zu tun? Natürlich nicht, vielmehr müssen solche Erscheinungen grundsätzlich aus unserer Wettbewerbsarbeit verdrängt werden.

Welche Lehren und Schlussfolgerungen haben wir aus den geäußerten sozialistischen Wettbewerben, vor allem des Wett-



Fernmelde-Isolatoren nach DIN 48140

Niederspannungstreilungs-Isolatoren nach DIN 48150

Schäkel-Isolatoren nach DIN 48154

Installations-Porzellane

Im Bedarfsfalle bitten wir um Ihre Anfragen

VEB PORZELLANWERK AUMA · Auma/Thür

Wir fertigen

Sprechkapsel W 28 in OB und ZB

Sprechkapsel W 57 mit Großoberflächenmembrane wasserdicht, DGM

Hausfernsprecher

Torfernsprecher

Netzspeisegeräte

Bauteile für Nachrichtengeräte

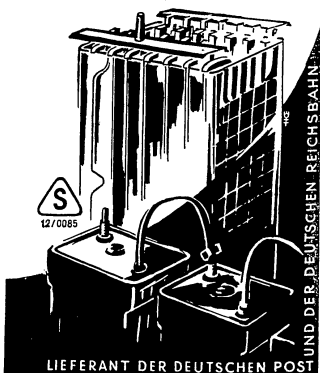
Zur Fertigung: Manier-Hölle 18, Obergrünthal, Sond. 837

GERHARD SCHMITT Telefonbau · SCHWEINITZ/ELSTER Ruf Jessen 445

**STOHN**  
**AKKUMULATOREN**  
*stationär und transportabel*

AKKUMULATORENFABRIK  
**STOHN & CO. KG**  
 TAUBENHEIM OL.

FERNRUF 216 AMT NEUSALZA-SPREMBERG • TELEGRAMM-KURZANSCHRIFT: STOHNAKKU TAUBENHEIM OBERLAUSITZ



LIEFERANT DER DEUTSCHEN POST  
Zur Technischen Messe in Leipzig im Haus der Elektrotechnik Nr. 10, I. Obwegershof, Stand 940



# DIE DEUTSCHE POST

ZEITSCHRIFT FÜR DAS POST- UND FERNMELDEWESEN  
HERAUSGEGEBEN VON DER DEUTSCHEN POSTWERBUNG

3. Jahrgang

Leipzig, Februar 1958

Heft 2

## Wie können wir den sozialistischen Wettbewerb bei der Deutschen Post verbessern?

Von Heinz KALSKI und Kurt ROSENMÜLLER, Zentralvorstand der IGPF, Berlin

Unter sozialistischen Produktionsverhältnissen ermöglicht das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln die Beschäftigung der Ausbeutung, der unmittelbar gesellschaftliche Charakter der Arbeit die volle Entfaltung der schöpferischen Kräfte der Werktätigen. Lenin sagte hierzu: „Der Sozialismus entsteht keineswegs den Wettbewerb, im Gegenteil, er schafft erstmalig die Möglichkeit, ihn wirklich auf breiter Grundlage, wirklich im Massenumfang anzuwenden, die Mehrheit der Werktätigen wirklich auf ein Tätigkeitsfeld zu führen, auf dem sie sich hervortun, ihre Fähigkeiten entfalten, jene Talente offenbaren können, die das Volk, einem unversiegbaren Quell gleich, hervorbringt und die der Kapitalismus zu Tausenden und Millionen zertreten, niedergehalten und erdrückt hat.“

Für den Aufbau des Sozialismus ist der Wettbewerb eine objektive Notwendigkeit. Der Sozialismus kann nur durch die Tätigkeit der Millionen Werktätigen erbaut werden. Diese aktive Tätigkeit findet ihre organisierte Form im sozialistischen Wettbewerb, der deshalb zur Triebkraft der sozialistischen Entwicklung wird. Der sozialistische Wettbewerb ist ein ständig wirkender Faktor zur Entwicklung der sozialistischen Produktivkräfte, zur Steigerung der Arbeitsproduktivität. Er ist in allen sozialistischen Ländern objektiv vorhanden. Seine Formen entstehen nicht in den Köpfen der Menschen, sondern im Produktionsprozeß. Er spiegelt objektive, unbedingte, sich wiederholende Beziehungen der Menschen im sozialistischen Produktionsprozeß wider. Um das natürliche Wettstreben bewußt mit den jeweiligen ökonomischen Hauptaufgaben zu verbinden, auf die Erfüllung des Planes zu orientieren und es im Massenumfang zu organisieren, ist die leitende und organisierende Tätigkeit der Partei, des Staatsapparates und der Gewerkschaften erforderlich. Den sozialistischen Wettbewerb organisieren, heißt vor allem mit den Massen arbeiten, konkrete Ziele festlegen, die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins fördern und die besten Erfahrungen fördern. Darum ist auch das Grundprinzip des sozialistischen Wettbewerbs die kameradschaftliche Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe.

Wenn wir im Ergebnis des Wettbewerbs zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution feststellen, daß gegenwärtig 77308 Kolleginnen und Kollegen unseres Wirtschaftsbezuges im innerbetrieblichen Wettbewerb stehen, so sind dieser Stand und diese Aktivität gut. Wir haben auch in den vergangenen Jahren bereits große Anstrengungen unternommen, um die Wettbewerbsführung, die Methodik ihrer Auswertung zu vereinfachen und den Gegebenheiten unseres Wirtschaftsbezuges, unserer einzelnen Ämter und Betriebe anzupassen.

Es wäre jedoch falsch, aus dieser Tatsache zu schließen, daß der Wettbewerb bei uns gut entwickelt und alles in Ordnung sei. Trotz guter Erfolge gab es jedoch eine Reihe von Erscheinungen, die teilweise die schöpferische Initiative unserer Kollegen behinderten.

So wurden z. B. die Richtlinien und Grundsätze des Zentralvorstandes und des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen durch deren starre Übernahme in einer Reihe von Ämtern zu einem bürokratischen Hemmnis. Die Kollegen verlangen mit Recht, daß sie mit ihren Gewerkschaftsleistungen in ihrem Amt selbst über Inhalt und Form des sozialistischen Wettbewerbs entscheiden können; denn es ist ihr Wettbewerb, ihre eigene Sache. Diese sehr richtigen Forderungen unterstützen wir vollinhaltlich. Zur inneren Triebkraft unserer weiteren Entwicklung kann der sozialistische Wettbewerb nur dann werden, wenn er von jeder dogmatischen Fessel freigehalten wird, wenn er nicht in die Formel oder Verfügung oder Anweisung eingemengt wird. Eine weitere noch nicht ganz überwundene Schwäche in einigen Ämtern ist die Gleichmachers in der Prämierung der Leistungen im Wettbewerb. Wir sind uns völlig im klaren darüber, daß eine Gleichmacherei im Wettbewerb das Interesse der Kolleginnen und Kollegen an der Verbesserung ihrer Leistungen, für die Anwendung neuer Arbeitsmethoden hemmt. Im Hauptpostamt Leipzig N 18 — um ein Beispiel zu nennen — ist der Wettbewerb nicht ein Ausdruck der Aktivität der Kollegen, sondern mehr oder weniger der Bedingungen. Hier verringert sich die Höhe der Prämie, wenn die Anzahl der Teilnehmer, die die Wettbewerbsbedingungen erfüllen, steigt. Anstatt reale und den ökonomischen Aufgaben des Amtes entsprechende Bedingungen zu schaffen, bei deren Erfüllung eine namhafte Prämie winkt, trägt man eine gewisse Unsicherheit hinein. Ungeachtet dessen, daß mit einer derartigen Methode das Prinzip der gegenseitigen kameradschaftlichen Hilfe verletzt wird, haben auch die Kollegen bei einer solchen Grundlage kein Interesse, den zurückgebliebenen Kollegen zu helfen. Im Funkamt Dresden besteht die Tendenz, möglichst recht viele Kollegen zu prämiieren, und zwar auch auf die Gefahr hin, daß die Prämie nur noch ein Taschengeld darstellt. So hat z. B. eine Reinigungsprämie sage und schreibe ganze 14,— DM Prämie erhalten. Hat diese Gebaren wirklich noch etwas mit dem Prinzip der materiellen Interessiertheit zu tun? Natürlich nicht, vielmehr müssen solche Erscheinungen grundsätzlich aus unserer Wettbewerbsarbeit verschwinden.

Welche Lehren und Schlußfolgerungen haben wir aus den geführten sozialistischen Wettbewerben, vor allem des Wett-

bewerbs zu Ehren des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, gezogen?

1. In den Ämtern und Betrieben, in denen die Gewerkschaftsleitungen den Arbeitern und Angestellten die Probleme des sozialistischen Aufbaus erklären, ist auch eine große Bereitschaft und Aktivität zu verzeichnen.
2. Die Erfolge des sozialistischen Wettbewerbs hängen von der Aktivität der unteren Gewerkschaftsleitungen, von der Aktivität der Vertrauensleute und der AGL, ab. Dabei gilt es, die materielle Interessiertheit zu wecken, die Prämie darf kein Taschengeld darstellen.
3. Der sozialistische Wettbewerb darf nicht um des Wettbewerbs willen organisiert werden. Er muß vielmehr auf die ökonomischen Hauptaufgaben des Amtes orientiert sein. Ohne konkretes Ziel ist ein Wettbewerb wertlos.
4. Beim Organisieren und Führen des sozialistischen Wettbewerbs kommt es darauf an, die Erfahrungen der Neuerer und Staatshelfer auszuwerten. Es geht nicht ausschließlich darum, hohe Einzelleistungen zu erzielen, sondern durch die kameradschaftliche Hilfe der Besten gegenüber den im Wettbewerb noch Zurückgebliebenen einen allgemeinen Aufschwung zu erreichen.
5. Das Auswerten der Wettbewerbsergebnisse ist keine Angelegenheit der Abteilung Arbeit allein. Dies muß in Mitglieverversammlungen und Produktionsberatungen, in den Abteilungen bzw. Dienststellen geschehen. In den Brigaden und Dienststellen ist die Selbstkontrolle der Wettbewerbsteilnehmer über die Wettbewerbsergebnisse untereinander zu entwickeln.

Wie soll es nun 1958 im sozialistischen Wettbewerb weitergehen? Vor allem kommt es jetzt darauf an, die im Wettbewerb zum 40. Jahrestag entwickelte Initiative beizubehalten, die dabei gesammelten Erfahrungen gemeinsam mit allen Postlern auszuwerten und somit gute Voraussetzungen für das Jahr 1958 zu schaffen. Im Massenwettbewerb gilt es, solche Bedingungen und Voraussetzungen zu schaffen, daß jedes Amt bzw. jeder Betrieb um eine zentrale Wanderfahne kämpfen kann (Ministerial- oder Fachministerium). Die zentralen Bedingungen zur Auswertung im Wettbewerb werden grundsätzlich überarbeitet und vereinfacht. Die bisherige Form des Teiles C der Wettbewerbsbedingungen entspricht nicht mehr unserem Entwicklungsstand und wird daher geändert. Die starre Form der Fragen dieses Berichtsbogens (Wieviel Kräfte nehmen an innerbetrieblichen Wettbewerbs teil? Prozent zur Bezugsgröße? Wieviel Kräfte stehen im Wettbewerb nach Berufen?) führen zu einer Zahlenakrobatik, zu einer Zahlenhaserei, ohne den Inhalt, das Niveau des sozialistischen Wettbewerbs widerzuspiegeln. Aus diesem Grunde entstand auch in vielen Ämtern und Betrieben die Meinung, der Teil C sei eine „Fahrkarte oder Eintrittskarte“ für die Teilnahme des Amtes an der Endauswertung. Wir brauchen aber keine „Eintrittskarte“, sondern wir wollen einen sozialistischen Wettbewerb führen, an dem unsere Postler aus innerer Überzeugung teilnehmen und alle ihre Kräfte einsetzen. Aus diesem Grund sind wir der Meinung, daß der Teil C im Berichtsbogen für den Massenwettbewerb gestrichen wird. Dafür ist individuell die Aktivität der Kollegen im Wettbewerb, sein Inhalt und sein Niveau sowie die Führungstätigkeit der gewerkschaftlichen Leitungen einzuschätzen. Nicht die Zahlen sind das Entscheidende, sondern die bewußte Beteiligung der Kollegen und die damit erreichten Ergebnisse sowohl auf politischem wie auch auf ökonomischem Gebiet. Das verlangt von allen gewerkschaftlichen Leitungen ein großes Verantwortungsgefühl und selbständiges Handeln.

Die zentralen Bedingungen müssen so einfach und verständlich gestaltet sein, daß sie jeder Wettbewerbsteilnehmer versteht. Auch die Grundsätze für Einzel- und Kollektivverpflichtungen und deren Grundlage sowie die derzeitige Form des innerbetrieblichen Wettbewerbs entsprechen nicht mehr unserem derzeitigen Entwicklungsstand. Wir wollen damit nicht sagen, daß unsere Wettbewerbe wirklichkeitsfremd sind; aber sie werden mit viel Papier und Aufwand durchgeführt.

Durch den Beschluß des Bundesverbandes des FDGB vom Februar 1957, durch die Anordnung Nr. 4 und auf der 6. Zentralvorstandssitzung wurde bereits die Orientierung gegeben, wie der Wettbewerb einfacher gestaltet und mit den wirklichen Aufgaben im Amt verbunden werden kann. Wir sind der Auffassung, daß sich der Wettbewerb nicht in einen zentralen Rahmen pressen läßt. Nicht die Vielzahl der Wettbewerbsformen, auch nicht die Beteiligung an mehreren Wettbewerben zur gleichen Zeit bringen den größten Erfolg. Vielmehr ist es die Aufgabe der betrieblichen Gewerkschaftsleitungen, für jeden Arbeitsplatz den ökonomisch zweckmäßigsten Wettbewerb zu suchen und durchzuführen.

Wie sieht es aber zur Zeit aus? Während im Postwesen durch die Abschaffung der Brigaden im Zustelldienst dieses Prinzip verwirklicht wurde, gibt es in vielen Fernmeldeämtern immer noch die Situation, daß im Fernmeldebau (wo kollektive Leistung und Abrechnung vorhanden sind) sowohl der Einzelwettbewerb nach Berufen als auch der Brigadewettbewerb durchgeführt wird. Im Fernsprechermittlungsdienst, wo die Einzelleistung erfaßbar und meßbar ist, werden ebenfalls beide Wettbewerbsformen angewandt. Diese Methode ist nicht richtig; denn jeder Wettbewerbsteilnehmer bringt ja nur einmal die Leistung. In der zweiten Wettbewerbsform werden dieselben Leistungen statistisch nochmals erfaßt.

Wie müssen wir dies nun verändern, und welche Wettbewerbsformen sind am zweckmäßigsten? Wir schlagen vor, daß neben den auf gestrichelter Grundlage beruhenden Staatsauszeichnungen wie „Aktivist des Fünfjahresplanes“, „Verdienter Aktivist“, „Verdienter Meister“ usw. unter anderem der Titel „Bester Facharbeiter“ nur noch in folgenden Berufsgruppen verliehen werden soll: Annahmedienst — Briefzusteller — Zeitungszusteller — Verkäufer PZV — Telefonistin — Telegrafistin. Der Titel „Brigade der besten Qualität“ sollte nur noch im Fernmeldebau und in den BWK verliehen werden. Die Ämter und Betriebe müssen selbst entscheiden können, ob auch in anderen Berufsgruppen (z. B. im Entzerrungsdienst, in der Paketzustellung usw.) neben der innerbetrieblichen Prämierung im Wettbewerb auch der innerbetriebliche Titel verliehen werden soll. Wir vertreten die Auffassung, daß für diese Gruppen keine zentralen Berufstitel geschaffen werden sollen. Über einen längeren Zeitraum erzielte Leistungen im sozialistischen Wettbewerb sind mit Staatsauszeichnungen wie mit der „Medaille für ausgezeichnete Leistungen im Wettbewerb“ anzuerkennen.

Wir möchten betonen, daß diese Zeilen einige Gedanken enthalten, die zwar noch nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erheben, die aber die Grundlage für eine Diskussion zur Verbesserung der Wettbewerbsarbeit in den Ämtern und Betrieben der Deutschen Post geschaffen haben sollen. Es kommt jetzt darauf an, in den Gewerkschaftsgruppen und in den Produktionsberatungen diese Gedankengänge aufzugreifen und kritisch in jedem Amt, in jeder Dienststelle die ökonomisch zweckmäßigste Form des sozialistischen Wettbewerbs anzuwenden. Dies wird mit helfen, den sozialistischen Wettbewerb weiter zu verbessern, die der Deutschen Post gestellten Aufgaben noch besser zu erfüllen und damit einen Baustein für die weitere Verbesserung unserer Lebenslage beizutragen.

## Erkennen von Postspargbuchfälschungen

Von Dr. Wolfriedrich TRETSCH und Günter RAUHUT, Potsdam

*In der letzten Zeit sind häufiger Fälle von Postspargbuchfälschungen festgestellt worden, bei denen die Täter auf die verschiedenste Weise ein erhöhtes Guthaben vorgeliegt haben. Einzelne sind sehr geschickt vorgegangen, andere jedoch haben plump gearbeitet; erkannt worden ist bisher jedoch fast Postspargbuchfälschung. Theoretisch wäre es auch nicht denkbar, Postspargbuchbetrieuren so zu verzeichnen, daß sie über einen längeren Zeitraum unerkannt bleiben.*

### Einführung

Leider mußte in den letzten zwei Jahren festgestellt werden, daß Fälschungen von den im Postspargkassendienst tätigen Mitarbeitern vielfach nicht bemerkt worden sind. Im Regelfall hat erst das Postspargkassennetz bei Überprüfung der eingesandten Ein- und Auszahlungsbögen festgestellt, daß Unterschiede auf dem Konto vorhanden waren, deren Aufklärung dann eingeleitet wurde. Eine Überprüfung des Organisationsablaufes des Postspargkassennetzes durch eine vom Ministerium für Post- und Fernmeldewesen eingesetzte Prüfguppe hat die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß nicht gesteckte Konten in der technisch schnellsten Weise festgestellt und weitergemeldet werden. Die Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten beim Postspargkassennetz hängt aber auch wesentlich davon ab, wie schnell die bei den Postanstalten aufkommenden Belege des Postspargkassendienstes dem Postspargkassennetz zugeführt werden. Demnach ist es nicht nur Aufgabe des Postspargkassennetzes, so schnell wie möglich Fehler zu ermitteln, sondern es hängt vor allem von der Arbeit aller Beteiligten ab, durch schnelles Zuführen der Belege des Postspargkassendienstes dazu beizutragen, daß Betrügerinnen rechtzeitig erkannt werden können.

Bei der Untersuchung der meisten Postspargbuchbetrieuren hat sich gezeigt, daß die Kollegen des Annahmedienstes die Fälschungen, durch die erhöhte Guthaben vorgeliegt worden sind, bei sorgfältiger Prüfung der Postspargbücher hätten erkennen können. Vielfach bedurfte es keiner rechtshaltigen Zifferführung, um die Fälschungen zu bemerken. Das sicherste Mittel, sie festzustellen, ist ein gedanklicher Vergleich mit den echten Eintragungen in einem Postspargbuch. Dies geschieht jedoch sehr oft nicht. Trotzdem sich bei der Arbeit das Bild echter Stempelabdrücke usw. unwillkürlich einprägt, wird auf die Ordnungsmäßigkeit des vorgelegten Postspargbuches und der darin enthaltenen Eintragungen kaum geachtet. Diese Erscheinung wird dadurch begünstigt, daß der Prozentsatz der Fälschungen im Postspargkassennetz gegenüber den echten Eintragungen außerordentlich gering ist. Sehr oft haben erfahrene Mitarbeiter, die schon jahrelang Schalterdienst verrichten, noch keine Fälschung vorgelegt erhalten. Aber auch in besonders gefährdeten Postanstalten werden dem einzelnen Mitarbeiter kaum mehr als 2 bis 3 Fälschungen im Jahr vorgelegt. Bedenkt man dagegen, daß an einem Tage durchschnittlich 20 bis 40 Buchungen vorzunehmen sind, so kann man daraus ersehen, daß die tägliche Arbeit zur Gleichgültigkeit gegenüber Fälschungen verleiten kann.

So hat z. B. beim Hauptpostamt Potsdam eine Schalterangestellte eine ziemlich plumpe Fälschung abgeschrieben. Die Fälscherin hat das erschwirfelte Geld durchgebracht. Auch sonst besteht keine Aussicht, von ihr jemals eine Schadensdeckung zu erlangen. Aus diesem Grunde hat die Konfliktkommission die Postangestellte zum Ersatz des Schadens verpflichtet. Auf eine Anfechtungslage hat das Kreisverwaltungsgericht die Entscheidung der Konfliktkommission bestätigt und in den Urteilsgründen ausgeführt, daß die Kollegin schuldhaft ihre Prüfpflichten vernachlässigt habe, ordnungsgemäß habe arbeiten können und deshalb Schadensersatz leisten müsse. Diese Entscheidung ist rechtmäßig.

Abgesehen von der materiellen Verantwortlichkeit der Mitarbeiter im allgemeinen darf nicht vergessen werden, daß durch Fälschungen beim Prüfen der Postspargbücher unserem Staat erheblicher Schaden entstehen kann.

Eine gute Anleitung bei der Arbeit im Postspargkassennetz bietet die ADA V, 5, die in § 16 unter der Überschrift „Sicher-

heitsmaßnahmen“ die Prüfungen festlegt, die vor der Buchung der Kontenveränderung im Postspargbuch vorgenommen werden müssen. Die Prüfbestimmungen sichern ein vollständiges Erkennen der Fälschungen. Das Einhalten dieser Bestimmungen schützt unseren Staat und auch die im Postspargkassennetz tätigen Mitarbeiter vor Vermögensschäden. Es liegt also im eigenen Interesse jedes Kollegen, sich mit den Bestimmungen der Dienstweisung vertraut zu machen.

Um die Arbeit bei der Prüfung der Postspargbücher zu erleichtern, soll nachstehend ein Überblick über die häufigsten Arten und Methoden der Fälschungen gegeben werden. Ihre Kenntnis soll dazu befähigen, die Fälschungen bereits bei Vorlage des Postspargbuches am Schalter erkennen zu können.

Die Darstellung der Fälschungsmethoden ersetzt nicht das Studium und die Kenntnis der einzelnen Dienstwerke. Ihre Bestimmungen sollen lediglich veranschaulicht und ergänzt werden.

### Fälschungsmethoden und ihre Erkennbarkeit

#### Allgemeines

Grundsätzlich sei zunächst betont, daß die Methoden der Fälschungen nicht erschöpfend aufgezählt werden können; denn es läßt sich nicht vorausschauend sagen, welche Methoden Verbrecher anzuwenden beabsichtigen und welche chemischen oder mechanischen Mittel sie sich bei der Durchführung ihrer Pläne bedienen werden. Deshalb ist es Aufgabe des Postüberwachungsamtes, laufend die neuesten Fälschungsarten zu erkennen, die Fälle auszuwerten und damit einem möglichst großen Kreis von Mitarbeitern zur Kenntnis zu bringen. Ferner hat dieser Dienstzweig Wege zu suchen, derartige Betrügereien unmöglich zu machen.

In den bisherigen Untersuchungen hat sich gezeigt, daß kaum ein Fall den anderen gleicht. Trotzdem sind verschiedene Hauptgruppen der Fälschungen festzustellen, die im folgenden einzeln behandelt werden sollen. Vergessen werden darf jedoch nicht, daß die Postspargbuchfälscher verschiedene Methoden beliebig kombinieren, um zu ihrem Ziel zu gelangen. Deshalb darf nicht der Fehler gemacht werden, in Zukunft auftauchende Fälschungen unbedingt in eine der nachstehend aufgeführten Gruppen einordnen zu wollen.

Der Verdacht auf Vorliegen einer Postspargbuchfälschung kann bereits beim Betrachten der Kontenbewegung kommen. Dabei unterscheidet man im allgemeinen zwei Arten, wie Postspargbuchfälscher das vorgelieferte Guthaben abzuhaken pflegen:

- a) In einem längeren Zeit bestehenden Postspargbuch, bei dem keine größeren Beträge eingezahlt oder abgeboben werden, erscheint ein verhältnismäßig hoher Betrag als Einzahlung, der dann in rasch aufeinanderfolgenden Rückzahlungen abgeboben wird. Dazu sei bemerkt, daß der Tag der scheinbaren hohen Einzahlung längere Zeit vor der Rückzahlung liegen wird. In diesen Fällen hat der Täter seit langem ein Postspargbuch und ist erst später auf den Gedanken der Fälschung gekommen.

#### Beispiel:

Ein seit Jahren bestehendes Postspargbuch zeigte Einzahlungen und Abbobungen von höchstens 100,— DM. Dann folgt plötzlich eine Einzahlung über 2000,— DM, wovon innerhalb einiger Tage Beträge von 250,— und 350,— DM abgeboben wurden.

b) In einem neuen Postparbuch erscheint als erste oder zweite Eintragung eine verhältnismäßig hohe Einzahlung, die kurz darauf fast völlig abgehoben werden soll. Hier nimmt der Täter ein Postparbuch schon mit dem Vorsatz, Fälschungen durchzuführen.

Beispiel:

Am 15. 12. 1956 wurde mit einer Einzahlung von 35,- DM ein Postparbuch ausgestellt. Schon am gleichen Tage sowie am 19. 12. und am 20. 12. wurden weitere Beträge von etwa gleicher Höhe als Einzahlungen ausgewiesen. Zwischen den Einzahlungen ist das Guthaben jeweils fast bis zur Stammeinlage abgehoben worden.

Beiden Methoden ist gemeinsam, daß der Täter schnell in den Besitz des erschwindelten Geldes kommen will.

Off geschieht es, daß nach der Fälschung - also nach der hohen Einzahlung - ein kleiner Betrag ein- oder rückgezahlt wird, um nach den gefälschten Eintragungen eine echte Eintragung zu bekommen, in der Hoffnung, daß die Schaltkräfte nur die letzte Eintragung bei den folgenden Abhebungen prüfen werden.

Aus diesen Feststellungen muß die Folgerung gezogen werden, daß Postparbücher mit auffälliger Geldbewegung besonders sorgfältig geprüft werden müssen und daß die Prüfungen der Postparbücher nicht nur bei Rückzahlungen, sondern auch bei Einlagen genau auf Fälschungen durchzusehen sind.

Zusetzen und Umbilden von Zahlen

Die einfachste Methode der Fälschung ist das Zusetzen von Zahlen (Bild 1). Der Täter läßt das Postparbuch im wesentlichen unverändert. Er verändert nur die Guthabensumme und setzt meistens bei Guthaben von 1,- bis 99,- DM in der

Hunderterterspalte eine Ziffer vor. In Einzelfällen wird auch die Spalte für Einlagen in der gleichen Weise verändert. Die wörtliche Wiederholung des Betrages wird jedoch im allgemeinen kaum ergänzt. Die Fälscher rechnen mit der Möglichkeit, daß eine Überprüfung dieser Spalte bei der Auszahlung nicht erfolgen wird. Manchmal werden auch die Betragangaben in Spalte 2 des Postparbuches von den Fälschern ergänzt. Ein besonders deutliches Beispiel hierfür bildet die wörtliche Wiederholung des Übertragungsbetrages in Bild 2. Hier hat der Täter dem tatsächlich vorhandenen Guthaben von 16,- DM eine 6 vorgesetzt. Damit in der wörtlichen Wiederholung die Zahl „Sechzehn“ nicht auffiel, hat er dafür ein „H“ geschrieben. Entweder hat der auszahlende Schaltkräftige den Übertrag überhaupt nicht geprüft oder der Täter hat tatsächlich den gewünschten Eindruck, es sei ein längeres Wort in Buchstaben wiederholt worden, erreicht.

Ein weiteres Mittel, höhere Guthaben vorzutäuschen, ist die Änderung vorhandener Zahlen. So lassen sich beispielsweise die Ziffern 7 leicht in 9 und 1 in 4 umbilden. Bei derartigen Fälschungen werden meist keine weiteren Veränderungen im Postparbuch vorgenommen. Hierbei wird lediglich damit gerechnet, daß der Schaltkräftige das ihm vorgelegte Postparbuch nicht genau überprüft.

Die geschilderten beiden einfachsten Arten der Fälschung lassen sich meist sehr leicht erkennen, wenn die Kontenbewegungen nachgerechnet werden, wie dies § 16 Absatz 1 unter e der ADA V. 5 vorschreibt. Die Dienstausweisung bestimmt, daß Guthaben vom letzten Übertrag bis zur letzten Eintragung nachzurechnen seien.

Bei dieser Prüfung werden aber noch nicht die Fälle erfaßt, bei denen die Fälscher außer dem Guthaben noch die Spalten 3 und 4 verändern. Dabei zeigt sich in der Regel ein Farbunterschied zwischen den echten und den gefälschten Eintragungen. Manchmal wird, um diesen Farbunterschied zu verwischen, der echte Teil der Eintragungen vom Täter mit seiner Tinte nachgezogen. Das läßt sich leicht erkennen, weil durch das Nachziehen die echte Eintragung niemals voll verdeckt wird (Bild 3).

Bestehen Bedenken hinsichtlich der Echtheit einer Eintragung, so sind die Beträge der Ein- und Rückzahlungen mit den Angaben in Spalte 2 zu vergleichen. Die wörtliche Wiederholung des Betrages der Kontenbewegung ist am schwersten zu fälschen, weil hier neben den Tintensunterschieden noch die Abweichungen der Handschriften des Fälschers und des Schaltkräftigen der die letzte Eintragung vorgenommen hat, deutlicher zutage treten.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß derartige Fälschungen weitgehend unmöglich gemacht werden können, wenn die Annahmestellen auf diese Zahlen zu schreiben. Eine klare 1 läßt sich nicht unauffällig in eine 4 verwandeln. Das gleiche gilt für das Beispiel der 7. Außerdem müssen die Leerstriche in jeder Zeile vom Anfang der Ziffernspalten bis zur Eintragung der ersten Ziffer der Ein- oder Rückzahlung und von der letzten Ziffer dieser Betragangabe bis zur ersten Ziffer des Guthabens Betrages gezogen werden. Falsch ist es, wenn die Leerstriche nur einen Teil des ungenutzten Raumes ausfüllen. Hierdurch wird die Arbeit desjenigen, der die nächste Eintragung vorzunehmen soll, erheblich erschwert. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß viele Fälschungen der Spalte 2 unmöglich gemacht werden, wenn der hierfür zur Verfügung stehende Raum in Zeilen aufgeteilt und der ungenutzte Teil d. Feldes mit Leerstrichen versehen wird. Dies hat kürzlich ein Überwachungsbeauftragter des Bezirkes Potsdam in einem dem MPP vorgelegten Verbesserungsvorschlag angeführt.

Mechanische Veränderungen

a) Radierungen

Sehr häufig werden Postparbücher dadurch gefälscht, daß die vorhandenen Eintragungen ausradieren und durch neue ersetzt werden. In manchen Fällen radieren die Täter die Leerstriche weg (Bilder 5, 6 und 9) oder den Betrag der Rückzahlung, für den eine Einzahlung gefälscht wird (Bilder 7 und 9).

Um die Radierungen zu überdecken, werden verschiedene Methoden angewandt. Die einfachste besteht im nachträglichen Glätten der aufgerauten Rasturteile. Andere verdecken die Radierungen durch Tintenflecke (Bild 4), die, um die Täuschung zu vervollkommen, nicht nur über die Rasturteile, sondern auch über andere Stellen hinweggehen, um allgemein einen unsauberen Eindruck vorzutäuschen. Statt Tinte werden hin und wieder andere Farbstoffe oder Schmutzflecken angebracht.

In anderen Fällen versuchen die Fälscher durch Betupfen bestimmter Stellen mit Wasser (Bild 5) die vorhandenen Tinten-eintragungen auszulöschen. Eine Behandlung mit Wasser soll den Papierglanz der nicht radiierten Stellen beseitigen und die Schrift der echten Eintragungen verlaufen lassen. So wird das gesamte Buch längere Zeit in Wasser gelegt (Bild 6).

Die Wasserbehandlung kann durch ein Betupfen oder Eintauschen des Postparbuches mit bzw. in andere Flüssigkeiten ersetzt werden. Bevorzugt sind hierbei fettige Flüssigkeiten, z. B. Öl.

In einem bisher bekannt gewordenen Falle hat der Täter die radiierte Stelle überklebt. Er hat beim Ausradieren des Rückzahlungsbetrages das Postparbuch zerschnitten und die Rückstelle überklebt (Bild 7).

Ein beliebtes Mittel, die vorhandenen Leerstriche für eine Fälschung auszunutzen - sie also nicht vollständig wegzuradieren - ist die Methode, Beträge einzutragen, in denen die Ziffer 4 häufiger vorkommt.

Die Radierungen sind daran zu erkennen, daß an einzelnen Stellen des Blattes der vorhandene Papierglanz fehlt und das Papier selbst einen aufgerauten Eindruck macht. Durch Bohandeln mit Flüssigkeiten läßt sich der Papierglanz im gesamten Postparbuch beseitigen. Jedoch die Aufrauungen sind immer zu erkennen. Auch läuft die Tinte auf den Rasturteilen stets stärker aus (Bilder 3, 6 und 9).

Off wird das Argument vorgebracht, man sollte die Qualität des für Postparbücher verwendeten Papiers verbessern, um Radierungen unmöglich zu machen. Wollte man diesem Vorschlag folgen, so würde das Gegenteil erreicht werden. Auf gutem Papier läßt sich besser radieren als auf schlechtem. Auf gutem Papier sind die Radierungen sehr schwer zu erkennen. Diese Tatsache kann durch ein einfaches Experiment nachgeprüft werden. Man braucht nur zu versuchen, Tintenstriche auf Zeitungspapier und auf gutem Briefpapier wegzuradieren.

Um diese Art der Fälschungen zu erkennen, ist Vorsicht bei der Vorlage zerschlossener und unsauberer Postparbücher geboten. Bücher, die grobere Öl-flecken oder zerliefene Schrift aufweisen oder im Wasser gelegen haben, müssen besonders sorgfältig geprüft werden. Bei jeder Radierung läßt sich zwangsläufig das Papier. Es wird dünner und ändert durch Ausschaben des Aufdruckes die Farbe. Bei starker Radierung wird es schließlich völlig weiß. Auch wird die Spalteneinteilung mit ausgeschält (Bild 8). Deshalb empfiehlt sich bei Verdacht einer Fälschung, die vermutlich radiierte Seite unauffällig gegen das Licht zu halten und nach helleren Stellen zu suchen. Ferner ist zu überprüfen, ob die Spalteneinteilung fortlaufend vorhanden ist. Grundsätzlich soll erst dann auf überklebte Postparbücher der verlangte Betrag ausgehoben werden, wenn die Richtigkeit des eingetragenen Guthabens überprüft werden ist. Dasselbe gilt für Postparbücher, die aus losen Blättern bestehen. Bei diesen sind die öfteren Fälschungen der Postparbuchnummern auf einzelnen Seiten feststellbar. Solche Bücher sollten umbehalten und zur Neuausstellung an das Postparkassenamt eingekandt werden.

b) Überklebungen

Vornehmst sind Fälle festgestellt worden, bei denen die Fälscher aus anderen oder von den letzten Seiten des gefälschten Postparbuches Teile ausgeschnitten und damit die Spalten 2 bis 5 der letzten Eintragungen überklebt haben (Bild 8). Auf die ausgeklebten Teile wurden vor dem bzw. nach dem Überkleben die gewünschten Guthabeneintragungen angebracht.

Die Überklebungen sind daran zu erkennen, daß die aufgeklebten Teile nicht genau auf die vorhandenen passen. In Bild 8 ist die Begrenzungslinie zwischen den Spalten 2 und 3 und

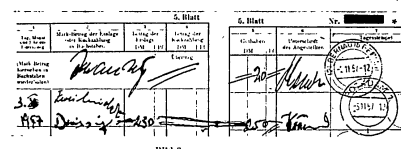


Bild 3

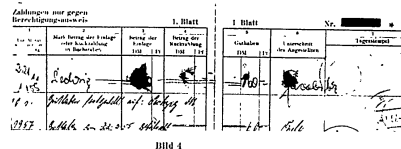


Bild 4

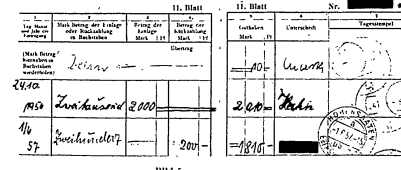


Bild 5

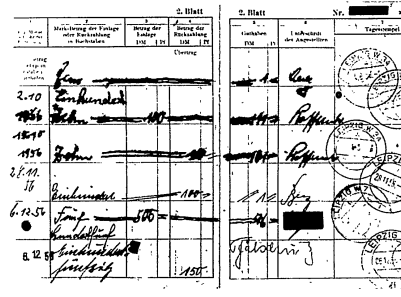


Bild 6

4 nicht fortlaufend. Die Überklebung ist um einen halben Millimeter nach links verschoben. Das überklebte Blatt ist erheblich dicker als die sonstigen Blätter und biegt sich beim Umwenden nicht gleichmäßig durch. Hat der Fälscher die zu überklebenden Teile aus dem gleichen Postparbuch genommen, so fällt sich das Buch dennoch an, weil in der Regel mindestens zwei Blätter fehlen. In diesen Fällen wird geraten, die Seiten des Buches zu zählen. Fehlt eine, so ist größte Sorgfalt geboten.

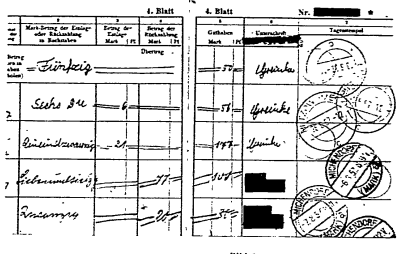


Bild 1

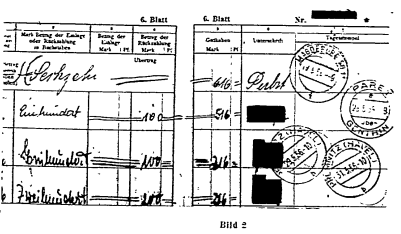


Bild 2

| 7. Blatt                |                    | 7. Blatt           |                    | 7. Blatt           |                    |
|-------------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| Markierung der Fälscher | Bezug der Fälscher | Bezug der Fälscher | Bezug der Fälscher | Bezug der Fälscher | Bezug der Fälscher |
| 1. ...                  | ...                | ...                | ...                | ...                | ...                |
| 2. ...                  | ...                | ...                | ...                | ...                | ...                |
| 3. ...                  | ...                | ...                | ...                | ...                | ...                |
| 4. ...                  | ...                | ...                | ...                | ...                | ...                |
| 5. ...                  | ...                | ...                | ...                | ...                | ...                |
| 6. ...                  | ...                | ...                | ...                | ...                | ...                |
| 7. ...                  | ...                | ...                | ...                | ...                | ...                |

Bild 7

| 8. Blatt                |                    | 8. Blatt                |                    | 8. Blatt                |                    |
|-------------------------|--------------------|-------------------------|--------------------|-------------------------|--------------------|
| Markierung der Fälscher | Bezug der Fälscher | Markierung der Fälscher | Bezug der Fälscher | Markierung der Fälscher | Bezug der Fälscher |
| 1. ...                  | ...                | ...                     | ...                | ...                     | ...                |
| 2. ...                  | ...                | ...                     | ...                | ...                     | ...                |
| 3. ...                  | ...                | ...                     | ...                | ...                     | ...                |
| 4. ...                  | ...                | ...                     | ...                | ...                     | ...                |
| 5. ...                  | ...                | ...                     | ...                | ...                     | ...                |
| 6. ...                  | ...                | ...                     | ...                | ...                     | ...                |
| 7. ...                  | ...                | ...                     | ...                | ...                     | ...                |

Bild 8

| 9. Blatt                |                    | 9. Blatt                |                    | 9. Blatt                |                    |
|-------------------------|--------------------|-------------------------|--------------------|-------------------------|--------------------|
| Markierung der Fälscher | Bezug der Fälscher | Markierung der Fälscher | Bezug der Fälscher | Markierung der Fälscher | Bezug der Fälscher |
| 1. ...                  | ...                | ...                     | ...                | ...                     | ...                |
| 2. ...                  | ...                | ...                     | ...                | ...                     | ...                |
| 3. ...                  | ...                | ...                     | ...                | ...                     | ...                |
| 4. ...                  | ...                | ...                     | ...                | ...                     | ...                |
| 5. ...                  | ...                | ...                     | ...                | ...                     | ...                |
| 6. ...                  | ...                | ...                     | ...                | ...                     | ...                |
| 7. ...                  | ...                | ...                     | ...                | ...                     | ...                |

Bild 9

Stempelfälschungen

Tagestempelabdrücke können auf die verschiedensten Arten gefälscht werden. Einmal lassen sie sich zeichnen (Bild 9, 4. Eintragung, und Bild 13, 3. Eintragung). Hierzu werden Zirkel, Lineal und runde Gegenstände verwendet. Als Zeichenmaterial benutzen die Täter Bleistifte, Tinte und Tusche. In einem Fall ist sogar ein Stempelabdruck mit blauer Füllhaltertinte aus der freien Hand gezeichnet worden. Zum anderen versuchen die Fälscher, echte Poststempelabdrücke mit Kohle- oder Blaupapier auf das Sparbuch durchzupressen; weiter wird versucht, den Stempelabdruck über Kohlepapier zu zeichnen und so gleichzeitig auf das Postparbuch durchzupressen (Bild 9, letzte Eintragung, und Bild 10). Das Datum wird teilweise durch Gummi-stempelabdruck angebracht (Bild 11, 2. Eintragung).

In einem Falle hat der Täter den Poststempel in Metall nachgearbeitet (Bild 12, 1. und 2. Eintragung). Bei verschiedenen Fälschungen sind die Buchstaben der Ortsangabe mit Typen aus einem Stempelkasten gedruckt worden (Bild 11). Um die gefälschten Stempel zu verdecken, werden fast die gleichen Methoden angewandt wie beim Unkenntlichmachen der Radierungen. So werden Tinten-, Farb-, Schmutz- oder Ölflecken angebracht (Bild 13).

Die Stempelfälschungen lassen sich meist dann erkennen, wenn die Merkmale eines echten Stempelabdruckes bekannt sind. Diese sind im wesentlichen:

Die Ortsangabe ist im Stempel in großen Druckbuchstaben, symmetrisch im oberen Scheitelpunkt angeordnet.

Zusatzbezeichnungen werden ebenfalls in großen Buchstaben wiedergegeben bis auf das Wort „über“, das in kleinen Buchstaben unterhalb der Datumsangabe steht.

Das „b“ von „bei“ ist ebenfalls klein geschrieben.

Die Unterscheidungsbuchstaben stehen bei Orten ohne zusätzliche Bezeichnung genau unten im Schriftkranz. Bei zusätzlicher Ortsbezeichnung sind sie unter der Datumsangabe oder in Einzelfällen darüber angeordnet. Sie sind mit kleinen Buchstaben bezeichnet.

Das Datum ist einzeln im Mittelbalken angeordnet. Die Tagessangabe hat stets 2 Ziffern. Von der Jahreszahl werden nur die letzten 2 Ziffern angegeben.

Bei Fälschungen weichen die Größen der Stempel meist stark von den echten ab (Bilder 9, 10 und 11). Wird mit dem Zirkel gearbeitet, so findet sich in der Mitte des gefälschten Abdruckes der Einstich des Zirkels. Beim Zeichnen mit Tusche glänzt die Fälschung besonders. Bei Verwendung von Kohlepapier läßt sich der Abdruck leicht verreiben.

Vor den Gummirollen verwendet, so zeigt sich meist ein deutliches Abweichen von den Typen, die bei der Deutschen Post verwendet werden (Bild 11). Die Abdrücke von Gummirollen sind stets breiter als die von Metallstempeln (Bilder 11 und 12). Außerdem weicht die vom Täter beim Stempeln verwendete Farbe fast immer von der postüblichen ab. Deshalb darf bei der Deutschen Post das Stempelposten für den Tagestempel nicht mit anderen als für den vorgesehenen Stempelfarbe getränkt werden, oder als der dafür vorgesehenen Stempelfarbe getränkt werden.

Beim Zeichnen der Stempelabdrücke mit Stiften (Bild 9, 4. Eintragung, und Bild 13, 3. Eintragung) weicht die Farbe der Zeichnung oft sehr stark von den Abdrücken echter Stempel ab. Die Abweichung wird noch deutlicher, wenn die Stempelposten der Deutschen Post stets gut eingefaßt sind.

Bemerk sei, daß die Fälscher oft postliche falsche Ortsbezeichnungen verwenden und sehr oft Fehler bei der Anordnung der Datumsangabe machen.

So wird das Datum teilweise zweizeilig wiedergegeben (Bild 11), die Jahreszahl angeschrieben (Bild 9) und die Uhrzeit weggelassen, weil nicht ausreichend Platz für deren Wiedergabe bleibt. Oft wird die Datumsangabe handschriftlich angebracht und zeigt etwas unklare und zitterig geschriebene Zahlen. Stempel-fälschungen lassen sich bis auf ganz seltene Ausnahmen erkennen.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß Tagestempel stets sicher verwahrt werden müssen. Sie dürfen nicht ausgehen oder unbeaufsichtigt am Schalter herumliegen. Der Angestellte eines Zweigpostamtes hat diese Regel ständig verletzt und dadurch einen mit den örtlichen Gegeben-

| 10. Blatt               |                    | 10. Blatt               |                    | 10. Blatt               |                    |
|-------------------------|--------------------|-------------------------|--------------------|-------------------------|--------------------|
| Markierung der Fälscher | Bezug der Fälscher | Markierung der Fälscher | Bezug der Fälscher | Markierung der Fälscher | Bezug der Fälscher |
| 1. ...                  | ...                | ...                     | ...                | ...                     | ...                |
| 2. ...                  | ...                | ...                     | ...                | ...                     | ...                |
| 3. ...                  | ...                | ...                     | ...                | ...                     | ...                |
| 4. ...                  | ...                | ...                     | ...                | ...                     | ...                |
| 5. ...                  | ...                | ...                     | ...                | ...                     | ...                |
| 6. ...                  | ...                | ...                     | ...                | ...                     | ...                |
| 7. ...                  | ...                | ...                     | ...                | ...                     | ...                |

Bild 10

| 11. Blatt               |                    | 11. Blatt               |                    | 11. Blatt               |                    |
|-------------------------|--------------------|-------------------------|--------------------|-------------------------|--------------------|
| Markierung der Fälscher | Bezug der Fälscher | Markierung der Fälscher | Bezug der Fälscher | Markierung der Fälscher | Bezug der Fälscher |
| 1. ...                  | ...                | ...                     | ...                | ...                     | ...                |
| 2. ...                  | ...                | ...                     | ...                | ...                     | ...                |
| 3. ...                  | ...                | ...                     | ...                | ...                     | ...                |
| 4. ...                  | ...                | ...                     | ...                | ...                     | ...                |
| 5. ...                  | ...                | ...                     | ...                | ...                     | ...                |
| 6. ...                  | ...                | ...                     | ...                | ...                     | ...                |
| 7. ...                  | ...                | ...                     | ...                | ...                     | ...                |

Bild 11

| 12. Blatt               |                    | 12. Blatt               |                    | 12. Blatt               |                    |
|-------------------------|--------------------|-------------------------|--------------------|-------------------------|--------------------|
| Markierung der Fälscher | Bezug der Fälscher | Markierung der Fälscher | Bezug der Fälscher | Markierung der Fälscher | Bezug der Fälscher |
| 1. ...                  | ...                | ...                     | ...                | ...                     | ...                |
| 2. ...                  | ...                | ...                     | ...                | ...                     | ...                |
| 3. ...                  | ...                | ...                     | ...                | ...                     | ...                |
| 4. ...                  | ...                | ...                     | ...                | ...                     | ...                |
| 5. ...                  | ...                | ...                     | ...                | ...                     | ...                |
| 6. ...                  | ...                | ...                     | ...                | ...                     | ...                |
| 7. ...                  | ...                | ...                     | ...                | ...                     | ...                |

Bild 12

| 13. Blatt               |                    | 13. Blatt               |                    | 13. Blatt               |                    |
|-------------------------|--------------------|-------------------------|--------------------|-------------------------|--------------------|
| Markierung der Fälscher | Bezug der Fälscher | Markierung der Fälscher | Bezug der Fälscher | Markierung der Fälscher | Bezug der Fälscher |
| 1. ...                  | ...                | ...                     | ...                | ...                     | ...                |
| 2. ...                  | ...                | ...                     | ...                | ...                     | ...                |
| 3. ...                  | ...                | ...                     | ...                | ...                     | ...                |
| 4. ...                  | ...                | ...                     | ...                | ...                     | ...                |
| 5. ...                  | ...                | ...                     | ...                | ...                     | ...                |
| 6. ...                  | ...                | ...                     | ...                | ...                     | ...                |
| 7. ...                  | ...                | ...                     | ...                | ...                     | ...                |

Bild 13

heiten vertrauten Postbenutzer dazu ermutigt, in seiner Abwesenheit den Tagestempel in seinem Postparbuch abzurufen und nachträglich eine hohe Einzahlung einzutragen.

Einwirkung chemischer Mittel

Es gibt chemische Mittel, die Tinte zum Verlöschen bringen. Sie sind allgemein unter dem Namen „Tintentod“ bekannt. Diese Chemikalien töten zwar jede Tinte völlig aus, sie hinterlassen aber eine deutliche, meist bräunliche, rotbraune oder gelbe Färbung und beseitigen den natürlichen Papierglanz auf den mit ihnen bestrichenen Flächen völlig (Bild 14). Es ist deshalb besonders Vorsicht bei Auszahlungen auf Postparbüchern geboten, bei denen die Spalten, auf denen Einzahlungen verbucht

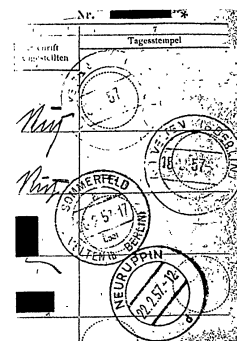


Bild 14

sind, eine bräunliche oder gelbliche Färbung haben. Diese Fälle sind bisher sehr selten aufgetreten. Das darf jedoch nicht dazu verleiten, sorglos zu werden. Bei vorfindenen Postparbüchern ist daher in jedem Fall Rückfrage über den Kontenstand zu halten.

Zusammenfassung

Die Darstellungen der Postparbuchfälschungen in ihren bisher bekannten Hauptarten hat gezeigt, daß von den Fälschern zum überwindenden Teil erhebliche Mühe aufgewandt wird, um die Deutsche Post zu betrogen. So hat beispielsweise ein Täter eine Woche gearbeitet, um einen Tagestempelabdruck zu fälschen. Er sei als besonders kennendes Beispiel erwähnt; denn er hatte auch sonst alle Vorkehrungen getroffen, um unentdeckt zu bleiben. Trotzdem ist er innerhalb weniger Wochen überführt worden. Dies zeigt besonders deutlich, daß Postparbuchfälschungen bei aufmerksamer Arbeit der Mitarbeiter der Deutschen Post rechtzeitig aufgedeckt und zum Teil unmöglich gemacht werden können. Dies gilt insbesondere für die im Postsparkassendienst tätigen Mitarbeiter. Arbeiten sie stets sorgfältig und gewissenhaft, so sind viele Fälschungen unmöglich. Andere werden sofort erkannt.

Gute Qualifikation, ständige Weiterbildung und gewissenhafte Arbeit sind die besten Voraussetzungen zur Bekämpfung der Postparbuchfälschungen. Mit der zunehmenden Festigung der sozialistischen Arbeitsnorm und dem weiteren Streben der Beschäftigten der Deutschen Post in der Deutschen Demokratischen Republik nach einer noch besseren Qualifikation wird es bei verbesserter Elementararbeit auch auf dem Gebiet der Postparbuchfälschungen immer schwerer gemacht, unseren Arbeiter- und Bauern-Staat zu schädigen.

Hilfsgeräte zum schnellen Beseitigen von Fehlern an Fernmeldekabeln:

**Adernsucher und Fehlersuchspule**

Von Günter GOLLNICK, Berlin

In Berlin bestanden nach dem Kriege in den OI-Kabeln sehr ungünstige Nebensprechwerte, die ihre Ursache zum großen Teil in Verschaltungen der Adern in den Lötstellen und Es war daher erforderlich, Lötstrüpps aufzustellen, die von Lötstelle zu Lötstelle die Adern auf richtige Zahlfolge überprüfen und die Normalschaltung vornehmen. Diese Arbeiten wurden mit der allgemein bekannten Methode (Prüfen auf Durchgang) durchgeführt. Bestanden nun größere Verschaltungen, so mußte erst längere Zeit nach den entsprechenden Adern gesucht werden. Besonders traf dies bei hochparigen Kabeln zu. Es wurden daher Versuche unternommen, um das Auffinden der verschalteten oder falsch nummerierten Adern in den Spielstellen zu vereinfachen und schneller durchführen zu können. Voraussetzung jedoch war, daß das zu entwickelnde Gerät so klein gehalten wurde, daß es ohne Schwierigkeiten in der geöffneten Lötstelle von jedem Fernmelderhandwerker ohne besondere Ausbildung benutzt werden kann, daß es robust gebaut wurde, um den oftmals rauhen Bedingungen in Schacht oder Lötgrube standhalten. Es sollte aber auch möglichst billig sein, damit jeder Lötstrüpp mit diesem Werkzeug ausgerüstet werden kann.

**Prinzip des Adernsuchers**

Um jeden stromdurchflossenen Leiter baut sich nach den geltenden physikalischen Gesetzen ein konzentrisches magnetisches Feld auf. Dieses Feld wird um so stärker sein, je stärker der Strom ist. Beim Fließen eines Wechselstromes werden die Feldlinien im Rhythmus des Stromes auf- und abgebaut. Schneidet diese Kraftlinien einen zweiten Leiter, so wird in diesem eine EMK induziert, die von der Stärke des Stromes im ersten Leiter, dem Abstand beider Leiter voneinander, der Länge des zweiten Leiters und der Frequenz des Stromes abhängig ist. Diese Wirkung wurde zur Entwicklung des Adernsuchers verwendet.

**Anwendung**

Den ersten stromdurchflossenen Leiter bildet die zu suchende Kabelader, die vom Amt A aus mit einem Wechselstrom gegen Erde gespeist wird. Verwendet wurden hierzu Kabelsuchgeneratoren mit einer Frequenz von ~ 800 Hz (z. B. RPT-Kabelsuchgeneratoren Typ 261, es können jedoch auch andere Summen verwendet werden, die Schwingungen mit einer Frequenz von 800 Hz aussenden). Der Stromkreis wird durch Erden der Ader auf dem Amt B geschlossen. Der Ausgangswiderstand des Summens muß ungefähr dem Z-Wert des Kabels angepaßt werden. Es wurden nun mit verschiedenen Spulen, die nacheinander an einen hochohmigen Kopfhörer (2x2000  $\Omega$ , mit Gemminusschel zur Abschirmung des Straßenlärms) angeschlossen wurden, in einer der Spielstellen zwischen den Ämtern A und B Versuche

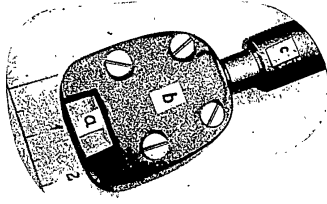


Bild 1. Die Suchspule ist in einem Kunststoffgehäuse untergebracht, das mit einer wasserabweisenden Acetonlackschicht überzogen wurde. a) bezeichnet den Eisenkern. Darunter befindet sich die Spule, die wasserdicht getränkt ist. Die Windungen liegen unmittelbar unter dem Isolierpapier.

unternommen, den auf der Probestrecke liegenden Suchten im Kopfhörer ohne Verstärker hörbar zu machen. Die besten Ergebnisse konnten mit einer Kopfhörerspule von 1000  $\Omega$  Gleichstromwiderstand erzielt werden. Zur Empfindlichkeitssteigerung wurde der Spulenkörper noch mit einem Eisenkern versehen. Führt man nun die Suchspule um die geöffnete Lötstelle, so konnte man an einer bestimmten Stelle den Ton gut wahrnehmen, während er an anderen gar nicht oder nur sehr leise zu hören war. Die Adern der Maximumstelle wurden ein wenig zur Seite gezogen und aus dessen weicher diejenige gesucht, bei denen die Lautstärke im Kopfhörer am größten war. Dieser Vorgang wurde so lange wiederholt, bis die betreffende Einzelader ohne Entfernen der Papierisolation bzw. ohne kurzzeitiges Stören der anderen in Betrieb befindlichen Adern (wegen Berührung mit dem Freifol) gefunden war.

Diese Methode des Adernsuchens hat sich in der Folgezeit als sehr schnell und sicher erwiesen; denn es können keine Verwechslungen wie bei der alten Methode, verursacht durch die Antabatterie, vorkommen. Ratsam ist noch, die Bleimantel der beiden Kabelende an der geöffneten Lötstelle metallisch zu überbrücken.

**Beschreibung des Apparates**

Die Suchspule wurde nach den erfolgreich durchgeführten Versuchen auf eine kleine Isolierplatte geklebt und mit einer Schutzkappe mit einseitiger Öffnung versehen, damit diese möglichst dicht an die Ader geführt werden kann (Bild 1). Ein wasserabweisender Klebstoffüberzug (Duxon, verdünnt mit Aceton) schützt das Gerät vor Feuchtigkeit. An dieser Anordnung befestigt man einen Handgriff (Bild 2), wofür sich ein defekter Klinkenstüpsel sehr gut eignet. Um nur den realen Widerstand der Suchspule und des Kopfhörers wirken zu lassen, werden die Suchspule und der Kopfhörer auf Resonanz abgestimmt ( $f_{res} = 800$  Hz), indem man einen Kondensator von 20 nF in Reihe mit diesen beiden Induktivitäten schaltete (Bild 3). Der Kondensator fand Aufnahme in einer wassergeschützten Hülle in der Zuleitungsschneur zum Anschluß des Kopfhörers. Die Empfindlichkeit konnte durch diese Schaltungsanordnung gesteigert werden.

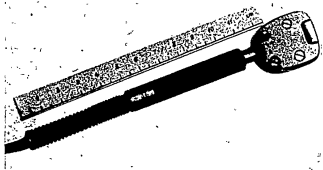


Bild 2. Ansicht des Adernsuchers ohne Resonanz-Kondensator

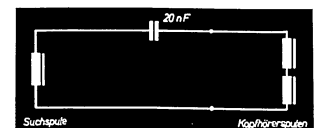


Bild 3. Schaltung des Adernsuchers

**Einsatzmöglichkeiten des Adernsuchers**

**Suchen eines bestimmten Kabels unter mehreren (Bild 4)**

Bei den durchgeführten Versuchen konnte festgestellt werden, daß die mit der Prüfspannung belegte Ader nicht nur in der geöffneten Lötstelle, sondern auch durch den Bleimantel bzw. durch die Plombe gehört werden kann. Diese Wirkung kann zum Suchen eines Kabels unter mehreren, z. B. in Schichten, Lötgruben, an Kabelabschlüßmuffen usw. benutzt werden. Das Verfahren läßt sich wie bisher mit den bei den Kabelmuffen üblichen Kabelsuchgeräten (beschrieben TMO 4, S. 90) durchführen, jedoch steht den Lötstrüpps, besonders den Ortskabelmuffenstrüpps, in den meisten Fällen kein Suchgerät zur Verfügung. Der Adernsucher ist daher für diese Arbeiten ein billiges Hilfsmittel.

Auch hier werden (wie beim Suchen einer Ader) eine oder besser mehrere Adern gegen Erde mit der Prüfspannung belegt. An der Baustelle wird der mit dem Kopfhörer verbundene Suchapparat der Reihe nach an die verschiedenen Kabel gehalten. Am gesuchten Kabel hört man dann den Suchton.



Bild 4. Schaltung beim Suchen eines Kabels unter mehreren

**Ermitteln einer bestimmten Ader unter dem geschlossenen Bleimantel (Bild 5)**

Bei der Störungseingrenzung ist es oftmals erforderlich, Schnittstellen am Bleimantel anzufertigen, um eine bestimmte Ader zu trennen. Das trifft besonders bei Rohrrenkbelanlagen zu, die über mehrere Schichten oder Lötstellen verlaufen. An den Endstellen wird wie oben verfahren. Man führt die Suchspule längs des Kabels und wird dabei festgestellt, daß sich bei dieser Bewegung Minima und Maxima abwechseln. Immer dann, wenn die betreffende Ader dicht unter dem Bleimantel liegt, zeigt sich ein Tonmaximum. Man kann auf diese Weise genau den

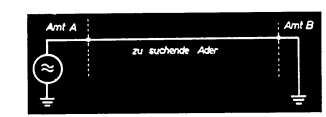


Bild 5. Schaltung beim Suchen einer Ader

Lauf der einzelnen Ader unter dem Bleimantel feststellen. In den Bleimantel braucht nur eine Öffnung von etwa 5x10 cm geschlagen zu werden (Bild 6), um die entsprechende Ader zu trennen, die ebenfalls mit dem Adernsucher sofort ohne Anhaltspunkt zu ermitteln ist. Diese Methode ist wertvoller als das Anfertigen einer Schnittstelle, bei der der Bleimantel in der ganzen Rundung auf etwa 20 cm abgetrennt wird. Nach beendet Fehlersengrenzung braucht bei der vorgeschlagenen Methode nur ein entsprechend großes Stück Walzblei auf die Öffnung gelegt und verschmiert zu werden (Bild 7), während bei dem herkömmlichen Verfahren das Walzblei um den ganzen Kabelumfang gelegt und verschmiert werden muß. Die Nacht ist beim Setzen einer Blindmaße erheblich länger und somit auch störanfälliger als bei einem verschmierten Fenster.



Bild 6. Geöffnetes Fenster an einem Fernkabel



Bild 7. Geschlossenes Fenster. Die Öffnung wurde mit einem entsprechend großen Rechteck aus Walzblei bedeckt und verschmiert.

**Ermitteln einer Bleimantelberührung (Erdschluß) (Bild 8)**

Der Suchton wird in einem Amt auf die Fehlerader und auf Erde (Bleimantel) gelegt, wodurch sich der Stromkreis über den Erdfehler schließt. Man kann nunmehr durch Anrühren der Suchspule an den Bleimantel bei der vermutlichen Störstelle feststellen, ob man sich vor oder hinter dem Erdfehler befindet. Sucht man noch vor der Fehlerstelle, so wird der 800-Hz-Ton deutlich zu hören sein. An der Fehlerstelle selbst verschwindet der Ton. Man kann somit den Erdfehler auf den Zentimeter genau ermitteln.

In einem Fall konnte mit der beschriebenen Methode ein Fehler behoben werden, der mit den sonst üblichen Verfahren nicht beseitigt werden konnte. In einem 250p OI-Kabel zeigte eine Ader der Außenlage Erdschluß. Der Fehler wurde nach Messung in einer Lötstelle im Schacht vermutet. Nach dem Öffnen der Plombe verschwand er jedoch, ohne daß eine Fehlerursache zu erkennen war. Er trat jedoch wieder auf, als die Muffe geschlossen wurde. Durch geringste Bewegung des Kabels konnte er wieder zum Verschwinden gebracht werden. Das OI-Kabel wurde nun so lange bewegt, bis die Berührung mit der Erde wieder auftrat. Nachdem ein Ton auf die entsprechende Ader gegen Bleimantel gelegt und das Kabel in dem betreffenden Schacht mit dem Kabelsuchgerät abgehört war, konnte wohl eine Schwächung des Tones auf etwa 50 cm Länge bis zum Abbruch des Tones festgestellt werden, jedoch trat kein scharfes Minimum auf. Danach wurde derselbe Versuch mit dem Adernsucher und der Fehlersuchspule durchgeführt. Mit beiden Geräten konnte etwa 30 cm von der Plombe entfernt an einer bestimmten Stelle des Kabelumfangs ein Verschwinden des Tones festgestellt werden. An der Fehlerstelle wurden daraufhin ein Fenster von 2,5x4 cm geschlagen. Es zeigte sich, daß in dem entfernten Bleimantelstück von außen nicht sichtbar eine abgebrochene Stecknadel steckte, die die Störung verursacht hatte. Entstanden war der Fehler durch unsachgemäßes Arbeiten bei der Druckluftprüfung der Kabelanlage.

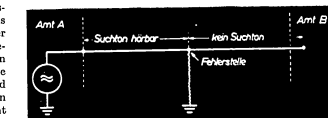


Bild 8. Schaltung bei einem Erdfehler (Berührung mit dem Bleimantel)

**Ermitteln von Berührungen zweier Einzeladern (Bild 9)**

Der Suchton wird in einem Amt auf beide sich berührende Adern gelegt, dann wird weiter so verfahren, wie es im vorherigen Abschnitt beschrieben ist. Diese Methode hat sich besonders bei Kabeln mit mehreren Lötstellen in einem Schacht, z. B. bei Papierspulen (ein Abzweig vor und einer hinter der Spule, in den die unbespulten Adern heraus- bzw. hineingeführt sind), bewährt, weil bei der Fehlermessung nicht genau die erste oder zweite Lötstelle bestimmt werden kann.

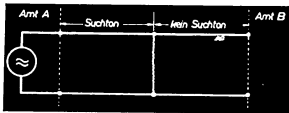


Bild 9. Schaltung bei Adernberührung

**Ermitteln einer Überziehung (Bild 10)**

Die Ermittlung einer Überziehung ist etwas schwieriger als die von Erdfehlern oder Berührungen.

Der Suchton wird auf zwei der fehlerhaften Adern gelegt, die am ferneren Ende des Kabels geschleift werden. Vor und hinter der Lötstelle, in der man den Fehler vermutet, wird das Tonmaximum gesucht. An der Seite mit der größeren Lautstärke liegt dann die Überziehung, weil hier die beiden Adern nicht so dicht aneinanderliegen, und sich daher die magnetischen Kraftfelder weniger stark aufheben können als bei einer Doppelader.

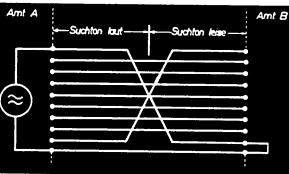


Bild 10. Schaltung bei Überziehungen

**Fehlersuchspule**

Bei den mit dem Adernsucher angestellten Untersuchungen wurde festgestellt, daß bei hochparigen OI-Kabeln, in denen sich Adern in den inneren Lagen des Kabels berühren, der Fehler etwas schwerer zu ermitteln war, weil die Kraftlinien die Spule des Adernsuchers sehr geschwächt schneiden und somit der im Kopfhörer erzeugte Ton bei großen Straßenlärmern schwer zu vernehmen ist. Es lag nun nahe, die Wicklungslänge der Spule wesentlich zu erhöhen, damit eine größere Anzahl von magnetischen Kraftlinien einwirken kann und somit eine höhere Spannung am Kopfhörer hegt. Aus diesem Anlaß wurde eine Spule auf einem Wickelkern von 10x40x25 mm mit 10000 Windungen 0,1 Cu gewickelt (1800 Ω). Ein Resonanzkondensator sowie ein Eisenkern erwies sich als nicht notwendig. Dieses Gerät ist ebenfalls eingekapselt und mit einer wasserabweisenden Acetonschicht überzogen.

Die Fehlersuchspule kann natürlich nur für das Feststellen von Erdenschlüssen und Berührungen sowie das Ermitteln eines Kabels unter mehreren, aber nicht für das Suchen oder Einzeladern, benutzt werden, weil ihre Abmessungen für diesen Zweck

zu groß sind. Sie hat jedoch den Vorteil größerer Empfindlichkeit gegenüber dem Adernsucher. Die Schaltung der Fehleradern und die Handhabung des Gerätes geschieht wie beim Adernsucher.

Mit den Fernmeldebücheln ist aber die Einrastmöglichkeit des Adernsuchers bzw. der Fehlersuchspule noch nicht erschöpft. Es konnte auch z. B. ein Kurzschluß einer 220-V-Unterputz-Stegleitung erwandfrei ermittelt werden. Der Putz brauchte nur an der Fehlerstelle besetzt zu werden, um die beiden Leitungen zu isolieren. Für die Fehlerbeseitigung an Schmitzen und an Verkantungen in Fernschleichen werden sich diese Geräte sicher ebenso gut eignen.

Der Adernsucher und die Fehlersuchspule arbeiten im Prinzip wie das Kabelschgerät, jedoch ohne Verstärker und ohne Spannungsquellen. Die beiden genannten Geräte sind nicht als Ersatz für das Kabelschgerät entwickelt worden und können auch auf keinen Fall die Hauptaufgabe des Suchgerätes, die Feststellung von Kabeln von der Erdberührung aus, übernehmen; jedoch lassen sich Erdanschlüsse und Berührungen vom freigelegten Kabel aus genauer bestimmen. Außerdem können Einzeladern im geöffneten Kabel wegen der Größe der Suchspule des Kabelschverstärkers nicht ermittelt werden.

Die in diesem Aufsatz beschriebenen Geräte sind als Hilfsmittel bei der Fehlerbeseitigung an Fernmeldekabeln der Kabelstellen gedacht.

Wegen ihrer Einfachheit und der verhältnismäßig geringen Herstellungskosten wird ihr Einsatz bei den Ortskabelleitern zweckmäßig sein. Gut ausgeprägter Fehler, wie Erdanschlässe und Berührungen mit kleinem Übergangswiderstand, besonders bei kürzeren Kabelstrecken (z. B. Amts-, Netz- und Verteilungskabel), können zum großen Teil von diesen ohne Inanspruchnahme der Kabelstellen schnell und sicher beseitigt werden.

**Kleine Briefmarkenlektion**

- „Fünf zu 10!“
- „Fünfzig Pfennig, bitte!“
- „Danke!“
- „Zwei Briefmarken für Briefe nach dem Ausland!“
- „Wie schwer sind die Briefe?“
- „Hier sind sie!“

Mit juchmännischem Griff stellt der Annahmangestellte fest, daß es sich um Briefe der 1. Gewichtsklasse handelt. Zwei Marken zu 25 Pf sind dem Postkunden gereicht.

Diese und viele, viele andere Fragen und Antworten werden täglich über Briefmarken an unseren Postschaltern geführt. Aber mitunter können diese Fragen recht verwickelt sein, zum Beispiel, wenn der Postkunde so nebenbei vom Annahmangestellten erfragen möchte, wer denn der Erfinder der Briefmarke war oder seit wann man überhaupt die Briefmarken zum Fernschicken der verschiedenen Postsendungen benutzt. Natürlich ist der Postkollege nicht „verpflichtet“, diese Fragen zu beantworten. Aber es wäre doch schön, wenn er trotzdem . . .

Das Postwertzeichen hatte in wenigen Jahrzehnten die Welt erobert. Schaut man zurück in das vergangene Jahrhundert, so muß man feststellen, daß zu Anfang des 19. Jahrhunderts das Postwertzeichen in der uns heute bekannten Form noch nicht vorhanden war. Selbstverständlich findet man in der Geschichte der Briefmarke Belegstellen, die eine Fernschreibung am Aufgebort der Sendungen gewährleisten sollten. Aber wie sehen diese Bemühungen aus?

Bereits 1650 soll Karl II. von England ein „Cover“ herausgegeben haben, das durch einen Aufdruck auf dem Briefumschlag die Gebührenfreiheit anzeigt. Wenige Jahre später, und zwar 1653, wurde im Stadtpostgebiet von Paris ein Briefumschlag her- ausgebracht, der durch den Vermerk „Port paye le . . . jour de l'an mil six cent cinquante — trois ou cinquante — quatre“ (Port

bezahlt am . . . Tag des Jahres 1653 oder 51) die Bezahlung der Beförderungsgebühren anzeigt. Das Entwerfen dieses Vermerkes geschah durch das Ausfüllen des oftstehenden Datums. Trotz der Verbesserungen des Postwesens in den nächsten 100 Jahren fehlen uns Spuren über die weitere Entwicklung der Briefmarke.

Erst 1811 in Schottland sowie 1819/20 in Sarinien finden wir wieder Vorgänger unserer Postwertzeichen in der bereits geschilderten Form. Ebenfalls wird in Fachkreisen davon gesprochen, daß bereits 1823 in China drei Briefumschläge mit eingedruckten Postwertzeichen im Umlauf gewesen seien. Leider fehlen uns hier die notwendigen Beweise.

In den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts wurde in England der Wunsch nach einer Reform des Postwesens laut. Ein Hindernis für die Entwicklung des Briefverkehrs waren die außerordentlich hohen Beförderungskosten, die sich nach der wirklichen Entfernung vom Aufgab- bis zum Bestimmungsort und nach dem Umfang des Briefes (berechnet nach der Anzahl der Briefbogen) richteten.

Es war der Engländer Rowland Hill, der Vorschläge für die Postreform in England ausarbeitete und dem Parlament vorlegte. Nach einigen Einwänden durch das Hohe Haus, z. B. wegen angeblichen Einnahmeverlustes an Postgebühren, war jedoch am 6. Mai 1840 durch die Einführung des „Penny-Porto-Systems“ die Gebührensätze der Briefmarke in der uns heute bekannten Ausprägung gekommen. In den Bevölkerungskreisen wurde Hill als Schöpfer dieser Neuerung gefeiert, bis wenige Jahre später Patrick Chalmers in einer Flugschrift den Beweis antrat, der Erfinder der Briefmarke sei sein Vater, James Chalmers. Diese Behauptung konnte bisher nicht widerlegt werden, so daß James Chalmers als Erfinder dieses bedruckten Wertpapiers gilt. Andererseits versuchte ein Wiener Bürger namens Koschier im Jahre 1856 zu beweisen, daß er der Schöpfer der Briefmarke sei. Im Juni 1932 wiederum ergriff der Präfekt des sogenannten „Spitaler Briefes“ vom 20. Februar 1830, der mit einer „Marke“ im Werte eines Kreuzers punktiert war, in den Kreisen der Philatelisten gewaltiges Aufsehen. Diese Marke soll also die älteste der Welt sein.

Wie es auch sei — als Verbreiter der Postwertzeichen gilt auch vor der Engländer Rowland Hill; denn knapp 20 Jahre später hatte die Briefmarke ihren Einzug in die Länder Europas und darüber hinaus in die anderen Erdteile gehalten.

Besondere Ereignisse in den Ländern gaben den Postverwaltungen Anlaß, diese durch Herausgabe von besonderen Postwertzeichen zu würdigen. Man sprach bei derartigen Ausgaben von „Gedenkmarken“. Die ersten Sonderpostwertzeichen erschienen 1891 in Rumänien, und zwar anlässlich des 25-jährigen Bestehens der damaligen Regierung 1896 folgte Griechenland mit einer Serie, die anlässlich der Olympischen Spiele herausgegeben wurde.

Für die Tatsache, daß man heute eine vollständige Briefmarkensammlung der Erde nicht mehr zusammentragen kann, sollen folgende Zahlen sprechen:

| Jahr | Zahl der vorhandenen verschiedenen Briefmarken |
|------|------------------------------------------------|
| 1850 | 132                                            |
| 1860 | 894                                            |
| 1870 | 2023                                           |
| 1880 | 4810                                           |
| 1890 | 8000 (zum 50-jährigen Jubiläum)                |
| 1900 | 18000                                          |
| 1910 | 35000                                          |
| 1920 | 50000                                          |
| 1930 | 65000                                          |
| 1935 | 75000                                          |
| 1945 | 120000                                         |
| 1953 | etwa 128000                                    |

Jährlich kommen etwa 5000—7000 neue Marken hinzu. Von den ältesten Marken existieren manche nur noch in wenigen Exemplaren, einige sogar nur in je einem Stück.

Siegfried Kober, Leipzig

**Feinmechanik und Gerätebau**

**HARRI SCHMIDT**

Lieferant sämtlicher posttypischer Erzeugnisse

**BERLIN-KARLSHORST**

Treskow-Allee 72

Ruf 50 09 50

**Es darf keinesfalls vorkommen . . .**

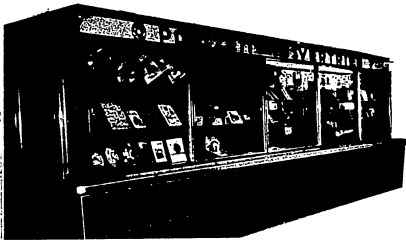
Die ADA V. 2 bestimmt in §78, daß alle eingehenden Filbriensendungen sofort nach dem Entkanten mit dem genauen Tagestempel zu bedrucken sind. Es darf keinesfalls vorkommen, daß die Filbriensendungen erst kurz vor der Zustellung abgestempelt werden, weil es sich sonst um eine Falschbeurkundung handelt.

Die ADA V. 2 sagt im §55, daß Ladungsgegenstände während der Beförderung und beim Ein- und Ausladen an den Bahnpostwagen u. a. vor Verlust zu schützen sind. Auf größeren Bahnhöfen ist es jedoch nicht möglich, bei starkem Reiseverkehr Unbefugte von den Ladestellen fernzuhalten. Es darf keinesfalls vorkommen, daß Ladungsgegenstände ganz ohne Aufsicht auf dem Bahnsteig liegen, weil sonst einem Diebstahl Vorschub geleistet wird.

**. . . wartete vergeblich**

Leider kommt es immer wieder vor, daß Kolleginnen und Kollegen erkranken. In jedem Betrieb, auch bei der Deutschen Post, gibt es daher SV-Beauftragte, die die erkrankten Arbeiter und Angestellten nach einer bestimmten Zeit besuchen. Dieser Krankenbesuch ist nicht nur eine Geste der Höflichkeit oder eine nette Art der Kontrolle, sondern vor allem ein Beweis für die stete Verbindung zwischen Betrieb und Belegschaft. Jedoch kann man mitunter auch feststellen, daß den erkrankten Jugendlichen wenig oder gar keine Beachtung geschenkt wird. Ein kranker Mensch ist fähig, zumal er weiß, daß es eine solche Betreuung durch den Betrieb gibt. Er fühlt sich sonst mit Recht zurückgesetzt. Daher meine kurze Mahnung. Vergelt bei der Krankenbetreuung die Jugendlichen nicht! An den sozialen Einrichtungen unseres Staates muß jeder Anteil haben.

Insrtraud Eixmann, HPA Neubrandenburg



Im Jahre 1957 erbaute Bahnhofslokauf dem Bahnhof A des Berliner Ostbahnhofs (Aufn. 127)

**Einleitung**

Ein fester Freundschaftsbund verbindet die Deutsche Demokratische Republik mit der Sowjetunion, mit der Volksrepublik China und mit allen Staaten, in denen die Werktätigen erfolgreich den Sozialismus aufbauen. Die Deutsche Demokratische Republik ist damit ein Teil des bereits ein Drittel der Erde umfassenden sozialistischen Lagers, des festen Bollwerks des Friedens, das die aggressiven Kriegspläne des imperialistischen Lagers zum Scheitern bringt und auf das alle fortschrittlichen und friedliebenden Kräfte in aller Welt mit Vertrauen blicken. Der Freundschaftsbund hat für die Deutsche Demokratische Republik durch die Spaltung Deutschlands besondere Bedeutung. Er gibt der Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik die Gewähr dafür, daß es den Monopolkapitalisten und Militaristen, die in Westdeutschland wieder an der Macht sind, nicht gelingen wird, das Rad der Geschichte zurückzudrehen und die Errungenschaften des sozialistischen Aufbaus in der Deutschen Demokratischen Republik zunichte zu machen.

Der Freundschaftsbund, dem die Prinzipien des proletarischen Internationalismus zugrunde liegen, kommt u. a. durch entsprechende Abkommen der Regierungen der sozialistischen Staaten und durch gemeinsame Erklärungen der führenden Vertreter der Arbeiterparteien der betreffenden Länder zu Problemen, die von allgemeinem Interesse sind, zum Ausdruck. Er erhält seine feste Grundlage dadurch, daß hinter diesen Abkommen und Erklärungen die gesamte Bevölkerung der verbündeten Staaten steht. Das unbegrenzte gegenseitige Vertrauen, die Gewißheit des gleichen Zieles, das Wissen darum, daß die Erfolge des befreundeten Volkes auch die Erfolge des eigenen Volkes sind, die unbedingte gegenseitige Hilfsbereitschaft sind die festen Garantien dafür, daß das gemeinsame Ziel erreicht wird.

Der Vertrieb der Presseerzeugnisse der UdSSR und der Volksdemokratien in der Deutschen Demokratischen Republik hat in erster Linie die Aufgabe, der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik ein Bild über das Leben der Völker der Sowjetunion und der Volksdemokratien, über ihre Erfolge, ihre Leistungen auf allen Gebieten der Wissenschaft und Technik sowie der Kultur zu vermitteln und damit die Freundschaft zwischen den Völkern zu festigen.

Für den Vertrieb der ausländischen Presseerzeugnisse ist in der Deutschen Demokratischen Republik die Deutsche Post allein zuständig. Ihr kommt die Aufgabe zu, für eine ständige Erweiterung des Vertriebs zu sorgen, die ausländischen Presseerzeugnisse allen Teilen der Bevölkerung zugänglich zu machen, das Angebot im Einzelverkauf laufend zu erweitern und neue Abonnenten zu werben. Während beim Vertrieb von Presseerzeugnissen der Deutschen Demokratischen Republik die Verlage den Vertrieb in vieler Hinsicht z. B. durch Zahlen von Werbepartnern, durch Einsätze von Werbemitteln, durch Einschalten gesellschaftlicher Organisationen, durch Gewähren eines höheren Remissionsrechts, durch Mehrlieferungen und Werbeschemata, durch Anzeigen usw. unterstützen, erfolgt eine solche Hilfe

Eine Aufgabe, die der Postzeitungsvertrieb vorzüglich lösen muß:

**Die Verbesserung des Vertriebs ausländischer Presseerzeugnisse in der Deutschen Demokratischen Republik**

Von Erich GROH, Berlin

beim Vertrieb ausländischer Presseerzeugnisse nicht. Die Deutsche Post trägt daher für die Entwicklung dieses Vertriebs eine wesentlich höhere Verantwortung. Sie allein bestimmt den Umfang der Streuung der einzelnen Zeitungen und Zeitschriften, sie allein ermittelt den Bedarf und ist verantwortlich für Werbung usw.

Die Entwicklung des Vertriebs ausländischer Presseerzeugnisse Beim Vertrieb ausländischer Presseerzeugnisse wurden in den vergangenen Jahren durchaus beachtliche Erfolge erzielt. Die Entwicklung zeigt die nachstehende Übersicht:

| Jahr                    | Anzahl der in der Postzeitungsliste der DDR enthaltenen Zeitungen und Zeitschriften | Anzahl der bezogenen Zeitungsteile (Abo und Einzelverkauf) |
|-------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------|
| <b>Sowjetunion</b>      |                                                                                     |                                                            |
| 1951                    | 216                                                                                 | 90 000                                                     |
| 1957                    | 596                                                                                 | 151 000                                                    |
| <b>Volksdemokratien</b> |                                                                                     |                                                            |
| 1951                    | 298                                                                                 | 1 000                                                      |
| 1957                    | 1 814                                                                               | 42 000                                                     |

Diese beachtliche Entwicklung darf aber nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß bei weitem noch nicht alle Vertriebsmöglichkeiten ausgeschöpft sind.

Der Vertrieb der in deutscher Sprache erscheinenden Presseerzeugnisse aus den sozialistischen Staaten

In der Sowjetunion und in fast allen Volksdemokratien erscheinen Zeitungen und Zeitschriften in deutscher Sprache. Darunter befinden sich solche Zeitschriften wie „Sowjetunion“, „China im Bild“, „Bulgarien“, „Rumänien heute“, „Tschechoslowakei“, „Polen“, „Ungarische Rundschau“.

Diese Zeitschriften werden besonders für die Leser in der Deutschen Demokratischen Republik herausgegeben. Sie vermitteln alle ein umfassendes Bild über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben in den Ländern, in denen sie herausgegeben werden. Alle sind reich illustriert, hervorragend gestaltet und sprechen alle Teile der Bevölkerung in der Deutschen Demokratischen Republik an.

In Zeitschriften wie „Sowjetliteratur“, „Rumänische Rundschau“ usw. werden vor allem Romane, Bühnenstücke, Drehbücher, Gedichte usw. veröffentlicht. Sie vermitteln ein abgeschlossenes Bild über das literarische Schaffen in den betreffenden Ländern.

Die Zeitschriften „Rundschau der polnischen Gewerkschaften“, „Tschechoslowakische Gewerkschaften“ unterrichten über das gewerkschaftliche Leben in Polen und der CSR.

Die „Sowjetfrau“ berichtet über die Stellung der Frau im gesellschaftlichen Leben der Sowjetunion. Die „Neue Zeit“ (UdSSR) gibt einen Überblick über außenpolitische Probleme.

Neben diesen wichtigen und besonders für den Vertrieb im Ausland bestimmten Zeitungen und Zeitschriften erscheint in den sozialistischen Ländern eine ganze Reihe von Zeitungen und Zeitschriften in deutscher Sprache, die für die deutschsprachigen Teile der Bevölkerung der betreffenden Länder herausgegeben werden. Auch diese stehen zum Vertrieb in der Deutschen Demokratischen Republik zur Verfügung.

Bei allen den genannten Zeitungen und Zeitschriften ist das Vertriebsergebnis zur Zeit noch ungenügend. Die Vertriebsmöglichkeiten werden nicht überall ausgeschöpft. Daß ein wirklicher Bedarf an diesen Presseerzeugnissen in der Deutschen Demokratischen Republik besteht, beweisen die Werbeerfolge, die dort erzielt werden, wo ein intensiver Werbeinsatz erfolgt. So wurden z. B. im I. Quartal 1957 durch vier Leserscheitelerwerber im Bezirk Karl-Marx-Stadt neben der Werbung von Leserscheitelerwerbern rd. 700 Abonnenten für deutschsprachige Zeitschriften aus der Sowjetunion gewonnen.

Der Vertrieb von fremdsprachigen Zeitungen und Zeitschriften

Der Vertrieb von fremdsprachigen Zeitungen und Zeitschriften hat, bedingt durch die zur Lektüre notwendigen Sprachkenntnisse, verhältnismäßig enge Grenzen. Zur Verbesserung dieses Vertriebs gilt es, die Stätten ausfindig zu machen, wo Konzentration der Interessenten auftritt. Das gilt für die Presseerzeugnisse der Sowjetunion überall dort, wo Angehörige der Sowjetarmee stationiert sind, das gilt aber auch für alle wichtigen Städte in der Deutschen Demokratischen Republik, insbesondere für alle Bezirkshauptstädte, in denen die gesamte Bevölkerung des Bezirkes zur Erledigung bestimmter Angelegenheiten zusammenkommt. Dort muß das Angebot verbessert werden.

In steigendem Maße besuchen Gäste aus der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern die Deutsche Demokratische Republik. Sie wollen hier während der Zeit ihres Aufenthaltes die Zeitungen und Zeitschriften ihrer Länder lesen. Aufgabe der Deutschen Post ist es dabei, den Vertrieb der ausländischen Presseerzeugnisse so zu organisieren, daß den Gästen die Presseerzeugnisse ihrer Länder zur Verfügung stehen.

In allen Schulen der Deutschen Demokratischen Republik wird die russische Sprache gelehrt. In steigendem Maße ist also die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik in der Lage, Presseerzeugnisse in russischer Sprache zu lesen. Hier ergibt sich eine ganze Reihe von Werbemöglichkeiten für neue Bezieher.

Viele Publikationen erscheinen in der Sowjetunion und den Volksdemokratien in englischer oder französischer Sprache, die vor allen Dingen viele älteren Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik gefällig ist. In englischer Sprache stehen besonders viele Presseerzeugnisse der Volksrepublik China zur Verfügung.

Der Vertrieb der ausländischen Presseerzeugnisse in den Kiosken für den Vertrieb internationaler Presseerzeugnisse

Beim Vertrieb der ausländischen Presseerzeugnisse haben die Kioske für den Vertrieb internationaler Presseerzeugnisse eine besonders wichtige Aufgabe zu erfüllen. Sie versorgen die Bevölkerung ganzer Kreise oder auch Bezirke mit ausländischen Presseerzeugnissen und sind die Stellen, bei denen die ausländischen Gäste ihren Bedarf decken. Durch ein umfassendes Angebot an Presseerzeugnissen aus der Sowjetunion und den Volksdemokratien dokumentieren sie unserer Bevölkerung und den westdeutschen und ausländischen Besuchern gegenüber den Freundschaftsbund der Deutschen Demokratischen Republik mit den sozialistischen Ländern.

Bei der Einrichtung dieser Kioske müssen daher die besten Kioske, die sich in zentraler Lage befinden, ausgewählt werden. Nur die fortschrittlichsten Verkäufer dürfen darin arbeiten. Die äußere Gestaltung der Kioske ist nicht nur Angelegenheit der Verkäufer, sondern aller verantwortlichen Angestellten im Bereich der HV Post- und Zeitungswesen.

Der Vertrieb der wissenschaftlichen Zeitschriften und Fachzeitschriften

Die Überlegenheit der Wissenschaft und Technik in der Sowjetunion gegenüber allen übrigen Ländern der Welt wurde im Herbst vorigen Jahres überzeugend durch die ersten Erdtrabanten bewiesen, die durch die Wissenschaftler und Techniker der Sowjetunion in den Weltraum geschickt wurden.

In den wissenschaftlichen Zeitschriften und Fachzeitschriften der UdSSR werden die Ergebnisse der Forschungsarbeit sowjetischer Wissenschaftler und erfolgreiche Neuerungsmethoden sowjetischer Arbeiter veröffentlicht. Die Auswertung der wissenschaftlichen Zeitschriften und Fachzeitschriften der Sowjetunion in den Universitäten, Instituten, Betrieben und Verwaltungen der Deutschen Demokratischen Republik ist eine dringende Notwendigkeit. Wenn die Wissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik den Weltstand erreichen will, so wird sie die sowjetischen wissenschaftlichen Zeitschriften genau verfolgen müssen. Die Auswertung der Fachzeitschriften dient der Steigerung der Arbeitsproduktivität und damit der Erhöhung des Lebensstandards in der Deutschen Demokratischen Republik. Auch in den volksdemokratischen Ländern wird dem Aufbau des Sozialismus durch neue Erfahrungen gesammelt, neue wissenschaftliche Erkenntnisse gewonnen. Die reibungslose Versorgung aller Interessenten der Deutschen Demokratischen Republik mit wissenschaftlichen Zeitschriften und Fachzeitschriften durch die Deutsche Post ist daher eine außerordentlich wichtige Aufgabe, die sich nicht darauf beschränken darf, für eine regelmäßige Zustellung und exakte Abwicklung der Bestellung zu sorgen, sondern die in der Propagierung von Neuerscheinungen, im laufenden Angebot an alle interessierten Stellen ihren Ausdruck finden muß.

Der Vertrieb von Zeitungen und Zeitschriften aus dem kapitalistischen Ausland

Die Postzeitungsliste der Deutschen Demokratischen Republik enthält auch einige Tageszeitungen und Zeitschriften aus England, Frankreich, Italien und Österreich. Dabei handelt es sich besonders um Publikationen der Arbeiterparteien dieser Länder. Der Bedarf in der Deutschen Demokratischen Republik kann allerdings mit dieser kleinen Auswahl an Zeitschriften nicht befriedigt werden. Der Grund für die fehlenden ausländischen Zeitschriften liegt in erster Linie darin, daß die Handelsbeziehungen zu diesen und anderen Ländern des kapitalistischen Auslands ungenügend sind, und z. Z. die notwendigen Devisen zur Einfuhr der Presseerzeugnisse aus diesen Ländern nicht zur Verfügung stehen. Die Versorgung könnte jedoch wesentlich verbessert werden, wenn sich die Handelsbeziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und diesen Ländern erweitern ließen, wo die Deutsche Demokratische Republik bekanntlich jederzeit bereit ist.



Zeitungsverkaufstand in einem Leipziger Messhaus (Aufn. Taggezeile, Leipzig)



### Die Aufgaben der Deutschen Post

Gegenüber anderen Aufgaben, die der Postzeitungsvertrieb zu lösen hat, wurde der Vertrieb der ausländischen Presseerzeugnisse in den vergangenen Jahren vernachlässigt. Die Gründe für diese Vernachlässigung liegen vor allem darin, daß beim Vertrieb und bei der Werbung der ausländischen Presseerzeugnisse nicht solche Ergebnisse erzielt werden können, wie bei den Tageszeitungen oder populärwissenschaftlichen Zeitschriften, die in der Deutschen Demokratischen Republik erscheinen.

Der Vertrieb ausländischer Presseerzeugnisse bedarf einer erheblichen Kleinarbeit bei den Postzeitungsvertrieben, deren wirtschaftlicher Nutzen in den seltensten Fällen nachgewiesen werden kann; denn der Erfolg des Vertriebs ausländischer Presseerzeugnisse zeigt sich nicht an dessen wirtschaftlichem Ergebnis.

Um die Arbeit auf diesem Gebiete zu verbessern, müßten alle am Vertrieb der ausländischen Presseerzeugnisse Beteiligten von der Notwendigkeit der Verbesserung dieses Vertriebs durch die verantwortlichen Angestellten der Deutschen Post überzeugt werden. In den Kiosken und anderen posteigenen Verkaufsstellen sollten die Verkäufer dafür sorgen, daß die Presseerzeugnisse des Auslands an hervorragender Stelle stehen. Die Vertrags- und Einzelhändler wären mehr als bisher zum Vertrieb dieser Presseerzeugnisse heranzuziehen. Bei den Werbeaktionen müßte auch für ausländische Presseerzeugnisse geworben werden. Die anfälligen Bemittlungen ließen sich dabei als Werbexemplare verwenden. Auch müßten die Bestellungen der Abonnements sorgfältiger als bisher bearbeitet werden. Weiterhin sollten sich die Abteilungsleiter der HPÄ und der BPP noch mehr um die Verbesserung der Streuung, um die Anleitung der Postzeitungsvertriebe und um die Ausgestaltung der Kioske kümmern.

Die Methoden, um Erfolge auf diesem Gebiete zu erzielen, sind vielfältig. Liegt doch in der Steigerung des Vertriebs der ausländischen Presseerzeugnisse noch eine große Reserve zur Erfüllung der Pläne der Deutschen Post.

## TAGUNGSBERICHT

### Zentrale Ökonomische Konferenz der Hauptverwaltung Fernmeldewesen

#### Optimistische Impressionen

Als die zwei Konferenztage am 27. und 28. November 1957 vorüber waren, da gingen wir alle mit frohlichen Gesichtern nach Hause. Die schwarz-rot-goldenen und roten Fahnen beiderseits der Bühne des Großen Hörsaales unserer schönen Leipziger Fachschule waren der würdige Rahmen gewesen für eine Konferenz, die wohl allen Beteiligten stets in Erinnerung bleiben wird.

Es begann scheinbar recht nüchtern mit einem Referat des Leiters der HV Fernmeldewesen, des Koll. Adler. Als die ersten Sätze im Raume verhallt waren, da fühlte man förmlich, wie sich die Herzen aufstauten, um sich das Gehörte zu eignen zu machen. Eine klare politische Einschätzung in glücklicher Verbindung mit unseren kommenden Aufgaben, unzählige Beispiele von

Möglichkeiten und Notwendigkeiten, es besser und schneller, leichter und dauerhafter zu machen, es — unser Fernmeldewesen als einem wichtigen Bestandteil der Volkswirtschaft. Wollte ich die Einzelheiten aufzählen, ich würde zu lang brauchen. Daher sei bereits jetzt allen Lesern die Broschüre empfohlen, die demnächst über diese Konferenz mit dem Vorwort des Referats und zahlreichen Ergänzungen reichlich bebildert erscheinen wird.

Dann grüßten uns Konferenzteilnehmer der Mitarbeiter des ZK der Partei der Arbeiterklasse, Genosse Maiwald, und der Vertreter des Zentralvorstandes der IGPP, Koll. Zimmerer. Vorüber an der vom Koll. Kalusch und seinen Mitarbeitern (Deutsche Postwerbung) aufgebauten und wunderbar gestalteten Ausstellung neuer Geräte des Fernmeldewesens ströbten wir den Pachttagungsräumen zu. Koll. Kleinmann leitete die Pachttagung Ortsverkehr, Koll. Engke die Pachttagung Fernmeldebau und Koll. Buschbeck die des Fernverkehrs. Unter vorbildlicher Disziplin wurden die Punkte der Tagesordnung erledigt. In einer Aufgeschlossenheit, die ihresgleichen sucht, sprachen zahlreiche Vertreter der Ämter und Bezirksdirektionen, unterbreiteten Vorschläge, die schließlich in gemeinsamen Empfehlungen an die Hauptverwaltung schriftlich fixiert wurden. Als der Uhrzeiger auf der vorgeschienenen Schulbühne stand, da — ja, es muß tatsächlich erwähnt werden, weil es so typisch für diese Ökonomische Konferenz war —, da riefen viele Kollegen „Weitermachen!“

Mit dem gleichen Schwung und Optimismus fanden die Pachttagungen am zweiten Konferenztag ihren Fortgang. Alle Teilnehmer hatten nun Gelegenheit, mehrere Filme über den Einsatz technischer Mittel im Fernmeldebau anzusehen. Im Fernmeldebau der Schule und auf einem unbenutzten Platz in der Nähe fanden Vorträge statt. Wir sahen die neue Kabelverlegemaschine bei der Arbeit, betrachteten das glatte Erdloch, das der Mastenbohrer in knapp einer Minute ins Erdreich gefressen hatte, hielten uns die Ohren zu, als Benzinmengen stampften und klatterten wohl auch auf eine Leiter, die durch eine neuartige Ständervorrichtung unser Interesse weckte. Mustergültige Organisation, bestmögliches Mitgehen der Teilnehmer, kluge und inhaltreiche Diskussionen — das war es, das die frohlichen Gesichter der Heimfahrenden machte.

Zwischen den beiden Tagen fand ein Abend des Beisammensitzen statt. Im überrollen Lehrhaus trat zunächst das Ensemble Deutsche Post Oschatz auf. Volks- und Arbeiterlieder, Volks- und Musik, geknallt geboten, eroberten erneut den Beweis, daß auch verhältnismäßig kleine Positionen stellen. Ein staunliches auf kulturellem Gebiet leisten konnten. Dieser Eindruck wurde noch übersteigert durch eine tempogeladene satirische Kabarettfolge der „Brummbarren“, einer Schaar junger Menschen, die mit Witz und Einfallsreichtum unsere Kollegen oft hellauf lachen machten. Die Feinde unseres Volkes, aber auch eigene Unzulänglichkeiten wurden mit der scharfen Waffe der Satire überzogen — und getroffen. Herrlich die Morität von der Ausbildungsstätte im Pferdestall, großartig die Szene in der westdeutsche Redaktionsstube — doch ich höre auf, ich muß mich sonst in Superlativen ergehen. Kollegen vom Fernsprechanlagen Berlin — fährt in die Ämter der Republik, zeigt den Kollegen Euer Können, reißt sie mit, wie Ihr uns mitbringen habt! Lachend werden wir so viele Schwächen meistens kennen, wenn Ihr uns den Spiegel vor Gesicht haltet, wenn auch Ihr die Feinde des Weltfriedens mit Hohn und Spott geißelt. Dank für den schönen Abend!

Dank aber auch und vor allem den Veranstalter der Zentralen Ökonomischen Konferenz der Hauptverwaltung Fernmeldewesen! Und wenn es nur dafür wäre, daß den Teilnehmern nach der Abschlussrede des Koll. Adler bereits die auf der Konferenz erarbeiteten Empfehlungen an das MPF in vervielfältigter Form mit auf den Weg gegeben werden könnten. Esue neben mir sitzende Rundfunkreporterin sagte mir, daß als Schlusswort gesprochen war: „Welch eine zu Herzen gehende Art war aus all den Worten zu hören!“ Kollegen, die Ihr dabei wart, tragt den schöpferischen Elan weiter zu Euren Mitarbeitern in die Städte und Dörfer, damit alle noch fester anpacken, um den Sozialismus zu bauen! Hille

### Eine Stadt starb — und lebt!

Ihr wißt doch, welche Stadt ich meine? Ja, ich spreche von der Stadt am Strom, der Stadt der Kunst, deren Bauten, Gemälde und einzigartigen Kostbarkeiten auf der ganzen Erde berühmt waren. Dieses Kleinod, oft Elbflorenz genannt, starb am 13. Februar 1945 unter dem Bombenhagel anglo-amerikanischer Bomber.

Gewiß — die westlichen Alliierten führten wie die Sowjetunion einen gerechten Krieg gegen den Faschismus, weil dieser sich geschickt hatte, die ganze Welt zu unterjochen. Es mag für uns Deutsche bitter klingen, aber ein Angriff auf militärische Ziele in Dresden wäre ebenso gerecht gewesen. Doch vor Dresden kennt, weiß, daß die Kasernen fast unbeschädigt geblieben waren. Verboten wurden während der Zwinger und die Frauenkirche, zerstört wurden Tausende von Wohnhäusern und zerstört und verbrannt Zehntausende von Menschen. Wir kennen heute die Hintergründe für diese Verbrechen, und wir nennen sie beim Namen: Man wußte in Washington und London, daß Dresden in einer Zeit zur sowjetischen Beatzungzone Deutschlands gehörte würde. Also durfte die Stadt nicht unbeschädigt in die Hände der „Russen“ gelangen. So entsetzte man ein Inferno, indem man Bombergeschwader auf Bombergeschwader startete, die ihre tödlichen Lasten über den Häusern und Menschen einer der schönsten Städte des Erdballs entließen. Ersparen Sie es einem, der dabei war, zu schildern, wie Menschen als lebende Päckchen zu den Elbweissen stürzten, um sich in den Fluten der Elbe zu retten. Ersparen Sie es ihm, zu berichten, wie Tiefsteiger diese gequälten Menschen mit Bordwaffen beschossen, als seien sie Hasen auf dem Feld. Wir Deutschen haben viel Schuld auf uns geladen, weil wir uns von einer Handvoll Militärs und Profiflygern zu Angriffen auf friedliche, fremde Völker verleiten ließen, weil Söhne unseres Volkes abscheuliche Verbrechen in den Konzentrationslagern verübten hatten. Wir Deutschen haben zu danken, daß uns die verbündeten Mächte des Westens mit von jenseitigen Terror befreit haben, wenigstens ohne Zweifel der Sowjetunion das Hauptdienst geleistet. Wir können aber trotz allem nicht vergessen und auch noch nicht verzeihen, mit welcher Brutalität das britische und amerikanische Oberkommando Dresden vernichtet haben. Was müssen das für Menschen sein, in deren Hirnen ein solcher Plan eingestrichelt worden ist?

Aber — haben wir Deutschen nicht mit den Terrorangriffen begonnen? Haben wir nicht die englische Stadt Coventry „ausradieren“ wollen? Ja, es ist schwer, die Frage von Schuld und Sühne zu lösen. Wegen wir uns vor den Opfern des Krieges in allen Ländern, aber verharren wir nicht in fatalistischen Schwelgen! Haben wir unsere Taten und recken vor unsere Arme empur für die Taten, die dem Frieden dienen! So schrecklich das Schicksal Dresdens war, es gilt zum Beispiel noch fürchterlicherer Zerstörung Hiroshima und Nagasaki. Hier rasten die Urkräfte der Atombombe, Menschen, Tiere und Vögel, hier wühlten neben den Flammen und den Explosionswellen die radioaktiven Strahlen, unter denen noch heute Menschen in Japan sterben. Aber auch diese ungeheuerlichen Massenvernichtungsmittel sind bereits überboten durch die Wasserstoffbomben und Kollisionsbomben, von denen heute Datenzeit genügen, das Leben auf der Erde überhaupt unmöglich zu machen. In die Hände der Menschen ist es gegeben, diesem Wahnsinn ein Ende zu machen. Wir kennen die Triebkräfte dieser Unkultur: es ist das internationale Monopolkapital, der Kapitalismus schlechthin. Einmal schreit er Ihr, einmal Bonbons, einmal Bonbons und einmal Batterien — wie es gerade den höchsten Profit bringt. „Du, der Du von Dresden kommst, verkündige überall, daß Du sie hast legen sehen, wie das Gesetz des Kapitalismus es befehlt!“

Du, der Du diese Zeiten liebst, bist sicher ein Postler oder interressierter Dich sehr für postalische Fragen. Aber schließlich hat Du Dresden nicht gesehen in den ersten Jahren nach den Angriffen. Weißt Du, daß auf dem Postplatz — um nur ein einziges Beispiel zu nennen — die gesamten postalischen Anlagen vernichtet worden sind? Dabei waren das Hauptpostamt Dresden A 1, die Oberpostdirektion und das Postinspektariat, das Fernpostamt mit dem Perzent und fast 2000 Anrufstellen für Fernsprechanlagen.

Zerstört sind die Gebäude, verbrannt die Wälggestelle, zerfetzt die Maschinen. Tausende Tote hat man auf dem Altmarkt seinerzeit mit Densin überossen und verbrannt, ohne daß eine Identifizierung möglich war. Die Leichenkarren kwurten durch Dresdens Trümmerstraßen, Verwesung breitete sich aus; wir fanden ein neoplatonisches Kind in einem Graben, rauchgeschwärzt und schreiend; es lebte noch. Die Mutter aber kam in den Flammen.

Lies nur weiter — Du mußt es Dir immer wieder einmal vor Augen halten, was damals geschehen ist. Du darfst es nicht vergessen; denn vergißt Du es, dann können die gleichen Kräfte wie damals wieder unser gemeinsames Heiss vernichten. Lies und denk! Vergiß nicht, daß Du ein Öktron hast und ein Herz. Nicht nur einen Magen! Nicht diejenigen, die die süßesten Speisen geben, sind immer die besten Menschen. Schau auch in ihre Küche, erforsche, was sie dort zusammenbräuen, vergewissere Dich, daß nicht in der nächsten Schüssel nur noch Kammflöten liegt oder eine verrottene Speise. Sieh Dir auch die Küche an! Ein neuer weißer Mantel und eine neue weiße Mütze machen noch nicht neue Menschen. Sieh Dir also die Küche an, die in der polnischen Küche in Washington und London, in Paris und Bonn ihren Drei rühren — und Du wirst mit uns dafür sorgen müssen, daß ihnen das Feuer nicht über die Köpfe hinweg geht. Die da neue Istrigen speisen, sind nämlich die gleichen, die auch den Massenmord von Dresden, Hiroshima oder Nagasaki errannen.

Über der Trauer um die Opfer hinaus haben wir uns einen gesunden Haß beschrift, einen Haß auf die, die uns gesungen haben, auf Mitmenschen zu schlaffen, nur weil es den Herren gefiel. Warum wußte ich auf einen Franzosen schiefen, der mir persönlich doch gar immer die besten Speisen gab? Wer hat Dich dazu getrieben, auf einen Ukrainer Dein Gewehr anzulegen, den Du nicht einmal kennst? Warum? Warum? Warum? Tausende Fragen — aber nur eine Antwort: Das kapitalistische System geißt die Kriegsverdränger in seinem Schoß, läßt sie wachsen und andere verrotten.

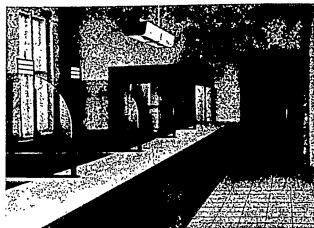
Können wir das ändern? Sind wir nicht machtlos gegen objektive Gesetzmäßigkeiten? Ja, wir sind machtlos, wenn wir die Gesetze nicht erkennen. Aber ein Karl Marx, ein Friedrich Engels, ein Wladimir Iljitsch Lenin haben uns die Gesetze aufgeschrieben und gelehrt. So kennen wir sie jetzt! — und können ihr Werk weiter machen, indem wir ihre Vorbedingungen verändern. Wir kennen auch die Gegenstände, und wir rufen, ja wir schreien sie in die Welt hinaus, damit alle, die Ohren haben zu hören, sie vernehmen. Schließt Euch zusammen, errichtet die weltumspannende Arbeiterpartei des Proletariats gegen den Krieg! In die hohe Politik steuert er heißt das nicht anders, als den Prinzip der friedlichen Koexistenz zum Durchbruch zu verhelfen, heißt das nicht anders, als die Aktionseinheit der Werktätigen aller Länder, besonders aber der Arbeiter zu schaffen.

Sie vornehm alle, wenn sie sich nur einig sind, die Arbeiter und die Bauern, die fortschrittlichen Bürger und die Wissenschaftler. Dresden verlor. Wer es wirklich tut! Man möchte diese Frage bejahen, schon wenn man „nur“ die Verluste an postalischen Einrichtungen betrachtet. Zerstört waren außer den schon genannten Ämtern die Postämter Dresden N 6, A 16, A 19, A 21, A 24, das Postamt Dresden A 3, A 4, A 5, N 8, A 9, A 11, A 23, A 35 und A 48. Zerstört waren 140 Fernplätze, 29 Mittelplätze, 30 Schnellplätze, 545 Verteiler, zahlreiche Kabel, das Unteramt Striesen, das Unteramt Johannstadt, der Rundfunksender Dresden auf dem Ballhaus, teilzerstört zahlreiche andere Einrichtungen und Dienststellen, geblieben oder verbleibt viele, viele Kollegen und Kollegen. War Dresden tot? War die Stadt am Strom gestorben?

„Du, der Du von Dresden kommst, verkündige überall, daß Du sie hast aufbauen sehen, wie das Gesetz des Sozialismus es befehlt!“ Unser Kollege Kurt Zimmerer, der einen großen Anteil am Wiederbau des Nachrichtenwesens Dresdens hat, berichtet vom nächsten Nefermann: Die Stimmen aus dem Dunkler waren immer freundlich, immer klar und korrekt, weil sie den Werktätigen des Landes dienten. Sie waren es auch noch, wenn die Luft in dem engen Raum unter-

träglich wurde oder wenn eine harte Stimme am anderen Ende der Leitung ungeduldig und entrüstet schimpfte, weil der Verbindungsweg nicht schnell genug hergestellt oder getrennt war. Hörtest Du das wohl, daß diese Stimme fast erstickte, die Stimme, die schon acht Stunden in immer gleichmäßiger Tone, mit immer gespannter Aufmerksamkeit erlähmt: „Hier Fernamt, bitte welche Verbindung wünschen Sie?“

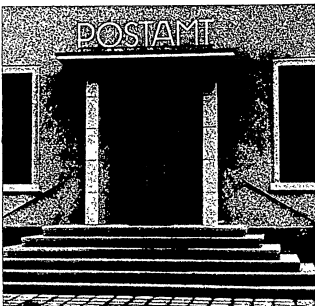
Wir nennen sie die „Aktivisten der ersten Stunde“, jene fortschrittlichen Kräfte, die — oftmals von den Nazis gemißbraucht worden — am ersten Morgen nach dem Zusammenbruch Deutschlands anpackten, um das Leben wieder in Gang zu bringen; unter ihnen der Kollege Paul Franke. Dresden begann wie die anderen Städte und Dörfer wieder zu leben. Trümmer wurden weggeräumt, Verkehrswege in Gang gebracht, die Versorgung der Menschen gesichert. Sozialistische Bestatzungsstellen erwiesen sich bereits in diesen ersten Tagen und Wochen als Freunde, nicht nur als Besatzung.



Mit den Jahren konnten dann auch Neudrucke begonnen werden. Wohnungen entstanden, Unterrichtsstätten und Kaufhäuser. Vom Bauschaffen der Deutschen Post in Dresden kündet beispielsweise das neue Postamt Dresden A 21 (Bild).

Dresden lebt wieder! Die Straßen sind aufgeräumt, Straßenbahnen und Autos flitzen durch die Stadt. Menschen gehen zu ihren Arbeitsstätten oder bummeln am Sonntag hinaus in die herrliche Umgebung, zum Weißen Hirsch oder nach Pillnitz, auf die Coschützer Höhen oder ins subalpine Elbsandsteingebirge. Die Ordnung und der Friede sind eingeleitet in die Stadt am Strom. Doch, Ihr alle, meine Mitmenschen, schaut auch über die Berge hinweg, vergeßt nicht die politischen Gipfeln in Washington und Bonn, in London und Paris. Und geht Ihr in Dresden über den Putsch-Platz, so erinnert Euch eines Wortes dieses aufrechten Antifaschisten: „Menschen, ich halte euch lieb, seid weck!“

Horst Hill



### Das interessierte die Studenten

Im Rahmen der Hochschulwoche der Hochschule für Bauwesen in Cottbus hielt unser Kollege Herr Ing. Gradecki vom MIP, einen Gastvortrag über das Thema: „Probleme des Rundfunks und des Fernsehens“.

In anschaulicher Weise schilderte er nach einer Darstellung des geschichtlichen Wertegangs des Rundfunks und des Fernsehens in Deutschland im Zusammenhang mit den übrigen Ländern und den internationalen Beziehungen die Schwerpunkte des Wiederaufbaus in unserem gespaltenen Vaterlande, betonte die besondere Rolle der Arbeiterklasse sowohl hinsichtlich des Wiederaufbaus als auch bezüglich der Meinungsbildung und verwies auf die freundschaftliche Hilfe des Sowjetvolkes. Besonders erörterte er die Probleme der gegenwärtigen Wellenverteilung im Mittelwellenbereich, die Einführung des UKW-Rundfunks und seine weitere Ausgestaltung.

Großes Interesse fanden seine Ausführungen über die baulichen Maßnahmen bei Bauten des UKW- und Fernseh-Rundfunks.

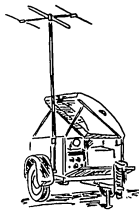
In der anschließenden Diskussion ging der Referent eingehend und ausführlich auf die Fragen der Studenten, vor allem derjenigen der Fachrichtung Technische Stadtplanung, ein.

Die umfassende Darstellung der heutigen Kernprobleme des Rundfunks und des Fernsehens wurden beifällig aufgenommen. Die Hochschule für Bauwesen ist Herrn Gradecki für seine Zusage der tätigen Mithilfe an der Lehrmittelbeschaffung dankbar. Ein Teil seiner Ausführungen wird den Studenten im Umdruck als Lehrmaterial zur Verfügung gestellt werden.

## Bewegliche Funkdienste

Von Dipl.-Ing. Heinrich FEGERT, Berlin

In folgenden Artikel soll eine Gesamtübersicht über das Gebiet der beweglichen Funkdienste gegeben werden. Hier kann man im wesentlichen zwei Arten unterscheiden, und zwar den Simplexbetrieb und den Duplexbetrieb. Beim Simplexbetrieb kann eine Nachrichtenübertragung in beiden Richtungen stattfinden, es muß aber immer von „Senden“ auf „Empfangen“ oder umgekehrt umgeschaltet werden (Wechselsprechen, Bild 1). Dies geschieht



### Aufgabe und Abgrenzung beweglicher Funkdienste

Die im folgenden beschriebenen Funkdienste sind in erster Linie als bewegliche (mobile) aufzufassen. Solche Anlagen, die auch untereinander funktechnisch sollen, werden durch feste (fixe) Anlagen nachrichtentechnisch gesteuert und mit Hilfe von Vermittlungsrichtungen unter Umständen auf die vorhandenen drahtgebundenen Fernmeldetzen aufgeschaltet. Die beweglichen Geräte können gefahren, geflogen oder getragen werden, was in erster Linie vom Verwendungszweck der Anlage abhängt. Diese werden nicht nur für öffentliche Dienste benutzt, sondern dienen auch andersorts dazu, den Betrieb bei zentralen Einrichtungen wie Post und Eisenbahn oder bei ähnlichen Institutionen zu verbessern. Die nichtöffentlichen Anlagen umfassen ferner magistrale Dienste, wie Rettungsdienste, Feuerwehr, Katastrophendienst u. a.

Zum vollen Verständnis der nachfolgenden Ausführungen sei der Leser darauf hingewiesen, daß es sich bei den beweglichen Funkdiensten um ein Gebiet der Funktechnik handelt, das sich sehr scharf gegen den sogenannten Funkweitverkehr abgrenzt. Bei diesem handelt es sich um einen Funkverkehr auf große irdische Entfernungen, also um das Überbrücken von Kontinenten und Weltmeeren. Man bevorzugt hier die Kurzwelle, weil sie eine praktisch unbegrenzte Reichweite besitzt und weil man bei diesen Wellen den Effekt der einfachen oder mehrfachen Reflexion an der Ionosphäre zum Erhöhen der Reichweite geschickt ausnutzen kann. Ganz andere Verhältnisse herrschen dagegen bei den beweglichen Funkdiensten. Hier liegt es in der Art der räumlichen Gebundenheit, daß man auch eine entsprechende Begrenzung der Ausbreitung der Wellen wünscht, auf denen man Funkverkehr betreibt. Ähnlich wie beim UKW-Rundfunk und beim Fernsehen hat man aus diesem Grund für die beweglichen Funkdienste bevorzugt das 10-m- bzw. das 7-m-Band gewählt, ist später aus Frequenzmangel auf das 4-m-Band und neuerdings auf das 2-m-Band übergegangen. Die Ausbreitungsverhältnisse der Meterwellen sind uns aus den praktischen Erfahrungen beim Rundfunk und beim Fernsehen genügend bekannt und können im allgemeinen auf die Verhältnisse bei den beweglichen Funkdiensten angewandt werden. Welche Abweichungen und Veränderungen hier vorkommen und berücksichtigt werden müssen, werden wir später erörtern.

### Reichweite

Da wir den Sendern und Empfängern bei dem beweglichen Funk nur eine begrenzte Höhe geben können, und infolge der niedrigen Höhe der Fahrzeuge die Strahlung möglichst dicht an der Erdoberfläche verlaufen muß, ist zumindest im Flachland oder an der Küste die Reichweite durch die Erdkrümmung begrenzt. Bei den üblichen Aufbauhöhen der Antennen von zwei bis drei Metern bei Landfahrzeugen, höchstens 15 bis 20 Metern bei Schiffen und bei einer Antennenhöhe von maximal 100 bis 150 Metern für die festen Stationen, beträgt bei gleichmäßiger Rundstrahlung die Reichweite durchschnittlich 40 bis 60 km. In Großstädten vermindert sich diese Reichweite infolge von Reflexionen an Gebäuden aber beträchtlich, so daß man hier mitunter nur auf Reichweiten bis kaum 40 km kommt.

### Betriebsarten

Wir wollen nun die Betriebsarten betrachten, derer man sich bei den beweglichen Funkdiensten nicht in jedem Fall bedienen kann. Es gibt auch noch eine gemischte Betriebsart, bei der man auf einer Seite der Verbindung Simplexbetrieb und auf der anderen Seite Duplexbetrieb anwendet. Dieser letzteren Betriebsart bedient man sich vor allem beim Seefunkverkehr. Während man beim Simplexbetrieb je Kanal mit einer Frequenz für Senden und Empfang auskommt, benötigt man beim Duplexbetrieb zwei Frequenzen, die außerdem noch einen ganz bestimmten Abstand voneinander haben müssen. Nach den Vorschlägen des CCIR von Warschau 1956 (Empfehlung Nr. 223) soll dieser Abstand 4,5 MHz betragen. Für den Küstenfunk ist dieser Wert auf der „Internationalen Konferenz über den Seefunkverkehr auf Meterwellen“ in Den Haag im Januar 1957 auf 4,6 MHz festgelegt worden. Auf dieser Konferenz wurden auch die Frequenzen bezeichnet, die für den Nachrichtendienst

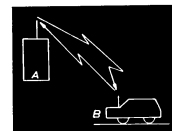


Bild 1. UKW-Verkehrsfunk (Wechselsprechens)

nur durch einen Umschalter, der von Hand, durch eine Fußtaste oder automatisch betätigt werden kann. Beim Duplexbetrieb dagegen ist eine gleichzeitige Übertragung in beiden Richtungen möglich (Gegensprechen, Bild 2), wobei zu beachten ist, daß

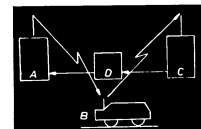


Bild 2. UKW-Verkehrsfunk (Gegensprechens)

die Begriffe Simplexbetrieb und Wechselsprechen sowie Duplexbetrieb und Gegensprechen nicht in jedem Fall identisch sind. Es gibt auch noch eine gemischte Betriebsart, bei der man auf einer Seite der Verbindung Simplexbetrieb und auf der anderen Seite Duplexbetrieb anwendet. Dieser letzteren Betriebsart bedient man sich vor allem beim Seefunkverkehr. Während man beim Simplexbetrieb je Kanal mit einer Frequenz für Senden und Empfang auskommt, benötigt man beim Duplexbetrieb zwei Frequenzen, die außerdem noch einen ganz bestimmten Abstand voneinander haben müssen. Nach den Vorschlägen des CCIR von Warschau 1956 (Empfehlung Nr. 223) soll dieser Abstand 4,5 MHz betragen. Für den Küstenfunk ist dieser Wert auf der „Internationalen Konferenz über den Seefunkverkehr auf Meterwellen“ in Den Haag im Januar 1957 auf 4,6 MHz festgelegt worden. Auf dieser Konferenz wurden auch die Frequenzen bezeichnet, die für den Nachrichtendienst

Schiff-zu-Schiff, in Küstennähe (Küstenfunk), im Hafen (Hafenfunk) und für den öffentlichen Fernspreverkehr benutzt werden sollen. Die Umstellung des Gleichkanalabstandes von 4,5 MHz auf 4,0 MHz geschah, um Störungen der beweglichen Funkdienste durch Fernsehsender zu vermeiden. Das Abkommen trat am 1. Oktober 1957 in Kraft und betrifft den Verkehr im Band 156-162 MHz. Es sind insgesamt 28 Frequenzkanäle vorgesehen, von denen einer, der Kanal Nummer 16, als Anruf- und Sicherheitsfrequenz bezeichnet wird (Frequenz 156,80 MHz). Wie wir aus dem Vorstehenden gesehen haben, ist auf einen Teil der beweglichen Funkdienste, dem sogenannten Seefunksprechdienst, also schon eine weltweite internationale Regelung getroffen worden. Dies ist leider nicht auf allen Gebieten dieser Technik der Fall. Mit steigender Motorisierung vor allem im schienenlosen Kraftfahrzeugverkehr besteht eine dauernde Nachfrage nach Kanälen. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß man aus diesem Grunde den Betrieb auf immer kürzere Wellen verlegt. Aber auch in dieser Richtung ist eine Grenze gesetzt, vor allem durch die dann begrenzte Reichweite. In den USA werden aber schon seit Jahren auch Wellen unter 1 m benutzt (450...470 MHz).

**Kraftwagenfunk**

Vom fahrenden Automobil ein Gespräch mit irgend einem Teilnehmer des Fernsprechnetzes zu führen, erscheint dem unbefangenen Betrachter zunächst als eine Unmöglichkeit. Und doch hat die moderne Funktechnik die Möglichkeit hierzu geschaffen. Allerdings gibt es bis heute noch kein System, das allen Anforderungen genügt. Ein allen Beteiligten — also sowohl dem Teilnehmer als auch dem Vermittler — zugängliches Anrufsystem erfordert umfassende Anlagen modernster Technik. Abweichend von der üblichen Vermittlungstechnik im Fernsprechnetz ist man hier bisher mit großem Erfolg völlig neue Wege gegangen. Von unserem Fernsprechapparat wissen wir, daß mit dem Nummernschalter Impulse erzeugt werden, die in der Vermittlungsstelle Wählereinrichtungen steuern und so die Verbindung herstellen. Es wäre denkbar, bei den beweglichen Funkdiensten ähnliche Einrichtungen zu benutzen. Man hat dies auch beim Beginn der Entwicklung solcher Anlagen durch die sogenannten Pulssysteme versucht. Dem Sprachband werden bestimmte Impulspulsen aufgemoduliert, die empfangsseitig ausgewertet werden. Da aber die Auswertvorrichtung einen verhältnismäßig hohen Aufwand erfordert, wird eine solche Einrichtung im Fahrzeug zu kostspielig. Dieses System hat auch noch den Nachteil, daß durch Ausfall von Impulsen wegen der Erschütterungen im Fahrzeug oder durch stark schwankende Übertragungsbedingungen Fehleranrufe entstehen. Zwar kann dies bei dem sogenannten Quersummen-Pulsverfahren nicht mehr auftreten, aber man benötigt zur Durchgabe der Ziffernrufen eine verhältnismäßig lange Zeit.

Das Selektivsystem, das die genannten Nachteile nicht besitzt und den Anschluß einer unbegrenzten Teilnehmerzahl gestattet, ist das sogenannte Frequenzcode-System. Dieses System, das als reines Frequenz-Kombinationssystem oder auch als zeitgesteuertes Frequenz-Kombinationssystem ausgebildet sein kann, ist wegen seines geringen Aufwandes im Fahrzeug jedem anderen System überlegen (Bild 3). Ein solcher Selektivempfänger enthält eine Anzahl von Relais, die auf

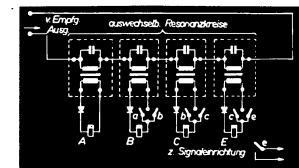


Bild 3. Selektivsystem

bestimmte Tonkombinationen ansprechen. Die Anzahl der möglichen Variationen ergibt sich nach der Lehre der Kombinatorik aus der Formel

$$\binom{n}{r} r! = \frac{n!}{(n-r)!}$$

Wir brauchen in dieser Formel nur „n“ gleich der Anzahl der kombinierten Töne zu setzen, dann erhalten wir aus obiger Formel die Anzahl der möglichen Kombinationen, die identisch ist mit der Zahl der möglichen Teilnehmer. Sind z. B. bei einem mobilen Empfänger drei Relais vorgesehen, und stehen bei spielsweise 17 Frequenzen zur Verfügung, dann ergeben sich nach obiger Formel

$$\frac{17!}{(17-3)!} = \frac{17!}{14!} = 15 \cdot 16 \cdot 17 = 4080 \text{ Anschlüsse.}$$

Mit vier Kombinationstönen erhält man schon

$$\frac{17!}{(17-4)!} = \frac{17!}{13!} = 14 \cdot 15 \cdot 16 \cdot 17 = 57120 \text{ Anschlüsse.}$$

Um auf ein Netz von 100000 Teilnehmern zu kommen, benötigt man also bei vier Kombinationstönen etwa 20 Frequenzen

$$\frac{20!}{(20-4)!} = \frac{20!}{16!} = 17 \cdot 18 \cdot 19 \cdot 20 = 111280 \text{ Anschlüsse.}$$

Die meisten Systeme arbeiten mit 20 bis 35 Frequenzen.

Diese Frequenzen müssen nun im Sprechfrequenzband (300-3000 Hz) untergebracht werden. Beim Anwenden von 20 Frequenzen nach obigem Beispiel würde dies einem durchschnittlichen Frequenzabstand von 15 Hz entsprechen. Die hiermit geforderte Resonanzscharfe ist mit guten Resonanzrelais auch zu erreichen. Von der Fa. Hartmann & Braun (Frankfurt/Main) wurden Relais entwickelt, die diese Forderungen erfüllen.

Wir wollen nun im folgenden kurz eine in der Schweiz ausgeführte Anlage schildern (Bild 4). Dort konnte man, weil die

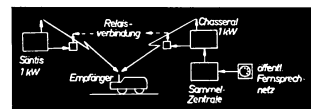


Bild 4. Schweizer Autofunk (ältere Anlage)

Fernwahl in der ganzen Schweiz schon praktisch möglich ist, fürs erste mit einer verhältnismäßig einfachen Anlage auskommen. Da man von der nächsten Fernsprechzelle jeden Teilnehmer des Landes erreichen kann, begnügt man sich mit einem Anrufsystem. Es wird also in diesem Fall lediglich ein Ruf zum Fahrzeug übertragen und auf ein direktes Gespräch verwiesen. Somit war es tatsächlich möglich, mit zwei Sendern für die gesamte Schweiz auszukommen. Der eine Sender für den Ostteil der Schweiz wurde auf dem Säntis und der andere für den Westteil auf dem Chasseral aufgestellt. Der Empfang dieser beiden Sender ist mit ausreichender Feldstärke in der ganzen Schweiz möglich. Sämtliche Anrufe werden in einer Sammelstelle gesammelt und den Sendern zugeführt, die außerdem noch untereinander durch eine (drahtlose) Relaisstrecke verbunden sind. Mit Hilfe einer Tonfrequenzkombination (Selektivruf), die dem UKW-Träger aufmoduliert ist, werden in Abständen von etwa einer Sekunde zwei Impulse von 200-300 ms Dauer gegeben. Die Selektion der Rufnummer geschieht niederfrequenzmäßig mit Hilfe von Resonanzrelais. Durch eine Verschleissanlage im Antenne-Empfänger wird erreicht, daß nur der gewünschte Teilnehmer gerufen wird. Mit dem oben geschilderten System können von den in der Schweiz vorhandenen Landfahrzeugen allerdings nur rd. 2%, nämlich 5000 von 250000 Fahrzeugen, bedient werden. Eine Erweiterung der Anlage ist also nur durch Benutzen weiterer Trägerfrequenzen bzw. durch Errichten weiterer Sender möglich.

Nachdem wir uns mit der für die beweglichen Funkdienste so wichtigen Selektivruftechnik etwas eingehender befaßt haben, wollen wir uns wieder der Punktseite bzw. den Hochfrequenzproblemen zuwenden. Laut Internationalem Fernmeldevertrag (Atlantic City 1947) sind für unsere Region folgende Frequenzen zugelassen:

1. 10-m-Band 31,7... 41 MHz
2. 4-m-Band 70 ... 72,8 MHz
- 75,2... 78 MHz
- 80 ... 83 MHz
- 85 ... 87,5 MHz
3. 3-m-Band 100 ... 108 MHz
4. 2-m-Band 160 ... 174 MHz
5. 1-m-Band 235 ... 282,0 MHz
6. unter 1 m 335,4... 420 MHz
- 400 ... 470 MHz

Es wurde bereits erwähnt, daß von den obengenannten Bändern in erster Linie das 2-m-Band in Frage kommt. In der Perspektive würden für Europa auch das 1-m-Band und das Frequenzband 400-470 MHz benutzt werden. Die Gerätetechnik ist auf diesem Gebiet in Europa allerdings noch im Fluß.

Die in Atlantic City 1947 geforderten Frequenztoleranzen sind sehr eng. Es wird eine Frequenzgenauigkeit von  $2 \cdot 10^{-4}$ , d. h. 0,002%, gefordert, und zwar sowohl für den Sender als auch für den Empfänger, außerdem sowohl für die feste als auch für die fahrbare Station. Dies stellt natürlich große Anforderungen namentlich an die fahrbare Station, bedeutet dies doch bei einer Frequenz von 150 MHz eine Frequenztoleranz von weniger als  $\pm 1,5$  kHz. Diese Genauigkeit ist beim fixen Sender auch nur durch Anwenden eines Thermostaten zu halten. Bei der beweglichen Empfangsstation wird dieser Wert durch eine automatische Nachlaufsteuerung (Scharfabbstimmung) gewährleistet.

Nach den Dokumenten 760 und 761 des CCIR (Warschau 1956) soll der Kanalabstand 50 kHz sein. Diese Forderung stellt hohe Anforderungen an die Trennschärfe, Selektivität und Spiegelwellenfestigkeit der HF- und ZF-Filter im Empfänger. Benachbarte Kanäle müssen eine Dämpfung von 80-100 db gegeneinander haben. Dies erfordert die Anwendung von Mehrkreisfiltern in der ZF, die über eine besonders gute Flankensteilheit verfügen, damit trotzdem die bei einer Dämpfung von 3 db geforderte Bandbreite von 36...40 kHz erreicht wird. Bei den Geräten im Bereich von 30...300 MHz wird durchweg FM

angewendet. Eine Ausnahme bilden nur die englischen Geräte, die augenblicklich noch mit AM arbeiten. Hochfrequenzmäßig sind die FM-Geräte bekanntlich gegen Störungen viel unempfindlicher als die AM-Geräte; daher hat sich auch England neuerdings ebenfalls für die FM entschlossen.

In bezug auf Gewicht und Preiswürdigkeit sind die AM-Geräte im Vorteil (siehe Tabelle 1). Auch im Stromverbrauch sind die AM-Geräte sparsamer infolge ihres geringeren Röhrenaufwandes. Bei höheren Frequenzen, also vor allem über 300 MHz, bei denen der Vorteil der FM — das günstigere Signal/Rauschen-Verhältnis — ohnehin entfällt, wendet man mit Vorteil wieder die AM an.

Kurz erwähnt soll noch werden, daß für frequenzmodulierte Geräte der Frequenzhub im Sender nicht größer als  $\pm 15$  kHz sein soll, und der Empfänger in der Lage sein muß, diesen Hub noch aufzunehmen. Außerdem soll eine Voranhebung (pre-emphasis) der höheren Frequenzen im Sender und eine Nachabsenkung (de-emphasis) im Empfänger erfolgen. Die Störausstrahlung muß den vorgeschriebenen Werten entsprechen.

Im Kanalabstand gleichzeitig einfallende Wellen (Träger) dürfen nur mit einer Dämpfung von 70 db wirksam sein (Interkamm-Modulation). Die festen Sender sollen eine Strahlungsleistung von 80-100 W haben, während die fahrbaren Sender 15-20 W aufweisen sollen. Geringere Strahlungsleistungen haben nicht die gewünschte Reichweite zur Folge.

Wir haben bereits erwähnt, daß die Ausbreitungsverhältnisse im Gebirge oder auch schon im hügeligen Gelände oder auf Landstrichen mit großen Waldflächen besonders schwierig sind. Abschattungen, Reflexionen und Feldstärkeeinbrüche können oft einen Punktverkehr auf kürzeste Entfernungen in Frage stellen. Dazu kommt, daß die Fahrzeuge an Straßen oder Schienen gebunden sind und daß bei kurvenreicher Streckenführung die unübersichtlichen Verhältnisse bestehen.

**Besondere Probleme des Eisenbahn- und Wasserstraßenfunks**

Wir wollen hier nur kurz die Schwierigkeiten erwähnen, die der Errichtung eines einwandfrei funktionierenden Bahntrafikenfunks entgegenstehen. Die Deutsche Reichsbahn, die sich schon vor dem zweiten Weltkrieg zwecks Verbesserung ihrer Sicherungsalagen der Funktechnik in vielerlei Hinsicht bediente, hat etwa nach 1948 (vordem war die Entwicklung auf Grund der Kontrollratsgesetzte nicht möglich) sofort die Entwicklung auf diesem Gebiet wieder aufgenommen oder in der Industrie veranlaßt (Bilder 5 und 6). Um die oben geschilderten Schwie-

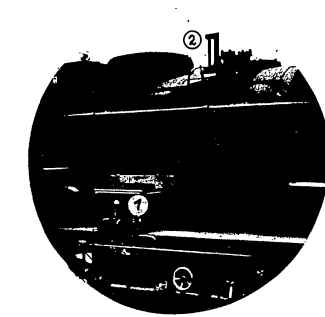


Bild 5. Lokstation einer UKW-Bangierfunkanlage  
1. Sender, Empfänger, Stromversorgungsstelle  
2. Lok-Antenne (vertikale polarisierte Dipol)  
(Werkfoto VEB Funkwerk, Dresden)



Bild 6. Lokstation einer UKW-Bangierfunkanlage  
1. Deleinstellung  
2. Drucksummenrelais  
(Werkfoto VEB Funkwerk, Dresden)

rigkeiten zu meistern, wurde auch von der Deutschen Bundesbahn um diese Zeit die Entwicklung solcher Anlagen in Auftrag gegeben. Da bei den beweglichen Funkdiensten für die Eisenbahn an erster Stelle die Betriebssicherheit steht, mußten hier besondere Vorkehrungen getroffen werden. Um einen sicheren Empfang vor allem im fahrenden Zug zu garantieren, wurde hier von dem sogenannten Diversity-Verfahren Gebrauch gemacht. Dieses Verfahren ist aus der Weitverkehrsstechnik seit Jahrzehnten bekannt und wird dort mit großem Erfolg angewendet. Dort wird das Verfahren allerdings dazu verwendet, um auf größte Entfernungen sicheren Empfang zu erzielen (Erklärung des Diversity-Begriffes s. „Die Deutsche Post“, Heft 1/1956). Gleichzeitig muß man aber noch von der Methode des Gleichwellenfunks Gebrauch machen, den jeder Rundfunkhörer noch aus der ersten Zeit des MW-Rundfunks kennt. Da es sich aber bei den beweglichen Funkdiensten um frequenzmodulierte Geräte handelt, läßt sich kein idealer Gleichwellenfunk durchführen. Man muß nämlich den beweglichen Empfängern gleichzeitig die Füllstärke von zwei oder mehr Sendern zuführen, die die gleiche Modulation haben. Dies wird dadurch erreicht, daß die Frequenzen um den doppelten Hub (30 kHz) auseinanderliegen, und der Empfänger mit Hilfe einer automatischen Nachlaufsteuerung auf den jeweils stärkeren Sender eingestellt wird. Man spricht in diesem Fall von „Abgleichwellenfunk“. Abstrahlungen und Einbrüche der Füllstärke erfordern jedoch schattungen und Einbrüche der Füllstärke erfordern jedoch eine ausgeklügelte Aufstellung der ortsfesten Sender und — je nach den besonderen Ausbreitungsverhältnissen — eine horizontale oder vertikale Polarisation der ausgestrahlten Wellen. Eine solche Anlage ist sehr kompliziert, muß aber mit Rücksicht auf die geforderte Verkehrssicherung beim Bahnverkehr zum Erreichen einer zuverlässigen Nachrichtenverbindung unbedingt gefordert werden.

Ähnlich liegen die Verhältnisse beim Wasserstraßenfunk. Der sogenannte „Rheinfunk“ für Schiffsperiscope arbeitet augenblicklich noch auf Grenzwellen (1,4—3 MHz), soll aber in nächster Zeit ebenfalls auf UKW umgestellt werden. Es hat sich nämlich gezeigt, daß die Grenzwellen infolge ihrer Überreichweite bei Nacht die in diesem Frequenzgebiet arbeitenden Schiffsfunkdienste auf hoher See stört. Der Wasserstraßenfunk auf Elbe und Oder, der in Gemeinschaft mit der Bundesrepublik, der CSR und Polen aufgebaut werden mußte, wäre von vornherein auf dem 2-m-Band zu projektieren. Hier wird man sich zweckvoll der obengenannten internationalen Vereinbarungen über den Sekundärverkehr auf Meterwellen (Den Haag, Januar 1957) bedienen.

**Weitere Anwendungsgebiete der beweglichen Funkdienste**

Nachdem wir die Anwendung des UKW-Verkehrsfunks für zentrale Einrichtungen wie Eisenbahn, Post und den öffentlichen Kraftverkehr erwähnt haben, wollen wir noch kurz die Anwendungsmöglichkeiten des UKW-Verkehrsfunks für städtische Dienste erwähnen. Hier bietet sich natürlich ebenfalls eine vielseitige Anwendungsmöglichkeit. Rettungsdienst, Feuerweh und alle möglichen Dispositionsdienste für die Gas-, Wasser- und Stromversorgung machen zum Teil schon heute von dieser Technik Gebrauch, ganz abgesehen von der Polizei, für die solche Anlagen seit Jahren unerlässlich sind. Aber auch außerhalb der Großstädte, in Industriegebieten und sogar auf dem freien Land macht man zunehmend Gebrauch von den beweglichen Funkdiensten.

Im Braunkohlen-Tagebau auf der Lokomotive oder am Großbagger, bei den MTS, bei LPG usw. — überall werden heute mit Vorteil solche Anlagen benutzt. Mit der steigenden Anwendung derartiger Geräte, vor allem in Landwirtschaft, Bergbau und Industrie, ergibt sich natürlich auch die Notwendigkeit einer Betreuung derartiger Anlagen, wozu sich ein einschlägiger sehr beweglicher Kundendienst als notwendig erweist.

Wie aus dem bisher Gesagten hervorgeht, ist heute der UKW-Verkehrsfunk ein unerlässliches Mittel zum Bewältigen der vorliegenden Verkehrsprobleme. Aber darüber hinaus werden solche technischen Einrichtungen auch als Hilfsmittel für andere Dienste benötigt. Denken wir nur an das Höhenradar oder an den Flugsicherungsdienst. Auch als Zusatz zu den funknaviga-

torischen Mitteln der Steuerung von Schiffen und Flugzeugen und zur Entfernungsmessung wird die UKW-Technik seit langer Zeit benutzt. Die zuletzt genannten Anwendungsgebiete zählt man aber nicht mehr zu den beweglichen Funkdiensten, sondern fällt sie unter den Bezeichnungen „Navigationshilfen“, „Flugsicherungsliste“ oder auch allgemein als „Sprechfunk“ zusammen.

**Ökonomische Betrachtungen**

Eine gut dimensionierte Verkehrsfunkanlage soll nicht mehr Strom verbrauchen als ein gewöhnlicher Rundfunk-Autosuper. Auch das Gewicht des beweglichen Gerätes muß aus leicht erklärlichen Gründen sehr gering sein. In der Tabelle 1 sind Stromverbrauch und Gewicht einiger Stationen vergleichshalber zusammengestellt, ohne daß hierdurch ein Vergleich der Gerätequalitäten vorgenommen werden soll. Dies ist auch deshalb nicht möglich, weil es sich um verschiedene Betriebsarten (AM und FM) handelt.

Tabelle 1

| Herkunft | Betriebsart (Modulation) | Stromverbrauch (A bei 12 V) | Gewicht (kg) |
|----------|--------------------------|-----------------------------|--------------|
| England  | AM                       | 14                          | 18,2         |
| CSR      | FM                       | 16                          | 50           |
| DDR      | FM                       | 18                          | 45           |

Insmerhin ist der Vergleich interessant. Das geringe Gewicht der englischen Anlage ergibt sich aus der Betriebsart (AM), die einen wesentlich geringeren Aufwand an Röhren und demzufolge an anderen Bauteilen erfordert. Im Stromverbrauch unterscheidet sich diese Anlage dagegen nicht wesentlich von den beiden anderen. Interessant wäre es nun auch, die Kosten jeder Station, am besten prozentual zum durchschnittlichen Wagenpreis jedes Landes, zu wissen. Erwähnt sei nur, daß vor kurzem eine Notiz durch die westdeutsche Presse ging, nach der im Bundesgebiet demnächst 100000 Autotelefone an das Fernsprechnetz angeschlossen werden können, daß die Kosten aber für eine solche Station noch auf etwa 4000 DM kommen. Gemessen am durchschnittlichen Wagenpreis würde dies bedeuten, daß eine solche Einrichtung <sup>2</sup>/<sub>3</sub> des durchschnittlichen Wagenpreises ausmacht. Man erwägt deshalb auch die Möglichkeit, eine Organisation zu schaffen, die Autotelefone verleiht und betreibt.

Nicht zuletzt ist mit Einführung des Autofunks oder ähnlicher Einrichtungen ein besonderes Augenmerk auf die Entlastung der Fahrzeuge zu richten, die über das vom Hersteller vorgesehene übliche Maß hinausgehen muß (s. HPVO und VDE 0072 in Vorb.). Nach diesen Vorschriften bzw. Empfehlungen darf die Störaustrahlung des Empfängers in 30 m Entfernung nicht größer sein als 30 µV/m. Beim Sender dürfen die Nebenausstrahlungen nicht größer sein als 50 µW, gemessen an der wirksamen Impedanz.

Wir haben bisher die Verhältnisse betrachtet, soweit es sich auf kommerzielle, magistrale oder ähnliche Dienste beziehen, die sich gewissermaßen nach einem bestimmten Kodex abwickeln. Wir wollen nun die Probleme untersuchen, die beim Anschluß an den öffentlichen Fernsprechnetz auftreten. Hierzu sind ähnliche Vorrichtungen nötig, wie man sie aus der Weitverkehrstechnik kennt. Es werden also wie dort Funkgabeln benötigt, die die für das Gegensprechen notwendige „Vordraht“-Verbindung in eine Zweidrahtverbindung des Fernsprechnetzes umwandeln. Weiterhin müssen sprachgesteuerte Regelverstärker zur gleichmäßigen Aussteuerung der Sender und sogenannte Rückflusssperren, die verhindern müssen, daß das Gespräch in der falschen Richtung verläuft, vorgesehen werden. Bei den öffentlichen Diensten ist, wie eingangs schon erwähnt wurde, der Duplexbetrieb unerlässlich. Da sich an kleinen Fahrzeugen aber schlecht zwei Antennen anbringen lassen, wird hier im „Halb-Duplex“ gearbeitet. Die Fahrzeuge müssen dann besonders breitenbandige Antennen haben, weil sonst bei „Duplex“ als auch bei „Halb-Duplex“ mit zwei um 4,5 bzw. 4,6 MHz auseinanderliegenden Frequenzen gearbeitet wird.

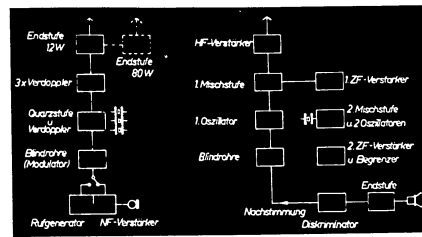


Bild 7. Blockdiagramm einer fahrerlosen UKW-Verkehrsfunkanlage. Links: Sender, rechts: Empfänger

**Beschreibung einiger Anlagen**

Im folgenden wollen wir nun kurz einige ausgeführte Anlagen beschreiben. Der VEB Funkwerk Dresden stellt heute im wesentlichen drei Anlagen her (Bilder 7—11):

1. Fahrerlose 4-m-Station von 10 W Strahlungsleistung. Es handelt sich um eine Wechselsprechanlage, die hauptsächlich für Daspachterdienste im Braunkohlenbergbau eingesetzt wird.
2. Fahrerlose Anlage, die für Wechselsprechen und Gegensprechen zu verwenden ist und sich hauptsächlich als Autobahnfunkgerät eignet.

Bild 10. Gestell der Selektivverstärkerzentrale (Werkfoto VEB Funkwerk, Dresden)

3. Anlage mit vier bis sieben abgesetzten Empfängern und einer Vermittlungszentrale, die sich zum Teil aus den beiden obigen Anlagen zusammensetzt. Die Verwendungsmöglichkeit dieser Anlage ist vielseitig.

Alle genannten Anlagen arbeiten noch auf dem 4-m-Band. Vorbereitungen zur Entwicklung auf dem 2- und 1-m-Band sind getroffen. Die genannten Anlagen haben noch einen Kanalabstand von 100 kHz und mehr. Bei den Neuentwicklungen soll aber auf jeden Fall ein 50-kHz-Abstand gehalten werden. Der fahrerlose Geräteblock besteht aus Sender, Empfänger, Netzteil für 220-V-Wechselstrom-Betrieb und der Antennenweiche, die ein wesentlicher Bestandteil einer solchen Anlage ist. Alles ist in einem spritzwasserdichten Gehäuse untergebracht, so daß diese

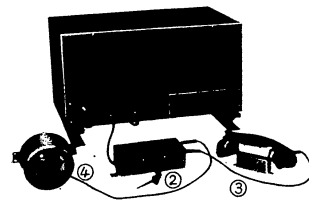


Bild 8. Bewegliche Verkehrsfunkstation 1. Sender, Empfänger, Stromversorgungsgerät 2. Bedienapparat 3. Handapparat 4. Lautsprecher (Werkfoto VEB Funkwerk, Dresden)

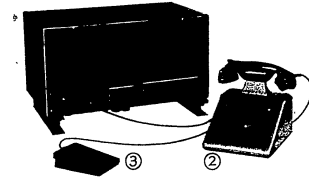


Bild 9. Ortsfeste Verkehrsfunkstation (Leitstelle) 1. Sender, Empfänger, Stromversorgungsgerät 2. Bedienapparat 3. Pultstele (Werkfoto VEB Funkwerk, Dresden)

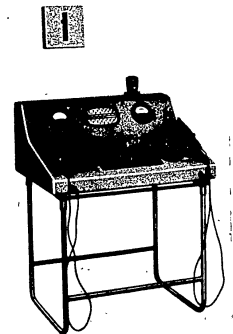
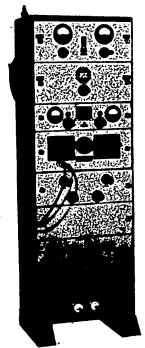


Bild 11. Bewegliche Verkehrsfunkstation (Werkfoto VEB Funkwerk, Dresden)

Geräte auch auf Wasserfahrzeugen eingesetzt werden können. Im Bedienfeld befindet sich der Lautsprecher, der auch als Mikrofon benutzt werden kann. Ein Frequenzwahlwähler und ein Lautstärkeregler sind von der Frontplatte aus zu bedienen.

Die Firma Siemens & Halske stellt im 2-m-Band eine UKW-Funkspeicheranlage (Funk 510 y 340) her, die im Bereich von 166-174 MHz arbeitet und einen minimalen Kanalabstand von 50 kHz hat, sowohl Wechselsprechen als auch Gegensprechen gestattet. Die Fahrzeugbestatzen können ebenfalls über eine Leitstelle miteinander sprechen, und die Gespräche lassen sich auf das örtliche Drahtfrequenznetz ausstrahlen. Ein Solokit für 120 Teilnehmer ist vorgesehen. Die Sendeleistung der ortsfesten Anlage beträgt 100 W und hat eine Reichweite im freien Gelände von 25-30 km. Ähnliche Anlagen haben die Firmen Telefunken und Lorenz herausgebracht.

Schlussbetrachtungen

Zum Schluss unserer Betrachtungen über die beweglichen Funknetze wollen wir die voraussichtliche Entwicklungs-

richtung auf diesem Gebiet erörtern. Wir haben gesehen, daß es nötig wurde, zwangsläufig immer höhere Frequenzen zu verwenden. Das 2-m-Band scheint sowohl für die Landfunkdienste als auch für den Seesprechfunkverkehr und den Wasserstraßenfunk prädestiniert. Für innerbetriebliche Anlagen reicht der Wechselverkehrsverkehr aus, und man benötigt hier nur halb so viel Betriebsfrequenzen wie beim Gegensprechverkehr. Letzterer ist für einen Anschluß an öffentliche Dienste unbedingt erforderlich. Für spezielle Fälle, z. B. für den Hafenfunk, genügt oft ein Halb-Duplexbetrieb. Im allgemeinen kommt man mit 4 bis 15 Kanälen bei Simplexbetrieb und dementsprechend mit 8 bis 30 Kanälen bei Duplex- bzw. Halb-Duplex-Betrieb aus. Als günstigste Modulationsart hat sich die Frequenzmodulation bzw. Nullphasenmodulation erwiesen. Als Rufsystem konnte sich das Selektivrufsystem und hier speziell das Frequenzkombinationssystem als am günstigsten bewähren. Eine ökonomische Untersuchung im Rahmen unserer Volkswirtschaftslehre in bezug auf die Koordinierung der verschiedenen Dienste auf dem UKW-Gebiet wäre geboten, um mit der allgemeinen Entwicklung Schritt zu halten.

Einrichtung einer Lieferscheineinheit zwischen den Zweigklassen und der Geldsammelstelle eines Postamtes.

Zusammenfassend möchte ich feststellen: So bestehend der Vorschlag des Kollegen Weber auch in manchen Punkten erscheinen mag, dürfte er jedoch keinesfalls zur Vereinfachung und Verbesserung des Dienstbetriebes bei den Landpoststellen beitragen. Eine Arbeitserleichterung möchte ich ebenfalls dahingestellt sein lassen. Ich denke hierbei nur an den täglich aufzustellenden Abschluß mit Übergabe. Dieser ist aus Gründen der Kassensicherheit und der Abgrenzung der Verantwortlichkeit der Angestellten (wenn zwei Angestellte in der Landpoststelle im Wechsel arbeiten) notwendig. Ich denke weiterhin an die im Lieferschein vorzunehmenden Buchungen, die nicht nur allein die Angabe des Gegenstandes und Betrages, sondern die vollständige Ausfüllung und Aufzeichnung des Lieferscheins erforderlich machen. Dagegen brauchen im Nachweis nur Gegenstand, Datum und Betrag angegeben zu werden. Abschließend sei bemerkt, daß es etwas Einfacheres als den Nachweis im Abrechnungsverkehr gar nicht gibt.

Johannes WEBER, Leipzig, antwortet:

Wenn Kollege Pürschel 28 Bücher bzw. Ordner anlegen will und dann feststellt, daß das Arbeiten mit einem Kassenschein einfacher ist, zeigt sich, daß es das Problem nicht genügend durchdacht hat. Würde er nämlich einen Kartenkasten nehmen und in diesem die eingehenden Lieferscheine und die Durchschriften der abgehenden Lieferscheine monatlich nach den PSt I geordnet sammeln, so könnte er feststellen, daß eine solche Arbeitsweise gegenüber dem Arbeiten mit einem Kassenschein, das aus mehreren Abteilungen besteht, keine wesentliche Mehrarbeit erfordert.

Der Papierverbrauch ist beim Lieferscheineinverfahren größer. Hier scheint Kollege Pürschel recht zu haben. Damit ist jedoch noch nicht bewiesen, daß ein Verstoß gegen das Sparsamkeitsregime vorliegt. Wenn dem größeren Verbrauch an vergangenständlicher Arbeit auf der einen Seite ein entsprechend geringerer Aufwand an lebendiger und vergangenständlicher Arbeit auf der anderen Seite entgegensteht, so muß man abwägen. Welche Einsparungen ergeben sich also beim Lieferscheineinverfahren?

Die besonderen Lieferscheine (C 69a), die bei Bargeldablieferungen gefertigt werden, können wegfallen. Falls Angaben über die Stückzahl des Betrags der Ablieferung in Banknoten und Münzen erforderlich sind, kann die Rückseite der Lieferscheinschrift dazu benutzt werden. Als Empfangsbescheinigung für erhaltene Bargeldbeträge können die besonderen Postkartenformblätter verwendet werden (C 56b).

Da die Bargeldablieferungen und -zuschüsse einen großen Teil der während des Monats zwischen PSt I und Landpoststellen zu verrechnenden Positionen darstellen, wird - neben der Arbeitserleichterung - die Papierersparung durch Wegfall der besonderen Lieferscheine dem Mehrverbrauch an Papier beim Lieferscheineinverfahren aufwiegen bzw. mindern.

Als weitere Arbeitserleichterung, die ebenfalls mit einer Papierersparung verbunden ist, empfiehlt es sich, die Führung von Erstattungsbescheiden bei den PSt I aufzugeben. Der Erstattungsbescheid wird für alle PSt I bei der Landpoststelle geführt. Die PSt I verrechnen jede Erstattung in der Lieferscheineinheit. Diese wird dadurch besser ausgenutzt, und außerdem kann bei unzustellbaren Nachgebührensendungen usw. die Rückkarte wegfallen.

Auch das Problem der Monatsliste für den Sparsamkeitsnachweis könnte dabei mit berücksichtigt werden. Man sollte die Monatsliste bei PSt I wegfällen lassen und alle Einlagen und Rückzahlungen sofort über die Lieferscheineinheit verrechnen.

Dadurch entfallen neben der Monatsliste der Pendelbescheid, der mit den jeweiligen Ein- und Rückzahlungsscheinen verwechselt wird, und der für die Gegenbuchung im Anschluß erforderliche Nachweis zur Tageliste.

Als positiv für das Lieferscheineinverfahren muß man auch den Wegfall verschiedener Formblätter, vor allem des Nachweises der Über- und Zuschüsse, werten, da eine Verringerung der Vielzahl an Lagerformblättern angestrebt wird. Schließlich darf man auch nicht vergessen, daß die Vorbereitung des Nachweises der Über- und Zuschüsse (anlegen, heften, beschriften) Arbeitszeit erfordert, die beim Lieferscheineinverfahren entfällt.

Für seine Behauptung, daß durch das Lieferscheineinverfahren die Abschlußarbeit bei der Landpoststelle erschwerer werden, bleibt Kollege Pürschel den Beweis schuldig. Eine solche Beweisführung dürfte auch schwerfallen, da die Endsummen der einzelnen Lieferscheineinheiten bereits feststehen und nur noch zu zählen sind. Die Über- und Zuschüsse zum Abschluß aufzurechnen sind, bevor ihre Endsummen zusammengestellt werden können.

Die Mehrarbeit beim Ausfüllen des Lieferscheins gegenüber der Buchung im Nachweis der Über- und Zuschüsse ist bei den bereits angeführten Vorteilen des Lieferscheineinverfahrens bezweifellos. Die Ausfertigung des Lieferscheinkopfes kann durch Stempel usw. erleichtert werden. Die jeweilige Aufzeichnung des Lieferscheins bedeutet bei täglichem Abschluß der Landpoststelle keine Mehrarbeit, weil in diesem Fall der Nachweis der Über- und Zuschüsse zur Ermittlung der Abschlußsummen ebenfalls aufgerechnet werden muß. Der Nachweis muß dann aufgerechnet werden, wenn an einem Tage nur Buchungsstoff von der PSt I anfällt. Beim Lieferscheineinverfahren geht in diesem Fall der bereits aufgerechnete Lieferschein von der PSt I ein und wird - nachdem die Überträge verglichen sind - in die Karte eingetragen. Noch zu erwähnen wäre, daß beim Lieferscheineinverfahren die Abstimmungsarbeiten nicht mehr erforderlich sind.

Neben der Einsparung an Arbeitszeit dürfte sich daraus auch eine positive Auswirkung auf den Fernsprecheverkehr ergeben, weil die Abstimmungen in der Regel fernmündlich erfolgen.

Meine Überzeugung, daß das Lieferscheineinverfahren vorteilhafter ist, hat sich durch die Einwände des Kollegen Pürschel noch verstärkt. Ich stehe also nach wie vor auf dem Standpunkt, daß durch das Lieferscheineinverfahren Arbeitszeit gespart wird und durch das Lieferscheineinverfahren im Abrechnungsverkehr eintreten.

Unter Umständen werden in Verbindung mit dem Lieferscheineinverfahren noch weitere Arbeitsvereinfachungen möglich, an die z. Z. noch keine denken. Beispielsweise könnte man in Erwägung ziehen, den Lieferschein als Anlage zur Karte zu betrachten. Dann bräuchten die Zuschüsse und Ablieferungen nicht mehr in der Karte vermerkt zu werden. In der Karte würde der Vermerk „LS Nr. ...“ genügen. Außerdem wäre in diesem Fall auch ein Verzicht auf die Empfangsbescheinigungen für Ablieferungen und Zuschüsse möglich.

Zwei Leserbriefe zum Artikel: „Berufsausbildung der Fernmeldebauteur-Lehrlinge kritisch betrachtet (Heft 7/1957)“

Johannes FULL, FMA Dresden:

Wir können dem Vorschlag nur zustimmen, daß man die Lehrlinge nicht die letzten sechs Monate vor Beendigung ihrer Lehrzeit in die Produktion ihrer Heimatämter geben sollte. Was ganz richtig gesagt wird, ist der Kollege in der Produktion daran interessiert, seine Norm zu erfüllen. Er kann sich daher der Nachweisausbildung nicht so widmen, wie wir es im Interesse der Ausbildung verlangen müssen.

Für den Lehrling sind gerade die letzten sechs Monate der Ausbildung die Zeit, in der er seine gewohnte Umgebung am notwendigsten braucht. Sein Meister und seine Ausbilder kennen seine Schwächen und werden ihm die Hilfe geben, die er benötigt.



Nachrichten-Polygon

Das Nachrichten-Polygon stellt ein Unterrichtsmodell für die Fernmeldetechnik dar. Es gibt die Möglichkeit, bis zu 21 Schülern Messen, Sprechen und Hörfunk betriebsbereit. Die komplette Anlage enthält:

- 1 großes Tischplatt mit Netzteil
- 2 Generatoren für veränderliche Frequenzen
- 1 Mikrofonverstärker
- 1 Lautsprecher-Verstärkung
- 1 Empfänger für das 80-200-m-Band
- 1 Stoppuhr
- 2 Messraster
- 1 Kehlkopfkonzon und
- 1 Doppelkopfhörer sowie je Schalter
- 1 kleines Schaltergerät
- 1 Kehlkopfkonzon,
- 1 Doppelkopfhörer und
- 1 Messraster.

Die Verbindung zwischen Ausbilderplatz und den 24 Schülerplätzen wird durch Gummitable hergestellt. Das Nachrichten-Polygon ist zum Anschluß über eine Schuko-Steckverbindung an das Wechselstromnetz 110/220/110 und 220 V einschreibbar. Hersteller ist der VEB Fernmeldewerk Bautzen.

Lehrtreff des Nachrichten-Polygon (Werkstoff VEB Fernmeldewerk Bautzen)



Diskussionsbeiträge zum Artikel im Heft 9/1957

„Nachweis der Über- und Zuschüsse oder Lieferscheineinheit?“

Ehrhard PÜRSCHEL, Frankfurt (Oder):

Kollege Weber hat bei seinen Überlegungen sicher außer acht gelassen, daß ein wesentlicher Unterschied zwischen einer Hauptbuchhaltung und einer Landpoststelle besteht. Wie würde die Praxis bei Durchführung des Vorschlages aussehen? Während die Hauptbuchhaltung für jede Zweigklasse nur ein Aktenstück bzw. einen Schnellhefter zu führen braucht, würde es sich bei der Landpoststelle erforderlich machen, für jede PSt I außer einer Lieferscheineinheit noch einen Heft für die von den PSt I eingehenden Lieferscheine zu führen. Das hätte also zur Folge, daß z. B. die Landpoststelle beim Hauptpostamt Frankfurt (Oder) für ihre 14 PSt I 14 Lieferscheineinheiten und 14 Ordner, also insgesamt 28 Bücher führen müßte. Demgegenüber hat der Angestellte in der Landpoststelle bei dem augenblicklichen Abrechnungsverfahren mit dem Nachweis der Über- und Zuschüsse nur ein Buch, in dem jeweils für jede PSt I nur eine Seite, im Höchstfalle zwei Seiten vorgesehen sind. Ich bin der Auffassung, daß jeder Kassenschein, der der Wahl zwischen 28 Büchern oder nur einem Kassenschein hat, dem Kassenschein den Vorzug gibt. Er wird dies schon allein aus der Erwägung tun, daß es für ihn bei dem täglich zu fertigenden Abschluß einfacher ist, nur ein Kassenschein zu haben, als 28 Bücher zu „wälzen“. Abgesehen von den vorstehend erwähnten Nachteilen wäre ferner bei der Verwendung von Lieferscheineinheiten ein wesentlich größerer Verbrauch an Papier zu verzeichnen, da ja jede Buchung, z. B. Absendung einer Ablieferung der PSt I bzw. Abänderung eines Wertzeichnenschnittes durch die Landpoststelle, einen Lieferschein erfordert. Dieser Mehrverbrauch an Papier läßt sich m. E. keinesfalls mit dem Sparsamkeitsprinzip vereinbaren.

Bemerket sei ferner, daß im Abrechnungsverkehr der Zweigklassen mit der Hauptbuchhaltung das Problem des Hin- und Herbendens der Abrechnungsbücher stand und daher die Einführung der Lieferscheineinheit durchaus eine Erleichterung und Verbesserung darstellt, weil die Abrechnungsbücher bekanntlich nur bei den Zweigklassen geführt werden und von der Hauptbuchhaltung bei Bedarf erst angefordert werden mußten. Dieses Problem besteht jedoch nicht zwischen PSt I und der Landpoststelle, weil der Nachweis in je einer Ausführung bei beiden Stellen geführt wird. Den Nachweis durch eine Lieferscheineinheit zu ersetzen, wäre daher genau so abwegig, wie die

um ein Facharbeiter zu werden. Auch die gesellschaftliche Weiterbildung der Lehrlinge ist auf diese Weise am besten gesichert.

Wie geschieht nun die Ausbildung der Lehrlinge beim FMA Dresden? Wir setzen unsere Lehrlingsaktivität so bald wie möglich gemäß dem Lehrplan in der Produktion unseres Fernmeldeamtes ein. Unsere Lehrlinge kehren erst dann zu ihren Heimatorten zurück, wenn sie die Lehrzeit abgeschlossen haben.

Früher gab es vom Lehrkombinat entsprechend dem Lehrplan reglementierte Bauaufträge für den oi-, ul- sowie für den Sprechstellenbau. Damit waren unsere Lehrlinge mit ihren Meistern und Ausbildern in die Produktion eingeweiht. Sie mußten ihre Aufträge ohne die Hilfe anderer Kollegen erledigen, und wir erzielten dadurch ein selbständiges Arbeiten der Lehrlinge. Dabei gefiel uns allerdings nicht, daß die Abteilung Fernmeldebau ihnen nur die Bauaufträge übertragen konnte, die entsprechend dem Lehrplan zur Ausbildung frei waren.

Wir wünschten uns vielmehr für unsere Meister, Ausbilder und Lehrlinge eine größere Selbstständigkeit und Verantwortlichkeit. Sie sollten den tatsächlichen Verlauf der Produktion in allen seinen Phasen kennenlernen. Daher entschlossen wir uns, unsere Betriebsberufsschule einen Meisterbereich der Abt. Fernmeldebau zu übergeben, in dem sie alle ut-, oi- und Sprechstellenarbeiten, die darin vorkommen, zu planen, auszuführen und entsprechend den Bestimmungen der wirtschaftlichen Rechnungsführung abzurechnen haben. Damit glauben wir, eine Methode gefunden zu haben, die unsere Lehrlinge recht nahe an ihre zukünftige praktische Arbeit heranführt und sie zu selbständigen und tüchtigen Facharbeitern erzieht. Auch unsere Meister und Ausbilder bleiben durch diese Methode mit der Praxis verbunden, müssen sie sich doch mit allen Anweisungen, Verfügungen und Bestimmungen der jeweiligen Arbeitsverhältnisse vertraut machen. Arbeitsschutzanordnungen, Verkehrs- und Brandschutzanordnungen werden ebenfalls ständig behandelt und vorkommende Unfälle kritisch untersucht, wobei die Lehrlinge dazu Stellung nehmen müssen.

Der Lehrling bleibt bis zur abgelegten Facharbeiterprüfung im Betrieb seiner Ausbildungstätte. Da diese Betriebe in größeren Städten liegen, kommen auch alle Arbeiten vor, die der zukünftige Facharbeiter auszuführen hat. Somit wird der Lehrling in den Kreisen seiner gewohnten Umgebung mit der Praxis vertraut, und es kommen keine Rückschläge in der wichtigsten Zeit seiner Ausbildung vor. Daran sind wir alle interessiert, weil von der Steigerung der Arbeitsproduktivität der Wohlstand des ganzen Volkes abhängt.

**Helmut HINKELMANN, FMA Karl-Marx-Stadt:**

Die Erfahrungen in der Berufsausbildung hatten gezeigt, daß sich dem ausgebildeten Lehrling beim Einsatz als junger Facharbeiter in seinem Beschäftigungsbereich viele Schwierigkeiten entgegenstellten. Er konnte sich nur schwer an den Arbeitsrhythmus im Produktionsprozeß gewöhnen. Er fand nicht das richtige Verhältnis zu anderen Betriebsarbeitern, und das Nicht-zurechtfinden durch die örtlichen Verschiedenheiten beeinflussten sein Selbstvertrauen.

Somit waren die jungen Facharbeiter in der ersten Zeit im neuen Amt oftmals sehr gehemmt, und es dauerte immer eine gewisse Zeit, bis sie sich endlich an die neuen Verhältnisse gewöhnt hatten. Hierdurch wurde oft das keineswegs berechtigte Urteil gefällt: „Die Lehrlinge können nichts.“

Diese Mängel werden behoben durch den produktiven Einsatz der Lehrlinge beim Einstellungsamt während der IV. Phase ihrer Ausbildung. Die Jugendlichen gewöhnen sich an die neue Umgebung in ihrem Fernmeldeamt und an die Eigenart ihrer künftigen praktischen Tätigkeit, die in der Baubildung oft unter anderen Bedingungen durchgeführt werden muß, als dies in der Betriebsberufsschule der Fall war. Sie verlieren ihre Be-

fangenheit, und es bildet sich ein kameradschaftliches Verhältnis zu den älteren Kollegen. Die Lehrlinge werden bedeutend selbständiger, verantwortungsbewußter und sicherer in ihrer Arbeit und können unmittelbar nach der Lehrzeit als vollwertige Fachkräfte eingesetzt werden.

Die Ausbildung in den verschiedenen Ausbildungsabschnitten einschließlich der praktischen Einsätze ist innerhalb der Lehrzeit bereits in der Betriebsberufsschule durchgeführt worden.

Es kann nicht Sinn der IV. Phase sein, dies bei den Ämtern zu wiederholen. Die Lehrlinge sind dort auf ihr künftiges Arbeitsgebiet so vorzubereiten, daß sie alle Schwierigkeiten meistern können.

Es ist wohl richtig, daß Eignung und Neigung des Lehrlings beim produktiven Einsatz mit zu berücksichtigen sind. Vor allem aber müssen die Betriebsinteressen im Vordergrund stehen, weil erfahrungsgemäß viele Lehrlinge für den Einsatz im Sprechstellenbau die größere Neigung haben. Das FMA wird aus dienstlichen Gründen oft gezwungen sein, die Lehrlinge nach der Lehrzeit entgegen ihren Neigungen auch im überörtlichen oder unterörtlichen Fernmeldebau einzusetzen. Es ist deshalb notwendig, bereits während der IV. Phase durch die Beschäftigungsämter die Lehrlinge mit ihrem künftigen Einsatz vertraut zu machen, damit sie auch hierfür mehr Neigung gewinnen.

Dem Vorschlag des FMA Freiberg, daß die Normerfüllung der in der IV. Phase im geschlossenen Lehrlingsbrigaden auszubildenden Lehrlinge nicht ausschlaggebend sein dürfte, können wir uns nicht anschließen. Nach beendeter Lehrzeit die Erfüllung der Norm von Facharbeitern gefordert, es ist deshalb notwendig, die Lehrlinge schon in der IV. Phase bei einwandfreier Qualitätsarbeit an die Facharbeiternorm heranzuführen. Der Vorschlag berücksichtigt nicht die Steigerung der Arbeitsproduktivität, sondern erreicht höchstens, daß die bisherige Ausbildung der jungen Facharbeiter nach der Lehrzeit verlängert wird, wofür dann allerdings Facharbeiterlohn gezahlt werden müßte.

Die Planerfüllung wird durch den Einsatz der Lehrlinge in der IV. Phase beim Beschäftigungsamt niemals leiden. Im Gegenteil, die Lehrlinge werden helfen, den Plan zu erfüllen.

Für die gesellschaftliche Weiterbildung ist natürlich wichtig, daß die Kaderabteilung bereits bei der Auswahl des Kollegen, dem der Lehrling zugeteilt wird, darauf achtet, daß dieser ein guter Facharbeiter ist und fest zu unserem Arbeiter- und Bauernstaat steht.

Es ist natürlich klar, daß Lehrlinge während der IV. Phase nicht immer von negativen Diskussionen ferngehalten werden können. Deshalb ist es notwendig, sie so zu erziehen, daß sie negative Diskussionen erkennen lernen, damit sie sich von diesen distanzieren.

Dies wird auch dadurch ermöglicht, daß die Lehrlinge während der IV. Phase monatlich einmal vier Tage zum Schulunterricht in der Betriebsberufsschule zurückkommen. Sind beim Einstellungsamt in den zurückliegenden Wochen negative Diskussionen mit Lehrlingen geführt worden, so werden die Lehrlinge diesem dem Lehrer oder Lehrausbilder bei sich bietender Gelegenheit vortragen. Hier wird der Lehrer oder Lehrausbilder auf diese negativen Diskussionen eingehen und sie richtigstellen. Auf diese Art werden die Lehrlinge zum Denken erzoget und künftig negative Diskussionen nicht unbedarft annehmen.

Selbstverständlich ist außerdem erforderlich, daß sich während des produktiven Einsatzes die Kaderabteilung, das leitende Kollektiv und die FDJ Betriebsgruppe des Einstellungsbetriebes mit den Lehrlingen beschäftigen.

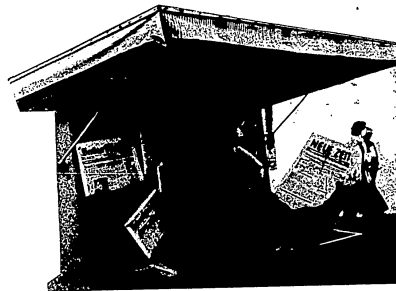
Abschließend ist noch zu erwähnen, daß die FMA des Bezirkes Karl-Marx-Stadt, denen Lehrlinge zum produktiven Einsatz in der IV. Phase zugeteilt worden sind, diese Art der Ausbildung durchaus begrüßen.

**Selbstbedienung**

Der PZV von Annaberg-Buchholz (Erzgeb.) hat seit einigen Wochen auf dem Marktplatz einen neuartigen Zeitungsverkaufsstand für Selbstbedienung aufgestellt (Bild). In Ruhe kann man sich hier die gewünschte Lektüre aussuchen. Der Betrag von 15 Pf für jede Zeitung wird danach in die gut befestigte Kasse gelegt. Durch diesen neuen Postzeitungsstand konnten durchschnittlich täglich 70 Tageszeitungen abgesetzt werden. Eine Beiratsprüfung anderer Zeitungsverkaufsstellen ist nicht eingetreten.

Allen PZV, besonders denen in den Kur- und Badoorten, sei diese Einrichtung zur Nachahmung empfohlen. Vielleicht könnte man nach einer Benutzungsdauer von 3 Monaten nachprüfen, welche Einwohnerschaft die einkaufste ist. In Annaberg-Buchholz ist es nur ein verschwindend geringer Teil, der das Bezahlen der 15 Pf „vergessen“ hat.

Karl Pohl, Schma (Erzgeb.)



**Fünf Jahre Amt für Fernetze der Deutschen Post**

Nachdem das IPF mit der Ausarbeitung der betriebswissenschaftlichen Grundlagen beauftragt wurde, und das MPF entsprechend seinen Aufgaben nur Grundsatzzagen zu lösen hat, fehlte das anleitende Organ für den technischen Dienst in Fernverkehrsabteilungen. Am 1. 1. 1953 wurde daher das Amt für Fernetze (AF) in Berlin mit seinen Außenstellen in Dresden, Erfurt, Leipzig, Potsdam und Schwerin gegründet. Mit Mitarbeitern des IPF und des MPF begann das AF, seine Aufgaben zu lösen.

Der einheitliche Fernmeldebetrieb der Deutschen Post verlangt, daß möglichst bald die empfindlichen Lücken auf dem Gebiet der Dienstvorschriften geschlossen werden. Vom AF wurden seit seiner Gründung insgesamt etwa 70 Dienstbefehle herausgegeben. Weitere Dienstvorschriften werden z. Z. herausgegeben. Weitere Dienstvorschriften werden z. Z. herausgegeben. Weitere Dienstvorschriften werden z. Z. herausgegeben.

Die einheitliche Fernmeldebetrieb der Deutschen Post verlangt, daß möglichst bald die empfindlichen Lücken auf dem Gebiet der Dienstvorschriften geschlossen werden. Vom AF wurden seit seiner Gründung insgesamt etwa 70 Dienstbefehle herausgegeben. Weitere Dienstvorschriften werden z. Z. herausgegeben. Weitere Dienstvorschriften werden z. Z. herausgegeben.

Durch die Zentralisation des Rundfunkwesens wurde kurzfristig ein ausgedehntes RF-Netz mit hoher Übertragungsgeschwindigkeit und Betriebsbereitschaft geschaffen. Durch Umpolungsbahnanahmen konnten etwa 1000 km hochwertiger Rundfunknetze neu hergerichtete werden. Weitere umfangreiche Umpolungsvorhaben und der Einsatz neuer RF-Verstärker werden in Zukunft zu einer merklichen Verbesserung der Übertragungsgüte im RF-Netz beitragen.

Um die Übertragungsgüte der XF-Fernleitungen laufend zu beobachten, wurden die Leitungsunterlagen von neu- und umgeschalteten Fernleitungen gewissenhaft überprüft. Die endgültige Freigabe dieser Leitungen für den Betrieb geschah ebenfalls durch das AF.

Seit 1953 wurden vom AF weit über hundert TF-Leitungen eingerichtet. Zu diesem Zweck mußten 16000 km Kabelstromkreise entspannt und für den TF-Betrieb hergerichtet werden. An etwa 3000 km TF-Freileitungen wurden von Mitarbeitern des AF Abnahmemaßnahmen ausgeführt. Nachdem vom AF im AF-Grundlastungen herausgegeben sind, können diese Arbeiten künftig von den FMA ausgeführt werden.

Die immer in größerem Umfang eingesetzten Trägerfrequenzgeräte führten zur schnellen Aufwärtsentwicklung des Fernnetzes, was besonders in der Fernverkehrsnetze. Umittelbar vorherkehrtes besonders in der Fernverkehrsnetze. Umittelbar vorherkehrtes besonders in der Fernverkehrsnetze.

der V-12-Endgeräte für die Übertragung der doppelten Anzahl Kanäle ermöglichten. Die Fortschritte der Automatisierung des Fernverkehrs durch die Amtsentfernung beruht nicht zuletzt darauf, daß das V-12-System SWR nach Vorschlägen des AF fernwählfähig gemacht wurde, und dadurch wichtige Hauptverkehrsrichtungen entlastet werden konnten.

Der Betrieb auf den TF-Leitungen wurde an Hand von umfangreichen Störungsstatistiken laufend überprüft. Durch geeignete Maßnahmen ist es gelungen, die Störungszeiten und Störfälle auf ein entsprechendes Maß zu senken. Die Einrichtung eines Ersatzteilagers beim AF hat ebenfalls wesentlich zur Senkung der Störungszeiten beigetragen und dadurch die Wirtschaftlichkeit der Leitungen erhöht.

Eine der Schwerpunkt Aufgaben auf dem Gebiet der Telegrafie waren die Vorbereitung und Durchführung der Arbeiten zum Umschalten des Telexnetzes von Handvermittlungsbetrieb (HV) auf Vahlbetrieb (TV) und das Einrichten von Rundschreib-einrichtungen innerhalb des TW-Netzes. Die auf Vorschlag des AF jetzt im Aufbau befindlichen T-Meßplätze werden den T-Betrieb weiter verbessern. Mit der Inbetriebnahme des TW-Netzes ist der Verwaltung und der Wirtschaft ein Schnell-Nachrichtennetz mit schriftlicher Dokumentation zur Verfügung gestellt worden. Die Arbeit auf diesem Gebiet wird in der nächsten Zukunft dadurch bestimmt, daß die Gleichstrom-Telegrafie-Einrichtungen weitgehend aus Fern- und Bezirkskabeln auszuschalten sind und daß sie durch WT-Einrichtungen ersetzt werden.

Zur Sicherung des Fernmeldebetriebes in den VSA, TF-Ämtern und TD-Stellen wurden die dort vorhandenen Meßgeräte ständig überprüft bzw. geeicht und unzuverlässige Abweichungen beseitigt sowie grundsätzliche Mängel untersucht. Der zeitliche Abstand der Prüfungen bei insgesamt 200 Dienststellen beträgt z. Z. zwei Jahre. Durch ständige Verbesserung der Arbeitsmethoden soll erreicht werden, den zeitlichen Abstand der Prüfungen und Eichungen auf ein Jahr zu verringern.

Nach fünfjähriger Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern der Außenstellen des AF wurden diese mit Wirkung vom 1. 1. 1958 als Gruppen für Fernleitungsangelegenheiten den FMA am Sitz der BFF zur Erhöhung ihrer Verantwortlichkeit unterstellt.

Die Berliner Mitarbeiter des AF wünschen allen Mitarbeitern der ehemaligen Außenstellen Erfolg für ihre weitere Arbeit. In ihrem Namen bedankt sich die Leitung des AF für die gute und erfolgreiche Zusammenarbeit während der letzten fünf Jahre.

Für die Zentrale des AF ergeben sich im Jahre 1958 neue Aufgaben durch die Bildung einer Gruppe „Technische Vorplanung der Fernverkehrsverbindungen“, einer Gruppe „Fernleitungsangelegenheiten und Verkehrsfragen“ und der Einrichtung eines Betriebslabors.

Vom richtigen Denken

Was ist der Begriff, und wie wird er bestimmt?

Von Helmut MATTHEIS, Leipzig

Einführung

Überall in unserem Leben — im Beruf, zu Hause oder bei der gesellschaftlichen Arbeit — müssen wir richtig denken. Natürlich haben wir zwar ein bestimmtes Gefühl für das der Wirklichkeit entsprechende Denken; aber genauso wie auf dem Gebiet der Mathematik die Kenntnis des kleinen Einmaleins nicht ausreicht, um vielleicht den Flächeninhalt einer Ellipse erfahrungsgemäÙ geföhlt aus, um die Richtigkeit eines Gedankens zu prüfen. Der moderne Mensch braucht dazu die Logik, die Wissenschaft von den Gesetzmäßigkeiten und den Formen des richtigen menschlichen Denkens.

Es ist nicht unbedingt erforderlich, die Logik als besondere wissenschaftliche Disziplin zu studieren. Man kann sich das logische Denken auch in Verbindung mit dem Studium irgend eines Fachgebietes aneignen. Im Fachunterricht wird jedoch noch selten davon Gebrauch gemacht. Lange Zeit bestand eine gewisse Abneigung gegen die Logik, weil die bürgerliche formale Logik zu sehr in mathematische „Formalismen“ verfiel und den Menschen nicht half, richtig denken zu lernen. Wir sind heute bemüht, die formale Logik von dem der Wirklichkeit fremden Formalismus zu befreien und sie entsprechend den Grundansätzen des dialektischen Materialismus auf die Natur und Gesellschaft anzuwenden. So wurde zum Beispiel in der Sowjetunion die Logik als Bestandteil des Unterrichts in der Mittelschule zu einer wertvollen Hilfe für die Menschen.

Was heißt logisch denken?

Oft wird die Redewendung „Das ist unlogisch“ gebraucht. Oder es wird gesagt, etwas „sei doch logisch“. Wer so redet, will damit meist sagen, daß dies „richtig“ oder jenes „falsch“ sei. Eine Vorstellung, welche logischen Gesetzmäßigkeiten und Formen dabei eingehalten oder verletzt werden, haben dabei jedoch nur wenige. Logisch denken heißt, den Gesetzmäßigkeiten und Formen des Denkens entsprechend Gedanken zu fassen, richtige Begriffe zu bilden, Begriffsbestimmungen exakt zu treffen, also gut zu definieren, richtige Urteile aufzustellen, die Urteile gesetzmäßig zum Schluß zu verbinden, richtig zu beweisen und anderes mehr. Dabei kommt es darauf an, daß dem logischen Inhalt auch die entsprechende sprachliche Form gegeben wird.

Der Begriff — die Grundform des Denkens

So wie das Studium der Mathematik mit dem Lernen der Zahlen beginnt, so müssen wir auch in der Logik mit dem Grundlegenden beginnen. Die Grundform des Denkens ist der Begriff. Jedes Urteil und jeder Schluß setzen sich aus vielen solchen Begriffen zusammen, z. B. das Urteil „Der Fernsprecher ist eine technische Einrichtung“ aus den Begriffen „Fernsprecher“, „technisch“ und „Einrichtung“. Unter einem Begriff versteht die Logik die Grundform des menschlichen Denkens, die als höchstes Produkt des Gehirns die gemeinsamen Elemente einer bestimmten Erscheinung, eines Zusammenhangs oder mehrerer Gegenstände in der Wirklichkeit zusammenfaßt und gedanklich wiederlegt. Der Begriff wird in Form der Sprache durch das Wort ausgedrückt. Diese sprachliche Form ist vom Inhalt und Umfang des Begriffs nicht zu trennen, jedoch von ihm verschieden. So kann ein Wort verschiedenen Begriffen als sprachlicher Ausdruck dienen. Darauf muß man achten, wenn man Urteile fällt oder Schlüsse zieht. Eine wortanalytische Bestimmung des Begriffes ist deshalb meist nur von geringem Erkenntniswert. Dafür ein Beispiel: Das Wort „Idealist“ wird für zwei Begriffe verwendet. Einmal wird damit ein Mensch bezeichnet, der den Idealismus als philosophische Grundrichtung vertritt, jene Richtung, die fälschlicherweise das Bewußtsein

als das Primäre und die Materie als das Sekundäre in der Welt betrachtet. Zum anderen wird als Idealist auch der bezeichnet, der in seinem Leben ein Ideal im Sinne eines hohen Zieles verfolgt, den die Mitmenschen als vollkommen und vorbildlich betrachtet. Hier dient also das gleiche Wort sowohl einem negativen als auch einem positiven Begriff als sprachliche Ausdrucksform.

Die Bestimmung der Begriffe

Die abgrenzende Bestimmung der Begriffe ist eine Voraussetzung für das richtige Urteilen, Schlüssen und Beweisen. Bevor geteilt oder geschlossen wird, müssen die Begriffe bestimmt, also ihr Inhalt und Umfang in einer Realdefinition genau umrissen werden. Der Realdefinition steht die Nominaldefinition gegenüber.

Eine Nominaldefinition bestimmt nur den Wortinhalt, grenzt also den Begriff inhaltlich nicht ab. Z. B. lautet die Nominaldefinition für „Religion“: „Religion ist Gottesverehrung oder Glaubensbekenntnis“. Diese Definition bringt uns in der Erkenntnis des Wesens des Begriffes nicht weit vorwärts, sie kann höchstens dem, der dieses Wort zum erstenmal hört, eine vorläufige Orientierung geben.

Demgegenüber wird in der Realdefinition der Begriff seinem Inhalt nach bestimmt. In einer solchen Realdefinition werden die wichtigsten Merkmale der Gegenstände, Erscheinungen oder Zusammenhänge als Kennzeichen der Begriffe festgehalten. Die Realdefinition zum Begriff „Religion“ muß z. B. die Tatsache enthalten, daß die Religion eine Form des menschlichen Bewußtseins darstellt, wie die obengenannte „Gottesverehrung“ entstehen konnte, worin ihr Wesen besteht und in welchem Verhältnis sie zu anderen Bewußtseinsformen steht.

Ein Begriff enthält nicht alle Eigenschaften der einzelnen Erscheinungen, so z. B. der Begriff „Tisch“ nicht alle Eigenschaften, die ein einzelner Tisch besitzen kann. Ein einzelner Tisch kann vier Beine, sechs Beine oder auch nur ein Bein haben. Das aber wird in den Kennzeichen des Begriffes nicht festgehalten. Wesentlich ist dasjenige Merkmal, „ohne das ein gewisser Gegenstand, eine Erscheinung . . . usw. nicht . . . als eben dieser bestimmte Gegenstand, dieses bestimmte Ding, diese bestimmte Erscheinung usw. existieren kann“ (Della Fagnanelli, Logik, Aufbauvertrag Berlin 1956, S. 129). Wie viele Beine der Tisch hat, ist für den Begriff unwesentlich; wesentlich ist, daß die Platte auf einer Befestigung ruht. Nun ist das Problem bei dem Tisch einfach, weil hier der Begriff jedem Kinde klar ist. Komplizierter wird aber die Feststellung der wesentlichen Kennzeichen bei solchen Begriffen wie „Freiheit“, „Religion“, „Recht“ oder „Kultur“ usw., deren Begriffsinhalt teilweise unstritten ist. Eine Definition hat überhaupt nur Sinn, wenn der Begriff irgendwie unstritten oder unklar ist. Definieren schließt außerdem das exakte Denken.

Der Inhalt des Begriffs

Um den Inhalt eines Begriffes in einer Definition (Begriffsbestimmung) festzulegen, genügt es nicht, einige wesentliche Merkmale darzustellen. Zu diesem Zweck muß die Gesamtheit der wesentlichen Merkmale angeführt werden. Der Inhalt eines Begriffes ändert sich laufend durch den Fortschritt der Wissenschaft, denn es werden immerzu neue wesentliche Merkmale bekannt, die zu einer weiteren Untergliederung der Begriffe oder zu ihrer Differenzierung führen. Denken wir nur daran, wie sich unser Begriff „Weltraum“ durch die ersten Satellitenversuche der Sowjetunion schon verändert hat. In dem Maße, wie sich die Natur verändert, verändert sich auch der Inhalt der entsprechenden Begriffe. Unser Ziel besteht darin, mit dem Begriffsinhalt die Wirklichkeit möglichst genau ohne überflüssige, unwesentliche Tatsachen wiederzugeben.

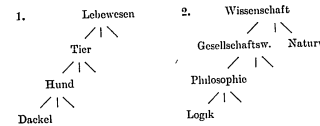
Der Umfang des Begriffs

Die Definition muß außerdem genau den Umfang des Begriffs beachten. Sie muß so beschaffen sein, daß genau festgelegt ist, welche konkreten Erscheinungen oder Gegenstände

zu dem Begriff gehören. Im Begriff grenzt der Mensch Dinge ab, die in der Natur oft untrennbar sind; daher muß die Bestimmung des Umfangs eines Begriffes zweckmäßig erfolgen. Eine Definition darf weder zu sehr einengen noch zu breit gefaßt sein. Würden wir z. B. den Begriff „Post“ definieren als die Institution, die Dienstleistungen im Verkehrswesen erledigt, so würde das bedeuten, daß wir den Inhalt in verschiedener Beziehung zu eng und zugleich zu weit definiert hätten. Zu weit deshalb, weil es Institutionen gibt, die ebenfalls Dienstleistungen im Verkehrswesen erledigen, aber nicht zur Post gehören, wie z. B. die Eisenbahn, zu eng deshalb, weil die Post Aufgaben erledigt, die nicht als Dienstleistungen im Verkehrswesen angesehen werden können, wie der Zeitschriftenverkauf, der genau genommen eine Handelstätigkeit darstellt. Das müßte in einer genaueren Definition, die hier nicht gegeben werden soll, berücksichtigt werden.

Die Begriffsfreiheit

Als bedingt richtig kann der logische Satz gelten, daß sich Inhalt und Umfang des Begriffes reziprok verhalten: Je größer der Inhalt, desto kleiner der Umfang; oder je mehr Merkmale ich aufzähle, desto geringer wird die Zahl der Gegenstände oder Erscheinungen, die unter den Begriff fallen. Das ist erklärlich, wenn man sich die nachstehenden Begriffsfreiheiten ansieht:



Völlig klar ist das im ersten Beispiel: Der Begriff Lebewesen ist umfangreicher als der Begriff Tier, dieser wieder umfangreicher als der Begriff Hand usw.; denn bei jedem Unterbegriff oder Artribegriff (das kann jeder dieser Begriffe in bezug auf seinen Oberbegriff sein) kommt immer das die artbildende Besonderheit ausmachende Merkmal hinzu. Trotzdem pflegt man bei der Erläuterung des Wesens des Begriffes „Lebewesen“ oft mehr und andere Merkmale anzugeben als bei dem Begriff Hand oder Dackel. Der Umfang der Gegenstände, die unter den Begriff Tier fallen. Diese Begriffsreihe, die oft die naturgeschichtliche Entwicklung oder die Entwicklung der Erkenntnis andrückt (Beispiel 2), trifft allerdings keine Klassifizierung hinsichtlich einer Vorrangigkeit. Das wird deutlich im 2. Beispiel, aus dem man entnehmen kann, welchen Platz der Begriff Logik im System der Wissenschaften einnimmt. Soll der Begriff Logik im System der Wissenschaften die Beziehung zum Oberbegriff herzustellen, so ist zunächst wähler man hier zweckmäßigerweise direkt den der „Wissenschaft“ und stellt als wesentliches Merkmal fest, daß die Wissenschaft aus der bewiesenen Erkenntnis der Umwelt und aus dem Prozeß dieser Erkenntnis besteht. Also stellt die Logik ein System von Erkenntnissen dar, fügen wir die artbildende Besonderheit hinzu, was die Logik von den anderen Wissenschaften unterscheidet (dasjenige, was die Logik von den anderen Wissenschaften unterscheidet) hinzu und sagen nicht Erkenntnis über die gesamte Umwelt, sondern nur über das richtige Erkenntnis und das richtige menschliche Denken.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Der richtige Begriff und seine richtige Bestimmung, die Definition, sind die Grundbedingung für das logische Denken. Mancher Streit könnte vermeidlich werden, wenn jeder, der er urteilt oder Schlüsse zieht, seine Begriffe abgrenzen und erklären würde.



Fachliteratur

Unfälle und Schäden an Dampferzeugern. Von Dipl.-Ing. Hertneck und Dipl.-Ing. Pätzold. VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin. Umfang etwa 56 Seiten. Broschüre etwa 2,- DM.

Alljährlich kommt es in den Betrieben unserer Republik zu Schäden an Dampfesseln, Vorwärmern und Überhitzern. Die Verluste, die unserer Volkswirtschaft dadurch entstehen, sind erheblich. Sie verursachen an derartigen Anlagen nicht nur mehr oder weniger lange Ausfälle, sondern es werden damit auch schwere Unfälle verursacht.

Wenn man bedenkt, daß in fast jedem Betrieb ein Dampf-erzeuger benutzt wird, dann dürfte es verständlich sein, warum gerade diesem Problem eine so große Bedeutung beigemessen werden muß.

Deshalb sind alle Betriebsleiter, die Dampferzeuger in ihren Betrieben haben, und die daran beschäftigten Werktätigen verpflichtet, vorzulegend alle Maßnahmen zu ergreifen, um solchen Schäden entgegenzuwirken.

Ein wichtiges Mittel dazu ist das gründliche Studium und die praktische Auswertung der vorliegenden Broschüre, weil sie an Hand der Schadensmeldungen auf die Ursachen der bisherigen Unfälle und Schäden eingetrigt sowie Maßnahmen zu ihrer Vermeidung festlegt.

Alle Betriebsleiter und -inhaber sollten diese Arbeitsunterlage benutzen und vor allem auch ihren Kesselwärtern zur Verfügung stellen.

Katalog für Hygienebekleidung. Herausgegeben vom Ministerium für Gesundheitswesen. 2., überarbeitete Auflage, 128 Seiten im Schnellhefter. Preis 4,95 DM.

Jeder Werktätige und Betriebsleiter muß darüber orientiert sein, bei welcher Tätigkeit Anspruch auf kostenlose Bereitstellung und Befreiung von Hygienebekleidung besteht, wobei die Betriebsleiter verpflichtet sind, nur nach diesem neuen Katalog ihre Planung und Versorgung der Werktätigen mit Hygienebekleidung vorzunehmen.

Aus dem Inhalt: Zusammenstellung von Berufsgruppen und Einrichtungen u. a. Hauptpost- und Bahnpostämter (Abteilung 5) Erklärungen und Hinweise (Bericht über Konfektionsgrößen — Bildfolge der Hygienebekleidung — Preisliste — Verzeichnis der Adressen der DZ Industriertextilien.

„Luftfahrttauglichkeit“

Die besondere Bedeutung der Sicherheit in der zivilen Luftfahrt zum Einsatz gelangenden Erzeugnisse erfordert die Bildung einer entsprechenden Prüferrichtung. Zur Wahrnehmung der Poststellung der Republik auszubildenden Funktionen hinsichtlich Demokratisierung der Luftfahrttauglichkeit allen Luftfahrtpersonal und des in der Luftfahrt zur Verwendung gelangenden Materials wurde im Binvernehmen mit den Leitern der zuständigen zentralen Organe der staatlichen Verwaltung die Prüferrichtung für Luftfahrtauglichkeit im Amt für Technik gebildet (GBL I, 1957, Nr. 93).

Erzeugnisse, die für Zwecke der Luftfahrt und deren Bodeneinrichtungen verwendet werden und den allgemeinen Gütebestimmungen sowie den besonderen Bedingungen der Luftfahrt entsprechen, erhalten ein Prüfzeugnis und das Prüfzeichen „Luftfahrttauglich“.



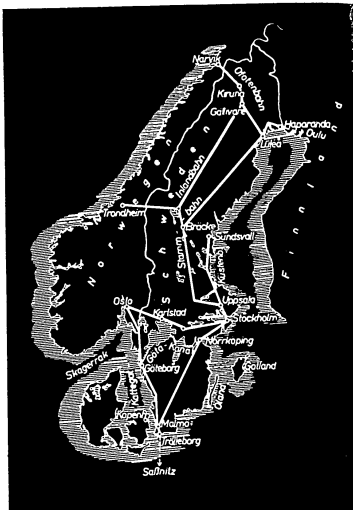
### Fünf Minuten Verkehrsgeographie Schweden

Schweden besitzt — vor allem im mittleren und südlichen Teil des Landes — ein gut ausgebautes Eisenbahnnetz von 16000 km Schienenlänge. 15120 km davon sind Staatsbahnen, 6300 km (39%) sind elektrifiziert. Vom Eisenbahnknotenpunkt Stockholm aus führt eine Hauptlinie über *Norköping* nach *Malmö*. Von hier aus besteht eine Eisenbahnverbindung über den Sund nach *Kopenhagen* (Nordseepreß), ebenso wie von *Trälby* (süd. *Malmö*) über die Ostsee nach *Saßnitz* auf der Insel Rügen (mit den schwedischen Fährschiffen „Starke“, „Drottning Victoria“ und „Kung Gustaf V“). Weiterhin führen von Stockholm aus zwei Seileneisenwege nach Norwegen. Der nördliche geht über die alte Universitätsstadt *Uppsala* nach *Trondheim* und der südliche über *Karlskrona* nach der norwegischen Hauptstadt *Olo*. Außerdem stellt die Linie *Malmö-Göteborg-Olo* eine wichtige Anschließstrecke zu der Verbindung *Stockholm-Kopenhagen* dar. Die nördlichen Landesteile sind durch Längsbahnen erschlossen, von denen zuerst die „Stammbahn“ genannt werden muß. Sie führt von *Bräcke* (an der Strecke *Stockholm-Trondheim*) bis nach *Haparanda* an der finnischen Grenze. An der Küste des Bottnischen Meerbusens verläuft die vor allem im Abschnitt *Uppsala-Sundsvall* wichtige „Küstenbahn“. Die dritte Verbindung folgt als „Inlandbahn“ der Stammbahn landeinwärts nach Norden, bis sie in *Gällivare* auf die berühmte „Oloebahn“, die Erzbahn, trifft, die von *Gällivare* über *Kiruna* nach dem eisernen norwegischen Hafenhort *Narvik* führt. Auf dieser Strecke verkehrt alle acht Minuten ein mit hochwertigem Eisenerz beladener Transportzug. *Gällivare* steht außerdem noch mit dem schwedischen Ausführlin *Luleå* am Bottnischen Meerbusen in Verbindung, der allerdings vier Monate im Jahre wegen Vereisung nicht benutzt werden kann.

Das gut ausgebaute Straßennetz mit über 90000 km Straßennetze ist für den umfangreichen Kraftfahrzeugverkehr (rund 700000 registrierte Kraftfahrzeuge) von großer Bedeutung.

Die Handelsflotte Schwedens hatte 1955 eine Größe von 2,8 Millionen BRT. Die wichtigsten Hafenplätze sind *Göteborg*, *Malmö* und *Stockholm*. Daneben spielen auch die Küstenschiffahrt und der Transport von Gütern auf den großen Seen und dem verbindenden Kanalen (Öste-Kanal) eine Rolle.

Zentrum des nördlichen Luftverkehrsnetzes, das von der Skandinavischen Luftfahrtgesellschaft SAS (Skandinavian Airlines System) beflogen wird, ist die Hauptstadt *Stockholm*. Die SAS ist die erste Flugverkehrsgesellschaft, die den regelmäßigen Flugverkehr auf der Polstrasse aufgenommen hat.



Auch der Post- und Fernmeldeverkehr Schwedens ist hervorragend entwickelt. So gibt es nach dem Stand von 1951/1952 4371 Postämter, 4,5 Millionen km Fernsprech- und Telegrafleitungen, 34 Rundfunkstationen mit 2,03 Millionen Rundfunkteilnehmern. Die Zahl der Fernsprechanrufe beträgt 1 787 000, das sind 25,2 Anrufe auf je 100 Einwohner. Damit steht Schweden unmittelbar hinter den USA (20,3%) an zweiter Stelle in der Welt.

### Motoren für die Postzustellung

Ein speziell für die Postzustellung entwickelter dreifachrolliger Roller mit selbst offenem Fahrerhaus und einem getriebenen Vorderrad wurde in den USA jetzt für die Postzustellung eingesetzt. Die motorisierte Zustellung lohnt jedoch nur dann, wenn die Zusteller ihre gewöhnlichen Briefsendungen in Briefkästen, die an der Straße aufgestellt sind, werfen können. Demzufolge wurden auch entsprechende Maßnahmen von der amerikanischen Post eingeleitet, um zu erreichen, daß grundsätzlich alle Sendungen, außer den nachzuweisenden, mit Hilfe solcher Briefkasten zugestellt werden. Um die Anzahl der nachzuweisenden Sendungen möglichst niedrig zu halten, wurde eine Veränderung der Gebühren-Relationen zwischen den gewöhnlichen und den nachzuweisenden Sendungen in Erwägung gezogen.

### Eine giftige Angelegenheit

Ein Zoologie-Student in Dünkirchen (Schottland) erhielt von einem ausländischen Freund ein Paket geschenkt. Als es auf der Zollstation in London geöffnet wurde, waren die beteiligten Zollbeamten über den Inhalt sehr erschrocken, denn es enthielt 20 Schlangen, von denen 6 Giftschlangen waren. Da die Beförderung von toten Tieren, außer Bienen, Bienenköniginnen und verschiedenen Insekten, nach den in Großbritannien bestehenden Bestimmungen nicht zulässig ist, wurden die Schlangen zunächst dem Londoner Zoo zur Fütterung zugestellt.

### Englisch in Ozean nicht gefragt

Die englische Sprache wird künftig auf den Postverträgen des Ozeans nicht mehr zu finden sein. Alle Angaben sollen in der Landessprache vorgenommen werden.

### Briefmarken in doppelter Währung

In Andorra, einem kleinen an der Südküste der östlichen Pyrenäen gelegenen Staat mit rund 6000 Einwohnern, kann man Briefmarken in zweifacher Währung kaufen. Das winzige Land ist sowohl von Frankreich als auch von Spanien umgeben, so daß sich ein „unpolitisch-doppeltes“ ergibt. Seit 1931 erscheinen Andorramarken in Franc-Währung, während bereits vorher (seit 1928) Postverträge in Pesta-Währung herausgegeben worden waren. Insgesamt läßt dabei rund 370 verschiedene Andorramarken erschließen.

### Fernsprechverkehr London-Kairo

Der Fernsprechverkehr zwischen Großbritannien und Ägypten, der seit der Nationalisierung des Suezkanals unterbrochen war, wurde jetzt wieder aufgenommen.

### In Chile und Norwegen künftig auch Fernsehen

Während in Chile in Bilde das Fernsehen aufgenommen werden soll, hat man in Norwegen beschlossen, die Vorbereitungen dazu so voranzutreiben, daß im Jahre 1959 regelmäßig Sendungen ausgestrahlt werden können. In diesem Jahre will man allerdings in Norwegen noch mit Versuchssendungen beginnen. Während es sich in Norwegen um ein staatliches Unternehmen handelt, hat in Chile ein großes Zirkumpolarunternehmen die Investitionsmittel bereitgestellt. Die von Radio Corporation of America zu liefernden Sendeanlagen werden in Santiago und Valparaiso in Betrieb genommen. Empfängergeräte will Chile im eigenen Lande herstellen.

### Station für das Ausleihen von Geräten für den Fernmeldebau

Von WILH IBSCH, Berlin

Zur vermehrten Einführung der mechanisierten und automatisierten Arbeitsweise hat die Regierung der DDR erhebliche Mittel bereitgestellt, um den Anteil der körperlichen Arbeit an der Gesamtleistung der Produktion zu vermindern. Mit der mechanisierten Arbeitsweise wird neben der Steigerung der Produktion eine Senkung der Produktionskosten herbeigeführt.

Für das MPP bestand die Aufgabe, zu untersuchen, welche Dienstzweige des Fernmeldewesens zur Einführung neuer Arbeitsmethoden geeignet waren. Soweit nicht von der vollen eigenen Industrie mechanische Geräte entwickelt wurden, die konnten, mußte das MPP mit der Entwicklung solcher Geräte beauftragt werden. Diese Arbeiten wurden nach Unterlagen der befreundeten Volkseinkaufsstellen auf Grund der technischen-wissenschaftlichen Zusammenarbeit vom IPF aufgenommen und haben z. B. zur Entwicklung einer Kabellegemaschine geführt, mit der eine beträchtliche Einsparung an Arbeitskräften erzielt wird.

Vom IPF konstruierte Kabellegemaschine kann in einer Stunde je nach der Tiefe und Bodentart Erdkabel bis zu einer Stärke von 35 mm Durchmesser anpflegen.

Die Kabellegemaschine besteht aus zwei miteinander verbundenen einachsigen Anhängern, die von einem Raupenschlepper entsprechender Stärke gezogen werden. Von der Vorderräder des Kabels und der Bodentart hängt es ab, ob u. U. der Einsatz mehrerer Zugmaschinen erforderlich wird. Das Gerät hat bereits Arbeiten mit gutem Erfolg ausgeführt.

Für Erdkabel größeren Durchmessers ist ein weiteres Gerät in der Entwicklung, das gleichzeitig zwei Kabel auslegen kann. Zum Ziehen dieser Maschine ist ein Raupenschlepper von 100 PS Leistung beschafft worden.

Ein weiteres Arbeitsgerät, das einen größeren körperlichen Einsatz der Arbeitskräfte verheißt, ist das Ausheben der Erdlöcher und Setzen der Masten für Freileitungen. Mit einem Mastbohrgerät sollen diese Arbeiten mechanisiert werden. Das Gerät kann ein Bohrloch in einer Tiefe von 1,80 m in etwa 4 Minuten herstellen.

Das Gerät wird von einem Schlepper mit Zapfwelle angetrieben. Um den Bohrer allgemein für den Baubereich verwenden

zu können, ist die Entwicklung eines schwenkbaren Bohrers vorgesehen.

Zum Herstellen der Baugruben für A-Maste ist ein Greif- und Ladegerät angekauft worden. Dieses Gerät ist 300° um seine Achse schwenkbar. Mit dem Gerät durchgeführte Bodenaushubarbeiten haben die Brauchbarkeit des Gerätes bestätigt. Ferner ist vorgesehen, mit einer Verlängerung der hydraulischen Hebevorrichtung von dem Gerät die Arbeiten für das Heben und Setzen der Maste ausführen zu lassen.

Ein weiteres Arbeitsgerät für den Fernmeldebau ist vom Institut für Feindertechnik in Leipzig entwickelt worden. Mit einem „Stoßbohrgerät“ wird hydraulisch in einer bestimmten Tiefe, unter Verwendung einer Stoßstange, das Erdreich zusammengepreßt und beim Zurückziehen der Stoßstange gleichzeitig ein Stahlrohr bis zu 100 mm Ø eingezogen.

Die mit der Beschaffung vorstehend angeführter Geräte angewendeten Mittel bedingen zur Sicherung der Rentabilität den möglichst gleichmäßigen Einsatz der mechanisierten Baugeräte, der sich über das ganze Jahr erstrecken muß.

Vom MPP wird zu diesem Zweck beim Postamt in Velten (Mark) die Einsatz sind Unterlagen zu schaffen, aus denen alle mit der Inbetriebnahme der Geräte entstehenden Kosten nachgewiesen werden können. Ferner sind die Kosten der Unterhaltung, Abschreibung, Miete, Reparaturen sowie der Gehälter und Löhne zu erfassen und anteilmäßig auf die Leihgebühren der verschiedenen Geräte zu berechnen. Nach Auswertung der vorstehenden Geräte zu prüfen, ob zur Vereinfachung der Abschreibungsarbeiten für die einzelnen Bauleistungen Festpreise geschaffen werden können.

Ferner ist das Aufstellen von technischen Arbeitsnormen für die Leistungszahlung der Arbeitskräfte vorzubereiten.

Zum Antrieb der bei der Ausleihstation vorhandenen Geräte gehören neben den Antriebsaggregaten Fahrzeuge mit genügend starken Motoren. Der Transport der Geräte geschieht mit Traktoren. Dabei ist sicherzustellen, daß die Arbeiten so eingeteilt werden, daß keine längeren Wegstrecken zwischen den einzelnen Arbeitsstellen entstehen.

Nach einem bestimmten Zeitraum lassen sich die Ergebnisse, die beim Einsatz der Geräte erzielt werden sind, auswerten. Der Wirtschaftlichkeitsnachweis bildet die Grundlage für das Einrichten weiterer Ausleihstationen im Gebiet der DDR.

### Ein praktisches Hilfsgerät für Kfz-Reparaturen

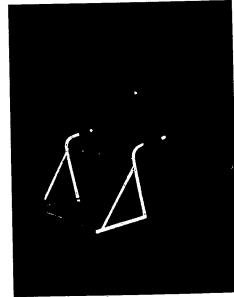
Nicht immer ist der Kotflügel bei einer Reparatur des Motors eines schweren LKW ein guter Arbeitsplatz.

In vielen Werkstätten werden zur Arbeitserleichterung ein- oder mehrstufige Trittleitern auf den Fußboden gestellt. Hierbei besteht, je nach Beschaffenheit des Bodenebelges, Rutschgefahr.

Eine Verbesserung bringt die im Bild gezeigte Trittleiter. Sie wird mit den an den Enden befestigten Bügeln über den Vorderräder gehängt und ermöglicht so dem Arbeiter einen sicheren Stand bei der Durchführung der notwendigen Arbeiten.

Die Bügel mit den Verstrebungen und der oberen Querverbindung lassen sich aus Stahlrohr leicht herstellen. Als Trittleiterfläche kann ein Gitterrost, Riffblech oder ein starkes Drahtgeflecht verwendet werden, die einen weitgehend rutschfesten Stand bieten. Als Widerhaken hinter den Reifen eignen sich 2 starke Flachstahlnägel. Wenn die Bügel 600 mm auseinander liegen, ist eine vielseitige Verwendbarkeit bei den verschiedensten Reifengrößen möglich.

Kurt Jenzen, Barmen b. Berlin





### Welche Arbeitsverhältnisse werden innerhalb der Deutschen Post durch Berufung begründet?

Von Dr. Manfred ADLER, Dresden

Die Arbeitsrechtswissenschaftler erkennen drei verschiedene Rechtsakte als Entstehungsgrundlage von Arbeitsverhältnissen an: den Arbeitsvertrag, die Berufung und den Wahlakt. Innerhalb der Deutschen Post werden die weitaus meisten Arbeitsverhältnisse durch Arbeitsvertrag begründet; die Begründung durch den Wahlakt kommt dagegen nicht in Betracht. Gewählte Funktionäre der demokratischen Parteien und Organisationen stehen in keinem unmittelbaren Arbeitsverhältnis zur Deutschen Post. Die folgenden Ausführungen unterziehen die Frage, in welchem Umfang Arbeitsverhältnisse durch Berufung begründet werden.

Die Berufung ist ein Verwaltungsakt, durch die Arbeitsverhältnisse solcher leitender und verantwortlicher Staats- und Wirtschaftsfunktionäre begründet werden, für die eine Berufung kraft gesetzlicher Vorschrift vorgesehen ist. Die Berufung ist die alleinige Entstehungsgrundlage des Arbeitsverhältnisses. Für ihre Wirksamkeit ist wohl das Einverständnis des Berufenen notwendig; der Abschluß eines Arbeitsvertrages kommt jedoch nicht in Betracht. Sie gibt den dazu ermächtigten Staatsorganen die Möglichkeit, auf die Auswahl der Kandidaten für leitende und verantwortliche Funktionen besonderen Einfluß zu nehmen. Ihr Charakter als Akt der staatlichen Verwaltung läßt erkennen, daß es sich bei der Funktion des Berufenen um die Ausübung staatlicher Funktionen handelt, die in ganz besonderem Maße dem Interesse unserer Arbeiter und Bauernschaft dienen. Der Berufene kann durch das dazu ermächtigten Staatsorgan abberufen werden. Diese Abberufung kann — da sie ebenso ein Verwaltungsakt wie die Berufung ist — nicht von der Konfliktkommission oder dem Arbeitsgericht nachgeprüft werden.

Die Berufung kann nur auf gesetzlicher Grundlage geschehen. Dieser Grundsatz folgt aus dem Charakter dieses Rechtsaktes, der im Falle der Abberufung einen weitgehenden Eingriff in die Rechte des Beschäftigten darstellt. Das Oberste Gericht hat dies in einem Urteil vom 15. 12. 1955 („Neue Justiz“ 1956, S. 153; „Arbeit und Sozialfürsorge“ 1956, S. 184) ausdrücklich bestätigt. In den entsprechenden Normatexten finden sich für die Berufung gelegentlich auch andere Bezeichnungen (z. B. „Ernennung“); eine einheitliche Terminologie wäre wünschenswert.

Für die Deutsche Post kommen zunächst diejenigen gesetzlichen Grundlagen in Betracht, die allgemein und ohne Beschränkung auf einen Wirtschaftszweig oder ein Staatsorgan eine Berufung vorsehen. Die Hauptbuchhalter der sozialistischen Betriebe werden durch den Leiter der übergeordneten Dienststelle „ernannt“ (§ 2 Abs. 1 der VO vom 17. 2. 1955 über die Stellung der Hauptbuchhalter in den Betrieben der Volkseigenen und der gleichgestellten Wirtschaft und in ihnen übergeordneten Dienststellen — GBl. I, S. 159 —). Berufte werden auch die Direktoren der Betriebsberufsschulen (AO vom 16. 11. 1956 über das Rahmenstatut für Betriebsberufsschulen — GBl. II, S. 385).

Für die Berufung bestimmter leitender Funktionäre innerhalb der Deutschen Post finden sich Bestimmungen in einzelnen Statuten. Nach § 3 Abs. 7a des Statuts des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen vom 18. 10. 1956 (GBl. I, S. 1174) ist dem Minister die Entscheidung über die Berufung und Abberufung der Leiter der zentralen Abteilungen des Ministeriums sowie weiterer leitender Mitarbeiter gemäß der Notizenklatur des Ministeriums vorbehalten. „Unter diesen „leitenden Mitarbeitern“ sind nur Angestellte des Ministeriums selbst zu verstehen, weil das Statut nur für das Ministerium selbst gilt, nicht aber für die diesem unterstellten Ämter und sonstigen Einrichtungen der Deutschen Post. Das ergibt sich auch aus § 3 Abs. 3a a. a. O.,

wonach der Minister die Statuten der dem Ministerium unterstellten Institutionen erläßt.

Für einzelne dem Ministerium nachgeordnete Organe sind solche Statuten bereits vorhanden und damit auch Vorschriften für die Berufung und Abberufung einzelner Mitarbeiter. Es sind dies das Statut der dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen unterstellten vorkriegsigen Industrietrichter vom 20. 3. 1952 (Jahrbll., S. 139) und das Statut des Instituts für Post- und Fernmeldewesen, das mit der AO vom 6. 1. 1955 über die Errichtung des Instituts für Post- und Fernmeldewesen (GBl. II, S. 25) in der Fassung der AO vom 4. 2. 1957 zur Änderung der das zuerst genannte Statut keine Vorschriften über eine Berufung enthält, sieht § 5 des Statuts des Instituts für Post- und Fernmeldewesen vor, daß der Direktor des Instituts auf Vorschlag des bei diesen gebildeten Kuratoriums vom Minister für Post- und Fernmeldewesen ernannt und abberufen wird. Die stellvertretenden Direktoren werden vom Direktor des Instituts nach Zustimmung des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen ernannt und abberufen.

Nach der gegenwärtigen Rechtslage gibt es also keine gesetzlichen Bestimmungen, wonach weitere leitende Funktionäre berufen oder abberufen werden können. Solche Bestimmungen fehlen insbesondere für die Leiter der Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen und für die der Hauptpost- und Fernmeldelämter sowie der Sonderämter. Zweifellos treffen aber auf diesen Kreis von Funktionären die Voraussetzungen zu, die eine Begründung und Beendigung des Arbeitsverhältnisses durch Verwaltungsakt notwendig machen. Es wird daher die Aufgabe der zuständigen Organe der Deutschen Post sein, die entsprechenden gesetzlichen Vorschriften zu schaffen (zweckmäßig in einem „Statut der dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen unterstellten Ämter der Deutschen Post“). Solange diese gesetzliche Grundlage fehlt, kann das Arbeitsverhältnis mit den genannten Mitarbeitern nur durch Arbeitsvertrag begründet und auch nur nach den allgemeinen Vorschriften des Kündigungsrechts oder — im Falle der schuldhaften Pflichtverletzung — nach denen der Disziplinarordnung beendet werden. Als Vertragspartner muß jeweils das übergeordnete Organ auftreten, weil das Arbeitsverhältnis nur mit einem dem künftigen Beschäftigten übergeordneten Organ eingegangen werden und auch nur von diesem wieder aufgelöst werden kann. Diesen Grundsatz hat das Oberste Gericht ebenfalls in seinem schon zitierten Urteil entwickelt.

Vorschriften über eine Berufung und Abberufung enthält schließlich auch noch die AO vom 10. 2. 1957 über die Aufbau- und die Aufgaben der Inspektionen für Arbeitsschutz und technische Sicherheit im Bereich des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen (VMBI., S. 65).

Nach § 3 Abs. 2 dieser AO werden die Sicherheitsinspektoren und Sicherheitsbeauftragten nach Anhören des übergeordneten Inspektors für Arbeitsschutz und technische Sicherheit von den Leitern der im § 1 der AO aufgeführten Organe des Ministeriums, den Leitern der Bezirksdirektionen und der sonstigen Institutionen der Deutschen Post „beauftragt“ und abberufen. Dem übergeordneten Inspektor für Arbeitsschutz und technische Sicherheit steht das Recht zu, die Abberufung nachgeordneter Sicherheitsinspektoren oder Sicherheitsbeauftragten zu verlangen, wenn sie ihre Aufgaben nicht oder nur unzureichend erfüllen. Diese Bestimmungen können aber nicht als gesetzliche Grundlage für die Begründung (und Beendigung) dieses Arbeitsverhältnisses angesehen werden, weil die genannte AO bisher nicht rechtskräftig veröffentlicht worden ist und daher keine Gesetzeskraft erlangt hat. Das Verfügungs- und Mitteilungsblatt des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen ist kein Verkündungs- und Veröffentlichungsorgan. Nach § 1 der VO vom 23. 12. 1954 über die Form der Verkündung von Gesetzen und der Veröffentlichung von anderen Bestimmungen und Bekanntmachungen (GBl. I, 1955, S. 1) erfolgt die Verkündung der normativen Verwaltungsakte der Leiter zentraler staatlicher Organe im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik; die von den Ministern herausgegebenen

Verfügungs- und Mitteilungsblätter sind nur zur Information und Anleitung der unterstellten und nachgeordneten Organe bestimmt. Im Interesse der Rechtssicherheit ist es bedauerlich und mit dem Grundsatz strenger Einhaltung der Gesetzlichkeit nicht vereinbar, daß diese Vorschriften auch sonst gelegentlich nicht beachtet werden. So wurden beispielsweise auch die Vorschriften über die Gewährung von Dienstaltersprämien, der zusätzlichen Altersversorgung usw. ebenfalls nur im Verfügungs- und Mitteilungsblatt bekanntgegeben. Die Anordnungen erhalten dadurch (trotz ihrer Bezeichnung) nur den Charakter der „Verfügung“, d. h. einer Verwaltungsanweisung, durch die die Ämter ermächtigt werden, bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen bestimmte Leistungen zu gewähren, ohne dem Beschäftigten selbst ein unmittelbares und klägliches Recht einzuräumen. Soweit also unter Zugrundelegung der genannten AO „Beauftragungen“ erfolgen, sind sie als vertragliche Begründung von Arbeitsverhältnissen anzusehen; eine Abberufung würde allerdings mangels gesetzlicher Grundlage nicht sein. Das Arbeitsverhältnis könnte vielmehr nur nach den Vorschriften des Kündigungsrechts oder — in ihrem Anwendungsbereich — der Disziplinarordnung beendet werden.

### Straßenangaben in Telegrammen

Immer wieder treten beim Übermitteln von Telegrammen zwischen gebender undnehmender Telegrafendienststelle Meinungsverschiedenheiten über die richtige Wortzahl auf. Sehr häufig liegt die Ursache hierfür in der Unkenntnis der Vorschriften für die Wortzählung von Straßenangaben, ist doch für Straßennamen in der Anschrift der Inlandstelegramme eine Besonderheit zu beachten.

Der Annahmestempel muß die Straßennamen in der Anschrift der Inlandstelegramme für je 15 Buchstaben und für den überschüssigen Rest als je ein Gebührenwort zählen. Das gilt für die Bezeichnungen der Straßen, Plätze, Alleen, Gassen usw. auch dann, wenn sie aus mehreren Wörtern bestehen. Dabei darf der Annahmestempel an der Schreibweise des Absenters nichts ändern. Diese Besonderheit kann dazu führen, daß die Anzahl der wirklichen Wörter in einem Telegramm höher als die Anzahl der Gebührenwörter ist. Lassen Sie sich dadurch nicht irreführen; denn im Regelfall liegt doch die Anzahl der Gebührenwörter über der Anzahl der wirklichen Wörter. Gebührenwörter über der Anzahl der wirklichen Wörter. Gebührensüberschüsse gegenüber den Postkunden ein Entgegenkommen darstellen. Offenbar haben sich die zuständigen Dienststellen des früheren Reichspostministeriums seinerzeit beim Einführen dieser Bestimmung aber keine gründlichen Gedanken über die betrieblichen Auswirkungen gemacht; denn immer wieder ergaben sich dadurch betriebliche Erschwernisse in Form unnötiger Rückfragen, Sucharbeiten und dgl. Zu wünschen ist daher, beim Überarbeiten der Telegrafenerordnung mit ihren Ausführungsbestimmungen diese Besonderheit fallen zu lassen. Vorläufig müssen wir sie jedoch noch berücksichtigen, um durch ein gleichmäßiges Arbeiten bei allen Telegrafendienststellen einen reibungslosen Betriebsablauf zu sichern.

Einfacher ist die Zählweise für Straßennamen in der Anschrift der Auslandstelegramme. Im Gegensatz zu den Inlandstelegrammen zählen die Straßennamen hier nur dann insgesamt nach der 15-Buchstaben-Regel, wenn sie der Aufgeber zusammenhängend in die Anschrift einträgt, so berechnet der Empfänger die Bezeichnung der Straße zusammenziehen darf. Besteht der Aufgeber auf Getrenntschreibung, so berechnet der Annahmestempel jedes Wort für sich nach der 15-Buchstaben-Regel.

Die gleiche Zählweise gilt auch für Straßennamen, die im Text oder in der Unterschrift von Telegrammen vorkommen. Hierbei spielt es keine Rolle, ob die Telegramme nach dem In- oder Ausland gerichtet sind. Nachstehende Übersicht soll dem besseren Verständnis der obigen Ausführungen dienen.

| Straßennamen                                                       | in der Anschrift der |            | Zählweise                       |                                |
|--------------------------------------------------------------------|----------------------|------------|---------------------------------|--------------------------------|
|                                                                    | tel.-Tel.            | Ausl.-Tel. | in Text und in der Unterschrift | der In- und Auslandstelegramme |
| Bethovenstraße                                                     | 2/1                  | 2/1        | 2/1                             | 1                              |
| Bethovenstr.                                                       | 1                    | 1          | 1                               | 1                              |
| Karl-Liebknecht-Straße                                             | 2/3                  | 3          | 3                               | 3                              |
| Karl-Liebknecht-Str.                                               | 2/3                  | 3          | 3                               | 3                              |
| (wenn im Auslandverkehr die Bindestriche mitgeteilt werden sollen) |                      |            |                                 |                                |
| Karl-Liebknecht-Str.                                               | —                    | 6          | 6                               | 6                              |
| Karl-Liebknecht-Str.                                               | 2/1                  | 2/1        | 2/1                             | 2/1                            |
| Unter den Linden                                                   | 1/3                  | 3          | 3                               | 3                              |
| Unter den Linden                                                   | 1                    | 1          | 1                               | 1                              |
| Straße der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft                       | —                    | —          | —                               | —                              |
| — Straße der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft                     | 3/4                  | 5/4        | 5/4                             | 5/4                            |
| Straße der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft                       | 3/1                  | 3/1        | 3/1                             | 3/1                            |
| Straße der DSP <sup>1)</sup>                                       | 1/3                  | 3          | 3                               | 3                              |
| Straßenstraße <sup>2)</sup>                                        | 1                    | 1          | 1                               | 1                              |
| Str. der DSP <sup>2)</sup>                                         | 1/3                  | 3          | 3                               | 3                              |
| Stradals <sup>3)</sup>                                             | 1                    | 1          | 1                               | 1                              |
| Rue de la paix                                                     | —                    | 4          | 4                               | 4                              |
| Ruedelaix                                                          | —                    | 1          | 1                               | 1                              |
| Rue de chemin de fer                                               | —                    | 5          | 5                               | 5                              |
| Ruechemindefe                                                      | —                    | 2/1        | 2/1                             | 2/1                            |

Kurt Berner, Leipzig

<sup>1)</sup> Der Ausdruck „deutsch-sowjetisch“ entspricht der Schreibweise eines heute gebräuchlichen Wörtchens (Duden). Deshalb ist der Annahmestempel verpflichtet, den Bindestrich einzutragen, beide Wörter zusammenzuschreiben und das ganze Wort nach der 15-Buchstaben-Regel zu berechnen. Allerdings ergibt sich in diesem Fall durch die Länge des Wortes kein Vorteil für den Aufgeber.

<sup>2)</sup> Die Abkürzung DSP ist sprachgebräuchlich und deshalb nicht zu beanstanden.

Der Prospekt

## Der Werdegang eines Schiebe-Abziehbildes

gibt Auskunft über die vielseitige Verwendungsmöglichkeit!

Verlangen auch Sie diese interessante Beschreibung von

### HOLMGROH

Technische Abziehbilder

LEIPZIG S 3

Kurt-Eisner-Straße 71  
(Hofgebäude) II. Stock

### Wie geht es im Zustelldienst weiter?

Von Helmut WERNER, Stellvertreter des Leiters der Hauptverwaltung Post- und Zeitungswesen, Berlin  
Mitteilungen aus dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen

Diese Frage stellen sich unsere Kolleginnen und Kollegen im Zustelldienst ebenso wie die verantwortlichen Funktionäre in den Hauptpostämtern, bei den Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen und bei der Hauptverwaltung Post- und Zeitungswesen. Auf diese Frage muß sehr bald eine umfassende Antwort gefunden werden, weil sich besonders im Laufe des vergangenen Jahres in diesem Dienstzweig zunehmend Schwierigkeiten gezeigt haben, die eine grundsätzliche Klärung aller aufgetretenen Probleme fordern.

#### Wie ist gegenwärtig die Lage?

Die stetige Zunahme der zuzustellenden Sendungen und der verstärkte Wohnungsbau verlangen in vielen Fällen, daß die Zustellbereiche verkleinert werden.

Wenn wir die Zustellung in der bisherigen Weise weiter durchführen, wären zahlreiche Arbeitskräfte zusätzlich erforderlich. Wir wissen aber, daß wir in unserer Deutschen Demokratischen Republik keine Arbeitslosen haben, daß vielmehr in allen Zweigen unserer Volkswirtschaft Arbeitskräfte fehlen. Dabei müssen wir noch bedenken, daß die Zahl der neu in das Berufsleben eintretenden jungen Menschen zurückgehen wird, weil namentlich die geburtsstarken Jahrgänge der Kriegs- und Nachkriegsjahre von den Schulen abgehen. Diese Auswirkung des verheerenden Krieges der Hitlerfaschisten bereitet uns in der gesamten Volkswirtschaft Schwierigkeiten. Auf der 33. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wurde daher die Aufgabe gestellt, in allen Industriezweigen den Zuwachs der Produktion ohne wesentliche Vergrößerung der Zahl der Arbeitskräfte zu erreichen. Dies gilt natürlich auch für das Post- und Fernmeldewesen und damit auch für den Zustelldienst. Das ist aber nur die eine Seite. Unsere Kolleginnen und Kollegen leisten im Zustelldienst eine schwere körperliche Arbeit. Bisher ist es uns nicht gelungen, durch technische oder organisatorische Maßnahmen den Zustelldienst grundlegend zu erleichtern und zu vereinfachen. In einigen Dienstzweigen, z. B. im Postbeförderungswesen, haben wir zwar schon gute Anfangserfolge erzielt, im Zustelldienst waren es bisher jedoch nur Einzelaktionen. Auch in anderen Ländern ist die Situation ähnlich. Selbst in Ländern mit hochentwickelter Technik werden die Briefsendungen fast ausschließlich noch in der alten Weise zugestellt. Die Postverwaltungen der imperialistischen Länder bemühen sich gegenwärtig, diesen Dienstzweig zu rationalisieren, um Arbeitskräfte und Geld einzusparen, um die Aufbringung zu finanzieren. Sie lassen „Spezialisten“ im stillen Kämmerlein neue Verfahren ausarbeiten, ohne diese mit den Kollegen des Betriebsdienstes zu beraten. Ihnen geht es noch nicht darum, die Arbeit zu erleichtern. Ausschlaggebend sind vielmehr die erzielten Einsparungen und damit der Profit. In Westdeutschland z. B. klagen jetzt schon die Zusteller darüber, daß die Rationalisierungsmaßnahmen zur Vergrößerung der Rievie und mithin zu einer stärkeren körperlichen Belastung führen werden.

Es ist selbstverständlich, daß solche bürokratischen Methoden der Leitung dem Wissen unserer Arbeiter-und-Bauern-Staates völlig fremd sind.

#### Unsere Aufgabe und die Methode ihrer Lösung

Für den Zustelldienst muß noch in diesem Jahr von der Hauptverwaltung Post- und Zeitungswesen die Perspektive ausgearbeitet werden. In ihr ist festzulegen, wie die Zustellung künftig durchgeführt werden soll, welche technischen Hilfsmittel dabei zu verwenden sind und welche organisatorischen und sonstigen Maßnahmen notwendig sind, um zu erreichen, daß die Arbeit für unsere Kolleginnen und Kollegen wesentlich erleichtert und vereinfacht wird. Gleichzeitig muß es dadurch möglich sein, den steigenden Arbeitsanfall auch in diesem Dienstzweig im wesentlichen ohne zusätzliche Arbeitskräfte zu bewältigen. Aber das genügt noch nicht. Wir müssen bereits in diesem Jahr, und zwar bald, die ersten Schritte zur Verwirklichung dieser Perspektive tun, um möglichst schnell eine spürbare Entlastung zu erzielen.

Das 33. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands stellt den Mitarbeitern im Staatsapparat die Aufgabe, den Arbeitsstil zu verbessern und die Wirkungen immer stärker in die Leitung des Staates und der Wirtschaft einzubringen. Es ist dabei notwendig, wichtige und weittragende Entscheidungen vorher eingehend mit den Mitarbeitern zu beraten, die die festgelegten Maßnahmen verwirklichen müssen, um die reichen Erfahrungen der „Praktiker“ zu berücksichtigen.

Die Hauptverwaltung Post- und Zeitungswesen hat daher festgelegt, daß die Perspektive des Zustelldienstes gemeinsam mit den Zustellern auszuarbeiten ist. Es wurde beschlossen, im März 1958 eine Arbeitstagung mit Zustellern der Deutschen Post durchzuführen.

#### Wie wird die Arbeitstagung im März 1958 vorbereitet?

Um der Beratung einen größtmöglichen Erfolg zu sichern, wurde von der Hauptverwaltung Post- und Zeitungswesen ein Thesenentwurf ausgearbeitet und bereits Mitte Dezember 1957 an die Postämter veranlagt. In diesen Thesen sind das erprobte Rudolstädter Verfahren, das Stützpunktsystem für Briefzusteller mit allen Unzulänglichkeiten und Verbesserungsmöglichkeiten, die Frage der Hausbriefkästen mit ihren positiven und negativen Seiten, die Veränderung der Einzelzeiten der Rundfunkgebühren, die Anwendung der modernen Technik im Zustelldienst und Möglichkeiten der Verbesserung der Telegramm-, Eil- und Paketzustellung aufgenommen worden.

Dieser erste Thesenentwurf erhielt natürlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern soll eine Diskussionsgrundlage sein. Die Diskussion über den Thesenentwurf mit den Zustellern unserer Postämter hat bereits begonnen und wird auch von den Angehörigen der Hauptverwaltung Post- und Zeitungswesen mit den Zustellern geführt. Mitarbeiter der Abteilung Organisation und Postbetrieb der Hauptverwaltung Post- und Zeitungswesen werden im Monat Januar in drei Bezirken unserer Republik in je einem Amt mit den Zustellern den Thesenentwurf beraten.

Im Januar werden alle Zusteller in unseren Postanstalten den Thesenentwurf gründlich studieren, ihre Meinung dazu sagen und ihre Vorschläge unterbreiten. Diese werden von der Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen der Hauptverwaltung Post- und Zeitungswesen zugestellt und in den Entwurf einbezogen. Die ergänzten Thesen werden den Postämtern übersandt. Die erneute Diskussion darüber dient der letzten Vorbereitung der Arbeitstagung.

Die von den Hauptpostämtern ausgewählten Teilnehmer der großen gemeinsamen Beratung werden dann im März d. J. die Thesen endgültig beraten und Empfehlungen für die Hauptverwaltung Post- und Zeitungswesen ausarbeiten. Damit ist gewährleistet, daß jeder Zusteller an der Perspektive seines Dienstzweiges mitarbeiten kann.

Wir sind der Überzeugung, daß in den Ämtern eine rege Diskussion über die Probleme des Zustelldienstes geführt wird und daß uns von den Kolleginnen und Kollegen viele wertvolle Hinweise und Vorschläge zugehen werden. Die Hauptverwaltung Post- und Zeitungswesen wird gemeinsam mit den Zustellern diese Anregungen ernsthaft beraten und auswerten. Nach der Arbeitstagung werden die verantwortlichen Mitarbeiter der Hauptverwaltung Post- und Zeitungswesen, der Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen und der Hauptpostämter gemeinsam mit den Zustellern daran arbeiten, die Perspektive Zug um Zug zu verwirklichen.

Diese Aufgabe ist nicht leicht. Die Vorbereitung und Einführung der verkürzten Arbeitszeit im Post- und Fernmeldewesen im Jahre 1957 zeigte uns jedoch, daß wir in der Lage sind, solche schwierigen Aufgaben zu lösen, wenn alle beteiligten Mitarbeiter mit Schwung und Begeisterung helfen. Die Zustellern und Zusteller werden auch diesmal aktiv mitwirken, um ihre Arbeit zu erleichtern und zu vereinfachen und damit dazu beitragen, die uns von der Partei der Arbeiterklasse und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gestellten Aufgaben zu lösen.

#### Eine Ozeilluftschiffbahn

auf deren Schirm eine Kurvenzug mehrere Stunden sichtbar bleibt, so daß man ihn, ohne zu fotografieren, in Ruhe auswerten kann, hat die Firma Loeres entwickelt. Durch Druck auf einen Knopf kann die gespeicherte Aufzeichnung wieder gelöscht werden.

#### In den USA

hofft man, die Reichweite von Fernsiedlungen durch künstliche Wolken vergrößern zu können, die als Diffektoren wirken. Die Wolken sollen in einer Höhe von 100 km über der Erde erzeugt werden, indem man die zur Wolkenbildung benötigten Gase mit Raketen in diese Höhe schickt.

#### Ein japanischer Vorschlag

empfiehlt die Verwendung von Titanblech für die Membranen von Fernsprecheinrichtungen. Titan soll hierfür wegen seiner Festigkeit und Dehnung besser geeignet sein als die sonst heute verwendeten Materialien.

#### Raketen für Postbeförderung

Wie der sowjetische Astronautiker Prof. Dolobrower erklärte, besteht theoretisch und praktisch in der Sowjetunion die Möglichkeit, ballistische Raketen zum Transport eiliger Postsendungen zu verwenden. Indem man die Raketen innerhalb von 5 Minuten von Moskau nach Kiew oder innerhalb von 10 Minuten von Moskau nach Tiflis befördert werden.

#### Zur Entwicklung in der Volksrepublik China

Im chinesischen Post- und Fernmeldewesen werden z. Z. ungefähr 250.000 Arbeiter beschäftigt. Davon sind rund 200.000 Mitglieder der Postgewerkschaft. Im Jahre 1956 nahmen mehr als 40.000 Arbeiter durch Nationalisierungsmaßnahmen an der Verbesserung der Produktionsprozesse des Post- und Fernmeldewesens sowie der Verwaltungsarbeit Anteil.

#### Englische Pressesprechervertreterkräfte für Völkerverständigung

Mrs. Violet Clements, Gewerkschaftssekretärin, wandte sich auf der Jahreskonferenz der Gewerkschaft der Angestellten des Post- und Fernmeldewesens Großbritannien gegen den Vorschlag des Gewerkschaftsleiters, in dem er die Kündigung zu einem Besuch in die Sowjetunion ablehnte. Sie brachte in ihrer Stellungnahme auf dem Kongress zum Ausdruck, daß sie aus einem tiefen Verantwortungsfühl für das englische Volk diese Entscheidung der Gewerkschaftsleitung nicht billigen könnte. Nach ihrer Meinung müßte jede Gelegenheit benutzt werden, um die internationalen Spannungen zu vermindern und freundschaftliche Beziehungen zu jedem Lande, auch der Sowjetunion, zu schaffen. Sie sagte wörtlich: „Es ist offensichtlich, daß es nur noch eine Möglichkeit gibt, falls Ost und West nicht lernen, miteinander auszukommen, nämlich alle, miteinander auszukommen.“

Mrs. S. Berger, ebenfalls Mitglied des Metropolitan Gewerkschaftsverbandes, unterstützte diese Stellungnahme. Sie betonte den Entschluß der Gewerkschaftsleitung als äußerst kurzweilige, die Behauptung, daß ein Delegationenaustausch wegen der augenblicklichen internationalen Lage sinnlos sei, als lächerlich. Gerade wegen der augenblicklichen Lage müßten sich beide Seiten bemühen, die andere etwas besser zu verstehen. Der günstigste Weg hierzu sei ein Delegationenaustausch, durch den sich die Menschen an Ort und Stelle überzeugen könnten. Der Entschluß der Gewerkschaftsleitung sei nicht geläufig, das wünschenswerte Anstalten, den Handel mit Großbritannien innerhalb von 5 Jahren von 800 Millionen auf 1000 Millionen Pfund Sterling zu erhöhen, zu unterstützen. Trotzdem beharrte aber der Gewerkschaftsvorstand auf seiner Entscheidung.

#### Hausbriefkästen

Im Gebiet der Deutschen Bundespost konnte als erste Stadt Braunschweig die Hausbriefkästen-Aktion abschließen. Nach westlichen Pressemitteilungen sollen die Einwohner der Stadt dadurch ihre Postsendungen täglich 1 Stunde früher zugestellt bekommen.

#### Neue Fernsehbirne für Mecklenburg

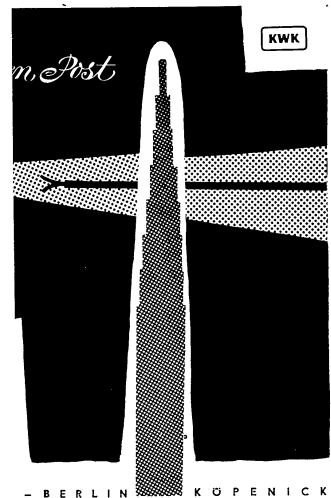
Zur Erhellung von Fernsehstrahlen im nördlichen Teil der DDR wurden vom Entwurf der Deutschen Post zwei Konstruktionen entworfen. Bei einem 17,8 m hohen Typ von 4453 t Gewicht, einem Verbrauch von 1930 m<sup>3</sup> Beton und 207 t Stahl werden die Baukosten rund 2,6 Millionen DM betragen. Der zweite Fernsehurm wurde für eine Höhe von 100 m projektiert. Er hat besonders große Raumkapazitäten im viergeschossigen Kopfbau. Für ihn sind u. a. 3720 m<sup>3</sup> Beton und 225 t Stahl vorgesehen. Die Baukosten sollen einschließlich der Nebengebäude rund 4,9 Millionen DM betragen.

#### Neue chinesische Sondermarken

Am Anlaß des 50. Jahrestages der Gründung der chinesischen Volksarmee wurde eine Sondermarkenserie mit vier Werten herausgegeben. Die Marken kennzeichnen wichtige Perioden aus der 30-jährigen Geschichte dieser Armee.

#### Brasilien

Die Angestellten des Telegraphenwesens in Brasilien forderten eine 50prozentige Gehaltserhöhung.



### Wie geht es im Z

Von Helmut WERNER, Stellvertreter des Leiters Mitteilungen aus dem Ministe

Diese Frage stellen sich unsere Kolleginnen und Kollegen in Zustelldienst ebenso wie die verantwortlichen Funktionäre in den Hauptpostämtern, bei den Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen und bei der Hauptverwaltung Post- und Zeitungswesen. Auf diese Frage muß sehr bald eine umfassende Antwort gefunden werden, weil sich besonders im Laufe des vergangenen Jahres in diesem Dienstzweig zunehmend Schwierigkeiten gezeigt haben, die eine grundsätzliche Klärung aller aufgetretenen Probleme fordern.

#### Wie ist gegenwärtig die Lage?

Die stetige Zunahme der zuzustellenden Sendungen und der verstärkte Wohnungsbau verlangen in vielen Fällen, daß die Zustellbezirke verkleinert werden.

Wenn wir die Zustellung in der bisherigen Weise weiter durchführen, wären zahlreiche Arbeitskräfte zusätzlich erforderlich. Wir wissen aber, daß wir in unserer Deutschen Demokratischen Republik keine Arbeitslosen haben, daß vielmehr in allen Zweigen unserer Volkswirtschaft Arbeitskräfte fehlen. Dabei müssen wir noch bedenken, daß die Zahl der neu in das Berufsleben eintretenden jungen Menschen zurückgehen wird, weil namentlich geburtschwachen Jahrgänge der Kriegs- und Nachkriegsjahre von den Schulen abgehen. Diese Auswirkung des verbreiteten Krieges der Hitlerfaschisten beruht uns in der gesamten Volkswirtschaft Schwierigkeiten. Auf der 33. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland wurde daher die Aufgabe gestellt, in allen Industriezweigen die Zuwachs der Produktion ohne wesentliche Vergrößerung der Zahl der Arbeitskräfte zu erreichen. Dies gilt natürlich auch für das Post- und Fernmeldewesen und damit auch für den Zustelldienst. Das ist aber nur die eine Seite. Unsere Kolleginnen und Kollegen leisten im Zustelldienst eine schwere körperliche Arbeit. Bisher ist es uns nicht gelungen, durch technische oder organisatorische Maßnahmen den Zustelldienst grundlegend zu erleichtern und zu vereinfachen. In einigen Dienstzweigen, z. B. im Postbeförderungswesen, haben wir zwar schon gute Anfangserfolge erzielt, im Zustelldienst waren es bisher jedoch nur Einzeldaktionen. Auch in anderen Ländern ist die Situation ähnlich. Selbst in Ländern mit hochentwickelter Technik werde die Briefsendungen fast ausschließlich noch in der alten Weise zugestellt. Die Postverwaltungen der imperialistischen Länder bemühen sich gegenwärtig, diesen Dienstzweig zu rationalisieren um Arbeitskräfte und Geld einzusparen, um die Aufstellung zu finanzieren. Sie lassen „Spezialisten“ im stillen Kämmerlein neue Verfahren ausarbeiten, ohne diese mit den Kollegen der Betriebsdienstes zu beraten. Ihnen geht es noch nicht darum die Arbeit zu erleichtern, diesen Dienstzweig zu rationalisieren um Arbeitskräfte und Geld einzusparen, um die Aufstellung zu finanzieren. Sie lassen „Spezialisten“ im stillen Kämmerlein neue Verfahren ausarbeiten, ohne diese mit den Kollegen der Betriebsdienstes zu beraten. Ihnen geht es noch nicht darum die Arbeit zu erleichtern, diesen Dienstzweig zu rationalisieren um Arbeitskräfte und Geld einzusparen, um die Aufstellung zu finanzieren.

Es ist selbstverständlich, daß solche bürokratischen Methoden der Leitung dem Wissen unserer Arbeiter- und Bauern-Staats völlig fremd sind.

#### Unsere Aufgabe und die Methode ihrer Lösung

Für den Zustelldienst muß noch in diesem Jahr von der Hauptverwaltung Post- und Zeitungswesen die Perspektive ausgearbeitet werden. In ihr ist festzulegen, wie die Zustellung künftig durchgeführt werden soll, welche technischen Hilfsmittel dabei zu verwenden sind und welche organisatorischen und sonstigen Maßnahmen notwendig sind, um zu erreichen, daß die Arbeit für unsere Kolleginnen und Kollegen wesentlich erleichtert und vereinfacht wird. Gleichzeitig muß es dadurch möglich sein, den steigenden Arbeitsanfall auch in diesem Dienstzweig im wesentlichen ohne zusätzliche Arbeitskräfte zu bewältigen. Aber das genügt noch nicht. Wir müssen bereits in diesem Jahr, und zwar bald, die ersten Schritte zur Verwirklichung dieser Perspektive tun, um möglichst schnell eine spürbar Entlastung zu erzielen.

#### USA

Die Löhne der Briefsortierer und sonstigen Postangestellten, die im Durchschnitt 4245 Dollar im Jahr betragen, liegen — nach Angaben aus den USA — um 1500 Dollar unter dem für den Unterhalt einer durchschnittlichen amerikanischen Familie erforderlichen Betrag. Die Postbeamten werden in den USA um 50% niedriger entlohnt als Beschäftigte mit gleichen oder ähnlichen Tätigkeiten in der Privatindustrie.

Bekanntes Internationales Sicherheits-Subkomitee des Senats stellen dem Leiter und einigen Mitgliedern der unabhängigen Veroligung der Beschäftigten des amerikanischen Fernmeldewesens verschiedene Fragen. Diese vorweglegen dem Komitee gegenüber die Beantwortung. Daraufhin wurden drei der Beschäftigten entlassen.

Der ehemalige Postmeister des New Yorker Hauptpostamtes kritisierte u. a. die Lohnstruktur im Postwesen. „Was für eine Laufbahn ist das“, fragt er, „wenn ein Postangestellter 12 bis 14 Stunden täglich zu arbeiten hat — acht Stunden Büroarbeit und vier bis sechs Stunden Teilbeschäftigung —, um ein ansägliches Leben führen zu können?“

In den letzten Jahren war ein erheblicher Teil der amerikanischen Postkraftwagen an Verkehrsunfällen beteiligt. Die Wagen waren alle olivbraun gestrichelt. Neuerdings ist man dazu übergegangen, sämtliche Postkraftwagen rot-weiß-blau zu streichen. Die Zahl der Verkehrsunfälle ging daraufhin erheblich zurück. Während 849 Fahrzeuge innerhalb eines bestimmten Zeitabschnittes mit dem olivbraunen Anstrich an Unfällen beteiligt waren, sind in der gleichen Zeit Fahrzeuge mit dem neuen Anstrich nur in 622 Fällen beschädigt worden.

#### Indien

Die Angestellten des Telegraphenwesens traten in einen Arbeitsverweigerungstreik mit dem Ziel, die Erhöhung der Teuerungszuschüsse und die Einstellung von weiteren Beamten — um die bestehende Arbeitsbelastung zu vermindern — zu erreichen.

#### Neues Motorwählamt für Cottbus

In Cottbus wird z. Z. ein neues Motorwählamt, das über 3000 Anrufstellen verfügen soll, gebaut. Das Durchwahlsystem soll außer für die Ämter Hoyerswerda und Senftenberg, künftig auch für Flörsbäume betreiben.

#### Aus der Arbeit der chinesischen Gewerkschaft des Post- und Fernmeldewesens

An der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der chinesischen Post- und Fernmeldedienstleistungen hat die Gewerkschaft erheblichen Anteil. Sie hat in Verbindung mit der Verwaltung dafür gesorgt, daß zahlreiche Maßnahmen zur Lösung des Urlaubs- und Arbeitsschutzproblems für die Frauen in Angriff genommen wurden. In allen Dienststellen bestehen seit 1956 Pläne für Sicherungsmaßnahmen und der Arbeitsschutz. Eine große Anzahl von gewerkschaftlichen Grundheiten hat außerdem besondere Selbstschutzvereinbarungen mit den Dienststellenleitern abgeschlossen. In 80% aller Grundheiten der chinesischen Gewerkschaft für das Post- und Fernmeldewesen sind Essen der gegenseitigen Hilfe geschaffen worden. Über 90% aller Arbeiter erhielten höhere Löhne durch die im Jahre 1956 vorgenommene Lohnreform. An dem durch die Gewerkschaft organisierten Literaturstudium nahmen sehr viele Mitarbeiter des chinesischen Post- und Fernmeldewesens teil. 70000 Arbeiter besuchten im III. Quartal 1956 höhere Freizeit Lehrgänge. Jede Grundheit der Gewerkschaft hat ihre eigenen Kultur- und Sportorganisationen. Der Zuwachs an Wohnraum betrug in den letzten 3 Jahren 400 000 qm. Die Gewerkschaft selbst besaß Kindergärten, Pfingelheime, Singkingsstationen, Sanatorien, Mittelschulen, Diätetika und trug zur Verbesserung der Arbeit solcher bereits bestehenden Einrichtungen bei.

**Vielfach wirksam**

bei Unwohlsein  
nach der Reize  
aus Befehle  
zur Geschichtliche  
zur Mund- und Zahnliefer

**ORIGINAL SPIROL**  
MENTHOL-FRANZBRANNTWEIN

Original-Flasche 20 g 1,45 DM

in Apotheken, Drogerien und Fachgeschäften

Apotheker Dr. Hugo Wolf oHG, Chem. Fabrik, Wuppertal

## STEMPEL-SCHULZE

Stempel-, Schilder- und Gravierwerkstätten

seit 1921

EISENACH/Thüringen

Postschleifach 142 R. f. 3406

### GUMMISTEMPEL

für jeden Zweck des Postbedarfs

Datumbänderstempel · Datumgangs-  
stempel · Trocken- u. Lacksiegel · Stern-  
stempel · den Brief- u. Paketverkehr · Ortsbrief-  
stempel · Stempelkissen · Stempelfarben

### SCHILDER

für jeden Zweck in Kunststoff und Metall

Schilder für Postverteilungsfächer und  
Postschließfächer · Schilder in Metall  
für Posttaschen

Erste  
**Deutsche Sack-Centrale**  
KUNATH & POLKE  
Das Postwertfähige Fachunternehmen

50  
JAHRE

SÄCKE · PLANEN · ZELTE  
POSTKABELZULIEF · SPIEGELPLANEN  
Herstellung und Reparatur


**DRESDEN N 23**  
Coswiger Straße 6 Fernruf 534 04

**Lieferant der Deutschen Post**

**KWK**

Fernmeldekabel  
Trägerfrequenzkabel  
Leitungen und Draht  
für Fernmeldeanlagen  
Hochfrequenzkabel

**VEB KABELWERK KÖPENICK - BERLIN KÖPENICK**



**Der Schlüssel zum Wintersport**

Moderne Wintersportbücher aus dem SPORTVERLAG

- **Du und deine Ski** (Herberger Ehler). Ein unterhaltsames Skilehrbuch. 143 Seiten, viele Abbildungen, 4,50 DM
- **Grundlagen der Abfahrtschule** (Grundmann) 184 S., viele Abbildungen, 4,50 DM
- **Der Skilanglauf** (Mecir). 175 Seiten, viele Abbildungen, 5,— DM
- **Skilauf I.** Das Training des Lang-, Sprung- und Abfahrtaufers 35 S., mit Abb. 1,— DM
- **Skilauf II.** Physiologische u. physikalische Probleme des Skilaufs. 55 Seiten, mit Abbildungen, 1,50 DM

Erhältlich durch alle Buchhandlungen und durch den Sportbuchverlag, Leipzig C 1, Postfach 350



**Zeit gespart**

**FW6**

**VEB FARBFABRIK WOLFEN**



*fernerdenn je zuvor*

**Eure Frisur sieht gut aus...**

Nimm doch auch **BRILLITIX** Frisiercreme. Sie hält und glänzt wunderbar.

**Brillitix**

1 DM

Ein *Reichle* ERZEUGNIS

Unser Fabrikationsprogramm umfasst neben der Herstellung von

Hochspannungs-Isolatoren für Freileitungen für Betriebsspannung bis 380 kV  
 Stützer für Innenraum und Freileitungsanlagen für Betriebsspannung bis 380 kV  
 Wand- und Geräte-Durchführungen  
 Isolatoren für elektrische Bahnen  
 Isolierenteile für Installationsmaterial  
 Porzellanen für die chemisch-technische Industrie

die Fertigung von

Niederspannungs-Isolatoren jeder Art insbesondere Fernmelde-Isolatoren nach DIN 4814C und 48141

*Wir sind auch bereit, Porzellan nach Sonderkonstruktionen zu fertigen • Bilden Sie bitte Ihre Aufträge an uns.*

**VEB Vereinigte Porzellanwerke**  
 Köppelsdorf • Sonneberg III/Th.



**DIE DEUTSCHE POST**

**Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen**  
 HERAUSGEGEBEN VON DER DEUTSCHEN POSTWERBUNG  
 3. Jahrgang Leipzig, Januar 1958 Heft 1

*Die Hauptsache ist, den Massen den Volkswirtschaftsplan und die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu erklären, damit sie imstande sind, mehr als bisher an der Erfüllung der Aufgaben und an der Leitung der Wirtschaft teilzunehmen.*

WALTER ULBRICHT  
 (33. Plenum des ZK der SED)

**POST**

**Arthur Müller**  
Fahrzeugfabrik  
Sayda/Erzgeb.  
Ruf 2 17

Seit 60 Jahren Lieferant  
der Deutschen Post

Wir stellen her:

**Transportgeräte**  
für den Bahnhofs- und Betriebsdienst  
**Zustell- u. Lesezirkelwagen**  
**Handfahrgeräte**  
für den Zeitungsvertrieb  
**Schlitten**



**KLUGE**  
Karteien

bereiten Ihnen Arbeitsfreude

Eine wirklich gute Übersicht erreichen Sie  
mit unserem

**Flexit-Register**  
welches Sie, trotz dauerndem Wechsel,  
immer auf dem laufenden hält

Diese Einrichtungen laufen bereits bei vielen größeren  
Fernmeldeämtern

**GERHARD KLUGE**  
OHG

**BÜRO-ORGANISATION**

**GREIZ/Thür.** · Postfach 122 · Ruf 2076  
Messestand: Bugrahaus · Ruf Leipzig 67077



**Kabeltrommeln**

sowie Seiltrommeln in allen  
Größen und Ausführungen  
liefert in altbekannter Qualität

**VEB (K) Holzspulenfabrik**  
**Luckenwalde**

Wir liefern  
in bewährter Feuermailleausführung:

- ➔ **Posthauschilder**
- ➔ **Schilder**  
für das Fernsprechnetz
- ➔ **Leerungsschilder**  
für Briefkästen
- ➔ **Bezeichnungsschilder**  
für Briefsortierfächer u. a.

Wir bitten um Ihre Anfragen auch für andere, nicht genannte  
Schilder, die in Ihrem Bereich benötigt werden

**VEB (K)**  
**Schilderwerk Beutha**  
**Beutha, Kreis Stollberg/Sa.**  
Ruf: Hartenstein 215

**Zum Inhalt**

Am 22. November 1957 fand die 20. Sitzung des Kollegiums des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen als erweiterte Sitzung statt, zu der die Leiter der Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen sowie Kolleginnen und Kollegen aus den Ämtern der BPF Berlin mit hinzugezogen wurden. Die Beratung auf der 20. Kollegiumssitzung konzentrierte sich auf die ökonomischen und politischen Aufgaben des Post- und Fernmeldewesens im 2. Fünfjahrplan.

Die Ergebnisse dieser Beratung sind von wesentlicher Bedeutung für alle Kolleginnen und Kollegen der Deutschen Post. Sie sind die Grundlage für die in den Jahren 1958 bis 1960 gemeinsam zu lösenden Aufgaben.

Um die Mitarbeiter der Deutschen Post damit vertraut zu machen, wurde das vorliegende Heft unserer Zeitschrift der Beratung des Kollegiums des MPF vorbehalten. Das Januar-Heft enthält den vom Staatssekretär *Serneck* vorgelegten Bericht des Kollegiums:

„Die ökonomischen und politischen Aufgaben des Post- und Fernmeldewesens im 2. Fünfjahrplan“  
sowie einige der wichtigsten

**Diskussionsbeiträge**

Um die Geschlossenheit des Januar-Hefes nicht zu stören, wurde auf die Aufnahme weiterer Artikel verzichtet. Das Heft wird deshalb ausnahmsweise nur 16 Seiten umfassen. Wir bitten die Bezüher unserer Zeitschrift für diese Maßnahme Verständnis aufzubringen.



Herausgegeben von der Deutschen Postvertriebs-Redaktion „Die Deutsche Post“, Leipzig 5 3, Gustav-Freytag-Str. 43-46, Fernsprecher 30805. Verantwortlich *Hart Hill*. Satz und Druck: VEB Graphische Werkstätten Leipzig, III 18/87. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Deutsche Postwerbung, Berlin C2, Magazinstr. 8-11. Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 1 gültig. Die Zeitschrift „Die Deutsche Post“ erscheint monatlich einmal. Bezugsbedingungen: Vorzugspreis für Postangehörige vierteljährlich 1,50 DM. Preis für andere Besteller vierteljährlich 2,40 DM. Bestellungen nehmen die zuständigen Postzeitungsvertriebe entgegen.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdrucke — auch auszugsweise — nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Referate und Besprechungen mit voller Quellenangabe zulässig. Veröffentlicht unter der Lizenznummer ZLN 5120 des Ministeriums für Kultur der Deutschen Demokratischen Republik.

**DEUTSCHE POST**  
**AS POST- UND FERNMELDEWESEN**  
**ION DER DEUTSCHEN POSTWERBUNG**

Januar 1958 Heft 1

**Erfolgreich beendet**

Die Beratung hat gleichfalls die Frage der technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern auf dem Gebiet des Nachrichtenwesens behandelt und Maßnahmen für die Erweiterung dieser Zusammenarbeit erarbeitet.

Auf der Beratung wurden ein Abkommen über die Organisation der Zusammenarbeit der sozialistischen Länder auf dem Gebiet des Post-, Fernmelde- und Funkwesens sowie ein Abkommen über die Koordinierung der Tätigkeit der Ionosphärendienste unterzeichnet und eine Anzahl von organisatorischen und technischen Fragen gelöst.

An der Arbeit der Beratung beteiligte sich als Beobachter die Delegation der Generaldirektion für Post, Telegrafie und Fernsprechen in Jugoslawien.

Die große politische Bedeutung dieser internationalen Konferenz kommt u. a. dadurch zum Ausdruck, daß der Vorsitzende des Ministerrates, Ministerpräsident der UdSSR, Bulganin, am 17. 12. 57 die Minister für das Post- und Fernmeldewesen der sozialistischen Länder einlud.

Die Delegationsteilnehmer hatten Gelegenheit, die Technischen Institute, Ausstellungen usw. in Moskau, Kiew und Leningrad zu besichtigen und sich von dem hohen technischen Entwicklungsstand der UdSSR auf dem Gebiet des drahtgebundenen und drahtlosen Fernmeldewesens zu überzeugen. Die in Moskau beschlossene enge Zusammenarbeit wird auch für die Deutsche Demokratische Republik große Erleichterungen bei der beschleunigten Entwicklung und dem Ausbau der nationalen und internationalen Fernsprech-, Telegraf-, Telex-, Bildfunk-, Rundfunk- und Fernsehbeziehungen bringen.

# Arthur Müller

Fahrzeugfabrik  
Sayda/Erzgeb.  
Ruf 2 17

Seit 60 Jahren Lieferant  
der Deutschen Post

Wir stellen her:

Transportgeräte  
für den Bahnhofs- und Betriebsdienst  
Zustell- u. Lesezirkelwagen

Handfahrgeräte  
für den Zeitungsvertrieb  
Schlitten



## Kabeltrommeln

sowie Seiltrommeln in allen  
Größen und Ausführungen  
liefert in alibekannter Qualität

**VEB (K) Holzspulenfabrik  
Luckenwalde**

Letzter Bewerbungstermin 15. April 1958

Ingenieur für Fernmeldewesen  
Ingenieur für Funkwesen  
in 5 Jahren  
Vermittlungstechniker  
Übertragungstechniker

durch in 3 Jahren

## FERNSTUDIUM

Interessenten mit mehrjähriger Berufserfahrung auf dem Gebiete der Nachrichtentechnik können ab 1. September 1958 an einem neuen Lehrgang teilnehmen

Auskünfte erteilt

**Ingenieurschule für Fernmelde- u. Funkwesen**  
Abteilung Fernstudium  
Berlin N 4, Scharnhorststraße 6-7

### Zum Jahreswechsel

übermitteln wir allen Lesern und Mitarbeitern  
unserer Zeitschrift die herzlichsten Wünsche  
für eine glückliche, friedliche Zukunft

DIE REDAKTION

#### Das Inhaltsverzeichnis

für die Jahrgänge 1956 und 1957 ist für die Besitzer unserer Zeitschrift diesem Heft los beigefügt. Diejenigen unserer Leser, die sich die Hefte unter Benutzung der Einbanddecke binden lassen wollen, werden zweckmäßigerweise das Inhaltsverzeichnis vorherheften.

Wir machen ferner auf die Nachlieferungsmöglichkeit für zahlreiche Hefte aufmerksam. Näheres darüber bitten wir dem Novemberheft 1957, Seite 320, zu entnehmen.

#### Ist unsere Einbanddecke zu klein?

Einbanddecken dienen dazu, die Hefte bei einem Buchbinder einbinden zu lassen. Dieser fügt die Hefte zu einem Buchblock zusammen, der dann an den drei offenen Seiten beschitten wird, damit die Seitenflächen — wie bei einem Buche — vollständig glatt werden. Wegen dieses Verschaltens müssen die Einbanddecken also etwas kleiner sein als die Hefte in unbeschalteten Zustand. Die Redaktion



# DIE DEUTSCHE POST

ZEITSCHRIFT FÜR DAS POST- UND FERNMELDEWESEN

HERAUSGEGEBEN VON DER DEUTSCHEN POSTWERBUNG

3. Jahrgang

Leipzig, Januar 1958

Heft 1

## Moskauer Beratung erfolgreich beendet

Vom 3. bis 17. Dezember hat in Moskau eine Beratung der für Fragen des Nachrichtenwesens zuständigen Minister aus Albanien, Bulgarien, Ungarn, der Demokratischen Republik Vietnam, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik China, der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, der Mongolischen Volksrepublik, Polen, Rumänien, der Sowjetunion und der CSR stattgefunden.

Zum Vorsitzenden der Beratung wurde der Minister für Nachrichtenwesen der UdSSR, Gen. N. D. Psurtzew, gewählt.

Die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik bestand aus dem Minister für Post- und Fernmeldewesen, Herrn Burmeister, dem stellvertretenden Minister, Herrn Gebhardt, dem stellvertretenden Minister, Herrn Probst, dem Hauptverwaltungsleiter Fernmeldewesen, Herrn Adler, dem Chefingenieur der Hauptverwaltung Rundfunk und Fernschreibbetrieb, Herrn Götze, dem Direktor des Instituts für Post- und Fernmeldewesen, Herrn Stübner, dem Mitarbeiter der Fachabteilung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Gen. Franke, und der Dolmetscherin Frau Ziegler.

Die im Geiste einer aufrichtigen Zusammenarbeit und eines gegenseitigen Verständnisses verlaufene Ministerberatung hat Beschlüsse über die Verbesserung des Betriebes und der Entwicklung der Fernmeldeverbindungen sowie der technischen Mittel, durch die der gegenseitige Austausch von Rundfunk- und Fernschendungen zwischen den sozialistischen Ländern gewährleistet wird, gefaßt.

Die Beratung hat gleichfalls die Frage der technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern auf dem Gebiet des Nachrichtenwesens behandelt und Maßnahmen für die Erweiterung dieser Zusammenarbeit erarbeitet.

Auf der Beratung wurden ein Abkommen über die Organisation der Zusammenarbeit der sozialistischen Länder auf dem Gebiet des Post-, Fernmelde- und Funkwesens sowie ein Abkommen über die Koordinierung der Tätigkeit der Ionosphärendienste unterzeichnet und eine Anzahl von organisatorischen und technischen Fragen gelöst.

An der Arbeit der Beratung beteiligte sich als Beobachter die Delegation der Generaldirektion für Post, Telegrafie und Fernsprechen in Jugoslawien.

Die große politische Bedeutung dieser internationalen Konferenz kommt u. a. dadurch zum Ausdruck, daß der Vorsitzende des Ministerrates, Ministerpräsident der UdSSR, Bulganin, am 17. 12. 57 die Minister für das Post- und Fernmeldewesen der sozialistischen Länder empfing.

Die Delegationsteilnehmer hatten Gelegenheit, die Technischen Institute, Ausstellungen usw. in Moskau, Kiew und Leningrad zu besichtigen und sich von dem hohen technischen Entwicklungsstand der UdSSR auf dem Gebiet des drahtgebundenen und drahtlosen Fernmeldewesens zu überzeugen. Die in Moskau beschlossene enge Zusammenarbeit wird auch für die Deutsche Demokratische Republik große Erleichterungen bei der beschleunigten Entwicklung und dem Ausbau der nationalen und internationalen Fernsprech-, Telegraf-, Telex-, Bildfunk-, Rundfunk- und Fernsehbeziehungen bringen.

# Die ökonomischen und politischen Aufgaben des Post- und Fernmeldewesens im 2. Fünfjahrplan

gegeben von Richard SERINEK, Staatssekretär im Ministerium für Post- und Fernmeldewesen

## Eintleitende Bemerkung

Am 22. August 1957 fand in Cottbus eine erweiterte Sitzung des Kollegiums des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen statt. Zu dieser erweiterten Sitzung waren neben den Leitern der BPP auch Leiter von Ämtern, BGL-Vorsitzende und weitere Mitarbeiter aus dem Bezirk Cottbus hinzugezogen worden.

Diese erweiterte Kollegiumsitzung des MPP setzte sich mit den Referaten und Beschlüssen der 32. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auseinander, um Schlussfolgerungen für das Post- und Fernmeldewesen zu ziehen. Ein Bericht hierüber war im Heft 10/1957 der Zeitschrift „Die Deutsche Post“ enthalten.

Am 22. November 1957 fand wiederum eine erweiterte Sitzung des Kollegiums des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen, diesmal in Berlin beim Hauptpostamt Berlin N 4, statt. Diesmal waren neben den Leitern der Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen Leiter von Ämtern, BGL-Vorsitzende und weitere Mitarbeiter aus Ämtern des Bezirks Berlin hinzugezogen worden.

Diese erweiterte Kollegiumsitzung verteilte das 32. und 33. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei aus und zog die Schlussfolgerungen hinsichtlich der ökonomischen und politischen Aufgaben des Post- und Fernmeldewesens im 2. Fünfjahrplan.

Neben dem Bericht des Kollegiums zu den ökonomischen und politischen Aufgaben des Post- und Fernmeldewesens im 2. Fünfjahrplan, der im Mittelpunkt der Beratung stand und vom Staatssekretär Richard Serinek gegeben wurde, war der Diskussion ein breiter Raum gegeben.

Diese Heft der Zeitschrift „Die Deutsche Post“ enthält wegen der großen Bedeutung dieser erweiterten Kollegiumsitzung den Abdruck dieses Berichtes und einiger der wichtigsten Diskussionsbeiträge.

Diese Nummer der Zeitschrift „Die Deutsche Post“ ist die Arbeitsgrundlage für alle Kolleginnen und Kollegen des Post- und Fernmeldewesens für die nächste Zeit. Es ist wichtig, das Ergebnis der erweiterten Kollegiumsitzung vom 22. November 1957 zum Gegenstand von Beratungen in den Ämtern zu machen. Dabei müssen im einzelnen die Maßnahmen festgelegt werden, die sicherstellen, daß die ökonomischen und politischen Aufgaben des Post- und Fernmeldewesens im 2. Fünfjahrplan erfüllt werden.

## Kolleginnen und Kollegen!

### Die Perspektiven des Sozialismus — Der Aufbau des Kommunismus in der UdSSR

Die 33. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hat auf Grund der Direktive der 3. Parteikonferenz und unter Berücksichtigung der bisherigen Erfahrungen die Aufgaben der ökonomischen und politischen Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik für die wichtigste in der Geschichte der Arbeiterklasse als den Träger des Fortschritts der ganzen Menschheit verändert wird.

Der 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution war eine überzeugende Demonstration der Stärke des sozialistischen Lagers. Er hat gezeigt, wie sich das Kräfteverhältnis in der Welt verändert hat und wie es sich weiterhin ununterbrochen zugunsten der Sache der Arbeiterklasse als den Träger des Fortschritts der ganzen Menschheit verändert wird.

Genosse Chruschtschow hat vor den Deputierten des Obersten Sowjets und den ausländischen Gästen das grandiose Programm des weiteren Aufbaus des Kommunismus in der Sowjetunion für die nächsten 10 bis 15 Jahre entwickelt. Er hat anschaulich bewiesen, daß der Kommunismus schon jetzt keine ferne Zukunft mehr ist, sondern eine reale Perspektive, die sich auf die Ergebnisse der Entwicklung in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken stützt. In 40 Jahren gelang es, die Bruttoproduktion der Industrie auf das über 30-fache zu steigern. Die entwickeltesten Länder dagegen, wie z. B. die Vereinigten Staaten von Nord-

amerika, Großbritannien und Deutschland, brauchten dazu etwa 120 Jahre. Der Erfolg der Sowjetunion, der die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung bei der Steigerung der Produktivkräfte bewies, erfährt seine volle Würdigung erst dann, wenn man berücksichtigt, daß dieser Staat in den 40 Jahren seines Bestehens fast 20 Jahre darauf verwenden mußte, imperialistische Interventionen zurückzuschlagen und durch den Krieg verurteilte Schäden in der Volkswirtschaft zu beseitigen.

Die Sowjetunion besitzt alle Voraussetzungen, die entwickeltesten kapitalistischen Länder in historisch kürzester Zeit, und zwar in ungefähr 15 Jahren, hinsichtlich des Produktionsstandes einzuholen und zu überholen. Selbstverständlich wird sich auch die Wirtschaft der Vereinigten Staaten von Nordamerika entwickeln. Das Wachstumstempo der Industrie in der sozialistischen Sowjetunion beweist aber, daß die Sowjetunion das gestellte Ziel erreichen wird. Mit einer gewissen Berechtigung kann angenommen werden, daß die Wissenschaftler und die Techniker der Sowjetunion dazu beitragen, diese Ziele in noch kürzere Zeit zu erreichen. Eine sehr wirksame Demonstration des hohen Standes der Wissenschaft und Technik in der Sowjetunion sind die beiden Sputniks, die als leuchtende Sterne am Himmel bewiesen, zu welchen Leistungen die Arbeiterklasse fähig ist, wenn sie sich von der kapitalistischen Unterdrückung und Ausbeutung befreit hat.

Jede einfache graphische Darstellung bereitzu setzen die schnelle Aufwärtsentwicklung in der Sowjetunion und in den anderen sozialistischen Ländern. Sie läßt gleichzeitig die schwankende von Krisen unterbrochene Entwicklung in den kapitalistischen Ländern erkennen.

Es steht fest, daß dem Sozialismus die Zukunft gehört. Die Entwicklung in der Sowjetunion und unsere brüderliche Zusammenarbeit mit ihr gibt auch der Volkswirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik eine sichere Perspektive. Die mit raschem Tempo vorgeschene Erschließung neuer Rohstoffquellen in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken wird auch uns helfen, größere Schwierigkeiten beim Aufbau des Sozialismus zu überwinden und unseren Stand zu einem anziehenden Beispiel für die Werktätigen in Westdeutschland zu machen. Unsere große Verantwortung im Kampf um die Herstellung eines friedliebenden, fortschrittlichen Deutschlands wird am deutlichsten in den Worten des Genossen Chruschtschow sichtbar, die er an unsere Partei- und Regierungsdelegation anläßlich der Oktoberfeierlichkeiten richtete:

„Wir sind überzeugt, daß, wenn die Deutschen mit der Sowjetunion keinen Krieg führen, auch kein Krieg sein wird, denn es gibt sonst in Europa keine Kraft, die ihn auslösen könnte.“

Das verpflichtet uns, Ziel und Tempo des sozialistischen Aufbaus so festzulegen, daß eine starke Arbeiter- und Bauern-Macht mit einer gesicherten Lebenshaltung der Werktätigen geschaffen wird.

### Die ökonomischen Hauptaufgaben in der DDR während des 2. Fünfjahrplans

Unsere Volkswirtschaftspläne können nicht isoliert von der allgemeinen Entwicklung des sozialistischen Lagers aufgestellt werden, sondern sie müssen den Möglichkeiten der jeweiligen Etappe entsprechen. Das 33. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hat deshalb unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte und der Erfahrungen aus den ersten Jahren des 2. Fünfjahrplans Schlussfolgerungen gezogen und dargelegt, welche ökonomischen Ziele bis zum Jahre 1960 erreicht werden sollen.

Voraussetzungen für die weitere schnelle Entwicklung der Industrieproduktion sind der Ausbau unserer Energiebasis und die Erweiterung der Rohstoffversorgung. Bedeutungsvoll ist auch die Entwicklung des Außenhandels.

Die Hauptaufgaben der weiteren ökonomischen Entwicklung bis zum Jahre 1960 bestehen deshalb in der Konzentrierung unserer Kräfte auf die vorrangige Entwicklung der Grundstoffindustrie, vor allem der Kohle-, Energie- und Chemieproduktion und der Erweiterung der unseren Rohstoffbasis, um die aus der Spaltung der einseitigen deutschen Volkswirtschaft herrührenden Disproportionen weiter zu mildern.

Der schnelleren Entwicklung der Grundstoffindustrie sind aber dadurch Grenzen gesetzt, daß sie nicht auf Kosten der Lebenshaltung der Bevölkerung erfolgen kann, sondern mit den notwendigen für die weitere Steigerung der Lebenshaltung in den nächsten Jahren im Einklang stehen muß. Das bedeutet, daß für einige entscheidende Zweige unserer Wirtschaft, vor allem für die Metallurgie und die Chemie, nur verhältnismäßig geringe Investitionsmöglichkeiten bestehen. Die Industrieproduktion wird jährlich durchschnittlich um 6 Prozent wachsen. Dieses Wachstumstempo kann jedoch nicht voll befriedigen, weil das Volkseinkommen dadurch ebenfalls nicht so schnell steigt, wie es angebracht wäre. Walter Ulbricht sagt dazu:

„Bei nüchternen Einschätzung unserer wirtschaftlichen Lage müssen wir folgende berücksichtigen: Gegenwärtig reicht das Niveau der Arbeitsproduktivität noch nicht aus, um Mittel in einer solchen Höhe zu akkumulieren, daß gleichzeitig die Industrie in großem Umfang neu ausgerüstet und die Aufgaben zur weiteren Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen gelöst werden können. Gerade deshalb müssen wir uns auf die vielen noch ungenutzten Möglichkeiten konzentrieren, die ohne wesentlichen Aufwand an Investitionsmitteln ausgeschöpft werden können.“

Eine weitere Hauptaufgabe, die vom 33. Plenum des Zentralkomitees neu für den 2. Fünfjahrplan vorgesehen wurde, ist der Ausbau des Seehafens Rostock. Damit wird die Deutsche Demokratische Republik einen Hafen erhalten, in dem auch 10000-t-Frachter abgefertigt werden können. Wir geben jetzt alljährlich Dutzende von mehreren Millionen Rubel, Dollar und Pfund Sterling für die Charterung ausländischer Schiffe und für den Umschlag in fremden Häfen aus. Diese Einsparung an Devisen wird es uns ermöglichen, u. a. hierfür Rohstoffe oder Konsumwaren einzuführen.

Eine außerordentliche Bedeutung kommt auch der weiteren Steigerung der Erträge unserer Landwirtschaft zu. Diese ist aber nur möglich, wenn die Ertragsmengen der modernen Technik und Wissenschaft in immer größerem Umfang in der Landwirtschaft angewendet werden. Das ist aber nur in einer sozialistischen Großproduktion gewährleistet. Es ist deshalb vorgesehen, daß bis 1960 60 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche von den Produktionsgenossenschaften bearbeitet werden soll. Die Lösung der Aufgaben in der Landwirtschaft im 2. Fünfjahrplan wird entscheidend dazu beitragen, daß unsere Bevölkerung im Verlauf des 3. Fünfjahrplans mit Fleisch, tierischen Fetten und Milch aus der eigenen Produktion versorgt wird.

Die Maßnahmen für die gesicherte Lebenshaltung der Bevölkerung spiegeln sich u. a. auch bei der Zielsetzung für den Wohnungsbau wider. Die Investitionsanstrengung hierfür werden 17 Prozent der gesamten staatlichen Investitionen betragen und sich damit gegenüber dem 1. Fünfjahrplan verdoppeln. Der Plan sieht vor, mindestens 315000 Neubauwohnungen und 25000 Wohnungen durch Aufbau und Erneuerung auf mindestens 170000 Wohnungen jährlich gesteigert und dieser Baumaßnahme in den folgenden Jahren weiter erhöht werden.

Die Referate und Beschlüsse des 33. Plenums des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands bilden also das große Aktionsprogramm für die Entwicklung der Arbeiter- und Bauern-Macht und für den sozialistischen Aufbau in der Zeit des 2. Fünfjahrplans bis zum Jahre 1960.

Alle Maßnahmen auf ökonomischem Gebiet dienen der Stabilisierung unserer bereits erreichten ökonomischen Erfolge und ihrer systematischen Weiterentwicklung. Darum ist es erforderlich, die Investitionsmittel sorgfältig zu verteilen und sparsam zu verwenden.

### Die ökonomischen Hauptaufgaben bei der Deutschen Post

Mitunter hört man Stimmen, die nach mehr und höheren Investitionen rufen. Ihre Träger meinen, daß die Regierung nur ins Säckel zu greifen brauche, und alles ist da! Solche „Ruferr“ muß man fragen: „Wo liegt denn bei uns die Quelle allen Reichtums? Wo entspringt denn der Fluß „Investitionsgelder“? Aller Reichtum sowie der Umfang der Investitionen haben ihren Ursprung in der Höhe der Arbeitsproduktivität. Es kommt darauf an, daß das, was wir geschaffen haben, auch sinnvoll angewandt und nicht sinnlos verbraucht wird. In dieser Hinsicht gibt es einige wesentliche Mängel.

Eine der Hauptursachen zu einem unnötigen höheren Aufwand an Investitionsmitteln in den vergangenen Jahren war oftmals eine oberflächlich aufgestellte Vorplanung oder die verspätete Fertigstellung der technologischen Vorplanung und Vorprojektierung. Das hat allein bei den Projektierungsarbeiten zu unnötigen Ausgaben von etwa 0,5 Millionen DM geführt. Wenn sich in den letzten Jahren die Arbeitsweise auch verbessert hat, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß für den Plan 1958 im Fernmeldewesen bei zwei Objekten für Trägerfrequenzverstärker die notwendigen Unterlagen noch nicht restlos vorhanden sind. Eine ordnungsgemäße Durchführung dieser Objekte ist damit gefährdet. Diese Schwäche im Plan 1958 muß schnellstens beseitigt werden.

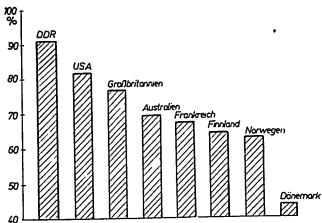
Die Konzentration unserer ganzen ökonomischen Kraft auf die Schwerpunkte der Entwicklung hat auch eine Überprüfung der Direktiven der 3. Parteikonferenz der Sozialistischen

Einheitspartei Deutschlands für die Entwicklung des Post- und Fernmeldewesens im 2. Fünfjahrplan erforderlich gemacht. Die in der Direktive gestellten Ziele können im wesentlichen erreicht werden. Die zur Verfügung gestellten Investitionsmittel — einschließlich der Mittel für Ersatzinvestitionen und Erhaltung — weisen im 2. Fünfjahrplan gegenüber dem 1. Fünfjahrplan eine Erhöhung auf fast 150 Prozent aus. Erfolgreich ist, daß die Leistungen des Post- und Fernmeldewesens gegenüber dem 1. Fünfjahrplan nicht auf 116 Prozent, sondern sogar auf 121 Prozent gesteigert werden können, wie eine Überprüfung des Planes ergeben hat.

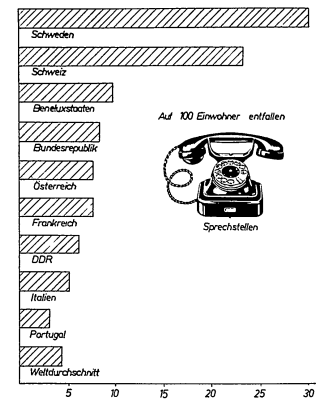
**Drahtgebundenes Fernmeldewesen**  
Schwerpunkt der Investitionstätigkeit bei der Deutschen Post ist das Fernmeldewesen, weil die ständige Aufwärtsentwicklung unserer Volkswirtschaft und der Bau neuer Wohnviertel eine Verbesserung der Schnellnachrichtennetze sowie den Ausbau der Fernmeldeetze erfordern. Die Investitionsmittel werden sich im Fernmeldewesen auf 179 Prozent gegenüber dem 1. Fünfjahrplan erhöhen.

Das Fernmeldewesen der Deutschen Demokratischen Republik hat sich in den vergangenen Jahren beträchtlich entwickelt. Die internationale Statistik zeigt, daß es auf dem Erdball nur 14 Länder gibt, die über eine Million und mehr Fernsprecheinheiten verfügen. Es erfüllt uns mit Stolz, und es ist ein Ausdruck des hohen Entwicklungsstandes unserer Volkswirtschaft, daß unser relativ kleines Land sich seit etwa zwei Jahren unter diesen 14 Ländern der Welt befindet. Auch in bezug auf die Automatisierung der Ortsfernsprechnetze befinden wir uns mit 91,5 Prozent automatisierter Anschlußeinheiten in der Spitzengruppe der Welt. Länder wie England mit 77 Prozent, Frankreich mit 68 Prozent und die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit 53,6 Prozent haben wir hinter uns gelassen.

Im Fernmeldewesen sind die erreichten Erfolge zu stabilisieren und die Grundlagen für einen neuen, großen Aufschwung zu schaffen. Es ist vor allem die Frage zu lösen, wie die Fernmeldeetze der größeren Fernsprechteilnehmerzahl und den höheren Verkehrsanforderungen angepaßt werden können. Das Lösen dieser Frage schafft die Voraussetzungen für eine spürbare Senkung der Wartezeiten und eine Erhöhung des Anteils der Ferngespräche, die im Sofortverkehr vermittelt werden. Im Zusammenhang damit ist der Übergang zum Selbstwahlfernverkehr vorzubereiten. Die Erweiterung der Fernetze wird es nun ermöglichen, die Anzahl der Fernsprechteilnehmer bedeutend zu erhöhen. Ein beträchtlicher Teil der Mittel wird für den weiteren Ausbau des TP-Grundnetzes und für die Verbesserung der technischen Einrichtungen in den Fernmeldezentren und Fernmeldeetzen aufgewendet.



(Die DDR steht an 6. Stelle von 54 europäischen Ländern mit mehr als 100000 A.E. Das Diagramm zeigt den Stand in einigen Ländern, die unterhalb der DDR rangieren.)



Zahl der Fernsprechteilnehmer in verschiedenen europäischen Ländern, bezogen auf je 100 Einwohner

Zugunsten der vorrangigen Entwicklung des Fernsprechnetzes mußten gegenüber den ursprünglichen Zielen Einschränkungen bei der weiteren Automatisierung der Ortsfernprechnetze und der Erhöhung der Anzahl der Fernsprechteilnehmer vorgenommen werden. Nicht alle noch bestehenden Ortshandvermittlungen werden automatisiert, sondern nur die Hälfte.

Die Zahl der Fernsprechteilnehmer kann nicht — wie ursprünglich vorgesehen — um 30 Prozent, sondern lediglich um etwa 18 Prozent erhöht werden. Diese Lage ist unbefriedigend. Aber auch mit dem geringen Zuwachs wird es möglich sein, den hauptsächlichsten Bedürfnissen für den Anschluß neuer Teilnehmer nachzukommen. Besonders die Bedürfnisse des Staatsapparates und der volkseigenen Wirtschaft werden in

vollm Umfang berücksichtigt, während die Wünsche der Bevölkerung jedoch nicht voll befriedigt werden können. Es ist nicht zweckmäßig, bei privaten Fernsprechteilnehmern Anschlüsse aufzuheben, um Wünsche aus dem volkseigenen Sektor zu befriedigen.

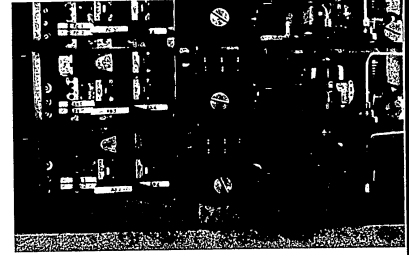
Die Reduzierung der Mittel ist auch deshalb bei den Ortsnetzen angesetzt worden, weil es hier Reserven gibt, deren Erschließung zu einer wesentlichen Verbesserung der Lage führen kann. Die Ämter können Investikredite für den Ausbau der Ortsnetze beanspruchen. Da aber die Mittel, die den bezirklichen Stellen der Investitionsbank zur Verfügung stehen, begrenzt sind, kommt es darauf an, daß unsere Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen und die Ämter mit den örtlichen Staatsorganen eng zusammenarbeiten und den Volksvertretungen ihre Wünsche geltend machen.

Größere Reserven liegen in der Mehrfachansetzung der Anschlußleitungen und der Anschlußorgane. Die Mehrfachansetzung führt nicht nur zur Steigerung der Anzahl der Hauptanschlüsse, sondern auch zur Einsparung wichtiger Rohstoffe wie Blei und Kupfer. Während in der Deutschen Demokratischen Republik nicht einmal 2 Prozent der Anschlüsse Zweiter Anschlüsse sind, sind es in Westdeutschland über 10 Prozent. Die Hauptverwaltung Fernmeldewesen muß für die Produktion von Mehrfachanschlußeinrichtungen sorgen, damit der Anteil solcher Anschlüsse bis zum Jahre 1960 bedeutend erhöht werden kann.

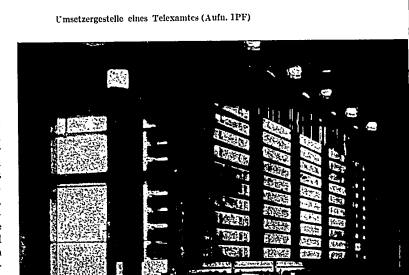
Das Fernmeldewesen hat bei seiner Arbeit Erfolge aufzuweisen. Die Hauptverwaltung Fernmeldewesen hat allerdings in der Vergangenheit in manchen Fällen die Perspektive zu einseitig dargelegt und dabei wichtige Fragen vernachlässigt, die unsere Ämter unmittelbar interessieren, Fragen, wie z. B. die Ergänzung einiger Ämter mit Fernschranken, das Fehlen von Münzfernsprechern, die zu späte Einleitung der Fertigung von Wechselstromtelegraphie-Einrichtungen und die starke Anwendung der neu herausgegebenen Leitwegvorschriften. Das starre Anwenden dieser Vorschriften entspricht nicht der gegenwärtigen Lage in unseren Fernmeldeetzen und hat in manchen Fällen einen ungünstigen Einfluß auf die Wartezeiten im Fernmeldeverkehr ausgeübt. Solche Fehler lassen sich vermeiden, sofern die Hauptverwaltung Fernmeldewesen mit den Ämtern eine enge Verbindung hält und die Hinweise der Kolleginnen und Kollegen beachtet. Regelmäßige Tagungen mit den Leitern der Fernmeldeämter, womit in letzter Zeit begonnen wurde, sind zwar ein begrüßenswerter Fortschritt, sie können jedoch nicht das eingehende Studium der Fragen in den Ämtern durch Brigaden der Hauptverwaltung ersetzen. Es ist aber notwendig, die unsere Maßnahmen wirksam werden sollen, die Verhältnisse und Bedingungen an Ort und Stelle zu studieren. Diese Feststellung gilt für alle Bereiche des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen. Wenn das an dieser Stelle gesagt wird, dann deshalb, weil die Abteilung Fernmeldeortverkehr der Hauptverwaltung Fernmeldewesen eine nachahmenswerte Initiative bewiesen hat. Sie hat in einem sozialistischen Dorf im Bezirk Potsdam Aussprachen über die zweckmäßige Gestaltung des Fernmeldewesens in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften geführt. Dabei sind Erkenntnisse gesammelt worden, die helfen werden, unsere Mittel besser zu verwenden und die Entwicklung im Dorf zu fördern.

Nachdem in den letzten Jahren unser Fernschreibnetz voll automatisiert werden konnte, haben wir nicht nur in technischer Hinsicht auf diesem Gebiet den Weltstand erreicht, sondern verfügen in bezug auf die Teilnehmerzahl über einen der größten Netze. Diese Position werden wir weiter ausbauen, so daß die Zahl der Anschlüsse bis 1960 auf über 3000 steigen wird. Das entspricht einer Steigerung von 250 Prozent gegenüber dem Stand des Jahres 1955.

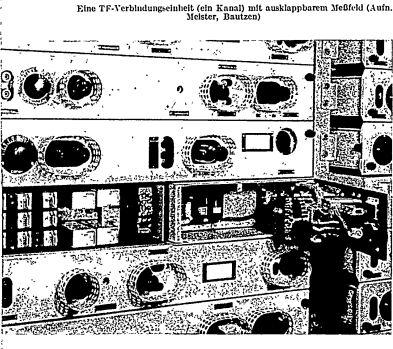
Bis 1960 wird auch das öffentliche Telegrafennetz automatisiert. Dadurch fällt das personalaufwendige und die Laufzeiten verzögernde Untelegrafien weg, weil die Telegramme dann unmittelbar von der Auflieferungsstelle dem Bestimmungsort zugeschieben werden. Die Durchführung dieser Maßnahme ist ein wichtiger Schwerpunkt in unserer Arbeit, um Arbeitskräfte für andere Tätigkeiten zu gewinnen.



Motorcykel im Gehäuse (Aufn. IFF)



Sendegeräte eines Telexamtes (Aufn. IFF)



Eine TP-Verbindungseinheit (ein Kanal) mit ausklappbaren Modulen (Aufn. Meiser, Bautzsch)





### Post- und Zeitungswesen

Das Post- und Zeitungswesen kann wie das Fernmeldewesen auf große Erfolge zurückblicken. In den letzten Jahren ist das Netz der Postanstalten besonders auf dem Lande um über 4000 Postanstalten erweitert worden. Das bedeutet fast eine Verdopplung. Die Zahl der Landkraftpostlinien wurde um mehr als das 4fache erhöht. Die Laufzeiten der Sendungen wurden bei allen Diensten wesentlich gesenkt.

Die Deutsche Post hat völlig neue Dienste übernommen, wie den Tot- und Lottodienst, den Transport von Verbrauchsgütern zu den Landverkaufsstellen der HO und des Konsums usw. Die Tätigkeit des Postzeitungsvertriebs hat sogar solche Auswirkungen, daß sich die Proportionen für die verschiedenen Dienste im Postwesen verschoben haben. Die Zahl der vertriebenen Nummernstücke von Zeitungen und Zeitschriften mit weit über 2 Milliarden im vergangenen Jahr hat die Zahl der Briefsendungen, der eigentlichen klassischen Aufgabe der Post, wesentlich überschritten.

Die Aufnahme der neuen Dienstzweige, verbunden mit einer Steigerung des Verkehrs, hat bei zahlreichen Postämtern eine angespannte Lage in den Raumverhältnissen verursacht und zu unzulänglichen Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten geführt. Auf Grund der Kriegszerstörungen mußten außerdem Postämter provisorisch und verschiedentlich unter unzuläng-

lichen Verhältnissen untergebracht werden. Wir können in diesem fünfjährigen Jahr jedoch keinen Kurs darauf nehmen, diese unbefriedigende Lage in großem Umfang durch Neubauten und Erweiterungsbauten zu verändern, um nicht das Wohnungsbauprogramm und die zwingend erforderlichen Industriebauten für die Schwerpunktpunkte zu gefährden. Die Maßnahmen, die von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands eingeleitet wurden, um die Produktion von Baustoffen und die Leistungsfähigkeit der Bauindustrie zu erhöhen, werden es uns ermöglichen, im nächsten fünfjährigen Jahr die bauliche Situation bei der Deutschen Post zu verbessern. In den nächsten Jahren werden wir die begonnenen Bauvorhaben beenden und einige kleine Bauten neu durchführen sowie eine Verlade- und Umschlaghalle für das Zeitungswesen in Berlin errichten, um bessere Bedingungen für die Steigerung der Arbeitsproduktivität im Zeitungswesen zu schaffen.

In den zurückliegenden Jahren ist der Kraftfahrzeugpark um über 2000 Fahrzeuge erhöht worden. Dadurch haben wir einen Stand erreicht, der im Postwesen zunächst keine wesentliche Erweiterung der Anzahl der Kraftfahrzeuge erfordert. Teilweise sehr unbefriedigend ist allerdings der technische Zustand des Kraftfahrzeugparks. Die Elektrofahrzeuge sind überaltert, und die Landkraftpostwagen unterliegen infolge schlechter Straßenverhältnisse auf dem Lande einem großen Verschleiß.

Die Investitionen im Postwesen werden in den nächsten Jahren deshalb vor allem zur Erhaltung der Anlagen verwendet. Das zeigt sich darin, daß gegenüber dem 1. Fünfjahrplan im 2. Fünfjahrplan die Mittel für die Erhaltung der Anlagen — einschließlich der Ersatzinvestitionen — etwa 250% betragen, während die gesamten Investitionsmittel nur auf etwa 125% steigen. Es gilt, die größten Urmängelheiten bei alten Postbauten mit Erhaltungsmitteln zu verbessern. Die Mittel, die zur Verbesserung des Zustandes des Kraftfahrzeugparks zur Verfügung stehen, könnten noch beträchtlich besser genutzt werden, wenn das Prinzip der strengsten Sparsamkeit auch hier eingehalten würde. Die zweckmäßigste Größe bei vielen Kraftfahrzeugen für den Postverkehr liegt bei etwa 1 Tonne Nutzlast. Beschafft wurden und werden zur Zeit aber noch Fahrzeuge von 1,5 t und 1,8 t, da die Belieferung der Deutschen Post mit Kraftfahrzeugen der zweckmäßigen Größenklasse noch nicht durchgeführt wurde. Dadurch entsteht ein erhöhter Verbrauch von Kraftstoff, was angesichts der Notwendigkeit, besonders auch Kraftstoff einzusparen, um für den Bedarf der Bevölkerung größere Kontingente zur Verfügung stellen zu können, unbedingt geändert werden muß. Es ist also eine sehr wichtige Aufgabe für die Abteilung Post-Transport der Hauptverwaltung Post- und Zeitungswesen, alle Maßnahmen zu ergreifen, damit hier bald eine Änderung eintritt.

Die Linie der Hauptverwaltung Post- und Zeitungswesen in den nächsten Jahren, die Mittel für die Mechanisierung besonders zur Mechanisierung des Beförderungs- und Umschlagdienstes einzusetzen, ist richtig, um den Aufwand an lebendiger Arbeit im Postwesen zu vermindern und die Arbeitsproduktivität zu erhöhen. Jedes Bestreben, den Arbeitsanfall in den Ämtern durch Vergrößerung der Gesamtzahl der Beschäftigten zu bewältigen, ist bei der allgemeinen Arbeitskräftelage aussichtslos. Nur das Ausnutzen des technischen Fortschritts und die Verbesserung der Betriebsorganisation können zu Erfolgen führen. Die Anstrengungen der Hauptverwaltung Post- und Zeitungswesen waren und sind daher vornehmlich darauf gerichtet, die Voraussetzungen für den erweiterten Einsatz moderner technischer Hilfsmittel und Anlagen zu schaffen.

Auf dem Gebiete der Briefbearbeitung sind beim Bahnpostamt 7 in Magdeburg und bei den Hauptpostämtern Zwickau (Sachs) und Stralsund Konzentrationspunkte für Briefsendungen geschaffen worden. Bei den Konzentrationspunkten in Magdeburg befinden sich sechs Briefverteilmaschinen in der praktischen Erprobung. Dabei wird technologisch das sogenannte Richtungs-End-Verteilverfahren angewendet mit dem Ziel, eine möglichst hohe Anzahl von Briefsendungen aus dem Zuführungsbereich des Konzentrationspunktes so zu verteilen, daß sich eine weitere Umarbeitung auf dem Beförderungswege erübrigt.

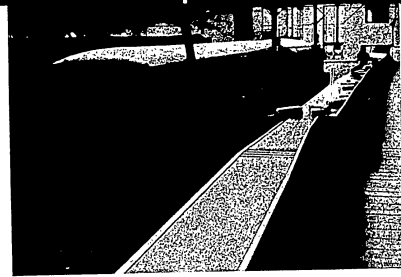
Eine Verbundmechanisierung, die einen mechanischen Austausch der Sendungen zwischen den Briefverteilmaschinen besorgt, und eine Briefbündelförderanlage zur Leitung der gefertigten Briefbünde zur Versackstelle sind im Jahre 1958 nächste Schritte auf dem Wege zu einer komplex mechanisierten Großbriefabfertigung. Die Arbeiten zur Bildung weiterer Konzentrationspunkte in den IPP-Bereichen werden systematisch fortgeführt. Im Paket- und Beutelmehlschlag sind die Paketumschlagstellen beim Bahnpostamt 6 in Erfurt und beim Hauptpostamt Dresden A 7 mit Paketförderanlagen ausgerüstet worden. Beim Bahnpostamt 32 Leipzig ist die Beutelmehlschlagstelle auf dem Hauptbahnhof durch eine Beutelmehlschlagstelle unmittelbar mit der Entkartungsstelle der Großbriefabfertigung verbunden worden. Innerhalb der Briefabfertigung sind die Förderanlagen, die die einzelnen Stockwerke miteinander verbinden, durch Zusatzanlagen vervollkommen worden. Im Jahre 1958 wird die Paketumschlagstelle beim Bahnpostamt 7 Magdeburg ebenfalls mit einer Paketförderanlage versehen werden.

Eine umwälzende Neuerung bringt die Mechanisierung des Ladungsaustausches an den Bahnposten unter Verwendung von Rollbehältern und mechanischen Hubgeräten. Der bereits 1956 begonnene Versuch bei den Hauptpostämtern Leipzig N 18 Dresden und auf weitere Postanstalten an den Strecken Dresden-Görlitz und Leipzig-Planen (Vogt) ausgedehnt worden. 1958 wird die Mechanisierung des Ladungsaustausches schrittweise auf die gesamte Strecke Leipzig-Planen (Vogt) sowie auf die (Vogt) erweitert werden. Damit werden die Voraussetzungen geschaffen, die praktische Erprobung des komplexen Zusammenwirkens der beteiligten Postanstalten und Paketumschlagstellen im Großflächenversuch innerhalb des Streckenreizes Leipzig-Dresden-Planen-Leipzig mit Ausläufern nach Halle (Saale) und Görlitz noch im Jahre 1958 zu beginnen.

Die schnelle Nutzbarmachung des technischen Fortschritts ist bei der Deutschen Post bisher mit dadurch verzögert worden, weil wir Schwierigkeiten haben, Spezialaufträge, besonders solche geringen Umfanges, bei der Industrie unterzubringen.

Die Erfahrungen zeigen eindeutig, daß dieser die Verbesserung unserer Einrichtungen kommende Zustand am besten durch die eingeleitete Umstellung der Rundfunkbüroeinrichtung auf das Sonder-Adrema-Verfahren, durch Errichten von Stützpunkten und durch eine stärkere Orientierung von Fahrplänen und von Moped bereits die Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen erleichtert werden konnte. Im kommenden Jahr müssen von allen beteiligten Mitarbeitern — von der Hauptverwaltung Post- und Zeitungswesen und von jedem Zusteller — große Anstrengungen gemacht werden, um weitere Verbesserungen zu erreichen. 1958 wird die Hauptverwaltung Post- und Zeitungswesen gemeinsam mit den Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen und den Zustellern die Perspektive dieses Dienstzweiges beraten und prüfen, mit welchen Methoden die Tätigkeit im Zustelldienst wirksam und nach weiter entlastet werden kann. Alle bereits erwogenen und zum Teil auch durchgeführten oder in Angriff genommenen Maßnahmen müssen aus dem spontanen Zustand in eine zusammenfassende alleseitig durchdachte und planmäßig organisierte Aktion überführt werden. Alle Funktionen des Postwesens, der Bezirksdirektionen und der Ämter müssen darauf orientiert werden, durch genaue Überprüfung der örtlichen Situation im Rahmen des Gesamtplanes alle Schritte zu ergreifen, damit möglichst bald größere Auswirkungen zu verspüren sind.

Im Annahmedienst sind mehrere Annahmestellen für Postanweisungen und Zahlkarten erprobt worden. Diese



Förderband zum schnelleren Abräumen von Paketsendungen aus Bahnposten (Aufn. IFF)

Zahl soll sich im Jahre 1958 auf 20 Maschinen erhöhen. Außerdem werden Voraussetzungen geschaffen, um die Verteilung von Post- und Fernmeldewesen missen dafür sorgen, daß durch den Einsatz dieser Hilfsmittel der Aufwand an lebendiger Arbeit gesenkt wird. Die Kraftfahrlinien der Deutschen Post und des Fernmeldes sind zu koordinieren mit dem Ziel, der Volkswirtschaft unentgeltliche Ausgaben zu sparen. Eine genau abgestimmte Organisation, die jede überflüssige Parallelität vermeidet, kann zu großen Kosteneinsparungen führen und den Verbrauch von Kraftfahrzeugen und Treibstoff senken. Die mit dem Ministerium für Verkehrswesen eingeleiteten Untersuchungen werden mit Vorrang durchgeführt.

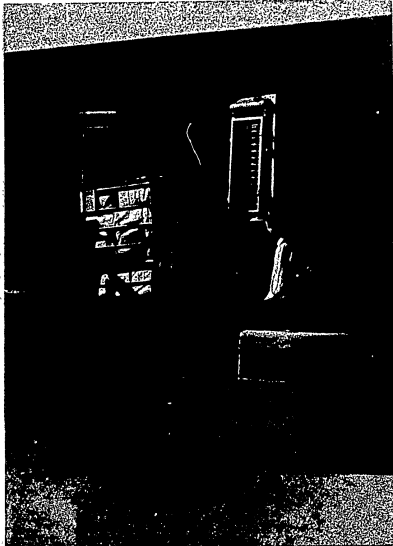
### Bereich Rundfunk und Fernsehen

Die einzelnen Dienstzweige des Funkwesens haben sich in den vergangenen Jahren in unterschiedlichem Maße aufwärts entwickelt. Zum Zwecke einer für die weitere Entwicklung förderlichen Koordinierung aller Aufgaben auf dem Gebiete des Funkwesens wurde im vergangenen Jahre der Bereich Rundfunk und Fernsehen gebildet, der von einem Stellvertreter des Ministers geleitet wird. Dieser Bereich ist verantwortlich für alle Fragen des Hörfunkwesens und Fernschrundfunks sowie des Verkehrsfunks.

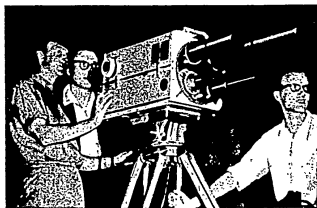
Das Funkwesen der Deutschen Demokratischen Republik befindet sich zur Zeit in einer Übergangsperiode. Neben völlig veralteten Sendeanlagen und sonstigen technischen Ausstattungen, die moderne Betriebsräume nicht mehr zulassen, sind Sendungen und Empfangsanlagen vorhanden, die dem neuesten Stand der Technik entsprechen. Die vorhandenen Anlagen werden in den nächsten Jahren weiter modernisiert.

Einen besonderen Aufschwung hat in den vergangenen Jahren der Fernschrundfunk genommen. Die Flächenversorgung unserer Republik mit dem Programm des Deutschen Fernsehfunks beträft gegenwärtig fast 45 Prozent; die wird sich durch das beträftige Ansteigen der bereits vorhandenen Fernschrundfunkleistung um 70 Prozent erhöhen. Eine bessere Flächenversorgung ist durch die im Jahre 1957 erfolgte Umstellung des Bild- und Tonträgerbestandes bereits eingetreten. Es ist eine wesentliche Tatsache, daß die Aktualität unserer Fernsehprogramme, gestützt auf die vorhandenen technischen Einrichtungen der Studios und fahrbaren Übertragungseinrichtungen der des Programms anderer Länder ebenfalls beträftig, ja zum Teil überlegen ist.

Mit der weiteren Entwicklung des Fernsehens genügen die Studioeinrichtungen in Adlershof nicht mehr den räumlichen und technischen Anforderungen. Hinzu kommt, daß im Interesse der Vielseitigkeit des Fernsehprogramms die Künstler und



Gabelstapler und Rollbehälter im Einsatz (Aufn. IFF)



Fernsehkanne des Deutschen Fernsehfunks (Aufn. Menzel, Leipzig)

Kulturschaffenden des südlichen Raumes der Deutschen Demokratischen Republik mehr als bisher zur Mitarbeit heranzuziehen sind. Aus diesen Gründen wird mit dem Aufbau eines weiteren Fernsehstudios in Leipzig begonnen.

Auf dem Gebiet des Hörfunkfunks, dessen Hörsphäre mit 29,2 Rundfunkgenehmigungen auf 100 Einwohner wesentlich höher liegt als in der Bundesrepublik mit 25,6 Rundfunkgenehmigungen auf 100 Einwohner, ist die Versorgung im Mittel- und Langwellenbereich gesättigt, wenn auch zum Teil recht problematisch infolge des Wellenschwundes. Änderungen auf diesem Gebiet können jedoch nur durch einen neuen internationalen Wellenverteilungsplan eintreten.

Entscheidend zu verbessern ist die Versorgung mit UKW-Rundfunk. Die Flächenversorgung wird vergrößert, und durch Verbesserungen an den technischen Einrichtungen wird die Tonqualität erhöht.

Besonders bedeutungsvoll ist der vorgesehene Aufbau eines leistungsfähigen Auslandsdienstes beim Staatlichen Rundfunkkomitee. Für den durch den Bereich Rundfunk und Fernsehen die technischen Voraussetzungen zu schaffen sind. Im Laufe des 2. Fünfjahresplans wird mit dem Aufbau eines Studios in Berlin sowie der ehemaligen Großfunkstelle Zossen als Sendestellen begonnen. Um den im Rahmen des Verkehrsfunks durchzuführenden Funkverkehr wirkungsvoll und rasch zu verbessern, werden die Investitionen in diesem Dienstzweig verstrickt.

Das Betriebslaboratorium für Rundfunk und Fernsehen hat außerordentlich wichtige Aufgaben zu erfüllen, um die Entwicklung des Funkwesens durch eine technisch-wissenschaftliche Zweckforschungsarbeit zu unterstützen, zumal die Industrie nicht in allen Fällen aus ökonomischen Gründen neue Entwicklungen durchführen kann. Lebend erwähnen möchte ich, daß ohne die Arbeit des Betriebslaboratoriums für Rundfunk und Fernsehen in der Vergangenheit mancher Erfolg beim Aufbau neuer funktentechnischer Ausrüstungen und Studioeinrichtungen nicht möglich gewesen wäre.

Das Betriebslaboratorium braucht zur Erfüllung seiner Aufgaben Unterlagen, die eine erfolgreiche Arbeit gewährleisten. Hierzu gehören auch Geräte, die zu importieren sind, um den neuesten Stand des Auslandes kennenzulernen und auszuwerten. Es wird ein Versuchswerk errichtet werden, welches die Ergebnisse der technisch-wissenschaftlichen Zweckforschung des Betriebslaboratoriums auswertet und wichtige Ausrüstungen des Funkwesens fertigt, sofern die volkseigene Industrie aus ökonomischen Gründen und wegen mangelnder Kapazitäten dazu nicht in der Lage ist.

Arbeitskräfte und Material

Ein weiteres wichtiges Problem ist die Arbeitskräftefrage, die bereits jetzt angespannt ist und sich in den nächsten Jahren verschärfen wird.

Auf Grund der geringen Geburtenzahl in den Kriegsjahren, der Verluste von Menschen durch den 2. Weltkrieg und der überdurchschnittlichen Überalterung der Produktionskräfte wird die Anzahl der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte zurückgehen. Darum müssen wir im Post- und im Fernmeldewesen in den nächsten Jahren die Leistungen ohne Vermehrung der Zahl der Arbeitsplätze steigern und durch eine bessere Technologie, vollkommene Arbeitsmethoden sowie eine zweckvollere Betriebsorganisation eine Verminderung der Zahl der Arbeitskräfte erreichen. Alle Maßnahmen, die zum Steigern der Arbeitsproduktivität beitragen, sind zu beschleunigen. Der wissenschaftliche Fortschritt muß jetzt in stärkerem Maße darauf konzentriert werden, vorhandene Kapazitäten besser auszunutzen, Investitionsmittel einzusparen und Einrichtungen im Betriebsdienst einzuführen, die den Aufwand an lebendiger Arbeit senken.

Außer der bereits genannten Automatisierung des Telegrafennetzes gibt es hierzu im Fernmeldewesen zahlreiche Möglichkeiten. Das von Betriebslabor Leipzig entwickelte automatische Prüfgerät kann, wenn man dafür sorgt, daß es bald in größerem Umfang zur Verfügung steht und in den Ämtern eingesetzt wird, zu einer erheblichen Einsparung von Kräften in den Ortsvermittlungsländern führen. Im Fernmeldebau sind die neuen Kabellegemaschinen und das Mastschloßgerät weitestgehend anzusetzen. Wieviel Arbeitskräfte und auch Investitionskosten hierdurch eingespart werden können, ist daran zu ersehen, daß die Verlegung einer Erdkabelstrecke, für die bei manueller Arbeitsweise 28 Kräfte erforderlich sind, mit der Kabellegemaschine in der gleichen Zeit von 6 Arbeitern bewältigt werden kann. Ähnlich ist es beim Mastschloßgerät, mit dem 3 Arbeiter die Leistung von 20 Arbeitern vollbringen können, die manuell arbeiten. Die Anwendung solcher und anderer Geräte zum Steigern der Arbeitsproduktivität wird bei uns aber noch unnötig verzögert, weil das Institut für Post- und Fernmeldewesen des öfteren erst umfangreiche zeitraubende Eigenentwicklungen durchführt, an Stelle im Rahmen der Technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit Konstruktions- und Betriebsergebnisse von anderen sozialistischen Ländern zu übernehmen.

Die schematische Durchführung der Generalreparaturen in den Fernmeldeanlagen, wie sie z. B. üblich ist, erfordert einen Aufwand an Arbeitskräften und finanziellen Kosten, der nach eingehender Prüfung der Methoden sicher erheblich gesenkt werden kann. Es dürfte nicht zu viel gesagt sein, daß mindestens mehrere 100000 DM jährlich eingespart werden können, ohne die Betriebssicherheit der Linien zu mindern.

Die Einsparung von Rohstoffen, die eine brennende Frage unserer Volkswirtschaft ist, kann vom Fernmeldewesen z. B. dadurch unterstützt werden, daß unverzüglich Betonmaststöße nicht nur bei der Instandsetzung, sondern generell auch beim Neuzusetzen von Masten verwendet werden. Außer der bedeutenden effektiven Einsparung von Festmetern Holz kann hierdurch beim Holzeinschlag statt auf 80jährige Holz kann hierdurch auf 50jährige zurückgegriffen und damit Reserven in den Wäldern erschlossen werden, die bisher ungenutzt blieben.

Der Kampf um das Senken des Aufwands an lebendiger Arbeit ist auch im Post- und Zeitungswesen zu führen. Die Hauptverwaltung Post- und Zeitungswesen wird deshalb gemeinsam mit den Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen und den Hauptpostämtern untersuchen, wie die Betriebsabwicklung vereinfacht und die Arbeit erleichtert werden kann, um die steigenden Leistungen mit der gleichen Zahl von Arbeitskräften zu bewältigen. Dabei ist z. B. an die Vereinfachung des Abfertigungsdienstes, die Neuregelung des Bahnpostdienstes in Strecken- und Endverkehr, den Lotto-Annahmehilfen u. ä. gedacht.

Mit aller Offenheit möchte ich sagen, daß die Bezirksdirektionen und die Hauptpostämter nicht auf die vom Ministerium für Post- und Fernmeldewesen vorgesehene Maßnahmen warten dürfen. Sie müssen selbst sofort und systematisch darüber nachdenken, wie sie in ihren Bereichen und im Rahmen ihrer Kompetenzen den betrieblichen Ablauf vereinfachen und erleichtern können.



# DIE DEUTSCHE POST

ZEITSCHRIFT FÜR DAS POST- UND FERNMELDEWESEN

HERAUSGEGEBEN VON DER DEUTSCHEN POSTWERBUNG

1. und 2. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

1956 und 1957

Für Artikelüberschriften, die sich nicht zu einer Stichwortbildung eignen, sind besondere Stichwörter gebildet worden, die im Verzeichnis in kursiver (schräger) Schrift erscheinen. Die Zahlen geben die Seitennummer an. 4/H bedeutet Heft 4, Inhaltsseite (Einschlagesblatt); 5/U bedeutet Heft 5, Umschlagesseite

## Jahrgang 1956

### 1. Stichwörterverzeichnis

|                                                                                                                    |     |       |                                                                                                                        |     |       |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|-------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|-------|
| A                                                                                                                  |     | seite | G                                                                                                                      |     | seite |
| Aushänge: Sichtwerbung, —, Reklame und Schilder der Deutschen Post .....                                           | 72  |       | Gabelstapler .....                                                                                                     | 2/U |       |
| B                                                                                                                  |     |       | Gelicitort .....                                                                                                       | 1   |       |
| Behälterverkehr .....                                                                                              | 1/U |       | Greifzug: Allzweck-Hebezug „—“ .....                                                                                   | 57  |       |
| —: Versuche zum Einführen des — .....                                                                              | 70  |       | H                                                                                                                      |     |       |
| Belastungsausgleich bei Fernsprechvermittlungstellen .....                                                         | 45  |       | Hebezug: Alleweck- — „(Greifzug)“ .....                                                                                | 57  |       |
| Berollung: Rundfunkgerät — .....                                                                                   | 62  |       | Hochschulstudium: Das — der Ökonomie der Post- und Fernmeldewesens .....                                               | 25  |       |
| Betriebsrat (Ein offenes Wort zu Beginn) .....                                                                     | 1/H |       | —: Das — des Post- und Fernmeldewesens in der Sowjetunion .....                                                        | 76  |       |
| Betriebsplan: Zu einigen Diskussionen über das Aufteilen des — in den Betrieben des Post- und Zeitungswesens ..... | 40  |       | Hubschrauber Post- — in der GDR .....                                                                                  | 9   |       |
| Briefverteilmaschinen .....                                                                                        | 3/U |       | K                                                                                                                      |     |       |
| D                                                                                                                  |     |       | Kabelverlegung: Wege zur Mechanisierung der — .....                                                                    | 13  |       |
| Direktorfonds: Der .....                                                                                           | 17  |       | Kleinfernsprecher .....                                                                                                | 4/H |       |
| Diversity-Empfang .....                                                                                            | 1/U |       | Konialtube .....                                                                                                       | 5/U |       |
| E                                                                                                                  |     |       | Kombinator: Rechenschreibstift „—“ .....                                                                               | 68  |       |
| Elektrofahrzeuge .....                                                                                             | 4/U |       | Kommandor .....                                                                                                        | 3/U |       |
| Elektronik .....                                                                                                   | 1/U |       | Konferenz: 1. Technisch-Wissenschaftliche — des IPF .....                                                              | 49  |       |
| Elektrotechnik .....                                                                                               | 3/U |       | Koordinatenschalter .....                                                                                              | 2/U |       |
| —: Grundlagen der .....                                                                                            | 3/H |       | Kostenplan: Zu einigen Problemen der Aufteilung des — bei den Fernmeldeämtern .....                                    | 4/H |       |
| Emissionsplan 1957 für Postwertzeichen .....                                                                       | 5/H |       | Kraftfahrzeugbremsen: Beurteilung von .....                                                                            | 78  |       |
| Erl .....                                                                                                          | 3/U |       | Fernmeldewesen .....                                                                                                   | 3/H |       |
| F                                                                                                                  |     |       | Kreis: Ist — heilbar? .....                                                                                            | 3/H |       |
| Fachzeitschriften: Neue Methoden zum Gewinnen von Abonnenten für — .....                                           | 44  |       | Kristalloide .....                                                                                                     | 3/U |       |
| Fernmeldebau: Zur Organisation des — .....                                                                         | 37  |       | N                                                                                                                      |     |       |
| Fernschreiber: Eine neuartige — .....                                                                              | 80  |       | Nachrichtenanlagen im Leipziger Sportforum .....                                                                       | 4   |       |
| Fernseh-TV: Die Aufgaben des Bereichs Rundfunk und Fernmeldewesen im 2. — .....                                    | 65  |       | O                                                                                                                      |     |       |
| Fernsprechverhältnisse: Die Verbesserung der — auf dem Lande .....                                                 | 30  |       | Ökonomie: Das Hochschulstudium der — des Post- und Fernmeldewesens .....                                               | 25  |       |
| Fernsprechvermittlungstellen: Belastungsausgleich bei — .....                                                      | 46  |       | —: Über den Stand der Ausarbeitung der — des Post- und Fernmeldewesens .....                                           | 68  |       |
| Fernsprechschleimender .....                                                                                       | 3/H |       | Öltaxi: Über das Ausgestalten von — .....                                                                              | 41  |       |
| Fünfjahresplan: Die Entwicklung des Post- und Fernmeldewesens im 2. — .....                                        | 2   |       | P                                                                                                                      |     |       |
| Funkentstörung: Die — und ihre Bedeutung für den Rundfunk- und Fernschreiber .....                                 | 22  |       | Postämter: Fahrbare — .....                                                                                            | 5/U |       |
| Funkwellen: Die Ausbreitung von — .....                                                                            | 3/U |       | Posthofordernwesen: Entspricht die Struktur des — den Erfordernissen der Verkehrsleitung bei der Deutschen Post? ..... | 9   |       |

| II Inhaltsverzeichnis                                                                                                    |     | Seite | Seite |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|-------|-------|
| Postmechanisierung: Die erste internationale Ausstellung über die — in Rom                                               | T   | 67    | 75    |
| —: Grundsätzliche Fragen zur —                                                                                           |     | 33    | 60    |
| Postmitbehälter: Der —, ein Beitrag der Deutschen Post zur erleichterten Beförderung von Waren                           | 4/U | 11    | 16    |
| Postzeitungsvertrieb: Die Stellung des — im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess                                      | 3/U | 56    |       |
| <b>R</b>                                                                                                                 |     |       |       |
| Radio-Teleskop                                                                                                           | 5/H |       |       |
| Rechenreihentafel „Kombinator“                                                                                           | 68  |       |       |
| Reklamer Sichtwerbung, Aushänge, — und Schilder der Deutschen Post                                                       | 72  |       |       |
| Repräsentationspflicht                                                                                                   | 62  |       |       |
| Resistor                                                                                                                 | 5/U |       |       |
| Rundfunk: Die Aufgaben des Bereichs — und Fernsehen                                                                      | 65  |       |       |
| <b>S</b>                                                                                                                 |     |       |       |
| Schilder: Sichtwerbung, Aushänge, Reklame und — der Deutschen Post                                                       | 72  |       |       |
| Sichtwerbung, Aushänge, Reklame und Schilder der Deutschen Post                                                          | 72  |       |       |
| SOS: 50 Jahre —                                                                                                          | 80  |       |       |
| Spannungskonstanthalter: Gleichmäßige Netzspannung durch magnetische                                                     | 55  |       |       |
| <b>2. Autorenverzeichnis</b>                                                                                             |     |       |       |
| <b>A</b>                                                                                                                 |     |       |       |
| Arnold: Neue Zustellmethode beim HPA Rudolstadt                                                                          | 58  |       |       |
| <b>B</b>                                                                                                                 |     |       |       |
| Bäcker: Es geht um das Vertragssystem                                                                                    | 61  |       |       |
| Bäcker: Ist „Krebs“ heilbar?                                                                                             | 3/H |       |       |
| Büchner: Welche Form der Zustellung ist bei der Deutschen Post zweckmäßig?                                               | 27  |       |       |
| Burneister: Zum Geleit!                                                                                                  | 1   |       |       |
| <b>E</b>                                                                                                                 |     |       |       |
| Eulitz: Der Postmitbehälter — ein Beitrag der Deutschen Post zur erleichterten Beförderung von Waren                     | 11  |       |       |
| <b>F</b>                                                                                                                 |     |       |       |
| Fuhrmann: Zu einigen Diskussionen über das Aufteilen des Betriebsplanes in den Betrieben des Post- und Zeitungsvertriebs | 40  |       |       |
| <b>G</b>                                                                                                                 |     |       |       |
| Gebhardt: Die Entwicklung des Post- und Fernmeldewesens im 2. Fünfjahrplan                                               | 2   |       |       |
| Graf: Wege zur Mechanisierung der Kabelverlegung                                                                         | 13  |       |       |
| Gruel: Verbesserte Postzustellung in Güstrow                                                                             | 28  |       |       |
| <b>H</b>                                                                                                                 |     |       |       |
| Hamann: Die erste internationale Ausstellung über die Postmechanisierung in Rom                                          | 67  |       |       |
| —: Grundsätzliche Fragen zur Postmechanisierung                                                                          | 33  |       |       |
| Hilseker: Ein offenes Wort zu Beginn (Betriebsarzt)                                                                      | 1/H |       |       |
| <b>T</b>                                                                                                                 |     |       |       |
| Technik: Die neue —                                                                                                      | 75  |       |       |
| Ton-Reporter: Aufnahmegerät                                                                                              | 60  |       |       |
| Transistor                                                                                                               | 4/U |       |       |
| —: Neue Geräte mit —                                                                                                     | 16  |       |       |
| <b>U</b>                                                                                                                 |     |       |       |
| Übertragungstechnik im Fernmelde-Weitverkehr                                                                             | 3/U |       |       |
| <b>V</b>                                                                                                                 |     |       |       |
| VDE-Tagung                                                                                                               | 38  |       |       |
| Vertragssystem: Es geht um das —                                                                                         | 61  |       |       |
| <b>W</b>                                                                                                                 |     |       |       |
| Weitverkehr: Übertragungstechnik im Fernmelde-                                                                           | 3/U |       |       |
| <b>Z</b>                                                                                                                 |     |       |       |
| Zündkerzenreiniger                                                                                                       | 63  |       |       |
| Zustellmethode: Neue — beim HPA Rudolstadt                                                                               | 58  |       |       |
| Zustellung: Verbesserte Post- — in Güstrow                                                                               | 28  |       |       |
| —: Welche Form der — ist bei der Deutschen Post zweckmäßig?                                                              | 27  |       |       |

| Inhaltsverzeichnis                                                                 |     | Seite | Seite |
|------------------------------------------------------------------------------------|-----|-------|-------|
| Rehlein: Das Hochschulstudium des Post- und Fernmeldewesens in der Sowjetunion     | 76  |       |       |
| Reiche: Versuche zum Einführen des Behälterverkehrs                                | 70  |       |       |
| Rollmann: Die Verbesserung der Fernsprechverhältnisse auf dem Lande                | 30  |       |       |
| Rückert: Neue Methoden zum Gewinnen von Abonnenten für Fachzeitschriften           | 44  |       |       |
| <b>S</b>                                                                           |     |       |       |
| Schikowsky: VDE tagte in Frankfurt/Main                                            | 38  |       |       |
| Schobert: Der Direktorfonds                                                        | 17  |       |       |
| Schrepper: Zur Organisation des Fernmeldebaus                                      | 37  |       |       |
| <b>U</b>                                                                           |     |       |       |
| Ulbricht: Beurteilung von Kraftfahrzeugbremsen                                     | 78  |       |       |
| <b>S</b>                                                                           |     |       |       |
| Schikowsky: VDE tagte in Frankfurt/Main                                            | 38  |       |       |
| Schobert: Der Direktorfonds                                                        | 17  |       |       |
| Schrepper: Zur Organisation des Fernmeldebaus                                      | 37  |       |       |
| <b>W</b>                                                                           |     |       |       |
| Wolf: Zu einigen Problemen der Aufteilung des Kostenplanes bei den Fernmeldeämtern | 4/H |       |       |
| <b>Springer: Zum Geleit!</b>                                                       |     |       |       |
| Stühner: 1. Technisch-Wissenschaftliche Konferenz des IFF                          | 49  |       |       |
| Suß: Fernsprechzellennummer                                                        | 3/H |       |       |

### Jahrgang 1957

#### I. Stichwörterverzeichnis

|                                                                                            |     |                                                                                    |     |
|--------------------------------------------------------------------------------------------|-----|------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| Abstimmungszeigeröhre: Die — EM 83                                                         | 10  | Berufspädagogischer Kongreß: Einige Gedanken zur Vorbereitung des III. —           | 291 |
| Adressen                                                                                   | 224 | Betonmastfüße in den Niederlanden                                                  | 78  |
| Arbeitszeitung                                                                             | 257 | Betriebsprämienordnungen: Die —                                                    | 321 |
| Arbeitsdienst                                                                              | 185 | Bildtelegraphie: Zur Geschichte der —                                              | 164 |
| —: Mechanische Geräte im —                                                                 | 11  | Blitz-Lampen                                                                       | 4/H |
| Annahemmaschine: Die neue — für Zahlkarten und Postanweisungen                             | 247 | Blattschreiber T 61 mit Metallschutzkappe                                          | 103 |
| Antennen                                                                                   | 94  | BPF-Berzirks Gebietsumfang und Bevölkerungszahl der BPF-Berzirks                   | 295 |
| —: Ferrit- —                                                                               | 64  | Briefmarken als Unruhstifter                                                       | 344 |
| —: Testgerät Typ 5002                                                                      | 45  | Briefmarkenangehöriger für den Schalterbetrieb der niederländischen Postverwaltung | 154 |
| —: Trieb „Planet“                                                                          | 277 | Briefmarkenkunde: Einführung in die —                                              | 190 |
| —: UKW- und Fernseh- —                                                                     | 340 | Briefmarkenschau: Internationale — der Messstädte                                  | 84  |
| —: Wissenswertes über — und Antennenanlagen                                                | 240 | Briefverteilungsamt: Internationale — der Mechanisierung des —                     | 231 |
| Arbeitervereinigungsbewegung: Dresden                                                      | 170 | Briefverteilungsamt: Internationale — der Mechanisierung des —                     | 231 |
| Arbeitsrecht: Die Bedeutung im — Verhältnis der Deutschen Post                             | 194 | Briefverteilungsamt: Internationale — der Mechanisierung des —                     | 174 |
| —: Zur Aufrechterhaltung im —                                                              | 206 | Briefverteilungsamt: Internationale — der Mechanisierung des —                     | 347 |
| Arbeitsrecht: Handbuch über den —                                                          | 292 | Bündelkabel                                                                        | 64  |
| Archiv: Das — des IFF                                                                      | 292 | Bundespost: Sorgen der —                                                           | 327 |
| Ausstellung „Moderne Technik im Verkehrswesen“                                             | 255 |                                                                                    |     |
| —: Streifenlichter von der Rundfunk-, Fernseh- und Phonotechnik                            | 334 | <b>D</b>                                                                           |     |
| Automation                                                                                 | 4/H | Dezimeter-Sende- und Empfangsanlage                                                | 203 |
| Automatisierung: Perspektiven der — im Fernmeldewesen                                      | 1   | Dezimeterstation: Von der Postkutsche zum —                                        | 29  |
| Ausbildungswesen                                                                           | 129 | Dichtstahl: Der —                                                                  | 7/H |
| Auslandsbriefsendungen: Freimachung von —                                                  | 43  | Die Deutsche Post: Ein Jahr „—“                                                    | 103 |
|                                                                                            |     | Dokumentation                                                                      | 288 |
|                                                                                            |     | 3-D-Briefmarken                                                                    | 6/H |
|                                                                                            |     | Dieser-Passagierflugzeug                                                           | 186 |
|                                                                                            |     | Dynamikpresser und -dehner im Fernsprechverkehr                                    | 15  |
| <b>B</b>                                                                                   |     |                                                                                    |     |
| Bahnpostwagen: Der — 4b/24,7                                                               | 130 |                                                                                    |     |
| —: 100 Jahre Entwicklung der — (1841 bis 1940)                                             | 59  |                                                                                    |     |
| Bedingung: Die — im Arbeitsverhältnis der Deutschen Post                                   | 194 |                                                                                    |     |
| —: Ökonomische — der Deutschen Post                                                        | 7   |                                                                                    |     |
| Belichtungsgerät: Universal- —                                                             | 271 |                                                                                    |     |
| Bemerkungen: Einige — über unsere Zeitschrift „Die Deutsche Post“                          | 155 |                                                                                    |     |
| Bemessungsschichtlinien: Zu den — für den Postbetrieb                                      | 315 |                                                                                    |     |
| —: Zur Terminologie der —                                                                  | 286 |                                                                                    |     |
| Berufungsfälle: Einheitliche Erfassung der Verlust- und Berufungsfälle                     | 47  |                                                                                    |     |
| Berufsausbildung: Die Fernmeldebauteur-Lehrlinge kritisch betrachtet                       | 101 |                                                                                    |     |
| —: (Die funktionsähnlichen Berufe)                                                         | 310 |                                                                                    |     |
| Berufkrankheiten                                                                           | 92  |                                                                                    |     |
| <b>E</b>                                                                                   |     |                                                                                    |     |
| Einseltenhandübertragung                                                                   | 32  |                                                                                    |     |
| Erfahrungsaustausch: Česka Lípa (CSL)-Riema                                                | 18  |                                                                                    |     |
| Erfahrungswesen: Einiges über die Rationalisierungsvergangenheit und das —                 | 253 |                                                                                    |     |
| <b>F</b>                                                                                   |     |                                                                                    |     |
| Fachschulstudium: Das — der Deutschen Post in der Fachrichtung Post- und Zeitungsvertrieb  | 110 |                                                                                    |     |
| Fernmeldeamt: 100 Jahre — Karlsruhe-Stadt                                                  | 180 |                                                                                    |     |
| Fernmeldebauteur: Wie wir Arbeitsorganisation und Arbeitshygiene im Lehrberuf — verbessern | 251 |                                                                                    |     |

| IV                                                                                                                              | Inhaltsverzeichnis | Seite        |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------|--------------|
|                                                                                                                                 | <b>ette</b>        | <b>Seite</b> |
|                                                                                                                                 | <b>J</b>           |              |
| Fernmeldekabel: Beschädigung von — bei Reparaturen                                                                              | 179                |              |
| Fernmeldeverein: Die Deutsche Demokratische Republik und der Internationale —                                                   | 236                |              |
| Fernmeldewesen                                                                                                                  | 258                |              |
| Fernschichten — dabei sein                                                                                                      | 166                |              |
| Fernschleifen Kleines —, Englisch-Deutsch, Deutsch-Englisch                                                                     | 282                |              |
| Fernsehtechnik: Grundlagen der —                                                                                                | 36                 |              |
| Fernsehtechnik: Die — der Deutschen Demokratischen Republik nach einer neuen einheitlichen Frequenzplanung                      | 150                |              |
| Fernsprechmaschinen: Modernere Formen für — und Zeitungsdruck                                                                   | 21                 |              |
| Fernsprechwesen: Entwicklungstendenzen im — Großbritanniens                                                                     | 239                |              |
| Ferrit-Antennen                                                                                                                 | 64                 |              |
| Finanznormung der Hilfsleistungen im Fernmeldebau                                                                               | 178                |              |
| Förderbänder und Rollenbahnen                                                                                                   | 224                |              |
| Förderung für Industrieerzeugnisse                                                                                              | 83                 |              |
| Forschungsleiter: Die — der britischen Postverwaltung                                                                           | 204                |              |
| Freisprechers: Sicherheitsbestimmungen bei Frankotyp- — Frequenzumkehrrichtung: WT- — Kf 401                                    | 140                |              |
| 75-Stunden-Woche                                                                                                                | 65                 |              |
| Funkamt: Aus der Arbeit eines —                                                                                                 | 207                |              |
| Funkentstehungsdienst                                                                                                           | 314                |              |
| —: 25 Jahre —                                                                                                                   |                    |              |
|                                                                                                                                 | <b>G</b>           |              |
| Gebetsfernsprecher                                                                                                              | 127                |              |
| Gebührenänderung im Fernsprechecht                                                                                              | 310                |              |
| Gebührenpolitik: Tarif- und — bei der DP                                                                                        | 310                |              |
| Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse und Kammer der Technik                                               | 6                  |              |
| Gesetz: Über den Entwurf des — für das Post- und Fernmeldewesen                                                                 | 348                |              |
| Goldfranken: Der — als Währungsinheit des Weltpostvereins                                                                       | 236                |              |
| Grabenbagger: Der — der Firma Aveling-Barford Ltd., Grimsby                                                                     | 8                  |              |
| Grabenfräse: Eine — zum Herstellen von Kabelgräben                                                                              | 84                 |              |
| Gütezeichen: Die — des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung (DAMW) und des Deutschen Amtes für Maß und Gewicht (DAMG) | 174                |              |
|                                                                                                                                 | <b>H</b>           |              |
| Halbleiter: 500 Worte über Leiter, Nichtleiter und —                                                                            | 312                |              |
| Hauptbuchhalter: Die Analysetätigkeit der — der Deutschen Post                                                                  | 13                 |              |
| Hausarbeitstag: Wer hat Anspruch auf den —?                                                                                     | 351                |              |
| Hilfsleistungen: Finanznormung der — im Fernmeldebau                                                                            | 73                 |              |
| Hochschule: Zum fünfjährigen Bestehen der — für Verkehrswesen                                                                   | 280                |              |
| Hörers: Liebe Hörerinnen und —                                                                                                  | 190                |              |
| Hygiene in Gemeinschaftsküchen                                                                                                  | 340                |              |
|                                                                                                                                 | <b>I</b>           |              |
| Ikarus: Von — zum Atomflugzeug                                                                                                  | 191                |              |
| Impulsregulator mit Oszillograf                                                                                                 | 117                |              |
| Indonesien: Land der 13000 Inseln —                                                                                             | 67H                |              |
| Ingenieur: Der — in der Phase der revolutionären Umgestaltung der Technik                                                       | 225                |              |
| Installationstechnik                                                                                                            | 17                 |              |
| Isolatorenkitt: Versuche mit —                                                                                                  | 205                |              |
| Isolatorenprüfung                                                                                                               | 79                 |              |
|                                                                                                                                 | <b>M</b>           |              |
| Magnettonband-Ansagegerät                                                                                                       | 85                 |              |
| Magnetongeringer BG-20 „Smaragd“                                                                                                | 12                 |              |
| Markenschaukasten                                                                                                               | 72                 |              |
| Mechanisierung im Postwesen                                                                                                     | 160                |              |
| Meister: Brief an einen — (Betrieb)                                                                                             | 42                 |              |
| Meistertag: Zentraler — Fernmeldebau am 6. und 7. Dezember 1956 in Leipzig                                                      | 23                 |              |

| V                                                                                             | Inhaltsverzeichnis | Seite        |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------|--------------|
|                                                                                               | <b>Sätze</b>       | <b>Seite</b> |
|                                                                                               | <b>J</b>           |              |
| Meßbrücke: Sowjetische Einfach- —                                                             | 227                |              |
| Messebericht (Leipziger Frühjahrmesse 1957)                                                   | 105                |              |
| Messebericht (Leipziger Herbstmesse 1957)                                                     | 256                |              |
| Meteor und die Nachrichtentechnik                                                             | 127                |              |
| Mikrowellenröhren                                                                             | 57H                |              |
| Mittelwellen-Rundfunksender                                                                   | 137                |              |
| Modulationsarten: Abkürzungen der —                                                           | 96                 |              |
| Monitor                                                                                       | 198                |              |
| Mopeds im Dienste der Deutschen Post                                                          | 5/U                |              |
| Morseprüfung: Die —                                                                           | 5/H                |              |
| Motorbremse                                                                                   | 245                |              |
| Münzfernsprecher in Großbritannien                                                            | 245                |              |
|                                                                                               | <b>N</b>           |              |
| Nachweis der Über- und Zuschüsse oder Lieferreihenfolge?                                      | 9/H                |              |
| NE-Metalle: 500 Worte über —                                                                  | 116                |              |
| Neuerwerb für die Deutsche Post                                                               | 221                |              |
| Nichtleiter: 500 Worte über Leiter, — und Halbleiter                                          | 312                |              |
| Normung und Standardisierung — Aufgaben der Deutschen Post?                                   | 157                |              |
|                                                                                               | <b>O</b>           |              |
| Obhutspflicht: Sparkassenbuch und —                                                           | 10/H               |              |
| Olympische Spiele und die Post                                                                | 65                 |              |
| Ortsbünde                                                                                     | 144                |              |
| Oszillograf: Service — EO 1/71                                                                | 332                |              |
|                                                                                               | <b>P</b>           |              |
| Paketstromanalysen                                                                            | 88                 |              |
| Paketverteilanlage: Bemerkungen zur — beim Hauptpostamt Leipzig N 18                          | 97                 |              |
| Paketzustelldienst: Unsere Fahrzeuge im —                                                     | 161                |              |
| Pegelmesser: TP- —                                                                            | 19                 |              |
| Philatelist: Dresden und die —                                                                | 26                 |              |
| Planer: Antennenrichtlich „—“                                                                 | 277                |              |
| Planung: Einige aktuelle Fragen der — bei der Deutschen Post                                  | 19                 |              |
| Post für Postleuten                                                                           | 213                |              |
| Post                                                                                          | 32                 |              |
| Postbeförderungsdienst                                                                        | 5/H                |              |
| Postdienstleistungen: Materialien für die —                                                   | 268                |              |
| Postfrankos: Die — und die Schafwolle für die —?                                              | 5/H                |              |
| Postrechtsverhältnis: Die Rechtswissenschaft über das —                                       | 209                |              |
| Poststellenbeförderung: In welchem Umfang haftet der — für das Verschulden seines Vertreters? | 100                |              |
| Poststempel                                                                                   | 128                |              |
| Postüberwachungsdienst: Der —                                                                 | 27                 |              |
| Post- und Fernmeldewesen: Auswertung des 32. Plenums des ZK der SED im —                      | 259                |              |
| Postverbeurteilung: Neue — im Jahre 1957                                                      | 220                |              |
| Postwesen                                                                                     | 3/H                |              |
| Postwesen: Rückblick —?                                                                       | 49                 |              |
| Postzensur                                                                                    | 288                |              |
| Preispolitik: Allgemeine Grundsätze der — der DDR                                             | 127                |              |
|                                                                                               | <b>Q</b>           |              |
| Qualifikationsprüfungen im HPA Stendal                                                        | 277                |              |
|                                                                                               | <b>R</b>           |              |
| Radartechnik: Einführung in die —                                                             | 56                 |              |
| Radioteleskop                                                                                 | 306                |              |
| Rationalisierungsmaßnahmen: Einiges über die — und das Erfordernis                            | 253                |              |
| Rechenpraxis — Grundzüge des Rechnens, Band I: Ganzzahlen                                     | 319                |              |
| Reiseberichte und Erlebnisse in der Sowjetunion                                               | 54                 |              |
| Revisionsamt                                                                                  | 159                |              |
| Resonanzmesser (Grid-Dipper)                                                                  | 37                 |              |
| Rohrpost                                                                                      | 64                 |              |
| Rollenbahnen: Förderbänder und —                                                              | 224                |              |
| Rundfunksender: Mittelwellen- —                                                               | 137                |              |
| Rutschen                                                                                      | 96                 |              |
|                                                                                               | <b>S</b>           |              |
| Schiffpost: Die erste — in der DDR und ihre Mängel                                            | 279                |              |
| Schwingungskreise mit Eisenkernspulen                                                         | 190                |              |
| Seckabel: Entwicklungsarbeiten für — in Großbritannien                                        | 195                |              |
| Sektorenkabel                                                                                 | 297                |              |
| Sektorgerät „Kurzwellen 100 Watt“                                                             | 64                 |              |
| Service Oszillograf EO 1/71                                                                   | 177                |              |
| Service Oszillograf EO 1/71                                                                   | 332                |              |
| Siemens: Über den „—“ in der Nachrichtentechnik                                               | 48                 |              |
| Smagrad: Magnetongeringer BG-20 „—“                                                           | 12                 |              |
| Sonderstempel: Seltene deutsche — nach 1945                                                   | 164                |              |
| Spezialanläufer für das Fernmeldewesen                                                        | 10/H               |              |
| Standardisierung: Normung und — Aufgaben der Deutschen Post?                                  | 157                |              |
| Ständiges                                                                                     | 169                |              |
| Störungen im Fernverkehr verfolgen!                                                           | 352                |              |
| Störungsvermeidungsdienst                                                                     | 52                 |              |
| Strassenbahn                                                                                  | 6                  |              |
| Stromkreise: Gestanzte —                                                                      | 244                |              |
| Studien: Ökonomie des —                                                                       | 346                |              |
| SWT-Verkehr: Weniger Tarifzonen im —                                                          | 145                |              |
|                                                                                               | <b>T</b>           |              |
| Tagesstempel                                                                                  | 309                |              |
| Tarifpolitik und Gebührenpolitik bei der DP                                                   | 310                |              |
| Technik: Der Ingenieur in der Phase der revolutionären Umgestaltung der —                     | 225                |              |
| Telegrammer Hausnummern und Wohnungsbezeichnungen                                             | 345                |              |
| in — mit Rückblick?                                                                           | 49                 |              |
| Telegammortzählung                                                                            | 205                |              |
| Telex: Allerlei über das Wort — und öffentliche Telexstellen                                  | 183                |              |

| VI                                                                                       |       | Inhaltsverzeichnis                                                                                                    |       |
|------------------------------------------------------------------------------------------|-------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
|                                                                                          | Seite |                                                                                                                       | Seite |
| <b>Telex-Technik:</b> Altes und Neues von der ...                                        | 57    | <b>W</b>                                                                                                              |       |
| <b>Trennfahrten:</b> Mechanisches Öffnen von ...                                         | 148   | <b>Wahlen:</b> Wir Postler und die — am 23. Juni 1957                                                                 | 135   |
| <b>Transistoren-Taschenbuch</b> .....                                                    | 100   | <b>Wechselstromtelegraphie System</b> WT 51/24                                                                        | 76    |
| <b>Trennregeltransformator</b> TRT 280/1                                                 | 304   | <b>Weltnachtpost vom „Christkindl“</b> .....                                                                          | 339   |
| <b>Typenhäuser</b> für Vermittlungsstellen und Verstärker-<br>ämter in Großbritannien    | 62    | <b>Wellenursbreitung im Gelände</b> .....                                                                             | 216   |
| <b>U</b>                                                                                 |       | <b>Weltatlas „Die Staaten der Erde und ihre Wirtschaft“</b> .....                                                     | 160   |
| <b>Überseefunkdienst:</b> Betriebsverfahren und Entwicklungs-<br>stand des —             | 272   | <b>Weltpostverein</b> .....                                                                                           | 224   |
| <b>USSR:</b> Die — in Zahlen                                                             | 94    | —: Die Organisation und die Aufgaben des — und die Be-<br>deutung seiner technischen Veröffentlichungen für die<br>DP | 305   |
| <b>Ultrakurzwellen:</b> Die Ausbreitung ultrakurzer Wellen im<br>Gebäude                 | 215   | <b>Werkstoffe der Fernmeldetechnik</b> .....                                                                          | 9/H   |
| <b>Unlaufmittel:</b> Die Normung der — in den FMA                                        | 275   | — für die Elektrotechnik                                                                                              | 319   |
| <b>V</b>                                                                                 |       | <b>Weltbildungs-Probleme der — im Nachrichtenverkehr</b> ..                                                           | 44    |
| <b>Verkehrssicherheit:</b> Höhere — von Kraftfahrzeugen                                  | 60    | <b>Wettbewerb:</b> Das HPA Mülhausen (Thür) sucht einen<br>neuen Weg für den — der Briefzusteller                     | 78    |
| <b>Verlustfälle:</b> Einheitliche Erfassung der — und Berau-<br>bungsfälle               | 47    | — der Briefzusteller beim HPA Stendal                                                                                 | 278   |
| <b>Verlust- und Beraubungsfälle:</b> Zum Artikel „Einheitliche<br>Erfassung der —“       | 149   | <b>Z</b>                                                                                                              |       |
| <b>Vermittlungsstellen:</b> Typenhäuser für — und Verstärker-<br>ämter in Großbritannien | 62    | <b>Zählrohre</b> .....                                                                                                | 128   |
| <b>Verstärkerämter:</b> Typenhäuser für Vermittlungsstellen und<br>— in Großbritannien   | 62    | <b>Zeitungsblätter:</b> Modernere Formen für Fernsprechkästen<br>und —                                                | 21    |
| <b>Videoverstärker</b> .....                                                             | 5/75  | <b>Zeitungsvertriebsamt:</b> Gedanken über die Mechanisierung<br>der Transportarbeit im —                             | 67    |
|                                                                                          |       | <b>Zonenrasterverfahren:</b> Das —                                                                                    | 283   |
|                                                                                          |       | <b>Zustellendienst:</b> Probleme des — bei der Bundespost                                                             | 84    |
|                                                                                          |       | <b>Zustellverfahren:</b> Das Rudolstädter — weiter verbessert                                                         | 301   |
|                                                                                          |       | <b>Zweiseitenbandübertragung</b> .....                                                                                | 32    |

2. Autorenverzeichnis

|                                                                                                                                                             |            |                                                                                                                          |     |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| <b>A</b>                                                                                                                                                    |            | <b>Berneri:</b> Telegramme mit Rückschein?                                                                               | 49  |
| <b>Adler:</b> Aus der Arbeit der Konfliktkommissionen bei der<br>Deutschen Post                                                                             | 116        | —: Ein schlechtes Zeichen                                                                                                | 206 |
| —: Die Rechtswissenschaft über das Postrechtverhältnis<br>—: In welchem Umfange haftet der Poststellungsverwalter<br>für das Verschulden seines Vertreters? | 337<br>100 | <b>Bönisch:</b> Katastropheneinsatz im Kreisgebiet Pirna                                                                 | 326 |
| <b>Albers:</b> Brief an einen Meister (Betrieb)                                                                                                             | 42         | <b>D</b>                                                                                                                 |     |
| <b>Amberg:</b> Wie wir Arbeitsorganisation und Arbeitshygiene<br>im Lehrberuf Fernmeldebau monteur verbessern                                               | 251        | <b>Danz:</b> Lochkartenverfahren im Fernmeldebereich                                                                     | 148 |
| <b>Arnold:</b> Das Rudolstädter Zustellverfahren weiter ver-<br>bessert                                                                                     | 301        | —: Ökonomie des Studierens                                                                                               | 346 |
| <b>B</b>                                                                                                                                                    |            | <b>Diez:</b> Der Goldfranken als Währungseinheit des Welt-<br>postvereins                                                | 236 |
| <b>Baacker:</b> Bilux-Lampen                                                                                                                                | 4/H        | <b>Dölkner:</b> Einige über die Rationalisatorienbewegung und<br>des Erfindungswesen                                     | 263 |
| —: Motorbremse                                                                                                                                              | 5/H        | <b>E</b>                                                                                                                 |     |
| <b>Bäcker:</b> Über den Entwurf des Gesetzes für das Post- und<br>Fernmeldewesen                                                                            | 348        | <b>Ehrhardt:</b> Markenschaukästen                                                                                       | 72  |
| <b>Baumgart:</b> Die Entwicklung des Luftpostdienstes in der<br>Deutschen Demokratischen Republik                                                           | 329        | <b>Eichelmann:</b> Zu einigen Besonderheiten der Gestaltung<br>des Produktionsprozesses im Post- und Fernmelde-<br>wesen | 331 |
| —: Neue Postwertzeichen im Jahre 1957                                                                                                                       | 3/H        | <b>Enger:</b> Reiseeindrücke und Ergebnisse in der Sowjetunion                                                           | 54  |
| <b>Begrich:</b> Normung und Standardisierung — Aufgaben der<br>Deutschen Post?                                                                              | 157        | <b>Ettel:</b> Versuche mit Isolatorenkitt                                                                                | 205 |
| <b>Behker:</b> Kunststichliche Poststufen im Bezirk Potsdam                                                                                                 | 25         | <b>F</b>                                                                                                                 |     |
| <b>Beier:</b> Erfahrungsaustausch Česka Lipsa (CSR) -Riesa                                                                                                  | 18         | <b>Flöther:</b> Beschädigung von Fernmeldekabeln bei Erd-<br>arbeiten                                                    | 179 |
| <b>Benz:</b> Ein neues Ansagegerät für den Fernsprech-Kunden-<br>dienst der Deutschen Post                                                                  | 85         | <b>Frank:</b> 45-Stunden-Woche                                                                                           | 65  |
| <b>Bergert:</b> Probleme der Wertbildung im Nachrichtenver-<br>kehr                                                                                         | 44         | <b>Frankenberg:</b> Ortsbünde                                                                                            | 144 |
| <b>Bergmann:</b> Weltnachtpost vom „Christkindl“                                                                                                            | 339        | <b>Fritzsche:</b> Störungsvermeidungsdienst                                                                              | 32  |
| <b>Berneri:</b> Ein ungenutztes Hilfsmittel                                                                                                                 | 185        | <b>Füll:</b> Generalreparaturen von Kabelverzweigen                                                                      | 313 |
| —: Hausnummern und Wohnungsbeziehungen in Tele-<br>grammen                                                                                                  | 345        |                                                                                                                          |     |

| VII                                                                                                                                                        |       | Inhaltsverzeichnis                                                                                                      |       |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
|                                                                                                                                                            | Seite |                                                                                                                         | Seite |
| <b>G</b>                                                                                                                                                   |       | <b>J</b>                                                                                                                |       |
| <b>Gebauer:</b> Wissenswertes über Antennen und Antennen-<br>anlagen                                                                                       | 240   | <b>Jank:</b> Was Postler lesen                                                                                          | 347   |
| <b>Gebhardt:</b> Die Entwicklung des Post- und Fernmelde-<br>wesens in der UdSSR                                                                           | 289   | <b>Jenzen:</b> Der Bahnpostwagen 4-b/24.7.                                                                              | 130   |
| <b>Gießler:</b> Zum Artikel „Die Pflicht zu repräsentieren“                                                                                                | 159   | —: 100 Jahre Entwicklung der Bahnpostwagen (1841 bis<br>1940)                                                           | 59    |
| <b>Götner:</b> Sind die Einrichtungen des Post- und Fernmelde-<br>wesens im Kapitalismus staatliche Verwaltung oder<br>staatskapitalistisches Unternehmen? | 136   | <b>K</b>                                                                                                                |       |
| —: Zu den Bemessungsrichtlinien für den Postbetrieb                                                                                                        | 315   | <b>Kalauch, G.:</b> Ausstellung „Moderne Technik im Verkehrs-<br>wesen“                                                 | 255   |
| —: Zum fünfjährigen Bestehen der Hochschule für Ver-<br>kehrswesen                                                                                         | 280   | —: Postverbeausstellung                                                                                                 | 220   |
| —: Zur Terminologie der Bemessungsrichtlinien                                                                                                              | 286   | <b>Kalauch, K.:</b> Einige Bemerkungen über unsere Zeitschrift<br>„Die Deutsche Post“                                   | 155   |
| <b>Gradeck:</b> „Kernschichten — daleiseln“                                                                                                                | 166   | <b>Kleres:</b> Stromversorgungsanlagen                                                                                  | 109   |
| —: Von der Postkutsche zum Dezimeterstumm                                                                                                                  | 29    | <b>Klostermacher:</b> Ein Trümmerberg + Initiative = 28 Woh-<br>nungen                                                  | 170   |
| <b>Gräf:</b> BetonmastföÙe in den Niederlanden                                                                                                             | 78    | <b>Kleinau:</b> Drahtgebundenes Fernmeldewesen                                                                          | 107   |
| —: Der Grabenbagger der Firma Aveling-Barford Ltd.,<br>Grantham                                                                                            | 8     | <b>Kloster:</b> Stromversorgungsanlagen                                                                                 | 109   |
| —: Die Entwicklung der Papiropulen und des Kabelaus-<br>gleichs in Großbritannien                                                                          | 319   | <b>Köber, H.:</b> Freimachung von Auslandsbriefsendungen                                                                | 43    |
| —: Die Forschungsstätte der britischen Postverwaltung                                                                                                      | 214   | —: Sicherheitsbestimmungen bei Franco-yp-Freistemp-<br>eln                                                              | 204   |
| —: Eine Grabenfräse zum Herstellen von Kabelgräben                                                                                                         | 84    | —: Wer hat Anspruch auf den Hausarbeitsstag?                                                                            | 351   |
| —: Entwicklungsarbeiten für Seekabel in Großbritannien                                                                                                     | 195   | —: Wie behandeln wir nicht vollständig freigelegte<br>Luftpostbriefsendungen?                                           | 79    |
| —: Entwicklungstendenzen im Fernsprechwesen Groß-<br>britanniens                                                                                           | 239   | <b>Kollmorgen:</b> Berufskrankheiten                                                                                    | 92    |
| —: Fachtagung „Installationsmaterial und Installations-<br>methoden im Wohnungsbau“                                                                        | 17    | —: Biol-Erkrankungen                                                                                                    | 188   |
| —: Münzfersprecher in Großbritannien                                                                                                                       | 245   | —: Kohlenoxydvergiftungen                                                                                               | 8/H   |
| —: Postmechanisierung in Großbritannien                                                                                                                    | 182   | <b>Kölkow:</b> Mopeds im Dienste der Deutschen Post                                                                     | 198   |
| —: Typenhäuser für Vermittlungsstellen und Verstärker-<br>ämter in Großbritannien                                                                          | 62    | <b>Kroll:</b> Die erste Schiffspost in der Deutschen Demokrati-<br>schen Republik und ihre Mängel                       | 279   |
| —: Zur Geschichte der Bildtelegraphie                                                                                                                      | 164   | <b>Kühler:</b> Ausbreitung ultrakurzer Wellen im Gelände                                                                | 215   |
| <b>Grossert:</b> Kassendienst und 45-Stunden-Woche                                                                                                         | 187   | —: Die Fernmeldeversorgung der Deutschen Demokratischen<br>Republik nach einer neuen einheitlichen Frequenz-<br>planung | 150   |
| <b>H</b>                                                                                                                                                   |       | <b>M</b>                                                                                                                |       |
| <b>Hasse:</b> Einige aktuelle Fragen der Planung bei der Deu-<br>schen Post                                                                                | 19    | <b>Masnik:</b> Erste ökonomische Konferenz des Projektierungs-<br>büros der Deutschen Post                              | 93    |
| —: Sorgen der Bundespost                                                                                                                                   | 327   | <b>Mau:</b> Geräte und Automaten für Postabfertigung                                                                    | 105   |
| <b>Hartmann:</b> Der Ingenieur in der Phase der revolutionären<br>Umgestaltung der Technik                                                                 | 225   | <b>Mehlhorn:</b> Was wir lehren und wie wir erziehen                                                                    | 129   |
| <b>Haustein:</b> Katastropheneinsatz im Kreisgebiet Pirna                                                                                                  | 325   | <b>Menzel:</b> Einiges vom Postscheckdienst                                                                             | 263   |
| <b>Hemming:</b> Mechanische Geräte im Annahmedienst                                                                                                        | 11    | <b>Merker:</b> Paketstromanalysen                                                                                       | 88    |
| <b>Hencke:</b> Aus der Arbeit eines Funkamtes                                                                                                              | 140   | <b>Mews:</b> Lern Postfranzösisch                                                                                       | 209   |
| <b>Henkler:</b> Über den „Slang“ in der Nachrichtentechnik                                                                                                 | 48    | <b>Meyer:</b> Qualifikationsprüfungen im HPA Stendal                                                                    | 277   |
| <b>Herzsch:</b> Altes und Neues von der Telex-Technik                                                                                                      | 57    | —: Wettbewerb der Briefzusteller beim HPA Stendal                                                                       | 278   |
| —: Betriebsverfahren und Entwicklungsstand des<br>Überseefunkdienstes                                                                                      | 272   | <b>Müller:</b> Gedanken über die Mechanisierung der Transport-<br>arbeit im Zeitungsvertriebsamt                        | 67    |
| <b>Hetzl:</b> 100 Jahre Landzustellendienst beim Postamt Frei-<br>berg (Sachs)                                                                             | 249   | <b>N</b>                                                                                                                |       |
| <b>Hille:</b> Die funktionsmechanischen Berufe                                                                                                             | 319   | <b>Naake:</b> Änderung einiger Gebühren im Fernsprechverkehr                                                            | 210   |
| —: 3-D-Briefmarken                                                                                                                                         | 5/H   | <b>Nagel:</b> Ein Vorschlag zum Verbessern der Kinderferien-<br>lager                                                   | 3/H   |
| —: Einführung in die Briefmarkenkunde                                                                                                                      | 190   | —: Modernere Formen für Fernsprechkästen und Zei-<br>tungskioske!                                                       | 21    |
| —: Ein Jahr „Die Deutsche Post“                                                                                                                            | 193   | —: Nonverbale für die Deutsche Post                                                                                     | 221   |
| —: Liebe Hörerinnen und Hörer                                                                                                                              | 260   | <b>Neufeld:</b> Kraftfahrwesen                                                                                          | 113   |
| —: Lipsia-Briefmarkenschau 1957                                                                                                                            | 160   | —: Spezialanhänger für das Fernmeldewesen                                                                               | 261   |
| —: Werkstoffe für die Elektrotechnik                                                                                                                       | 319   | <b>Niemann:</b> Einige Gedanken zur Vorbereitung des III. Be-<br>rufspädagogischen Kongresses                           | 291   |
| —: Wir Postler und die Wahlen am 23. Juni 1957                                                                                                             | 135   |                                                                                                                         |       |
| <b>Hirsch:</b> Das Fachschulstudium der Deutschen Post in<br>der Fachrichtung G Post- und Zeitungswesen                                                    | 119   |                                                                                                                         |       |
| <b>Hopper:</b> Allerlei über das Wort Telex und öffentliche Tele-<br>stellen                                                                               | 183   |                                                                                                                         |       |

| VIII                                                                                             |       | Inhaltsverzeichnis                                                                                                                          |       |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
|                                                                                                  | Seite |                                                                                                                                             | Seite |
| Nitzsche: Finanznormung der Hilfsleistungen im Fernmeldebau                                      | 73    | Schoberl: Die Analysertätigkeit der Hauptbuchhalter der Deutschen Post                                                                      | 13    |
| Nowack: Die Deutsche Demokratische Republik und der Internationale Fernmeldeverein               | 236   | Die Betriebsprämienordnungen                                                                                                                | 321   |
| O                                                                                                |       |                                                                                                                                             |       |
| Oehme: Einige Erfahrungen bei der Mechanisierung des Briefverteilendienstes                      | 231   | Söhner: Die Organisation und die Aufgaben des Weltpostvereins und die Bedeutung seiner technischen Veröffentlichungen für die Deutsche Post | 306   |
| P                                                                                                |       |                                                                                                                                             |       |
| Pabel: Die Verwirklichung des Prinzips der Kontrolle durch den Leiter eines Amtes                | 246   | Starker: Rechenpraxis — Grundzüge des Rechnens, Band 1: Ganze Zahlen                                                                        | 319   |
| Pauli: Briefmarken als Unruhehilfen                                                              | 344   | —: Schwingungskreise mit Eisenkernspulen                                                                                                    | 190   |
| —: Dresden und die Philatelle                                                                    | 26    | —: Die „Zurverfügungstellung“                                                                                                               | 190   |
| —: Olympische Spiele und die Post                                                                | 55    | —: Transistoren-Taschenbuch                                                                                                                 | 9/4   |
| —: 8000000000 Mark = 10 Pfennig                                                                  | 213   | —: Werkstoffe der Fernmeldetechnik                                                                                                          | 94    |
| —: Postautofahrten                                                                               | 125   | Stegert: Die UdSSR in Zahlen                                                                                                                | 94    |
| —: Tagesstempel                                                                                  | 300   | Stell: Perspektiven der Automatisierung im Verbindungswesen                                                                                 | 1     |
| —: Seltene deutsche Sonderstempel nach 1945                                                      | 164   | Stelzer: Berufsausbildung der Fernmeldebauteure                                                                                             | 191   |
| —: Von Ikarus zum Atomflugzeug                                                                   | 101   | —: Lehrlinge kritisch betrachtet                                                                                                            | 191   |
| Pelzschus: Das HPA Mühlhausen (Thür) sucht einen neuen Weg für den Wettbewerb der Briefkasteller | 78    | Süß: Der Diebstahl                                                                                                                          | 7/4   |
| Philipp: Ökonomische Bedingungen der Deutschen Post                                              | 7     | —: Die Bedingung im Arbeitsverhältnis der Deutschen Post                                                                                    | 194   |
| Piech: Königliches Kanada                                                                        | 12/H  | —: Erste Postrechtsdissertation nach 1945                                                                                                   | 185   |
| —: Land der 13000 Inseln — Indonesien                                                            | 9/H   | —: Privatsprechrohr                                                                                                                         | 1-2/H |
| —: Land der 13000 Inseln — Indonesien                                                            | 3/H   | —: Sparsparenbuch und Obhutspflicht                                                                                                         | 10/H  |
| Pohl: So kann man für Postmietbehälter werben                                                    | 257   | —: Zur Aufrechterhaltung im Arbeitsrecht                                                                                                    | 296   |
| Priebe: Das Fachschulstudium der Deutschen Post in der Fachrichtung Post- und Zeitungswesen      | 119   | —: Synthesische Wolle oder Schafwolle für die Postdienstkleidung                                                                            | 3/H   |
| Parschel: Zum Artikel „Einheitliche Erfassung der Verlust- und Berührungsfälle“                  | 149   | Tschiedel: Finanznormung der Hilfsleistungen im Fernmeldebau                                                                                | 73    |
| R                                                                                                |       |                                                                                                                                             |       |
| Rannker: Störungsformelungsdienst                                                                | 32    | T                                                                                                                                           |       |
| Rehbein: Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1955                       | 25    | Töpel: Finnland                                                                                                                             | 178   |
| Reicher: Bemerkungen zur Paketverteilanlage beim Hauptpostamt Leipzig N 18                       | 97    | —: Mechanisierung im Postwesen                                                                                                              | 160   |
| Reinhardt: Sie sind unser Vorbild!                                                               | 257   | —: Postbeförderungsdienst                                                                                                                   | 8/H   |
| Reincke: Das Zonenstarverfahren                                                                  | 283   | Trutsch, R.: Materialien für die Postdienstkleidung                                                                                         | 268   |
| Ribbeck: Ist das Lochkartensystem im Fernmeldedienst zweckmäßig?                                 | 33    | —: Synthetische Wolle oder Schafwolle für die Postdienstkleidung                                                                            | 3/H   |
| —: Weniger Transfome in SWF-Verkehr                                                              | 145   | Tschiedel: Finanznormung der Hilfsleistungen im Fernmeldebau                                                                                | 73    |
| Richter: Einheitliche Erfassung der Verlust- und Berührungsfälle                                 | 47    | U                                                                                                                                           |       |
| Röder: Allgemeine Grundsätze der Preispolitik der Deutschen Demokratischen Republik              | 270   | Ulbricht: Kraftfahrwesen                                                                                                                    | 113   |
| —: Tarif- und Gebührenpolitik bei der Deutschen Post                                             | 310   | —: Unsere Fahrzeuge im Paketzustellendienst                                                                                                 | 161   |
| Rohlaeder: Was man uns fragte                                                                    | 314   | Unglaub: UKW- und Fernsehantennen                                                                                                           | 340   |
| —: 25 Jahre Funkentfernungsdienst                                                                | 264   | V                                                                                                                                           |       |
| —: 500 Worte über Leiter, Nichtleiter und Halbleiter                                             | 115   | Vielweg: Auswertung des 32. Plenums des ZK der SED im Post- und Fernmeldewesen                                                              | 259   |
| —: 500 Worte über NE-Metalle                                                                     | 115   | Vogel: Nicht neu — aber zweckmäßig                                                                                                          | 174   |
| Rudorf: Zentraler Meisterkurs Fernmeldebau am 6. und 7. Dezember 1956 in Leipzig                 | 23    | W                                                                                                                                           |       |
| S                                                                                                |       |                                                                                                                                             |       |
| Schaeff: Störungen im Fernverkehr verfolgen!                                                     | 362   | Weber: Kassendienst und 48-Stunden-Woche                                                                                                    | 187   |
| Schulz: Das Fachschulstudium der Deutschen Post in der Fachrichtung Post- und Zeitungswesen      | 119   | —: Nachweis der Über- und Zuschüsse und Liefererscheinheit?                                                                                 | 9/H   |
| Z                                                                                                |       |                                                                                                                                             |       |
|                                                                                                  |       | Wolf: Die Normierung der Umlaufmittel in der FMA                                                                                            | 276   |
|                                                                                                  |       | Wöllmann: Das Archiv des MPP                                                                                                                | 292   |
|                                                                                                  |       | Zillmer: Der Postüberwachungsdienst                                                                                                         | 27    |

### Änderung der Struktur der Industrie und konzentrierter Wohnungsbau

Die besondere Aufmerksamkeit aller Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen und Ämter lenke ich auf die Konsequenzen, die sich für das Post- und Fernmeldewesen aus der Änderung der Struktur der Industrie durch die Vereinigung volkseigener Betriebe und durch den Wohnungsbau ergeben. Die Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen und die Ämter müssen schnell die sich aus der Bildung der Vereinigten volkseigenen Betriebe besonders im Fernmeldewesen ergebenden neuen Verkehrsströme berücksichtigen und die fernmeldemäßige Versorgung dieser Verwaltungen sicherstellen. Nur in den wenigsten Fällen wird es erforderlich sein, besondere Postbauten zu errichten. Im allgemeinen genügt es, Räumlichkeiten für ein Annahmeamt zu mieten. Es ist jedoch dafür zu sorgen, daß beim Wohnungsbau die postalischen Wünsche berücksichtigt und möglichst in allen Neubauten Hausbriefkastenanlagen eingebaut werden.

Das sind die Hauptaufgaben der Deutschen Post bis zum Jahre 1960. Sie entsprechen dem auf dem 33. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands für die Lösung der ökonomischen Aufgaben gestellten Aktionsprogramm. Wir haben jedoch ernsthaft zu überlegen, ob jede Mark und jedes Gramm Material maximal zur Lösung der Aufgabe, besonders zum Steigern der Arbeitsproduktivität, beiträgt.

### Welche Lage ist im Post- und Fernmeldewesen zu verzeichnen?

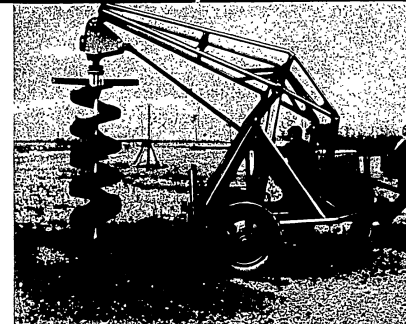
Ich denke, daß wir die Voraussetzungen besitzen, nach Abschluß des 2. Fünfjahresplans erfolgreich auf die geleistete Arbeit zurückblicken zu können.

### Die Einsatzbereitschaft unserer Mitarbeiter

Wiederholt haben unsere Kolleginnen und Kollegen bewiesen, daß sie mit Schwung und Initiative übertragene Aufgaben lösen. Über mehrere Wochen wurde die Verkürzung der Arbeitszeit auf 45 Stunden wöchentlich in den Ämtern und Betrieben vorbereitet und ab 1. Juni 1957 eingeführt. Es gab in dieser Zeit zahlreiche Beispiele, wie unsere Werktätigen mit ihrer Vorkraft dieser Maßnahme von Partei und Regierung Leben gegeben und zum vollen Erfolg verholfen haben.

In der gleichen Zeit wurde die Wahl für die örtlichen Organe der Staatsmacht vorbereitet. Tausende Verpflichtungen zum Erhöhen der Leistungen, zur Übernahme von gesellschaftlichen Arbeiten zur Unterstützung des Nationalen Aufbauwerkes waren und sind ein sichtbares Zeichen dafür, daß die Beschäftigten der Deutschen Post aktiv die Arbeiter- und Bauern-Macht unterstützen. Bei der Aktion zum Umtausch der Banknoten am 13. Oktober 1957 haben Tausende Postler erneut bewiesen, daß sie zur Stelle sind, wenn sie von der Partei, der Regierung und der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands gerufen werden.

Zu Ehren des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution sind weit über 45000 Einzel- und Kollektivverpflichtungen übernommen und erfolgreich erfüllt worden. Das Ziel zur Werbung neuer Abonnenten für die demokratische, besonders aber für die sozialistische Presse wurde weit überschritten. Bis Mitte November 1957 waren bereits über 275000 neue Abonnenten für Tageszeitungen und Zeitschriften gewonnen. Das ist ein großartiger Erfolg, wenn man berücksichtigt, daß nach vorläufigen Feststellungen das effektive Ergebnis der Abonnentenwerbung bei ungefähr 50 Prozent liegt. Es ist leicht gesagt, daß 275000 Abonnenten für Zeitungen und Zeitschriften gewonnen wurden. Um diese Aufgabe zu lösen, ist von allen



Massenlochbohrgerät

Kolleginnen und Kollegen eine umfassende Kleinarbeit erforderlich. Das sind einige der besten Beispiele für die Einsatzbereitschaft der Beschäftigten des Post- und Fernmeldewesens. Ich bin sicher, daß bei weiterer planmäßiger und geduldiger politisch-ideologischer Arbeit unsere Kolleginnen und Kollegen bei der Lösung der im zweiten Fünfjahrplan gestellten Aufgaben aktiv mitarbeiten werden.

### Einige Hinweise zur Planerfüllung am 30.9.1957

Wenn wir den Stand der Planerfüllung betrachten, wie er zum 30.9.1957 für das I.—III. Quartal ausgewiesen wird, so ist erfreulich, daß das Betriebsergebnis mit 103 Prozent erfüllt ist und die Haushaltsakkumulation sogar mit 105,2 Prozent. Dieses an und für sich positive Ergebnis darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß noch Mängel in der Planerfüllung vorhanden sind. Der Leistungsplan wurde nur mit insgesamt 99,6 Prozent erfüllt. Der Erfüllung im Post- und Zeitungswesen insgesamt mit 100,7 Prozent (der Postzeitungsvertrieb hat nicht erfüllt) steht eine Nichterfüllung im Fernmeldewesen (99,1 Prozent) gegenüber. Auch der Stand der Erfüllung der Investitionsvorgänge ist nicht, wenn man feststellt, daß dieser bei 57,3 Prozent — bauteilig bei 55,1 Prozent — liegt. Wenn wir feststellen, daß die Gesamtinvestitionen im 2. Fünfjahrplan wesentlich steigen, aber den Vorstellungen und Wünschen nicht ganz entsprechen können, so ist es doch bei dem genannten Erfüllungsstand kaum anzunehmen, daß die zur Verfügung stehenden Mittel maximal genutzt werden. Hier bedarf es aber noch besonders der Eigeninitiative.

### Fortsetzung der Verpflichtungsbewegung

Selbstverständlich werden die Anstrengungen unserer Kolleginnen und Kollegen die Planerfüllung ein Stück weiterbringen. Ich möchte aber besonders noch darauf hinweisen, daß die Verpflichtungsbewegung bis zum Jahresende weiter fortgesetzt werden muß. Um maximal die Planerfüllung im Jahre 1957 zu sichern und die Grundlage für die Planablauf 1958 zu schaffen, die Verpflichtungsbewegung soll sich nach wie vor besonders auf die zu beeinflussenden Leistungen und auf die überall noch schlummernden Reserven konzentrieren.

### Auch auf diese Reserven achten — Ausfallstunden

In diesem Zusammenhang möchte ich auf Verluste an Arbeitszeit hinweisen, mit deren Senkung wesentliche Reserven genutzt werden könnten. Hierfür einige Beispiele. Wegen unentschiedensten Fehlens im Post- und Zeitungswesen gab es im III. Quartal 1957 fast 32000 Ausfallstunden, gegenüber 26700 im I. Quartal 1957 und 25900 im III. Quartal 1956. Durch unbezahlten

Urlaub entstanden im III. Quartal 1957 fast 32000 Ausfallstunden. Auch hier ist ein Ansteigen zu verzeichnen. Aber auch die Ausfallzeiten durch Unfälle im III. Quartal 1957 in Höhe von 170700 Stunden für die Deutsche Post insgesamt sind zu hoch. Der Krankenstand liegt im Durchschnitt wesentlich über dem geplanten Stand. Einem geplanten Krankenstand von 4,02 Prozent steht ein durchschnittlicher Krankenstand von 5,28 Prozent für die Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1957 gegenüber.

Wie wurde beim MPF, den BPF und den Ämtern das 32. Plenum ausgewertet?

Die Aufgaben des 33. Plenums des Zentralkomitees können wir nicht lösen, ohne zugleich die Beschlüsse des 32. Plenums zu verknüpfen. Das 33. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands kann also nicht losgelöst von den Ergebnissen des 32. Plenums eingeschätzt und ausgewertet werden. Wie sieht es mit dem Auswerten bei der Deutschen Post aus?

In einer erweiterten Kolligiumsitzung, die im August 1957 in Cottbus stattfand, wurde ausgeführt über die Beschlüsse des 32. Plenums beraten. Inzwischen sind zahlreiche vom 32. Plenum erwähnte und erörterte Aufgaben, Fragen und Probleme vom 33. Plenum verknüpft worden. Deshalb ist es wichtig zu

prüfen, wie mit den Materialien des 32. Plenums in den Bezirken gearbeitet wurde.

Obwohl auf der Kolligiumsitzung in Cottbus empfohlen wurde, Vorschläge, die sich aus der Auswertung des 32. Plenums ergeben, der Parteikommission bei der Betriebsparteiorganisation des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen zu übergeben, haben das von den 16 Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen nur die Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen Dresden, Leipzig und Berlin getan. Bei einem solchen Sachverhalt muß man fragen: Gibt es keine Vorschläge? Das ist kaum anzunehmen! Es wäre vermessen, sich der Illusion hinzugeben, als sei alles in Ordnung. Also muß es andere Ursachen geben, warum keine Vorschläge weiter übergeben sind.

Es entsteht der Eindruck, daß in den Bezirken und Ämtern die Materialien der 32. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands nicht konsequent ausgewertet wurden. Das bedeutet aber, eine Aufgabe, die die Partei der Arbeiterklasse stellt, nicht auszuführen! Was hat z. B. die Prüfung im Bereich der Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen Berlin ergeben?

Auf Grund der Kolligiumsitzung in Cottbus hat der Leiter der Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen Berlin eine Tagung mit den Leitern der Ämter durchgeführt. Und was geschah daraufhin in den Ämtern? Beim Hauptpostamt Pankow haben weder der Leiter des Amtes noch die Betriebsgewerkschaftsleitung oder die Betriebsparteiorganisation Beratungen und Diskussionen organisiert. Beim Hauptpostamt Berlin N 58 fand am 18. September 1957 eine Dienstbesprechung statt, die lediglich eine Weitergabe von Weisungen war, ohne konkret auf die Bedingungen im Amt einzugehen. Die Betriebsparteiorganisation hat in den Dienststellen lediglich Ausdrucksformen allgemeiner Art geführt. Der Leiter des Hauptpostamtes Berlin N 58 hat es auch versäumt, bei den angeschlossenen Ämtern zu kontrollieren, wie die Beschlüsse des 32. Plenums ausgewertet wurden. Darauf ist es zurückzuführen, daß der Leiter des Postamtes Berlin NO 55 weder die Referate und Beschlüsse des 32. und des 33. Plenums gelesen noch studiert oder gar etwas zu ihrer Verwirklichung unternommen hat. Günstiger war das Ergebnis der Überprüfung beim Postamt Weißensee. Dort hat der Amtsversteher mit den Mitarbeitern gemeinsam eine Auswertung vorgenommen. Beim Hauptlegienamt fand mit den Abteilungsleitern eine Dienstbesprechung statt, an der jedoch die Meister nicht beteiligt wurden, die unmittelbar politisch und fachlich Einfluß auf die Belegschaft zu nehmen haben. Bei der Vielzahl der wenig beachteten Beispiele muß man fragen, wie die Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen getan haben, um sich zu unterrichten.

Für die genannten Postämter ist Kollege Klose als Instrukteur der Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen eingesetzt. Er hat die Ämter wiederholt aufgesucht, aber sich nicht ein einziges Mal für die Arbeit mit den Materialien des 32. Plenums interessiert. Es ist erfindlich, daß die Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen Berlin als eine der wenigen Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen Vorschläge unterbreitet hat. Sie sollte jedoch aus dem Ergebnis der Kontrolle erkennen, daß Vorschläge allein keinesfalls genügen, wenn sie nicht ein Fortschritt der Diskussion mit den Werktätigen sind.

Über die Arbeit der Parteikommission bei der Betriebsparteiorganisation im Ministerium für Post- und Fernmeldewesen möchte ich ebenfalls einiges sagen. Bei der Parteikommission sind Hunderte Vorschläge, Hinweise und Anregungen eingegangen, die geprüft und dem Minister für Post- und Fernmeldewesen übergeben wurden mit einer Empfehlung, sie durchführen oder in Kommissionen usw. konkreter ausarbeiten zu lassen. Das Kolligium des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen hat sich ebenfalls mit den verschiedenen Vorschlägen beschäftigt. Es ist meines Erachtens wichtig, auf einige Vorschläge aufmerksam zu machen, die zur Zeit bearbeitet werden und die zeigen, wie das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen die Anregungen und Vorschläge berücksichtigt und entsprechende Maßnahmen vorbereitet.

Von entscheidender Bedeutung ist eine gute politisch-ideologische Arbeit. Sie ist die Grundlage für eine bessere Arbeitsweise, wie sie vom 32. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands verlangt wird. Zu diesem Zweck sollen die Abteilungen des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen in stärkerem Maße Konsultationen mit den Mitarbeitern der Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen und der Ämter z. B. über Fragen der Planung, des Kasens- und Rechnungswesens, Arbeit und Löhne usw. durchführen. Eine solche Arbeitsweise wird uns helfen, viele Fragen schnell und unbürokratisch zu lösen. Brigademeinzieher zur Anleitung und Kontrolle der Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen und der Ämter werden zu einem wichtigen Bestandteil der Arbeit des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen.

Die Hauptverwaltung Post wird im I. Quartal 1958 auf einer Tagung mit den Leitern der Hauptpostämter die ökonomischen Aufgaben des Post- und Zeitungswesens im 2. Fünfjahrplan sowie über Fragen der Perspektive der einzelnen Betriebsdienstzeite beraten.

Zur Zeit werden die statistischen Unterlagen im Post- und Fernmeldewesen überprüft mit dem Ziel, die Statistiken zu vereinfachen und zu vervollständigen. Bis Ende 1958 will die Hauptverwaltung Post die ADA XIII (Teil Postwesen) neu bearbeiten. Arbeitskrisen oder Abteilungen des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen und Experten aus den Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen und den Ämtern beschäftigen sich gegenseitig mit der Verbesserung der Revisions- und Kontrolltätigkeit des Ministeriums, dem Hochbau der Deutschen Post, der Organisation des Pressevertriebs, der Abgrenzung des Paketverkehrs der Deutschen Post zum Kleinverkehr der Deutschen Reichsbahn, der Änderung der Struktur im Bezirk Suhl, der Verbesserung der Organisation und der Ergänzung der Aufgaben des Punktsatzungs- und überwachungsdiens, der Organisation der Deutschen Postwerbung, der Verbesserung der Planmethode bei der Deutschen Post und der Arbeitsweise der Zentralen Abteilungen Arbeit und der Abteilungen Arbeit in den Hauptverwaltungen. Außerdem werden Maßnahmen zur Verbesserung der Organisation des Beschaffungswesens der Deutschen Post vorbereitet. Das sind nur einige Aufgaben, die sich das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen im Zusammenhang mit der Auswertung des 32. Plenums des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands stellt. Der größte Teil dieser Untersuchungen wird im I. Quartal 1958 abgeschlossen.

Der 2. Fünfjahrplan ist nur gemeinsam mit den Arbeitern und Angestellten zu erfüllen

Der Aufbau des Sozialismus wird nicht allein mit finanziellen oder materiellen Mitteln vollbracht, er ist vor allem, wie Walter Ulbricht auf dem 32. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hervorhob — eine Erziehung der Menschen. Die leitenden Angestellten sind nicht in erster Linie Verwalter unseres Wirtschaftszweiges oder Organisations des Post- und Fernmeldedienstes, sie sind vor allem Funktionäre der Arbeiter- und Bauern-Macht. Sie haben die Werktätigen richtig anzuleiten und zu erziehen, damit diese sich immer mehr die sozialistische Weltanschauung aneignen und ihre schöpferische Kraft bewußt dem Aufbau des Sozialismus geben.

Die erste Voraussetzung zum Lösen aller Aufgaben und zum Überwinden der Schwierigkeiten ist stets die Hebung des Bewußtseins, die Aneignung eines neuen gesellschaftlichen Verantwortungsbewußtseins. Die Bewußtseinsbildung erfolgt jedoch auch bei unseren Beschäftigten nicht einheitlich. Das Wachstum des Bewußtseins hält nicht immer Schritt mit dem erreichten Stand der Produktionsverhältnisse, mit dem Charakter des Staates usw. An diese Tatsache müssen wir bei der politisch-ideologischen Arbeit immer denken.

Republikflucht

Neben den Millionen Werktätigen, die bereits ein hohes soziales Bewußtsein besitzen, gibt es solche, die in ihrem Bewußtsein nachhinken. Bei diesen existieren Reste der alten

kapitalistischen Denkweise, sie hängen noch heute mit dem Kapitalismus. Hier aber setzt der Bonner Monopolkapitalismus Hölzer an. Hier beginnt er mit seiner „Aufweichungstaktik“. Das ist die Taktik, die insbesondere nach dem Scheitern des konterrevolutionären Aufstandes gegen die Volksrepublik Ungarn eingesetzt wurde. Das ist eine der Varianten des „kalten Krieges“. Dazu gehört aber auch die Organisation der Republikflucht. Dabei müssen wir weiter beachten, daß Westdeutschland und West-Berlin zum Zentrum, zur Hauptbasis aller noch bestehenden imperialistischen Staaten geworden sind, daß sie einen wesentlichen Eckpfeiler der aggressiven NATO-Politik darstellen.

Walter Ulbricht sagte:

„Jede Flucht oder Übersiedlung nach Westdeutschland bedeutet eine Hilfe für die westdeutsche Militärbasis der NATO mit Arbeitskräften und einen Verlust von Arbeitskräften in der DDR. Eine Republikflucht ist Verrat an den friedlichen Interessen des Volkes und nützt Westdeutschland, das NATO-Basis ist!“

Was will die Großbourgeoisie mit der Republikflucht erreichen? Sie will den Aufbau des Sozialismus stören. Die Republikflucht soll den Arbeitern in Westdeutschland, die gegen die Diktatur der Imperialisten und Militaristen sind, den Boden unter den Füßen entziehen; sie ist eine Methode des Dolchstoßes. Die Republikflucht soll den Kriegstreibern nützen und den friedliebenden Menschen Schaden bringen.

Kampf gegen die Republikflucht, das ist ein Stück Klassenkampf für die Sicherung des Friedens und für die Wiedervereinigung Deutschlands. Der Kampf gegen die Republikflucht ist ein Teil unseres Kampfes gegen die Bonner Kriegspolitik. Daher ist es erforderlich, in dieser Frage von der Administration wegzukommen und im Sturmschritt zu einer großen politisch-ideologischen Offensive gegen die Überreste der kapitalistischen Ideologie zu gelangen. Oft war es üblich, daß die Leitungen von der Republikflucht allgemein Kenntnis nahmen. Das ist aber nichts mit einer offensiven politisch-ideologischen Arbeit zu tun. Wenn die Republikflucht Verrat an den friedlichen Interessen des Volkes ist, dann müssen diese Interessen eben offensiv verteidigt werden. Das heißt in den Dienststellen, Ämtern und Betrieben muß den Mitarbeitern der Charakter des westdeutschen NATO-Staates erklärt werden. Wir haben auch dafür zu sorgen, daß man den Interessen unserer Werktätigen Verständnis entgegenbringt und sie unterstützt beim Überwinden persönlicher Schwierigkeiten und Mängelheiten, die manchmal Ursachen unbedachter Schritte sind.

Ideologische Vorbereitung der Mechanisierung

Es gibt im Post- und Fernmeldewesen noch andere ideologische Unklarheiten. Zur Zeit wird angestrengt daran gearbeitet, den Betriebsablauf zu mechanisieren, neue Betriebsverfahren auszuarbeiten, den Betriebsdienst anders zu organisieren usw. Hierbei treffen wir bei den Beschäftigten oft auf Widerstand. So ist z. B. bekannt, daß bei der Neugorganisation des Postbeförderungswesens die Bahnpostfahrer zurückhaltend sind. Aber auch in anderen Fällen wird neuen Formen der Arbeit mit Skepsis begegnet. Subjektive Erwägungen spielen dabei oft eine Rolle, aber auch das menschliche Beharrungsvermögen an jahrzehntelang angewandten Arbeitsformen.

Was sind die Ursachen für ein solches Verhalten? Sie liegen fast ausschließlich darin, daß die ideologische Vorbereitung dieser Maßnahmen mit den Werktätigen vernachlässigt oder überhaupt nicht durchgeführt wird. Ich meine, daß es relativ leicht möglich ist, die Kollegen und Kollegen für neue Betriebsverfahren, für Maßnahmen der Mechanisierung usw. zu interessieren und ihre Mitarbeit zu sichern. Allerdings muß ihnen verständlich und beharrlich erläutert werden, welchen Anteil sie selbst an dieser Entwicklung haben und welche Perspektiven sich für sie



Labor für Wählertechnik des Instituts für Post- und Fernmeldewesen (A. 197)

selbst ergeben. Die Erläuterungen müssen über den begrenzten Rahmen des Arbeitsplatzes hinausgehen und die Perspektive erfassen.

**Nicht auf Anweisungen von oben warten!**

Und eine weitere ideologische Schwäche will ich nennen, die besonders im Post- und Fernmeldewesen sichtbar wird. In meinen Ausführungen habe ich die ökonomischen Aufgaben genannt, die von uns gemeinsam zu lösen sind. Einige Maßnahmen sind darunter, deren Erfüllung entscheidend von der Arbeit des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen und der Hauptverwaltung abhängt. Die meisten Aufgaben allerdings müssen durch die Tatkraft und Initiative aller Postangehörigen in den Ämtern und Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen gelöst werden. Damit komme ich zu der weiteren, besonders im Post- und Fernmeldewesen vorhandenen ideologischen Schwäche, zu der Tendenz des Abwartens, der Tendenz des „auf Anweisung Wartens“.

Ich beschieße die Wichtigkeit der straffen und zentralen Leitung des Post- und Fernmeldewesens anzuerkennen. Aber ich komme nicht umhin festzustellen, daß keineswegs schon alle Möglichkeiten der Entwicklung der Eigeninitiative erschöpft sind, ohne dabei an der zentralen Leitung des Nachrichtenwesens zu rütteln. Das beweist uns n.a. täglich der innere Schrift- und Fernsprechverkehr. Daher müssen wir uns in den nächsten Wochen und Monaten besonders auf die Beseitigung auch dieser Ideologie konzentrieren.

**Fragen der Entlohnung**

Uns ist bekannt, daß in den Diskussionen, Aussprachen usw. oft Fragen der Entlohnung im Mittelpunkt der Gespräche stehen. Daher halte ich es für ratsam, auf folgende Ausführungen Walter Ulbrichts vor dem 33. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands aufmerksam zu machen:

„Wir halten es für erforderlich, daß die zuständigen Regierungsorgane in enger Zusammenarbeit mit den FDGB und den Industriegewerkschaften ein genaues Programm ausarbeiten, welches festlegt, wie über mehrere Jahre hinweg die Lohnpolitik durchgeführt wird.“

Und weiter:

„Zweifellos wird es gründliche monatliche Arbeit kosten, ein solches Programm auszuarbeiten, denn es müssen eine Menge konkrete Fragen gelöst werden!“

Liechhof der Fachschule für Post- und Fernmeldewesen „Rosa Luxemburg“ in Leipzig (Autv. Heger, Leipzig)



Diese Feststellungen sind klar und deutlich. Sie besagen, daß Einzelaktionen in den Wirtschaftszweigen unterbleiben müssen, weil sie die von 33. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gegebene Perspektive bezüglich der Entwicklung des Lohnes der Arbeiter und Angestellten gefährden würden. Die Zentrale Abteilung Arbeit untersucht seit einiger Zeit die Entlohnungsformen und -systeme im Post-, Fernmelde- und Funkwesen. Das ist eine schwere und langwierige Arbeit, deren Ergebnis in die Gesamtkonzeption des 33. Plenums einfließen wird.

**Zusammenfassung**

Zum Schluß meiner Ausführungen möchte ich die wichtigsten Punkte zusammenfassen:

1. Die Erfüllung der von 33. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gestellten ökonomischen Aufgaben für die nächsten Jahre des 2. Fünfjahresplans ist auch im Post- und Fernmeldewesen keine einfache Sache. Sie erfordert einen hartnäckigen Kampf zur Überwindung zahlreicher erster Schwierigkeiten.
2. Die dem Post- und Fernmeldewesen von der Regierung bereitgestellten finanziellen und materiellen Mittel erlauben es, die im 1. Fünfjahresplan erzielten Erfolge zu sichern und systematisch auszubauen. Die Mittel sind gegenüber dem 1. Fünfjahresplan auf fast 150 Prozent angestiegen; sie entsprechen dem ökonomischen Stand in der Deutschen Demokratischen Republik.
3. Voraussetzung für das Lösen der Aufgaben ist die Bereitschaft der Mitarbeiter, sich hierfür tatkräftig einzusetzen. Das hängt jedoch in starkem Maße von der politischen Gewissenhaftigkeit und Sorgfalt der Funktionäre ab.
4. Die planmäßige und beharrliche politisch-ideologische Arbeit muß dazu beitragen, daß unsere Mitarbeiter den aggressiven Charakter des westlichen Staates erkennen und in diesem Zusammenhang Klarheit über die Republikflucht erlangen; daß sie bereit sind, bei der Einführung der Mechanisierung und bei der Anwendung neuer Betriebsverfahren mitzuhelfen und die Tendenz des Abwartens, der Anweisung von oben, zu überwinden.
5. Die Verpflichtungsbeziehung und der sozialistische Wettbewerb müssen mithelfen, die Planerfüllung 1958 zu sichern.
6. Nach allen Reserven ist intensiv zu suchen; sie sind sofort nutzbar zu machen.
7. Es muß zugleich mit der Lösung der gestellten Aufgaben begonnen werden. Dabei kommt der Initiative der Leitungen auf allen Ebenen und der Beschäftigten die allergrößte Bedeutung zu.
8. Die systematische Auswertung der Referate und Beschlüsse des 32. und 33. Plenums der Partei der Arbeiterklasse ist konsequent fortzusetzen.

Die Arbeiterklasse, die Bauern, die Intelligenz, alle Demokraten und Patrioten, haben seit 1945 große Erfolge erzielt. Sie haben die alte Ordnung unwiderruflich beseitigt. Nunmehr bauen sie den Sozialismus auf, was kein Sonntagspaziergang ist. Nur auf dem Wege des Überwindens großer Schwierigkeiten wird der Sieg erkämpft. Dem Sozialismus gehört die Zukunft! Er ist die Sicherheit, für immer frei zu sein von der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung. Er gewährleistet den ständigen wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg. Er gibt unserer Bevölkerung die Perspektive, die monopolistische Wirtschaft Westdeutschlands einzukolnen und zu überholen.

Pflanzt diese Erkenntnisse mit Liebe und Geduld in die Herzen und Hirne der Menschen! Seid kompromisslos im Kampf gegen alle feindlichen Einflüsse! Lernet von den Werktätigen und erhaltet ihnen die Aufgaben, denn wird es uns in gemeinsamer Arbeit gelingen, die Beschlüsse des 32. und 33. Plenums des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auch bei der Deutschen Post zu verwirklichen.

**Diskussionsbeiträge**

Koll. Petzold, Leiter der BPF Cottbus

Zu Anfang will ich einige Bemerkungen über die organisatorische Seite der Auswertung des 32. Plenums des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands machen. Die Auswertung wurde in der Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen damit begonnen, daß alle Abteilungsleiter der Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen den Auftrag erhielten, mit ihren Mitarbeitern die Materialien des 32. Plenums des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu studieren und Schlußfolgerungen für die Arbeit zu treffen. Im Anschluß daran wurden zwei Abteilungsleiter-Besprechungen durchgeführt, wo die Schwerpunkte und die Schlußfolgerungen sowie meine Vorschläge für die weitere Arbeit diskutiert wurden. Gleichzeitig dienten diese Besprechungen zur Vorbereitung der Tagung mit den Leitern der Ämter des Bezirks.

Die Tagung mit den Leitern der Ämter fand am 9. 8. 1957 statt. Als Ergebnis dieser Tagung wurde ein

„Plan zur Weiterführung der Arbeit für den Bereich der Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen“

ausgearbeitet, der allen Ämtern als Hilfe und Grundlage zur Durchführung eines eigenen Programms zugeleitet wurde.

Dieser Plan ging von einer Einschätzung der politischen Situation im Bereich des Post- und Fernmeldewesens im Bezirk aus. Außerdem stand im Vordergrund unserer Auswertungen ständig der Gedanke, daß der Aufbau des Sozialismus in erster Linie eine Frage der Erziehung der Menschen ist. Entsprechend dieses Grundsatzes wurde alle anderen Fragen erörtert. Im Vordergrund unserer Arbeitsprogramme wie auch unserer Arbeit bei der Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen und den Ämtern standen deshalb die politisch-ideologischen Probleme sowie die Veränderung des Arbeitsstils und der Arbeitsweise der Mitarbeiter der Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen und der Ämter. Erst in zweiter Linie wurden Strukturfragen erörtert.

Damit wurden die Voraussetzungen zur erfolgreichen Lösung der wichtigen Aufgabe, nämlich der engen, unlösbaren Verbindung zwischen den Arbeitern und Angestellten des Post- und Fernmeldewesens zu den Leitungen der Ämter, geschaffen. Die am 22. 8. 1957 beim Hauptpostamt Cottbus durchgeführte erweiterte Sitzung des Kollegiums des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen, an der alle Leiter, Parteisekretäre und Vorsitzende der Betriebsgewerkschaftsleitungen der Ämter des Cottbuser Bezirks teilnahmen, bestätigte die Richtigkeit unserer Maßnahmen und gab uns sowie allen Ämtern des Bezirks neuen Aufschwung bei der Arbeit.

So wurden die homogenen Aussprachen mit allen Teilen der Beschäftigten im Bezirk als eine ständige Methode der Arbeit weiter fortgesetzt. Besonders ist hier die relativ gute Arbeit am Hauptpostamt Lübben zu nennen, wo durch diese Aussprachen in vielen Fällen Klarheit unter unseren Beschäftigten geschaffen werden konnte. Dies trug dazu bei, daß in diesem bis dahin immer am Ende liegenden Hauptpostamt ein wesentlicher Aufschwung in der Wettbewerbsarbeit erreicht wurde. Auch das Hauptpostamt Cottbus verdient es, an dieser Stelle lobend erwähnt zu werden. Die Kontrolle zeigte, daß die leitenden Funktionäre des Hauptpostamtes bei allen Gelegenheiten mit den Beschäftigten im Betriebsdienst das politische Gespräch führten. In allen Produktionsberatungen — besonders bei den Vorbereitungen der Versammlung zur Rechenschaftslegung über den Betriebskollektivvertrag — haben die leitenden Mitarbeiter neben den Aussprachen am Arbeitsplatz mit den Betriebsangehörigen diskutiert. Als Ergebnis des Aufschwunges in der politisch-ideologischen Arbeit wie auch im Zusammenhang mit der Erfüllung der Aufgaben des Wettbewerbs zu Ehren des 40. Jahrestages der Oktoberrevolution wurde erreicht, daß 650 Kollegen dieses Hauptpostamtes Verpflichtungen übernommen haben, davon 470 Kollegen Verpflichtungen zur Planerfüllung.

Nicht befriedigen kann die Entwicklung und das Auftreten der leitenden Funktionäre des Fernmeldeamtes Senftenberg.

Hier muß häufig die Hilfe und Unterstützung seitens der Mitarbeiter der Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen und der Industriegewerkschaft Post- und Fernmeldewesen energischer und zielstrebig eingesetzt. Obwohl im Zuge der Vorbereitungen der ökonomischen Konferenz der Hauptverwaltung Fernmeldewesen bei allen Produktionsberatungen Mitarbeiter der BPF und die leitenden Mitarbeiter der FMA auftraten, konnte noch keine volle Klarheit über alle Fragen erreicht werden.

Ein positives Beispiel in unserer politischen Arbeit ist die Kampfgruppenarbeit. Dieser Kampfgruppe gehören neben über 30 Mitarbeitern der BPF auch Genossen und Kollegen aus dem HPA und aus dem FMA Cottbus an. Die Postler in Cottbus bilden den Hauptteil einer Hundertschaft. Auch in den Ämtern des Bezirks arbeiten Genossen und Kollegen in den Kampfgruppen mit, obwohl bei den HPA Hoyerswerda, Finsterwalde, Lübben und Falkenberg noch weitere Fortschritte gemacht werden müssen. Allgemein kann festgestellt werden, daß die Mitarbeiter bei den verschiedensten Anlässen gefestigt auftraten, obwohl in verschiedenen Fällen — das gilt auch für die Mitarbeiter der Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen — nicht immer mit letzter Konsequenz falschen Auffassungen begegnet wurde. Besonders erfreulich ist das Bemühen der Kollegen der Abteilung Fernmeldewesen, ihre Probleme immer im richtigen Zusammenhang mit den politischen Aufgaben zu betrachten.

Wie wurde ein weiterer Punkt in unserer Arbeit realisiert? Ich spreche von der Übernahme freiwilliger körperlicher Arbeit, verbunden mit der politischen Agitation und der langfristigen Hilfe an Ort und Stelle als ständige Praxis der leitenden Tätigkeit. Von den Mitarbeitern der Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen wurden bisher 900 Stunden körperliche Arbeit geleistet. Das sind durchschnittlich 14 Stunden je Beschäftigten der Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen. Insgesamt wurden im Bezirk bisher 8700 Stunden geleistet. Wir schätzen dieses Ergebnis als gut ein. Bereits hier zeigt sich das Ergebnis im Wettbewerb zu Ehren des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution.

Der langfristigen Hilfe an Ort und Stelle wurde seitens der Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen große Aufmerksamkeit zugewendet. Es erfolgte u.a. erneut ein längerer Einsatz über 4 Tage beim Hauptpostamt Falkenberg mit einer Komplexbrigade. Im Verlaufe dieses Arbeitseinsatzes wurden endgültige Grundlagen für die Verbesserung der Arbeit beim HPA Falkenberg geschaffen, indem kadernmäßige Veränderungen durchgeführt wurden. Die Mitarbeiter der Abteilung Postzeitungswesen waren jeweils für die Dauer von einer Woche bei einem Postzeitungsvertrieb des Bezirks tätig. Auch im Verlaufe der Plandiskussion in unseren Ämtern waren die Kollegen und Paten der Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen mehrere Tage in den Ämtern und unterstützten diese Diskussionen. Überhaupt zeigte sich bei den Plandiskussionen in fast allen Ämtern und Dienststellen eine gute Bereitschaft der Kollegen zur Erfüllung des Planes. Sie brachten damit ihre positive Einstellung zum Arbeiter- und Bauern-Staat zum Ausdruck.

Im Zusammenhang mit der Verpflichtungsbeziehung „Jeder gute Tag für unsere gemeinsame sozialistische Sache“ brachten die Plandiskussionen einen Aufschwung zur Erfüllung der Pläne in allen Hauptpostämtern. Diesen beiden Faktoren, die ständig im Mittelpunkt der Arbeit standen und der dabei entwickelten Initiative ist es zu verdanken, daß der Plan im Postwesen in diesem Jahr erfüllt werden wird.

Beim Fernmeldeamt Cottbus wird es bei weiterer angestrebter Arbeit gelingen, den Plan zu erfüllen. An einem kleinen Beispiel möchte ich beweisen, daß Erfolge zu verbuchen sind, wenn die richtigen Methoden angewendet werden. Allein dadurch, daß die Leitung des Fernmeldeamtes Cottbus dazu überging, die Rentabilitätsbesprechungen in den Meisterbereichen durchzuführen, konnte im Oktober 1957 der Plan der Fertigungsgemeinkosten auf 80,2% gesenkt werden. Damit wurde erstmalig der Plan um fast 7% unterschritten.

Auch in den Ämtern wurde teilweise zur Methode der langfristigen Hilfe übergegangen. So z.B. beim Hauptpostamt Senftenberg, wo mit Hilfe von Brigaden mit der Lösung schwieriger Aufgaben begonnen wurde. Damit wurde erreicht, daß sich der



Arbeitsablauf und das Rechnungswesen erheblich verbessert, Schwierigkeiten im Postbetriebsdienst beseitigt und Verbesserungen im Paketzustellendienst erreicht werden konnten.

Mit der Veränderung des Arbeitsstils wurde die politische Patenarbeit weiter gefördert und verbessert. Ich muß an dieser Stelle aber auch sagen, daß durch eine bessere und konsequenter Kontrolle noch größere Erfolge hätten erreicht werden können. Diese kritische Feststellung gilt auch für mich. Die notwendigen Schlußfolgerungen haben ich und einige meiner Mitarbeiter bereits gezogen, und in Zusammenhang mit der Auswertung der Beschlüsse des 33. Plenums des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wird auch dieser Mangel beseitigt werden.

Das Kohle- und Energieprogramm wurde bisher so unterstützt, daß es zu keinen Schwierigkeiten gekommen ist. Dort, wo Schwierigkeiten auftraten, konnten diese rechtzeitig beseitigt werden. Ich möchte in diesem Zusammenhang der Hauptverwaltung Post- und Zeitungsverkehr sowie den Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen danken, die uns bei der Lösung des Arbeitskräfteproblems im Gebiet des Kombinats Schwarz Pumpe und der sozialistischen Wohnstadt Hoyerswerda bei der Sicherstellung der Postversorgung gut unterstützten. Auch im Fernmeldewesen konnten bisher alle Aufgaben trotz angepannter Arbeitsverhältnisse gemeistert werden. Seit einigen Wochen unterstützen uns hier die Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen Dresden, Potsdam und Leipzig mit Fernmeldebauleistungen.

Ich erwähne das, weil das 33. Plenum alle Wirtschaftszweige auf die ökonomischen Schwerpunktaufgaben des 2. Fünfjahresplans orientiert. Erster Schwerpunkt ist aber die Entwicklung der Kohle- und Energiewirtschaft. Dabei spielt der Bezirk Cottbus bekanntlich eine große Rolle. Wir brauchen aber auch weiterhin die Hilfe und Unterstützung.

Wie sieht die Situation nun für 1958 aus?  
Zur erfolgreichen Lösung der Aufgaben im Fernmeldebau fehlen allein dem FVA Senftenberg 60000 Stunden mit einem Wert von rund 300000,- DM.

Kurz noch einige Bemerkungen zu Reisen nach Westdeutschland. Auch hier sind wesentliche Veränderungen im Sinne der Politik von Partei und Regierung zu verzeichnen. Ausdrachen mit den Kolleginnen und Kollegen führen immer dann zum Erfolg, wenn geduldig und beharrlich, aber konsequent, Ausdrachen geführt werden und der Charakter des westdeutschen NATO-Staates erklärt wird.

Der Rolle der Meister und Stellenvorsteher als unmittelbare Organisatoren der Produktion und als wichtiges Verbindungsglied zwischen Amtsleitung und Mitarbeitern muß noch mehr entscheidende Aufmerksamkeit geschenkt werden. Dabei gilt es den teilweise vorhandenen Liberalismus gegenüber ideologischer Schlampelei wie auch Schlampelei in der Arbeit zu überwinden. Auch diese Frage wurde durch uns noch nicht überall gelöst.

Abschließend möchte ich noch zum Stand der Verpflichtungsbewegung und des Wettbewerbs zu Ehren des 40. Jahrestages berichten. Hier gibt es ohne Zweifel gute Ergebnisse. Zum 25. 10. 1957 lagen von 2000 Beschäftigten des Bezirks produktionssteigernde Einzel- und Kollektivverpflichtungen vor. Der Inhalt dieser Verpflichtungen war u. a. die Werbung von 2799 neuen Abonnenten für Zeitungen und Zeitschriften. Tatsächlich wurden bis 25. 10. 1957 6177 Abonnenten geworben. Bis 10. 11. 1957 wurden 8043 Abonnenten allen für die sozialistische Presse, insgesamt über 11000 neue Abonnenten geworben. Gute Erfolge gibt es auch beim Absatz der Sonderverzeichnisse „Hilf dem sozialistischen Uferbau“ und „Ägypten“. Der wertvolle Nutzen aller Produktionsverpflichtungen betrug am 25. 10. 1957 139435,- DM. In allen Ämtern und Dienststellen wird die Verpflichtungsbewegung bis zum Jahresende fortgesetzt. Nicht befriedigen kann der Stand des Wettbewerbs im Fernmeldewesen zu Ehren des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Die Ursachen sind in der ungenügenden Zielstrebigkeit der Fernmeldeämter und in der Inaktivität der betrieblichen Gewerkschaftsleitungen zu suchen.

Wenn ich aus Zeitmangel nicht auf Organisations- und Strukturfragen eingehen, so soll das nicht heißen, daß wir uns mit diesen Fragen nicht beschäftigen hätten. Ich will hierzu nicht auf Einzelheiten der Gedanken eingehen, aber ich halte es für notwendig, darauf hinzuweisen, daß hinsichtlich des Rundfunks und Fernsehens eine bessere Information der Leiter der Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen erforderlich ist. Der Rat des Bezirks z. B. verlangt Aufklärung, die wir allerdings nicht einwandfrei geben können.

Ich habe versucht, Rechenschaft darüber abzulegen, wie und mit welchen Erfolgen bei uns die Arbeit nach dem 32. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands durchgeführt wurde. Als Ergebnis können wir im Bezirk Cottbus feststellen, daß die Arbeit konkreter, zielstrebig und politisch bewußter geworden ist. Das soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir noch viel tun müssen, um begeisterte und befähigte Menschen zu erziehen, die bewußt am Aufbau des Sozialismus mitarbeiten. Es gilt, weiterhin mit aller Kraft daran zu arbeiten, die politische Verantwortung der Mitarbeiter im Post- und Fernmeldewesen des Bezirks zu erhöhen, sie zu prinzipiellsten Bürgern zu erziehen, die immer und ständig die Politik von Partei und Regierung ohne Schwankungen vertreten. Es gilt, weiterhin alle Angehörigen des Post- und Fernmeldewesens zur gemeinsamen Tat für unsere gemeinsame sozialistische Sache zu begeistern. Da bei den Funktionen des Bezirks Cottbus klar ist, daß die Ziel unserer weiteren Arbeit sein muß, wird auch der Erfolg nicht ausbleiben.

**Koll. Griesbach, Leiter der BPF Gera**

Wenn bei der Leitung des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen der Eindruck entstanden ist, daß das 32. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands nicht genügend ausgewertet worden ist, weil keine Vorlage der Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen Gera hat es verstanden, die Maßnahmen, mit denen sie nicht allein fertig wird, zusammengefaßt vorzutragen, sondern ist jeweils an die zuständigen Abteilungen des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen herangegangen.

Aber zur Arbeit der Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen selbst:

Die Auswertung hat damit begonnen, daß in der Leitung der Betriebsparteiorganisation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands bei der Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen Gera eine Aussprache stattgefunden hat. Hier wurden die Hauptfragen ausgearbeitet, die für das Post- und Fernmeldewesen des Bezirks wichtig sind. Danach hat eine Beratung dieser Hauptfragen in der Mitgliederversammlung stattgefunden. Auf dieser Grundlage fand eine Aussprache mit sämtlichen Abteilungen der Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen statt. Weiter wurde eine Tagung mit den Leitern der Ämter durchgeführt.

Die Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen hat dann für die weiteren Arbeiten in den Ämtern die Paten, d. h. die ständigen Beauftragten, eingesetzt, die an den Beratungen in den Abteilungsbesprechungen usw. teilgenommen haben.

Der Schwerpunkt hinsichtlich der Arbeit mit den Belegschaften wurde auf Produktionsberatungen und Gewerkschaftsgruppenversammlungen gelegt. Ein großer Teil der in der Diskussion gemachten Vorschläge wurde sofort eingeführt, z. B. arbeitsorganisatorische Vorschläge, Fragen der Abgrenzung der persönlichen Verantwortung u. a.

Weitere Hauptfragen waren: Verbesserung der Arbeit der Mitarbeiter im Staatsapparat, Einschätzung der eigenen Arbeit sowie der übergeordneten Organe. Welche Beziehungen bestehen zwischen den Mitarbeitern der BPF und den Ämtern? Wie erfolgt die Anleitung und Kontrolle? Was ist zu tun, um die Qualifikation der Mitarbeiter zu heben?

Viele Funktionäre neigen dazu, ihre Aufgabe mit der Lösung des betreffenden „Vorgangs“ als erledigt zu betrachten. Bei

Hochbauvorhaben ist es ähnlich, indem sich die verantwortlichen Mitarbeiter meist darauf beschränken zu prüfen, ob ein Objekt den Anforderungen in baulicher Hinsicht entspricht. Die betriebliche Seite wird dabei meist zu wenig berücksichtigt. Wo sind die Beziehungen zwischen den leitenden Funktionären und den Arbeitern des Betriebsdienstes? Es muß festgestellt werden, daß die Beziehungen zu lose sind und zum Teil überhaupt kein Kontakt besteht. Andererseits besteht zwischen den verantwortlichen Mitarbeitern und denen des Betriebsdienstes ein guter Kontakt. Dieser gute Kontakt ist aber auf meist rein persönliche Beziehungen zurückzuführen.

Wie sieht die politische Arbeit aus? Zur Verbesserung der politischen Arbeit ist es notwendig, daß die leitenden und verantwortlichen Mitarbeiter selbst jederzeit eine konsequente Haltung zeigen und ständig durch ihr Vorbild überzeugen. Es ist beachtlich, künftig in jeder Abteilungsleiterbesprechung eine Aussmilderung über politisch-ideologische Probleme zu führen.

Es ist weiter notwendig, die persönliche Verantwortung zu stärken. Die Leitung der Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen hat bisher den Fehler gemacht, daß, wenn aus einem Amt ein Hilferuf kam, sofort durch einen Mitarbeiter der Bezirksdirektion an Ort und Stelle geholfen wurde. Dieser Mitarbeiter hat dann auch gleich die Entscheidung selbst getroffen. Das hilft aber bei der Stärkung der persönlichen Verantwortung den Ämtern nicht weiter.

Die Kolleginnen und Kollegen in den Ämtern haben die durchgeführten Plandiskussionen begrüßt und mit ihren Kräften unterstützt. Es muß aber vermieden werden, daß dann später eine wesentliche Änderung der Planzahlen erfolgt. Ist dies unumgänglich, muß man dies mit den Belegschaften nochmals eine Plandiskussion durchgeführt werden.

Es sind in großer Anzahl Maßnahmen eingeleitet worden. Jetzt kommt es jedoch darauf an, die bisher ungenügend organisierte Kontrolle der Durchführung auf ein höheres Niveau zu bringen.

Weiter muß den Leitern der Ämter eine größere Hilfe bei der Entwicklung einer guten Leitungsarbeit gegeben werden. Sie müssen beauftragt werden, sich auf die Schwerpunkte der Arbeit zu konzentrieren. Voraussetzung dazu ist die Verbesserung des Niveaus der Dienstbesprechungen in den Ämtern.

Gleichmaßen ist aber auch die Anleitung der Leiter der Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen zu verbessern.

Bisher sind fünf Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen durch starke Brigaden des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen überprüft worden. Zwischenzeitlich sind diese Brigaden des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen verbessert. Aber könnte nicht das Ergebnis der Arbeit dieser Brigaden besser ausgewertet werden, wenn mit den Leitern der Bezirksdirektion in kurzen Abständen Erfahrungsaustausche durchgeführt würden?

Wir müssen bei der Auswertung des 33. Plenums des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands noch konsequenter vorgehen, nicht alle Probleme auf einmal anfassen, sondern uns auf bestimmte Schwerpunkte konzentrieren und diese schnell und wirksam zum erfolgreichen Abschluß bringen.

**Kollege Fiebner, Leiter der BPF Karl-Marx-Stadt**

Staatssekretär Sorinik wies darauf hin, daß nur wenige Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen Vorschläge zum 32. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vorgelegt haben. Koll. Griesbach hat schon auf einige Gesichtspunkte hingewiesen. Ich denke aber, daß man noch auf einen Grund hinweisen muß.

Ich habe festgestellt, daß von den Ämtern sehr wenig Anregungen gekommen sind. Bei persönlichen Gesprächen stößt man auf eine gewisse Skepsis. Sie ergibt sich aus den Ablehnungen von Vorschlägen und Anregungen. In der Vergangenheit war es oft der Fall, daß Vorschläge und Anregungen, die nicht

verwirklicht werden können oder die noch nicht zu verwirklichen sind, abgelehnt werden mußten. Wir täten aber nichts, dieses den Mitarbeitern zu erklären. Vorschläge sind nicht durchgeführt worden. Es ist aber nie eine abschließende Stellungnahme dazu erfolgt.

Weiterhin empfinde ich es als einen Mangel, daß sich manche Diskussionen jahrelang fortziehen und immer wieder zur Debatte stehen. Künftig muß der Vorschlagende sehen, daß man sich mit der Angelegenheit beschäftigt hat, aber die Verwirklichung aus bestimmten Gründen nicht möglich ist.

**Ein weiterer Mangel:**

Es hat sich gezeigt, daß die Kontrolle der Durchführung der gefaßten Beschlüsse ungenügend war. Maßnahmpläne sind nicht nur aufzustellen, sie müssen auch konsequent durchgeführt werden. Deshalb muß schon bei der Aufstellung der Maßnahmpläne real eingeschätzt werden, ob die sachlichen Voraussetzungen zur Erfüllung in der gegebenen Zeit vorhanden sind. Ich ziehe daraus eine Erkenntnis, die für die Ämter, die Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen wie auch für das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen gilt: Was beschlossen wird, muß mit eiserner Konsequenz durchgeführt werden. Dazu sind keine organisatorischen Veränderungen notwendig. Um das zu sichern, muß das Bewußtsein der Mitarbeiter gehoben werden.

**Kollege Adler, Leiter der Hauptverwaltung Fernmeldewesen**

Kollege Petzold wies in seinem Diskussionsbeitrag auch auf die schwierige Arbeitskräftelage hin, die sich u. a. auch im Fernmeldebau bemerkbar macht. Selbstverständlich ist gelöhnt worden. Aber der erneute Appell an die Hauptverwaltung Fernmeldewesen und die anderen Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen werden nicht ausreichen. Auch die Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen Cottbus und die Fernmeldeämter im Bezirk müssen noch etwas mehr tun. Zum besseren Verständnis ein Beispiel:

Ich habe im Fernmeldebau Senftenberg an einer Belegschaftsversammlung teilgenommen, in der zur Sprache kam, daß der Plan im Fernmeldebau gefährdet ist. Es wurde der Neubau einer Fernsprecheinrichtung von 11 km Länge beraten. Ich habe den Vorschlag gemacht, bei der Linie moderne Geräte (Erdböhrer) einzusetzen und zur Bedienung Kollegen von Berlin zu stellen.

Das Aufstellen der Maste wäre dann nicht vom Fernmeldeamt Senftenberg durchgeführt worden. Durch den Erdböhrer würden die Kosten nur auf 5,50 DM, durch Handarbeit dagegen auf 8,00 DM je Mast kommen. Zu diesem Angebot hat kein Kollege gesprochen, auch nicht der Vertreter der Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen Cottbus. Die Abteilung Fernmeldewesen der Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen war damit einverstanden, daß es so gemacht werden sollte. Es wurde auf die Anforderung gewartet. Eine Mitteilung kam nicht. Linie durch Handarbeit bereits fertig sei. Durch den Erdböhrer allein wird das Arbeitskräfteproblem wohl nicht beseitigt, aber doch gemildert. Darüber sollte einmal ernsthaft nachgedacht werden.

**Kollege Kalauha, stell. Vorsitzender des Zentralvorstandes der Industriegewerkschaft Post- und Fernmeldewesen**

Staatssekretär Sorinik hat meines Erachtens umfassend die wichtigsten Aufgaben dargelegt, die sich für das Post- und Fernmeldewesen bei der Auswertung des 33. Plenums des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ergeben. Seine Ausführungen stimmen mit der Auffassung des Zentralvorstandes der IGPF, die in der 8. Tagung des Zentralvorstandes der IGPF dargelegt wurde, überein. Die entscheidende Frage ist, wie wir die politischen und ökonomischen Aufgaben des 2. Fünfjahresplans lösen können. In den letzten Wochen und Monaten haben wir eine Reihe Tatsachen festgestellt, die uns Sorgen machen.

Wenn wir die Arbeit auf dem Gebiet des Betriebskollektivvertrages untersuchen, stellen wir fest, daß sie mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt worden ist. Das Ergebnis sind Stellungnahmen, die besagen, daß wir keine Rechenschaftslegung zum

Betriebskollektivvertrag mehr brauchen oder daß eine im Jahr ausreicht. Es gibt für die Unterscheidung noch viele andere Beispiele. Ich möchte aber klar und deutlich feststellen: Der Betriebskollektivvertrag ist nach wie vor das Mittel, um alle Arbeiter und Angestellten in die große Verantwortung für die politische und ökonomische Entwicklung einzubeziehen. Es gibt auch Feststellungen, wonach Produktionsberatungen durch Abteilungsbesprechungen ersetzt werden. Dies wird Gegenstand der nächsten Sitzung des Zentralvorstandes sein, damit eine solche rückläufige Entwicklung verhindert wird.

Besonders wichtig sind die Ausführungen auf dem 33. Plenum des Zentalkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu den Aufgaben und Pflichten eines Leiters eines volkseigenen Betriebes. Es soll nicht nur eine fachliche Kapazität, nicht nur politischer Führer der Menschen, sondern auch führend bei der Beseitigung von Sorgen und Nöten der Werktätigen sein.

Was meine ich?  
Beim Weihnachts- und Neujahrsverkehr z. B. soll der Leiter nicht nur organisatorisch anleiten, sondern er muß sich auch kümmern, wie für die Kolleginnen und Kollegen gesorgt ist, und won es so eine einfache Sache wie warme Getränke ist. Ich möchte also feststellen, daß die Aufgaben und Pflichten des Leiters eines Amtes drei Seiten einer Sache sind, nämlich die ökonomische Leitung, die politische Führung und die Interessenvertretung der Werktätigen. Diese letzte Seite ist meines Erachtens etwas zu wenig berücksichtigt worden. Sie kann aber nicht ausgeschlossen bleiben, wenn wir weitere Erfolge erzielen wollen!

Ich möchte aber auch noch darauf hinweisen, daß der Klassenfeind mit Hilfe der Agenten kein Mittel unversucht läßt, um das Post- und Fernmeldewesen in jeder nur möglichen Weise zu stören. Der Verband der Westdeutschen Postgewerkschaften hat dazu beschlossen, ein Ostbüro einzurichten. Hierauf kann es nur eine Antwort geben, nämlich die Wachsamkeit auf allen Gebieten zu erhöhen und konsequent gegen jeden Versuch der Störung aufzutreten.

Die Zusammenarbeit zwischen den Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen und des Bezirksvorstandes der Industrie- und Fernmeldegewerkschaft Post- und Fernmeldewesen hat sich im wesentlichen erfolgreich verbessert. Die Erfolge in der letzten Zeit — ich denke insbesondere an die Verpflichtungsbewegung zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution — berechtigen uns, optimistisch zu sein, auch hinsichtlich der Lösung der Aufgaben, die sich jetzt für uns ergeben.

**Koll. Lipfert, Hauptabteilungsleiter**  
Es wurde die Frage aufgeworfen, ob die gegenwärtig bestehende Arbeitsteilung innerhalb des gesamten Post- und Fernmeldewesens richtig ist.  
Meine Meinung ist, daß die bisherige Regelung richtig war und gegenwärtig auch noch richtig ist.

Es ist bekannt, daß Anfang des Jahres 1956 eine Veränderung hinsichtlich der Organisation und Struktur im Ministerium für Post- und Fernmeldewesen beschlossen wurde. Im Rahmen dieses Beschlusses wurde auch die Organisation im Fernmeldewesen verändert. Sie fand ihren Ausdruck in der Bildung des Bereichs Rundfunk und Fernsehen.

Der Hauptgrund der Bildung des Bereichs Rundfunk und Fernsehen bestand darin, die technische Rückständigkeit schnell zu überwinden, also Maßnahmen einzuleiten, um das Fernmeldewesen insgesamt schnell dem internationalen Stand anzugleichen. Durch die Vereinigung der Studios mit der Sendetechnik wurde eine einheitliche Organisation geschaffen, die es

ermöglicht, eine in jeder Hinsicht einheitliche Technik anzuwenden und zu entwickeln. Das hat sich bewährt. Das Fernmeldewesen muß im Interesse der eben genannten Gründe zentral geleitet werden. Das ist die technische Seite. Die politische Seite ist die, daß das Fernmeldewesen ein bedeutendes organisatorisches und propagandistisches Mittel ist.

Von der Planung und den Investitionen wurde die Bezirksdirektionen in allen Einzelheiten verständigt, ebenfalls über die im jeweiligen Bezirk vorhandenen Schwerpunkte.

Mit der Bildung des Bereichs Rundfunk und Fernsehen wurden wissenschaftliche Grundlagen für die Aufgaben zur Versorgung der Deutschen Demokratischen Republik mit Fernsehen und Rundfunk geschaffen. Ich will damit keineswegs sagen, daß in den vergangenen Jahren auf diesem Gebiete nicht gearbeitet wurde. Es fehlte aber die Systematik.

Es sind jetzt ein Versorgungsplan und ein Frequenzverteilungsplan aufgestellt worden. Diese Unterlagen sind neueren Datums, weil auch die Abstimmung mit den befreundeten Staaten erst herbeigeführt werden mußte. Das trifft auch für die Gedanken zur Verbesserung der Arbeit im Fernmeldegrunddienst zu.

Ich schlage deshalb vor, daß im Laufe des Monats Januar die Perspektiven, d. h. die Richtung aller Maßnahmen auf dem Gebiete des Fernmelde- und Postwesens mit den Leitern der Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen in einer Dienstbesprechung besprochen werden.

**Kollgin Ringer, Vorsitzende des Bezirksvorstandes Berlin der IGFP**

Ich begrüße es, daß zu dieser wichtigen Beratung neben den Leitern der Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen auch Kolleginnen und Kollegen aus den Ämtern in Berlin hinzugezogen worden sind und dadurch mit den ökonomischen und politischen Aufgaben des 2. Fünfjahresplans im Post- und Fernmeldewesen unmittelbar vertraut gemacht werden.

Wie sind die genannten Aufgaben zu lösen? Dazu bedarf es einer Hauptvoransetzung — nämlich der gemeinsamen Arbeit. Gemeinsam in der gleichen Richtung vorwärtzgehen heißt, zu den Aufgaben und dem Weg zur Lösung einen einheitlichen Standpunkt festlegen und danach handeln. Diese gemeinsame Arbeit ist auch zwischen der Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen und dem Bezirksvorstand der Industrie- und Fernmeldegewerkschaft Post- und Fernmeldewesen notwendig. Das ist aber in Berlin noch nicht befriedigend.

Ich möchte aber noch auf ein anderes Problem aufmerksam machen. Das ist die Betreuung der Kinder, deren beide Eltern berufstätig sind. Ich denke dabei besonders an die schulpflichtigen Kinder, die sich in ihrer Freizeit auf der Straße aufhalten und damit oft Einflüssen ausgesetzt sind, die der Entwicklung des Kindes nicht dienlich sind.

Wie können unsere Ämter hier eingreifen? Ich denke, jede Anteilnahme sollte sich gemeinsam mit der Betriebsgewerkschaftsleitung ernsthafte Gedanken machen, ob es nicht möglich ist, für die Patenschule oder für die Kinder der Mitarbeiter des Amtes die kulturellen Einrichtungen oder einen anderen Raum zur Verfügung zu stellen. Dort könnten sich die Kinder aufhalten, die Schularbeiten anfertigen und mit Aufgaben beschäftigen, die ihrer geistigen und körperlichen Entwicklung nützen. Dazu sollte eine ältere erfahrene Mitarbeiterin des Amtes zur Verfügung gestellt werden.

**Koll. Gebhardt, Stellvertreter des Ministers**  
Wie aus dem Referat des Staatssekretärs zu entnehmen war, ist ab 1.1. 1958 eine Änderung der Struktur im Bereich der Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen Suhl besichtigt. Hierzu einige ergänzende Erläuterungen:

Wie bekannt ist, wurde im Jahre 1953 in Suhl ein Versuch gemacht, im Zusammenhang mit der Demokratisierung der staatlichen Verwaltung das Post- und Fernmeldewesen innerhalb der Kreise unter einer zusammenfassenden Leitung zu vereinigen. Es wurden damals sogenannte Kreisbetriebe für das Post- und Fernmeldewesen gebildet. (Fortsetzung siehe Einzelheft)

(Fortsetzung von Seite 16)

Fernmeldewesen gebildet. Die Erfahrungen, die in den vergangenen Jahren gesammelt wurden, waren Anlaß, daß von den Ämtern im Bezirk wie auch von der Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen Vorschläge kamen, die nachwies, daß die Organisation unzweckmäßig ist. Sie steht außerhalb der allgemeinen Organisation der Post- und Fernmeldewesens in der Deutschen Demokratischen Republik. Die Schwierigkeiten, die auftreten, lagen in der ungenügenden Bereitstellung technischer Kräfte, insbesondere technischer Kader. Die Folge war eine ungenügende fachliche Unterstützung. Es ergaben sich große Schwierigkeiten z. B. in der Durchführung der Arbeiten im Fernmeldebau, der auf der Ebene eines Kreises nicht richtig organisiert werden kann.

Auf der Grundlage der Vorschläge fand vor einigen Monaten in Suhl eine eingehende Überprüfung statt. Wir haben uns nicht zum Ziel gesetzt, im Bezirk Suhl eine neue Musterstruktur, einen neuen Versuch, durchzuführen, den man auf die anderen Bezirke verallgemeinern kann.

Bei den Maßnahmen, die jetzt im Bezirk Suhl durchgeführt werden, ist das Ziel, die bestehenden Schwierigkeiten zu beseitigen und nicht schematisch eine vollkommene Angleichung an die Struktur der anderen Bezirke vorzunehmen.

Die Hauptunterschiede, die nach der Änderung der Struktur im Bezirk Suhl gegenüber den anderen Bezirken vorhanden sein werden, sind im wesentlichen folgende:

Es werden Fernmeldeämter und Hauptpostämter gebildet, die sich territorial auf die bisherigen Grenzen der Kreisämter für Post- und Fernmeldewesen beschränken.

Es ist nahelegend, daß bei einer demartig geringen territorialen Größe bei den Ämtern nicht mit dem gleichen Verwaltungsaufwand wie in anderen Bezirken gearbeitet werden kann. Außerdem können bestimmte Verwaltungsaufgaben zentral durchgeführt werden. So z. B. das Rechnungswesen des Fernmeldewesens, das also zusammengefaßt bei der Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen durchgeführt wird. Das bedeutet einen weiteren Schritt, nämlich die Bilanzierung bei der Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen und die Überführung der Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen selbst in die Finanzplanung. Selbstverständlich arbeiten die Ämter weiter nach einem Plan, der alle wichtigen Positionen für die betriebliche Arbeit der Ämter enthält.

**Ein neues wichtiges Buch**

Als sei Nürnberg nie gewesen... von Prof. J. Sawicki. VEB Deutscher Zentralverlag Berlin 1957. Etwa 400 Seiten, Ganzleinen etwa 12,- DM.

In Nürnberg stellte das internationale Gericht Prinzipien auf, durchaus geeignet, die internationalen Beziehungen zwischen den Staaten und damit das Völkerrecht weiterzuentwickeln, auf ein höheres Stufe zu heben. Während sich der eine deutsche Staat seit seinem Bestehen diese Prinzipien zu eigen gemacht hat, beobachten wir alle mit Schrecken, wie in dem anderen deutschen Staat, der Bundesrepublik Deutschland, die jene Kräfte wieder zu Wort und Macht gekommen sind, die jene Kräfte wieder zu Wort und Macht gekommen sind, die jene Kräfte wieder zu Wort und Macht gekommen sind, die jene Kräfte wieder zu Wort und Macht gekommen sind, die jene Kräfte wieder zu Wort und Macht gekommen sind.

**und Maschinenbau aller Art**

shikauer Straße 51 · Ruf: Sa.-Nr. 42 51



- Gummistempel · Siegel · Gummidrucklacksche
- Datumeingangsstempel · Sack- und Kistenstempel · Namen-, Firmen- und Maschinenschilder in Metall und Kunststoff
- Goldprägestempel · Petschafte · Kreis- und Längstellungen · Artikelbedingtes Zubehör

VEB

**Stempel · Siegel u. Gravierung**

Berlin C 2, Neue Schönhauser Straße 16  
42 68 78 / 42 30 57

**nierstoffe jeder Art**

Betriebskollektivvertrag mehr brauchen oder daß eine im Jahr ausreicht. Es gibt für die Unterschätzung noch viele andere Beispiele. Ich möchte aber klar und deutlich feststellen: Der Betriebskollektivvertrag ist nach wie vor das Mittel, um alle Arbeiter und Angestellten in die große Verantwortung für die politische und ökonomische Entwicklung einzubeziehen. Es gibt auch Feststellungen, wonach Produktionsberatungen durch Abteilungsbesprechungen ersetzt werden. Dies wird Gegenstand der nächsten Sitzung des Zentralkomitees sein, damit eine solche rückläufige Entwicklung verhindert wird.

Es besteht auch die Gefahr, daß Planänderungen administrativ vorgenommen werden. Planänderungen müssen genau wie die Planaufstellung mit den Werktätigen beraten werden. Unsere Kolleginnen und Kollegen werden sonst gleichgültig, und das ist eine große Gefahr. Notwendige Planänderungen müssen von den Leitungen sehr sorgfältig vorbereitet werden.

Besonders wichtig sind die Ausführungen auf dem 33. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu den Aufgaben und Pflichten eines Leiters eines volkseigenen Betriebes. Er soll nicht nur eine fachliche Kapazität, nicht nur politischer Führer der Menschen, sondern auch Führer bei der Beseitigung von Sorgen und Nöten der Werktätigen sein.

Was meine ich?

Beim Weihnachts- und Neujahrsverkehr z. B. soll der Leiter nicht nur organisatorisch anleiten, sondern er muß sich auch kümmern, wie für die Kolleginnen und Kollegen gesorgt ist, und wenn es so eine einfache Sache wie warme Getränke ist. Ich möchte also feststellen, daß die Aufgaben und Pflichten des Leiters eines Betriebes drei Seiten einer Sache sind, nämlich die ökonomische Leitung, die politische Führung und die Interessenvertretung der Werktätigen. Diese letzte Seite ist meines Erachtens etwas zu wenig berücksichtigt worden. Sie kann aber nicht ausgeschlossen bleiben, wenn wir weitere Erfolge erzielen wollen!

Ich möchte aber auch noch darauf hinweisen, daß der Klassenfeind mit Hilfe der Agenten kein Mittel unversucht läßt, um das Post- und Fernmeldewesen in jeder nur möglichen Weise zu stören. Der Verband der Westdeutschen Postgewerkschaften hat dazu beschlossen, ein Ostbüro einzurichten. Hierauf kann es nur eine Antwort geben, nämlich die Wachsamkeit auf allen Gebieten zu erhöhen und konsequent gegen jeden Versuch der Störung aufzutreten.

Die Zusammenarbeit zwischen den Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen und des Bezirksvorstandes der Industriergewerkschaft Post- und Fernmeldewesen hat sich im wesentlichen erfreulich verbessert. Die Erfolge in der letzten Zeit — ich denke insbesondere an die Verpflichtungsbewegung zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution — berechtigen uns, optimistisch zu sein, auch hinsichtlich der Lösung der Aufgaben, die sich jetzt für uns ergeben.

Koll. Lippert, Hauptabteilungsleiter

Es wurde die Frage aufgeworfen, ob die gegenwärtig bestehende Arbeitsbelastung innerhalb des gesamten Post- und Fernmeldewesens richtig ist.

Meine Meinung ist, daß die bisherige Regelung richtig war und gegenwärtig auch noch richtig ist.

Es ist bekannt, daß Anfang des Jahres 1956 eine Veränderung hinsichtlich der Organisation und Struktur im Ministerium für Post- und Fernmeldewesen beschlossen wurde. Im Rahmen dieses Beschlusses wurde auch die Organisation im Funkwesen verändert. Sie fand ihren Ausdruck in der Bildung des Bereichs Rundfunk und Fernsehen.

Der Hauptgrund der Bildung des Bereichs Rundfunk und Fernsehen bestand darin, die technische Rückständigkeit schnell zu überwinden, also Maßnahmen einzuleiten, um das Funkwesen insgesamt schnell dem internationalen Stand anzugleichen. Durch die Vereinigung der Studios mit der Sendertechnik wurde eine einheitliche Organisation geschaffen, die es

Aus dem Inhalt:

Die Renaissance der Generale  
Der Geheimbericht des Generals Taylor  
So endet ein Prozeß  
Die literarische Bilanz des Herrn Schacht  
Ein posthumes Zeugnis von Hans Frank  
Erbarman für Spandau  
Der Schlüssel für die Memoiren Ribbentrops  
Keine Anlieferung mehr — dafür Generalstab  
Das Wort hat Himmler  
Die sonderbaren Transaktionen der Familie Krupp  
Hans Fritzsche zweifelt  
Im Vorfeld der Aggression  
Vom Kriminalroman zur Feldweblromantik  
Das Angebot der Waffen-SS  
Ratgeber für Spione  
Das irrende Gewissen  
Ein Admiral als Märtyrer  
Eine neue Geschichtsschreibung über den deutschen Generalstab  
Die Briefe Bormanns oder das Lob der Sturheit  
Dichtung und Wahrheit bei Herrn von Papen  
Kleine Revision der Geschichte  
Schutzherren der Generale  
Unbequem gewordene Prinzipien  
Von den zwei Seelen Hitlers  
Ein interessanter Plan des Generals von Seeckt  
Generalfeldmarschalle kommen zu Hilfe  
Das neue Königreich Pflück  
Das Come-back der Direktion der IG-Farben  
Die Küchen des Revisionismus  
Das neue Antlitz der Armee  
Die neue Strategie der Armee

Den Beschäftigten der Deutschen Post

zum Jahreswechsel  
die herzlichsten Glückwünsche

VEB (K) Herrenoberbekleidung Estleben

Das  
FEBRUARHEFT

unserer Zeitschrift  
hat wieder einen  
Umfang von

38 SEITEN!

Die Redaktion



VEB DRULA • GÜDOLINBURG 82

## VEB Vogtl. Aufzugs- und Maschinenbau

Spezialbetrieb für Lastenaufzüge aller Art

Mylau/Vogtl. Netzschkauer Straße 51 · Ruf: Sa.-Nr. 42 51

„Lago“

Handwerksgenossenschaft

Steinbach-Hallenberg/Thür.

liefert alle Arten

Zangen

Haus- u. Küchengeräte

Manikürartikel

Manikürtaschen

Bastler- und Werkzeug-  
karten

Werkzeugkästen



- Gummistempel • Siegel • Gummidrucklisches
- Datumeingangsstempel • Sack- und Kisten-
- stempel • Nomen-, Firmen- und Maschinen-
- schilder in Metall und Kunststoff
- Goldprägestempel • Petschäfte • Kreis- und
- Längstelungen • Artikelbedingtes Zubehör

VEB

Stempel · Siegel u. Gravierung

Berlin C 2, Neue Schönhauser Straße 16

42 68 78 / 42 30 57

## VEB MINOL

liefert

Kraft- u. Schmierstoffe jeder Art

## 2 neue interessante TASCHENKALENDER

- **Sport-Almanach 1958**  
Herausgegeben vom DEUTSCHEN SPORT-ECHO. Interessant für jung und alt. Mit Statistiken über Rekorde und Meisterschaften, Porträts der erfolgreichsten Sportler, Beiträgen von Tave Schür und Wolfgang Behrendt, Plaudereien, Kalendarium u. v. a. 256 Seiten, reich bebildert, nur 2,95 DM
- **Deutscher Angler-Kalender 1958**  
Das beliebte Taschenbuch für den Angelfreund. Mit Kalendarium und vielen Anleitungen für die Praxis. 240 Seiten, reich bebildert, nur 2,50 DM

Auslieferung durch PZV, Buchhandel und Sportbuchversand, Leipzig C 1, Postfach 320. Rechtzeitige Bestellung unbedingt ratsam!

SPORTVERLAG BERLIN W 8 



**Zeit gespart**

**FW6**

VEB FARBFABRIK WOLFEN

*Wir fertigen Bauteile für die drahtgebundene Nachrichtentechnik*



VEB WERK für BAUELEMENTE DER NACHRICHTENTECHNIK  
GROSSBREITENBACH/THÜR.

*schönere Frisuren*



*Ihre Frisur sieht gut aus...*

Nimm doch auch **BRILLIFIX** Frisiercreme. Sie hält und glänzt wunderbar.

**Brillifix**

ERZEUGNIS 



Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen  
HERAUSGEGEBEN VON DER DEUTSCHEN POSTWERBUNG  
2. Jahrgang Leipzig, September 1957 Hef 9

D  
I  
E  
D  
E  
U  
T  
S  
C  
H  
E



P  
O  
S  
T

AUS UNSEREM PRODUKTIONS-PROGRAMM




MODELL KIT

Eine Kleinreihmaschine, die durch ihre Leistungsfähigkeit übertrifft. Sie kann auch mit einer Lochreih-einrichtung gekoppelt werden und ist dann besonders für die Niederschreibmaschine geeignet.

**Rheinmetall**

VEB Büromaschinenwerk RHEINMETALL Sömmerda SömmerdalThür.



Gummistempel • Siegel • Gummidrucklisches Datumeingangsstempel • Sack- und Kistenstempel • Namen-, Firmen- und Maschinenschilder in Metall und Kunststoff

Goldprägestempel • Petschafte • Kreis- und Längsteilungen • Artikelbedingtes Zubehör

VEB

**Stempel • Siegel u. Gravierung**

Berlin C 2, Neue Schönhauser Straße 16

42 68 78 / 42 30 57

Der

**VEB Adreßplattenfabrik, Berlin-Lichtenberg**

hat in seinem Fabrikationsprogramm neben der Herstellung von Adreßplatten und deren Prägungen neuerdings auch die Fertigung von

**ADRESSIERMASCHINEN**

aufgenommen. Es handelt sich dabei zuerst um Handdruckapparate Modell HDA I und HDA II.

**HDA I**

Seine Anwendung beschränkt sich auf reine Adressierungen im kleineren Umfang. Er wird also im allgemeinen als kleine Spezialanlage zur Herstellung von Versandpapieren, Post- und Bahnt formularen eingesetzt

**HDA II**

Dieses Modell ist zu einem vielseitig einsetzbaren Organisationsmittel für alle im gleichen Wortlaut wiederkehrenden Schreibarbeiten im Büro geworden. Besonders mit Hilfe von Zusatzeinrichtungen, wie endlose Listenführung, optische Plattenauswahl, automatischer Rollendruck und Formlausewerfer, ist die Möglichkeit geschaffen, organisatorische Aufgaben vielseitig zu lösen.

Der Betrieb ist bemüht, laufend sein Verkaufsprogramm zu erweitern. Es wurden u. a. eine elektrische Schnellprägemaschine zum Prägen von Metall- und Kunststoff-Adreßplatten und eine elektrische Druckmaschine für große Leistungsforderung in Arbeit genommen. Die zuerst entwickelte Prägemaschine arbeitet mit einer handbetätigten elektromagnetischen Auslösung und mit automatischer Zeilenschaltung



**Bahnpostwagen**

**Gepäckwagen**

**Reisezugwagen**

**Abraumwagen**

**Doppelstock-Omnibusse**

**und sonstige Schienenfahrzeuge**

**VEB Waggonbau Bautzen**

Forschreiber: 01 97 25

Ruf: 61 51

**INHALT** Seite

HARTMANN: Der Ingenieur in der Phase der revolutionären Umgestaltung der Technik . . . . . 225

OEHME: Einige Erfahrungen bei der Mechanisierung des Briefverteilendienstes . . . . . 231

NOWACK: Die Deutsche Demokratische Republik und der Internationale Fernmeldeverein . . . . . 236

GEBAUER: Wissenswertes über Antennen und Antennenanlagen . . . . . 240

PAUBEL: Die Verwirklichung des Prinzips der Kontrolle durch den Leiter eines Amtes . . . . . 246

HETZEL: 100 Jahre Landzustelldienst beim Postamt Freiberg (Sachs) . . . . . 240

AMBERG: Wie wir Arbeitsorganisation und Arbeitshygiene im Lehrberuf Fernmeldebaumonteur verbesserten . . . 261

DÖLKNER: Einiges über die Rationalisatorienbewegung und das Erfindungswesen . . . . . 263

Unser Titelbild: Arbeit am Briefverteilwerk des Hauptpostamtes Berlin X 4 (Zum Aufsatz: „Einige Erfahrungen bei der Mechanisierung des Briefverteilendienstes“); (Autf. IFF)

Herausgegeben von der Deutschen Postwerbung, Redaktion „Die Deutsche Post“, Leipzig, S. S., Gustav-Freytag-Str. 43-46, Fernsprecher 30865. Verantwortlich: **Horst Hille**, Satz und Druck: VEB Graphische Werkstätten Leipzig III 18/87, Verantwortlich für den Anzeigenteil: Deutsche Postwerbung, Berlin C 2, Magdalenstraße 8-11. Zur Zeit ist die Anzeigenblätter Nr. 1 gültig. Die Zeitschrift „Die Deutsche Post“ erscheint monatlich einmal. Bezugsbedingungen: Vorrangpreis für Postzahlschuldige vierteljährlich 1,50 DM. Preis für andere Besteller vierteljährlich 2,40 DM. Bestellungen nehmen die zuständigen Postverteilungsvertriebsstellen entgegen.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdrucke — auch auszugsweise — nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Referate und Besprechungen mit voller Quellenangabe zulässig. Veröffentlicht unter der Lizenznummer 4234 des Amtes für Literatur und Verlagswesen der Deutschen Demokratischen Republik.

**TSCHICHE POST**  
**AS POST- UND FERNMELDEWESEN**  
**ON DER DEUTSCHEN POSTWERBUNG**

November 1957 Heft 9

**Ingenieure angeht,**  
**revolutionären Umgestaltung**

ge im VEB Elektroapparatewerke Berlin-Treptow  
 ng der Kammer der Technik am 29. März 1957

Zeitalter der Technik etwa mit dem Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts zusammenfällt. Erst in der Gegenwart beginnt die Technik Wesens- und Ausdehnungsformen zu zeigen, die von einer vom Menschen offenbar nicht mehr zu beherrschenden Eigengesetzlichkeit bestimmt zu sein scheinen. Die Technik hat Voraussetzungen geschaffen, die begreifen, dass Menschen in eine sich steigende Angst zu versetzen. Zugegeben, daß wir erstmals die reale Möglichkeit sehen, die Raumschiffahrt zu beginnen und so den Käfig des bisher unlöslich Gebundenseins an den Erdball tatsächlich zu sprengen. Es besteht jedoch kein Zweifel, daß wir uns auch erstmalig vor die Möglichkeit gestellt sehen, Energien von einer Größe zu entfesseln, die einen globalen Selbstmord zulassen. Die Technik greift mit ihren Wirkungen nunmehr in die großen Bezirke des Lebens schlechthin, in die Biosphäre, ein. Prof. Dr. **Stragger**, Münster in Westfalen, führte anlässlich einer Veranstaltung des VDI 1956, nachdem er vorher die Voraussetzungen des Lebens einer wissenschaftlichen Betrachtung unterzogen hatte und in diesem Zusammenhang beispielsweise die Temperaturverhältnisse auf der Erde als bis auf weiteres ungefährdet bezeichnete, im Hinblick auf die Wirkungsbereiche der Technik aus:

„... Anders liegen aber die Dinge in dem Bereich der Strahlungswirkungen. Das große elektromagnetische Spektrum, das den Bereich von Rundfunkwellen bis zur sekundären Ultrastrahlung umfaßt, ist zum großen Teil lebensfeindlich. Wenn wir von der kurzwelligen Seite des Spektrums ausgehen, so ist die Ultrastrahlung nur in der in der Natur vorhandenen geringsten Dosis für Lebewesen schädlich. Schon die Ultrastrahlung im kosmischen Raum außerhalb der Atmosphäre, also in der eigentlichen Exosphäre unseres Planeten, erreicht höchstwahrscheinlich ein Ausmaß, bei dem die Organismen und auch der Mensch nicht längere Zeit existieren könnten . . .“

Und an anderer Stelle:

„... Die Gammastrahlung liegt auf unserer Erdoberfläche normalerweise unterhalb der Toleranzgrenze für das Leben. Von der Sonne werden auch Röntgenstrahlen ausgesendet; sie werden aber in über 100 km Höhe von der E-Schicht der Ionosphäre absorbiert, so daß die Biosphäre dadurch geschützt ist.

Im Atomzeitalter könnte aber infolge des Mangels an Verantwortlichkeit bereits durch allzu kühne Experimente oder durch die Kriegsfahrte die Strahlung so erhöht werden, daß die Existenz und die Ordnung des Lebenden gefährdet ist.

„Das kann lokal eintreten, dann gibt es Partialschäden/großen Ausmaßes. Das kann aber auch global eintreten, dann wäre die Existenz des ganzen Lebens auf der Erde in Gefahr. Schon partielle Ereignisse und Einwirkungen solcher Art würden aber die Ordnung des Belebten stören und gefährden.“

AUS UNSEREM PRODUKTIONS-PROGRAMM



MODELL K11

Eine Kleinreihenschreiber, die durch ihre Leistungsfähigkeit überreicht. Sie kann auch mit einer Lochstreifen-Verbindung gekoppelt werden und ist dann besonders für die Hochdruckvermittlung geeignet.

**Rheinmetall**

VEB Büromaschinenwerk RHEINMETALL Sömmerda Sömmerda/Thür.

Der

**VEB Adreßplattenfabrik, Berlin-Lichtenberg**

hat in seinem Fabrikationsprogramm neben der Herstellung von Adreßplatten und deren Prägungen neuerdings auch die Fertigung von

**ADRESSIERMASCHINEN**

aufgenommen. Es handelt sich dabei zuerst um Handdruck apparate Modell HDA I und HDA II

**HDA I** Seine Anwendung beschränkt sich auf reine Adressierungen im kleinerem Umfang. Er wird also im allgemeinen als kleine Spezialanlage zur Herstellung von Versandpapieren, Post- und Bahnformularen eingesetzt

**HDA II** Dieses Modell ist zu einem vielseitig einsetzbaren Organisationsmittel für alle im gleichen Wortlaut wiederkehrenden Schreibarbeiten im Büro geworden. Besonders mit Hilfe von Zusatzrichtungen, wie endlose Listenführung, optische Plattenauswahl, automatischer Rollendruck und Formularauswerfer, ist die Möglichkeit geschaffen, organisatorische Aufgaben vielseitig zu lösen.

Der Betrieb ist bemüht, laufend sein Verkaufsprogramm zu erweitern. Es wurden u. a. eine elektrische Schnellprägemaschine zum Prägen von Metall- und Kunststoff-Adreßplatten und eine elektrische Druckmaschine für große Leistungsanforderung in Arbeit genommen. Die zuerst entwickelte Prägemaschine arbeitet mit einer handbetätigten elektromagnetischen Auslösung und mit automatischer Zeilenschaltung

**Schriftenreihe Arbeitsrecht**

Hef 1  
Prof. D. Dr. Erwin Jacobi  
**Die Ausbildung und Qualifizierung der Arbeiter in den volkseigenen Betrieben der Deutschen Demokratischen Republik**  
64 Seiten - broschiert 2,40 DM

Hef 2  
E. Pätzold  
**Das Recht auf Schutz der Arbeitskraft in der Deutschen Demokratischen Republik**  
112 Seiten - broschiert 4,- DM

Hef 3  
Prof. Dr. Rudolf Schneider  
**Geschichte des Arbeitsrechts in der Deutschen Demokratischen Republik**  
96 Seiten - broschiert 3,- DM

Hef 4  
Prof. D. Dr. Erwin Jacobi  
**Die Konfliktkommissionen in der Deutschen Demokratischen Republik**  
68 Seiten - broschiert 2,20 DM

Die hauptsächlichsten gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeit der Arbeiter und Angestellten  
Eine Sammlung sowjetischer Materialien  
136 Seiten - broschiert 7,50 DM

**I. Beiheft zur Zeitschrift „Arbeitsrecht“**

**Die Rechte der Arbeiter und ihre Verwirklichung im Osten und im Westen Deutschlands**  
Zusammengestellt vom Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung  
60 Seiten - broschiert 0,40 DM

**VEB DEUTSCHER ZENTRALVERLAG BERLIN**

Zur Leipziger Messe - Hanskammer-Souvenir 11, Stand 26

*Ein Artikel, der nicht nur die Ingenieure angeht*

**Der Ingenieur in der Phase der revolutionären Umgestaltung der Technik**

Von Ing. E. HARTMANN, K&T, Haupttechnologie im VEB Elektroapparatewerke Berlin-Treptow  
Referat, gehalten auf der 3. Hauptauschubitzung der Kammer der Technik am 29. März 1957

Die Technik hat mit ihren möglichen Wirkungen nunmehr einen Stand erreicht, der es dem Techniker nicht mehr erlaubt, nur seinen technischen Überlegungen zu leben.

Er muß sich aus dem Elfenbeinturm von Isolationsvorstellungen lösen, soweit diese noch bestehen, und muß sich dessen bewußt werden, daß er als gesellschaftliches Wesen, das er nun einmal ist, auch verantwortlich ist für eine sinnvolle Anwendung der von ihm geschaffenen technischen Möglichkeiten.

Dieses Verantwortungsgefühl kann aber nur geweckt werden, wenn man den Blick über das Spezielle hinaus immer wieder auf den Gesamtzusammenhang der uns umgebenden Dinge, Ereignisse und Erscheinungen richtet.

Zuallererst der Technik etwa mit dem Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts zusammenfällt. Erst in der Gegenwart beginnt die Technik Wesens- und Ausdehnungsformen zu zeigen, die von einer von Menschen offenbar nicht mehr zu beherrschenden Eigengesetzlichkeit bestimmt zu sein scheinen. Die Technik hat Voraussetzungen geschaffen, die beginnen, den Menschen in eine sich steigende Angst zu versetzen. Zugelassen, daß wir erstmals die reale Möglichkeit sehen, die Raumschiffahrt zu beginnen und so den Küstigen des bisher unlöslichen Gebundenseins an den Erdball tatsächlich zu sprengen. Es besteht jedoch kein Zweifel, daß wir uns auch erstmalig vor die Möglichkeit gestellt sehen, Energien von einer Größe zu erschaffen, die einen globalen Selbstzweck zulassen. Die Technik greift mit ihren Wirkungen nunmehr in die großen Bezirke des Lebens schlechthin, in die Biosphäre, ein. Prof. Dr. Strüger, Münster in Westfalen, führte anlässlich einer Veranstaltung des VDI 1956, nachdem er vorher die Voraussetzungen des Lebens einer wissenschaftlichen Betrachtung unterzogen hatte und in diesem Zusammenhang beispielsweise die Temperaturverhältnisse auf der Erde als bis auf weiteres ungefährdet bezeichnete, im Hinblick auf die Wirkungsbereiche der Technik aus:



Ing. E. Hartmann bei seinem Vortrag

„... Anders liegen aber die Dinge in dem Bereich der Strahlungswirkungen. Das große elektromagnetische Spektrum, das den Bereich von Rundfunkwellen bis zur sekundären Ultrastrahlung umfaßt, ist zum großen Teil lebensfeindlich. Wenn wir von der kurzwelligen Seite des Spektrums ausgehen, so ist die Ultrastrahlung nur in der in der Natur vorhandenen geringsten Dosis für Lebewesen schädlich. Schon die Ultrastrahlung im kosmischen Raum außerhalb der Atmosphäre, also in der eigentlichen Exosphäre unseres Planeten, erreicht höchstwahrscheinlich ein Ausmaß, bei dem die Organismen und auch der Mensch nicht längere Zeit existieren könnten...“

Und an anderer Stelle:

„... Die Gammastrahlung liegt auf unserer Erdoberfläche normalerweise unterhalb der Toleranzgrenze für das Leben. Von der Sonne werden auch Röntgenstrahlen ausgesandt; sie werden aber in über 100 km Höhe von der E-Schicht der Ionosphäre absorbiert, so daß die Biosphäre dadurch geschützt ist.

Im Atomepochenalter könnte aber infolge des Mangels an Verantwortlichkeit bereits durch alte kalte Experimente oder durch die Käuflichkeit die Strahlung so erhöht werden, daß die Existenz und die Ordnung des Lebenden gefährdet ist.

Das kann lokal eintreten, dann gibt es Partialschäden großen Ausmaßes. Das kann aber auch global eintreten, dann wäre die Existenz des ganzen Lebens auf der Erde in Gefahr. Schon partielle Ereignisse und Einwirkungen solcher Art würden aber die Ordnung des Belebten stören und gefährden.“

Ein Ingenieur kann die ganze Skala menschlicher Eigenschaften und Fähigkeiten aufweisen, doch über eines muß er vor allem verfügen, nämlich über einen Sinn für Realitäten.

Eine spätere Betrachtung der technischen Entwicklung unserer Zeit wird wahrscheinlich mit der Feststellung beginnen, daß das

Zur Vervollständigung der Darlegungen von Prof. Dr. Struger sei bemerkt, daß es sich darauf beschränkt, zur Minderung dieser Gefahr an die Verantwortlichkeit vor Gott zu appellieren.

Über die Mengen des inzwischen angesammelten spaltbaren Materials und die damit verbundenen technischen Möglichkeiten gibt Prof. Manfred von Ardenne folgende interessante Daten:

In einigen Staaten wird seit zum Teil mehr als 10 Jahren mit Hilfe großer industrieller Werke sogenanntes Spaltmaterial, wie Uran 235 und Plutonium, in ständig steigenden Mengen produziert und angehäuft. Die britische Zeitung „Manchester Guardian“ vom 28. Februar 1956 berichtet, daß z. B. allein die USA über Vorräte von Spaltmaterial verfügen, die ausreichen, 35.000 Atombomben herzustellen. (Man muß hierbei bedenken, daß in zwischen mehr als ein Jahr vergangen ist, in dem die Vorräte nicht unerheblich angestiegen sind.)

Das Verbot der Atomwaffen würde die Atomenergie aus einem Fluch fast sprunghaft in einen Segen für die Menschheit verwandeln denn man könnte die riesigen in den letzten 10 Jahren angesammelten Vorräte an Spaltmaterial statt als Superexplosivstoff für Tod und Vernichtung in den Atomkraftwerken der Zukunft als Superbrennstoff zur Erzeugung von Energie verwenden.

Der Energiegehalt von Spaltmaterial und Mantelmaterial für zum Beispiel 90.000 Atombomben des gegenwärtigen Typs (jede Bombe entspricht der Sprengkraft von etwa 1 Million Tonnen des Standardexplosivstoffes Trinitrotoluol) entspricht etwa  $5 \times 10^{13}$  = 50 Billionen kWh oder 5 Milliarden Tonnen reiner Kohle. Diese Menge ist das Sechsfache der Jahresförderung an Kohle der USA, der Sowjetunion und Englands zusammen im Jahre 1954.

Stellen wir zunächst zusammenfassend leidenschaftslos fest: Mit hoher Wahrscheinlichkeit besteht also bereits heute die technische Möglichkeit, alles Leben auf der Erde in kürzester Frist auszulöschen.

Man hat gewissermaßen einen Hauptenergieschalter der Welt entdeckt.

Was für ein Weg!

Tausende Generationen von Denkern und Forschern haben mit nie nachlassendem Eifer, nach jedem Fehlschlag neue Wege suchend, die manchmal heller und manchmal dunkler leuchtend doch nie erlösende Fackel wachsender Erkenntnisse weitergegeben.

Es wäre ein hoffnungsloses Unterfangen, aus den Hunderttausenden nicht nur tausend der bekanntesten Namen, wie Archimedes, Euclid, Kepler, Leonardo da Vinci, Maxwell, Gauss, Mendeleev, Curie und wie sie alle heißen, zu nennen. Raslose Sucher, fast immer bedrängt vom Unverständnis ihrer Zeit, nur gemäß dem ihnen innewohnenden Handlungsgesetz lebend, ausgebeutet und mißachtet, waren sie nur in den wenigsten Fällen mit Erfolgen für ihre eigene Person belohnt worden.

So unüberschaubar auch die Kette der Erkenntnisse ist, welche die Generationen schmeideten, so tragen doch alle ihre Glieder ausnahmslos den Charakter materialistischer Erkenntnisse. Es gibt nicht ein einziges Glied mystischen Charakters in dieser Kette bleibender Erkenntnisse, das dem Feuer der Beweisführung standhalten vermöchte.

In dieser Eingangsüberlegung, die wir der Problematik der Gegenwart gewidmet haben, ist die Entdeckung der Atomenergie das beherrschende Charakteristikum der technischen Gegenwart.

Die weiteren Stufen der Umgestaltung der Technik, wie Mechanisierung, Automatisierung, die Ausführung bestimmter geistiger Tätigkeiten durch die Maschine (z. B. Elektronen-Rechenmaschinen), die Halbleitertechnik, und die sich hieraus ergebenden ökonomischen und gesellschaftlichen Konsequenzen all dieser Erreichungen sowie die Verschärfung der hieraus re-

sultierenden Klassegegensätze können nur angedeutet werden. Wie schon im ersten Satz dieser Ausführungen festgestellt und wie nach den inzwischen erfolgten Darlegungen genügend klar ist, besteht das beherrschende Neue in unserer Situation darin, daß nunmehr weitere Gleichgültigkeit oder Uninteressiertheit gegenüber der Verwendung der Ergebnisse seiner Arbeit für den Ingenieur ein Verbrechen wird.

Sollen wir uns in die Tatsache schicken, daß als letztes Ergebnis des oben beschriebenen Weges der Generationen eine Menschheit steht, deren Leben, von ständig steigender Existenzangst bedroht, nur noch mit dem Mittel des Fatalismus erträglich erscheint?

Sind sich die Ingenieure der Gegenwart dessen bewußt, die Siegelbewahrer der weiteren Entwicklung in einem höchstverantwortlichen Sinne zu sein?

Wenn auch das Heer der heute arbeitenden Mathematiker, Techniker, Physiker, Astronomen, Biologen, Agronomen, Meteorologen, Chemiker und aller sonstigen technisch-wissenschaftlichen Disziplinen in die Millionen geht, so sind diese in ihrer Gesamtheit und damit jeder einzelne die unmittelbaren Erben und Fortsetzer der vorangehenden Wegbereiter der technisch-wissenschaftlichen Fortschritte der vergangenen Jahrhunderte und Jahrtausende.

Ist es nicht eine Kulturschande, daß eine Frage auf Leben und Tod für die Menschheit überhaupt zur Diskussion steht? Es sind doch schließlich ganz andere Perspektiven, die nach der Entdeckung der Atomenergie und deren Nutzbarmachung noch ihrer Lösung bedürfen.

So wird sich die Notwendigkeit der Schaffung neuer nicht-metallischer und vor allem metallischer Werkstoffe in den Vordergrund drängen. Die Aufhebung der Begrenzung der Energieversorgung in der Zukunft wird eine immer schneller werdende Steigerung des Bedarfs an allen Gütern zur Folge haben. Die Steigerung der Produktionsfähigkeit durch den inzwischen weitergehenden Prozeß der Automatisierung wird wahrscheinlich das Leichtmetall zu einem so beherrschenden Werkstoff werden lassen, daß es das Gesicht der kommenden Jahrzehnte bestimmt.

Notwendig sind selbstverständlich hierbei ganz erhebliche Verbesserungen hinsichtlich der Gewinnung, der Eigenschaften und der Technologie.

Man wird des weiteren Wüsten bewässern und bepflanzen, man wird Eisgebiete schmelzen und erschließen können.

Wichtige Gebiete der Medizin und der Agrotechnik werden eine erstaunliche Weiterentwicklung erfahren.

Der Ruß der Industriestädte wird verschwinden.

Die Konstruktionsformen aller technischen Güter, insbesondere der energieverbrauchenden Transportmittel, Wagen, Bahnen, Schiffe und Flugzeuge, werden sich grundlegend ändern.

Eine kaum übersehbare, unerschöpfliche Perspektive erschließt sich dem durchaus realistischen Blick des gegenwärtigen Zeitgenossen. Ist es nicht um so erschütternder, zu sehen, daß nach wie vor ein großer Teil der Menschen irreführt wird?

Es ist immer dasselbe. Freiheit und Gott müssen in allerdings immer neuen Verkleidungen selbst auf das Risiko der Existenz der ganzen Menschheit nachdrücklich verteidigt werden, und es gibt noch immer viele, die hinter diesen Begriffen nicht das Öl und den Kattun zu erkennen vermögen. Viele wollen immer noch nicht erkennen, daß das Hauptproblem in der Unmöglichkeit der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems besteht.

Die ganze Vielfalt der dargelegten möglichen friedlichen Entwicklungsperspektiven ist unter Einbeziehung und Beibehaltung privatrechtlicher Machtpositionen in den herrschenden Produktionsverhältnissen unmöglich. Es ist selbsterweislich das geflügelte Wort aller, auch der Sozialistengegner, geworden, von sterbendem Kapitalismus zu sprechen, nur scheint die Fähigkeit,

aus dieser Erkenntnis auch die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, mit größeren Schwierigkeiten verknüpft zu sein.

So sagt z. B. der Bundesberufungsgruppenleiter der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Arthur Queißer, auf dem 5. Deutschen Technikertag im September 1956 in Hamburg:

„Wir sind Techniker, wir sagen: wir müssen forschen, planen, ordnen. Das tun wir beruflich. Wenn wir nicht planen und logisch denken, hätte die Technik nicht diesen Fortschritt zu verzeichnen, den wir haben. Es ist erstaunlich, daß wir auf beruflichem Gebiet das tun, aber auf dem Gebiete des menschlichen Zusammenlebens eine Planung, insbesondere in der Wirtschaft, nicht für richtig halten, weil sie dann mit irgendwelchen Schlagworten wie „Planwirtschaft“, „Marktwirtschaft“, „Gemeinwirtschaft“, „Sozialismus“, „sozialistische Wirtschaft“ in höchstem Sinne belächelt wird.“

Eines steht fest, die kapitalistische Ordnung unserer Gesellschaft ist im Sterben. Eine neue Gesellschaft kommt. Ob sie so heißt oder so, diese neue Gesellschaft mit zu formen, zu gestalten, ist eine unserer Hauptaufgaben. Gelingt es uns, in dieser Beziehung bahnbrechend zu wirken, werden die vielen anderen Probleme sich von selbst lösen.“

Auch Prof. Carlo Schmid kann sich der zwingenden Logik nicht verschließen, daß die sich in immer größerer Zahl auftürmenden Probleme mit keinen anderen Mitteln als mit denen einer Planung gemeistert werden können.

Es muß geteilterweise festgestellt werden, daß der Zeitgenosse es nicht leicht hat, in dem babylonischen Stimmengewirr der Argumente jene Töne herauszuhören, die den Anspruch darauf erheben dürfen, gehört zu werden. Denn zu allen Zeiten war es so, daß das zum Abtreten verurteilte Alte in der Phase der Veränderung ganz besonders aggressiv wird und daß sein Vortritt darin besteht, sich bis kurz vor seinem endgültigen Abtreten auf eine ihm eigene besondere Perfektion der Einfußgestaltung stützen zu können, die darüber hinaus dann fast immer eine Ergänzung erfährt durch jene Elemente, deren Lebensformen und -vorstellungen sich fast ausschließlich auf Überlieferungen, auf Gewohnheiten stützen und denen jede Veränderung ungeachtet ihres Charakters von vornherein nicht akzeptierbar erscheint.

Zu allen Zeiten hat die Unlust zur Aufnahme neuer Vorstellungen großen Einfluß.

An dieser Stelle scheint es notwendig, auf die Bedeutung der in allen Dingen und Erscheinungen wirkenden Widersprüche hinzuweisen. Und hier zunächst eine Definition:

Unter Widersprüchen wollen wir die Gegensatzlichkeit verstehen, die jedem Pol einen Gegenpol entgegenstellt. Dabei kann es nicht die Aufgabe sein, ein grundlegendes Referat über das Wesen dieser allseits wirkenden Gegensätze zu halten.

Auf der Suche nach einer ebenso kurzen wie umfassenden Form der Darstellung des Wesens der Widersprüche stieß ich auf folgende Ausführungen:

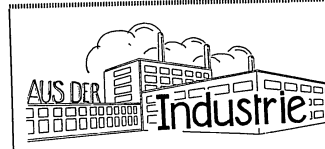
„Das Gesetz des Widerspruchs, der den Dingen und Erscheinungen innewohnt, ist das Gesetz der Einheit der Gegensätze, ist das Grundgesetz der Natur und der Gesellschaft und folglich auch das Grundgesetz des Denkens.“

Es ist der metaphysischen Weltanschauung (Probleme isoliert zu sehen) direkt entgegengesetzt.

Seine Entdeckung bedeutete eine große Revolution in der Geschichte der Erkenntnis. Vom Standpunkt des dialektischen Materialismus aus bestehen Widersprüche in allen Prozessen, die sich in den objektiven Erscheinungen und in subjektiven Denken abspielen. Widersprüche durchdringen alle Prozesse von Anfang bis Ende — darin bestehen die Allgemeinheit und Absolutheit der Widersprüche.

Die widerspruchsvollen Erscheinungen und jede der Seiten des Widerspruchs haben ihre Besonderheiten — darin besteht die Spezifik und die Relativität der Widersprüche.

Die Gegensätze besitzen unter bestimmten Bedingungen Identität (Übereinstimmung), infolgedessen ist es möglich, daß sie nebeneinander in einer Einheit bestehen und daß sie sich in ihrer Gegenteil verwandeln. Doch der Kampf der Gegensätze verläuft ununterbrochen. Er dauert sowohl in der Zeit des Nebeneinanderbestehens der Gegensätze an als auch in der Zeit, in der sich einer



Sozialistische Einfach-Meßbrücke

Die tragbare Einfach-Meßbrücke P 316 ist zur Messung des elektrischen Widerstands im Bereich von 10-1 bis 10<sup>7</sup> Ω bei Gleichstrom bestimmt.

Sämtliche Einzelteile sind auf einer gemeinsamen Platte montiert und im Inneren eines mit Deckel versehenen Kastens angeordnet.

Die Meßbrücke besteht aus einzelnen Blöcken und Baugruppen. Linksseitig sind der Druckkopfgalvanometerblock zur Regelung der Empfindlichkeit des Anzeigergeräts sowie der Stromrichtungsumschalter angeordnet.

Das Anzeigerinstrument ist als besonderes Gerät ausgeführt und wird direkt auf der Platte befestigt.

Auf dem Platten-Vorderfeld sind als Umschalter des stufenlos regelbaren Vergleichsstromes der Brücke angeordnet. In der Mitte des Vorderfeldes sind die Klemmen zum Anschluß einer Fremdstromquelle und einen Schalter zum Abschalten der Eigenstromquelle.

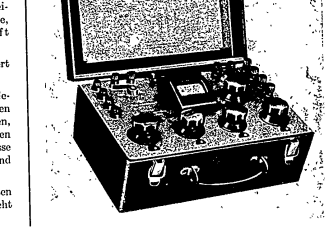
Die Bauart der Brücke gibt die Möglichkeit, Widerstände nach der Zwei- bzw. Vierklemmenschalung zu messen.

Der Widerlands-Meßbereich bei der Zweiklemmenschalung von 20 Ω bis 1 MΩ; bei der Vierklemmenschalung von 20 Ω bis 0,00001 Ω.

Die Meßunsicherheit im Bereich von 0,01 bis 100000 Ω übersteigt nicht 0,2% der Meßgröße, in den Bereichen von 0,00001 bis 0,01 Ω und von 100100 Ω bis 1 MΩ ± 5%.

Der Höchststrom durch den zu messenden Widerstand beträgt 1,2 A. Die Brücke besitzt einen Netzanschlußblock zur Spaltung vom Wechselstromnetz mit 230 bzw. 127 V. Die Empfindlichkeit des Anzeigergeräts beträgt 20 Teilungen je 1 μA.

Die Außenmaße der Brücke sind 150 x 300 x 230 mm, das Brückengewicht beträgt 6,6 kg.



Die kapitalistische Produktionsverhältnisse sind naturgesetzmäßig gezwungen...

Die Entwicklung dieser kapitalistischen Produktionsverhältnisse ist durch die Naturgesetze der Wirtschaft bestimmt. Die einzige Kraft, die diese kapitalistische Aufgabe erfüllt und die auch die einzige Kraft ist, die die gesellschaftliche Klasse der Arbeiter die von der Natur gezwungen sind unter diesem Produktionsverhältnis zu stehen. Die von der gesellschaftlichen Klasse der Arbeiter und Bauern in ihrer Tätigkeit hervorbrachten die Intelligenz, die in ihrer sozialen Stellung nicht selbstverständlich ist, sondern durch die Arbeit der Arbeiter und Bauern zu entstehen kommt. Es liegt in der Natur der Sache, dass die Arbeiter und Bauern die Fortschrittswille für die Arbeiter aufbringen und so als die eigene Sache annehmen. Dabei darf sich der Ingenieur in dieser Richtung keine Rechtmittel nicht bereuen können von den Bedingungen der Kapitalgesellschaft, die den Prozess der Bildung der Kapitalisten durch die sozialistische Ordnung bestimme.

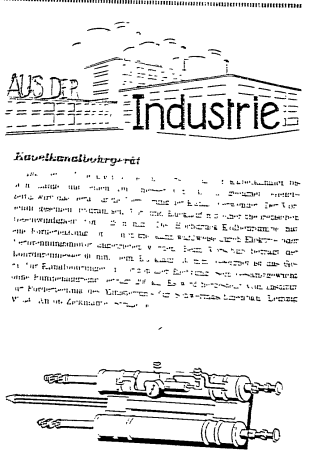
Die Abwertung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse durch die sozialistische Produktionsverhältnisse bedingt eine völlige Veränderung der gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zu den Menschen und zu den Dingen. Die sozialistische Produktionsverhältnisse sind die Voraussetzung für die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse durch die sozialistische Ordnung bestimme.

Der Übergang von Kapitalismus zur Sozialismus stellt sich dem Ingenieur in der geistigen und materiellen Form dar und bildet die Basis der Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse. Die sozialistische Produktionsverhältnisse sind die Voraussetzung für die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse durch die sozialistische Ordnung bestimme.

Die Entwicklung dieser kapitalistischen Produktionsverhältnisse ist durch die Naturgesetze der Wirtschaft bestimmt. Die einzige Kraft, die diese kapitalistische Aufgabe erfüllt und die auch die einzige Kraft ist, die die gesellschaftliche Klasse der Arbeiter die von der Natur gezwungen sind unter diesem Produktionsverhältnis zu stehen. Die von der gesellschaftlichen Klasse der Arbeiter und Bauern in ihrer Tätigkeit hervorbrachten die Intelligenz, die in ihrer sozialen Stellung nicht selbstverständlich ist, sondern durch die Arbeit der Arbeiter und Bauern zu entstehen kommt. Es liegt in der Natur der Sache, dass die Arbeiter und Bauern die Fortschrittswille für die Arbeiter aufbringen und so als die eigene Sache annehmen. Dabei darf sich der Ingenieur in dieser Richtung keine Rechtmittel nicht bereuen können von den Bedingungen der Kapitalgesellschaft, die den Prozess der Bildung der Kapitalisten durch die sozialistische Ordnung bestimme.

Die Abwertung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse durch die sozialistische Produktionsverhältnisse bedingt eine völlige Veränderung der gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zu den Menschen und zu den Dingen. Die sozialistische Produktionsverhältnisse sind die Voraussetzung für die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse durch die sozialistische Ordnung bestimme.

Der Übergang von Kapitalismus zur Sozialismus stellt sich dem Ingenieur in der geistigen und materiellen Form dar und bildet die Basis der Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse. Die sozialistische Produktionsverhältnisse sind die Voraussetzung für die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse durch die sozialistische Ordnung bestimme.



Es ist bekannt, daß, von der Zeit des zweiten Fünfjahresplans abgesehen, die Wirtschaftsexperten der kapitalistischen Welt und alle ihre Kommentatoren glauben, keinen Grund zu haben, den Entwicklungscharakter der sowjetischen Wirtschaft ernst nehmen zu müssen. Das hat sich grundlegend geändert. Es gibt niemanden mehr, der es wagt, die dort zu beobachtenden Erfolge zu bezweifeln oder zu belächeln. Sogar der RIAS, ein Nachrichtenorgan, dessen Sowjetfeindlichkeit nicht betont zu werden braucht, muß in einem Kommentar am 22. Januar 1957 zugeben, daß die Industrieleistung in der Sowjetunion rascher ansteigt als in der westlichen Welt.

Es heißt darin weiter: 1950 war der Industriestandard der Bundesrepublik, Englands und Frankreichs zusammen noch 10 Prozent größer als der der Sowjetunion. Heute aber stellen diese 3 Länder 15 Prozent weniger her. Die Entwicklungstendenzen sind also völlig klar: Die Sowjetunion hole den Abstand gegenüber dem Westen in einem beachtlichen Tempo auf. In dem Kommentar wird weiter gesagt, daß beispielsweise die sowjetische Aluminiumerzeugung von 1950 bis 1955 um 80 Prozent, die amerikanische im gleichen Zeitraum nur um 18 Prozent zugenommen habe. Diese Zunahme beschränke sich jedoch nicht nur auf Fälle relativen Charakters, d. h. im Vergleich zur Ausgangskurve, sondern zeige in steigendem Umfang auch bedeutende absolute Werte. Das ist beispielsweise bei Eisen, Zement und Kohle der Fall. Das deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, ein westdeutsches Organ, sieht sich veranlaßt festzustellen, daß die gesamte Industrieleistung der Sowjetunion von 1950 bis 1955 nicht nur in Prozenten, sondern auch in absoluten Mengen mehr zugenommen hat als die amerikanische.

Angesichts dieser Entwicklung sei zu fragen, ob nicht die Industrieleistung der Sowjetunion in absehbarer Zeit die der Vereinigten Staaten überholen werde. Das Institut für Wirtschaftsforschung äußert dazu, daß ein hoher Grad von Wahrscheinlichkeit für diese Annahme bestehe.

Sie können alle das Wort vom deutschen Wirtschaftswunder, das die Bundesrepublik unter Bezeichnung auf ihre stürmische Entwicklung mit Stolz anwendet. Es sei hier objektiv festgestellt, daß tatsächlich die Kurve der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik die steilste ist, die jemals von einem kapitalistischen Land erzielt wurde. Seit 1950 ist die Produktion der Bundesrepublik um 102 Prozent gewachsen. Man nehme aber zur 102 Prozent gestiegen ist, und dabei ist doch selten ein Staat unter so schwierigen Umständen entstanden wie die Deutsche Demokratische Republik. Die Spaltung Deutschlands, ohne zureichende Vorbereitung, führte zu Schwierigkeiten, die auch heute noch nicht überwunden sind. Man denke nur an den fast völligen Ausfall eigener Versorgungsquellen bei den meisten Rohstoffen, insbesondere bei Stahl, Steinkohle und Koks.

Agrarpolitisch gesehen, war Deutschland nie ein Exportland. Immer bestand die Notwendigkeit des Imports landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Es ist auch bis auf weiteres mit einer Milderung der angespannten Rohstoffversorgungslage der Deutschen Demokratischen Republik nicht zu rechnen. Die Ausführungen Bruno Leuschners am 30. Tagung haben diese Tatsachen illusionlos herausgestellt. Um so stolzer können wir auf das bisherige Ergebnis unserer Arbeit in der Deutschen Demokratischen Republik blicken. Wir müssen uns selbstverständlich darüber klar sein, daß die herrschenden Kreise der Bundesrepublik alles in ihren Kräften Stehende tun, um diesen Prozeß der wirtschaftlichen Gesundung und des Aufbaus zu behindern und, wenn es geht, unmöglich zu machen. Wir kennen alle die Methoden, mit denen versucht wird, wichtige Spezialisten aus unserer Wirtschaft herauszuwickeln, wir kennen die Methoden, mit denen seit langem ein Handelskrieg gegen uns geführt wird, der zum Beispiel zur Folge hatte, daß man den Austausch an Koks und Wästelstahl bis auf 7/10 des Vorkriegsstandes abgewirgt hat und sich den geringen Rest mit großen Mengen an Braunkohlenbriketts und anderen arbeitsexpensiven Waren bezahlen ließ. Würde man es auf jener Seite zulassen, daß der Warenaustausch unserer Textil- und Glasindustrie nach Westdeutschland im

Vorkriegsumfang erfolgen könnte, dann wäre allein auf diesem Wege eine fühlbare Verbesserung der wirtschaftlichen Situation möglich.

Dieser Haß, wohlgerichtet nicht des einen Teiles des deutschen Volkes auf den anderen, sondern des in nationaler Hinsicht gesellschaftslosen Monopolkapitalismus auf den Arbeiter- und Bauernstaat der Deutschen Demokratischen Republik, ist es, der dieses Verhalten der herrschenden Kreise der Bundesrepublik erzwingt und bestimmt.

Die Bundesrepublik mag glücken, wiesie will, sie ist eine monopolkapitalistische Republik mit Herren und Knechten.

Die kleineren und größeren Entbehrungen des Alltags, welche die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik auf sich nehmen, sind der Preis für das Entstehen, Wachsen und Gedeihen eines wirklich friedlichen demokratischen deutschen Staates, in dem das Recht auf Arbeit, das Recht auf Bildung und das Recht der Frauen auf völlige Gleichberechtigung verwirklicht wird.

Wir alle wissen, mit welchen schweren persönlichen Opfern es im kapitalistischen Deutschland verbunden war und verbunden ist, z. B. Ingenieur zu werden, wenn der Interessent nichts anderes als seine Begabung ins Treffen zu führen hat. Jeden ist der völlig andere Charakter der Nachwuchsabildung in der DDR erkennbar. Es gibt niemanden, der bestrebt kann, daß die Sorge um die Pflege geeigneten Nachwuchses eine der ersten Sorgen unseres Staates ist. Die Mittel, die hierfür bereitgestellt werden, gewährleisten eine sorgfältige Ausbildung und geben jedem Begabten die Möglichkeit, ohne den Zwang der beruflichen Existenzhaltung seine Studien durchzuführen.

Wie sieht es damit z. B. in der Bundesrepublik aus? Prof. Dr. Pfender, der 2. Vorsitzende des Vereins Deutscher Ingenieure, machte hierüber einige Ausführungen anlässlich der Hundertjahrfeier des VDI in Berlin. In seinem Festvortrag widmete er diesem Problem ein umfangreiches Kapitel. Nach einer vielseitigen Behandlung kommt er im Hinblick auf die tatsächlich herrschenden Verhältnisse zu folgenden wörtlichen Feststellungen:

„Bei solchen Forderungen drängt sich die Frage auf, was das Volk für seine Begabten tut, auf die es später auf Gedeih und Verderb angewiesen ist. Man hört darauf die Meinung, daß kaum ein Bereich weniger gefördert werde als dieser. In einer wirtschaftlichen Bilanz, die man noch vor kurzer Zeit für unser Land nicht zu erhoffen wagte, ist die Existenz der Studenten, ihre Überlastung durch die Fülle des Lehrstoffes und der Mangel an Lehrern eine drückende Tatsache. Man müde Studenten und Lehrkräften Fähigkeiten, Anstrengungen und eine Verzichtsbereitschaft, die mit den sonst erhobenen Sozialforderungen nicht vereinbar sind. Anstatt einer ausgeglichener Persönlichkeiten entläßt man nach vielen Prüfungen und hetzenden Terminen nicht selten junge Menschen mit einer Neurose in einer Praxis, die einen bereits Erschöpften mit neuen Forderungen überfällt.“

Wenn der 2. Vorsitzende des VDI auf einer so repräsentativen Veranstaltung, wie sie die Hundertjahrfeier für die Techniker und Ingenieure der Bundesrepublik darstellt, es im Jahre 1950 für notwendig hält, dieses Problem in dieser Form und in dieser Ausführlichkeit zu behandeln, dann werden die zuletzten zynischen und unheimlichen Züge des dort herrschenden Systems trotz aller Verhöhnung sichtbar.

Sind solche Erscheinungen Symptome der Erbarungslosigkeit des Lebens in diesem Lande des wirtschaftlichen Wanders, die Mitleidigkeit, die Nebenbarnen der kapitalistisch-händlerischen Nutznießer und der sozial Schwachen, so ist es doch interessant, immer wieder die Töne nervöser Angst zu hören, die insbesondere aus dem Wirtschaftsteil des westdeutschen Blattwerdes zu vernehmen sind.

Das Studium des Wirtschaftslebens der Deutschen Demokratischen Republik zeigt uns, daß die Wirtschaft der DDR auf einer so repräsentativen Veranstaltung, wie sie die Hundertjahrfeier für die Techniker und Ingenieure der Bundesrepublik darstellt, es im Jahre 1950 für notwendig hält, dieses Problem in dieser Form und in dieser Ausführlichkeit zu behandeln, dann werden die zuletzten zynischen und unheimlichen Züge des dort herrschenden Systems trotz aller Verhöhnung sichtbar.



tungen. Daraus ist z. B. zu entnehmen, daß der Diskontsatz der Bank Deutscher Länder Ende 1956 um 1,5 Prozent gesenkt wurde.

Betrachten wir die Hintergründe dieses Ereignisses einmal etwas genauer, dann stellen wir fest, daß die Produktion der Bundesrepublik seit Beginn 1955 folgende Produktionsleistungstendenzen aufweist:

| 1955 | I      | II    | III   | IV      |          |
|------|--------|-------|-------|---------|----------|
|      | 16,6%  | 16,6% | 15,1% | 13,5%   |          |
| 1956 | Januar | April | Juli  | Oktober | Dezember |
|      | 13,2%  | 12,5% | 8,6%  | 4,5%    | 3,2%     |

Diese Entwicklung, die, wie man erkennt, gegenüber 1955 ein rapides Absinken der Produktionszunahmen innerhalb von 2 Jahren von 16,6 auf 3,2 Prozent aufweist, hatte noch folgenden besonderen Charakter:

An diesen Zahlen waren beteiligt:

|        | Investitionsindustrie | Gebrauchsgüterindustrie |
|--------|-----------------------|-------------------------|
| 1955 I | 14,7%                 | 9,9%                    |
| II     | 12,3%                 | 10 %                    |
| III    | 7 %                   | 8,4%                    |
| IV     | 1,9%                  | 5,9%                    |

Was geht aus diesen Zahlen hervor?

1. Die Kreditanforderungen der Industrie an die Banken sind so rapide zurückgegangen, daß diese sich zur Senkung des Diskontsatzes genungnen sahen.
2. Ein besonders rapider Rückgang ist auf dem Auftragsmarkt der Investitionsindustrie zu verzeichnen.
3. Das bedeutet, daß der Grad der Sättigung des inneren Marktes eine für das dortige Regime besorgniserregende Höhe erreicht hat.
4. In diesem Lichte gesehen, werden die Anstrengungen nach Auffindung weiterer Märkte besonders erklärbar, und es wird besonders der Zwang sichtbar, mit dem dennoch die Dresselung des Handelsaustausches mit der Deutschen Demokratischen Republik ermöglicht wird.

Die Bundesrepublik stellt ein Musterbeispiel eines Staates dar, in dem der Staatsapparat dem Monopolkapital absolut untergeordnet wurde.

Jetzt erkennt man aber auch die Motive, die zur neuen Militarisierung der Bundesrepublik führen. Einmal mehr glaubt man zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen:

1. Abfangen einer drohenden Überproduktionskrise durch Rüstungsproduktion.
2. Trotz zweimaliger geschichtlich beispielloser Niederlagen, die in beiden Fällen ausschließlich das Volk bezahlen mußte, sieht man den Zeitpunkt einer neuen Expansion, verbunden mit einer möglicherweise endgültigen Hegemonie im europäischen Raum, für gekommen, von der zwangsweisen Einverleibung der DDR in die Bundesrepublik ganz abgesehen.

Die Zusammenhänge sind so klar und die Motive so offensichtlich, daß man erkennt, was sich hinter dem immer lauter werdenden Geschrei von Freiheit und Demokratie, von Sozialpartnerschaft und Christentum verbirgt. Es gibt kein Verstecken vor diesen Tatsachen. Es gibt auch niemanden, der sich darauf berufen könnte, wenn er zu seinem Teil, sei es auch durch Gleich-

gültigkeit, zu einem neuen Völkerungsglück beigetragen hat, er habe nicht gewußt oder nicht geglaubt, daß es so kommen werde. Es kommt nicht zuletzt darauf an, welchen Beitrag die Ingenieure der Deutschen Demokratischen Republik leisten, um die Wirtschaftskraft und den Lebensstandard der DDR zu einem Beispiel für ganz Deutschland zu machen. Die Arbeit eines jeden Ingenieurs ist in diesen entscheidungsvollen Monaten und Jahren nicht nur von technischer, nicht nur von wirtschaftlicher, sondern von zutiefst politischer Bedeutung.

Mit voller Kraft zu arbeiten und niemals müde bei der Überwindung neuer Schwierigkeiten zu werden, setzt voraus, daß man sich auf das Erkennen der Zusammenhänge der großen und kleinen Widersprüche immer wieder neu konzentriert. Nur wer Randprobleme eine sekundäre Bedeutung zuweisen, wird zu richtigen Beurteilungen einer jeweils herrschenden Situation kommen. Erkennen wir also in diesem Zusammenhang mit aller Klarheit die Besonderheit der Situation in Deutschland.

Als Grenzland zwischen dem Lager des Sozialismus und dem Lager des Imperialismus steht es vor der Frage, welchen Weg es gehen soll. Den Weg der national geschichtslosen 300 Familien, deren Interessen nie die seinen waren, der nur in einem noch größeren Unglück enden kann als das an bitteren Erfahrungen so reiche, dezimierte, gedemütigte, mißbrauchte deutsche Volk erfahren hat, oder den Weg des unbesiegbaren Sozialismus im Sinne einer neuen Humanität, der Menschenrechte und des dauernden Völkerfriedens. Es gibt genügend Aufgaben so gigantischer Größe, die der Kraft der ganzen Menschheit bedürfen, die so erhaben sind, daß davor jedes andere Argument verbläht. Gewohnheitsvorstellungen können uns heute nicht mehr leiten.

Wenn es ein Ansehen der Deutschen in der Welt gab und gibt, so war es immer das Ansehen, das der Fleiß des deutschen Arbeiters, des deutschen Bauern und das Können seiner Handwerker sowie die hervorragenden Taten seiner Wissenschaftler, Techniker und Ingenieure erwarben.

Niemals gab es ein Ansehen, das sich auf die Raffgier seiner Junker und Kapitalisten und die Ausrottungsmethoden seiner Militaristen stützen konnte. Sie waren zu allen Zeiten diejenigen, die das Buch der deutschen Geschichte mit Blättern der Schande überschrieben. Es kommt darauf an, diesen Teil der deutschen Geschichte zu beschließen.

Fassen wir das Gesagte zusammen:

Mit der Erkenntnis gewisser kernphysikalischer Zusammenhänge und Gesetze hat sich dem Menschen ein neues atembereitendes Mittel der materiellen und kulturellen Veränderung seiner Lebensbedingungen erschlossen. Es kommt jedoch darauf an, die nicht mehr zeitgemäßen gesellschaftlichen Formen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu beseitigen.

Gewisse Vorstellungserfahrungen aus der Zeit des Unwissens und der Sklaverei dürften ebenfalls erheblich an Gültigkeitswert eingebüßt haben. So wie die Produkte der menschlichen Gesellschaft ihren Formensdruck in der Geometrie, Symmetrie, in der Gradmäßigkeit, im rechten Winkel und den vollkommenen Kreisen, d. h. in mathematisch und konstruktiv beherrschbaren Bezirken, finden, so wäre dem modernen Menschen angemessen, seine Gefühle zu disziplinieren, unter Kontrolle zu nehmen und sie dem Bereich des Triebhaften zu entreißen. Es geht um neue geistige Formen. Unvoreingenommen und kühl bei der Betrachtung, Erforschung und Veränderung der Umwelt, unbeeinflusst von mystischem Denkkraut und befreit von gesellschaftlichen Verhältnissen, die mit ihrem ausbeuterischen Charakter geradezu barbarisch unzeitgemäß sind, ist es höchste Zeit, daß gerade die Techniker aller Disziplinen die völlige Klarheit über diese großen Zusammenhänge gewinnen.

Technische Gemeinschaft, Heft 5/57

## Einige Erfahrungen bei der Mechanisierung des Briefverteilendienstes

Von Wolfgang OEHME, Dresden

Der 2. Fünfjahresplan der Deutschen Demokratischen Republik sieht als eine der Hauptaufgaben vor, die Technik allseitig zu entwickeln, und zwar so, daß sie dem derzeit höchsten Stand entspricht. Ein Problem von vielen ist dabei die Mechanisierung des Briefverteilendienstes.

### Einleitung

Das Fachgebiet Postwesen des IPF hat in enger Zusammenarbeit mit der HVPZ einen langfristigen Plan erarbeitet, um die modernste Technik zu entwickeln sowie brauchbare und leistungsfähige (zum Teil posttypische) Maschinen, Aggregate und Bauelemente zu erproben und bei den Ämtern einzuführen. Damit entsteht in den meisten Fällen die Notwendigkeit, in mehr oder weniger großem Umfang die Arbeits- oder Betriebsorganisation zu verändern. Ähnlich ist es umgekehrt. Wenn beispielsweise der Arbeitsablauf verändert, erleichtert und beschleunigt werden soll, so ist dies meistens mit der Einführung einfacher oder komplizierter Maschinen, Automaten usw. eng verknüpft. Hieraus ergibt sich ein enger Zusammenhang und eine Wechselwirkung zwischen Technik und Organisation der Arbeit.

Zur Zeit werden einige wesentliche Vorarbeiten geleistet, um die körperliche Arbeit in den Postbetrieben zu erleichtern, die lebendige Arbeit durch vergesamständlichte, also durch solche mit Hilfe von Maschinen, Vorrichtungen usw., zu ersetzen, die Arbeitsgänge zu verkürzen oder einzusparen, die Beförderungszeiten zu verringern und die Qualität der Arbeit zu verbessern.

### Leistung und Aufwendigkeit des Beförderungsprozesses

Es sollen hier nicht alle Erfordernisse und die gegenwärtigen Betriebsbedingungen des Briefverteilendienstes erörtert werden. Wichtig aber erscheint es, darauf hinzuweisen, daß gewöhnliche Kurz-Briefsendungen (im folgenden „Briefe“ genannt) eine Massenabfertigung gestatten. Dennoch ist festzustellen, daß das Briefaufkommen (mit Ausnahme desjenigen einiger weniger Großstädte) durch die verschiedenen selbständigen Briefabfertigungen an Eisenbahnstrecken und Kraftgüterpostlinien einen

dezentralen Charakter besitzt. Das bedeutet wiederum, daß die Sendungen an vielen Stellen eines Bereiches aufkommen und dort in der bisher üblichen Form „abgefertigt“ werden. Zur Abfertigung der Briefe gehört das Verteilen der Briefe in Strecken- (Richtungs-) und Ortsbünde. Dieser Prozeß wird ergänzt und erst voll wirksam durch die eigentliche Beförderung der Bünde.

Die Briefe, die sich wegen ihrer ungenügenden Anzahl bei der Aufgabepostanstalt nicht in ein Ortsbündel für die Bestimmungs-postanstalt aufnehmen lassen, müssen, wie erwähnt, in Richtungs- bzw. Streckenbünde aufgenommen werden. Nach den seit über 50 Jahren geltenden Bestimmungen sollen diese Streckenbünde möglichst „ein geschnitten“ sein. Während der Beförderung in den Bahnposten werden diese mehr oder weniger fein geschnittenen Streckenbünde „umgearbeitet“. Das heißt, die Bahnposten suchen aus den von verschiedenen Postanstalten und anderen Bahnposten zugeführten Streckenbünden die Sendungen heraus, die zu einem Ortsbündel für das mindestens 10 Briefe vorliegen müssen, zusammengefaßt werden können. Gleichzeitig wird überprüft, ob die in dem Streckenbündel enthaltenen Sendungen richtig, d. h. den jeweils gültigen Leitbestimmungen entsprechend verteilt sind. Die Umarbeitung in den Bahnposten besteht weiterhin darin, die zugegangenen Streckenbünde in noch feiner geschnittene Streckenbünde aufzugliedern. Es ist bekannt, daß die Beförderungszeit in den Bahnposten zum Entkanten, zum Versacken von Bünden und zum Verteilen der Briefpost ausgenutzt wird. Das Verhältnis von notwendigem Verteilen (Versacken) der fertig bearbeiteten Ortsbünde zur Aufwendigkeit bzw. zu den Kosten für die umarbeitenden Streckenbünde liegt nicht immer günstig. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die von den kleineren Aufgabepostanstalten abgefertigte Briefpost bis zu ihrem Bestimmungsort zu einem großen Teil mehrmals umgearbeitet werden

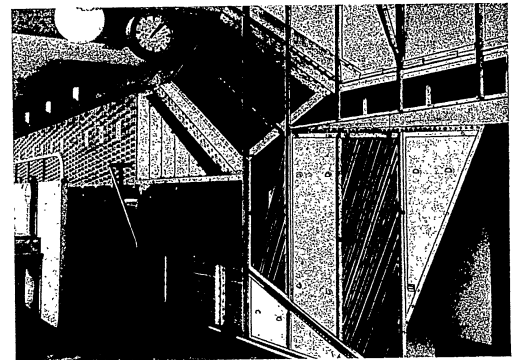


Bild 1. Eine Aufbaueinheit des Briefverteilwerkes (Auff. 11P)



Die Antriebsmechanik der Briefverteilmaschine...  
Die Briefverteilmaschine ist eine komplexe mechanische Vorrichtung, die zur Sortierung und Verteilung von Briefen in verschiedenen Richtungen eingesetzt wird. Sie besteht aus mehreren Walzen, Nadeln und mechanischen Schaltern, die durch eine zentrale Antriebsmechanik angetrieben werden.

Die Antriebsmechanik der Briefverteilmaschine...  
Die Antriebsmechanik der Briefverteilmaschine ist eine komplexe mechanische Vorrichtung, die zur Sortierung und Verteilung von Briefen in verschiedenen Richtungen eingesetzt wird. Sie besteht aus mehreren Walzen, Nadeln und mechanischen Schaltern, die durch eine zentrale Antriebsmechanik angetrieben werden.

Die Antriebsmechanik der Briefverteilmaschine...  
Die Antriebsmechanik der Briefverteilmaschine ist eine komplexe mechanische Vorrichtung, die zur Sortierung und Verteilung von Briefen in verschiedenen Richtungen eingesetzt wird. Sie besteht aus mehreren Walzen, Nadeln und mechanischen Schaltern, die durch eine zentrale Antriebsmechanik angetrieben werden.

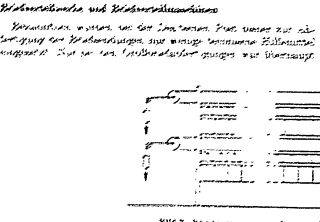


Bild 2. Prinzipschema einer Kurvenbriefverteilmaschine des Leipziger Typs

besserungen verschere — Briefverteilmaschine aufgestellt (Bild 4). An dieser Versuchsmaschine, die später die laufende Nummer 1 erhielt, wurde die bisher mögliche Bandgeschwindigkeit erhöht und durch Deckbänder des „Flattern“ der dünnen Gruppenweiche, die die Briefe der oberen oder unteren Fachreihe zuläuft, und das Steigband zur oberen Fachreihe konstruktiv vervollkommen worden. Es hatte sich bei der Erprobung der ersten Maschine gezeigt, daß sich für die Verteilkräfte wegen des langen Förderweges (etwa 12 m bis zum letzten Fach in der Malgen Förderröhre) häufig Wartezeiten von etwas mehr als 0,5 Sekunden ergaben. Obwohl die Verteilkräfte bereits den nächsten Brief erfaßt hatten und zum Drücken der Taste, die die Weiche des betreffenden Faches öffnete, bereit waren, konnte der Förderweg wegen des vorher abgedruckten Briefes noch nicht freigegeben werden. Dieser Mangel kann z. T. durch erhöhte Bandgeschwindigkeit oder völlig durch elektro-mechanische und optische Steuerung der Fachweichen beseitigt werden.

Die Norm für die mit Hand verteilten Briefe lag im Vorverteilung (30 Fächer und 12 Tischbünde je Verteiler) bei 1800 Sendungen je Stunde, im Feinverteilung (30 Fächer und 20... 30 Tischbünde je Verteiler) bei 1500 Sendungen je Stunde. Nach einem Revisionsbericht aus dem III. Quartal 1935 habe ich „verfeinerten Vorverteilung“ die drei ersten Maschinenverteilung des BPA 7 1729, 1944 und 2790 Kurzbriebe usw. je Stunde sortiert.

Diese Ergebnisse wurden in einer betriebswissenschaftlichen Untersuchung des IPF über den Einsatz von Briefverteilmaschinen im Dezember 1935 prinzipiell bestätigt. Beispielsweise erreichte eine Kollegin 2904 und eine andere in mehrstündigen Einsatz durchschnittlich 2000 Sendungen je Stunde. Eine Angeführte in maschinellen Briefverteilendienst sortierte allerdings nur rd. 1120 Sendungen je Stunde (in einem Zeitraum von vier Stunden).

Was die Arbeitsproduktivität betrifft, so ist festzustellen:

- 1. Die Fachzahl für einen Verteiler wurde auf 225% gegenüber dem Vorverteilung erhöht.
- 2. Die Verteilleistungen an der Briefverteilmaschine mit Deckbändern wurde im Durchschnitt auf 120% gesteigert, bezogen auf 1800 + 1500 Briefe je Stunde.
- 3. Alle Briefe könnten mit Spätlingen abgesandt werden (s. auch nächsten Absatz).

- 4. Durch die sitzende Tätigkeit beim Verteilen wird die Arbeit erleichtert. Alle Briefverteilkräfte geben an, daß sie diese Erleichterung beibehalten möchten.
- 5. Allerdings ist zu bemerken, daß zu Beginn der Erprobung der verbesserten Maschinen noch etwa drei bis fünf Störungen von je 20... 150 Sekunden auf 100 Briefe trafen und daß sich der daraus entstehende Stillstand der Maschine hemmend auf den Verteilgang auswirkte.

Hervorzuheben ist, daß durch den Einsatz der fortschrittlichen Kräfte des BPA 7 die Störungen und Anfangsschwierigkeiten, die ebenso wie bei den anderen Einsatzorten aufgetreten waren, behoben worden sind.

Mit dem Einsatz derartiger Maschinen in der Briefabfertigung waren einige technologische Fragen zu lösen, um die Maschinen laufend optimal auszulasten.

Das BPA 7 (Magdeburg) führte den erweiterten Vorverteilung ein. Dazu sei folgendes erläutert: Bisher wurde an drei Verteilspindeln mit je 30 Fächern und 12 Bündeln auf der Tischplatte die Post manuell vorverteilt. Von den 48 Fächern (Auscheidungen) waren 21 für Ortsabende, vor allem des Nahbereichs, abgetrennt. Der erweiterte Vorverteilung an den Briefverteilmaschinen konnten wegen der vorhandenen 108 Fächer zusätzlich laufende Ortsabende wie Leipzig, Karl-Marx-Stadt usw. angelegt werden. Ferner wurden in den noch freien Fächern für jede Verkehrsrichtung mehrere feingesteuerten Kurzbünde untergebracht. Diese konnten an Spindeln des zweiten Verteilganges noch feiner bearbeitet oder zu den Schlussätzen der Postabgangs sogenannte Spätlinge den Bahnposten unmittelbar zugeführt werden. Dadurch war erreicht worden, daß der Durchlauf der Briefe in der Großbriefabfertigung beschleunigt werden war und daß einige Bünde, wie z. B. Leipzig C 1, aus dem bisherigen zweiten Verteilgang herausgezogen werden konnten. Somit sind doppelte Verteilarbeiten vermieden und die technisch-wirtschaftlichen Kennlinien, die hier für die Briefdurchlaufzeit festgelegt sind, verbessert worden.

Bald zeigte sich jedoch, daß die zwei Maschinen in den Spitzenzeiten nicht ausreichten, um sämtliche Vorverteilarbeiten zu übernehmen. Im ständigen Tagesablauf stellte sich heraus, daß mehrere Fächer der beiden Maschinen nicht genügend ausgelastet werden konnten. Obwohl bei dem obengenannten Prinzip des erweiterten Vorverteilungsganges Verbesserungen und Einsparungen

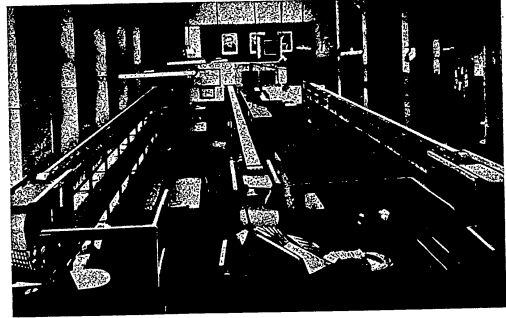


Bild 4. Detaillabor des Bahnpostamtes 7 Magdeburg. Teilansicht mit Briefverteilmaschinen (Aufg. IPF)

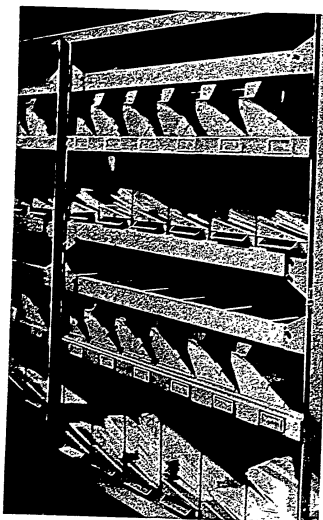


Bild 5. Verbesserte Auswechselstellen der Briefverteilmaschine (Aufn. IPF)

ungen erzielt werden konnten, waren diese nicht ohne weiteres machbar. Deshalb wurde in dem inzwischen gegründeten Betriebslabor beim Bahnpostamt 7 Magdeburg nach Vorarbeit durch das IPF ab April 1956 der sogenannte „kombinierte Vor-Feinverteilung“ eingeführt. Dieser beruht kurz gefaßt darauf, daß in einer Maschine die früher erforderliche manuelle Vorverteilung und die des Feinverteilens vereinigt wurden. Damit war offensichtlich erreicht, daß der Feinverteiler, entsprechende Qualifikation vorausgesetzt, das Vorverteilern mit erledigt und somit die Vorverteilung erspart werden konnten. Dabei ist zu bemerken, daß der Feinverteilungsplatz nicht ständig besetzt war. Aber dennoch ergibt eine Zusammenfassung und Kombination der Arbeitsgänge eine nachweisbare Ersparnis. Diese Methode wurde bis Januar 1957 beibehalten.

Nunmehr ist vorgesehen, in Magdeburg durch weiteren Einsatz von Briefverteilmaschinen die komplexe (allseitige) Mechanisierung des Briefverteilendienstes durchzuführen.

Seit dem 1. 11. 1956 befinden sich insgesamt fünf Briefverteilmaschinen beim EPA 7 Magdeburg (Bilder 4 und 5). Nach eingehenden Studien unserer Ingenieure konnten einige prinzipielle Fehler und einige kurzfristig abstellbare Mängel (bis zu Beginn des Weihnachts- und Neujahrverkehrs 1956) beseitigt werden.

Im Weihnachts- und Neujahrverkehr 1956 haben die fünf Briefverteilmaschinen ihre Bewährungsprobe bestanden. Die Störungen und Ausfallzeiten waren völlig unbedeutend. Mit dem Universalschreiber wurden die Betriebs-, Arbeits- und Störzeiten genau erfaßt. Es war u. a. möglich, die Stunden- und Gesamtleistungen der Verteiler und

der Maschine — auch über einen längeren Zeitraum (Dienstschichten) hinweg — festzustellen, was dies bisher in den Briefabfertigungen und in den Bahnposten nicht möglich war. Die mit dem Universalschreiber ermittelten Hauptleistungen der Maschinenverteilkräfte schwanken zwischen 1750 und 2400 Sendungen je Stunde. Auf diesen 2-nen Meßergebnissen und den aufgezzeichneten Dauerleistungen, die nicht nur in einer Stunde (in der gerade die Leistung gemessen wurde) erzielt werden, basiert der höhere Lohn für die Verteiler an Briefverteilmaschinen. Auch sollen die Kräfte an Briefverteilmaschinen nach und nach ein gewisses Maß an technischen Kenntnissen erwerben, so daß die Verteiler kleinere Störungen selbst beheben können.

Für die in Magdeburg künftig anzuwendende Technologie wird seit Anfang 1957, besonders im Zusammenhang mit der vorgeschlagenen Verbundmaschinenisierung, das Prinzip der „vereinigten Richtungs-Endverteilung“ (Bild 6) erprobt. Diesem Vorschlag liegen folgende Gedanken zugrunde: Jede Maschine soll eine Verkehrsrichtung endgültig bearbeiten. Gleichzeitig soll jede Maschine, um sie optimal auszulasten und um den Spitzenverkehr besser abzufangen, unsortierte Kurzbriefe usw. bearbeiten können. Indem an jeder Maschine Richtungsblätter für Briefe vorgesehen werden, die an den anderen Maschinen endgültig bearbeitet werden müssen, wird erreicht, daß an jeder Maschine eine endgültige und richtungsmäßige (Vor-)Sortierung stattfindet. Dabei ist die Tatsache nicht unberücksichtigt zu lassen, daß die bisher im Vorteilgang angelegten 21 Ortsbünde und gegebenenfalls einige weitere Ortsbünde für große Orte (Leipzig usw.) an unseren Maschinen angelegt werden können, um einen größeren Teil des Briefaufkommens (30—35%) nicht doppelt bearbeiten zu müssen. Das heißt, daß mit diesem Verfahren erreicht werden soll, etwa ein Drittel der gesamten vorliegenden Briefpost im ersten Verteilgang endgültig zu bearbeiten.

Dieser Vorschlag wird im Zusammenhang mit der durchzuführenden Konzentration, die Gegenstand eines besonderen Aufsatzes sein wird, eine optimale Auslastung der Maschinen ermöglichen. Gleichzeitig sollen die doppelten Verteilleistungen möglichst weitgehend eingespart werden. Welche Ergebnisse die laufenden Untersuchungen zeigen, wird später dargestellt.

Die laufenden Erprobungen im Betriebslabor werden uns auf den Gebieten der Posttechnik und der Betriebsorganisation weitere Hinweise für eine allgemeine Gültigkeit neuer Verfahren bringen. Diese Erprobung der Technik und die Einführung von

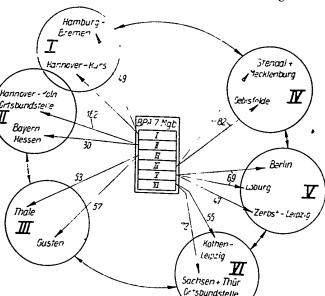


Bild 6. Schematische Darstellung des Prinzips der vereinigten Richtungs-Endverteilung (mit Einsatz von sechs Einheits-Briefverteilmaschinen in den sechs Richtungsstellen Magdeburg). Die Darstellung entspricht nicht dem tatsächlichen Stand. Die ablesbaren Ziffern geben die Zahl der angelegten Bünde an den Feinverteilern an. Die römischen Ziffern bezeichnen die laufende Nummer der sechs Briefverteilmaschinen (mit je 108 Fächern).

neuen Verfahren in unserem Betrieb sind nicht von heute auf morgen ausgereift. Dennoch ist es erforderlich, einige brauchbare Ergebnisse vorweisen zu können, die eine grundsätzliche Umgestaltung der Beförderungsprozesse und auch des Briefverteilendienstes ermöglichen.

Die bei der Mechanisierung des Briefverteilendienstes in Magdeburg gesammelten und hier kurz geschilderten Erkenntnisse berechtigen zu der Ansicht, daß dieser Weg weiter beschritten werden kann.

### Der Goldfranken als Währungseinheit des Welpostvereins

Der Betriebspraktiker kommt bei seiner Tätigkeit des öfteren mit den Begriffen „Goldfranken“ oder „Goldcentimen“ in Verbindung, z. B. beim Benutzen des Briefpostbuchs oder des Gebührenbuchs für Postpakete nach dem Ausland. Häufig fehlt jedoch eine klare Vorstellung darüber, was „Goldfranken“ und „Goldcentimen“ eigentlich darstellen und welche Bedeutung ihnen im internationalen Postverkehr beizumessen ist.

Der Welpostverein umfaßt heute — von wenigen Ausnahmen abgesehen — sämtliche Länder der Erde mit ihren verschiedenen nationalen Währungen. Die vielfältigen Postleistungen führen zwangsläufig auch zu gegenseitigen finanziellen Verpflichtungen. Hierbei sei nur an die Kosten erinnert, die den einzelnen Ländern beim Befördern von Briefbeuteln im Durchgangsverkehr entstehen.

Das Währungsproblem trat bereits mit der Gründung des Welpostvereins in Bern im Jahre 1874 auf. Damals waren sich die Vertragspartner bald darüber im klaren, daß wegen des gegenseitigen Abrechnungsverkehrs eine einheitliche Währungsgrundlage unerlässlich ist. Diese war aber nötig, um beispielsweise die Gebühren einheitlich festzusetzen und die Beitragsanteile der Vereinsländer gleichmäßig verteilen zu können. Anfangs diente den Ländern des Welpostvereins der französische Franken als Währungseinheit, und zwar einfach deshalb, weil er nicht nur häufig im internationalen Abrechnungsverkehr als Zahlungsgrundlage verwendet wurde, sondern sich auch auf dem Weltmarkt lange Zeit ohne Kursschwankungen behaupten konnte.

Als sich während des 1. Weltkrieges die allgemeine Krise des kapitalistischen Systems verschärfte, war es jedoch auch mit der Stabilität des französischen Franken vorbei. Zunächst suchte man, sich ausschließlich an den Schweizer Franken, dessen Wert im Gegensatz zum französischen Franken geringeren Schwankungen ausgesetzt war, zu halten; doch auch dieser Ausweg führte auf die Dauer zu keiner Lösung.

Es ist daher verständlich, wenn sich die beiden ersten Welpostkongresse nach dem 1. Weltkrieg (Madrid 1920 und Stockholm 1924) auch sehr eingehend mit dem Problem der einheitlichen Währungsgrundlage auseinandersetzten.

Schon auf dem Kongreß in Madrid einigten sich die Vertragspartner darauf, künftig nicht mehr die nationale Währung irgendeines Landes als Abrechnungseinheit zu wählen, sondern dafür eine theoretische Rechnungsgröße zu finden, die gegen alle zukünftigen Kursschwankungen auf dem Weltmarkt unanfällig ist. Die Vereinsländer legten sich zu diesem Zweck auf eine theoretische Rechnungseinheit fest, die sie als „Goldfranken“ (oder „Vereinsfranken“) zu 100 „Goldcentimen“ bezeichneten. Er bildet auch heute noch die einheitliche Grundlage innerhalb des Welpostvereins für das Festsetzen der Gebühren, das Festlegen der Ersatzbeträge sowie das Abrechnen zwischen den Vereinsländern.

So heißt es im Art. 40 des Welpostvertrages von Brüssel aus dem Jahre 1892:

„Der in den Bestimmungen dieses Vertrags und der Nebenabkommen angenommene Frank ist der Goldfrank zu 100 Centimen im Gewicht von 10/31 Gramm und mit einem Feingehalt von 0,900.“

Aus dieser Vertragsbestimmung ergibt sich folgendes: Wenn der Goldfranken, dessen Gewicht mit 10/31 g angenommen wird, zu 9 von 10 Teilen aus Feingold besteht, entsprechen 9/31 g = 0,29032258 g Feingold. Der Goldwert der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank ist auf 0,399902 g Feingold festgelegt worden.

Aus dem Verhältnis 0,399902 : 0,29032258 und umgekehrt ergibt sich als Gegenwert der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank zum Goldfranken:

- 1 Deutsche Mark = 1,377 Goldfranken,
- 1 Goldfranken = 0,726 Deutsche Mark.

Die Anwendung dieses Umrechnungsverhältnisses soll nachstehendes Beispiel zeigen:

Der Welpostverein hat für sämtliche Auslandsendungen bestimmte Grundgebühren in Goldfranken und Goldcentimen festgesetzt, die für alle Vereinsländer verbindlich sind. So beträgt die Grundgebühr für einen gewöhnlichen Brief in der ersten Gewichtsstufe 20 Goldcentimen. Jedes Land kann die Grundgebühren bis um 60% erhöhen oder bis um 20% ermäßigen.

Die Grundgebühren rechnet jedes Vereinsland in die nationale Währung um und ermittelt auf diese Weise seine Gebühren für Sendungen des Auslandsverkehrs.

Für die Deutsche Post der Deutschen Demokratischen Republik ergibt sich demnach:

- 20 Goldcentimen (Grundgebühr für einen gewöhnlichen Brief in der ersten Gewichtsstufe)
- + 12 Goldcentimen (vom Welpostverein zugelassener Zuschlag von 60%)
- 32 Goldcentimen x 0,726 = 23,232

aufgerundet = 25 Pf (= Gebühr für einen gewöhnlichen Brief in der ersten Gewichtsstufe nach dem Ausland).

Heinz Dietze, Leipzig

**Elektrische Meßinstrumente**  
für alle Zwecke der Industrie u. des Handwerks  
**Elektrische Beleuchtungsmesser**

**EXCELSIOR-WERK  
RUDOLF KIESEWETTER LEIPZIG C 1**

# Die Deutsche Demokratische Republik und der Internationale Fernmeldeverein

Von Franz NOWACK, Berlin

Der Internationale Fernmeldeverein soll die außenpolitische Tätigkeit der Mitgliedsstaaten auf dem Spezialgebiet Fernmeldewesen koordinieren und vereinfachen, und zwar in dem durch den Internationalen Fernmeldevertrag streng begrenzten Rahmen. Seiner Bestimmung nach hat er also die internationale Zusammenarbeit unabhängiger Staaten auf dem Gebiete des Fernmeldewesens zu fördern mit dem Ziel der bestmöglichen Verwendung und alsoigen Weiterentwicklung der Fernmeldeeinrichtungen und dem Vermeiden jeglicher Störungen im Fernmeldeverkehr. Er dient somit seinem ganzen Wesen nach eindeutig dem Herstellen und Vertiefen freier Beziehungen zwischen den Völkern der Welt. Diesem Umstand verdankt er seine Zuordnung in die Organisationen internationalen Charakters, die gemäß den Artikeln 57 und 63 der Charta der Vereinten Nationen (UN) in eine organische Verbindung mit den Vereinten Nationen gebracht werden. Die Gestaltung der Beziehungen zwischen dem Internationalen Fernmeldeverein und den Vereinten Nationen geschah durch ein besonderes Abkommen.

Der Internationale Fernmeldeverein ist jedoch, was irrtümlich noch oft verkannt wird, kein Völkerrechtssubjekt. Seine Kompetenz beschränkt sich demnach lediglich darauf, Abkommen und Empfehlungen auszuarbeiten, die nur in Kraft treten, wenn sie von den Staaten unterzeichnet und ratifiziert worden sind. Insofern unterscheidet sich der Internationale Fernmeldeverein in keiner Weise von anderen internationalen Organisationen wie z. B. dem Weltpostverein. Das gilt auch in bezug auf das Bestehen der Prinzipien des geltenden Völkerrechts, denen zufolge keiner dieser internationalen Organisationen das Recht zusteht, sich in innere Angelegenheiten der Staaten einzumischen. Der Internationale Fernmeldeverein betätigt sich daher im Rahmen der Prinzipien des geltenden Völkerrechts. Infolgedessen verdient alles zur Förderung der Aufgaben und Ziele dieser Organisation Nützliche die Unterstützung aller friedliebenden Völker und ihrer Staaten.

Die Deutsche Demokratische Republik betrachtet den Internationalen Fernmeldeverein als wichtiges Instrument der Zusammenarbeit der Staaten und Nationen. Sie vermeidet alles, was dieser Zusammenarbeit hinderlich sein könnte. Die Deutsche Demokratische Republik leidet jedoch daraus auch das Recht ab, offiziell und aktiv in dieser internationalen Spezialorganisation mitzuarbeiten. Bis heute jedoch wird ihr dieses Recht verweigert. Die Deutsche Demokratische Republik vermag daher offiziell ihren Beitrag zum Verwirklichen der im Internationalen Fernmeldevertrag gestellten Aufgaben und gesteckten Ziele nicht zu leisten.

Es ist daher verständlich, daß das deutsche Volk, dessen beide Staaten bereits vielseitige Beziehungen zu anderen Staaten geschlossen haben und mit anderen Spezialorganisationen, z. B. den Vereinten Nationen in Verbindung stehen, stark interessiert ist an der Klärung aller Fragen, die der Mitarbeit der Deutschen Demokratischen Republik im Internationalen Fernmeldeverein hinderlich sein könnten. In besonders starkem Maße ist die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik, deren Vertreter z. B. in 8 UN-Spezialorganisationen und in 60 weiteren internationalen Organisationen arbeiten, daran interessiert, weil die Förderung der internationalen Zusammenarbeit auf der Grundlage des geltenden Völkerrechts Inhalt und Ziel ihrer Bemühungen und ihres Staates ist.

Der letzte Fernmeldevertrag, an dem Deutschland beteiligt war und den es unterzeichnet und ratifiziert hatte, war der Welttelegraphenvertrag von Madrid (1932), der später Internationaler Fernmeldevertrag genannt wurde. Seitdem ist Deutschland nicht mehr Mitglied des Internationalen Fernmeldevereins. Daß

ein derartiger Status auf die Dauer weder der internationalen Zusammenarbeit noch der Lösung der Aufgaben auf dem Gebiete des internationalen Fernmelde- und Funkwesens förderlich ist, bedarf wohl ebensowenig eines Beweises wie die Tatsache, daß eine gleichberechtigte Teilnahme von legitimierten Vertretern Deutschlands an der Arbeit des Internationalen Fernmeldevereins die vielfältigen Schwierigkeiten auf diesem Gebiet mindern sowie diese Organisation festigen helfen könnte. Es ist erfreulich festzustellen, daß nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus im Mai 1945 — trotz der verabscheuungswürdigen Verbrechen des deutschen Hitlerfaschismus und deren nachteiligen Auswirkungen auf das internationale Ansehen Deutschlands — die Mitarbeit Deutschlands in dieser Organisation nicht ausgeschlossen wurde. Sichtbarer Ausdruck des internationalen Vertrauens zum deutschen Volk, zu seinen progressiven Kräften, ist die auf dem Kongreß des Internationalen Fernmeldevereins in Atlantic City (1947) geregelte Beziehung dieser Organisation zu Deutschland. Im Zusatzprotokoll zum Fernmeldevertrag wurde dokumentarisch festgelegt, daß Deutschland dem Internationalen Fernmeldevertrag und damit dem Internationalen Fernmeldeverein beitreten könne. In völliger Übereinstimmung mit dem völkerrechtlichen Status Deutschlands nach dem Siege der Alliierten Mächte über Deutschland wurde der Beitritt an die Bedingung geknüpft, daß „die dazu ermächtigten Stellen diesen Beitritt für angebracht halten“ müßten. Bei Eintritt dieser Bedingung müßte somit der Beitritt unter Beachtung der Formvorschriften des Artikels 17 vollzogen werden können (Übermittlung der Beitrittsklärung auf diplomatischem Wege — durch Vermittlung der Regierung der Schweizer Eidgenossenschaft — an den Generalsekretär des Internationalen Fernmeldevereins).

Haben Sie schon die **Einbanddecke** für DIE DEUTSCHE POST (Jahrg. 1956/57) bei Ihrem PZV bestellt? Letzter Termin ist der 14. Sept. 1957. Näheres s. Heft 9, Seite 211.

Obwohl diese Regelung gewisse Erschwernisse ausschließt, existiert gegenwärtig infolge der destruktiven und antinationalen Politik der Bundesrepublik beherrschenden Finanzmagnaten und Militärs noch kein gesamtdeutscher Staat als Völkerrechtssubjekt, der von diesem erleichterten Beitrittsrecht Gebrauch machen könnte. Es wird daher noch vor die vornehmste Aufgabe der auf dem Gebiete des internationalen Fernmelde- und Funkwesens in beiden Teilen Deutschlands Tätigen sein müssen, mit allen friedliebenden Deutschen gemeinsam für die demokratische Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlichem Wege in noch stärkerem Maße anzustreben.

Angesichts der gegenwärtigen Existenz von zwei selbständigen Staaten in Deutschland gewinnt daher die allgemeine Regelung des Beitritts in den Internationalen Fernmeldevertrag große Bedeutung. Dem Fernmeldevertrag zufolge kann nämlich auch jedes unabhängige Land Ordentliches Mitglied des Internationalen Fernmeldevereins werden, wenn es seinen Beitritt auf diplomatischem Wege erklärt und zwei Drittel der Vereinsmitglieder seinem Antrag um Aufnahme zustimmen. Läßt man den zur Annahme erforderlichen Mehrheitsbeschluß außer acht, so bekennst sich mit dieser Bestimmung der Internationale Fernmeldeverein zum geltenden Völkerrecht, dessen wesentlichstes

Prinzip die Unabhängigkeit der Staaten, d. h. ihre Souveränität ist, weil dies die Grundlage für die Zusammenarbeit der Staaten der Welt darstellt.

Indessen scheint der Internationale Fernmeldeverein in der Praxis von diesem geltenden und ausdrücklich festgelegten Prinzip abzuweichen. Denn z. Z. ist lediglich die Bundesrepublik Deutschland als Mitglied des Internationalen Fernmeldevereins aufgenommen worden, während der Deutschen Demokratischen Republik — obwohl sie entsprechend dem vorgesehenen Verfahren beigetreten ist — bis heute der Beitritt verweigert wird, weil die Bestimmungen dies angeblich nicht erlauben. Eine Klärung der mit dieser Haltung verbundenen Fragen ist daher nicht allein ein theoretisches Bedürfnis, sondern vor allem eine zwingende Forderung der Praxis.

Bei den Mitgliedern des Internationalen Fernmeldevereins handelt es sich gemäß den erdritten Bestimmungen des Fernmeldevertrags um unabhängige Staaten, weil nur sie — nach einheitlicher Auffassung — Teilnehmer an internationalen Beziehungen und folglich Träger von Rechten und Pflichten, also Subjekte des Völkerrechts, sein können. Ob ein Staat Völkerrechtssubjekt ist, hängt davon ab, ob er alle einen Staat charakterisierenden Merkmale aufweist. Diese Merkmale sind: ein Staatsgebiet, eine Bevölkerung und eine effektive, stabile Staatsgewalt, die den Staat als politische Institution der herrschenden Klasse kennzeichnet. Da für das Völkerrecht die Legitimität der annerkennenden Gewalt sowie deren politische Ordnung und Verwaltungsform unerheblich sind, ist im Hinblick auf die Existenz sowohl der deutschen Bundesrepublik als auch der Deutschen Demokratischen Republik als Staaten im völkerrechtlichen Sinne die Feststellung unbestreitbar, daß beide deutsche Staaten sämtliche einen Staat charakterisierenden Merkmale aufweisen. Sie existieren als bestimmte Territorien, zu denen je eine Bevölkerung gehört und auf denen grundverschiedene Klassen mit ihrem Wesen und Aufbau nach unterschiedlichen Staatsorganen ihre Macht effektiv ausüben. Beide deutsche Staaten sind folglich auch Subjekte des Völkerrechts.

Im Internationalen Fernmeldeverein scheint jedoch die Auffassung vorherrschend, daß die Anerkennung eines Staates durch andere Staaten erst seine Völkerrechtssubjektivität schafft. Diese sogenannte konstitutive Theorie, derzufolge ein Staat seine Existenz erst dann erlangt und folglich völkerrechtlich erst dann handeln kann, wenn er von anderen Staaten (die Anzahl ist außerdem gar nicht festgelegt) anerkannt ist, wird von der überwiegenden Mehrheit der Völkerrechtler abgelehnt. In der Praxis ist sie daher auch niemals angewendet worden.

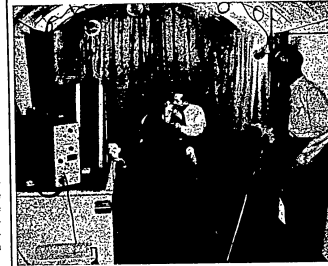
Es gilt trotzdem auch heute noch Anhänger dieser Theorie, so z. B. in der Bundesregierung. Diese Anhänger der abgelehnten Theorie sind außerdem gar nicht festgelegt) anerkannt ist, wird von der überwiegenden Mehrheit der Völkerrechtler abgelehnt. In der Praxis ist sie daher auch niemals angewendet worden. Es gilt trotzdem auch heute noch Anhänger dieser Theorie, so z. B. in der Bundesregierung. Diese Anhänger der abgelehnten Theorie sind außerdem gar nicht festgelegt) anerkannt ist, wird von der überwiegenden Mehrheit der Völkerrechtler abgelehnt. In der Praxis ist sie daher auch niemals angewendet worden. Es gilt trotzdem auch heute noch Anhänger dieser Theorie, so z. B. in der Bundesregierung. Diese Anhänger der abgelehnten Theorie sind außerdem gar nicht festgelegt) anerkannt ist, wird von der überwiegenden Mehrheit der Völkerrechtler abgelehnt. In der Praxis ist sie daher auch niemals angewendet worden.

Braucher ist allein jene in Wissenschaft und internationaler Praxis vertretene Auffassung, derzufolge es für einen Staat hinsichtlich seiner Qualität als Völkerrechtssubjekt rechtlich unerheblich ist, ob er von anderen Staaten im internationalen Verkehr anerkannt worden ist oder nicht. Folglich sind demnach alle Staaten Subjekte des Völkerrechts. Die Art und Weise ihres Entstehens, ihre politische Ordnung, ihre Verwaltungsform sind

Ein Experiment mit Fernsehübertragungen im fahrenden D-Zug wurde unlängst in Schottland veranstaltet. Das über zwei Stunden lange Programm, das sich die Fahrgäste des Zuges von Glasgow nach Oban ansehen konnten, war sehr interessant, nicht zuletzt auch deshalb, weil die Zuschauer sich selbst auf dem Bildschirm sahen.

Kurz vor Fahrtbeginn eröffnete ein Interview, das der Zugsführer dem Sprecher gewährte, die Fernsehübertragung. Die Fahrgäste trauten ihren Augen nicht recht, als sie diese Sendung gut sichtbar für alle auf je zwei Fernsehschirmen, die über den Türen angebracht waren, in jedem einzelnen Wagen sehen konnten. Die Veranstalter hatten es sich dabei nicht einfach gemacht. Sie brachen nämlich keine Filmaufnahmen, sondern eine „Jobowee“-Sendung, die in einem besonderen Studio-Wagen aufgenommen wurde (Bild). Auch jeder Fahrgast hatte die Möglichkeit, sich „interviewen“ zu lassen.

Gleichzeitig erlebten die Fahrgäste bei dieser Gelegenheit einen angenehmen „Effekttondemonstration“, denn die Kamera firs landschaftlich schöne Stellen an der Fahrtroute ein. Sie wurden — ergänzt durch die Erklärung des Sprechers — auf den Bildschirmen wiedergegeben. (GG)



(Aufn. P.Y.E., Cambridge)

dabei völkerrechtlich bedeutungslos. Die einzige Voraussetzung hinsichtlich ihrer Qualität als Völkerrechtssubjekt besteht darin, daß sie die bereits erwähnten Merkmale eines Staates aufweisen können. Diese als Effektivitätstheorie bezeichnete Auffassung ermöglicht es auch kleinen und neuen Staaten als gleichberechtigten Partnern im internationalen Verkehr rechts- und handlungsfähig aufzutreten. Infolgedessen befindet sich diese Theorie in völligem Einklang mit dem Völkerrecht und gewährleistet die internationale Zusammenarbeit und die Vertiefung freier Beziehungen zwischen allen Staaten der Welt.

Weil in der Praxis die Anerkennung als politischer Akt für die Entwicklung der Staaten — dies ist bedeutungsvoll ist, sei der Hinweis gestattet, daß die Deutsche Demokratische Republik von dem Weltfriedenslager angehörigen Staaten, die bereits die Hälfte der Erde umfassen, anerkannt wurde und mit zahlreichen Staaten in Handelsbeziehungen und anderen Beziehungen steht. Andererseits bestehen auch zwischen der Bundesrepublik und einer Anzahl der die Deutsche Demokratische Republik anerkennenden Staaten internationale Verträge und Abkommen. Damit aber sind auch die letzten Zweifel an der Qualität der Deutschen Demokratischen Republik als Völkerrechtssubjekt ausgeschlossen.

Die in der Deutschen Demokratischen Republik bestehende Gesellschaftsordnung, die sich von der in der Bundesrepublik grundsätzlich unterscheidet, ist demnach kein Hinderungsgrund für den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zum Internationalen Fernmeldeverein sowie für deren gleichberechtigte Mitarbeit in ihm.

Obwohl es interessant und reizvoll wäre, den klaffenmäßigen Unterschied der staatlichen Souveränität in den beiden deutschen

Staaten zu untersuchen, soll hierauf verzichtet werden, weil dies den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde. Zusammenfassend soll daher nur festgestellt werden, daß sowohl die Deutsche Demokratische Republik als auch die Bundesrepublik die juristische Qualität der Souveränität aufweisen.

Es besteht indessen Übereinstimmung darin, daß die Souveränität als juristische Qualität der Staaten keineswegs kennzeichnend ist für den wirklichen Unabhängigkeitszustand der Staaten. Das gilt insbesondere für die Verfallperiode des Kapitalismus, in der es eine Reihe von formalistisch souveränen, sich faktisch jedoch in Abhängigkeit von anderen Staaten befindlichen Staaten gibt. Der gegenwärtige Status der beiden heute in Deutschland existierenden Staaten bestätigt dies in überzeugender Weise.

So kann die Deutsche Demokratische Republik völlig frei, d. h. nach eigenem Ermessen, über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten einschließlich der Frage der Beziehungen zu Westdeutschland entscheiden. Dies wird der Deutschen Demokratischen Republik in der Souveränitätserklärung der Sowjetunion vom 25. 3. 1954 ausdrücklich und für jedermann verständlich bestätigt. Die logische Folgerung daraus enthält die Gegenklärung der Deutschen Demokratischen Republik vom 27. 3. 1954, in dem sie die Tatsache feststellt, daß die Deutsche Demokratische Republik jetzt ein souveräner Staat sei und daß sie mit der UdSSR und mit anderen Staaten die gleichen Beziehungen unterhalten werde, wie sie zwischen souveränen Staaten üblich sind. Sämtliche seitdem mit der UdSSR abgeschlossenen Verträge — wie z. B. der Vertrag vom 20. 9. 1955 — beruhen, wie es auch in der Erklärung des Sowjetunions am 30. 10. 1956 und erneut bei den Moskauer Verhandlungen sowie beim Vertrag vom 12. 3. 1957 zum Ausdruck kam, auf den Prinzipien der Gleichberechtigung, der Achtung der Souveränität und der gegenseitigen Nicht-Einmischung in die inneren staatlichen oder gesellschaftlichen Angelegenheiten. Die Deutsche Demokratische Republik befindet sich also weder in ökonomischer oder finanzieller noch in politischer Abhängigkeit von anderen Staaten. Sie besitzt somit die Fähigkeit und Möglichkeit, ihre Souveränität in vollem Umfang wahrzunehmen.

Zu ist jedoch für die von westdeutschen Politikern und Regierungsmitgliedern oft behauptete „Unabhängigkeit“ der Bundesrepublik charakteristisch, daß auch nach Aufhebung des Besatzungsstatus am 5. Mai 1955 (das bekanntlich mit der Gründung der Bundesrepublik in Kraft trat) kein grundlegender Wandel in bezug auf den staats- und völkerrechtlichen Status der Bundesrepublik eintrat. An Stelle des Besatzungsstatus, das die oberste Gewalt in Westdeutschland den Regierungen der Vereinigten Staaten, Frankreichs und Großbritanniens vorbehalten und es im übrigen den Besatzungsmächten gestattete, die Ausübung der vollen Gewalt ganz oder teilweise zu übernehmen, wenn sie dies für unerlässlich erachteten, trat nämlich die Pariser Verträge.

In ihnen finden sich die gleichen Vorbehaltsrechte der Westmächte der Bundesrepublik gegenüber, die gleichen Einschränkungen in der Wahrnehmung der souveränen Rechte, wie sie im abgeleiteten Besatzungsstatus enthalten waren. Bereits ein oberflächliches Betrachten dieser Verträge beweist die Preisgabe von souveränen Rechten wie sie z. B. die Entscheidungsfreiheit in Fragen Berlins, die Wiedervereinigung Deutschlands und die Friedensvertragliche Regelung darstellen.

Diese schwerwiegenden Abweichungen von Verträgen, wie sie üblicherweise zwischen souveränen Staaten geschlossen werden, ganz zu schweigen von den Verträgen zwischen sozialistischen Staaten, beweisen die politische Abhängigkeit der Bundesrepublik von den Westmächten, insbesondere aber von den USA.

Zu der gleichen Feststellung gelangte auch das Institut für Besatzungsfragen in Tübingen, das wir stellvertretend für alle ehrlichen Deutschen sprechen lassen wollen, indem es erklärt: „Die vorhandene Abhängigkeit (der Bundesrepublik, d. V.) wurde im Verträge festgelegt.“ Nimmt man noch die ökonomische, finanzielle und militärische Abhängigkeit sowie die fak-

tische Entziehung der sogenannten Fernmeldehoheit hinzu, so wird der Unterschied in der Wahrnehmung der Rechte aus der Souveränität zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik für jedermann deutlich. Die Bundesrepublik besitzt im Gegensatz zur Deutschen Demokratischen Republik weder die Fähigkeit noch die Möglichkeit, ihre Souveränität im vollen Umfang auszuüben.

Man wird doch wohl mit Sicherheit annehmen dürfen, daß dem Internationalen Fernmeldeverein sowie seinen Mitgliedern die vorstehend skizzierten Tatsachen nicht unbekannt sind (zumal ihn versierte Berater zur Verfügung stehen). Wie soll man es dann aber verstehen, daß er trotzdem nur die Bundesrepublik als Mitglied akzeptiert? Die einzige diskutabile Erklärung für diese äußerst widerspruchsvolle Erscheinung läßt sich lediglich daraus gewinnen, daß der Internationale Fernmeldeverein die Bundesrepublik als „Rechtsnachfolger“ des alten Deutschen Reiches betrachtet.

Wenden wir uns daher abschließend dieser theoretischen und praktisch bedeutsamen Frage zu und vergegenwärtigen wir uns, daß der Begriff der Rechtsnachfolge die Frage erfaßt, ob und wann ein Staat in die Rechtsstellung seines Vorgängers eintritt. Die Rechtsnachfolge ist übrigens von westdeutscher Seite schon so oft ohne Erfolg strapaziert worden, daß hier die folgende Feststellung genügt: Beide heute existierenden und souveränen deutschen Staaten entstanden als Ergebnis eines unterschiedlichen historischen Entwicklungsprozesses, dessen einheitlicher Ausgangspunkt der Sieg der Alliierten über den Hitlerfaschismus und die Zerschlagung des Hitlerreiches war.

Nach der bedingungslosen Kapitulation gab es kein deutsches Machtkörzen mehr, mit dem deutsche Klassenkräfte ihre Herrschaft hätten ausüben können. Die höchste Autorität über Deutschland übernahmen die vier Siegermächte: Großbritannien, die USA, die UdSSR und Frankreich. Ihr Machtkörzen war der Alliierte Kontrollrat. Das Völkerrechtssubjekt „Deutscher Staat“ hatte aufgehört zu existieren; es war untergegangen. Der Untergang eines Staates schließt jedoch nach einhelliger Meinung die Rechtsnachfolge aus.

Nicht untergegangen war jedoch die deutsche Nation. Deren Selbstbestimmungsrecht blieb unverändert bestehen. Für die deutsche Nation galt es, in Wahrnehmung des völkerrechtlich ausdrücklich bestätigten Rechts, am Entstehen eines neuen, demokratischen, friedliebenden gesamtdeutschen Staates mitzuarbeiten. Der Weg hierzu wurde der deutschen Nation im Potsdamer Abkommen gewiesen. Dieser — und kein anderer Weg — eröffnete dem deutschen Volk die Perspektive seiner gleichberechtigten Mitarbeit im internationalen Rahmen.

Diese entscheidende Wende im Leben der deutschen Nation ist bisher jedoch nicht vollzogen. Statt eines demokratischen, antilmperialistischen und daher friedliebenden gesamtdeutschen Staates entstanden zwei Staaten in Deutschland, auf deren Entstehungsgeschichte hier nicht eingegangen werden kann. Im Hinblick auf die Frage der Rechtsnachfolge soll nur generell festgestellt werden, daß es sich um zwei völlig neue Staaten und damit um zwei völlig neue Völkerrechtssubjekte handelt, und daß die in Westdeutschland aufgestellte Behauptung, die Bundesrepublik sei Rechtsnachfolger des ehemaligen Deutschen Reiches zwar die eindeutig klare Rechtstlage zeitweilig verwirren, aber keineswegs der Welt schaffen kann: Die Bundesrepublik ist keine Rechtsnachfolgerin des ehemaligen deutschen Staates. Dies ist auch von den Alliierten Siegermächten über Hitlerdeutschland wiederholt festgestellt worden. So heißt es z. B. in der Einladung Westdeutschlands zur Suez-Konferenz durch die Westmächte, daß die Bundesrepublik nicht als Rechtsnachfolgerin des alten Deutschen Reiches, das bekanntlich zu den Signatarmächten der Konvention von Konstantinopel gehörte, eingeladen wurde. Die Annahme also, die Bundesrepublik sei Rechtsnachfolgerin des alten Deutschen Reiches und könne daher in die Rechtsstellung des alten Staates im Internationalen Fernmeldeverein eintreten, entbehrt jeder rechtlichen Grundlage.

Man darf daher annehmen, daß lediglich die Aussicht auf eine völkerrechtliche Lektion sowie die Furcht, sich zu kompromittieren, die Repräsentanten der Bundesrepublik bei der Unterzeichnung des Internationalen Fernmeldevertrags von Buenos Aires (Dezember 1952) zu der arroganten, rechtlich jedoch nicht-sagenden Erklärung veranlaßte, daß „die Regierung der Deutschen Bundesrepublik die einzige gesetzlich gebildete Regierung ist, die im Namen Deutschlands sprechen und das Deutsche Volk in den internationalen Angelegenheiten vertreten kann“.

Da Rechtsfolge nicht vorliegt und — in Buenos Aires jedenfalls — von den westdeutschen Delegierten auch gar nicht erst behauptet wurde, andererseits die Art und Weise der Bildung eines Staates, wie bereits ausgeführt wurde, völkerrechtlich völlig bedeutungslos sind, ist den Protesterklärungen der Delegierten der sozialistischen Staaten (und zwar der UdSSR, Albanien, Bulgarien, Ungarn, Rumänien, Polen und der CSR) bei der Unterzeichnung des Internationalen Fernmeldevertrags von Buenos Aires durch die Delegation der Bundesrepublik inhaltlich zuzustimmen: „Die Bonner Behörden vertreten nicht ganz Deutschland und können es nicht vertreten; demzufolge ist die Unterzeichnung des von der Tagung der Regierungsbevollmächtigten in Buenos Aires angenommenen Fernmeldevertrags durch die Bonner Behörden rechtswidrig.“

(Aus der Protesterklärung der UdSSR; zitiert nach: Schlußprotokoll zum Internationalen Fernmeldevertrag Buenos Aires 1952).

Aus alledem ergibt sich die Notwendigkeit einer Korrektur der bisherigen Beziehungen zwischen dem Internationalen Fernmeldeverein und der Deutschen Demokratischen Republik. Über die moralische Seite der Problematik in den beiderseitigen Beziehungen sei nur bemerkt, daß es in einer Zeit, in der der Frieden und der allseitige Fortschritt zwingende Notwendigkeit und unabdingbare Aufgabe sind, keine höheren Verpflichtungen geben kann, als den international anerkannten und rechtlich fundierten Erfordernissen im Internationalen Fernmeldevertrag nach besten Kräften zu entsprechen.

Hinsichtlich der rechtlichen Seite der Problematik sei ein Verweis auf die Charta der Vereinten Nationen gestattet, die das einheitliche Ziel, dem alle friedlichen internationalen Vereinigungen zustreben, mit folgenden Worten umreißt:

„Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern auf der Grundlage der Achtung vor dem Grundsatze der gleichen Rechte und der Selbstbestimmung der Völker“, und „eine internationale Zusammenarbeit auf wirtschaftlichen, kulturellen und anderen Gebieten zustande zu bringen.“

Dieses Ziel ist jedoch nur zu erreichen, wenn „Duldungsamkeit“ und das „friedliche Zusammenleben miteinander als gute Nachbarn“, das Handeln der Staaten und der internationalen Organisationen bestimmen.

Deshalb sind wir der Auffassung, daß es zwischen den Staaten und den internationalen Organisationen keine, ja nicht einmal scheinbare Differenzen geben darf, die nicht durch Verhandlungen zu bereinigen wären. Aufgabe der hierfür zuständigen staatlichen Organe der Deutschen Demokratischen Republik muß es daher sein, unermüdet die Schritte einzuleiten, die eine gleichberechtigte Mitarbeit der Deutschen Demokratischen Republik im Internationalen Fernmeldeverein ermöglichen. Der Internationale Fernmeldeverein insgesamt und seine Mitglieder im einzelnen jedoch mögen sich der im Vertrag fixierten Grundsätze bewußt werden und alle Kraft zu ihrer Verwirklichung einsetzen.

Nur die Anerkennung der Souveränität und die Achtung der souveränen Rechte für alle Staaten können den Frieden in der Welt, die Sicherheit und die Ordnung im internationalen Fernmeldeverkehr, die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Staaten und den technischen Fortschritt überhaupt gewährleisten.

### Entwicklungsstendenzen im Fernsprechnetz Großbritanniens

Das britische Fernsprechnetz hat in den letzten 50 Jahren — besonders durch den Bau von Wahlvermittlungstellen (VStW) seit dem 1. Weltkrieg — einen beträchtlichen Aufschwung genommen. Während es in Großbritannien 1916 nur 3 und selbst 1926 erst 40 VStW gab, ist ihre Anzahl bis 1956 auf etwa 4000 gestiegen, d. h. auf mehr als das Hundertfache (Bild 1). Ihr Anteil an der Gesamtzahl der VSt betrug nach diesem Diagramm 1936 etwa 34%, 1940 60% und 1956 etwa 75%. Die Anzahl der Teilnehmeranschlüsse erreichte 1921 die Millionengrenze; sie stieg in den folgenden 10 Jahren auf das Doppelte und bis 1946 auf 4 Millionen. 1956 gab es in Großbritannien fast 7 Millionen Teilnehmeranschlüsse, davon 78% für Wahlbetrieb.

Nach dem 2. Weltkrieg war der Bedarf an neuen Teilnehmeranschlüssen besonders groß. Die Investitionen für neue Gebäude und technische Einrichtungen konnten dieser steigenden Nachfrage nur allmählich entsprechen. Die Entwicklung wurde durch die Finanzkrise von 1949 und die erhöhten Ausgaben für die Rüstung im folgenden Jahr erneut verzögert. Infolgedessen wuchs die Anzahl der unerledigten Bauaufträge für Sprechtstellen immer mehr bis zu einem Spitzenwert von 500000 im Jahre 1949 (Bild 2), und auch 1956 betrug sie immer noch 350000. Graf

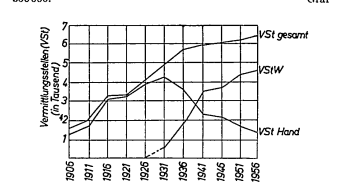


Bild 1. Anzahl der Fernsprechvermittlungstellen. 1916 waren 6 VStW, 1921 waren 13 VStW und 1926 waren 40 VStW vorhanden.

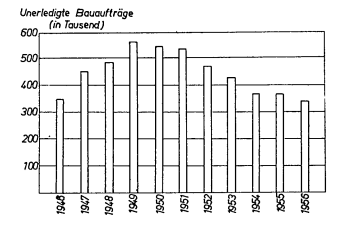


Bild 2. Unerledigte Bauaufträge für Sprechtstellen

(Nach The Post Office Electrical Engineers' Journal 40 (1950), ff. 3, S. 161 bis 165.)

Zum Artikel „Dezimeter-Sende- und Empfangsanlage“, Heft 8, Seite 203 teilen wir ergänzend mit, daß das MPP diese Geräte für den Inlandsdienst nicht genehmigt, weil der Frequenzbereich dem Fernsehdienst vorbehalten ist. Die Geräte werden lediglich für den Export hergestellt.

### Wissenswertes über Antennen und Antennenanlagen

Von Ing. W. GEBAUER, Berlin

Die Deutsche Post hat u. a. auch die Aufgabe, jedem Rundfunk- und Fernsichtseher einen möglichst einwandfreien Empfang zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang sollten es alle Angehörigen der Deutschen Post als notwendig empfinden, sich über die Grundzüge der Technik von Antennen und Antennenanlagen zu orientieren, um entsprechende Auskünfte geben zu können. Die vorliegende Arbeit hilft mit, das Interesse für diese Technik zu wecken. Die Redaktion

#### Allgemeine Antennenfragen

Das alte, jedem Hochfrequenztechniker bekannte Sprichwort: „Eine gute Hochantenne ist der beste Hochfrequenzverstärker“ hat auch heute noch – oder ganz besonders heute – seine Gültigkeit. Denken wir an die Anfänge der Rundfunktechnik zurück: Die Sender strahlten nur eine geringe Leistung ab. Die Audions waren relativ unempfindlich. Der Garant für eine Empfangsmöglichkeit war damals die gute Hochantenne. Im Mittel- und Langwellenbereich wurden im Laufe der Zeit die Sendeleistungen stärker und die Empfänger wesentlich empfindlicher, so daß die Antenne in diesen Bereichen mehr und mehr vernachlässigt werden konnte. Ein Stück Draht oder der Anschluß an Wasserleitung, Dampfheizung, Dachrinne, vorausgesetzt, daß diese nicht aus Kunststoff bestand, brachte genügend Eingangsleistung zum Rundfunkgerät, allerdings sehr oft auch als unangenehme Nebenerscheinung Störungen, die aufzusehen und zu beseitigen der Post sehr viel Mühe und Geld kosteten. In solchen Fällen brachte oft eine gute Hochantenne

den Hörern unerwartete Erfolge bezüglich Störfreiheit und Senderauswahl. Bei diesen Langwellen-Antennen waren die geometrischen Abmessungen der Antenne kaum zu beachten. Bei UKW- und Fernsehantennen dagegen sind sie es um so mehr, damit dem Empfänger eine optimale Nutzeingangsspannung angeboten werden kann. Hierbei gilt es besonders für den Praktiker, neue theoretische Erkenntnisse und praktische Erfahrungen zu sammeln. Als Grundgesetz gilt aber – wie bei den Mittel- und Langwellenantennen – ein möglichst verlustarmer Aufbau der Anlagen.

Als wesentliches Merkmal ist jedoch bei diesen Antennen die Relation (Beziehung) der geometrischen Abmessung zur Wellenlänge zu beachten. Während dies im Bereich der Mittel- und Langwellen in gewissen Grenzen belanglos war, müssen im UKW- und Fernsbereich abgestimmte Antennen angewandt werden, d. h. die induktiven, kapazitiven und ohmschen Widerstände der Antenne bilden gemeinsam einen abgestimmten Schwingungskreis mit einer relativ schmalen Bandbreite. Eine breitbandige Antenne (für die Fernsehbander I–III) ist der Wunsch der Techniker und Gerätebesitzer. Die verschiedenen Antennenformen, für die man bezüglich Bandbreite und Antennengewinn immer Kompromisse schließen muß, sind im Handel.

Die Entwicklung von Empfangsantennen für das Fernsehen, aber auch für Senderantennen ist längst noch nicht abgeschlossen. Die Bilder 1–8 sollen einen Überblick über die derzeit gebräuchlichsten Antennenformen geben. In welchem Falle die eine oder andere Antenne aufgebaut werden muß, richtet sich in der Hauptsache nach den Feldstärkeverhältnissen am Empfangsort. Die Erfahrungen haben ergeben, daß all die nachfolgenden technischen Belange bei genügend großer Feldstärke am Empfangsort mehr oder weniger vernachlässigt werden

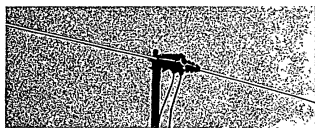


Bild 1. Einfacher Stab-Dipol (Aufn. v. Verf.)

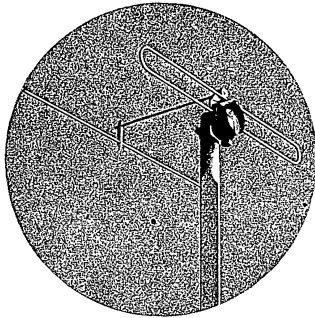


Bild 2. Einfelschleife mit Reflektor (Aufn. v. Verf.)

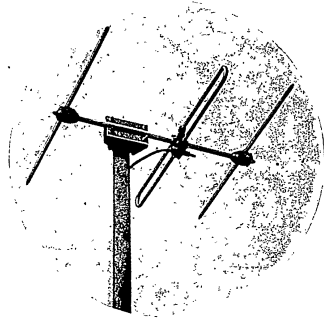


Bild 3. Schleifedipol mit Direktor und Reflektor (Aufn. v. Verf.)

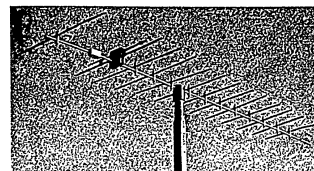


Bild 4. 19-Element-Antenne (Aufn. v. Verf.)

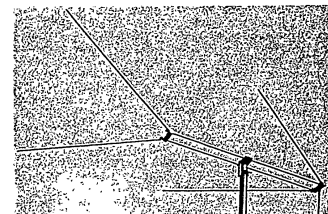


Bild 7. Doppelt-V-Antenne (Aufn. v. Verf.)

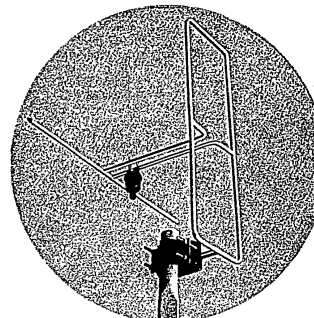


Bild 5. Skelettschlitzaantenne (Aufn. v. Verf.)

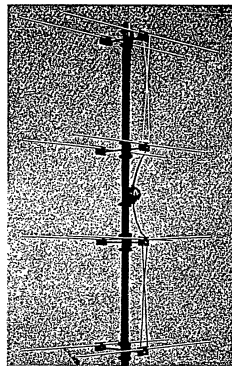


Bild 8. 16-Element-Antenne (Aufn. v. Verf.)

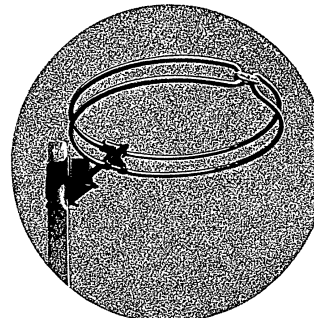


Bild 6. Rundempfangs-Dipol (Aufn. v. Verf.)

können, ein Umstand, der zweifellos – wirtschaftlich gesehen – nicht ohne Bedeutung ist.

Von den Geräteherstellern und den Antennen bauenden Firmen werden oft auch Zimmerantennen bzw. in die Fernsehgeräte eingebaute Antennen propagiert. In unmittelbarer Nähe des Senders ist mit solchen Antennen in vielen Fällen ein befriedigender Fernsehempfang möglich. Sehr oft ist aber die Feldverteilung in einem geschlossenen Raum sehr ungünstig, oder das Verhältnis Nutz- zu Störspannung (Störabstand) ist sehr klein. Außerdem entstehen in geschlossenen Räumen oft Reflexionen, die sich als Geisterbilder (Bild 9) auf dem Bildschirm bemerkbar machen. In solchen Fällen empfiehlt es sich immer, eine gute Hochantenne aufzubauen.

#### UKW- und Fernsehantennen

Für UKW- und Fernsehempfangsantennen werden im allgemeinen Halbwellendipole – weniger Ganzwellendipole – verwendet, d. h., die Abmessungen eines Dipolastes entsprechen ungefähr dem vierten Teil der Wellenlänge ( $\frac{\lambda}{4}$ ). Die einfachste Form der Fernsehempfangsantenne, der einfache (Stab-) Dipol, hat die Eigenart, etwa die Hälfte der aufgenommenen Energie wieder abustrahlen. Bringt man in der Strahlungsebene einen

Leiter mit richtiger Länge und im richtigen Abstand an, so wird ein Teil der abgestrahlten Energie phasenechtig auf die Antenne zurückgestrahlt. Dieser Leiter, der sogenannte Reflektor, ist galvanisch nicht mit der Antenne verbunden, sondern strahlungsgekoppelt und schirmt den Dipol außerdem vor rückwärtigen Energieeinfall ab. Um die Wirkung einer Ferschenantenne zu erhöhen, werden weitere Antennenelemente mit den richtigen Maßen und Abständen vor der Antenne angebracht (Direktoren). Grundsätzlich kann festgestellt werden, daß der oder die Direktoren kürzer als der eigentliche Dipol und der Reflektor länger als der Dipol sind.

Bei Spannungs- oder Leistungsübertragungen spielt die Anpassungsfrage eine entscheidende Rolle. Dies gilt auch für eine UKW- und Fernsehempfangsanlage. Eine optimale Funktion der Anlage ist hier gegeben, wenn die Impedanzen (Wechselstromwiderstände) der einzelnen Teile der Anlage gleich sind. Dabei ist vorausgesetzt, daß die rein ohmschen Verluste der Antenne vernachlässigt werden können. Beim Ableitungskabel bringt die Kabeldämpfung Verluste. Sie wird von den Herstellern in Meter je Kilometer (N/km) angegeben und ist hauptsächlich von der Güte des Dielektrikums abhängig. Das bei uns gebräuchlichste Antennenkabel hat eine Dämpfung von etwa 14 N/km bei 200 MHz. Die Impedanzen der Antenne sind durch Veränderung der Abstände der Antennenelemente gegeneinander in Grenzen veränderlich. Die Auslegung der Eingangsimpedanz der Geräte liegt in den Händen des Konstrukteurs. Bei UKW-Empfängern beträgt diese 210 Ω, bei FS-Empfängern im allgemeinen zwischen 60 und 70 Ω (Tabelle 1 über Antennenimpedanzen).

Tabelle 1

| Antennenart                           | Anpassungswiderstand                             |
|---------------------------------------|--------------------------------------------------|
| Einfacher Stabdipol                   | 75 Ω                                             |
| Faltdipol                             | 300 Ω                                            |
| Faltdipol m. Reflektor                | 250 Ω                                            |
| Faltdipol m. Reflektor u. Direktor    | 80 ... 120 Ω                                     |
| 2-Etagen-Faltdipol m. Reflektor       | 100 ... 120 Ω                                    |
| Schleif-Schleife-Antenne m. Reflektor | 20 ... 300 Ω einstellbar durch regelbaren Abwurf |
| 16-Element-Antenne                    | abhängig v. d. Ausführung d. Träfers             |

Ferschenwellen treffen unter Umständen — bedingt durch Reflexionen — auf Umwegen und dadurch mit entsprechender Zeitverzögerung auf die Empfangsantenne. Der Bildschreibstrahl kann infolgedessen zwei oder mehrmals mit dem gleichen Bildinhalt, jedoch zeitlich verschoben, moduliert werden. Dies macht sich als mehr oder weniger mattes weiteres Bild, dem schon erwahten Gelesterbild, bemerkbar. Die gleiche Erscheinung kann eintreten, wenn durch elektrische Stützstellen in der Antennenanlage (schlechte Kontaktgabel, Drahtbrüche, schlechte Lötstellen) Reflexionen entstehen und das gleiche Signal zwei oder mehrmals mit Zeitunterschied am Empfänger ankommt. Im ersten Fall kann durch entsprechenden Aufbau der Antennenanlage, d. h. durch Erhöhung der Richtwirkung in Empfangsrichtung und durch Anbringen einer Reflektorwand hinter der Antenne, die Empfindlichkeit in einer Richtung stark geschwächt werden. Man spricht hier vom Vor-Rückwärtsverhältnis der Antenne. Ein hohes Vor-Rückwärtsverhältnis verhindert auch bis zu einem gewissen Grade das Aufweichen von Störungen, wenn diese nicht gerade ausgesprochen aus der Empfangsrichtung kommen. Das Vor-Rückwärtsverhältnis eines einfachen Schleifdipols beträgt 1:1, d. h., die Antenne ist in beiden Empfangsrichtungen gleich empfindlich. Ein Schleifdipol mit Reflektor und Direktor hat ein Vor-Rückwärtsverhältnis von etwa 6:1.

Zwei weitere Begriffe sind bei Empfangsantennen von Bedeutung, und zwar die Horizontal- und die Vertikal-Charakteristik. Für die Aufnahme der Nutzspeisung von horizontalpolarisierten Sendern ist die Form der Horizontal-Charakteristik der Antenne maßgebend, für die Empfindlichkeit gegen Fremdeinstrahlungen aus der Vertikalebene (Störungen) die Vertikal-Charakteristik.

Berücksichtigt man die Horizontal-Charakteristik, wenn unterschieden: Antennenempfindlichkeit in nur einer Richtung (dies ist der Fall bei den meisten Einzelanlagen bzw. mehrerelementigen Antennen), Antennenempfindlichkeit nach allen Seiten (Kreuz- oder Rundempfangsdipol). Für die Aufnahme von Störungsspannungen (z. B. Kraftfahrzeugstörungen), die meist schräg von unten her einfallen, ist die Spannungsempfindlichkeit der Antenne in der Vertikalebene maßgebend (Bild 10). Eine stark vertikale Bündelung der Antenne bedeutet eine Uempfindlichkeit gegenüber Störeinstrahlungen von unten.

Ein weiterer wichtiger Begriff für die Beurteilung einer Antenne ist der Antennengewinn. Unter Antennengewinn versteht



Bild 9. Gelesterbild (Aufn. v. Verf.)

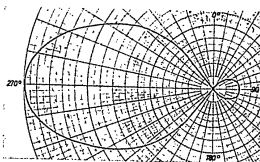


Bild 10. Vertikal-Charakteristik eines Schleifdipols mit Reflektor

man den Spannungsgewinn eines Antennengebilde, verglichen mit einem einfachen Schleifdipol. Der Antennengewinn ist Gewinn am Bandanfang der Antenne plus zweimal Gewinn in Bandmitte plus Gewinn am Bandende der Antenne dividiert durch vier.

Die Industrie baut heute bereits Antennen mit 30 und mehr Elementen. Mit diesen Antennen ist ein Gewinn bis zu 10 db zu erreichen.

Spezielle Empfangsantennen

Die einfachste Form der UKW- und Fernsehantenne ist die Stabdipolantenne. Ihre Impedanz beträgt rd. 70 Ω. Das Empfangsdiagramm zeigt Bild 11. Als Ableitung wird hier im allgemeinen das unsymmetrische 70-Ω-Koaxialkabel verwendet. Beim Übergang von der symmetrischen Antenne auf unsymmetrisches Koaxialkabel wird die Antenne symmetriert. Dies geschieht in der Praxis durch Anschalten eines 70-Ω-Koaxialkabelstückes mit  $\frac{\lambda}{4}$ -Länge. Der Stabdipol bringt nur bei genügend hoher Feldstärke eine ausreichende Empfangserregungsspannung. Er sollte deshalb lediglich in unmittelbarer Nähe des Senders verwendet werden.

Die in der Praxis häufiger verwendete Antennenform ist der Schleifdipol (Impedanz rd. 300 Ω). Die Verwendung eines Reflektors und eines Direktors bringt bei einem Schleifdipol einen Antennengewinn von etwa 5 db, die Impedanz dieses Gebildes beträgt demnach rd. 120 Ω. Mit zunehmender Elementzahl, d. h. bei Verwendung von Reflektor und einem oder mehreren Direktoren, verringert sich auch die sogenannte Breitbandigkeit der Antenne, d. h., sie kann mehr und mehr nur für einen Ferschenkanal benutzt werden. Die Schleife mit Reflektor und Direktor kann bei richtiger Dimensionierung und richtiger Einstellung der Elemente einen mittleren Ferschenwiderstand an Gemeinschaftsantennenanlagen von rd. 40 km noch gut empfangen. Die geographische und geologische Gestaltung des Raumes zwischen Sender und Empfangsanlage spielt dabei natürlich eine große Rolle. Oft sind die Feldstärkeverhältnisse am Empfangsort so, daß mit den bisher beschriebenen Antennen dem Empfänger

nicht die ausreichende Ausgangsspannung zugeführt werden kann. Die Verwendung von übereinander angeordneten Antennen (gestockte Antennen) bringt hier einen weiteren Spannungsgewinn. Solche Antennen sind dabei relativ breitbandig. Die Horizontal-Charakteristik einer vierfach gestockten Ganzwellenantenne mit 16 Elementen zeigt Bild 12. Der Antennengewinn dieses Gebildes beträgt rd. 10 db, sein Vor-Rückwärtsverhältnis rd. 6:1. Die Vertikal-Charakteristik zeigt einen ziemlich kleinen vertikalen Öffnungswinkel, d. h., sie ist gegen Störungen, besonders gegen die üblen Kraftfahrzeugstörungen, relativ unempfindlich.

Zusammengefaßt kann gesagt werden, daß bei Dreiebenen-Antennen mit zunehmender Elementzahl die Antenne schmalbandiger, der Anpaßwiderstand kleiner und die Empfindlichkeit größer wird. In der Praxis wird der Schleifdipol mit Reflektor und bis zu 11 Direktoren verwendet. Gebaut werden auch bis zu vierfach gestockte Antennen mit Reflektor und Direktor. Diese Antennenkombination ist relativ breitbandig und hat eine gute Empfindlichkeit.

Abschließend sei hier nochmals auf die neueren Antennenformen hingewiesen. Antennenformen wie Doppel-V-Antennen (Katzenbart), Reusen-Antennen, Schmetterlings-Antennen (Ablenkungs- oder Schwenk-Antennen) und andere Gebilde kommen heute als Empfangsantennen zur Anwendung. Sehr oft muß man dabei Kompromisse zwischen Breitbandigkeit, Gewinn und auch bezüglich des Materialaufwandes treffen. Diese Entwicklung ist jedoch bei weitem noch nicht abgeschlossen.

Gemeinschafts-Antennenanlagen

Der Wiederaufbau vieler im zweiten Weltkrieg zerstörter Wohnungen ist ein Schwerpunkt im Arbeitsprogramm unserer Regierung. Unsere Architekten und Hausmeister haben dabei große Aufgaben zu lösen. Da Rundfunk und Fernsehen zu den zeitgemäßen Bedürfnissen unserer Menschen zählen, können sich unsere Architekten entsprechenden Forderungen dieser Techniken nicht entziehen. Dazu gehören heute bei allen größeren und mittleren Wohnungsbauten die Gemeinschafts-Antennenanlagen. Wie würden sonst die Dächer der Wohnungsbauten aussehen, wenn sich jeder Rundfunk- und Fernsehseher seinen eigenen Antenne baute? Und welche Beschädigungen an Dach und Haus würden durch die vielen Antennen und Niederführungen sowie die unbedingt notwendigen Blitzschutzvorrichtungen entstehen?

Auch der Deutschen Post erwachsen damit neue Aufgaben; denn sie muß alles tun, um jedem Besitzer eines Rundfunk- oder Fernsehgerätes einen möglichst einwandfreien Empfang zu ermöglichen. Die technischen Forderungen an Gemeinschafts-Antennenanlagen sind sehr zahlreich und sollen deshalb nur andeutungsweise behandelt werden. Die wichtigsten Forderungen sind folgende:

Das Gerät jedes Teilnehmers muß durch die Gemeinschaftsanlage mit einer ausreichenden Antennenspannung versorgt

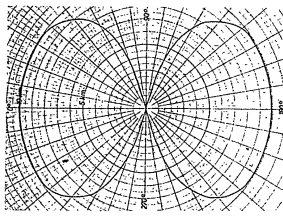


Bild 11. Horizontal-Charakteristik eines einfachen Stabdipols

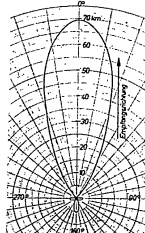


Bild 12. Horizontal-Charakteristik einer 16-Element-Antenne



worden. Die Empfindlichkeit der Rundfunk- und auch der UKW- und Fernsehgeräte ist sehr unterschiedlich, d. h., auch dem relativ unempfindlichsten Gerät (Einkreis-Empfänger) muß noch eine ausreichend hohe Eingangsspannung zur Verfügung stehen. Die Antennenspannung muß störungsfrei sein. Während beim Rundfunkempfang ein gewisser Störanteil durchaus noch erträglich ist, beeinflussen beim Fernsehen schon geringe Störanteile das Bild sehr stark. Nachstehende Tabelle 2 zeigt die beim Rundfunk und Fernsehen notwendigen Werte, die es auch bei Gemeinschafts-Antennenanlagen anzustreben gilt.

Tabelle 2: Nutz-Stör-Verhältnis vs. Bildqualität. Rundfunk: 100:1 40 db (sehr gut), 50:1 14 db (brauchbar), 20:1 6 db (kaum brauchbar), 10:1 2 db (unbrauchbar). Fernsehen: 200:1 46 db (sehr gut), 100:1 40 db (gut), 50:1 14 db (brauchbar), 20:1 6 db (kaum brauchbar), 10:1 2 db (unbrauchbar).

Die volkseigene Industrie hat in den letzten Jahren Gemeinschafts-Antennenverstärker entwickelt, die zum Teil durch den heutigen Stand der Technik überholt sind und die außerdem keine Möglichkeit bieten, Fernseh- und UKW-Frequenzen an mehrere Teilnehmer zu verteilen. Die Industrie entwickelt jedoch Gemeinschafts-Antennenanlagen weiter, so z. B. einen Gemeinschafts-Antennenverstärker für den Kurz-, Mittel- und Langwellenbereich, für UKW-Bänder und für einen bis zwei Teilnehmer verteilt werden können. Damit verschwinden bei Neubauten in Zukunft die vielen Einzelantennen. Das ist ein Umstand, der auch beim Entwurf einer neuen Deutschen Bauordnung berücksichtigt ist.



Gestanzte Stromkreise

Die Fachgenieure sind sich darüber im klaren, daß das Ende des spaghettförmigen Leitungsgezwirs, mit dem sie in den gegenwärtigen elektronischen Geräten zu kämpfen haben, als bald kommen ist. Radio- und Fernsehgeräte tragen dieses „Leitungs spaghetti“ beispielsweise im Inneren des Chassis. Besonders komplizierte elektronische Apparaturen weisen Leitungsnetze auf, die in ihrem Aussehen einer üppigen Mahlzelt aus einer neopallastischen Küche ähneln. Dieses Gewirr an Drähten kann durch die sich schnell verbreitende Technologie des Stanzens, Druckens oder Gravierens von Leitungsmustern auf eine Plastikunterlage entfallen. Das so hergestellte metallische Muster ersetzt die üblichen Drähte, und der elektrische Strom findet seinen Weg genauso sicher.

Science Digest, August 1956.

Die Elektronik in Industrie und Büro

Die logische Ergänzung der Automatisierung des Fabrikbetriebs ist die Einführung elektronischer Büromaschinen. Die Modernisierung der Arbeitsverfahren im Büro ist bei der heutigen Verzweigung der modernen Industrie dringend geboten. Der Papierwast hat einen enormen Umfang angenommen, während die Leistungsfähigkeit der einzelnen Bürokräfte kaum zugenommen hat. Die elektronische Rechenmaschine bewältigt nicht nur jede Art buchhalterische Tätigkeit, sondern vermag auch der Geschäftsleitung augenblicklich eine Marktanalyse zu liefern, die die letzten Marktvorgänge berücksichtigt und zuverlässige Unterlagen für wichtige Entscheidungen abgibt. Zudem entlastet sie viele Arbeitskräfte von eintöniger Routinearbeit und macht sie dadurch für produktive Tätigkeiten frei.

Fernmeltechnik, Heft 8/1957 (Bundesrepublik).

„In der Religion entscheiden die Autoritäten, in den Naturwissenschaften die Beweisgründe“

Dieses Wort Keplers nahm Prof. Stancak zur Grundlage seines Berichtes über die Tätigkeit des Fachverbandes Elektrotechnik der KdF anlässlich der Jahrestagung 1956 und stellte fest, „daß die Technik niemals Selbstzweck sein kann, sondern Mittel zum Zweck sein muß, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen will. Ihre Entwicklung stützt sich auf die Erkenntnisse, die im Zusammenhänge gesammelt werden, die den menschlichen Geist, deren Wohlstand sich aus dem Erfolg dieser Bemühungen bestimmt. Der Schöpfer dieser Dinge, der Ingenieur, hat einen beachtlichen Teil der Verantwortung für die richtige Umsetzung seiner Erfindungen in die Praxis zu übernehmen, daß sich alle Forscher und Techniker der Welt der Schwere dieser Verantwortung, die sie mit ihren Arbeiten übernehmen, bewußt werden. Humanismus und Kultur brauchen in diesem Falle nicht als Opfer der Zivilisation zurückzutreten und der Forschung und Technik wäre nicht, wie dies in den letzten 50 Jahren der Fall gewesen ist, vielfach ihr Sinn für die Entwicklung des Wohlstandes in der Welt geraubt worden. Unter diesem Gesichtspunkt kommt aber der freiwillig-technischen Gemeinschaftsarbeit eine besondere Bedeutung zu. Sie vereint die technisch arbeitenden Menschen zu einer Gemeinschaft, deren Zielsetzung nur dem Zweck dienen darf, die Befriedigung der wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnisse zu erreichen.“

In allen modernen Industriestaaten, sowohl in den kapitalistischen als auch in den sozialistischen, vollzieht sich gerade heute eine technische Umwälzung, eine industrielle Revolution, die gekennzeichnet ist durch die technische Nutzung der Atomkraft und die zunehmende Automatisierung der Produktionsprozesse.

Der Prozeß der beginnenden „Automation“, wie er in den kapitalistischen Ländern genannt wird, führt dort zu einer Freisetzung von Arbeitskräften und damit zu einer raschen Vergrößerung der Arbeitslosigkeit. Die englische Zeitung „Daily Mirror“ (30. Juni 1955) prophezeit z. B., daß in 10 Jahren von je zehn Londoner Maschinenschreiberinnen, Sekretärinnen und Buchhalterin acht durch die Einführung moderner Rechenautomaten und anderer Einrichtungen nicht mehr notwendig sein werden. Die Automatisierung der Produktion, die in den kapitalistischen Ländern zu großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten führen wird, dient im Sozialismus dem Wohlstand des gesamten Volkes. Sie erleichtert dem Menschen die Arbeit, überbrückt die Kluft zwischen der körperlichen und geistigen Arbeit, indem sie die Voraussetzung für eine wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit schafft, und ermöglicht es, künftig einen Überfluß an Erzeugnissen herzustellen. Außergewöhnlich große wirtschaftliche Erfolge, mit denen sich kein kapitalistisches Land messen kann, hat die Sowjetunion während der 39 Jahre ihres Bestehens errungen. Die Industrieproduktion ist dort jetzt etwa 30mal so

groß wie im Jahre 1913. Die Stahlherzeugung erreicht den beachtlichen Umfang von 40 Millionen Tonnen jährlicher Produktion. An Kohle werden 430 Millionen Tonnen, an Erdöl 84 Millionen Tonnen produziert. Die Erzeugung von elektrischer Energie stieg im Jahre 1956 auf 192 Milliarden kWh. Der Direktor des britischen Instituts für Wissenschaft und Technik in Manchester erwähnte in einer Rede, die Sowjetunion bilde weit mehr Technologen aus als alle westlichen Länder zusammen genommen, und „es gibt keinen Zweifel, daß eine Industrie, die über mehr Fachkräfte mit Hochschulbildung verfügt, für neue Ideen viel zugänglicher ist als unsere eigene Industrie, die nicht zuletzt zeugen davon die wissenschaftlich-technischen Erfolge auf dem Gebiet der Kernphysik, die bekanntlich dazu führten, daß schon im Jahre 1954 die Sowjetunion das erste Atomkraftwerk der Welt mit einer Leistung von 5000 kW in Betrieb nehmen konnte. Zwar hat in Großbritannien vor kurzem ein Atomkraftwerk mit einer wesentlich größeren Leistung (60 MW, später 130 MW) die Produktion von Elektroenergie aufgenommen; doch dürfte die Sowjetunion nach Erfüllung ihres Fünfjahresplans, der den Bau von Atomkraftwerken mit einer Gesamtkapazität von 2000 bis 2500 MW vorsieht, der größte Produzent von Elektroenergie aus Kernenergie sein.“

Auch bei uns in der Deutschen Demokratischen Republik dient die Entwicklung der Naturwissenschaften und der Technik den Interessen der gesamten Bevölkerung. Dabei sollte jedoch nicht übersehen werden, daß wir die Technik unter erschwerten Bedingungen entwickeln müssen. Vor allem die als Folge der Spaltung Deutschlands entstandenen Disproportionen in der Wirtschaftsstruktur unseres Landes wirken sich lemmend auf den technischen Fortschritt aus. Um so höher muß man daher die Leistungen unserer wissenschaftlichen und technischen Intelligenz bewerten, die es ermöglichen, daß die Aufgaben unseres ersten Fünfjahresplans im wesentlichen erfüllt werden konnten.

Außerdem muß man berücksichtigen, daß die technische und wissenschaftliche Hilfe der anderen sozialistischen Länder, insbesondere der Sowjetunion, die Entwicklung der Technik in der Deutschen Demokratischen Republik in wachsendem Maße günstig beeinflusst hat.

Die Entwicklung der Technik ist das Ergebnis der Entwicklung der naturwissenschaftlichen Forschung und ihrer technischen Anwendung, das Ergebnis der Entwicklung neuer und der Verbesserung vorhandener Konstruktionen und schließlich das Ergebnis der Entwicklung und Einführung verbesserter Technologien.

Das von Ernst Abbe geprägte Wort „in neue Gebiete der praktischen Optik nur mit solchen Erzeugnissen einzutreten, die aus unserer eigenen Arbeit hervorgegangen, überhaupt nicht oder nicht in gleicher Art schon von anderen hergestellt waren“ (Die Wirtschaft Nr. 46 (1936), S. 5), sollte uns Wissenschaftlern, Ingenieuren und Technikern Richtschnur unserer künftigen Arbeit sein, denn nur so wird es möglich, den Weltstand in der Technik zu erreichen und zu überflügeln.

Selbstverständlich hat die Deutsche Demokratische Republik, obwohl sie über eine technisch hochentwickelte Industrie und über bedeutende wissenschaftliche Kräfte verfügt, infolge ihrer beschränkten materiellen und personellen Ressourcen nicht auf allen Gebieten der Naturwissenschaften und der Technik die Voraussetzungen, den internationalen Stand der Technik zu erreichen und zu überflügeln. So etwas erwarten zu wollen, hieße, an den Stein der Weisen zu glauben.

Eine vernünftige Lösung dieses Problems kann nur darin bestehen, daß wir uns in der DDR in der Entwicklung der Naturwissenschaften und der Technik in Abstimmung mit den anderen sozialistischen Ländern auf bestimmte Schwerpunkte konzentrieren und insbesondere die Gebiete vorrangig entwickeln, wo die günstigsten Bedingungen dafür vorhanden sind.

Nachrichtentechnik, Heft 2/1957.

Zivilisationsgeißel „Lärm“

Die moderne Technik hat zum Teil eine bedenkliche Zunahme der Lärmentwicklung mit sich gebracht. Allenthalben werden Gefahren deutlich, die sich aus dieser Entwicklung ergeben. Es kommt daher darauf an, daß die mit der Technisierung erzielte bessere Lebensgestaltung nicht durch gesundheitliche Gefährdung zu einer unerwünschten Richtung gedrängt wird.

In letzter Zeit machen sich daher in verschiedenen Ländern Bestrebungen bemerkbar, den Lärm auf ein erträgliches Maß zurückzuführen. Auch in der Deutschen Demokratischen Republik hätten sich bereits zahlreiche Institutionen und Einzelpersonen mit der Lärmbekämpfung beschäftigt. Es folgte aber bislang an Möglichkeiten, alle diese Bemühungen zu koordinieren. Auf Initiative der Kammer der Technik wurde deshalb eine Arbeitsgemeinschaft für Lärmschutz gegründet, zu deren Vorsitzenden Herr Prof. Dr. med. habil. E. Holstein, Professor der Akademie für Sozialhygiene, Arbeitshygiene und ärztliche Fortbildung, Berlin-Lichtenberg, gewählt wurde. Arbeitsgruppen bestehen für Lärmmessung, Lärmschädigung und Lärmbekämpfung (Bau, Verkehr, Betrieb).

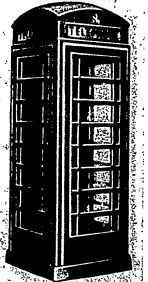
Die von diesen Arbeitsgemeinschaften erarbeiteten Vorschläge sollen dann von den betreffenden Fachministerien verwirklicht werden. In Presse und Fachorganen wird die Bevölkerung über die Bestrebungen informiert werden.

Nachrichtentechnik, Heft 6/1957.

Münzfersprecher in Großbritannien

Bereits im Jahre 1915 wurde in Großbritannien eine Vorrichtung zum Kassieren von Empenny-Stücken für Ortsgespräche, die von öffentlichen Sprechstellen geführt wurden, eingerichtet. Ihre Folge 1925 eine solche für mehrere Münzsorten, die die Möglichkeit eröffnete, Ferngespräche von unbeteiligten Sprechstellen zu führen. Auf Straßen und Plätzen wurden die Münzfersprecher von 1921 an in Fernsprechhäuschen aus Holz untergebracht. Ihnen folgten 1927 und später verschiedene Konstruktionen aus Gufesein. Die Einführung billiger Nachtgebühren für Ferngespräche im Jahre 1934 ließ den Verkehr der öffentlichen Sprechstellen stark ansteigen. Um diesem erhöhten Sprechbedürfnis gerecht zu werden, wurde die noch heute übliche Standardform von Fernsprechhäuschen eingeführt. Der Münzfersprecher, der zwei Bedienungsknöpfe hat, ist auf einem schwarzen Wandbrett angebracht; die Bedienungsanweisungen befinden sich in Rahmen aus rostfreiem Stahl. Jetzt werden vollautomatische Münzfersprecher ohne Bedienungsknöpfe für den Selbstwählfernverkehr eingeführt. In Verbindung damit wird auch die Ausrüstung des Wandbrettes modernisiert. H. Graf

(Nach The Post Office Electrical Engineers' Journal 49, 1956, Heft 3, S. 201 bis 202.)



Britisches Fernsprechhäuschen von 1934



# Die Verwirklichung des Prinzips der Kontrolle durch den Leiter eines Amtes

Von Willi PAUBEL, Student am Institut für Ökonomik des Post- und Fernmeldewesens der Hochschule für Verkehrswesen Dresden

Das Post- und Fernmeldewesen ist ein Teil der sozialistischen Wirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. Auch in ihm gelten die sozialistischen Leistungsprinzipien, zu denen u. a. die Kontrolle der Durchführung von zu lösenden Aufgaben gehört. Der Verfasser untersucht das Prinzip der Kontrolle, indem er mittelt, welche Kontrollmöglichkeiten sich die Leiter der Ämter zu eigen machen können.

### Einleitung

Die Kontrolle durch die Leiter der Ämter der Deutschen Post ist von großer Bedeutung. Sie stellt die Ausgangsbasis der operativen Arbeit eines Leiters und eine notwendige Ergänzung zu den von ihm verteilten Aufgaben und seiner Anleitung dar. Erst die Kontrolle gewährleistet die Einheit von Beschlußfassung und Durchführung. Sie sichert die rechtzeitige und richtige Durchführung der Anweisungen des Leiters und ermöglicht ihm außerdem, die Ergebnisse seiner eigenen und der Arbeit seiner Mitarbeiter zu erkennen und einzuschätzen. Indem er kontrolliert, lernt der Leiter die Kader bei der praktischen Arbeit kennen und schafft die Voraussetzungen für ihre Beurteilung, ihre richtige Auswahl und ihren richtigen Einsatz.

Wenn er das Prinzip der Kontrolle verwirklichen will, so ist der Leiter gezwungen, sich von Scheinlösungen zu lösen und eine ständige Verbindung mit den Werkstätten und der praktischen Arbeit zu halten. Ein Leiter, der ständig eine gute fachlich und politisch fundierte Kontrolle ausübt, gewinnt an Autorität und wird erfolgreich arbeiten. Im Gegensatz dazu wird ein Leiter, der es mit der Kontrolle nicht so genau nimmt, seine Mitarbeiter und darüber hinaus die Beschäftigten im Amt zur Nachlässigkeit und zur Pflichtverletzung verleiten. Solche Leiter versuchen, an Stelle der Kontrolle mit immer neuen Anweisungen und Beschlüssen die zu spät bemerkten Fehler und Mängel zu überwinden. Das führt zu Bürokratismus und untergründet die Autorität des Leiters. Manche fachlich und politisch bewußten Leiter nehmen an, mit der Ertelung von richtigen Anweisungen und der Bekanntgabe von guten Beschlüssen, die sie nach Beratung im Kollektiv der leitenden Angestellten gefaßt haben, erschöpfe sich ihre Arbeit. Gewiß ist die leitende Arbeit undenkbar, ohne auf Grund der Kenntnis der Situation einen genauen Aktionsplan festzulegen, die nächsten Aufgaben klar zu formulieren und die besten Methoden zu ihrer Lösung zu zeigen. Nicht so arbeiten hieße blindlings arbeiten. Aber der beste Beschluß kann in der Luft hängen bleiben, wenn man keine energischen Maßnahmen ergreift, um die Durchführung dieses Beschlusses zu organisieren und zu kontrollieren. Das Aben einer jeden organisatorischen Arbeit besagt, daß nach der Beschlußfassung der Schwerpunkt der Arbeit unmittelbar an den Ort der Handlung, auf die Organisation der Menschen, auf die Kontrolle der Durchführung zu verlegen ist.<sup>[1]</sup>

### Die persönliche Verantwortung des Leiters

Weil die Leiter persönlich für die Kontrolle in ihrem Bereich verantwortlich sind, können sie von dieser Verantwortung auch nicht durch das Vorhandensein besonderer Kontrollorgane (Kontrollgruppen der BPF, Cwa-Angestellte, Hauptbuchhalter usw.) entbunden werden.

- a) bestimmte Kontrollen regelmäßig durchführen,
- b) bestimmte Kontrollmaßnahmen regelmäßig veranlassen,
- c) leitende Mitarbeiter an seiner Stelle mit bestimmten ständigen Kontrollaufgaben beauftragen und sich von deren Durchführung überzeugen und

d) von Fall zu Fall geeignete Mitarbeiter zur Durchführung einzelner Kontrollen einsetzen, die ihm über das Ergebnis der Kontrolle berichten müssen.

Eine Voraussetzung hierzu ist, daß der Geschäftsverteilungsplan des Amtes dem neuesten Stand entspricht. In diesem muß festgelegt sein, welche Mitarbeiter oder Dienststellen für die Erfüllung der einzelnen Aufgaben des Amtes verantwortlich sind. Damit ist zugleich bestimmt, worauf sich die Kontrolle bei den einzelnen Mitarbeitern oder Dienststellen zu erstrecken hat. Zugleich muß im Geschäftsverteilungsplan enthalten sein, welche Kontrollaufgaben von den einzelnen Mitarbeitern im Auftrage des Leiters regelmäßig auszuführen sind (Punkt c obiger Aufzählung).

Bei der Durchführung der Kontrollen sollte der Leiter von folgenden Grundsätzen ausgehen:

1. Die Kontrolle muß systematisch sein,
2. nur rechtzeitig durchgeführt, hat sie Wert,
- 3 mit jeder Kontrolle ist eine Anleitung zu verbinden und
4. die Kontrolleergebnisse müssen ausgewertet werden; es sind sogleich Schlußfolgerungen daraus zu ziehen.

Die Kontrolle soll nach Thamm [2] in folgenden Richtungen vorgenommen werden:

- „1. Es ist an Ort und Stelle zu überprüfen, ob die gegebenen Anweisungen oder Entscheidungen richtig waren, oder ob die Praxis zeigt, daß wichtige Bedingungen ihrer Durchführung unberücksichtigt blieben...“
2. Es ist zu überprüfen, ob die Durchführung der gegebenen Anweisungen richtig organisiert wird. Eine ungenügende Organisation kann darauf beruhen, daß die Anweisung nicht richtig verstanden worden ist, die Anleitung also ungenügend war und wiederholt werden muß. Eine weitere Ursache kann die Unfähigkeit der mit der Durchführung betrauten Werkstätten sein...“
3. Die Kontrolle muß dazu führen, daß positive Erfahrungen der Durchführung rasch verallgemeinert werden.“

Die bisher genannten Grundsätze gelten allgemein für alle Kontrollaufgaben. Hiernach ist die Kontrolle im einzelnen Falle zu organisieren. Für den Leiter eines Amtes der Deutschen Post gilt es, die Kontrolle in zwei Bereichen zu verwirklichen:

- a) auf wirtschaftlichem Gebiet und
- b) bezüglich der betrieblichen Aufgaben des Post- und Fernmeldewesens (Post-, Fernsprech-, Telegraphien- und Funkbetrieb).

### Kontrolle auf wirtschaftlichem Gebiet

Das Schwergewicht der Kontrolltätigkeit des Leiters liegt auf wirtschaftlichem Gebiet; denn der Leiter des Amtes ist in erster Linie für die Erfüllung der Planaufgaben verantwortlich. Deshalb muß er im einzelnen mindestens monatlich, wenn sach-

lich möglich auch in kürzeren Abständen, die Erfüllung aller Teilpläne kontrollieren. Dabei hat er folgendes festzustellen:

- a) Sind die geplanten Leistungen (Leistungsplan) erreicht worden?
- b) Wird die geplante Lohnsumme eingehalten?
- c) Werden die übrigen Selbstkosten planmäßig eingehalten?
- d) Geht die Gewinnabfuhr termingemäß und in voller Höhe?
- e) Wie werden die Umlaufmittel in Anspruch genommen?
- f) Wie wird der Investitions- und Generalreparaturplan erfüllt?

Diese Kontrollen führt der Leiter selbst durch. Die Unterlagen dazu liefern ihm

1. das betriebliche Rechnungswesen,
2. die Finanzberichterstattung des Hauptbuchhalters und
3. die Statistik.

Die Leiter sozialistischer Betriebe streben gemeinsam mit allen Werktätigen danach, den Plan überzuerfüllen. Der Leiter wird deshalb die Kontrolle insbesondere auf die Verwirklichung folgender Ziele ausdehnen:

- 1. Senken der Selbstkosten durch
  - a) volles Ausnutzen der Arbeitszeit,
  - b) Verbessern des Arbeitsschutzes und der Gesundheitsfürsorge,

- c) Instandhalten und Pflege der Maschinen und Anlagen (Schutz des Volkseigentums),
- d) sparsamen Verbrauch von Energie und Treibstoffen,
- e) sparsamen Materialverbrauch,
- f) Aufdecken von Verlustquellen.

- 2. Steigern der Leistungen durch
  - a) Verbessern der Arbeitsorganisation,
  - b) aktive Entwicklung des sozialistischen Wettbewerbs,
  - c) Werbung und Kundendienst,
  - d) Normung und Einführen von Prämiensystemen,
  - e) besseres Ausnutzen vorhandener Kapazitäten.

Es ist klar, daß der Leiter eines Amtes die Erfüllung dieser vielfältigen wirtschaftlichen Aufgaben nicht sämtlich allein kontrollieren kann. Die Kontrolle geschieht deshalb in verschiedenen Formen.

### Kontrolle des Leiters an Ort und Stelle

- a) am Sitz des Amtes in den einzelnen Fachabteilungen, Betriebsabteilungen und Dienststellen,
- b) im Bereich des Amtes durch Dienstreisen zu den zugeleiteten Postämtern, Zweigpostämtern, Poststellen, Fernmeldedienststellen, Vermittlungsstellen, Meisterbereichen, Werkstätten usw.

Beide Arten von Kontrollen müssen systematisch und schwerpunktmäßig entsprechend der Situation gestaltet werden. Es ist deshalb zweckmäßig, wenn sich der Leiter monatlich einen

### Die neue Annahemaschine für Zahlkarten und Postanweisungen

Die Annahemaschine für Zk und PAnw wurde beim VEB Buchungsmaschinenwerk Karl-Marx-Stadt in Zusammenarbeit mit der früheren Hauptabteilung Postwesen des IPF entwickelt. Hauptbestandteil bildet die Astra-Buchungs-Maschine der Klasse 132 aus der laufenden Produktion mit 3 Zählwerken und Kontrollstreifen im Verein mit einem neuartigen Stempelmehrantrieb und dem Zusatz weiterer Bauelemente.

Nachdem der einzuzahlende Betrag und die Gebühr mit Hilfe der Zehnerartatur eingetastet worden sind, werden beim Bedienen einer Motoraste — jeweils in einem Arbeitstag — sämtliche Beträge auf der Zk bzw. PAnw und auf dem Kontrollstreifen (Einzahlungsliste) gedruckt. Dabei wird sowohl auf dem Hauptteil als auch auf dem Einlieferungschein der Zk bzw. PAnw der Postvermerk angebracht. Außerdem werden die drei Tagesstempel an den dafür vorgesehenen Stellen abgedruckt. Es entfallen also das Eintragen der einzuzahlenden Beträge in die Einzahlungsliste, das Freinachen der Zk bzw. PAnw, das Ausfertigen der Postvermerke (Aufgaben-Nr., Kennbuchstaben, Namenszeichen, Unterschrift, Tagesausgabe, Bezirksstempel) und das dreimalige Abdrucken des Tagesstempels. Ein weiterer bedeutender Vorteil der maschinellen gegenüber der manuellen Abfertigung besteht darin, daß mit Hilfe eines Zählwerkes der Betrag, den der Einzahler zu begleichen hat, ausgerechnet wird, unabhängig von der Stückzahl der zur Einzahlung vorgelegten Zk usw. Getrennte Speicherwerke (Einzahlungen und Gebühren) ersparen das zeitraubende Auf- und Nachrechnen der Einzahlungslisten.

Mitteilungen aus dem IPF, II. 1/P 1957.



Kontrollplan aufstellt, in dem festgelegt ist, an welchem Tage, an welcher Stelle und mit welchem Ziel persönliche Kontrollen vorgenommen werden sollen.

Die Dienstreisen müssen sorgfältig vorbereitet werden. Diese Form der Kontrolle ist unbedingt mit einer guten Anleitung zu verbinden, weil die Dienststellen im Bereich (PA, ZWP, FMDSt usw.) weitgehend selbstständig sind.

Die Kontrolle an Ort und Stelle ist die wichtigste Form der Kontrolle. Sie muß in der Tätigkeit des Leiters eines Amtes einen breiten Raum einnehmen.

Kontrolle während Besprechungen eines Kollektive leitender Mitarbeiter

Rehabilitationsbesprechungen
Diese finden nach Anweisung des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen monatlich statt, wenn das wirtschaftliche Ergebnis des Amtes feststeht (Anlage zur Finanz-Sammelverfügung Nr. 1/1956).

Haushaltskontrollbesprechungen

Diese dienen der Kontrolle der Erfüllung des Haushaltsplanes der Sozialversicherung. Sie werden monatlich in allen Ämtern der Deutschen Post durchgeführt (Beilage zum Verfügungs- und Mitteilungsblatt Nr. 2/1957).

Abteilungsleiterbesprechungen

Die Abteilungsleiterbesprechungen (in manchen Ämtern auch „Besprechungen des leitenden Kollektive“ genannt) sind von großer Bedeutung. In ihnen verbinden sich am zweckmäßigsten Beschlußfassung, Anleitung und Kontrolle. Sie dienen dazu, die Arbeit im Amt zu koordinieren. Hier berät der Leiter mit den verantwortlichen Mitarbeitern alle neuen Aufgaben und kontrolliert die Erfüllung bestehender Aufgaben.

schaftlichen Aufgaben des Amtes zu kontrollieren. Er kann auch gleich mit seinen Mitarbeitern über Schwierigkeiten beraten und erneut anleiten.

Kontrolle der betriebstypischen Aufgaben durch geeignete Mitarbeiter

Neben der Erfüllung der wirtschaftlichen Aufgaben kontrolliert der Leiter des Amtes die Erfüllung der betriebstypischen Aufgaben (Betriebsdienst). Beide Aufgabenbereiche stehen in enger Verbindung und können nicht getrennt werden.

Der Leiter des Amtes trägt die Verantwortung dafür, daß die Hauptaufgaben des Post- und Fernmeldewesens, die Befriedigung des Nachrichtenbedürfnisses in seinem Bereich maximal erfüllt wird. Daraus ergeben sich bezüglich des Betriebsdienstes Kontrollaufgaben insbesondere in folgenden Richtungen:

- 1. Pünktlichkeit und Schnelligkeit des Betriebsablaufs,
2. vorschriftsmäßige Abwicklung der Dienstgeschäfte,
3. ordnungsmäßige Kassenführung,
4. Beachtung von Sonderbestimmungen (besonders im Auslandsdienst),
5. richtiges Einführen und Anwenden neuer Vorschriften,
6. Verhindern von Unterschlagungen, Diebstahl und anderen Unregelmäßigkeiten,
7. Sicherheit der Postsendungen und Dargelder,
8. richtige Zusammenarbeit mit den Dienststellen anderer Ämter,
9. Zustand und Einsatz der Kraftfahrzeuge,
10. besondere Beachtung des Landpostdienstes und der Betreuung des „flachen Landes“ im Fernmeldedienst.

Während der Leiter eines Amtes auf wirtschaftlichem Gebiet noch weitgehend selbst kontrolliert, ist ihm das bei der Kontrolle des Betriebsablaufes im Betriebsdienst wegen der großen Vielfalt und Differenziertheit dieser Aufgaben nur teilweise möglich. Den größten Teil der Kontrollaufgaben muß er deshalb auf nachgeordnete Mitarbeiter übertragen (AbtL, StV, DS/L, Aufsichten). Für die Formen der Kontrolle gilt das bezüglich der wirtschaftlichen Aufgaben Gesagte sinngemäß.

In einem HPA hätte diese Kontrolle z. B. folgende Form:

Der Leiter des HPA erteilt nach einem Plan Aufträge für Dienst- und Kassenprüfungen bei den PA und ZWP des HPA-Bereiches. Er kontrolliert, daß die zuständigen AbtL usw. gleiche Aufträge für Dienst- und Kassenprüfungen bei den PSt und für die Kassenprüfungen aller Zweigstellen des Amtes erteilen. Maßgebend hierfür sind die Bestimmungen der ADA VIII, § 87, § 92 und Anlage 46 und der ADA V, 2 Anh. 9, § 13 (sowie neuerdings die VMBI-Vf. Nr. 106/1957). Über die Prüfungen werden Prüfungsberichte gefertigt, die dem Leiter vorgelegt werden und anschließend in das Prüfungsmerkblatt der Postanstalten aufgenommen sind (DA für BA 39 und Anh. 1, 2 und 3). Bei seinen Kontrollen an Ort und Stelle kann sich der Leiter des Amtes durch Einsichtnahme in das Prüfungsmerkblatt von der Erledigung der Ausstellungen überzeugen. Mehrmals im Jahr kontrolliert er, daß alle Postanstalten des HPA-Bereiches geprüft werden. Zugleich überprüft er durch Stel-lenproblem, ob die eingesetzten Prüfer zweckmäßig und ordnungsgemäß arbeiten.

Regelmäßige Kontrollen durch bestimmte Mitarbeiter

Über die bisher genannten Kontrollmaßnahmen hinaus ergibt sich auf Grund der Besonderheiten des Betriebsdienstes der Deutschen Post noch eine weitere Form der Kontrolle:

Der Leiter des Amtes beauftragt bestimmte Mitarbeiter mit regelmäßigen Kontrollen. Die Bestimmungen darüber sind ent-

halten in der „Zusammenstellung der wichtigsten Prüfbestimmungen im Postbetriebsdienst und Postzeitungsvertrieb für AV, AbtL, StV und Aufsichten von PA“ und in der Anstalts-Vorführung Nr. 17/1948. (Diese Bestimmungen sind z. T. überholt und bedürfen einer Überprüfung mit dem Ziel, die Zahl der Prüfungen auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken, ihre Wirksamkeit aber zu erhöhen.) Alle mit Kontrollaufgaben betrauten Mitarbeiter müssen darüber Aufzeichnungen in Merkblättern oder Kontrollkärtchen vornehmen. Der Leiter des Amtes läßt sich diese etwa einmal im Vierteljahr vorlegen und überprüft dabei, ob die Kontrollen ordnungsgemäß durchgeführt wurden und ob die Beauftragten fachlich geeignet sind und es verstehen, mit Hilfe der Kontrollen den Betriebsablauf qualitativ auf einen Höchststand zu bringen. Diese Form der Kontrollen hat entscheidenden Einfluß auf die qualitative Seite der Leistungen im Post- und Fernmeldewesen. Sie darf deshalb von keinem Leiter unterschätzt werden.

Die Werktätigen kontrollieren

Die bisher geschilderte „Kontrolle von oben“ wird in sozialistischen Betrieben wirksam ergänzt durch die „Kontrolle von unten“. Der sowjetische Ökonom Kamezzer stellt dazu fest: „Der große Vorteil der Organisation des sozialistischen Betriebes besteht darin, daß an ihr alle an der Produktion Beteiligten aktiv teilnehmen, daß die gesamte Arbeit des Betriebes in enger Verbindung mit den breiten Massen der Werktätigen erfolgt.“ [3] Es ist deshalb sehr wichtig, daß die Leiter der Ämter diese „Kontrolle von unten“ fördern und beachten. Thamm sagt: „Die Kontrolle von unten deckt bürokratische Erscheinungen in der Arbeit der Leiter auf und gibt den Werktätigen die Möglichkeit, durch eine wirksame Kritik den Leitern zu helfen, die Arbeit zu verbessern.“ [4] Eine wichtige Form dieser Kontrolle ist die Kontrolle durch die Betriebsparteiorganisation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, weil die Mitglieder dieser Partei zumest besonders aktive und forschrichtliche Mitarbeiter sind. Eine weitere Kontrolle wird von den Massenorganisationen (BGL, Kontrollposten der FDJ usw.), in den Rechenschaftslegungen zum Betriebskollektivvertrag sowie in Produktionsberatungen ausgeübt. Zu allem kommt noch bei der Deutschen Post die besondere Form der Kontrolle durch die Postkunden (Presskriechen, Beschwerdebücher usw.). Ein jeder Leiter muß diese genau beachten und wird dadurch wertvolle Hinweise erhalten. Er sollte auch von Zeit zu Zeit die Postkunden in Postwirtschaftsbesprechungen zur Mitarbeit auffordern.

Regierungsbeschluß über die Kontrolle

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat die Wichtigkeit der Kontrolle mit dem „Beschuß zur Verbesserung der Kontrolle der Durchführung der Gesetze, Verordnungen und Beschlüsse durch die zentralen staatlichen Organe der DDR“ vom 20. 8. 1953 unterstrichen. Dieser Beschluß [5] der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gibt auch den Leitern der Ämter der Deutschen Post wertvolle Hinweise.

Literatur:

- [1] L. Sbrnov, Organisation und Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse Schriftenerhe für den Parteiarbeiter, Heft 11, Diets Verlag, Berlin 1953, S. 7-8.
[2] J. Thamm, Die Aufgaben und Prinzipien der sozialistischen Kontrolle der Industrie, Diskussionsbeiträge zu Wirtschaftfragen, H. 24, Verlag der Wirtschaft, Berlin 1956, S. 39.
[3] S. E. Kamezzer, Organisation und Planung des sozialistischen Industriebetriebes, Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1955, S. 49.
[4] J. Thamm, wie [2], S. 40.
[5] Gesetzblatt Nr. 101, 1953, S. 995

Beitragung zu dem Aufsatz

„Die Befähigung im Arbeitsrechtsverhältnis der Deutschen Post“, Heft 8, Seite 197 — Durch ein Versehen des Autors macht sich folgende Berichtigung notwendig: Das zweite Wort im vorletzten Absatz darf nicht „Aufhebungsvertrag“, sondern muß „Arbeitsvertrag“ heißen.

100 Jahre Landzustelldienst beim Postamt Freiberg (Sachs)

Von Hellmut HETZEL, Freiberg (Sachs)

Das deutsche Postnetz hatte sich im Laufe der Jahrhunderte in der Weise gebildet, daß zunächst die wichtigsten Orte durch Postlinien verbunden und dann die Postorte und Postlinien ständig vermehrt wurden. Postalische Einrichtungen in allen ländlichen Siedlungen einzurichten, lag damals nicht im Interesse der herrschenden Kreise. So wurde die Verbindung zwischen Stadt und Land lange Zeit hindurch, soweit die Landpost nicht selbst in die Stadt kam, durch gevernsmäßige Boten (Botenfrauen) oder Amtsboten hergestellt, die Aufträge aller Art erledigten und auch die Postachen mitnahmen.

Natürlich ließen die postalischen Bestimmungen in Sachsen die Möglichkeit offen, Briefe nach den Landorten zuzustellen. Dabei kam es aber allein auf die örtlichen Postmeister an, ob sie für diesen Dienstzweig Interesse hatten oder nicht. Es war daher nicht selten, daß die bei einem Postamt lagernden Sendungen für Bewohner des Landes, die von den Botenfrauen usw. nicht abgeholt wurden, an die Absender zurückgingen. Lediglich die auf besonderen Verlangen durch „express Boten“ zu bestimmenden Sendungen wurden immer zugestellt.

Der Freiburger Postmeister Johann Kerstan scheint sich für die Landbriefbestellung sehr eingesetzt zu haben. Er war es auch, der von der königlichen Oberpostdirektion in Leipzig die Genehmigung erwirkte, in Freiberg den „Landbestellungsdiens“ am 1. Juli 1837 einzuführen. Außer in Leipzig, wo eine fiskalische Landpostanstalt bereits Anfang der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts eingerichtet worden war, gab es zu dieser Zeit in Sachsen noch keine Landbestellung. Die Tatsache, daß in Freiberg zuerst mit der postalischen Landbestellung begonnen wurde, zeigt nicht nur das Interesse des Freiburger Postmeisters, sondern läßt auch darauf schließen, daß für viele Landorte Postsendungen eingingen. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen,

Heberich

dem Rathbeholdungsbüro des Postamts Freiberg zugewiesene Karte von der für die Briefen schickenden Briefträger.

Table with 4 columns: D 1, Die Befähigung, D 2, Die Befähigung. It contains a list of names and their corresponding qualifications or positions.

Auszug aus einer Bekanntmachung des Postamts Freiberg (Sachs) vom 24. Juni 1837 (Original im Historischen Archiv; Aufh. Großer, Freiberg)

daß damals die gesamte Post für Freiburg noch mit der Postkutsche kam; denn Freiburg besaß noch keine Eisenbahnverbindung (die Eisenbahnlinie Thannitz-Freiburg wurde 1802 und die Linie Freiburg-Chiemnitz 1809 eröffnet).

Die Landbriefträger des Postamtes hatten täglich ihre bestimmten Marschrouten, die sie auch dann zu begeben hatten, wenn für einzelne Orte keine Postsendungen vorlagen. Lediglich abseits gelegene Verwerke, Gasthäuser, Mühlgelände usw. konnten ausgelassen werden, wenn für diese keine Sendungen zu bestellen waren.

Der Landbestellungsdienst besaß in bezug auf seine Dienstabteilung schon bei seiner Einführung vor 100 Jahren fast den gleichen Umfang wie heute, lediglich die Annahmefähigkeit war wesentlich eingeschränkt.

Die Bestellung der Eisenungen nach den Landorten, d. h. der Sendungen mit dem Vermerk „per express“ oder „durch besonderen Boten sofort zu bestellen“, wurde nicht vom Landbriefträger, sondern — wie heute noch — durch besonderen Boten sofort nach Eingang der Post beim Postamt ausgeführt. Dafür mußte der Empfänger einen festgelegten Botenlohn zahlen. Für die vom Landbriefträger angenommenen Sendungen bzw. für die Briefkastensendungen waren keine besonderen Gebühren zu entrichten.

Die von den Landbriefträgern einzuziehenden Bestellgebühren und sonstigen Gebühren wurden auf der Rückseite der Briefe vermerkt. Eine Ausnahme von der Entrichtung der Landbestellgebühr gab es nicht. Diese mußte also auch für jene Briefe gezahlt werden, die mit der „Offizial-Inhalts-Deklaration“ versehen waren. Eine Verweigerung der Zahlung galt als Annahmeverweigerung der Sendung. Die Zeitungsbestellgebühren waren von den Abonnenten zugleich mit den Zeitungsabonnementsgeldern für denjenigen Zeitraum im voraus zu entrichten, für den das betreffende Abonnement ausgestellt war.

Wenn man sich einmal das Gebiet des damaligen Landbestellbereiches von mehr als 300 qkm vergegenwärtigt, so ersieht es für die heutigen Verhältnisse kaum vorstellbar, daß für die darin liegenden 63 Ortschaften, Ortsteile und Abbauten anfangs nur vier Landbriefträger arbeiteten. Jeder Zuhilfenahme hatte eine tägliche Wegeleistung von etwa 30-35 km zurückzulegen.

Freilich mag damals die Zahl der zu bestellenden Sendungen sehr gering gewesen sein. Die Hauptleistung bestand eben in der zu bewältigenden Wegstrecke. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn in alten Chroniken zu lesen ist, daß die ausgedehnten Landbestellbezirke hohe Anforderungen an die Arbeitskraft und Ausdauer der Postboten stellten. So soll es vorgekommen sein, daß der vielgeplagte Landbriefträger noch nach 10 Uhr abends von Haus zu Haus wanderte. Über die Entlohnung der Landbriefträger, die damals bereits fest angesetzt waren und zu den „Unterbeamten“ zählten, liegen leider keinerlei Aufzeichnungen vor. Es ist allerdings anzunehmen, daß sie kaum mehr als 1,50 bis 2,00 Mark an Tage verdienten.

Der 1857 eingerichtete Landbestellbereich blieb noch lange Zeit bestehen. Auch die Eröffnung der Eisenbahnlinien 1802 bzw. 1809 brachte zunächst keine wesentlichen Veränderungen. Eine entscheidende Wendung trat erst ein, als 1871 der damalige General-Postdirektor Stephan — es war ein seiner ersten Großtaten — die Einrichtung von Hilfspostanstalten anordnete, die den Namen Postagenturen erhielten. Diese galten als aufenthaltsfähige Postanstalten, waren aber betriebs- und rechnungstechnisch einem Postamt unterstellt. Ihre Zweckbestimmung lag hauptsächlich darin, daß sie neue Stützpunkte für den Landbestellbereich waren.

Die Postauftragung zu diesen Postagenturen geschah entweder mit der Eisenbahn, nachdem innerhalb des Postamts-Bereichs mehrere Linien eröffnet worden waren, oder mit Pferdewagen. Nun war es auch möglich, die Bestellbezirke der Landbriefträger wesentlich zu verkleinern und damit die Bestellung und das Einsammeln der Sendungen zu beschleunigen. Dies erreichte man noch dadurch in erheblichem Maße, daß die Bestellung nicht nur einmal täglich, sondern zweimal, ja sogar dreimal und

auch an Sonntagen ausgeführt wurde. Die Ausdehnung der einzelnen Bezirke war also bedeutend verringert worden, aber die Wegleistung der Landbriefträger verringerte sich nicht, weil sie ihren Bezirk jetzt mehrmals am Tage begeben mußten. Dazu kam noch, daß die Zahl der Sendungen immer größer wurde, besonders nahm die Zahl der zuzustellenden Pakete ständig zu. Auch die Annahmefähigkeit wurde erweitert. Die Anforderungen an die Landbriefträger waren also nach wie vor sehr groß. Dabei ist noch zu erwähnen, daß die damalige Reichspostverwaltung „gestatte“, daß der Landbriefträger seine Familienangehörigen mit einsetzen konnte, um die mit Paketen schwer beladenen Handwagen bzw. Schlitzen überlaupf fortzubringen. Eine besondere Vergütung erhielten diese „Hilfskräfte“ freilich nicht; der Landbriefträger bekam lediglich seine Übergewichtsschädigung.

Eine entscheidende Veränderung trat ein, als am 16. Mai 1938 in Freiburg die Landverkräftung eingeführt wurde. Schon 1928 ist allgemein damit begonnen worden, zur Verbesserung der Postversorgung des flachen Landes Landkraftposten einzusetzen — soweit es die damaligen Straßenverhältnisse gestatteten — und daneben in den geschlossenen Ortschaften kleine Postanstalten (Poststellen) einzurichten. Freiburg war das letzte größere Amt im damaligen Bezirk der Oberpostdirektion Dresden, das die Landverkräftung einführte. Wenn sich dies in Freiburg um fast zehn Jahre verzögerte, so lag das daran, daß einmal keine Angaben für die Unterbringung der Landkraftwagen vorhanden waren, und es außerdem große Schwierigkeiten bei der Unterbringung der einzurichtenden Landpoststelle beim Postamt gab.

Gleichzeitig mit der Einführung der Landverkräftung sind 39 Poststellen neu eingerichtet und 10 Postagenturen, die bis dahin anderen Postämtern unterstellt waren, dem Postamt Freiburg zugewiesen worden. Die Landkraftposten fahren wöchentlich 13mal (zweimal täglich und einmal sonntags). Damit war wohl der Idealzustand für die Postversorgung der Landorte erreicht; denn jeder Ort im Bereich des Postamts Freiburg hatte nunmehr eine eigene Postanstalt, deren Personal auch die Zustellung selbst ausführte. Es schien, als hätte für den Landbriefträger die letzte Stunde geschlagen; denn einen eigentlichen Landbestellbereich gab es jetzt nicht mehr.

Aber der faschistische Krieg brachte auch hier eine rückläufige Entwicklung. Nachdem bereits am 5. September 1939 — also wenige Tage nach Kriegsbeginn — auf allen Landkraftpostlinien die zweite Fahrt eingestellt wurde, mußten in den folgenden Kriegsjahren die Fahrten immer mehr eingeschränkt werden, bis schließlich am 18. September 1944 der Betrieb der Landkraftposten gänzlich ruhte. Die Post mußte zu den Zweigpostämtern und Poststellen mit Pferdewagen oder durch Botenposten vom jeweils nächstgelegenen Bahnhof aus zugeführt werden.

Erst nach Kriegsende wurden infolge des großen Verkehrsrückganges mehrere Poststellen vorübergehend aufgehoben. Bis zur Wiedereinrichtung der Landkraftposten in den Jahren 1949 bis 1954 kamen wieder Landzusteller von Freiburg aus in einige Landorte. Ihre Zustellbereiche waren allerdings viel kleiner als die früheren.

Auch heute noch sind Reste dieses Dienstzweiges vorhanden, der nunmehr beim Postamt Freiburg auf ein hunderteiliges Bestellen zurückzuführen kann. Der Landzustellendienst ist in besonderem Maße geeignet, die betriebliche Entwicklung der Post in den vergangenen 100 Jahren typisch zu charakterisieren. Einmal ist es gerade die Persönlichkeit des Landbriefträgers, der sich wie kein anderer Beschäftigter der Post fast sprichwörtlich die Popularität erwarb, zum anderen zeigt aber dieser Dienstzweig auch, welche große Anforderungen an die Beschäftigten der Post gestellt wurden. Im Gegensatz zu der weitverbreiteten, durch eine falsche „Postkutscheneromantik“ begründete Vorstellung wird gerade an diesem Beispiel deutlich, daß der Dienst bei der Post damals durch harte und schwere Arbeit gekennzeichnet war. Erst eine moderne Technik und verbesserte soziale Verhältnisse konnten in jüngerer Zeit hier Wandel schaffen.

### Wie wir Arbeitsorganisation und Arbeitshygiene im Lehrberuf Fernmeldebauemonteur verbesserten

Von Hans AMBERG, Erfurt

Der Beitrag befaßt sich mit Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsorganisation und der Arbeitshygiene, die vom Lehrmeister Rudi Nolte und vom Lehrmeister Kurt Löss in der Betriebsberufsschule des FMA Erfurt verwirklicht worden sind. Die Ausführungen werden nicht nur für den Lehrberuf Fernmeldebauemonteur, sondern auch für Berufe mit ähnlichen Arbeitsbedingungen von Interesse sein. Gleichzeitig kann der Aufsatz als ein Diskussionsbeitrag zu dem im Heft 7/57 veröffentlichten Thema „Berufsausbildung der Fernmeldebauemonteur-Lehrlinge kritisch betrachtet“ angesehen werden.

#### Verschiedene Unzulänglichkeiten bei der bisherigen Ausbildung

Die Lernaktivitäten während der Ausbildungszeit in Brigaden zusammengefaßt. Sie sollen in der Produktion an lehrplangerechten Objekten ihre erlernten Fertigkeiten anwenden und festigen.

Um die Arbeiten an den von der Betriebsberufsschule geforderten und nunmehr zur Verfügung stehenden Objekten auszuführen, sind oft weite Wege zurückzulegen, wobei ein umfangreicher Werkzeug- und Materialtransport notwendig wird. Dafür standen bisher als Beförderungsmittel vorwiegend die Eisenbahn und ab und zu einmal ein Lastkraftwagen zur Verfügung. Der Weg vom Bahnhof zur Baustelle mußte fast immer zu Fuß zurückgelegt werden, wobei die Lehrlinge das Material und die Geräte mit einem Handwagen transportierten.

Der früheste Arbeitsbeginn lag im Durchschnitt 1 1/2 Stunden nach dem eigentlichen Dienstbeginn. Der Arbeitsschluß mußte dementsprechend um die gleiche Zeit vorverlegt werden, so daß durchschnittlich drei Stunden täglich als Produktionsstunden für jeden Lehrling verlorengingen. Diese Stunden fehlten den Lehrlingen beim Erlernen, Festigen und Anwenden der geforderten Fertigkeiten.

Somit war festzustellen, daß Leerlauf- und Verlustzeiten in keinem Verhältnis zu dem tatsächlich erreichten Nutzen standen. Die Witterungsbedingungen (Regen, Schnee, Kälte) machten das Arbeiten noch besonders schwierig, denn oft gab es keine Unterstellmöglichkeiten und somit auch keine Gelegenheiten zum Trocknen der massen Arbeitskleidung. Da die Lehrlinge ständig diesem Witterungsunbill ausgesetzt waren, stieg der Krankenstand an. Lediglich in Ortschaften war das vorübergehende Unterkommen in Poststellen bzw. Gaststätten gesichert, wobei allerdings Gaststätten in keinem Falle der richtige Ort für den Aufenthalt unserer Lehrlinge während der Arbeitszeit sind.

#### Arbeitsorganisation und Arbeitshygiene werden verbessert

Heute ist die Arbeitsorganisation so geändert worden, daß Werkzeuge und Geräte bis zum Arbeitsplatz gebracht werden, ohne daß die Lehrlinge körperliche Leistungen vor Beginn der Arbeitszeit aufbringen müssen, wodurch die rationelle Ausnutzung des Arbeitstages gesichert ist. Auch die Lehrlinge konnten heute schnell und punktlich zum Arbeitsplatz und zurück befördert werden.

Wie wurde dies erreicht? Zwei Kollegen der Betriebsberufsschule entdeckten einen alten Anhänger, der als Pflörtierhaus verwendet werden sollte. Es gelang ihnen, diesen Anhänger für ihre Zwecke zu erwerben. Gleichzeitig wurde die dringende Forderung, einen Lastkraftwagen als Beförderungsmittel zur Verfügung zu stellen, vom FMA Erfurt erfüllt. Der Anhänger diente fortan als Transportmittel für Werkzeuge und Geräte. Er war bei Regenwetter gleichzeitig Aufenthaltsraum für die Lehrlinge. Mit Hilfe des Lastkraftwagens wurde der Aktionsradius bedeutend erweitert. Nun war es möglich, die Verlust- und Leerlaufzeiten zu senken.

Diese Lösung hat jedoch in bezug auf die Arbeitsschutzanforderungen und aus hygienischen Gründen noch nicht befriedigt

Sie konnte nur ein Teilerfolg sein. Deshalb mußte weitergeforstet werden, wie man

1. die noch anfallenden Leerlauf- und Verlustzeiten durch bessere Mechanisierung senken,
2. die Witterungsunbill von den Lehrlingen fernhalten,
3. den Arbeitstag besser ausnutzen und
4. die hygienischen Bedingungen verbessern könnte.

Diese Punkte ließen sich verwirklichen, indem

1. der Maschinenwagen zur Beförderung der Lehrlinge benutzt sowie
2. ein Unterkunftsraum und ein Gerüstwagen nach den Wünschen des Lehrmeisters und des Lehrwagens angefertigt wurden (Bild 1).



Bild 1. Gesamter Wagenzug

#### Der Unterkunftsraum

Der Anhänger, von dem oben gesprochen wurde, ist nach gründlicher Überlegung so umgebaut worden, daß er als Unterkunftsraum für die Lehrlinge benutzt werden kann. Er wird an den Maschinenwagen angehängt und bis an das Bawohlk gefahren. Seine Innenausstattung besteht aus besonders angefertigten Bänken mit Klappsitzen für vierzehn Lehrlinge (ein Lernaktiv). Hier können sie ihre Frühstück- und Mittagspausen verbringen, und es ist sichergestellt, daß am Arbeitsplatz Einführungsunterricht bzw. Arbeitsbesprechungen sowie Lernaktivitäten durchgeführt werden können (Bild 2). Für den Lehrmeister sind ein kleiner Schreibtisch und ein Schrank vorgesehen. Dadurch hat er die Möglichkeit, schriftliche Arbeiten auszuführen.

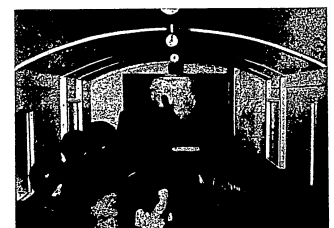


Bild 2. Während des Unterrichts im Unterkunftsraum



Bild 3. So sind die Waschbecken eingebaut

Geholt wird der Wagen durch einen Propan-Heizer, so daß sich die Lehrlinge aufwärmen und gegebenenfalls ihre Arbeitskleidung trocknen können. Das anfangs schwierige Problem der Waschmöglichkeit für die Lehrlinge wurde durch Einbau von drei hängender gelöst (Bild 3).

Nun standen nur noch zwei Fragen off. n. der Transport der Werkzeuge und Geräte sowie die Vereinfachung des Arbeitsablaufes und dessen Mechanisierung.

#### Der Gerätewagen

Zunächst lag der Gedanke nahe, daß der Gerätewagen einmal für das ordnungsgemäße Unterbringen aller benötigten Werkzeuge und Geräte und zum anderen als kleine Werkstatt für die notwendigen Reparaturen der Werkzeuge dienen mußte. Daher (Bild 4). Alle Werkzeuge, das ständig benötigte Material wie Querträger, Stützen, Ziehblätter, Isolatoren, Schrauben, Muttern, Unterlegscheiben, Ankerhaken, Drahtarten usw. sind übersichtlich und griffbereit untergebracht. Das Suchen nach einem bestimmten Teil entfällt.

In diesem Gerätewagen ist gleichzeitig ein Notstromaggregat für 220 V Wechselstrom (Bild 5) mit eingebaut, das helfen soll, Arbeitsvorgänge, die bisher mit der Hand erledigt werden mußten, zu mechanisieren. Hierbei ist an das Entrostern und Streichen

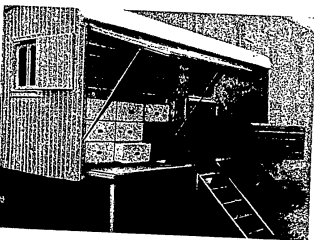


Bild 4. Gerätewagen

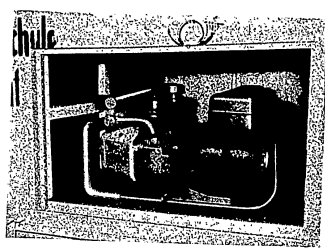


Bild 5. Notstromaggregat im Gerätewagen

der Querträger gedacht. Diese Arbeit wird künftig so mechanisiert werden, daß nur ein geringer Arbeitsaufwand notwendig ist. Es ergeben sich schon heute Möglichkeiten, bei denen dieses Aggregat gute Dienste bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität leistet. Ein Beispiel sei hier noch erwähnt. Beim Anfertigen der Bolzen von A-Masten müssen unsere Lehrlinge Löcher für mit einer elektrischen Handbohrmaschine in wesentlich kürzerer Arbeitszeit und mit einem bedeutend geringeren Kraftaufwand durchgeführt.

Ein weiterer Vorteil besteht darin, daß das Gerät zur Erzeugung von Lichtstrom für Aufenthalts- und Gerätewagen benutzt werden kann.

Zusammengefaßt kann gesagt werden, daß es der Betriebsbildungsschule des FMA Erfurt gelungen ist, während der Ausbildungszeit durch eine verbesserte Arbeitsorganisation und durch Einführen der Mechanisierung zur Steigerung der Arbeitsproduktivität beizutragen. Für wahr ein nachahmenswertes Beispiel!

#### Ein Buch über die Post . . .

. . . wird demnächst der Urania-Verlag, Leipzig/Jena, herausgeben. Wir machen unsere Leser bereits jetzt auf dieses von Wolfram Grallert verfaßte Werk aufmerksam, weil es sicher viele unserer Postkollegen interessieren wird. Für den relativ hohen Preis von etwa 15,- DM wird man aber bestimmt reichlich entschädigt; denn auf den etwa 360 Seiten mit zahlreichen Bildern von den Posten der Kalifen, der Ägypten und Indiens, von der Post in Spanien und in Frankreich. Weitere Abschnitte sind der Lebenspost des Hauses Thurn und Taxis, der Gestalt Heinrich Ferdinand, angefangen von der Bahnpost bis zum Flugzeug, von der Ballonpost bis zum Schienenpost und zur Rakete, sollen den Blick für die technischen Errungenschaften unserer Zeit weiten helfen. Einige Abschnitte gelten auch dem Briefmarken ein weiteres Denkmal gesetzt wird. Hier hören wir von der Lebensgeschichte seltener Briefmarken, die oft interessanter ist als ein Roman, vom „Baseler Taubehen“ und vom „Gelben Hund“.

Eine Buchbesprechung wird zu gegebener Zeit hier abgedruckt werden. —lh

Ein zweites Fernspreck-Seekabel soll zwischen den beiden Kontinenten Europa und Amerika verlegt werden. Die Werkstätten des Fernmeldebauwesens in Berlin O 17 haben durch freiwillige Spenden drei komplette Ausstattungen für Kabelleitstränge angeschafft und den Kollegen des Fernmeldebauwesens in der vietnamesischen Hauptstadt Hanoi überreicht. (G5)

## Einiges über die Rationalisatorenbewegung und das Erfindungswesen

Von Paul DÜLKNER, Institut für Ökonomik des Post- und Fernmeldebauwesens Dresden

### Maßnahmen zur Aktivierung des Vorschlags- und Erfindungswesens

Mit den wachsenden ökonomischen Aufgaben in den sozialistischen Betrieben ist es erforderlich, die Rationalisatorenbewegung mehr noch als bisher zu einer Massenbewegung zu machen. Hierzu dienen die verschiedensten Einrichtungen:

#### Ökonomische Konferenzen

Von großer Bedeutung sind die ökonomischen Parteikonferenzen, die wesentlich dazu beitragen, die Beschlüsse der 21. Tagung des ZK der SED zur Sicherung der Rentabilität in den vollseigenen Betrieben zu erfüllen. Die 1. Ökonomische Konferenz fand im Februar 1955 im VEB Modul in Karl-Marx-Stadt statt. Seit dieser Zeit sind in allen Ämtern der Deutschen Post bereits mehrfach ökonomische Konferenzen abgehalten worden, in denen aus dem Kreis der Beschäftigten zahlreiche Vorschläge zur Selbstkostensenkung, Verbesserung des Arbeitsablaufes und Verbesserung der Qualität gemacht wurden. Die ökonomischen Konferenzen erfüllen nur dann ihren Zweck, wenn sie kontrollierbare Verpflichtungen enthalten, die klar ausweisen, wo und in welcher Höhe Einsparungen erzielt werden sollen.

#### Produktionsberatungen

Die Produktionsberatungen tragen dazu bei, Fragen zur Erhöhung und Rationalisierung der Produktion zu lösen. In diesen Produktionsberatungen, an denen auch Meister und Techniker teilnehmen sollten, werden von den Beschäftigten ebenfalls Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit, zur Senkung der Selbstkosten und zur optimalen Ausnutzung der Kapazitäten gemacht.

#### Aktivistensachen

In der Deutschen Demokratischen Republik wurden auf Beschluß des FDGB-Bundesvorstandes Aktivistsachen in den vollseigenen Betrieben eingerichtet, um den Werktätigen zu helfen, sich die besten Handgriffe und Arbeitsmethoden der Aktivisten und Neuerer anzueignen. In Aktivistsachen werden die neuen Arbeitsmethoden am Arbeitsplatz vorgeführt. Während von den Betriebsgewerkschaftsleitungen die Initiative zur Einrichtung der Aktivistsachen ausläßt, hat die Betriebsleitung die materielle-technischen Voraussetzungen zu schaffen.

#### Veröffentlichungen in Betriebszeitungen und Betriebsfunkdurchsagen

In vielen vollseigenen Betrieben — auch in denen des Post- und Fernmeldebauwesens — werden Betriebszeitungen herausgegeben, die sich besonders dafür eignen, die Bedeutung des Rationalisierungs- und Vorschlagswesens an die Betriebsangehörigen heranzubringen. Sehr zweckmäßig ist es ebenfalls, den Betriebsfunk hierzu mit zu benutzen. Es ist sehr wichtig, daß die Erfolge und Aufgaben der Rationalisatorenbewegung den Betriebsleitern vermittelt werden.

#### Kommission für Rationalisierungs- und Erfindungswesen

Die Gewerkschaften haben die verantwortungsvolle Aufgabe, die Rationalisatorenbewegung zu einer Massenbewegung im Betrieb zu machen. Hierfür steht ihr in den Ämtern der Deutschen Post die Kommission für Rationalisierungs- und Erfindungswesen zur Verfügung. Sie wirkt auch in den Fachkommissionen beim Beurteilen von Verbesserungsvorschlägen mit.

### Der überbetriebliche Erfahrungsaustausch bei der Deutschen Post

Bereits am Anfang der Rationalisatorenbewegung im Post- und Fernmeldebauwesen stellte es sich heraus, daß eine große Zahl der eingereichten Vorschläge brauchbar war und anderen Dienststellen der Deutschen Post zur Einführung empfohlen werden konnte. Diese Aufgabe hatte zunächst „Der Postaktivist“ übernommen, der am 1. 10. 1948 erstmalig erschien. Bis zum 31. 12. 1952 wurden in diesem Organ die zur Einführung geeigneten Verbesserungsvorschläge veröffentlicht. „Der Postaktivist“ war ein durchaus geeignetes Mittel, das Vorschlags- und Erfindungswesen bei der Deutschen Post zu popularisieren und Schwerpunkte bestimmter Fragenkomplexe an die Beschäftigten der Deutschen Post heranzutragen.

Das gleiche Ziel verfolgten die zahlreichen Ausstellungen von Verbesserungsvorschlägen aus Anlaß von Großveranstaltungen. Die bedeutendste dieser Ausstellungen war die aus Anlaß der Gründungskonferenz der Internationalen Vereinigung der Gewerkschaften der Post-, Telegraphen-, Telefon- und Radioarbeiter im Weltgewerkschaftsbund vom 24.—30. 10. 1949 in Berlin.

Durch den Wegfall des „Postaktivist“ mit Beginn des Jahres 1953 war die Publizierung brauchbarer Verbesserungsvorschläge überbetrieblicher Art nicht mehr gesichert. Der später unregelmäßig herausgebrachte Anhang zum Amtsblatt bzw. zum Verfügungs- und Mitteilungsblatt des MPP war kein geeigneter Ersatz.

Heute stehen zur Auswertung die „Mitteilungen aus dem Institut für Post- und Fernmeldebauwesen“ sowie „Der überbetriebliche Erfahrungsaustausch des MPP (Fachrichtung P, F, Fu)“ zur Verfügung. Die in beiden genannten Mitteilungsblättern veröffentlichten Verbesserungsvorschläge sind von den Ämtern obligatorisch einzuführen. Entsprechende Nutzenmeldungen müssen dem MPP vorgelegt werden. Wie wenig sich die Ämter zum Teil an diese Anordnungen halten, beweist die Tatsache, daß im „Erfahrungsaustausch“ Nr. 4 des MPP vom August 1956 noch fehlende Nutzenmeldungen der Ämter aus dem Jahre 1954/55 angefordert werden mußten. Es wäre auch zweckmäßig, wenn in den Mitteilungen aus dem IFP im Inhaltsverzeichnis entsprechende Hinweise gegeben würden, falls Verbesserungen auf Grund eines Vorschlags von Postangehörigen veröffentlicht werden. Auf diese Weise wäre gesichert, daß den Übernehmern von übernommenen Verbesserungsvorschlägen die gesetzlich zustehende Vergütung gezahlt wird.

#### Die Aufgabe der Büros für Erfindungswesen

Die erste gesetzliche Grundlage für das Erfindungs- und Vorschlagswesen war die „Anordnung über die Errichtung einer Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichenkommission — Büro für Erfindungswesen“ (GVBl. Nr. 48/1948) der damaligen Deutschen Wirtschaftskommission. Die große Zahl der eingereichten Verbesserungsvorschläge machte es erforderlich, im November 1949 zunächst bei den OPD hauptamtliche Bearbeiter für das Vorschlags- und Erfindungswesen einzusetzen.

Im Jahre 1952 geschah dies auch in den Ämtern der Deutschen Post. Entsprechend der Bedeutung des Erfindungs- und Vorschlagswesens wurden ab 1. 1. 1955 in allen Betrieben in je einem Amt des Post- und Fernmeldebauwesens Büros für Erfindungswesen (BE) geschaffen, die mit hauptamtlichen Vorschlagsbearbeitern besetzt wurden. Diese BE, die die Beziehung des Betriebs zur Wirtschaftskommission, die die Beziehung des Betriebs zur Deutschen Wirtschaftskommission, die große Zahl der eingereichten Verbesserungsvorschläge aus den HPA und FMA des Bezirks zu bearbeiten, die Vorschlagsbearbeitern dieser Betriebe anzuleiten sowie die Einführung über-

betrieblicher brauchbarer Verbesserungsvorschläge und ihre Nutzenberechnung zu überwachen. Die Vorschlagsbearbeiter waren dem Betriebsleiter direkt unterstellt. Im Februar 1956 wurden z. B. im Bereich der Hauptverwaltung Post- und Zeitungswesen neue Fach-BfE gebildet, und zwar bei folgenden Betrieben:

- HPA Dresden A 28 für den Foto- und Lottodienst,
- HPA Erfurt für den Postcheckdienst und das Kraftfahrwesen,
- HPA Halle C 2 für den Rundfunkdienst,
- HPA Karl-Marx-Stadt 4 für den Paket- und Postmilitärhilfsverkehr,
- HPA Magdeburg 1 für den Landpostdienst,
- HPA Berlin O 17 für Wertzeichen, Gebühren, Stempel, Werbung und Postparkassendienst,
- BPA 32 Leipzig für das Beförderungswesen.

Die im Jahre 1956 gebildeten Fach-BfE haben die in sie gesetzten Erwartungen teilweise nicht erfüllt. Sie sind ferner durch die Einrichtungen von Betriebslabors überholt. Um die fachliche Prüfung der Verbesserungsvorschläge den veränderten Verhältnissen anzupassen, erweiterte man die Aufgaben und die Verantwortung der Bezirks-BfE, die ab 1. 1. 1957 den BPF eingegliedert wurden. Damit ist mehr als bisher sichergestellt, daß alle Verbesserungsvorschläge ordnungsgemäß überprüft und nur solche den Hauptverwaltungen oder dem IPP zugeführt werden, deren Einführung nachweisbare Vorteile bringt. Dabei wurden die Fach-BfE im Bereich der HV Post- und Zeitungswesen wieder aufgehoben.

Besondere Aufgabe der BfE bei den BPF ist die Kontrolle über die Einführung von Verbesserungsvorschlägen, die auf Grund des Erfahrungsaustausches einzuführen sind. Zur Verbesserung der fachlichen Beurteilung der Verbesserungsvorschläge bilden die Bezirks-BfE Arbeitsgemeinschaften, und zwar: Arbeitsgemeinschaft I: Bezirks-BfE Dresden, Leipzig, Halle, Karl-Marx-Stadt; Arbeitsgemeinschaft II: Bezirks-BfE Erfurt, Magdeburg, Gera, Suhl; Arbeitsgemeinschaft III: Bezirks-BfE Schwerin, Rostock, Neubrandenburg; Arbeitsgemeinschaft IV: Bezirks-BfE Berlin, Potsdam, Frankfurt/Oder, Cottbus.

Dabei wurden die Bezirks-BfE Leipzig, Erfurt, Schwerin und Berlin als federführend für die jeweilige Arbeitsgemeinschaft bestimmt.

**Die Hauptaufgaben der Bezirks-BfE**

1. Austausch von Verbesserungsvorschlägen von örtlicher Bedeutung zur Prüfung, ob sie auch in anderen Ämtern eingeführt werden können.
2. Nachprüfung von Verbesserungsvorschlägen, besonders solcher von überbetrieblicher Bedeutung, und Abgabe entsprechender Stellungnahmen.
3. Auswahl des für die Erprobung von Verbesserungsvorschlägen besonders geeigneten Amtes.
4. Einheitliche Durchführung von Nutzenberechnungen und kollektiver Auswertung besonders von Produktionsberatungen, der Statistik und der Fehlerliteratur.
5. Vergleich der Technologie in den einzelnen Ämtern in bezug auf Themen, mit denen sich vorliegende Verbesserungsvorschläge befassen.

Im Funkwesen sind Fachgutachten vom Bereich Rundfunk und Fernsehen einzuholen.

Die Bezirks-BfE setzen sich aus einem Leiter, je einem Vorschlagsbearbeiter für das Post- und das Fernmeldewesen und einer technischen Kraft zusammen. Daneben bestehen in den größeren Ämtern weitere eigene BfE. Da für die Bezirks-BfE die Aufgaben gewachsen sind, erscheint es erforderlich, die Be-

wertung der Arbeitsplätze zu überprüfen. Ferner gilt es, unbedingt den Mangel zu beseitigen, daß den Bezirks-BfE nimmere keine Mittel mehr zur Anfertigung von Probestücken auf Grund von Verbesserungsvorschlägen zur Verfügung stehen.

Für das Vergüten eines Verbesserungsvorschlages ist sein richtiges Einstufen die erste Voraussetzung. Wir unterscheiden folgende Gruppen von Verbesserungsvorschlägen:

- a) Produktionsrationalisierungen,
- b) technische Vervollkommnungen,
- c) Verwaltungsverbesserungen.

In der Praxis werden häufig die Vergütungen nicht richtig auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen berechnet. Vor allem wird gegen die Zahlung der Mindestsätze vorstellig. Diese betragen für Produktionsrationalisierungen 20 DM und für technische Verbesserungen 30 DM. Die Höhe der gesetzlich zustehenden Vergütungen für Urheber und Erfinder sind geregelt: für Verbesserungsvorschläge und Erfindungen in der 2. DB zur VO über das Erfindungswesen und Vorschlagswesen (Gesetzblatt 1953, S. 297), für Ingenieurkonten in der 4. DB zur VO über das Erfindungswesen und Vorschlagswesen (Gesetzblatt 1954, S. 738).

Die ursprüngliche Nomenklatur für Verbesserungsvorschläge war nur grob gegliedert. Da die Nomenklatur das Prüfen der Verbesserungsvorschläge erleichtern soll, um festzustellen, ob der Verbesserungsvorschlag bereits vorhanden ist, war es unbedingt notwendig, die Nomenklatur weiter aufzugliedern. Die Arbeitskreise für das Vorschlags- und Erfindungswesen haben bereits die Gruppen in der Nomenklatur weiter differenziert, um die Sachgebiete klarer zweckmäßiger führen zu können.

Die Rationalisatoren- und Erfinderbewegung hatte eine hervorragende Bedeutung bei der Einführung der 45-Stunden-Woche. Dabei kam es darauf an, daß auch bei verkürzter Arbeitszeit die staatlichen Pläne erfüllt werden. Diese nicht ganz einfache Aufgabe ist zweifellos auch dadurch mit gelöst worden, weil diese Bewegung u. a. die technisch-organisatorischen Bedingungen der Ämter verbessern half und neue Arbeitsmethoden angewandt werden konnten.

**5 Jahre Hochschule für Verkehrswesen**



Am 15. Sept. 1957 feiert die Hochschule für Verkehrswesen in Dresden (Bild) ihr „Fünfjähriges“. Unser Glückwunsch gilt dem Lehrkörper und den Studenten, unser Dank den Werkländern, deren Fleiß und Können es unserer Regierung ermöglicht hat, die Mittel für den Bau und die Ausstattung der Hochschule bereitzustellen. „Die Deutsche Post“ wird das Ereignis des Jubiläums im nächsten Heft ausführlicher würdigen.

**Ausstellung „Moderne Technik im Verkehrswesen“**

In Anwesenheit von zahlreichen Ehrengästen wurde am Sonntag, dem 1. Juni 1957, im Verkehrsmuseum der Hochschule für Verkehrswesen Dresden A 1 (ehem. Johanneum) die Ausstellung „Moderne Technik im Verkehrswesen“ durch die Leiterin des Museums, Frau Dr. Rehbein, feierlich eröffnet. Bedeutend war, daß von seiten des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen trotz Einladung niemand erschienen war.

Die Ausstellung ist eine Gemeinschaftsarbeit der Deutschen Reichsbahn, der Deutschen Post, des Kraftverkehrs und der Schiffahrt und gibt einen guten Überblick über den Stand der modernen Verkehrstechnik in der Deutschen Demokratischen Republik. An vielen Modellen, Zeichnungen und Großfotos ist die technische Entwicklung bei allen Verkehrsträgern gut und anschaulich dargestellt, so daß man von einer wirklich interessanten Ausstellung sprechen kann, zumal die Verkehrsentwicklung alle angelt und jeder auf irgendeinem Gebiet daran interessiert sein wird. Sei es die Entwicklung unserer Fahrzeugindustrie, der Bau neuer Straßen, Parkplätze, Garagen, die Produktion unserer Schiffswerften oder die Entwicklung neuer moderner Eisenbahnwaggons und der Stand der bahntechnischen Sicherheitsanlagen — es wird jedem etwas geboten. Besonders die Jugend wird von den vielen Modellen und technischen Einrichtungen begeistert sein.

Was uns bei unserer ersten Rundgang besonders interessierte war natürlich die Abteilung der Deutschen Post, deren gelb-schwarze Wände schon von weitem leuchten. Was hier die Postverarbeitungsanlage der DEUTSCHEN POSTWERBUNG Berlin in Verbindung mit der Abteilung Technische Propaganda und Information des Instituts für Post- und Fernmeldewesen aufgebaut hat, ist vorbildlich in seiner Gestaltung und Wirkung. Schon allein der äußere Eindruck des modernen Ausstellungsraumes übertrug bei weitem den der anderen Abteilungen im gleichen Raum. In geschickter Form- und Farbgebung wurde ein völlig neuer Ausstellungstil bei der Deutschen Post erreicht, der es wert ist, größeren Kreisen — vor allem den Postangehörigen — zugänglich gemacht zu werden.

„In ihrem ständigen Bemühen, den Verkehrsanforderungen gerecht zu werden, macht sich die Deutsche Post stets die neuesten technischen Entwicklungen zunutze.“ Das ist der Leitgedanke durch den Postler der Ausstellung.

Auf 20 großen Anschauungsstafeln ist der neueste Stand der Mechanisierung und Technisierung aller Dienstwege der Deutschen Post in Großfotos dargestellt, und selbst der Laie wird nach Besuch der Ausstellung wissen, was eine Schallertennahme- oder Briefsortiermaschine ist, was ein arbeitslos und welchen Vorteil sie vor allem gegenüber der jetzigen Arbeitsweise bringt. Weitere Tafeln zeigen Paketförderanlagen, den Behälterverkehr mit Gabelstaplern sowie die verschiedensten neuen Kraftfahrzeuge aus dem Post-, Fernmelde- und Funkwesen. Der Neuentwicklungs des Bahnpostwagens 4-3/24,7 ist eine weitere Tafel vorbehalten. Das Fernmeldewesen zeigt verschiedene Kabeltypen, die zur Zeit bei der Deutschen Post verwendet werden, die Neuentwicklung der Kabellegemaschine sowie Modelle aus dem oberirdischen Leitungsbau. Die Perspektiven bis zum Ende des 2. Fünfjahresplanes im Fernmeldewesen — in anschaulicher Form dargestellt — zeigt die Entwicklung des Fernsprech-Schaltverkehrs, den Ausbau des Telexnetzes und die Möglichkeiten der Bildtelegraphie. Wer Lust hat, kann sich selbst an zwei Telexstationen eine Verbindung herstellen und den Blattschreiberstrahl als Erinnerung mit nach Hause nehmen. Unter Aufsicht der Industrie sind Neuentwicklungen von Fernsprech-Tisch- und OB-Apparaten zu sehen, und das IPP veranstaltet einen Test für die mit Hammerschlaglack verschiedenfarbig gespritzten Tischapparate. Einen breiten Raum

nimmt das Gebiet Rundfunk und Fernsehen innerhalb der Ausstellung ein. Die Industrie stellte hierzu die Geräte sowie die UKW- und Fernsehantennen neuester Art. In einem kleinen Wochenendkäschen — von einem Steingarten umgeben — ist die moderne Wohnraumkultur — verbunden mit den Rundfunk- und Fernsehgeräten — zu sehen und zu hören. Der VEB RAFFENA Radeberg stellte ein großes mechanisches Schaubild mit der Darstellung von Rundfunkverbindungen zur Verfügung. Der Bereich Rundfunk und Fernsehen der Deutschen Post zeigt weiterhin zwei große Tafeln mit modernsten technischen Einrichtungen aus diesem Gebiet. Das Bauwesen stellt Modelle von technischen Neubauten, die noch durch Photos ergänzt werden, zur Verfügung. Unsere Zeitschrift „Die Deutsche Post“ wird mit einigen Artikeln aus der technischen Weiterentwicklung für den laufenden Bezug durch alle interessierten Kreise. Allen Philatelisten und Freunden der Briefmarken sei verraten, daß auch an sie gedacht wurde, und Marken-schaubildern eine Motivsammlung aus dem Verkehrswesen der Deutschen Demokratischen Republik, der UdSSR und der Volksdemokratien zeigen. Ein eingebautes Sonderpostamt gibt einen sehr geschmackvollen und in seiner Form nicht alltäglichen Sonderstempel ab.

Schon die wenigen Beispiele mögen zeigen, daß sich ein Besuch dieser Ausstellung lohnt, und wer in Dresden weilt oder im Urlaub durch die Elbestadt fährt, sollte nicht verpassen, das im Aufbau befindliche Verkehrsmuseum mit seiner interessanten Ausstellung zu besuchen. Diese ist noch bis 30. September 1957 täglich von 10—19 Uhr, an Sonn- und Feiertagen von 10—18 Uhr geöffnet. Nur montags bleiben die Räume geschlossen. Gerd.

Verlangen Sie  
die fachmännisch gearbeiteten

**JO-PO**  
Krawatten

JO-PO-Krawatten  
sind in jedem Fachgeschäft  
erhältlich

Man achte auf die Marke  
JO-PO

Hersteller  
Johannes Pohl, Krawattenfabrik  
Dresden A 29, Ruf 83184



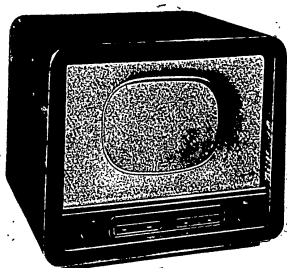
**Leipziger Herbstmesse 1957 mit interessantem Sortiment technischer Gebrauchsgüter**

Der rego Zuspruch sowie der ausgezeichnete geschäftliche Erfolg der im Herbst 1955 und 1956 in Erscheinung getretenen Messegruppe „Technische Gebrauchsgüter“ sind begründeter Anlaß, auch der diesjährigen Leipziger Herbstmesse, die in der Zeit vom 1. bis 8. September durchgeführt wird, einige „leichtere“ technische Branchen anzugliedern. Dabei handelt es sich um Kraftfahrzeuge, Büromaschinen, Foto-Kino-Optik, Nähmaschinen, Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräte, Präzisionsinstrumente und Erzeugnisse des Bootbaus. In kleinerem Ausmaß sind auch medizintechnische Ausrüstungen und Kühlaggregate zu sehen. Den breitesten Raum nimmt naturgemäß das Angebot der Deutschen Demokratischen Republik ein, aber auch aus der Deutschen Bundesrepublik und aus dem Ausland sind zahlreiche Exponate vorhanden, die einen internationalen Vergleich ermöglichen.

Innerhalb des Sektors „Kraftfahrzeuge“ betreibt sich die einschlägige Industrie der DDR mit ihrem Herstellungsprogramm. Gezeigt werden neben Fahrrädern, Motorrädern und Personendieselmotoren auch Lastkraftwagen bis zur 3,5-t-Klasse. Besonders Augenmerk dürfen vor allem die neuen „Wartburg“-Versionen des VEB Automobilwerk AWZ, Eisenach, erregen. Ungarn offeriert eine Auswahl aus seiner Fahrrad-Produktion sowie die bekannten „Pannona“-Motorräder zu 250 cm.

Die Büromaschinenschau der Deutschen Demokratischen Republik sieht erneut im Zeichen der weiteren Rationalisierung des Verwaltungsbetriebs und umfasst sämtliche Kategorien von Arbeitsmitteln für die moderne Bürotechnik. Besondere Anerkennung verdient u. a. die neue Kleinschreibmaschine „Comhina“ des VEB Groma-Büromaschinen, Markersdorf (Chemnitztal/Sa.), die über die neuzeitliche Segmentumenschaltung sowie über einen leicht abnehmbaren Wagen von 24 oder 32 cm Breite verfügt (Bild). Leichtigkeit und Sicherheit des Anschlages dieser Maschine sind unerreicht. Zu einem festen Bestandteil der Gruppe „Büromaschinen“ zählt ohne Zweifel die Lehrschau „Mechanisierung der Verwaltungsarbeit“. Hier werden dem Interessenten an Arbeitslehre die wichtigsten Büromaschinen und anderen Arbeitsmittel erläutert.

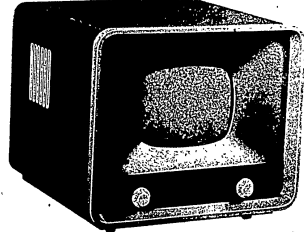
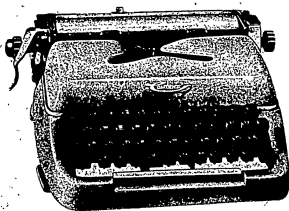
Der Hauptanziehungspunkt des Foto-Kino-Optik-Angebots sind wiederum das äußerst vielseitige Kamera-Sortiment aus den



weltbekanntesten Dresdner Fertigungsstätten. Unter den Spitzenmodellen sei neben der „Elekta-Varex“ der Hage Kamera-Werke die „Praktika“ des VEB Kamera-Werke Niederschlesitz erwähnt — eine neuentwickelte einstufige Spiegelreflexkamera für das 6x6-cm-Format, die dank ihrer vollautomatischen Spiegelblende und anderer Vorteile zur Zeit einmalig auf dem Weltmarkt ist.

Auf dem Gebiete der Rundfunk-, Fernseh- und Phontechnik unterbreiten die Betriebe der Deutschen Demokratischen Republik ein liekloses Angebot. Die Erzeugnisse entsprechen hinsichtlich ihrer technischen Aufbauform dem letzten Stand der internationalen Technik; ihre äußere Gestaltung wird den Anforderungen moderner Wohnkultur gerecht. Neu sind in diesem Bereich die Tischempfänger „Iris 12“ des VEB Stern-Radio Stuttgart für 220 V Gleich- und Wechselstrom (Bild) sowie der Allstrom-Fernsehempfänger „Weißensee“ des VEB Stern-Radio Berlin mit 30-cm-Bildröhre. Der Endverbraucherpreis dieses Tischempfängers soll unter 1200,- DM liegen. Das Gerät ist in einem Gehäuse mit Kunstlederoberzug untergebracht (Bild). Durch Verwendung verschiedener moderner Pastilleföhren ist die Anpassung an das jeweils vorhandene Mobilfunk gegeben (Leistungsaufnahme 130 Watt, 10 Kanäle und 2 Reservekanäle, Gewicht 23,5 kg, außer der Bildröhre 10 Röhren und 3 Germanium-Dioden).

Einen interessanten Querschnitt durch ihr Produktionsprogramm an Fernsehgeräten gewährt auch die Grund-GmbH, Fürth/Bay., die mit Tisch-, Stand- und Schrankgeräten nach Leipzig kam.



**Nachweis der Über- und Zuschüsse oder Lieferseinreihen**

Der Verrechnungsvorkehr zwischen den PSt I und der Landpoststelle beim Abrechnungsprozess läuft über den Nachweis der Über- und Zuschüsse. Die Landpoststelle führt für jede PSt I einen solchen Nachweis. Ebenso besitzt jede PSt I ihren Nachweis. Jede Position, die zwischen beiden Stellen zu verzeichnen ist, wird also einmal im Nachweis der Landpoststelle und einmal im Nachweis der PSt I gebucht. Dieses Verfahren erfordert, um eventuelle Unstimmigkeiten aufzudecken, daß beide Nachweise durch die Landpoststelle mindestens wöchentlich einmal miteinander abgestimmt werden. Bei Fehlern, die — bedingt durch die teilweise noch recht mangelhafte Qualifizierung der Poststellenvorwarter — auftreten, machen sich mitunter umfangreiche Aufklärungsarbeiten erforderlich. Unter Umständen muß die Landpoststelle den Nachweis der PSt I zur Aufklärung anfordern.

Das Verfahren mit dem Nachweis der Über- und Zuschüsse (ADA VIII, § 94, IV u. V) hat — wie vorstehend geschildert — Mängel und Nachteile, die durch Einführung des Lieferseinverfahrens beseitigt werden können. Bekanntlich wird seit der Umstellung des Rechnungswesens zwischen der Finanzbuchhaltung und den Zweigklassen mit Lieferseinreihen gearbeitet. Daß sich dieses Verfahren bewährt hat, zeigt die Praxis. Auch zwischen dem PZV und der Finanzbuchhaltung besteht seit dem 1. 1. 1957 eine Lieferseinreihe. Warum sollte also nicht auch zwischen der Landpoststelle und den PSt I die Verrechnung über Lieferseinreihen erfolgen?

Meiner Meinung nach ist das nicht nur möglich, sondern zur Arbeitsvereinfachung usw. erforderlich. Es würde sich die zweimalige Buchung (einmal bei der Landpoststelle und einmal bei der PSt I) erübrigen. Die zu verrechnende Position, beispielsweise ein Wertzeitenauslaß an die PSt I, wird bei der Landpoststelle in einen Liefersein der Reihe I (Landpoststelle — PSt I) eingetragen. Die Urschrift des Lieferseins geht an die PSt I, die Durchschrift verbleibt bei der Landpoststelle. Die Verrechnung in umgekehrter Richtung geschieht analog. Liefert die PSt I z. B. überschüssige Bauspulen ab, fertigt sie einen Liefersein der Reihe II (PSt I — Landpoststelle) aus, dessen Durchschrift bei der PSt I verbleibt und dessen Urschrift mit der Barablieferung der Landpoststelle zugeht.

Um dem Poststellenvorwarter die Abschluß- und Abrechnungsarbeiten zu erleichtern, empfiehlt es sich, daß die Landpoststelle auch in der Reihe I nach der Buchungssystematik der PSt I arbeitet. Es müßten also Bauspulen, die zwar eine Forderungsposten für die Landpoststelle darstellen, in die Schuldspalte des Lieferseins eingetragen werden. In beiden Lieferseinreihen wäre demnach, was in Schuldspalte steht, Schuld der PSt I, und was in der Forderungspalte gebucht ist, Forderung der PSt I, so daß beim Abschluß der Landpoststelle die Beträge aus beiden Rechen umgedreht werden müßten.

Mit der Einführung des Lieferseinverfahrens würde auch das wöchentliche Abstimmen mit dem PSt I entfallen. Das müßte sich besonders dort als Zeiteinsparung bemerkbar machen, wo viele PSt I bestehen. Fehler der PSt I im Abrechnungsverkehr können ohne Sucharbeiten sofort erkannt und beseitigt werden bzw. treten kaum noch auf.

Es ist weiterhin in Verbindung mit dem Lieferseinverfahren möglich, den „besonderen“ Liefersein (C 66a), der als Begleitpapier bei Bangablieferung und -zuschüssen benutzt wird, wegzulassen, weil der Liefersein der jeweiligen Reihe ja ohnehin gefertigt wird. Allerdings müßten dann die Empfangsberechtigungen mit Postkartenformat (C 56b) abgegeben werden.

Verschließend kann festgestellt werden, daß das Lieferseinverfahren Arbeitsvereinfachungen und auch Zeiteinsparungen bringen wird, was auch nach Einführung der 45-Stunden-Woche beibehaltungsvoll ist.

Johannes Weber, Leipzig

**UNSER FERTIGUNGSPROGRAMM - Wolfram- und Molybdän-Erzeugnisse**

- Kontaktpföhlen
- Kontaktschrauben
- Kontaktnetze
- Stöbe
- Kontaktpföhlen
- Formteile - Bleche

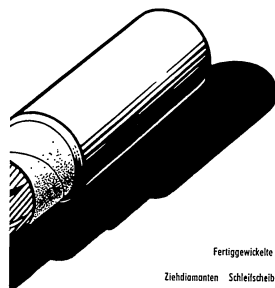
für Fernmeldegeräte, Nachrichtenwesen, Relais, Signalanlagen, Autoelektrik u. a. m.



Unsere weiteren Erzeugnisse:

- Oberflurstromgeber
- „APALO“
- Schleifleitungslose Stromzuföhrung für Krananlagen
- Transschalter

**VEB Schaltergerätekwerk Werder**  
Werder Havel, Eisenbahnstraße 31 - Ruf: 384, 432, 506



Fertigentwickelte Spulen

- Ziehmaschinen
- Schleifblechverbindert
- Häufigerdröher
- Horizontaltischsteine
- Speziallacke
- Kunststoffwasserrohr -Kawekon-

KÖPENICK · BERLIN-KÖPENICK





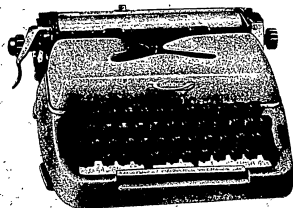
**Leipziger Herbstmesse 1957 mit interessantem Sortiment technischer Gebrauchsgüter**

Der roge Zuspruch sowie der ausgezeichnete geschäftliche Erfolg der im Herbst 1955 und 1956 in Erscheinung getretenen Messegruppe „Technische Gebrauchsgüter“ sind begründeter Anlass, auch der diesjährigen Leipziger Herbstmesse, die in der Zeit vom 1. bis 8. September durchgeführt wird, einige „leichtere“ technische Branchen anzugliedern. Dabei handelt es sich um Kraftfahrzeuge, Büromaschinen, Foto-Kino-Optik, Nähmaschinen, Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräte, Präzisionsinstrumente und Erzeugnisse des Bootbaus. In kleinerem Ausmaß sind auch medizinische Ausrüstungen und Kühlaggregate zu sehen. Den breitesten Raum nimmt naturgemäß das Angebot der Deutschen Demokratischen Republik ein, aber auch aus der Deutschen Bundesrepublik und aus dem Ausland sind zahlreiche Exponate vorhanden, die einen internationalen Vergleich ermöglichen.

Innerhalb des Sektors „Kraftfahrzeuge“ betätigt sich die einschlägige Industrie der DDR mit ihrem Herstellungsprogramm. Gezeigt werden neben Fahrrädern, Motorrädern und Personenautomobilen auch Lastkraftwagen bis zur 3,5-t-Klasse. Besonders Angenehm dürfen vor allem die neuen „Wartburg“-Versionen des VEB Automobilwerk AWL, Eisenach, erregung. Ungarn offeriert eine Auswahl aus seiner Fahrrad-Produktion sowie die bekannten „Pannonia“-Motorräder zu 250 cm.

Die Büromaschinenschau der Deutschen Demokratischen Republik steht erneut im Zeichen der weiteren Rationalisierung des Verwaltungsbetriebs und umfasst sämtliche Kategorien von Arbeitsmitteln für die moderne Bürotechnik. Besondere Anerkennung verdient u. a. die neue Kleinschreibmaschine „Combina“ des VEB Groma-Büromaschinen, Markersdorf (Chemnitz), die über die neuzeitliche Segmentumschaltung sowie über einen leicht abnehmbaren Wagen von 24 oder 32 cm Breite verfügt (Bild). Leichtigkeit und Sicherheit des Anschlages dieser Maschine sind unerreicht. Zu einem festen Bestandteil der Gruppe „Büromaschinen“ zählt ohne Zweifel die Lehrschau „Mechanisierung der Verwaltungsarbeit“. Hier werden dem Interessierten an Arbeitsplätzen der wichtigsten Büromaschinen und anderer Arbeitsmittel erläutert.

Der Hauptanziehungspunkt des Foto-Kino-Optik-Angebots ist wiederum das äußerst vielseitige Kamera-Sortiment aus den



**Fachliteratur**

**Werkstoffe der Fernmeldetechnik.** Von Ing. Willi Röwer. Fachbuchverlag, Leipzig 1956. DIN C 5, 377 Seiten mit 218 Bildern, 6 Werkstoffbeispielen und 67 Tabellen, Halbleinen 15,- DM.

Das Buch, das auf unserem Büchermarkt schon lange gefehlt hat, ist endlich da! Wohl gibt es eine Reihe von Titeln, die auf Werkstoffe — genauer gesagt, auf Werkstoffe der Elektrotechnik — Bezug nehmen, jedoch für Werkstoffe speziell für die Fernmeldetechnik war keine Publikation greifbar. Diese Lücke ist nunmehr ausgefüllt, und man kann dem Verfasser nur bestatigen, daß ihm die Darstellung des umfassenden Stoffes recht einprägsam gelungen ist. Dem Buch liegt der Gedanke zugrunde, daß nur derjenige seine Arbeit mit dem besten technischen Erfolg und mit dem größten wirtschaftlichen Nutzen ausüben kann, der auch den Werkstoff in all seinen Eigenschaften gründlich kennt und alle seine verschiedenen Anwendungsmöglichkeiten auszunutzen versteht. Dem Leser werden die hierzu notwendigen Kenntnisse vermittelt, besonders die der Fernmeldetechnik, weil auf diesem Gebiete in vielen Fällen besondere Anforderungen an den Werkstoff gestellt werden müssen. Der Hauptteil des Buches ist deshalb diesen speziellen Forderungen der Fernmeldetechnik gewidmet, wobei, vom Standpunkt des Betriebstechnikers ausgehend, der Verwendungszweck und die Eignung für diesen Zweck jeweils an den Anfang gestellt werden. Vor dem Hauptteil befindet sich die nicht unwesentliche Einführung in die allgemeine Werkstoffkunde, die dem technologischen Ablauf folgt und vom Erz bzw. vom Urstoff bis zum Endprodukt führt.

Allerdings war es dem Verfasser, durch die Fülle des Stoffes bedingt, nicht möglich, sämtliche Werkstoffe zu besprechen. Er behandelte deshalb nur die wichtigsten, wobei er insbesondere Werkstoffe der drahtgebundenen Fernmeldetechnik beschränkt. Der Wert des Buches wird dadurch nicht gemindert. Wer darüber hinaus weiter in das Stoffgebiet eindringen will, dem werden die beigefügten Literaturhinweise auf das einschlägige Fachschrifttum ein guter Helfer sein. Mit dem abschließenden Sachwortverzeichnis ist es hoffentlich möglich, das Buch als Nachschlagewerk zu benutzen.

„Werkstoffe der Fernmeldetechnik“ ist vom Staatsssekretariat für Hochschulwesen als Lehrbuch anerkannt und für die Ingenieur- und Fachschulen der Deutschen Post, aber auch für andere Ingenieurschulen des Fernmeldewesens sowohl für die Studenten im Direktstudium als auch — mit entsprechender Weglleitung — für die Fernstudenten geeignet. Nicht zuletzt ist es aber für die bereits im Beruf stehenden Fernmeldetechniker und -techniker geschrieben. Starke

**Der Anteil der Frauen**

an der Gesamtzahl der Beamten und Angestellten in den Bundesministerien und der thüring. Bundesverwaltung einschließlich Bahn und Post (also in den zentralen Dienstellen) ist im Jahre 1956 um 0,9% erhöht worden. Er betrug Anfang 1957 1,61%.

Von dem insgesamt bei der Bundespost beschäftigten Angestellten und Beamten sind nur 28,8% Frauen. Im höheren Dienst beträgt der Anteil ganz 0,8% (9 weibliche Beschäftigte), im gehobenen Dienst 4,5%.

Im Post- und Fernmeldewesen der Deutschen Demokratischen Republik wurden im Jahre 1956 56,3% Frauen beschäftigt. Dabei wurden diese Kolleginnen systematisch auf der Grundlage der Frauennormungspläne qualifiziert. Bis jetzt sind 4 Frauen als Leiter von Ämtern, 102 als Abteilungsleiter, 96 als Kaderleiter und 27 als Meister bzw. Obermeister tätig. Im Ministerium für Post- und Fernmeldewesen sind jetzt 29 Frauen, davon 3 als Abteilungsleiterinnen, beschäftigt. An der Hochschule für Verkehrswesen sind von den 1956 Immatrikulierten 25% Studentinnen. (60)

Der Prospekt

**Der Werdegang eines Schiebe-Abziehbildes**

gibt Auskunft über die vielseitige Verwendungsmöglichkeit!

Verlangen auch Sie diese interessante Beschreibung von

**HOLM GROH**  
Technische Abziehbilder

LEIPZIG 3

Kurt-Eisner-Straße 71

(Hörgebäude) II Stock

UNSER FERTIGUNGSPROGRAMM:

**Wolfram- und Molybdän-Erzeugnisse**

- |                  |                    |
|------------------|--------------------|
| Kontaktplättchen | Kontaktschrauben   |
| Kontaktleiste    | Stäbe              |
| Kontaktstifte    | Formteile - Bleche |

für Fernmeldegeräte, Nachrichtenwesen, Relais, Signalanlagen, Autoelektrik u. a. m.

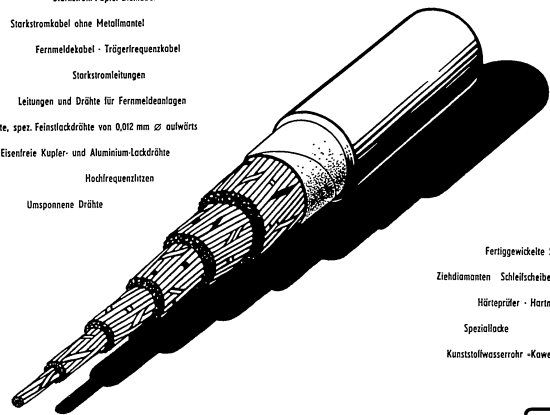
Unsere weiteren Erzeugnisse:

- Oberflurstromgeber „APALO“
- Schleifungslose Stromzuführung für Krananlagen
- Transchalter



**VEB Schaltgerätekwerk Werder**  
Werder/Havel, Eisenbahnstraße 31 • Ruf: 384, 432, 506

- Starkstrom-Papier-Bleikabel
- Starkstromkabel ohne Metallmantel
- Fernmeldekabel - Trägerfrequenzkabel
- Starkstromleitungen
- Leitungen und Drähte für Fernmeldeanlagen
- Laddrähte, spez. Feinstaddrähte von 0,012 mm Ø aufwärts
- Eisenfreie Kupfer- und Aluminium-Laddrähte
- Hochfrequenzdrähte
- Umspanne Drähte



- Fertigwickelte Spulen
- Ziehdiagnosten Schweißschmelzbrichter
- Hörprüfer - Hartmetallziehteile
- Speziallacke
- Kunststoffwasserrohr - Kowakon

VEB KABELWERK KÖPENICK • BERLIN-KÖPENICK



**60 Jahre Olympische Spiele**  
 Mit Nachtrag „Melbourne 1956“, Ge-  
 schrieben im Auftrage des IOC,  
 498 S., großer Bildteil, 9,95 DM

**Die ungarische Fußballschule**  
 Ein Buch vom Kapitän des ungarischen  
 Fußballverbandes, Lizenzausgabe für  
 Deutschland, 204 S., reich illustriert,  
 5,35 DM

**Die Ausbildung von Reiter  
 und Pferd**  
 Das Handbuch der Reiterei, Von  
 H. Hüb und B. v. Albedyll, 360 S.,  
 viele Abb., 10,80 DM

**Motorsport-Jahrbuch 1957**  
 Von Weltklassefahrer Arthur  
 Rosenhammer u. Edmund Thiele,  
 228 S., viele Abb., 3,20 DM

**Judo-Kampfsport**  
 Technik und Methodik der Judo-  
 Grundsätze, Von Hans Wolf  
 (2. DAN), 1. Aufl., 140 S., 155 Fotos,  
 9,50 DM

**SPORTVERLAG BERLIN W 8**  
 Erhältlich durch jede Buchhandlung



**Kleinaddier-  
maschine**  
 für Addition, Subtraktion  
 und Subtraktion  
 unter Null  
 Geringe Abmessungen  
 15x47x13 cm

**Universal-  
Handrechenmaschine**  
 mit absoluter Einhandbedienung  
 mit und ohne Rückübertragung  
 für alle vier Rechenarten  
 35x47x15 cm

**TRIUMPHATOR**

VEB TRIUMPHATOR-WERK MOLKAU BEI LEIPZIG

**Unser Fertigungsprogramm:**

**Trägerfrequenzgeräte** (Mehrfach-Einzelkanalsystem)  
 in Großgestellausführung... Type Z 8/V16, FB102  
 Kleingestellausführung... Type Z 8/V16, FB112  
 Kleingestellausführung... Type Z 8/V16, FB132

**Zwischenverstärker** für obige Geräte

**Fernleitungsübertrager Fha 32**  
 verschiedener Übersetzungsverhältnisse

**Ortsleitungsübertrager V 32**

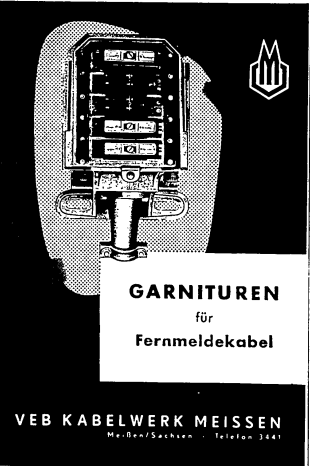
**Schutzübertrager OB 33**

**Impulspfeileübertrager**

Auf Wunsch stehen Spezial-  
 druckschriften zur Verfügung



**VEB Fernmeldewerk  
 BAUTZEN**  
 Boleslaw-Bienut-Straße 11  
 Telefon 2751/52/53  
 Fernschreiber: 019726



**GARNITUREN  
 für  
 Fernmeldekabel**

**VEB KABELWERK MEISSEN**  
 Meißner Straße 344a Telefon 3441

**Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen**  
 HERAUSGEGEBEN VON DER DEUTSCHEN POSTWERBUNG  
 2. Jahrgang Leipzig, August 1957 Heft 8

**D  
I  
E  
D  
E  
U  
T  
S  
C  
H  
E**



**P  
O  
S  
T**





### Zuverlässigkeit

vor allem erwartet der Kraftfahrer von seinem Fahrzeug. Sie hängt nicht unwesentlich ab vom fehlerlosen Funktionieren der Zündkerze.

### Isolator-Zündkerzen

durchlaufen in der Fertigung mehr als 30 Kontrollen, so daß der Fahrer die Gewähr für eine einwandfrei arbeitende Kerze hat. Im millionenfachen Gebrauch in aller Welt haben sie hohe Zuverlässigkeit im Fahrbetrieb bewiesen.

## ISOLATOR Zündkerzen

leisten,  
was der Motor  
fordert



Denken Sie daran, daß Sie die Betriebssicherheit Ihres Fahrzeuges erhöhen und Kraftstoff sparen, wenn Sie überalterte Kerzen nach ca. 8000 Kilometern bei Zweitaktmotoren, nach 10-12000 km bei Viertaktmotoren durch neue ersetzen, und daß Sie sich von Zufällen unabhängig machen, wenn Sie stets Reservekerzen bei sich führen.

**VEB PORZELLANWERK NEUHAUS**  
Produktionszweig Zündkerzen • Neuhaus-Schierschnitz/Thür.



Gummistempel • Siegel • Gummidruckklischees  
Datumeingangsstempel • Sack- und Kistenstempel • Namen-, Firmen- und Maschinenschilder in Metall und Kunststoff  
Goldprägestempel • Petschaften • Kreis- und Längsteilungen • Artikelbedingtes Zubehör

VEB

**Stempel • Siegel u. Gravierung**

Berlin C 2, Neue Schönhauser Straße 16

42 68 78 / 42 30 57

**MADELAINE**  
Erzeugnisse bei sich hat

EAU DE COLOGNE • LAVENDEL • EIS-EAU DE COLOGNE

### INHALT

|                                                                                                                  |     |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| SÜSS: Die Bedingung im Arbeitsverhältnis der Deutschen Post . . . . .                                            | 194 |
| KÖLZOW: Mopeds im Dionato der Deutschen Post . . . . .                                                           | 198 |
| ROHLACHER: Was man uns fragte (Bericht vom Beratungsstand der HV Rundfunk- und Fernsehbetrieb des MFF) . . . . . | 207 |
| ROLLMANN/NAAKE: Änderung einiger Gebühren im Fernsprechkverkehr . . . . .                                        | 210 |
| KÜHN: Ausbreitung ultrakurzer Wellen im Gelände . . . . .                                                        | 216 |
| NAGEL: Neonwerbung für die Deutsche Post . . . . .                                                               | 221 |

Unser Titelbild: Ein Jahr „Die Deutsche Post“. Hier wird das erste Heft unserer Zeitschrift von den jüngsten Mitarbeitern eines Lehrkombilates betrachtet. (Aufw. Menzel, Leipzig)

# TSCHKE POST

AS POST- UND FERNMELDEWESEN  
VON DER DEUTSCHEN POSTWERBUNG

August 1957 Heft 8

### Deutsche Post

Der beschämende Mangel ist inzwischen allerdings fast überall überwunden, und unsere Bezieherzahl ist wieder angestiegen.

Um auch dem öfters vorgebrachten Anwurf, das Fernmeldewesen sei in bezug auf die Zahl der Veröffentlichungen bevorzugt, die Spitze abzubauen, haben wir hierunter einmal die Zahlen der Artikel, aufgeschlüsselt nach den drei Fachrichtungen Post- und Zeitungswesen, drahtgebundenes Fernmeldewesen und Funkwesen sowie einer vierten Gruppe allgemeiner Probleme für alle Fachrichtungen, zusammengestellt.

„Die Deutsche Post“ hat in den Heften 1/1956 bis 5/1957 folgende Artikelanzahl veröffentlicht:

| Für die Fachrichtung                                            | Längere Artikel (mehr als 1 Druckseite) | Kürzere Artikel (weniger als 1 Druckseite) |
|-----------------------------------------------------------------|-----------------------------------------|--------------------------------------------|
| Post- und Zeitungswesen . . . . .                               | 21                                      | 54                                         |
| Drahtgebundenes Fernmeldewesen . . . . .                        | 21                                      | 54                                         |
| Funkwesen . . . . .                                             | 4                                       | 51                                         |
| Allgemeines Problem für sämtliche drei Fachrichtungen . . . . . | 22                                      | 38                                         |
|                                                                 | 68                                      | 197                                        |

Hinzu kommen noch etwa 10 Artikel zur Unterhaltung oder Belehrung, z. B. medizinische Themen.

Aus der Lehre des Marxismus-Leninismus wissen wir, daß die Produktionsweise das entscheidende Kriterium für die Gesellschaftsordnung darstellt. Die Arbeiter- und Bauern-Macht muß sich also eine ihr wesensgemäße Produktionsweise schaffen. In wegweisenden und kritischen Aufsätzen mit zu diesem Ziel beizutragen, ist die Hauptaufgabe unserer Zeitschrift. Diesen Zweck hat sie vom Inhalt her bislang ohne Zweifel erfüllt. Das bestätigen Stimmen derjenigen zahlreichen Mitarbeiter des Post- und Fernmeldewesens, in deren Hirne und Herzen diese Gedankengänge bereits Einzug gefunden haben.

Auch über die äußere Aufmachung sind negative Stimmen bisher nicht laut geworden. Nicht befriedigend bleibt aber nach wie vor die Arbeit mit unserer Zeitschrift. Und hierfür können Mitarbeiter, Redaktionskommission und Redaktion nur an diejenigen Kader appellieren, die willens und fähig sind, dem Neuen weiter den Weg zu ebnen.

„Mehr als das Blei in der Flinte hat das Blei im Stokkasten die Welt verändert.“ Dieses Wort Lichtenbergs soll uns allen eine Mahnung sein; es ist eine Mahnung an die Redaktion, dieses kostbare Blei dafür zu verwenden, daß ein höchst möglicher gesellschaftlicher Nutzen für den Aufbau des Sozialismus entsteht. Für den Leser ist es eine Mahnung, das gedruckte Wort nicht nur als Mittel zur Befriedigung des Unterhaltungsbedürfnisses anzusehen, sondern aus ihm auch zu lernen, wie man ein sozialistisches Post- und Fernmeldewesen aufbaut.

Horst Hill



Denken Sie daran, daß Sie die Betriebssicherheit Ihres Fahrzeuges und Kraftstoff sparen, wenn Sie überalterte Ketzen nach ca 8000 Kilometern bei Zweiklammern, nach 10-12000 km bei Viertaktmotoren durch ersetzten, und daß Sie sich von Zufällen unabhängig machen, wenn Sie Reserveketzen bei sich führen.

**VEB PORZELLANWERK NEUHA**  
Produktionszweig Zündkerzen · Neuhaus-Schierschnitz/Th



- Gummistempel · Siegel · Gummidruckschees
- Datumeingangsstempel · Sack- und Kistenstempel
- Namen-, Firmen- und Maschinenschilder in Metall und Kunststoff
- Goldprägestempel · Petschäfte · Kreis- und Längsteilungen
- Artikelbedingtes Zubehör



VEB

**Stempel · Siegel u. Gravierung**  
Berlin C 2, Neue Schönhauser Straße 16  
42 68 78 / 42 30 57

**2. Auflage soeben erschienen:**

*Karl-Heinz Rumpf*  
**Elektronik in der Fernsprech-Vermittlungstechnik**

DIN A 5, 296 Seiten, 259 Bilder  
Ganzleiderin 22,— DM  
Gemeinschaftsaulage mit Portis-Verlag, München

Presseurteile über die 1. Auflage:

„Im modernen Selbstwählerverkehr treten Probleme auf, die auf lange Sicht nur mit elektronischen Mitteln lösbar sind. Bereits heute sind viele teilelektronische Einrichtungen im Gebrauch und viele weitere in Entwicklung. Das vorliegende Buch... kommt also gerade zur rechten Zeit...“

„Elektronik“, München, November 1956

... Die Verfasser bringen in zehn Hauptabschnitten einmal eine ausgezeichnete Übersicht über den gegenwärtigen internationalen Stand der Elektronik für und in Vermittlungsrichtungen sowie andererseits eine mitunter recht ausführliche Beschreibung der prinzipiellen Wirkungsweise. Es ist dabei von besonderem Vorteil, daß stets das Wesentliche gut hervorgehoben ist, so daß der Leser nie den Überblick verliert...“

„Radio und Fernsehen“, Berlin, Oktober 1956

**Noch lieferbar:**

*Dr.-Ing. Otto Henkler u. a.*

**Übertragungstechnik im Fernmelde-Weitverkehr**

Teil I DIN B 5, 322 Seiten, 272 Bilder  
Teil II DIN B 5, 426 Seiten, 356 Bilder  
Teil III DIN B 5, 306 Seiten, 222 Bilder  
je Band in Ganzleiderin 32,— DM

*Friedrich Grum*

**Ortsamtstechnik**

Band I DIN A 5, 216 Seiten, 189 Bilder  
Ganzleiderin 13,— DM  
Band II DIN A 5, 296 Seiten, 223 Bilder  
Ganzleiderin 24,— DM

*Fritz Lenzner*

**Ferschsreibrmaschinen und deren Zusatzgeräte**

DIN A 5, 258 Seiten, 255 Bilder  
Ganzleiderin 19,— DM

Bestellungen nimmt jeder Buchhändler entgegen



**VEB VERLAG TECHNIK, BERLIN C 2**



**DIE DEUTSCHE POST**

ZEITSCHRIFT FÜR DAS POST- UND FERNMELDEWESEN

HERAUSGEGEBEN VON DER DEUTSCHEN POSTWERBUNG

2. Jahrgang

Leipzig, August 1957

Hef 8

**Unsere Zeitschrift hat Geburtstag**

**Ein Jahr „Die Deutsche Post“**

Zwölf Nummern unserer Fachzeitschrift sind nun bereits erschienen. Und mit dem vorliegenden Heft beginnt das zweite Dutzend. — Anlaß genug, ein wenig Rückschau in die noch junge Geschichte unserer Zeitschrift zu halten.

Seit langem klang aus den Ämtern der Deutschen Post der Ruf nach einer Fachzeitschrift, und das besonders laut, seitdem „Der Postaktivist“, sein Dasein eingestellt hatte. Eine neue Zeitschrift mußte her, die sich jedoch mit den Problemen des Post- und Fernmeldewesens gründlicher auseinandersetzen wollte, als es „Der Postaktivist“ vermocht hatte. Nach eingehenden Beratungen im Ministerium für Post- und Fernmeldewesen und nach den nötigen technischen Vorbereitungen konnte dann im August 1956 die Nummer 1 des 1. Jahrgangs erscheinen.

Vor der Redaktionskommission und der Redaktion stand die Aufgabe, ein Organ zu gestalten, das das Denken der Postler herausfördert aus der betriebliehen Enge, das sie von dem Gedanken lösen sollte, allein durch Meistern und Verbessern des Vorhandenen könne man ein modernes sozialistisches Post- und Fernmeldewesen aufbauen.

Diese Aufgabe war und ist nicht leicht. Der überwiegende Teil der Belegschaften der Post-, Fernmelde- und Funkämter besteht aus Kollegen des einfachen Betriebsdienstes. Leider — und es kann auf Grund der Vergangenheit des Deutschen Volkes nicht anders sein — ist dieser Teil meist noch nicht gewohnt, anspruchsvollere fachliche Texte zu lesen. Die Nützlichkeit dieser Ansicht zeigte sich scharf in der Entwicklung des Abonnementstandes. War zunächst die gesamte Auflage unserer Zeitschrift fast stets vergriffen und deuteten nur einige wenige Restexemplare als Werbehefte, so begann allmählich ein nicht unerheblicher Rückgang in der Bezahlerzahl einzusetzen, der fast 20% betrug. Hierbei zeigte sich, daß fast ausnahmslos Kollegen des einfachen Postbetriebsdienstes in unserer Zeitschrift nicht die gewünschte Lektüre sahen. Leider hatten es die verantwortlichen Kader der Betriebe nicht verstanden, diesen großen Kollegenkreis an die Arbeit mit einer Fachzeitschrift heranzuführen.

Welche Begründungen wurden nun im einzelnen von den Abstellern angegeben? Diese Antworten sind äußerst interessant. Sie enthalten Motive vom unsinnigen „Lesen anderer Zeitungen“ über „Inhalt nicht für Zusteller geeignet“ bis „Zeitschrift nur für Fernmeldewesen“.

Möglicherweise hatten sich einige Kollegen infolge der Ähnlichkeit der Titel eine Unterhaltungszeitschrift wie die „Wochenpost“ vorgestellt. Die meisten Absteller werden aber wohl in ihrem eigenen Dienstbereich zu befangen sein.

Niemand wird von jedem Kollegen verlangen wollen, daß er sich mit den echten Problemen des Post- und Fernmeldewesens gedanklich auseinandersetzt. „Aber alle diejenigen“ — um ein Wort des Stellvertreters des Ministers, Kollegen Gebhardt, zu gebrauchen —, „die den Produktionsablauf organisieren“, sollten sich doch für diese Fragenkomplexe interessieren.

Wer organisiert den Produktionsablauf? Dieser Personenkreis beginnt beim Brigadier und endet beim Minister. Dazwischen stehen die Meister, Ingenieure, Stellenteiler, Leiter der Ämter, Instruktoren, Planer, Hauptbuchhalter und noch viele andere. Wir haben aber festgestellt müssen, daß viele dieser Kollegen „Dienststücke“ lesen, die vom Amt gehalten werden. Die

ser beschämende Mangel ist inzwischen allerdings fast überall überwunden, und unsere Bezahlerzahl ist wieder angestiegen.

Um auch dem öfters vorgebrachten Anwurf, das Fernmeldewesen sei in bezug auf die Zahl der Veröffentlichungen bevorzugt, die Spitze abzubrechen, haben wir hierunter einmal die Zahlen der Artikel, aufgeschlüsselt nach den drei Fachrichtungen Post- und Zeitungswesen, drahtgebundenes Fernmeldewesen und Funkwesen sowie einer vierten Gruppe allgemeiner Probleme für alle Fachrichtungen, zusammengestellt: „Die Deutsche Post“ hat in den Heften 1/1956 bis 5/1957 folgende Artikelanzahl veröffentlicht:

| Für die Fachrichtung                                            | Längere Artikel<br>(mehr als<br>1 Druckseite) | Kürzere Artikel<br>(weniger als<br>1 Druckseite) |
|-----------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------|--------------------------------------------------|
| Post- und Zeitungswesen . . . . .                               | 21                                            | 54                                               |
| Drahtgebundenes Fernmeldewesen . . . . .                        | 21                                            | 54                                               |
| Funkwesen . . . . .                                             | 4                                             | 51                                               |
| Allgemeine Probleme für sämtliche drei Fachrichtungen . . . . . | 22                                            | 38                                               |
|                                                                 | 68                                            | 197                                              |

Hinzu kommen noch etwa 10 Artikel zur Unterhaltung oder Belehrung, z. B. medizinische Themen.

Aus der Lehre des Marxismus-Leninismus wissen wir, daß die Produktionsweise das entscheidende Kriterium für die Gesellschaftsordnung darstellt. Die Arbeiter- und Bauern-Macht muß sich also eine ihr wesensgemäße Produktionsweise schaffen. In wegweisenden und kritischen Aufsätzen mit zu diesem Ziel bezogenen, ist die Hauptaufgabe unserer Zeitschrift. Diesen Zweck hat sie vom Inhalt her bislang ohne Zweifel erfüllt. Das bestätigen Stimmen derjenigen zahlreichen Mitarbeiter des Post- und Fernmeldewesens, in deren Hirno und Herzen diese Gedankengänge bereits Einzug gefunden haben.

Auch über die äußere Aufmachung sind negative Stimmen bisher nicht laut geworden. Nicht befriedigend bleibt aber nach wie vor die Arbeit mit unserer Zeitschrift. Und hierfür können Ministerium, Redaktionskommission und Redaktion nur an diejenigen Kader appellieren, die willens und fähig sind, dem Neuen weiter den Weg zu ebnen.

„Mehr als das Blei in der Flinte hat das Blei im Setzkasten die Welt verändert.“ Dieses Wort Lichtenbergs soll uns allen eine Mahnung sein: es ist eine Mahnung an die Redaktion, dieses kostbare Blei dafür zu verwenden, daß ein höchstmöglicher gesellschaftlicher Nutzen für den Aufbau des Sozialismus entsteht. Für den Leser ist es eine Mahnung, das gedruckte Wort nicht nur als ein Mittel zur Befriedigung des Unterhaltungsbedürfnisses anzusehen, sondern aus ihm auch zu lernen, wie man ein sozialistisches Post- und Fernmeldewesen aufbaut.

Horst Hill

### Die Bedingung im Arbeitsrechtsverhältnis der Deutschen Post

Von Gerhard SÜSS, Halle (Saale)

Bei der juristischen Betreuung der Ämter des Post- und Fernmeldewesens muß immer wieder eine große Unsicherheit vieler Mitarbeiter in Fragen festgestellt werden, die man rechtlich unter dem Sammelbegriff der Bedingung zusammenfassen pflegt. Der folgende Aufsatz soll dazu beitragen, auch auf diesem Gebiet die sozialistische Gesetzlichkeit bei der Deutschen Post zu festigen.

#### Einleitung

Das Bestehen, die Wirkung vielerlei Rechtsgeschäfte vom Eintritt oder Nichtertritt zukünftiger ungewisser Ereignisse abhängig zu machen, ist oftmals unverkennbar. Da werden unter Arbeitskräften „bis zur Wiedergesundung des erkrankten Ang N.“ eingestellt oder „für die Dauer des Weihnachts- und Neujahrsverkehrs“ oder „sobald der vorgesehene Arbeitsplatz zugewiesen wird“. Es gibt manchmal auch Kündigungen „vorbehaltlich der Zustimmung der BPG“ oder anderer dritter Stellen und oft auch BGL-Zustimmungen „für den Fall, daß der Ang X. den angebotenen Arbeitsplatz nicht annimmt“ und Konfliktkommissions-Beschlüsse „sofern der Ang Y. das Fachschulstudium nicht aufnimmt“ usw. Sind derartige Vorbehalte und Einschränkungen berechtigt?

#### Das Wesen der Bedingung

Die Bedingung ist eine rechtserhebliche Tatsache, deren Eintritt nach dem Willen der Beteiligten bestimmte Rechtswirkungen hervorbringt oder beendet. Diese rechtserhebliche Tatsache muß ein zukünftiger ungewisser Zustand (Ereignis, Handlung) sein [1].

Die Bedingung ist eine dem Rechtsgeschäft anhaftende Beschränkung, welche die Wirkungen dieses Rechtsgeschäfts von einem in der Zukunft liegenden, vorläufig noch ungewissen Umstand abhängig macht. Mitunter wird auch der zukünftige ungewisse Umstand selbst als Bedingung bezeichnet. Von der Befristung (Zeitbestimmung) unterscheidet sich die Bedingung im wesentlichen dadurch, daß dort das in der Zukunft liegende Ereignis ein gewisses (z. B. ein Erdbeben), hier aber ein ungewisses ist. Ihre gesetzliche Regelung hat die Bedingung bisher nur im Zivilrecht gefunden, und zwar in den §§ 158 ff. BGB. Im Rechtsleben werden aufsteigende und auflassende Bedingungen unterschieden.

Bei einer aufsteigenden Bedingung treten die mit dem Rechtsgeschäft bescheinigten Rechtsfolgen erst mit dem Eintritt der Bedingung ein (§ 158 Abs. 1 BGB). Ein abgeschlossener Arbeitsvertrag soll z. B. nach seinem Inhalt erst dann wirksam werden, wenn die noch ausstehende ärztliche Untersuchung der gesundheitliche Eignung des Eingestellten für den Kraftfahrzeugdienst ergibt. In diesem Fall liegt das Rechtsgeschäft (der Arbeitsvertrag) zwar vor, seine Wirkungen sind aber bis zum Eintritt der vereinbarten Bedingung (der ärztlichen Eignungsfeststellung) einseitig hinausgeschoben.

Im Gegensatz hierzu entstehen bei einer auflassenden Bedingung die Wirkungen des Rechtsgeschäfts sofort. Mit dem Eintritt der Bedingung enden diese Wirkungen jedoch, und der frühere Rechtszustand tritt wieder ein (§ 158 Abs. 2 BGB). z. B. beim Abschluß eines Arbeitsvertrags „bis zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit des erkrankten Ang N.“. Wenn sich N. wieder arbeitsfähig zum Dienstantritt meldet, ist nach dem Willen der Beteiligten die auflassende Bedingung beendet, die das mit dem Vertreter bestehende Arbeitsrechtsverhältnis automatisch beenden soll.

Es liegt auf der Hand, daß eine Bedingung immer Unsicherheitsfaktoren mit sich bringt, weil eben ein zukünftiges ungewisses Ereignis im Spiel ist, das die Wirkungen des betreffenden Rechtsgeschäfts bestimmt. Aus diesem Grunde sind verschiedene Rechtsgeschäfte dann unwirksam, wenn sie

unter Hinzufügen einer Bedingung erklärt werden. Man sagt dann, sie sind bedingungsfeindlich. Im Zivilrecht ist die Zulässigkeit der Bedingung die Regel und die Bedingungsfeindlichkeit die Ausnahme. Für das Arbeitsrecht mit seinen regelmäßig weittragenden Folgen für den Werk tätigen und den Betrieb ist diese Frage jedoch besonders zu untersuchen.

#### Die bedingte Kündigung

Am eingehendsten sind die Meinungen über die Bedingung im Verhältnis zur Kündigung. Die Kündigung des Arbeitsrechtsverhältnisses (fristgemäße Kündigung und fristlose Entlassung) gehört zu den sogenannten Gestaltungs geschäften. Weil sie direkt und ohne Hinzutreten weiterer Rechtsgeschäfte die zahlreichen Rechtsbeziehungen löst, die den Werk tätigen mit seinem Betrieb verbinden, deshalb gestaltet sie die Rechtslage unmittelbar. Diese Situation, die wohl in allen Fällen einen tiefgreifenden Eingriff in die Belange aller Beteiligten darstellt, muß völlig klar sein. Der Betroffene muß zweifelnd wissen, ob er sich noch im Arbeitsrechtsverhältnis befindet oder nicht. Aus diesem Grunde besteht seit längerem Übereinstimmung darüber, daß die Kündigung nicht nur im Zivilrecht, sondern auch und vor allem im Arbeitsrecht bedingungsfeindlich ist [2]. Diese Eigenschaft hat sie mit allen Gestaltungs geschäften gemeinsam (vgl. z. B. § 388 BGB für die Aufrechnung). Wenn also ein HPA schriftlich die Kündigung eines Arbeitsrechtsverhältnisses erklärt „vorbehaltlich der Zustimmung der BPG“ oder anderer dritter Stellen, so ist diese Kündigung unzulässig, wenn sie ausdrücklich unwirksam, weil sie unzulässigerweise unter einer Bedingung ausgesprochen wurde. Das ist auch nicht mehr als recht und billig; denn der betreffende Kündigungsempfänger weiß ja tatsächlich nicht, ob er sich nach der Kündigung noch unter dem „Vorbehalt“ erklärt werden würde, daß sich der Kündigungsempfänger nicht bis zu einem Zeitpunkt bei den Mitarbeitern, die er fortgesetzt schwer beledigt hat, gebührend entschuldigt. Richtig ist auch, daß eine „gebührende“ Entschuldigung? Wieviel Zweifelspannen bleiben hier noch offen! Und vor allem: es kann keinerlei gesellschaftliches Bedürfnis nach einer derartige Kündigung anerkannt werden. Wenn der Arbeitsrechtsverhältnis nicht mehr bestehen und eine Lösung der Arbeitsverhältnisse wirklich unumgänglich ist, dann kann doch die Frage der Entschuldigung vor dem Ausspruch der Kündigung geklärt werden. Die Kündigung jedenfalls muß ohne Bedingung erfolgen, anderenfalls ist sie nichtig [4].

In der Hauptsache wird die Zulässigkeit von Kündigungen, deren Bedingung durch den Kündigungsempfänger selbst verwirklicht werden kann, von der Praxis für die Abänderungsverhältnisse (Kündigung des gesamten Arbeitsrechtsverhältnisses, sofern der Werk tätige nicht einen ihm gleich

zeitig angebotenen anderen Arbeitsplatz übernimmt). Aber auch hierfür liegt kein echtes Bedürfnis vor. Die Arbeitsrechtsverhältnisse wendet sich in immer stärkerem Maße gegen die Abänderungskündigung.

Im einzelnen soll an dieser Stelle nur auf die jetzt zur Abänderungskündigung geführte Diskussion verwiesen werden [5]. Für den Bereich der Deutschen Post bleibt es bei der schon durch Amtsblatt-VI, Nr. 72/1950, Ziffer 3 verfügten Regelung, daß sämtliche Kündigungen bedingungslos auszusprechen sind. Leider ist diese Verfügung bei manchen Ämtern in Vergessenheit geraten, wozu allerdings mit beigetragen haben mag, daß sie in anderer Beziehung tatsächlich überholt ist.

Mit den hier behandelten Bedingungen dürfen nicht die sogenannten Rechtsbedingungen verwechselt werden. So sind z. B. fristgemäße Kündigungen von Schwerbeschädigten, Verfolgten des Naziregimes, The-Rekonvaleszenten, Jugendlichen und Jungweihnachtsarbeitern während des ersten Jahres nach dem Lehrabschluss nur wirksam, wenn die Zustimmung der Abteilung Arbeit und Berufsausbildung beim Rat des Kreises vorliegt. Selbstverständlich sind solche Rechtsbedingungen (die nicht durch Rechtsgeschäfte, sondern vom Gesetzgeber selbst vorgesehen sind) zulässig und notwendig. Die Zustimmung der Abteilung Arbeit und Berufsausbildung, wozu gegenüber dem Betrieb noch gegenüber dem Werk tätigen [6]. Eine bedingte Zustimmung ist unwirksam, weil bei der Zustimmung Verhältnisse genauso groß ist, wie bei der Kündigung selbst. Das gilt auch für die Zustimmung der Bezirksverbände bei Kündigungen von BGL-Mitgliedern und für andere gesetzlich vorgesehene Mitwirkungsfälle Dritter.

#### Der bedingte Arbeitsvertrag

Die Frage, ob Arbeitsverträge unter Bedingungen abgeschlossen werden dürfen, ist gesetzlich nicht geregelt. Die ausdrück-

liche Antwort darauf wird wohl erst das zu erwartende Arbeitsgesetzbuch geben. Die Praxis erfordert aber schon jetzt eine klare Stellungnahme.

Im Zivilrecht gilt das Prinzip, daß Verträgen grundsätzlich Bedingungen hinzugefügt werden dürfen. Diese Regel wird vielfach schematisch auf das Arbeitsrecht übertragen. Wie die einleitend gezeigten Beispiele — die ohne weiteres erweitert werden könnten — beweisen, werden auch bei der Deutschen Post mit unter Arbeitsverträge von Bedingungen aller Art abhängig gemacht.

Sehen wir uns einen der „beliebtesten“ Fälle, die Einstellung eines Vertreters „bis zur Wiedergesundung des erkrankten Ang N.“. Der Vertreter wird nur so lange beschäftigt, bis sich der erkrankte Vertretene N. wieder zum Dienst meldet. Mit dem Dienstantritt des N. soll der Vertreter ausscheiden, ohne daß es einer Kündigung bedarf, weil — so wird dann meist erklärt — der Arbeitsvertrag unter einer auflösenden Bedingung abgeschlossen war, und somit gem. § 158 Abs. 2 BGB mit dem Eintritt des zukünftigen ungewissen Ereignisses (hier die Arbeitsfähigkeit des N.) die Wirkungen des Rechtsgeschäfts (hier des Arbeitsrechtsverhältnisses) erlöschen.

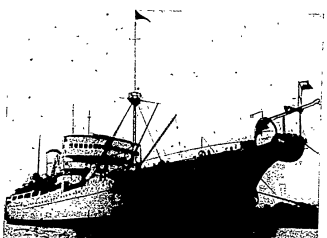
Für das Zivilrecht ist die auflösende Bedingung in vielen Fällen durchaus zweckmäßig. Im Arbeitsrecht aber gerät es durchaus nicht, das Arbeitsrechtsverhältnis als bloßes rechtsgeschäftliches Verhältnis zu kennzeichnen und mit den Schuldverhältnissen (Miete, Pacht, Darlehen usw.) auf eine Stufe zu stellen. Das Arbeitsrechtsverhältnis ist ein Statusverhältnis, welches das Leben unserer schaffenden Menschen in einem so weitgehenden und grundlegenden Maße bestimmt, daß ein Vergleich mit den Schuldverhältnissen des Zivilrechts überhaupt nicht möglich ist. Der Werk tätige verbringt einen großen Teil seines Lebens im Betrieb. Seine tägliche Arbeit, sein Beruf, hat Auswirkungen auf alle Bereiche seines Lebens. Schon daraus ist die völlige Andersartigkeit des Arbeitsrechtsverhältnisses gegenüber der Rechtsbeziehungen des Zivilrechts zu erklären. Und das bedeutet auch eine Eigenständigkeit des Arbeitsrechts.

### Entwicklungsarbeiten für Seekabel in Großbritannien

Vom Jahre 1938 an wurde in Großbritannien die Möglichkeit untersucht, ebenso wie in Landkabel auch in koaxiale Seekabel Breitbandverstärker einzusetzen. Durch einen 1943 in das Seekabel Anglesy-Isle of Man eingefügten Unterwasser-Verstärker konnte die Kapazität dieses Kabels von 24 auf 48 Sprechkreise erhöht werden. 1946 wurde der zweite derartige Verstärker in das 200 englische Meilen lange Seekabel zwischen Großbritannien und Deutschland eingeschaltet. Es handelt sich dabei um Einwegverstärker, die nur die das obere Frequenz-

band benutzende Übertragungsrichtung verstärken. Anschließend wurde auch Zweigwegverstärker entwickelt, mit denen man Holland, Irland und den Kanalinseln nach Großbritannien nach guten Ergebnisse, die mit diesen nur für die flachen Gewässer der Britischen Inseln geeigneten Verstärker erzielt wurden, entwickelte das Post Office anschließend auch Tiefseeverstärker, die gleichzeitig mit neuen Seekabeln ausgerüstet. Sie ermöglichen in den USA im Zusammenhang mit einer gleichartigen Entwicklung die Auslegung des ersten transatlantischen Fernsprechkabels zwischen Schottland und Nordamerika in den Jahren 1955/56. In den Abschnitten Neufundland-Neuschottland dieses Kabels wurden 14 Tiefseeverstärker eingeschaltet. Man hofft, daß dank ihrer sorgfältigen Konstruktion, Fertigung und Prüfung in den ersten 20 Jahren ihres Einsatzes wenig Fehler auftreten.

Die Übernahme der privaten Seekabel durch das britische Post Office im Jahre 1970 führt im Laufe der Zeit zum Bau verschiedener positiver Kabelschiffe. Nach ihrem Verlust im ersten und zweiten Weltkrieg wurde 1955 das vierte Kabelschiff, die Monarch, fertiggestellt (Bild). Das Schiff hat Ölfuhrung, eine Gesamtlänge von 480 ft, eine Höhe von 55 ft, kann etwa 2000 englische Meilen Tiefseekabel an Bord nehmen und ist mit elektrisch arbeitenden Kabelmaschinen ausgerüstet. Um die gleiche Wirkung wie mit Dampftrieb zu erzielen, sind Gleichstromgeneratoren vorgesehen, die einen Strom praktisch gleicher Stärke von 300 A — unabhängig von der Belastung — liefern. Mit der Monarch ist 1955/56 das transatlantische Fernsprechkabel ausgelegt worden. H. Graf



(Nach The Post Office Electrical Engineers' Journal 40 (1956), H. 3, S. 209 bis 210 und 213.)

Was im Zivilrecht gut ist, braucht im Arbeitsrecht noch lange nicht richtig zu sein.

Der unter einer auflösenden Bedingung eingestellte Vertreter unseres Beispielfalles würde sich in einem Zustand der dauernden Ungewißheit befinden. Daraus ändert auch die Tatsache nichts, daß er dank der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der Deutschen Demokratischen Republik normalerweise bald einen neuen Arbeitsplatz findet. Nach der vorgesehenen Regelung weiß er tatsächlich nie, ob sein Arbeitsverhältnis morgen noch besteht. Bei Eintritt der Bedingung soll das Arbeitsverhältnis zu Ende gehen, ohne daß er — wie das der Sinn der fristgemäßen Kündigung ist — die Möglichkeit hat, Vorsorge für sein weiteres Arbeitsleben zu treffen. Hinzu kommt noch der völlige Wegfall des Kündigungsschutzes. Das alles gilt auch bei Einstellung „für die Dauer des Weihnachts- und Neujahrsverkehrs“ und bei allen anderen Arbeitsverträgen unter auflösenden Bedingungen (dem Grundsatz nach auch für Von-Bis-Gehalts-Spannen, die so lange gezahlt werden sollen, wie der Zusteller als sogenannter Springer vertretungsweise die Reviere täglich wechseln muß usw.). In allen diesen Fällen wird das Risiko einer Ungewißheit einseitig dem Werkstätigen aufgebürdet.

Deshalb setzt sich in Wissenschaft und Praxis immer mehr die Erkenntnis durch, daß auflösende Bedingte Arbeitsverhältnisse unzulässig sind [7]. Die dem Arbeitsvertrag hinzugefügte auflösende Bedingung widerspricht richtiger Ansicht nach den politisch-moralischen Auffassungen der Werkstätigen (Grundsatz des § 138 BGB), weil sie die sonst der Kündigung — vor allem der fristgemäßen — zukommende Schutzfunktion umgeht. Bei einer fristgemäßen Kündigung wird der Werkstätige darauf aufmerksam gemacht, daß er bald aus dem Betrieb ausscheidet. Er hat somit die Möglichkeit, für sein weiteres Fortkommen Sorge zu tragen. Die gleiche Schutzfunktion besteht beim befristeten Arbeitsverhältnis; denn dort kennt der Werkstätige von vornherein den festen Endtermin, an dem er ausscheidet. Nur bei der fristlosen Entlassung, bei dem sofort wirksamen Aufhebungsvertrag und bei der auflösenden Bedingung entfällt diese Schutzfunktion. Bei der fristlosen Entlassung ist das durch ein negatives Verhalten des Werkstätigen zu erklären. Beim sofort wirksam werdenden Aufhebungsvertrag (der ohnehin nur abgeschlossen werden soll, wenn die Voraussetzungen einer fristlosen Entlassung vorliegen oder wenn es der Werkstätige selbst wünscht) verzichtet der Beschäftigte selbst auf diese Schutzfunktion und nimmt einen für ihn wenigstens feststehenden Auflösungsstermin in Kauf. Nur bei der auflösenden Bedingung mit ihrem im Zeitpunkt des Vertragsschlusses noch völlig ungewissen Auflösungszeitpunkt entfällt jede überzeugende Begründung für eine derartige Regelung. Dem Werkstätigen ist es oftmals im Augenblick des Vertragsabschlusses absolut nicht klar, daß er sich jetzt des Schutzes beraubt, den ihm sonst die Kündigung gewährt; daß er zu einem rein zufälligen und meist seiner Einwirkung völlig entzogenen Zeitpunkt wieder ausscheiden muß, ohne daß es einer Mitwirkung der BGL oder anderer für den Kündigungsschutz geschaffener Stellen bedarf.

Aus all diesen Gründen ist es unzulässig, einem Arbeitsvertrag eine auflösende Bedingung hinzuzufügen. Geschieht es dennoch, dann ist die hinzugefügte Bedingung entsprechend § 138 BGB nichtig. Das Arbeitsverhältnis selbst wird aber ausnahmsweise von dieser Nichtigkeit nicht mit erfaßt, sondern es bleibt als unbedingtes gültig.

Mitarbeiter der Ämter halten diesem Ergebnis oft entgegen, daß sie befristete Arbeitsverhältnisse nicht verlangen dürfen. Den Früher in solchen Fällen oft beschrittenen Weg des Abschlusses eines befristeten Arbeitsverhältnisses, das dann nach Bedarf von Fall zu Fall verlängert wird (sogenannte „Kettenverträge“), verbietet nunmehr § 8 der Kündigungs-VO in der Fassung der Änderungs-VO vom 17. 5. 1956 (GBl. I, S. 485) ausdrücklich.

Die Schwierigkeiten, vor denen unsere Amts- und Kaderleiter und Abteilungsleiter Arbeit in derartigen Fällen stehen,

werden keinesfalls verkannt. Und dennoch darf das nicht dazu führen, auflösende Bedingte Arbeitsverhältnisse abzuschließen. Jeder Betriebsfunktionär, der mit arbeitsrechtlichen Fragen Befassung hat, darf niemals einseitig handeln, sondern er muß die betreffende Regelung stets auch mit den Augen des Werkstätigen betrachten. Einem muß man mitunter wohl tun, dem Betrieb oder dem Werkstätigen. Viele überfordern die Gesetzlichkeit. Sie glauben, es sei Aufgabe des Rechts, alle auftretenden Härten zu beseitigen. Derartige Anforderungen vermag aber auch die Gesetzlichkeit nicht immer zu erfüllen. Oft ist es nur die Aufgabe des Rechts, nicht zu beseitigende Härtefälle auf die Schultern desjenigen zu legen, der sie noch am ehesten zu tragen vermag. Im vorliegenden Fall sind das unzweifelhaft die Betriebe. Die Unzulässigkeit auflösender Arbeitsverträge einerseits und die Unzulässigkeit befristeter Kettenverträge andererseits stellen keinen unlöslichen Widerspruch dar, sondern sie sind eine wahrhaft soziale Regelung eines nicht zu beseitigenden Härtefalles. Im Verhältnis zwischen Betrieb und Beschäftigten ist es dem Betrieb wohl zuzumuten, zunächst für einen geschätzten Zeitpunkt ein befristetes Arbeitsverhältnis abzuschließen, das dann nach Bedarf als unbefristetes (soweitfalls aber als befristetes) verlängert werden kann, selbst auf die Gefahr hin, daß bei der dann notwendig werdenden Kündigung geringe Überschneidungen auftreten [8].

In vielen Fällen, vor allem auf dem Lande, bei Poststellen usw., haben die Ämter meist Einwohner an der Hand, die sich seit Jahr und Tag für auflösende bedingte Vertreterleistungen bereit erklärt haben. „Das ging immer gut, wir haben nie Differenzen gehabt, und es ist nicht einzusehen, warum wir hier etwas ändern sollen“, sagt hierzu mancher Abteilungsleiter Arbeit. Tatsächlich sind diese Kräfte zumeist an einer Dauerbeschäftigung gar nicht interessiert, zu einer vorübergehenden Vertreterleistung aber gern bereit und im übrigen auch durchaus geeignet und in der Regel mit den in Frage kommenden Tätigkeiten bestens vertraut. Ihr Einsatz ist deshalb auch weiterhin zweckmäßig. Gerade in solchen Fällen besteht aber tatsächlich kein Bedürfnis für auflösende bedingte Arbeitsverhältnisse, sondern hier wird ein unbedingtes Arbeitsverhältnis den gleichen Zweck erfüllen, das dann nach Bedarf durch Aufhebungsvertrag beendet werden kann. Gerade das ins Treffen geführte gute Einvernehmen mit diesen Werkstätigen läßt hier die Herbeiführung eines Aufhebungsvertrages wahrscheinlich erscheinen.

Es sollte aber möglich sein, mit der schädlichen Praxis der auflösenden bedingten Arbeitsverträge endgültig Schluss zu machen. Wir befinden uns auch bereits tatsächlich auf dem Weg zu diesem Ziel, zumal ein großer Teil der Arbeitgebiete — soweit das übersehen werden kann — die gleichen Grundsätze anwendet.

Gegen auflösende bedingte Arbeitsverträge bestehen nicht so durchgreifende Bedenken wie gegen auflösende bedingte, weil hier die Umgehung der Schutzfunktion der fristgemäßen Kündigung nicht in Frage steht. Immerhin sollte man aber auch hier zunächst alle anderen bestehenden Möglichkeiten ausschöpfen. Es ist z. B. nicht recht einzusehen, warum man schon einen Arbeitsvertrag abschließen muß, wenn gar nicht bekannt ist, ob der Bewerber für die vorgesehene Tätigkeit gesundheitlich geeignet ist. In der Regel wird es doch genügen, erst die ärztliche Untersuchung durchzuführen und dann den Arbeitsvertrag abzuschließen. Immerhin sind aber begründete Ausnahmen auflösende bedingte Arbeitsverhältnisse denkbar und zulässig.

Zusammenfassung

Die Kündigung des Arbeitsverhältnisses ist bedingungslos. Es ist dabei gleichgültig, ob es sich bei der hinzugefügten Bedingung um eine auflösende oder um eine auflösende handelt. Es ist ebenfalls belanglos, ob der Kündigungs-empfänger den Eintritt der Bedingung zu beeinflussen vermag oder nicht. In jedem Falle macht die Bedingung die Kündigung unwirksam. Soweit vom Gesetz für die Wirksamkeit einer Kün-

digung auch die Zustimmung Dritter vorgesehen ist, ist auch diese Zustimmung bedingungslos — obwohl es sich hier zumeist gar nicht mehr um Rechtsgeschäfte handelt.

Beim Aufhebungsvertrag sind auflösende Bedingungen unzulässig. Wird dennoch eine auflösende Bedingung hinzugefügt, so ist die Bedingung selbst unwirksam, und das Arbeitsverhältnis wird als unbedingtes behandelt.

Ein auflösende bedingter Arbeitsvertrag ist grundsätzlich zulässig, aber unzweckmäßig. In solchen Fällen ist zu empfehlen, erst den Eintritt des ungewissen Ereignisses abzuwarten und dann einen unbedingten Arbeitsvertrag abzuschließen.

Literatur

- [1] „Das Zivilrecht der Deutschen Demokratischen Republik“, Allgemeiner Teil, S. 225.
[2] Schlegel: „Leitfaden des Arbeitsrecht“, 2. Aufl., S. 87.
[3] Palandt: Kommentar zum BGB, 12. Aufl., Vorbem. 6 vor § 138.
[4] So auch zum gleichen Beispiel Schlegel a. a. O. S. 87.
[5] Val. Stetter in „Arbeitsrecht“ 1957, II, 2, S. 31.
[6] Val. Paul in „Arbeit und Sozialfürsorge“ 1952, II, 12, S. 292; ferner: „Das Recht der Schwerbeschädigten“, H. 3 der „Schriftreihe Arbeit und Sozialfürsorge“, 4. Aufl., S. 150.
[7] „Das Kündigungsrecht“, II, 16 der „Schriftreihe Arbeit und Sozialfürsorge“, S. 307f.
[8] Anderer Ansicht ist offenbar Schlegel, a. [2], S. 74, und auch Thas berichtet — obwohl selbst zustimmend — von anderer Auffassung einzelner Arbeitszeiter in „Arbeit und Sozialfürsorge“ 1956, II, 6, S. 270.
[8] Eine völlig andere Frage ist, ob man das durch die Änderungsverordnung herbeigeführte Verbot der Verlängerung eines befristeten Arbeitsverhältnisses durch einen neuen Zeitvertrag in der bisherigen Form aufrechterhalten sollte. Das für dieses Verbot genannte Motiv — die mögliche Umgehung der Kündigungsfrist — traf für die Praxis der Deutschen Post jedenfalls nicht zu.

500 Worte über Kunststoffe für Bauteile der Fernmelde-technik

Im Heft 7/1957 dieser Zeitschrift haben wir unsere Leser mit einigen grundlegenden Erkenntnissen über Kunststoffe bekannt gemacht. Im folgenden wird Ihre besondere Bedeutung als Werkstoffe für Bauteile der Fernmelde-technik herausgestellt.

Betrachten wir zunächst das nebenstehende Bild. Es zeigt wichtige Teile eines Fernsprechers, die vor Jahren aus Metallen gefertigt wurden, heute aber aus Kunststoffen hergestellt werden. Eine ähnliche Feststellung läßt sich auch bei anderen Geräten der Fernmelde-technik treffen.

Anlaß zu dieser Umstellung war die Forderung, wertvolle und meist schwerzuverarbeitende Metalle durch billige, heimische Kunststoffe zu ersetzen, die sich in der Massenfertigung bei geringstem Lohnaufwand verarbeiten lassen. Eine Minderung der Gebrauchsleistung der Apparate durfte hierbei nicht eintreten.

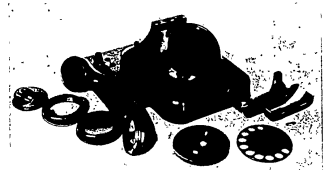
Diese Forderung erfüllen am besten die unter der Sammelbezeichnung Duroplaste bekannten harten Kunststoffe. Sie besitzen neben verhältnismäßig guter Festigkeit relativ hohe Wärmebeständigkeit und — in den für die Fernmelde-technik hergestellten Sorten — mittlere elektrische Eigenschaften. Um den Festigkeitsanfall gegenüber Metallen auszugleichen, ist es notwendig, formstabile Konstruktionen zu wählen, Rundungen statt scharfer Kanten vorzuziehen und ähnliches mehr. Es wird daher bei Umstellung auf Kunststoffe nur in den wenigsten Fällen möglich sein, die überlieferte Gestalt von Metallteilen beizubehalten.

Typische Vertreter der Duroplaste sind Kunststoffe auf Phenolharzbasis (bekannter Handelsname: Bakelitharze). Rohstoff für Phenolharze ist Kohle. Die mechanischen Eigenschaften der Harze werden durch Zusatz von Füllstoffen verbessert.

Möht wird Holzmehl verwendet. Schlagbeanspruchte Teile, z. B. das Gehäuse des tragbaren Fernsprechers, enthalten Textilschmelze, die dem Werkstück die nötige Zähigkeit gegen Schlagbeanspruchung geben.

Die als Pulver oder Tabletten vorliegenden Kunstharzmassen werden unter Druck und Hitze in Stahlformen gepreßt, in denen das herzustellende Teil als Hohlkörper ausgepart ist. Die Preßteile sind bis auf das Entgraten einbaufertig. Metallteile können mit eingepreßt werden. Ist die Stahlform hochglanzend, so verlassen auch die darin gepreßten Teile die Form mit hochglänzender Oberfläche. Im Licht dunkeln sie nach, weshalb man von vornherein dunkle Farbtonen wählt. Hellfarbige oder weiße Teile werden aus (lichtbeständigen) Melaminpreßmassen hergestellt.

Thermoplaste unter Druck und Hitze mit Papierbahnen verpreßt, liefern Schichtpreßstoffe, sogenannte Blattmaterialien (bekanntes Handelsname: Pertinax), die für Schreiben, Plakate usw. verwendet werden.



(Werkfoto VEB Plasta, Sonneberg/Thür)

Neben Duroplasten werden Kunststoffe aus abgewandelten Naturstoffen (Robstoff) ist die Zellulose des Holzes oder der Baumwolle) sowie vollenpolyethylen hergestellte Thermoplaste in großem Umfang zu harten Formteilen, Platten und Folien verarbeitet.

Ein Vertreter der ersten Gruppe ist das Zelluloseacetat. Es wird vor allem dort eingesetzt, wo keine besonderen Wärmebeanspruchung vorliegt. Das elektrische Verhalten ist mäßig.

Hornartig zäh und sehr verschleißfeste Teile, wie Zahnrad, Achskörper und sogar Schrauben, lassen sich aus Polyamid herstellen (Perlon besteht aus gleichem Grundstoff). Da ihre Zähigkeit an einem Mindestfeuchtigkeitsgehalt gebunden ist, sind sie nur dort zu verwenden, wo mechanische Beanspruchungen im Vordergrund stehen.

Für Bauteile, die elektrisch hochisolierend sein müssen, fast keine Wasseraufnahme zeigen dürfen und im elektrischen Wechselstrom weitgehend verlustfrei arbeiten sollen, wird Polystyrol (bekannter Handelsname: Styrofoam) verwendet.

Polyamide wie Polystyrol sind vollenpolyethylen Kunststoffe. Ausgangsprodukte sind Kalk und Kohle.

Zellulosemassen wie auch die synthetischen Kunststoffe werden meist im Spritzgußverfahren verarbeitet. Körmiges Ausgangsmaterial wird in einem Heißenzylinder unter Druck verflüssigt und in kalte Stahlformen gespritzt. Das einbaufertige Teil kann nach wenigen Sekunden der Form entnommen werden. In Mehrfachformen lassen sich mehrere Teile in einer Minute spritzen! Metallteile können mit eingepreßt werden.

Willi Röwer, Halberstadt

In Finnland wurde das Fernsehen am 9. Februar dieses Jahres mit der Ausstrahlung von Testbildern eröffnet. Der Programmbetrieb soll in Spätsommer beginnen.

## Mopeds im Dienste der Deutschen Post

Von Wolfgang KÖLZOW, Schwerin (Mecklenburg)

Im Frühjahr des Jahres 1956 wurden bei der Deutschen Post versuchsweise Mopeds eingeführt. Von diesen Fahrzeugen erhielt das HPA Schwerin (Meckl.) im April 1956 acht Stück, im Oktober 1956 weitere drei. Die nachstehenden Ausführungen sollen einen Überblick über die bisherigen Erfahrungen mit diesen Fahrzeugen geben, einige aufgetretene Probleme zur Diskussion stellen und zu weiteren Überlegungen anregen.

### Warum Mopeds?

Die dem Moped allgemein zugesprochenen Vorzüge in bezug auf Schnelligkeit, Wendigkeit und Robustheit versprechen, es zu einem durchaus vielseitig verwendbaren Gebrauchsfahrzeug der Deutschen Post machen zu können, weil es gegenüber anderen Kraftfahrzeugen trotz geringer Anschaffungskosten folgende Vorteile bietet:

1. Wegfall der Fahrerlaubnis durch Fahrschullehler,
2. leicht erlernbare Bedienung,
3. geringer Treibstoffverbrauch,
4. trotz geringen Gewichtes außerordentliche Robustheit und Wendigkeit,
5. sowohl für den Stadtverkehr als auch für den Überlandverkehr in einem Umkreis bis zu 100 km völlig ausreichende Geschwindigkeit.

Ferner muß bei einer eingehenden Betrachtung des augenblicklichen Fahrzeugbestandes der Deutschen Post festgestellt werden, daß wegen des Fehlens geeigneter anderer Fahrzeuge viele Kraftwagen und Motorräder eingesetzt sind, die nicht ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend ausgenutzt werden. Oftmals ist ihr augenblicklicher Einsatz unwirtschaftlich, weil die Kosten im Verhältnis zur Leistung zu hoch sind. Dies trifft für die eingesetzten Motorräder allgemein, für die Kraftwagen teilweise zu. Ein Moped könnte daher den Erfordernissen genügen. Sein Nachteil ist aber, daß es weder mit Sozios noch mit Betragen gefahren werden kann und die erreichbare Reisegeschwindigkeit für große Strecken auf die Dauer zu gering und zu ermüdend ist.

### Einsatz der Mopeds im Bereich des HPA Schwerin (Meckl.)

Erfreulicherweise zeigten die Kollegen, für die das Moped als Dienstfahrzeug vorgesehen war, reges Interesse. Dies war wider Erwarten auch bei den weiblichen Angestellten der Fall. Diese Kräfte, die bisher konsequent das Fahren eines leichten Krad-

vom Typ RT 125 abgelehnt hatten, erklärten sich überraschend schnell bereit, es mit einem Moped zu versuchen. Der Grund hierfür lag in dem gegenüber einem Krad geringen Eigengewicht, der leicht erlernbaren Bedienung und dem fahrradähnlichen Aussehen dieser Fahrzeuge.

Bei sämtlichen gelieferten Mopeds handelte es sich um Serienfahrzeuge, die sich in keiner Weise von den im Handel befindlichen unterscheiden. Sie sind mit Ausnahme einer Maschine, die durch Verschulden eines Mitarbeiters schwere Schäden erlitt, bis heute fast täglich bei jedem Wetter im Einsatz. Die Fahrzeuge haben bisher folgende km-Leistung aufzuweisen:

In der Eilzustellung beim HPA Schwerin:  
zwischen 10000 und 18000 km,  
in der Landzustellung bei einem PA:  
zwischen 4000 und 6000 km,

in der Landzustellung bei zwei PStn:  
zwischen 2000 und 3000 km,  
als Verwaltungsfahrzeug:  
1000 km.

Der durchschnittliche Treibstoffverbrauch liegt bisher bei 2,5 l je 100 km. Er weist wegen der verschiedenen Einsatzgebiete Unterschiede zwischen 2,6 l in der Landzustellung und 2,4 l in der Tel-Zustellung auf.

### Bisherige Kosten des Mopedeinsatzes

Für die Zeit von Mai 1956 bis Februar 1957 sind dem HPA Schwerin (Meckl.) folgende Kosten entstanden:

|                                                                                                                                                                                                                 |         |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------|
| 1. Kosten für Fremdreparaturen                                                                                                                                                                                  | 143 DM  |
| 2. Kosten für Ersatzteile                                                                                                                                                                                       | 182 DM  |
| unmittelbare Instandhaltungskosten also zusammen                                                                                                                                                                | 325 DM  |
| Zu diesen Kosten müssen diejenigen für Treib- und Schmierstoffe hinzugerechnet werden. Diese ergeben insgesamt etwa (errechnet aus der durchschnittlichen km-Leistung und dem durchschnittlichen Verbrauch) für |         |
| 4 Mopeds mit je 14000 km (1356 l)                                                                                                                                                                               | 1084 DM |
| 3 Mopeds mit je 5000 km (390 l)                                                                                                                                                                                 | 312 DM  |
| 2 Mopeds mit je 2500 km (130 l)                                                                                                                                                                                 | 104 DM  |
| 1 Moped mit 1000 km (26 l)                                                                                                                                                                                      | 21 DM   |
| zusammen rund (1902 l)                                                                                                                                                                                          | 1521 DM |

Dazu kommen Kosten für Abschreibungen (rund 6 DM je Moped und Monat), also 388 DM.

Somit ergeben sich bisher direkt auftretende Gesamtkosten für zehn Mopeds in zehn Monaten von insgesamt 2434 DM bzw. von rund 25 DM je Moped und Monat. Diesen direkt auftretenden Ausgaben müssen aber auch die indirekt anfallenden hinzugerechnet werden. So entstanden dem HPA an indirekten



Koll. Derow vom PA Briel (Meckl.) auf Zustellung (Aufw. Bedau, Schwerin)

Kosten für Entlohnung einer Teilkraft von 24 Stunden in der Fahrradwerkstatt und für die von den Fahrern durchgeführten Pflegestunden weitere 27 DM je Monat und Moped.

Weil die Kräfte in der Fahrradwerkstatt durch andere Arbeitsorganisation und Wegfall mehrerer Fahrkräfte die Instandhaltung der Mopeds innerhalb der bisherigen Beschäftigungszeit durchführt, die Pflegestunden der Fahrer lediglich eine Minderung der eingesparten Arbeitszeit darstellen, treten diese Kosten jedoch nicht als zusätzliche Ausgaben auf.

Hinzu kommen natürlich noch die Anschaffungskosten für die Mopeds selbst mit 900 DM je Fahrzeug.

### Erreichte Verbesserungen

Diesen Gesamtkosten konnten bisher folgende Einsparungen entgegengesetzt werden:

|                                                                         |         |
|-------------------------------------------------------------------------|---------|
| 1. PA Briel: 1 Kraft mit 36 Stunden wöchentlich in Geh.-Gr. IV          | 1900 DM |
| 2. PSt II Utecht: wöchentlich 13 Stunden Geh.-Gr. IV                    | 300 DM  |
| 3. PSt II Groß Mdzahn: wöchentlich 7 Stunden Geh.-Gr. IV                | 175 DM  |
| 4. HPA Schwerin (Meckl.): 1 Kraft in Geh.-Gr. III                       | 2300 DM |
| 5. Eingesparte Treibstoffkosten durch Wegfall einer Stiefahrt der Ldkp. | 240 DM  |
| Gesamteinsparung                                                        | 5115 DM |
| im Jahr bzw. rund 430 DM im Monat.                                      |         |

Diese Einsparungen sind allerdings zum Teil nur mittelbar aufgetreten.

Neben den in DM errechenbaren Einsparungen konnten durch den Mopedeinsatz an wesentlichen Verbesserungen im Postdienst erreicht werden:

- a) Der Posteingang bei der PSt II Thurov wurde um eine Stunde vorverlegt.
- b) Auch die Abfahrtszeit der Ldkp in Utecht konnte vorverlegt werden. Dadurch ist es möglich, sämtliche Sendungen der an dieser Ldkp liegenden PStn noch am gleichen Tage von Rehna weiterzubefördern.

c) Dem Leiter des PA Warin ist es nunmehr möglich, ohne zusätzlichen Einsatz seines Ldkr bei der Neueinrichtung von zehn PStn II alle organisatorischen Vorbereitungen und die ordnungsgemäße Anlieferung der PStn an Ort und Stelle durchzuführen.

### Allgemeine Erkenntnisse aus dem Mopedeinsatz

Im Laufe von zehn Monaten haben wir verschiedene Erfahrungen mit dem Mopedeinsatz in den nachstehenden Zeilen des Postdienstes gesammelt.

Besonders zu Anfang ergaben sich große Schwierigkeiten. Bald zeigte sich nämlich, daß das A und O eines reibungslosen Mopedeinsatzes die Ausbildung der Fahrer ist. In dieser Hinsicht traten in Briel keine Schwierigkeiten auf, weil es sich bei den dortigen Fahrern hauptsächlich um ältere Kollegen handelte, die bereits früher als Kraftfahrer mit Motorfahrzeugen umgegangen waren und daher technische Kenntnisse mitbrachten. In Schwerin war das nicht der Fall. Hier wurden als Fahrer vor allem weibliche Kräfte im Alter von 17-18 Jahren vorgesehen. Diese besaßen keinerlei Vorkenntnisse. Sie wurden den polizeilichen Vorschriften entsprechend ausgebildet und nur über die unbedingt erforderlichen technischen Fragen aufgeklärt. Als Folge ergab sich zunächst eine Verschlechterung der Tel-Zustellung. Der Mopedfahrer benötigte für die gleiche Tour mehr Zeit als ein Radfahrer. Dies hatte seine Ursache nicht nur in der Angst, mit dem Fahrzeug im Verkehr zu fahren, sondern vor allen Dingen war es die völlige Hilflosigkeit gegenüber dem Motor. Als Folge ergaben sich nicht nur eine sehr geringe Fahrgeschwindigkeit — eine Maschine wurde von einer Fahrerin zu nicht nur im 1. Gang gefahren, ~~weil~~ sie nicht zu schalten wagte —, sondern auch eine unsachgemäße Behandlung des Motors. Das Nichterkennen kleiner Unregelmäßigkeiten machte nur gleich größere Instandsetzungen erforderlich. Außerdem kam hinzu, daß die Maschinen bei den geringsten Mängeln (z. B. Benzinmischung verstopt, Zündkerze verfault oder verölt) ausfielen, wenn kein Mechaniker zur Stelle war. Diese Schwächen sind allerdings seit länger Zeit überwunden. Sie zwingen aber zu folgenden Schulfolgerungen:

1. Die von der Volkspolizei verlangte Ausbildung im Verkehrrecht mag durchaus den polizeilichen Vorschriften entsprechen und dem Verlangen nach Sicherheit im Straßenverkehr genügen. Sie genügt aber keinesfalls, wenn im Postdienst regelhaft und reibungslos gearbeitet werden soll.
- Hierzu ist mindestens eine zusätzliche technische Unterweisung erforderlich, in der den Fahrern neben der allgemeinen Handhabung des Motors Unterricht im Aufbau des Motors und vor allen Dingen in der Störungsbeseitigung, den Störungsursachen und deren Erkennen erteilt wird.

2. Fabrikneue Fahrzeuge sollten nur erfahrenen Fahrern zugeteilt werden, weil während der unbedingt erforderlichen Einfahrzeit von 500 km mitunter kleine Mängel auftreten, die unbedingt beseitigt werden müssen, soll das Moped später den Anforderungen entsprechen.

### Technische Mängel und jetziger Zustand der Mopeds

Obwohl bei den jetzt im Handel befindlichen Mopeds die meisten Mängel bereits beseitigt sind, sollen sie der Vollständigkeit halber erwähnt werden. An den im April 1956 gelieferten Fahrzeugen wurde festgestellt:

1. Sämtliche Mopeds hatten Ölaustritt an den Nahtstellen des Auspuffs und an den Tretegelagern.
2. Die Tachometerantriebe zeigten sich den Anforderungen nicht gewachsen. Sie hielten kaum länger als 3000 km durch.
3. Die Bowdenzüge waren zu weich. Sie dehnten sich nach kurzer Zeit so stark, daß ein normales Nachstellen nicht mehr möglich war.



Kolln. Murr vom PA Briel (Meckl.) vor der Abfahrt (Botenpost): (Aufw. Bedau, Schwerin)



Koll. Ränger, ebenfalls vom PA Brühl (Meckl.), zeigt seine „Elbonbau“-Sattelstütze. Der von der Sattelstütze befestigte nach unten führende Draht dient ihm zum Öffnen der Luftfilterklappe. (Aufn. Bieda, Schwerin)

- Die Sattelstütze durch Gummipuffer ist völlig unzureichend. Die Gummipuffer waren nach kurzer Zeit verbraucht und mußten ersetzt werden.
- Die Lichtanlage ist sehr störanfällig. Das Rücklicht setzt laufend aus.
- Die Rollenkügel sind zu weich und zerbrechen bei plötzlichem harten Bremsen.
- Die Feststellbremse des Kupplungshebels ist viel zu weich. Sie ist den Anforderungen ständiger Stadtfahrten mit vielen Schalen nicht gewachsen und schießt sich zu leicht ab.
- Der Kippständer ist zu leicht. Er verbiegt sich und macht dadurch ein sicheres Abstellen des Mopeds unmöglich. Ferner ist die Haltefeder zu schwach, so daß sich der Ständer aus der Ruhestellung senkt und bei scharfem Einbiegen das Straßengestänge berührt. Seine sehr stark nach außen gebogenen Enden werden als unpraktisch angesehen, weil sie bei Berührungen mit dem Straßengestänge zu Stürzen führen können.
- Neben diesen leicht zu beseitigenden Mängeln, die die Verwendbarkeit des Mopeds im Postdienst kaum beeinträchtigen, haben die Fahrzeuge aber einen für den Postdienst nicht geeigneten Gepäckschuttschutz. Er vertritt keine größere Belastung. Diese ist aber im Postdienst unvermeidlich.
- Die zur Zeit größte Schwierigkeit, die leider immer noch nicht beseitigt wurde, ist jedoch die Ersatzteilbeschaffung. Das hat unendliche Anlaufzeiten der Mopeds zur Folge.
- Der Zustand der einzelnen Mopeds ist unterschiedlich. Das liegt einmal an der bisher zurückgelegten Wegstrecke, zum anderen an der Pflege. Eine Generalreparatur wurde in keinem Fall erforderlich. Die Schäden können mit eigenen Mitteln ohne Schwierigkeiten beseitigt werden, sofern die erforderlichen Ersatzteile vorhanden sind.

**Unfälle**  
Sämtliche Mopeds sind in den Einsatzstellen bisher täglich bei jedem Wetter benutzt worden. Ein Anfall infolge ungünstiger Witterung ist bisher nicht eingetreten. Da in diesem Jahr allerdings ein überaus milder Winter herrschte, der nur wäh-

rend einiger Tage zwischen Weihnachten und Neujahr zu Schneefall führte, kann diese Zeit nicht als Maßstab für eine Einsatzmöglichkeit im Winter angesehen werden. Während der gesamten Zeit des Einsatzes haben sich, von Reifenpannen, dem Bruch mehrerer Rollenkügel und anderen kleineren Störungen abgesehen, keine größeren, auf natürliche Abnutzung zurückzuführenden Schäden gezeigt. Die größeren Schäden (Bruch der Vorderradgabel und Rahmenbruch) sind ausschließlich auf schuldhaftes Verhalten der Fahrer zurückzuführen.

Verkehrsunfälle sind nicht zu verzeichnen gewesen. An sonstigen Unfällen mußten bisher drei Fälle registriert werden, die allerdings ohne größere Schäden an Mensch und Fahrzeug abgingen.

**Mopeds im Landzustellbereich, als Botenpost- und Verwaltungsfahrzeuge**

Der Einsatz in verschiedenen Zweigen des Postdienstes erlaubt nachstehende Schlußfolgerung:

Sowohl bei einem PA als auch bei zwei PSt II sind Mopeds im reinen Landzustelldienst eingesetzt worden. Bei allen PAnst haben sie sich bisher gut bewährt.

Die Meinung der Zusteller lautet:  
„Mit dem Moped kann man grundsätzlich überall dort fahren, wo man auch mit dem Fahrrad noch fahren kann, nur daß es mit dem Moped schneller und für uns wesentlich leichter geht. Das Moped ist eine feine Sache. Wir wollen es nicht mehr missen.“

Hieraus ergibt sich, daß Mopeds im Landzustellbereich — von wenigen Ausnahmen abgesehen — eingesetzt werden können. In erster Linie dürfte aber für ihren Einsatz die Rentabilität entscheidend sein. Diese ist immer gegeben, wenn die reine Wegleistung 50% der Zustellzeit ausmacht.

Die Kollegen fahren die Mopeds im allgemeinen auf den Straßen mit 30 km/Std., auf Landwegen je nach Beschaffenheit, Zustand und mitgeführter Last mit 15–20 km/Std. Im Einzelfall wird das Moped geschoben, wenn der Zustand der Fahrbahn kein Fahren mehr erlaubt.

Obwohl die zulässige Nutzlast nur 85 kg beträgt und die Fahrer ein Durchschnittsgewicht von 70 kg haben, sind mit den Mopeds schon bis zu 65 kg Post ohne Schwierigkeiten befördert worden. Trotz dieser Überlastung haben weder der Motor noch der Rahmen Schaden erlitten. Die Fahrsicherheit wurde ebenfalls — nach Angaben der Fahrer — nicht beeinträchtigt.

Durch diese Auslastung war es möglich, auch während des Weihnachts- und Neujahrverkehrs sämtliche vorliegenden Sendungen sofort zuzustellen.

Das Befestigen der mitzuführenden Sendungen war durch Umlaufen des ungeeigneten Mopedgepäckträgers gegen einen stabilen und größeren Fahrgepäckträger mit Riemenösen möglich. Ferner wurden entweder zu jeder Seite des Hinterrads rechtwinklig gebogene Zusatzgepäckträger angebracht oder je eine Zustelltasche am Gepäckträger befestigt. Dadurch gelang es, alle Sendungen mitzuführen.

Nicht gelöst werden konnte die Sicherung der Ladung gegen Witterungseinflüsse und Verschmutzungen. Zwar wurden die Sendungen mit regenfesten Planen abgedeckt, doch war dies nur ein Behelf, der noch nicht zufriedenstellen konnte.

Das Moped hat auch als Botenpost- und als Verwaltungsfahrzeug seine Bewährungsprobe bestanden

**Mopeds für die Eil- und Tel-Zustellung**

Bei dem HPA Schwerin (Meckl) seit Mai 1956 an Stelle von Fahrrädern eingesetzten vier Mopeds haben bei täglichem Einsatz von durchschnittlich 60–80 km Stadtfahrt sämtlich über 10000 km, eines bereits 18000 km, zurückgelegt. Seit anfänglichen Schwierigkeiten zeigte sich der Mopedeneinsatz sehr bald als gute Lösung. Mit dieser Hilfe gelang es nicht nur, die Laufzeiten für Telegramme und Eilsendungen zu senken, sondern auch die Einstellung einer wegen der Zunahme der Sendungen erforderlichen weiteren Kraft überflüssig zu machen.

Zur Zeit sind die Mopeds in Gemeinschaft mit Fahrrädern eingesetzt. Da in den Jahren 1954–1956 außerdem mehrfach ein bis drei Motorräder vom Typ AWO und RT in der Tel-Zustellung eingesetzt waren, boten sich hier gute Vergleichsmöglichkeiten.

Eine Gegenüberstellung von Motorrad, Moped und Fahrrad in diesem Dienstzweig zeigt sofort, daß das Moped die meisten Vorzüge hat. Hierfür liegen folgende Gründe vor:

1. Es ist wesentlich schneller als das Fahrrad und hat dadurch nicht nur einen größeren Aktionsradius, sondern ermöglicht ohne großen Zeitverlust auch noch das Einbiegen der Außenbezirke in die Zustellung. Außerdem stellt es durch den Selbstantrieb nicht mehr die beim Fahrrad übliche Belastung der Zusteller dar, die bei täglich zu fahrenden 40–60 km erhebliche Körperkräfte beansprucht.

Die etwas größere Nervenbeanspruchung des Mopedfahrers gegenüber dem Radfahrer hat sich bisher nicht ausgewirkt.

Die Tragfähigkeit ist theoretisch der des Fahrrads gleichzusetzen, weil die Ladeflächen gleich sind. In der Praxis hat sich gezeigt, daß sie nach Anbringen von Zustelltaschen seitlich des Hinterrads größer ist, weil die mitgeführte Last keine größere Kraftanstrengung für den Zusteller bedeutet. Kostennützlich ist der Mopedbetrieb gegenüber dem Fahrradbetrieb wegen der Treibstoff- und Anschaffungskosten zwar teurer. Diese Kostenerhöhung macht sich aber durch die erreichten Verbesserungen im Zustelldienst bzw. durch eventuell erreichte Einsparungen bezahlt.

2. Dem Motorrad gegenüber war das Moped bisher an Geschwindigkeit im Stadtverkehr völlig gleich. Seit Inkrafttreten der neuen Straßenverkehrsordnung kann die jetzt zulässige Höchstgeschwindigkeit von 50 km/Std. nicht erreicht werden. Dies ist aber kein Nachteil, weil wegen der Straßenverhältnisse und der Verkehrsdichte diese Höchstgeschwindigkeit nur selten gefahren werden kann.

Soweit die Zustellung auch auf die Außenbezirke ausgedehnt wird, ist das Moped dem Motorrad an Geschwindigkeit natürlich nicht gewachsen. Auch dieser Nachteil ist aber wegen der verhältnismäßig geringen Entfernungen von 5–7 km nicht erheblich.

Die Belastungsgrenze des Mopeds reicht für die Eilzustellung im allgemeinen aus, während die des Motorrads kaum ausgenutzt werden kann, weil die Ladefläche zu ungenügend ist.

Der Verbrauch an Treibstoff liegt beim Moped mit 2,5 l um 1–2 l niedriger als beim Motorrad. Das ergibt eine nicht unerhebliche Einsparung. Der weitere Vorteil des Mopeds gegenüber dem Motorrad ist aber, daß zur Fahrerlaubnis keine Fahrlehre besucht zu werden braucht. Wenn auch die gleichen technischen Kenntnisse wie zum Knadfahren für unbedingt erforderlich gehalten werden, so ist es aber möglich, diese durch eigene Kräfte vermittelt zu lassen.

Für den Dienstbau von größter Bedeutung ist aber die Tatsache, daß es immer gelingen wird, Kräfte zum Fahren eines Mopeds zu gewinnen. Dies war beim Motorrad nicht der Fall und führte daher ständig zu Schwierigkeiten. Deswegen mußte vom Kadernsatz in der Tel-Zustellung des HPA Schwerin wieder abgesehen werden.

**Mopeds mit Anhängern**

Zum Versuch mit Anhängerbetrieb wurden dem HPA Schwerin vom IPF ein offener Zweiradanhänger und ein offener Einradanhänger geliefert. Nachdem die Schwierigkeiten in der Befestigung des Anhängers durch Schaffen einer an der Sattelstütze zu befestigenden Kupplung notdürftig überwunden war, wurden der Einradanhänger im Landzustell- und Botenpostdienst in Brühl, der Leszeirkelkarren in der Eilzustellung in Schwerin eingesetzt.

Hierbei wurden folgende Erfahrungen gesammelt:  
Das Moped ist in der Lage, im Gelände ohne ständige starke Steigungen einen leichten Anhänger zu ziehen, ohne ernsthafte Schäden an Motor und Fahrgestell zu nehmen oder die Fahrsicherheit wesentlich zu beeinträchtigen. Die als Ver-

suchsobjekte eingesetzten Anhänger erwiesen sich aber sämtlich als ungeeignet, weil sie entweder zu schwach oder zu schwer waren.

Da die Anhängerkupplung unmittelbar mit dem Rahmen des Gepäckträgers verloren. Die hier sonst unterzubringende Ladung muß in den Anhänger übernommen werden. Unter Berücksichtigung von dessen Eigengewicht läßt sich in den Anhängern dann nur noch verhältnismäßig wenig mehr laden, als auch auf dem Gepäckträger unterzubringen ist.

Zusammenfassend ergibt sich also bei einer Gegenüberstellung der Vor- und Nachteile, daß sich ein Anhängerersatz nur lohnt, wenn speziell für Mopeds konstruierte Leichtanhänger vorhanden sind und die Art der Ladung einen Transport auf dem Gepäckträger nicht zuläßt. In allen übrigen Fällen bietet der Anhängerbetrieb keine Vorteile.

**Weitere Einsatzmöglichkeiten**

Aus vorstehend aufgeführten Erfahrungen ergibt sich, daß das Moped im Post- und Fernmeldebetrieb mindestens in drei anderen Dienstzweigen verwendet werden kann.

1. Sofern die Bezirke für eine Kastenlenkung nicht zu groß sind (wegen des Taschengewichts), läßt sich das Moped sowohl an Stelle eines Krads als auch eines Lieferwagens einsetzen. Ein entsprechend umgebauter Gepäckträger genügt zur Aufnahme der Lenkstange.

Das Moped ist auch an Stelle eines Fahrrades für die Kastenlenkung immer rentabel, weil die Zeit für diese Arbeit erheblich gekürzt werden kann. Der Erfolg ist entweder ein Hinanschieben der Lenkzeiten oder eine zusätzliche Lenkung bei gleichbleibender Stundenzahl. Beide Maßnahmen dienen der Senkung der Laufzeiten. Wird die Kastenlenkung mit Motorrädern oder Lieferwagen durchgeführt, so kann durch Umstellung auf Mopeds eine Treibstoff- und Reparaturkostensenkung erreicht werden.

2. Durch Einsatz von Mopeds in bestimmten Stützpunkten lassen sich die Zeit und Treibstoff maulenden Stützfahrten der Ldkp zum großen Teil einsparen, sofern diese Stützfahrt nur zum Bedienen einer, höchstens zweier PSt an erforderlich ist.

Die so eingerichtete Botenpost mit Moped muß von dem Zusteller oder dem PStV gefahren werden, denn das Moped auch für die Landzustellung zugelassen ist, und bei dem Durch der Motorisierung die für die Botenpost erforderlichen Stunden gewonnen werden können.

3. Im Fernmeldebetrieb würde das Moped den Entfernern ermöglichen, durch Senkung der Zeit für Wegleistung Stunden für die eigentlichen Aufgaben über das bisher übliche Maß zu gewinnen. Nebenbei wird diesen Kräften die körperliche Anstrengung des Radfahrens abgenommen.

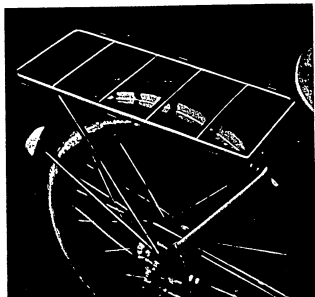
**Serienfahrzeuge oder Sonderbau für die Deutsche Post**

Abgesehen von der Unzulänglichkeit des Gepäckträgers und den bei den ersten Fahrzeugen ungenügenden Schuttschutzkosten die gelieferten Serienfahrzeuge ohne Bedenken für den Postdienst benutzt werden.

Sofern der bei den jetzt im Handel befindlichen Mopeds vorhandene Schuttschutz nicht ausreichen sollte, wird es genügen, wenn die Deutsche Post bei allen Fahrzeugen das Hinterrad halt vorkleidet.

Diese Verkleidung (möglichst leicht abnehmbar) müßte allerdings zentral beschafft und geliefert werden, um den einzelnen PA unnötigen Zeitaufwand für Eigenbauten und Kosten zu ersparen.

Ähnlich verhält es sich mit dem Gepäckträger. Auch hier wären zentral Gepäckträger zu entwickeln und zu beschaffen, die möglichst vielseitig verwendbar sind. Unseren Erfahrungen gemäß würden zwei Grundtypen für den Postdienst ausreichend sein: einer in Form eines Dachgepäckträgers für PKW, der für Kastenlenkung, Land-, Eilzustellung und Botenpost verwendbar ist. Zur Befestigung von je einer Zustelltasche zu beiden



Der Koll. Röhger benutzt einen für die Zustellung besonders zweckmäßigen stabilen Gepäckträger mit Klappen. (Aufs. Bedau, Schwerdt)

Seiten des Hinterrads und der Festhalterriemen müssen die entsprechenden Uesen eingebaut sein; insbesondere für weibliche Fahrer, deren Dienstkleidung aus Rock und Jacke besteht, zutrifft, wären die Arbeitsschutzanordnungen um den Punkt zu erweitern, daß Mopeds grundsätzlich nur mit langer Hose gefahren werden dürfen. Allen Fahrern wäre daher kostenlos für einen festzulegenden Zeitraum eine Bundlose zu liefern.

Arbeitsschutzkleidung für Mopedfahrer

Den Bedingungen des Mopeds entsprechend ist es erforderlich, sämtliche Fahrern kostenlos eine Arbeitsschutzkleidung zu liefern, weil sonst die durch die Fahrgeschwindigkeit entstehende Zugluft gesundheitliche Schäden verursacht. Da dies besonders für weibliche Fahrer, deren Dienstkleidung aus Rock und Jacke besteht, zutrifft, wären die Arbeitsschutzanordnungen um den Punkt zu erweitern, daß Mopeds grundsätzlich nur mit langer Hose gefahren werden dürfen. Allen Fahrern wäre daher kostenlos für einen festzulegenden Zeitraum eine Bundlose zu liefern.

Die übrige Arbeitsschutzkleidung müßte umfassen:

- für den Winter: Wattlejacke, Wattlehose, Filzstiefel, Stulpenhandschuhe;
für Regen und als Sommerbekleidung: wasserdichte Jacke und Hose, die über der Dienstkleidung getragen werden können. Die Jacke muß mindestens zwei Taschen enthalten. Jacke und Hose müssen so beschaffen sein, daß sie für den Zusteller nicht hinderlich sind.

Außerdem wären jedem Fahrer zu liefern: eine Schutzbrille und eine Schutzkappe.

Ein Sturzhelm sowie Gummi- oder Filzstiefel werden nicht unbedingt für erforderlich gehalten. Letztere nur dann, wenn die Schutzkappe die Schuhe nicht bedeckt.

Sonstige Probleme des Mopedeinsetzes

Mit Zunahme der Zahl der eingesetzten Mopeds wird es wichtig, die Frage des finanziellen Anreizes der Mopedfahrer zu prüfen. Wenn sich auch kein in dem Umfang der 100000-km-Bewegung der Kraftfahrer aufgezogener Wettbewerb durchführen läßt, weil die durch Treibstoffeinsparung zu gewinnenden Beträge zu gering sind, so zeigt nachstehender Vergleich, daß Rentabilität oder Unrentabilität des Mopedeinsetzes nicht zuletzt von der Pflege der Maschinen abhängt.

Während bisher für die in den Außenstellen des HPA Schwerin stationierten sechs Mopeds im Laufe von zehn Monaten nur 130 DM für Fremdreparaturen und 70 DM für Ersatzteile ausgeben zu werden brauchten, waren für vier in Schwerin stationierte Mopeds nicht nur 80 DM Fremdreparatur und 100 DM Ersatzteilkosten bereitzustellen, sondern außerdem noch 1350 DM Lohnkosten für den betriebseigenen Mechaniker. Dieser ist von wöchentlich 48 Stunden 24 Stunden voll mit der laufenden Instandhaltung von vier Mopeds ausgelastet, obwohl die angesetzte Pflegezeit bei allen Mopedfahrern des HPA mit drei Stunden wöchentlich gleich ist.

Der Unterschied ist nicht in der höheren km-Leistung allein zu sehen, sondern liegt vor allem darin, daß die Fahrer auf den Außenstellen nach Möglichkeit die anfallenden kleinen Mängel sofort während der Pflegestunden selbst beseitigen, während der Schweriner Fahrer nur die Reinigung der Mopeds vornehmen und alles andere der Werkstatt überlassen, leider allerdings oftmals auch erst dann einen Schaden melden, wenn dadurch eine Weiterfahrt unmöglich ist. Vorgeschlagen wird deshalb, für Mopedfahrer durch Zusammenfassen der Wettbewerbe 100000-km-Bewegung und unfaulfrisches Fahren eine Lösung zu finden, die einmal jährlich eine Vergütung festlegt, deren Höhe sich nach der km-Leistung, dem Treibstoffverbrauch und den Reparaturkosten richtet. Sie wäre bei Unterschreitung bzw. Einhaltung einer bestimmten noch festzulegenden Kosten-summe je Kilometer zu zahlen.

Ein weiter umstrittenes Gebiet ist die Zahlung einer Entschädigung auch für Mopedfahrer. Die Anordnung des MPF, für Fahrer von Mopeds keine Entschädigung zu zahlen, ist m.E. nicht gerechtfertigt. Das Moped ist zwar keinem Kraftwagen, wohl aber einem leichten Motorrad gleichzusetzen. Die Fahr- und Pflegebedingungen sind fast die gleichen. Es wäre deshalb zweckmäßig, auch diese Frage noch einmal gründlich zu prüfen und eventuell für Mopedfahrer und Fahrer von Motorrädern ohne Beiwagen eine gesonderte Entschädigung festzusetzen.

Schlußbetrachtung

Es kann also gesagt werden, daß das Moped den Erwartungen entsprechen hat, weil es sich in allen bisher erprobten Dienst-zweigen bewährt und ermöglicht hat, eine durchaus nicht unerhebliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Postdienst herbeizuführen. Entsprechend eingesetzt, kann es die Rentabilität des Postdienstes beträchtlich steigern. Die Möglichkeit, das Moped in vielen Stellen als Ersatz für bisher eingesetzte andere Kfz zu verwenden, ergibt völlig andere Gesichtspunkte für das jetzige Kfz-Wesen der Deutschen Post und trägt in Verbindung damit zu dessen besserer Ausstattung und Wirtschaftlichkeit bei. Ferner ermöglicht es, auch dort eine Motorisierung einzuführen, wo diese bisher wegen der Unwirtschaftlichkeit anderer Motorfahrzeuge nicht möglich war.

Gelingt es, die zulässige Höchstbelastungsgrenze des Mopeds von 130 kg auf 150 kg zu steigern, so wird es in jedem Fall allen Anforderungen genügen.

Übersicht über den Treibstoffverbrauch von Mopeds und anderen bisher eingesetzten Kfz

Table with 2 columns: Fuel consumption (l/100km) and vehicle type. Rows include: 1. Verbrauch an Kraftstoff je 100 km: im Verwaltungsdienst (Fernfahrten durchschnittlich im Stadtverkehr (Tafel-Zustellung ohne Anhänger) 2,01; im Stadtverkehr (Eilpaket-Zustellung mit Anhänger) 2,41; im Landzustellendienst 2,81. 2. Einsatz eines Mopeds mit Anhänger an Stelle eines Lieferwagens in der Eilpaketzustellung: gefahrene Kilometer: etwa 1200 (in zwei Monaten); Treibstoffverbrauch: Moped 321; Lieferwagen 1201; eingespart 881.

- 3. Einsatz des Mopeds im Verwaltungsdienst an Stelle eines Lieferwagens bzw. Ldkw gefahrene Kilometer: 800 (in zwei Monaten); Treibstoffverbrauch: Moped 161; Ldkw 160; Lieferwagen 641; eingespart 144 bzw. 481.
4. Einsatz des Mopeds in der Eilpaketzustellung: gefahrene Kilometer: 1500 (im Monat); Treibstoffverbrauch: Moped 361; Krad 64,5; mögliche Einsparung 28,51.
5. Einsatz eines Mopeds als Botenpost statt eines Ldkw: Ldkw Nütten-Thuraw-Nütten 180 km; Moped Brühl-Thuraw-Brühl 120 km; Treibstoffverbrauch: Moped 31; Ldkw 32,4; Einsparung 29,41.
6. Einsatz des Mopeds in der Kantenerlieferung 3545 eines Lieferwagens (theoretisch für Schwerin errechnet): zu fahrenden Kilometer: 3500 (im Monat); Treibstoffverbrauch: Moped 911; Lieferwagen 6001; mögliche Einsparung 4601.

Dezimeter-Sende- und -Empfangsanlage

Das Dezimeter-Gerät DSE 81/k des VEB Funkwerk Köpenick dient zur drahtlosen Nachrichtenübermittlung über Entfernungen von etwa 50...100 km je nach optischer Sichtmöglichkeit auf den Wellen 500...550 MHz = 60 cm = 51 cm. Ein Abtasten außerhalb des Strahlungssektors der Sendeanenne (Hilfsverbindung) ist nur in geringer Entfernung vom Sender möglich. Das Gerät ist so eingerichtet, daß folgende Nachrichten gleichzeitig über-mittelt werden können:

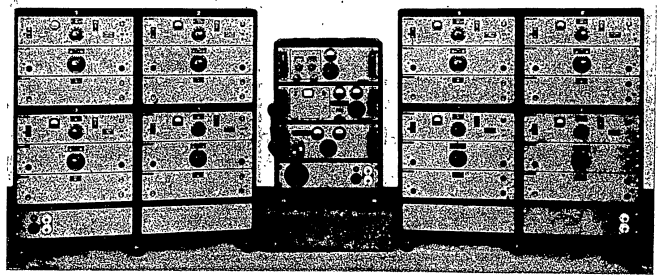
- a) 1 Nachricht durch Fernsprecher oder Lautsprecher (NF-Vermittlungs-kanal);
b) 8 Nachrichten durch Fernsprecher (Trägerfrequenz): Kanal I: NF-Vermittlungskanal 200-2500 Hz; Kanal II: TF-Band 1 3,5...5,1 kHz; Kanal III: TF-Band 2 5,9...7,5 kHz; Kanal IV: TF-Band 3 9,0...10,6 kHz; Kanal V: TF-Band 4 11,4...13,0 kHz; Kanal VI: TF-Band 5 14,5...16,1 kHz; Kanal VII: TF-Band 6 16,6...18,2 kHz; Kanal VIII: TF-Band 7 20,0...21,6 kHz; Kanal IX: TF-Band 8 22,4...24,0 kHz; Pilotton 28 kHz.

Die 8 Nachrichten durch Fernsprecher können gleichzeitig ohne gegenseitige Störung oder Beeinträchtigung geführt werden; sie können aber auch auf die Zentral-einer Selbstbetriebsanlage gelegt werden, so daß ganze Hinz- oder Orts-netze durch die Wahl einer bestimmten Ziffer veranlet werden. Es ist z. B. möglich, daß ein Hauptwerk ampliten mit seinem Zweigwerk über mehrere Kanäle gleichzeitig sprechen kann. Sind Haupt- und Zweigwerk mit Telefon-zentralen ausgestattet, so können die Geräte als reiner Kabelbetriebsver-einbarung werden. Besondere Einsatzmöglichkeiten ergeben sich im Disputer-Dienst großer Industriewerke mit weit entlegenen Nebenstellen oder in Bergwerken im Tagebau mit mehreren Abbaustellen. Auch groß landwirtschaftliche Unternehmen mit entlegenen Vorwerken und Außenstellen (Getreide- oder baue) können diese Anlagen für ihre Nachrichtenverbindung benutzen. Hier sind jedoch jeweils Projektbestimmungen durch das Lieferwerk räumen.

Der Spiegel hat einen Durchmesser von 2,9 cm. Als Empfängerantenne wird bei ortsfestem Einbau eine Kastenantenne (3 Dipolpaare mit Reflektor) ver-wendet. Diese Antenne kann in unmittelbarer Nähe der Sendeanenne be-festigt werden. Der maximale Kabellänge der Antennen beträgt 70 m. Die Kabel sind witterungsbeständig und für Außenmontagen geeignet. Die gesamte Anlage ist konstruktiv wie auch elektrisch so gehalten, daß sie sich auch in Fahrzeugen einbauen läßt. Sie kann an Aufstellgeräten mit Hilfe von Korbrollen auf die jeweilige örtliche Vermittlungsstelle mit Wahlbetrieb geschaltet werden. Die Anlage ist für O-B- sowie durch zusätzliche Relaisätze für ZB-Betrieb verwebar.

Bei Einbau der Geräte in Fahrzeugen ergibt sich die Möglichkeit, ganze Nachrichtenstellen mit Relaisstellen über Hunderte von Kilometern z. B. bei Katastrophen oder Großveranstaltungen einzusetzen. Einzelne Gesprächs-knoten können an Relaisstellen herausgezogen und in andere Richtung weiter-geführt werden. Jedes Fahrzeug ist je nach Einrichtung als End- oder Relais-stelle verwendbar. Die Stromversorgung im Gelände geschieht durch Aggre-gate oder aus den vorhandenen Ortsnetzen. Als Fahrzeug für eine Relaisstelle genügt ein geländegängiges Fahrzeugchassis für ungefähr 2 t Nutzlast. Bei dieser Fahrzeuggröße mit Kabellängen bis in die Tausende der Kilometer genügt Raum für Bedienungs-personnel vorhanden. Bei zünftiger Raumausstattung können auch Schlaf- und Liegemöglichkeiten geschaffen werden, um den Ein-satz über eine längere Zeit zu gewährleisten.

Als Hilfsmittel zur Frequenzumstellung des Senders auf die Betriebsfre-quenz dient ein mit dem Sender gekoppelter Frequenzwehler, der mit 23 Stell-ungen versehen ist. Eine unmittelbare Frequenzumstellung der Abstimm-schle des Senders bei diesen hohen Frequenzen infolge der unvermeidlichen Toleranzen der Röhrenkapazitäten und der Frequenzänderung bei der Er-wärmung des Senders nicht möglich. Der Empfänger ist innerhalb eines einstellbaren Bereiches mit einer selbst-tätigen Sucherfunktion ausgestattet, die eine Grobabstimmung des Emp-fängers auf den Sender der Gegenstation herbeiführt. Wenn der Träger ge-funden ist, beginnt der Nachschaltvorgang, der den Empfänger bis auf ± 20 kHz scharf nachstimmt. Das bedeutet also, daß eine einmal eingestellte Verbindung keiner laufen-den Überwachung bedarf, weil der Empfänger mit seiner automatischen Such-vorrichtung stets auf den Sender der Gegenstelle eingestellt bleibt. Selbst bei kurzfristigen Ausfall des Senders der Gegenstation sucht die Automatik der Empfänger so lange, bis die Gegenstation wieder in Betrieb ist und sendet.



(Werkfoto VEB Funkwerk Köpenick)

### Sicherheitsbestimmungen bei Francotyp-Freistemplern

Die Deutsche Post zur Verfügung stehenden Einrichtungen, qualifiziertes Personal sowie entsprechende betriebliche Maßnahmen können die Gewähr dafür, daß die Postkunden sich nicht belästigen lassen, nicht ersetzen. Nebenbei können auch die Absender zu einem Teil dazu beitragen, beispielsweise die Wertkarten beim Einlegen von Sendungen zu verriegeln, indem sie die Sendungen mit Aufhängeschildern belegen und Freistempel-Einrichtungen verschließen usw.

Besonders vorzuziehen ist für den Absender und auch für die empfangende Abwicklung des Betriebsdienstes die Verwendung der Sendungen durch den Absender aus dem Absender einer Massenauflieferung wird das zeitnahe Verbleiben von Postwertzeichen, der Post wiederum in den meisten Fällen das Stempeln erspart.

in Bereich sind, ein Überblick über dieses Aufgabengebiet vermitteln werden.

Die Geräte sind erst dann zu benutzen, wenn die Deutsche Post, und zwar das für den Wohnort des Besitzers zuständige Hauptpostamt, die Genehmigung erteilt hat. Dieses Hauptpostamt hat auch den Entwurf des gewünschten Stempelbildes zu prüfen und sich dazu auszusprechen, wenn die darin enthaltenen Angaben den postalischen Belangen zuwiderlaufen.

Es muß ferner dafür gesorgt werden, daß der Besitzer des Freistempels die Bedingungen für die Benutzung der Absenderfreistempel achtet. Diese Bedingungen sind in einem Vordruck zusammengestellt worden.

Besondere Bedeutung muß ferner dem Nachweis der vom Absender bezogenen sowie zurückgegebenen verbrauchten Wertkarten beigegeben werden. Hierfür werden die Formblätter „Nachweis der Wertkarten“ und „Gegenschweis der Wertkarten“ verwendet. Der „Nachweis“, der sich in Händen des Besitzers befindet, ist beim Bezug und der Rückgabe von Wertkarten am Schalter vorzulegen. Der „Gegenschweis“ führt der Schalterangestellte. Es versteht sich, daß die Eintragungen des beim Postamt geführten Gegenschweises mit denen des Nachweises übereinstimmen müssen. Dem Schalterangestellten ist es bei einem sorgfältigen Vergleich beider Nachweise möglich, Unregelmäßigkeiten im Bezug und der Rückgabe von Wertkarten festzustellen, diesen nachzugehen und sie schließlich — unter Umständen mit Hilfe des Stellenleiters — aufzuklären. Darüber hinaus muß jede zurückgegebene, verbrauchte Wertkarte sorgfältig daraufhin überprüft werden, ob sie nicht etwa mehrere Male benutzt worden ist. Das ist daran zu erkennen, daß mehrere Gebührenstempel übereinander oder auf beiden Seiten der Wertkarte abgedruckt sind. Das kann leicht festgestellt werden, indem der Nennwert der Wertkarte (100 DM) mit der Zahl der verbrauchten Wertkarten multipliziert wird. Das Ergebnis muß dann mit der Gebührensomme übereinstimmen, die auf der Rückseite der verbrauchten Wertkarte ersichtlich ist.

Schließlich soll noch darauf hingewiesen sein, daß die auf der Wertkarte abgedruckte Geräturnummer mit derjenigen im „Nachweis der Wertkarten“ übereinstimmen muß.

Der Schalterangestellte vermerkt nach abgeschlossener Prüfung auf der Rückseite der Wertkarte seinen Namen und den Rückgabetermin. Darüber hinaus ist darauf auch der Name des Freistempelbesitzers anzugeben.

Der Maßnahme, daß der Freistempelbesitzer für Wertkarten, die der Post nicht zurückgegeben werden, zum vollen Nennwert zu hafte hat, ist im allgemeinen bisher kein Verständnis entgegengebracht worden. Obwohl es sich hierbei ebenfalls um eine Sicherheitsmaßnahme handelt, könnte sie — nicht mehr angewandt — keine Nachteile für die Deutsche Post nach sich ziehen. Nach Mitteilung des MPF ist ein entsprechender Vor-

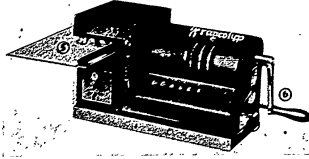


Bild 1. Francotyp-Freistempel  
1. Gebührenschilder 2. Wertkartenzähler 3. Gebührenschilder 4. Schieber 5. Briefstempel 6. Hauptrolle

Zum Freistempeln von Sendungen werden Absenderfreistempel, und zwar Francotyp-Geräte (Bild 1) und Postalia-Geräte verwendet, von denen die Francotyp-Freistempel am weitesten verbreitet sind. Während der Postkunde zum Betreiben eines Francotyp-Gerätes beim Postamt Wertkarten zu 100 DM oder 500 DM beziehen und diese in das Gerät einlegen muß, zahlt der Besitzer eines Postalia-Gerätes beim Postamt einen Betrag ein, auf den der Apparat eingestellt wird. Die Geräte hat der Postkunde selbst zu beschaffen.

Da mit Hilfe genannter Geräte Wertstempel auf den Sendungen abgedruckt werden können, ist es verständlich, daß die Post Maßnahmen getroffen hat, um Mißbrauch zu verhindern oder ihm schnell auf die Spur zu kommen. Leider sind diese Prüf- und Sicherheitsbestimmungen in der Vergangenheit noch nicht genügend beachtet worden.

Mit den folgenden Ausführungen soll daher den in Frage kommenden Beschäftigten, in deren Bereich Francotyp-Geräte



Bild 2. Wertkarte (verbraucht) oben Vorderseite unten Rückseite

schlag der Unterkommission Postwesen in der „Kommission zur Ausarbeitung neuer gesetzlicher Bestimmungen für das Postwesen“ zur Prüfung und endgültigen Entscheidung zugeweiht worden.

Abschließend möchten wir noch an die regelmäßig durchzuführenden Prüfungen erinnern. So ist angeordnet, daß ein Angestellter des Aufgabepa vierjährlich einmal in den Geschäftsräumen des Freistempelbesitzers das Gerät unvermehrt prüft. Dabei sind Aufzeichnungen über den Stand des Gebührenschilders, den Stand des Kartenzählers sowie die Zahl der noch in den Händen des Freistempelbesitzers befindlichen verbrauchten Wertkarten zu führen. Diese Prüfresultate sind nach Rückkehr zum Postamt mit dem dort vorliegenden „Gegenschweis der Wertkarten“ zu vergleichen.

Schließlich hat der Stellenleiter des Annahmengeschäftes monatlich einmal zu prüfen, ob die zurückgegebenen Wertkarten vollständig vorhanden sind und ob der Benutzer des Gerätes seine Wertkarten in regelmäßigen Zeitabständen erneuert. Das Ergebnis dieser Prüfung ist entweder im Übergabebuch des Annahmenschalters oder im Zurechnenbuch für die Ablieferung der erledigten Wertkarten zu vermerken.

Damit das Öffnen des Absenderfreistempels durch Unbefugte unterbunden wird, ist das Schloß des Gerätes durch ein Sicherheitsblättchen und ein darüber gelegtes Schutzblättchen zu sichern. Die Sicherheitsblättchen sind beim Postamt aufzubewahren. Über ihren Verbrauch ist ein einfacher Nachweis zu führen.

Heinz Kober, Leipzig

### Ein schlechtes Zeichen ...

... für die Qualifikation eines manchen Kollegen der Telegrammannahme ist die Art und Weise des Zählens, Berechnens und Mitgebens von Zeichen, die in Telegrammen vorkommen. Unkenntnis der Dienstvorschriften und Unsicherheiten führen zu Fehlern und verursachen mitunter berechtigigte Klagen der Postkunden. Schauen wir uns die Bestimmungen über Zeichen in Telegrammen daher einmal näher an.

#### 1. Welche Zeichen kommen für die Übermittlung von Telegrammen in Betracht?

Den Begriff „Zeichen“ wenden wir in der Telegraphie in einem engeren Sinn und in einem weiteren Sinn an.

Den Aufgaben stehen für das Abfassen ihrer Telegramme als Zeichen in engerem Sinn zur Verfügung: Komma, Punkt, Doppelpunkt, Fragezeichen, Auslassungszeichen, Strich (z. B. als Bindestrich, Gedankenstrich oder Minuszeichen), Bruch- oder Schrägstrich, Anführungszeichen und Klammern [„:“ — „/“]. Für dienstliche Zwecke bei der Übermittlung der Telegramme kommen außerdem noch das Kreuz und der Doppelpunkt in Betracht (+ =).

Im weiteren Sinn gelten auch Buchstaben und Ziffern als Zeichen. Sie bereiten wohl kaum Schwierigkeiten. Beschränken wir uns deshalb auf die Zeichen im engeren Sinne.

#### 2. Sind die Zeichen gebührenpflichtig?

Diese Frage läßt sich nicht einfach mit „ja“ oder „nein“ beantworten. Hier müssen wir unterscheiden, ob die Zeichen allein stehen oder in Gruppen von Ziffern und Buchstaben vorkommen. Bei alleinstehenden Zeichen ist die Gebührenberechnung im In- und Auslandsverkehr zum Teil unterschiedlich.

#### 3. Einzelne zur Satzgliederung angewandte Satzzeichen

Satzzeichen (Komma, Punkt, Doppelpunkt, Fragezeichen, Gedankenstrich), die die Aufgabe einzeln zur Satzgliederung anzuwenden, sind im Inlandsverkehr stets zu übernehmen, aber nicht zu berechnen. Die Auffassung, daß die Satzzeichen kurzerhand weggelassen werden können, ist falsch. Namentlich

die Kolleginnen in den Telegrammaufnahmen mißachten sehr häufig den Willen des Aufgebers. Sie stützen sich dabei auf den § 5 der „Anweisung für den Springschreiberdienst“, in dem es u. a. heißt: „Alle überflüssigen Zeichen und Zwischenräume sind zu vermeiden.“ Dieser Satz bezieht sich aber nicht auf die Satzzeichen des Aufgebers, sondern auf überflüssige Trennungen, Schlußkreuze u. dgl. Nach der Telegraphenordnung, die die Benutzungsregeln für den Inlandsverkehr enthält, hat der Aufgeber einen Anspruch auf die kostenlose Übermittlung seiner Satzzeichen, die er einzeln zur Satzgliederung anwendet.

Anders ist die Lage im Auslandsverkehr. Für ihn gilt die Vollzugsordnung für den Telegraphendienst. Sie sieht im allgemeinen keine Mitgabe der Satzzeichen vor, die der Aufgeber einzeln zur Satzgliederung anwendet. Doch dürfen die Annahmestellen nicht einfach über diese Vorschrift hinweggehen, sondern müssen die Aufgeber hierauf aufmerksam machen, weil das Ergebnis dieser Prüfung ist entweder im Übergabebuch des Annahmenschalters oder im Zurechnenbuch für die Ablieferung der erledigten Wertkarten zu vermerken.

Nein, Waren abgeandt, aber No articles sent (ohne Komma) Keine Waren abgeandt.

Verlangt der Absender im Auslandsverkehr die Mitgabe von Satzzeichen, so unterstreicht sie der Annahmestelle mit einem kurzen wagschriebenen Strich und berechnet sie als je ein Gebührensatz. Die Unterstreichung dient dem Angestellten, dem das Uebermitteln des Telegramms obliegt, als Hinweis, welche Zeichen mitzugeben sind.

Manche Telegrammaufgeber verwenden an Stelle eines Satzzeichens das Wort „stop“ oder einen gleichbedeutenden Ausdruck. Vier Buchstaben werden beim Uebermitteln nicht so leicht übersehen wie ein einziges unscheinbares Zeichen. Diese Form hat demnach zweifelsfrei einen gewissen Vorteil. Im Auslandsverkehr tritt für den Aufgeber auch keine Versteuerung ein; denn wenn das Satzzeichen angedeutet werden soll, spielt die Form keine Rolle. In beiden Fällen muß der Aufgeber die Gebühr für ein Wort bezahlen. Dagegen besteht im Inlandsverkehr ein Unterschied. Auch hier kann der Aufgeber das Wort „stop“ oder dgl. zur Trennung von Sätzen und Satzteilen verwenden, muß aber dann — im Gegensatz zur Anwendung eines Kommas, Punktes usw. — die Gebühr für ein Wort entrichten.

#### 4. Verbindung von Wörtern durch Bindestrich oder Trennung durch Auslassungszeichen

In diesen Fällen richtet sich die Behandlung bei der Wortzählung danach, ob die gewählte Schreibweise einem heute gebräuchlichen Wörterbuch oder der zugelassenen Sprachen entspricht oder nicht.

Entspricht die Schreibweise einem heute gebräuchlichen Wörterbuch, so hebt der Annahmestelle das Auslassungszeichen oder den Bindestrich auf, zieht die einzelnen Wortteile zu einem Wort zusammen und berechnet das ganze Wort nach den allgemeinen Regeln. Hiernach gelten je 15 Buchstaben und der überschüssige Rest als je ein Gebührensatz. Diese Behandlung ist dem Annahmestellen dienstlich vorgeschrieben. Er braucht hierzu also keine Zustimmung des Aufgebers einzuholen.

Beispiele: Arbeiter-und-Bauern-Fakultät (Schreibweise laut Duden) = Arbeiterundbauernfakultät ..... 2/1 Wörter



Ist-Bestand =
Istbestand ..... 1 Wort
aujourd'hui (franz. heute) =
aujourd'hui ..... 1 Wort
porte-monnaie (franz. Geldbörse) =
portemonnaie ..... 1 Wort

Die Anwendung dieser Regel setzt natürlich voraus, daß dem Annahmangestellten die amtliche Schreibweise bekannt ist. Um auch in Zweifelsfällen eine Entscheidung treffen zu können, empfiehlt sich, den Telegrammannahmetellen einen Duden zur Verfügung zu stellen. Bei Fremdsprachen werden wir uns allerdings in den meisten Fällen auf die Angaben des Aufgebers verlassen müssen.

Wenn die gewählte Schreibweise in den heute gebräuchlichen Wörterbüchern nicht verzeichnet ist, wird jedes Einzelwort bzw. jeder Wortteil für je 15 Buchstaben und den überschießenden Rest als je ein Gebührenwort gezählt. Die Bindestriche und Auslassungszeichen werden dabei wie einzeln zur Satzgliederung angewandte Satzzeichen (s. unter 3.) behandelt. Demnach werden sie im Inlandsverkehr stets kostenlos mitgegeben. Dagegen werden sie im Auslandsverkehr nur auf Wunsch des Aufgebers mitgetelegraphiert, dann aber auch als je ein Gebührenwort berechnet.

Beispiele:
Wie geht's = übermittelt im
Inlandsverkehr: Wie geht's ..... 3 Wörter
Auslandsverkehr: Wie geht's ..... 3 Wörter
Auslandsverkehr: Wie geht's ..... 4 Wörter
Lose-Blatt-Ausgabe = übermittelt im
Inl.-Verkehr: Lose-Blatt-Ausgabe ..... 3 Wörter
Ausl.-Verkehr: Lose-Blatt-Ausgabe ..... 3 Wörter
Ausl.-Verkehr: Lose-Blatt-Ausgabe ..... 5 Wörter
a-4-il (franz. hat er?) = übermittelt im
Inl.-Verkehr: a-4-il ..... 3 Wörter
Ausl.-Verkehr: a-4-il ..... 3 Wörter
Ausl.-Verkehr: a-4-il ..... 5 Wörter

Für den Inlandsverkehr müssen wir noch eine Besonderheit beachten. Spaltet nämlich ein Auslassungszeichen ein Wort nur in einzelne Teile auf, so gelten diese im Inlandsverkehr zusammen als ein Wort. Dabei ist an der Schreibweise des Absenders nichts zu ändern.

Beispiele:
Höh'n = übermittelt im
Inlandsverkehr: Höh'n ..... 1 Wort
Auslandsverkehr: Höh'n ..... 2 Wörter
Auslandsverkehr: Höh'n ..... 3 Wörter

Auf Gebührenersparnisse, die der Absender durch Verändern der gewählten Schreibweise erzielen kann, weisen wir ihn stets hin. Ob er darauf eingeht oder nicht, ist ihm überlassen. Im Auslandsverkehr liegen möglichst niedrige Gebühren im Interesse der Allgemeinheit, bleiben uns doch — im Rahmen der gesamten Deutschen Demokratischen Republik gesehen — durch den meinsten wertvolle Devisen erspart. Aber auch im Inlandsverkehr sind wir keinesfalls bestrebt, den Aufgeber „auszunutzen“. Unter Umständen kann der Aufgeber Wörter zu einem Wort vereinigen. So ist nach den Regeln über das Zusammenziehen u. a. auch das Zusammenziehen von Wörtern

unter Wegfall eines Auslassungszeichens erlaubt. Oftmals hat der Aufgeber Wörter künstlich getrennt. Hier ist die Übermittlung in ihrer ursprünglichen Form empfehlenswert.

Beispiele:
wie gehts (sprachgebräuchliche Zusammensetzung) .. 2 Wörter
Loseblattausgabe (ursprüngliche Form, übereinstimmend mit der gebräuchlichen Schreibweise) ... 2/1 Wörter
Höh'n (Wegfall des Auslassungszeichens) ..... 1 Wort
Diese Zählweise gilt für den In- und Auslandsverkehr gleichmäßig.

5. Der Schräg- oder Bruchstrich

Oftmals trennen die Aufgeber bei Telegrammen in geheimer Sprache u. dgl. die einzelnen Gruppen durch Schrägstriche (/) voneinander, um eine erhöhte Übersichtlichkeit zu erzielen. Solche Schrägstriche übermitteln wir nicht mit und berechnen sie selbstverständlich auch nicht.

Wird die Mitgabe gewünscht, zählt jeder einzeln angewandte Schrägstrich im In- und Auslandsverkehr als ein Gebührenwort.

Beispiel:
Januar/März ..... 3 Wörter
Hierbei hat der Schrägstrich die Bedeutung von „bis“.

In Gruppen von Buchstaben und/oder Ziffern zählt der Schrägstrich als ein gebührenpflichtiges Zeichen (s. unter 6.). Eine Sonderstellung nimmt der Schrägstrich in Hausnummern artigen Hausnummern und Wohnungsbezeichnungen. Diese gelten aber in der Anschrift — auch wenn sie der Aufgeber bereits angebracht hat — nicht als gebührenpflichtige Zeichen. Die Trennung durch Schrägstriche liegt in diesem Fall in dienstlichem Interesse, soll sie doch Ersetzungen vermeiden und eine unverzögerte Zustellung der Telegramme ermöglichen. Daher bleiben die Schrägstriche beim Errechnen der Gebühren unberücksichtigt. Im übrigen zählen in Hausnummern und Wohnungsbezeichnungen je fünf Zeichen und der überschüssige Rest als je ein Gebührenwort.

Beispiele:
17/19 (4 Zeichen) ..... 1 Wort
99/101 (5 Zeichen) ..... 1 Wort
6 Hhs II
6 Hhs,2
in der Anschrift zu übermitteln als 6/Hhs,2 ..... 1 Wort (= Nr. 6 Hinterhaus 2. Stockwerk)
138/140a
in der Anschrift zu übermitteln als 138/140a (7 Zeichen) ..... 2/1 Wörter

6. Zeichen in Gruppen aus Buchstaben und/oder Ziffern

Handelsmarken, Fabrikmarken, Warenbezeichnungen, vereinbarte technische Ausdrücke zur Bezeichnung von Maschinen die in Katalogen, Preislisten, Rechnungen usw. vorkommen, können neben Buchstaben und Ziffern auch Zeichen enthalten. In derartigen Ausdrücken zählen je fünf Zeichen (im weiteren Sinn) und der überschüssige Rest als je ein Gebührenwort.

Beispiele:

16,48 (5 Zeichen) ..... 1 Wort (s. B. in 16,48 m)
714,36 (6 Zeichen) ..... 2/1 Wörter (s. B. in 714,36 DM)
14:8 (4 Zeichen) ..... 1 Wort (Handballergebnis)
140:10 (6 Zeichen) ..... 2/1 Wörter (Fotozoo)
2436-3 (6 Zeichen) ..... 2/1 Wörter (Seitenzahlen)
2436-3 (5 Zeichen) ..... 2/1 Wörter (Aktenzeichen)
243-3 (5 Zeichen) ..... 1 Wort (Aktenzeichen)
28.3. (5 Zeichen) ..... 1 Wort (Datum)
28.11. (6 Zeichen) ..... 2/1 Wörter (Datum)
28.3.57 (7 Zeichen) ..... 2/1 Wörter (Datum)
Ra/Di (5 Zeichen) ..... 1 Wort (Diktatzeichen)
Rei/Di (6 Zeichen) ..... 2/1 Wörter (Diktatzeichen)
E-Cu (4 Zeichen) ..... 1 Wort (technischer Ausdruck)
2436-B (6 Zeichen) ..... 2/1 Wörter (Aktenzeichen)
243-B (5 Zeichen) ..... 1 Wort (Aktenzeichen)

19a wird übermittelt:
Str .....
19a/Str (7 Zeichen) ..... 2/1 Wörter (Warenbezeichnung)

7. Anführungszeichen

Die beiden Zeichen, die das Anführungszeichen bilden, zählen zusammen als ein Gebührenwort.

Beispiele:
Kennzeichnet Sendung „laut Bestellung vom 19.6.“ = 7 Wörter
Antwortet „nein“ = 3 Wörter

8. Klammern

Wie beim Anführungszeichen zählen auch hier beide Klammern zusammen als ein Gebührenwort.

Beispiele:
Produktionsplanerfüllung Februar (Vorjahr)
Position 1236 316 (298 Stück) = 11/10 Wörter
36789A (1) = 4/3 Wörter
30789 A (1) = 4 Wörter
36789Al = 2/1 Wörter (Warenbezeichnungen)

Kurt Berner, Leipzig

Was man uns fragte

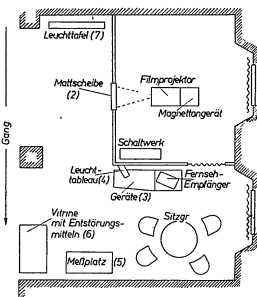
Ein Bericht vom Beratungsbetrieb der Hauptverwaltung Rundfunk- und Fernsehbetrieb des MPF anlässlich der Leipziger Frühjahrsmesse 1957

Von Paul ROHLACHER, Leipzig

Unser Beratungstand befand sich im II. Stock des Städtischen Kaufhauses, Koje 200/282. Obwohl die Vorbereitungen für die Umgestaltung dieses Messehauses, das vorher der Nahrungsmittelebranche gedient hatte, schon im Dezember 1956 aufgenommen worden waren, ergaben sich doch mancherlei Schwierigkeiten, die von der Aufbauleitung so gemeistert werden konnten, daß die Fortigstellung aller Stände termingemäß erreicht wurde.

Die Skizze zeigt den Grundriß des Beratungstandes mit den Einrichtungsgegenständen, die vorhanden waren. Der Aufbau erfolgte durch ein Kollektiv, das sich aus dem Hauptreferenten Pfeiz und den Funkingenieuren Bolfin (Funktechnisches Betriebsamt Berlin), Hiltner (Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen Magdeburg), Thoma (Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen Karl-Marx-Stadt) und dem Verfasser (1) gebildet hatte. Jedem Kollegen war eine bestimmte Aufgabe übertragen worden. Außerdem wurde vom Koll. Pfeizer (Institut für Post- und Fernmeldewesen Berlin) ein 16-mm-Kurzfilm mit dem Titel „Gestörte Preuden“ gedreht. Trotz einiger Mängel, die dem Streifen noch anhaften, ist der Film von den Besuchern mit Beifall aufgenommen worden, so daß wir mit stündlichem Abstand reichlich 100 Vorführungen (ohne Film- und Tonbandriß) während der Messetage laufen lassen konnten. Der Bildinhalt wurde auf eine Mattscheibe projiziert, die in ein Gehäuse des Fernsehgerätes „Dürrer“ eingesetzt worden war (2). Die Vorführung mußte besonders sorgfältig geschehen, weil die Projektion von hinten erfolgte. Außerdem mußte auf den Gleichlauf zwischen Filmstreifen und Tonbandgerät genau geachtet werden, damit die Begleitmusik bzw. -sprache einigermaßen synchron blieben, wenn auch eine Lippenasynchronität von vornherein nicht gefordert worden war. Die Vertonung und die Vorführung des Films lag in den Händen des Koll. Rocking (Funktechnisches Betriebsamt Berlin).

Auf einem Tisch waren je zwei Hanssclenidemaschinen, Luftduschen, Tischventilatoren und Staubsauger aufgebaut worden, die der laufenden Fertigung entnommen worden waren (3). Aus je einem dieser Geräte waren die Funkenströmungsmittel von uns entnommen worden, so daß es möglich war, die Apparate



Grundriß des Beratungstandes

wechselweise „nicht entört“ und „entört“ vorzuführen. Ein Fernschapparat „Format“ diente dazu, den Besuchern die Auswirkungen der Geräte, die ohne Entstörungsmittel liefen, gut zu veranschaulichen.

Außerdem wurde in einem Tableau mit Hilfe von Leuchtschrift das jeweilig eingeschaltete Gerät angezeigt (4). Ein Schaltwerk sorgte für programmäßige Einschaltung der Gegenstände.

Auf einem zweiten Tisch war der Meßplatz einer Bereichsfunkentstörungsstelle eingerichtet worden (5).

In einer gut beleuchteten Standvitrine (6) hatten wir die gebräuchlichsten Entstörungsmittel ausgestellt. Dazwischen befanden sich u. a. auch Breitbandkondensatoren der VEB Kondensatorenwerke Freiberg und Gera sowie Drosselspulen der Fa. Ernst Groß, Sömmerda.

Eine große Leuchttafel mit 55 Lämpchen gab Aufschluß über die von der Deutschen Post in der DDR eingerichteten Funkentstörungsstellen (7). Die Besucher hatten die Möglichkeit, mit Hilfe von Druckknöpfen die Lämpchen betriebsweise einzuschalten,

so daß deutlich zu erkennen war, welche Funkentstörungsstellen für den Interessenten nötigenfalls in Frage kommt.

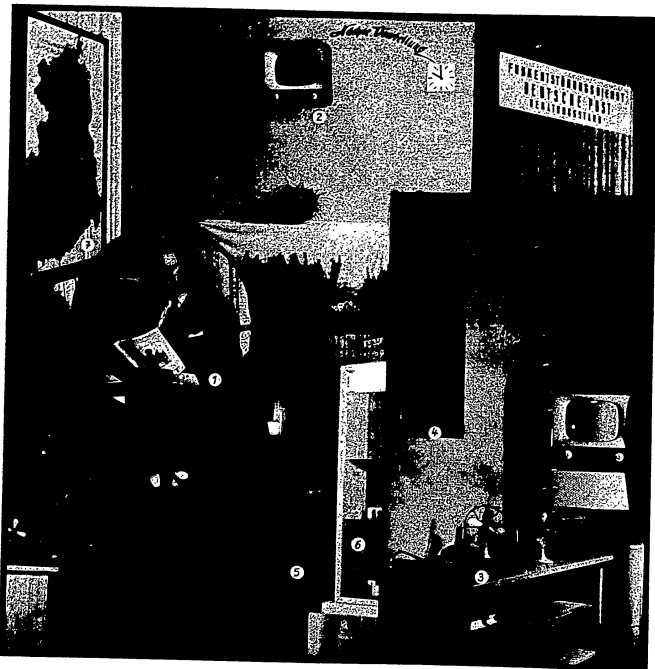
Der Beratungsstand war ständig umlagert, und die Standbesetzung hatte laufend Auskünfte zu erteilen.

Unter den vielen Fragen, die von den Messebesuchern gestellt wurden, sind folgende Gebiete am meisten gestreift worden:

1. Die Frage der Frequenzumstellung der Fernsehender in der Deutschen Demokratischen Republik spielte eine sehr große Rolle. Man wollte die neuen Frequenzen und die ungefähren Termine wissen. Weiter mußte das Verfahren erläutert werden, das bei der Umstellung der Fernsehgeräte angewandt wird. Durch die gegebenen Aufklärungen konnten viele besorgte Gemüter beruhigt werden, so daß sie erleichtert unseren Stand verließen.

Für viele Fragesteller war es wichtig, zu erfahren, daß die Umstellung der Fernsehgeräte für die Teilnehmer, die ihr Gerät ordnungsmäßig bei der DP angemeldet haben, kostenlos erfolgt.

Leider mußten wir auch feststellen, daß die Umstellung der Fernsehender und -empfänger von gewisser Seite so ausgelegt



worden ist, als solle der Empfang westdeutscher Fernsehender nunmehr unmöglich gemacht werden. In diesem Punkte hat die gegenseitige Aussprache mit Erfolg aufklärend gewirkt.

2. Die nächstfolgende Frage betraf die Funkentstörung der Kraftfahrzeuge (Kfz). Einerseits klagten die Rundfunk- und Fernschrittlehrer mit Recht über die Störungen, die von den Kfz verursacht werden, in die keine Entstörungsmittel eingebaut sind oder die durch falsche Montage der Entstörstecker und -müfen noch eine hinreichend große Störstrahlung besitzen. Auch hier konnten nicht nur die Besitzer der Empfangsgeräte, sondern auch die Kfz-Halter zur Zufriedenheit über den augenblicklichen Stand und die Qualität der Kfz-Entstörungsmittel unterrichtet werden.

3. Eine besondere Stellung nahm die Frage der Störabstrahlung von Rundfunkgeräten mit UKW-Teil ein, wodurch der Fernsehempfang im Band III teilweise unmöglich gemacht wird. Da auf der letzten Tagung der Funkingenieure der Deutschen Post im Februar d.J. in Hermsdorf dieser Punkt mit einigen Vertretern der Empfängerproduktion behandelt werden konnte, war es möglich, den Besuchern eine befriedigende Auskunft erteilen zu können. (Die IV Rundfunk- und Fernsehbetrieb hat bereits vorgesehen, für das Problem der UKW-Abstrahlung eine engültige Regelung zu schaffen.)

4. Vielfach wurde auch nach den gesetzlichen Bestimmungen gefragt, die die Funkentstörung zur Pflicht machen. Obwohl die Verordnung über Hochfrequenzanlagen (HFVO) das Datum 28. Aug. 1952 trägt und im GBl. Nr. 121 der DDR vom 4. Sept. 1952 veröffentlicht worden ist, mußte man sich wundern, daß selbst Hersteller von Geräten den Inhalt dieser Verordnung nicht genau kennen. Es war gut, daß unser Film „Gestörte Freuden“ ganz besonders auf die Entstörungspflicht hinwies.

5. Von großer Bedeutung war auch das Gebiet der Breitband-Entstörung, die für den störarmen UKW-Rundfunk und Fernsehempfang eine äußerst wichtige Rolle spielt. Hier haben die in Betrieb vorgeführten Haushaltgeräte in anschaulicher Weise den Fragestellern ein Bild vom heutigen Stande der Funkentstörung über 30 MHz hinaus gegeben. Außerdem waren, wie schon ausgeführt wurde, die erforderlichen Breitband-Entstörungskondensatoren (vorbeigeschleifte Typen und Durchführungskondensatoren) in der Vitrine ausgestellt worden.

Besuchern, darunter auch einer tschechoslowakischen Delegation, wurde an Hand von Kurvenblättern gezeigt, wie sich die verschiedenen Entstörungskondensatoren ab 10 MHz verhalten.

6. Schließlich fragte man verhältnismäßig oft nach der Funkentstörung von Modellisenbahnen. Hier konnten den Interessenten Maßnahmen grundsätzlicher Art empfohlen werden, weil jeder Störfall — durch örtliche Verhältnisse bedingt — einer besonderen Bearbeitung bedarf und weil von den Herstellerbetrieben die Entwicklungsarbeiten leider noch nicht abgeschlossen sind. Trotzdem konnten auch hier den Besuchern zur Zufriedenheit aller Beteiligten entsprechende Hinweise gegeben werden.

Wie bereits erwähnt, wurde unser Stand ständig von vielen Interessenten besucht, so daß mancher Fragesteller nicht zu Worte gekommen ist; denn folgendes ist uns brieflich mitgeteilt worden: „Mehrfach habe ich versucht, bei Ihnen am Stand vorzukommen. Der Andrang jedoch war so groß, daß infolge Zeitmangels für mich keine Möglichkeit bestand, mit Ihnen zu sprechen. Gestatten Sie mir daher, daß ich mich heute schriftlich an Sie wende und freundlichst um Antwort bitte...“

Die große Inanspruchnahme des Beratungsstandes ist ein Beweis dafür, daß das Bedürfnis besteht, einen innigen Kontakt zwischen den Rundfunk- und Fernschrittlehrern sowie den Interessenten der Funkentstörtechnik und der Deutschen Post auf dem Gebiete des Funkwesens, insbesondere der Funkentstörung, zu unterhalten.

Lernt Postfranzösisch!

Französisch ist die internationale Postsprache. Der dienstliche Schriftwechsel mit fremden Postverwaltungen und die Vordrucke des Auslandspostverkehrs sind deshalb, wenn die beteiligten Verwaltungen für ihren gegenseitigen Dienst nichts anderes vereinbart haben, in dieser Sprache abzufassen. Jeder Postler, der Schriftwechsel des Auslandspostverkehrs zu betreiben hat, muß daher das Französische so beherrschen, daß er sich in dieser Sprache grammatisch und stilistisch richtig ausdrücken kann. Hierbei auftretende Mängel schaden im Auslande dem Ansehen der Deutschen Post.

Die Ausbildung von Kadern mit französischem Sprachkenntnissen wurde bei der Deutschen Post bisher nicht mit dem erforderlichen Nachdruck betrieben. Es ist daher notwendig, dieses Verständnis möglichst schnell aufzuholer; denn geeignete Kräfte für Arbeitsplätze, auf denen französische Sprachkenntnisse notwendig sind, stehen z. Z. nicht in dem wünschenswerten Umfang zur Verfügung. Der im Rahmen der allgemeinen Studienpläne an den Fachschulen der Deutschen Post gebotene Stoff in Französisch bildet zwar eine gute Grundlage, reicht aber allein nicht aus. Gleiches gilt für die an den Volkshochschulen vermittelten Kenntnisse. Bei ihnen kommt als Nachteil noch hinzu, daß sie auf die Fachsprache der Post, die dem Postler auch in der Fremdsprache auf Schritt und Tritt begegnet, natürlich nicht eingehen können.

Unter diesen Umständen liegt für die Durchführung besonderer Schulungsmaßnahmen im Bereich der Deutschen Post ein dringendes Bedürfnis vor. In der Richtlinie der Hauptverwaltung Post- und Zeitungswesen des MPP sind entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen festgelegt worden. Als erste Maßnahme lief in der Zeit vom 26. 2.—9. 7. 57 an der Fachschule für Post- und Fernmeldewesen „Rosa Luxemburg“ in Leipzig ein Sonderlehrgang für Französisch. Der erfolgreiche Besuch des Lehrgangs soll die Teilnehmer befähigen, in dieser Sprache postbetrieblichen Schriftwechsel einwandfrei abzufassen und Fragen über den Postverkehr, wie sie beispielsweise am Schalter vorkommen können, sicher zu beantworten. Um dieses Ziel zu erreichen, war es notwendig, für den ersten Lehrgang dieser Art nur Mitarbeiter auszuwählen, die bereits Vorkenntnisse im Französischen besitzen. Beschäftigte ohne Vorkenntnisse, die Interesse am Erlernen der französischen Sprache haben, werden in absehbarer Zeit an einem Lehrgang für Anfänger teilnehmen können.

Die Kenntnis der französischen Sprache ist für eine Reihe von Dienstzweigen der Deutschen Post eine Notwendigkeit. Wer das Studium einer fremden Sprache betreibt, muß jedoch viel Fleiß und Ausdauer für die gründliche Aneignung und ständige Weiterbildung mitbringen.

Walter Mews, Strausberg

Bequeme Reisemöglichkeiten zur Leipziger Messe

Die Messestadt Leipzig ist auch zur kommenden Herbstmesse mit allen Fluglinien, die Berlin anfliegen, sowie mit Sonderflugzeugen verschiedener Fluggesellschaften zu erreichen. Das Messevisum wird gegen Vorlage des Amtlichen Messeausweises, der ab Ende Juli in allen europäischen und 47 überseeischen Ländern zum Preise von 2 US-Dollar erhältlich ist, von den diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Deutschen Demokratischen Republik im Ausland sowie bei der Einreise in die Deutsche Demokratische Republik erteilt. Das Deutsche Reisebüro gewährt beim Austausch ausländischer Zahlungsmittel wieder eine Messerückgewinnung, die bei US-Dollar, Can. Dollar, Schweizer Franken und Pfund Sterling 100% und bei einer Reihe anderer Währungen 80% des offiziellen Kurses der Deutschen Notenbank beträgt.

### Änderung einiger Gebühren im Fernsprechverkehr

Von Wilhelm ROLLMANN, Berlin, und Hans NAAKE, Blankenfeld

„Öffentliche Verkehrstariife müssen stabil sein, weil sie zum Fundament unserer Volkswirtschaft gehören.“ Dieser Leitsatz wurde durch die jetzt in der Preisordnung Nr. 635 veröffentlichten Gebühren für Nebenschlußleitungen durchbrochen. Die erhöhten Gebühren lauden vielfach nicht das nötige Verständnis. Der nachfolgende Artikel soll deshalb nochmals eingehend die Notwendigkeit der in der genannten Preisordnung enthaltenen Gebührenerhöhungen darlegen.

#### Allgemeines

Grundsatz bei einer Tarifgestaltung muß sein, daß die einzelnen Gebührensätze im richtigen Verhältnis zum Kostenaufwand stehen. Es ist auch denkbar, daß die Gebühren für gewisse Leistungen unter den Selbstkosten liegen. In diesen Fällen müssen die mit Vorbedacht untertarifierten Leistungen durch die Gebühren für andere Leistungen gedeckt werden. Während in Westdeutschland die Gebühren im Fernsprechverkehr in den letzten Jahren fortlaufend erhöht wurden, ist bei uns eine derartige Entwicklung nicht zu verzeichnen. Die Post- und auch die Fernmeldegebühren waren beständig und wurden, soweit es sich um die Post- und Telegraphengebühren im Inlandsverkehr handelt, im Oktober 1954 und im Auslandsverkehr für verschiedene Leistungsarten im Oktober 1956 sogar gesenkt.

In den jetzt veröffentlichten neuen Fernsprechgebührenerhöhungen sind unter bestimmten Bedingungen die Gebühren für postbezogene Nebenschlußleitungen jedoch wesentlich erhöht worden. Daß diese Gebührenerhöhung bei den Benutzern dieser Leitungen wenig Verständnis findet, hat wirtschaftliche und psychologische Gründe. Bevor an dieser Stelle jedoch im einzelnen auf die Gebührenerhöhung eingegangen wird, ist zum Neudruck der Fernsprechgebührenerhöhungen noch folgendes zu bemerken:

Während vor dem Jahre 1945 jedem Fernsprechteilnehmer nach Einrichtung seines Anschlusses die Fernsprechordnung mit den Ausführungsbestimmungen sowie den Fernsprechgebührenerhöhungen ausgehändigt wurde (kleine Fernsprechordnung), ist die Deutsche Post nach dem Jahre 1945 von dieser Handlung abgegangen. Den Fernsprechteilnehmern standen deshalb keine Hilfsmittel, die die Gebührenerhöhungen zum Inhalt haben, mehr zur Verfügung.

Gebühren für neue Einrichtungen wurden seit 1945 im Amtsblatt, im Verfügungs- und Mitteilungsblatt des MPF und in größerem Umfang auch im Gesetzblatt veröffentlicht. Bedingt durch die im Laufe der Jahre aufgetretenen vielfachen Änderungen erwies es sich als notwendig, die Fernsprechgebührenerhöhungen in der geltenden Fassung neu herauszugeben. Dabei wurden gleichzeitig die sich als dringend erweisenden Änderungen berücksichtigt.

#### Gebührenerhöhungen

In der im Sonderdruck Nr. 218 zum Gesetzblatt, Teil I, vom 30. 11. 1956 veröffentlichten „Anordnung vom 13. 10. 1956 über die Gebühren im Fernsprechverkehr (Fernsprechgebührenerhöhungen)“ sind im wesentlichen folgende Gebührenerhöhungen aufgenommen worden:

1. Gleichstellung in der Gebührenerhöhung für Nebenstellenanlagen einschließlich Sprechapparate besonderer Art und Zusatzrichtungen, die von der Deutschen Post am 1. 10. 1955 von den Fernmelde-Anlagenbetreibern der HV RPT des Ministeriums für Allgemeinen Maschinenbau übernommen wurden;
2. Änderungen der Gebührensätze für
  - a) Nebenschlußleitungen zu solchen Nebenstellen, die außerhalb des Kabelverzweigerbereichs der Hauptanlagen liegen, und
  - b) Regelquerverbindungen und Abzweigleitungen;

#### 3. Im Fernsprechkundendienst die Gebühren für Wechselanträge (Auftrags- und Wechselgebühr).

#### Notwendigkeit der Gebührenerhöhung

Zu 1. Die sich aus den Einrichtungen des Fernmeldewesens ergebenden Rechtsbeziehungen zwischen der Deutschen Post und dem Fernsprechteilnehmer sind in der Fernsprechordnung geregelt. Die geltenden gesetzlichen Bestimmungen setzen voraus, daß die Deutsche Post ihre Einrichtungen jedermann zu gleichen Bedingungen zugänglich macht. Dies bedeutet, daß die für das Überlassen der Einrichtungen des Fernmeldewesens zu zahlenden Gebühren von sämtlichen Fernsprechteilnehmern nach gleichen Grundsätzen zu entrichten sind. Dieser Grundsatz wurde nach dem Überleiten der bisher von den Anlagenbetreibern der HV RPT des Ministeriums für Allgemeinen Maschinenbau verwalteten Nebenstellenanlagen auf die Fernmeldeämter der Deutschen Post durchbrochen, weil die Deutsche Post die Gebührensätze der HV RPT weiterberechnete. Wie allgemein bekannt ist, berechneten die Anlagenbetreiber der HV RPT ihren Kunden die Gebühr für das Vermieten bzw. für das Warten von Nebenstellenanlagen in der Regel auf der Basis der Fernsprechgebührenerhöhungen der ehemaligen DRP aus dem Jahre 1939. Die von den Fernmeldeämtern der Deutschen Post bisher auf der gleichen Basis berechneten Gebühren wurden dagegen im Jahre 1946 geändert, weil sie nicht mehr den tatsächlichen Bedingungen entsprechen. Die Notwendigkeit der 1946 vorgenommenen Gebührenerhöhung ist u. a. auf höhere Beschaffungskosten für die technischen Einrichtungen zurückzuführen. Hierzu folgende Gegenüberstellung: Die Beschaffungskosten für eine Nebenstellenanlage 1/3 betragen im Jahre 1939 rd. 50,— DM (ohne Stromversorgung und Montage). Zum heutigen Zeitpunkt belaufen sich die Beschaffungskosten auf rd. 750,— DM. Als weiteres Beispiel wird die Nebenstellenanlage 1/5 genannt. Im Jahre 1939 betragen die Beschaffungskosten rd. 810,— DM, heute rd. 1200,— DM. Die Gebühren für eine postbezogene Nebenstellenanlage 1/3 (Gebühr für Miete und Wartung) betragen bis 1946 monatlich 13,80 DM, nach der Änderung 20,70 DM. Bei der Nebenstellenanlage 1/5 wurden bis 1946 von der Deutschen Post Gebühren in Höhe von monatlich 19,80 DM, nach der Änderung in Höhe von 27,90 DM erhoben.

Berücksichtigt man, daß die Höhe der monatlichen Gebühren im wesentlichen von den Beschaffungskosten für die technischen Einrichtungen abhängig ist, so ist aus der vorstehenden Gegenüberstellung ersichtlich, daß die bis 1946 von der Deutschen Post erhobenen Gebühren für Nebenstellenanlagen die Selbstkosten nicht mehr deckten.

Um die eingetretenen Unzulänglichkeiten abzustellen, wurden die für die ehemaligen RPT-Anlagen zu zahlenden Gebühren in den neuen Gebührenerhöhungen den Gebühren der Deutschen Post gleichgestellt.

Zu 2a. Während die Notwendigkeit für das Angleichen der Gebühren für ehemalige RPT-Nebenstellenanlagen an die Gebühren der Deutschen Post sowohl von den Fernsprechteilnehmern wie auch von den Beschäftigten der Fernmeldeämter durchaus anerkannt wird, sind die Gründe für die Einführung eines Zuschlags zur Leitungsgebühr für solche Nebenschlußleitungen, die über den Kabelverzweigerbereich der Hauptanlagen hinausgehen, vielfach nicht verstanden worden. Beim Betrachten dieses Fragenkomplexes müssen aber nicht nur

allein die Beziehungen der Gebühren zu den Selbstkosten, sondern vor allen Dingen auch die Fragen der wirtschaftlichsten Gestaltung der Ortsnetze, unter Berücksichtigung einer vorausschauenden Planung, überprüft werden.

Eine Analyse der insgesamt vorhandenen rd. 67000 über den Kabelverzweigerbereich der Hauptanlagen geschalteten posteigenen Nebenschlußleitungen zeigt, daß die Mehrzahl der Besitzer dieser Leitungen auch eine Vielzahl von Leitungen besitzt. (So z. B. der Rat des Kreises Gölitz 75 Leitungen, der Rat der Stadt Gölitz 90 Leitungen, die Konsum-Genossenschaft Gölitz 66 Leitungen usw.)

Aus diesen Beispielen ist zu erkennen, daß der Personenkreis der Leitungsinhaber, die unter die Gebührenerhöhung fallen, nicht der Anzahl der oben genannten Nebenschlußleitungen entspricht. Abgesehen davon hat sich gezeigt, daß die Gebührenerhöhung — trotz schriftlicher Verständigung der betroffenen Fernsprechteilnehmer über die Notwendigkeit — vielfach auf Unverständnis gestoßen ist. Dieses Unverständnis ist darin zu suchen, daß der betroffene Fernsprechteilnehmer nur ungern seine Nebenschlußleitung aufgibt. Hierbei mögen in zahlreichen Fällen die eigenen damit verbundenen Bequemlichkeiten, andererseits aber auch die bisher sehr niedrigen und nicht mehr den tatsächlichen Bedingungen entsprechenden Gebühren den Ausschlag geben.

Daß die Gebühren sehr niedrig sind und nicht mehr den tatsächlichen Bedingungen entsprechen, beruht auf den seit dem Jahre 1939 geänderten Gestehungskosten für das Herstellen von Kabelnetzen. Abgesehen von den Gestehungskosten für das Herstellen von Kabelnetzen ergibt sich für die Deutsche Post und damit für unsere Volkswirtschaft insgesamt folgende Situation:

Nach der in der Fernsprechordnung festgelegten Abgrenzung der Ortsnetzbereiche werden in der Regel die innerhalb des 5-km-Kreises um eine Vermittlungsstelle liegenden Sprechstellen zu einem Ortsnetz zusammengefaßt. Bei dieser Abgrenzung wird der Hauptteil der Kosten eines Fernsprechanschlusses auf das Anschlußleistungsnetz verlegt. Werden die Kosten eines Fernsprechanschlusses, und zwar im einzelnen die Kosten für die Vermittlungsstelle, für den Gebäudenteil und für die bringen der Vermittlungsstelle, für die Sprechstelle und für die Anschlußleistung mit 100% angesetzt, so entfallen auf die Sprechstelle 31,3%, auf den Gebäudenteil 3,5%, auf die Sprechleistung 87%, auf die Anschlußleistung aber 56,5%. Dieser

hohe Kostenanteil für die Anschlußleistung ergibt sich in der Hauptsache aus der Notwendigkeit, zum Gewährleisten einer ausreichenden Sprechverständigung für Haupt- und Nebenschlußanschlüssen mit 0,6 und 0,8 mm starkem Kupferdraht zu verwenden. Neben den hohen Kosten kommt noch ein hoher Kupferbedarf hinzu, weil z. B. 1 km Kupferleitung mit 0,8 mm Aderdurchmesser 4,47 kg Kupfer, nur 0,6 mm Durchmesser immer noch 2,52 kg Kupfer erfordern.

Es muß daher die Aufgabe jeder Fernsprechverwaltung und daher auch des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen sein, die Wirtschaftlichkeit der Ortsnetze zu steigern, um zu einer Wirtschaftlichkeit des Fernsprechverkehrs überhaupt zu kommen. Durch Einführen von Kabeln mit geringerem Durchmesser lassen sich wesentliche Kosten einsparen und damit die Wirtschaftlichkeit steigern. Dies ist allein schon aus den Preisen für Anschlußkabel zu erkennen. So betragen z. B. die Kosten für ein 500paariges Anschlußkabel (Röhrenkabel) von 1 km Länge mit 0,8-mm-Adern 51200,— DM, mit 0,6-mm-Adern 32200,— DM, mit 0,4-mm-Adern aber nur 21750,— DM; das ist eine Ersparnis von 38% gegenüber den Kabeln mit 0,8-mm-Adern. Noch größer ist die Ersparnis an Kupfer. Da für 1 km Kupferleitung mit 0,4-mm-Adern nur noch 1,12 kg Kupfer benötigt werden, beträgt die Ersparnis gegenüber den bisherigen 0,8-mm-Adern 75%.

Um Kabel mit 0,4 bzw. 0,6 mm Aderstärke in Anschlußleistungen verwenden zu können, ist es nötig, die Vermittlungsstelle zu dezentralisieren. Dabei wird unterstellt, daß sich der Anschlußbereich eines Teilnetzes in der Regel auf einen etwa 2,5-km-Umkreis um das Teilnetz beschränken wird. Bei einem sternförmigen Ausbau des Kabelnetzes wird dadurch die tatsächliche Anschlußleistungslänge etwa 2,7 ··· 2,8 km betragen; durch die verringerte Länge ist auch noch eine ausreichende Sprechverständigung gewährleistet.

Durch die Dezentralisierung wird neben dem verminderten Aderdurchmesser in Anschlußleistungen auch ein weitgehend höherer Ausnutzen der einzelnen Leitungen zwischen Vollamt und Teilamt erzielt. Die Forderung, zu einer erhöhten Ausnutzung des Leitungsnetzes zu kommen, ergibt sich schon aus der Tatsache, daß z. B. im Ortsnetz Groß-Berlin die überwiegende Zahl der Teilnehmer je Tag in ankommender und abgehender Richtung nur etwa 4 bis 5 Ortsgespräche führt. Bei einer durchschnittlichen Gesprächsdauer eines Ortsgesprächs von 4 Minuten wird damit eine Anschlußleistung bei diesen Teilnehmern

## Sie fragen WIR ANTWORTEN

Hierunter sind allgemein interessierende Fragen aus Leserkreisen beantwortet. Zuschriften bitten wir an die Redaktion „Die Deutsche Post“, Leipzig 8 3, Gustav-Freytag-Str. 49/51, zu richten.

**Einbanddecken** (zu gleichen Fragen im Heft 3/57)

Die hierneben abgebildete Einbanddecke für die Jahrgänge 1956/57 unserer Zeitschrift (schwarzes Kunstleder mit goldgelber Prägeschrift) kann nunmehr über die zuständigen Postzeitungsvertriebe bestellt werden. Der endgültige Preis wird nicht höher als 2,50 DM liegen.

Die Bestellungen (am zweckmäßigsten Sammelbestellungen) sind verbindlich, weil die Decken entsprechend der gemeldeten Anzahl hergestellt werden. Sie können daher auch nicht nachgeliefert werden.

Letzter Termin für das Bestellen ist der 14. Sept. 1957. Die Decken werden etwa Ende November gegen Entrichtung des Betrages von den zuständigen Postzeitungsvertrieben ausgeliefert werden. Es ist vorgesehen, gleichartige Einbanddecken für jeden kommenden Jahrgang herauszugeben.



höchstens 20 Minuten je Tag ausgenutzt. Es läßt sich daher der Verkehr von 4 bis 5 Teilnehmern zusammenfassen, ohne daß die Sprechmöglichkeiten eines jeden Teilnehmers für ihn ständig eingeschränkt werden.

Außenliegende Nebenstellen, die zusätzliche Leitungen zwischen Haupt- und Nebenstellen erhalten müssen, stehen deshalb dieser Netzgestaltung entgegen. Da sie sich an beliebigen Stellen befinden können, wird es bei dem sternförmigen Ausbau des Netzes und durch die Dezentralisierung der Vermittlungsstellen in der überwiegenden Zahl notwendig, die Nebenstellenleitungen über einen Linienverzweiger oder über den Hauptverteller der Vermittlungsstelle oder des Teilamtes und damit über Ortsverbindungsleitungen zu schalten.

Ein Beibehalten der Nebenstellenleitungen über den Bereich eines Kabelverzweigers hinaus bei gleichzeitiger Dezentralisierung der Vermittlungsstellen und Verwendung von Kabelnetzen mit geringerem Querschnitt ist nicht möglich, weil dies bei Ferngesprächen zu Schwierigkeiten in der Sprachübertragung führt. Da eine verminderte Sprachgüte nicht tragbar ist, würde das Beibehalten der Nebenstellenleitungen häufig zu einem erhöhten Investitionsbedarf für Ortsleitungen führen.

Wenn selbst Länder mit einer günstigeren Rohstoffdecke diesen Weg vermeiden, um wieviel mehr ergibt sich für unsere Republik die Notwendigkeit, jede Möglichkeit zum Einsparen von Baumaterialien auszunutzen.

Es ist deshalb festzustellen, daß das Einschränken der Zahl der außenliegenden Nebenstellen die Voraussetzung für eine wirtschaftliche Netzgestaltung schaffen soll. Dabei blieben dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen zum Bereinigen der Ortsnetze u. a. zwei Möglichkeiten, und zwar

- a) das Aufheben der betr. Nebenstellenleitungen nach vorangegangener Kündigung,
b) das Vermindern der Nebenstellenleitungen durch ökonomische Maßnahmen.

Es wird von jedem anerkannt, wenn der Standpunkt vertreten wird, daß möglichst wenig mit Zwangsmaßnahmen, wie sie derartige Kündigungen darstellen, gearbeitet werden soll. Aus diesem Grunde ist auch der Weg gewählt worden, die Ortsnetze über ökonomische Maßnahmen zu entlasten. Die neuen Gebühren für Nebenstellenleitungen über den Bereich eines Kabelverzweigers hinaus sollen somit veranlassen, die außenliegenden Nebenstellen in Regelhauptanschlüsse umzuwandeln. Da das Umwandeln von Neben- in Hauptanschlüsse in vielen Ortsnetzen auf Grund des Fehlens der technischen Voraussetzungen bei den Vermittlungsstellen z. Z. nicht gegeben ist, mußte dies in den neuen Fernsprechgebührenvorschriften entsprechend berücksichtigt werden.

In den Fällen, in denen aus bestimmten Erwägungen heraus von einem Fernsprechteilnehmer eine Nebenstellenleitung über den Kabelverzweigerbereich seiner Hauptanlage hinaus gefordert und von der Deutschen Post auch bereitgestellt wird, muß sich der betreffende Teilnehmer auch den bestehenden Gebühren, die den gesellschaftlichen Nutzen einer solchen Leitung ohnehin nur in gewissem Umfang entsprechen, unterwerfen. In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß der jetzt eingeführte Zuschlag zur Leitungsgebühr für die besagten Nebenstellenleitungen in Höhe von 30,- DM monatlich gleich dem Verkehrswert von 8 Ortsgesprächen täglich (bei 25 Arbeitstagen monatlich) ist. Mit der vorgenommenen Gebührenänderung ist aber keinesfalls eine Gebührenerhöhung zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit des Fernmeldewesens beabsichtigt. Es besteht lediglich die Absicht, durch die Gebühren solche Leitungen einzuschränken.

Zusammengefaßt muß bemerkt werden, daß die erhöhten Gebühren für posteigene Nebenstellenleitungen zu Nebenstellen, die über den Bereich des Kabelverzweigers der Hauptanlage hinausgehen, volkswirtschaftlich richtig sind. Dies nicht durchzusetzen würde bedeuten, daß von der Deutschen Post in den künftigen Jahren weitaus höhere Investitionsmittel und von den Kabelwerken erhebliche Kostengänge an Rohstoffen bereitgestellt werden müßten.

Zu 2b. Für bestimmte Regelquerverbindungen und Abzweigleitungen werden neben der Leitungsgebühr noch sogenannte „Gebühren für den Ausfall an Gesprächsgebühren“ erhoben. Die Bezeichnung „Gesprächsausfallgebühr“ ist unglücklich gewählt; denn der Sachverhalt wird nicht in seinem Kern getroffen. Es liegt hier vielmehr der Gedanke zugrunde, daß der Deutschen Post die Einnahmen an Gesprächsgebühren zu ersetzen sind, die sie sonst aus der Leitung erzielt hätte.

Wenn auch die Form der Ausfallgebühr als verfehlt erscheint, so kann doch nicht geleugnet werden, daß ihr Grundgedanke berechtigt ist. Eine Verkehrsleitung kann den Benutzern nicht einfach nach der Maßgabe der Selbstkosten überlassen werden. Die Fernsprechgebühren müssen die Ausgaben für den Fernspreverkehr insgesamt decken. Ein Abgehen von der Ausfallgebühr würde zwangsläufig die Leistungsbemüher gegenüber den Benutzern des öffentlichen Netzes bevorzugen, was zu einer Abwanderung des Massenverkehrs auf die dann bestehende verbilligte Abwicklungsart führen könnte.

Das Erhöhen der Ausfallgebühr für posteigene Regelquerverbindungen und Abzweigleitungen von monatlich 15,- auf 30,- DM ist eng im Zusammenhang mit dem Einführen der Zuschlagsgebühr für posteigene Nebenstellenleitungen zu betrachten. Es muß auch in diesem Zusammenhang betont werden, daß durch die Gebühr von 30,- DM keinesfalls die durchschnittliche Verkehrsvergebühre einer Leitung im öffentlichen Netz erreicht wird.

Zu 3. Im Fernsprechkundendienst wurden bisher für Weckaufträge Gebühren in Höhe von 0,60 DM erhoben. Diese Gebühr setzte sich wie folgt zusammen:

- 0,15 DM für den Anruf der Kundendienststelle zwecks Erteilung des Auftrags,
0,30 DM Auftragsgebühr und
0,15 DM als Weckgebühr für das Anrufen des Teilnehmers.

Die Erfahrungen haben gezeigt, daß die Höhe dieser Gesamtgebühr unberechtigt ist. Die neuen Fernsprechgebührenvorschriften sehen daher nur noch eine Zweiteilung der Gebühren in 0,15 DM für den Anruf der Kundendienststelle zwecks Erteilung des Auftrags und 0,30 DM als Auftrags- und Weckgebühr für jeden Fall vor.

Die vorstehenden Ausführungen gelten den wesentlichen in den neuen Fernsprechgebührenvorschriften enthaltenen Gebührenänderungen. Darüber hinaus sind noch geringfügige Änderungen vorgenommen worden, die unbedeutend sind und in der Mehrzahl ihren Niederschlag in den Verwaltungsanweisungen zu den Gebührevorschriften finden.

Die Ausführungen sollen im wesentlichen dazu dienen, den Kollegen in den Fernmeldediensten eine eingehende Begründung für die sich als notwendig erwiesene Änderung der Gebühren für Nebenstellenleitungen zu geben.

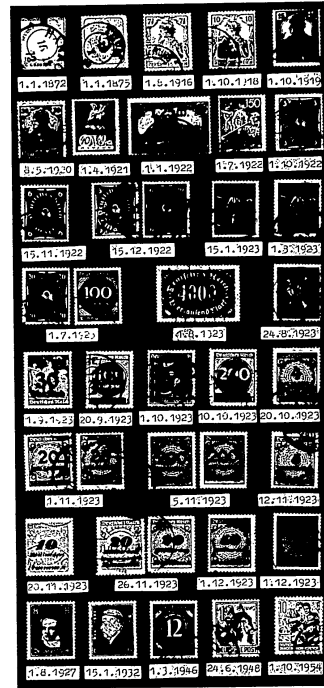
50 000 000 000 Mark = 10 Pfennig

„Eine merkwürdige Rechnung! 50 Milliarden Mark gleich 10 Pfennig? Das kann nur ein Betrug sein!“ So überlegt sicherlich mancher beim Lesen dieser Überschrift und denkt dabei richtigere an die Inflation 1923. Leider stimmt die Gleichung, wie man an Hand der Wandlungen des Portos einer Fernpostkarte in 85 Jahren verfolgen kann:

Table showing postage rates from 1872 to 1954. Columns include year and rate in Pfennig (Pf) or Mark (M). Rates increase significantly over time, reaching 50,000,000 M = 5 Rpf by 1954.

Table showing postage rates from 1924 to 1954. Columns include year and rate in Rpf. Rates increase from 5 Rpf in 1924 to 10 Pf in 1954.

40 Jahrelang hielt sich das Porto fast auf gleicher Höhe. Ende 1918 machten sich die ersten Anzeichen einer Geldentwertung bemerkbar. 1921 betrug die Gebühr noch 40 Pfennig. Im nächsten Jahr stieg sie jedoch schon auf 15 Mark, bis zum 1. August 1923 bereits auf 4000 Mark. Am 20. August aber begann die Zeit der Hochinflation. Die Notmaßnahmen der Post konnten mit der rasenden Geldentwertung nicht mehr Schritt halten, und wenn eine neue Portoerhöhung bekannt wurde, war sie praktisch längst überholt.



Aller zehn, ja aller sieben oder vier Tage stiegen die Postkäufe an, und man mußte eine Postkarte mit Tausenden, dann Hunderttausenden, Millionen und schließlich mit Milliarden von Mark frankieren. Briefe mit ganzen Markbögen als Anhang waren keine Seltenheit. Jeder Brief war ein Dokument, das die Zeit der Verfertigung in der Zeit einer sich selbst überschlagenden Geldentwertung erhalten gelassen. Pakete wurden damals in den Postämtern die Markbögen verbrannt, weil die Verrechnung jeder Zeit noch mehr lohnte. Bis zur Höhe von 50 Milliarden Mark witterte das Postkartentempo empord. Erst als die Monopolkapitalisten ihren Kriegsgewinn auf Kosten der kleinen Sparer gesichert hatten, erfolgte am 1. Dezember 1923 die Währungsstabilisierung. Eine Billion Papiermark galt als ein gleich 5 Reichspfennigen. Bis zum 1. Januar 1924 durften die Inflationsmarken noch zum Kurs von 1 Billion : 1 Mark verwendet werden. Solche Briefe sind recht selten. Dann gab es lange Jahre hindurch nur geringe Schwankungen in den Postgebühren. Am 24. Juni 1948, ausgelöst durch die in Westdeutschland bereits am 21. Juni 1948 erfolgten Maßnahmen, trat noch einmal eine Währungsreform in Verhältnis 10 : 1 ein. Zehn Reichsmark gal-

ten eine Deutsche Mark. Die bisherigen Marken wurden mit dem Briefstempel überdruckt und galten so als Marken neuer Währung. Die nicht überdruckten Marken konnte man eine Zeitlang zu  $\frac{1}{10}$  ihres Nennwertes weiterbenutzen, in den Westzonen bis zum 23. Juni 1948, in der damaligen sowjetischen Zone bis zum 31. Juli 1948. Auch diese Zehnfachfrankaturen besitzen dokumentarischen Wert. Der 1. Oktober 1950 brachte dann nach zwei Jahrzehnten die erste Poststempelung, und zwar in der Deutschen Demokratischen Republik.

Die Bildtafel veranschaulicht die Wandlung des Postkartentemporos an Hand der betreffenden Marken, die der jeweiligen Gebührentafel entsprechen. Nur für einige wenige gab es keine passenden Werte. Sie sind durch je zwei Marken dargestellt.

Bildtafel und Fotoalbum können durch echt gelieferte Briefe aus den angegebenen Zeiten, durch Bogen, amtliche Verfassungen u. a., ergänzt werden und stellen dann ein interessantes post- und zeitgeschichtliches Kulturdokument dar. So könnte, von Angehörigen eines Postamtes zusammengestellt, eine wertvolle Bereicherung postalischer Archive entstehen. In gleicher Art ließe sich z. B. auch das Porto für einen Fernbrief behandeln.

Curt Paul, Karl-Marx-Stadt

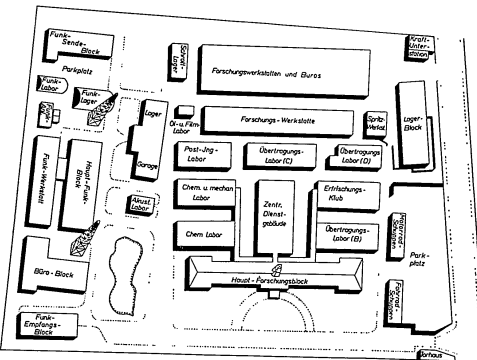
Die Forschungsstätte der britischen Postverwaltung

Das britische Post Office beschäftigt sich seit dem Erwerb der privaten Telegraphengesellschaften im Jahre 1870 mit Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet des Fernmeldewesens. Während sich diese bis zur Jahrhundertwende hauptsächlich auf die Telegraphie beschränkten, erstreckte sie sich nach der Übernahme des gesamten Fernsprechnetzes auch auf Fragen der Fernsprechtechnik, z. B. die Beseitigung von Kabeln, die Verwendung von Elektronenröhren für Verstärker, die Übertragungsgüte der Fernsprechanlagen und die Automatisierung der Vermittlungstechnik. Mit der ständigen Zunahme der Arbeitsleistung schaffte die Postverwaltung in den Jahren 1912 bis 1921 in Dollis Hill in ehemaligen Militärbaracken ein Gebäude, das allmählich bis zu dem im Bild dargestellten heutigen Umfang erweitert wurde. Die Funkversuchsgruppe nahm

in Dollis Hill nur einen kleinen Teil der verfügbaren Gebäude ein, hauptsächlich für Feldstärke- und Frequenzmessungen sowie die Empfangsentwicklung und andere Arbeiten, die keine ausgedehnten Räumlichkeiten erfordern. Die Arbeiten auf dem Gebiet der koaxialen Fernsprech- und Fernsehkanäle und der Kurzwellenentwicklung führten zu einem vermehrten Raumbedarf der Abteilung für die Funkentwicklung. Weil neue feste Gebäude nicht schnell genug errichtet werden konnten, wurde für diese Arbeitsgruppe das alte Ausstellungsgelände von Wembley bereitgestellt, auf dem sie sich noch heute befindet.

Das Post Office liefert mit seinen Forschungen einen beachtlichen Beitrag zu der allgemeinen Entwicklungsarbeit auf dem Gebiet der Konstruktion von abgewandelten oder Originalgeräten, der Verbesserung von Standardverfahren, des Entwurfs von Schaltungen und der Eröffnung neuer Anwendungsmöglichkeiten für vorhandene Verfahren.

H. Graf  
(Auszug aus The Post Office Electrical Engineers' Journal 47, 1956, Heft 3, S. 326-328.)



Ausbreitung ultrakurzer Wellen im Gelände

Von Dr. Udo KÜHN, Betriebslaboratorium für Rundfunk und Fernsehen, Außenstelle Kolberg

Die Einführung des UKW-Rundfunks und des Fernsehens sowie die Benutzung von Meter- und Dezimeterwellen für Fernsprechnetz und andere Dienste stellen die Hochfrequenztechnik vor teilweise völlig neue Probleme. Es war klar, daß nicht nur neue technische Wege gegangen werden mußten, sondern daß auch die Fragen der Ausbreitung derartig hochfrequenter Schwingungen ausführlicher Untersuchungen bedurften. Während früher das Schweregewicht der Ausbreitungsforschung in erster Linie auf dem Mittel- und Kurzwelligengebiet lag, hat in den letzten zehnjährigen Jahren eine umfangreiche Forschungstätigkeit eingesetzt, um die Ausbreitungsbedingungen im Meter-, Dezimeter- und Zentimeterwellengebiet zu klären. Wenn man den schnellen Ausbau der Fernseh- und UKW-Rundfunkdienste in vielen Ländern berücksichtigt, so wird die Notwendigkeit, derartige Untersuchungen durchzuführen, kaum näher begründet werden müssen. Beabsichtigt man z. B., einen Fernsehsender in gebirgigem Gelände aufzustellen, so ist es nicht damit getan, die Antennen an einem möglichst hohen Punkt strahlen zu lassen, sondern es bedarf umfangreicher Voruntersuchungen über die Größe des zu versorgenden Gebietes, über die Möglichkeiten, aufstrebende Versorgungsstellen nachträglich schließen zu können, über die mögliche Störbeeinflussung von anderen Sendern und viele andere mehr.

Daß dabei in erster Linie Ausbreitungsfragen von Bedeutung sind, liegt auf der Hand. Obwohl diese Fragen eigentlich für jeden, der die Arbeit der Laboratorien, die sich mit Ausbreitungsproblemen beschäftigen, in der Öffentlichkeit recht wenig bekannt ist, so ist es doch in dieser kurzen Betrachtung auf einige wichtige Probleme, die bei der Ausbreitung ultrakurzer Wellen im Gelände auftreten, aufmerksam gemacht werden.

Die Ausbreitung ultrakurzer Wellen über den optischen Horizont hinaus

In den Jahren, in denen man aus technischen Gründen noch nicht in der Lage war, mit UKW-Sendern großer Leistung zu arbeiten, herrschte allgemein die Ansicht vor, die ultrakurzen Wellen würden sich nur bis zum optischen Horizont hin (quasi-optisch) ausbreiten, und eine Versorgung von Gebieten jenseits des Horizontes sei unmöglich. Nachdem man gelernt hatte, leistungsfähiger Sender zu bauen, konnte man sehr schnell feststellen, daß diese Vorstellungen der Revision bedürfen. Ganz allgemein kann man bei Ausbreitung über den optischen Horizont hinaus von zwei Effekten sprechen. Es ist dies einmal die Beugung der Funkwellen um die Erdoberfläche und zweitens der Einfluß der Atmosphäre. Neuerdings ist für den unteren Bereich der Meterwellen auch noch die Ausbreitung durch ionosphärische Effekte hinzugekommen. Die Beugung der Meterwellen findet nicht nur am optischen Horizont selbst statt, sondern läßt sich an jedem Hindernis beobachten. Wäre nämlich eine solche Beugung nicht vorhanden, so würde sich hinter jedem Hindernis eine tote Zone ausbilden, die einen Empfang z. B. hinter einem Berg oder einem Haus völlig unmöglich machen würde. Der Einfluß der Atmosphäre - besser gesagt des unteren Teiles derselben, der sogenannten Troposphäre - wird erst in größerer Entfernung vom Sender bedeutungsvoll. Die Ausbreitungsbedingungen ändern sich je nach der herrschenden Wetterlage ganz beträchtlich, so daß der Sender hinter dem optischen Horizont beträchtlich schwankende Feldstärken am Empfänger hervorgehen werden können. Diese beiden Einflüsse, das wechselvolle Gelände und die Troposphäre, haben zur Folge, daß das elektromagnetische Feld über einem bestimmten Empfangsgebiet räumliche Variationen zeigt, und außerdem noch bei Sendern, die hinter dem optischen Horizont liegen, beträchtliche zeitliche Schwankungen aufweisen hat.

Die örtliche Streuung der Feldstärke

Das früher in erster Linie angewendete Verfahren, die Feldstärke im Gelände punktförmig zu messen, erweist sich auf Grund der erheblichen Feldstärkestreuung als wenig sinnvoll. Daher wird das Anwenden statistischer Methoden beim Bestimmen der mittleren Feldstärke an einem bestimmten Orte notwendig. Die Möglichkeit, statistische Methoden anzuwenden, ist aber nur dann gegeben, wenn eine ausreichende Menge an Meßmaterial zur Verfügung steht. Dies erreicht man entweder, indem man in der Umgebung eines Meßpunktes eine größere Anzahl von Messungen anstellt oder indem man die Feldstärke im Gelände fortlaufend registriert. Die Messung an einem einzelnen Punkte ist, soweit nicht völlige Hindernisfreiheit herrscht, zum Erfassen der mittleren Feldstärke abzulehnen.

Die örtlichen Schwankungen lassen sich sehr leicht erfassen, indem man an einem stationären Empfangsort über längere Zeit hinweg Feldstärkeregistrierungen anstellt. Schwieriger ist es, die räumlichen Änderungen des Feldes zu untersuchen. Hierbei ist es erforderlich, die zeitlichen Schwankungen dadurch zu eliminieren, daß man nur in einer solchen Entfernung von einem Sender Messungen anstellt, in der eine zeitliche Änderung des Feldes noch nicht wahrnehmbar ist oder zumindest gegenüber der räumlichen Schwankungen vernachlässigbar erscheint. Die hier angestellte Betrachtung beschäftigt sich ausschließlich mit örtlichen Feldstärkevariationen.

stellen. Da sich die Fahrgeschwindigkeit des Meßwagens nicht immer konstant halten läßt, ist es zweckmäßig, den Antrieb des eingebautes Registriergerätes mit der Wagenachse oder dem Getriebe des Wagens zu koppeln. Dadurch ist eine genaue Synchronisation zwischen Feldstärkeregistrierung und Gelände auch bei verschiedenen Fahrgeschwindigkeiten des Meßwagens gewährleistet. Die Antenne auf dem Meßfahrzeug ist dabei so weit ausgefahren, daß Hindernisse über den Straßen, wie Bäume und Brücken, noch bequem unterfahren werden können. Die erreichbare Antennenhöhe beträgt somit bei Messungen auf Autobahnen etwas über 4 m, bei Straßen — je nach der Höhe der Hindernisse — etwas weniger.

In Bild 1 wird eine derartige Registrierung entlang eines Geländeprofils in flachem oder leicht hügeligem Gelände mitgeteilt. Die Registrierstrecke führt hierbei radial vom Sender weg, durch aufgelockerten oder mäßig dichten Kiefernwald oder durch freies Gelände. Im allgemeinen spiegelt sich das Geländeprofil im Feldstärkeverlauf mehr oder weniger deutlich wider, wie auch aus der Darstellung zu erkennen ist. Hinter jedem Hindernis bricht die Feldstärke mehr oder weniger stark ein, wie z. B. am Kilometer 14 und 19. Die geringen Erhöhungen des Geländes um den Kilometer 50 lassen die Feldstärken deutlich ansteigen. Der beginnende Geländeanstieg am Fläming, Kilometer 70, läßt sich auch noch in so großer Senderentfernung die Feldstärken beträchtlich ansteigen, so daß nicht nur die mittleren Feldstärkenwerte, sondern auch die Feldstärkenminima über den theoretischen Werten für eine glatte Erde liegen. Dieser Registrierung in weitgehend flachem oder leicht hügeligem Gelände sei eine Registrierung in leicht bergigem Gebiet in Sachsen gegenübergestellt. Man erkennt in dem Feldstärkeverlauf des Bildes 2 sehr deutlich den gegenüber dem ersten Profil wesentlich geänderten Schwankungscharakter. Die Feld-

stärkeeinbrüche sind wesentlich tiefer, so bricht die Feldstärke am Kilometer 14 von einem Wert von 1000 bis 2000  $\mu\text{V/m}$  auf 30 bis 50  $\mu\text{V/m}$  ein. Die Autobahn verläuft hierbei in einer starken Zinsenkung, die diesen besonders kräftigen Feldstärkerückgang zur Folge hat. Auch am Kilometer 58 findet sich nochmals ein beachtlicher Einbruch, während sich von Kilometer 67 an die Feldstärke mit ansteigendem Gelände wieder beträchtlich erholt.

Als drittes Beispiel sei eine Registrierung im stärker gegliederten Gelände Thüringens mitgeteilt. Aus dieser Registrierung wird die Variationsbreite in bergigem Gelände deutlich, wie die kräftigen Feldstärkeeinbrüche z. B. im Saatal bei Jena bezeugen. Vergleicht man dieses Profil mit den anderen Registrierungen, so erhält man einen Einblick in die Verschiedenartigkeit der örtlichen Feldstärkechwankungen bei etwa der gleichen Frequenz und verschiedener Geländegegestaltung (Bild 3).

Diese drei Profile charakterisieren sehr gut die im wesentlichen im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik vorkommenden Geländearten und die dabei auftretenden örtlichen Streuungen der Feldstärkeverläufe.

Statistische Auswertung der Feldstärkeregistrierungen

Die Auswertung derartiger Profile für praktische Zwecke soll hier noch kurz beschrieben werden. Zunächst wird die gemessene Kurve — wie in den Bildern mitgeteilt — über dem zugehörigen Geländeprofil aufgetragen. Danach wird durch ein einfaches graphisches Verfahren aus der Kurve der Mittelwert bestimmt; es ist dies der Wert, der für 50% aller Orte innerhalb eines bestimmten Bereiches gilt. Danach wird ebenfalls mittels eines etwas komplizierteren graphischen Verfahrens für verschiedene Abstände von dieser mittleren Feldstärkekurve der Prozentsatz

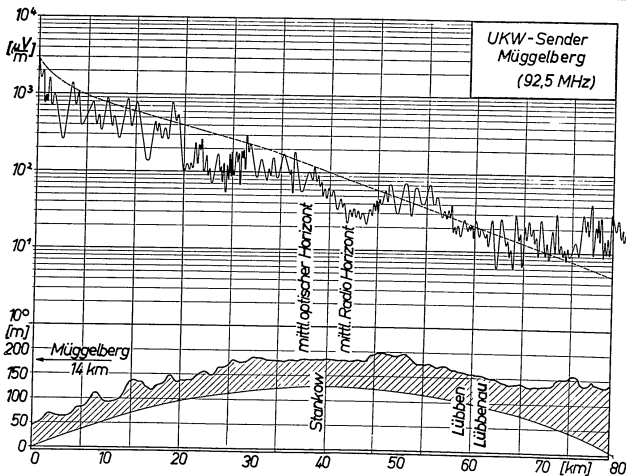


Bild 1. Feldstärkeverteilung des UKW-Senders Müggelberg (92,5 MHz) entlang der Autobahn in Richtung Dresden über flachem oder leicht hügeligem Gelände, theoretische Feldstärkekurve für ebene, homogene Erde gestrichelt. (Bodenprofil — in Richtung Dresden, Autobahn — Längensmaßstab 1 : 25 000, Überhöhenmaßstab 1 : 25 m)

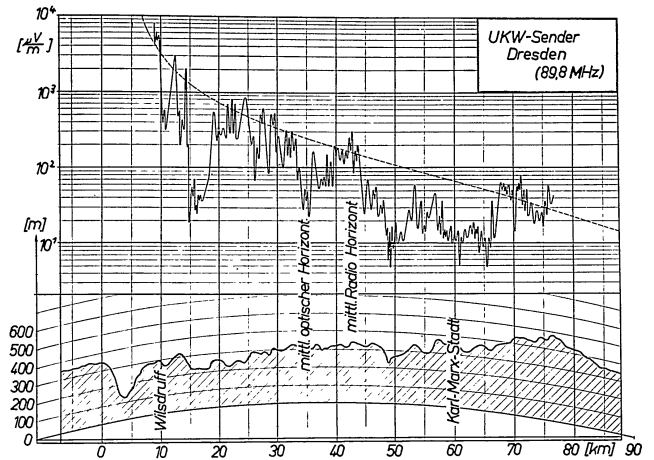


Bild 2. Feldstärkeverlauf des UKW-Senders Dresden (89,8 MHz) entlang der Autobahn in Richtung Karl-Marx-Stadt über leicht bergigem Gelände. (Bodenprofil — in Richtung Karl-Marx-Stadt, Autobahn — Längensmaßstab 1 : 20 000, Überhöhenmaßstab 1 : 60 m)

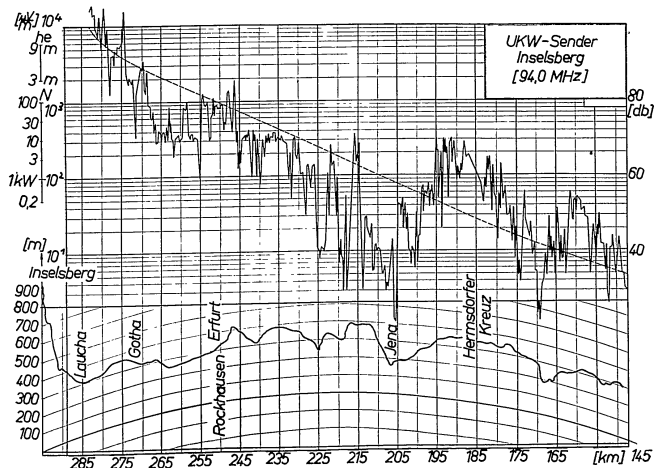


Bild 3. Feldstärkeverlauf des UKW-Senders Inselberg (94,0 MHz) entlang der Autobahn in Richtung Jena über bergigem Gelände. (Bodenprofil — in Richtung Jena, Autobahn — Längensmaßstab 1 : 30 000, Überhöhenmaßstab 1 : 45 m)

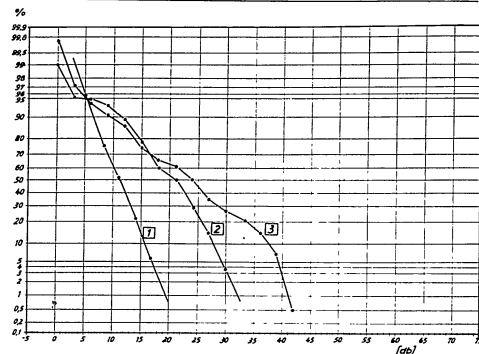


Bild 4. Amplitudenstatistik der entlang einzelner Profile genau den Bildern 1-3 gemessenen Feldstärkekurven zur Ermittlung der Ortstreuung der Feldstärke

von Orten ermittelt, an denen die gemessene Feldstärkekurve die angenommene Kurve überschreitet. Dieses Verfahren ergibt schließlich für verschiedene Abstände von der mittleren Feldstärkekurve verschiedene Prozentwerte. Es ist einleuchtend, daß der Prozentsatz der Orte, an denen die gemessene Feldstärkekurve oberhalb dieser angenommenen Kurve verläuft, entsprechend größer wird, je weiter man die angenommene Kurve von der Mittelkurve entfernt. Diese Form der sogenannten Amplitudenstatistik ist ein bei Ausbreitungsuntersuchungen häufig angewandtes Verfahren. Man trägt danach die für die einzelnen Feldstärkezustände von der Mittelkurve bestimmten Prozentwerte in „Wahrscheinlichkeitspapier“ ein und erhält in allen den Fällen, in denen sich die Feldstärkeschwankungen rein statistisch verhalten, eine Gerade. Meist findet man Ergebnisse, die mehr oder weniger stark von dem Verlauf einer solchen Geraden abweichen. Für die drei mitgeteilten Profile sind dies im „Wahrscheinlichkeitspapier“ eingetragenen Auswertungen aus dem Bild 4 ersichtlich.

Aus diesen Darstellungen läßt sich sehr leicht die Streuung zwischen dem Mittelwert und z. B. dem 10- oder 1%-Wert entnehmen. Dabei ergibt sich in unserem Beispiel für das erste Profil eine Streuung für den Wert zwischen 50 und 1% von 8 db. Beim zweiten Profil in leicht bergigem Gelände liegt die gleiche Streuung bereits bei 11 db und im Berglande erreicht die Streuung sogar 18 db. Diese Ortsstreuung ist für die Beurteilung der Flächenversorgung eines Gebietes von großer Bedeutung und gibt in sehr anschaulicher Weise einen Überblick über die im Gelände zu erwartenden Variationen der Empfangsfeldstärken. Auf die interessanten Unterschiede, die beim Benutzen von Frequenzen in verschiedenen Bändern auftreten, kann in diesem Zusammenhang nicht näher eingegangen werden. Es sei lediglich erwähnt, daß die Ortsstreuung der Feldstärke im allgemeinen mit zunehmender Frequenz ansteigt. Damit werden natürlich die Versorgungsfragen im topographisch stark gegliederten Gelände schwieriger.

**Biegung an Hindernissen**

Neben diesem Problem der örtlichen Streuung der Feldstärke bei verschiedenen Geländegestaltungen sind für die praktischen Ausbreitungsfragen im Gelände noch eine Fülle von Effekten wirksam, die beim Beurteilen des Feldes an einem bestimmten Punkte im Gelände von Bedeutung sein können. Hierbei sei auf die Frage der Empfangsfeldstärke hinter einem Hindernis kurz eingegangen. Es sind im Laufe der Zeit mathematische Berechnungsmethoden zum Ermitteln der Empfangsfeldstärke

hinter einem Hindernis entwickelt worden. Diese Verfahren haben für die theoretische Vorausbestimmung des Feldes entlang eines bestimmten Übertragungsweges in allen Fällen, in denen Messungen nicht möglich sind, eine große Bedeutung erlangt. Trotz der bei vielen Experimenten gefundenen guten Übereinstimmung zwischen den theoretischen Werten und den gemessenen Feldstärkekurven sind Fälle gefunden worden, in denen die Feldstärken hinter dem Hindernis ein Vielfaches der theoretisch ermittelten Werte betragen. Daß die Feldstärke hinter einem Hindernis höhere Werte erreichen kann als das ohne Hindernis der Fall wäre, ist eine bekannte Erscheinung.

Der Verlauf der Abschattungsämpfung bei verschiedenen Höhen des Hindernisses, das zwischen Sender und Empfänger getragene Höhenfaktor läßt sich aus einem Geländeschnitt des zu untersuchenden Profils leicht ermitteln. Der auf der Ordinate angegebene Abschattungsämpfungsfaktor wird mit der für glatte Erde vorausberechneten Feldstärke multipliziert. Dabei ist die Voraussetzung gemacht, daß es sich um eine scharfe, beugende Kante unendlicher Länge handelt, eine Forderung, die in der Natur immer nur annähernd erfüllt werden kann. Wenn die beugende Kante des Hindernisses gerade den direkten Strahl Sender-Empfänger tangiert (berührt), so beträgt die Empfangsfeldstärke genau die Hälfte der Feldstärke, die ohne Hindernis vorhanden wäre. Ragt das Hindernis stärker in den Funkweg hinein, so nimmt die Abschattungsämpfung im

Absolutwert  $a$  des Schwächungsfaktors als Funktion von  $v_0$

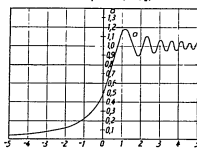


Bild 5. Verlauf des Abschattungs-faktors bei verschiedenem Höhenfaktor des zwischen Sender und Empfänger befindlichen Hindernisses

Normalfälle stark zu, wie aus dem unteren Kurvenverlauf ersichtlich ist. Mit zunehmender Freiheit des Übertragungsweges nimmt die Dämpfung ab, und der Abschattungs-faktor erreicht bei einer bestimmten Lage des Hindernisses im Übertragungswege einen Wert von annähernd 1,2. Dies bedeutet eine höhere Feldstärke als ohne die Anwesenheit des Hindernisses zwischen Sender und Empfänger zu erreichen wäre. Nun kommen auch in den Fällen, in denen das Hindernis weit in den direkten Funkstrahl hineinragt, Feldstärkerhöhungen zustande, die eine Übertragungseigenschaft einer Strecke sichern, deren Benutzung man ursprünglich für unmöglich gehalten hätte. Ein ganzes klassisches Beispiel hierfür bietet die zwischen Yukutat und Gustavus in Alaska über den 2900 m hohen Mount Fair Weather betriebene Strecke bei 38 MHz. Sie weist nicht nur ein Vielfaches der Empfangsfeldstärke auf, die bei glatter Erde vorhanden sein müßte, sondern setzt auch die zeitliche Schwankung der Feldstärken wesentlich herab. Man wird erkennen, von welcher großer Bedeutung derartige Effekte für Fernseh- und UKW-Rundfunkversorgungsfragen sind

**Kleinräumige Feldstärkeverteilung**

Für die zweckmäßigste Aufstellung einer UKW- oder Fernsehantenne ist das Problem der kleinräumigen Feldstärkeverteilung von besonderer Bedeutung, weshalb auf diesen Punkt hier kurz eingegangen wird. Diese kleinräumigen Untersuchungen des elektromagnetischen Feldes sind sehr aufschlußreich und interessant. Es sind daher von verschiedenen Autoren Ergebnisse über derartige Untersuchungen mitgeteilt worden. Auch bei diesem Problem läßt sich eine mangellose Abhängigkeit von der benutzten Frequenz feststellen. So nimmt z. B. die Dämpfung in Wäldern mit belaubten Bäumen in der in Bild 6 dargestellten Weise mit der Frequenz zu.

Es ist eine bekannte Erscheinung, daß die Dämpfung in Gebieten mit starken Laubwaldbeständen im Winter wesentlich kleiner ist als im Sommer, eine Folge der Dämpfung durch das Laub selbst. Um die Feldstärkeschwankungen auf kleinstem Raum zu untersuchen, wurden Messungen durchgeführt. In Bild 7 sind zwei Registrierungen in Waldgebieten wiedergegeben. Man sieht aus diesen Darstellungen — besonders bei der Messung inmitten eines Kiefernwaldes — die kräftigen Feldstärkeschwankungen um den Faktor 2 bis 10, während die

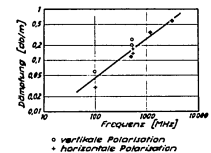


Bild 6. Dämpfungsfaktor in Abhängigkeit von der Frequenz nach Saxton und Lane

Feldänderungen auf der Autobahn wesentlich kleiner sind. Natürlich wird man in der Mehrzahl der Fälle eine Antenne so aufbauen, daß eine Beeinflussung durch Bäume nicht in demartigen Maße vorhanden ist; aber für den Fall, daß man keine andere Möglichkeit der Aufstellung hat, z. B. bei einer mobilen Anlage, ist es immerhin von Bedeutung zu wissen, daß eine nur geringfügige Ortsveränderung der Antenne wesentlich bessere Feldstärkeverhältnisse bringen kann. In Bild 8 ist ein Ausschnitt einer Registrierung innerhalb eines geschlossenen Stadtgebietes und außerhalb des Stadtgebietes auf einer Landstraße unter Verwendung des gleichen Senders wiedergegeben, wobei die kleinen Feldstärkeschwankungen durch unbelaubte Obstbäume beiderseits der Straßen hervorgerufen werden.

**Feldstärkeinterferenzen**

Beim langsamen Durchfahren von Autobahnbrücken kann man kräftige Feldstärkeinterferenzen beobachten, deren Intensität von der Form und dem zum Bau der Brücke verwendeten Material, sowie von dem Winkel, den der Funkstrahl mit der Brücke bildet, abhängt. Sehr ausgeprägte Interferenzfelder erhält man an solchen Autobahnbrücken, die senkrecht zum Funkstrahl liegen. Dann bildet sich eine von der Brücke reflektierte Welle aus, die sich mit der direkt vom Sender kommenden überlagert und so zu den Interferenzerscheinungen Anlaß gibt.

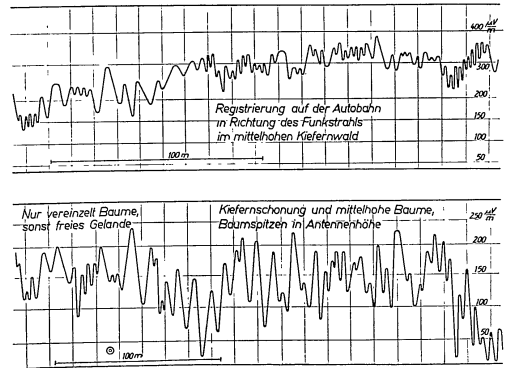


Bild 7. Feldstärkeregistrierung oben auf der Autobahn in Richtung des Funkstrahls in mittelhohem Kiefernwald unten: auf einem Waldweg bei mittelhohen Bäumen, Antenne etwas unterhalb der Baumspitzen

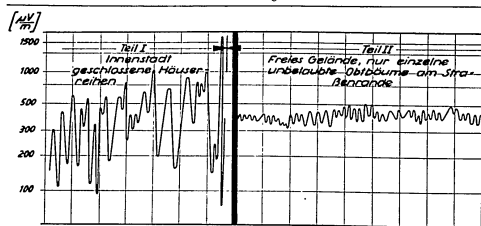


Bild 8. Ausschnitt einer Feldstärkeregistrierung eines UKW-Rundfunksenders innerhalb einer geschlossenen Ortschaft und auf einer Straße in freiem Gelände, behindertes der Straße umkleelte Obstbaum

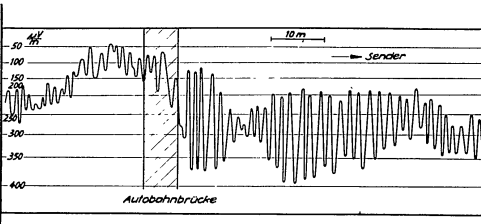


Bild 9. Feldstärkeverlauf in der Nähe einer Autobahnbrücke, Interferenzen, hervorgerufen durch die Überlagerungen zwischen dem direkten und dem von der Brücke reflektierten Strahl

Das Feld in der Nähe einer Autobahnbrücke wurde bei einem UKW-Rundfunksender ausgemessen. Die Ergebnisse sind in Bild 9 mitgeteilt. Führt man die Brücke vom Sender kommend langsam an, so finden sich bereits etwa 50 bis 90 m vor der Brücke die ersten kleineren Interferenzen.

Man erkennt aus der Abbildung, daß die Feldstärkeveränderungen den Faktor 3 erreichen können. Unter der Brücke bricht die Feldstärke stark ein, erreicht aber meist erst etwas hinter derselben ihre niedrigsten Werte. Erst in größerer Entfernung von der Brücke „erholt“ sich die Feldstärke wieder auf ihren ursprünglichen Wert. Ähnliche Effekte kann man an einzelnen Hochspannungslinien beobachten. Dieser Versuch hat besonders eindrucksvoll, weil man nicht ohne weiteres vermutet, daß drei einzelne Leitungen über einer Straße oder Autobahn ein derartiges Interferenzfeld hervorbringen können. Allerdings beträgt der Faktor der Feldänderungen hierbei selten mehr als 2 bei einer dreiphasigen Leitung, aber man sieht, daß

man einen derartigen Effekt beim Aufstellen einer Antenne nicht vernachlässigen darf. Es sei nebenbei erwähnt, daß auch für mobile Dienste, wie UKW-Autobahnfunk und ähnliches, die Berücksichtigung derartiger kleinräumiger Feldstärkeveränderungen bedeutungsvoll ist.

Vorstehender Aufsatz sollte einen kurzen Einblick in die Mannigfaltigkeit der Aufgaben und Probleme, die bei der Untersuchung der örtlichen Struktur elektromagnetischer Felder bestehen, geben. Die Untersuchung derartiger Fragen steht in engem Zusammenhang mit der Planung und dem Ausbau von UKW-Rundfunk und Fernsehnetzen und besitzt daher nicht nur akademisches, sondern maßgebliches praktisches Interesse. Die hier mitgeteilten Probleme und Ergebnisse stellen nur einen kleinen Teil des gesamten Fragenkomplexes der Ausbreitung ultrakurzer und Dezimeterwellen dar.



Postwerbeausstellung

Die DEUTSCHE POSTWERBUNG ist durch das NIPF beauftragt worden, eine Postwerbeausstellung zusammenzustellen. Zu diesem Zweck wurde in Leipzig eine Dienststelle geschaffen, deren Aufgabe es ist, das zur Verfügung gestellte Material in anschaulicher und beherbergender Form auf zusammenlegbaren Wänden und Schautafeln unterzubringen, damit von allen Dienstgewisigen der Deutschen Post ein Überblick über die geschichtliche Entwicklung bis zum jetzigen Stand für alle Bevölkerungskreise gegeben werden kann. (Aufn. Satszer, Leipzig)

Nachgedacht und aufgeschrieben:

Neonwerbung für die Deutsche Post

Von Rudolf NAGEL, Leipzig

Die moderne Werbung in aller Welt gibt sich mit der Tageswirksamkeit nicht zufrieden. Auch im nächtlichen Straßenverkehr soll noch geworben oder zum Besuch einer Gaststätte, eines Hotels usw. eingeladen werden. Ein millionfach bewährtes Nachwerbeinstrument ist das Neonlicht, dessen Hauptvorteile die Sparbarkeit im Energieverbrauch, die Konturanfälligkeit und damit gute Lesbarkeit, die Farbvielfalt und Farbkraft sowie die fast uneingeschränkte Formungsmöglichkeit sind. Diese ausgezeichneten Eigenschaften bewirken, daß die Städte der Welt ohne Neonlicht nicht mehr vorstellbar sind, ja, daß die nächtliche Hauptverkehrs- oder Vergnügungsstraße fast ausschließlich durch Neon ihr Gepräge erhält.

Einleitung

Die Produktion der Deutschen Demokratischen Republik schuf die Voraussetzungen dafür, daß auch bei uns eine großzügigen Anwendung des Neonlichtes nicht mehr im Wege steht. Besonders die Städte Berlin und Leipzig haben mit Hilfe einer ausgedehnten Pressenkampagne diese Werbemethode gefördert. Bestimmung für die positive Einstellung der BPP Leipzig zur gesteigerten Anwendung des Neonlichtes waren drei Gesichtspunkte:

1. Die Deutsche Post soll repräsentieren.
2. Die Deutsche Post soll werben.
3. Die Einrichtungen der Deutschen Post sollen auch bei Dunkelheit gekennzeichnet und gut auffindbar sein.

Es ist einleuchtend, daß das Schwergewicht im Bezirk Leipzig zunächst nur auf die Messstadt selbst gelegt werden konnte. Dies bedingt allein schon der das ganze Jahr hindurch während internationale und nationale Fremdenverkehr sowie die Tatsache, daß in Leipzig besonders viele postalische Institutionen über die normale Zeit hinaus abends oder nachts in Funktion sind.

Das MPF hat in dankenswerter Weise unsere Bemühungen unterstützt und der BPP ermöglicht, bereits bis zur Herbstmesse 1955 eine erste Aktion abzuschließen, die 1956 ihre Fortsetzung fand. Drei Fragen liegen nahe, die im folgenden kurz behandelt werden sollen: Was wurde getan? Wie waren die Erfahrungen? Was bleibt zu tun?

Was wurde getan?

Vor allem in Hinblick auf die Messe waren die Postämter der Innenstadt und die Hauptpostämter der Vorstädte mit Neonlichterleuchtungen versehen, nachdem dies schon früher bei den öffentlichen Telexstellen auf dem Markt und dem Hauptbahnhof geschehen war. Darüber hinaus wurde am Postamt C13 auf dem Karl-Marx-Platz ein erster Versuch zur dekorativen Werbung durch ein Neon-Posthorn unternommen.

Wie waren die Erfahrungen?

Der chronologische Ablauf der Bearbeitung in der BPP gestaltete sich folgendermaßen: Zunächst mußte für die Schriften der Text festgelegt werden. Für die später endgültig gewählte Kurzform „POST“ als Kennzeichnung unserer Ämter (Bild 1) sprachen folgende Erwägungen:

Da sich der Wortstamm in allen Welt Sprachen gleich, ist die Bezeichnung fast allen Ausländern verständlich. Die Kosten für die Kurzform sind nur etwa halb so hoch wie für die Bezeichnung „POSTAMT“, was bei den nach einer Faustformel errechneten Gesamtkosten von rd. 100.- DM je Meter Röhre eine beträchtliche Rolle spielt. Eine noch genauere Bezeichnung, wie z. B. „POSTAMT C1“ usw., ist entbehrlich, weil der Kunde nur in Ausnahmefällen daran interessiert ist, ein bestimmtes Postamt aufzusuchen.

Die nächsten Schritte waren die Fixierung des Anbringungs-ortes und die Wahl der Schrifttypen. Beides bedarf in Leipzig —

wie wohl auch anderen Ortes — der Zustimmung des Stadtplanungsamtes, die uneingeschränkt gewährt wurde. Beim Standort haben wir größten Wert darauf gelegt, daß die Schrift im Blickfeld des Hauptverkehrsstromes liegt und möglichst weitlin sichtbar ist, wobei wir bei Eckgrundstücken unter Umständen den Text an zwei Fronten anbrachten, um die unglückliche Lösung mit einem Hinweisfeld zu vermeiden. Wichtig ist die Feststellung, ob das Grundstück mit Wechselstrom versorgt wird, da sich andernfalls ein Umformer erforderlich macht. Des weiteren waren wir um harmonische Eingliederung in die Architektur des Gebäudes bemüht. Mit geringfügigen, durch die Umgebung bedingten Abweichungen haben wir uns bei allen Objekten für eine einheitliche Blockschrift entschieden. Nur ausnahmsweise dürfte eine Kursivschrift am Platze sein (Bild 2), wie in Leipzig z. B. an der Märchenwiese. (Das ist ein Stadtteil mit meist einstöckigen, schmucken Häuschen, Blumen- und schmalen Straßen, die nach Märchengestalten benannt sind. D. Red.) Im Entwurf ist darauf zu achten, daß innerhalb einer Höhe keine zu spitzen Buckel auftreten und daß — insbesondere bei bildlichen Darstellungen — keine sogenannten Lichtlocken entstehen. Dieser optische Eindruck bildet sich durch zu dichte Linienführung auf relativ kleinem Raum und das durch die gegenseitige Bestrahlung verursachte Verschwinden der Röhrenkonturen.



Bild 1. Genügend große Neonbuchstaben in Blockschrift sind weithin lesbar. (Aufn. Plathen, Leipzig)



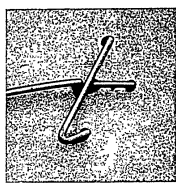
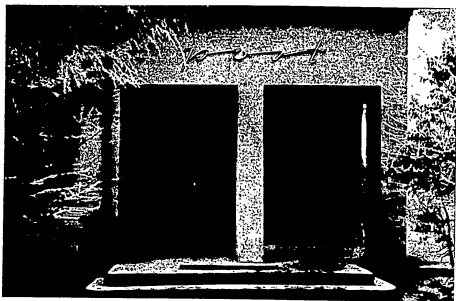


Bild 1. Kreuzende Röhren sollen geteilt werden (hier beim Kleinstabzeichen 1). (Aufn. Platten, Leipzig)

Bild 2. Nur in Ausnahmefällen wird eine Kurvschrift wirkungsvoll sein. (Aufn. Platten, Leipzig)

Ferner soll eine Röhre mit Rücksicht auf die mögliche seitliche Perspektive des Betrachters nicht von einer zweiten überbrückt werden (Bild 3). Um in der Ebene zu bleiben, ist die kreuzende Röhre besser zu teilen und mit geringem Abstand gegen die zu kreuzende zu stoßen.

Die Größe der Schrift ist ebenfalls von der Architektur abhängig sowie von der Entfernung, aus der sie lesbar sein soll. Sie liegt im allgemeinen zwischen 40 und 120 cm. Die Mindesthöhe der Typen von 20 cm kommt nur für Einrichtungen wie Fernsprechzellen oder -häuschen in Betracht. Das gleiche gilt für die Röhrenstärken, wobei für Schriftgrößen über 80 cm eine doppelte Röhre dringend anzuraten ist, um nicht ein mageres und ärmlich wirkendes Schriftbild zu erhalten. Lieferbar sind Röhren von 12-15-18-20-22-25 mm Stärke. Wegen vermehrter Defektanfälligkeit der schwachen Röhren ist zu empfehlen, auch bei geringer Schriftgröße nicht unter 18 mm Stärke zu bleiben. Dies gilt auch für Kurvschriften.

Die nächste Frage geht der Montageweise, die je nach der Situation individuell gelöst werden mußte. Am angenehmsten wirkt der frei auf Putz montierte plastische Buchstabe, der allerdings wie die in Ausnahmefällen anzuwendende gar nicht unterlegte Röhrenführung umfangreiche Stemmarbeiten für die unterlegte Kabelzuführung zu jeder einzelnen Röhre erforderlich macht, was u. U. durch die Nutzung der dahinterliegenden Räume aus finanziellen oder bauseitigen Gründen unmöglich wird. In solchen Fällen wurden die Typen auf eine im Putz zu streichende U-Schiene montiert, in deren Profil die Verbindungsleitungen zu verlegen waren. Nur wenn eine andere Lösung nicht gangbar war, wurde auf eine ein- oder zweisichtig zu bestellende Transparentplatte zurückgegriffen. Bei der Kürze des Wortes „POST“ steht einer an sich schwerer lesbaren vertikalen Anordnung der Buchstaben in geeigneten Fällen nichts entgegen (Bild 4).

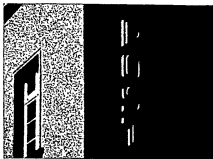


Bild 4. Das Wort „Post“ ist auch als vertikale Schriftzug gut lesbar.

Schließlich war über die Farbe zu entscheiden. Für die Röhre kam im Normalfall nur Postgelb in Frage, mit der Einschränkung, daß dort, wo der Fahrletrieb der Reichsbahn beeinflußt werden konnte (z. B. auf dem Bahnhof), Weiß gewählt wurde, weil sich Gelb ebenso wie Rot und Grün als Signalfarbe verbietet.

Problematischer war der Anstrich der plastischen Buchstaben, auf denen die relativ schmalen Röhren montiert sind. Zwei Momente waren hierbei zu beachten: Einmal sollte durch Reflektion bei brennender Röhre die Schrift massiver erscheinen, zum anderen sollten tagsüber die Schriftrohren nicht als ein erüchterndes technisches Gestell die Fassade verunstalten.

Nach reiflicher Überlegung wurden in den meisten Fällen Postgelb als Vorbehandlung des Röhrenlichtes sowie als Reflexfarbe und Kaffeebraun als Dämpfung und Kontrastfarbe für die Tageswirkung zu fungieren haben.

Als Experiment wurde am Postamt C 13 die Röhrenführung durch ein in Blech geschnittenes Posthorn verdeckelt, wodurch nicht nur die Konturen erleuchtet sind. Ein mit gelber Ölfarbe gestrichenes Wandfeld im Hintergrund soll den Kontrast erhöhen (Bild 5).

Bei der Montage muß in allen Fällen der nötige Wandabstand beachtet werden, um häßliche Schmutzwasserfahnen auf dem Putz oder auf der Wandverkleidung zu vermeiden. Die Hilfskonstruktion wird man immer durch Anstrich im Fassadenton unauffällig machen können.

Als Nachteil der Neonwerbung können eigentlich nur die Schwierigkeiten beim Ausfall einer Röhre genannt werden, durch den mitter die ganze Anlage vorübergehend außer Betrieb gesetzt werden muß. Ein Text, der — manchmal bis zur Lächerlichkeit — vorkrüppelt erscheint, ist keinesfalls zu dulden. Bei Schriften in größerer Höhe bedingen die langen Lieferfristen für Ersatzröhren zum Teil ein zweimaliges Einrüsten, wenn nicht die Demontage und Montage von einer Feuerwehrleiter aus möglich ist.

Was bleibt zu tun?

Wir sind dabei, neue Erfahrungen für die Deutsche Post zu sammeln und dabei neue Anwendungsmöglichkeiten und Effekte zu suchen. Im Zuge der Telexwerbung haben wir bereits mehrfach mit Blinkern gearbeitet. Da es sich bei den öffentlichen Telexstellen um eine neue Einrichtung handelt, deren Existenz man nicht unbedingt voraussetzen kann, betrachten wir dieses optische Zusatzmittel zur Neonwerbung für diesen Zweck als besonders geeignet. Als bestes Blinkintervall erwies sich die Zeit von einer Sekunde, die zumindest nicht unterschritten werden sollte.



Bild 5. Großzügige Leuchtreklame am Karl-Marx-Platz in Leipzig. Hinten das Fernmeldemast, vorn das Postamt C 13, rechts eine Industriefabrik am postelgen Gebäude (Aufn. Platten, Leipzig)

Über den Rahmen der kennzeichnenden Werbung hinaus erschließen sich Möglichkeiten für eine reklameartige Werbung an neutraler Stelle, wobei man aus wirtschaftlichen Gründen (Einsparung der Flächenmeter) selbstverständlich posteigene Grundstücke bevorzugen wird. An einer Wand des FMA Leipzig wurde daher kürzlich eine posteigene Werbung für moderne Nachrichtenmittel angebracht (Bild 5). In solchen Fällen kann in Form und Farbe von einer posttypischen Gestaltung ohne Bedenken abgewichen werden.

Das Schwergewicht der Neonwerbung der Deutschen Post wird jedoch in naher Zukunft zweifellos bei der Kennzeichnung liegen. Das Ziel kann nur Einheitlichkeit der Kennzeichen bei höchster Sicht- und Werbewirkung sein, praktisch also einheitliche Leuchtsymbole, einheitliche Leuchtbuchstaben, einheitliche Farbgebung verbunden mit technisch und gestalterisch geläufiger Konstruktion (Bild 6). Dazu sind außer der materiellen Grundlage nötig: Technische und verbetechnische Kenntnisse, Phantasie, Begeisterung und ein Spielraum von zwei Jahren zur praktischen Anwendung von Versuchen. Für Leipzig stehen in nächster Zeit auf dem Programm:

- a) Anwendung von roten Röhren für die Telexwerbung in Angleichung an die bisher gebräuchlichen roten Telexembleme,



Bild 7. Ein Neon-T, das sich langsam dreht, auf einer Doppelfernapparat am Neuen Rathaus in Leipzig. (Aufn. Platten, Leipzig)

- b) Nachtkennzeichnung von öffentlichen Fernsprechhäuschen im Stadtgebiet durch ein Neonsymbol (Bild 7 zeigt den ersten Versuch hierzu),
- c) Lichtkranz an der Traufe von Zeitungskiosken der Innenstadt,
- d) ein stilisiertes Posthorn als Kennzeichnung der PÄ an Stelle des Wortes „Post“.

Es ist zu wünschen, daß sich ein großer Kreis von Kollegen der Deutschen Post für diese schönen Aufgaben interessiert und sie mit besten Kräften unterstützt.



Bild 6. Auch eine solche Form für Leuchtreklame ist durchaus diskutabel. (Entwurf vom Verfasser)

Die schwedische Firma Erlanson hat ein gänzlich neues Modell für Tischapparate herausgebracht. Der Apparat hat keinen abnehmbaren Hörer mehr, sondern besteht aus einem elastischen Kamm und einem Kondensator, der nicht im Apparat, sondern in der Wandanschlußdose untergebracht ist. Die Wählscheibe befindet sich nicht auf der Unterseite des Apparates. In ihrer Mitte ist ein Druckknopf, der durch das Gewicht des Apparates beim Stehen auf dem Tisch hinunterdrückt wird und dadurch auf Transmissionsstellung schaltet. Um ein Gespräch zu führen, wird der ganze Apparat hochgenommen. Der Apparat ist leicht, hat eine elegante Form und wird in farbigen Ausführungen geliefert. Als besondere Vorteile werden ausgeführt: Der Apparat ist leichter als der übliche Handapparat, bessere Anwendung in jeder Lage des Benutzers, weil die Wählscheibe „zum Benutzen kommt“, geringer Platzbedarf auf dem Tisch.

# Unser LEXIKON

## Welpostverein

Es ist der Ausdruck für den organisierten Zusammenschluß von über 90 Ländern der Erde mit dem Ziel, den internationalen Postverkehr nach möglichst einheitlichen Regeln und Bedingungen durchzuführen.

Als in den fortgeschrittenen Industrieländern der innere Markt den Kapitalisten nicht mehr ausreichte und demzufolge die internationalen Handels- und Verkehrsbeziehungen sich immer weiter ausweiteten, ergab sich die Notwendigkeit, die unterschiedlichen Benutzungsbedingungen und Gebühren (insbesondere auch die Durchgangsgeldern) auf dem Gebiete des Postwesens in den einzelnen Ländern zu vereinheitlichen. Seit Beginn des 19. Jahrhunderts entstanden deshalb in mehreren Ländern Vorschläge für die Schaffung einer weltumspannenden postalischen Organisation. Nachdem bereits andere Vorschläge vorangegangen waren, wurde 1874 der allgemeine Postverein, später Welpostverein genannt, gegründet.

Der Welpostkongress ist das oberste Organ dieser Vereinigung. In der Zeit zwischen den Kongressen werden die Belange des Vereins durch eine Ausführungs- und Verbindungskommis-

sion sowie durch das Vereinsbüro in Bern vertreten. Außerdem hat die Regierung der Schweiz bestimmte Aufgaben übernommen, u. a. die Aufsichtspflicht über das Büro.

Alle Mitgliedstaaten des Welpostvereins haben die gleichen Rechte und Pflichten. Meinungsverschiedenheiten zwischen zwei oder mehreren Ländern, die Mitglieder des Vereins sind, werden durch ein Schiedsgericht geschlichtet. Die juristische Grundlage des Vereins ist der Welpostvertrag mit seinen Nebenabkommen. Der Beitritt zum Welpostvertrag dem Kernstück dieses Vertragssystems, der u. a. die grundsätzlichen Bestimmungen über die Organisation und Arbeitsweise des Welpostvereins enthält, ist für alle Mitglieder obligatorisch. Die Nebenabkommen, wie das Postpaketabkommen, das Wertbrief- und Wertkästchenabkommen, das Postnachnahmeabkommen u. a. brauchen hingegen nicht von allen Mitgliedstaaten ratifiziert zu werden.

Den Mitgliedern ist es darüber hinaus freigestellt, sich zu weiteren Vereinigungen untereinander zusammenzuschließen. Auf diese Weise ist es möglich, daß neben dem Welpostverein noch die Afrikanische Postunion, der skandinavische, der malayische Postverein u. a. bestehen.

## Adrema

Darunter versteht man Maschinen zum mechanischen Aufdruck häufig wiederholender, auf Druckplatten geprägter oder gedruckter Anschriften bzw. ähnlicher Schriftzüge.

Grundsätzlich muß zwischen der eigentlichen Druckmaschine und der Prägemaschine unterschieden werden. Im allgemeinen ist zu einer Druckmaschine eine Prägemaschine vorhanden. In größeren Anstalten sind die Druckmaschinen genügt jedoch unter normalen Verhältnissen eine Prägemaschine für mehrere Druckmaschinen. Das Adrema-System (mit Zinkplatten) setzt einen umfangreichen Plattenbestand voraus.

Entsprechend der Verschiedenartigkeit der Schriftträger unterscheidet man die Anstaltendruckmaschinen nach Systemen, die mit Zinkplatten, Papierschablonen oder Metallröhren mit Plättchen und Kartellkarten arbeiten. Die Maschinen werden vor allem für Post-, Pies- oder Blockdruck hergestellt. Es gibt sowohl Hand- als auch elektrische Druckmaschinen.

Adressiermaschinen werden seit 1914 im deutschen Post-

wesen benutzt. Ihre Verwendung ist sehr vielseitig. Die Post-schreckblätter bedrucken damit z. B. ihre Briefumschläge für Kontoaufträge u. a., Formblätter, Karteikarten, Belege im Dauerauftragsdienst. Für die Rundfunkstellen, die an das Sonderverfahren angeschlossen sind, werden zentral alle Rund-funktblätter gedruckt. Die im Telegraphenverkehr gebräuch-lichen Telegramme mit Kurzschriften können mit Hilfe der zum Bedrucken von Vorhängezetteln, Beutelfahnen, Ladelisten, Verpackungsumschüssen für Zeitungsbüros u. a. geeignet. Im tätigenfeld, z. B. zum Bedrucken von Formschreibrechnungen und Sammelblättern. Damit ist jedoch der Anwendungsbereich dieser Maschinen in Post- und Fernmeldewesen noch nicht erschöpft. Die angeführten Verwendungsmöglichkeiten stellen lediglich die typischen Beispiele dar.

Der rationelle Einsatz dieser maschinellen Hilfsmittel führt zur Kostensenkung, steigert die Arbeitsproduktivität und erleichtert die Arbeit.

einzelnen Geräten zur Erleichterung der körperlich schweren Arbeiten.

Rollenbahnen werden hauptsächlich für wägerechten Beförderung von Paketen und dergleichen verwendet. Sie bestehen aus einer Fahrbahn von nebeneinanderliegenden Walzen.

Man unterscheidet Rollenbahnen ohne Antrieb und solche mit Antrieb. Rollenbahnen ohne Antrieb müssen um einige Grad wirtsbewegung bewirkt. Neben stationären Rollenbahnen haben sich zum vielseitigen Einsatz transportable Rollenbahnen bewährt. Diese sind auf einem fahrbaren Gestell befestigt und können bei Bedarf an anderen Stellen eingesetzt werden. Der Einsatz solcher fahrbaren Rollenbahnen empfiehlt sich zur Beförderung an beliebigen Orten.

Stationäre Rollenbahnen helfen besonders in Paketumschlagstellen, die Sortierarbeit zu erleichtern. Die miteinander verbundenen Rollen werden meist von einem Motor angetrieben. Vor allem an Kurvenstellen sind angetriebene Rollenbahnen von Bedeutung; denn sie gewährleisten einen sicheren Übergang der Pakete in andere Richtungen.

## Förderbänder und Rollenbahnen

Förderbänder gehören zur Ausrüstung der mechanisierten Faktumschlingstellen. Sie bestehen aus einem angetriebenen endlosen Band und können stationär oder transportabel sein. Sie werden vorgezogen zur Überwindung von Entfernungen oder als sogenannte Steigebänder zur gleichzeitigen Überwindung von Höhenunterschieden angewandt.

Normale Förderbänder erlauben einen Steigewinkel bis zu 15°. Sind größere Höhenunterschiede zu überwinden, dann werden geriffelte oder mit sogenannten Altkennern versehene Bänder benutzt. Sie erlauben einen Steigewinkel bis zu 23°.

Zwischen zwei Gebäuden zur Verbindung angebrachte Förderbänder werden als Brückenbänder bezeichnet. Sie sind immer stationär angebracht und behindern in keiner Weise das Gelände.

Fahrbare Förderbänder erleichtern außerdem durch ihren vielseitigen Einsatz die Be- und Entladungsarbeiten in allen Postdienststellen. Sie gehören zu den bei der Kleinmechanisierung



Wir konsultieren den Betriebsarzt

## Kohlenoxydvergiftungen

*Kohlenoxyd - oder in der chemischen Schreibweise abgekürzt CO - ist ein praktisch geruch- und geschmackloses Gas, das bei unvollständigen Verbrennungsprozessen infolge ungenügender Sauerstoffzufuhr entsteht. Aus natürlichen Vorkommen (Erdfas, Grubengas) und nach technischer Herstellung (Generatorsgas, Ölfogas usw.) ist es in zahlreichen Gasgemischen enthalten, die in den Betrieben und im Haushalt (!) häufig vorkommen und verwendet werden. Die beim Verbrauch von Leuchtgas bestehende Vergiftungsgefahr ist dem modernen Menschen unserer Tage durchaus geläufig; auch sie beruht auf dem CO-Gehalt des Leuchtgases. Gefährlich wird das CO dadurch, daß es zum Beispiel aus einer defekten Gasleitung durch Zugluft in einen Raum eindringt und die in den darüberliegenden Räumen Arbeitenden entweder akut oder chronisch vergiftet, je nach der Konzentration des CO in der Atemluft.*

*Im Postdienst müssen als Gefahrenstellen Garagen (durch Lauflassen von Motoren bei geschlossenen Türen und Fenstern), Beheizungen zu vorübergehender Raumbeheizung und überhaupt schadhafte Öfen genannt werden. Fernmeldebauarbeiter können in Kellerräumen durch die Nähe defekter Gasleitungen und durch sonstige unbemerkte Ansammlung von CO gefährdet werden. Im Bahnbetrieb besteht bei sachgemäßer Bedienung des Zusatz-otens keine Gefahr, auch nicht während der Fahrt durch einen Tunnel; denn die Länge der in unserer Republik vorhandenen Tunnel ist nicht so groß, als daß sich im Tunnel gefährliche CO-Konzentrationen ansammeln könnten. Der Vollständigkeit halber sei angeführt, daß der Raucher einer gewissen Vergiftung mit CO ausgesetzt ist. Im damaligen Zentralinstitut für Sozial- und Arbeitshygiene wurden einige Untersuchungen darüber angestellt, wobei man zu erstaunlichen Ergebnissen gekommen ist. Die stärksten Zigarettenraucher weisen nämlich abends eine der Grenze der Vergiftungskonzentration bedenklich nahe kommende CO-Sättigung des Blutes auf. Bei einem Bericht über die CO-Vergiftung darf man diese Art der Vergiftung nicht unerwähnt lassen, so ungern der Raucher dies auch zur Kenntnis nehmen mag.*

*Das CO gelangt mit der Atemluft in die Lunge und tritt dort in den feinsten Lungenbläschen in das Blut über. Die vergiftende Wirkung des CO beruht in erster Linie darauf, daß es eine etwa 200- bis 300fach stärkere Bindung mit dem roten Blutfarbstoff eingeht als der Sauerstoff, der eigentlich durch den Körper transportiert werden sollte und den wir dringend für die Erhaltung des Lebens benötigen. Das CO verdrängt also den Sauerstoff aus dem Blut und verursacht je nach Konzentration und Dauer der Einwirkung auf den Körper zunehmende Vergiftungserscheinungen, Ohnmacht und schließlich den Tod.*

*Wegen der immerhin bestehenden Vergiftungsgefahr sollten nun kurz die Erscheinungen der Vergiftung beschrieben werden. Bei der akuten Vergiftung, d. h. bei einer einmaligen Einwirkung stärkerer CO-Konzentrationen, treten in erster Linie Kopfschmerzen auf. Es kommt dann sehr bald zum Verengen der Pupillen. Trotz erhaltenem Bewußtsein kann auch der Vergiftete nicht aus der ihm drohenden Luft entfernen, weil die Beine ihm den Dienst verweigern. Dieser Umstand führt dann dazu, daß der Vergiftete immer weiter der CO-haltigen Luft ausgesetzt ist und daß die Vergiftungserscheinungen zunehmen. Es kommt schließlich zur Bewußtlosigkeit. Wenn nicht frühzeitig von außen getrennt und für Frischluftzufuhr gesorgt wird, kann der Tod eintreten. Den verschiedenen Stadien der Vergiftung entspricht eine CO-Absättigung*

Der VEB Adreplattenfabrik, Berlin-Lichtenberg hat in seinem Fabrikationsprogramm neben der Herstellung von Adreplatten und deren Prägungen neuerdings auch die Fertigung von

## ADRESSIERMASCHINEN

ausgenommen. Es handelt sich dabei zuerst um Handdruck-apparate Modell HDA I und HDA II.

**HDA I** Seine Anwendung beschränkt sich auf reine Adressierungen in kleinerem Umfang. Er wird also im allgemeinen als kleine Spezialanlage zur Herstellung von Versandpapieren, Post- und Bahn-formularen eingesetzt

**HDA II** Dieses Modell ist zu einem vielseitig einsetzbaren Organisationsmittel für alle im gleichen Wortlaut wiederkehrenden Schreibarbeiten im Büro geworden. Besonders mit Hilfe von Zusatzeinrichtungen, wie endlose Listenführung, optische Plattenauswahl, automatischer Rollendruck und Formulauswerfer, ist die Möglichkeit geschaffen, organisatorische Aufgaben weisung zu lösen.

Der Betrieb ist bemüht, laufend sein Verkaufsprogramm zu erweitern. Es wurden u. a. eine elektrische Schnellplättelmaschine zum Prägen von Metall- und Kunststoff-Adreplatten und eine elektrische Druckmaschine für große Leistungsanforderung in Arbeit genommen. Die zuerst entwickelte Prägemaschine arbeitet mit einer handbetätigten elektromagnetischen Auslösung und mit automatischer Zeilenschaltung

## Arthur Müller

Fahrzeugfabrik  
Sayda/Erzgeb.  
Ruf 217

Seit 60 Jahren Lieferant der Deutschen Post

Wir stellen hier:  
Transportgeräte für den Bahnhofs- und Betriebsdienst  
Zustell- u. Lesezirkelwagen  
Handfahrgeräte für den Zeitungsvertrieb  
Schlitten

# Unser LEXIKON

## Welpostverein

Er ist der Ausdruck für den organisierten Zusammenschluß von über 90 Ländern der Erde mit dem Ziel, den internationalen Postverkehr nach möglichst einheitlichen Regeln und Bedingungen durchzuführen.

Als in den fortgeschrittenen Industrieländern der innere Markt den Kapitalisten nicht mehr ausreichte und demzufolge die internationalen Handels- und Verkehrsbeziehungen sich immer weiter ausdehnten, ergab sich die Notwendigkeit, die unterschiedlichen Benutzungsordnungen und Gebühren (insbesondere auch die Durchgangsgebühren) auf dem Gebiete des Postwesens in den einzelnen Ländern zu vereinheitlichen. Seit Beginn des 19. Jahrhunderts entstanden deshalb in mehreren Ländern Vorschläge für die Schaffung einer weltumspannenden postalischen Organisation. Nachdem bereits andere Versuche vorangegangen waren, wurde 1874 der allgemeine Postverein, später Welpostverein genannt, gegründet.

Der Welpostkongress ist das oberste Organ dieser Vereinigung. In der Zeit zwischen den Kongressen werden die Belange des Vereins durch eine Ausführungs- und Verbindungskommission sowie durch das Verbandsbüro in Bern vertreten. Außerdem hat die Regierung der Schweiz bestimmte Aufgaben übernommen, u. a. die Aufsichtspflicht über das Büro.

Alle Mitgliedsstaaten des Welpostvereins haben die gleichen Rechte und Pflichten. Meinungsverschiedenheiten zwischen zwei oder mehreren Ländern, die Mitglieder des Vereins sind, werden durch ein Schiedsgericht geschlichtet. Die juristische Grundlage des Vereins ist der Welpostvertrag mit seinen Nebenabkommen.

Der Beitritt zum Welpostvertrag, dem Kernstück dieses Vertragssystems, der u. a. die grundsätzlichen Bestimmungen über die Organisation und Arbeitsweise des Welpostvereins enthält, ist für alle Mitglieder obligatorisch. Die Nebenabkommen, wie das Postpaketabkommen, das Wertbrief- und Wertkartenabkommen, das Postnahmehabkommen u. a. brauchen hingegen nicht von allen Mitgliedsstaaten ratifiziert zu werden.

Den Mitgliedern ist es darüber hinaus freigestellt, sich zu weiteren Vereinigungen untereinander zusammenzuschließen. Auf diese Weise ist es erklärlich, daß neben dem Welpostverein noch die Afrikanische Postunion, der skandinavische, der malayische Postverein u. a. bestehen.

## Adrema

Darunter versteht man Maschinen zum mechanischen Aufdruck häufig wiederkehrender, auf Druckplatten geprägter oder gedruckter Anschriften bzw. ähnlicher Schriftsätze.

Grundsätzlich muß zwischen der eigentlichen Druckmaschine und der Prägemaschine unterschieden werden. Im allgemeinen ist zu einer Druckmaschine eine Prägemaschine vorhanden. In größeren Anschlagendruckereien genügt jedoch unter normalen Verhältnissen eine Prägemaschine für mehrere Druckmaschinen. Das Adrema-System (mit Zinkplatten) setzt einen umfangreichen Plattenbestand voraus.

Entsprechend der Verschiedenartigkeit der Schriftträger unterscheidet man die Anschlagendruckmaschinen nach Systemen, die mit Zinkplatten, Papierschablonen oder Metallabzügen mit Plättchen und Kartekarten arbeiten. Die Maschinen werden vor allem für Post-, Pica- oder Blockdruck hergestellt. Es gibt sowohl Hand- als auch elektrische Druckmaschinen.

Adressiermaschinen werden seit 1914 im deutschen Post-

wesen benutzt. Ihre Verwendung ist sehr vielseitig. Die Post-scheckämter bedrucken damit z. B. ihre Briefumschläge für Kontenansätze u. ä., Formblätter, Kartekarten, Belege im Daueranfragegedienste. Für die Rundfunkstellen, die an das Sendeverfahren angeschlossen sind, werden zentral alle Rundfunkgebühren-Quittungen mit den Anschriften der Rundfunkteilnehmer bedruckt. Die im Telegraphenverkehr gebräuchlichen Telegramme mit Kurzschriften können mit Hilfe der Anschlagendruckmaschinen mit der vollständigen Anschrift des Empfängers versehen werden. Ferner sind Adressiermaschinen zum Bedrucken von Vorbindesetzeln, Beauftragungen, Ladestellen, Verpackungsanschriften für Zeitungsbünde u. a. geeignet. Im Rechnungswesen besteht gleichfalls ein umfangreiches Bestimmungsfeld, z. B. zum Bedrucken von Formschreibungen und Sammelmaschinen. Damit ist jedoch der Anwendungsbereich dieser Maschinen im Post- und Formeldwesen noch nicht erschöpft. Die angeführten Verwendungsmöglichkeiten stellen lediglich die typischen Beispiele dar.

Der rasche Einsatz dieser maschinellen Hilfsmittel führt zur Kostensenkung, steigert die Arbeitsproduktivität und erleichtert die Arbeit.

einsetzbaren Geräten zur Erleichterung der körperlich schweren Arbeiten.

Rollenbahnen werden hauptsächlich zur waagerechten Beförderung von Paketen und dergleichen verwendet. Sie bestehen aus einer Fahrbahn von nebeneinanderliegenden Walzen.

Man unterscheidet Rollenbahnen ohne Antrieb und solche mit Antrieb. Rollenbahnen ohne Antrieb müssen um einige Grad geneigt sein, damit die Schwerkraft der Sendungen ihre Vorwärtsbewegung bewirkt. Neben stationären Rollenbahnen haben sich zum vielseitigen Einsatz transportable Rollenbahnen bewährt. Diese sind auf einem fahrbaren Gestell befestigt und können bei Bedarf an anderen Stellen eingesetzt werden. Der Einsatz solcher fahrbaren Rollenbahnen empfiehlt sich zur Beförderung und Entladung an beliebigen Orten.

Stationäre Rollenbahnen helfen besonders in Paketumschlagstellen, die Sortierarbeit zu erleichtern. Die miteinander verbundenen Rollen werden meist von einem Motor angetrieben. Vor allem an Kurvenstellen sind angetriebene Rollenbahnen von Bedeutung; denn sie gewährleisten einen sicheren Übergang der Pakete in andere Richtungen.

## Förderbänder und Rollenbahnen

Förderbänder gehören zur Ausrüstung der mechanisierten Paketumschlagstellen. Sie bestehen aus einem angetriebenen endlosen Band und können stationär oder transportabel sein. Sie werden waagrecht zur Überwindung von Entfernungen oder als geneigte Förderbänder zur gleichzeitigen Überwindung von Höhenniveaus eingesetzt.

Normale Förderbänder erlauben einen Steigungswinkel bis zu 15°. Sind größere Höhenunterschiede zu überwinden, die » werden gefaltete oder mit sogenannten Mischbahnen versehene Bänder benutzt. Sie erlauben einen Steigungswinkel bis zu 23°.

Zwischen zwei Gehäusen zur Verbindung angebrachte Förderbänder werden als Brückenbänder bezeichnet. Sie sind immer stationär angebracht und behindern in keiner Weise das Gelände.

Fahrbare Förderbänder erleichtern außerdem durch ihren vielseitigen Einsatz die Be- und Entladungsbearbeitung in allen Postdienststellen. Sie gehören zu den bei der Kleinmechanisierung



Wir konsultieren den Betriebsarzt

## Kohlenoxydvergiftungen

Kohlenoxyd — oder in der chemischen Schreibweise abgekürzt CO — ist ein praktisch geruch- und geschmackloses Gas, das bei unvollständigen Verbrennungsprozessen infolge ungenügender Sauerstoffzufuhr entsteht. Aus natürlichen Vorkommen (Erdgas, Grubengas) und nach technischer Herstellung (Generatargas, Gichtgas usw.) ist es in zahlreichen Gasgemischen enthalten, die in den Betrieben und im Haushalt (!) täglich vielfältig verwendet werden. Die beim Verbrauch von Leuchtgas bestehende Vergiftungsgefahr ist dem modernen Menschen unserer Tage durchaus geläufig; auch sie beruht auf dem CO-Gehalt des Leuchtgases. Gefährlich wird das CO dadurch, daß es zum Beispiel aus einer defekten Gasleitung durch Ziegelsteinmauern hindurchdringt und die in den darüberliegenden Räumen Arbeitenden entweder akut oder chronisch vergiftet, je nach der Konzentration des CO in der Atemluft.

Im Postdienst müssen alle Gasheizstellen (Garagen durch Laufmaschinen von Motoren bei geschlossenen Türen und Fenstern), Heizöfen für vorübergehender Raumbeheizung und überhaupt schadhafte Öfen genannt werden. Fernmeldewartarbeiter können in Kabelschächten durch die Nähe defekter Gasleitungen und durch sonstige unbemerkte Ansammlungen von CO gefährdet werden. Im Bahnpersonal besteht bei sachgemäßer Bedienung des Zugsatzes keine Gefahr, auch nicht während der Fahrt durch einen Tunnel; denn die Länge der in unserer Republik vorhandenen Tunnel ist nicht so groß, als daß sich im Tunnel gefährliche CO-Konzentrationen ansammeln könnten. Der Vollständigkeit halber sei angeführt, daß der Raucher einer gewissen Eigenvergiftung mit CO ausgesetzt ist. Im damaligen Zentralinstitut für Sozial- und Arbeitshygiene wurden einige Untersuchungen darüber angestellt, wobei man zu erstaunlichen Ergebnissen gekommen ist. Die stärkeren Zigarettenraucher weisen nämlich abends eine der Grenze der Vergiftungskonzentration bedenklich nahe kommende CO-Sättigung des Blutes auf. Bei einem Bericht über die CO-Vergiftung darf man diese Art der Vergiftung nicht unerwähnt lassen, so warnen der Raucher dies auch zur Kenntnis nehmen mag.

Das CO gelangt mit der Atemluft in die Lunge und tritt dort in den feinsten Lungenbläschen in das Blut über. Die vergiftende Wirkung des CO beruht in erster Linie darauf, daß es eine etwa 200- bis 300-fach stärkere Bindung mit dem roten Blutfarbstoff eintritt als der Sauerstoff, der eigentlich durch den Körper transportiert werden sollte und den wir dringend für die Erhaltung des Lebens benötigen. Das CO verdrängt also den Sauerstoff aus dem Blut und verursacht je nach Konzentration und Dauer der Einwirkung auf den Körper verschiedene Vergiftungserscheinungen, Ohnmacht und schließlich den Tod.

Wegen der immerhin bestehenden Vergiftungsgefahr sollen nun kurz die Erscheinungen der Vergiftung beschrieben werden. Bei der akuten Vergiftung, d. h. bei einer einmaligen Einwirkung stärkerer CO-Konzentrationen, treten in erster Linie Kopfschmerzen auf. Es kommt dann sehr bald zum Versagen der Muskelkraft. Trotz erhaltener Bewußtsein kann sich der Vergiftete nicht aus der ihn bedrohenden Luft entfernen, weil die Beine ihm den Dienst versagen. Dieser Umstand führt dann dazu, daß der Vergiftete immer weiter der CO-haltigen Luft ausgesetzt ist und daß die Vergiftungserscheinungen zunehmen. Es kommt schließlich zur Bewußtlosigkeit. Wenn nicht Hilfe von außen gebracht und für Frischluftzufuhr gesorgt wird, kann der Tod eintreten. Den vorbeschriebenen Stadien der Vergiftung entspricht eine CO-Abstättung

Der VEB Adreßplattenfabrik, Berlin-Lichtenberg hat in seinem Fabrikationsprogramm neben der Herstellung von Adreßplatten und deren Prägungen neuerdings auch die Fertigung von

## ADRESSIERMASCHINEN

aufgenommen. Es handelt sich dabei zuerst um Handdruck-apparate Modell HDA 1 und HDA II.

**HDA I** Seine Anwendung beschränkt sich auf reine Adressierungen in kleinerem Umfang. Er wird also im allgemeinen als kleine Spezialanlage zur Herstellung von Versandpapieren, Post- und Bahnformularen eingesetzt.

**HDA II** Dieses Modell ist zu einem vielseitig einsetzbaren Organisationsmittel für alle im gleichen Wortlaut wiederkehrenden Schreibarbeiten im Büro geworden. Besonders mit Hilfe von Zusatzeinrichtungen, wie endlose Lastenführung, optische Plattenauswahl, automatischer Rollendruck und Formularauswerler, ist die Möglichkeit geschaffen, organisatorische Aufgaben vielseitig zu lösen.

Der Betrieb ist bemüht, laufend sein Verkaufsprogramm zu erweitern. Es wurden u. a. eine elektrische Schnellprägemaschine zum Prägen von Metall- und Kunststoff-Adreßplatten und eine elektrische Druckmaschine für große Leistungsfähigkeit in Arbeit genommen. Die zuerst entwickelte Prägemaschine arbeitet mit einer handbetätigten elektromagnetischen Auslösung und mit automatischer Zeilenschaltung.

## Arthur Müller Fahrzeugfabrik Sayda/Erzgeb.

Ruf 217

Seit 60 Jahren Lieferant der Deutschen Post

Wir stellen her:

Transportgeräte für den Bahnhof- und Betriebsdienst  
Zustell- u. Lesezirkelwagen

Handfahrgeräte für den Zeitungsvertrieb

Schlitten

# Unser



## Weltpostverein

Er ist der Ausdruck für den organisierten Zusammenschluß von über 90 Ländern der Erde mit dem Ziel, den internationalen Postverkehr nach möglichst einheitlichen Regeln und Bedingungen durchzuführen.

Als in den fortgeschrittenen Industrieländern der innere Markt den Kapitalisten nicht mehr ausreichte und demzufolge die internationalen Handels- und Verkehrsbeziehungen sich immer weiter ausdehnten, ergab sich die Notwendigkeit, die unterschiedlichen Benutzungsordnungen und Gebühren (insbesondere auch die Durchgangsgeldern) auf dem Gebiete des Postwesens in den einzelnen Ländern zu vereinheitlichen. Seit Beginn des 19. Jahrhunderts entstanden deshalb in mehreren Ländern Vorschläge für die Schaffung einer weltumspannenden postalischen Organisation. Nachdem bereits andere Versuche vorangegangen waren, wurde 1874 der allgemeine Postverein, später Weltpostverein genannt, gegründet.

Der Weltpostkongreß ist das oberste Organ dieser Vereinigung. In der Zeit zwischen den Kongressen werden die Belange des Vereins durch eine Ausführungs- und Verbindungskommission

## Adrema

Darunter versteht man Maschinen zum mechanischen Aufdruck häufig wiederkehrender, auf Druckplatten geprägter oder gedruckter Anschriften bzw. ähnlicher Schriftsätze.

Grundsätzlich muß zwischen der eigentlichen Druckmaschine und der Prägemaschine unterschieden werden. Im allgemeinen sind die Druckmaschinen eine Prägemaschine vorhanden. In größeren Anstaltendruckereien genügt jedoch unter normalen Verhältnissen eine Prägemaschine für mehrere Druckmaschinen. Das Adrema-System (mit Zinkplatten) setzt einen umfangreichen Plattenbestand voraus.

Entsprechend der Verschiedenartigkeit der Schriftträger unterscheiden man die Anstaltendruckmaschinen nach Systemen, die mit Zinkplatten, Papierschablonen oder Metallrahmen mit Plättchen und Kartelkarten arbeiten. Die Maschinen werden vor allem für Post-, Plac- oder Blockschrift hergestellt. Es gibt sowohl Hand- als auch elektrische Druckmaschinen.

Adremaschinen werden seit 1914 im deutschen Post-

## Förderbänder und Rollenbahnen

Förderbänder gehören zur Ausrüstung der mechanisierten Paketumschlagstellen. Sie bestehen aus einem angetriebenen endlosen Band und können stationär oder transportabel sein. Sie werden waagrecht zur Überwindung von Entfernungen oder als sogenannte Steigebänder zur gleichzeitigen Überwindung von Höhenunterschieden angewandt.

Normale Förderbänder erlauben einen Steigewinkel bis zu 16°. Sind größere Höhenunterschiede zu überwinden, dann werden geriffelte oder mit sogenannten Mischformern versehene Bänder benutzt. Sie erlauben einen Steigewinkel bis zu 22°.

Zwischen zwei Gehäusen zur Verbindung angebrachte Förderbänder werden als Brückenbänder bezeichnet. Sie sind immer stationär angebracht und behindern in keiner Weise das Gelände.

Fahrbare Förderbänder erleichtern außerdem durch ihren vielseitigen Einsatz die Be- und Entladungsarbeiten in allen Postdienststellen. Sie gehören zu den bei der Kleinmechanisierung

des roten Blutfarbstoffes von 25%, etwa beim Ausreten deutlicher Vergiftungserscheinungen und von 50% bei der Ohnmacht; bei 60% kann der Tod eintreten.

Als Folge einer überstandenen akuten schweren CO-Vergiftung sind Gehirnerweichungen und andere Störungen des Zentralnervensystems bekannt, die auch als Spätfolgen auftreten.

Die chronische CO-Vergiftung entsteht dadurch, daß wiederholt kleinere Mengen von CO eingeatmet werden, die im einzelnen nur zu flüchtigen Vergiftungserscheinungen führen, aber durch die wiederholte Vergiftung ein außerordentlich wechsellodendes und schwindelgefühl und Schweißausbrüche. Typisch ist die Angabe der an einem durch Einwirkung kleinerer CO-Mengen gefährdeten Arbeitsplatz-Tätigen, daß nach dem Urlaub oder schon nach dem Wochenende keine Beschwerden bestehen, sondern daß die Erscheinungen erst nach der Wiederaufnahme der Berufsarbeit auftreten.

Der Nachweis von CO-Gasen ist leicht durch Gasspürgeräte möglich, die meist bei der Arbeitsschutzinspektion vorhanden sind. Wenn also in Betriebsstellungen Verdacht auf Verunreinigung der Atemluft durch CO vorliegt, so sollten die Verantwortlichen für den Arbeitsschutz unverzüglich die Nachprüfung mit dem Gasspürgerät veranlassen. Auch in Verwaltungsräumen kann dadurch eine Gefährdung entstehen, daß CO-haltige Abgase aus einem schließlichen Kamin in die Arbeitsräume gelangen.

Im übrigen muß zur Verhütung von beruflichen CO-Vergiftungen immer wieder auf die Beachtung der erlassenen Arbeitsschutzanordnungen hingewiesen werden.

Dr. Kollmorgen, Berlin



## Fachliteratur

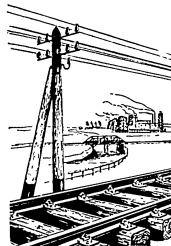
Postbeförderungsdienst. Von M. Erlor und W. Richter. Fachbuchverlag, Leipzig 1957. DIN O 5, 185 Seiten, 130 Bilder, kartoniert 0,30 DM. (Das Buch ist nur beim Zeitungsvertriebsamt, Außenstelle Leipzig, Abt. Handelsware, nicht aber im Buchhandel erhältlich.)

Den beiden Verfassern M. Erlor und W. Richter gebührt besonderer Dank dafür, daß sie trotz aller Hindernisse ihr Werk zu einem erfolgreichen Ende geführt haben!

Das Fachbuch schließt einen Teil der fühlbaren Lücke, die leider noch immer in der Reihe der Fachliteratur des Postwesens klafft. Vor allem die Kollegen Bahnpostfahrer werden in dem klug und betrieblich folgerichtig aufgebauten Buch ein wichtiges Hilfsmittel zum weiteren Verbessern und Vertiefen ihres Fachwissens finden. Aber auch den Beschäftigten des Bahnhofsdienstes, des Abfertigungsdienstes, des Entnahmedienstes und Landpostdiensten kann das Fachbuch manchen betrieblichen Vorgang erläutern und in seinen Zusammenhängen verständlich machen. Für den Postlehrling und Fachschüler gewährt es vor allem durch seine reiche Illustration und die vielen Muster von Formblättern usw. an Bedeutung.

Der Rolle der Eisenbahn im Postbeförderungsdienst entsprechend, ist der erste und umfangreichste Abschnitt dem Eisenbahnpostdienst gewidmet. Von den rechtlichen Grundlagen über die verwaltungsmäßige Gliederung bis zu den betrieblichen Einzelheiten ist alles anschaulich und leichtverständlich dargestellt worden. Weitere Abschnitte sind dann der Postbeförderung mit Kraftfahrzeugen, Schiffen, Flugzeugen und sonstigen Beförderungsmitteln gewidmet.

In einem Nachtrag konnten noch die während der Drucklegung eingetretene Neugliederung berücksichtigt werden, und das abschließende Literaturverzeichnis gibt Hinweise auf die Dienstwerke, Verfügungen und Mitteilungen, die dem Postbeförderungsdienst zugrunde liegen. Alles in allem ein wertvolles Fachbuch, das jeder interessierte Postler besitzen sollte. Töpfer

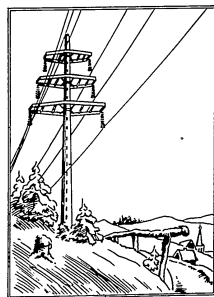


## HOLZSCHUTZ dient der WERTERHALTUNG!

Imprägnierung von Holzern aller Art nach dem Diffusions-Verfahren - Nachschutz von Fernmeldemasten, Schwellen, Kühltürmen und Wasserbauten - Beratung in allen Holzschutzfragen, Angebote, Prüfungen und Untersuchungen kostenlos und unverbindlich

## OSMOSE HOLZSCHUTZ

HEIDT FELD & FRANCKE KG.  
Berlin W 8, Wilhelmstraße 46 - Telefon Berlin 2114 63



Gesenschniede • Preß- u. Stanzwerk  
Spezialfabrik zur Fertigung von  
Isolatorenstützen für Post- und  
Fernmeldewesen

HUGO SOHR • Roßwein / Sa  
Ruf 136

## VEB Adreßplattenfabrik, Berlin-Lichtenberg

hat in seinem Fabrikationsprogramm neben der Herstellung von Adreßplatten und deren Prägungen neuerdings auch die Fertigung von

## ADRESSIERMASCHINEN

aufgenommen. Es handelt sich dabei zuerst um Handdruckapparate Modell HDA I und HDA II.

**HDA I** Seine Anwendung beschränkt sich auf reine Adressierungen in kleinerem Umfang. Er wird also im allgemeinen als kleine Spezialanlage zur Herstellung von Versandpapieren, Post- und Bahnformularen eingesetzt

**HDA II** Dieses Modell ist zu einem vielseitig einsetzbaren Organisationsmittel für alle im gleichen Wortlaut wiederkehrenden Schreibarbeiten im Büro geworden. Besonders mit Hilfe von Zusatzeinrichtungen, wie endlose Listenführung, optische Plattenauswahl, automatischer Rollendruck und Formularauswerfer, ist die Möglichkeit geschaffen, organisatorische Aufgaben vielseitig zu lösen.

Der Betrieb ist bemüht, laufend sein Verkaufsprogramm zu erweitern. Es wurden u. a. eine elektrische Schnellprägmaschine zum Prägen von Metall- und Kunststoff-Adreßplatten und eine elektrische Druckmaschine für große Leistungsanforderung in Arbeit genommen. Die zuerst entwickelte Prägemaschine arbeitet mit einer handbetätigten elektromagnetischen Auslösung und mit automatischer Zeilenschaltung

## Arthur Müller

Fahrzeugfabrik  
Sayda/Erzgeb.

Ruf 217

Seit 60 Jahren Lieferant  
der Deutschen Post

Wir stellen hier:  
Transportgeräte  
für den Bahnhofs- und Betriebsdienst

Zustell- u. Lesezirkelwagen

Handfahrgeräte  
für den Zeitungsvertrieb

Schlitten



Wasser, Wind  
und weiße Segel

Ein fotografisches  
Meisterwerk  
vom Spinnwebig  
zum Sternförmig

252 Seiten mit 183 zum Teil farbigen Fotos  
Ln. 14,50 DM • überall in Buchhandel

**Erlebte Tatra**

Junge Bergsteiger aus der DDR erleben die  
Schönheiten der polnischen Höhen Tatra. Sie  
erschließen sich den Zauber der Felsenwelt  
durch Besteigungen der Maggurawand, Szczyt,  
der Taternwand und anderer Gipfel. - Ein reich  
bebildertes Bergführerbuch von Eva-Ursula  
Richter. (Preis etwa 9,- DM, ersdatet in diesen  
Tagen im Buchhandel)

SPORTVERLAG BERLIN W 8

**VEB  
Gerätewerk Leipzig  
Leipzig W 34**

Straße des Komsomol 155  
Fernsprecher. 4 41 36  
Drantwort: Ereftegerate Leipzig



**REI**

- Feuermelde- und Alarmanlagen
- Signal- und Steuereinrichtungen
- Elektro-akustische Anlagen
- Bauelemente der Nachrichtentechnik
- Uhrenzentralen
- Konstatieruhren für Flugtaubensport

**Anke & Härtwig**

KARL-MARX-STADT  
Zschopauer Straße 184  
RUF 4 07 81

**Herstellung neuer Schalter-  
anlagen**

nach neuzeitlichen Richtlinien

**Schließfachanlagen**

und sonstige postalische Einrichtungen

**Stempel in Gummi und Metall**  
für jeglichen Postbedarf empfiehlt:



DRESDEN A 1  
Löbtauer Straße 64  
Ruf 4 00 00

**Unsere Fertigung:**

Dienststempel, Petschäfte, Büro- und  
Datumstempel. Weiterhin Stempelwaren,  
Walzen- und Bänderstempel, Paginier-  
maschinen, Schablonen, Typenkästen,  
Schilder in Kunststoff graviert und  
in Emaille, Stempelkissen und -farben

Reparatur von Apparaten



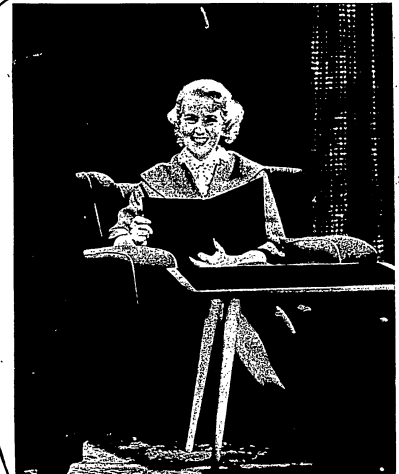
**Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen**  
HERAUSGEGEBEN VON DER DEUTSCHEN POSTWERBUNG

2. Jahrgang

Leipzig, Juli 1957

Heft 7

D  
I  
E  
D  
E  
U  
T  
S  
C  
H  
E



P  
O  
S  
T



Gumlstempel • Siegel • Gummdruckklischees  
Datumeingangsstempel • Sack- und Kisten-  
stempel • Namen-, Firmen- und Maschinen-  
schilder in Metall und Kunststoff  
Goldprägestempel • Petschafte • Kreis- und  
Längsteilungen • 'Artikelbedingtes Zubehör

VEB

### Stempel • Siegel u. Gravierung

Berlin C 2, Neue Schönhauser Straße 16

42 68 78 / 42 30 57



### R-F-T TELEFONVERSTÄRKER TV-021

Nennstromfluß 110/125/220 V 50 Hz / Leistungsaufnahme etwa 5 VA  
Röhrenbelegung 1 Stück RV 12 P 2020 / Verstärkungsfaktor etwa  
120 Nepen

#### UNSERE WEITEREN ERZEUGNISSE

- |                                 |                             |
|---------------------------------|-----------------------------|
| Elektronenstrahl-Oszillographen | Leuchtstrahl-Oszillographen |
| Einstrahl-Oszillographen        | 3-Schalen-Oszillographen    |
| Zweistrahl-Oszillographen       | 4-Schalen-Oszillographen    |
| Foto-elektr. Meßanordnungen     | 8-Schalen-Oszillographen    |
| Zeitmehrkörper                  | Blitzgeräte                 |
| Elektronenröhren                | Funkenblitzgeräte           |
| Elektronenröhren                | Leuchtstrahlbestöße         |



VEB MESSGERÄTEWERK ZWONITZ  
RUF ZWONITZ 195-198

#### UNSER FERTIGUNGSPROGRAMM:

### Wolfram- und Molybdän-Erzeugnisse

- |                  |                    |
|------------------|--------------------|
| Kontaktplättchen | Kontaktschrauben   |
| Kontaktbleche    | Stöbe              |
| Kontaktstifte    | Formteile • Bleche |

für Fernmeldegeräte, Nachrichtenwesen, Relais,  
Signalanlagen, Autoelektrik u. a. m.

Unsere weiteren  
Erzeugnisse:

### Oberflurstromgeber „APALO“

- Schleifleitungslose  
Stromzuführung für  
Krananlagen
- Trennschalter



### VEB Schaltgerätekwerk Werder

Werder/Havel, Eisenbahnstraße 31 • Ruf: 384, 432, 506

Stets gepflegt  
und erfrischt

- im Auto, im  
Flugzeug, per  
Rad -  
wen

MADELAINE

Erzeugnisse  
bei sich hat

EAU DE COLOGNE • LAVENDEL • EIS-EAU DE COLOGNE

#### INHALT

|                                                                                                                                                                                            |     |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| ULBRICHT: Unsere Fahrzeuge im Paketzustelldienst . . .                                                                                                                                     | 101 |
| GRADECKI: Fernsehen — dabei sein . . . . .                                                                                                                                                 | 160 |
| KISTENMACHER: Ein Trümmerberg + Initiative<br>— 28 Wohnungen . . . . .                                                                                                                     | 170 |
| GÖTTNER: Sind die Einrichtungen des Post- und Fern-<br>meldewesens im Kapitalismus staatliche Verwaltung<br>oder staatskapitalistisches Unternehmen? (Fortsetzung<br>und Schluß) . . . . . | 173 |
| FLÖTHER: Beschädigung von Fernmeldekabeln bei Erd-<br>arbeiten . . . . .                                                                                                                   | 179 |
| BEGRICH: Normung und Standardisierung — Aufgaben<br>der Deutschen Post? (Fortsetzung und Schluß) . . . . .                                                                                 | 181 |
| HOPPE: Allerlei über das Wort Telex und öffentliche<br>Telexstellen . . . . .                                                                                                              | 183 |
| WEBER/GROSSERT: Kassendienst und 45-Stunden-<br>Woche . . . . .                                                                                                                            | 187 |

Seite

# TSCHIE POST

## AS POST- UND FERNMELDEWESEN

ON DER DEUTSCHEN POSTWERBUNG

1957

Heft 7

#### ienst

in den Jahren nach dem Zusammenbruch hat die Deutsche Post  
sten Sinne des Begriffes einen Kundendienst darstellt. Um diesen  
schwierig zu erhalten, sind vor allem geeignete Kraftfahrzeuge not-  
dieser Arbeit kritisch betrachtet.

ständigen Anwachsens der Verkehrsdichte durch die Abgabe der  
Brennkraftmotoren der Gehalt an Kohlenoxyd (CO) die Atmo-  
sphäre unserer Großstädte vergiftet, so muß man sich gleich-  
zeitig Gedanken darüber machen, was für die Gesundheit der  
Großstadtmenschen getan werden soll. Bekanntlich erzeugt das  
Benzinfahrzeug beim Anfahren etwa 15% CO. Eine Anreicher-  
ung von CO im Blute bis zu 60% kann aber bereits tödlich  
wirken. Die Luftreinheit unserer Großstädte zur Abwehr neuer  
Seuchen erlangt heute gleiche Bedeutung wie die Kanalisation  
und Wasserreinigung der letzten Jahrzehnte des vergangenen  
Jahrhunderts. Das Elektrofahrzeug kann dabei einen sehr we-  
sentlichen Beitrag leisten, und es ist sicher, daß sich allein unter  
diesem Aspekt derartige Fahrzeuge auch in Zukunft im mo-  
dernen Großstadtverkehr rechtfertigen werden.

Die zum Antrieb von Elektrofahrzeugen verwendeten Gleich-  
strommotoren sind bei zweckmäßiger Ausführung ideale Fahr-  
zeug-Antriebsmaschinen. Ihr Wirkungsgrad liegt hoch. Ihre  
Zugkraft nimmt im Gegensatz zu der von Brennkraftmaschinen  
mit sinkender Drehzahl zu. Drehzahl und Zugkraft regeln sich  
selbst weitgehend von selbst. Sobald der Hauptstromkreis ge-  
schlossen wird, läuft der Elektromotor auch gegen erheblichen  
Rollwiderstand sicher an. Bis zur dreifachen Nennleistung sind  
Fahrzeug-Antriebsmotoren vorübergehend überlastbar. Da der  
Elektromotor systemgemäß nur so lange läuft, wie das Fahrzeug  
rollt, gibt es keinen Leerlauf. Verschleiß durch mechanischen  
Abrieb hin- und hergleitender Teile tritt nicht auf, weil der Motor  
nur ein einziges bewegliches Teil, den rotierenden Anker, besitzt.  
Der elektrotechnische Aufbau des Antriebs und der Steuerung  
ist denkbar einfach. Es werden keine lästigen Kupplungen zwi-  
schen Motor und Triebachse notwendig. Außerdem kann auf  
das Schaltgetriebe verzichtet werden, weil durch die Beein-  
flussung des Ankerstromes und durch Feldanregung eine vor-  
zügliche Drehzahlregelung erreicht wird. Bei einem Zwei-Mo-  
tor-Antrieb kann sogar das mechanische Differential entfallen,  
weil sich durch die elektrische Differentialwirkung der hinter-  
einandergeschalteten Hauptstrommotoren der gleiche Effekt  
einstellt.

Elektrische Fahrzeuge brauchen sich von anderen Nutzfah-  
rzeugen prinzipiell nur durch ihren Antrieb zu unterscheiden.  
Wenn trotz dieser Tatsache eine sehr augenscheinliche Elek-  
trifizierung gegenüber den Benzinwagen seit der Jahrhundert-  
wende auffällt, so ist die Ursache hierfür im wesentlichen  
folgende:

Dadurch, daß die Weiterentwicklung von Benzinfahrzeugen  
infolge laufend neuer Erkenntnisse auf dem Gebiete des Kraft-  
fahrzeugbaus um die Jahrhundertwende eine schnell fort-  
schreitende Verbesserung der Leistungswerte und eine be-  
merkenswerte Senkung des Kraftstoffverbrauches erfuhr, kam

Unser Titelbild, Frau Maria Kühne vom Deutschen Fernsehklub bei einer An-  
gabe. Links ist der Motor zu erkennen. (Zum Aufsatz „Fernsehen — dabei-  
sein“): (Aufw. Staatl. Rundfunkkomitee)



Gützelichen 381

Herausgegeben von der Deutschen Postwerbung, Redaktion „Die Deutsche  
Post“, Leipzig S 3, Gustav-Freytag-Str. 43-45, Fernsprecher 30805. Verant-  
wortlich: Hans Hille. Satz und Druck: VEB Graphische Werkstätten  
Leipzig III 18/97. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Deutsche Postwer-  
bung, Berlin C 2, Magasinstraße 8-11. Zur Zeit ist die Anzeigenspreisliste Nr. 1  
gültig. Die Zeitschrift „Die Deutsche Post“ erscheint monatlich einmal. Be-  
zugsbedingungen: Vorrangrecht für Postanghörige vierteljährlich 1,50 DM.  
Preis für andere Besteller vierteljährlich 2,40 DM. Bestellungen nehmen die  
zuständigen Postzustellungsvertriebe entgegen.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdrucke — auch auszugsweise — nur mit  
Genehmigung der Redaktion gestattet. Beiträge und Besprechungen mit  
voller Quellenangabe zulässig. Verantwortlich unter der Lizenznummer 4234  
des Amtes für Literatur und Verlagswesen der Deutschen Demokratischen  
Republik.



Gummistempel • Siegel • Gummidruckklischees  
Datumeingangsstempel • Sack- und Kisten-  
stempel • Namen-, Firmen- und Maschinen-  
schilder in Metall und Kunststoff  
Goldprägestempel • Petschafte • Kreis- und  
Längsteilungen • Artikelbedingtes Zubehör



VEB

### Stempel • Siegel u. Gravierung

Berlin C 2, Neue Schönhauser Straße 16  
42 68 78 | 42 30 57

#### UNSER FERTIGUNGSPROGRAMM:

### Wolfram- und Molybdän-Erzeugnisse

Kontaktplättchen    Kontaktschrauben  
Kontaktriete        Stäbe  
Kontaktstifte       Formteile • Bleche

für Fernmeldegeräte, Nachrichtenwesen, Relais,  
Signalanlagen, Autoelektrik u. a. m.



Unsere weiteren  
Erzeugnisse:

Oberflurstromgeber

„APALO“

Schleifleitunglose  
Stromzuführung für  
Krananlagen

Trennschalter

### VEB Schaltgerätekwerk Werder

Werder/Havel, Eisenbahnstraße 31 • Ruf: 384, 432, 506

# Akkumulatoren

stationär  
und transportabel

## Akkumulatorenfabrik

# Stohn & Co., K.G.

Taubenheim/Spree/OL.

Ruf: Neusalza-Spremberg 216

Telegrammschrift.

Stohnaku Taubenheim Oberlausitz

Lieferant der Deutschen Post  
und der Deutschen Reichsbahn



12/0085

Gegründet 1937



# DIE DEUTSCHE POST

ZEITSCHRIFT FÜR DAS POST- UND FERNMELDEWESEN

HERAUSGEBEN VON DER DEUTSCHEN POSTWERBUNG

2. Jahrgang

Leipzig, Juli 1957

Heft 7

## Unsere Fahrzeuge im Paketzustelldienst

Von Ing. Erich ULBRICHT, Berlin

Mit der Wiederaufnahme des Paketzustelldienstes in den Jahren nach dem Zusammenbruch hat die Deutsche Post eine Dienstleistung erneut eingerichtet, die im besten Sinne des Begriffes einen Kundendienst darstellt. Um diesen Dienstzweig wirtschaftlich zu gestalten und wirtschaftlich zu erhalten, sind vor allem geeignete Kraftfahrzeuge notwendig. Die bisher dafür verwendeten werden in dieser Arbeit kritisch betrachtet.

### Einleitung

Im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik sind täglich Zehntausende von Paketen zuzustellen. Während der Spitzenbelastungszeiten im Weltmeisters- und Neujahrsverkehr erreicht das Zustellgeschäft seinen Höhepunkt. Infolge des beachtlichen Umfangs und der grundsätzlichen Bedeutung der Ortpaketzustellung ist die Wirtschaftlichkeit dieser Fuhrleistung außerordentlich wichtig; denn die betrieblichen Aufwendungen müssen in einem optimalen Verhältnis zu den Erträgen stehen, damit die Gebühren eine ständig fallende Tendenz haben können.

### Gleislose Batteriefahrzeuge im Paketzustelldienst

Seit seinem ersten Auftreten im öffentlichen Straßenverkehr — etwa um das Jahr 1900 — hat das Elektrofahrzeug ständig an Bedeutung gewonnen. Die Postverwaltung war dabei Hauptverfechter und Pionier. Sie ersetzte in großstädtiger Weise Pferdewagen und Gespanne durch Elektrofahrzeuge. Im Jahre 1925 wurde der letzte Post-Pferdewagen aus dem Verkehr gezogen. Heute sind etwa 15% aller Postkraftwagen elektrisch angetrieben. Davon werden wiederum zwei Drittel im Paketzustelldienst eingesetzt. Der Rest sind Elektrotaxien im Umschlagdienst auf Bahnhöfen und Paketumschlagstellen (Pakum) bzw. Sonderfahrzeuge des Fernmehrdienstes.

Der Elektrowagen ist in vielen Punkten dem Kraftfahrzeug mit Antrieb durch Verbrennungsmaschinen überlegen. Allein die Geräuschlosigkeit und Sauberkeit sowie das abgasfreie Fahren sind erwünschte Vorzüge. Wenn man bedenkt, wie mit dem

ständig Anwachsen der Verkehrsdichte durch die Abgase der Brennkraftmotoren der Gehalt an Kohlenoxyd (CO) die Atmosphäre unserer Großstädte vergiftet, so muß man sich gleichzeitig Gedanken darüber machen, was für die Gesundheit der Großstadtmenschen getan werden soll. Bekanntlich erzeugt das Benzinfahrzeug beim Anfahren etwa 15% CO. Eine Anreicherung von CO im Blute bis zu 60% kann aber bereits tödlich wirken. Die Luftreinheit unserer Großstädte zur Abwehr neuer Seuchen erlangt heute gleiche Bedeutung wie die Kanalisation und Wasserreinigung der letzten Jahrzehnte des vergangenen Jahrhunderts. Das Elektrofahrzeug kann dabei einen sehr wesentlichen Beitrag leisten, und es ist sicher, daß sich allein unter diesem Aspekt derartige Fahrzeuge auch in Zukunft im modernen Großstadtverkehr rechtfertigen werden.

Die zum Antrieb von Elektrofahrzeugen verwendeten Gleichstrommotoren sind bei zweckmäßiger Ausführung ideale Fahrzeug-Antriebsmaschinen. Ihr Wirkungsgrad liegt hoch. Ihre Zugkraft nimmt im Gegensatz zu der von Brennkraftmaschinen mit sinkender Drehzahl zu. Drehzahl und Zugkraft regeln sich somit weitgehend von selbst. Sobald der Hauptstromkreis geschlossen wird, läuft der Elektromotor auch gegen erheblichen Rollwiderstand sicher an. Bis zur dreifachen Nennleistung sind Fahrzeug-Antriebsmotoren vorübergehend überlastbar. Da der Elektromotor systemgemäß nur so lange läuft, wie das Fahrzeug rollt, gibt es keinen Leerlauf. Verschleiß durch mechanischen Abrieb hin- und hergleitender Teile tritt nicht auf, weil der Motor nur ein einziges bewegliches Teil, den rotierenden Anker, besitzt. Der elektrotechnische Aufbau des Antriebs und der Steuerung ist denkbar einfach. Es werden keine lösbaren Kupplungen zwischen Motor und Triebachse notwendig. Außerdem kann auf das Schaltgetriebe verzichtet werden, weil durch die Beeinflussung des Ankerstromes und durch Feldanspannung eine verlustlose Drehzahlregelung erreicht wird. Bei einem Zwei-Motoren-Antrieb kann sogar das mechanische Differential entfallen, weil sich durch die elektrische Differentialwirkung der hintereinandergeschalteten Hauptstrommotore der gleiche Effekt einstellt.

Elektrische Fahrzeuge brauchen sich von anderen Nutzfahrzeugen prinzipiell nur durch ihren Antrieb zu unterscheiden. Wenn trotz dieser Tatsache eine sehr augenscheinliche Rückständigkeit gegenüber den Benzinwagen seit der Jahrhundertwende auffällig, so ist die Ursache hierfür im wesentlichen folgende:

Dadurch, daß die Weiterentwicklung von Benzinfahrzeugen infolge laufend neuer Erkenntnisse auf dem Gebiete des Kraftfahrzeugbaus um die Jahrhundertwende eine schnell fortschreitende Verbesserung der Leistungsbreite und eine bemerkenswerte Senkung des Kraftstoffverbrauches erfuhr, kam

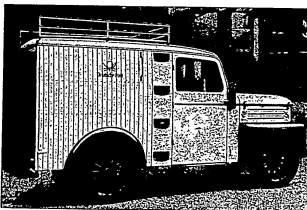


Bild 1. Elektrotrawen „Bergmann BEL 750“ mit moderner Karosserieform nach Generalüberholung des Fahrzeuges 1951

es zum Ausweiten des Anwendungsbereiches und damit zur Massenfertigung. Diese wiederum bedingte eine günstigere Preisgestaltung, als das die Kleinserienproduktion von Elektrofahrzeugen erlaubte. Wegen seiner bedingten Einsatzfähigkeit infolge der begrenzten Geschwindigkeit, seines vorgezeichneten Fahrbereiches und der geringen Steigleistung einerseits und der vergleichsweise höheren Herstellungskosten andererseits konnte sich das Elektrofahrzeug nicht durchsetzen!

Heute müssen daher neue Wege beschritten werden, um das Elektrofahrzeug leistungsmäßig den Forderungen unserer volkswirtschaftlichen Wirtschaft anzupassen.

**Gedanken zur Wirtschaftlichkeit des Elektro-Fuhrbetriebs**

Wenn man davon ausgeht, daß die Anschaffungskosten des Elektroautos um die Kosten der Batterie und des Ladegeräts vergleichsweise höher liegen als die von Nutzfahrzeugen der gleichen Größenordnung mit Antrieb durch Verbrennungsmotoren, so könnte man — oberflächlich betrachtet — geneigt sein anzunehmen, daß damit eine Entscheidung hinsichtlich der Bevorzugung einer Fahrzeuggattung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten möglich ist. Leider liegen die Verhältnisse nicht so einfach. Im Institut für Post- und Fernmeldewesen laufen zur Zeit Untersuchungen, die dazu dienen, das tatsächliche Verhältnis der Kosten für Elektro- und Benzinfahrzeuge zu ermitteln. Da das Ergebnis wertvolle Rückschlüsse zulassen und von allgemeinem Interesse sein wird, soll zu gegebener Zeit an dieser Stelle darüber berichtet werden. Es läßt sich aber schon jetzt mit Sicherheit behaupten, daß die Wirtschaftlichkeit richtig eingesetzter Elektrofahrzeuge nicht in Frage gestellt ist.

Gleislose Batteriefahrzeuge besitzen im allgemeinen eine hohe Lebensdauer, und es kann erfahrungsgemäß mit einer geringeren Reparaturanfälligkeit gerechnet werden. Die Aufwendungen für die Instandhaltung erhöhen sich vorfindlicherweise bei älteren Fahrzeugen. Ob die Grundinstandsetzung derartiger Fahrzeuge überhaupt noch gerechtfertigt werden kann, wird vom Verlässler bezweifelt.

Da in den Betrieben der Deutschen Post stationäre Ladegeräte in mehr oder weniger ausreichender Anzahl vorhanden sind, muß nicht mit jedem neuen Elektrofahrzeug der Ankauf eines weiteren Ladegeräts verbunden sein.

Der im Fahrbetrieb entladene Akkumulator kann mit der er-wählten Einrichtung auch durch eine Zwischen-Schnellladung in der Mittagszeit aufgeladen werden. Für eine Neuaufladung werden dagegen 5 bis 8 Stunden benötigt. Deshalb sollte dieses Ladegeräte zweckmäßigweise nachts erfolgen. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß auch die Stromkosten wesentlich geringer sind (Nachtstarif).

Der Fahrbereich von Elektrofahrzeugen beträgt im allgemeinen 30 bis 60 km und richtet sich nach der Größe der Antriebsbatterie. Da Akkumulatoren in Fahrzeugen nicht wesentlich schneller als innerhalb eines Zeitraumes von 2 bis 5 Stunden entladen werden sollen, liegt die Fahrzeug-Höchstgeschwindigkeit bei etwa 30 bis 40 km/h.

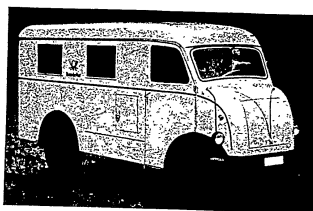


Bild 2. Elektrofahrzeug auf Fahrgestell Hansa Lloyd für 24 Nutzlast, Karosserie der Fa. Walter, Wabbeim

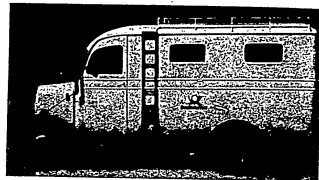


Bild 3. Elektrolastwagen „Bergmann BEL 2500“

Bei möglichem Batteriewechsel kann der Fahrbereich verdoppelt werden. Das bringt für den Betrieb zahlreiche Vorteile und bedeutet einen hohen Ausnutzungsgrad der Fahrzeuge. Wegen seiner vorzüglichen Startbereitschaft und des raschen Anzugesvermögens der verwendeten Hauptstrommotoren ist der Elektroswagen der schnellste aller Kurzstreckenläufer. Im Paketzustellendienst werden große Transportleistungen im Haus-zu-Haus-Verkehr verlangt, deshalb ist der Einsatz von Batterie-fahrzeugen durchaus sinnvoll und zweckentprechend.

**Nachteile des Betriebes mit Elektrofahrzeugen**

Die Nachteile werden besonders im Winter offensichtlich, wenn durch größeren Rollwiderstand infolge unsauberer, schneebedeckter Fahrbahnen und durch Absinken der Batteriespannung bei tiefen Außentemperaturen der ohnehin begrenzte Aktionsradius weiterhin verringert wird. Die Tatsache, daß Steigungen über 5% kaum befahren werden können, und daß dies auch bei kräftiger Auslegung der Motoren und Herauspressen der Entladestromstärke der Batterien nicht geändert werden kann, ist ausschlaggebend für den Anwendungsbereich gleisloser Batteriefahrzeuge.

**Größenordnung der Fahrzeuge und ihre posttypischen Karosserien**

Außer den Fahrzeugen vom Typ „Bergmann BEL 750“ mit 0,750 bzw. 1 t Nutzlast (Bild 1) gehören der „Hansa Lloyd EH 2“ und der „Bergmann BEL 2500“ (Bilder 2 und 3) zu den Fahrzeugen der Zustellkraftwagen. Nach 1945 sind Führersitzkarren der Typen „EK 2002 DLF“ und „DLF II“ (Bilder 4 und 5) und ein Elektrolastwagen „ELA 2“ mit 2-Batterien-Antrieb für 1,5 t Nutzlast (Bild 6) vom VEB LEW „Hans Deimler“, Hennigsdorf, serienmäßig gebaut worden. Während sich die Elektro-Führersitzkarren mit Doppelführersitzen an den Wagensitzen im allgemeinen gut bewährt haben, kann das vom letztgenannten Fahrzeug nicht behauptet werden.

Bei den Wagenaufbauten des „ELA 2“ wurde erstmalig bei einem Teil der Fahrzeuglieferungen eine Schiebetür angebracht (Bild 7). Diese bietet den Vorteil, daß das Öffnen vor dem Zurückstoßen an die Ladestelle entfällt. Darüber hinaus werden Beschädigungen der geöffneten Tür vermieden, und es kann an alle Rampen herangefahren werden, ohne daß die Tür stört.

Die Betriebserfahrungen, die im Laufe der Jahre mit Elektrofahrzeugen im Paketzustellendienst gesammelt werden konnten, versetzen die Entwicklungs-Ingenieure heute in die Lage, einen modernen Kraftwagen zu bauen. Die Forderung nach einem derart wirtschaftlichen und allen Betriebsanforderungen entsprechenden Elektroswagen wird von den Betreibern immer wieder und völlig zu Recht erhoben.

**Konstruktionsgrundsätze für den Neubau von Elektrofahrzeugen**

Die Typenvergrößerung muß auch beim Neubau von Elektrofahrzeugen beachtet werden. Es ist dies nach Ansicht des Verfassers z. B. dadurch möglich, daß ausgeweitete und bewährte Fahrgestell-Konstruktionen unserer volkswirtschaftlichen

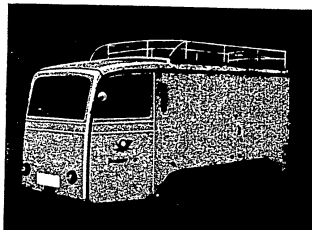


Bild 4. Elektro-Führersitzkarren „EK 2002 DLF“, LEW „Hans Deimler“, Hennigsdorf

Industrie benutzt werden. An Stelle der Verbrennungsmaschinen kann ohne weiteres ein Elektromotor für den Fahrzeugantrieb treten. Unter Zuhilfenahme serienmäßig vorhandener Aggregate (Antriebsbatterie, Schaltaggregate usw.) läßt sich die Installation des elektrischen Kraftantriebs in einfacher Weise und mit vertretbarem Aufwand bewerkstelligen. Wenn man die Nenn-drehzahl der verwendeten Hauptstrommotoren erhöht und die Batteriekapazität entsprechend wählt, ist es in gewissem Umfang sogar möglich, die Fahrgeschwindigkeit heraufzusetzen. Dieser Möglichkeit sollte angesichts der ständig wachsenden Verkehrsichte und der heraufgesetzten zulässigen Höchstgeschwindigkeit in geschlossenen Ortschaften besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Ein modernes Elektrofahrzeug muß sich in Zukunft ebenfalls in den Verkehr einordnen und darf nicht durch zu geringe Geschwindigkeit verkehrsbehindernd sein. Für die Regelung der Fahrgeschwindigkeit sollte man sich eines stufenlosen Fahrhalters bedienen, der eine Drehzahlregelung ohne Leistungsverluste von Null bis zur Höchst-drehzahl gestattet. Die Konstruktion derartiger Fahrhalter ist abgeschlossen, und die Prüffeld- und praktischen Versuchsergebnisse zeigen, daß einer reihenweisen Verwendung nichts entgegensteht. Da diese stufenlose Drehzahlregelung durch Fußbetätigung erfolgen kann, entstehen dem Fahrpersonal erstrebenswerte Vorteile bei der Bedienung des Elektroautos. Die Gestaltung der Aufbauten hat sich ausschließlich den Betriebsanforderungen anzupassen, wobei sich im Hinblick auf den Einsatz solcher Fahrzeuge für den Behälterverkehr eine Mehrzweckverwendung ergibt. Der Vorteil, der für die Lagerhaltung von Ersatzteilen durch einen solchen Lösungsvorschlag entsteht, ist in seiner volkswirtschaftlichen Bedeutung nicht zu unterschätzen.

Die technischen Konzeptionen für den Elektroswagen-Neubau sind somit vollständig, und es bedarf zu ihrer Verwirklichung nur noch, eine Reihe von Verfahrenfragen zu klären.

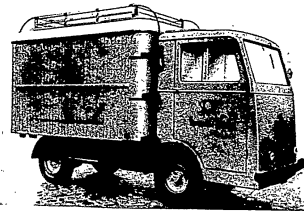


Bild 5. Elektro-Führersitzkarren „DLF II“ mit Kofferaufbau

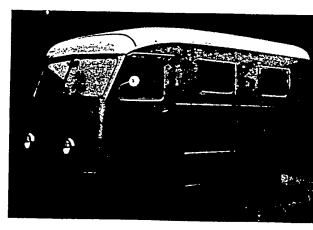


Bild 6. Elektrolastwagen „ELA 2“, LEW „Hans Deimler“, Hennigsdorf

**Bisherige Zustellfahrzeuge in bergigem Gelände**

Für die Zustellung von Paketsendungen wird die Wahl geeigneter Fahrzeuge überall dort wesentlich schwerer, wo der Elektroswagen wegen seiner begrenzten Steigleistung nicht eingesetzt werden kann. Den Haus-zu-Haus-Verkehr führt man seit vielen Jahren mit Benzinfahrzeugen aus, die eine Spitzen-geschwindigkeit von 80 km/h und mehr entwickeln. Wagen mit Vierzylindermotoren oder mit größeren Maschinen bewirken durch ihren Leerlauf und die ungünstigen Betriebsbedingungen einen sehr hohen Kraftstoffverbrauch. Wenn man bedenkt, daß z. B. ein Phänomen-Landkraftwagen im Zustelldienst 35 und 40 l Benzin pro 100 km verbraucht, so steht die Unwirtschaftlichkeit des Einsatzes solcher Fahrzeuge fest. Von einer rentablen Betriebsgestaltung kann dann nicht die Rede sein, wenn der Ausnutzungsgrad der Maschinenleistung unvorteilhaft ist. Die Tatsache, daß in geschlossenen Ortschaften die Geschwindigkeits-grenze für Kraftfahrzeuge mit 80 km/h festgesetzt ist und der Umstand, daß man beim Haus-zu-Haus-Verkehr die durch das Fahrzeug erreichbare Höchstgeschwindigkeit nicht einmal annähernd ausnutzen kann, drängt sich die Überlegung auf, ob Nutzfahrzeuge mit ihren Eigenschaften als Straßenfahrzeuge im Zubringerdienst nicht völlig falsch am Platze sind.

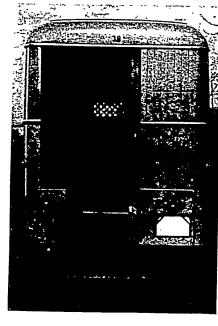


Bild 7. Elektrolastwagen „ELA 2“ (Schiebetür zum Ladern). Die Tür-verbretterung wird durch einen Türflügel ersetzt, der nach innen schwenkt



Lösungsvorschläge für geeignetere Zustellfahrzeuge in bergigen Gelände

Beim Auswerten dieser Erkenntnisse muß einem Kraftfahrzeug der Vorzug gegeben werden, das bei einer noch ausreichenden Höchstgeschwindigkeit von etwa 40 bis 50 km/h große freie Zugkräfte entwickelt. Beim Anfahren an Steigungen werden für das vollbeladene Kraftfahrzeug große Beschleunigungskräfte erforderlich. Auf eine überhöhte Geschwindigkeit muß - wie bereits ausgeführt wurde - beim Haus-zu-Haus-Verkehr kein Wert gelegt werden. Das gestattet die Verschiebung von Kraft und Geschwindigkeit innerhalb einer gegebenen Leistungseinheit zugunsten der Kraft. Man ist in der Lage, die Verhältnisse im Kraftwagen durch zweckmäßige Getriebe-Ubersetzungen so zu beeinflussen, daß dem Vorzugsgesetzten entsprochen wird. Dabei kann eine weitaus kleinere Antriebsleistung ausreichen, die sich durch zwei oder höchstens drei Arbeitszylinder aufbringen läßt.

Die anzustrebenden Verhältnisse sind in einem Fahrleistungsschaubild dargestellt (Bild 8). Aus dem Kurvenverlauf dieses Normal-Fahrzustands-Diagrammes ist ersichtlich, daß die Höchstgeschwindigkeit des Fahrzeuges einerseits nur bei etwa 45 km/h liegt und andererseits aber Steigungen bis zu ungefähr 25% befahren werden können. Den besonderen Betriebsbedingungen im Paketzustellendienst würde damit weitaus besser gegniet, als das z. B. mit normalen Straßenfahrzeugen z. Z. der Fall ist. Bei dieser graphischen Darstellung handelt es sich allerdings nur um ein Prinzipbild, das die gewünschten Merkmale des Kraftfahrzeugs widerspiegelt.

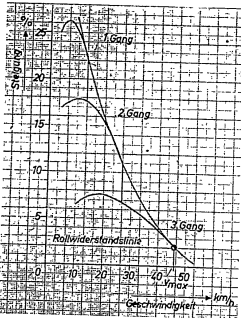


Bild 8. Fahrleistungsschaubild

Die Entwicklung wird also bei dieser Sachlage dahin gelenkt werden müssen, daß eine umfassende Betriebsverbesserung möglich ist. Nur durch den Einsatz demart zweckdienlicher Fahrzeuge wird es möglich sein, der Forderung nach einer rentablen Betriebsgestaltung voll zu entsprechen.

Nach 68 Jahren...

Zur Geschichte der Bildelektrophie

1848 ließ sich Dakewelt (Großbritannien) einen „Kopiertelegraphen“ patentieren, der die Grundlage für die Konstruktion der heutigen Faksimile-Apparate bildet. Sein Gerät arbeitete mit einer Trommel, um die die abzutastende Nachricht gelegt wurde. Diese - oder auch eine Zeitung - wurde entweder mit Isolierlack auf eine Metallfolie oder mit einem scharfen Stift, mit dem das Metall freigelegt wurde, auf eine lacküberzogene Folie geschrieben. Die Wiedergabe erfolgte auf chemisch behandeltem Papier.

Ende der zwanziger Jahre ermöglichten die Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet der Photozellen, der Elektronik und der Quarzstrahlte sowie das Vorhandensein geeigneter Übertragungskanäle eine Bildübertragung beschlicher Güte. 1928 stellte das Post-Office den Zeitungen Vierdrähtleitungen zur Verfügung, die mit Bell- oder Bell-Bildelektrophieapparaten betrieben wurden. Im folgenden Jahr lief der Bildelektrophie-Dienst mit Gegenstellen auf dem Festland unter Verwendung von Siemens-Karolus-Geräten an. Nach der Zerstörung des Original-Bildgeräts im 2. Weltkrieg wurde der Verkehr 1948 mit einem neuen Muirhead-Gerät wieder eröffnet. Bei dem heutigen weitverbreiteten Bildelektrophiedienst wird für die Funkübertragung nach Übersee die Frequenzmodulation verwendet.

H. Graf (Auszug aus The Post Office Electrical Engineers' Journal 49, 1956, Heft 3, S. 171-172.)

Seltene deutsche Sonderstempel nach 1945

Unter den mehr als 3000 deutschen Sonderstempeln der Nachkriegszeit ragen einige als besonders Seltenheiten hervor. Die meisten stammen aus dem Gebiet der damaligen sowjetischen Besatzungszone.

Merkwürdigerweise gehört der erste Sonderstempel nach dem Kriege nicht zu den Nordräten, und immerhin etwa 550 000 Abschlüsse von ihm erfolgten. Es ist ein Gummistempel anlässlich der Ausstellung „Der neue Weg“ in Hannover mit dem feststehenden Datum des 17. 10. 1945 (Bild 1). - Besonders selten aber ist der kleine Einkreisstempel „KULTURTAG 2.-9. DEZ. 48. NAUMBURG/S.“, mit dem die Marken der ersten Ausgabe der Provinz Sachsen entwertet wurden (Bild 2). - Das Jahr 1946 brachte zur 1. Leipziger Friedensmesse vom 8.-12. Mai die vier Sondermarken aus in einem markierten Großblock mit beschrifteten, wurden nur wenige Stempelmarken glückliche Besitzer dieses Sonderstempels sahen. Die Sektion Philatelie in der Deutschen Demokratischen Republik zählt aber allein rund 80 000 Mitglieder. Ebenfalls im Jahre 1946 kamen zwei seltene Stempel vom Vereinigungsparteitag heraus. Auf dem Stempel „GOTHA 6.-7. IV. 1946 SPD KPD“ sieht man zwei sich fassende Hände (Bild 4). - Das Sonderpostamt im Kurhaus Dresden-Bühnen benutzte am 7. April einen Gummistempel: „Vereinigungsparteitag KPD/SPD Sachsen 7. 4. 1946 Dresden-Bühnen zur Sozialistischen Einheitspartei“ (Bild 5). Dieser Gummistempel nutzte sich so schnell ab, daß er nur wenige Stunden verwendet werden konnte. Die Abdrücke sind undeutlich - Das Postamt Chemnitz 4 versah sich am 10. August 1946 ab einige Tage lang die eingehenden und nach sächsischen Orten gerichteten Briefe mit einem Gummistenstempel in roter Farbe: „Wählt die SED, die Partei des Volkes“ (Bild 6). - Zur Großhändler Messer wurde beim Postamt NW 7 ein Sonderstempel mit der Inschrift „BERLIN Brüder, in einmütigen die Hände! 1. Mai 1946“ (Bild 7) verwendet. Er wurde nach



3 Stunden verboten und zurückgegeben, wiew er vom Kontrollrat nicht genehmigt worden war. - Frankenberg benutzte nur am 11. April 1946, dem Tage der Volkseinkaufskasse, einen entsprechenden Stempel, mit dem auch die Frankfurter Aufdruckmarken entwertet wurden (Bild 8). - Im Jahre 1947 erschienen vier besondere seltene Stempel, zunächst der vom 7. März: „Deutscher Frauentag Berlin 7.-9. März 1947 für den Frieden“ (Bild 9). - Am 1. und 2. April fand die 2. Landeskongress des FDGB in Chemnitz statt. Das Sonderpostamt führte einen Stempel mit zwei verschieblichen Händen im Bild und dem Text: „(106) OHEM. NITZ 1 FODB 1 u. 2. April 1947 2. Landeskongress Sachsen“ (Bild 10). Da der Stempel vorher nicht angekündigt worden war und auch erst sehr spät unter den Sammlern bekannt wurde, sind nur noch wenige Erinnerungstücke von Kongresszeitnehmern vorhanden. Bedarfspotential aber ist äußerst selten. - Der erste sprachliche Sonderstempel wurde zur Zwei-Jahres-Ausstellung der amerikanischen Militärregierung benutzt: „BIENNIAL EXPOSITION U. S. MILITARY GOVERNMENT 1946 BERLIN 11.-27. 7. 1947/1947 U. S. MILITARY GOVERNMENT ZWEIJAHRIG-AUSSTELLUNG“ (Bild 11). - Eine interessante Geschichte hat dann wieder der Sonderstempel zum SED-Parteitag in Dresden: „2. LANDESPARTEITAG DER SED 11.-13. SEPTEMBER 1947 DRESDEN-N. 15. D. L. SACHSEN“ (Bild 12). Nur zwei Stunden war er in Gebrauch. Dann wurde er verboten, weil er die unzulässige Bezeichnung „D. L.“ (Bundesland) führte. Diese Buchstaben wurden entfernt, an ihre Stelle setzte man drei Punkte, und der Stempel durfte weiterverwendet werden. - In den nächsten Jahren treffen wir nur noch zwei besonders seltene Stempel an. Vom 18.-21. 6. 1948 tagte der Börsenverein der Buchhändler in Konstanz. Auch dieser Sonderstempel war nur zwei Stunden in Benutzung. Er hat einen Durchmesser von 40 mm, zeigt das Stadtwappen und eine Stadtsicht von Konstanz und trägt die Unterschrift: „HAUPTVERSAMMLUNG DES BÜCHERHÄNDLERS DER BUCHHÄNDLER“ (Bild 13). 1949 ist das Jahr der Katastrophenstempel von Prüm in der Eifel. Dort sollte im Juli ein internationales Schachturnier beginnen. Der Sonderstempel zeigt im Bild Schachbrett, Springer und Läufer und den Text: „Internationales Schachturnier vom 25. 7.-7. 8. 1949“ (Bild 14). Er wurde am 15. Juli mittags in Gebrauch genommen. Etwa 500 Poststempel stempelte man bis 19 Uhr damit. Kurz vor Schlußzeit ließ sich ein Sammler noch 100-150 Briefe mit diesem Stempel versehen. Zwei Stunden später explodierte auf dem Katernberg ein Munitionslager. Dadurch wurde auch das in der Nähe gelegene Postamt völlig zerstört. Erst nach langer Zeit fand man unter Trümmern bei Aufklärungs- und Aufbauarbeiten den Kopf des Sonderstempels, der sofort an die OPD Trier abgeliefert wurde. Von den bedarfsmäßig ausgegebenen Briefen werden nur einzelne Stücke erhalten geblieben sein. So beschränkt sich die Zahl der vorhandenen Stempel auf kaum 100 bis 200. Damit ist wahrscheinlich Prüm der seltenste Katastrophenstempel der Zahl nach der seltenste Sonderstempel nach 1945. Leider sind die Abdrücke durchwegs sehr schwach. - Die kurze Aufstellung sollte zeigen, daß nicht nur Briefmarken, sondern auch Stempel ihre oft hochinteressante Geschichte haben.

Curt Paul, Karl-Marx-Stadt



„Fernsehen — dabei sein“

Von Hans GRADECKI, Berlin

Immer häufiger liest man in den Städten unserer Republik die Werbung „Fernsehen — dabei sein“. Man bleibt vor einem Fachgeschäft stehen, in dessen Schaufenster ein Fernsehempfänger vorgestellt wird, und falls man es noch nicht ist, wird man zumindest für kurze Zeit „Fernsehbekannter“.

Nachdem das Fernsehen der jüngste Zweig der Nachrichtentechnik der Deutschen Post wurde, ist es eine Selbstverständlichkeit, daß auch diejenigen Postangehörigen, die nicht in diesem Fachgebiet arbeiten, in großen Zügen über die Fernsehtechnik und den Ablauf einer Sendung „im Bild“ sein wollen.

Grundsätzlich ist festzustellen, daß zwei verschiedene Institutionen an einer Sendung beteiligt sind: 1. der Deutsche Fernsehfunk und 2. die Deutsche Post.

Dem Deutschen Fernsehfunk obliegt die Programmgestaltung, während die Deutsche Post für die gesamte Technik von der Kamera bis zum Sender verantwortlich ist.

Verweilen wir zunächst einige Augenblicke beim Deutschen Fernsehfunk: Bereits Wochen bevor eine Fernsehsendung als Originalübertragung z. B. aus dem Fernsehstudio Adlershof abgebrocht werden soll, werden vom Deutschen Fernsehfunk in den entsprechenden Fachabteilungen Programm-Vorlesprochungen durchgeführt.

Die Künstler haben ihre Rollen studiert und sich mit den Regieanweisungen vertraut gemacht.

Nunmehr beginnt das Probe. Wenn dies auch zunächst ohne Kostüme und Masken durchgeführt wird, so setzt jedoch hier schon die Technik und damit das Aufgabengebiet der Deutschen Post ein. Und damit

zeigt sich bereits ein wesentlicher Unterschied zu den Proben des „normalen“ Theaters.

Mitten im Theaterraum (Bild 1), fernschmähig Studio genannt, bzw. an den Seiten werden Kameras aufgestellt, die je nach Umfang der aufzunehmenden Handlung stückzahlmäßig begrenzt sind (Bild 2). Diese Kameras haben die Aufgabe, das optisch erfaßte Bild durch eine raffiniert entwickelte Technik in elektrische Impulse umzuformen, die — wie wir später sehen werden — über weitere technische Einrichtungen hochfrequent bis zum Empfänger gelangen, um dort abermals umgewandelt das Bild im Fernsehempfängergerät zu erzeugen.

Die Kamera als das technische „Auge“ ist ein sehr kompliziertes Gerät, das mit einer Bildaufnahmerröhre (Ikonskop, Orthikon, Superorthikon usw.) sowie einer Vielzahl von Schalt- und Röhren ausgerüstet ist. Der dem Sucher beim Fotoapparat entsprechende Einblick des Kameramannes am Gerät zeigt ihm auf einem Bildschirm, welchen Szenenausschnitt er gerade in seinem Objektiv erfaßt hat.

Vor dem Regisseur liegt das Drehbuch; an den auf Bild 4 sichtbaren Pulten befinden sich die verschiedensten Einstellmöglichkeiten für Bild und Ton. Auf dem Kamerazugpult im Hintergrund sehen wir eine Anzahl von Bildschirmen, die je mit einer Kamera in Verbindung stehen und das von der Kamera aufgenommene Bild in der Regiezentrale wiedergeben.

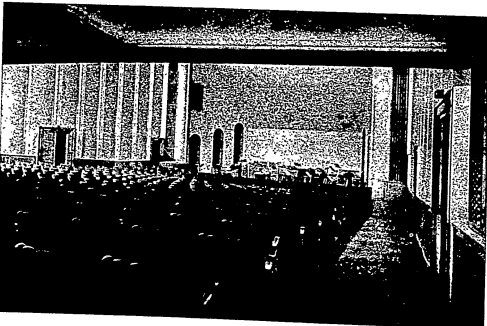
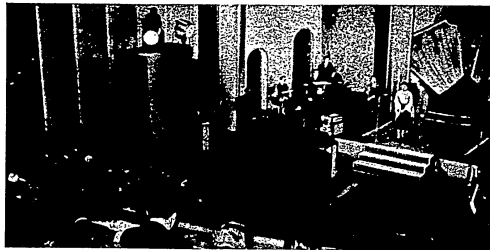


Bild 1. Blick in den großen Theateraal des Deutschen Fernsehstudios (Aufn. Staatl. Rundfunkkomitee)

Bild 2. Die große Theateraal des Deutschen Fernsehstudios während einer öffentlichen Veranstaltung (Aufn. Staatl. Rundfunkkomitee)



ten als auch die Kameraführer. Damit ist er in der Lage, jede gewünschte Bildeinstellung zu erhalten, um aus der Vielzahl der Bilder auf den Bildschirmen in der Regiezentrale das dem Drehbuch am meisten entsprechende auszuwählen oder — wie der Fachmann sagt — „herauszuschneiden“.

Er hat hier auch die Möglichkeit, das Überblenden von einer zur anderen Kamera vorzunehmen. Ähnlich wie mit den Bildeinrichtungen verhält es sich mit dem Ton.

An einem sogenannten Mikrofonpult, das ist eine Einrichtung, die man mit einer Angelrute zu vergleichen geneigt ist, hängt an der Spitze ein Mikrofon, das den Bewegungen der Schauspieler folgt. Es wird von einem Mitarbeiter (Mikrofonassistent) bedient. Wie die Kamera ist auch dieses Gerät fahrbar und mit Gummibereifung versehen, um alle Nebengeräusche zu vermeiden. Der Tonmeister in der Regiezentrale gibt Anweisungen, wohn das Mikrofon zu fahren ist, so daß die verschiedensten Effekte entsprechend den Vorschriften des Drehbuches erzielt werden.

Eine weitere Frage: Viele Postangehörige haben schon die Fernsehansagerinnen auf dem Bildschirm sprechen sehen (s. Titelbild) und sich dabei vielleicht gefragt, wober die Ansagerin eigentlich weiß, wann sie „drauf“ ist. Dazu ist zu sagen, daß selbstverständlich für die Ansage eine Kontrollrichtung geschaffen ist, die unsichtbar für die Fernsehbekommer der Ansagerin den Ablauf des Programms anzeigt. Nehmen wir an, ein Spielfilm hat das Ende erreicht, so sieht die Ansagerin das Ende des Films auf ihrem Kontrollgerät, dem sogenannten Monitor. Sie sieht auf diesem Kontrollgerät ebenfalls, daß sie nunmehr selbst durch eine Kamera in das Bild gebracht wurde und bekommt von dem Kameramann das Zeichen zum Sprechbeginn.

Nachdem wir uns vom Studio getrennt haben, gehen wir in den Hauptschaltstraßenraum und sehen dort an einigen Kontrollpulten die Techniker und Ingenieure sitzen, die für die technisch einwandfreie Hinausgabe der Sendung verantwortlich sind. Von diesen Mitarbeitern können nochmals das Bild und der Ton kontrolliert, also z. B. Helligkeitswerte eingestellt und Tonsendungen eingeregelt werden.

Die hochwertigen, komplizierten Geräte, die in der Impulszentrale eingesetzt sind (Takgeber, Kontrollinstrumente, Oszillographen usw.), stellen eigentlich jedes für sich ein kleines technisches Wunder dar. Wir können uns allerdings hier im Hauptschaltstraßenraum mit den vielen technischen Einrichtungen nicht auseinandersetzen.

Wenn die technische Qualität der Sendung einwandfrei feststeht und — sofern nötig — geringfügige Korrekturen getroffen wurden, geht die Bild- und Tonmodulation weiter an die zentrale

Dezimeterstelle im Turm in Adlershof. Als Übertragungsweg hierfür werden Kabel benutzt. Die Dezimeterstelle, ebenfalls ein Teil der Deutschen Post, übernimmt das vom Hauptschaltstraßenraum ankommende Signal und gibt es auf einen Dezimeterstrahl aus. Dieser Sender setzt das ankommende Signal noch einmal um und überträgt es als Modulation seines ausgestrahlten Trägers zur ersten Relaisstelle bzw. zum Sender, falls es sich um einen Sender in Berlin handelt. Bei der ersten Relaisstelle wird das ankommende Signal empfangen, von dem Empfänger verstärkt, an einen neuen Dezimeterstrahl weitergegeben und zur nächsten bzw. den weiteren Relaisstellen abgestrahlt. Schließlich gelangt das hochfrequente Signal für Bild und Ton an die Endstelle, d. h. an den Standort des Senders. Dort wird das Signal letztendlich empfangen und dem Ton- bzw. Bildsender zugeführt.

Woran erkennen wir rein äußerlich eine Relaisstelle? Die großen tellerförmigen, senkrecht abgerichteten Antennen sind die untrüglichen Kennzeichen. Im Gegensatz zu normalen bekannten Antennenformen finden wir hier dem gleichen Zweck dienende Parabolantennen unterschiedlicher Größe. Die Spiegeldurchmesser betragen in der Regel 1 1/2, bis 2 1/2 m für das Ton-signal und 2 1/2, oder 4 m für das Bildsignal. Die Spiegel sind in ankommender und abgehender Richtung über Kabel mit den dazugehörigen Empfängern und Sendern verbunden. Die Relaisstelle ist ebenfalls ein Glied des Arbeitsgebietes Fernsehen, das zur Deutschen Post gehört. Selbstverständlich gibt es auf diesen Relaisstellen Meßgeräte verschiedener Art und Kontrollrichtungen, um die Qualität der ankommenden Sendung zu prüfen. Die dort tätigen Mitarbeiter tragen eine sehr große Verantwortung, denn von ihrer anderen Arbeitsweise hängt mit ab, wieviel die am Sender ankommende Qualität der Modula-



Bild 3. Szeneneinstellung (Nahaufnahme), (Aufn. Werkfoto Peter, Fernseh-Zentrum)

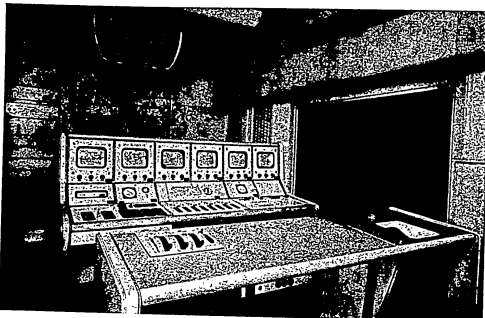


Bild 4. Blick in die Regierzentrale (Auff. Staatl. Rundfunkzentrale)

tion dem Fernsehteilnehmer über den Sender zum Empfang zugemutet werden kann.

Da die Dezimeter-Relaisstellen in der Regel recht einsam liegen, ist die Dienstleistung sehr erschwert. Es ist den Beschäftigten häufig kaum die Möglichkeit gegeben, infolge der Abgeschiedenheit am kulturellen Leben teilzunehmen.

Da eine Dezimeterstation mit einer Eigenstromversorgung ausgerüstet ist, um im Störfall des Überlandnetzes nicht auszufallen und die Fernsehleistung zu unterbrechen, ist eine Selbstverständlichkeit. Die Öffnung der Spiegel zeigt in die Richtung, aus der entweder das Signal kommt oder in die es weitergeleitet wird. Die Entfernung der Relaisstellen untereinander liegt im Mittel bei 45 km.

Betreten wir nunmehr eine Fernsehstation, so sehen wir dort zunächst die gleichen Einrichtungen, wie sie auch eine Relaisstelle aufweist. Wir erkennen je einen Richtfunkempfänger für den Ton und für das Bild. Von dort führen Kabel zu einem Schältpult, an dem die ankommende Bildmodulation regeneriert werden kann, d. h. die Signale werden nochmals verstärkt und möglichst auf ihren Ursprungswert gebracht. Von diesem Kontrollpult aus, das auch die Überwachungsanlagen für den Fernsehbildsender enthält, werden Vorgänge am Bild- und Tonsender beobachtet. Das vom Dezimeterempfänger aufgenommene Signal durchläuft die verschiedenen Stufen des Senders und wird endlich von Ton- und Bildsender über eine Antenneneinrichtung (Diplexer) einer gemeinsamen Antenne zugeführt.

Es gibt verschiedene Antennenformen. Am bekanntesten werden die sogenannten Schmetterlingsantennen und die Einleitfelder sein. Die Antennen sind in mehreren Ebenen übereinander Mast angebracht und besitzen in der Regel theoretisch eine Rundstrahlcharakteristik. Aus diesem Grunde findet man vielfach die Versorgungsbezirke in Karten oder Prospekten als Kreise eingezeichnet. Die Reichweite eines Senders ist abhängig von der Höhe der Antenne über der mittleren Niveaulage eines Geländes, bezogen bis zu einer Entfernung von 80 - 100 km an den Sender.

Der Fernsehender ist das letzte Glied der Kette technischer Einrichtungen, die zur Ausstrahlung des Programms erforderlich sind. Die Verantwortung für die Fernsehender und für deren Betrieb trägt die Deutsche Post. Da es im Fernsehen auf einen gut organisierten und störungsfreien Betrieb ankommt, müssen gute Verständigungsmöglichkeiten zwischen allen Stellen untereinander bestehen.

Beschäftigten wir uns nunmehr mit dem weiteren Ablauf der Übertragung. Die vom Sender ausgestrahlten Fernseh-Bild- und Tonsignale werden von der Antenne des Empfangsgerätes beim Fernsehteilnehmer aufgenommen. Dem Fernsehapparat zuge-

fahrt wird einmal die hochfrequente Tonmodulation, die im Tonlautsprecher des Gerätes hörbar gemacht wird. Ähnlich wie im Studio die Kamera optisch das Bild aufnimmt und dann elektrisch in hochfrequente Impulse zerlegt, erfolgt nun der umgekehrte Vorgang. Das von der Antenne dem Empfänger ebenfalls zugeführte Bildsignal wird über verschiedene Stufen des Empfängers der Bildröhre zugeführt, die ihrerseits in einer bestimmten Zellenzahl das Originalbild sichtbar macht.

Zur Zeit befinden sich zwei technisch verschiedene Typen von Empfangsgeräten im Handel. Die eine ist der Parallel-Tonempfänger (Leinwand, Rembrandt, Rabens, Clivia, Claudia) und die andere der Interferenz-Empfänger (Dürrer, Formata). Zukünftig werden Parallel-Tonempfänger nicht mehr hergestellt. Es ist bekannt, daß die Bildgröße der Empfangsgeräte unterschiedlich ist und daß sich die Typen mit größeren Bildschirmen durchsetzen.

Wenn in Vorstehendem der Ablauf einer Sendung aus dem Studio geschildert wurde, so ist sicher bekannt, daß es auch sogenannte Direktübertragungen aus den verschiedensten Städten in der Republik gibt. Mit einem Übertragungszug (Bild 5) wird dem Ort gefahren, von dem aus die Sendung übertragen werden soll. Der Übertragungszug enthält in seinen Fahrzeugen sämtliche Einrichtungen, die wir auch im Studio gesehen haben. Er ist, technisch gesehen, ein kleines Studio. Die mitgeführten Kameras werden aufgestellt und sind über Kabel mit dem Wagen verbunden. Darin befinden sich das Kontrollpult, das Schältpult und verschiedene Meßeinrichtungen sowie ein Dezimeterender, der über einen ausfahrbaren Mast eine Spezialantenne (Bild 6) eine Verbindung zum nächsten festen Relaispunkt oder Fernsehender herstellt. Entsprechend dem Einsatzplan befindet-



Bild 5. Fernschülübertragungszug der Deutschen Fernsehnetze (Auff. Menzel, Leipzig)

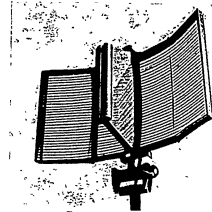


Bild 6. Drei-Richtantenne als Modulationsabgeber (Auff. Menzel, Leipzig)

sich bei der Relaisstelle oder dem Fernsehender der zum Wagen gehörige Dezimeterempfänger, der seinerseits das empfangene Signal an die Normalstrecke abgibt. Wenn z. B. von Berlin aus ein zentrales Programm über alle Relaisstellen an die verschiedenen Sender ab 19.45 Uhr gegeben wird und eine Übertragung aus Dresden um 20.00 Uhr vorgesehen ist, wird die Beendigung des Normalprogramms aus Berlin auf 19.57 Uhr festgesetzt. Um den Sender Leipzig, Insaßberg, Brocken, Karl-Marx-Stadt und Dresden zu modulieren, sind auf dieser Relaisstrecke, also auch hier nach Dresden, die Empfangs- und Sendespiegel in von Berlin abgehender Richtung geschaltet. 19.57 Uhr wird auf den Relaisstellen durch Umschalten die Senderichtung von Dresden nach Berlin umgekehrt. Die Sender Leipzig, Insaßberg, Brocken, Karl-Marx-Stadt empfangen also jetzt das Signal aus Dresden. Berlin ist dann nicht als zentraler Punkt im Dezimeterübertragungssystem eingeschaltet. Lediglich die Richtung Marlow bleibt unverändert und erhält nach wie vor die Modulation über Berlin. Es ist ohne weiteres verständlich, daß auf diesem Wege der elektrischen Spiegelschaltung — ein Empfangsspiegel wird zum Sendespiegel und ein Sendespiegel zum Empfangsspiegel — Fernsehübertragungen aus den verschiedensten Orten der Republik durchgeführt werden können. Die Beschränkung liegt z. Z. darin, daß noch nicht überall Dezimeterstützpunkte aufgebaut sind und noch nicht im genügenden Umfang fahrbare Übertragungseinrichtungen zur Verfügung stehen. Um diesem Mangel abzuwehren, werden alle Anstrengungen unternommen, um durch Einsatz weiterer technischer Mittel die Aktualität des Fernsehens steigern zu können.

Die Entwicklung des Fernsehens ist selbstverständlich noch nicht abgeschlossen. Feststehend ist jedoch, daß an der Weiterentwicklung und an dem weiteren Ausbau die Deutsche Post einen entscheidenden Anteil hat. Dieser Umstand ist für jeden Mitarbeiter der Deutschen Post Verpflichtung, sich über diesen neuen technischen Zweig zu informieren; denn schließlich wollen wir ja „im Bilde“ und damit „dabei sein“!

### Die „Zurverfügungstellung“

Im Wortschutz unserer Dienststellen sind leider noch allzu häufig Gebilde anzutreffen, die mit „schöner deutscher Sprache“ absolut nichts mehr gemein haben. Es sind Wortschablonen, aus denen uns die Platttheit geradezu anspricht. Wie schön ist es doch, z. B. einen ganzen Satz in einem einzigen ung-Wort zusammenzusetzen zu können; denn die deutsche Sprache macht es ja so bequem, und schnell fertig ist man auch. Was steht aber dann auf dem arglosen Papier? Oftmals eine fatale Neuschöpfung, „Zurverfügungstellung“ ist eine von diesen oder „Unterbereitstellung“, „Inbetriebsetzung“ eignet sich auch vorzüglich.

Man braucht kein sprachgebogener Experte zu sein, um zu merken, daß diese gequälten Fingern jedes gesunde Sprach-

gefüll im Keime ersticken. Man ringt beim Lesen förmlich nach Luft, weil man befürchtet, ebenfalls von dieser Substantivitis, der Hauptwortsucht, angesteckt zu werden. Dabei ist es so leicht, diese törichte Gefügigkeit zu ignorieren. Wem könnte es schwerfallen, statt „Ich danke für Ihre Zurverfügungstellung“ zu schreiben „ich danke, daß Sie mir zugestimmt haben“. Kein Leser wird — zumal er nun darauf hingewiesen worden ist — den letzten Satz für schlechter halten, und doch gibt es leider noch sehr viele gedankenlose Schreiber, die für sprachliche und zugleich stilistische Schönheiten nichts übrig haben. Sie schreiben, weil das ihr Beruf so mit sich bringt. Gerade deswegen sollten sich solche modernen „Sprachschöpfer“ mit den Stilgrundsätzen befassen. Das ist wirklich nicht zuviel verlangt. Ihnen schadet es nichts, und der deutschen Sprache wäre es äußerst zuträglich.

Der geneigte Leser möge nicht glauben, daß sich nur diese eingangs genannten „ung-Abnormitäten“ in den Schriftstücken unserer Dienststellen tummeln. Leider finden sich darin auch solche, die man allzu leicht überliest und — an die man sich schon viel zu sehr gewöhnt hat. Wer da glaubt, seinem Mitmenschen einen Betrag „in Rechnung stellen“ oder das Gehalt „zur Auszahlung bringen“ zu müssen, und weiterhin annimmt, ein solches Deutsch wäre der Weisheit letzter Schluß, der wird sich arg enttäuscht finden. Wie wäre es, wenn wir dafür einfach „berechnen“ und „auszahlen“ sagten?

Aber Verzeihen, werter Kollege Sachbearbeiter, Sie dürfen natürlich weiterhin Ihre Vorgänge in Bearbeitung nehmen. Auch Ihrem Herrn Vorgesetzten wird es weiterhin gestattet sein, Genehmigungen zu erteilen. Wie geriet der große Postorganismus ins Wanken, wenn es nicht auch weiterhin gestattet wäre, Verfügungen zur Verlesung zu bringen. Natürlich müssen auch die projektierten Textgebäude zur Vollendung gebracht werden, und die Störungen an technischen Einrichtungen finden auch ihre Beseitigung.

Daß unsere deutsche Sprache so gequält wird, ist keine Seltenheit. Schreiben Sie, verehrter Leser, auch so? Das wäre auch unvermeidlich. Sie wissen selbstverständlich, daß man in diesem Falle statt dieser unbedingten ung-Verbindungen die klärenden Tätigkeitswörter bearbeiten, genehmigen, verlesen, vollenden und besichtigen verwenden sollte.

Das Guten darf man aber auf diesem Gebiete allerdings nicht zuviel tun. So wäre es falsch, jedes Hauptwort mit der Endsilbe „-ung“ restlos ausmerzen zu wollen. Aber Sparsamkeit mit ung-Wörtern belebt die Sprache und macht sie reich.

Deshalb wird man auch verstehen, daß ganze Ketten von ung-Wörtern in einem Satz fabelhaft dazu geeignet sind, die deutsche Sprache enorm herabzuwürdigen. Das in tiefen Tiefen wird sie gestürzt, wenn sich ein Schreiber hinsetzt und seinen Blähsatz zu folgendem Machwerk strapaziert: Der Techniker muß in der Lage sein, die ordnungsmäßige Reinigung und Wartung der Wähler, die Behebung technischer Störungen und die Überwachung der Signalisierung durchzuführen. Beschaffung und Verteilung von Werkzeugen und Ersatzteilen liegen gleichfalls in seinen Händen.

Warum denn so schreibfroh, so übertrieben geachtet? Man kann dasselbe auch so ausdrücken: Der Techniker muß in der Lage sein, die Wähler ordnungsgemäß zu reinigen und zu warten, technische Störungen zu beheben und die verschiedenen Signale zu überwachen. Er hat auch Werkzeuge und Ersatzteile zu beschaffen und zu verteilen. j

Jetzt erst hat der Satz Auftrieb und Leben erhalten, weil er mit Tätigkeitswörtern geschrieben ist. Finden Sie den letzten Satz nicht auch schöner? Ja, schon, meinen Sie, aber — jetzt antworten Sie, daß Sie so viele Gesetze und Verordnungen lesen müssen, und daß sich schon in den Überschriften dazu vielgliedrige Ketten von ung-Wörtern häufen. Leider, kann man da nur sagen. Vielleicht begreift man in juristischen Kreisen auch bald, daß schlechte Beispiele gute Sitten verderben. — Doch man sollte eben nicht zu früh schimpfen, gibt es doch schon eine wohlproportionierte Verordnungsüberschrift: die „Verordnung über Herstellen, Betrieb und Besitz von Funksendeanlagen“ vom 23. 12. 1954. —zko

### Ein Trümmerberg + Initiative = 28 Wohnungen

Ergebnisse der Arbeiterwohnungsbaugenossenschaft „Deutsche Post Dresden“

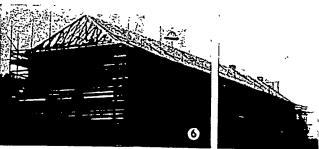
Von den Ämtern der Deutschen Post in Dresden wurde im März 1955 eine Arbeiterwohnungsbaugenossenschaft gegründet, die trotz schlechter Voraussetzungen sehr gute Erfolge erzielen konnte. Über einige Erfahrungen dieser AWG soll hier berichtet werden.

Vor der Gründung wurden zunächst die Wünsche der Interessenten in bezug auf Wohnungsgrößen, Wohnlage und Ausstattungsgrad gesammelt und umfangreiche Untersuchungen über die Möglichkeiten der Erfüllung der 20% Eigenleistungen angestellt. Wir nahmen grundsätzlich nur Mitglieder auf, die bei der Deutschen Post beschäftigt sind, obwohl dadurch das Aufbringen der Eigenleistungen erschwert wurde, weil die Deutsche Post so gut wie keine Bauhandwerker beschäftigt. Als Eigenleistungen konnten nur die Erdarbeiten und ein Teil der Elektro-Installation einschließlic

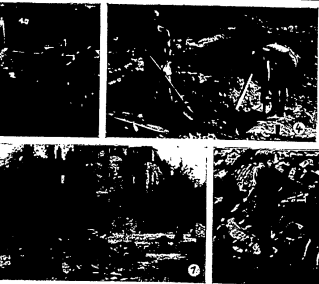
Antennenanlagen einkalkuliert werden. Auf Grund der Verpflichtungen der Betriebe, Fuhrleistungen zu übernehmen, und nach Verhandlungen mit der Stadt Dresden über den eigenverantwortlichen Abruch der Ruinen ergab sich eine einigermaßen reale Basis zur Gründung.

Bei der Gründungsversammlung haben sich von 72 vorangemeldeten Bewerbern nur 22 zum Eintritt entschließen können. Da aber eine Mindestzahl von 50 Mitgliedern für die Registrierung der Genossenschaft erforderlich ist, waren mehrere Werbaktionen unter den Wohnung suchenden Postern notwendig. Nur durch ein genaues Arbeitsprogramm konnten wir die notwendigen Mitglieder überzeugen und gewinnen, so daß unsere AWG im Juni 1955 registriert wurde und damit offiziell das Licht der Welt erblickte.

Die eintretenden Erfolge und das schnelle Erreichen unserer Ziele brachten uns eine starke Nachfrage von Bewerbern. Sie war zurückzuführen auf die konsequente Durchführung der gestellten Aufgaben sowie auf die laufend verbesserte Arbeitsorganisation auf der Baustelle. Einige der dabei gewonnenen Erfahrungen sind folgende:



1. Das „Baugelände“
2. Trümmerberge werden erkundet
3. Beim Entrümmern
4. Es wird zugeschachtet
5. Grundsteinlegung für die ersten 28 Wohnblöcke
6. Die Richtkreise über den fertigen Rohbau (Aufn. Bernat, Dresden)



1. Gewünscht wurden vor allem eine ruhige, aber verkehrsgünstige Wohnlage, eine höchstens 3—4geschossige aufgelockerte Bauweise, sonnige Wohnungen mit großen und breiten Fenstern, möglichst für jede Wohnung ein großer Balkon sowie gute Schall- und Wärmeisolierung sämtlicher Geschosdecken.

Nach Verhandlungen mit den städtischen Dienststellen bekamen wir einen uns zureichenden Bauplatz. Sämtliche Wohnzimmer erhielten 3teilige Fenster. Die Balkone wurden so groß gewählt, daß sie auch wirklich zur Entspannung genutzt und von den anderen Wohnungen nicht eingeengt werden können. Für Blumenschutz auf der Balkonbrüstung ist alles vorbereitet. Die architektonische Gestaltung vermeidet jeden unnötigen Aufwand und versucht nur mit guten Proportionen und aufeinander abgestimmten Farben zu wirken. Auf die Qualität und gute Ausstattung der Wohnungen wird größter Wert gelegt.

2. Die aufzubringenden Eigenleistungen werden, gestaffelt nach der Wohnungsgröße, festgelegt und sind den Genossenschaffern bereits bei Eintritt bekannt. Die Eigenleistungen müssen endgültig sein, eine nachträgliche Erhöhung wegen finanzieller Schwereigkeiten darf keineswegs erfolgen. Die Eigenleistungen wurden bei uns nicht nach Stunden, sondern nach D.M.-Betragen festgelegt. Wir versuchen, soviel wie möglich Arbeiten im Leistungslohn abzurechnen, um den Genossenschaffern Möglichkeiten und Anreize zu geben, ihre erforderlichen Eigenleistungen besser und schneller zu vollbringen. Arbeiten um Stundenlohn werden mit 2 D.M. verrechnet.

3. Die Finanzierung darf keinesfalls dem Selbstlauf überlassen bleiben, sondern muß ständig gelenkt und kontrolliert werden.

4. Bei der Entrümmern von Ruinengrundstücken ist es unbedingt erforderlich, daß die Leistungen der Genossenschaffern von den Oberabteilungen der Städte oder sonst mit der Entrümmern beauftragten Dienststellen nach den gültigen Preisen der Bauwirtschaft vergütet werden, d. h., daß die AWG gegenüber der Stadt als Abbruchfirma auftritt und entsprechend bezahlt wird. Eine Vergütung allein durch die anfallenden Baustoffe ist nicht rentabel. Die Entrümmernarbeiten setzen aber voraus, daß die AWG einen Baufachmann in ihren Reihen hat oder jemanden damit beauftragt, der diese Arbeiten — auch wegen der erhöhten Unfallgefahr — überneht.



Große Freude herrscht beim Richtfest (Aufn. Bernat, Dresden)

5. Die Fahrzeugstellung für die AWG muß auf der Selbstkostenbasis verrechnet werden. Leider konnte dies in den Jahren 1955 und 1956 nur in anderen Industriezweigen, nicht aber bei der Deutschen Post durchgesetzt werden. Bei der Deutschen Post ist dies bisher nur bei Sportfahrten möglich. Wir hoffen, daß unser Ministerium alsbald eine entsprechende Regelung herausgibt.

6. Die Betriebsausschüsse sind ein besonders schwieriges Kapitel. Wegen der Vielzahl der angeschlossenen Betriebe ist es sehr schwer, auf eine einheitliche Basis zu kommen. Die Dresdner Post- und Fernmeldeteiler hatten sich für 1957 erboten, 4% des Direktorfonds für die AWG bereitzustellen. Durch die Neuregelung des Direktorfonds ist dies hoffentlich geworden. Wir streben nunmehr an, von den angeschlossenen Betrieben einen Zuschuß aus dem sukzessiven Sozialfonds in Höhe von 8% zu erhalten. Selbst dann reichen die aufkommenden Beträge aber bei weitem noch nicht aus, um die erforderlichen Betriebsausschüsse abzudecken. Völlig ungeklärt sind die notwendigen Betriebsausschüsse für die haushaltgeplanten Betriebe (z. B. IFF, Projektionsbüro der Deutschen Post, Amt für Fernstudien, Revisionsgruppe u. d.). Es muß daher eine Hilfe aus dem Zentralen Fonds des M.P.F. erfolgen, um diese fehlenden Beträge zu decken.

7. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß die Solidaritätseinsätze der Ämter nicht den erwarteten Erfolg brachten. Sie lagen im Jahre 1956 weit hinter den Einsätzen des Jahres 1955 zurück. Bei allen AWG, bei denen im Finanzierungsplan diese Solidaritätseinsätze als wesentlicher Faktor erschienen, zeigte sich Mißerfolge. Bei der Finanzierung der 20%igen Eigenleistungen entfallen in Dresden nur rd. 2% auf Solidaritätseinsätze der Ämter, d. h. rd. 0,4% der Gesamtkosten. Die Einsätze für das Nationale Aufbauprogramm müssen 1957 wieder verstärkt werden und sollten nicht auf betriebsfremden Aufbaustellen, sondern bei der AWG der Deutschen Post abgeleistet werden. Die Arbeitseinsätze müssen gut organisiert sein, damit der finanzielle Gewinn auch möglichst gesichert ist. Jeder nichtorganisierte Einsatz bringt finanzielle Verluste.

8. Bei der Zusammensetzung des Vorstandes und der Revisionskommission ist unbedingt anzustreben, daß ein Baufachmann und ein Finanzfachmann unter den Mitgliedern sind. Bei allen größeren AWG macht sich die Preisstellung oder Beachtung einer Hauptamtlichen Kraft notwendig.

Bei unserer AWG sind der 1. und 2. Vorsitzende Baufachleute, die anderen Mitglieder setzen sich zusammen aus einem Finanzbuchhalter, einem Dienststellenteiler und einem Fernmeldetechniker. Die Revisionskommission besteht aus einem Finanzbuchhalter, einem Baufachmann und einer Angestellten des Fernmeldeteams. Wir sind in der glücklichen Lage, daß der Vorstand nicht nur als Bankier auftritt, sondern zugleich das Baugeschehen von der Vorplanung über den Entwurf bis zur Bauleitung und Abrechnung in der Hand hat. Was das bedeutet, werden alle anderen AWG erkennen können, die die Projektierung, Bauleitung und Bauüber-

wachung genossenschaftsfremden Kräften gegen Bezahlung übertragen mußten.

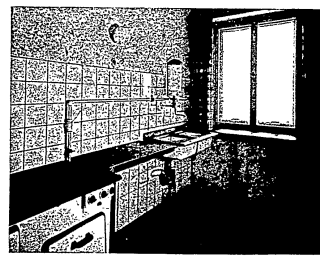
9. Die Genossenschaffern müssen den Bauablauf nicht nur auf der Baustelle erleben, sondern auch bereits bei der Planung mitarbeiten. Sie sollen sich bei den Ausschachtungsarbeiten bereits eine Vorstellung von „ihrer zukünftigen Wohnung“ machen können und auch die Möglichkeit haben, daß ihre kleinen individuellen Wünsche berücksichtigt werden.

Das System der Wohnungsverteilung muß festliegen. Der Genossenschaffter muß die Möglichkeit haben, durch gute und schnelle Erfüllung seiner Eigenleistungen den Termin für die Fertigstellung seiner Wohnung mitzubestimmen. Der Erfüllungsstand seiner Leistungen ist neben dem Eintrittsdatum bei uns maßgebend für die Wohnungsverteilung.

10. Einen wichtigen Faktor stellt das Vertrauensverhältnis zwischen den Genossenschaffern und dem Vorstand dar. Es ist mitunter wegen der Baustoffversorgung und des Arbeitskräftemangels im Baujahr für den Vorstand sehr schwierig, die gesteckten Ziele zu erreichen. Aber es hat sich gezeigt, daß trotz aller Terminschwierigkeiten durch eine offene Aussprache in den Vollversammlungen, durch eine objektive Beantwortung aller Fragen und durch einen ständigen Kontakt mit den Genossenschaffern dieses Vertrauensverhältnis bei Terminüberschreitungen oder bei anderen nicht-erfüllten Vorhaben nicht verlorengegangen braucht, sondern im Gegenteil gerade durch die aufstrebenden Schwierigkeiten nach gefestigt werden kann. Nachdrücklich gewarnt werden muß vor allem optimistischen Terminen für das Fertigstellen der Arbeiten, vor einer Unterschätzung der Schwierigkeiten und vor jeder Schönfärberei.



Wohnzimmer (Aufn. Welmer, Dresden)



Küche (Aufn. Welmer, Dresden)



Bad und Toilette (A. W. Weiser, Dresden).

Sind wir bei den „natürlichen“ Werkstoffen an das gebunden, was uns die Natur liefert, so können wir uns bei den Kunststoffen von diesem Zwang weitgehend freimachen. Durch Steuern des Herstellungsprozesses haben wir es in der Hand, die Eigenschaften der Kunststoffe dem technischen Fortschritt anzupassen.

Bestenfalls (Kohle, Kalk u. a.) liefert uns die Kohlenstoffchemie ausreichend und billig. Den vielfältigen Eigenschaften der Kunststoffe entsprecht ihre tausendfache Anwendung, wie es uns aus dem täglichen Leben bekannt ist. Entscheidend haben sie auch als Leichterstoff zur Entwicklung der Fernmeldetechnik beigetragen.

Welche Eigenschaften sind es, die uns die Kunststoffe besondern wertvoll erscheinen lassen?

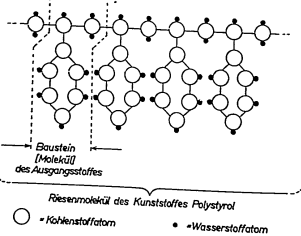
Kunststoffe können flüssig, weich, gummielastisch, hornartig oder hart sein. Einige der festen Kunststoffe werden bei Erwärmung weich und formbar (Polystyrol, Polyvinylchlorid u. a.). Man nennt sie Thermoplaste. Andere sind im Endzustand unelastisch und unlöslich (Phenoplaste u. a.). Sie heißen Duroplaste. Manche Kunststoffe sind glasklar, andere milchig trüb oder farblos. Sie lassen die Wärme schlecht, sind leicht und in der Regel gegen chemische und Witterungseinflüsse beständig. Soweit es die Fernmeldetechnik betrifft, sind die zum Teil hervorragenden Isolationswerte und die geringen Verluste im elektrischen Weisfeld bemerkenswert (Polystyrol, Polyäthylen). Für die Massenherstellung ist die leichte Verformbarkeit wichtig. Durch Spritzen, Pressen und Gießen lassen sich auch kompliziert geformte Bauteile sowie Platten, Filme und Profile einfach und wirtschaftlich herstellen.

Für mechanisch hochbeanspruchte Konstruktionsteile sind Kunststoffe in der Regel weniger geeignet.

Die Formbeständigkeit in der Wärme ist gering. Nur wenige Kunststoffe sind bei längerer Wärmeeinwirkung über 100°C brauchbar.

Wie erklärt sich die Vielfalt der Eigenschaften, die bei Kunststoffen schwer erspürbar zu sein scheint?

Das Geheimnis der Kunststoffe ist in ihrem Feinbau zu suchen, und zwar im Aufbau ihrer Moleküle. Bestehen übliche Stoffe — auch die meisten Ausgangsstoffe für Kunststoffprodukte — aus Molekülen geringer Länge mit nur wenigen Atomen, so setzen sich die Moleküle der Kunststoffe aus Tausenden von Atomen zusammen. Diese Riesen- oder Makromoleküle bilden sich, indem sich die kurzen Moleküle der Grundstoffe im Zuge der chemischen Umsetzung zu Ketten zusammenschließen (Bild).



Die Länge der Kettenmoleküle und ihre Verknüpfung untereinander durch Atombrüchen lassen sich durch den chemischen Prozess steuern. Sie bestimmen mit ihrer unzähligen Möglichkeiten das wesentliche Verhalten des Endproduktes.

Willi Röwer, Halberstadt

Empfehlungen und Erfahrungen aus der Arbeit der AWG der Deutschen Post zugrunde legen, sind hier gezeigt worden. Es hat sich herausgestellt, daß die Genossenschaften unter diesen Voraussetzungen ihre verhältnismäßig sehr hohen Erwartungen mit bestem Erfolg und verhältnismäßig kurzfristig beschaffen haben. Das wesentliche Ergebnis ist, daß statt der ursprünglich geplanten 12 Wohngruppenstellen für 1956 bereits 28 Wohngruppenstellen bezogen sind und daß sich weitere 14 Wohngruppenstellen vorziehen. Während der Anfangszeit wurden nur 2000 Wohnungen, werden heute unsere Dienste für viele Zehntausende von Wohnungen bewirtschaftet. Ausnahmefälle sind zu vermeiden, und die Zahl der Mitglieder und der wirtlichen Dienstleistungen abzunehmen.

Gerhard Kistenmacher, 1. Vorsitzender der AWG Deutsche Post Dresden

500 Worte über Kunststoffe

Vor etwa 100 Jahren gelang es erstmals, organische Grundstoffe chemisch umzuwandeln und Produkte mit neuartigen Eigenschaften zu gewinnen (Kartongummi, Vulkanisier, Zellulose). Im Laufe der Jahrzehnte gewannen sich fast unzählige auf chemischem Wege hergestellte Werkstoffe dazu. Im Gegensatz zu den herkömmlichen Werkstoffen, die aus der Natur unmittelbar oder in Form von Erzeugnissen gewonnen werden, handelt es sich hierbei um Materialien, die das Ergebnis chemischer Forschung und technischer Fortschritte sind. Man bezeichnet diese durch die Kunst der Menschen hergestellten Werkstoffe als „Kunststoffe“.

Diese allgemeine Begriffserklärung ist durch den Deutschen Normenausschuß präzisiert worden. Nach DIN 7708 werden unter Kunststoffen Materialien verstanden, deren wesentliche Bestandteile aus solchen makromolekularen organischen Verbindungen bestehen, die synthetisch oder durch Umwandlung von Naturprodukten entstehen. Sie sind in der Regel bei der Verarbeitbarkeit unter bestimmten Bedingungen plastisch formbar oder plastisch geformt worden. Man nennt sie daher häufig auch Plaste.

Faserstoffe, Kautschukprodukte, Lacke und Leime rechnet man nicht zu den Kunststoffen im engeren Sinne, wenn sie auch aus den gleichen Grundstoffen wie die typischen Kunststoffe bestehen.

Ein Diskussionsbeitrag:

Sind die Einrichtungen des Post- und Fernmeldewesens im Kapitalismus staatliche Verwaltung oder staatskapitalistisches Unternehmen?

Von Dr. Reinhard GÖTTNER, Dresden

(Fortsetzung und Schluß)

Auch in der Bundesrepublik wird das Haushaltgebaren der staatlichen Verwaltung der Kontrolle parlamentarischer Organe unterstellt. Da die Deutsche Bundespost offiziell als staatliche Verwaltung gilt, wurde demzufolge ein entsprechendes Organ, der Verwaltungsrat, geschaffen. Er unterscheidet sich aber von einem bürgerlich parlamentarischen Rat.

Dieser Verwaltungsrat kann — was seine Funktionen anbelangt — ungefähr mit dem Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft verglichen werden. Seine Aufgaben sind im § 12 des Gesetzes über die Verwaltung der Deutschen Bundespost (Postverwaltungs-gesetz) von 24. 7. 1953 festgelegt worden. Sie erstrecken sich vornehmlich auf die Feststellung des Vorschlags, die Genehmigung des Jahresabschlusses und die dazugehörige Entlastung, die Beschließung über die Gewinnverwendung bzw. die Deckung eines Verlustes, die Entscheidung über die Einführung neuer, die Änderung oder Einstellung bestehender Dienstverträge, die grundlegende Umgestaltung technischer Anlagen, das Festlegen der Bedingungen für die Benutzung der Einrichtungen des Post- und Fernmeldewesens sowie die Gebührenfestsetzung. Die Rechte des Ministers (des obersten Leiters dieses staatskapitalistischen Unternehmens) gehen aber weiter als die eines Generaldirektors einer Aktiengesellschaft. Er kann auf Grund des § 13 des Postverwaltungs-gesetzes innerhalb von 4 Wochen gegen die Beschlüsse des Verwaltungsrates die Entscheidung der Bundesregierung herbeiführen. Außerdem kann der Verwaltungsrat grundsätzlich gegen den Widerspruch des Bundesministers für die Post- und Fernmeldewesen keine Erhöhung der vorgesehenen Ausgaben und keine Maßnahmen beschließen, die eine Verminderung der geplanten Einnahmen zur Folge haben. Diese Einschränkungen der Rechte des Verwaltungsrates resultieren daraus, daß seine Mitglieder keine Aktionäre sind. Wenn man vom Fremdkapital und dem dahinterstehenden Einfluß absieht, ist der Bund — um mit den Worten des ehemaligen Bundespostministers Dr. Balke zu sprechen — der alleinige Aktionär. Insofern ist bei diesem staatskapitalistischen Unternehmen die gewisse Einschränkung der Rechte des Verwaltungsrates gerechtfertigt.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates setzen sich zusammen aus je 5 Vertretern des Bundestages, des Bundesrates sowie der Gesamtwirtschaft. Dabei sollen gemäß Postverwaltungs-gesetz insbesondere die Spitzenverbände der Wirtschaft, d. h. also die Unternehmensverbände der Monopolisten vertreten sein. Außerdem gehören diesem Rat sieben Vertreter des Personals der Deutschen Bundespost und zwei Sachverständige an. Durch diese Zusammensetzung ist ein beträchtlicher Einfluß der Wirtschaftverbände und der hinter ihnen stehenden Monopole auf das Betriebs- und Finanzgeschehen der Deutschen Bundespost gewährleistet. Um aber ganz sicher zu gehen und nur den herrschenden Kreisen genehme Mitglieder in den Verwaltungsrat aufzunehmen, erfolgt ihre Ernennung gemäß § 7 des Postverwaltungs-gesetzes durch die Bundesregierung.

Wenn man den Verwaltungsrat der Deutschen Bundespost mit anderen Aufsichtsgremien der Monopolverbände vergleicht, so können bestimmte Analogien festgestellt werden. Die Unterschiede, die sich ergeben, beruhen im wesentlichen darauf, daß es sich beim Verwaltungsrat der Deutschen Bundespost um ein Organ eines staatskapitalistischen Monopolunternehmens han-

del, während die anderen vergleichbaren Räte Aufsichtsgremien privater Monopolsellschaften sind. Auf jedem Fall bewegen das Vorhandensein und die Aufgaben des Verwaltungsrates der Deutschen Bundespost erneut den staatskapitalistischen Charakter dieses Unternehmens.

Kapitalbeschaffung und Gewinnerzielung

Der Charakter des selbständigen wirtschaftlichen Unternehmens wird noch durch die Maßnahmen zur Kapitalbeschaffung hervorgerufen. Die Verschuldung der Deutschen Bundespost hat in den letzten Jahren immer mehr zugenommen. Im Rechnungsjahr 1955 zahlte sie allein 411 Millionen DM Zinsen (bei einem Anlagevermögen — lt. Bilanz vom 31. 12. 1955 — von 4387,9 und einem Umlaufvermögen von 386,5 Millionen DM). Während der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital sich 1955 noch auf 33% belief, betrug er Ende 1955 55%. (Die Deutsche Reichspost dagegen hatte niemals mehr als 20% Fremdkapital.)

Die Deutsche Bundespost verfolgt mit ihrer Tätigkeit die Erzielung eines Gewinnes. „Die Auffassung, daß die Post kein Gewerbebetrieb ist, ist früher damit begründet worden, daß ihr die Gewinnerzielungsabsicht fehle. Diese Begründung wird sich aber nicht aufrechterhalten lassen. Es darf nicht übersehen werden, daß der Staat aus dem Betrieb der Post in Form der Ableiferung eines Prozentsatzes der Betriebsleistungen einen finanziellen Nutzen zieht, d. h., daß auch die Post für den Staat eine Einnahmequelle darstellt. Man wird also nicht behaupten können, daß der Post die Gewinnerzielungsabsicht fehle.“<sup>19)</sup> Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß auch bei der Deutschen Bundespost die Gewinnerzielungsabsicht in bestimmten Fällen in den Hintergrund tritt, beispielsweise bei der Versorgung des flachen Landes mit Post usw. Allerdings spielen bei solchen wenig Gewinn oder nur Verlust bringenden Maßnahmen auch vor allem politische Gründe eine Rolle, z. B. bei der Verbesserung der Rundfunk- und Fernschaffungsnetze (um die Ideologie der herrschenden Klasse günstiger an die gesamte Bevölkerung herantragen zu können) oder auch offensichtlich bei Investitionen für militärische Zwecke<sup>20)</sup>.

Der Gewinn war in den letzten Jahren — bezogen auf das eigene Kapital der Deutschen Bundespost — ganz beträchtlich. Die „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszustimmung“ stellte am 21. 4. 1954 fest, „daß der Bund sein im Postbetrieb investiertes Sondervermögen von z. Z. 1,8 Milliarden DM im abgelaufenen Jahr mit 11% vermischt erhielt — eine in der Postgeschichte nur im letzten Krieg erreichte Quote“. Im Jahre 1955 erzielte die Deutsche Bundespost trotz der starken finanziellen Belastungen, denen

<sup>19)</sup> Handwörterbuch des Postwesens, Frankfurt (Main) 1953, S. 759/760.  
<sup>20)</sup> Laut einer Mitteilung der in West-Berlin erscheinenden Zeitung „Die Welt“ in ihrer Ausgabe vom 18. 9. 1954 wird die Deutsche Bundespost in den nächsten drei Jahren mit 250 Millionen DM Investitionsmitteln ein Sondervermögen für die Bundeswehr und die sogenannte Zivilverteidigung einzurichten.  
Der Dr. Garte als offizieller Vertreter des Bundespostministeriums am 28. 11. 1954 auf einer Westberliner Pressekonferenz bekannt, ist von den für 1957 für das Fernmeldewesen der Deutschen Bundespost vorgesehenen Investitionsmitteln ein beträchtlicher Anteil vom „Zielfinanzprogramm für „Verbindungsarbeiten“ abgezweigt worden. Von dem ursprünglich geplanten 700 Millionen DM verblieben nur 440 für die „Zielfinanzprogramm“ 250 Millionen DM dienen hingegen der Ausrüstung. (Vergl. „Neues Deutschland“ vom 28. 11. 1954.)

sie ausgesetzt war, neben der Ablieferung an den Bonner Staats-

ausgesetzt war, neben der Ablieferung an den Bonner Staats-

Die Ausbeutung der Beschäftigten durch das staatskapitalistische Postunternehmen

Für den Arbeiter, Angestellten oder unteren Beamten ist es im Grunde genommen gleichgültig, ob er in einem privatkapitalistischen oder in einem staatskapitalistischen Unternehmen ausbeutet wird.

Die Aneignung des von ihnen erzeugten Mehrwertes durch das staatskapitalistische Unternehmen und damit das Vorhandensein des Ausbeutungsverhältnisses bestätigen erneut die

Richtigkeit der Feststellung, daß es sich bei der Post nicht um eine staatliche Verwaltung, nicht um einen Teil des gesellschaftlichen Überbaues handelt.

Gemäß Bundesbeamtengesetz, § 72, Absatz 2, ist der Beamte „verpflichtet, ohne Entschädigung über die regelmäßige Arbeitszeit Dienst zu tun, wenn die dienstlichen Verhältnisse es erfordern.“

Yal Schubel, „Der Jahresbericht der Deutschen Bundespost für das Rechnungsjahr 1956“, Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen, Jahrg. 1956, S. 570/571

Nicht neu - aber zweckmäßig

Zur Erleichterung des Briefverteildienstes hat das HPA Wittenberg-Luthersstadt einen Briefverteilschild (Bild) anfertigen lassen, mit dessen Hilfe die Briefsendungen im Sitzen verteilt werden können.

Der Spind umfaßt insgesamt 90 Fächer, davon besitzen die beiden schwereren Seitenteile je 25 und das Mittelteil 40 Stück.

Heinz Vogel, HPA Wittenberg-Luthersstadt



(Aufn. Verf.)

Die Gütezeichen des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung (DAMIW) und des Deutschen Amtes für Maß und Gewicht (DAMG)

Die Erteilung der Gütezeichen setzt die Einhaltung der TGL-, DIN-, VDE- und sonstigen Schutz- und Sicherheitsvorschriften voraus.

Folgende Gütezeichen werden verliehen:

- Ein Dreieck mit einem Pfeil nach oben: für Spitzenzeugnisse des Weltmarktes
Ein Dreieck mit einem Kreis: für Qualitätszeugnisse, die allen Anforderungen nach dem Stand der Technik und den Wünschen der Verbraucher entsprechen, für die keine Klassifizierungsergebnisse bestehen
Ein Dreieck mit einem 'S': für Erzeugnisse mit sehr guter Qualität - über dem Durchschnitt des Weltmarktes
Ein Dreieck mit einem '1': für Erzeugnisse mit guter Qualität - dem Durchschnitt des Weltmarktes entsprechend
Ein Dreieck mit einem '2': für Erzeugnisse mit ausreichender Qualität

Wie unsere Leser sicher bereits bemerkt haben, führt auch „Die Deutsche Post“ seit Dezember 1956 das Gütezeichen für Qualitätszeugnisse. Dieses Gütezeichen ist unterhalb des Inhaltsverzeichnis in jedem Heft unserer Zeitschrift abgedruckt.

beim Bahnhofspostamt in Heidelberg waren im Juli 1955 noch rund 600, bei einem Dortmunder Postamt im August 1955 noch rund 10000 Überstunden zu verorten.

Diese Regelung trifft aber nicht nur für die Beamten zu, sondern fäktisch ebenfalls für die Angestellten und die Arbeiter im Postbetrieb (jedoch nicht für Fernmeldehandwerker und Arbeiter in Werkstätten).

Die verstärkte Ausbeutung der Beschäftigten durch das staatskapitalistische Postunternehmen zeigt sich besonders auch bei den jugendlichen Arbeitern, Angestellten und Beamten.

Darüber hinaus wurden in den Jahren 1954 und 1955 35000 Arbeiter der Deutschen Bundespost mit Beamteneigenschaft des einfachen Dienstes und einige tausend im mittleren Dienst beschäftigt.

Erhöhte Leistungen - gesteigerte Arbeitsintensität
Von 1950 bis 1955 stiegen die Leistungen des Post- und Fernmeldewesens in der Bundesrepublik um 51,0%.

Einen Überblick über die Leistungssteigerung bei der Deutschen Bundespost geben auch folgende Aufstellungen:

Steigerung wichtiger Leistungen der DBP von 1950-1955<sup>1)</sup>

Table with 5 columns: Year (1950, 1951, 1952, 1953, 1. Halbj. 1955) and 5 rows of performance metrics: Beförderte Briefsendungen, Beförderte Paketsendungen, Fortgespräche, Ortsgespräche, and Arbeitskräftebestand.

Steigerung der Leistungen der Deutschen Bundespost je Beschäftigten<sup>2)</sup>

Table with 2 columns: Year (1946/49, 1950, 1951, 1952, 1953, 1954) and 2 rows of percentages: 100% and 117%.

Das bedeutet, daß die Beschäftigten - auch unter der Voraussetzung verschiedenartiger technischer Rationalisierungsmaßnahmen - jedes Jahr mehr leisten müssen.

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß Vertreter des Bundespostministeriums gezwungen waren, bestimmte Folgen der Intensitätssteigerung offiziell festzustellen.

Für das Jahr 1956 gab der gleiche Vertreter des Bundespostministeriums folgende Perspektive:

„Während also mit einer durchschnittlich um 8 v. H. höheren Arbeitsleistung gerechnet wird, ist der vorgesehene Personalstand in den arbeits- und lohnintensiven Dienstzweigen des Postdienstes i. D. nur um 3,0 v. H., in den stark automatisierten und kapitalintensiven Dienstzweigen des Fernmeldedienstes i. D. sogar nur um 0,9 v. H. höher voranschlagte als im Vorjahr.“

Auch für 1956 geht also offensichtlich ein großer Teil der Leistungssteigerung zu Lasten der unteren Beamten, Arbeiter und Angestellten.

1) Vgl. „Westdeutschland: Wiederaufbau und Krisenfolgen verzeichnen 70% des Staatshaushalts für 1956“, in: Informationsbulletin der Internationalen Vereinigung der Gewerkschaften der öffentlichen Dienstes und verwandter Berufe“, Heft 3, 6. Jahrgang 1956, Seite 47.

2) Vgl. hierzu: „Die Bundespost als wirtschaftliches Gesamtsystem“, Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen, Jahrgang 1956, S. 418.

3) Berechnet unter Zugrundelegung der wichtigsten Leistungen der Deutschen Bundespost, die vom Verfasser seit 1946 von 100 auf 151,0 Prozent gesteigert wurden. Als Quelle dienen: Zahlenangaben im: „Geschäftsbericht der Deutschen Bundespost über das Rechnungsjahr 1955“, Seite 18.

4) H. Jankun, „Die Personalwirtschaft der Deutschen Bundespost im Zeichen der Rationalisierung“, Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen, Jahrgang 1955, Seite 857.

5) Ebenda, S. 856.

6) H. Jankun, „Der Personalhaushalt der Deutschen Bundespost für das Rechnungsjahr 1956“, Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen, Jahrgang 1956, Seite 50/51, Hervorhebungen - S. 6.

...pitaufwand technisch modernisiert wurde und damit Möglichkeiten zur Einsparung von Arbeitskräften entstanden; wenn man weiterhin beachtet, daß nach dem Kriege (ungefähr bis 1948) der Verkehr nicht so umfangreich war, aber andererseits fast der alte Bestand an Arbeitskräften vorhanden gewesen ist, also eine bestimmte Reserve gegeben war, so kommt man bei einer realen Betrachtung trotzdem nicht umhin, die gesteigerte Arbeitsleistung zu konstatieren.

Weitere Auswirkungen

Unter kapitalistischen Bedingungen erhöhen technische vollkommene Maschinen und Anlagen in der Regel den Geschwindigkeitstakt der Arbeit. Die körperliche und geistige Beanspruchung des Arbeiters, die unbedingt erforderliche nervliche Konzentration nimmt laufend zu. Da nicht — wie im Sozialismus — entsprechend großzügige Arbeitsschutzmaßnahmen ergriffen werden, die Arbeitszeit nicht gesenkt wird, steigen die Unfallziffern.

Die Deutsche Bundespost mußte im Jahre 1952 10754 und 1954 26000 Unfälle registrieren. Die Unfälle sind also innerhalb von zwei Jahren um 55,2% gestiegen. Im Jahre 1954 erlitt jeder vierte Beschäftigte einen Unfall. Im westdeutschen Post- und Fernmeldewesen ereignete sich demnach alle 20 Minuten ein Unfall<sup>1)</sup>.

Die Postbeamtenkrankenkasse im Bezirk Neustadt (Weinstraße) zeigte in einer Statistik über die Sterbefälle, daß von insgesamt 53 Todesfällen allein 38, also 60%, auf Kreislaufstörungen und Herzschwäche infolge Überarbeitung und Raubbau an der Arbeitskraft zurückzuführen sind<sup>2)</sup>. In einem Bericht der Gewerkschaftsorganisation des Bezirks Karlsruhe an den III. Verbandstag der Deutschen Postgewerkschaft wird zum Ausdruck gebracht: „Das Arbeitstempo im Postbetriebsdienst sowie im Fernmeldedienst hat in den letzten Jahren Formen angenommen, die zum Gegenstand erster Sorge um die Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Personals geworden sind. Der hohe Krankenstand bei allen Ämtern beweist eindeutig, daß das Personal die 48-Stunden-Woche bei diesem Arbeitstempo nicht mehr ohne ernsthafte Gesundheitsstörungen aufrecht erhalten kann<sup>3)</sup>“.

Die erhöhte Intensität fordert vermehrten Kraftaufwand. Die Arbeitslöhne bzw. die Gehälter sind zwar nominal gestiegen. Sie reichen aber für den größten Teil der Beschäftigten der Deutschen Bundespost nicht aus, um die Arbeitskraft zu reproduzieren. Die Intensitätssteigerung trägt demzufolge dazu bei, den Lohn immer mehr unter den Wert der Ware Arbeitskraft sinken zu lassen.

Auf dem III. Verbandstag der Deutschen Postgewerkschaft in München (1955) wies der Bezirk Koblenz in einem Antrag (Nr. 128) nach, daß die Grundgehälter der Beamten dem Preisindex von 1927 entsprechen, die Preise aber (1957 — 1960) auf 180 gestiegen sind. Der 40%ige Zuschlag zum Grundlohn wiegt den Passivsaldo zwischen Lohn- und Preisniveau nicht auf. Die Reihe der Beispiele könnte fortgesetzt werden. Im Rahmen dieses Artikels genügen die angeführten, um zu beweisen, daß die staatskapitalistische Post ihre Arbeiter usw. genauso ausbeutet wie die privatkapitalistischen Unternehmen ihre Arbeitskräfte. Das Kapital — gleichgültig, ob es sich in den Händen des bürgerlichen Staates als dem „ideellen Gesamtkapitalisten“ oder in privater Hand befindet — fragt nicht nach der Lebensdauer der Arbeitskraft<sup>4)</sup>. Es ist nur daran interessiert, eine möglichst hohe Profitquote zu erhalten. Das zwischen der Deutschen Bundespost und ihren Beschäftigten bestehende Ausbeutungsverhältnis zeigt jedenfalls den staatskapitalistischen Charakter dieses Unternehmens.

Der Gewinn der staatskapitalistischen Post kommt der Klasse der Kapitalisten auf verschiedene Weise zugute; z. B. über die Umverteilung des Nationalinkommens, durch die Aufträge, die das kapitalistische Postunternehmen vergibt, die Gebührenpolitik u. a. Wie im staatsmonopolistischen Kapitalismus die größten Monopolverdiene immer mehr Macht über den Staatsapparat gewinnen, um sich vollkommen unterordnen, so nehmen sie auch Einfluß auf die staatskapitalistischen Unternehmen.

Es würde jedoch unter Berücksichtigung des Themas zu weit führen, die wachsende Zümmischung der Wirtschaft, insbesondere der Fernmeldemole, in die Angliederungen der staatskapitalistischen Post hier näher zu untersuchen.

Die Lehren der Klassiker des Marxismus-Leninismus

Die Tatsache, daß das Post- und Fernmeldewesen unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen ein staatskapitalistisches Unternehmen ist, wurde bereits in den Werken der Klassiker des Marxismus-Leninismus festgestellt.

„Gegenwärtig ist die Post ein Betrieb, der nach dem Typus des staatskapitalistischen Monopols organisiert ist.“<sup>5)</sup>

„Reichseisenbahnen und Tabakmonopol sind bei uns nicht mit Notwendigkeit Staatsindustrien — die Eisenbahnen wenigstens noch nicht, sie werden es erst jetzt in England; Post und Telegraph dagegen sind es.“<sup>6)</sup>

„So oder so, mit oder ohne Trust, muß schließlich der offizielle Repräsentant der kapitalistischen Gesellschaft, der Staat, die Leitung der Produktion übernehmen. Diese Notwendigkeit der Verwandelung in Staats Eigentum tritt hervor bei den großen Verkehrsanstalten: Post, Telegraphen, Eisenbahnen...“

Aber weder die Verwandelung in Aktiengesellschaften und Trusts, noch die in Staats Eigentum hebt die Kapitalgesellschaft der Produktivkräfte auf. Bei den Aktiengesellschaften und Trusts liegt dies auf der Hand. Und der moderne Staat ist wieder nur die Organisation, welche sich die bürgerliche Gesellschaft gibt, um die allgemeinen äußeren Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufrechtzuerhalten gegen Übergriffe sowohl der Arbeiter wie der einzelnen Kapitalisten. Der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist. Je mehr Produktivkräfte er in sein Eigentum übernimmt, desto mehr wird er wirklicher Gesamtkapitalist, desto mehr Staatsbürger beutet er aus. Die Arbeiter bleiben Lohnarbeiter, Proletariat. Das Kapitalverhältnis wird nicht aufgehoben, es wird vielmehr auf die Spitze getrieben. Aber auf der Spitze schlägt es um. Das Staatsapparat ist an den Produktivkräften ist nicht Lösung des Konflikts, aber es birgt in sich das formelle Mittel, die Handhabung der Lösung.“<sup>7)</sup>

In diesem Zusammenhang erscheint es zweckmäßig, noch einige Worte über die Klassiker des Marxismus-Leninismus zur gesellschaftlichen Stellung der staatskapitalistischen Unternehmen zu erwähnen.

Bei den staatskapitalistischen Betrieben handelt es sich bereits um eine höhere Form des kapitalistischen Eigentums an Produktionsmitteln innerhalb der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Diese Form zeigt nicht nur, daß die privatkapitalistische Produktion überholt ist, sondern deutet schon auf eine neue Gesellschaftsordnung hin, in der sämtliche Betriebe in gesellschaftliches Eigentum überführt werden. Was Marx für die im Privatbesitz befindlichen Monopole sagte, gilt in noch höherem Maße für solche, die der bürgerliche Staat verstaatlicht.

„Es ist dies die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise selbst, und daher ein sich selbst aufhebender Widerspruch, der prima facie (offensichtlich) als bloßer Übergangspunkt zu einer neuen Produktionsform sich darstellt.“<sup>8)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. K. Kalsch, O. Bastock, „Die Post in Westdeutschland“, in „Informations für die Funktionäre der Industrie- und Fernmeldewesen“, Nr. 3/1956, Seite 2.

<sup>2)</sup> Vgl. ebenda.

<sup>3)</sup> Westdeutsche Wiederaufbau- und Kreisstellenverhältnisse 70% des Staatsausbaus für 1957, in „Informations für die Funktionäre der Industrie- und Fernmeldewesen“, Nr. 4/1956, S. 47. Hervorhebungen — R. G.

<sup>4)</sup> Vgl. Karl Marx, „Das Kapital“, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1947, S. 578.

<sup>5)</sup> Friedrich Engels in einem Brief an Brocke (1876) in Karl Marx/Friedrich Engels, „Briefe über „Das Kapital““, Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 235. Hervorhebungen von Engels.

<sup>6)</sup> Friedrich Engels (1877/78), „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“, Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin 1949, S. 38—40.

<sup>7)</sup> Karl Marx, „Das Kapital“, Bd. III, Dietz Verlag, Berlin 1949, S. 470.

„Denn der Sozialismus ist nichts anderes als der nächste Schritt vorwärts über das staatskapitalistische Monopol hinaus. Oder mit anderen Worten: Der Sozialismus ist nichts anderes als staatskapitalistisches Monopol, das zum Nutzen des ganzen Volkes angestrichelt wird und dadurch aufgehört hat, kapitalistisches Monopol zu sein.“<sup>9)</sup>

Es besteht bereits im Kapitalismus innerhalb der verstaatlichten Wirtschaftszweige eine gewisse Planmäßigkeit, die selbstverständlich auf keinen Fall mit der Volkswirtschaftsplanung unter sozialistischen Produktionsverhältnissen verwechselt werden darf. So wurden z. B. bei der Deutschen Reichspost Normen für die Ermittlung des Arbeitskräftebedarfs zentral für den gesamten Wirtschaftszweig Post- und Fernmeldewesen ausgearbeitet und in allen Dienststellen angewendet. Auf diesen Vorteil der monopolisierten Zweige gegenüber denen mit zahlreichen Privatbetrieben hat schon Engels hingewiesen: „Wenn wir von den Aktiengesellschaften übergehen zu den Trusts, die ganze Industriezweige beherrschen und monopolisieren, so hört da nicht nur die Privatproduktion auf, sondern auch die Planlosigkeit.“<sup>10)</sup>

Die staatskapitalistischen Postunternehmen kann man ohne weiteres den Trusts, von denen hier die Rede ist, gleichsetzen. Sie haben sogar den Vorteil, daß sie sich bereits in der Verfügungsgewalt des Staates, allerdings eines bürgerlichen befinden. Dabei darf aber eines nicht verkannt werden. Diese Postunternehmen existieren in einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Sie bleiben demzufolge von deren Widersprüchen und Erschütterungen nicht verschont. Das beweisen z. B. die Auswirkungen der Wirtschaftskrise 1929 bis 1933 auf die Deutsche Reichspost. Die staatskapitalistischen Postunternehmen sind — genauso wie die privatkapitalistischen Betriebe — der Wirkung der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus unterworfen. Es wäre deshalb falsch, aus den oben geschilderten Besonderheiten der staatskapitalistischen Betriebe gegenüber den privaten die Schlußfolgerungen zu ziehen, daß eine Planung der gesamten Volkswirtschaft im Kapitalismus ermöglicht werden könnte.

Interessant ist — was die staatskapitalistischen Unternehmen angeht — auch folgender Hinweis Lenins:

„Wenn in Deutschland die Revolution nicht zögert, auszubrechen, so ist es unsere Aufgabe, den staatskapitalistischen Unternehmen zu erlernen, ihn aus aller Kraft zu übernehmen, keine diktatorischen Methoden zu scheuen, um diese Übertragung der westlichen Kultur auf das barbarische Rußland zu beschleunigen, ohne dabei vor barbarischen Methoden des Kampfes gegen die Barbarei zurückzusehen. Wenn es unter den Anarchisten und linken Sozialrevolutionären (wir fielen unwillkürlich die Reden von Karabin und Go im Zentralrevolutionskomitee ein) Leute gibt, die inständig sind, in der Art einer Nazis zu rasonieren, daß es um Revolutionen nicht geizt, beim deutschen Imperialismus, zu lernen, so muß man nur eins sagen: die Revolution, die solche Leute ernst nehmen wollen, wäre hoffnungslos (und durchaus verformt) verloren.“<sup>11)</sup>

Dieses Zitat gibt uns auch heute noch Hinweise, obwohl es selbstverständlich aus seiner Zeit heraus verstanden werden will. Lenin schrieb diese Worte in seinem Werk „Über die Naturalsteuer“ im Jahre 1921, also in einer Zeit, als die Sowjetmacht erst kurze Zeit und nur als einziges sozialistisches Land bestand. (Die Deutsche Post kann durch das Vorhandensein des sozialistischen Lagers die reichhaltigen Erfahrungen der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder ausnutzen.)

Dazu kommt, daß gerade zu jener Zeit der junge sozialistische Staat seine nackte Existenz im Kampf gegen die interventionierenden Imperialisten und ihre konterrevolutionären Helfer im eigenen Lande verteidigen mußte.

Zusammenfassend kann festgestellt werden:

Vom Standpunkt der marxistisch-leninistischen politischen Ökonomie sowie der Ökonomie des Post- und Fernmeldewesens aus sind die kapitalistischen Post- und Fernmeldewesen (im Sinne der Gesamtheit der staatlichen Einrichtungen des Post- und Fern-

meldewesens eines Landes) staatskapitalistische Unternehmen. Für sie trifft die folgende Feststellung des Lehrbuches „Politische Ökonomie“ voll und ganz zu:

„Wenn bestimmte Betriebe oder sogar ganze Wirtschaftszweige in das Eigentum des bürgerlichen Staates übergehen, verändert sich ihr soziales Wesen nicht. Der bürgerliche Staat vertritt die Interessen des Monopolkapitals... Eben deshalb sind auch die staatskapitalistischen Betriebe Unternehmen, die auf der Ausbeutung der Werktätigen durch die Klasse der Bourgeoisie in ihrer Gesamtheit beruhen, und stellen dem Volk als eine fremde, verdrängende Kraft gegenüber.“<sup>12)</sup>



Sendegerät „Kurzweile 200 Watt“

Dieses Sendegerät wurde nach der Atlantic-City-Vereinbarung und nach den Vorschriften des Sendegerätentwicklungs- und -prüfungsamtes auf Eisenfundamenten, auf Stützen sowie im kommerziellen Fundament. Es besteht aus den nachfolgenden aufgeführten vier Einzelteilen, die als Normeinbaueinheit in ein gemeinsames Gestell eingeschoben sind:

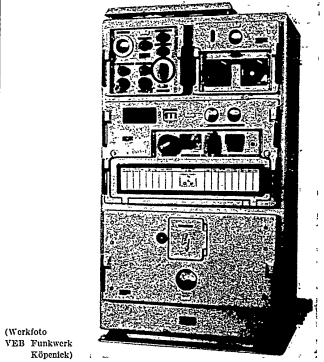
- 1. Setzergerät, 2. Drosselgerät, 3. Kurzwellensender 3...25,6 MHz, 4. Antennen-Abstimmegerät „Kurzweile“.

An den Frontplatten befinden sich sämtliche Schalter, Drosselungsstöpsel, Skalen, Meßinstrumente und Sicherungen.

Nach Lösen der Schutzverhältnisse lassen sich sämtliche Einschleife leicht herausziehen und um 45° nach unten klappen, so daß die einzelnen Bauteile leicht zugänglich sind.

Das Gerät ist so ausgelegt, daß an Stelle des Kurzwellensender-Einschubes auch der Mittel- und Langwellensender-Einschub mit dem dazugehörigen Antennen-Abstimmegerät ohne weiteres eingeschoben und in Betrieb genommen werden kann.

Hergestellt wird der Kurzwellensender vom VED Funkwerk Köpenick, Berlin-Köpenick.



(Verkleinert) VED Funkwerk Köpenick



Warum noch Postverwaltung?

Warum spricht man unter diesen Umständen noch von Postverwaltungen im obigen Sinne? Nach Ansicht des Verfassers gibt es dafür mehrere Gründe. Als die wichtigsten erscheinen:

- 1. Die Tradition, die z. T. noch aus der Epoche des Feudalismus herrührt, in der die Posten ursprünglich nur für die Zwecke des Kaisers (Landesfürsten) eingerichtet wurden und ausschließlich als sein Hoheitsrecht galten.

Die deutschen Landesposten waren im Feudalismus ein wichtiges Hilfsmittel zur Verwaltung des Landes. Im Laufe der Entwicklung dienten sie in zunehmendem Maße mit zur Befriedigung der Bedürfnisse der herrschenden Klasse und teilweise der übrigen Bevölkerung. Sie unterstanden der Verwaltung des Landesfürsten und erhielten dadurch öffentlich-rechtlichen Charakter. Im Verlaufe der Herausbildung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung entstand ein umfassendes einheitliches System der Nachrichtenübermittlung. In Deutschland kann man ungefähr seit dem Beginn des letzten Viertels des 19. Jahrhunderts von einem neuen selbständigen Wirtschaftszweig, dem Post- und Fernmeldewesen, sprechen. Während dieses Entstehungsprozesses entstanden aus den Boten-, Pferde- und sonstigen Posten der feudalen Fürsten die staatskapitalistischen Postunternehmen der einzelnen Länder. Diese Veränderungen fanden im Kapitalismus — ob bewußt oder unbewußt soll hier nicht untersucht werden — nicht ihren Niederschlag in der Bezeichnung bzw. Definition der Post.

- 2. Die Befugnis zur Ausübung bestimmter hoheitlicher Rechte, z. B. das Recht der Post, Gebühren im Verwaltungszwangverfahren beizutreiben, das Strafverfolgungsrecht bei Gebührenhinterziehungen, die Zustellung von Briefen mit Zustellungsurkunden usw. Dabei ist jedoch zu beachten, daß die Hauptaufgabe des Post- und Fernmeldewesens auf dem Gebiete der materiellen Produktion, nämlich der Übermittlung bzw. Beförderung von Nachrichten liegt. Bei den obengenannten Befugnissen bzw. Aufgaben handelt es sich um Nebenaktivitäten, die — wie man selbst in der Bundesrepublik feststellt — „für die Post als solche nicht charakteristisch sind“<sup>49)</sup>.

Außerdem kommt die von bürgerlichen Verwaltungsrecht getroffene Unterscheidung zwischen Monopol und Regal als ein weiterer Faktor hinzu.

- 3. Die mit dem Begriff „Hoheitsverwaltung“ verbundene Möglichkeit zur Versehrerung der Ausbeutung der im Post- und Fernmeldewesen beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten.

4. Die Verhüllung des staatskapitalistischen Charakters solcher Unternehmen.

In Anbetracht dieser Sachlage hält es der Verfasser für richtig — sofern bei ökonomischen Untersuchungen von kapitalistischen Posteinrichtungen die Rede ist — sie ihrer ökonomischen Stellung entsprechend als staatskapitalistische Unternehmen zu bezeichnen. Es handelt sich dabei nicht um einen Streik um Begriffe. In letzter Konsequenz kommt es auf die Einschätzung des kapitalistischen Post- und Fernmeldewesens vom Klassenstandpunkt an.

Zusammenfassung

Ausgehend von der Charakterisierung der Einrichtungen des Post- und Fernmeldewesens als Teil der staatlichen Verwaltung durch die bürgerlichen Theoretiker untersucht der Verfasser vom ökonomischen Standpunkt aus ihre Stellung im System der kapitalistischen Wirtschaft. Er kommt dabei zu dem Ergebnis, daß das Post- und Fernmeldewesen als Teil der materiellen Produktion in der Form des staatskapitalistischen Monopolsystems organisiert ist. Die Ortsveränderung von Nachrichten ist grundsätzlich keine Aufgabe des gesellschaftlichen Überbaus. Als Beweis für seine Ansicht benutzt der Verfasser vorwiegend Materialien über die Deutsche Bundespost. Er bestätigt damit die Richtigkeit der Lehren der Klassiker des

Marxismus-Leninismus über die Stellung der Post in der kapitalistischen Gesellschaft.

<sup>49)</sup> W. I. Lenin, „Ausgew. Werke in zwei Bänden“, Verlag für fremdsprachliche Literatur, Moskau 1947, Band II, S. 154, Hervorhebungen von Lenin.

<sup>50)</sup> Engels, zitiert bei W. I. Lenin, „Ausgew. Werke in zwei Bänden“, Verlag für fremdsprachliche Literatur, Moskau 1947, Bd. II, S. 209.

<sup>51)</sup> v. I. Lenin, „Ausgewählte Werke in zwei Bänden“, Bd. II, Verlag für fremdsprachliche Literatur, Moskau 1947, S. 830/831, Hervorhebungen von Lenin.

<sup>52)</sup> Lehrbuch „Politische Ökonomie“, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 440/450.

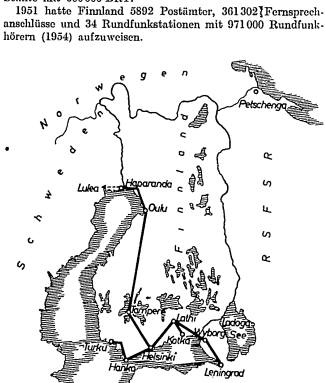
<sup>53)</sup> „Der Dienst bei der Deutschen Bundespost“, Band IV, 1. Teil, Grundlagen des Verwaltungsgesetzes“, H. v. Deckers-Verlag, G. Schenk, Hamburg Berlin, Bonn 1955, S. 40.

Fünf Minuten Verkehrsgeographie Finnland

Das finnische Eisenbahnnetz, bis auf 187 km in Staatsbesitz, hat eine Länge von rund 5000 km mit der über der Normalspur liegenden Spurweite von 1524 mm (frühere Zugehörigkeit zu Rußland). Von der am Finnischen Meerbusen ganz im Süden gelegenen Hauptstadt Helsinki führt die Hauptbahn über Tampere und Oulu bis zum schwedischen Napaanda am nördlichen Ufer des Bottnischen Meerbusens. Am südlichen Rand der finnischen Seemplatte zweigt von dieser Linie die Strecke nach Leningrad ab, die Lahti, die Stadt mit dem bekannten finnischen Rundfunksender, und das heute bereits jenseits der Grenze gelegene Wiborg berührt. Kotka, der bedeutende Ausflughafen östlich von Helsinki, ist Endpunkt einer vor allem für den Holztransport wichtigen Bahn mitten durch die Seemplatte. Andere Strecken verbinden die an der Westküste liegenden Häfen Turku und Hangö mit Helsinki, wobei Hangö als Ausgangspunkt des Personenverkehrs nach Stockholm zu nennen ist.

Finnland verfügt außerdem über ein umfangreiches Straßennetz von 65000 km Länge. Bekannt ist vor allem die „Eismeerstraße“, eine durch ganz Finnisch-Lappland nur z. T. schiffbar gemacht wurde. Auch die Handelsflotte zählte nur knapp 700 Schiffe mit 600000 BRT.

1951 hatte Finnland 5892 Postämter, 301302 Fernsprechanlagen und 34 Rundfunkstationen mit 971 000 Rundfunkhörern (1954) aufzuweisen.



Beschädigung von Fernmeldekabeln bei Erdarbeiten

Von Horst FLÜTHER, Plauen (Vogtland)

Einführung

Außere mechanische Einwirkungen bilden den größten Anteil der Ursachen bei Schäden an Fernmeldekabeln (Kabelfehlern). 90% der Fehler, die zu Vollstörungen des jeweiligen Kabels führen, werden durch mechanische Einwirkungen verursacht. Davon entfallen wiederum 61% auf Hackenlöcher und ähnliche gewaltsame Beschädigungen bei Erdarbeiten. Im folgenden Aufsatz werden deshalb Vorschläge unterbreitet, die geeignet erscheinen, die Zahl dieser Beschädigungen zu verringern.

Fehlerursachen

Schäden an Fernmeldekabeln, im allgemeinen Kabelfehler genannt und im folgenden so bezeichnet, können die verschiedensten Ursachen haben. Dennoch gibt es Fehlerursachen, die besonders häufig wiederkehren. Fehlerstatistiken beweisen das.

- Die häufigsten Ursachen sind interkristalline Brüchigkeit (mechanische Korrosion), chemische und elektrolytische Korrosion, atmosphärische Entladungen und Starkstrom, Fabrikationsfehler, Montagefehler und schließlich äußere mechanische Einwirkungen.

Die vom Verfasser in den Jahren 1952 bis 1956 in einem allerdings begrenzten Bereich angestellten Untersuchungen an unterirdischen Kabeln des Fernnetzes ergaben die aus nachstehender Tabelle ersichtliche Häufigkeit der Fehler bei sechs verschiedenen Fehlerursachen. Die ersten Nachkriegsjahre wurden bei der Auswertung nicht berücksichtigt, weil in dieser Zeit noch umfangreiche Kriegsschäden beseitigt werden mußten.

Es ist interessant, daß statistische Erhebungen, die von der Schweizerischen Post-, Telegraphen- und Telefonverwaltung (PTT) während eines Zeitraumes von 25 Jahren angestellt wurden, sehr ähnliche Verhältniszahlen ergaben (1). Diese seien daher der folgenden Zusammenstellung beigegeben.

| Fehlerursache                             | Anteil in % an der Zahl der Kabelfehler nach eigenen Erhebungen an unterirdischen Kabeln des Fernnetzes | nach Ermittlungen der Schweiz. PTT an Fernmeldekabeln aller Art |
|-------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------|
| Interkristalline Brüchigkeit              | 19                                                                                                      | 24                                                              |
| Chemische und elektrolytische Korrosion   | 3                                                                                                       | —                                                               |
| Atmosphärische Entladungen und Starkstrom | 8                                                                                                       | 7                                                               |
| Fabrikationsfehler                        | 2                                                                                                       | 8                                                               |
| Montagefehler                             | 10                                                                                                      | 12                                                              |
| Äußere mechanische Einwirkungen           | 46                                                                                                      | 49                                                              |
| Sonstige Ursachen                         | 12                                                                                                      | —                                                               |

Besonders augenfällig ist, daß nahezu die Hälfte aller Kabelfehler auf mechanische Einwirkungen zurückzuführen ist. Diese Feststellung wirkt um so eindringlicher, wenn man bedenkt, daß 90% der Fehler, die zu Vollstörungen des jeweiligen Kabels führten, durch mechanische Beschädigungen verursacht wurden.

Im 10 von 100 durch mechanische Einwirkung hervorgerufenen Fällen handelt es sich um Beschädigungen mit Hacken, Stoßeisen und Schmirreisen bei Erdarbeiten.

Vergleichen es das Ziel der Deutschen Post sein muß, die Zahl der Kabelfehler allgemein zu senken, so seien hier nur die bei Erdarbeiten verursachten Schäden untersucht. Diese meist schweren Beschädigungen führen nicht nur zu einer Wertminderung der betroffenen Kabelanlagen und zu teilweise sehr hohen Gebührenaussfällen für die Deutsche Post, sondern wirken sich darüber hinaus durch Verzögerungen im Fernmeldeverkehr nachteilig auf die Tätigkeit des Staatsapparates und der Wirt-

schaft aus. Somit ist es notwendig, Maßnahmen zu suchen, die geeignet erscheinen, die Zahl der Beschädigungen von Fernmeldekabeln bei Erdarbeiten zu verringern.

Bisherige Verfahren

Zunächst soll das bisher geübte Verfahren und seine Wirksamkeit untersucht werden. Die Fernmeldedienste senden durch Einschreibebrief oder mit Zustellungsurkunde in gewissen (meist mehrjährigen) Zeitabständen gedruckte „Kabelschutzanweisungen“ an alle Straßen- und Tiefbauarbeiter sowie an die in Frage kommenden Dienststellen ihres Bereiches. Diese Kabelschutzanweisung enthält kurze, aber ausreichend formulierte Hinweise auf Meldepflicht, Vorsichtsmaßnahmen usw., deren Beachtung durchaus geeignet wäre, Beschädigungen nahezu völlig zu vermeiden. Die Statistik beweist jedoch eindeutig, daß die Schutzanweisung leider nicht die ihr gebührende Beachtung findet. Man könnte daraus schließen, daß die Kabelbeschädigungen bei Arbeiten durch Privatpersonen oder Betriebe erfolgen würden, die die Schutzanweisung nicht erhalten haben. Die Erfahrung lehrt jedoch das Gegenteil. Betriebsleiter, ingenieurtechnisches Personal und Schachtmeister der schuldigen Unternehmen kennen durchaus die einschlägigen Bestimmungen. Das bisherige Verfahren ist mithin unzureichend!

In Westdeutschland sind die gleichen Verhältnisse anzutreffen. Schlaak, Münster (Westfalen), macht daher Vorschläge (2), die hier kritisch betrachtet werden sollen. Sie lauten:

- a) Aushang auffälliger Plakate in Postschalterräumen,
- b) Abdruck der Kabelschutzanweisung im Amtlichen Fernsprechebuch,
- c) kurzgefaßte eindringliche Hinweise in hervorgehobener Druck auf dem Blattrand des Fernsprechebuchs,
- d) Hinweise in Form von Werbestempeln,
- e) Aufnahmen von Kabelbeschädigungen und deren Folgen in der Wochenzeitschrift der Lichtspielhäuser,
- f) Hinweise auf die mögliche Beschädigung von Fernmeldekabeln bei Vergabe von Bauaufträgen durch die Ämter,
- g) Verbot des Einschlagens von Schmirreisen in der Kabelstasse und
- h) Erteilung einer Auflage an die Baunternehmen, das Lagern und Wiedereinbau von Kabeln nur in Gegenwart des Auftrags-Überwachungsdienstes vorzunehmen.

Von den Vorschlägen unter a) bis d) ist ein durchgreifender Erfolg kaum zu erwarten, weil die unmittelbar Schuldigen (meist Erdarbeiter, seltener Anlagen) von diesen Hinweisen nur in den seltensten Fällen Kenntnis nehmen würden. Weil diese Vorschläge indes ohne große Kosten durchgeführt werden können, ist die Einführung bei der Deutschen Post zu erwägen.

Dem Vorschlag unter e) kann man eine Breitenwirkung nicht absprechen. Er bleibt aber auf den Einzelfall beschränkt, soweit man nicht statt der Wochenzeitschrift die Postblätter benutzte.

Die unter f) geforderten Hinweise sind anbahndlich, zumal stets festzustellen werden kann, daß Ingenieure und Schachtmeister die Bestimmungen der Kabelschutzanweisung kennen.

Die unter g) erhobene Forderung ist bereits in der Kabelschutzanweisung enthalten.

Der Vorschlag h) wird bei uns bereits verwirklicht. (Wo dies nicht der Fall sein sollte, ist die Durchführung unbedingt zu fordern.) Voraussetzung ist jedoch, daß das zuständige PMA vom Auftragnehmer unterrichtet worden ist. Diese Benachrichtigung unterbleibt jedoch in etwa 50% der Schalenfälle.

In diesem Zusammenhang sei noch ein Vorschlag von Adam-Aulendorf, erwähnt (3), der darauf hinzielt, in jeder Stadt eine Überwachungsstelle bei der Baupolizei beschreiben, der alle Anträge zur Genehmigung von Aufgrabungsarbeiten einzureichen wären. Diese Anträge sollen dann bei den Betrieben und Behörden, die unterirdische Anlagen besitzen, in Umlauf gesetzt werden, um ihnen Gelegenheit zu geben, auf dem Antragsformular auf ihre berechtigten Belange hinzuweisen. Der Antragssteller wäre dann verpflichtet, sich mit den betreffenden Ämtern in Verbindung zu setzen.



Aber auch von diesem Vorschlag kann ich keine wesentliche Verbesserung erwarten. Abgesehen von dringenden Fällen, in denen ohnehin ein 8-14tägiger Umlauf nicht abgewartet werden kann, würden auch dann nicht alle Aufgrabenden Anträge stellen.

Meine Vorschläge

Ich möchte nunmehr meine eigenen Vorschläge veröffentlichen und begründen:

a) Die Fernmeldeanlagen genießen strafrechtlichen Schutz durch die §§ 217 und 218 des Strafgesetzbuches. Danach wird bestraft, wer durch Beschädigung oder Veränderung den Betrieb einer öffentlichen Zwecke dienenden Fernmeldeanlage verhindert oder gefährdet. Bisher wurde allerdings von der Möglichkeit der strafrechtlichen Verfolgung kaum Gebrauch gemacht. Man begnügt sich mit der Schadenersatzleistung. Es wäre aber an der Zeit, zumindest bei grober Fahrlässigkeit Strafanzeige zu erstatten.

b) Neben dem strafrechtlichen besteht für Fernmeldeanlagen auch zivilrechtlicher Schutz. Bei unerlaubten Handlungen (§ 823 BGB), die zu Schäden an Fernmeldeanlagen führen, kann die Deutsche Post Schadenersatz nach § 278 oder § 311 des BGB fordern. Dabei ist § 278 anzuwenden, wenn z. B. die Beschädigten eines Baubetriebes, der Arbeiten im Auftrag der Deutschen Post ausführt, ein Kabel beschädigen. In diesem Falle ist der Baubetrieb stets schadenersatzpflichtig. Wenn hingegen ein Baubetrieb im Auftrage Dritter arbeitet, kann der Betrieb den sogenannten „Entlastungsbeweis“ führen, der ihn von der Haftpflicht befreit. Der Schadenersatzanspruch richtet sich dann gegen den Beschädigten, der den Schaden verursacht.

In der Praxis kommt dieser Unterschied kaum zur Auswirkung, weil die Baubetriebe auch für ihre Beschädigten Haftpflichtversicherungen abgeschlossen haben. Die Schadenersatzleistung erfolgt also fast immer durch die Deutsche Versicherungsanstalt. Diese befindet sich jedoch im Besitz des Volkes. Bei Anzeahlung der nicht erheblichen Schadenersatzleistungen werden Teile des Volkseigentums für durchaus unnötige Zwecke verbraucht, die sich an anderer Stelle zum Nutzen der Allgemeinheit verwenden ließen.

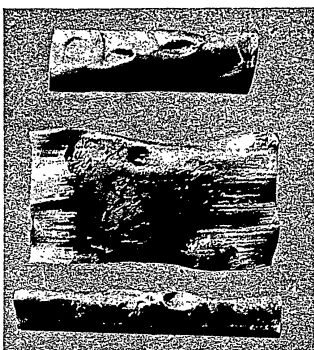
Die Deutsche Versicherungsanstalt sollte daher dazu übergehen, bei grober Fahrlässigkeit 10% der Schadenersatzleistung vom Schädigen einzufordern, wie dies bei der Kraftfahr-Haftpflicht-Versicherung in bestimmten Fällen geschieht.

Schließlich wäre es auch zweckmäßig, die Kabelschutzanweisung in geeigneter Weise in das neu zu schaffende Telegraphienengesetz einzuarbeiten.

Die gewöhnlichen Forderungen unter a) und b) werden erhoben, weil die Praxis immer wieder zeigt, daß einerseits die Betriebe die durchaus bekannte Mangelpflicht nicht beachten sowie die Arbeiten nicht genügend überwachen, und andererseits die Erdarbeiter trotz Belehrung und Verwarnung rückständiges Kabel beschädigen. So wurden z. B. vor kurzem innerhalb weniger Wochen bei einer Gasrohrverlegung von Beschäftigten der gleichen Firma ein Bezirkskabel dreimal und zwei gleichlaufende Ortskabel viermal mehr oder weniger schwer beschädigt, obwohl die Kabeltrasse genau bekannt und leicht zu verfolgen war. Außerdem wurde die Baustelle mehrmals von einem sehr zuverlässigen Mitarbeiter des Aufgrabungsüberwachungsdienstes aufgesucht.

Die Kabelschußbeauftragten erleben immer wieder, wenn sie nach erfolgter Fehlerortsmessung an der Schadenstelle eintreffen und das Aufsichtspersonal der Baufirmen und die Arbeiter ansprechen, daß diese jedwede Beschädigung ableugnen, bis ihnen das Beweisstück (Bild) vorgelegt wird. Die Einstellung: „Die Versicherung zahlt ja ohnehin“, muß beseitigt werden.

c) Die Kabelschutzanweisung ist weiterhin zuzustellen. Darüber hinaus müssen von allen im Außendienst beschäftigten An-



Bleimittel von drei Fernmeldekabeln (Beweisstücke), die durch Hakenkabel beschädigt wurden (Aufw. v. Verf.)

gehörigen der Deutschen Post bei jeder sich bietenden Gelegenheit aufklärende Gespräche nicht nur mit dem ingenieurtechnischen Personal, sondern vor allem auch mit den Arbeitern geführt werden. Dies sollte nicht nur dann geschehen, wenn Fernmeldekabel gefährdet sind.

d) Die Mitarbeiter der Aufgrabungsüberwachung (in kleinen Ortsnetzen die Entstöcker) müssen ihre Aufgabe noch erster nehmen. So darf es nicht mehr vorkommen, daß Kabel beschädigt werden, weil diese genannten Kräfte die Baustelle verlassen haben, bevor die Kabel freigelegt und geschützt oder vor dem Wiedereinbetten eingehend untersucht worden sind.

Dazu ist es allerdings auch erforderlich, daß den Mitarbeitern die Kabellegpläne zur Verfügung stehen!

e) Außerdem ist es notwendig, daß die leitenden Angestellten der EMÄ diese Tätigkeit mehr beachten. Wenn bei größeren Bauvorhaben keine geeigneten Bauhandwerker zur Unterstützung der Aufgrabungsüberwachungsstellen eingesetzt werden, nur um keine Produktionsstunden ausfallen zu lassen, wenn kein Kabelschutzzeisen zum vorläufigen Schutz auf Vorrat gehalten werden soll, um keine Umlaufmittel zu binden, so darf man sich nicht wundern, daß Schäden und Verluste entstehen, die mit geringem Aufwand hätten vermieden werden können.

Schließlich wäre zu erwägen, ob durch geeignete Veröffentlichungen (ich denke dabei an kurze Erzählungen im Plauder- und im Unterhaltungsstil der Tageszeitungen belehrend auf weite Bevölkerungskreise eingewirkt werden kann.

Diese und noch andere geeignete Maßnahmen können ergriffen werden, um zu erreichen, daß die Zahl der Beschädigungen von Fernmeldekabeln bei Erdarbeiten verringert wird und nicht etwa durch die zunehmende Mechanisierung weiter ansteigt.

Literatur  
[1] Bruno Ulemann, Kabelfehlerstatistik -- ein Gebiet für Forschung und Technik, Mitteilungen aus dem Institut für Post- und Fernmeldewesen, Heft 2, 1956.  
[2] H. Schmitt, Mängelstatistik Fahrlässige Beschädigung von Fernmeldekabeln, Fernmeldepost, Heft 12, 1956.  
[3] W. Adam, Amtsdorf: Diskussionsbeitrag zu [2], Fernmeldepost, Heft 21, 1956.

Normung und Standardisierung -- Aufgaben der Deutschen Post?

Von Dipl.-Ing. Johannes BEGRICH, Berlin

(Fortsetzung und Schluß)

Typisierung

Ein wichtiges Teilgebiet der Technischen Normung, besonders in der höchsten Stufe der Standardisierung, ist die Typisierung. Sie ist das Festlegen von Einzelteilen bzw. Reihen industrieller und gewerblicher Erzeugnisse nach Art und Größe.

Nationale Normung

Wie der vorangegangene Hinweis auf GOST und DIN zeigt, gibt es in jedem Land je nach seiner gesellschaftlichen Struktur eine Technische Normung. Die Technische Normung eines Landes wird als Nationale Normung bezeichnet. Für Fragen der Gesamtdeutschen Technischen Normung besteht der Deutsche Normenausschuss (DNA), der von der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik besetzt wird. Seine Normen werden -- wie bereits an anderer Stelle erwähnt -- unter dem Zeichen DIN herausgegeben.

Bei der ständigen Zunahme und Erweiterung der Handelsbeziehungen der Deutschen Demokratischen Republik mit verschiedenen Ländern können Exporte und Importe nur dann zu gegenseitiger Zufriedenheit getätigt werden, wenn man die Schwerpunkte der Nationalen Normung der Partnerstaaten berücksichtigt. Im Weltmarkt gesehen, ergibt sich daraus die Notwendigkeit, Fragen der Technischen Normung zur Förderung der internationalen Handelsbeziehungen auf den beiden großen Weltwirtschaftsmärkten gemeinsam zu bearbeiten. Das führt zunächst zu Empfehlungen, die zweckmäßig den Nationalen Normen mit zugrunde zu legen sind.

Eine wichtige Organisation für internationale Normung ist die ISO (International Organization for Standardization). Der DNA vertritt die Belange von Gesamtdeutschland in der ISO. Die von dieser Organisation herausgegebenen Empfehlungen können von der ISO zu ISO-Standards (Bezeichnung in englischer Sprache), identisch mit ISO-Normen (Bezeichnung in französischer Sprache), erklärt werden, wenn keine Mitglieds-Körperschaft Einwände erhebt.

Die Klärung des Begriffes Normung und Standardisierung enthält bereits eine bejahende Antwort auf die Frage, die ISO die Aufsätze gestellten Frage. Die positive Antwortung entspricht nicht nur einer logischen Schlussfolgerung aus der dargelegten Begriffsdefinition; sie fußt auf zwei sehr klar abzuleitenden Grundpfeilern, auf der Notwendigkeit der Gemeindefortschrittsarbeit und vor allem auf der anfangs genannten Verordnung der Regierung „zur Normung ... der technischen Dienste ... in Verkehr und in den übrigen Wirtschaftszweigen ...“.

Die Deutsche Post, die ein wichtiger Zweig des Verkehrs ist, hat ihrer Bereitschaft zur Technischen Normung und Standardisierung dadurch Ausdruck gegeben, daß das Kapitel 8 des nächst herauszugebenden „Grundrisses der Deutschen Post- und Fernmeldewesen“ von der „Technischen Normung und der Ausnutzung der Kapazitäten im Post- und Fernmeldewesen“ handeln soll.

Frage 2: Welche Aufgaben fallen der Deutschen Post auf dem Gebiet der Technischen Normung und Standardisierung zu?

Diese Aufgaben sind nach Umfang und Inhalt sehr mannigfaltig. Es kann daher hier kein umfassender Katalog dafür gegeben werden. Die Antwortung soll sich vielmehr auf Schwerpunkte-Beispiele beschränken, aus denen jeder für seinen Arbeitsbereich weitere Beispiele ableiten kann.

Für die Aufgaben in der Technischen Normung und Standardisierung ist der Charakter der Deutschen Post maßgebend, der durch die Nachrichtenbeförderung und -übermittlung auf dem drahtgebundenen und drahtlosen Fernmeldernetz gekennzeichnet ist.

Die Deutsche Post ist ein Großabnehmer der Industrie für entsprechende Maschinen, Einrichtungen, Geräte, sonstige Hilfsmittel und Materialien; nur das Gebiet des Fernmeldewesens hat die Merkmale einer industriellen Produktion. Die Deutsche Post ist bestimmend für den Inhalt von Standards und Technischen Normen auf diesem Sektor. Somit wird der Schwerpunkt der Arbeiten der Deutschen Post bei einer Standardisierung unter dem Zeichen TGL vorwiegend nach dem Buchstaben G (Güterverkehr) und L (Lieferbedingungen) (Lieferbedingungen) bestimmt. Daß sich die Deutsche Post auf diesen beiden Gebieten der Standardisierung für ihren Bereich maßgeblich beteiligen muß, steht wohl außer Frage. Sie hat hierbei -- gerade als Hauptbedarfsträger im Nachrichtenwesen auf Grund ihrer staatlichen Befugnisse und ihrer Betriebsverfahren ein entscheidendes Wort mitzusprechen. Auch Maßnahmen -- zum Buchstaben T des Zeichens TGL (Technische Normen) gehörig -- sind für die Deutsche Post wichtig.

Schon wir uns die vorgeschriebene Gliederung von TGL-Entwürfen an! Bei TGL-Entwürfen werden zwei Arten unterschieden, TGL-Entwürfe für Industrieerzeugnisse und TGL-Entwürfe für allgemein zu beachtende Grundlagen (Grundnormen).

Die Gliederung der TGL-Entwürfe für Industrieerzeugnisse umfaßt vier Abschnitte, und zwar Typen und Abmessungen, Technische Forderungen (Funktions- und Gebrauchseigenschaften, konstruktive Angaben) -- Prüfung und Prüfverfahren -- Kennzeichnung, Transport und Lagerung -- Richtlinien für die Anwendung.

Aus dieser Gliederung ist deutlich erkennbar, daß eine Mitwirkung der Deutschen Post bei TGL-Entwürfen für industrielle Erzeugnisse posttypischen Charakters unerlässlich ist. Ähnlich ist es mit den Vorbereitungen für die Verbindlichkeitsklärung von DIN zu Standards. Die vielfach noch in verschiedenen Ebenen vertretene Auffassung, die Deutsche Post könne mit Standardisierungsarbeiten und -vorschlägen nur die Standardisierungsarbeiten der Industrie aufspornen und leiten, kommt wohl bei dieser Sachlage nicht mehr aufrechterhalten werden. Die Mitwirkung der Deutschen Post ist ein wesentlicher Bestandteil der für die Standardisierung und Technische Normung notwendigen Gemeinschaftsarbeit. Das zeigt sich besonders in der Mithilfe für die Typenbeschreibungen in der Verbesserung der Austauschbarkeit von nachrichtentechnischen Erzeugnissen, die von anderen Bedarfsträgern eingesetzt werden. Standardisierung bedeutet nicht Einschränkung, sondern zweckmäßige (rationelle) Auswahl.

Die Deutsche Post hat als das zuständige Organ für das Post- und Fernmeldewesen darauf hinzuwirken, daß eine weitgehende Austauschbarkeit von Einrichtungen und Geräten der verschiedenen Nachrichtenteile des Deutschen Demokratischen Reiches erzielt wird und damit eine sinnvolle Typenbeschränkung Platz greift. Solche Aufgaben betreffen z. B. TGL zur Vereinfachung der verschiedenen gebräuchlichen Fernsprechvermittlungssysteme bei der Deutschen Post, der Reichsbahn, den Energiebezirken usw., zur Typisierung von Kleinfordernungen und von Einzelteilen u. a.

Die Deutsche Post hat auch eigene Aufgaben nach dem Plan der Standardisierung zu erfüllen, an deren Ausarbeitung wieder Beauftragte aus den Bereichen der Ministerien für Maschinenbau, Leichtindustrie, Energie, Verkehrswesen u. a. mitwirken, je nachdem, welcher Industrie- oder Wirtschaftszweig davon mit berührt wird. So sind z. B. zu bearbeiten: TGL-Entwürfe der durch die Nachrichtenbeförderung und -übermittlung auf dem drahtgebundenen und drahtlosen Fernmeldernetz gekennzeichnet ist.

Eine besonders wichtige TGL, die der Deutschen Post bei der Postmechanisierung mit einer weitgehenden Gemeinschaftsarbeit bevorzugen, ist die Standardisierung für Formate von Postsendungen.

Auch für TGL-Grundnormen hat die Deutsche Post ihre eigenen Planaufgaben, wie z. B. TGL für Sinnbilder in Kabelplänen, für Kurzzeichen bei Fernmeldeeinrichtungen auszubereiten sowie bei besonderen Aufgaben mitzuwirken.

Zur Klärung von gesamtdeutschen Normungsfragen entsendete die Deutsche Post Vertreter zu den Tagungen des Deutschen Normenausschusses, und zwar zu den Ausschüssen, deren Fachaufgaben die Fachgebiete Post- und Fernmeldewesen angehen.

Ein eigener Bereich ist die Deutsche Post als Großverbraucher in der Lage und verpflichtet, für die Technische Normung wichtiges Zahlenmaterial zu liefern, das zur Bildung von zweckmäßigen Auswahlreihen für standardisierte Industrieerzeugnisse führt und so die Produktivität steigert. Auswahlreihen enthalten besonders durch den Bedarf bevorzugte Werte von Typenreihen. Die Deutsche Post muß aber dieses gewonnene Zahlenmaterial selbst mit dem Ziel einer weitgehenden Sortimentsbeschränkung auswerten.

Ein in der Fachliteratur genanntes Beispiel soll mit dem Weg für diese Auswertung zugunsten einer richtigen Bestellung und rationalen Lagerhaltung zeigen. In einem Betrieb fiel auf, daß von zwei einander ähnlichen Schraubensorten die eine in verhältnismäßig großen Mengen, die andere in kleinerem Umfang bestellt wurde. Eine Untersuchung brachte folgendes überraschende Ergebnis: Beide Schraubensorten wurden von ein und derselben Reparaturkolonne verwendet, obwohl die in größeren Mengen bezogene Schraubensorte für alle vorkommenden Arbeiten gleich gut verwendbar war. Es wurde zu gegeben, daß von der in geringeren Mengen bezogenen Schraubensorte für einzelne Arbeiten nur aus alter „Überkommenheit und Gewohnheit“ Gebrauch gemacht wurde. Technische Gründe lagen nicht vor.

Typisierte Bauelemente und Baugruppen sind die Wegbereiter der Mechanisierung. In diesem Zusammenhang sei auch als markantes Beispiel die Vielzahl der jetzt noch verwendeten Handfahrzeuge erwähnt. Ein besonderes Augenmerk ist ferner auf die Ersatz- und Verschleißteile zu richten, deren Vielfalt herabgesetzt werden muß.

Ob nicht bei einer selbstkritischen Prüfung ähnliche Fälle auf dem weiten Betätigungsfeld im Bereich der Deutschen Post fest- und abgestellt werden könnten? An dieser nicht nur einmal, sondern laufend notwendigen Untersuchung, die zu einer rationalen Typen- und Sortimentsbeschränkung führt, müssen alle Mitarbeiter der Deutschen Post mitwirken.

Vereinheitlichungsmaßnahmen können aber hier nur durch eine rego Wechselwirkung zwischen Verbraucher und Hersteller zum Erfolge führen. Die Basis ist die aktive Mitarbeit auf der Betriebsebene in Form von Verbesserungsvorschlägen. Hier können und sollen die Aktivisten, Neuerer und Rationalisatoren zum Zuge kommen. Diese Betätigung gehört mit zur Charakteristik der Werknormen. Damit ist auch der geordnete Weg zur Fachgebieternorm (hier Postnorm) bis zum Standard gegeben. Er soll nicht bürokratisch, sondern lebendig und bewußt in Anerkennung einer notwendigen Planmäßigkeit begangen werden.

Alle diese Arbeiten müssen in dem Bewußtsein erfüllt werden, daß ein Verzicht auf unnötige Vielfalt und Sonderwünsche sowie eine Einschränkung der Typen und Sortimente zu einer schnelleren, billigeren und besseren Versorgung des eigenen Bedarfs beitragen.

Eine besondere Verpflichtung besteht für die Deutsche Post darin, bei Bestellung und Abnahme von Erzeugnissen auf Einhaltung von Standards und Technischen Normen zu bestehen. Die sich daraus ergebende Kontrolle erweitert wiederum den Blick für Anregungen zu einer weiteren zweckmäßigen Vereinheitlichung und steht mit solchen Verbesserungsvorschlägen in einer engen Wechselbeziehung.

Die Überarbeitung der Postnormen muß nach den aufgeführten Gesichtspunkten vor sich gehen und kann nicht allein an den Schreibstischen zentraler Stellen erledigt werden. Die Fachgebietenormen bei der Deutschen Post überwiegend gegenüber den Werknormen, weil alle Ämter den Post- und Fernmeldeverkehr nach einheitlichen Richtlinien und mit den gleichen Einrichtungen wahrzunehmen haben. Die Postnormen befaßen sich mit Grundnormen, mit speziellen Werkzeugen, Bauteilen, mit Abnahmeverfahren und Pflichtenheften, mit Angelegenheiten des Bauwesens usw. Als besonders, notwendige Ergänzung für die zu überarbeitenden Postnormen sollen hier noch Vereinheitlichungsmaßnahmen für posttypische Möbel und für Typenreihen von Zweckbauten erwähnt werden.

In der Stufe der Werknormen gehen, besonders für örtlich bedingte Verfahren, die von den Betrieben für ihr Gebiet zusätzlich gelöst werden müssen.

Das Zusammenwirken aller für Werknormen, Fachgebietenormen und Standard tätigen Stellen der Deutschen Post wird in einer Durchführungsbestimmung zu der genannten Verordnung „über die Einführung (Staatliche) Standards in der DDR usw.“ demnächst geregelt werden. Dabei wird von den Arbeitern der Ämter auszugehen sein.

Postmechanisierung in Großbritannien

Von der großen Anzahl handelsüblicher Förderbänder haben sich nur wenige für den Postdienst als geeignet erwiesen. Gurtförderer mit Baumwollbändern können für Abgängen bis zu 17° verwendet werden. Durch Überziehen mit Latex oder Noppenkummeln lassen sich die Bänder bis zu 30° neigen. Zum Beladen von Fahrzeugen sind fahrbare Gurtförderer mit Eigenantrieb geeignet. Der erste Kettenförderer für Beutel fand 1955 Eingang in den Postdienst.

Für die Briefsortierung wurde vor kurzem ein Stahlrohr-Verteilblech mit Doppelförderband entwickelt. Seit 1938 wird an der Mechanisierung der Briefsortierung gearbeitet. Dabei zeigte sich, daß eine einplattige Maschine für kleinere Ämter schneller als eine mehrplattige zu entwickeln war. Eine solche Briefsortiermaschine mit Rollenförderer und 133 Fächern in 5 Ebenen ist 10 ft lang (1 ft = 30,5 cm), 2 1/2 ft tief, etwa 6 ft hoch und wiegt 2 1/2 t. Sie läßt sich als vollständige Einheit befördern und leicht in Betrieb nehmen. Eine solche Maschine verarbeitet täglich bis zu 20000 Briefe mit vernachlässigbar kleiner Fehlsortierung. Die Briefe werden der Bedienungskraft durch eine verstellbare Einrichtung zugeführt, die eine Umdrehung macht, wenn ein Korbchen abgestastet wird. Der Sortierer ist nicht an den Rhythmus der Maschine gebunden, sondern kann jederzeit auf eine maximale Zahl von 80 Briefen je Minute tasten.

Für den Schallendienst wurden Maschinen entwickelt, die beim Drehen einer Kurbel Klebezettel mit verschiedener Wertangabe liefern. Der Wert kann vorher eingestellte werden. Diese Klebezettel läßt man an Stelle der üblichen Briefmarken auf Pakete auf. Auch eine Maschine für Postanweisungen wird verwendet, die den Wertbetrag und die zugehörige Gebühr auf einen Papierstreifen druckt, auf den die gesamten üblichen Angaben schon zuvor (während der Bedienung) gedruckt wurden. Die Vorteile beider Maschinen liegen darin, daß die Wertzeichen zahlreicher Nennwerte entbehrlich werden und ihre Summenreihe die Abrechnung vereinfachen.

1927 wurde zwischen dem Westen und dem Osten Londons ein zweigleisiges elektrische Untergrundbahn des Post Office eröffnet. Ein Zweiggleisung kann 40 Pakete/etwa 110 Briefe/Minute mit einer Höchstgeschwindigkeit von 35 miles/h (1 engl. Meile = 1609,3 m) befördern. Der Jahresumsatz beträgt 2,2 über 12 Millionen Beutel, und die Wagen legen jährlich etwa 2 Millionen engl. Meilen zurück. Diese Postuntergrundbahn liefert einen nicht unbedeutenden Beitrag zur Verminderung der Verkehrszusammenhaltung auf den Straßen.

H. Graf

(Ausang aus The Post Office Electrical Engineers' Journal 47, 1966, Heft 3, S. 264-265.)

Allerlei über das Wort Telex und öffentliche Telexstellen

Von Reinhold HOPPE, Leipzig

Wie entstand der Begriff Telex?

Das Kennwort „Telex“ ist britischen Ursprungs. England besaß kein besonderes vom Fernschreibnetz unabhängiges Fernschreibnetz. In diesem Lande wurde vielmehr das Fernschreibnetz zum Fernschreiben mitbenutzt. Jeder Fernschreiber Teilnehmer mußte deshalb zunächst am Fernsprecher die gewünschte Fernschreibverbindung verlangen, damit beim „Amt“ die für den Fernschreiberbetrieb erforderlichen technischen Einrichtungen geschaltet werden konnten. Um diesen zusätzlichen Vorgang zu beschleunigen, suchte man ein Kennwort für das Verlangen und entschied sich für „Telex“. Dieses Wort ist zusammengesetzt aus den Vorkäufen „teleprinter“ (Ferndrucker und Fernschreiber) und „exchange“ (austauschen, wechseln). Auffälligweise sind die Stammwörter „printer“ und „exchange“ bei der Kennwortbildung unberücksichtigt geblieben, obwohl es gerade auf sie ankommt. Der englische Teilnehmer verlangte also mit dem Wort Telex das Auswechseln des Fernsprechers mit dem Fernschreiber, mit anderen Worten eine Fernschreibverbindung. Der englische Begriff Telex hatte somit nur lokale Bedeutung. — (Vgl. hierzu die andere Erklärung des Begriffes „Telex“ im Aufsatz „Altes und Neues von der Telex-Technik“ im Heft 3/57, S. 57. D. Red.)

In Deutschland schuf man im Gegensatz zu England von vornherein ein selbständiges Fernschreibnetz. Jeder Fernschreiber Teilnehmer ist vom Fernschreibnetz unabhängig, weil er an mittelbaren Anschluß an das Fernschreibnetz besitzt. Besondere Schaltungsvorgänge und ein Kennwort erübrigen sich deshalb. Für später ist allerdings ein Zusammenlegen des Fernschreibnetzes mit dem öffentlichen T-Netz und dem Fernschreibnetz vorgesehen.

Im Jahre 1948 gewann der Begriff „Telex“ eine andere Bedeutung. Anlaßlich einer in diesem Jahre stattgefundenen Tagung des CCIT wurde in der Empfehlung Nr. 861 das Wort „Telex“ erstmalig als Bezeichnung für den zwischenstaatlichen Fernschreibverkehr erwähnt, der vorher „Dienst x“ genannt worden war. Durch Vorsezen von „Tele“ vor den Buchstaben x entstand auf anderem Wege als in England ebenfalls das Kennwort „Telex“ in neuer Bedeutung. Da Empfehlungen des erwähnten Komitees als verbindlich betrachtet werden, hatte nunmehr das Kennwort „Telex“ nicht nur eine andere Auslegung erfahren, sondern auch seinen bisher lokalen Charakter verloren. Es lag nahe, „Telex“ auch für den innerstaatlichen Fernschreibdienst zu übernehmen. Seitdem kennzeichnet Telex die Telegraphie neuen Stils (unmittelbarer Nachrichtenaustausch zwischen Sender und Empfänger der Nachrichten), während die Bezeichnung „T-Dienst“ für die Telegraphie alten Stils (Telegrammverkehr) beibehalten worden ist.

Öffentliche Telexstellen

Im Rahmen dieses Aufsatzes soll nicht von Telexstellen allgemein, sondern nur von den Erfahrungen mit öffentlichen Telexstellen (ÖTelex) die Rede sein. Bis zur Einrichtung von ÖTelex konnten nur Inhaber von Telexstellen oder sogenannte „Mitbenutzer“ solcher Stellen mit Zustimmung der Inhaber der Telexstellen nach Genehmigung der zuständigen Dienststelle der Deutschen Post am Telexverkehr teilnehmen. Andere fanden keine Gelegenheit dazu. Es bestand also beim Telexverkehr ein Benutzerkennwert-Unterschied zum Telegramm- und Fernschreiberverkehr, an denen sich bekanntlich jedermann beteiligen kann. In der Deutschen Demokratischen Republik erwog man deshalb die Möglichkeiten, auch den Telexverkehr jedermann zugänglich zu machen. Der erste Versuch mit ÖTelex wurde 1952 anläßlich der Leipziger Messe unternommen, die sich wie keine andere Großveranstaltung für derartige Versuche eignet. Das Zusammenkommen von Menschenmassen, die wirtschaftlich interessiert sind, und in ihren Hemmtönen überwegend selbst Telexanschlüsse besitzen, kommt somit nicht vor.

Die unterschiedlichen Erfahrungen, die in der Folgezeit mit Telexstellen für einen bestimmten Zeitraum und besondere Zwecke einerseits sowie mit ständigen ÖTelex andererseits gemacht wurden, erfordern getrennte Beschreibung.

ÖTelex für begrenzte Zeiträume

Beim ersten Versuch wurden für die Dauer der Leipziger Messe 1952 zwei ÖTelex eingerichtet, die eine in einer Ecke des sogenannten Untergrundmessehause (unter dem Leipziger Markt) im Stadtzentrum, die andere auf dem Gelände der „Technischen Messe“. Der Erfolg war überraschend. Besonders bei Westdeutschen und Ausländern erregten die bisher unbekanntem Einrichtungen Aufsehen. Leider konnten damals die Ansprüche der auswärtigen Hauptinteressenten nur zum kleinen Teil befriedigt werden, weil mit den meisten Fremdstaaten sowie mit Westdeutschland noch keine Telexverbindung bestand. Andernfalls würden die zwei Telexstellen bei weitem nicht ausgereicht haben. Es ist anzunehmen, daß die bald folgende Ausweitung des Auslandsverkehrs sowie die Aufnahme des Telexdienstes mit Westdeutschland infolge allseitiger Bemühungen der an der Messe interessierten Kreise beschleunigt werden sind. Bereits für die Messe sprunghaft gestiegen, eine Stabilität ist noch nicht abzusehen. Jedes größere Messehaus besitzt jetzt eine ÖTelex-Messehäuse, in denen vorzugsweise Westdeutsche und Ausländer ausstellen oder verkahren, verfügen über Telexstellen mit mehreren Anschlüssen und Fernschreibmaschinen. Trotz dieser Entwicklung nimmt auch die Zahl der teilnehmereigenen Messe-Zeitanschlüsse ständig zu, und auch Behörden sowie die Presse stellen wachsende Ansprüche. An die Stelle der Sorge um ausreichende Benutzung der ÖTelex ist damit die Sorge um das Beschaffen der zahlreichen Apparate und um deren Betreten mit erstklassigen Fernschreiberinnen getreten. Unerwähnt darf nicht bleiben, daß die Inanspruchnahme der ÖTelex keineswegs allein von der Zahl der Messen, sondern noch mehr von der Zahl der Fernschreibmöglichkeiten abhängt. So konnte dieser Erfolg beispielsweise auf Leipziger Seite niemals mit nur zwei Stellen (eines im Stadtzentrum und auf der Technischen Messe) erreicht werden, auch dann nicht, wenn diese zwei Stellen mit zahlreichen Anschlüssen ausgestattet worden wären. Entscheidend für die Entwicklung ist es vielmehr, daß zahlreiche, begrenzter erreichbare Telexstellen vorhanden sind. Ferner ist Voraussetzung, daß eine ausreichende Besucherszahl aus Staaten mit großen Telexnetzen zur Messe erscheint. Diese Messerandern stellen das Hauptkontingent der Telexbenutzer. An der Spitze steht in dieser Hinsicht Westdeutschland, das das größte Telexnetz aller europäischen



Bild 1. Telex-Pavillon auf dem Markt in Leipzig (Aufn. Taggenhelle, Leipzig)

Staat besitzt. Die Deutsche Post schneidet in den Kritiken der Messen, die beim Leipziger Messeamt gesammelt werden und teilweise wertvolle Anregungen enthalten, bemerkenswert gut ab. Seltener aber etwas von In- und Ausland so begrüßt worden und hat sich so schnell eingetrugert wie die ÖTelex zur Leipziger Messe. Eine Messe ohne ÖTelex ist nicht mehr vorstellbar. Dienen diese zwar „nur“ wirtschaftlichen Beziehungen, so kann die Maßnahme doch auch als politischer Erfolg der Deutschen Demokratischen Republik gewertet werden.

Bei Großveranstaltungen anderer Art kommen besondere ÖTelex zur Benutzung für jedermann nur selten in Betracht. Hier handelt es sich in der Hauptsache um besondere Telexstellen für Presse und Veranstalter.

Ständige ÖTelex Der gelungene Versuch anlässlich der Leipziger Messe führte sehr bald dazu, in Bezirksstädten und anderen bedeutenden Orten ständige ÖTelex einzurichten (Bild 2). Mit so guten Erfahrungen wie zur Leipziger Messe konnte bei ihnen von vornherein aus folgenden Gründen nicht geredet werden:

Der Kreis der Interessenten ist wesentlich kleiner als zur Messe, weil die Vielschreiber selbst Telexanschlüsse besitzen oder als Mitbenutzer von solchen zugelassen sind.

Die auswärtigen Hauptinteressenten am Telexverkehr (Westdeutsche und Ausländer) sind nur schwach vertreten.

Der Austausch von Nachrichten zwischen ÖTelex und auswärtigen Heimatanschlüssen (Reiseverkehr) ist unerheblich.

In der Regel gibt es in einer Stadt nur eine ständige ÖTelex. Es fehlt also an Bequemlichkeit, weil weite Annahmeh- und Rückwege unvermeidlich sind.

Schlussfolgerungen a) Bei ÖTelex, die für begrenzte Zeiträume bei Großveranstaltungen und besonders zur Leipziger Messe eingerichtet werden, liegen mit den bisher getroffenen Maßnahmen so gute Erfahrungen vor, daß Änderungen nicht erforderlich sind. Es ist lediglich dafür zu sorgen, daß genügend Verbindungswege zur Verfügung stehen, und die zahlreichen Verbindungen schnell zustande kommen.

b) Bei ständigen Telexstellen entspricht die Benutzerfrequenz nicht ganz den Erwartungen. Kann eine ÖTelex in einem zentral gelegenen Bahnhof eingerichtet werden, so ist aus dem Reiseverkehr mit einem Steigen der Einnahmen zu rechnen. Die Mehrerinnahme rechtfertigt jedoch wegen ihrer Geringfügigkeit keineswegs das zusätzliche Einrichten einer besonderen ÖTelex im Bahnhof. Wenn auf ein Steigen der Benutzerfrequenz Wert gelegt wird, so kann das nur aus dem Erhöhen der Zahl der Stammnutzer der ÖTelex erwartet

werden. Erreichbar ist dieses Ziel einzig und allein dadurch, daß den Interessenten mehr Bequemlichkeiten als bisher geboten werden. Außerdem kann der öffentliche Telexverkehr auch auf die ankommende Richtung ausgedehnt werden. Alles andere muß als vorläufig unabänderlich hingenommen werden. Ein bestimmtes Steigen der Benutzerfrequenz ergibt sich aus dem weiteren Ausbau des Telexnetzes der Deutschen Demokratischen Republik von allein.

Vorschläge und Empfehlungen

Vorschläge und Empfehlungen können sich nach den bisherigen Ausführungen nur darauf beziehen, durch erhöhte Bequemlichkeit die Zahl der Stammnutzer der ÖTelex wesentlich zu steigern. Der einfache Weg, die Bequemlichkeit der Telexinteressenten durch Vermehren der Telexstellen zu erzielen, ist unwirtschaftlich und scheidet deshalb aus. Vergleichsweise öffentlichen Sprechstellen sind verfehlt, weil ÖTelex erhebliche Mehrkosten verursachen. Außerdem sollen ÖTelex mit perfektem Fernschreiber besetzt sein, weil die Telexnutzer nur selten selbst fernschreibekundig sind und für sie Zeit Geld ist (Gebührenberechnung nach der Verbindungsduer). Perfekte Fernschreiber sind aber zu rar, als daß sie nur in Nebenbeschäftigung am Fernschreiber tätig sein können. Es muß deshalb ein anderer Weg beschritten werden, der nach Möglichkeit außerdem einen umfassenden Erfolg verspricht als das unwirtschaftliche Vermehren der ÖTelex ohne zwingenden Grund. Dieser Weg kann nur im Ändern der jetzt geltenden Bestimmungen bestehen, die in einigen Punkten von dem im Jahre 1952 improvisierten Messbestimmungen zum Nachteil der Benutzer abweichen. Gegenwärtig wird eine scharfe Grenze zwischen Telegramm und Telex gezogen. Es fragt sich, ob diese Grenze auf die Dauer haltbar ist. Viele Interessenten wünschen z. B., daß die ÖTelex Nachrichten durch Fernsprecher aufzeichnen und eventuelle Antworten zusprechen. Man kann u. a. dagegen einwenden, daß die Gebühren dann gestundet werden müssen, und der Absender keine Gebührenkontrolle hat. Es gibt auch noch andere Einwände, die von den Interessenten aber durchweg nicht anerkannt werden, weil manche teilnahmslosen Telexstellen dieses Verfahren mit ihren Mitbenutzern anwenden. Man folgert, daß der Deutschen Post das recht sein kann, was den Inhabern teilnahmsloser Telexstellen beliebt ist. Eine weitere Möglichkeit bietet das Abholen der Nachrichten auf fernmündlichen Anruf durch besondere Boten und das Zustellen des Manuskriptes, des Übermittlungstextes und der eventuellen Antwort auf dem gleichen Wege. Diese Lösung ist bei weitem nicht so populär wie die des Diktats durch Fernsprecher, kommt aber als zusätzliche Gelegenheit durchaus in Betracht. Schließlich bedarf es der Erwägung, ob ÖTelex nicht auch in ankommender Richtung tätig sein können. Es gibt Für und Wider, doch sind die Wider bei genauer Prüfung kein unüberwindliches Hindernis. Bei den



Bild 2. Telexabhol- und öffentliche Fernsprechstellen in Leipziger Hauptbahnhof (Aufn. Tagesschau, Leipzig)

Leipziger Messen hat sich das bereits ergeben; denn die improvisierten Bestimmungen seien manchen vor, was jetzt nicht zulässig ist. Außerdem erfordert der Dienst am Kunden manches, was nicht genannt, aber auch nicht ausdrücklich verboten war. Die großzügige Einrichtung von ÖTelex erlaubte auch deren großzügigen Ausbau im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interesse. ÖTelex ermöglichen gegenwärtig jedermann die Teilnahme am Telexverkehr mit Einschränkungen. Westhalb sollen diese Beschränkungen aufrechterhalten werden? Es liegt im gemeinsamen Interesse der Deutschen Post und der Telexnutzer, diesen mehr Gelegenheit als jetzt zu bieten und alle Einschränkungen fallenzulassen.

Für den Annahmedienst

Ein ungenutztes Hilfsmittel

Der Annahmedienst an den Postalternativen hat vielseitige Aufgaben. Er ist nicht auf Postsendungen beschränkt, sondern greift in weitem Maße auf den praktischen Fernmeldedienst über. Unter anderem obliegt dem Annahmehangestellten das Bedienen der öffentlichen Sprechstelle und — verbunden damit — das Vernehmen der Gebühren.

Der Schaltangestellte ist verpflichtet, beim Anmelden eines Ferngesprächs vom Sprechstuhle die Gebühr für drei Minuten einschließlich der Gebühren für besondere Leistungen (XP, N usw.) — für B-Gespräche die B-Gebühr — im Voraus zu erheben. Von Unbekanntem und von Sprechstuhle, die nicht als zahlungsfähig erscheinen, darf der Annahmehangestellte zu seiner Sicherung die Gebühr für ein Sechsminutengespräch der gewöhnlichen Gattung vorausheben, jedoch keinen höheren Betrag. Die vorausgeschalteten Beträge sind sofort bei der Anmeldung in das Einnahmehbuch der öffentlichen Sprechstelle einzutragen.

Wie sieht es aber in der Praxis aus? Einige Postämter arbeiten vorbildlich, viele verstoßen jedoch in doppelter Hinsicht gegen die Dienstvorschriften. Die Schaltangestellten erheben willkürliche Vorauszahlungen, die oftmals in keinem angemessenen Verhältnis zur gewünschten Sprechbeziehung stehen. Außerdem vernehmen sie die Beträge nicht sofort im Einnahmehbuch der öffentlichen Sprechstelle, sondern notieren sie lediglich auf einem Zettel. Teils unterläßt sogar jegliche Aufzeichnung.

Untersuchen wir die Gründe für diese Arbeitsweise und ihre Folgen!

Warum erheben die Annahmehangestellten in vielen Fällen willkürliche Vorauszahlungen und nicht die vorgeschriebenen Gebührensätze? — Sie können die Gebühren für die verschiedenen Sprechbeziehungen nicht und vermögen sie meistens auch nicht zu errechnen. Viele Angestellte wissen nicht einmal, daß so im Besitze der erforderlichen Hilfsmittel sind. Das einfachste und wichtigste Hilfsmittel sind die amtlichen Verzeichnisse der Telegraphendienststellen für den Inlandverkehr. Viele Kollegen werden sagen: „Was hat das Verzeichnis der Telegraphendienststellen in der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Errechnen der Ferngesprächsgebühren zu tun? Das sind doch zwei grundverschiedene Dinge. Einmal handelt es sich um den Telegraphendienst, zum anderen aber um den Fernsprechnotdienst.“ Nun, dann haben sie sich bisher das Verzeichnis noch nicht richtig angesehen. Kennen Sie den Gebührenscheiter, den Gebührenscheiter und die Berechnungstafel, die dem Verzeichnis der Telegraphendienststellen in der Deutschen Demokratischen Republik als Anlagen 1 bis 3 beigefügt sind? Mit ihrer Hilfe fällt es nicht schwer, die Ferngesprächsgebühren zu berechnen. Hier würde es zu weit führen, das Benutzen der Hilfsmittel eingehend zu beschreiben. Das ist auch gar nicht nötig; denn jede Anlage enthält eine leicht verständliche Anleitung.

Manche Kollegen werden einwenden, die Hilfsmittel stünden ihnen zwar zur Verfügung, doch beanspruche das Nachschlagen Zeit.

Bei einiger Übung wird diese Zeit jedoch kaum ins Gewicht fallen. Das gilt besonders dann, wenn wir uns entschließen, den Gebührenscheiter zu benutzen. Doch können wir uns die Arbeit noch weiter vereinfachen, wenn wir die einmal ermittelte Zone in den Verzeichnissen der Telegraphendienststellen hinter dem betroffenen Ortsnetz vermerken. Übrigens wurde zu diesem Zweck beim Druck der Verzeichnisse der ortsräumliche Platz freigelassen. Sicherlich wäre es unwirtschaftlich, von vornherein für jeden im Verzeichnis aufgeführten Ort die Zone zu ermitteln; auch erstrecken sich erfahrungsgemäß die Gespräche von einer öffentlichen Sprechstelle im wesentlichen auf immer wiederkehrende Verkehrsbeziehungen. Zweckmäßigergewisse vermerken wir also die Zone, wenn wir sie erstmalig ermitteln müssen. Ein anderer Weg besteht darin, etwa für die Dauer eines Vierteljahres jeweils am Monatschluß festzustellen, welche Gespräche mit anderen Ortsnetzen geführt worden sind. Danach tragen wir für diese Ortsnetze die Zone in das Verzeichnis der Telegraphendienststellen ein. Für die häufigsten Verkehrsbeziehungen können wir uns auch eine besondere Übersicht mit den Gesprächsgebühren anfertigen.

Welchen Weg wir auch immer wählen wollen, stets gilt es, dem Erheben willkürlicher Vorauszahlungen entgegenzutreten. Die Mittel dazu liegen in der Hand jedes Annahmehangestellten und jedes Stellenleiters. Diese Maßnahme geschieht auch im Interesse der Postkunden, die bei dem jetzigen Verfahren oftmals vorzeitig sind. Ihnen leuchtet es — und das mit Recht — nicht ein, daß ein Schaltangestellter 1,80 DM und ein anderer für die gleiche Sprechbeziehung 5 DM im Voraus erhebt. Mitunter genommen die Sprechstuhle durch dortige Vorkommnisse am Eindruck, daß man sie betätigen will. Das aber scheidet dem Ansehen der Deutschen Post.

Die zweite Ursache, die es bei den öffentlichen Sprechstellen zu besorgen gilt, ist die „Zustotwirtschaft“. Ihre Folgen sind vornehmlich innerdienstlicher Natur. Wie leicht ergeben sich daraus Kassensunterschiede, Differenzen mit dem zuständigen Fernmeldedienst usw. Warum tragen viele Schaltangestellte den vorausgeschalteten Betrag nicht sofort in das Einnahmehbuch ein? — Sie sind zu bequem, eine Rückzahlung oder Nacherhebung zu vermeiden, obwohl das wirklich keine große Mühe ist. Übrigens wird das in den meisten Fällen gar nicht notwendig sein; denn die meisten Gespräche, die von öffentlichen Sprechstellen ausgeführt werden, überschreiten die Dauer von drei Minuten nicht. Voraussetzung ist hier jedoch, daß der Schaltangestellte keinen willkürlichen Betrag vorausheben, sondern die Gebühr von vornherein richtig berechnet hat.

Etwas Selbstdisziplin, das Bewußtsein, daß eine gute Qualität der Arbeit am Schalter unentbehrliche Voraussetzung für die Wertschätzung der Deutschen Post ist, und das Ansehen der Deutschen Post im Auge unserer Kunden sind nicht weniger wichtige Kontrollen vermögen zweifellos auch auf diesem Gebiet Wandel zu schaffen.

Kurt Berner, Leipzig

Erste Postrechts-Dissertation nach 1945

Am 3. 4. 1957 fand vor dem Rat der juristischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg eine bemerkenswerte Thesenverteidigung statt. Herr Hans-Joachim, Justiziar der Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen Dresden, verteidigte seine zivilrechtliche Dissertation „Die Rechtsverhältnisse des Pressevertriebs in der Deutschen Demokratischen Republik“.

Dieses Ereignis verdient nicht nur wegen der Tätigkeit des Postwesens besonders interessierender fachlichen Thematik eine besondere Würdigung, sondern vor allem auch deshalb, weil es sich hierbei — soweit das überschauen werden kann — um die erste Postrechts-Dissertation handelt, die auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik nach 1945 eingereicht und angenommen worden ist.

Die öffentliche Verteidigung, an der die juristischen Mitarbeiter der Deutschen Post mit wertvollen Hinweisen, wachen nach erfindenden Worten und der Vorstellung des Doktoranten

durch den Prokolan, Herrn Prof. Dr. Lekschas, mit einem Referat des Bewerbers, in dem er die Grundzüge seiner Arbeit zusammenfassend erläuterte, eingeleitet.

Das umfangreichen Ausführungen seien hier nur einige Schwerpunkte wiedergegeben. Der Doktorant kam in seinen Untersuchungen zu dem Ergebnis, daß bei der Zulassung zum Postzertifikat die Deutsche Post staatliche Gewalt ausübe, insoweit also vollziehend-vorfindend tätig werde. Diese Rechtsverhältnisse seien daher Verwaltungsrechtverhältnisse, die Vertriebs- und Beförderungsleistungen der Deutschen Post dagegen Bestandteil der materiellen Produktion. Als wirtschaftliche Tätigkeit (Produktions- und Austauschverhältnis) müsse der eigentliche Postzeitungsvertrieb in seiner Abwicklung somit dem Zivilrecht einbezogen werden. Die Rechtsbeziehung zwischen Post und Verlag sei ein Verhältnis sui generis (= Vertrag eigener Art), das Elemente des Kommissions-, Dienst-, Werk- und Kaufvertrags enthalte und vorschläglichweise als Pressevertriebsverhältnis bezeichnet werden könne. Ähnliche Überlegungen gälten auch für die Rechtsbeziehungen der Post zum Betrachter, obwohl hier die Abweichung von den üblichen Vertragstypen des Zivilrechts nicht so groß sei.

Als praktisches Ergebnis der Untersuchung legte der Doktorant Normenvorschläge für die Regelung des Pressevertriebs vor, die er selbst lediglich als Diskussionsgrundlage bewertet wissen wollte.

Der erste Referent, Herr Dr. Dornberger, bewertete die Arbeit in seinem Gutachten als bedeutende wissenschaftliche Leistungen positiven Einschätzung von einzelnen kleinen Mängeln ebenfalls geschuldet werden könne. Der Verfasser könne das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, auf diesem Gebiet rechtswissenschaftlicher Forschung eine Pionierarbeit vollbracht zu haben. Das Ergebnis des Verfassers sei im übrigen nicht nur von wissenschaftlicher Bedeutung, sondern habe außerordentliche praktische und ideologische Auswirkungen, weil es einen Schlag gegen die im Bereich der Post weitgehend vorherrschende Anschauung vom öffentlichen Recht darstelle. Die vom Verfasser vorgelegten allgemeinen Thesen über die Natur des Post- und Fernmelderechts seien — obgleich über das Thema hinausreichend — richtungweisend, für die Praxis sehr wertvoll und auch vom rechtsdogmatischen Standpunkt her gesehen sehr interessant.

Als zweiter Gutachter bezeichnete Herr Prof. Dr. Schneider die vorliegende Arbeit ebenfalls als wertvolle Bereicherung der Erkenntnisse des Post- und Fernmelderechts. Er beschönigte dem Verfasser, daß seine Arbeit wohl gelungen sei.

Auch der Opponent, Herr Böcker vom Ministerium für Post- und Fernmeldewesen, bezeichnete die Arbeit als außerordentlich wissenschaftliche Leistung, der große Bedeutung für Wissenschaft und Praxis zukomme. Ebenso wie der erste Gutachter zeigte er einige Mängel der Arbeit auf, die aber nach seinem Wort die Gesamtbewertung der Dissertation nicht zu herabsetzen vermögen. Er wandte sich vor allem gegen eine seiner Meinungen nach aus der Arbeit ersichtliche Tendenz, die auf einem Spezialgebiet gewonnenen wissenschaftlichen Erkenntnisse auf das gesamte Post- und Fernmeldewesen zu verallgemeinern.

In der anschließenden Diskussion behandelte Herr Böcker von der Abteilung Postzertifikatsvertrieb des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen einige in der Arbeit aufgeworfene Fragen betriebswirtschaftlicher Art sowie Probleme der geltenden Pressevertriebsverordnung, die in der Arbeit behandelt worden waren. Insbesondere kritisierte er die Auffassung des Doktoranten, daß der Zeitungvertrieb der materiellen Produktion zugeordnet werden müsse. Herr Böcker legte aber dar, daß nach seiner Ansicht die Hauptfunktion des Pressevertriebs Bestandteil der Zirkulationssphäre sei.

In seinem Schlusswort nahm der Doktorant dann zu den aufgeworfenen Fragen Stellung, erkannte einige der aufgeworfenen Mängel an und erläuterte im übrigen seine Grundkonzeption.

Nach Beratung ver kündigte Herr Prof. Dr. Lekschas den Beschluß des Rates der Fakultät, die Dissertation anzunehmen und sie mit der Note „sehr gut“ („magna cum laude“) zu bewerten.

„Diese Thesenverteidigung stellt mehr dar als einen Höhepunkt im Leben eines allseitig geschulten Postrechtswissenschaftlers. Sie ist ein Ereignis von weittragender Bedeutung, dessen ganze Umfang nur derjenige zu ermessen vermag, der vom Ringen um die neuen Erkenntnisse des Post- und Fernmelderechts selbst aus unmittelbarem Erleben weiß. Der Streit, ob das Postrecht dem Zivilrecht oder dem Verwaltungsrecht zugehört, dem nicht nur theoretisches Interesse, sondern auch große praktische Bedeutung zukommt, ist noch nicht entschieden. Er wird in dieser Fragestellung wohl auch schwerlich zu entscheiden sein. Letzten Endes geht es im wesentlichen aber um das, was bisher üblicherweise unter dem Begriff des „Postbenutzungsverhältnisses“ verstanden wurde. Aschenborn-Schneider [1] waren noch für eine privatrechtliche Beziehung. Wenig später setzen sich dann aber mit Niggel [2] die Vertreter der öffentlich-rechtlichen Auffassung durch, der sich bald die gesamte Wissenschaft und Rechtsprechung anschlossen. Auf dem Standpunkt des öffentlich-rechtlichen Anstaltsbenutzungsverhältnisses sieht heute noch einhellig die gesamte westdeutsche Bundespost [3]. Auch die Gerichte in der Deutschen Demokratischen Republik haben noch vor nicht allzu langer Zeit ihre Entscheidungen auf den gleichen Erwägungen aufgebaut [4].

Nachdem — ausgehend von den ökonomischen Grundlagen unserer neuen gesellschaftlichen Ordnung — die Rechtswissenschaft den Gegenstand des Zivilrechts erforscht und darauf aufbauend einen neuen Begriff des Zivilrechts und eine neue Abgrenzung dieses wichtigen Rechtsweges erarbeitet hat [5], kündigte sich seit längerem eine Änderung auch der bisherigen verwaltungsrechtlichen Einordnung des „Postbenutzungsverhältnisses“ an. Mit der vorliegenden Dissertation hat erstmalig öffentlich ein berufener Vertreter der Postrechtswissenschaft in wohl begründeten Darlegungen das Postbenutzungsverhältnis auf einem bedeutsamen Spezialgebiet, dem Pressevertrieb, größtenteils dem Zivilrecht zugeordnet. Zu diesem gelungener Vorhaben kann man den Doktoranten nur beglückwünschen.

Gerhard Süß, Halle (Saale)

Literatur

- (1) Das Gesetz über das Postwesen des Deutschen Reiches, 2. Aufl., 1928, S. 50ff.
(2) Postverkehrsgesetz des Deutschen Reiches, 2. Aufl., 1928, S. 148ff., Deutsches Postrecht, 2. Aufl. 1931, S. 197ff.
(3) Schuster „Postrechtswesen“, 3. Aufl., 1954, S. 70.
(4) Landgericht Halle (Saale) vom 22. 5. 1951, „Postrecht“, 1951, Nr. 37, S. 248ff., ferner der bisher unveröffentlichte Beschluß des Obersten Gerichts der DDR, 1. WZ 1/55 vom 12. 1. 1956.
(5) Vgl. zusammenfassend: „Das Zivilrecht der Deutschen Demokratischen Republik, Allgemeiner Teil“, 1. Abschnitt, 31.

800 km/h auf dem Prüfstand

Neben der IL 14 P, die noch in diesem Jahr in größerem Maße eingesetzt wird, bereitet unsere Luftfahrtindustrie den Bau eines Düsen-Passagierflugzeuges vor, über das die Deutsche Luftflotte dann alsbald verfügen wird. Dieses Maschine vom Typ 162 wird eine Reisegeschwindigkeit von 800 km/h und eine Reichweite von 2900 km besitzen. Sie ist damit ein typisches Mittelverkehrs-Hochleistungsflugzeug. Sehr bedeutungsvoll ist die Tatsache, daß durch eine Neukonstruktion des Fahrwerks die Start- bzw. Landebahnlänge auf nur 800 m beschränkt wird, während andere Maschinen gleicher Art 1000 bis 1200 m benötigen. Somit können unsere künftigen Strahltriebwerks-Verkehrsflugzeuge auf allen jetzigen Verkehrsflughäfen landen.

Das Strahltriebwerk mit einem Schub von 3150 kp (8000 U/min) befindet sich bereits auf dem Prüfstand; ebenso ist die Konstruktion der Zelle weit gediehen.

Unsere junge Luftfahrtindustrie, die erstmalig auf der Leipziger Frühjahresschau 1957 in größerem Maße ans Licht der Öffentlichkeit trat, hat damit bereits gute Leistungen gezeigt. Es besteht also die berechtigte Hoffnung, daß in kurzer Zeit ein beachtliches technisches Niveau erreicht sein wird, das den Vergleich mit Erzeugnissen anderer Länder nicht zu scheuen haben wird.

Kassendienst und 45-Stunden-Woche

Von Johannes WEBER und Horst GROSSERT, Leipzig

Die vorliegende Arbeit beschäftigt nicht, alle Möglichkeiten zur Steigerung der Arbeitsproduktivität im Kassendienst zu untersuchen, sondern will nur das Problem der Einschränkung der Übergabezeiten darstellen.

Einführung

Bei den Ämtern und Dienststellen der Deutschen Post ist am 1. 6. 1957 die 45-Stunden-Woche eingeführt worden. Diese vollwirtschaftlich bedeutungsvolle Maßnahme mußte ohne Einsatz zusätzlicher Arbeitskräfte und unter Einhaltung des geplanten Lohnfonds gelöst werden. Das bedeutete, daß die 45-Stunden-Woche nur durch Steigerung der Arbeitsproduktivität verwirklicht werden konnte. Diese Schlüsselrolle galt für alle Dienstzweige und alle Dienststellen der Deutschen Post, also auch für den Kassendienst.

Die Hauptverwaltung Post- und Zeitungswesen hatte in ihrer Direktive zur Einführung der 45-Stunden-Woche bereits auf diese Möglichkeit hingewiesen. Welche Arbeitszeitreserven in Form der Übergabe- und Abschlußzeiten bestanden, zeigte folgende Angaben. Bei einem Amt im Bezirk Leipzig waren für drei Übergaben wöchentlich 13,5 Stunden angesetzt, während ein anderes Amt für sechs Übergaben wöchentlich 16,5 Stunden vorgesehen hatte. In den angeführten Fällen dürfte die 45-Stunden-Woche im Kassendienst ohne Schwierigkeiten zu verwirklichen gewesen sein, wenn das sogenannte „Wandbeker Verfahren“ eingeführt worden wäre.

Das Wandbeker Verfahren

Dieses Verfahren wurde bisher bei den Kassen (Schaltern) in Großstädten usw. angewendet, die durchgehend geöffnet sind. Es ist aber auch für alle anderen Kassen brauchbar.

Zum Unterschied von den „normalen“ Zweigkassen werden je Zweigkassen grundsätzlich zwei Bestände an Postwertzeichen, verfügbaren Formblättern usw. geführt, die von den beiden Kassensachbearbeitern jeweils eine Woche verwaltet werden. Ebenso gehören zur Zweigkasse zwei Abschlußbücher. Alle anderen Kassensachbearbeiter und -belegköpfe von beiden Kassensachbearbeitern gemeinsam benutzt werden. In der Praxis hat es sich aber als zweckmäßig erwiesen, die wichtigsten Kassensachbearbeiter, wie zum Beispiel die Einzahlungsposten und die Kassensachbearbeiter des PZV, ebenfalls in zwei Exemplaren anzulegen. Dem Verkehr zwischen beiden Teilkassen, kurz „Reihe A“ und „Reihe B“ genannt, dient ein Zuschreibebuch (Formblatt C 57). Der Finanzbuchhaltung gegenüber gelten beide Teilkassen nach wie vor als eine Zweigkasse.

Das Abschlußbuch der Reihe A wird im Regelfall folgende Positionen enthalten: Postwertzeichen, verfügbare Formblätter usw. (nur Zuzuschrift und Bestände der Reihe A) sowie sämtliche bei der Kasse zu führenden Kassensachbearbeiter- und -belege, außerdem das Zuschreibebuch und den Barbestand. Im Abschlußbuch der Reihe B dagegen finden wir als Abschlußpositionen nur die Postwertzeichen und verfügbaren Formblätter (Reihe B), das Zuschreibebuch und den Barbestand. Sofern Reihe A und B getrennte Kassensachbearbeiter führen, werden die Kassensachbearbeiter der Reihe A im Abschlußbuch A erfaßt und die der Reihe B im Abschlußbuch B.

Wenn wir davon ausgehen, daß der Kassensachbearbeiter der Reihe A am Monatsanfang als erster an der Kasse arbeitet, ergibt sich am Ende seiner Dienstreise folgendes Bild: Er hat in den Kassensachbearbeitern die erforderlichen Buchungen vorgenommen und dafür die entsprechenden Einmalen bzw. Ausgaben der Angestellten der Reihe B für die Weiterführung der Kasse benötigt und selbst nicht besonders führt, zieht der Angestellte der Reihe A seinen Schlußbericht und übergibt als ohne besonderen Nachweis an seinen Dienstnachfolger. Weiterhin müssen die

lagernden Gebühren und eventuell auch Barbeiträge übergeben werden. Diese zu übergebenden Beträge sind im Zuschreibebuch einzeln zu buchen. Vom Angestellten der Reihe B wird die Bescheinigung über den Empfang im Zuschreibebuch durch Wiederholung des Betrages usw. abgegeben.

Zur Übergabe des Bargeldes muß zunächst etwas Grundständliches gesagt werden. Handelt es sich um Kassen, die nach der Übergabe nur einen geringen Betrag an Wechselgeld benötigen, kann unserer Meinung nach der Barbestand in Höhe des Wechselgeldbedarfs bei beiden Reihen verbleiben. Die den Wechselgeldbedarf übersteigenden Bargeldbeträge müßten vor der Übergabe an die Geldsammelstelle oder an die Deutsche Notenbank abgeliefert werden. Somit würde sich eine Übergabe der Barbestände erübrigen. Bei Kassen, die unmittelbar nach der Übernahme größere Barbeiträge für Auszahlungen an die Zusteller usw. benötigen, ist diese Regelung nicht möglich. Hier muß das Bargeld dem Dienstnachfolger übergeben werden.

Nachdem B nunmehr die Kassengeschäfte übernommen hat, führt er die Kasse in der üblichen Weise fort. Am Ende seiner Dienstreise (gemeint ist hier letzter der Zeitpunkt der Übergabe der Kassengeschäfte) muß er in den gemeinsam geführten Kassensachbearbeitern über den letzten Buchung seinen Schlußbericht ziehen und die Summe für den Zeitraum seiner Kassenerführung ermitteln. Diese Beträge vermerkt er im Zuschreibebuch. Der weitere Teil der Übergabe wickelt sich in der bereits geschilderten Art und Weise ab. B übergibt mit dem Zuschreibebuch die lagernden Gebühren und — falls vorhanden — das Bargeld.

Die bisherigen Ausführungen zeigen, daß bei dem geschilderten Verfahren die Übergabe der Kassengeschäfte — ohne einen Abschluß aufzustellen — in kurzer Zeit möglich ist. Hier sind lediglich zwei Übergaben erforderlich — es können aber durchaus mehrere im Laufe der Woche stattfinden. Bei gemeinsam geführten Kassensachbearbeitern ist die Übergabe von A an B eine Angelegenheit von einigen Minuten. Umgekehrt erfordert die Übergabe etwas mehr Zeit, weil B in den Kassensachbearbeitern die Summe seiner Dienstreise ermitteln muß. Bei getrennten Kassensachbearbeitern läßt sich auch diese Zeit noch einsparen.

Bevor der wöchentliche Abschluß gesprochen wird, soll zunächst eine kurze Erläuterung der Buchungssystematik im Zuschreibebuch vorangehen. Das Zuschreibebuch dient — wie schon erwähnt — zum Erfassen der Beträge, die zwischen geschiedenen Reihen zu verrechnen sind bzw. — wie der Postler sagt — „gehoben werden“. Deshalb wird es von den Kassensachbearbeitern auch als „Sohle- oder Schmalbuch“ bezeichnet. Da die beiden Betragsspalten des Zuschreibebuches (Schuld und Forderung) unterschiedliche Bedeutung für beide Reihen haben (was für B Schuld ist, ist für A eine Forderung), muß folgende Regelung getroffen werden: B bucht seine Beträge, weil er wesentlich mehr Buchungen vorzunehmen hat als A, entsprechend der Auswirkung auf seine Kasse. A muß demzufolge immer entgegen der jeweiligen Abschlußbuchung im Zuschreibebuch bucht, so daß nur jeweils ein Betrag in den Abschluß eingeht.

Das Aufstellen des Abschusses und der damit verbundene Austausch der Bestände geschieht wöchentlich einmal. Falls das Aufstellen des Abschusses am Ende der Dienstreise der Reihe B stattfindet, muß B zunächst wieder die Summe seiner Dienstreise in den gemeinsam geführten Kassensachbearbeitern sowie die lagernden Gebühren und — falls vorhanden — das Bargeld an A verrechnen. Danach stellen beide Reihen ihren Abschluß auf. Hierbei wird in der üblichen Weise verfahren. Der Abschluß von B umfaßt nur den Verzeichnissbestand usw., unter Umständen eine geringe Summe an Bargeld sowie den Saldo des Zuschreibebuches.

buch und, soweit die Kassentbücher getrennt geführt werden, auch die laufenden Monatssummen der Kassentbücher dieser Reihe im Abschluß A usw., dem Bargeld und den lagernden Gebüh- ren als gemeinsam geführten Kassentbüchern sowie die spezi- ellen der Reihe A. Die aufzutrennenden, nichtausgeglichenen Kas- senunterschiede verbleiben bis zum Monatsabschluß in der jewei- ligen Reihe. Das Prüfen der Abschlässe geschieht gegenseitig und ist mit dem Austausch der Bestände verbunden.

Die bisherigen Ausführungen zeigen das Verfahren im Laufe des Monats. Für den letzten Abschluß (Monatsabschluß) ergeben sich folgende Besonderheiten:

Der eigentliche Monatsabschluß wird von der Reihe A auf- gestellt. Die Reihe B muß deshalb die Ergebnisse sämtlicher Kas- senbücher im Zuschreibebuch an A abrechnen. Es verbleibt also die Endsumme der von B getrennt geführten Kassent- bücher in das Zuschreibebuch übernommen. Diese Abrechnung kann aber auch schon bei der letzten Übergabe geschehen. Im Monatsabschluß der Reihe B finden wir nur noch die Position der Reihe A, außerdem das Zuschreibebuch und die Bestände an Lagernden Gebüh- ren und Bargeld. Mehr- oder Minderbeträge der Reihe B wirken sich im Monatsabschluß, der bei A auf- gestellt wird, nicht aus, weil lediglich die Schlusssumme des Zuschreibebuchs erfaßt ist. Auftretende Kassentunterschiede ent- stehen nur der Reihe A.

An Hand des geschiedenen Monatsabschlusses wird die Monatsrechnung aufgestellt.

Welche Besonderheiten ergeben sich dabei gegenüber dem normalen Verfahren?

1. Für die Erfassung von Wertzeichen usw. addieren wir die Ergebnisse von A und B. Sie gehen als eine Position in die Monatsrechnung über.
2. Die getrennt geführten Kassentbücher können als Einzel- positionen mit dem Zusatz A oder B verrechnet werden.
3. Die Kassentunterschiede beider Reihen sind zu addieren bzw. zu subtrahieren. Sind am Monatsende bei beiden Reihen Mei- ßer vorhanden, so werden diese in einer Summe mit der Finanzbuchhaltung verrechnet. Weist beispielsweise Reihe A Minderbeträge auf und der noch verbleibende Mehr- oder Minder- betrag wird abgeführt bzw. in die Restschuld übernommen. Minderbeträge decken dann die schuldigen Angestellten wie bei anderen Kas sen anteilhaftig.
4. Entschädigungen auf Kassenausfälle sind für die gesamte Kasse zu berechnen und entsprechend aufzuteilen.
5. Die Restschuld der Kasse ist der Reihe A, die ja auch die Lieferscheinreihe zur Finanzbuchhaltung im Abschlußbuch führt, zuzuschreiben.
6. Die Wertzeichen- und Formblattbestände vom Monatsende sind bei den Reihen jeweils als neue Schlusssummen im Ab- schlußbuch für den neuen Monat vorzutragen.

Wir haben uns zunächst nur mit dem Verfahren bei der Zweig- kasse selbst befaßt. Der Zweigkassen können aber auch Neben-

kassen angeschlossen sein. Die Nebenkassen arbeiten bekannt- lich mit Wertzeichenvorschüssen von der Zweigkasse. Es macht sich deshalb erforderlich, die Nebenkassen einer Reihe zuzuordnen (erwähnlich der Reihe A). Die Reihe A gibt also den Wert- zeichenvorschuß und weist ihn im Markenmachweis usw. Ab- lieferungen erfolgen nach Möglichkeit auch an die Reihe A. Wenn infolge der unterschiedlichen Dienstleistungen die Ablieferung von den Nebenkassen von der Reihe B entgegengenommen wird, so bucht B den Betrag sofort als seine Schuld im Zuschreibebuch und „schließt“ damit den Betrag an die Reihe A weiter. Sinn- gemäß wäre auch zu verfahren, wenn von der Reihe A Bar- beträge an die Briefzusteller zur Auszahlung von Post- und Zah- lungsaufweisungen ausgegeben wurden und B die vollzogenen Belege und nichtausgeglichenen Beträge zurücknimmt.

Abschließend sei noch darauf verwiesen, daß auch für Neben- kassen getrennte Bestände bei gemeinsamer Benutzung der Kassentbücher möglich sind und hier ebenfalls nur einmal wä- chentlich ein Abschluß aufgestellt zu werden braucht. Am Ende jeder Dienstleistung müssen dann die Buchungen in den einzelnen Kassentbüchern abgeschlossen und die Dienstleistungsergebnisse errechnet werden. Die Gesamtsumme des so errechneten Be- trages stellt das abzuleisende Bargeld dar. Zu beachten ist da- bei, daß keine gerundeten Summen, sondern der Gesamtbetrag (DM und Pf) abzuleisten ist. Sonst ergeben sich am Monatsende für die genaue Ermittlung des je Nebenkas senreihe abzuleisenden Betrags unnötige Rechenarbeiten.

Das hier geschilderte Verfahren dürfte bei allen Ämtern, auch bei kleineren, die Möglichkeit bieten, die für die Einführung der 45-Stunden-Woche notwendige Zeiteinsparung zu erreichen. Die Kassensicherheit ist bei richtiger Handhabung jederzeit ge- währleistet. Die Verantwortlichkeit wird durch das Zuschrei- bebuch ebenfalls klar abgegrenzt. Bei der Einführung empfiehlt es sich außerdem, daß der Stellenleiter usw. zunächst die Ab- wicklung des Verfahrens laufend überwacht (besonders das gegenseitige Verrechnen im Zuschreibebuch), bis die Kas sen- angestellten die nötigen Erfahrungen gesammelt haben.



Wir konsultieren den Betriebsarzt

Bleierkrankungen

In der Liste der Berufskrankheiten sind die Erkrankungen durch Blei oder seine Verbindungen unter Nr. 1 aufgeführt. Seitdem Blei vom Menschen genommen und bearbeitet wird, solange gibt es auch Bleierkrankungen! Blei ist ein Schwermetall, das als metallisches Blei oder in Form zahlreicher Verbindungen für den Menschen giftig ist und im gewerblichen Leben vielfach verwendet wird. Es sei hier an die für Außenarbeiten noch verwendeten Bleifarben (Bleiweiß, Mennige, Bleichromate), an Bleihaltige Gläsern in der Kachelherstellung, an die Akkumulatorenherstellung, an Bleisäure und Bleibenzin erinnert. Schließlich besteht auch eine erhebliche Gefährdung der Arbeiter bei der Verhüttung der Bleiere. In weit über einhundert Berufen ist die Berührung mit bleihaltigem Material gegeben und damit die Entstehung von Bleierkrankheiten möglich.

Im Bereich des Post- und Fernmeldedienstes sind insbesondere die Beschäftigten im Fernmeldebau stark gefährdet, wenn Montagen oder Reparaturen an Bleikabeln ausgeführt werden.

Am gefährlichsten ist für den Menschen die Einwirkung von Bleidämpfen. Aber auch aus der Aufnahme von feinsten radioaktiven Dichtpartikeln oder Pulver anderer Bleiverbindungen entstehen Vergiftungen. Das Blei kann auf drei Wegen in den Körper gelangen:

1. durch Einatmen in die Lunge,
2. durch Nahrungsaufnahme in den Verdauungskanal,
3. durch die Haut.

Die Wirksamkeit der eingeatmeten Bleidämpfe ist am größten, weil der natürliche Schutzmechanismus der Leberentgiftung im Körper nicht einsetzt kann, wie dies bei der Bleiaufnahme über den Nahrungsweg geschieht. Aber auch hierbei kommt es allmählich zur Vergiftung. Essen und rauchen bei der Bleiarbeit sowie Speise- vergiftungen sind als hauptsächliche Ursachen zu nennen.

Dem Eindringen von Blei in den Körper durch die verletzte Haut kommt praktisch keine Bedeutung zu, wenn man sich Bleischutz- mittel, dem Zusatz von Zinn als Antikloppmittel, absieht.

Die Giftwirkung auf die Körperorgane wird durch das im Blut kreisende Blei verursacht. Dieses Blei wird dann vorwiegend unter- wegs in den Knochen abgelagert oder durch den Darm und über die Nieren ausgeschieden. Die Giftwirkung des Bleies äußert sich meist schleichend in Müdigkeit, Schwäche, Nachlassen des Appetits, gesteigertem Schlafbedürfnis und Druckgefühl in der Magengegend.

Es stellen sich auch Kopfschmerzen und Stuhlerstörung ein. Wenn diese Erscheinungen nicht beachtet werden und weitere Blei- einwirkung auf den Körper stattfindet, verschlechtert sich das Krankheitsbild, und es treten heftige krampfartige Leibschmerzen, hartnäckige Stuhlerstörung und Blutarmut auf. Häufig sieht man einen schwarz-blauen Saum im Zahnfleisch, den sogenannten Bleisaum. (Aber nicht jede schwarze Verfärbung im Zahn- fleisch ist ein Bleisaum!) Es gibt noch weitere Auswirkungen der Bleivergiftung, die ich hier im Rahmen dieser kurzen Ausführungen nicht zu schildern brauche. In schweren Vergiftungsfällen treten Nervenkrankheiten oder auch Gehirnkrankheiten auf. Voraus- setzung für die Annahme des Verdachts einer Bleierkrankung ist in jedem Falle der Nachweis, daß eine Bleigefährdung bestanden hat.

Für die Beschäftigten im Fernmeldebau ergibt sich heraus der Hinweis, daß beim Umgang mit Bleikabeln und insbesondere beim Löten oder Schweißen die angeordneten Schutzmaßnahmen beachtet werden müssen. Viele dieser Arbeiten werden im Freien ausgeführt, so daß die Gefahr der Einwirkung von Bleidämpfen bei richtiger Körperhaltung nicht erheblich ist. Wenn Bleisaum- oder Bleiübertragung besteht, sollten unbedingt Atemschutz- masken getragen werden. Die persönliche Hygiene ist nach der vor- stehenden Schilderung eine Selbstverständlichkeit. Jeder Fernmel- debauarbeiter sollte sich von Essen sorgfältig die Hände waschen und sich eine regelmäßige Mundhygiene zur Gewohnheit machen. Arbeitskleidung und Straßenkleidung sind getrennt aufzubewahren. Bei der Arbeit sollte stets eine Kopfbedeckung getragen werden.

Die dringliche Überwachung bleigefährdeter Arbeiter ist durch die Änderung über die dringliche Bleiuntersuchung geregelt. In Be- stellungsumtersuchungen wird die Tauglichkeit für den beabsich- tigten Arbeitszweck festgestellt und durch Wiederholungsunter- suchungen der Gesundheitszustand überwacht. Die Gefährdung ist, wie bereits betont, im Fernmeldebau nicht sehr groß, so daß etwa halbjährliche Wiederholungsuntersuchungen genügen. Die Beschäftigten soll bei diesen Untersuchungen möglichst genaue An- gaben über Appetit, Verdauungs- und Schlafstörungen und sein Gesundheitszustand machen. Vom Arzt ist auf das Bleikontak- tier der Haut, das Blutbild, die Muskelfunktion und gegebenenfalls auf spezielle Ursubstanztests zu achten.

Wenn jeder diese Hinweise befolgt, dann ist die Gefährdung durch den Umgang mit Blei und seinen Verbindungen für den einzelnen praktisch bedeutungslos. Es muß aber vor allen Leichtfertigkeiten dringend und immer wieder gewarnt werden.

Die nächsten Nummern der Liste der Berufskrankheiten be- ziehen sich auf Erkrankungen durch Cadmium, Phosphor, Queck- silber, Arsen, Mangan und Beryllium oder deren Verbindungen.

Die meisten dieser Stoffe kommen in anderen Berufsweisen vor und sind daher für die im Post- und Fernmeldedienst Beschäftigten ohne Bedeutung. Es gibt aber einige wenige Stoffe, wie zum Bei- spiel Holzimprägnierungsmittel für Fernmeldeantennen, die durch ihren Aromengehalt eine gewisse Gefährdung mit sich bringen können. Aber auch für alle diese Stoffe ist der Leisetz zu beachten, daß die auf den Verpackungen angegebenen Verhaltungsvorschriften ein- gehalten werden. Wenn dies geschieht, besteht für den Arbeiter prak- tisch keine Gefährdung seiner Gesundheit. Vor allen Dingen sollen die älteren Kollegen durch ihr gutes Beispiel auf die jüngeren und unerfahrenen Kollegen einwirken und damit zur Verhütung von Gesundheitschäden beitragen.

Dr. Kollmann, Berlin



Fachliteratur

Hundert Jahre Fernmeldeamt Karl-Marx-Stadt. Festschrift. Herausgegeben vom Fernmeldeamt Karl-Marx-Stadt, 1957. 76 Abbildungen, 96 Seiten.

Das Fernmeldeamt Karl-Marx-Stadt konnte am 1. Juli dieses Jahres auf sein hundertjähriges Bestehen zurückblicken. Aus dem 1857 gegründeten Königl. Sächsischen Staatstelegraphen- bureau hat sich über die Jahre ein ganzes Jahrhundert hin über Höhen und Tiefen der Entwicklung, das heutige Bezirks- fernmeldeamt herausgebildet.

Das Fernmeldeamt Karl-Marx-Stadt hat aus diesem Anlaß eine Festschrift herausgegeben, die besondere Aufmerksamkeit verdient. Einmal deshalb, weil Gedenktage dieser Art verhältnis- mäßig selten sind und stets eine Fülle von wertvollen Erinnerun- gen und dokumentarischen Materialien zu Tage fördern, und zum anderen, weil die erwähnte Festschrift in einer hervorragenden Form gestaltet wurde, die volle Anerkennung wert ist. Wenn man dazu noch berücksichtigt, daß die Festschrift von den Mit- arbeitern des Fernmeldeamtes neben ihren sonstigen dienstlichen Aufgaben zusammengestellt und geformt wurde, darf man sich einen weiteren Grund über das Interesse dieser Mitarbeiter an der Entwicklung ihres Amtes freuen.

Der Leser der Festschrift wird anfangs in einer umfassenden Darstellung mit der hundertjährigen Entwicklung des Fern- meldeamtes in Chemnitz/Karl-Marx-Stadt vertraut gemacht. Dem schließen sich Berichte aus einigen Betriebszweigen (Funk- streifenstationen, Fernsprechkundendienst, Fernmeldebau sowie Betriebsberufsschule) an, denen wiederum weitere Gescheh- nisse aus dem Leben des Amtes folgen, die mit viel Geschick zu- sammengestellt wurden. Das Kollektiv der Verfasser brauchte jedoch nicht in einem Nachwort am Nachsatz gegenüber et- wasigen Mängeln in der Darstellung zu bitten. Abgesehen davon, daß eine leicht verständliche Form des Ausdrucks gefunden wurde, die das Lesen sehr anziehend gestaltet, wurde doch gleichzeitig der Versuch auf dem Gebiet der Geschichte eines Fernmeldeamtes unternommen, zu einer kritischen Einschätzung des Vergangenen zu kommen. Dadurch unterbreitet sich diese Festschrift wohlwund von anderen aus der Fachliteratur be- kannten früheren Festschriften zu den mannigfaltigsten An- lässen, da diesen Schriften vielfach ein rein beschreibendes Dar- legen der geschichtlichen Entwicklung zugrunde lag. Die Ver- fasser haben offenbar keine Mühen gescheut, auch an die archi- valischen Quellen heranzugehen und diese für ihre Darstellung auszuwerten.

Wir dürfen das Erscheinen der Festschrift freudig begrüßen und zugleich hoffen, daß sich das Interesse an diesen Fragen unter den Kollegen der Deutschen Post wieder weiten möge, damit bei ähnlichen Anlässen auch andere Ämter und Dienst- stellen mit Leistungen gleicher Güte hervortreten. g.r.

Schwingungskreise mit Eisenkernspulen. Von Dr. F. Sammer. Akademische Verlagsgesellschaft Geest & Portig K.-G., Leipzig 1956. Bänderei der Hochfrequenztechnik, Band 8. Zweite, bearbeitete Auflage. Format Gr. 8°, 232 Seiten, 154 Abbildungen, Ganzleinen 15,- DM.

Das Gebiet der Elektrotechnik nimmt in der modernen Industrie einen solchen großen Raum ein, daß man geneigt ist zu sagen, ohne Elektrotechnik kann es keine technische Weiterentwicklung geben. Gerade deshalb ist es für einen in diesem Zweig arbeitenden Ingenieur oder Techniker außerordentlich schwer, ja unmöglich, das gesamte Gebiet der Elektrotechnik und seine Anwendungsgebiete in Theorie und Praxis bis in alle Einzelheiten zu kennen. Mehr und mehr wird man deshalb zur Spezialisierung übergehen müssen. Ein Buch, das diese Bestrebungen unterstützt, ist das vorliegende. Es erscheint bereits in der zweiten, erweiterten Auflage und zeigt damit an, daß die Notwendigkeit, Spezialliteratur herauszugeben, unbedingt vorliegt.

In ihm hat es der Verfasser verstanden, seine eigenen Kenntnisse mit der weit verstreuten, außerordentlich umfangreichen Literatur über alle möglichen Anwendungen von Eisenkernspulen zu einem wohlgeordneten Ganzen zu verschmelzen. Das Werk ist in sechs Kapitel unterteilt: Allgemeines — Die statischen Magnetisierungscurven — Wechselstrommagnetisierung mit sinusförmigen Strom — Wechselstrommagnetisierung mit Eisenkernspulen — Eisenkernspulen der Praxis — Anwendung von Eisenkernspulen.

Besonderer Wert ist in der zweiten Auflage darauf gelegt worden, den Fortschritt der Technik darzustellen und Anregungen aus Leserkreisen zu entsprechen. Deshalb ist es zu begrüßen, daß drei selbstständige Abschnitte eingefügt worden sind: Ferritkerne, Demodulation und Modellregeln.

Es fallen einige kleine Unebenheiten auf, die jedoch den guten Gesamteindruck nicht verwischen. So wird z. B. die Tangensfunktion des Verlustwinkels in der Abb. 29 mit  $\tan \delta_w$  angegeben, während in der Abb. 30 für denselben Begriff  $\tan \delta_w$  steht (richtig wäre  $\tan \delta_w$ ). Um Unklarheiten zu vermeiden, wäre es unserer Meinung nach auch besser gewesen, den Nachwirkungswinkel  $\delta_w$  (4. Zeile v. u., Seite 60) nicht mit  $\delta_w$ , sondern mit  $\delta_{w2}$  zu bezeichnen, zumal der vorhergehende Absatz diesen Winkel ausdrücklich als zusätzlichen Verlustwinkel bestimmt und ihm auch auf der folgenden Seite die Bezeichnung  $\delta_w$  gegeben wird. Daß die neuesten Schaltzeits in den Abbildungen nicht angewandt worden sind, könnte wohl daran liegen, daß das Umzeichnen der Bilder und das Herstellen neuer Klischees erheblichen Zeitaufwand und nicht vertretbare Kosten verursacht hätte.

Unschätzlichkeiten solcher und ähnlicher Art vermögen jedoch viel gesagt nicht, den Wert dieser wissenschaftlichen Arbeit zu mindern. Im Gegenteil, das Buch ist ohne Vorbehalte allen denen zu empfehlen, die sich mit der Materie Eisenkernspulen intensiv zu beschäftigen haben. Starke

Einführung in die Briefmarkenkunde. Von Wolfram Gallert. Lipsia Philatelistische Schriftreihe, Heft 1. VEB Bibliographisches Institut, 1957. 112 Seiten, 8 Bildtafeln, Format 12,5x20 cm, broschiert 2,80 DM.

In sechs Kapiteln behandelt der Verfasser alle Grundfragen der Briefmarkenkunde einschließlich der notwendigen Fertigkeiten, die der Sammler zum werterhaltenden Einordnen seiner Objekte beherrschen muß. Besonders nützlich und anregend sind die Mustertafeln für die Gestaltung von Albumblättern; das angelegte Sachregister erleichtert das Auffinden bestimmter Begriffe. Für eine neue Auflage empfehlen wir aber das Einfügen von Zwischenüberschriften und auch etwas größere Bilder. Alles in allem kann man das Erscheinen eines solchen kurzgefaßten, darum aber nicht minder inhaltsreichen Büchleins begrüßen. Besonders Wert besitzt es für den Jungsammler. Aber auch die Kollegen der Deutschen Post, insbesondere diejenigen, die sich mit dem Abstemmen und Behandeln von Sammlerpost dienstlich befassen, sollten es lesen, um sich einen Begriff

davon zu machen, wieweil Liebe und Mühe in einer Briefmarkensammlung steckt, welche Wünsche die Sammler haben und welche Forderungen sie an die Beschaffenheit ihrer Objekte stellen. Dies wiederum sollte die Mitarbeiter der Deutschen Post dazu anzureizen, die philatelistischen Sendungen entsprechend zu behandeln, um das Ansinnen der Deutschen Post unter der weitestgehenden Sammlerhilfe noch weiter zu fördern.

Hilfo

Liebe Hörerinnen und Hörer... Von Walter Conrad. Urania-Verlag Leipzig/Jena, 236 S., 120 Bilder, Ganzleinen, 7,80 DM.

Ein ebenso prachtvolles wie nützlich Buch für alle Nicht-fachleute, eine kurzweilige Wiederholung für die schon Eingeweihten. Conrad entwickelt in wohl für jeden verständlicher Form das weite Gebiet der Rundfunktechnik, soweit es den süßgesungenen Hörer interessieren kann. Hier ein paar Kost- und so dem Zweck dienen, den Lehrling nach vollendeter Lehrzeit sofort als vollwertige Fachkraft verwenden zu können. Den FMA wird sehr richtig vorgeschlagen, die Lehrlinge nicht mit Nebenarbeiten, sondern ausschließlich mit Arbeiten, die für die Lehrgruppe vorsehen sind, zu beschäftigen.

Wie wird sich diese neue Ausbildungsmethode in unserem (mittleren) FMA freiberg aus?

Die in diesem Jahr auszubildenden sechs Lehrlinge werden den einzelnen Brigaden zugeweiht. Zwei Lehrlinge kommen zum oberirdischen, zwei zum unterirdischen Fernmeldebau und zwei zum Sprechstellenbau. Um die Ausbildung interessanter und vielseitiger zu gestalten, werden alle Lehrlinge außerdem noch beim Ortskabelnetz beschäftigt. Nach einer angemessenen Zeit wird gewechselt, damit die Lehrlinge alle Gebiete des praktischen Fernmeldebau kennen lernen. Schon dabei sind verschiedene Meinungen aufgetaucht, weil von Vertretern der Betriebsberufsschule die Ausbildung in der vierten Phase nur im Spezialgebiet vorgezogen ist. Das heißt, daß der Lehrling nur im oberirdischen oder unterirdischen Fernmeldebau oder im Sprechstellenbau produktiv beschäftigt werden soll. Die Betriebsberufsschule hätte dann allerdings die Aufgabe, die Eignung und Neigung des Lehrlings vor dem produktiven Einsatz dem Einstellungsmitt zu mitzuteilen.

Wie sieht es aber mit der praktischen Ausbildung der Lehrlinge im Einstellungsbetrieb aus?

Unsere Brigaden sind Spezialbrigaden und arbeiten im Leistungslohn. Leider sind nur zwei bis drei Kollegen in der Brigade geeignete Fachkräfte, die über genügende praktische Erfahrungen und Kenntnisse verfügen und demzufolge Nachwuchskräfte fachlich gut ausbilden können. Diese wenigen Kräfte stellen den Stamm in der Brigade dar. Sie tragen die Verantwortung für die Erfüllung der Pflichten und setzen sich unmittelbar dafür ein, d. h. sie sind an einer guten Normerfüllung interessiert. Keiner dieser Kollegen ist abgeneigt, seine Erfahrungen weiterzugeben. Sie alle sehen auch die Notwendigkeit gut ausgebildeter Fernmeldebeamten aus, aber sie können sich dieser wichtigen Aufgabe nicht in den erforderlichen Maße widmen, weil ihre Normerfüllung darunter leidet. Eine Tätigkeit behindert somit immer die andere.

In oberirdischen und unterirdischen Fernmeldebau sind es andere Merkmale, die davon abhalten, Lehrlinge „in der Frontlinie“ auszubilden: Der tägliche Arbeitsablauf gestaltet sich anders, Lehrlinge durch diesen Einsatz an Erfahrungen reicher und vielseitiger zu machen. Eine Mastenuntersuchung in verschiedenen Liniennetzen über mehrere Wochen hinweg z. B. vermag es nicht, Gleiches gilt für Arbeiten im unterirdischen Fernmeldebau, die während des Betriebes durchgeführt werden müssen und bei denen es auf Schnelligkeit und Qualität besonders ankommt. Gerade weil die Arbeiten in einem FMA unserer Größe nicht immer herausgesucht werden können, ergibt sich schon, daß während dieser Zeit nicht die erfolgreichste Ausbildung unserer Nachwuchskräfte stattfinden kann.

Wie steht es mit der gesellschaftlichen Weiterbildung unserer Lehrlinge während der Lehrzeit? Es ist doch notwendig, daß die Lehrlinge neben der guten fachlichen Qualifikation vor allem in der positiven Einstellung zu unserem Arbeiter- und Bauern-Staat bestärkt werden sollen, d. h., jede negative Diskussion, die

### Zur Diskussion gestellt Berufsausbildung der Fernmeldebauteur-Lehrlinge kritisch betrachtet

In diesem Beitrag soll die Zweckmäßigkeit der zur Zeit bestehenden Ausbildungsmethode, der produktive Einsatz der Fernmeldebauteur-Lehrlinge sechs Monate vor Beendigung der Lehrzeit, unterzucht werden. Wenn hier auch nur Erfahrungen aus dem Bezirk Karl-Marx-Stadt vorliegen, so ist doch zu hoffen, daß damit eine rege Diskussion angeregt wird.

Die Lehrlinge werden im Bezirk Karl-Marx-Stadt sechs Monate vor Beendigung ihrer Lehrzeit im produktiven Einsatz bei dem FMA beschäftigt, das sie eingestellt hat. Dieser Einsatz stellt die Verwirklichung eines Beschlusses des Ministerrates dar und soll dem Zweck dienen, den Lehrling nach vollendeter Lehrzeit sofort als vollwertige Fachkraft verwenden zu können. Den FMA wird sehr richtig vorgeschlagen, die Lehrlinge nicht mit Nebenarbeiten, sondern ausschließlich mit Arbeiten, die für die Lehrgruppe vorsehen sind, zu beschäftigen.

Wie wird sich diese neue Ausbildungsmethode in unserem (mittleren) FMA freiberg aus?

Die in diesem Jahr auszubildenden sechs Lehrlinge werden den einzelnen Brigaden zugeweiht. Zwei Lehrlinge kommen zum oberirdischen, zwei zum unterirdischen Fernmeldebau und zwei zum Sprechstellenbau. Um die Ausbildung interessanter und vielseitiger zu gestalten, werden alle Lehrlinge außerdem noch beim Ortskabelnetz beschäftigt. Nach einer angemessenen Zeit wird gewechselt, damit die Lehrlinge alle Gebiete des praktischen Fernmeldebau kennen lernen. Schon dabei sind verschiedene Meinungen aufgetaucht, weil von Vertretern der Betriebsberufsschule die Ausbildung in der vierten Phase nur im Spezialgebiet vorgezogen ist. Das heißt, daß der Lehrling nur im oberirdischen oder unterirdischen Fernmeldebau oder im Sprechstellenbau produktiv beschäftigt werden soll. Die Betriebsberufsschule hätte dann allerdings die Aufgabe, die Eignung und Neigung des Lehrlings vor dem produktiven Einsatz dem Einstellungsmitt zu mitzuteilen.

Wie sieht es aber mit der praktischen Ausbildung der Lehrlinge im Einstellungsbetrieb aus?

Unsere Brigaden sind Spezialbrigaden und arbeiten im Leistungslohn. Leider sind nur zwei bis drei Kollegen in der Brigade geeignete Fachkräfte, die über genügende praktische Erfahrungen und Kenntnisse verfügen und demzufolge Nachwuchskräfte fachlich gut ausbilden können. Diese wenigen Kräfte stellen den Stamm in der Brigade dar. Sie tragen die Verantwortung für die Erfüllung der Pflichten und setzen sich unmittelbar dafür ein, d. h. sie sind an einer guten Normerfüllung interessiert. Keiner dieser Kollegen ist abgeneigt, seine Erfahrungen weiterzugeben. Sie alle sehen auch die Notwendigkeit gut ausgebildeter Fernmeldebeamten aus, aber sie können sich dieser wichtigen Aufgabe nicht in den erforderlichen Maße widmen, weil ihre Normerfüllung darunter leidet. Eine Tätigkeit behindert somit immer die andere.

In oberirdischen und unterirdischen Fernmeldebau sind es andere Merkmale, die davon abhalten, Lehrlinge „in der Frontlinie“ auszubilden: Der tägliche Arbeitsablauf gestaltet sich anders, Lehrlinge durch diesen Einsatz an Erfahrungen reicher und vielseitiger zu machen. Eine Mastenuntersuchung in verschiedenen Liniennetzen über mehrere Wochen hinweg z. B. vermag es nicht, Gleiches gilt für Arbeiten im unterirdischen Fernmeldebau, die während des Betriebes durchgeführt werden müssen und bei denen es auf Schnelligkeit und Qualität besonders ankommt. Gerade weil die Arbeiten in einem FMA unserer Größe nicht immer herausgesucht werden können, ergibt sich schon, daß während dieser Zeit nicht die erfolgreichste Ausbildung unserer Nachwuchskräfte stattfinden kann.

Wie steht es mit der gesellschaftlichen Weiterbildung unserer Lehrlinge während der Lehrzeit? Es ist doch notwendig, daß die Lehrlinge neben der guten fachlichen Qualifikation vor allem in der positiven Einstellung zu unserem Arbeiter- und Bauern-Staat bestärkt werden sollen, d. h., jede negative Diskussion, die

den Lehrling beeinflussen könnte, muß vermieden werden. Es ist nicht Aufgabe dieses Beitrages, im einzelnen auf die Zusammensetzung der Kräfte im praktischen Fernmeldebau einzugehen. Festzustellen ist jedoch, daß in dieser vierten Phase der Berufsausbildung im Fernmeldebau von einer gesellschaftlichen Weiterbildung keine Rede sein kann.

Man könnte darauf erwidern, daß der Lehrling, der seine Prüfung bestanden hat, ohnehin in einem halben Jahr als Fernmeldebauteur in eine Baubrigade eingereiht wird. Das ist richtig. Es ist aber auch dringend notwendig, jede Stunde in der Ausbildung der jungen Menschen auf allen Gebieten voll zu nutzen. In der Betriebsberufsschule mit ihren ständigen Ausbildungen könnte diese Aufgabe unserer Meinung nach am besten gelöst werden.

Ein weiterer Vorschlag: Der Einsatz von einfachen Preßluftanlagen oder anderen mechanischen Geräten zur Erleichterung der schweren körperlichen Arbeiten im Fernmeldebau sollte auch in der Ausbildung bald verwirklicht werden, um die begeisterte jugendliche Lust der neuen Technik belohnt zu machen und dadurch nicht zuletzt einer Fluktuation vorzubeugen.

Zusammenfassend ergibt sich folgender Vorschlag:

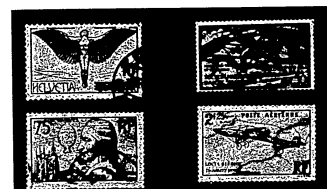
Die Lehrlinge dürften nur in geschlossenen Lehrlingsbrigaden mit den Ausbildern im Produktionseinsatz beschäftigt werden, auch wenn die Lehrzeit auf drei Jahre erweitert werden müßte. Dieser Einsatz kann auch in einem benachbarten FMA durchgeführt werden, sofern dort geeignete Bauvorhaben vorliegen, die eine vielseitige Ausbildung gestatten. Die Aufträge werden vollständig von der Lehrlingsbrigade übernommen. Hierbei darf die Normerfüllung nicht ausschlaggebend sein, sondern die Güte der Arbeit und die ordentliche und umfassende Ausbildung und Erziehung unserer jungen Menschen. Besonderer Wert ist auf das Einhalten der Arbeitsschutzanordnungen zu legen.

Werner Steizer, FMA Freiberg

### Von Ikarus zum Atomflugzeug

Ein wahrer Traum hat sich erfüllt: Der Luftraum gehört dem Menschen, und das Flugzeug ist zu einer fast allgegenwärtigen Gewohnheit geworden. Naras (1), der Held algerischer Sagen, wollte mit Flügeln aus Vogelfedern über das Meer fliegen und stürzte ab. Unzählige Versuche folgten, denen erst Leonardo da Vinci (2) um 1500 wissenschaftliche Grundlagen gab. Doch erst drei Jahrhunderte vergingen, als der Mensch im Freiflug durch die Lüfte ziehen konnte. Der 15. Oktober 1783, an dem Pilatre de Rozier (3) in einer Montgolfière als erster Mensch aufstieg, bildet einen Meilenstein in der Geschichte der Luftfahrt.

Der Wunsch nach leichten Luftfahrzeugen erfüllte sich aber erst 1892 mit Lillienthals Gleitflugzeugen. Es gelang ihm, mit seinem „Segelflug“ aus 30 m Höhe abzuspringen und 550 m zu fliegen. 1896 versenkte er endlich, „Opfer müssen gebracht werden“, vor sein letztes Wort. Er ist der Ahnherz des Segelfluges und der Begründer des dynamischen Fluges „Schwerver als die Luft“. Durch sein Buch „Der Flugflug als Grundlage der Flugkunst“ und durch seine Versuche vermittelte er das erste gestrichelte Flugzeug.





Broschüre über die Technisch-Wissenschaftliche Konferenz der Deutschen Post

Den ersten gesteuerten Motorflug vollbrachte am 14. 8. 1901 der Deutsche Gustav Weißkopf (ein Schüler Lilienthals) in Bridgetown bei New York. Er legte 900 m zurück. Die Brüder Wright, die meist als Erfinder des Motorfluges gelten, hatten bei ihm gelernt und flogen im Jahre 1903 erst 12 Sekunden lang in 3 m Höhe. Am 25. 7. 1909 überquerte Blériot (4) erstmalig den Ärmelkanal im Flugzeug, 41 km in 27 1/2 Minuten, während der Franzose Rouzic zur „Großflughöhe der Champagne“ im August 1909 einen Höhenrekord mit 158 m aufstellte. ... Nur 5 Jahre danach stieg der Deutsche Oehrich auf 8150 m, nachdem im Jahre zuvor Stöffler 2079 km in 22 1/2 Stunden geflogen war und damit den 100 000-Mark-Preis gewonnen hatte. ...

Die auf der Technisch-Wissenschaftlichen Konferenz der Deutschen Post in Leipzig (Oktober 1956) gehaltenen Fachvorträge liegen jetzt in Form einer Broschüre vor. Diese wird allen Dienststellen des Fernmeldewesens kostenlos zugehen. Durch die Broschüre sollen alle Kollegen der Fernmeldebetriebe und der einschlägigen Industrie über die zukünftige Technik und die z. Z. laufenden Entwicklungen informiert werden. Weiterhin sollen durch Beiträge, Anregungen und Kritik an der von der HV Fo eingeschlagenen Entwicklungsrichtung optimale Lösungen der betrieblichen Forderungen gemeinsam erarbeitet werden. Die vorliegende Broschüre enthält folgende auf der Konferenz gehaltenen Referate: Zitzewitz: Stand und Entwicklung des drahtgebundenen Fernmeldewesens; Nöhning: Das Motorwählersystem in der Vermittlungstechnik; Kottschick: Die neueren Trägerfrequenzgeräte und die laufende Entwicklung; Fechner: Betriebsbedingungen der SWF-Technik und die stufenweise Einführung des SWF-Verkehrs; Harnöb: Vom Pufferbetrieb zum Betriebsabtriebsbetrieb in den einrichtungen der Deutschen Post; Ulemann: Die Entwicklung neuer Kabeltypen unter Berücksichtigung neuer Isolierstoffe und Kabelmängel; Graf: Mechanisierung und Motorisierung im Fernmeldebau; Kramp: Neue Werkstoffe im Fernmeldebau. ...

Das Luftschiff LZ 120 (Reparaturluftschiff) ZR 111 legte im Jahre 1924 auf seiner Fahrt über den Nordatlantik 8030 km in 81 Stunden zurück. Am 12. 11. 4. 1928 glückte Hermann Köhl die erste Ozeanüberquerung in ost-westlicher Richtung von Irland nach Newfoundland. Mit seinen Begleitern Fitzmaurice und v. Hühnerfeld kämpfte er 36 Stunden lang gegen Schnee und Eis, durch Nebel und stürmische Nacht und bewies damit aller Welt, daß die Ost-West-Überquerung auch mit dem Flugzeug möglich ist. Heute liegen deutsche Menschen 22 mal nördlichlich nach Nordamerika, und unsere Luftpostbriefe werden schon innerhalb von 24 Stunden dem Empfänger in Chicago zugehändigt. Über 50 Millionen Passagier-Luftkilometer wurden bisher im zivilen Weltluftverkehr zurückgelegt, was Prof. Dr. Baado, der technische Direktor der Luftfahrtindustrie, das auch über die ganze Erde v. Hühnerfeld kämpfte er 36 Stunden lang gegen Schnee und Eis, durch Nebel und stürmische Nacht und bewies damit aller Welt, daß die Ost-West-Überquerung auch mit dem Flugzeug möglich ist. Heute liegen deutsche Menschen 22 mal nördlichlich nach Nordamerika, und unsere Luftpostbriefe werden schon innerhalb von 24 Stunden dem Empfänger in Chicago zugehändigt. Über 50 Millionen Passagier-Luftkilometer wurden bisher im zivilen Weltluftverkehr zurückgelegt, was Prof. Dr. Baado, der technische Direktor der Luftfahrtindustrie, das auch über die ganze Erde v. Hühnerfeld kämpfte er 36 Stunden lang gegen Schnee und Eis, durch Nebel und stürmische Nacht und bewies damit aller Welt, daß die Ost-West-Überquerung auch mit dem Flugzeug möglich ist. ...

Die Post von Panama hatte offiziell Postbriefmarken herausgebracht. In diese Serie sollten die Bild- und alle bisherigen Postbriefmarken aufgenommen werden. Hinter dieser Angelegenheit standen aber die amerikanischen Finanzkonzerne, das wahrscheinlich hohe postmehrwertliche Postwertzeichen konnte jedoch die Kriminalliste zu ihm hin lassen, weil es sich um raffiniert gefälschte Marken handelte. An diesen Postwertzeichen hätte die argentinische Post die Erlösung erkannt. ...

In Sachen Post...

Der Diebstahl

Es war ein statliches Ständerregal, das der Staatsanwalt in seiner Anklage vor dem Kreisgericht Tuttle (Seite) verteidigt. Dem Angeklagten Werner N. wurde vorgehalten: Verletzung der Unterschlüsselpflicht, Diebstahl einer goldenen Uhr, Diebstahl von Postgeldern, Verstoß gegen die Verordnung über die Ausgabe von Personalausweisen.

Der weitere Verlauf der Verhandlung ergab das traurige Bild eines - wie der Staatsanwalt später richtig sagte - versierten, arbeitsethischen und verantwortungsbewussten Menschen, der - ohne einen Berauf gelernt zu haben - im wesentlichen auf Kosten anderer nicht schlecht zu leben suchte. Diese „andere“ waren samt und sonders Frauen, mitunter recht zweifelhafte, mitunter aber auch rechtschaffene, alleinstehende, die sich und manchmal noch Angehörige durch ihrer Hände Arbeit versorgen.

Aus dem Verlauf der an Höhepunkten reichen Verhandlung interessiert uns besonders die Aufklärung des Diebstahls von Postgeldern. Schalten wir uns an dieser Stelle in die Verhandlung ein. So lagen dem Gericht Beweise vor, aus denen hervorging, daß sich leider auch eine „Christel von der Post“ in den Netzen des Angeklagten gefangen hatte. Ihre Arbeit ersickernd, daß sie z. Z. mit dem Einsetzen von Rundfunkgeräten des Arme zu greifen. ...

Die nächsten Morgen entlarfte sich dann Werner mit der Erklärung, die Vornamts-Sportveranstaltungen besuchen zu wollen. Christel, bei der Zubereitung des Sonntagsbratens plötzlich zum schrecklichen Ahnungsgepöhl, jahrelang zusammen vergeblich nach dem Schrankschlüssel. Als auch erkrankte Nachbarn und Bekannte keinen entsprechenden Türöffner beibringen konnten, gab die Schranktür schließlich einem mit roher Gewalt angesetzten Schraubenschlüssel splitternd nach. ...

Die nächsten 14 Tage erkör er Leipzig zu seinem Tätigkeitsbereich. In der ITO-Gaststätte „Halleisches Tor“ wurde von dem ehemaligen Rundfunktechniker so manche Flasche Wein bezahlt, die mit Hilfe neuer Freundinnen bald getrunken waren. Dieses gönnerhafte Wesen versuchte Werner noch vor seinen Richtern deutlich zur Schau zu stellen. Er war nur schwer zu Antworten zu bewegen. ...

Am Schluß der Verhandlung verließ den Angeklagten nach sehr deutlichen Worten des Vertreters der Staatsanwaltschaft alle Arrangements; übrig blieb eine harte Probestellung senzen.

Für den Diebstahl von Postgeldern beantragte der Staatsanwalt acht Monate Gefängnis und Sühnenarrats in Höhe von 346,45 DM. Am Schluß der Verhandlung verließ den Angeklagten nach sehr deutlichen Worten des Vertreters der Staatsanwaltschaft alle Arrangements; übrig blieb eine harte Probestellung senzen.

IASCHINENFABRIK

- Exzenterpressen
Förderanlagen
Reparaturen

Der Werdegang eines Schiebe-Abziehbildes

gibt Auskunft über die vielseitige Verwendungsmöglichkeit
Verlangen auch Sie diese interessante Beschreibung von

HOLMGROH

Technische Abziehbilder
LEIPZIG S 3
Kurt-Eisner-Str. 71
(Hofgebäude) II. Stock

ANTIFERRIT

„HM 2“-ANTIFERRIT, dunkel
das praktisch erprobte, weit emulgierende
Bohr-, Kühl- und Rostschutzmittel
für Metallbearbeitung mit absolutem Korrosions- und Kühl-
schutz selbst bei hohen Verdünnungen. Trotzdem erreicht man
eine Kühlschleierung der üblichen Bohrer. „HM 2“ ist ein
Spezialprodukt, das sich aus der Reihe der eigentlichen Bohrer
besonders heraushebt und deshalb bevorzugt verwendet wird.
er billig im Gebrauch
ies Chem. Forschungs-Institut, Leipzig. Preis 3,- DM per kg, lose,
Lohngefäß prompt lieferbar. Fordern Sie Spezialprospekte zu Ihrer
drich-List-Str. 32-34, Fernruf 66307





Den ersten getauerten Motorflug vollbrachte am 14. 8. 1901 der Deutsche Gustav Weißkopf (ein Schüler Lilienthals) in Bridgeport bei New York. Er legte 900 m zurück. Die Brüder Wright, die meist als Erfinder des Motorfluges gelten, hatten bei ihm gelernt und flogen im Jahre 1903 erst 12 Sekunden lang in 3 m Höhe. Am 25. 7. 1909 überquerte Blériot (J) erstmalig den Ärmelkanal im Flugzeug, 41 km in 27 1/2 Minuten, während der Franzose Rouzic zur „Großflugwoche der Champagne“ im August 1909 einen Höhenrekord mit 158 m aufstellte. - Nur 5 Jahre danach stieg der Deutsche Obdrich auf 8150 m, nachdem im Jahre zuvor Stöffler 2070 km in 22 1/2 Stunden geflogen war und damit den 100000-Mark-Preis gewonnen hatte. Und heute? Das Segelflugzeug erreichte 12800 m, der sowjetische Stratosphärenballon „USSR P“ 19000 m, das Düsenflugzeug 19831 m und ein amerikanischer Freiballon 22006 m Höhe. Die deutsche Versuchsrakete „A4“ stieg bis in eine Höhe von 100 - - 180 km, die amerikanische Forschungsrakete „Viking“ bis zu 355 km. Die Ionosphärenrakete „WAC Corporal“ war 1949 bereits auf 110 km in den Weltraum vorgeschoben. Im März 1957 berichtete die Presse, daß die ersten Lebewesen mit einer Rakete in die Ionosphäre, also über die Stratosphäre hinaus, vorgedrungen seien. Sowjetische Versuchsraketen mit je zwei Stunden erreichten eine Höhe von 110 Kilometern. Nach Überschreiten der Flughöhe trat bei diesen Versuchen zu Schaden.

Das Luftschiff LZ 129 (Reparationsluftschiff ZR 111) legte im Jahre 1924 auf seiner Fahrt über den Nordatlantik 8050 km in 81 Stunden zurück. Am 12. 13. 4. 1928 glückte Hermann Köhl die erste Ozeanüberquerung in ost-westlicher Richtung von Irland nach Newfoundland. Mit seinen Begleitern Fitzmaurice und v. Hühnefeld kämpfte er 36 Stunden lang gegen Schnee und Eis, durch 4 Nödel und stürmische Nacht und bewies damit aller Welt, daß die Ost-West-Überquerung auch mit dem Flugzeug möglich ist. Heute fliegen deutsche Maschinen 22 mal wöchentlich nach Nordamerika, und unsere Luftpostbriefe werden schon innerhalb von 24 Stunden dem Empfänger in Chicago ausgehändigt. Über 50 Milliarden Passagier-Kilometer wurden bisher im zivilen Weltluftverkehr zurückgelegt, wie Prof. Dr. Baade, der technische Direktor der Luftfahrtindustrie der DDR, kürzlich mitteilte.

Sowjetische Düsenflugzeuge haben bereits eine Stundengeschwindigkeit von 1000 km, die in Kürze 2 - - 3000 km betragen wird und durch die geplanten Atomflugzeuge noch gesteigert werden soll. Unsere neue „Dustole Luftmasse“ (5) wird sich schnell in das weltweite Verkehrsnetz einfügen, das sich über die ganze Erde spannt. Atemberaubend ist die Entwicklung der Luftfahrt der letzten 50 Jahre, und doppelt interessant ist es, sie im Bilde der Briefmarken darzustellen. Kaum ein Land ist heute ohne Luftpostmarken. Alle Arten und Typen von Luftfahrzeugen (Ballone, Luftschiffe, Segel- und Motorflugzeuge, Düsenmaschinen, Hubschrauber, Raketen), Flugpioniere, Luftaufnahmen, Flughäfen sehen wir da. 129mal erscheint allein das Luftschiff „Graf Zeppelin“ bei 21 Ländern. Selbst eine Invasionsarmee heraus, die unsere Erde mit den geplanten Erdaltitiden besetzt (6). Die Fälle der Marken sind nicht zuletzt auch der Stempel ermöglicht es auch dem weniger bemittelten Sammler, sich eine reizvolle Sammlung aufzubauen, zumal er Gelegenheit hat, durch die Sektionen Philatelie mit aller Welt in Tausch zu treten. Curt Paul, Karl-Marx-Stadt

aufgehört: „Ich sage Ihnen nur, daß ich durch die Strafe bestimmt kein besserer Mensch werde; ich werde edelicher, wenn ich wieder taubstumm.“ Das war Werners letztes Wort.

Das Gericht verurteilte ihn insgesamt zu 14 Monaten Gefängnis und 4 Wochen Haft sowie zum Schadenersatz. Nach Überzeugung aller Anwesenden ist das Strafmaß geeignet, ihn trotz seiner gegenläufigen Behauptungen von einem arbeitslosen, anmaßenden Menschen zu einem nützlichen Mitglied der Gesellschaft zu ziehen, wenn er selbst die innere Bereitschaft dazu aufbringt. Darüber nachzudenken, hat er jetzt ausreichend Gelegenheit.

Interessant ist, daß während der Verhandlung die Frage auftauchte, wer denn nun durch den Diebstahl eigentlich geschädigt sei, das Vermögen der Deutschen Post oder unmittelbar das der Zustellerin. Anders ausgedrückt: gehörte das gestohlene Geld im fraglichen Zeitpunkt bereits der Deutschen Post oder stand es erst im Eigentum der Zustellerin, die nur schuldrechtlich zur Weitergabe an die Deutsche Post verpflichtet war? Handelt es sich also um einen Diebstahl von Volkseigentum oder von persönlichem Eigentum?

Ein Eigentumsverbot ist auch Stellvertreter möglich. Die Zusteller der Deutschen Post nehmen eingezogene dienstliche Gelder nicht für sich persönlich an, sondern sie fungieren stets im Namen der Deutschen Post. Wer als Postkunde dem Zusteller Briefumschlägen und Zeitungsblätter ausliefert, tut das mit dem Willen der Zeitung an die Deutsche Post und nicht an die Person des Zustellers X. Das wird auch durch Auslieferung des in dem Namen des betreffenden IP-PA ausgestellten Empfangsscheins ausgedrückt, ferner dadurch, daß die Zusteller der Deutschen Post in der Regel Dienstkleidung tragen. Diese Willensbereinstimmung zwischen Postkunden und Zusteller begründet die für den Eigentumsübergang notwendige Einigung (§ 929 BGB). Der zweiten Voraussetzung einer Übergang, nämlich der Besitzverschaffung für die Deutsche Post, wird dadurch Genüge getan, daß ein Zusteller kraft seines Arbeitsverhältnisses dem Besitze an dienstlich empfangenen Gegenständen stets für die Deutsche Post ausliefert (§ 855 BGB) bzw. daß zwischen ihm und seinem Amt von vornherein Einmütigkeit darüber besteht, daß die empfangenen Gelder in einen Besitzvermittlungsverhältnis gemäß § 868 BGB für die Deutsche Post empfangen werden (sogenanntes „antizipiertes Besitzkonstitut“). Die von den Zustellern entgegengenommenen Gelder gehören somit von Anfang an der Deutschen Post und sind Volkseigentum.

Auch die Postangestellte des vorliegenden Straffalles hatte den Willen, für die Deutsche Post zu erwerben, wie durch ihre ursprüngliche Absicht in der sofortigen Ablieferung und durch das spätere Verwehren des Barbestandes unter Verschuß und getrennt von Privatgeldern auch ausreichend zum Ausdruck kam. Daß sie jedoch in starkem Maße gegen ihre Pflichten verstoßen hat, als sie dem Angeklagten das Einziehen von Briefumschlägen gestattete und als sie das Geld vorzeitig im Büro vor sich am Sonntag ablieferte, bedarf keiner näheren Begründung. Sie mußte deshalb auf dem Disziplinarwege nachträglich bestraft werden.

Gerhard Stüb, Halle (Saale)

Im Februar strahlten die Farben Postzettelchen. Der Streik dauerte sich bald auf weitere Gebiete Frankreichs aus. Die italienischen Postkollegen versuchten im März, ebenfalls die erste drahtlose Fernverkehrsanlage durch einen einzigen Streik durchzusetzen.

Die erste drahtlose Fernverkehrsanlage wurde kürzlich in der Sowjetunion zwischen Moskau und Nischni in Betrieb genommen. 200 km. Es können 21 Telefonsprechstellen sowie das Moskauer Fernsprechnetzprogramm übertragen werden.

Neuartige Personaltelefonleitungen haben neue betriebliche Konstruktionen entwickelt. Ingenieure in großen Werken, leitende Ämter von Krankenhäusern usw. können nunmehr ihre Telefonate empfangen, bei sich lassen, die auf bestimmte Frequenzen eingestellt sind und nicht durch das betriebl. Gehörkomplex in das Induktionsfeld einer um das Gebühre gezogene Drahtschleife zu tragen.

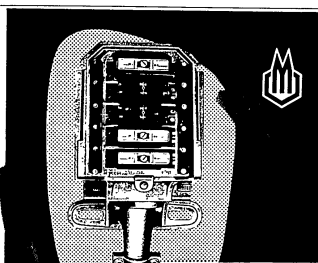
Ein neues Postmuseum wird in Warschau eingerichtet. Aus diesem Anlaß gab die polnische Post einen Briefmarkenblock mit der Sondermarke, die dem neuen Postmuseum gewidmet war, heraus.

Die Rubrik „Unser Exkurs“ muß auch in dieser Zeit nochmals entfallen. Die Redaktion

# OTTO & CO. MASCHINENFABRIK

Schkeuditz b. Leipzig  
Käthe-Kollwitz-Straße 7a  
Ruf Schkeuditz 510

Exzenterpressen  
Förderanlagen  
Reparaturen



GARNITUREN  
für  
Fernmeldekabel

VEB KABELWERK MEISSEN  
Meißen/Sachsen · Telefon 3041

Der Prospekt

## Der Werdegang eines Schiebe-Abziehbildes

gibt Auskunft über die vielseitige Verwendungsmöglichkeit

Verlangen auch Sie diese interessante Beschreibung von

## HOLM GROH

Technische Abziehbilder

LEIPZIG 83

Kurt-Eisner-Straße 71  
(Hofgebäude) II. Stock

## „HM“-ANTIFERRIT

„HM 1“-ANTIFERRIT, hell  
das tausendfach erprobte, klare blanktische  
Schleif-, Kühl- und Rostschutzzusatzmittel  
für alle spanlosen und spanabhebenden Verformungsvorgänge  
bei Eisen-, Stahl-, Gußeisen- und Gußstahlarten. Zum Ziehen,  
Härten, Waschen, Tauchen, für Druckwalzen usw. Garantiert  
rostechere und überhöhte Kühlwirkung. Vollig durchsichtig.  
Die Oberfläche bleibt immer metallisch blank!

„HM 2“-ANTIFERRIT, dunkel  
das praktisch erprobte, weiß emulgierte  
Bohr-, Kühl- und Rostschutzzusatzmittel  
für Metallbearbeitung mit absolutem Korrosions- und Kühl-  
schutz, selbst bei hohen Verdünnungen. Trotzdem erreicht man  
eine Kühlungswirkung der üblichen Bohrlöcher. „HM 2“ ist ein  
Spezialprodukt, das sich aus der Reihe der eigentlichen Bohrlöcher  
besonders heraushebt und deshalb bevorzugt verwendet wird.



Heinz Müller, Leipzig C1, Friedrich-List-Str. 32-34, Fernruf 66307



### Neuigkeiten für Motorfreunde

Das **Motorsport-Jahrbuch 1957** von Weltklassefahrer Arthur Rosenhammer u. Edmund Thiele ist dat. Neben den Berichten, die von bekannten Motorsportlern geschrieben wurden, ist diesmal ein besonders großer unterhaltender und belehrender Teil zu finden. Jeder Motorfreund sollte dieses interessante neue Nachschlagewerk recht bald besitzen. (Sportverlag, 208 Seiten, reich bebildert, nur 3.20 DM.)

In wenigen Tagen erscheint endlich **Motorwandern... aber wie?** das seit langem erwartete Handbuch für Camping, Urlaub und PS. Geschrieben von Wolfgang Riediger u. Karl-Heinz Edder für alle, die motorisiert ein Wochenende oder schöne Urlaubstage erleben wollen. (Reiseplanung, Kartenkunde, Fahrzeugwartung, Zeltbau, Zeitmobiliar, Verzeichnis der Campingplätze u. v.a.) Sportverlag, etwa 240 Seiten, davon 40 Bildseiten, gebunden voraussichtlich 8.50 DM.

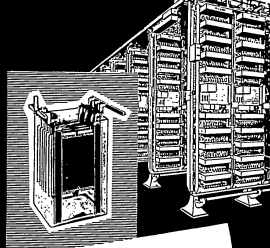
Der großen Nachfrage wegen:  
Bestellen Sie bitte rechtzeitig!

SPORTVERLAG BERLIN W 8




Wer ständig über Probleme des Post- und Fernmeldewesens in unserer Deutschen Demokratischen Republik und in der ganzen Welt informiert sein will, wer mitreden und mitarbeiten will beim Aufbau eines sozialistischen Post- und Fernmeldewesens, der muß sich durch das eingehende Studium unserer Fachpresse stets auf dem laufenden halten. Dies ermöglicht der Bezug der

Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen  
**DIE DEUTSCHE POST**



**Bleibatterien**  
für Fernsprechanlagen und Notbeleuchtungen  
Transportable Batterien für Eigenmontage  
Ortsfeste Batterien  
Bleibatterien für alle Verwendungszwecke

VEB  
AKKUMULATOREN-FABRIK  
OBERSCHÖNEWEIDE



Berlin-Oberschöneweide • Tel. 83 21 31 • Drahtweg: Blaukruz Berlin



Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen  
HERAUSGEGEBEN VON DER DEUTSCHEN POSTWERBUNG

2. Jahrgang Leipzig, Juni 1957 Heft 6

DIE DEUTSCHE



POST

## KLAPPSTÜHLE

sind raumsparende und bequeme Sitzmöbel für Kino, Theater und Kultursaal für Hörsaal, technisches Kabinett und sonstige Schulungsräume mit fester oder abklappbarer Schreibtafel, für gerade oder radiale Reihen bzw. Stufenkonstruktionen geeignet

Stapelbare Mehrzweckstühle bieten wir aus unserem Sonderprogramm an

Für alle Bestellungen sind Spezialbefestigungen für auswechselbare Bestuhlungen lieferbar

Unser Warenzeichen bürgt für Qualität

Wir beraten Sie gern und unverbindlich in allen bestellungstechnischen Fragen

Ihre unverbindliche Anfrage erbitet:

**VEB Sitzmöbel- und Klappstuhlindustrie**

Waldheim / Sa.  
Güterbahnstraße 3  
Telefon 194



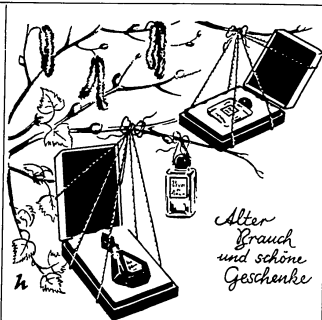
Gummistempel • Siegel • Gummidruckkleeves  
Datumeingangsstempel • Sack- und Kistenstempel • Namen-, Firmen- und Maschinenschilder in Metall und Kunststoff  
Goldprägestempel • Petschäfte • Kreis- und Längsteilungen • Artikelbedingtes Zubehör



VEB

**Stempel - Siegel u. Gravierung**

Berlin C 2, Neue Schönhauser Straße 16  
42 68 78 / 42 30 57



mit **MADELAINE**



VEB KOSMETIK MADELAINE

## VEB RÖHRENWERK

„Anna Seghers“  
**NEUHAUS a. Rwg.**

Radioröhren  
Techn. Verstärkeröhren

und Zubehörtteile

**Neuhaus a. Rwg. Ruf 924**

| INHALT                                                                                                                                             | Seite |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| MEHLHORN: Was wir lehren und wie wir erziehen . . .                                                                                                | 128   |
| JENZEN: Der Bahnpostwagen 4-h/24,7 . . . . .                                                                                                       | 130   |
| GÖTTNER: Sind die Einrichtungen des Post- und Fernmeldewesens im Kapitalismus staatliche Verwaltung oder staatskapitalistisches Unternehmen? . . . | 136   |
| HENCKE: Aus der Arbeit eines Funkamtes . . . . .                                                                                                   | 140   |
| FRANKENBERGER: Ortsbünde . . . . .                                                                                                                 | 144   |
| RIBBECK: Weniger Tarifzonen im SWF-Verkehr . . .                                                                                                   | 145   |
| KÜHN: Die Fernsehversorgung der Deutschen Demokratischen Republik nach einer neuen einheitlichen Frequenzplanung . . . . .                         | 150   |
| KALAUCH: Einige Bemerkungen über unsere neue Zeitschrift „Die Deutsche Post“ . . . . .                                                             | 155   |
| BEGRIFF: Normung und Standardisierung - Aufgaben der Deutschen Post? . . . . .                                                                     | 167   |

Unser Titelbild. Die Arbeit in einer Paketabteilung erfordert gute Fachkenntnisse. (Aufn. IFF)



Herausgegeben von der Deutschen Postverbindung, Redaktion „Die Deutsche Post“, Leipzig 8 3, Gustav-Freytag-Str. 43-45, Fernsprecher 30805. Verantwortlich: Horst Hille. Satz und Druck: VEB Graphische Werkstätten Leipzig III 18/97. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Deutsche Postverbindung, Berlin C 2, Magaststraße 9-11. Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 1 gültig. Die Zeitschrift „Die Deutsche Post“ erscheint monatlich einmal. Bezugsbedingungen: Vorauspreis für Postungshörige vierteljährlich 1,50 DM. Preis für andere Besteller vierteljährlich 2,40 DM. Bestellungen nehmen die zuständigen Postzustellungsvertriebe entgegen.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Befunde und Besprechungen mit voller Quellenangabe zulässig. Veröffentlicht unter der Lizenznummer 4284 des Amtes für Literatur und Verlagswesen der Deutschen Demokratischen Republik.

# TSCHIE POST

AS POST- UND FERNMELDEWESEN  
ON DER DEUTSCHEN POSTWERBUNG

1957

Heft 6

## Wie wir erziehen

Beitrag für Post- und Fernmeldewesen, Leipzig

arbeiten der Gehaltsgruppe XI zu erarbeiten. Dieses Studium stellt in seinem gesamten Verlauf hohe Anforderungen sowohl an den Lehrkörper als auch an die Schüler. Unser Ziel ist dabei, vielseitig verwendbare Menschen zu erziehen, die als politische Fachleute mit vollem Recht das Vertrauen unseres Arbeiter- und Bauern-Staates genießen können.

In den einzelnen Unterrichtsstunden ist jeder Lehrer bemüht, den Schülern den Lehrstoff im Unterrichtsgespräch praxisverbunden darzulegen und nicht etwa nur abstraktes, theoretisches Wissen zu vermitteln. Die Lehrer haben dabei sehr viel von den Klassikern des Marxismus-Leninismus und den sowjetischen Pädagogen gelernt und bemühen sich, neue Erkenntnisse ständig anzuwenden. Wir wollen erreichen, daß jedes formale Lernen an unserer Schule unmöglich wird. Diese große Aufgabe hat der gesamte Lehrkörper zu erfüllen. Der Schüler soll in jedem Moment des Unterrichtsablaufes klar erkennen, warum er sich mit einem bestimmten Problem beschäftigen muß und wie er neue Erkenntnisse in der späteren praktischen Arbeit am besten anwenden kann. Wir Lehrer glauben, daß wir auf diese Art und Weise zunächst einmal die Bewußtheit des Schülers beim Lernen und beim Arbeiten wecken und entwickeln.

Außerdem stützen wir uns in der gesamten Bildungsarbeit auf die reicher Traditionen der deutschen und internationalen Arbeiterklasse sowie auf die guten Traditionen der Post und versuchen, unsere Schüler im Geiste des proletarischen Internationalismus zu erziehen. Die Erfolge der Vergangenheit sind Beweis dafür, daß der Weg, den wir in der Unterrichts- und Erziehungsarbeit beschreiten, richtig ist. Wir wollen politisch denkende und handelnde Menschen ausbilden und entwickeln, die sich über die Auswirkungen fachlicher Entscheidungen Gedanken machen und die sich bei all ihrem Tun und Handeln immer die Frage vorlegen: Nützt oder schadet meine Arbeit bzw. meine Entscheidung der Deutschen Post und unserem Staat? Wir wollen dabei auch wirtschaftlich und kaufmännisch denkende Menschen erziehen, die ständig bedacht sind, mit ihrer Arbeit den Reichtum des Volkes zu mehren und die Arbeitsorganisation rationaler zu gestalten.

Wir wollen unsere Schüler in Treue zu unserem Staat erziehen und ihre Bereitschaft wecken, die Errungenschaften der Arbeiter- und Bauern-Macht in der Deutschen Demokratischen Republik gegen jeden feindlichen Angriff zu schützen.

Das ist für den Lehrkörper eine schwere, verantwortungsvolle, aber auch sehr schöne Aufgabe, die den ganzen Menschen fordert. Wir versuchen deshalb, in allen Phasen des Unterrichts- und Erziehungsprozesses mit großer Anschaulichkeit und durch viele Exkursionen die unzähligen Erfolge bei der Entwicklung unserer Republik und beim Aufbau des Sozialismus klar und eindeutig vor Augen zu führen und sind bemüht, in den Schülern die Liebe zu ihrer Heimat und zu ihrem Beruf, aber auch den Haß gegen alle Feinde der Werktätigen zu wecken und zu entwickeln.

Wir fordern von uns und unseren Schülern ein hohes Maß an gesellschaftlicher Arbeit, weil wir wissen, daß durch die gesell-

# KLAPPSTÜHLE

sind raumparende und bequeme Sitzmöbel für Kino, Theater und Kultursaal für Hörsaal, technisches Kabinett und sonstige Schulungsräume mit fester oder abklappbarer Schreibtafel, für gerade oder radiale Reihen bzw. Stufenkonstruktionen geeignet

Stapelbare Mehrzweckstühle bieten wir aus unserem Sonderprogramm an

Für alle Bestuhlungen sind Spezialbefestigungen für auswechselbare Bestuhlungen lieferbar

Unser Warenzeichen bürgt für Qualität

Wir beraten Sie gern und unverbindlich in allen bestuhlungstechnischen Fragen

Ihre unverbindliche Anfrage erbitte:

## VEB Sitzmöbel- und Klappstuhlindustrie

Waldheim/Sa.  
Güterbahnstraße 3  
Telefon 194



Gummistempel • Siegel • Gummidruckklischees  
Datumeingangsstempel • Sack- und Kistenstempel • Namen-, Firmen- und Maschinenschilder in Metall und Kunststoff  
Goldprägestempel • Petschäfte • Kreis- und Längsteilungen • Artikelbedingtes Zubehör

VEB

## Stempel • Siegel u. Gravierung

Berlin C2, Neue Schönhauser Straße 16

42 68 78 | 42 30 57

## Land der 13000 Inseln — Indonesien



Indonesien! Wer denkt beim Klang dieses Namens nicht an schlangenförmige Kokospalmen, an die präziösen Schönen der Märchönchen Bali oder an die Vielzahl wirrerlicher Gewürze, die von jenen fernen Inseln dem Weg ins alte Europa nehmen.

Aber Hand aufs Herz — wer weiß denn schon Genaueres über diesen Inselstaat im Malaisischen Archipel, der seit dem Ende des zweiten Weltkrieges unter der Bezeichnung „Republik Indonesien“ auf unseren Atlaskarten zu finden ist?

Seitdem die holländischen Mijneers ihre reichste Kolonie Niederländisch-Indien endgültig aus der Liste ihrer Besitzungen streichen mußten und die indonesische Freiheitsbewegung das roteisse Banner der Unabhängigkeit entfaltete, sind weitgehende Veränderungen in diesem Teil der Welt vor sich gegangen. Die „Republik Indonesia“, ein Staat, der insgesamt 13000 Inseln und Inselchen (1,6 Mill. qkm) umfaßt, ist in das Bildfeld der Weltöffentlichkeit getreten. Fast täglich berichten unsere Zeitungen von politischen und wirtschaftlichen Ereignissen, in deren Mittelpunkt dieses europafremde tropische Inselparadies steht. Erst in den letzten Tagen hörten wir vom Freundschaftsbesuch des sowjetischen Staatsoberhauptes Worschilow in Indonesien.

Vielleicht haben Sie auch davon gehört, daß unsere Republik durch ein Handelsabkommen mit Indonesien verbunden ist, daß vor zwei Jahren eine Industrierausstellung der DDR in der indonesischen Hauptstadt Djakarta mit großem Beifall aufgenommen wurde. Eine Vielzahl tropischer Produkte und Erzeugnisse des Bergbaus machen dieses Land zu einem begehrten Handelspartner, dem wir bei der Errichtung seiner nationalen Industrie Lieferant und Berater sein können. Die ersten Pläne dazu hat der VEB Maschinenfabrik Sangerhausen bereits genehmigt, der eine komplette Zuckerrübenfabrik auf Java einrichtete.

Was hat Indonesien uns sinoensia anzubieten? Die auf den vulkanischen Inseln besonders ertragsreiche Landwirtschaft ermöglicht durch das tropische Monsunklima mehrere Ernten im Jahr und liefert wertvolle Industriestoffe, Edelhölzer, Nahrungsmittel und Genussmittel wie Kautschuk, Kopr, Sisal, Teakholz, Tabak, Reis, Mais, Zucker, Kaffee, Tee und Pfeffer. Der Bergbau gewinnt 20% der Weltproduktion an Zinn, daneben Sinterkiese, Manganerz und andere Stahlerzeugnisse, Eisen, Kupfer, Nickel, Manganerz und andere Stahlerzeugnisse. Wohl sind Ziffern ermittelt, aber in diesem Fall sagen sie mehr als dicke Bände. Kein Wunder, wenn sich die Holländer nur schweren Herzens dazu entschließen konnten, diesen Reichtum preiszugeben und immer wieder Anstrengungen machen, das verlorene Parais zurückzugewinnen.

Aber die 81 Mill. Bewohner Indonesiens sind stolz auf ihre in harten Kämpfen erworbene Freiheit. Sie beherrschen heute ein Inselreich, das die Großen Sunda-Inseln Sumatra, Java, Borneo und Celebes, die Kleinen Sunda-Inseln Madura, Bali, Flores, Timor nebst vielen anderen sowie die Molukken umschließt und das in seiner Ausdehnung dem zentralen Teil Europas zwischen den britischen Inseln und Moskau vergleichbar ist. Die Indonesier gehören verschiedenen malaisischen Völkern an, die etwa 25 unterschiedliche Dialekte sprechen, sich aber trotzdem in der Sprache, früher vorwiegend auf Sumatra gesprochen, hat sich als amtliche Staatssprache sehr schnell durchgesetzt und wird heute in lateinischer Schrift geschrieben. Sie ist das lebendige Verbindungsglied zwischen Javanen, Sundanesen, Balinesen, Maduren, Batak, Ajaier, Dejak und vielen anderen indonesischen Stämmen. Aber nicht nur von Indonesiern, sondern auch von 1,3 Mill. eingewanderten Chinesen, 200000 Europäern und sogenannten „Indoeuropäern“ wird das Land bewohnt. Diese Indoeuropäer sind Mischlinge, die meist aus der Verbindung zwischen eingewanderten Holländern und javanischen Frauen hervorgegangen sind und in der Kolonial-

(Schluß vorletzte Halbspalte)



# DIE DEUTSCHE POST

ZEITSCHRIFT FÜR DAS POST- UND FERNMELDEWESEN

HERAUSGEGEBEN VON DER DEUTSCHEN POSTWERBUNG

2. Jahrgang

Leipzig, Juni 1957

Heft 6

## Was wir lehren und wie wir erziehen

Von Horst MEHLHORN, Direktor der Fachschule für Post- und Fernmeldewesen, Leipzig

Ich möchte Sie, liebe Leser, heute einmal mit der Unterrichts- und Erziehungsarbeit des Lehrkörpers an der Fachschule für Post- und Fernmeldewesen „Rosa Luxemburg“ in Leipzig etwas näher bekannt machen; denn gerade dieser Fachschule kommt für die Entwicklung der Deutschen Post seit 1945 bis zur Gegenwart eine ganz bestimmte Bedeutung zu.

Nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus durch die ruhmreichen Verbände der Sowjetarmee unternahm die fortschrittlichen werktätigen Menschen in einem Teil Deutschlands der Deutschen Demokratischen Republik — große Anstrengungen, um ein neues Post- und Fernmeldewesen aufzubauen und weiterzuentwickeln. Viele Entbehrungen und Opfer des Einzelnen waren nötig, um dieses große Ziel zu erreichen. Mit tatkräftiger Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht nahmen die Arbeiter und Bauern in der damaligen sowjetischen Besatzungszone erstmalig in der Deutschen Geschichte das Post- und Fernmeldewesen in ihre Hände. Die bisherige Entwicklung zeigt eindeutig, daß es für das Nachkriegswesen keinen besseren Sachwalter geben kann. Die alten Beamtenprivilegien wurden beseitigt, und neue, der Arbeiter- und Bauernmacht treu ergebene Menschen begannen ihre Tätigkeit bei der Deutschen Post.

So wurden nach 1945 an zahlreichen Postschulen verschiedener Oberpostdirektionen in vielen Betriebsbedienst- und Verwaltungsebenen Menschen für ihre Tätigkeiten qualifiziert. Jeder fortschrittliche Bürger hatte jetzt die Möglichkeit, sich seinen Ambitionen und Fähigkeiten entsprechend ausbilden zu lassen. Laufbahnchancen, wie sie heute noch bei der westdeutschen Bundespost bestehen, gehören ein für allemal der Vergangenheit an. Nicht mehr die wirtschaftliche und finanzielle Lage oder die soziale Stellung des Elternhauses, sondern einzig und allein das Wollen und Können eines Menschen wurden für seine Entwicklung bestimmend.

Bald jedoch zeigte sich, daß das damalige Ausbildungswesen den umfangreichen Anforderungen bei der allseitigen Entwicklung des Post- und Fernmeldewesens nicht mehr gerecht werden konnte. Deshalb wurden am 1. Januar 1952 die ersten selbständigen Fachschulen der Deutschen Post eingerichtet.

So entstand in dieser Zeit auch die Fachschule für Post- und Fernmeldewesen „Rosa Luxemburg“. Die Hauptaufgabe dieser Schule besteht in der dreijährigen Ausbildung von Kadern für den leitenden Postbetriebsdienst. Den Absolventen dieses Studiums wird nach bestandener Abschlussprüfung die Berufsbezeichnung „Postwirtschaftler“ verliehen. Die Schüler erhalten während der Ausbildung einen grundsätzlichen Überblick in den Grundlagenfächern Politische Ökonomie, Philosophie, Staatslehre, Deutsch, Russisch, Mathematik, Physik und Chemie sowie zusätzlich in allen erforderlichen Fachwissenschaften. Der erfolgreiche Abschluß in diesen Fächern berechtigt die Absolventen zur Aufnahme des Direkt- oder Fernstudiums an der Hochschule für Verkehrswesen in Dresden. Jeder Absolvent muß in der Lage sein, alle Arbeitsplätze der Gehaltsgruppe VIII leistungsmäßig auszufüllen, um sich dann nach entsprechender praktischer Bewährung den weiteren Aufstieg bis zu Arbeits-

plätzen der Gehaltsgruppe XI zu erarbeiten. Dieses Studium stellt in seinem gesamten Verlauf hohe Anforderungen sowohl an den Lehrkörper als auch an die Schüler. Unser Ziel ist dabei, vielseitig verwendbare Menschen zu erziehen, die als politische Fachleute mit vollem Recht das Vertrauen unseres Arbeiter- und Bauern-Staates genießen können.

In den einzelnen Unterrichtsstunden ist jeder Lehrer bemüht, den Schülern den Lehrstoff im Unterrichtsgespräch praxisverbunden darzulegen und nicht etwa nur abstraktes, theoretisches Wissen zu vermitteln. Die Lehrer haben dabei sehr viel von den Klassikern des Marxismus-Leninismus und den sowjetischen Fachgelehrten gelernt und bemühen sich, neue Erkenntnisse ständig anzuwenden. Wir wollen erreichen, daß jedes formale Lernen an unserer Schule unmöglich wird. Diese große Aufgabe hat der gesamte Lehrkörper zu erfüllen. Der Schüler soll in jedem Moment des Unterrichtsablaufes klar erkennen, warum er sich mit einem bestimmten Problem beschäftigen muß und wie er neue Erkenntnisse in der späteren praktischen Arbeit am besten anwenden kann. Wir Lehrer glauben, daß wir auf diese Art und Weise zunächst einmal die Bewußtsein des Schülers beim Lernen und beim Arbeiten wecken und entwickeln.

Außerdem stützen wir uns in der gesamten Bildungsarbeit auf die ruhmreichen Traditionen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung sowie auf die guten Traditionen der Post und versuchen, unsere Schüler im Geiste des proletarischen Internationalismus zu erziehen. Die Erfolge der Vergangenheit sind Beweis dafür, daß der Weg, den wir in der Unterrichts- und Erziehungsarbeit beschreiten, richtig ist. Wir wollen politisch denkende und handelnde Menschen ausbilden und entwickeln, die sich über die Auswirkungen fahlicher Entscheidungen Gedanken machen und die sich bei all ihrem Tun und Handeln immer die Frage vorlegen: Nützt oder schadet meine Arbeit bzw. meine Entscheidung der Deutschen Post und unserem Staat? Wir wollen dabei auch wirtschaftlich und kaufmännisch denkende Menschen erziehen, die ständig bedacht sind, mit ihrer Arbeit den Reichtum des Volkes zu mehren und die Arbeitsorganisation rationeller zu gestalten.

Wir wollen unsere Schüler in Treue zu unserem Staat erziehen und ihre Bereitschaft wecken, die Errungenschaften der Arbeiter- und Bauernmacht in der Deutschen Demokratischen Republik gegen jeden feindlichen Angriff zu schützen.

Das ist für den Lehrkörper eine schwere, verantwortungsvolle, aber auch sehr schöne Aufgabe, die den ganzen Menschen fordert. Wir versuchen deshalb, in allen Phasen des Unterrichts- und Erziehungsprozesses mit großer Anschaulichkeit und durch viele Exkursionen die unzähligen Erfolge bei der Entwicklung unserer Republik und beim Aufbau des Sozialismus klar und eindeutig vor Augen zu führen und sind bemüht, in den Schülern die Liebe zu ihrer Heimat und zu ihrem Beruf, aber auch den Haß gegen alle Feinde der Werktätigen zu wecken und zu entwickeln.

Wir fordern von uns und unseren Schülern ein hohes Maß an gesellschaftlicher Arbeit, weil wir wissen, daß durch die gesell-

schaffliche Aktivität aller fortschrittlichen Menschen die Garantie für eine friedliche Entwicklung gegeben ist. Deshalb bereiten wir uns auch sehr ernst und gewissenhaft auf die Wahlen für die örtlichen Volksvertretungen am 23. Juni 1957 vor. Uns leitet der Gedanke, daß unsere Stimme für den Frieden und für den Wohlstand gleichzeitig eine ernsthafte Stimme gegen die Fortsetzung und Verwirklichung der Kriegspolitik in Westdeutschland ist. Mit unserer Entscheidung für Frieden und Wohlstand, für die Stärkung der Arbeiter- und Bauern-Macht und für eine glückliche Zukunft unseres Volkes im Sozialismus geben wir eine

eindeutige Absage an die Politik der Imperialisten, die die Menschheit dieser Erde in kurzer Zeit mit der grausamen Atomstrategie in einen furchtbaren Untergang treiben wollen. Wir lieben das Leben, wir lieben die Arbeit, wir lieben die Heimat und unseren Staat. In uns ruht ein großer Glauben an die Kraft der werktätigen Menschen. Deshalb schaffen wir ständig an unserer Schule mit die Voraussetzungen, daß die Imperialisten und ihre Handlanger kein neues Völkermorden mehr anzetteln können. Dafür arbeiten wir, und in diesem Sinne erziehen wir uns selbst und unsere Schüler.

## Der Bahnpostwagen 4-b/24,7

Von Kurt JENZEN, Berlin

Nach dem Zusammenbruch 1945 war ein Drittel des Bestandes an Bahnpostwagen (Bpw) nicht mehr einsatzfähig. Außerdem hatte eine weitere große Anzahl der Wagen mittlere und leichte Schäden davongetragen. Der Krieg hinterließ uns auch auf diesen Gebieten furchtbare Trümmer (Bild 1). In einem bis zum Jahre 1953 beendeten Generalreparaturplan konnten in der Deutschen Demokratischen Republik die Schäden an den Bpw mit einem erheblichen Kostenaufwand behoben werden. Diese Erinnerungen mögen uns mahnen, neben unserer jählichen Arbeit den Kampf um den Frieden als unsere vornehmste Aufgabe anzusehen.

### Einführung

Nach dem Kriege wurde in der Deutschen Demokratischen Republik unternommen, in welchem Umfang bei der Deutschen Post das Befördern der Sendungen durch Kraftfahrzeuge möglich ist. Dabei hat sich gezeigt, daß unter den derzeitigen technischen Voraussetzungen der Schienenweg auf weiten Strecken für die Post am zweckmäßigsten ist. Unter anderem kann das Kraftfahrzeug in der Schlechtwetterperiode, die vielfach in der stärksten Anspannungszeit der Postbeförderung um Winternächten einsetzt, nicht die von der Deutschen Post zu stellenden Anforderungen über große Entfernungen erfüllen. Lediglich Nebenstrecken werden durch Kraftfahrzeuge bedient.

Aus diesen Erwägungen heraus hat das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen in Jahr 1953 die Entwicklung eines Bpw mit 24,7 m Kasteninge angeordnet.

### Der neue Bahnpostwagen

Ein Bpw ist ein Arbeitsraum, in dem — durch die Fahr-Isolierungen ersichert — schnelle und gewissenhafte Arbeit zu leisten ist. Daher wird es nötig, daß alle Einrichtungsgegenstände auf kleinem Raum zweckentsprechend zu gestalten sind. Weiterhin müssen eine gute Beleuchtung, die auch bei Störungen nicht vollkommen ausfällt, sowie Heizung und Belüftung während den Stand- und Fahrzeiten vorhanden sein. Der Musterbau des neuen Bpw 4-b/24,7, der diesen Anforderungen entspricht, wurde 1955 beendet (Bild 2).

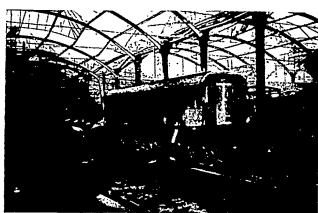


Bild 1. So sah das BA Leipzig X 18 (Postbüro) nach dem Fliegerangriff am 30.9./1.10.1943 aus. (Aufn. Degehandt)

Folgende Einzelheiten geben einen Überblick über den Aufbau und die Abmessungen dieses Bpw:

|                                                                                |                                                                                         |
|--------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------|
| Länge des Wagens über Puffer:                                                  | 20600 mm                                                                                |
| Länge des Wagenkastens über Blech:                                             | 24704 mm                                                                                |
| Breite des Wagenkastens über Blech:                                            | 2770 mm                                                                                 |
| Höhe des Wagenkastens von Schienenoberkante bis Dachscheitel bei leerem Wagen: | 3033 mm                                                                                 |
| Drehzapfenabstand:                                                             | 19350 mm                                                                                |
| Spurweite:                                                                     | 1435 mm                                                                                 |
| Drehgestell Radstand:                                                          | 2500 mm                                                                                 |
| Tragfähigkeit:                                                                 | 22 t                                                                                    |
| Belüftung im Sommerbetrieb:                                                    | Druckbelüftung                                                                          |
| Heizung und Lüftung im Winterbetrieb:                                          | Luftheizung                                                                             |
| Beleuchtung:                                                                   | Hauptbeleuchtung mit Leuchtstofflampen 150 V, 50 Hz; Notbeleuchtung mit Glühlampen 24 V |
| Brumme:                                                                        | System „Häksa“.                                                                         |

### Laufwerk und Bremse

Der Wagen besitzt schalenlose Drehgestelle mit Rollenlagern. Die Federung geschieht durch Schraubenfedern, die mit Reibungsstoßdämpfern gekoppelt sind. Dadurch wird, wie die Fahrversuche ergeben haben, eine gute Laufegenschaft des Wagens auch bei hoher Geschwindigkeit und beim Überfahren von Weichen erreicht. Derartige Drehgestelle wurden erstmalig in einem Bpw verwendet. Sie haben sich bisher gut bewährt. Die Druckluftbremse als selbsttätige mehrstufige Einanker-Hilfsbremse-Knorr-Bremse mit Achslager-Bremstrückregler und Gleitschutzregler ist für schnellste Züge geeignet. Sie wirkt durch Doppelbremsklötze auf alle Räder. Achslager-Bremstrückregler und Gleitschutzregler verhindern bei den verschiedenen Bremsstellungen ein Gleiten der Räder auf den Schienen. Damit wird einmal die Wirkung der Bremsen verbessert und zum anderen verhindert, daß die Räder flachstellig werden. Die Handbremse, deren Betätigung im Einstiegsraum möglich ist, wirkt auf ein Drehgestell. Das Betätigen der Notbremse ist in allen Räumen durch Zuggriffe möglich.

### Untergestell und Wagenkasten

Untergestell und Kastengehäuse sind aus Normalprofilen sowie aus gebogenen Blechprofilen hergestellt und miteinander verschweißt (Bild 3). Mit der aufgeschweißten äußeren Blechverkleidung wurde so ein organisches Ganzes geschaffen (Bild 4). Die auf dem Prüfstand angestellten Versuche mit 200 t Druck in der Horizontalen ohne Belastung sowie mit horizontalem Druck und 40 t vertikaler Belastung ergaben keine bleibende Formveränderung. Die vertikale Belastung entspricht der Nutzlast und einem Aufschlag als Stoßschlag. Die Unversehrtheit



Bild 2. Außenansicht des Bpw 4-b/24,7 (Aufn. IFF)

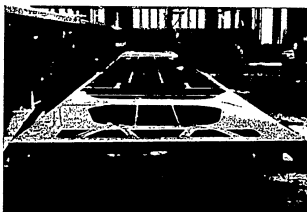


Bild 3. Untergestell am Nicht-Brems-Ende (Aufn. IFF)



Bild 4. Kastengehäuse im Rohbau (Aufn. IFF)

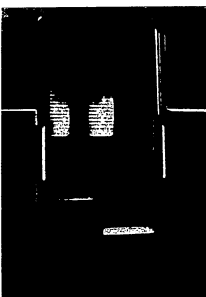


Bild 5. Ladetür geöffnet (Aufn. IFF)



Bild 6. Steerventil für Tröbtilgung (Aufn. IFF)

der anschließend unterzuchten, am stärksten beanspruchten Schweißnähte bewies die Güte der gelöteten Arbeit.

Die Zugvorrichtung des Wagens wird ohne durchgehende Zugstange ausgeführt. Die Stoßvorrichtung besteht aus Hülsen-puffern mit 32 t Endkraft.

Die äußere Form des Wagenkastens ist windschnittig. In der Mittelteil des Untergestelles als Schürze heruntergezogenen Außenhaut sind Batteriekästen sowie andere benötigte Geräte untergebracht. Die innere Verkleidung des Wagenkastens besteht aus Kapag<sup>1)</sup> bzw. Sperrholz. Der Raum zwischen innerer und äußerer Verkleidung ist mit Plathern<sup>2)</sup>, das in Perfol<sup>3)</sup> eingepackt ist, ausgefüllt. Dadurch ist eine gute Isolierung des Wagens geschaffen worden.

### Türen, Tritte und Fenster

Als Einstieg am Handbrems-Ende dient auf jeder Wagenseite eine einflügelige Drehtür. Das Einstiegen ist auch bei niedrigen Bahnsteigen durch zwei Trittschritte mühelos möglich. Die sechs Ladetüren, die als doppelflügelige Schiebetüren ausgebildet sind, ermöglichen einen schnellen Ladungsaustausch (Bild 5). Das Betätigen der Schiebetüren geschieht durch Druckluft. Diese wird durch einen Hebel im Wageninneren für jede Tür einzeln ausgelöst (Bild 6). Hierbei sind die Türen durch eine Verriegelung von innen, die nur in Verbindung mit der Druckluftbetätigung gelöst werden kann, gegen unbedingtes Öffnen von außen geschützt. Beim Versagen der Druckluftanlage kann das Bedienen der Türen durch Handbetätigung (in Verbindung mit dem Notöffnungshebel der Druckluftanlage und der mechanischen Türverriegelung) vor sich gehen. Hierfür sind an den Schiebetüren außenliegende Ausbuchtungen. Die Druckluft wird von der Lok geleitet. Der Inhalt eines Reserveluftbehälters reicht beim Bedienen der Türen durch Handbetätigung für das 65malige Öffnen und Schließen einer Tür aus Versuche durch Begleiten der Türen mit Wasser bei strengem Frost haben ergeben, daß mit einem Versagen der Türen durch Einfrieren nicht zu rechnen ist. An den Ladetüren sind Einstiegstritte außen nicht angebracht. Nur im Bereich der Ladetür am Nichtbrems-Ende ist ein Tritt für die Rangierer vorhanden.

Die im Wagen eingebauten Fenster können zum Teil durch Kurbelapparate nach unten versenkt werden. Alle Fenster in den Türen sind dagegen fest eingebaut, um bei den Schiebetüren mit möglichst geringen Türstößen auszukommen. Die Fenster sind von innen durch schwenkbare Gitter gegen Beschädigungen geschützt. Außerdem sind an allen Fenstern in jeder Stellung feststellbare Rollvorhänge angebracht.

<sup>1)</sup> Kapag: Unter Druck und Hitze hergestellte Platte aus Pflanzensaft mit Bindemittel als Zusatz.

<sup>2)</sup> Plathern: Bestärkter Kunststoffschaum, unter Verwendung eines Härters hergestellt. Gewicht 14 kg je m<sup>3</sup>. Durch den porösen Aufbau guter Isolierstoff.

<sup>3)</sup> Perfol: Wasser- und luftundurchlässige Kunststoffolie.

**Ausstattung der Innenräume**

Das Innere des Bpw 4-b/24,7 ist — seiner Bestimmung entsprechend — in verschiedene Räume aufgeteilt. Am Handbrems-Ende befinden sich der Vorraum mit Kleiderschränken und einem Kühlschrank (Bild 7), der Abort mit Waschgelegenheit (Bild 8) und eine Kochnische (Bild 9). Hieran schließt sich der Briefraum an, in dem das Umsortieren der Briefe durchgeführt wird. Im anschließenden Aussackraum werden die Postbeutel ausgeschüttet bzw. für die Abgabe an weitere Streckzüge oder Stationen fertiggemacht. Der daran anschließende Packraum dient zum Stapeln der Pakete. Am Nichtbrems-Ende ist noch ein kleiner Raum für die Heizaggregate abgeteilt. Alle einzelnen Räume sind durch Schiebetüren voneinander getrennt. Dadurch wird beim Durchgang die Arbeit im Wagen kaum behindert.

Die Kleiderschränke im Vorraum sind so bemessen, daß Oberrückung für zehn Personen untergebracht werden kann. Der Kühlschrank — neben den Kleiderschränken stehend — hat einen Gesamteinhalt von 125 l und ist so geschaltet, daß er nur während der Fahrt in Betrieb genommen werden kann. Die Doppelochplatte weist eine Leistungsaufnahme von insgesamt 1000 W auf und kann durch zwei Schutzsteckdosen an eine Spannung von 55 V angeschlossen werden.

Der mit weißem Linoleum ausgeschlagene Abortraum nimmt außer der normalen Abortausrüstung Waschbecken, Seifenspendler, Handtuchhalter, Spiegel usw. auf. Die Wasserversorgung während der Fahrt geschieht durch einen über dem

Abort liegenden Wasserbehälter von 400 l Inhalt. Der Wasserverbrauch wird durch Fußhebel geregelt.

Von unten ist der ganze Wagen durch einen gesickten (gewellten) Blechboden abgedeckt. Der Fußboden im Brief- und Aussackraum besitzt außer der Isolierung mit Plathern und Holz eine Auflage aus Filz und Linoleum. Dadurch werden die stehend auszuführenden Arbeiten wesentlich erleichtert. Die eingebauten Tische sind 845 mm hoch, 750 mm breit und mit 1,8 mm dickem, grünem Linoleum belegt (Bild 10). Vor den Ladetüren im Briefraum werden die Tische klappbar ausgebildet. Eine erhöhte Leiste an den Vorderkanten der Tische verhindert das Herunterrutschen von Postsendungen während der Fahrt. Über den Tischen sind an den Wagenwänden 236 Fächer zum Sortieren der Briefsendungen eingebaut. Unterhalb des Tisches auf der Notbremseite befindet sich ein Wertschrank, daneben schließt sich ein Fachwerk an, in dem kleinere Päckchen während der Sortierarbeit abgelegt werden können. Auf beiden Wagenseiten wurden unterhalb der Tische Briefkästen mit einem Einwurfschlitze von außen eingebaut (Bild 11). Im Hinblick auf bisherige Schwierigkeiten beim Einwerfen der Sendungen durch Postkunden liegen die Einwurfschlitze dieses Wagens niedriger.

Im Aussackraum ist der Aussackisch auf der Notbremseite untergebracht. Gegenüber sind die Beutelspannen mit darüberliegenden Päckchenfächern angeordnet. In den Beutelspannen werden die Postbeutel aufgehängt, um die Sortierarbeit zu erleichtern (Bild 12).



Bild 7. Vorraum am Brems-Ende (Aufn. IFF)

Bild 8. Waschbecken und Abort (Aufn. IFF)



Bild 9. Wärmepfanne (Aufn. IFF)

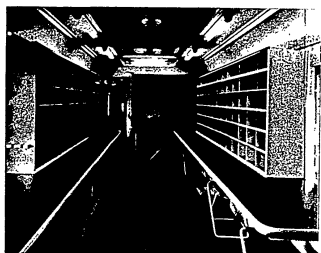


Bild 10. Briefraum (Aufn. IFF)

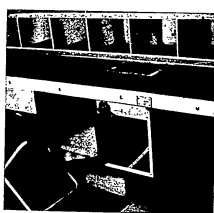


Bild 11. Briefkästen (Aufn. IFF)

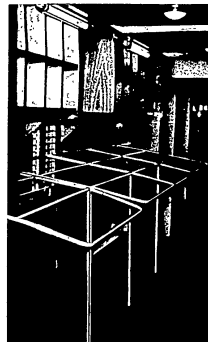


Bild 12. Beutelspannen (Aufn. IFF)

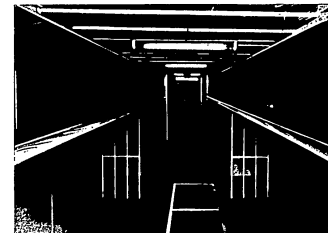


Bild 14. Packraum (Aufn. IFF)

**Heizung und Lüftung des Wagens**

Im Winterbetrieb wird die Heizung des Wagens von einer Luftheizung übernommen. Dadurch ist gewährleistet, daß alle Räume in kurzer Zeit gleichmäßig aufgewärmt sind.

**Wirkungsweise**

Durch Öffnungen in den Außenwänden des Packraumes wird von einem Ventilator Frischluft angesaugt und mit der aus den Wagenräumen durch Kanäle angesaugten Luft gemischt. Die gemischte Luft wird in vier übereinander liegenden Filterzellen entstaubt und von einem Ventilator in das Kanalsystem gedrückt. Der Weg der Luft führt nacheinander durch den Feuerluftofen, den elektrischen Lufterhitzer und den DampfLufterhitzer zum Warmluftkanal in der Decke. Bei diesem Wagen ist die Zuführung der Warmluft aus der Decke bewußt gewählt worden, um den anfallenden Staub durch den Luftstrom nach unten zu drücken. Die Luftmenge wurde so bemessen, daß die Räume auch am Fußboden genügend aufgewärmt werden.

Die in den Deckenluftkanal eingeblasene erwärmte Luft strömt durch Ausblenden in die Arbeitsräume. Sie wird durch die am Fußboden und über dem Aussackisch befindlichen Öffnungen der Kanäle vom Ventilator abgesaugt, nach Mischung mit der Außenluft sowie nach der Entstaubung und Erwärmung wieder den Arbeitsräumen zugeführt.

Im Sommerbetrieb arbeitet die Anlage mit der gleichen Luftmenge als Druckbelüftung. Durch Umstellen von Klappen wird mehr Frischluft angesaugt. Alle Heizanlagen sind dabei natürlich außer Betrieb. Die zugeführte Luft wirkt allein durch ihre Bewegung im Wagen kühlend, obgleich ihre Temperatur mit der Außentemperatur etwa gleichhoch liegt. Im Wagen entsteht ein leichter Überdruck, der Rauch und Schmutz nicht eindringen läßt.

**Heizungsaggregate**

Die Wärmequelle für die Luftheizung ist für drei Heizungsarten geeignet. Während der Standzeit liefert ein Feuerluftofen die benötigte Wärme. Bei der Fahrt stellt je nach dem Vorspann des Zuges eine Dampf- oder eine Elektro-LoK die benötigte Energie zur Verfügung.

Der Feuerluftofen besteht aus einem geschlossenen Brennraum, um den in einem Abstand ein weiterer Mantel gelegt ist. In diesen Mantel münden die Luftkanäle ein. Da an dem Mantel des Brennraumes vorbeistreichende Luft wird beim Befeuern des Ofens mit Braunkohlen oder Briquets erwärmt. Der Ofen ist für eine maximale Heizleistung von 20000 kcal konstruiert und verbraucht bei maximaler Heizleistung ca. 10 kg/h Brennstoffe.

Der elektrische Lufterhitzer besitzt eine maximale Heizleistung von 30 kW an einer Betriebsspannung von 1000 V. Er ist in drei Heizgruppen unterteilt, von denen eine in Abhängigkeit von der Lufttemperatur selbsttätig geregelt wird. Beim

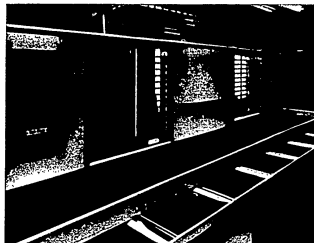


Bild 13. Aussackisch mit herangezogenen Schabkläden (Aufn. IFF)

Die Platte des Aussackisches besteht aus gelochten Blechen, um grobe Schmutz- und Staubteilchen, die in den Sendungen und Postbriefen enthalten sind, durchzulassen (Bild 13). Unter dem Tisch wird der grobe Staub in Schabkläden, die mit Filz ausgelegt sind, gesammelt und beim Reinigen des Wagens entfernt. Den anfallenden feinen Staub nimmt eine Absaugvorrichtung über dem Tisch auf.

An der Stirnseite des Aussackisches ist die Hauptschalftafel angebracht. Unterhalb des Faches befinden sich die elektrischen Regelgeräte sowie die Notkassette.

Im Packraum (Bild 14) sind in einer Höhe von 1250 mm an jeder Wagenseite Packbretter mit einer Breite von 700 mm zum Stapeln von Paketen angebracht. Das Traggerüst über dem Mittellängs im Packraum ermöglicht das Unterbringen von jungen Sendungen.

Den Abschluß am Nichtbrems-Ende bildet der Ofenraum, in dem ein Feuerluftofen und Regelgeräte für die Dampfheizung sowie der Ventilator für die Luftheizung eingebaut sind.

Kleinere Ausrüstungsgegenstände (Feuerlöcher, Feldstühle, Brechstangen, Rettungsleitern usw.) vervollständigen die Ausrüstung des Wagens. Sie entsprechen den Arbeitsschutzanordnungen für den Betrieb auf den Eisenbahnstrecken.

Übersichten der Lichttemperatur 200°C... Die Heizleistung wird in Abhängigkeit von der Temperatur im Lichtkanal verändert.

Der Hauptlichter besteht aus einem Kippmechanismus und bietet bei einer Lampentemperatur von 100°C etwa 21000 kcal/h. Die Heizleistung wird in Abhängigkeit von der Temperatur im Lichtkanal verändert.

Die elektrische Anlage

Als Energiegeber dient ein am Wagenboden befestigter Generator mit einer Leistung von 4,5 kW bei einer Spannung von 48 V. Der Generator wird durch einen Fliehkraftmotor von einer Achse eines Drehgestelles angetrieben.

Die Hauptbeleuchtung des Wagens geschieht mit Leuchtstofflampen, die mit einer Wechselspannung von 150 V 50 Hz gespeist werden. Ein Zwei-Anker-Transformator formt den vom Generator bzw. von der Batterie gelieferten Gleichstrom für die Speisung der insgesamt vorhandenen 23 Leuchtstofflampen in Wechselstrom um.

Bei schweren Schäden an der Leuchtstofflampenanlage, die einen Ausfall dieser Beleuchtung zur Folge hat, ist ein Glühlampenetz vorgesehen, das aus einer Speicherbatterie von 24 V gespeist wird. 16 Glühlampen zu je 25 W ermöglichen in diesem Falle das Weiterarbeiten im Wagen.

Wenn beide im Wagen eingebauten elektrischen Beleuchtungsanlagen ausfallen, kann mit Hilfe von elektrischen Handnotleuchten weitergearbeitet werden.

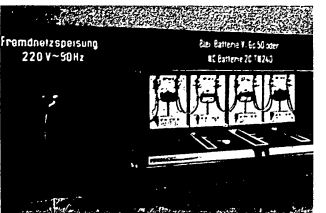


Bild 16. Teil der Maschinenbatterie und Fremdnetzspannung (Aufs. IEF)

Die Schaltung der elektrischen Anlage ist so gestaltet, daß alle Verbraucher (außer Kühlblock, Wärmeplatte und Schlußbremsen) von der Hauptschalttafel geschaltet und kontrolliert werden können. Eingebaute Merkklampen und übersichtliche Schalter an den einzelnen Schaltern ermöglichen auch dem Laien das Betätigen der Anlage.

In die Wandbleche des Wagens sind elektrische Zugschlußleuchten eingebaut, die direkt von der Batterie gespeist werden (Bild 16). Das Schalten der Schlußleuchten ist vom Bahnsitz aus möglich. Dadurch entfällt für das Rangierpersonal das schwierige Aufsetzen der Schlußsignale bei Nachfahrten.

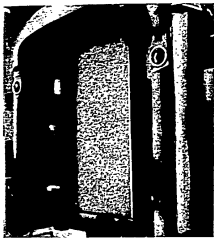


Bild 16. Zusammenfassende Ansicht des Wagens (Aufs. IEF)

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die im Bpw 4-6 24.7 eingebauten technischen Neuerungen geeignet sind, den schweren Dienst der Bahnpolizisten zu erleichtern. Außerdem wird ein rascher Posttausch an den Stationen ermöglicht. Die gesammelten Erfahrungen werden beim Bau weiterer Wagen gleicher Art sowie solcher der Gattung 4 15 verwendet. Die in der letzten Zeit unternommenen Versuche für die Mechanisierung des Ladungsaustausches müssen auch beim Bau von Bpw berücksichtigt werden.

Vorschau auf die 20. Leipziger Nachkriegsmesse vom 1. bis 8. September 1957

Die Leipziger Herbstmesse wird auf mehr als 100.000 qm Messestandfläche ausstellend aus weit über 20 und Besucher aus voraussichtlich 70 Ländern erwartet. Einige Länder zeigen ihre Erzeugnisse in Kollektivausstellungen, so Rumänien, Albanien und die Mongoleische Volksrepublik.

Die tschechoslowakischen Außenhandelsgesellschaften stellen Textilien, Schuhe, Därobardi, Sportartikel, Spielwaren, Schallplatten und Nöden, Verlagszeugnisse, Glaswaren und Nahrungsmittel aus. Polnische Außenhandelsunternehmen bringen Nahrungsmittel, Haushaltsgeräte, Porzellan, Textilien, Lederwaren, Spielwaren, Chromatinschmelze und Verlagszeugnisse. Ungarn bietet Textilien, Schuh-, Haushaltsgeräte, Handlungsgüter, Nähmaschinen, Verlagszeugnisse sowie Nahrungsmittel an.

Französische Firmen bieten Wein, Wolle, Wolle, Gewebe aus synthetischen Fasern, Konfektien, synthetische Pfeffer, Schuhe, Farbstoffe, Uhren, Schmuck und synthetische Kunststoffe. Niederländer bringen Obst und Gemüse, Bücher, Kasse, Pharmazeutika, Fischhälften, Garn, Gewebe und Verlagszeugnisse. Aus den nordischen Ländern Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland bringen Obst und Gemüse, Fisch und Fischkonserven sowie Glas, Großformaten bereit. Italien, Irland mit handgearbeiteten Tweeds vertreten ist. Griechenland, Italien und Portugal bieten Obst, Wein und verschiedene Rohstoffe an, wie Kork und Schwämme. Die Schweiz ist wieder durch bekannte Uhrenfabriken sowie Präzisionswerkzeuge und Bücher vertreten. Luxemburg stellt Leder aus, und auch die USA beteiligen sich wieder mit Verlagszeugnissen. Firmen der Deutschen Bundesrepublik sind in fast allen Messegruppen vertreten.

Wir Postler und die Wahlen am 23. Juni 1957

Von Horst HILLE, Leipzig

Am 23. Juni wird also gewählt. „Ja, natürlich“, wird der eine rasch erwidern. „Das ist doch allgemein bekannt.“

Und ein anderer stellt eine Gegenfrage: „Eine Wahl nennen Sie das? Es gibt doch nur eine einzige Liste.“

Es ist schon richtig — wenn man wählen soll, dann muß man mehrere Dinge zur Auswahl haben. Aber hören Sie nur mal aufmerksam zu: Angenommen, Sie wollen sich einen Anzug kaufen. Das ist Ihr festes Ziel. Dann gehen Sie in ein — sagen wir — HIO-Kaufhaus, und dort können Sie unter zwanzig oder dreißig verschiedenen Anzügen den für Sie passenden auswählen. Ist das eine Wahl? Eine Auswahl — sagen Sie? Richtig — aber in der Politik sei das etwas anderes! Im, stimmt nicht ganz. Sie haben doch auch bei einer politischen Wahl ein ganz bestimmtes Ziel, und das ist einmal die Erhaltung des Friedens. („Na klar, ist doch selbstverständlich“, murrt auch Sie) und dann die weitere Verbesserung Ihres persönlichen Lebensstandards („Altenna, je schneller, desto lieber“ ist Ihre Antwort). Dazu aber brauchen Sie Abgeordnete in den Gemeinderäten und in den Bundestagen und letztlich auch in der Volkskammer unserer Republik, die Sie durch die Wahl beauftragen, Ihrer Meinung in diesen Grenzen Gehör zu verschaffen. Nun können Sie unter den Kandidaten der Nationalen Front auswählen, wer Ihnen am geeignetsten erscheint, Ihre dringendsten Anliegen zu vertreten. Ungenügende Kandidaten lehnen Sie ab — wenn der Vergleich auch wie alle Vergleiche heißt — wie einen nicht gefallenden Anzug. Natürlich müssen Sie zu den Rechenhaftigkeiten und Kandidatenverhältnissen auch wirklich hingehen, so wie Sie sich ja auch in das HIO-Kaufhaus bemühen müssen, wenn Sie einen Anzug auswählen wollen. Ja, und am 23. Juni geben Sie gewissermaßen nur die Bestätigung für Ihre Auswahl, indem Sie die Liste der Kandidaten der Nationalen Front ankreuzen. Die eigentliche Wahl oder Auswahl haben Sie schon vorher getroffen.

Wer nun noch eine zweite Liste haben will, der kommt nur vor wie einer, der im HIO-Kaufhaus außer den vielen guten Anzügen noch durchtrieblicher als Isebaumen und Ärmel zur „Wahl“ haben möchte. „Solch ein Blödsinn!“ rufen Sie mir zu. Na also, da haben wir uns ja verstanden.

„Ja, nun kommen aber die auch so demokratisch genannten Besseren: Wenn das so klar ist, dann könnte man es sich doch um das Scheinewils erlauben, noch eine Oppositionsliste aufzustellen. Die würde doch dann niemand wählen, genauso wie sich niemand für teures Geld einen durchlöchernten Anzug aussuchen würde. Ja, leider ist die Sache mit solchen Oppositionskandidaten nicht so einfach und leicht zu durchschauen. Diese Leute verstehen es nämlich großartig, ihre „Lächer“ zu verborgen. Sie versprechen Ihnen das Blaue vom Himmel herunter, sie versprechen Ihnen den Frieden und den Wohlstand. Sehen Sie doch nach dem Westen unserer Heimat! Dort haben die Menschen unter vielen Sorten von Parteien „frei“ aussuchen können. Und was haben sie gewählt! All das, was sie nicht wollten, die Eingipfligkeit und die Atomkassen, das Verbot der KP/D und die Eingliederung in die NATO, einem aggressiven Militärblock mit Vorgesetzten an der Spitze. Das hat man den Wählern natürlich nicht vorher gesagt. Feinlich gab es zunächst Zuckerkorn, und nun kommt so allmählich die Peitsche. Leider haben sich alle von den schönen Kleidern und noch schöneren Autos und allerhöchsten Apfelsäften blenden lassen. Sie lebten in dem Tag. Einmal alter vier Jahre durften sie „wählen“, dann aber konnten die „frei“ gewählten Herren, die Bankiers und Großgrundbesitzer, die ehemaligen Nazis machen, was sie wollten. Ja, und dann konnten diese Herren wieder Soldatenverbände und SS-Treffen organisieren, da konnten sie wieder jüdische Friedhöfe

schänden, konnten Friedensbüchsen einsperren. Und während all dies geschah, trommelt der Rock'n-Roll und der Schutz-Heimatteln auf das Desampeln der Menschen und lallt sie immer sicherer ein — wenn nicht die Arbeiterklasse auch der Bundesrepublik heldig wäre und diese Pläne stören würde. Noch haben die verantwortlichen Führer der Sozialdemokratie die ausgestreckte Bruderhand aus unserer Republik nicht ergriffen. Aber das kommt noch, verlassen Sie sich darauf! Wenn unsere Republik ihre Demütigungen fortsetzt, den Lebensstandard zu steigern und die Demokratie — das heißt nämlich nichts anderes als „Herrschaft des Volkes“ — zu festigen, dann wird die Deutsche Demokratische Republik noch deutlich zu einem Vorbild für das ganze Deutschland werden. In vielen Punkten ist sie es bereits jetzt. Aber wir geben uns mit den errungenen Erfolgen nicht zufrieden. Sie haben ja auch noch viele Wünsche für Ihr persönliches Leben. Also muß man den einmal beschrittenen Weg fortsetzen. Gewiß, es werden noch viele Fehler gemacht bei uns (und bei den anderen auch), aber es sind keine grundsätzlichen Fehler. Schließlich ist die Deutsche Demokratische Republik — ja auch erst ein Kind von acht Jahren, und für dieses Alter leistet sie schon atterkand. Auf der anderen Seite finden wir den Kapitalismus mit seinen hunderten „Erfahrungswort“, einen ausgekochten Burschen, der alle Register seines „Könnens“ zieht, um die Werkstätten bei der Stange zu halten. Aber er bleibt deswegen ein alter Mann, zum Sterben verurteilt. Wir aber sind jung, mit Fehlern behaftet wie alle Jungen, wir aber sind voller Kraft, stützen wir uns doch auf die Leistungen der Arbeiterklasse, auf die Leistungen unserer Bauern und auf die Leistungen der fortschrittlichen Intelligenz. Unser Weg ist steinig, aber Ihr eigenes Heim war auch nicht in einem Jahr komplett ausgestattet; höchstwahrscheinlich schaffen Sie sich heute und morgen noch weitere Dinge an. Wie sollte es da mit einem Staatsgefüge, das praktisch aus dem Nichts angefangen hat, anders sein? Schon aus diesem Grunde scheint das „Wirtschaftswunder“ Westdeutschlands etwas anrüchlich zu sein. Und beim genaueren Hinsehen ist es auf Dutzendfachen und „Ausbeutung“ aufgebaut. Die goldenen Hände der deutschen Arbeiter werden zur Erhebung des Rechts zum einiger weniger Monopolkapitalisten mißbraucht. Ein paar Brocken gibt man den Arbeitern ab, damit sie still sind. Doch es kriselt bereits im Gebälk, das man durch Düstung und Konniß zu stützen versucht ...

Wir gehen also den anderen Weg. Er ist scheinbar schwerer, aber dafür sicherer, ja sozusagen unbedingter sicher. Es ist der Weg zum Sozialismus, der keine Krisen kennt und daher die Garantie für einen ständig steigenden Wohlstand bietet, der die Garantie bietet für ein Leben in Frieden.

Wir Postler stehen mitdenn in diesem Aufbau, und wir haben große Erfolge erzielt. Allein auf sozialem Gebiet wurden Millionen zusammen ausgegeben, die nicht in der Lohnliste erschienen, aber doch allen zugehen konnten. 132 Kulturräume, 480 Klubsräume, 136 Bibliotheken, 180 Sportstätten, 120 Frauenherberge, 80 Werkstätten und 84 Spitalanlagen wurden allein in Postbetrieben eingerichtet. Um Millionenbeträge wurden im Laufe der vergangenen Jahre die Löhne und Gehälter erhöht. Und in aller unmittelbarer Erinnerung ist noch die Einführung der Dreissigstundensprämie, wofür allein im Jahre 1957 10,7 Mrd. DM ausgeschüttet werden. Dieses Geld ist von uns allen erarbeitet worden. Je besser wir arbeiten, um so mehr Mittel stehen uns auch zur Verfügung.

Sehen Sie, verehrter Kollege, nun fällt Ihnen die Wahl nicht mehr schwer. Nun können Sie die Zeit noch besser. Und denken, die dieses Ziel als Abgeordnete mitbringen helfen wollen, gehört Ihre Stimme am 23. Juni: den Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Die Lösung sei: „An die Arbeit für den Sieg des Volkes am 23. Juni 1957, alle Kraft für die Stärkung und Festigung der Deutschen Demokratischen Republik.“

Ein Diskussionsbeitrag:

Sind die Einrichtungen des Post- und Fernmeldewesens im Kapitalismus staatliche Verwaltung oder staatskapitalistisches Unternehmen?

Von Dr. Reinhard GÜTINEH, Dresden

Die als Thema gestellte Frage wurde nicht nur von den Studenten des Instituts für Ökonomik des Post- und Fernmeldewesens an der Hochschule für Verkehrswesen aufgeworfen, sondern auch in Diskussionen mit Vertretern der Praxis, insbesondere dann, wenn man versuchte, bestimmte Analogien zwischen der Deutschen Bundespost und der Deutschen Post zu ziehen. Mit den folgenden Ausführungen wird deshalb beabsichtigt, diese Frage vom Standpunkt der marxistisch-leninistischen politischen Ökonomie aus zu beantworten. Damit ist gleichzeitig gesagt, daß der Verfasser weniger von juristischen Erwägungen ausgeht, sondern vielmehr von der ökonomischen Stellung der Einrichtungen des Post- und Fernmeldewesens im Kapitalismus. Da aber bekanntlich die ökonomischen Verhältnisse die juristischen Anschauungen bestimmen, können die entsprechenden rechtlichen Schlussfolgerungen daraus gezogen werden.

Dem Verfasser steht aktuelles Material vorwiegend über die Deutsche Bundespost zur Verfügung. Deshalb stützt sich die Beweisführung in erster Linie darauf, die Deutsche Bundespost soll dabei aber lediglich als Beispiel dienen, um theoretische Verallgemeinerungen zu ziehen. Von vornherein sei auch betont, daß sich die folgenden Ausführungen nur auf staatliche Post- und Fernmeldewesen beziehen. Auf die in manchen Ländern vorhandenen privaten Fernmeldegesellschaften treffen sie also nicht zu.

Zunächst eine Bemerkung zur Verwendung des wissenschaftlichen Materials. Die folgenden Ausführungen enthalten mehr Zitate als gewöhnlich verwendet werden. Das hat im wesentlichen zwei Ursachen: 1. Die bisher weniger bekannten Zitate der Klassiker des Marxismus-Leninismus, die sich in bestimmter Form mit der Stellung der Post im Kapitalismus beschäftigen, sollen dem Leser zusammenhängend vor Augen geführt werden. 2. Die Stellung des Post- und Fernmeldewesens innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft läßt sich nicht nur gut mit Tatsachen belegen, sondern ebenfalls mit Ausführungen führender bürgerlicher Theoretiker auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens über die tatsächlichen Verhältnisse, d. h. mit Äußerungen darüber, wie die wirtschaftliche Organisationsform dieses Wirtschaftszweiges selbst einschlägt.

Schlichte Hoheitsverwaltung?

Die als Thema gestellte Frage betrachtete man bei der Deutschen Reichspost sowie auch bei der Deutschen Bundespost bisher vor allem von verwaltungsrechtlichen Standpunkt aus. Diese Handhabung bedeutet von vornherein eine Entscheidung dahingehend, daß die Einrichtungen des Post- und Fernmeldewesens unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen als staatliche Verwaltung (Behörde) klassifiziert werden.

Dennoch wurden seit Jahrzehnten in den verschiedenen Untersuchungen Fragen erörtert wie: Ist die Post ein Gewerbebetrieb, ein Unternehmen, eine staatliche Anstalt, eine Betriebsverwaltung (fiskalische Verwaltung), eine Hoheitsverwaltung in Form der obersteinstufigen oder der schlichtesten Hoheitsverwaltung? Kann man von einem Postmonopol sprechen?

Im Handwörterbuch des Postwesens (2. Auflage) und auch in anderen Werken kommt man schließlich zu dem Ergebnis, daß die Deutsche Bundespost als schlichte Hoheitsverwaltung anzusehen ist. Im gleichen Zusammenhang stellt aber das Handwörterbuch fest: „Der Begriff schlichte Hoheitsverwaltung ist wenig glücklich, da er im Gegensatz zu der obersteinstufigen Verwaltung die Eigentümlichkeit der unter ihm fallenden Verwaltungstätigkeiten nicht zum Ausdruck bringt.“<sup>1)</sup> Im Postleitfaden der Deutschen Bundespost 4.1 heißt es dazu ferner: „Welche Stellung die Deutsche Post im Rahmen des Verwaltungsrechts einnimmt, ist von jeher umstritten gewesen. Auch heute besteht darüber keine letzte Klarheit.“<sup>2)</sup> Die Formulierung „schlichte Hoheitsverwaltung“ befriedigt also die kompetenten Stellen in der Bundesrepublik selbst nicht völlig. Die in den oben erwähnten Fragen aufgeworfenen Möglichkeiten werden im Handwörterbuch abgelehnt. Eine Ausnahme bildet lediglich die Bezeichnung der Post als Unternehmen. Aber auch sie findet keine rechte Billigung, weil sie nicht genügend aussagekräftig sei. Im Postleitfaden der Deutschen Bundespost 4.1 wird auch noch bestritten, daß sie ein Unternehmen ist.<sup>3)</sup>

Aus dieser Situation ist mit zu erklären, weshalb in der bisherigen Postliteratur — insbesondere der juristischen — die Posteinrichtungen verschiedener kapitalistischer Staaten als Teil der staatlichen Verwaltung angesprochen werden.

Häufig wird deshalb auch der Begriff Postverwaltung verwendet, und zwar in zweifacher Hinsicht:

- 1. als Bezeichnung sämtlicher staatlichen Einrichtungen des Post- und Fernmeldewesens eines Landes und
- 2. im Sinne der Verwaltung der Post, d. h., man meint damit reine Verwaltungsdienststellen der Post (Ministerium, bezirkliche Verwaltungen u. ä.).

Das Post- und Fernmeldewesen — ein Teil der materiellen Produktion

Entspricht die oben dargelegte Anschauung den tatsächlichen Verhältnissen? Der Verfasser hält die Charakterisierung der Post als schlichte Hoheitsverwaltung ebenfalls für „wenig glücklich“ oder, genauer gesagt, für unzutreffend. Die Abweichung gegenüber dem Vertreter des Turnians „Postverwaltung“ (im Sinne sämtlicher staatlicher Einrichtungen des Post- und Fernmeldewesens eines Landes) ergibt sich aus folgenden Überlegungen des Verfassers.

Das Post- und Fernmeldewesen ist — wenn man seine hauptsächlichsten Zweige betrachtet — ein Teil der materiellen Produktion<sup>4)</sup> und als solcher den Klassen gegenüber indifferent, was aber nicht besagt, daß die Klassen dieser gegenüber indifferent sind. Als Teil der materiellen Produktion dient das Post- und Fernmeldewesen zur Durchführung der erweiterten Reproduktion.

<sup>1)</sup> Handwörterbuch des Postwesens, Frankfurt (Main) 1953, S. 702. <sup>2)</sup> „Der Dienst bei der Deutschen Bundespost“, Band 4, 1. Teil, „Grundlagen des Verwaltungspostens“, H. v. Decker v. Voss, G. Schöck, Hamburg, Berlin 1953, S. 38. <sup>3)</sup> Ebenda, S. 39. <sup>4)</sup> Vgl. dazu die Erläuterung von Karl Marx, „Das Kapital“, Band II, Dietz Verlag, Berlin 1948, S. 69 sowie seine grundlegende Äußerung zur Stellung des Transportwesens in der gesellschaftlichen Produktion, „Theorien über den Mehrwert“, Dietz Verlag, Berlin 1964, S. 375/376; ferner die Erläuterung von der Kronrod in „Grundprobleme der marxistisch-leninistischen Lehre von der produktiven Arbeit im Kapitalismus und Sozialismus“, Sovietwissenschaft, Haft 4/1948; Mäz, „Über die Theorie des Volkswesens der sozialistischen Gesellschaft“, „Sovjetunion“ Nr. 1/1955 (polnisch); Gerhard Robbin, „Zur Theorie des Volkswesens“, Verlag die Wirtschaft, Berlin 1953, insbesondere die S. 49f.; Dehnbau zum Lehrbuch „Ökonomik des Post- und Fernmeldewesens“, Abschluß „Das Post- und Fernmeldewesen als Teil der materiellen Produktion“.

Die Hauptaufgabe des Post- und Fernmeldewesens ist die Befriedigung des Nachrichtenbedürfnisses der Gesellschaft. Entsprechend der Bestimmung des Absenders oder Auftragsgebers werden die Nachrichten örtlich verortet. Das Produkt des Post- und Fernmeldewesens besteht in einem Nutzeffekt, in einer Leistung, eben der Ortsveränderung von Nachrichten. Zur Herstellung dieser Leistung werden — genauso wie im Transportwesen bei der Ortsveränderung von Waren oder anderen Gütern — produktive Arbeiter eingesetzt. Durch ihre produktive Arbeit wird aber nicht nur der Gebrauchswert, nämlich die Ortsveränderung erzeugt, sondern gleichzeitig ein Wert. Das, was Marx für das Transportwesen sagte, gilt im übertragenen Sinne auch für die Beförderung bzw. Übermittlung von Nachrichten:

„Was aber die Transportindustrie verkauft, ist die Ortsveränderung selbst. Der herangezogene Nutzeffekt ist untrennbar verbunden mit dem Transportprozeß, d. h. dem Produktionsprozeß der Transportindustrie... Der Nutzeffekt ist nur konsumierbar während des Produktionsprozesses; er existiert nicht als ein von diesem Prozeß verschiedenes Gebrauchsgut, das erst nach seiner Produktion als Handelsartikel fungiert, als Ware zirkuliert. Der Tauschwert dieses Nutzeffektes ist aber bestimmt, wie der jeder anderen Ware, durch den Wert der in ihm verbrauchten Produktionsmittel (Arbeitskraft und Produktionsmittel) plus dem Mehrwert, den die Mehrarbeit der in der Transportindustrie beschäftigten Arbeiter geschaffen hat.“<sup>5)</sup>

Die Produktionsmittel des Post- und Fernmeldewesens sind unter kapitalistischen Verhältnissen in den meisten Ländern Eigentum des bürgerlichen Staates. Sie befinden sich dadurch in der Verfügungsgewalt der herrschenden kapitalistischen Klasse, sind in letzter Konsequenz Eigentum der Klasse der Kapitalisten. Diese benutzt deshalb auch die Einrichtungen der Post mit zur Durchsetzung ihrer Klasseninteressen, zur Aufrechterhaltung bzw. Festigung ihrer Klassenherrschaft. Insofern ist das Post- und Fernmeldewesen ein Instrument des bürgerlichen Staates. Um das zu gewährleisten, wurde das Post- und Fernmeldewesen in ein staatskapitalistisches Unternehmen umgestaltet.

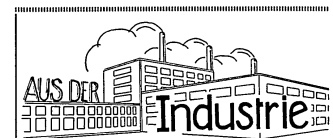
Darauf weisen — zumindest indirekt — auch Theoretiker auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens aus der Bundesrepublik hin. Eckner meint, daß die Post, da auch die Erfüllung von Aufgaben übernahm, die nach überlieferten Grundsätzen der Initiative privater Unternehmer überlassen waren<sup>6)</sup>, und zwar u. a. aus der zwingenden „Notwendigkeit, das Staats-

wesen funktions- und lebensfähig zu erhalten“. Es ergibt sich somit — wie Eckner weiter feststellt — ein „Eindringen der Verwaltung in die Sphäre der produktiven Unternehmen“.<sup>7)</sup>

Staatskapitalistisches Monopolunternehmen?

Ferner ist zu beachten, daß die staatskapitalistischen Postunternehmen Monopole darstellen. Das alleinige Recht zur Übermittlung bzw. Beförderung von Nachrichten in bestimmten Formen sowie zur Errichtung und zum Betrieb im Gesetz näher bestimmter Fernmeldeanlagen wurde ihnen in verschiedenen

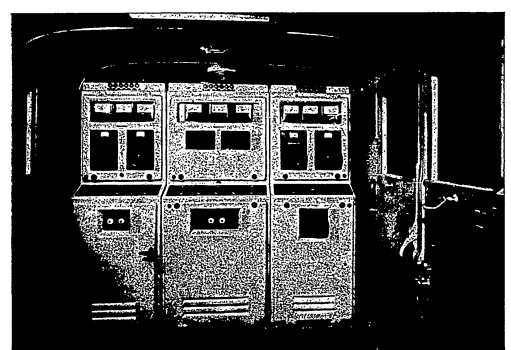
<sup>5)</sup> Karl Marx, „Das Kapital“, Band II, Dietz Verlag, Berlin 1948, S. 50. <sup>6)</sup> Dr. Eckner, „Ist die Deutsche Bundespost ein Gewerbebetrieb?“ in „Archiv für das Post- und Fernmeldewesen“, Jahrgang 1952, S. 97.



Mittelwellen-Rundfunksender

Der 5-kW-Mittelwellensender RS 6000 M-52 dient zur hochwertigen Übertragung von Sprach- und Musiksendungen des öffentlichen Rundfunks. Infolge der z. Z. herrschenden außerordentlichen Überbelastung des Mittelwellen-Rundfunkspektrums ist die relative Sendeleistung besonders für die einwandfreie Versorgung des Nahbereichs gesenkt. Die Abbildung zeigt die Vordstufe und die Endstufe des Hochfrequenzteils.

Die Anlage ist in allseitig geschlossenen Einzelgeräten mit form-schönen Leichtmetallgittern untergebracht. Die Bedienelemente sind in einem puffertypischen Ansatz an den Gittern eingebaut. Dadurch erfüllt die besondere Schallputz, und der Sender läßt sich weitgehend in den zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten unterbringen. Er eignet sich auch gut zum Einbau in Spezialfahrzeugen. Bei dem fabrikaren 5-kW-Rundfunksender wird die gesamte Anlage in zwei 6 m langen Spezialanhängern (Wagen I und II) und einem Einschachthänger (Wagen III) untergebracht. Für einen Wohnwagen mit Werkstatte ist Ausschnitt zur elektrischen Energieversorgung vorhanden. Antennennast und Kabelformen müssen auf Lastwagen verladen werden. Der Sender ist ein Erzeugnis der C. Lorenz-A.G. Werk Leipzig (in Verwaltung).



(Werkfoto C. Lorenz-A.G. Werk Leipzig in Verwaltung, Tagesstelle Leipzig)

Ländern sogar kraft Gesetzes übertragen). Insofern ist z. B. die Deutsche Bundespost ein Monopol...

In der westdeutschen Postliteratur wird allerdings offiziell bestritten, daß es sich im Postwesen um ein Monopol handelt. Man spricht - ausgehend von dem zur Zeit noch gültigen Postgesetz - vom Postregal, das angeblich nicht mit einem Monopol verwechselt werden darf...

Darüber hinaus wird die getroffene Feststellung noch deutlicher, wenn man sich die offizielle Meinung zu Aufgaben des Post- und Fernmeldewesens, die nicht unter das Regal fallen, vergegenwärtigt. Hier gibt man zu, daß es sich um ein tatsächliches Monopol handelt...

Das bürgerliche Postrecht schützt mit Hilfe des Postregals die bestehenden ökonomischen Verhältnisse eben auf dem Gebiet des Postwesens, es heißt, wie Engels sagt, in Abhängigkeit von den verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Bedingungen auf unerschütterliche Art...

Die Osteränderung von Nachrichten - keine Aufgabe des gesellschaftlichen Überbaus

Zweifellos handelt es sich bei der Post um eine Einrichtung, deren Hauptaufgabe auf dem Gebiete der materiellen Produktion, der öffentlichen Verbindung von Nachrichten, liegt. Eine solche Institution als staatliche Verwaltung zu bezeichnen, wäre nach sozialistischem Verwaltungsrecht von vornherein unzutreffend...

Manchmal wird versucht, die Begründung für die These, daß die Post ein Teil der staatlichen Verwaltung sei, aus der Stellung der obersten Spitze dieses Unternehmens abzuleiten. Die Postministerien sind aber eben nur die oberste Spitze und nicht das Unternehmen selbst...

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, daß die führenden Personen in den Sitzungen des Verwaltungsrates der Deutschen Reichspost - wie aus den Protokollen ersichtlich ist - wenn sie von Postverwaltung sprachen, in der Regel den Verwaltungspapier dieses Unternehmens (Ministerium, Oberpostdirektion und ähnliche Dienststellen) meinten...

Bereits im Jahre 1929 wurde in einer juristischen Zeitschrift geschrieben: „Die starke Betonung des Behördencharakters der Post scheint mir auch wenig zu den neuerlichen, im Reichspostfinanzgesetz und im Wirtschaftsplan des Reichspostministers zutage tretenden Bemühungen zu passen, das ganze Unternehmen mehr nach kaufmännisch-wirtschaftlichen Grundsätzen zu verwalten.“

Um gerade den Unterschied zwischen den eigentlichen staatlichen Verwaltungen, z. B. Kommunalverwaltungen, Justiz u. a. und der Post zu demonstrieren, bezeichnet man in der bürgerlichen Literatur die Post häufig als eine „Betriebsverwaltung“. Die Verwendung des Ausdrucks Betriebsverwaltung zeigt deutlich, wie man selbst in den kapitalistischen Ländern offenbar nicht davon überzeugt ist, daß die Post eine staatliche Verwaltung darstellt.

Auch die Tatsache, daß das Post- und Fernmeldewesen im gewissen Umfang ein Instrument des Staates ist, macht diesen

1) Vgl. z. B. für das frühere Deutsche Reich sowie die Bundesrepublik Deutschland das „Gesetz über das Postwesen des Deutschen Reiches vom 28. 10. 1926“ (RGBl. I, S. 270) sowie das „Gesetz über das Postwesen vom 20. 12. 1926“ (RGBl. I, S. 8). Die genannten Gesetze sind auch gesondert in der Bundesrepublik Deutschland noch in Kraft. In beiden Teilen Deutschlands werden zur Zeit neue gesetzliche Bestimmungen erarbeitet. Im „Gesetz über die Post (Postgesetz) vom 7. 11. 1949“ der DDR, das gleichzeitig auch noch in Kraft ist, wird einbezogen Postmonopol gesprochen (S. 1-5). Dr. Schubert, „Die erste Anhält der Deutschen Bundespost“, Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen, Jahrgang 1956, S. 713, Hervorhebungen - 2.) Handwörterbuch des Postwesens, Frankfurt (Main) 1953, S. 702. 3.) Engels, S. 701. 4.) Vgl. z. B. das Gesetz über die Verwaltung der Deutschen Bundespost (Postverwaltungsamt) vom 24. 7. 1953, § 1 (DBBl. I, S. 676) oder Amtsblatt der Deutschen Demokratischen Republik (Anlage zum Vergleich hierzu der Beschluß über das Statut des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen vom 18. 10. 1952 (DBl. I, S. 1174) erwähnt werden. Post heißt es, daß das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen die zentrale Organe der staatlichen Verwaltung ist. 5.) Zitiert aus der Rezension des Buches „Die Deutsche Post und ihre Aufgaben-Geschichte, Teil I. Postrecht“ (im bearbeitet von Dr. Stauder, Verlag De Gruyter, Berlin 1956), durch Dr. Gadow in der Zeitschrift „Juristische Rundschau“, Nr. 10/1952, S. 20.

Wirtschaftsweitz nicht zur Verwaltung. Bestimmte staatliche Aufgaben kann das Post- und Fernmeldewesen nur deshalb wahrnehmen, weil es einen günstigen, aber auf Grund seiner Hauptaufgabe, der Nachrichtenübermittlung, d. h. also der materiellen Produktion, vorhandenen Organisationsaufbau und ähnliche Möglichkeiten dazu hat. Die Erfüllung der Aufgaben auf dem Gebiete der materiellen Produktion ist demnach die Voraussetzung für die Mitwirkung bei bestimmten staatlichen Aufgaben. Auch nachdem die Deutsche Bundespost den Interessen des Bonner Staates entsprechend bestimmte unproduktive Aufgaben in größerem Umfang als früher übernommen hat (z. B. die Schaffung und Bereitstellung von Fernmeldelanlagen für militärische Zwecke), bleibt sie ein staatskapitalistisches Unternehmen.

An dieser ökonomischen Stellung ändert sich auch nichts dadurch, daß die Deutsche Bundespost gegenüber der Bundesrepublik Deutschland keine eigene Rechtspersönlichkeit darstellt, sondern ein mit weitgehender wirtschaftlicher Selbständigkeit ausgestatteter Bestandteil der Bundesrepublik vorliegt. Diese Fakten bestätigen nur nochmals den staatskapitalistischen Charakter des Unternehmens, und zwar durch a) die wirtschaftliche Selbständigkeit der Deutschen Bundespost und b) die Einheit zwischen dem Bonner Staat und dem Besitzer der Produktionsmittel des Post- und Fernmeldewesens, der Bundesrepublik.

Der bürgerliche Staat setzt diese Produktionsmittel im Auftrag und entsprechend den Weisungen der herrschenden Klasse, der Kapitalisten, ein.

Andere Rechtspersonen gegenüber hat selbstverständlich die Deutsche Bundespost de facto und de jure das Recht, unter ihrem Namen zu handeln und zu klagen. Auch kann sie verklagt werden, ohne daß die „Bundesrepublik Deutschland“ überhaupt in Erscheinung tritt. Bei Rechtsstreitigkeiten, Vertragsabschlüssen usw. gilt als Parteiensbezeichnung „Deutsche Bundespost“ und nicht „Bundesrepublik Deutschland (Deutsche Bundespost)“. Auf Grund des § 4, Absatz 2 des Postverwaltungsgesetzes wurde in der Verordnung über die Vertretung der Deutschen Bundespost vom 1. 8. 1953<sup>1)</sup> die Vertretungsbefugnis dahingehend festgelegt, daß sie in der Regel gerichtlich und außergerichtlich von den Präsidenten der Oberpostdirektionen oder der Sonderminister vertreten wird.

Die Post als wirtschaftliches Unternehmen

Um den Beweis für die vom Verfasser vertretene These, daß es sich bei den Einrichtungen des Post- und Fernmeldewesens in kapitalistischen Ländern vorwiegend um staatskapitalistische Unternehmen handelt, noch tiefergründiger zu erbringen, ist es notwendig, auf ihre wirtschaftliche Stellung etwas näher einzugehen. Dazu soll die Deutsche Bundespost wieder als Beispiel dienen.

Obwohl einerseits in der Praxis des westdeutschen Verwaltungsrechts die Deutsche Bundespost als „schlichte Hoheitsverwaltung“ bezeichnet wird, spricht man andererseits ganz offen von ihr als einem wirtschaftlichen Unternehmen des Staates. Der bereits im Jahre 1924 durch das Reichspostfinanzgesetz juristisch festgelegte Zustand, daß das Post- und Fernmeldewesen ein „selbständiges Unternehmen“ - wie es wörtlich in diesem Gesetz heißt - ist, besteht auch heute noch in der Bundesrepublik. Diese Festlegung im Reichspostfinanzgesetz beruht vorwiegend auf der Schaffung eines selbständigen vom Staatshushalt abgetrennten Sondervermögens. Sie wurde durch das westdeutsche Postverwaltungsrecht wiederum bekräftigt<sup>2)</sup>.

Die Deutsche Bundespost haftet weder mit dem ihr zur Verfügung gestellten Sondervermögen des Bundes für dessen Verbindlichkeiten, noch haftet dieser für die Verbindlichkeiten des Post- und Fernmeldewesens. Ist aber eine Einrichtung wirtschaftlich, insbesondere finanziell selbstständig, dann widerspricht das dem Wirtschaftlichen der staatlichen Verwaltung. Bei der Deutschen

Bundespost ist ein solcher Tatbestand jedoch gegeben. Ihre Verbindung zum Staatshushalt der Bundesrepublik besteht im wesentlichen nur über die Allotierung von 67,7% ihrer Brutto-Betriebsbeständen (bei weniger als 2 Milliarden Betriebsbeständen 6%).

In der Bundesrepublik selbst betrachten einzelne offizielle Vertreter real die Deutsche Bundespost als wirtschaftliches Unternehmen, weil eben die Tatsachen nicht einfach ignoriert werden können. Auch im Handwörterbuch des Postwesens kommt man nicht umhin, diese Tatsache zumindest auf die Organisationsform der Post festzustellen, denn sie „ist auch heute noch die eines betriebswirtschaftlichen Unternehmens einer Reichsbehörde im Sinne der Wirtschaftsbestimmungen für die Reichsbehörden“<sup>3)</sup>.

Am eindeutigsten ist der ehemalige Bundespostminister Dr. Balke die Deutsche Bundespost gekennzeichnet. In einem Artikel mit der sehr klaren Überschrift „Die Bundespost als Wirtschaftsunternehmen“ sagte er u. a.: „Die Deutsche Bundespost als bedeutendes Glied der Volkswirtschaft hat eine andere Stellung als die echten Hoheitsverwaltungen des Bundes. Letztere erhalten ihre Mittel im Bundeshaushalt aus dem allgemeinen Steueraufkommen, während die Deutsche Bundespost wie ein gewerbliches Unternehmen durch wirtschaftliches Handeln selbst für die Vorhandensein der wirtschaftlichen Mittel sorgen muß“<sup>4)</sup>.

In der einschlägigen Fachliteratur finden sich zahlreiche Hinweise auf das „öffentliche Postunternehmen“, das nach den Grundrissen der (kapitalistischen) Investitions-, Preis- und Lohnpolitik usw. geleitet wird. Als ein Beispiel für viele sei hier lediglich ein Zitat aus einem Artikel über „Die erste Anleihe der Deutschen Bundespost“ angeführt. Ausgehend von der unbilligen Forderung an die Deutsche Bundespost - mit ihren Aufträgen in der Zeit der Hochkonjunktur zurückzahlen, um sie beim Ausbrechen der Krise erteilen zu können, sagt der Verfasser:

„Es bedeutet eine Verkennerung ihres Wesens und ihrer Aufgabenstellung, wenn man sie (die Deutsche Bundespost - R. G.) in diesen Zusammenhang mehr als Teil der öffentlichen Verwaltung denn als öffentliche Unternehmung betrachtet.“<sup>5)</sup>

(Fortsetzung folgt)

1) DBBl. I, S. 716 oder Amtsblattverfügung der Deutschen Bundespost Nr. 496/1953.

2) Vgl. das Gesetz über die Verwaltung der Deutschen Bundespost (Postverwaltungsamt) vom 24. 7. 1953, § 3 (DBBl. I, S. 676) oder Amtsblattverfügung der Deutschen Bundespost Nr. 496/1953.

3) Handwörterbuch des Postwesens, Frankfurt (Main) 1953, S. 700.

4) „Rheinischer Merkur“, Koblenz vom 20. 6. 56. Bereits am 15. 1. 55 hatte „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ die Post als ein Aktiengesellschaft, sagt Balke, und zwar mit einem einzigen Aktionär, nämlich dem Staat. Er aber bemerkt sich nicht immer wie ein Aktiär.“

5) Dr. Schubert, „Die erste Anleihe der Deutschen Bundespost“, Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen, Jahrg. 1956, S. 713.

Ein Verkehrsradar, mit dem die Verkehrsrechte und die Geschwindigkeit vorüberfahrender Fahrzeuge registriert werden, hat Telefonaten entwickelt. Das Gerät arbeitet mit einer Wellenlänge von 3 cm und wird am Straßenrand in etwa 25 m Abstand aufgestellt. Von einer Kamera werden außerdem die Nummernschilder von Verkehrsmitteln festgehalten.

In der Sowjetunion ist man damit beschäftigt, ein Rele-System aufzubauen, durch das die Moskauer Fernschaltungen in die entferntesten Gegenden des Landes übertragen werden können. Das Netz soll sich über 4500 km erstrecken.

In England wird ein Glas entwickelt, das völlig durchsichtig ist und beim Auftreffen radioaktiver Strahlen aufleuchtet.

Ein „VEB Maschinelles Rechnen“ wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1957 gebildet. Die Aufgaben des Betriebes bestehen insbesondere in der Durchführung von maschinellen Auswertungsarbeiten für Organe der staatlichen Verwaltung, volkswirtschaftliche, Handelstorgene, wissenschaftliche Institute und sonstige Institutionen. In der organisatorischen Beratung der Betriebe bei Anwendung des Lochkartenverfahrens und in der Einflußnahme auf die Entwicklung von Lochkartenmaschinen und elektronischen Vorratgeräten.



### Gus der Arbeit eines Funkamtes

Von Dipl.-Ing. Hubert HENCKE, Funkamt Leipzig  
Dieser Beitrag trägt nicht den Charakter eines Fachartikels, den nur der Fachmann verstehen könnte. Vielmehr soll hier versucht werden, den Mitarbeitern der anderen postalischen Dienstzweige einen kleinen Einblick in das Arbeitsgebiet der Funkämter zu geben. Besonders interessiert dabei ein Blick „hinter die Kulissen“ eines der vielen Großsender der Deutschen Demokratischen Republik.

#### Gliederung des Rundfunksystems

Die Rundfunksendetechnik — nicht die Programmgestaltung — untersteht dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen. Somit sind alle Einrichtungen, die zur Aussendung von Rundfunkwellen notwendig sind, Posteinrichtungen. Während früher die Rundfunkämter jeweils den Oberpostdirektionen unterstanden, in deren Bereich sie lagen, ist dies heute nicht mehr der Fall. Entsprechend der Wichtigkeit des Rundfunks besteht jetzt im Ministerium für Post- und Fernmeldewesen neben den Dienstzweigen Postwesen und Fernmeldewesen ein eigener Bereich Rundfunk und Fernsehen. Ihm sind unter anderem die Hauptverwaltung Rundfunk- und Fernsehbetrieb sowie die erst kürzlich dazugekommene Hauptverwaltung Rundfunk- und Fernsehtechnik unterstellt. Aus diesen unterschiedlichen Bezeichnungen ist bereits der jeweilige Aufgabenbereich zu erkennen. Die erstgenannte Hauptverwaltung leitet die Betriebsabwicklung, während die zuletzt angeführte die Aufgabe hat, die Technik des Rundfunks und Fernsehens zu verbessern und dem jeweils neuesten Stand der Technik anzugleichen.

#### Selbständige Funkämter

Unsere Republik verfügt über ein Dutzend Funkämter, die diesen Hauptverwaltungen direkt unterstehen. Für spezielle Aufgaben und mehrtechnische Fragen besteht außerdem ein zentrales Funktechnisches Betriebsamt in Berlin.

Ein Funkamt wiederum gliedert sich im allgemeinen in eine größere Anzahl von Betriebsstellen (sogenannte Außenstellen des Funkamtes). So gibt es bei nicht wenigen Funkämtern bis zu zehn Außenstellen, die als Großsender, Rundfunksender kleinerer Leistung mit örtlicher Bedeutung, Kurzwellensender, Langwellensender, Ultrakurzwellen-Rundfunksender, Fernsendsender, Dezimeter-Rolastellen für Bild und Ton zur Zuführung des Programms zu den Fernsollsendern sowie als Dezimeter-Telephoniestrecken betrieben werden.

Diese Aufzählung läßt erkennen, daß man ein heutiges Funkamt nicht mehr mit einem der früheren Großsender vergleichen kann.

#### Aufgabenteilung zwischen Funkhaus und Sender

Bei Unterhaltung mit Außenstehenden stellt man nicht selten fest, daß die meisten Rundfunkhörer von der Arbeit und dem Aufbau eines Rundfunksenders oftmals unrichtige Vorstellungen haben.

Wie bereits eingangs gesagt wurde, liegt die Programmgestaltung nicht in den Händen der Deutschen Post. Infolgedessen

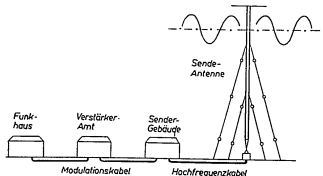


Bild 1. Weg einer Rundfunksendung vom Funkhaus zum Rundfunksender

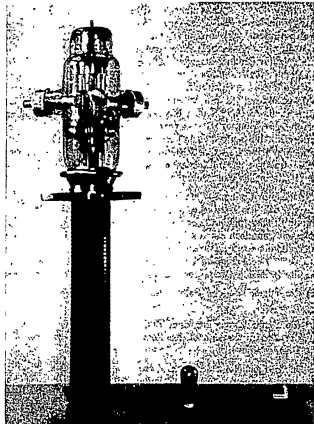


Bild 2. Senderröhren aus der ersten Stufe (1 Watt) und der Endstufe (100 Kilowatt) eines Rundfunksenders (von rechts nach links)

finden wir die Künstler, Orchester und Nachrichtensprecher nicht bei den Sendern, wo dies oft aber angenommen wird. Ihr Arbeitsplatz ist vielmehr das Funkhaus oder das Studio. Das Mikrophon formt die Sprache des Sprechers oder die Töne des Orchesters in elektrische Impulse um. Auf Kabelwegen, die nicht selten einige hundert Kilometer lang sind und deshalb über eine Anzahl von Verstärkerstationen geführt sind, gelangt diese Modulation zum Rundfunksender (Bild 1).

Bei Störungen der Modulationskabel wird dem Sender das Programm durch sogenannten Ballenpfang zugeführt, wobei man das von einem anderen Sender ausgestrahlte Programm mit einem hochwertigen Empfänger aufnimmt und zur Modulation des eigenen Senders verwendet.

#### Der Sender und seine Einrichtungen

Der Rundfunksender hat die Aufgabe, die Trägerwellen zu erzeugen, auf welche die vom Funkhaus kommenden Impulse aufgedrückt werden. Der Fachmann sagt: Die Senderwelle wird moduliert und ausgestrahlt. Hierzu dienen die verschiedenen Antennen unserer Rundfunksender.

Doch bevor es hierzu kommt, muß die Welle erst irgendwie erzeugt werden. Dies geschieht in einer Vielzahl von elektrischen Geräten, die in ihrer Gesamtheit den Sender bilden.

Eine Rundfunksendestation besteht also aus dem Sender, der in einem Gebäude installiert ist, und ferner aus der Sendeanenne mit dem dazugehörigen Antennenhaus, das ebenfalls elektrische Apparaturen enthält. Fallschleierweise wird von Laien oftmals die Antenne als der Sender angesehen. Diese Bezeichnung hat nur soweit Berechtigung, als die Antenne die Ausstrahlung der Energie übernimmt.

Ein Sender hat in gewisser Beziehung Ähnlichkeit mit einem Elektrizitätswerk. Hier wie dort wird elektrische Energie in Form von Wechselstrom erzeugt. Dieser Wechselstrom pulsiert bei normalem Lichtstrom mit 50-Schwingungen in einer Sekunde. Würde man diesen 50-periodigen Wechselstrom auf eine Sendeanenne leiten, so würde kein Rundfunkhörer etwas davon

merken. Damit die gewünschte Fernwirkung auftritt, muß Wechselstrom besonderer Art verwendet werden. Er muß in einer Sekunde einige hunderttausend Wechsel machen — nicht nur 50 Hertz (Hz). Wechselströme hoher Frequenz sind also notwendig. Diese hochfrequenten Ströme wirken mit Hilfe der Sendeanenne, von der sich elektrische und magnetische Kraftfelder nach allen Seiten ausbreiten, über sehr viele Kilometer in die Ferne.

Wo entstehen derartige hochfrequente Schwingungen im Sender?

Vielen Rundfunkhörern ist bekannt, daß man mit der Rückkopplung einfacher Geräte mehr oder weniger die Umgebung „verjaulen“ und „verpfeifen“ kann. Der Rückkopplungs-empfinger ist also bereits ein kleiner Sender, der bei unvorsichtiger Bedienung in der Lage ist, Wellen auszusenden, die den Nachbar stören können.

#### Von 1 Watt bis 100 Kilowatt

Ebenso wie dieser Empfänger besitzt auch ein Rundfunksender Elektronenröhren, Spulen und Kondensatoren, die hochfrequente Schwingungen erzeugen. In einem großen Rundfunksender befinden sich zur Erzeugung der Trägerwelle etwa 20 Senderröhren, die etappenweise die in der ersten Verstärkerstufe des Senders erzeugte winzige Leistung von etwa 1 Watt (W) ständig weiterverstärken bis zur endgültigen Leistung von z. B. 100 000 W (= 100 Kilowatt). Man spricht in diesem Fall von einem 100-kW-Sender.

Entsprechend der Steigerung der Leistung von 1 W in der ersten Stufe bis 100 kW in der letzten Stufe des Senders steigen auch die Größen der Senderröhren in den einzelnen Stufen an. In der ersten Stufe befindet sich beispielsweise eine Röhre in der Größe einer normalen Empfängeröhre. In der letzten Stufe des Senders werden hingegen Röhren verwendet, die über 1 m groß sind (Bild 2).

Auch die dazugehörigen Bauelemente der einzelnen Stufen vergrößern ihre Dimensionen in Richtung zur Endstufe des Senders. Die Schwingkreispule der ersten Stufe z. B. unterscheidet sich größtenteils nicht von einer Empfängerpule. Hingegen sind die Spulen einer Endstufe oft aus Kupferrohr mit einem Durchmesser von 5 cm gebildet und werden nicht selten noch mit destilliertem Wasser gekühlt, damit sie die starke Erwärmung durch die großen Hochfrequenzströme vertragen können (Bild 3).



Bild 3. Schwingkreisvariablemeter eines Rundfunksenders

#### Jeder Sender hat sein eigenes E-Werk

Die Senderröhren benötigen wie die Empfängeröhren Heizspannung, Glühspannung und Anodenspannung. Es ist also nicht verwunderlich, wenn zu jedem großen Sender eine Stromversorgungsanlage gehört. Heizströme je Röhre bis 200 Ampere (A) und Anodengleichspannungen bis 12 000 Volt (V) werden z. B. für die Röhren der Endstufe eines 100-kW-Senders gebraucht. Ältere Rundfunksender besitzen manchmal eigene Maschinenhäuser, in denen die verschiedenen Gleichspannungen und Ströme durch Motorgeneratoren erzeugt werden. Moderne Anlagen verwenden grundsätzlich Gleichrichter in Form von Selenium- oder Kupferoxydhalbleitern, Röhrengleichrichtern und Quecksilberdampf-Gleichrichtern.

#### Nebenanlagen von großer Bedeutung für den Sender

Umfangreiche Zusatzeinrichtungen wie Siebketten zur Beseitigung der Restwelligkeit der Betriebsspannungen und Hochschiffe, Luftgebläse zur Kühlung von Senderröhren und hochbelasteten Widerständen nehmen einen großen Platz im Sender ein.

Da die Senderröhren der Endstufe entsprechend ihrer Belastung im Betrieb sehr heiß werden, müssen ihre Anoden ständig durch Wasser gekühlt werden. Dieses sich erwärmende Wasser muß laufend wieder rückgekühlt werden. Deshalb gehören ausgedehnte Rückkühlanlagen zum Sender, die entweder mit Hilfe von Kühlräumen oder Rippenkühlern mit Ventilatoren dem erwärmten Wasser die Verlustwärme wieder entziehen.

Die meisten Rundfunksender besitzen selbstverständlich eigene Netzstromanlagen, um bei einer Störung der Stromversorgung ihren Sendebetrieb weiterführen zu können.

Riesige Dieselmotoren dienen zum Antrieb von Generatoren. Sie sind nicht kleiner als die Dieselmotoren unserer Hochseeschiffe und füllen große Maschinenhallen.

Zur Unterstützung der Landesenergieversorgung werden diese Anlagen bei nicht wenigen Sendern in den Spitzenlastzeiten des Netzes eingeschaltet und geben zusätzlich Energie an das Landesnetz ab.

Ein Großrundfunksender ist ein großes Elektrizitätswerk mit eigener zentraler Schalt- und Umspannanlage. Hunderte von Kabeln und ebenso viele Schaltschütze, Relais usw. vervollständigen die notwendigen Einrichtungen eines Senders. Der Außenstehende ahnt nicht, wie viele technisch sinnvolle Einrichtungen, wie Blockiergeschaltungen, Verriegelungen und dergleichen, außerdem noch dazugehören.



Bild 4. Mit diesem elektrisch gesteuerten Antennenerschwingungsschalter wird die Sendeanenne bei Gewitter gerdet.

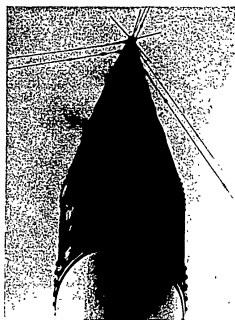


Bild 6. Ein Blick zur Spitze eines selbstschwingenden Rohrmastes. Der Mast ist innen bestuhlbar.

Die Sendeanenne und ihr Erdnetz

Hochfrequente Ströme von 40 A verlassen bei einem 100-kW-Sender das Sendergebäude über Spezialkabel oder andere Leitungswege in Richtung zur Sendeanenne, die einige hundert Meter vom Sendergebäude entfernt steht und oft hundert, zweihundert und mehr Meter hoch ist.

Am Fußpunkt dieser Antenne steht das Antennenkopplungsgehäuse. Hier wird die Antenne über entsprechende Bauelemente an das vom Sender kommende Spezialkabel gekoppelt. Um eine wirkungsvolle Ausstrahlung der Energie zu erreichen und - wie der Fachmann sagt - eine gute Anpassung der Antenne an das Kabel zu erreichen, sind im Antennenhaus Spulen und Kondensatorbatterien installiert. Auch steht darin ein über 2 m hoher, elektrisch fernbedienter Antennen-Erdungsschalter (Bild 4), der es gestattet, die Antenne bei Gewitter jederzeit an Erde zu legen. Voraussetzung für eine gute Wirkung der Antenne ist eine vorzügliche Erdung. Strahlenförmig in der Erde vergraben liegen über 100 Erddrähte oder Erdbänder, die oft über 100 m lang sind. Sie enden zentral im Antennenhaus am Aluminiumbodenbelag, der den elektrischen Nullpunkt der Antennenanlage darstellt.

Der Standort des Senders kann nicht beliebig gewählt werden. Wegen dieser engen Verbindung mit guletendender Erde wählt man überhaupt den Standort eines Senders besonders in dieser Hinsicht aus. Feuchte Även mit hohem Grundwasserstand, Flußgebiete oder dergleichen mit hoher Bodenleitfähigkeit bilden bevorzugte Standorte. Nicht die Leistung des Senders ist in erster Linie für eine gute Reichweite ausschlaggebend, sondern die wichtigste Voraussetzung ist in der richtigen Standortwahl zu sehen. Deshalb ist es durchaus möglich, daß ein hinsichtlich des Standortes unzweckmäßig geplanter Großsender nicht wesentlich mehr leistet als ein viel kleinerer Sender, der aber eine besonders gute Erdung verfügt.

Als Antennen dienen z. B. mehrdrühtige T-Antennen aus fingerstarken Aluminium- oder Bronzesellen, die zwischen entsprechenden Stützpunkten aufgehängt sind. Hierfür werden z. B. 50 m hohe und noch höhere Gittermaste verwendet.

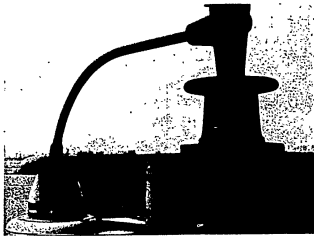


Bild 4. Die Stahlkonstruktion der Sendeanenne von einigen hundert Tonnen Gewicht ruht auf dem Fußisolator aus Porzellan. Die Energie wird durch den dazwischen angeordneten Durchführungsisolator zugeführt.

Unempfindlicher gegen Witterungseinflüsse sind die auf einem Porzellanisolator stehenden Selbstschwinger in Form von Gitter- oder Rohrmasten (Bild 5). Der Isolator dertartiger Antennen wird elektrisch hoch beansprucht und hat außerdem noch die große Last von einigen hundert Tonnen Stahlkonstruktion zu tragen (Bild 6).

Da die Ausstrahlung einer Sendeanenne sehr von ihrer Form und ihrer Dimensionierung abhängt, müssen die Abmessungen in einem bestimmten Verhältnis zur abstrahlenden Wellenlänge stehen. Doch bevor dies näher erläutert wird, müssen wir uns kurz mit der Ausbreitung der Wellen befassen.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß man abends viel mehr Rundfunksender empfangen kann als mittags. Wie kommt das?

Bodenwelle und Raumwelle, Nahempfang und Fernempfang

Jede Sendeanenne strahlt zwei Arten von Wellen ab: die Bodenwelle und die Raumwelle. Die erste nimmt ihren Weg von der Sendeanenne vornehmlich entlang der Erdoberfläche und gewährleistet allen Hörern, die in diesem Gebiet wohnen, einen gleichmäßig starken Empfang, der keinen Intensitätsschwankungen durch Fading oder Schwund unterworfen ist. Dies ist also die ideale Welle, die sich jeder wünscht. Leider wird diese Welle durch verschiedene Dämpfungursachen mit immer größerer Entfernung vom Sender derartig geschwächt, daß sie z. B. bei 70-100 km Entfernung am Ende ihrer Kraft ist. Wie kommt es dann aber, daß man viel weiter entfernte Sender dennoch empfangen kann, obwohl man nicht in der Nahempfangzone des betreffenden Senders wohnt? Wir verdanken diesen Fernempfang der Raumwelle, die die Sendeanenne unter einem bestimmten Erhebungswinkel verläßt, in der Atmosphäre auf leitende Gasschichten trifft (Ionosphäre) und von dort unter einem bestimmten Winkel zur Erdoberfläche zurückgespiegelt wird.

Die so umgeleitete Raumwelle, die im Gegensatz zur Bodenwelle nicht nennenswert geschwächt wird, fällt demzufolge sehr weit vom Entstehungsort mit großer Intensität wieder ein. Man bezeichnet dieses Gebiet als die Fernempfangzone.

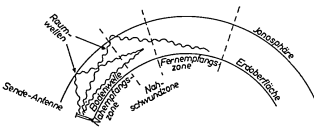


Bild 7. Ausbreitung der Boden- sowie der Raumwelle und Wirkung der Ionosphäre

Treffen jedoch Bodenwelle und Raumwelle irgendwo zugleich ein, so entsteht infolge der verschiedenen Laufzeit beider Wellen eine gegenseitige Verstärkung oder auch Auslöschung. Dieses Gebiet des Nahempfangs ist charakterisiert durch laufende Lautstärkeschwankungen, aber auch durch Verzerrungen des Empfangs (Bild 7).

Wie verhindert man den Schwund?

Man bemüht sich, zur Vermeidung dertartiger Kollisionen von Boden- und Raumwelle, durch besondere Sendeanennenformen die Ausstrahlung der Raumwelle zu vermindern. Dies wird z. B. erreicht, indem man die Sendeanenne mindestens halb so hoch baut wie die ausgesandte Welle lang ist.

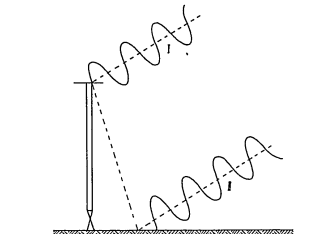


Bild 8. Auslöchen der Stillstrahlung bei einer schwindmindernden Sendeanenne durch Gegenbestrahlung der Welle I und der an der Erdoberfläche reflektierten Welle II

Bei einer angenommenen Wellenlänge von 300 m (dies entspricht einer Frequenz von 1 MHz) wäre die halbe Wellenlänge also 150 m. Um eine schwindmindernde Wirkung zu erzielen, müßte in diesem Fall die Sendeanenne wenigstens 150 m, besser noch höher sein (Bild 8).

Zur Unterdrückung der von der Sendeanenne steil nach oben gehenden Raumwelle wird die Reflexion der Wellen benutzt, die an der guletendenden Erdoberfläche (Erdoberfläche) unterhalb der Sendeanenne erfolgt. Direkte Welle (I) und reflektierte Welle (II) befinden sich nicht in Phase, sondern löschen sich infolge der Gegenphasigkeit aus. Die Raumwelle wird hierdurch unterdrückt.

Bei langen Wellen ist es oft nicht möglich, der Antenne die gewünschte Höhe zu geben, weil sonst die Festigkeit des Bauwerks in Frage gestellt ist. Durch Anbringung einer Dachkuppelart an der Spitze der Antenne in Form von sternförmig angeordneten Stahlrohren kann man die fehlende bauliche Länge elektrisch korrigieren.

Abends hört man mehr Sender als am Tage

Da die vorhin genannte Ionosphäre stark von der Sonneneinstrahlung beeinflußt wird, besteht ein Zusammenhang zwischen der Fernempfangsmöglichkeit und der Sonnenstrahlung. Solange die Sonne strahlt, wird die für die Fernwirkung maßgebliche Raumwelle nicht zur Erde zurückgebogen. Sobald die Sonne am Nachmittag oder Abend am Horizont untergeht und es dunkel, macht sich die reflektierende Ionosphäre immer stärker bemerkbar und der Fernempfang wird laufend besser. Deshalb ist allgemein in den Wintermonaten mit verhältnismäßig kurzen Tagen die Fernempfangsmöglichkeit bedeutend besser als im Sommer, in dem wir längere Tage haben.

Wellensalatsorgen

Leider macht der Rundfunkempfang oft keine Freude. Die Darbietungen klingen verzerrt, es pfeift und brummt an vielen Stellen der Skala des Empfängers, so daß man am liebsten aus-

schalten möchte. Auch hierzu muß ein Wort gesagt werden. An Stelle eines geordneten „Wellensalats“ herrscht seit Kriegsende ein wenig erfreulicher Zustand im Äther. Lagen früher auf jeder Welle in Europa vielfach ein oder zwei Sender mit wohl- abgestimmter Leistung und Entfernung, um gegenseitige Störungen zu vermeiden, so sind die augenblicklichen Verhältnisse völlig anomal. Es ist teilweise so, daß bis zu sieben Stationen gleichzeitig auf ein und derselben Welle arbeiten und sich dabei gegenseitig so stören, daß im Endeffekt keiner davon profitiert. Rücksichtslose und willkürliche Besetzung von Wellen durch westliche Militärsender, Propagandasender und dergleichen machen jede Ordnung in der Wellenverteilung zunichte. Demgegenüber gehen sich unsere Funktechniker große Mühe, die Qualität der Sendungen ständig zu kontrollieren und nach Möglichkeit zu verbessern.

Kontrolle der Sendungsqualität

Zur ständigen Kontrolle der Sendungsgüte dienen umfangreiche Meßeinrichtungen. Die wichtigsten Größen, die die Qualität der Sendung beeinflussen, werden bei unseren Sendern täglich gemessen. Monatlich mehrmals geschieht die Kontrolle des Wirkungsgrades und der abgestrahlten Leistung. Die Modulationsleistungen, die zum Zuführen des Programms dienen, werden regelmäßig vom zuständigen Kabelmeßdienst überprüft und gegebenenfalls korrigiert.

Wettbewerb der Funkämter

Sämtliche Funkämter unserer Republik stehen in ständigem Wettbewerb mit dem Ziel der Senkung der Störungszeiten, der technischen Verbesserung der Anlagen und der Hebung der Wirtschaftlichkeit. Durch fachliche Qualifizierung im Betrieb sowie durch Fernstudium werden heute oftmals technische Voraussetzungen von den Funkämtern gelöst, wofür bis vor kurzer Zeit noch Fachfirmen benötigt wurden.

Das Funkwesen ist in der Deutschen Demokratischen Republik bereits sehr weit ausgebaut worden. Der zweite Fünfjahrplan stellt an alle Angehörigen dieses Betriebszweiges sehr große Forderungen. Sie können nur mit bestmöglicher qualifizierter Mitarbeit, aber auch nur mit entsprechenden Hilfsmitteln wie zweckentsprechenden Meßgeräten durchgeführt werden. Dieser letzte Punkt bereitet jedem auf diesem Gebiet Tätigen Sorge. Ohne höherwertige und zuverlässigere Meßinstrumente fehlt die Voraussetzung zu noch besserer Arbeit.

Natürlich müssen die Funkämter zur Erfüllung ihrer Aufgaben auch ständig von den Mitarbeitern der Vertriebsräte unterstützt werden.

Die vorstehenden Zeilen zeigen, wie viele Menschen und Apparaturen zusammenarbeiten müssen, damit die Voraussetzungen dazu geschaffen werden, daß künstlerische Kräfte über unseren Rundfunk die Wahrheit verbreiten und dem Menschen Entspannung bieten können.

7. Jahrestagung der Elektrotechniker vom 3. bis 7. Juni 1957 in Weimar

Der Vorstand des Fachverbandes Elektrotechnik der Kammer der Technik hat die Fachkollegen des In- und Auslandes zur 7. Jahrestagung der Elektrotechniker vom 3. bis 7. Juni 1957 nach Weimar eingeladen. Die Einladung mit Tagungsprogramm und organisatorischen Hinweisen für die Anmeldung ist in den Aprilheften der Fachorgane des Fachverbandes Elektrotechnik, den Zeitschriften „Deutsche Elektrotechnik“ und „Nachrichtentechnik“ sowie in der „Technischen Gemeinschaft“ veröffentlicht.

Die Tagung gliedert sich wieder in eine Tagung „Starkstromtechnik“ am 3. und 4. Juni 1957 und eine Tagung „Nachrichtentechnik“ vom 6. bis 7. Juni 1957. Am Mittwoch, 5. Juni 1957, findet die gemeinsame Festveranstaltung statt.

Ortsbunde

Von Gerá FRANKENBERGER, Erfurt

Die Anzahl der Ortsbunde, die beim Abfertigen der Briefpost angelegt werden kann, hängt im wesentlichen von zwei wichtigen Voraussetzungen ab:

- 1. Die Gesamtmenge der zur Abfertigung (Verteilung) vorliegenden Briefpost muß möglichst groß sein.
2. Möglichst viele Sendungen müssen sich zu Ortsbunden vereinigen lassen.

Unter diesen beiden Gesichtspunkten haben sich in der jüngsten Vergangenheit und in den letzten Jahren für die Briefpostbearbeitung wesentliche Veränderungen ergeben:

Zu 1. Abgesehen davon, daß das Briefpostaufkommen durch die wirtschaftliche Entwicklung im allgemeinen größer geworden ist, wird in zunehmendem Maße die Bearbeitung der Briefpost für bestimmte Bereiche bei größeren Briefabfertigungen, namentlich bei solchen an Knotenpunkten, konzentriert durchgeführt. Dadurch liegen jetzt bei diesen Briefabfertigungen erheblich mehr Briefsendungen zur Verteilung vor, als dies bisher der Fall war.

Zu 2. Die zweite wichtige Veränderung hat sich im Laufe der schrittweise aufgebaut und zum gegenwärtigen Zeitpunkt fast abgeschlossenen Landverkraftung ergeben. Durch diese einer besseren Landpostversorgung dienende Maßnahmen sind die Landzustellbereiche einer großen Anzahl von kleinen Zustellpostanstalten ganz oder zum größten Teil verschwunden und dafür meist ausgedehnte Landkraftpostbereiche entstanden. Darin liegen oft mehr als 50 Landorte, die von einem größeren Postamt (Leitpostamt) aus mit Post versorgt werden. Die Briefpost für diese Landorte, die früher noch vielen kleinen Zustellpostanstalten zuzuführen war, konzentriert sich also jetzt zum weitaus größten Teil auf ein geringeres Zahl von Leitpostämtern. Dadurch ist es in den Briefabfertigungen möglich, für Orte mit Leitpostämtern auch dann Ortsbunde anzulegen, wenn die Anzahl der vorliegenden reinen Ortsbunden für ein Ortsbunde nicht ausreicht. Außerdem können besondere Ortsbunde mit Sendungen für die Landorte eines Leitpostamtes (Landbunde) angelegt werden.

Die Bestimmung der ADA V, 2 § 38, I, wonach alle für eine Empfangsstelle bestimmten Briefsendungen von zehn und mehr Stück zu Ortsbunden vereinigt werden sollen, erlangt somit außerordentliche Bedeutung. Dies wird aber leider oft nicht genügend beachtet. Um die in dieser Hinsicht bestehenden Mängel beseitigen zu können, müssen die Ursachen dargelegt werden.

In erster Linie unterbleibt wohl die Fertigung lohnender Ortsbunde deshalb, weil die verantwortlichen Angestellten der Briefabfertigungen die Veränderungen im Briefpostaufkommen und hinsichtlich der Leistung der Sendungen auf Leitpostämtern nicht immer richtig erkennen und auswerten.

Es ist daher notwendig, den Betriebsablauf in der gesamten Briefabfertigung, besonders aber an den Verteilspindeln, laufend zu beobachten und zu kontrollieren. Nur durch ständiges Beobachten des Briefpostanfalls und Prüfen der gefertigten Streckenbunde kann die Abfertigung der Briefpost durch Vermehren der Ortsbunde auf die größtmögliche Zahl verbessert werden.

Da für neu anzulegende Ortsbunde auch genügend Verteilfähiger vorhanden sein müssen, ist rechtzeitig an das Erweitern der Briefverteilanlagen zu denken, sofern keine ungenutzten Fächer — was vielfach der Fall ist — vorhanden sind. Auf keinen Fall darf das Fertigen lohnender Ortsbunde unterbleiben, weil die benötigten Verteilfähiger fehlen.

Oft werden Ortsbunde nicht angelegt, obwohl sie in den Leitbündeln und durch besetzte Fächer im Briefverteilspind vorgesehen sind.

Die Verteilkräfte nehmen diese Sendungen deswegen schon von vornherein in Streckenbunde auf, weil nach ihren Erfahrungen manchmal nicht mindestens zehn Sendungen vorgelegt haben. Bei dem unterschiedlichen Briefpostanfall kann dies aber im voraus nicht immer gesagt werden. Um das Bemühen nach Fertigung möglichst vieler Ortsbunde erfolgreich

zu gestalten, muß daher grundsätzlich so verteilt werden, daß Sendungen für vorgesehene Ortsbunde stets in die vorhandenen Fächer gelegt werden. Wenn sich in Ausnahmefällen kein Ortsbunde fertigen läßt, ist es nach abgeschlossener Verteilung ohne weiteres noch möglich, diese Sendungen beim Abbinden mit in das zutreffende Streckenbunde aufzunehmen.

Am häufigsten sind jedoch die mangelhaft gefertigten Ortsbunde, mangelhaft weil, wie nicht alle in den betreffenden Ortsbunde aufzunehmenden Sendungen erlaubt werden.

Dabei handelt es sich meistens um Sendungen nach Landorten, die einem Leitpostamt zuzuführen sind, aber infolge ungenügender Angabe des Bestimmungsortes in Streckenbunde gelangen. Selbst wenn die Absender mehr als bisher auf die Notwendigkeit hingewiesen werden, den Bestimmungsort auf den Postsendungen stets richtig und vollständig (zusätzliche Bezeichnung des Leitpostamtes usw.) anzugeben, würde nach den bisherigen Erfahrungen leider auch noch keine spürbare Besserung eintreten. Damit Sendungen nach Landorten mit mangelhafter Angabe des Bestimmungsortes trotzdem richtig geleitet und in die Ortsbunde für die in Frage kommenden Leitpostämter aufgenommen werden können, ist es notwendig, den Briefverteilkräften gute Leitunterlagen zur Verfügung zu stellen.

Bei dem Bemühen um eine bessere Briefpostbearbeitung sollte die Mitarbeit aller Abfertigungsstellen, besonders der Verteilkräfte, angestrebt werden. Das setzt voraus, daß diese über die Bedeutung der Ortsbunde ausreichend unterrichtet sind.

Die wichtigste Forderung bei der Briefabfertigung, die Sendungen so zu verteilen, daß sie im Verlauf der weiteren Beförderung bis zum Bestimmungsort einzeln möglichst nicht mehr bearbeitet zu werden brauchen, wird am vollkommensten durch die Fertigung von Ortsbunden verwirklicht. Die damit verbundene Mehrarbeit in den Abfertigungen — sofern es sich um neu anzulegende Ortsbunde handelt — ist unessenziell, weil die Sendungen ohnehin einzeln in die Hand genommen werden müssen, und es dabei keine Rolle spielt, ob sie in ein Streckenbunde oder in ein Ortsbunde verteilt werden. Demgegenüber ist die Arbeitsparnis in den Bp ganz erheblich; denn der für die weitere Bearbeitung der Ortsbunde notwendige Arbeitsaufwand ist gegenüber den umzunehmenden Streckenbunden sehr gering. Die Ortsbunde können in den Bp sofort entweder in die Beutel für die Bestimmungs-Postanstalten oder in Übergangs-Kartenschlüssen für andere Bp aufgenommen werden und bieten somit die sicherste Gewähr dafür, daß die darin zusammengefaßten Briefsendungen schnell die Empfänger erreichen.

In den vorkehrstarren Zeiten (Weihnachten, Neujahr, Ostern usw.) sind die Ortsbunde von besondere Wichtigkeit. Die Menge der zur Bearbeitung vorliegenden Briefpost ist dann so umfangreich, daß sich zusätzlich noch weitere Ortsbunde fertigen lassen. Wird von dieser Möglichkeit kein Gebrauch gemacht und werden die Bp mit zahlreichen und umfangreichen Streckenbunden belastet, so lassen sich Laufzeitverzögerungen durch nicht rechtzeitig bearbeitete Briefbunde oft nicht vermeiden.

Die Schwierigkeiten, die bei der Fertigung der Ortsbunde auftreten, ergeben sich vor allem aus der bereits erwähnten Tatsache, daß den Orten mit Leitpostämtern eine mehr oder weniger große Anzahl Landorte zugehört ist und die Sendungen für diese meist nur postalisch ungenügende Angaben der Bestimmungsorte tragen. Mit dem Beschaffen der erforderlichen Leitunterlagen und durch das Aufstellen der Leitübersichten allein können diese Schwierigkeiten nicht behoben werden.

Neben der planmäßigen Qualifizierung der Briefverteilkräfte müssen also eine möglichst weitgehende Spezialisierung der gesamten Briefverteilung angestrebt und häufiger Personatechsel vermieden werden.

Dadurch werden die Briefverteilkräfte in die Lage versetzt, sich die erforderlichen Kenntnisse anzueignen, sich auf bestimmten Gebieten zu spezialisieren und alle in Betracht kommenden Sendungen einschließlic derjenigen für die Landkraftpost-Bereiche zu Ortsbunden zusammenzufassen.

Weniger Tarifzonen im SWF-Verkehr

Von Dipl.-Ing. KARL RIBBECK, Berlin

Die Tarifgestaltung im Fernsprecheverkehr muß einfach sein, die politische und wirtschaftliche Schwerpunktsetzung berücksichtigen und untersteht und schließlich dem Teilnehmer eine möglichst preiswerte Nachrichtenübermittlung ermöglichen. Dabei darf die notwendige Akkumulation nicht gefährdet werden. Der folgende Vorschlag einer Tarifneugestaltung für den Selbstwählfernverkehr (SWF-Verkehr) sieht vier Einheitszonen vor, deren Begründung und Berechnung dargestellt werden.

Entwicklung der Gesprächszahlen und Gebühren

Setzt man die Zahl der Fern- und Schnellgespräche des Jahres 1950 gleich 100%, so hat sich 1955 den Wert von 130,2% erreicht. Andreitsch hat die für diese Gesprächsart einkommene Gebührengemenge nur ein Wachstum von 100% auf 108,5% aufzuweisen.

Auf ein einzelnes Gespräch bezogen bedeutet dies, daß der Gebührenertrag je Gespräch von Jahr zu Jahr abgenommen hat, und zwar von 100% im Jahre 1950 bis auf 84% im Jahre 1955 (Bild 1). Der durchschnittliche Wert der Schnellgespräche ist über den ganzen Zeitraum des 1. Fünfjahresplans fast gleich geblieben, so daß das Sinken des Durchschnittswertes in der Gesamtberechnung aus dem Fernverkehr herrührt. Da gleichzeitig aber trotz der Ausweitung der Schnellverkehrsbeziehungen die Zahl der Schnellgespräche langsamer gewachsen ist als die Zahl der Ferngespräche, ist ihr Gebührenertrag von Jahr zu Jahr relativ gefallen.

Diese Zahlenangaben berechtigen uns festzustellen, daß der Fernverkehr entweder zu einer verkürzten Gesprächsdauer neigt, oder aber der Nah- und Schnellverkehr bevorzugt wird. Die Verkürzung der Gesprächsdauer ist wegen der zur Zeit geltenden 3-Minuten-Mindestgebühr nicht völlig eindeutig feststellbar. Die weitere Ausdehnung der Schnellverkehrsbeziehungen mit ihren zum Teil recht bedeutenden Gebührevorteilen, die stärkere Ausrichtung des Verkehrs nach den auf die Bezirks- und Kreisbezirke verlagerten Verwaltungs- und Wirtschaftszentren, der Fortfall von Vorranggebühren im Sofortverkehr und andere Momente werden dagegen vom Rückgang des mittleren Gebührenertrags der Ferngespräche wesentlich offensichtlich widergespiegelt.

Verkehrsverteilung

Da sich die technischen Einrichtungen nach dem Verkehrsfluß richten müssen, der seinerseits wiederum von den wirtschaftlichen und politischen Bedingungen beeinflußt wird, muß der Verkehrsfluß nach Richtung und Intensität einer Gebührensuntersuchung des Fernverkehrs nach der Bezirks- und Kreisinteilung durchgeführt. Aus dieser Untersuchung geht hervor, daß damals die mittlere Dauer eines Ferngesprächs 4,09 Minuten betrug, wobei die Dauer im einzelnen mit zunehmender Entfernung anwuchs. Diese Werte haben sich heute noch nicht entscheidend geändert und sollen hier zugrunde gelegt werden.

Vom Gesamtverkehr (in Erlang gerechnet, also nicht nach der Zahl der Gespräche) verbleiben nach dieser Untersuchung (Bild 2):

- 50% im eigenen Kreis (3,57)
26% in den Nachbarbezirken (4,0)
13% in den übrigen Kreisen des Bezirks (5,0)
6% in den benachbarten Bezirken (5,1)
5% in den übrigen Bezirken, in der Bundesrepublik und im Ausland (6,2).

(Die Werte in Klammern bedeuten die mittlere Gesprächsdauer in Minuten.) Nach diesen Angaben betrug der Mittelwert einer Gesprächsminute im Jahre 1955 27,6 Pf.

Nimmt man nur den Schnellverkehr für sich allein, so ergibt sich ein Satz von 16,7 Pf/Min. Da sich der durchschnittliche Wert eines Schnellgesprächs zu 64 Pf ergab, ist die mittlere Dauer ebenfalls mit

64 = 4,09 Min.
16,7

erreichbar und entspricht damit etwa dem Gesprächsdauerbedarf aus eigenem Kreis und Nachbarbezirken.

Hieraus wird im folgenden ein neuer Tarif für Ferngespräche entwickelt und vorgeschlagen. Dieser Tarif soll einerseits für den Selbstwählfernverkehr (SWF-Verkehr) eine einfache Verzahnung ermöglichen, andererseits eine Zonenstaffelung nach den wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten und Notwendigkeiten bewirken, ohne das starre Schema der reinen Entfernung, nach der der bisherige Tarif aufgebaut ist, zu berücksichtigen. Damit ergeben sich allerdings auch Anforderungen an die Netzgestaltung im SWF-Verkehr, die von den derzeitigen Gegebenheiten abweichen.

Gebührengrenzen

Als Ausgangspunkt wird die Erhaltung des derzeitigen Gebührevolumens gewählt. Da die Gesprächsgebühren im SWF-Verkehr während des Gesprächs in Einheiten der Ortsgesprächsgebühr erfolgt werden soll, muß die neue Gebühr ein ganzes Vielfaches dieser sein, wobei von der Gebühren-Zeitinheit, der Minuten, ausgegangen wird. Von einer 3-Minuten-Mindestgebühr soll im SWF-Verkehr abgesehen werden, weil erst die zugehörige Gebühr eine wirkliche Befriedigung des Nachrichtenbedürfnisses u. a. auch durch Ausnutzung von Kurzgesprächen gewährleistet. Sogar der Charakter von V- und R-Gesprächen läßt sich hierdurch indirekt erzielen, bietet dem Teilnehmer sogar noch tarifliche Vorteile und dient daher direkt der Verbesserung und Verbreitung des Fernsprecheverkehrs. Bei Fernverbindungen wird zudem nur eine relativ geringe Gebühr fällig, so daß Rückaktionen vermieden werden, die im SWF-Verkehr mit seinen vielen Wahlstrichen ohnehin kaum nachprüfbar wären.

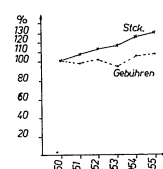


Bild 1. Entwicklung der Fern- und Schnellgespräche nach Anzahl und Gebührenertrag

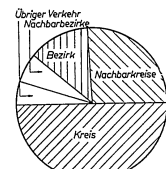


Bild 2. Verkehrsverteilung

Untere Grenze

Als untere Gebührengrenze wird die Ortsgesprächsgebühr von 15 Pf für jede Gesprächsminute vorgeschlagen, obwohl z. B. auch 10 Pf denkbar wären, und zwar so, daß je Ortsgesprächseinheit dann statt 60 Sekunden 90 Sekunden als Sprechzeit zur Verfügung stehen würden.

15 Pf sind als Mindestgebühr heute bereits im Schnellverkehr gebräuchlich, der den Verkehr bestimmter, wirtschaftlich zusammenhängender, aber über die Grenzen der Ortstafel hinausgehender Gebiete erfährt. Die Gebietsbegrenzung des Schnellverkehrs richtet sich ausschließlich nach Gesichtspunkten des Fernsprechverkehrs-Bedarfs und überschreitet deshalb unbedenklich Kreis- und Bezirksgrenzen. Seine Reichweite beschränkt sich allerdings im allgemeinen auf den Bereich eines Kreises mit den unmittelbar angrenzenden Kreisen.

Dabei darf von der Technik nicht gefordert werden, daß sie ihre Abgrenzungen der Bereiche absolut in Übereinstimmung mit den politischen Kreis- und Bezirksgrenzen bringt, weil diese doch im Laufe der Zeit immer wieder durch einfache Verwaltungsakte verändert werden können. Da die unterste Fernverkehrsebene der Knotenamtstufen (KA-Bereich) darstellt, der etwa dem Kreisbereich entspricht - wobei es auch Kreisgebiete mit zwei Knotenamtstufen geben kann -, wäre der jetzige durch den Schnellverkehr häufig erfahrene Bereich durch einen Knotenamtbereich mit den unmittelbar angrenzenden Knotenamtstufen dargestellt.

Obere Grenze

Für die obere Grenze muß gelten, daß der Inlandsverkehr nicht teurer werden darf als der Auslandsverkehr.

Für die im Mittel auszunutzende Entfernung von 500 km ergeben sich

4,20 grf (Goldfranes);

d. h. für 100 km  $\frac{4,20}{5} = 0,84$  grf. Das sind bei dem Umrechnungskurs von 1 grf = 1,09 DM also 0,92 DM je 100 km.

Werden nur 300 km angesetzt, so ergeben sich nach Umrechnung 1,09 DM je 100 km.

Hieraus ergibt sich für Entfernungen über 100 km eine mögliche obere Grenze von einer Minutegebühr zu 90 bis höchstens 105 Pf.

Die CCIF-Empfehlungen sehen die Beschränkung der Fernverkehrszonen innerhalb eines Landes auf drei bis vier Zonen als wünschenswert an.

Allgemeine Bedingungen

Das Gesamt-Gebührenvolumen setzt sich aus den Gesprächsgebühren nach dem Tag- und Nachtstarif zusammen, zu denen noch die Gebühren für Vorranggespräche kommen. Nur im Schnellverkehr entfallen diese Vorranggebühren, aber auch zur Zeit noch der Nachtstarif. Im zukünftigen SWF-Verkehr fallen ebenfalls alle Vorranggebühren fort; dafür hat jeder Teilnehmer den Vorteil des Sofortverkehrs in allen Verkehrsbeziehungen. Damit wird das Gebührenvolumen (bei gleichbleibendem Verkehr) in jedem Falle geringer.

Die psychologische Wirkung einer Einheitsgebühr in verbilligten Verkehrsbeziehungen wird nach den bisherigen Erfahrungen ein Anwachen der Gesprächszahlen mit sich bringen und so einen gewissen Ausgleich schaffen können.

Einheitsgebühren sind bereits im Verkehr weit verbreitet und werden trotz der damit verbundenen Härten im Einzelfall auch von den Verkehrsteilnehmern verstanden, wie z. B. im Straßenbahn- und besonders im Berliner S-Bahnverkehr. Gerade der S-Bahnverkehr ist ein Beispiel dafür, wie sich neben der starren Zoneneinteilung eine härtemildernde Gebührenmahnung als nötig und richtig erweist, weil der 20-Pf-Tarif unter Umständen über

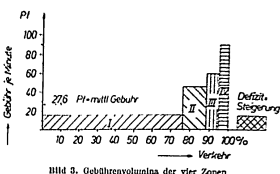


Bild 5. Gebührenvolumina der vier Zonen

die allgemeine 20-Pf-Tariffzone hinübergreift, z. B. bei den Stationen in unmittelbarer Nähe der Tarifzonenengrenzen. Trotzdem werden Einheitsgebühren niemals im Einzelfall völlig gerecht erscheinen und doch volkswirtschaftlich notwendig sein.

Die Möglichkeit von Kurzgesprächen durch den Fortfall der 3-Minuten-Mindestgebühr wird dafür von den Teilnehmern auf verteuerten Verkehrsbeziehungen zur eigenen Kostensenkung häufiger angewandt werden.

Allerdings werden die Leistungen durch den Verbindungsaufbau von Kurzgesprächen relativ lang belegt, was gerade anfangs durch die Unsicherheit in der Wahl vieler Ziffern hintereinander verstärkt wird. Unsichere Teilnehmer werden (zumindest zu Anfang häufiger Verbindungen vor ihrem endgültigen Zustandekommen existieren. Nach Erfahrungen bei der Bundespost ist der Prozentsatz von Verbindungen unter 30 Sekunden Dauer allerdings geringer als 10%, obwohl darin ja auch alle Falschverbindungen und ein großer Teil der als Ersatz für V- und R-Gespräche hergestellten Verbindungen enthalten sind.

Somit ist, ganz abgesehen von der veränderten Kostenstruktur im vollautomatischen SWF-Verkehr, die Tarifgestaltung nur von der Gebührenvolumenheraussetzung her ökonomisch nicht ganz einwandfrei. Unter der Voraussetzung, daß eine neue Technik trotz ihrer absoluten Vorteile dennoch dem Benutzer keine höheren Aufwendungen abfordern darf, und weil die Kostenstruktur des SWF-Verkehrs im Augenblick auch noch nicht annähernd genau zu überschauen ist, kann z. Z. der Tarifaufbau nur vom Gebührenvolumen her durchdacht werden.

Berechnung der Tariffzonen

Das erforderliche Gebührenvolumen je Minute (Stand 1955) wird mit 100% des Verkehrs  $\times 27,6$  Pf = 2760 Gebührenvolumeneinheiten (GVE) erfährt.

1. Die unterste Zonenebene trägt rd. 76% des Gesamtverkehrs, die zu 15 Pf gerechnet also  $76 \times 15 = 1140$  GVE ergeben.

2. Wird der Verkehr innerhalb des eigenen Hauptamtsbereiches (13%) - der trotz einiger Ausnahmen etwa dem eigenen politisch-administrativen Bezirk entsprechen würde - zur Gebühr von 45 Pf abgewickelt, so entspricht das  $13 \times 45 = 585$  GVE.

3. Die Gebühr für den Verkehr zwischen benachbarten Hauptamtsbereichen (6%) soll zu 60 Pf gerechnet werden, so daß sich hierfür  $360$  GVE errechnen lassen.

4. Die sich bisher ergebenden  $1140 + 585 + 360 = 2085$  GVE lassen an Gesamtvolumen noch  $2760 - 2085 = 675$  GVE übrig, die von den restlichen 8% des Verkehrs aufgebracht werden müßten, so daß sich hierfür eine Gebühr von  $675 : 8 = 84,375$  Pf von 90 Pf abt. damit also  $45 \cdot 5 = 225$  GVE

als Defizit offen, die aber letztlich mit dem zu erwartenden Zuwachs an Verkehr kompensiert werden können: Wird dieser Zuwachs nur zu 30% und nur in der untersten Zonenebene angenommen (eigene Erfahrungen ergaben rd. 30% Gebührenerhöhungen netz hinaus), so entspricht diese Steigerung bereits  $0,3 \cdot 80\% \cdot 15$  Pf = 225 GVE.

Die vorgeschlagene Gebührenaufstellung bedeutet damit je Minute:

- Zone I: Verkehr im Bereich des eigenen und mit benachbarten Knotenämtern . . . . . 15 Pf
- Zone II: Verkehr im Bereich des eigenen Hauptamts 45 Pf
- Zone III: Verkehr mit benachbarten Hauptämtern . . . . . 60 Pf
- Zone IV: Verkehr mit allen übrigen Verkehrsbeziehungen (ohne Ausland) . . . . . 90 Pf

Die Staffelung entspricht damit einem Verhältnis

1:3:4:6

Das Ausland selber ist ausgenommen, weil die Gebühr dieser Gespräche im allgemeinen wenigstens 90 Pf je Minute beträgt, aber auch wesentlich darüber liegen kann.

Zone I

Die neue Zone I bedeutet eine Verteuerung des Verkehrs, der bisher in der Naizonen (bis 10 km) zu 10 Pf/Min. abgewickelt wurde. Diese Verteuerung kann ohne weiteres in Kauf genommen werden, weil im Schnellverkehr ohne Rücksicht auf die Entfernungen ja bisher auch bereits die 15-Pf-Gebühr bestand.

Dem widersprechenden Teilnehmer erwächst aber aus der wesentlichen Vergrößerung des Bereichs der neuen Zone I eine beachtliche Verbilligung seines Gesamtverkehrs, weil diese Gebühr im normalen Verkehr bisher nur für Entfernungen bis zu 15 km gültig war, jetzt aber im Durchschnitt 26 km bis sogar 45 km umfaßt.

Dieser Berechnung ist der Bezirk Leipzig zugrunde gelegt, wobei als Durchschnitt die mittlere Entfernung zwischen den Kreisstädten (bzw. Knotenämtern) genommen wurde. Der Wert 45 km entspricht der mittleren Entfernung zwischen der jeweiligen Kreisstadt (KA) und der fernsten VStW der Nachbarzone (KÄ).

Zone II

Die neue Zone II kann nur den Bereich des eigenen Hauptamts (also etwa den eigenen politischen Bezirk) umfassen. Entsprechend den erweiterten Aufgaben und Befugnissen der Bezirke wird sich in der weiteren Durchführung der Demokratisierung gerade diese Verkehrsbeziehung besonders entwickeln. Deshalb sind die benachbarten Hauptämter an dieser Zone nicht mehr beteiligt. Damit ergibt sich eine durchschnittliche Entfernung von 57 km (Hauptamt/Knotenamt) und eine mittlere Maximalentfernung Hauptamt/fernteste VStW des Hauptamtsbereiches von 85 km.

Der bisherige Tarif sah für die Entfernung 50 bis 75 km (Zone IV) 45 Pf je Minute vor, während die Entfernung 75 bis 100 km (Zone V) bereits 60 Pf erforderte. Damit bleibt im großen und ganzen für diese Verkehrsbeziehung die alte Gebühr erhalten.

Zone III

Die mittlere Entfernung benachbarter Bezirke, also praktischer Hauptämter, beläuft sich auf knapp 100 km und entspricht damit der alten Zone V mit 60 Pf je Minute. Im einzelnen lassen sich nach dem Vorzeichen der TDS der Deutschen Demokratischen Republik folgende Entfernungen zwischen den benachbarten Kreisstädten ermitteln. Darunter ist

- die Zone III  $3 \times$  (einschl. Berlin-Potsdam),
- die Zone IV  $10 \times$ ,
- die Zone V  $6 \times$  und
- die Zone VI  $11 \times$  vorhanden.

Aus diesem Grunde ist die Gebühr von 90 Pf je Minute für diese Verbindungen als höchstmöglich gewählt worden, weil die Verteuerung in den 13 Fällen der alten Zonen III und IV nur zum Teil durch das Übergreifen der untersten Zonenebene gemildert wird, in den 11 Fällen der alten Zone VI aber eine Verbilligung um 20% eintritt.

Eine Einbeziehung dieser Verbindungen in die neue Zone II (45 Pf) ist nicht mehr möglich, weil sich sonst die weiteren Verbindungen zu sehr verteuern müßten, wenn auch nur annähernd das Gebührenvolumen erhalten bleiben soll.

Gewisse Schwierigkeiten entstehen an allen Stellen, an denen sich die Bereiche der Bezirke nicht mit denen der Hauptämter decken. Daher sind diese Bereiche möglichst einander auszugleichen. Eine gewisse Milderung ergibt sich, wenn man jeweils die benachbarten Grenzkreise der Nachbarbezirke in den neuen Zonen II mit einbezieht, weil diese durch die Zone I (einschl. von einigen Kreisen der beteiligten Bezirke erreicht werden können.

Zone IV

Die Gebührengrenze für alle übrigen Gespräche wird bewußt unterhalb der Gebühr für Auslandsgespräche gewählt. Die möglichen Verkehrsbeziehungen zwischen den Bezirkestädten über die benachbarten hinaus verteuern sich wie folgt (nach alten Zonen):

- Zone V 4 Verkehrsbeziehungen
- Zone VI 66 Verkehrsbeziehungen
- Zone VII 82 Verkehrsbeziehungen
- Zone VIII 26 Verkehrsbeziehungen
- Zone IX 2 Verkehrsbeziehungen

Obwohl das Maximum in der alten Zone VI liegt, wird die Gebühr von 90 Pf dennoch für richtig gehalten (neben der Notwendigkeit vom Gebührenvolumen her), weil der SWF-Verkehr einen Sofortverkehr darstellt und damit für die Nachrichtenübermittlung wesentlich wertvoller ist als der jetzige.

Technische Angaben

Die Gebührenerfassung im SWF-Verkehr geschieht während des Gesprächs mit Zählimpulsen, so daß sich nach der vorgeschlagenen Tarifstaffelung folgende Impulsfolgen ergeben:

- Zone I (15 Pf) 1 Impuls/Min.
- Zone II (45 Pf) 3 Impulse/Min.
- Zone III (60 Pf) 4 Impulse/Min.
- Zone IV (90 Pf) 6 Impulse/Min.

Damit betragen die Sprechzeiten je Gebühreneinheit von 15 Pf:

- Zone I 60 Sek.
- Zone II 20 Sek.
- Zone III 15 Sek.
- Zone IV 10 Sek.

Der erste Zählimpuls geht mit der Beantwortung des Anrufs hinaus, so daß der zentralgesteuerte nächste Zählimpuls im Bereich der einzelnen Zonen bereits nach  $30 - 10 = 7,5$  bzw. 5 Sek. folgt. In den Zonen I und II bleibt demnach im Mittel genügend Zeit, um eine Falschverbindung vor dem zweiten Zählimpuls auszulösen. In den beiden letzten Zonen wird das zuerst möglich sein und muß in Kauf genommen werden.

Vergleich mit fremden Postverwaltungen

Deutsche Bundesrepublik

Im SWF-Verkehr wird zwischen Knotenamtbereich, Nachbar- und Weiterverkehrsbezirk unterschieden. Im Knotenamtbereich wird eine Rücksicht auf die Einzelentfernung eine Einheitsgebühr von  $\frac{1}{2}$  der Ortsgesprächsgebühr je Minute Sprechzeit berechnet. (Die Ortsgesprächsgebühr beträgt 16 Pf.)

In der Nachbarzone gilt die Entfernung zwischen den Knotenämtern als Berechnungsgrundlage demnach, daß die Sprechzeit für eine Ortsgesprächs-Gesprächseinheit beträgt:

- Zone I bis 15 km 60 Sek. (1 Einheit)
- Zone II über 15 km bis 25 km 45 Sek. ( $\frac{1}{2}$  Einheiten)
- Zone III über 25 km bis 50 km 30 Sek. (2 Einheiten)
- Zone IV über 50 km bis 75 km 20 Sek. (3 Einheiten)
- Zone V über 75 km bis 100 km 15 Sek. (4 Einheiten)

Im Weltverkehrsbereich ist die Entfernung zwischen den Hauptämtern entscheidend und bringt folgende Einteilung:

|                              |                          |
|------------------------------|--------------------------|
| Zone VI bis 200 km           | 12 Sek. (5 Einheiten)    |
| Zone VII über 200 bis 300 km | 10 Sek. (8 Einheiten)    |
| Zone VIII mehr als 300 km    | 8 1/2 Sek. (7 Einheiten) |

Im Verkehr von öffentlichen Sprechstellen mit Münzfernsprechern werden die gleichen Gebühren erhoben wie bei Teilnehmersprechstellen, aber als Vielfaches von 0,10 DM berechnet. Im Knotenamtbereich wird kein Unterschied zwischen Tag- und Nachtgebühr gemacht. Seit dem 1. 3. 1956 ist die Nachtgebühr für die IV. bis zur VII. Zone (über 50 km) einheitlich auf 1/2 Einheiten je Minute festgelegt, d. h., für eine Einheit (10 Pf) sind 45 Sek. Sprechzeit gegeben. Damit besteht außerhalb des Knotenamtbereiches (über 55 km) eine einheitliche Nachtgebühr, die außerordentlich günstig ist. Die Nachtgebühr wird in der Zeit von 19 bis 7 Uhr sowie sonabends ab 14 Uhr bis montags 7 Uhr erhoben.

Besonders Merkmal der Gebührenermittlung in der Bundesrepublik Deutschland ist die Vielzahl von Zonen und der vielfältige Tarif innerhalb des eigenen Knotenamts.

**Volksrepublik Polen**

Ortsgesprächsgeld: 0,65 zł  
Münzfernsprechergebühr (Ort): 0,50 zł  
Im Fernverkehr werden drei Zonen nach der Ortsentfernung unterschieden.

|                |                    |                |
|----------------|--------------------|----------------|
| Minutengebühr: | bis 25 km          | 0,50 zł (0,30) |
|                | über 25 bis 100 km | 1,25 zł (0,75) |
|                | über 100 km        | 3,00 zł (1,80) |

Während der Zeit von 17 bis 8 Uhr werden 40% Ermäßigung gewährt. (Ermäßigte Werte stehen in Klammern.) Das sich hier-

aus ergebende Verhältnis, gemessen an der Ortsgesprächsgebühr beträgt also

1:2,5:6.

(Auffällig ist die Ausdehnung und Höhe der Nachtgebührebegünstigung)

Die Tarifgestaltung der Volksrepublik Polen nimmt keinerlei Rücksicht auf die staatlichen Verwaltungsgrenzen, sondern geht rein von der geographischen Entfernung aus.

**Tschechoslowakische Republik**

Das Amtliche Fernsprechnetz gibt nur feste Sätze für je drei Minuten an, die von Prag aus gerechnet sind. Die Nachtgebühr ist im Fernverkehr zu 40% ermäßigt.

**Nachttarif**

Der Einfluß eines verbilligten Nachttarifs ist in diesem Vorschlag nicht näher untersucht, weil die Unterlagen hierfür noch nicht ausreichen. Ganz allgemein aber kann gesagt werden, daß im SWF-Verkehr ein verbilligter Nachttarif keine nennenswert erhöhten personellen Aufwendungen durch gestiegenen Verkehr erfordert, also zu einer verbesserten Ausnutzung vorhandener Kapazitäten ohne Kostenerhöhung führt. Eine wesentliche Vorlagerung von Gesprächen aus der Normaltarifzeit wird nicht angenommen, weil die Vorteile des Sofortverkehrs meist höher als die möglichen Gebührenersparnisvorteile geschätzt werden dürfen, wenigstens im Wirtschaftssektor. Eine Vergrößerung des Privatanteils bedingt zwar eine Erhöhung der Wohnungsanschlüsse und einen zeitlich günstigeren Beginn der Nachttarifzeit, etwa von 19 Uhr oder gar 18 Uhr an, sowie die dann ohne weiteres mögliche Ausdehnung dieser Zeit auch von Samstag (etwa 14 Uhr) bis Montag früh 7 Uhr.

Wenn keine nennenswerten Vorlagerungen stattfinden, dann ist auch das Gebührenvolumen nicht vermindert, weil in dem genannten Volumen ja auch der jetzige Nachtanteil enthalten war.

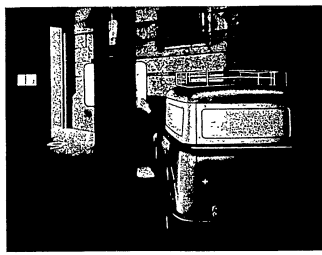
Aus dem Institut für Post- und Fernmeldewesen mitgeteilt:

**Lochkartenverfahren im Fernmelderechnungsdienst**

In „Die Deutsche Post“, Heft 3/57, stellte Kollegs Dipl.-Ing. Rübner die Frage „Ist das Lochkartenverfahren im Fernmelderechnungsdienst zweckmäßig?“. Die Antwort, die er in seinen Ausführungen gibt, kann falsche Vorstellungen über die Möglichkeiten der Lochkartentechnik im Post- und Fernmeldewesen und insbesondere über ihre Anwendbarkeit im Fernmelderechnungsdienst erwecken. Es erscheint deshalb notwendig, auf folgendes hinzuweisen:

Das vom Verfasser geschilderte Arima-Lochkartenverfahren ist nur eines von mehreren bekannten Verfahren, die jeweils unterschiedliche Möglichkeiten bieten. Seine Berechnungen betreffen einen Produktionsbetrieb, der dieses Verfahren für Zwecke der Materialwirtschaft und Fertigungsabrechnung verwendet. Diese Berechnungen haben leider keinen unmittelbaren Bezug auf den Fernmelderechnungsdienst, so daß die dargelegten Schlussfolgerungen ohne stichhaltige Begründung bleiben. Der Verfasser kommt schließlich zu dem Ergebnis, daß die Arbeit des Fernmelderechnungsdienstes für eine Lochkartenanlage zu „einfach“ sei und deshalb für Einsatz ausschließlich für Zwecke des Fernmelderechnungsdienstes nicht geeignet werden kann. Dazu ist folgendes zu bemerken:

Beim Institut für Post- und Fernmeldewesen besteht seit einiger Zeit ein Labor, das sich mit der Mechanisierung der Verwaltungsarbeit beschäftigt. Dort laufen zur Zeit Untersuchungen über die Anwendbarkeit von Lochkartenverfahren im Fernmelderechnungsdienst. Ende dieses Jahres wird ein erster vollständiger Überblick über dieses Gebiet vorhanden sein. Einiges



Ans. „Collection d'études postales“, Heft 14, Bern 1952.

zeichnet sich aber schon jetzt ab. Dies sei zur Orientierung des Kollegenkreises, der an diesem Problem interessiert ist, mitgeteilt.

Der Mechanisierung der Fernsprechnetzabrechnung wird im Ausland große Aufmerksamkeit geschenkt. In der Schweiz, die auf diesem Gebiete wohl am weitesten fortgeschritten ist, wird die Fernsprechnetzabrechnung monatlich für rd. 750000 Fernsprechnetznehmer durch eine zentrale Lochkartenteile vorgenommen. In anderen Ländern, die sich durch eine große Sprechstellendichte auszeichnen, wurden Einrichtungen geschaffen, die von der Registrierung der Gespräche bis zur Herstellung der Fernsprechnetzabrechnung monatlich für rd. 750000 Fernsprechnetznehmer durch eine zentrale Lochkartenteile vorgenommen. In anderen Ländern, die sich durch eine große Sprechstellendichte auszeichnen, wurden Einrichtungen geschaffen, die von der Registrierung der Gespräche bis zur Herstellung der Fernsprechnetzabrechnung monatlich für rd. 750000 Fernsprechnetznehmer durch eine zentrale Lochkartenteile vorgenommen. In anderen Ländern, die sich durch eine große Sprechstellendichte auszeichnen, wurden Einrichtungen geschaffen, die von der Registrierung der Gespräche bis zur Herstellung der Fernsprechnetzabrechnung monatlich für rd. 750000 Fernsprechnetznehmer durch eine zentrale Lochkartenteile vorgenommen.

Vor allem ist darauf hinzuweisen, daß solche Verfahren nur nach einheitlichen Gesichtspunkten und nur Schritt um Schritt eingeführt werden können. Dazu sind sehr eingehende Untersuchungen erforderlich, die sich nicht nur auf den zweckmäßigsten Einsatz der entsprechenden Maschinen erstrecken dürfen, sondern das gesamte Abrechnungssystem analysieren müssen. Auch die mit der Gebührenabrechnung unmittelbar zusammenhängenden Betriebsvorgänge, wie z. B. die Zählung oder Registrierung der Gespräche bzw. Gebührenrechnungen, die Ablesung der Zählerstände, die Formulargestaltung im Rechnungswesen usw. werden davon beeinflusst. Schon diese kurzen Hinweise lassen erkennen, daß dieses Problem nicht nur durch Berechnungen der Kosten, der Kapazität usw. der Lochkartenmaschinen zu lösen ist, sondern vor allem eine komplexe Untersuchung aller Probleme der Fernsprechnetzabrechnung und -abrechnung erfordert. Eine solche Untersuchung ist weder in dem Aufsatz des Kollegen Ribbeck erfolgt, noch ist sie im Labor für die Mechanisierung der Verwaltungsarbeit abgeschlossen. Deshalb kann die Frage „Ist die Anwendung eines Lochkartenverfahrens im Fernmelderechnungsdienst zweckmäßig?“ gegenwärtig noch nicht beantwortet werden.

Dautz, IPF Berlin (Außenstelle Dresden)

**Leserbrief**

**Zum Artikel „Einheitliche Erfassung der Verlust- und Beraubungsfälle“**

Vom dem Kollegen Gerhard Richter aus Erfurt ist ein sehr guter und brauchbarer Vorschlag für die einheitliche Erfassung der Verlust- und Beraubungsfälle im Bereich der Deutschen Post im Heft 3/1957 der Fachzeitschrift „Die Deutsche Post“ unterbreitet worden. Es liegt auch durchaus die Notwendigkeit der Einführung eines einheitlichen Verfahrens auf diesem Gebiete vor, weil der Verlustnachweis A in seiner augenblicklichen Form durchaus nicht mehr den Erfordernissen entspricht. Die Vorteile des vom Kollegen Richter beschriebenen Verfahrens liegen auf der Hand. Jedoch könnte es nichts schaden, wenn das Verfahren noch etwas vervollkommen und damit gleichzeitig auch übersichtlicher gestaltet würde. Diesem Zweck soll ein nachstehender Diskussionsbeitrag dienen.

Als erstes möchte ich mich mit den vorgesehenen Gattungszahlen befassen. Hierzu muß bemerkt werden, daß wir bei Verlusten und Beraubungen zumindest vier Gattungen von Postsendungen unterscheiden müssen, nämlich Pakete, Päckchen, Wert- und Einschreibsendungen und gewöhnliche Briefsendungen. Für die letztgenannte Sendungsart ist jedoch kein Gattungszahlen vorgesehen. Als Verlust- und Beraubungsfälle von gewöhnlichen Briefsendungen zu vermerken sind, ist eben-

falls nicht gesagt. Derartige Verlustfälle müßten also mit den gewöhnlichen Päckchenverlusten erfäßt oder gänzlich fortgelassen werden. Ein derartiges Verfahren würde aber niemals ein Bild der tatsächlichen Verlust- und Beraubungsfälle geben. Es ist daher unerlässlich, auch die Verluste und Beraubungen gewöhnlicher Briefsendungen mit zu erfassen (Gattungszahlen Δ).

Es wäre ferner noch zu überprüfen, ob nicht eine Trennung von Wert- und Einschreibsendungsverlusten zweckmäßig ist. In diesem Falle würde ich vorschlagen, für Wertsendungen das Gattungszahlen □ zu verwenden.

Den Vorschlag, bei Verlusten von mehreren von einem Absender an den gleichen Empfänger abgesandten Sendungen die entsprechende Anzahl von Gattungszahlen auf der Meldung anzubringen, halte ich nicht für zweckmäßig, und zwar aus folgenden Gründen: Bei zwei bis drei Sendungen mag dieses Verfahren noch angehen, anders sieht es jedoch schon bei sechs und mehr Sendungen aus. Mein Vorschlag geht aber dahin, bei Verlusten von mehreren, von einem Absender an den gleichen Empfänger abgesandten Sendungen, die Anzahl der Sendungen durch eine Ziffer in dem betreffenden Gattungszahlen auszuzeichnen, also z. B. □3; d. h., von dem in der Meldung bezeichneten Absender an den genannten Empfänger sind drei Pakete in Verlust geraten. Bei Wert- und Einschreibsendungsverlusten wäre die Ziffer hinter das Gattungszahlen zu setzen, also z. B. x2.

Die Mitteilungen über die Zurückziehung einer Verlust- und Beraubungsmeldung sind zweckmäßigerweise gleichfalls im Durchschreibverfahren zu fertigen, und zwar vierfach. Das Original wird an das Bestimmungs- bzw. Aufgabe-PA, die erste Durchschrift an die BPF, die zweite Durchschrift an die zentrale Auswertungsstelle gesandt und die dritte Durchschrift verbleibt bei der Zurückziehungsmeldung ausfertigen Postanstalt. Zweckmäßigerweise wird die Zurückziehungsmeldung mit der Verlust- bzw. Beraubungsmeldung, auf die sie sich bezieht, vereinigt. Wenn dann die Z-Meldung zum Zwecke der Unterscheidung noch andersfarbig, z. B. grün ist, ist es leicht festzustellen, welche Verlust- bzw. Beraubungsmeldungen zurückgezogen worden sind, was besonders wichtig bei der Aufstellung des Verlustnachweises B ist, der ja auf Grund der einzelnen Verlustmeldungen aufgestellt wird und ein Bild der tatsächlichen Verluste geben soll.

Im allgemeinen wäre zu den zu fertigenden Meldungen zu sagen, daß diese zweckmäßigerweise in Blockform, Format DIN A 5, zentral beschickt werden. Auch würde es sich empfehlen, das Original und die einzelnen Durchschriften mit entsprechenden Aufdrucken „Für Bestimmungs- Aufgabe - Postanstalt“; „Für BPF - BUB“ und „Für zentrale Auswertungsstelle“ zu versehen.

Entgegen der vom Kollegen Richter vertretenen Auffassung, daß es infolge des unterschiedlichen Farbdruckes der Meldungen nicht erforderlich sei, die Eingangs- und Abgangsverluste getrennt zu halten, weil der unterschiedliche Farbdruck schon ohnehin eine Übersicht vermittelt, bin ich der Ansicht, daß es aus Gründen der Arbeitserleichterung günstiger ist, die Meldungen nach Ab- und Eingangsverlusten zu trennen und je für sich fortzuführen zu nummerieren. Es ist dann ohne große Mühe möglich, die Verluste in ein- und abgehender Richtung festzustellen.

Ferner bin ich der Ansicht, daß der in Form einer schematischen Übersichtstabelle zum findenden Amterspiegel wesentlich übersichtlicher wäre, wenn die Ein- und Abgangsverluste getrennt dargestellt würden, anstatt sie in einer Rubrik aufzuzählen und nur durch Bei- und Rotstift zu unterscheiden. Ich schlage daher vor, das Kästchen für die jeweilige Postanstalt in zwei Rubriken (Ein- und Abgang) zu unterteilen.

Diese Darstellungsart veranschaulicht die Verluste an den einzelnen Sendungsarten übersichtlicher und ausgenüger. Es fällt auch sofort auf, welche Verluste überwiegen, so daß entsprechende Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen durch den Uva eingeleitet werden können.

Erhard Pirschel, EPA Frankfurt (Oder)

### Die Fernsehversorgung der Deutschen Demokratischen Republik nach einer neuen einheitlichen Frequenzplanung

Von Dr. Udo KÜHN, Kolberg

Die Ausbreitung ultrakurzer Wellen über den optischen Horizont hinaus durch die Beugung der Wellen um die Erde und die Brechungs- und Reflexionseigenschaften der Atmosphäre macht eine sinnvolle Frequenzplanung für UKW- und Fernsehkanäle notwendig. Wenn sich, wie man früher einmal angenommen hatte, die ultrakurzwelligen Wellen nur bis zum optischen Horizont hin ausbreiten würden und dann die Feldstärke sofort vernachlässigbar klein wäre, erübrigte sich eine Planung der Frequenzen. Die einzelnen Sender könnten sich untereinander nicht stören. Man hatte aber sehr bald erkannt, daß die elektromagnetischen Felder derartiger Sender noch in sehr großer Entfernung nachweisbar vorhanden sind.

#### Die zeitlichen Schwankungen der Feldstärke

Die Feldstärken unterliegen entsprechend den verschiedenen Ausbreitungsbedingungen, die in der Atmosphäre herrschen, sehr starken Schwankungen. So beträgt z. B. die Schwankung der Tagesschwerte der Empfangsfeldstärke eines in 200- bis 300 km Entfernung stehenden Senders bis zu etwa 40 dB. Dieser Wert ist also einmal abhängig von der Sendereinstellung und zum anderen muß man berücksichtigen, daß es sich um extreme Werte, gemessen bei den verschiedensten atmosphärischen Zuständen, handelt. Immerhin kann man eine Senderplanung nicht aufbauen, indem man ungünstige atmosphärische Bedingungen voraussetzt, sondern ist zur Erreichung eines weitgehend störungsfreien Empfangs auf die Berücksichtigung der extrem guten Ausbreitungsbedingungen in der Atmosphäre angewiesen. Man hat sich daher gezwungen, die Planung von UKW-Rundfunk und Fernsehkanälen so durchzuführen, daß zu 99% der Zeit keinerlei Störungen durch Interferenzen mit anderen Sendern auch bei den extremsten Ausbreitungsbedingungen auftreten dürfen. Erst dann kann man von einem störungsfrei versorgten Gebiet sprechen. Wenn z. B. ein Fernsehsehbildschirm von 1000 Programmstunden im Mittel nur 500 Stunden empfangen hat, so kann man dies nicht eine Versäumnis der entsprechenden Gebiete nennen, weil ja in Wirklichkeit nur zu 50% der Zeit Empfang möglich war. Es ist also notwendig, für eine Planung Ausbreitungsbedingungen in Abhängigkeit von der Entfernung zu verwenden, die eine Aussage über die in 1% der Zeit an einem bestimmten Orte herrschenden Empfangsfeldstärken gestattet; denn nur unter Zugrundelegung dieser Kurven ist es möglich, eine Versorgung mit einer 99%igen Sicherheit zu gewährleisten. Würde man nur die Feldstärken, die für die einzelnen Orte in 10%, die Zeit herrschen, zur Planung heranziehen, könnte man auch nur mit einer entsprechend niedrigeren, nämlich einer 90%igen Empfangssicherheit rechnen.

#### Ausbreitungsbedingungen

An der Festlegung allgemeinen gültiger Ausbreitungsbedingungen haben die verschiedenen Länder gearbeitet, und auf den internationalen Tagungen des CCIR sind entsprechende Empfehlungen ausgegearbeitet worden. Hierbei hat man Kurven festgelegt, deren Anwendung bei Problemen der UKW-Rundfunk- und Fernsehplanung angestrebt wird. Es ist nicht zu empfehlen, daß z. B. zwei benachbarte Länder ihre Planungen nach verschiedenen Richtlinien und nach verschiedenen Ausbreitungsbedingungen durchführen. In den Bildern 1 und 2 sind die Feldstärkekurven, nach denen die Planung vorgenommen wurde, für 50% der Orte und 1% der Zeit mitgeteilt. Der höhenabhängige Teil der Ausbreitungsbedingungen ist nach den bei der Planung der westdeutschen Fernsehsender gemachten Erfahrungen gegenüber den CCIR-Kurven angehoben. Die Bilder 3 und 4 bringen die Feldstärkekurven für 50% der Orte und 50% der Zeit.

Wir haben bisher nur von den zeitlichen Feldstärkevariationen gesprochen und dabei stillschweigend vorausgesetzt, daß sich die ultrakurzwelligen Wellen unabhängig von der Geländegestaltung überall gleichförmig ausbreiten. Dies ist aber nicht der Fall. Die Geländegestaltung wirkt sich sehr maßgeblich auf die Struktur und Intensität des elektromagnetischen Feldes aus, so werden z. B. in stark bergigem Gelände auf den Bergen oder zumindest an den erhöhten oder durch die Beugung begünstigten Gebieten Empfangsmöglichkeiten vorhanden sein, während in tief eingeschnittenen Tälern oder auf der Rückseite der Hindernisse die Feldstärken für den Empfang eines Fernseh- oder UKW-Rundfunksenders nicht mehr ausreichen. Es ist aus diesem Grunde selbstverständlich nicht möglich, eine Planung für 100% aller Orte durchzuführen, weil sich auch in noch verhältnismäßig geringer Entfernung vom Sender Gebiete befinden können, die auf Grund ihrer topographischen Lage nicht versorgt werden. Auch hier hat man sich auf einen Wert geeinigt, der allgemein bei der Planung zugrunde gelegt wird. Man macht zur Voraussetzung, daß die Versorgung für 45% aller Orte Gültigkeit besitzen soll. Die örtliche Feldstärkeverteilung ist für bestimmte Geländegehaltungen charakteristisch und entfernungsabhängig.

#### Örtliche Feldstärkeverteilungen

Zusammenfassend läßt sich zu den zeitlichen und örtlichen Feldstärkeveränderlichkeiten feststellen, daß die Richtlinien für 99% der Zeit und 45% der Orte als maßgeblich für die hier durchgeführte Senderplanung zugrunde gelegt werden sind. Diese Werte stützen sich auf die auch in anderen Ländern angewandten Grundlagen.

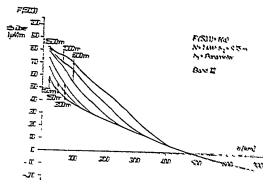


Bild 2. Wie Bild 1, jedoch für Band III

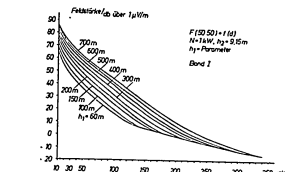


Bild 3. Feldstärkekurven für 50% der Orte und 50% der Zeit für Band I

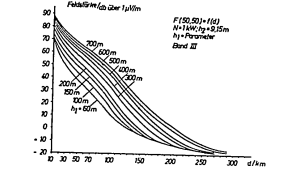


Bild 4. Wie Bild 3, jedoch für Band III

#### Störstand

Das Prinzip der Planung gründet sich neben diesen bereits gemachten Feststellungen auf die Verwendung des sogenannten Störstandes. Es ist dies das Verhältnis zwischen dem Signal des Nutzersenders und demjenigen des störenden Senders. Es ist klar, daß sich zwei Sender, deren Frequenzen einen genügenden Abstand voneinander haben, nicht stören werden. Die größte Störung wird erreicht, wenn die beiden Bildträger auf gleicher Wellenlänge empfangen werden. In diesem Falle muß zur Erzielung eines einwandfreien Empfanges der Störstand 45 dB betragen. Die erforderliche Größe des Störstandes, die für die Planung von großer Bedeutung ist, wurde aus Bild 5 ermittelt. Der sehr hohe Störstand bei Gleichkanalbetrieb zweier räumlich nicht sehr voneinander getrennter Sender läßt die Versorgungsgebiete auf verschwindend kleine Flächen zusammenschrumpfen. Damit wäre einmal keine Versorgung des betreffenden Gebietes möglich, und zum anderen wäre die Wirtschaftlichkeit des Betriebes der Fernsehsender unter derartigen Bedingungen in keiner Weise mehr vorhanden. Um ein Beispiel zu geben, wie kritisch diese Frage ist, und welche Überlegungen bei der exakten Frequenzplanung anzustellen sind, sei nur erwähnt, daß bei Gleichkanalbetrieb im III. Band die Sender Brocken und Berlin bei effektiven Strahlungsleistungen von 100 kW und einer Sendenteilhöhe von 200 m für den Sender Berlin und 650 m für den Sender Brocken das Versorgungsgebiet des

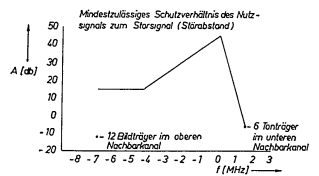


Bild 5. Notwendiger Störstand zur Sicherung eines einwandfreien Frequenzempfangs bei verschiedenen Frequenzabständen der Bildträger

Senders Berlin von 14520 km² auf 675 km² zurückgeht. Die Verhältnisse werden etwas günstiger, wenn man den Bildträger versetzt, aber die Störungen sind immer noch beträchtlich. Es ist jedoch nicht möglich, beliebige Frequenzverschiebungen vorzunehmen, weil man bei der Planung an das Einhalten der entsprechenden Kanäle gebunden ist.

#### Kanalaufteilung

Ist die Kanalaufteilung innerhalb eines größeren zu planenden Gebietes einheitlich, so sind die Dinge wesentlich einfacher zu überblicken, als wenn verschiedene Kanalaufteilungen in Gebieten existieren, die nahe beieinander liegen. Dies wird deutlich werden, wenn man sich vorgewagt, daß bei nicht einheitlicher Kanalaufteilung ein Kanal des einen Gebietes immer zwei Kanäle des anderen Gebietes stört und umgekehrt, weil sich die Kanäle überlappen. Die Kanalaufteilung nach CCIR- und OIR-Kanälen ist aus Bild 6 ersichtlich. Durch die Kanalaufteilung steigt die Zahl der zu berücksichtigenden störenden Sender beträchtlich, und die Versorgungsgebiete werden zu klein. Bei einer einheitlichen Kanalaufteilung würden derartige Hindernisse nicht bestehen. So kommt es dazu, daß die vorhandenen Kanäle nicht ausreichen, um eine für das gesamte Land auch nur einigermaßen zufriedenstellende Versorgung zu erreichen. Dies ist also nach noch so sorgfältig durchgeführter Planung nicht möglich.

#### Grundlagen der Versorgungsberechnungen

Das Verfahren einer Versorgungsrechnung und einer vollständigen Frequenzplanung für ein größeres Gebiet ist nicht ganz einfach. Bei den hier vorgelegten Versorgungsarten wurde im wesentlichen nach dem von Großmann und Kallbeiser beschriebenen vereinfachten Multiplikationsverfahren gearbeitet [1]. Es soll im folgenden ganz kurz das Berechnungsverfahren besprochen werden, um einen Überblick über den Gang der Untersuchungen zu geben. Über die theoretischen Grundlagen der Planung von Fernseh- und UKW-Sendern liegen verschiedene Untersuchungen vor [2], [3], [4], [5], [6]. Für die Reichweitenbestimmung eines Senders ist neben der Kenntnis seiner Leistung die sogenannte wirksame Höhe von Bedeutung. Unter der wirksamen Höhe versteht man die mittlere Höhe des Sendervorgefeldes. Dazu wird in der Umgebung

Table with columns OIR, CCIR, [Mc] and rows of numerical values representing frequency planning data.

Bild 6. Kanalaufteilung für Fernsehbetrieb nach CCIR und OIR

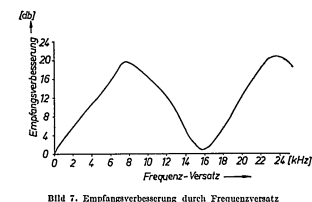


Bild 7. Empfangsverbesserung durch Frequenzversatz

eines Senders in einer Entfernung zwischen 3 und 16 km der mittlere Wert der Geländehöhe bestimmt. Die wirksame Antennenhöhe ist dann die Differenz zwischen der Höhe des Antennenscheitelpunktes über NN und dem Sendervorgelände. Die Rechnungen werden für eine Empfangsantenne mit Rundcharakteristik durchgeführt. Die Höhe der Antenne soll 9 m betragen, und der Gewinn entspricht demjenigen eines Halbwelldipols.

Für einen bestimmten Kanal des zu berechnenden Senders werden nun alle irgendwo in Betracht kommenden störenden Sender herangezogen. Die Störabstände wurden nach Bild 5 bestimmt, wobei eingesetzt wurde

- Gleichkanalsender ..... 45 db
- Gleichkanalsender 2/3 off-set ..... 30 db

Bei anderen Frequenzsätzen ergeben sich entsprechend Bild 7 auch andere Störabstände:

- Störender Sender im unteren Nachbarkanal ..... - 0 db
- Störender Sender im oberen Nachbarkanal ..... - 12 db

Verwendet man für zwei sich gegenseitig störende Sender verschiedene Polarisationsrichtungen, so verbessert sich der Störabstand um 10 db. Diese Verbesserung ist recht erheblich, und es wird gezeigt werden, daß von dieser Möglichkeit auch bei der neuen Planung Gebrauch gemacht wurde. Für jeden störenden Sender werden die Differenzen zwischen den Leistungen des störenden Senders und des Nutzsenders bestimmt, wobei 1 db über 1 kW zugrunde gelegt wird. Danach ermittelt man unter Berücksichtigung einer 50%igen Ortswahrscheinlichkeit die Differenz der Feldstärken, die für 1% der Zeit des störenden Senders und 50% der Zeit des Nutzsenders vorhanden ist. Bezeichnet man die einzelnen Größen mit

- A = Störabstand
- P' = Leistung des störenden Senders
- P<sub>N</sub> = Leistung des Nutzsenders
- F<sub>1</sub> (50,1) = Feldstärken des störenden Senders für 50% der Orte und 1% der Zeit
- F<sub>N</sub> (50,50) = Feldstärken des Nutzsenders für 50% der Orte und 50% der Zeit

so erhält man für die Umkehrung der Ortsfunktion nach Grefmann und Kallteiser [1]

$$r(L) = A + P'_1 - P'_N + F_1(50,1) - F_N(50,50)$$

Der Wert für  $F_1(50,1) = R_1(1) + F_1(50,50)$  läßt sich aus einem in der entsprechenden Arbeit mitgeteilten Diagramm entnehmen. Mittels  $r(L)$  wird die Ortswahrscheinlichkeit  $L$  für den Empfangsort bestimmt. Diese Größe liefert den Prozentsatz der versorgten Orte in einer bestimmten, vorher angenommenen Entfernung  $d$ . Man berechnet nun diese Wahrscheinlichkeit für jeden störenden Sender getrennt. Bei der Vielzahl der Sender kommt nicht nur ein störender Sender in Betracht, es sind vielmehr gleichzeitig mehrere Störer zu berücksichtigen. Dies geschieht, indem das Produkt der einzelnen Wahrscheinlichkeiten gebildet wird.

Dadurch ermittelt man die Gesamtwahrscheinlichkeit dafür, daß bei Zusammenkommen der Wirkungen durch mehrere störende Sender innerhalb 99% der Zeit störungsfreier Empfang gewährleistet wird. Zweifelmäßigweise berechnet man für zwei verschiedene Ortswahrscheinlichkeiten in der Umgebung von 0,45 die Versorgungswahrscheinlichkeit und interpoliert bzw. extrapoliert auf Wahrscheinlichkeitspapier die 0,45 entsprechend 45% Ortswahrscheinlichkeit. Man erhält dann die Entfernung, innerhalb der das Gebiet für 45% der Orte und 99% der Zeit eine ausreichende Versorgung besitzt. Da die Störwirkung auf der dem störenden Sender zugewandten Seite des Nutzsenders größer ist als auf der entgegengesetzten Seite, genügt es nicht, nur eine einzige Berechnung in einer Richtung hin durchzuführen, sondern es sind mehrere Richtungen zu berechnen. In der Mehrzahl der Fälle genügt zum Erlangen eines ausreichenden Überblickes eine Rechnung in drei oder vier Richtungen. Die äußeren Begrenzungen der Gebiete, innerhalb derer die geforderten Schutzmaßnahmen eingehalten werden, sind dann sinnvoll zu verbinden, um das wirkliche Versorgungsgebiet des Nutzsenders zu erhalten.

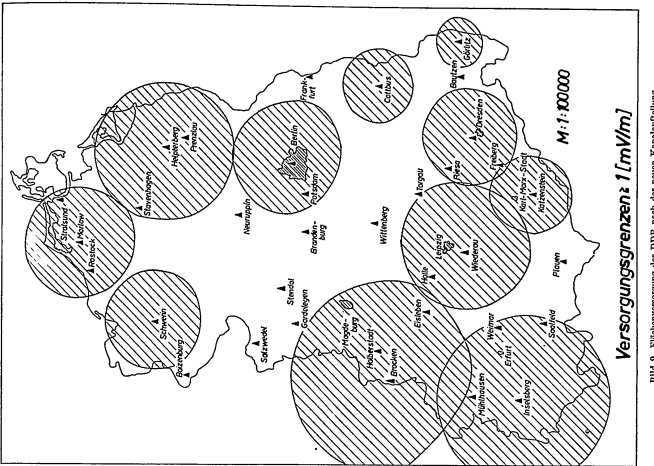
### Flächenversorgung

Um einen Überblick über die sich ergebende Flächenversorgung bei einer Aufteilung nach OIR-Kanälen zu geben, ist in Bild 8 die Versorgungsarte nach Durchführung der entsprechenden Berechnungen wiedergegeben. Diese Rechnungen beruhen auf einer OIR-Kanalaufteilung, berücksichtigen dabei aber nicht die Frequenzen, nach denen die Fernsehsender bisher gearbeitet haben oder zur Zeit noch arbeiten. Als störende Sender fanden Berlin-West und Braunschweig Berücksichtigung. Außerdem werden in diesem Plan die alten Frequenzen für Prag und die Störungen durch Posen berücksichtigt. Im Endausbau dieses Planes lassen sich dann die in Bild 8 aufgezeigten Versorgungsgebiete erreichen.

Die Versorgungsrechnung wurde seinerzeit unter Zugrundelegen der CCIR-Kurve (London 1955) durchgeführt, und für die Sender Leipzig und Bogen auf Rügen wurden geringere Leistungen angesetzt. Durch Wegfall des Senders Braunschweig im I. Band erhöht sich der Versorgungsradius beim Sender Inselferg um etwa 40 km. Infolge der verschärften Bedingungen, die aus der Anhebung der CCIR-Kurven für größere Entfernungen entstehen, werden aber andererseits die Versorgungsradien eingeschränkt, was sich z. B. besonders bei den Sendern Dresden und Marlow bemerkbar macht. So wird der Versorgungsradius von Dresden von 64 auf 55 km vermindert. Beim Sender Marlow beträgt der Rückgang des Versorgungsradius 11 km.

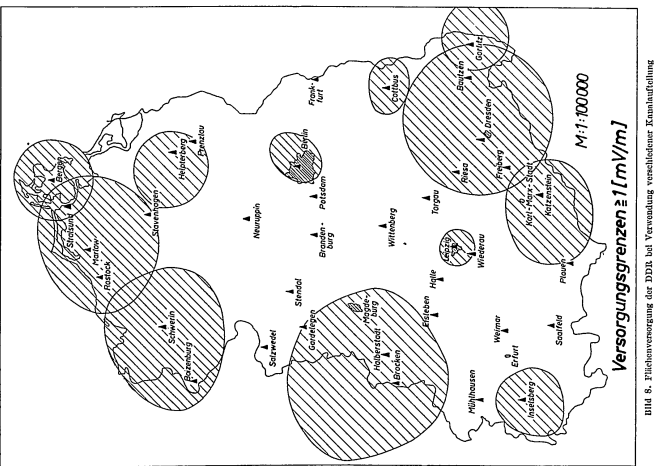
Sicher ist es möglich, durch Einsatz von Kleinstendern oder Frequenzumsetzern die Verhältnisse an einzelnen Orten etwas zu verbessern. Aber man ist grundsätzlich bemüht, die günstigste Flächenversorgung durch Großsender zu erreichen. Vorhandene Versorgungslücken können dann durch den Einsatz von Kleinstendern oder Frequenzumsetzern zum großen Teil geschlossen werden. Bei all diesen Rechnungen muß darauf geachtet werden, daß die Schutzfeldstärken der Sender in den Nachbarländern möglichst nicht erhöht werden, um auch dort eine optimale Fernsehversorgung zu erzielen.

Verwendet man auch für das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik die gleiche Kanalaufteilung, wie sie nach CCIR vorgeschlagen ist (mit einem Bild-Ton-Abstand von 5,5 MHz), so lassen sich aus den oben angegebenen Gründen beachtlich bessere Flächenversorgungen erreichen. Es muß allerdings vorausgesehen werden, daß eine völlige Versorgung des gesamten Landes auch nach den günstigsten Bedingungen nicht möglich ist. Insofern sind Versorgungsanzahlen, die wesentlich über 50% liegen, schon als verhältnismäßig gut zu bezeichnen; denn die Planung ist unter Berücksichtigung eines Rundstrahlers als Empfangsantenne mit dem Gewinn eines Halbwelldipols aufgestellt. Es sind also sehr strenge Bedingungen zugrunde gelegt. In der Praxis werden vorwiegend gerichtete Antennen verwendet, wobei sich z. B. bei Anwendung einer



Versorgungsgrenzen  $\geq 1 \text{ mV/m}$

Bild 8. Flächenversorgung der DDR bei Verschiebung verschärfte Kanalaufteilung für die DDR und die Bundesrepublik



Versorgungsgrenzen  $\geq 1 \text{ mV/m}$

Bild 9. Flächenversorgung der DDR bei Verschiebung verschärfte Kanalaufteilung für die DDR und die Bundesrepublik

einfachen Yagi-Antenne mit einem Vor-Rück-Verhältnis von etwa 3:1 die Versorgungsgebiete eines Senders schon recht erheblich erweitern werden, ganz abgesehen von der Tatsache, daß sich durch Antennen mit noch besseren Daten die Verhältnisse ebenfalls günstiger gestalten, so daß sich die prozentuale Flächenversorgung beträchtlich erhöht.

Außerdem können bei der Planung verschiedene Polarisationsrichtungen verwendet werden. Die Änderung der Polarisation bewirkt eine Verbesserung des Störabstandes um 10 db. Es ist bei der Planung vielfach gar nicht anders möglich gewesen, die durch einen Sender erreichbare Versorgungsfläche einigermaßen wirtschaftlich auszunutzen, ohne verschiedene Polarisationsrichtungen einzusetzen. Durch diese Maßnahme läßt sich eine recht beachtliche Verbesserung des Versorgungsgebietes erzielen. Es sind die Sender Leipzig, Dresden und Havelberg mit vertikaler Polarisation geplant. Umfangreiche Untersuchungen, die von den verschiedensten Ländern vorgenommen wurden, haben gezeigt, daß sich die Ausbreitungsbedingungen zwischen horizontal und vertikal polarisierten Wellen nicht wesentlich unterscheiden, weshalb sich die Verwendung vertikal polarisierter Wellen für die Flächenversorgung nicht ungünstig auswirken können. Weiterhin mußte der technische Kunstgriff des sogenannten off-set-Betriebes angewandt werden. Bei einer 625-Zeilennorm beträgt die Zeilenfrequenz 15,025 kHz. Der Bildträger ist um das gebrochene Vielfache der Zeilenfrequenz versetzt. Da aber um eine halbe Zeilenfrequenz versetzte Sender untereinander wieder einen sehr ungünstigen Störabstand haben, hat man den 1/2-off-set eingeführt; der Frequenzversatz beträgt dann  $\pm 10,5$  kHz. Außerdem wurde entsprechend den in Westdeutschland gemachten Erfahrungen der Frequenzversatz um 1/4 der Zeilenfrequenz oder ein Vielfaches derselben in Anwendung gebracht. So erhält man z. B. bei einem 1/4-off-set einen Frequenzversatz von 2,6 kHz. Die im off-set arbeitenden Sender sind in der folgenden Aufstellung besonders gekennzeichnet. Eine sehr wesentliche Voraussetzung für einen off-set-Betrieb ist allerdings eine weitestgehende Frequenzkonzanz der Sender, woran in Zukunft ein besonderer Wert gelegt werden muß.

für die Deutsche Demokratische Republik mit den zur Verfügung stehenden Kanälen bestmögliche Flächenversorgung erreicht werden. Vergleicht man dazu nochmals die in Bild 9 mitgeteilte Karte und betrachtet die Versorgungsgebiete, so wird man leicht erkennen, daß sich Versorgungsstellen, die noch bestehen, sicher durch Verwenden einfacher Empfangsrichtantennen schließen lassen. Dies betrifft in erster Linie den mitteldeutschen Raum. Außerdem wird durch Aufstellen von Kleinsendern und Frequenzumsetzern noch eine bessere örtliche Versorgung erzielt werden können.

Diese hier mitgeteilten Versorgungskarten sind in teilweise recht mühevoller Arbeit errechnet worden, und es wurden verschiedenste Versorgungspläne überprüft. Für die Durchführung der umfangreichen Planungs- und Berechnungsarbeiten sei Herrn Math. Erich Apitz besonders gedankt. Gleichzeitig danken wir Herrn Dipl.-Ing. U. Köhler für seine Mitarbeit bei den Versorgungsrechnungen. Herrn Dipl.-Ing. Stier danken wir für wertvolle Diskussionen und Hinweise.

Literatur:

- (1) R. Großmann, K. H. Koltbitter: Vereinfachte Verfahren zur Bestimmung der Versorgungsanforderlichkeiten und deren Anwendung auf UKW-Netzeplanung. Techn. Hausmittlg. d. NWDV, Sonderheft, Juni 1952.
(2) F. von Bantendorf, H. W. Fackler: Probleme der UKW-Versorgung. Techn. Hausmittlg. d. NWDV, Jg. 5, H. 1-5, 1953, S. 9.
(3) W. Nestel, E. Schwarz: Über die physikalischen Grundlagen bei der Sendeplanung im Ultrakurzwellengebiet. Funk und Ton, 4, 1953, S. 165.
(4) E. Gutmann, W. Köpfe, W. Stepp: Planung des Rundfunksendernetzes im UKW-Bereich für Hörfunk und Fernsehen. FZS, 8, 1955, S. 455.
(5) J. Großkopf: Die Verfahren zur Ermittlung der Versorgungsanforderlichkeiten im Feld eines von beliebig vielen Sendern beaufschlagten Nutzsenders. Techn. Hausmittlg. d. NWDV, Sonderheft, Juni 1952.
(6) M. Kulp: Empfangsstörungen bei FM- und AM-Empfängern durch schwache Störquellen. A. E. U. 1, 1952, S. 17.

U. Köhler: Die Ausbreitung ultrakurzer Wellen im Gelände. „Die Deutsche Post“, Heft in Vorbereitung.

Die neue Frequenzaufteilung

Der hier vorgestellte Frequenzplan wurde mit den angrenzenden Ländern abgestimmt. Die neuen Frequenzen sind:

Table with 4 columns: Sender, Band/Kanal, off-set (kHz), Polarisation. Rows include Havelberg, Inselberg, Berlin, Brocken, Steierlin, Dresden, Katzenstein, Marlow, Leipzig.

Vorgesehene Standorte: Görlich und Cottbus.

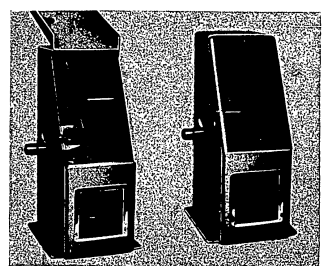
Wie dabei die Flächenversorgung der Deutschen Demokratischen Republik aussehen wird, geht aus Bild 9 hervor.

Man erkennt leicht, daß die Versorgung nach diesem Plan wesentlich günstiger aussieht; die gesamte vermehrte Fläche beträgt 62%. Dabei ist die Voraussetzung gemacht, daß sich Sender in Nachbarländern, die gleiches Programm ausstrahlen, gegenseitig nicht stören. Es war bereits an anderer Stelle darauf hingewiesen worden, daß unter Verwendung gerichteter Empfangsantennen, wie in der Praxis üblich, die versorgte Fläche beachtlich größer wird.

Die hier vorgestellten Untersuchungen zeigen den großen Vorteil, den eine einheitliche Kanalleitung bietet. Wenn die hier ausgearbeitete Frequenzaufteilung wirklich vollzogen ist und die Sender mit der vorgesehenen Leistung strahlen, wird eine

Briefmarkenausgabegerät für den Schalterbetrieb der niederländischen Postverwaltung

Die Maschine (Bild) enthält Marken eines Wertes und ist mit einem Zähler versehen. Bei jeder Kurblumdrehung gibt sie eine Marke aus. Es können auch 2, 3 oder 4 Marken auf einmal ausgegeben werden. Die Maschine wird für den Verkauf von Wertzeichen durch Schalterangestellte verwendet.



Aus: „Collection d'etudes postales“, Heft 9, Heft 1952.

Einige Bemerkungen über unsere Zeitschrift „Die Deutsche Post“

Von K. KALAUCH, Zentralvorstand der IGPF, Berlin

Zehn Nummern unserer neuen Zeitschrift sind bisher erschienen, und ich würde „Yasser in die Elbe tragen“, wollte ich hier besonders unterstreichen, daß wir Genugtuung und Freude darüber empfinden.

Meine Absicht ist, einige kritische Bemerkungen zum bisherigen Inhalt der Zeitschrift vom Standpunkt des Gewerkschaftsfunktionärs darzulegen, ohne etwa eine allumfassende Einschätzung vornehmen zu wollen.

In seinem Geleitwort zum Erscheinen der Zeitschrift (Nr. 1/1956) schrieb der Minister für Post- und Fernmeldewesen, Herr Darmreiter, daß die großen Aufgaben, die unser Wirtschaftszweig im 2. fünfjährigen Plan zu lösen hat, nur realisiert werden können, „wenn es uns gelingt, in unserem täglichen Wirken, besonders in unserer Wettbewerbsarbeit, in den Produktionsberatungen und in den ökonomischen Konferenzen, die schöpferische Mitarbeit aller Beschäftigten zu wecken; wenn wir gut qualifizierte Mitarbeiter mit einem hohen patriotischen Bewußtsein erziehen, die befähigt sind, die neueste Wissenschaft und die moderne Technik zu meistern; wenn die Erkenntnisse und Erfahrungen der Neuerer, Bearbeiter und Erfinder allen Mitarbeitern vermittelt werden“.

Ich stimme diesen Ausführungen des Herrn Ministers zu, muß jedoch feststellen, daß unsere Zeitschrift diese Gesichtspunkte bisher noch sehr unbedeutend berücksichtigt.

Ich habe den Eindruck, daß die Artikel häufig Themen behandeln, die zwar interessant, aber wenig mit den Problemen zu tun haben, die unsere Kollegen in der Arbeit und während des Zusammenkommens im Amt beschäftigen.

In unserer Zeitschrift ist zu wenig davon zu spüren, daß wir in einer Zeit großer gesellschaftlicher und betrieblicher Umgestaltungen leben, in einer Zeit der Auseinandersetzung zwischen dem Alten, Überlebten (auch in den Post-, Fernmelde- und Funkämtern) und dem Neuen, Vorwärtstrebenden.

Denken wir nun an ein so wichtiges, in jeder Beziehung bedeutendes Problem wie die Einführung der 45-Stunden-Woche. Jahrzehntlang ist der Kampf der Arbeiter und Angestellten Deutschlands um die 48stündige Arbeitswoche. Tausende der hervorragendsten Repräsentanten der deutschen und internationalen Arbeiterklasse setzten sich dafür ein, mit ihrer Gesundheit und nicht selten mit ihrem Leben. Erst im Ergebnis der Novemberrevolution 1918 wurde der 8-Stunden-Arbeitsstag in Deutschland gesetzlich garantiert.

Und heute bereits sind wir, ich betone, auch im Post- und Fernmeldewesen so weit, künftig nur noch 45 Stunden — noch dazu bei vollem Lohnausgleich — zu arbeiten.

Das ist doch ein gewaltiger Erfolg von historischer Bedeutung, der auch als solcher von vielen Kollegen und Kollegen erkannt wird.

Unsere Kollegen der westdeutschen Bundespost wollen natürlich auch eine Verkürzung der Arbeitszeit, aber der Bundesrat und die Bundesregierung fürchten dadurch eine Schmälerung der Gewinne der Post, die man so dringend für Aufrüstung und Kriegspolitik braucht. Die große Verbitterung und die Haltung des deutschen Kollegen über diese arbeitserfäulnische Haltung des Adenauerstaates wird sehr deutlich im Leitartikel des Organs der Deutschen Postgewerkschaft „Deutsche Post“ (Nr. 6/57) ausgedrückt. Dort heißt es:

„Die Vorbehalte und Denkschriften der beiden großen Betriebsverwaltungen Post und Bahn haben uns leider davon überzeugt, daß seitens der Verwaltung kein erster Wille besteht, die Frage der Arbeitszeitverkürzung objektiv zu untersuchen und die berechtigten Forderungen der Gewerkschaften zu unterstützen. Es ist ihnen offenbar recht, den jetzigen Zustand weiterhin aufrechtzuerhalten bei ständiger Vermehrung der Betriebsleistungen durch eine nur geringe Erhöhung des Personalbestandes, ja die Menschen nicht nur 48, in vielen Sparten nicht nur 60, sondern bis zu 72 Stunden in der Woche arbeiten zu lassen. Was interessiert sie schon der Bauhöhe an der menschlichen Arbeitskraft, der vermehrte Verschleiß der besten Kräfte, was die notwendige Angleichung an die Arbeits-

zeitverkürzungen in der freien Wirtschaft und offenbar schon gar nicht die Tatsache, daß der öffentliche Dienst in der Bundesrepublik mit seiner wüchentlichen Arbeitsleistung an der Spitze der westlichen Länder liegt.“

Bei uns sind andere Verhältnisse. Wir haben eine Arbeiter- und Bauern-Mehrheit; Monopolherren und Militaristen sind verjagt, und wir bestimmen selbst das Tempo der Entwicklung. Deshalb konnte unsere Regierung in voller Übereinstimmung mit den Interessen der Werktätigen auch beschließen, daß ab 1. 6. 1957 die in den Post-, Fernmelde- und Funkämtern der Deutschen Demokratischen Republik beschäftigten Kollegen nur noch 45 Stunden arbeiten werden.

Aber eine solche umfassende Maßnahme wirft viele Fragen auf, Fragen politischer und fachlicher Art, die beantwortet werden müssen.

Unsere Zeitschrift, die dafür ausgezeichnet geeignet wäre, „schweres“ leider „leichtes“, sie hört nichts und reagiert nicht! Dabei erinnere ich mich noch sehr genau, daß in einer Sitzung der Zentralen Kommission für die Verkürzung der Arbeitszeit im Dezember 1956 die Leiter der Hauptverwaltungen des MPF verpflichtet wurden, zu einigen Problemen der Arbeitszeitverkürzung Artikel zu veröffentlichen.

Warum tun sie das nicht?

Warum schreiben unsere Amtsleiter, Meister und Stellenvertreter zu diesen Fragen keine Artikel?

Es gibt doch „heiße Diskussionen“ um die notwendige Verbesserung der Arbeitsorganisation als Voraussetzung für die Verkürzung der Arbeitszeit; es gibt viele Vorschläge, die für alle wertvoll wären, und manche Kritik, die ebenso wertvoll wie lehrreich ist.

In den Ämtern werden natürlich noch andere Fragen diskutiert, so z. B., daß die Bearbeitung der Verbesserungsverschlüsse und Erfindungen viel zu lang dauert, daß man sehr wenig von neuen Arbeitsmethoden erfährt. Bekanntlich sind die Organe unserer Verwaltungen gesetzlich verpflichtet, Neuerungen durch zu popularisieren, für ihre Verbreitung zu sorgen, Erfahrungsaustausche über neue Arbeitsmethoden zu organisieren usw.

Bis zum August 1956 scheiterte das oft, weil es keine Zeitschrift gab. Heute haben wir die Zeitschrift, dafür mangelt es offensichtlich an Verfassern zu diesem Thema, wobei ich betonen möchte, daß wir die Artikel über die neuen Zustellmethoden sehr begrüßen.

Es muß in E. auch in dieser Richtung mehr von der tatkräftigen Mitarbeit unserer Kollegen durch Besprechung und Popularisierung ihrer Vorschläge und Arbeitsmethoden in unserer Zeitschrift zu spüren sein. Doch noch eine Bemerkung:

Unsere Zeitschrift ist für das Post-, Fernmelde- und Funkwesen der Deutschen Demokratischen Republik da, d. h., die muß einwirken auf die Festigung der sozialistischen Verhältnisse in unseren Ämtern und Betrieben. Sie kann sich also nicht „behalten“, kann nicht nur informieren und unterhalten, sondern muß Partei ergreifen, Antwort geben und dadurch mitwirken. Ich wiederhole: Man spürt wenig von dieser Seite ihrer Aufgaben, die ich gerade für sehr wichtig halte.

Da ist z. B. ein so bedeutungsvoller, interessanter Artikel, wie der des Kollegen Hanau über „Die erste internationale Ausstellung über die Postmechanisierung in Rom“. Er schildert den Stand der Technik im Postwesen einiger kapitalistischer Länder und bemüht sich, objektiv zu sagen, wie es damit steht. Aber diese Darstellung ist in Wirklichkeit sehr einseitig, wenn verstanden wird, die Auswirkungen einiger solcher technischer Einrichtungen auf die Menschen zu beurteilen. Tatsache ist, daß der technische Fortschritt z. B. in den französischen und westdeutschen Post- und Fernmeldeämtern eben unter kapitalistischen Verhältnissen — viele katastrophale Auswirkungen für die Postler mit sich brachte.

Die Postverwaltungen gerade dieser kapitalistischen Staaten messen die Bedeutung, Zweckmäßigkeit und Wirksamkeit bestimmter neuer technischer Einrichtungen nach dem Gewinn für den kapitalistischen Staat, ohne sich wesentlich um den bei uns so wichtigen Gesichtspunkt der Erleichterung oder Beseitigung schwerer körperlicher Arbeit zu kümmern.



Im Informationsbulletin der Internationalen Vereinigung der Gewerkschaften der Werktätigen des öffentlichen Dienstes (Sondernummer) wurde über das Post- und Fernmeldewesen Frankreichs kürzlich berichtet:

„In den Verwaltungsdiensten sind die Comtometer-Operatoren, von denen 90 Prozent Frauen sind, am stärksten betroffen. Sie müssen jetzt 8000 Lochungen je Stunde vornehmen, und das Arbeitstempo — insbesondere bei elektrisch betriebenen Maschinen — erfordert eine ständige und intensive Anstrengung. Dennoch gibt es für sie nur zwei viertelstündige Pausen am Tage. Unter diesen Arbeitern herrschen viele Krankheiten, und es geschehen zahlreiche Unfälle.“

In den Post-, Telefon- und Telegrafendiensten hat die Produktivitätskampagne zu einer besonders starken Erhöhung des Arbeitstempos geführt. Zwischen den Jahren 1949 und 1952 hat sich der Verkehr um 20 Prozent vergrößert, während das ständige Personal um 2 Prozent verringert wurde. Die Beschleunigung des Arbeitstempos wurde mittels des veralteten Systems der Zeit- und Bewegungsstudien an der Arbeit mit mechanischen Einrichtungen durchgeführt. Das hat zu einem ungeheuren Anstieg der Zahl nervöser Störungen geführt, wobei sogar Fälle von Geistesgestörtheit aufgetreten sind. In den sieben Jahren von 1948 bis 1955 wurde eine Erhöhung von 75 auf 639 Fälle festgestellt, die zu längerer Krankheit geführt haben — das bedeutet einen Anstieg um 752 Prozent.“

Ähnliche, ja in vielem noch schlechterer Auswirkungen, gibt es bei der westdeutschen Bundespost. In einer einzigen Laufbahngruppe, dem „mittleren weiblichen Dienst“, wurden in Auswirkung der Rationalisierung und Mechanisierung allein im Jahre 1956 8000 Dienstposten gekürzt, und für das Jahr 1957 ist eine erneute Kürzung in gleichem Umfang geplant.

Diese Beispiele kann man für viele Dienstweige gelten lassen. Die Deutsche Postgewerkschaft erklärt in ihrem Organ (Nr. 20/56) dazu:

„Die ständige Verkehrs Zunahme und die seit Jahren steigenden, durch Rationalisierung und Mechanisierung laufend veränderten Anforderungen an die Bediensteten der Deutschen Bundespost drohen zu einer ernstlichen Verminderung der Leistungsfähigkeit und Gefährdung des Gesundheitszustandes zu führen.“

Mir scheint, bei solcher Betrachtung des technischen Fortschritts in kapitalistischen Ländern bekommt man ein anderes, vom Standpunkt der Arbeiterklasse objektives Bild.

Und eben dieses klare Bild vermisse ich im Artikel des Kollegen Homann, aber auch in einigen Artikeln anderer Verfasser. Soweit meine Bemerkungen. Ich weiß, daß das Sekretariat des Zentralvorstandes großen Einfluß auf unsere Zeitschrift haben kann und diese Möglichkeit bisher nur schwach nutzt. Wir werden das ändern und der Redaktion helfen, leichter und sehr aber auf wichtige Probleme unseres Industriezweiges aufmerksam zu werden. Vor allem jedoch fordern wir unsere betrieblichen und betrieblichen Leitungen auf, tatkräftig mitzuwirken an Inhalt unseres Organs; denn „Wie man in den Welt hineinruft, so schallt es auch wieder heraus.“

Die Leitung des MPP bitten wir, daß das Ministerium stärker publizistisch in Erscheinung tritt; manche wichtige Verfügung wäre zu kommentieren, und viele Unklarheiten gäbe es fortan nicht mehr.

Schließlich aber hoffe ich, daß noch andere Kollegen einmal über Inhalt und Gestaltung der Zeitschrift, „Die Deutsche Post“ schreiben und ihre Meinung äußern. Solche Aussprache bringt immer vorwärts!

Die Redaktion ist der Meinung . . .

... daß der Kollege Kalanach in seinem vorstehenden Artikel einige wichtige Probleme aufgegriffen hat. Jawohl, die offene Parteilinie fehlt in einigen Aufsätzen. Jawohl, eine so wichtige Frage wie z. B. die Einführung der 45-Stunden-Woche in unseren Post- und Fernmeldebetrieben wurde kaum behandelt. — tollt tollt die für solche Artikel prädestinierten Stellen jüdischer Herrschaften an, mit der Herausgabe von Direktiven sei genug getan. Und doch sind wir der Ansicht, daß „Die Deutsche Post“ nicht „höher

schwebt“, sondern mit ihren behandelten Themen mitten hineingreift in viele Probleme und Aufgaben, die es zu lösen gilt.

Wie kommen wir zu einer solchen Behauptung, obwohl auch einige Zeitschriften von Lesern (s. „Die Deutsche Post“, Heft 5/57) dieser Ansicht des Koll. Kalanach recht zu geben scheinen?

Hierzu eine klare Feststellung: „Die Deutsche Post“ ist eine Fachzeitschrift, deren vornehmste Aufgabe es ist, Mittel und Wege zur Steigerung der Arbeitsproduktivität im Post- und Fernmeldewesen zu veröffentlichen. Damit unterscheidet sie sich von anderen Publikationsorganen, z. B. von den Informationen der Industrie-gewerkschaft Post und Fernmeldewesen oder vom Verlegungs- und Mitteilungsblatt des MPP. Ferner muß der Unterschied zu Betriebszeitschriften gezogen werden. Sind die letztgenannten Organe vor allem dem betrieblichen Geschehen gewidmet, hat der frühere „Postaktivist“ oft unangenehme, minderwertige und grübelnde Probleme informativ veröffentlicht, so soll „Die Deutsche Post“ hauptsächlich zu einem gründlicheren — wenn man will — wissenschaftlichen Herangehen an unsere Aufgaben. Wir müssen uns leider frei machen von der Handwerkerlei und dem Problem — mal so, mal so.

Endlich ist die Tatsache zu verzeichnen, daß unsere Zeitschrift für die Kräfte des Betriebsdienstes nicht immer das gewünschte Lektüre darstellt. Dieser Kollegenkreis fühlt sich von der Behandlung der Alltagsfragen innerhalb der Betriebspraxis mehr angesprochen, als von oft tiefbührenden Untersuchungen, in denen vielleicht sogar mathematische Formeln enthalten sind. Die Redaktion kommt dieser Neigung entgegen; sie ist tolerant genug, um im gewissen Maße auch Betriebsdienstfragen Raum zu geben. Doch können derartige Erfahrungsberichte nicht Hauptinhalt der Zeitschrift sein. Wir appellieren aber bei dieser Gelegenheit an unser Ministerium, der Frage der Herausgabe von Unterrichtsblättern für den Betriebsdienst näher zu treten; denn der übersteigende Teil unserer Beteschäften besteht aus Kollegen des Betriebsdienstes. Trotzdem muß es noch einmal ausgesprochen werden, daß wir unsere Aufgaben ohne Einsatz einer modernen Technik nicht lösen können. Die mitunter in laudatorem Sinne geäußerte Ansicht von Lesern, die Post- und Fernmelde-technik sei in unserer Zeitschrift überbetont, muß deshalb ins Positive gewandelt werden: Nur eine Gesellschaftsordnung wird sich behaupten, die die höchstmögliche Arbeitsproduktivität hervorbringen kann. Um also der Gesellschafts-ordnung des Sozialismus zum Siege zu verhelfen, bedarf es der Propagierung eben dieser modernen Technik, was zutiefst eine politische Aufgabe darstellt. In diesem Sinne wird die Zeitschrift weiter wirken, wobei die Hinweise des Kollegen Kalanach für Autoren und Redaktion gleichermaßen wertvoll sind.

Den Lesenden und mitleidigen Lesern sei eine Herz gelobt, die Artikel unserer Zeitschrift wirklich gründlich durchzuarbeiten und mit ihnen unterstellten Mitarbeitern zu besprechen. Ferner bieten gerade die ökonomischen Aufsätze den lange gewünschten Stoff für Schulungen gesellschaftlicher Organisationen auf dem Gebiete der Politischen Ökonomie.

Hoffen wir, daß jede und Gegenrede der Sache gedient habe. Horst Hille

Der „Schlag des Tages“ als Fernsprechkondensat wurde in Paris Anfang Januar 1957 eingeführt. Diese Teile-Chansons, wie sie auch genannt werden, wurden bei der Bevölkerung so beliebt, daß die technischen Einrichtungen nicht mehr den Ansprüchen entsprechen waren. Die Post mußte daraufhin dieses Teil des Kundendienstes vorläufig wieder einstellen. Die Anlage soll verbessert und danach wieder in Betrieb genommen werden.

Fernsehkameras für die Flachbildröhren werden seit einigen Jahren in der Sowjetunion gebaut. Auch die Struktur des Meresbodens kann so erforscht werden. Die neuesten Typen erlauben eine Arbeit in einer Tiefe von 1600 m. Die Kameras befinden sich in einer Kugel von 60 cm Durchmesser.

Das neue große Fernsehzentrum im Sidewest von Moskau, das sich bereits im Bau befindet, soll im Jahre 1959 seine Tätigkeit aufnehmen. Ein 100 m hoher Sendeturm wird täglich drei Programme ausstrahlen. Darunter die folgenden: Die Leistung des Senders wird auf mehr als das Zehnfache steigen, so daß die Moskauer Empfänger mit Zimmerräumen betrieben werden können. Der Wald von Fernsehantennen auf den Dnieper-Moskau gehört bald der Vergangenheit an. Gleichzeitig soll durch die Vergrößerung der Sendebereichs der Empfängerbereich für die Moskauer Fernsehseher erheblich erweitert werden.

Normung und Standardisierung - Aufgaben der Deutschen Post?

Von Dipl.-Ing. Johannes BEGRICH, Berlin

Die nachstehenden Ausführungen sollen allen Mitarbeitern der Deutschen Post Klarheit über die Begriffe und Aufgaben der Technischen Normung und Standardisierung bringen, Anregungen für Vorschläge zu den Durchführungsbestimmungen geben und hiermit zur Diskussion gestellt werden.

„Warum diese Frage?“ wird vielleicht mancher Leser aus dem Kreise der Postanghörigen sagen. „Normung und Standardisierung sind doch Sache der Industrie (Produktion), aber nicht der Abnehmer von Industrieerzeugnissen; also auch nicht Angelegenheit der Deutschen Post, die die von der Industrie produzierten Einrichtungen und Geräte zur Erfüllung ihrer Aufgaben einsetzt.“

Dieser Standpunkt beruht wohl auf der noch landläufigen — in der Fachliteratur als „Jedermann-Betrachtungswiese“ bezeichneten — Auffassung, wonach man unter Normung und Standardisierung nur die Vereinheitlichung kleiner, in Mengen hergestellter Bauelemente, wie z. B. Schrauben, Muttern, Federn, etc. art versteht, kennt. Solche Vereinheitlichungsmaßnahmen standen bei Beginn der Normung vor etwa 40 Jahren im Vordergrund. Die Normung umfaßt jedoch heute alle, auch die im Bereich der Deutschen Post verwendeten Erzeugnisse.

Wenn man der Bedeutung des Begriffes Normung nachgeht und die genannten Beispiele im Zusammenhang mit zugehörigen Vorgängen beim Verbraucher betrachtet, wird man feststellen müssen, daß sich unter Normung mehr verbirgt, als nach der anfangs dargelegten Auffassung zu vermuten wäre.

Diese engherzige Einstellung hat sich hemmend ausgewirkt und ist wohl die Ursache dafür, daß der Appell zur Normung und Standardisierung in verschiedenen Wirtschaftszweigen noch nicht die nötige Resonanz gefunden hat.

Frage 1: Was ist Normung und was Standardisierung?

Es soll vornehmlich werden, nach den Veröffentlichungen im „Mittellungsbuch des Amtes für Standardisierung“ und den hierzu an gleicher Stelle bekanntgegebenen Diskussionen ein für den Bereich der Deutschen Post verständliche und für ihre Aufgaben verwertbare Antwort zu geben. Denn nur eine klare Auseinandersetzung mit dieser Frage führt dazu, die Notwendigkeit der Normung und Standardisierung auf allen Gebieten zu verstehen und einzusehen, daß Mitarbeit notwendig ist.

Normung

Der Begriff Normung ist sehr vielseitig. Man versteht allgemein darunter Vereinheitlichungsmaßnahmen für Vorgänge, die zu gleichen Zwecken wiederholt werden und der Verständigung der Mitwirkenden untereinander dienen. Die Normung strebt eine zweckmäßige (rationelle) Ordnung von Tätigkeiten, Verfahren, Werten, Symbolen und Begriffen auf den verschiedensten Gebieten an.

Das Streben nach einer Ordnung in dem beschriebenen Sinne beginnt schon in der Anfangszeit der menschlichen Gesellschaft mit der ersten Form der Betätigung als einfache Gemeinschaftsarbeit, der einfachen Kooperation. Es wird stärker und immer notwendiger, je mehr sich diese Betätigungsform fortentwickelt und in andere Formen übergeht, vom Aufkommen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung in der Produktion und von dem Austausch der Mehrprodukte an über die Manufaktur bis zur industriellen Fertigung. In unseren Zeitalter der modernen Technik ist das Streben nach dieser Ordnung immer mehr zu einem wirtschaftlichen Gebot geworden, das im Kapitalismus noch konjunktureinflößt. Mit den geänderten Produktionsverhältnissen im Sozialismus wird das Streben nach Vereinheitlichungsmaßnahmen zum Gesetz einer planmäßigen Normung. Diese dient den Interessen der gesamten Volkswirtschaft eines sozialistischen Landes, bedeutet eine Anpassung der

Normung an deren proportionalen Entwicklung und berücksichtigt die internationalen Wechselbeziehungen.

Bei der vielfältigen Unterteilung der Produktionsprozesse, dem weitverzweigten Handel, den vielseitigen Aufgaben in Wirtschaft und Verwaltung einerseits und der Vielzahl der daran beteiligten Mitarbeiter andererseits ist eine starre Ordnung nach zentralen Gesichtspunkten eine unbilligere Notwendigkeit und kein Bürokratismus. Vereinheitlichungsmaßnahmen erfordern — wenn sie zu rationalen Ergebnissen führen sollen — eine Gemeinschaftsarbeit der daran interessierten Organe, des Abgleichens der Interessen aller Beteiligten und die Bereitschaft zu einer notwendigen Abstimmung. Ohne diese Gemeinschaftsarbeit besteht die Gefahr eines einseitigen und hemmenden Schematismus. Zin solchem Zustand bildet eine Grenze für die Technische Normung.

Das Ziel der rationalen Ordnung ist die rationelle Produktion. Diese ist um so eher erreichbar, je mehr sich gleiche Vorgänge wiederholen, d. h., daß der gleiche Gegenstand so oft wie möglich produziert werden kann.

Technische Normung

Normung mit dem besonderen Begriff der Standardisierung ist Technische Normung unter weitgehender Anwendung der Möglichkeiten des technischen Standes.

Technische Normung bedeutet, die Normung der Produktion und der technischen Dienste in Industrie und Landwirtschaft, im Verkehr und in den übrigen Wirtschaftszweigen mittels staatlicher Standards. Mit Hilfe staatlicher Standards ist es möglich, die Qualität zu steigern, die Einseitigkeit und Ausschussarbeit der Erzeugnisse zu verbessern und die oft unbegründete Vielfalt ähnlicher Erzeugnisse und ihrer Einzelteile einzuschränken sowie Material und Arbeitszeit zu sparen.“

Dieser Inhalt zum Begriff der Technischen Normung und zu ihrem Ziel ist in der Präambel zur Verordnung „über die Einführung staatlicher Standards und die Durchführung der Standardisierungsmaßnahmen in der Deutschen Demokratischen Republik“ festgelegt (vgl. Gesetzblatt 1954, Nr. 86 vom 9. 10. 1954, Seite 821).

Standards

Für die Standardisierung gibt es besondere wissenschaftliche Definitionen, aus deren umfassenden Vorwort zum Verständnis dieses Aufsatzes folgendes in entsprechender Kürzung wiedergegeben werden soll:

Standardisierung ist die (staatliche) Festlegung einer zweckmäßig beschränkten Zahl technischer Lösungen von wiederholt ablaufenden Vorgängen. Die Lösungen müssen die günstigsten Bedingungen für die Wirtschaftlichkeit, Güte, die Sicherheit, die volkswirtschaftlichen Belange und den technischen Fortschritt schaffen. Sie beziehen sich auf Einzelteile, Baugruppen, Maschinen, Anlagen, Bauteile, Halbfertigfabrikate, Rohstoffe, Produktionsverfahren, Prüfverfahren, Organisation, Bezeichnungen, Sortimente, physikalische und technische Einheiten, Formeln, Abmessungen, Formen u. a.

Die Standardisierung ist in der Deutschen Demokratischen Republik die höchste Stufe der Technischen Normung mit einer weitgehenden Bedeutung für Wirtschaft und Staat. Sie vollzieht sich mit auf der Grundlage der Allunionsnormen der Sowjetunion (GOST) und der gesamtdeutschen Normen (DIN). Die Standardisierung verlangt eine verantwortungsvolle Prüfung der in Betracht kommenden Vereinheitlichungsmaßnahmen so-

wohl in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht als auch nach Anwendungsmöglichkeiten und nach der Reife für eine Anwendung hin.

Das Ergebnis ist der Standard (Staatlicher Standard), eine Staatliche Technische Norm, die gesetzlich vorgeschrieben und so innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik allgemeinverbindlich ist. Eine gesetzmäßige, allgemeinverbindliche Form zwingt aber zu einer gewissen Beschränkung in der Zahl der Standards, für deren freiwillige Anerkennung alle Voraussetzungen bei der Vorbereitung bis zum Erlaß gegeben sein müssen. Nicht jede technische Norm kann somit auch Standard sein.

Planmäßige technische Normen mit eingeschränktem Geltungsbereich sind aber für bestimmte Gebiete notwendig. Sie betreffen Einzelteile, Untergruppen, Baugruppen, Betriebsmittel und Verfahren, die von spezieller Natur für ein Werk oder einen Betrieb, für mehrere Werke oder Betriebe, ja sogar für einzelne Industrie- oder Wirtschaftszweige sind. Danach unterscheidet man zwei weitere Stufen der Technischen Normung, die Fachgebietsnormung und die Werknormung.

Fachgebietsnormen

Die Fachgebietsnorm untergliedert sich in Normen der zuständigen Hauptverwaltung und in Normen der Ministerien oder zentralen Staatsorgane und wird nach herbeigeführter Übereinstimmung in den zugehörigen Bereichen von den Leitern der Hauptverwaltungen bzw. von den Ministern festgelegt.

Werknormen

Die Werknorm wird vom Werk- oder Betriebsleiter ebenfalls nach herbeigeführter Übereinstimmung festgelegt.

Bei diesen drei Stufen der Technischen Normung gilt folgende Rangordnung: Standard geht vor Fachgebietsnorm, Fachgebietsnorm vor Werknorm.

Für die Ausarbeitung von Werk- und Fachgebietsnormen gelten sinngemäß die Grundsätze zur Ausarbeitung von Standards nach Inhalt und Form unter Beachtung des jeweiligen Bereichs. Werknormen bilden eine wichtige Unterlage für die Ausarbeitung von Fachgebietsnormen und diese wiederum für die Ausarbeitung von Standards.

Bei der Normaufstellung kann auch eine Auswahl aus Normen der übergeordneten Normenstufe zur Anwendung in der unteren Stufe vorgeschrieben, ja sogar eine Abstimmung mit Empfehlungen von amtlichen Stellen und von nationalen oder internationalen Fachorganisationen herbeigeführt werden. Empfehlungen sind Richtlinien, Regeln, Hinweise und sonstige Unterlagen, deren Anwendung nicht vorgeschrieben, sondern nur empfohlen werden kann; denn sie enthalten mehrere Varianten für eine Lösung, deren Auswahl für den einzelnen Fall freigestellt bleibt. Solche Empfehlungen werden z. B. vom Amt für Standardisierung mit gleichem Namen oder als Richtlinien von der Kammer der Technik als VDE (Vorschriften der Elektrotechnik), vom Deutschen Normenausschuß als DIN (Deutsche Industrie-Normen) und von den beratenden Komitees des Internationalen Fernmeldevereins als CCI-Unterlagen herausgegeben.

Werknormen können, wenn sie nach praktischer Bewährung eine Bedeutung über ihren Geltungsbereich erkennen lassen oder in andere Bereiche übergehen, selbst zu Normen der höheren Stufe, ja sogar zu Standards werden.

TGL-Standards

Die Standards, die in der Deutschen Demokratischen Republik ausgearbeitet sind, werden in einheitlicher Gestalt mit dem Kurzzeichen „TGL“ (Technische Normen, Gütevorschriften, Lieferbedingungen) veröffentlicht. Sie sind in das Zentralregister bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik eingetragen und werden im Gesetzblatt als besonders wichtig genannt. Damit ist die Rechtsverbindlichkeit erklärt. Empfehlungen, insbesondere die DIN, können bei Bedarf auf dem gleichen Wege zu Standards erklärt werden, wenn hierzu

die technische und wirtschaftliche Notwendigkeit besteht, und die darin niedergelegten technischen Forderungen von den Fachkreisen der Deutschen Demokratischen Republik überprüft und als erfüllt erkannt sind. Beiden Fällen der gesetzlichen Bekanntgabe geht eine Veröffentlichung der Entwürfe im Mitteilungsblatt des Amtes für Standardisierung voraus. Damit ist allen interessierten Stellen und der gesamten Öffentlichkeit die Möglichkeit zur Stellungnahme und zum Einspruch mit einer Frist von zwei bis drei Monaten gegeben.

Entwürfe zu Standards sind das Ergebnis einer Gemeinschaftsarbeit der Hersteller und Verbraucher. Diese Entwürfe bedürfen vor ihrer Veröffentlichung der Zustimmungserklärung der Minister, deren Verantwortungsbereiche betroffen werden. Anträge auf Verbindlichkeitsklärungen von DIN müssen in gleicher Weise abgemittelt sein.

Die einflussreiche Notwendigkeit einer Gemeinschaftsarbeit, die zur Anerkennung und Durchführung verbindlicher Standards führt, ist mit dieser Regelung gegeben.

Weitere Normen

Die festgelegten Begriffe für die Unterteilung der Technischen Normung von der Standardisierung bis zu der Werknormung sind formell noch nicht ganz folgerichtig, weil der Begriff Technische Normung nicht nur für den umfassenden Hauptbegriff, sondern noch für den Unterbegriff Werk- und Fachgebietsnormung gegenüber der Standardisierung verwendet wird. Eine zweckmäßige Begriffsfestlegung ist jedoch geplant. Ferner bestehen Unstimmigkeiten im Hinblick auf die allgemeine Bedeutung der Worte Normung und Norm. Neben der Hauptgruppe der Technischen Normen und Standards steht eine andere Hauptgruppe, die Technisch-ökonomischen Normen, auch Aufwandsnormen genannt, die als Grundlage und zum Vergleich bei der Berechnung von Leistung oder Verbrauch dienen. Sie sind im besonderen Maße von ökonomischen Faktoren beeinflußt, nach den jeweiligen betrieblichen Bedingungen betriebsgebunden und liegen zwischen einem Durchschnittswert und dem Maximal- bzw. Minimalwert. Solche Normen sind uns in Form der technisch begründeten Arbeitsnormen TAN (= Maßstäbe für die Arbeitsleistung) und in Form der Materialverbrauchsnormen (= Maßstäbe des Materialverbrauchs für die Einheit eines Erzeugnisses) bekannt. Sie sind auch Normen im Sinne der eingangs erläuterten allgemeinen Bedeutung, fallen aber wegen ihrer spezifischen Merkmale nicht in das Gebiet der Technischen Normung und Standardisierung. Ein Zusammenhang zur Technischen Normung besteht jedoch insofern, als diese mit ihren technischen Normen und Standards, jeweils an der Basis für die technisch begründeten Arbeitsnormen und die Materialverbrauchsnormen mitwirkt.

(Fortsetzung folgt)

Die Hochschule für Verkehrswesen Dresden führt in Gemeinschaft mit der Deutschen Post, der Deutschen Reichsbahn, dem Kraftverkehr und der Schifffahrt in der Zeit vom 1.6. bis 30.9.1957 im Verkehrsmuseum Dresden A 1 (Johannismuseum, ehem. Stallhof) eine

Ausstellung über „Moderne Technik im Verkehrswesen“

durch. Die modernsten technischen Erzeugnisse des Verkehrswesens der Deutschen Demokratischen Republik stellen sich dem Besucher im Original und in Modellen sowie in Großfotos vor.

Die Ausstellung ist werktags - außer montags - von 10 bis 19 Uhr und sonntags von 11 bis 18 Uhr geöffnet. Ein Sonderpostamt gibt einen Sonderstempel ab.



Hierunter sind allgemein interessierende Fragen aus Leserkreisen beantwortet. Zuschriften bitten wir an die Redaktion „Die Deutsche Post“, Leipzig 5, Gustav-Freytag-Str. 43/45, zu richten.

Jürgen Riedel, Bautzen - Wechselstromrelais

Frage: Woran beruht die Wirkungsweise des Kupferrelais, das man in den Kern des Flachrelais einlegt. Es ist ein Flachrelais 28, in dessen Kern ein Kupferring liegt. Dieser wirkt wie eine Zweitwicklung, die man bei abfallverzögerten Relais im allgemeinen auf den Spulenkörper aufträgt. Die aus dem Kupferrelais bestehende Kursschleifenwicklung besitzt eine Windung mit einem sehr starken Querschnitt.

Der sinusförmige Wechselstrom würde in einem Gleichstromrelais beim Durchgang durch die Nulllinie den Anker abfallen lassen und die Kontakte öffnen bzw. schließen. Beim Wechselstromrelais M 29 jedoch erzeugt das zusammenbrechende Kraftlinienfeld eine EMK im Kupferring (Zweitwicklung). Der dadurch hervorgerufene Strom baut sich ebenfalls ein Kraftlinienfeld auf, das in der Lage ist, den Anker für die kurze Zeit des Nulldurchgangs in Arbeitsstellung zu halten.

Jürgen Riedel, Bautzen - Rückhördämpfung

Frage: Beim Studium der Rückhördämpfungserschaltung, die in den modernen Fernsprechapparaten (W 28, W 38) zur Dämpfung der eigenen Sprache und der Raumgeräusche im Fernhörer vorhanden ist, ist mir folgendes aufgefallen: Alle Fachbücher, in denen ich daraufhin nachschaut, betonen, daß das Mikrofon als Wechselstromquelle angesehen werden könne. Das leuchtet mir nicht ein. Ist das Mikrofon nicht lediglich ein veränderlicher ohmscher Widerstand?

Antwort: Das Mikrofon entspricht einem veränderlichen ohmschen Widerstand. Wird es besprochen, so gerät die Membrane durch die auftretenden Schallwellen in Schwingungen. Die dahinterliegende Kohlefüllung wird dadurch einmal stärker und einmal schwächer zusammengedrückt. Folglich verringert sich der elektrische Übergangswiderstand an den Berührungstellen der Kohlebestandteile (Membrane, Kohlegitter, Kohleklotz), wenn der Druck zunimmt. Umgekehrt wird der Widerstand größer, wenn der Druck nachläßt. Im gleichen Maße ändert sich jedoch auch die Stärke des durch das Mikrofon fließenden Gleichstroms, und es entsteht der sogenannte pulsierende Gleichstrom. Man kann man in einen reinen Gleichstrom (den ursprünglichen Speisegleichstrom) und in einen Wechselstrom (den Sprechwechselstrom) zerlegen. Man kann auch sagen, daß der Sprechwechselstrom dem Speisegleichstrom aufmoduliert ist. Wegen dieser Tatsache wird das Mikrofon häufig als Wechselstromquelle bezeichnet.

Brigitte Teifke, Seifen (Erzgeb) - Telegrammwortzählung

Frage: Auf S. 50 des Heftes 3/57 heißt bei dem abgebildeten Telegramm das Namenszeichen des Annahmestellen. Ist ferner die Gruppe 2812/ nicht als Doppelwort zu zählen, weil eine Gruppe nur fünf Zeichen enthalten darf, wenn sie als ein Wort gelten soll?

Antwort: Ihr Einwand wegen des Fehlens des Namenszeichens ist berechtigt. Wir bitten, es nachzusetzen.

Anders verhält es sich dagegen mit der Wortzählung. Bei Hausnummern und Wohnungsbezeichnungen in der Anschrift von Telegrammen werden im In- und im Auslandsverkehr die Schrägstriche - selbst wenn sie der Aufgeber angebracht hat - von Amts wegen nicht als gebührenpflichtige Zeichen berechnet (vgl. ADA VI, 1 Abs 7 zu § 6, VIII). Für den Inlandsverkehr ist überdies die VMDW Nr. 21/11035 zu beachten. Hiernach ist nur die Hausnummer gebührenpflichtig, die nähere Wohnungsangabe aber gebührenfrei. Danach sind in dem angeführten Beispiel nur zwei Zeichen = 1 Gebührensatz - nämlich die Nummer 28 - zu berechnen.

„Die Deutsche Post“ bringt in einem der nächsten Hefte eine zusammenfassende Darstellung über solche „Klippers“.

Thomsch/Hieke, HPA Riesa - Aufgabeberechnungen

Frage: Nach ADA VI, 185, II wird gegen Entrichtung einer besonderen Gebühr (-10 DM) die Aufgabe eines Telegramms besichtigt. In der ADA VI, I findet sich kein Hinweis, ob diese besondere Gebühr als Telegraphengebühr im Einnahmehuch über Telegraphengebühren oder in Wertzeichen auf der Aufgabeberechnung verrechnet wird. Ein Teil der Kollegen kennt die Verrechnung im Einnahmehuch mit dem Vermerk „Q“ in Sp. Bemerkungen, der andere die Verrechnung mit Wertzeichen. Auch in den Lehrbriefen werden zwei verschiedene Meinungen vertreten. So heißt es im Lehrbrief BP Nr. 8, S. 270: „... die Gebühren sind einschließlich der Gebühr für die Aufgabeberechnung verrechnet und auf den Formblättern usw. in Freimarkten, die wir mit dem Tagesstempel antworten.“ Welcher Weg ist nun richtig?

Antwort: Die beiden genannten Lehrbriefe sind zu verschiedenen Zeiten erschienen. Der Fassung des Lehrbriefes BP 8 liegt u. a. die Amtsbl. Nr. 50/1949 zugrunde. Mit Amtsbl. Nr. 21/1952 wurden die Vorschriften für Entlohnungsberechnungen über Postsendungen, Telegramme und Ferngespräche einheitlich neu geregelt. Diesen Verhältnissen entspricht der Lehrbrief I „Fernmeldeleistungen“. Seine Ausführungen über Aufgabeberechnungen gelten noch heute in vollem Umfang. Demnach ist die Gebühr für die Aufgabeberechnung in Freimarkten auf dieser zu verrechnen.

Leserbrief

Zum Artikel „Die Pflicht zu repräsentieren“ (H. 4/50)

Ein großer Mangel bezüglich der Repräsentation der Deutschen Post besteht noch bei unseren Kiosken in der gesamten DDR. Der Konsum und auch die HO sind in letzter Zeit zu sehr übergegangen, ihre Verkaufsstellen mit Leuchtreklame zu versehen. Uns fällt nun die Aufgabe zu - wenn wir mit dem Handel im Straßenbild Schritt halten wollen - ebenfalls an unseren Kiosken Leuchtreklame anzubringen.

Auf Seite 53 des Heftes Nr. 4/50 wird ein Schild popularisiert, das dem Zeitungsverkaufstand während der Leipziger Messe kennzeichnen. Wir sind der Meinung, daß man dieses schmackvolle Schild nicht nur an den Messepostämtern, sondern an jedem Zeitungsverkaufstand der DDR anbringen sollte. Es wäre erforderlich, dieses Emblem in verschiedener Ausführung herzustellen, und zwar einmal in der Form, wie es bereits auf der Messe Verwendung fand, und zum anderen in Lampenform (Waldleuchte), so daß das Emblem auch abends sichtbar ist.

Wir hoffen, mit unserem Vorschlag zu erreichen, daß wir in der Frage der Repräsentation der Deutschen Post einen guten Schritt weiterkommen.

Gießler, AbtL PZV, KPF Bad Salzungen



Fachliteratur

Mechanisierung im Postwesen. Von H. Hamann, K. H. Hemming, G. Reiche. Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1957. Etwa 156 Seiten, 65 Bilder, Broschürt etwa 5,- DM.

Dieses Buch über die bereits vorhandenen und zukünftigen Möglichkeiten der Mechanisierung im Postwesen ist das erste seiner Art, und das macht es für die Postler so außerordentlich wertvoll. Dr. Reichen, Direktor des Instituts für Ökonomie des Post- und Fernmeldewesens an der Hochschule für Verkehrswesen Dresden, bezeichnet in seinem Vorwort die Arbeit als einen Versuch, in zusammenhängender Form die wichtigsten Probleme der Postmechanisierung darzustellen. Dieser Versuch scheint uns durchaus gelungen, wenn wir uns auch an manchen Stellen etwas mehr ins Einzelne gehende Beschreibungen und noch mehr Bilder und Skizzen gewünscht hätten.

Das in sieben Abschnitten gegliederte Buch gibt dem Leser im ersten Abschnitt zunächst eine allgemeine Einführung und Hinweise über die ökonomischen und technischen Voraussetzungen für die Anwendung der Technik bei der Deutschen Post. Ausgangsbasis dieser Betrachtungen über das Wesen und die Ziele der Mechanisierung sind dabei die Erkenntnisse des Lehrbuches der Politischen Ökonomie und der Beschluß des Ministerrates der DDR über „Maßnahmen zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der DDR“ vom 21. Juli 1955. Von großer Bedeutung für alle mit betrieblichen und organisatorischen Fragen beschäftigten Angestellten der DP werden vor allem die Begriffsdefinitionen der Mechanisierung und die Erläuterungen der Zusammenhänge zwischen Technik und Betriebsorganisation sein.

Der zweite Abschnitt vermittelt einen historischen Abriss der Entwicklung der technischen Einrichtungen im Postbetrieb und leitet über zum Abschnitt „Aufbau und Wirkungsweise der verschiedenen mechanischen Einrichtungen im Postbetrieb“. Für den technisch noch ungeschulten Leser ist es dabei wertvoll, daß der Aufbau und die Wirkungsweise der einzelnen mechanischen Einrichtungen hier nicht vom Standpunkt des Technikers, sondern in einer allgemeinverständlichen Art angesehen werden. Ausführlicher werden zuerst die Methoden der mechanischen Briefbearbeitung gezeigt. Stempelmaschinen, Aufstellanlagen und Briefverteilmaschinen der verschiedenen Ausführungen sowie die technischen Möglichkeiten dieses bis heute noch vorwiegend manuell betriebenen Dienstzweiges. Der Beseitigung der schweren körperlichen Arbeit des Paketumschlags, der Packchenbearbeitung und des Beutelaustauschs dienen vor allem Rollenbahnen und Rutschen (Schwerkraftsuntzung), Förderbänder, Transporter und Hängebahnen (mechanische und umlaufende Zugmittel) sowie Aufzüge, Flurfördermittel und Laufkatzen (kurzfristig und bedarfsweise arbeitende Vorrichtungen). Der Leser wird erstaunt sein, welche vielen technischen Einrichtungen gerade auf diesem Gebiet bereits vorhanden sind und wie mannigfaltig ihre Verwendung ist.

Aus dem folgenden Abschnitt „Kombination der verschiedenen mechanischen Einrichtungen im Postbetrieb“ sei als Beispiel hier nur das interessante Kapitel „Gabelstapler und Behälterverkehr“ herausgegriffen. Die Ausführungen zeigen mit eindringlicher Deutlichkeit, wie man den ständig wachsenden Erfordernissen des modernen Verkehrs nur noch durch weitestgehende Mechanisierung gerecht werden kann. Gabelstapler (0,6 t Nutzlast) und Behälter ( Fassungsvermögen rd. 35 Pakete, aufgestockt 50-60 Pakete) ermöglichen den Ladungsaustausch am Zuge in kürzester Frist, erleichtern wesentlich die körperliche Arbeit und helfen Arbeitskräfte einzusparen.

Den bei der DP zur Beförderung auf Schiene und Straße eingesetzten Fahrzeugen ist der fünfte Abschnitt gewidmet. Hier kommt vor allem zum Ausdruck, daß die von der vollstehenden Industrie bereitgestellten Fahrzeuge benutzt und nur die Aufbauten und Einrichtungen „postspezifisch“ entwickelt werden. Für dieses Kapitel trifft der oben geäußerte Wunsch über eine umfangreichere Illustration des Buches besonders zu.

Spezialprobleme der Postmechanisierung, wie z. B. im Postzeitungsvertrieb, im Postcheck- und Postsparkassendienst, im Annahme- und Zustelldienst oder im Verwaltungskassendienst und Rechnungswesen, werden im nachfolgenden Abschnitt behandelt. Dies dürfte vor allem für alle in diesen Dienstzweigen der Deutschen Post Beschäftigten interessant sein und vielleicht zu weiteren Verbesserungen anregen.

Mit einem Überblick über den Weltstand der Technik im Postwesen und mit der Perspektive der Entwicklung des Post- und Zeitungswesens in der Deutschen Demokratischen Republik klingt das Buch aus. Bei der schnellen Entwicklung der Technik in unserer Zeit konnte es bei allem Bemühen der Autoren an Aktualität nicht ausbleiben, daß die Mechanisierung des Postwesens heute schon kann den Autoren Dank und große Anerkennung, haben sie doch damit die noch immer ungenutzte Reize der Postfachliteratur um ein wertvolles Stück bereichert. Topelt

Weltatlas „Die Staaten der Erde und ihre Wirtschaft“. Enzyklopädie Volkseigenen Verlag Leipzig, 2. Auflage 1957. 105 Kartenseiten, 98 Seiten Erläuterungen, Register und alphabetisches Verzeichnis. Format 29 x 34 cm. Ganzleinen 24,- DM.

Das stark bedürftige unseres Büchermarktes nach gutem Kartenmaterial wird dadurch bestätigt, daß die erste Auflage des Weltatlas in verhältnismäßig kurzer Zeit vergriffen war. Für die große Beliebtheit dieses Werkes zeugt auch die Tatsache, daß die nunmehr vorliegende 2. Auflage in nicht weniger als 60000 Exemplaren hergestellt wurde. Damit sind nun 100000 Stück dieses umfassenden Kartenwerkes im Handel bzw. im Besitz interessierter Kreise. Drucktechnisch hervorragend ausgeführt — man beachte die genaue Passung der Mehrfarbdrucke —, vermag der Atlas einen umfassenden Überblick über die physikalische Gestaltung und die Wirtschaft von Erdteilen und einzelnen Ländern zu geben. Die Zahl der Erdteile und einzelnen Länder zu geben. Die Zahl der Weltkarten wurde in der 2. Auflage durch ein größeres Gesamtformat wesentlich verringert, so daß nunmehr jeweils die physikalische Karte und die Wirtschaftskarte des betreffenden Gebietes einander offen gegenüberstehen. Die letzten Kartenblätter geben dann noch einen Überblick über die politischen Grenzen. Wertvoll erscheinen uns das angelegte Register und die Erläuterungen. Unter der Rubrik „Häufig vorkommende fremdsprachige Bezeichnungen und ihre Verdeutschung“ wäre vielleicht noch die Aussprachebezeichnung in Lautschrift wünschenswert. Ebenso könnten die Angaben „Magen. Pol“ auf den verschiedenen Karten durch „Städ.“ (im Norden) und „Nord.“ (im Süden) ergänzt werden, um endlich einmal den Erkenntnis zum Durchbruch zu verhelfen, daß der magnetische Nordpol in der Nähe des geographischen Südpoles — und umgekehrt — gelegen ist.

Das imposante Kartenwerk kann unseren Lesern sowie allen mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigten Menschen und allen an geographischen Dingen Interessierten warmstens empfohlen werden. Auch im Unterricht an Fachschulen der Deutschen Post dürfte der Atlas für das Fach Posterkunde ein guter Helfer sein. Seinem geistigen Vater, besonders Herrn Prof. Dr. H. v. c. Edgar Lehmann, gebührt großer Dank und uningo-schranke Anerkennung, nicht zuletzt deshalb, weil dieses Werk geeignet ist, auch im Ausland von der Qualitätserbeit unserer Deutschen Demokratischen Republik zu künden. Hillo

Land der 13000 Inseln - Indonesien (Fortsetzung und Schluß) zeit oft gegen ihre „farbigen“ Landsleute mißbraucht wurden. Sie stellten früher einen Großteil der niederen Beamtenschaft, während die geschäftstüchtigen Chinesen auch in Indonesien vorwiegend im Handel anzutreffen sind. Eine Vielzahl chinesischer Firmenschilder in den Städten läßt erkennen, daß die Konkurrenz bekommen haben.

Ungleich sind die verschiedenen Inseln des Archipels besiedelt. Über 62 Mill. Menschen — das sind 2/3 aller Indonezier — bewohnen allein die Inseln Java und Madura, die mit ihren 130000 qkm nur ein Zwölftel der Gesamtfläche ausmachen. Die Bevölkerungsdichte ist hier entsprechend hoch; sie liegt bei 393 pro qkm und übertrifft damit sogar so dicht besiedelte Länder wie Holland (308), Belgien (283) und Japan (249). Andererseits besitzt das riesige Borneo mit 650000 qkm (= Fläche Frankreichs mit Dolgen und Luxemburg) nur 3 Mill. Einwohner.

Trotz dieser unruhigereichen hohen Bevölkerungsdichte sind aber auch die Bewohner Javas und Maduras zum Teil Bauern und Fischer. Kaum 10% der Gesamtbevölkerung sind in den Großstädten ansässig. Hier wird erst die zunehmende Industrialisierung Wandel schaffen. Allerdings hat die Landeshauptstadt Djakarta mit ihrer Einwohnerzahl bereits die 3-Mill.-Grenze erreicht. Die Holländer, die diese Stadt Batavia nannten, ließen in ihr nach heimatlichem Muster Kanäle anlegen. Auf ihnen herrscht ein lebhafter Betrieb, denn immerhin sind schon 100000 Kraftfahrzeuge in Indonesien zugelassen, und der Malaisie vorhält es, jede Autofahrt mit einer entsprechenden Geräuschelulle (sprich Hupe) zu verbinden. Ein lebhafter Fußgängerverkehr sowie die unentbehrliche Dos-a-Dos, das Ponygefährt, in bestimmen das beste Straßenbild, in dem besonders die farbig gebastigte Sarong geübten Frauen auffallen, während die Männer immer mehr zur europäischen Tropenkleidung übergehen. Nur die Möhamedaner können sich auch hier nicht von ihrer feierartigen randlosen Kappe trennen; denn hutschönig wie das Straßenbild ist auch die Vielzahl der Religionen in Insulnd. Seit dem 15. Jahrhundert ist der Islam zum vorherrschenden Glaubensbekenntnis geworden, doch auch das sultenliche Buddha. Im übrigen gewährt die Verfassung der Republik jedermann Glaubensfreiheit.

Im Süden der Hauptstadt liegt der villenartige Vorort Meester Cornelis mit seinen Bungalows an der Straße nach dem idyllischen Weltevreden, jawohl — „Vohlvorfrieden“ nannten es die Holländer — und nach Bogor (früher Buitenzorg, d. h. „Ohne Sorgen“), dem Sitz des früheren Generalgouverneurs. Die Kolonialherren konnten hier auch ohne Sorgen leben; denn sie verstanden es immerhin, 340 lange Jahre von diesem Inselreich zu profitieren.

Inzwischen hat sich das Bild gewandelt, und viele Tausend Holländer sind ausgewandert. Doch der Weg zur Freiheit Indonesiens war nicht leicht. Schon 1902 hatten sich die Holländer auf Java niedergelassen und dort ihre Ostindische Kompanie gegründet. Wohl hatte es nicht an Versuchen gefehlt, die Fremdherrschaft abzuschütteln, aber immer wieder behielt die Kolonialmacht die Oberhand. Selbst die nach der Jahrhundertwende entstandenen politischen Parteien wurden, sobald sie Unabhängigkeitsforderungen anmeldeten, von den Holländern verfolgt. Auch die 1920 gegründete KP Indonesiens gehörte nach der Äußerung auf dem Kreuzer „De zeven Provinciën“ zu den verbotenen Parteien.

Erst 1942 änderte sich die Situation. Japan war in den 2. Weltkrieg eingetreten und besetzte die fernöstlichen Kolonien der Alliierten. Damit war auch Hollands Kolonialraum ausgeträumt, und die Kriegsparteien der Japaner landeten im Oktober der behäbigen Minijohrs an. Und sie taten es sehr gründlich. Niederländisch-Indien wurde rückenlos ausgeplündert, während Hunger und Krankheiten Millionen Indonezier hinwegrafften. Da begann der Widerstand. Von der Nationalpartei und den Kommunisten gebildete Freiheitsabteilungen befreiten Teile des Landes und riefen am 17. 8. 1945 die Indonesische Republik aus. Doch trotz der Kapitulation der Japaner landeten im Oktober 1945 englische Truppen unter dem Vorwand, die „Ordnung“ wiederherstellen zu müssen. Ihnen folgten die Holländer, und so begann ein jahrelanger Kleinkrieg mit dem Ziel der Wiedererrichtung der Kolonialherrschaft, ein Krieg, den Holland



**CLAMANN & GRAHNERT**  
 Werkzeuge für Hochfrequenztechnik und Vakuumtechnik, Dresden A 16, Fetscherstraße 72

**As unserem Fertigungsprogramm:**

- RC-Generatoren · Röhrenvoltmeter · Pegelmeßgeräte für Ton- u. Trägerfrequenz · Tonfilmverstärker · Universalverzerrungsmeßplätze für elektroakustische Anlagen · Gleichstrommeßverstärker · pH-Meßverstärker · Kurzzeitmeßgeräte · Kameraverschlußzeitenmeßgeräte · Zündverzugszeitmeßgeräte

**Werbekosten**  
 Trenchcoats  
 Windblusen  
 Sportbekleidung  
 Zelte u. a.

**impregniert**  
**Wab** wetterfest  
 schnell und einfach  
 Packung zu DM 1,45 in Drogereien und sonstigen Fachgeschäften erhältlich  
 WEB FETT-CHEMIE · KARL-MARX-STADT



### Fachliteratur

**Mechanisierung im Postwesen.** Von H. Hamann, K. H. Hemming, C. Reich. Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1957. Etwa 156 Seiten, 65 Bilder, broschiert etwa 5,- DM.

Dieses Buch über die bereits vorhandenen und zukünftigen Möglichkeiten der Mechanisierung im Postwesen ist das erste seiner Art, und das macht es für die Postler so außerordentlich wertvoll. Dr. *Reich*, Direktor des Instituts für Ökonomik des Post- und Fernmeldewesens an der Hochschule für Volkswirtschaftswissenschaften in Dresden, bezeichnet in seinem Vorwort die Arbeit als einen Versuch, in zusammenhängender Form die wichtigsten Probleme der Postmechanisierung darzustellen. Dieser Versuch scheint uns durchaus gelungen, wenn wir uns auch an manchen Stellen etwas mehr ins Einzelne gehende Beschreibungen und noch mehr Bilder und Skizzen gewünscht hätten.

Das in sieben Abschnitte gegliederte Buch gibt dem Leser im ersten Abschnitt zunächst eine allgemeine Einführung und Hinweise über die ökonomischen und technischen Voraussetzungen für die Anwendung der Technik bei der Deutschen Post. Ausgangsbasis dieser Betrachtungen über das Wesen und die Ziele der Mechanisierung sind dabei die Erkenntnisse des Lehrbuches der Politischen Ökonomie und der Beschluß des Ministerrates der DDR über „Maßnahmen zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der DDR“ vom 21. Juli 1955. Von großer Bedeutung für alle mit betrieblichen und organisatorischen Fragen beschäftigten Angestellten der DP werden vor allem die Begriffsdefinitionen der Mechanisierung und die Erläuterungen der Zusammenhänge zwischen Technik und Betriebsorganisation sein.

Der zweite Abschnitt vermittelt einen historischen Abriss der Entwicklung der technischen Einrichtungen im Postbetrieb und leitet über zum Abschnitt „Aufbau und Wirkungsweise der verschiedenen mechanischen Einrichtungen im Postbetrieb“. Für den technisch noch ungeschulten Leser ist es dabei wertvoll, daß der Aufbau und die Wirkungsweise der einzelnen mechanischen Einrichtungen hier nicht vom Standpunkt des Technikers, sondern in einer allgemeinverständlichen Art angesehen werden.

Ausführlich werden zuerst die Methoden der mechanischen Briefbearbeitung gezeigt. Stempelmaschinen, Aufstellanlagen und Briefverteilmaschinen der verschiedenen Ausführungen beweisen die technischen Möglichkeiten dieses bis heute noch vorwiegend manuell betriebenen Dienstzweiges. Der Besitziger der schweren körperlichen Arbeit des Paketumschlags, der Päckchenbearbeitung und des Beutelaustauschs dienen vor allem Rollenbahnen und Rutschen (Schwerkraftsaussparzung), Förderbänder, Transporteur und Hängebahnen (mechanische und umlaufende Zugmittel) sowie Aufzüge, Flurfördermittel und Laufkatzen (kurzfristig und bedarfsweise arbeitende Vorrichtungen). Der Leser wird erstaunt sein, welche vielen technischen Einrichtungen gerade auf diesem Gebiet bereits vorhanden sind und wie mannigfaltig ihre Verwendung ist.

Aus dem folgenden Abschnitt „Kombination der verschiedenen mechanischen Einrichtungen im Postbetrieb“ sei als Beispiel hier nur das interessante Kapitel „Gabelstapler und Behälterverkehr“ herausgegriffen. Die Ausführungen zeigen mit eindringlicher Deutlichkeit, wie man den ständig wachsenden Erfordernissen des modernen Verkehrs nur noch durch weitestgehende Mechanisierung gerecht werden kann. Gabelstapler (0,6 t Nutzlast) und Behälter (Fassungsvermögen rd. 35 Pakete, aufgestockt 50-60 Pakete) ermöglichen den Ladungsaustausch am Zuge in kürzester Frist, erleichtern wesentlich die körperliche Arbeit und helfen Arbeitskräfte einsparen.

schamhaft als „Polizeiaktion“ tarnte. Erst auf sowjetisches Drängen in der UN bequeme sich Holland 1947 zu Teilergebnissen. Dem durchaus nicht neuen Rezept „divido et impera“ folgend, schlug es die Bildung einer indonesischen Staatsunion unter Vorherrschaft der niederländischen Krone vor. Damit sollte der einheitliche indonesische Block gespalten und der Fortbestand des Kolonialregimes ermöglicht werden. Durch Mord, Verrat und Vertragsbruch erreichte Holland 1949 schließlich sein Ziel, sich dabei auf Abenteuer vom Schlage eines Hauptmann Westering stützend, der allein für die Ermordung von 40000 Menschen auf Celebes verantwortlich ist.

Den „Vereinigten Staaten von Indonesien“ war nur eine kurze Lebensdauer beschieden. Aus dem Staatenbund wurde ein Einheitsstaat, der 1954 den Unionsvertrag kündigte und sich damit endgültig von den Niederlanden löste. Ungelklärt blieb bis heute nur die Frage der Zugehörigkeit West-Iriens (Nied.-Neuguinea) zum indonesischen Staat.

Unter dem Eindruck der eigenen jüngsten Vergangenheit be-  
treibt die junge Republik seitdem eine konsequente Friedens-  
politik. Auf ihren Vorschlag fand 1954 in der javanischen Stadt  
Bandung die erste Konferenz der asiatischen und afrikanischen  
Länder statt, während die Aufforderung, der SEATO beizu-  
treten, kategorisch abgelehnt wurde.

An der Spitze der Republik stehen heute Politiker der Natio-  
nalpartei, die im Parlament durch die Kommunisten, der zweit-  
stärksten Partei Indonesiens unterstützt wird. Noch sind die  
Machtkämpfe nicht beendet, noch versucht die Masjumi-  
Moslempartei zu intrigieren und die Provinzen gegen die Zen-  
tralregierung auszuspielen. Aber alle diese Versuche, auch die  
angestrebte Abtrennung der Molukken, deren Postwertzeichen  
schon bei der Wiener Staatsdruckerei (1) gedruckt waren,  
auf rund 10 Milliarden Gulden (2,5 Mrd. Dollar) geschätzt wird.  
Diese Werte sind in Ölfeldern, Plantagen, Bankgeschäften und  
im Verkehrswesen angelegt und werfen jährlich etwa 1 Mrd.  
Dollar Profit ab. Die vorwiegend holländischen und amerika-  
nischen Plantagengesellschaften besitzen auf Java und Sumatra  
noch immer ein Viertel der Anbaufläche und haben besonders  
die Kautschukproduktion demartig gesteigert, daß trotz der  
Kriegsschäden schon 1951 die Hälfte der Weltproduktion von  
Naturkautschuk in Indonesien erzeugt werden konnte. Auch  
die Ölgewinnung liegt in den Händen amerikanischer, britischer  
und holländischer Firmen.

Der indonesische Bauer, früher zum Zrangsbanbau verurteilt  
und den holländischen Exportmarkt versorgend, hat auch jetzt  
fast keinen Anteil an der Nutznießung des Inselreichs. Er  
steht noch immer zwei Ausländern gegenüber: dem fremden  
Pflanzer und dem einheimischen Grundbesitzer. Nur die Kom-  
munisten haben sich für eine Bodenreform ausgesprochen. Die  
Industrie spielt im Wirtschaftsleben noch keine entscheidende  
Rolle.

Viele Bergbaubetriebe, Werften, Zucker- und Textilfabriken  
fielen dem Kriege zum Opfer. Doch in Surabaya, Djakarta,  
Medan, Palembang, Makassar und in anderen Orten wachsen  
neue Fabrikanlagen und mit ihnen zugleich die junge indone-  
sische Arbeiterklasse. Zahlreiche Arbeiter sind in der  
SOBSI organisiert und unseren Werktätigen durch den Welt-  
gewerkschaftsbund brüderlich verbunden. Einige Betriebe sind  
in Staatseigentum übergegangen, darunter Zingruben, Energie-  
betriebe, Teile der Schifffahrt, des Luftverkehrs, der Eisenbahnen  
und der Rundfunk. Den Postangehörigen wird dabei besonders  
interessant, daß Indonesien 2500 Post- und Telegraphen-  
anstalten besitzt, daß 340 Fernämter über 80000 Anmüllisse  
verfügen und 44 Rundfunkstationen für 340000 eingetragene  
Hörer senden.

Auf diesen Fundamenten kann die junge Republik weiter-  
bauen. Wünschen wir ihr, daß der Banteng, der Wasserbüffel,  
den man auf den Inseln gegen Tiger kämpfen ließ und der zum  
Symbol des freien Indonesiens geworden ist, auch darüber  
wacht, daß kein neuer Tiger den Frieden des Inselreiches stört.

Rolf Piech, Leipzig

*Die Technik „Unser Lexikon“ enthält in diesem Heft wegen Platzmangels.  
Die Redaktion*

## Haben Sie schon die Wählerliste Ihres Wahlbezirks eingesehen?

Sie können nur wählen, wenn Sie in der Wählerliste  
eingetragen sind!

**FILME**

**PLATTEN**

**Agfa**

**FOTOCHEMIKALIEN**

VEB FILMFABRIK WOLFEN

Am 23. Juni ist Wahltag!

**Wähle richtig!**  
Also wähle die Kandidaten  
der Nationalen Front  
des demokratischen Deutschlands!

**Aus unserem  
Fertigungs-  
Programm:**

- RC-Generatoren · Röhrenvoltmeter · Pegel-  
meßgeräte für Ton- u. Trägerfrequenz · Ton-  
filmverstärker · Universalverzerrungsmeß-  
plätze für elektroakustische Anlagen · Gleich-  
strommeßverstärker · pH-Meßverstärker
- Kurzzeitmeßgeräte · Kameraverschlußzeiten-  
meßgeräte · Zündverzugszeitmeßgeräte
- Koerzimeter

## CLAMANN & GRAHNERT

Werkstätten für Hochfrequenztechnik und Elektrotechnik, Dresden A 16, Fetscherstraße 72

**Trenchcoats  
Windblusen  
Sportbekleidung  
Zelte u. u.  
imprägniert  
Wab wetterfest**

schnell und einfach

Bedienung zu DM 1,45 in Drogerien und sonstigen Fachgeschäften erhältlich

VEB FETTCHEMIE · KARL-MARX-STADT

### Sommerliche Bücher für Sie

**Mit Boot und Zelt in den Sommer**  
Eine frohliche Wasserwanderfahrt in  
Wort und Bild für 7,50 DM

Richtiges Tennis zeigt Ihnen Altmeister  
Müller-Mollath in der **Tennisfilbel**  
(Preis 4,- DM)

Noch lieferbar ist die deutsche Auf-  
gabe der Ungarisch-Fußballschule  
von Bukovi, Csaknady (5,35 DM)

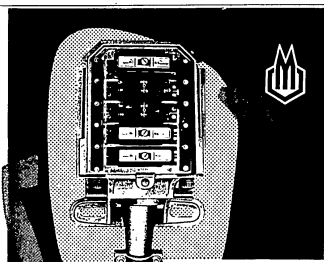
Wichtig für alle Wassersportler:  
**Der Rettungschwimmer** von Berna  
Nerlich (2. Auflage, 3,75 DM)

Und Ihre Schwimmtechnik? Béla  
Rajk's berühmte **Technik des Sport-  
schwimmens** kostet 9,20 DM

Sind Sie Segelfreund? In diesen Tagen  
erscheint das große Fachbuch **Wir  
segeln** von Joachim Schullt

**Wasser, Wind und weiße Segel**  
heißt ein kunstvoller Bildband mit  
163 herrlichen Fotos (14,50 DM)

SPORTVERLAG



**GARNITUREN**  
für  
**Fernmeldekabel**

VEB KABELWERK MEISSEN

Meißen/Sachsen Telefon 3481

### Funkentstörmittel

Unser reichhaltiges Fertigungsprogramm bietet  
Ihnen eine große Auswahl an

- Störschutz-Kondensatoren
- Störschutz-Durchführungskondensatoren
- Störschutz-Drosseln
- Breitband-Entstörkondensatoren 6 Amp.  
und 25 Amp.

Bei der Durchführung der 1. Verordnung ver-  
geschriebenen Entstörungspflicht steht der In-  
dustrie unsere

**Beratungsstelle für Funkentstörung**  
mit ihrem Laboratorium und Fachleuten zur  
Verfügung

VEB KONDENSATORENWERK GERA  
Parkstraße 7 · Telefon 26 49 · Fernschreiber 058 240



Automatische  
**HEWAC**  
die zuverlässige  
**WAAGE**  
für den  
Paketverkehr

WAAGEN-HERRMANN, KARL-MARX-STADT C1



**Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen**  
HERAUSGEBEN VON DER DEUTSCHEN POSTWERBUNG  
2. Jahrgang Leipzig, Mai 1957 Heft 5

D  
I  
E  
D  
E  
U  
T  
S  
C  
H  
E



P  
O  
S  
T

*Wir fertigen Bauteile für die drahtgebundene Nachrichtentechnik*

**VEB WERK FÜR BAUELEMENTE DER NACHRICHTENTECHNIK**  
GROSSBREITENBACH/THÜR.

*Eine Frage - kennt auch Ihr Kollege schon*

## DIE DEUTSCHE POST

die Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen?

Bestellungen nehmen die zuständigen PZV entgegen

Monatlich 1 Heft zum Preise von -50 DM



### R-F-T TELEFONVERSTÄRKER TV-021

Netzschluß 110/125/220V 50Hz / Leistungsaufnahme etwa 5 VA  
Röhrenbestückung 1 6X6 RV 12 P 2000 / Verstärkungsfaktor etwa 1,8 Nep

**UNSERE WEITEREN ERZEUGNISSE**

|                               |                        |
|-------------------------------|------------------------|
| Elektronenstrahl-Osziographen | Leitbleim-Osziographen |
| Einstrahl-Osziographen        | 3-Schalen-Osziographen |
| Zentral-Osziographen          | 4-Schalen-Osziographen |
| Präzisions-Messmodulationen   | 5-Schalen-Osziographen |
| Zeitmessgeräte                | Blitzgeräte            |
| Elektronenuhren               | Funkuhren/Uhren        |
| Elektronenmikroskop           | Leitbleimuhren         |



**VEB MESSGERÄTEWERK ZWONITZ**  
RUF ZWONITZ 195-198



**NEU!**  
*Sprech-*  
**kapsel**  
**W 57**

mit Großflächenmembran

(DGM), wasserdichte Ausführung

Günstige Frequenzlage  
Größere Empfindlichkeit und geringere Dämpfung durch dämpfungsreine Abdichtung der Kohlegrießfüllung  
Für größeren Stromdurchgang geeignet und längere Lebensdauer durch größere Kontaktflächen  
Geringe Störmodulation durch Verwendung hochwertigen Kohlegrießes (Import)  
Keine Veränderung der elektrischen Werte durch Eindringen von Feuchtigkeit beim Sprechen oder bei Verwendung im Freien und in feuchten Räumen  
Keine Möglichkeit der Zerstörung der Membrane von außen, z. B. bei öffentlichen Anlagen, Münzfernsprechern usw.  
Flache Oberseite, geeignet für sämtliche Handapparat- und Halterungsmodelle  
Sonderausführungen, wie Metallmembrane, OB-Betrieb usw., auf Anfrage



**GERHARD SCHMITT**  
Telefonbau / Schweinitz (Elster)  
Fernruf Jessen 445 - Telegrammschrift:  
Radioschmitt, Schweinitz (Elster)

|                                                                                                                             |                                 |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------|
| <b>INHALT</b>                                                                                                               | Seite                           |
| REICHE: Bemerkungen zur Paketverteilanlage beim Hauptpostamt Leipzig N 18 . . . . .                                         | 97                              |
| ADLER: In welchem Umfang haftet der Poststellenverwalter für das Verschulden seines Vertreters? . . . . .                   | 100                             |
| NITZSCHE/TSCHIEDEL: Finanznormung der Hilfsleistungen im Fernmeldebau . . . . .                                             | 102<br>(Schluß aus Heft 4/1957) |
| MAU/KLEINAU/KLERES/SUTANER/ULBRICHT/NEUFELDT: Messbericht . . . . .                                                         | 105                             |
| ADLER: Aus der Arbeit der Konfliktkommissionen bei der Deutschen Post . . . . .                                             | 110                             |
| SCHMUTZLER/PRIEBE/HIRSCH: Das Fachschulfernstudium der Deutschen Post in der Fachrichtung Post- und Zeitungswesen . . . . . | 119                             |
| Die Meinung unserer Leser . . . . .                                                                                         | 124                             |
| TRETZSCH: Synthetische Wolle oder Schafwolle für die Postdienstkleidung? . . . . .                                          | H                               |

Unser Titelbild. Aus der Arbeit des Instituts für Post- und Fernmeldewesen: Labor für Impuls- und Breitbandkabeltechnik (Aufn. I.P.F.)

Diesem Heft liegt ein Prospekt der Pa. Köppen, Stöck, Letteriernahme, Halle (Saale), bei.

Herausgegeben von der Deutschen Postwerbung, Redaktion „Die Deutsche Post“, Leipzig S 3, Gustav-Froberg-Str. 43-45, Fernsprecher 80805. Verantwortlich: Horst Hüb. Satz und Druck: VEB Graphische Werkstätten Leipzig III 18/57. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Deutsche Postwerbung, Berlin C2, Magazinalstraße 8-11. Zur Zeit ist die Anzeigensprellkarte Nr. 1 gültig. Die Zeitschrift „Die Deutsche Post“ erscheint monatlich einmal. Bezugsbedingungen: Vorauspreis für Postzahlgeld vierteljährlich 1,50 DM. Preis für andere Besteller vierteljährlich 2,40 DM. Bestellungen nehmen die zuständigen Poststellungsvertriebe entgegen.  
Alle Rechte vorbehalten. Nachdrucke - auch auszugsweise - nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Referate und Besprechungen mit voller Quellenangabe zulässig. Veröffentlicht unter der Lizenznummer 4294 des Amtes für Literatur und Verlagswesen der Deutschen Demokratischen Republik.

# SCHE POST

POST- UND FERNMEDEWESEN  
DER DEUTSCHEN POSTWERBUNG

Heft 5  
amt Leipzig N 18

### Beschreibung der Paketverteilanlage der Durchgangsbahnen

gründlichen Betriebsstudien wurde 1930 eine Paketverteilanlage in die vorhandenen Räumlichkeiten eingebaut. Die Anlage besitzt zwei symmetrische Teile von je einem Zubringer- und zugleich Auflegeband und je drei Lesebändern. Schreiber- und die Abstoßbahn verbinden beide Teile zu einem Ganzen. Innerhalb der Beschreiberbahn ist ein Übergangsband von einer Seite der Bandanlage zur anderen möglich.

Pakete gelangten bis 1954 ausschließlich entweder durch die Durchgangspackkammer oder über kurze Schwelbänderbahnen von der Laderampe her auf die Zubringer. Von hier aus werden sie über angetriebene Rollen, die sich im rechten Winkel anschließen, den Beschreiberbahn zu. Eine Verbindung der Bandanlage mit dem Bahnwerk ursprünglich nicht vorgesehen, weil dies nach der Auffassung ein „unwirtschaftliches und kompliziertes System“ erfordert hätte. Man entschloß sich deshalb beim Aufbau der Anlage, die Förderung der Paketsendungen von den Zubringern (Auflege-) Bändern in der Durchgangskammer mit Elektrokarronten vorzunehmen. Erst nach der zweiten Entlastung (2), auf deren Bedeutung noch hingewiesen wird, errichtet.

Verbindung mit dem nach der Ortspackkammer führenden Band (3) wurde beim Bau des Paketzustellantes mit dessen Förderanlagen im Jahre 1938 nicht hergestellt; dies wurde erst 1956 geschaffen.

Beschreiberbahn bietet die Möglichkeit eines Einstrahls-Beschreibers. Diese schloßen die Pakete nach dem Bestehen auf zwei parallelaufende, angetriebene Rollenbahnen und nehmen dabei gleichzeitig eine Vorverteilung vor. Die Rollenbahn nimmt alle Pakete für die Kursplätze an den Bändern 1-3 (im folgenden L 1-L 3 usw. genannt) an, während alle Pakete für die Kursplätze an den Bändern 4-6 (L 4-L 6) . . . . .

Rollenbahnen (4) gehen in die Abstoßbahnen (5) über, von denen die von den Beschreibern kommenden und auf zwei vorgeordneten Pakete jeweils auf weitere drei Richtungen die Lesebänder L 1-L 3 oder L 4-L 6 verteilt und befördert. An den Lesebändern werden die Pakete z. B. in Hand abgenommen und auf die entsprechenden Kursplätze geleitet.

Abfahren der beladenen Karren von den Lesebändern zu den Poststellen bzw. zu den Karronstapelplätzen geschieht über den elektrischen Betrieb oder mit Elektrokarrern.

Wir fertigen Bauteile für die drahtgebundene Nachrichtentechnik



REIF VEB WERK FÜR BAUELEMENTE DER NACHRICHTENTECHNIK GROSSBREITENBACH/THÜR.



R-F-T TELEFONVERSTÄRKER TV-021

Nennspannung 110/125/220 V 50 Hz / Leistungsaufnahme etwa 5 VA Röhrenbelegung 1 Stück 6V 12 F 2000 / Verstärkungsfaktor etwa 1,8 Neuen

UNSERE WEITEREN ERZEUGNISSE Elektronenröhren-Ostlographen, Einstell-Ostlographen, Zeitstahl-Ostlographen, Fern- und Nah-Modemklangen, Zeitschaltgeber, Elektronenröhren, Elektronenröhren, Lichtstahl-Ostlographen, 3-Schalen-Ostlographen, 4-Schalen-Ostlographen, P-Schalen-Ostlographen, Blaupause, Fernkathodengröße, Lichtstrahlröhren



VEB MESSGERÄTEWERK ZWONITZ RUF ZWONITZ 195-198



Fachliteratur

Videoverstärker. Von W. L. Kreuzer. VEB Verlag Technik, Berlin. Übersetzung aus dem Russischen. DIN B 5, 333 Seiten, 264 Bilder, 4 Tafeln, Ganzleiderin 28,- DM.

Videoverstärker kommen überall dort zur Anwendung, wo breite Frequenzbänder von praktisch Null bis zu einigen Megahertz verstärkt werden sollen, z. B. bei der Fernsehübertragung und -wiedergabe. Die an einen solchen Verstärker zu stellenden Grundforderungen sind amplituden- und phasengetreue Verstärkung über den ganzen Frequenzbereich und eine bestimmte Form der Aussteuerungskennlinie zur originalgetreuen Gradationsübertragung. Diese Anforderungen rechnerisch und praktisch verwirklichen zu helfen, ist Aufgabe des Werkes von W. L. Kreuzer, in dem Eigenschaften, Theorie und Anwendung der RC-Breitbandverstärker für das Gebiet der Impulsverstärkung eingehend behandelt werden.

Die hier für die eigentlichen Videoverstärker gewonnenen Erkenntnisse gelten ebenso für alle anderen Breitbandverstärker, bei denen es auf Verstärkung und formgetreue Nachbildung eines vorgegebenen Signals ankommt.

In der systematisch und pädagogisch gut aufgebauten Arbeit geht der Autor besonders auf die Grundlagen der Schaltungstechnik, die Theorie der Impuls- und Frequenzcharakteristiken und den Abgleich der Verstärkerkennlinien ein. Zahlreiche Rechenbeispiele schaffen die Verbindung mit der Praxis.

An den Beispielen der deutschsprachigen Literatur kein zusammenhängendes Werk über die hier behandelten Probleme gibt, wird diese Übersetzung sowohl für den in der Praxis stehenden als auch für den mit theoretischen Fragen beheimateten Ingenieur eine wertvolle Bereicherung seiner Arbeitsunterlagen darstellen. Gleichzeitig wird sie auch dem Studierenden, der sich auf das Gebiet der Fernseh- und Impulstechnik spezialisiert, von großem Nutzen sein.

Mikrowellenröhren. Von W. S. Kowalenko. VEB Verlag Technik, Berlin. Übersetzung aus dem Russischen. DIN A 5, etwa 320 Seiten, 100 Bilder, 40 Tafeln, Ganzleiderin etwa 33,- DM.

Die Mikrowellenröhren gelangen in Technik und Wissenschaft in steigendem Maße zur Anwendung, z. B. bei Richtfunkstationen für Fernschiffübertragung, bei Radargeräten usw. An der Entwicklungsgeschichte dieser Röhren hat der Autor des vorliegenden Buches einen wesentlichen Anteil. Er vermittelt dem Leser seine umfangreichen Erfahrungen und gibt eine wertvolle Einführung in die Physik und Technik der Mikrowellenröhren.

An den Beispielen der Mikrowellenröhren, des Reflexklystrons, der Wanderfeldröhre und des Magnetrons werden die Etappen der Entwicklung gezeigt. Zugleich geben diese Beispiele einen Überblick über die drei Hauptgruppen von Mikrowellenröhren: der raumladungsgesteuerten Röhre, der Triodenröhre und der Lauffeldröhre.

Aus dem Inhalt:

Einführung — Ausführliche Einleitung in die allgemeinen Prinzipien der Lauffeldröhren — Methoden zur Berechnung von Resonanzkreisen für Mikrowellenröhren — Grundlagen der elektronischen Vorgänge in Dioden — Trioden — Das Reflexklystron — Wanderfeldröhren — Das Magnetron mit Mehrkammerresonatoren — Die Anodenspannung des Magnetrons — Der Einfluß der zyklischen Elektronenbewegung auf die Arbeit des Magnetrons — Das Kennlinienfeld des Magnetrons — Die Stabilität der Schwingungen



DIE DEUTSCHE POST

ZEITSCHRIFT FÜR DAS POST- UND FERNMELDEWESEN

HERAUSGEGEBEN VON DER DEUTSCHEN POSTWERBUNG

2. Jahrgang

Leipzig, Mai 1957

Hft 5

Bemerkungen

zur Paketverteilanlage beim Hauptpostamt Leipzig N 18

Von Curt REICHE, Berlin

Betriebsabwicklung vor dem Bau der Paketverteilanlage

Die Stadt Leipzig hat seit alters her dank ihrer günstigen geographischen Lage für den Handel und für den Verkehr eine besondere Bedeutung. Wichtige Fernverkehrswege bilden einen Verkehrsknotenpunkt ersten Ranges. So läßt sich erklären, daß hier auch einer der größten Umschlagpunkte für den Postverkehr Deutschlands zu finden ist. Bis zum Anfang des zweiten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts wickelte sich der Bahnhofspostdienst auf den bis dahin bestehenden sechs Bahnhöfen der verschiedenen Bahnverwaltungen ab. Mit dem Bau des Hauptbahnhofes machte sich gleichzeitig die Errichtung entsprechender Postbauten erforderlich. Das führte zum Bau des Postbahnhofs in Leipzig, was gleichzeitig eine Konzentration des Postverkehrs bedeutete.

Interessant ist es festzustellen, daß für den Postumschlag außer den Gleisanlagen, Bahnsteigen und Räumlichkeiten keine nennenswerten technischen und mechanischen Hilfsmittel vorgesehen waren, während das etwa zur gleichen Zeit erbaute Umschlagpostamt des Pennsylvania-Bahnhofes in New York bereits alle damals bekannten Fördererlemente, wie Förderbänder, Rollenbahnen, Becherwerke usw. enthielt.

Die Verteilung der Pakete erfolgte durch sogenannte „Abtragen“ zu den Kursplätzen, wo wir es heute noch bei verschiedenen Paketumschlagstellen, z. B. in Magdeburg, feststellen müssen. Ein unvorstellbarer, unproduktiver Betriebsablauf war hierbei unvermeidbar. Bedenken wir, daß vor dem Bau einer Paketverteilanlage täglich etwa 125.000 Pakete auf 104 Kursplätze zu verteilen waren, wovon 70% die Durchgangspakete bildeten und 30% aus der Ortsanlieferung kamen, so kann man ermaßen, welcher große manuelle Arbeitsaufwand zum Bearbeiten dieser Paketmengen notwendig war (Bild 1).

Kurze Beschreibung der Paketverteilanlage der Durchgangspackkammer

Nach gründlichen Betriebsstudien wurde 1930 eine Paketförderanlage in die vorhandenen Räumlichkeiten eingebaut.

Die Anlage besitzt zwei symmetrische Teile von je einem Zuführungs- und zugleich Auflegeband und je drei Lesebändern. Die Beschreiber- und die Abstoßbahnen verbinden beide Teile zu einem Ganzen. Innerhalb der Beschreiberbahn ist ein Übergang der Pakete von einer Seite der Bandanlage zur anderen möglich (Bild 2).

Alle Pakete gelangten bis 1954 ausschließlich entweder durch Auflegen in der Durchgangspackkammer oder über kurze Schwerkrollenbahnen von der Laderampe her auf die Zuführerbahnen (1). Von hier aus wurden sie über angetriebene Rollenbahnen, die sich im rechten Winkel anschließen, den Beschreibern zugeführt. Eine Verbindung der Bandanlage mit den Bahnsteigen war ursprünglich nicht vorgesehen, weil dies nach der damaligen Auffassung ein „unwirtschaftliches und kompliziertes Fördererlement“ erfordert hätte. Man entschloß sich deshalb beim Bau der Anlage, die Förderung der Paketsendungen von den Bahnsteigen zu den Zuführer- (Auflege-) Bändern in der Durchgangspackkammer mit Elektrokarruzellen vorzunehmen. Erst 1954 wurden zwei Eastdehbänder (2), auf deren Bedeutung noch besonders hingewiesen wird, errichtet.

Eine Verbindung mit dem nach der Ortspackkammer führenden Förderband (3) wurde beim Bau des Paketzustellamtes in dem modernen Förderanlagen im Jahre 1935 nicht hergestellt; eine solche wurde erst 1956 geschaffen.

Die Beschreiberbahn bietet die Möglichkeit eines Einsatzes von 23 Beschreibern. Diese schieben die Pakete nach dem Beschreiben auf zwei parallellaufende, angetriebene Rollenbahnen (4) ab und nehmen dabei gleichzeitig eine Vorverteilung vor. Die eine Rollenbahn nimmt alle Pakete für die Kursplätze an den Lesebändern 1-3 (im folgenden L 1-L 3 usw. genannt) auf, die andere alle Pakete für die Kursplätze an den Lesebändern L 4-L 6.

Beide Rollenbahnen (4) gehen in die Abstoßbahnen (5) über. Hier werden die von den Beschreibern kommenden und auf zwei Richtungen vorverteilte Pakete jeweils auf weitere drei Richtungen, auf die Lesebänder L 1-L 3 oder L 4-L 6 verteilt und weitergeführt. An den Lesebändern werden die Pakete z. Z. noch von Hand abgenommen und auf die entsprechenden Kurskarrn gelegt.

Das Abfahren der beladenen Karrn von den Lesebändern zu den Bahnsteigen bzw. zu den Kartenzustellplätzen geschieht im Handbetrieb oder mit Elektrokarrn.



Bild 1. Packkammer des Postamtes Leipzig N 18 im Jahre 1922 (Archiv 11PF)

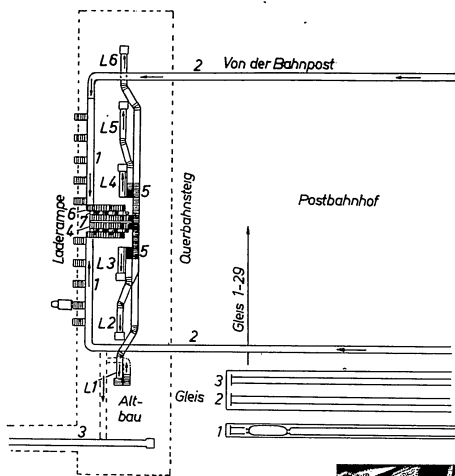


Bild 2. Paketverteilanlage im HPA Leipzig N 18

**Die Beschrifterbahn**

Die Beschrifterbahn ist der wichtigste Teil einer jeden größeren Paketförderanlage. Der Betriebsablauf an dieser Stelle beeinflusst den Dienstbetrieb der gesamten Paketumschlagstelle in höchstem Maße, ja sie bestimmt sogar deren Kapazität. Theoretisch läßt sich aus der Anzahl der Beschriftlerplätze und der Leistung der Beschriftler das Leistungsvermögen der gesamten Anlage errechnen.

Die Beschriftler arbeiten an festen Beschriftertischen (Bild 3), die 800 mm über dem Fußboden zwischen der Zuführungsbahn (6) und den beiden mittleren Rollenbahnen (4) brückenartig und hochklappbar angebracht sind (7). Auf diese Weise ist es möglich, daß der Beschriftler die Sendungen von der Rollenbahn abzieht und die Kartenummer auf das in Ruhelage befindliche Paket schreiben kann.

Wie bereits festgestellt, werden die Pakete den Beschriftlern über angetriebene Rollenbahnen zugeführt. Dieser Art der Förderung wurde deshalb gewählt, weil hierbei ein seitliches Bewegen der Sendungen leichter auszuführen ist als auf einem Förderband. Aus diesem Grunde werden auch die beschriebenen Pakete über angetriebene Rollenbahnen weitergeleitet.

Die Beschriftleranlage beim HPA Leipzig N 18 ist kein sogenannter Rundlauf. Das bedeutet, daß über die Zuführungsbahn nur so viele Pakete geleitet werden dürfen, wie jeweils Beschriftler eingesetzt sind. Wird die Anzahl der zugeführten Pakete größer, dann treten am Ende der Rollenbahnen beim letzten Beschriftler Stauungen auf (Bild 4).

Sobald ein Rundlauf vorhanden ist, werden die nicht von den Beschriftlern abgenommenen Pakete auf einer gegenläufigen Rollenbahn bzw. einem entsprechenden Förderband zurückgeleitet, um danach erneut zu den Beschriftlern zu gelangen.

Infolge des Fehlens des Rundlaufes treten in der Beschriftleranlage beim HPA Leipzig N 18 besonders bei Verkehrsspitzen

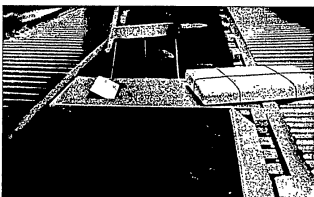


Bild 3. Beschriftertisch mit eingebautem Zählwerk (Aufn. v. Verf.)

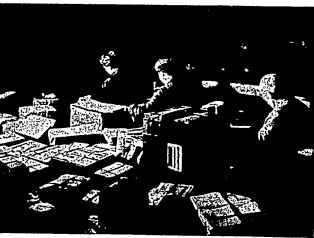


Bild 4. Stauung von Paketen am Ende einer Zuführungsbahn (Aufn. v. Verf.)

Stauungen auf. Als Folge ergibt sich, daß die Zubringerbänder abgeschaltet werden müssen, bis die Stauung aufgearbeitet ist. Dieses Aufarbeiten kann jedoch nur von den am Ende der Zuführungsbahn sitzenden Beschriftlern vorgenommen werden. Gleichzeitig entstehen für die am Anfang der Zuführungsbahn sitzenden Beschriftler Leerzeiten.

Daraus ist zu ersehen, daß Rundläufe für das Auffangen von Verkehrsspitzen bei größeren Beschriftleranlagen unbedingt erforderlich sind.

Jede Stauung an der Beschriftlerbahn wirkt sich auf den Gesamtbetrieb aus. Das gilt gleichzeitig für jedes Abschalten der Bandanlage oder einzelner Teile. Erfahrungsgemäß entstehen für einen Teil der Kräfte Leerzeiten, die sich u. U. erheblich auf die Leistung einer Paketumschlagstelle auswirken. Beim Abschalten einzelner Bänder usw. darf nicht nur die Zeit als Ausfallzeit gerechnet werden, in der das Band oder die gesamte Anlage stillsteht. Die Beobachtungen zeigen, daß nach dem Einschalten noch eine gewisse Zeit vergeht, bis der Gesamtbetrieb wieder normal läuft.

**Die Lesebänder**

Die Feinverteilung der Paketsendungen wird an den sechs Lesebändern vorgenommen. Jedes Leseband hat eine Länge von etwa 13,5 m und ermöglicht das Aufstellen von etwa 18 Karren. Die Konstruktion dieser Bänder hat sich in der Praxis bestens bewährt. Die Bänder bestehen aus einem 800 mm breiten Gurtförderband und werden mit einer Geschwindigkeit von 0,8 m/sec bewegt.

Als besonders posttypisches Merkmal dieser Bänder befinden sich seitlich in der Längsrichtung verlaufende leicht drehbare Rollen. Diese Rollen ermöglichen das Abnehmen der Pakete mit geringstem Kraftaufwand (Bild 5).

Beim seitlichen Abziehen der Pakete von einem Förderband treten Reibungskräfte auf, die überwunden werden müssen. Die Rollen an den Seiten der Bänder sind deshalb so gelagert, daß ihre Oberkante höher ist als das Band. Auf diese Weise werden die Reibungskräfte weitgehend ausgeschaltet.

Durch die Kleinmechanisierung wurden von verschiedenen Ämtern in der letzten Zeit handelsübliche, transportable Gurtförderer beschafft und teilweise auch als Lesebänder eingesetzt. Um auch in diesen Fällen das Abnehmen der Pakete zu erleichtern, erscheint es zweckmäßig, ein transportables Förderband zu entwickeln, das die gleichen Vorteile aufweist wie die stationären Lesebänder beim HPA Leipzig N 18.

Ein weiterer Vorteil der Lesebänder der Leipziger Anlage ist ihre gut durchdachte Länge. Zu lange Lesebänder können u. U. den Betriebsablauf erschweren, indem die Menge der am Anfang des Bandes aufkommenden Pakete so groß ist, daß die Abnehmer die Pakete für die Kursplätze am Anfang des Lesebandes nicht restlos erfassen. Die durchlaufenden Pakete belasten dann



Bild 6. Stauung von Paketen am Ende eines Lesebandes (Aufn. IFF)

die Arbeit der übrigen Abnahmekräfte und müssen schließlich eine große Strecke zurückgetragen werden.

In den Fällen, in denen aus räumlichen Gründen lange Lesebänder nicht zu vermeiden sind, muß durch entsprechende Anordnung der Kursplätze in bezug auf ihre Belastung sowie durch zweckmäßigen Einsatz der Abnahmekräfte versucht werden, die Nachteile eines langen Lesebandes auszugleichen.

Während der Verkehrsspitzen treten an einzelnen Lesebändern durch zeitweilige besonders starke Belastung dadurch Störungen auf, daß die Pakete nicht restlos abgenommen werden können. Eine Anhäufung durchgelaufener Pakete am Ende des Lesebandes ist die Folge (Bild 6). Als Auswirkung muß das Band abgeschaltet werden. Das führt zwangsläufig zu einem Stillstand der Arbeit in der gesamten Anlage mit Leerzeiten an den übrigen, zur gleichen Zeit nicht so stark belasteten Lesebändern, an der Beschriftlerbahn und auch beim Auflegen der Pakete auf die Entlade- bzw. Auflegebänder. Daraus muß die Schlußfolgerung gezogen werden, daß künftig Lesebänder möglichst mit einem Entspeicher errichtet werden müssen.

**Die Entladebänder**

Wie bereits ausgeführt, war ursprünglich keine Verbindung zwischen der Paketverteilanlage in der Durchgangspackkammer und den Gleisanlagen vorhanden. Die Möglichkeit einer Entladung der mit Post beladenen Güterwagen und der Bahnpostwagen unmittelbar auf Förderbänder wurde erst 1954 geschaffen. Durch den Einbau von Entladebändern (2) zwischen die Gleise 4 und 5 sowie zwischen die Gleise 15 und 16 gelangten nunmehr die Paketendungen aus den Schienenfahrzeugen über kurze Rutschen auf Förderbänder und werden damit unmittelbar den Beschriftlern zugeführt.

Läuder mußten hierdurch einige Betriebserschwernisse innerhalb der Beschriftlerbahn in Kauf genommen werden. In großen Zügen gesehen sind die Kursplätze an den Lesebändern, die Karrenabstellplätze und die ein- und abgehenden Bahnposten wie folgt aufgeteilt:

Lesebänder L1-L3 mit den Kursplätzen für die Gebiete westlich und nördlich von Leipzig. Auf den Querbahnsteigen in Höhe dieser Lesebänder befinden sich die entsprechenden Karrenabstellplätze, und auf den Gleisen an diesem Teil des Querbahnsteiges werden die Bahnposten bereitgestellt, die diese Sendungen abfordern. An den Lesebändern L4-L6, den Karrenabstellplätzen auf dem Querbahnsteig in Höhe dieser Lesebänder und den entsprechenden Gleisen werden die Paketendungen bearbeitet bzw. abgestellt oder verladen, die für die Gebiete östlich und südlich Leipzigs bestimmt sind.

Da sich größere Rangierbewegungen auf dem Gleisfeld des Postbahnhofs nur mit Schwierigkeiten ausführen lassen — beim Umsetzen der Wagen müssen teilweise Ferngleise berührt werden — bringt man die ankommenden Bahnposten sogleich zu den Bahnsteigen, von denen sie in der Regel wieder abgehen.

Die Paketladung der ankommenden Bahnposten geht in ihrer Masse in der entgegen gesetzten Richtung weiter, aus der sie gekommen ist. Das soll an einem Beispiel erläutert werden. Eine

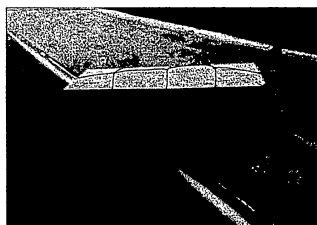


Bild 5. Leseband mit abzuziehendem Paket (Aufn. v. Verf.)



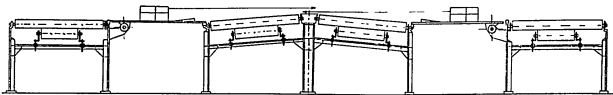


Bild 7. Schalt durch Beschriftvorbahn

Bahnpost aus Richtung Dresden bringt vorwiegend Durchgangspakete für die Gebiete westlich Leipzigs. Diese Pakete werden auf die entsprechenden Kurskarran an den Lesebändern L 1-L 3 verteilt. Vor dem Bau der Endladebänder wurden diese Pakete mit Elektrokarran zum Aufgebund gebracht, das den Lesebändern L 1-L 3 zunächst zugeführt ist. Die Beschreiber brauchen dann diese Pakete nur auf die ihnen zunächst geeignete Rollenbahn zu schieben.

In anderen Fällen wurden die Pakete beispielsweise aus Richtung Eisenach zu dem den Lesebändern L 4-L 6 zunächst geeigneten Aufgebund gebracht, weil die Masse dieser Durchgangspakete nach Gebieten östwärts Leipzigs gerichtet war.

Mit dem Bau der Endladebänder hat es sich ergeben, daß ein sehr großer Teil der Durchgangspakete von den Beschreibern auf die von ihnen entfernt liegende Rollenbahn geschoben werden muß, weil die Pakete nennmehr auf der Seite in die Beschreiberrinne gelangen, auf der sie auf das Endladeband gelangt wurden (Bild 7). Das bedeutet, daß sich die beschriebenen Pakete oft beim Abschieben auf den Rollenbahnen kreuzen. Das führt zu Verzögerungen und einer Verringerung der Leistungen der Beschreiber. Um diese Schwierigkeiten auf ein Mindestmaß zu beschränken, wurden die ursprünglich gegenüberliegenden Beschreiberrinne gegeneinander versetzt.

Abgesehen davon, erfordert das Abschieben auf die von den Beschreibern entfernt liegende Rollenbahn einen größeren Kraftaufwand.

Wie aus Bild 2 ersichtlich ist, stehen die Endladebänder in unmittelbarer Verbindung mit der Beschriftvorbahn und dadurch mit der gesamten Verteilanlage. Eine unmittelbare Sichtverbindung besteht nicht. Das bedeutet, daß die für den Betriebsablauf in der Durchgangspacktkammer verantwortlichen Kräfte die Entladung aus den Eisenbahnwagen auf die Endladebänder nicht beobachten können. Umgekehrt ist die Endladebänder am Endladeband nicht bekannt, wie stark jeweils die Belastung der Beschriftvorbahn ist. Demzufolge können sie ihr Arbeitstempo dieser Belastung nicht anpassen, so daß es zu den genannten Abschaltungen von einzelnen Bändern bzw. der ganzen Anlage kommt.

In welchem Umfange haftet der Poststellenverwalter für das Verschulden seines Vertreters?

§ 276 BGB, § 2 Ziff. 8 des Dienstleistungsvertrages für Poststellenverwalter Handlungen erwächst.

Die Verklagte, die Vertreterin der PSt (1) in N., erkrankte im Dezember 1955 und hat von einem Vertreter, der AdL derbet des klagenden HPA ordnete an, daß die in der PSt beschäftigte Ang G, die Vertretung übernehmen solle, was diese nach anfänglicher Weigerung auch tat. Während ihrer Tätigkeit entstand ein Minderbetrag von 103,05 DM. Auf den Antrag des HPA wurde die G, von der Konfliktkommission verpflichtet, hiervon zwei Drittel zu ersetzen. Hiernach ist ein Drittel nach dem mitwirkenden Verschulden des HPA an, das im Mangel jeglicher Ausbildung zu erlösen sei. Dessen Beschluß focht die G, an; im arbeitsgerichtlichen Verfahren erkannte sie vergleichsweise eine Schuld in Höhe von 30,- DM an.

Die Klägerin fordert nunmehr von der Verklagten die Differenz in Höhe von 113,05 DM unter Berufung auf § 2 Ziff. 8 des Dienst-

Schuldverhältnisses. Die Beobachtungen hinsichtlich der Belastung der Bänder und der Auslastung der Beschriftvorbahn treffen in ihren Grundzügen auch auf die übrigen Paketumlagestellen mit Paketverteilanlagen zu. Es ist hierzu festzustellen, daß die erreichbare Kapazität in vielen Fällen nicht ausgenutzt werden kann, weil häufig an einzelnen Punkten der Anlagen Störungen eintreten, die sich auf die Gesamtleistung auswirken.

Es ist unbedingt anzustreben, diese Leerlaufzeiten in unseren Paketumlagestellen auszuschalten, um die Kapazitäten voll auszunutzen und den gesamten Betriebsablauf, vornehmlich im Wehntagesbereich, flüssiger zu gestalten.

Hierzu müssen wir jedoch leider feststellen, daß innerhalb der Großumschlagstellen fast keinerlei innerbetriebliche Nachrichtenmittel zur Verfügung stehen. Es sollte Aufgabe der Betriebe sein, sich umgehend mit diesen Fragen zu beschäftigen. Zweckmäßig wird das industriellen Forschern auch hier Anwendungsmöglichkeiten bieten. Doch darüber hinaus gibt es noch viele einfachere Mittel, deren Anwendungsmöglichkeiten in unseren Betrieben noch nicht erprobt sind.

Hierzu gehören besonders der Sprechfunk und sonstige Sprechanlagen. Es würde beispielsweise bereits eine wesentliche Verbesserung darstellen, wenn im vorliegenden Fall den Kräften an den Endladebändern mit Lautsprecher von der Packkammer aus der Auftrag gegeben werden kann, langsamer zu entladen. Auf diese Weise wird es nicht erforderlich, einzelne Bänder oder die ganze Anlage abzuschalten, und der Gesamtbetrieb bleibt flüssig. Sobald der kritische Punkt überschritten ist, kann der Auftrag zu schnellerem Ausladen gegeben werden.

Voraussetzung für den Erfolg einer derartigen Betriebsführung ist das Vorhandensein von Kräften, die jederzeit den Betriebsablauf in allen Einzelheiten übersichten und durch eigene Initiative sofort erforderliche Maßnahmen einleiten können.

Bei dem Bau oder der Planung neuer Paketverteilanlagen oder einzelner Lesebänder sollte vorher von den Beteiligten die Bandanlage beim HPA Leipzig N 18 eingehend studiert werden, weil diese auch heute noch dem gegenwärtigen Stand der Fortschrittlichkeit in den Postbetrieben entsprechend als recht gut anzusehen werden kann.

leistungsvorgang für Poststellenverwalter (Anlage 6 zum BKV 1955). Danach haftet der Poststellenverwalter verschuldungspflichtig für den Schaden, der der Deutschen Post aus seinen oder seiner Stellvertreter Handlungen erwächst.

Die Konfliktkommission löste den Streitfall nicht, und das Kreisarbeitsgericht hat die Klage abgewiesen aus folgenden (gekürzten) Gründen:

„Die Auffassung der Klägerin, daß die Anlage 6 der Lohnanlagen zu den Betriebsvollstreckungen der Deutschen Post für 1955 anwendbar sind, ist im vorliegenden Falle abzuw. Der Begriff des Dienstleistungsvertrages für Verwalter von Poststellen besagt, daß es sich um Dienstleistungsverträge zwischen der Deutschen Post und Personen handelt, die die Verwaltung von Poststellen hauptsächlich oder ausschließlich (als Landwirte oder Gewerbetreibende usw.) ausüben. „Darin kann natürlich die Deutsche Post... verlangen, daß der Verwalter einen Stellvertreter namhaft macht... Es ist selbstverständlich, daß in diesen Fällen der Verwalter als Vertragskontrakt aus Grund des Dienstleistungsvertrages für alle Verwaltungsverhältnisse zu haften hat, die durch ihn oder seinen Stellvertreter entstehen.“

Im vorliegenden Falle handelt es sich jedoch bei der Poststelle in N. um ein sogenanntes Agentenamt im Sinne eines Dienstleistungsvertrages. Die Poststelle ist besetzt mit sieben hauptamtlichen Postangestellten. Es wäre also unverständlich, wenn der Poststellenverwalter selbst für die sieben Personen, die im gleichen Agentenamtverhältnis stehen wie er selbst, persönlich haften sollte. Eine solche Haftung stellt auch unser Arbeitsrecht nicht vor... Das Gericht verneinte durchaus nicht die Schutzwirkung, die durch eine ungenügende Vertreterin entstanden waren. Die Verklagte für den entstandenen Schaden haftbar zu machen, bestehen jedoch rechtlich durchdringende Bedenken. Aus diesen Gründen erfolgt Klageabweisung.“

Anmerkung:

Das Urteil ist im Ergebnis zweifellos richtig. Zu seiner Begründung ist jedoch einiges zu bemerken; auch ist es über den zur Entscheidung stehenden Fall hinaus wegen der darin angewandten Problematik von allgemeinem Interesse.

Das Gericht will den Geltungsbereich des „Dienstleistungsvertrages“ offenbar einschränken, und zwar auf „die Bewerber von kleinen Poststellen bzw. Posthilfsstellen“. Dieser Überlegung hätte es im vorliegenden Falle gar nicht bedürftig, weil die Voraussetzung des § 2 Ziff. 8 des Dienstleistungsvertrages — nämlich die Namhaftmachung durch den Bewerber — nicht gegeben war. Vielmehr war hier gemäß § 9 Ziff. 2 des Dienstleistungsvertrages der Vertreter vom HPA gestellt worden; für dessen Minderbeträge haftet aber der Verwalter unter keinen Umständen. Das ist ausdrücklich klar gestellt worden durch die zwischen dem Nachtrag zu den Lohnanlagen erfolgte Neufassung der Ziffer 8, zu der das vorliegende Urteil mit einem Anlaß gegeben hat. Nach der jetzt gültigen Fassung besteht sich die vermögensrechtliche Haftung des Poststellenverwalters nicht auf die Handlungen der Personen, die ihm während seines Urlaubs oder seiner Krankheit vertreten. Diese Fassung ist aber auch nicht bestritten, weil sie nunmehr eine Haftung des Poststellenverwalters für den von ihm selbst und aus anderem Anlaß gestellten Vertreter offenbar voraussetzt. Diese Voraussetzung entfällt aber der Grundlage, weil unser Arbeitsrecht grundsätzlich keine Haftung für fremdes Verschulden kennt. Aber die weiteren Folgerungen des Gerichts sind nicht unbedenklich.

Der den Geltungsbereich des Vertrages festlegende § 1 macht diese Einschränkung nämlich nicht, sondern dort wird auch die hauptberufliche Tätigkeit ausdrücklich genannt, und so wird in der Praxis verfahren. Das Problem liegt genauer formuliert, in der Abgrenzung des Dienstleistungsvertrages (§ 611 BGB) vom Arbeitsverhältnis. Dabei geht das Arbeitsverhältnis bekanntlich historisch auf den Dienstvertrag des BGB zurück. Die Normen des BGB werden aber nicht mehr für anwendbar gehalten (soweit sie nicht ohnehin durch besondere gesetzliche Vorschriften ersetzt worden sind), seit man das Arbeitsrecht als selbständigen Zweig der Rechtswissenschaft erkannt hat. Ein Arbeitsverhältnis liegt immer dann vor, wenn bestimmte typische Merkmale zutreffen. Sein wesentlichstes ist das Eingliederung in das Kollektiv des Betriebes und die Anknüpfung an seinen Personalstand (vgl. Schlegel, Fragen des Arbeitsrechts, Berlin 1955, S. 24). Prüft man die Rechtsverhältnisse der Poststellenverwalter unter Zugrundelegung gerade dieses Merkmals, so ergibt sich die Abgrenzung ähnlich, wie sie das Gericht aus den Vorschriften über den Geltungsbereich herleitet wollte.

Grundsätzlich wird davon auszugehen sein, daß mit denjenigen Poststellenverwaltern, die diese Tätigkeit hauptberuflich ausüben, ein echtes Arbeitsverhältnis besteht. Für sie trifft das genannte Kriterium zweifellos zu; daß sie nicht den gleichen persönlichen Kontakt innerhalb des betrieblichen Kollektivs wie andere Werkvertragsnehmer haben, ergibt sich aus der Eigenart ihrer Tätigkeit und ist rechtlich unbedenklich. Die Urlaubsregelung (§ 10) unterscheidet allerdings nur zwischen Poststellen und Posthilfsstellen; dabei wird den Verwaltern der letzteren ein Urlaubsanspruch versagt, wenn sie die Tätigkeit nebenberuflich ausüben. Es dürfte demnach nicht zweifelhaft sein, daß mindestens mit denjenigen Verwaltern, die einen Urlaubsanspruch haben, ein echtes Arbeitsverhältnis besteht. Trifft das zu, dann war aber die Bestimmung des § 2 Ziff. 8 alter Fassung nichtig, weil — wie erwähnt — unser Arbeitsrecht keine Haftung für fremdes Verschulden kennt. Dagegen gilt die Bestimmung zweifellos dort — davon geht auch das Urteil aus —,

wo kein Arbeitsverhältnis, sondern ein zivilrechtlicher Dienstvertrag vorliegt.

Diese Erklärung bietet aber noch Anlaß zu einem weiteren Hinweis. Die hier besprochenen Rechtsverhältnisse sind kollektivvertraglich erstmalig durch die Aufnahme des „Dienstleistungsvertrages“ in die Anlagenanmeldung zum BKV 1952 aufgenommen worden; vorher bestanden nur Dienstleistungsverträge über den mit den Bewerbern im Einzelfalle zu vereinbarenden Vertragsinhalt. Der Dienstleistungsvertrag enthält nun neben dem Elemente des Mietvertrages, weil der Verwalter entgeltlich einen Raum überläßt; dabei können Miete und Arbeitsverhältnisse auseinanderfallen: Im Falle der Kündigung sind die Räume noch ein Vierteljahr zu belassen (§ 11 DLV). Bemerkenswert ist auch die Pflicht des Verwalters, im Falle der Erkrankung und des Urlaubs selbst für einen Vertreter sorgen zu müssen — eine Bestimmung, die innerhalb eines echten Arbeitsverhältnisses völlig fehl am Platz ist. Man betrachte auch die Vorschriften über „Hilfskräfte“: Sie werden „dem Verwalter auf Kosten der Postkasse gestellt“ (§ 9 DLV).

Diese Vorschriften sind nur aus ihrer historischen Entwicklung heraus verständlich. Ihnen liegt noch die Vorstellung vom Postmeister zugrunde, der es übernimmt, auf eigene Rechnung die postalischen Geschäfte zu besorgen. Gegen eine Vergütung oblag ihm die Beschaffung der Wagen und Pferde und der sonst notwendigen Gerätschaften. Auch die Beschäftigung von Hilfskräften war ihm in früheren Zeiten grundsätzlich überlassen. Dieses juristisch etwa einem Agenturverhältnis entsprechende Rechtsverhältnis wirkt im jetzigen Dienstleistungsvertrag noch nach; die zitierten Bestimmungen beweisen das. Man ist der Auffassung, daß die Beschaffung des Raumes grundsätzlich Sache des Poststellenverwalters ist; er erhält dafür lediglich eine „Entschädigung“. Die gleiche Auffassung liegt der Vorschrift über die Hilfskräfte zugrunde.

Der Dienstleistungsvertrag entspricht daher weder dem Stande unserer Entwicklung noch unseren Auffassungen vom Arbeitsverhältnis. Seine Bestimmungen sind oft hinderlich. Nach dem sich auch durch die Bodenreform und den beginnenden Aufbau des Sozialismus das Gesicht des Dorfes verändert hat, verliert der Verwalter oft nicht über ein eigenes Grundstück (Umstücker). Die gegenwärtige Praxis, daß dieser dann einen Raum mietet und die Miete als „Entschädigung“ von der Post erhält, ist nicht allein bürokratisch, sondern auch hinsichtlich der der Ausstattung der Räume. Der Verwalter ist in solchen Fällen verständlicherweise weder gewillt noch in der Lage, größere Kosten für Instandhaltung und Reparatur aufzuwenden oder einen solchen Anspruch gegen seinen Vermieter (etwa die Gemeinde oder eine LPG) durchzusetzen. Die Deutsche Post wiederum muß sich darauf berufen, daß dies dem Vermieter obliegt, ohne zur selbständigen Geltendmachung des Anspruchs legitimiert zu sein. Hier muß eine Änderung eintreten: Der Dienstleistungsvertrag sollte sich innerhalb eines Arbeitsverhältnisses dem Betrieb, dem Arbeitsraum zu beschaffen und in stand zu halten. Manfred Adler, Dresden

220000 Angestellte der japanischen Post stellten Ende des vorigen Jahres, nachdem Lohnverhandlungen mit dem Postministerium gescheitert waren.

Im zurückliegenden Wahlkreisversteher versandte durchsichtlich jeder dritte Haushalt der DDR die Paket nach Westdeutschland und jeder sechste Haushalt Westdeutschlands ein Paket in die DDR.

Ein Radfahrer, mit dem in Bruchellen von Sekunden die Geschwindigkeit von Fahrspur auf 2 1/2 gema gemessen werden kann, hat Teilchen entwickelt. Der Motorbereich geht von 20-110 km/h. Die Fahrspur müssen mindestens eine Entfernung von 20-30 m haben. Das Gerät wird bei der Verkehrsüberwachung verwendet.

Finanznormung der Hilfsleistungen im Fernmeldebau

Von Werner NITZSCHE und Kurt TSCHIEDEL, Berlin

(Schluß aus Heft 4/1957)

Der Geldaufwand je Paarkilometer stellt letzten Endes bereits eine Finanznorm allgemeiner Art dar, die man nach der analytischen Methode ermitteln kann. In dieser Finanznorm sind alle Arbeitsgänge als Durchschnittswerte enthalten, die bei einem Kostenträger anfallen können. Die Kennziffer DM/Pkm schafft auf diese Weise die Voraussetzung, die ermittelten Werte je Fernmeldeamt zu vergleichen und Durchschnitte für die gesamte Deutsche Post zu schaffen. Will man nun diese groben Durchschnittszahlen weiter differenzieren, so muß man die synthetische Methode anwenden.

Die Kalkulationen wurden nach den im vorhergehenden Abschnitt geforderten Gesichtspunkten vorgenommen. Ihre Ergebnisse sind in den Tabellen 5 und 6 zusammengestellt.

Erläuterung zur Tabelle 5:

Für Anschlußlinien kommen sieben Arten der Mastbehandlung in Frage:

- 1. Auswechslung eines A-Mastes,
2. Auswechslung eines Kuppelmastes,
3. Auswechslung eines Einfaßmastes,
4. Auswechslung eines Mastankers,
5. Auswechslung einer Maststrebe,
6. Ansetzen eines Klebpfostens,
7. Ansetzen eines Mastfußes.

Table 5: Table with 7 columns (1-7) and rows for Material and Arbeit, Arbeitszeit (DM), Lohn, Mastmaterial, and Finanznormen. Includes sub-rows for A, B, C mast types and various components like Isolatoren, Ziehblätter, etc.

Tabelle 6

Table 6: Table with 8 columns (1-8) and rows for Leistungen für 1 km Linie mit-, Zwischensumme, Arbeitszeit in Minuten, and Gesamtschritte. Includes sub-rows for various components like Isolatoren, Ziehblätter, etc.

Diese Arbeiten wurden einzeln mit Hilfe des Normzeitkataloges kalkuliert. Als Grundlage wurden die gebräuchlichsten Abmessungen der Mastarten und die Arbeit im mittleren Boden genommen. Die Differenzierung nach den drei Bodenklassen wurde mittels eines Vergleichs der durchschnittlichen prozentualen Abweichung der Arbeitsnormen, die für die einzelnen Bodenklassen bestehen, erreicht. Die Maßeinheit der in der Tabelle zusammengestellten Finanznormen ist DM/Stück-Einheit.

Bei den unter 5. und 6. genannten Mastbearbeitungsarten braucht nicht in jedem Falle neues Mastmaterial verwendet zu werden. Werden alte Masten benutzt, so ändern sich die Finanznormen wie folgt:

Small table with 3 columns (A, B, C) and 2 rows showing values for different mast types.

Erläuterung zur Tabelle 6:

Die in der Textspalte eingetragenen Leistungsmengen beziehen sich ausschließlich auf die Leistungen, die für 1 Pkm im Durchschnitt anfallen. Die vermerkten Leistungsarten sind im wesentlichen Arbeiten, die bei einer Instandhaltung von Anschlußlinien auftreten können. Ihre Gewichtung (d. h. ihr durchschnittlicher Anfall pro Leistungseinheit) ist durch die jeweils vorgegebene Mengeneistung erreicht. Der Verbrauch von Material ist den aufgeführten Arbeiten zugrunde gelegt.

Für die Daten der Spalten 2 bis 8 sind Mengeneinstellungen festgelegt worden, die dem nötigen Mehrbedarf an Leistungen und Material entsprechen. Die einzelnen Positionen sind dementsprechend konstant gehalten, proportional bzw. degressiv zur Ausgangsgröße gestiegen.

Nach den hier angestellten Untersuchungen sind für den Kostenträger 5812 (nur Gestänge und Leitungen) folgende Finanznormen in Aussicht gestellt:

- a) für die Grundfinanznorm je 1 km Linie 170,- DM
b) für die Zuschlagfinanznorm je Doppelleitung je 1 km Linie 75,- DM

Um einen Vergleich zur analytischen Methode zu haben, müssen die in der Tabelle errechneten Endwerte (für 1 km Linie mit dem Behang von 1 bis 8 Pkm) durch die Anzahl der Pkm geteilt werden, um auf die Durchschnittswerte je Paarkilometer zu kommen. Diese Durchschnittswerte müssen entsprechend dem unterschiedlichen Behang der Linien variiert sein:

- 1 km Linie mit 1 Pkm entsprechen einem Durchschnittswert von 174,- DM
1 km Linie mit 2 Pkm entsprechen einem Durchschnittswert von 124,- DM
1 km Linie mit 3 Pkm entsprechen einem Durchschnittswert von 108,- DM
1 km Linie mit 4 Pkm entsprechen einem Durchschnittswert von 90,- DM
1 km Linie mit 5 Pkm entsprechen einem Durchschnittswert von 102,- DM
1 km Linie mit 6 Pkm entsprechen einem Durchschnittswert von 96,- DM
1 km Linie mit 7 Pkm entsprechen einem Durchschnittswert von 92,- DM
1 km Linie mit 8 Pkm entsprechen einem Durchschnittswert von 80,- DM

Nach Tabelle 3 beträgt der Aufwand je Paarkilometer

- a) bei dem Fernmeldeamt X 108,- DM,
b) bei dem Fernmeldeamt Y 145,60 DM,
c) bei dem Fernmeldeamt Z 141,70 DM.

Rechnet man diese Werte der vorstehenden Aufstellung in einen durchschnittlichen Behang der reparierten Linienkilometer um, dann erhält man eine durchschnittliche Paarkilost für

- a) von 3 Paarkilometern Leistung je 1 km Linie,
b) von 1,5 Paarkilometern Leistung je 1 km Linie,
c) von 1,0 Paarkilometern Leistung je 1 km Linie.

Vergleicht man diese Zahlen mit solchen, die man in der Abteilung Fernmeldebau ermitteln kann, indem man die Angaben der Baupläne über die reparierten Leistungs-km (Pkm) und die reparierten Linien-km zueinander ins Verhältnis setzt, so

müßten sich sehr ähnliche Größen ergeben. (Leider können für die FM X und Y keine Vergleichszahlen angegeben werden, weil ihre Daten ungenau waren.)

Nach Angaben des Fernmeldeamtes Z wurden in der gleichen Zeit, für die die DM-Werte je Pkm ermittelt wurden, 74,76 km



Blattschreiber T 51 mit Metallschutzkappe

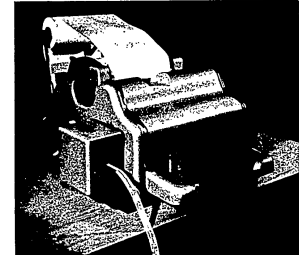
Im Gegensatz zur bekannten Ausführung mit Holzschutzhäuser kann der Blattschreiber T 51 mit Empfängerloch auch mit Metallschutzkappe geliefert werden. Durch die Formgebung des Gehäuses erhält der Blattschreiber ein festes Gehäuse und steht außerdem gegenüber der Holzgehäuseausführung in einem kleineren Raum ein.

Das Gehäuse ruht mit Gummifüßchen auf der Grundplatte des Blattschreibers und wird außerdem von zwei Kontaktschrauben des Papierrollenträgers geführt. Da dieser in der Rückseite der Grundplatte befestigt ist, steht so das Gehäuse in elektrischer leitender Verbindung mit der Masse des Blattschreibers. Es ist somit Sicherheit gegen Berührungsspannungen gegeben. An der linken Seite der Vorderfront befindet sich ein Hebel, der bei der Betätigung den eigenen Nenngeber auslöst.

Beim Aufbau eines Empfängerlochs wird ein an der linken Seitenwand sitzendes Dreieckblech abgeschraubt und der Empfängerloch durch eine Haube abgedeckt, die auf zusätzlichen Führungsbolzen an Empfängerloch aufgesteckt wird und sich mit den gummielastischen Gelenken an das Metallgehäuse des Blattschreibers anlegt.

Wie bei den meisten Blümmaschinen ist der Wagen oberhalb des Gehäuses angebracht. An seinen Enden ist er mit Abdeckklappen versehen. Durch zusätzliche Abdeckungen unterhalb des Wagens werden die darunterliegenden Teile der Maschine weitgehend vor Verschmutzung geschützt. Vor der Schreibrolle oberhalb der Typensatzausgabe befindet sich ein durchsichtiger Streifen, der außer der Führung noch ein Abstreifen des beschriebenen Papiers durch eine scharfe Kante ermöglicht. Durch einen Biegel wird das beschriebene Papier über die Vorratsrolle des Papierrollenträgers abgeleitet. Beim Hochstellen des Papierkanals klappt dieser Biegel mit nach oben. Der Papierkanal selbst ruht auf Auslegern, die mit ihm zusammen hochgestellt werden können. Sie rutschen in dieser Stellung durch eine Zuführer ein, damit der Kanal beim Abnehmen und Aufsetzen der Kappe nicht umklappt.

In der Normalausführung wird die Metallschutzkappe mit hellgrauer Hartmetalllackierung geliefert. Hersteller ist der VEB Gerätewerk Karl-Marx-Stadt



(Außen. Brüggemann, Leipzig)

Linie, die 105,4 km Leitungslänge entsprechen, repariert. Das heißt, daß beim FMA Z im Durchschnitt 1,4 Plan je 1 km Linie instand gehalten wurden.

Stellt man die Zahlen 1,4 und 1,0 gegenüber, so sieht man, daß zwar keine Übereinstimmung vorhanden, die Abweichung aber keineswegs groß ist. Ursachen dafür können sein:

1. die Abrundung der Zahlen, die für die Finanznormung herangezogen wurden,
2. die recht unterschiedliche Erfassung der Kilometerdaten bei den einzelnen Fernmeldemasterbereichen,
3. die Abweichung in der Qualität der Arbeiten von den in den Finanznormen festgelegten Arbeiten.

Probleme, die sich aus dem Beispiel ergeben

Die in diesem Beispiel angegebenen Daten können keinen vollen Anspruch auf Richtigkeit erheben, weil die Veranschlagungen selbst unter ungünstigen Bedingungen durchgeführt werden mußten.

Zunächst muß deshalb festgestellt werden, daß für die endgültige Errechnung der Finanznormen nur Daten verwendet werden können, die real und so genau wie nur möglich sind, damit bei der späteren Arbeit mit diesen Finanznormen nicht unerwartete Schwierigkeiten einzutreten brauchen. Dazu gehört, daß die Ermittlungen für die Finanznormen einheitlich für die gesamte Deutsche Post zu erfolgen haben. Deshalb muß vor allen Dingen die Organisation der Auftragsabrechnung für das Fernmeldewesen einheitlich gestaltet werden. Im Jahr 1956 war dies nicht der Fall. Mit der in der Anlage zur Finanzsammlung Nr. 111/56 herausgegebenen Anweisung wird für die erforderliche Einheitlichkeit gesorgt. Es wird deshalb empfohlen, daß alle Fernmeldemister diese Richtlinien gennuestens beachten und einhalten.

Weiterhin muß erreicht werden, daß die Erfassung der reparierten Plan und Linien-km genau wird. Es mußte festgestellt werden, daß in dieser Hinsicht die Verantwortlichen der einzelnen Fernmeldebauteilungen oberflächlich gearbeitet haben. Um das Erforderliche einheitlich und dauerhaft zu regeln, wird vorgeschlagen, im Fernmeldewesen ein Formblatt anzufertigen, welches in sehr ähnlicher Form bereits durch eines der besuchten Fernmeldemister erfolgreich genutzt wird, so daß seiner Einführung nichts im Wege stehen dürfte. Außerdem bedeutet die Einführung keine unangenehme Erweiterung des Formblattwesens, weil die allgemein geforderte Abrechnung des Planes Nr. 61 Meldungen dieser Art bereits notwendig gemacht hat. Es soll hiermit nur eine Vereinheitlichung dieser Meldungen und ihre Ausnutzung für die Finanznormbildung erreicht werden.

Dieses Formblatt wäre monatlich durch die Fernmeldemister auszufüllen und durch die Sachbearbeiter der Fernmeldebauteilungen zu verordnen. Die monatlichen Ergebnisse aber müßten kumulativ in den Fernmeldebauteilungen weitergerechnet werden. Das ermöglicht den zuständigen Sachbearbeitern, sich einen besseren Überblick über die Bauaktivität zu verschaffen. Für das Ermitteln der Finanznormen wäre es jedoch sehr zweckmäßig, diese im Formblatt enthaltenen Daten mit denen der Bauaufträge, die in den Auftragsabrechnungen abgerechnet und abgelegt werden, zu vergleichen, um eine Übereinstimmung zwischen den Buchhaltungen und den Fernmeldebauteilungen zu erreichen.

Weiterhin muß in den einzelnen Auftragsabrechnungen vor allen Dingen auf eine getrennte Fortanführung für die Kostenträger 5810 bis 5816 geachtet werden, damit auch diese Zahlen monatlich kumulativ erfaßt werden können.

Nach all diese Vorarbeiten Daten zu sammeln und für die Finanznormung auszuwerten, muß letzten Endes Aufgabe des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen sein.

Für die Ausführung der Musterkalkulationen wäre durch das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen eine Kommission einzusetzen, der sowohl Fachleute des Fernmeldebaus als auch der Kostenrechnung angehören müßten.

Formblatt zur Erfassung der Mengenleistungen der einzelnen Bautrupps je Kostenträger (Hilfsleistungen)

| Kostenträger                       | Kapazität   | Monat 1957 |   |   |   |   | Gesamtmenge |
|------------------------------------|-------------|------------|---|---|---|---|-------------|
|                                    |             | 1          | 2 | 3 | 4 | 5 |             |
| 5810 Fernlinien Einfachgestänge    | km-Linle    |            |   |   |   |   |             |
| 5811 Fernlinien Doppelpostanlage   | km-Linle    |            |   |   |   |   |             |
| 5812 Anschlußstellen Bodengestänge | km-Linle    |            |   |   |   |   |             |
| 5813 Anschlußstellen Dachgestänge  | km-Linle    |            |   |   |   |   |             |
| 5814 Luftkabel                     | km-Linle    |            |   |   |   |   |             |
| LV usw.                            | Stück-LV    |            |   |   |   |   |             |
|                                    | Stück-KV    |            |   |   |   |   |             |
|                                    | Stück-EV I  |            |   |   |   |   |             |
|                                    | Stück-EV II |            |   |   |   |   |             |
|                                    | Stück-TEVS  |            |   |   |   |   |             |
|                                    | Stück-KStb  |            |   |   |   |   |             |
|                                    | Stück-AK    |            |   |   |   |   |             |
| KStb usw.                          | m-Kanal     |            |   |   |   |   |             |

\*) Hier könnte man die geforderten Klassifizierungen - große, mittlere kleine - bereits mit einzeichnen.

Dieser Artikel soll die Problematik der Finanznormbildung erläutern und die Diskussion über die Bildung von Verrechnungspreisen für Hilfsleistungen anregen. Es darf deshalb nicht bei diesen einmaligen, abstrakten Aufzeichnungen der Dinge bleiben.

Es ist zu wünschen, daß aus dem Kreise aller unmittelbar davon Betroffenen weitere Ergänzungen und neue Anregungen kommen mögen.

Die Regierung der DDR beschloß sich im Dezember 1956 - wie die Zeitung „Rudi Pravo“ mitteilte - mit einem Bericht des Ministers für Post- und Fernmeldewesen über Maßnahmen zur Erfüllung der Aufgaben, die sich aus den Beschlüssen der Parteikonferenz der KPD und der Zentrale vom 21. 7. 1956 über die Dezentralisierung der Kompetenzen und Verantwortlichkeiten, über die Verbesserung der leitenden Tätigkeit der Ministerien, über die Vereinfachung und Vertiefung der administrativen Arbeit ergeben.

Im Bereiche des Ministeriums werden die Planung, Finanzierung und Statistik vereinfacht. Die Tätigkeit des Ministeriums konzentriert sich auf die Hauptfunktionen. In der organisatorischen Struktur des Ministeriums werden Veränderungen durchgeführt, durch die die Beziehungen unter den einzelnen Organen vereinfacht und das Niveau der Leistungstätigkeit erhöht werden.

Die durchgeführten Maßnahmen helfen, die einzelnen Aufgaben des Ministeriums unter Berücksichtigung aller entscheidenden Gesichtspunkte bereits in den untersten Dienststellen zu lösen, so daß sie nicht erst in weiteren Instanzen behandelt werden müssen. Dadurch wird die persönliche Verantwortung der einzelnen Mitarbeiter erhöht, die leitende Tätigkeit verbessert, die administrative Arbeit vereinfacht und die Anzahl der Verwaltungsstellen des gesamten Ressorts reduziert. Die Anzahl der Mitarbeiter des Ministeriums wird um 25% verringert.

Ein Fernsehzentrum wird in Kiro in Rumänien eingerichtet.

Ein Fehler bei der Briefmarkenauslieferung hat erstmalig seit dem ersten Weltkrieg wieder Ende 1956 in England auf sich gemacht. Ein Dogen mit 240 Zwei-Penny-Marken gelangte ungezählt in den Besitz eines Briefmarkenhändlers. Auf Grund der großen Seltenheit stieg der Preis dieser Marken nach an. Ein Paar ungezählter Zwei-Penny-Marken soll zur Zeit mit 90 Pfund Sterling gehandelt werden.



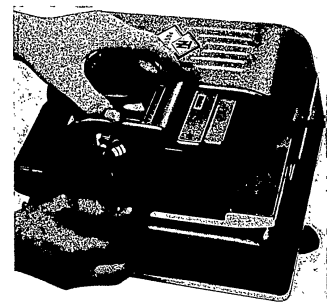
Wie wir bereits im Heft 4/57 ankündigten, waren mehrere Kollegen für unsere Leser unterwegs, um über die wichtigsten den Postler interessierenden Neuerungen auf der Leipziger Messe zu berichten. Lesen Sie nun, welche Geräte und Einrichtungen auf der größten Leipziger Nachkriegsmesse ausfielen.

Geräte, Maschinen und Anlagen

Die Leipziger Frühjahrsmesse 1957 zeigte - abgesehen von den gesondert dargestellten Kraftfahrzeugen - wenige Maschinen und Anlagen, die ausschließlich für das Postwesen bestimmt sind. Dennoch enthielt die Messeschau viel für den Postler Wichtiges und Interessantes.

Geräte und Automaten für Postabfertigung

Die Firma Freistempler Gesellschaft m.b.H., Frankfurt/Main zeigte eine kleine, handliche Frankiermaschine „Postalia“, die mit und ohne elektrische Antrieb verwendet werden kann (Bild). Als Absender-Freistempler für Geschäftsbetriebe be-



stimmt, leistet sie bis zu 6000 Sendungen je Stunde. Sie läßt sich durch einen Hebelmechanismus auf beliebige Portowerte umstellen und ist mit selbsttätigen Gebührentzähler, Kontrollzähler, Portobestandsanzeiger und Stückzähler ausgestattet. Das Frankiergerät kann auch zum Stempeln von Päckchen und Paketen jeder Form und Größe verwendet werden.

Auf dem Postamt C17 wurde das erste Muster einer vom VEB Buchungsmaschinenwerk, Karl-Marx-Stadt, in Verbindung mit dem JPF entwickelten „Schalter-Aufnahmemaschine für Postanweisungen und Zahlkarten“ anlässlich der Messe in Probebetrieb genommen. Das Gerät verbindet mehrere in westlichen Fabriken gesondert durchzuführende Arbeitsvorgänge und ermöglicht gegenüber der Annahme und Buchung von Hand die 3- bis 4fache Leistung.

Büro- und Buchungsmaschinen und Büro-Organisationsmittel

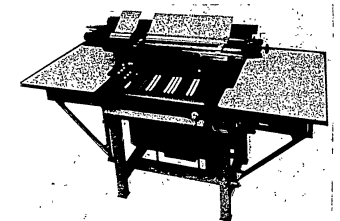
Im Buchungsverkehr zeigte der VEB Buchungsmaschinenwerk, Karl-Marx-Stadt, u. a. den „Multiplex-Buchungsmaschinen Serie 528/8“ mit Astra-Einfachastatur, 10stelligem

barem Saldierwerk und 8 automatisch in beliebiger Folge steuerbaren 10stelligen Registern für Addition und Subtraktion bis 0. Die Maschine hat kompletten elektrischen Antrieb.

Die Firma Rheinmetall zeigte neben elektrischen Schreibmaschinen und 4-Spezies-Rechenautomaten mit Speicherwerk Fakturiermaschinen in Verbindung mit Streifenlochergeräten nebst Umsetzern, die mit weiteren Aggregaten der Lochkartentechnik gekoppelt werden können.

Eine interessante Neuentwicklung stellte die Firma Mercedes Buchungsmaschinenwerk AG, Zella-Mehlis/Thür., aus. Die „Mercedes Buchungsmaschine mit Streifenlocher“ arbeitet im 6-Kanal-System. Die Lochstreifen können sowohl über das Fernschreibnetz als auch über die drahtlosen Fernschreibverbindungen zur Nachrichtenübermittlung verwendet werden. Das bedeutendste Anwendungsgebiet besteht darin, daß der Lochstreifen über einen Umsetzer zum Herstellen von Lochkarten mit dem Motorlocher verwendet wird. Das System ermöglicht eine hohe Ausnutzung der Kartenlocher. Die Grundbuchung erfolgt tagtätig mit der Buchungsmaschine. Die Auswertung der Lochkarten kann zu beliebiger Zeit geschehen. Prüfungen kommen in Fortfall.

Die Firma Log Abax Verkaufsgesellschaft m.b.H., Frankfurt/Main, zeigte als einziger Hersteller auf dem Weltmarkt eine „Buchungs- und Statistikmaschine“ (Bild) mit 198 Speicher- und Saldierwerken, 13stelliger Einstellfähigkeit je Werk, bis zu



36 Buchstaben- und Ziffernsymbolen, Mechanismus für Übertragungen von einem Werk des Blockes in das Werk des anderen Blockes in Zwischen- oder Endsumme und automatischer Steuerung von Tabulation. An Stelle von Zahnrädern mit ihren Steuerorganen werden Zahnstangen mit Rechenröhren verwendet. Die Maschine wurde auf Veranlassung des Bundespostministeriums entwickelt und ermöglicht die dem Lochkartenverfahren eigentümlichen Vorteile ohne Lochung. Durch die Maschine konnte z. B. der Personalbestand für die Buchung von Telegrammen in den Zentralbuchungsstellen von 65 Kriften auf 22 Krifte verringert werden.

Der VEB Organisationsmittel Verlag, Leipzig G1, zeigte zweifachdrehendes Büromaterial, u. a. eine neuartige Korbbuchkartei „BB0“, die vereinfachtes Sortieren und Umsortieren gestattet.

Bahnpostwagen und Handfahrzeuge

Einen Ehrenplatz im Freigelande der Messe nimmt ein neuzeitlicher vom VEB Waggonbau Bautzen gebauter und in Verbindung mit dem JPF entwickelter Bahnpostwagen „Post 4-b/15“ ein. Der Wagen ist 4achsrig und besitzt achshalbter Drehgestelle in geschweißter Ausführung nach Gölitzler Bauart mit Zylinder-Rollenlagern. Er ist mit Schraubenfedern versehen, die mit Teleskop-Stoßdämpfern gekuppelt sind. 14 Leuchtstofflampen 150/220 V sorgen für gute Lichtverhältnisse. Der Wagen wurde mit zwei kompletten Batteriesitzen sowie mit zwei Lichtmaschinen bestückt.

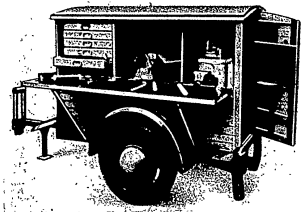
Es dürfte in diesem Zusammenhang für spätere Entwicklungen von Interesse sein, daß der VEB Turbinenfabrik, Dresden, Klein-Turbostromerzeuger für 0,5 bis 5 kW zur Beleuchtung und Beheizung von Schienenfahrzeugen u. dgl. herausgebracht hat. Die Dampfturbinen dieser Turbo-Stromerzeuger arbeiten mit Gegendruck und sind daher sehr wirtschaftlich.

Bemerkenswert für die weitere Entwicklung von Postfahrzeugen aller Art sowie für den Antrieb von stationären Fördereinrichtungen sind auch stufenlos regelbare Motore und Getriebe. Erwähnt seien die Schaltwerkgetriebe des VEB Getriebewerk, Wernigerode, mit Leistungen bis zu 5 PS, die Reihgetriebe der Firma Preußle & Co. AG, Leipzig, und die stufenlosen Spezialriemengetriebe der Firma Gerhard Zeng, Dresden, ferner die Strömungsgetriebe des VEB Wissenschaftlich-Technisches Büro für Werkzeugmaschinen, Leipzig. Dieses Werk hat einen im Bereich von 0,5 bis 1000 U/min stufenlos regelbaren hydraulischen Kleinmotor herausgebracht, dessen Typenreihe für 2,5, 4, 6,3, 10, 16 und 25 kW ausgelegt ist.

Die Firmen VEB Transportgeräte, Berlin-Pankow, und Oscar Krüger, Dresden A 1, zeigten eine größere Auswahl an Handfahrzeugen für die verschiedensten Zwecke, darunter Plattenwagen, Kastenwagen, Rollkarren, Sackkarren, fahrbare Tische, Tafelwagen, Elektrokrananhänger und Fuß- und Deichselwagen, ferner fahrbare Hebevorrichtungen und Elektrotrapper in Spezialausführung mit Förderhöhen bis 3250 mm und einer Tragkraft bis 750 kg.

**Werkstattswesen**

Im Hinblick auf den ausgedehnten Fahrbetrieb der Deutschen Post könnte die Entwicklung eines vom VEB Aluhau und Metallveredlung, Wismar, gezeigten „Werkstatt-Kleinanhängers“ von Interesse sein. Dieser einachsige Anhänger enthält bei 500 kg Nutzlast eine vollständige Werkzeugausrüstung einschließlich Schraubstock, Schleif- und Bohrmassinen, Schweißanlage usw. (Bild).

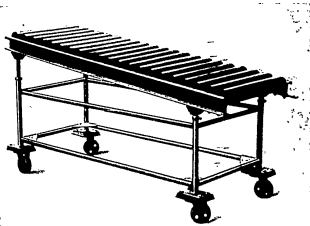


**Neuer Leichtwerkstoff**

Der VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld bietet unter dem Namen „Zell PVC“ einen Werkstoff an, der 28mal leichter als Aluminium, 14mal leichter als andere Kunststoffe, 10mal leichter als Wasser, 5 bis 10mal leichter als Holz und 3mal leichter als Kork ist. Der Stoff ist ein Thermoplast und daher in gewissem Umfang verformbar. Er ist flammwidrig und wasserabweisend, isolierend und korrosionsfest und hat eine sehr niedrige Wärmeleitfähigkeit. Er bietet große Einsatzmöglichkeiten für den Fahrzeug-, Flugzeug- und Schiffbau und ist leicht verarbeitbar und vereinbar.

**Rollenbahnen, Bahnförderer und Aufzüge**

Rollenbahnen werden u. a. vom VEB Erfurter Melzer und Speicherbau angeboten, und zwar in fahrbarer, zusammensetzbarer Ausführung, mit Einheitslängen von 1785 mm je Stoß bei 500 mm Rollenlänge (Bild).



VEB Montan, Leipzig, bietet Rollenbahnen an, die als Schwerkraftförderer für Stückgüter in Form von Kisten, Paketen usw. gedacht sind. Sie erfordern eine Neigung von 3 - 5°. Dasselbe Werk stellt auch fahrbare und tragbare Förderbänder von 3 - 8 m Achsabstand und fahrbare Förderbänder von 10 - 15 m Achsabstand her. Weitere Hersteller stationärer, tragbarer und fahrbarer Förderbänder sowie von kleineren Firmen sind der VEB Förderanlagen, Magdeburg, und einige kleinere Firmen.

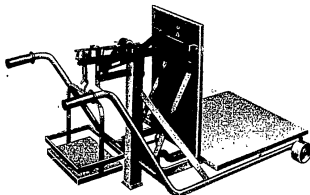
Aufzüge, Rolltrappen u. dgl. in verschiedener Ausführung zeigte der VEB Berliner Aufzugbau. Hebezeuge aller Art stellte der VEB Hebezeugwerk, Niederschütz, aus.

**Meß-, Regel-, Steuergeräte**

VEB Elektro-Schaltgeräte, Göritz, zeigte in einem Befehlsprogramm Anlagen in fünf Größen, bestehend aus 1 - 5 Anlaufplätzen für Mischlampen und Druckknopfaster. Der VEB Elektro-Schaltgeräte, Dresden, brachte Einzelsteuerungen für Kleinlastenaufzüge, Leuchtzeichenleuchten und Schalter für die Fördertechnik zur Steuerung von Weichen, Förderbändern u. dgl. heraus.

Der VEB Glashütter Uhrbetrieb stellte Scheiben- und Trommel-schreiber-Uhrwerke für Bandschreiber für die verschiedensten schreibenden Maßgeräte, darunter auch für Sechsfarbenschreiber aus.

Mehrere Firmen zeigten neuentwickelte bzw. verbesserte Waagen, unter ihnen der VEB Thüringer Industriewerk, Rauenstein, der eine neue fahrbare 250-kg-Dezimalwaage herausgebracht hat (Bild).



**Umsetzbare Hallenbauten - Schnellbauweise**

Der Deutschen Post fehlen vielerorts die nötigen Betriebsräume, Packkammern usw. In diesem Zusammenhang ist ein von der Firma Deutsche Stahlhülle, Hünnebeck/Düsseldorf, vorgeführtes Schnellbauverfahren für Werkräume und Hallenbauten verschiedenster Größe interessant. Es verwendet SL-



Träger aus 2 Bauelementen, und zwar kastenförmige, unten offene Gitterträger und Vollwandträger, die aus Leichtprofilen verschweißt sind. Der Zusammenbau geschieht durch teleskopartige Einschieben der Vollwandträger in die Gitterträger und Anziehen der an den Quergurten der Gitterträger unverlierbar angeordneten Stahlschrauben (Bild). Durch Anspannen lassen sich Schwingsträger jeder gewünschten Länge von ungelagerten Krüften zusammensetzen und verlegen. Als Stützen werden höhenveränderliche und versetzbare Stahlrohrstützen verschiedenster Länge verwendet. Mau

**Drahtgebundenes Fernmeldewesen**

Zu dem Gezeigten von RPT kann man feststellen, daß neben einigen Neuerscheinungen in vielen Einzelteilen Verbesserungen und Ergänzungen vorgenommen worden sind, die sich sowohl auf die Technik, als auch auf die Form und Farbe beziehen.

**Ortsvermittlungseinrichtungen**

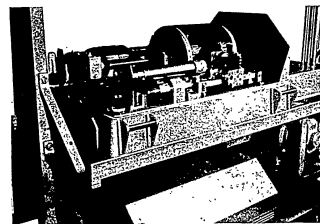
Für den Ortsverkehr ist erstmalig das „Motorwähleramt System 56“ des VEB Fernmeldewerk Arnstadt ausgestellt. Es unterscheidet sich wesentlich in Aufbau und Ausstattung von

dem Motorwähleramt, das vor zwei Jahren zur Messe ausgestellt war. Die Deutsche Post hat seit Dezember 1956 das erste Amt dieses Systems in Betrieb genommen. Der Wähler selbst ist fast unverändert geblieben, so daß es sich erübrigt, hier näher darauf einzugehen. Alle erforderlichen Schaltglieder sind in staubdichten Gehäusen untergebracht. Durch Glasfenster kann man die Einstellung der Wähler beobachten. Der Amtaufbau mit Gestellen wurde beibehalten, so daß auch ein Einbau in Gestelle filterer Systeme möglich ist. Der Leitungswähler kann als Ortsleitungswähler, Fernleitungswähler, Sammelleitungswähler und Großsammlerwähler verwendet werden. Leider konnte das Amt nicht betriebsmäßig vorgeführt werden. Der Raumbedarf für das neue System ist leider immer noch ~20% größer als beim System 50.

Der VEB Fernmeldewerk Nordhausen stellt eine neue elegante Haupttelefonanlage aus (Bild), an der bis zu 7 Sprechstellen angeschlossen werden können.

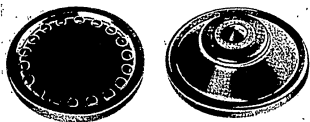


Eine große automatische „RPT-Zeitansage-Anlage“ hat der VEB Funk- und Fernmelde-Anlagenbau Berlin neu entwickelt (Bild). Die Anlage ist patentrein und geeignet, von der Deutschen



Post auf Investkredit gekauft zu werden, wenn täglich etwa 200 Anrufe garantiert werden können. Dies dürfte in mittleren Kreisstädten (Knotenämtern) der Fall sein. Die Zeitansage-Anlage ist auch für den Export bestimmt. Sie arbeitet mit einer oberen Grenzfrequenz von 6000 Hz nach dem Lichtverfahren (Magneton zu viel Abtrieb) und wird bei Nichtbelegung automatisch stillgesetzt. Das Fortschalten der Stunden und Minuten geschieht durch Zahnstangen, die durch Magnete bewegt werden. Dadurch ist eine präzisere Einstellung als bisher möglich. Die Stundenverschiebung geschieht nicht mehr durch einen Kontakt an der Uhr, sondern durch einen Kontakt am Ende der Zahnstange für den Minutentransport. Der Verstärker arbeitet mit den Röhren EF 80, EL 84, ECC 81, EZ 80 und ist sehr leistungsfähig. Sprache und Summentöne werden jetzt ständig überwacht. Man kann sagen, daß die Schaltungen unserer jetzigen Maschinen mit dieser Entwicklung beschäftigt sind.

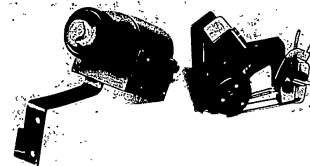
Die Firma Gerhard Schmitt, Telefonbau, Schweinitz (Elster), zeigte auf ihrem Stand eine weiterentwickelte Sprechkapsel V 57 mit Groboberflächen-Membran (Bild). Genaue technische Daten



sowie ein Gutachten unseres IPF fehlen noch. Frequenzlage und Empfindlichkeit sollen günstiger als bei den bisherigen Kapseln liegen, weil zur Ablichtung zwischen Kohlegitter und Membran keine diaphragmatische Filzring mehr verwendet wird. Außerdem werden als Vorzüge angegeben: längere Lebensdauer, geringere Störmodulation, kein Verändern der elektrischen Werte durch Eindringen von Feuchtigkeit, keine Zerstörungsmöglichkeit der Membran von außen.

Telegraphengeräte

Der VEB Gerätewerk Karl-Marx-Stadt zeigt die neu entwickelte „Zeichenableitung für den Streifenreiber“, die bei der Zusammenarbeit mit Blattschreibern dann ein optisches Signal gibt, wenn die Wagenrücklaufaste gedrückt werden muß (Bild, links Signallampe, rechts Zahl-Schrittschaltwerk).



Ein neues „Alstrom-Fernschaltgerät 54 b“ für HV und TW hat der VEB Fernmeldewerk Leipzig herausgebracht. Die Form ist etwas verändert; grauer Hammerschlaglack gibt dem Gerät ein besseres Aussehen als mit dem bisherigen konservativen Schwarz. Technisch sei bemerkt, daß eine elektrische Verriegelung den Anrufzustand bis zur Herstellung der Fernschreibverbindung aufrecht erhält.

Für den Export wurde weiter vom gleichen Betrieb ein „Mittelfrequenztelegraphengerät MT 51/6“ entwickelt. Der Aufbau entspricht dem einer WT. Es ist für lango oberirdische Freileitungen bestimmt, arbeitet mit Ruhestrom in sechs Kanälen auf einer Zweifelhautleitung. Richtung A-B = 3300 ··· 4500 Hz Richtung B-A = 6700 ··· 6900 Hz

Die Telegraphenleitung kann also weiterhin für ein Niederfrequenz-Sprachband benutzt werden. Mit dem Gerät wurde gleichzeitig der zugehörige Zwischenverstärker herausgebracht. Ebenfalls vom VEB Fernmeldewerk Leipzig ist auch die neue „Wechselstromtelegraphie WT 51/24“ ausgestellt worden (Näheres „Die Deutsche Post“, H. 4/57).

Trägerfrequenzgeräte und Verstärker

Leider fehlen immer noch die hochkanaligen TF-Systeme. Das System V 24 soll bis zum nächsten Jahr verkaufsfähig sein, ebenso das Trägerfrequenz-Nahverkehrs-System Z 12 N für symmetrische Kabelleitungen.

Ausgestellt war eine Weiterentwicklung der TF-Geräte mit der Bezeichnung TF d 1-4. Die Geräte TF d 1 und TF d 2 sind bereits lieferbar und haben wesentlich verbesserte elektrische und mechanische Eigenschaften. Durch Kleinbauelemente sind beachtliche Gewichtsersparnisse zu verzeichnen; außerdem konnte durch Teilung des Gerätes (Stromversorgungsteil und Übertragungsteil) der Transport erleichtert werden. Das wirksam übertragene Niederfrequenzsprachband 300 ··· 2300 Hz (bisher 400 ··· 2000 Hz) entspricht bis auf die obere Grenzfrequenz den CCIF-Empfehlungen für Sprechreise mit einem Frequenzband 300 ··· 2600 Hz.

Der VEB Fernmeldewerk Bautzen stellte in veränderter Aufbau das „Mehrfach-Einzelkanal-Trägerfrequenzgerät Z 5/V 10“ aus (Großgestellausführung, Kleingestellausführung, Wagen-gestellausführung).

Die technischen Einzelheiten dieser Geräte sind hinreichend bekannt (Sprachband nunmehr 300 ··· 2600 Hz). Bei der Großgestellausführung kommt man jetzt mit zwei Gestellen aus, ohne die Bodenbelastbarkeit von 600 kg/m<sup>2</sup> zu überschreiten.

Als letzte Entwicklung auf dem Vorstärkergebiet stellt der VEB Fernmeldewerk Leipzig die neue „Rundfunkleistungsverstärkeranlage 40“ vor. Mit ihr können maximal 20 Programme über eine möglichst hohe Anzahl von abgehenden Fernleitungen verteilt und verstärkt werden. Der Übertragungsbereich umfaßt 30 ··· 15000 Hz. Entzerrer und Verstärker sind getrennt in besonderen stauschgeschützten Schränken untergebracht und als Einzeleinheiten konstruktiv ausgebildet. Man unterscheidet Rundfunkleistungsverstärker zum Entpinnen der ankommenden Leistung und Rundfunkleistungs-Trennverstärker, die eine Programmverteilung auf mehrere abgehende Leitungen ermöglichen.

Die Programmschaltfelder, die in eigenen Schränken untergebracht sind, haben mit dem früheren System 36 Ähnlichkeit, jedoch geschieht die Verriegelung elektrisch.

Messgeräte

In der Meßtechnik gab es kaum Neuerscheinungen. Der VEB Meßapparatfabrik Schlottheim zeigte seine bekannten Kabelmeßkoffer Typo A 355 KMK, mit Batteriekasten, Summe und Kopfhörer.

Table with 2 columns: Meßbereich and values. Includes rows for Isolation, Kapazität, Widerstand, Fehlerzeit, and Erdungswiderstand.

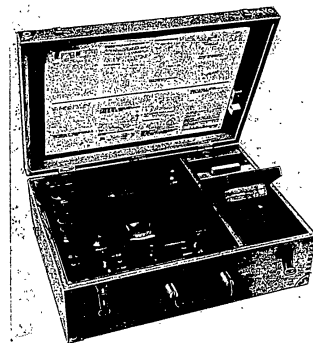
Der Koffer hat ein Lichtmagnetgalvanometer mit einer Schwingungsdauer von 1 ··· 1,5 sek.

Zu erwähnen ist auch der neue Erdungs-Isolations-Messgerät Typo A 307 E-7 des gleichen Betriebes. Alle Teile sind in einem ausnehmendem Kunststoffgehäuse (mit Tragrücken) untergebracht.

Table with 2 columns: Meßbereiche and values. Includes rows for Erdungsmessung, Leitungs- und Isolationsmessung.

Die Firma Hartmann & Braun AG, Frankfurt/Main, zeigte einen ähnlichen Koffer (Bild) mit außerordentlich hoher Empfindlichkeit (bis 50 MΩ genügt als Stromquelle eine Taschenlampenbatterie). Der Koffer hat außerdem einen Summe für Wechselstrommessungen und einen Impulsgeber für Kapazitätsmessungen.

Die Firma Rohde & Schwarz, München, hatte für das Draht-fremdmesen ein Spannungs-Strom-Widerstands-Meßgerät für Spannungen von 20 mV ··· 30 kV, für Gleichstromwiderstände von 10 Ω ··· 1000 MΩ und für Ströme von 2 × 10<sup>-7</sup> A ··· 1 A ausgestellt.



Fernmeldekabel

Man kann die Besprechung der umfangreichen Fernmelde-technik nicht abschließen, ohne noch einen Blick auf die Kabel-technik zu werfen. Und hier verdient das vom VEB Kabelwerk Oberspreewitz entwickelte Fernmeldekabel mit 4 koaxialen Paaren und 5 Signalleitern (4 × 2,6/0,4 mm + 5 × 1 × 1,4) stärkste Beachtung, weil es dem Weltniveau entspricht.

Das 17 paarige TP-Kabel reicht für die künftige Entwicklung keineswegs aus, so daß man in der ganzen Welt nach den Empfehlungen des CCIF beginnt, mehrbündige Kabel für den Weitverkehr zu entwickeln. Von den vier koaxialen Leitern sind zwei für das Fernsehen vorgesehen und zwei für den Vierdrahtbetrieb des Fernverkehrs.

Im Fernsehen werden die Adern bis 6200 kHz ausgenutzt, im Fernverkehr sollen zunächst Systeme V 900 zum Einsatz kommen. Das schwierigste Problem ist dabei die Abschirmung der Adern gegeneinander.

Die vier Zentralleiter sind je 2,4 mm dick. Ihr genauer Abstand (9,4 mm) zum Mantel, der als Kupferband gewickelt ist, wird durch Polyäthyl-Schichten gehalten, die in bestimmten Abständen angeordnet sind. Jedes Koaxialpaar ist mit einem Spezialschirm umgeben, um eine Nebensprechdämpfung von > 15 N zu erreichen.

Der schwarzlackierte zentrale Leiter in der Mitte des Kabels (1,4 mm) sowie die vier übrigen Adern sind als Signalleitern vorgesehen.

Der Bleimantel (mit Antimon legiert) des Kabels ist 1,4 mm dick. Über dem Mantel liegt eine Schutzschicht mit bitumen-gestärktem Papier. Darüber sind zwei Lagen Bandseilen (0,5 mm) gewickelt, und als äußerste Hülle wurde eine Jute-ummantlung mit Bitumen aufgebracht.

Die Längsdämpfung des Kabels beträgt bei 6000 Hz 670 mN/km, sein Wellenwiderstand 75 Ω, wobei nur Abweichungen von ± 4%<sub>100</sub> zugelassen sind.

Fernmeldebau

Erstmalig wurde vom Institut für Fördertechnik des Ministeriums für Schwermetallbau das neuentwickelte „Kabel-kanalbohrgerät KKB 30“ vorgeführt. Das Gerät, das in alter Form unter dem Namen Stoßbohrgerät in einigen FMÄ bekannt ist, gestattet, Straßen bis zu 50 m Breite zu durchbohren. Mittels eines Benzinaggregats von 6 PS Leistung werden mit einer Hoch-

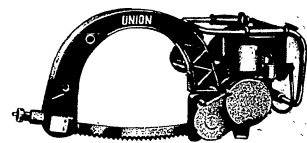
druck-Kolbenpumpe 300 atü Druck erzeugt, die auf hydraulische Weise das Stoßaggregat betätigt. Der Lochdurchmesser kann bis zu 130 mm ausgedehnt werden. Ist die Straße durchstossen, so können die Rohreile gleich beim Zurückziehen des Gestänges eingesetzt werden. Der Vorteil des Gerätes liegt für den FM-Bau auf der Hand, wenn künftig vor allem hochwertige Straßendecken nicht mehr aufgedrückt werden müssen. Das Gerät hat noch einige Mängel und wird in diesem Jahr eingehend erprobt. 1958 ist es für etwa 9000 DM lieferbar.

Table with 2 columns: Item and weight. Includes rows for Gewicht des Antriebes and Gewicht des Zuhörers.

An weiteren ausgestellten Großgeräten für den Fernmeldebau waren noch der in „Die Deutsche Post“, H. 1-2/57, beschriebene Grabenbagger der englischen Firma Aveling Barford und Explosionsrammen in verschiedenen Größen von anderen ausländischen Firmen zu nennen.

Der VEB Elektrowerkzeuge-Apparate Sebaitz/Sa. stellte wieder die verschiedensten Handbohrmaschinen aus. Leider ist das Problem des Einsatzes beim Sprechtellenbau nach wie vor ungelöst.

Bemerkenswert war außerdem die neue „Benzinmotor-Bügel-sige Typ UOB 35/1“ (Bild) des VEB Werkzeug-Union-Steinbach-Hallenberg. Der Stummelreißer beträgt 35 cm, das Ge-



wicht etwa 26 kg und der Preis 830 DM. Lieferung ist sofort über die DDZ möglich. Ihre Brauchbarkeit wäre für Katastropheneinsätze (Sturmschäden) und den Linienbau zu erproben.

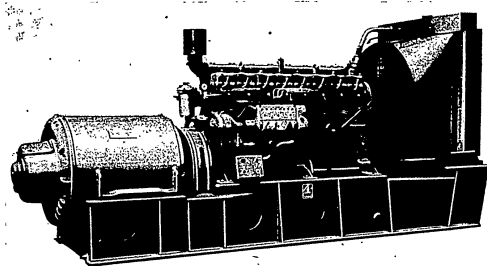
Stromversorgungsanlagen

Die diesjährige Frühjahrsmesse brachte auf dem Akkumulator- und Batterietechniktag eine Reihe von Neuerscheinungen. Wie bisher wurden für den tragbaren oder stationären Einsatz vergessene und offene Zellen der verschiedenen bekannten Typen gezeigt. Zellen mit Gitterplatten im Eingebau, die blei- und plattenspezifisch sind, scheinen in der Entwicklung noch nicht genügend weit fortgeschritten zu sein.

Für auf dem Gleichrichtersektor für Fernmeldeanlagen waren zwei Gerätetypen vom VEB Elektrowärme Sirewitz vertreten. Ein dreistufiges Staffelschaltgerät 60,25-25 mit Schaltfeld und ein Trockengleichrichter neuester Entwicklung F-E 60,12-6 BWrg. Dieses Gerät, das weitestgehend die bisherigen FGol-Typen ablösen soll, dient zur Stromversorgung kleinerer und mittlerer 60-Volt-Fernsprechanlagen mit Vollschaltung für Direkt-schaltung oder in Verbindung mit einer 30zelligen Bleibatterie für den einfachen Bereitschaftsparallelbetrieb.

Das Gerät ist mit magnetischen Regelkreisen ausgestattet. Hierdurch wird die im Bereich von 32 ··· 65 V einstellbare Ausgangs-Gleichspannung in Betriebsstellung „B3“ auf ± 2% des jeweils eingestellten Sollwertes konstant gehalten. Spannungsschwankungen von +10 ··· -20% der Nennspannung, Frequenzänderungen von ± 4% auf Nennfrequenz sowie Belastungsschwankungen zwischen 5 ··· 100% der Nennstromstärke werden hierbei ausgeglichen.

Durch die Vollschaltung wird die frequenzwertete Störspannung auf die für Fernsprechanlagen geforderte Größe von ≤ 2 mV herabgesetzt, so daß die Geräte die Direktspeisung der Wählamteinrichtungen übernehmen können.



In Verbindung mit einer 30zelligen Bleibatterie arbeiten die Geräte im „einfachen Bereitschaftsparallelbetrieb“. Durch die vorgesehene Sichtung entfällt die bisher getrennte Verlegung der Lade- und Entladeleitung zur Batterie. Es sind somit nur noch einfache Batterieleitungen erforderlich. Die Geräte sind gleichfalls unschaltbar von „Bereitschaftsparallelbetrieb“ (BB) auf „Batterieladung“ (L), wobei beide Betriebsarten sowohl automatisch wie von Hand geregelt werden können. Bei automatischer Ladung fällt entsprechend der Ladekennlinie der Anfangsledeinstrom mit zunehmender Batteriespannung selbsttätig auf rd. 25% des Nennwertes.

Weiter sind die Geräte ausgerüstet mit einer Ladestromüberwachungseinrichtung zur Signalisierung von Unterbrechungen der vom Gleichrichter abgegebenen Versorgungsspannung, einer Strombegrenzungsschaltung zur Vermeidung von Überlastungen im automatisch geregelten Betrieb, einem netspannungsabhängig gesteuerten Gegenzellen-Schaltzschütz und mit den für die Betriebsüberwachung notwendigen Meßinstrumenten.

Konstruktiv wurde von der bisher üblichen Bauweise abgegangen. Als Standardgerät wählte man eine Pultform, bei der die Instrumenten- und Bedienungsfläche schräg angeordnet ist. Für die Vervollständigung größerer bereits vorhandener Stromversorgungsanlagen mit neuen Geräten in Schrankbauweise ist gleichfalls eine Schrankausführung vorgesehen, bei der die Vorderfront als einfüllige Tür ausgebildet ist. Die Geräte können unmittelbar an der Wand aufgestellt werden. Weitere Trockengleichrichter, jedoch mit größerer Leistung, sind in der Entwicklung.

Für den Netzausfall liefert die Finsterwalder Maschinen-GmbH stationäre, tragbare, transportable oder fahrbare Netzversorgungsanlagen verschiedener Leistungen, so z. B. ein 3,75-kVA-Gerät 220/380 Volt tragbar, weiter ein 15-, 20- oder 38-kVA-Gerät 220/400 V stationär oder fahrbar. In der Neuentwicklung befindet sich eine Netzversorgungsanlage 65 kVA 220/400 V stationär oder fahrbar.

Aus der Bundesrepublik ist die Firma Still-Hamburg mit einer stationären 175 kVA-220/400-V-Anlage vertreten (Bild). Die stationären Netzversorgungsanlagen sind bei Netzausfall fast ausnahmslos automatisch startbar. Klers

Fernseh- und Rundfunkempfänger sowie Phonozeugnisse

Diese Geräte wurden diesmal geschlossen im 1. und 2. Stock des Städtischen Kaufhauses im Stadtinnern von Leipzig ausgestellt. Wohl jeder Besucher war angenehm überrascht von der wohlwunden Ruhe, die in den weitläufigen Ausstellungsräumen herrschte. Dicke Kokosmatten dämpften den Schritten. Die Aussteller standen geruhsam, geschlossene Kabinen zur Verfügung, in denen sie vorzugsweise ihre Geräte vorführten. So-

weit die vor den Köfen aufgestellten Apparate in Betrieb waren, begrnügte man sich mit einer guten Zimmerlautstärke, welche die edle Klangqualität erkennen ließ, ohne die Endstufen bis zur äußersten Grenze auszusteuern. So wurde vermieden, daß sich die Empfänger gegenseitig überschrien.

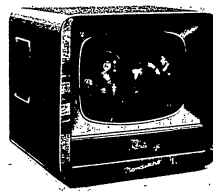
Fernsehempfänger

Alle Fernsehempfänger werden künftig nach der CCIR-Norm geliefert (6,5 MHz Frequenzabstand zwischen Bild und Ton). Die Rafena-Werke Radeberg führten ihre gesamte Kollektion an formschönen Fernsehgeräten und Standgeräten sowie ihre Kombinationsröhren im Betrieb im 2. Stock des Städtischen Kaufhauses vor. Neben den bekanntesten Typen „Rubens“, „Dürrer“ und „Format“ war das Standgerät „Atelier“ (Bild) in mo-



dem hellen Gehäuse zu sehen. Das Chassis entspricht dem „Dürrer“ bzw. „Format“. Auf allen Bereichen wird für das Gerät eine Gesamttemperaturleistung  $\leq 100 \mu V$  garantiert. Der Fernsehprogrammbegleiter wird nach dem Interacriervorverfahren gewonnen. Bildröhre 43 cm. Ladenpreis 1950 DM. Auf die weiteren neuen Kombinationsgeräte haben wir schon in Heft 3/57, S. 46 hingewiesen. Ladenpreis: „Porum“ 1950 DM, „Civita II“ 3200 DM, „Cabinet“ 6800 DM. Alle Rafena-Typen sind für Wechselstrombetrieb gebaut. Der „Rubens“-Typen soll für Allstrom etwa ab Mai d. Js. geliefert werden.

Weiter wurde vom Rundfunkgerätekwerk „Elbia“ VEB(K) Calbe/Seele ein Fernsehempfänger „Nordlicht“ für 220 V Allstrom vorgeführt (Bild). Das Gerät besitzt Kaskodenein-



gang, Pentodenmischung und getastete Regelung, die z. Z. in den Rafena-Empfängern noch nicht angewendet wird. Diese Regelung wirkt auf zwei ZF-Stufen; die HF-Vorstufe wird vorzögert geregelt. Auch bei diesem Gerät wird der Begleitton nach dem Interacriervorverfahren gewonnen. Bei Spannungsschwankungen  $\pm 5\%$  ...  $\pm 10\%$  soll das Bild noch einwandfrei empfangen werden. Ladenpreis mit 43-cm-Bildröhre 1900 DM, mit 36-cm-Bildröhre 1350 DM.

Der VEB Stern-Radio Staßfurt, der ebenfalls mit der Entwicklung eines Fernsehempfängers beauftragt ist, hatte noch kein derartiges Gerät ausgestellt.

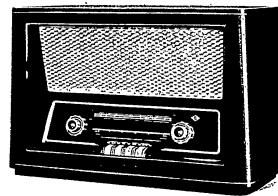
Bedenkt man den Ansturm der Käufer, der in den letzten vier Monaten auf Fernsehempfänger eingestürzt hat — die Empfänger werden z. Z. den Verkaufsstellen unangezapft und unausprobiert aus den Händen gerissen —, so sind wir in großer Sorge, wie die drei vollstehenden Werke den Bedarf an Fernsehempfängern 1957 nur einigermaßen decken sollen; denn ein großer Teil ihrer Produktion ist sicher auch für den Export bestimmt.

Rundfunkempfänger

An Hand der gezeigten zahlreichen Typen von Rundfunkempfängern wird wohl jeder Fachmann überzeugt worden sein, daß die Hersteller in der DDR den Weltstandard erreicht haben. Wir sahen formschöne Empfänger in hochwertigen Edelhölzgehäusen sowohl in der modernen gemäßigten Form als auch in dem geschmackvollen neuen Wohnraumstil. Alle besseren Geräte sind nunmehr mit drehbaren Ferritantennen für AM ausgerüstet. Ein Dipol für UKW ist eingebaut. Der UKW-Teil entspricht neuzeitlicher Schaltungstechnik, und der Niederfrequenzteil ist mit jedem bekannten Komfort ausgestattet, der u. a. in einer zusätzlichen Tastenreihe (3...5 Tasten) zum Ausdruck kommt, mit der alle beliebigen Tonlagen (3-D-Klang, Orchester, Sprache, Jazz, Baß) eingestellt bzw. sogar mehr oder weniger gemischt werden können.

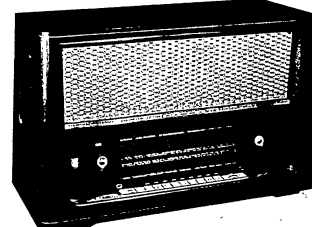
Als schönes Beispiel einer ansprechenden und effektvollen Vorführung sei der AM-FM-6,9-Kreis-Super „Potsdam“ des VEB Stern-Radio Berlin genannt, der in einer stillen, geschmackvoll hergerichteten Ecke auf einer sich drehenden Scheibe von allen Seiten gezeigt wurde und an ein Magnetongerät angeschlossen war. Er erzielte den Besucher „selbst“ von seiner Leistung und seinen Vorzügen.

Der VEB Stern-Radio Sonneberg, dessen AM-FM-S/11-Kreis-Super „Erfurt“ wohl einer der gesuchtesten Rundfunkempfänger in der DDR ist, hat sich wiederum mit der Entwicklung eines preiswerten Supers verdient gemacht. Der Typ „Sekretär“ (Bild) wird in formschönen Preßstoffgehäusen für 285 DM, in modernen Holzgehäusen für 350 DM (Allstrom) bzw. für 345 DM (Wechselstrom) als bald in den Handel kommen. Dieser kleine Super besitzt hohe Empfindlichkeit ( $M$  und  $L < 30 \mu V$  bei 30 mW,  $U < 5 \mu V$  bei 20 db), Duplexantrieb und vier Drucktasten. Der Klang des uns vorgeführten Geräts war überraschend



gut. AM-Trennschärfe 1:300, FM-Trennschärfe bei  $\pm 300$  kHz Verstimmung 1:200, Bandbreite 2b bei FM = 120 kHz, bei AM = 3 kHz. Zum Typ „Erfurt“ hat noch zu bemerken, daß nach einem aus vorgelegten Gutachten der Kolberger Prüfstelle die Störstrahlung dieses Empfängers für die 2. Harmonische nicht nachweisbar ist und bei der 3. Harmonischen in 10 m Entfernung nur 15  $\mu V/m$  bei 300 MHz beträgt, also weit unter der von der DP zugelassenen Störstrahlung liegt.

Der VEB Stern-Radio Rochlitz ersetzt seinen bekannten Super „Besthever“ durch den AM-FM-S/11-Kreis-Super „Strandvari II“ für Wechselstrom (Bild), der im 3. Quartal 1957 zum Laden-



preis von etwa 880 DM in einem modernen, aber nicht extremen Gehäuse geliefert wird. Er ist mit einer Ultralinear-Endstufe ausgerüstet, die 8 W Sprechleistung bei nur 2% Klirrfaktor abgibt. Mit dem Drucktasten-Klangmixer lassen sich fünf bestimmte Toncharakteristiken einstellen, die außerdem noch beliebig gemischt werden können. Vier Lautsprecher ergeben ein übernehmend durchsichtiges, frei im Raum stehendes Klangbild.

Als weitere Neukonstruktion zeigt Rochlitz den „Juwel II“, einen AM-FM-S/11-Kreis-Mittelwelle in Luxusausführung (Ladenpreis etwa 680 DM). Das Gerät besitzt eigene Tasten für Tonabschmer, Tonblende und Ferritantenne, so daß alle diese Anschlüsse von der Frontseite aus bedienbar sind. Die Stellung der eingebauten drehbaren Ferritantenne wird optisch angezeigt. Ein 6-W-Lautsprecher und zwei Hochtöner ergeben den Raumton. Ein Klangregulator ist ebenfalls vorhanden.

Geräten-Radio Quedlinburg stellt ein interessantes Gerät aus, den AM-FM-S/11-Kreis-Super „Ultra-Exquisit 57 W“ für Wechselstrom. Der Konstrukteur dieses hochwertigen Supers ging hier im Interesse einer bequemen und auch für die nicht besonders versierten Händler einfachen Störungssuche einem Wege. Das Chassis setzt sich aus vier Bauteilen zusammen:

1. UKW-Tuner mit UZF-Verstärker einschl. Radiodetektor; 2. AM-Mischstufe einschließlich ZF-Verstärker, Demodulator und Abstimmanzeiger EM 80; 3. NF-Verstärker und 4. Notzettel. So kann der folienhafte Teil leicht ermittelt, ausgebaut und zur Instandsetzung eingeschickt werden. Der Röhrenaufwand ist allerdings etwas größer. Die Firma bezeichnet ihren Raumton als 4-L-Ton, weil der Super mit einem 6-W-Oval-Perma-Lautsprecher, zwei 2-W-Oval-Perma-Lautsprechern und einem elektrostatischen Hochtonlautsprecher ausgerüstet ist. Ein aus fünf Tönen bestehendes Klangmischregler ermöglicht, einzelne Klanggruppen herauszuheben und durch gleichzeitiges Drücken mehrerer Taster bestimmte Klangeffekte zu erzielen. Die vier Lautsprecher sind an zwei sorgfältig dimensionierte Ausgangsübertrager angeschlossen, die so bemessen sind, daß bei allen Umschaltungen die richtige Anpassung an die Endröhre erhalten bleibt.

Phonoerzeugnisse

Als Neuentwicklung zeigt der VEB Funkwerk Leipzig einen eleganten Kristalltonerceptor Typ „TAKU 0160“ mit zwei Saphiren, umschaltbar für Mikro- und Normaltönen, Frequenzgang 30...16000 Hz ( $\pm 5$  db), sowie einen kleinen handlichen Mikrofon-Vorverstärker Typ „MV 4056“. Röhrenbestückung: EF 86 und EC 92, Eingangsimpedanz 1 M $\Omega$ , Ausgang 16 k $\Omega$ , Verstärkung 100fach, Fremdspannungsbedarf 40 db, Frequenzgang 30...20000 Hz ( $-3$  db), Vollnetz 220 V~, mit Schichtgleichrichter, Schließleistung 5 VA.

Am Stande des VEB Funkwerk Zittau wurde ein netter Prospekt „Kleine Plauderei“ ausgegeben, der nützliche Ratschläge über das Aufwahren und Behandeln von Schallplatten enthält. Der neue Plattenspieler „Don Carlos“ dieses VEB ist für vier Geschwindigkeiten (16 $\frac{2}{3}$ , 33 $\frac{1}{3}$ , 45 und 78 U/min) universell verwendbar und für Schallplatten mit 30, 25 und 17 cm  $\phi$  geeignet. Er wechelt bis zu 10 Schallplatten gleicher Geschwindigkeit mit den genannten Durchmessern, und zwar beliebig gemischt.

Der VEB Meßgerätekonzern Zwickau führte sein bewährtes Magnetongerät „Smaragd“ in unveränderter Ausführung vor. „Tissi“ nennt die Firma Difona (Gerhard Dittmar, Potsdam) ihr kleines Diktiergerät nach dem Magnettonverfahren. Mit Hilfe eines Telephonkopiers, der an jeden Fernsprecher andrückbar ist, können auch Telefongespräche sofort auf Band fixiert werden.

Die bekannte Magnetongerätefirma Gülle & Pinick, Bismarck, stellt nunmehr nur noch hochwertige Tonbandgeräte für Studios her. Sie wurden für Tonbandtechniker entwickelt, die beruflich Bandaufnahmen und -wiedergaben von hoher Qualität erzielen wollen. Die Firma zeigte auch eine Magnetton-Dauerreprohduktion, die auch für die DP geeignet sein wird.

Drahtloses Fernmeldewesen in den Ausstellungshallen auf dem Gelände der Technischen Messe

Antennen

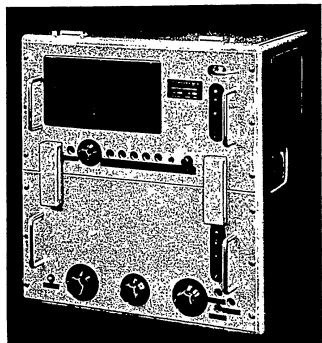
Der VEB Fernmeldewerk Bad Blankenburg hatte wiederum äußerst wirkungsvoll eine Auswahl seiner Rundfunk- und Fernsichtantennen nebst Zubehör ausgestellt. An kleinen Plexiglasmodellen wurden die Richtcharakteristiken der verschiedenen Antennenarten sehr augenfällig demonstriert. Als Neuhalt zeigte das Werk eine 52-Element-Antenne, die in vier Etagen zu je 13 Elementen aufgebaut wird und einen Gewinn von 17,5 db ergibt. Mit 20 db wurde aus dem Vor-/Rückwärtsverhältnis angegeben (das ist die maximale Spannung nach vorn zum Mittelwert aus den maximalen Richtcharakteristiken) nach außen in Richtung von genau 180°. Der Öffnungswinkel mit 0,7fachen Spannungsfall beträgt 26°. Ladenpreis dieser Antenne etwa 400 DM.

Außer dem FMW Bad Blankenburg stellten nunmehr auch der VEB Technisch-Physikalische Werkstätten, Thalheim/Ergeb., und die Firma Rudolf Ludewig, Böhli-Ehrenberg bei Leipzig, elektromotorische Antennentriebe her. Sie bestehen aus einem Triebwerk und einem Steuergestänge. Ladenpreis des „Planet“ von TPV um 300 DM, des Antriebs der Pa. Ludewig etwa 140 DM.

Meßgeräte

Als Weiterentwicklung der erstmalig 1953 auf der Leipziger Messe gezeigten Kleinquarzuhr Typ 246 zeigt der VEB Funkwerk Erfurt die „Kleinquarzuhren Typ 2007a“. Sie ist in erster Linie zum Gebrauch als Frequenznormal bestimmt, aber mit gewissen Einschränkungen auch zur Zeitmessung verwendbar. Dank seiner hohen Genauigkeit und guten Konstanz kann das Gerät kostspieliger und umfangreicher Normalfrequenzanlagen ersetzen.

Der neu entwickelte „Zählfrequenzmesser Typ 3006“ (Bild)



ist ein elektronischer Zähler, mit dem Geradeauszählungen ohne Zeitbegrenzung, Periodendauermessungen bzw. Zeitintervallmessungen zwischen 0 Hz und 500 kHz möglich sind. In Verbindung mit elektrischen, optischen und mechanischen Gebern eröffnen sich für elektronische Zähler nachstehende Einsatzmöglichkeiten:

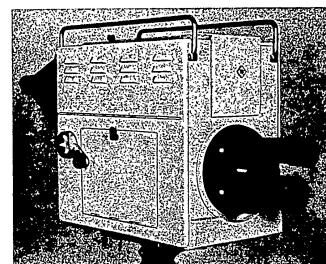
1. Umrechnungszählung, Zählung von Kolbenhuben, Feder-schwingungen und Stückzahlen;
  2. Messung von sehr niedrigen Frequenzen, niedrigen Drehzahlen und langsamen Schwingungen als Periodendauer-messungen;
  3. Eichung von Impulsgeneratoren, Relaischaltzeiten, Photo-schaltzeiten, Lichtblitzzeiten und Dunkelperioden;
  4. Elastizitäts- und Viskositätsmessungen;
  5. Eichung von Generatoren in bezug auf die Frequenz, Fre-quenzstabilitätsmessungen;
  6. Verwendung als Sekundär-Frequenznormal und 7. Labor-Frequenzmessungen, Prüfung von Steuerguarnen.
- Die wesentlichen Vorteile dieses neuen Zweiges der elektro-nischen Meßtechnik sind
- a) direkte Anzeige des Meßwertes durch Leuchtziffern;
  - b) Erzielung einer sehr kleinen Meßunsicherheit und
  - c) einfache Handhabung, so daß auch technisch ungeschultes Personal die Geräte ohne Schwierigkeiten bedienen kann

Angewandtes Fernsehen

Der VEB Werk für Fernmeldewesen (WF) Berlin führte in dem vom Haus der Elektrotechnik aufgestellten Durchgangs-Pavillon eine „Fernbeobachter-Anlage“ vor. Auf den Bildschirmen der zu dieser Anlage gehörenden Fern-Bildschreiber konnten sich die am Objektiv der aufgestellten Aufnahme-kamera Vorübergehenden sehen. Eine solche Fernbeobachter-Anlage eignet sich in idealer Weise als Nachrichtenübermittler. Das Fernbeobachter erleichtert das Lenken und Überwachen eines Großbetriebes. Er ermöglicht im Hörsaal eine neue Unterrichtsmethode durch das Bild. Gefährliche Experimente können von einem sicheren Ort aus beobachtet werden.

Ähnliche Anlagen für angewandtes Fernsehen zeigten die englische Firma Eye und die Société Française Radiotélévisive (S.F.R.) im Betrieb.

Mit einer ebenfalls gezeigten „Kleinstudio-Anlage für Fern-sehen“ hat WF ein vollständiges Studio geschaffen, das aus ein-zelnen tragbaren Geräten zusammengestellt wird. Die Anlage vermag das komplette Bild- und Synchronisiergongeschäft ent-weder videomäßig oder getriggert zu liefern. Die Kleinstudio-Anlage besteht aus folgenden Geräten: Super-Iko-Kamera SIK 1 (Bild),



Kontroll-Bildschreiber FKB 1, Mischpult FMP 1, Reporter-Bildschreiber FRB 1, Mischbildschreiber FMB 1, Taktgeber FTG 1, Impulsverteiler FIV 1, Kamera-Netzgerät KNG 1 und drei Bildschreiber-Netzgeräte BNG 1.

Für Fernsehreportagen von Tagesereignissen hat S.F.R. ein ultraleichtes „Fernseh-Reportagegerät“ entwickelt, das ebenfalls auf der Technischen Messe gezeigt wurde. Das Gerät kann vom Fernsehreporter auf dem Rücken getragen werden; denn der Koffer „Übertragungskanal“ wiegt nur 6,5 kg. Die eigentliche Aufnahmekamera (1300 g Gewicht) trägt der Kameramann in der Hand.

Richtfunkverbindungsgeräte

Als Weiterentwicklung seiner Richtfunkverbindungsgeräte 904 und 905 hatte Rafena zwei neue derartige Geräte ausgestellt. „RVG 908“ dient zur Übertragung von Fernseh-Bild-Signalen im UHF-Bereich von 1450...1600 MHz, also zur Errichtung sogenannter Fernseh-Zubringerlinien. Die Aufteilung auf drei Einheiten (Modulator, Sender und Empfänger) hat sich als vor-zuziehend erwiesen. Sie werden zu einer Linie wie folgt zusammen-gezost:

- Sende-Einzelstelle: Modulator und Sender
- Relais-Einzelstelle: Empfänger und Sender
- Empfänger-Einzelstelle: Empfänger.

Der Modulator setzt das Video-Signal (6 MHz, 1 V<sub>eff</sub> 75  $\Omega$ ) frequenzmoduliert in die Modulator-Trägerfrequenz 75 MHz um. Im Sender wird die Modulatorfrequenz 75 MHz quarzgesteuert in die Sendefrequenz 1450...1600 MHz transportiert, die über Koaxialkabel die Parabelantennen speist. Der Empfänger — ein Superhet mit einer ZF von 75 MHz — liefert im Ausgang das Videosignal mit 1 V<sub>eff</sub> an 75  $\Omega$ .

„RVG 905“ ist zur Übertragung von drei Rundfunk- oder Fern-seh-Ton-Kanälen im UHF-Bereich mittels Frequenzmodulation bestimmt. Die Übertragungsgüte entspricht den Bedingungen für Rundfunkleitungen hoher Güte mit einem Frequenzband von 30 Hz...15 kHz. Das Gerät besteht aus einem Sender- und einem Empfänger. Durch Hintereinanderschaltung der Ge-räte können Richtfunkstrecken mit Relaisstellen aufgebaut wer-den. Ein vierter im Gerät vorhandener Kanal kann für Dienst-gespräche zwischen den Endstellen und allen Relaisstellen be-nutzt werden. Er läßt sich bei Bedarf aber auch in gleicher Weise wie die anderen drei Kanäle verwenden.

Sowjetunion

Auch in der Halle der UdSSR war eine industrielle Fernseh-anlage für angewandtes Fernsehen im Betrieb, die zahlreiche Besucher anlockte. Neben einigen Fernsehempfängern mit 36-cm- und 43-cm-Bildschirm war auch eine große Bildröhre mit 53 cm Bildsignale ausgestellt, die elektrostatisch fokussiert und mit Ionenspule versehen ist. Der Projektionsfernseh-empfänger „Moskwa“ liefert auf einem tragbaren Wandschirm ein Bild von 90x120 cm. Eine Reihe der gezeigten Rundfunk-empfänger und Musiktrahnen ist in Gehäuse des modernen Stan-dards eingebaut sowie mit Drucktasten und sonstigem Kom-fort ausgerüstet. Auch UKW fehlt in den meisten Geräten nicht. Weiter wurde ein mit einem Plattenspieler für 33 $\frac{1}{3}$  und 78 U/min kombiniertes Magnetongerät „Jaus“ ausgestellt, dessen Band-geschwindigkeiten wahlweise auf 19,05 cm/s oder 8,13 cm/s um-geschaltet werden kann. Dieses Gerät besitzt ebenfalls Druck-tasten zur Umschaltung.

Ungarn und Tschechoslowakei

zeigten wiederum eine große Kollektion von Meßgeräten und Rundfunkempfängern — die CSR auch einige Fernsehempfänger.

Polen

Hier gefiel uns ein netter kleiner Reisesuper „Szarotka“ (Edelweiß) für Batterie- oder Wechselstromnetzbetrieb. Ein ge-wisses Kuriosum ist der Sechs-Kreis-Wechselstromsuper „Wola“ (d.h. eine Vorstadt in Warschau, heißt wörtlich übersetzt „Wille“); denn an seiner rechten Seite befindet sich ein abklapp-barer weißer Kunststoffrahmen, der eine Rahmenantenne ent-hält.

Frankreich

Die der S.F.R. angegliederte Radio France zeigte den einzigen Transistor-Reisesuper der Messe. Ein außerordentlich leichtes Gerät (Gewicht < 3 kg) mit 8 Transistoren, Ferritantenne und gedruckter Schaltung. Dieser Super „Solitor“ arbeitet auf Mittel- und Langwellen mit einer Zwischenfrequenz von 130 kHz. Er wird mit drei hinterinandergeschalteten Taschenlampe-nbatterien zu je 4,5 V betrieben. Bei 12 V beträgt sein Stromver-bruch 10 mA. Der eingebaute Oval-Lautsprecher (12x19 cm) füllt den größten Teil des Innenraums. Der Verkaufspreis wurde mit 33000 F angegeben. Das kleine Gerät arbeitet überraschend rasch. Wir konnten mit ihm am Stand etwa 10 Sender gut empfangen.

Kraftfahrwesen

Wie alljährlich war der IFA-Pavillon auf dem Gelände der Technischen Messe ein besonderer Anziehungspunkt. Die Messe-exponate der vollstänigen Fahrzeugproduktion konzentrierten nicht nur die Aufmerksamkeit des Fachpublikums, sondern waren darüber hinaus für einen außerordentlich großen Besucher-kreis sehenswert. In erweiterten und neuerrichteten Aus-stellungshallen wurde eine Reihe Fahrzeuge mit bemerkenswerten

Neuerungen in technischer und geschmackvoller Hinsicht ausgestellt. Es war wünschenswert für den Betrachter, daß die Ausstellungsgegenstände zweckdienlich aufgelockert und in einen durchaus ansprechenden Rahmen gestellt waren.

Unter den Kleinfahrzeugen fiel besonders das Moped „SR 2“ des VEB Simson Suhl auf. Gegenüber der bekannten Ausführung wurden folgende nennenswerten Verbesserungen an diesem Fahrzeug angebracht: Das Vorder- und Hinterradschutzblech wurde stark verbreitert und tiefer herabgezogen, womit ein besserer Schmutzschutz erreicht wird. Außerdem ist in der Hinterradverkleidung ein verschleißbarer Werkzeugkasten harmonisch eingearbeitet. Ein stabiler Gepäckträger mit doppeltem Halter gestattet jetzt das sichere Befördern begrenzter Lasten. Mit einer elektrischen Hupen wird der laufenden Forderung nach erhöhter Verkehrssicherheit entsprochen. Ebenfalls wurde die Straßelage durch die geänderte Sitzhöhe verbessert. Der neuformschöne Lenker verleiht dem Fahrzeug ein sportliches Aussehen.

Die Motorradbaureihe aus der Produktion des VEB Motorenwerk Zschopau wurde durch zwei erfreuliche Neu- bzw. Weiterentwicklungen ergänzt. Es handelt sich hierbei um die Motorräder „MZ ES 250“ und „MZ ES 175“. Beide Maschinen besitzen im wesentlichen das gleiche Fahrwerk mit dem bewährten und modernen Vollschwingelrahmen.

| ES 175                                         | ES 250              |
|------------------------------------------------|---------------------|
| Taktzahl . . . . . 2                           | 2                   |
| Zylinderzahl . . . . . 1                       | 1                   |
| Bohrung . . . . . 58 mm                        | 70 mm               |
| Hub . . . . . 65 mm                            | 65 mm               |
| Hubvolumen . . . . . 172 cm <sup>3</sup>       | 290 cm <sup>3</sup> |
| Verdichtungsverhältnis . . . . . 7,5:1         | 7:1                 |
| Leistung . . . . . 10 PS                       | 14,4 PS             |
| Drehzahl . . . . . 5000 U/min                  | 5000 U/min          |
| Gangzahl des Getriebes . . . . . 4             | 4                   |
| Eigengewicht . . . . . 141 kg                  | 150 kg              |
| Höchstgeschwindigkeit . . . . . 95 km/h        | 114 km/h            |
| Kraftstoffnormverbrauch . . . . . 3,6 l/100 km | 3,8 l/100 km        |

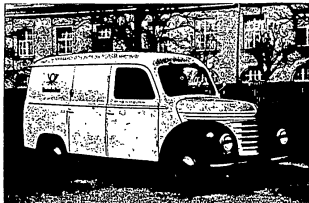
Es ist zu erwarten, daß die „RT 125/1“ künftig durch die „ES 175“ im Entstöber- und Eilzustellendienst ersetzt wird.

Die in letzter Zeit im Straßenverkehr häufig in Erscheinung getretenen Standardmodelle der PKW-Typen „AVZ P 70“ und „EAW „Wartburg““ werden durch mehrere Varianten ergänzt. Am hervorstechendsten hierbei sind das „Coupé P 70“ mit dem neuen Kühlergitter und der eleganten, modernen Heckpanoramacheibe. Die Beförderung von vier Personen ist bei Benutzung der eingebauten Notsitze auch in diesem Modell möglich. Auch diese Karosserie wird aus dem bekannten Profilstoff, der inzwischen seine Bewährungsprobe bestanden hat, hergestellt. Es darf erwartet werden, daß das neue VX-Getriebe verschleißfester ist und die bisher in diesem Punkte vorhandenen Nachteile ausschaltet.

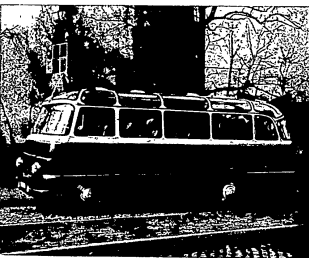
Von einer großen Besucherzahl ständig umlagert war der „Wartburg-Sportwagen“, der mit Recht als der „Messerschlag“ der vollstündigen Kraftfahrzeugproduktion gewertet werden darf. Die gelungene Formgebung der Karosserie in Verbindung mit den technischen Verbesserungen des Triebwerkes rechtfertigen die Behauptung, daß somit der Anschluß an das internationale Niveau der Automobilindustrie erreicht ist. Die Spitzengeschwindigkeit des Fahrzeuges liegt bei 140 km/h, was durch Herabsetzen der Verdichtung des bekannten Zweitakts-Wartburgmotors und durch die Anordnung von zwei Vergasern erreicht wurde. Die Motorleistung beträgt dadurch 50 PS. Das Viergang-Wechselgetriebe ist jetzt im dritten und vierten Gang vollsynchronisiert.

Im Lastkraftwagenbau war ohne wesentliche Veränderungen das bisher bekannte Produktionsprogramm der volkseigenen Fahrzeugwerke VEB Barkas (vorm. Framo) Hainichen, VEB Robur (vorm. Phänomen) Zittau und VEB Sachsenring (vorm. Horst) Zwickau anzutreffen.

Der Kastenwagen Barkas Typ V 901/2 ist auch bei der Deutschen Post als Klein-Landkraftwagen, Klein-Paketwagen, Sprechstellentruppendienst usw. bekannt (Bild). Die Tatsache,



daß er sich im Postbetriebsdienst nach anfänglichen Mängeln in vielen Fällen bewährt hat, wird eine ständige Aufstockung des Wagenbestandes dieses Typs rechtfertigen. Eine besondere Überraschung hatte der VEB Robur Zittau für den Kraftfahrzeugtechniker interessierten Besucher der diesjährigen Messe bereithalten. Es handelt sich um den neuen geschmackvollen Frontlenker-Reisbus (Modell 1958) für 16 Fahrgastplätze (Bild).



Die Weiterentwicklung des bisher serienmäßigen Fahrwerkes und die Ausbildung desselben als Frontlenker-Typ erlaubt das Aufsetzen einer zweckdienlichen Karosserie. Die Leistung des luftgekühlten Vierzylinder-Viertakt-Ottomotors beträgt jetzt bei 2800 U/min 60 PS gegenüber bisher 55 PS. Diese Leistungssteigerung wird im wesentlichen durch einen Leichtmetall-Ansaugkrümmer und einen neuen Vergaser erreicht. Die Tragfähigkeit des Fahrgestelles wurde auf 2,5 t erhöht. Das Fahrzeug ist mit einem Pünktung-Wechselgetriebe ausgerüstet, bei dem der zweite bis fünfte Gang synchronisiert sind. Die Betätigung erfolgt durch Lenkradschaltung. Das Befahren größter Steigungen (bis 32%) ist möglich. Wir hatten Gelegenheit, an einer Probefahrt teilzunehmen und waren von den guten Fahreigenschaften und der vorzüglichen Federung, auch auf schlechtesten Wegestrecken, beeindruckt. Den Forderungen nach vollständigem Fahrkomfort wird nicht zuletzt durch bequeme, schaumgummiopolsterete Sitze und gute Sicht (Vollscheiben) entsprochen. Daß dieser Wagen nicht auf dem Messengelände gezeigt wurde,

ist damit begründet, daß es sich vorläufig noch um ein Musterfahrzeug handelt, dessen Serienbau hoffentlich recht bald anläuft. Dieses Frontlenker-Fahrgestell wird — mit posttypischen Aufbauten versehen — für verschiedene Bedürfnisse im Post- und Fernmelddienst eingesetzt werden können.

Für die Weiterentwicklung der Lastkraftwagen über 3 t Nutzlaster wird das gezeigte Niederrahmen-Chassis H 3 S in der Frontlenkerausführung des VEB Sachsenring Zwickau verschiedene weitere Verwendungsmöglichkeiten erschließen. Hierbei wird besonders an den Bauteile-LKW und Paket-LKW gedacht. Die Vorzüge der Frontlenkerausführung und der verlängerte Radstand gestatten besonders bei dem Bauteile-LKW die Beseitigung der bisherigen Nachteile einer zu kurzen Ladepflanzhöhe und der beengten Platzverhältnisse in der Mannschaftskabine.

Die Kollektivverstellungen der Sowjetunion und der aus befreundeten Volkswirtschaften waren ein Spiegelbild des Leistungsstandes der Fahrzeugproduktion dieser Länder. Der mögliche unmittelbare Vergleich der Erzeugnisse mit denen Westdeutschlands und des kapitalistischen Auslandes war von besonderem Wert und ließ erkennen, daß die Entwicklungen auf Kraftfahrzeugtechnik ebenschnell (ebenso) der sozialistischen Staaten zielebendig sind.

Der VEB Spremberger Maschinenbau und Gießereien stellte einen Grabenbeher mit austauschbarem Stempelkopf aus, der es verdient, in diesem Zusammenhang erwähnt zu werden. Er ist für Schnellreparaturen an der Vorder- und Hinterachse, Radwechsel und dergleichen geeignet. Zum Antrieb wird Proflluft von 4 atü benötigt. Der Preis dieses Gerätes beträgt rd. 900,— DM. Ulrich/Neufeldt

500 Worte über NE-Metalle

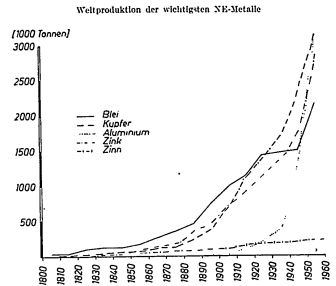
Nichteisenmetalle, im Sprachgebrauch der Fachleute häufig einfach „Metalle“ oder „NE-Metalle“ genannt, werden in der Fernmeldetechnik in vielfältiger Form verwendet: Kupfer und Aluminium haben größte Bedeutung als Leiterwerkstoffe für Drähte und Kabel; Blei ist ein beliebiger Mantelwerkstoff für Erdkabel und unentbehrlich für Akkumulatoren; Zink und Kupfer liegen sich zu Messing, das bevorzugt für Feder- und Kontakthebel verarbeitet wird; zahlreiche Apparaturgehäuse, Grundplatten und andere Bauteile werden aus Aluminium-Druckguß hergestellt; Blei-Zinn-Legierungen sind als Lötzinne bekannt usw.

Einige auch heute noch wichtige NE-Metalle, wie Gold, Silber, Kupfer, Blei und Zinn, werden bereits seit mehreren tausend Jahren von den Menschen verwendet. Der Grund war darin zu suchen, daß diese Metalle entweder gelogen (in reinem Zustand) auftraten oder sich leicht aus ihren Erzen gewinnen ließen. Ihre Verarbeitung (Gießen, Schmieden, Hämmern usw.) ließ sich mit einfachen technischen Mitteln durchführen.

Die Methoden ihrer Erzeugung (Verhüttung) und ihrer Verarbeitung waren nach heutigen Erkenntnissen primitiv und unwirtschaftlich, die Ausbeute und der Umfang der Verwendung dementsprechend gering. Die erzeugten Mengen entsprachen dem verhältnismäßig kleinen Bedarf, der sich im wesentlichen auf die Verarbeitung zu Gebrauchsgegenständen, Waffen und Schmuck beschränkte. Investitionsgüter mit ihrem Massenbedarf an Werkstoffen wurden nur selten aus Metallen hergestellt. Ihre Baustoffe waren meist Holz und Stein.

Dieser Zustand änderte sich im 19. Jahrhundert fast schlagartig. Die beginnende Industrialisierung beanspruchte große Metallmengen und hatte einen erhöhten Ausstoß an Gebrauchsgütern aus Metallen zur Folge. Wurden im Jahre 1800 nur 0,06 kg NE-Metalle je Kopf der Bevölkerung verbraucht, so waren es 1935 über 4 kg. Die Steigerung des Metallverbrauches wird besonders deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß in dieser Zeit die Bevölkerung der Erde nur um das Dreieinhalbfache, der Metallverbrauch jedoch um das 230fache gestiegen ist.

Beobachtet man den Verbrauch der vier wichtigsten NE-Metalle Blei, Kupfer, Zinn und Zink im Ablauf der Jahre nach 1800, so ist festzustellen, daß die Produktionskurven vor allem in den letzten Jahren steil ansteigen (Bild). Zu den Metallen



Kupfer, Blei, Zinn und Zink trat seit etwa 1900 noch Aluminium. Es hat in einem unvergleichlichen Siegeszug alle anderen Metalle der erzeugten und verbrauchten Gewichtsmenge nach bereits eingeholt oder schon überflügelt. Vergleicht man die Raumengen, so liegt es (auf Grund seines leichten spezifischen Gewichtes) bereits jetzt schon an der Spitze aller NE-Metalle. Aluminium hat damit die Vorrangstellung, die Kupfer seit dem Jahre 1930 innehatte, gebrochen. Die größere Schrittlänge, die Aluminium in der Erzeugung nachweisen kann, läßt sich auch bis in die jüngste Zeit verfolgen. Von 1940 bis 1955 hat sich die erzeugte Aluminiummenge (Gewicht) der Welt vervierfacht (von 0,77 Millionen Tonnen auf 3,1 Millionen Tonnen), während sich die Kupferproduktion (Hüttenproduktion) nur knapp verdoppeln konnte (von 1,8 Millionen Tonnen auf 3,1 Millionen Tonnen). Die günstige Entwicklung der Aluminiumproduktion dürfte nicht zuletzt auf die sehr günstige Rohstoff- und Preisbasis des Aluminiums zurückzuführen sein.

Willi Röwer, Halberstadt (Nach „Metallstatistik 1940—1955 der Metallgesellschaft AG, Frankfurt/Main“)

Am 15. Februar 1957 ist einer der bewährtesten Mitarbeiter der Deutschen Post, der Nationalpreisträger Oberingenieur Paul Kay plötzlich und unerwartet verschieden.



Die Deutsche Post verliert in ihm einen wertvollen und angesehnen Mitarbeiter. Oberingenieur Kay, der bereits vor 1945 auf dem Gebiet des Funkwesens im damaligen Reichspostzentralamt tätig war, stellte sich auch nach dem Zusammenbruch sofort für den Aufbau des Funkwesens zur Verfügung. Seine ganze Schaffenskraft setzte er dabei für die Verbesserung und Neuentwicklung von Sendeelementen ein. Seine Tätigkeit führte ihn von der damaligen Oberpostdirektion Potsdam zum Post- und Fernmeldetechnischen Zentralamt nach Berlin. Seit 1952 war er im Antennen-Referat der Hauptverwaltung Funkwesen tätig. Für seine besonderen Verdienste bei der Entwicklung und Konstruktion der ersten Rohrastranten in der Deutschen Demokratischen Republik beim Mittelwellen-Sender Berlin-Köpenick wurde er mit dem Nationalpreis ausgezeichnet.



### Aus der Arbeit der Konfliktkommissionen bei der Deutschen Post

Von Manfred ADLER, Dresden

Die Anerkennung des Arbeitsrechts als selbständigen Zweig der Rechtsordnung und die Zuweisung arbeitsrechtlicher Streitigkeiten an eine besondere Gerichtsbarkeit waren Erfolge des Kampfes der Arbeiterklasse gegen kapitalistische Ausbeutung. Mit der Änderung der ökonomischen Basis und dem Übergang der staatlichen Macht in die Hände der Arbeiter und Bauern gewonnen auch die arbeitsrechtlichen Normen und die daraus entlehnten Streitigkeiten einen anderen Charakter. Nimmern waren die Ursachen solcher Streitigkeiten nicht mehr in antagonistischen Klassengegensätzen, sondern in einer mangelnden Entwicklung des Bewußtseins, in einer schlechten Einstellung zur Arbeit, in der Unkenntnis arbeitsrechtlicher Bestimmungen und dergleichen zu suchen. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, neue Wege zu gehen, um solche Streitigkeiten schlichten zu können. Einer dieser Wege war die Bildung von Konfliktkommissionen.

#### Allgemeines

In vielen volkseigenen Betrieben — auch in denen der Deutschen Post — ging man erst nur zögernd und mit Vorbehalten an die Bildung der Konfliktkommissionen heran. Heute, nach vierjähriger Tätigkeit, wissen wir, daß sie ihre Aufgaben zum größten Teil gut erfüllen. Selbstverständlich bedürfen die Konfliktkommissionen für ihre Tätigkeit der Anleitung und Hilfe. Wo diese Hilfe gegeben wurde, arbeiten und arbeiten die Kommissionen auch erfolgreich; wo sie ihre Aufgaben nicht erfüllt haben, sollte untersucht werden, ob zu ihrer Unterstützung alles getan worden ist. Man darf die Augen nicht davor verschließen, daß die Konfliktkommissionen außerordentliche Schwierigkeiten zu überwinden haben. Unser Arbeitsrecht ist noch in der Entwicklung begriffen; grundlegende Fragen sind noch ungeklärt. Man denke nur an die Probleme der materiellen Verantwortlichkeit, an den Umfang des Bereicherungsanspruchs, an die Möglichkeiten zur Änderung eines Arbeitsrechtsverhältnisses usw. Die Hilfeleistung kann sich deshalb nicht darauf beschränken, den Kommissionen die wichtigste arbeitsrechtliche Literatur zur Verfügung zu stellen. Auf der anderen Seite ist es weder den Organen der Gewerkschaft noch denen des Betriebes möglich, alle Mitglieder der Kommissionen so gründlich im Arbeitsrecht zu unterweisen, daß sie in die Lage gesetzt werden, ohne weiteres jeden auftretenden Streitfall zu entscheiden. Dies ist auch mindestens für den Anfang gar nicht notwendig. Die ersten Erfahrungen zeigten vielmehr, daß die größten Schwierigkeiten auf einem anderen Gebiet lagen: nämlich in der Durchführung des Verfahrens, und das im weitesten Sinne, also auch schon hinsichtlich der Stellung der Betriebsleitung und der sonst am Streitfall Beteiligten zu der Kommission, ihren Mitgliedern und ihren Entscheidungen. Auch kam es nicht selten auf die Kenntnis der vom Gesetzgeber bewußt einfach gehaltenen Verfahrensvorschriften an, sondern auch darauf, daß Konfliktkommissionen das nötige Selbstvertrauen für ihre Arbeit zu geben. Es ist nämlich gar nicht so leicht, ein rechtlich geordnetes Verfahren zu führen, daß die wesentlichen Fragen des Streitfalles geklärt werden — aber eben auch nur die wesentlichen Fragen — und schließlich mit einer Beratung und Entscheidung zu enden, die nicht einfach einen Machtanspruch darstellt, sondern die Beteiligten überzeugt.

#### Wie werden die Konfliktkommissionen im Bezirk Dresden angeleitet?

Wir haben im Bezirk Dresden (auf diesen beziehen sich alle folgenden Ausführungen) eine Form der Anleitung gewählt, die diesen Schwierigkeiten von vornherein begegnen sollte und haben damit auch Erfolg gehabt: Die abkömmlichen Mitglieder der Konfliktkommissionen mehrerer Betriebe wurden zusammengefordert und nach einer kurzen Einführung in die wichtigsten Verfahrensregeln Musteritzungen abgehalten, bei denen jeweils eine Kommission aus den Anwesenden gebildet wurde. Diese Methode hat schon pädagogisch ihre Vorzüge: Sie macht das Lernen lebendig und zwingt zur Mitarbeit. Die Kollegen haben weiter die Möglichkeit gebietet, Streitfälle praktisch behandeln zu können, ohne zunächst mit der Verantwortung belastet zu sein, die jeder echte Streitfall unvermeidlich mit sich

bringt. Zum Gegenstand der Verhandlung wurden nur solche Fälle gemacht, die sich tatsächlich zugestanden hätten und die aktenmäßig vorliegen. Nur aus praktischen Gründen wurde gelegentlich ein zu umfangreicher Fall etwas gekürzt. Bei der Auswahl der Fälle war darauf Bedacht genommen worden, daß sie materielrechtlich typische und wichtige Fragen behandelten, aber auch verfahrensrechtlich gewisse Schwierigkeiten boten. Sie betrafen daher Fälle des Streites über die Wirksamkeit einer Kündigung, der materiellen Verantwortlichkeit und der Bereicherungshaftung. Verfahrensrechtlich stand im Mittelpunkt die Wiedereinstellung in den vorigen Stand, die Abolition von Mitgliedern der Kommission und die Stellung von Zeugen und Sachverständigen.

In dieser Weise wurden sämtliche Konfliktkommissionen des Betriebes angeleitet. Daneben werden laufend Entscheidungen der Konfliktkommissionen und der Arbeitsgerichte in der Sammelverfügung veröffentlicht, und zwar sowohl gute als auch schlechte, wobei in einer kurzen Anmerkung jeweils die notwendigen Erläuterungen und Hinweise gegeben werden. Es ist dadurch auch gelungen, immer wieder auftretende Fehler vor allem in der Formulierung der Beschlüsse und ihrer Begründung zu beseitigen.

#### Erfahrungen der Dresdner Konfliktkommissionen

Es wird interessieren, welche Erfahrungen in der Arbeit der Konfliktkommissionen gemacht worden sind und auf welchen Gebieten die größten Schwierigkeiten liegen. Beginnen wir mit dem Verfahren:

Immer wieder tritt die falsche Auffassung auf, die von der Betriebsleitung oder Betriebsvorstandesleitung benannten Mitglieder seien deren „Vertreter“, und zwar in dem Sinne, daß sie auch jederzeit an deren Auffassung über den Streitfall gebunden seien. Das ist — es sei wiederholt — grundfalsch; die Mitglieder der Konfliktkommission sind unabhängig und in ihrer Entscheidung nur an das Gesetz gebunden. Damit ist auch gleich ein anderer Fehler erwähnt: die Meinung nämlich, die Konfliktkommission habe ihre Entscheidung nicht des Gesetzes zugrunde zu legen, sondern könne Entscheidungen mit anderen Erwägungen allgemeiner Art begründen. Diese Auffassung ist nicht nur falsch, sondern auch gefährlich, weil sie einen Grundsatz unserer Arbeiter- und Bauern-Macht verletzt: die strenge Einhaltung der demokratischen Gesetzlichkeit. Diese Auffassung wird zurecht bestritten durch die Schwierigkeiten bei der Anwendung unserer gegenwärtig unübersichtlichen und systematisch unvollkommenen Normen unseres Arbeitsrechts; ihr muß aber in jedem Falle entgegengetreten werden.

In der Literatur ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Konfliktkommission kein Ermittlungsorgan des Betriebes ist. Trotzdem werden immer wieder Anträge gestellt wie etwa „den Fall aufzuklären und die Schuldigen zur Ersatzleistung heranzuziehen“. Diese Tendenz ist durch den von der Arbeitsrechtswissenschaft entwickelten Grundsatz gefordert worden, daß eine materielle Verantwortlichkeit des Werkstätigen in jedem Falle nur durch die Konfliktkommission festgestellt werden könne; hierfür wird noch einmal zurückzukommen sein. Wir halten also fest, daß die Aufklärung eines Sachverhalts

stets die Aufgabe der Betriebsleitung ist oder auch die des Werkstätigen, der aus diesem Sachverhalt Rechte herleitet. Auch ist stets ein konkreter Antrag zu stellen, der das Begehren des Antragstellers eindeutig erkennen läßt. Die Feststellung, daß die Konfliktkommission kein Ermittlungsorgan ist, darf aber wiederum nicht so verstanden werden, daß sie sich jede Feststellung erparen soll. So hatte eine Abteilungs-Konfliktkommission des FMA Dresden einem Kraftwagenführer einen Lohnanspruch zuerkannt mit der Maßgabe, daß die Höhe des Anspruchs vom Betrieb zu berechnen sei. Hier wurde dem Antragsteller aufgegeben gewesen, seinen Anspruch nach einem genauen Betrag geltend zu machen oder, wenn diesem die dafür notwendigen Unterlagen nicht zugänglich waren, dem Betrieb eine entsprechende Auflage zu erteilen; auch konnte sie schriftliche Unterlagen des Betriebes beizubringen und verwerten (§ 16 KKVO). Das ist nicht etwa nur eine formale Frage. Die Konfliktkommission herabläßt den Antragsteller mit einer solchen Entscheidung vielmehr seines Rechtes; denn wie sollte eine Entscheidung vollstreckt werden können, wenn nicht einmal der zu vollstreckende Betrag angegeben wird? Die Möglichkeit der Vollstreckbarkeitsklärung sollten sich die Konfliktkommissionen bei der Abfassung des Beschlusses stets vor Augen halten. Er muß daher so genau und eindeutig formuliert sein, daß jeder mit dem Streitfall nicht vertraute Dritte ihn verstehen und ihn — wenn erforderlich — auf seine Gesetzlichkeit prüfen kann.

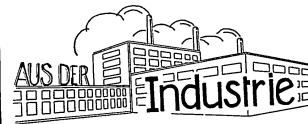
Sehr häufig weichen die Kommissionen davor zurück, einen Antrag wegen Überschreitung der Frist nach § 12 KKVO und § 10 KKVO zurückzuweisen. Sie setzen sich über die Fristvorschriften überhaupt hinweg oder gewähren in ungesetzlicher Weise die Wiedereinstellung in den vorigen Stand. Auf die engen Voraussetzungen der §§ 233, 234 ZPO (Naturereignisse oder andere unabwehrbare Zufälle, Antrag innerhalb von zwei Wochen nach Wegfall des Hindernisses) sei deshalb auch hier noch einmal hingewiesen. Ist der Antrag wegen Fristüberschreitung abzuweisen, soll die Kommission auch nicht in die Erörterung des Sachverhalts eintriften. So hart das im Einzelfall mag, so findet die Entscheidung ihrer Rechtfertigung darin, daß die Verletzung zwingender Fristvorschriften die Rechtssicherheit überhaupt untergräbt und die demokratische Gesetzlichkeit verletzt. Auch muß die Kenntnis der wichtigsten Kündigungsvorschriften bei jedem Werkstätigen vorausgesetzt werden; seine gewerkschaftlichen Organe stehen ihm hierin bei der Seite. Schwieriger liegen die Fälle, in denen ein Einspruch gegen die Kündigung nicht an die Konfliktkommission, sondern ausdrücklich an die Betriebsleitung (oder die Betriebsvorstandesleitung) gerichtet wird. Man kann nicht ohne weiteres davon ausgehen, daß ein solcher Antrag stets so zu behandeln ist, als sei er an die Konfliktkommission gerichtet, es sei denn, daß sich er aus dem Inhalt ergibt. Die Betriebsleitung sollte deshalb den Antragsteller vor Fristablauf darüber belehren, daß die Frist nur durch einen an die Konfliktkommission zu richtenden Antrag gewahrt werden könne. Ist diese Belehrung und die Nachholung des Antrages von Fristablauf nicht mehr möglich, sollte der Antrag allerdings als an die Konfliktkommission gerichtet angesehen werden, um den Werkstätigen vor schwerem Nachteil zu bewahren. Wünschenswert ist, wenn der Werkstätige nicht, kann er noch immer die Rücknahme des Antrages erklären.

Schwierigkeiten bereitet den Konfliktkommissionen häufig auch die Aufklärung des Sachverhalts durch Zeugen und Sachverständige. Der Vorsitzende sollte sich von vornherein darüber im klaren sein, auf welche Fragen es für die rechtliche Beurteilung ankommt, und auf diese Fragen muß er die Beweisaufnahme auch beschränken. Ist beispielsweise eine Kündigung deshalb nichtig, weil sie der vorbereitenden Zustimmung der BGL bedingungslos, so ist jede Erörterung über die angelegenen Kündigungsgründe überflüssig. Oft wird auch nicht scharf zwischen der Eigenschaft als Zeuge oder Sachverständiger unterschieden; das ist aber wichtig, weil beider Stellung im Verfahren verschieden ist. Der Zeuge berichtet über Wahrnehmungen, die er gemacht hat, also über irgendwelche tatsächlichen Ereignisse. Der Sachverständige zielt dagegen aus dem ihm bekannten oder durch die Verhandlung bekannt werdenden Sachverhalt Schlüsse, die zu ziehen ihm seine Sachkunde befähigt. Handelt

es sich etwa um einen Anspruch des Betriebes, der seine Ursache in einer falschen Errechnung der Quartalsprämie hatte, so ist der Angehörige der Revisionsgruppe, der die entsprechenden Feststellungen getroffen hat, grundsätzlich nicht Sachverständiger, sondern Zeuge. Er berichtet über seine tatsächlichen Feststellungen. Über die Frage, ob bei der Berechnung der Prämien bestimmte Kosten nach den gesetzlichen Vorschriften eliminerungsfähig waren, könnte beispielsweise der Planungsleiter der BPP als Sachverständiger gehört werden. Der Zeuge wohlt vor seiner Aussage der Verhandlung nicht bei, wohl aber der Sachverständige; darin besteht der wesentliche verfahrensrechtliche Unterschied.

#### Mit welchen Fragen beschäftigen sich die Konfliktkommissionen der Deutschen Post?

Zunächst kann als erfreuliches Zeichen bemerkt werden, daß Kündigungsstreitigkeiten außerordentlich selten geworden sind. Das Verantwortungsbewußtsein der Betriebsleiter, die Qualifizierung der Mitarbeiter in den Kaderabteilungen und die gewissenhafte Wahrnehmung des gewerkschaftlichen Mitbestimmungsrechtes haben das erreicht. Vorstößen gegen die sozialen

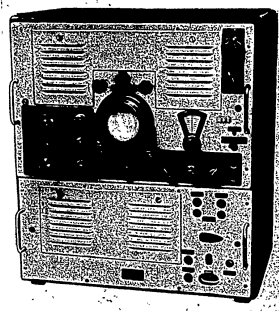


#### Impulsgenerator mit Oszilloskop

Das Gerät (Typ 78 1-4) dient zur Erzeugung von periodischen Rechteckimpulsen, wobei die Impulsfrequenz von 15 Hz bis 15 kHz und die Impulsdauer von 0,1 bis 10 µs regelbar sind. Der Ausgangsimpuls kann wahlweise positiv oder negativ entnommen werden.

Es kann ferner als Steuergenerator für Impuls-Leistungs-Einheiten zur Untersuchung von Laufschrittmotoren und Klein-Verwendungsfindern. Der eingebaute Oszilloskop, dessen Zeitschuss vom Impulsgenerator gesteuert wird, dient sowohl zur Beobachtung der intern erzeugten Impulse als auch von Impulsen, die durch diesen Generator gesteuert werden, und deren Dauer die Zeiten nicht wesentlich übersteigt.

Das etwa 65 kg schwere Gerät ist ein Erzeugnis des VEB Funkewerk Köpenick.



Werkfoto VEB Funkewerk Köpenick

Grundsätze unseres Arbeitsrechts (§ 10 Ziff. 2 KändVO) treten die Konfliktkommissionen energisch entgegen. Die Konfliktkommission des FMA Dresden z. B. erklärte eine Kündigung für unwirksam, die einen Kollegen betraf, der wegen einer Körperbehinderung nicht mehr in der Filiale beschäftigt werden konnte, der aber nach Auffassung des Betriebes auch einen anderen Arbeitsplatz nicht ausfüllen konnte, weil ihm infolge besonders ungünstiger persönlicher Verhältnisse auch ein einfacherer Arbeitsplatz nicht zugeteilt werden konnte. Die Kommission ging zutreffend davon aus, daß es bei der Größe des Betriebes möglich sein müsse, diesen Menschen nachteilig mit einfachsten Arbeiten zu beschäftigen, ließ aber auch den Antragsteller nicht darüber im unklaren, daß er sich gewisse Kenntnisse aneignen müsse.

Nachdem die Arbeitsrechtswissenschaft den Grundsatz aufgestellt hat, daß es keine materielle Verantwortlichkeit ohne Entscheidung der Konfliktkommission gibt<sup>1)</sup> und die bis dahin gültige Anwendung des Erstattungsgesetzes nicht mehr in Frage kommt (VfM-Vf. Nr. 343/54, S. 229<sup>2)</sup>), ist dieser Grundsatz auch durchgesetzt worden, so daß heute grundsätzlich auch jeder Schadenersatzanspruch aus Kassenminderbeträgen vor den Konfliktkommissionen verhandelt wird. Davon sind nur Bagatelldfälle ausgenommen, also Fälle, in denen der Schadenersatzanspruch so niedrig ist, daß er sogleich befriedigt werden kann und der Sachverhalt völlig eindeutig ist. Die Durchführung dieses Grundsatzes hat hohen erzieherischen Wert: Der Beschäftigte weiß, daß er sich wegen seiner Fehler öffentlich verantworten muß. Andererseits muß der Betrieb damit rechnen, daß er mit seinem Anspruch nicht oder nicht voll durchdringt, wenn sich aus der Verhandlung ergibt, daß er nicht alles Notwendige getan hat, um eine einwandfreie Arbeitsorganisation (Kassensicherheit) zu schaffen und die Qualifikation der Beschäftigten zu erhöhen. So erkannte das Kreisarbeitsgericht Dresden einen HPA einen Schadenersatzanspruch von 1000 DM nur zu einem Drittel zu, weil die Verklagte nachweisen konnte, daß sie ohne die erforderliche Ausbildung in der Zahlstelle eingesetzt worden sei und weil nach den örtlichen Verhältnissen die Kassensicherheit nicht gewährleistet war. Der Erfolg: Innerhalb kürzester Zeit war die Zahlstelle ordnungsgemäß abgebaut.

Die Konfliktkommissionen haben auch solche Schadenersatzansprüche ganz oder zum Teil versagt, die gegen Beschäftigte gerichtet waren, denen andere zur Ausbildung zugewiesen waren. Das Problem ist zu umfangreich, um es im Rahmen dieses Aufsatzes erörtern zu können; es wird aber innerhalb der Deutschen Post bald gelöst werden müssen. In allen diesen Fällen waren die Mitarbeiter früher zur Ersatzleistung unter Anwendung des Erstattungsgesetzes herangezogen worden. Dieses Gesetz räumte ihnen zwar formale Rechtsmittel ein, durch die Unterwerfungserklärung konnten sie aber in den meisten Fällen diese Möglichkeit nicht in Anspruch nehmen.

Mit Recht stehen die Konfliktkommissionen Prämienerhöhungen oder Schadenersatzansprüchen aus falscher Premienermittlung meist ablehnend gegenüber, weil bei der Rückforderung fast immer der Einwand des Wegfalls der Bereicherung wirksam wird (§ 818 Abs. 3 BGB). Beim Schadenersatzanspruch ist das Verschulden meist nicht eindeutig feststellbar. So wies die Konfliktkommission des FMA Dresden einen Schadenersatzanspruch von rund 3500 DM gegen den Hauptbuchhalter ab mit der Begründung, daß die für diesen Fall in Frage kommenden Berechnungsvorschriften unübersichtlich und sachlich widersprechend seien. Wenn auch dahingestellt sein mag, ob das im vorliegenden Falle ganz zutrifft, so ist dies Feststellung doch eine erste und im wesentlichen auch berechtigte Kritik an bisherigen System unserer Prämienvorschriften. Die angekündigte grundlegende Änderung der Prämienzahlung und der Wegfall der bisherigen Quartalsprämien machen diese Frage sicher in Zukunft gegenstandslos.

Diese Beispiele sollen nicht den Eindruck erwecken, daß sich die Konfliktkommissionen grundsätzlich auf die Seite der Werktätigen stellen. Sie haben vielmehr eine erzieherische Funktion auch dem Beschäftigten gegenüber mit Ernst wahrzunehmen. So hat die Konfliktkommission des HPA Bautzen selbstvor-

ständig einen Kollegen zu vollem Schadenersatz verpflichtet, weil er, ohne einen Führerschein zu besitzen, mit einem im Posthof abgestellten Krad aus Spielerei herumfuhr und dabei gegen eine Mauer prallte. Ein anderes Beispiel: Ein junger Filialisteller hatte ein Fahrrad beschädigt und sich selbst gefährdet, als er mit viel zu hoher Geschwindigkeit eine abfallende Straße hinabfuhr. Die Konfliktkommission machte ihm eindringlich die Größe der Gefahr für seine eigene Gesundheit und sein eigenes Leben klar, verpflichtete ihn zum Schadenersatz und erlegte ihm auf, an einer Verkehrserziehung der Volkspolizei teilzunehmen und dies nachzuweisen.

Eine Anzahl Entscheidungen der Konfliktkommissionen betreffen Streitigkeiten aus der Auslegung der Bestimmungen der Anlagensammlung zum Betriebskollektivvertrag. So hatte z. B. die Konfliktkommission der BPF Dresden darüber zu entscheiden, ob die sogenannte Grundentschädigung für Kraftwagenführer (Anlage 3, IV 1a der Anlagensammlung zum BKV 1955) auch neben Reisekosten zu zahlen sei. Sie hat dies bejaht, und ihre Entscheidung wurde vom Kreisarbeitsgericht Dresden bestätigt.

Die Konfliktkommission des HPA Dresden A 28 entschied, daß Brigadierszulage (Tabelle 22 der Anlagensammlung) auch an Brigaden im Zustellendienst zu zahlen seien, weil die einschlägige Bestimmung, daß die Steigerung der Arbeitsproduktivität nachweisbar sein müsse, mit Rücksicht auf die besonderen Bedingungen der Nachrichtenleistungen nicht zum Wegfall der Zulage führen könne. Diese Auffassung bestätigte im Berufungsverfahren das Bezirksarbeitsgericht Dresden.

Die Konfliktkommission des Punkamts Dresden hatte sich mit der Gewährung der Hochspannungszulage (Tabelle 19 Ziff. 10 der Anlagensammlung) an Beschäftigte in Dezinometerstationen zu beschäftigen, die des FMA Dresden hatte über die Gewährung von Weggeld (Anl. 3, I 3) zu entscheiden. Auch Zweifel über die Einsetzung der ZWPV, insbesondere über die Anwendung der Härteklause (Anl. 2 zu Tab. 7, 10 und 11) führten zu einem Streit.

Auch in diesen rechtlich nicht immer einfachen Fällen haben sich die Konfliktkommissionen bemüht, ihre Aufgaben zu erfüllen. Darüber hinaus zwingt uns gerade die Tatsache, daß diese Fragen strittig wurden, dazu, eine ernste Kritik an der Arbeit des MPP und des Zentralvorstandes der IGPP als Vertragspartner der Anlagensammlung auszusprechen. Es geht einfach nicht, daß die Vertragspartner ihre Meinungsverschiedenheiten mit einer Formulierung überbrücken, die jede Auslegung offenläßt, und daß es im Einzelfalle den Beteiligten überlassen bleibt, notfalls im arbeitsgerichtlichen Verfahren eine Entscheidung herbeizuführen. Diese Arbeitsweise muß das Vertrauen der Werktätigen erschüttern; es verblüht sie, wenn ihnen ein Recht vorantgehalten wird oder wenn ihnen anscheinend Rechte eingeräumt werden, die nach dem Stande unserer ökonomischen Entwicklung noch nicht erarbeitet sind.

Schlußbetrachtungen

Diese Darlegungen sollten einen Einblick in die Tätigkeit der Konfliktkommissionen eines Bezirks vermitteln. Sie bieten anderen Kollegen vielleicht eine Anregung oder geben Hinweise.

Mit der Bildung der Konfliktkommissionen ist den Werktätigen ein Instrument in die Hand gegeben worden, dessen sie sich zu bedienen gelernt haben. Die Kommissionen als Organe der betrieblichen Selbstverwaltung haben gerade bei der Deutschen Post Bedeutung für die Entwicklung des Bewußtseins. Sie helfen mit, Überreste der alten Beamtenideologie zu überwinden. Stend der Postler früher fast wehrlos dem Profitstreben des kapitalistischen Staatsbetriebes gegenüber, dem noch die schneidige Waffe des Erstattungsgesetzes in die Hand gegeben war, so hat er heute erkannt, daß Arbeiter über ihre eigenen Angelegenheiten entscheiden und daß immer ihre eigenen Entscheidungen notfalls die ganze Autorität der Staatsmacht stoßen.

<sup>1)</sup> Stetter, In unserem Arbeitsrecht gibt es kein abstraktes Schuld-Anerkennung. Arbeit und Sozialfürsorge 1955, S. 83.  
<sup>2)</sup> Die Verfügung hat aus dem genannten Urteile Insofern überholt, als sie die Entgeltansprüche eines Schuld-Anerkennungsverfahrens vorsehrt.

Das Fachschulfernstudium der Deutschen Post in der Fachrichtung Post- und Zeitungswesen

Von Gerhard SCHMUTZLER, Günter PRIEBE und Gerhard HIRSCH, Fachschule für Post- und Fernmeldewesen „Rosa Luxemburg“, Leipzig

Parallel zum Direktstudium läuft das Fernstudium der Deutschen Post. Es vermittelt allen Mitarbeitern, die aus irgendwelchen Gründen nicht für längere Zeit die Fachschulen besuchen können, den staatlich anerkannten Abschluß als „Postwirtschaftler“ oder als „Angestellter für den Mittleren Postbetriebsdienst“. Aufgabe der folgenden Ausführungen soll es sein, Schwierigkeiten und Erfolge des seit über drei Jahren bestehenden Fernstudiums zu zeigen. Die Mitarbeiter der Deutschen Post sollen namentlich auch hierdurch mit einem bedeutungsvollen Qualifizierungsweg bekanntgemacht und gegebenenfalls zur Teilnahme angeregt werden.

Grundsätzliches über das Fernstudium

Die Belange der Teilnehmer am Fernstudium regelt die „Anordnung über die Einrichtung, Organisation und Durchführung des Fachschulfernstudiums für Werktätige“ (Gesetzblatt I, Nr. 63/1956 vom 13. 8. 56). Alle Beschäftigten der Deutschen Post können Fernschüler werden, wenn sie die Lehrabschlußprüfung abgelegt haben oder eine mehrjährige praktische Tätigkeit nachweisen. Vom betreffenden Hauptpostamt usw. müssen sie allerdings delegiert sein und die Aufnahmeprüfung bestanden haben.

Die Delegation ist nach der Anweisung 13 (VfM. Vf. 65/1956) geregelt. Der Eintritt in einen bereits begonnenen Lehrgang des Fernstudiums kann nur dann erfolgen, wenn die erforderlichen Kenntnisse nachgewiesen werden.

Zur Durchführung des Studiums erhalten die Teilnehmer das Studienmaterial kostenlos zugesandt. Lediglich benötigte Fach- und Lehrbücher sind käuflich in den Buchhandlungen zu erwerben, wie z. B. die Lehrbücher „Politische Ökonomie“ und „Die deutsche Sprache“.

Zu den Konsultationen an dafür bestimmten Orten oder zu den Jahreslehrgängen an der Fachschule für Post- und Fernmeldewesen „Rosa Luxemburg“ in Leipzig fährt der Fernschüler auf Schülerfahrkarte. Er erhält hierzu einen Fachschulerausweis und einen bestätigten „Antrag auf Ausgabe von Schülerfahrkarten“.

Die Anordnung führt weiter die Zahlung der Studiengebühren von jährlich 80.— DM an. Sie sind in Teilbeträgen von vierteljährlich 20.— DM im voraus zu entrichten. Bei begründeten Anträgen können die Studiengebühren erlassen werden. So wurde z. B. einem Fernschüler der Gehaltsgruppe V, der Familienverantw. einer 6köpfigen Familie ist, die Studiengebühr voll erlassen.

Sehr wesentlich für die Hauptpostämter und die Fernschüler ist der § 27 der genannten Anordnung, der eine Beschäftigung über die gesetzlich festgelegte Arbeitszeit hinaus untersagt. Ein Versetzen an andere Arbeitsstellen oder Delegation zur Lehrgängen soll ebenfalls unterbleiben, sobald das Studium dadurch beeinträchtigt wird.

In einem weiteren Abschnitt werden die Betriebe verpflichtet, die Fernschüler in die Förderung der Fernschüler in den Betriebskollektivverträgen aufzunehmen. Eine bedeutende Erleichterung für die Fernschüler sind die ihnen gesetzlich zustehenden arbeitsfreien Tage, auf die an einer anderen Stelle dieses Artikels näher eingegangen wird.

Zur Zeit bestehen an der Fachschule für Post- und Fernmeldewesen „Rosa Luxemburg“ in Leipzig folgende Möglichkeiten des Fernstudiums:

1. Postwirtschaftler

In dieser 5jährigen Ausbildung (Bild 1) sind bereits drei Lehrgänge angefallen. Der erste Lehrgang hat zwei Zwischenprüfungen absolviert und wird 1958 die Abschlußprüfung ablegen.

| Lehrfächer                            | 1. Studienjahr | 2. Studienjahr | 3. Studienjahr | 4. Studienjahr | 5. Studienjahr |
|---------------------------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| Gesellschaftswissenschaften           |                |                |                |                |                |
| Deutsch                               |                |                |                |                |                |
| Mathematik                            |                |                |                |                |                |
| Physik                                |                |                |                |                |                |
| Chemie                                |                |                |                |                |                |
| Französisch                           |                |                |                |                |                |
| Geographie                            |                |                |                |                |                |
| Rechtlehre                            |                |                |                |                |                |
| Rechnungswesen                        |                |                |                |                |                |
| Planung                               |                |                |                |                |                |
| Ausleitung Arbeit                     |                |                |                |                |                |
| Gesetze des Post- und Fernmeldewesens |                |                |                |                |                |
| Überwachungsstellen                   |                |                |                |                |                |
| Vereinstellungsgesetz                 |                |                |                |                |                |
| Schiffrecht                           |                |                |                |                |                |
| Postbetriebsdienst                    |                |                |                |                |                |

Bild 1. Ausbildungsphasen für Postwirtschaftler

Der zweite und der dritte Lehrgang stehen vor der zweiten bzw. ersten Zwischenprüfung.

2. Mittlerer Postbetriebsdienst

Die Dauer dieser Ausbildung beträgt etwa zwei Jahre. Der erste Lehrgang endete am 30. Oktober 1956. Von den Absolventen bestanden die Abschlußprüfung 1%, mit „sehr gut“, 28% mit „gut“, 55% mit „befriedigend“ und 10% mit „ausreichend“. 0% haben die Abschlußprüfung nicht bestanden. Diese Schüler können nach einem festgelegten Zeitraum von mindestens einem Vierteljahr die Prüfung wiederholen.

Der zweite Lehrgang begann am 1. 9. 1956 und wird im Juli 1958 das Ausbildungsziel erreichen.

3. Überleitungsstudium zum Fernstudium für Postwirtschaftler

Außer den Regellehrgängen wurde vom 1. 11. 1956 an noch ein sogenanntes Überleitungsstudium für solche Mitarbeiter geschaffen, die den Lehrgang des mittleren Postbetriebsdienstes in Direkt- oder Fernstudium abgeschlossen haben und sich weiter zum Postwirtschaftler qualifizieren wollen. Die Teil-

nehmer dieses Überleitungsstudiums studieren im ersten Jahr sämtliche naturwissenschaftlichen Fächer und die Politische Ökonomie, wobei die bereits im vorangegangenen Studium erworbenen Kenntnisse zugrunde gelegt werden.

Bei diesem Lehrgang handelt es sich um eine einmalige Möglichkeit. Später können die Absolventen des mittleren Postbetriebsdienstes in das zweite Studienjahr des Fernstudiums für Postwirtschaftler übernommen werden.

**4. Verkürztes Fachschulfernstudium für Postwirtschaftler**

Ab 1. 9. 1957 beginnt außer den bereits beschriebenen Regellehrgängen auch ein verkürztes Fachschulfernstudium für Postwirtschaftler. Dieses Fernstudium wird eingerichtet, um all den Beschäftigten der Deutschen Post, die bereits die Verwaltungsprüfung Post oder die Abschlussprüfung der Fachschulsonderklassen „Schwieriger Postbetriebsdienst“ bzw. „Betriebsleiter“ abgelegt haben, die Möglichkeit zu geben, einen ordentlichen Fachschulabschluss zu erlangen. Es werden zu diesem Zweck zwei Lehrgänge eingerichtet:

- a) für Angehörige der Deutschen Post, die die Verwaltungsprüfung Post oder die Abschlussprüfung der Fachschulsonderklassen „Schwieriger Postbetriebsdienst“ bzw. „Betriebsleiter“ in der Vergangenheit abgelegt haben und außerdem das Abitur nachweisen können.
- b) für Beschäftigte, die eine der vorstehend angeführten Prüfungen abgelegt haben, aber nicht das Abitur nachweisen können.

Die Zeitdauer der beiden Lehrgänge ist unterschiedlich. Der unter a) genannte Lehrgang dauert 1 1/2 Jahre, während die unter b) fallenden Mitarbeiter 2 1/2 Jahre zu studieren haben. Der Unterschied liegt darin, daß die Beschäftigten mit Abitur nicht mehr die naturwissenschaftlichen Fächer (Mathematik, Physik und Chemie) zu studieren brauchen. Für beide Lehrgänge kommt jedoch das Studium der Fächer des leitenden Postdienstes (wie Planung, Rechnungswesen, Recht usw.) in Betracht. Nach Abschluß des Studiums erhalten die Teilnehmer das gleiche Zeugnis wie die Schüler des Direktstudiums oder des ungekürzten Fernstudiums. Die Möglichkeit der Teilnahme an diesem Studium bietet sich nach dem Studienbeginn im September dieses Jahres nur noch einmal, und zwar am 1. 9. 1958.

**5. Verkürztes Fachschulfernstudium für den mittleren Postbetriebsdienst**

Entsprechend der Regelung für die Beschäftigten mit Verwaltungsprüfung Post usw. bietet sich auch ab 1. 9. 1957 bzw. ab 1. 9. 1958 die Möglichkeit für diejenigen mit abgelegter Betriebsdienstprüfung, ein verkürztes Fachschulfernstudium mit dem Fachschulabschluß Mittlerer Postbetriebsdienst aufzunehmen. Dieses Studium dauert ein Jahr. Während des Studiums werden in der Hauptsache die naturwissenschaftlichen Gebiete, Politische Ökonomie, Französisch und einige andere Fächer behandelt, die zum Betriebsdienstprüfung nicht im Lehrplan enthalten waren. Das nach der Abschlussprüfung auszufällende Zeugnis hat die gleiche Bedeutung wie das des Direktstudiums bzw. des ungekürzten Fernstudiums für den mittleren Postbetriebsdienst.

**Durchführung des Fernstudiums**

Jeder Kollege, der das Fernstudium beginnt, wird anfangs Schwierigkeiten zu überwinden haben. Nach der Tagesarbeit, die jedem ein großes Maß an Verantwortungsbewußtsein und Arbeitsintensität auferlegt, bedeutet der Feierabend Erholung und Entspannung. Den Fernschüler aber erwarten zu Hause die Lehrbriefe, die durchgearbeitet werden müssen, um in der nächsten Konsultation folgen zu können. Jede Stunde ist dann ausgelastet, jede Ablenkung wirkt störend. Kann durch erhebliche Schwierigkeiten, starke dienstliche Belastung oder durch Mangel an Zeit die Tagesaufgabe nicht eingehalten werden, so gerät der Fernschüler in Verzug. Das fehlende Pensum läßt sich bei dem

gleichmäßig fortlaufenden Studium sehr schwer aufholen, in den meisten Fällen wird der Fernschüler mühsam und gibt auf. Die Zahl der Rücktritte vom Fernstudium ist gerade in diesen ersten Tagen und Wochen verhältnismäßig groß.

Eine weiter auftretende Schwierigkeit ist die Arbeit mit dem Lehrbrief und dem Lehrbuch. Wieviele Fernschüler schlagen das Lehrmaterial auf, lesen die Abschnitte und Kapitel und glauben, das Wesentliche zu beherrschen. Erst in der Klausurarbeit oder mündlichen Prüfung stellt sich heraus, daß nur oberflächliche Kenntnisse vorhanden sind. Anders schlagen sich vorzweifel mit den Bestimmungen herum und haben zum Schluß mehr Unklarheiten als vor Beginn des Studiums.

Zur Behebung dieser Anfangsschwierigkeiten läuft am Beginn des Fernstudiums der Einführungslehrgang. Seine Aufgabe ist es, den Fernschüler an die geistige Arbeit heranzuführen und seine ersten Schritte im hütischen Selbststudium zu lenken. Darüber hinaus werden im Einführungslehrgang Kenntnisse der ersten Stoffgebiete vermittelt. Leider ist das Niveau der zum Fernstudium delegierten Kollegen sehr unterschiedlich. Auf der anderen Seite haben die Teilnehmer den großen Vorteil, daß sie im Laufe des Studiums eng mit der Praxis verbunden bleiben und täglich die theoretischen Erkenntnisse anwenden können.

**Lieferung und Arbeit mit dem Studienmaterial**

Alle Fernschüler erhalten das Lehrmaterial entweder über die Konsultationspunkte ausgehändigt oder direkt von der Fachschule zugesandt. Das trifft sowohl für die Lehrbriefe (Bild 2) als auch für die Wegleitungen, Stoffverteilungspläne und Studienanleitungen zu.

Die Studienanleitungen, Lehrbriefe und andere Lehrmaterialien müssen das gesprochene Wort des Dozenten an der Fachschule ersetzen. Deshalb wird von der Fachschule großer Wert darauf gelegt, daß die Lehrbriefe in einer methodisch und pädagogisch einwandfreien und leicht verständlichen Art gestaltet werden. Die Autoren und Lektoren der Lehrbriefe sind sowohl Dozenten als auch Praktiker. Die endgültige Form bekommen die Lehrbriefe durch eine gewissenhafte Überarbeitung in der Abteilung Fernstudium.

Der Fernschüler erhält im Stoffverteilungsplan (Bild 3) einen genauen Überblick über den jeweiligen Studienabschnitt. Der Stoffumfang wird für jeweils 14 Tage mit Angabe der betreffenden Lehrbriefe, der zu studierenden Abschnitte und der laut Studienplan notwendigen Studienzeiten vorgeschrieben. In fortgeschrittenen Studienjahren genügt dann auf Grund der durch die Fernschüler gesammelten Erfahrungen die Aufteilung für je vier Wochen. Diese Arbeit muß er unbedingt in diesem Zeitraum schaffen, weil danach eine Konsultation durchgeführt wird, in der alle beim Selbststudium offen gebliebenen Fragen geklärt werden können.

Aufgabe des Fernstudienten ist es, sich zunächst einen eigenen Plan aufzustellen, in welcher Form er das Studium des jeweiligen Faches durchführen will. Es hat sich als zweckmäßig erwiesen, für jedes Fach ein Arbeitsheft zu führen, in das der Fernschüler



Bild 2. Verschiedene Lehrbriefe

| Fachschul-Fernstudium „Postwirtschaftler“, 1. Lehrgang, 3. Studienjahr<br>Stoffverteilungsplan für die Monate Januar und Februar 1957 |                           |               |              |           |               |           | Konsultationsplan                                                             |                                                                              |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------|---------------|--------------|-----------|---------------|-----------|-------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------|
| Lfd. Nr.                                                                                                                              | Lehrfach                  | Lbf. u. Stdn. | Januar       |           | Februar       |           | Januar-Konsultation am 0. 1.                                                  |                                                                              |
|                                                                                                                                       |                           |               | 1. Hälfte    | 2. Hälfte | 1. Hälfte     | 2. Hälfte |                                                                               |                                                                              |
| 1                                                                                                                                     | Gesellschaftswissenschaft | Lbf.          | 49           | 50        | 51            | 54        | 1 UE Gewl.                                                                    | Lbf. 48, Rest                                                                |
|                                                                                                                                       |                           | Stdn.         | 8            | 8         | 0             | 5         |                                                                               |                                                                              |
| 2                                                                                                                                     | Mathematik                | Lbf.          | 9            | 9         | 9             | 10        | 1 UE Math.,<br>1 UE PZV,<br>1 UE Französisch,<br>Wiederholung                 | Lbf. 8, Kap. 3<br>Lbf. 4, Inaug.<br>Wiederholung                             |
|                                                                                                                                       |                           | Stdn.         | 10           | 15        | 13            | 10        |                                                                               |                                                                              |
| 3                                                                                                                                     | Französisch               | Lbf.          | Wiederholung |           | Teil I        | Teil II   | 1/2 UE Französisch,<br>1 UE Gewl.,<br>1 1/2 UE Math.,<br>1 UE Rechnungswesen. | Klausurarbeit<br>Lbf. 40 u. 50<br>Lbf. 0, Kap. 1 u. 2<br>Lbf. 1, Kap. 4 u. 5 |
|                                                                                                                                       |                           | Stdn.         | 6            | 5         | 10            | 12        |                                                                               |                                                                              |
| 4                                                                                                                                     | Rechtsslehre              | Lbf.          | —            |           | 1             | 1         | —                                                                             | —                                                                            |
|                                                                                                                                       |                           | Stdn.         | —            |           | 4             | 5         |                                                                               |                                                                              |
| 5                                                                                                                                     | Rechnungswesen            | Lbf.          | —            |           | —             | —         | —                                                                             | —                                                                            |
|                                                                                                                                       |                           | Stdn.         | —            |           | —             | 4         |                                                                               |                                                                              |
| Insgesamt                                                                                                                             |                           | Stdn.         | 72           |           | 72            |           | —                                                                             |                                                                              |
| Reihenfolge                                                                                                                           |                           | Nr.           | 1, 2, 5, 3   |           | 1, 2, 3, 4, 5 |           | —                                                                             |                                                                              |

Bild 3. Stoffverteilungs- und Konsultationsplan

nach dem Studium der Lehrbriefe eine kurze Zusammenfassung niederschreibt. Diese Niederschrift vergleicht er dann mit dem im Lehrbrief enthaltenen Zusammenfassungen. Erst wenn ein bestimmter Abschnitt richtig verstanden wurde und eingepreßt ist, kann das Studium des nächsten Teiles begonnen werden.

Es ist verständlich, daß gerade bei einem Studium außerhalb der Arbeitszeit Momente auftreten, in denen der Fernschüler nicht recht vorwärts kommt und die Schwierigkeiten ihm fast unüberwindlich erscheinen. Hier ist es die Aufgabe des Amtes, sich laufend um die delegierten Mitarbeiter zu kümmern.

**Arbeit an den Konsultationspunkten**

Im ersten und zweiten Studienjahr haben alle Fernschüler zweimal im Monat ganztägige Konsultationen an Konsultationspunkten, die von der Fachschule eingerichtet wurden. Vom dritten Studienjahr an findet monatlich eine Konsultation statt. Für die Konsultation wird von der Abteilung Fernstudium mit dem Stoffverteilungsplan ein Konsultationsplan an die Fernschüler ausgegeben. Aus diesem Plan sehen sowohl die Fernschüler als auch die nebenberuflichen Konsultationspunktleiter, an welchem Tag die einzelnen Lehrfächer zu behandeln sind. Für einen Konsultationstag sind jeweils vier Unterrichtseinheiten zu je 100 Minuten vorgesehen. Es werden dabei in dieser Zeit in der Regel vier Stoffgebiete, die in den vorhergehenden Tagen von den Fernschülern zu studieren waren, behandelt. Das heißt, jeder von ihnen hat die Gelegenheit, offen gebliebene Fragen zu klären. Liegen keine Fragen mehr vor, so behandelt der Dozent an Konsultationspunkt das vorgesehene Thema nochmals nach Schwerpunkten.

Die Konsultationen im Fachschulfernstudium sind eine Einrichtung, die aus dem Studiengang nicht mehr wegzudenken sind. Die Dozenten an den Konsultationspunkten setzen sich aus guten Praktikern der Betriebe und aus Dozenten von Ober- und Berufsschulen oder Fachschulen zusammen. Wesentlich ist jedoch, daß sich der Fernschüler schon vor Beginn der Konsultation die erforderlichen Kenntnisse angeeignet hat, denn es kann nicht Aufgabe der Konsultationsdozenten sein, alle Gebiete unterrichtsmäßig zu behandeln. Zureichend wird in diesem Zusammenhang die Frage interessieren, wo sich die Konsulta-

tionspunkte befinden, oder wo sie bei neuen Lehrgängen eingerichtet werden. Dazu ist zu sagen, daß von der Abteilung Fernstudium Konsultationspunkte (Bild 4) an vornehmlichsten Orten eingerichtet werden. Natürlich muß eine gewisse Rentabilität gewährleistet sein, die sich darin ausdrückt, daß mindestens zehn Fernschüler an diesem Ort zusammengefaßt werden

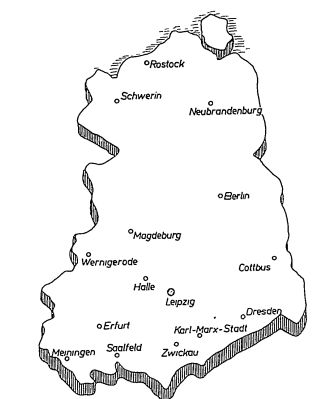


Bild 4. Karte der Konsultationspunkte

können. Wird diese Zahl nicht erreicht, so sind Ausnahmen nur dort möglich, wo in verkehrsgünstigen Gebieten für die Studierenden zu weite Anreisewege zu den Konsultationspunkten entstehen würden.

Kontrolle des Studiums

Zur Kontrolle des fortschreitenden Studienganges dienen im Fernstudium Kontroll- und Klausurarbeiten sowie schriftliche und mündliche Leistungskontrollen. Die Kontroll- und Klausurarbeiten werden zentral von der Abteilung Fernstudium vorgeschrieben, die schriftlichen und mündlichen Leistungskontrollen führt der jeweilige Konsultationsdozent durch.

Als weitere Kontrolle des Studiums gelten die Besuche der Konsultationspunkte durch die Dozenten der Abteilung Fernstudium. Bei der Vielzahl der Lehrgänge und Konsultationspunkte können die Konsultationen nur in gewissen Abständen geprüft werden.

Die Dozenten der Abteilung Fernstudium sind auch ständig bemüht, persönliche Sorgen der Fernschüler zu klären. So konnten schon Erfolge in Wohnungsangelegenheiten erreicht werden, wodurch für einige Schüler wesentliche Studienerleichterungen geschaffen wurden.

Unterstützung der Fernschüler durch die Beschäftigten

Fernschüler, die in einigen Lehrfächern schwache Leistungen zeigen, werden in ihrer Arbeit durch individuelle Anleitung der Dozenten der Abteilung Fernstudium unterstützt. Diese Maßnahmen reichen aber nicht immer aus, um die Schwierigkeiten, die durch mangelnde Vorkenntnisse entstehen, zu überwinden.

Es ist daher erforderlich, daß vor der Delegation zum Fachschulfernstudium eine gründliche Kaderauswahl getroffen wird, und die für das Studium vorgesehenen Mitarbeiter sorgfältig vorbereitet werden.

Die Fernschüler, die während des Studiums noch schwache Leistungen zeigen, müssen durch die Ämter unterstützt werden und Nachhilfunterricht erhalten. Das kann in einigen Semestern auf Grund des schwierigen und neuen Lehrstoffes auf alle Fernschüler zutreffen.

Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß noch nicht alle Ämter die notwendigen Maßnahmen zur Unterstützung der

von ihnen delegierten Fernschüler durchführen. Eine mangelhafte Unterstützung drückt sich dann sehr häufig durch Rücktritte vom Studium aus. Die Lernenden sind oftmals zwischen den Konsultationen auf sich allein angewiesen. Der Prozentsatz der vom Studium zurückgetretenen Schüler liegt bei unserer Fachrichtung insgesamt bei etwa 40%, wobei der größte Anteil der Rücktritte in den ersten Studienmonaten liegt. Dieser Prozentsatz ist entschieden zu hoch.

Die Tatsache kann nur überwunden werden, wenn sich die verantwortlichen Funktionäre um ihre delegierten Schüler kümmern. Wie können das die Beschäftigten leisten? Neben einer finanziellen Unterstützung kommen z. B. folgende Maßnahmen in Frage:

- 1. Mitarbeiter mit guten naturwissenschaftlichen Kenntnissen verpflichten sich, den Fernschülern wöchentlich ein bis zwei Stunden beim Selbststudium zu helfen.
2. Ingenieure der Fernmeldämter usw. verpflichten sich, den Fernschülern für Fragen und Konsultationen zur Verfügung zu stehen.
3. Das Amt verpflichtet einen Dozenten, der wöchentlich bzw. 14-tägig in den erforderlichen Fächern Unterricht erteilt, und bezahlt ihn aus Mitteln des Direktorfonds. Als Dozenten stehen Lehrer der Volkshoch-, Berufs-, Fach- und Oberschulen zur Verfügung. Die Unterrichtsthemen werden vorher mit den Schülern vereinbart.
4. Die Fernschüler besuchen einen Lehrgang an der Volkshochschule. Das Amt überweist den regelmäßigen Besuch und übernimmt eventuell die Teilnahmegebühr.
5. Der Betrieb entlastet die Fernschüler mehr als bisher von gesellschaftlichen Funktionen und betrieblich auch bei dienstlichen Anordnungen soweit wie möglich das Fernstudium.

Da sich diese Maßnahmen nur über einen kürzeren Zeitraum erstrecken sollen, ist die Verwirklichung eines oder mehrerer der Vorschläge sicher bei jedem Amt möglich.

Eine Reihe von Hauptpostämtern hat einige der von uns vorgeschlagenen Maßnahmen schon eingeführt. Aus der Vielzahl der abgeschlossenen Patenschaftverträge wollen wir einen besonders vorbildlichen Vertrag des Hauptpostamtes Eisenach als angenehmes Beispiel in gekürzter Form wiedergeben.

Patenschaftsvertrag

Nach einer eingehenden Aussprache mit dem Fernschüler Lindemann und einigen Kollegen des Hauptpostamtes wird folgendes vereinbart.

- 1. Die Grundlage für ein erfolgreiches Fernstudium ist das Selbststudium der Fernschüler.
2. Im Hauptpostamt Eisenach stehen geeignete Kollegen zur Verfügung, die entweder selbst Fernschüler im vorgerückten Lehrabschnitt sind bzw. sich anderweitig die nötigen Voraussetzungen erworben haben. Sie werden auf Grund ihrer umfangreichen Erfahrungen den Fernschülern die beste Anleitung und Unterstützung geben.
3. Im Studienfach Mathematik verpflichten sich die Kollegen Leyh und Pardeck, dem Kollegen Lindemann wöchentlich ein bis zwei Stunden im Selbststudium zu helfen, und zwar nach folgender Stoffaufteilung:
a) Potenzen Dezember Koll. Pardeck;
b) Planimetrie Januar Koll. Leyh.
4. Im Studienfach Physik verpflichtet sich der Kollege Scheerschmidt zu 1- bis 2-stündiger wöchentlicher Unterstützung in den Monaten Februar bis Juli.

- 5. Die Betriebsgewerkschaftsleitung und die Betriebsparteioorganisation der SED des Hauptpostamtes verpflichten sich, den Kollegen Lindemann zur gesellschaftlichen Arbeit nur in dem unbedingt notwendigen Umfang heranzuziehen.
6. Die Leitung des Amtes verpflichtet sich, bei dem dienstlichen Einsatz des Kollegen Lindemann die in diesem Studienabschnitt anhaltende Belastung zu berücksichtigen. Sie verpflichtet sich weiterhin, die Einhaltung dieses Vertrages zu kontrollieren und die Leistungen des Kollegen Lindemann zu überuchen.

Eisenach, den 1. Dezember 1956

(Es folgen die Unterschriften der Paten, des Fernschülers, der BGL, der BPO und der Leitung des Amtes.)

Selbstverständlich dürfen die Verträge nicht nur auf dem Papier stehen, sondern müssen auch in der Praxis verwirklicht werden. Die Abteilung Fernstudium ist deshalb bemüht, die Einhaltung der abgeschlossenen Verträge zu kontrollieren.

Jahreslehrgänge

Nach der Verordnung in Gesetzblatt Nr. 76 vom 4. 9. 1954 stehen den Fernschülern im ersten und zweiten Studienjahr je 12 Arbeitstage für Seminare (Jahreslehrgänge) und 24 Arbeitstage für Konsultationen, Kontrollarbeiten und Übungen zur Verfügung. Vom dritten Studienjahr an sind die arbeitsfreien Tage wie folgt geregelt: 18 Arbeitstage für Seminare sowie 12 Arbeitstage für Konsultationen, Kontrollarbeiten und Übungen.

Im Jahreslehrgang werden noch einmal die im Laufe des vergangenen Jahres studierten Gebiete schwerpunktmäßig behandelt. Bei sechs Unterrichtsstunden täglich - der Nachmittag steht dem Selbststudium zur Verfügung - wird eine ausgezeichnete Vertiefung und Festigung der Kenntnisse erreicht. Die Praxis hat gezeigt, daß die Fernschüler gerade während der Jahreslehrgänge sehr intensiv an der Vertiefung ihrer Kenntnisse arbeiten. Die Jahreslehrgänge werden von ihnen immer wieder als die Zeit bezeichnet, in der sie am fruchtbarsten und ungestörtesten ihrer Lernarbeit nachgehen können.

Während des Jahreslehrganges werden ungefähr vier bis drei Klausurarbeiten geschrieben. Falls vorgesehen, findet zum Ende des Jahreslehrganges die Zwischen- bzw. Abschlussprüfung statt.

Zwischen- und Abschlussprüfungen

Außer den bereits genannten Vergünstigungen erhalten die Fernschüler auf Grund der gesetzlichen Regelung noch arbeitsfreie Tage zum Vorbereiten auf die einzelnen Prüfungen. Den Teilnehmern des Fernstudiums für Postwirtschaftler stehen zu Beginn des Fernstudiums zwölf freie Arbeitstage und vor der Abschlussprüfung (nach fünf Jahren Studium) 20 freie Arbeitstage. Während dieser Zeit müssen die Fernschüler eine Belagarbeit anfertigen. Sie ist eine Hausarbeit und stellt einen wichtigen Prüfungsteil dar.

Beim Fernstudium des mittleren Postbetriebsdienstes werden vor der Abschlussprüfung zwölf freie Arbeitstage gewährt. Die freien Arbeitstage bedeuten eine große Erleichterung des Studiums. Durch sie wird gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, welche große Unterstützung dem Fernstudium gegeben wird.

Wie wickeln sich die Prüfungen ab? Es wurde bereits erwähnt, daß während des gesamten Studiums durch Leistungskontrollen und schriftliche Arbeitsergebnisse für jedes Fach ermittelt werden. Diese Notizen gelten als Vorzeichen für die Zwischen- bzw. Abschlussprüfungen. Hat ein Fernschüler in einem Lehrfach gleichbleibende Noten erhalten, entfällt für ihn die mündliche Prüfung in diesem Fach. Mündliche Prüfungen werden also nur dann durchgeführt, wenn kein klares Bild auf Grund sehr unterschiedlicher oder ungenügender erhaltenen Noten gewonnen werden kann. Wegen der Leistungen des Fernschülers sehr über den guten Durch-

schnitt hinaus, so wird ebenfalls eine Prüfung durchgeführt. Drei bis vier Wochen vor dem Jahreslehrgang mit anschließender Prüfung erhält jeder Fernschüler mitgeteilt, in welchen Fächern er schriftlich oder mündlich geprüft wird. Er hat dadurch die Möglichkeit, in den arbeitsfreien Tagen vor dem Lehrgang die angegebenen Fächer intensiv zu wiederholen.

Im Verlauf des 6-jährigen Fachschulfernstudiums für Postwirtschaftler werden zwei Zwischenprüfungen und eine Abschlussprüfung abgenommen. Auch die Zwischenprüfungen haben hier bereits abschließenden Charakter. So werden in der ersten Zwischenprüfung die Fächer des Postbetriebsdienstes, in der zweiten Zwischenprüfung die allgemeinbildenden Fächer und zur Abschlussprüfung alle Fächer der letzten beiden Studienjahre endgültig geprüft, soweit nach den vorhandenen Ausführungen eine Prüfung überhaupt in Frage kommt. Es konnte festgestellt werden, daß die Leistungen und das Wissen vieler Fernschüler dem Leistungsstand der Schüler des Direktstudiums ebenbürtig sind und in zahlreichen Fällen darüber liegen.

Über die abgelegten Prüfungen erhalten die Fernschüler Zeugnisse, die nicht von denen des Direktstudiums abweichen. Der Schüler im Fernstudium erreicht das gleiche Ziel wie der Schüler des Direktstudiums. Deshalb geht auch aus den Zeugnissen nicht hervor, in welcher Form der Schüler zu diesem Abschluß gelangt ist. Entscheidend ist allein, daß die Kenntnisse nachweislich erworben, die zur Führung der entsprechenden Berufsbezeichnung berechtigen.

Die genannten Qualifizierungsmöglichkeiten sind noch verhältnismäßig neu, haben sich aber trotzdem gut bewährt und für den Aufbau in unserer Republik wertvolle Kader herangebildet.

Eine Bremsse für Aufsteiger

Die nach dem Radarprinzip arbeitende, in Amerika entwickelte Wende. Jedes Hindernis, dem sich das Auto nähert, bewirkt durch Auslösung von Impulsen eine automatische Bremsung der Bremsen. Je näher sich das Auto am Hindernis befindet, desto stärker ist die Bremswirkung.

Eine Postgebührenerhöhung beschließt man in der Bundesrepublik im Herbst dieses Jahres - nach den Bundestagswahlen - vorzunehmen. Bereits im Jahre 1956 waren die Postgebühren in Westdeutschland erhöht worden.

Der Wertungsverfall während der Inflationzeit Anfang der zwanziger Jahre in Deutschland fand seinen Niederschlag auch in den Postgebühren. Die Gebühr für einen gewöhnlichen Brief von 20 g im Fernverkehr zeigte folgende Entwicklungstendenzen:

Table with 2 columns: Year and Price in Mark. Data points: 1915 (6.10 Mark), 1916 (0.15 Mark), 1920 (6.40 Mark), 1921 (6.00 Mark), 1922 (6.- Mark), Jan. 1923 (50.- Mark), Okt. 1923 (5 bzw. 10 Millionen Mark), Nov. 1923 (80 Millionen Mark), Dez. 1923 (0.10 RM).

Bei den bisherigen Schiffsfahrerdarlehren konnten die Bewegungen anderer Objekte immer nur relativ zum eigenen Schiff sichtbar gemacht werden, so daß insbesondere auch alle feststehenden Objekte, wie zum Beispiel Leuchttürme, in Bewegung zu sein schienen und andererseits die eigene Bewegung des Schiffes erst erachtet werden mußte. Jetzt ist aber eine Radarverfahren entwickelt worden, bei dem die wahren Bewegungen aller Objekte (auch des eigenen Schiffes) sichtbar gemacht werden können. Dieses Verfahren dürfte zur Erhöhung der Sicherheit des Schiffsverkehrs wesentlich beitragen.

Dienstbriefumschläge wurden in den Vereinigten Staaten von Nordamerika im Jahre 1843 von der dortigen Militärverwaltung zum ersten Male zum Verkehr zwischen dieser Verwaltung und anderen Behörden verwendet. Seit jener Zeit sind Dienstbriefumschläge eine allgemeine Einrichtung.

Der Beamte muß zahlen. Wie aus einer Zuschrift an den „Sammler-Expres“ hervorgeht, betraf die Plünder die Bitte, daß ein Postbeamter, der Sonderpostwertzeichen durch schlechtes Stempeln verloren hat, die Marken in Falle der Beschwerde des Sammlers aus eigener Tasche ersetzen muß.

Die Meinung unserer Leser . . .

Die Redaktion veröffentlicht hierunter Aussagen aus einigen Zeitschriften, die sich mit der Ausgestaltung und dem Inhalt unserer Zeitschrift befassen.

Erich Vogt, Geismar-Bichsfeld

Harm — das erste Heft ist da, Aufmachung und Ausgestaltung prima. Die Zeitung muß mehr Beiträge aus der täglichen Arbeit bringen. Versucht mehr Papier zu bekommen, denn 16 Seiten sind zu wenig.

BPF Schwerin

Die Kollegen des Fernmeldewesens sind mit dem Inhalt der Zeitschrift zufrieden, da die Fragen und Aufgaben dieses Dienstzweiges eingehend und umfassend behandelt werden. Die Kollegen des Postwesens sind der Meinung, daß dem Postwesen ein breiterer Raum eingeräumt werden müßte.

FMA Leipzig

In der Zeitschrift ist — dem Umfang entsprechend — zuviel Stoff für das Postwesen enthalten. Das Fernmeldewesen kommt zu kurz.

Horst Bohne, Treuenbrietzen

Wenn die Zeitschrift Niveau erreichen will, muß sie vielseltiger und umfangreicher gestaltet sein. Ich vermisse insbesondere Schilderungen aus der Vergangenheit der Post in aller Welt.

BPF Gora

Das Erscheinen einer Fachzeitschrift für die Deutsche Post wird allgemein begrüßt. Die Ausgestaltung ist durchaus ansprechend, der Inhalt bietet wertvolle Anregungen, vor allem für den praktischen Betriebsdienst des Fernmeldewesens. Da jedoch bisher größtenteils das Fernmeldewesen betreffende Artikel veröffentlicht wurden, hat das Interesse einer Anzahl von Beschäftigten der HPA an der Zeitschrift nachgelassen. Vorgeschieden wird deshalb eine Trennung der Zeitschrift in die beiden Fachrichtungen.

Arthur Giesecke, Wilhelmshorst-Potsdam

Zu Ihrer ausgezeichneten Zeitschrift meinen herzlichsten Glückwünsche.

Wolfram Grallert, Leipzig

Meinen herzlichsten Glückwunsch zum Inhalt. Ich glaube annehmen zu können, daß auch in den Kreisen der Philatelisten, die sich mit Postdienst und Postgeschichte beschäftigen, „Die Deutsche Post“ eine gern gelesene und stets mit Spannung erwartete Zeitschrift sein dürfte.

HPA Arnstadt

Es genügen unserer Meinung nach von Zeit zu Zeit einige leicht verständliche Artikel über den Stand der Technik und die Perspektiven des Fernmeldewesens, um die Postkollegen auf dem laufenden zu halten. Die wissenschaftlichen und technischen Probleme können evtl. in einer besonderen Ausgabe für die im Fernmeldewesen Beschäftigten gebracht werden.

HPA Eisenach

Wir wünschen eine Seite postrechtlicher Fragen, wo auftauchende Schwierigkeiten im Postrecht erläutert werden.

Kurt Teschner, Berlin

Das Erscheinen einer Fachzeitschrift für alle Fachgebiete der Deutschen Post hat bei unseren Kollegen großen Anklang gefunden. Man kann schon jetzt behaupten, daß die Zeitschrift bei diesem Niveau ein guter Ratgeber sein wird und somit zur Qualifizierung aller Kollegen wesentlich beiträgt. Besonders begrüße ich das Lexikon.

HPA Erfurt

Es wird gewünscht, daß der Publikation des Postbetriebsdienstes mehr Raum gegeben wird und die Zeitschrift außer rein

wissenschaftlichen Arbeiten den überbetrieblichen Erfahrungsaustausch pflegen sollte.

HPA Gotha

Bisher ist gerade auf dem Gebiet des Postwesens nichts Neues publiziert worden. Die Ansicht vieler Kollegen ist die, daß es sich bei dem bisherigen Inhalt nicht lohnt, die Zeitschrift privat zu abonnieren.

Karl Pohl, Selma (Erzgeb)

Nachdem ich nun drei Hefte in meinem Besitz habe, kann ich Ihnen sagen, daß Sie die Aufgabe, jedem etwas zu bieten, bisher gut gelöst haben. Auch als Postkollege kann man die fernmelde-technischen Aufsätze lesen und in großen Zügen auch verstehen. Allerdings mache ich die Feststellung, daß „Die Deutsche Post“ der breiten Masse der bei der Post beschäftigten Kollegen und Kollegen noch nicht die gewünschte Lektüre bringt. Selbstverständlich liegt der Fehler nicht bei der Redaktion, sondern mehr an der Einstellung eines großen Teiles unserer Werktätigen, die Fachaufsätze meist übersehen.

HPA Heiligenstadt

Man will auch einmal über „Süßelboin“ und andere schwallige Dinge aus dem Postgeschehen schmunzeln. Auf diese Weise könnte das Zusammengehörigkeitsgefühl der Postler aller Postbetriebe gestärkt werden.

BL des HPA Heiligenstadt

Ein Vorschlag ging dahin, daß man von dieser Zeitschrift zwei Ausgaben herausbringen sollte, z. B. die Ausgabe A für Post und die Ausgabe B für Fernmeldewesen. Dieser Meinung kann ich mich persönlich — das war auch die Ansicht einiger anderer Leser — nicht unbedingt anschließen. Es gibt nur eine Deutsche Post, und es würde sonst einigen Phantasien, in deren Hirn doch seit langem die Spaltung zwischen dem Postwesen und dem Fernmeldewesen spukt, Wasser auf ihre Mühle geben. Wir sind vielmehr der Meinung, daß einem Angehörigen des Postbetriebsdienstes bis zu einem gewissen Grade auch die Entwicklung und der Stand des Fernmeldewesens interessiert, und das dürfte auch umgekehrt der Fall sein.

HPA Nordhausen

Ein Teil unserer Leser ist in der Produktion beschäftigt. Die Meinung dieser Kollegen ist, daß sie die Zeitschrift abstellen wollen, weil der Inhalt vorwiegend fernmelde-technische Dinge umfaßt, und Gegenwartsfragen des Postbetriebsdienstes kaum Berücksichtigung finden.

FMA Erfurt

Es muß festgestellt werden, daß das Fernmeldewesen in der neuen Fachzeitschrift noch nicht in genügendem Umfang vertreten ist.

Wir schlagen vor, daß in den größeren Betrieben ein Kollegium von geeigneten Mitarbeitern zusammengestellt wird, welches sich laufend mit der Erarbeitung von Beiträgen für die neue Fachzeitschrift beschäftigt.

Anne Goldmann, Brandenburg/Havel

Seit August 1956 lesen wir jetzt Ihre Zeitschrift. Sie ist sehr inhaltsreich. Vor allem sind auch die Aufnahmen sehr nett.

FMA Weimar

Die Zeitschrift bringt mit ihren Beiträgen nicht das, was unsere Kollegen des Fernmeldedienstes erwarten. Wenn auch die Arbeitsweise in unseren Fernämtern und Telegraphendienststellen nach Dienststufenweisungen grundsätzlich geregelt ist, so fehlen Aufsätze und Erfahrungsberichte über die Anwendung der verschiedenen Prinzipien und Überwachungsgeräte. Der tägliche Arbeitsablauf in den einzelnen Ämtern und Dienststellen ist unterschiedlich, die Gestaltung der Dienstpläne, die Leistungsbeurteilung der Brigaden und die Erfüllung der Pläne in den einzelnen Dienststellen, das sind die Dinge, die unsere Kollegen wissen wollen.

Es fehlen Ausführungen und Erklärungen über die Anwendung der Mechanisierung im Fernmeldebetriebsdienst.

Ein Kollege des HPA Gotha

In ihrer jetzigen Form stellt die Zeitschrift lediglich ein „Mitteilungsblatt“ dar. Ich schlage daher vor, die Zeitschrift durch eine besondere Abteilung zu erweitern, wie z. B. „Kleiner Briefkasten“ oder ähnlich.

Otto Schmidt, KPF Suhl

Immer wieder kommt zum Ausdruck, daß außer den aktuellen Entscheidungsproblemen mehr Fachfragen und Gebührenaufgaben gewünscht werden.

BPF Neubrandenburg

Aus dem Bericht des HPA Neubrandenburg geht hervor, daß den Kollegen aus dem einfachen Dienst der Inhalt „zu hoch“ sei.

Werner Baron, Gölitz

Ich lese die Zeitschrift mit großem Interesse und warte schon immer auf das nächste Heft.

. . . und unsere Antwort

Hundert Zeitschriften — hundert Meinungen! Und doch — einige Punkte kehren (auch wenn wir sie hier nicht alle aufgeführt haben) immer einmal wieder. Inzwischen ist nun unsere Zeitschrift in erweitertem Umfang erschienen, und wer die ersten Hefte des 2. Jahrganges aufmerksam studiert (studiert!!!) hat, der wird feststellen haben, daß viele der Anregungen von uns bereits vorrichtig worden sind. Aber trotzdem: Allen recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann. Diese etwas abgegriffene Redewendung ist aber durchaus angebracht, wenn man z. B. die Abstellung einer Investitionsleiterin einer BPF erblickt, die ihre Handlung mit den Worten begründet, es sei in unserer Zeitschrift „nichts für Investitionsleiter“ enthalten. Von einer Kollegin oder einem Kollegen der weltweiten Organisation der Post sollte man doch etwas mehr Interesse für die Belange aller Dienstzweige, auch der anderer Fachrichtungen, erwarten dürfen; denn auf dem Gebiet der eigenen Arbeit weiß man ohnehin schon am besten Bescheid. Ein Zusteller, der unsere Zeitschrift gleichfalls nicht abbestellt, tut dies mit der Begründung, der Inhalt sei „schlecht“. Abgesehen davon, daß dieses Urteil wohl eher etwas als schlecht bezeichnet, was sein Interesse nicht sogleich findet. Denn eine „Lektüre zum Frühstück“ ist unsere Zeitschrift nicht. Fachzeitschriften muß man gründlich studieren, wenn man einen Gewinn davon haben will. Für die Unterhaltung bietet unser ZPV genügend andere Presserzeugnisse an.

Und das all dem in den Stammbuch, die unbedingte „J“ und „F“ trennen wollen: Wir sind eine einheitliche Deutsche Post und wir haben auch die Absicht, es zu bleiben! Außerdem müßte der Bezugspreis für jede von zwei Fachzeitschriften wesentlich höher liegen, als es jetzt der Fall ist. Wir können ohne Überbelohnung behaupten, daß „Die Deutsche Post“ dank der Unterstützung des MPP eine der billigsten Fachzeitschriften der Deutschen Demokratischen Republik ist, gemessen an Umfang, Ausstattung und Inhalt.

Die oft wiederkehrende Ansicht, das Fernmeldewesen sei in bezug auf die Menge der Veröffentlichungen bevorzugt, ist völlig abwegig. Nehmen Sie beispielsweise den Artikel „Die Funkentfernung und ihre Bedeutung für den Rundfunk und Fernsichtbeobachter“ (Heft 2/56, S. 22). Ist dieser Aufsatz nicht gerade für die Kollegen der Fachrichtung Post sehr lehrreich, obwohl wir auch „reine P-Themen“, ebenso, wie in der Zeitschrift zahlreiche „reine P-Themen“ enthalten sind. Mindestens die Hälfte aller Artikel müßte aber beide Fachrichtungen gleichermaßen interessieren, wobei noch zu bedenken ist, daß es bei der Deutschen Post sogar drei Fachrichtungen gibt (Postwesen, drahtlose Fernmeldewesen, Funkwesen). Sie alle wollen berücksichtigt sein und werden es auch. Das Postwesen kommt

dabei bestimmt nicht zu kurz — eher ist das Gegenteil der Fall —, man muß nur die Zeitschrift aufmerksam lesen.

Doch für heute Schluß mit der Polemik: Jedem, der etwas Wesentliches auszusagen hat, stehen die Spalten unserer Zeitschrift offen. Hierzu scheint uns der Vorschlag des FMA Erfurt (Bildung von Redaktions-Kollegen in den Betrieben) recht vielversprechend zu sein. Machen Sie uns Ihre Thesen vorzuschlagen, wir werden Ihnen gern antworten: Jawohl, das interessiert alle oder wenigstens viele Postler. Oder auch: Nein, das erledigt bitte immerbetrieblich selbst, das interessiert niemanden außerhalb Ihres Betriebes, das nimmt in Ihre Betriebszeitung auf.

Unsere Zeitschrift „Die Deutsche Post“ ist eine Fachzeitschrift, in der vor allem Probleme behandelt werden, die der Steigerung der Arbeitsproduktivität dienen. Die Zeitschrift soll aber auch den Blick für die großen Zusammenhänge weiten, soll Fragen aufwerfen, die uns allen am Herzen liegen. Jeder Leiter eines Amtes, jeder Meister, jeder Kollege, der sich mit den Aufgaben seines Berufes innerlich auseinandersetzt, kann ohne Studium seiner Fachpresse nicht mehr auskommen, nicht mehr mitreden. Nicht die Redaktion „macht“ die Zeitschrift, sondern Sie alle, die Sie pflanzlichbarmäßig Ihre Arbeit am Fernschrank, in der Briefabfertigung, am Schalter, auf der Baustrecke, im Bahnpostamt oder am Schreibtisch verrichten, können und sollen Mitgestalter Ihrer Zeitschrift sein. Die Redaktion

„Friedliebender Wanderer, vermeide den Umgang mit der fächlichen Post-Bei-Classe; gehe zu Fuße und du fährst besser! Folge meinem Räte, damit es dir wohlgehe und du leben bleibst auf Erden. Amen!“

So schrieb der Zeitungserleger M. G. Sapir im „Dresdener Anzeiger“ 1836 unter der Überschrift „Menschfreundliche Mahnung“. Die Postkutsche selbst nannte er „Vierte Klasse III. Meist Achter Wägen der Welt! Du Deutscher der Lebendigen, Mutterinstrument menschlicher Gebel! Holperndes, englisches, wehlin klapperndes, beinverrenkendes, rippenserschütterndes Kleinod postämterlicher Geister!“ Gustav Freytag erzählt, die Hannoveraner hätten sich 1764 darüber angeordnet gemaßt, daß ihre Gelehrten sich zur Kasernenstraße tröte der schlechten Wege „ohne allen Schaden, Umwerfen und Bebruch nach Frankfurt a. M. durchgedrungen“ sei. Goethe soll während an Brustschmerzen gelitten haben, die er sich auf einer Fahrt mit der „Ordinarren (gewöhnlichen) Post“ von Frankfurt nach Leipzig zuzugewandt hatte. So tiefen sich noch viele Urteile gleicher Art anführen. Das Rennen in den meist offenen Wagen war also offensichtlich kein Vergnügen. Nur auf den Hauptlinien hatten die Fahrzeuge später ein Verdeck, waren jedoch nicht gefedert. Eine Verfügung des Oberpostamts Leipzig vom 9. 4. 1826 über die neuen Eisenwagen der Schnellpost Leipzig-Mürnberg räumt sie mit den Worten „in Federn hängend, leicht gebaut und für 7—8 Reisende bequem eingerichtet“. Der schlechte Zustand der Straßen aber blieb bestehen, zumal niemand daran dachte, sie auszubessern. Und die Heiserkeit? Von Dresden nach Wien z. B. brachte diese neue Bil- oder Schnellpost (auch Diligence genannt) 59 Stunden!

Andererseits gab es auch Reisende, die eine Fahrt in der Postkutsche an schönen Tagen als ein Erlebnis schätzten. Man könne in Ruhe und Beschnelligkeit die zahlreichen Eindrücke auf den Landstraßen aufnehmen und in ausführlichen Briefen schildern, wozu man damals noch genügend Zeit besaß. 1855 Jahr in Deutschland die erste Eisenbahn. Der sich schnell steigende Eisenbahnverkehr verdrängte bald die Postkutschen, die nur in abgelegenen Bezirken noch bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts Verwendung fanden. Die angenehmen Erinnerungen an das gemittelte, beschauliche Reisen mit der „guten, alten Postkutsche“ hielten sich aber — wie so häufig — länger als die schlechten. Und so kam es, daß die Deutsche Reichspost im Jahre 1938 die Pferdepostkutsche wieder



(Vgl. Heft 1, Seite 12)

einführte, allerdings nur zu Vergnügungsfahrten in den landschaftlich schönsten Gegenden, so z. B. im Erzgebirge und im Schwarzwald, in der Lüneburger Heide und im Schwarzwald, in Oberbayern und in manchen anderen Gebieten. Der 2. Weltkrieg machte auch dieser schönen Verkehrsmittel ein Ende.

Zum dritten Male lebten die Postkutschfahrten in unseren Tagen wieder auf, ein Höhepunkt in der Deutschen Demokratischen Republik. Besondere Ereignisse, Heimatfeste, philatelistische Tagungen und Ausstellungen gaben meist den Anlaß zu solchen Fahrten mit der Postkutsche, die die zuständige OPD bzw. BPF zur Verfügung stellte.

Auf der Strecke Bad Kissingen-Bad Bocklet wird seit 1950 eine regelmäßige „Pferdepersonenpost“ geführt. Im Sommer 1955 fanden täglich Postkutschfahrten durch das herrliche Schwarzwald von Blankenburg nach Schwarzburg und zurück statt, für die die Post besondere Erinnerungskarten herausgab. Die interessanteste Fahrt jedoch ist „Goethes italienische Reise 1954“. Sie wurde 1954 von der „Münchener Illustrierten Zeitung“ organisiert. Ein Redaktionsmitglied fuhr auf der gleichen Strecke, auf der Goethe 1780 nach Italien gerast war, von München über Mittelwald und den Brenner nach dem Gardasee. Die OPD München hat die Postkutsche gestellt und gab auch Post bis Torbole mit. Überhaupt wurde zu den meisten Postkutschfahrten Post befördert, die besondere Stempel erhielt.

Zum Schluß seien erstmalig die nach dem 2. Weltkrieg in Deutschland durchgeführten Postkutschfahrten zusammengestellt:

- 2. 10. 1949: München, Ausstellung zur 100-Jahrfeier der 1. bayrischen Briefmarke, 50 Philatelistentag ab 1950-Bad Kissingen-Bad Bocklet, regelmäßige Fahrten während des Sommers
- 23. 5. 1953: Meiningen-Erfurt, 800-Jahrfeier und 300 Jahre Post, Briefmarkenausstellung
- 25. 10. 1953: Meiningen-Erfurt, 800-Jahrfeier und 300 Jahre Post
- 31. 10. 1953: Schwerin-Wismar, WIBRA 1953, 2. Wismarer Briefmarkenausstellung
- 1. 11. 1953: Schwerin-Tarlowitz, Heimatfest, 170 Jahre Postamt Iserohn, Briefmarkenausstellung
- 16. 4. 1954: Neunburg (innerhalb der Stadt), 50 Jahre Philatelic, Briefmarkenausstellung
- 17. 4. 1954: Gotha-Meiningen, Briefmarkenausstellung, Aufhebung der Zollschranken zwischen Thüringen und Bayern vor 120 Jahren

- 19. 4. 1954: Meiningen-Gotha, Briefmarkenausstellung, Aufhebung der Zollschranken
- 5. 6. 1954: Gotha-Eisenach, Flugtagtreffen deutscher Philatelisten
- 9. 6. 1954: Eisenach-Gotha, Flugtagtreffen deutscher Philatelisten
- 12. 6. 1954: Gotha-Arnstadt, 1250-Jahrfeier
- 12. 10. 6. 1954: Arnstadt-Erfurt, 1250-Jahrfeier
- 5. 7. 1954: Mühlberg (Kr. Gotha)-Erfurt, 1250-Jahrfeier
- 18. 8. 1954: München-Gardasee, Goethes Italienische Reise 1954
- 22. 8. 1954: Schönebeck (Elbe), Heimatfest und Erinnerung an die Botenpost Salze-Schönebeck
- 7. 10. 1954: Burg (Sachs.-Anh.) (innerhalb der Stadt), Heimatfest
- 30. 10./16. 11. 1954: Kitzingen-Marktbreit, Weinfest, Briefmarken-Tauschtag
- 26. 6./10. 7. 1955: Zittau-Oybin, 700-Jahrfeier und Bezirksbriefmarkenausstellung
- 26. 6./10. 7. 1955: Oybin-Zittau, 700-Jahrfeier und Bezirksbriefmarkenausstellung
- 15. 5./31. 10. 1955: Blankenburg, Schwoorburg und zurück, tägliche Fahrten durch das Schwooratal
- 6. 5. 1956: Merzig-Hilbringen (Saar), Tag der Briefmarke

Über eine kühne Vorhaben sowjetischer Wissenschaftler berichtet die sowjetische Jugendzeitschrift „Tschelika Molodjostki“. Künstliche Erdstrahlen sollen dann benutzt werden, von einem Punkt der Erde in alle fünf Erdteile Fernschaltungen ausstrahlen zu können. Auf einer Kreisbahn in einem Abstand von 30000 km von der Erde sollen sich drei automatisch arbeitende Fernschaltungsstationen bewegen. Diese können zu jeder Zeit Signale aufnehmen und sie auf die Erde zurücksenden, wobei jeweils eine der Übertragungsstationen im Fugweg mit ihren Ausstrahlungen etwa sich über etwa 60 Längengrade erstreckende Erdstrecken einfließt. Gleichzeitig können die Impulse auch von dem einen Transponder an die beiden anderen weitergeleitet werden, deren Ausstrahlungsbereich die gesamte übrige Erde umfaßt.

Reife Uniformen tragen die Postbeamten seit 1924 in Aachen, einer Stadt in Jütland. Als zeitweilige Post der städtische Schichtlohn als Hilfsposten für den Verfolgung gestellt wurde, wählten sich die Postbeamten, in der Nähe der zu schichtlohnenden Säure und Ochs zu arbeiten, weil sie nicht als „Stillerkämpfer“ auftreten wollten. Die Stadtverwaltung versuchte ihnen durch einen Sachverständigen zu erläutern, daß Säure fatalistisch sein. Die Postler ließen sich jedoch auf keine Verhandlung ein, so daß nichts weiter übrigblieb, als das Schichtlohn an einem anderen Ort unterzubringen.



Postzensur

Wie der Bundespostminister Lemmer am 11. 1. 1957 vor der Berliner Presse bekanntgab, solle die von den Alliierten auf Grund des Deutschlandvertrages noch ausgeübte geringfügige Postzensur im Wege von Verhandlungen mit den Alliierten — wie in den übrigen NATO-Ländern — möglichst auf die Bundesregierung übertragen werden. Die gesetzliche Voraussetzung hierfür müsse allerdings erst noch geschaffen werden.

Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen, Heft 3 1957 (Bundesrepublik).

Ein elektronisches Konzert

An die Stelle des Dirigenten im schwarzen Frack trat der „Realisator“, ein Techniker, der die Geleiten vom Kompositoren mit Hilfe von elektronischen Pantomimen, Trickfischen, Filmen und Magnetophonen unmittelbar in Klänge umsetzte. Bei dem elektronischen Musikstück „Klangfiguren II“ von Gotfried Michael König hörte man, wie ein Kritiker meinte, „herausche von undichten Ventilen“. Wasserrohrbrühen, Maschinengewehrgeräusche und Schwefelapparat. Der Komponist Karl-Heinz Stockhausen hatte das Gelingen eines zwölfjährigen Jungen aufgenommen und so den „Gesang der Jünglinge“ durch Transpositionen in verschiedene Tonhöhen und Raumdimensionen multipliziert.

Vorstudien des elektronischen Konzerts waren die Bayrische Staatsoper in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Rundfunk und dem Westdeutschen Rundfunk.

Fernmeldepost, Heft 1—2/1957 (Bundesrepublik).

Meteore und die Nachrichtentechnik

Infolge Ionisierung der oberen Schichten der Atmosphäre durch Meteore (100 ... 300 km über der Erde) entstehen schlagartig Anstiege der Feldstärke von kommerziellen Funkkanälen im Bereich von 20 ... 60 MHz bis zu 30 db für etwa 30 Sekunden. Durch das in Kanada entstandene „Janet“-Verfahren konnten mit Hilfe dieser Erscheinungen bis zu 1500 km unmittelbar überbrückt werden; allerdings nur während der Zeitspanne von einigen Sekunden. Somit ist ein ständiger Sendebetrieb nicht möglich. Man speicherte daher zunächst die zu übermittelnden Nachrichten auf Lochstreifen. Sobald eine Meteorspur zwischen Sender und Empfänger die Empfangsfeldstärke in nötigen Maße erhöht, wird die Nachricht automatisch solange übertragen, bis der Pegel wieder einen Mindestwert unterschreitet. Sämtlich konnten 2000 ... 3000 Wörter übertragen werden

Funk-Technik, Nr. 357 (Bundesrepublik).

Gebetsfensprecher

„Der neueste Beitrag der Wissenschaft zur Errettung menschlicher Seelen ist die „Dial-a-Prayer“-Ansgedienst, den Dr. Donald von der Presbyterianischen Kirche in Manhattan einführte.“ Solche Ansgedienste gibt es in den USA bereits mehrere, z. B. im Staate Washington 17. Manche bringen es auf bis zu 10000 Anrufe täglich, wobei sie etwa folgenden Text darbieten: „Sind wir uns im klaren darüber, daß wir alle Geschöpfe vom Geiste Gottes sind? Bei Gott gibt es keine Langeweile, Anstrengungen oder Mangel an Energie ... Sagen wir uns immer, daß wir geliebt sind mit Begeisterung und Vitalität für jedes gute Bemühen ... Gott sei mit Dir.“ Eine solche Kurzpredigt („sermonette“) dauert etwa eine Minute; dann beginnt sie von neuem.

Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen, Heft 2 57 (Bundesrepublik).

Wieder 18

Wie aus der BPM-Vf. St I A 1 2100—4 vom 20. 12. 1956 hervorgeht, erhält das Saarland wieder die Postleitzahl 18.

Die Postpraxis, Nr. 1/57 (Bundesrepublik).

Das neue Kunststoffkabel der Deutschen Post

Die Bemühungen, einen Kunststoffmantel für Fernmeldekabel unter Verwendung von Polyvinylchlorid (PVC) zu entwickeln, der die Beibehaltung papierisierter Leiter ermöglicht, haben zu einem neuen Kabeltyp, dem sogenannten „Kawefol-Kabel“ geführt, der bereits im Bereiche der Deutschen Post als Richtkabel herbreiungsfähig erprobt wird. Die bisherigen Versuchsergebnisse lassen erwarten, daß damit auch das Problem einer geeigneten Ummantelung von Außenkabeln unter Verwendung von PVC durch die Konstruktion eines PVC-Pollenmantels sowie eines niedrigspannigen Anschlußkabels als gelöst zu betrachten ist. Als eine beachtliche Neuerung auf dem Gebiet der Kabeltechnik ist zu bezeichnen, daß bei dem PVC-Pollenmantelkabel ein Kieselgel-Belau verwendet werden kann, der die Lebensdauer solcher Kabel um das 1,05- bis 2fache verlängert.

Nachrichtentechnik, Heft 2/57.

# Unser LEXIKON

## Poststempel

Stempel werden im Postbetriebsdienst verwendet, um die Postwertzeichen auf den Briefen zu entwerfen, den Aufgabebrief, die Aufgabebriefe und gegebenenfalls die Anknüpfung abgedruckt. Darüber hinaus dienen Stempel auch zur Erteilung von beweiskräftigen Bescheinigungen, die beim Einliefern bestimmter Sendungen zur Regelung der Ersatzverbindlichkeiten von Bedeutung sind.

Dem Aufbau nach werden die Stempel als Fauststempel, Hammerstempel, Handrollstempel und Maschinenstempel unterteilt.

Ihrem Verwendungszweck nach kennen wir sie als Tagesstempel, Streckenstempel, Entwertungstempel, Sonderstempel und Postfreistempel.

Tagesstempel stellen die allgemeine Form der Stempel dar. Sie haben einen kreisförmigen Kopf mit einem Durchmesser von 28,5 mm und dienen zum Bedrucken der Sendungen und Be-

scheinigungen. In ihnen sind Aufgaben-, Tages- und Stundenangabe sowie - falls erforderlich - Unterscheidungsbuchstaben enthalten.

Streckenstempel haben ovale Form und werden in Bahnposten verwendet.

Entwertungstempel haben die Form eines Tagesstempels. Sie dienen zur nachträglichen Entwertung von Freimariken und tragen den Vermerk: „Nachträglich entwertet“.

Sonderstempel sind Tagesstempel mit einem für besondere Zwecke angefertigten Stempeldruck.

Postfreistempel führen den Zusatz „Gebühr bezahlt“ oder ähnliches. Teilweise sind sie mit Gebührenschildern versehen.

Während alle übrigen Stempel schwarz abgedruckt werden, führt man Abdrucke der Postfreistempel in roter Farbe aus. Maschinenstempel führen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, weil die Stempelung der Sendungen mit größerer Schnelligkeit als bei Verwendung von Handstempeln geschieht.

## Zählröhren

Geringe Stückzahlen oder langsam ablaufende Vorgänge kann man noch mit einfachen mechanischen Hilfsmitteln zählen, eine hohe Zählgeschwindigkeit läßt sich jedoch nur mit elektronischen Methoden erreichen. Anfangs wurden hierzu lediglich Glühlampen verwendet, um die einzelnen elektrischen Impulse zu registrieren, die man durch geeignete mechanische Schalter, Lichtschranken oder induktive Geber erzeugte. Das Aufleuchten einer oder mehrerer verschieden kombinierter Glühlampen zeigte die einzelnen Ziffern einer Zähldekade an. Die Glühlampen wurden durch Kippmechanismen mit Doppelrelais gesteuert oder gelöst.

An Stelle dieser einzelnen Glühlampen verwendet man heute Dekaden-Zählröhren. Sie werden in zwei Ausführungen hergestellt, im Ausland als Dekaden-Zählglühlampen mit Kaltkathoden und in Deutschland als dekadische Zählröhren nach dem Prinzip der Kathodenstrahlröhre. Röhren der ersten Art sind Typ DZ 10 (Corbus, Schweiz), Typ G167 (Western Electric, USA) und Typ GC 10 A (Ereccion, England). Eine Röhre der zweiten Gattung ist der Typ E 1 T (Valvo, Hamburg). In der

Weit höhere Zählgeschwindigkeiten lassen sich mit der E 1 T erreichen, in einfachen Schaltungen bis zu 30000 Imp./s, bei erhöhtem Aufwand sogar bis zu 100000 Imp./s. Den prinzipiellen Aufbau der E 1 T läßt Bild 2 erkennen. Sie ist mit Duodokalfenster (Zwölffünftel) Soekel ausgerüstet. Der Glaskolben hat 35 mm  $\varnothing$ , ist 80 mm hoch und besitzt ein schräg angebrachtes Anzeigefenster von 10 mm Höhe und 90 mm Breite. Damit man die Röhre von vorn ablesen kann, muß sie senkrecht stehend eingebaut werden. Der Kolben dieser Zählröhre ist in einer oberen Reihe mit den Ziffern 0, 2, 4, 6, 8 und in einer unteren Reihe mit den Ziffern 1, 3, 5, 7, 9 versehen. Ein Leuchtblech markiert im Betrieb eindeutig die gültige Ziffer.

Die Kathode der E 1 T wird indirekt geheizt ( $U_r = 6,3 \text{ V}$ ;  $I_r = 0,3 \text{ A}$ ;  $I_k = 0,95 \text{ mA}$ ;  $U_b = 300 \text{ V}$ ).

Im Prinzip stellt die E 1 T eine vollständige Kathodenstrahlröhre dar mit Strahlregelungssystem ( $G_1$ ,  $G_2$ ), Ablenksystem ( $P_1$ ,  $P_2$ ) und Leuchtschirm (L). Durch zusätzliche Elektroden ( $G_3$ ,  $a_1$ ) gelangt der Elektronenstrahl nur an bestimmten Stellen zum Leuchtschirm. Diese Strahlstellungen sind so stabil, daß der Elektronenstrahl lediglich durch eine bestimmte Art von Im-

DDR werden z. Z. zwei dekadische Zählröhren entwickelt. Bild 1 zeigt die Kaltkathoden-Zählglühlampe DZ 10 im Schema. Für jede Ziffer der Dekade ist je eine Zähl- und Hilfsanode vorhanden, denen gegenüber sich eine gemeinsame Anode befindet. Wird ein Zählimpuls zugeführt, so springt die Entladung zur nächstfolgenden Kathode über und ist als Leuchtpunkt durch eine Öffnung der Anode über der entsprechenden Ziffer zu erkennen.

Mit Kaltkathoden-Zählglühlampen können bis zu 3000 Impulse je Sekunde gezählt werden. Je nach Röhrentyp ist nur Addition (Vorwärtszählung) oder Addition und Subtraktion (Vor- und Rückwärtszählung) möglich.

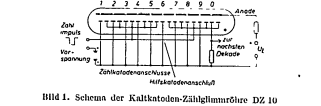


Bild 1. Schema der Kaltkathoden-Zählglühlampe DZ 10

Zählröhren (Blatt 2) pulsieren in die nächste stabile Stellung gelenkt werden kann. Wenn der zehnte Impuls ankommt, leitet die Anode 1 ( $a_1$ ) die Zählung auf die nächste Dekade über und stellt im Verein mit der Hilfsanode ( $a_2$ ) den eigenen Zählpunkt auf die Anfangsstellung (Ziffer 0) zurück.

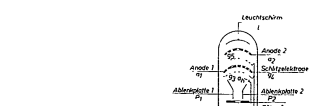


Bild 2. Dekadische Zählröhre E 1 T (prinzipieller Aufbau)

## Synthetische Wolle oder Schafwolle für die Postdienstkleidung?

Von Rudolf TRETSCH, Sonderbeauftragter des MPF für Dienstkleidung, Leipzig

Die Oberstoffe der Postdienstkleidung - mit Ausnahme der Sommerdienstkleidung - bestehen aus Schafwolle mit einer Zellwollbeimischung. Solche Mischungen sind u. a. auch das Material für die Oberstoffe der Eisenbahndienstkleidung und des Deutschen Roten Kreuzes.

Schafwolle muß vorübergehend importiert werden. Deshalb begannen schon vor Jahren die Bemühungen, an Stelle der tierischen Wolle eine synthetische Wolle für die Postdienstkleidung nutzbar zu machen. Reine Zellwolle besitzt nicht alle guten Eigenschaften der Schafwolle, vor allem weist sie, nachdem sie zu Gewebe verarbeitet ist, eine starke Neigung zum Knittern auf. Daraufhin entschied sich die Deutsche Post, Versuche mit Oberstoffen aus Acrylfasern vorzunehmen. Die Acrylfaser ähnelt weniger in ihrem Aufbau als in ihrer Eigenschaften der Schafwollfaser.

Diese synthetische Faser wird durch ihre Herstellerwerke mit den verschiedenen Namen bezeichnet:

- Prelana VEB Kunstseidenwerk Premnitz
- Woleryn VEB Agfa Wolfen
- Orlon USA
- Oran Casella, Mainkur
- Redom Phrix-Gesellschaft m.B.H., Hamburg
- Dolan Süddeutsche Zellwolle AG, Kallheim

Die Acrylfaser ist beständig gegen Feuchtigkeit und Bakterien sowie gegen Moiten. Sie erweicht bei 235° C. Gewebe aus dieser Faser darf deshalb nur bei einer Temperatur bis zu höchstens 100° C gebügelt werden. Die Bügelfalte behält ihre Form bei täglichem Tragen ohne Nachbehandlung des Kleidungsstückes längere Zeit.

Spezifisches Gewicht: Acrylfaser 1,14, Wolle 1,3, Baumwolle 1,55. Infolge des niedrigen spezifischen Gewichtes sind Gewebe aus Acrylfasern leichter als z. B. solche aus Baumwolle, haben aber die gleiche Festigkeit. Obwohl die Feuchtigkeitsaufnahme des Acrylfasergewebes nur 1...2% beträgt, sind Gewebe aus Acrylfasern schwerbaufaugend. Die Feuchtigkeitstropfen dringen in die Gewebefasern ein, trocknen aber sehr rasch, weil sie die Fasern nur oberflächlich benetzen. Eine Faserquelle tritt nicht ein. Acrylfasern sind wasserabweisend. Das Gewebe ist knitterfrei, Verschmutzungen lassen sich leicht entfernen. Außerdem besitzt die Faser ein gutes Wärmehaltungsvermögen.

Bis vor kurzem gelang die Dunkelprüfung keinem chemischen Werk auf der ganzen Erde. Kürzlich ist es jedoch deutschen Chemikern im VEB Kunstseidenwerk Promnitz gelungen, die Acrylfaser bis Tief Schwarz zu färben.

Mit den aus dem Prelanogewebe hergestellten dunkelblauen Kleidungsstücken werden zur Zeit Trageversuche bei sechs Hauptpostämtern vorgenommen.

Der Preis für Prelana liegt gegenwärtig noch hoch, weil die Faser in Premnitz noch labormäßig erzeugt wird. Erst bei großtechnischer Produktion ist eine genaue Kalkulation des Herstellungspreises möglich; man wird dann mit niedrigeren Preisen als bei Laborherstellung rechnen können.

Die Deutsche Post benötigte sich nicht mit ihren eigenen Erfahrungen bei den zunächst in geringem Umfang vorgenommenen Trageversuchen mit Dienstkleidung aus Prelana, sondern ersuchte das Deutsche Amt für Material- und Warenprüfung um ein Gutachten. Dessen Prüfzeugnis vom 22. 1. 1957 lautet:

Die festgestellten Kutterhaltungswinkel lassen Beständigkeit auch nach Einwirkung von Wasser (sollte Durchnässung) und chemischen Reinigungsmitteln erkennen, so daß gewisse Trageigenschaften als durchaus gewährleistet gegeben sind.

sch Ablauf der Fristverlängerung lautete der Bericht des Postalters wenig hoffnungsvoll: „Meyer ist nunmehr zwar in der ‚Telegramme mit einiger Sicherheit abzupoben und aufzuzen, in seinen theoretischen Kenntnissen sind jedoch keine neuen Fortschritte zu verzeichnen. Meyer erweist sich nach wie als ungeeignet.“

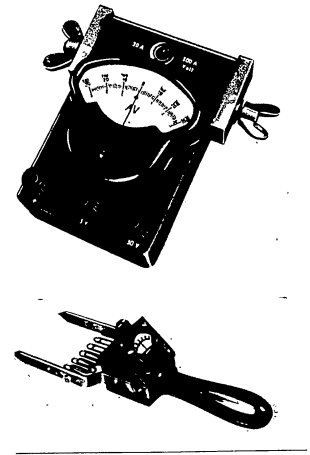
OPD jedoch vermutete, es erlange dem Postalter an nötigen pädagogischen Geschick und entsandte den Bezirkschefsbeamten.

eser tat sein Bestes, beschrieb dem Postchef Meyer den espart mit seinen sieben Zahnrädern, drei Hohltrieben, Schraube ohne Ende, der Aufzugsvorrichtung, dem Sperr- und der Sperrklinke usw. usw. Er vergaß auch nicht den vers - darauf wurde damals besonderer Gewicht gelegt - daß Irundbreit der Morsecode aus drei aufeinanderfolgenden Breit-

s er gesund halte, vorbeugte sich der Postchef Meyer und : „Herr Oberpostinspektor, ich danke Ihnen vielmals für Ihre ährungen, jetzt ist mir alles klar.“ „Na sehen Sie“, wandte dieser voller Stolz ob seines durchsichtigen pädagogischen igs an den Postalter, „man muß den jungen Leuten die terigen technischen Vorgänge nur mit dem nötigen Geschick eten, dann werden sie von ihnen auch begriffen.“ Diese bittere mußte der ergrimmte Postalter schlucken.

meldete sich Meyer nochmals zum Wort: „Dürfte ich mir eine Frage erlauben, Herr Oberpostinspektor? „Immerszu“, dieser gütighaftig. Und Meyer stellte folgende Hintergrundfrage: „Herr Oberpostinspektor, wie war das bitte, was kommt die : Farbe aus den Batteriegliedern auf den Morsestreifen?“

r Postalter wanderte sich nicht, daß der Bezirksinspektorte ohne Gruß den Raum verließ ...



# Unser



## Poststempel

Stempel werden im Postbetriebsdienst verwendet, um Postwertzeichen auf den Briefen zu entwerfen, den Aufgab die Anfangszeit und gegebenenfalls die Ankunftszeit drucken. Darüber hinaus dienen Stempel auch zur Erteilung beweiskräftiger Bescheinigungen, die beim Einliefern bester Sendungen zur Regelung der Erstattungsverbindlichkeiten Bedeutung sind.

Dem Aufbau nach werden die Stempel als Feinstste Hammerstempel, Handrolstempel und Maschinenstempel teilt.

Ihrem Verwendungszweck nach kennen wir sie als 1. Stempel, Strochrostempel, Entwurfsstempel, Sonderstempel und Postfriststempel.

Tagestempel stellen die allgemeine Form der Stempel dar haben einen kreisförmigen Kopf mit einem Durchmesser 28,5 mm und einen zum Bedrucken der Sendungen um

## Zählröhren

Geringe Stückzahlen oder langsam ablaufende Vorgänge man noch mit einfachen mechanischen Hilfsmitteln zählen hohe Zählgeschwindigkeit läßt sich jedoch nur mit elektronischen Methoden erreichen. Anfangs wurden hierzu Leuchtglühlampen verwendet, um die einzelnen elektrischen Ix zu registrieren, die man durch geeignete mechanische Schlichtschranken oder induktive Geber erzeugte. Das Auslösen einer oder mehrerer verschalteter Glühlampen zeigte die einzelnen Ziffern einer Zähldekade an. Die Glühlampen wurden durch Kipperschaltungen mit Doppeltriode zündet oder gelöscht.

An Stelle dieser einzelnen Glühlampen verwendet man Dekaden-Zählröhren. Sie werden in zwei Ausführungen gestellt, im Ausland als Dekaden-Zählglühlampen mit katoden und in Deutschland als dekadische Zählröhren dem Prinzip der Katodenstrahlröhre. Röhren der ersten Art Typ DZ 10 (Ceborus, Schweiz), Typ 6167 (Western El USA) und Typ GC 10 A (Eriessen, England). Eine Röhre zweiten Gattung ist der Typ E 1 T (Valvo, Hamburg). 1

Woit höhere Zählgeschwindigkeiten lassen sich mit der erreichen, in einfachen Schaltungen bis zu 30000 Imp./s, 1 höchstem Aufwand sogar bis zu 100000 Imp./s. Den prinzip Aufbau der E 1 T Bild 2 erkennen. Sie ist mit Duo (Zwölfstift-) Sockel ausgerüstet. Der Glaskolben hat 35 m ist 80 mm hoch und besitzt ein seitlich angebrachtes Arfenster von 10 mm Höhe und 30 mm Breite. Damit der Röhre von vorn ablesen kann, muß sie senkrecht stehen gebaut werden. Der Kolben dieser Zählröhre ist in einer Reihe mit den Ziffern 0, 2, 4, 6, 8 und in einer unteren Reihe mit den Ziffern 1, 3, 5, 7, 9 versehen. Ein Leuchtstreifen markiert eindeutig die gültige Ziffer.

Die Katode der E 1 T wird indirekt geheizt ( $U_f = 6,3$  V,  $0,3$  A;  $I_k = 0,95$  mA;  $U_b = 300$  V).

Im Prinzip stellt die E 1 T eine vollständige Katoden röhre dar mit Strahlröhrensystem ( $g_1, g_2$ ), Ablenk ( $P_1, P_2$ ) und Leuchtschirm (L). Durch zusätzliche Elektroden gelangt der Elektronenstrahl nur an bestimmten Stellen zum Leuchtschirm. Diese Strahlstellungen sind so stabil, d Elektronenstrahl lediglich durch eine bestimmte Art vo

Den vorgelegten Prelaminiergewebe kann der geforderte Gärnschleusen nicht abgesprochen werden, und wir vertreten die Ansicht, daß diese Qualität den Ansprüchen als Dienstkleidung gerecht werden wird.

Das dem Prüfmater vorgelegte Gewebe bestand aus 50% Prola und 50% Zellwolle.

Woran durch einen Trago-Großversuch ein günstiges Ergebnis erzielt wird, kann die Deutsche Post künftig auf die Einfuhr von Schafwolle völlig verzichten, und Schwierigkeiten bei der Beschaffung von guter Schafwolle werden der Vergangenheit angehören.

Die Hersteller der Postdienstkleidung erhalten dann Oberstoffe, die dauernd gleich sind, deren Preise stets gleich bleiben, was bei der Verwendung der jeweils hergestellten deutschen, sowjetischen oder chinesischen Schaf- und Lammwollen bzw. Angora-, Kamel- oder Kaschmirwollen nie zu erreichen ist.

Die für die Wolleneinfuhr erforderlichen Devisen werden künftig anderen Zwecken zur Verfügung stehen. Ein Gelingen unserer Postversuche wird andere Organisationen mit Dienstkleidungsträgern veranlassen, vom Verwenden tierischer Wollfasern für Dienstkleidung abzuhängen.

## 3-D-Briefmarken

Anlässlich der Aufnahme Italiens in die Organisation der Vereinten Nationen gab die Italienische Postverwaltung am 29. 12. 1956 zwei Gedenkmarken zu 25 und 60 Lira in den Farben türkis/rot heraus. Die im Hochformat 30x40 mm gedruckten Wertzeichen tragen als Bild eine stilisierte Erdkugel, gezeichnet in Strichmännern. Das Bemerkenswerte an der Marke ist die Tatsache, daß man die Erdkugel plastisch (dreidimensional) sieht, wenn man sie durch eine Speziallinse betrachtet. Demartige Brillen mit einem roten bzw. einem grünblauen „Glas“ gibt es zum Preise von — 20 DM in den Zeitungskiosken der Deutschen Post zu kaufen. Sie dienen zum Betrachten der 3-D-Bilder, die in der Jugendzeitchrift „Fröhlich sein und singen“ veröffentlicht wurden. Solche Bilder — wie auch das der Erdkugel auf den neuen italienischen Marken — bestehen aus zwei einander sehr ähnlichen Bildern, die dicht ineinander abgedruckt werden, wobei das eine Bild von rot, das andere von grün-blauer Farbe ist. Auch der sogenannte plastische Film macht von diesem Verfahren Gebrauch: Zwei im Augenabstand voneinander stehende Kameroobjektive nehmen dasselbe Motiv auf. Diese Objektive wirken nützlich wie die beiden Augen des Menschen, die ja alle Dinge unserer Umwelt ebenfalls plastisch sehen. Beim Film und bei den 3-D-Drucken muß man jedes Bild dem zugehörigen Auge zugewandt werden. Dies geschieht durch die Brillen, während das grün-blaue Bild vom roten Glas betrachtet werden kann, während das grün-blaue Bild vom roten Glas nicht hindurchgelassen wird (grün-blau ist die Komplementärfarbe zu rot und umgekehrt). Gleiches gilt für das grün-blaue Bild, das durch das rote Glas nicht gesehen werden kann. Dieses Verfahren bezeichnet man als Anaglyphenverfahren. Der Festgabriefversand der italienischen Postverwaltung für die genannten Marken trägt daher die Bezeichnung „Cranobelli anaglyph“.

Diese Marken Ausgabe scheint uns eine originelle Spielerei zu sein, die aber bestimmt ihre Interessenten finden wird. —hh

## Motorbremse

Schwere Lastkraftwagen und Omnibusse, besonders solche, die in Gebirgsländern verkehren, sind oftmals mit einer Motorbremse ausgerüstet. Beim Bergabfahren wird zwar ein Idlenorser Gang eingeschaltet, aber vielfach genügt bei derartigen schweren Kraftwagen diese Maßnahme allein nicht. Hinzu kommt, daß hierbei die Bremsbeläge einem beachtlichen Verschleiß unterliegen. Aus diesem Grunde wird eine besondere Motorbremse eingebaut, die nach folgendem Prinzip arbeitet: Durch eine Steueranordnung wird in der Bremsstellung vom Motor nur Luft angesaugt und verdichtet. Ferner ist in der Ausspuffleitung eine regulierbare Absperrschleibe vorhanden. Dieser eröhnt den Gegenruck und damit die Bremswirkung des Motors, der nunmehr ähnlich wie eine Luftpumpe arbeitet. —die

## Die Morseprüfung

Aus den Memoiren eines alten Drahtbinders

Die Wirkungsweise eines Morseapparates darf als bekannt vorausgesetzt werden; zum Verständnis der nachfolgenden Geschichte sei jedoch folgendes in Erinnerung gebracht:

1. Als Stromquelle dienen Zink-Kupfer-Elemente mit einer Kupferzinnlösung als Elektrolyt. Diese Lösung mußte stets eine tiefblaue Farbe — wie blaue Tinte — haben; verbläute diese, so waren Kupferzinnbrocken zuzusetzen. Damit der Zustand der Elemente dauernd beobachtet werden konnte, war die Batterie in einem Wandschrank mit Glasfenster untergebracht.

2. Die Morsezeichen wurden mittels eines rotierenden Farbrädchens auf einen vorbeilaufenden Papierstreifen gedruckt. Dem Farbrädchen wurde ständig neue Farbe dadurch zugeführt, daß es beim Umlaufen in einem Farbkasten mit blauer Tinte — Morsefarbe — tauchte.

Jeder Dienstangehöriger des mittleren und des höheren Dienstes bei der DRP mußte mit der Bedienung des Morseapparates vertraut sein. In einer Morseprüfung hatte er ein Telegramm einer bestimmten Wortzahl fehlerfrei aufzunehmen und abzulesen. Darüber hinaus mußte er im mündlichen Teil die nötigen Kenntnisse über die Wirkungsweise des Apparates nachweisen.

Der Posthilfje Meyer hatte die vorgesehene Ausbildungszeit weit überschritten und sich noch immer nicht zur Ablegung der Prüfung gemeldet. Auf die Erzwörung seitens der OPD berechnete der Postverwalter, der Posthilfje Meyer habe zwar im Telegraphieren einige Fortschritte gemacht, seine theoretischen Kenntnisse seien jedoch völlig ungenügend.

Nach Ablauf der Fristverlängerung lautete der Bericht des Postverwalters wenig hoffnungsvoll: „Meyer ist nunmehr zwar in der Lage, Telegramme mit einiger Sicherheit abzulegen und aufzunehmen, in seinen theoretischen Kenntnissen sind jedoch keine nennenswerten Fortschritte zu verzeichnen. Meyer erweist sich nach wie vor als ungeeignet.“

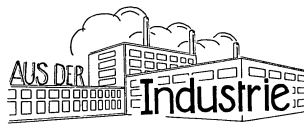
Die OPD jedoch vermutete, es ermannte dem Postverwalter an dem nötigen pädagogischen Geschick und entsandte den Bezirksaufsichtsbeamten.

Dieser tat sein Bestes, beschrieb dem Posthilfjen Meyer den Morseapparat mit seinen sieben Zahnrädern, drei Hohltrieben, einer Schraube ohne Ende, der Aufzugsvorrichtung, dem Sperrhebel und der Sperrklinke usw. usw. Er sorgte auch nicht den Hinweis — darauf wurde damals besonderes Gewicht gelegt —, daß das Grundrät der Morseleiste aus drei aneinandergekleimten Dreiecken besteht.

Als er geendet hatte, verbeugte sich der Posthilfje Meyer und sagte: „Herr Oberpostinspektor, ich danke Ihnen vielmals für Ihre Anführungen, jetzt ist mir alles klar.“ „Na sehen Sie“, wendete sich dieser voller Stolz ob seines starkbetagten pädagogischen Erfolges an den Postverwalter, „man muß den jungen Leuten die schwierigen technischen Vorgänge nur mit dem nötigen Geschick darbieten, dann werden sie von ihnen auch begriffen.“ Diese bittere Fille mußte der ergrimmte Postverwalter schlucken.

Da meldete sich Meyer nochmals zum Wort: „Dürfte ich mir noch eine Frage erlauben, Herr Oberpostinspektor? „Immerzu“, sagte dieser gütig. Und Meyer stellte folgende tiefgründige Frage: „Herr Oberpostinspektor, wie war das bitte, wie kommt die blaue Farbe aus den Batteriegläsern auf den Morsestreifen?“

Der Postverwalter wunderte sich nicht, daß der Bezirksaufsichtsbeamte ohne Gruß den Raum verließ ...



## Kraftfahrzeug-Prüfinstrumente

Das Exzellenz-Werk Rudolf Kiewewetter, Leipzig C 1, Johannallee 29, stellt u. a. zwei Prüfinstrumente her, die sich in Kraftfahrzeug-Reparaturwerkstätten bereits bewährt haben.

Der Autostarprüfer und Lichtmaschinenprüfer (oberes Bild) eignet sich für Zellen-, Batterie- und Starterprüfungen und kostet 69,70 DM.

Ausführung: Etchenholzgehäuse 150 x 90 x 75 mm, eingebautes Drehspulinstrument, umschaltbare Meßbereiche 3-0-3 V 30-0-30 A, 30-0-30 V 300-0-300 A.

Stromart: Gleichstrom. Anzeigegenauigkeit: ± 1,5% vom Skalenendewert.

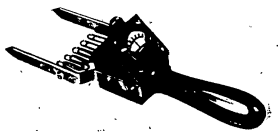
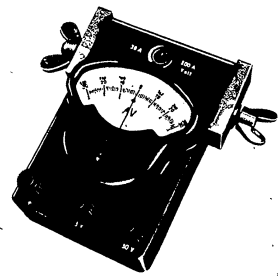
Der Zellenprüfer (unteres Bild) gestattet die Prüfung der Akkumulatorenzellen mit und ohne Belastung.

Ausführung: Holzhandgriff, Prüflinien und zwei Kontaktspitzen, abschaltbarer Belastungswiderstand etwa 60 A.

Drehspul-Voltmeter 3-0-3 V (Nullpunkt Mitte), Anzeigegenauigkeit: ± 2,5%.

Stromart: Gleichstrom. Abmessungen: 310 x 110 x 72 mm.

Dieses Gerät kostet in der genannten Ausführung 28,— DM. Als Spezial-Zellenprüfer mit festem Belastungswiderstand bis zu 100 A in den Abmessungen 310 x 120 x 72 mm ist es zum Preise von 35,20 DM zu haben.







Eine bleibende Erinnerung an ereignisreiche Tage

### Friedensfahrt in Wort und Bild

Jedes Jahr im Mai. Ein Gemeinschaftswerk der Sportverlage in der CSR, in Polen und in der DDR – zugleich auch eine „Liebeserklärung“ an den Radpost, die allen Radpostfreunden aus dem Herzen gesprochen ist.

144 Seiten, reich bebildert, Leinen 6,80 DM

Zwischen Start und Ziel. Der große Bildband über die Friedensfahrt. Mit 139 packenden künstlerischen Aufnahmen, die gleichermaßen bei Radsporthusosisten und Faszinieren Anklang finden werden.

136 Seiten in Großformat, Leinen 12,40 DM

Erschienen im Sportverlag Berlin  
Erhältlich durch alle Buchhandlungen



**Zeit gespart** durch **FW6**

das wirtschaftliche Reinigungs- und Spülmittel

große Flasche 1000ccm DM 2,20  
Kleinf Flasche 250ccm DM 0,75

VEB FARBFABRIK WOLFEN

**Einwandfreies, schnelles und verlustloses Wiegen** sowie sekundenschnelles Ablesen sind die hervorragenden Eigenschaften der halbautomatischen Neigungstafelwaage Rapido Type 3500. Lackierung elfenbein, violettgrün oder nach Wunsch.

**RAPIDO**  
VEB SPEZIALWAAGENFABRIK RAPIDO, RADEBEUL 1

**Bleibakkumulatoren** für Fernsprechanlagen und Notbeleuchtungen  
Transportable Batterien für Eigensentage  
Ortsfeste Batterien  
Bleibakkumulatoren für alle Verwendungszwecke

VEB  
AKKUMULATOREN-FABRIK  
OBERSCHÖNWEIDE

Berlin-Oberschönweide • Tel. 43 21 31 • Drahtwert: Bleibakku Berlin



Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen  
HERAUSGEBEN VON DER DEUTSCHEN POSTWERBUNG

2. Jahrgang

Leipzig, April 1957

Heft 4

D  
I  
E  
D  
E  
U  
T  
S  
C  
H  
E




P  
O  
S  
T

Als Paketwagen



Als Fünf- bis Neunliter mit Packraum



Als Ortskabelwagen



**Garant**  
das ideale  
Mehrzweck-Fahrzeug  
für die Deutsche Post

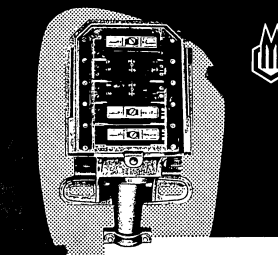
**VEB ROBUR-WERKE**  
Lastkraftwagen und Motoren  
Zittau Sachsen



**R-F-T TELEFONVERSTÄRKER TV-021**  
Nennleistung 110/125/200 V 50 Hz / Leistungsaufnahme etwa 5 VA  
Fahrenbestimmung 1 5ygh RV 12 7 2000 / Verstärkungsfaktor etwa  
18 Neger

**UNSERE WEITEREN ERZEUGNISSE:**  
Elektronenstrahl-Ozilographen    Löhnrast-Ozilographen  
Eisenstrahl-Ozilographen        3-Sekunden-Ozilographen  
Zweistrahl-Ozilographen        4-Sekunden-Ozilographen  
Fotostudiometern                8-Sekunden-Ozilographen  
Zerostromgeber                 Blitzgeräte  
Elektronenstrahl-                Funkbildgeräte  
Elektronenstrahl-                Lohblitzroboter

**VEB MESSGERÄTEWERK ZWONITZ**  
RUF ZWONITZ 195-198



**GARNITUREN**  
für  
**Fernmeldekabel**

**VEB KABELWERK MEISSNER**  
Meißen/Sachsen · Telefon 3401

**INHALT** Seite

FRANKE: 46 Stunden = 1 Arbeitswoche . . . . . 05

MÜLLER: Gedanken über die Mechanisierung der Transportarbeit im Zeitungsvertriebsamt . . . . . 07

ULBRICHT: Höhere Verkehrssicherheit von Kraftfahrzeugen . . . . . 09

NTZSCHE/TSCHEDEL: Finanznormung der Hilfsleistungen im Fernmeldedienst . . . . . 73

ENGE: Reiseeindrücke und Erlebnisse in der Sowjetunion (Fortsetzung und Schluß) . . . . . 80

BENZ: Ein neues Anzeigergerät für den Fernsprech-Kundendienst der Deutschen Post . . . . . 85

MERKER: Paketstromanalysen . . . . . 88

KOLLMORGEN: Berufskrankheiten . . . . . 92

Unter Titelbild: Die Kollagen Dora Sakowski am Briefverteilstand (Aufn. IFF)

△  
Görschelchen 381

Herausgegeben von der Deutschen Postwerbung, Redaktion „Die Deutsche Post“, Leipzig 5 3, Gustav-Freytag-Str. 40-46, Fernsprecher 30805. Verantwortlich: Herz Jähle, Satz und Druck: VEB Graphische Werkstätten Leipzig III 1807. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Deutsche Postwerbung, Berlin C2, Magasinstraße 8-11. Zur Zeit ist die Anzeigenprelliste Nr. 1 gültig. Die Zeitschrift „Die Deutsche Post“ erscheint monatlich einmal. Bezugsbedingungen: Vorrangpreis für Postangehörige vierteljährlich 1,40 DM, Preis für andere Besteller vierteljährlich 2,40 DM. Bestellungen nehmen die zuständigen Postzustellungsvertriebe entgegen.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdrucke — auch auszugsweise — nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Referate und Besprechungen mit voller Quellenangabe zulässig. Veröffentlicht unter der Lizenznummer 4234 des Amtes für Literatur und Verlagswesen der Deutschen Demokratischen Republik.

**DEUTSCHE POST**  
**AS POST- UND FERNMELDEWESEN**  
**ON DER DEUTSCHEN POSTWERBUNG**

1. 1957 Heft 4

**Arbeitswoche**

men der Sozialistischen Einheitspartei  
Post-, Fernmelde- und Funkwesen:

Initiative dabei entwickelt werden kann, zeigen uns die Beispiele aus den Betrieben des Maschinenbaus, die schon im Januar 1957 mit der Einführung der 46-Stunden-Woche begannen.

Dort verpflichteten sich die Werktätigen, ohne zusätzliche Kosten durch Steigerung der Arbeitsproduktivität, vor allem durch Anwendung neuer Technik sowie Verbesserung der Arbeitsorganisation alle Voraussetzungen zu schaffen, um die Arbeitszeitverkürzung einzuführen und gleichzeitig die Aufgaben des Planes 1957 nicht nur zu erfüllen, sondern alle Anstrengungen zu unternehmen, um den Plan überzuerfüllen.

Auch in allen Ämtern und Dienststellen der Deutschen Post ist die Mehrzahl der Werktätigen mit den Vorbereitungsmaßnahmen beschäftigt, um ab 1. 6. 1957 entsprechend der Direktiven der Hauptverwaltungen zur 46-Stunden-Woche übergehen zu können, ohne daß es bei der Einführung zu Schwierigkeiten im Dienstablauf kommt.

Entsprechend den Interessen der Werktätigen ist von folgenden Grundsätzen bei der Einführung der Arbeitszeitverkürzung auszugehen:

- Die Pläne müssen bei Einhaltung der Anzahl der Arbeitskräfte und des Lohnfonds erfüllt werden.
- Die Verkürzung der Arbeitszeit darf zu keiner Lohnminderung führen.
- Die Werktätigen sollen voll in den Genuß der täglichen Arbeitszeitverkürzung von einer halben Stunde kommen.
- Den Besatzern der Deutschen Post dürfen durch die Einführung der Arbeitszeitverkürzung keine Nachteile entstehen.
- In den Ämtern und Dienststellen der Deutschen Post sind durch die Verbesserung der Arbeitsorganisation, die Erhöhung der Qualität der Arbeit, die volle Ausnutzung des Arbeitstages und durch Vereinfachung im Arbeitsablauf viele Möglichkeiten gegeben, um bei Einhaltung dieser Grundsätze die Arbeitszeitverkürzung durchzuführen. Das kam u. a. auch in den Diskussionen auf der 1. Zentralen Meistertagung des Fernmeldewesens zum Ausdruck.
- In Zusammenhang mit der Einführung der 46-Stunden-Woche bei der Deutschen Post erscheint es notwendig, darauf hinzuweisen, daß für alle im Fernsprechvermittlung-, Telegrammübermittlungs- und Funkbetriebsdienst Beschäftigten schon seit 1954 die 42-Stunden-Woche besteht.
- Die Einführung der 46-Stunden-Woche in einer so weit verzweigten, komplizierten und nach einheitlichen Richtlinien arbeitenden Organisation, wie sie die Deutsche Post darstellt, die mit ihren 210 Ämtern und über 19.000 Dienststellen nach den verschiedenartigsten Dienststellen und Dienstplänen entsprechend den Bedürfnissen der Volkswirtschaft und der Bevölkerung ar-

Als Pkwetagen



Als Fünf- bis Neunliter mit Packraum



Als Ortskabelmeßwagen



**Garant**  
das ideale  
Mehrzweck-Fahrzeug  
für die Deutsche Post

**VEB ROBUR-WERKE**  
Lastkraftwagen und Motoren  
Zittau Sachsen

**BÜCHER, DIE SIE INTERESSIEREN!**  
*Aus der Schriftenreihe Arbeit und Sozialfürsorge*

**Heft 1**  
Schaum - Schöngel - Böhm  
Erläuterungen zur Verordnung  
über die Wahrung der Rechte der Werktätigen  
und über die Regelung der Entlohnung  
der Arbeiter und Angestellten  
3., überarbeitete Auflage  
Format DIN A 5 - 120 Seiten - Broschüriert 1,60 DM

**Heft 5**  
Strauß - Mehlbig  
Das Reisekostenrecht in der  
Deutschen Demokratischen Republik  
3., überarbeitete Auflage  
Format DIN A 5 - 100 Seiten - Broschüriert 1,10 DM

**Heft 9**  
Dr. med. Horn - Krause - Böhm - Weise  
Die Fürsorge  
für Kranke und Rekonvaleszenten  
Format DIN A 5 - 180 Seiten - Broschüriert 2,50 DM

**Heft 14**  
Schulz - Noack  
Das Urlaubsrecht  
2., überarbeitete und ergänzte Auflage  
Format DIN A 5 - 140 Seiten - Broschüriert 1,80 DM

**Heft 16**  
Kranko - Spangenberg - Böhm  
Das Kündigungsrecht  
Format DIN A 5 - 168 Seiten - Broschüriert 2,50 DM

**Heft 17**  
Prof. Dr. H. Thalmann  
Qualifizierung der Mitarbeiter  
der Abteilungen Arbeit  
Plan und Dispositionen für einen Lehrgang  
sowie methodische Hinweise  
Format DIN A 5 - 104 Seiten - Broschüriert 2,30 DM

**Heft 18**  
Pensdorf - Göring  
Der Arbeitsvertrag  
Format DIN A 5 - 102 Seiten - Broschüriert 2,70 DM

**Heft 19**  
Kunz - Tippmann  
Die Entwicklung des Arbeitsrechts  
in Deutschland  
Format DIN A 5 - 132 Seiten - Broschüriert 2,50 DM

*Verlangen Sie bitte unser ausführliches Verlagsverzeichnis*

**VEB DEUTSCHER ZENTRALVERLAG**



# DIE DEUTSCHE POST

ZEITSCHRIFT FÜR DAS POST- UND FERNMELDEWESEN  
HERAUSGEGEBEN VON DER DEUTSCHEN POSTWERBUNG

2. Jahrgang

Leipzig, April 1957

Heft 4

Einige Hinweise für die Arbeit der Betriebsparteioorganisationen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands bei der Einführung der 45-Stunden-Woche im Post-, Fernmelde- und Funkwesen:

## 45 Stunden = 1 Arbeitswoche

Von Martin FRANKKE, Berlin

Die Erfüllung der Leistungen des Planes 1956 durch die Werktätigen des Post-, Fernmelde- und Funkwesens und die Diskussion zur Lösung der Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes 1957 zeigen, daß die Beschäftigten der Deutschen Post gewillt sind, neue Erfolge beim Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik zu erringen, um ihren Arbeiter- und Bauern-Staat weiter zu festigen und zu stärken. Durch ihre Leistungen tragen die Werktätigen des Verbindungswesens mit dem Ziel, die Voraussetzungen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung unserer Republik und die Verbesserung der materiellen Lage der Bevölkerung der DDR zu schaffen.

Die Direktive der 3. Parteikonferenz der SED zum 2. Fünfjahrplan legte die Perspektive für den weiteren sozialistischen Aufbau in der DDR fest und sieht eine Reihe Verbesserungen für die Lebenslage der Werktätigen und der gesamten Bevölkerung vor. Dieses Programm bringt erneut sichtbar zum Ausdruck, daß im Mittelpunkt der Politik der Partei und Regierung die Sorge um den Menschen steht.

Von der Partei der Arbeiterklasse und der Regierung wird auf Grund der guten Arbeitsergebnisse der Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik alles getan, um trotz der durch die Spaltung Deutschlands zeitweise aufgetretenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten einen ständig steigenden Lebensstandard der Werktätigen zu sichern.

So wurden auch im Jahre 1956 weitere Verbesserungen durch die Preissenkung im Juni, den Wegfall der Ortsklassen C und D und durch die bedeutende Erhöhung der Renten wirksam.

Für die Werktätigen der Deutschen Post wurden Dienstleistungsprämien und Zusatzurlaub eingeführt. Bereits 1956 erhielten über 60.000 Beschäftigte Dienstleistungsprämien und Zusatzurlaub. Außerdem trat für alle Mitarbeiter der Deutschen Post eine verbesserte Alters-, Invaliden-, Unfall- und Hinterbliebenenversorgung in Kraft. Für alle diese Maßnahmen wurden noch im Jahre 1956 über 14 Millionen DM ausgegeben.

1957 sind die Werktätigen der Deutschen Post entsprechend dem Gesetz der Volkskammer über die Verkürzung der Arbeitszeit mit in die Reihen derjenigen Werktätigen einbezogen, die zur 45-Stunden-Woche übergehen. Mit dem Gesetz über die Verkürzung der Arbeitszeit wird für die Mehrheit der Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik bereits im ersten Halbjahr 1957 die Direktive der 3. Parteikonferenz, im Verlauf des 2. Fünfjahrplanes zur Arbeitszeitverkürzung überzugehen, verwirklicht.

Unsere Werktätigen sind sich dabei bewußt, daß trotz der Verkürzung der täglichen Arbeitszeit erreicht werden muß, den Volkswirtschaftsplan 1957 durch Steigerung der Arbeitsproduktivität und Senkung der Selbstkosten zu erfüllen. Sie sind sich aber auch darüber im klaren, daß die Arbeitszeitverkürzung nur durch ihre Mitarbeit einführen ist. Welche

Initiative dabei entwickelt werden kann, zeigen uns die Beispiele aus den Betrieben des Maschinenbaus, die schon im Januar 1957 mit der Einführung der 45-Stunden-Woche begannen.

Dort verpflichteten sich die Werktätigen, ohne zusätzliche Kosten durch Steigerung der Arbeitsproduktivität, vor allem durch Anwendung neuer Technik sowie Verbesserung der Arbeitsorganisation alle Voraussetzungen zu schaffen, um die Arbeitszeitverkürzung einzuführen und gleichzeitig die Aufgaben des Planes 1957 nicht nur zu erfüllen, sondern alle Anstrengungen zu unternehmen, um den Plan überzuerfüllen.

Auch in allen Ämtern und Dienststellen der Deutschen Post ist die Mehrzahl der Werktätigen mit den Vorbereitungsmaßnahmen beschäftigt, um ab 1. 6. 1957 entsprechend der Direktiven der Hauptverwaltungen zur 45-Stunden-Woche übergehen zu können, ohne daß es bei der Einführung zu Schwierigkeiten im Dienstablauf kommt.

Entsprechend den Interessen der Werktätigen ist von folgenden Grundsätzen bei der Einführung der Arbeitszeitverkürzung auszugehen:

1. Die Pläne müssen bei Einhaltung der Anzahl der Arbeitskräfte und des Lohnfonds erfüllt werden.
2. Die Verkürzung der Arbeitszeit darf zu keiner Lohnminderung führen.
3. Die Werktätigen sollen voll in den Genuß der täglichen Arbeitszeitverkürzung von einer halben Stunde kommen.
4. Den Benutzern der Deutschen Post dürfen durch die Einführung der Arbeitszeitverkürzung keine Nachteile entstehen.

In den Ämtern und Dienststellen der Deutschen Post sind durch die Verbesserung der Arbeitsorganisation, die Erhöhung der Qualität der Arbeit, die volle Ausnutzung des Arbeitstages und durch Vereinfachung im Arbeitsablauf viele Möglichkeiten gegeben, um bei Einhaltung dieser Grundsätze die Arbeitszeitverkürzung durchzuführen. Das kam u. a. auch in den Diskussionen auf der 1. Zentralen Meistertagung des Fernmeldebereichs zum Ausdruck.

Im Zusammenhang mit der Einführung der 45-Stunden-Woche bei der Deutschen Post erscheint es notwendig, darauf hinzuweisen, daß für alle im Fernspezialvermittlung-, Telegrammübermittlungs- und Funkbetriebsdienst Beschäftigten schon seit 1954 die 42-Stunden-Woche besteht.

Die Einführung der 45-Stunden-Woche in einer so weit verzweigten, komplizierten und nach einheitlichen Richtlinien arbeitenden Organisation, wie sie die Deutsche Post darstellt, die mit ihren 210 Ämtern und über 13.000 Dienststellen nach den verschiedenartigsten Dienststellen und Dienstplänen entsprechend den Bedürfnissen der Volkswirtschaft und der Bevölkerung ar-

bietet, erfordert von allen Mitarbeitern, die notwendigen Maßnahmen mit großer Umsicht und Exaktheit vorzubereiten.

Es haben aber noch nicht alle Betriebsparteioorganisationen erkannt, daß sie dabei eine besonders große politisch-ideologische Erziehungsaufgabe zu leisten haben. Die Vorbereitungsmaßnahmen waren in vielen Fällen bisher technisch-organisatorischer Art und wurden von den mittleren und leitenden Kadern der Ämter getroffen. Es ist aber notwendig, daß die Betriebsparteioorganisationen durch verstärkte Aufklärungsarbeit mit Hilfe von Ökonomischen Konferenzen die Werktätigen für eine aktive Mitarbeit gewinnen. Darum ist es erforderlich, daß die Genossen der Betriebsparteioorganisationen mit allen Werktätigen am Arbeitsplatz und in den Produktionsberatungen sprechen. Wichtig handelten die Genossen eines Fernmeldeamtes, die sich in einer Produktionsberatung gegen solche Auffassungen wandten, mit der Arbeitszeitverkürzung wieder den sogenannten freien „Beamteneinheitsmaß“ einzuführen. Auch die anwesenden parteilosen Praxen trafen diesen Auffassungen entgegen, weil sie nicht mit dem Ziel der täglichen Arbeitszeitverkürzung und dem rhythmischen Betriebsablauf zu vereinbaren sind. Gerade bei der Einführung der 45-Stunden-Woche kommt es darauf an, sich besonders auf die guten betrieblichen und fachlichen Erfahrungen zu stützen.

Die Ergebnisse all dieser Beratungen und Vorschläge sind von den in den Ämtern gebildeten Kommissionen zur Vorbereitung der 45-Stunden-Woche auszuwerten. Die von den Kommissionen ausgearbeiteten Maßnahmenpläne sollten in den unter der Leitung der Betriebsparteioorganisationen durchzuführenden Ökonomischen Konferenzen beraten, ergänzt und beschlossen werden. Dabei können sich die Betriebsparteioorganisationen auf ihre Erfahrungen aus den bisher durchgeführten Ökonomischen Konferenzen stützen, brachten doch die im vergangenen Jahr durchgeführten Ökonomischen Konferenzen im Post- und Fernmeldewesen durch die Mitarbeit der Werktätigen ein wirtschaftliches Ergebnis von 3.994 Mio DM.

Auch jetzt zeigen die Vorbereitungen in den Ämtern und Dienststellen, z. B. in den Bezirken Berlin und Potsdam, die Bereitschaft und Umsicht, mit der die Mehrzahl der Werktätigen die Einführung der verkürzten Arbeitszeit unterstützen.

So wurden zahlreiche Vorschläge zur Verbesserung der Arbeitsorganisation, der Dienstplangestaltung, der Vereinfachung des Abrechnungs- und Buchungsverfahrens sowie zur Verringerung der Verwaltungsaufgaben gemacht, um die Arbeitszeitverknüpfung ohne zusätzliche Lohnkosten zu verwirklichen.

Die von den Hauptverwaltungen herausgegebenen Direktiven, die mit Mitarbeitern aus den Betriebsstellen und Ämtern erarbeitet wurden, enthalten weitere gute Hinweise über Mittel und Methoden zur Einführung der 45-Stunden-Woche. Dabei darf es aber nicht bleiben. Die Mitarbeiter der Hauptverwaltungen und Bezirksdirektionen müssen mehr als bei den bis jetzt durchgeführten Ökonomischen Konferenzen unmittelbar in den Ämtern längere Zeit Hilfe und Anleitung geben.

Die Aussprachen mit den Werktätigen bei der Vorbereitung der 45-Stunden-Woche geben den Genossen der Betriebsparteioorganisationen große Möglichkeiten, eine noch engere Verbindung mit allen Werktätigen herzustellen, sie über die Beschlüsse der 30. Tagung des Zentralkomitees unserer Partei aufzuklären und durch ihren persönlichen Einsatz zu zeigen, wie die von Partei und Regierung gegebenen Richtlinien verwirklicht werden können.

Die 30. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands behandelte Grundfragen der Politik der SED und der Zukunft des deutschen Volkes und faßte Beschlüsse über die weitere wirtschaftliche Entwicklung unseres Deutschen Demokratischen Republik. Sie wies besonders darauf hin, daß die Lösung aller politischen, wirtschaftlichen und staatlichen Aufgaben von richtigen Beziehungen der Parteiorganisationen zur Bevölkerung, besonders zur Arbeiterklasse abhängt.

Die Genossen der Betriebsparteioorganisationen müssen sich stets bewußt sein, daß die Werktätigen im Vertrauen zur Politik der Partei der Arbeiterklasse auf sie schauen. Deshalb haben alle Genossen in ihren Arbeitsbereichen besonders große Verpflichtungen.

Die Betriebsparteioorganisationen müssen beim weiteren Aufbau des Sozialismus mehr als bisher die Führung in ihren Ämtern und Dienststellen übernehmen. Ihr Kampf um die Verbesserung der gesamten Arbeit im Verbindungswesen ist gleichzeitig ein wesentlicher Beitrag zur besseren Lösung der volkswirtschaftlichen Aufgaben und zur Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung.

Ein schnell und sicher arbeitendes sozialistisches Post-, Fernmelde- und Funkwesen wird wesentlich dazu beitragen, die Erfolge unserer Volkswirtschaft zu vergrößern. Durch eine bessere massenpolitische Arbeit, wie sie die 30. Tagung des Zentralkomitees der SED fordert, muß von den Parteiorganisationen erreicht werden, daß das Vertrauensverhältnis der Werktätigen zu Partei und Regierung weiter gefestigt wird und daß alle auftretenden Schwierigkeiten bei der Einführung der 45-Stunden-Woche und der Erfüllung der Pläne durch die gemeinsame Initiative gemeistert werden.

In dem österreichischen Ort Christkindl war ein Salsopostamt besonderer Art auch zu dem vergangenen Weltmachtsjahr eröffnet. Der nur aus sieben Häusern bestehende Ort betreibt lediglich in der Zeit von 6. Dezember bis 6. Januar ein Postamt. Während dieser Zeit verwendet das Postamt Christkindl einen Sonnenstempel, der ein Christkind als Abbildung wiedergibt.

Unter diesen Bedingungen ist also verständlich, daß sehr viel Weltmachtsjahr über diesen „weltmachtslichen Ort“ geteilt wird.

Ein „Weltmachtsgeheimnis“ besonderer Art hat die französische Regierung ihrer Wirtschaft und Bevölkerung bereitet. Am 1. Dezember 1956 ist in Frankreich eine Erhöhung der Frachtarife der französischen Eisenbahn eingeleitet.

In diesem Zusammenhang ist es wissenswert, daß in Frankreich nicht die Post, sondern nur die Eisenbahn und die Schiffsalinen den Paketverkehr betreiben. Nur in Orten ohne Bahn- oder Dampferstation ist die Post am Paketverkehr beteiligt.

In der Akademie der Wissenschaften der UdSSR wurde eine elektrische Maschine vorgestellt, die fremdsprachliche Texte übersetzt. Es wurde aus dem Sitzungsamt der Akademie ein technischer Text in englischer Sprache durch Fernschreiber in das Institut übermittelt, in dem die Maschine arbeitet, und nach kurzer Zeit erfolgte von dort die Rücksendung der fertigen Übersetzung ins Russische.

Ein Halbleiter-Versuchszentrum wird in Polen gebaut. Hier sollen Halbleiter aus polnischen Rohstoffen hergestellt sowie Forschungsarbeiten über Halbleiter durchgeführt werden.

Die Akademie der Rumänischen Volkrepublik baut mit Unterstützung der UdSSR ein Institut für Atomphysik. Eine der Hauptaufgaben des neuen Instituts ist die Umwandlung von Kernenergie in elektrische Energie mit Hilfe von Kernreaktoren. Hierbei kann auf eigene Vorrichtungen im Lande zurückgegriffen werden.

Ein Klavier von 36 kg Gewicht wird in Versuchswägen in den USA gebaut. An Stelle von Saiten werden Rohrläutchen angeschlagen und die Töne elektrisch verstärkt.

### Gedanken über die Mechanisierung der Transportarbeit im Zeitungsvertriebsamt

Von Ing. Alfred MÜLLER, Strausberg

Das Zeitungsvertriebsamt ist Verteiler und Versender fast sämtlicher Presse-Erzeugnisse der DDR. Die hierbei zu bewegenden Lasten liegen bei mindestens 2000 t monatlich. Führt man sich vor Augen, daß diese Lasten bisher fast ausschließlich mit Handfahrzeugen bewegt werden mußten, daß ferner allein im Betrieb eine ganze Reihe von Umładungen von Hand notwendig waren, so ist erkennbar, welche wirtschaftlichen Vorteile und welche körperlichen Entbehrungen durch geeignete mechanische Einrichtungen und Anlagen erzielt werden könnten. Die nachfolgenden Sätze sollen zeigen, daß in vielen Fällen einfache Hilfsmittel genügen, um den Arbeitsaufwand zu beschleunigen und zu erleichtern. Es wird empfohlen, hierzu die Abhandlung „Grundätzliche Fragen zur Postmechanisierung“ („Die Deutsche Post“, Heft 3/57) zur Begriffsunterstützung zu Hilfe zu nehmen.

#### Eine Betriebsbeobachtung

Machen wir zunächst einen Rundgang durch den Betrieb und lassen wir seine Räume und Einrichtungen, die Menschheit mit ihrer Arbeit auf uns einwirken. Wir wollen dabei den Techniker begleiten, den ein Rat nach „Mechanisierung“ erreicht hatte.

Das Gebäude, gut und gern eine Menschheitsgeneration alt, wirkt auf uns mit seinen schmutzigen Klinkern, mit Zierbögen und Schnörkeln aus der Zeit des vorigen Jahrhunderts etwas deprimierend.

Bevor wir das Gebäude betreten, fallen uns Postkraftfahrzeuge auf, die auf der Straße parken. Abwartend lehnen die sonst so wenig Kollegen Kraftfahrer auf ihren Sitzen. Da stillstehende Kraftfahrzeuge auf dem Pflaster wie ein rotes Tuch wirken, wollen wir gleich den Ursachen für diese Ruhe nachgehen.

Wir brauchen vom Tor aus nicht weit zu gehen, um in einen Hof zu kommen. Viereckig ist dieser kleine Platz, der vom Gebäude an zwei zusammenhängenden Seiten umschlossen wird. Die dritte Seite wird von der Hinterpartie eines angrenzenden Hauses gebildet, die letzte Seite von einer Mauer. Entlang der Hauswände unseres Objektes befindet sich eine 2 m breite Rampe. Wir steigen hinauf und sehen nun nebeneinanderstehend vier Kfz. Für mehr ist kein Platz. Wir erkennen, daß eigentlich ein Verkehrspolizist hierher gehörte, um die An- und Abfahrt in der Spitzzeit geordnet und reibungslos zu regeln.

Auf der Rampe selbst herrscht reges Treiben. Handfahrgestelle werden mit Bündeln von Zeitschriften beladen, die man aus dem Innern der LKW heraussträgt. „Ein LKW gleich zwei Handfahrzeuge“ lautet hier die Formel.

Sobald wir der große H 3 A entladen, und wir erinnern uns, daß dieser Wagen etwa 2,5 t Tragkraft besitzt. Diese Last wird doch nicht etwa auf zwei Handfahrzeuge normaler Bauart gestapelt? Das entspricht mindestens 1,2 t pro Karre! Doch wir sehen es: Drei bis vier Kollegen versuchen, die fast dreifach überladene Karre in Bewegung zu setzen. Endlich schaffen sie es auch. Dann geht es mit voller Fahrt zu dem im Gebäude befindlichen Zielplätzen. Hier heißt es: Schnell abladen und wieder an die Rampe! Ist im Erdgeschoß kein Platz bei den „Zählern“, so muß ein älterer Fahrstuhl Handfahrzeuge und Zeitungslasten in das darüberliegende Stockwerk heben. Hier ist es angenehm, weil die Öffnungen zu den Rampen keinen Lärm und Witterungsunbehagen werden hier nicht empfunden. Aber unser Blick wird von dicht aneinanderstehenden beladenen Handfahrzeugen gefesselt, über denen an der Wand ein Schild hängt mit der Aufschrift:

„Achtung! Fußboden trägt maximal 250 kg pro m<sup>2</sup>.“

Hier wird also gearbeitet, daß sich buchstäblich die Balken biegen. Wer möchte aber wohl, wenn er so alt ist wie dieses Haus, doppelte Lasten tragen?

Beim Versand der gezählten und verpackten Zeitschriften geht es etwas flotter. Die „Zeitungswickel“ werden bis an ein Förderband gefahren und rollen in die bereitstehenden Kfz. Dann geht die Fahrt zum Bahnhof, wo der Bahnpostwagen auf die Ladung wartet. Hier geht es noch schneller; denn am Bahnhofs des Berliner Ostbahnhofs ist der D-Zug nach X schon bereitgestellt. Wenige Minuten später hat er mit dem Bpn den Bahnhof verlassen. Doch — wieviel Schweiß ist an den „Zeitungswickeln“ haften geblieben und wieviel kommt hinzu, bis der Leser seine Zeitung am nächsten Morgen am Kaffeetisch liest?

#### Möglichkeiten der Mechanisierung

Das Zeitalter der modernen Technik, in dem wir leben, bietet eine Fülle von Maschinen und Geräten, die auch hier wirtschaftlich und erfolgreich eingesetzt werden könnten. „Kleinmechanisierung des Transportvorganges“ ist die Devise! Am billigsten wären handelsübliche Elektrokarren, die den Transport der Karren erledigen könnten. Aber hierfür sind die Räume zu klein, die Wege zu kurz und die Anzahl der Umładvorgänge von Hand würde wie vorher unverändert bleiben. Gabelstapler kleiner Bauart stehen im Inland z. Z. noch nicht zur Verfügung. Importe sind begrenzt, große Fahrzeuge sind zu unbeweglich. Förderbänder, wie das beim Versand benutzte, müßten etwa 60 m lang sein; diese Anlage — ähnlich einer Paketterrichtanlage, wie sie beim FPA Leipzig N 18 eingebaut ist — würde zu teuer sein! Dabei muß noch gesagt werden, daß eine solche Anlage mindestens 20 Stunden am Tage laufen und benutzt werden muß, wenn sie wirtschaftlich sein soll.

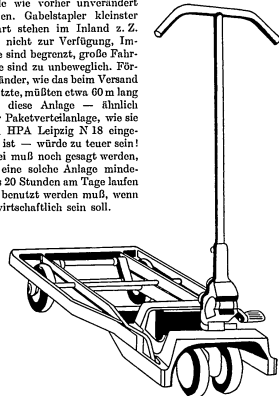


Bild 1. Hubwagen mit mechanischer Hubvorrichtung. Hubabstufung durch einmaliges Niederdrücken der Dehnstahl-Tragkraft etwa 1 t

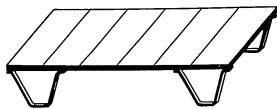


Bild 2. Ladepritsche

Die Rolle von Beispielen der Mechanisierungsmöglichkeiten für einen solchen Betrieb könnte man noch beliebig fortsetzen. Aber wir müssen es hier aussprechen, daß es unter den gegebenen Verhältnissen nur eine provisorische Lösung geben kann.

**Ein beschreibbarer Weg**

Aufmerksamem Besuchern der Leipziger Frühjahrsmesse 1956 fiel ein Hubwagen auf, der sich von den üblichen Geräten mit mechanischer Übersetzung (Bild 1) grundsätzlich unterscheidet. Man kann mit ihm Lasten bis zu etwa 1 t hydraulisch heben und absetzen. Das bedeutet, daß der bedienende Mensch je nach seiner Körpergröße und nach seiner Kraft einige lange Hübe ausführt oder kürzere bei entsprechend größerer Anzahl. Dieses Heben ist fast ein Kinderspiel gegenüber dem Aufheben eines größeren Zeitungsbandes von der Erde.

Dieses kurz beschriebene Gerät wurde im ZVA Berlin vorgestellt. Hierzu waren aus allen Verlagen, die beim ZVA auflauern, Vertreter zugegen. Obwohl das Gerät hier und da für den rauen Postbetrieb umgestaltet werden müßte, ist es im Prinzip brauchbar und vorteilhaft. Die Verlagsvertreter erklärten, daß die Druck-Erzeugnisse nach Verlassen der Pressen (Druckmaschinen) ohnehin auf Platten (sogenannten Ladepritschen, Bild 2) abgelegt werden. In ZVA wären vier oder fünf solcher Hubwagen notwendig, um eine — noch dazu reibungslosere und schnellere — Entladung vorzunehmen. Die Druck-Erzeugnisse brauchen erst am Zählbühel nach Bedarf von der Platte genommen werden, und eine große Anzahl von kraftverzehrenden Handgriffe könnte entfallen.

Zur Erläuterung sei gesagt, daß diese Art des Transportes in jedem größeren Produktionsbetrieb seit einigen Jahrzehnten mit mechanischen Hubwagen nicht mehr wegzudenken ist. Eine

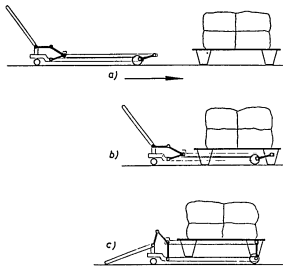


Bild 3. Schematische Darstellung des Hubvorganges  
a) Hubwagen vor beladener Pritsche  
b) Hubwagen unter Pritsche gefahren  
c) Hubwagen mit angehobener Pritsche

Platte, deren Flächenmaß bis zu 1 x 2 m betragen, trägt rund 1 t. Wegen der Lastverteilung auf LKW und aus Gründen der Beweglichkeit wären kleinere Abmessungen von etwa 0,8 x 1,2 m bei etwa 750 kg Nutzlast vorteilhafter. Diese Transportart kann für sich in Anspruch nehmen, Ausgangsbasis für den sich in Europa nach entwickelnden Behälterverkehr geworden zu sein. Der Behälterverkehr gestattet es, ähnliche Platten oder auch Behälter aller Art übereinander zu stapeln. Es bestehen sogar internationale Vereinbarungen über einheitliche Maße und Gewichte für derartige Transportgeräte und Hilfsmittel. Also liegt es auf der Hand, daß eine derartige Transportmethode großen Zuspruch hat, weil die Einzelzellen, die ein Mensch jeweils ohne Hilfsmittel aufnehmen und forttragen kann, bei einer Dauerbeanspruchung kaum 20 kg übersteigt. Die Tragfähigkeit der empfohlenen Ladepritsche beträgt 750 kg bei Verwendung entsprechender Hubgeräte, die auch ein Fortrollen der aufgenommenen Last gewährleisten. Nehmen wir an, daß der Kraftaufwand für den mechanischen Hub höchstens ein Zehntel der Gesamtlast beträgt und diese Kraft nur vereinzelt notwendig wird (nämlich bei 2,5 t knapp 3,5mal je LKW), so ergibt sich folgende einfache Rechnung:

1. 2,5 t erfordern bei 20 kg Hub- und Tragfähigkeit eines Menschen (Dauerbelastung) 125 maliges Hüben, Aufheben, Forttragen und Absetzen.
2. 2,5 t erfordern bei 4 Ladepritschen 4 x 75 kg am Hebel heben, Verahren und Absetzen.

Allein zum Aufheben werden im Falle 1 tatsächlich 2500 kg in relativ kurzer Zeit zu bewältigen sein. Durch die Verwendung von Hubgeräten mit mechanischer Huberhöhung werden im Falle 2 tatsächlich nur (25 x 4) 300 kg durch Menschkraft gehoben.

Man kann sich vorstellen, welche weitere Erleichterung ein hydraulisches Gerät bedeutet, das gestattet, Hubanzahl und Kraftaufwand selbst zu wählen!

Veranschlagt man ein hydraulisches Hubgerät beispielsweise mit einem Preis von 1500,— DM höchstens und berechnet man die Anschaffungen von Ladepritschen zu etwa 200,— DM je Stück, so wird für den angenommenen Betrag von rund 12000,— DM das gesamte Transportwesen des ZVA durch 4 hydraulische Hubgeräte = 4000,— DM + 30 Ladepritschen = 12000,— DM

mit einem Schlage wesentlich verbessert oder — wenn man will — totalmechanisiert. In abschbarer Zeit wird die Entwicklung, Erprobung und Einführung des Behälterverkehrs bei der Deutschen Post abgeschlossen und in der Lage sein, das gesamte Versandgeschäft vom Verpackertische des ZVA bis zu jedem HPA der Deutschen Demokratischen Republik in ähnlicher Weise zu übernehmen.

**Ein Wunsch**

Es wird aufgefallen sein, daß die gegebenen Bedingungen beim ZVA denkbar ungünstig sind. Sie lassen sich schon der gewählten Lasten wegen kaum mit anderen Verhältnissen und Ämtern der Deutschen Post vergleichen.

Wenn auch die Spaltung Deutschlands und die Zerstörung vieler Gebäude in Berlin durch den letzten Krieg unschuldig zu diesen Verhältnissen geführt haben, so sollte es doch allen verantwortlichen Kollegen innerhalb der letzten Jahre aufgefallen sein, daß hier eingegriffen werden muß.

Wenn heute dennoch im ZVA bereits einige mechanische Hubgeräte die Ladepritschen der Verlage transportieren, so ist dies einzig und allein der Initiative der Belegschaft und der Betriebsleitung des ZVA zu verdanken.

Die besonderen Verhältnisse des ZVA Berlin waren Gegenstand einiger Erörterungen. Es hat sich ergeben, daß trotz ungenügender Platz- und Raumverhältnisse ohne großen Aufwand weitere Verbesserungen zumindest auf dem Gebiete des innerbetrieblichen Transportes möglich sind, wenn eine Unterstützung durch übergeordnete Organe erfolgt.

**Ein Beitrag zur Rentabilität des Kraftfahrwesens:**

**Höhere Verkehrssicherheit von Kraftfahrzeugen**

Von Ing. Erich ULBRICHT, Berlin

*Die ständige Einsatzbereitschaft des Kraftwagenparkes der Deutschen Post stellt die Voraussetzung für das planmäßige Erfüllen unserer großen Transportaufgaben. Höhere Wagensatzschlüsselzeiten zu erreichen, sollte das vorrangige Ziel der Dienststellen aller im Kraftfahrwesen Beschäftigten sein. Mit einem besseren technischen Gesamtzustand der Fahrzeuge aller Dienstwege wird die Verkehrssicherheit erhöht und die Rentabilität des Kraftfahrzeugwesens günstig beeinflusst.*

**1. Die neue Straßenverkehrs-Zulassungsordnung (StVZO)**

Die weitere Belohnung unserer Großstädte durch die laufende Inbetriebnahme neuer Kraftfahrzeuge aus der Produktion unserer vollstehenden Fahrzeugwerke und die Tatsache der auf 50 km/h heraufgesetzten Höchstgeschwindigkeit in geschlossenen Ortschaften lassen — zunächst wenigstens theoretisch — eine höhere Zahl möglicher Kraftfahrzeugunfälle erwarten.

Daher sind Maßnahmen erforderlich, die diesem Faktum entgegenwirken und die in sinnvoller Weise dem Verlangen aller Verkehrsteilnehmer nach erhöhter Sicherheit entsprechen. Sie finden in der überarbeiteten Straßenverkehrsordnung (StVO) und der Straßenverkehrs-Zulassungsordnung (StVZO) ihren Niederschlag. Durch eine Reihe bemerkenswerter Ergänzungen der Bau- und Betriebsvorschriften der StVZO wurden die Bedingungen verschärft, die zu erfüllen sind, bevor in Zukunft ein Kraftfahrzeug zum öffentlichen Straßenverkehr zugelassen werden kann.

Es ist nicht beabsichtigt, diese neuen Vorschriften hier ausführlich zu besprechen, aber es erscheint unerlässlich, wenigstens auf einige Auswirkungen hinzuweisen, die mit dem Inkrafttreten der neuen StVZO entstanden sind.

Ein Blick in die Unfallstatistik zeigt, daß im Zeitraum von Januar 1955 bis März 1956 907 Verkehrsunfälle im Postkraftfahrdienst registriert werden mußten. Davon waren in sechs Fällen Menschenleben zu beklagen! 215 Personen wurden verletzt.

Die Frage, in welchem Umfang Kraftfahrzeuge der Deutschen Post schuldhaft am Unfallgeschehen beteiligt waren, beantwortet die Statistik folgendermaßen: 408 von diesen 907 Unfällen wurden durch Kraftfahrer der Deutschen Post verschuldet; bei 30 Kraftfahrzeugen lagen technische Mängel vor, die für das Zustandekommen des Unfalles benannt werden müssen. Durch fehlerhaftes Überholen wurden 177 und durch Trunkenheit 25 Unfälle verursacht.

Eine Aufstellung der Unfallarten und -ursachen in Berlin zeigt die nachstehende Tabelle.

Entwicklung der Unfallziffern im Postkraftfahrdienst in Berlin vom 1. 4. 54 bis 30. 9. 56

| Zeitraum                      | 1. 4. — 30. 9. 1954 |      | 1. 10. — 31. 3. 1955 |      | 1. 4. — 30. 9. 1956 |      |
|-------------------------------|---------------------|------|----------------------|------|---------------------|------|
|                               | 1954                | 1955 | 1955                 | 1956 | 1956                | 1956 |
| Gesamtzahl der Unfälle        | 84                  | 99   | 105                  | 103  | 118                 | 118  |
| Verschuldet durch Post-Kfz    | 45                  | 58   | 58                   | 78   | 78                  | 78   |
| Todlicher Ausgang             | —                   | —    | —                    | —    | —                   | —    |
| Verletzte                     | 23                  | 16   | 16                   | 13   | 19                  | 19   |
| Sachschäden an eigenen Kfz.   | 72                  | 95   | 163                  | 169  | 169                 | 169  |
| Ursachen u. a.                |                     |      |                      |      |                     |      |
| Technische Mängel an Post-Kfz | 4                   | 3    | 10                   | 3    | 9                   | 9    |
| Fehlerhaftes Überholen        | 7                   | 11   | 31                   | 22   | 21                  | 21   |
| Trunkenheit der Fahrer        | —                   | —    | 7                    | 15   | 14                  | 14   |
| Alkohol                       | —                   | —    | —                    | —    | —                   | —    |

Im Verhältnis zum Bestand der in Berlin eingesetzten Kraftfahrzeuge war jeder vierte Wagen an einem Verkehrsunfall beteiligt. Es kann die Schlussfolgerung gezogen werden, daß dem betriebs- und verkehrssicheren Zustand unserer Kraftfahrzeuge zwar allgemein eine außerordentliche Bedeutung zugestanden, dieser Forderung jedoch offensichtlich nicht immer mit der erforderlichen Konsequenz entsprochen wird.

Das ständige Verbessern des technischen Zustandes unserer Kraftfahrzeuge ist für die Senkung der Unfallziffern genauso wichtig, wie der Appell an die Kollegen Kraftfahrer, 100000 km unfallfrei zu fahren. In diesem Zusammenhang darf von einer pflichtbewußten Einstellung unserer Kraftwagenfahrer zu den täglichen Forderungen des Straßenverkehrs gesprochen werden, wenn man die Vielzahl der Verpflichtungen im Rahmen der „100000-km-Bewegung“ beachtet, die sich übrigens in den Bezirken laufend weiter erhöht.

Die heraufgesetzten Bremsverzögerungswerte (§ 46 der neuen StVZO) sind nun insofern von außerordentlicher Bedeutung, als sich die Stillsetzwege der Kraftfahrzeuge erheblich verkürzen sollen. Als Stillsetzweg wird der Weg bezeichnet, der vom Erkennen eines Hindernisses, also der Aufforderung zur Bremsbetätigung, bis zum Wagenstillstand zurückgelegt wird (s. a. „Die Deutsche Post“, Heft 5/56, „Zur Beurteilung von Kraftfahrzeugbremsen“).

Die kürzere zulässige Bremswegstrecke entspricht in direkter Weise dem erhöhten Sicherheitsbedürfnis. Aus der nachfolgenden Zusammenstellung ist ersichtlich, wie sich die Bremsverzögerungswerte gegenüber der alten Fassung des § 41 der StVZO von 1950 bzw. 1937 erhöht haben. Die Spalten 14 und 15 weisen die Verkürzung der Bremswegstrecke in Metern aus und zeigen besonders eindringlich, wie durch den Gesetzgeber allein mit dieser Maßnahme im praktischen Fahrbetrieb ein direkter Einfluß auf das Verhindern von Verkehrsunfällen ausgeübt wird.

| Kfz mit Höchstgeschwindigkeiten [km/h] | Änderung der Bremsverzögerungswerte [m/s²] |     |                  |     |                 |     | Bremsweg bei Ausgangsgeschwindigkeit v = 30 km/h [m] |      |                  |      |                 |      | Kürzung des Bremsweges [m] |       |
|----------------------------------------|--------------------------------------------|-----|------------------|-----|-----------------|-----|------------------------------------------------------|------|------------------|------|-----------------|------|----------------------------|-------|
|                                        | bisher                                     |     | bis Baujahr 1957 |     | ab Baujahr 1958 |     | bisher                                               |      | bis Baujahr 1957 |      | ab Baujahr 1958 |      | Sp. 8                      | Sp. 9 |
|                                        | B                                          | F   | B                | F   | B               | F   | B                                                    | F    | B                | F    | B               | F    | B                          | F     |
| bis 20                                 | 1,5                                        | 1,0 | 1,5              | 1,5 | —               | —   | 10,0                                                 | 14,2 | 10,0             | 10,0 | —               | —    | —                          | —     |
| bis 30                                 | —                                          | —   | —                | —   | 2,5             | 2,0 | —                                                    | —    | 13,2             | 17,3 | 5,1             | —    | —                          | —     |
| bis 100                                | 2,5                                        | 1,5 | 3,0              | 1,5 | 4,0             | 2,0 | 13,8                                                 | 24,1 | 11,5             | 21,1 | 8,7             | 17,3 | 5,1                        | 6,8   |
| über 100                               | 3,5                                        | 1,5 | 4,0              | 1,5 | 5,0             | 2,0 | 9,0                                                  | 23,1 | 8,7              | 23,1 | 6,0             | 17,3 | 3,0                        | 6,8   |
| Kraftfahrräder, auch mit Seitenwagen   | 2,5                                        | 2,5 | 2,5              | 2,5 | 3,0             | 3,0 | 13,8                                                 | 13,8 | 13,8             | 13,8 | 11,5            | 11,5 | 2,3                        | 2,3   |
| Anhänger bis 20 km/h                   | 1,5                                        | —   | —                | —   | 3,0             | —   | —                                                    | —    | —                | —    | —               | —    | —                          | —     |
| alle übrigen Anhänger                  | 2,5                                        | —   | —                | —   | 4,0             | —   | —                                                    | —    | —                | —    | —               | —    | —                          | —     |

B = Betriebsbremse  
F = Feststellbremse

Wenn man bedenkt, daß sich die Werte der mittleren Bremsverzögerung für Fahrzeuge, die über 100 km/h Höchstgeschwindigkeit erreichen, ab Baujahr 1958 fast verdoppeln, so darf man versichert sein, daß diese Forderung nur erfüllt werden kann, wenn alle Bremsaggregate stets funktionsicher und einwandfrei zusammenarbeiten. Wäre die alten (vielleicht zu niedrig festgesetzten) Bremsverzögerungswerte oft müheelos zu erreichen, so wird der Nachweis für das Einhalten der verschärften Bestimmungen nur gelingen, wenn regelmäßig eine gründliche Wartung und Pflege der Bremsanlage deren Betriebssicherheit garantiert. Es ist nicht zu übersehen, daß aber gerade darin eine gewisse Absicht der für die Überarbeitung der SVZO Verantwortlichen lag. Mit der Festsetzung des Wertes der mittleren Bremsverzögerung bei 5 m/s² für Kraftfahrzeuge mit reichlicher Höchstgeschwindigkeit von über 100 km/h kommt man an die theoretische Höchstgröße der maximal möglichen Verzögerung bemerkenswert nahe heran.

Es sei gestattet, mit der nachfolgenden Ableitung den Gedanken, der sich in diesem Zusammenhang geradezu aufdrängt, zu vervollständigen.

**Schema des Kräfteansatzes am Reifen beim Bremsen (Bild 1)**

Zur Vereinfachung der Verhältnisse wird angenommen, daß sich das Gewicht des Fahrzeuges auf die vier gebremsten Räder eines zweischlingigen Kraftfahrzeuges gleichmäßig verteilt. Es bedeuten:

- G = Gesamtgewicht des Kfz [kg]
- m = Masse des Kfz [kg]
- g = Erdbeschleunigung 9,81 [m/s²]
- R = Reibungskraft [kg]
- b = Verzögerung [m/s²]
- B = Bremskraft [kg]
- P<sub>N</sub> = Normalkraft [kg]
- μ<sub>H</sub> = Kräfteflußbeiwert für Haftreibung

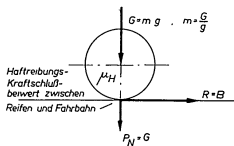


Bild 1. Schema des Kräfteansatzes am Reifen beim Bremsen

Aus dem dynamischen Grundgesetz

$$P = m \cdot b \quad (1)$$

errechnet sich die Größe der notwendigen Bremskraft bei einer geforderten Verzögerung

$$B = \frac{G}{g} \cdot b \quad (2)$$

Es wird verlangt, daß die Reifen auf der Fahrbahn nicht gleiten. Die mögliche Bremskraft ist deshalb gleich groß der Reibungskraft bei gegebenem Kräfteflußbeiwert für die Haftreibung.

$$R = \mu_H \cdot P_N \quad (3)$$

Setzt man diesen Wert für die Reibung (R = B) in die Gleichung (2) ein, so wird offensichtlich, daß die Verzögerung nach oben durch die Haftreibung μ<sub>H</sub> begrenzt wird.

$$\mu_H \cdot P_N = \frac{G}{g} \cdot b \quad (4)$$

Da der Normalkraft P<sub>N</sub> (Druck der Reifen auf die Fahrbahn) gleich dem Gesamtgewicht G ist, wird schließlich

$$\mu_H \cdot G = \frac{G}{g} \cdot b \quad (5)$$

und daraus folgt:

$$\mu_H \cdot g = b \quad (6)$$

Der Kräfteflußbeiwert μ<sub>H</sub> ist (nach Klause) bestenfalls 0,9. Damit wird aber der theoretisch erreichbare Höchstwert der möglichen Verzögerung

$$b = 0,9 \cdot 9,81 \frac{m}{s^2} = 8,83 \frac{m}{s^2}$$

Dem geforderten mittleren Bremsverzögerungswert von  $\frac{5}{g} \frac{m}{s^2}$  kann mit guter Annäherung ein Höchstwert von  $7,15 \frac{m}{s^2}$  zugeordnet werden.

Das Verhältnis der mittleren zur zugehörigen höchsten Bremsverzögerung entspricht dann mit

$$\frac{5,0 \frac{m}{s^2}}{7,15 \frac{m}{s^2}} = 0,7$$

den praktischen Gegebenheiten. Der kurvenförmige Verlauf eines Bremsvorganges ist im Diagramm (Bild 2) dargestellt. Die angebrachten Markierungen lassen erkennen, wie im Vergleich zur bisherigen Vorschrift die Bremswegstrecken z. B. für einen PKW mit Höchstgeschwindigkeit über 100 km/h kürzer werden und in welche Nähe der Verzögerungsgrenzwert dem theoretischen Grenzwert nach oben gerückt ist.

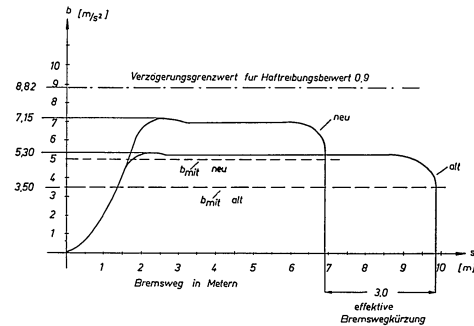


Bild 2. Diagramm des Bremsverlaufs

**2. Die Bedeutung der Kraftwagen-Überwachungsbeauftragten (KwÜwa)**

Die Kontrolle der Einhaltung der vom Gesetzgeber erlassenen Vorschriften erfolgt grundsätzlich einmal jährlich bei der kraftfahrzeugtechnischen Jahresuntersuchung. Für die Fahrzeuge der Deutschen Post gelten die erlassenen Durchführungsbestimmungen ungenügend und ohne Einschränkung. In Übereinstimmung mit einer bereits früher getroffenen Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen und dem Ministerium des Innern — HV Deutsche Volkspolizei — führen die Kraftwagen-Überwachungsbeauftragten den technisch-praktischen Teil der Untersuchungen bei unseren Postkraftfahrzeugen eigenverantwortlich durch. Dabei haben die vom MPP herausgegebenen „technischen Grundsätze“ Gültigkeit, die in Einklang mit den Bestimmungen stehen, die von der HV Deutsche Volkspolizei für die Jahresüberprüfung der Kraftfahrzeuge und Anhänger erlassen worden sind.

Der Deutschen Post wird damit in Anerkennung ihrer guten Organisation der Kraftwagen-Überwachungsstellen eine Berechtigung übertragen, die für den Postbetriebsdienst zahlreiche Vorteile bringt und zugleich aber auch eine Verpflichtung auflegt, die Verpflichtung nämlich, das in die Organisation gesetzte Vertrauen in jeder Weise zu rechtfertigen.

Mit dem Kraftwagen-Überwachungsamt steht der Deutschen Post eine unentbehrlich gewordene, außerordentlich wertvolle und bewährte Überwachungsorganisation zur Verfügung. Der Umstand, daß diese Arbeitsplätze in den Bezirken im wesentlichen durch qualifizierte und erfahrene Kollegen besetzt sind, sichert von vornherein eine wirkungsvolle Tätigkeit. Außer der ihnen übertragenen ständigen und vor allem planmäßigen Überwachung der Kraftfahrzeuge alter Dienstwege in technischer Hinsicht stehen die Kraftwagen-Überwachungsbeauftragten stets mit gutem Rat und praktischer Hilfe zur Verfügung. Sie werden deshalb auch gerade bei kleineren Stützpunkten gern gesehen. Die im Laufe langer Dienstjahre gesammelten umfangreichen Erfahrungen sind die Grundlage einer ausgezeichneten Sachkenntnis und versetzen diese Kollegen in die Lage, zweckdienliche und sachlich begründete Anordnungen zu erteilen.

Mit der Qualifizierung dieses Überwachungsstabes zur Kraftfahrzeug-Hilfsschweren ist Bedeutung und Wert der Organisation noch erheblich gestiegen. Auf einem Schulungslehrgang bei der Fachschule für Post- und Fernmeldewesen in Leipzig wurden zu den bereits vorhandenen praktischen Kenntnissen im Rahmen einer Reihe von Fachvorträgen solche theoretischer Art vermittelt. Damit konnte das technische Niveau nicht unwesentlich gehoben werden, und es war besonders erfreulich, daß alle Lehrgangsteilnehmer das Ziel der gemeinsamen Bemühungen erreichten und die Abschlußprüfung ausnahmslos mit Erfolg ablegten. Durch die Fachabteilung des MPP wurde mit dieser Maßnahme ein bemerkenswerter Beitrag geleistet, die Arbeit auf diesem Gebiete zu verbessern. Es darf jedoch mit gespannter Aufmerksamkeit erwartet werden, welche weiteren Schritte das MPP einleiten wird, um die begonnene und so erfreuliche Entwicklung folgerichtig fortzuführen.

Die enge Zusammenarbeit mit den Kraftwagen-Überwachungsbeauftragten der Bezirke ist auch für die Auswertung von Betriebserfahrungen außerordentlich wichtig. Leider wurde dieser Möglichkeit bisher zu untergeordneter Bedeutung beigemessen. Es liegt in den Aufgaben und der Arbeitsweise begründet, daß gerade von diesem Personenkreis umfassende Auskünfte über Mängel an Kraftfahrzeugen — besonders an denen der Neuproduktion — erteilt werden können. Die Unterrichtung an zentraler Stelle ist aber notwendig, wenn die Fehler in der Fertigung beseitigt und die Konstruktionen durch direkte Beeinflussung der Fahrzeughersteller laufend verbessert werden sollen. Die Wahrnehmung dieser Interessen der Deutschen Post gehört u. a. zum Aufgabenbereich des IPP, und es ist verständlich, daß man dort in erster Linie an der Betriebsbewehrung von Fahrzeugen interessiert ist. Es bleibt zu hoffen, daß die Erfassung zweckdienlicher Informationen unbürokratisch geregelt und die Führungnahme mit den Kraftfahrzeug-Hilfsbeauftragten der Bezirke zu einer ständigen Einrichtung wird.

**3. Einfluß der erhöhten Verkehrssicherheit auf die Rentabilität des Kraftfahrwesens**

Bei oberflächlicher Betrachtungsweise könnte man geneigt sein, die in Abhängigkeit geborenen Begriffe als phrasenhaft zu bezeichnen. Meint man doch im allgemeinen, daß die Erfüllung größerer Wünsche oder Forderungen nur erhöhte Ausgaben verursacht, niemals aber zu Einsparungen führen kann. Das mag in vielen Fällen stimmen, bei den Ausgaben für die Instandhaltung unserer Kraftfahrzeuge verhält es sich aber doch etwas anders. Die jährlich zur Verfügung gestellten, nicht immer gerade reichlich bemessenen Mittel für die Instandhaltung des Wagenparkes sollen — das ist an dieser Stelle in anderem Zusammenhang schon einmal bemerkt worden — vorzugsweise für die Instandsetzung der für die Betriebs- und Verkehrssicherheit des Fahrzeuges wichtigsten Teile, wie Lenkung, Bremsen, Antriebsaggregate usw., verwendet werden. Die be-

sonders durch den Farbstrich bedingte Auffälligkeit unserer Postfahrzeuge im öffentlichen Straßenverkehr muß aber auch zu einem in jeder Weise einwandfreien äußeren Zustand der Fahrzeuge aller Dienstzweige verpflichtet. Ein unästhetischer äußerer Gesamteindruck könnte vielleicht zu falschen Rückschlüssen auf den betriebs- und verkehrssicheren Zustand unserer Fahrzeuge verleiten. Das kann und darf aber nicht die Auswirkung eventueller Einsparungsmaßnahmen sein.

Wenn man bedenkt, wie in der Praxis der Fahrbetriebes oft kleine Reparaturen nicht ausgeführt werden, nur weil z. B. die Zeit dafür nicht zur Verfügung steht, so ist diese Tatsache erfahrungsgemäß oft genug Ursache für die Ausweitung des Mangels gewesen, zu dessen Beseitigung dann allerdings ein wesentlich größerer Aufwand erforderlich war. Mit einer Fülle von Beispielen aus der Praxis könnte an dieser Stelle aufgearbeitet werden. Da diese vom kraftfahrtechnisch interessierten

Leser aus seinem eigenen Wirkungsbereich viel tieferer aufgezählt werden können, wird darauf verzichtet. War z. B. mit der Sofort-Beseitigung des relativ kleinen Übels einerseits nur ein geringer zeitlicher und geldlicher Unfortsatz verbunden, so lag der weit größere Vorteil aber darin, daß die Funktion eines vielleicht gerade bedeutsamen Details die Verkehrssicherheit nicht beeinträchtigte. Würde aber andererseits eine Nichtbeachtung einer sich andeutenden Funktionsstörung ein Verkehrsunfall verursachen, so ist der vielleicht entstandene Totalausfall des Fahrzeuges, von den gefährdeten Menschenleben ganz zu schweigen, ein spürbarer Eingriff in den geplanten Betriebsablauf.

Wenn man sich der Folgerichtigkeit dieser Verketzung nicht entzieht und die Praxis gebührender Berücksichtigung, so ist ein Zusammenhang zwischen erhöhter Verkehrssicherheit und letztlich doch erreichter Einsparung nicht zu leugnen.

Markenschaukästen

Mit großem Interesse habe ich im Heft 4, 56 der Zeitschrift „Die Deutsche Post“ den Artikel „Die Pflicht zu repräsentieren“ gelesen. Der Verfasser zeigte darin Mißstände auf, die in unseren Postämtern — ganz besonders in den älteren — sehr oft noch vorhanden sind. Für mein Beschäftigungsumfeld kommt noch hinzu, daß fast während des gesamten Jahres Hunderte von Feriengästen, Wanderern und Kindern im Ort Urlaubstage verbringen. Es ist allzuleicht verständlich, daß sie schon gleich nach der Ankunft ihre Schritte zum Postamt lenken, um Wertzeichen, Ansichtskarten, Zeitungen und Zeitschriften zu kaufen. Unsere alten Postämter sind leider nicht auf den gesteigerten Verkehr, auf die erhöhten Lebens- und Kulturbedürfnisse unserer Menschen eingerichtet. Selbstverständlich ist aber auch, daß kein einsichtiger Mensch heute vom MPF bzw. von unserer Regierung verlangen kann, sämtliche alten Postämter und Schaltanlagen umzubauen oder zu modernisieren. Große Mittel sind hierfür erforderlich, Mittel, die von uns allen erst erarbeitet sein wollen.

Durch den Umbau der veralteten Schaltanlagen — zunächst vor allem in den Kur- und Erholungsorten unserer Republik — würde die Deutsche Post jedoch dazu beitragen, unseren Werktätigen die Urlaubstage noch angenehmer und schöner zu gestalten.

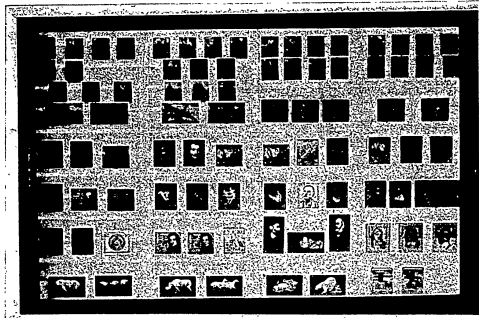
Aber dessen ungeachtet kann auch ohne Umbauten zunächst einiges verbessert werden. Hierfür ein Beispiel: Im Schaltorraum eines jeden Postamts hängt ein Markenschaukasten.

Dieser enthält eine Zusammenstellung der in der Deutschen Demokratischen Republik und im demokratischen Sektor von Groß-Berlin gültigen Postwertzeichen. Betrachtet man diese Markenschaukästen bei einzelnen Postämtern einmal näher, so stellt man ein sehr unterschiedliches Aussehen fest. Sind die Wertzeichen in einem Schaukasten schön ordentlich, ja mit Liebe angebracht, so stellen sie in einem anderen Schaukasten ein mehr oder weniger großes Durcheinander dar. Der Markenschaukasten zeigt aber nicht nur die gültigen Wertzeichen, sondern ist zugleich ein Spiegel unserer politischen und kulturellen Entwicklung.

Wo sind aber nun die Ursachen für das schlechte Aussehen vieler Markenschaukästen zu suchen? Handelt es sich um Nachlässigkeiten der verantwortlichen Kollegen? Zum Teil vielleicht, zum großen Teil aber auch nicht.

Bei neuem Amt war dies bisher auch der Fall. Die alten Wertzeichen wurden entfernt, von dem neuen Satz fand eine Marke rechts oder links, oben oder unten ihren neuen Platz. Die klare Übersicht ging verloren. Um diesem Übel abzuhelfen, wurden von mir zwei Stück Einsteckblätter im Format 29 x 30 cm im Markenschaukasten angebracht. Die Wertzeichen können nun satzweise geordnet im Markenschaukasten angebracht werden. Auch bei der Entnahme von Wertzeichen ist es jetzt möglich, durch Nachrücken bzw. Einfügen der neuen Wertzeichen die entstandenen Lücken zu schließen, ohne daß das harmonische Gesamtbild darunter leidet.

Vielleicht ist die zentrale Beschaffung von Klarsichtstreifen mit einer Kleebleiste im Format 2 x 50 cm möglich. Je Markenschaukasten wären 10 Stück nötig, die Platz für etwa 140 bis 150 Stück Wertzeichen bieten würden. Siegfried Ehrhardt, Oberweißbach (Thüringer Wald)



(Auffr. Henkel, Oberweißbach)

Finanznormierung der Hilfsleistungen im Fernmeldebau

Von Werner NITZSCHE und Kurt TSCHIEDL, Berlin

Es ist beabsichtigt, in der nächsten Zeit Verrechnungsproze (Finanznormen) für Hilfsleistungen im Fernmeldebau zu schaffen. Eine Voruntersuchung über die Möglichkeit ihrer Einführung hat bereits stattgefunden. Die in diesem Aufsatz dargestellten Probleme sind sowohl wirtschaftlicher als auch technischer Art. Deshalb soll dieser Artikel nicht nur allein die im Finanzwesen des Fernmeldebauwesens Beschäftigten, sondern auch alle, die unmittelbar auf dem Gebiete der Planung, Durchführung und Abrechnung der Hilfsleistungen im Fernmeldebau tätig sind, ansprechen.

Allgemeines

Vom Standpunkt des Wirtschaftlers soll durch die Finanznormierung der Hilfsleistungen im Fernmeldebau eine bessere und einfachere Kontrollmöglichkeit der Tätigkeit auf diesem Gebiete geschaffen und klarfö ausgeübt werden können. Vom Standpunkt des Bautechnikers bedeutet die Finanznormierung eine einfachere Planung und Abrechnung und eine bessere Eigenkontrolle dieser Arbeiten. Beide Interessengruppen sollen also in der Zukunft mit Finanznormen arbeiten; das erfordert eine enge Zusammenarbeit und gegenseitige Abstimmung.

Gleichzeitig soll dieser Artikel anregen, mit ähnlichen oder besseren Methoden die Finanznormierung auf dem Gebiete des Sprechstellenbaus sowie der Investitions- und Generalreparaturtätigkeit im Fernmeldebau voranzutreiben. Der Aufsatz wendet sich aber auch an alle übrigen Mitarbeiter der Deutschen Post mit der Aufforderung, die Möglichkeit zum Bilden von Finanznormen auch auf anderen Gebieten der Deutschen Post zu überprüfen und an der Verbesserung der Wirtschaftstätigkeit der gesamten Deutschen Post mitanzuhelfen.

Bedeutung der Finanznormierung für Hilfsleistungen

In hier anzuwendenden Sinne sind Finanznormen fixierte Durchschrittskosten für eine bestimmte Leistung. Finanznormen fassen die ursprünglichen Arbeitsnormen und Materialverbrauchsnormen einer Leistung (soweit diese bereits bestanden haben) zu einer neuen Einheit zusammen; es sind Großnormen, die ihren Ausdruck im Gelde finden.

Bis jetzt werden die Hilfsleistungen nach den einzelnen, bereits bestehenden Arbeitsnormen und nach dem Materialverbrauch abgerechnet, aber die Hilfsleistungen sind ihrer Natur nach sehr unterschiedlich, weil jede einzelne Leistung andere Maßnahmen, einen unterschiedlichen Verbrauch an Material und Arbeitszeit erfordert. Das bedingt einen relativ hohen Arbeitszeitaufwand für die Kontrolle und Abrechnung dieser Leistungen.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn allgemein im Fernmeldebau gerade diese Tätigkeiten vernachlässigt und die Hilfsleistungen als etwas „Undurchsichtiges“ behandelt wurden. Für durchzuführende Hilfsleistungen gab man Globallaufträge heraus. Daraufhin wurden in den meisten Fällen alle möglichen Arbeiten durch die Baubteilungen als „Hilfsleistungen“ verrechnet. Die zuständigen Bearbeiter konnten sich auf diese Weise ihrer Verantwortung entziehen, ohne einer wirksamen Kontrolle unterworfen zu sein.

Die globale Abrechnung der Hilfsleistungen brachte es mit sich, daß die Hilfsleistungen unsystematisch — sowohl zeitlich als auch territorial — erledigt wurden. Die Durchführung der Hilfsleistungen wurde unhygienisch, oft unterbrochen und teuer. Auf diese Weise vertat man Geldmittel, ohne genau zu wissen, wofür sie ausgegeben worden waren. Die Planung der Hilfsleistungen wurde nicht auf der Grundlage von feststehenden Mengengerüstungen vorgenommen, sondern auf Grund der „Erfahrung“ einfach von Jahr zu Jahr geschätzt.

Die globale Abrechnung der Hilfsleistungen unter der Annahme, daß diese Darlegungen führen zur berechtigten Annahme, daß man mit den in dem Plänen bereitgestellten Mitteln sicher eine größere wirtschaftliche Leistung erreichen könnte, die sich vorteilhaft auf den Zustand des ober- und unterirdischen Liniennetzes auswirken müßte.

Der bisherigen Praxis in der Planung, Durchführung und

Abrechnung setzte man allerdings im Verlaufe des Rechnungsjahres 1956 einige Grenzen.

So wurde u. a. verfügt, daß der größte Teil der Hilfsleistungen nicht mehr global, sondern als Einzelaufträge abzurechnen sind, daß Hilfsleistungen im Turnus von drei Jahren jeweils für eine bestimmte Linie usw. zu wiederholen sind, daß die Formelarbeiten zu diesem Zweck und zur Kontrolle der Gelddarstellungen Kontrollnachweise je Ortsnetz bzw. Verantwortungsbereich und Linie zu führen haben. Diese Maßnahmen führten ohne Zweifel bereits zu einer besseren Kontrolle der Gelddarstellungen für Hilfsleistungen. Sie erschwerten jedoch die Planungsarbeiten, weil in dem untersuchten Bezirk für jeden einzelnen Auftrag und für jedes neue Jahr Kostenveranschläge aufgestellt werden mußten, deren Aufstellung von immer wieder anderen Bedingungen abhängig ist. Sie erschwerten außerdem die Kontrolle, ob diese unterschiedlichen Veranschläge eingehalten worden sind; sie erforderte jedenfalls mehr Arbeit als eine Kontrolle zu festen, allgemein bekannten Sätzen.

Die zu schaffenden Finanznormen für Hilfsleistungen werden in jedem Falle gegenüber den bisherigen Methoden Vorteile mit sich bringen, weil mit ihrer Hilfe die Planung, Durchführung und Abrechnung übersichtlicher und einfacher gestaltet werden können; dafür einige Beispiele:

Die Planung wird einfacher, weil z. B. der jeweils verantwortliche Fernmeldeleiter keine komplizierten Kostenvorschläge mehr aufstellen hat. Er weiß — bedingt durch den 3-Jahres-Rhythmus —, welche Linien er instand zu halten hat. Er geht diese Linienstrecken seines Bereiches ab und stellt auf Grund der bekannten Finanznormen seinen Mittelbedarf je Auftrag zusammen. Auch für den Planungstermin des Betriebes ist es jetzt sehr einfach, diese ermittelten Zahlen bei der Betriebsplanung zu verrechnen.

Ferner wird die Eigenkontrolle beim Durchführen der Bauaufträge übersichtlicher, weil jeder Fernmeldeleiter weiß, wieviel Mittel für jedes Vorhaben zur Verfügung stehen. Die Abrechnung wird dann zeigen, ob der jeweilige Baubetrieb reibend gearbeitet hat oder nicht. Durch Gegenüberstellen der Istkosten zu den Plankosten können analytisch die Ursachen der Minder- oder Mehrverwendungen festgestellt werden. Die Abrechnung der Hilfsleistungen wird durch die durchschnittlichen notwendigen Kosten entsprechen. Dieses System hat darüber hinaus den Vorteil, daß auf diese Weise offen der recht unterschiedliche Zustand der einzelnen Anlagen zutage tritt und wird. Hierdurch hat die Leitung der Deutschen Post ein Mittel in der Hand, ihre Arbeit auf die gleichmäßige Entwicklung der Anlagen einzuwirken.

Die bisherigen Ausführungen beweisen die Notwendigkeit der Einführung von Finanznormen, mit denen sowohl eine einfachere Verwaltungsarbeit als auch eine straffe Finanzdisziplin auf dem Gebiete der Hilfsleistungen erreicht werden sollen.

Für die Finanznormierung ergeben sich dabei einige Probleme und Schwierigkeiten; diese sollen in den nächsten Punkten besprochen werden.

Trennung der einzelnen Hilfsleistungsarbeiten in solche, für die die Finanznormbildung durchaus möglich bzw. in solche, für die sie nur bedingt möglich ist.

Eine Zusammenfassung aller Arbeiten, die als Hilfsleistungen gelten, wurde in der Anlage zur Finanzsammlungsverfügung Nr. 108/56 veröffentlicht.

Wie bereits gesagt, sind Finanznormen fixierte Durchschnittskosten. Um dieser Bedingung von vornherein zu entsprechen, müssen für die Finanznormung solche Arten von Hilfsleistungen herangezogen werden, deren Kostenanfall keinen größeren Schwankungen unterliegt. Da die Kosten der Einzelarbeiten in jedem Falle erheblich schwanken, muß bei der Wahl von Finanznormen zweifelsfrei vorausgesetzt werden:

1. Für die Finanznormbildung können nur Arbeiten berücksichtigt werden, die den größten Umfang unter allen Hilfsleistungen einnehmen, weil sie ihres Umfanges wegen am ehesten gering schwankende Durchschnitte zulassen.  
2. Als Finanznormen müssen Arbeitseinheiten gewählt werden, die eine genügende Vielzahl von Einzelarbeiten umfassen und es dadurch ermöglichen, innerhalb ihres eigenen Volumens Schwankungen auszugleichen.

Demartige Hilfsleistungen sind vor allen Dingen die Instandhaltungen. Diese machen wertmäßig unter den gesamten Hilfsleistungen den Hauptanteil aus. Ihrer Vielzahl wegen und um sie ihren Arbeiten nach besser untersuchen und überschauen zu können, werden sie bereits jetzt verschiedenen Kostenträgern zugerechnet. Die einzelnen Kostenträger umfassen eine große Anzahl von Einzelarbeiten bzw. Arbeitsgängen, so daß hier für die Bildung von Finanznormen die besten Voraussetzungen gegeben sind.

Demnach sollen Finanznormen zunächst für die Instandhaltungen des oberirdischen und unterirdischen Netzes ausgearbeitet werden. In einzelnen sind das Arbeiten, die bei nachstehenden Kostenträgern anfallen:

| Art der Arbeiten                                 | Kostenträger-Nr. |
|--------------------------------------------------|------------------|
| Instandhaltungen der Ferullein (Einfachgestänge) | 5810             |
| Instandhaltungen der Ferullein (Doppelgestänge)  | 5811             |
| Instandhaltungen der Ansehlfäden (Bodengestänge) | 5812             |
| Instandhaltungen der Ansehlfäden (Luftgestänge)  | 5813             |
| Instandhaltungen der Luftkabel                   | 5814             |
| Instandhaltungen der Linienverzweiger usw.       | 5815             |
| Instandhaltungen der Kabelschleife usw.          | 5816             |

Durch das Herausrechnen der Instandhaltungen tritt zunächst ein Nachteil auf: Die Abrechnung der Hilfsleistungen wird in zwei Gruppen gespalten. Die eine Gruppe soll nach Finanznormen, die andere Gruppe — das ist der Rest der Hilfsleistungen — muß nach den alten Methoden abgerechnet werden. Die Arbeit mit Finanznormen scheint also eine Komplizierung zu sein. Dennoch ist es nicht so. Man muß vielmehr berücksichtigen, daß der Umfang der Geldmittel, der noch nach den alten Methoden abgerechnet werden muß, gering ist. Außerdem muß diese Tatsache dazu anregen, für jenen kleinen Teil Möglichkeiten einer Finanznormung zu finden. Das wird allerdings schwer sein, weil der Kostenaufwand je Auftrag für diese Hilfsleistungsarten erheblich schwankt und die Arbeit selbst äußerst unregelmäßig anfallen kann; man denke z. B. an den Abbruch von Teilnehmeranschlüssen.

Notwendigkeit der Ausgliederung der Sonderzeileinstellen und der Kostenstruktur der Hilfsleistungen als Grundlage für die Finanznormbildung

Dieser Punkt soll nicht eine genaue Analyse der einzelnen Kostenbestandteile wiedergeben, sondern lediglich auf die weitere Schwierigkeit hinweisen, daß nicht alle Hauptbestandteile der Kosten (Leihkosten, Materialkosten und Sonderzeileinstellen) für das Bilden von Finanznormen geeignet sind. Die Sonderzeileinstellen müssen hierbei ausscheiden. Ihr Aufkommen je Leistungseinheit ist viel zu variabel. Stellt man sie den Lohn- und Materialkosten (einschließlich den Gemeinkosten) gegenüber, so ergibt sich folgendes Bild:

Lohn- und Materialkosten nehmen vom gesamten Kostenvolumen den überwiegenden Teil ein. Diese beiden Kostenbestandteile sind der Wertausdruck für ständig wiederkehrende Tätigkeiten, die bei den Instandhaltungsarbeiten ausgeführt werden müssen. Sie zu bearbeiten, ist verhältnismäßig leicht, weil für sie bereits Normen bzw. Erfahrungswerte bestehen. Mit Hilfe dieser Normen lassen sich ohne weiteres Großnormen, wie

es die Finanznormen sind, schaffen, weil die bereits bestehenden Normen ein festes Maß an lebendiger und vorgegenständlicher Arbeit darstellen. Variabel sind bei diesen Großnormen allein nur die verschiedenen Arten von Tätigkeiten ihrer Menge nach. Da die Großnormen jedoch ein genügend großes Volumen dieser Tätigkeiten ausmachen sollen, gleichen sich ihre Werte aus und bilden stabile Einheiten.

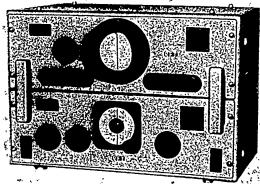
Im Gegensatz dazu schwanken die Sonderzeileinstellen je Leistungseinheit (Leistung, die in einer Großnorm ausgedrückt ist). Ihr Anfall richtet sich jeweils nach der besonderen Lage der Bauarbeiten. Fremdleistungen zum Beispiel werden nur dort notwendig sein, wo außer den betriebstypischen Arbeiten Sonderarbeiten anfallen, die durch Fremde besser oder billiger erledigt werden können. Entscheidungen und Fuhrleistungen werden sich, wenn sich die Arbeiten über einen längeren Zeitabschnitt ausdehnen, entsprechend dem wachsenden Abstand zwischen Dienstleistungen und Baustellen, ständig verändern. Entscheidungen und Fuhrleistungen sind also nicht von den durchzuführenden Tätigkeiten abhängig, sondern von der Lage des Arbeitsortes.



WT-Frequenzmeßeinrichtung Kf 401

Die WT-Frequenzmeßeinrichtung Kf 401 des VEB Fernmeldewerk Leipzig dient zur laufenden Überwachung und zum Abgleich der Frequenzen sowie zur schnellen Bestimmung von Frequenzfehlern der Generatoren von WT- und MT-Drehtrommsystemen. Der eingebaute Frequenzvergleichler kann auch zum Vergleich anderer Frequenzkonstanten (Gleichstrom und Wechselstrom) als Normale zur Verfügung stellen.

Die zu prüfende WT- oder MT-Frequenz wird an die Melplatten (Eingang: Prüffrequenz), die Frequenz des Vergleichsstroms an die Zeilistritz (Eingang: „Eilipse fremder“) eines ausgleichsgebildeten Frequenzvergleichers gelegt. Als Vergleichsstrom dient ein um ± 1% veränderbarer 60-Hz-RC-Generator, dessen Absoluteinleitung mittels eines 5100-Hz-Quarzoszillators vorgenommen wird. An einer in Promille genau ablesbaren Kreiselskala kann der relative Frequenzfehler nach Richtung und Größe unmittelbar abgelesen werden. Die Frequenzen der MT können mit Hilfe des 6100-Hz-Quarzoszillators auf tieferen Frequenzen umgesetzt werden, wodurch die Prüfung erleichtert wird. WT- und MT-Generatoren werden auf ihre Selbstfrequenz abgestimmt, indem man die Kreiselskala auf Null stellt und die Korrekturvorrichtung des zu messenden Oszillators soweit betätigt, bis auf den Bildschirm die Lissajousche Figur zum Stillstand kommt.



(Werkfoto VEB Fernmeldewerk Leipzig)

Gedanken zum Bilden und Differenzieren der Finanznormen

Bereits vorher wurde darauf hingewiesen, Finanznormen derart zu bilden, daß Schwankungen im Kostenanfall nach Möglichkeit ausgeschaltet werden. Diese Forderung wird jedoch nur in einem bestimmten Maße möglich sein. Will man dieser Tatsache zu Liebe rücken, so kommt man nur über die Technologie, die den einzelnen Hilfsleistungen zugrunde liegt, zu einer Lösung. Man muß also die Instandhaltungen den Arbeitsgängen nach betrachten.

Eine Untersuchung der einzelnen Arbeitsgänge je Kostenträger ergibt für das oberirdische Netz, daß diese Arbeitsgänge im wesentlichen gleich sind. Nur der Zeit- und Materialaufwand je Kostenträger kann unterschiedlich sein (Normen für Arbeiten, die in gleicher Weise an Fernleitungen wie an Anschlußleitungen ausgeführt werden, unterscheiden sich z. B. lediglich im Materialeinsatz). Diese im wesentlichen gleichen Arbeitsgänge lassen sich in zwei Gruppen zusammenfassen: Arbeiten, die bei der Auswechslung von Masten entstehen und Arbeiten, die allgemein an Gestängen und an den Leitungen anfallen.

Es erweist sich mithin als zweckmäßig, entsprechend diesen beiden Gruppen unterschiedliche Finanznormen für die Mastauswechslung und für die Leitungsarbeiten zu schaffen. Folgende Finanznormen wären zu bilden:

- a) Auswechslung eines Doppelgestanges,
- b) Auswechslung eines A-Mastes,
- c) Auswechslung eines Kuppelmastes,
- d) Auswechslung eines Einfachmastes,
- e) Auswechslung eines Mastankers,
- f) Auswechslung einer Maststrobe,
- g) Ansetzen eines Klebpostens,
- h) Ansetzen eines Mastfußes.

Diese müssen auf der Grundlage von Stückergebnissen festgelegt werden und, da sie mit Erdarbeiten verbunden sind, nach den drei üblichen Bodenklassifizierungen

- A — leichter Boden,
- B — mittlerer Boden,
- C — fester Boden

gegliedert werden. Das bedeutet weiter, daß Finanznormen für Leitungsarbeiten (dieses umfassen eine große Anzahl von Einzelarbeiten) auf der Grundlage von Kilometerleistungen je Leistungseinheit ermittelt werden müssen. Dabei sind die Finanznormen so zu differenzieren, daß sie den realen Kostenanfall an einer Linie, die zu reparieren ist, widerspiegeln. Die betreffenden Linien (jeweils zu einem Kostenträger gehörend), die instand gehalten werden sollen, werden unterschiedlich in ihrem Behang sein; z. B. können auf 1 km Linie jeweils 1 Paarkilometer (Pkm) Leitung, ebenso aber auch 2, 3, 4 usw. Pkm montiert sein. Die Kosten für die Instandhaltung dieser Linien müssen daher unterschiedlich sein.

Bei der Differenzierung der Finanznormen gilt es deshalb, eine Grundnorm zu schaffen, die den Wert der Arbeiten umfaßt, die allgemein an Gestängen vorzunehmen sind (z. B. Mastunterstützungen auf Standfestigkeit, Mastarbeiten usw.), zusätzlich der Arbeiten, die bei Instandhaltung einer Linie mit einer Doppelleitung anfallen. Darüber hinaus müssen für die zusätzliche Leistung zu jeweils einer weiteren Doppelleitung, die an der Linie montiert sein kann, Zuschlagsfinanznormen geschaffen werden.

Eine Ausnahme in dieser Hinsicht wird der Kostenträger 5814 (Luftkabel) bilden. Hier wird nur eine Grundfinanznorm gebildet, weil Luftkabel in der Regel nur einzeln verlegt werden.

Finanznormen für Instandhaltungen des unterirdischen Netzes können ebenfalls nur durch Untersuchung der einzelnen Arbeitsgänge ermittelt werden. Als Gegenstand der Instandhaltung sind die Anlagen des unterirdischen Netzes anzusehen, z. B. Linienverzweiger, Kabelverzweiger, Endverzweiger (für Innen-

räume und wetterfeste), Endverschlüsse und Überführungs- und Endverschlüsse beim Kostenträger 5815 und Kabelschleife, Abzweigkasten und Kabelkanäle beim Kostenträger 5816. Maßstab für die aufgezählten Anlagenarten muß hier auf die letztgenannten Kabelkanäle die Stückergebnisse sein, wobei diese, wo es als notwendig erscheint, nach Klassen — groß, mittel, klein — zu gliedern wären. Maßeinheit für die Kabelkanäle muß die Länge (gemessen in Metern) sein. Die Finanznormen müßten — bis auf die für Kabelkanäle — nur auf wesentliche Gruppen von Arbeitsgängen differenziert werden (z. B. Reinigung der Anlage, Entrostern und Streichen der Anlage, Auswechslung- und Bauarbeiten an der Anlage usw.). Dabei muß darauf geachtet werden, daß die Differenzierung nicht bis ins Einzelne geht, damit so wenig wie möglich Finanznormen entstehen. Eine Zerstückelung derselben wäre wegen der Mannigfaltigkeit der Abmessungen der Anlagen und der Tätigkeiten an den Anlagen durchaus möglich.

Methoden zur rechnerischen Ermittlung der Finanznormen

Für das richtige Errechnen der Finanznormen gibt es zwei Methoden:

1. Eine analytische Methode, die Ermittlungen mit Hilfe der Grundrechnungen ausstellt.
2. Eine synthetische Methode, die mit Hilfe der Kalkulation Vergleichszahlen zur analytischen Methode für die Finanznormung ermittelt.

Beide Methoden sind notwendig, um zu realen Daten zu kommen. Das nachfolgende Beispiel soll diese Behauptung verständlich machen.

Die analytische Methode, die sich besonders auf die Auftragsabrechnung stützt, hat den Vorteil, daß sie für jeden einzelnen Kostenträger effektive Werte über Lohn- und Materialkosten liefert. Sie sammelt eine Vielzahl von einzelnen Bauarbeiten gleicher oder ähnlicher Art und vergleicht sie in einem bestimmten Abrechnungszeitraum. Dadurch werden Extremwerte im Aufwand von Arbeit und Material ausgeglichen und Durchschnitt geschaffen, die für die Finanznormung die Grundlage bilden.

Durch die synthetische Methode, die sich auf die Kalkulation stützt, werden jedoch vom Ist abweichende Werte ermittelt, weil sie auf durchschnittlichen Leistungen für die einzelnen Kostenträger aufbaut. Die Durchschnittskosten sind nicht von vornherein dem Werte nach gegeben, sondern sind eine Sammlung durchschnittlicher, auf Erfahrung beruhender Arbeiten (bei denen z. B. auch die Bestimmungen des Arbeitsschutzes usw. berücksichtigt werden müssen), für die mit Hilfe der üblichen Normung Musterpreise gebildet werden.

Die synthetische Methode ergänzt also die analytische. Sie muß aber auch dort angewendet werden, wo Finanznormen innerhalb eines Kostenträgers zu differenzieren sind, weil sich durch die analytische Methode nur globale Werte je Kostenträger ausrechnen lassen.

Wie die Methoden im einzelnen angewendet werden müssen und welche Problematik bei ihrer technischen Durchführung entstanden ist, soll nachfolgendes Beispiel zeigen.

Beispiel

(Beim Berechnen der Werte mußte eine Reihe von Tabellen aufgestellt werden, deren Systematik beigefügt werden soll. Um jedoch die Berechnungen nicht unnötig auszudehnen, stützen wir uns in der Hauptsache auf die in den Tabellen ermittelten Resultate.)

Für die rechnerische Ermittlung der Finanznormen mit Hilfe der analytischen und der synthetischen Methode wurde der Kostenträger 5812 (Ansehlfäden — Bodengestänge) herausgegriffen.

Zunächst wurde ein Betriebsvergleich zwischen drei Formeldeimern (hier bezeichnet mit X, Y, Z) angestellt, um mittels der analytischen Methode zu effektiven Vergleichswerten zwischen den Formeldeimern zu kommen. Es wurden untersucht



Wie bereits gesagt, sind Finanznormen fixierte Durchschnittskosten. Um dieser Bedingung von vornherein zu entsprechen, müssen für die Finanznormung solche Arten von Hilfsleistungen herangezogen werden, deren Kostenanfall keinen größeren Schwankungen unterliegt. Da die Kosten der Einzelarbeiten in jedem Falle erheblich schwanken, muß bei der Wahl von Finanznormen zweifelsfrei vorausgesetzt werden:

1. Für die Finanznormbildung können nur Arbeiten berücksichtigt werden, die den größten Umfang unter allen Hilfsleistungen einnehmen, weil sie ihres Umfanges wegen am meisten gering schwankende Durchschnittskosten zulassen.

2. Als Finanznormen müssen Arbeitseinheiten gewählt werden, die eine genügende Vielzahl von Einzelarbeiten umfassen und es dadurch ermöglichen, innerhalb ihres eigenen Volumens Schwankungen auszugleichen.

Derartige Hilfsleistungen sind vor allen Dingen die Instandhaltungen. Diese machen vorwiegend unter den gesamten Hilfsleistungen den Hauptanteil aus. Ihre Vielzahl wegen und um sie ihren Arbeiten nach besser untersuchen und übersehen zu können, werden sie bereits jetzt verschiedenen Kostenträgern zugerechnet. Die einzelnen Kostenträger umfassen eine große Anzahl von Einzelarbeiten bzw. Arbeitsgängen, so daß hier für die Bildung von Finanznormen die besten Voraussetzungen gegeben sind.

Denhalb sollen Finanznormen zunächst für die Instandhaltungen des oberirdischen und unterirdischen Netzes ausgearbeitet werden. Im einzelnen sind das Arbeiten, die bei nachstehenden Kostenträgern anfallen:

Table with 2 columns: Art der Arbeiten, Kostenträger-Nr. Rows include Instandhaltungen der Fernlinien (Doppelgestänge), Instandhaltungen der Anschließstellen (Doppelgestänge), Instandhaltungen der Anschließstellen (Bodengestänge), Instandhaltungen der Luftkabel, Instandhaltungen der Luftkabelverweiger usw., Instandhaltungen der Arbeitsstellen usw.

Durch das Heruströmen der Instandhaltungen tritt zunächst ein Mischfall auf: Die Abrechnung der Hilfsleistungen wird in zwei Gruppen gespalten. Die eine Gruppe soll nach Finanznormen, die andere Gruppe — das ist der Rest der Hilfsleistungen — muß noch nach den alten Methoden abgerechnet werden. Die Arbeit mit Finanznormen scheint also eine Komplizierung zu sein. Dennoch ist es nicht so. Man muß vielmehr berücksichtigen, daß der Umfang der Geldmittel, der noch nach den alten Methoden abgerechnet werden muß, gering ist. Außerdem muß diese Tatsache dazu anregen, für jenen kleinen Teil Möglichkeiten einer Finanznormung zu finden. Das ist allerdings schwerer, weil der Kostenumfang je Auftrag für diese Hilfsleistungsarten erheblich schwankt und die Arbeit selbst äußerst unregelmäßig anfallen kann; man denke z. B. an den Abbruch von Teilnehmeranschlüssen.

Notwendigkeit der Ausgliederung der Sonderanzahlkosten und der Kostenstruktur der Hilfsleistungen als Grundlage für die Finanznormbildung

Dieser Punkt soll nicht eine genaue Analyse der einzelnen Kostenbestandteile wiedergeben, sondern lediglich auf die weitere Schwierigkeit hinweisen, daß nicht alle Hauptbestandteile der Kosten (Leihkosten, Materialkosten und Sonderanzahlkosten) für das Bilden von Finanznormen geeignet sind. Die Sonderanzahlkosten müssen hierbei ausscheiden. Ihr Aufkommen je Leistungseinheit ist viel zu variabel. Stellt man sie den Lohn- und Materialkosten (einschließlich den Gemeinkosten) gegenüber, so ergibt sich folgendes Bild:

Lohn- und Materialkosten nehmen vom gesamten Kostenvolumen den überwiegenden Teil ein. Diese beiden Kostenbestandteile sind der Wertedruck für ständig wiederkehrende Tätigkeiten, die bei den Instandhaltungsarbeiten ausgeführt werden müssen. Sie zu beurteilen, ist verhältnismäßig leicht, weil für sie bereits Normen bzw. Erfahrungswerte bestehen. Mit Hilfe dieser Normen lassen sich ohne weiteres Großnormen, wie

es die Finanznormen sind, schaffen, weil die bereits bestehenden Normen ein festes Maß an leistungsfähiger und vergangenheitsmäßiger Arbeit darstellen. Variabel sind bei diesen Großnormen allein nur die verschiedenen Arten von Tätigkeiten ihrer Menge nach. Da die Großnormen jedoch ein genügend großes Volumen dieser Tätigkeiten ausmachen sollen, gleichen sich ihre Werte aus und bilden stabile Einheiten.

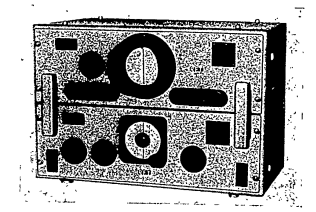
Im Gegensatz dazu schwanken die Sonderanzahlkosten je Leistungseinheit (Leistung, die in einer Großnorm ausgedrückt ist). Ihr Anfall richtet sich jeweils nach der besonderen Lage der Bauarbeiten. Fremdleistungen zum Beispiel werden nur dort notwendig sein, wo außer den betriebstypischen Arbeiten Sonderarbeiten anfallen, die durch Fremde besser oder billiger erledigt werden können. Entscheidungs- und Fuhrleistungen werden sich, wenn sich die Arbeiten über einen längeren Zeitraum ausdehnen, entsprechend dem wachsenden Abstand zwischen Dienst- und Baustelle, ständig verändern. Entschuldigungen und Fuhrleistungen sind also nicht von den durchzuführenden Tätigkeiten abhängig, sondern von der Lage des Arbeitsortes.



WT-Frequenzmeßeinrichtung Kf 401

Die WT-Frequenzmeßeinrichtung Kf 401 des VEB Fernmeldewerk Leipzig dient zur laufenden Überwachung und zum Abgleich der Frequenzen sowie zur schnellen Bestimmung von Frequenzfehlern der Generatoren von WT- und MT-Übertragungsanlagen. Der eingebaute Frequenzvergleichsmechanismus kann auch zum Vergleich anderer Frequenzen verwendet werden, wenn Wechselspannungen mit genügender Frequenzkonstanz (gedächelt gestaffelte Normalfrequenzen) als Normale zur Verfügung stehen.

Die zu prüfende WT- oder MT-Frequenz wird an die Melkplatten (Eingang: Prüffrequenz), die Frequenz des Vergleichsnormalen an die Zeilplatten (Eingang: „Elipe fremd“) eines oszilloskopischen Frequenzvergleichers geleitet. Als Vergleichsnormal dient ein um ± 1% veränderbarer 60-Hz-RC-Generator, dessen Absoluteichung mittels eines 5100-Hz-Quarzoszillators vorgenommen wird. An einer in Promille genau und Größe unmittelbar abgelesen werden. Die Frequenzen der MT können mit Hilfe des 5100-Hz-Quarzoszillators auf tiefere Frequenzen umgenutzt werden, wodurch die Prüfung erleichtert wird. WT- bzw. MT-Generatoren werden auf ihre Sollfrequenz abgeblendet, indem man die Kreisfrequenz auf Null stellt und die Korrekturrichtung des zu messenden Oszillators soweit betätigt, bis auf den Bildschirm die Lissajousche Figur zum Stillstand kommt.



(Werkfoto VEB Fernmeldewerk Leipzig)

Gedanken zum Bilden und Differenzieren der Finanznormen

Bereits vorher wurde darauf hingewiesen, Finanznormen derart zu bilden, daß Schwankungen im Kostenanfall nach Möglichkeit ausgeschaltet werden. Diese Forderung wird jedoch nur in einem bestimmten Maße möglich sein. Will man dieser Tatsache zu Leibe rücken, so kommt man nur über die Technologie, die den einzelnen Hilfsleistungen zugrunde liegt, zu ihrer Lösung. Man muß also die Instandhaltungen den Arbeitsgängen nach betrachten.

Eine Untersuchung der einzelnen Arbeitsgänge je Kostenträger ergibt für das oberirdische Netz, daß diese Arbeitsgänge im wesentlichen gleich sind. Nur der Zeit- und Materialaufwand je Kostenträger kann unterschiedlich sein (Normen für Arbeiten, die in gleicher Weise an Fernleitungen wie an Anschlußleitungen ausgeführt werden, unterscheiden sich z. B. lediglich im Materialersatz). Diese im wesentlichen gleichen Arbeitsgänge lassen sich in zwei Gruppen zusammenfassen: Arbeiten, die bei der Auswechslung von Masten entstehen und Arbeiten, die allgemein am Gestänge und an den Leitungen anfallen.

Es erweist sich nämlich als zweckmäßig, entsprechend diesen beiden Gruppen unterschiedliche Finanznormen für die Mastauswechslung und für die Leitungsarbeiten zu schaffen. Folgende Finanznormen wären zu bilden:

- a) Auswechslen eines Doppelgestanges, b) Auswechslen eines A-Mastes, c) Auswechslen eines Kuppelmastes, d) Auswechslen eines Einfachmastes, e) Auswechslen eines Mastankers, f) Auswechslen einer Maststrebe, g) Ansetzen eines Klebpfostens, h) Ansetzen eines Mastfußes.

Diese müssen auf der Grundlage von Stückergebnissen festgelegt werden und, da sie mit Erdarbeiten verbunden sind, nach den drei üblichen Bodenklassifizierungen

- A — leichter Boden, B — mittlerer Boden, C — fester Boden

gegliedert werden. Das bedeutet weiter, daß Finanznormen für Leitungsarbeiten (diese umfassen eine große Anzahl von Einzelarbeiten) auf der Grundlage von Kilometerleistungen je Leistungseinheit ermittelt werden müssen. Dabei sind die Finanznormen so zu differenzieren, daß sie den realen Kostenanfall an einer Linie, die zu reparieren ist, widerspiegeln. Die betreffenden Linien (jeweils zu einem Kostenträger gehörend), die instand gehalten werden sollen, werden unterschiedlich in ihren Behang sein; z. B. können auf 1 km Linie jeweils 1 Paarkilometer (Pkm) Leitung, ebenso aber auch 2, 3, 4 usw. Pkm montiert sein. Die Kosten für die Instandhaltung dieser Linien müssen daher unterschiedlich sein.

Bei der Differenzierung der Finanznormen gilt es deshalb, eine Grundnorm zu schaffen, die den Wert der Arbeiten umfaßt, die allgemein am Gestänge vorzunehmen sind (z. B. Mastuntersuchungen auf Standfestigkeit, Mastarbeiten usw.), zusätzlich der Arbeiten, die bei Instandhaltung einer Linie mit einer Doppelleitung anfallen. Darüber hinaus müssen für die zusätzliche Leistung an jeweils einer weiteren Doppelleitung, die an der Linie montiert sein kann, Zuschlagssatzungen geschaffen werden.

Eine Ausnahme in dieser Hinsicht wird der Kostenträger 5814 (Luftkabel) bilden. Hier wird nur eine Grundfinanznorm gebildet, weil Luftkabel in der Regel nur einzeln verlegt werden.

Finanznormen für Instandhaltungen des unterirdischen Netzes können ebenfalls nur durch Untersuchung der einzelnen Arbeitsgänge ermittelt werden. Als Gegenstand der Instandhaltung sind die Anlagen des unterirdischen Netzes anzusehen, z. B. Linienvorweiger, Kabelvorweiger, Endverweiger (für Innen-

räume und weiterführende), Endverweisschlüsse und Überführungsendverweisschlüsse beim Kostenträger 5815 und Kabelschächte, Abzweigkisten und Kabelkanäle beim Kostenträger 5816. Maßstab für die aufgezählten Anlagenarten muß bis auf die letztgenannten Kabelkanäle die Stückzahl sein, wobei diese, wo es als notwendig erscheint, nach Klassen — groß, mittel, klein — zu gliedern wären. Maßstab für die Kabelkanäle muß die Länge (gemessen in Metern) sein. Die Finanznormen müßten — bis auf die für Kabelkanäle — nur auf wesentliche Gruppen von Arbeitsgängen differenziert werden (z. B. Reinigung der Anlage, Entrostern und Streichen der Anlage, Auswechslungs- und Bauarbeiten an der Anlage usw.). Dabei muß darauf geachtet werden, daß die Differenzierung nicht bis ins einzelne geht, damit so wenig wie möglich Finanznormen entstehen. Eine Zerstückelung derselben wäre wegen der Mannigfaltigkeit der Abmessungen der Anlagen und der Tätigkeiten an den Anlagen durchaus möglich.

Methoden zur rechnerischen Ermittlung der Finanznormen

Für das richtige Errechnen der Finanznormen gibt es zwei Methoden:

- 1. Eine analytische Methode, die Ermittlungen mit Hilfe der Grundrechnungen anstellt, 2. Eine synthetische Methode, die mit Hilfe der Kalkulation Vergleichswerte zur analytischen Methode für die Finanznormung ermittelt.

Beide Methoden sind notwendig, um zu realen Daten zu kommen. Das nachfolgende Beispiel soll diese Behauptung verständlich machen.

Die analytische Methode, die sich besonders auf die Auftragsabrechnung stützt, hat den Vorteil, daß sie für jeden einzelnen Kostenträger effektive Werte über Lohn- und Materialkosten liefert. Sie sammelt eine Vielzahl von einzelnen Bauaufträgen gleicher oder ähnlicher Art und vergleicht sie in einem bestimmten Abrechnungszeitraum. Dadurch werden Extrawerte im Aufwand von Arbeit und Material ausgeglichen und Durchschnittswerte geschaffen, die für die Finanznormung die Grundlage bilden.

Durch die synthetische Methode, die sich auf die Kalkulation stützt, werden jedoch vom Ist abweichende Werte ermittelt, weil sie auf durchschnittlichen Leistungen für die einzelnen Arbeitsgänge aufbaut. Die Durchschnittswerte sind nicht von vornherein dem Werte nach gegeben, sondern sind eine Sammlung durchschnittlicher, auf Erfahrung beruhender Arbeiten (bei denen z. B. auch die Bestimmungen des Arbeitsschutzes usw. berücksichtigt werden müssen), für die mit Hilfe der üblichen Normung Mastpreise gebildet wurden.

Die synthetische Methode ergibt also die analytische. Sie muß aber auch dort angewandt werden, wo Finanznormen innerhalb eines Kostenträgers zu differenzieren sind, weil sich durch die analytische Methode nur globale Werte je Kostenträger ausrechnen lassen.

Wie die Methoden im einzelnen angewandt werden müssen und welche Problematik bei ihrer technischen Durchführung entstanden ist, soll nachfolgendes Beispiel zeigen.

Beispiel

(Beim Berechnen der Werte mußte eine Reihe von Tabellen aufgestellt werden, deren Systematik beifolgend sein soll. Um jedoch die Berechnungen nicht unnötig auszudehnen, stützen wir uns in der Hauptsache auf die in den Tabellen ermittelten Resultate.)

Für die rechnerische Ermittlung der Finanznormen mit Hilfe der analytischen und der synthetischen Methode wurde der Kostenträger 5812 (Anschlußlinien — Bodengestänge) herausgegriffen.

Zunächst wurde ein Betriebsvergleich zwischen drei Fernmeldedörfern (hier bezeichnet mit X, Y, Z) angestellt, um mittels der analytischen Methode zu effektiven Vergleichswerten zwischen den Fernmeldedörfern zu kommen. Es wurden unterschied-

- das Verhältnis der aufgewendeten Zeit, die im Leistungslohn und Zeitlohn bezahlt wurde,
- das Verhältnis zwischen Lohn- und Materialkosten,
- das Verhältnis der angefallenen Sondereinzelkosten zu den Kosten, die für die Finanznormung in Frage kommen,
- der Aufwand an Lohn und Material je Leistungseinheit (je Pkm).

Diese Zusammenhänge sind in den Tabellen 1—4 dargestellt.

Tabelle 1

| Text                                     | FMA X  |              | FMA Y    |              | FMA Z |              |
|------------------------------------------|--------|--------------|----------|--------------|-------|--------------|
|                                          | Wert   | Struktur [%] | Wert     | Struktur [%] | Wert  | Struktur [%] |
| <b>A. Lohnaufteilung (Mln.)</b>          |        |              |          |              |       |              |
| 1. Zeitlohn                              | 20,5   | 1,8          | 45,0     |              |       |              |
| 2. Leistungslohn                         | 72,5   | 68,2         | 45,0     |              |       |              |
| 100,0                                    | 100,0  | 100,0        |          |              |       |              |
| <b>B. Kostenaufteilung (DM)</b>          |        |              |          |              |       |              |
| 1. Lohn (Zeitlohn + Leistungslohn)       | 86,0   | 90,8         | 92,2     |              |       |              |
| 2. Material (Masten + 6% MGK-Zuschlag)   |        |              | 2,0      |              |       |              |
| 3. Material (Übriges + 15% MGK-Zuschlag) | 13,8   | 9,2          | 5,8      |              |       |              |
| 100,0                                    | 100,0  | 100,0        |          |              |       |              |
| <b>C. Kosten von B (DM)</b>              | 924,82 | 7592,12      | 14904,74 |              |       |              |
| <b>D. Paarschlometer (Pkm)</b>           | 66,129 | 51,640       | 105,409  |              |       |              |
| <b>E. Kostensatz CID (DM/Pkm) rd.</b>    | 104,70 | 145,00       | 136,00   |              |       |              |

Erläuterung zur Tabelle 1:

Das Verhältnis zwischen aufgewandtem Leistungs- und Zeitlohn ist bei den einzelnen Fernmeldeleistern sehr unterschiedlich. Dies zeigt, daß bei den einzelnen Fernmeldeleistern noch unterschiedliche Auffassungen darüber bestehen, ob bei einzelnen Arbeitsgängen im Leistungslohn oder im Zeitlohn zu arbeiten ist, wodurch die Bildung von Finanznormen erschwert wird; denn Finanznormen müssen entweder auf der Basis des Leistungslohnes oder auf der Basis des Zeitlohnes geschaffen werden. Die Ermittlung und Errechnung von Finanznormen ist natürlich auf der Basis des Leistungslohnes günstiger, weil der größere Teil aller Hilfstleistungen im Leistungslohn abgerechnet wird. Für diese einzelnen Arbeiten bestehen bereits Normen, darüber hinaus können bei den meisten Fernmeldeleistern der Deutschen Post die zentral herausgegebenen Rahmennormen angewendet werden.

Tabelle 2

| Text                                     | FMA X   |              | FMA Y    |              | FMA Z |              |
|------------------------------------------|---------|--------------|----------|--------------|-------|--------------|
|                                          | Wert    | Struktur [%] | Wert     | Struktur [%] | Wert  | Struktur [%] |
| <b>A. Leistungslohn (Mln.)</b>           | 100     |              | 100      |              | 100   |              |
| <b>B. Kostenaufteilung (DM)</b>          |         |              |          |              |       |              |
| 1. Lohn (Leistungslohn)                  | 86,0    | 90,0         | 92,0     |              |       |              |
| 2. Material (Masten + 6% MGK-Zuschlag)   |         |              | 1,0      |              |       |              |
| 3. Material (Übriges + 15% MGK-Zuschlag) | 13,4    | 9,1          | 5,5      |              |       |              |
| 100,0                                    | 100,0   | 100,0        |          |              |       |              |
| <b>C. Kosten von B (DM)</b>              | 7141,70 | 7518,32      | 15231,51 |              |       |              |
| <b>D. Paarschlometer (Pkm)</b>           | 66,129  | 51,640       | 105,409  |              |       |              |
| <b>E. Kostensatz CID (DM/Pkm) rd.</b>    | 108,00  | 145,00       | 144,50   |              |       |              |

### Wechselstromtelegraphie

Das Wechselstrom-Telegraphiesystem WT 51/24 des VEB Fernmeldeamt Leipzig ermöglicht die gleichzeitige Übertragung der Telegraphiezeichen von 24 Telegraphiekabeln über Vierdraht-Kabelleitungen (Fernsprechtleitungen) mit einem Übertragungsbereich von 300...3400 Hz. An Stelle der Vierdraht-Doppelleitung kann auch eine Trägerfrequenzverbindung verwendet werden, die den CCIT-Empfehlungen entspricht.

Die Baueinheiten und die zum Betrieb und zur Betriebsüberwachung der Anlage benötigten Einheiten für die WT-Einrichtung sind in Gestellen nach DIN 41491 untergebracht. Die erforderlichen Betriebsspannungen werden den in den Gestellen eingebauten Netzteilen entnommen, die sowohl für Vollnetz- als auch für Teilnetzbetrieb geliefert werden. Eine voll ausgestattete Einstelebaueinheit besteht aus 2 Gestellen (A- und B-Gestell), die für je 12 Übertragungskanäle aufnahmefähig sind. Die Baugruppen der einzelnen Kanäle sind in Doppelwannen für eine Gestellbreite von 550 mm untergebracht. Ein Gestell wiegt etwa 400 kg.

Die Gestelle enthalten, von oben nach unten betrachtet, folgende Baueinheiten:

- 1 Anschlußschiene zur Aufnahme der Hauptsicherungen und der Gestell-Signallampe
- 2 6 Filterwannen mit je 2 Sende- und Empfangsfiltern
- 3 6 Empfangsgeräten mit je 2 Empfängern
- 4 1 Schaltfeld, das die Trommeln, Vielfachbussen, Kanalschalter, den Leistungsanpassungsübertrager, den Lösungsverteiler und die Abfrageeinrichtung enthält. Unterhalb des Schaltfeldes befindet sich eine einschichtbare Tischplatte.
- 5 1 Relaischiene mit Überwachungsrelais
- 6 1 Netzteil für Voll- oder Teilnetzversorgung
- 7 2 Generatorwannen mit je 6 Röhrengeneratoren
- 8 2 Wannen zur Aufnahme der 12 Modler und 6 Gleichrichter-einheiten für die PB.

Das WT-System entspricht den CCIT-Empfehlungen für Ruhestrombetrieb, wobei der Promittenschritt als Ton und der Zeichenstromschritt als Pause übertragen wird. Es arbeitet — wie bereits erwähnt — mit 24 Telegraphiekabeln über Vierdraht-Kabelleitungen, wobei die Doppelleitung für die Sende- und die andere Doppelleitung für die Empfangsrichtung verwendet wird. An Stelle der Vierdraht-Kabelleitung kann auch ein Trägerfrequenzverbindungspegel gewählt werden. In diesem Falle wird die WT-Einrichtung an die NF-Vierdrahtanschlußpunkte der TF-Systeme angeschlossen. Die Sendeeinrichtung ist an den Empfangspegel je Kanal betragen = 2,9 N. Anpassung an die bevorzugten Vierdrahtanschlußpegel der Fernsprechsyste mit — 2,0 N auf der Sendeseite und — 1,0 N auf der Empfangsseite ist möglich. Das verwendete Verfahren zur selbsttätigen Pegelregelung gestattet, bei Pegelschwankungen von ± 0,7 N die Verzerrung der Telegraphiezeichen innerhalb von ± 10% zu halten.

Die 24 Trägerfrequenzen (420, 540, 660, 780, 900, 1020, 1140, 1260, 1380, 1500, 1620, 1740, 1860, 1980, 2100, 2220, 2340, 2460, 2580, 2700, 2820, 2940, 3060, 3180 Hz) werden

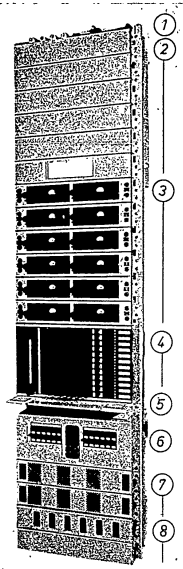
Erläuterung zur Tabelle 2.

Um auf einheitliche Daten zu kommen, wurden die Zeitlohnwerte der Tabelle 1 in Leistungslohnwerte umgerechnet (siehe Tabelle 2). Dabei wurden die Zeitlohnminuten wie Leistungslohnminuten behandelt und mit dem entsprechenden Stundensatz bewertet (also so, als läge der im Zeitlohn gearbeitete Zeit eine 100%ige Normzuteilung zugrunde).

Das Verhältnis zwischen Lohn- und Materialkosten zeigt, daß die Lohnkosten den überwiegenden Teil einnehmen. Die Prozent-

### System WT 51/24

mit einer max. Frequenzabweichung von ± 3 Hz in Röhrengeneratoren erzeugt. Die Frequenzen für beide Richtungen sind gleich. In abgehender Richtung wird die Trägerfrequenz von einem Modler im Takte der Eingangs-Gleichstrom-Telegraphiezeichen getastet und über ein Sendefilter auf die Leitung gegeben. Die von der Gegenstation ankommenden Wechselstromzeichen werden vom Empfangsfilter ausgefiltert und dem Empfänger zugeführt, dessen Aufgabe es ist, die Empfangspegelschwankungen auszugleichen, die Wechselstromzeichen zu verstärken und gleichzurichten sowie die Empfangsrelais zu betätigen. Die Empfangsrelais geben Gleichstrom-Doppelleitungen 60 V/20 mA an die Ortsstromkreise ab.



(Aufn. Brüggemann, Leipzig)

schwankungen zwischen den einzelnen Fernmeldeleistern weisen nach, daß die einzelnen Arbeiten einen unterschiedlichen Materialeinsatz fordern. Sie zeigen weiterhin, daß die Qualität der Arbeiten der einzelnen Fernmeldeleister unterschiedlich ist. Deshalb sind Musterarbeiten zu schaffen, die unabhängig von den Leistungen kalkuliert werden müssen (siehe synthetische Methode).

Es ist ferner zu ersehen, daß fast keine Kosten für Mastenmaterial angefallen sind. Wie durch einen Fernmeldeleiter bestätigt wurde, werden in der Regel bei Instandhaltungen keine

Masten ausgewechselt. Derartige Fälle können jedoch eintreten. Deshalb ist es begründet richtig, für den Masteneinsatz besondere Finanznormen zu schaffen.

Tabelle 3

| Text                                   | FMA X   |              | FMA Y    |              | FMA Z |              |
|----------------------------------------|---------|--------------|----------|--------------|-------|--------------|
|                                        | Wert    | Struktur [%] | Wert     | Struktur [%] | Wert  | Struktur [%] |
| <b>A. Leistungslohn (Mln.)</b>         | 100,0   |              | 100,0    |              | 100,0 |              |
| <b>B. Kostenaufteilung (DM)</b>        |         |              |          |              |       |              |
| 1. Lohn (Leistungslohn)                | 86,0    | 90,0         | 94,4     |              |       |              |
| 2. Material (Masten + 6% MGK-Zuschlag) | 15,4    | 9,1          | 5,0      |              |       |              |
| 100,0                                  | 100,0   | 100,0        |          |              |       |              |
| <b>C. Kosten von B (DM)</b>            | 7141,70 | 7518,32      | 14934,92 |              |       |              |
| <b>D. Paarschlometer (Pkm)</b>         | 66,129  | 51,640       | 105,409  |              |       |              |
| <b>E. Kostensatz CID (DM/Pkm) rd.</b>  | 108,00  | 145,00       | 141,70   |              |       |              |

Erläuterung zur Tabelle 3:

Um eine weitere Vergleichbarkeit zu gewährleisten, mußten die beim Fernmeldeamt Z enthaltenen Mastkosten herausgerechnet werden.

Tabelle 4

| Text                                                      | FMA X     |              | FMA Y     |        | FMA Z     |        |
|-----------------------------------------------------------|-----------|--------------|-----------|--------|-----------|--------|
|                                                           | Wert (DM) | DM Pkm       | Wert (DM) | DM Pkm | Wert (DM) | DM Pkm |
| <b>A. Sondereinzelkosten</b>                              |           |              |           |        |           |        |
| 1. Fernmeldeleistungen                                    | 193,41    | 2,92         | 488,24    | 8,40   | 972,28    | 9,28   |
| 2. Entschärfungen                                         | 355,51    | 5,37         | 488,24    | 8,40   | 649,40    | 5,21   |
| 3. Fehrlieferungen                                        | 195,05    | 2,90         | 511,70    | 8,01   | 649,40    | 5,21   |
| <b>B. Summe von A</b>                                     | 744,97    | 11,25        | 950,04    | 18,40  | 1621,73   | 14,44  |
| <b>C. Summe von B und C</b>                               | 7141,70   | 7518,32      | 14934,92  |        |           |        |
| <b>D. Verhältnis <math>\frac{B}{C} \cdot 100\%</math></b> | 10,4      |              | 10,2      |        |           |        |
| <b>E. Abweichungen vom Mittelwert (DM/Pkm)</b>            |           |              |           |        |           |        |
| 1. Fernmeldeleistungen                                    |           | 20,1 Prozent |           |        |           |        |
| 2. Entschärfungen                                         |           | 43,0 Prozent |           |        |           |        |
| 3. Fehrlieferungen                                        |           | 43,0 Prozent |           |        |           |        |

Erläuterung zur Tabelle 4:

Die Prozentzahlen zwischen Kosten, die für die Finanznormung herangezogen werden müssen, und den Sondereinzelkosten dienen der Feststellung, inwieweit die Sondereinzelkosten bei den einzelnen Fernmeldeleistern schwanken und welchen Umfang sie im Verhältnis zu den Kosten, die für die Festpreisbildung herangezogen werden müssen, einnehmen können. Vergleicht man die Verhältniszahlen der drei Fernmeldeleister, so erweisen diese den Anschein, als könne man die Sondereinzelkosten zur Finanznormung mit heranziehen. Die in der Tabelle 4 enthaltenen durchschnittlichen Abweichungen vom Mittelwert der einzelnen Positionen geben einen Beweis dafür, daß die Einzelwerte sehr starken Schwankungen unterliegen. Sie variieren um rund 20 bzw. 45 Prozent. Berücksichtigt man die gesamte Schwankungsbreite, so vergrößert sich diese Prozentzahl. Daraus dürfte zu erkennen sein, daß die Sondereinzelkosten kaum für die Finanznormung Bedeutung haben können.

(Fortsetzung folgt)

Zur Diskussion gestellt:

Das HPA Mühlhausen (Thür) sucht einen neuen Weg für den Wettbewerb der Briefzusteller

In den letzten Jahren hatte sich bei den Briefzustellern des HPA Mühlhausen (Thür) eine vorbildliche Wettbewerbsbewegung entwickelt. Sowohl die individuellen Leistungen als auch die der Brigaden wurden von Quartal zu Quartal und von Jahr zu Jahr durch den Wettbewerb ständig gesteigert. Die guten Leistungen der Briefzusteller fanden ihren Niederschlag in der ständigen Planerfüllung. Hierdurch wurde das HPA bisher stets in die Lage versetzt, die besten Kräfte bzw. Brigaden nach jedem Quartal mit einem Wanderpokal, mit Ehrenurkunden und Geldprämien auszuzeichnen. Außerdem wurde dem Kollegen Jähnen, nachdem er den Titel „Bester Briefzusteller“ während zwölf aufeinanderfolgender Monate erfolgreich verteidigt hatte, am 1. 5. 1956 von unserem Ministerium und vom Zentralvorstand der IGPF die Ehrenurkunde als „Bester Briefzusteller“ verliehen.

Obwohl auch im letzten Jahr die Leistungen nicht merklich nachgelassen hatten, war im Laufe des vergangenen Sommers doch festzustellen gewesen, daß eine Anzahl Briefzusteller nicht mehr das Interesse am Wettbewerb zeigte, wie dies in den vergangenen Jahren der Fall gewesen war. Im Monat September ergab sich daher die Notwendigkeit, mit den Kollegen der Briefzustellung eine Gewerkschaftsgruppenversammlung durchzuführen, in der das Thema „Wettbewerb im Briefzustellendienst“ behandelt wurde.

Nach der Aussprache, an der sich fast alle Anwesenden beteiligten, mußten BGL und Betriebsleitung feststellen, daß besonders diejenigen Kolleginnen und Kollegen eine Änderung der bestehenden Auswertungsgrundlagen wünschten, die zwar meistens ihr Planoll erfüllt und übererfüllt hatten, aber bei der Auswertung nicht oder nur selten in die „Spitzengruppe“ vorstießen und dadurch kaum einmal eine Geldprämie erhalten konnten. Diesen Kolleginnen und Kollegen fehlte also der materielle Anreiz zur Planerfüllung.

Am Ende der sehr eingehend geführten Beratung wurde ein System der Auswertung gefunden, das nachstehend näher erläutert ist und das inzwischen dazu geführt hat, alle beteiligten Kollegen wieder eng mit ihrem Wettbewerb zu verbinden und wesentlich mehr für die Planerfüllung zu interessieren:

Jeder Briefzusteller erhält wie bisher ein vom Betriebsplan ausgehendes und der Struktur des Zustellbezirks sowie den bisherigen gebräuchlichen Leistungen des Zustellers entsprechendes Planoll im Zeichnungsformate. Diesem Planoll werden bei der Wettbewerbsauswertung das Ist im Freiverkauf und die gewonnenen Zeichnungsabkommens (werbefähig) gegenübergestellt. Ergibt die Gegenüberstellung, daß das Planoll erfüllt ist, so wird dem betreffenden Zusteller auch der Betrag zu seiner Erfüllung bzw. Übererfüllung hinzugerechnet, den er durch Ermittlung von bisher nicht gemeldeten Rundfunkhörmern oder Fernschichtnehmern resümieren kann. Auf diese Weise sind alle Leistungen, die vom Zusteller zu beeinflussen sind (Freiverkauf, Abo-Werbung und Schwarzahrrermittlung), im Wettbewerb erfaßt.

Für jede DM der Übererfüllung erhält der Zusteller einen bestimmten Betrag als Prämie, der sich aus der Summe ergibt, die die Zusteller insgesamt als Prämie erhalten. Wenn z. B. für ein Quartal eine Gesamtprämiensumme für die Briefzusteller in Höhe von 1000,- DM zur Verfügung steht (= 60% von der 4%igen D-Pondszuführung aus der Lohnsumme der Zusteller) und die insgesamt erzielte Übererfüllung 6000,- DM beträgt, dann ergeben sich  $\frac{1000}{6000} = 0,20$  DM als Prämienbetrag für jede DM Übererfüllung. Hat z. B. ein Zusteller im Quartal eine Übererfüllung von 100,- DM erzielt, so erhält er als Anerkennung eine Prämie in Höhe von 20,- DM.

Die Qualität der Arbeit findet ihre Berücksichtigung in der Fehlerbeobachtung. Nach den Fehlerheften in den Richtlinien für den Massentwettbewerb des Jahres 1955 werden für jeden

schweren Fehler 3 Punkte, für jeden mittleren Fehler 2 Punkte und für jeden leichten Fehler 1 Punkt in der Auswertung angesetzt. Für jeden Punkt wird dem betreffenden Zusteller 1,- DM von seiner erzielten Übererfüllung in bezug auf die Prämienberechnung abgezogen.

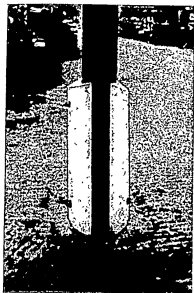
Die Auswertung selbst geschieht nach folgendem Schema:

| Platz | Name    | Zige-Freiverkauf |       | Spalte 4 n. Abo-Werbung zusammen | Summe Sp. 2 u. 4 | Punkte Schwarzahrrermittlung | Übererfüllung |
|-------|---------|------------------|-------|----------------------------------|------------------|------------------------------|---------------|
|       |         | Soll             | Ist   |                                  |                  |                              |               |
| 1     | Müller  | 200,-            | 220,- | 200,-                            | 270,-            | -                            | 70,-          |
| 15    | Schmidt | 150,-            | 160,- | 100,50                           | 160,50           | -                            | 12,50         |
| 30    | Fischer | 130,-            | 128,- | 120,20                           | 120,20           | -                            | -             |

Wenn auch die bisherigen Spitzenkräfte im Briefzustellendienst nach dieser neuen Art der Auswertung kaum noch Prämien in der bisherigen Höhe erhalten, so ist doch in enger Zusammenarbeit zwischen den Briefzustellern, den Vertretern der Gewerkschaft und der Betriebsleitung eine Methode gefunden worden, die alle am Wettbewerb Beteiligten noch mehr als bisher für die Erfüllung ihrer Pflichten interessiert und die jedem, der durch seine Leistungen zur Planerfüllung beigetragen hat, einen angemessenen Prämienbetrag zukommen läßt. Poldschus

Betonmastfüße in den Niederlanden

Die Geldersehe Elektrizitätsgesellschaft verwendet seit 1930 Betonmastfüße, um die Lebensdauer der Holzmasse von Niederspannungsleitungen, die an der Erdübergangzone Fäulniserscheinungen zeigen, zu erhöhen. Die Mast sind noch heute in Betrieb, und es kann mit ihrer Verwendung für weitere 20 Jahre gerechnet werden. Nach langwierigen Versuchen ist es gelungen, das ursprüngliche Gewicht der Mastfüße von 230 auf 68 kg herabzusetzen (Bild). Gleichzeitig wurde erreicht, daß der Mastfuß ein Biegemoment von etwa 2200 kgm statt der geforderten 750 kgm aushält. Bisher sind etwa 13000 Betonmastfüße dieser Art eingebaut worden. Auch an Stelle der in den Erdbohren verlegten Rund- oder Halbbrundhölzer für A-Maste liefert sich Ankerplatten 100 x 20 x 6 cm aus Beton mit Hefen für Anker.



(Aufn. aus Polytechn. Tijdschrift, Ausg. A vom 22. 6. 55)

Wie behandeln wir nicht vollständig freigemachte Luftpostbriefsendungen?

Ein Teil der nach dem Ausland aufgegebenen gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen wird auf dem Luftwege befördert. Für diese Sendungen, die der Absender durch den Vermerk „Mit Luftpost/Par avion“ zu kennzeichnen hat, werden neben den üblichen Landbeförderungsgeldern und sonstigen Gebühren Luftpostzuschläge erhoben. Erfahrungsgemäß werden nicht alle auf dem Luftwege zu befördernden Briefsendungen von den Absendern vollständig freigemacht. Daher gilt es auch hier, die erlassenen Bestimmungen genau zu beachten, damit Gebührenverluste weitgehend vermieden werden. Vielfach sind sich aber unsere Kollegen, die Auslandsbriefsendungen zu bearbeiten haben, darüber im Zweifel, welche Maßnahmen in solchen Fällen zu ergreifen sind.

Wenn der Absender die Briefsendung auf dem schnellsten Wege zu befördern wünscht, dann hat die Post auch dafür Sorge zu tragen, daß solche Sendungen keinerlei Verzögerung erleiden. Dieser Grundsatz ist beim Bearbeiten nicht vollständig freigemachter Luftpostbriefsendungen zu beherzigen.

Auf allen unzureichend freigemachten Luftpostbriefsendungen, die Namen und Anschrift des Absenders tragen, werden die Fehlbeträge durch die Aufgabe-PAnst in Freimarken nachgeliefert und von den Absendern mit einer Benachrichtigungskarte als Nachgebühr eingezogen. Ebenso verfahren die Unterverg.-PAnst sowie das Auswechslungs-PA, wenn die Aufgabe-PAnst diesen Mangel übersehen haben.

Unter den eingeklappten unzureichend freigemachten Luftpostbriefsendungen befinden sich allerdings hin und wieder auch solche ohne Absenderangabe. Da ein nachträgliches Freimachen in diesem Falle ausgeschlossen ist, muß jeweils entschieden werden, ob die betreffende Sendung auf dem Luftwege befördert

werden darf. Zu diesem Zwecke ist zu prüfen, ob die Freigebühr wenigstens 75 v.H. des Luftpostzuschlages beträgt. Trifft das zu, so werden diese Sendungen trotz ihrer ungenügenden Freimachung auf dem Luftwege befördert. Diese Vorschrift gilt — und darauf sei besonders hingewiesen — nicht nur für Briefe und Postkarten, sondern auch für die dem Freimachungszwang unterliegenden offenen Briefsendungen. Da im Bestimmungsland Nachgebühren erhoben werden müssen, ist auf solchen Sendungen — wie bekannt — der „T“-Stempel abzuzeichnen. Sollte die vorausgesetzte Freigebühr jedoch nicht 75 v.H. des Luftpostzuschlages ausmachen, sind die Sendungen auf dem gewöhnlichen Wege abzusenden. Sämtliche auf der Aufschriftseite gemachten Angaben über die Luftpostbeförderung sind dann zu streichen. Durch den Vermerk „Freimachung ungenügend/Affranchissement prescrit insuffisant“ wird die Streichung in kurzer Form begründet.

Schließlich muß auch Klarheit darüber bestehen, wie die nichtfreigemachten Briefsendungen, die Luftpostvermerke tragen, zu behandeln sind. Eine nachträgliche Freimachung durch die Deutsche Post kommt hier im allgemeinen nicht in Betracht. Mit Ausnahme der gewöhnlichen Briefe und einfachen Postkarten sind solche Briefsendungen dem Absender zurückzugeben. Lediglich Briefe und Postkarten können nicht freigemacht abgegeben werden; allerdings nur auf dem gewöhnlichen Wege. Daß die Luftpostvermerke in letzterem Fall zu streichen sind, versteht sich von selbst. Auf der Aufschriftseite ist schließlich der Hinweis „Freimachung fehlt / Affranchissement prescrit manquant“ anzubringen sowie der „T“-Stempel abzuzeichnen.

Sollte der Aufgabe-PAnst bekannt sein, daß der Absender mit der nachträglichen Freimachung einverstanden ist, wird die Gebühr von dieser verrechnet und der veranschlagte Betrag vom Absender als Nachgebühr eingezogen. Durch Anfragen oder sonstige Ermittlungen darf die Weitergabe solcher Sendungen jedoch keineswegs verzögert werden. Heinz Kober, Leipzig



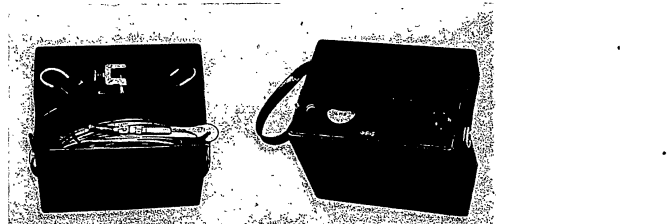
Isolatorenprüfgerät

Für den Instandsetzungsdienst an Fernsprech-Freileitungen wurde vom VEB Funkwerk Erfurt im Zusammen mit der Deutschen Post das Isolationsprüfgerät Typ 128 entwickelt. Es ist ein batteriebetriebenes Meßinstrument zum Ermitteln des Isolationszustandes von Freileitungsisolatoren. Mit einer mittleren Meßunsicherheit von ± 10% kann der Isolationswert

in 3 Bereichen zwischen 1 MΩ und 1000 MΩ ermittelt werden. Die Meßspannung beträgt 50 V. Um den Zustand der Holz- und Anodenleiter, die gleichzeitige Meßspannungquelle ist, laufend zu überprüfen zu können, läßt sich durch Umlagen eines Klappschalters eine kurzzeitige Spannungsmessung durchführen.

Das Anzeigergerät ist zusammen mit dem Stromzweig und dem Zuleiter in ein handliches, spritzwasserfestes Blechgehäuse eingebaut, das zur bequemeren Beförderung mit einem Tragtast versehen ist. In einem zweiten, im Gehäuse ist das 15 m lange Prüfkabel untergebracht, das gesteuert, das Anzeigergerät auch in extremeren Entfernungen von der Prüfstelle aufzustellen.

Bei mit dem gleichen Gerät ebenfalls möglichen Messungen an asymmetrischen Kabelstellungen, bei denen die spannungstechnische Spannung zwischen den Adern nicht sehr klein im Verhältnis zu der unsymmetrischen Spannung zwischen den Adern und dem Kabelmantel oder der Erde, ist zur Vermehrung von Polhöhen darauf zu achten, daß die Erdymmetrie des Kabels durch die angeschlossenen Schaltungen nicht gestört wird. Diese Forderungen werden von primär und sekundär geschirmten Meßleitern erfüllt.



(Fotografie VEB Funkwerk Erfurt)

### Reiseeindrücke und Erlebnisse in der Sowjetunion

Von Heinrich ENGE, Ministerium für Post- und Fernmeldewesen

(Fortsetzung und Schluß aus Heft 3/57)

#### Betriebsbesichtigungen

Besucht wurden von uns verschiedene Dienststellen des Ministeriums, der Institute, Hochschulen und Fernmeldebetriebe in Moskau, Leningrad, Riga, Odessa und in anderen Orten der Lettischen und Ukrainischen SSR. Überall wurden wir als Freunde aufgenommen und hatten Gelegenheit, über alle uns interessierenden Fragen mit den Wissenschaftlern, Technikern und Arbeitern zu sprechen. Wir konnten uns von der Entwicklung des Fernmeldewesens in der UdSSR überzeugen und waren wiederholt vom bereits erreichten Stand der Technik und von der äußerst beachtlichen Qualität des Fernmeldebetriebs überrascht. Das Ergebnis des Studiums der Technik in Fernmeldebetrieben der Sowjetunion fand seinen Niederschlag in den Technisch-Wissenschaftlichen Konferenzen, die im Juli 1956 von IPF und im Oktober des vergangenen Jahres von der HV Fernmeldebüros des MPF in Berlin und Leipzig durchgeführt wurden.

Aus Gesprächen mit den Werktätigen des Verbindungswesens der Sowjetunion konnten wir ihre großen qualitativen Fähigkeiten feststellen und fanden hierbei den Niederschlag der umfangreichen Ausbildung von Fernmeldekadern aller Dienstzweige des Verbindungswesens.

#### Zur Organisation des Fernmeldebaus

Während unserer Anwesenheit in den Betrieben des Fernmeldewesens im Gebiet von Moskau und in Riga interessierte uns u. a. die Organisation des Fernmeldebaus und des Technischen Dienstes in den Orts-Fernsprechnetzen. In Moskau werden alle neuen Fernsprechanlagen für die Fernsprech-Ortsverkehre einschließlich der Vermittlungsstellen sowie der Fernkabel im Stadtgebiet von dem Moskauer Baubetrieb für Orts-Fernsprechanlagen „Moskolephon Stroj“ errichtet. Die Aufträge erhält der Baubetrieb im Form von beständigen Projekten bis zum 1. Juni des dem Planjahr vorangehenden Jahres von der „Verwaltung für das Fernsprech-Ortsnetz Moskau“. Die einzelnen Verträge umfassen im wesentlichen die Arbeiten und die Termine ihrer Fertigstellung. Die Projekte werden vom Baubetrieb nur dann angenommen, wenn sie den Sichtvermerk der Abteilung Tiefbau des Stadtsowjets (Rat der Stadt) tragen. Diese Methode ist von großem Vorteil für die Koordinierung aller unterirdischen Anlagen in der Stadt.

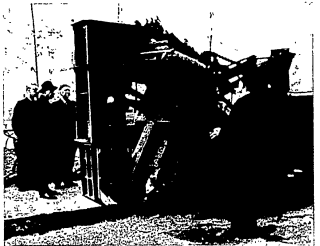


Bild 2. Grabenbagger für das Ausheben von Gräben für Kabelkanalanlagen

Die Übernahme fertiggestellter Objekte erfolgt im Ortsnetz Moskau durch das zuständige Knotenamt, in dessen Bereich die Anlagen errichtet wurden. Garantiefristen für eine begrenzte Zeit über die ausgeführten Arbeiten gibt es in der bei uns üblichen Form nicht. Später auftretende Fehler, die auf das Verschulden während der Bauausführung zurückzuführen sind, müssen bei ihrer Feststellung jederzeit vom Baubetrieb auf dessen Kosten beseitigt werden. Organisatorisch gliedert sich der Betrieb in mehrere Abteilungen, Bauabschnitte genannt, die für das Stadtgebiet zuständig sind, sowie in eine Abteilung für Amentbau und Stromversorgungsanlagen und in je eine besondere Abteilung für technische Arbeitsmittel und den gesamten Fuhrpark. Ein Bauabschnitt, der sich über mehrere Anschlussbereiche erstreckt, setzt sich aus dem Leiter, einem Ingenieur und mehreren Meistern zusammen. In jedem Abschnitt arbeiten 100 bis 150 Produktionsarbeiter, die in Brigaden von sechs Mann und mehr zusammengefaßt sind.

#### Mechanische Baugeräte

Von großem Interesse war für uns, den Einsatz mechanischer Baugeräte in diesem Betrieb kennenzulernen. So gibt es verschiedene Arten von auf Gleiakettentraktoren montierten Grabenbaggern (Bild 2) zum Ausheben von Gräben für Erdkabel und Kabelnormstücke bis zu einer Tiefe von 1,3 m. Profildrehwerkzeuge, betätigt von Kompressoren auf leichten Lastkraftwagen, werden in verschiedenen Ausführungen im unterirdischen Fernmeldebau verwendet. Ein Stoßbohrgerät älterer Bauart, das nach dem Spindelprinzip arbeitet, konnten wir beim Durchbohren einer Betonfahrbahn von 35 m Breite in Aktion sehen (Bild 3). Der Vorschub der Spindel betrug bei einem Bohrdurchmesser von 300 mm einen Meter in fünf Minuten, wobei zwei Arbeitsgänge gleichzeitig ausgeführt wurden: das Drücken des Rohres und das Auswerfen des Bodens nach hinten. Diese letztgenannte Arbeit wurde von einem Bohrer erledigt, der innerhalb des Rohres lief. Neben diesen Hauptgeräten für die Mechanisierung der unterirdischen Fernmelde-



Bild 3. Stoßbohrgerät

banarbeiten gibt es eine ganze Anzahl von Nebengeräten. Jeder Anwendung vorhandener und der Entwicklung neuer mechanischer Baugeräte geht eine Wirtschaftlichkeitsberechnung voraus, d. h. die Auswirkungen auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität und auf die Senkung der Selbstkosten werden errechnet, bevor über die Zweckmäßigkeit der Verwendung von mechanischen Baugeräten entschieden wird. Von Bedeutung war für uns das Kennenlernen der Methoden, mit denen die Werktätigen in die einschlägigen Arbeitsschutzanweisungen eingewiesen werden. Der Unterschied gegenüber unserer Methode besteht darin, daß jeder einzelne Arbeiter, bevor er mit einer Arbeit betraut wird, eine praktische Prüfung über die Einhaltung der entsprechenden Arbeitsschutzanweisungen, die er zu beachten hat, ablegen muß. Durch diese Handhabung werden Unfälle weitgehend eingeschränkt.

#### Über das Fernamt und das Haupttelegraphenamt Moskau

Vom Fernmeldebaubetrieb wechselten wir zum Fernamt, zum Haupttelegraphenamt und zum Ortsamt Moskau. Wenn man bedenkt, daß im Fernamt und im Haupttelegraphenamt Fernleitungen von den fernsten Hauptstädten der Unionsrepubliken enden, und man den Unterschied der Tageszeiten, der innerhalb der Sowjetunion bis zu sechs Stunden beträgt, beachten muß, dann ist es möglich, die großen betrieblichen und organisatorischen Aufgaben des Fernamtes und des Haupttelegraphenamtes in Moskau richtig einzuschätzen. Von besonderem Interesse war für uns die Feststellung, wie gering trotzdem die Zeit von der Anmeldung eines Ferngesprächs bis zur Herstellung der Verbindung war. Die Wartezeiten im Fernverkehr werden in der Sowjetunion im Gegensatz zu uns nicht als Durchschrittwerte ermittelt. Für die einzelnen Verkehrsbeziehungen liegen Duldungsgrenzen fest. So werden z. B. 75% aller Ferngespräche mit einer Wartezeit bis zu 15 Minuten abgewickelt, während die maximale Duldungsgrenze für ein weitgesprochenes eine Stunde beträgt. An Hand der Aufzeichnungen über die Überschreitung der Duldungsgrenzen werden Rückschlüsse in den einzelnen Verkehrsbeziehungen festgestellt und dementsprechend die Plannamen neuer Fernleitungen eingeleitet. Der anmeldende Teilnehmer wird im Speicherverkehr bei einer vermutlichen Wartezeit über 30 Minuten für seine Gesprächsanmeldung unterrichtet, wann er mit der Ausführung rechnen kann. Dieser besondere Kundendienst ist von großem Vorteil für die eigene Arbeitsabwicklung des Fernsprecheinnehmers

#### Über die Fernsprech-Ortsämter in Moskau und Riga

In den Fernsprech-Ortsämtern in Moskau und Riga sowie in den Linientechnischen Knotenämtern der Lettischen SSR konnten wir uns besonders von der vorbildlichen Organisation des Technischen Dienstes überzeugen. Der Störungsvermeidungs-, Entstörungs- und Prüfstanddienst sowie die Amtspflege und Wartung sind zu einem gemeinsamen Betriebszweig zusammengefaßt. Das Hauptaugenmerk des technischen Betriebsdienstes gilt den Störungsvermeidungsarbeiten und den planmäßigen Überwachungsarbeiten in Ortskabelnetzen. Diese systematischen Arbeiten bilden die Basis für den niedrigen Prozentsatz der gestörten Fernsprechanstschlüsse. Als technisch-wirtschaftliche Kennziffer gilt der Prozentsatz der Störungsfälle auf je 100 geschaltete Hauptanschlüsse, während die Dauer der einzelnen Störungen entsprechend der Leitungssatzumsetzung von der Vermittlungsstelle bis zum Teilnehmer einschließlich der Innenrichtung als Normenzeiten gegeben werden. Die Einhaltung der technisch-wirtschaftlichen Kennziffer bildet die Grundlage für die Beurteilung des technischen Zustandes der Vermittlungsstelle und des Ortsleitungsnetzes. Darauf baut sich das Präzisionsystem für den technischen Betriebsdienst auf und vorbildlich vorbildlich das Prinzip der materiellen Interessiertheit der Werktätigen des technischen Fernmeldedienstes bei der Verantwortung für die Werterhaltung der Ortsfernsprechanlagen.

#### Betriebslabors

Die von uns in den Fernmeldebetrieben vorgefundenen Betriebslabors haben als Hauptaufgabe ihrer gesamten Tätigkeit,

betrieblische und betriebstechnische Bedingungen in ihrem Betrieb zu erforschen und eingebrachte Verbesserungen in der Praxis zu erproben. Außerdem führen sie im Auftrage des Instituts Betriebsbeobachtungen an Funktionsmustern der Fernmeldeindustrie durch. Sie unterstützen die Werktätigen ihres Betriebes bei der Ausarbeitung eigener Verbesserungsvorschläge und erfreuen sich dadurch der breiten Unterstützung aller Betriebsangehörigen.

#### Wettbewerbe

Große Bedeutung hat in allen Fernmeldebetrieben die Durchführung des Sozialistischen Wettbewerbs. Das Ziel aller Wettbewerbe ist die vorfristige Erfüllung bzw. Übererfüllung des den Betrieben gegebenen Staatsplanes. Der Wettbewerb wird zwischen den Fernmeldebetrieben der UdSSR, innerhalb jedes Betriebs zwischen den Abteilungen, Schichten und Brigaden sowie individuell von den Telefonistinnen, Technikern, Entwürfern und anderen geführt.

So beteiligten sich z. B. die Telefonistinnen des Fernamtes Moskau am Wettbewerb um den Titel der „Besten Telefonistin“, wobei die Anzahl der zu verleitenden Titel unbegrenzt war. Als Wettbewerbsbedingung galt die Übererfüllung der Durchschnittsnorm des Amtes und eine gute Qualität der Arbeit. Etwa jede dritte Telefonistin des Fernamtes trägt diesen Ehren Titel. Das kennzeichnet beispielhaft das hohe gesellschaftliche Bewußtsein der sowjetischen Fernmeldekollegeninnen, die mit ihrer vorbildlichen Arbeit im sozialistischen Wettbewerb weitere Erfolge für ihren Betrieb und ihre sozialistische Heimat errungen haben. Die Besten von ihnen sprechen über ihre Arbeitsleistungen und tragen damit zur Qualifizierung anderer Kolleginnen bei. Methoden, die für weitere Fernämter in der UdSSR anwendbar sind, werden durch den Verlag beim Ministerium für Verbindungswesen als Neuerungsmethoden in Form von Broschüren herausgegeben.

Es wird verständlich sein, daß es anstrengend war, die Vielzahl der Eindrücke in den von uns besuchten Betrieben und Instituten aufnehmen sowie immer wieder Fragen zu stellen, was durch die unvermeidlichen Sprachschwierigkeiten besonders anstrengte. Als Ausgleich überraschten uns unsere sowjetischen Kollegen unter anderem mit Fahrten in die nähere Umgebung der von uns besuchten Städte. In besonders schöner Erinnerung werden dabei eine Motorbootfahrt auf dem Moskwa-Wolga-Kanal, der Besuch der Landwirtschaftsausstellung in Moskau und eine Autofahrt in die Ostseebäder am Rügner Meerbusen bleiben.

#### Motorbootfahrt auf dem Moskwa-Wolga-Kanal

So legten wir an einem wunderschönen Sonntagvormittag mit unserem Motorboot am Kai des Moskwa-Nordfahrt Hafens bei Chimki ab, um eine mehr als 100 km lange Fahrt auf dem Kanal anzutreten. Unseren Blicken entwand die Parkanlage am Hafen, die in ihrer Form mit dem 85 m hohen silberglänzenden Spitzurm an ein Dieselschiff mit zwei Verdecken erinnert. Vorbei an herrlichen Birkenwäldern erweitert sich der Kanal wiederholt in große Seen, auf deren Wellen begeisterter Wassersportler tollkühne Segelfahrten vollbrachten. Entgegenkommende Schiffsprünge erinnerten in der unterschiedlichen Form ihrer Lastkähne und ihrer Fracht daran, daß Moskau über große Ströme und künstliche Wasserstraßen mit fünf Meeren des europäischen Teils der Sowjetunion verbunden ist. An den Ufern einen großen künstlich angelegten Sees gingen wir an Land und durchwanderten die Parkanlagen eines Erholungseines der Moskauer Bevölkerung. Auf der Rückfahrt begegneten uns in kurzen Abständen schmutze, weiße Dieselschiffe, die 150 Fahrgästen Platz bieten. Für Fahrten über größere Entfernungen werden Doppelstock-Dieselschiffe eingesetzt, die mit allen Bequemlichkeiten für die Reisenden ausgestattet sind. Jeder von uns konnte sich vorstellen, welche herrliche Erholung eine Ferienfahrt über 3270 km von Moskau über den Moskwa-Kanal, die Wolga, den Wolga-Don-Schiffahrtskanal „W. I. Lenin“, das Zimljanskajaer Meer und den Don bis zur Küste des Asowschen Meeres für jeden Urlauber bedeutet.

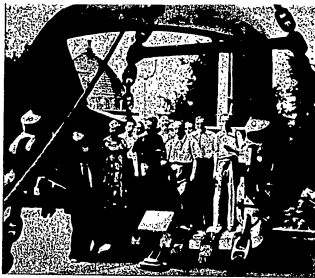


Bild 4. Köbel eines großen Schreibkopiers auf dem Freizeidale der Landwirtschaftlichen Ausstellung in Moskau

Eindrücke von der Moskauer Landwirtschaftsausstellung

Anfang Juni jedes Jahres öffnet die Landwirtschaftsausstellung in Moskau ihre Pforten, die gleichzeitig mit einer Industrieschau verbunden ist. So ließen wir es uns nicht nehmen, trotz der großen Hitze, die an diesem Tage herrschte, der Ausstellung einen Besuch abzustatten. Wie bei anderen Gelegenheiten wurden wir überrascht von dem großen Besucherstrom, der mit uns dasselbe Ziel hatte. Herrlich blühende Tulpenrabatten wurden eingestuft von ebenso prächtig blühenden Obstbäumen. Darzwischen erhoben sich — architektonisch kunstvoll in der Eigenart des betreffenden Landes gestaltet — die massiven Pavillons der einzelnen Unionsrepubliken. Dieser Eindruck ist weder in Bildern noch in Worten richtig darzustellen. Die Fülle der ständig wechselnden Ansichten kann der Besucher an einem Tage nicht in sich aufnehmen. Dazu braucht er eine gute Woche. Abwechselnd in der Gestaltung und erfischend in ihrer Wirkung waren die wunderschönen Wasserspiele und Springbrunnen. Im Technischen Pavillon konnten wir einen Gesamtüberblick über den Stand der sowjetischen Technik auf allen Gebieten der Industrie, der Landwirtschaft und auch des Nachrichtensens gewinnen. Die gewaltigen Traktoren, die für die Urbarmachung weiterer Brachlandgebiete eingesetzt werden, sowie die Schaufrüder für große Wasserrubinnen waren ein Teil der technischen Ausstattungen, die für die weitere Umgestaltung der Natur in der Sowjetunion in den nächsten Jahren verwendet werden. Auch auf dem Gebiete der Nachrichtentechnik und des Fernsehens wurden Ausschnitte über den Stand der technischen Entwicklung gezeigt, wobei vor allen Dingen die kleinen Abmessungen der verschiedenen Bauelemente große Beachtung verdienen. Auf dem Freizeidale konnten wir u. a. auch den Köbel des großen Schreibkopiers betrachten, dessen Dimensionen an den Personen verglichen werden können (Bild 4).

An der Vervollständigung des Ausstellungsgeländes wird Jahr für Jahr weitergearbeitet. Aus einer Sand- und Brachlandfläche ist in einer kurzen Zeit ein in der Anlage und Gestaltung einmalig schöner Park entstanden.

Erfaufungsaustausch in der Lettischen SSR

Unsere Reise führte uns nicht nur nach Moskau, sondern auch in andere Gebiete der Sowjetunion, wo wir den Erfaufungsaustausch unter anderem mit den Mitarbeitern des Ministeriums für Verbindungswesen der Lettischen SSR und den Werkstätten der Fernmeldebetriebe in Riga, Jalgawa und Valmira fortsetzten.

In dieser gemeinsamen Aussprache mit dem Stellvertreter des Ministers für Verbindungswesen der Lettischen SSR, den Angehörigen des Linientechnischen Knotenantes und des Postantes in der zweckmäßig eingerichteten Schalterhalle (Bild 5) wurden die Besonderheiten ihrer Organisation gegenüber der in den anderen Sowjetrepubliken behandelt. Dadurch war es möglich, den Gesamtüberblick über die organisatorischen Belange des Fernmeldewesens in der Sowjetunion zu erweitern und die Vergleiche zu erleichtern. Mit großer Freude erinnern wir uns gern der schönen Stunden und der immer wieder erneuerten Aufmerksamkeiten, die uns unsere Gastgeber bereiteten. Auf einer Fahrt durch die Ostseebäder entlang der Rigaer Bucht konnten wir neben den herrlichen Naturschönheiten und den großzügig angelegten Sanatorien in einem kleinen Ort auch ein neues Postgebäude besichtigen (Bild 6).

Das Gebäude beherbergt gleichzeitig die technischen Einrichtungen für das Fernmeldewesen und die Dienstwohnungen für den Techniker und den Leiter des Postantes. Eine zweckmäßige und freundliche Raumeinrichtung, vor allem aber die angenehmen Banketten in Höhe von 68000 Rubel (ca. 40000 DM) kennzeichnen dieses ländliche Postamt.

In den Schalterhallen verschiedener Postämter wurden wir wiederholt durch sinnvolle Darstellung und geschmackvolle Werbeteile auf den Kundendienst der sowjetischen Postverwaltung aufmerksam. Häufig fanden wir Werbeteile an den Straßen vor, die zur Benutzung des Fernsprechers aufzufinden (Bild 7). Die zweisprachigen Texte (lettisch und russisch) auf diesen Tafeln lauteten:

„Benutzen Sie die Fernsprechverbindungen zu den Städten der UdSSR!“

„Gespräche von öffentlichen Fernsprechstellen werden gegen Barzahlung, von einem beliebigen Fernsprechanruf gegen Guthabene, vom Wohnungsanschuß auf Kredit ausgeführt.“

„Von 0 bis 5 Uhr erfolgt eine Gebührenermäßigung von 50%.“



Bild 5. Gespräch in der Schalterhalle des Postamtes Jalgawa der Lettischen SSR



Bild 6. Postgebäude in einer kleinen Stadt der Lettischen SSR



Bild 7. Werbeteil zur Benutzung des Fernsprechers, aufgestellt in einem Ostseebad in der Lettischen SSR

Wieder in Moskau

Nach Moskau zurückgekehrt, besuchten wir das Mausoleum auf dem Roten Platz und das Revolutions-Museum. An Hand der Dokumente und der Erläuterungen während der Führung im Museum bekamen wir einen umfassenden Überblick über die Rolle und Tätigkeit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion bis zum heutigen Tage.

In der Sowjetunion gewesen zu sein, ohne ein Ballett gesehen oder eine Oper gehört zu haben, würde den Verzicht auf einen besonderen Kunstgenuß bedeuten. Im Moskauer Großen Theater, im Tschaikowsky-Saal und im Rigaer Theater erhielten wir Kostproben vom Können vieler Solisten. Unter den Zuschauern waren nicht nur Angehörige verschiedener Völkerschaften der UdSSR, sondern auch Gäste aus anderen Ländern,

denen wiederholt ein herzlicher Empfang im Theater bereitet wurde.

Daß wir auch ein erstklassiges Fußballspiel im Dynamo-Stadion aufzusehen, sei der Vollständigkeit halber erwähnt. Den Wunsch vieler Fußballanhänger unserer demokratischen Sportbewegung sahen wir hier verwirklicht. Erstklassige Leistungen der Aktiven auf dem Rasen, ein vollbesetztes Stadion und die temperamentvolle Anteilnahme der Zuschauer waren die herauszuhebenden Merkmale dieser Abendveranstaltung an einem Wochentag.

Abschied und Dank

Ein schöner Besuch geht leider immer wieder zu schnell zu Ende. So kam auch für unsere Delegation der Tag der Abreise näher. Noch einmal wanderten wir über die breiten Moskauer Straßen mit dem nicht abbreitenden Käuferstrom in den Geschäften und fuhren eine Abschiedsrunde mit der modernen Metro. Am letzten Abend waren wir erneut Gäste des Ministers und der Mitarbeiter seines Ministeriums. Seine Abschiedsworte galten eine Einschätzung der von unserer Delegation geleisteten umfangreichen Arbeit und unterstrichen noch einmal die große Bedeutung der freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Postämtern der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik als ein Mittel zur Festigung der Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten und zum Wohle ihrer Völker. Unser Dank galt dem Minister, den Mitarbeitern in den Ministerien und allen Werktätigen in den von uns besuchten Betrieben und Instituten des Fernmeldewesens für die bereitwillig beantworteten Fragen und für die Überlassung wertvoller betrieblicher und technischer Unterlagen. Unser Dank gilt weiterhin allen Beteiligten, die für das erfolgreiche Gelingen dieser Fahrt einer Delegation der Deutschen Post in die befreundete Sowjetunion beitrugen. Mögen sich dieser begonnenen Beziehung weitere Besuche in wechselnder Reihenfolge unserer Reise anschließen!



Formgebung für Industrieerzeugnisse

Die Industrie hat es in der Hand, Schönheit oder Häßlichkeit zu verbreiten. Der Franzose Loewy sagt: Das Maschinenzeitalter sollte schlechte, zwecklose Gegenstände hervorbringen und der Welt ein wenig Schönheit geben. Loewys Verdienst ist es, wieder Gesetze der Ästhetik zur Grundlage seines Schaffens gemacht und damit der breiten Masse der Käufer einen wertvollen Dienst erwiesen zu haben. Er selbst will die Menschen dazu erziehen, die einfache und schöne Zweckform zu erkennen und zu würdigen. Unsere Wirtschaftler sollten das Wort Loewys beherzigen: „Häßlichkeit verkauft sich schlecht!“

Die Einstellung zu unseren neuen Verhältnissen und das Bewußtsein, daß diese auch eine neue Form fordern, muß erogen werden. Es sollte das Bestreben aller, die mit Erziehung und Bildung zu tun haben, bzw. die schöpferisch tätig sind, sein, daß der Mensch wieder wie in früheren Zeiten ein harmonisches Ganzes darstellt. Es ist geradezu eine Pflicht der maßgeblichen Bildungsorgane unseres Staates, unseren Werktätigen, die ja Herren der Betriebe und Lenker unseres Staates sind, immer mehr zu ihrer eigenen Würde zu verhelfen. Geschmacksbildung

ist heute keine Frage mehr für eine dünne obere Schicht, sie muß in die Breite gehen.

Hierbei ist nicht an die falsche Pracht von nachgemachtem Chippendale oder Meißner Porzellan mit Streublumenmuster gedacht, wofür sich eigenartigerweise noch heute fortschrittliche Menschen begeistern können . . .

Wie wir von Goethe wissen, haben Farben bestimmte Einwirkungen auf unsere Empfindungen und üben direkt oder indirekt einen Einfluß auf unsere Gemütsverfassung aus.

So wirken alle gelben und roten Töne warm und alle violetten und blauen Töne kalt. Die warmen Farben der Gelb-Rot-Reihe dringen auf das Auge ein, während die kalten Farben von dem Auge zurückweichen.

Darüber hinaus hat z. B. Gelb eine festliche, anregende, strahlende Wirkung. Gelbe Töne befeuchten den Geist, die Phantasie und die Erfindungsgabe.

Rot ist die Farbe der Wärme. Seine Wirkung ist mehr erregend als anregend und wirkt mehr auf die Sinne und Stimmung ein als auf den Geist.

Blau, die sogenannte Fernfarbe, hat in hellen Tönen eine leichte, heitere Wirkung bei durchsichtiger, unsinnlicher Stimmung. In dunklen Tönen wirkt es traurig und leer.

Grün ist immer beruhigend und tut dem Auge wohl. Durch Zusatz von Gelb neigt es zu den warmen Farben, durch Zusatz von Blau zu den kalten.

Weiß wirkt wie immer frisch, aber wenig erwärmend, sehr nüchtern und kalt. Durch Zusatz von Ocker und Umber erhalten wir einen warmen Elfenbeintönen.

Beim Gestalten geht es also immer um formliche und farbige Mittel, deren Gesetzmäßigkeiten und Aussagemöglichkeiten man kennen, erkennen und üben muß.

Technische Gemaltschaft, Heft 1/57, S. 31f.

**Erweiterung des Zustellbestandes bei der Bundespost**

Zur Erweiterung des Zustellbestandes bei der Bundespost sind im Jahre 1956 über 11.500 Kräfte im Personalplan vorgesehen. Diese Kräfte sind in drei Kategorien eingeteilt: 1. Die Erweiterung des Zustellbestandes durch die Vergrößerung des Zustellgebietes und die Vergrößerung der Zustellmenge. 2. Die Erweiterung des Zustellbestandes durch die Vergrößerung der Zustellmenge bei gleicher Zustellmenge. 3. Die Erweiterung des Zustellbestandes durch die Vergrößerung der Zustellmenge bei gleicher Zustellmenge und Vergrößerung des Zustellgebietes. Die Erweiterung des Zustellbestandes durch die Vergrößerung der Zustellmenge bei gleicher Zustellmenge ist die wichtigste. Sie wird durch die Vergrößerung der Zustellmenge bei gleicher Zustellmenge erreicht. Die Erweiterung des Zustellbestandes durch die Vergrößerung der Zustellmenge bei gleicher Zustellmenge und Vergrößerung des Zustellgebietes ist ebenfalls wichtig. Sie wird durch die Vergrößerung des Zustellgebietes erreicht. Die Erweiterung des Zustellbestandes durch die Vergrößerung der Zustellmenge bei gleicher Zustellmenge und Vergrößerung des Zustellgebietes ist ebenfalls wichtig. Sie wird durch die Vergrößerung des Zustellgebietes erreicht.

Die Vergrößerung der Zustellmenge bei gleicher Zustellmenge ist die wichtigste. Sie wird durch die Vergrößerung der Zustellmenge bei gleicher Zustellmenge erreicht. Die Erweiterung des Zustellbestandes durch die Vergrößerung der Zustellmenge bei gleicher Zustellmenge und Vergrößerung des Zustellgebietes ist ebenfalls wichtig. Sie wird durch die Vergrößerung des Zustellgebietes erreicht. Die Erweiterung des Zustellbestandes durch die Vergrößerung der Zustellmenge bei gleicher Zustellmenge und Vergrößerung des Zustellgebietes ist ebenfalls wichtig. Sie wird durch die Vergrößerung des Zustellgebietes erreicht.

Die Vergrößerung der Zustellmenge bei gleicher Zustellmenge ist die wichtigste. Sie wird durch die Vergrößerung der Zustellmenge bei gleicher Zustellmenge erreicht. Die Erweiterung des Zustellbestandes durch die Vergrößerung der Zustellmenge bei gleicher Zustellmenge und Vergrößerung des Zustellgebietes ist ebenfalls wichtig. Sie wird durch die Vergrößerung des Zustellgebietes erreicht. Die Erweiterung des Zustellbestandes durch die Vergrößerung der Zustellmenge bei gleicher Zustellmenge und Vergrößerung des Zustellgebietes ist ebenfalls wichtig. Sie wird durch die Vergrößerung des Zustellgebietes erreicht.

Die Vergrößerung der Zustellmenge bei gleicher Zustellmenge ist die wichtigste. Sie wird durch die Vergrößerung der Zustellmenge bei gleicher Zustellmenge erreicht. Die Erweiterung des Zustellbestandes durch die Vergrößerung der Zustellmenge bei gleicher Zustellmenge und Vergrößerung des Zustellgebietes ist ebenfalls wichtig. Sie wird durch die Vergrößerung des Zustellgebietes erreicht. Die Erweiterung des Zustellbestandes durch die Vergrößerung der Zustellmenge bei gleicher Zustellmenge und Vergrößerung des Zustellgebietes ist ebenfalls wichtig. Sie wird durch die Vergrößerung des Zustellgebietes erreicht.

Die Vergrößerung der Zustellmenge bei gleicher Zustellmenge ist die wichtigste. Sie wird durch die Vergrößerung der Zustellmenge bei gleicher Zustellmenge erreicht. Die Erweiterung des Zustellbestandes durch die Vergrößerung der Zustellmenge bei gleicher Zustellmenge und Vergrößerung des Zustellgebietes ist ebenfalls wichtig. Sie wird durch die Vergrößerung des Zustellgebietes erreicht. Die Erweiterung des Zustellbestandes durch die Vergrößerung der Zustellmenge bei gleicher Zustellmenge und Vergrößerung des Zustellgebietes ist ebenfalls wichtig. Sie wird durch die Vergrößerung des Zustellgebietes erreicht.

Da wenn Mehrleistungen von nur Teil 39 bis 40 km zählend mit wesentlichen Veränderungen nicht verbunden. Die Entscheidungen, wie sich nach wirtschaftlichen und betrieblichen Maßstäben die Ausweitung des Landkraftpostbestandes vornehmen läßt, müssen auf eine Verknüpfung der eigentlichen Landzustellung Bedarfs genommen werden. Hierzu seien bereits Großversuche mit Erfolg durchgeführt.

**I. Internationale Briefmarkenschau der Messstädte**

Auf ihrer letzten Sitzung am 8. Januar 1957 beschäftigte sich die Briefmarkenkommission Philatolie Leipzig eingehend mit dem von Hlfe. Herandrich eingebrachten Vorschlag, im Herbst 1957 eine internationale Briefmarkenschau der Messstädte zu veranstalten. Zur Teilnahme sind die Messstädte Bepo (CSR), Budapest (Ungarn), Frankfurt/Main (Bundesrepublik), Poznan (Polen) und Zagreb (Jugoslawien) eingeladen worden. Alle Messstädte haben ihre Beteiligung zugesagt. Zur Ausstellung sind alle Messstädte mit einer bestimmten Anzahl ausgesetzter Objekte (z. B. Spandak, Luftpost, Motiv- und Jugendkalendarie) vertreten sein. Die I. Internationale Briefmarkenschau der Messstädte wird vom 26. Oktober bis 3. November stattfinden.

**Eine Grabenfräse zum Herstellen von Kabelgräben**

Der VEB Schwermaschinenbau „7. Oktober“ in Magdeburg baut z. Z. die Nullserie einer Grabenfräse, die durch einen 60-PS-Dieselmotor angetrieben wird. Mit Hilfe des in einem Ausleger gelagerten und in der Höhe verstellbaren Fräskopfes von 2,70 m Durchmesser können 25 cm breite Gräben mit senkrechten Wänden bis zu einer Tiefe von 1,10 m hergestellt werden. Steine von der Größe der Grabenbreite werden mittels herangezogen und über die Grabenflanken in die Tiefe geschoben. Das durch den Fräskopf heraufgehobene Material wird durch einen Abstreifer in den Grabenrand geschoben. Das Gerät ist besonders für die Grabenfräse sehr sorgfältig gewählt worden. Da diese eine Fahrgeschwindigkeit im Transport von höchstens 2,5 km/h besitzt, ist zu ihrer Beförderung von Arbeitstelle zu Arbeitstelle ein 20-t-Tiefenhublifter mit entsprechender Zugleistung erforderlich. Im laufenden Jahr soll eine bei mehreren Tiefbauunternehmungen vorhandene Grabenfräse in den Graben für ein zweigeschossiges TP-Kabel verwendet werden. Dabei will man Erfahrungen darüber sammeln, ob der Einsatz eines solchen Geräts, das etwa 100000 DM kosten soll, wirtschaftlich gerechtfertigt ist.

**Ein neues Ansagegerät für den Fernsprechkundendienst der Deutschen Post**

Von Gerhard BENZ, Institut für Post- und Fernmeldewesen, Berlin

Nach einer kurzen Schilderung der Vor- und Nachteile des Magnetonplatten-Verfahrens für die Zwecke des Fernsprechkundendienstes wird ein neues bei der Deutschen Post verwendetes Magnetonband-Ansagegerät beschrieben.

**Allgemeines über Ansagedienste**

Mit der Einführung des Sportlotos und des Zahlenlotos in der Deutschen Demokratischen Republik entstand bei den Fernsprechteilnehmern der Wunsch, die Spielergebnisse dieser Institutionen über Fernsprecher als Kurznachrichten abhören zu können.

Als einziger automatischer Ansagedienst bestand bis dahin lediglich die nach dem Lichttonverfahren arbeitende „Zeitansage“. Dabei verwendete Methode der Schallaufzeichnung ist verhältnismäßig kompliziert und erfordert vom Besprechenden bis zur Wiedergabe eine so lange Zeit, daß sie für die neu zu entwickelnden Ansagedienste nicht anwendbar war. Während im Zeitansagedienst die Tonschrift nur einmal auf den Lichtträger „gezeichnet“ und niemals geändert oder gewechselt wird, muß bei den Ansagediensten z. B. für das Sportlotto der Text mitunter im Abstand von wenigen Stunden geändert werden, wobei die Einrichtungszeit vom Besprechen bis zur Wiedergabe höchstens einige Minuten in Anspruch nehmen darf.

**Derartige Anlagen müssen also folgende technische Bedingungen erfüllen:**

- a) Die Bedienung der Anlage muß durch die technisch ungeschulten Kräfte des Fernsprechkundendienstes oder des Fernamtes möglich sein.
- b) Der Ansagetext muß fortlaufend wiederholt werden können, wobei die Pause zwischen zwei Aussagen nicht länger als fünf Sekunden sein darf.
- c) Der Tonträger muß einen Ansagetext bis zu drei Minuten Dauer speichern können.
- d) Die in der Anlage auftretenden Störungen müssen selbstständig angezeigt und die Teilnehmer, die zum Zeitpunkt der eintretenden Störung den Dienst abhören, ohne Gebührenzahlung abgehört werden.
- e) Die Anlage muß im Dauer- und im Anlaufbetrieb arbeiten können und höchste Betriebssicherheit gewährleisten.
- f) Die Wiedergabezeit soll der einer gewöhnlichen Fernsprechverbindung entsprechen.
- g) Die Anlage soll in Gestellbauweise mit Einschleubung ausführbar sein.

Auf Grund dieser Bedingungen konnte nur das Magnetonplattenverfahren in Frage kommen, wobei zu entscheiden war, ob das Magnetonband-Verfahren mit endlosen Bändern oder das am Fernsprechkundendienst der Deutschen Post bekannte Magnetonplatten-Verfahren verwendet werden sollte.

**Das Magnetonplatten-Verfahren**

Dieses Verfahren zeichnet sich durch einfachste Bedienung aus. Die Platten werden von den Sprechern über hochwertige Mikrophone in der Aufnahmeeinrichtung besprochen und danach in die Wiedergabe einsteckt. Die Länge der Pause zwischen zwei Aussagen wird durch Rückführen des Tonarmes mit Hilfe eines verschleibbaren Fühlkontaktes eingestellt. Nach besonderer Durchsage berührt der Tonarm den Fühlkontakt, wodurch der Tonarm elektronisch nachgehoben und in die Anfangsstellung zurückgeführt wird.

- a) Die verwendeten Astromagnetonplatten haben teilweise ein störendes Rillenecho.
- b) Die Wiedergabegüte nimmt in Richtung zur Plattenmitte infolge der kleiner werdenden Abtastgeschwindigkeit ab.

- c) Das Umsetzen des Tonarmes ist als unangenehmes Knackgeräusch zu hören.
- d) Für eine befriedigende Wiedergabegüte müssen die Spitzen des Tonkopfes verhältnismäßig häufig gewechselt werden.

**Das neue Magnetonband-Ansagegerät**

Unter Berücksichtigung der Vorteile, die das Magnetonplatten-Verfahren in bedienungsmäßiger und das bekannte Magnetonband-Verfahren in elektroakustischer Hinsicht bieten, wurden im Zentrallabor für Fernmeldeverfahren, Arnsdorf/Thür., nach den Vorschlägen des Verfassers für eine in der Fernsprechvermittlungstechnik übliche Gestellbauweise unter Verwendung der bei Rundfunk-Pausenzeichenmaschinen gebräuchlichen Bandspeicherkassettensätze Anlagen entwickelt und im Juni 1955 in Vermittlungsstellen der Deutschen Post eingeschaltet. Die Anlagen arbeiten nach dem Magnetonband-Verfahren, unterscheiden sich jedoch in vieler Hinsicht von den in einigen Fernmeldeämtern der Deutschen Post eingebauten, mehr oder weniger improvisierten Anlagen. Sie bestehen aus einer in einem schalldichten Raum aufzustellenden Aufnahmeeinrichtung und einer Wiedergabeinrichtung, die auf Grund der Gestellbauweise auch im Wählerraum oder im Rollraum aufgestellt werden kann.

**Aufnahmeinrichtung**

Als Aufnahmeinrichtung wurden ein handelsübliches Magnetongerät, die Mikrophon- und Endverstärker, der Kontrollsprecher, der Zusetzungsanzeiger und das Schaltfeld zu einer Einheit zusammengefaßt (Bild 1). Diese Einheit soll, wenn kein geeigneter Besprechungsraum zur Verfügung steht, in einer Fernsprechkassette untergebracht werden, die in dem Raum aufzustellen ist, in dem sich die Wiedergabeinrichtung befindet. Der Bändereinsteller in der Kassette der Wiedergabeinrichtung läßt sich von der Aufnahmeinrichtung aus steuern, so daß größtes Sprecherrufen gleichzeitig die Bänder der Wiedergabe- und der Aufnahmeinrichtung besprochen können. Weniger geübte Kräfte sprechen den zu übertragenden Text besser erst auf das Band der Aufnahmeinrichtung, hören den Text über den Kontrollsprecher ab und überspielen ihn nach dem Kopierverfahren auf das Band der Wiedergabeinrichtung. Um die bei diesem Verfahren entstehenden zusätzlichen Verzerrungen zu vermindern, wurde eine Bandgeschwindigkeit der

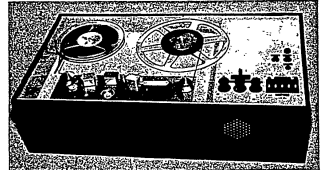


Bild 1. Aufnahmeinrichtung

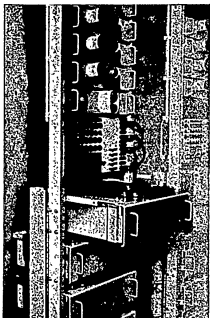


Bild 2. Wiedergabeanlage

Aufnahmeeinrichtung von 19 cm/s gewählt. Das Besprechen des Aufnahmebandes kann von den Kräften des Fernanrufes oder des Fernsprech-Kundendienstes über das zugehörige Kristall-Fachmikrophon oder gegebenenfalls vom Nachrichtensprecher des Rundfunks über eine besondere Leitung durchgeführt werden. Das Abhören und Löschen der Wiedergabebander ist ebenfalls von der Aufnahmeeinrichtung aus möglich.

**Wiedergabeinrichtung**

Die Wiedergabeinrichtung ist für fünf Ansagedienste in einem Normal-Gestellrahmen untergebracht und enthält neben fünf Laufwerken die zugehörigen Wiedergabeverstärker, den Netzteil, den Löschengenerator, das Schaltfeld, die Überwachungs- und die Sicherungsschleife. Die Wiedergabeverstärker, der Löschengenerator und die Laufwerke sind in Einschubform hergestellt, wobei die Laufwerke zur leichteren Beobachtung auch während des Betriebes bis zu einem festen Anschlag herausgezogen werden können (Bild 2). Da ein zwingender Grund für das Vereinen eines Laufwerkes mit seinem zugehörigen Verstärker zu einer Baugruppe nicht vorliegt, wurden die fünf Laufwerke aus Bedienungsgründen in der unteren Gestellhälfte so untergebracht, daß sich das obere Laufwerk noch unterhalb der Augenhöhe befindet. Das Schaltfeld wurde in der Mitte des Gestelles eingebaut. Oberhalb schließen sich der Löschengenerator,

die Wiedergabeverstärker, die Überwachungs- und die Sicherungsschleife an. Das Zusammenwirken aller Baugruppen ist aus Bild 3 ersichtlich.

**Laufwerk**

Als Tonträger wird ein endloses Band verwendet, das in einer zum Laufwerk gehörenden Kassette gespeichert wird (Bild 4). Das Fassungsvermögen einer Kassette beträgt bis zu 20 m Band, was bei einer Bandgeschwindigkeit von 9,5 cm/s einer maximalen Textlänge von 3,5 min entspricht. Die größtmögliche ununterbrochene Spieldauer mit dem gleichen Band ist in Bild 5 dargestellt. Die starke Abhängigkeit der maximalen Spieldauer von der Bandlänge ist darauf zurückzuführen, daß sich das Band mit der zunehmenden Länge in immer engeren Schleifen legt und dadurch schneller seine betriebsnotwendige Steifheit verliert. Die erzielbaren Spielzeiten genügen jedoch den betrieblichen Anforderungen vollständig, weil die gleiche Nachricht niemals länger als drei bis vier Takte gesendet wird und die Anlage außerdem im Anlaufbetrieb arbeitet.

Zum Erreichen eines gleichmäßigen Laufes wird das endlose Band um drei Umlenkschleifen geführt, von denen eine mit einer Schwungmasse versehen ist. Beim Besprechen eines Wiedergabebandes läuft dieses von einer zusätzlich anzubringenden einfachen Abspulvorrichtung in die Kassette ein, wobei das Band um die gleichen Umlenkschleifen geführt wird. Derjenige Teil des Bandes (etwa 20 cm), der sich beim Einlegen vor dem automatischen Einlauf zwischen den Tonköpfen und dem Auslaufpaß der Kassette befindet, entspricht der Pause zwischen zwei Aussagen. Das Zusammenziehen des Bandes wird in einer Vorrichtung mit Tesa-Film durchgeführt. Der Lauf des Bandes kann durch die aus Glas gefertigte Deckplatte der Kassette beobachtet werden. Der Bandantrieb geschieht durch einen Synchronmotor mit asynchronem Anlauf über eine Hilfswicklung. Seine Drehzahl beträgt 375 U/min.

**Wiedergabeverstärker**

Die vom Hörkopf des Wiedergabe-Laufwerkes abgegebene tonfrequente Spannung beträgt im Frequenzband 300 ... 3400 Hz im Mittel 2 mV. Diese Spannung wird in einem dreistufigen Wiedergabeverstärker (2 x 6AG7 und 1 x 6AG7; Bild 6) auf eine Sendespannung von 0,775 V entsprechend einem Pegel von 0 N verstärkt, wobei die Dämpfungsverzerrung in dem o. a. Frequenzband innerhalb der Grenzen  $\pm 0,3$  N gehalten wird. Der wirksame Innenwiderstand des Wiedergabeverstärkers beträgt 15  $\Omega$ . Die Schwankung des Sendepegels, hervorgerufen durch eine unterschiedliche Belastung zwischen einer und 50 Belagungen, beträgt dadurch höchstens 0,4 N. Der Sendepegel ist von Hand kontinuierlich um  $\pm 1$  N regelbar, um Pegelunterschiede, die sich beim Besprechen der Hörköpfe oder durch deren Abschluß an den Köpfen einstellen, ausgleichen zu können.

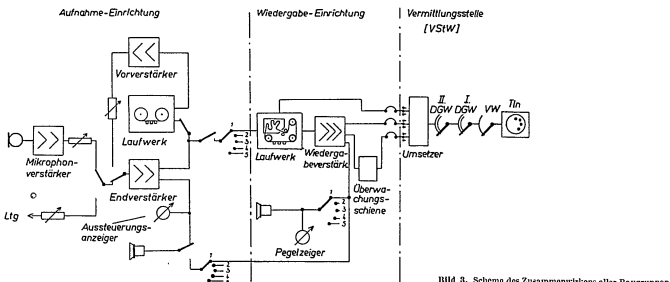


Bild 3. Schema des Zusammenwirkens aller Baugruppen

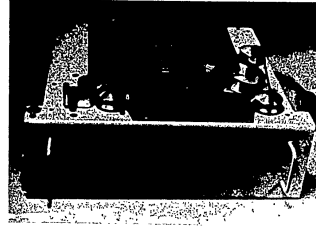


Bild 4. Laufwerk mit Bandspulerkassette (Bandführung im Bild ungenau wiedergegeben)

Jeder Verstärker besitzt drei Ausgänge, die für den Anschluß der entsprechenden Umsetzer, der Überwachungsschleife und eines wahlweise anschaltbaren Kontrolllautsprechers bestimmt sind.

Parallel zum Kontrolllautsprecher ist ein Pegelzeiger für die Anzeige des mittleren effektiven Sprachpegels vorgesehen, der zusammen mit dem Kontrolllautsprecher wahlweise an jeden Verstärkeranschluß angeschaltet werden kann. Weiterhin ist in der Überwachungsschleife ein Überwachungsrelais so eingestellt, daß es bei einem mittleren Sprachpegel von  $-0,7$  N mit einer Verzögerung von etwa 10 s abfällt und über die Überwachungsschleife eine grüne Signallampe sowie den Einschaltwecker einschaltet. Gleichzeitig werden alle Teilnehmer, die zum Zeitpunkt der eintretenden Störung den betreffenden Ansagedienst gewählt hatten, ohne Gebührenzahlung abgeworfen. Außerdem bleiben die zu diesem Dienst gehörenden Umsetzer gegen weitere Belagungen so lange gesperrt, bis die Störung beseitigt ist.

Die Röhrenströme können an 36 Durchschneidern kontrolliert werden.

**Schaltfeld**

Um jedes Laufwerk mit dem zugehörigen Wiedergabeverstärker wahlweise auf jede Umsetzerguppe schalten zu können, sind die Verstärkeranschlüsse sowie die Umsetzereingänge vieradrig über das Schaltfeld geführt (Bild 7). Von den in einem Gestell vorhandenen fünf Wiedergabegeräten sind vier Stück ständig im Betrieb, während das fünfte als Reservergerät vorgesehen ist. Beim Erneuern des Ansagetextes wird jeweils das Band des fünften Gerätes besprochen und die entsprechende Umsetzerguppe mit einer Unterbrechung, die kleiner ist als die Abfallzeit des Überwachungsrelais, auf dieses Gerät geschaltet.

Wie bereits oben angegeben, ist ein Ausgang der Wiedergabeverstärker über einen Kippshalter des Schaltfeldes geführt.

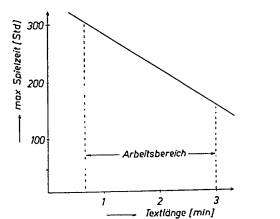


Bild 5. Abhängigkeit der größtmöglichen Spieldauer von der Textlänge

mit dem in der unteren Stellung der Kontrolllautsprecher und der Pegelzeiger angeschaltet werden können. Eine Sperrschaltung verhindert dabei, daß mehrere Ansagen gleichzeitig an den Lautsprecher geschaltet werden. In der oberen Schalterstellung wird bei einer aufgetretenen Störung das Störungssignal abgeschaltet, so daß durch nachfolgendes Betätigen der Schalter der gestörte Dienst festgestellt werden kann.

Die Versorgungsspannung jedes Ansagedienstes und des Löschengenerators, die über einen mehrpoligen Schalter und die Feinsicherungen geführt sind, werden durch das Aufleuchten einer Kontroll-Glimmlampe angezeigt.

Außerdem befinden sich drei Aufmerksamkeitslampen im Schaltfeld, deren Aufleuchten folgende Bedeutungen haben: Die grüne Lampe dient als Wiederholung der Störungsanzeige. Die weiße Lampe zeigt an, daß ein Dienst von der Aufnahmeeinrichtung aus abgehört wird. Wegen der bereits erwähnten Sperrschaltung kann am Wiedergabegestell nicht abgehört werden.

Die gelbe Lampe zeigt an, daß ein Band der Wiedergabeinrichtung gegenwärtig besprochen wird und jeder Eingriff am Gestell zu unterbleiben hat.

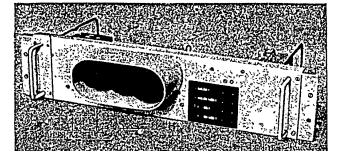


Bild 6. Wiedergabeverstärker

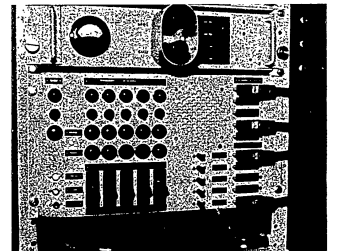


Bild 7. Schaltfeld

**Löschengenerator und Stromversorgung**

Im Löschengenerator werden die zum Besprechen und zum Löschen der Bänder erforderlichen hochfrequenten Magnetisierungsströme erzeugt. Um die notwendige Löschstromstärke von 150 mA mit der Frequenz 60 kHz zu erreichen, wurden zwei Röhren vom Typ 6AG7 in Gegenakt geschaltet. Der bei der Besprechung fließende Vormagnetisierungsstrom beträgt 4 mA und hat ebenfalls eine Frequenz von 60 kHz.

Das Erzeugen der Anoden- und Heißspannung für die Verstärker und den Löschengenerator geschieht im Netzteil, während die für die Relais erforderlichen Ströme der Akkubatterie entnommen werden.

### Paketstromanalysen

Von Werner MERKER, Leipzig

Die Deutsche Post ist verpflichtet, ihre Einrichtungen so zu gestalten, daß sie den Verkehrsbedürfnissen der Wirtschaft und der Bevölkerung entsprechen. Ferner hat die Deutsche Post als ein wichtiger Zweig der planmäßig geleiteten Volkswirtschaft die Aufgabe, ihren Betrieb wirtschaftlich zu gestalten. Diese beiden Grundsatze sollen einander oft gegenüber, und es ist nicht immer leicht, den Weg zu finden, der beiden Forderungen gerecht wird. Dies gilt im besonderen Maße für das Postbetriebswesen, weil die Betriebsmittel (Bahnpostwagen) erhebliche Anlagekosten darstellen. Der Einsatz der Bahnpostwagen, also die Gestaltung der Bahnpostverbindungen, erfordert gründliche Untersuchungen, um trotz Abhängigkeit vom Verkehrsbedürfnis, d. h. vom Aufkommen an Briefpost und vor allem an Paketsendungen, die Wirtschaftlichkeit zu wahren oder zu erhöhen. Diesem Zweck dienen die Paketstromanalysen.

#### Einleitung

Nach einer ersten Paketstromanalyse in Halle (Saale) wurde im Oktober 1956 unter der Verantwortlichkeit des Bahnpostamtes 32 Leipzig die Paketstromanalyse für die Paketumschlagstelle Leipzig N 18 durchgeführt, deren Auswertungsvorbereitungen im Januar 1957 beendet wurden. Für die übrigen großen Paketumschlagstellen, wie BPA 6 Erfurt, Karl-Marx-Stadt C 4, Dresden A 7, BPA 7 Magdeburg usw. ist die Durchführung der Paketstromanalysen im Jahre 1957 vorgesehen. Die folgenden Ausführungen sollen deshalb den damit beschäftigten Kollegen Anregungen und Hinweise für die bevorstehende Arbeit geben und darüber hinaus bei allen Kollegen Verständnis für die notwendigen umfangreichen Feststellungen, ihre Zusammenhänge und Bedeutung wecken.

Es ist nicht möglich, im Rahmen dieses Artikels auf sämtliche Einzelheiten der Durchführung einzugehen. Vielmehr sollen Hinweise auf bestimmte Schwerpunkte gegeben werden, die der Beachtung wert sind. Eingehende Richtlinien sind den beteiligten BPP und Ämtern mit der MPP-VI, von 23. 11. 56 - P Bef - zugegangen (Dokumentation über die Ausarbeitung von Paketstromanalysen für eine einzelne Paketumschlagstelle).

#### Die Feststellungen selbst

Die exakte Aufstellung einer Paketstromanalyse erfordert, daß sämtliche über die betreffende Paketumschlagstelle laufenden Pakete erfaßt werden. Dies gilt für die Ortsauslieferung, den Eingang mit Kraftgüterposten (meist aus dem Nahverkehr) sowie mit allen Bahnposten und Sackwagen einschließlich der Sackwagen des innerdeutschen Verkehrs. Um einwandfreie Ergebnisse zu erhalten, die nicht durch natürliche Schwankungen an einzelnen Tagen verfälscht werden, müssen die Ermittlungen mindestens an drei Tagen angestellt werden. Die Ergebnisse sind bei der Auswertung auf den Tagesdurchschnitt zurückzuführen. Bei den Ermittlungen ist die größte Sorgfalt notwendig. Es ist ohne betriebliche Störungen nicht möglich, alle Pakete beim Eingang bei der Paketumschlagstelle zu erfassen. Sie müssen deshalb weitgehend bereits in den Bahnposten aufgezählt werden. In vielen Fällen sind hierfür besondere Beauftragte (Verwaltungsangestellte, Aufsichtskräfte usw.) einzusetzen, weil die Bahnpostbegleiter selbst dazu zeitmäßig nicht zusehen, weil die Paketumschlagstelle zu entlasten in der Lage sind. Bahnposten, die bereits am Ausgangsort überwiegend ausgelastet werden und unterwegs nur noch geringe Pakelladung übernehmen, können bereits beim Beladen am Ausgangsort behandelt werden; deren Arbeitsaufwand ist geringer als bei Mitfahrt. Auch können Sackwagen bei der fertigmachenden Dienststelle erfaßt werden, um die Paketumschlagstelle zu entlasten. Allgemein muß beachtet werden, daß nur die Pakete aufgezählt werden, die gemäß den Leitübersichten über die betreffende Paketumschlagstelle zu leisten sind, also nicht Pakete für Kurs-Anst. Zweigige Paketzugüberführungen am Endpunkt der Bp, die die Paketumschlagstelle nicht berühren (z. B. in Leipzig Umschlag auf dem Hauptbahnhof), sind zu erfassen, weil auch diese Pakete für die Abförderung (Festsetzung der benötigten Kapazitäten) berücksichtigt werden müssen. Wird die Bp erst bei der Paketumschlagstelle erfaßt, müssen die Kurzbeführungen während des Feststellungszeitraums aufgenommen werden.

Durchlaufende Verbindungen (z. B. Eisenach-Leipzig-Berlin) sind an sich für die Paketumschlagstelle selbst nicht von Bedeutung, weil diese Pakete nicht von ihr bearbeitet werden.

Für die Gesamtbearbeitung des Aufkommens von einer Richtung bzw. nach einer Richtung ist jedoch auch die Erfassung dieser Pakete wichtig, so daß die durchlaufenden Verbindungen zumindest dann nachrichtlich bei den betreffenden Strecken aufzuführen sind, wenn so bewußt zum Vermeiden des Umschlages aufgegeben wurden. Zum Beispiel können die Bp 1 Eisenach-Berlin unberücksichtigt bleiben, weil diese Verbindungen immer in dieser Weise bestehen bleiben werden und die Paketumschlagstelle Leipzig N 18 nicht berühren. Dagegen waren die erst vor einiger Zeit eingerichteten durchlaufenden Pickerei-Verbindungen Karl-Marx-Stadt-Leipzig-Berlin, Zwickau-Leipzig-Magdeburg und Berlin-Leipzig-Zwickau nachrichtlich zu erfassen, weil sie nicht für alle Zukunft in dieser Form bestehen bleiben müssen, und die Zahl der mit diesen Verbindungen beförderten Pakete zur Analyse des Aufkommens und der Verkehrsströme unbedingt benötigt wird.

Es ist klar, daß die Paketumschlagstelle und das BPA am Ort der Paketumschlagstelle die umfangreichen Feststellungen selbst nicht allein mit dem eigenen Personal durchführen können. Sie müssen die Hilfe der übrigen BPA, Umschlagstellen an den Ausgangspunkten der Bahnposten und anderer geeigneter HPA in Anspruch nehmen.

Für jedes Paket ist ein Zettel auszufüllen, der außer Datum und Verbindung (Bp, Se usw.) den Aufgabe- und den Bestimmungsort enthalten muß. Bei Landorten braucht nur das Leitpostamt angegeben zu werden, dagegen sind die zusätzlichen Bezeichnungen zu vermerken (abgekürzt). Deutliche Schrift ist für die weitere Arbeit sehr wichtig. Bei Aufzeichnungen im fahrenden Zug hat es sich als zweckmäßig erwiesen, die Pakete listenmäßig zu notieren und später auf einzelne Zettel zu übertragen, auch wenn dies für den Beauftragten eine gewisse Mehrbelastung bedeutet. Dafür werden Schwierigkeiten beim Sortieren der Zettel vermieden. Eine gute organisatorische Vorbereitung schafft die Grundlage für reibende Ergebnisse und einen reibungslosen Ablauf der Auswertung; ein leichtfertiges Handeln oder Unterlassen führt zu falschen Schlussfolgerungen (z. B. Nichterfassen von Sw, Aufzeichnen nur eines Teils der Pakete usw.). Es muß z. B. auch daran gedacht werden, daß für die Aufzeichnungen benutzte verwendete Verbindungsstellen (u. a.) für die Paketumschlagstelle werden weit über 100000 Zettel für drei Tage benötigt. Wenn dies nicht beachtet wird, gewinnen auch solche geringfügigen Dinge plötzlich sehr an Bedeutung. Grundsätzlich ist der planmäßige Einsatz von Personal, vor allem der Gruppen (in drei Schichten), bei der Paketumschlagstelle selbst.

#### Herstellung der Unterlagen (Auswertungsvorbereiten)

##### a) Festlegen der Ausscheidungen

Die Auswertungsvorbereiten beginnen mit dem Sortieren der Verbindungsstellen usw. bei einer Großbriefabfertigung, im Falle Leipzig bei der Briefabfertigung des BPA 32.

Von größter Bedeutung ist das Festlegen der Gesichtspunkte, nach denen zu sortieren ist. Diese Gesichtspunkte sind von einer Kommission zu erarbeiten, die Vertreter der Paketumschlagstelle, des BPA, der Bereichsstelle und der zuständigen Verkehrsleitung umschließt. Mit der richtigen Festlegung des Verteilschemas steht und fällt Aussagefähigkeit und weitere Verwendungsmöglichkeit der unter großem Personalaufwand durchgeführten Aufzeichnungen der Pakete.

Zunächst ergibt sich zwangsläufig eine grobe Unterteilung nach den von der Paketumschlagstelle ausgehenden Strecken. Bei der Paketstromanalyse für die Paketumschlagstelle Leipzig N 18 ist dies folgendes Streckeneinteilung (Bild):

- Leipzig-Riesa-Dresden
- Leipzig-Döbeln-Dresden
- Leipzig-Rochlitz-Glauchau
- Leipzig-Bad Lausick-Karl-Marx-Stadt
- Leipzig-Borna-Geithain
- Leipzig-Zwickau/Plauen
- Leipzig-Gera-Saalfeld
- Leipzig-Erfurt-Eisenach mit Naumburg-Saalfeld
- Leipzig-Köthen-Magdeburg (-Stralsund)
- Leipzig-Zerbst-Magdeburg
- Leipzig-Berlin
- Leipzig-Cottbus

Ferner sind noch herauszutrennen:

- Leipzig Ort und Vororte, Nahorte (Kgp!), innerdeutscher Verkehr über Bebra, Magdeburg-Braunschweig-Hannover,
- innerdeutscher Verkehr über Schweinheide-Hamburg,
- innerdeutscher Verkehr über Hof/Probstzella, Ausland (insgesamt).

Die letzten Ausscheidungen genügen den Anforderungen, die das Postbetriebswesen an die Paketstromanalyse stellt.

Dagegen ist die Aufteilung nach den zuerst genannten zwölf von Leipzig ausstrahlenden Strecken für die weitere Auswertung unzureichend. Die erarbeiteten Unterlagen könnten bei dieser Aufteilung nur dazu verwendet werden, die Gesamtbelastung der einzelnen Strecken und der darauf bestehenden Verbindungen (Bahnposten, Sackwagen) zu untersuchen. Damit wäre aber nur ein Teilergebnis erzielt, und der Aufwand würde kaum gerechtfertigt sein. Die einmal durchgeführten Feststellungen sollen in weit höherem Maße auswertbar sein. Zunächst ist es wichtig, das Paketaufkommen nach Orten zu ermitteln, bei denen erfahrungsgemäß ständige Schwierigkeiten im Ladungsaustausch bestehen; dabei wird es sich überwiegend um größere Orte im Nahbereich handeln. Bei der Paketumschlagstelle Leipzig N 18 betrifft dies Orte wie Torgau, Oschatz, Altenburg, Zeitz, Weißenfels, Naumburg u. a. Nach dem Ergebnis der

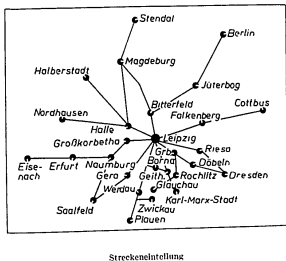
Paketstromanalyse kann entscheidend beurteilt werden, inwiefern verbesserte Paketbetriebsmöglichkeiten nach solchen Orten durch Sackwagen notwendig und lohnend sind. Weiterhin muß das Paketaufkommen für die Strecken weitgehend aufgedeckt werden, auf denen der Einsatz von Rollbehältern und Gabelstaplern vorgesehen ist, z. B. auf den Strecken Leipzig-Riesa-Dresden und Leipzig-Plauen. Ferner gilt es aufzugliedern, wie stark das Paketaufkommen für weiter entfernte Streckenteile und Leitgebiete ist, um exakte Unterlagen für die wirtschaftliche Einrichtung durchlaufender Pickereiverbindungen zu schaffen. Mit durchlaufenden Verbindungen wird durch Wegfall des Umschlages auf einer pfleglicheren Behandlung der Pakete u. U. auch eine erhebliche Laufzeitverkürzung erzielt, wenn günstige Anschlüsse geschaffen werden können. Deshalb ist es z. B. notwendig, das Paketaufkommen für die Strecken Erfurt-Meiningen, Dresden-Görlitz, Halle-Arens-hausen, Magdeburg-Schwerin, Schwerin-Rostock usw. bei der Paketstromanalyse für die Paketumschlagstelle Leipzig N 18 zu untersuchen. Für Orte im Nahverkehrsbereich liefern die Aufzeichnungen ferner bei entsprechender Herausrennung Material für die Verknüpfung, wenn die Haltezeiten der Züge nicht mehr ausreichen oder aus anderen Gründen eine Verknüpfung zweckmäßig erscheint.

Diese Begründungen und Beispiele mögen genügen, um die Notwendigkeit einer möglichst feinen Aufteilung zu beweisen. Ferner ist noch die Kursplatzeneinteilung der Paketumschlagstelle zu berücksichtigen. Das soll nicht heißen, daß alle bei der Paketstromanalyse vorhandenen Kursplätze automatisch für die Paketstromanalyse übernommen werden können oder müssen. Vielmehr wird die Paketstromanalyse der Paketumschlagstelle Material liefern, um ihre Kursplätze zu überprüfen und dem Aufkommen entsprechend - wenn notwendig - zu ändern. Jedoch muß bei der Unterteilung für die Paketstromanalyse im allgemeinen berücksichtigt werden, ob die Ausscheidungen eventuell auch bei der Paketumschlagstelle kursplatzmäßig zu verwirklichen sind, weil sie sonst leeren Wert besitzen. Selbstverständlich gibt es auch hierin Ausnahmen. Im Hinblick auf die Bedeutung der Verkehrsstromanalyse für die Paketumschlagstelle Leipzig N 18 als die erste ihrer Art in erweiterter Auswertungsform wurde die Kommission, die die Gesichtspunkte für die Sortierung (Ausscheidungen) festlegte, von der Abteilung Postförderung der Hauptverwaltung Post- und Zeitungs-wesen angeleitet, weil die in Leipzig gesammelten Erfahrungen für die nach im Jahre 1957 durchzuführenden Paketstromanalysen bei den übrigen wichtigen Paketumschlagstellen angewendet werden sollen.

Unter Berücksichtigung der geschilderten Überlegungen und Grundätze hat man insgesamt 75 Ausscheidungen festgelegt. Damit wurde - soweit bisher zu übersehen ist - allen Umständen entgegen und eine Unterlage geschaffen, die sowohl der Paketumschlagstelle und dem BPA als auch anderen Dienststellen (z. B. auch den Verkehrsleitungen) wertvolle Hinweise für ihre Arbeit und Entscheidungen zu geben vermag.

Da es aus Platzgründen nicht möglich ist, alle 75 Ausscheidungen aufzuführen, soll hier an Hand der Strecken Leipzig-Plauen, Leipzig-Eisenach, Leipzig-Köthen-Magdeburg (Stralsund) und Leipzig-Cottbus demonstriert werden, wie die Aufteilung festgelegt wurde:

- Leipzig-Zwickau/Plauen
- Altenburg mit Durchgang
- Görlitz mit Durchgang
- Crimmitschau
- Werdau
- Werdau-Plauen
- Plauen Ort und Landorte
- Plauen Abgänge
- Zwickau Ort und Landorte
- Zwickau Abgänge
- Grätz mit Durchgang





Leipzig-Eisenach

Weißfels mit Durchgang Naumburg mit Durchgang Naumburg-Saalfeld (ausschl.) Apolda und Weimar Erfurt Ort und Landorte Erfurt-Meinungen übrige Erfurter Abgänge Gotha mit Durchgang Eisenach mit Durchgang

Leipzig-Köthen-Magdeburg (-Stralsund)

Halle Ort und Landorte Merseburg mit Durchgang Halle-Arnshausen Halle-Halberstadt Halle-Magdeburg (ausschl.) mit Köthen-Beraburg-Güsten Magdeburg Ort, Vororte und Landorte Magdeburg Abgänge Stendal und Abgänge Wittenberge-Schwern-Rostock (ausschl.) Rostock mit Durchgang Stralsund mit Durchgang (auch Rügen)

Leipzig-Cottbus

Eilenburg mit Durchgang Torgau mit Durchgang Falkenberg und Abgänge Falkenberg-Horka Falkenberg-Cottbus (ausschl.) Cottbus und Abgänge Frankfurt (Oder) und Abgänge

b) Das Sortieren der Zettel

Zunächst sei darauf hingewiesen, daß es auch beim Sortieren der Zettel auf äußerste Genauigkeit ankommt. Ferner ist es erforderlich, für einen großen Teil der Ausscheidungen das Leitgebiet festzulegen, so daß also bei sehr feiner Aufteilung wie in Leipzig eine besondere Leitübersicht aufzustellen ist.

Für den Personalansatz ist zu beachten, daß die Sortierleistung wegen der ungewöhnlichen, zum Teil komplizierten Leitverhältnisse und zeitabweisenden Nebenarbeiten (Zählen der Zettel für jede einzelne Ausscheidung) wesentlich geringer ist als bei der normalen Vor- oder Feinverteilung von Briefsendungen. Beim BPA 32 ergab sich - bedingt durch die außerordentlich hohe Zahl der Ausscheidungen - je Arbeitsstunde ordentlich hohe Zahl der Nebenarbeiten (Zahlen usw.) der Sortierer einschließlich der Nebenarbeiten (Zahlen usw.) ein Durchschnitt von rd. 370 Sendungen. Bei weniger Ausscheidungen und damit einfacheren Leitverhältnissen ist natürlich eine höhere Leistung möglich. Die Zahl kann deshalb nur bei annähernd gleichen Bedingungen übernommen werden, sie bietet jedoch für alle Fälle einen Anhaltspunkt für die voraussichtlich aufzuwendende Arbeitszeit.

Es ist streng darauf zu achten, daß jede Verbindung (Bahnpost, Sackwagen) getrennt sortiert und gezählt wird.

c) Fertigen der Strecken- und Gesamtzählbogen

Die Zählergebnisse sind in Streckenzählbogen einzutragen. Die Zusammenstellung geschieht im Gesamtzählbogen. Es ist zweckmäßig, bereits in den Streckenzählbogen die Tagessummen zu bilden (Durchschnitt der drei Feststellungstage). Die Streckenzählbogen enthalten alle Verbindungen aus der betreffenden Richtung einschließlich der Sackwagen, wobei das Paket aufkommen auf sämtliche Ausscheidungen (in Leipzig 75) aufzuschlüsseln ist. Es ergibt sich somit folgende Einteilung:

Streckenzählbogen Zwickau/Plauen-Leipzig (Auszug)

Table with columns: Verbindung, Bestimmungsrichtung (Hinterfeld-Berlin ausschl., Berlin Ort, Vororte, Nahverkehr, Berlin-Stöberland, Berlin-Stralsund ausschl., Berlin-Paschwitz ausschl.), Summe. Rows include 4250, 4210 I, 4210 II, 4210 III, 4210 IV, 4210 V, 4210 VI, 4210 VII, 4210 VIII, 4210 IX, 4210 X, 4210 XI, 4210 XII, Summe.

Für jede Herkunftsrichtung ist ein Streckenzählbogen anzulegen. In Leipzig waren 13 Richtungen zu unterscheiden. Dazu kamen noch die innersächsischen Verbindungen (einschl. Sackwagen) über Bebra, Hannover/Braunschweig, Hof/Probstzella sowie die Ortsauflieferung (einschl. Eingang mit den Kraftposten). Bei einer großen Zahl von Ausscheidungen empfiehlt es sich, abweichend von den Richtlinien der MPP-Vf, vom 23. 11. 1956, für die Ausscheidungen die sontrichten Spalten vorzusehen; bei Anordnung in der Waagrechten würden die Übersichten unhandlich werden.

- a) das Paketaufkommen jeder Verbindung für die einzelnen Ausscheidungen,
b) das Paketaufkommen der gesamten Strecke für die einzelnen Ausscheidungen,
c) die Gesamtzahl der mit jeder Verbindung über den betreffenden Ort (hier also Leipzig) laufenden Pakete,
d) die Gesamtzahl der aus der betreffenden Richtung über den Ort der Paketstromanalyse (Leipzig) laufenden Pakete.

Auf Grund der Streckenzählbogen ist in derselben Weise der Gesamtzählbogen zu fertigen. In Leipzig waren somit die Summen von 17 Herkunftsrichtungen (einschließlich innerdeutscher Verkehr und Ortsauflieferung) zusammenzustellen. Das Schema ist dasselbe wie bei den Streckenzählbogen, nämlich in den sontrichten Spalten die einzelnen Ausscheidungen, in der Waagrechten untereinander statt der einzelnen Verbindungen die Herkunftsrichtungen.

Gesamtzählbogen (Auszug)

Table with columns: Herkunftsrichtung, Bestimmungsrichtung (Wurzeln mit Durchgang, Ostfeld mit Durchgang, Stralsund mit Durchgang, Dresden Ort, Dresden-Landorte, Dresden-Erfurter, Hirschberg/Weißfels, Zittau, Dresden-Abgänge), Summe. Rows include Karl-Marx-Stadt, Leipzig, Halberstadt, Arnshausen, Halle-Leipzig, Stralsund, Magdeburg, Halle-Leipzig, Stralsund, Magdeburg, Stralsund, Dresden, Berlin-Leipzig, Berlin-Leipzig, Ortsauflieferung, Summe.

Durch die Zusammenstellung erhalten wir

- a) nach Aufrechnung der sontrichten Spalten die Gesamtzahl der für jede Ausscheidung bei der Paketumschlagstelle aufkommenden Pakete,
b) nach Aufrechnung der Summen-Spalte (Gesamteingang der jeweiligen Richtung) die Gesamtzahl der bei der Paketumschlagstelle zu bearbeitenden Pakete (einschließlich Pakete aus der Ortsauflieferung).

Indem wir die Zahlen zusammengehöriger Ausscheidungen zusammenfassen (z. B. im Muster 1a-Ig), gewinnen wir den gesamten Abgang nach einer bestimmten Richtung (im Muster für Leipzig-Riesa-Dresden).

Mit der Fertigstellung des Gesamtzählbogens sind zunächst die Vorarbeiten zur Auswertung der Paketstromanalyse beendet. Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß auch das Herstellen der Strecken- und Gesamtzählbogen einen großen Arbeitsaufwand bedeutet, zumal alle Bogen mindestens fünfmal benötigt werden. Je ein Exemplar ist für die Paketumschlagstelle, das BPA, die Bereichsleitung (BPP), die Verkehrsleitung und das MPP, Abt. Postbeförderung, bestimmt. Die für die Zusammenstellungen aufzuwendende Arbeitszeit richtet sich wieder sehr stark nach der Zahl der Ausscheidungen. Der Zeitraum, in dem die Arbeiten abgeschlossen werden können, hängt natürlich in erster Linie von der Zahl der dazu herangezogenen Kräfte ab (Sortierer, Verwaltungskräfte). Bei der Paketstromanalyse in Leipzig waren beim BPA 32 für alle Arbeiten von der organisatorischen Vorbereitung, Festlegung der Ausscheidungen über das Sortieren bis zum Fertigstellen der Zählbogen in fünfacher Aufzählung knapp drei Wochen erforderlich, wobei ständig mehrere Kräfte mit den Arbeiten beschäftigt waren. Das Sortieren der Zettel dauerte zehn Tage.

Verwerten der Unterlagen (Ausblick)

Mit den Strecken- und Gesamtzählbogen haben die BPA, Paketumschlagstellen und sonstigen Dienststellen des Postbetriebsbereichs (Bereichsleitungen, Verkehrsleitungen, Hauptverwaltung Post- und Zeitungswesen, Abt. Postbeförderung) Unterlagen zur Verfügung, die für zahlreiche betriebliche Fragen herangezogen werden können und maßgeblich helfen, die Beförderungsmittel wirtschaftlich einzusetzen. Damit ist der verhältnismäßig große Arbeitsaufwand, den die Paketstromanalyse erfordert, gerechtfertigt. Ihr enormer Vorteil besteht darin, daß nicht mehr überwiegend von Schätzungen und Überlegungen ausgegangen werden muß, die sich nicht immer in der praktischen Auswirkung bestätigen lassen, sondern daß exaktes Zahlenmaterial zugrunde liegt. Die Schlussfolgerungen, die man aus ihm ziehen kann, werden noch weittragender sein, wenn bei allen wichtigen Paketumschlagstellen die Paketstromanalysen durchgeführt werden sind. Dann sind die letzten Lücken geschlossen, die die Paketstromanalyse für eine einzelne Paketumschlagstelle noch aufzuweisen hat. Schon bei einer verhältnismäßig oberflächlichen Untersuchung der Ergebnisse der Paketstromanalyse für die Paketumschlagstelle Leipzig N 18, die durch die Abt. Postbeförderung des MPP geleitet wurde, ist dies klar erkennbar geworden. Bei dem auszugswiesigen wiedergegebenen Streckenzählbogen aus Richtung Zwickau/Plauen-Leipzig wird das Bild über die Belastung der Strecke z. B. erst dann vollständig, wenn aus der Paketstromanalyse - beispielsweise aus der der Paketumschlagstelle Zwickau - ermittelt wird, wie stark das Paket aufkommen aus dem Zwickauer Raum für die Kurs-PANst ist. Diese Pakete erscheinen nicht in der Leipziger Verkehrsstromanalyse, weil sie nicht über Leipzig laufen und daher nicht aufzuzeichnen waren. Auf die Ermittlung der Pakete vom Kurs-PANst nach Kurs-PANst, die also weder am Ausgangs- noch am Endpunkt erfaßt werden, kann verzichtet werden. Diese Pakete sind im ganzen gesehen für die Belastung der Beförderungsmittel (Bahnposten) unbedeutend, so daß die Anordnungen für die Leitung der Pakete eingehalten werden (z. B. aus Erfurt die Ableitung von Zwickau, Karl-Marx-Stadt

und Dresden mit Abgängen über Erfurt-Gera-Zwickau/Karl-Marx-Stadt-Dresden).

Im Streckenzählbogen Eisenach-Leipzig dürfen Pakete für Zwickau, Karl-Marx-Stadt und Dresden mit Abgängen nur in geringerer Anzahl erscheinen, nämlich dringende Pakete und Eilpakete sowie Pakete von den Kurs-PANst zwischen Erfurt und Leipzig. Auch die ordnungsgemäße Ausnutzung der durchlaufenden Verbindungen kann durch die Paketstromanalyse einwandfrei überprüft werden. Die Hauptmasse der Pakete für die betreffende Richtung muß dann in der durchlaufenden Bahnposten usw. abfließen.

Beim Überprüfen der Ausnutzung der auf den einzelnen Strecken eingesetzten Kapazitäten im Verhältnis zum Gesamtaufkommen für diese Richtung muß natürlich berücksichtigt werden, inwieweit die Bahnposten bereits durch Briefpost und Zeitungsbeförderung ausgelastet sind, damit also für die Paketbeförderung ungenutztes Material in Frage kommt. Richtig angewandt, werden die Ergebnisse der Paketstromanalysen wichtige Hilfsmittel zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit im Postbetriebswesen. Sie werden künftig bei Kursbesprechungen und anderen Konferenzen zur Regelung von Fragen der Postbeförderung unentbehrlich sein. Einer späteren Veröffentlichung - unter Umständen durch die Hauptverwaltung Post- und Zeitungswesen - wird es vorbehalten bleiben, zu erläutern, wie die Unterlagen ausgewertet, welche Schlussfolgerungen daraus gezogen wurden, und wie die Paketstromanalysen zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit im Postbetriebswesen beigetragen haben.



Wenn Sie diese Zellen lesen, ist die Leipziger Frühjahrsmesse 1957 bereits beendet. Im Augenblick aber publiziert noch ein riesiger Verkehr durch die Straßen, Messehäuser und Ausstellungshallen. Hunderttausende von Besuchern aus aller Welt, Regierungskommissionen und Kaufleute, Menschen mit brauner, gelber und weißer Hautfarbe treffen sich in Leipzig zum friedlichen Handel. Eine große Zahl von technischen Neuerungen, darunter auch solche, die für das Post- und Fernmeldewesen von Bedeutung sind, fällt die ausgedehnten Ausstellungsflächen. Mehrere Kollegen der Deutschen Post sind für Sie, unsere Leser, unterwegs, um sich all die Dinge anzuschauen, über die sie dann im nächsten Heft unserer Zeitschrift berichten werden.

Die Deutsche Post selbst ist wiederum durch zahlreiche Messepostämter, Telexstellen und Zeitungsvorkaufsstellen für jeden sichtbar am Messesehen beteiligt. Für die Öffentlichkeit leider unbemerkt, wirken Hunderte von Kolleginnen und Kollegen im Fernamt, in der Telegraphendienststelle, in den Vermittlungsstellen, in den Entörtungsstellen, im Bahnpostamt, in Zeitungsstellen und Postbetriebsräumen, um den Post- und Fernmeldeverkehr reibungslos abzuwickeln. Der Rundfunk und der Deutsche Fernsehklub berichten in aktuellen Sendungen vom Ablauf der Messe, melden Geschäftsbeschlüsse und zeigen im Bildschirm Einzelheiten.

Am Stand der Deutschen Post im Städtischen Kaufhaus wird vor allem das Gebiet Panktenstörung demonstriert. Zu einem sehr instruktiven Lichttafel und praktisch vorgeführten Schemata des Fernschleppens hat die Film- und Bildstelle des IPF einen kurzen Lehr- und Werbefilm gedreht, der mehrmals täglich dem Publikum vorgeführt wird.

Messeberichte



Wir konsultieren den Betriebsarzt

Berufskrankheiten

Vor einer Besprechung der Berufskrankheiten, die im Arbeitsbereich Post- und Fernmeldewesen auftreten können, erscheint es zweckmäßig, die allgemeinen interessierenden Grundzüge der Sozialversicherung und der Gesundheitsverwaltung, die zur Erfassung und Anerkennung der Berufskrankheiten aufgestellt sind, auszuwerten.

Der Begriff "Berufskrankheit" erscheint uns heute mit all seinen Konsequenzen selbstverständlich und allbekannt. Eine kurze Rückschau mag daran erinnern, daß es noch gar nicht so lange Berufskrankheiten im Sinne unserer Sozialversicherungsbestimmungen gibt.

Im Laufe des vorigen Jahrhunderts setzte sich die gewerbliche Verwendung der Dampfmaschine immer stärker durch. Die Gefährdung der Arbeiter nahm ständig zu und führte zu Forderungen der Deutschen Arbeitervereine nach Änderung des Schadenersatz- und Tatpflicht-Rechts. Nach dem neuen Reichshaftpflicht-Gesetz von 1871 war die Sorge für den insbesondere von Unfällen wegen in seiner Gesundheit bedrohten Arbeiter noch nicht genügend behoben.

Damals erhub der Reichstagsabgeordnete Bebel seine Forderungen nach einer Reichsunfallversicherungsanstalt auf Kosten der Unternehmer und nach einer Invaliditäts- und Altersversicherung, 1884 wurde das Gesetz über die Versicherung der Arbeiter gegen Betriebsunfälle angenommen.

Von Jahrestat zu Jahrestat wurde dieses wichtige Gesetz ausgedehnt und brachte der Arbeiterschaft endlich eine gewisse Versicherung bei Unfällen, zumal seit 1925 auch die sogenannten Verunglückten in die Unfallversicherung mit einbezogen sind.

Unter "Unfall" wird ein körperlich oder geistig schädigendes, plötzlich oder zeitlich eng auf eine Arbeitsschicht begrenztes Ereignis verstanden.

Nach dieser Formulierung konnten die Berufskrankheiten nicht eingeschätzt werden. Unter Berufskrankheiten verstehen wir Erkrankungen infolge betriebl. Tätigkeit, die in der Gesundheitsgefährdung beruflicher Tätigkeiten. Es waren also die nicht plötzlich eintretenden in ihrer Versorgung stark benachteiligt. Erst vor gut 30 Jahren, nämlich am 12. 5. 1925, trat hier ein Wandel ein, als die 1. Verordnung über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten veröffentlicht wurde.

Es folgten mehrere Erweiterungen dieser Verordnung, und jetzt stehen 40 Nummern statt der 11 vom Jahre 1925 in der "Liste der Berufskrankheiten", die in der Sozialversicherung den Betriebsunfällen gleichgestellt sind (Verordnung vom 27. 4. 1950, Gesetzblatt I/1950, S. 359). Nur die in der "Liste" enthaltenen 40 Krankheiten oder Krankheitsgruppen sind melde- und entschuldigungspflichtige Berufskrankheiten. Das ist bereits ein wichtiger Leitzatz, den jeder Sozialversicherer kennen sollte, der u. U. gesundheitsgefährdende Arbeiten ausführt.

Entsprechend den Vorschriften über die Arbeit der Arbeitsmittlungsstellen bei den Räten der Bezirke sind die Meldungen von Berufskrankheiten oder des Verdachts auf Berufskrankheiten an diese Dienststelle zu richten. Meldepflichtig ist sowohl der Arzt, der eine Berufskrankheit oder Krankheitserscheinungen festgestellt, als der begründete Verdacht einer Berufskrankheit rechtfertigt, als auch die Betriebsleitung.

Die Arbeitsmittlungsstellen prüfen die Meldung und entscheiden, ob eine Berufskrankheit vorliegt. Diese Verfahrensregelung bedeutet einen großen Fortschritt imsofern, als die entscheidende Prüfung des Sachverhalts, ob nämlich eine Berufskrankheit vorliegt oder nicht, einer ärztlichen Instanz zur Pflicht gemacht ist.

Bei Unklarheiten werden Untersuchungen im Betrieb veranlaßt, und der Erkrankte wird einem fachärztlichen Sachverständigen zur Begutachtung zugewiesen.

Erst nach Abschluß der ärztlichen Untersuchungen kann die Sozialversicherung die zustehenden Leistungen gewähren. Das bedeutet für den Erkrankten, daß er im eigenen Interesse alle erforderlichen Auskünfte und Hinweise geben und zur körperlichen Untersuchung bereit sein soll. Das ist ein weiterer wichtiger Leitzatz!

Eine infolge falscher Aussage zustande gekommene Beurteilung muß selbstverständlich aufgehoben werden und führt wenigstens zur sofortigen Einstellung einer bis dahin gewährten Rente wegen Berufskrankheit.

Seit 1925 werden nämlich in gleicher Weise wie für Unfälle und deren Folgen auch bei anerkannten Berufskrankheiten und deren Folgen Voll- oder Teilrenten gewährt, wenn der Körperschaden nach ärztlichem Urteil wenigstens 20% beträgt. Die Rente wird unabhängig vom sonstigen Arbeitsentkommen gezahlt. Beschwerden gegen die Beurteilung des Leidens oder die Rentenfestsetzung sind nach den allgemeingültigen Bestimmungen der Verfahrensordnung für die Sozialversicherung bei der zuständigen Beschwerdestanz (Fristgemäß einzureichen. Das ist auf jedem Bescheid der Sozialversicherung in dem Abschnitt Rechtsmittelbelehrung angegeben.

Diesen Entwicklungsbereich soll man sich in unserer schnelllebigen Zeit immer wieder vor Augen führen, um den Kampf um das Zustandekommen unserer heute als "selbstverständlich" angesehenen Maßnahmen zur Sicherung des Berufslebens gegenüber allen "Westschlägen" seiner beruflichen Tätigkeit wagt zu können. Die Leistungen der Sozialversicherung haben sich mit der zunehmenden Technisierung der Arbeitsprozesse und der erhöhten Leistung des einzelnen zu einem umfangreichen System der sozialen Sicherung entwickelt.

Im Rahmen dieser kurzen Übersicht kann nicht auf alle Einzelheiten der volkswirtschaftlichen Auswirkungen von Krankheiten und versicherungstechnischen Zusammenhängen eingegangen werden. Immerhin dürfte interessieren, wie viele Unfälle und Berufskrankheiten überhaupt im Gebiet unserer Republik jährlich gemeldet werden. Hierüber finden wir genaue Zahlen im statistischen Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, das bis zum Jahre 1955 auf allen Gebieten der Wirtschaft umfassende Statistiken bringt.

Für die Jahre 1952 bis 1955 ergeben sich folgende Zahlen:

Table with 4 columns: Jahr, Anzahl Arbeitsunfälle, Anzahl Berufskrankungen. Sub-headers: männlich, weiblich, insgesamt.

Table with 4 columns: Jahr, Anzahl Arbeitsunfälle, Anzahl Berufskrankungen. Sub-headers: männlich, weiblich, insgesamt.

Diese Zahlen gehen doch sehr zu denken! In den Berufskrankheiten ist darauf hinzuweisen, daß die Zunahme in den letzten Jahren auf vorübergehend starkes Ansteigen von Schenkel- und Hüftgelenkskrankheiten zurückzuführen ist. Wir sehen aus der Aufgliederung, daß die Zunahme in erster Linie durch die weiblichen Beschäftigten verursacht ist.

Mit dem Fortschritt der wissenschaftlichen Erkenntnis werden auch die Möglichkeiten zur Erkennung und insbesondere zur Verhütung von Berufskrankheiten immer weiter entwickelt. Der einzelne Beschäftigte wird deshalb auch regelmäßig über das Einhalten der Arbeitsschutzanordnungen belehrt. In diesen Anordnungen werden die Gefahren bei den einzelnen beruflichen Tätigkeiten beschrieben und die Maßnahmen dargestellt, die jeder zur Verhütung von Unfällen und Berufskrankheiten beachten muß.

Dr. Kollmorgen, Berlin

TAGUNGSBERICHT

Erste ökonomische Konferenz des Projektierbüros der Deutschen Post

Vom 10. bis 11. Januar 1957 fand in der Fachschule für Post- und Fernmeldewesen „Rosa Luxemburg“ in Leipzig die erste ökonomische Konferenz des Projektierbüros der Deutschen Post statt. Auf der großen Anzahl Delegierter des Projektierbüros waren als Gäste Vertreter des MPF, einiger BVP und des Zentralkomitees der SED anwesend. Die Erschienenen wurden durch einen Vertreter der Betriebsparteiorganisation der SED begrüßt.

Der Betriebsleiter, Herr Boden, gab eine kurze Einführung zur Konferenz. Er schilderte u. a. die Gründung des Projektierbüros, das 1951 seine Arbeit mit 15 Arbeitskräften begann, während heute mehrere hundert Arbeitskräfte beschäftigt sind. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß ökonomische Konferenzen dem Aufbau des Sozialismus dienen und hier Maßnahmen festgelegt werden müssen, um die Arbeitsproduktivität zu steigern und die Arbeitsorganisation zu verbessern.

Anschließend gab der Sekretär der Betriebsparteiorganisation einen zusammenfassenden Bericht der Fachausschüsse. Dieser Bericht zeigte die Erfolge, die im Projektierbüro erreicht wurden; er deckte aber auch Mängel auf. So beklagte sich die Abteilung Hoehbau mit Recht über ungenügende Anleitung. Es wurde vorgeschlagen, das Projektierbüro beim Aufstellen der Verplannungen mit zu beteiligen. Von seiten der Abt. Fernmeldedienste wurde vor allem die ungenügende Zusammenarbeit bei Komplexbauvorhaben bemängelt. Der Projektant muß das Ziel der Politik unseres Staates kennen, um alle Faktoren zu finden, die den Verkehr beeinflussen und daher in den Projekten berücksichtigt werden müssen. Zum anderen wurde festgestellt, daß die Abteilungen des Hauptbüros nicht immer den Belangen der Projektierungsgruppen entsprechen. Es wird erwartet, daß im Plan der Maßnahmen eine Qualifizierung der im Hauptbüro beschäftigten technischen Kräfte festgelegt wird.

Im Anschluß an diesen Bericht wurde der Vorschlag zum Plan der Maßnahmen vorgelesen.

In der nun folgenden Diskussion nahm Herr Janz vom MPF das Wort. Er führte aus, daß der Plan der Maßnahmen erweitert werden müsse. Das Projektierbüro habe sich besonders mit der Frage der Baukostenlenkung, Typisierung und Normung zu beschäftigen.

Herr Viehweg vom MPF betonte, daß in Zukunft, entsprechend unseren wirtschaftlichen Verhältnissen, weniger aufwendig gebaut wird. Als Mitarbeiter des ZK stellte Herr Malsch ein gutes Zusammenarbeiten zwischen den Mitgliedern der Betriebsparteiorganisation und den Mitarbeitern des Projektierbüros fest. Er betonte nochmals, daß ökonomische Konferenzen die Verbesserung der gesamten Arbeit eines Betriebes zum Gegenstand haben müssen.

Zum Schluß der Diskussion führte Herr Staatssekretär Serrach aus, daß die Angehörigen des Projektierbüros ernsthaft bemüht seien, ihre Arbeit zu verbessern. Er wies auf die vielen guten Vorschläge in der Diskussion hin, die im Plan der Maßnahmen ihren Niederschlag finden müssen und erwarde, daß durch die ökonomische Konferenz und deren Vorbereitung ein gewisser Elan in das Projektierbüro gebracht werden ist, der nicht aufgehoben werden dürfte.

Am zweiten Tag der Konferenz wurde noch einmal eingehend der Plan der Maßnahmen diskutiert und in seiner endgültigen Fassung einstimmig angenommen. Die wichtigsten Punkte sind u. a. Qualifizierung der Mitarbeiter des Projektierbüros, Durchführung von Wettbewerben, Bildung von Kommissionen für Typisierung und Normung, Verbesserung der technisch-wissenschaftlichen Weiterbildung, Überprüfung der Organisation des Betriebes, Bildung eines technisch-wissenschaftlichen Rates.

Eine besondere Verpflichtung hat in diesem Plan die Fernmeldeprojektion übernommen, die durch weitere Rationalisierung ihrer Arbeitsmethoden den Arbeitsaufwand soweit senken will, daß 200000,- DM eingespart werden können.

Helmuth Massak, Potsdam



Hierunter sind allgemein interessierende Fragen aus Leserkreisen beantwortet. Zuschriften bitten wir an die Redaktion, 'Die Deutsche Post', Heft 2/56 ist genug, daß die Hersteller von elektrischen Geräten diese antworten sollen. Hierfür seien die Bezeichnungen FG oder FN bzw. FK zu verwenden. Was bedeuten diese Bezeichnungen?

Kurt Junker, Leipzig - Funkenstörung Frage: Im Aufsatz 'Die Funkenstörung und ihre Bedeutung für den Baukosten- und Personalverbrauch' (Die Deutsche Post, Heft 2/56) ist gesagt, daß die Hersteller von elektrischen Geräten diese antworten sollen. Hierfür seien die Bezeichnungen FG oder FN bzw. FK zu verwenden. Was bedeuten diese Bezeichnungen?

Antwort: Nach der (z. Z. in Überarbeitung befindlichen) VDE-Vorschrift 6875 geben diese Bezeichnungen den Grad der Entlastung an: F bedeutet 'funktionstreu', G 'groß', N 'normal' und K 'klein' (kleine Störspannung). Weiters darüber folgt demnächst in einem Aufsatz über die Funkenstörung.

Ein neuer Elektroden-Werkstoff für Zündkerzen, der keinen thermischen, chemischen und elektrischen Verschleiß aufweist, bei den auch kein Abbrand eintritt, ist in England entwickelt worden.

Der Wegfall der Festzeitsprüche ab 1. 1. 57 gab die Bundespost bekannt. Dies wurde damit begründet, daß 90% aller Fernspreche im Sofortnetz (entspricht dem beschleunigten Fernverkehr) nur in Selbstwählstellen abgestellt werden. Auf 90000 Anmeldestellen sei nur ein Festzeitspruch entfallen. Ferner wies er für das Bedienungspersonal sehr schwierig, all die vielen Sonderbestimmungen für die verschiedenen Arten so selten vorkommender Gespräche im Gedächtnis zu behalten. Nur in Ausnahmefällen seien Festzeitsprüche noch zugelassen.



Fachliteratur

Die UdSSR in Zahlen. Verlag die Wirtschaft, Berlin 1956. Herausgegeben von der Statistischen Zentralverwaltung beim Ministerrat der UdSSR. Übersetzung aus dem Russischen. DIN A 5, 272 Seiten, Halbleinen, 9,30 DM.

Dieses große statistische Sammelwerk (das letzte statistische Nachschlagewerk wurde im Jahre 1939 veröffentlicht) enthält die wichtigsten Daten, die die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR im Vergleich zum Jahre 1938, zum Vorkriegsjahr 1940 und zur Zeit vor der Revolution nach dem Stand von 1913 wiedergeben. Eine Reihe volkswirtschaftlicher Entwicklungskennziffern wurde auch nach Unions-Republiken aufgeschlüsselt. Die für die Zeit der Sowjetmacht angeführten Zahlen beziehen sich auf das Territorium der UdSSR des jeweiligen Jahres. Die für 1913 angeführten Daten sind in der Regel nach zwei Gebietsgrenzen aufgeschlüsselt worden, nach dem Gebiet innerhalb der derzeitigen Grenzen der UdSSR und nach dem Territorium innerhalb der Grenzen, die bis 17. September 1939 galten, also ohne die Westgebiete der Ukrainischen und Belarussischen SSR, ohne die Litauische SSR, die Lettische SSR, die Estnische SSR und andere Bezirke, die nach 1939 zur UdSSR kamen.

Soweit nicht eigens vermerkt, erstrecken sich die Angaben für 1931 auf die bis 17. September 1939 geltenden Grenzen der UdSSR. Bei einigen Kennziffern werden die in den Richtlinien des XX. Parteitages der KPdSU festgelegten Auflagen des sechsten Fünfjahresplanes der UdSSR angeführt, im Vergleich zu den Ergebnissen der vorhergehenden Fünfjahrespläne.

In einigen Fällen sind die für 1955 angeführten Daten geschätzt worden und bedürfen noch der Präzisierung.

Das Sammelwerk umfaßt statistische Angaben über sämtliche Zweige der Volkswirtschaft der UdSSR und gibt Auskunft über die sozialistische Industrie, über ihre Entwicklung und über ihren Stand. Dem Leser werden Zahlen vermittelt, die bisher noch nicht veröffentlicht wurden. Auch werden Angaben über die Anzahl der Beschäftigten in den einzelnen Industriezweigen gemacht sowie über die Arbeit der Spezialisten und die Qualifizierung der Arbeiter und Angestellten.

Dieses statistische Sammelwerk gliedert sich in folgende Abschnitte:

- Industrie, Landwirtschaft, Investitionen, Transport- und Verkehrswesen, Anzahl der Arbeiter, Spezialisten und Qualifizierung der Arbeiter.
- Warenumsatz, Kultur, Volksbildung, Gesundheitswesen, Fläche und Einwohnerzahl der Länder der Erde.

Ein besonderer Abschnitt wird dem Post- und Fernmeldewesen gewidmet. Hier ein kurzer Auszug:

|                                                | 1913 | 1928 | 1940 | 1950  | 1954  | 1955  |
|------------------------------------------------|------|------|------|-------|-------|-------|
| Ernte (Millionen)                              | 616  | 522  | 3000 | 3007  | 3432  | 3778  |
| Fleisch (Millionen)                            | 0,8  | 13,6 | 45,5 | 43,5  | 64,5  | 76,5  |
| Zellungen und Zellschichten (Millionen)        | 358  | 1350 | 6708 | 5877  | 8782  | 9340  |
| Telegramme (Millionen)                         | 30   | 28   | 141  | 144   | 201   | 203   |
| Anzahl der Ferngespräche (Millionen)           | 0,3  | 15   | 93   | 103   | 126   | 135   |
| Anzahl der Handfunkempfangsstellen (Millionen) | —    | 0,09 | 6,98 | 11,47 | 21,02 | 26,46 |
| darunter Fernempfänger                         | —    | —    | —    | 0,01  | 0,45  | 0,82  |

Schaut man sich in diesem Werk die Gliederung der in der Volkswirtschaft der UdSSR beschäftigten Bevölkerung nach Wirtschaftszweigen genauer an, so sieht man, daß im Wirtschaftszweig Verkehr, Post- und Fernmeldewesen im Jahre 1913 2%, 1928 2%, 1937 5%, 1955 6% der Gesamtschäftigen tätig war. Der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten beträgt im gleichen Wirtschaftszweig gegenwärtig 33% gegenüber 1930 mit 34%, 1940 mit 24% und 1929 mit 11%. Im Jahre 1913 belief sich der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der in der Großindustrie beschäftigten Arbeiter auf 24,5%.

Natürlich gibt es in diesem statistischen Sammelwerk auch andere wichtige Statistiken, die für die Postangestellten, insbesondere für die Lernenden und Lehrenden an den Postfachschulen, von besonderem Interesse sind.

Trotz seines relativ kleinen Umfangs von 272 Seiten enthält das Sammelwerk eine große Anzahl aufschlußreicher statistischer Tatsachen, die sowohl die Erfolge als auch die Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaus und die grundlegenden Veränderungen charakterisieren, die sich in der Struktur der Volkswirtschaft und in der kulturellen Entwicklung der UdSSR vollzogen haben. Sieht man von den Kriegsjahren und von den Perioden des Wiederaufbaus der Volkswirtschaft ab, so verließen dem Sowjetvolk für die erweiterte sozialistische Reproduktion und die sozialistische Rekonstruktion der Volkswirtschaft etwa nur 22 Jahre. Die Herausgabe des statistischen Sammelwerkes „Die UdSSR in Zahlen“ ist als bedeutendes Ereignis zu werten. Jeder Mitarbeiter der Deutschen Post sollte die aufschlußreichen Zahlenwerte, die dieses Werk enthält, aufmerksam studieren; denn sie vermitteln konkretes Wissen. (Gerhard Siegen)

Antennen. Von I. A. Dombrowski. VEB Verlag Technik, Berlin. Übersetzung aus dem Russischen. DIN A 5, etwa 340 Seiten, 207 Bilder, 41 Tafeln, Ganzleider etwa 38,- DM.

Die besondere Stellung des Antennengebietes im Rahmen der drahtlosen Nachrichtentechnik bedingt, daß nicht nur der Spezialist, sondern auch der auf benachbarten Gebieten arbeitende Praktiker oft kurzfristig eine umfassende Auskunft über Fragen der Antennenwahl bzw. deren optimale Dimensionierung benötigt. Dieser Wunsch nach unmittelbar anwendbaren Ergebnissen wird durch die vorliegende Übersetzung weitgehend erfüllt.

In klarer und übersichtlicher Weise gibt der Autor einen Überblick über das Gesamtgebiet der Theorie und Technik von Antennen.

Die Konsequenz von der Theorie zur praktischen Anwendung fortschreitende Bearbeitung des umfangreichen Stoffgebietes macht das Werk zu einem Handbuch, das sowohl für den Spezialisten als auch für den auf Nachbargebieten arbeitenden Wissenschaftler oder Ingenieur wertvoll ist. Gleichzeitig stellt es einen guten Leitfaden für Studierende und junge Techniker in der Industrie dar, die sich in dieses Gebiet einarbeiten wollen.

Behandelt werden folgende Gebiete: Grundlagen zur Berechnung der Strahlungsverteilung von Antennen — Strom- und Spannungsverteilung auf Leitungen — Grundlagen der Theorie von Sende- und Empfangsantennen — Elementare Strahler — Sendeanntennen für Langwellen (2000 m bis 200000 m) — Rundfunkantennen im Lang- und Mittelwellenbereich — Richtantennen zur Rundfunkübertragung im Wellenbereich von 200 bis 20000 m — Die Erdung von Antennen im Wellenbereich von 200 bis 20000 m — Empfangsantennen für Mittel- und Langwellen — Kurzwellenantennen für den Nahverkehr — Gleichphasige Kurzwellenantennen — Rhombusantennen — Resonanzantennen — Empfangsantennen für den UKW-Rundfunk — Berechnungsgrundlagen für Flächenantennen — Parabolantennen, Hornstrahler und Linsenantennen — Antennen für Relaisstrecken.

Berichtigung: Im Lexikon-Begriff „Rohrohr“ muß es auf der 6. Z. r. u. heißen „entleert“ (Heft 3/57).

Aus unserem Buchangebot:

Friedrich Grimm

Ortsamtstechnik

Band I: DIN A 5, 246 Seiten, 489 Bilder Ganzleinen 43,- DM

Aus dem Inhalt: Grundsätzliches über den Aufbau einer Vermittlungsstelle für Wahltechnik · Entwicklung einzelner schaltungstechnischer Begriffe · Entwicklung von Ortsamtschaltungen

Band II: DIN A 5, 296 Seiten, 223 Bilder Ganzleinen 24,- DM

Aus dem Inhalt: Weiterentwicklung von Ortsamtschaltungen · Entwicklung von Signalstromkreisen · Entwicklung von Zusatzrichtungen · Entwicklung von Prüferortschaltungen

Dr.-Ing. Otto Henkler

Übertragungstechnik im Fernmelde-Weitverkehr

Teil I: DIN B 5, 322 Seiten, 272 Bilder Ganzleiderin 32,- DM

Teil II: DIN B 5, 426 Seiten, 352 Bilder Ganzleiderin 32,- DM

Teil III: DIN B 5, 300 Seiten, 212 Bilder Ganzleiderin 32,- DM

Aus dem Inhalt: Einleitung · Schwingungen · Lineare Netzwerke · Übertragungsmaße · Leitungen · Bauelemente der Übertragungstechnik · Baugruppen der Übertragungstechnik · Niederfrequente Übertragung von Sprache über Leitungen mit Verstärkern · Niederfrequenz-einrichtungen für das Fernsprechen über Leitungen · Übertragung von Ruf- und Wahlziffern über Fernleitungen · Niederfrequente Rundfunkübertragung über Leitungen

Übertragung von Telegrafenziffern · Trägerfrequente Nachrichtenübermittlung über Leitungen · Trägerfrequenzeinrichtungen für die Nachrichtenübermittlung über Leitungen · Trägerfrequenzsysteme · Meßverfahren für die Übertragungstechnik · Stromversorgung der NF- und TF-Verstärkerräume

Erhältlich beim Buchhandel!

Neuaufträge in Vorbereitung:

Karl-Heinz Rumpf

Elektronik in d. Fernsprechvermittlungstechnik

DIN A 5, 296 Seiten, zahlr. Bilder Ganzleiderin 22,- DM

Wegen der so erwartenden starken Nachfrage empfehlen wir, Ihre Bestellung recht bald bei Ihrem Buchhändler anzugeben

VEB VERLAG TECHNIK BERLIN



Gebrüder Stintz LACKFABRIK

GEGR 1883

DRESDEN N 6 Böstleinstraße 8

Wir liefern sämtliche Lacke und Anstrichmittel für Postbedarf in den bekannten hervorragenden Qualitäten

Wir liefern alles

was die Post zur gesellschaftlichen Werbung benötigt

Alle Art von Fahnen, spez. mit Posthorn, Wimpel, besonders für Wettbewerbe wie „Bester Zusteller“, „Bester Schalterabfertiger“ usw.

Bilder, Büsten, Buchstaben, Embleme, Dekorationsmaterial, Fackeln, Globen, Landkarten, Sportpreise, Urkunden- und Arbeitsmappen, Urkunden, Liederbücher, Mal-Embleme, farbig, geprägt, 52 cm 2,10 DM, 68 cm 3,90 DM

Versorgungskontor Organisationsbedarf

Berlin O 34, Warschauer Straße 60

DIE DEUTSCHE POST

bringt im Mai-Heft einen ausführlichen

Messebericht

# Unser LEXIKON

## Monitor

Das Wort 'Monitor' stammt aus dem Lateinischen und heißt soviel wie Warner, Mahner oder Aufseher. Man nannte auch die älteren Kriegsschiffe von geringem Tiefgang für Flüsse und Küstengewässer so.

In der Nachrichtentechnik bedeutet Monitor Kontrollempfänger (Überwachungs- und Beobachtungsempfänger). Monitoren befinden sich in den Studierräumen der Rundfunk- und Fernsehstationen und sind als Beobachtungsgeräte in industriellen Fernsehanlagen vorhanden. Sie dienen dazu, die Qualität der Sendungen zu überwachen, damit auftretende Mängel und Störungen sogleich bemerkt und sofort abgestellt werden können. Über die Art der technischen Ausführung sagt das Wort Monitor nichts aus, die Geräte sind also ihrer jeweiligen Verwendung angepaßt.

## Rutschen

Rutschen finden überall dort Anwendung, wo Pakete oder Beutel abwärts zu befördern sind. Sie können als gerade Rutschen, als gebogene Rutschen oder als Wendelrutschen gebaut sein. Gerade Rutschen benötigen den meisten Platz; gebogene Rutschen dienen zur Richtungsänderung.

Wenn wenig Platz zur Verfügung steht, werden Wendelrutschen verwendet. Ihre Gleitbahnen sind schraubenförmig gewunden.

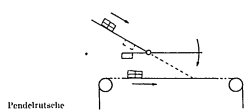
Wendelrutschen können aus einer bis zu drei Bahnen bestehen. Sie sind zumeist mit einem Mantel aus Blech verkleidet. Die Anlage erscheint dann als aufrecht stehender Zylinder.

Bei Verbindung mit Förderbändern oder Rollenbahnen werden außerdem Pendelrutschen verwendet. Das Ende der Pendelrutsche führt zur Rollenbahn oder zum Förderband. Das als Pendel gebaute Ende der Rutsche steht in seiner Ruhestellung in gehörigem Abstand über der Rollenbahn oder dem Förderband.

gepaßt. In bestimmten Fällen wird man auch mehrere Monitoren zur gleichen Zeit einsetzen, z. B. zur Überwachung wichtiger Sendungen. Bei Fernseh-Sportübertragungen erhält der Reporter einen Monitor, damit er das jeweils gesendete Bild kommentieren kann.

Wahrscheinlich ist das Wort Monitor auf dem Umweg über die englische Sprache in den deutschen Wortschatz der Nachrichtentechnik aufgenommen worden. In England versteht man unter monitor entweder einen Kontrollempfänger oder den mit der technischen Überwachung Beauftragten am Sender. Als monitor operator wird der Techniker am Kontroll- und Mischpult eines englischen Rundfunkstudios bezeichnet. Monitoring service nennt die BBC in Großbritannien ihren Abhördienst der Welt-Rundfunksender in Caversham bei Reading, der der Nachrichtenabteilung Informationen liefert.

band. Dadurch wird der Transport auf den oben genannten nicht behindert. Erst wenn auf der Pendelrutsche ein Paket, ein Beutel oder dergleichen herabgleitet, bewirkt dessen Gewicht, daß sich das Ende der Pendelrutsche unmittelbar auf die Rollenbahn oder das Förderband neigt (Bild). Ist die Last abgegeben, dann stellt sich das Ende der Rutsche in die Ruhestellung zurück, und der Transport auf der Förderstraße bleibt weiterhin unbehindert.



## Modulationsarten, Abkürzungen der

Um eine gegebene Information zu übertragen, moduliert man einen hochfrequenten Träger auf verschiedene Arten. Die drei großen Klassen (Amplituden-, Frequenz- und Impulsmodulation) werden aber noch in Betriebsarten von Funkstrecken unterteilt, für die man im Laufe der Zeit in der kommerziellen Funktechnik und im Amateurwesen die nachstehende Klassifizierung mit bestimmten Abkürzungen eingeführt hat.

### Amplitudenmodulation

- A<sub>1</sub> Telegraphie tonlos
- A<sub>2</sub> Telegraphie tonmoduliert
- A<sub>3</sub> Telefonie, Zweiseitenband mit vollem Träger
- A<sub>13</sub> Telefonie, Einseitenband mit vermindertem Träger
- A<sub>15</sub> Telefonie, zwei voneinander unabhängige Seitenbänder mit vermindertem Träger
- A<sub>4</sub> Bildfunk
- A<sub>5</sub> Fernsehfun

### Frequenz- oder Phasenmodulation

- F<sub>1</sub> Telegraphie ohne Modulation, Frequenzumsetzung
- F<sub>2</sub> Telegraphie mit einer oder mehreren Modulationsfrequenzen
- F<sub>3</sub> Telefonie
- F<sub>4</sub> Bildfunk
- F<sub>5</sub> Fernsehen

### Impulsmodulation

- P<sub>1</sub> Telegraphie ohne Modulation
- P<sub>2</sub> Telegraphie einer oder mehrerer Modulationsfrequenzen bei Impulsamplituden-Modulation (PAM)
- P<sub>3</sub> Telegraphie einer oder mehrerer Modulationsfrequenzen bei Impulsbreiten-Modulation (PIB)
- P<sub>13</sub> Telefonie einer oder mehrerer Modulationsfrequenzen bei Impulsphasen-Modulation (PPM)
- P<sub>14</sub> Telefonie mit Impulsamplituden-Modulation (PAM)
- P<sub>15</sub> Telefonie mit Impulsbreiten-Modulation (PIB)
- P<sub>17</sub> Telefonie mit Impulsphasen-Modulation (PPM)

## Der Arbeitsstilfaktor $\mu$

Am 1. April d. J. fand im Kultursaal des Staatssekretariats für Bätologie eine Arbeitstagung der Bätologen statt. Da die zahlreichen Fachreferate bereits in der Tages- und Fachpresse genügend gewürdigt worden sind, können wir uns hier auf die nochmalige Inhaltsangabe des bemerkenswertesten Vortrages, nämlich auf die Ausführungen des bekannten Bätologen Prof. Dr. S. Paßvogel beschränken. Seine Ausführungen allerdings verdienen es, immer und immer wieder zitiert und diskutiert zu werden, gelang es ihm doch erstmalig in der Geschichte der Bätologie, bestimmte Faktoren der Verwaltungsarbeit mathematisch zu erfassen und zu analysieren.

Als wichtigste Entdeckung kann man die des Arbeitsstilfaktors  $\mu$  (sprich: müh) bezeichnen, dessen Analogon man in der Technik den Wirkungsgrad  $\eta$  (sprich: eta) nennt.

$$\eta = \frac{N_{ab}}{N_{zu}} \quad (1)$$

d. h., der Wirkungsgrad einer Maschine (im weitesten Sinne) drückt sich aus als Verhältnis von entnommener zu zugeführter Leistung.  $\eta$  ist in der Technik immer kleiner als 1, bedingt durch die in der Maschine anfallenden Verluste. Auf die Büroarbeit angewendet — ihr Nutzefekt hängt vor allem vom Arbeitstil ab — prägte der Referent zunächst die Formel

$$\mu = \frac{M_{ab}}{M_{zu}} \quad (2)$$

Hierbei bedeuten  $\mu$  den Arbeitsstilfaktor,  $M_{zu}$  die Menge an eingegangenen Schriftstücken aller Art und  $M_{ab}$  die Menge an abgehenden Schriftstücken, beide gemessen in Stück. Die Menge an Stück zu erfassen sei nicht fehlerhaft, betonte Prof. Dr. S. Paßvogel, weil er durch Analyse mehrerer tausend Vorgänge festgestellt habe, daß die durchschnittliche Länge eines Vorganges, gemessen in Wörtern oder in Schreibmaschinenanschlägen, in sämtlichen Verwaltungen, Dienststellen oder Behörden gleich groß sei.

Die oben genannte Formel ist aber — so viel der Vortragende unter der gespannten Aufmerksamkeit seiner zahlreichen Zuhörer aus — nicht vollständig und daher falsch. Nicht die Menge der Schriftstücke sei für den Arbeitsstilfaktor ausschlaggebend, sondern die Zeithauer  $t$ , die zu ihrer Erledigung benötigt wird. Der Nutzefekt ist also vor allem abhängig von der Bearbeitungszeit!

Die richtige Bezeichnung für den Arbeitsstilfaktor  $\mu$  (hier machte der Vortragende die Heiterkeit hervorrufende Bemerkung, daß das „Müh“ bevorzugt gewählt worden sei, weil Büroarbeit „Mühe“ mache) sei

$$\mu = \frac{M_{ab} \cdot t_{ab}}{M_{zu} \cdot t_{zu}} \quad (3)$$

Es bedarf keines Beweises, um festzustellen, daß die Zeit von Ablassen eines Schriftstücks bis zu seiner Zuführung zum Sachbearbeiter kleiner ist als die Zeit zur Bearbeitung (Beantwortung) des Vorganges selbst, weil es erfahrungsgemäß erst einige Tage ablagern muß. Während dieser Tage beschäftigt sich der Sachbearbeiter innerlich mit der Antwort. Daraus folgt zunächst:

$$t_{zu} < t_{ab} \quad (< = \text{kleiner als}) \quad (4)$$

Ebenso kann angenommen werden, daß die Zahl der ankommenden Schriftstücke  $M_{zu}$  gleich der Zahl der abgehenden Schriftstücke  $M_{ab}$  ist. Unter dieser Voraussetzung können beide in (3) gekürzt werden, so daß als endgültige Formel für den Arbeitsstilfaktor verbleibt

$$\mu = \frac{t_{ab}}{t_{zu}} \quad (5)$$

Da nach (4)  $t_{zu}$  kleiner ist als  $t_{ab}$ , ergibt sich die verblüffende Tatsache, daß im Bürodienst der „Wirkungsgrad“ (Arbeitsstilfaktor)

$$\mu > 1 \quad (> = \text{größer als}) \quad (6)$$

wird. Dieses Phänomen (in der Technik entspräche es dem potentiun mobile) zeigt, daß der Verwaltungsapparat nicht nur nicht eingeschränkt werden kann, sondern durch Selbstanschau-

## WERK GmbH. i. V.

I h n e n  
ng NGM Alu · Gummischlauchleitung  
itung · Schalldrähle  
üre · Autokabelsätze

Schreib mit

Müller-Federn

LEIPZIGER STAHLFEDERFABRIK NACHKG.  
LEIPZIG W 33

POSTFACH 3      RUF 43 233

## Me II

Arbeiten  
n und bei  
anrungs-  
klar, un-  
eständig.

IR STR. 17



# Unser



## Monitor

Das Wort Monitor stammt aus dem Lateinischen und heißt soviel wie Warner, Mahner oder Aufseher. Man nannte aus die älteren Kriegsschiffe von geringem Tiefgang für Flüsse ur Küstengewässer so.

In der Nachrichtentechnik bedeutet Monitor Kontrollm fänger (Überwachungs- und Beobachtungsempfänger). Monitoren befinden sich in den Studiöräumen der Rundfunk- und Fernsehender und sind als Beobachtungsgeräte in industrielle Fernsehanlagen vorhanden. Sie dienen dazu, die Qualität d Sendungen zu überwachen, damit auftretende Mängel ur Störungen sogleich bemerkt und sofort abgestellt werden könne Über die Art der technischen Ausführung sagt das Wort Monit nichts aus, die Geräte sind also ihrer jeweiligen Verwendung a

## Rutschen

Rutschen finden überall dort Anwendung, wo Pakete od Beutel abwärts zu befördern sind. Sie können als genu Rutschen, als gebogene Rutschen oder als Wendelrutschen g baut sein. Gerade Rutschen benötigen den meisten Platz; g bogene Rutschen dienen zur Richtungsänderung.

Wenn wenig Platz zur Verfügung steht, werden Wend rutschen verwendet. Ihre Gleitbahnen sind schraubenförmig gerundet.

Wendelrutschen können aus einer bis zu drei Bahnen bestehe Sie sind zumeist mit einem Mantel aus Blech verkleidet. I Anlage erscheint dann als aufrecht stehender Zylinder.

Bei Verbindung mit Förderbändern oder Rollenbahnen werd außerdem Pendelrutschen verwendet. Das Ende der Pend rutschen führt zur Rollenbahn oder zum Förderband. Das Pendel gebaute Ende der Rutsche steht in seiner Ruhestellu in gehörigem Abstand über der Rollenbahn oder dem Förd

## Modulationsarten, Abkürzungen der

Um eine gegebene Information zu übertragen, moduliert m einen hochfrequenten Träger auf verschiedene Arten. Die d großen Klassen (Amplituden-, Frequenz- und Impulsmodu tion) werden aber noch in Betriebsarten von Funkstrecken unt teilt, für die man im Laufe der Zeit in der kommerziellen Für technik und im Amateurwesen die nachstehende Klassifizieru mit bestimmten Abkürzungen eingeführt hat.

### Amplitudenmodulation

- A<sub>1</sub> Telegraphie tonlos
- A<sub>2</sub> Telegraphie tonmoduliert
- A<sub>3</sub> Telephonie, Zweiseitenband mit vollem Träger
- A<sub>3a</sub> Telephonie, Einzelseitenband mit vermindertem Träger
- A<sub>3b</sub> Telephonie, zwei voneinander unabhängige Seitenbän mit vermindertem Träger
- A<sub>4</sub> Bildfunk
- A<sub>5</sub> Fernsehen

lung (auch durch Mahn- und Erinnerungsschreien) ständig grö ßeren Umfang annehmen muß (Verblüffung im Saal, dann ironi scher Böfäll, Zwischenrufe „Na also!“).

Nach der Pause fuhr Prof. Dr. S. Paßvogel fort: Gelänge es, die Zeit so zu verkürzen, dann würde schließlich der Arbeitst- faktor  $\mu = 1$  werden (Unruhe im Saal, erregte Zwischenrufe „Wie soll das möglich sein!“).

Es ist möglich, fuhr der Redner fort,

- a) wenn eingegangene Schriftstücke sofort bearbeitet und post- wendend beantwortet werden,
- b) wenn von der These „... erledigt sich durch Liegenlassen“ ab- gegangen wird und
- c) wenn weniger Anfragen nach oben und Anforderungen nach unten abgesandt werden.

Dann würden auch M<sub>24</sub> und M<sub>25</sub> ständig proportional zuein- ander abnehmen und der Arbeitseffizientfaktor bliebe stets  $\mu = 1$ . Die Verwaltung könnte mehr und mehr Personal einsparen und der Produktion zuführen und der... (Hier erobte sich ein Tumult unter den Bürologen, und nur mit Mühe konnte sich der Refer- rent ins Freie retten).

L. Irpa

## Ein „Haus der Zukunft“

„Automation“ ist das Schlagwort für einen neu beginnenden Zeitabschnitt, der das noch nicht ein Jahrhundert andauernde Industrielle Zeitalter ablösen soll. Die Automatisierung ist das Ergebnis einer schnell fortschreitenden Entwicklung auf dem Gebiete der Elektronik. Diese Entwicklung beschränkt sich nicht allein auf die industrielle Fertigung, sondern sie wird auch die private Sphäre des Menschen in erheblichem Maße bein- flussen, verändern — automatisieren.

Wie weit die neue Technik die private Umwelt einmal be- stimmen kann und bestimmen wird, will Philips in einem Pavillon „Welt der Zukunft“ auf der Weltausstellung in Brüssel 1958 zeigen. Die Besucher werden hier der Verwirklichung heute noch utopisch anmutender Ideen gegenüberstehen. Auch was auf dem Gebiete des Lichts und des Schalls möglich ist, soll gezeigt werden.

Für den Bau des nach völlig neuen Ideen zu schaffenden Pavillons wurde der Architekt le Corbusier verpflichtet. Le Corbusier, der durch seine Arbeiten international bekannt ge- worden ist, wird in Brüssel mehr als einen Ausstellungsraum bauen. Er will ein Haus der Zukunft schaffen, das in vielen Beziehungen wegweisend sein soll für die Bauweise von morgen, für das Zeitalter der Elektronik. Der Bau, nach einem „Regio- buch“ durchgeführt, wird jahrelange wissenschaftliche For- schungen und jüngste, neu gewonnene Erkenntnisse berück- sichtigen. Viel Gedankengetrag liegt diesem Projekt zugrunde, so daß auch in den Philips-Forschungslaboratorien noch ein ungeheures Arbeitspensum bis zur Eröffnung am 17. April 1958 zu bewältigen ist.

## Bilux-Lampen

In den Scheinwerfern von Kraftwagen und Krafttraktoren be- finden sich Bilux-Lampen, die in sich Fernlicht und Abblendung vereinigen. Besonders bei fadenlosen Motorrädern und Kraft- wagen wird die Bilux-Zweifadenlampe verwendet, die folgender- maßen aufgebaut ist: Im Glaskolben befindet sich der kleine Hauptfaden (Fernlicht), der bei richtigem Einbau der Lampe genau im Brennpunkt des Reflektors liegt, wodurch die Leucht- kraft voll ausgenutzt wird. Vor dem Fernlichtfaden, also außer- halb des Brennpunktes, ist der Abblendfaden angeordnet, der nach unten durch eine Kappe abgedeckt ist. Somit können die Strahlen nur gegen den oberen Teil des Reflektors gelangen und werden von diesem, entsprechend seiner Form und der Lage des Leuchfadens, blendfrei nach unten geworfen. Zwei ge- trennte Kontakte für beide Leuchtfäden befinden sich im Sockel der Lampe, so daß die Einschaltung gesondert vorgenommen werden kann.

## LAUSITZER KABELWERK GmbH. i.V. Niederoderwitz OL

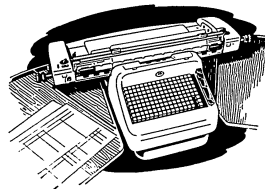
liefern Ihnen

- Mantelleitung NGM Alu · Gummischlauchleitung
- Fahrzeugleitung · Schalldrähte
- Telefonschnüre · Autokabelsätze

## Ideal für rationelles Buchen

BUCHUNGSAUTOMAT

Klasse  
900



VEB BUCHUNGSMASCHINENWERK  
KARL-MARX-STADT

Schreib mit



LEIPZIGER STAHLFEDERFABRIK NACHF.G.  
LEIPZIG W 33

POSTFACH 3 RUF 43 233

## Geschichtsschutzhaube Ka-Me II

Der ideale Kopfschutz gegen Implosionen und bei allen Arbeiten an ungeschützter Fernsehrohrdröhre sowie gegen Lichtbögen und bei allen Arbeiten in der Nähe spannungsführender Hochspannungsanlagen. - Unbegrenztes Gesichtsfeld, aufklappbar, glasklar, unbrennbar splittersicher, säure- und laugenbeständig. Gewicht nur 135 Gramm.



KURT METIUS · LEIPZIG C 1 · WITTENBERGER STR. 17



Das weltbekannte Fußballbuch  
in deutscher Übersetzung

**Die ungarische Fußballschule**

Von MARTON BUKOVI und JENO CSAKNADY

„Das Buch kann jedem empfohlen werden,  
der sich mit Fußballtraining befaßt und dar-  
über hinaus all denen, die Jugendliche in  
diesem Spiel anleiten.“  
Wilt Meist in „WORLD SPORTS“

(204 Seiten, reich bebildert, nur 5,35 DM)

Viel Freude bereiten  
werden Ihnen und Ihren Bekannten die

**Sportpinnseleien**

Eine Sammlung der schönsten u. treffendsten  
Karikaturen des bekannten Pressezeichners  
KURT FRANKE

(80 Seiten, Lockbrochur, nur 1,70 DM)

**SPORTVERLAG BERLIN W 8**

► Neuer Bücherkatalog gratis durch Buchhandlung u. Verlag

**Unser Fertigungsprogramm:**

**Trägerfrequenzgeräte** (Mehrfach-Einzelkanalsystem)  
in Großgestellausführung . . . Type Z 8/V16, FB 102  
Kleingestellausführung . . . . . Type Z 8/V16, FB 112

**Zwischenverstärker** für obige Geräte

**Fernleitungsübertrager Fha 32**  
verschiedener Übersetzungsverhältnisse

**Ortsleitungsübertrager V 32 u. Fha 32a**

**Schutzübertrager OB 33**

**Impulsspeiseübertrager**



Auf Wunsch stehen Spezial-  
druckschriften zur Verfügung



**VEB Fernmeldewerk  
BAUTZEN**

Boleslaw-Bierut-Straße 11  
Telefon: 27 51/52/53

**Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen**  
HERAUSGEBEN VON DER DEUTSCHEN POSTWERBUNG

2. Jahrgang

Leipzig, März 1957

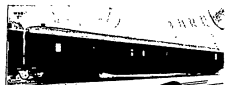
Heft 3



D  
I  
E  
D  
E  
U  
T  
S  
C  
H  
E



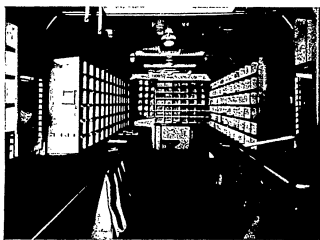
P  
O  
S  
T



**Mehr Raum – mehr Licht,  
bessere Heizung,  
schönere Arbeitsplätze,  
dafür weniger Lärm –**

das sind die Hauptanforderungen an einen  
moderneren Bahnpostwagen.  
Volle Berücksichtigung findet dies bei der  
Konstruktion und in der Produktion der Bahn-  
postwagen von

**VEB WAGGONBAU BAUTZEN**





Letzter Bewerbungstermin 15. April 1957

- Ingenieur für Fernmeldewesen
- Ingenieur für Funkwesen  
in 5 Jahren
- Vermittlungstechniker
- Übertragungstechniker  
in 3 Jahren

durch

**FERNSTUDIUM**

Interessenten mit mehrjähriger Berufserfahrung auf dem Gebiete der Nachrichtentechnik können ab 1. September 1957 an einem neuen Lehrgang teilnehmen

Auskünfte erteilt

**Ingenieurschule für Fernmelde- und Funkwesen**  
Abteilung Fernstudium  
Berlin N 4, Scharnhorststraße 6-7

Starkstrom-Papier-Blankabel

Starkstromkabel ohne Metallmantel

Fernmeldekabel - Trägerfrequenzkabel

Starkstromleitungen

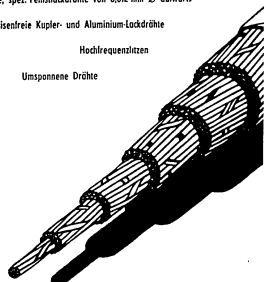
Leitungen und Drähte für Fernmeldeanlagen

Lockdrähte, spez. Feinlockdrähte von 0,012 mm  $\phi$  aufwärts

Eisenfreie Kupfer- und Aluminium-Lockdrähte

Hochfrequenzkabel

Umsponnene Drähte



VEB KABELWERK

## Akkumulatoren

stationär  
und transportabel

Akkumulatorenfabrik  
Stohn & Co., K.G.  
Taubenheim/Spree/OL.

Ruf: Neusalza-Spremberg 216

Telegramschrift:  
Stohnakku Taubenheim Oberlausitz

Gegründet  
1937

Lieferant der Deutschen Post  
und der Deutschen Reichsbahn



36/1201/4006

Zur Frühjahrsmesse 1957:  
Haus Elektrotechnik  
(XVIII - Obergieschoß - Stand 840)



## DIE DEUTSCHE POST

ZEITSCHRIFT FÜR DAS POST- UND FERNMELDEWESEN

HERAUSGEGEBEN VON DER DEUTSCHEN POSTWERBUNG

2. Jahrgang

Leipzig, März 1957

Heft 3

### Ist das Lochkartensystem im Fernmelderechnungsdienst zweckmäßig?

Von Dipl.-Ing. Karl RIBBECK, Berlin

Die mechanische Abrechnung mit Hilfe von Lochkarten ist eine Möglichkeit, dem Menschen komplizierte Rechnungen mit mehrestelligen Zahlen abzunehmen. Sie gestattet aber ganz besonders, eine Vielzahl von Merkmalen nach jedem gewünschten Ordnungsprinzip auszuwerten. Da das heutige — noch mehr das zukünftige — Fernmelderechnungswesen für die Abrechnung mit Lochkarten zu einfach erscheint, kann hierfür die allgemeine Einführung von Lochkarten z. Z. nicht gütig heißen werden. Dagegen ist das Lochkartensystem die beste Möglichkeit, wirklich exakte Unterlagen für Verkehrsplanungen als Grundlage aller Planung für den SWF-Vorkehr zu erhalten, weil nach dessen Einführung derartige Untersuchungen nicht mehr mit einfachen Mitteln durchführbar sind.

#### Einleitung

Ein modernes Mittel der Verwaltungstechnik ist die Lochkarte. Sie gestattet, die in sie gelöchten Werte mit Hilfe besonderer Maschinen weiter zu berechnen, sie in jeder gewünschten Art zu sortieren und schließlich auch die Werte verschiedener Karten zu addieren. Man kann also auf rein mechanische Art die verschiedensten Operationen der vier Grundrechenarten durchführen und besonders schnell eine große Zahl von Karten nach den verschiedensten Gesichtspunkten ordnen. Beide Aufgaben stehen in ihrer Vielzahl täglich vor uns (in der Buchhaltung, im Fernmelderechnungsdienst, in der Statistik), so daß es sich lohnt, einmal ihre Eignung hierfür und ihre Voraussetzungen zu untersuchen.

#### Die Lochkarte

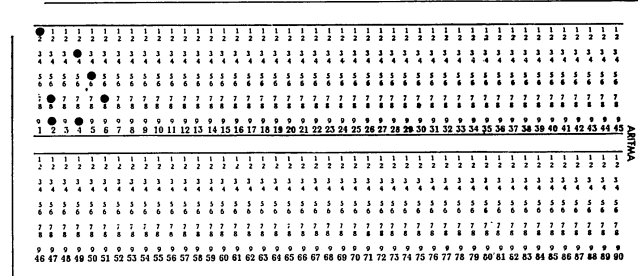
Die Lochkarte ist ein Kartonblatt mit den Abmessungen 187,3 × 82,5 mm und einer Stärke von 0,18 mm. Die besondere Kartengüte erlaubt die Einstanzen von Löchern, ohne daß diese fessern. Allerdings gilt das nur, wenn die Karten unter Bedingungen aufbewahrt werden, wie wir sie von unseren Wählersäulen her in bezug auf Temperatur und Luftfeuchtigkeit

gewohnt sind. Um die Karten stets in richtiger Lage in die Maschinen zu geben und damit die Eindeutigkeit sicherzustellen, ist die eine Ecke der Karte abgeschnitten. Die Karten liegen richtig, wenn sich dieser Abschnitt oben links befindet (Bild). In dieser Lage ist auch der Aufdruck der Karte lesbar, der in 90 Spalten eingeteilt wird, die zur Hälfte oben (1—45) und zur Hälfte unten (46—90) liegen.

Die Zeilen zeigen in jeder Spalte die Ziffern 1 bis 9, wobei jeweils zwei aufeinanderfolgende Zeilen zu Gruppen enger zusammengedruckt sind.

Für die einzelnen Angaben sind bestimmte Spalten der Lochkarte vorgesehen, in die nach dem dekadischen System (nach dem unser Zahlensystem aufgebaut ist) alle Werte in die Karte gelocht und damit unverrückbar festgehalten werden können.

In dem von uns betrachteten System „Arima“ (CSR) wird jede ungerade Ziffer direkt gelocht, jede gerade Ziffer aber durch die in der gleichen Gruppe befindliche ungerade Ziffer und eine zusätzliche 9 dargestellt. So erscheint also z. B. die „1“ als ein Loch in der 1. Gruppe, während die „2“ ebenfalls durch ein Loch in der „1“ und ein Loch bei der Ziffer 9 bezeichnet wird. Die „0“ kann oberhalb jeder Zeile im unbedruckten Teil der Karte gelocht werden, soweit die Zifferangabe selber nötig ist.



Lochkarte



Wo sie ohne Verlust der Flexibilität fortgelesen werden kann, über die besondere Spalte einzeln angegeben.

Spalte 2: In den Spalten 1 bis 9 des Datums festgehalten werden, so müssen die Spalten 1 und 2 für die Tagesangabe, die Spalten 3 und 4 für die Monatsangabe und die Spalten 5 und 6 für die Jahresangabe vorgesehen werden, weil alle Angaben zweifach eingelesen werden können. Das Datum 18.4.57 verleiht bei der Monatsangabe nur eine Ziffer, so daß die Spalte 2 ungehindert für eine der höchstwertigen Art angewandten Darstellung 06 analoge Form beibehalten, daß wir ein Loch einzeichnen würden, das aus besserer „Information“ resultiert. Das Datum 18.4.57 wird also folgendermaßen gebildet:

Spalte 1: Loch in der „1“ der Gruppe 12,  
 Spalte 2: Loch in der „7“ der Gruppe 7,3 und Loch in der 9,  
 Spalte 3: Loch frei,  
 Spalte 4: Loch in der „2“ der Gruppe 3,4 und Loch in der 9,  
 Spalte 5: Loch in der „5“ der Gruppe 5,6,  
 Spalte 6: Loch in der „7“ der Gruppe 7,8.

Das Datum nicht damit in der Karte aus, wie es das Bild zeigt. Damit können alle Werte ausgedrückt werden, die uns bereits als Zahlen vorliegen.

Kodieren

Was aber machen wir, wenn z. B. ein Teilnehmer auf der Karte beschriftet werden soll? Uns ist bekannt, daß nach anhänglicher passiver Kennzeichnung der Personensprecherbezeichner auf den Verteilungsposten heute jeder durch seine Rufnummer gekennzeichnet ist. Notwendig ist nur, daß an geeigneter Stelle diese Nummern, die Namen der Teilnehmer und ihre Anschriften zusammengestellt sind. In gleicher Art kann auch jeder Ort innerhalb der Republik durch eine Zahl dargestellt werden, jede Gesprächsart, oder was wir sonst auf der Lochkarte festhalten wollen. Wichtig ist nur, daß wir genügend Spalten für jeden Begriff vorgesehen haben, und zwar ohne nutzlosen Verschwendung der wertvollen Spaltenstellen, und daß in ein für allemal aufgestellten Listen die Kodierung eindeutig festgelegt wurde.

Wir kennen solches Kodieren überall im täglichen Leben, sei es bei der Bezeichnung eines Kabels, bei unseren Lohnstreifenangaben, in den Kontenangaben der Buchhaltung, bei den Warennummern, Betriebsnummern und vielen anderen. Je mehr wir auf eine Karte festhalten wollen, desto mehr Spalten sind nötig (daher die mittlere Teilung der Universalkarte, um 50 Spalten zu erhalten).

Wenn wir nicht alle Spalten benötigen, kann die Karte abgewandelt werden, indem ein Teil als Überbleibsel von handschriftlicher Ausfüllung der Angaben dient, also z. B. das Gesprächsblatt ersetzen kann.

Die Fortentwicklung der Vollrechner Polens hat für ihre Fernrechenungsabteilung beispielsweise eine besondere Form der Lochkarten eingeführt, die allerdings zu einer abweichenden Ausstattung der Maschinen führt und daher auch Nachteile mit sich bringt. Solche Karten werden „Verbundlochkarten“ oder auch „Doppellochkarten“ genannt.

Weg einer Karte bei der maschinellen Bearbeitung

Lochen der Karte

Hierzu dient die Lochmaschine oder kurz der „Locher“. Diese und alle anderen Maschinen der Anlage werden von Frauen bedient. Die Locherin überträgt von einem handschriftlichen Urhebel die Angaben in die Lochkarten. Ihre Leistung bestimmt also die Menge der zu fertigenden Lochkarten.

Die noch ungelochenden Karten (bzw. die Verbundlochkarten) liegen in einem großen Stapel, von dem sie Stück um Stück in einen Rahmen eingeschoben werden, der im Blickfeld der Locherin liegt. Oberhalb dieses Rahmens ist Platz, um den sogenannten „Kopf“ einschleiben zu können, d. h. einen kleinen Streifen von der Länge der Lochkarte mit den 45 oberen und

den 45 unteren Spalten. Hier ist in „A-Meter“ Schrift die Bedeutung der Spalten angegeben, damit die Locharbeit möglichst vereinfacht wird. An der rechten Seite des „Lochers“ sind ein Tastenfeld mit den Ziffern 0 bis 9 sowie „Loch-, Leer- und Markiertasten“ angebracht.

Bei jedem Tastendruck wird die entsprechende Stanznadel eingesetzt, und die Einstellung rückt dann in die nächste Spalte fort. Erst beim Drücken der Markiertaste wird die ganze Karte auf einmal gebohrt. Das hat den Vorteil, daß ein noch rechtzeitig erkannter Fehler mit der Lochtaste korrigiert werden kann, ohne schon eine Lochkarte zu verschwendung. Die Karte wird gleichzeitig mit bestimmten Werten gebohrt, die die Maschine und die Locherin zum Zwecke der Kontrolle bezeichnen. Ebenso können aber auch für eine Reihe von Karten mit gleichen Angaben Werte fest vorgegeben werden, um so die Leistung zu steigern. Die Karten werden automatisch nach hinten ausgerufen und gezählt.

Prüfen der Karte

Jede gebohrte Karte kann noch Fehler enthalten, die später sehr schwer herauszufinden sind. Sie werden deshalb in besonderen Prüfmachines, kurz „Prüfer“ genannt, in einem zweiten Arbeitsgang geprüft. Auf einer dem Locher sehr ähnlichen Maschine wird in gleicher Reihenfolge jede Karte wieder in einen Rahmen eingeführt, und die Prüferin stellt — wie die Locherin — nochmals alle Daten des Urhebels auf ihrem Tastenfeld ein. Solange alles in Ordnung ist, kann die Taste gedrückt werden, während sie für Nichtübereinstimmung gesperrt bleibt.

Die Prüferin kann nun vergleichen, ob sie selber einen Fehler gemacht hat, oder ob die Karte fehlerhaft gebohrt war. Sie rückt die Einstellung um einen Schritt zurück und löst sie damit. Bei eigenem Fehler kann sie nach richtiger Tastung weiterarbeiten. Bei falscher Lochung bleibt die Taste jedoch gesperrt, und die Karte muß als fehlerhaft aus der Maschine genommen werden. War die Karte richtig gebohrt, so kann die Markiertaste gedrückt werden, wodurch ein kleines Prüfeichen aus dem Kartonrand gestanz wird (die Karte wird „angeknabbert“). Danach wird sie ausgeworfen und eine neue Karte automatisch in den Rahmen eingeführt.

Rechenlocher

Sollen besondere Berechnungen der Kartenwerte durchgeführt werden, so kommen sie in den sogenannten Rechenlocher oder Kalkulator. Durch besondere „Leitkarten“ und entsprechende Relaisanordnungen wird die gewünschte Rechenoperation in die Maschine gegeben, die dann die Berechnung völlig automatisch durchführt und gleichzeitig das Ergebnis wieder als Lochung an vorbestimmbarer Stelle festhält. Zur Kontrolle der Richtigkeit können die Karten nochmals durch die Maschine gegeben werden, wobei infolge umgekehrter Rechnungsdurchführung (bei entsprechender Neueinstellung der Maschine) der Rechenlocher sein Ergebnis selber prüft. Wenn beide Ergebnisse übereinstimmen, kann ein besonderes Kennzeichen in die Karte gebohrt werden. Üblicherweise wird man nicht jede Rechnung überprüfen, sondern nach jeder Neueinstellung einige Probeoperationen mit besonderen Prüfkarten durchführen. Das kann gegebenenfalls auch am Ende der Serie gleicher Rechenoperationen stattfinden.

Die Anschaffung eines Rechenlochers als teuerste und auch komplizierteste Maschine der ganzen Anlage lohnt sich natürlich nur, wenn ständig wiederkehrende gleichartige Rechenoperationen durchzuführen sind, die zudem möglichst vielteilige Zahlen erfassen sollten, weil z. B. bei Faktoren bis zu sieben Stellen das Resultat bis zu zwölf Stellen enthalten kann. Summanden können elf Stellen enthalten, Divisoren werden bis zu zwölf Stellen möglich. Neben den einfachen Grundrechnungsarten können auch zusammengesetzte durchgeführt werden, etwa in der Art

(A ± B) · C = D oder A · B ± C = D.

Sortieren der Karten

Sortiermaschinen gestatten ein Ordnen der anfallenden Karten nach praktisch allen gewünschten Prinzipien, wobei beliebig viele Merkmale eingestellt werden können. In einem Arbeitsdurchlauf lassen sich jeweils bis zu zehn Ziffern auswerten. Die Karten werden als Stapel in die Maschine gegeben, die sie nach den eingestellten Merkmalen abtastet und danach in einzelne Fächer ablegt. Die übereinstimmenden Merkmale sind beim Durchblick durch die abgetragenen Karten leicht kontrollierbar, weil nur die Übereinstimmung übereinanderliegende Locher ergibt.

Diese Sortiermaschinen bereiten einmal die merkmalmäßige Zusammenstellung der Karten für die Tabelliermaschine vor, sind aber für die statistische Auswertung eigentlich die Hauptmaschinen. Hierbei ist zu beachten, daß jeder Durchgang nur zehn Ziffern (eine Dekade) auswerten kann. Ist also eine zweistellige Zahl voll auszuwerten, so erfordert die Sortierung der ersten Stelle nach ihren zehn Werten einen Durchgang, die zweite Stelle aber zehn Durchgänge, insgesamt also elf Durchgänge. Die technische Kapazität der Sortiermaschine beträgt 24000 Karten in einer Stunde.

Tabellieren der Werte

In besonderen Tabelliermaschinen können die gewünschten Werte aus den eingeleiteten Lochkarten in Ziffern (nicht in Buchstaben) auf Papierbahnen geschrieben und nach den jeweils vorgegebenen Programmkarten auch summiert werden, wobei Teil- und Ganzsummen möglich sind. Diese Summen lassen sich auch mit beliebig anderen Angaben der Karten auf besonderen Karten heften, so daß diese Werte wiederum maschinell bearbeitbar sind.

Zahlenangaben

Anlagekosten und Normen

Die Umstellung einer irgendwo gearteten Organisation auf Lochkarten bedarf einer sehr genauen Vorarbeit, eines eingehenden Studiums der gesamten Technologie des Lochkartensystems und der Möglichkeiten einer solchen Anlage.

Wir werden deshalb die technische und die wirtschaftliche Seite einer solchen Anlage einmal durchrechnen, wie sie in einem Produktionsbetrieb in Berlin z. Z. bereits arbeitet.

Diese Anlage dient der Materialwirtschaft und der Fertigungsabrechnung des Betriebes und besteht aus

- 8 Lochmaschinen ..... Preis je 7,0 TDM
- 6 Prüfmachines ..... Preis je 8,5 TDM
- 1 Kalkulationslocher ..... Preis 108,0 TDM
- 2 Sortiermaschinen ..... Preis je 5,0 TDM
- 2 Tabelliermaschinen ..... Preis je 38,0 TDM

(Preise einschl. Reserve- und Ersatzteile)

Der reine Anschaffungswert der Maschinen beträgt also 301,0 TDM. Die Montage erforderte rd. 20,0 TDM, die Anschaffung von drei Aufbewahrungsschränken für Lochkarten 6,0 TDM, so daß insgesamt 327,0 TDM erforderlich waren.

Die Herrichtung von sieben Räumen (Leiter, Belegannahme, Locher, Prüfer, Rechenlocher, Sortierung, Tabellierung) von je etwa 30 qm Grundfläche erforderte alles in allem etwa 73 TDM einschließlich der Installation, Klimaanlage und Büroeinrichtung. Damit beläuft sich die gesamte Einrichtung der Abteilung auf rd. 400,0 TDM.

Die Verarbeitungsmöglichkeit der Abteilung beträgt bei teilweise dreischichtigem Betrieb etwa 40000 Karten im Monat. Die Kapazität der vollautomatisch arbeitenden Maschinen beträgt je Stunde — wenn kein Programmwechsel erfolgt — bei dem Rechenlocher ..... 6000 Karten der Sortiermaschine ..... 24000 Karten der Tabelliermaschine ..... 6000 Karten.

Die beiden von der Leistung der Arbeiterkräfte abhängigen Maschinen, Locher und Prüfer, haben eine vorgegebene Norm von je 111 Karten je Stunde, wenn alle 90 Spalten ausgefüllt

werden müssen. Bei weniger Stellen liegen die Normen etwas höher und betragen bei 30 Spalten 150 Karten je Stunde. Verwendet werden Lochkarten der Fa. IBM, Leipzig. Ihr Preis beträgt je Tausend Stück 8,40 DM.

Arbeitskräfte

Der monatliche Grundlohn eingearbeiteter Kräfte beträgt für

- Locher ..... 350,— DM
- Prüfer ..... 400,— DM
- Rechner ..... 570,— DM
- Sortierer ..... 400,— DM
- Tabellierer ..... 600,— DM

Hierzu kommen zwei Mechaniker, die jeder monatlich 750,— DM erhalten, sowie je Schlichter ein Gruppenleiter (1,3), eine Bürokraft (Kartennahmer) und der einschichtig arbeitende Gruppenleiter (1,6).

Die Normalarbeitszeit beträgt 48 Wochenstunden, nur bei den Loch- und Prüfmachines ist sie gesetzlich bei vollem Lohn auf nur 38 Wochenstunden festgelegt. Die Arbeitszeit wird durch mehrere Pausen unterbrochen, was bei dieser ausschließlich auf Aufmerksamkeit ausgerichteten Abteilung unbedingt notwendig ist.

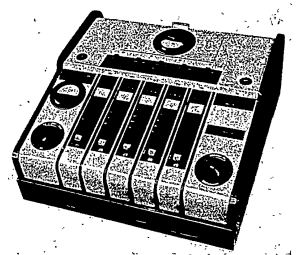
Dieser Arbeitsbesonderheit entsprechend beträgt der Urlaub durchgehend 18 Arbeitstage im Jahr, wozu jeweils noch Hausarbeitstage kommen. Angestrebt wird, daß jede Arbeiterkraft wenigstens zwei Tätigkeiten erlernt und beherrscht, um innerhalb der Abteilung einen Ausgleich ohne besondere „Springerreservo“ zu ermöglichen.

Die Art der Tätigkeit ist sehr geeignet für Halbtagsarbeit.

Kleinstudoggerät

Das Kleinstudoggerät KSG 215 (Rundfunktyp 45a) ist eine transportable Studoverstärkeranlage, die als handliches Tischgerät neben dem Übertragungsverstärker die wichtigsten Zusatzgeräte enthält, wie sie zu hochwertigen Tonband- oder Direktaufnahmen außerhalb der Rundfunkstudios benötigt werden.

In Gerät sind 4 gleichartige Vorverstärker und 1 Hauptverstärker zur Verstärkung der Niederfrequenz, 1 Abhöreinstellung zur Überwachung der Aufnahme, 1 Tonmesser (Aussteuerungsanzeiger), 1 Tongenerator zum Einpegeln und Prüfen der Anlage, 1 Schalterfeld zur Bedienung der Anlage und 1 Netzteil zur Stromversorgung enthalten. Im Gerät sind 4 gleichartige Vorverstärker und 1 Hauptverstärker zur Verstärkung der Niederfrequenz, 1 Abhöreinstellung zur Überwachung der Aufnahme, 1 Tonmesser (Aussteuerungsanzeiger), 1 Tongenerator zum Einpegeln und Prüfen der Anlage, 1 Schalterfeld zur Bedienung der Anlage und 1 Netzteil zur Stromversorgung enthalten. Im Gerät sind 4 gleichartige Vorverstärker und 1 Hauptverstärker zur Verstärkung der Niederfrequenz, 1 Abhöreinstellung zur Überwachung der Aufnahme, 1 Tonmesser (Aussteuerungsanzeiger), 1 Tongenerator zum Einpegeln und Prüfen der Anlage, 1 Schalterfeld zur Bedienung der Anlage und 1 Netzteil zur Stromversorgung enthalten. Im Gerät sind 4 gleichartige Vorverstärker und 1 Hauptverstärker zur Verstärkung der Niederfrequenz, 1 Abhöreinstellung zur Überwachung der Aufnahme, 1 Tonmesser (Aussteuerungsanzeiger), 1 Tongenerator zum Einpegeln und Prüfen der Anlage, 1 Schalterfeld zur Bedienung der Anlage und 1 Netzteil zur Stromversorgung enthalten.



(Aufn. C. Lorenz-A.G. Werk Leipzig in Verwaltung, Tagesschau/Leipzig)

Aufbau der Abteilung

- Für die Mechanisierung mußten:
  - 1 Betriebsingenieur.
  - 1 Wirtschaftler und
  - 1 Büroassistent

wechs Monate lang die Umorganisation der Buchhaltung des neuen Fernmelderechnungsdienstes, die Reduzierung der Lochkarten und dem Abrechnungsplan vorzuziehen. Die Montage der Anlage sollte beanspruchen einen Monat. Die Einkäufer betrug drei Monate und umfaßte die Ausbildung der Arbeitskräfte und das Einrichten des Betriebes auf die neuen Formulare und den neuen Verfahrensweg. Insgesamt waren also zehn Monate vor voller Arbeitsfähigkeit zum Einsetzen des Personals und der Maschinen nötig!

Die Ausfallzeiten der Maschinen betragen je Schichttag weniger als zwei Stunden; beim Bedenwerber lag die höchste Ausfallzeit unter zwei Tagen. Hierzu erklärt sich die hohe Arbeitsleistung der Mechaniker, die eine Spezialausbildung erhalten müssen. Sie sind für die vorwiegend planmäßige Reparatur der gesamten Anlage verantwortlich und erhalten Prämien für überdurchschnittliche Stillstände der Maschinen. Sie leisten auch die Kollegen bei der Instandhaltung der Maschinen an. Den Kollegen sind Selbstreparaturen generell verboten. Von der Stillstandszeit zu verringern, liegen die Pausen der Mechaniker zu anderen Zeiten als bei den übrigen Abteilungsmitgliedern.

Die Maschinen sind einheitlich mit Drehstrommotoren 380 V/280 W ausgerüstet; nur der Bedenwerber benötigt eine abweichende Spannung von 22 V, die einem gesondert aufzustellenden Umspanner entnommen werden muß.

Kosten

Zugrunde gelegt werden sollen die vorgenannten Anlagen mit den angegebenen Betriebsgeschäften (60 Abrechnungsleistungen), Waren und einer Leistung von 400.000 Karten je Monat.

|                                               |              |
|-----------------------------------------------|--------------|
| <b>1. Anlagenwert</b>                         |              |
| Kosten der Einrichtung                        | 400.000,- DM |
| 5% jährliche Abschreibung                     | 20.000,- DM  |
| oder monatlich                                | 1.667,- DM   |
| <b>2. Löhne (bei 100% Leistungserfüllung)</b> |              |
| Löhne                                         | 30.000,- DM  |
| SVK, Unfallumlage                             | 3.000,- DM   |
| Bonuszahl                                     | 2.000,- DM   |
|                                               | 35.000,- DM  |
| <b>3. Gemeindefürsorge</b>                    |              |
| 5% des Grundlohnes                            | 1.500,- DM   |
| <b>4. Fernmeldematerial</b>                   |              |
| 400.000 (Karten/monat = 4,4 DM) 3360,- DM     |              |
| Verbindende, Inbellerpapier etc.              | 300,- DM     |
|                                               | 550,- DM     |
| Zz. Energie (2500 kWh) etc.                   | 99,- DM      |
|                                               | 3610,- DM    |
|                                               | 30.777,- DM  |
| gerundet zu 30.000,- DM                       |              |

Bei 400.000 Buchungen = 400.000 Karten ergeben sich somit je Buchung Selbstkosten in Höhe von

30.000 / 400.000 = 0,075 DM

In dieser Summe sind die Kosten für die Vorbereitung der Urbelege und diese selber nicht enthalten. Wenn man diese mitrechnet, so ergeben sich mindestens 0,12 DM je Buchung.

Rechnen der Zeitausnutzung und der Schichtbelegung

Rechnerischer Kalkulationswert: Kapazität 6000 Karten/Std.  
400.000 Karten/monat = 66,7 Std./Monat  
6000 Karten/Std.

Unter Berücksichtigung der notwendigen Einstellungen bei Programmänderungen ist bei einer Kochleistung je Woche ein zweimonatiger Bedarf notwendig (90 bzw. 70 Wochen, der damit 56 = 66,7 = 29,3 Std./Woche für Prüfungen, Einstellungen, Programmänderungen usw. zur Verfügung hat).

Teildrehmaschinen: Kapazität 6000 Karten/Std.  
400.000 / 6000 = 66,7 Std./Monat.

Da bei dieser Maschine wesentlich höhere Umschaltzeiten erforderlich werden, und die Stillstände wegen Heranzufahren der bedruckten Papierrollen häufig sind und = nicht zulassen = weil die Tabellierung in den meisten Fällen doppelten Durchgang der Karten durch die Maschine erfordert (da Maschine bismal fünf Bedenwerke, gefordert werden im Betrieb aber acht bis neun Auswertungen), sind zwei Maschinen aufgestellt, die dabei zu einschichtigen Betrieb arbeiten müssen.

Locher: Kapazität (Norm) 150 Karten/Std.  
400.000 / 150 = 2667 Std./Monat.

Die vorhandenen acht Locher müssen also mindestens 2667 / 8 = 333,4 Std./Monat in Betrieb sein, d. h. je Arbeitsstag 4,17 = 13,3 Std./Tag, Da die Arbeitswoche der Locherinnen 38 Std., oder 6,3 Std./je Tag beträgt, sind

13,3 / 6,3 = 2,1 Schichten täglich notwendig.

Die angenommenen Werte von 150 Karten/Std. gehen nur, wenn gewisse Buchungsstufen hintereinander vorgenommen werden. Programmänderungen erfordern eine gewisse Umschaltzeit, Pausen usw. sind einzuliegen, weil auch das Scherreiben sonst überfordert wird, so daß mit wenigstens 2,5 Schichten zu rechnen ist. Die Reserve bei durchschnittlichem Betrieb beträgt also

0,5 / 2,5 = 0,2 oder 20%, d. h. von den acht Maschinen stehen 1,6 Maschinen frei oder in Überholung. Dieser Prozentsatz ist nicht so hoch, weil ja auch die bisher nicht berücksichtigten Leiharbeiter zu rechnen sind. Diese Reserve gestattet zudem, in besonderen eiligen Zeiten einen größeren Durchgang an Karten zu schaffen, Doppelkarten anzufertigen usw. Die Besetzung der Maschinen erfordert allerdings nur sieben Kräfte je Schicht, um dem Reservevorrat voll ausnutzen zu können.

Prüfer: Kapazität wie beim Locher.  
Die sechs vorhandenen Prüfmotoren erfordern 2667 / 6 = 444 monatliche Betriebsstunden, d. h. je Arbeitstag 444 / 33 = 13,5 Std., oder 2,25 Schichten.

Daher sind die Maschinen dreischichtig zu besetzen. Die Reserve ist sehr klein

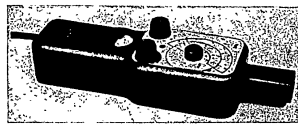
0,2 / 2,25 = 0,09 bzw. 9%.

Ausfälle an diesen Maschinen können zu Schwereverlusten führen und erfordern - wenn nötig - Ausfälle in einer nichtbestimmten

Resonanzmesser (Grid-Dipper)

Der Resonanzmesser ist im Prinzip ein Oszillator, in dessen Gitterleitung ein Strommesser zur Beobachtung des Gitterstromes liegt. Mit dem Fotometer kann die Empfindlichkeit des Strommessers geregelt werden.

Die Arbeitsarten des Resonanzmessers sind folgende:  
Schalter in Stellung I „0“:  
Der Oszillator erzeugt ungedämpfte Schwingungen total.  
Schalter in Stellung II „5“:  
Der Oszillator erzeugt Schwingungen, die mit der Netzfrequenz (50 Hz) antiparallelen sind.  
Schalter in Stellung III „W“:  
Die Anodenspannung ist abgeschaltet. Das Gerät ist passiv und kann als Absorptionsswellenmesser benutzt werden.  
Schalter in Stellung IV „2“:  
Wird an die beiden Buchsen ein Kopfhörer angeschlossen, so arbeitet das Gerät passiv bei abgeschalteter Anodenspannung als Detektorempfänger.  
Durch die mit dem Potentiometer komplizierten Drehschalter wird das Gerät netzlos die- und angeschlossen.  
Der Resonanzmesser kann verwendet werden für:  
1. Senderabgleich,  
2. Empfängerabgleich,  
3. Resonanzmessungen an Antennen,  
4. Frequenzmessungen,  
5. Induktivitätsmessungen mit einer Normalinduktivität,  
6. Kapazitätsmessungen mit einer Normalkapazität.  
Das Gerät wird vom VEB Funkwerk Köpenick, Berlin-Köpenick, hergestellt.



(Ausz. VEB Funkwerk Köpenick)

Zeit durch andere Kräfte. Bei Krankheit kann eine Locherin freigeschaltet werden, ohne daß Stockungen aufzutreten brauchen.

Sortiermaschine: Kapazität 24000 Karten/Std.  
Da zwei Maschinen vorhanden sind, könnten bei dreischichtigen Betrieb und von einem Ordnungsprinzip (eine Dekade) 1200 Std. x 24000 Karten/Std. = 28.800.000 Karten durchgegeben werden, d. h. die 400.000 Karten könnten rund 28800000 / 400000 = 72mal im Monat sortiert werden.

Bei einer Sortierung nach zwei Dekaden geht dies nur noch 6,5mal.

Zu beachten ist, daß durch die notwendigen Umstellungen die tatsächlich mögliche Zahl wesentlich geringer wird, so daß man die Kapazität auf etwa

50 Einzeldeklar-Sortierungen oder  
5 Zweideklar-Sortierungen schätzen sollte.

Die zwei vorhandenen Sortiermaschinen sind von einer Kraft gleichzeitig zu bedienen, die damit aber voll ausgelastet ist. Diese Berechnung zeigt, wie notwendig die Doppelqualifizierung der Arbeitskräfte ist, damit bei normalem Krankenstand die Urlaubs- und Hausurlaub-Ansprüche aus der Abstellung selbst ohne Betriebsgefährdung zu decken sind. Bei höherem Krankenstand sind für die gleichen Maschinenzahlen mehr Kräfte einzustellen und - falls erforderlich - die zweischichtig arbeitenden Teile der Abteilung dreischichtig zu besetzen.

Schlußfolgerungen

Die Nachrechnung legt dar, daß ein Übergang auf Lochkarten von vielen Voraussetzungen abhängig ist. Hauptvoraussetzung ist, daß gleichzeitig Vorgänge in großer Zahl anfallen, die nach drei oder mehr Gesichtspunkten ausgewertet werden müssen, wobei ein Rechenlocher nur dann von Wert ist, wenn einfache oder zusammengesetzte Multiplikationen bzw. Divisionen mit mehrstelligen Zahlen vorzunehmen sind. Sonst kann auf ihn verzichtet werden.

Die Urbelege müssen in jedem Falle handschriftlich angefertigt werden, gleichgültig, ob auf besonderen Formblättern oder gleich auf Duallochkarten. Leider erfordert auch das Ausstellen der Fernmelderechnungen noch immer besondere Arbeitsgänge außerhalb der Lochkartenanlage, jedenfalls soweit es sich um das System „Arima“ handelt. Es gibt bereits Anlagen, die aus den Lochkarten heraus auch Rechnungen herstellen lassen (Fakturiermaschinenanlagen, z. B. der IBM), ist die Ausrechnung vorkommender Werte mit festen ein- oder zweistelligen Zahlen erforderlich, wie z. B. im Fernmelderechnungsdienst, so ist es wohl in jedem Falle möglich, auf den Rechenlocher zu verzichten. Die Lochkarte bedeutet dann eine doppelte Arbeit, die zwar eine maschinelle Tabellierung gestattet, aber rein buchhalterisch kaum besondere Vorteile zu bringen in der Lage ist. Vorteilhaft bleibt, den Anfall von Ferngesprächsgebühren täglich einfach aufzurechnen. Für diesen Zweck lohnt sich aber nicht die doch recht kostspielige Anlage.

Wie es mit der Zinnsparung von Arbeitskräften, dem ja der vergrößerte Einsatz vorgegenständlicher Arbeit dienen soll? In dem genannten Fertigungsbereich haben die Buchführungsarbeiten vorher 66 Arbeitskräfte erford. Allerdings - das muß hinzugefügt werden - ist ein größerer Arbeitsanfall in den Werkstätten mit erledigt worden, weil dort bereits ein wesentlicher Teil der Rechenarbeiten erfolgte. Aber nicht die Arbeitskraftersparnis an sich ist den Betrieb zur Einführung der Lochkartenanlage bewegt, sondern die Zusammenfassung der gesamten Materialwirtschaft mit der Fertigung, so daß die Versorgung des Betriebes kontinuierlicher, schneller und elastischer gestaltet und geplant werden konnte, und die Verbrauchskosten erst wirklich kontrollierbar wurden.

Zu bedenken ist dabei, daß die Art der Arbeit, besonders am Locher und am Prüfer, den Menschen sehr einseitig beansprucht und so zu schneller Ermüdung führt. Die Arbeitszeit ist daher z. T. auch auf 38 Wochenstunden festgelegt. Hinzu kommt, daß diese Arbeit letztlich auch geistig keine besondere Abwechslung bietet. Aber gerade die Zusammenfassung der Aufmerksamkeiten mit der Handfertigkeit ist rein theoretisch und, durch die Erfahrung des Betriebes bestätigt, nur jüngeren Arbeitskräften möglich. Die Deutsche Post muß aber auch daran denken, daß unseren Kollegen für spätere Jahre Arbeitsplätze bereitzustellen, ohne daß dadurch die Wirtschaftlichkeit des Betriebes gemindert wird!

Die Arbeit des Fernmelderechnungsdienstes erscheint damit, trotz ihrer heute noch großen Zahl von Buchungsstellen für eine Lochkartenanlage zu „einfachen“. Daher kann allein für Zwecke des Fernmelderechnungsdienstes ihre Einführung nicht geteilt werden. Um also die Mechanisierung auch hierfür nutzbar zu machen, bedarf es der Umstellung anderer Berechnungsarbeiten der Deutschen Post auf Lochkartenanlagen, z. B. der Buchhaltung oder des gesamten Zahlungsverkehrs der Post-scheckämter usw., was eingehendere Untersuchungen notwendig macht.

Und trotz des Gesagten ist auch für das Fernmelderechnungsdienst Lochkartensystem von großem Interesse, und zwar ganz dringlich: Heute haben wir noch die Möglichkeit, den tatsächlichen Verkehrsfluß von der Quelle bis zur Senke nach Anmeldezeit, Beginn und Ende des Gesprächs, Entfernung, Leitweg, Anmelde- und Anrufnummern vollständig zu erfassen. Diese Möglichkeit besteht im SVF-Verkehr bei der großen Zahl zentraler Glieder und der Art der Gesprächsfaszination nicht mehr. Für die Einführung des SVF-Verkehr ist aber die genaue Kenntnis des Verkehrsflusses nach diesem Daten sehr wichtig. Darum wird es erforderlich, mit Hilfe von Lochkartenanlagen noch rechtzeitig den Verkehrsfluß zu erfassen, um die letzte Möglichkeit nicht vorübergehen zu lassen, einwandfreie Unterlagen für den SVF-Verkehr in der Netzplanung und der Gestaltung der technischen Einrichtungen zu erhalten. Hand in Hand sollte damit aber auch die Untersuchung der Methoden gehen, die Erfassung aller Abrechnungsdaten so zu gestalten, daß sie einmal im mechanischen Verfahren bis zur letzten Konsequenz bearbeitet werden können.

### Die erste internationale Ausstellung über die Postmechanisierung in Rom

Von Horst HAMANN, Berlin (Fortsetzung und Schluß aus Heft 1/2 1957)

#### Belgien

Auch die umfangreiche Ausstellung der belgischen Postverwaltung war sehr gründlich vorbereitet.

Bei der Entwicklung der Briefverteilmaschine ist man ähnliche Wege gegangen wie in Holland. Die Sortiermaschine Bell (Bild 6) arbeitet nach einem ähnlichen Prinzip wie die Transma (endlose Kette mit Behältern). Diese Maschine soll eine theoretische Sortierleistung von 4000 Sendungen je Stunde und Verteiler und bis zu 500 Ausschleudungen ermöglichen. Damit werden die Personalausstattung und der Einsatz des Sortierpersonals noch schwieriger, weil die Verteilung auf 500 Ausschleudungen noch komplizierter und anstrengender ist als die auf 300 bei der Transma. Hinsichtlich der Größe des Verteilwerks, der Anschaffungs- und Betriebskosten gilt das gleiche, was bereits für die Transma gesagt wurde. Auch dieses System muß daher von uns abgelehnt werden.

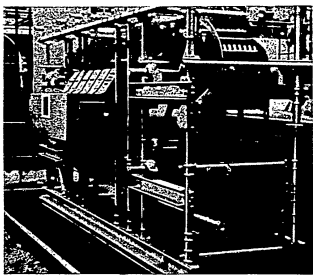


Bild 6. Bell-Briefverteilmaschine; Teilstück für 6 Verteilfächer (Aufn. IFF)

In einer Versuchsförderanlage zeigte die belgische Postverwaltung ein Bandsystem, das durch den Einbau eines Beschleunigungsbandes eine robungelose Zählung der Pakete gewährleistet, weil die Paketfolge vor dem Vorbeilaufen an der Fotozelle so weit auseinandergezogen wird, daß eine genaue Zählung gesichert ist.

Eine derartige Anlage hat für unsere Entwicklung nicht nur für die Zählung der Sendungen, sondern auch für die Versuche, die sich mit einer automatischen Abreißung von Paketen in bestimmte Richtungskarren befassen, große Bedeutung.

Die belgische Postverwaltung konzentriert ihre Bestrebung dahin, die gesamte bekannte Technik beim PA Brüssel X, von dem ein großes Modell gezeigt wurde, komplex einzusetzen. Die Einrichtungen dieses „Sortierzentrums“ sollen im Jahre 1958 in Betrieb genommen werden. Die belgische Postverwaltung arbeitet ebenso wie die holländische mit einem Dispatcher-system, das es ermöglicht, durch Wechselsprechanlagen die erforderlichen „Betriebsbefehle“ zu erteilen. Es kam — ebenso wie in Holland — nicht zum Ausdruck, daß das industrielle Fernsehen bereits angewendet wird.

#### Frankreich

Die französische Ausstellung war nicht so umfangreich wie die der beiden vorher genannten Postverwaltungen. Hinsichtlich der Briefverteilmaschinen bewegte sie sich in derselben Richtung wie Holland und Belgien.

Als interessante Neuerung wurde eine elektrische Stempelmaschine gezeigt, die eine Stundenleistung von 70000 Sen-

dungen erreichte. Hierbei erscheint uns besonders das Problem des Zuführens der Sendungen gut gelöst.

Die elektronische Verteilung von Schecks wurde gleichfalls vorgeführt, wobei wir feststellen, daß dies nur deswegen gelang, weil die Kennung für die einzelnen Konten bereits auf den Formblättern eingedruckt war (Bilder 7 und 8).

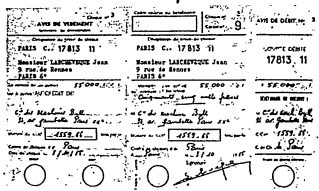


Bild 7. Scheck für elektronische Verteilung (Vorderteile). (Aufn. IFF)

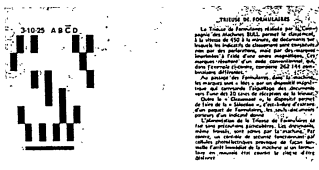


Bild 8. Scheck für elektronische Verteilung (Rückseite). (Aufn. IFF)

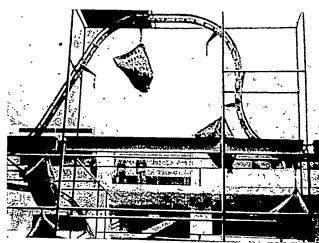


Bild 9. Kettentransporteur (Aufn. IFF)

Beachtenswert erscheint uns ferner ein fast laufendes Kettentransporteur für Beutel (Bild 9). Mit Hilfe derartiger Einrichtungen könnten auch bei uns Erleichterungen bei den körperlichen Arbeiten des Beuteltransportes ermöglicht werden.

Als glückliche Lösung erscheint uns ferner die Kombination von Wertzeichengebern, Briefkästen und Fernsprechautomaten.

#### Großbritannien

Die Ausstellung der britischen Postverwaltung war außerordentlich beachtenswert, weil dort neben anderen Elementen neue Maschinen zum Verteilen der Briefe gezeigt wurden. Wenn auch diese Maschinen nur halbautomatisch betrieben werden können, so bedeuten sie dennoch nach unserer Auffassung einen sehr großen Fortschritt gegenüber der bisherigen Entwicklung.

Diese Maschinen haben nicht nur eine gleich hohe bzw. sogar höhere Sortiergeschwindigkeit als die Transma und Bell-Maschine, sondern der Verteiler kann das Arbeitstempo selbst bestimmen. Es ist also nicht dem Rhythmus der Maschine unterworfen. Das ist das erste Mal, daß auf einer Ausstellung eine Maschine gezeigt wird, die diesen Bedingungen entspricht.

Daß der Verteiler nicht dem Maschinenrhythmus unterworfen ist und daß dies einen entsprechenden Fortschritt darstellt, wurde bei der Beschreibung immer wieder hervorgehoben. Hieraus läßt sich erklären, wie wichtig die Entwicklung unserer Maschine ist, die nach den gleichen Prinzipien arbeitet, deren Konstruktion uns aber wesentlich einfacher erscheint.

Was die Sortiergeschwindigkeit anbetrifft, so wurde uns erläutert, daß der Verteiler theoretisch maximal 105 Sendungen in der Minute verteilen kann; das würde eine stündliche Verteilung von 60-105 = 6000 Sendungen bedeuten. Eine solche Verteilleistung kann jedoch nie von einem Menschen erreicht werden, solange er die Bestimmungsorte lesen und eintasten muß. Diese Tatsache wurde bei der Besichtigung auch zugewiesen. Die Briefverteilmaschine arbeitet halb elektronisch, halb automatisch.

Es ist möglich, die Briefe auf 120 Fächer in einem Verteilgänger zu verteilen; auch hierin zeigt sich eine Annäherung an unsere Bestrebungen.

Daß diese Maschine als Ein-Platz-Maschine betrieben wird, kennzeichnet ebenfalls die gleiche Entwicklung wie bei uns.

Die Paketverteilmaschine — Sovex-System —, von der nur ein Schaubild gezeigt und eine Beschreibung ausgehändigt wurde, stellt zwar einen technischen Fortschritt dar, ist aber nach unserer Auffassung völlig unrentabel, weil die zu verwendende Anlage in ihrer Größenordnung und in ihrem Einsetzort. Auch bei diesem halbautomatischen Verteilverfahren müssen die Pakete in zwei Verteilgängen verteilt werden. Die erste manuelle Tätigkeit besteht im Tasten und Abweisen der Pakete und die zweite in der Endverteilung der Pakete, die ohne unsern jetzigen Abnehmen vom Leseband entspricht. Gerade das ist aber eine schwere körperliche Arbeit. Wenn also auch die technischen Probleme gelöst erscheinen, so bietet die englische halbautomatische Paketverteilmaschine vom betrieblichen und wirtschaftlichen Standpunkt gesehen keine endgültige Lösung.

Einige interessante Darstellungen bot die englische Ausstellung über die Postumkehrbahn, die in London alle größeren Postämter mit den zwei Hauptbahnhöfen verbindet. Während jeder Stunde fahren 40 Züge, und diese befördern eine Last von 41000 Säckchen täglich. Die Postumkehrbahn fährt automatisch und wird nach auf diese Weise gesteuert. Bedienungspersonal ist für die Fahrt selbst also nicht erforderlich.

Die sogenannten „Rubber Doors“, das sind Türen, die sich bei Annäherung mit Hilfe von Fotozellen selbständig schließen, werden bei uns erst in der späteren Entwicklung Bedeutung erhalten. Im übrigen stellen diese Einrichtungen keine neuen technischen Probleme dar.

Auch die englische Zählanlage für Pakete scheint uns nicht günstiger zu sein als das von der belgischen Postverwaltung gezeigte Muster.

Im übrigen wird beim HPA Berlin O 17 im Jahr 1957 eine ähnliche Anlage in Betrieb genommen werden.

Bei der britischen Ausstellung muß noch erwähnt werden, daß ein Apparat gezeigt wurde, der es ermöglichte, die Sätze durch Blausatz offenzulassen, damit die Pakete und Päckchen

leicht sortiert werden können. Dieser sogenannte „Drop Bag Filing“ stellt nach unserer Auffassung eine ausgesprochene Spielerei dar, weil der Zweck auf viel einfachere Weise erreicht werden kann.

#### Schweiz

Von der Ausstellung der Schweiz waren wir etwas enttäuscht. Die Schweiz bot in ihrer Ausstellung kaum Elemente, die noch nicht bekannt waren, wenn man von den gut durchkonstruierten Wertzeichenaufnehmern MA 3 und MA 2 absieht (Bild 10). Diese Automaten, die sich bereits im Einsatz befinden, ermöglichen es, aus einem Automaten drei verschiedene Wertzeichensorten zu entnehmen.

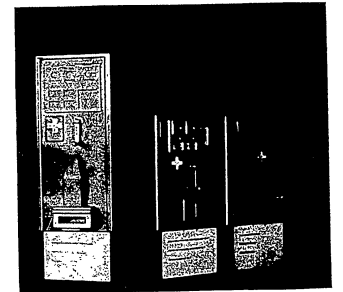


Bild 10. Moderne Wertzeichengeber (Aufn. IFF)

Die beiden ausgestellten Muster über die mechanische Briefkastenlenkung sowie über die Sachbehältervorrichtungen waren uns bereits vorher bekannt. Unseres Erachtens ist das Problem der Beladung von Kraftwagen mit Behältern mit Hilfe von großen zu lebenden Plattformen nicht gut gelöst worden, weil die Anlagen zu stark ortsgelunden sind.

Die Verteilung der Mandate (Zahlungsanweisungen) wird mit einer elektronischen Sortiermaschine durchgeführt. Dabei wird ein Lochsystem angewendet, wobei die Löcher in verschiedenen Kombinationen auf die Mandate gebracht werden.

Die zurückfließenden PAW und ZK-Konten in den Listenprüfstellen der Postschleifer sind auch bei uns elektronisch verteilt werden, wenn derartige Hilfsmittel verwendet würden.

#### Deutsche Bundesrepublik

Die Deutsche Bundespost war verhältnismäßig stark an der Ausstellung beteiligt. Während auf dem Gebiet der Förder-technik keine wesentlichen Neuerungen gezeigt wurden, muß gesagt werden, daß Westdeutschland auf dem Gebiet der Automaten- und Gerätetechnik einen außerordentlich großen Vorsprung erreicht hat.

Die von Westdeutschland gezeigte Schalterannahmemaschine, die aus zwei Elementen — einer Kienzle-Rechenmaschine und einer Stempelmaschine der Firma Klüssendorf — besteht, erreicht allerdings nicht den Stand unserer Astra-Annahmemaschine. Das scheint aber der einzige Punkt zu sein, in dem wir eine günstigere Entwicklung aufzuweisen haben.

Die Stempelmaschinen, die von der Firma Klüssendorf, Berlin-Spandau, gebaut worden sind, lassen eine Stempelung von 50000 Sendungen je Stunde zu.

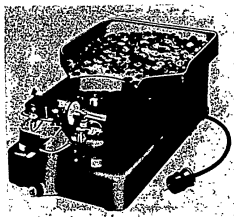


Bild 11. Geldzählmaschine „Standard“, Typ E (Aufn. IFF)

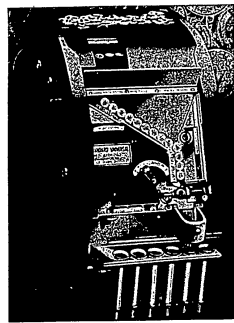


Bild 12. Geldzählmaschine „Standard“, Typ C (Aufn. IFF)

Der „Frankotyp-Freistempel“ stellt ebenfalls den Weltstand der Technik dar, ebenso die Geldzählmaschine „Standard“ (Bilder 11 und 12). Mit dieser Maschine ist es möglich, in kürzester Zeit das Geld zu sortieren und zu zählen (16 bis 20 Münzen je Sekunde). Eine solche Maschine ist für alle Stellen, die Ablieferungen entgegennehmen, von großer Bedeutung für die Hebung der Arbeitsproduktivität.

Die Münzsortier- und Wechselkasse erleichtert das Wechseln des Geldes und kann für sechs und für acht Münzsorten verwendet werden. Der Annahmestempel braucht das Geld nicht mehr in die Hand zu nehmen, sondern jede Münze wird automatisch sortiert. Beim Wechseln sind lediglich einige Tasten zu bedienen. Auch bei der Lohnzahlung kann die Münzsortier- und Wechselkasse mit Erfolg eingesetzt werden.

Einen besonderen Fortschritt für die Abwicklung des Schalterdienstes stellt der elektrische Schalter-Wertzeichengeber dar, der von der Telefonbau- und Normalzeit GmbH in Frankfurt/Main konstruiert und vertrieben wird (Bilder 13 und 14). Der elektrische Wertzeichengeber dient zur Ausgabe einer einstellbaren Anzahl von Wertzeichen einer gewünschten Sorte. Mit Hilfe dieses Gerätes können am Schalter auf schnellste Art und Weise Wertzeichen vertrieben werden, wobei die Arbeit der Markbestandsaufnahme für den Schalterabschluß auf eine geringfügige Zeit herabgesetzt wird.

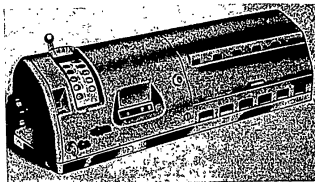


Bild 13. Elektrischer Schalter-Wertzeichengeber, geschlossen (Aufn. IFF)

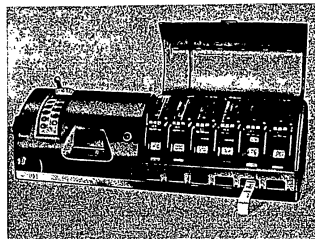


Bild 14. Elektrischer Schalter-Wertzeichengeber, geöffnet (Aufn. IFF)

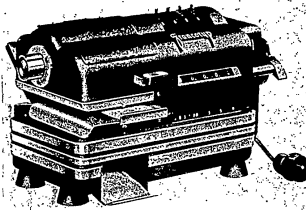


Bild 15. Annahmemaschine für Einschreibebriefe (Aufn. IFF)

Die Annahmemaschine für Einschreibebriefe (Bild 15) soll die Annahme von Einschreibebriefen erleichtern. Diese Maschinen werden gleichfalls von der „Frankotyp“ vertrieben und sind auf der Basis der Registrierkassen aufgebaut. Die Maschine bedruckt u. a. auch den Einlieferungschein, der in seinem oberen Teil den auf der Einschreibebriefe anzubringenden Klebettel trägt (Bild 16). Ob allerdings der Einsatz eines solchen Gerätes wirtschaftlich vertretbar ist, muß erst überprüft werden.

Ein der „Frankotyp“-Maschine ähnliches Gerät wird zur Annahme der Pakete verwendet. Hier scheint uns der von uns eingeschlagene Weg einen besseren Erfolg zu versprechen, weil die westdeutschen Maschinen auf dem Wege zur Automatisierung nur eine Teillösung gestatten.

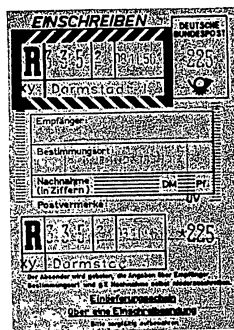


Bild 16. Einlieferungschein der Annahmemaschine für Einschreibebriefe (Aufn. IFF)

In der Entwicklung der Briefverteilmaschinen ist man in Westdeutschland nicht bedeutend vorangekommen. Es wurden lediglich Bilder und Schaubilder der Briefverteilwerke Dortmund und Ulm veröffentlicht. Diese Bilder ließen erkennen, daß es sich bei beiden Verteilwerken nach wie vor um eine rein manuelle Verteilung handelt, wobei lediglich die Transporte zwischen den Verteilgängen mechanisiert sind. Allerdings muß noch gesagt werden, daß beim PTZ in Darmstadt eine Versuchsanlage aufgebaut wurde, die vorbereitete gelbe Postcheckbriefumschläge nach 100 Ausscheidungen automatisch verteilt.

Das von der Deutschen Bundespost ausgestellte Modell der neuen Paketfördereinrichtung beim Postamt Bremen 5 zeigt, daß bei der Paketverteilung in Westdeutschland nach wie vor ausschließlich die alten Elemente verwendet werden. Die in Bremen getroffene Kombination ist jedoch außerordentlich geschickt, so daß die Durchlaufzeit der Anlage bedeutend ist.

Auch die von der Deutschen Bundespost aufgestellte Fernsprechanlage, die zugleich Wertzeichengeber und Briefkasten spezialisiert, besticht durch ihre Zweckmäßigkeit und durch ihr Aussehen. Die Tür ist so angeordnet, daß sie sich nach innen verschieben läßt.

Auf dem Freigelände zeigte die Deutsche Bundespost in erster Linie ihre Versuche hinsichtlich des Behälterverkehrs. Es wurden sowohl große als auch kleine Behälter vorgeführt. Die großen Behälter können etwa 120 bis 130 Pakete aufnehmen (Bild 17),



Bild 17. Abladen von Großbehältern (Aufn. IFF)

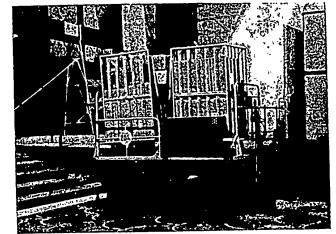


Bild 18. Kleinbehälter auf Handwagen. Die rechts absehbare Klappe stellt die feste Verbindung zum Sporn her (Aufn. IFF)

die kleinen etwa 30 bis 35. Diese entsprechen damit in ihren Größenverhältnissen den z. Z. von uns eingesetzten Behältern.

Der Austausch der großen Behälter ist voll mechanisch gelöst worden, indem die großen Behälter mit Aufzügen oder ähnlichen Einrichtungen, die z. T. an den Fahrzeugen unmittelbar befestigt worden sind, gehoben und gesenkt werden.

Die kleinen Behälter dagegen werden von Hubwagen gehoben, wobei der Hub durch Handarbeit erreicht wird und der Hubvorgang aus diesem Grunde verhältnismäßig viel Zeit in Anspruch nimmt.

Die Überleitung der Behälter in den Bahnpostwagen geschieht mit Hilfe einer an diese Hubwagen angebrachten Platte, die heruntergeklappt wird und somit eine feste Verbindung zum Bahnpostwagen herstellt (Bild 18). Eine solche Verbindung wird jedoch von der Reichsbahn auf Bahnhöfen nicht zugelassen. Daher muß diese Lösung von uns verworfen werden. Das Problem, die Behälter vom Postamt zum Bahnhof und umgekehrt zu befördern, ist in Westdeutschland sehr gut gelöst worden, indem der „Tempo-Rothmann-Hubkraftwagen“ eingesetzt wird. Dieser Wagen ist mit einem dreizylinderigen Motor versehen und in der Lage, die Hubbewegungen sehr schnell auszuführen.

Ein solches Fahrzeug wäre auch für unsere Entwicklung von Vorteil.

Im übrigen darf bemerkt werden, daß Westdeutschland und die Schweiz die einzigen Länder sind, die Anfangsmaßnahmen zeigen, die schweren körperlichen Arbeiten zu mechanisieren.

Es darf jedoch mit Nachdruck festgehalten werden, daß die von uns in Erprobung befindliche Lösung einen weit besseren Weg darstellt wird.

Italien

Es liegt nahe, daß Italien als Veranstaltungsland einen besonders großen Platz für die Ausstellung benötige. Demzufolge waren auch die dargestellten Gegenstände recht vielseitig.

Besonders in der Gerätetechnik hat die italienische Post gute Fortschritte gemacht. Sie bedient sich bei diesen Fortschritten natürlich nicht ausschließlich italienischer Erzeugnisse, sondern auch der Produktion der USA, Westdeutschlands, Englands und der DDR. So war beispielsweise aus unserer Republik die Astra-Buchungsmaschine „Klasse 900“ ausgestellt, die in starkem Maße bei der italienischen Post zur Mechanisierung des Kasseendienstes eingesetzt werden soll.

Neben Hollerith-Maschinen wurde auch eine elektronische Sortiermaschine für Schekke gezeigt, die ähnlich wie die schon beschriebene arbeitet. Eine Geldzählmaschine für Postcheckkarten, eine Reihe von Frankiermaschinen, Stempelmaschinen und Gebühren-Freistempeln vervollständigen die Exponate Italiens. Besonders interessant in der Ausstellung Italiens war



Bild 19. Sonderpostamt mit austauschbaren Seitenblech (Aust. TPE)

eine Zählmaschine für Papier, die gegebenenfalls für das Auszählen von Zeitungen eingesetzt werden könnte. Sie wird hergestellt von der Dovy-Nucleonics Ltd, Cheltenham, England. Diese Maschine zählt 1800 Stück in der Minute.

Italien zeigte des weiteren eine kombinierte Freimachungs- und Briefschließmaschine, die von der Firma Piny-Dowes, Connecticut, USA, hergestellt wird. Diese Maschine hat eine Leistung von 11000 Sendungen je Stunde.

Ferner wurde ein kombinierter Wertzeichenautomat mit Briefkasten ausgestattet, der es ermöglicht, frankierte Briefe freizumachen und zugleich in den Briefkasten zu befördern. Auch die Einrichtung der italienischen Postverwaltung, einige Briefkästen an Verkehrskontrollen mit unmittelbarer Fernsprecheinrichtung zum Postamt zu versehen, so daß man von dieser Stelle aus kostenlos Auskunft vom Postamt einholen kann, dürfte den höchsten Ansprüchen des Kundendienstes genügen.

Italien hat des weiteren ein leichtes Zustellgerät entwickelt, das seiner Zweckbestimmung nach unserem Zeitungsbringer- und außerordentlich leicht ist. Wir werden uns belfieigen, ein ähnliches Gerät zu konstruieren.

Im Freigeld wurde eine sehr aufschlußreiche Lösung eines Sonderpostamtes ausgestellt. Das Postamt ist auf einem Anhänger untergebracht, wobei zu beiden Seiten je ein Teil so herausgezogen werden kann, daß dadurch Schaltervorzüge entstehen. Ein solches Postamt hat den Vorteil, daß der Postkunde auch bei schlechter Witterung völlig geschützt untergebracht werden kann.

Das Postamt bietet im Innenraum für acht Schalter Platz (Bild 19). Für den ausgestellten italienischen Bahnpostwagen war charakteristisch, daß dieser Wagen, wie bei uns die D-Zug-Wagen, mit einem Seitengang versehen ist. Hierdurch tritt nach unserer Auffassung ein großer Raumverlust ein, der nicht vertretbar werden kann.

Schlußbetrachtung

Wir haben durch die Ausstellung erneut erkannt, auf welchen Gebieten wir noch große Rückstände zu überwinden haben, um den Weltstand der Technik zu erreichen. Das ist vor allem auf dem Gebiet der Automaten- und Gerätertechnik der Fall. Dennoch sind die Rückstände nicht so groß, als daß sie nicht bei intensiver, erster Arbeit innerhalb der nächsten Jahre aufgehoben werden könnten.

Als besonders günstig müssen wir unsere Entwicklungen der halbautomatischen Briefverteilrichtungen, der Schließmaschine für PNY und Z sowie des Behälterverkehrs ansehen. Auf diesen Gebieten kommt es darauf an, den erungen Vorsprung zu erweitern und der Öffentlichkeit Maschinen vorzustellen, die die bisher gezeigten übertreffen.

Rolf ALBERS, Berlin:

Brief an einen Meister (Betrieb)

Liebe Kollegin!

Du hast vor einiger Zeit die Meisterprüfung bestanden und bist in Dein Fernamt zurückgekehrt. Vielleicht ist jetzt Du soviel Aufsicht oder Betriebskraft - nun bist Du Meister! Du kennst die Betriebsverhältnisse, Du kennst den Fernamtsbetrieb leiten, Du hast vielleicht schon vieles verbessert. Aber „meisters“ Du wirklich alle Aufgaben?

Zu den in den Tätigkeitsmerkmalen für den Meister (Betrieb) festgelegten Arbeiten tritt nämlich noch eine Rolle von Aufgaben, die sich aus dem Umgang mit dem Fernamtspersonal und mit dem Teilnehmer ergeben. Hat schon die frühere Aufsicht einen wesentlichen Anteil an der guten oder auch schlechten Arbeit des gesamten Fernamtsbetriebes und damit an der Einschätzung desselben durch den Teilnehmer gehabt, so hat sich dieser Einfluß durch Deine erhöhte Verantwortung als Meister noch erheblich vergrößert.

Man kann ohne Übertreibung sagen, daß von Deinem Arbeitsbewußtsein die Qualität des Fernamtsbetriebes und seine Bewertung unmittelbar abhängen.

Du hast die mitunter schwierige Aufgabe, die Anordnungen der Betriebsleitung, der BPF oder des MPT in die Tat umzusetzen, den Vermittlungskräften Maßnahmen zu erläutern, die von Deinen Kolleginnen nicht immer sofort in ihrer Zweckmäßigkeit erkannt werden. Du sollst mit Einsatzfreudigkeit, endloser Geduld, Bestimmtheit und Anpassungsfähigkeit beim Personal Fernamts für die wesentlichen Zusammenhänge im Fernamtsbetrieb erkennen und trotz oft notwendiger Zugeständnisse mit ruhigem Urteil, Klugheit und Tatkraft Menschen und Einrichtungen einsetzen. Du mußt Dich für Deinen Bereich voll verantwortlich fühlen.

Die Betriebsvorschriften und Verfügungen sollen nicht nach dem Buchstaben, sondern nach ihrem Inhalt, nach ihrem Zweck, ausgelegt werden. Das bedeutet eine tiefgehende Einfühlung in die Wünsche der Teilnehmer und in die Erfordernisse des Fernamtsbetriebes.

Damit den Vermittlungskräften die ständige Entwicklung von Betrieb und Technik sowie neuen Arbeitsmethoden nicht vorantreiben bleibt, ist ein regelmäßiger Dienstunterricht als Bestandteil des Dienstplanes durchzuführen, der zweckmäßigerweise auch beim Vorhandensein besonderer Lehrkräfte von Dir geleitet wird. Dieser Unterricht läßt sich in den meisten Fällen in sogenannten „fests Zeiten des Dienstplanes“ günstig unterbringen. Hierbei sollten aber auch besondere Vorkommnisse betröfliche Art von allgemeiner Interesse erörtert und seltene Fälle wiederholt werden. Da der Fernamtsbetrieb in Umfang und Stärke sehr wesentlich von politischen und kulturellen Ereignissen abhängig ist, darfst Du nicht veräumen, im Unterricht hierzu einzugehen und die Zusammenhänge zwischen Gesellschaft und Nachrichtenwesen zu erläutern.

Du bist als Meister die erste Kraft Deines Betriebes, d. h. Du hast nicht nur Aufsichtsfunktionen, sondern wirkst in erster Linie leitend und organisierend. Du bist es, an den sich alle Dir unterstellten Kräfte wenden, wenn sie einer Hilfe bedürfen. Um diesen Anforderungen gerecht werden zu können, hast Du eine sorgfältige Ausbildung erhalten und dabei auch gelernt, die Wirtschaftlichkeit Deines eigenen Betriebes einzuschätzen. Du mußt aber auch den Aufbau und die Technologie der hauptsächlichsten Gegenstände durch einen Besuch dieser Stellen kennenlernen. Dies gilt auch für die in Deinem FMA vorhandenen Stellen, die mit dem Betrieb zusammenhängen, also die Fernmeldeleitungsstelle, die Gebührensüberwachungsstelle, das Ortsamt u. a. Wenn irgend möglich, solltest Du sogar Gelegenheit erhalten, in diesen Stellen einige Wochen zu arbeiten, um einen tiefen Einblick zu bekommen. Weißt Du, daß „die Fernleitung“ unser teuerstes Betriebsmittel ist, und zwar sowohl in der Anlage als auch in der Pflege? Demzufolge Sorge dafür, daß jede Telefonistin „wie Perlen auf einer Schnur“ ein Gespräch an das andere reißt. Nimm jede

Arbeit vom Schrank weg, die dort nicht unbedingt getan werden muß, und übertrage sie anderen Kräften. Die Dienstgespräche, die zum Herstellen der Verbindung nötig sind, müssen auf das kleinste Maß eingeschränkt werden. Die Wirtschaftlichkeit Deines Betriebes hängt davon ab, wie Du es verstehst, diesen Maßnahmen zum Durchbruch zu verhelfen bzw. sie einzuführen.

Da es erforderlich ist, daß Du den Betrieb ständig beobachtest, um die schwachen Punkte recht schnell erkennen zu können, ist es völlig falsch (es kommt leider noch immer vor), wenn Du Dich mit Schreibleisten, Zettelzetteln o. ä. überlastest. Du solltest ernsthaft (wirklich ernsthaft) überprüfen, ob diese Nebenarbeiten betrieblich notwendig sind, andernfalls mußt Du dafür geeignete Hilfskräfte heranziehen.

Die Menschen sind ihrer Mentalität nach verschieden und demnach mit verschiedenen Mitteln zu leiten. Wenn es bei dem einen um eines rügenden Wortes bedarf, so muß bei einem anderen öftlichen Vorkommnis ein scharfer Verweis ausgesprochen werden. Die manchmal oder je nach Umständen mit einem untrüglichen Blick für die Situation zu finden, ist nicht einfach. Trotzdem muß von Dir als Meister gefordert werden, daß Du diese Kunst beherrscht. Dir müssen die wesentlichen Charaktereigenschaften Deiner Mitarbeiter bekannt sein. Meist gelingt es mit einem aufmerksamen Wort, den privaten Ärger vergessen zu lassen. Wenn Du es verstehst, Deine Kolleginnen in derartiger Weise individuell zu lenken, wirst Du Deinen Bereich zu einer Arbeitsgemeinschaft verschaffen, der die Arbeit Freude macht und die zum Wohle der Gesellschaft und damit für sich selbst schafft. Deinen Arbeitsenthusiasmus zu entwickeln, ist eine Deiner wesentlichen Aufgaben.

Eine für Dich nicht zu unterschätzende Hilfe ist die Fernbetriebsbeobachtung. Trotz der besonderen Aufgaben, die der Beobachtung durch den Prüferinhaber erweisen, darf der eigentliche Zweck, Fehler und Mängel in der Arbeitsweise der beteiligten Vermittlungskräfte zu erkennen sowie die Ausnutzung der Leistungen zu erhöhen, nicht vernachlässigt werden. Auch wenn besondere Beobachtungskräfte vorhanden sind, ist es für Dich von großem Vorteil, selbst einige Zeit hier zuzubringen, damit Du Dir über das Verhalten Deiner Kolleginnen, gegebenenfalls auch über das Verhalten der Kräfte am jenen Ort, selbst ein Bild machen kannst. Deine Urteilskraft wird hierdurch günstig beeinflußt.

Verkehrszählungen sind stets unbeliebt, weil sie viel Arbeit machen und weil nach Ansicht vieler Betätigter „doch nichts dabei herauskommt“. Um diese falsche Meinung zu widerlegen, noch einige Worte an Dich. Wie schon eingangs angedeutet, sind der Gesprächsverkehr und seine Richtung durchaus nicht feststehend; sie sind abhängig von der sich ständig entwickelnden Wirtschaft, von sich bildenden kulturellen und politischen Zentren, von Beständen neuer Wohngebiete. Es ist also klar erkennbar und jedem Praktiker auch gefällig, daß der Fernmeldeverkehr von den verschiedenen Faktoren abhängig ist. Um seine Größe und Richtung objektiv bestimmen zu können, sind Verkehrsbeziehungen nicht zu umgehen, die nach ihrem jeweiligen besonderen Zweck ausgerichtet sind. In verstärktem Maße gilt das bei Planungen für das Leitungsnetz (Stärke des auszuliegenden Kabels) bzw. FF-Einzelstellen (vielleicht Kanäle) und bei der Berechnung von Fern- und Kundenämtern zu. Jede falsche Zahl kann zu schwerwiegenden Fehlberechnungen führen, wodurch der Volkswirtschaft Schäden entstehen, die bei einem höheren Verantwortungsbeußtsein hätten vermieden werden können. Es ist kein Geheimnis, daß Verkehrsbeziehungen nach ihrem Abschluß nur sehr schlecht, meist jedoch nicht nachprüfbar sind, sofern es sich nicht um offensichtlich falsche Fehler handelt. Es kommt aber auf die Vermittlungskräfte und in erhöhtem Maße auf die Meister an, daß derartige Zählungen zweckdienlich durchgeführt und richtige Zahlen ermittelt werden.

Die Anforderungen, die an Dich gestellt werden, sind also vielfältig und nicht immer einfach. Leicht wird Dir die Lösung der Aufgaben fallen, wenn Du bei Deinen Kolleginnen Autorität genießt; diese kann Dir jedoch nur zeitweilig werden. Wenn Du als Mensch und Kollege jenseits Vorbild bist. Du mußt ein gutes theoretisches Wissen besitzen und darfst auch mit gesellschaftlichen

Leben nicht abstehe stehen. Wie willst Du sonst Deine Kolleginnen begeistern, den Plan zu erfüllen und neue, bessere Arbeitsmethoden einzusetzen oder zu entwickeln?

Überdenke Dir bitte die genannten Probleme noch einmal ganz genau, und zwar in Ruhe, und Du wirst finden können, daß Du vielleicht einige Aufgaben doch noch nicht so erledigt, wie es nun einmal zu einem guten Meister gehört. Du kannst ein solcher werden, wenn Du täglich an Dir arbeitest.

Freimachung von Auslandsbriefsendungen

Nicht alle Briefsendungen nach dem Ausland werden von den Absendern vollständig freigemacht. Zweifelslos ist dieser Mangel in erster Linie auf fehlende Kenntnis der Gebührenschriften, andererseits aber auch auf Versähen der Einlieferer zurückzuführen. Selbstverständlich dürfen die Aufgabe-PANs nicht nachlos darüber hinweggehen; denn jede nach dem Ausland bedachte freimachende freigemachte Briefsendung bedeutet für die Deutsche Post einen Gebührentverlust. Es ist daher notwendig, solche Sendungen den Absendern zur vollständigen Freimachung zurückzugeben.

Leider werden in der Praxis immer wieder Sendungen mit fehlender Absenderangabe festgesetzt, obwohl jeder Absender verpflichtet ist, seinen Namen und die vollständige Anschrift zu vermerken. In solchen Fällen ist eine Rückgabe natürlich nicht möglich. Die betreffenden Sendungen sind daher ohne Ergänzung der Freigebühr nach dem Ausland weiterzusenden. Nach den Vorschriften des Auslandspostverkehrs sind derartige Sendungen jedoch besonders zu kennzeichnen, und zwar durch den Buchstaben „T“, der auf der Anschriftseite in der Mitte des oberen Teils anzubringen ist. Der Buchstabe „T“ ist die Abkürzung für „Taxe à payer“ (= Gebühr zu zahlen). Die Nachgebühr wird dagegen nicht vom Aufgabe-PA, sondern erst von der Auswechslungs-PAN aus ausgeworfen. Sie ist in Continim - anzugeben. Sollten Unterverg-PANs unzureichend freigemachte Briefsendungen feststellen, verfahren sie ebenso wie die Aufgabe-PANs.

Abschließend sei noch darauf hingewiesen, daß es zulässig ist, gewöhnliche Briefe und einfache Postkarten auch nichtfreigemacht nach dem Ausland zu versenden. Obwohl - wie eingangs geschildert - Gebührenverluste weitestgehend vermieden werden sollen, ist dem ausdrücklichen Wunsch des Absenders, gewöhnliche Briefe und einfache Postkarten nichtfreigemacht zu befördern, zu entsprechen. Diese Ausnahme gilt jedoch nur für die beiden Sendungarten. Selbstverständlich haben die Aufgabe-PANs auch in diesem Fall den Buchstaben „T“ auf den Sendungen zu vermerken.

Bei teilweise freigemachten gewöhnlichen Briefen und einfachen Postkarten ist jedoch der Füllbetrag von den Aufgabe-PANs bzw. - wenn die ungenügende Freimachung erst bei den Unterverg- oder Auswechslungs-PANs festgestellt wird - von diesen in Postwertzeichen auf den Sendungen nachzubilden. Der veranlagte Betrag, der im Erstausgangsschritt (Post) veranlagte Betrag, ist dann mittels einer Benachrichtigungskarte vom Absender nachträglich einzuzahlen.

Dieser bei gewöhnlichen Briefen und einfachen Postkarten anzuwendende Bestimmung stellt zweifelslos ein Entgegenkommen der Deutschen Post gegenüber dem Postkunden dar, der die nachträgliche Freimachung auch in den meisten Fällen begründen wird.

Die Behandlung nicht- und unzureichend freigemachter Luftpostbriefsendungen soll einem Betrag, der im nächsten Heft veröffentlicht wird, vorbehalten bleiben.

Heinz Kober, Leipzig

Aus dem Arbeitskreis zur Ausarbeitung des „Grundrisses der Ökonomik des Post- und Fernmeldewesens“:

Probleme der Wertbildung im Nachrichtenverkehr

Von Heinz BERGERT, Dresden

Mitteilungen aus dem Institut für Ökonomik des Post- und Fernmeldewesens

Der nachstehende Beitrag befaßt sich mit dem Arbeitsprozeß im Nachrichtenverkehr als Wertbildungsprozeß. Er soll dazu beitragen, einige Zweifelsfragen der Ökonomik des Post- und Fernmeldewesens zu klären oder zumindest Anregungen für weitere Diskussionen zu geben.

Die Arbeit, die zur Ortsveränderung von Nachrichten geleistet wird, ist produktive Arbeit. Das kennzeichnet den Produktionsprozeß im Nachrichtenverkehr als materielle Produktion. In der Sphäre der materiellen Produktion ist jedoch jeder Arbeitsprozeß zugleich Wertbildungsprozeß, wobei unter sozialistischen Produktionsverhältnissen alle Arbeit in den staatlichen (volkseigenen) Betrieben zugleich unmittelbar gesellschaftliche Arbeit darstellt. Diese Feststellungen sollen als Ausgangspunkt für die weiteren Betrachtungen dienen.

Gebrauchswert und Tauschwert der Leistungen (Nutzeffekte) im Nachrichtenverkehr

Zur Ortsveränderung von Nachrichten ist ein Produktionsprozeß erforderlich, in dem lebendige und vorgeständliche Arbeit aufgewandt werden muß. Der Doppelcharakter der Arbeit verleiht dem Produkt einen durch konkrete Arbeit entstandenen Gebrauchswert und einen durch abstrakte Arbeit geschaffenen Tauschwert. Wie stellen sich nun diese beiden Eigenschaften in den Leistungen des Nachrichtenverkehrs dar?

Unter konkreter Arbeit versteht man die zweckbestimmte Tätigkeit, um einen Gebrauchswert zu schaffen. Dieser Gebrauchswert ist in der Regel ein gegenständliches Produkt, ein Ding, das geeignet ist, menschliche Bedürfnisse zu befriedigen. In dieser Beziehung unterscheidet sich jedoch das Resultat der Produktion im Nachrichtenverkehr von dem anderer Zweige materieller Produktion.

Bereits Karl Marx stellte fest, daß es einen Zweig in der Volkswirtschaft gibt — er nannte ihn Kommunikationsindustrie (Kommunikation = Mitteilung, Verbindung, Verkehr) —, dessen Produkt nicht in einem von Produktionsprozeß getrennt vorhandenen Gegenstand besteht [1]. Der Gebrauchswert der Leistungen besteht im Nachrichtenverkehr in der Veränderung des örtlichen Daseins von Nachrichten, also darin, daß die Nachricht eines Abenders an einem mehr oder weniger entfernten Ort einem oder mehreren Empfängern wahrnehmbar gemacht wird. Während bei der Produktion von Waren der Arbeitsgegenstand (z. B. Material) selbst verändert wird (Formveränderung), beschränkt sich die Einwirkung auf den Arbeitsgegenstand im Nachrichtenverkehr nur auf dessen örtliches Dasein (Ortsveränderung). Dabei kann die Art und Weise wechseln, in der die Nachricht wahrnehmbar ist (akustisch oder optisch). Ein Programm kann beispielsweise der Deutschen Post durch Fernsprecher zur weiteren Übermittlung zugesprochen werden. Dem Empfänger wird es jedoch durch den Zusteller schriftlich ausgehändigt. Die Form der Nachricht hängt von den Mitteln ab, mit deren Hilfe die Ortsveränderung bewirkt wird. Den Gebrauchswert der Leistungen (Nutzeffekte) stellt also die Ortsveränderung von Nachrichten dar, die notwendig ist, um das Nachrichtenbedürfnis der Gesellschaft (Bevölkerung, Staat und Wirtschaft) zu befriedigen.

Das Ergebnis der abstrakten, also unterschiedslosen Arbeit ist der Wert des Produkts. Der Wert der Leistungen im Nachrichtenverkehr unterscheidet sich seinem Wesen nach nur unwesentlich von dem der Produkte in der industriellen Fertigung. Er wird bestimmt durch die Summe lebendiger Arbeit und den

verbrauchten Wert der Arbeitsmittel (vorgeständliche Arbeit), die erforderlich waren, um den Gebrauchswert — die Ortsveränderung — zu produzieren. Die Wertgröße der Leistungen wird durch die zu ihrer Produktion durchschnittlich aufgewendete gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit bestimmt.

Eine Besonderheit muß jedoch in diesem Zusammenhang erwähnt werden: In der Warenproduktion geht neben dem schon erwähnten Faktor (lebendige Arbeit und ein Teil des Wertes der Arbeitsmittel) der Wert des Arbeitsgegenstandes in das Neuprodukt ein. Das ist jedoch im Nachrichtenverkehr nicht der Fall. Was die Deutsche Post anbietet, ist nur die Ortsveränderung, die zwar mit einem Arbeitsgegenstand — einer Nachricht — bewirkt wurde, deren Wert jedoch nur durch Entfernung, Zeit und eventuell besondere Anforderungen (Sonderbehandlung), die den Umfang der erforderlichen Arbeit bestimmen, deutlich wird. In den Wert des Produkts kann niemals der Wert des Arbeitsgegenstandes eingehen; denn er ist kein Eigentum der Deutschen Post und ist auf die Produktion der Leistung keinen Einfluß; er verhält sich im Produktionsprozeß völlig passiv. Weitere Besonderheiten ergeben sich aus dem alleinigen Recht der Deutschen Post zum Befördern und Übermitteln von Nachrichten, die sich im Verhältnis zwischen Wert und Preis — in der Gebührensatzung — ausdrücken. Sie können jedoch bei dieser grundsätzlichen ökonomischen Betrachtung unberücksichtigt bleiben.

Der Wertbildungsprozeß

Der Gebrauchs- und der Tauschwert des Produkts sind das Ergebnis eines Produktionsprozesses, in dem gleichzeitig durch konkrete Arbeit der Gebrauchswert und durch abstrakte Arbeit der Wert des Produkts geschaffen wird. Daraus ergibt sich die Einheit von Arbeits- und Wertbildungsprozeß. Während bei der Produktion von Waren der Arbeitsgegenstand offensichtlich wird, ist das jedoch im Nachrichtenverkehr nicht der Fall. Die ortsveränderte Nachricht weist keinerlei Merkmale einer direkten Veränderung auf.

Aus der Tatsache, daß das Produkt — die Ortsveränderung — nicht gegenständlich und dadurch nicht speicherfähig ist, ergibt sich im Nachrichtenverkehr, daß Produktion und Konsumtion zeitlich zusammenfallen. Der Gebrauchswert der Leistungen ist also verschunden, sobald die Ortsveränderung abgeschlossen ist, die Nachricht sich im Verfügungsbereich des Empfängers befindet [2]. Der Empfänger einer Nachricht weiß zwar, daß eine Ortsveränderung nötig war, um ihm die Wahrnehmung der Nachricht zu ermöglichen, doch niemand kann ihm diese Ortsveränderung als etwas Greifbares darstellen. Sie ist also tatsächlich verschunden. Daß eine Ortsveränderung stattgefunden hat, ist nur noch im Resultat des Produktionsprozesses erkennbar, nämlich daran, daß sich z. B. der Brief an einem neuen Ort befindet. Im Transportprozeß von Gütern wird der geschaffene Wert auf die zu transportierenden Waren übertragen. Diese drücken zugleich in ihrem höheren Wert die mit ihrem Gebrauchswert vollzogene Veränderung aus.

Im Nachrichtenverkehr hat die Wertübertragung auf die ortsveränderten Nachrichten jedoch unterschiedliche Folgen, die sich aus der Art ihrer Konsumtion ergeben. Bei sämtlichen Nachrichten, die zur Produktion von Waren erforderlich sind und somit produktiv konsumiert werden, stellt der Wert der Leistungen einen Kostenfaktor für materielle Produktionsaufwendungen dar, den der Produktionsbetrieb bei der Kalkulation der Warenpreise mit berücksichtigt. Die Wertübertragung geschieht also nicht direkt auf die ortsveränderte Nachricht, sondern über den eben beschriebenen Umweg auf die in diesem Betrieb produzierten gegenständlichen Produkte (Waren). Der Wert der Leistungen zeigt sich somit nicht unmittelbar in den Nachrichten, sondern in den Produkten, zu deren Herstellung und Realisierung der Nachrichtenaustausch unmittelbarer Voraussetzung war. Unterstrichen wird diese Tatsache dadurch, daß dieser übertragene Wert auch bei der Berechnung des National-einkommens der Gesellschaft berücksichtigt wird [3].

Eino derartige Wertübertragung kann bei Nachrichten, die in die individuelle oder gesellschaftliche Konsumtion eingehen, nicht geschehen. In diesem Falle gilt das gleiche wie beim Befördern von Personen. Der Wert des Nutzeffekts verschwindet mit der Konsumtion [4], d. h. mit der Aneignung der Ortsveränderung durch den Konsumenten, also den Empfänger der Nachricht. Das bedeutet jedoch nicht, daß der Wert dieser Leistungen für die Gesellschaft bedeutungslos wäre. Auch der Wert der individuellen Konsumtion geschaffene Wert läßt sich, wenn auch nicht in Mengen von gegenständlichen Produkten, so doch aber wertmäßig als Ausdruck produktiver Dienstleistungen erfassen.

Schon aus der kurzen Behandlung dieses Themas ist zu erkennen, daß viele ökonomische Probleme im Post- und Fernmeldewesen ihrer wissenschaftlichen Untersuchung und Klärung harren. Es sei hier nur auf ein Beispiel hingewiesen, das mit dem Problem der Wertbildung im Nachrichtenverkehr eng zusammenhängt. Beim Berechnen des Nationalinkommens wird ein Teil des im Nachrichtenverkehr geschaffenen Wertes, und zwar der Wert der Leistungen, die individuell konsumiert werden, nicht berücksichtigt. Diese Auffassung ergibt sich aus der Feststellung, daß das Post- und Fernmeldewesen am gesellschaftlichen Gesamtprodukt nur mit den Leistungen beteiligt ist, die der Produktion von materiellen Gütern dienen. Ob dieses Verfahren richtig und in der Praxis exakt möglich ist, bedarf noch eingehender Erörterungen.

Es wäre falsch, in diesen Fragen nur theoretische Erwägungen zu sehen. In jedem Falle ergeben sich aus der theoretischen Klärung derartiger Probleme Schlußfolgerungen für die Praxis. Fernmeldewesens wirksamen ökonomischen Gesetze zulassen. Durch sie ist es möglich, Fehler und Mängel zu vermeiden, die bei der Entwicklung eines Wirtschaftszweiges auf der Grundlage neuer Produktionsverhältnisse auftreten können.

Literatur:

- [1] Marx: „Das Kapital“, Bd. II, Dietz-Verlag Berlin 1953, S. 50.
[2] Marx: „Theorien über den Mehrwert“, Teil I, Dietz-Verlag Berlin 1966, S. 374.
[3] A. I. Petrov: „Die Ermittlung des Finanzvolkens in der VASSR“, aus „Finanzen und Kredit“, Bd. III, Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1954, S. 187.
[4] Marx: „Das Kapital“, Bd. II, Dietz-Verlag Berlin 1953, S. 51.

Antennenestgerät Typ 5002

Zur Sicherstellung eines guten Rundfunk- bzw. Fernsehempfangs ist nicht allein die Aufstellung des Empfängers innerhalb einer bestimmten Entfernung vom Sender erforderlich, sondern auch die gute Wahl des Aufstellungsortes, die besondere Art der Antennenkonstruktion und ihre geographische Ausrichtung. Daneben sind das Material, die Ausführung und die Länge des verlegten Antennenkabels in erheblichem Maße für die Güte des Empfangs mitbestimmend.

Das Antennenestgerät (Bild 1) trägt dazu bei, die Arbeitszeit für die Aufstellung der Antenne beträchtlich zu verkürzen und optimale Bedingungen für den Empfang von UKW- bzw. Fernsehsendern zu schaffen.

Das Antennenestgerät Typ 5002 dient als Spezialempfänger für das Ermitteln des günstigsten Aufstellungsortes von Antennen für den UKW- und für das Fernsehen.

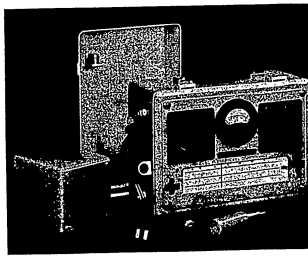


Bild 1. Antennenestgerät Typ 5002, mit zugehörigem Trennstafel, Impedanzstecker, Kupplungskabel und Eingangsbüchse 500/70 Ω als Impedanzwandler (Werfoto VEB Funkelektronik)

- 2. zum Ermitteln der an dem Aufstellungsort relativ vorhandenen Feldstärke und damit zur Bestimmung der für einen bestimmten Antennengewinn erforderlichen Antennenkonstruktion,
3. zum Auspeilen von möglichen Reflexionsstellen bei Fernsehbetrieb,
4. zum optimalen Ausrichten der aufgestellten Antenne,
5. zum Nachprüfen der Dämpfung durch das verlegte Antennenkabel,
6. zur Kontrolle des Anpassungsgrades bzw. Prüfung bezüglich einer Fehlanpassung zwischen Antenne, Kabel und Empfänger bei Verlegung von Bandkabel,
7. zum Ermitteln und Prüfen von Störstrahlern,
8. zum Entwickeln von UKW- und Fernsehantennen einschließlich der Aufnahme ihrer Strahlungsdiagramme.

Als hochohmliches elektives Röhrenvoltmeter dient es

- 1. der Fehleruche im HF-Teil von UKW- und Fernsehempfängern,
2. zur orientierenden Überprüfung der Ausgangsspannung von Empfängerprüfgeneratoren im angegebenen Frequenz- und Spannungsbereich.

Als Prüfgenerator wird es verwendet zur Störungsuche an Empfängern und hochfrequenten Bauelementen.

Das Antennenestgerät ist ein empfindlicher Überlagerungsempfänger. Er besteht aus einer Mischstufe mit vorgeschaltetem Eingangsverstärker, einem zweistufigen ZF-Verstärker und einem Röhrenvoltmeter mit Fernrohranalog als Endstufe.

Der ZF-Verstärker ist von niedriger Frequenz und großer Bandbreite, so daß nicht neben dem Hauptsignal auch die Spiegelfrequenz empfangen werden kann. Dadurch kann in der Vorstufe ohne Vorselektion ausgekommen und in besonderer, einem unkontrollierbaren Verschleiß ausgesetzter Umschalter eingesparrt werden.

Die Frequenzbereichsumhaltung erfolgt durch Zu- bzw. Abagalen von Spulenwindungen der Induktivität des Überlagerungskreises der Mischstufe, die selbstschwingend ist. Jede

Frequenzabstimmung wird mit einem Drehkondensator durchgeführt, so daß sich eine hohe Eichgenauigkeit erreichen läßt.

Für die Versorgung mit den erforderlichen Betriebsspannungen ist Netzbetrieb vorgesehen, wobei zur Verhütung von Unfällen die Netzspannung am Kabeleingang auf etwa 40 V herabtransformiert wird.

Für die Verwendung als Prüfgenerator ist eine besondere Ausgangsbauweise vorgesehen, an die über einen hochohmigen Widerstand die Überlagerungsspannung gelegt ist.

Die hohe Empfindlichkeit des Gerätes ermöglicht auch den Einsatz desselben als frequenzbestimmbares, selektives Röhrenvoltmeter.

Das Antennentestgerät ist so zweckmäßig eingerichtet, daß es bei Messungen auf dem Dach am Schulterrücken (Bild 2) getragen werden kann.

Unser Titelbild zeigt dagegen den Vorgang der Ausmessung von „stehenden Wellen“ an einer Antennenabteilung mit dem Kabelabtaster.

Zur Beachtung für Besucher der Leipziger Frühjahrsmesse!

Im Hause der Elektrotechnik auf dem Gelände der Technischen Messe (jetzt Halle 18) werden diesmal nur elektrische Apparate, Einrichtungen und Anlagen ausgestellt, die an Betriebe - darunter auch an die Deutsche Post - geliefert werden.

Wie wir erfahren, bringen die RAF-AWERKE Radberg folgende Fernsichtgeräte neu heraus:



Bild 2. Gerät in Betrieb beim Ausrichten eines Fernseh-Dipols (Werkfoto VEB Funkwerk Erfurt)

Empfängereingang. Liegt in dieser Leitung von Antenne zum Empfänger eine Zusammenschaltung ungleicher Widerstandswerte vor, so wird je nach dem Grad der Fehlanpassung ein Teil der einfallenden Wellen am Ort des Zusammenschlusses ungleicher Widerstandswerte reflektiert und bildet auf der Verbindungsleitung mit den von der Antenne kommenden Wellen „stehende Wellen“.

Bisher wurde das Gerät vom VEB Funkwerk Erfurt hergestellt. Ab 1. Januar 1957 hat jedoch der VEB Funkwerk Dabendorf, Dabendorfer Kreis Zossen, die Fertigung übernommen.

Typ „Cabnet“ mit dem Dürrer-Chassis, Bildröhre 53 cm, Beethoven, Smaragd und Plattenspieler

Typ „Atelier“ mit dem Dürrer-Chassis, Bildröhre 43 cm

Typ „Clivia II“ mit dem Dürrer-Chassis, Bildröhre 43 cm, Beethoven

Der VEB Stern-Radio Rochitz rüstet seine bekannten Super „Stradivari“ und „Jusel“ nunmehr mit Ferritantennen aus.

Einen Zehnfachplattenwechsler für vier Geschwindigkeiten kündigt das Funkwerk Zittau an. Für Liebhaber des Fernschweifelmpfangs zeigen die Technisch-Physikalischen Werkstätten Thalehm einen Antennenantrieb „Planer“, und das Fernmeldewerk Blankenburg bringt UKW-Antennen in neuer leichter Ausführung sowie neue Fensterabtauantennen heraus.

Einheitliche Erfassung der Verlust- und Beraubungsfälle

Von Gerhard RICHTER, Erfurt

Im 2. Fünfjahrplan ist dem Postüberwachungsamt u. a. die wichtige Aufgabe gestellt worden, die Zahl der Verlust- und Beraubungsfälle wesentlich zu senken.

Auf der Grundlage des bereits seit Jahren im ehem. OPD-Bereich Erfurt eingeführten Meldungsverfahrens wurde nunmehr dem MPF nachstehender „Vorschlag zum Erfassen und Auswerten der Verluste und Beraubungen“ unterbreitet.

Allgemeines

In Zukunft soll der Verlustnachweis A wegfallen. Hierfür wird das folgende Verfahren eingeführt:

Für jeden Eingangs- und Abgangsverlust (desgl. auch für Beraubungen) ist bei den HPA eine Meldung auszuschriften, die folgende wesentliche Angaben enthält: Art der Sendung, Einlieferungs-Nr., Gewicht, Wert, Einlieferungs-PAnst., Bestimmungsort, Absender- und Empfängeranschrift.

Ausfertigung der Meldung

a) Die Formblätter werden in zwei Farben geliefert, und zwar weiß und rot. Die weißen Formblätter sind für Eingangsverluste, die roten für Abgangsverluste zu verwenden.

b) Da nur genaue Angaben eine wirkliche Auswertung zulassen, sind alle Spalten der Meldung sorgfältig auszufüllen.

durch das Gattungszeichen □, Wert- und Einschreibesendungen durch x, gewöhnliche Päckchen durch ○.

Die Verluste und Beraubungen im eigenen Amtsbereich sind als Abgangs- und Eingangsverluste bzw. Beraubungen zu erfassen.

Sind von einem Absender an denselben Empfänger mehrere Sendungen gleicher Art aufgeföhrt worden und in Verlust geraten, so ist eine entsprechende Anzahl von Gattungszeichen auf der Meldung anzubringen.

Zeitpunkt der Ausfertigung der Meldung

Die Aufgabepostämter fertigen die Meldungen

- a) für gewöhnliche Briefsendungen und Päckchen, die von der Fragebogen von der Postanmeldestelle bzw. Rückbriefstelle zurückkommt;
b) für Wertbrief- und Einschreibesendungen, sobald der Verlust festgestellt, d. h. im allgemeinen nach Rückkehr des Nachfrageschreibens und der Empfängererklärung vom Bestimmungsort und
c) für Paketsendungen, sobald der Vorgang von der Postanmeldestelle zurückgekommen ist und festgestellt, daß der Absender die Sendung nicht zurückerhalten hat.

Die Bestimmungspostämter fertigen die Meldungen

- a) für gewöhnliche Briefsendungen und Päckchen bei Rücksendung des Fragebogens an das Aufgabe-Postamt bzw. bei Weiterleitung des Fragebogens an die Rückbriefstelle;
b) für Wertbrief- und Einschreibesendungen, sobald der Verlust festgestellt, d. h. im allgemeinen nach Einholung der Empfängererklärung und
c) für Pakete, sobald der Verlust festgestellt, d. h. im allgemeinen nach Weiterleitung des Schriftwechsels an die Postanmeldestelle.

Wie eine als Verlust gemeldete Sendung nachträglich aufgefunden oder läßt sich ihr Verbleib anderweitig nachweisen, so wird ein Formblatt über die Zurückziehung der Meldung (Bild 1) vom Uwa ausgefüllt und der BPF, der Meldung (Bild 1) vom Uwa ausgefüllt und der BPF, der

Formblatt for 'Zurückziehung einer Verlust-Beraubung-Meldung'. It includes fields for HPA, Uwa, and details of the original report (Meldung Nr., Absender, Begründung) and the recipient (Betr., Empfänger). A signature line is at the bottom.

Bild 1. Formblatt „Zurückziehung einer Verlust-Beraubung-Meldung“



zentralen Auswertungsstelle und dem Bestimmungs- bzw. Aufgabenteil übersandt.

Verlustschwebe B

- a) Die bei den HPÄ vorliegenden Meldungen bilden die Grundlage zur Prüfung des Verlustschwebes B. Der Verlustschwebe ist bis zum 10. J. M. an die BPF zur Prüfung einzuenden.
b) Nach erfolgter Prüfung des Verlustschwebes durch die BPF sind die einzelnen Meldungen zum besseren Auswerten nicht mehr nach der Nummernfolge, sondern nach dem Einlieferungszeitpunkt der Meldungen zu sortieren.
c) Zur besseren Übersicht der auf die einzelnen PAnst entfallenden Verlust- und Beraubungsfälle führen die HPÄ einen Anstempelspiegel in Form einer schematischen Übersichtskarte (Bild 2).

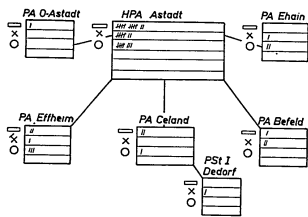


Bild 2. Anstempelspiegel (schematische Übersichtskarte)

In dieser Karte sind unter Beachtung der auf den Meldungen angebrachten Gattungsschilder alle im Laufe eines Jahres anfallenden Verluste und Beraubungen zu vermerken. Dabei sind Abgangs- und Eingangsverluste bzw. Beraubungen durch Verwendung von Blatt- und Rotstift zu unterscheiden. An Hand dieses Anstempelspiegels besitzen die Ämter einen Überblick über die Schwerepunkte der in ihrem Bereich auftretenden Verlust- und Beraubungsfälle.

Zentrale Auswertungsstelle

Die noch einzurichtende zentrale Auswertungsstelle soll ihren Sitz voraussichtlich in Berlin haben. Hier werden von einer besonderen Kraft auf großen Übersichtskarten die Verlust- und Beraubungsfälle streckenweise abgesteckt, so daß man sich bildend Schwerepunkte erkennen kann, die den zuständigen Hauptpostämtern mitzuteilen sind.

Das vorstehend geschilderte Verfahren wird den einzelnen BPF noch zum Begutachten und Stellungnehmen vorgelegt, aber im Prinzip wird es früher die Anerkennung des MPF und der Bezirksdirektionen finden.
Mit Hilfe dieses Verfahrens hoffen wir, einen wesentlichen Beitrag zu leisten, um die Zahl der immer noch häufigen Verlust- und Beraubungsfälle zu senken.

Über den „Slang“ in der Nachrichtentechnik

Bedauerlicherweise hat sich im Laufe der Zeit bei den Beschäftigten der Funk- und Fernsprechtechnik ein gewisser „Slang“ eingebürgert, den insbesondere die Mitarbeiter der Deutschen Post vermeiden sollten. Soweit solche nachlässig formulierten Ausdrücke eindeutig sind, kann man allerdings verschiedener Meinung sein, ob sie weiterhin verwendet werden sollen oder nicht.
Oft hört man beispielsweise die Frage: Wie groß ist der Pegel einer Meßfrequenz? Schon hierbei ist festzustellen, daß selbstverständlich der Zahlenwert einer Frequenz im allgemeinen überhaupt nicht durch einen Pegelwert, also eine Amplitude, angegeben werden kann, weil sowohl die Frequenz als auch die Amplitude — ebenso wie der Nullphasenwinkel — die voneinander unabhängigen Bestimmungsstücke einer Schwingung sind.

Dabei unterscheidet man in der Übertragungstechnik Nutzungschwingungen (z. B. Sprache, Musik, Telegraphie, Träger (Reste) zur Synchronisierung, Piloterschwingungen, Wählzeichen u. a.) und Störerschwingungen (z. B. Wärme- und Rührergeräusche, Modulationsprodukte einsehler störender Triegerreste und Klirrschwingungen, Nebensprechen, Starkstrom- und Fremdbeflussung).

Darüber hinaus muß man in der Übertragungstechnik noch zwei andere Arten von Schwingungen unterscheiden: Meßschwingungen (also die für besondere Meßvorgänge — z. B. zum Einpegeln einer Verbindung — vorwiegend manuell anzuschaltenden Spannungen) und Piloterschwingungen (die entweder zum Steuern oder Regeln von Netzwerken dienen oder in anderen Fällen nur ein Anzeigeinstrument betätigen). Die Amplitude derartiger Piloterschwingungen kann dabei ein Maß für die Dämpfung oder den Pegel am Ende einer Verbindung, aber auch für eine Phasenänderung, eine Frequenzabweichung oder eine Temperatur sein.

Ein anderes Beispiel für eine bei der Nachrichtenübertragung übliche Bezeichnung, wobei zunächst kein zwingender Grund vorliegt, sie zu ändern: Trägerfrequenztechnik. Mit Hilfe dieser Technik wird zwar keine „Frequenz über einen Übertragungsweg getragen“, sondern dieser Ausdruck charakterisiert in einer durch Überlieferung bekannten Weise die Technik des Erzeugens und der gleichzeitigen Übertragung mehrerer einander überlagerter Schwingungen in einem anderen als dem ursprünglichen Frequenzgebiet, wobei der Nachrichteninhalt nicht, in der Trägerfrequenz liegt. In der Rundfunktechnik ist es sogar üblich, die Frequenz der mit „Trieger“ bezeichneten Hilfsfrequenz zur Kennzeichnung der spektralen Lage der Nutzungschwingungen zu verwenden, die andere Frequenzen haben.

Auch die für die verschiedenen Arten von „Fernleitungsübertragern“ im Fernnetz der Deutschen Post historisch bedingte Bezeichnung Ringüberträger wird wohl zu keinerlei Mißverständnissen Anlaß geben — wenn man nicht gerade die Abkürzung „Ring“ verwendet. Diese Netzwerke besitzen heute nicht mehr in allen Fällen Überträger mit ringförmigem Eisenkern und werden auch nicht nur in Fernverbindungen eingeschaltet, sondern dienen in den Orts-, Bezirks- und Weltverkehrsnetzen zur Widerstandsanpassung, zur hochspannungsisolierenden Trennung der Antenneneinrichtungen von starstromgefährdeten Übertragungswegen (auch drahtlosen, also solchen ohne „Fernleitungen“), ferner zur Phantombildung.

Anderes ist es mit Bezeichnungen, die mehrdeutig oder falsch sind, und deshalb zu Verwechslungen, Irrtümern und Fehlern bei der Dokumentation, Information oder im praktischen Betrieb führen können.

Derartige Begriffsbestimmungen stammen oft aus einer Zeit, in der man noch nicht die heutigen Erkenntnisse über bestimmte physikalische Vorgänge besaß, oder sie haben ihre Bedeutung geändert. Hierbei wurde vielfach der Begriff für einen bestimmten Teil für den neu geschaffenen Oberbegriff übernommen, ohne für den Teilbegriff eine neue, andere Bezeichnung festzulegen — oder umgekehrt.

Zum Beispiel enthalten neuzeitliche Rundfunkempfänger — im Gegensatz zu den früher verwendeten röhrenlosen oder zu Batteriegeräten — zwei Gleichrichter. Mit Hilfe des einen wird zur Stromversorgung aus einem Wechselstrom durch „Gleichrichtung“ ein Gleichstrom erzeugt. Der andere jedoch ist ein Demodulator; er dient zum Erzeugen der gewünschten tonfrequenten Spannungen aus den empfangenen hochfrequenten. Bei dieser anderen Art der Frequenzumsetzung ist der entstehende Gleichstrom ein vielfach unerwünschtes und den Wirkungsgrad des Gerätes bei der Frequenzverlagerung von Schwingungen verschlechterndes Modulationsprodukt.

Auch der Ausdruck Überlagerungsempfänger ist physikalisch falsch, weil die Wirkungsweise dieses Gerätes auf einer Modulation beruht und gerade nicht auf einer „Überlagerung“, bei der — im Gegensatz zur Modulation — überhaupt keine Schwingungen mit den gewünschten neuen Frequenzen entstehen.

Eine Reihe von Unklarheiten und falschen Vorstellungen ergeben sich bei der Verwendung des Ausdruckes Leitung. Bei den ersten Telephonübertragungen im Jahre 1870 bestand der Übertragungsweg allerdings nur aus einer „Leitung“, und zwar aus zwei Drähten. Betrachtet man heute jedoch z. B. eine Telephonübertragung zwischen einem Teilnehmer in Rostock und einem anderen in Dresden, so ist bekannt, daß die „Leitung“ nur ein kleiner und technisch nicht immer besonders problematischer Teil des Übertragungsreges ist. Eine solche Sprechverbindung (ein Stromkreis) besteht heute nicht nur aus einer „Strippe“, sondern enthält zusätzlich eine Vielzahl von wichtigen technischen Geräten (Vermittlungs-, Signal-, Verstärker-, TF- und Stromversorgungsanlagen, vordr. auch Richtfunkstrecken), für deren Gesamtheit der Begriff einer zwischen den beiden Sprechern geschalteten „Leitung“ nicht mehr kennzeichnend sein kann. Dabei sollte man auch grammatische und andere Fehler vermeiden, wie z. B. bei der Verwendung des Ausdruckes „verdrähtete Leitung“ (richtig: Verbindung mit Verdrähten) oder „Schleifen einer Rundfunkleitung“ (über eine Funkstrecke (richtig: ... einer Verbindung ...)). Ebenso kann man nicht von der „Pfeifigkeit einer Leitung“ sprechen, weil die Instabilität eines Stromkreises vor allem durch andere technische Einrichtungen und nicht durch die Eigenschaften der Leiter in einem Kabel verursacht wird. Andererseits ist das zwischen zwei Verstärkerstärtern liegende Kabel — wenn man von Pupillen oder Übertragern absieht — natürlich eine „Leitung“.

Es erscheint auch irreführend, den Begriff Piloterschwingung mit „Regelschwingung“ gleichzusetzen. Abgesehen davon, daß Regelschwingungen die Instabilität der Rostdämpfung beim gleichzeitigen Ansprechen verschiedener Pegelregler in einer Weitverkehrsverbindung charakterisieren, dienen Piloterschwingungen in der Übertragungstechnik zum Regeln oder Steuern von Netzwerken oder — bei anderen TF-Systemen — nur zum Betätigen eines Anzeigeorgans, ohne daß ein Regelvorgang durch sie unmittelbar ausgelöst wird. Der vielfach übliche Ausdruck „Übertragen einer Regel-Pilot-Frequenz“ ist also in zweifacher Hinsicht falsch.

K. Gosper zeigt z. B. in seinem Buch „Methodik der Lehre der Wechselstromtechnik“ (VEB Verlag Technik, Berlin 1956) an dem Begriff des Widerstandes, daß eine Doppeldeutigkeit zu Unklarheiten führen kann, weil dieser Begriff — ebenso wie viele andere — in der deutschen Sprache bisher vielfach sowohl für das Schaltellement als auch für seine Eigenschaften verwendet wird. Deshalb sollte man z. B. „die resistance of the resistor“ nicht mit „der Widerstand des Widerstandes“ übersetzen, sondern die Schaltellemente mit einem ohmschen, kapazitiven oder induktiven Widerstand als solche bezeichnen, auch wenn sich dabei ungewohnte Formulierungen ergeben.

Es sei noch erwähnt, daß nicht nur Begriffsbestimmungen eindeutig klar und richtig sein sollen, sondern auch Bezeichnungen und Formelnzeichen. In diesem Zusammenhang sind die DIN-Blätter 40700 „Schaltzeichen und Pläne für Formelteleanlagen“ und 1344 (Entwurf Oktober 55) „Formelzeichen der elektrischen Nachrichtentechnik“ von Bedeutung.

Diese Beispiele, die man beliebig ergänzen kann, sollen zeigen, daß das Beibehalten von überlieferten falschen oder von mehrdeutigen und deshalb unklaren Ausdrücken in der Sprache der Techniker unzureichend erscheint. Dies gilt vor allem auch für die Ausbildung und Information unserer jüngeren Mitarbeiter, denen mit Hilfe einer neuzeitlichen Systematik, Methodik und Veranschaulichung technisch-wissenschaftliche Erkenntnisse vermittelt werden. Wenn diesen Mitarbeitern aber dabei zugemutet wird, eine unklare oder sogar physikalisch falsche Terminologie zu lernen, so werden sie hierfür kein Verständnis besitzen. Das Verwenden von klaren Ausdrücken gilt jedoch auch für Veröffentlichungen, ferner für die Übersetzung des ausländischen Schrifttums, z. B. für eine eindeutige und technisch richtige Auswertung der CC-Empfehlungen, bei der Aufstellung von Pflichtentwürfen und beim Betrieb von nachrichtentechnischen Einrichtungen.

Jedenfalls sollte man sich mit seiner Ausdrucksweise in Wort und Schrift dem jeweiligen Stand der Technik anpassen und sich — ohnehin das Extrem der Überbelastung von Sprachfanatikern zu fallen — bemühen, bei vielen Ingenieurleistungen noch üblichen, traditionellen nachrichtentechnischen „Slang“ zu vermeiden. Allerdings ist auch ein nachrichtentechnischer Begriff nach dem Gesetzen der Logik erst dann, wenn sein Inhalt klar definiert ist, d. h., wenn seine wesentlichen Merkmale, die ihn von anderen Begriffen unterscheiden, eindeutig festgelegt sind, wobei sich unsere Kenntnis von einer Sache durch die ständige Weiterentwicklung unseres Wissens natürlich ändern kann.

Dr.-Ing. Henkler, IFF Berlin

Telegramme mit Rückschein

Für Einschreib-, Wert und Paketendungen kann der Absender bei der Aufgabe oder auch später einen Rückschein verlangen. Dadurch erhält er nach dem Ausblicken der Sendungen am Bestimmungsort die Empfangsbescheinigung des Adressaten oder seines Bevollmächtigten. In den Schaltverordnungen und auf andere Weise werden wir für diesen Sonderdienst, und zahlreiche Postkunden machen von ihm Gebrauch.

Gibt es aber auch Rückscheine zu Telegrammen? — Nein, das besteht ein ähnlicher Sonderdienst, und zwar kann jeder Absender eines Telegramms eine Empfangsanzeige verlangen. Damit werden ihm Tag und Stunde der Zustellung seines Telegramms — je nach Wunsch telegraphisch oder brieflich — umgehend mitgeteilt. Vergleichen wir die Anzahl der Sendungen mit Rückschein und die Anzahl der Telegramme mit Empfangsanzeige, so stellen wir ein Mißverhältnis fest. Wo liegt die Ursache hierfür? Besteht kein Bedürfnis für Telegramme mit Empfangsanzeige? Das ist zweifellos vorhanden, aber die Telegrammaufgeber — und sogar viele Annahmestellen — kennen diese Möglichkeit nicht. Auch findet man kaum eine Werbung für diesen Sonderdienst. Zum Teil sind die Kollegen, die den Telegraphendienst wahrnehmen, nur ungenügend mit den Vorschriften vertraut, können die Aufgabe nicht beraten und sehen in jedem Sonderdienst eine unangenehme Mehrbelastung. Vor einiger Zeit mußte ich selbst diese Erfahrung machen. An einem Telegrammannahmeschalter legte ich ein Telegramm mit Empfangsanzeige vor, auf dem ich den gebührenpflichtigen Dienstvermerk = PC = vorschristmäßig angebracht hatte. Der Annahmestellenbesitzer besaß sich lange die Telegrammschrift. Dann sagte er zu mir: „Du haben Sie sich aber geirrt. Wenn Sie Vergleichung wünschen, heißt der Vermerk = TC =.“ Noch konnte ich ihn an einer Änderung des gebührenpflichtigen Dienstvermerks hindern. Nur der Hinweis auf die Rückseite des Aufgabeformulars, das der die wichtigsten Vermerke hervorheben, vermochte ihn von der Möglichkeit meines Verlangens zu überzeugen. Sodann berechnete er die Gebühr, vergaß dabei aber die Gebühr für die telegraphische Empfangsanzeige. Erst auf Grund meines Hinweisess setzte er mich, 1,50 DM zu. Ich war froh, daß das Telegramm nun in Ordnung war und ich auf die telegraphische Empfangsanzeige



hoffen dürfte. Ich hoffte einen Tag, zwei Tage, eine Woche, zwei Wochen — vergebens. Inzwischen bestätigte mir der Empfänger mündlich den Empfang. Offenbar konnte man auch am Bestimmungsort mit dem Vermerk = PC = nichts anfangen, oder er war bereits unterwegs entstanden. Noch war „das Drama“ nicht zu Ende. Jetzt fand es seine Fortsetzung in meinem Erstattungsantrag, in den Nachforschungen der Deutschen Post, in entschuldigenden Worten und der Erstattung des Betrags, kurzum in unnötiger Mehrarbeit — hervorgerufen durch Unkenntnis der Bestimmungen.

Wie sind Telegramme mit Empfangsanzeige abzufassen?

Sie unterscheiden sich von den gewöhnlichen Telegrammen nur dadurch, daß sie vor der Anschrift einen gebührenpflichtigen Dienstvermerk tragen, der das Sonderverlangen ausdrückt. Er lautet = PC =, wenn eine telegraphische (Bild 1) und = PCP =, wenn eine briefliche Empfangsanzeige gewünscht wird. Die Entscheidung über die Art der Empfangsanzeige liegt beim Aufgeber.

Im Inlandsverkehr wird die Empfangsanzeige auf Wunsch des Absenders auch nach einem anderen Ort als den Aufgebort des Ursprungstelegramms übermittelt. Dann nimmt der Aufgeber in das Ursprungstelegramm hinter die Anschrift die gebührenpflichtigen Wörter „Empfangsanzeige an ...“ (Name und Anschrift) ... (Bestimmungsort)“ auf. Beispiel für ein Telegramm, das in Leipzig S 3 aufgegeben wurde:

= PC = Fritz Uhlenhorst Strandstr. 16 Ostseebadboltenhagen Empfangsanzeige an Ingotraud Richter Collstr. 44 Oschatz. Erwarten sich bei Rückfahrt in Röss. Mitropa-Wartesaal. Siegfried

Was kosten Telegramme mit Empfangsanzeige?

Für Telegramme mit Empfangsanzeige erheben wir die Telegrammgebühr wie für jedes andere Telegramm nach Wortzahl, Dringlichkeitsstufe und Bewegungsgebiet. Dazu tritt ein Zuschlag für die Empfangsanzeige. Er beträgt

- 1. für telegraphische Empfangsanzeigen
a) im Ortsverkehr ..... 1,- DM,
b) im Inlandsfernverkehr ..... 1,50 DM,
c) im Auslandsverkehr die Gebühr für sechs Wörter eines gewöhnlichen Telegramms für denselben Weg und denselben Ort wie das Ursprungstelegramm;

2. für briefliche Empfangsanzeigen

- a) im Inlandsverkehr ..... 15 Pf,
b) im Auslandsverkehr ..... 25 Pf.

Wie sind Telegramme mit Empfangsanzeige am Bestimmungsort zu behandeln?

Die Telegrammabfertigung bereitet einen Empfangsschein (Bild 2) vor, indem sie Aufgabeanzahl, bei Auslandstelegrammen auch Aufgabennummer, und Empfänger mit genauer Anschrift einträgt. Telegramm und Empfangsschein übergibt sie dem Telegrammzusteller. Er vervollständigt den Empfangsschein durch Angabe von Ort, Datum und Uhrzeit der Aushändigung, bevor er den Empfänger unterschreiben läßt. Den Empfangsschein gibt der Zusteller nach der Rückkehr vom Zustellort an die Telegrammabfertigung zurück.

Wie sind die Empfangsanzeigen auszufertigen?

a) Telegraphische Empfangsanzeigen

Sofort nach der Rückkehr des Zustellers wird eine telegraphische Empfangsanzeige (s. Muster in Bild 3) ausgefertigt. Sie erhält die Gattungsbezeichnung „CR“ im Kopf des Telegramms. Zu beachten ist, daß es sich hierbei — im Gegensatz zu dem Vermerk = PC = — um keinen gebührenpflichtigen Dienstvermerk handelt. Überhaupt sind keine Gebühren weiter zu erheben; denn sie wurden auch für die Empfangsanzeige bei der Aufgabe des Ursprungstelegramms entrichtet.

Einige Eigenarten der Empfangsanzeigen sind noch zu beachten. So erhält sie keine Aufgabennummer, keine Wortzahl, keine Aufgebekzeit und keine Anschrift.

Es bedeuten:

- Nerebau = Bestimmungsort der telegraphischen Empfangsanzeige (vgl. Bild 1),
Oberhofthür = Aufgabeanzahl der telegraphischen Empfangsanzeige (vgl. Bild 1),
Siebzehnter Sinkwitz = Aufgabebetrag und Empfänger des Ursprungstelegramms (vgl. Bild 1),
siebzehnten 0950 = Tag und Zeit der Zustellung (vgl. Bild 2).

Im Auslandsverkehr sind die Empfangsanzeigen im allgemeinen in französischer Sprache abzufassen, Beispiel:

„CR London/36 Dresden = 47 seizo Kniapel remis dixsept 0740“

Dabei bedeuten:

London/36 = Bestimmungsort der telegraphischen Empfangsanzeige, zugleich Aufgabeanzahl des Ursprungstelegramms,

Dresden = Aufgabeanzahl der telegraphischen Empfangsanzeige (ohne Unterscheidungszahl, weil es sich um die Haupttelegraphendienststelle handelt), zugleich Bestimmungsort des Ursprungstelegramms,

47 = Aufgabennummer des Ursprungstelegramms, seizo = Aufgabebetrag (siebzehnter) des Ursprungstelegramms, Kniapel = Name des Empfängers des Ursprungstelegramms, remis = zugestellt, dixsept = Tag der Zustellung (siebzehnter), 0740 = Zeit der Aushändigung.

Die Zustellung durch Fernsprecher, Telexanschluß, Nebentelegraphen, die Aushändigung an einen Ersatzempfänger und dergleichen sind gegebenenfalls in der Empfangsanzeige durch entsprechende Zusätze auszudrücken. Beispiel:

„CR Obyn Nobra = sechster Schwarz durch Fernsprecher zugestellt sechsten 1225“

b) Briefliche Empfangsanzeigen

In die brieflichen Empfangsanzeigen nehmen wir die gleichen Angaben wie in telegraphischen Empfangsanzeigen auf. Eine bestimmte Form für die Abfassung ist nicht vorgeschrieben. Doch sind sie mit der Bezeichnung „Empfangsanzeige“ zu versehen. Im Inlandsverkehr werden sie dem Aufgebort — bei der Übersendung nach einem anderen Ort unmittelbar dem Empfänger — unter „Postische“ zugestellt. Nach dem Ausland ist die Sendung freizumachen. In diesem Fall muß der Betrag der verlebten Wertzeichen (25 Pf) durch den Entlastungsnachweis verrechnet werden.

Empfangsschein

Telegramm aus Nerebau ... Nr. ... an Rolf Sinkwitz, Oberhof (Th), Gorkisch 28 erhalten 09 Uhr 50 Min. Oberhof (Th) den 17. Dez. 1956

Unterschrift des Empfängers:

Rolf Sinkwitz

46 196 su 12 Dia A3

Bild 2. Empfangsschein

In welchen Fällen sind Empfangsanzeigen zu empfehlen?

Durch Empfangsanzeige erfährt der Absender eines Telegramms Tag und Stunde der Aushändigung an den Empfänger oder Ersatzempfänger. Wird den Annahmestellen ein dortiger Wunsch der Aufgeber im Gespräch bekannt, so werden sie den Kunden entsprechend beraten. — Häufig fragen Aufgeber, wann ein Telegramm voraussichtlich am Bestimmungsort zugestellt werden wird. Darüber können und dürfen die Annahmestellen keine Auskunft erteilen, weil ihnen die Betriebslage nur in den seltensten Fällen bekannt sein wird und jederzeit unvorhergesehene Störungen auftreten können, die u. U. eine Verzögerung nach sich ziehen. Doch ist bereits bei derartigen Anfragen eine Empfangsanzeige zu empfehlen. Sie versetzt den Absender des Ursprungstelegramms oftmals in die Lage, weitere Dispositionen für seinen Geschäftsbetrieb u. dgl. zu treffen und erleichtert somit manche Arbeit. — Auf der anderen Seite trägt der Annahmestellen, der in dieser Weise verfährt, mit dazu bei, die vielfältigen Sonderdienste des Telegraphenverkehrs zu popularisieren, die vorhandenen Kapazitäten besser auszunützen und die Einnahmen der Deutschen Post zu steigern.

Kurt Berner, Leipzig

Formular for a telegram with receipt (Bild 1). Includes fields for sender, recipient, amount, and date. Handwritten text includes 'Nerebau', 'Rolf Sinkwitz', and 'Gorkisch 28/2/57'.

Bild 1. Telegramm mit Empfangsanzeige

Formular for a telegraphic receipt (Bild 3). Includes fields for sender, recipient, amount, and date. Handwritten text includes 'Nerebau', 'Oberhofthür', and 'Gorkisch 28/2/57'.

Bild 3. Telegraphische Empfangsanzeige

### Störungsvermeidungsdienst

Von Walter FRITZSCHE und Paul RAMMLER, Fernmeldamt Leipzig

Der Störungsvermeidungsdienst hat die Aufgabe, das Wirksamwerden von sich anbahnenden Störungen weitgehend zu verhindern, wodurch die Dauer und die Zahl der Störungen an Fernsprechanhängen gesenkt werden. Er stellt einen Sammelbegriff dar, der sich untergliedert in den Störungsvermeidungsdienst

- a) beim Einrichten der Sprechstellen,
- b) beim Überholen der Leitungswege und der Sprechstellen durch die Baubrigaden,
- c) bei den Sprechstellenprüfungen,
- d) durch laufendes mechanisches Überprüfen der Sprechstellen und Anschlußleitungen und
- e) beim Entstören von Anschlüssen.

Die nachstehenden Ausführungen befassen sich hauptsächlich mit den Punkten c) und d). Ausgehend von einer gründlichen Analyse des Entstörungsdienstes in einem großen Ortsnetz mit mehreren VSW, wird der prozentuale Anteil der häufigsten Störungsursachen erläutert sowie die technische Durchführung und betriebliche Organisation eines regelmäßigen Prüfendienstes für Teilnehmeranschlüsse dargestellt.

#### Allgemeines

Störungen an Fernsprechanhängen bringen erhebliche Nachteile für die Fernsprechteilnehmer mit sich, was keiner besonderen Erörterung bedarf. Für die Deutsche Post verursachen sie in jedem Falle zusätzliche Gemeinkosten. Dies mögen einige Zahlen belegen:

Für das Entstören der Fernsprechanhänge in einem großen Ortsnetz mit etwa 25 000 Hauptanschlüssen sind 75 Kräfte erforderlich. In dieser Zahl sind die ebenfalls an der Entstörung beteiligten Kräfte des Ortskabelnetz- und des Fernmeldebaudienstes sowie die Schaltwärter nicht enthalten. Vom Entstörungsdienst mußten in dem als Beispiel genannten Ortsnetz im letzten Jahr 59 000 Außenstörungen beseitigt werden. Diese Zahlen lassen erkennen, daß ein beträchtlicher Arbeits- und Kostenaufwand erforderlich ist, damit den berechtigten Wünschen der Fernsprechteilnehmer auf schnelle und zuverlässige Entstörung nachgekommen werden kann. Um einen Überblick über die verschiedenen Störungsursachen und die gestörten Teile der Teilnehmer-Einrichtung zu erhalten, wurden über einen längeren Zeitraum mehrere Tausend bearbeitete Störungen untersucht. Dabei sind die Ergebnisse mehrerer VSW und verschiedener Monate zugrunde gelegt worden. Folgende Zusammenstellung ergibt sich daraus:

Tabelle 1  
Prozentuale Verteilung der Störungen nach Art bzw. Ursache der Störungsmeldungen

| Störungen                             | Prozent     |
|---------------------------------------|-------------|
| innerhalb der VSW                     | 6%          |
| bei Vorprüfung gut                    | 11%         |
| bei Prüfung gut (Fehler verschwunden) | 13%         |
| in Außenleitung (BV-LV)               | 16%         |
| in Innenleitung und Endleitung        | 8%          |
| im Apparat                            | 48%         |
| <b>Gesamt</b>                         | <b>100%</b> |

Tabelle 2  
Prozentualer Anteil der Störungsursachen bei Apparatstörungen

| Störungen entfallen auf         | Prozent     |
|---------------------------------|-------------|
| Schneide                        | 20%         |
| Wecker (einschl. zweite Wecker) | 15%         |
| Gabel- und Hakenumschalter      | 11%         |
| Mikrofon                        | 10%         |
| Hörkapsel                       | 5%          |
| Nummerschalter                  | 10%         |
| Tasten, Schalter, Relais usw.   | 18%         |
| Verschiedenes                   | 11%         |
| <b>Gesamt</b>                   | <b>100%</b> |

Bekanntlich lassen sich Störungen an technischen Einrichtungen nie völlig vermeiden. Es ist aber nach dem bekannten Grundsatz „Vorbeugen ist besser als Heilen“ möglich, durch regelmäßiges und planmäßiges Überwachen der technischen Einrichtungen Mängel so rechtzeitig zu erkennen und zu beseitigen, daß sie sich nicht als Störungen auswirken. Nach diesem Prinzip werden die technischen Einrichtungen der Vermittlungsstellen seit vielen Jahren laufend geprüft und gewartet.

Mit den Teilnehmererleichterungen wird prinzipiell ebenso verfahren, und zwar durch die regelmäßigen Sprechstellenprüfungen. Sie werden in W-Netzen aller zwei Jahre durchgeführt und haben sich zweifellos bewährt, vor allem auch hinsichtlich des gebührenden Vergleichs der beim Teilnehmer eingebauten technischen Einrichtungen.

Aus der Tabelle 2 der statistischen Auswertung ist zu erkennen, daß bestimmte Arten von Störungen, z. B. an Nummernschaltern, Mikrofonen, Hörkapseln, Schneiden, und vor allem die Erd- und Nebenschlüsse in den Anschlußleitungen, durch eine Überwachungsmessung der Teilnehmeranschlüsse auf einem gewissen Teil im voraus erfassbar sind. Aus diesem Grunde wird eine gut organisierte, laufende Überwachungsmessung der Fernsprechanhänge Mängel erkennen lassen, die den Betrieb zwar noch nicht störend beeinflussen, jedoch früher oder später von Teilnehmern als Störung gemeldet werden können.

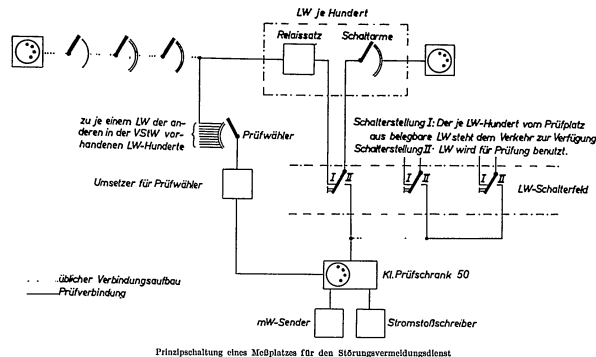
#### Technische Voraussetzungen für Überwachungsmessungen

Wenn Teilnehmeranschlüsse gemessen werden sollen, wird jede einzelne Anschlußleitung im Hauptverteiler auf die Meßeinrichtung geschaltet.

Die Wirksamkeit des Störungsvermeidungsdienstes steigt mit der Zahl der täglich durchgeführten Überwachungsmessungen. Deshalb ist es verständlich, daß mit den bisherigen Methoden des manuellen Aufgehens der Teilnehmerleitungen im Hauptverteiler nicht gearbeitet werden kann. Das Problem wird vielmehr durch eine automatische Aufschaltung über Wähler vom Prüfplatz aus gelöst. Der Prüf- und Meßplatz des Störungsvermeidungsdienstes besteht aus einem kleinen Prüfschrank 50, der in geringfügig geänderter Originalschaltung und in der bekannten Bedienungsweise verwendet wird. Weiterhin gehören zum Meßplatz (Bild) ein Millivoltmeter mit Dämpfungszweig, der sich über die Meßeinrichtung des kleinen Prüfschrankes anschließen läßt. Für Nummernschalter-Prüfungen steht außer dem Frequenzmesser und dem Milliamperemeter des Prüfschrankes noch ein Stromstoßschreiber zur Verfügung.

Die Ausstattung des Meßplatzes wird vervollständigt durch das LW-Schalterfeld und eine Zusatzvorrichtung zum Belegen des Prüfrahmens, der mit dem Nummernschalter des Prüfschrankes auf die gewünschte Teilnehmer-Anschlußleitung gesteuert wird.

Als Prüfwähler wird ein besonderer Hebelwähler benutzt, an dessen Kontaktbank die Eingänge je eines LW von jeder



Prüfplatz für den Störungsvermeidungsdienst

Hundertergruppe der VSW geleitet werden. Bei diesem LW wird die Zuführung zu den Schaltarmen aufgetrennt und das LW-Schalterfeld des Meßplatzes eingeschleift. Nach der Wahl des zu messenden Teilnehmeranschlusses wird diese Einschleifung der c- und b-Leitung an Schalterfeld des Meßplatzes aufgetrennt, so daß nunmehr die Messung über die Schaltarme des LW zum Teilnehmeranschluß ausgeführt werden kann. Die übrigen Schaltarme des LW sind damit abgeschaltet. Außerdem sind im LW-Schalterfeld Tasten zum Auftrennen der c-Leitung und damit zum Anlaufen der LV enthalten. Insgesamt können 100 LW angeschaltet werden, weil der Prüfrahmen in erzwungener Wahl hebt und dreht. Die für die automatische Aufschaltung des Störungsvermeidungsdienstes ausgenutzten LW werden dem normalen Verkehr nicht entzogen.

Dieser Art der Aufschaltung auf die Teilnehmerleitung gestattet zwar nicht ein reines Auftrennen zwischen Außen- und Innenleitung, sie ermöglicht jedoch ein völlig einwandfreies Messen der angesteuerten Teilnehmerleitung.

Eine gewisse Beschränkung besteht für Anschlüsse mit Speisebürste. In diesen Fällen ist die Schleitmessung nicht möglich, weil in der b-Leitung der Speisebürstenkondensator liegt. Da die moderne Antennentechnik Speisebürsten nicht mehr benötigt, kommt dieser Einschränkung keine große Bedeutung zu.

#### Arbeitsorganisation des Störungsvermeidungsdienstes

Der Arbeitsbereich des Störungsvermeidungsdienstes deckt sich mit dem der Entstörungsdienst der betreffenden VSW. Zweckmäßig wird der Überwachungsmeßplatz in der Nähe der Störungskartei eingerichtet, die die unmittelbare Dienstaufsicht über die Arbeitskräfte des Störungsvermeidungsdienstes erhält der Leiter der Entstörungsdienst. Der Störungsvermeidungsdienst wird in jeder VSW von zwei Arbeitskräften durchgeführt. Dabei ist die Tätigkeit am Prüf- und Meßplatz der Arbeitskraft zu übertragen, die die gleichen Qualifikationsmerkmale wie für den Meßdienst am großen Prüfschrank nachweisen kann, insbesondere

praktische Erfahrung und umfassende Kenntnisse im Entstörungsdienst, genaue Kenntnisse über den Bau und die Betriebsweise der technischen Einrichtungen beim Teilnehmer, Sicherheit beim Anwenden der Gleichstrommethoden sowie der Wechselstrommessungen mit Millivoltmeter und Dämpfungszweig.

ausreichende Kenntnisse im Führen der einschlägigen Karten der Störungsstelle, des Hauptverteilers und der Schaltstelle sowie beim Bearbeiten der Sprechstellenpapiere, sicheres Auftreten und Gewandtheit im Umgang mit den Teilnehmern.

Das regelmäßige Prüfen der Sprechstellen am Aufstellungsort bleibt Bestandteil des Störungsvermeidungsdienstes und wird vom Sprechstellenprüfer durchgeführt. Beide Tätigkeiten ergänzen sich sinnvoll. Der Sprechstellenprüfer hat die Gewißheit, durch Anruf des Überwachungsmeßplatzes in kürzester Frist Leitungsprüfungen und Dämpfungsmessungen ausführen zu können. Auf den großen Prüfrahmen ist er nicht mehr angewiesen. Andererseits kann der Mitarbeiter am Überwachungsmeßplatz den Sprechstellenprüfer in bestimmten Fällen zu Dämpfungsmessungen und besonderen Prüfungen an Ort und Stelle einsetzen.

Die Reihenfolge der von Meßplatz-Angestellten zu messenden Anschlüsse wird an Hand der Störungskartei nach der Nummernfolge festgelegt. Dabei ist es wünschenswert, daß er sich ein Bild über die voraussichtlich zu erwartenden Meßergebnisse, die örtliche Lage und die Einrichtungen beim Teilnehmer macht. Bei größeren Nebenstellenanlagen beschränkt sich die Messung verständlicherweise nur auf die Antennenschlüsse. Nach dem Wählen der letzten Ziffer der Anschlußnummer sind die Isolations- und Nebenschlußmessungen durchzuführen. Danach wird der Teilnehmer mit dem Rufschalter des kleinen Prüfschrankes gerufen.

Nun ist es zweckmäßig, den Teilnehmer zu fragen, ob der Wecker hörbar war und ob die Verständigung (nach dem Einschalten der Dämpfungsglieder) gut ist. Anschließend prüft man den Nummernschalter. Hierzu wird der Teilnehmer aufgefordert, den Nummernschalter etwa zehn Sekunden im aufgezogenen Zustand festzuhalten. In dieser Zeit läßt sich der Schließwiderstand messen.

Nach Abschluß der Messungen wird der Teilnehmer gefragt, ob sich an seinem Fernsprecher Mängel oder Störungen gezeigt haben. Gerade diese Möglichkeit, Beschwerden über technische Mängel der Teilnehmeranlage von Teilnehmer selbst entgegenzunehmen, ohne daß er erst die Entstörungsdienst anrufen braucht, erscheint wertvoll. Weiterhin ist es vorteilhaft, wenn er merkt, daß sich die Deutsche Post laufend um seine Sprechstelleneinrichtung kümmert, und zwar in kurzen, regelmäßigen Zeitabständen.

(Schluß s. S. 54)

### Reiseindrücke und Erlebnisse in der Sowjetunion

Von Heinrich ENGE, Ministerium für Post- und Fernmeldewesen, Berlin

#### Einleitung

Im Mai und Juni des vergangenen Jahres wollte eine Delegation der Hauptverwaltung Fernmeldewesen des MFF im Rahmen der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern in der Sowjetunion. Der Delegation gehörte auch der Verfasser dieses Berichtes an. Wir hatten während der Reise Gelegenheit, mit den Angehörigen des Ministeriums für Verbindungswesen der UdSSR, der Russischen FSR und der Lettischen SSR, den Werktätigen in verschiedenen Fernmeldebüros sowie mit Wissenschaftlern und Dozenten aus einigen Fernmeldeinstituten und Hochschulen technische und betriebliche Fragen zu erörtern und wertvolle Erfahrungen untereinander auszutauschen. Gleichzeitig konnten die bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Postern der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik gefestigt und persönliche Bande angeknüpft werden. Darüber hinaus war es der Delegation möglich, das Leben und Treiben in Moskau und in einigen anderen Städten der Sowjetunion kennenzulernen und an einigen kulturellen Veranstaltungen teilzunehmen. Von dem, was ich während dieser vier Wochen in der UdSSR sah und erlebte, kann ich natürlich nur einen Ausschnitt wiedergeben.

#### Unsere Ankunft

Nach einem herrlichen Flug von etwa sieben Stunden landete die sowjetische Maschine wohlbehalten auf dem Flugplatz Wnukowo bei Moskau. Die verhältnismäßig kurze Zeit für die Ortsveränderung von Berlin bis nach Moskau ließ beim Betreten des sowjetischen Bodens eine große Überraschung in uns

aufkommen, die durch den eindrucksvollen Betrieb auf dem Flugplatz noch verstärkt wurde. In ununterbrochener Folge landeten und starteten Flugzeuge nach allen Richtungen der Sowjetunion, während sich am Flugplatzrand neben den zahlreichen abgestellten Maschinen das erste Dispersionsflugzeug der Sowjetunion, die TU-104, besonders heraus hob.

Bald wurden wir von unseren Betrachtern durch die herzliche Begrüßung der Mitarbeiter des Ministeriums für Verbindungswesen der Sowjetunion abgelenkt, die uns Gewissheit werden ließ, daß wir zu Besuch bei Freunden eingetroffen waren. Besonders überraschten uns aus dem Kreis der uns erwartenden sowjetischen Kollegen einige alte Bekannte, die mit uns in den Jahren nach 1945 beim Wiederaufbau des Post- und Fernmeldewesens in unserer Heimat zusammen gearbeitet hatten. Unsere Gespräche wurden während der Fahrt vom Flugplatz bis zum 40 km entfernten Moskau fortgesetzt, wobei die Zeichensprache mithilfe der Verständigung zu erleichtern. Eine kurze Rundfahrt auf dem Platz vor der Lomonosow-Universität auf den Lenin-Bergen unterbrach unsere Fahrt zum Hotel „Leningradskaja“ am Komosomolskaja-Platz. Nach kurzer Erledigung der Anmeldeformalitäten nahmen wir Besitz von einigen der schönen, im 6. bis 10. Stockwerk liegenden Hotelzimmer. Aus meinem Zimmer im 12. Stock bot sich mir ein imposanter Ausblick auf den großen Platz vor dem Hotel, dessen Längsseiten von drei Fernbahnhöfen und einer Metro-Station eingenommen werden. Über den Platz und in die einmündenden Straßen wogte ein ununterbrochener Kraftfahrzeug- und Straßenbahnverkehr, der nur während weniger Stunden nach Mitternacht abflaute. Trotzdem schienen wir ausgezeichnet in unseren nach modernsten Gesichtspunkten eingerichteten Hotelzimmern.

(Schluß v. S. 53)

Stellt der Mefplatz-Angestellte bei der Messung einen Mangel fest, so wird ein Störungszettel ausgefertigt und mit einem Rotstiftvermerk „StVD“ (Störungsvermeidungsdienst) besonders gekennzeichnet. Der Störungszettel ist dem Beschäftigten am großen Prüfstand zum Weiterarbeiten zu übergeben. Diese Störungszettel sind je nach Anfall der zu beseitigenden Störungen Zug um Zug mit zu bearbeiten. Stellt der Störungsvermeidungsdienst Mängel fest, die sich als Störungen auswirken können, wird auf dem Störungszettel neben dem Vermerk „StVD“ noch der festgestellte Mangel rot unterstrichen. Dies soll „schnelle Bearbeitung“ bedeuten.

Die vom Störungsvermeidungsdienst festgestellten Mängel (außer solchen, die Störungen hervorgerufen können) werden nicht in die TWK der Störungsdauer je Anschluß aufgenommen. Die Störungskarten der betreffenden Anschlüsse sind nach der Prüfung durch den Störungsvermeidungsdienst in bezug auf Schleifenwiderstand und Dämpfungswert zu überprüfen oder zu ergänzen und die festgestellten Mängel oder Störungen auf der Rückseite (Störungstabelle) nicht mit einem Strich, sondern mit einem Kreis zu kennzeichnen. Hierdurch ist eine laufende Kontrolle der Arbeit des Störungsvermeidungsdienstes möglich.

#### Praktische Erprobung des Störungsvermeidungsdienstes

In einer VStW mit 2000 Anrufstellen wurde der Störungsvermeidungsdienst erprobt. Die vorherigen Zweifeln, insoweit eine Messung der Teilnehmererleichterungen mit Hilfe des Teilnehmers durchführbar ist, konnten dadurch widerlegt werden. Das Ergebnis der Probe zeigt Tabelle 3.

Tabelle 3  
Art der Störungen und Mängel, die beim Probetrieb des Störungsvermeidungsdienstes festgestellt wurden

| Störungen und Mängel                               | Anteil |
|----------------------------------------------------|--------|
| am Nummernschalter (zu schnell bzw. zu langsam) .. | 30%    |
| am Wecker ..                                       | 3%     |
| am Gabel- und Hakenumschalter ..                   | 3%     |
| an den Schaltern ..                                | 1%     |
| durch Nebenschluß (s. bzw. S. Leitung) ..          | 22%    |
| durch fremden Strom ..                             | 22%    |
| durch Verschleiss ..                               | 9%     |
|                                                    | 100%   |

Durchschnittlich wurden an einem Tage 80 bis 100 Fernsprechanlüsse gemessen.

Der Aufsatz sollte die interessierten Leser mit dem Begriff des Störungsvermeidungsdienstes bekanntmachen, ohne näher auf technische Einzelheiten einzugehen. Das war vorläufig auch nicht notwendig, weil das Betriebsverfahren, die Bereitschaft der Fernsprechtischleute auf diesem Wege zu erhöhen, im Vordergrund stand.

Wenn der Störungsvermeidungsdienst durch weitere Maßnahmen mit dem gleichen Ziel ergänzt würde, z. B. durch Vorkommen der Entstörer-Ausrüstung, insbesondere mit einem modernen, zweckmäßigen Vielfach-Melgerät, durch weitere Motorisierung des Entstörpersonals usw., so würde es gelingen, das Verhältnis des Entstörpersonals je Fernsprechananschluß und Jahr noch mehr zu verbessern.



Bild 1. Straßenverkehr in der Gorkistraße (Moskau)

#### Kleine Fahrt durch Moskau

Am Morgen des nächsten Tages machten unsere sowjetischen Kollegen den Vorschlag, uns vor Beginn unserer eigentlichen Aufgabe zunächst einmal einen kleinen Eindruck von Moskau zu geben und uns mit dem Leben in der Stadt und den Gepflogenheiten ihrer Bewohner etwas vertraut zu machen. Der kleinen Rundfahrt schloß sich der Besuch des Kremls mit seinen herrlichen Bauten und den kostbaren Einrichtungen an. Die Kirchen und der Glockenturm Iwans des Großen waren – wie alle Gebäude – restauriert, und die Sonnenstrahlen reflektierten sich in den prachtvoll vergoldeten Kuppeln. In der „Rüstkammer“ werden für jedermann zugänglich die Schätze und Kostbarkeiten aus der Vergangenheit des russischen Volkes aufbewahrt und der Nachwelt erhalten. Nichts davon ging in den Revolutionstagen des Jahres 1917 verloren.

Anschließend erfolgte der Empfang unserer Delegation durch den Minister für Verbindungswesen der UdSSR, Herrn Puzrow. In seiner Begrüßung brachte der Minister zum Ausdruck, daß die Zusammenarbeit der Postler der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion wesentlich dazu beitragen wird, den technischen Fortschritt im Verbindungswesen zu beschleunigen und noch bestehende Mängel schneller zu beseitigen. Er empfahl uns, das zu studieren, was wir in den nächsten Wochen sehen würden und gestattete uns, was nach unserer Meinung für die Verbesserung des Fernmeldewesens in der Deutschen Demokratischen Republik von Bedeutung wäre, nach unserer Rückkehr in die Heimat zu erproben und anzuwenden. Gleichzeitig bat er uns, auch unsere kritische Meinung zu dem Gesehenen den sowjetischen Kollegen mitzuteilen.

Entsprechend der Zusammensetzung unserer Delegation bildeten wir einige Gruppen, um möglichst viel in der verhältnismäßig kurzen Zeit sehen und erfahren zu können. Bei unseren Fahrten zu den Betrieben machten wir Bekanntschaft mit dem Straßenverkehr in Moskau und mit der Großzügigkeit der Straßen (Bild 1). Die Fahrbahnbreite darn beträgt 60 bis 70 m, jeder Kraftfahrer wolle das Signal jedes anderen Kraftfahrers aus dem Straßenverkehr in der Sowjetunion verschwunden.)

Selbstverständlich gibt es in Moskau noch zahlreiche alte Straßen, genauso wie neben modernen Wohngebäuden noch viele alte Häuser anzutreffen sind. Entsprechend dem Plan der Rekonstruktion des Stadtgebietes Moskau werden historische

wertvolle Gebäude und Plätze erhalten und harmonisch in die neuen Wohngebiete eingegliedert.

Die Hauptstadt der Sowjetunion ist ein einziger großer Bau- und, wie konnten uns von dem Tempo des Entstehens neuer Wohngebiete und Anlagen eindrucksvoll überzeugen.

(Fortsetzung folgt)

#### Olympische Spiele und die Post

Nachdem im Januar 1956 die Olympischen Winterspiele in Cortina d'Ampezzo und im Juni die Reiterolympiade in Stockholm stattgefunden hatten, gehören nun auch die XXI. Olympischen Spiele in Melbourne der Vergangenheit an. 69 Staaten beteiligten sich daran. Die gesamte deutsche Mannschaft, die auf der Polarroute nach Australien geflogen war, errang 20 Medaillen für Sportarten, darunter vier goldene. Auch diese Spiele standen wie alle früheren im Zeichen der Völkerverständigung. Das klassische Griechenland ist die Wiege dieser sportlichen Wettkämpfe. Aus Totenstern entstanden, fanden sie im Nationalheiligtum Olympia und zu Ehren des Göttervaters Zeus statt. Seit dem Jahre 776 v. u. Z. liegen urkundliche Aufzeichnungen über die Stäger vor. Als Sportarten gab es den einfarbigen Wettkampf, den Doppelwettkampf, den Faustkampf (Büß), das Wettkampfen und Wettkampfen. Die Spiele wiederholten sich alle vier Jahre und wurden zur Grundlage der griechischen Zeitrechnung nach Olympiaden, einem Zeitraum von vier Jahren. 45.000 Zuschauer nahmen das griechische Stadion auf, zu dem außer der Priesterin keine Frau Zutritt hatte. Kränze aus Olivenzweigen wankten den Stägern. 392 v. u. Z. fand das letzte dieser Spiele statt. Naturereignisse zerstörten die heilige Stätte völlig.

Nach 1600 Jahren lebte der olympische Gedanke wieder auf, wachgerufen durch die Ausgrabungen deutscher Gelehrter 1875 bis 1881 in Olympia. Dem französischen Sportmann Baron de Coubertin gelang es 1894, die Internationale Olympische Komitee zu gründen. 1896 fanden die ersten Olympischen Spiele neuer Zeit in Athen statt. 15 Länder nahmen daran teil. Gleichzeitig erschienen die ersten Sportmarken mit Darstellungen der olympischen Wettkämpfe und des Stadions. Mit Ausnahme der Kriegsjahre veranstaltete man nunmehr die Olympischen Spiele regelmäßig aller



Fachliteratur

Einführung in die Radartechnik. Von Robert Lepître. VEB Verlag Technik Berlin. Übersetzung aus dem Französischen. DIN A 5, etwa 290 Seiten, 97 Bilder, 3 Tafeln, Ganzleinen etwa 19,— DM.

Langes Jahr unterlag alles, was mit Radartechnik zusammenhing, der militärischen Geheimhaltungspflicht, und auch in den Nachkriegsjahren waren die Informationsmöglichkeiten, nach denen von Wilibegierigen immer wieder gefragt wurde, mehr als spärlich. Wenige Knapp gehaltene Artikel in den Zeitschriften oder phantastisch ausgeschmückte Tatsachenberichte konnten hier keinesfalls befriedigen. Interessierte Kreise erhalten mit dem vorliegenden Werk eine zusammenfassende und allgemeinverständliche Darstellung über die Radartechnik.

Der französische Radarspezialist Lepître, der in Frankreich ein maßgeblichen Anteil an der Entwicklung dieser Technik hat, behandelt neben den Anwendungsgebieten der Radartechnik auch die Arbeitsweise der Geräte und ihre Hauptteile, die geschichtliche Entwicklung und in knapper Form auch die physikalischen Grundlagen. Auf mathematische Ableitungen, die eine intensive Durchdringung erfordern, wurde bewusst verzichtet, da es Zweck des Werkes ist, mit dieser exakten und streng gegliederten Darstellung des gegenwärtigen Standes und der Zukunftsaussichten einem weiten Leserkreis eine Einführung in dieses interessante Gebiet der Technik zu geben und ihn hierdurch zum Studium der spezielleren Fachliteratur zu befähigen.

Grundlagen der Fernsehtechnik. Von A. I. Klopov. VEB Verlag Technik, Berlin. Übersetzung aus dem Russischen mit Ergänzungen von Dr.-Ing. Peter Neidhardt. DIN B 5, etwa 300 Seiten, 327 Bilder, Ganzleiderin etwa 28,— DM.

Fernsehen, vor wenigen Jahren noch eine Angelegenheit der Forschungsstellen, ist heute zu einem im Brennpunkt der allgemeinen Interessen stehenden Begriff geworden. Die technische Verwirklichung beanspruchte nach langjähriger Vorbereitung eine außerordentlich kurze Zeit. Obwohl die Entwicklung der Schwarzweiß-Fernsehtechnik noch nicht abgeschlossen ist, wenn sich auch technisch weitgehend ausgefallene Standardschaltungen herausgebildet haben, tritt jetzt bereits das Farbfernsehen an die Öffentlichkeit.

Die erfolgreiche Weiterentwicklung eines so speziellen Gebietes erfordert von allen Beteiligten die Beherrschung der Hochfrequenz- und UKW-Technik. Darüber hinaus setzt das Farbfernsehen auch genaue Kenntnisse der Elektronenoptik, der Farbenlehre und der Farbenmetrik voraus.

Diese Erwägungen waren Anlaß zur Herausgabe der „Grundlagen der Fernsehtechnik“ des sowjetischen Fernsehspezialisten A. I. Klopov. Das Werk wurde von dem bekanntesten deutschen Fernsehingenieur Dr.-Ing. Peter Neidhardt ins Deutsche übersetzt und durch ergänzende Kapitel über die neuesten Forschungsergebnisse auf dem Gebiet des Farbfernsehens und der theoretischen Fernsehtechnik dem heutigen Stand der internationalen Technik angeglichen.

Die immer größer werdende Zahl von Ingenieuren und Technikern sowie Studenten an Hoch- und Fachschulen, die sich auf Fernsehtechnik spezialisieren wollen, erhalten damit ein Lehrbuch, das nicht nur die Physik und Technik des Schwarzweiß-Fernsehens behandelt, sondern auch ausführlich auf die Farbfernsehtechnik und die Anwendung der Informationstheorie in der Fernsehtechnik eingeht.

Den Abschluß bildet ein Kapitel über Fernsehempfänger der Deutschen Demokratischen Republik und ein Verzeichnis der wichtigsten Arbeiten der internationalen Fachliteratur.

vier Jahre, jeweils in einer anderen Hauptstadt der beteiligten Länder. Ab 1924 gibt es auch Olympische Winterspiele. Vor 60 Jahren ersten Preisamporen (Bild) die Sieger. Heute sind es Medaillen in Gold, Silber und Bronze, mit denen die besten Sportlerinnen und Sportler zum Ruhme ihrer Länder und zur Ehre des Sports geschmückt werden.

Die Postverwaltungen zahlreicher Länder haben seitdem Briefmarken aus Anlaß der Olympischen Spiele herausgegeben, und das Sammeln dieser oft herrlichen Sportmarken ist zu einem in der ganzen Welt beliebten „Sport“ für sich geworden, der aber nicht nur die Marken selbst, sondern auch all die vielen reizvollen Sonderstempel umfaßt. Auch den Begründer der erneuerten Olympischen Spiele, dessen Herr 1897 in Olympia besetzt wurde, ehrte man auf Marken (Haiti und Frankreich). Gebilligte Marken brachte San Marino zur letzten Winterolympiade heraus (Bild), und die Siegermedaillen der Olympischen Spiele der Deutschen Demokratischen Republik sind noch in aller Erinnerung.

Die Bezeichnungen der Post zu den Olympischen Spielen beschränken sich jedoch nicht nur auf die Herausgabe von Briefmarken und Stempeln, die für die Veranstaltungen werden und oft auch Mittel für die Beteiligung der Sportler aufbringen sollen. Der Post fällt vor allem die wichtige Aufgabe zu, für die Einrichtung des Nachrichtennetzes, für die schnellste und reibungslose Nachrichtenübermittlung und für die Bewältigung des ungeheuren Postverkehrs zu sorgen. Viele Sonderpostämter, darunter auch Jahrbare, sind erforderlich.

Wenn im alten Griechenland die Namen der Sieger durch Schnellläufer und Briefboten im Lande bekanntgemacht wurden, so sind es heute Telefon, Telegraph und Funk, die auch dem entferntesten Ort der Erde in Stunden und Minuten die Ergebnisse der Wettkämpfe übermitteln. Am Rundfunkapparat konnte jeder Erdbewohner selbst über 20000 km hinweg den Verlauf der Wettkämpfe miterleben. Auch Fernsehempfang war teilweise möglich. Flugzeuge beförderten auf schnellstem Wege die Hunderttausende von Briefen und Karten der Teilnehmer und Besucher.

So zeigt ein Blick auf die Geschichte der Olympischen Spiele auch die immer wichtiger und gewaltiger werdende Bedeutung der Post an der Vorbereitung und Durchführung der Olympischen Spiele, nicht zuletzt auch die bewundernswerten und oft übersehen Leistungen der Postangestellten.

Curt Paul, Karl-Marx-Stadt

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release @ 50-Yr 2013/08/16 : CIA-RDP81-01043R002500070002-1



Hierunter sind allgemeine interessierende Fragen aus Leserschriften beantwortet. Zuschriften bitten wir an die Redaktion „Die Deutsche Post“, Leipzig 8 8, Gustav-Freytag-Str. 43/45, zu richten.

Werner Baron, Görlitz, und andere — Einbaudeckeln

Frage: Wie denkt die Redaktion über die Lieferung von Einbaudeckeln für jeden Jahrgang der Zeitschrift „Die Deutsche“

Post? Die Einbände müßten ebenso geschmackvoll wie die Zeitschrift selbst gestaltet und selbstverständlich nur für interessierte Besucher und gegen bessere Bezahlung zu erhalten sein. Wenn der Umfang der Zeitschrift in diesem Jahr größer wird, so wäre es gut, wenn schon für den Jahrgang 1956 ein Einband herauskäme.

Antwort: Es ist nicht beabsichtigt, für die fünf Hefte des Jahrganges 1956 eine besondere Einbaudecke herauszugeben. Wir empfehlen, sich inzwischen mit einer Klammfedermappe (DIN A 4, Preis im Einzelhandel etwa 2,60 DM) oder auch mit einer einfachen Mappe zu behelfen.

Für die Jahrgänge 1956 und 1957 dagegen soll eine gemeinsame Einbaudecke herauskommen, wenn der Bedarf hierfür genügend hoch ist. Weiteres zum gleichen Thema finden Sie in einem der nächsten Hefte unserer Zeitschrift an gleicher Stelle.

Altes und Neues von der Telex-Technik

Von Werner HENTSCHEL, Berlin

1931 nahm Amerika als erstes Land den Fernschreibvermittlungsdienst auf. Es folgten in den Jahren 1932 Holland und England. Deutschland begann 1935 als erstes Land mit dem Aufbau eines automatisierten Fernschreibnetzes, nachdem bereits im Jahre 1933 ein Versuchsbetrieb der Fa. Siemens & Halske zwischen Berlin und Hamburg erfolgreich verlaufen war. In der Automatisierung des Fernschreibverkehrs folgten die Schweiz und Dänemark.

Seit 1935 kann man also in Europa von einem Fernschreibverkehr zwischen den Teilnehmern sprechen, für den gleichzeitig das Wort „Telex“ geprägt wurde. Diese Bezeichnung entstand aus einer Abkürzung der englischen Wörter teletypewriter (Fernschreiber) exchange (Vermittlung) service (Dienst) und wurde ursprünglich nur für die Vermittlung von Fernschreibteilnehmern unter Ausnutzung des vorhandenen Fernschreibnetzes angewandt (Eintontelegraphie). Später wurde jedoch die Bezeichnung für alle Betriebsarten im Fernschreibverkehr zwischen den Teilnehmern eingeführt und nach 1945 vom CCIT offiziell anerkannt.

Heute nun zeigen die technischen Entwicklungen führender Länder auf dem Gebiete der Telegraphie den Versuch, mit einem Minimum an Aufwand und Wartung ein Maximum an Wirtschaftlichkeit und Betriebssicherheit zu erzielen. Dies wurde vor allem durch kleine Bauelemente und durch neue Aufbaumethoden ermöglicht. So verließ man im allgemeinen die bisher übliche Gestellbauweise (Bild 1) und ging zur Schrankbauweise über. Diese staubgeschützte Konstruktionsform erhöht selbstverständlich die Betriebssicherheit und vermindert die Arbeit der Wartung. Außerdem bringt sie noch den Vorteil der räumsparenden Aufstellungswweise mit sich, weil die Schränke mit den Rückseiten aneinanderstoßend aufgestellt werden können.

Auf dem Gebiete der Fernschreibapparattechnik wurde ein Telegraphenrelais mit neuartigen, magnetischem Aufbau und Federrelaiskontakten geschaffen. Da dieses Relais praktisch ohne Kontaktschleifen und mit unmerklichen Kontaktschleifen arbeitet, werden die Güte der Zeichenübertragung verbessert und die Wartungs- und Einstellarbeiten wesentlich vermindert.

Statische Netz in Betrieb kommenden Fernschreibmaschinen sind mit Betriebszustandslehre ausgerüstet. Davon gibt es solche, die wie ein Fahrrad-Kilometerzähler, also mechanisch arbeiten und solche mit elektronischer Wirkungsweise. Der Betriebszustandszähler ist ein gutes Hilfsmittel zur Durchführung der Wartungs- und Pflegearbeiten an den Fernschreibmaschinen.

Eine Schweizer Firma ist dazu übergegangen, die einzelnen Elemente der Fernschreibmaschine in Baugruppen zusammenzufassen. Diese können voneinander unabhängig ausgewechselt werden. Dadurch lassen sich einmal die Betriebsausfallzeiten

durch Maschinestörung stark herabsetzen, weil die gestörte Baugruppe schnell ausgewechselt ist, zum anderen brauchen die Maschinen bei Richtungsverkehr nur mit einem Sender bzw. mit einem Empfänger ausgerüstet zu werden.

Einige Sonderausführung des Blattstreifens für die Formularschreiber. Er ermöglicht, daß an einer fernen Stelle auch Formular ausgefüllt werden können.

Der Siemens-Streifenreiber 68 ist in seiner Ausführung besonders klein gehalten. Der Typenkorb wurde durch ein Typensatz ersetzt. Das Gerät enthält alle Bauteile des Fernschreibers (so daß dieses als Zusatzapparat wegfallen konnte) und alle Einrichtungen, die es ihm ermöglichen, mit Blattstreibern zusammenzuarbeiten. Der Einbau eines Empfangslochers und eines Lochstreifenendlers ist möglich. Bei eingebauten Empfangslochern kann Lokaltreiber zur Herstellung von Lochstreifen durchgeführt werden.

Die mit Empfangslochern ausgerüstete Maschine liefert einen Lochstreifen, auf dem der Text der Sendung außerdem noch aufgedruckt ist. An Stelle des Empfangslochers kann eine Zweistreifenrichtung vorgesehen werden, die es ermöglicht, wahlweise einen Druckstreifen und einen unbedruckten Lochstreifen, einen Druckstreifen oder einen bedruckten Lochstreifen zu empfangen.

Als Zubringergerät für den öffentlichen Telegraphendienst im Bahndienst zum Übermitteln von Unterschriftsproben und zum Übertragen von Wertkarten wurde eine Reihe von Faktensinilgeräten entwickelt. Hierbei handelt es sich um ein aus Sender (Bild 2) und Empfänger (Bild 3) bestehendes Gerätepaar. Der Sender arbeitet ähnlich einem Bild-Telegraphiegerät, d. h., er tastet eine auf eine rotierende Walze gespannte Vorlage (Schrift, Zeichnungen) zeilenweise ab. Der Empfänger nimmt die übermittelten Zeichen (Information „weiß“ bzw. Information „schwarz“) auf und gibt sie auf einem Spezialpapier wieder. Dies geschieht, indem eine an dem Papier rasch entlanglaufende Spitze durch Funkentwürfschläge das Papier entsprechend der ankommenden Informationen punkt- und zeilenweise schwärzt.

Das Überbrücken größerer Entfernungen durch Fernverkehr bietet keine wesentlichen Hindernisse mehr. Durch die Entwicklung besonderer WT-Systeme, durch das Anwenden von Raum-Frequenz-Diversity ist man zu großer Sicherheit in der Zeichenübertragung gekommen. Es gibt auch Systeme, die mit automatischer Fehlerkorrektur arbeiten, d. h., beim Empfang wird vor Abdruck des Zeichens geprüft, ob ein gewisses Verhältnis in der Zeichenübermittlung eingehalten wurde. Ist dies nicht der Fall, wird die weitere Zeichenübermittlung gestoppt und das Zeichen nochmals angefordert.

Eine neue Art von Fernschreibvermittlungen, deren Betriebsweise sich weitgehend den Eigenarten des Fernschreibverkehrs anpaßt, sind die Lochstreifenvermittlungen. Der Lochstreifenvermittlungsbetrieb wird in Verbindung mit der Teststromwahl (Codelwahl) durchgeführt. Die Einstellung der Wähler erfolgt hierbei nicht durch Impulse eines Nummerschalters, sondern

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release @ 50-Yr 2013/08/16 : CIA-RDP81-01043R002500070002-1

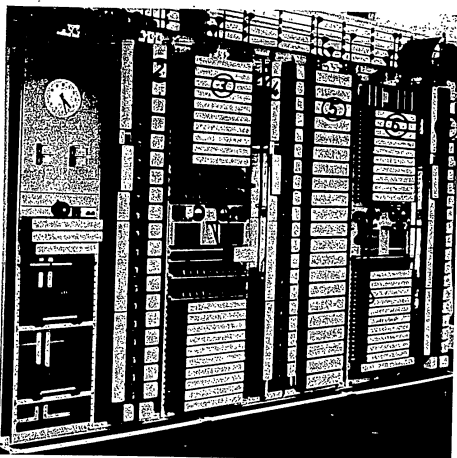


Bild 1. TV-Amt zu 40 A E des VEB Fernschreibwerk Arnstadt

- 1 Zeitgebergestell
  - 2 LV-Rahmen
  - 3 VV-Rahmen
  - 4 I. GV-Rahmen
  - 5 Zeitensenzähler
  - 6 U-Rahmen
  - 7 II. GV-Rahmen
- (Aufn. Brüggemann, Leipzig)

durch Fernschreibzichen, die die Zifferntasten der Fernschreibmaschine hervorbringen. Dadurch ist die Möglichkeit gegeben, die Kennzahl des gewünschten Teilnehmers auf den Lochstreifen

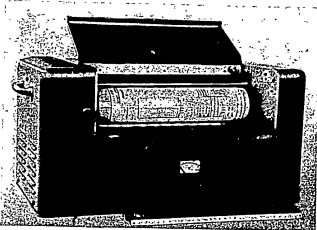


Bild 2. Sender eines Faksimilgerätes (Aufn. Edouard Bellin, Ruell-Malmson, Frankreich)

mit aufzunehmen, so daß sich die Abwicklung des Fernschreibverkehrs nur noch auf das Einlegen des vorher vorbereiteten Lochstreifens erstreckt.

In der Lochstreifenzentrale wird die gesendete Nachricht durch einen Empfangsgeber aufgenommen und über einen Lochstreifenempfänger dem gewünschten Teilnehmer zugeschrieben. In der Lochstreifen-Vermittlungsstelle werden die Nachrichten also gespeichert, wobei sich die Übertragung allerdings etwas verzögert. Der große Vorteil dieser Betriebsweise liegt aber darin, daß es für den die Nachricht absetzenden Teilnehmer ohne Interesse ist, ob der gewünschte Teilnehmer besetzt ist oder nicht, weil er seine Nachricht stets einem freien Loch-

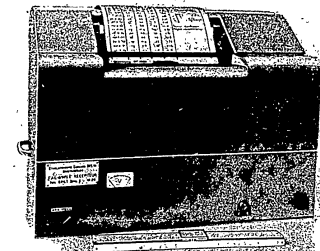


Bild 3. Empfänger eines Faksimilgerätes (Aufn. Edouard Bellin, Ruell-Malmson, Frankreich)

streifenempfänger in der Zentrale übermitteln kann. Die bei verschiedenen Lochstreifenempfängern ankommenden und für einen Teilnehmer bestimmten Nachrichten werden diesem in der Reihenfolge ihres Eingangs über einen Lochstreifenempfänger zugeschrieben. Im Lochstreifen-Vermittlungsbetrieb läßt sich allerdings nur Richtungsverkehr, also kein Wechselschreiben (Fernschreibgespräch) durchführen. Auf Grund der Übertragungsgeschwindigkeit bei Lochstreifenbetrieb eignet sich diese Betriebsweise besonders gut für Nachrichtenetze mit langen Leitungen und wenigen Verbindungswegen, aber mit einem lebhaften Nachrichtenverkehr.

### 100 Jahre Entwicklung der Bahnpostwagen (1841 bis 1940)

Von Kurt JENZEN, Bernau bei Berlin

Nachdem die erste deutsche Eisenbahnstrecke Nürnberg-Fürth im Jahre 1835 eröffnet war, konnte in Preußen am 29. Oktober 1839 die Strecke Berlin-Potsdam dem Verkehr übergeben werden. Der Eisenbahnverkehr stieg dadurch rasch an, und die Post sah sich in ihrer früheren Stellung als unzureichende Verkehrsbeherrschung bedroht; denn nicht nur der Personenverkehr auf den Poststationen ging zurück, sondern auch der Paketverkehr, weil er noch im Jahre 1839 auf der Strecke Berlin-Potsdam in Anspruch zu nehmen. Das hatte wiederum für den Brief- und Paketverkehr den Vorteil einer beschleunigten Beförderung. Außerdem erhöhte sich die Zahl der Beförderungsmöglichkeiten. Später wurde der Postverkehr auf alle neu hinzutretenden Eisenbahnlinien ausgedehnt.

#### Erste Anfänge des Postverkehrs auf der Schiene

Zur Beförderung der Post verwendete man anfänglich Landpostwagen, die mit Pferden zum Bahnhof gebracht, dort über eine Rampe auf einen Plattformwagen gerollt und am Endpunkt der Fahrt wieder mit Pferden bespannt abgefahren wurden. Auf dem Beck eines solchen Landpostwagens saß während der Eisenbahnfahrt der Schirmermeister wie ein Postilion auf dem Bock der Postkutsche. Der Schirmermeister hatte auf den Haltestellen die Ladung, bestehend aus Briefbeuteln und Paketen, auszusuchen. Die Sendungen wurden unterwegs nicht bearbeitet.

Man erkannte sehr bald die Unzulänglichkeiten der Landpostwagen für den Bahndienst. Daher wurden am 1. November 1841 versuchsweise besondere Eisenbahnpostwagen zwischen Berlin und Leipzig benutzt, die allmählich die auf den Plattformwagen beförderten Landpostwagen verdrängten. Der letzte Wagen dieser Art versahnd 1846 aus dem Postbetrieb.

Die Speditionsbüros fanden bei der Bevölkerung schnell Abnahme. Man brachte die Briefe nicht mehr zur Ortspostanstalt, sondern übergab sie dem fliegenden Büro auf dem Bahnhof. Das gab Veranlassung, die Wagen nacheinander mit besonderen Briefeinwürfen zu versehen.

Die Eisenbahnpostwagen entsprachen in ihren äußeren Merkmalen im wesentlichen den Fahrzeugen der Eisenbahnverwaltungen, auf deren Linien sie liefen. So gab es u. a. Königlich-Preussische und Königlich-Sächsische Postwagen. Das Aussehen aller Wagen lehnte sich jedoch stark an den Bau der Postkutschen an. Besonders erwähnenswert ist, daß die Postwagen mit Öllampen ausgestattet waren, die an der Decke hingen. Die Personenwagen besaßen seinerzeit noch keine Beleuchtung. Diese wurde erst im November 1854 angebracht.

Schon kurze Zeit nach der Einrichtung der Speditionsbüros klagten die Fahrbeamteten über „Seckrantheit“. Die Ursache dafür waren die ungünstigen Fahrbedingungen der Wagen, in denen das Schreiben und Briefverteilen im Stehen durchgeführt werden mußte. Um diesen Mißstand zu beseitigen, wurde bei einigen Wagen der Fußboden mit einem Polster aus Segeltuch und Pferdehaaren belegt. Diese Neuerung bewährte sich gut und wurde bald allgemein eingeführt.

Die Eisenbahnpostwagen hatten zunächst keine Heizung, und es mußten erst etliche Widerstände der Eisenbahngesellschaften überwunden werden, ehe das Einverständnis zum Einbau von Kohöfen vorlag. Die Postverwaltung mußte sich allerdings verpflichten, für alle Schäden aufzukommen, die durch die Heizung der Postwagen entstehen konnten. Als Ranzelheizung diente ein Ofenrohr, das durch die Wagendecke ins Freie führte. Das Rohr war mit einem nach dem Windzuge beweglichen Schlot versehen. Beim Versagen dieses Schlots wurde zum Leidwesen der Beamten die Qualm häufig in das Wageninnere gedrückt.

Die Erkenntnis, daß die Dienst der Beamten in den Wagen mit gewissen Gefahren verbunden sei, führte 1857 zu dem Vorschlag, den Briefraum in die Mitte der Eisenbahnpostwagen zu legen und die Pakete an beiden Enden unterzubringen, damit diese Räume bei Eisenbahnunfällen als Schutzabteil wirken konnten. Dieser Vorschlag setzte sich jedoch nicht durch. Erst 50 Jahre später wurde der Bau des Wagens mit Schutzabteilen Tatsache.

Während man 1859 einheitliche Richtlinien für den Bau der Wagenkasten ausgearbeitet hatte, wurde 1866 der Versuch unternommen, nacheinander auch für den Unterbau allgemeine Grundformen festzulegen. Der Versuch scheiterte jedoch an der Eingestimmtheit der einzelnen Bahngesellschaften, so daß zunächst nur die innere Ausgestaltung der Wagen weiterentwickelt werden konnte.

#### Der Postverkehr wird stärker

Am 15. Oktober 1871 stellten wir auf ein bemerkenswertes Datum, weil von diesem Tage an nicht nur Packereien, gewöhnliche Briefe und eingeschriebene Briefe in den Bpw „umgeschickt“ werden, sondern jetzt auch die Einzelabteilung der Vertriebsabteilungen hinzukommt. Das bedingt den Einbau verschließbarer Fachwerke.

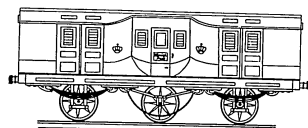


Bild 4. Bpw aus den Jahren 1841/42

Die ersten Bahnpostwagen (Bpw) besaßen zwei oder später drei Achsen (Bild 1) Ihre Länge (über den Wagenkasten) betrug:

- a) bei zweiaxelsigen Wagen 5,2 m,
- b) bei dreiaxelsigen Wagen 8,1 m.

Da sich die zweiaxelsigen Wagen nicht bewährten — ihr Schwerpunkt lag zu hoch — wurden sie allmählich nach etwa 8jähriger Gebrauchsdauer ausgemustert und durch neue, dreiaxelsige, etwa 8,7 m lange Wagen ersetzt.

#### Die Grundlagen für die heutigen Bahnpostwagen entstehen

Die ursprüngliche Form der Postbeförderung durch Austausch der Beutel, Pakete usw. konnte auf die Dauer dem Verkehrsbedürfnis nicht gerecht werden. So kam der Gedanke auf, die Post während der Fahrt in den Eisenbahnzügen zu bearbeiten. Zu Anfang des Jahres 1838 setzte man den Gedanken in England zwischen London und Birmingham versuchsweise in die Tat um.

Dem englischen Beispiel folgend, entschloß man sich auch in Deutschland, das Abfertigungsgeschäft auf diese Art und Weise zu vereinfachen und zu beschleunigen. So wurden am 1. Mai 1849 in den Eisenbahnzügen der wichtigsten Strecken „Speditionsbüros“ eingerichtet, die die Sendungen schon während der Fahrt zu bearbeiten hatten. Dieser Tag kann daher als der Geburtstag der Deutschen Bahnpost vermerkt werden. Er leitete einen neuen Abschnitt in der Entwicklung des Postbeförderungsdienstes ein.

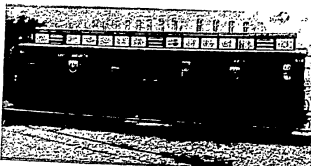


Bild 2. Einer der ersten Bpw mit vier Achsen (Aufn. IFF)

Um das Wageninnere geräumiger zu gestalten, verlegte man den Abort in den Paderaum. Die Flügel für zwischen Pack- und Briefraum wurde durch eine Schiebertür ersetzt. Vom Jahre 1877 an erhielten die Wagen Druckluftbremsen und kurz darauf Dampfheizung. Auch das wachsende Raumbedürfnis mußte gelöst werden. So kam es 1883 zum Bau von 12 m langen dreischelligen Bpw, die zunächst bei der Königlich-Sächsischen Staatsbahn in Betrieb genommen wurden. Nachdem auch Preußen dem Bau größerer Bpw zustimmte, baute man dort 12 m lange Bpw mit vier Achsen, die in zwei Drehgestellen angeordnet waren. Dadurch wurde ein wesentlich ruhigerer Lauf der Wagen erzielt (Bild 2). Durch Betriedspannvorrichtungen konnte außerdem das Innere des Wagens verbessert werden. Die neuen Vorrichtungen sind seit 1895 in allen Bpw zu finden.

In den Schnell- und Kurierzügen wickelte sich der Briefpostbetrieb zu Anfang in einem Abteil des Eisenbahngüterwagens (Postabteil) ab. Zur Übernahme der Briefbeutel in Bahnhöfen, in denen die Züge nicht hielten, waren die Postabteile mit einer besonderen Fangvorrichtung ausgestattet. Sie bestand aus einem Netz, das während des langsamen Durchfahrens der Züge durch die Bahnhöfe an einer etwa 2 m langen Stange aus dem Wagenfenster gesteckt wurde. Die Beamten der Ortspostanstalten mußten die Briefbeutel in das Netz werfen, wobei nicht die Räder des Zuges geüben. Mit Genugtuung begrüßten es daher die Beamten, daß diese Einrichtung 1875 (nach zehnjährigem Bestehen) abgeschafft wurde. Ergänzend kann noch hinzugefügt werden, daß zur Abgabe der Bahnposten während der Fahrt keine besonderen Vorrichtungen vorhanden waren. Die Beutel wurden lediglich abgeworfen.

Mit der Zunahme des Postverkehrs verschoben sich die Verhältnisse auf den Hauptstrecken mußten immer mehr geordnet auf den Nebenbahnhöfen die Postabteile nach und nach in diesen Postabteilen wickelte der Eisenbahnpostkondukteur den Paketverkehr ab. Ihm oblag auch der Austausch geschlossener Beutel.

Da mit der fortschreitenden Entwicklung der Bpw auch die Postabteile verbessert wurden, sah man sich bald gezwungen, den für die verschiedenen Anforderungen konstruierten Wagen bestimmte Gattungsbezeichnungen zu geben. Von 1881 an erhielten deshalb solche Wagen, in denen nur reine Briefpost bearbeitet wurde, das Gattungszeichen „a“. Wagen für gemischte Post, also für Pakete und Briefe, bekamen das Zeichen „b“. Außerdem wurden die Zahl der Achsen und die Kastenlänge vermerkt. Bei zweischelligen Wagen ließ man jedoch der Einfachheit halber die Achszahl fort. Ein „Post 3-b/10“ ist also ein Bpw für Brief- und Paketbearbeitung mit 3 Achsen und 10 m Kastenlänge heißt „Post-b/8,5“.

Im Jahre 1903 drangen die Eisenbahnverwaltungen darauf, die dreischelligen Bpw aus den Schnellzügen zu entfernen und durch vierachsige zu ersetzen. Die Folge davon war, daß nunmehr eine große Anzahl vierachsiger Wagen von 12 m Länge gebaut wurde. Gleichzeitig konnte das Wageninnere durch das Anbringen eines etwa 30 Liter fassenden Wasserbehälters, der die Wascheinrichtung mit Wasser versorgte, verbessert werden.

Der zweckmäßige Großraumwagen entsteht

In den Jahren 1905 und 1906 ereigneten sich mehrere für den Bahnpostbetrieb folgenschwere Unfälle. Erst auf Grund dieser traurigen Erfahrung konnte die Postverwaltung bei dem preussischen „Minister der Öffentlichen Arbeiten“ erreichen, daß 17 m lange Bpw gebaut werden durften (Bild 3). Es waren zwei Typen vorgesehen: eine Wagenart mit einem Übergang nach den anderen Wagen und einem Seitengang längs des Postbetriebsraumes und einen zweiten Typ ohne Übergang, jedoch mit Schutzabteilen an den Wagenden. Die letzte Art wurde zunächst bevorzugt gebaut, und zwar mit 2 m langen Abteilen. In dem einen brachte man die Abort- und Wascheinrichtungen sowie die Kleiderschränke unter, während das andere ohne Ausstattung blieb.

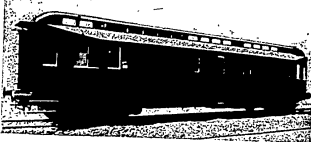


Bild 3. Bpw 4-b/17 (Aufn. IFF)

1909 gesehten sich zu den Bpw mit Schutzabteilen solche mit Seitengang. Sie ließen sich jedoch praktisch nicht bewähren, weil durch den Gang der Arbeitmann stark eingeengt wurde. Deshalb verließ man diese Konstruktion und baute dafür die Bpw mit einem Übergang und einem Mittelgang, den rechts und links die Einrichtungsgegenstände und stirnseitig zwei Türen begrenzen. Die Schutzabteile blieben erhalten. In der Gattungsbezeichnung erschien nunmehr das „a“ für den Übergang, also z. B. 4-a/17.

Die Einführung der 17-m-Wagen wurde von den Bahnpostbeamten freudig begrüßt, und es ist nur zu verständlich, daß die Diskussion über die Unzulänglichkeit der alten Wagen mehr und mehr verstummte.

Im Jahre 1883 wurden die Bpw versuchsweise elektrisch beleuchtet. Dies bewährte sich, und in den darauffolgenden Jahren verlegte man derartige Lichtanlagen häufiger. Als Energiedienst diente eine im Wagen untergebrachte Batterie, die an die Maschinenbeleuchtungsanlage hinza. Sie bestand aus einem am Untergestell des Bpw befestigten Generator, der über einem Riemen von der Wagenschache angetrieben wurde.

Trotz der verbesserten Lichtverhältnisse konnte das billige Gaslicht in der Eisenbahnbeleuchtung nicht so schnell verdrängt werden. Erst ein Eisenbahnunfall in der Schweiz im selben Jahre 1924 war Anlaß für den verstärkten Einbau der elektrischen Anlagen. Bei diesem Unfall entstand durch einen gasverursachte. Die fremden Eisenbahnverwaltungen vorverordneten gasbeheizten Wagen. Dadurch war die deutsche Bahnverfestigung der Wagenbeleuchtung zu entscheiden.

Ab 1906 entstanden die Bahnpost-Packwagen, die hauptsächlich zur Paketbearbeitung bestimmt sind (Bild 4). Der Bau derartiger Wagen hatte sich als notwendig erwiesen, weil wegen für die Postbeförderung herangezogen werden mußten. Längen von 8,5 und 10 m zweischellig gebaut (Post-c/10). Die einfache Ausstattung in Form von Paketbrettern und einem kleinen Fachwerk. Teilweise sind auch Öfen und Aborte eingebaut.

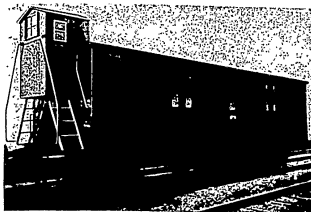


Bild 4. Bpw 3-c/10 (Aufn. IFF)

Die Weiterentwicklung nach 1925

Grundsätzlich hat sich an der Raumgestaltung der Bpw in den nächsten Jahren nichts Wesentliches geändert. 1925 wurden die Wagen auf 20 m verlängert. Ab 1936 entstanden Bpw aller Gattungen (a, b und c) mit einer Kastenlänge von 21,6 m (Bilder 5 und 6). Sie erhielten windschnittige Form, zum Teil mit heruntergezogener Seitenwand. An den Stirnden wurden die Seitenwände als Windbleche ausgebildet. Der Dachaufbau für das Oberlicht fiel weg. An dessen Stelle setzte man in die Dachwölbung über den Seitenwänden an den erforderlichen Stellen gewölbte Oberlichtscheiben ein. Die Stirnwände erhielten z. T. Übergangseinrichtungen. Die sanitären Einrichtungen sowie die Beleuchtung wurden gegenüber den früheren Wagentypen verbessert. Damit entstanden Wagen, die auch heute noch auf allen Strecken und in schnellen Zügen eingesetzt sind. Wenn auch die Beleuchtungsanlage und die Beleuchtung der Wagen nicht mehr unseren heutigen Ansprüchen genügen, so war doch in dieser Bauweise ein Standardtyp in der Verwendungsart sowie in der Konstruktion geschaffen worden.

Als Ergänzung der Typereihe baute man ab 1938 15-m-Wagen mit 4 Achsen in 2 Drehgestellen (Bild 7), und zwar nach als b- und c-Typen.

Mit der Vergrößerung der Wagen wuchs auch die Tragfähigkeit. Während der 17-m-Wagen für eine Tragfähigkeit bis zu 10 t gebaut wurde, trug der 20-m-Wagen 16 t, der 21,6-m-Wagen 20 t und der 15-m-Wagen 12 t.

Wenn die Tragfähigkeit wesentlich schneller anwuchs als die Größe der Kastenaufbauten, so ist dies auf neue Konstruktionsmerkmale im Wagenbau zurückzuführen, die eine wesentliche Herabsetzung des Eigengewichts brachten und gleichzeitig eine größere Tragfähigkeit zuließen. Bis 1922 wurden die Wagenkästen in Holzgeplätt ausgeführt und außen mit Holz oder Blech verkleidet.

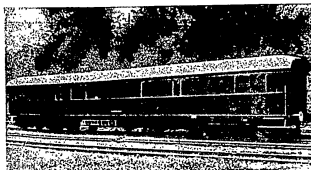


Bild 5. Bpw 4-b-11/21,6 (Aufn. IFF)

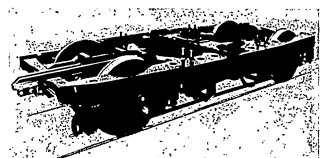


Bild 6. Drehgestell eines Bpw mit 21,6 m Kastenlänge (Aufn. IFF)



Bild 7. Bpw 4-b/15 (Aufn. IFF)

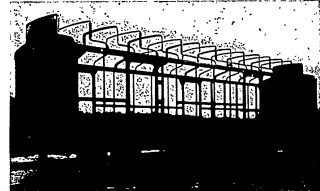
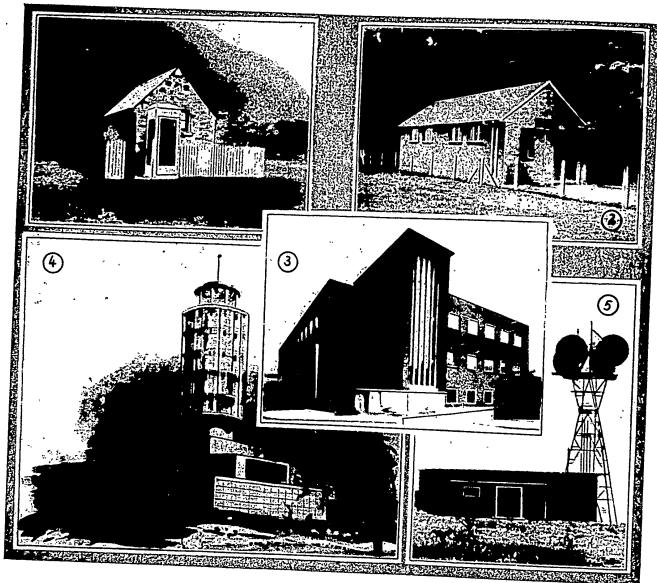


Bild 8. Stahlgerippe eines Bpw 3-b/12 (1922). (Aufn. IFF)

In den Jahren 1922 bis 1925 ging man jedoch dazu über, an Stelle des Holzgerippes ein solches aus Stahl in ganzzahliger Ausführung herzustellen und die Außenverkleidung nur noch in Blech vorzusetzen (Bild 8). Bei den 21,6-m-Wagen hat man den letzten Schritt getan, indem man die genietete Stahlbauweise durch eine vollgeschweißte Ausführung ersetzte. Derartige Fahrzeuge besitzen eine große Rammfestigkeit. Es wird gefordert, daß die Rahmen einem Druck von 200 t in Längsrichtung standhalten, ohne daß eine bleibende Formveränderung eintritt. Dadurch ist es klar, daß Wagen einer so stabilen Bauart bei Unfällenfällen sehr widerstandsfähig sind und damit den mit-fahrenden Postangestellten den größtmöglichen Schutz bieten.

Mit dem zuletzt beschriebenen Bpw ist aber die Verbesserung der Bpw und die Erleichterung des schweren Bahnpostdienstes nicht beendet. Zwar wurde durch die Kriegsjahre eine weitere Entwicklung dieses friedlichen Zwecken dienenden Fahrzeuges vorübergehend unmöglich gemacht, heute jedoch werden die vorhandenen Wagen laufend verbessert sowie neue Bpw entwickelt und mit den z. Z. möglichen technischen Neuerungen ausgestattet. Darüber soll an dieser Stelle demnächst in einem weiteren Bericht gesprochen werden.

Typenhäuser für Vermittlungsstellen und Verstärkerämter in Großbritannien



In der Mitte der zwanziger Jahre entstand auch in Großbritannien ein Bedarf an kleinen Vermittlungsstellen (VSt) und den entsprechenden Gebäuden für ihre Unterbringung. Es wurden drei Größen von VSt für 100, 200 und 800 Anrufleistungen (AE) und für die VSt zu 100 und 200 AE 3 Typenhäuschen A, B und B 1 mit einer Nutzfläche von 110, 200 bzw. 300 Quadratfuß und einer nutzbaren Höhe von acht und neun Fuß gemortel (3,28 engl. Fuß = 1 m bzw. 1 engl. Fuß = 30,5 cm). Bild 1 zeigt ein Typenhäuschen A aus Natursteinen. Für die VSt zu 800 AE wurden drei Typenhäuser D, E und F entwickelt, von denen Typ E und F erweiterungsfähig sind.

Neue Aufgaben stellten die Richtfunkverbindungen mit ihrem je nach der Anzahl der Systeme verschiedenen großen Raumbedarf für Relaisstellen. Bild 4 gibt einen Entwurf für das Gebäude der Relaisstelle einer Vielkanal-Richtfunkverbindung wieder, während das Bild 5 eine bereits in Betrieb befindliche Relaisstelle zeigt.

H. Graf

(Auszug aus The Post Office Electrical Engineers' Journal 49, 1956, Heft 3, S. 249-251.)

Für die Unterbringung der bei Koaxialkabelsystemen in geringen Abständen erforderlichen Verstärker wurden vier Typenhäuschen mit verschieden großer Grundfläche geschaffen. Der Standardtyp CR 6 ist in Bild 2 dargestellt.

Nach dem 2. Weltkrieg trat ein Wandel im Baustil ein, der auch bei Gebäuden für Fernmeldezwecke eine Anpassung an die Umgebung und breite Fenster als dekoratives Mittel zur Fassadengestaltung anstrebt. Bild 3 zeigt als Beispiel das Gebäude für die VSt York.

Bei den Fernsehendern in Alger und Tunis wird die Zweckmäßigkeit des Landes (arabisch und französisch) dadurch berücksichtigt, daß zum Bild zwei Tonkanäle gesendet werden. Aus Gründen der Frequenzbandersparung werden beide Sprachen im Impuls-Zeitverfahren dem gleichen Träger aufmoduliert. Im Empfänger wird die jeweils gewünschte Sprache durch einen einmalig einzustellenden Demodulator ausgetastet.

In der Volksrepublik China sind nunmehr die ersten Elektronenröhren aus eigener Produktion herausgebracht worden. Die Fabrik in Peking wurde mit Einrichtungen aus der UdSSR ausgerüstet.



RUNDFUNKGERÄTE FERNSEHGERÄTE

Ab Leipziger Frühjahrsmesse 1957 mit 2200 qm Kollektivschau erstmalig im Haus der Rundfunk- und Fernsehgeräte Städtisches Kaufhaus · Leipzig C 1, Neumarkt 9-19

Um Ihren Besuch bitten die Werktätigen der RFT-Betriebe

- VEB Stern-Radio Berlin
- VEB Stern-Radio Rodlitz
- VEB Stern-Radio Sonneberg
- VEB Stern-Radio Staßfurt
- VEB Funkwerk Dresden
- VEB Funkwerk Halle
- VEB Funkwerk Leipzig
- VEB Funkwerk Zittau
- VEB RADEFNA-Werke, vormals VEB Sachsenwerk Rudolstadt
- VEB Fernmelde- u. Radioröhrenwerk Bad Blankenburg
- VEB Werk für Fernmelde- u. Radioröhrenwerk, Berlin-Oberschönau
- VEB Funkwerk Erfurt
- VEB Röhrenwerk „Anna Seghers“, Neukirchen
- VEB Röhrenwerk Mühlhausen
- VEB Technisch-Physikalische Werkstätte Thalheim
- VEB Kondensatorwerk Cera
- VEB Kondensatorwerk Feilberg
- VEB Kondensatorwerk Gölitz
- VEB Werk für Bauelemente der Nachrichtentechnik „Carl von Ossietzky“, Teltow
- VEB Elektro- u. Radioröhrenwerk Dorfhan
- VEB Elektrotechnik Eisenach
- VEB Werk für Bauelemente der Nachrichtentechnik Großhennhausen

Neuerscheinung

H. Hamann, K. H. Henning, C. Reiche

Mechanisierung im Postwesen

Etwa 156 Seiten · 55 Abbildungen · broschiert · etwa 5,- DM

Die Autoren, Mitglieder des Instituts für Post- und Fernmeldewesen, stellen sich mit dieser Broschüre die Aufgabe, die Mitarbeiter des Postwesens über den Stand der Mechanisierung und Automatisierung der Arbeitsprozesse im Zusammenhang mit der Brief-, Päckchen- und Postbeförderung zu informieren. Bei gleichzeitiger kritischer Einschätzung der sich im Betrieb befindlichen Maschinen, Geräte und Einrichtungen zeigen sie die Perspektive der künftigen Entwicklung der technischen Anlagen auf. Während sie die einzelnen in- und ausländischen Maschinen, ihre Arbeitsweise und den ökonomischen Nutzeffekt untersuchen, geben sie bereits eine eindeutige Antwort auf die Frage, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, damit die moderne Technik im Postwesen eingeführt werden kann.

Die Broschüre ist beim Postzeitungsvertrieb zu bestellen

GEBRÜDER SENF LEIPZIG C 1



Konten: Deutsche Notenbank Leipzig 75 82 oder Postcheck Leipzig 474 · Postfach 421

Büro: Nordpl. 2 · Laden: Barfußgäßchen (am Markt)

Briefmarkenhandlung und philatelistischer Fachverlag

Monatlich eine Lagerliste mit Markenangeboten aus aller Welt zu verbilligten Preisen. Wir unterhalten ein reiches Lager von Briefmarken aus aller Welt und machen Auswahlen länderspezifisch geordnet! Wir bearbeiten Fehllisten, führen Prüfungen aus und handeln mit Bedarfsartikeln aller Art! Wir kaufen Einzelmarken sowie ganze Sammlungen oder verwerten Nachlässe gewissenhaft auf Grund unserer jahrzehntelangen Erfahrungen!

# Unser LEXIKON

## Rohrpost

Zur schnelleren Beförderung von Briefsendungen oder ähnlichen wird im Ortsdienst die Rohrpost verwendet. Auch Telegramme, Schecks, Eilbriefe und Gesprächsblätter lassen sich damit befördern.

Die Sendungen werden in Büchsen gesteckt und mit Luft durch ein Röhrensystem getrieben oder angesaugt. Im allgemeinen unterscheidet man Haus-, Stadt- und Zettelrohrpostanlagen.

Hausrohrpostanlagen werden im innerbetrieblichen Verkehr einer Dienststelle (z. B. PA oder FMA) verwendet.

Stadtröhrenpostanlagen dienen zur Beförderung eiliger Sendungen zwischen Postanstalten des Stadtgebietes.

Zettelrohrpostanlagen werden zur Beförderung von Gesprächsblättern oder ähnlichen Zetteln verwendet. Die Zettel

erhalten durch Falten eine „Faltna“. Dadurch hat die Druck- oder Saugluft den zur Beförderung in den flachen, rechteckigen Kanälen nötigen Widerstand, und eine Büchse ist nicht erforderlich.

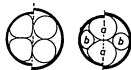
Die normale Rohrpostanlage besitzt runden Querschnitt mit einem Rohrdurchmesser von 65 mm. Die Büchse einer solchen Rohrpost nimmt etwa zehn einfache Briefe oder zwanzig Telegramme auf.

Während in Hausrohrpostanlagen mit Saugluft gearbeitet wird, verwendet man in Stadtröhrenpostanlagen meist Druck- und Saugluft kombiniert. Zur Gewährleistung eines sicheren Betriebs wird die Luft künstlich mittels Kühlanlagen angefeuchtet. Die Büchsen werden mit einer Geschwindigkeit bis zu 15 m/s durch das Röhrensystem getrieben. Größere Anlagen enthalten elektrisch gesteuerte Weichen, wodurch z. B. zwei Stränge auf einem Teil der Strecke ein gemeinsames Fahrrohr benutzen können.

## Sektoren- oder Bündelkabel

In vielen Ländern (vor allem in USA, Großbritannien und vereinzelt in Westdeutschland) fertigt man die hochpaarigen Ortskabel nicht als Lagenkabel mit konzentrischem Aufbau, sondern als Sektoren- oder Bündelkabel. Hierbei werden mehrere Einheitskabel von 50, 100 oder 200 DA unter einem gemeinsamen Bleimantel zusammengefaßt. Die elektrischen Werte der Kabel sind dieselben wie die der Lagenkabel. Zweckmäßig werden Bündelkabel gebildet, indem man entweder 3, 4 (linkes Bild) oder 7 Bündel oder 2 Hauptbündel mit 2 Nebenbündeln (rechtes Bild) zusammen verspült. Die einzelnen Bündel werden dabei sektorförmig zusammengedrückt, so daß die Hohlräume möglichst ausgefüllt sind, und dadurch ein wirtschaftlich tragbarer Durchmesser erzielt wird. Es kann auch ein gemischter Aufbau verwendet werden, wenn beispielsweise ein Linienverzweiger mit 100 DA 0,6 mm und 600 DA 0,4 mm zu versorgen ist. Das 100 paarige Bündelkabel 0,6 mm bildet hierbei den Mittelsektor, um den die übrigen 6 Kabel mit 0,4 mm angeordnet sind.

Dieser Kabeltyp bringt sowohl Vorteile bei der Kabelfertigung als auch bei der Montage: So können große Längen Einheitskabel hergestellt werden, die zur Typisierung der Kabelfertigung beitragen. Bei der Montage wird die Aufteilung der Kabel in einer Spülstelle können, soweit es der Platz im Kabelschacht an einem anderen Bündel des Kabels, gleichzeitig arbeiten, so die Gefahr von Adernvertauschungen beim Spülrennen der Bündel mit der niedrigen Adernzahl (50, 100, 200) geringer als bei konzentrischen Kabeln hoher Adernzahl. Durch den gebündelten Aufbau lassen sich alle gängigen Kabeltypen bis zu 2100 DA (also 700 DA mehr als bei der alten Bauweise) herstellen und damit auch eine leistungsfähigere Ausnutzung der vorhandenen Kanäle bis zu Netzweitzwecken erreichen.



## Ferrit-Antennen

Ferrit-Antennen ermöglichen bei der enormen Verstärkung neuzeitlicher Rundfunkempfänger den Empfang vieler Sender. Solche Antennen — auch Ferrit-Perlenantennen oder Ferrit-Stabantennen genannt — haben die Eigenschaft, Sender, die in Stabrichtung liegen, bevorzugt und mit größerer Lautstärke zu empfangen als Sender, die nicht in Stabrichtung aufgestellt sind. Hierdurch gelingt es, zwei frequenzbenachbarte Sender, deren Helligkeitsverläufe in verschiedenen Winkeln einfallen, leichter zu trennen (einen Sender auszuspülen).

Die Ferrit-Antenne ist im Gehäuseinnern angeordnet und kann von außen mit einem Drehknopf um mindestens 180° gedreht werden. Sie besteht aus einem Ferritstab von etwa 25 cm Länge und 10 bis 12 mm Ø, auf den je eine Wicklung für Kurz-, Mittel- und Langwellen aufgebracht ist, die die Induktivität des Empfänger-Eingangskreises bildet. Bei UKW-Empfang ist die Ferrit-Antenne nicht wirksam.

Damit nur die magnetische Feldenergie der Sender aufgenom- men wird, sind derartige Antennen oft mit einem geschichteten Aluminiumrohr abgeschirmt, das das Eindringen

elektrischer Feldlinien erschwert. Hierdurch wird eine bessere Polwirkung erzielt.

Die Drehvorrichtung der Antenne muß mechanisch sehr zuverlässig ausgeführt werden. Alle Zuleitungen zu den Spulen fällig abzuschirmen, damit Kopplungen mit anderen Spulen des Empfängers nicht auftreten können.

In Koffereempfängern verzichtet man natürlich auf die komplizierte Drehvorrichtung, weil der gesamte Empfänger bequem in die erforderliche Richtung gebracht werden kann. Man sieht sich keine Abschirmung der Antenne vor.

Für die genannten Antennen geeignete Ferrite sind weichmagnetische Werkstoffe (leicht magnetisierbar, geben bei geringsten Gegenfeldern den Magnetismus fast restlos wieder ab) auf der Basis von Eisen-, Mangan-, Nickel- und Zinkoxyden (Koerzitivkraft kleiner als 10 Oersted). Mit einem Einheitswert von 10<sup>6</sup> ... 10<sup>11</sup> O mm<sup>2</sup>/m sind sie als Halbleiter anzusehen. Im magnetischen Wechselfeld zeigen sie nur geringe Verluste. Ihre Anfangspermeabilität erreicht Werte bis zu 2000.

## Neue Postwertzeichen im Jahre 1957

Im Heft 5/56 unserer Zeitschrift „Die Deutsche Post“ wurde der Emissionsplan 1957 für Postwertzeichen veröffentlicht.

Jedem Mitarbeiter der Deutschen Post ist selbstverständlich bekannt, daß die Postwertzeichen zum Erleben und Verrechnen der Gebühren für das Befördern von Postsendungen sowie für aus Verriichten anderer postdienstlicher Leistungen dienen. Darüber hinaus ist aber das Postwertzeichen ein künstlerisches Mittel, den Menschen der ganzen Welt Kenntnis von den Erfolgen unseres Arbeiter- und Bauern-Staates zu geben und die Entwicklung unserer Kultur, mit unserem Kampf um die Verbreitung der Humanität, kurz, mit dem Aufbau des Sozialismus in unserer Republik bekannt zu machen.

Um das „Postwertzeichenjahr“ planmäßig beginnen zu können, stellte die Hauptverwaltung für Post- und Zeitwesen bereits im 3. Quartal des Vorjahres den Emissionsplan 1957 für Sonderpostwertzeichen auf, für den wertvolle Hinweise von vielen offiziellen Stellen, aber auch aus Kreisen der Bevölkerung vorliegen. So erreichten uns beispielsweise Zuschriften, in denen vorgeschlagen wurde, die Serie „Dresdner Gemälde“ fortzuführen. Nach diesem Vorschlag erschienen im 1. Quartal 1957 weitere Postwertzeichen dieser Serie. Es wird damit nochmals auf die Rückgabe der kostbaren Gemälde durch die Sowjetregierung aufmerksam gemacht.

Trots des vom Minister bestätigten Emissionsplanes müssen, entsprechend der jeweiligen Situation, oft zusätzlich Sonderpostwertzeichen herausgegeben werden.

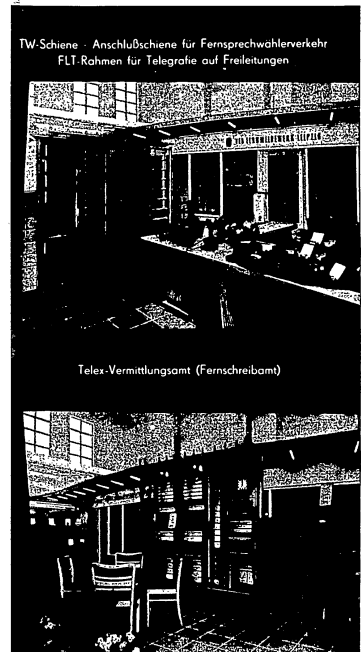
Alle diese Arbeiten deuten darauf hin, daß wiederum ein arbeitsreiches Jahr vor uns liegt, zumal bei der Herausgabe eines Sonderpostwertzeichens zahlreiche Faktoren zu beachten sind. Viel Freude und Sorge, das ehrliche Bemühen aller Beteiligten, das Beste zu geben, sind in unseren Postwertzeichen enthalten. Deshalb sei an dieser Stelle nochmals an alle Kollegen des Stempelbetriebes appelliert, die Sendungen, auf denen Sonderpostwertzeichen kleben, auch besonders sorgfältig abzustempeln, damit die Empfänger — darunter vor allem Briefmarkensammler — Freude an den Marken haben, die als Briefliche Sendboten von unserer Republik künden.

Gretel Baumgart, Berlin

## So kann man für Postmietbehälter werben!

Der Weichpacketspostverkehr hat auch diesmal wieder allen Kolleginnen und Kollegen beste Möglichkeiten, sich für die Erfüllung ihres Betriebsplanes einzusetzen.

Eine nicht zu unterschätzende Möglichkeit bestand z. B. in der Werbung für den Postmietbehälterverkehr. Wir haben sie folgendermaßen durchgeführt: Bei der Annahmefähigkeit in unserem Zweigpostamt fragten wir jeden Einlieferer eines Paketes, das nach einem Ort innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik adressiert war, ob in der Sendung zerbrechliches Gut enthalten sei. Wurde die Frage bejaht, dann empfahlen wir, einen Postmietbehälter zu benutzen. Auf diese Weise war es möglich, im November (bei 37 angenommenen Paketen) eine Mehrfachnahme von 22,25 DM und im Dezember (bei 185 angenommenen Paketen) eine solche von 108,90 DM zu erzielen. Beachtenswert ist hierbei die Tatsache, daß wir bei der Empfehlung von Postmietbehältern nicht nur mithalfen, die in diesem Dienstzweig investierten Mittel flüssig zu machen; wir halfen auch mit, durch Benutzung von Postmietbehältern die in jedem Weichpacketspostverkehr auftretende große Zahl von beschädigten Paketsendungen zu verringern.



TW-Schiene - Anschlußschiene für Fernsprechwahlverkehr  
FLT-Rohren für Telegrafie auf Freileitungen

Telex-Vermittlungsamt (Fernschreibamt)

nd Fernverkehr • Komplexe Wahl-  
reihwählern • Komplexe Wähl-  
ellen Wahlstufen nach dem System  
en mit beliebigen Ausbaumöglich-  
keiten • Fernschreibwähleinrich-  
tungen • Fernsprechtischapparate W 38 •  
Wählampenschränke • OB-Klappen-  
r für die Fernmeldetechnik



DER FERNMELDETECHNIK  
Halle 18 (früher Halle VII) Erdgeschoß



# Unser



## Rohrpost

Zur schnelleren Beförderung von Briefsendungen oder ähnlichem wird im Ortsdienst die Rohrpost verwendet. Auch Telegramme, Schecks, Eilbriefe und Gesprächsblätter lassen sich damit befördern.

Die Sendungen werden in Büchsen gesteckt und mit Luft durch ein Röhrensystem getrieben oder angesaugt. Im allgemeinen unterscheidet man Haus-, Stadt- und Zettelrohrpostanlagen.

Hausrohrpostanlagen werden im innerbetrieblichen Verkehr einer Dienststelle (z. B. PA oder FMA) verwendet.

Stadtrohrpostanlagen dienen zur Beförderung seltener Sendungen zwischen Postanstalten des Stadtgebietes.

Zettelrohrpostanlagen werden zur Beförderung von Gesprächsblättern oder ähnlichenzetteln verwendet. Die Zettel

## Sektoren- oder Bündelkabel

In vielen Ländern (vor allem in USA, Großbritannien und weitausgehend in Westdeutschland) fertigt man die hochspannigen Ortskabel nicht als Lagenkabel mit konzentrischem Aufbau, sondern als Sektoren- oder Bündelkabel. Hierbei werden mehrere Einheitskabel von 50, 100 oder 200 DA unter einem gemeinsamen Bleimantel zusammengefaßt. Die elektrischen Werte der Kabel sind dieselben wie die der Lagenkabel. Zweckmäßig werden Bündelkabel gebildet, indem man entweder 3, 4 (Unites Bild) oder 7 Bündel oder 2 Hauptbündel mit 2 Nebenbündeln (rechts Bild) zusammen versellt. Die einzelnen Bündel werden dabei sektorförmig zusammengedrückt, so daß die Hohlräume mit Licht ausgefüllt sind, und dadurch ein wirtschaftlich tragbarer Durchmesser erzielt wird. Es kann auch ein gemischter Aufbau verwendet werden, wenn beispielsweise ein Linienvorwerk mit 100 DA 0,6 mm und 600 DA 0,4 mm zu versorgen ist. D. 100paarige Bündelkabel 0,6 mm bildet hierbei den Mittelast und den die übrigen 6 Kabel mit 0,4 mm angeordnet sind.

## Ferrit-Antennen

Ferrit-Antennen ermöglichen bei der enormen Verstärkung zentraler Rundfunkempfänger den Empfang vieler Sender. Solche Antennen — auch Ferrit-Pellantennen oder Ferrit-Stationen genannt — haben die Eigenschaft, Sender, die Stabrichtung liegen, bevorzugt und mit größerer Lautstärke zu empfangen als Sender, die nicht in Stabrichtung aufgestellt sind. Hierdurch gelingt es, zwei frequenznahe Sender deren Trägerschwingungen in verschiedenen Winkeln einfallen leichter zu trennen (einen Sender auszuspielen).

Die Ferrit-Antenne ist im Gehäuseinnern angeordnet und kann von außen mit einem Drehknopf um mindestens 18 Grad gedreht werden. Sie besteht aus einem Ferritstab von 25 cm Länge und 10 bis 12 mm  $\sigma$ , auf den je eine Wicklung für Kurz-, Mittel- und Langwellen aufgebracht ist; die Induktivität des Empfänger-Eingangskreises bildet. Bei UKW-Empfang ist die Ferrit-Antenne nicht wirksam.

Damit nur die magnetische Feldenergie der Sender abgenommen wird, sind derartige Antennen oft mit einem geschützten Aluminiumrohr abgedeckt, das das Eindringen

## Ein Vorschlag zum Verbessern der Kinderferienlager

Über den Wert der Kinderferienlager braucht man nicht zu sprechen. Es genügt, wenn jeder von Zeit zu Zeit seiner eigenen Kindheit erinnert, um sich dessen bewußt zu werden, daß wir kein Recht haben, in dieser großartigen Einrichtung eine Selbstverständlichkeit zu sehen.

Aber es ist unsere Aufgabe, in allen von uns beeinflussten Dingen nach Vollkommenheit und höchstem Nutzeffekt zu streben. Die Einheit der Deutschen Post bietet unseren Betrieben Möglichkeiten zum Verbessern der Kinderferienlager, die in keiner Weise genutzt werden.

Die derzeitigen Verhältnisse sind bekannt. Fast alle Betriebe der Deutschen Post machen auf eigene Faust „Jagd“ auf geeignete Objekte, die sie zu erwerben oder zu mieten trachten. Je nach der Situation im Direktorfonds werden große oder größere Mittel aufgewendet, um die nötigen baulichen Veränderungen durchzuführen oder die Einrichtung zu verbessern. Zahllose Dienstreisen, zum Teil durch die ganze DDR, werden ausgeführt, bis alle kompetenten Stellen das Lager begutachtet haben. Materialtransporte folgen, die Einrichtung muß überwechselt werden usw. Nach zwei oder drei Jahren, wenn ein bequemes Heim entstanden ist, hat man „die Gegend erntet“. Die Suche beginnt von neuem. Wiederum werden zum Ausbau des neuen Objekts erhebliche Mittel aufgewendet, wenn nicht zufällig ein Tausch glückt. Wer den Anschluß verpaßt hat, beht sich mit Provisorien im Saal irgendeiner Dorfjugendstätte, und die Betroffenen sind die erhaltungsbedürftigen Kinder.

Vom Wirtschafts- wie vom Betreuungspunkt aus ist es meiner Meinung nach an der Zeit zu überprüfen, welche Vorteile eine sinnvolle zentrale Lenkung auf Bezirksbasis bietet.

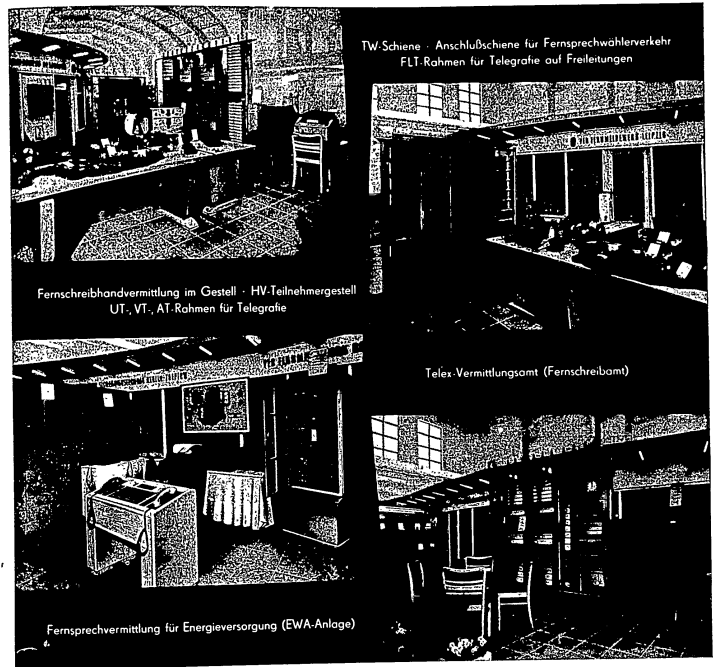
Gedacht ist an eine Kommission, bestehend aus je einem Vertreter der Ämter sowie der BPP, deren Aufgabe es ist, geeignete Objekte zum Erwerb oder zur langfristigen Anmietung ausfindig zu machen und vorzuschlagen. Am erforderlichen Mittelaufwand müßten sich alle Ämter mit ihren Direktorfonds proportional beteiligen. Die Kommission hätte jährlich zu beschließen, welches Lager die einzelnen Ämter belegen. Eine derartige Lösung würde folgende Vorteile ergeben:

1. Der großzügigste Ausbau und die vollkommenste Ausstattung der Lager sind gewährleistet, weil eine langfristige Nutzung sichergestellt ist.
2. Es gibt keinen sich nicht amortisierenden Mittelaufwand.
3. Die Kinder können jährlich ein anderes Lager besuchen und damit alle Gegenden der DDR kennenlernen.
4. Es herrscht größtmögliche Gerechtigkeit in der Betreuung aller Postkinder.
5. Die vollständige Auslastung der Lager ist gewährleistet.
6. Es gibt bei den verantwortlichen Stellen der Ämter keine Ungewißheit und auch keine überstürzten Maßnahmen wegen des Kinderferienlagers mehr. Rudolf Nagel, Leipzig

## Morenz & Kirsten

LEIPZIG W 33  
William-Zipperer-Straße 14  
Telefon 40252

## Innenausbau



TW-Schiene - Anschlußschiene für Fernsprechwählverkehr  
FLT-Rahmen für Telegrafie auf Freileitungen

Fernschreibhandvermittlung im Gestell - HV-Teilnehmergestell  
UT, VI, AT-Rahmen für Telegrafie

Telex-Vermittlungsamt (Fernschreibamt)

Fernsprechvermittlung für Energieversorgung (EWA-Anlage)

Fernsprechvermittlungen für Orts- und Fernverkehr • Komplexe Wähl-einrichtungen mit Dreh- und Hebdrehwählern • Komplexe Wähl-einrichtungen mit Motorwählern und allen Wahlstufen nach dem System VStW 53 • Nebenstelleneinrichtungen mit beliebigen Ausbaumöglichkeiten • Bahnselbstanschlußeinrichtungen • Fernschreibwähleinrichtungen • Trägerfrequenzgeräte • Fernsprechschaltapparate W 38 • Sprechkäseln für OB und ZB • Glühlampenschränke • OB-Klappenschränke • Meßgeräte für die Fernmeldetechnik



DIE VOLKSEIGENEN BETRIEBE DER FERNMELEDETECHNIK

Zur Leipziger Frühjahrsmesse 1957: Halle 18 (früher Halle VII) Erdgeschoß

Tausende sind begeistert!  
 Auflage zum größten Teil schon vergriffen!

### Das neue Motorsport-Jahrbuch

Von Weltklassesportler ARTHUR ROSENHAMMER  
 und GÖNTER GRASSMANN

Das 171 Seiten umfassende hochinteressante Nachschlagewerk vermittelt jedem Leser einen vorzüglichen Einblick in den jüngsten Stand der Technik, bringt Berichte über Meisterfahrten, Beschreibungen neuer Rennfahrzeuge, die Ergebnisse internationaler Rennen u. v. m. (Echtes Einband, farbenprächtig, Titelbild, viele Abb., nur 5,20 DM)



Sichern Sie sich dieses fesselnd geschriebene Buch rechtzeitig bei Ihrem Buchhändler!

(Wo nicht mehr erhältlich: Vermittlung durch den Verlag, Postkarte genügt)

**SPORTVERLAG  
 BERLIN W 8**

**Bli-Batterien**  
 für Fernsprechanlagen und Notbeleuchtungen  
 Transportable Batterien für Eigenmontage  
 Ortsteste Batterien  
 Bli-Batterien für alle Verwendungszwecke

VEB  
 AKKUMULATOREN-FABRIK  
 OBERSCHONEWEIDE

Berlin-Oberschöneweide - Tel. 42 21 31 - Drahtwart: Blotzku Berlin

Physikalische Geräte  
 für Forschung und Unterricht

VEB BUCHUNGSMASCHINENWERK  
 BETRIEBSABTEILUNG LABOR-PRÜFGERÄTEBAU  
 \* KARL - MARX - STADT \*



#### R-F-T TELEFONVERSTÄRKER TV-021

Netzanschluß 110/125/220V 50/60Hz / Leistungsaufnahme etwa 5VA  
 Röhrenbelegung 1 Stück RV 12 P 2000 / Verstärkungsfaktor etwa 18 Neper

#### UNSERE WEITEREN ERZEUGNISSE:

- |                          |                          |
|--------------------------|--------------------------|
| Einseiten-Quillgraphen   | Lichtmikro-Quillgraphen  |
| Einseiten-Quillgraphen   | 3-Schleifen-Quillgraphen |
| Zweistufen-Quillgraphen  | 4-Schleifen-Quillgraphen |
| Passive Meßeinrichtungen | 5-Schleifen-Quillgraphen |
| Zermeßkammer             | Blitzgeräte              |
| Elektronenschalter       | Funkentstörgeräte        |
| Elektronenröhren         | Lichtleitrohrskopie      |



VEB MESSGERÄTEWERK ZWONITZ  
 RUF ZWONITZ 195-198



Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen  
 HERAUSGEGEBEN VON DER DEUTSCHEN POSTWERBUNG  
 2. Jahrgang Leipzig, Januar/Februar 1957 Heft 1/2

Doppelnummer

D  
I  
E  
D  
E  
U  
T  
S  
C  
H  
E



P  
O  
S  
T

## RUNDFUNKGERÄTE FERNSEHGERÄTE

Ab Leipziger Frühjahrsmesse 1957  
mit 2200 qm Kollektivschau erstmalig im  
**Haus der Rundfunk- und Fernsehgeräte**  
Städtisches Kaufhaus · Leipzig C. I. Neumarkt 9-19

- Um Ihren Besuch bitten die Werkstätten  
der RFT-Rundfunk- und Fernsehgeräte-Betriebe
- |                                                              |                                                                                   |
|--------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------|
| VEB Stern-Radio Berlin                                       | VEB Funkwerk Erfurt                                                               |
| VEB Stern-Radio Rodlitz                                      | VEB Hörsenwerk „Anna<br>Sehner“, Neubau                                           |
| VEB Stern-Radio Sonneberg                                    | VEB Hörsenwerk Mühlhausen                                                         |
| VEB Stern-Radio Stadfurt                                     | VEB Technik-Physikalische<br>Werkstätten Thalheim                                 |
| VEB Funkwerk Dresden                                         | VEB Kondensatorwerk Cera                                                          |
| VEB Funkwerk Halle                                           | VEB Kondensatorwerk<br>Freiberg                                                   |
| VEB Funkwerk Leipzig                                         | VEB Kondensatorwerk<br>Görlitz                                                    |
| VEB Funkwerk Zittau                                          | VEB Werk für Bauelemente der<br>Nachrichtentechnik „Carl von<br>Ossiasky“, Teltow |
| VEB HAFENA-Werke, vormals<br>VEB Schenkerwerk Hildesberg     | VEB Elektro- u. Radiozubehör<br>Dorfka                                            |
| VEB Meldegerätekonzern<br>Zwickau                            |                                                                                   |
| VEB Fernmelde-<br>werk Bad Blankenburg                       |                                                                                   |
| VEB Werk für Fernmelde-<br>wesen, Berlin-Oberhohens-<br>wede |                                                                                   |



VEB Elektrotechnik Eisenach  
Nachrichtentechnik Groß-  
breitenbach



### Drahtversandspulen

Größe I-VI nach DIN VDE 6390  
sowie Textilspulen aller Art aus  
Holz (außer Schußspulen) u. Vor-  
garnwalzen bis 1500 mm Länge  
liefert in altbekannter Qualität

**VEB (K) Holzspulenfabrik Luckenwalde**

Sie besuchen Sie uns auf der Leipziger  
Frühjahrsmesse, Halle III, Stand 119a

### VEB Imprägnierwerk Gotha

Gotha, Mühlhäuser Straße 9, Fernruf 3828

*liefert imprägnierte:*

- Holzmaße  
für Fernmelde- und Starkstrom-Freileitungen
- Hopfenmaße
- Feldbahn-, Kleinbahn-,  
Fahrgleis-, Normalbahn-,  
Bagger- und  
Weichenschwellen
- Grubenholz

## INHALT

Seite

|                                                                                                         |    |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| STELL: Perspektiven der Automatisierung im Verbindungswesen . . . . .                                   | 1  |
| HAMANN: Die erste internationale Ausstellung über die Postmechanisierung in Rom (Fortsetzung) . . . . . | 4  |
| PHILIPP: Ökonomische Bedingungen der Deutschen Post . . . . .                                           | 7  |
| HEMMING: Mechanische Geräte im Annahmestellen . . . . .                                                 | 11 |
| SCHOBERT: Die Analysetätigkeit der Hauptbuchhalter der Deutschen Post . . . . .                         | 13 |
| SUTANER: Dynamikpresser und -dehner im Fernsprechkverkehr . . . . .                                     | 15 |
| HAASE: Einige aktuelle Fragen der Planung bei der Deutschen Post . . . . .                              | 19 |
| NAGEL: Modernere Formen für Fernsprechkäuschen und Zeitungskioske! . . . . .                            | 21 |
| ZILLMER: Der Postüberwachungsdienst . . . . .                                                           | 27 |
| GRADECKI: Von der Postulatschn zum Desimertortum 29                                                     |    |

Unser Titelbild: Kollegin Gertraude Tietz und Kollege Wolfram Jarysz  
grenzen eine Störung in einer VSW ein (Aufn. IFF)

Glitzerscheln 351

Herausgegeben von der Deutschen Postverwaltung, Redaktion „Die Deutsche Post“, Leipzig 3 2, Gustav-Freytag-Str. 42-44, Fernsprecher 30065. Verantwortlich: Lorez Hiltz, Satz und Druck: VEB Graphische Werkstätten Leipzig III 18/57. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Deutsche Postverwaltung, Berlin C2, Magasinstraße 8-11. Zur Zeit ist die Anzeigenspreiße 27,1 gütig. Die Zeitschrift „Die Deutsche Post“ erscheint monatlich (dram. Bezugsbedingungen: Vorzugspreis für Postangehörige vierteljährlich 1,60 DM. Preis für andere Besteller vierteljährlich 2,40 DM. Bestellungen nehmen die zuständigen Postzustellungsverträge entgegen. Alle Rechte vorbehalten. Nachdrucke — auch auszugsweise — nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Referate und Besprechungen mit voller Quellenangabe zulässig. Veröffentlicht unter der Lizenznummer 4234 des Amtes für Literatur und Verlagswesen der Deutschen Demokratischen Republik.

# TSISCHE POST

AS POST- UND FERNMELDEWESEN  
ON DER DEUTSCHEN POSTWERBUNG

Februar 1957

Hoft 1/2

## in Verbindungswesen

Post- und Fernmeldewesen, Berlin

Schreiben noch unterschiedlicher Techniken und getrennter Oberleitungsvermittlung wird man beide Teile zusammenlegen können. Die Forderungen muß zur Modernisierung des Nachrichtenwesens Entwicklungsarbeit geleistet werden.

Als möglich, eine vollelektronische und dabei auch wirtschaftliche Vermittlungstechnik zu entwickeln; wohl aber wird man bestimmte engbegrenzte Teilaufgaben schon heute zweckmäßig mit den Mitteln der Elektronik zu lösen versuchen, wobei hier eine Kopplung von mechanisch-elektrischen mit elektronischen Bauelementen die erste Phase auf dem Wege zur neuen Technik sein wird.

### Automatisierung des Fernsprechverkehrs Eindeinrichtungen

Die Automatisierung des gesamten Fernsprechverkehrs stellt sich als eine Vielzahl von umfangreichen Teilaufgaben dar, deren Lösungen sich stets mehr oder weniger gegenseitig beeinflussen [1]. Einmal müssen alle vorhandenen Einrichtungen (mit Ausnahme der manuell betriebenen) in ihren Betriebsbedingungen dem neu zu schaffenden System des SWP-Verkehrs angepaßt werden, andererseits sind zur Kapazitätserweiterung für alle Zwecke neue Einrichtungen zu entwickeln.

Bei den Eindeinrichtungen (Sprechstellenapparaten, Münzfernrechnern und Nebenstellenanlagen) ist die Entwicklung im Fluß. Bei den Sprechstellenapparaten sind die Mikrofon- und Telefonkapseln in ihren übertragungstechnischen Eigenschaften entscheidend zu verbessern für Exportzwecke müssen die Stationen tropfenfest gemacht werden. Münzfernrechner für Orts- und handbedienten Nahfernverkehr befinden sich zur Zeit in der Rekonstruktion, wobei für Exportzwecke ebenfalls Tropfenfestigkeit angestrebt wird. Die Entwicklung des endgültigen Münzfernrechners für den SWP-Verkehr wird vermutlich erst gegen Ende des zweiten Fünfjahresplans abgeschlossen

Bild 1. Trägerfrequenzkabel mit Konzentratoren (Aufn. IFF)

### RUNDFUNKGERÄTE FERNSEHGERÄTE

Ab Leipziger Frühjahrsmesse 1957  
mit 2200 qm Kollektivschau erstmalig im  
Haus der Rundfunk- und Fernsehgeräte  
Städtisches Kaufhaus - Leipzig C. I. Neumarkt 9-19

Um Ihren Besuch bitten die Werkstätten  
der RFT-Rundfunk- und Fernsehgeräte-Betriebe

|                                                               |                                                                                    |
|---------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------|
| VEB Stern-Radio Berlin                                        | VEB Funkwerk Erfurt                                                                |
| VEB Stern-Radio Rodlitz                                       | VEB Böhrenwerk „Anna<br>Seibner“, Neubaus                                          |
| VEB Stern-Radio Sonneberg                                     | VEB Böhrenwerk Mühlhausen                                                          |
| VEB Stern-Radio Stadlert                                      | VEB Telekolb-Physikalische<br>Werkstätten Thalheim                                 |
| VEB Funkwerk Halle                                            | VEB Kondensatorwerk Gera                                                           |
| VEB Funkwerk Leipzig                                          | VEB Kondensatorwerk<br>Freiberg                                                    |
| VEB Funkwerk Zittau                                           | VEB Kondensatorwerk<br>Göltze                                                      |
| VEB RAFENA-Werke, vormals<br>VEB Schönewerk Haldensberg       | VEB Werk für Bauelemente der<br>Nachrichtentechnik „Carl von<br>Ossiatsky“, Teltow |
| VEB Medizintechnik Zwickau                                    | VEB Elektro- u. Halbleitertechnik<br>Dorheim                                       |
| VEB Fernmeldewerk Lud<br>Blankenburg                          |                                                                                    |
| VEB Werk für Fernmelde-<br>wesen, Berlin-Oberschöne-<br>weide |                                                                                    |



### Drahtversandspulen

Größe I-VI nach DIN VDE 6390  
sowie Textilspulen aller Art aus  
Holz (außer Schutzspulen) u Vor-  
garnrollen bis 1500 mm Länge  
liefert in altbekannter Qualität

### VEB (K) Holzspulenfabrik Luckenwalde

Büro besuchen Sie uns auf der Leipziger  
Frühjahrmesse Halle III, Stand 119a

### In Sachen Post...

#### Privatgespräche

Das Verhalten eines Menschen ist dann eine strafbare Handlung, wenn es für die von den Arbeitern und Bauern errichtete staatliche und gesellschaftliche Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik gefährlich, vom Standpunkt der politischen und moralischen Auffassung der Werktätigen verwerflich, den Strafgesetzen zuwiderlaufend und nach diesen Strafgesetzen zu bestrafen ist. Diese geltende Definition des materiellen Verbrechensbegriffs klingt für den Nichtjuristen wohl etwas zu „klosterlich“ und wird deshalb von ihm kaum registriert. Aber gerade die Merkmale der Gesellschaftsgefährlichkeit und der moralisch-politischen Verwerflichkeit sind es, die ein näheres Betrachten durchaus verdienen, zumal es auch im Post- und Fernmeldewesen jederzeit aktuell sein können.

Es gibt eine ganze Reihe von Handlungen, bei denen jeder weiß, daß sie „sogar nicht unfähig“ sind, die aber vereinzelt dennoch begangen werden. „So schlimm ist es ja nun auch wieder nicht“, sagen die einen, „Bagatelles“, meinen die anderen. Manchemorts wird auch von „Kavaliersdelikten“ gesprochen und gemeint, daß mit dieser Bezeichnung die Handlung über jeden Vorwurf der Verwerflichkeit erhaben sei.

Vor geraumer Zeit mußte sich die Telefonistin II. vor dem Kreisgericht in Schmalkalden wegen fahrgesetz begangener Straftaten verantworten, die sie — wie wohl auch manch andere Berufscollegen — bisher mit dem Prädikat „geringfügig“ abgetan hatte. Die Kollegin II. hatte während des Nachmittages in großer Zahl Privatgespräche geführt, ohne sich dafür die entstandenen Gebühren zu berechnen. Gesprächsblätter wurden gar nicht ausgefüllt. Da die Post infolge der Täuschung einen Einnahmeausfall erlitt, hatte das Gericht für diese vermeintliche Bagatelle eine profanere Bezeichnung: Betrag (§ 263 StGB).

In diesem Zusammenhang muß nachdrücklich auf die große rechtliche Bedeutung des Gesprächsblattes für den Fernsprecherkehr hingewiesen werden. Dieses unscheinbare Stück Papier stellt als wichtiges Dokument eine öffentliche Urkunde dar. Gegenüber dem zahlungspflichtigen Teilnehmer beweist das Gesprächsblatt Datum, Zeitdauer, Gesprächsort, Gedrühr und Teilnehmer einer Fernsprecherbindung. Und weil das kleine Gesprächsblatt in einschlägigen Streitfragen oftmals die einzige Beweisunterlage ist, wird es im Rechtsverkehr als öffentliche Urkunde besonders geschützt; deshalb weigen Verstoße auf diesem Gebiet besonders schwer. Wer vorsätzlich Gesprächsblätter falsch führt (z. B. ein zehn-Minuten-Gespräch nur mit drei Minuten vermerkt) oder überhaupt das Ausstellen von Gesprächsblättern pflichtwidrig unterläßt, begeht Falschbeurkundung (§ 348 Abs. 1 StGB). Wer vorsätzlich und rechtswidrig Änderungen (z. B. der Gesprächszeit oder der Gebühren) vornimmt oder Gesprächsblätter beiseite schafft, ist wegen Urkundenfälschung bzw. Urkundenverrichtung im Amt strafbar nach § 348 Abs. 2 StGB.

Natürlich ist im allgemeinen ein unerlaubtes Privatgespräch noch keine Sache für den Strafverleher. Hier bestehen im Dienstverhältnis gewisse Zuchtungsmaßnahmen. Auch bei mehrfacher Begehung dürften arbeitsrechtliche Folgerungen anzuwenden. Da der Telefonistin II. lag die Sache aber schlimmer. Sie ging so weit, ihren Gesprächspartner auch dann in der Leitung zu belauschen, wenn sie andere Gespräche vermittelte. Daß damit ein Unbehaltiger von Fernsprecherbindungen erfaßt, die nicht zu seiner Kenntnisnahme bestimmt waren, daß er wohl auch in die Lage versetzt war, Teile von Ferngesprächen mitzuhören, mit anderen Worten, daß das Fernmeldegeheimnis verletzt und eine strafbare Handlung (§ 355 StGB) verübt wurde, das alles war der Telefonistin II. natürlich von Anfang an klar, vermochte sie aber nicht von ihrem pflichtwidrigen Tun abzurufen. (Schluß next Heftseite)



# DIE DEUTSCHE POST

ZEITSCHRIFT FÜR DAS POST- UND FERNMELDEWESEN

HERAUSGEGEBEN VON DER DEUTSCHEN POSTWERBUNG

2. Jahrgang

Leipzig, Januar/Februar 1957

Heft 1/2

## Perspektiven der Automatisierung im Verbindungswesen

Von Dipl.-Ing. Friedrich K. STELL, Institut für Post- und Fernmeldewesen, Berlin

Zur Zeit bedienen sich Fernsprechen und Fernschreiben noch unterschiedlicher Techniken und getrennter Übertragungswege. In einem späteren Zustand der Weiterentwicklung wird man beide Teile zusammenlegen können. Wegen der außerordentlichen Vielfalt der technischen Forderungen muß zur Modernisierung des Nachrichtenwesens und seiner Technik jedoch noch eine gewaltige Entwicklungsarbeit geleistet werden.

#### Einleitung

Durch die vorhergehenden Folgen des Hitlerkrieges waren die Einrichtungen des öffentlichen Nachrichtenwesens vollkommen zerstört. Wenn die kurz nach 1945 üblichen vollständigen Wartezeiten im Fernsprecherkehr am Ende des ersten Fünfjahresplans auf durchschnittlich 18 Minuten im Endverkehr und 44 Minuten im Weitverkehr gesunken sind und mehr als die Hälfte des Fernverkehrs beschleunigt abgewickelt wird, so ist hier in den vergangenen Jahren ein gewaltiges Stück Aufbauarbeit geleistet worden, dessen Umfang nur von dem mit den Verhältnissen vertrauten beurteilt werden kann. Der bisher erzielte Erfolg findet dann seine richtige Würdigung, wenn man dabei berücksichtigt, daß in der Deutschen Demokratischen Republik erst die Industrie zur Herstellung der zahlreichen und komplizierten technischen Apparaturen aus dem Nichts geschaffen werden mußte. Keinerlei Fabrikationsunterlagen und kleinerer Werkzeuge standen uns zunächst zur Verfügung, und die vorhandenen Kader von erfahrenen Fachleuten waren — und sind leider auch heute — nur sehr klein. Das notwendige schnelle Befriedigen des Bedarfs an neuen technischen Einrichtungen und an Ersatzteilen für die bestehenden ließ zunächst nur die Rekonstruktion der Vorkriegstechnik zu. Neuentwicklungen konnten lediglich in beschränktem Umfang in Angriff genommen werden, so daß nur an einigen Stellen der Anschluß an den Weltstand der Technik erreicht werden konnte. An Beispielen können hier Trägerfrequenzkabel (Bild 1), Tonfrequenz-Fernwahl und Automatisierung des Teilnehmer-Fernschreibverkehrs genannt werden.

Eine neue Technik, die für Jahrzehnte geplant werden muß und die sehr große Investitionen erfordert, bedingt — um den Anforderungen unserer Gesellschaftsordnung gerecht zu werden und in der Zukunft gerecht zu bleiben — eine äußerst sorgfältige und gewissenhafte Entwicklungsarbeit. Außerdem stehen wir an den Anfängen der Elektronik, und man muß schon jetzt vorausschauend überlegen, wann und wie weit die Elektronik die Vermittlungstechnik beeinflussen kann. Daher ist eines der wichtigsten Erfordernisse der neu zu entwickelnden Technik eine weitgehende Elastizität, um stets das sich ändernde Verkehrsbedürfnis berücksichtigen und künftige technische Fortschritte ohne besondere Schwierigkeiten anwenden zu können. Es ist beim gegenwärtigen Weltstand der Technik noch keines-

falls möglich, eine vollelektronische und dabei auch wirtschaftliche Vermittlungstechnik zu entwickeln; wohl aber wird man bestimmte engbegrenzte Teilaufgaben schon heute zweckmäßig mit den Mitteln der Elektronik zu lösen versuchen, wobei hier eine Kopplung von mechanisch-elektrischen mit elektronischen Bauelementen die erste Phase auf dem Wege zur neuen Technik sein wird.

#### Automatisierung des Fernsprecherkehrs Einrichtungen

Die Automatisierung des gesamten Fernsprecherkehrs stellt sich als eine Vielzahl von umfangreichen Teilaufgaben dar, deren Lösungen sich stets mehr oder weniger gegenseitig beeinflussen (1). Einmal müssen alle vorhandenen Einrichtungen (mit Ausnahme der manuell betriebenen) in ihren Betriebsbedingungen dem neu zu schaffenden System des SWF-Verkehrs angepaßt werden, andererseits sind zur Kapazitätserweiterung für alle Zwecke neue Einrichtungen zu entwickeln. Bei den Endeinrichtungen (Sprechstellenapparaten, Münzfernsprechern und Nebenstellenanlagen) ist die Entwicklung im Fluß. Bei den Sprechstellenapparaten sind die Mikrophon- und Telephonkapseln in ihren übertragungstechnischen Eigenschaften entscheidend zu verbessern; für Exportzwecke müssen die Stationen tropenfest gemacht werden. Münzfernsprecher für Orts- und handbedienten Nahfernverkehr befinden sich zur Zeit in der Rekonstruktion, wobei für Exportzwecke ebenfalls Tropenfestigkeit angestrebt wird. Die Entwicklung des endgültigen Münzfernsprechers für den SWF-Verkehr wird vermutlich erst gegen Ende des zweiten Fünfjahresplans abgeschlossen

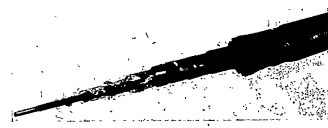


Bild 1. Trägerfrequenzkabel mit Konstanttube (Aufn. IFF)

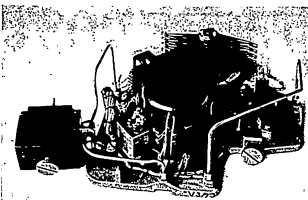


Bild 2. Motorwähler-Einschub (Aufn. IFF)

sein. Bei den kleinen und mittleren NSAn wird man voraussichtlich ab 1957 Anlagen entwickeln, die zur Herabsetzung der Pflege ohne drehende Wähler auskommen; bei den großen NSAn wird zunächst der Motorwähler, dessen Konstruktion im 1. Fünfjahresplan entscheidend verbessert worden ist, das Feld beherrschen (Bild 2). Zum Einparen von menschlicher Vermittlungsfähigkeit und zum Vermeiden der damit verbundenen Wartezeiten wird man die Durchwahl bis zur gewünschten NS allgemein einführen, wodurch die Wirtschaftlichkeit wesentlich erhöht werden kann. Die in Berlin z. B. in einem Teil der NSAn der Ministerien nachträglich in die alte rekonstruierte Technik eingeführte Durchwahl hat sich als äußerst vorteilhaft erwiesen.

Ortsverkehrstechnik

Bei den VSAn wird man nach und nach zu einer weitgehenden Dezentralisation durch weitere VSAn und Teilmärkte kommen, weil nur hierdurch für eine Kapazitätsausweitung der große Aufwand an Kupfer und Blei in wirtschaftlichen Grenzen bleibt. Da die Teilmärkte unbekannt sein werden, ist es ebenso wie bei kleinen und mittleren NSAn zum Herabsetzen der Pflegearbeit notwendig, drehende Wähler durch Relais oder Schalter zu ersetzen.

Besonders auf dem Lande ist im Fernmeldewesen viel nachzuholen, weil im Gegensatz zu den Städten der bedeutend höheren Kosten wegen vor dem zweiten Weltkrieg die Ausdehnung des flachen Landes verschwindend gering geblieben ist. An manchen Stellen, z. B. in der Rhön oder auf dem Eichsfeld, muß man sich heute noch der manuellen Einrichtungen aus den Anfängen des 20. Jahrhunderts bedienen. Das Anpassen der häufig sehr mangelhaften Anschluss-Freileitungen an die Bedingungen des SWF-Verkehrs durch Verkabeln bedarf sehr großer Aufwendungen, die aber durch neue Ortskabeltypen mit wesentlich dünneren Adern im Verein mit der Dezentralisation der VS in wirtschaftlich vertretbaren Grenzen gehalten werden können.

Bei der Technik der neu zu errichtenden VS/Ort müssen einmal die Betriebsbedingungen, die sich aus dem Eingliedern in das System des künftigen SWF-Verkehrs ergeben, eingearbeitet werden; zum anderen beginnt der Motorwähler wegen seiner universellen Verwendbarkeit und seines geringen Pflegebedarfs Einzug in die Ortsvermittlungstechnik zu halten und die bisherigen Schrittschaltwähler abzulösen. Das erste nach dem Krieg neu entwickelte Versuchs-Motorwähleramt in Erkner ist vor einigen Monaten dem Betrieb übergeben worden. Das zweite Amt mit einer gegenüber Erkner noch verbesserten Technik wird in Eggen eingesechalt.

Die Frage, ob in Deutschland ähnlich wie in verschiedenen anderen Ländern in größeren VSAn später an Stelle des Motorwählers mechanisch-elektrische Schalter treten werden, kann heute noch nicht beantwortet werden; wahrscheinlich wird aber

hier die Elektronik allmählich Einfluß gewinnen. Da die jetzt in Betrieb befindlichen VSAn bei Einführung des SWF-Verkehrs nicht verschrottet werden können, müssen die unterschiedlichen in den vergangenen Jahrzehnten entstandenen Systeme den neuen Betriebsbedingungen angepaßt werden, was erhebliche Entwicklungs- und Änderungsarbeit notwendig macht.

Fernverkehrstechnik

Schon Anfang der dreißiger Jahre hatte man bei der damaligen Deutschen Reichspost mit der Automatisierung des Fernverkehrs, soweit er ohne verstärkt betriebene Leitungen abgewickelt werden konnte, auf Grund der sogenannten „Netzgruppentechnik“ begonnen; der Weitfernverkehr sollte dabei manuell abgewickelt werden. Durch die Wiederaufrüstung und den zweiten Weltkrieg wurde jedoch der Ausbau stark gehemmt; so sind im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik nur die Netzgruppen Halle, Sangerhausen und Weimar eingerichtet worden. Manche der damaligen Betriebsbedingungen, wie Übertragung der Schaltzeichen für den Verbindungsauf- und -abbau von Amt zu Amt, Verkürzung der Verbindungswege durch Querverbindungen, selbsttätige Gebührenerfassung durch Zeitkostenzähler und automatische Verrechnung auf den Teilnehmerzähler, begegnen uns wieder beim künftigen SWF-Verkehr. Weil sich dieser aber auf das ganze Land erstrecken muß, ist es weitgehend auf verstärkte Fernleitungen angewiesen, die der günstigen Zusammenschaltung wegen im wesentlichen Vierdrahtverbindungen im Gegensatz zu den unverstärkten Zweidrahtverbindungen der Netzgruppentechnik sein werden. Da die dort verwendeten Wählverfahren der Gleich- und Wechselstromwahl für verstärkt betriebene Leitungen nicht in Frage kommen, wird die Tonfrequenzwahl, deren Entwicklung kürzlich abgeschlossen ist, weitgehend angewendet werden, wobei man die Signale zum Ansteuern der Verbindungswege in den Netzknoten mittels Frequenzen innerhalb des Sprachbandes überträgt, die die Verstärker im Leitungszug ungehindert passieren können.

In den Netzknoten werden die vierdrähtig geführten Sprechkanäle zunächst mit Motorwählern vierdrähtig durchverbunden, wobei der gesamte Verbindungszug vollkommen entdämpft werden kann. Hierdurch entsteht ein beachtlicher Dämpfungsgewinn für die örtlichen Netze, der dort dünnere Kabelarten und damit namhafte Einsparungen an Kupfer und Blei zuläßt. Auch bei dieser Technik wird man nach und nach zu elektronischen Bauelementen kommen.

Trägerfrequenztechnik

Der wachsende Bedarf an Fernleitungen kann nur durch die Trägerfrequenztechnik gedeckt werden, die es erlaubt, statt bisher eines Gespräches auf einer (vierdrähtigen) Fernleitung je nach Systemaufbau deren 12, 24, 40 oder 120 gleichzeitig zu führen (Bild 3). Die vorhandenen Fernbauelemente können durch Entspaltung für Trägerfrequenzsysteme verwendbar gemacht werden, wodurch schon eine beachtliche Kapazitätsvergrößerung möglich ist. Da hiermit auf die Dauer jedoch nicht auszukommen ist, wird mit dem Ausbau eines Grundnetzes aus neu entwickelten Trägerfrequenzkabeln begonnen, die das Anwenden von Trägerfrequenzsystemen mit 120 Kanälen gestatten und die teilweise einen koaxialen Kern (auch Koaxialtube genannt) zum Übertragen von Fernsehsendungen bzw. zum Anschluß von Trägerfrequenzeinrichtungen mit 960 Kanälen haben. Unsere Trägerfrequenzkabel haben den Anschluß an den Weltstand der Technik erreicht; bei den Trägerfrequenzeinrichtungen und den zugehörigen Zwischenverstärkern ist die Entwicklung gegenüber dem Weltstand noch zurück, weil insbesondere der Bau von modernen Kleinbauteilen bei uns noch erheblich nachhinkt. In der weiteren Perspektive muß auch die Richtfunktechnik mittels Dezentralverbindungen erster beachtet werden, weil diese die Gesamtentwicklung des Nachrichtensystems wesentlich beeinflussen kann.

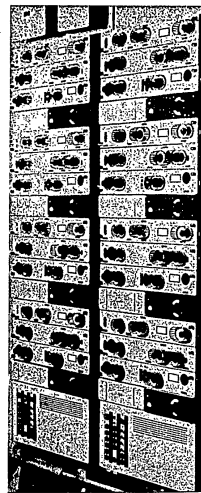


Bild 3. Trägerfrequenzsysteme: zwei Systeme für je acht Gespräche (Aufn. IFF)

Netzgestaltung

Die moderne Trägerfrequenztechnik und die Verhältnisse unserer Gesellschaftsordnung bedingen auch neue Wege in der Netzgestaltung. Konzentrationspunkte im Fernsprechverkehr sind natürlich die Kreis- und Bezirksstädte, auf die sich der Fernsprechverkehr der Wirtschaft, des Handels, der Behörden und der Organisationen ausrichtet, während der Fernsprechverkehr in der Industrie hauptsächlich zwischen den rohstoffverzeugenden und den verarbeitenden Werken verläuft. Der gesamte in einem Kreis entstehende Fernverkehr verteilt sich in großen Zügen etwa folgendermaßen:

30% fließen zur Kreisstadt, 20% (von denen der überwiegende Teil aus der Kreisstadt kommt) zu den Orten im Kreis, so daß 50% innerhalb der Kreisgrenzen verbleiben; nach der Kreisstadt streben 10% und 30% zu den übrigen Kreisen des Bezirkes; nur 10% gehen als Weitverkehr über die Bezirksgrenzen hinaus. Diese Tatsachen müssen bei der künftigen Netzgestaltung besonders sorgfältig beachtet werden.

Der Übergang vom jetzigen manuellen Fernverkehr zum automatisierten Betrieb kann natürlich nicht plötzlich geschehen, sondern benötigt der umfangreichen Investitionen wegen eine Reihe von Jahren. Im zweiten Fünfjahresplan muß vor allem die Entwicklung der gesamten Technik vorrangig beendet werden. Außerdem wird in jährlich steigendem Maße mit der Automatisierung geeigneter Stadt- und Landkreise begonnen, um vor allem Erfahrungen hinsichtlich der Verkehrsentwicklung für die endgültige Planung der Landesfernwahl zu sammeln. Daneben soll die Städterwahl in bestimmten Verkehrsbeziehungen eingeführt werden. Zum Beschleunigen des noch längere Zeit auf Handvermittlung angewiesenen Fernverkehrs wird weitgehend von der Platzfernwahl Gebrauch gemacht werden, wobei der Fernplatz im Abgangsmitteln den Verbindungsaufbau mit Wählern steuert.

Tarifsystem

Abschließend sei noch darauf verwiesen, daß das gegenwärtig noch vorhandene und aus der kapitalistischen Zeit stammende Tarifsystem durch einen neuen technisch-ökonomisch begründeten Tarif ersetzt werden muß. Dessen Ausarbeitung kann natürlich erst begonnen werden, wenn die technische Entwicklung so weit fortgeschritten ist, daß die Investitionskosten für die Vielzahl der neuen technischen Einrichtungen zu erkennen sind.

Automatisierung des Telegraphenverkehrs

Telexnetz

Wesentlich einfacher als auf dem Fernsprechsektor liegen die Verhältnisse auf dem Telegraphensektor. Die zu Anfang des Jahres 1956 begonnene Automatisierung des Telexnetzes (Netz für den Teilnehmer-Fernschreibverkehr) ist im 2. Quartal abgeschlossen worden [2]. Ende Januar ging der südliche Teil der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Knotenamt Leipzig in Betrieb; während der 3. Parteikonferenz folgte am 24./25. 3. 1956 die um zwei Wochen verweilte Einschaltung des nördlichen Teiles mit dem Knotenamt Berlin und Ende Juni Berlin-Ort als letztes TW-Amt (Bild 4). Auf diesem Gebiet ist der Weltstand erreicht, hinsichtlich der Modernisierung der Gebührengestaltung und der dazu notwendigen Einrichtungen ist er übertraffen. Um die Entwicklungszeit abzukürzen, verwendet man z. Z. ebenso wie in den westlichen Ländern noch Schrittschaltwähler. Nach und nach wird man jedoch — in erster Linie für Exportzwecke — die Weiterentwicklung auf Motor- oder Koordinatenwähler ausrichten. Mit der Automatisierung des Telexverkehrs war 1956 eine Kapazitätsvergrößerung um 85% verbunden, während die Zahl der Anschlüsse im Jahre 1957 auf 200% gegenüber Ende 1955 steigen soll. Auch hier wird das Leitungsnetz durch die nach und nach steigende Einrichtung von Teilmärkten und der damit verbundenen Dezentralisation besser ausgenutzt werden.

Wechselstromtelegraphie

Zum Decken des Bedarfs an neuen Telegraphiekanälen für den Weitverkehr haben wir künftig das vor Beginn der Nullserien-Perfektion stehende neuentwickelte 24fach-Wechselstrom-Telegraphie-System zur Verfügung, das es ermöglicht, in einem Fernsprechkanal 24 Telegraphieverbindungen gleichzeitig abzuwickeln. Entspricht dieses System zwar schaltungsmäßig dem Weltstand der Technik, so macht sich in aufbaumäßiger Hinsicht ebenso wie bei der Trägerfrequenztechnik wieder das Fehlen geeigneter Kleinbauelemente unangenehm bemerkbar, wodurch die Einrichtungen zu schwer und zu teuer werden. Für das Anschließen der Teilmärkte an die Vollmärkte in den Bezirksstädten ist der baldige Entwicklungsabschluß des nach dem Doppeltonprinzip arbeitenden 6fach-Wechselstrom-Telegraphie-Systems notwendig. (Schluß s. 3.)

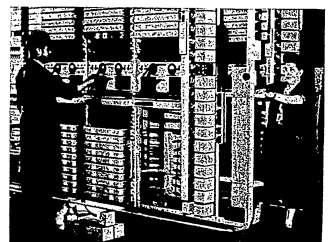


Bild 4. Wählergestelle in einem Telexamt (Aufn. IFF)

### Die erste internationale Ausstellung über die Postmechanisierung in Rom

Von Horst HAMANN, Berlin (Fortsetzung aus Heft 5/56)

#### Ein Rundgang durch die Ausstellung

Wie „Die Deutsche Post“ bereits im Heft 5/56 berichtete, besuchten Vertreter der Deutschen Post diese bedeutende Ausstellung.

Die Bilder 1 und 2 zeigen Ansichten des Palazzo Dei Congressi, während Bild 3 einen Übersichtsplan über das Ausstellungsgelände wiedergibt.

Beginnen wir nun unseren Rundgang. Hierbei soll die Reihenfolge der folgenden Länder keinen Wertmaßstab darstellen. Auch können nicht etwa alle Ausstellungsgegenstände kommentiert werden, sondern nur die bemerkenswertesten.

#### Holland

Die Ausstellung der niederländischen Post war für uns aufsehend, weil wir wußten, daß die Initiative zur mechanischen und halbautomatischen Briefverteilung von den Niederlanden ausging. So nimmt es nicht wunder, daß Holland den Hauptteil seiner Länderausstellung dem Briefdienst widmete.

Auf der Ausstellung wurde eine verbesserte Transorma-Briefsortiermaschine gezeigt, die mit 300 Ausscheidungen arbeiten konnte. Sie hat einen automatischen Anleger, der nach einem ähnlichen Prinzip wie unser Anleger konstruiert ist. Die Maschine kann Sendungen mit den größten Ausmaßen von 25x18 cm und mit der größten Dicke von 8 mm bearbeiten.



Bild 1. Eingang zum Kongreßpalast (Aufn. IPF)

(Schluß r. S.)

#### Zusammenlegung des öffentlichen Telegraphennetzes mit dem Teleknetz

Die nächste Entwicklungsstufe im Telegraphenverkehr wird sich mit dem Anschluß des öffentlichen Telegraphenverkehrs an das TW-Netz befassen. Die gegenwärtige Betriebsweise bedingt durch das Umtelegraphieren der Durchgangstelegramme in den TDSt sehr hohe Unkosten; ist doch in einer größeren TDSt die Zahl der Durchgangstelegramme über doppelt so hoch wie die Summe der abgehenden und ankommenden Telegramme. In der ersten Linie personellen Unkosten ließen sich durch Anschluß der öffentlichen Telegraphenstellen an das TW-Netz vermeiden; außerdem wäre die Wirtschaftlichkeit des TW-Netzes dadurch beachtlich zu erhöhen, daß man alle nicht dringlichen Telegramme außerhalb der verkehrstarken Zeit befördert. Vom rein technischen Standpunkt aus ist die Aufgabe sofort lösbar, jedoch müssen von der betrieblichen Seite aus erst einige Schwierigkeiten, die durch die besonderen Eigenarten des öffentlichen Telegraphenbetriebes bedingt sind, geklärt werden.

#### Telegraphen-Weitverkehr

Die internationalen Beziehungen im Telegraphenverkehr erfordern den Ausbau des Telegraphie-Weitverkehrsfunks mit

modernem Sende- und Empfangseinrichtungen und das Entwickeln spezieller Verfahren für das Funkfernsehen. Hierbei stehen wir noch am Anfang der Entwicklung.

#### Zusammenlegung des Telegraphennetzes mit dem Fernsprechnetz

Über die Möglichkeiten des Zusammenlegens des Fernsprechnetzes mit dem Telegraphennetz nach Abschluß der Automatisierung kann z. Z. noch nichts ausgesagt werden, weil diese erst untersucht werden müssen. Dies wird vieler Jahre bedürfen, so daß der Investitionsaufwand für das TW-Netz und seine Einrichtungen in jeder Weise wirtschaftlich gerechtfertigt ist. Die Zahl der technisch-wirtschaftlich zu lösenden Probleme für eine gemeinsame Technik ist recht erheblich, weshalb das IPF schon vor einiger Zeit begonnen hat, sich mit einigen grundsätzlichen Fragen zu befassen. Die bisher erzielten Ergebnisse berechtigen durchaus zu der Hoffnung, daß die Probleme in der Zukunft gelöst werden können.

#### Literatur:

- [1] Nachrichtentechnik, Heft 9, 10, 11/55.
- [2] Desgl., Heft 6, 10/55 und 05/56.

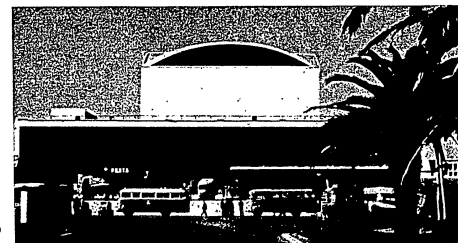


Bild 2. Kongreßpalast (Aufn. IPF)

Von dem vorführenden Kollegen der holländischen Postverwaltung wurde erläutert, daß diese Maschine erst bei einem Briefaufkommen von 9000 Sendungen je Tag rentabel sei. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß die Anschaffungs- und Betriebskosten dieser Maschine nach wie vor unverhältnismäßig hoch sind. Die stündliche Sortierleistung liegt theoretisch bei 3000 Sendungen je Verteiler, von denen jeweils fünf an der Maschine arbeiten können. Das bedeutet also, daß eine maschinelle Kapazität von 15000 Sendungen je Stunde vorhanden ist.

Auf unsere Frage, ob die uns bekannten Schwierigkeiten bei der Ausbildung der „Transormisten“ (Maschinenpersonal) behoben sind, wurde dargelegt, daß zwar genügend „Transormisten“ vorhanden seien, die Arbeit jedoch nach wie vor außerordentlich anstrengt. Das hat zur Folge, daß die Bediener der Maschine nur jeweils eine Stunde an ihr arbeiten können, die zweite Stunde mit leichter Arbeit beschäftigt werden müssen, die dritte Stunde wieder die Maschine bedienen usw. Dazu ist noch zu bemerken, daß die Maschine den Arbeitstakt des Vertellers bestimmt, d. h., der „Transormist“ ist nicht Herr über sie. Er muß sich vielmehr dem Rhythmus der Maschine anpassen. Dies bedeutet, daß er auch verhältnismäßig unbekannte und flüchtig geschriebene Anschriften in einer Mindestzeit zu lesen hat.

Auch die Weiterentwicklung der „Transorma“, die sogenannte „Super-Transorma-Maschine“, die für 20 Arbeitsplätze gegenüber fünf bei der alten) vorgesehen ist, erhöht die Arbeitsproduktivität prinzipiell nicht, weil eine Sortierleistung von über 3000 Sendungen je Verteiler bei der derzeitigen Betriebsorganisation weder technisch noch physisch möglich ist. Infolgedessen muß der Einsatz einer solchen Maschine bei uns abgelehnt werden, zumal der Herstellungspreis der von uns entwickelten Maschine, die unter wesentlich günstigeren Bedingungen eingesetzt wird, viel niedriger liegt, und der Mensch das Arbeitstempo der Maschine bestimmen kann.

Auf der holländischen Ausstellung konnten einige weitere Besonderheiten beobachtet werden, so zunächst die Aufstellmaschine. Mit ihr gelingt es, Briefe und Postkarten auf elektronische Weise mit einer stündlichen Kapazität von etwa 12500 Sendungen so aufzustellen, daß sie die Stempelmachine ordnungsmäßig durchlaufen können. Obgleich der gefundene Lösungsweg verblüffend einfach erscheint, so mußte doch zugegeben werden, daß diese Lösung technisch recht kompliziert und bereits überholt ist und durch ein Weichensystem ersetzt werden soll. Hierbei kommt die holländische Postverwaltung unseren Entwicklungsbestrebungen außerordentlich nahe (Bild 4).

Sehr glücklich gelöst scheint uns die Frage einer neuen Tastatur für die Aufstellmaschine, mit der es möglich ist, mit Hilfe von vier Tasten neun Kombinationen zu erreichen. Wir werden diese Entwicklung beachten.

Die Briefbündelschließmaschine wurde nicht weiterentwickelt, sondern findet in der bekannten Form nach der Mitteilung des Beamten der holländischen Post an zahllosen Stellen (Briefabfertigungen, Bahnposten) Verwendung.

Wir sind jedoch nicht davon überzeugt, daß der Einsatz der Briefbündelschließmaschine eine Steigerung der Arbeitsproduktivität und eine Materialeinsparung mit sich bringt. Eher wird das Gegenteil eintreten.

Das modernste Postamt, das z. Z. in Betrieb ist, steht in Den Haag. Dort sind alle vorhandenen und bekannten technischen Einrichtungen konzentriert, so daß dieses Postamt den augenblicklichen Weltstand der Technik repräsentiert. Dieser wird in Den Haag erst überholt sein, wenn das neue Postamt Rotterdam im Jahre 1960 den Betrieb aufnimmt.

Um das Problem der Verwendung von Einheitsbriefumschlägen zu lösen oder zumindest zu seiner Lösung beizutragen, hat man in Holland zwei Briefkästen zu dem Zwecke nebeneinander aufgestellt, daß genormte und ungenormte Briefumschläge und Postkarten getrennt eingeworfen werden können. Die holländische Postverwaltung gibt bei der Verwendung von Einheitsformaten einen Gehörmaßstab. Das sei wirtschaftlich durchaus zu vertreten, weil Sendungen mit Einheitsformat unverzüglich den mechanischen und automatischen Einrichtungen zugeführt werden können.

Eine längere Aussprache wurde über die Problematik der Kennzeichnung der Sendungen zum Zwecke der elektronischen Verteilung durchgeführt. Das Problem ist in Holland betrieblich noch nicht gelöst, während der technische Lösungsweg eindeutig feststeht.

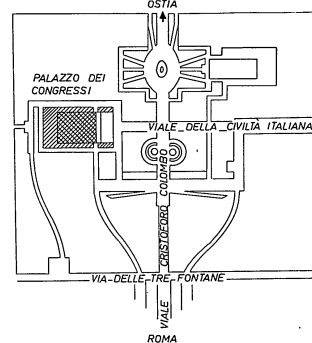


Bild 3. Lageplan des Ausstellungsgeländes

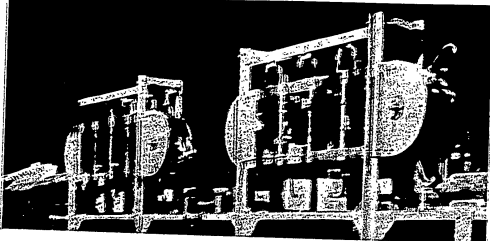


Bild 4. Internationale Fernmeldeausstellung (1956, 1957)

Die Vorteile, bei informeller Post in den Rang durch die Stützorganisation den ersten, dritten und vierten Einheiten der Nachrichtenübermittlung zu qualifizieren, sind allgemein anerkannt...

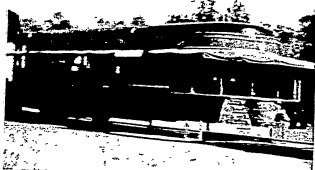


Bild 5. Fernmeldeausstellung (1956, 1957)

Die Straßenbahn Meila

Der ständige Zuwachs an Kraftfahrzeugen zwingt z. B. die Verkehrsbehörden in den USA, innerstädtische Straßenbahnen als Hauptverkehrsmittel zu bauen, um Überfüllung durch motorisierten Individualverkehr innerhalb der Großstädte zu vermeiden.

Der Bau dieser Straßen verursacht natürlich erhebliche Kosten und zwingt sogar dazu, ganze Stadtteile abzuräumen. Nachdem man die Unmöglichkeit dieser Maßnahmen erkannt hat, werden selbst in den USA wieder schienenlose Straßenbahnverkehrsmittel als Straßen- oder Stadtbahnlinien eingesetzt oder vorhandene Straßen ausgebaut.

Für die Großstädte der mittleren Ebene wird auch in Zukunft die Straßenbahn das wichtigste Element im städtischen Nahverkehr bleiben; auch ihre Lebensfähigkeit ist um ein Beträchtliches höher als die der schienenlosen Nahverkehrsmittel.

Die Technische Gesellschaft, 1956

Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse und Kammer der Technik

Die Ziele und Aufgaben der Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse und der Kammer der Technik haben viele Berührungspunkte. Um jedoch Doppelarbeit oder Überschneidungen zu vermeiden, ist es erforderlich, in einem

Arbeitsabkommen oder Freundschaftsvertrag eine klare Abgrenzung der Arbeitsgebiete zu erreichen, damit nicht mit unfruchtbarer Diskussionen hierüber Zeit vergeudet wird, die besser zum Nutzen beider angewandt werden könnte.

Eine gute Grundlage für die Aufgabenverteilung bilden die Ausführungen zu diesem Thema, die der Vizepräsident der Kammer der Technik, Minister A. Wundertlich, machte. Er stellte fest: „Wenn sich ein Vortrag nach Inhalt und Niveau an den Techniker wendet bzw. an solche, die Mitglieder der KdT sind oder sein können, wenn dieser Vortrag sich das Ziel setzt, die Zuhörer zu qualifizieren, sie beruflich zu fördern, dann ist ein solcher Vortrag ganz klar und eindeutig eine Sache der Kammer der Technik.“

„Wenn sich ein Vortrag nach Inhalt und Niveau an den Techniker wendet bzw. an solche, die Mitglieder der KdT sind oder sein können, wenn dieser Vortrag sich das Ziel setzt, die Zuhörer zu qualifizieren, sie beruflich zu fördern, dann ist ein solcher Vortrag ganz klar und eindeutig eine Sache der Kammer der Technik.“

Wendet sich aber ein Vortrag nach Inhalt, Form und Niveau an ein allgemeines Publikum ohne bestimmte technische Vorbildung, und will dieser Vortrag nicht qualifizieren und ausbilden, sondern den Leser informieren, sein Verständnis und sein Interesse für technische Probleme fördern und ihn erregen, sich in seinem Arbeitsbereich selbst Gedanken zu machen, will der Vortrag durch die Vermittlung technischer Wissens das Bewusstsein der Zuhörer beeinflussen, also politisch wirken, dann fällt er in die Zuständigkeit der Gesellschaft.“

Die Technische Gesellschaft, 1956

Aus dem Arbeitskreis zur Ausarbeitung des „Grundrisses der Ökonomik des Post- und Fernmeldewesens“:

Ökonomische Bedingungen der Deutschen Post

Von Gerhard PHILIPP, Dresden

Die folgende Abhandlung soll ein Versuch sein, die ausschlaggebenden Besonderheiten der Ökonomik unseres Wirtschaftszweiges, die grundlegenden spezifischen ökonomischen Bedingungen der Deutschen Post, systematisch darzustellen und ihre wirtschaftspolitische Rolle anzudeuten.

Einführung

Es ist zweifellos gerechtfertigt, die grundlegenden spezifischen ökonomischen Bedingungen des Post- und Fernmeldewesens als Angelpunkt der Ökonomik dieses Wirtschaftszweiges zu bezeichnen. Wie oft hörte man doch den etwas vorwurfsvollen Hinweis, ökonomische Maßnahmen, die mit den Erfordernissen der objektiven ökonomischen Gesetze übereinstimmen, seien mehr oder weniger schematisch auf das Post- und Fernmeldewesen übertragen worden.

Indessen erfordern alle einigermaßen bedeutsamen ökonomischen Maßnahmen, die grundlegenden Besonderheiten des Wirtschaftszweiges (die besondere Form des Produktes, die spezielle Technologie usw.) zu berücksichtigen, seien es Maßnahmen der Planung, des Rechnungswesens oder sonst dergleichen. Die Praxis sowie die vielfältigen, langwierigen und fortwährenden Auseinandersetzungen innerhalb des Arbeitskreises zur Ausarbeitung der Ökonomik unseres Wirtschaftszweiges lassen es deshalb geraten erscheinen, einen größeren Kreis von Postangehörigen mit dem Problem vertraut zu machen.

Eigentümlichkeit des Produktes

Zunächst soll darauf hingewiesen werden, daß man hier unter „Nachrichtenübermittlung“ sowohl die Nachrichtenbeförderung (im Postwesen) als auch die Nachrichtenübermittlung (im Fernmeldewesen), also die Nachrichtenweitergabe schlechthin zu verstehen hat. Die Hauptaufgabe des Post- und Fernmeldewesens ist es dabei, das gesellschaftliche Bedürfnis des Nachrichtenaustausches zu befriedigen. Die Nachrichtenübermittlung umfaßt den Hauptanteil der Tätigkeiten der Deutschen Post, sie gibt ihr deshalb das Gepräge.

Der Prozeß der Nachrichtenübermittlung setzt — genau wie in anderen Wirtschaftszweigen — die drei Momente des Arbeitsprozesses voraus:

- a) Arbeit (der Beschäftigten der Deutschen Post), b) Arbeitsmittel (Postgebäude, Bahnpostwagen usw.), c) Arbeitsgegenstand (Nachricht).

Wie in den Arbeitsprozessen anderer Wirtschaftszweige, so wird auch bei der Nachrichtenübermittlung in bestimmter, zweckmäßiger Weise auf den Arbeitsgegenstand (Nachricht) eingewirkt, ganz gleich, ob die Nachricht an einen stofflichen Träger gebunden ist (Brief, Postkarte usw.) oder ohne jede sichtbare Form existiert (Ferngespräch).

Im Gegensatz zu den Arbeitsprozessen anderer Wirtschaftszweige (z. B. der metallverarbeitenden Industrie) ist der Prozeß der Nachrichtenübermittlung nicht darauf gerichtet, die Form oder den Inhalt der Nachricht zu verändern. Ziel und Ergebnis ist ausschließlich das Verändern des örtlichen Daseins der Nachricht, kurz gesagt deren Ortsveränderung.

Im Gegensatz zu den Ergebnissen der Produktionsprozesse in anderen Wirtschaftszweigen ist demnach das Ergebnis des Prozesses der Nachrichtenübermittlung kein neues gegenständliches Produkt, keine Ware im üblichen Sinn (1). Es läßt sich

deshalb auch nicht in einer bestimmten Menge neuer und gegenständlicher Dinge (Maschinen, Stühle usw.) ausdrücken. Das Ergebnis ist vielmehr nur zu erfassen in Faktoren der Entfernung und der Zeit (z. B. Rostock—Dresden in 24 Stunden). Man bezeichnet dieses Ergebnis, die Ortsveränderung von Nachrichten, als „Nutzeffekt“ oder moderner als „Leistung“.

Darin besteht die Eigentümlichkeit des Produktes der Nachrichtenübermittlung.

Obwohl die im Prozeß der Nachrichtenübermittlung entstehenden Leistungen nicht gegenständlich sind, muß man die Nachrichtenübermittlung zur materiellen Produktion rechnen. Die Arbeit der Beschäftigten des Nachrichtenverkehrs ist produktive Arbeit; durch sie vollzieht sich eine Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur. Der Mensch überwindet auf eine spezifische Weise Raum und Zeit.

Die Thematik der vorliegenden Arbeit gestattet, die komplizierte Frage der Wertbildung im Nachrichtenverkehr außer acht zu lassen. Zum besseren Verständnis der folgenden Darlegungen sei jedoch gesagt: Die im Prozeß der Nachrichtenübermittlung erzeugten Leistungen, die Ortsveränderungen von Nachrichten, tragen — obwohl nicht gegenständlich — in bestimmter Hinsicht Warencharakter: Durch ihre Eigenschaften bündeln sie das gesellschaftliche Bedürfnis des Nachrichtenaustausches (2). Sie sind bestimmt zum Verkauf an den Postkunden. Der Preis (die Gebühr) gestaltet sich im Prinzip nach der Menge der Leistungen und vergesellschafteten Arbeit, die zur Übermittlung der Nachricht aufgewendet werden mußte (Arbeit der Beschäftigten des Nachrichtenverkehrs, verbrauchte Arbeitsmittel).

Was ergibt sich aus der Eigentümlichkeit des Produktes der Nachrichtenübermittlung? Obwohl im Prozeß der Nachrichtenübermittlung keine gegenständlichen Produkte entstehen, sondern Leistungen, ist die Arbeit der Beschäftigten des Nachrichtenverkehrs produktive Arbeit. Die Zurechnung des Nachrichtenverkehrs zur Sphäre der materiellen Produktion ist deshalb berechtigt und begründet. Daraus folgt:

- 1. Die Deutsche Post ist nach den gleichen Prinzipien zu gestalten und zu leiten wie andere Wirtschaftszweige der materiellen Produktion. Also: Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung, Planung usw.
- 2. Die Beschäftigten der Nachrichtenübermittlung schaffen mit das Nationaleinkommen der Republik.
- 3. Die Produktivität der Arbeit der Nachrichtenübermittlung ist — wenn auch schwierig — meßbar.

Die Eigentümlichkeit der Konsumtion von Produkten der Nachrichtenübermittlung

Die Produkte anderer Wirtschaftszweige der materiellen Produktion sind im allgemeinen Waren (Maschinen, Stühle, Lebensmittel usw.). Man kann sie nach ihrer Fertigung eine gewisse Zeit lang lagern, ehe sie verbraucht werden. Anders verhält es sich mit den Produkten der Nachrichtenübermittlung. Diese Leistungen kann man mangels Gegenständlichkeit nicht

speichern. Sie werden vielmehr schon während des Produktionsprozesses verbraucht. Auf jedem Teil der Beförderungsstrecke der Briefsendungen oder der Übermittlungsstrecke der Ferngespräche, Telegramme usw. wird demnach gleichzeitig produziert und konsumiert. Darin besteht die Eigentümlichkeit der Konsumtion der Produkte des Nachrichtenübermittlungs-Prozesses. Dies trifft auch auf den Prozeß der Kleingüterbeförderung zu.

Die Einheit von Produktion und Konsumtion sei an folgenden Beispiel dargestellt: A in Dresden berichtet fernmündlich an B in Leipzig. Silbe für Silbe wird vom Hörenden (B) entgegengenommen, konsumiert. Wenn B nicht selbst am Fernsprecher stünde und stattdessen den Bericht von A auf Tonband aufnehme, fände trotzdem eine fortwährende Konsumtion der elektrischen Information statt. Das spätere Abspielen des Tonbandes liegt dagegen außerhalb des Prozesses der Nachrichtenübermittlung.

Die Tatsache, daß sich die Leistungen nicht speichern lassen, zwingt zu verschiedenen Schlußfolgerungen:

1. Es kann nicht Ziel der Nachrichtenübermittlung sein, die Menge der Leistungen zu steigern, wenn nicht ein bezirketes gesellschaftliches Bedürfnis hierzu vorliegt. Insbesondere darf man in diesem Zusammenhang nicht außer acht lassen, daß sich große Teile der Postkunden (Wirtschaft, Staatsapparat usw.) bemühen, ihre Kosten unter anderem dadurch zu senken, daß das Post- und Fernmeldewesen möglichst wenig beansprucht wird.
2. Vielmehr entspricht es dem volkswirtschaftlichen Interesse, die Qualität der Nachrichtenübermittlung zu verbessern. Die Deutsche Post muß bestrebt sein, durch möglichst weniger Leistungen (Senken der Zahl der Umlaufsitzen, Verkürzen der Beförderungswege, Mechanisieren usw.) und qualitativ bessere Leistungen (Sicherheit gegen Verluste und Beschädigungen, Regelmäßigkeit usw.) das gesellschaftliche Bedürfnis der Nachrichtenübermittlung ebensogut und besser zu befriedigen.
3. Verbessert die Deutsche Post die Qualität ihrer Leistungen in der Nachrichtenübermittlung, so gehen die Kunden dazu über, billigere Typen der Nachrichtenübermittlung zu benutzen (z. B. statt eines Telegramms eine Postkarte). Zweifellos sinken dadurch die Einnahmen der Deutschen Post. Doch der postseitig geringere Arbeitsaufwand rechtfertigt dieses Sinken.

Ein modernes Nachrichtenwesen, das stetige Verringern des Arbeitsaufwandes sowie des Senken der Preise und Gebühren ließen ja im Interesse der sozialistischen Entwicklung.

**Das Eigentum an den Arbeitsgegenständen im Nachrichtenverkehr**

Die Betriebe unserer Volkswirtschaft finanzieren im allgemeinen aus ihren Umlaufmitteln vor allem die für den Produktionsprozeß erforderlichen Arbeitsgegenstände. Insofern sind sie gewissermaßen "Eigentümer" an den Arbeitsgegenständen (Stahl, Holz usw.). Anders verhält es sich im Nachrichten- und Kleingüterverkehr der Deutschen Post. Hier bleiben die Arbeitsgegenstände (Briefe, Postkarten, Pakete usw.) Eigentum des Postkunden. Sie werden ohne Berechnung und Begrüßung der Deutschen Post anvertraut, und zwar auf der Grundlage exakter Garantiebestimmungen. (Der Postzeitungsvertrieb nimmt allerdings eine Sonderstellung ein. Sie ergibt sich aus seiner Zirkulationstätigkeit.) Das Verbleiben des Eigentumsrechts beim Postkunden bedingt mit, daß gewisse Besonderheiten des Umlaufschlags der Umlaufmittel im Nachrichten- und Kleingüterverkehr vorhanden sind.

**Die besonders weitflächige Kooperation der Deutschen Post**  
Selbstverständlich muß die Deutsche Post als alleinige Trägerin des öffentlichen Nachrichtenverkehrs der Deutschen Demokratischen Republik in der Lage sein, die von der Gesellschaft

**Der Grabenbagger der Firma**

Von Dipl.-Ing. Hellmut GRAF, Berlin

In dem Aufsatz „Wege zur Mechanisierung der Kabelverlegung“<sup>1)</sup> ist ein vom VEB Fernmelde-Kabel-Anlagenbau (FKAB) verwendeter englischer Grabenbagger erwähnt, dessen Wirkungsweise im folgenden beschrieben wird.

Das Fahrgestell des Grabenbaggers besteht aus einem kräftigen Walzprofil-Rahmen, der eine Haupt- und eine Hilfsachse trägt (Bild 1). Die Seitenräder der Hauptachse können zum Ausgleich von Geländeneigungen in jeder Höhe verstellt und die Vorderäder der Hilfsachse gelenkt werden, so daß die gewünschte Grabenrille leicht eingehalten werden kann. Alle Räder sind gummiert.

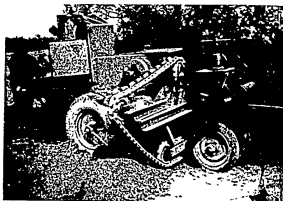


Bild 1 (Aufn. FKAB)

Beim Graben bewegt sich der Bagger dadurch vorwärts, daß ein Drahtseil, dessen fernes Ende in die Richtung des herzustellenden Grabens an einem in den Boden einzuschlagenden Anker zu befestigen ist, auf eine über der Hilfsachse (Vorderachse) liegende Winde aufgetrommelt wird. Das Seil kann auch doppelt geführt werden (Bagger - Umlenkung an Anker - Winde am Bagger). Die Winde wird von einem Benzinmotor angetrieben, der außerdem den Antrieb der Baggereinrichtung übernimmt. Eine Rutschkupplung schützt Motor und Kraftübertragung von Überlastung beim Anfahren von Hindernissen, harten Stellen und dgl.

Die Baggereinrichtung besteht aus einer Grab- und aus einer Seitenräumkette. Die Grabkette ist aus schweren Stahlgliedern zusammengesetzt. Sie trägt Grabzähne aus Stahl mit umkehrbaren und auswechselbaren Zahnspitzen aus Hartmetall sowie Schneidern und Grabschaufeln aus Stahl in wechselnder Folge. Dadurch kann der Bagger auch in schwerem oder steinigem Boden gut arbeiten. Der Ausleger trägt einen Grabenschuh, der für eine glatte Grabensohle sorgt. Die Grabtiefe wird von Hand eingestellt.

Der von den Schaufeln der Grabkette nach oben gerichtete Erlaushub wird über eine senkrecht zu deren Rich-

geforderten Ortsveränderungen von Nachrichten (ebenso von Kleingütern) durchzuführen. Die Deutsche Post muß garantieren, daß alle gesellschaftlich geforderten Leistungen zur Ortsveränderung von Nachrichten und Kleingütern tatsächlich produziert werden, und zwar

1. in ihrer Vielfalt (jede Sendung, jedes Ferngespräch usw. trägt individuellen Charakter),
2. in der erforderlichen Menge (also auch bei Saisonschwankungen wie zu Weihnachten und Neujahr),
3. in der notwendigen Qualität (Schnelligkeit, Sicherheit, Regelmäßigkeit)

**Aveling-Barford Ltd., Grantham**

tung laufende stärkere Seitenräumkette an einer Grabenseite (nach Wahl links oder rechts einstellbar) ausgeworfen (Bild 2). Die Räumkette läuft auf Hartgüßrädern und trägt Kratzplatten und Reinigungsrinne aus Stahl, mit deren Hilfe die Kette selbsttätig geräumt wird, wenn sie über die Kettenräder läuft.

Der Grabenbagger benötigt nur einen Mann zur Bedienung. Wie die Bilder erkennen lassen, ist er sehr schmal. Er braucht von der Grabenmitte bis an ein seitliches Hindernis eine Breite von nur 80 cm und kann infolgedessen nahe an Hecken, Mauern, Zäunen, Straßengraben und Baumreihen arbeiten. Längs einer Böschung 1:5 kann ein Graben mit senkrechten Wänden gezogen werden.

Bei einem Dienstgewicht von nur 3 t läßt sich der Grabenbagger ohne weiteres auf einem Lastkraftwagen von Arbeitsstelle zu Arbeitsstelle befördern.

Technische Daten des Grabenbaggers, Modell BA 4

|                                                  |                   |
|--------------------------------------------------|-------------------|
| Länge                                            | 4,01 m            |
| Breite                                           | 2,29 m            |
| Höhe                                             | 2,16 m            |
| Raddurchm.                                       | 1,54 m            |
| Größe Grabentiefe                                | 1,08 m            |
| Grabbreite                                       | 28 oder 40 cm     |
| Schneider Einzylinder-Benzinmotor                | 8 PS, 1500 U/min  |
| Bohrung                                          | 64 mm             |
| Hub                                              | 101,8 mm          |
| Zylinderneigung                                  | 0,788°            |
| Brustschwerkraft                                 | 2,27 t            |
| schmierverbrauch                                 | 0,008 l/h         |
| Drehmomentleistung beim Graben (Zugseil doppelt) | 7,61 ... 53,24 mH |
| Grabenbreite                                     | 15,81 mm/min      |

<sup>1)</sup> Die Deutsche Post, II. 1/1956, S. 13.



Bild 2 (Aufn. FKAB)

Die Deutsche Post garantiert dies durch ihre besonders weitflächige Kooperation, durch ihr weitverzweigtes Netz von Dienststellen, das sich bis in die entlegensten Dörfer erstreckt und gut zusammenwirkt.

Da die Deutsche Post alle Bedürfnisse des Nachrichtenaustausches zu befriedigen hat, muß diese Kooperation beispielsweise auch verkehrsunünstig gelegene Gemeinden und Abbaustellen erfassen. Das notwendige enge Zusammenarbeiten verschiedener Dienststellen innerhalb der einzelnen Prozesse des Nachrichten- und des Kleingüterverkehrs erfordert deshalb, jegliches betriebsegoistische Denken auszuschließen.

Was ergibt sich hieraus?

1. Nicht die Rentabilität jeder einzelnen Dienststelle und jedes Betriebes der Deutschen Post kann gesichert werden. Im Vordergrund der Interessen der Volkswirtschaft, des Staates und der Bevölkerung steht vielmehr, die gesellschaftlichen Bedürfnisse der Nachrichtenübermittlung und der Kleingüterbeförderung exakt zu befriedigen, und zwar im Rahmen der Rentabilität des gesamten Dienstzweiges, auf der Grundlage des Kampfes gegen Verschwendung von lebendiger und vergegenständlichter Arbeit in jeder Dienststelle.
2. Erscheinungen des Betriebsegoismus sind schädlich und müssen jederzeit ausgeschaltet werden können. Deshalb war es notwendig, die operativ tätigen Beauftragten zentraler Dienststellen der Deutschen Post mit entsprechenden Weisungsbefugnissen auszustatten.

**Anderer Bedingungen für die Nachrichtenübermittlung**

Als weitere grundlegende spezifische ökonomische Bedingungen der Deutschen Post, die sich aus den Besonderheiten des Prozesses der Nachrichtenübermittlung ergeben, kommen in Betracht:

Die einzelnen aneinandergereihten Arbeitsprozesse innerhalb des Gesamtprozesses der Nachrichtenübermittlung; die begrenzte Bestimmbarkeit der Leistungen auf dem Gebiete der Nachrichtenübermittlung;

der ungleichmäßige Arbeitsfluß des Nachrichtenverkehrs. Von einer ausführlichen Darstellung ist hier abgesehen worden. Soweit erforderlich, sind Fragen dieser Komplexität in der Abhandlung enthalten.

**Das Nebeneinanderbestehen von Leistungen der Deutschen Post in verschiedenen Sphären des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses**

Die Deutsche Post vollbringt Leistungen außer in der Sphäre der materiellen Produktion (Nachrichten- und Kleingüterverkehr, Personenbeförderung, Fernmeldebau, Werkstattendienst) auch in der Sphäre der Zirkulation. Insbesondere seien hier genannt:

- a) Postzeitungsvertrieb,
- b) Postsparkassendienst,
- c) Postcheckdienst,
- d) andere Geldübermittlungen,
- e) Sport-Toto- und Zahlen-Lotto-Dienst.

Die für die Nachrichtenübermittlung bedingten Organisationsformen (insbesondere die weitflächige Kooperation) werden hierbei im Interesse des Staates, der Volkswirtschaft und der Bevölkerung ausgenutzt. Zugleich gestattet die Vielfalt von Leistungen, die Kapazitäten der Deutschen Post trotz des ungleichmäßigen Arbeitsanfalles im Nachrichtenverkehr befriedigend auszunutzen.

Das Nebeneinanderbestehen von Leistungen in der Produktions- und in der Zirkulationssphäre erfordert

1. bestimmte Schlußfolgerungen für den spezifischen Ablauf der Planung und des Rechnungswesens der Deutschen Post;
2. konsequente Beachtung der Tatsache, daß die Hauptaufgabe der Deutschen Post die Nachrichtenübermittlung ist, und daß demnach beispielsweise der Postcheckdienst und der Toto-Lotto-Dienst dieser Hauptaufgabe unterzuordnen sind.

**Die Deutsche Post als Mittlerin innerhalb und zwischen allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens**

Das gesellschaftliche Leben erstreckt sich nicht nur auf die Produktion und Zirkulation, sondern ebenso auf die Konsumtion sowie auf das politische, familiäre, künstlerische und wissenschaftliche Geschehen.



Aus der Natur der Nachricht und der Stellung der Deutschen Post als der alleinigen Trägerin des Nachrichtenverkehrs ergibt sich die Rolle der Deutschen Post als Mittlerin innerhalb und zwischen allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.

1. Die Deutsche Post ist unerlässlich als Bindeglied innerhalb der Produktion und innerhalb der Zirkulation. Beispielsweise ist ein kontinuierlicher Arbeitsablauf innerhalb des Maschinenbaus undenkbar ohne eine gut funktionierende Nachrichtenvermittlung innerhalb aller Teile dieses Wirtschaftszweiges. Unvorstellbar wäre ebenso ein reibungsloser Arbeitsablauf des Handels ohne Nachrichtenaustausch mit Briefen, Postkarten, Ferngesprächen, Telegrammen usw.

2. Die Deutsche Post ist außerdem unerlässlich als Bindeglied zwischen Produktion, Zirkulation und Konsumtion. Hieran folgendes Beispiel: Der Verlag A kündigt dem Handelsbetrieb B die Herausgabe neuer Bücher an. Der Handelsbetrieb B wirbt mit Drucksachen für den Absatz. Der Leser C äußert mit Werbeantwortkarte seine Wünsche.

3. Eine beachtliche Rolle nimmt die Deutsche Post auch als Mittlerin innerhalb des gesellschaftlichen Überbaus ein. Unenbarlich ist sie für den Nachrichtenaustausch zwischen den Instituten des Überbaus, zwischen staatlichen Stellen, Parteien, Massenorganisationen usw.

4. Außerdem wirkt die Deutsche Post als Mittlerin von Wechselbeziehungen zwischen Basis und Überbau. Besondere Bedeutung kommt ihr hierbei zu als ein Glied im Mechanismus des Staates der Deutschen Demokratischen Republik.

Das Nachrichtenwesen ist in jeder Klassengesellschaft dem Interessen der herrschenden Klasse angepaßt und untergeordnet. Schon in der Vergangenheit wurde die Monopolstellung der Post für die Nachrichtenvermittlung gesetzlich festgelegt (Postgesetz). Das sicherte der herrschenden Klasse die geordnete Verbreitung ihres Willens und ihrer Gedanken. Zugleich bestand die Möglichkeit, den Willens- und Gedankenaustausch der aufstrebenden, fortschrittlichen Klasse wesentlich einzusengen (z. B. Unterdrückung und Zensur der Sendungen an und von KZ-Insassen in der Zeit des Faschismus).

Der Aufbau des Sozialismus erfordert die allseitige Unterstützung der Politik des Staates auch vom Post- und Fernmeldewesen. Deshalb hilft die Deutsche Post unserem Arbeiter- und Bauern-Staat beim Ausüben all seiner Funktionen.

Sie vermittelt die staatlichen Weisungen zur Sicherung der Ordnung im Innern sowie gegen Überfälle von außen, aber auch zur Verwirklichung der wirtschaftlich-organisatorischen und kulturell-erzieherischen Funktion des Staates. In dieser Hinsicht steht die Deutsche Post dem Staate im Grunde genommen für die spezielle Tätigkeit der Vermittlung und Verbreitung des staatlichen Willens „zur Verfügung“; sie spielt in dieser Hinsicht gewissermaßen eine „passive“ Rolle.

Die Deutsche Post ist aber außerdem unmittelbar an der staatlichen Tätigkeit beteiligt, die in Ausübung der staatlichen Funktionen erfolgt. Insbesondere seien hier genannt der Kampf gegen den Mißbrauch der Deutschen Post durch Gegner des Friedens und der Demokratie, der Kampf gegen Schieber- und Spekulantentum (Gesetz zum Schutz des innerdeutschen Handels, Geschenkpaketverordnung), die Steigerung des Absatzes der demokratischen Presse und der Anschluß der Maschinen- und Traktorenstationen an das Fernsprech- bzw. Fernsehnetz.

Aus dem Willen der Deutschen Post als Mittlerin innerhalb und zwischen allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ergeben sich für die Organisation und Leitung des Post- und Fernmeldewesens folgende Schlußfolgerungen:

1. Die Deutsche Post muß als alleinige Trägerin der Nachrichtenvermittlung sowohl quantitativ als auch qualitativ den Ansprüchen der verschiedenen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens genügen. Das Wachstum der Deutschen Post muß Schritt halten mit der Entwicklung der Gesellschaft, speziell mit der Entwicklung der Volkswirtschaft und des Staates.

2. Als Glied im Staatsapparat der Deutschen Demokratischen Republik wirkungsvoll zu arbeiten heißt, die Einheit von wirtschaftlicher und politischer Leitung zu sichern, sich für die Politik des Staates einzusetzen sowie politische Überzeugungsarbeit für die Erhaltung des Friedens, die demokratische Wiedervereinigung Deutschlands und den sozialistischen Aufbau leisten.

Literatur:

- [1] Marx, „Das Kapital“, Band II, Seite 50, Dietz Verlag, Berlin 1951. [2] Marx, „Das Kapital“, Band I, Seite 29, Band II, Seite 60, Dietz Verlag, Berlin 1951.

Die Abstimmungsgeröhre EM 83

Abstimmungsgeröhre erleichtern das Abstimmen der Rundfunkempfänger auf die Sender, weil die genaue Abstimmung optisch angezeigt wird. Man kennt bisher drei verschiedene Hauptarten von Abstimmungsgeröhren: das magische Auge, den magischen Fächer und den magischen Strich. Zur letzteren Herbstmesse 1956 zeigte der VEB Funkwerk Erfurt erstmalig eine so entwickelte Abstimmungsgeröhre, den Typ EM 83. Diese Miniaturröhre mit Knochenschicht (0 Silber) enthält zwei gleiche Triodenstufen, deren Anoden mit Steuerströmen verbunden sind, die in drei Ausgängen austreten. Diese drei Ausgänge sind durch zwei Leuchtflächen, die in zwei Hälften, auf deren zwei Leuchtflächen optische Löcher von der Ansteuerung der Triodenstufen und damit von der Spannung der Steuerströme abhängen. Dieser Röhrentyp gestattet auch bei frequenzmodulierten Sendern eine einwandfreie Abstimmungsgeröhre. Alle anderen Abstimmungsgeröhre geben die richtige Abstimmung bei FM ebenso wie bei AM nur durch Richtstrahl-Schaltensysteme ihrer Leuchtfläche an, dessen Größe gleichmäßig auf die empfindliche Feldstärke des empfangenen Senders schließen läßt. Die EM 83 ermöglicht jedoch, bei FM genau auf den Nullabgleich der Modulationsänderungskurve einzustellen und ebendies die Schärfe des empfangenen Senders abzuschätzen. Bei genauer Abstimmung sind beide Leuchtflächen gleich lang, bei Verdrehung sind sie ungleich, so daß man sofort erkennen kann, nach welcher Richtung der Abstimmpunkt verschieben werden muß. Man nennt die EM 83 deshalb auch „magische Waage“. Die Röhre wird - ebenso wie der magische Fächer und der magische Strich - aufschraubend montiert.



(Werkfoto VEB Funkwerk Erfurt)

Ein Sonneradio braucht kürzlich die Admiral Corporation (USA) auf dem Markt. Die Sonneradio - „Sun Power Pak“ genannt - besteht aus 22 Silikon-Fotodioden, die das Sonnenlicht mit einem hohen Wirkungsgrad in elektrische Energie umwandeln, bei voller Belichtung werden etwa 12 ma mit einer Spannung von 0 V abgegeben. Diese ermöglicht eine so große Reserve, daß ein Betrieb des mit Transistoren arbeitenden Empfängergerätes auch bei bedecktem Himmel bzw. bei künstlicher Beleuchtung möglich ist. Mit einer eingebauten Treibstoffpumpe läßt sich das Gerät auch bei Dunkelheit betreiben. Der eigentliche Transistor-Empfänger kostet 60 Dollar, der Preis für die Sonneradiobatterie wird mit 175 Dollar angegeben.

Schwingsagen mit einer Wellenlänge von 4 mm, und zwar mit einer Dauerleistung zwischen 40 und 80 Milliwatt, ist in den Philips-Forschungslaboratorien in Holland zu erzeugen gelungen. Es sind die kürzesten Wellen, mit denen man in der Praxis bisher gearbeitet hat. Die Schwingstrahlen beim Ben von Röhren für denartig kurze Wellen liegen in den extrem tiefen Abmessungen bei gleichzeitig hohen Betriebsspannungen.

Mechanische Geräte im Annahmestdienst

Von Karl Heinz HEMMING, Berlin

Die alten Postverwaltungen der Erde ist das Annahmegerät neben der Zustellung die Tätigkeit, die besonders im Lichte der Öffentlichkeit steht. Wenn die meisten Postverwaltungen durch rüchrichtlich seine Schalteranlagen mit modernen, offenen Bankhallen im Annahmestdienst schon äußerlich längst den modernen Stand der Entwicklung berücksichtigt haben, so drängt die Epoche der verstärkten Mechanisierung und Automatisierung auch auf das Anwenden moderner Geräte im Annahmestdienst. Daher haben viele Postverwaltungen zum Beschleunigen des Schalterdienstes und zum Vereinfachen des Annahmestdienstes eine Reihe von technischen Hilfsmitteln auch für diesen Dienstzweig geschaffen. Dieser Aufsatz soll einige Beispiele der Mechanisierung des Annahmestdienstes zeigen.

Außerhalb der Schalterstunden spielt die Möglichkeit der Benutzung des öffentlichen Fernsprechers, des Einkaufs von Briefmarken, Postkarten und Formblättern sowie die Entgegennahme der Schließfachpost eine nicht unbedeutende Rolle. Beispiele von sogenannten „stummen Postanstalten“, die diesen Zwecken gerecht werden, gibt es schon eine ganze Reihe. So findet man an zahlreichen Stellen einer Großstadt, aber auch in kleineren Orten, öffentliche Fernsprechanlagen. Oft sind an ihnen gleich Wertzeichengehöber angebracht. Um aber ein Schließfach benutzen zu können, sind fast überall noch bestimmte, vaneilich auch oft verlängerte Öffnungszeiten der Schließfachräume abzuwarten. Die schweizerische Postverwaltung hat in Erkenntnis dieser Unzulänglichkeiten eine Kombination aller vorgenannten Einrichtungen geschaffen, die eine jederzeitige Bereitschaft ermöglicht (Bild 1). An einer Wand einer Postanstalt ist eine dachartige, große Überdeckung einer frei zugänglichen Fläche errichtet worden. Unter dem Schutz dieses Daches sind nach nebeneinander die Fernsprechanlage und je ein Automat für Wertzeichen und Postkarten in die Wand eingelassen. Unter oder neben beiden Automaten befindet sich ein Briefenwurf, der zum Abfertigungsraum führt. Die gleichfalls eingebaute Schließfachanlage kann rückseitig auch vom Abfertigungsraum bedient werden und ist den Benutzern unter dem Dach zu jeder Tages- und Nachtzeit zugänglich. Selbstverständlich wird die Anlage bei Dunkelheit hell beleuchtet. Sie entspricht damit den Anforderungen an einen modernen Kundendienst und gewährleistet eine ständige Bereitschaft postalischer Einrichtungen.

Zum modernen Kundendienst gehört aber neben der ständigen Dienstbereitschaft auch noch die Ausnutzung aller möglichen Beförderungsmittel. Zu diesem Zweck kommt den in vielen großen Orten eingerichteten Straßenbahn- und Obus-Briefkästen Bedeutung zu. Beispielgebend dafür scheint Holland zu sein, das in seiner ganzen Reihe von Städten alle am Bahnhof vorbeifahrenden Straßenbahnen und Obusse mit solchen Briefkästen ausrustete (s. auch „Die Deutsche Post“, Heft 1/56, S. 13). Dies

hat neben der beschleunigten Briefbeförderung den Vorteil, daß die holländische Postverwaltung die in der Nähe von Straßenbahnhaltestellen befindlichen Briefkästen aufheben konnte.

Nach 1945 hat man in Deutschland die in den zwanziger Jahren versuchsweise eingesetzten Einschreibautomaten zu vervollkommen versucht. Die daran aufgenommenen Entwicklungsarbeiten sind aber dann nicht weitergeführt worden, weil sich herausgestellt hatte, daß Unterschiede im Ausmaß und im Gewicht der Briefe zu Gebührenschwierigkeiten führten, so daß der Aufwand in keinem Verhältnis zum Nutzen stand. Viele Postverwaltungen haben aber in den letzten Jahren den Verkauf von Freimarke mehr und mehr mechanisiert und automatisiert. Voraussetzung dazu sind in Rollen gedruckte Wertzeichen, die an Stelle der Wertzeichenbogen verwendet werden. Die Art der Hilfsmittel reicht von den einfachen Schatullen bis zu technisch vollkommenen Automaten. Die einfachste und doch gegenüber dem Abrollen von Bogen erleichterte Art bilden die in schwedischen Postanstalten verwendeten Metallkästen. Sie sind so gestaltet, daß mehrere Briefmarkenrollen der gebrauchtesten Sorten nebeneinander in einer entsprechend den Rollen gearbeiteten Schatulle aufreichtend aufbewahrt werden. Bei Zugabekasten Deckel ragen die Enden der Wertzeichenrollen aus der Schatulle heraus, so daß sie je nach Bedarf vom Schalterangestellten abgezogen werden können.

Die in Deutschland verwendeten Wertzeichenbehälter auf Rollenbasis sind gleichzeitig mit einem Zählwerk ausgerüstet, das ein Ablesen der noch verbliebenen Anzahl zur Kontrolle der Nachfüllung und zur leichteren Bestandsfeststellung beim Abrollen ermöglicht. Darüber hinaus kann eine Abrollvorrichtung angebracht sein. Bedient werden diese Geräte durch Heranziehen der Marken. Die in Holland üblichen und auf ähnlicher Grundlage aufgebauten Geräte unterscheiden sich nur dadurch, daß sie durch eine an der Seite des Gerätes angebrachte Kurbel bedient werden, wobei die gewünschten Wertzeichen herausfallen.

Das in den USA verwandte Prinzip des Wertzeichengehöbers gewährleistet, daß der Postangestellte die Marken überhaupt nicht mehr berührt. Die nötigen Briefmarkenrollen liegen unter dem Schalterblech. Vor dem Schalterkunden sind entsprechend der Anzahl der gebrauchtesten Wertzeichen Schlitze im Schalterblech angebracht. Darüber hinaus kann eine Abrollvorrichtung angebracht sein. Bedient werden diese Geräte durch Heranziehen der Marken. Die in Holland üblichen und auf ähnlicher Grundlage aufgebauten Geräte unterscheiden sich nur dadurch, daß sie durch eine an der Seite des Gerätes angebrachte Kurbel bedient werden, wobei die gewünschten Wertzeichen herausfallen.

Neben der Mechanisierung des Verkaufs von Freimarke wurde von einigen Postverwaltungen auch die Annahme durch automatische Stempelgeräte mechanisiert. In Deutschland ist ein Stempelgerät in Betrieb, das durch selbsttätige Färbung des Stempelpelkessens Handstempel, Stempelpelkissen und Unterlage in sich vereinigt. Bedient wird dieses Gerät durch Druck mit der Hand.

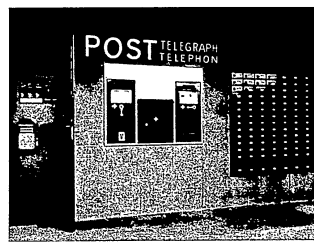


Bild 1. „Stumme“ Postamt (Schweiz)

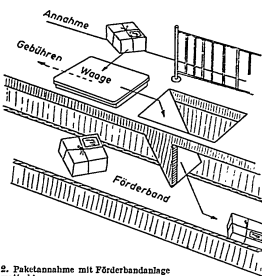


Bild 2. Paketannahme mit Förderbandanlage (schematisch)

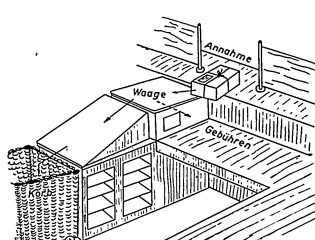


Bild 3. Paketannahme (schematisch)

Ein in der Sowjetunion auf ähnlichem Prinzip aufgebautes Stempelgerät hat an Stelle der Handbetätigung einen Fußschalter, bei dessen Betätigung der elektrisch ausgelöste und mit Federkraft betriebene Stempel in Tätigkeit tritt.

Für Postanweisungen und Zahlkarten ist in Deutschland ein Gerät in Betrieb, das die drei Teile einer Postanweisung mit Tages-, Bezirks- und Freimachungstempel bedruckt. Dieses Gerät schneidet gleichzeitig beim Durchlauf der Postanweisung oder Zahlkarte den Einlieferungsabschnitt ab. Diese Stempelmaschine wird oft in Verbindung mit einer Buchungsmaschine verwendet, die den eingezahlten Betrag, die Freigebühr sowie die Summe beider Beträge in einer Einzahlungsliste bucht. Mit dieser Maschine können gleichzeitig die Summen von Einzahlungen angezeigt werden.

Eine in der Deutschen Demokratischen Republik entwickelte Einzahlungsliste reinigt die Tätigkeiten der Stempel- und Buchungsmaschine. Diese Maschine wird demnächst eingesetzt werden.

In den Paketannahmestellen finden vielfach Registrierkassen Anwendung, die die Paketkarten gleichzeitig mit Gebühren- und Tagesstempel bedrucken.

Viel zur Arbeitserleichterung der Paketannahme können kleine Förderbänder beitragen, die — wie z. B. in Schweden und teilweise auch in der DDR (Karl-Marx-Stadt 4) — direkt am Annahmeschalter angebracht sind. Durch diese Förderbänder werden die angenommenen Pakete und dazugehörigen Begleitpapiere gleich zur Abfertigung geleitet (Bild 2).

Ähnliche Förderbänder finden auch am Briefannahmeschalter Anwendung.

Die körperliche Arbeit an der Paketannahme kann in einfacher Weise erleichtert werden, wenn die Paketwaage im Schalterisch so eingebaut wird, daß das Paket, ohne gehoben zu werden, darauf geschoben werden kann (Bild 3). Eine von dem Schalterisch in einen Sammelkorb oder auf ein Förderband führende schräge Rutsche gestattet die Abweisung des angenommenen Paketes oder Rücknehmens durch Abschieben bzw. Abgleitenlassen. Solche Einrichtungen benutzt z. B. die schwedische Postverwaltung an der Paketannahme.

Nicht unerwähnt bleiben sollen die bei Geldammelstellen zu verwendenden Geldzählmaschinen, die Hartgeldstücke automatisch zählen können und so auch diese Zählarbeit erleichtern und beschleunigen.

Die beispielsweise aufgeführten Möglichkeiten der Mechanisierung und Automatisierung des Annahmestempels lassen erkennen, daß viele der genannten Einrichtungen sehr wohl im Rahmen der Kleinmechanisierung eingeführt werden können, wenn die einzelnen Betriebe und Postanstalten eingehend ihre Möglichkeiten prüfen.

Dieser Aufsatz, der keinesfalls Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, soll den Erfindern und Konstrukteuren Anregungen für die Weiterentwicklung der bestehenden und die Entwicklung neuer, dem Weltstand der Technik entsprechender Geräte und Maschinen zur Verbesserung des Annahmestempels geben.

Ziel dieser Bestrebungen muß es sein, die große Zahl von einzeln aufzurechnenden Kassenscheinen zu beseitigen und alle Arbeitgänge durch einen oder höchstens zwei Buchungsautomaten durchführen zu lassen, die es außerdem gestatten müssen, die Abschlußbeträge unmittelbar abzulesen.

Magnetongevät BG-20 „Smaragd“

Das Gerät ist als Koffergewät konstruiert und eignet sich auch als Einbaueinrichtung für Tonmöbel. Mit dem Druckstempelsystem ist ein erweiterbarer Kassettenrekorder einbaubar. Die Tastatur umfaßt 5 Drucktasten mit folgenden Funktionen: Aufnahme (130/60 cm/s), schneller Rücklauf, Halt, schneller Vorlauf, Wiederholung (mit C15-Band 40 bis 12000 Hz). Durch das Doppelsystem ist eine Stütze von 60 Minuten je 150 m Band möglich. Die eingebaute Endstufe mit Kontroll-Lautsprecher (1,5 W) macht das Gerät von einem Bandlaufgerät zum selbständigen Musikgerät. Die Ausführung der stromführenden Leitungen ist so, daß zwischen den Leitungen ein Kurzschluss durch einen Tonbühnen (0,04...0,5 V) oder Bandlaufkomponenten (1...20 V) ausbleibt. Das Koffergewät des Gerätes geschieht automatisch bei der neuen Aufnahme, wobei zum Vermeiden von Fehlbedienungen eine besondere mechanische Sperrung eingebaut ist.



(Werkfoto VEB Magnetwerk Zwickau)

Die Analysetätigkeit der Hauptbuchhalter der Deutschen Post

Von Joachim SCHÖBERT, Berlin

„Der Hauptbuchhalter eines Betriebes hat die wirtschaftliche Tätigkeit des Betriebes von der finanziellen Seite her abzurechnen, zu kontrollieren und zu analysieren“, heißt es im § 7 der Hauptbuchhalter-Verordnung (1). Das gilt ohne Einschränkung auch für die Hauptbuchhalter (HBh) der Betriebe der Deutschen Post. Die wirtschaftliche Tätigkeit zu analysieren ist aber nicht nur Aufgabe der HBh unserer Betriebe, sondern auch Aufgabe der HBh der DPF und des HBh des M PF. Dies ist im § 11 der Hauptbuchhalter-Verordnung eindeutig festgelegt. Der Gesetzgeber hat den HBh damit einen ganz klaren Auftrag erteilt: im Interesse des durchsetzenden Sparwirtschaftens, der Steigerung der Rentabilität und des Schutzes des Volkseigentums sollen durch die Analysetätigkeit Mängel in der Arbeit aufgedeckt und vorhandene Reserven ermittelt werden. Der HBh ist mit Hilfe des Rechnungswesens sehr gut in der Lage, eine umfassende Analyse der wirtschaftlichen Tätigkeit vorzunehmen. Ein HBh, der seine Aufgabe allein darin sieht, den Ist-Zustand zu registrieren und mit dem Plan zu vergleichen, hat den Sinn seiner Tätigkeit nicht erfüllt (2).

Aufgabe der Analyse

Es ist Aufgabe der Analyse,

- 1. die Ursachen festzustellen, die die Erfüllung des Planes positiv oder negativ beeinflussen,
2. noch vorhandene Reserven zu suchen und
3. aus den unter 1. und 2. erhaltenen Ergebnissen Schlüsselforderungen zu ziehen, d. h. Vorschläge zum weiteren Ausbau der positiven Faktoren der Planerfüllung, zum Beseitigen der negativen Faktoren und zum Ausnutzen der vorhandenen Reserven zu unterbreiten.

Bei der Analyse ist der Vergleich der Ist-Ergebnisse mit dem Plan Ausgangspunkt der Untersuchungen. Es sind dabei die Ursachen zu ermitteln, die zur Planerfüllung beitragen oder die die Planerfüllung erschweren oder gar gefährden. Dabei wird sich eine Vielzahl von Feststellungen ergeben, die je nach ihrer Bedeutung gewertet werden müssen. Auch bei den Betrieben und den BPF, deren Ist-Ergebnisse dem Plan entsprechen, die ihren Plan erfüllt oder sogar übererfüllt haben, müssen derartige Untersuchungen durchgeführt werden; denn das Ergebnis entsteht immer durch eine Summierung positiver und negativer Faktoren, die es im Interesse der Verbesserung der Arbeit zu erkennen gilt. Wenn der Plan in allen seinen Teilen voll erfüllt ist, dann ist noch nicht erwiesen, daß schon alle Reserven ausgeschöpft sind. Sie werden es auch nie sein, weil z. B. durch den Wettbewerb und das Anwenden des Prinzips der materiellen Interessiertheit immer neue Reserven entstehen. Außerdem kann durch diese Ursachenforschung festgestellt werden, ob etwa der Plan zu niedrig angesetzt worden ist, ob also Faktoren vorliegen, die schon bei der Plananstellung hätten berücksichtigt werden müssen. Der HBh kann dies deshalb unverzüglich beurteilen, weil er nach der Hauptbuchhalter-Verordnung nicht für das Aufstellen des Planes verantwortlich ist. Im Kommentar zur Hauptbuchhalter-Verordnung heißt es: „Da der Hauptbuchhalter in keinem Falle für die Aufstellung des Finanzplanes und die Einhaltung der Kontrollziffern verantwortlich gemacht werden darf, wenn er auch seine Erfahrungen auf diesem Gebiete dem dafür Verantwortlichen zur Verfügung stellt und an der Aufstellung des Planes mitwirkt“ (3).

Um die die Planerfüllung beeinflussenden Faktoren ermitteln zu können, ist es notwendig, die Ergebnisse in der Entwicklung zu vergleichen, weil auch das wichtige Rückschlüsse zuläßt. Die zu analysierenden Werte werden deshalb zweckmäßigerweise stets mit dem vorangegangenen Berichtszeitraum und mit dem gleichen Zeitraum des Vorjahres verglichen, z. B. der Ertrag des Lesenzirkels des II. Quartals 1956 mit dem des I. Quartals 1956 und dem des II. Quartals 1955. Außerdem sollten Vergleiche mit den Ergebnissen anderer Betriebe angestellt werden. Der Vergleich solcher Kennziffern zwischen den Betrieben führt schließlich zu genaueren Untersuchungen des Organisations der Arbeit, der Arbeitsmethoden usw., d. h. zum Betriebsvergleich

und Erfahrungsaustausch, erweitert den Gesichtskreis und verhindert Betriebsblindheit. Außerdem trägt er dazu bei, nicht etwa auf errungenen Lorbeeren auszuruhen, sondern ständig die Entwicklung voranzutreiben. Es ist aber auch notwendig, zu untersuchen, welche Abteilungen und Stellen des Betriebes bzw. welche Betriebe und BPF bestimmte Erfolge erzielt haben oder bestimmte Schwächen aufweisen. Nur aus Untersuchungen in dieser Form ist zu erkennen, wo noch Reserven zu erschließen sind und welche fortschrittlichen Arbeitsmethoden auf zurückgebliebene Glieder der Betriebe oder BPF zu übertragen sind.

Die Hauptaufgabe der Analyse ist es also, innere Reserven zu ermitteln und zu mobilisieren. Innere Reserven ermitteln aber heißt wiederum — um nur einige Punkte aufzuzählen —, das Ausnutzen der Grundmittel, den Verbrauch an Material, den Umschlag der Umlaufmittel, den Einsatz der Arbeitskräfte, die Dienstplangestaltung, das volle Ausnutzen der Arbeitszeit, das Abwickeln des Erholungsurlaubes, die Qualifizierungsmaßnahmen, die Einrichtung der Arbeitsplätze, die Arbeitsschutzmaßnahmen, die Organisation der Arbeit, die verschiedenen Arbeitsmethoden sowie das Anwenden des Prinzips der materiellen Interessiertheit zu untersuchen. Diese Aufgabe ist sehr vielseitig und erfordert eingehende Betriebsbefahrungen und Kenntnisse des Produktionsprozesses. Sie ist aber auch sehr interessant. Die Untersuchungen werden in ihrem Ergebnis dazu beitragen, überall Sparsamkeit walten zu lassen. Sie werden zum Senken der Selbstkosten, zum Steigern der Arbeitsproduktivität und zu einer höheren Akkumulation führen.

Bei all diesen Untersuchungen dürfen aber keine Dinge aus einem bestehenden Zusammenhang herausgerissen und losgelöst betrachtet werden, weil das zwangsläufig zu Fehlschlüssen führen würde. So kann beispielsweise keine Untersuchung der Ausfallstunden durch ärztlich bescheinigte Krankheiten zwischen zwei Stellen vorgenommen werden, ohne dabei den Anteil der weiblichen Beschäftigten an der Gesamtzahl der Beschäftigten jeder dieser Stellen mit zu betrachten.

Wichtig ist es, bei den Untersuchungen stets das Bedeutende vom Unbedeutenden, das Primäre vom Sekundären zu unterscheiden, immer die entscheidenden Faktoren zu erkennen, weil auf dieser Erkenntnis die entsprechenden Vorschläge aufzubauen sind; denn es kommt nicht nur darauf an, Reserven zu ermitteln, sondern vor allem Vorschläge zu deren Nutzung zu unterbreiten.

Deshalb ist es auch so entscheidend, rechtzeitig zu analysieren und nicht etwa erst wertvolle Zeit verstreichen zu lassen. Eine kurzfristige Analyse kann wesentlich zum Steigern der Rentabilität beitragen, weil die durch die Analyse aufgedeckten Mängel rasch beseitigt, positive Seiten schnellstens auf andere Stellen übertragen und erkannte Reserven kurzfristig erschlossen werden können.

Unterlagen für die Analyse

- a) Die Unterlagen aller Buchhaltungen,
- b) das Rohbilanzbuch,
- c) die Betriebsabrechnungsbogen I und II sowie die von der Kostenrechnung geführten Zusammenstellungen der monatlichen und vierteljährlichen Kostenstellen- und Kostenträgerergebnisse,
- d) die abgerechneten Aufträge der Auftragsabrechnung,
- e) die Finanzberichte mit ihren Anlagen,
- f) die Investitions- und Generalreparaturabrechnungen,
- g) die Abrechnungen des Arbeitskräfteplanes,
- h) die Post- und Fernmeldestatistik,
- i) die Ergebnisse von Betriebsvergleichen,
- j) die Ergebnisse von Wettbewerben und
- k) die von HBH geführten Analysetabellen.

Den HBH der BPF und dem HBH des MPF stehen außer den unter a) bis k) genannten Unterlagen noch die Revisionsprotokolle der Finanzrevision zur Verfügung. Außerdem können sie von den Betrieben die Betriebsabrechnungsbogen und die von den HBH geführten Analysetabellen zur Einsichtnahme anfordern. Die HBH haben in Ausübung ihrer Kontrollfunktion ferner das Recht, in alle wirtschaftlichen Unterlagen des Betriebes Einsicht zu nehmen, sich alle Unterlagen, die zur genauen Rechenschaftslegung und zum Ausüben der Kontrollfunktion erforderlich sind, zu bestimmten Terminen vorlegen zu lassen und von allen Mitarbeitern des Betriebes bzw. der BPF bzw. der HV und des MPF Aufklärung, fachliche Erläuterungen und andere Auskünfte zu fordern, die zur genauen Rechenschaftslegung und zum Ausüben der Kontrollfunktion benötigt werden [4].

Da es sich bei den Betrieben der Deutschen Post um einigermaßen einheitlich organisierte Betriebe handelt, die gleiche Aufgaben zu erfüllen haben, hat das MPF für alle HBH einige Analysetabellen als verbindlich vorgeschrieben. Es ist den HBH darüber hinaus überlassen, weitere Analysetabellen anzulegen, wenn es zum Analysieren der wirtschaftlichen Tätigkeit erforderlich ist.

Einen großen Dienst für die Analysearbeit leisten die vom MPF und einigen BPF herausgegebenen Vergleichstabellen, aus denen die BPF und die Betriebe ersehen können, wie sie im Vergleich zu den anderen Betrieben der Republik bzw. zu denen des Bezirkes bei den verschiedensten Kennziffern abgeschnitten haben. Die BPF, die dieses Verfahren noch nicht anwenden, sollten nunmehr schnellstens dazu übergehen. Die Vergleichstabellen sind ein Teil der Analysetätigkeit des MPF und der BPF.

Systematische Analysetätigkeit

Die Analysetätigkeit des HBH darf nicht erst dann einsetzen, wenn z. B. die Erfüllung der staatlichen Aufgaben gefährdet ist. Da die Analysetätigkeit nicht von der Kontrolltätigkeit des HBH — „der Hauptbuchhalter ist der staatliche Kontrollleur“ [5] — zu trennen ist, muß sie laufend und systematisch durchgeführt werden. Sie tritt jeweils dann etwas mehr in den Vordergrund, wenn die Monatsergebnisse der Buchhaltung vorliegen. Aus dieser Analysetätigkeit heraus hat der HBH den Leiter des Betriebes, der BPF, der HV oder den Minister „umfassend und rechtzeitig davon zu unterrichten, wo in der Planerfüllung Ergebnisse erzielt wurden, Schwächen aufgetreten sind oder Reserven ausgeschöpft werden können“ [6]. Aus dieser Unterrichtung müssen sich die Schwerpunkte ergeben, die der Leiter für die nächste Rentabilitätsbesprechung festlegt. Bei diesen monatlich durchzuführenden Besprechungen hat der HBH den Leiter zu unterstützen, indem er die erforderlichen Unterlagen bereitstellt und zu den Berichten der übrigen Mitarbeiter vom Standpunkt des Sparmaßregimes und der Steigerung der Rentabilität kritisch Stellung nimmt. Der HBH hat, soweit das der Leiter nicht von sich aus tut, „zu veranlassen, daß der Leiter Aufgaben zur Beseitigung der festgestellten Mängel und zur Steigerung der Rentabilität erteilt“ [7].

Textanalyse

Neben dieser laufenden Analysetätigkeit haben die HBH die Ergebnisse ihrer Untersuchungen vierteljährlich in Textanalysen zusammenzufassen. Diese haben jeweils die wirtschaftliche Tätigkeit im Berichtszeitraum (Beginn des Jahres bis Ende des jeweils abgelaufenen Quartals) zu umfassen. Auf umfangreiche Zahlenangaben, die eine Wiederholung der in der Finanzberichterstattung ausgewiesenen Werte darstellen würden, ist dabei zu verzichten. Die Analyse ist sachlich und knapp abzufassen. Entscheidend ist, daß aus den gewonnenen Erkenntnissen die erforderlichen Schlüsse gezogen und entsprechende Vorschläge unterbreitet werden. Außerdem ist in der Analyse darauf einzugehen, ob in früheren Textanalysen gemachte Vorschläge verwirklicht worden sind.

Das Ministerium hat für die Textanalyse der HBH folgende einheitliche Gliederung festgelegt:

- 0 Vorbemerkungen
- 00 Unterlagen für die Analyse
- 01 Bearbeiter
- 02 Abkürzungen
- 1 Leistungen
- 2 Kosten
- 3 Ergebnis
- 4 Arbeitskräfte
- 5 Umlaufmittelsphäre
- 6 Grundmittelsphäre
- 7 Analyse besonderer Aufgaben

Die vorstehenden Textziffern können noch tiefer gegliedert werden, so z. B. in

- 1 Leistungen
- 10 Nachrichten- und Kleingutverkehr sowie Dienstleistungen
- 100 Aufgelieferte Briefsendungen
- 101 Aufgelieferte Pakete usw.
- 11 Postzeitungsvertrieb
- 110 Zeitungen und Zeitschriften
- 111 Handelsware im Postzeitungsvertrieb
- 12 Industrielle Produktion usw.

Das tiefere Gliedern bleibt den HBH überlassen. Durch die Einheitlichkeit der Gliederung ist für die übergeordneten Verwaltungen eine einfachere und damit schnellere Auswertungsmöglichkeit gegeben. Die Textanalyse muß so zeitig fertig sein, daß sie bei der Rentabilitätsbesprechung für das abgelaufene Quartal Grundlage der Erörterungen sein kann. Mit dem Auswerten der finanziellen Ergebnisse leisten unsere HBH einen nicht unbedeutenden Beitrag zur Verbesserung der Arbeit im Post- und Fernmeldewesen, die sich im Senken der Selbstkosten, im Steigern der Arbeitsproduktivität, im Erhöhen der Umschlaggeschwindigkeit der Umlaufmittel und durch erhöhte Akkumulation äußert.

Literatur:

- [1] „Verordnung vom 17. Februar 1955 über die Stellung der Hauptbuchhalter in den Betrieben der volkseigenen und für sozialistischen Wirtschaft und den ihnen übergebenen Betrieben“ (GBl. I, S. 129), kurz Hauptbuchhalter-Verordnung genannt.
- [2] „Die Aufgaben des Hauptbuchhalters in der volkseigenen Wirtschaft“, Kommentar zur Hauptbuchhalter-Verordnung, Verlag „Die Wirtschaft“, Berlin, 1955, S. 25, 26.
- [3] Dapf, S. 6.
- [4] Hauptbuchhalter-Verordnung, § 15.
- [5] Hauptbuchhalter-Verordnung, § 6.
- [6] Hauptbuchhalter-Verordnung, § 9 Abs. 1.
- [7] Hauptbuchhalter-Verordnung, § 9 Abs. 3.

12. Fernsehsektor sind in der USSR bisher in Betrieb. Die 1950 sollen 75 Fernsehgeräte gebaut sein. Zur Zeit werden allein in Moskau 650000 Fernsehempfänger bestellt. Die sowjetische Fernsehindustrie plant, ihre Lieferkapazität auf 2,5 Millionen Fernsehempfänger jährlich zu erhöhen.

Dynamikpresser und -dehner im Fernspreverkehr

Von Hans SUTANER, Leipzig

Allen Planungen von Fernspreverbindungen werden heute die vom CCIF aufgestellten Empfehlungen zugrunde gelegt. Hiernach ist u. a. auch ein bestimmter Störabstand, d. h. das Verhältnis der Nutzleistung zur Geräuschleistung, einzuhalten. Zum Beispiel soll die Geräuschleistung am Ausgang einer (zwischenstaatlichen) Fernsprechanlage entsprechend niedrig zu halten, müssen die eingesetzten Übertragungsanlagen den an sie zu stellenden Anforderungen genügen. Der hierzu im allgemeinen nötige Aufwand kann verringert werden, wenn man von dem Verfahren der Dynamikpressung und -dehnung im Niederfrequenzweg Gebrauch macht. Dieses Verfahren ermöglicht, den Geräuschabstand der gesamten Übertragungsstrecke erheblich zu verbessern und das eigentliche Übertragungssystem einfacher zu halten. Allerdings darf der für Presser und Dehner erforderliche zusätzliche Aufwand nicht größer als die am Übertragungssystem möglichen Einsparungen sein.

Einführung

Der Grundgedanke des Verfahrens ist seit etwa 30 Jahren bekannt und in amerikanischen, britischen, deutschen und französischen Patenten niedergelegt. Seine Verwertung scheiterte zunächst an dem Aufwand für den Kompanator (oder Kompanator bzw. Kompanier, wie er in der deutschsprachigen Literatur genannt wird). Die nach dem Kriege erzielten Fortschritte auf dem Gebiete der Verstärker und der Bauelemente ermöglichten jedoch die Entwicklung wirtschaftlicher Kompanatoren. Erstmals wurden sie vor etwa 13 Jahren auf Freileitungs-Trägerfrequenzstrecken eingesetzt und finden sich auch in dem von der Bell-Laboratorien entwickelten Kurzstrecken-Kanalssystem N 1. Der Mix & Genest AG gelang es, den Aufwand, besonders an Röhren, noch weiter zu senken.

Der Kompanator kann in allen Arten von Fernspre-Übertragungskanaln eingesetzt werden, vor allem in Systemen mit besonders hohem Geräuschniveau. Als Beispiele hierfür sind zu nennen: Trägerfrequenzverbindungen über Freileitungen oder Netzgruppenkabel, die oft nur unzureichend gegen Nebensprechen ausgeglichen werden können.

1. Prinzipielle Arbeitsweise des Kompanators

1.1 Amplitudenabhängigkeit

Bild 1 zeigt im Schema die Anordnung von Presser und Dehner in einem Vierdrähtsystem und den Pegelverlauf über eine Kompanatorstrecke. Hierzu ist folgendes auszuführen: Der vor das Übertragungssystem geschaltete Presser ist so dimensioniert, daß er kleine Amplituden mehr verstärkt als große. Hierdurch werden die kleinen Sprachamplituden über den Störpegel des Übertragungssystems hinausgehoben; denn auch in einem „schlechten“ Übertragungssystem liegt die Geräuschspannung eines unbesprochenen Kanals um ein bis zwei Größenordnungen unter der Nutzspannung. Der Geräuschabstand wird also durch den Presser erhöht. Der Pegelverlauf des Pressers läßt die Verstärkung der verschiedenen Sprachvolumenwerte erkennen; z. B. wird ein Sprachvolumen von -4 N auf -2 N verstärkt. Auch das kleinste noch zu übertragende Sprachvolumen hebt der Presser so weit an, daß es am Systemausgang nicht unter dem Geräuschniveau liegt, so daß die niedrigsten Sprechströme durch die im Übertragungssystem entstehenden Geräusche nicht verdeckt werden können.

Nach dem Durchlaufen des Übertragungssystems bewirkt der am Systemausgang angeordnete Dehner, daß kleine Spannungen wesentlich stärker gedämpft werden als große, wie aus dem Pegelverlauf in Bild 1 ersichtlich ist.

Die bereits am Presserang vorhandene Störgeräusche werden in ihrem Abstand zu den Sprechströmen und dem Meßpegel nicht verändert.

1.2 Steuerung

Nach vorstehenden Ausführungen werden die Übertragungsmaße durch die Amplituden der Sprechströme gesteuert. Hierzu zweigt man entweder am Eingang oder am Ausgang der Geräte

einen Teil der Sprechstromenergie ab, richtet ihn gleich und befreit ihn durch Siebmittel von den eigentlichen Sprachfrequenzen. Diese der Amplitude der Sprechströme proportionale Regelspannung verändert das Übertragungsmaß eines nichtlinearen Gliedes, das im Sprechstromweg liegt. Da das Übertragungsmaß

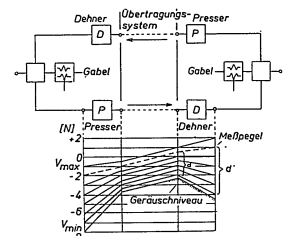


Bild 1. Anordnung von Presser und Dehner in einem Vierdrähtsystem; Pegelverlauf über eine Kompanatorstrecke

der Geräte dem durch den Silberhythmus der Sprache hervorgerufenen Amplitudenverlauf folgt, spricht man hier von „Silberkompanator“. Wegen der im Steuerweg erforderlichen Siebmittel treten Einschwingvorgänge der Steuerung auf, die aber in ausreichendem Maße unterdrückt werden können. Ebenso läßt sich der Klirrfaktor klein genug halten.

Man kennt noch eine andere Möglichkeit, die gewünschten gegenläufigen Amplitudenverläufe herzustellen, nämlich den sog. „Momentenwertkompanator“. Er ist jedoch wirtschaftlich schwer zu verwirklichen.

2. Erforderliche Eigenschaften des Silberkompanators

Man kann die Steuerleistung bekanntlich entweder vom Eingang oder vom Ausgang des zu steuernden Gerätes abzweigen (Vorwärts- oder Rückwärtsregelung). Im Dehner muß die Vorwärtsregelung angewendet werden, weil Geräte mit Rückwärtsregelung, deren Verstärkung mit wachsender Steueramplitude zunimmt, meist labil arbeiten, praktisch also nicht verwendbar sind. Für den Presser hat dagegen die Rückwärtsregelung Vorteile; denn dann läßt sich die Forderung schaltungstechnisch in besonders einfacher Weise verwirklichen, und zwar so, daß die Steuerfunktionen im Dehner umgekehrt wie im Presser verlaufen. In logarithmischer Definition sind sie damit vom gleichen steuernden Volumen und in linearer Definition von der gleichen steuernden Amplitude abhängig.

<sup>1)</sup> Kompanator = Presser, expander = Dehner, s. auch „Die Deutsche Post“, Heft 2/56, „Kompanator“.

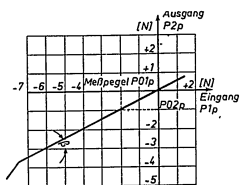


Bild 2. Regelkennlinie des Pressers (schematisch)

Bild 2 zeigt ein Schema der Regelkennlinie des Pressers.

Der Dehner erhöht den Abstand der Geräusche des unberechneten Kanals vom Meßpegel am Ausgang des Übertragungssystems bzw. am Eingang des Dehners,  $\alpha$  = Neigungswinkel der Dehnerkennlinie  $G$  gilt folgende Formel:

$$G = d' - d = d' \left( 1 - \frac{1}{\tan \alpha} \right) \quad (1)$$

$d'$  = Abstand der Fremdspannungen vom Meßpegel am Ausgang des Dehners (Bild 1),  $d$  = Abstand der Fremdspannungen vom Meßpegel am Ausgang des Übertragungssystems bzw. am Eingang des Dehners,  $\alpha$  = Neigungswinkel der Dehnerkennlinie

Unter Fremdspannungen sind hier die an den Geräten tatsächlich auftretenden „Störspannungen“ gemeint, nicht die mit bestimmter Frequenzbewertung gemessenen „Geräuschspannungen“.

Der erzielbare Gewinn steigt mit  $d'$ . Er kann sich selbstverständlich nur auf solche Geräusche erstrecken, die in dem zwischen Presser und Dehner liegenden Übertragungssystem auftreten. Für die Bemessung des Dehners muß der eingangs genannte schlichteste, gerade noch zulässige Wert von  $10^{-4}$  mV am relativen Pegel Null eingesetzt werden, der einen Abstand der Geräusche vom Meßpegel von 5,8 N entspricht. Um den Fremdspannungsabstand zu erhalten, ist noch ein Bewertungsfaktor von 0,3 N abzuziehen, so daß sich ergibt

$$d' = 5,5 \text{ N} \quad (2)$$

Da  $d'$  hiernach gegeben ist, hängt der erzielbare Gewinn nur von der Steilheit der Dehnerkennlinie ab, also vom Neigungswinkel  $\alpha$ . Zu beachten ist aber, daß sämtliche am Eingang des Dehners auftretenden Volumenschwankungen um den Faktor  $\tan \alpha$  vergrößert werden, gleichgültig, wodurch sie verursacht worden sind.

Aus der Formel (1) ergibt sich für  $\sin d' = 5,5 \text{ N}$ , daß eine über  $\tan \alpha = 2$  hinausgehende Steilheit der Dehnerkennlinie nur noch einen geringen Gewinnzuwachs ermöglicht, so daß dieser Wert für die beschriebenen Geräte gewählt wurde.

Bild 3 läßt erkennen, daß die Dehnerkennlinie im Punkt  $m$  in eine Richtung umknickt, wo  $\tan \alpha = 1$  ist. Unterhalb  $m$  findet also keine Steuerung des Übertragungsmaßes mehr statt, bei

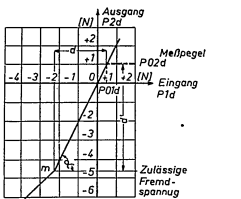


Bild 3. Regelkennlinie des Dehners (schematisch)

$m$  liegt der Einsatzpunkt der Regelung, der mit dem höchsten zugelassenen Fremdspannungswert identisch ist.

Aus der Dehnerkennlinie (Bild 3) wird die des Pressers (Bild 2) abgeleitet, deren Neigung gleich dem reziproken Wert der Neigung der Dehnerkennlinie sein muß:

$$\tan \beta = \frac{1}{\tan \alpha} \quad (3)$$

Ein hiernach entwickelter Komparator (Steilheit der Dehnerkennlinie  $\tan \alpha = 2$ , Fremdspannungsabstand im Dehnerausgang  $d' = 5,5 \text{ N}$ ) ermöglicht einen Geräuschgewinn von 2,76 N. Der Silbenkomparator wäre ideal, wenn die Übertragungsmaße von Presser und Dehner unverzerrt den Amplitudenschwankungen der Sprache folgten, die Kennlinien also in jedem Zeitmoment gelten würden. Da für die Steuerwege jedoch Gleichspannungen erforderlich sind, die aus den gleichrichtenden Wechselspannungsamplituden gewonnen werden und die durch Schmittmittel zu glätten sind, treten Sineoszillationsvorgänge auf.

Der als Glättungsmittel dienende Ladekondensator besitzt bekanntlich eine kleine Zeitkonstante für die Ladung und eine große für die Entladung. Letztere muß genügend groß im Vergleich zur Periodendauer der niedrigen zu übertragenden Nachrichtenfrequenz (bei Zweiweggleichrichtung zur halben Periodendauer) sein, um ausreichend zu sieben. Man hält die Entladezeit des Ladekondensators (Nachwirkzeit) so klein wie möglich. Sie beträgt bei einer unteren Grenzfrequenz im Übertragungsbereich von 300 Hz etwa 10 ms. Die Ladezeit des Kondensators könnte man ohne Beeinträchtigung der Glättungswirkung beliebig klein machen. Eine untere Grenze ist aber durch die im Steuerweg verfügbare Leistung gegeben. Man hält diese Zeit deshalb nur klein im Vergleich zur kleinsten Anschlagzeit von Sprachlauten. Da diese mit etwa 20 ms angenommen werden kann, wurde als Ladezeitkonstante ein Richtwert von 2 ms zugrunde gelegt.

### 3. Prinzipschaltungen

Bild 4 zeigt die Schaltung eines Pressers, Bild 5 die eines Dehners, welche die im Vorhergesagten aufgestellten Forderungen erfüllen. Beide Geräte sind mit je einer Tetrode, der Weilverkehrsröhre C3 m, bestückt, und der Aufwand an sonstigen Schaltelementen ist verhältnismäßig gering.

Betrachten wir zunächst Bild 4. Die für die Regelung erforderliche Sprechleistung wird vom Ausgang abgezweigt und dem Eingang zugeführt. Man entnimmt sie über einen Vorwiderstand  $R_v$  einem Teil der Sekundärwicklung des Ausgangsübertragers  $U_p$ , richtete sie in einer Zweiweg-Gleichrichterbrücke gleich und glättet sie durch den Ladekondensator  $C$ . Der Parallelwiderstand  $R_G$  gleicht die durch das gesteuerte nichtlineare Glied entstehenden Belastungsschwankungen aus und verringert die Schwankungen der Entladezeitkonstante.  $R_x$  ist als Brücke angepaßt, in die an zwei Endpunkten der Steuerstrom eingesteigt wird und deren andere beiden Endpunkte in den Sprechstromkreis eingeschleift sind. Durch diese Brücke sind Steuer- und Sprechstromkreis praktisch hinreichend entkoppelt.

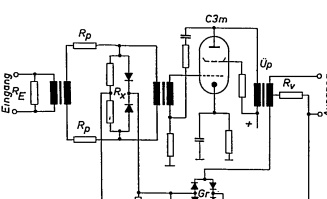


Bild 4. Prinzipschaltung des Pressers

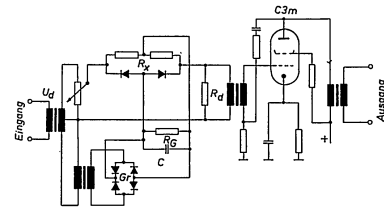


Bild 5. Prinzipschaltung des Dehners

Zwei Germaniumdioden sind die eigentlichen nichtlinearen Elemente. Sie liegen derart in der Brückenschaltung  $R_x$ , daß sie vom Steuerstrom gleichzeitig, vom Sprechstrom gegenseitig durchflossen werden. Die vom Eingang kommenden Sprechströme vermögen sie durch ihre kleine Amplitude nur gering auszusteuern. Durch den Steuerstrom wird der Arbeitspunkt innerhalb des Durchlaßbereichs und damit der differentielle Widerstand der Dioden jedoch verändert. Die beiden Dioden stellen deshalb einen parallel zum Sprechkreis liegenden gesteuerten Widerstand dar. Die ebenfalls vom Steuerstrom durchflossenen Festwiderstände in den beiden anderen Brückenarmen sind groß gegenüber den möglichen Gleichstromwiderständen der Dioden. Der Arbeitspunkt der beiden Dioden wird durch den Steuerstrom so festgelegt (Stromeinprägung), daß umgekehrt proportional der Steuergröße ist. Das ist innerhalb des ausgenutzten Arbeitsbereiches der verwendeten Dioden zu erreichen, weil ihre Strom-Spannungs-Kennlinie nach einem Exponentialgesetz verläuft.

Weiter hat diese Art der Einprägung des Steuerstromes den Vorteil, daß der differentielle Widerstand der Dioden fast unabhängig von Temperaturschwankungen bleibt.  $R_x$  bildet schließlich mit den beiden Vorwiderständen  $R_v$  einen Spannungsteiler.

Die Schaltung (Bild 5) des Dehners beruht auf den gleichen Überlegungen. Der Steuerstrom wird hier jedoch im Eingang von der Brücke  $R_x$  abgenommen, die als Längswiderstand eines Spannungsteilers mit dem festen Querswiderstand  $R_G$  eingeschaltet ist.  $R_v$  und  $R_G$  erfüllen die gleichen Aufgaben wie in der Presserschaltung (Bild 4).

Beide Schaltungsanordnungen sind dual, und man kann erreichen, daß ihre Übertragungsfaktoren in reziproker Weise von dem Steuerstrom abhängig sind, wenn die Längswiderstände der Spannungsteiler groß gegen die Querswiderstände bemessen werden. In logarithmischer Definition hat dann die Kennlinie des Pressers die Steilheit  $1/2$  und die des Dehners die Steilheit 2.

Der beschriebene Komparator wird im Sechskanal-Komparator-System Z 6 NC für den Fernsprechanlageverkehr des Standardlaboratoriums, Abteilung Mix & Genest, Werk Stuttgart, gebaut.

Literatur:  
FTZ, Heft 9/55, Christmann, Buchholz und Zater, „Das Sechskanal-Komparator-System Z 6 NC für den Fernsprechanlageverkehr“.  
FTZ, Heft 6/52 und SEG-Nachrichten Nr. 2/54, Jänke, Prezel und Speer, Mix & Genest, „Dynamikpresser und -dehner für Fernsprechverbindungen“.

### Fachtagung „Installationsmaterial und Installationsmethoden im Wohnungsbau“

Die Kammer der Technik führte am 22. und 23. 11. 1956 in Leipzig eine Fachtagung über Installationsmaterial und Installationsmethoden durch. Der Vorsitzende des Fachausschusses „Installationsmaterial“, Ing. Bischoff, stellte die Tagung unter das Dichtwort „Wahrlich, die Gewohnheit ist ein auch in der Installationsstechnik, besonders im Zusammenhang mit der in der Entwicklung befindlichen Großblock- und Großplattenbauweise für den Wohnungsbau. Eine Anzahl der auf der Tagung behandelten Fragen ist auch für die Kollegen der Deutschen Post von Interesse, weil der Sprechstellenbau letzten Endes ebenfalls zur Installationsstechnik gehört.

Aus den Ausführungen von Ing. Bahnen ging hervor, daß in den TGL-Entwürfen über

1. Elektrische Anlagen im Wohnungsbau,
2. Zähler-Nischen für Elektrizität und Gas und
3. Hausanschlussraum,

an deren Ausarbeitung ein Vertreter des IPF beteiligt war, auch für die Zu- und Steigleitungen sowie die EVI der DP der entsprechende Raum vorgesehen ist. Die TGL-Entwürfe werden z. Z. nochmals überarbeitet und dann für verbindlich erklärt. Die VDE-Vorschriften werden nach Angabe von Dipl.-Ing. Riemann vom 1. 1. 1957 an aus der Standardisierung heraus-

genommen und künftig durch die Fachausschüsse der KfT bearbeitet. Ihre Rechtsverbindlichkeit nach der Verabschiedung beruht auf den Bestimmungen der Energiewirtschaftsverordnung.

Ing. Bischoff führte aus, daß Aluminiumleitungen im Wohnungsbau unbedingt verwendet werden können, wenn sie in der vorgeschriebenen Güte geliefert und nach den entsprechenden Vorschriften montiert werden. Sie sollen an den Verbindungsstellen abgeschabt und zum Schutz gegen Korrosion mit einer geeigneten Vaseline eingefettet werden.

Eingehend wurde in den Vorträgen und in der Diskussion über Installationsmethoden (Vorgehen auf, in und unter Putz), die Verwendung von Steigleitungen sowie das Kleben dieser Leitungen und der Installationsapparate (Steckdosen, Schalter, Abzweigdosen) erörtert. Die Steigleitungen eine besondere Forderung sind in Anbetracht der Zeit- und Kostenersparnis immer mehr durch ihre Anwendung auch im Sprechstellenbau sollte unter Ausnutzung der Erfahrungen der Starkstromfachleute von den zuständigen Stellen der DP möglichst bald eingehend untersucht werden. Das Kleben erfordert eine besondere Umgebung der Schellen und Installationsapparate. Versuche, auf Mauerwerk, Beton, Eisen und teilweise auch auf Holz zu kleben, haben gute Ergebnisse gezeigt; auf Putz ist das Kleben nicht zweckmäßig, weil später häufig größere Stücke des Putzes herausbrechen. Von einem Betrieb ist auch mit Erfolg versucht worden, die Steigleitungen ohne Schellen mit Hilfe eines leukoplastartigen Klebebandes unmittelbar auf die Unterlage zu kleben.

H. Graf

Erfahrungsaustausch Česka Lipa (ČSR)-Riesa

Berichter: Herbert BEIER, Riesa

Mitteilungen des Hauptpostamtes Riesa

Seit längerer Zeit unterhält das HPA Riesa einen regen Briefwechsel mit dem PA Česka Lipa. Am 13. und 14. Oktober 1966...

Normenarbeit

Der Anteil der im Leistungslohn Beschäftigten ist in Česka Lipa wesentlich höher als bei uns. So arbeiten z. B. Schalterangestellte, Paket-, Brief-, Telegramm- und Eilzusteller im Leistungslohn.

Table with 3 columns: Art, LEI d. ČSR, LEI d. DDR. Rows include Gew. Bf. Sdg., Rf-Stammkarte, Zugs-Stammkarte, Ebf., PAnw., Annahme einer PAnw., Annahme einer tel PAnw.

Zustelldienst

Brief- und Zeitungszustellung

In Česka Lipa wird nach einem dem Güstrower Verfahren ähnlichen System zugestellt. Um 7.00 Uhr beginnt die erste Zustellung mit Zeitungen, jedoch nur im Stadtkern.

Die Post liefert sofort nach Eingang Abo-Zeitungen an alle größeren Betriebe. Den Vertrieb und die Kassierung dieser Zeitungen nimmt der Betrieb vor.

Paketzustellung

Zustellisten werden nicht geführt, sondern es wird wie früher bei uns verfahren. Die Paketzustellung ist motorisiert. Hierzu stellen moderne Kraftfahrzeuge zur Verfügung.

Die Zonenenteilung ist wie folgt festgelegt:

- 1. Zone: Kreisgebiet
2. Zone: sämtliche an das Kreisgebiet grenzenden Kreise
3. Zone: übriges Gebiet

Sparkassendienst

In der ČSR gibt es keine besondere Postsparkasse. Im Sparkassendienst können täglich bis zu 400 Kronen abgehoben werden. Bei der dritten Rückzahlung innerhalb von 14 Tagen...

Kraftfahrwesen

Das PA selbst verwaltet keine Kfz. Diese sämtlich aus der Neuproduktion stammenden Fahrzeuge werden vielmehr in der Kreisstadt - dort Bezirksstadt genannt - von einer Stelle (ähnlich unserer BVKW) verwaltet.

Finanzen

Die Buchhaltung des JA Česka Lipa rechnet mit zehn Zweigkassen (einschließlich der ZWPÄ) täglich ab. Jede Zweigkasse stellt einen Abrechnungsbogen auf, der in die Buchhaltung gelangt.

Planung

Die Kontrollziffern gehen den Ä wie bei uns zu. Die Zuweisung von Kosten erfolgt auf Grund von Leistungseinheiten (z. B. auf 100 angenommenen Briefsendungen = 1,60 DM Kosten).

Gesellschaftliche Arbeit

Der Aufbau der Gewerkschaftsorgane im Betrieb ist fast der gleiche wie bei uns. Die BCL-Sitzungen finden in Zeiträumen von etwa 14 Tagen statt.

Nehmen Funktionäre an Sitzungen höherer Leitungen teil, so stellt der Betrieb der betreffenden Gewerkschaftsleitung eine Rechnung aus. Diese muß dann dem Betrieb die ausfallende Arbeitszeit erstatten.

Die Genehmigung zur Leistung von Überstunden gibt der Direktor (Betriebsleiter). Etwas zwei Drittel der Belegschaft sind Mitglieder der KSČ (KPČ).

Einige aktuelle Fragen der Planung bei der Deutschen Post

Von Hans Ulrich HAASE, Berlin

Die Methoden der Planung des Post- und Fernmeldewesens wurden in den vergangenen Jahren vereinfacht und den technologischen Besonderheiten des Produktionsprozesses bei der Deutschen Post angelehnt.

Demokratisierung und Dezentralisierung

Die staatlichen Planaufgaben und der auf ihnen beruhende Betriebsplan stellen die Rechtsgrundlage für viele Pflichten und Rechte des Betriebes dar. Die Pläne ergeben sich aus dem Charakter der Aufgaben.

Ist es bisher gelungen, die staatlichen Aufgaben weitgehend für den weit überwiegenden Teil aller Betriebe des Post- und Fernmeldewesens richtig festzusetzen?

Wenn auch die Planaufgaben anfangs richtig und real waren, so ergibt sich bei vielen Betrieben nach einiger Zeit (mitunter sogar nach sehr kurzer Zeit), daß infolge allgemeiner oder regionaler - manchmal auch betrieblicher - Einflüsse die Grundlage der Aufgaben verändert wird.

Die ursprünglichen richtigen Aufgaben sind nun nicht mehr real. Entweder ermöglicht die neue Lage eine mühelose hohe Übererfüllung, oder das Erreichen der Ziele ist von vornherein unmöglich geworden.

In diesen Fällen sind unsere Planungsmethoden noch zu wenig elastisch, um den neuen Verhältnissen schnell und unbürokratisch zu entsprechen.

nisierung, für den Arbeiterschutz, kleine Ortsnetzerweiterungen usw. sehr wertvoll. Ferner sollte die Reservobildung bei anderen Kosten überprüft werden.

Den HV, BPF und SB sind keine Leitungen innerhalb ihres Gesamtplanes gestattet. Letzteres erscheint vor allem für die Betriebe wichtig; denn mit einer - unter Umständen geringfügigen - Änderung der betrieblichen Aufgaben sollte keines-

TF-Pegelmesser

Der TF-Pegelmesser Typ 273 des VEB Funkwerk Erfurt ist als röhrenloses Meßgerät für den Betriebsdienst in TF-Fernmeldeanlagen bestimmt. Er gestattet Messungen im gesamten Frequenzbereich solcher Anlagen (200 Hz ... 600 kHz bzw. 1 MHz), kann aber auch allgemein zur Messung in Verlegen gelichteter Art verwendet werden.

Bei Messungen im NF-Bereich wird zweckmäßig an den Anfang des zu untersuchenden Vierpols der Normalparameter Typ 200 als Mittelwertsender geschaltet. Bei Messungen im HF-Bereich dient letzterer als Modulationsspannungsgenerator.

Zur Gleicheilrichtung der Meßspannungen wird die Grundleiter-Schaltung angewendet. Als Gleichrichter dienen 2 Germaniumdioden mit hohem Widerstandsverhältnis. Diese garantieren neben ausgezeichneter Konstanz in Verbindung mit einem hochempfindlichen Anzeigegerät einen hohen Einzugswiderstand bei großer Empfindlichkeit der Schaltung.

Die Skalens des Anzeigegeräts ist in Effektivwerten geeicht und auf Messungen an Spannungsgesellen bezogen, die einen Innenwiderstand < 100 Ohm haben. Durch Einsetzen verschiedener Vorwiderstände entstehen die drei Grundmeßbereiche „mV“, „m“ und „V“, mit dem Meßbereichswahlschalter werden auf den nichtwählbaren Bereich des geteilten Abschlußwiderstandes an den Eingang geschaltet. Der Bereich „mV“ enthält einen Spezialbereich, der die niedrigsten Meßspannungen auf die Werte der Gleitpotentiometer überträgt.

Die unsymmetrische Kapazitätsverteilung wird durch einen Trimmerkondensator ausgeglichen.

- 1. Druckrelaste, Taste beim Messen lösen
2. Zweipol, geschaltete Buchse
3. Meßbereichswahlschalter „mV“, „m“, „V“
4. Anzeigegerät



(Werkfoto VEB Funkwerk Erfurt)

wegs in allen Fällen ein umfassendes Ändern in den kleinsten Produktions-einheiten verbunden sein. Auch ist die frühzeitige detaillierte Planfestsetzung für das gesamte Planjahr obligatorisch, obwohl die voraussichtlichen Istwerte des laufenden Planjahres von den späteren tatsächlichen Ergebnissen mitunter erheblich abweichen und mit die erste Quartalsplanung in den Grundlagen der Planungsaufgaben bewirken. Hier wäre zu prüfen, ob nicht vorerst das Detaillieren des I. Quartals genügt.

Auch könnten Nomenklaturen und Kontingentierungen in einigen Fällen noch weiter eingeschränkt werden. Schließlich ist festzustellen, daß die operative Quartalsplanung bei der Deutschen Post noch in den Kinderschuhen steckt und daß das Verfahren der Vorbereitung, Durchführung und Abrechnung von Investitionen in verschiedener Hinsicht zu bürokratisch ist und elastischer gestaltet werden muß.

Es ist also notwendig, Übersetzungen hinsichtlich der Planungsmethoden und der Plandisziplin zu beseitigen und einen Kampf gegen jede Form der Bürokratie auf diesem Gebiet zu führen. Die Verantwortung für geringere Veränderungen muß stärker dezentralisiert werden.

Es darf jedoch kein Zweifel darüber geben, daß das Übertragen größerer Rechte auf die mittleren und unteren Einheiten ein höheres Verantwortungsbewußtsein bei diesen Dienststellen voraussetzt. Die Pläne der Betriebe müssen auch weiterhin Kampfdokumente darstellen, die nur durch die Initiative aller Werktätigen erfüllt werden können. Die obererwähnten Rechte können und dürfen nur dann in Anspruch genommen werden, wenn tatsächlich erfolgreiche Anstrengungen zur Erfüllung und Übererfüllung vorliegen.

Das MPP prüft z. Z. gemeinsam mit anderen verantwortlichen Regierungsorganen, in welcher Weise die vorgenannten Fragen gelöst werden können. Eine wesentliche Hilfe sind hierbei die Vorschläge, die von BFF und SB in den letzten Monaten des vergangenen Jahres gemacht wurden. Zweifellos wird eine große Zahl von ihnen verwirklicht werden können; eine beträchtliche Verbesserung der Planungsarbeit muß das Ergebnis sein. Es ist zu hoffen, daß die Praktiker auch künftig aktiv an der Verbesserung der Planungsmethoden mitarbeiten.

**Aufteilung des Betriebsplans**

Der Erfolg unserer Pläne beruht entscheidend auf der schöpferischen Initiative der Werktätigen bei ihrer Vorbereitung, Durchführung und Abrechnung. Diese Initiative kann sich jedoch nur dann wirksam zeigen, wenn jede Produktionseinheit über ihren eigenen Plan verfügt, über einen Teilplan des Betriebsplans also, der die Leistungen und den dafür vorgesehenen personellen und materiellen Aufwand darlegt und auf dessen Grundlage reale Wettbewerbe und Vergleiche möglich sind.

Solche Teilpläne gab es indessen bis vor einigen Jahren kaum, wenn man von Verfahren absieht, die sich nur mit dem leistungsfähigen Aufgliederen befassen. Im Jahr 1955 erprobten einige BFF umfassende Aufgliederungsmethoden, deren Ergebnisse von den Hauptverwaltungen des MPP ausgewertet wurden. Auf ihrer Grundlage entstanden im Jahr 1956 einheitliche Verfahren, die im Postwesen bereits allgemein angewendet werden. Im Fernmeldewesen soll die einheitliche umfassende Methode im Jahre 1957 allen FMA zur Einführung empfohlen werden.

Es wird besonders dargelegt werden müssen, warum dieses wichtige Problem so spät in Angriff genommen wurde. Gleiches gilt für die Einzelheiten des technischen Verfahrens. Hier sollen nur einige Gesichtspunkte erörtert werden, die entweder für den Erfolg bedeutend sind oder die Anläß zu Diskussionen geben.

1. Die Planungsaufteilung darf nicht zum Selbstzweck werden. Ein Erfolg wird nur zu erreichen sein, wenn die Aufgliederung und Abrechnung keine Ressortarbeit der Planungsgorgane bleibt. Selbstverständlich lastet auf diesen Gorganen die Verantwortung, die Lösung fast aller technischen und organisatorischen Fragen. Auch müssen die Planungsleiter in möglichst großem Umfang ihren mobilisierenden Einfluß auf die Planerfüllung geltend machen. Aber bei der großen und räumlich stark getrennten Zahl der Verantwortungsbereiche usw. kann dieser Einfluß nur begrenzt bleiben. Nur die verantwortungsvollen

Mitarbeiter aller leitenden Funktionen sowie auch der Gewerkschaftsorgane kann den Erfolg gewährleisten.

2. Die umfassende Planungsaufteilung ist mit einem gewissen Aufwand vor allem bei den betrieblichen Planungsorganen verbunden. Um ihn ohne Schwierigkeiten bewältigen zu können, sind seit 1953 systematisch bestimmte Voraussetzungen geschaffen worden. Das geschah einmal durch fortgesetztes Vereinfachen der gesamten übrigen Planungsmethoden sowie des Berichtswesens, zum anderen durch die Qualifizierung der Planungsführer, die vor allem im Postwesen gute Fortschritte gemacht hat. Die Planungsleiter in den Betrieben müssen erkennen, daß es nunmehr bei ihnen selbst liegt, die vorhandenen Möglichkeiten zu nutzen und ein Steigern der Arbeitsproduktivität durch gutes Aufgliedern und Auswerten der Ergebnisse maßgeblich zu unterstützen.

3. Die neuen Aufgliederungsmethoden sind im Prinzip richtig aufgebaut; in den Einzelheiten enthalten sie jedoch zweifellos noch Schwächen und Mängel. Es kommt darauf an, dem MPP die Erfahrungen zu übermitteln, die beim praktischen Anwenden gewonnen wurden; denn es wird kaum ein anderes Gebiet geben, wieweit ist, wie das der Planungsaufgliederung verlangt.

4. Die Planungsaufteilung sollte auf keinen Fall zu einer neuen Form der Bürokratie innerhalb der Betriebe führen. Alernzeichen dieser Art liegen leider vor. So gibt es Planungsaufgliederer, die ohne ausreichenden Grund die empfohlenen Nomenklaturen beträchtlich erweitern. Andere ändern ohne ernsthaften Grund häufig Teilpläne. In mehreren Fällen wurden zusätzlich Formblätter eingeführt oder besonders Abrechnungen verlangt.

Das ist untragbar! Es zeigt sich immer wieder, daß vor allem hierdurch die Betriebsfunktionäre übermäßig belastet und von anderen wichtigen Aufgaben abgelenkt werden.

5. Es gibt aber auch Abteilungsleiter und StV, die mit dem Plan nichts zu tun haben wollen. Das ist eine falsche Auffassung. Eine richtige Lenkung und Leitung betrieblicher Einheiten ist ohne ökonomisches Denken und Handeln unmöglich. Die entsprechende Aufgabenstellung kann indessen nur der Plan bzw. der Teilplan vermitteln. Es kommt nur auf das richtige Maß an.

**Perspektivplanung**

Die Betriebe der Deutschen Post stellen im vergangenen Jahr einen Perspektivplan auf. Im letzten Kennziffern und Direktiven zugrunde, die von den einzelnen ZV des MPP auf Grund der Diesse - bisher unbestätigten - Perspektivpläne sollen die Hauptziele der wirtschaftlichen Entwicklung jedes Betriebes zum Ausdruck bringen; auf ihrer Grundlage ist rechtzeitige Vorplanung und Vorprojektion für alle größeren Investitions-technischen und personellen Betriebsbedingungen auf die ständig wachsenden Anforderungen seitens der Wirtschaft und der Bevölkerung zu sichern.

Es wäre schön, nimmere einen reibungslosen Ablauf des Perspektivplans zu erleben. Manche Betriebsleiter oder Planungsleiter stellen sich das auch so vor: als erwarten, daß nun die tägliche Praxis, zunächst ausgedrückt in Investitionsmitteln, Materialien und Arbeitskräften, entsprechend ihrem Plan läuft. Hier aber beginnt die Problematik, die auch für einige Betriebe der Deutschen Post bereits in den Planjahren für das Jahr 1957 ihren Ausdruck finden wird. Bereits anlässlich der ersten Schwierigkeiten zeigen sich Auffassungen, man solle auf die betrieblichen Perspektivpläne verzichten, oder sie müßten nochmals aufgestellt werden usw.

Dazu ist folgendes zu sagen:

Bezüglich der Aufgaben für den Volkswirtschaftsplan wurde festgelegt, daß sich aus der ständigen Entwicklung und innewohnenden Widersprüchen vor allem Veränderungen in einzelnen betrieblichen Plangrundlagen ergeben. Man muß diese voraussichtliche Entwicklung und Veränderung zwar möglichst vollständig bei Aufstellung der Pläne berücksichtigen, aber restlos wird dies nie möglich sein.

(Schluß siehe S. 21)

**Nachgedacht und aufgeschrieben:**

**Modernere Formen für Fernsprechhäuschen und Zeitungskioske!**

Von Rudolf NAGEL, Leipzig

Das Post- und Fernmeldewesen ist mit der pulsierenden Wirtschaft und Politik ebenso eng verknüpft wie mit dem privaten Leben. Vieles hat sich im Bereich der Deutschen Post verändert, Organisation, Methoden und Technik. Ein Blick in den Perspektivplan läßt uns die Zukunft in Umriszen erkennen. Aber alles Neue drängt auch nach neuen Ausdrucksformen. Form und Inhalt müssen das gemäßige Gesicht haben. Das ist das Wesen des Stils und der Mode, das ist eine gesetzmäßige Forderung der Harmonie, die auch für die Deutsche Post keine Ausnahme zuläßt.

Beschäftigen wir uns heute unter den soeben geschilderten Aspekten mit den öffentlichen Fernsprechern und den Zeitungskiosken, so ist ohne Übertreibung zu vermerken, daß sich auf diesem Gebiet mit Ausnahme einiger schädlicher Anläufe nichts bewegt hat. Selbst an Brennpunkten der Großstädte befinden sich Kioske, nach deren Äußeren geurteilt man ohne weiteres eine „Königlich-Sächsische Bilderzeitung“ verlangen könnte (Bild 1). Kein Mensch wird die Forderung erheben, das Alte plan- und bedenkenlos wegzureißen, wenn es seinen Zweck noch erfüllt und solange uns größere Aufgaben diese Großzügigkeit finanziell nicht gestatten. Aber das, was hinzugefügt oder ersetzt wurde, ist zu arm an Ideen und entspricht zu wenig einer neuen Zeit, so daß man nur einen Stillstand registrieren kann. Die Gestalter, denen größere Projekte in souveränem Wurf gelangen, erwartet hier eine Aufgabe, die keineswegs zu unterschätzende Anforderungen stellt.

Was wird gebraucht? Die Deutsche Post benötigt Typen von Zeitungskiosken in mindestens zwei Größen für die Großstädte, für ländliche und kleinstädtische Verhältnisse sowie für Park-



Bild 1. Dieser Zeitungskiosk aus der Jahrhundertwende hat seinen Standort noch an diesem Verkehrsknoten Leipzig, am Hauptbahnhof. (Aut. Tagesschau Leipzig)

(Schluß von S. 20)

Was für die Jahresaufgaben festzustellen war, gilt für Perspektivpläne erst recht. Einmal deshalb, weil die Planung über einen Zeitraum von vielen Jahren hinweg von vornherein größere Unsicherheitsfaktoren in sich birgt, zum anderen aber auch wegen der Unmöglichkeit, sämtliche Faktoren der innen- und außenpolitischen, wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung im einzelnen voraussehen zu können. Die Gesamtentwicklung wird trotzdem verhältnismäßig genau festzulegen sein, wie vor allem die sowjetischen Fünfjahrespläne beweisen; regional oder betrieblich werden jedoch mitunter Schwankungen unvermeidlich sein.

Hieraus könnte es als zweckmäßig erscheinen, den Perspektivplan in bestimmten Zeitabständen - etwa jährlich - einer Korrektur zu unterziehen. Das ist jedoch grundsätzlich abzulehnen. Ausnahmen können nur in Frage, wenn der gesamtstaatliche Perspektivplan verändert wird (etwa in den einzelnen Proportionen) oder wenn die künftigen Aufgaben eines Betriebes grundsätzlich neu festgelegt werden. Das müssen jedoch Ausnahmen bleiben.

Somit wird es also auch bei der DP einige Betriebe geben, deren Entwicklung nicht nach den Terminen ihrer Perspektivpläne verläuft. Es wird vorzuziehen, daß z. B. vorgesehene Investitionen erst in einem späteren Jahr durchgeführt werden, oder daß volkswirtschaftliche Gesichtspunkte ihre vorfristige Inbetriebnahme erfordern.

Trotzdem haben die Perspektivpläne sowohl für die Betriebe selbst als auch für die Volkswirtschaft einen bedeutenden Wert. Sie stellen trotz gelegentlicher Abweichungen im terminlichen Ablauf die Hauptlinie der betrieblichen Entwicklung dar, sie geben die entscheidende Zielrichtung für die Initiative der Werktätigen auf weitere Sicht und ermöglichen die Aufstellung eines gesamtstaatlichen Perspektivplanes von großer Wirklichkeitsnähe. Allerdings sollte man mindestens einmal jährlich darüber Rechenschaft ablegen, inwieweit die vorgesehene Ziel erreicht werden.

**Zusammenarbeit mit den örtlichen Organen und mit den Volkswirtschaften**

Dieses war in der Vergangenheit in jeder Beziehung ungenügend. Einerseits bemühten sich die meisten Betriebe des Post- und Fernmeldewesens viel zu wenig um eine enge Verbindung. Sie genüßten bestenfalls ihren gesetzlichen Pflichten hinsichtlich der Vorlage einiger Teilpläne, z. B. bei Arbeitskräften und bei der Berufsausbildung. Andererseits war den Bemühungen einiger Betriebe des Fernmeldewesens, bei den örtlichen Organen (vor allem bei den Plankommissionen der Kreise) Auskunft über wichtige geplante Vorhaben zu erhalten, in der Regel wenig Erfolg beschieden. So ergab sich oft, daß den Fernmeldematern wichtige Folgeninvestitionen zu spät zur Kenntnis kamen. Planänderungen, Schwierigkeiten in der Materialdisposition und im Einsatz der Arbeitskräfte waren die Folge.

Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft, das Verfahren durchgreifend zu verbessern. Zweifellos kann das nicht allein von den Betrieben her erfolgen. Auch das MPP sollte stärker als bisher auf die zuständigen zentralen Organe einwirken, die regionalen Belange der Deutschen Post künftig voll zu berücksichtigen.

Indessen muß auch von den Betrieben eine ständige Verbindung besonders mit den örtlichen Plankommissionen hergestellt werden. Da die Perspektivplanung auch in diesen Organen verbessert und die Verantwortlichkeit wesentlich erweitert wird, sind wichtige Voraussetzungen für eine künftige gute Zusammenarbeit gegeben.

Darüber hinaus sollte eine engere Verbindung mit den Volkswirtschaften, besonders mit den entsprechenden ständigen Kommissionen gesucht werden. Auch auf diesem Wege kann man erreichen, daß der regionale Aufbau mit der Entwicklung und den Notwendigkeiten des Post- und Fernmeldewesens besser als bisher koordiniert wird.

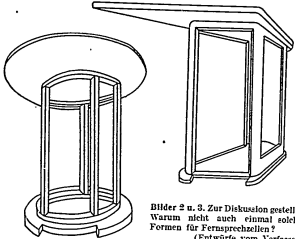
anlagen. Varianten sind ferner zu empfehlen für ein- und zweiseitigen Verkauf sowie in der Wahl der Baustoffe, wobei besonderes Augenmerk auf das Einsparen von Holz und auf einwandfreie Arbeitsbedingungen für das Verkaufspersonal zu legen ist. Die zu entwickelnden Typen für Fernsprechkioske müssen sich der jeweiligen Umgebung anpassen. Darüber hinaus wäre es zu begrüßen, wenn sich die gestaltenden Kräfte Gedanken darüber machen, wie sich im Bedarfsfall ein Wetterschutz für Wartende mit einer modernen Form kombinieren läßt (Bilder 2 und 3). Als weitere Varianten sind Doppel- und Mehrfachzellen empfehlenswert.

Auch bei freistehenden Zellen im geschlossenen Raum sollte man das Risiko der mutigen Tat dem bequem Verharren beim „Altbewährten“ vorziehen. In Leipzig werden in aller Kürze Versuche mit türlosen Zellen aus schallschluckendem Material durchgeführt, deren Verwendungsfähigkeit in der Schalterhalle zur Zeit noch fraglich ist. Eine Spezialaufgabe sollten sie jedoch



Bild 5. „Telepax“-Fernsprechkiosk der DeTeWe, Berlin, im Straßenverkehr (A. Fu. DeTeWe, Berlin)

Republik große Trümmerflächen des Krieges neu bebaut werden, in der allerorten großzügige Wohnstraßen, Siedlungen, Betriebe und öffentliche Gebäude entstehen, müssen wir ständig bemüht sein, Fernsprechkioske und Zeitungsverkaufsstellen in verkehrsgünstiger Lage der Straßen- und Platzwand einzufügen. Das kann nur gelingen, wenn die Baupläner (staatliche und kommunale Projektierungsbüros) von der leider noch vielerorts gelübten Praxis abgelenkt, erst nach Fertigstellung großer Bauvorhaben oder zumindest der endgültigen Pläne von der Existenz der Deutschen Post Kenntnis zu nehmen und deren Bedarf zu ermitteln. Ein ständiger Kontakt mit den planenden örtlichen Stellen ist Bedingung. Mit diesen gemeinsam sollten auch die Bestrebungen gefördert werden, an Verkehrsknotenpunkten öffentliche Einrichtungen baulich zusammenzufassen, um eine Vielzahl unharmonischer Kleinbauten zu vermeiden (Straßenbahn- oder Omnibuswartehäuschen, Zeitungskioske, HO- oder Konsumverkaufsstelle, Bedürfnisanstalt, Fernsprechkabine). Neben den ästhetischen liegen hierbei auch die wirtschaftlichen Vorteile auf der Hand (Materialersparnis, gemeinsame Installation, bessere Heizmöglichkeit).



Bilder 2 u. 3. Zur Diskuslon gestellt! Warum nicht auch einmal solche Formen für Fernsprechkioske? (Entwürfe vom Verfasser)

für Reporter bei Veranstaltungen erfüllen können, weil das Fehlen der Tür auch Langspeichern eine einwandfreie Temperierung der Zelle, das Rauchen und Sitzen ermöglicht. Daneben scheinen sie hervorragend geeignet für innerbetrieblichen Verkehr in Räumen mit hohem Geräuschpegel. In der Deutschen Bundesrepublik und in einigen anderen Ländern sind diesbezügliche Versuche erfolgreich verlaufen (Bilder 4 und 5). Unten offene Zellen gewährleisten eine gute Lüftung (Bild 6).

Aber nicht allein auf moderne Typen soll sich unsere Aufmerksamkeit beschränken. Wesentlich ist im Städtebau auch die architektonische Eingliederung aller Einzelobjekte in das Straßensbild. In einer Zeit, in der fast in allen Städten unser

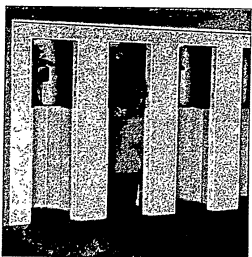
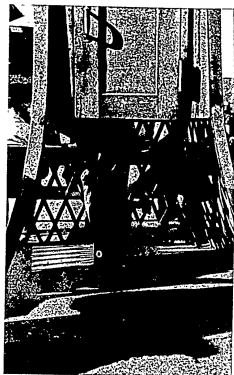


Bild 4. „Telepax“-Fernsprechkioske der DeTeWe, Berlin, ortsfest eingebaut (A. Fu. DeTeWe, Berlin)

Bild 6. Unterteil einer Fernsprechkabine in Reykjavik (Island), (A. Fu. Schmoecker, Berlin; aus Wochenpost 20/56)



Richten wir unser Augenmerk auf die vielfältigen Gelegenheiten, um zu beweisen, daß auch die Deutsche Post die neue Zeit mitgestaltet, dann darf dieses nicht allein auf die technische und betriebliche Vervollkommnung großer Anlagen beschränkt bleiben, sondern man soll auch die kleinen Dinge, z. B. die Kioske und Fernsprekhäuschen, als „Wahrzeichen“ des öffentlichen Post- und Fernmeldedienstes gebührend beachten; denn auch gerade darüber wird gesprochen.

Was also sind auf diesen Gebieten die Forderungen für die allerärmste Zeit?

1. Im Projektierungsplan müssen ausreichende Mittel für das Entwickeln von Typen bereitstehen.
2. Das zu beauftragende Projektierungsbüro muß sich über den internationalen Stand unterrichten. Es darf die mit der Typisierung beauftragte Brigade erst dann detailliert arbeiten lassen, wenn die Ideen aller schöpferischen Fachkräfte der Deutschen Post zusammengetragen und ausgewertet worden sind. Zu diesem Zweck sind Ideenwettbewerbe mit materiellem Anreiz das geeignete Mittel.
3. Die materielle Grundlage zum Bau von Versuchstypen ist durch Aufnahme von geeigneten Objekten in den Investplan zu schaffen.
4. Das MPF darf das Streben nach Modernisierung nicht dadurch hemmen, daß es z. B. die Übernahme gebrauchter Zeitungskioske von anderen Planträgern ohne architektonische Beratung für die Deutsche Post durchführt oder billigt.
5. Das Herstellen weiterer Fernsprekhäuschen aus Beton nach dem zur Zeit vorliegenden Entwurf ist zu stoppen, weil der Typ weder wirtschaftlich noch architektonisch den Forderungen standhält (Bild 7).
6. Kioske und Fernsprekhäuschen, deren moralischer oder baulicher Verschleiß einen Verbleib am derzeitigen Standort unverträglich macht (Bild 8), müssen durch Ersatzinvestitionen ausgewechselt werden. Das kann allerdings aus ökonomischen Gründen zunächst nur an Stätten mit internationalem Verkehr, in Bade- und Kurorten usw. durchgeführt werden.
7. Alle BPF müssen verpflichtet werden, vor Aufnahme von Kiosken und Fernsprekhäuschen in den Planvorschlag die zuständigen kommunalen Stellen zu konsultieren, um gegebenenfalls in gemeinsamer Aktion die beste städtebauliche Lösung durch Zusammenfassen von Kleinobjekten zu suchen.

Sicher gibt es beim Aufbau des Sozialismus noch wichtigere Aufgaben, als das Modernisieren vorhandener Zeitungskioske und Fernsprekhäuschen. Wo aber derartige Anlagen neu entstehen — besonders auch in neuen Wohnblöcken und sozialistischen Städten (Stalinstadt, Hoyerswerda) — sollte man doch dem neuen Inhalt unserer Gesellschaftsordnung auch bei solchen Kleinbauten durch neue Formen entsprechen.



Bild 7. Diese Art von Fernsprekhäuschen aus Betonbauweisen stellt noch nicht die geeignetste Lösung dar. (A. Fu. Tagesschau Leipzig)

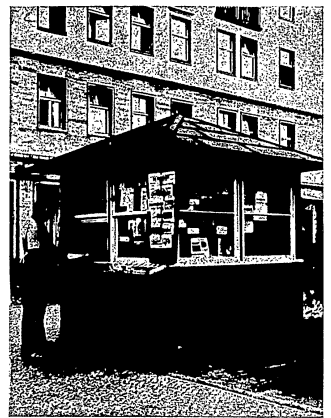


Bild 8. Ein solcher Zeitungskiosk paßt wirklich nicht zu den modernen Wohnbauten in der Berliner Stalinstadt. (A. Fu. IFF)

**Zentraler Meistertag Fernmeldbau am 6. und 7. Dezember 1956 in Leipzig**

Nach der Eröffnung des Meistertages durch den Kollegen Schulz, Abt. L Arbeit der HV Fe im MPF, sprach zunächst Kollege Ing. Enge, Abt. L FeOv, über

**Aufgaben der Fernmeldemeister bei der DP.**

Seinem Rückblick auf die bisher geleistete erfolgreiche Arbeit im Fernmeldbau konnte mit Befriedigung entnommen werden, in welcher großzügiger Weise die DP sich die Sorge um den Menschen angelegen sein läßt, u. a. durch Liefern von Schutzkleidung und Bereitstellen von Unterkünten, auch auf der Baustelle. Die Güte der geleisteten Arbeit an den Linien wird dadurch bewiesen, daß die Linien der witterungsbedingten besonders starken Belastung des abgelaufenen Jahres standhalten haben.

Seinem richtungsweisenden Ausblick auf das Ziel des 2. Fünfjahresplanes und auf die sich daraus ergebenden Aufgaben für die Fernmeldemeister seien folgende bedeutsame Abschnitte stichpunktartig entnommen:

Einsparen von Material durch ständiges Verwenden von Betonmastfüßen und Betonmasten, durch Vermindern der Leiterdicke in Kabeln sowie der mittleren Leitungslänge in den ON durch Erlichten von Teilmastern.

Vermindern der Arbeitszeit — und zwar auf 45 Stunden — im Jahre 1957. Das Erreichen dieses Zieles bedingt u. a.:

Höhere Qualifikation der in der Produktion stehenden Kräfte, wobei von den in der Sowjetunion mit Erfolg angewandten Patenverträgen zwischen Anlernung und Brigadier Gebrauch gemacht werden soll.

Qualifikation der Fernmeldemeister durch Lehrgänge. Sorgfältige Projektierung der Bauvorhaben, damit nicht Mittel verstreuen, die infolge zu großzügiger Projektierung gebunden und bei der Bauausführung nicht beansprucht werden.



Aufschließen des Produktionsplanes auf Meisterbereich und Brigade, um die an der Erfüllung der Pläne Beteiligten an Betriebsgeschehen teilnehmen zu lassen.

Elastischerer Materialverzögerung durch Vorlauf in Höhe eines Vierteljahrbedarfs an Querträgern, Ziehblenden sowie Draht und Bergelhalten des Vorrates an Kabelformstücken. Zur leichten Überwindung noch auftretender Engpässe wird das BA monatlich Fehllisten herausgeben.

Fortschreitende Verkrüftung durch Spezialfahrzeuge. Arbeitsrichtung durch Mechanisierung. Arbeitsschutz. Die bisher übliche mündliche Belehrung über die Arbeitsschutzanordnung (ASAO) ist durch praktische Ausbildung und Lehrgänge zu ersetzen. Durch Kontrollfragen ist zu ermitteln, ob Sinn und Zweck der ASAO richtig verstanden worden sind.

Sicherheit der Fernmeldeanlagen. Freiwillige Mitarbeiter aus den Kreisen der Bevölkerung sind zu gewinnen. Durch Aufklärung in Schulen und Einwohnerversammlungen ist Verständnis für die verhängnisvollen Folgen zu wecken, die beim Beschädigen von FM-Anlagen für die Krankenversorgung, Geburtshilfe, bei Unfällen, Bränden und Katastrophen eintreten können.

All diese Maßnahmen dienen dem Ziel, die Arbeitsproduktivität bis 1960 um 60% zu steigern, damit die Arbeitszeit im vorgesehenen Umfang gesenkt werden kann.

**Aufgaben des Fernmeldemeisters in ländlichen Bereichen**

Kollege Fernmeldemeister Saunzig, Hermsdorf, legte - aus reicher Erfahrung schöpfindend - die vielfältigen Aufgaben dar, die der Fernmeldemeister eines ländlichen Bereichs zu bewältigen hat. Sodann berückte er über ein von ihm in Zusammenarbeit mit dem FMA Jena entwickeltes Formblatt, in dem das Ergebnis der Voruntersuchung oberirdischer Leitungen für jeden Stützpunkt festgehalten wird. Diese Aufzeichnungen bilden sowohl die Grundlage für den Generalreparaturplan als auch die Arbeitsanweisung für die bauausführende Brigade. Kollege Obermeister Richter, Dresden, behandelte einen von ihm erarbeiteten gleichartigen Vordruck sowie einen großen Lehnstisch, der bei umfangreichen Bauvorhaben Einzellohnscheine entbehrlich macht und dadurch Schreibarbeiten vermindert.

Beide Vorträge lösten eine rege Diskussion aus. Die von den Kollegen Saunzig und Richter entwickelten Vordrucke wurden als zweckmäßig anerkannt. Der für die Linienunterhaltung vorgesehene Turnus von drei Jahren für Instandhaltung und sechs Jahren für Generalreparatur wurde im Hinblick auf den inzwischen erreichten baulichen Zustand der Leitungen als annehmbar bezeichnet. Ausführlich sprach man über die Qualifikation der Meister. Der Wert der bisher durchgeführten Lehrgänge wurde allgemein anerkannt, eine engere Anpassung des gebotenen Stoffes an die Erfordernisse der Praxis aber für wünschenswert gehalten, desgleichen ein stärkeres Heranführen der jüngeren Fernmeldemeister an die Kunst der Menschenführung. Man bemängelte jedoch die wenig sorgfältige Vorbereitung der für die Lehrgänge in Aussicht genommenen Kader durch die FMA sowie die ungenügende Förderung der Fernmeldemeister, die sich im Selbststudium auf die Prüfung vorbereiten. Für ältere Meister mit langjähriger Bewährung wurde eine Übergangsregelung gewünscht. Auch auf das teilweise noch bestehende Mißverhältnis zwischen dem Einkommen der Fernmeldemeister und dem der Leistungslohn beschäftigten Arbeitskräfte wurde hingewiesen.

Die Fernmeldemeister brachten ferner zur Sprache, daß die Qualifikation der Schreibkräfte („Meisterschreiber“) unumgänglich notwendig sei, um den Fernmeldemeister vom Schreibtisch weg und auf die Baustellen zu führen. Die gesellschaftliche Stellung des Meisters, seine Aufgabe, die in der Produktion stehenden Kräfte vor sozialistische Wettbewerbe an den Ablauf der Produktion heranzuziehen und ihr sozialistisches Bewußtsein auszubilden, wurden gebührend herausgestellt.

**Perspektive der Mechanisierung und Motorisierung im Fernmeldebau**

Kollege Langer, Betriebslabor Fernmeldebau Dresden, legte dar, daß mit der Mechanisierung sowohl die Befreiung des Men-

schens von schwerer körperlicher Arbeit als auch der Ersatz fehlender menschlicher Arbeitskräfte durch die Maschine erreicht werden sollen. Ihre Wirtschaftlichkeit ist abhängig von den Einsatzmöglichkeiten. Folgende Kleingeräte wurden teils im Original, teils im Lichtbild gezeigt: -

**Sprechstellenbau:**

- Elektrische Mauernutfräse. Bei weiter vorherrschender Montage auf Putz Einsatzmöglichkeit beschränkt.
- Dübelbohrgerät. Einsatz wegen hoher Unfallgefahr z. Z. verboten.
- Hilti-Dübelbohrgerät. Auslandsersatz, kostspieliges Dübelmaterial macht Einsatz z. Z. unrentabel.
- Carotibohrer. In guter Ausführung lieferbar.
- Bohrmaschinen mit Spiralbohrern (Hartmetallbohrer) ebenfalls lieferbar.
- Kleber. Erfolgversprechende Entwicklung eines auf die Tapete usw. zu klebenden Flachdrahtes für Innenmontage ist im Gange.

**Oberirdischer Bau:**

- Elektrische Kettensäge.
- Spitzstößel und sonstige Geräte, die dem Ziel dienen, Arbeiten von der Baustelle in die Werkstatt zu verlegen (Entrostern, Isolatoren reinigen usw.).
- Fahrbare Hebebühne für Arbeiten am Mast und an Luftkabeln.
- Baumsehern mit Preßluftantrieb.
- Mastuntersuchungsgerät, das eine Kurve der Holzfestigkeit misst.
- Tirfor-Greifzuggerät. Eine Weiterentwicklung des im Luftkabelbau verwendeten Hebelspanners.

**Größgeräte:**

- Kabelverlegemaschine (siehe „Die Deutsche Post“, Heft 1/56).
- Grabenfräse.
- Kabelverlegemaschine (siehe „Die Deutsche Post“, Heft 1/56).

**Motorisierung:**

Die im Lichtbild gezeigten Muster von Löterwagen, Sprechstellenwagen, Wohnwagen usw. veranschaulichten überzeugend die auf diesem Gebiet erzielten Fortschritte.

In der Diskussion wurde auf den unbefriedigenden Erfolg der in der Linie vorgenommenen Entrost- und Anstricharbeiten hingewiesen und die Verlingerung dieser Arbeiten in die Werkstatt angeregt.

**Reisebericht der Delegation der DP in die UdSSR**

Kollege Werther, Halle, berichtete an Hand farbiger Lichtbilder über diese, der Festigung freundschaftlicher Beziehungen und dem Erfahrungsaustausch dienende Reise. Der Vortragende verstand es, den Zuhörern ein anschauliches Bild vom Stand der fachlichen Entwicklung sowie vom Leben in der UdSSR zu vermitteln („Die Deutsche Post“ wird darüber noch berichten. D. Red.).

In seinem Schlußwort konnte Kollege Enge als Ergebnis des ersten zentralen Meistertages feststellen:

- Das MPF, das IPF, das BA und das Betriebslabor hatten Gelegenheit, ihre mit Vorrang in Angriff zu nehmenden Schwerpunkt Aufgaben an die Meister heranzutragen, um diese zur Mitarbeit anzuregen.
- Die Meister konnten den maßgebenden Stellen Mängel und Schwächen, die ihre Arbeit in der Produktion beeinträchtigen, sowie persönlich bewegende Fragen unmittelbar vortragen.
- Das Zusammentreffen von Meistern aus allen Gebieten der DDR hat zu einem weit über den Rahmen der offiziellen Diskussionen hinausgehenden fruchtbaren Gedankenaustausch geführt und persönliche Kontakte geschlossen, die eine weitere ersprießliche Zusammenarbeit erhoffen lassen.

Rudorf



**Fachliteratur**

**Lexikon der Hochfrequenz-, Nachrichten- und Elektrotechnik.**

Herausgegeben von Curt Rint. Gemeinschaftsausgabe des VEB Verlag Technik, Berlin, und des Porla Verlages K.G. München. 3 Bände DIN C 6, je etwa 800 Seiten, 200 Abbildungen und Tabellen, dazu als Ergänzungsband ein Stichwortverzeichnis mit alphabetisch geordneten Begriffen in Englisch, Französisch und Russisch, Ganzleider flexibel 28,75 DM je Band (Preis für Ergänzungsband noch nicht bekannt), Subskriptionspreis bei Verpflichtung zur Übernahme aller drei Bände 26,50 DM je Band.

Das Lexikon der Hochfrequenz-, Nachrichten- und Elektrotechnik ist ein unentbehrliches Handbuch für Wissenschaftler, Techniker, Studierende und Amateure. Nach dem neuesten Stand der Technik erklärt es rund 20000 Begriffe aus den Gebieten Astrophysik - Atomphysik - Elektroakustik - Elektronenröhren - Elektronik - Fernmeldetechnik - Fernsehen - Ferro- und Ferrimagnetismus - Foto - Funkortung - Geophysik - Halbleiter - Hochfrequenz-Medizintechnik - Halbleiter - Impulstechnik - Ionosphäre - Isolierkeramik - Kristalle - Lichttechnik - Mathematik - Meteorologie - Organische Isolierstoffe - Patente - Rundfunktechnik - Studio-technik - Theoretische Elektrotechnik - UKW-FM-Technik.

Alle Gebiete wurden von bekannten Fachleuten bearbeitet, so daß die Gewähr der richtigen und auf die kürzeste Form gebrachten Definition gegeben ist.

**Voraussichtliche Erscheinungstermine:**

- |                |                 |
|----------------|-----------------|
| 1. Band        | 1. Quartal 1957 |
| 2. Band        | 2. Quartal 1957 |
| 3. Band        | 3. Quartal 1957 |
| Ergänzungsband | 4. Quartal 1957 |

**Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1955.**

Herausgegeben von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik. 1. Jahrgang, Deutscher Zentralverlag, Berlin 1956, 14,10 DM.

In diesen Wochen ist erstmals in der Deutschen Demokratischen Republik ein Statistisches Jahrbuch erschienen. Die Erwartungen, die an ein solches Jahrbuch gestellt wurden, waren von allen Seiten außerordentlich hoch. Nach einer ersten Durchsicht des veröffentlichten Zahlenmaterials kann man, insgesamt gesehen, feststellen, daß wir einen wesentlichen Schritt weiter vorangekommen sind, indem nunmehr der Allgemeinheit Zahlen zur Verfügung stehen, die bisher nur teilweise bekanntgegeben wurden.

Man muß jedoch feststellen, daß auf dem Gebiete des Post- und Fernmeldewesens die Zahlenangaben mehr als unbefriedigend sind. Wenn im Vorwort des Buches davon gesprochen wird, daß das Statistische Jahrbuch für alle Wissenschaftler, für die Mitarbeiter des Staatsapparates und der sozialistischen Wirtschaft ein wichtiges Arbeitsmittel sein soll, „um die gesellschaftlichen Zusammenhänge besser zu erkennen und die eigene Arbeit fruchtbringender zu gestalten“, so kann man zweifellos feststellen, daß diese Forderung auf dem Gebiete der Statistik des Post- und Fernmeldewesens in keinem Falle erfüllt worden ist. Es wird lediglich Auskunft darüber gegeben, wie sich einige wenige Positionen unserer Leistungen von 1950 bis 1955 entwickelt haben (im Postverkehr: Briefe, Zahlkarten und Postanweisungen sowie Pakete; im Fernmeldewesen: Ortsgespräche, Fern- und Schnellgespräche sowie Telegramme; im Rundfunk-

wesen: Rundfunkgenehmigungen). Man kann mit dieser Darstellung des Zahlenmaterials, das zudem noch die verpflichtende Überschrift trägt: „Leistungen des Post- und Fernmeldewesens 1950 bis 1955“ absolut nicht zufrieden sein. Es fehlt eine ganze Reihe von Angaben, die die Leistungen unserer Kollegen in den vergangenen fünf Jahren besser zum Ausdruck gebracht hätten. So vermißt man beispielsweise auf dem Gebiet des Postdienstes die Aufteilung der genannten Zahlen nach Inlands- und Auslandsverkehr und Angaben über den Postzeitungsvertrieb. Weiterhin interessieren zweifellos auch Angaben über den Post-scheckdienst (Zahl der Konten, Guthaben auf den Konten). Die Leistungen des Postsparkassendienstes müßten selbstverständlich im Abschchnitt „Post- und Fernmeldewesen“ aufgeführt werden und nicht allein unter „Finanzen“, wo sie nicht von jedermann vermutet werden. Im Fernmeldewesen fehlen ebenfalls die genannten Angaben nicht; es wäre auch hier eine Unterteilung der gegebenen Zahlen nach Inland, Ausland und Durchgang sowie die Zahl der Fernsprechanhänge - unterteilt nach Wähl- und Handvermittlungen -, die Zahl der Telexstellen usw. von Interesse. Angaben über die Sonderdienste der Deutschen Post (Zahlen-Lotto, Sport-Toto) würden einen Überblick über die Leistungen des Post- und Fernmeldewesens auch auf diesen Gebieten geben.

Von grundsätzlicher Bedeutung ist ferner, daß keinerlei Angaben über die Organisationsformen der Deutschen Post enthalten sind. Es kann zweifellos zumindest eine solche Aufstellung gebracht werden, die die Zahl der vorhandenen Ämter und Amtsstellen usw. enthält. Hinsichtlich der Betriebsrichtungen wären weiterhin Angaben wichtig, wieviel Fahrzeuge im Dienste der Post fahren, wieviel Postbriefkästen bestehen, wieviel Schließfächer benutzt werden usw.

Es zeigt sich also, daß die unter der Überschrift „Leistungen des Post- und Fernmeldewesens“ gemachten Angaben den wirklichen Leistungsstand bei der DP nicht richtig widerspiegeln. Dies kann dazu führen, die oft noch vorhandene Unterschätzung des Post- und Fernmeldewesens weiter zu fördern. Man sollte sich im MPF und bei anderen zuständigen Stellen ernsthaft darüber Gedanken machen, wie man die Leistungen des Post- und Fernmeldewesens auch in den Statistischen Jahrbüchern der Deutschen Demokratischen Republik besser würdigen kann.

Trotz dieser Kritik begrüßen wir es, daß ein Statistisches Jahrbuch erschienen ist. Das große Bedürfnis nach derartigen Zahlenmaterial spiegelt sich in der Tatsache wider, daß die erste Auflage bereits vergriffen und eine zweite Auflage zu erwarten ist.

\*

**Kurzfristige Postfakten im Bezirk Potsdam**

Im fünfmonatigen Teil des Bezirkes Potsdam liegen am 30. Juni des Monats die Statistiken Briefe, Zeit und Päckchen, in denen sich durch alle Wirren der Vergangenheit kurzfristige Postfakten erhalten haben. Die Mitteilung von Postfakten in diesen verhältnismäßig kleinen Daten zeigt, wie gut das fünfmonatige Postwesen zu bemeßelbarer Zeit organisiert war. Die drei Säulen befinden sich in verhältnismäßig gutem Zustand und im an verkehrsgünstigen Stellen erdicht. Jeder ist der verwendete Wiener Sanftleben gegen Wind und Wetter nicht sehr verfallsfähig, je daß die eingekleideten Orts- und Stadtangelegenheiten recht fest zu entfallen sind. Daß die Befreiung der drei Säulen in sämtlichen Statistiken erfolgt, ist wohl ein Beweis dafür, wie das Befahren des Materials auf den Statistiken und die Übernahme der Statistiken durch die Gemeinden auf erhebliche Schwierigkeiten stößt.

Die Säule in Bezug wurde 1955 an der Straße zwischen Burg und dem heutigen Posthof aufgestellt. Mit dem Bild ist die Säule in Bezug dargestellt, die 1950 nach dem Ortsanfang nach West befördert wurde. Die dritte Säule befindet sich in Rietberg, und zwar am fünften Ortsanfang. Das eingemeißelte Aufstellungsjahr 1910 erscheint aber zweifelhaft, denn erst am 19. September 1922 wurde Rietberg als Kreisstadt (1894-1928) nach Rietberg in Statistiken an.





(Aufn. vom Verfasser)

Dresden und die Philatelie

Philatelistisch gesehen, wurde Dresden durch die erste Postkonferenz berühmt. Die Vertreter der 17 norddeutschen Postverwaltungen trafen dort vom 18. 10. 1847 bis zum 3. 2. 1848 und faßten wichtige Beschlüsse für die Vereinheitlichung des Postwesens. Im Juni 1850 erhielt das Finanzministerium in Dresden die Befehle der ersten sächsischen Briefmarken, der weltberühmten Sachsenschilder, die am 29. 6. 1850 an die Schalter kam. Im Dezember 1852 wurden die bekannten Halbgritter-Nummernstempel erstmalig verwendet. Das Hofpostamt in Dresden erhielt die Nummer 1. 1863 fand in Dresden die erste Briefmarkenausstellung der Welt durch das sächsische Finanzministerium statt. In den 60er Jahren richtete auch Dresden eine Privatpost mit eigenen Marken ein.

Am 23. 6. 1945 erschien in Dresden die erste OPD-Ausgabe nach dem Zusammenbruch, sie ebenfalls berüchtigt geordnete „Potschte“, die jedoch nach wenigen Stunden zurückgezogen wurde. Im gleichen Muster ohne russische Inschrift wurden nun drei Reihen mit 22 Werten herausgegeben, die später auch im Bereich der damaligen OPD Chemnitz galten. Für den Wiederanlauf erschienen 1946 zwei Werte mit den Bildern des Zwingers und des neuen Rathauses. Den Zwingerpapillen der Wertscheit zeigen auch eine deutsche Wohlfahrtsmarke, eine Karte von 1921 und ein Wert der Serie „Wiederhergestellte historische Bauten“ von 1955. Das Hauptportal des Zwingers sehen wir auf verschiedenen Werten der Dauerreihe von 1953/55, während die zur 750-Jahrfeier erschienenen Marken Bilder vom Altmarkt, der Katholischen Hofkirche und der Technischen Hochschule bringen. Sechs der schönsten Gemälde brachte eine Ausgabe des Vorjahres, darunter Rembrandts Saskia und die Sizianische Madonna, die in einer wunderbaren Darstellung auch auf einer großen Marke des Saarlandes zu sehen ist. Alle Bildpostkarten zeigen das Südportal des Zwingers und die Inschrift „Dresden ruft. Denk an den 13. Februar 1945!“ Auf die 750-Jahrfeier weisen Sonderstempel der Ämter Dresden A 1 und A 20 hin, und die Sonderstempel von Dresden N 54, N 67 und Bad Weisler Hirsch künden aller Welt, daß die Gemäldegalerie am Zwinger wieder eröffnet ist.

Curt Paul, Karl-Marx-Stadt

Um den Stufen sind die Turfe durch Querstriche getrennt. Die Bahnangaben hinter den Orten nennen die Beförderungsbauer in Stunden. Dafür einige Beispiele:

Table with 3 columns: Station, Direction, and Time. Includes entries for 'Von Belgig' and 'Von Riemegg'.

Für die Wohlfürde und die damals ärmlichen Straßenverhältnisse waren derartige Zeiten erstaunlich. Mit den Reformen des öffentlichen Verkehrs allerdings rüdten die Städte einander viel näher. Die einstmals so langen Fahrzeiten wurden dann als Folgen des Stiefes in den Jahren 1945/46 vorübergehend lieber wieder erreicht.

Horst Behnke, Treuenbrietzen

Die „Sizianische Madonna“ auf einer Maximumkarte (Maximumkarten sind bildseitig frankierte Ansichtskarten, wobei die bildliche Darstellung von Karte und Marke ungefähr übereinstimmen müssen. Der Stempel muß in unmittelbarem Zusammenhang mit den auf Karte und Marke geeigneten Motiven stehen).



Der Postüberwachungsdienst

Von Rudolf ZILLMER, Berlin

Jeder Bürger verlangt mit vollem Recht Zuverlässigkeit und Sicherheit im Postverkehr. Indessen ist es wohl verständlich, daß der Nachweis jeder einzelnen Sendung von Stelle zu Stelle bei dem Massenverkehr, den die Post heutzutage zu bewältigen hat, nicht mehr möglich ist. Um trotzdem mit der notwendigen Sicherheit zu arbeiten, hat die Deutsche Post einen Dienstweg, den Postüberwachungsdienst (Üwa-Dienst), geschaffen.

Einführung

So vielfältig und weitverzweigt wie das Postwesen selbst, so umfangreich und ausgedehnt ist auch das Tätigkeitsgebiet dieses interessanten Dienstzweiges. Seine Hauptaufgabe ist die Sorge um die sichere Beförderung der Postsendungen, die die Bevölkerung der Post anvertraut hat. Bei der Lösung dieser Aufgabe liegt das Schwergewicht in der vorbeugenden Überwachung. Sie erstreckt sich auf das Beobachten der einzelnen Arbeitsvorgänge vom Einlefern einer Brief- oder Paketsendung bzw. vom Einzahlen eines Geldbetrages bis zum Aushändigen an den Empfänger. Das Einhalten der zahlreichen Dienstvorschriften, die das ordnungsgemäße Behandeln der Sendungen usw. in jeder Phase des Beförderungsvorganges sichern sollen, muß ebenfalls kontrolliert werden. Es gibt verschiedene Gründe für ein Übertreten dieser Dienstvorschriften. So ist z. B. der alter häufige Wechsel des Betriebspersonals eine wichtige Ursache, eine andere die sog. Betriebsblindheit, die das Entstehen von Gefahrenquellen im Betrieb nicht erkennen läßt. Deshalb lag es eine ständige wirksame Betriebsüberwachung notwendig, die sich speziell auf die Sicherheit des Postdienstes konzentriert.

Erste Aufgabe: Sicherheitsmaßnahmen treffen

Die Sicherheitsmaßnahmen, die zum Schutz der Postsendungen getroffen werden, stehen im engsten Zusammenhang mit den Vorkehrungen zur Abwehr von Zugriffen auf das von der Post verwaltete Volkvermögen. Die Postdienstgebäude müssen mit Einrichtungen zum Verhindern von Einbrüchen versehen sein. Weiterhin sind Vorkehrungen gegen Raubüberfälle auf die Schalterräume und Geldtransporte zu treffen. Hand in Hand mit dem Schutz von Vermögenswerten wird somit auch der Schutz der Beschäftigten im Postdienst vor körperlichen Gefahren erreicht.

Zweite Aufgabe: Zuschriften der Bevölkerung auswerten

Das systematische Auswerten der aus der Bevölkerung kommenden Beschwerden, der Verlustmeldungen und sonstiger Hinweise ist eine weitere Aufgabe des Üwa-Dienstes. Diese Auswertung ergibt in der Regel wertvolle Ansatzpunkte für weitere Ermittlungen und ist ein Hilfsmittel für das Aufdecken strafbärer Handlungen im Bereich der Post. Hierzu muß jedoch festgestellt werden, daß diese Tätigkeit hinsichtlich des Gesamtumfangs, den das Arbeitsgebiet des Üwa-Dienstes besitzt, nur eine relativ kleine Teilaufgabe darstellt.

Dritte Aufgabe: Vorbeugende Überwachung durchführen

Viel wichtiger und ungleich größer ist der Bereich der vorbeugenden Überwachung. Das rechtzeitige Aufdecken sachlicher Mängel und ihr Beseitigen vor Eintritt eines Schadens ist besser und volkswirtschaftlich verantwortungsvoller, als Sendungen an solchen betrieblichen Gefahrenstellen in Verlust geraten oder beschädigen zu lassen. Für die im Betriebsdienst Beschäftigten wirkt sich das Vorhandensein einer ständigen Betriebsüberwachung und eines engmaschigen Kontrollsystems in einer grundlegenden und sorgfältigen Arbeitsweise aus. Darüber hinaus werden nicht ganz charakteristische Kräfte dadurch von der Ausführung unbedachter Eigentumsdelikte abgehalten.

Arbeitsweise

Die Eigenart des Üwa-Dienstes als eines posteigenen Sicherheits- und Untersuchungsorgans bringt es mit sich, daß über seine Tätigkeit nicht zuviel Einzelheiten in die Öffentlichkeit gelangen dürfen, also auch nicht in den Kreis des Postpersonals. Das ist auch richtig; denn die Schlagkraft eines solchen Apparates wird nicht dadurch gesteigert, daß seine Arbeitsmethoden im einzelnen bekanntgegeben werden.

Organisatorisches

Wie arbeiten die Dienststellen bei der Durchführung ihrer Aufgaben? Zur Einarbeitung seien einige organisatorische Angaben vorangestellt. Die Dienststellen des Üwa-Dienstes überziehen wie ein engmaschiges Netz das gesamte Postgebiet. Bei jedem HPA befindet sich eine Dienststelle. Daneben sind sie auch bei zahlreichen Sonderämtern eingerichtet worden. Wenn sich auch die Tätigkeit dieser Dienststellen in erster Linie auf den Bereich des jeweiligen Amtes erstreckt, so darf doch nicht verkant werden, daß viele Aufgaben des Üwa-Dienstes erfolgreich nur dann gelöst werden können, wenn die Üwa-Kräfte auf das engste zusammenarbeiten. Sie müssen deshalb, falls das die jeweilige Aufgabe erfordert, auch außerhalb des eigenen Bereiches tätig sein. Das kann je nach Lage des Falles nach eigenem pflichtgemäßen Ermessen der Üwa-Kräfte oder aber auf Grund von Weisungen der BPP oder des MPF eintreten. Die Bezirks-Untersuchungs-Beauftragten (BUB) bei den BPP leiten den Üwa-Dienst in den Bezirken; die zentrale Leitung geschieht durch das MPF. In diesem Zusammenhang muß mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß der Üwa-Dienst ganz bestimmte Sicherheitsfunktionen auszuüben hat und kein „Allerweltsorgan“ zum Bearbeiten aller möglichen Aufgaben ist, die man aus diesem oder jenem Grunde den zuständigen Bearbeiter nicht übertragen will oder die nach der Geschäftsortung nicht eindeutig unterzubringen sind. Die im Laufe des Jahres 1957 erscheinende Dienstanzweisung für den Üwa-Dienst wird das Aufgabengebiet dieses Dienstzweiges klar abgrenzen.

Beispiele zur Arbeitsweise

Hier nun einige Beispiele, die die Arbeitsweise des Üwa-Dienstes veranschaulichen: Eine Anzahl von Beauftragten soll die Bahnhöfe überprüfen, die ein großes Gebiet durchqueren. Nach zentral erarbeiteten Einsatzplänen benutzen sie in Gruppen zu je zwei Mann die festgelegten Züge. Eine solche Kontrollfahrt muß sorgfältig vorbereitet werden. Die Üwa-Dienststellen der an der Strecke gelegenen HPA werden rechtzeitig aufgefordert, Sendungen aufzufzeichnen, die der zu überwachenden Bahnhaupt zugedehrt werden. Mit der Aufforderung, die Sendungen aufzufahren, wird dem Orts-PA ein vorbereiteter Umschlag an eine in Wirklichkeit nicht bestehende Anschrift übersandt, in den die Aufzeichnungen zu stecken und als Einschiebepapier der zu überwachenden Bahnhaupt zuzuführen sind.

Die Üwa-Angestellten betreten den Bahnhauptwagen im allgemeinen an einer Unterwegsstation. Während der eine den gesamten Wagen nach einem allgemein festgelegten Plan überprüft und besonderen Wert auf die Beobachtung der üblichen Gefahrenstellen legt, in denen Sendungen oder Sendungsteile

absichtlich oder unabsichtlich verborgen sein können, fordert der andere an Hand eines Doppels des Briefumschlags den Einschreibbrief mit den Aufzeichnungen ab und kontrolliert danach, ob die vermerkten Sendungen vorhanden und ordnungsmäßig bearbeitet sind.

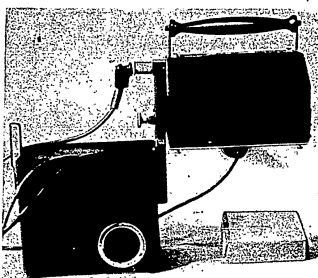
Auf dem gleichen Grundgedanken ist das Verfahren zum Überprüfen des Personals der Ortspostanstalten aufgebaut. In diesem Fall werden Sendungen in den Bahnposten aufgezählt, bevor sie anschließend auf die Ortsämter abgewiesen werden. Die Aufzeichnungen, die zur örtlich zuständigen Üwa-Dienststelle gelangen, dienen zum Nachprüfen der ordnungsgemäßen Aushändigung an den Empfänger, wobei häufig auf Belege wie Ablieferungsscheine und Paketzustellisten zurückgegriffen, oft auch beim Empfänger nachgefragt wird, wenn es sich z. B. um ein gewöhnliches Päckchen gehandelt hat. Hierzu ist zu bemerken, daß die Empfänger nach kurzer Aufklärung über den Zweck der Rückfrage durchweg volles Verständnis für diese Maßnahme zeigen und die Sorgfalt, die die Post auch gewöhnlichen Sendungen zukommen läßt, lebhaft begrüßen.

Ein anderes Gebiet des Postdienstes, das besonders in der Reisezeit regelmäßig ein Ansteigen der finanziellen Verluste mit sich bringt, ist der Postparkassendienst. Wenn auch hier infolge der vor einiger Zeit eingeführten Vortagepflicht des Personalausweises ein Aufklären der Postparkassen-Betrügereien im allgemeinen erleichtert ist, so versuchen doch immer noch mehr oder minder geschickte Fälscher sich auf Kosten der Deutschen Post zu bereichern. Leider hat die Untersuchung und Aufklärung vieler dergleicher Fälle durch den Üwa-Dienst gezeigt, daß auch plumpe Fälschungen von einigen Schalterangestellten nicht erkannt worden sind. Eine nicht gutzubehende Sorglosigkeit der Schalterkräfte hat die Betrüger geradezu ermuntert, den Versuch mehrmals mit Erfolg zu wiederholen. Die Anweisung, auf diesem Gebiet gründlichen Dienstunterricht durchzuführen, ist daher kein leeres Gerede. In Zukunft wird man deshalb bei notwendig werdender Schadensdeckung auch auf leichtfertige Schalterangestellte mehr als bisher auf Stellenvorsteher und Aufsichtsstellen zurückgreifen müssen, die ihre Aufgabe nicht verantwortungsbewußt gelöst haben. Verschiedentlich hat die Methode von Üwa-Kräften heilsam gewirkt, als sie Sprachbücher, die zu diesem Zweck mit offensichtlichen Fälschungen versehen worden waren, zu Rückzahlungen vorlegten. Wenn die Schalterangestellten die Fälschung nicht erkannt hatten, wurden sie und etwa anwesende Kollegen sofort auf ihre fehlerhafte und gedankenlose Arbeit hingewiesen.

Die Eigenart des Postdienstes bringt es mit sich, daß man um bestimmte Personalkontrollen nicht herumkommt. Diese Kontrollen müssen auch die persönlichen Verhältnisse, wie z. B. Aktenfächer, und die Kleidung der Postangestellten mit umfassen; denn unterdrückte Postsendungen können nun einmal überall versteckt werden. Ungetreue Angestellte verbergen sie mit Vorliebe am Körper. Wozu es führen kann, wenn solche Kontrollen vernachlässigt werden, zeigt das kürzlich bekannt gewordene Beispiel bei einem kleinen Postamt in der Nähe Berlins. Dort hat eine als Aushilfskraft arbeitende jugendliche Zustelllerin aus Faulheit im Laufe von drei Wochen zahlreiche Briefsendungen nicht zugestellt, sondern sie bei sich zu Hause geliegt.

Deshalb soll nochmals festgestellt werden, daß die Betriebsleiter für die Durchführung wirkungsvoller Personalkontrollen entsprechend ihrer Dienstaufgabepflicht voll verantwortlich sind und auch für einen durch ihre Nachlässigkeit entstandenen Schaden strafrechtlich belangt werden können. Man muß noch erwähnen, daß solche Kontrollen, die nun einmal einen (allerdings nicht zu umgehenden) Eingriff in die Persönlichkeitsphäre des einzelnen Beschäftigten bedeuten, selbstverständlich mit dem erforderlichen Takt vorgenommen werden. Unbeteiligte sollen nicht Zeugen solcher Kontrollen sein, und weibliches Personal wird nur von weiblichen Kontrollorganen überprüft, wenn nicht nur Taschenkontrollen vorgesehen sind.

Derartige Personalkontrollen haben einen anderen Charakter als die in der Strafprozessordnung (StPO § 133) behandelten Durchsuchungen. Ihr wesentlicher Unterschied liegt darin, daß



Quarz-Analyselampe „EMERD-LUMINA-U“ (VE M)

sie nicht mit den den staatlichen Untersuchungsorganen notfalls zur Verfügung stehenden Gewaltmitteln und auch nicht gegen jedermann durchgesetzt werden können. Sie ergeben sich vielmehr aus dem Beschäftigungsverhältnis bei der Deutschen Post, muß einen Beruf nachgehen, in dem keine solche Notwendigkeit vorliegen. Personalkontrollen dieser Art sind beim Verlassen des Dienstes, häufig aber auch beim Verlassen der Arbeitsräume, z. B. bei den Paketkontrollräumen, durchzuführen.

Die Untersuchung strafbarer Handlungen

Diese haben den Charakter innerbetrieblicher Ermittlungen mit dem Ziel, den Täter und den Sachverhalt festzustellen sowie etwaige Schadensersatzansprüche zu regeln. Die Ermittlungsverfahren enden entweder mit einer Disziplinarstrafe oder mit der Übergabe des Täters an die staatlichen Untersuchungsorgane.

Öftmals ist die Überführung eines Verdächtigen nur unter großen Schwierigkeiten möglich, besonders dann, wenn der Täter seine Verkrüden zu Zeiten begeht, in denen er unbeschäftigt ist, z. B. im Nachdienst oder an Feiertagen, wenn kein weiterer Angestellter im Dienst ist. Das trifft auch bei den sog. Einmannabposten zu. In solchen Fällen wurden mit folgender Methode gute Ergebnisse erzielt: Die Meldungen über Verluste und Inhaltsschmelierungen werden gründlich analysiert. Meist ergibt sich dabei, daß der Täter einen bestimmten Sendungsinhalt bevorzugt; z. B. legt der eine Täter Wert auf Genauigkeit wie Kaffee und Tabakwaren, ein anderer wiederum bevorzugt Strümpfe und Wäsche. Aus der Zusammenstellung der Aufgabebestimmungsorte solcher unterdrückter oder bearbeiteter Postsendungen lassen sich bei entsprechender Erfahrung Schlüsse auf den Täter ziehen, der z. B. auch eine Bahnpost oder eine Umschlagstelle sein kann. Ist man so weit, dann setzt eine gründliche, unauffällige Beobachtung des in dieser Dienststelle beschäftigten Personals und seiner Lebensgewohnheiten ein, z. B. im Hinblick auf unverhältnismäßig hohe Ausgaben. Nach und nach wird der Kreis der in Frage-Kommenden immer enger gezogen. Unbeteiligte scheiden aus dem Ermittlungsbereich aus, und schließlich bleiben nur einige wenige übrig. Öftmals werden bei diesen Vorratierungen bereits der oder die Täter gefaßt; denn allzu leicht wagt sich der gewohnheitsmäßige Dieb in Sicherheit, darauf hoffend, daß seine Straftaten, die einmalt oder zweimal anscheinend unerkannt blieben, auch künftig unentdeckt bleiben mögen.

Ist dieses Stadium der Vorratierungen erreicht, so bieten sich verschiedene Möglichkeiten des weiteren Vorgehens, die oftmals von den örtlichen Verhältnissen maßgeblich beeinflusst

sind. Dies kann in der Form geschehen, daß sämtliche Postsendungen, für die sich der Täter erfahrungsgemäß interessiert, unauffällig aufgezeichnet werden. Später wird kontrolliert, ob Sendungen fehlen. Dies kommt hauptsächlich bei Päckchen in Betracht. Hat sich der Täter am Inhalt von Briefen vergriffen, z. B. Wertpapiere oder Lebensmittelkarten entnommen, so ist die Überführung häufig mit Hilfe von Chemikalien gelungen, die auf der Haut keine sichtbaren Spuren hinterlassen, aber unter der Quarzlampe fluoreszieren. Die Quarzlampe, mit der die Üwa-Dienststellen nach und nach ausgerüstet werden, ermöglicht die einwandfreie Überführung. Bewährt hat sich besonders ein kleines transportables Gerät, das auch bei Poststellen leicht eingesetzt werden kann (Bild). Außer für diesen Verwendungszweck leistet die Quarzlampe gute Dienste bei der Feststellung von Postparbuch- oder Postanweisungsfälschungen. Auch bei der Ermittlung von Falschgeld und Postwertzeichenfälschungen wird sie mit Erfolg verwendet.

Durch sein Wirken trägt der Üwa-Dienst wesentlich dazu bei, das Vertrauen der Bevölkerung zur Deutschen Post zu heben und zu festigen. Er leistet darüber hinaus einen Beitrag zu einer Selbstkostenkennung der Deutschen Post, indem er durch „Verstopfung“ der Gefahrenquellen die Zahl der Verluste, Inhaltsschmelierungen usw., für die die Post Ersatz leisten muß, verringert.

Von der Postkutsche zum Dezimeterstrum

Von Hans GRADECKI, Berlin

Kürzlich ging durch die Tagespresse die Nachricht, daß unweit der Fernverkehrsstraße 189 in der Nähe von Osterburg, in Dequede, eine Relaisstelle für Fernsehwecke errichtet wird. Viele Kollegen können sich vielleicht unter dem Begriff „Relaisstelle“ verhältnismäßig wenig vorstellen bzw. meinen aus falscher Annahme, daß es sich hier einfach um einen Sender schlecht im handelt. Befassen wir uns deshalb einmal mit dem Begriff „Relaisstelle“ und den Aufgaben, die einer dergleichen Einrichtung im Zeitalter der Technik zufallen.

Bereits in der frühen Geschichte der Post gab es Relaisstellen. Damals stand an einer durch das Land führenden Poststraße ein Gasthof, der sich hauptsächlich dadurch auszeichnete, daß dort größere Stallungen mit Pferden vorhanden waren. Die Reisenden in der Postkutsche rasteten für eine kurze Zeit. Der Postillon verwechselte indessen die Pferde und übernahm weiterzuleitende briefliche Nachrichten. Mit frischen Pferden ging es weiter bis zum nächsten Relaispunkt, wo sich das gleiche wiederholte. Wir wissen alle, daß diese Art der Nachrichtenübermittlung mehrere Tage, oftmals sogar Wochen dauerte. Trotzdem war es die Verbindung zweier oftmals sehr weit voneinander liegender Orte über mehrere „Relaisstellen“.

Wenn früher auf der alten Poststraße Potsdam - Schwerin die Postkutsche über die märkische Heide in das necklenburgerische Land fuhr, so wurden die Reisenden an jedem Haltepunkt freudig begrüßt, weil sie „Neues“ brachten und durch ihre Erzählungen einen Einblick in Kultur und Bräuche anderer Orte oder sogar Länder ermöglichten.

Die Zeiten haben sich geändert, mit ihnen auch die Mittel und Wege der Nachrichtenübertragung. Die schnellste Weitergabe von Nachrichten geschieht heutzutage über den Funkweg. Hier standen bisher die Mittel- und Langwellen für die Rundfunkversorgung im Inland und die Kurzwellen für die Rundfunkversorgung und Nachrichtenübertragung über die Landesgrenzen hinaus zur Verfügung. In der neuesten Zeit beginnt sich neben den bisher benutzten Wellen der UKW- und der Dezimeterfunk durchzusetzen. Der Vorteil in der Benutzung dieser Wellenlagen liegt in der hochgradigen Störfreiheit. Deshalb wird in Kauf genommen, daß sowohl UKW- wie auch Dezimeterfrequenzen nur eine beschränkte Reichweite besitzen.

Um eine Nachricht von A bis E zu bringen, ist es nicht erforderlich, in diese Strecke Zwischenpunkte zu legen, bei denen das kommende Signal empfangen und über einen neuen Sender an die nächste Stelle weitergeleitet wird (Bild 1).

Man sieht, daß die Funktion der alten Poststelle von den modernen Relaisstellen im Prinzip übernommen wird. Es besteht lediglich der Unterschied, daß an Stelle des Pferdewechsels ein Übergang von einem Empfänger auf einen Sender vor sich geht.

Wenn wir bis jetzt die Aufgabe der Relaisstelle dargestellt haben, so wollen wir uns im folgenden mit den Möglichkeiten der Signalübermittlung befassen. Kehren wir noch einmal in Gedanken zur Postkutsche zurück. Wenn mit ihr Briefpost befördert wurde, wenn also Nachrichten zur Versendung kamen, so wurde ja auch durch das Äußere, z. B. der Kleidung der Reisenden oder das Mitführen von Bildausstellungen, ein Blick in das ferne Land geworfen, wenn man will – sogar „fern-gesehen“. Auch in dieser Hinsicht hat sich dem Zweck nach in der Anwendung der modernen Technik nichts geändert. Nur ist alles viel, viel schneller geworden. Die heutige Technik benutzt für die Zwecke der Nachrichtenübertragung und der Übertragung eines Bildsignals die eingangs genannten UKW- oder Dezimeterwellen und bringt Ton- und Bildsignal über die verschiedenen Relaisstellen bis an den Endpunkt einer Strecke, an dem die Sendeanlage steht. Von den UKW- bzw. Fernsendern geschieht die Abstrahlung über die Sendenantenne, um in der Regel kreisförmig ein größeres Gebiet zu versorgen. Zur Übertragungs-technik ist noch zu sagen, daß genau wie ehemals, als noch vom Postillon eine Richtung befahren wurde, auch heute die B mit richtungsgewandenen Strahlen erfolgt. Damit ist die Begriffserklärung für Dezimeterfunk gegeben. Die Ausbreitung der Dezimeterwellen geht im allgemeinen nach optischen Gesetzen vor sich. Sender und Empfänger müssen dementsprechend „Sicht“ zueinander haben. Aus diesem Grunde bevorzugt man beim Bau von Relaisstellen hochgelegene Punkte, um alle in der Strahlrichtung liegenden Hindernisse zu überbrücken.

Der bei Dequede zu errichtende Turm stellt als Relaisstelle ein Glied in einer Kette von Relaisstellen – mit dem Ausgangspunkt Berlin und dem Endpunkt Schwerin – dar. Er wird eingesetzt, um das Fernsicht und das Tonsignal (im weiteren Modulation genannt) von einem anderen Punkt der Strecke zu übernehmen und an einen folgenden weiterzuleiten (Bild 2).

Damit dient der Relaisstrum Dequede in erster Linie der Modulationsübertragung für das Fernsehen. Es ist die Voraussetzung

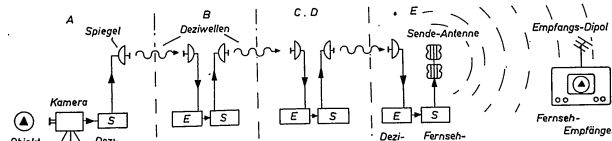


Bild 1. Prinzip einer Dezimeter-Relaisstelle

dafür geschaffen worden, daß sich — falls erforderlich — in ihm ein Fernsehsender einbauen läßt. Jedoch ist diese Eventualität von den Reichweiteigenschaften des neu aufzubauenden Fernsehsenders schwerin abhängig. Dieser Fernsehsender soll den Anschluß an den noch zu erweiternden Versorgungsbezirk des Fernsehsenders Brocken erreichen. Fest steht bereits jetzt, daß dieser Relais-turm, der übrigens als Typenprojekt entwickelt wurde, zwei UKW-Sender größerer Leistung in sich aufnehmen wird. Damit werden auch im Bezirk Magdeburg wie in den Nachbarbezirken die UKW-Empfangsverhältnisse verbessert. Neben diesen beiden Hauptaufgaben wird dieser Turm zukünftig auch dazu benutzt, als Funk-Telephonie-Relaisstelle dem drahtlosen Fernsprechen zu dienen. Bekanntlich wurde der Deutschen Post von der Regierung die Aufgabe gestellt, die Bezirksstädte in der Deutschen Demokratischen Republik funktionsprechtmäßig miteinander zu verbinden.

Zu dem Ausschuss des Turmes — er wird nicht der einzige Turm seiner Art bleiben — ist noch zu sagen, daß er mit seinen zukünftigen Antennenbauten eine Gesamthöhe von 184 m erreichen wird. Es handelt sich um eine Stahlbetonkonstruktion, die aus einem konischen Schaft und einem auf diesem Schaft aufgesetzten Kopf mit drei Plattformen besteht. Diese Plattformen

dienen dem Zweck, die erforderlichen Dezimeterantennen (Spiegel) anbringen zu können, die mit ihren Dipolen in die jeweilige Empfangs- oder Sende-richtung weisen. Verschiedene Spiegel sollen einen Durchmesser von 4 m haben. Am Fußpunkt des Turmes werden sich in einer kreisförmigen Anordnung die erforderlichen Wirtschafts- und Nebenbetriebe, wie Stromversorgungsanlagen, Werkstätten, Garagen, Obernehmungsräume und ähnliches mehr befinden. Vielleicht ist es bemerkenswert zu erwähnen, daß das gesamte Bauwerk dem Gewicht von 50 schweren D-Zug-Lokomotiven entsprechen wird und daß z. B. zum Transport des Betons & Schwerklasten mit etwa 50 Waggons bereitgestellt werden müßten. Der Stahlbedarf für dieses Bauwerk ist so groß, daß ein Güterzug mit 26 Waggons und je 15 Tonnen Tragkraft für den Transport gerade ausreicht.

Anschließend sei noch darauf hingewiesen, daß zukünftig an verschiedenen Orten unserer Republik derartige Türme gebaut werden sollen und daß sich damit das Bild der Landschaft verändern wird. Als weithin sichtbare Zeichen werden sie von der gewaltigen technischen Entwicklung unseres Zeitalters künden.

Dr. Matthias Falter,

direktiver Aktivist, Chefkonstrukteur und Leiter der Entwicklungsstelle im VEB für Bauelemente der Nachrichtentechnik „Carl v. Ossietzky“, Teltow, erhebt für seine besonderen Verdienste um die Entwicklung von Halbleitern sowie um die Entwicklung der Bauelemente für die Nachrichtentechnik auf der Grundlage neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse den Nationalpreis III. Klasse 1956.

Sieben Fernsehsender in der Tschechoslowakei werden bis Ende 1956 in Betrieb sein und 80% des Landes versorgen. Der zweite Fünfjahresplan sieht weiterhin die Einrichtung von Fernsehstudios in Prag und Bratislava vor.

Eine tragbare Neon-Hochfrequenz-Anlage ist in England entwickelt worden. Die benötigten Bauelemente werden in einem Rahmen eingegastet und durch ein Ultrakurzwellenfeld zum Leuchten gebracht. Es sind somit keine Leitungsdrähte, keine Kabel und Transformatoren erforderlich, und die Anlage führt keine Hochspannung.

Minifatur-Elektrik-Kondensatoren, speziell für Transistorgeräte, sind von der Firma Valvo hergestellt worden. Es stehen Kapazitäten von 1...100 µF für Spannungen von 3...70 Volt in fünf Bohrerabmessungen zur Verfügung. Das kleinste Bohrermaß beträgt 3,2x10,4 mm, das größte 9x31 mm.

Der neue Fernsehmast für Moskau besteht — wie wir schon meldeten — aus einem 100 m hohen Stahlrohr, das einen Durchmesser von 4 m besitzt. Es ist durch flächenbehaltliche Beanspruchung aus sechs Stahlteilen gegen Knicken gesichert. Im Rohr befinden sich zwei Personenaufzüge für 14 bis 16 Personen. Die Panduren sind so stell angeordnet, daß das Bauwerk den Rückblick des freileuchtenden Turmes macht. Der Fernsehmast wird ein neues Wahrzeichen Moskaus sein.

Mit neuartigen Lautsprechern werden in den USA interessante Versuche durchgeführt. Die Lautsprecher enthalten kleine Kammern, in denen sich die so genannten aufsteigende Konsonanten ausbreiten, die von Schall erzeugenden Luftbewegungen begleitet ist. Die Versuche sollen bisher günstige Ergebnisse gezeigt haben.

Das Fernsehnetz in Polen wird in den nächsten fünf Jahren so ausgebaut werden, daß es ein Fünftel des Landes versorgen kann. Der Sender Lodz ist 1956 in Betrieb gegangen. Die Vorbereitungen für den Bau von Sendern in Krakow und Katowice sind im Gange. Vor Ende 1956 wird der Ausbau des Fernsehnetzes Warschau mit mehreren großen Studios abgeschlossen sein.

Der Warschauer Sender (sowjetische Produktion) im Kulturpalast — einem Geschenk der Sowjetunion — hat seine Tätigkeit mit der Übertragung der Peterbühnen seitlich des 1. Mai 1956 aufgenommen. Die Antenne befindet sich auf der Turmspitze in 227 m Höhe.

Die Produktion von Fernsehempfängern soll bis 1960 2000000 Stück jährlich erreichen.

Eine tragbare Fernsehkamera, deren Bildröhre extrem lichtempfindlich ist, hat man in der ČSR konstruiert.

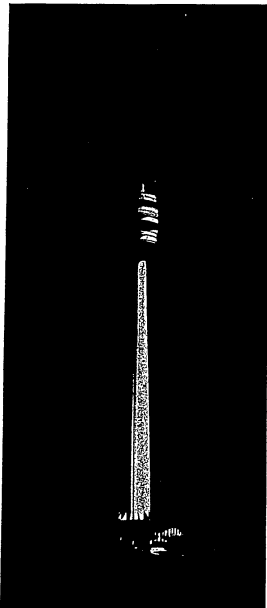


Bild 2. Geplanter Dezimeterturm bei Besuche (Aufn. Entwurfbüro für Industriebau, Berlin)

# Sie fragen Wir antworten

Hierunter sind allgemein interessierende Fragen aus Leserkreisen beantwortet. Zuschriften bitten wir an die Redaktion „Die Deutsche Post“, Leipzig 8 3, GutsMuth-Str. 42/45, zu richten.

### HPA Bautzen — Zweisprachige Stempel

Frage: Im Jahre 1956 führte der Bundesvorstand der Domowina in Bautzen ein Sorbentrefen durch und beantragte aus diesem Anlaß einen Sonderstempel mit der zweisprachigen Inschrift „Bautzen — Budyšin“. Hierzu schrieb uns die DPW Berlin, daß mit diesem Stempel Auslandsendungen nicht bedruckt werden dürfen, weil gem. Art. 146 § 1 des Weltpostvertrags zweisprachige Stempel nicht zugelassen seien. Am angegebenen Orte spricht der Weltpostvertrag jedoch nur davon, daß die aufgetragenen Sendungen mit einem Stempel bedruckt werden müssen, der Aufgabort und -tag angibt. An anderer Stelle haben wir ein Verbot der Verwendung zweisprachiger Stempel nicht gefunden. U. E. werden solche jedoch in verschiedenen Ländern verwendet, z. B. von der Südafrikanischen Union, von der Volksrepublik China und wohl auch z. T. von Finnland. Irrt die DPW Berlin hier, oder ist das Verbot in einem uns nicht bekannten Vertragsteil begründet?

Antwort: Der Weltpostvertrag und die Vollzugsordnung zum Weltpostvertrag verbieten die Verwendung zweisprachiger Stempel nicht. Die Entscheidung darüber ist eine innere Angelegenheit der einzelnen Staaten.

Die Aufgabestempel der Deutschen Post werden nach den Normvorschriften hergestellt. Die Inschrift richtet sich nach der Schreibweise des Ortsverzeichnisses I, Teil A (Verzeichnis der Orte mit Postanstalt im Bereich der deutschen Postverwaltungen). Der im Stempelkopf verfügbare Raum wird für die zusätzlichen Bezeichnungen benötigt, so daß sich die Tagesstempel nicht zweisprachig herstellen lassen.

Sonder- und Werbestempel zu besonderen Anlässen können wegen des größeren Durchmessers dagegen zweisprachig gestaltet werden. So ist außer dem Sonderstempel aus Anlaß des Treffens der Sorben in Bautzen noch ein weiterer zweisprachiger Sonderstempel in Panschwitz-Kuckau über Kamenz (Sachs), dem Geburtsort des sorbischen Dichters Cisinski, verwendet worden.

### HPA Bautzen — Luftpostzuschläge

Frage: Der Weltpostvertrag bestimmt im Art. 5 § 4 des Anhangs „Luftpostbefreiendungen“, daß die Luftpostzuschläge für das gesamte Gebiet eines Bestimmungslandes einheitlich sein müssen. Demgegenüber werden für den europäischen Teil der Türkei die europäischen Zuschlaggebühren, nach dem asiatischen Teil höhere Sätze erhoben. Auf welchen Bestimmungen begründet sich diese Ausnahme?

Antwort: Die Luftpostgebühren innerhalb Europas sind einheitlich festgesetzt. Das Territorium der Türkei greift aber auf Asien über. Die vom Büro des Weltpostvereins in Bern herausgegebene „Übersicht über die Luftpostzuschläge“ berücksichtigt diese Besonderheit. Daher sind für den asiatischen Teil der Türkei höhere Gebührensätze als für den europäischen anzuwenden.

### KPF Bad Salzungen — Handfahrgerät

Frage: In „Die Deutsche Post“ Nr. 2/56, S. 28, wird ein Zeitungs-handfahrgerät veröffentlicht, das in dieser Ausführung bei unseren Kolleginnen und Kollegen noch nicht bekannt ist. Um dieses Gerät in der Praxis erproben zu können, fragen wir an, wo das Handfahrgerät zu beziehen ist.

Antwort: Das betreffende Handfahrgerät wurde im Bezirk Karl-Marx-Stadt entwickelt und neben dem bis dahin üblichen Gerät im März 1956 als für die Deutsche Post zulässiges Handfahrgerät in die Produktion aufgenommen. Wir empfehlen, sich zunächst mit dem HPA Karl-Marx-Stadt 1 in Verbindung zu setzen und sich ein Muster schicken zu lassen. Danach könnten Sie im Rahmen Ihrer Mittel eine Bestellung beim Beschaffungsbüro in der gewünschten Höhe aufgeben.

### Ungültigkeitserklärung der ehemaligen Mitgliedsausweise der Kammer der Technik

Nach der gesetzlichen Anerkennung der Kammer der Technik sind vom Kongreß der KdT im Dezember 1955 mit dem neuen Statut auch die Aufnahmebedingungen geändert worden. Hierdurch wurde eine Neufassung der Mitglieder und die Ausgabe neuer Mitgliedsbücher notwendig.

Damit verlieren die früheren, bis zum Kongreß der KdT ausgegebenen Mitgliedskarten ihre Gültigkeit. Deshalb bittet die Kammer der Technik alle Ingenieure und Techniker, die an der freiwilligen technischen Gemeinschaftsarbeit interessiert sind und die Mitgliedschaft in ihrer Ingenieurorganisation noch nicht erworben haben, sich an die für sie zuständige Bezirks- oder Gebietsleitung der Kammer der Technik zu wenden.

### Am unsere Leser!

1. Das vorliegende Heft 1 (2/1957) erscheint als Doppelnummer für die Monate Januar und Februar 1957. Falls Hefte ausnahmsweise einzeln verkauft werden, so beträgt der Heftpreis 1.— DM für Postgebühren und 1.60 DM für andere Bezüge.

2. Wir bitten, die bisherige verzögerte Auslieferung unserer Zeitschrift zu entschuldigen. Aus technischen Gründen war ein fristgemäßes Erscheinen leider nicht möglich. Ab Heft 2/1957 (März) werden die Hefte jedoch stets zu Anfang des betreffenden Monats ausgeliefert werden.

3. Der Inhalt von Aufsätzen in unserer Zeitschrift entspricht nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion oder gar des MPF. Auch sind die Aufsätze keine „Dienstausweisungen“ oder „Verfügungen“, sondern stellen — mit Ausnahme der durch die Worte „Mitteilungen des...“ gekennzeichneten Beiträge — die persönliche Ansicht des Verfassers dar.

Die Redaktion

# Unser LEISTUNG

## Post

Im Laufe der Entwicklung wurde der Begriff „Post“ verschieden definiert. Alle diese Definitionen entsprechen aber nicht den gesellschaftlichen Verhältnissen in der Deutschen Demokratischen Republik. Aus diesem Grunde hat das Institut für Ökonomik des Post- und Fernmeldewesens an der Hochschule für Verkehrswesen in Dresden eine Erläuterung zu dem Begriff „Post“ gegeben, die der ökonomischen Wirklichkeit in der Deutschen Demokratischen Republik entspricht:

„Die Post ist in der Deutschen Demokratischen Republik ein Zweig der planmäßig geleiteten Volkswirtschaft, die selbständige, durch weitflächige Kooperation gekennzeichnete wirtschaftliche Einheit, die alle Teile des Post- und Fernmeldewesens umfaßt. Sie ist gleichzeitig ein Instrument der Arbeiter- und Bauern-Macht.“

Als Zweig der Volkswirtschaft erfüllt die Post bestimmte Leistungen der materiellen Produktion. Sie trägt dazu bei, die notwendigen Wechselbeziehungen innerhalb der Volkswirtschaft

## Einseiten- und Zweiseitenbandübertragung

Zum Übertragen eines Nachrichteninhalts bedient man sich oft eines hochfrequenten Trägers, der mit dem Frequenzgemisch des Nachrichteninhalts moduliert wird. Hierbei entstehen symmetrisch zu beiden Seiten des Trägers Schwingungen neuer Frequenzen, die sich aus den Summen bzw. Differenzen von Trägerfrequenz und momentaner Modulationsfrequenz durch den Modulationsvorgang bilden. Sie werden in ihrer Gesamtheit Seitenbänder genannt.

Als **Zweiseitenbandübertragung** wird das Senden von Schwingungen der Trägerfrequenz und der beiden Seitenbänder bezeichnet. Man kann jedoch ein Seitenband im Sender unterdrücken und spricht dann von **Einseitenbandübertragung**. Es ist sogar möglich, außerdem den Träger zu unterdrücken und nur ein Seitenband allein abstrahlen. Hierdurch wird erheblich an Übertragungsenergie gespart, von der sonst ein großer Teil längs des Übertragungsweges verlustig geht. Allerdings muß dann der Träger im Empfänger mit größter Frequenzgenauigkeit wieder zugesetzt werden.

Bekanntlich strahlen die Rundfunksender beide Seitenbänder moduliert unterdrückt gleichzeitig die Trägerfrequenz. Geeignete Filter lassen nur ein Seitenband nach der Leitung durch, z. B. das untere, so daß in den Frequenzbereich des unterdrückten oberen Seitenbandes ein zweites Gespräch in einem zweiten Ringmodulator umgesetzt werden kann. — Am fernsten Ende der Leitung spielen sich die Vorgänge in umgekehrter Reihenfolge ab. Aus den Schwingungen des über die Leitung gesendeten Frequenzgemisches aller Gespräche werden durch Filter die einzelnen Seitenbänder sorgfältig ausgesiebt und durch Ringmodulatoren unter Zusetzen der zugehörigen Träger in ihre ursprüngliche (Sprach-) Frequenzlage zurückgewandelt (Bild 3). Bemerkenswert ist schließlich noch, daß an die Genauigkeit der Filter und besonders an die Genauigkeit und Konstanz der Trägerfrequenz erzeuger hohe Anforderungen gestellt werden.

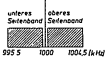


Bild 3. Trägerfrequenz ( $f_T = 1000 \text{ kHz}$ ) eines amplitudenmodulierten Rundfunksenders mit ihren Seitenbändern. Die Löcher zu beiden Seiten der Trägerfrequenz entstehen, weil mit Frequenzen unter  $50 \text{ Hz}$  nicht moduliert wird.

herzustellen. Als Instrument der Arbeiter- und Bauern-Macht verwirklicht sie mit die wirtschaftlich-organisatorische und kulturell-erzieherische Funktion des Staates und ist für seine Leitung, Sicherung und Stärkung unentbehrlich. Die Post dient der Pflege persönlicher Beziehungen und ist ein Bindeglied zu anderen Völkern.

Three Hauptaufgaben sind die Befriedigung des Nachrichtenbedarfs durch Befördern von Briefsendungen, Übermitteln von Telegrammen, Ferngesprächen, Funk- und Fernsehrichtungen; das Befördern und der Vertrieb der demokratischen Presseerzeugnisse; die Kleingutbeförderung (insbesondere Pakete und Päckchen); das Durchführen von Geldübermittlungen (insbesondere durch den Postcheckverkehr und durch Postanweisungen) sowie das Mitwirken am Sparverkehr und bei Wettschäften.

Das Verwirklichen dieser Aufgaben erfordert von der Post ein hohes Maß an Regelmäßigkeit, Sicherheit und Schnelligkeit.“

mit dem Träger ab. Da die Trägerfrequenz mit Tonfrequenzen bis  $4,5 \text{ kHz}$  moduliert wird, beansprucht ein Rundfunksender einen Frequenzkanal von  $2 \times 4,5 \text{ kHz} = 9 \text{ kHz}$ . Beträgt die Trägerfrequenz z. B.  $1000 \text{ kHz}$ , so belegt der Sender einen Kanal von  $995,5$  bis  $1004,5 \text{ kHz}$  (Bild 1). Das Unterdrücken eines Seitenbandes würde einen erheblichen Aufwand an teuren Filtern erfordern. Wollte man noch auf das Abstrahlen des Trägers verzichten, so bewirkte schon eine Frequenzgenauigkeit von  $1/100 = 1 \text{ kHz}$ , daß sich nach der Demodulation ein völlig anderes Klangbild ergäbe. Daher wird Einseitenbandübertragung nur auf kommerziellen Übersee-Funkverbindungen durchgeführt.

Anders ist es beim Übermitteln von Nachrichten auf dem Drahtwege. Bei der Trägerfrequenztechnik bedient man sich ausschließlich der Einseitenbandübertragung, um auf einem oder zwei Adernpaaren der teuren Fernkabel gleichzeitig eine Reihe von Gesprächen durchzubringen. Hierzu wird mit den Frequenzen eines Gesprächs eine höhere Trägerfrequenz im sog. Ringmodulator moduliert und dadurch dieses Sprachfrequenzband in zwei höher liegende Frequenzbänder (die beiden Seitenbänder) umgesetzt (Frequenzumsetzung, Bild 2). Der Ring-

## Einseiten- und Zweiseitenbandübertragung (Netz 2)

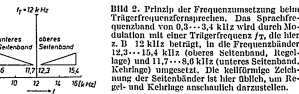


Bild 2. Prinzip der Frequenzumsetzung beim Trägerfrequenzmodulieren. Das Sprachfrequenzband von  $0,3 \dots 3,4 \text{ kHz}$  wird durch Modulation mit einer Trägerfrequenz  $f_T$ , die hier z. B.  $12 \text{ kHz}$  beträgt, in die Frequenzbänder  $12,3 \dots 12,4 \text{ kHz}$  (oberes Seitenband, Regelsprache) und  $11,7 \dots 8,6 \text{ kHz}$  (unteres Seitenband, Kollege) umgesetzt. Die beiförmige Zeichnung des Seitenbandes ist hier ähnlich, um Regel- und Kollege anschaulich darzustellen.



Bild 3. Schema der Einseitenbandübertragung auf Leitungen. Die vom Teilnehmer kommende Sprachfrequenz  $f_S$  wird im Ringmodulator (RM) mit der Trägerfrequenz ( $f_T$ ) z. B. in das untere Seitenband ( $f_U$ ) versetzt. Der Bandpaß (BP) läßt nur dieses Seitenband nach der Leitung zu durch. Aus dem Frequenzgemisch aller über die Leitung gesendeten Gespräche vorselektierter Frequenzlage steuert der Bandpaß (BP) die Frequenz ( $f_T$ ) wieder aus. Im Demodulator (D) entstehen zwei neue Seitenbänder ( $f_U'$  und  $f_O'$ ), von denen über den Tiefpaß (TP) nur  $f_U'$  zum Teilnehmer gelangt.

## Jute-Ersatz

Aus den Memoiren eines alten „Drahtbinders“

Zum Verständnis der nachfolgenden Geschichte sei vorausgeschickt: Erdkabel haben zum Schutz gegen chemische Einwirkungen über dem Bleimantel eine Hülle aus Jute, die mit teerhaltigen Stoffen getränkt ist. Darüber liegt zum Schutz gegen mechanische Angriffe vielfach eine Bewehrung aus Stahldrähten oder Stahlband, die wiederum mit einer sogenannten Compoundschicht geschützt ist. Röhrenkabel dagegen werden mit blankem Bleimantel in die Kanäle eingezogen.

Kurz nach dem ersten Weltkrieg bekam ein neugegründetes Telegraphenbauamt die Aufgabe, ein Ortsnetz auf eine neue Vermittlungsstelle umzuschieben.

Die hierfür benötigten Erdkabel standen beim Telegraphenzugamt nur z. T. zur Verfügung. Auch von anderer Stelle konnte die fehlende Länge nicht beschafft werden. Lediglich eine passende Länge Röhrenkabel war noch vorhanden.

Der Telegraphendirektor, dem praktische Erfahrungen im Bauwesen fehlten, geriet in peinliche Verlegenheit, als ihm Drahtführer und Trappführer erklärten, Erdkabel hätten sie schon ausgelegt, aber Röhrenkabel in die Erde verlegen, nein, davon hätten sie noch nie etwas gehört!

Der Telegraphendirektor durchforschte die Telegraphenbauordnung auf unerfahrigste Weise bei dem zufällig anwesenden Kabelwerkbeamten, der das Kabelnetz des gesamten Bezirks betreute und mit großer Erfahrung besitzen mußte. Dieser meinte: „Im Notfall kann man schon Röhrenkabel als Erdkabel verwenden. Es wird geteert, fest mit Juteband umwickelt, nochmals geteert und gut in Sand gebettet.“

„Und wenn es kein Juteband gibt?“

„Dann verzehnet man alte Säcke zu Streifen, die man um das Kabel wickelt.“

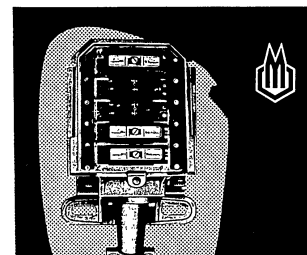
Dem Telegraphendirektor fiel ein Stein vom Herzen, das Röhrenkabel wurde beim Telegraphenzugamt bestellt und dazu Juteband zum Einwickeln.

Das Kabel traf ein, Juteband konnte jedoch nicht mitgeliefert werden. Also sofort alte Säcke beschaffen! Aber weder beim Postamt noch sonstwo waren alte Säcke anzufinden. Was nun? Der Kabelwagen in der Hauptverkehrsstraße stand offen und wartete auf das einzuliegende Kabel.

Da erinnerte sich der Telegraphendirektor, einmal geleistet und mit Strohschalen umwickelte Gas- oder Wasserrohre auf einem Güterwagen gesehen zu haben, das war die Lösung aller Schwierigkeiten. Schnell war Stroh beschafft, zu Seiten gedreht und um das geteerte Kabel gewickelt, das hierauf behutsam in das Erdloch gebettet wurde. Der Telegraphendirektor amete erleichtert auf.

Nach Jahr und Tag beanstandete der Rechnungshof den Ankauf des Strohes mit dem Einwand, die Verwendung von Stroh zum Schutz von Erdkabeln sei in der Telegraphenbauordnung nicht vorgesehen.

Nun war zwar der Telegraphendirektor kein erfahrener Baupraktiker, im Federkrieg dagegen erwies er sich als gewandter Fächler;



GARNITUREN für Fernmeldekabel

VEB KABELWERK MEISSEN

Letzter Bewerbungstermin 15. April 1957

- Ingenieur für Fernmeldewesen
- Ingenieur für Funkwesen
- Vermittlungstechniker
- Übertragungstechniker

durch FERNSTUDIUM

Interessenten mit mehrjähriger Berufserfahrung auf dem Gebiete der Nachrichtentechnik können ab 1. September 1957 an einem neuen Lehrgang teilnehmen

Auskünfte erteilt: Ingenieurschule für Fernmelde- und Funkwesen, Abteilung Fernstudium, Behln N 4, Scharnhorststraße 6-7

# Unser



## Post

Im Laufe der Entwicklung wurde der Begriff „Post“ verschieden definiert. Alle diese Definitionen entsprechen aber nicht den gesellschaftlichen Verhältnissen in der Deutschen Demokratischen Republik. Aus diesem Grunde hat das Institut für Ökonomik des Post- und Fernmeldewesens an der Hochschule für Verkehrswesen in Dresden eine Erläuterung zu dem Begriff „Post“ gegeben, die der ökonomischen Wirklichkeit in der Deutschen Demokratischen Republik entspricht:

„Die Post ist in der Deutschen Demokratischen Republik ein Zweig der planmäßig geleiteten Volkswirtschaft, eine selbständige, durch weitläufige Kooperation gekennzeichnete wirtschaftliche Einheit, die alle Teile des Post- und Fernmeldewesens umfaßt. Sie ist gleichzeitig ein Instrument der Arbeiter- und Bauern-Macht.“

Als Zweig der Volkswirtschaft erfüllt die Post bestimmte Leistungen der materiellen Produktion. Sie trägt dazu bei, die notwendigen Wechselbeziehungen innerhalb der Volkswirtschaft zu gewährleisten.

## Einseiten- und Zweiseitenbandübertragung

Zum Übertragen eines Nachrichteninhalts bedient man sich oft eines hochfrequenten Trägers, der mit dem Frequenzgemisch des Nachrichteninhalts moduliert wird. Hierbei entsteht symmetrisch zu beiden Seiten des Trägers Schwingungen neuer Frequenzen, die sich aus den Summen bzw. Differenzen von Trägerfrequenz und momentaner Modulationsfrequenz durch die Modulationsvorgänge bilden. Sie werden in ihrer Gesamtheit Seitenbänder genannt.

Als Zweiseitenbandübertragung wird das Senden von Schwingungen der Trägerfrequenz und der beiden Seitenbänder bezeichnet. Man kann jedoch ein Seitenband im Sender unterdrücken und spricht dann von **Einseitenbandübertragung**. Es ist sogar möglich, außerdem den Träger zu unterdrücken und in ein Seitenband allein abstrahlen. Hierdurch wird erheblich an Trägerenergie gespart, von der sonst ein großer Teil längs der Übertragungswegs verlustig geht. Allerdings muß dann der Träger im Empfänger mit größter Frequenzgenauigkeit wieder eingesetzt werden.

Bekanntlich strahlen die Rundfunksender beide Seitenbänder moduliert unterdrückt gleichzeitig die Trägerfrequenz. Geeignete Filter lassen nur ein Seitenband nach der Leitung durch z. B. das untere, so daß in dem Frequenzbereich des unterdrückten oberen Seitenbandes ein zweites Gespräch in einem zweiten Ringmodulator umgesetzt werden kann. — Am fernen Ende der Leitung spielen sich die Vorgänge in umgekehrter Reihenfolge ab. Aus den Schwingungen des über die Leitung gesandten Frequenzgemisches aller Gespräche werden durch Filter die einzelnen Seitenbänder sorgfältig ausgesiebt und durch Ringmodulatoren unter Zusatz der zugehörigen Träger in ihre ursprüngliche (Sprach-) Frequenzlage zurückgewandelt (Bild 1). Bemerkenswert ist schließlich noch, daß an die Genauigkeit der Filter und besonders an die Genauigkeit und Konstanz der Trägerfrequenzerzeuger hohe Anforderungen gestellt werden.

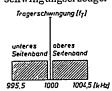


Bild 1. Trägererschwingung ( $f_T = 1000 \text{ kHz}$ ) und die beiden modulierten Seitenbänder mit ihren Seitenbändern. Die Ebene zu beiden Seiten der Trägerfrequenz ist nicht moduliert, weil die Frequenzen unter 50 Hz nicht moduliert werden.

und so antwortete er: „Die Verwendung von Stroh zum Schutz von Röhrenkabeln bei ihrer Verwendung als Erdkabel ist durch die Telegraphenbauordnung nicht vorgeschrieben, aber auch nicht verboten.“

Die Beschriftung dieser Begründung brachte den Rechnungshof zum Verstummen. Man sah wohl auch ein, daß bei weiterem Dreschen aus dem leeren Stroh doch nichts mehr herauszuschlagen sein würde.

Interessierten Kollegen vom Fernmeldewesen weiß der Chronist zu berichten, daß der selbe Versuch sich das Kabel gegen chemische Einwirkungen geschützt hat; und die Strohpäckchen? Die hat zumindest nicht geschadet!

## Privatgespräche (Schluß)

Wir werden unter der Rubrik „In Sachen Post...“ noch Gelegenheit haben, auf die Sonderstellung hinzuweisen, die wir als Mitarbeiter des Post- und Fernmeldewesens einnehmen. Auch im sozialistischen Sektor unserer Wirtschaft finden wir kaum einen Betrieb, der im gleichen Maße so vom Vertrauen der gesamten Gesellschaft getragen ist, wie das Post- und Fernmeldewesen. Die Bürger und Institutionen unseres Staates vertrauen der Deutschen Post täglich millionenfach zu treuen Händen ihre Nachrichten und Kleingüter an, damit sie unversehrt dem Übermittlungsweg ausgetauscht werden, für den sie gedacht sind. Die Beschäftigung bei der Deutschen Post ist deshalb Ehre und Verpflichtung zugleich. Das entgegengekehrte Vertrauen täglich erneut zu rechtfertigen, ist unsere selbstverständliche Aufgabe. Dann aber, wenn einzelne Kollegen ihre Pflicht vergessen und gegen das Post- und Fernmeldewesen verstoßen, auf das sie besonders verpflichtet worden sind, fordert die Gesellschaft mit Recht die Anwendung der geltenden Strafgesetze. Das Kreisgericht Schmalkalden hat deshalb das Verhalten der Telefonistin II. nach § 355 StGB (Verletzung des Fernmeldegeheimnisses) beurteilt. Es hätte zusätzlich nach den § 10 des Fernmeldeengesetzes (FAG) erwähnen können, der ja die Mitarbeiter der Post zur Wahrung des Fernmeldegeheimnisses noch besonders verpflichtet.

Die angeklagte Telefonistin II. ist wegen Betrugs in Tateinheit mit Verletzung des Fernmeldegeheimnisses zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten und zum Tragen der Verfallenskosten verurteilt worden. Das ist zweifellos eine strenge Strafe. Sie war vorzugsweise, falls aber notwendig, zumal sich die Angeklagte mit großer Gleichgültigkeit über alle Ermahnungen und Verwarnungen hinweggesetzt hat. Wie notwendig es war, sie durch nachhaltige Strafmaßnahmen zu erziehen, zeigt die Tatsache, daß sie sich gegenüber ihrem Gesprächspartner mehrfach über die dienstlichen Bekehrungen ihrer Dienststelle lustig machte. Besonderer Erwähnung bedarf noch, daß an der Strafbarkeit ihres Tuns auch dadurch nichts geändert wurde, daß der Partner ihrer Privatgespräche ein Berufskollege war.

Den Fernmeldedienststellen sei gesagt, daß es grundsätzlich nicht genügt, wenn vierteljährlich die Unterschriften der Kolleginnen unter die „Verbotsvorgaben“ eingeholt werden. Vielmehr muß allen Beteiligten in anschaulicher und sensuativisch gehaltenen Instruktionen eingehend erläutert werden, um was es geht. Lassen wir abschließend das Kreisgericht Schmalkalden selbst sprechen. Im Urteil heißt es u. a. „Sie (die Angeklagte — d. V.) hat also durch das Nichtansichthalten der Gesprächszeit bei dem die Verrechnungsstellen betreuenden Angestellten der Post den Eindruck entstehen lassen, als wären von ihr Privatgespräche nicht geführt worden. Dadurch wurde das Vermögen der Post geschädigt... Leichtfertigkeiten gerade dieses Personenkreises (der Mitarbeiter des Fernmeldewesens — d. V.) sind also in hohem Grade gesellschaftsgefährdend. Der Post- und Fernmeldedienst... stellt deshalb besondere Anforderungen an die Verantwortlichkeit seiner Angestellten, weil diese Gelegenheit haben, in Erfahrung zu bringen, was Bürger des Staates sich gegenseitig übermitteln und was sie mit Recht als vertraulich zu behandelnd beanspruchen können.“ Gerhardt Süd, Halle (Saale)

**Bleibbatterien**  
für Fernsehanlagen und Nebelbeleuchtungen  
**Transportable Batterien**  
**Ortsfesten Batterien**  
Bleibbatterien für alle Verwendungszwecke

VEB  
AKKUMULATOREN-FABRIK  
OBERSCHÖNWEIÐE

Berlin-Oberschönweide - Tel. 43 21 31 - Drehturmbau Bleibak Berlin

**GARNITUREN**  
für  
**Fernmeldekabel**

VEB KABELWERK MEISSEN  
Meißen/Sachsen Telefon 3441

Aus erster Hand für den Versand

# Bindfaden und Schnur

von der

## Bindfaden-Manufaktur

**Bindfaden-Manufaktur**  
**Zigeuner KG, Zwickau**  
Bahnhofstr. 46 und Spiegelstr. 37 - Ruf 61 57-58

Leizter Bewerbungstermin 15. April 1957

- Ingenieur für Fernmeldewesen
- Ingenieur für Funkwesen in 5 Jahren
- Vermittlungstechniker
- Übertragungstechniker in 3 Jahren

durch

## FERNSTUDIUM

Interessenten mit mehrjähriger Berufserfahrung auf dem Gebiete der Nachrichtentechnik können ab 1. September 1957 an einem neuen Lehrgang teilnehmen

Auskünfte erteilt:  
Ingenieurschule für Fernmelde- und Funkwesen  
Abteilung Fernstudium  
Berlin N 4, Scharnhorststraße 6-7

## FREUDE UND ERHOLUNG DURCH Wintersport

Besondere Hilfe bietet die moderne Fachliteratur. Wer sie besitzt, hat es nicht nötig, sich - oftmals zum Gaudium der lieben Kameraden - erst an Ort und Stelle in das Gelände einzuführen.

Die Fachbücher des Sportverlages sind zuverlässige Ratgeber für alle Freunde des Wintersports und überall im Handel zu haben.

**Du und deine Ski**  
Ein fröhliches Lehrbuch für den Anfänger gleich welchen Alters. 144 Seiten, bebildert, Halbleinen 4,50 DM

**Der Wintersport**  
Eine illustrierte Zeitschrift für alle, die am Wintersport Freude haben. 16 S. in eraktischer Ausstattung. Erscheint 11-mal, von April bis Oktober einmal monatlich. Einzelpreis -,-80 DM

Neuer Farbprospekt  
**Wintersport**  
kostenlos!



SPORTVERLAG BERLIN W 8

**SBEA**

## Sächsische Baugesellschaft für elektrische Anlagen

ARNOLD & TAUBERT

Leipzig C 1, Goldschmidtstr. 27 · Fernruf 21258

### Arbeitsprogramm:

Projektierung und Ausführung von Hoch- und Niederspannungs-Schaltanlagen

für Bergwerke

- Elektrizitätswerke
- Industriebetriebe
- Wasserwirtschaft
- Post und Eisenbahnen
- Neon-Anlagen jeder Art

# ASTRA



Klasse  
**112**

die leistungsfähige  
**SCHNELLSALDIERMASCHINE**  
mit Schüttelwagen

VEB BUCHUNGSMASCHINENWERK  
KARL-MARX-STADT



### R-F-T TELEFONVERSTÄRKER TV-021

Netzmaß 110/120/220V 50Hz / Leistungsaufnahme etwa 5VA  
Röhrenbestückung 1 Stück RV 12 P 2000 / Verstärkungsfaktor etwa 1,8 Naper

**UNSERE WEITEREN ERZEUGNISSE:**

|                                |                          |
|--------------------------------|--------------------------|
| Elektronenstrahl-Osziilloskop  | Lichtstrahl-Osziilloskop |
| Einstrahl-Osziilloskop         | 2-Schalen-Osziilloskop   |
| Zweistahl-Osziilloskop         | 4-Schalen-Osziilloskop   |
| Präzise elektr. Meßanordnungen | 8-Schalen-Osziilloskop   |
| Zählrohrempfänger              | Blitzgeräte              |
| Elektronenröhren               | Funkleitgeräte           |
| Elektronenoptiken              | Lichtleitrohre           |

**REF**

VEB MESSGERÄTEWERK ZWONITZ  
RUF ZWONITZ 195 - 198



## Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen

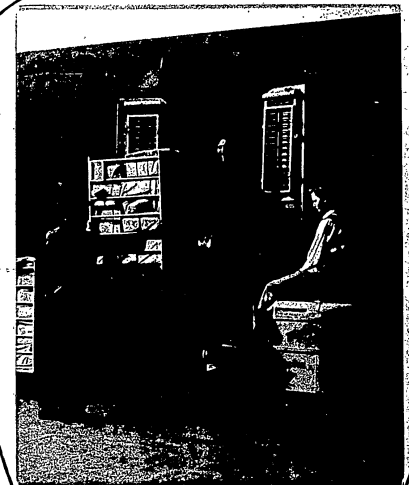
Herausgegeben von der Deutschen Postwerbung

1. Jahrgang

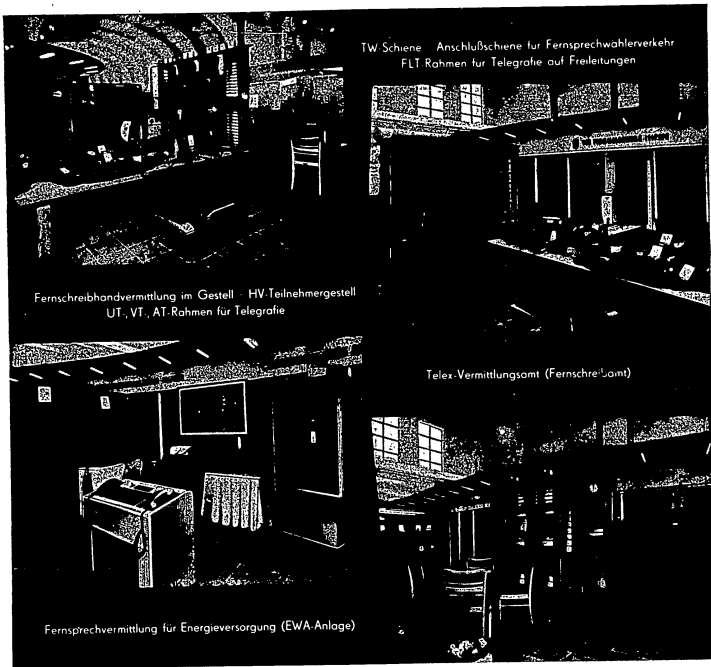
Leipzig, Dezember 1956

Heft 5

D  
I  
E  
D  
E  
U  
T  
S  
C  
H  
E



P  
O  
S  
T



Fernsprechvermittlungen für Orts- und Fernverkehr • Komplexe Wähl-einrichtungen mit Dreh- und Hebdrehwählern • Komplexe Wähleinrichtungen mit Motorwählern und allen Wahlstufen nach dem System VStW 53 • Nebenstelleneinrichtungen mit beliebigen Ausbaumöglichkeiten • Bahnselbstanschlußeinrichtungen • Fernschreibwähleinrichtungen • Trägerfrequenzgeräte • Fernsprechschapparate W 38 • Sprechkapseln für OB und ZB • Glühlampenschränke • OB-Klappenschränke • Meßgeräte für die Fernmeldetechnik



DIE VOLKSEIGENEN BETRIEBE DER FERNMELDETECHNIK

| INHALT                                                                                       | Seite |
|----------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| PROBST: Die Aufgaben des Bereichs Rundfunk und Fernsehen . . . . .                           | 65    |
| HAMANN: Die erste internationale Ausstellung über die Postmechanisierung in Rom . . . . .    | 67    |
| KIRSCH: Über den Stand der Ausarbeitung der Ökonomik des Post- und Fernmeldewesens . . . . . | 68    |
| REICHE: Versuche zum Einführen des Behälterverkehrs . . . . .                                | 70    |
| NAGEL: Sichtwerbung, Aushänge, Reklame und Schilder der Deutschen Post . . . . .             | 72    |
| REHBEIN: Das Hochschulstudium des Post- und Fernmeldewesens in der Sowjetunion . . . . .     | 76    |
| ULBRICHT: Beurteilung von Kraftfahrzeugbremsen . . . . .                                     | 78    |
| — Fahrbare Postämter . . . . .                                                               | U     |
| — Koaxialtube . . . . .                                                                      | U     |
| — Resistron . . . . .                                                                        | U     |

Unser Titelbild: Austausch von Kollibehältern mit Gabelstaplern (zum Aufsatz „Versuche zum Einführen des Behälterverkehrs“). (Aufn. IFF)



Herausgegeben von der Deutschen Postwerbung, Redaktion „Die Deutsche Post“, Leipzig 5 3, Gustav-Freytag-Str. 45—46, Fernsprecher 30005. Verantwortlich: Hans Hille. Satz und Druck: VEB Graphische Werkstätten Leipzig III 18/97. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Deutsche Postwerbung, Berlin C2, Magasinstraße 8—11. Zur Zeit ist die Anzeigenspreliste Nr. 1 zugrundeliegend. „Die Deutsche Post“ erscheint monatlich einmal. Bezugsbedingungen: Vorgesagtes für Postangehörige vierteljährlich 1,50 DM. Preis für andere Besteller vierteljährlich 2,40 DM. Bestellungen nehmen die zuständigen Postzeitungsvertriebe entgegen. Alle Rechte vorbehalten. Nachdrucke — auch auszugsweise — nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Defekte und Besprechungen mit voller Quellenangabe zulässig. Veröffentlicht unter der Lizenznummer 4234 des Amtes für Literatur und Verlagswesen der Deutschen Demokratischen Republik.

# DEUTSCHE POST

## AS POST- UND FERNMELDEWESEN

### ON DER DEUTSCHEN POSTWERBUNG

Her 1956 Heft 5

### k und Fernsehen

rs für den Bereich Rundfunk und Fernsehen, Berlin

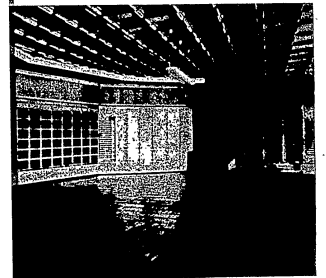
*Zeit Allgemeinst der Menschheit geworden wie die Möglichkeit, optische Eindrücke zu übertragen. Für die Bereitwilligkeit, mit für die ungeheure Entwicklung, die sie in den letzten 30 Jahren in Ländern der Erde waren im Jahre 1955 rund 237 Millionen in Betrieb. In der Deutschen Demokratischen Republik besitzt jeder mit es wohl bei uns kaum noch eine Familie, die vom Rundfunk-*

ch bei den Sende- und Zubringeranlagen notwendig. Eine die Zahl von Wissenschaftlern, Ingenieuren und Arbeitern damit beschäftigt, die technischen Anlagen in den Studios bedienen, oder sie arbeiten in den Laboratorien an der Weiterentwicklung und Verbesserung der zur Anwendung kommenden technischen Geräte.

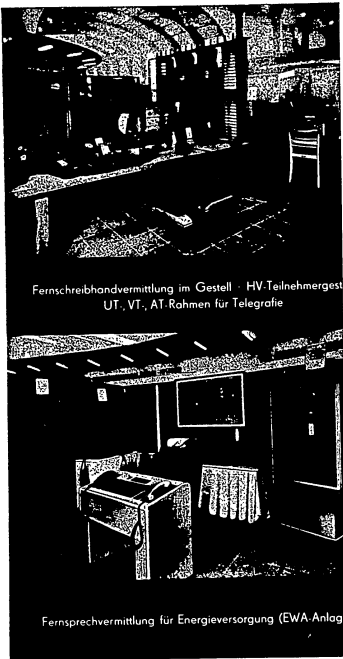
In der Vergangenheit wurden die Aufgaben auf dem Gebiet der Studioteknik vom Staatlichen Rundfunkkomitee durchgeführt. Die Entwicklung und Fertigung von Sendern lag in den Händen der einschlägigen Industrie, während für den Betrieb dieser Anlagen die Deutsche Post verantwortlich zeichnete. In den Institutionen sind die großartigen Leistungen beim Wiederaufbau des Rundfunks in der Deutschen Demokratischen Republik zu verdanken. Allerdings darf dabei nicht übersehen werden, daß die durch diese Arbeitsteilung bedingte Koordination nicht immer erfolgreich und mit einer Zersplitterung der Kräfte verbunden war.

schischer Stand

Der jetzige Stand unserer Rundfunk- und Fernsehtechnik entspricht nicht dem der fortgeschrittenen internationalen



(Aufn. Staatl. Rundfunkkomitee)



Fernschreibhandvermittlung im Gestell - HV Teilhemmergest  
UT, VI, AT-Rahmen für Telegrafie

Fernsprechvermittlung für Energieversorgung (EWA-Anlage)

Fernsprechvermittlungen für Orts-  
einrichtungen mit Dreh- und Hel-  
richtungen mit Motorwählern und  
VStW 53 • Nebentelleneinrichtun-  
gen • Bohrselbstanschlußlein-  
leitungen • Trägerfrequenzgeräte  
Sprechkäbeln für OB und ZB •  
schränke • Meßgeräte



DIE VOLKSEIGENEN BETRI



### Fachliteratur

Ein lehrplangebundenes Fachbuch für die Wechselstromtechnik  
Grundlagen der Elektrotechnik, Bd. II Wechselstromtechnik, von Ing.  
Ilms FUCHSHEIT, Fachhochschule, Leipzig 1956. DIN C 5, 371 Seiten,  
251 Bilder, Kunstleder, DM 12,80.

Das kürzlich erschienene Buch hat die Wechselstromtechnik zum Inhalt  
und baut folgerichtig auf dem Band I auf, der sich mit dem Gleichstrom und  
dem Elektromagnetismus befaßt. An Hand zahlreicher Rechenbeispiele und  
vieler Bilder führt der Verfasser seine Leser in das nicht immer leicht verständ-  
liche Stoffgebiet ein, dessen etwamündige Beherrschung nicht nur für den in  
der Staatstechnik Tätigen, sondern auch für jeden Fernstudium- und Beruf-  
fachschuliker von großer Bedeutung ist. Die Darstellung ist vor allem deshalb  
bemerkenswert, weil sich der Verfasser weitgehend bemüht hat, die Wechsel-  
stromvorgänge mit den Regeln der höheren Mathematik zu erklären. Es ließ  
sich jedoch nicht umgehen, bestimmte Formeln mit Hilfe der Differential- und  
Integralrechnung anzugeben. Diese Ableitungen wurden jedoch so gewählt,  
daß sie ein Leser, der keine höhere Mathematik betreibt, übergehen kann,  
ohne daß das Verständnis des Ganzen dadurch verfehrt.

Das Buch gliedert sich in folgende Abschnitte: Einphasenwechselstrom,  
Lehrplangestaltung und Umformung des Stromes. Von den Begriffs-  
bestimmungen und den allgemeinen Grundlagen ausgehend, behandelt der  
Verfasser im ersten Abschnitt die Berechnung von Wechselstromkreisen, die  
Leistung des Wechselstroms und die Spulen mit Eisenkern. Von besonderer  
Wichtigkeit sind in diesem Abschnitt die Einführung in die symbolische Me-  
thode und ihre Anwendung bei der Berechnung von Wechselstromkreisen  
sowie die Darstellung der graphischen Lösung von Wechselstromaufgaben.  
Im zweiten Abschnitt führt der Verfasser den Leser nach in die Theorie der Gleichstromquellen. Der  
Abschnitt schließt mit der Behandlung mehrwertiger Sätze. Im zweiten Ab-  
schnitt werden der Zwick- und Drehstromstrom, das Dreileit- und die Über-  
tragung von Wechsel- und Drehstromleistungen betrachtet. Der dritte Ab-  
schnitt behandelt die Maschinenformen, mechanische Gleichrichter, Drehgleich-  
richter, die elektrischen Entladungsgelände und die verschiedenen Arten der  
Wechsel- und Umrichter.

Das Buch erhält vom Staatssekretariat für Hochschulwesen den Vermerk  
„Als Lehrbuch in den Fachschulen der Deutschen Demokratischen Republik  
empfiehlt“. Es wird Fachschülern und Technikern, aber auch vorwiegendstehen-  
den Facharbeitern, die sich im Selbststudium oder in Lehrgängen weiterbilden  
wollen, ein wertvoller Helfer sein.

### Ein glückliches, erfolgreiches 1957

wünscht allen Lesern und Mitarbeitern unserer Zeitschrift  
und darüber hinaus allen friedliebenden Menschen  
die Redaktion

\*

Der 1. Jahrgang unserer Zeitschrift ist nunmehr abge-  
schlossen. Viele Freunde hat „Die Deutsche Post“ schon  
gewonnen, weitere werden als Leser zu uns stoßen. Die  
Redaktion bleibt bemüht, unser Fachorgan so abwechslungs-  
reich und vielseitig zu gestalten, wie es nur irgend  
möglich ist. Auch der Umfang der Zeitschrift wird zu-  
nehmen, ohne daß sich der Abonnementpreis erhöht.

Wir hoffen und wünschen, daß unser Fachblatt allen  
Postlern eine wirkliche Hilfe ist, um die Arbeitsorgani-  
sation der Betriebe zu verbessern, die Produktivität zu  
erhöhen und den Blick zu weiten.



# DIE DEUTSCHE POST

ZEITSCHRIFT FÜR DAS POST- UND FERNMEDEWESEN

HERAUSGEGEBEN VON DER DEUTSCHEN POSTWERBUNG

1. Jahrgang

Leipzig, Dezember 1956

Heft 5

## Die Aufgaben des Bereichs Rundfunk und Fernsehen

Von Gerhard PROBST, Stellvertreter des Ministers für den Bereich Rundfunk und Fernsehen, Berlin

*Kann eine technische Entwicklung ist in so kurzer Zeit Allgemeinwohl der Menschheit gewarnt wie die Möglichkeit, mit Hilfe elektromagnetischer Wellen akustische und optische Einträge zu übertragen. Für die Bereitwilligkeit, mit der diese neue Technik aufgenommen wurde und für die ungeheure Entwicklung, die sie in den letzten 30 Jahren nahm, sollen nur einige Zahlen sprechen: In allen Ländern der Erde waren im Jahre 1956 rund 257 Millionen Rundfunk- und 44 Millionen Fernsehempfänger in Betrieb. In der Deutschen Demokratischen Republik besitzt jeder dritte Einwohner ein Rundfunkgerät. Demzufolge gibt es wohl bei uns kaum noch eine Familie, die vom Rundfunkempfang ausgeschlossen wäre.*

### Einleitung

Das Leben der menschlichen Gesellschaft ist ohne Rundfunk nicht mehr vorstellbar. Der Rundfunk informiert die Bevölkerung umfassend über die politische Situation, er popularisiert die Erfolge unserer Wirtschaft, setzt sich operativ beim Beseitigen von Schwierigkeiten ein, vermittelt umfangreiches Wissen und dient nicht zuletzt der Unterhaltung und Entspannung der Menschen.

Die Eigenart der im Rundfunk und Fernsehen verwendeten technischen Mittel ermöglicht es, zu gleicher Zeit große Teile der Bevölkerung anzusprechen. Die Wirkung des gesprochenen Wortes wird beim Fernsehen durch den optischen Eindruck noch wesentlich erhöht. Das Fernsehen hat damit die Möglichkeit, durch Originalübertragung von politisch und kulturell bedeutsamen Ereignissen das unmittelbare Leben zu vermitteln. Das gilt besonders auch für die Bevölkerung auf dem Lande.

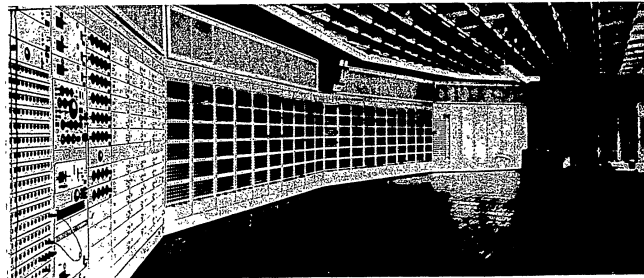
Die Wirksamkeit von Rundfunk und Fernsehsendungen ist abhängig von der künstlerischen Gestaltung und den technischen Mitteln. Aus diesem Grunde sind großzügige und modernste technische Einrichtungen sowohl in den Studios als

auch bei den Sende- und Zubringeranlagen notwendig. Eine große Zahl von Wissenschaftlern, Ingenieuren und Arbeitern ist damit beschäftigt, die technischen Anlagen in den Studios zu bedienen, oder sie arbeiten in den Laboratorien an der Weiterentwicklung und Verbesserung der zur Anwendung kommenden technischen Geräte.

In der Vergangenheit wurden die Aufgaben auf dem Gebiet der Studientechnik vom Staatlichen Rundfunkkomitee durchgeführt. Die Entwicklung und Fertigung von Sendern lag in den Händen der einschlägigen Industrie, während für den Betrieb dieser Anlagen die Deutsche Post verantwortlich zeichnete. Diesen Institutionen sind die großartigen Leistungen beim Wiederaufbau des Rundfunks in der Deutschen Demokratischen Republik zu verdanken. Allerdings darf dabei nicht übersehen werden, daß die durch diese Arbeitsteilung bedingte Koordination nicht immer erfolgreich und mit einer Zersplitterung der Kräfte verbunden war.

### Technischer Stand

Der jetzige Stand unserer Rundfunk- und Fernsehtechnik entspricht nicht dem der fortgeschrittenen internationalen



Schaltraum des Funkhauses in Berlin-Oberschneide (Aufn. Staatl. Rundfunkkomitee)



Entwicklung. Die durch den Krieg unterbrochenen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten, die auch in den ersten Nachkriegsjahren nicht sofort wieder mit der erforderlichen Intensität aufgenommen werden konnten, sind jetzt mit verstärkten Kräften weiterzuführen. Das vorhandene höhere technische Niveau anderer Länder auf dem Gebiet der Fernsehtechnik muß aufgeholt werden, damit wir bei der Weiterentwicklung dieser Technik in Zukunft mit zu den führenden Ländern gehören können. Um der Lösung dieser Aufgaben die notwendige Basis zu geben, wurde im Februar d. J. vom Präsidium des Ministerrates der Beschlüsse gefaßt, dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen einen Bereich Rundfunk und Fernsehen anzuschließen. Die dadurch erzielte Konzentration der Kräfte unter einer einheitlichen Leitung wird es ermöglichen, die großen Aufgaben auf dem Gebiet des Hör-, Fernseh- und Verzeichnissfunks zu lösen, die auf der 3. Parteikonferenz gestellt wurden.

Schwerpunkt Fernsehen

Welche Aufgaben sind dies nun im einzelnen? Der Schwerpunkt liegt zur Zeit zweifellos auf dem Gebiet des Fernsehens. Hier besteht die Hauptaufgabe darin, in kürzester Zeit die gesamte Republik dem Fernsehschirm zu erschließen. Das erfordert den Bau neuer Sendeanlagen und der nötigen Modulations- und Übertragungseinrichtungen sowie das Erweitern und Verbessern der technischen Einrichtungen in den Studios.

Beginnen wir mit den Studios: Hier wird mit Hilfe der Kamera das aufgenommene Bild in elektrische Signale verwandelt; diese werden durch Kabel oder Lichtfunkverbindungen zum Sender übertragen, dort verstärkt und mittels Hochfrequenz ausgestrahlt. Im Empfänger schließlich wird das hochfrequente Signal in das auf dem Schirm entstehende Bild umgewandelt. Es ist leicht einzusehen, daß beim Einschalten derartiger technischer Einrichtungen alle verwendeten Geräte von ausgezeichneter Qualität sein müssen. Die Qualität des Bildes wird immer von dem schlechtesten Glied dieser Übertragungskette bestimmt: Beste Studioeinrichtungen und Sender können nicht zur Wirkung kommen, wenn der Empfänger von schlechter Qualität ist. Oder umgekehrt: Beste Sender und Empfänger sind von den aus dem Studio kommenden elektrischen Signalen abhängig.

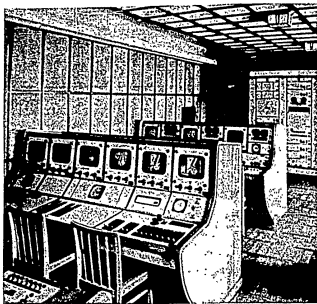
Wie ist nun der Stand dieser Anlagen? In der Studientechnik entsprechen nicht alle Geräte der neuesten technischen Entwicklung; besonders unsere Kameras sind noch zu groß, benötigen zu viel Licht und sind nicht mit dem erforderlichen Bedienungskomfort ausgestattet, z. B. fehlen ihnen unschaltbare Objektive mit verschiedenen Brennweiten.

Beim Aufbau des Fernsehens vor etwa 6 Jahren mußten diese Geräte in eigenen Werkstätten gefertigt werden, weil es zu diesem Zeitpunkt keine Industriebetriebe gab, die derartige Einrichtungen herstellten.

Es gehört zu den Aufgaben des Bereichs, den Programmgestaltern und künstlerischen Mitarbeitern neue technische Einrichtungen bereitzustellen, denen die angeführten Mängel nicht mehr anhaften. In unserem Betriebslaboratorium wird seit längerer Zeit an der Verbesserung dieser Geräte an Hand der ausgewerteten Betriebserfahrungen gearbeitet.

Auf der 3. Parteikonferenz wurde die Forderung erhoben, im Verlauf dieses Fünfjahresplans einen einwandfreien Fernsehempfang in der gesamten Deutschen Demokratischen Republik zu ermöglichen. Zur Zeit wird das Fernsehprogramm von neun Sendern ausgestrahlt. Diese sind aber nicht in der Lage, den Fernsehempfang in der gesamten Republik zu sichern. Demzufolge müssen neue Sender errichtet werden, und die vorhandenen Anlagen sind durch stärkere Endstufen und Antennen mit höherem Gewinn zu verbessern.

Das von einigen Sendern ausgestrahlte Bild zeigt noch technische Mängel, die ihre Ursache zum Teil in nicht ausgereiften Konstruktionen und auch in unzulänglichen Kontrolleinrichtungen haben. Die Industrie muß eine ihrer dringlichsten Aufgaben darin sehen, in kürzester Zeit Sender im Band III (174 bis 216 bzw. 223 MHz) zur Verfügung zu stellen, die dem internationalen Niveau entsprechen, d. h. Sender mit höherer Betriebssicherheit und vereinfachter Bedienung.



Regiererraum eines Fernsehstudios in Berlin-Adlershof (Aut. Staatl. Rundfunkkomitee)

Ein nicht unbeträchtlicher Teil der bekannten ausländischen Sender arbeitet vollautomatisch. Die Endstufen dieser Sender sind doppelt ausgelegt und schalten bei Störungen automatisch um eine Tatsache, der nicht genug Beachtung geschenkt werden kann. Demzufolge wird nur wenig Betriebspersonal benötigt.

Hand in Hand mit der Erweiterung des Sendernetzes muß der Ausbau des Weltverbindungsnetzes vor sich gehen, einmal — wie schon erwähnt — um die Sender mit der Modulation zu versorgen, und zum anderen, um die Möglichkeit zu schaffen, Fernsehsendungen von anderen Ländern zu übernehmen. Die Sendungen aus dem Ausland tragen wesentlich zum Reichtum des Programms bei und müssen zu einem festen Bestandteil unseres Fernsehprogramms werden. Das Netz der Weltverbindungsnetze ist dabei so anzulegen, daß — unabhängig vom eigenen Programm — auch der Transitverkehr von Fernsehsendungen durchgeführt werden kann.

Hörfunk

Auf dem Sektor Hörfunk ergibt sich folgende Situation: In der Studientechnik wurde der internationale Anschluß erreicht, und es stehen Räumlichkeiten und Einrichtungen zur Verfügung, die den gestellten Qualitätsanforderungen, aber auch der Betriebssicherheit genügen.

In der Versorgung mit den drei Programmen des demokratischen Rundfunks ergeben sich insoweit Schwierigkeiten, als unseren Mittel- und Langwellensendern keine Exklusivwellen zur Verfügung stehen. Vielmehr sind die vorhandenen traditionellen Lang- und Mittelwellenbereiche durch die Vielzahl der in Betrieb befindlichen Sender so überbelegt, daß ein störungsfreier, weitreichender Empfang in vielen Fällen nicht mehr möglich ist. Nur durch den verstärkten Ausbau eines leistungsfähigen UKW-Sendernetzes wird es möglich sein, die Republik mit störungsfreiem und hochqualitativen Rundfunkempfang zu versorgen. Zur Zeit sind elf UKW-Sender eingeschaltet. Aber durch die relativ geringen effektiven Strahlungsleistungen dieser Sender ist die Versorgung mit UKW-Programmen noch unzureichend. Die Erweiterung des UKW-Rundfunkempfangs geschieht systematisch durch den Bau neuer Sender und durch das Erhöhen der Leistung der vorhandenen Sender.

Verkehr- und Seefunk

Auf dem Sektor Verkehrs- und Seefunk müssen die Funktionen im europäischen Bereich erweitert werden. Die vorhandenen Großfunkanlagen sind entsprechend dem internationalen technischen Stand zu modernisieren. Weiterhin ist die Küsten-

funkstelle zu erweitern, um neue Funkverbindungen mit Seefahrzeugen über große Entfernungen zu ermöglichen. Weitere Aufgaben des Verkehrsfunks beziehen sich auf das Herstellen von Gesprächsverbindungen zwischen ortsfesten und beweglichen Funkstellen, die sich im Stadt-, Überland- oder Wasserstraßenverkehr befinden.

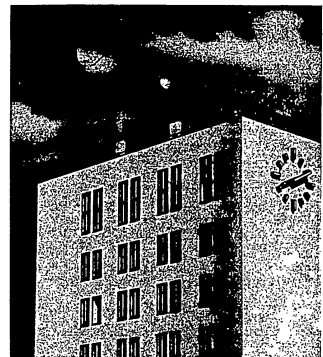
Mit der verstärkten Anwendung der UKW- und Fernsehtechnik gewinnt auch die Frage der Entzerrung, speziell von Kraftfahrzeugen, weiter an Bedeutung.

Schlußbetrachtungen

Die Lösung der umrissenen Aufgaben erfordert in vielen Fällen den Einsatz neuer, moderner technischer Anlagen. Da der Bedarf infolge der Struktur des Fernsehens oft nur kleine Stückzahlen ausmacht, für die eine Serienproduktion nicht in Frage kommen kann, wird sich der Bereich Rundfunk und Fernsehen ein eigenes Versuchswerk schaffen. In diesem Werk können die benötigten Spezialgeräte produziert werden, wobei sich die Betriebserfahrungen mit den Sendern und Studios schnell auf die Fertigung auswirken.

Weiterhin ist es erforderlich, daß sich der derzeitige technische Stand auf den Gebieten der Rundfunk- und Fernsehtechnik in den führenden Ländern genau bekannt ist. Die Kontakte mit allen Ländern, die zu einer wissenschaftlichen Zusammenarbeit bereit sind, müssen verbessert und ausgebaut werden. Die bestehenden Möglichkeiten der Teilnahme an internationalen Kongressen und Fachtagungen müssen voll wahrgenommen werden, um die freundschaftlichen Beziehungen mit dem Ausland zu erweitern und zu festigen.

Die vorliegenden Zeilen sollten den Zweck besitzen, alle Kollegen der Deutschen Post mit den wichtigsten Aufgaben des jüngsten Bereichs des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen vertraut zu machen. Selbstverständlich ist es nicht mög-



Dezimetererhänger für Fernsehstudios auf dem Gelände des Deutschen Fernsehstudios in Berlin-Adlershof

lich, in dieser Kürze alle Probleme zu behandeln, die von den Mitarbeitern des Bereichs in der nächsten Zeit zu lösen sind. Über die einzelnen Schwerpunkte der Arbeit sowie über die erzielten Erfolge und auch über die zu überwindenden Schwierigkeiten wird an dieser Stelle künftig weiter berichtet werden.

Die erste internationale Ausstellung über die Postmechanisierung in Rom

Von Horst HAMANN, Berlin

Einleitung

Schon im Sommer d. J. hatten wir davon Kenntnis erhalten, daß einige Staaten des kapitalistischen Weltpostvereins in Rom eine Ausstellung über die Mechanisierung des Postwesens zu veranstalten. Im September erfuhr ich dann offiziell durch das Circulare (Rundschreiben) 146 — herausgegeben am 11. 9. 1956 vom Internationalen Büro des Weltpostvereins in Bern — den Termin dieser für uns wichtigen Ausstellung. Uns wurde mitgeteilt, daß die Ausstellung vom 29. 10. bis zum 11. 11. 1956 in Rom veranstaltet werden würde, und daß diese für die Öffentlichkeit täglich von 10 bis 20 Uhr geöffnet sei. Wir hatten großes Interesse daran, diese Ausstellung zu sehen, hofften wir doch, dort Gelegenheit zu finden, den Weltstand der Technik zu studieren und zu erkennen, auf welchem Gebiet die DP gut vorangekommen und auf welchem Gebiet sie zurückgeblieben ist. Des weiteren glaubten wir, in Rom darüber Aufschluß zu finden, ob wir auf die allgemeine Entwicklungsrichtung des Weltstandes der Technik im Postwesen zukommen.

Nach unbürokratischer Abwicklung der Präformalitäten und sonstiger Schwierigkeiten konnten wir — unterstützt durch die Dienststellen unserer Regierung — die Durchführung der Reise noch so rechtzeitig organisieren, daß uns Zeit für einen gründlichen Besuch der Ausstellung verblieb.

Die Ausstellung

Die Ausstellung war im „Palazzo Dei Congressi“ (Kongreßpalast) auf dem Gelände der Weltausstellung in Rom unter-

gebracht. Dieses Gebäude ist ein gewaltiges Bauwerk, das allen repräsentativen Ansprüchen genügt. Es bietet neben den Ausstellungsflächen und einem großen Tagungsraum auch genügend Platz für die Unterbringung von Delegationsbüros, eines Sonderpostamtes, von Empfangs- und Erfrischungsräumen usw. Eine besondere Sehenswürdigkeit stellt die hohe Kuppelhalle dar, die allein eine Grundfläche von fast 2000 qm aufweist. Auch ein ausreichendes Freigeblände steht zur Verfügung. Folgende Postverwaltungen beteiligten sich an der Ausstellung: Holland, Belgien, Frankreich, England, Schweiz, Westdeutschland und Italien.

In dem Katalog über die Organisation usw. heißt es über den Zweck der Ausstellung wörtlich:

„Die Ausstellung ist ein Ausdruck des Fortschrittes der Technik und Organisation in den verschiedenen teilnehmenden Ländern. Sie strebt nach der Lösung der gemeinschaftlichen Probleme und nach der Standardisierung von Schemata, Maschinen und Systemen. Sie trägt auf diese Weise bei, die Grenzen zu überwinden und die Bruderschaft der Völker herbeizubringen.“

Man kann nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß zwischen den kapitalistischen Staaten eine enge Zusammenarbeit im Postwesen besteht. Hieraus ergibt sich für uns die Schlußfolgerung, daß wir unsere technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit gleichfalls schnell und nachhaltig verbessern müssen, um schneller und sicherer zum Erfolg zu kommen.

Die Ausstellung war recht gut organisiert. Es standen allen Ländern genügend Dolmetscher für alle Weltsprachen zur Verfügung, so daß alle aufkommenden Fragen reibungslos geklärt werden konnten. Daneben wurden das ausgestellte Material und bestimmte technische Vorgänge noch durch Firmenvertreter erläutert. (Fortsetzung folgt)

Aus dem Arbeitskreis zur Ausarbeitung des „Grundrisses der Ökonomik des Post- und Fernmeldewesens“:

Über den Stand der Ausarbeitung der Ökonomik des Post- und Fernmeldewesens

Von Gustav-Adolf KIRSCH, Gera

Seit dem Beginn des Jahres 1956 ist ein kleiner Kreis von Wissenschaftlern, Ingenieuren und Wirtschaftlern mit dem Ausarbeiten einer Ökonomik unseres Wirtschaftszweiges beschäftigt. Die folgenden Ausführungen sollen den Leser näher mit der Tätigkeit dieses Arbeitskreises vertraut machen.

Einführung

Selbstverständlich ist es an dieser Stelle und zu diesem Zeitpunkt noch nicht möglich, den Inhalt des „Grundrisses der Ökonomik des Post- und Fernmeldewesens“ („ÖkPF“) auch nur annähernd darzustellen; denn der derzeitige Stand der Ausarbeitung läßt ein umfassendes Darstellen noch nicht zu. Dennoch wird es für den Leser sehr interessant sein, eine Übersicht über die Gliederung und einige der schon jetzt erkennbaren und im Grundriß zu behandelnden Probleme aus der Praxis und der Theorie des Post- und Fernmeldewesens zu erlangen. Eine allgemeingültige Antwort auf solche Probleme unseres Wirtschaftszweiges kann zur Zeit noch nicht veröffentlicht werden. Der Arbeitskreis beabsichtigt, seine erarbeitete Meinung vorher nochmals allseitig zu prüfen.

Für die Mitglieder des Arbeitskreises wäre es sehr erfreulich, wenn ihre Aufgabe in breiten Kreisen der Mitarbeiter der Deutschen Post wissenschaftlich und fachlich anerkannt und unterstützt würde. Das würde sich zweifellos befruchtend auf ihre Tätigkeit auswirken und zum schnellen Gelingen der verantwortungsvollen Aufgabe beitragen.

Anlaß und Ziel der Herausgabe des „Grundrisses der ÖkPF“

Anlaß zum Ausarbeiten der „ÖkPF“ war die Forderung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auf dem IV. Parteitag, Lehrbücher über die Ökonomik der einzelnen Industriezweige und über ihre Organisation und Planung zu schaffen. Diese Aufforderung galt jedoch nur mittelbar für das Post- und Fernmeldewesen, weil dieses bekanntlich kein Zweig der Industrie, sondern ein solcher des Verkehrs ist.

Die Notwendigkeit, im Rahmen der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft auch im Post- und Fernmeldewesen die Leistungsfähigkeit und Rentabilität der Einrichtungen im Interesse der Gesellschaft ständig zu verbessern, war einer der Gründe dafür, auch ein Lehrbuch „Ökonomik des Post- und Fernmeldewesens“ auszuarbeiten. Dabei gilt es, entsprechend dem Gegenstand einer Wirtschaftszweigökonomik, das Wirken der ökonomischen Gesetze unter den spezifischen Bedingungen des Post- und Fernmeldewesens in der Deutschen Demokratischen Republik exakt zu untersuchen und daraus Schlußfolgerungen für die Praxis zu ziehen.

Auf der Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse wird es möglich sein, solche Formen und Methoden zur weiteren Entwicklung unseres Wirtschaftszweiges, seiner Organisation, Leitung und Planung zu finden, daß die dem Post- und Fernmeldewesen durch die sozialistischen Perspektiven der Republik gestellten wachsenden Aufgaben bestmöglich erfüllt werden können. Die praktische Durchführung dieser Aufgaben ist aber die Sache eines jeden Postlers. Das Ausarbeiten der „ÖkPF“ hat zum Ziel, jedem Beschäftigten im Post- und Fernmeldewesen hierfür eine wissenschaftliche Grundlage zu geben. Sie dient deshalb einmal dem Verbessern der praktischen Arbeit, zugleich aber auch dem Erweitern der theoretischen Kenntnisse. Allen Studierenden im Post- und Fernmeldewesen soll die „ÖkPF“ eine wertvolle Hilfe für ihre Ausbildung und Weiterbildung werden.

Über die Ergebnisse der bisherigen Tätigkeit und die aufgetretenen Schwierigkeiten

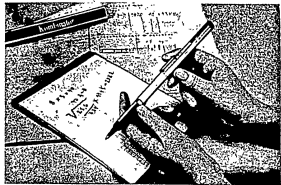
Ein Lehrbuch, das diesen Anforderungen gerecht werden soll, erfordert umfangreiche und gründliche Arbeit. Diese muß aber von den Mitgliedern des Arbeitskreises neben ihren sonstigen beruflichen Aufgaben geleistet werden. Es wird deshalb noch einige Zeit vergehen, bevor die „ÖkPF“ in den Händen der Postler in den Betrieben und Schulen ist und ihre Bestimmung erfüllt. Es sollte jedoch Aufgabe der Leitung des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen sein, diese Zeit möglichst verkürzen zu helfen, damit beim Durchführen aller betrieblichen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen im Bereich der Deutschen Post recht bald auf den Erkenntnissen der „ÖkPF“ aufgebaut werden kann.

Wenn einleitend festgestellt wurde, daß der Arbeitskreis zum Ausarbeiten der „ÖkPF“ seine Tätigkeit zu Beginn des Jahres 1956 aufgenommen hat, so entspricht das nicht voll den Tatsachen. Die ersten Ansätze hierfür wurden vielmehr bereits im März 1955 gemacht. Sinerzeit fanden Aussprachen zwischen Vertretern des MPF und der Hochschule für Verkehrswesen statt, in deren Ergebnis von wissenschaftlichen Mitarbeitern der Hochschule eine Grobdisposition verfaßt wurde, die zur ersten Sitzung des Arbeitskreises im Februar 1956 als Arbeitsgrundlage vorlag.

Nach dem gemeinsamen Festlegen des Arbeitsprogramms und einem Beschluß über die endgültige Disposition für die Arbeit im Rahmen des Arbeitskreises gingen die Mitglieder des Kollektivs entsprechend ihren besonderen Kenntnissen, Erfahrungen und Interessen an das Ausarbeiten der ersten Kapitel des Lehrbuches. Zum Beraten über die von den einzelnen Mitgliedern verfaßten Teile fand sich der Arbeitskreis im Mai für zwei Wochen bei der Spezialschule für Post- und Fernmeldewesen in Dresden zusammen. Leider konnten nicht alle Mit-

Rechenschreibstift „Kombinator“

Der „Kombinator“ beruht auf dem Prinzip des allgemein gültigen Rechenschreibers und ist durch seine Konstruktion zugleich ein Schreibstift. Hersteller ist der VEB Funkwerk Erfurt.



glieder die dort vorhandenen günstigen Möglichkeiten voll zur Ausnutzung und damit erfolgversprechenden kollektiven Arbeit ausnutzen, weil die auf ihnen lastenden beruflichen Verpflichtungen ein restloses Freistellen nicht zuließen. Das traf sowohl auf die in der Lehrtätigkeit stehenden wissenschaftlichen Mitarbeiter der Hochschule für Verkehrswesen als auch auf die Praktiker des Post- und Fernmeldewesens zu.

In Zukunft soll deshalb der Arbeitskreis nur noch in den nach fachlichen Gesichtspunkten gebildeten fünf Arbeitsgruppen von zwei bis vier Mitgliedern zusammentreten. Es bedarf jedoch hier- zu auch weiterhin eines weitgehenden Entgegenkommens der Leiter der Beschäftigungsbetriebe und des MPF. Das trifft besonders gegenüber solchen Mitgliedern des Arbeitskreises zu, die infolge einer angespannten Personallage selbst für einige Tage nicht oder nur sehr schwer in ihrer Dienststelle entbehr- licher werden können. Die Zusammenkünfte bleiben deshalb auch auf ein Mindestmaß beschränkt.

In der geschilderten Weise sind von den in der nachstehenden Übersicht aufgeführten 21 geplanten Kapiteln des Lehrbuches bisher die Kapitel 1 und 3-7 im Entwurf fertiggestellt worden. Sie werden gegenwärtig überarbeitet und redigiert. Aller Voransicht nach kann dieser erste Teil dem MPF bis Jahresende vor- gelegt werden.

Neben der Redaktion des ersten Teils arbeiten die Mitglieder des Arbeitskreises bereits jetzt an dem zweiten Teil des Buches, der weitere 10 Kapitel umfaßt. Es wird beabsichtigt, diese Teil- aufgabe im 1. Halbjahr 1957 fertigzustellen.

Entwurf für die Kapiteleinteilung der „ÖkPF“

- Kap. 1 Gegenstand der „ÖkPF“
Kap. 2 Die historische Entwicklung des Post- und Fernmeldewesens in Deutschland
Kap. 3 Die Stellung und Bedeutung des Post- und Fernmeldewesens in der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion
Kap. 4 Die Aufgaben des Post- und Fernmeldewesens
Kap. 5 Die Prinzipien des strukturellen Aufbaus des Post- und Fernmeldewesens und die Struktur der Deutschen Post
Kap. 6 Die material-technischen Grundlagen des Post- und Fernmeldewesens
Kap. 7 Die Produktionsprozesse im Post- und Fernmeldewesen
Kap. 8 Die technische Normung und die Ausnutzung der Kapazitäten im Post- und Fernmeldewesen
Kap. 9 Die systematische Einführung der fortgeschrittenen Wissenschaft und Technik und die Weiterführung der planmäßigen wissenschaftlichen Forschungsarbeit im Post- und Fernmeldewesen
Kap. 10 Die Organisation der Leitung und Kontrolle im Post- und Fernmeldewesen der DDR
Kap. 11 Die Aufgaben und Prinzipien der Planung im Post- und Fernmeldewesen
Kap. 12 Die Organisation der Planung im Post- und Fernmeldewesen
Kap. 13 Die Materialverflechtung im Post- und Fernmeldewesen
Kap. 14 Die Arbeitskräfte im Post- und Fernmeldewesen
Kap. 15 Die Prinzipien der Arbeitsnormung und -bemessung sowie die Rolle des Arbeitslohnes im Post- und Fernmeldewesen der DDR
Kap. 16 Die Anwendung des sozialistischen Wettbewerbs bei der Deutschen Post
Kap. 17 Die Anwendung von Neueremethoden und die Rationalisatorbewegung im Post- und Fernmeldewesen
Kap. 18 Die Anwendung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung als Methode der planmäßigen Wirtschaftsführung im Post- und Fernmeldewesen
Kap. 19 Die Grundfonds und die Umlaufmittel im Post- und Fernmeldewesen

Aufnahmegerät „Ton-Reporter“

Unabhängig vom Aufnahmegerät sehr platzsparend ermöglicht das Kleinformat-Aufnahmegerät „Ton-Reporter“, alles Interessante und Aktuelle im Wort festhalten zu können, ganz gleich, ob es auf dem Sportplatz oder im Betrieb, auf der Straße oder im Theater ist. Das 24 x 22 x 8 cm große Gerät wiegt einschließlich Batterien 4 kg. Die Bandgeschwindigkeit beträgt 1910 cm/s, der Frequenzbereich umfaßt 100...10000 Hz. Erforderlich sind eine Akkubatterie (7,5 V Akkubatterie), 2 Stacks (1,5 V Halbzelle) und 4 Kassettentrommeln zu je 4,5 V (9 V Motorspannung). Mitglieder werden 5 Kassettensätze und 1 Kondensatortrommel in Ministrukturformung. Das Passagiergewicht je Kassette beträgt 80 mg, was bei 6 Kassettensätzen Sprechzeit von 30 Minuten entspricht. Das Gerät wird vom VEB Werk für Fernmeldewesen, Berlin-Oberschönewald, hergestellt.



- Kap. 20 Die Gebührensatzung im Post- und Fernmeldewesen
Kap. 21 Die grundlegenden Schlußfolgerungen für die wissenschaftliche Lenkung und Leitung des Wirtschaftszweiges Post- und Fernmeldewesen in der Deutschen Demokratischen Republik

Grundstofffragen

Das vorgenannte Programm wird dem Leser zeigen, daß beim Ausarbeiten häufig Neuland beschritten werden muß, wobei dem Arbeitskreis nur wenig Literatur und sonstige Untersuchungsergebnisse zur Verfügung stehen. Schon im ersten Abschnitt der Arbeit konnten jedoch trotzdem beachtliche Ergebnisse erzielt werden. Dabei mußten zum Beispiel allgemeingültige Definitionen für Begriffe gefunden werden, deren einheitliche Anwendung Grundvoraussetzung für die Arbeit im Kollektiv überhaupt war. Schon hierbei gab es Schwierigkeiten, die dem Leser erst richtig offensichtbar werden, wenn er selbst versucht, eine richtige und umfassende Definition zum Beispiel solcher Begriffe wie „Post“, „Nachrichtendienst“, „Verkehrswesen“ u. a. zu geben.

In den Diskussionen zu den ersten Kapiteln hat sich der Arbeitskreis darüber hinaus mit wichtigen Grundstofffragen beschäftigen müssen, von denen hier einige aufgeführt werden sollen:

- 1. Warum und wo gibt es materielle Produktion im Post- und Fernmeldewesen?
2. Ist das Post- und Fernmeldewesen überiegend der materiellen Produktion zuzurechnen, oder ist es Dienstleistungsbetrieb?
3. Ist das Post- und Fernmeldewesen eine staatliche Verwaltung? Wo steht es zu Basis und Überbau der Gesellschaft?
4. Welche Besonderheiten weisen der Arbeitsprozeß und der technologische Prozeß im Post- und Fernmeldewesen auf?
5. Sind die Post- und Fernmeldedienste vollkommene Dienste, oder sind sie in ihnen gleichgestellte Betriebe? Welchen Sinn hat eine derartige Abgrenzung?
6. Entspricht die Organisation des Post- und Fernmeldewesens dem technologischen Arbeitsablauf?
7. Welchen Aufbau muß unser Wirtschaftszweig haben, um seinen umfangreichen Aufgaben am besten gerecht werden zu können? (Schluß s. S. 70)

### Versuche zum Einführen des Behälterverkehrs

Von Curt REICHE, Berlin

Die Deutsche Post ist stark von der Eisenbahn abhängig, weil die meisten Postsendungen mit den Regelpögen der Eisenbahn befördert werden und der Posteaustausch während der Haltezeiten der Züge stattfinden muß. Menge und Umfang der Ladungsgegenstände und Unzulänglichkeiten personeller Art lassen hierbei ständig Schwierigkeiten entstehen. Diese Mängel bestehen schon seit Jahrzehnten, ohne daß es bisher gelungen wäre, die Verhältnisse grundlegend zu verbessern. Nach wie vor sind schwere körperliche Leistungen sowie ein unpflegliches Behandeln der Ladungsgegenstände, besonders der Pakete, festzustellen. Das Bestreben der Eisenbahn, durch kürzere Haltezeiten eine höhere Reisegeschwindigkeit zu erreichen, wird die bestehenden Mißstände noch erhöhen. Es ist deshalb an der Zeit, daß die Deutsche Post eine Lösung findet, um die schweren manuellen Arbeiten im Umschlagdienst und das unpflegliche Behandeln der Ladungsgegenstände zu beseitigen. Außerdem muß nach geeigneten Maßnahmen gesucht werden, damit die eigentliche Umschlagzeit für das Ein- und Ausladen der Post auf den Bahnhöfen wesentlich verkürzt werden kann.

#### Ältere Versuche

Es hat in der Vergangenheit nicht an Versuchen gefehlt, die Schwierigkeiten beim Ladungsaustausch zu beseitigen. Bereits im Jahre 1902 wurde in Quedlinburg ein Verfahren erprobt, wonach man die Pakete in Körbe packte. Diese wurden dann vom Bahnteilgarnen aus über eine Brücke geschleift, die eine feste Verbindung mit dem Bahnpostwagen (Bpw) herstellte, und im Wagen entleert. Die feste Verbindung hatte jedoch den Nachteil, daß sie beim Anfahren des Zuges Unfälle herbeiführte. Die Postverwaltung ging deshalb bald wieder von diesem Verfahren ab, weil auch die Eisenbahnverwaltung davon abriet, je sogar verbot, das Profil des Wagens zu verändern.

In den folgenden Jahrzehnten wurden zahlreiche Verbesserungsvorschläge, vornehmlich aus Kreisen der Postkunden vorgelegt. Diese gipfelten sämtlich darin, die Ladungsgegenstände in Behältern (Kisten, Körben, Netzen usw.) zusammenzufassen, ohne jedoch die Frage der Form des Austausches zu beantworten.

#### Neuester Versuch

Das eingehende Studium des vorhandenen Materials durch ein Kollektiv der Hauptabteilung Post beim Institut für Post- und Fernmeldewesen hat nunmehr zu positiven Ergebnissen geführt. Ausgangspunkt der Arbeiten bildete eine eingehende Untersuchung der Arbeitsweise moderner Hubgeräte. So wurden in

den letzten Jahrzehnten die Gabelstapler entwickelt. An der Vorderseite eines solchen Fahrzeugs befindet sich ein Gestüt, an dem eine Gabel auf und ab bewegt wird. Mit dieser Vorrichtung ist es möglich, Lasten zu heben und zu senken.

Um ein solches Gerät für den Ladungsaustausch nutzbar zu machen, muß eine große Hub- und Senkgeschwindigkeit ge-



Die Rollbehälter werden mit dem Gabelstapler zum Bpw gefahren. (Aufn. IFF)

#### (Schluß v. S. 69)

Es ist wohl einzusehen, daß exakte Antworten auf solche Fragen und die Anwendung der Ergebnisse entscheidend für die weitere Entwicklung des Post- und Fernmeldewesens innerhalb der Volkswirtschaft der DDR, für seine Stellung und Bedeutung im System der Volkswirtschaft und für das Verhältnis zu anderen Wirtschaftszweigen und zum Staat sind. Nicht zuletzt sind sie von großem Einfluß für die Planung und für andere wirtschaftspolitische Maßnahmen im Post- und Fernmeldewesen (wie z. B. für das Prinzip der materiellen Interessen, für die Lohnpolitik u. a.). Auch die Frage der Qualifizierung der Kader — also der Höherentwicklung der wichtigsten Produktivkräfte —, der Verbesserung der Arbeitsbedingungen, des Arbeitsschutzes usw. sind theoretisch zu behandeln.

Zweifellos gab es schon früher, z. B. bei der ehemaligen Reichspost, bestimmte Auffassungen zu solchen und ähnlichen Fragen, die jedoch teilweise erheblich von unserer heutigen Auffassung abweichen. Der Arbeitskreis hat bei seiner Tätigkeit die Erkenntnisse der Politischen Ökonomie zugrunde gelegt. Dadurch ist die Gewähr gegeben, daß die Erscheinungen und Zusammenhänge im Post- und Fernmeldewesen richtig analysiert und für seine Entwicklung unter den Bedingungen der Arbeiter- und Bauern-Macht in der DDR angewendet werden können.

Die „ÖkPF“ wird sich deshalb auch mit einigen Auffassungen bürgerlicher Theoretiker auseinandersetzen.

#### Abgrenzung der „ÖkPF“

Dazu muß man beachten, daß einer Wirtschaftszweigökonomie ein bestimmtes Ziel gesetzt ist. Sie darf deshalb nicht

in das Gebiet anderer wissenschaftlicher Disziplinen übergreifen, die völlig andere Forschungsobjekte zum Gegenstand haben.

In seinem Schlußwort zur Theoretischen Konferenz des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der deutschen Akademie der Wissenschaften in zu Berlin im März 1955 wies Professor *Friedr. Offner* darauf hin, daß eine Zweigökonomie nicht Technik und auch nicht Wirtschaftspolitik ist. Bei einer Vielzahl von Berührungspunkten — beispielsweise auch zur Politischen Ökonomie oder zu der wirtschaftswissenschaftlichen Disziplin „Organisation und Planung“ — wird die „ÖkPF“ deshalb bei bestimmten Kapiteln nicht zum technischen Lehrbuch oder zur „Anweisung für den Wirtschaftler bei der Deutschen Post“. Die „ÖkPF“ wird vielmehr, um es nochmals zusammenfassend darzustellen, die spezifischen Formen des Auftretens der objektiv wirkenden allgemeinen ökonomischen Gesetze im Post- und Fernmeldewesen nachzuweisen und die wissenschaftliche Begründung für erforderliche wirtschaftspolitische Maßnahmen geben.

Gleichzeitig wird sie auf Mittel und Methoden zur Ausnutzung der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten im Post- und Fernmeldewesen eingehen und der Technik bestimmte ökonomische Forderungen stellen. Damit wird sie zum Fundament für die künftige Planung und Leitung im Post- und Fernmeldewesen. Die Einzelheiten der Organisation und Planung in ihrem vollen Umfang darzulegen, bleibt einem entsprechenden Lehrbuch vorbehalten.

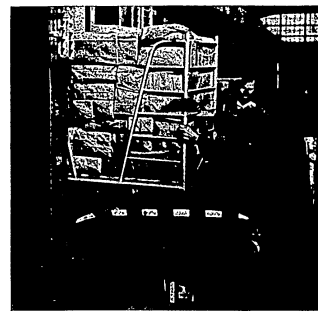
fordert werden. In Deutschland entsprechen bisher nur die Gabelstapler vom Typ „Muller“ der Firma *SHH* in Hamburg mit einer Tragfähigkeit von 0,6 t dieser Forderung.

Nun liegt der Gedanke nahe, mit einem Gabelstapler Behälter oder Paletten in den Bpw zu heben. Zu diesem Zweck müßte jedoch die Gabeln zum Aufsetzen bzw. Aufnehmen der Behälter in den Bpw hineingefahren werden. Eine solche Arbeitsweise ist aber bei Streckpostanstalten nicht möglich, so daß neue Wege beschritten werden mußten. Auf die Gabeln wurde eine Plattform montiert, und Ing. *Jensen* vom Institut für Post- und Fernmeldewesen entwickelte einen hierzu passenden Rollbehälter mit einem besonderen Fahrwerk.

Der Gabelstapler, der zugleich als Zugkraft für den Rollbehälter dient, wird so an den Bpw herangefahren, daß sich die Plattform genau vor der Türöffnung befindet. Der Rollbehälter wird dann auf die herabgelassene Plattform gefahren, zur Sicherung gegen Bewegung angebremst und bis in Höhe des Bodens des Bpw gehoben. Das Fahrwerk des Rollbehälters gestattet es, einen Zwi cherraum zwischen der Plattform und dem Boden des Bpw bis zu 400 mm ohne besonderen Kraftaufwand zu überfahren (s. auch das Titelbild). In der gleichen Weise können auch Behälter ausgeladen werden.

Zum praktischen Erproben wurden zunächst zwei Gabelstapler des genannten Typs beschafft, die man mit der Plattform ausrustete und von denen der eine dem HPA Leipzig N 18 und der andere dem HPA Oschatz zugeweiht wurde. Diese Ämter wurden deshalb gewählt, weil ständig besondere Schwierigkeiten beim Ladungsaustausch auf dem Bahnhof Oschatz zu verzeichnen waren. Auch entsprechende Behälter wurden gleichzeitig gefertigt.

Nach gründlichen Versuchen im Betriebsablauf wurde am 30. September 1956, dem Beginn des Winterfahrplans der Deutschen Reichsbahn, der Versuchsbetrieb zunächst über das Zugpaar 3503/3510 zwischen Leipzig N 18 und Oschatz aufgenommen. Mit der Bp 22/Zag 6503, wurden an diesem Tage acht Rollbehälter befördert, die auf dem Bahnhof Oschatz in insgesamt 156 Sekunden ausgeladen werden konnten. Das Bestellen des Gabelstaplers an der Tür des Bpw erforderte 20 Sekunden und das Wegfahren vom Bpw 5 Sekunden. Die durchschnittliche Zeit für das Entladen eines Behälters betrug



Der Rollbehälter wird in den Bpw geschoben, nachdem ihn der Gabelstapler gehoben hat. (Aufn. IFF)

16,25 Sekunden. Auch an den folgenden Tagen ermittelten Zeilen gleichermaßen den ersten Tag.

Die acht Behälter enthielten insgesamt 227 Pakete, drei der Behälter waren allerdings nur mit je 15—18 großen bzw. sperrigen Paketen beladen. Daraus ergibt sich ein durchschnittlicher Inhalt von 28,4 Paketen je Behälter. Bleiben bei dieser Feststellung die Behälter mit Sperrgut außer Betracht, so erhöht sich diese Zahl auf 35,0 Pakete je Behälter.

Es ist besonders hervorzuheben, daß die Pakete durch die neue Methode schonend behandelt werden, daß das Verladegeschäft ohne besonderen körperlichen Kraftaufwand durchgeführt wird und daß die Anzahl der Verladekräfte verringert werden konnte. Einzelheiten über die ökonomischen Auswirkungen werden Gegenstand einer zu gegebener Zeit zu veröffentlichenden Abhandlung sein.

Besondere Schwierigkeiten bestehen jetzt noch darin, die Behälter vom Bahnhof zum Postamt zu befördern. Zwar läßt sich z. Z. die Aufgabe mit Kraftfahrzeugen lösen, aber nur unter großem Laderaumverlust. Die eingeleiteten Arbeiten zur endgültigen Lösung dieses Problems weisen jedoch gute Fortschritte auf.

Zum gesamten Verfahren kann bereits jetzt festgestellt werden: Die Versuche, den Ladungsaustausch zu beschleunigen, die körperlichen Leistungen des beteiligten Personals auf ein Mindestmaß zu beschränken und die Postsendungen schonend zu behandeln, können als gelungen bezeichnet werden. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß bis zu einer allgemeinen Einführung der neuen Methode noch zahlreiche Fragen gelöst werden müssen. Einige dieser Probleme sollen hier genannt sein.

#### Einzelprobleme des Behälterverkehrs

Bei den zur Verfügung stehenden Behältern handelt es sich um Versuchsbehälter. Gewünscht wird nunmehr, die Behälter zusammenklappbar und noch leichter zu bauen. Auch in bezug auf die Bremsvorrichtung sind noch technische Mängel zu überwinden. Schwierigkeiten bestehen insbesondere auch darin, daß der Behälterverkehr in das Bestehende eingefügt werden muß, d. h., daß große Umbauten der Bpw usw. nicht vorgenommen werden können. Von besonderer Wichtigkeit ist es, bei allen diesen Erörterungen zu berücksichtigen, daß der Laderaumverlust in Bpw durch die Behälter auf ein Mindestmaß beschränkt werden muß. Bei den gegenwärtig verwendeten Versuchsbehältern ist der Laderaumverlust noch viel zu groß.

(Schluß v. S. 72)



Ein Rollbehälter ist auf die Plattform des Gabelstaplers geschoben worden. (Aufn. IFF)

Nachgedacht und aufgeschrieben:

Sichtwerbung, Aushänge, Reklame und Schilder der Deutschen Post

Von Rudolf NAGEL, Leipzig

In unserer Heimat wird die Meinungsbildung weitgehend dadurch gefördert, daß die demokratische Presse und der Rundfunk jedes Haus, ja fast jede Wohnung erschlossen haben. Hinzu kommt u. a. noch die Sichtwerbung, deren suggestive Wirksamkeit allerdings nicht überschätzt werden darf, zumal dann nicht, wenn die Werbung mangelhaft gestaltet ist.

Seit einer Reihe von Jahren vertreten zahlreiche Stimmen beharrlich die Meinung, daß das Prinzip der „Sichtwerbung um jeden Preis“, das auch in der DDR üppig verbreitet war und zum Teil noch ist, nicht der Weisheit letzter Schluß sein kann. Das wesentliche Fundament dieses Prinzips ist die These, daß Sichtwerbung der Ausdruck einer Begeisterung ist, deren Kraft, andere mitzureißen, nicht durch einschränkende Anweisungen eingedämmt werden darf, sondern im Gegenteil durch Agitation zu fördern ist.

Die scherzhaft Bezeichnung „Transparentheit“, die der Volkstümlichkeit für das übersteigerte Anwendungsbedürfnis nach Sichtwerbung geprägt und damit als Krankheit gekennzeichnet hat, zeigt jedoch eindeutig, daß die Übersättigung Höhepunkte erreicht hat, die ein Fortsetzen dieser Methoden kategorisch verbieten. Daß mit diesen der Zweck vielfach verfehlt wurde, beweisen Versuche, die ergaben, daß von großen Betrieben nur ein verschwindend geringer Prozentsatz die Sichtwerbung in und am eigenen Betrieb kannte und deren Aussage zu nennen wußte. Im übrigen ist es kühn, die Begeisterung als Motiv zu verallgemeinern, wenn in zahllosen Fällen die schaltonenhafte Behandlung vermuten läßt, daß das Beteiligte an der Sichtwerbung als eine Alltagspflicht empfunden wird.

Es ist nicht zu leugnen, daß diese Argumente stark sind, und man muß aus ihnen zumindest folgern:

- 1. Sichtwerbung kostet Geld, Arbeitskraft und Material. Der Aufwand ist nur vertretbar, wenn man vom moralischen Erfolg überzeugt sein kann.
2. Die Sichtwerbung ist einschneidend zu mäßigen und zu lenken, um in der Öffentlichkeit noch Resonanz auszulösen.

- 3. Die improvisierte Sichtwerbung ohne Einschränkung und Organisation ist nur wirksam und zu billig, wenn sie durch plötzliche Ereignisse spontan ausgelöst wird. Sie muß aber augenblicklich und restlos verschwinden, wenn die Aktualität nicht mehr gegeben ist.

Es ist im höchsten Maße erfreulich, daß der Entwurf zu einer neuen Bauordnung eine gesetzliche Regelung mit ähnlicher Tendenz vorsieht.

Bis vor kurzer Zeit wurde eine Kritik an der Form der Sichtwerbung leider mit wenigen Ausnahmen nur versteckt geübt, weil man sie trichterförmig vielfach als eine Frage des persönlichen Mutes betrachtete. Tatsache ist, daß es viele Stellen



Schild zur Kennzeichnung von Messe-Postämtern in einem verbleisten und vernickelten Metallrahmen (Aufw. Tagesschiff, Leipzig)

(Schluß v. S. 71)

Auch organisatorisch treten zahlreiche Probleme auf. Als Beispiel soll hier das Behalten der Pakete für Dahlen (Sachs) aufgeführt werden.



Diese Pakete gelangten bisher beim HPA Leipzig N 18 zum gleichen Kursplatz wie die Pakete für Oschatz. Da beim Einladen in den Bpw ohnehin jedes Paket einzeln in die Hand genommen werden müßte, wurden die Pakete für Dahlen (Sachs) aussortiert. Beim Verwenden von durchlaufenden Behältern ist ein Herausheben in der Bp nicht mehr möglich, weil andernfalls der Zweck des Behälters illusorisch würde. Auf diese Weise gelang jetzt die Pakete für Dahlen (Sachs) zum HPA Oschatz, was es nicht möglich ist, einen besonderen Karrenplatz für Dahlen (Sachs) an der Verteilanlage (Leseband) zu schaffen.

Im vorliegenden Falle treten keine Laufzeitverzögerungen ein; denn diese Sendungen werden mit der Landkraftpost zum Bestimmungsort gebracht und dort rechtzeitig zugestellt.

Dieses Beispiel zeigt ganz klar die Notwendigkeit einer Konzentration der Postsendungen bei den hierfür in Frage kommenden Konzentrationspunkten.

Zu erwähnen ist noch, daß für das beteiligte Personal eine „Vorläufige Arbeitsanweisung für die Durchführung des Ladungsaustausches mit mechanischen Hilfsmitteln“ vorliegt. Danach ist für den gesamten Ladungsaustausch die Kraft auf dem Bahnsteig verantwortlich, der das Verladen bzw. Entladen der Behälter vom Bahnsteig aus obliegt. Die Bp-Begleiter müssen deren Weisungen beachten.

Mit dem Fortschreiten der Versuche sollen zu gegebener Zeit weitere Einzelheiten an dieser Stelle veröffentlicht werden.



An 200 Stellen befindet sich während der Messe dieses moderne Hinweisschild in verbleisten Rahmen (Aufw. Tagesschiff, Leipzig)

Verluste um 5% Mängel im Stil, in der Platzverteilung und der Orthographie ergänzen das Fiasco in manchen Fällen bis zur tödlichen Lächerlichkeit. Das verantwortungslose Beschriften von Putz-, Werkstein- und Sockelflächen mit Kalkfarben scheint glücklicherweise fast der Vergangenheit anzugehören; allerdings sind die Spuren noch vielfach zu sehen. Leider haben sich aber viele Kollegen von dem ebenso verunstaltenden Bekleben der Außenfronten mit Leim und Kleister noch nicht trennen können.

b) Äußere Kennzeichnung

Die amtliche Kennzeichnung mit gelbem Emaillechild und schwarzer Schrift ist solide, aber phantastisch und reichlich für eine wirkliche Popularisierung nicht aus. Die Vorschriften über das Anwenden sind bei Betrieben und Verwaltungen weitgehend unbekannt und werden entsprechend übertreten. Der Platz für das Schild wird ohne fachliche Beratung vielfach falsch gewählt. Das kennzeichnende Leuchttransparent zeigt mitunter schwer lesereiche oder unschöne Abweichungen von der Normblockschrift und wird schlecht gepflegt oder mangelhaft erleuchtet. Hinweise auf die Löttaonaahme sind häufig nicht weitergeführt, Hinweise auf den Zeitungsverkauf teilweise in primitiver Weise improvisiert.

c) Sonstige Schilder

Briefhewürfe haben mit wenigen Ausnahmen keine Nachmarkierung. Schalteröffnungszeiten sind nicht oder in oft unschöner Handschrift durch Überkleben korrigiert. Das Emblem für öffentliche Fernsprecher fehlt teilweise. Zahlreich und in allen Variationen werden die unpersönlichen und unzeitgemäßen Verbotsschilder „Hunde mitbringen verboten“ oder „Das Einstellen von Fahrrädern ist verboten“ angebracht.

d) Innere Sichtwerbung

Die politische Sichtwerbung geschieht vorwiegend aufdringlich, primitiv und geschmacklos. Toto- und Lotterwerbungen erfolgen teilweise auf Wunsch der beiden VEB durch häßliche Massierung.

Die Zeitungsvererbung zeigt die gleichen Mängel. Unsere Postgenossenschaft ist auch oft ein schlechtes Vorbild. Sie zeichnet sich durch besondere Rücksichtslosigkeit gegenüber Holz- und Glasflächen aus, obwohl das allen Anordnungen widerspricht. Das MPF verbreitet immer wieder Werbematerial in Form von Klebeplakaten. Damit wird das bereits 1950 verhängte Verbot zum Bekleben von Holz und Glas in Publikumsräumen durch das MPF selbst illusorisch gemacht.

e) Die Schalterbeschriftung

Überall finden wir uneinheitliche Beschriftungen, angebrochene Scheiben, fehlende Leerscheiben, schiefstehende Gestelle. Die Namensschilder zeigen die verschiedenartigsten, oft ungeschickten oder schlecht zu lesenden Handschriften. Vielfach fehlen sie ganz.

f) Die Postwerbung

Es gibt immer noch in zahllosen Fällen ungerahmte Plakate in ungenormten Proportionen. Die Ausführung ist zum Teil äußerst mangelhaft und unkünstlerisch. Die SB lassen sich auf Verträge ein, die in bezug auf Platzanordnung oder Raumgestaltung Hohn sprechen. Die fachliche Beratung durch die BFF wird unzureichend in Anspruch genommen.



Ein sprachlich und gestalterisch gleichermaßen wirkungsvolles Hinweischild für Schalter (Sperholz mit Farber aus flüssiger Birke, kaffeebraunem Schutt) (Aufw. Tagesschiff, Leipzig)

g) Sonstige Aushänge im Innenraum

Antliche Aushänge sind nicht immer berichtigt, vollständig und in einwandfreier Verfassung angebracht. Das Befestigungsgescheh zu Teil mit Leim oder Klebestreifen auch außerhalb der dafür bestimmten Tafeln. Überholte Aushänge werden nicht rechtzeitig entfernt. Die Markenschaukästen sind nicht immer nach dem neuesten Stand bestückt. Die Schmuckblatt-Telegramme werden in primitiver Anordnung zur Schau gestellt.

Forschen wir nach den Ursachen für die durchweg leicht zu beseitigenden oder zu vermeidenden Mifstände, dann kommen wir zu folgendem Ergebnis: Falsch angewandte Sparsamkeit, Unkenntnis über Zuständigkeiten und Unkenntnis über die bestehenden Anforderungen und Unkenntnis über die bestehenden Anforderungen und Unkenntnis über die bestehenden Anforderungen...

Der Weg

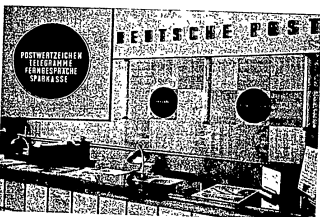
Nach dem Geschilderten ist die Feststellung, daß die Verhältnisse geändert werden müssen, keine Offenbarung; denn es ist nicht so, daß sich unsere Bevölkerung an diese Mängel gewöhnt hätte. Ein im Bezirk Leipzig durchgeführter Wettbewerb zur Pflege der Schalterhallen wurde mit einer Befragung der Postkunden verbunden, und siehe da - alle unsere Schwächen standen schwarz auf weiß verzeichnet. Mifstände zu kennen, zwingt aber die Verantwortlichen, Maßnahmen zu ihrer Beseitigung in unmittelbarer Folge zu ergreifen.

Vorschlag 1:

Beseitigung aller unwürdigen Transparente an den Fassaden. Größe, Farbe und Platzwahl ist von der Genehmigung der BPF abhängig zu machen, soweit nicht künftig kommunale Stellen zuständige sind. Die Ausführung darf nur durch befähigte Schriftsteller erfolgen. Den SB ist sparsamste Anwendung an wirklichen Blickpunkten zu empfehlen, hingegen reichlicher Fahnen- und Schmuck bei allen geeigneten Anlässen zu raten. Für bestimmte Gelegenheiten kann befürwortete "Transparentfreiheit" gewährt werden.

Vorschlag 2:

Die Schilder zur amtlichen Kennzeichnung der Ämter, Annahmestellen und Verkaufsstellen einschließlich Zeitungskioske sollen mit dem Ziel einer Verbesserung überprüft werden. Vorgeschlagen wird, Rot als dritte Farbe zumindest in der Umrandung zu verwenden, so daß mit der schwarz-roten Einfassung und dem goldenen Grund symbolisch die staatliche Verwaltung zum Ausdruck kommt.



Schalterbeschriftung - einmal anders (Leichtmetallbuchstaben auf dunklen Tuch oder Folienpapier mit Aluminiumblech als Einlassung. Empfehlung nur bei gleichbleibender Funktion der einzelnen Schalter). (Aut. Peggewski, Leipzig)

In diesem Zusammenhang soll an die gültigen Bestimmungen erinnert werden, insbesondere an die über die Anwendungspflicht. Bei Leichttransparenten sollte eine einheitliche (Block-)Schrift obligatorisch sein. In der sonstigen Gestaltung sowie bei allen kennzeichnenden Schriften aus plastischen Holz-, Metall- oder Steinbuchstaben wird den Architekten weitgehende Freiheit zugunsten der Gesamtlösung zugewilligt.

Vorschlag 3:

In den Schalterhallen darf Sichtwerbung, Eigenwerbung und Postwerbung weder allein Sache des guten Willens noch Sache kaufmännischer Rentabilität bleiben. Da der Deutschen Post fast überall ein Werbefachmann fehlt, der psychologische, innenarchitektonische und graphische Kenntnisse und Fähigkeiten besitzt, wird geprüft, ob sich nicht größter Erfolg mit größter Wirtschaftlichkeit verbindet, wenn wenigstens ein geeigneter Gebrauchsgestalter entweder den Projektierungsbüro oder der Deutschen Postwerbung angehört. Sein Arbeitsgebiet müßte sein: Entwürfe für Postplakate, Postwerbung, Postkennzeichen, Sonderstempel, instruktive Tätigkeit in allen Bezirken.

Vorschlag 4:

Dann ist zu prüfen, ob die Anordnung eingehalten wird, nach der die SB Verträge mit der Deutschen Postwerbung über Rklamenutzung nur für die von der BPF freigegebenen Flächen abschließen dürfen. Im Vertrag mit der Deutschen Postwerbung muß unbedingt enthalten sein, daß nur gerahmte und verglaste Plakate im Normenformat ausgehängt werden. Wandmalereien sind von der Genehmigung der BPF abhängig zu machen. Verträge mit ungeeigneter Werbung, z. B. für Beerdigungsinstitute, sind zu kündigen.

Vorschlag 5:

Die Toto- und Lottowerbung in der Schalterhalle wird verbessert und vereinheitlicht. Im Bezirk Leipzig wurden mit den zuständigen VEB entsprechende Vereinbarungen getroffen, nach denen die Deutsche Post bestimmte Flächen zur Verfügung stellt, deren Umfang nicht zu überschreiten ist. Für einheitliche Ausführung der dort anzubringenden Tafeln und Übernahme der Kosten ziehen die genannten VEB verantwortlich. Das System wird auf den Gesamtbereich der Deutschen Post ausgedehnt.

Vorschlag 6:

Sämtliche antilichen und nichtantilichen Aushänge in der Schalterhalle dürfen - soweit sie nicht gerahmt sind - nur an den dafür bestimmten Tafeln angebracht werden. Die Ämter werden ermächtigt, diese ungerahmten Aushänge, der nicht an dafür vorgesehenen Platten oder Tafeln unterzubringen ist, abzulehnen, unabhängig davon, wer die Werbung beantragt.

Vorschlag 7:

Schalterhallenwettbewerbe werden zur Verbesserung der Schalterhallenkultur, zur Förderung des Wettbewerbsgedankens und als Erziehungsmittel in allen Bezirken durchgeführt.

Vorschlag 8:

Bei Schäden durch Nachlässigkeit, Verantwortungslosigkeit usw. (z. B. durch Bekleben von Wänden) wird das Prinzip der persönlichen materiellen Haftung durchgesetzt.

Vorschlag 9:

Statt der vielfach gebrauchlichen Beschwerdebriefkästen sollte das Beschwerdebuch obligatorisch werden. Es erleichtert dem Postkunden den Gebrauch (Papier ist oft nicht gleich zur Hand) und ermöglicht übergeordneten Stellen eine Kontrolle.

Vorschlag 10:

Jedes Amt verpflichtet einen geeigneten Kollegen zur Pflege der Schalterhalle. Die Verantwortung ist im Geschäftsplan aufzunehmen. Die Instruktoren der BPF sind zur Kontrolle verpflichtet.

Vorschlag 11:

Verbotsschilder werden grundsätzlich durch Leuchtschilder ersetzt. Leuchtschilder werden einheitlich und durch das Beschäftigungslum betriebliefert. Die einheitliche Beschriftung kann in id in wissend durch Handdruckerei erfolgen. Schaulflächen oder SIs auch im Zusammenhang von Schmuckblatt-Telegrammen sind es lediglich Weise zentral zu liefern.

Vorschlag 12:

Ständer für die Beschilderung der Schalterbahn infolge der vorübergehend geschlossen, Namen des Annahrschließlichen werden vereinheitlicht und durch das Beschäftigungslum betriebliefert. Die einheitliche Beschriftung kann in id in wissend durch Handdruckerei erfolgen. Schaulflächen oder SIs auch im Zusammenhang von Schmuckblatt-Telegrammen sind es lediglich Weise zentral zu liefern.

Vorschlag 13:

Zentrale Mittel zur Modernisierung der Schalterhallen (genannt) bringen, weil sie auch kurzer Zeit unannehmlich werden. Die nur den Ämtern zugewilligt, die sich nachweislich um ihre entsprechende Pflege ihrer Anlagen bemüht haben.

Vorschlag 14:

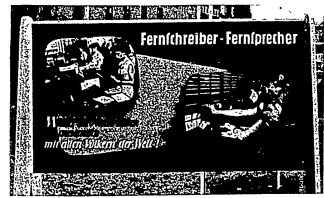
Klebe- und Abziehplaketten sollte man in Schalterhallen (genannt) Fernsprechzellen, Briefkästen usw. grundsätzlich nicht bringen, weil sie auch kurzer Zeit unannehmlich werden. Die nur den Ämtern zugewilligt, die sich nachweislich um ihre entsprechende Pflege ihrer Anlagen bemüht haben.

Vorschlag 15:

Briefwürfel an Poststempeln müssen allgemein eine Nacht-kennzeichnung erhalten.

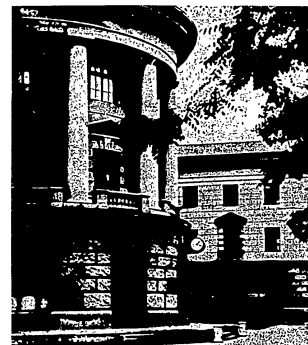
Das Ziel

Durch die vorgeschlagenen Maßnahmen sollen Mängel beseitigt werden. Das ist sowohl richtig als auch ungenügend; denn das Ziel ist größer. So wollen wir verhindern, daß sich wieder gleiche oder neue Mifstände bilden. D.h. daß nicht erreicht werden, daß die Deutsche Post Vorbild für die vielen staatlichen und kommunalen Institutionen wird, die die gleichen Symptome einer falschen Werbetechnik aufweisen wie wir. Unsere vorgeschlagenen Maßnahmen sollen erzieherisch dahin wirken, daß sich Bedienung und Gestalt der Schalterhalle zu einer posttypischen Schalterhallenkultur vereinigen; sie sollen den Arbeitsfreude erhöhen und schließlich werbend für unsere demokratische Ordnung wirken.



Das Großfoto im Dienst der Sichtwerbung anlässlich des schaffjährigen Bestehens der Deutschen Post vor dem Gebäude des MPP in Berlin. (Aut. IPP)

Die Durchführung der vorgeschlagenen oder ähnlicher Maßnahmen kann unsere Ämter zusammen mit einer schrittweise vorzunehmenden baulichen Modernisierung bis 1958 in einen Zustand versetzen, der alle Mühen hundertfach lohnt und der Deutschen Post zu dem Ansehen verhilft, das ihrer Bedeutung im demokratischen Staate entspricht.



der SED gestellten Aufgaben für das Fernmeldewesen. D. 1959 setzt eine neuartige Technik voraus - neuartig nach den angewandten Mitteln und neuartig nach ihrer Anwendung durch die Menschen unserer Betriebe.

„Die Neue Technik“

Dieser Begriff umfaßt nicht ausschließlich den Hochstand der Neuart der technischen Einrichtungen und technologischen Prozesse, sondern auch das Verbessern und Weiterentwickeln der vorhandenen Technik, das Ausloten brachliegender, nicht voll genutzter Kapazitäten sowie Maßnahmen zum Verbessern der Arbeitsorganisation. Die Neue Technik läßt sich auch keinesfalls nur aus der technischen Perspektive betrachten. Die ökonomischen Probleme, wie z. B. die Rentabilität der Betriebe, die Neuerungsbewegung, die Wettbewerbsbewegung usw. stehen in enger Beziehung zur Neuen Technik. Die Neue Technik fordert damit nicht nur konstruktive Neuerungen oder neue wissenschaftliche Erkenntnisse, sondern sie fordert auch ein bestimmtes Bewußtsein der Menschen, die sie entwickeln und die sie anwenden sollen, als ein Mittel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität.

Eine Delegation belgischer Postler aus Lüttich wollte auf Einladung der IGPP zu einem 14tägigen Studienaufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik.

Ein transatlantisches Fernspreckabhe ist am 23. September 1959 nach vierjähriger Arbeit in Betrieb genommen worden. Seine Länge übertrifft bei weitem die aller anderen Seekabel der Erde. Es enthält 48 Fernspreckkreise, die Europa mit dem nordamerikanischen Kontinent verbindet, und einen Grundstromkreis für Wechselstromtelegraphie zwischen Großbritannien und Kanada.

Der gesamte Übertragungssektel sich aus 3000 km Seekabel für eine Übertragungsrichtung, 374 km Seekabel für zwei Übertragungsrichtungen und einer Richtfunkstrecke zwischen Saint-Martin (Nieuw-Schouwen) und der Grenze USA/Kanada zusammen.

Ein Sammelverkehr Platz die Sowjetunion auf der Inselhöhe des Ararat an der türkischen Grenze. Über 1000 große Spiegel, die auf kleinen Wagen dem Sonnenstand folgend schwenken, sollen die Sonnenenergie sammeln. Die Anlage wird von Petroskai gesteuert. Die Spiegel liegen auf einem Kreis von 800 m Durchmesser, in dessen Zentrum 40 m Höhe erreicht. Auf der Spitze des Turms befindet sich der Kessel, auf den die Spiegel die Sonnenstrahlen reflektieren.

Der Deutsche Fernsehklub der DDR hat als erste europäische Fernsehübertragungsstation am 30. November 1959 - Zehnterlei von den XVI. Olympischen Spielen in Melbourne gebracht. Die Direktübertragung war infolge übergroßer technischer Schwierigkeiten leider nicht möglich. Inzuges ist es sicher, daß von den XVII. Olympischen Sommer-spielen 1960 in Rom bei uns Direktübertragungen empfangen werden können.

Zweifarbig Druck ist die neue Entwicklungstendenz für Blattschreiber, um abgehenden und akkommoden Text leichter untersuchen zu können. Solche Maschinen wurden für die Hannovermesse 1959 gezeigt.

2) Sonstige Aushänge im Innenraum

Ämliche Aushänge sind nicht immer berichtigt, vollständig und in einwandfreier Verfassung angebracht. Das Befestigungsgeschicht zum Teil mit Leim oder Klebstreifen auch außerhalb der dafür bestimmten Tafeln. Überholte Aushänge werden nicht rechtzeitig entfernt. Die Markenschaukasten sind nicht immer nach dem neuesten Stand bestückt. Die Schmelzblatt-Telegramme werden in primitiver Anordnung zur Schau gestellt.

Der Weg

Nach dem Geschichteten ist die Feststellung, daß die Verhältnisse geändert werden müssen, keine Offenbarung; denn es ist nicht so, daß sich unsere Bevölkerung an diese Mängel gewöhnt hat.

Auf dem Gebiete des Hochschulwesens unterscheiden dieser Verwaltung gegenwärtig sechs Hochschulen für das Fernstudium und eine Hochschule für das Fernstudium. Die Hochschulen führen sämtlich die Bezeichnung „Elektrotechnisches Institut für Verbindungswesen“ (Elektrotechnisches Institut für Fernstudium), wobei jeweils der Ortsname hinzugefügt wird (Beispiel: Moskauer Elektrotechnisches Institut für Verbindungswesen, Leningrad, Odessa (Bild 3), Nowosibirsk (1953), Taschkent (1955) und Kuibyschew (1956). Das Allunions-Institut für das Fernstudium hat seinen Sitz in Moskau.

In der Regel haben diese Hochschulen zwei technische Fakultäten: eine Fakultät zur Ausbildung von Ingenieuren für das Rundfunkwesen und eine Fakultät für Ingenieure der verschiedenen Zweige des Fernsprech- und Telegraphenwesens. In Moskau und Nowosibirsk besteht außerdem noch je eine Ingenieurökonomische Fakultät, die sowohl Hochschulkollegen in den Bereichen Rundfunk und Fernsehen, für das Fernsprech- und Telegraphenwesen als auch für das Postwesen ausbildet. Außerdem gibt es - mit Ausnahme der Moskauer Hochschule - an den fünf anderen Hochschulen noch je eine besondere Abteilung für das Fernstudium. Diese Abteilungen werden von einem Allunionsinstitut für Fernstudium in Moskau direkt angeleitet, das im übrigen zugleich die Aufgaben des Fernstudiums für die Moskauer Hochschule wahrnimmt.

An den genannten Hochschulen studieren zur Zeit im Durchschnitt rund 10 000 Studenten, davon in Moskau allein mehr als 3000 Studenten.

Aufbau der Posthochschulen

Sämtliche Hochschulen werden von einem Direktor geleitet, der vom Ministerium für Verbindungswesen vorgeschlagen und vom Ministerium für Hochschulwesen eingesetzt wird. Dem Direktor stehen drei Stellvertreter zur Seite, von denen einer für die Gestaltung der Lehrarbeit, der zweite für Forschungs- und Aspiranturfragen und der dritte für Verwaltungsangelegenheiten verantwortlich ist. Die Hochschulleitung wird schließlich noch durch die Dekane (d. s. geschäftsführende Professoren als Leiter der Fakultäten) gebildet. An den Fakultäten gibt es außerdem auf etwa 500 Studenten jeweils einen Prodekan als Stellvertreter des Dekans.

Als wichtigstes beratendes und beschließendes Organ besteht an jeder Hochschule ein Hochschulrat, der dem Senat unserer Hochschulen und Universitäten entspricht. An jeder Fakultät gibt es ferner einen Fakultätsrat, von dem die speziellen An-

Fernstudiums in der

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß die Fernstudiums in der Sowjetunion in den letzten Jahren einen erheblichen Aufschwung genommen haben. Die Zahl der Studierenden ist in den letzten Jahren von ca. 100 000 auf über 1 000 000 gestiegen.

Vorschlag von Schulungsrichtungen des Ministeriums für die Fernstudiums in der Sowjetunion. Die Fernstudiums in der Sowjetunion sind in drei Hauptgruppen unterteilt: 1. Fernstudiums in der Technik, 2. Fernstudiums in den Naturwissenschaften, 3. Fernstudiums in den Sozialwissenschaften.

Die Fernstudiums in der Sowjetunion sind in drei Hauptgruppen unterteilt: 1. Fernstudiums in der Technik, 2. Fernstudiums in den Naturwissenschaften, 3. Fernstudiums in den Sozialwissenschaften. Die Fernstudiums in der Sowjetunion sind in drei Hauptgruppen unterteilt: 1. Fernstudiums in der Technik, 2. Fernstudiums in den Naturwissenschaften, 3. Fernstudiums in den Sozialwissenschaften.

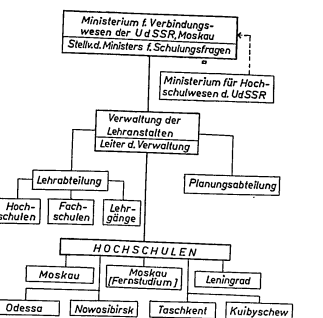


Bild 1. Organisation der Hochschulen des Ministeriums für Verbindungswesen der UdSSR. Das sowjetische Postministerium trägt die Bezeichnung „Ministerium für Verbindungswesen der UdSSR, Moskau“. In der deutschen Sprache übliche Ausdruck „Post- und Fernstudiums“ ist „Fernsprech- und Telegraphenwesen“ sowie die technische Seite nicht jedoch die kulturelle und sozial-ökonomische Seite. In der deutschen Sprache übliche Ausdruck „Post- und Fernstudiums“ ist „Fernsprech- und Telegraphenwesen“ sowie die technische Seite nicht jedoch die kulturelle und sozial-ökonomische Seite.

Studieneinrichtungen

Voraussetzung für den Besuch einer der Hochschulen ist die Absolvierung der 10-Klassen-Schule, wobei zu beachten ist, daß in der Sowjetunion die Schulpflicht mit dem 7. Lebensjahr beginnt, so daß die Studenten mit 17-18 Lebensjahren zur Hochschule kommen. Die Studenten haben Aufnahmeprüfungen abzulegen und werden dann in einem förmlichen Inmatrulationsverfahren in die Hochschule aufgenommen. Die Studiendauer beträgt fünf Jahre, verlängert sich aber praktisch infolge der ausgedehnten Diplomarbeit (10 Wochen) und einschließlich aller Praktika auf fünfundsiebzig Jahre. Im Fernstudium beträgt die Studiendauer sechs Jahre. Die Anforderungen sind in wissenschaftlicher Hinsicht sowohl im Direktstudium als auch im Fernstudium vollkommen gleich. Im Fernstudium gibt es lediglich in methodischen Fragen Unterschiede beim Vermitteln des Lehrstoffes.

Das gesamte Studium wird in Studienjahren (Kurse genannt) unterteilt, wobei das Studienjahr zwei Semester umfaßt. Die Zwischenprüfungen und sonstigen Examina sind in einem ausführlichen Studienplan angeführt. Sie werden in der Regel nach Ablauf eines Studienjahres abgenommen. Von den Studenten wird in jedem Semester eine bestimmte Zahl von Belegarbeiten, Klausuren, Versuchen und ähnlichen Wissensnachweisen gefordert.

Die Studenten erhalten bei entsprechend guten Leistungen ein Stipendium, das sie sich in jedem Jahr neu erwerben müssen. Das Leistungsniveau ist aus diesem Grunde und wegen des Vorhandenseins ausgezeichnete Lehrkräfte außerordentlich hoch. Auch bemüht sich jeder Student, stets mit guten Leistungen aufzuwarten.

Eine besonders typische Erscheinung ist die gegenseitige Unterstützung der Studierenden beim Anstrengen des Wissens. Die in Studiengruppen zusammengefaßten Studenten bemühen sich, alle Angehörigen ihrer Studiengruppe gut durch die Prüfungen zu bringen. Nachgehilft werden durch Förderungsmaßnahmen, die innerhalb der Studiengruppe und in Verbindung mit Studenten der höheren Semester organisiert worden sind, wieder an die Gruppe herangeführt. Jeder Student strebt darüber hinaus ungesucht des kollektiven Bemühens um eine höchstmögliche Anreicherung des Wissens persönlich zur besten Note, so daß die kollektive Arbeit durch hervorragende Einzelleistungen gekrönt wird.

Praktikum

Da die sowjetischen Poststudenten in der Regel unmittelbar von der 10-Klassen-Schule zur Hochschule kommen, wird auf das Berufspraktikum während des Studiums außerordentlich großer Wert gelegt. Jeder Student ist verpflichtet, während des Studiums dreimal eine achtwöchige Praktikumsaufgabe auf der Grundlage der vom Ministerium für Verbindungswesen bestätigten Ausbildungspläne durchzuführen. Der Einsatzort wird von der Hochschule in Verbindung mit der Verwaltung der Lehranstalten beim Ministerium für Verbindungswesen festgelegt. Meist werden dafür Orte ausgesucht, in denen große Betriebe vorhanden sind, damit der Praktikant tatsächlich alle Betriebsabteilungen kennenlernen kann. Da auf einigen Fachgebieten die Studentenzahlen sehr groß sind und dafür nicht immer gleichzeitig eine ausreichende Anzahl von Praktikumsplätzen vorhanden ist, wird das Praktikum zeitlich gestaffelt. Alle Studenten erhalten somit die Möglichkeit, die besten Betriebe kennenzulernen. Nach beendeter Praktikumsaufgabe muß der Student einen ausführlichen Bericht an die Hochschule einreichen, den man auch den Verwaltungsstellen des Post- und Fernmeldewesens vorlegt. Das Stipendium wird während des Praktikums weitergezahlt.

Als Mangel wurde von uns empfunden, daß die Studenten ohne Betriebsfahrten direkt zur Hochschule kommen. Ein Vorpraktikum - wie es beispielsweise an unserem Institut für Ökonomie des Post- und Fernmeldewesens in Dresden durchgeführt wird - würde das Studium nur günstig beeinflussen.

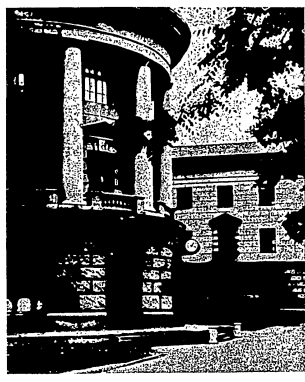


Bild 2. Hauptgebäude der Hochschule für Post- und Fernstudiums in Odessa (UdSSR)

Absolventen-Einsatz

An jeder Hochschule werden Absolventenkommissionen gebildet, die unter dem Vorsitz des Direktors der Hochschule stehen und in denen die Dekane der Fakultäten, Vertreter der Verwaltung der Lehranstalten sowie der Gewerkschaft vertreten sind. Ein Erlaß des Ministers für Verbindungswesen regelt das Verfahren der Einsatzkommission. Die Kommission geht vom Wunsch des Absolventen aus und versucht, dessen Wunsch mit den staatlichen Anforderungen, die sich ihrerseits aus den bestehenden staatlichen Plänen ergeben, in Einklang zu bringen. Über das Ergebnis dieser Aussprache wird ein Protokoll angefertigt, das dem Absolventen seinen künftigen Arbeitsplatz, seinen Ausbildungsplan, sein Gehalt, den Urlaub usw. zusichert. Dieses Einsatzbesprechung findet normalerweise sechs Monate vor Abschluß des Studiums statt. Die Absolventenplätze werden von der Verwaltung für Kader beim Ministerium für Verbindungswesen der Hochschule mitgeteilt. Die Betriebe sind verpflichtet, die Einstellung des Absolventen der Verwaltung zu bestätigen, so daß das Einhalten der mit dem Studenten getroffenen Vereinbarungen gewährleistet wird.

In den Betrieben selbst erhalten die Hochschulabsolventen noch eine zusätzliche Ausbildung, so daß sie nach etwa zwei Jahren in der Lage sind, selbständig Aufgaben und bald danach auch leitende Funktionen zu übernehmen. Alle Hochschulabsolventen werden bei der Verwaltung für Kader des Ministeriums in einer besonderen Kartei der Kräfte mit Hochschulbildung und in einer Kartei der Inhaber von akademischen Graden geführt, so daß jederzeit ein zentraler Stellen einwandfrei Übersicht über die Hochschulkräfte besteht.

Das englische Maßsystem zu verlassen hat Indien beschlossen. In spätestens 2 Jahren soll der Übergang zum metrischen System vollzogen sein. Die europäischen Normvorschriften sollen dabei berücksichtigt werden.

Ein Fernsprechnetz in Kenia in England etwa 3000 - DM (West). Insgesamt bestehen in fünf kleinen Gegenden 20 000 solcher Netze.

# Beurteilung von Kraftfahrzeugbremsen

Von Ing. Erich ULBRICHT, Berlin

Mit dem Anwachsen der Verkehrsdichte wird die Forderung nach erhöhter Verkehrssicherheit immer eindringlicher erhoben. Sie richtet sich nicht nur an den Fahrer, sondern an alle für Fahrzeug und Fahrbahn Verantwortlichen. Es besteht kein Zweifel darüber, daß besonders die Bremsanlage als Wertmesser für den technischen Zustand des Kraftfahrzeuges in Frage kommt. Sie ist „das Gewissen des Fahrzeuges“!

### Einführung

Mängel an Kraftfahrzeugbremsen gefährden, wie die Statistik aussagt, am häufigsten den Verkehr. Der Länge des Stillsetzweges kommt daher im praktischen Fahrbetrieb außerordentliche Bedeutung zu. Dasjenige Fahrzeug ist am verkehrssichersten, das aus einer gegebenen Ausgangsgeschwindigkeit auf dem kürzesten Wege stillgesetzt werden kann. Aufgabe der Überwachung muß es sein, das Nachlassen der Bremswirkung rechtzeitig festzustellen und Mängel bereits in ihrem Entstehen aufzuzeigen.

Zum Beurteilen und zum Vergleich der Bremswirkung von Kraftfahrzeugen ist es vor allem notwendig, die grundsätzlichen Zusammenhänge zu kennen. Deshalb sollen im folgenden der Ablauf eines Bremsvorganges näher beschrieben, die wesentlichen Einflußgrößen auf den Stillsetzweg vorgestellt sowie einige Bremsprüfgeräte besprochen werden.

### Der Bremsvorgang

#### Die kinetische Energie

$$W = \frac{m \cdot v^2}{2} \quad (1)$$

( $W$  = Wucht) ist die Kraft, die ein in Bewegung befindlicher Körper inne hat. Ihre Größe richtet sich nach der Masse  $m$  und damit nach dem Gewicht des Gegenstandes. Sie wächst aber vor allem mit dem Quadrat der Geschwindigkeit  $v$ . Bei einem bremsenden Kraftwagen wird diese Bewegungsenergie durch Reibungsarbeit vernichtet. Der Weg, den der Wagen bis zum Stillstand zurücklegt, ist um so größer, je höher die kinetische Energie ist, aus der heraus ein Fahrzeug auf derselben Bremswegstrecke  $s$  stillgesetzt werden soll.

Die erforderliche Bremskraft  $B$  muß selbstverständlich um so größer sein, je höher die Geschwindigkeit ist, aus der heraus ein Fahrzeug auf derselben Bremswegstrecke  $s$  stillgesetzt werden soll.

Der Zusammenhang zwischen Bremskraft und Verzögerung ist nun unmittelbar durch das Dynamische Grundgesetz

$$Kraft = \text{Masse} \cdot \text{Beschleunigung (bzw. Verzögerung)}$$

gebehen. Bezeichnet man die Beschleunigung bzw. die Verzögerung mit  $b$ , die mittlere Verzögerung (das ist die während des gesamten Bremsablaufes gleichmäßig wirkende gedachte Verzögerung) sinngemäß mit  $b_{mit}$  und führt man in die Gleichung (2) den Wert für  $t_{mit}$  als

$$b_{mit} = \frac{v^2}{2s} \quad (3)$$

ein, so wird nach der Umstellung der Gleichung (2)

$$B = m \cdot b_{mit} \quad (4)$$

Der Kraftaufwand muß nun ausreichen, um die erforderlichen Bremskräfte am Radumfang zu erzielen, wobei der Grundsatz, daß der Kraftaufwand des Fahrers und die Verzögerung des Fahrzeuges in möglichst unveränderlicher Weise miteinander

anstiegen, bereits bei der Konstruktion der Anlage beachtet werden soll. Bei mechanischer und hydraulischer Kraftübertragung wird die Kraft am Fußbremshebel entsprechend über-Größenordnung begrenzt. Bremshilfskräfte (z. B. bei Saugluft- oder Fremdkräfte (bei Druckluftbremsen) werden zwangsläufig durch die vom Fahrer ausgeübte Kraft gesteuert. So ist also die aufzuwendende Bremskraft einerseits durch die Haftreibung zwischen Reifen und Fahrbahn (den maximal erzielbaren Verzögerungswert vor. Der Reibungsbeiwert  $\mu$  der Haftreibung ist in erster Linie abhängig vom Straßenzustand, Reifenprofil und Material. Er nimmt aber außerdem bei steigender Fahrgeschwindigkeit ab.

Ein „Blockieren“ der Räder beim Bremsen ist unter allen Umständen zu vermeiden, weil die Gleitreibungswerte im allgemeinen niedriger sind als die Haftreibungswerte und weil durch Fortfall der schützenden Seitenkräfte zu den Rädern (wenn diese auf der Fahrbahn rutschen) ein Scheitern des Wagens voll bei schwieriger, verlotterter Fahrbahn oder bei vereisten Straßen.

Vom Erkennen eines Hindernisses — der Aufforderung zur Bremsbetätigung — wird bis zum Stillstand des Fahrzeuges ein Weg zurückgelegt, der sich aus vier Abschnitten zusammensetzt:

#### Erster Abschnitt: Der Schreckweg

Das ist der Weg, der in der Zeit vom Auftauchen des Hindernisses oder der Aufforderung zur Bremsbetätigung bis zum geistigen Erfassen der Bremsnotwendigkeit zurückgelegt wird. Er ist abhängig von der Reaktionsgeschwindigkeit des Fahrers und der Fahrgeschwindigkeit.

#### Zweiter Abschnitt: Die Anlegezeit

Sie vorgibt vom Übersetzen des Fußes vom Gaspedal auf das Bremspedal und Durchtreten desselben bis zum Anlegen der Bremsdrücken an der Trommel.

#### Dritter Abschnitt: Weg der Bremseneinleitung

Er wird zurückgelegt in der Zeit vom Anlegen der Bremsdrücken bis zur Einleitung der Fahrzeugverzögerung, die über Schwellzeit und Ansprechzeit ein Maximum erreicht. Er ist unabhängig von der Art der Bremsbetätigung, wobei für Saug- und Druckluftübertragungen eine längere Zeit notwendig ist als bei rein mechanischen Bremsen und Öldruck-Übertragungen.

#### Vierter Abschnitt: Der eigentliche Bremsweg

Er umfaßt den vom Beginn der Verzögerung bis zum Stillstand des Fahrzeuges zurückgelegten Weg.

Den Bremsverlauf zeigt das Diagramm (Bild 1). Daraus ist ersichtlich, daß die volle Wirksamkeit der Verzögerung nicht sofort bei Bremsbeginn in Erscheinung tritt. Sie erreicht vielmehr über Schwellweg und Ansprechzeit ein Maximum, das dann bis zum Stillstand des Wagens annähernd konstant bleibt. Je nach der Art der Bremsbetätigung wird der Kurvenverlauf ein anderer sein. Dabei ist es möglich, daß zu den unterschiedlichen

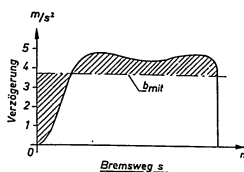


Bild 1. Diagramm des Bremsverlaufs

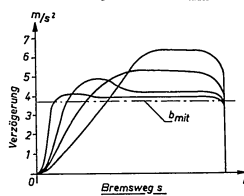


Bild 2. Je nach Art der Bremsbetätigung ergibt sich ein anderer Kurvenverlauf

Charakteristiken des Verzögerungsablaufes ein gemeinsamer Mittelwert gehört (Bild 1 und 2). Die jeweils eingezeichnete Wangechte ist die Linie der mittleren Verzögerung  $b_{mit}$ . Da sich aber, wie bereits erläutert, der praktische Bremsverlauf kurvenförmig darstellt, ist der eingezeichnete Mittelwert nur theoretisch vorhanden. Seine praktische Messung ist deshalb auch nicht möglich. Er läßt sich aber aus der Ausgangsgeschwindigkeit und aus dem Bremsweg berechnen (s. Formel 3). Für den Vergleich und die objektive Beurteilung der Funktion und der Güte einer Bremsanlage kann aber nur dieser mittlere Verzögerungswert zugrunde gelegt werden.

Wird — wie vorher beschrieben — die Bremskraft nach oben durch die Haftreibung zwischen Reifen und Fahrbahn begrenzt, so gilt das analog für den Großwert der mittleren Verzögerung. Nach unten wird die mittlere Verzögerung durch gesetzliche Mindestwerte vorgeschrieben. So besagt der § 47 der neuen Straßenverkehrs-Zulassungsordnung (StVZO), daß Fahrzeuge mit einer Höchstgeschwindigkeit bis zu 100 km/h mindestens 3,0 m/s² und solche mit über 100 km/h Höchstgeschwindigkeit 4,0 m/s² mittlere Verzögerung mit der Betriebsbremse aufweisen müssen. Bei Fahrzeugen mit Höchstgeschwindigkeiten bis zu 20 km/h wird nur eine solche von 1,5 m/s² gefordert.

Die für die Überwachung und Prüfung der Kraftfahrzeuge Verantwortlichen sind verpflichtet, diese Werte bei allen im öffentlichen Straßenverkehr eingesetzten Fahrzeugen der Deutschen Post regelmäßig zu kontrollieren. Das ist beim Verwenden geeigneter Meßgeräte eine Schwierigkeiten möglich. Bei Kraftfahrzeughängern kann man in praktischen Betrieb Messungen durch Abreißversuche nicht verlangen. Die Gefahr und der Aufwand sind in jedem Falle für Kontrollmessungen nicht gerechtfertigt. Hier muß vielmehr durch Umrechnen im Verhältnis der Gewichte das Resultat gefunden werden. Hierbei gilt die nachstehende Gebrauchsformel:

$$b_A = b_Z + \frac{G_A}{G_Z} \cdot (b_Z - b_{AV}) \quad (5)$$

Darin bedeuten:

- $b_A$  = Verzögerung des Anhängers,
- $b_Z$  = Verzögerung des gesamten Lastzuges,
- $b_{AV}$  = Verzögerung des Zugmittels,
- $G_A$  = Gewicht des ziehenden Wagens,
- $G_Z$  = Gewicht des Anhängers.

### Meßgeräte

Zum Ermitteln der Bremsverzögerung können Fahrtenmeßgeräte verwendet werden, die sich folgendermaßen einteilen lassen:

1. Verzögerungsmesser (beruhend auf dem Massen trägheitsprinzip),
2. Geräte mit Schloppradantrieb und
3. Geräte nach dem Schloßverfahren.

### Verzögerungsmesser

Ein außerordentlich handliches und daher gebräuchliches Bremsprüfgerät ist der Siemens-Bremsmesser (Bild 3). Seine Anwendung ist denkbar einfach. Der Aufbau des Gerätes geht aus der Querschnittsskizze (Bild 4) hervor. In einem Glasrohrsystem steht, wie in kommunizierenden (miteinander verbundenen) Gefäßen, eine Anzeigeflüssigkeit in allen Rohrschenkeln gleich hoch. Bei normaler Geradeausfahrt stehen die Flüssigkeitssäulen auf 0. Das im unteren Bogen der Glasröhre befindliche Quecksilber reagiert nach dem Massen trägheitsprinzip.

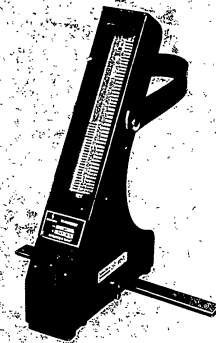


Bild 3. Siemens-Bremsmesser (Auh. TPF)

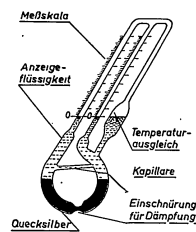


Bild 4. Aufbau des Siemens-Bremsmessers (schematisch)



d. h., es wird seine ausgeglichene Lage verändern, wenn ein Bremsvorgang eingeleitet wird bzw. eine Beschleunigung stattfindet. Als Folge dieser Bewegung wird die auf dem Quecksilber stehende Anzeigeflüssigkeit in dem einen Schenkel hochgedrückt. Eine vor den Röhren befindliche Maßkala gestattet das Ablesen der erreichten größten Verzögerung bzw. Beschleunigung. Im Diagramm (Bild 1) ist dieser Punkt durch die höchste Kurven-erhebung gekennzeichnet. Zur Umrechnung auf die mittlere Bremsverzögerung bedient man sich eines Koeffizienten, der annähernd zwischen 0,6 und 0,7 liegen kann. In den meisten Fällen genügt eine derartige angenäherte Ermittlung des Verzögerungsmittelwertes durchaus.

Gerät mit Schleppbandtrieb

Für genauere Messungen ist das Verfahren nach Dr.-Ing. Peiseler zu bevorzugen. Mit dem Peiseler-Prüfstand (Bild 5) lassen sich die Werte, die für das Berechnen der mittleren Bremsverzögerung gebraucht werden, sehr genau und in einfacher Weise bestimmen. Durch ein Laufband wird über eine Wissensma Welle der Geschwindigkeitsmesser angetrieben. Dieser wird über elektrische Steuerkontakte in dem Moment mechanisch festgehalten, in dem die Bremsung beginnt. Von diesem Zeitpunkt an wird ein Laufband in Tätigkeit gesetzt, das die zurückgelegte Wegstrecke bis zum Wagenstillstand registriert. Aus Weg und Geschwindigkeit läßt sich mit einer Tabelle die mittlere Verzögerung nach Formel (3) nach bestimmen.

Gerät nach dem Schießverfahren

Hierunter ist das Schumannsche Schießverfahren zu erwähnen. Dessen Prinzip beruht darauf, daß aus einer Pistole eine Farbmischung auf die Fahrbahn geschossen wird, und zwar bei der Anforderung zum Bremsen und beim Bremsbeginn. Durch die entstehenden Farbreflekte ist es möglich, die Entfernung zwischen den Farbmarkierungen und zwischen dem zweiten Punkt und dem stehenden Wagen zu messen. Daraus lassen sich die Aus-

gangsgeschwindigkeit und der Bremsweg ermitteln. Die mittlere Verzögerung kann ebenfalls nach Formel (3) errechnet werden. Unter den drei genannten Geräten ist der Siemens-Bremsmesser wegen seiner einfachen Handhabung besonders geeignet. Die Genauigkeit der Messungen ist trotz der Tatsache, daß eine exakte Beziehung zwischen der maximalen und mittleren Bremsverzögerung nicht gegeben ist, völlig ausreichend. Umfangreichere Versuche bestätigen, daß ein einheitlicher Umrechnungsfaktor nicht verwendet werden kann. Jeder Bremsversuch brachte ein anderes Verhältnis der mittleren zur höchsten Verzögerung. Mit guter Annäherung sind aber folgende Koeffizienten anwendbar:

| Festgestellter Wert (maximale Bremsverzögerung) | Umrechnungsfaktor (zur Bestimmung der mittleren Verzögerung) |
|-------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------|
| 1,5-2,5                                         | 0,6                                                          |
| 2,5-4,0                                         | 0,62                                                         |
| 4,0-5,3                                         | 0,66                                                         |
| über 5,3                                        | 0,7                                                          |

Voraussetzung für eine objektive und unvoreingenommene Beurteilung der Kraftfahrzeugbremse sollte in jedem Falle das Anwenden eines Meßgerätes sein. Das Vertrauen des Fahrpersonals wird durch derartige objektive Prüfungen gewonnen und die Zusammenarbeit mit den Überwachungsbeauftragten der Bezirke verbessert. Die jährlich zur Verfügung gestellten Mittel für das Instandhalten des Wagenparks müssen in erster Linie für die Instandhaltung der für die Verkehrssicherheit bedeutsamsten Aggregate des Kraftfahrzeugs verwendet werden. Hierzu gehören vor allem die Bremsanlagen. Durch eine mangelhafte Verzögerung ist noch kein Unfall verursacht worden, wohl aber hat in gefährlichen Verkehrssituationen eine gut funktionierende Bremse entscheidenden Einfluß auf die Verhinderung eines Unfalls ausgeübt. Das kurzfristige Beschaffen der in den Bezirken zum Teil noch fehlenden Bremsprüfgeräte sollte gefordert werden, weil ihre Anwendung einen bemerkenswerten Beitrag zum Verbessern des Bremsprüfstandes und damit zum Erhöhen der Verkehrssicherheit leisten würde.

50 Jahre SOS

Am 3. Oktober 1956 war der internationale Seeretriff "SOS" 50 Jahre alt. Zu seinem Jubiläum hat der internationale Seeretriff "SOS" 50 Jahre alt, vergessenen Berliner Seeretriffkonferenz auf der die deutsche Fernsprechanlage im Betrieb geriet. Die Bremser wurden von einer Militär-Wallonen-Kommande aufgenommen und erlitten sich auf einen rechteckigen, transparenten, 105 x 50 cm großen, fest im Rahmen stehenden Fischblechrahmen. Die Wiederangebe bei der damaligen, Kasernenkontingente besondere „durchschlagen“ und so die Aufmerksamkeit der Besatzungen erregte.

Ein aussergewöhnliches Fernsehbild

Seit einiger Zeit bemüht man sich in den USA, flache Fernsehbildröhren herzustellen. Auf der Deutschen Industrieausstellung 1956 in West-Berlin wurde erstmalig eine der bisher vorhandenen vier Bildröhren dieser Bauart im Betrieb gezeigt. Die Röhre wurde von einer Militär-Wallonen-Kommande aufgenommen und erlitten sich auf einen rechteckigen, transparenten, 105 x 50 cm großen, fest im Rahmen stehenden Fischblechrahmen. Die Wiederangebe bei der damaligen, Kasernenkontingente besondere „durchschlagen“ und so die Aufmerksamkeit der Besatzungen erregte.



Bild 6. Bremsversuch mit dem Peiseler-Prüfstand (Auto IFF)

Ultrazellulose aus dem Weltraum

Erste vor 25 Jahren der amerikanische Elektroingenieur Janaky. Seine Untersuchungen auf der 14- und 16-m-Wellen wurden durch Prof. Franz von der Physik-Forschungsinstitut bestätigt, der 1922 entdeckte, daß diese Strahlung aus einer „sehr noch definierten Gegend des Himmels einfallt und“... Aus der Radiotechnik entwickelte sich ab 1910 eine systematische Heilung... Spiegelantennen wurden gegen den Himmel gerichtet und fingen... ultrakurze Funkwellen auf, die durch komplizierte Bauweise auf einen... antworteten. Vier verstärkten wurden. Nach 14 monatiger Arbeit wurde... antworteten (1910) und an die Sternwarte der Universität Bonn übergeben... bei der Berechnung des 20. schwachen Farnholoplasma von 25 m... die fraglosen Fehlfunden auf die Erfahrungen mit dem vor Jahren in ihren... Werkstätten erstellten Bahngittern von Typ „Wärlanz“ zurückgeführt... die „Wärlanz-Bläser“ hatte einen Spitzendurchmesser von 7,2 m). Auch... Prof. Ozil und seine Mitarbeiter von der mathematischen Universität Leyden... stellen wertvolle Berechnungsergebnisse zur Verfügung. Der von Leyden... entwickelte „Wärlanz-Bläser“ mit etwa 200 Röhren empfängt eine Strahlung... trägt, treibt dieses kosmische Signal von Dünenschichten des Empfänger... und verleiht es zur Auswertung unter genauester Konstanz über einen breiten... Frequenzbereich (2 MHz). Ein Merkmal der Präzision ist die von der AEG... ausgeführte Servosteuerung. So wird z. B. das Klappen und Drehen des Spiegels... für den astronomischen Betrieb mit einem Übersetzungsverhältnis von... 1:1000 bzw. sogar 1:100000 „gefahren“.



(Pressefoto Tel-Plan)

Berichtigung zu dem Aufsatz

„Es geht um das Vertragsystem“

Durch ein Versehen der Redaktion ist im Heft 4/56, Seite 63, letzter Absatz im 5. Satz angefügt worden... die durch den Beschluß über das Statut des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen vom 18. 10. 1956 [3] ausdrückliche Rechtspersönlichkeit verliehen bekommen hat“... Der Verfasser teilt uns mit, daß das Statut juristische Person geworden ist, nicht aber die Deutsche Post. Wir bitten, dieses Mißverständnis zu entschuldigen und den obigen Satz wie folgt zu berichtigen: ... die zwar noch nicht durch Gesetz ausdrückliche Rechtspersönlichkeit verliehen bekommen hat, aber von der Rechtsordnung als juristische Person anerkannt und behandelt wird. Auch das ist eine Nachwirkung der früheren Stellung der Post im Staate. Um am Vertragsverleiher teilnehmen zu können...

EXLUKION

Gruppenschellen. Diese sind meist über Kabel mit der jeweiligen Fernsprech-Vermittlungstelle verbunden. Wegen Platzmangels im Innern der meisten fahrbaren Posten sind deren Schalter so angeordnet worden, daß die Posten, vor dem Wagen stehend, bedient werden können. Über den Schaltern liegt hierbei ein zweckmäßiger Wetterschutz in Form von Klappen oder Zellbahnen. Der Fahrzeugboden ist möglichst tiefliegend, um Stufen in der Nähe der Schalter bzw. Fernsprechzellen zu vermeiden. Wertzeiger und Schraubpunkte sind an einer Seiten- oder Rückwand befestigt.

Größere fahrbare Ämter besitzen Fernsprecheinrichtungen ausschließlich für die Einrichtungen wie Waschbecken und Toilette. Für den Heizungsbereich sind meistens mit der normalen Kraftanlage kombiniert. Auch elektrische Heizung durch Anschluss an das örtliche Stromnetz ist oftmals vorgesehen, um nicht ein besonderes Stromaggregat mitgeführt wird. Für die Fahrzeuge sind bestimmte feste Standorte vorgesehen, um denen aus der jeweilige Einsatz erfolgt.

Fallen) auftreten. Das Antimotorschiff weist geringere Trägheit, benötigt jedoch größere Lichtstrahlen. Jedes Oberflächenmaterial der Fotocathode bildet mit der Metallfolie, die als gemeinsame Gegenkathode wirkt, einen ringförmigen Kondensator. Die Folie liegt auf einem positiven Potential, das zwischen 10 und 30 Volt geregelt werden kann. Am anderen Ende der Glasröhre befindet sich die Glühkathode, durch eine lange Fokussierlupe werden die von der Kathode emittierten Elektronen zu einem Strahl gebündelt und durch zylinderförmige Elektroden mit + 300 V beschleunigt. Die Strahlstromstärke wird wie üblich mit einem Wehnitzzylinder geregelt. Der Elektronenstrahl tastet die Fotocathode selbstförmig ab. Durch das Abtasten erhalten die Oberflächenmaterialien eine elektrische Aufladung, die sich an unbelichteten Stellen der Kathode bis zur nächsten Abtastung kaum ändert. An belichteten Stellen dagegen findet über den dort liegenden geroderten Halbleitervorhof mehr oder weniger — je nach der Intensität der Lichtung — ein Ladungsausgleich statt. Dieser Ladungsausgleich wird erst beim erneuten Abtasten wieder ausgeglichen. Infolgedessen am Arbeitswiderstand der Signalplatte entstehende Spannungsabfall ist das eigentliche Bildsignal.

Ein Kunststoff der Polystyrol- bzw. Polyäthylengruppe, B. Styroflex, Lupulen).

Die Koaxialtube der älteren Koaxialkabel (früher Breitbandkabel genannt) hat einen massiven Innenleiter von 5 mm Durchmesser und einen Außenleiter, dessen Innendurchmesser 18 oder 9,5 mm beträgt. Koaxialpaare werden vorwiegend zur Übertragung des Fernsehquenzbandes benutzt. Die fortschreitende Entwicklung der TV-Technik fordert jedoch die Ausnutzung einer Leitung für immer größeren Kanalband. Beim gegenwärtigen Entwicklungsstand erreicht man allerdings für die höheren Frequenzen eine nicht mehr ausreichende Nebenschwunddämpfung, weshalb werden nunmehr auch Koaxialkabel gebaut, die vier Koaxialtuben nebeneinander enthalten, weil das Nebenschwundkoeffizienten Paaren mit wachsender Frequenz abnimmt. So z. B. für das Übertragen von Fernsehdarbietungen auf kurze Distanzen, beispielsweise innerhalb der Städte zwischen den Studios und den Sendern, ein Fernseh-Ortskabel mit vier Koaxialtuben 9,5/2,6 geschaffen worden, denen ein Sternvierer- und vier Rundfunkpaare beigelegt sind.



d. h., es wird seine ausgeglichene Lage verändern, wenn ein Bremsvorgang eingeleitet wird bzw. eine Beschleunigung statt findet. Als Folge dieser Bewegung wird die auf dem Quecksilber stehende Anzeigeflüssigkeit in dem einen Schenkelhochgetrieben. Eine vor den Röhren befindliche Maßskala gestattet das Ablesen der erreichten größten Verzögerung bzw. Beschleunigung. In Diagramm (Bild 1) ist dieser Punkt durch die höchste Kurven-erhebung gekennzeichnet. Zur Umrechnung auf die mittlere Bremsverzögerung bedient man sich eines Koeffizienten, der angenähert zwischen 0,6 und 0,7 liegen kann. In den meisten Fällen genügt eine derartige angenäherte Ermittlung des Verzögerungsmittelwertes durchaus.

**Gerät mit Schleppradantrieb**

Für genauere Messungen ist das Verfahren nach Dr.-Ing. Peiseler zu bevorzugen. Mit dem Peiseler-Peifrad (Bild 5) lasse sich die Werte, die für das Berechnen der mittleren Bremsverzögerung gebraucht werden, sehr genau und in einfacher Weise bestimmen. Durch ein Laufrad wird über eine biegsame Welle der Geschwindigkeitsmesser angetrieben. Dieser wird über elektrische Steuerkontakte in dem Moment mechanisch festgehalten in dem die Bremsung beginnt. Von diesem Zeitpunkt an wird ein Laufrad in Tätigkeit gesetzt, das die zurückgelegte Wegstrecke bis zum Wagenstillstand registriert. Aus Weg und Geschwindigkeit läßt sich mit einer Tabelle die mittlere Verzögerung nach Formel (3) rasch bestimmen.

**Gerät nach dem Schießverfahren**

Hierunter ist das Schumannsche Schießverfahren zu erwähnen. Dessen Prinzip beruht darauf, daß aus einer Pistole eine Farbmischung auf die Fahrbahn geschossen wird, und zwar bei der Aufforderung zum Bremsen und beim Bremsbeginn. Durch die entstehenden Farbblöcke ist es möglich, die Entfernung zwischen den Farbmarkierungen und zwischen dem zweiten Punkt an dem der stehende Wagen zu messen. Daraus lassen sich die Au-



Bild 5. Bremsversuch mit dem Peiseler-Peifrad (Autn. IPE)

**Emissionsplan 1957 für Postwertzeichen**

| Monat           | Anlaß                                                                                                   | Einzelwerte                               | Motive                                         |
|-----------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------|------------------------------------------------|
| Dauerserie 1957 | Perspektiven des 2. Fünfjahresplanes                                                                    | 5, 10, 15, 20, 25, 30, 40, 50, 60, 70, 80 | *                                              |
| Dauerserie 1957 | Luftpostmarken                                                                                          | 5, 10, 1.-, 3.-                           | Stilisierte Brief- und Paketsendung            |
| Januar          | Gemälde Serie (Fortsetzung)                                                                             | 5, 10, 15, 20, 25, 30                     | Gemälde bekannter Maler                        |
| März            | Leipziger Frühjahrsmesse                                                                                | 20, 25                                    | Kraftfahrzeuge, Elektro-Loks                   |
| April           | Radfahrerfahrt für den Frieden                                                                          | 10, 20                                    | Symbolische Darstellungen                      |
| April           | 175. Geburtstag Friedrich Fröbels                                                                       | 5, 10, 20                                 | Porträt, Kindergarten, Kinder beim Spiel       |
| April           | 250. Geburtstag des Mathematikers Leonard Euler                                                         | 10, 20                                    | Porträt in Verbindung mit seinem Arbeitsraum   |
| April           | Internationaler Befreiungstag                                                                           | 20                                        | *                                              |
| Mai             | 5jähriges Bestehen des Deutschen Roten Kreuzes und 150. Geburtstag des Gründers des RK                  | 10, 20                                    | Motive aus der Arbeit des RK                   |
| Mai             | Tiere und Pflanzen unter Naturschutz                                                                    | 5, 10, 20, 30                             | Tier-, Pflanzen-, Natur- und Landschaftsschutz |
| Juni            | Internationaler Kindertag                                                                               | 10, 20                                    | Symbol. Darstellungen                          |
| Juni            | 10. Gründungstag der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft                                  | 10, 20                                    | Symbol. Darstellungen                          |
| Juli            | 100. Geburtstag von Clara Zetkin                                                                        | 10, 20                                    | Porträt                                        |
| Juli            | Förderung und Polarisierung des Kolpingbaus Leipziger Herbstmesse                                       | 5, 20, 25                                 | *                                              |
| August          | 1. Wiederkehr des Todestages von Bert Brecht                                                            | 20                                        | Hausgeräte und Textilien                       |
| September       | Tag der Briefmarke                                                                                      | 20                                        | Symbol. Darstellungen                          |
| September       | Internationaler Gedanktag                                                                               | 20                                        | *                                              |
| September       | Zur Förderung des Buches bzw. der Buchstadt Leipzig                                                     | 5                                         | *                                              |
| Oktober         | Sparwoche                                                                                               | 10                                        | *                                              |
| November        | Sorbenerhebung                                                                                          | 10, 20                                    | Sorbentrachten, Ober- und Niedersorben         |
| November        | Gedenkserie Nationalpreisträger Prof. Hermann Abendroth und Nationalpreisträger Prof. Dr. Günther Ramin | 10, 20                                    | *                                              |

\* = Motive noch nicht festgelegt.

**Unser LEXIKON**

**Fahrbare Postämter**

Fahrbare oder bewegliche Postämter werden in vielen Ländern z. B. bei Großveranstaltungen verwendet. Man unterscheidet mehrere Arten, einmal solche, deren posttypische Einrichtungen in Form entsprechender Aufbauten auf Kraftwagen oder Anhängerfeststellen fest montiert sind, sowie andere, deren postalische Ausrüstungen auf Fahrzeuge verladen und zum Einsatzort transportiert werden können. Diese zerlegbaren Postämter haben sich für kurzfristige Einsätze weniger bewährt, weil zu lange Zeit für Auf- und Abbau der Einrichtungen benötigt wird.

Die besten Erfahrungen wurden mit den erstgenannten, den Kraftwagen- oder Anhängerpostämtern, gemacht. Sie enthalten — je nach Größe des jeweiligen Fahrzeuges — eine unterschiedliche Anzahl Schalter. Selbstverständlich ist auch die postalische Ausstattung z. B. mit Markenmappen, Briefwägen, Schreibgeräten usw. vorhanden. Ein Stempelstich wird ebenfalls mitgeführt. Auf der den Schaltern gegenüberliegenden Seite oder am hinteren Ende des Fahrzeuges befinden sich mehrere

Fernsprechzellen. Diese sind meist über Kabel mit der jeweiligen örtlichen Fernsprech-Vermittlungsstelle verbunden.

Wegen Platzmangels im Innern der meisten fahrbaren Postämter sind deren Schalter so angeordnet worden, daß die Postkunden, vor dem Wagen stehend, bedient werden können. Über den Schaltern liegt hierbei ein zweckmäßiger Wetterschutz in Form von Klappen oder Zeltbahnen. Der Fahrzeugboden ist möglichst tiefgelegt, um Stufen in der Nähe der Schalter bzw. der Fernsprechzellen zu vermeiden. Wertzügelgeber und Schruppulle sind an einer Seiten- oder Rückwand befestigt.

Größere fahrbare Ämter besitzen Fernschreibbehrichtungen sowie sanitäre Einrichtungen wie Waschbecken und Toilette. Mitunter sind auch Koch- und Schlafgelegenheit vorhanden.

Die Heizungsanlage ist meistens mit der normalen Kraftwagenheizung kombiniert. Auch elektrische Beheizung durch Anschluss an das örtliche Stromnetz ist oftmals vorgesehen, wenn nicht ein besonderes Stromaggregat mitgeführt wird.

Für die Fahrzeuge sind bestimmte fest Standorte vorgesehen, von denen aus der jeweilige Einsatz erfolgt.

**Resistron**

Das Resistron ist eine Fernsch-Bildaufnahmehöhre kleiner Abmessungen. Es besitzt bei einem Durchmesser von 25 mm nur eine Länge von 150 mm und wird sogar noch kleiner hergestellt. Man rüstet Kameras für das industrielle Fernsehen bzw. Reporterkameras für den Fernsehrunderkunft damit aus. Das Resistron arbeitet ähnlich wie das in den USA gebräuchliche Vidicon (in der englischen Ausführung Stalicon genannt).

Vor der ebenen Strahlfläche des Glasbolbens ist die Optik angeordnet, die das zu übertragende Objekt auf der Aufnahmeschicht abbildet. Diese setzt sich aus einer dünnen und aus mehreren Millionen voneinander isolierter Teilchen bestehenden Halbleiterschicht und aus einer durchsichtigen Metallfolie zusammen. Die Halbleiterschicht hat die Eigenschaft, beim Auftreffen von Licht ihren Widerstand zu ändern (innerer Photoeffekt). Als Halbleiter wird amorphes Selen oder Antimontrifid verwendet. Das erste ist zwar sehr lichtempfindlich, arbeitet aber bei geringen Beleuchtungsstärken verhältnismäßig träge, so daß Zicherscheinungen rasch bewirkter Vorgänge

(Fahnen) auftreten. Das Antimontrifid weist geringere Tragfähigkeit auf, benötigt jedoch größere Lichtströme.

Jedes Oberflächenelement der Fotoschicht bildet mit der Metallfolie, die als gemeinsame Gegenelektrode wirkt, einen winzigen Kondensator. Die Folie liegt auf einem positiven Potential, das zwischen 10 und 30 Volt geregelt werden kann. Am anderen Ende der Glasröhre befindet sich die Glühkathode. Durch eine lange Fokussierspule werden die von der Kathode emittierten Elektronen zu einem Strahl gebündelt und durch zylinderförmige Elektroden mit + 300 V beschleunigt. Die Strahlstromstärke wird wie üblich mit einem Wehneltzylinder geregelt. Der Elektronenstrahl tastet die Fotoschicht zeilenförmig ab.

Durch das Abtasten erhalten die Oberflächenelemente eine elektrische Aufladung, die sich an unbelichteten Stellen der Schicht bis zur nächsten Abtastung kaum ändert. An belichteten Stellen dagegen findet über den dort liegend gewordenen Halbleiterwerkstoff mehr oder weniger — je nach der Intensität der Beleuchtung — ein Ladungsausgleich statt. Dieser Ladungsverlust wird erst beim erneuten Abtasten wieder ausgeglichen. Der dabei am Arbeitswiderstand der Signalfolie entstehende Spannungsabfall ist das eigentliche Bildsignal.

**Koaxialtube**

Man unterscheidet zwischen Kabeln mit symmetrischen Leitungen und Kabeln mit Koaxialpaaren, kurz Koaxialkabel genannt. Die Koaxialpaare in diesen Kabeln sind unsymmetrische, konzentrische Leitungen. Während man früher in Deutschland nur von konzentrischen Leitungen sprach, wurde nach dem zweiten Weltkrieg neben dem Wort „Koaxialpaar“ auch der angelsächsische Fachliteratur entnommene Ausdruck „Koaxialtube“ gebräuchlich. „Koaxial“ versinnbildlicht, daß Innen- und Außenleiter der unsymmetrischen Leitung eine gemeinsame Mittelachse besitzen; „tube“ kennzeichnet den röhrenförmigen Aufbau des Außenleiters (engl. tube = Rohr, vom lateinischen tubus). Die Abmessungen des Koaxialpaares sind heute international genormt. Es besitzt einen massiven Innenleiter aus Elektrolytkupfer von etwa 2,5 mm Durchmesser, umgeben von einem dünnen Kupferrohr von 9,5 mm Innendurchmesser. Den Abstand zwischen Innen- und Außenleiter wahren durchbohrte Scheiben, die in regelmäßigen Abständen auf dem Innenleiter aufgebracht sind. Die Scheiben bestehen aus einem hochwertigen Isolierstoff mit kleinem Verlustwinkel (z. B. Frequenta

oder einem Kunststoff der Polystyrol- bzw. Polyäthylengruppe, z. B. Styroflex, Lupolen).

Die Koaxialtube der älteren Koaxialkabel (früher Breitbandkabel genannt) hat einen massiven Innenleiter von 5 mm Durchmesser und einen Außenleiter, dessen Innendurchmesser 18 oder 19,5 mm beträgt.

Koaxialpaare werden vorwiegend zur Übertragung des Fernschfrequenzbandes benutzt. Die fortschreitende Entwicklung der TP-Technik fordert jedoch die Ausnutzung einer Leitung mit einer immer größeren Kanalzahl. Beim gegenwärtigen Entwicklungsstand erreicht man allerdings für die höheren Frequenzen eine nicht mehr ausreichende Nebenschwächung. Deshalb werden nunmehr auch Koaxialkabel gebaut, die vier Koaxialtuben nebeneinander enthalten, weil das Nebensprechen bei koaxialen Paaren mit wachsender Frequenz abnimmt. So ist z. B. für die Übertragung von Fernschdarbietungen auf kurze Entfernungen, beispielsweise innerhalb der Städte zwischen den Studios und den Sendern, ein Fernsch-Ortskabel mit vier Koaxialtuben 9,5/2,0 geschaffen worden, dessen ein Sternvierer- und vier Rundfunkpaare beigegeben sind.

*Literatur* von internationaler Bedeutung  
**NEUE SCHACHBÜCHER**

**III sowjetische Meisterpartien**  
Herausgegeben von HEINZ MACHATSCHEK  
Ausgewählte Partien bekannter Schachmeister, erläutert und kommentiert. 328 Seiten, Halbheften 7,40 DM

LUDEK PACHMAN

**Moderne Schachtheorie**

Band I: 320 Seiten, Leinen 9,80 DM (Offene und Halb-offene Spiele)

Band II: 280 Seiten, Leinen 7,80 DM (Das Damengambit und die Damenbesetzungsspiele)

Band III: 444 Seiten, Leinen 10,50 DM (Die Indischen Verteidigungen und die übrigen Geschlossenen Spiele)

MAISELIS/JUDOWITSCH

**Lehrbuch des Schachspiels**

Das Buch für den Anfänger. 4. Auflage. 152 Seiten, Halbheften 3,00 DM

*Fordern Sie das neue Verzeichnis über weitere Schachliteratur!*

SPORTVERLAG BERLIN W 8



**Wir fertigen:**

- Großlampen bis 2000 Watt
- Niederspannungs- und Bahnlampen
- Röhrenlampen
- Lichtwurf Lampen bis 10000 Watt
- Grubenlampen
- Kleinbeleuchtungslampen
- Signallampen
- Autolampen

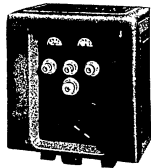
Druckschriften liefern wir auf besonderen Wunsch

**VEB Glühlampenwerk Plauen**

Plauen/Vogtl. · Dimitroffstraße 32 · Telefon 1786-1791

**GLEICHRICHTER**

mit Pöhlerschalter zur selbsttätigen Ladung von Elektrofahrzeugbatterien.



Weiterhin fertigen wir Gleichrichter zur Ladung und Pufferung von Batterien für die verschiedensten Verwendungszwecke, insbesondere für Fernmeldeinrichtungen jeder Art.

**EWS**  
VEB ELEKTROWARME SORNEWITZ  
SORNEWITZ, KREIS MEISSEN

**MAGNETTONGERÄT**  
BG 20

**VEB MESSGERÄTEWERK-ZWÖNITZ**



**Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen**

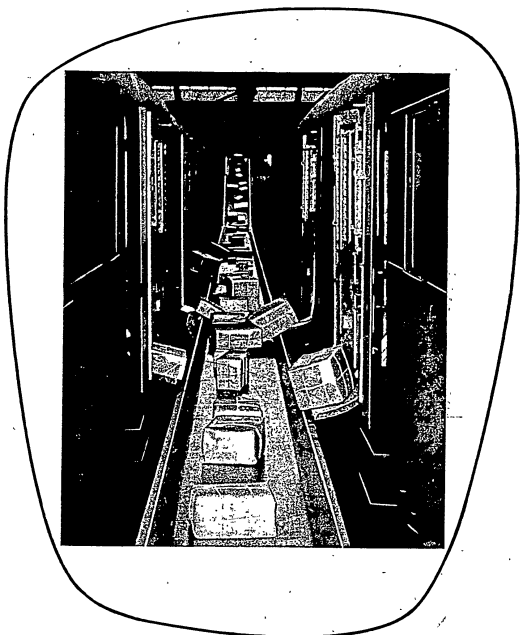
Herausgegeben von der Deutschen Postwerbung

1. Jahrgang

Leipzig, Oktober 1956

Heft 3

**D  
I  
E  
D  
E  
U  
T  
S  
C  
H  
E**



**P  
O  
S  
T**



### Fachliteratur

**Postcheckdienst.** Von J. Franke. Fachbuchverlag, Leipzig 1958. DIN C 5, 121 Seiten, 66 Bilder, kart. 6.— DM.

Es ist bekannt, welche bedeutungsvolle Stelle der Postcheckverkehr in unserer Volkswirtschaft einnimmt; denn er hilft mit, durch Förderung des bargelosen Zahlungsverkehrs die Anzahl der umlaufenden Banknoten niedrig und damit unsere Währung stabil zu halten. Außerdem werden unserer Volkswirtschaft aus den Guthaben der Postcheckkonten wertvolle Kredite zur Verfügung gestellt.

Angesichts dieser Tatsache wird das Erscheinen dieses Buches von allen im Postdienst beschäftigten Kolleginnen und Kollegen begrüßt werden. Eirstmalig sind darin alle einschlägigen Bestimmungen über den Postcheckverkehr klar und übersichtlich zusammengefaßt worden, so daß sich der Leser einen umfassenden Überblick über diesen Betriebszweig mit seinen vielfältigen Zahlungsmöglichkeiten verschaffen kann. Der Verfasser wendet sich bewußt nicht nur an Angestellte der Postcheckämter, sondern an alle Angestellten der Deutschen Post; denn auch die bei den anderen Postanstalten Beschäftigten kommen täglich im Annahme- und Zustelldienst, in der Entkartung oder in der Finanzbuchhaltung mit den Bestimmungen des Postcheckdienstes in Berührung. Von besonderer Wichtigkeit wird das Fachbuch als Hilfsmittel für den Unterricht an den Fach- und Berufsschulen der Deutschen Post, für Fernstudenten und für jeden anderen sein, der sich um seine Qualifizierung bemüht. Es dürfte sich auch als Nachschlagewerk für die Praxis täglich bewähren.

Der umfangreiche Stoff ist in acht Abschnitte gegliedert. Der I. Abschnitt befaßt sich mit den gesetzlichen Grundlagen, auf denen der Postcheckverkehr beruht, mit seinen Vorteilen und seiner Gliederung. Im II. Abschnitt werden der Teilnehmerkreis und die Formalitäten bei der Eröffnung eines Postcheckkontos behandelt. Die bei der Abwicklung von Gut- und Lastschriften zu beachtenden Arbeitsgänge sind in den Abschnitten III und IV enthalten. Die weiteren Abschnitte behandeln das Führen der Postcheckkonten, das Zurückziehen von Zahlkarten, Postcheckaufträgen usw., die Haftung im Postcheckverkehr sowie die Änderungen, die in den rechtlichen Verhältnissen der Postcheckteilnehmer eintreten können. Den Anhang bildet das Postcheckgesetz, eine Übersicht über die wichtigsten Postcheckgebühren, die Preise der verkäuflichen Formulare des Postcheckverkehrs und schließlich Hinweise auf Bestimmungen, die besonders zu beachten sind.

**Übertragungstechnik im Fernmelde-Weitverkehr.** Von Dr.-Ing. Otto Henkler. VEB Verlag Technik, Berlin. 3 Bände, DIN B 5, insgesamt etwa 1048 Seiten, etwa 1000 Bilder und Tafeln, Ganzleider je Band 32.— DM.

Nachrichtenspezialisten der Theorie und Praxis haben in einer Gemeinschaftsarbeit unter Leitung unseres Kollegen Dr.-Ing. Otto Henkler speziell den Fernmelde-Weitverkehr behandelt.

Ausgehend von den theoretischen Grundlagen werden die Technik der niederfrequenten und trägerfrequenten Übertragungsgeräte, Bauelemente, Baugruppen und Systeme für die drahtgebundene und drahtlose Telephonie und Telegraphie ausführlich behandelt und weiter die Verwendung von Leitungen,

der Betriebsdienst in den Verstärker- und Trägerfrequenz-ämtern, die Netzplanung, die Medientechnik sowie die Stromversorgung für Übertragungseinrichtungen eingehend erläutert und beschrieben. Ein großer Teil der theoretischen Grundlagen für die Schwingungslehre, die Theorie der linearen und der nichtlinearen Netztechnik, die Übertragungsmaße usw. sind der Literatur entnommen und — durch viele Beispiele ergänzt — überarbeitet und zusammengestellt worden.

Zahlreiche Bilder, Blockschemata, Tabellen, Kennblätter und Berechnungsergebnisse stellen wertvolle Ergänzungen aller behandelten Themen dar.

Das Werk ist für die in der Praxis tätigen Ingenieure bei der Rekonstruktion und Entwicklung, bei der Fertigung und Prüfung sowie bei der Planung und beim Betrieb von niederfrequenten und trägerfrequenten Übertragungseinrichtungen von großem Wert. Gleichzeitig erhalten damit auch Studierende an Technischen Hochschulen wichtigen Stoff für ihre Weiterbildung.

**Die Ausbreitung von Funkwellen.** Von M. P. Doluchanow. VEB Verlag Technik, Berlin. Übersetzung aus dem Russischen. DIN B 5, etwa 390 Seiten, 251 Abbildungen, Ganzleider etwa 33.— DM.

Das Erforschen der Ausbreitung elektromagnetischer Wellen bildet die Grundlage für die Funktechnik mit allen ihren Einzelgebieten.

Der Verfasser behandelt in gründlicher und systematischer Weise die Theorie der Wellenausbreitung und der damit zusammenhängenden Fragen der Praxis. Beginnend mit den allgemeinen Fragen der Ausbreitung elektromagnetischer Wellen setzt er sich eingehend mit der Ausbreitung der Oberflächenwellen (Bodenwellen), der Ionosphäre, der Ausbreitung der langen Wellen sowie Mittelwellen, der kurzen und der ultrakurzwellen sowie der atmosphärischen und kosmischen Strahlung des Empfangs auseinander.

Das Buch ist nicht nur für den in der Praxis stehenden Ingenieur und Physiker, sondern besonders auch für die Studierenden an Fach- und Hochschulen eine wertvolle Hilfe.

**Elektrotechnik.** Von Prof. A. S. Kassatkin u. a. VEB Verlag Technik, Berlin. Übersetzung aus dem Russischen. Deutsche Redaktion: Prof. Pommer, Dresden. DIN B 5, 672 Seiten, 648 Bilder, Ganzleider etwa 36.— DM.

Ohne die Elektrotechnik ist die gesamte moderne Technik undenkbar. Das bedingt, daß jeder Ingenieur und Techniker, dessen Spezialkenntnisse nicht auf dem Gebiet der Elektrotechnik liegen, sich ein möglichst umfangreiches Wissen aus der Elektrotechnik aneignen muß, um die ihm gestellten Aufgaben ohne besondere Schwierigkeiten lösen zu können. Ein wertvolles Grundlagenbuch hierfür ist die vorliegende Übersetzung, eine Zusammenfassung der Arbeiten der Wissenschaftler A. S. Kassatkin, M. A. Pereskinin und P. S. Sergejew. Es enthält Abhandlungen über Grundgesetze im Stromkreis, Stromverzweigung bei Gleich- und Wechselstrom, das elektrische Feld, Elektromagnetismus, elektrische Messungen, elektrische Maschinen und Transformatoren, asynchrone und synchrone Wechselstrommaschinen, Gleichstrommaschinen, Umformer und Kollektormaschinen für Wechselstrom, Elektrosteuerung, elektrische Apparaturen und Beleuchtung, Leitungsnetze sowie Unterstationen und Aufbau energetischer Systeme.

Der gebotene Stoff ist übersichtlich gegliedert. Das Werk ist als Lehrbuch für Studierende an Technischen Hochschulen und Fachschulen, für das Selbststudium sowie als Nachschlagewerk geeignet.

### INHALT

Seite

|                                                                                                                        |    |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| HAMANN: Grundsätzliche Fragen zur Postmechanisierung                                                                   | 33 |
| SCHREFFER: Zur Organisation des Fernmeldebaus                                                                          | 37 |
| FUHRMANN: Zu einigen Diskussionen über das Aufstellen des Betriebsplanes in den Betrieben des Post- und Zeitungswesens | 40 |
| NAGEL: Über das Ausgestalten von Otelex                                                                                | 41 |
| RÜCKERT: Neue Methoden zum Gewinnen von Abonnenten für Fachzeitschriften                                               | 44 |
| RAMMLER: Belastungsausgleich bei Fernsprechnetzstellen (VSW)                                                           | 45 |
| SÖZS: Fernsprechnetzlemländer                                                                                          | H  |
| BECKER: Ist „Krebs“ heilbar?                                                                                           | H  |
| — Briefverteilmaschinen                                                                                                | U  |
| — Kristalldiode                                                                                                        | U  |
| — Erl                                                                                                                  | U  |

Unser Titelbild, Mechanisierte Paketabfertigung von Bahnpostwagen in einer Großschichtstelle der DDR (Aufn. IFF)

Herausgegeben von der Deutschen Postverwaltung. Redaktion „Die Deutsche Post“, Leipzig 8 3, Gustav-Freytag-Str. 48-45, Fernsprecher 30866. Verantwortlich: Herz Jülle. Satz und Druck: VEB Graphische Werkstätten Leipzig III 1897. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Deutsche Postverwaltung, Berlin 62, Magdalenstraße 8-11. Zur Zeit ist die Anzeigenspreiße Nr. 1 gültig. Die Zeitschrift „Die Deutsche Post“ erscheint monatlich einmal. Bezugsbedingungen: Vorzugspreis für Postangehörige vierteljährlich 3,40 DM, Einzelpreis je Heft —50 DM. Preis für andere Besteller vierteljährlich 2,40 DM, Einzelpreis je Heft —80 DM. Bestellungen nehmen die zuständigen Postzustellungsvertriebe entgegen. Alle Rechte vorbehalten. Nachdrucke — auch auszugsweise — nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Referate und Fragebogen mit voller Quellenangabe zulässig. Veröffentlichung unter der Lizenznummer 4234 des Amtes für Literatur und Verlagswesen der Deutschen Demokratischen Republik.

# DEUTSCHE POST

## AS POST- UND FERNMELEDEWESEN

### VON DER DEUTSCHEN POSTVERWALTUNG

über 1956 Hef 5

### Postmechanisierung

... aben, alle Fragen der Postmechanisierung eingehend zu behandeln, inhaltlichen Problemen der Postmechanisierung befassen. Gleich- tikel über die Spezialfragen dar.

#### 1.2 Mechanisierung im Kapitalismus und im Sozialismus

Im Kapitalismus dient die gesamte Produktion dem Streben nach Profit; im Imperialismus kommt dem Schaffen von Maximumpflicht die entscheidende Bedeutung zu.

Diesen Zielen ist auch die Technik untergeordnet. Der Entwicklung der Technik werden — wenn im Sinne des Imperialismus nötig — künstliche Grenzen gesetzt. Man wertet dann viele Erfindungen für die friedliche Wirtschaft nicht aus und übernimmt Neuerungen nur dann in die Produktion, wenn sie völlig andere Bedürfnisse der Werktätigen zu erfüllen geeignet sind, die Profite zu erhöhen. Sofern „billige“ Arbeitskräfte vorhanden sind, werden neue technische Einrichtungen nicht eingeführt. In Krisenzeiten legt man sogar vorhandene technische Ausrüstungen völlig oder teilweise still.

Unter den Bedingungen des Sozialismus ergibt sich eine völlig andere Perspektive. Ausgehend von dem ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus und dem Gesetz der planmäßigen (proportionalen) Entwicklung wächst die Produktion planmäßig und stetig. Nicht die Konkurrenz und die Krisen bestimmen die Entwicklung, sondern die ständig steigenden kulturellen und materiellen Bedürfnisse der Werktätigen. Hier wird die Ausnutzung des höchsten Standes der Technik zur ökonomischen Notwendigkeit. Die sozialistischen Produktionsverhältnisse innerhalb unserer Republik und die technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit der Länder des sozialistischen Lagers erleichtern es uns, unsere Ziele zu erreichen.

#### 1.3 Stand der Mechanisierung bei der Deutschen Post

Betrachten wir nach diesen grundsätzlichen Ausführungen den Stand der Entwicklung bei der Deutschen Post, so müssen wir zunächst feststellen, daß das Postwesen hinsichtlich seiner technischen Entwicklung stark zurückgeblieben ist. Wenn wir von dem verhältnismäßig günstigen Bestand an Kraftfahrzeugen, von einigen Paketförderanlagen, Aufzügen und Hilfs-

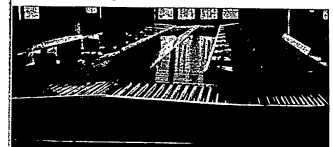


Bild 2. Beschreiberverbau einer mechanisierten Paketschichtstelle (Aufn. IFF)



### Fachliteratur

**Postcheckdienst.** Von J. Franke. Fachbuchverlag, Leipzig 1956. DIN C 5, 121 Seiten, 66 Bilder, kart. 6.— DM.

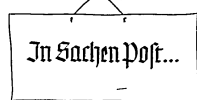
Es ist bekannt, welche bedeutungsvolle Stelle der Postcheckverkehr in unserer Volkswirtschaft einnimmt; denn er hilft mit durch Förderung des bargelosen Zahlungsverkehrs die Anzahl der umlaufenden Banknoten niedrig und damit unsere Währung stabil zu halten. Außerdem werden unserer Volkswirtschaft aus den Guthaben der Postcheckkonten wertvolle Kredite zur Verfügung gestellt.

Angesichts dieser Tatsache wird das Erscheinen dieses Buches von allen im Postdienst Beschäftigten Kolleginnen und Kollegen begrüßt werden. Eerstmalig sind darin alle einschlägigen Bestimmungen über den Postcheckverkehr klar und übersichtlich zusammengefaßt worden, so daß sich der Leser einen umfassenden Überblick über diesen Betriebszweig mit seinen vielfältigen Zahlungsmöglichkeiten verschaffen kann. Der Verfasser wendet sich bewußt nicht nur an Angestellte der Postcheckämter, sondern an alle Angestellten der Deutschen Post; denn auch die bei den anderen Postanstalten Beschäftigten kommen täglich im Annahme- und Zustellendienst, in der Entkartung oder in der Finanzbuchhaltung mit den Bestimmungen des Postcheckdienstes in Berührung. Von besonderer Wichtigkeit wird das Fachbuch als Hilfsmittel für den Unterricht an den Fach- und Berufsschulen der Deutschen Post, für Fernstudien und für jeden anderen sein, der sich um seine Qualifizierung bemüht. Es dürfte sich auch als Nachschlagewerk für die Praxis täglich bewähren.

Der umfangreiche Stoff ist in acht Abschnitte gegliedert. Der I. Abschnitt befaßt sich mit den gesetzlichen Grundlagen auf denen der Postcheckverkehr beruht, mit seinen Vorteilen und seiner Gliederung. Im II. Abschnitt werden der Teilnehmerkreis und die Formalitäten bei der Eröffnung eines Postcheckkontos behandelt. Die bei der Abwicklung von Gut- und Lastschriften zu beachtenden Arbeitsgänge sind in den Abschnitten III und IV enthalten. Die weiteren Abschnitte behandeln die Führen der Postcheckkonten, das Zurückziehen von Zahlkarten, Postcheckaufträgen usw., die Haftung im Postcheckverkehr sowie die Änderungen, die in den rechtlichen Verhältnissen der Postcheckteilnehmer eintreten können. Den Anhang bildet das Postcheckgesetz, eine Übersicht über die wichtigsten Postcheckgebühren, die Preise der verkäuflichen Formulare des Postcheckverkehrs und schließlich Hinweis auf Bestimmungen, die besonders zu beachten sind.

**Übertragungstechnik im Fernmelde-Weitverkehr.** Von Dr.-Ing. Otto Henkler. VEB Verlag Technik, Berlin, 3 Bände, Df. B 5, insgesamt etwa 1048 Seiten, etwa 1000 Bilder und Tafeln Ganzleider in Band 32.— DM.

Nachrichtenspezialisten der Theorie und Praxis haben in eine Gemeinschaftsarbeit unter Leitung unseres Kollegen Dr.-Ing. Otto Henkler speziell den Fernmelde-Weitverkehr behandelt. Ausgehend von den theoretischen Grundlagen werden die Technik der niederfrequenten und trägerfrequenten Übertragungsgeräte, Bauelemente, Baugruppen und Systeme für drahtgebundene und drahtlose Telephonie und Telegraphie ausführlich behandelt und weiter die Verwendung von Leitungen



### Sprechzellenmarder

Dem 29jährigen Walter F. ging es keineswegs schlecht. Obwohl er einen richtigen Beruf nicht erlernen konnte, verdiente er zuletzt im Eisenhüttenwerk Thale innerlich runde 420 DM monatlich. Erlich — große Sprünge konnte er nicht machen als Familienvater mit vier Kindern, aber sein Ankommen hatte er schon, und für ein Bier langte es ab und zu auch noch.

Offenbar trank er aber öfters „einen über den Durst!“, denn anders läßt sich die hier zu schildernde Tat nicht erklären. Als er einmal, „leicht unter Alkoholeinfluß stehend“, wie er dann in der Verhandlung aussagte, in der Fernsprechkabine am Bahnhof nach wiederholten Versuchen keinen Anschluß bekam, riß er karzerhand den Hörer ab und steckte ihn in die Manteltasche. Jeder, der schon vor einem außer-Betrieb gesetzten öffentlichen Fernsprecher gestanden hat, vermag zu erraten, wie schuldig Walter hier gehandelt hatte. Wogte er denn, was nach ihm dringender seinen Betrieb, denn erst die Polizei oder die Postrechner anrufen mußte? Walter F. jedenfalls kümmerte das nicht. Vielmehr steuerte er mit dem Hörer in der Tasche in Richtung Hauptpost, und den dortigen Mannsprecher rettete offensichtlich nur die Tatsache, daß diesem der Anruf gelang.

Inzwischen stand der Gleiswartmeister der Reichsbahn, Werner R., schimpfend in der Fernsprechkabine am Bahnhof und betrachtete kopfschüttelnd das häßliche Ende der Schnur. Er wollte das Krankenhaus anrufen, in dem sich sein einjähriger Sohn befand. Nachdem auch er kein nales Postamt die gewünschte Verbindung erhalten hatte, fiel ihm dort im Vorraum der wohl nicht mehr ganz standfeste Walter auf. Wie es so ist — man kann bald ins Gespräch. Zufällig hatten die beiden auch Zeit, und so beschlossen sie, gemeinsam das „Kalte Heine“ aufzusuchen. Dort wurden, laut Zeugenaussage, „alibolische Getränke“ konsumiert. Wie viele es waren, vermag der Chronist ohnesonntig zu berichten, wie er den Gegenstand ihres Gesprächs anzugeben in der Lage ist. Vielleicht erzielten sie sich auch darüber, daß rachslose Baden dem Mannsprecher am Bahnhof sinnlos zerübt hatten.

Dem Gerichtsprotokoll zufolge ging die öffentliche Reize dann weiter in den „Goldenen Ring“ und schließlich in die Gaststätte „Zum Dür“. Als aber der Eisenbahner in einer dieser denkwürdigen Sitzungssiditäten seinem spendablen neuen Bekannten beim Anziehen des Mantels behilflich war, entdeckte er in dessen Seitentasche etwas, das einem Teleföhörer vortrefflich ähnlich sah. Bei der Inzusehen offenbar immer mehr alibolisch beeinflussten Geistesverfassung des Walter F. fiel es ihm nicht allzu schwer, den dürstigen Zecher zum Aufbruch und zum Aufsuchen neuer „Quellen“ zu bewegen. Am Ziel dieser Fahrt fand sich dann allerdings der verdächtige Walter bei der Volkspolizei wieder, die ihn nicht nur den Hörer, sondern auch sein Geständnis abnahmen und sich bei dem findigen „Fremdenführer“ von der Reichsbahn für dessen Wachsamkeit bedankte. Weil Walter F. darüber hinaus auch im Geschirrmagazin seines Betriebes emallierte Töpfe mitgehen gelassen hatte, wurde er jetzt vom Kreisgericht Quedlinburg wegen Diebstahls zum Nachteil des Volkseigentums und wegen Gefährdung des Fernmeldebetriebes zu insgesamt drei Monaten Gefängnis verurteilt. Auch die Alkoholeinwirkung hat daran nichts zu ändern vermocht.

Und das sind die ersten Sätze dieser Geschichte: Eine Zeit, deren Auswirkungen wir leider oft an außer Betrieb gesetzten öffentlichen Fernsprechern erleben, bedarf einer nachdrücklichen Strafe, weil sie in erheblichem Maße gesellschaftsgefährlich ist. Beim Kreisgericht Hettstedt kam vor kurzem ein ähnlicher Fall zur Aburteilung: Ein recht robuster Fernsprecher „Kunde“ hatte

(Schluß nach Heft 2)



# DIE DEUTSCHE POST

ZEITSCHRIFT FÜR DAS POST- UND FERNMEDEWESEN

HERAUSGEGEBEN VON DER DEUTSCHEN POSTWERBUNG

1. Jahrgang

Leipzig, Oktober 1956

Heft 3

## Grundsätzliche Fragen zur Postmechanisierung

Von Horst HAMANN, Berlin

Dieser Beitrag soll nicht den Sinn und Zweck haben, alle Fragen der Postmechanisierung eingehend zu behandeln, sondern er wird sich lediglich mit einigen grundsätzlichen Problemen der Postmechanisierung befassen. Gleichzeitig stellt er die Einleitung für kommende Artikel über die Spezialfragen dar. Ausgehend von der Erkenntnis, daß die Entwicklung neuer, fortschrittlicher Arbeitsmethoden in jedem Falle eine grundsätzliche Diskussion mit unseren Werkstätten erfordert, erwarten wir alle wissenschaftliche Mitarbeiter der Hauptabteilung Postwesen im Institut für Post- und Fernmeldewesen, daß die leitenden Mitarbeiter der Deutschen Post unsere Beiträge auch als Diskussionsgrundlage für Arbeitsgesprächen und Einzelgespräche verwenden mögen.

### 1. Begriffsdefinition und Wesen

Wenn wir grundsätzliche Fragen der Postmechanisierung als Vorstufe der späteren Automatisierung behandeln wollen, erscheint es notwendig, zunächst einige Ausführungen über den Begriff „Mechanisierung“ voranzustellen.

#### 1.1 Definition

Die Mechanisierung und die Automatisierung sind Hauptmittel, um den technischen Fortschritt zu sichern. Das Lehrbuch der Politischen Ökonomie sagt hierzu auf Seite 438:

„Mechanisierung bedeutet Ablösung der manuellen Arbeit durch maschinelle Arbeit.“

Auf Seite 439 wird geführt:

„Unter Vollmechanisierung versteht man die Mechanisierung aller miteinander verbundenen Stadien des Produktionsprozesses... Durch die Vollmechanisierung wird ein in sich geschlossenes System von Maschinen geschaffen, das den gesamten Produktionsprozeß umfaßt.“

Und weiter heißt es:

„Die höchste Stufe der Mechanisierung ist die Automatisierung der Produktion, das heißt die Anwendung von Maschinen-Automaten mit Selbststeuerung.“

Die Hauptaufgabe der Mechanisierung liegt also im Ersetzen der lebendigen Arbeit durch vergemeinschaftete Arbeit. Das trifft im vollen Umfang auch auf die Post zu. Hier hat sich der Begriff „Postmechanisierung“ als Teil der Posttechnik für alle Mechanisierungsvorgänge eingebürgert, die bei der Deutschen Post dem erwähnten Zweck dienen.

Wir wissen, daß das Postwesen ein hoch leistungsfähiger Zweig des Nachrichtenwesens ist und erkennen bereits aus dieser Feststellung die Größe der von uns im Zuge der Mechanisierung zu lösenden Aufgaben.

### 1.2 Mechanisierung im Kapitalismus und im Sozialismus

Im Kapitalismus dient die gesamte Produktion dem Streben nach Profit; im Imperialismus kommt dem Schaffen von Maximalgewinn die entscheidende Bedeutung zu.

Diesen Zielen ist auch die Technik untergeordnet. Der Entwicklung der Technik werden — wenn im Sinne des Imperialismus nötig — künstliche Grenzen gesetzt. Man wertet dann viele Erfindungen für die friedliche Wirtschaft nicht aus und überläßt Neuerungen nur dann in die Produktion, wenn sie geeignet sind, die Profite zu erhöhen. Sofern „billige“ Arbeitskräfte vorhanden sind, werden neue technische Einrichtungen nicht eingeführt. In Krisenzeiten legt man sogar vorhandene technische Ausrüstungen völlig oder teilweise still.

Unter den Bedingungen des Sozialismus ergibt sich eine völlig andere Perspektive. Ausgehend von dem ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus und dem Gesetz der planmäßigen (proportionalen) Entwicklung wächst die Produktion planmäßig und stetig. Nicht die Konkurrenz und die Krisen bestimmen die Entwicklung, sondern die ständig steigenden kulturellen und materiellen Bedürfnisse der Werktätigen. Hier wird die Ausnutzung des höchsten Standes der Technik zur ökonomischen Notwendigkeit. Die sozialistischen Produktionsverhältnisse innerhalb unserer Republik und die technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit der Länder des sozialistischen Lagers erleichtern es uns, unsere Ziele zu erreichen.

### 1.3 Stand der Mechanisierung bei der Deutschen Post

Betrachten wir nach diesen grundsätzlichen Ausführungen den Stand der Entwicklung bei der Deutschen Post; so müssen wir zunächst feststellen, daß das Postwesen hinsichtlich seiner technischen Entwicklung stark zurückgefallen ist. Wenn wir von dem verhältnismäßig günstigen Bestand an Kraftfahrzeugen, von einigen Pakettfordernanlagen, Aufzügen und Hilfs-



Bild 1. Beschriftetaste einer nichtmechanisierten Paketumschlagstelle (Aufn. IFF)

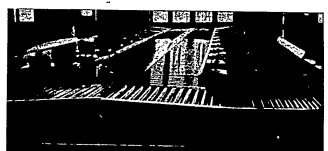


Bild 2. Beschriftetaste einer mechanisierten Paketumschlagstelle (Aufn. IFF)

einrichtungen in Briefabfertigungen (Stempelmaschinen) sowie von Buchungsvorrichtungen im Postgeschäftsstellen, von Adressmaschinen und einfachen Hilfsmitteln für einige Funktionen absehen, wird unsere Arbeit völlig manuell bewerkstelligt. In vielen Dienstzweigen wird in „altgebrachter“ Weise gearbeitet, wobei sich als Ausdruck der durch den Kapitalismus hervorgerufenen Disproportionen zudem noch wesentliche Unterschiede innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik ergeben, z. B. zwischen dem sächsischen Industriegebiet und dem früheren Land Mecklenburg. Dort konnten den „traditionsgebundenen“ Landzustellern, die täglich 25–30 km zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückzulegen hatten, erst jetzt in größerem Umfang Mopeds zur Verfügung gestellt werden.

In diesem Zusammenhang darf nicht unerwähnt bleiben, daß es bei der früheren Deutschen Reichspost üblich war, „Postheifer“, die der „industriellen Reservearmee“ angehörten, für 50 Pfennige Stundelohn 27 Tage lang zu beschäftigen, am 28. zu entlassen und am 29. Tage wieder einzustellen, um zu erreichen, daß in jedem Falle eine tägliche Kündigungsmöglichkeit gewahrt blieb. Es ist einleuchtend, daß unter solchen Bedingungen hohe „Kapitalaufwendungen“ für eine Mechanisierung nicht zweckmäßig und erforderlich erschienen.

1.4 Ziele der Mechanisierung und Automatisierung

Vielfach wird die Frage erhoben, was bei der Post mechanisiert werden soll und kann.

Hierzu muß gesagt werden, daß sich die Mechanisierung verschiedener Arbeitsgänge nebeneinander aufträgt, weil massenhaft, fast serienmäßig, immer die gleichen Arbeiten zu verrichten sind. Dazu kommt noch, daß in einigen Betriebszweigen in sehr kurzer Zeit Arbeiten auszuführen sind, die außerordentliche körperliche Kräfte kosten. Im Hinblick darauf, daß wir vor allem Frauen beschäftigen, die nach unserer Arbeitsschutzgesetzgebung aus einleuchtenden Gründen nur bedingt mit schweren körperlichen Arbeiten belastet werden dürfen, ist dieser Faktor von besonderer Bedeutung. Ferner liegt es auf der Hand, daß wir der Schonung des Postgutes besondere Beachtung beimessen müssen. Wir alle kennen z. B. das meist leider unumgängliche Werfen der Postsendungen beim Ladungsaustausch auf Bahnhöfen, besonders bei den Zügen mit kurzen Haltezeiten. Hier muß also der Hebel angesetzt werden!

In engem Zusammenhang mit diesen Betrachtungen steht die Beschleunigung der Transportprozesse, die sich besonders im Briefabfertigungsdienst, beim Paketumschlag, beim Ladungsaustausch sowie in der Annahmetätigkeit auswirken wird. Daß letztlich alle Maßnahmen der Mechanisierung und Automatisierung zu einer Steigerung der Arbeitsproduktivität führen sollen, ist ein Erfordernis des Gesetzes der planmäßigen (proportionalen) Entwicklung der Volkswirtschaft.

Fassen wir die Ziele der Mechanisierung und Automatisierung des Postwesens kurz zusammen:

- a) Steigern der Arbeitsproduktivität,
b) möglichst vollständiges Beseitigen der körperlich schweren Arbeiten,
c) Beschleunigung der Transportprozesse und
d) Schonung des Postgutes.

Die Steigerung der Arbeitsproduktivität wiederum erhöht die Rentabilität unserer Betriebe und vermehrt damit den gesellschaftlichen Reichtum unserer Republik. Dadurch wird eine Voraussetzung geschaffen für die im 2. Fünfjahrplan vorgesehene Verdrängung der Arbeitskräfte.

2. Entscheidende Faktoren

Wichtig ist es, nicht hier und dort planlos diesen oder jenen Arbeitsgang zu mechanisieren, sondern systematisch nach einem genau festgelegten Plan und unter Beachtung des unmittelbaren Zusammenhangs aller Betriebszweige des Postdienstes vorzugehen. Die genaue Richtung hierzu wird uns durch die vom MFF mit VI. vom 17. April 1956 veröffentlichte „Richtlinie über die Perspektive der Entwicklung des Post- und Zeitungswesens“ angegeben. Diese Richtlinie schließt keineswegs



Bild 3. Durchgangspacknummer einer Paketmachungsstelle (Autof. IFF)

die Initiative unserer Werktätigen in den Betrieben aus; im Gegenteil, sie dient vielmehr dazu, die Mitarbeit unserer Kollegen in bestimmte Bahnen zu lenken. Wir versprechen uns gerade von der eingehenden Diskussion der Entwicklungsperspektive eine noch regere Mitarbeit unserer Belegschaften an der Vorschlags- und Rationalisatorienbewegung.

Beim Übergang zur Mechanisierung kommt es selbstverständlich auch darauf an, die beim Aufbau des Sozialismus geltenden ökonomischen Prinzipien zu beachten. Es wäre z. B. völlig unsinnig, eine mechanisierte Paketumschlagstelle zu schaffen, die mehr Personal erfordert als eine mit manuellem Betrieb.

Wenn aber eine maschinelle Ausrüstung rentabel eingesetzt werden soll, muß ein bestimmter optimaler Grad der Kapazitätsausnutzung gegeben sein. Man muß immer daran denken, daß sich beim Ersetzen der lebendigen Arbeit durch vergangenständliche Arbeit die Sachkosten (Abschreibungen, Energie, Schmier- und Hilfsstoffe, Instandsetzungskosten usw.) wesentlich erhöhen, während die Lohnkosten entsprechend zurückgehen.

Des weiteren ist daran zu denken, daß die Arbeitsbedingungen — in erster Linie der Arbeitsschutz — bei mechanisierten Anlagen wesentlich besser sein müssen als beim manuellen Betrieb.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist auch das ideologische Vorbereiten aller Maßnahmen bei unseren Werktätigen. Es kommt nicht nur darauf an, die Menschen in unseren Betrieben von der Richtigkeit unseres Weges zu überzeugen, sondern auch das technische Niveau unserer Kader entscheidend zu verbessern; denn letzten Endes wird die reibungslose Funktionieren unserer Anlagen durch die Arbeitsfertigkeit und die Geschicklichkeit unserer technischen Betreuungs- und Bedienungspersonal gesichert. Daß hierbei auch den leitenden Funktionen in Verwaltung und Betrieb besondere Verpflichtungen erwachsen, so das Erwerben des sogenannten „Technischen Minimums“, darf nicht vergessen werden.

Zusammenfassend kann man also sagen, daß bei der Mechanisierung folgende Faktoren besonders bedeutsam sind:

- 1. Planmäßiges Vorgehen,
2. Beachten des Grundsatzes der Rentabilität,
3. optimales Ausnutzen der Kapazität,
4. Ideologisches Vorbereiten und
5. Erhöhen des technischen Niveaus der leitenden und betriebs-technischen Kader.

3. Zusammenhang zwischen Ökonomik und Technik

In diesem Abschnitt sollen einige Probleme behandelt werden, die mit dem Vorhergesagten in engem Zusammenhang stehen. Es liegt auf der Hand, daß sich der Arbeitsablauf einer mechanisierten Dienststelle anders gestaltet als der einer manuell arbeitenden Abteilung. Nicht nur die Organisation der Arbeit wird eine andere sein, sondern auch die einzelnen Tätigkeiten

sind verändert. Neue Handgriffe müssen erlernt werden, ein neuer Zusammenhang zwischen den einzelnen Arbeitsgängen entsteht.

Aber das ist nur die eine Seite der Sache; die andere hat eine viel umfassendere Bedeutung für den gesamten Arbeitsablauf der Post. Die erwähnten Grundsätze der Rentabilität und der optimalen Kapazitätsausnutzung bedingen einen völlig veränderten technologischen Ablauf der Beförderungsprozesse. Das Prinzip der Konzentration drängt zum Durchbruch. Ausgehend von der Auswertung der Brief- und Paketstromanalysen kommt es darauf an, die Konzentrationspunkte so zu wählen, daß auf der einen Seite unter keinen Umständen Laufzeiverzögerungen, für möglichst viele Postsorte diegenen Verbesserungen eintreten, und auf der anderen Seite ein rentabler Einsatz leistungsfähiger Maschinen vorgenommen werden kann.

Es kommt darauf an, diese Betriebsbedingungen vor Beginn der Mechanisierung festzulegen; denn die Betriebsbedingungen schaffen dem Entwicklungsingenieur erst die Erkenntnisse, die ihn zu dieser oder jener Konstruktion, zu dieser oder jener Lösungsmöglichkeit führen.

Wir müssen bei unserer Technisierung berücksichtigen, daß wir nicht — wie das bei den meisten Industriezweigen der Fall ist — im Taktverfahren arbeiten können. Auch die nur teilweise mögliche Normung der zu transportierenden Sendungen erschwert unsere technische Aufgabenstellung.

Diese wenigen Beispiele mögen genügen, um den Zusammenhang zwischen Ökonomik und Technik darzulegen. Dieser Zusammenhang ist wechselseitig zu sehen; denn die technischen Möglichkeiten beeinflussen die Ökonomik, während die Ökonomik wiederum der Technik die betrieblichen Bedingungen auflegt. Hieraus ist zu schlussfolgern, daß nur die enge Zusammenarbeit zwischen Ökonomik und Technik die beste Lösung garantiert.

4. Grundsätzliche Aufgaben

Die Ziele der Mechanisierung sind bereits unter 1.4 in allgemeiner Form geschildert worden. Jetzt kommt es darauf an, die grundsätzlichen Aufgaben für die einzelnen Betriebszweige darzulegen.

Hierbei nimmt der Beförderungsprozess eine herausragende Stellung ein, und zwar der eigentliche Beförderungsprozess, der also die Ortsveränderung der Sendung zum Inhalt hat. Von der Regelmäßigkeit, der Sicherheit und der Schnelligkeit der Beförderung im eigentlichen Sinne hängen Zustellung und Annahme wesentlich ab. Was hat es z. B. für einen Sinn, eine zweimalige Zustellung durchzuführen, wenn durch die eingehenden Kartenschlüsse nur 20–25 Sendungen je Zustellbezirk aufkommen. Eine Zustellung kann auch nicht um 7.30 Uhr beginnen, wenn die Hauptmasse der Post erst 7.40 Uhr bei einer Postanstalt eintrifft. Oder welchen Zweck soll ein bis 22.00 Uhr geöffnetes Spätschalter haben, wenn die Sendungen am Aufgabort liegenbleiben, weil keine weitere Abförderermöglichkeit mehr besteht?

Wir erkennen schon daraus, daß ein Verändern der eigentlichen Beförderung in zeitlicher und organisatorischer Hinsicht zwangsläufig auch Änderungen in den genannten Dienstzweigen nach sich zieht. Insofern können wir von einem Primat der Postbeförderung sprechen.

4.1 Beförderungsprozess

Ausgehend von den aufgeführten Gedanken und mit Rück-sicht auf die untragbaren Verhältnisse im Bahnhofsdienst (kurze Haltezeiten, Personalangel, Beschäftigung von Frauen, schwere körperliche Arbeiten, Schonung der Postgüter) müssen die körperlichen Arbeiten im Beförderungsprozess vorrangig mechanisiert werden.

Bei den Vorbereitungen dazu entstehen einige bedeutende Probleme, die sich in erster Linie aus dem Zusammenhang zwischen Bahn und Post ergeben. Hier denke ich an das verständliche Bestreben der Deutschen Reichsbahn, die Reisegeschwindigkeiten — vor allem der D-Züge — durch Verkürzung oder Wegfall von Haltezeiten zu beschleunigen und in der

Perspektive vom Dampfverkehr mit verhältnismäßig langen Zügen immer mehr und mehr zum Triebwagenverkehr mit kurzen, schnellfahrenden, dafür aber auf einer Strecke oft verkehrenden Zügen überzugehen. Damit ist die Mifftnahme unserer Bahnpostwagen gefährdet.

Das bedeutet, daß sich der Verkehr auf Postsonderzüge konzentrieren müßte, die — meist nachts und in den frühen Morgenstunden verkehrend — das Problem des Ladungsaustausches noch schwieriger gestalten würden.

An der Lösung dieses Fragenkomplexes wird zur Zeit noch gearbeitet, ohne daß die geplanten Maßnahmen bereits veröffentlicht werden können.

4.1.1 Briefbeförderung

Beim Briefabfertigungsdienst und bei der Briefbeförderung werden wir völlig neue Wege gehen. Die bisherige Form der Betriebsorganisation muß in diesem Dienstzweig grundsätzlich verändert werden. Die schon kurz angedeutete Konzentration wird es ermöglichen, den Briefverteildienst nach neuen Gesichtspunkten zu organisieren. Mit der manuellen Briefverteilung muß Schluss gemacht werden, an ihre Stelle wird als Übergang zur vollautomatischen Verteilung eine maschinelle Verteilung mit Briefverteilmaschinen treten, bei denen in einem Verteiler die gesamte Post endgültig verteilt wird, ohne daß der Verteiler die Sendung in die Hand nehmen muß. Hiermit in engem Zusammenhang steht das Problem der Markierung der Sendungen nach einem System, das später die automatische Verteilung gestattet. Da die theoretischen Vorarbeiten gut vorangekommen sind, werden wir diesen Fragenkomplex in unserer Zeitschrift in Kürze ausführlich behandeln.

4.1.2 Paket- und Fätschenbeförderung

Nach einem ähnlichen Prinzip der Konzentration — natürlich der Eigenart des Paketverkehrs entsprechend in anderem Rahmen — wird der Paketdienst umorganisiert werden müssen, wobei darauf zu achten ist, daß die Brief- und Paketströme getrennt laufen. Die Paketkonzentrationspunkte werden in einem hohen Grade mechanisiert (Bilder 1 und 2). Im Jahre 1957 erhalten bereits drei Punkte die entsprechenden Anlagen, während in einem Punkt zur komplexen Mechanisierung übergegangen werden kann. Die großen Summen an Investitionsmitteln für diese Anlagen konnten nur deshalb bereitgestellt werden, weil sich unsere Volkswirtschaft planmäßig entwickelt und dem Nachrichtenwesen beim Aufbau des Sozialismus besondere Bedeutung zukommt.

Die Anlagen werden mit den modernsten technischen Mitteln so errichtet, daß später der Einbau elektronischer Steuerungs-

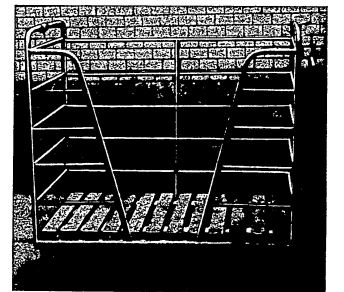


Bild 4. Rollbühnen, System „Jenzen“ (Autof. IFF)

serie und damit auch im Paketumschlagdienst der Übergang zur automatischen Verteilung möglich ist.

Für die Konzentration des Päckchenverkehrs gelten ähnliche Gesichtspunkte.

#### 4.13 Zeitungsbeförderung

Das Befördern der durch die Deutsche Post verteilten Zeitungen und Zeitschriften gehört zu den schwersten Arbeiten. Auch hier müssen wesentliche Erleichterungen geschaffen werden. Der Übergang zum Behälterverkehr sowie die Mechanisierung der Verladearbeiten an bestimmten Punkten wird in diesem Dienstzweig günstige Arbeitsbedingungen schaffen.

#### 4.14 Ladungsaustausch

Der Beförderungsprozeß wird zur Zeit mehr oder weniger oft durch den Austausch (Umschlag) der Ladungsgegenstände auf Bahnhöfen oder Postbahnhöfen unterbrochen (Bild 3). Besonders auf Bahnhöfen haben wir, wie schon dargestellt wurde, den ständigen Kampf mit dem Faktor „Zeit“ zu führen. Inzwischen haben die Betriebserprobungen mit Gabelstaplern und Rollbehältern (System „Jezzen“) begonnen (Bild 4). Die Rollbehälter sind verhältnismäßig leicht und fassen etwa 40 Pakete. Sie werden zusammenklappbar und mit abnehmbarem Fahrgestell konstruiert. Nach unseren Versuchen im Laboratorium wird sich dieser Zweig des Beförderungsdienstes entscheidend ändern lassen. Auch hierüber werden wir noch eingehend in „Die Deutsche Post“ berichten.

#### 4.2 Annahme- und Sonderdienste

Auch im Annahmedienst, der im Blickpunkt der Öffentlichkeit abgewickelt wird, ergeben sich reiche Möglichkeiten, moderne Arbeitsmethoden einzuführen. Hierbei kommt es vor allem darauf an, die Bedeutung der Postkunden zu beschleunigen, die Kassengeschäfte übersichtlicher zu gestalten und die unproduktiven Abschlußzeiten beträchtlich zu verringern. Zu diesem Zweck muß untersucht werden, in welchem Umfang handelsübliche Buchungsmaschinen am Schalter eingesetzt werden können, mit denen die Masse der vorkommenden Geschäftsvorgänge kassen- und buchungsmäßig abgewickelt werden kann.

Natürlich müssen Sendungsarten, die besonderen Sicherheitsbestimmungen unterworfen sind, durch Sonderautomaten behandelt werden. Mit der betrieblichen Erprobung der neuen „Astra“-Annahmemaschine für Postanweisungen und Zahlkarten (Bild 5) wird in wenigen Wochen begonnen. Dieser Buchungsvorrichtung, der alle Arbeitsvorgänge einschließlich des Stempels in sich vereint, wird zu einer wesentlichen Beschleunigung der Schalterabfertigung beitragen.

Das lästige Aufrechnen der Einzahlungsliste B, die Zusammenrechnung beim Einzahlen mehrerer Beträge, die Gebührenverrechnung durch Postwertzeichen, das manuelle Abtrennen des Einlieferungsscheins, das Stempeln — alle diese Tätigkeiten der VEB Zahlkassette werden diese Aufgaben gelöst.

Auch im Postsetzungsvertrieb kommt es auf die Anwendung der neuen Technik an; es gilt hier, serienweise auftretende Rechenarbeiten sowie das Aufstellen und Zusammenstellen von Statistiken mechanisch vorzunehmen.

Der Postcheckdienst ist in verhältnismäßig hohem Maße mechanisiert; hier steht der Ersatz alter Buchungsmaschinen durch neue im Vordergrund.

#### 4.3 Landpostdienst

Im Zuge der neuzeitlichen Organisationsform des Beförderungsdienstes muß auch das System der Landverkrachtung

überprüft werden. Wichtig ist auch hierbei, den höchstmöglichen Grad der Wirtschaftlichkeit zu erreichen, ohne dabei etwa die Maßnahmen hintanzusetzen, die die allmähliche Besichtigung des Unterschlusses zwischen Stadt und Land zum Ziel haben. Der Einsatz geeigneter Fahrzeuge, das Ausnutzen des Laderaumes durch den staatlichen und genossenschaftlichen Handel mit dem Ziel der verbesserten Warenverteilung und die Besichtigung der Neben- oder Hinterfahrarten der Post oder des volkseigenen Kraftverkehrs bei der Personenbeförderung werden hier entscheidende Fortschritte bringen. Es ist aber klar erkennbar, daß wir unser Ziel, mindestens 60% aller Landkraftpostlinien 13mal wöchentlich zu befahren, volkswirtschaftlich nur dann vertreten können, wenn wir in enger Zusammenarbeit mit anderen staatlichen Stellen die dargelegten Mängel beseitigen.

#### 4.4 Zustelldienst

Im Zustelldienst dient die Mechanisierung zwei Zielen:

1. Verkürzen der zu Fuß zurückzulegenden Wegeleistungen,
2. Beschränken der abzutragenden Lasten auf ein Minimum.

Aus diesen Aufgaben ergeben sich zwei Wege: die Einführung des Stützpunktverfahrens und der Übergang zur motorisierten Brigadenstellung. Inwieweit das zweite Verfahren, das sogenannte Rudolstädter Verfahren (wir demnächst ausführlich beschreiben. Die Redaktion), vom ökonomischen Standpunkt bereits jetzt vertretbar ist, wird z. Z. überprüft. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß sich die US-Post an einigen Schwerpunkten eines ähnlichen Zustellsystems bedient.

Die Motorisierung der Land-, Eil- und Telegrammzustellung wird verstärkt vorangetrieben werden.

Zur vielfach erörterten Frage der Hausbriefkästen hat das MPF nach gründlicher Diskussion entschieden, daß das Anbringen von Hausbriefkästen von uns nicht propagiert werden soll. Für diese Entscheidung waren im wesentlichen drei Gesichtspunkte maßgebend:

1. Zu den Aufgaben der Post gehört es in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, mit der Bevölkerung ständig in enger Verbindung zu stehen.
2. Erleichterungen für das Zusteltpersonal sollen nicht auf Kosten der Empfänger geschaffen werden.
3. Durch das Aushändigen von Nachweispост sowie durch den Zeitungsreivorkauf ist nach wie vor ein Aufsuchen des Empfängers notwendig.

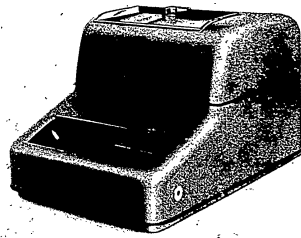


Bild 5. PAV- und ZK-Annahmemaschine „Astra“ des VEB Buchungsmaschinenwerk Karl-Marx-Stadt (Aufn. 1955)

#### 4.5 Fahrzeuge

Die Fahrzeuge, die wir in Kraftfahrzeuge, Handfahrzeuge und Bahnpostwagen

einteilen, sind wichtige Mittel der Mechanisierung; ihnen kommt bei der Durchführung unserer Perspektivpläne große Bedeutung zu.

#### 4.51 Kraftfahrzeuge

Die neue Organisation unseres Betriebsablaufs wird auch den Einsatz neuer Kraftfahrzeuge notwendig machen. Da wir gehalten sind, die von unserer volkseigenen Kraftfahrzeugindustrie konstruierten Serien-Fahrgestelle zu verwenden, besteht unsere Aufgabe darin, posttypische Aufbauten zu entwickeln. Das weitere Motorisieren unseres Dienstzweiges erfordert, auch eine Reihe neuer Fahrzeugtypen zu schaffen, z. B. Mehrzweckfahrzeuge für Briefkastenreinigung, Eil- und Brigadenzustellung, Elektro-Kraftfahrzeuge mit größerem Aktionsradius und höherer Geschwindigkeit, langsam laufende Diesel-Paket-Kraftwagen für die Paketzustellung im bergigen Gelände sowie Hubschrauber für das mechanische Auswechseln der Batterien.

Für alle diese Fahrzeugtypen werden die Betriebsbedingungen und die Lösungsmöglichkeiten entsprechender Konstruktionen in Studienentwürfen zusammengefaßt und über die staatlichen Koordinierungsstellen der volkseigenen Industrie zugeleitet.

#### 4.52 Handfahrzeuge

Auf dem Gebiet der Handfahrzeuge besteht im Hinblick auf die Standardisierung als einer Voraussetzung zur Mechanisierung ein sehr unerfreuliches Bild. Tausende von in Betrieb befindlichen Geräten sind überhaupt nicht typisiert, die übrigen verteilen sich auf über 250 Typen. Aus diesem Grunde ist unser Beschluß, nur noch 15 Typen zu bauen, von großer Bedeutung. Es kommt vor allem Dingen darauf an, das Eigengewicht der Handfahrgeräte bedeutend herabzusetzen und die Rolleigenschaften zu verbessern.

Auch für den Verkauf der Presseerzeugnisse sind moderne und ansprechende Fahrzeuge zu entwickeln. An der Lösung dieser Aufgaben wird gearbeitet.

#### 4.53 Bahnpostwagen

Die Bahnpostwagen haben nach wie vor für die Postbeförderung große Bedeutung, weil wir auf größere Entfernungen unbedingt „schiebentreu“ bleiben wollen. Bei neu anzuschaffenden Bahnpostwagen müssen dann auf alle Fälle die neuen Betriebsbedingungen verwertet werden. Außerdem muß sich das Verhältnis des Eigengewichts zur Nutzlast wesentlich günstiger gestalten. Der Übergang zur Leichtbauweise bei den neuen Wagen wird diesem Ziel dienen.

Der z. Z. im Probebetrieb laufende Bahnpostwagen Post 4 — 1/24,7 weist bereits wesentliche technische und soziale Verbesserungen auf: Lüftung, Druckbelüftung, breitere Schiebestellen, Kofische, Kalkohlrak.

Bei alten Fahrzeugen sind die Belange des Bahnlieferverkehrs zu beachten (Größe der Behälter, Türhöhen und -breiten, Bewegungsmöglichkeit).

#### 5. Schlußbetrachtung

Die Fülle der vor uns stehenden Aufgaben läßt erkennen, daß nur eine intensive, konzentrierte Arbeit an allen Problemen die richtige Lösung sicherstellen kann. Keine Aufgabe darf begonnen werden, ohne vorher den Weistand der Technik auf dem betreffenden Fachgebiet genau erforscht zu haben. Hierbei hilft uns der von uns planmäßig unterstützte Dokumentationsdienst der Hochschule für Verkehrswesen Dresden ganz besonders.

Alle Forschungs- und Entwicklungsaufgaben sind je nach ihrer Bedeutung in die einzelnen Planjahre des Planes „Forschung und Technik“ eingestuft worden. Bis zum Ende des 2. Fünfjahresplanes werden wir einen bestimmten Abschluß der Mechanisierung erreicht haben, so daß wir im 3. Fünfjahrplan in verstärktem Maße zur Automatisierung übergehen können.

## Zur Organisation des Fernmeldebaues

Von Karl SCHREPPER, Dresden

Die im Fernmeldebau anfallenden Arbeiten sind überwiegend Reparatur- und Instandsetzungsarbeiten an den bestehenden Nachrichtenanlagen der Deutschen Post. Außerdem sind neue Freileitungs- oder Kabelverbindungen mit den erforderlichen Nebenanlagen herzustellen. Alle diese Arbeiten können nicht in einem Fabrikraum oder einer Werkstatt, sondern müssen im Stadtbild, längs der Landstraßen oder im freien Gelände — also im Außendienst — ausgeführt werden. Diese genannten Merkmale bestimmen für eine richtige Struktur des Fernmeldebaues vor.

#### Die Größe der Fernmeldebereiche

Neben anderen Bedingungen muß die Zahl der Personen, die die Anleitung für die Arbeit geben und die für die Ausführung der Arbeit verantwortlich sind, größer sein, als es in einem Betrieb mit einer zentralisierten Struktur notwendig ist.

Bis zum Zeitpunkt der Bildung der Meisterbereiche im Jahre 1952 war dies den damaligen Anforderungen entsprechend bei der Struktur der bisherigen Fernmeldebauämter auch der Fall. Diese Bauabteilungen gliederten sich in Bauabteilungen und diese wieder in Bautrupps. Beide konnten personell ungefähr mit den heutigen Meisterbereichen und Brigaden verglichen werden.

Die Aufgaben jedoch, die den Fernmeldemeistern und Brigadiers heute gestellt sind, können mit denen der Bezirksbauführer und Bautruppführer nicht mehr verglichen werden. Die „Verordnung über die Rechte und Pflichten der Meister in den volkseigenen Betrieben“ legt die Aufgaben fest, die an die Meister in den volkseigenen Betrieben gestellt werden.

Danach muß auch im Fernmeldebau der Meister der verantwortliche Leiter der Produktion in seinem Bereich sein. Entsprechend der Eigenart des Arbeitsablaufs im Fernmeldebau bedeutet dies, daß der Fernmeldemeister in seinem Bereich u. a. verantwortlich ist

1. für den organisierten Einsatz seiner Brigaden,
2. für das Einhalten der Leistungsbedingungen,
3. für das Aufstellen von Kostenüberschlägen, die dem wirklichen Arbeitsablauf entsprechen und
4. für die systematische und periodische Durchführung der Unterhaltungsarbeiten in seinem Bereich.

Bei der Bildung der Meisterbereiche im Fernmeldebau wurde dies meiner Meinung nach nicht genügend beachtet. Die Aufgaben des Fernmeldemeisters sind nicht nur größer, sondern vor allem bedeutungs- und verantwortungsvoller geworden. Mit der z. Z. in den meisten Fernmeldebauabteilungen bestehen-

den Struktur der Meisterbereiche und Arbeitsbrigaden kann der Fernmeldemeister die Aufgaben, die ihm durch die Planung, wirtschaftliche Rechnungsführung und Leistungserfassung gestellt werden, nicht in genügendem Maße erfüllen.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß beim Bilden der Meisterbereiche unter „größeren Aufgaben“ nur verstanden wurde, dem Fernmeldemeister entsprechend der höheren Bezahlung mehr Personal und einen größeren Arbeitsbereich zu geben als der ehemaligen Bautruppführer hatte. Sehr häufig wurde so verfahren, daß aus zwei oder drei ehemaligen Bautrupps ein Meisterbereich mit zwei oder drei Brigaden entstand. In der Regel erbob man einen der ehemaligen Bautruppführer zum Fernmeldemeister, während die übrigen Brigadiers dieser Brigaden wurden. Im Grunde nahm man also nur eine Namensänderung der ehemaligen Bautruppführer in Brigadiers vor. Ein Fernmeldemeisterbereich darf jedoch sowohl personell als auch territorial nur so groß sein, daß der Fernmeldemeister die bereits angeführten Aufgaben voll erfüllen kann.

Die Bildung der Arbeitsbrigaden

Beim Bilden der Arbeitsbrigaden wurde meiner Meinung nach auch die Eigenart des Fernmeldebaus nicht genügend beachtet. Wie bereits erwähnt, wurde häufig ein einzelmaliger Bautrupps in „Brigade“ umbenannt. Solche eine Maßnahme kann nicht der Sinn der Brigadenbildung sein. Vielmehr soll doch mit der Brigadenbildung eine Steigerung der Arbeitsproduktivität erreicht werden, und zwar besonders durch das straffe Zusammenfassen der zur Erledigung eines Bauauftrags gehörenden Arbeitskräfte. Dieses Zusammenfassen ist sehr wichtig für das Ziel, den Bauauftrag zu erfüllen. Da der Bauauftrag ein Teil des Betriebsplanes ist, sollte damit das Interesse an dessen Erfüllung verbunden sein.

Die Bildung der Arbeitsbrigaden muß vom technologischen Ablauf der Arbeit bestimmt werden. Das bedeutet, daß nur diejenigen eine Arbeitsbrigade sein kann, die ständig, unmittelbar und an einem Arbeitsort oder Arbeitsabschnitt an einem fest umrissenen Bauauftrag arbeitet. Im Fernmeldebau kann dabei eine nach diesen Gesichtspunkten aufgestellte Arbeitsbrigade zwei bis zwölf, in besonderen Fällen auch mehr Brigademitglieder umfassen und in ihrer Stärke wechseln.

Arbeitsgruppen, die an verschiedenen Bauaufträgen und an verschiedenen Arbeitsplätzen oder Arbeitsabschnitten arbeiten, erfüllen diese Bedingung nicht, sind also auch keine Arbeitsbrigaden, selbst wenn sie als solche bezeichnet werden. Als Vorbild für das Bilden der Arbeitsbrigaden können die seit jeher bestehenden Arbeitskollektive gelten, die zwangsläufig aus dem zweckmäßigsten Arbeitsablauf entstanden waren. Diese Arbeitskollektive bestanden in der Regel beim Sprechstellenbau aus zwei und beim Herstellen einer Lötstelle aus zwei oder drei Arbeitsteilnehmern, die zwangsläufig nicht häufig und traten nur dann auf, wenn z. B. beim Sprechstellenbau für Instandhaltungs- oder Instandsetzungsarbeiten eines größeren Bereichs eine größere Anzahl Arbeitskräfte eingesetzt wurde. Im Arbeitsgebiet Lötter konnte dies z. B. beim Einziehen von hochspannigen Kabeln auftreten. Die Kräftezahl der Arbeitskollektive war jedoch im allgemeinen beständig.

Unter Berücksichtigung dieser Erfahrung wird folgende Brigadenbildung für zweckmäßig gehalten:

Table with 3 columns: Meisterbereich, Anzahl der Brigaden, Anzahl der Mitglieder je Brigade. Rows include Sprechstellenbau Lötter and gemischt.

Die Anzahl der Brigaden und die Anzahl der Mitglieder einer Brigade müssen dabei den produktions-technischen Verhältnissen so angepaßt werden, daß die Zahl der Brigaden innerhalb eines

Meisterbereiches nicht feststehend ist, sondern nach Art und Umfang des Arbeitsauftrages gebildet wird.

Für jede Brigade ist ein Brigadier von der Betriebsleitung zu bestätigen. Einer dieser Brigadiers wird gleichzeitig als sogenannter Hauptbrigadier bestätigt. Dieser tritt dann in Funktion, wenn eine größere Anzahl oder alle Arbeitskräfte eines Meisterbereiches zur Erledigung eines Bauauftrags als eine Brigade eingesetzt werden.

Mit den Brigaden schließt die Betriebsleitung eine Vereinbarung ab, in der die Aufgaben und die Verantwortung des Brigadiers und des Fernmeldemeisters festgelegt sind. Dazu gehört für den Brigadier neben der praktischen Mitarbeit auch die Verantwortung für die Organisation an der Baustelle zur Einhaltung der FBO, der Arbeitsschutzanordnungen usw.

VDE tagte in Frankfurt/Main

Die diesjährige Hauptversammlung des Verbandes Deutscher Elektrotechniker vom 10. bis 15. September in Frankfurt/Main besaß durch die Anwesenheit zahlreicher ausländischer Wissenschaftler internationalen Charakter. In Begrüßungsansprachen wurde betont, daß diese Tagung auch Ingenieure aus Ost- und Westdeutschland zusammenführt. Der Delegation der Deutschen Post gehörten acht Kollegen an.

Aus dem umfangreichen Tagungsprogramm wurden 36 Fachvorträge ausgesucht, die für die Deutsche Post besonders wichtig erschienen. Jeder Delegationsmitglied bekam die Aufgabe, bestimmte Fachvorträge zu besuchen und über den Inhalt, die Diskussion und die sich für die Deutsche Post ergebenden Folgerungen zu berichten. Eine Zusammenfassung sämtlicher Berichte wird allen interessierten Kollegen demnächst einen umfassenden Tagungsüberblick ermöglichen. Die Fachvorträge waren in verschiedene Arbeitsgebiete, z. B. Verkehr und Betrieb in der Vermittlungstechnik, Miniaturtechnik und ihre Bauelemente, Beiträge zur Theorie der Signale, Planung von Richtfunkssystemen für breite Frequenzbänder und Einzelprobleme der Fachtechnik usw. unterteilt. Die Delegationsmitglieder mußten erneut feststellen, daß zahlreiche Spezialgebiete, für die kapitalistische Großbetriebe und westdeutsche Behörden einen größeren Mitarbeiterbestand beschäftigen, in unserer Republik lediglich von einzelnen Fachkräften, teilweise sogar nur als Nebenaufgabe, bearbeitet werden. Der Weltstand der Nachrichtentechnik kann aber nur dann erreicht und überholt werden, wenn sowohl die Erkenntnisse namhafter Wissenschaftler zum Nutzen der Volkswirtschaft ausgewertet als auch die Forschung und Entwicklung größere Möglichkeiten gegeben werden.

Neben dem Besuch der Fachvorträge wurden von der Delegation der Deutschen Post noch verschiedene fernmelde-technische Betriebe und das Fernmeldehochhaus in Frankfurt/Main besichtigt. Die Deutsche Bundespost ist mit modernen Fahrzeugen gut ausgerüstet. Die großen Platzreserven in den fernmelde-technischen Betriebsräumen des Fernmeldehochhauses lassen erkennen, mit welchem Weitblick der Neubau und die Erweiterung fernmelde-technischer Einrichtungen geplant werden.

Der Besuch der VDE-Tagung in Frankfurt/Main gab nicht nur den Delegationsmitgliedern wertvolle Anregungen und Hinweise für die künftige Arbeit, sondern trug auch dazu bei, die Bindungen der Deutschen untereinander zu festigen.

Advertisement for Gabelstapler (forklift) with technical specifications and contact information for Schittkowsky.

Es kann nur derjenige Kollege Brigadier sein, der eine solche Brigade leitet, wie sie vorstehend geschildert ist. Hat er die Leitung von Arbeitsgruppen, die an verschiedenen Orten arbeiten, so ist er kein „echter“ Brigadier. Er wird nie der Motor seiner Arbeitsgruppen sein, weil er nicht praktisch bei diesen mitarbeiten und deshalb auch nicht Vorbild in der Arbeit sein kann. Außerdem ist er dann auch kaum verantwortlich zu machen für die Arbeitsgruppen hinsichtlich der Organisation, der Einhaltung der Arbeitsschutzanordnungen und der Bauvorschriften. Damit entfallen alle wichtigsten Merkmale für einen Brigadier. Wenn er die geschilderten Aufgaben erfüllen soll, kann er nicht außerdem mit Auskundschaften, Materialbereitstellungen und ähnlichen Aufgaben betraut werden.

Die Struktur der Meisterbereiche und die Gliederung der Brigaden sind also für einen rationellen Ablauf der Arbeit von außerordentlicher Bedeutung. Sie haben auch Einfluß auf die ordnungsgemäße Durchführung des Leistungslohnes und dem damit verbundenen Wirtschaftlichkeit.

Welche Aufgaben entstehen dem Fernmeldemeister bei der Anwendung des Leistungslohnes?

Dem Fernmeldemeister muß die Möglichkeit gegeben werden, die Vorgabezeiten für Arbeiten im Leistungslohn vor Beginn der Bauausführung festzulegen. Darunter ist nicht nur ein Hinweis auf Einzelheiten zu verstehen, sondern eine genaue Bestimmung der Arbeitszeit, die für die Ausführung des gesamten

Bauauftrags notwendig ist. Ein exaktes Festlegen der Vorgabezeiten kann nur dann vorgenommen werden, wenn Umfang und Ablauf der Arbeit genau bestimmt sind. Sehr häufig wird der Standpunkt vertreten, daß eine solche genaue Festlegung des Umfanges der Arbeit und der Vorgabezeiten nicht möglich und auch nicht erforderlich sei.

Dieser Standpunkt ist irrig und einer ordnungsgemäßen Anwendung des Leistungslohnes sehr abträglich. Für das Steigern der Arbeitsproduktivität kommt dem Leistungslohn eine besondere Bedeutung zu. Es wird deshalb für notwendig gehalten, im Rahmen dieses Artikels besonders darauf einzugehen.

Ganz abgesehen davon, daß es der bereits im Rahmenkollektivvertrag 1951 gegebenen Richtlinie widerspricht, Leistungslohn mit nachträglicher Festlegung der Vorgabezeiten durchzuführen, ist es vor allem im Interesse der bauausführenden Kollegen notwendig, daß ihnen vor Beginn der Arbeit der Umfang der Arbeiten und die dafür vorgesehene Zeit bekannt sind. Damit wird es dem Fernmeldemeister und den Kollegen erst ermöglicht, die zweckmäßigste Einteilung ihrer Arbeit vorzunehmen. Für Invest- und Generalreparaturarbeiten — besonders bei den erstgenannten — kann dies auch keine besonderen Schwierigkeiten bereiten, weil es sowieso eine unumgängliche Forderung ist, daß für diese Art von Bauaufträgen Kostensüberschläge aufgestellt werden, die dem wirklichen Arbeitsaufwand entsprechen. Um diese Forderung der Investbank erfüllen zu können, muß der Fernmeldemeister seine Kostensüberschläge auf Grund einer sorgfältigen Auskundschaft vor-

Table for Arbeitsunterlagen (work documents) with columns for line, minutes, and cost sheets.

Table for Auszuführende Arbeiten (work to be performed) with columns for work name, minutes, and cost sheets.

nehmen. Für diese Auskundschaft hat sich übrigens ein besonderes Formblatt als Arbeitsunterlagen (hierunter) bewährt. Dieses Arbeitsunterlagen bietet dem Fernmeldemeister und Brigadier eine gute Übersicht über die auszuführenden Arbeiten; sie wird bei Auftragserteilung dem Brigadier mit übergeben. Ein sorgfältig aufgestellter Kostensüberschlag ermöglicht es dann ohne weiteres, die darin festgelegte Bauzeit als Vorgabezeit zu verwenden. Eine tägliche Leistungserfassung ist dann nicht mehr notwendig; sie kann vielmehr mit einem besonderen Lohnschein über mehrere Tage vorgenommen werden. In diesen Lohnscheine brauchen nur die täglich verbrauchte Zeit im Leistungslohn und gegebenenfalls der Zeitlohn eingetragen zu werden. Dieses Verfahren erspart dem Brigadier und dem Fernmeldemeister viel Schreibarbeit. Für die Lohnbuchhaltung und Auftragsabrechnung verringert es die Buchungsaufgaben. Auch bei Instandhaltungsarbeiten kann in gleicher Weise verfahren werden. Allerdings ist dazu erforderlich, bestimmte Durchschnittnormen für Instandhaltungsarbeiten zu ermitteln. Diese Normen sind für jedes Ortsnetz typisch und müssen deshalb von Zeit zu Zeit dem Zustand des Ortsnetzes entsprechend berichtigt werden. Der Beweis, daß es möglich ist, solche Normen zu ermitteln, wurde bereits erbracht. Mit Hilfe dieser Normen ist es dem Fernmeldemeister möglich, auch für Instandhaltungsarbeiten die Vorgabezeiten vor Beginn der Bauausführung festzulegen.

Im Sprechstellenbau besteht ebenfalls die Forderung, die Vorgabezeiten vor Beginn der Arbeiten den bauausführenden Kollegen mitzuteilen. Eine Ausnahme kann nur für die sogenannten Sofortbauaufträge gestattet werden. Hier ist es wiederum Aufgabe des Fernmeldemeisters, bei der Verhandlung mit dem Teilnehmer gleichzeitig auch die Bauausführung auszukundschaften. Nach dieser Auskundschaft kann dann die Vorgabe-

zeit in der Regel durch die Hilfskraft des Fernmeldemasters errechnet werden. Änderungen, die auf Wunsch des Teilnehmers erforderlich sind, führen zu einer Berechtigung der Vorgabezeit. Um die Festlegung der Vorgabezeit im Sprechstellenbau zu vereinfachen, können Normenzeitkataloge mit zusammengefaßten Normzeiten verwendet werden.

In diesem Aufsatz konnten selbstverständlich die angeführten Probleme nicht erschöpfend behandelt werden, wie es auch nicht möglich war, alle Probleme der Organisation des Fernmeldebau zu berühren. Es sollte aber der Anstoß gegeben werden, die Diskussion darüber zu entfachen, um den Weg für eine einheitliche und zweckmäßige Organisation im Fernmeldebau zu bereiten.

### Zu einigen Diskussionen über das Aufteilen des Betriebsplanes in den Betrieben des Post- und Zeitungswesens

Von Heinz FUHRMANN, Berlin

Wir haben in den vergangenen Jahren die Erfahrung gesammelt, daß es nicht genügt, im Betrieb einen Plan aufzustellen, an dessen Erfüllung die Leistung der Kollegen des gesamten Betriebes gemessen wird. Bei dieser Methode weiß die einzelne Dienststelle nicht, in welchem Umfang sie am Plan des Betriebes beteiligt ist und welche spezielle Planaufgabe sie zu erfüllen hat. Daraus folgt, daß die Arbeit des einzelnen oder der Brigade usw. zweifellos ein unplanmäßig durchgeführt wird. Hierin besteht die Gefahr der Lenkung und Leitung unserer Wirtschaft, zu der sozialistischen Produktionsweise. Aus dieser Erkenntnis heraus ist vor allem die volkswirtschaftliche Industrie schon seit Jahren dazu übergegangen, die Planaufgaben der Betriebe auf kleinere Produktionseinheiten (Abteilungen, Brigaden, Verantwortungsbereiche) aufzuschlüsseln.

Bei der Deutschen Post sind wir auf Grund der Schwierigkeiten, die sich aus dem Flächensystem unserer Tätigkeit ergeben, in den vergangenen Jahren auf dem Wege der Planaufteilung nicht oder nur ungenügend vorangekommen. Nachdem jedoch nunmehr ein gewisses Stadium in der Entwicklung unserer Planung erreicht ist und sich die verantwortlichen Funktionäre als erforderliche ökonomische Wissen angeeignet haben, wurde erstmalig für das Jahr 1956 eine Methode zum Aufteilen des Betriebsplanes in den Betrieben des Post- und Zeitungswesens entwickelt und angewandt. Diese von der HVP entwickelte Methode stützt sich auf die Erfahrungen, die im Laufe des Jahres 1955 in einer ganzen Reihe von Betrieben auf diesem Gebiet gesammelt worden sind. Besonders trat dabei das HPA Luthersatz Eisen hervor, dessen System zur Planaufteilung des Betriebsplanes umfaßt und der Vorstellung der Planaufteilung als Teile des Betriebsplans umfaßt und der Vorstellung der Planaufteilung HVP am nächsten kam. Das Anwenden des den Betrieben übermittelten Verfahrens wurde bewußt als unverbindlich verfügt. Im Rahmen gewisser Grundsätze wurde vielmehr Raum für Variationen gelassen, so daß die Eigeninitiative der Kollegen im Betrieb wirksam werden konnte. Damit besitzt das Verfahren der HVP mehr den Charakter einer Empfehlung, und die Praxis hat gezeigt, daß bereits eine ganze Reihe von Änderungen vorgenommen wurden.

Welche Erfahrungen konnten nun in dem halben Jahr, in dem die Betriebspläne aufgeteilt wurden, gesammelt werden? Zunächst ist festzustellen, daß die Aufteilung in allen Betrieben des Post- und Zeitungswesens möglich ist. Das dafür vorgesehene Verfahren ist im wesentlichen anwendbar. Sich ergebende Schwierigkeiten sind in den meisten Fällen subjektiver Natur. Es soll allerdings nicht verschwiegen werden, daß in großen Betrieben eine nicht unwesentliche Mehrarbeit mit der Aufteilung des Betriebsplans verbunden ist, — ein Faktor, der in vielen Fällen von vornherein eine Abmilderung gegen diese Maßnahme

verursacht hat. Wo jedoch ein guter Wille bei den verantwortlichen Funktionären vorhanden ist, da läßt das Verfahren nahezu reibungslos.

Um die noch bestehenden Unklarheiten zu beseitigen, sei nachstehend auf die wesentlichsten Diskussionspunkte und Argumente eingegangen, die sich bei Betriebsbesuchen ergaben:

1. Es wird die Frage gestellt, warum alle Erlöse aufgeteilt werden sollen, und man meint, daß die Erlöse des Post- und Zeitungswesens kaum von den Kollegen beeinflussbar seien. Besser wäre doch, nur die beeinflussbaren Erlöse aufzuschlüsseln.

Würde man das tun, dann könnte man die Kollegen in den einzelnen Dienststellen nicht an der Erfüllung des Gesamtplanes interessieren und somit keine Verbindung zwischen dem Plan des Verantwortungsbereiches und dem Betriebsplan schaffen. Ein Zurückbleiben in den weniger beeinflussbaren Positionen würde zweifellos zur Nichterfüllung der Aufgaben des Betriebes führen. Durch das Aufteilen der gesamten Erlöse kann jedoch beim Zurückbleiben der weniger beeinflussbaren Erlöse sofort um die Übererfüllung der erheblich beeinflussbaren Erlöse gekämpft werden, um den Gesamtplan zu erfüllen.

Damit wird eines der wesentlichsten Ziele der Planaufteilung, die Erfüllung des Gesamtplanes, erreicht.

2. Andere Kollegen argumentieren so, daß die Planaufgaben nur dann bei dem Leiter des Verantwortungsbereiches auf Verstandnis stoßen, wenn sie genau festgelegt sind. Das sei aber aus verschiedenen Gründen nicht immer möglich und damit ergäben sich ständig Rückfragen dieser Kollegen in bezug auf die entstehenden Abweichungen zwischen dem Plan und dem Ist. Der Sinn der Planaufgaben des Verantwortungsbereiches wäre nicht erkennbar.

Dieses Argument ist insoweit richtig, als es sich auf die größtmögliche Genauigkeit der Planaufgaben der Verantwortungsbereiche bezieht. Aber haben wir andererseits nicht schon viel erreicht, wenn die Leiter der Verantwortungsbereiche überhaupt kommen und Aufklärung verlangen? Wird durch diese Kontrolle von unten nicht auch die Arbeit des Planungsleiters und damit die gesamte Planungsarbeit im Betrieb verbessert werden? Es sollte doch wohl keinen Planungsleiter geben, der diese Kontrolle seiner Arbeit, die durch die Planaufteilung allen Kollegen sichtbar wird, nicht als gut und notwendig anerkennt. Wir erreichen mit der Planaufteilung also ein weiteres Ziel: Alle Kollegen des Betriebes werden an die Planungsarbeit herangezogen.

3. Weiter wird die Zweckmäßigkeit der Kostenaufteilung angezweifelt, weil die Beeinflussbarkeit der Kosten relativ gering sei.

In kleinen Verantwortungsbereichen können natürlich meist auch nur geringe Kosten eingespart werden. Dabei wird es sich in erster Linie um Gemeinkosten handeln. Anders dagegen in großen Verantwortungsbereichen: Hier ist durchaus auch eine Lohnsummenersparnis durch Umorganisation des Dienstleistungs usw. möglich. Sei die eingesparte Summe jedoch groß oder klein, jeder sollte sich den Satz: „Spare ... mit jedem Pfennig ...“ vor Augen halten. Er wird dann selbst zu dem Ergebnis kommen, daß jede in 10000 Verantwortungsbereichen eingesparte Mark auch 10000 DM ergibt.

Die Kostenaufteilung hat noch eine andere Seite. Sie gibt den Kollegen im Betrieb die Möglichkeit, zu erkennen, inwieweit sie ohne Mehrkosten höhere Leistungen vollbringen können und zur Stärkung des Prinzips der sparsamen Verwendung der Mittel beigetragen haben.

Daß darüber hinaus auf diesem Wege auch eine Kontrolle von unten über die zweckmäßige Verwendung der Mittel einsetzt, dürfte jedem klar sein.

Die angeführten Punkte mögen genügen, um noch einmal die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit zu erläutern, den Betriebsplan aufzuteilen. Die Diskussion sollte daher nicht mehr um die Frage „Aufteilung oder nicht“, sondern nur noch um die ständige Verbesserung der anzuwendenden Methoden geführt werden.

## Über das Ausgestalten von ÖTelex

Von Rudolf NAGEL, Leipzig

Zweifellos verdient Leipzig seiner Funktion als Messestadt in erster Linie den internationalen Charakter vieler öffentlicher Einrichtungen. Ebenso sicher ist es eine Frage staatlichen Prestiges, daß sich das Nachrichtenwesen der Deutschen Post diesem Niveau angleicht. Dies gilt auch für den Telexverkehr.

### Einleitung

Der Telexverkehr hat in der ganzen Welt sein Anfangsstadium der Entwicklung überschritten, wobei nicht zu verkennen ist, daß unsere Republik zahlenmäßig „mithält“ und auch in der Telextechnik den Anschluß an das Weltniveau gewonnen hat. Das Netz der Teilnehmer ist bei uns aber noch sehr weitmaschig und demgemäß das Bedürfnis nach öffentlichen Telexstellen (ÖTelex) gering. Das ändert sich jedoch schlagartig, wenn, wie zur Leipziger Messe, der internationale Handel friedliche Triumphe feiert und die Geschäftsläute der Welt größten Wert auf schnelle Telexverbindungen mit ihren Heimatorten legen. Dem Bedarf entsprechend unterteilt die Deutsche Post

zur Herbstmesse 1952 1 ÖTelex, zur Herbstmesse 1953 4 ÖTelex, zur Herbstmesse 1954 18 ÖTelex, zur Herbstmesse 1955 20 ÖTelex, zur Herbstmesse 1956 17 ÖTelex und zur Frühjahrsmesse 1956 22 ÖTelex.

Nachdem Standortveränderungen in einigen wenigen Fällen auch eine günstigere Auslastung der Kabinen durch schwerpunktmäßige Streuung sicherstellen, zeichnet sich bereits zusätzlicher Bedarf für 1957 ab. Das verdunstet nicht, wenn man hört, daß der durchschnittliche Telexverkehr allein von der Frühjahrsmesse 1955 bis zur Frühjahrsmesse 1956 auf 220% gestiegen ist, gleichviel beziehend für die steigende Bedeutung des Telexverkehrs wie die der Leipziger Messe. Aber auch außerhalb solcher Mammut-Veranstaltungen wird man künftig bei zentraler Kultur- und Verkehrsbauteilen nicht mehr den Einbau von Telexkabinen überschauen dürfen. In Leipzig ist (wie auch in Berlin, Dresden und Halle) bereits jetzt ein ÖTelex das ganze Jahr über täglich geöffnet, und zwar in der Westhalle des Hauptbahnhofes. Im neubauten 100000-Mann-Stadion des Sportforums sind 8 Kabinen für Reporter und im zugehörigen Sonderpostamt eine für die Öffentlichkeit eingerichtet. Im zur Zeit in Projektierung befindlichen Europa-Hotel am Hauptbahnhof wurden ebenfalls mehrere Kabinen in das Raumprogramm aufgenommen, desgleichen eine für die neue Empfangshalle des Flughafens.

Leipzig kann also bezüglich Anordnung, Ausführung, Bemessung, Einrichtung und Popularisierung der Kabinen auf eine gewisse Erfahrung zurückblicken, die im Hinblick auf künftige Projekte in anderen Städten weitere Kreise der Deutschen Post interessieren werden.

### Standort

Es wird sich als notwendig erweisen, in den nächsten Jahren zumindest in den Städten mit mehr als 100000 Einwohnern bzw. in allen Bezirksstädten wenigstens je eine ÖTelex zu unterhalten. Darüber hinaus ist der Bedarf zu prüfen bei Zentralbahnhöfen und Flughäfen mit nationalem und internationalem Reiseverkehr, an Städten nationaler und internationaler Kultur- und Sportveranstaltungen, an Konferenzzentren usw.

In allen Fällen sollten die Einrichtungen in räumlicher Verbindung mit Postämtern oder Sonderpostämtern oder in deren unmittelbarer Nähe angeordnet werden, weil sie erfahrungsgemäß von Fremden dort zuerst gesucht werden.

\*) Statistische Zahlen einiger europäischer Länder (Stand Anfang 1956):

| Land                            | Telexbetrieb | Teilnehmerzahl |
|---------------------------------|--------------|----------------|
| Belgien                         | autom.       | 520 Tln        |
| Dänemark                        | autom.       | 800 "          |
| Deutsche Bundesrepublik         | autom.       | 14 000 "       |
| Deutsche Demokratische Republik | autom.       | 1 000 "        |
| Finnland                        | Hand         | 370 "          |
| Frankreich                      | Hand         | 600 "          |
| Großbritannien                  | autom.       | 2 000 "        |
| Irland                          | autom.       | 250 "          |
| Italien                         | Hand         | 30 "           |
| Niederlande                     | Hand         | 1 250 "        |
| Norwegen                        | Hand         | 350 "          |
| Österreich                      | Hand         | 4 000 "        |
| Polen                           | Hand         | 300 "          |
| Portugal                        | Hand         | 500 "          |
| Schweden                        | autom.       | 710 "          |
| Spanien                         | autom.       | 950 "          |
| Schweden                        | autom.       | 20 "           |
| Sowjetunion                     | autom.       | 800 "          |
| Ungarn                          | autom.       | 100 "          |



Bild 1. In die Schalterhalle des Sonder-PA „Franz-Mehring-Haus“, Leipzig, eingebauter ÖTelex-Kabine (Autn. Eng-geselle, Leipzig)



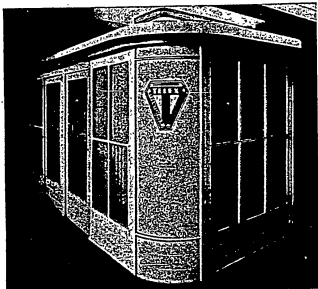


Bild 2. Eine Doppelkabine im Treppenhause des Ringgeschäuses in Leipzig (Aufn. Tagesselt, Leipzig)

**Bemessung**

Eine OTelex besteht aus einer oder mehreren Kabinen und dem entsprechenden Warte- und Vorraum. Die Größe der Kabinen ist abhängig von der Ausstattung und den Arbeitschutzanordnungen. Die Ausstattung verlangt eine Grundfläche von minimal 5,0 qm, maximal 7,5 qm. Nach der Arbeitschutzanordnung ist je Arbeitsplatz 15 cm Raumvolumen sicherzustellen (bei 3 m Raumhöhe also 5 qm und bei 2,50 m Raumhöhe 6 qm Grundfläche). Das Verhältnis der Seitenlängen zueinander ist von untergeordneter Bedeutung und im allgemeinen vom verfügbaren Raum sowie von der Lage der Fenster und Türen abhängig. Beständig des Raumvolumens ist jedoch zu beachten: Neben der Kollegen halten sich am Arbeitsplatz z. T. über größere Zeiträume hinweg ein bis zwei weitere Personen als Telexkunden in der Kabine auf, womit naturgemäß ein erhöhter Sauerstoffverbrauch verbunden ist. Da nur in wenigen Fällen das Einrichten einer Kabine mit 10 bis 15 qm Grundfläche möglich sein wird, kommt einer einwandfreien Frischluftzufuhr erhöhte Bedeutung zu. Eine mechanische Lüftungsanlage wird

nur bei einer Vielzahl von nebeneinanderliegenden Kabinen rentabel, es sei denn, der Anschluß an eine vorhandene Anlage ist erreichbar. Sonst sollte unter allen Umständen ein ins Freie führendes Fenster mit Lüftungsflügel Bedingung für die Wahl des Standorttes sein. Entlüftung nach der Schalterhalle, nach Treppenhäusern oder ähnlichen Räumen und Ventilatoren usw. als Behelf können nur bei kurzfristig besetzten Kabinen (Sportveranstaltungen, Tagungen usw.) eine brauchbare Lösung sein. Als leichte Türbreite genügt normalerweise 0,70 m, weil auch die häufig produzierten Standgehäuse der Blattschreiber entsprechend auseinanderzunehmen sind.

Für den Vor- und Warte- und Vorraum ist unabhängig von der Anzahl der Kabinen eine Fläche von rund 10 qm als ausreichend zu betrachten, wobei eine Annäherung an die quadratische Form wünschenswert ist.

**Ausführung**

Die Ausführung der Kabinen ist weitgehend eine Gestaltungsfrage, weil technisch nur wenige Bedingungen zu erfüllen sind. Der Telexkunde spricht im Gegensatz zum Fernsprechkunden fast nur gedämpft, so daß der Schalldämmung nicht so hohe Bedeutung zukommt. Von besonderen Maßnahmen (Isolierschichten, doppelte Verglasung usw.) kann also im Normalfall abgesehen werden. Dagegen sind natürlich direkte Öffnungen nach dem Vorraum, nach der Schalterhalle usw. (Lüftung) zu vermeiden; denn das Fernmeldegeheimnis ist unter allen Umständen zu wahren.

Beim nachträglichen Einbau von OTelex in bestehende Bauten, in Schalterhallen (Bild 1), Bahnhöfe, Empfangshallen von Flugplätzen, Messchäuser u. dgl. wird sich die Massivbauweise aus architektonischen Gründen meistens verbieten. Es kommen hier vorwiegend Glastkabinen in Holz- oder Leichtmetallkonstruktion in Frage. Die Verglasung soll aus einem undurchsichtigen Dekorationsglas bestehen, sofern nicht aus Repräsentationsgründen Fensterglas mit Tüll-Dekoration gewählt wird (Bild 2).

Auch Massivkabinen sollte man immer mit einer repräsentativen Glastür versehen.

Eine Zwischendecke in 2,5 bis 3,0 m Höhe kommt überall dort in Frage, wo sich die Raumhöhe der Halle, in der sich die Kabine befindet, nicht mit der verhältnismäßig geringen Kabinengrundfläche in Einklang bringen läßt bzw. wo ein Höherziehen der Kabinenumfassung unwirtschaftlich ist oder unsinnig wirkt.

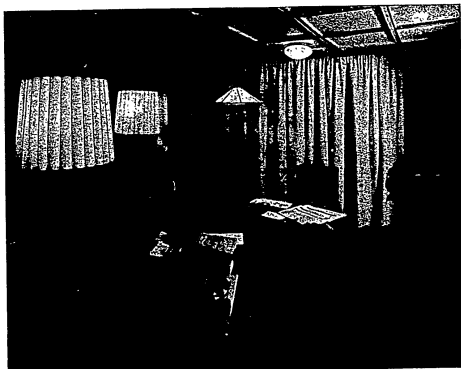


Bild 3. Warte- und Vorräume des OTelex in der Westhalle des Leipziger Hauptbahnhofs (Aufn. Tagesselt, Leipzig)

Heizung, Beleuchtung, Fußbodenbelag sind so einzurichten, daß sie den an einen ständigen Arbeitsplatz zu stellenden Anforderungen gerecht werden.

**Einrichtung**

Da sich der Telexkunde bis zu einer Stunde und länger in der Kabine aufhält, soll sie eine gewisse Gemütlichkeit ausstrahlen. Die Behandlung der Waud- und Deckenflächen und die Ausstattung und entsprechend zu wählen (Bild 3).

Der Arbeitsplatz für die Telexkraft besteht aus dem Gerät im Standgehäuse oder auf einem Spezialtisch mit 0,5 x 1,0 m großer Platte, dem seitlichen Rollschrank für das Arbeitsgerät und dem Drehstuhl. Ferner sind eine Arbeitsplatzleuchte, ein Fernsprechanhänger sowie eine Tischuhr mit Sekundenzeiger, am besten als Stoppuhr, für die Gebührenbemessung erforderlich. Die Uhr ist zweckmäßigerweise auf einem verstellbaren Konsolbrett oberhalb des Gerätes an der Wand anzuordnen, um Schädigungen durch die vibrierende Tischplatte zu vermeiden.

Für die Telexkunden und ihre Begleiter sind ein bis zwei bequeme Sessel oder Sessel und Hocker sowie der immer wieder geforderte Kleintisch für Aktenablage erforderlich, daneben Kleiderablage, Papierkorb, Ascher.

Als Raumbeleuchtung wurden in Leipzig Ständer-, Tisch- oder Wandleuchten vielfach der Deckenleuchte vorgezogen. Alle Netzanschlüsse für Blattschreiber und Leuchten erhalten Schuko-Steckdosen. Fensterdekorationen aus Textilien oder Plaste, Bild- und Blumenschmuck werden in den meisten Fällen die Ausstattung vervollständigen müssen (Bild 4).

Im Warte- und Vorraum ist die gleiche Ausstattung für das Publikum notwendig, jedoch sollen mindestens drei Sitzplätze und eine Schreibgelegenheit vorhanden sein.

Bei mehreren Kabinen muß ein Garderoberraum für Personal mit Waschgelegenheit vorgesehen werden, wenn nicht die gemeinsame Nutzung mit an gleicher Stelle tätigen Personal möglich ist.



Bild 4. Innenansicht des Warte- und Vorräume des transportablen OTelex (Telex-Pavillon) auf dem Markt in Leipzig (Aufn. Tagesselt, Leipzig)

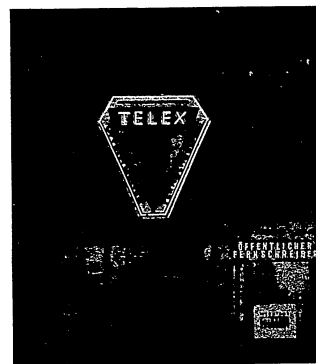


Bild 5. Neues Emblem über der OTelex Leipzig Hauptbahnhof (Aufn. Tagesselt, Leipzig)

**Popularisierung und Kennzeichnung**

Öffentliche Telexeinrichtungen sind fast nirgends soweit bekannt, daß man auf Hinweise im größeren Umfang verzichten könnte. Es sind deshalb die Mittel der Postgewerbetreibenden weitgehend auszunutzen. Darüber hinaus sollten im Benehmen mit den kommunalen Stellen Standorthinweise an allen Verkehrsstellen, an Bahnhöfen, Straßenbahn- und Omnibus-Wartehäuschen, in Hotels usw. angebracht werden. Die Kennzeichnung am Objekt selbst soll auffallend sein. Zweckmäßig wird hierfür Neonlicht, am besten mit Blinkereinrichtung, in Anspruch genommen. Die Kennzeichnung durch Standbild soll einheitlich sein. Der Verfasser hat hierfür ein Emblem entworfen, das sich im dritten Jahr seiner Anwendung in Leipzig insbesondere zur Messe stark eingebürgert hat (Bild 5).

**Schluß**

Der Aufbau und die Einrichtung von Telexkabinen waren für Leipzig Neuland. Dabei wurde bewußt experimentiert und in vielen Varianten individuell der Angewandtheit in der Umgebung gesucht. Raum gelassen wurde dabei auch in einzelnen geeigneten Fällen einer gewissen modischen Kühnheit oder einer anheimelnden Intimität. Hierbei sollte der Rahmen einer postalischen Stelle im modernen Stil allerdings nicht gesprengt werden. Das scheint auch bei einer vom Verfasser entworfenen transportablen und zusammenlegbaren Spezialkabine aus Alt-Rohrkonstruktion mit aufgespannter Plüschdecke und einer Doppelwandung aus Plüsch und Plastikfolie gelungen zu sein, die bereits für eine ausländische Messe nachgebaut wird.

Wenn auch alle Erfahrungen nicht ohne gelegentliche kleinere Fehlschläge zusammengetragen werden konnten, so läßt doch die fast unbeschränkte Anerkennung der zum Teil anspruchsvollen Messebesucher aus aller Welt sowie des international erfahrenen Massentourismus vermuten, daß sich die Deutsche Post hierbei auf dem richtigen Wege befindet.

**Defizit der USA-Post**

Washington. Wie der USA-Postminister *Summerfield* bekanntgab, hat die Postverwaltung der Vereinigten Staaten von Nordamerika ein jährliches Defizit von 450 Millionen Dollar.

### Neue Methoden zum Gewinn von Abonnenten für Fachzeitschriften

Von August RÜCKERT, Berlin

Der Postzeitungsvertrieb, dem die wichtige Aufgabe des Pressevertriebs in der Deutschen Demokratischen Republik seit 1949 übertragen ist, hat die Zahl der Leser von Tages- und Wochenzeitungen mit Hilfe von Weltweitern ständig erhöht. Jedes Jahr sind von unseren Brief- und Zeitungsstellen bis zu 400000 neue Abonnenten allein für Tageszeitungen gewonnen worden. Diese planmäßige Steigerung der Zeitungsauflagen wird fortgesetzt und dank der Unterstützung durch die Parteien, Massenorganisationen und Verlage auch mit neuen Methoden weiterentwickelt. Demgegenüber liegt die Werbung für wissenschaftliche Zeitschriften und Fachzeitschriften weit zurück. Diesem Mangel, der sich als Hemmnis für die ideologische und fachliche Qualifikation der Kadre erweist, soll der Betriebsbeauftragte für Pressewerbung abhelfen.

#### Einleitung

Die Entwicklung im Vertrieb der wissenschaftlichen Zeitschriften und der Fachzeitschriften ist unbefriedigend, obwohl in der Deutschen Demokratischen Republik (neben 51 Tages- und 67 Wochenzeitungen) 388 Fachzeitschriften und wissenschaftliche Zeitschriften erscheinen. Darüber hinaus sind an westdeutschen und ausländischen Presseverlagen in (Stück) bei uns im Handel:

Aus Albanien 24, aus Bulgarien 100, aus China 91, aus der Mongolei 20, aus Polen 346, aus Rumänien 165, aus der Sowjetunion 850, aus der Tschechoslowakei 371, aus Ungarn 247 sowie aus der Bundesrepublik und aus dem kapitalistischen Ausland 186.

Das Angebot ist damit groß genug, um fast jedem Werktätigen „seine“ Fachzeitschrift bereitzustellen. Jedoch — und das ist das A und O bei der Fachzeitschriftenwerbung — die meisten Leser wollen individuell beraten und gewonnen werden.

Dies war bisher leider nicht immer möglich, weil die Kolleginnen und Kollegen im Zustelldienst nicht alle die dazu erforderliche Qualifikation besitzen.

Außerdem ließen die leitenden Funktionäre im Post- und Zeitungsvertrieb ihre entsprechende Unterstützung auf diesem Gebiete völlig vernachlässigen. Man darf aber auch nicht verkennen, daß die Werbung schon allein durch die zahlreichen Fachgebiete problematisch ist. So erscheinen z. B. für die Gebiete Land- und Forstwirtschaft allein 30 Fachzeitschriften, für technisches Allgemeinwissen 12, für Gesellschaftswissenschaften 26, für Kultur 17 und für Gesundheitswesen 22.

Während sich die Werbung für Tages- und Wochenzeitungen durch die Brief- und Zeitungsstellen in den Haushalten leichter organisieren und durchführen läßt, steckt also die Werbung für wissenschaftliche Zeitschriften und Fachzeitschriften durch die Deutsche Post noch in den Anfängen.

#### Die Zentrale Zeitschriftenwerbung

Den Hauptanteil an der bisherigen Werbung von Abonnenten für Fachzeitschriften kann die Zentrale Zeitschriftenwerbung (ZZW) für sich verbuchen. Diese vor fünf Jahren von den Verlagen der Deutschen Demokratischen Republik gegründete Organisation, die dem Verlag „Die Wirtschaft“ als Abteilung unterstellt ist (der Verlag „Die Wirtschaft“ gibt allein 50 Fachzeitschriften heraus), hat in ihrer bisherigen Tätigkeit Hunderttausende neuer Besteller für Fachzeitschriften gewonnen. Sie hat nicht nur die Aufgaben vieler Objekte verbreitet und damit die Wirtschaftlichkeit gesichert, sondern auch den normalen Leserspruch der Fachzeitschriften ständig aufgefangen. Denn mit dem Wechsel eines Arbeitsplatzes ist häufig eine Berufsveränderung verbunden, die sich natürlich auch auf den Fachzeitschriftenbezug auswirkt. Diese Fluktuation macht eine ständige Werbung notwendig, um die Auflagen der Fachzeitschriften stabil zu erhalten. Die Werbeabteilung der Zentralen Zeitschriftenwerbung führt im Zusammenhang mit den verantwortlichen Stellen des Staatsapparates und der Massenorganisationen zentrale Werbungen durch, während die Aufgabe der Außenbeauftragten in der individuellen Beratung und Überzeugung der Interessenten besteht.

#### Der Perspektivplan für das Post- und Zeitungsvertriebswesen

Im Perspektivplan für das Post- und Zeitungsvertriebswesen haben wir uns nunmehr die Aufgabe gestellt, die Werbung für Fachzeitschriften durch die Zusteller umfassend zu organisieren und Annahmestellen für Abonnenten von Fachzeitschriften in den Betrieben, Verwaltungen, Institutionen, in Maschinen-Traktoren-Stationen, Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und Volksigen Gütern einzurichten. Für die Werbeabteilung in den Annahmestellen sollen Betriebsbeauftragte eingesetzt oder gesellschaftliche Werber gewonnen werden. Die BPF schaffen bereits in ihren Bezirken in einigen Betrieben solche Beispiele, und die Ergebnisse werden uns zeigen, welche Mittel und Methoden die geeignetsten sind, um auf breiter Grundlage eine solche Werbung durch Betriebsbeauftragte zu organisieren. Aber auch die Brief- und Zeitungsstellen, die täglich mit der Bevölkerung in Berührung kommen, müssen sich qualifizieren und sich auf die Werbung für wissenschaftliche Zeitschriften und Fachzeitschriften einstellen. Daß es aus demselben nicht an Vorbildern mangelt, zeigt ein Artikel aus der sowjetischen Zeitschrift „Pressewerbung und Vertrieb“, Heft 3, 1955, in dem der Leiter des Postzeitungsvertriebs der Dnjeprrotstrowsker Verwaltung für Post- und Fernmeldewesen zum Problem der Pressewerbung durch Betriebsbeauftragte wie folgt schreibt: „Die Parteiorganisation der Solchenawalstraße des Derschinski-Werkes hat vor sechs Jahren den Obermeister der Walzendreherei, Genossen Latsyschow, beauftragt, als gesellschaftlicher Pressewerber tätig zu sein. Jetzt beziehen 132 Arbeiter dieser Abteilung 125 Exemplare Zeitungen und Zeitschriften. Hier ist der Bericht des Genossen Latsyschow über seine Arbeit:

„Das Interesse der Arbeiter an Zeitungen und Zeitschriften ist sehr groß, aber es wäre falsch anzunehmen, daß man das Abonnieren der periodischen Presse dem Selbstakt überlassen könnte. Oft ist es so, daß der Arbeiter einfach keine Zeit hat, zur Post zu gehen und ein Abonnement abzuschließen oder daß er nicht weiß, welche Zeitung oder Zeitschrift er am besten abonnieren sollte und wieviel sie kostet. Hier muß der gesellschaftliche Pressewerber helfend eingreifen. ... Meine Rolle ... bestand darin, den Arbeitern bei der Auswahl der Zeitungen und Zeitschriften zu helfen und das Abonnement abzuschließen. Ich habe stets einen Zeitungs- und Zeitschriftenkatalog und das Quittungsbüchlein bei mir. Wir achten darauf, daß neue Genossen, die in unsere Werksabteilung kommen, ebenfalls Besitzer von Zeitungen und Zeitschriften werden.“

Solche aktiven Pressewerber wie den Meister Latsyschow, die täglich mit den Massen arbeiten, gibt es bei uns im Gebiet Hunderte. Sie wurden zur Hauptstütze der Post bei der Durchführung der Abonnentenwerbung für Zeitungen und Zeitschriften.“

#### Weitere Vorschläge zur Verbesserung der Werbearbeit

Da der weitaus größte Teil der Werktätigen noch nicht mit der Fachzeitschrift arbeitet, ja noch nicht einmal die zutreffende Fachzeitschrift kennt, und die Erfüllung unserer Werbepläne qualifizierte Menschen erfordert, muß besonders Wert auf die Werbung von Lesern gelegt werden. In den Richtlinien zum Ministerratsbeschuß vom 24. 3. 1954 heißt es deshalb:

„Es ist notwendig, daß in den Betrieben und Verwaltungen eine organisierte Werbung für Fachliteratur (Fachzeitschriften, Fachbücher usw.) durchgeführt wird.“ Dieser Beschluß muß nunmehr schnellstens durchgeführt werden!

#### a) Spezielle Maßnahmen der Betriebe der Deutschen Post

1. Die Deutsche Post gewinnt in Zusammenarbeit mit den Leitungen der Volkseigenen Betriebe und Verwaltungen, der Parteien und Gewerkschaften Betriebsbeauftragte für die Werbung von Abonnenten für Fachzeitschriften. Die Abteilungsleiter in den BPF sowie die Abteilungsleiter und Stellenvorsteher in den Postbetrieben setzen sich mit den genannten Institutionen ihrer Arbeitsbereiche in Verbindung, legen die Fachgebiete fest und versehen die Betriebsbeauftragten mit dem notwendigen Werbematerial und den Bezugsbedingungen. Als materieller Anreiz ist den Betriebsbeauftragten zunächst die Werbegeldhöhe zu geben, die auch von den Verlagen der Deutschen Post gewährt wird.

2. Die leitenden Funktionäre des Post- und Zeitungsvertriebs sorgen für die fachliche Weiterbildung der Brief- und Zeitungsstellen auf dem Gebiete der individuellen Werbung für Fachzeitschriften und leiten sie ständig an.

3. Die Zustellung und Kassierung sind so zu verbessern, daß den Wünschen der Bevölkerung entsprochen wird und Beschwerden der Leser vermieden werden. Die Bestellung und eventuelle Nachlieferung sind so gewissenhaft auszuführen, daß der Leser in jeder Beziehung mit der Arbeit der Deutschen Post zufrieden ist.

Die Wiedergewinnung „abgesprungener Abonnenten“ ist auch eine wichtige Aufgabe. Sie soll nicht allein den Zustellern überlassen bleiben, sondern auch Stellenvorsteher und Abteilungsleiter müssen hierbei helfend einspringen.

4. In den Postzeitungsvertrieben sind sozialistische Wettbewerbe für die Abonnentenwerbung der Fachzeitschriften zu organisieren, und in den Betrieben und Verwaltungen sollen die Probleme der Pressewerbung in den Versammlungen erörtert werden.

#### b) Spezielle Maßnahmen der Zentralen Zeitschriftenwerbung

1. Die Zentrale Zeitschriftenwerbung wird die Bemühungen der Deutschen Post in jeder Hinsicht unterstützen. Die Mit-

arbeiter des Außenpostes in den Betrieben und Kreisen sind angewiesen, in engster Zusammenarbeit mit den Postkollegen die Werbung in den Betrieben zu organisieren und sich besonders auf bestimmte Schwerpunkte in den Betrieben und Verwaltungen zu konzentrieren. Überschneidungen in der Werbung müssen vermieden werden.

2. In Zusammenarbeit mit den Verlagen wird die Zentrale Zeitschriftenwerbung einen Werbeprospekt für alle Fachzeitschriften herausbringen, der den Betriebsbeauftragten und den Zustellern der Deutschen Post die Werbung erleichtert.

3. Die Zentrale Zeitschriftenwerbung sollte mit den zuständigen Fachministerien und im besonderen mit dem Ministerium für Arbeit, Abteilung Berufsausbildung Maßnahmen beraten und durchführen, damit die verantwortlichen Mitarbeiter des Staats- und Wirtschaftsapparates die Werbung durch die Deutsche Post und durch die Zentrale Zeitschriftenwerbung in Zukunft besser unterstützen. Daneben läßt ein höherer materieller Anreiz für die Betriebsbeauftragten und auch für die Zusteller auf einen größeren Erfolg bei der Werbung hoffen.

#### c) Spezielle Maßnahmen der Hauptverwaltung Post- und Zeitungsvertriebs

Die HVP sollte auf den nächsten Arbeitstagen der Abteilungsleiter P und ZF einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch durchführen, um an Hand der Beispiele und der Entwicklung der Werbung weitere Anregungen zu vermitteln bzw. mit den entsprechenden Organen über neue Maßnahmen beraten zu können.

#### Schlußbetrachtungen

Die Einsicht in die Notwendigkeit der Fachzeitschriftenwerbung scheint bei den meisten unserer Postangehörigen vorhanden zu sein. Jetzt kommt es auf das Wie an, auf die Mittel und Methoden der Werbung. Sie hängen unmittelbar von den Kenntnissen und Fähigkeiten der Menschen ab, die im Post- und Zeitungsvertriebs tätig sind oder diesen Dienstzweig anleiten. Der einen Möglichkeit, Betriebsbeauftragte für Pressewerbung auszubilden und in die Betriebe, Verwaltungen, Institute und Schulen zurückzuschicken, sollte jedoch stärkste Beachtung geschenkt werden.

### Belastungsausgleich bei Fernsprechvermittlungstellen (VStW)

Von Paul RAMMLER, Leipzig

Besonders in größeren VStW hat sich durch den ungleichmäßigen Zu- und Abgang von Teilnehmern eine unterschiedliche Auslastung der verschiedenen Vorwähler-Hunderterte ergeben. Einzelne Hunderte sind überlastet, andere sind nicht aufnahmefähig, und zwar gemessen an der Verkehrsmenge. Die Zahl der bedienten Vorwähler stellt also nicht das Kriterium für die Auslastung eines Vorwähler-Hunderterte dar. Um eine maximale Auslastung der vorhandenen Kapazitäten an Anrufstellen zu ermöglichen, zeigt der Verfasser einen Weg, wie Belastungsausgleich durchgeführt werden können.

#### Einleitung

In einer VStW fließt der gesamte abgehende Verkehr von den I. VW den nachgeordneten technischen Einrichtungen zu. Die I. VW-Ausgänge sind in einer „Mischung“ zusammengefaßt; die Abnehmerschaltglieder können I. GW oder auch II. VW sein. Eine bestimmte Anzahl von I. VW bildet jeweils ein Zubringer-Element. Jeder Mischungsaufbau geschieht grundsätzlich so, daß ein gleichstarker Verkehr der Zubringerbündel vorausgesetzt wird und die Abnehmerschaltglieder dem gesamten Mischungsfeld gleichmäßig zugeordnet werden. Selbstverständlich wird die Anzahl der I. VW nicht beliebig gewählt, sondern ist durch die Abnehmerschaltglieder des gesamten Mischungsfeldes festgelegt. Die I. VW sind in der Regel in der Anzahl der Abnehmerschaltglieder des gesamten Mischungsfeldes festgelegt. Die I. VW sind in der Regel in der Anzahl der Abnehmerschaltglieder des gesamten Mischungsfeldes festgelegt. Die I. VW sind in der Regel in der Anzahl der Abnehmerschaltglieder des gesamten Mischungsfeldes festgelegt.

Einfluß von sämtlichen einzelnen Zubringergruppen die Mischung günstiger beeinflusst als ein ungleich großer Verkehrszufluß. Bei großen Verkehrsunterschieden der Zubringergruppen besteht die Möglichkeit, daß bereits Verluste in überlasteten Zubringergruppen eintreten können, obwohl noch keine Auslastung der Abnehmergruppen besteht. Da die Zubringergruppen jeweils aus einem I. VW-Hundert (Hd) gebildet werden, bedeutet das Eintreten von Verlusten in einzelnen Zubringergruppen einer Mischung eine zu große Anzahl von abgehenden Gesprächen im betreffenden I. VW-Hd. Beim Vergleich vieler Mißergebnisse ist festzustellen, daß der abgehende Verkehrswert der I. VW-Hd im Mittel um etwa 15% höher liegt als der Verkehrswert der LW-Hd. Dieser Prozentsatz kann für die einzelnen VStW aber zu bedenken, daß ein annähernd gleichgroßer Verkehrs-

durch Verkehrsmessungen an den I. GW- und den jeweils letzten (II., III. oder IV.) GW-Gruppen genau bestimmt werden. Bei hoher Belastung bestimmter I. VW-Hdt kann auch mit einer Überlastung der zugehörigen LW-Hdt gerechnet werden. Es ist leicht einzusehen, daß innerhalb einer VSW eine möglichst gleichmäßige Belastung der einzelnen I. VW-Hdt anzustreben ist. Im nachfolgenden soll untersucht werden, wie hoch die Belastung der einzelnen I. VW-Hdt sein darf und welche Messungen oder Untersuchungen für das Feststellen der Belastung eines I. VW-Hdt vorzunehmen sind.

1. Berechnen der Leistung eines I. VW-Hdt

Die Leistung eines LW-Hdt mit 12 LW beträgt bei 1% Verlust 5,5 Erl. (Erl.). Der Verkehrswert der I. VW-Hdt liegt um 15% höher als der Verkehrswert der zugehörigen LW-Hdt. Damit ergibt sich für das I. VW-Hdt ein Verkehrswert von 5,5 · 1,15 = 6,3 Erl. Jedes I. VW-Hdt mit 12 LW und vollständiger Auslastung (6,3 Erl.) läßt ein Verkehr von 6,3 Erl im zugehörigen I. VW-Hdt erwarten. Bei gutem proportionalen Ausbau einer VSW sind entsprechend dem zulässigen Verkehrswert von 6,3 Erl in den einzelnen I. VW-Hdt eine noch zu berechnende Anzahl von inneren Verbindungsstellen (I. GW) zur Verfügung zu stellen. Da die HVSt der einzelnen I. VW-Hdt unterschiedlich liegen und der Verkehr bei einer 2000er Gruppe aus 20 Hdt den I. GW zufließen, ist vor der Summenbildung der Einzelverkehrswerte ein Gruppenabzug von 23% bei 6,3 Erl erforderlich (Verkehrsabzugskurve). Als Summenwert einer 2000er Gruppe ergibt sich dann 6,3 · 0,77 = 4,85 Erl. Für 97 Erl sind bei Einsatz von II. VW 140 I. GW einzusetzen [1]. Fallen die II. VW weg, dann erhöht sich die Anzahl der I. GW auf rund 104 [2]. Das Festlegen der Leistung eines I. VW-Hdt hängt entscheidend von der Anzahl der eingesetzten I. GW für eine 1000er und 2000er Gruppe und der Anzahl der LW je Hdt ab; beide Wahlstufen dürfen nicht unabhängig voneinander betrachtet werden. Aus der nebenstehenden Tabelle ist der zulässige Verkehrswert der I. VW-Hdt verschiedener Gruppen unter Berücksichtigung der vorhandenen I. GW-LW zu entnehmen. Nach dem Rechnungsbeispiel wären bei Einsatz von 12 LW 140 I. GW (%) erforderlich. Sicherheit gegen verkehrsvergrößernde Einflüsse an der I. GW-Gruppe, die rechnerisch nicht immer erfäßbar sind, wären bei Einsatz von 140 I. GW und 12 LW nicht gegeben. Um diese Sicherheit zu gewährleisten, erfolgt — wie auch in der Praxis üblich — der Einsatz von 160 I. GW (8%). Bei allen anderen Tabellenwerten sind Sicherheiten eingearbeitet, und die angegebenen Erl-Werte bzw. Gesprächszahlen je I. VW-Hdt haben unter der Voraussetzung, daß der Verkehr der I. VW-Hdt um 15...25% höher als bei den LW-Hdt liegt, als Richtwerte volle Gültigkeit. Die in der Tabelle in Klammern gesetzten Zahlen treffen zu, wenn keine II. VW eingeschaltet sind. Bei VSWn mit SLW-Gruppen (Sammel-LW-Gruppen) ohne besondere SVW-Gruppen (Sammel-VW-Gruppen) macht sich die Zuteilung von Rufnummern aus den einzelnen I. VW-Hdt erforderlich. Der abgehende Verkehr aus den I. VW-Hdt, in denen diese Rufnummern liegen

(Stammnummern), wird dann pool größer werden, während sich der ankommende Verkehr nicht ändert; denn der ankommende Verkehr der Stammnummern wird zum größten Teil über die SLW-Gruppe abfließen. Die Belastung dieser I. VW-Hdt könnte — entsprechend den vorhandenen Stammnummern — größer als der in der Tabelle angegebene Verkehrswert sein. Da jedoch die für das Festsetzen der Leistung der I. VW-Hdt (von der LW-Leistung ausgehend) und für das Bemessen der I. GW-Stufe eingesetzten Rechnungsgrößen Mittelwerte darstellen und Abweichungen eintreten können, bleibt eine durch Einstreuen von Stammnummern erhöhte Leistung als Sicherheitsgröße unberücksichtigt.

Tabelle: Zulässige Belastung der I. VW-Hdt

Table with 5 columns: Gruppe mit, I. GW [%], Zulässiger Verkehrswert [Erl./HVSt], Abgehende Gespräche [Stk/Mon], Erforderliche LW je Hdt [Stk]. Rows include 2000 VW, 1000 VW, 500 VW, 500SVW, and 300SVW with various sub-rows for different I. GW percentages.

Um einen Überblick zu geben, wieviel bei der für die I. VW-Hdt angegebenen Leistung Gespräche geführt werden können, sind in der Tabelle neben den Erl-Werten noch die abgehenden Gesprächszahlen je I. VW-Hdt angegeben. Die Gesprächszahl erhält man durch folgenden Rechnungsgang: Die Leistung eines I. VW-Hdt beträgt bei 12 LW, 7% Verbindungsstellen und 1% Verlust 6,3 Erl. Rechnet man für Belegungen, die nicht zur Gesprächszahl führen (Ferngespr., Dienstgespr., Besetzbelegungen usw.), 28% der Leistung, so bleibt als Verkehrswert für Ortsgespräche 6,3 · 0,72 = 4,5 Erl je Hdt. Damit ergibt sich in der HVSt bei einer mittleren Gesprächszeit von 2 Minuten eine von den Gesprächszählern erfaßte Gesprächszahl der I. VW-Hdt von 4,5 · 60 = 135 Gesprächen. Beim Weiterrechnen mit einer Konzentration von 12,5% und 25. Rechnungstagen im Monat erhält man als monatliche Gesprächszahl 135 · 8 · 25 = 27000 Gespräche. Die zulässigen Gesprächszahlen für die einzelnen Gruppen sind in der Tabelle mit angegeben.

2. Feststellen der Belastung eines I. VW-Hdt

Der einfachste Weg, die Belastung der I. VW-Hdt zu messen, wäre eine ct-Messung über besondere Meßstromkreise. Verkehrsmessstromkreise an den I. VW-Gruppen bestehen jedoch nicht. Um die Belastung der I. VW-Hdt zu bestimmen, müssen deshalb Ersatzlösungen gefunden werden [3].

2.1 Feststellen der Belastung mit Hilfe der Gesprächszahlen

In der Tabelle sind neben dem zulässigen Verkehrswert auch die sich daraus ergebenden Gesprächszahlen im Monat je I. VW-Hdt enthalten. Dabei wurden die Gesprächszahlen unter Voraussetzung bestimmter zu erfüllender Bedingungen errechnet. Um eine Übereinstimmung zwischen dem aufgestellten Verkehrswert und der Gesprächszahl zu erreichen, muß die mittlere

22.000.— DM Umlaufmittel eingesetzt

Annaber-Buchholz. Am 25. Juli 1956 fand die erste ökonomische Konferenz des HPA Annaber-Buchholz (Erzgeb) statt. Der Plan der Maßnahmen sieht vor, noch in diesem Jahre dem Staatshaushalt einen um 10000.— DM höheren Nettogewinn zur Verfügung zu stellen. Durch die erhöhte Ab-Kassierung bis zum Monatsletzten, die 95...97% erreicht hat, und durch das Senken der Überplanbestände war es möglich, bereits 29000.— DM an Umlaufmitteln einzusparen. Dem ZrPA Geyer ist es gelungen, den vor einigen Monaten verlorenen Wanderimpuls für den besten PZV im Verbreitungsgebiet der „Volksstimme“ wieder nach Geyer zu holen.

Karl Pohl, Schma (Erzgeb)

Gesprächszeit 2 Minuten und der Anteil des bei den Gesprächszahlen nicht erfaßten Verkehrswertes 30% des gesamten Verkehrs betragen. Die monatliche Gesprächszahl je I. VW-Hdt läßt sich leicht feststellen. Mit Hilfe der Gesprächszahlen ist es möglich, für die Praxis ausreichend genau über die Belastung der I. VW-Gestelle Näheres auszusagen.

2.2 Feststellen der Belastung durch Messen des Verbraucherstroms eines I. VW-Gestells

Jedes I. VW-Gestell ist über eine (bei älteren Systemen über zwei) Gestellleitung abgesichert. Schaltet man zwischen diese und den Abnehmerleitungen einen ct-Zähler ein, dann ist es möglich, die gesamte Strommenge des I. VW-Hdt zu messen. Diese Strommenge muß nun in ct-Werte umgerechnet werden. Der so erhaltene ct-Wert ist der Verkehrswert des ankommenden und abgehenden Verkehrs. Die Belastung des I. VW-Hdt erhält man unter Berücksichtigung des Verhältnisses abgehender Verkehr / ankommender Verkehr.

Außerdem ist noch zu beachten, daß der Stromfluß in den einzelnen Richtungen (LW oder I. GW) bestimmt wird durch die eingeschalteten Widerstände, d. h. bei einer abgehenden Verbindung fließt ein anderer Strom als bei einer ankommenden Verbindung. Die mit Hilfe dieser Methode ermittelten Verkehrswerte gestatten einen Vergleich mit den in der Tabelle angegebenen Verkehrswerten.

Das Anschalten des ct-Zählers erfordert kurzzeitige Ersatzschaltung der Stromwege für das messende I. VW-Hdt. Der Einfluß der Strommenge für den Drehvorgang (Drehmessung) auf die gemessene Strommenge soll sehr klein sein [3], weil der ct-Zähler kurzzeitige starke Ströme wegen seiner Trägheit nicht erfaßt. Eine geringe Verfälschung des ermittelten Ergebnisses tritt durch veränderte Ströme nach Wahl der ersten Ziffer ein (bei den Systemen 22, 27, 29).

2.3 Zusammenfassender Vorschlag für das Feststellen der Belastung der I. VW-Hdt

Die beiden angegebenen Methoden zum Feststellen der Belastung der I. VW-Hdt können nicht ohne besonderen Aufwand durch eine völlig neue Methode ersetzt werden. Die unter 2.1 angegebene Art der Belastungsermittlung verzichtet auf eine Messung des Verkehrswertes der LW unter Anführung von Gründen, die nicht als zwingend erscheinen. Das Hauptaugenmerk wird bei der unter 2.1 angeführten Methode auf die Vorwahlstufe gerichtet. Die unter 2.2 angegebene Belastungsermittlung ist zu umständlich und deshalb für durchzuführende Untersuchungen nicht gut geeignet.

Die Belastung der LW-Hdt kann ohne besonderen Mittelaufwand leicht gemessen werden. Unter der schon erwähnten Annahme, daß der Verkehr der zugehörigen I. VW-Hdt rund 15% größer sein wird, ist deshalb auch die Belastung der I. VW-Hdt mit Hilfe des gemessenen Verkehrswertes der LW-Hdt rechnerisch zu ermitteln. Um wesentliche Abweichungen des Verkehrs der I. VW-Hdt im Verhältnis zu den LW-Hdt zu berücksichtigen, sind an den I. VW-Hdt die eintretenden Ab-schaltungen besonders zu beachten. Liegt ein LW-Hdt rund November, Dezember) vier Tage hintereinander zu messen. Festgelegte LW-Hdt mit Überschreitung der Leistung sind zu vermeiden.

- a) Jedes LW-Hdt ist in verkehrsstarken Zeiten (März, April, November, Dezember) vier Tage hintereinander zu messen. Festgelegte LW-Hdt mit Überschreitung der Leistung sind zu vermeiden.
b) Halbjährlich sind für sämtliche I. VW-Hdt die monatlichen Gesprächszahlen zu erfassen. Die Gesprächszahlen sind mit der Tabelle auszuwerten.

o) Treten bei einem I. VW-Hdt zahlreiche Abschaltungen auf und sind Überlastungen an LW-Hdt durch Messung festgestellt worden, so muß für die weitere Auswertung die monatliche Gesprächszahl dieser I. VW-Hdt mit Berücksichtigung werden.

d) Für das Beurteilen des Gesamtverkehrs einer I. VW-Gruppe ist der Verkehr an der zugehörigen I. GW-Gruppe zu messen. Für die Praxis sind die angegebenen Maßnahmen ausreichend. Gilt man bei der Belastungsermittlung der I. VW-Hdt von dem LW-Hdt aus, so besteht bei dem angegebenen LW- und I. VW-Einsatz nach Tabelle noch genügend Sicherheit in der Vorwahlstufe. Ist in verschiedenen Fällen der Verkehrswert der I. VW-Hdt größer als der aus der Belastung der LW-Hdt erhaltene ct-Wert, dann ist die Belastung der LW-Hdt rechnerisch, so ergibt sich keine besonders kritische Auswirkung der I. VW-Stufe; denn bei gleichmäßiger Belastung der LW- in der I. GW-Stufe, dann bei gleichmäßiger Belastung der I. VW-Hdt bestehen. Gleichmäßige Belastung einer VSW führt aber zu einer wirtschaftlicheren Ausnutzung der Kapazitäten. Der Belastungsausgleich soll daher die gleichmäßige Belastung der einzelnen Hdt sicherstellen.

3. Vielsprecherausgleich bei überlasteten I. VW-Hdt

Nach der Tabelle können bei einer 2000er Gruppe bei 8% I. GW mit II. VW 27000 abgehende Gespräche im Monat je I. VW-Hdt geführt werden. Rechnet man mit einer 93%igen Belegung der VSW, dann sind je I. VW-Hdt im Durchschnitt 25000 abgehende Gespräche im Monat zu erwarten. Ein Vielsprecherausgleich wird dann durch eine 2000er Gruppe mit 160 I. GW erreicht. In größeren ON liegt die Monatsdurchschnittszahl jedoch nur bei 150 bis 200 Gesprächen je Vielsprecherausgleich, eine Auslastung der I. VW-Hdt wird deshalb nur in beschränktem Umfang eintreten. I. VW-Hdt mit 27000 und mehr monatlichen Ortsgesprächen haben Fernsprechanträge, die wesentlich mehr Gespräche im Monat einschließen, die durchschaltete Gesprächszahl angibt. Bei Entlastungsversuchen in I. VW-Hdt müssen daher diese Anschlüsse besonders berücksichtigt werden. Sind solche Fernsprechanträge vorhanden, dann wird das betreffende Hdt bereits 70% belegt. Die Konzentration von Vielsprechern in bestimmten I. VW-Hdt läßt keine gute Kapazitätsausnutzung zu. Mit dem Feststellen der Belastung muß deshalb ein Vergleich der belegten AE verbunden sein. Richtig belegt je I. VW-Hdt zeigen einen proportionalen Verlauf der Belastung; die Verkehrsleistung ist gleichmäßig, wenn die I. VW-Hdt mit 93 und mehr Prozent belegt sind. Die überlasteten I. VW-Hdt müssen durch einen Vielsprecherausgleich auf die Verkehrsleistung gebracht werden. Dafür ergeben sich verschiedene Möglichkeiten.

3.1 Vielsprecherausgleich durch Rufnummernänderung

Die nach der Zahl der monatlich geführten Vielsprecherausgleich ermittelten Vielsprecher erhalten eine neue Rufnummer in dem als nicht stark belastet bekannten I. VW-Hdt.

3.2 Vielsprecherausgleich durch Zuweisung von VW für nur abgehenden Verkehr

Liegt die Zahl der abgehenden Gespräche eines Fernsprechanlasses über 1000 im Monat, so kann durch Zuweisung eines VW für nur abgehenden Verkehr, der in einem anderen I. VW-Hdt liegt, eine Rufnummernänderung vermieden werden. Die Zahl der zulässigen Gespräche ist deshalb auf höchstens 1000 festgelegt worden, weil bei dieser Zahl die Besetzstellen in 1000 festgelegt werden, was die Auswertung zu vervollständigen und deshalb ohnehin Entlastungsmaßnahmen erforderlich sind. Bei abgehenden Gesprächszahlen unter 1000 ist die Zuweisung von VW für nur abgehenden Verkehr unwirtschaftlich und deshalb abzulehnen.

Die VW für nur abgehenden Verkehr müssen (weil ja durch sie kein ankommender Verkehr im zugehörigen LW-Hdt entsteht) bei der Errechnung des Verkehrs des I. VW-Hdt besonders berücksichtigt werden. Sind also in einem I. VW-Hdt Fernsprechanträge mit nur abgehendem Verkehr vorhanden,

dann ist beim Errechnen der Belastung des I. VW-Hdt noch ein Zuschlag von 0,2 Erl für jeden solchen Anschlag erforderlich. Liegt die Zahl der Gespräche wesentlich über 1000, so ändert sich der Zuschlag proportional (z. B. bei 1600 Gesprächen 0,3 Erl usw.). Eine geringe Überlastung eines I. VW-Hdt läßt die Möglichkeit der Entlastung durch natürliche Abgänge zu. Das weitere Belogen von AE in diesem Hdt erfolgt dann bis zu einer erneuten Belastungsermittlung nicht.

**4. Beispiel eines Belastungsausgleiches in einer VStW**

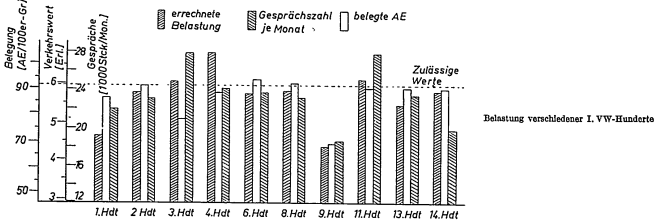
Eine VStW hat 4000 AE, die zu zwei 2000er Gruppen mit 7% I. GW zusammengefaßt sind. Das Ergebnis der Belastungsermittlung der LW-Hdt zeigte z. B. folgendes Ergebnis (auszugsweise):

| Hdt                          | 1     | 2     | 3     | 4     | 6     | 8     | 9     | 11    | 13    | 14    |
|------------------------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| Erl (LW)                     | 4     | 4,8   | 5,2   | 5,5   | 4,5   | 5     | 3,7   | 4,8   | 4,5   | 5     |
| Abgehende Gespräche je Monat | 21814 | 23201 | 28040 | 24203 | 23910 | 23302 | 18681 | 27923 | 23522 | 19392 |
| Belegte AE                   | 86    | 91    | 78    | 89    | 94    | 93    | 69    | 91    | 91    | 90    |
| Nur abg. botr. AE            | —     | 1     | —     | 2     | —     | —     | —     | 3     | 1     | —     |

Jedes LW-Hdt ist mit 11 LW bestückt. Die Anschlüsse für nur abgehenden Verkehr führen monatlich rund 1000 Gespräche. Unter Berücksichtigung dieser Anschlüsse ergibt sich für die I. VW-Hdt folgende Belastung:

| Hdt                 | 1   | 2   | 3   | 4   | 6   | 8   | 9   | 11  | 13  | 14  |
|---------------------|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|
| Errechnete Erl (VW) | 4,6 | 5,7 | 6,0 | 6,7 | 5,2 | 5,8 | 4,3 | 6,1 | 5,4 | 5,8 |

Die vorhandenen I. VW für nur abgehenden Verkehr sind Stammnummern von Sammelnummern. Der ankommende Verkehr für diese Stammnummern fließt über die Sammelnummern (besondere LW). Bei Stammnummern in I. VW-Gestellen ist für die Errechnung des Verkehrs aus dem gemessenen Verkehr der LW-Hdt deshalb ein Zuschlag je Stammnummer erforderlich. Der Zuschlagswert liegt im Mittel etwa bei 0,05-0,1 Erl. Genaue Werte des Zuschlages können aus der Gesprächszahl der Stammnummern jederzeit leicht errechnet werden (bei 1000 abgehenden Gesprächen im Monat ergibt sich ein Zuschlag, wie schon erwähnt, von 0,2 Erl). Für die anschließend vorzunehmende Auswertung wird eine graphische Darstellung in folgender Form vorgeschlagen:



Auf der Ordinate werden die monatlichen Gesprächszahlen, der berechnete Verkehrswert und der Belegungsstand der I. VW-Hdt, auf der Abszisse die einzelnen Hdt angegeben. Die Werte der Gesprächszahlen, der berechnete Verkehrswert und der Belegungsstand werden in Säulen dargestellt. Zulässige monatliche Gesprächszahl, zulässiger Verkehrswert und festgelegter zulässiger Höchstbelegungsstand je VW-Hdt haben zweckmäßig die gleiche Ordinate. Für die einzelnen Hdt kann nun folgende Analyse durchgeführt werden:  
**1. Hdt:** Verkehrsmäßig normal wachsendes Hdt, weil die Werte „abgehende Gesprächszahl“ und „errechneter Verkehrswert“ mit dem Belegungsstand gut übereinstimmen. Eine Höherbelegung des Hdt kann erfolgen.

**2. Hdt:** Es kann nur noch eine geringe Höherbelegung vorgenommen werden.

**3. Hdt:** Das VW-Hdt ist überlastet. Gesprächszahl und Verkehrswert stehen im ungünstigen Verhältnis zum Belegungsstand. Aus der graphischen Darstellung ist zu ersehen, daß Vielsprecher vorhanden sein müssen. Das zugehörige LW-Hdt ist gleichfalls überlastet. Ein Vielsprecherangleich ist durchzuführen. Die Vielsprecher werden mit Hilfe der FRSt (Fernmelderechnungsstelle) ermittelt.

**4. Hdt:** Der Verkehrswert ist zu groß, während die Gesprächszahl noch nicht den Grenzwert erreicht hat. Das zugehörige LW-Hdt ist überlastet. Durch natürlichen Abgang muß eine Entlastung herbeigeführt werden. Vielsprecherangleich ist ratsam.

**6. Hdt:** Das Hdt ist gut ausgelastet. Neuanschlüsse werden

nicht vergeben. Die geringe Verkehrsreserve bleibt für evtl. Verkehrssteigerungen.

**8. Hdt:** Siehe 14. Hdt.

**9. Hdt:** Verkehrsmäßig ein normal wachsendes Hdt. Eine höhere Belegung bis zum festgesetzten Endwert ist möglich.

**11. Hdt:** Das Hdt ist überlastet. Vielsprecherangleich ist vorzunehmen. Möglichst Heranzug der Stammnummern, Verlegung in andere I. VW-Hdt. Die zugehörigen LW sind nicht überlastet.

**13. Hdt:** Geringfügige Höherbelegung kann erfolgen.

**14. Hdt:** Die abgehende Gesprächszahl liegt wesentlich mehr vom Grenzwert entfernt als der errechnete Verkehrswert. Als Ausgleich wären in diesem Hdt Nummern für nur abgehenden Verkehr zu legen (z. B. die drei Stammnummern des 11. Hdt).

**Literatur:**  
 (1) Technische Mitteilungen des LfV Nr. 511866  
 (2) Langst, Studien über Aufgaben der Fernsprechteilnahme, Bd. II  
 (3) Fernmelderechnung, Heft 3/1954, 6/1956

**Im nächsten Heft**  
 unserer Zeitschrift bringen wir einen Bericht über die „I. Wissenschaftlich-Technische Konferenz des IPP“



Wir konsultieren den Betriebsarzt

**Ist „Krebs“ heilbar?**

Zu allen Zeiten war die Menschheit von schweren Erkrankungen heimgesucht. Denken wir an die Seuchen durch Typhus, Cholera und Pest im Mittelalter. Noch vor 100 Jahren blieb kaum ein Mensch von den Pocken verschont, für viele bedeuteten sie den Tod. Durch hygienische Maßnahmen und Impfungen haben wir manche Krankheiten schon werden lassen. Dafür sind andere in den Vordergrund getreten. So steht heute der Krebs mit an der Spitze aller Todesursachen. Unendlich viel Leid und Schmerz, auf trücker Seite dazu viel Mühe und Opfer, bergen sich hinter dieser Krankheit.

Zweifellos besteht im Verhältnis zu früher eine ständige Zunahme der Krebsfälle. Worum beruht dieser Einhalt sicherlich auf den fortschreitenden Erkenntnissen der Medizin, die heute viele Krankheiten als Krebs erkennt, während frühere Diagnosen auf Tod durch Herzschlag, Auszehrung oder ähnliche undefinierbare Begriffe lauteten. Zum anderen besteht aber auch gewiß eine wirkliche Zunahme. Eine Klärung der Gründe hierfür ist aber nicht möglich, solange wir die Ursachen des Krebses nicht kennen.

Man hört immer wieder die Meinung, die Wissenschaft müsse doch endlich einmal etwas gegen den Krebs finden. Dem ist entgegenzuhalten, daß es eine einheitliche Behandlung des Krebses schwierig geben wird, weil eben Krebs nicht gleich Krebs ist. Beim Erforschen dieser Krankheit in allen Ländern gibt es wohl kaum Möglichkeiten, es die nicht schon gesagt, über die noch nicht gesagt oder geschrieben wäre und die von anderen aber nicht ebenso begründet wieder abgelget worden wären. Wir kennen Stoffe, die jederzeit an Versuchstieren Krebs erzeugen. Wir wissen auch, daß radioaktive und bestimmte andere Substanzen Krebs bilden. So starben 119 Pioniere der Röntgenologie an Hautkrebsen, weil sie sich selbst diese jährlche Wirkung der Röntgenstrahlen noch nicht kannten, während wir uns heute dagegen schützen können. Als neue Geisler der Menschheit ist die Atomspalte „geschloßen“ worden, deren Strahlen ähnlich den Röntgenstrahlen wirken und Strahlenkrebs hervorrufen, die auch schon zahlreiche Opfer gefordert haben. Wir wissen, daß Lungenkrebs bei Rauchern und deshalb bei Männern sehr viel häufiger auftritt als bei Frauen, aber auch der Nichtraucher wird davon befallen. Andererseits gibt es Indanerströme, die bis zu 50 Zigaretten pro Tag rauchen und die von Krebs verschont sein müssen, bei denen aber diese Krankheit unbekannt ist. So tapfen wir vielerorts noch im Finstern über die seitigen Krebs erzeugenden Substanzen. Eine Übertragung vom Kranken auf den Gesunden (Anstecken) gibt es nicht. Manche Familien werden häufiger und bevorzugt befallen, aber eine direkte Vererbung ist nicht erwiesen.

Warum legt uns die Bösartigkeit? Sie besteht darin, daß das Krebsgewebe aus Kosten des gesunden Gewebes wächst. Durch zahllose Aussaugeschleife im ganzen Körper kommt es zur raschen Auszehrung.

Was können wir bis jetzt gegen diese bösartige Krankheit tun? Ein rechtzeitiges Erkennen ist gleichbedeutend mit einer Heilung. Was wir brauchen, ist daher die Möglichkeit zum frühen Erkennen eines ungebildeten Krebses, um baldmöglichst operieren und den Herd beseitigen zu können. Jeder muß dabei mithelfen, sich ständig selbst zu beobachten und sofort ärztlichen Rat holen, wenn ihm an sich Verdächtigtes auffällt. Das kann er nur, wenn er die ersten Krebszeichen kennt, und deshalb bedarf es einer weiterverbreiteten ständigen Aufklärung, der auch dieser kurze Beitrag dienen soll.

**EXTIKTION**

gebrachten und schmerzhaft ausgebreiteten Briefenwürfen fallen die eingeworfenen Briefsendungen hochkant auf ein unter dem Pult ständig laufendes breites Förderband, das durch schmale Rinnen geleitet ist. Die zwischen die Rinnen fallenden Briefe werden durch das laufende Band senkrecht mit ihm zu den Sammelplätzen fortbewegt.

Zu den vollmechanischen Briefverteilmaschinen gehört z. B. die in Holland entwickelte Transorma-Briefverteilmaschine. Sie besteht aus einem Behälterverteilerwerk und kann eine Verteilung von 3600 Sendungen je Stunde bei 300...400 Ausschüttungen erreichen. Allerdings können die Verteiler nicht die Leistung der Maschine beeinflussen, sondern müssen sich umgekehrt nach der Leistung der Maschine richten. Die vom IPF weiterentwickelte Briefverteilmaschine ist daher grundsätzlich nach einem anderen Prinzip aufgebaut: Ihre Leistung wird von der Leistung des Verteilers beeinflusst.

Der Entwicklungsstand der Elektronik läßt in der Perspektive die Möglichkeit zu, durch Briefverteilmaschinen mit elektronischer Steuerung vollkommen neue Wege bei der Briefverteilung zu gehen.

sich, die komplizierten Vorgänge an Grenzschichten und Behälterstellen verschiedener Leiter zu erklären: Metalle enthalten freie Elektronen in genügender Zahl als Ladungsträger für den „Stromtransport“. In Halbleitern stehen hierfür jedoch nur wenige freie Elektronen zur Verfügung. Erst Verunreinigungen von Fremdelementen mit überzähligen Elektronen (Donatoren) lassen eine reiche Elektronenleitung (Überschuldung) entstehen. Fehlt den Verunreinigungen (Akzeptoren) aber ein Elektron je Atom gegenüber der Verletigkeit des verwendeten Halbleiterstoffes, so bilden sich Elektronenlöcher. Durch das Wandern von Löchern entsteht die sog. Lochleitung oder Defektelektronenleitung mit einer der Elektronenrichtung entgegengesetzten Stromrichtung. Halbleiter dieser Leitungsart bezeichnet man nach dem positiven Verhalten ihrer Ladungsträger als p-Typ-Halbleiter, während die normalen Elektronenleiter nach ihren negativen Ladungen als n-Typ-Halbleiter gelten. Beim Flächenübergang liegen die Flächen zweier mit Fremdatomen verunreinigter Kristalle aufeinander, von denen der eine vom n-Typ und der andere vom p-Typ ist. An der Grenzschicht entstehen Potentialschwellen, die ein ungewolltes Mischen der Ladungsträger verhindern.

2. Gesprächszahl
3. mittlere Belegungsdauer tm
4. mittlere Gesprächsdauer t<sub>m</sub>
5. Verkehrswert (Belastung)  $y = c \cdot tm$

Zu 1. Als Belegung wird jede Inanspruchnahme einer Leitung oder sonstigen telephonen Einrichtung bezeichnet.  
 Zu 2. Als Gesprächszahl gilt die Zahl der wirklich zustande gekommenen Gespräche.  
 Zu 3. Belegungsdauer ist die Zeit vom Belegen bis zum Freiwerden einer Einrichtung. Der Mittelwert dieser Zeitdauer aus sämtlichen Belegungen ergibt die mittlere Belegungsdauer.  
 Zu 4. Die Gesprächsdauer wird vom Gesprächsbeginn bis zum Gesprächende berechnet. Der Mittelwert aus der Zeitdauer aller Gespräche heißt mittlere Gesprächsdauer.  
 Zu 5. Dem Verkehrswert ist zu entnehmen, wie stark z. B. ein Leitungsband während der HVSt mit Belegungen belastet ist. In kleinen Anlagen rechnet man mit „Belagungsminuten/HVSt“, in großen mit „Belagungsstunden/HVSt“.

Nach dem dänischen Professor Erlang wird seit 1940 eine Belegungsstunde HVSt auch mit „Erl“ bezeichnet.

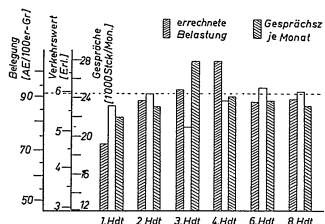
48 Belastungsausgleich bei Fern

dann ist beim Erreichen der Belastung des I. VW-Hdt noch ein Zuschlag von 0,2 Erl für jeden solchen Anschluß erforderl. Liegt die Zahl der Gespräche wesentlich über 1000, so ändert sich der Zuschlag proportional (z. B. bei 1500 Gesprächen 0,3 Erl usw.). Eine geringe Überlastung eines I. VW-Hdt läßt die Möglichkeit der Entlastung durch natürliche Abgang zu. Das weitere Belagen von AE in diesem Hdt erfolgt dann bis zu einer erneuten Belastungsermittlung nicht.

4. Beispiel eines Belastungsausgleiches in einer VS/W  
Eine VS/W hat 4000 AE, die zu zwei 2000er Gruppen mit 7% I. GW zusammengefaßt sind. Das Ergebnis der Belastungsermittlung der LW-Hdt zeigte z. B. folgendes Ergebnis (auszugsweise):

Table with 4 columns: Hdt, 1, 2, 3. Rows include Erl (LV), Abgehende Gespräche je Monat, Belegte AE, Nur abg. betr. AE, and Errechnete Erl (VW).

Die vorhandenen I. VW für nur abgehenden Verkehr sind Stammmummern von Sammelnummern. Der ankommende Verkehr für diese Stammmummern fließt über die Sammelnummern (besondere LV). Bei Stammmummern in I. VW-Gestellen ist für die Errechnung des Verkehrs aus dem gemessenen Verkehr der LW-Hdt deshalb ein Zuschlag je Stammmummer erforderlich. Der Zuschlagswert liegt im Mittel etwa bei 0,05-0,1 Erl. Genaue Werte des Zuschlages können aus der Gesprächszahl der Stammmummern jederzeit leicht errechnet werden (bei 100 abgehenden Gesprächen im Monat ergibt sich ein Zuschlag wie schon erwähnt, von 0,2 Erl). Für die anschließend vorzunehmende Auswertung wird eine graphische Darstellung in folgender Form vorgeschlagen:



Auf der Ordinate werden die monatlichen Gesprächszahlen, der berechnete Verkehrswert und der Belegungsstand der I. VW-Hdt, auf der Abszisse die einzelnen Hdt angegeben. Die Werte der Gesprächszahlen, der berechnete Verkehrswert und der Belegungsstand werden in Säulen dargestellt. Zulässige monatliche Gesprächszahl, zulässiger Verkehrswert und festgelegter zulässiger Höchstbelegungsstand je VW-Hdt haben zweckmäßig die gleiche Ordinateinteilung. Für die einzelnen Hdt kann nun folgende Analyse durchgeführt werden: 1. Hdt: Verkehrsmäßig normal wachsendes Hdt, weil die Werte „abgehende Gesprächszahl“ und „errechneter Verkehrswert“ mit dem Belegungsstand gut übereinstimmen. Eine Höherbelegung des Hdt kann erfolgen.

An der Haut ist die Kontrolle am einfachsten. Neu auftretende Warzen oder ähnliche Erscheinungen, die rasch wachsen, müssen vorgestellt werden. Der heute häufigste Sitz des Krebses ist jedoch die Lunge, und diesen mit tödlichen Schmerzen sowie allgemeine Abgeschlagenheit sind vorzüglich für den Beginn des Leukämieerkrankens. Seinem frühen Erkennen dienen jährliche Reihenuntersuchungen in den Betrieben oder jetzt das Volkstraining in der gesamten Republik. Der etwa gleich häufige Magenkrebs ruft Appetitmangel, Brechreiz und evtl. blütigen Erbrochen hervor. Bei jeder Blutuntersuchung im Stuhl, die nicht auf harmlose Ursachen bezogen werden kann, muß mit Darmkrebs gerechnet werden. Unsere Frauen müssen auf Krebsbildungen der Brust und Gebärmutter achten. An der Brust bilden sich zunächst Knoten, die unbedingt dem Arzt vorgestellt werden sollen. Krebs der Gebärmutter verursacht zusätzliche und unregelmäßige Blutungen. Auch hier haben wir heute die Möglichkeit der Reihenuntersuchungen, die keine Frau im gefährdeten Alter jenseits des 30. Lebensjahres veräumen sollte.

Natürlich sind es nicht nur Krebsbildungen, die zu den oben genannten Erkrankungen führen, doch ist der Entschluß nur dem Arzt oder Facharzt gegeben. Es besteht kein Grund zur panischen Furcht, denn wir sind heute in der Lage, beginnende Geschwulstbildungen erfolgreich zu operieren oder zu bestrahlen. Wichtig aber ist, wie gesagt, das rechtzeitige Erkennen, und deshalb sollte jeder die inner- oder außerhalb des Betriebes angebotenen Untersuchungen wirklich ernst nehmen. Dr. med. Becker, Leipzig

Fernsprechzellenmarder (Schluß)  
Im gleichen Zustand wie Walter F. den Hörer abgerissen, ihn in die Hosentasche gesteckt und sich dann in die TO-Gaststätte „Rafelkeller“ begeben. Weil aber ein Teil des Hörers noch sichtbar blieb (war hat schon so große Taschen!), fiel das bald einer Streife der Volkspolizei auf, die den seltsamen Zeitgenossen einschneidend-herabsetzend einmündete. Das Kreisgericht (Haltstedt) ließ es bei einer Verurteilung zu 300 DM Geldstrafe bewenden. Unsere Meinung hierzu ist, daß derartige gemeinschaftliche Handlungen, wie sie das Zerören und Gefährden von öffentlichen Fernsprecheinrichtungen darstellen, grundsätzlich mit Freiheitsstrafen geahndet werden müßten, und zwar auch dann, wenn der Täter unter Alkoholeinfluss stand. Geldstrafen sollten hier auszusparen sein. Im Falle Walter F. werden nun zwar vier Kinder auf drei Monate ihren Vater entziehen müssen, wir glauben aber, daß diese nachträgliche Strafe in ihren Auswirkungen dem Täter mehr helfen und ihn zu einem größeren Maße zur Achtung vor unseren gesellschaftlichen Einrichtungen erziehen wird, als das eine Geldstrafe jemals vermöchte hätte. Bleibt am Rande noch zu erwähnen, daß Werner R. der fündige Gleisbahnarbeiter der Reichsbahn, natürlich die von der Deutschen Post für solche Fälle ausgewiesene Belohnung von 100 DM erhalten hat. Gerhard Süß, Halle (Saale)

Verstaatlichung des Fernmeldesystems in Italien?  
Rom. Im italienischen Parlament stimmten die Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikaner und ein Teil der christlichen Demokraten einem Vorschlag zu, der vorsieht, das italienische Fernmeldesystem zu verstaatlichen. Das Fernmeldesystem Italiens befindet sich bis jetzt noch in Privatbesitz.

U-Bahn-Post  
New York. Die New Yorker Post prüft z. Z. die Möglichkeit der Postbeförderung durch die U-tergrundbahn. Zu diesem Zweck könnten in verkehrsarmen Zeiten besondere für die Post geeignete U-Bahn-Wagen mit den normalen U-Bahn-Zügen mitgeführt werden. Die durch den starken Straßenverkehr entstehenden Verzögerungen bei der Beförderung mit LKW würden dann wegfallen.

Berichtigung: Wir bitten, die Bezeichnungen „Fahrstellung“ und „Entladestellung“ im Bild des Lexikonbegriffes „Gabelstapler“ auszutauschen (Heft 2/56).

# Unser LEXIKON

## Briefverteilmaschinen

Wenn nach dem ersten Weltkrieg infolge der Rationalisierungsmaßnahmen viele mechanische Einrichtungen Eingang in die Postanstalten fanden, so blieb die Briefverteilung selbst zunächst Handarbeit. Als ersten Schritt zur Mechanisierung der Briefverteilung kann man die in den 20er Jahren eingeführten halbmechanischen Briefverteilmaschinen mit Flachhandverteilwerk ansehen. Diese Flachhandverteilwerke verändern mehrere Verteilflächen verschiedener Verteilschritte durch Förderbänder. Solche Anlagen erlaubten zwar das Weiterleiten der Briefe zum nächsten Verteiler, beanspruchten aber viel Platz und sind sehr teuer. Die Leistung kann mit ihnen kaum gesteigert werden.

Später wurden Hochkantverteilwerke entwickelt. Auch bei diesen halbmechanischen Briefverteilmaschinen werden die Sendungen mit der Hand verteilt. In Abänderung der bisherigen Verteilfläche wurde die Verteilvorrichtung jedoch pultrale eingerichtet. Die Briefwürfel, von denen ein Pult bis zu 50 haben kann, sind nicht waagrecht wie bei den Verteilplätzen, sondern senkrecht angeordnet. Von den im Pult an-

gebrachten und schichtartig ausgebreiteten Briefwürfeln fallen die eingeworfenen Briefsendungen hochkant auf ein unter dem Pult ständig laufendes breites Förderband, das durch schmale Rinnen geleitet ist. Die zwischen die Rinnen fallenden Briefe werden durch das laufende Band senkrecht mit ihm zu dem Sammelplätzen fortbewegt.

Zu den vollmechanischen Briefverteilmaschinen gehört z. B. die in Holland entwickelte Transorma-Briefverteilmaschine. Sie besteht aus einem Behälterverteilwerk und kann eine Verteilleistung von 3000 Sendungen je Stunde bei 300...400 Ausscheidungen erreichen. Allerdings können die Verteiler nicht die Leistung der Maschine beeinflussen, sondern müssen sich umgekehrt nach der Leistung der Maschine richten. Die vom IPF weiterentwickelte Briefverteilmaschine ist daher grundsätzlich nach einem anderen Prinzip aufgebaut: Ihre Leistung wird von der Leistung des Verteilers beeinflusst.

Der Entwicklungsstand der Elektronik läßt in der Perspektive die Möglichkeit zu, durch Briefverteilmaschinen mit elektronischer Steuerung vollkommen neue Wege bei der Briefverteilung zu gehen.

## Kristalldiode

Sie dient zur Gleichrichtung (Demodulation) von Hoch- und Niederfrequenz in gleicher Weise wie die Diodenstrecke einer Elektronenröhre. Das z. Z. gültige Schaltzeichen für Kristalldioden ist in Bild wiedergegeben. Kristalldioden werden als Spitzengleichrichter und Flächengleichrichter gebaut. Die ersten hat man auf den Grundrissen der bekannten Kristalldioden entwickelt. Sie unterscheiden sich von diesen dadurch, daß nicht mehr die Spitze einer verstellbaren Wendelfeder auf einen Kristall drückt, sondern daß diese Spitze mit einem Halbleiterkristall fest verlotet oder verschweißt ist. Eine solche Kristalldiode heißt also keiner Einaststellung. Als Halbleiter benutzt man z. B. vorzugsweise Germanium- und Siliziumkristalle, die außerordentlich rein gezeitet werden und Spuren bestimmter Verunreinigungen aufweisen müssen. Die Gelektrode bildet ein s-förmig gebogenes dünnes Molybdänblech. Entscheidend für die Gleichrichtungswirkung ist die sog. Sperrschicht zwischen dem Halbleiter und der metallischen Elektrode. Alle z. Z. bekannten Theorien der Halbleiter bemühen

sich, die komplizierten Vorgänge an Grenzschichten und Berührungspunkten verschiedener Leiter zu erklären: Metalle enthalten freie Elektronen in geringerer Zahl als Ladungsträger für den „Stromtransport“. In Halbleitern stehen hierfür jedoch nur wenige freie Elektronen zur Verfügung. Erst Verunreinigungen von Fremdelementen mit überschüssigen Elektronen (Donatoren) lassen eine echte Elektronenleitung (Überschüßleitung) entstehen. Fehlt den Verunreinigungen (Akzeptoren) aber ein Elektron je Atom gegenüber der Wertigkeit des verwendeten Halbleiterstoffes, so bilden sich Elektronenlöcher. Durch das Wandern von Löchern entsteht die sog. Löcherleitung oder Defektelektronenleitung mit einer der Elektronenleitung entgegengesetzten Stromrichtung. Halbleiter dieser Leitungsart bezeichnet man nach dem positiven Verhalten ihrer Ladungsträger als p-Typ-Halbleiter, während die normalen Elektronenleiter nach ihren negativen Ladungen als n-Typ-Halbleiter gelten.

Beim Flächengleichrichter liegen die Flächen zweier mit der eine vom n-Typ und der andere vom p-Typ ist. An der Grenzschicht entstehen Potentialschwellen, die ein ungehemmtes Mischen der Ladungsträger verhindern.

## Erl

Technisch: Einrichtungen und Leitungsnetze des Fernsprechnetzes, bemittelt man nach dem Umfang des Verkehrs, der über sie abzuwickeln werden soll. Dies erfordert, daß der anfallende Verkehr zahlenmäßig richtig erfaßt wird. Hierzu verwendet man genau definierte Verkehrsgrößen für die Verkehrsplanung und bestimmte Begriffe, welche die allen Fernsprechanlagen gemeinsamen verkehrstechnischen Eigenschaften berücksichtigen. In der Regel wird allen Veranschlagungen die Stunde des stärksten Verkehrs, die Hauptverkehrsstunde (HVS), zugrunde gelegt. Als „Verkehrsquelle“ bezeichnet man die Vermittlungsstelle oder einen Teil davon (Wähler, Teilnehmersprechstelle, Leitung), von der der Verkehr abfließt, während man die Stelle, bei der der Verkehr ankommt, „Verkehrsenke“ nennt. Mit den Schaltungselementen wird beobachtet, wie die Leitungen zwischen benachbarten Verkehrsquelle und Verkehrsenke in der HVS belegt sind. Aus dem Ergebnis der Beobachtung, das oft graphisch dargestellt wird, erhält man

- 2. Gesprächszahl
- 3. mittlere Belegungsdauer tm
- 4. mittlere Gesprächsdauer tm
- 5. Verkehrswert (Belastung) y = c · tm

Zu 1. Als Belegung wird jede Inanspruchnahme einer Leitung oder sonstigen technischen Einrichtung bezeichnet, von deren Beginn bis zum Ende der Belegungsdauer die Zahl der wirklich zustande gekommenen Gespräche.

Zu 3. Belegungsdauer ist die Zeit vom Belegen bis zum Freigeben einer Einrichtung. Der Mittelwert dieser Zeitdauer aus sämtlichen Belegungen ergibt die mittlere Belegungsdauer. Zu 4. Die Gesprächsdauer wird vom Gesprächsbeginn bis zum Gesprächsende berechnet. Der Mittelwert aus der Zeitdauer aller Gespräche heißt mittlere Gesprächsdauer.

Zu 5. Dem Verkehrswert ist zu entnehmen, wie stark z. B. ein Leitungsnetz während der HVS mit Belegungen belastet ist. In kleinen Anlagen rechnet man mit „Belegungsminuten/HVS“, in großen mit „Belegungsstunden/HVS“.

Nach dem dänischen Professor Dring wird seit 1946 eine Belegungsstunde HVSt auch mit ein „Erl“ bezeichnet.



Trenchcoats  
Windblusen  
Sportbekleidung  
Zelte u. ä.

imprägniert  
**Wab** *wetterfest*  
schnell und einfach

Packung zu DM 1,45 in Drogerien und sonstigen Fachgeschäften erhältlich  
VEB FETTCHEMIE · KARL-MARX-STADT

JETZT ÜBERALL IM HANDEL

▶ **DAS BILLARD-ABC**

Das seit Jahren erwartete neuzeitliche Lehrbuch Von HERBERT WEISSER 184 Seiten, reich bebildert, in Halbleinen und mit farbigem Schutzumschlag 7,90 DM

▶ **KEGELN**

Das Kegeln auf der Asphalt-, Bohlen-, Scheren- und Bowlingbahn. Von EDMUND PALM, 112 Seiten, reich bebildert, in Halbleinen und mit farbigem Schutzumschlag 8,90 DM

SPORTVERLAG BERLIN W 8

*F. Hirtschulz*

BERLIN-LICHTENBERG

Eitelstraße 16 · Ruf: Berlin 552443

*fertigt und repariert seit 80 Jahren*

sämliche

Poststempel

Stempelmaschinen

Numerierwerke und

Numerierrahmen

Hand- und

Maschinengravuren